Kiesinger:

„Wir leben in einer veränderten Welt.“

Die Protokolle des
CDU-Bundesvorstands
1965–1969

Droste

Die Protokolle
des CDU-Bundesvorstands
1965–1969

Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte

Im Auftrag der
Konrad-Adenauer-Stiftung
herausgegeben von Günter Buchstab,
Klaus Gotto, Hans Günter Hockerts,
Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz

Band 50
Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“
Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969

Droste

Kiesinger:
„Wir leben in einer veränderten Welt“

Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969

Bearbeitet von
Günter Buchstab

unter Mitarbeit von
Denise Lindsay

Droste

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Kiesinger: „Wir leben in einer veränderten Welt“: die Protokolle
des CDU-Bundesvorstands 1965–1969 / Günter Buchstab
(Bearb.). – Düsseldorf : Droste, 2005
(Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte ; Bd. 50)
Forts. von Adenauer: „Stetigkeit in der Politik.“
ISBN 3-7700-1899-0
NE: Buchstab, Günter [Bearb.]; Christlich-Demokratische Union
Deutschlands; GT

Alle Rechte vorbehalten
© 2005 Droste Verlag GmbH, Düsseldorf
Gesamtherstellung: Verlag Franz Schmitt, Siegburg
ISBN 3-7700-1899-0

Inhalt

Einleitung VII

Übersicht über die Protokolle XXXI

Übersicht zur Anwesenheit der Teilnehmer an den Sitzungen des Bundesvorstands XXXV

Zusammensetzung der Kabinette XXXVIII

Protokolle 1

Abkürzungen und Zeichen 1509

Quellen und Literatur 1515

Personenregister 1523

Sachregister 1547

Einleitung

Die Vorsitzenden

Die vorliegende Edition der Protokolle des CDU-Bundesvorstands umfaßt die fünfte Wahlperiode des Deutschen Bundestags. In den Jahren 1965–1969 erlebte die Partei einen in ihrer kurzen Geschichte bis dahin unbekannten raschen Wechsel im Parteivorsitz: Auf Konrad Adenauer (bis 1966) folgte Ludwig Erhard, der bereits 1967 von Kurt Georg Kiesinger abgelöst wurde. Zwar war 1965 absehbar, daß der 89jährige Parteipatriarch Adenauer für dieses Amt, das er seit 1950 innehatte und in das er nach seinem Rücktritt vom Kanzleramt 1963 auf dem 12. Parteitag in Hannover 1964 erneut, und zwar mit dem überragenden Ergebnis von 452 Stimmen bei 14 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen, wiedergewählt worden war, nicht mehr zur Verfügung stehen würde. Doch war unklar, ob ihm sein Nachfolger als Bundeskanzler auch im Parteivorsitz folgen würde; denn er hatte nach seinem Amtsantritt als Kanzler erklärt, daß er weder den „Ehrgeiz" noch die „Absicht" habe, auch zugleich Parteivorsitzender der CDU werden zu wollen, da er die Verbindung beider Ämter „für etwas problematisch" halte[1]. Daß Erhard 1963 nicht entschlossen war, als Regierungschef auch den Parteivorsitz anzustreben und seinen Widersacher Adenauer abzulösen, erwies sich in der Folgezeit als ein gravierender Fehler.

Doch nach seinem persönlichen Triumph bei den Bundestagswahlen am 19. September 1965, die der Union 46,5% (CDU 35,8%, CSU 9,5%) und 390.000 Stimmen mehr als 1957 einbrachten, als sie mit 50,2% die absolute Mehrheit erreicht hatte, entschloß sich der Kanzler, auch Parteivorsitzender werden zu wollen, ohne aber seine Kandidatur sofort ausdrücklich anzumelden. Dies tat er erst am 9. Februar 1966. Er meinte nun, es sei eine gute und bewährte Übung in alten gewachsenen Demokratien, „daß das Amt des Regierungschefs zusammenfällt mit dem Vorsitz der die Regierung tragenden Partei"[2]. Vergeblich hielt Adenauer mit dem Argument dagegen, er solle sich in der schwierigen Zeit nicht auch noch mit Dingen belasten, „die andere verstehen und machen können"[3]. Er hätte auch sagen können, besser verstehen und machen. Deutlicher hätten die Vorbehalte gegen den parteipolitischen Quereinsteiger, der der CDU erst 1963 nach seiner Nominierung zum Bundeskanzler beigetreten war, nicht artikuliert werden können.

Adenauer sprach nur aus, was auch andere dachten. Insofern verwundert nicht, daß Erhard den Schwung seines Wahlerfolgs nicht auf seine Kandidatur für den Parteivor-

1 Zit. nach KLEINMANN S. 241.
2 Vgl. Nr. 3 S. 60.
3 Ebd. S. 69.

sitz zu übertragen vermochte. In Rainer Barzel, dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, erhielt er einen ernsthaften Konkurrenten, der Ambitionen zeigte, neben dem Fraktionsvorsitz auch den Parteivorsitz zu übernehmen. Barzel rechnete sich gute Chancen aus, nachdem Josef Hermann Dufhues, der seit 1962 als Geschäftsführender Vorsitzender amtierte, sich mit Rücksicht auf seine Gesundheit und seinen Beruf als Notar und Rechtsanwalt zu einer Kandidatur nicht bereitfand. Nach intensiven Diskussionen im Parteivorstand einigte man sich schließlich auf einen Kompromiß, der eine Änderung der Parteisatzung erforderlich machte.[4] Bundesvorsitzender sollte der Kanzler, der Fraktionsvorsitzende 1. Stellvertreter werden. Die offen gebliebene Frage, wer denn nun die „Führung der Bundesparteiorganisation" übernehmen solle, ob nicht die „Bestellung eines Generalsekretärs sinnvoll" sei und wie sich ein engeres Führungsgremium, das Präsidium, zusammensetzen würde, sollte eine Kommission klären. Ihr gehörten unter Dufhues' Vorsitz Gerhard Stoltenberg, Helmut Kohl, Konrad Grundmann, Eduard Adorno, Hermann Josef Russe und Aenne Brauksiepe an.

Auf dem 14. Bundesparteitag vom 21.–23. März 1966 in Bonn wurde Erhard mit 413 Ja- und 80 Nein-Stimmen bei 50 Enthaltungen zum Vorsitzenden gewählt; Barzel erhielt 385 Ja- gegen 108 Nein-Stimmen bei 63 Enthaltungen. Von einem überragenden Ergebnis oder gar breitester Zustimmung konnte nach diesem Wahlausgang nicht die Rede sein. Es deutete sich vielmehr an, daß die Partei nicht geschlossen hinter dem neuen Führungsduo stand. Den Vorschlägen der Kommission folgend, wählte der Parteitag zwei weitere, einander gleichberechtigte Vorsitzende (Kai-Uwe von Hassel und Paul Lücke) und sechs weitere Präsidiumsmitglieder (Theodor Blank, Aenne Brauksiepe, Josef Hermann Dufhues, Eugen Gerstenmaier, Franz Amrehn, Gerhard Schröder) sowie als Geschäftsführendes Präsidialmitglied Bruno Heck.[5]

Schon wenige Monate später zeigte sich, wie dünn das Eis war, auf dem der neue Vorsitzende sich bewegte. Der Ausgang der Wahl im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen am 10. Juli 1966, bei der die CDU 3,6 Prozent und die führende Position und im Dezember auch die Regierung an die SPD verlor, die mit 49,5 Prozent fast die absolute Mehrheit erreichte, wurde vor allem Erhard angelastet. Der Rückschlag spiegelte den massiven Vertrauensverlust wider, dem er seit der Bundestagswahl 1965 unterlag. Eine sich aufgrund der Wirtschaftslage rasch verbreitende pessimistische Stimmung, die Auseinandersetzungen um die Sozialpolitik, das (heute lächerlich gering erscheinende) Problem, den Bundeshaushalt auszugleichen, und nicht zuletzt außenpolitische Verwerfungen im Verhältnis zu Frankreich und den USA führten zu dramatischer Erosion des Ansehens Erhards. Nicht zuletzt trugen Konrad Adenauer und andere Parteigrößen, die mit der Politik des Kanzlers und Parteivorsitzenden unzufrieden waren, mit Interviews direkt und indirekt zur Unterhöhlung seiner Autorität bei. Als die FDP wegen der grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über die Sanierung des Haushalts aus der Koalition Ende Oktober 1966 ausschied, war sein Rücktritt vom Kanzleramt nur noch eine Frage der Zeit. Unmittelbar nach seinem

4 Ebd. S. 96.

5 Vgl. KLEINMANN S. 262.

Rücktritt, am 30. November 1966, signalisierte Erhard, auch auf den Parteivorsitz verzichten zu wollen.

Die Neuwahl des Parteichefs auf dem 15. Bundesparteitag in Braunschweig am 23. Mai 1967 fiel nach erneuten Satzungsänderungen auf den seit 1. Dezember 1966 amtierenden Bundeskanzler der Großen Koalition, Kurt Georg Kiesinger. Er hatte im Unterschied zu Erhard konsequent auch den Parteivorsitz angestrebt. Zusammen mit Bruno Heck, der als sein Kandidat das neu geschaffene Amt des Generalsekretärs übernahm[6] und mit dem ihn „ein absolutes Vertrauensverhältnis" verband, sollte er die Partei reformieren, sie in der Umbruchzeit Ende der sechziger Jahre als moderne Volkspartei ausrichten und in den Wahlkampf 1969 führen. Ihm zur Seite wurden fünf stellvertretende Vorsitzende (Aenne Brauksiepe, Josef Hermann Dufhues, Kai-Uwe von Hassel, Paul Lücke und Gerhard Schröder) gestellt, die mit ihm, dem Generalsekretär und dem Bundesschatzmeister (Hans-Christoph Seebohm), dem Bundestagspräsidenten (Eugen Gerstenmaier) und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion (Rainer Barzel) das Präsidium bildeten (§ 29 des Statuts).

Aufgrund der Unruhe, in die die Partei unter Erhard geraten war, und der Erwartung auf eine Besserung der Verhältnisse erstaunt das Vertrauensvotum von über 94 Prozent der Stimmen nicht, mit dem Kiesinger in Braunschweig am 23. Mai 1967 zum Nachfolger Erhards gewählt wurde. Ein Parteiführer wie Adenauer oder gar Helmut Kohl wurde er jedoch nicht. Vielmehr pflegte er einen eher präsidialen Führungsstil, der ihn dem eigentlichen Parteibetrieb enthob. Die Parteiarbeit überließ er seinem Generalsekretär Heck und dem seit 1958 amtierenden Bundesgeschäftsführer Konrad Kraske. In seiner Amtszeit aber förderte er die Parteireform, wobei es ihm gelang, durch seine Fähigkeit der Vermittlung und Kompromißfindung zwischen den unterschiedlichen Gruppen und divergierenden Interessen die Partei organisatorisch und programmatisch auf die Veränderungen in Politik und Gesellschaft einzustellen. Der Einfluß, den er auf die Formulierung des Berliner Programms von 1968, des ersten Grundsatzprogramms der Partei, nahm, ist nicht zu unterschätzen. Seine Hauptaufgabe sah er selbst vor allem darin, die Große Koalition, in die die CDU keineswegs freudig gegangen war, „durch alle Klippen hindurch zu einem Erfolg" zu führen, damit „dieser Erfolg sich für unsere eigene Partei im Jahre 1969 auswirkt".[7]

Die CDU hatte sich seit ihrer Gründung als Bundespartei im Jahre 1950 bis 1966 durch personelle Kontinuität und Stabilität an der Parteispitze ausgezeichnet. Auch ihre führende Rolle in der Bundespolitik stand bis dahin nicht in Frage. Die anschließende schnelle Abfolge im Parteivorsitz, der Wechsel von Erhard zu Kiesinger im Amt des Kanzlers sowie der Wechsel der Regierungskoalition ließen aber in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen, die Partei sei nach dem Ende der Adenauer-Ära in ihrer Substanz getroffen und werde gar in eine existentielle Krise geraten. Von „Zerfallserscheinungen" war die Rede[8], und selbst Adenauer fürchtete um die CDU, wenn es nicht ge-

6 Vgl. dazu die Diskussion um die notwendigen Satzungsänderungen in Nr. 12 S. 483–569.
7 Nr. 15 S. 666.
8 Fred Luchsinger nach KLEINMANN S. 255.

linge, „die Verschiedenheit der Interessen der einzelnen Gruppen, die bei uns sind", zu überspielen. „Unsere Partei wäre als Oppositionspartei nicht lebensfähig."[9] Tatsächlich war die Volkspartei mit ihren vielen Verästelungen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in ständiger Unruhe und Bewegung, wie gerade auch die Protokolle des Vorstands – nach Adenauer „die Elite der Partei"[10] – ausweisen.

Erhard und der Bundesvorstand

In seiner ersten Sitzung befaßte sich der Vorstand fast ausschließlich mit dem Ergebnis der Bundestagswahl und der bevorstehenden Koalitionsbildung. Es war klar, daß nach Lage der Dinge nur eine Koalition mit der FDP in Frage kam, zumal Erhard selbst glaubte, „eindeutig jedes Vorhelfen zu einer großen Koalition sofort wieder ausgetrieben" zu haben[11]. Er deutete damit indirekt an, daß die Fortsetzung einer Koalition mit der FDP innerhalb seiner Partei keineswegs eine ausgemachte Sache war. Eine „Liebesheirat" war mit der FDP jedenfalls nicht zu erwarten – vor allem wegen unterschiedlicher Auffassungen in der Außen- und Deutschlandpolitik, aber auch wegen einer Reihe von Gesetzesvorhaben, für die man die SPD benötigte. Bei aller Befriedigung über den Wahlausgang wurde Erhard unmißverständlich aufgefordert, die Vollmacht, die er mit dem Wahlergebnis erhalten habe, „in einer sehr schwierigen und kritischen Zeit" zu nutzen. Zudem wurde von ihm gefordert, daß sein neues Kabinett etwas aussagen müsse über die „Regenerationskraft" der CDU/CSU[12], in der nun diejenigen nach vorne drängten, die nicht mehr im Kaiserreich geboren waren und nicht bereits in der Weimarer Republik politische Erfahrung gesammelt hatten. Die Tatsache, daß Erhard sich nach der Eröffnung der Sitzung durch den Parteivorsitzenden nicht sofort zu Wort meldete, um den Verlauf der Sitzung in seinem Sinne zu strukturieren, ist mehr als bezeichnend. Bei seiner späteren Wortmeldung ging er nicht über allgemeine Bemerkungen zum Wahlkampf hinaus, appellierte an die Geschlossenheit der Partei und gab schließlich der Hoffnung Ausdruck, „möglichst schnell wieder in das normale Fahrwasser unserer Regierungspolitik zu gelangen"[13]. Dies war zu wenig, wenn nicht sogar ein verunglückter Start, der kein Gefühl für einen Neubeginn vermittelte.

Schon in der Vergangenheit hatte er es versäumt, durch aktive Präsenz im führenden Parteigremium dessen Mitglieder auf seine politischen Vorstellungen einzuschwören und als Multiplikatoren hinter sich zu scharen, zumal seinen Redebeiträgen im Bundesvorstand die analysierende und klärende Konturierung fehlte, die das Gremium von Adenauer kannte.[14] Erhard versäumte es, seine Ziele zu artikulieren und die Grundsätze der Innen- und Außenpolitik zu erläutern. Er hielt es offenbar nicht für nötig, dem Bundesvorstand Orientierung zu geben und die schon in der abgelaufenen Legislaturperi-

9 Nr. 3 S. 71.
10 Nr. 4 S. 108.
11 Vgl. Nr. 1 S. 21.
12 So Kohl in Nr. 1 S. 20.
13 Nr. 1 S. 22.
14 Vgl. Nr. 3 S. 67–72.

ode aufgebrochenen Differenzen in der Union über personelle und sachliche Fragen auszuräumen. Kontroversen, die auszutragen waren, pflegte er mit unverbindlichen Formeln zu überdecken, so daß schon in den Sitzungen vor seinem Wahlerfolg, den er unmittelbar danach (am 20. September 1965) als „eine Bestätigung der Politik, für die ich verantwortlich zeichne, und für meine Persönlichkeit und für meine Amtsführung" betrachtete[15], immer öfter Kritik an seinen Ausführungen laut geworden war.[16] Seine Teilnahme an den Sitzungen war ihm eine eher lästige Pflichtübung. Erhard war kein machtbewußter Politiker, schon gar nicht ein Parteiführer, der die Unionsgranden in schwieriger Zeit für sich und seine optimistische Weltsicht einzunehmen wußte. Er betrachtete sich nicht als konventionellen Parteipolitiker, sondern als „Volkskanzler", der sich um Partei, Intrigen und Interessengruppen und die unerläßliche politische Kleinarbeit nicht kümmern wollte. So blieb er im Bundesvorstand weitgehend isoliert und ohne politische Gefolgschaft. Von Anfang an bestanden Zweifel an seiner Führungsstärke, weil er die divergierenden Gruppen regionaler, soziologischer und konfessionelle Ausrichtung und Interessen, aus denen die CDU bestand, nicht auszubalancieren und zu integrieren verstand. Er blieb zu ihr auf Distanz, ja er „hatte keine Beziehungen zu irgendeiner Fraktion innerhalb der Partei"[17]. Die Unzufriedenheit und der Zwist, die daraus resultierten, wurden ihm schließlich zum Verhängnis.

Die Bildung der neuen Regierung erwies sich als schwieriger und langwieriger, als die Position der Stärke, die Erhard „auf dem Papier" durch das Wahlergebnis erreicht hatte, erwarten ließ. Vorgeblich war man sich – so die Berichte von Dufhues und Barzel in der Sitzung vom 15. Oktober 1965 – in Sachfragen mit der FDP weitestgehend einig, weniger allerdings in Personalfragen; denn Erich Mende und sein Anspruch auf das gesamtdeutsche Ministerium, die Rolle von CSU-Chef Franz Josef Strauß in der Koalition und das Verbleiben von Gerhard Schröder im Auswärtigen Amt waren heftig umstritten. Barzel deutete an, daß vor allem die Probleme in der Außenpolitik „mehr bei uns selbst" lägen[18]. Die Partei präsentierte sich also schon anfangs als dissonanter Chor. In der Diskussion griff Helmut Kohl dies auf und bat Erhard, Stellung zu den deutsch-französischen Beziehungen zu nehmen.[19] Ihm assistierte Adenauer, der an Erhard appellierte, er müsse die „großen Sachen in Ordnung halten". Einen Gegensatz in „unsere(r) Freundschaft zu Frankreich und unsere(r) Freundschaft zu Amerika" hielt er für „ungefähr das Dümmste in der Politik, was ich je gehört habe"[20].

Zwar waren die ersten Sitzungen nach der Bundestagswahl vornehmlich der organisatorischen Neuordnung der Parteispitze und der Vorbereitung des Bundesparteitags am 21. bis 23. März 1966 in Bonn gewidmet, die Vorstandsmitglieder erwarteten jedoch

15 Zit. nach OSTERHELD S. 238.

16 Vgl. PROTOKOLLE 4 S. XXV ff. Vgl. auch Frank BÖSCH: Der „laisser-faire"-Vorsitzende: Ludwig Erhard, in: Daniela FORKMANN/Michael SCHLIEBEN (Hg.): Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland 1949–2005. Wiesbaden 2005 S. 32–34.

17 MIERZEJEWSKI S. 307.

18 Vgl. Nr. 2 S. 47.

19 Ebd. S. 49.

20 Ebd. S. 55.

vom Kanzler auch eine politische Positionsbestimmung. Erhard ließ sie aber vermissen. Schließlich platzte dem Landesvorsitzenden der Berliner CDU, Franz Amrehn, der Kragen. Am 14. März 1966 verlangte er, daß die von weither angereisten Teilnehmer „wenigstens ein Wort darüber hören, wie die Dinge der letzten Wochen beurteilt werden“[21]. Der Beifall, den Amrehn für seine Anregung erhielt, war ein deutliches Indiz dafür, daß der Bundesvorstand Analysen und Hintergrundinformationen über die politische Lage erwartete und darüber debattieren wollte. Der akute Anlaß für Amrehns Intervention war der Schock, den de Gaulle mit seiner Ankündigung vom 21. Februar 1966 ausgelöst hatte, Frankreich werde aus der militärischen Organisation der NATO ausscheiden. Adenauer ging sofort darauf ein, äußerte sich aber nur sehr knapp zu seinen Gesprächen mit de Gaulle, den er am 7. und 8. März in Paris kurz getroffen hatte. Darüber habe er dem Bundeskanzler berichtet, der gesagt habe, „die Sache käme in Ordnung, aber wie, hat er mir nicht verraten“.[22]

Nun war Erhard gefordert. Doch beließ er es bei einem referierenden Bericht über die Fakten der letzten Wochen und den Inhalt der Korrespondenzen zwischen den westlichen Regierungschefs, ohne darauf einzugehen, welche Konsequenzen er aus der Entscheidung de Gaulles ziehen würde. Seine abschließende Bemerkung, Ziel müsse es sein, „eine für alle Beteiligten entscheidende Lösung zu finden“, ließ die Vorstandsmitglieder ratlos. Zu einer Diskussion kam es nicht. Über die Note der Bundesregierung „zur Abrüstung und Sicherung des Friedens“ (Friedensnote), die einige Tage später, am 25. März 1966, veröffentlicht wurde, verlor er kein Wort.

Auch in der ersten Sitzung nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden verzichtete der Bundeskanzler auf eine Lagebestimmung und wollte von den anstehenden Problemen, u. a. mit Frankreich in der europäischen Integration, nicht sprechen. Statt dessen führte er aus – hier fühlte er sich in seinem Element –, die Bundesrepublik sei auf dem Weg, über ihre Verhältnisse zu leben, stellte Überlegungen an über eine mittelfristige Finanzplanung, die Stabilität der Währung, den Erhalt der Wettbewerbskraft der Wirtschaft und den Ausgleich der Zahlungsbilanz. All das erfordere ein „hartes Zusammenstehen“, und so appellierte er an den Zusammenhalt der Partei und bat um Unterstützung und Mitarbeit des Bundesvorstands „bei den Aufgaben, die wirklich von geschichtlicher Bedeutung sind für die Zukunft unseres Volkes“.[23] Daß der Appell an die Solidarität der Partei nur zu berechtigt war, läßt auch der Diskussionsbeitrag Helmut Kohls erkennen, der feststellte, „daß die Solidarität so gering geworden ist, wie sie eigentlich zu keinem Zeitpunkt – das ist mein Eindruck – in diesen 20 Jahren (seit der Parteigründung) gewesen ist“. Die erkennbare „Malaise“, „eine chronische Unlust ..., die in der Partei herrscht“, könne man aber nicht „durch einen künstlichen Optimismus, sondern durch eine starke und entschiedene und energische Haltung“ überwinden.[24] Genau diese Haltung ließ Erhard vermissen.

---

21 Vgl. Nr. 4 S. 155.
22 Ebd. S. 156.
23 Vgl. Nr. 6 S. 175 f.
24 Vgl. Kohl in Nr. 6 S. 194.

Tatsächlich konvergierten nach Erhards Wahlsieg vom September 1965 mehrere Problemlagen, die im Zusammenwirken das rasche Ende seiner dreijährigen Kanzlerschaft und seiner kurzen Amtszeit als Parteivorsitzender besiegelten. Ganz abgesehen davon, daß er die außenpolitischen Fragen zu optimistisch behandelte, was dem Ernst der Lage nicht gerecht wurde, machten ihm die Auseinandersetzungen in der Union um die Außen- und Sicherheitspolitik, die als Streit zwischen Gaullisten und Atlantikern in die Geschichte eingegangen sind[25], schwer zu schaffen, noch mehr innenpolitische Probleme, die wirtschaftliche Lage, die sich über die Kohlenkrise zu einer kleinen Rezession auswuchs und die Wahlen in Nordrhein-Westfalen am 10. Juli 1966 negativ beeinflußte, sowie die Schwierigkeiten unter erheblichem Druck der FDP, den Bundeshaushalt auszugleichen.

Erschwerend kam noch hinzu, daß sich die CDU Veränderungen in der Gesellschaft gegenübersah, die ihr traditionelles Wählerpotential betrafen. Die interessengebundenen und landsmannschaftlichen Milieus und Bindungen hatten sich schon seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre gelockert. Zwischen Mitte der sechziger Jahre und 1973 kam es zu einem beispiellosen Rückgang der Kirchlichkeit, einem Verlust an Integrations- und Bindekraft. Allein der Anteil der Katholiken, die regelmäßig den Gottesdienst besuchten, ging von 48 auf 35 Prozent zurück[26]. Dieser „Erosionsprozeß"[27], den die Kirchen in dieser kurzen Spanne erlebten, blieb auch für die Union nicht ohne Konsequenzen. Der tiefe Einbruch der SPD in die katholische Wählerschaft bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl erschien als „ein sehr ernster Punkt" wie auch die Tatsache, daß „sich in der Tat die katholische Kirche in ein etwas distanziertes Verhältnis zur CDU begeben" hatte.[28] Das Ende eines engeren Konfessionalismus, die Liberalisierung der Lebensstile, eine Sozialpolitik, die als selbstreferentielles System immer weiter ausuferte und den Hedonismus förderte, die Pluralisierung und Differenzierung gesellschaftspolitischer Interessen, der sog. neue Mittelstand aus gehobenen, unselbständig Beschäftigten, der zur CDU Distanz hielt – all dies ging an die Substanz der Partei.

Die nordrhein-westfälische Landtagswahl am 10. Juli 1966, die als Denkzettel für die CDU-geführte Bonner Regierung interpretiert wurde[29], war für die Partei, vor allem aber für den Kanzler, ein Menetekel, ein „bundespolitischer Alarmruf"[30]. In diesem Wahlergebnis kulminierten am ersten und deutlichsten die Trends des gesellschaftlichen Wandels und der Auflösung traditioneller Strukturen. Die Wahlniederlage offen-

25 Torsten OPPELLAND: Alte und neue Atlantiker-Gaullisten – Kontroversen, in: HPM 11 (2004) S. 341–350.

26 Renate KÖCHER: Religiös in einer säkularisierten Welt, in: Elisabeth NOELLE-NEUMANN/ Renate KÖCHER: Die verletzte Nation. Über den Versuch der Deutschen, ihren Charakter zu ändern. Stuttgart 1987 S. 174f.

27 Hans MAIER: Kirche, Religion und Kultur, in: Martin BROSZAT (Hg.): Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegszeit. München 1980 S. 132.

28 So Even in Nr. 7 S. 202 und Adenauer S. 213.

29 So Gerstenmaier in Nr. 7 S. 221 und Blank S. 228.

30 Adenauer Ebd. S. 203.

barte die Malaise, in der die Partei mit ihrem Vorsitzenden und Bundeskanzler steckte. Erstmals seit der Bundestagswahl von 1965 kam es am 11. Juli 1966 im Vorstand zu einer intensiven Debatte, bei der die Ursachen für den einschneidenden Verlust (3,6% an Stimmen, 11% an Mandaten) breit und offen angesprochen wurden: die „weitverbreitete Existenzangst" wegen der krisenhaften Situation bei Kohle, Stahl und der Textilindustrie, das negative Bild der CDU in der Öffentlichkeit („Die CDU sei in Wahrheit führungslos, sie leide an inneren Auseinandersetzungen"[31]) vor allem in der Außenpolitik, mit der die Union frühere Wahlen entschieden hatte, aber auch in der Deutschlandpolitik.

Die Reihe von Defiziten war erschreckend lang: steigende Unzufriedenheit verschiedener gesellschaftlicher Gruppen mit der Regierung – Bauern, Kriegsopfer, Vertriebene, Mittelstand –, Unverständnis über das Haushaltssicherungsgesetz, Einschnitte in der Sozialpolitik, nachdem noch vor der Bundestagswahl Wahlgeschenke verteilt worden waren, z. B. in der Krankenversicherung, unklare Familienpolitik (Kindergeld), Mängel in der Kommunal- und in der Frauenpolitik, „Schwarzmalerei" der SPD, die sich als die echte Alternative darstelle und sich geschickt auf den „Genossen Trend" stütze, die der Union feindliche Medienfront, vor allem in Gestalt der politischen Fernsehmagazine Panorama und Monitor, und eben auch das Verhalten vieler katholischer Wähler. Eine Wahlanalyse sollte weitere Klarheit bringen.

All dies war in der akuten Einschätzung sicher zutreffend. Für Adenauer und Gerstenmaier griffen jedoch diese Deutungsmuster zu kurz. Der Altkanzler warnte davor, die Vorgänge bei der Wahl nur unter kurzfristigen Aspekten und als eine vorübergehende Erscheinung zu betrachten[32], und Gerstenmaier lehnte die Erwartungen an eine flache „soziologische Wahlanalyse herkömmlicher Prägung" sogar rundweg ab[33]. Für beide waren tiefere Gründe die Ursache des Debakels; sie bemängelten den Verlust eines klaren Profils und wiesen auf die Säkularisierungstendenzen hin, denen sich die CDU zu konformistisch angepaßt habe[34]. Sie empfahlen deshalb die Besinnung auf den inneren Kompaß, auf das „C", zur Profilierung und Abgrenzung gegenüber den anderen Parteien. Gerstenmaiers Appell, der mit „lebhaftem Beifall" aufgenommen wurde, blieb nicht ohne Widerhall. Unterstützung fand er bei Katzer, der zusätzlich zur Wahlanalyse ebenfalls „die Klarlegung unseres Standpunktes" verlangte. Die Folge war, daß der Bundesvorstand beschloß, die Weichen für eine Neuausrichtung zu stellen und ein Programm zu erarbeiten, das den Veränderungen in der Mitgliederstruktur, aber auch in der Gesellschaft seit dem Hamburger Programm von 1953 Rechnung tragen sollte und mit dem man in den Wahlkampf 1969 gehen wollte.[35] Erhard hatte damit allerdings nichts mehr zu tun.

31 Nr. 7 S. 201.
32 Ebd. S. 212.
33 Ebd. S. 223.
34 Ebd. S. 222.
35 Vgl. Nr. 8 S. 331.

Nach der ausführlichen Diskussion über das Wahlergebnis der nordrhein-westfälischen Landtagswahl, in die Erhard nicht eingriff, sondern nur die Wortmeldungen verteilte, streifte er in seinem Bericht zur Lage noch kurz die jüngsten Ereignisse in der Außen- und Deutschlandpolitik. In erster Linie ging es hier um die Verhandlungen über Passagierscheine für West-Berliner zum Besuch ihrer Verwandten in Ost-Berlin und die Regelung von Härtefällen, etwa in der Zusammenführung von Familien, wobei eine weitere Aufwertung der DDR vermieden werden sollte. In dieser Frage gab es nicht nur den Druck einiger Presseorgane, sondern auch Konfliktstoff mit dem SPD-geführten Berliner Senat und mit dem Koalitionspartner FDP, vertreten durch den Minister für gesamtdeutsche Fragen, Mende, der nach Ansicht mehrerer Vorstandsmitglieder durch seine Forderung nach kleinen Schritten in der deutschen Frage die CDU dem Anschein aussetzte, sie betreibe eine „statische Politik". Erhard wurde von Heck aufgefordert, von seiner Richtlinienkompetenz „sehr konsequent Gebrauch machen (zu) müssen"[36]. In Verkennung der Brisanz dieser Forderung verwies er lediglich darauf, von seiner Kompetenz Gebrauch gemacht zu haben, als er den von der FDP gewünschten Kabinettsausschuß für gesamtdeutsche Fragen abgelehnt habe.[37]

Nach Einschätzung Heinrich Krones ließ Erhard „alles an sich herankommen, plätschert wie ein unwissender Junge in der Politik herum".[38] In der Außenpolitik überließ er seinem dezidiert atlantisch eingestellten Außenminister Gerhard Schröder das Regiment, der den Bundesvorstand souverän ignorierte und ihm kein einziges Mal Rede und Antwort stand. In der Innenpolitik trafen Erhards Vorstellungen, die Haushaltskonsolidierung durch Einschnitte und Kürzungen auch bei den Sozialleistungen zu erreichen, weder im Kabinett noch im Bundesvorstand geschweige denn in der Bevölkerung auf Gegenliebe. Die Verteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern blieb ungelöst.[39] Erhards Appelle, den Gürtel enger zu schnallen, verhallten, ohne einen Mentalitätswechsel auch nur anzustoßen.

Die CDU/CSU-Fraktion fühlte sich nicht nur bei wesentlichen außenpolitischen Entscheidungen, sondern auch in zentralen Fragen der Haushalts- und Finanzplanung übergangen. Immer mehr wurden auch hier die Führungsqualitäten des Bundeskanzlers in Frage gestellt, zumal er sich mit seinem Auftreten schon als Bundesminister „um jeglichen Rückhalt" gebracht hatte, so ihr Geschäftsführer Will Rasner.[40] So schmolz Erhards anfänglicher Kredit in allen Unionsgremien schnell dahin.

Dabei hatte er durchaus einen Sinn für die zunehmende gesellschaftliche und politische Unruhe der Zeit. Der Autor des vielzitierten und wählerwirksamen Buches „Wohlstand für Alle!" aus dem Jahr 1957 hatte früh erkannt, daß der rasante wirtschaftliche Aufstieg der Bundesrepublik an erste Grenzen stieß und die Ordnungsmodelle des Wiederaufbaus in Frage stellte. Das Wirtschaftswunder hatte seit Ende der fünfziger Jahre

36 Nr. 7 S. 257.
37 Vgl. Nr. 7 S. 257.
38 KRONE-TAGEBUCH S. 355 (12. März 1965).
39 Vgl. Nr. 8 S. 271f., S. 277f., S. 280f. usw.
40 Daniel KOERFER: Der Kampf ums Kanzleramt. Darmstadt 1988 S. 719.

eine Beschleunigung des sozialen Wandels, eine Abkehr von traditionellen Leitbildern und eine Ausformung pluraler Lebensstile, kurz: eine Gemengelage von Aufbruch-, Umbruch- und Krisenbewußtsein zur Folge, von der auch die Union nicht unbeeinflußt blieb.[41] Erhard versuchte, dieser bedenklichen Entwicklung ordnungspolitisch mit seiner Vision der „Formierten Gesellschaft" Herr zu werden. Das Konzept sollte die Soziale Marktwirtschaft an die veränderten gesellschaftlichen, ökonomischen, kulturellen und politischen Bedingungen anpassen, insbesondere den ausufernden Sozialstaat und das wachsende Anspruchsdenken eindämmen. Ein „Sonderkreis" aus Wissenschaftlern, Intellektuellen und Journalisten unter der Leitung von Karl Hohmann hatte es erarbeitet[42], ohne Politiker und Vertreter gesellschaftlicher Gruppen zu beteiligen. Erhard hatte seine Idee erstmals auf dem CDU-Bundesparteitag am 31. März 1965 präsentiert. Die „Formierte Gesellschaft" sollte den Einfluß der organisierten Interessengruppen zurückdrängen und die Bürger in die Lage versetzen, staatsbürgerliche Tugenden zu entwickeln, gewissermaßen als freie, selbstverantwortliche Individuen die Abhängigkeit aller von allen zu beachten, ähnlich der Vorstellung, die heute unter dem Begriff der „Zivilgesellschaft" diskutiert wird. Doch alles daran blieb viel zu vage, als daß es in einer Zeit, in der das Vertrauen in die Selbsterneuerungskräfte des Marktes erschüttert war, in der angesichts des enormen Tempos des Wandels das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit wuchs und das Planungsdenken in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Einzug hielt[43], auf positive Resonanz hätte stoßen können.

Der Ansatz war zweifellos richtig, denn er trug der Notwendigkeit Rechnung, Perspektiven für einen moralischen Wandel und eine zukunftsorientierte Gesellschaftspolitik zu eröffnen, um die Bundesrepublik zu modernisieren. Doch es fehlte dem Konzept an handfesten politischen Anleitungen, so daß die Botschaft ins Leere lief, weil kaum jemand selbst in der eigenen Partei, geschweige denn in der Öffentlichkeit sie verstand.[44] Da Erhard obendrein die Umsetzung seines Konzepts nicht selbst betrieb, sondern sich darauf verließ, daß sich seine Idee schließlich durchsetzen würde, blieb das Ganze nicht mehr als eine Episode der politischen Ideengeschichte.

Nach der für die CDU ungünstigen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen verlor Erhard zusehends die Reputation, die auf seiner Popularität in der Bevölkerung beruht hatte. Die erfolglosen USA-Besuche des Kanzlers im Dezember 1965 und vor allem vom 26./27. September 1966, bei dem Präsident Lyndon B. Johnson kompromißlos auf einer Regulierung des Devisenausgleichs bestand, machten den Verfall seines Ansehens

41 Vgl. dazu Matthias FRESE/Julia PAULUS/Karl TEPPE (Hg.): Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik. Paderborn 2003.

42 Zu den Mitgliedern zählte u. a. der Publizist Rüdiger Altmann, der Journalist Johannes Gross und der Politikwissenschaftler und Wahlforscher Rudolf Wildenmann.

43 Gabriele METZLER: Konzeption des politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft. Paderborn 2005; Hans Günter HOCKERTS: Planung als Reformprinzip. Einführung. In: Matthias FRESE u. a. (vgl. Anm. 41) S. 249–257.

44 Kay MÜLLER/Franz WALTER: Graue Eminenzen der Macht. Küchenkabinette in der deutschen Kanzlerdemokratie von Adenauer bis Schröder. Wiesbaden 2004 S. 62 f.

und seiner Machtbasis offenkundig. Daran änderte auch der Beschluß der CDU/CSU-Fraktion vom 4. Oktober 1966[45] nichts mehr, dem der Bundesvorstand am 7. Oktober 1966 einstimmig beipflichtete, „Erhard ist und bleibt Bundeskanzler"[46]. Wie wenig auf solche Beteuerungen zu vertrauen war, wußte er selbst nur zu gut. Schon das Schreiben von über 70 Fraktionsmitgliedern vom 29. Juni 1966, die sich über fehlende Koordinierung insbesondere in der Deutschland- und Außenpolitik beklagten und eine „gemeinsame Konzeption und Sprachregelung für den internen und externen Gebrauch" verlangten, war das nicht nur Ausdruck tiefer Irritation, sondern eine veritable Revolte. Ihm wurde angedeutet, der „in einem großen Teil der Fraktion bestehende Unmut" könne „sich eines Tages in unangenehmer Form" entladen.[47] Diesem aufgestauten Unmut begegnete er im Parteivorstand am 7. Oktober 1966 in seinem – erstmals ausführlichen – Bericht zur Lage jedoch einmal mehr nur mit der Mahnung, sich nicht gegenseitig zu „zerfleischen" und „das zerrissene Bild der CDU ... noch weiter zu gefährden"[48]. Doch damit war der „sehr ernsten Vertrauenskrise"[49] nicht mehr zu begegnen. Der Vertreter Berlins, Hans-Jürgen Behrendt, brachte die Meinung des Vorstands auf den Punkt: „Man kann Personen- und Sachprobleme nicht nur mit dem Appell zur Disziplin regeln."[50] Nach Ansicht von Helmut Kohl beruhte die Misere der CDU auf einer lange schwelenden und „steigenden Führungslosigkeit", die bis ins Jahr der Präsidentschaftskrise von 1959 zurückreiche. Seiner Schlußfolgerung nach fehlte „die mangelnde Erörterung und Beschlußfassung in den zuständigen Kreisen über die Sachfragen" und die innerparteiliche Demokratie und Solidarität.[51]

Erhards Schicksal hing nun an dem seidenen Faden des schwierigen Haushaltsausgleichs, der „Existenzprobe" – wie Gerstenmaier formulierte[52], die mit dem Koalitionspartner zu bestehen war. Optimistisch, das Problem zu lösen, lud er zur nächsten Sitzung des Bundesvorstands am 2. Dezember ein. Doch die Krise spitzte sich schnell zu. Der Konkurs stand unmittelbar bevor. Im Kabinett gelang zwar am 26. Oktober ein Vergleich mit den FDP-Ministern in der strittigen Frage der Steuererhöhungen, doch tags darauf beharrte die FDP-Fraktion auf deren Rückzug aus dem Kabinett.

In der Sitzung des Vorstands vom 8. November 1966 nahm Erhard zur Regierungskrise und den Ereignissen, die dazu geführt hatten, ausführlich Stellung. Die Ursachen sah er nicht nur im Verhalten der FDP während der letzten 14 Tage, sondern auch in den tieferen Wurzeln einer „inneren Führungskrise unserer Partei". Er selbst habe sich an diesen Vorgängen nicht beteiligt, sondern immer wieder versucht, „die Wogen etwas zu

45 CDU/CSU-Fraktionsprotokolle S. 2043.
46 Nr. 8 S. 310f.
47 Ernst Müller-Hermann an Erhard in ACDP 07-001, Schriftwechsel mit Mandats- und Funktionsträgern M–Z.
48 Nr. 8 S. 270.
49 So Dichtel in Nr. 8 S. 280 und Stoltenberg S. 298.
50 Nr. 8 S. 296.
51 Ebd. S. 304–308.
52 Ebd. S. 284.

glätten“[53] – ein etwas merkwürdiges Verständnis von den Aufgaben eines Bundeskanzlers und Parteivorsitzenden. Abdanken wollte er aber noch nicht, rechnete er sich doch noch Chancen aus, mit der FDP weitermachen zu können. Zu einer derartigen Hängepartie wollte sich jedoch im Bundesvorstand niemand verstehen, zumal die Gefahr drohte, durch eine Verständigung zwischen SPD und FDP in die Opposition verbannt zu werden. Es war aber klar, daß die Frage der Kanzlerschaft schnell geregelt werden müsse.

Eine Möglichkeit der Erhard-Gegner bestand darin, die offene Konfrontation zu suchen und einen – auch für die FDP akzeptablen – Kandidaten ins Rennen zu schicken. Doch die Aspiranten Rainer Barzel, Eugen Gerstenmaier und Gerhard Schröder paralysierten sich gegenseitig. Nach längerer Debatte, bei der zunächst alle um den heißen Brei herumredeten, nannte Kohl schließlich die Namen der Kandidaten: den Fraktionsvorsitzenden Barzel, den Bundestagspräsidenten Gerstenmaier, den Außenminister Schröder sowie den von den Bonner Querelen nicht betroffenen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger, dazu noch den Präsidenten der Kommission der EWG, Walter Hallstein.[54] Von Erhard war keine Rede mehr: Er selbst gab auch zu erkennen, daß er auch sein Amt als Vorsitzender „mit Würde und mit Anstand“ niederlegen werde.[55]

Das Scheitern Erhards hatte verschiedene Ursachen. Zum einen lagen sie in seiner Partei, die sich in einer Phase des Umbruchs und auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis befand. Nach dem Ende der Kanzlerschaft Adenauers waren die durch dessen übermächtige Führungspersönlichkeit verdeckten Strukturdefizite der CDU offen zutage getreten. Zum anderen lag es an Erhard selbst: Dem entscheidungsschwachen „Unpolitischen“[56], der persönliche Auseinandersetzungen scheute, versagte die Partei die Gefolgschaft, da er die erhoffte Neuorientierung nicht leistete. Und schließlich lag es am Koalitionspartner FDP, der ihm nicht nur wegen der Haushaltsprobleme, sondern auch wegen anderer deutschland- und ostpolitischen Vorstellungen, die in Teilen der Partei bis zur Anerkennung des zweiten deutschen Staates und der Oder-Neiße-Grenze reichten, die Zusammenarbeit aufkündigte. Daß auch der gesellschaftliche Wandel, den Erhard doch so prägend mitgeholfen hatte, in Bewegung zu setzen, seinen Niedergang und schließlichen Sturz beförderten, gerade ein halbes Jahr nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden, kann man als Ironie der Geschichte sehen.

Für die Verhandlungen, die mit den potentiellen Koalitionspartnern zu führen waren, wurde eine Kommission bestellt: Neben Erhard, an dessen Stelle dann aber sein designierter Amtsnachfolger Kiesinger den Vorsitz übernahm, gehörten ihr Dufhues und Heck für die Partei an, dazu noch Vertreter der CDU/CSU-Fraktion und der CSU. Am 10. November kürte die Fraktion Kurt Georg Kiesinger im dritten Wahlgang zum Kanzlerkandidaten der Union. Von ihm wurde erwartet, eine mehrheitsfähige Regierung zusammenzubringen, als Kanzler die CDU in die Bundestagswahl 1969 zu führen und

53 Nr. 9 S. 339.
54 Ebd. S. 364.
55 Ebd. S. 374.
56 Mierzejewski S. 319–327.

„die Integration in der Partei zu betreiben und die ... aufgetretenen Spannungen und Gräben ... zu schließen“[57].

Kiesinger und der Bundesvorstand in der Großen Koalition

Schon im Dezember 1962 hatte es mit der SPD Verhandlungen über die Bildung einer Großen Koalition gegeben. Zwar scheiterte dieser erste Versuch, doch hielt vor allem Karl Theodor von und zu Guttenberg (CSU) weiterhin den Kontakt mit dem stellvertretenden SPD-Parteivorsitzenden Herbert Wehner und besprach immer wieder hinter dem Rücken Erhards diese Koalitionsoption.[58] Auch andere Unionspolitiker drängten auf ein Zusammengehen mit der SPD, so z. B. Adenauer und Paul Lücke, die Ende 1965 für eine Große Koalition auf Zeit votierten. Hinzu kam, daß auch Bundespräsident Heinrich Lübke keinen Hehl aus seiner Vorliebe für eine Große Koalition machte. Zu einem Eklat in dieser Frage war es zwischen Erhard und Lübke am 4. Januar 1966 beim Neujahrsempfang des Bundespräsidenten gekommen, der vor den versammelten Mitgliedern des Kabinetts erklärte, die soeben wiedergebildete kleine Koalition könne die großen Probleme der Zeit nicht lösen, die Große Koalition werde immer nötiger[59]. Unterstützung fand Lübke allerdings durch Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier. Schließlich sprach sich auch Rainer Barzel auf dem CDU-Parteitag in Bonn am 22. März 1966 – allerdings noch verklausuliert – für eine Kooperation mit der SPD „in den großen Lebensfragen unseres Volkes“ aus[60]. Die Befürworter einer Koalition der beiden Volksparteien zielten darauf ab, für einschneidende Reformen, die eine Änderung des Grundgesetzes erforderten, die notwendige Zweidrittelmehrheit im Bundestag herzustellen. Eine eindeutige Koalitionsaussage zugunsten der SPD bedeutete dies zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Denkbar war für viele in der Union auch die Fortsetzung der Koalition mit der FDP, allerdings mit einem anderen Kanzler.

Der Kandidat Kiesinger sollte Verhandlungen „nach beiden Seiten“ – also mit FDP und SPD – führen. Von vornherein strebte er aber eine Große Koalition an, deren Bildung in zahlreichen Gesprächsrunden bereits vorbereitet worden war. Sein überparteilich anerkanntes Vermittlungsgeschick prädestinierte ihn geradezu zum Kanzler der Großen Koalition. Die über Jahre gepflegten Kontakte einiger Unionspolitiker zur SPD und ihrer Bundestagsfraktion, insbesondere zu Herbert Wehner, mündeten, nachdem die Liberalen deutlich gemacht hatten, nicht mehr mit der Union zusammengehen zu wollen, nach den Landtagswahlen in Bayern (am 20. November) ab dem 24. November 1966 in offizielle Verhandlungen zwischen CDU, CSU und SPD, die mit Zustimmung des CDU-Präsidiums am 28. November zu einem baldigen Abschluß gebracht werden

57 Kohl in Nr. 9 S. 364.

58 Wirz, passim; Rudolf Morsey: Der lange Anlauf zur Großen Koalition 1961/62–1966. Von Adenauers Regierung zum Kiesinger/Brandt-Kabinett, in: „Rhöndorfer Hefte“ 10 (o. J.) S. 11–26; Ders.: Die Große Koalition – ihre Vorgeschichte und ihre Nachwirkungen, in: Buchstab u. a.: Kiesinger S. 393–419.

59 Hentschel S. 593.

60 CDU, 14. Bundesparteitag S. 119.

sollten.[61] In der tags darauf folgenden Vorstandssitzung schilderte Kiesinger ausführlich Verlauf und Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen mit den Delegationen von SPD und FDP. Letztmals als Kanzler führte Erhard in die Sitzung ein, wobei er aus seiner Abneigung gegen eine Große Koalition keinen Hehl machte, aber konzedierte, „daß wir angesichts der Starrheit der FDP kaum einen anderen Ausweg hatten, und daß auch sonstige Ereignisse uns zu dieser Koalition hineingedrängt haben".[62]

Mit Kurt Georg Kiesinger hielt ein Regierungschef Einzug ins Kanzleramt, der auf der Bonner Bühne kein Unbekannter war. Seine politische Karriere hatte er 1948 als Landesgeschäftsführer der CDU von Württemberg-Hohenzollern begonnen, und schon 1950 war er in seiner Partei in die Führungsriege aufgestiegen, hatte aber nach einem für ihn zu knappen Wahlergebnis auf dem 1. Bundesparteitag in Goslar auf sein Amt als Geschäftsführender Vorsitzender verzichtet.[63] Statt dessen wurden als Stellvertreter Adenauers Friedrich Holzapfel[64] und Jakob Kaiser gewählt. Er wurde aber nach dem Zusammenschluß der Partei auf Bundesebene in den sog. 5er-Ausschuß „zur Vorbereitung der Bundesgeschäftsstelle" berufen und auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe 1951 zu einem der drei Geschäftsführenden Parteivorsitzenden bestellt.[65] Als Ministerpräsident gehörte er qua Amt seit 1958 dem Bundesvorstand an, und schließlich hatte er längst einen „Stammsitz" in den Redaktionsausschüssen der ersten Bundesparteitage und Wahlprogramme, zumeist als deren Vorsitzender[66]. Er kannte also die Partei, und die Partei kannte ihn. Vor allem aber hatte der Außenpolitiker aus Leidenschaft sich über die Parteigrenze hinaus als „König Silberzunge" in außenpolitischen Debatten des Bundestages bewährt und höchste Anerkennung erreicht. Der Sprung in ein Ministeramt aber wollte ihm nicht glücken, so daß er 1958 die Bonner Bühne verließ und als Ministerpräsident nach Baden-Württemberg wechselte. Als solcher blieb er über den Bundesrat und über seine Mitgliedschaft im CDU-Bundesvorstand der Bundespolitik eng verbunden, nicht zuletzt auch durch seine Tätigkeit als „Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963"[67].

Mit seinem rhetorischen Talent und taktischem Geschick und mit seiner Fähigkeit, die Dinge pragmatisch reifen zu lassen, frühe Festlegungen zu vermeiden und Konflikte mit Kompromißformeln zu entschärfen, gewann Kiesinger schnell Zustimmung – sowohl innerparteilich, in der Innen- wie auch in der Außenpolitik. Mit seinen ausführlichen Berichten zur politischen Lage, die manchmal zwar etwas diskursiv ausfielen, aber durch genaue Information und differenzierte Beurteilung innen- und außenpoliti-

61 Vgl. Nr. 10 S. 375 Anm. 1.
62 Ebd. S. 375.
63 PROTOKOLLE 1 S. XI.
64 Christopher BECKMANN: Friedrich Holzapfel, in: HPM 12 (2005) S. 129–155.
65 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. XI–XIII.
66 Hans-Otto KLEINMANN: „Ich gehöre doch zu dieser Partei" (1967). Kiesinger als Vorsitzender der CDU, in: BUCHSTAB u. a.: Kiesinger S. 501–529.
67 Vgl. dazu Ansbert BAUMANN: Kurt Georg Kiesinger – Ein Freund Frankreichs?, in: HPM 10 (2003) S. 225–253.

scher Vorgänge überzeugten, knüpfte er im Bundesvorstand an die Tradition Adenauers an und beeinflußte den Gang der anschließenden Aussprachen. Kiesingers Angebot, „ich würde Sie doch gerne zu diesen Punkten hören, wenn Sie noch etwas zu ergänzen oder zu kritisieren haben“[68], trug dabei dem gewachsenen Selbstbewußtsein dieses Gremiums Rechnung, das mitreden und den Kanzler der Großen Koalition und Parteivorsitzenden immer wieder darauf verpflichten wollte, die Unionspositionen in der Öffentlichkeit und gegenüber dem Koalitionspartner SPD klarer zu vertreten. Kiesinger befand sich hier „in unbehaglicher Position“, die von ihm den schwierigen Spagat abverlangte, „daß die Koalition durch alle Klippen hindurch zu einem Erfolg kommt, und daß dieser Erfolg sich für unsere eigene Partei im Jahre 1969 auswirkt“[69]. Daß die CDU bei seinem Amtsantritt in keiner guten Verfassung war, deutete er bei seiner Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 an, die er mit der Bemerkung eröffnete, der Bildung der neuen Regierung sei „eine lange, schwelende Krise vorausgegangen“.[70]

Mit dem ihm eigenen Geschick des Moderierens und Vermittelns gelang es ihm tatsächlich, die Phase der Unruhe, in die die CDU unter Erhard geraten war, zu beenden, die Reihen zu schließen und die Partei in der neuen Situation weitgehend ruhigzustellen. Hinweise auf günstige Umfragewerte und Warnungen vor der Gefahr eines Zusammengehens von SPD und FDP oder einer Fortsetzung der Großen Koalition über die laufende Legislaturperiode hinaus halfen ihm dabei. Er war sich, anders als Erhard, des Stellenwerts und der Bedeutung des Bundesvorstands bewußt, und bemühte sich stets, weitestgehenden Konsens herzustellen und auf diese Weise die Funktions- und Mandatsträger in die Lage zu versetzen, ihre Multiplikatorenfunktion in der Gesamtpartei und in der Fraktion mit einheitlicher Sprachführung wahrzunehmen.[71]

In der Union beendete er den Streit zwischen Atlantikern und Gaullisten,[72] innerhalb kurzer Zeit gelang es ihm, die Frontlinie gegenüber Frankreich und den USA zu begradigen. Das Kabinett arbeitete weitgehend harmonisch und im Zusammenwirken mit den beiden Koalitionsfraktionen auch erfolgreich ein beachtliches politisches Pensum ab: Notstandsgesetzgebung und Finanzverfassungsreform mit Änderung des Grundgesetzes, Justizreform, vor allem aber die rasche Bewältigung der Rezession und die Sanierung des Haushalts durch das „Gesetz zur Förderung von Wachstum und Stabilität“ und die Mittelfristige Finanzplanung („MifriFi“), verbunden mit milliardenschweren staatlichen Konjunkturprogrammen und der Einführung der Mehrwertsteuer. Diese Vorhaben waren schon vor dem Regierungswechsel 1966 vom Bundeswirtschaftsminister Kurt Schmücker konzipiert worden, konnten aber erst jetzt – unter teils veränderter Ausrichtung – mit der neuen Mehrheit realisiert werden. Hinzu kamen Gesetze zur Arbeits-, Ausbildungs- und Berufsbildungsförderung und die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Krankheitsfall.

68 Nr. 27 S. 1456.
69 Nr. 15 S. 666.
70 Sten. Ber. 5. WP 80. Sitzung S. 3656.
71 Vgl. dazu KLEINMANN (wie Anm. 66) S. 508.
72 Vgl. KROEGEL S. 59–114.

Dennoch täusche man sich nicht. Zwar hatten die Koalitionsverhandlungen das politische Klima verändert, doch war das über Jahre hinweg von Herbert Wehner, Paul Lücke und anderen (wie Heinrich Krone oder Bruno Heck) mühsam vorbereitete Bündnis sowohl in der SPD wie bei vielen von CDU und CSU höchst unbeliebt. Die Gegnerschaft der beiden Parteien war in den fünf vorangegangenen Legislaturperioden im Bewußtsein der Parteiführungen wie in der jeweiligen Parteibasis zu fest verankert. Die Reibungsflächen im schwarz-roten Koalitionsalltag forderten von Kiesinger als Koordinator und Vermittler zwischen den Koalitionären eine „Gratwanderung zwischen persönlicher Überzeugung und koalitionspolitischer Notwendigkeit"[73]. Nicht ohne Grund charakterisierte ihn sein Regierungssprecher Conrad Ahlers als einen „wandelnden Vermittlungsausschuß".[74] Schon in seinem Bericht am 29. November 1966 über die Verhandlungen mit der SPD hatte Kiesinger nicht verhehlt, daß es „immer noch grundlegende Unterschiede" zur SPD gebe, auch wenn in der Sachpolitik weitgehende Übereinstimmung erzielt worden sei[75]. Die Bildung einer Großen Koalition sah er aber durch den Umstand gerechtfertigt, daß eine Reihe von wichtigen Entscheidungen zu treffen sei, die Grundgesetzänderungen erforderten.[76]

Konfliktfelder

a) Mehrheitswahlrecht

Zu diesen Entscheidungen zählte die Einführung eines neuen Wahlrechts nach britischem Vorbild. Kiesinger hatte in seiner Regierungserklärung am 13. Dezember 1966 erklärt: Während der Zusammenarbeit der Großen Koalition „soll nach Auffassung der Bundesregierung ein neues Wahlrecht grundgesetzlich verankert werden, das für künftige Wahlen zum Deutschen Bundestag nach 1969 klare Mehrheiten ermöglicht. ... Die Möglichkeit für ein Übergangswahlrecht für die Bundestagswahl 1969 wird von der Regierung geprüft."[77] Dabei sah er sich von einflußreichen Politikern von CDU und CSU sowie SPD unterstützt. In den Koalitionsverhandlungen war es allerdings zu keinen konkreten Absprachen über einen Zeitplan zur Realisierung des Vorhabens gekommen.[78] Auf einen förmlichen Koalitionsvertrag, der bewußt nicht abgeschlossen worden war, konnte der Bundeskanzler sich bei diesem Anliegen also nicht berufen.

Von Anfang an wurde das Thema einer Wahlrechtsreform in den drei Koalitionsparteien kontrovers diskutiert. Für die Befürworter des Mehrheitswahlrechts war klar: Keine Partei mit nur marginalem Stimmenanteil sollte über die Koalitionsbildung entscheiden dürfen, das heißt insbesondere auch darüber, welche Partei den Kanzler stellte. Der Wähler sollte die Entscheidung haben, nicht aber nach geschehener Wahl die Parteien

73 SCHÖNHOVEN S. 171.
74 Zit. nach KNORR 219.
75 Vgl. Nr. 10 S. 376–388. Zu den Verhandlungen vgl. auch SCHÖNHOVEN S. 51–78.
76 Nr. 10 S. 381; Gabriele METZLER: Die Reformprojekte der Großen Koalition im Kontext ihrer Zeit, in: BUCHSTAB u. a.: Kiesinger S. 421–452.
77 Sten. Ber. 5. WP 80. Sitzung S. 3657.
78 SCHÖNHOVEN S. 56.

sozusagen hinter dem Rücken der Wähler. Die Gegner des Mehrheitswahlrechts verwiesen darauf, daß durch Koalitionsregierungen der Zwang zu politischer Mäßigung und Neigung zu einer Politik der Mitte bestehe. Die oppositionelle FDP hatte sich schon einmal – 1956 – erfolgreich Plänen aus den Reihen der CDU zu einer Wahlrechtsveränderung widersetzt, die wahrscheinlich ihr Verschwinden aus dem Parlament zur Folge gehabt hätte. Das wiederholte sich jetzt. Daß Willy Brandt zudem noch mit der FDP liebäugelte, um mit ihr eine neue Deutschland- und Ostpolitik, d. h. Aufnahme von Verhandlungen mit der Sowjetunion auf der Basis eines Gewaltverzichts, geregeltes Nebeneinander beider deutscher Staaten usw., durchsetzen zu können[79], erschwerte die Verfolgung des Plans zusätzlich.

Schon am 29. November entzündete sich im Bundesvorstand an der Wahlrechtsfrage, die auch Kiesinger als „durchaus problematisch" empfand[80], eine lebhafte Debatte. Nicht wenige fürchteten, die CDU könne zu einer Partei des flachen Landes absinken und der SPD die großen Städte überlassen.[81] Auch die Sorgen einzelner Abgeordneter, die nicht über sichere Direktmandate verfügten und möglicherweise nicht mehr in den Bundestag einziehen würden, spielten in der Diskussion eine Rolle. Und schließlich wurden koalitionspolitische Bedenken laut, da in einigen Ländern CDU/FDP-Koalitionen existierten und der Bruch der Koalition in Nordrhein-Westfalen 1956 durch die FDP allen noch vor Augen stand. Ein konsequenter Gegner des Mehrheitswahlrechts war Kohl: „Es wird keine FDP mehr geben in irgendeinem Land, die in eine Landeskoalition neu eintritt."[82]

Jedesmal, wenn die Frage der Wahlrechtsänderung auf der Tagesordnung stand, kam es zu solch kontroversen Diskussionen.[83] Trotz des ungewöhnlichen Engagements von Bundesinnenminister Lücke, der seine politische Existenz mit der Einführung des mehrheitsbildenden Wahlrechts verbunden hatte, blieben viele seiner Parteifreunde skeptisch. Die SPD tat sich ebenso schwer. Zudem befand sie sich in einer komfortablen Schlüsselstellung, konnte sie doch bei Beibehaltung des Verhältniswahlrechts mit der Union weiterregieren, oder aber auch, wenn die Mehrheitsverhältnisse es erlaubten, ein Bündnis mit der FDP anpeilen. So behandelte die SPD-Führung das Projekt dilatorisch, bis es schließlich am 21. März 1968 auf dem Nürnberger Parteitag durch Vertagung faktisch erledigt wurde.[84] Lücke zog daraus die Konsequenz und trat am 28. März 1968 zurück. Er fühlte sich auch von Kiesinger im Stich gelassen, der nicht weiter für die Sache kämpfte, weil er der Meinung war, sie werde „über das Schicksal des deutschen Volkes nicht entscheiden"[85]. Noch in der Sitzung am 4. Dezember 1967 hatte er

79 Vgl. Ebd. S. 406.
80 Nr. 10 S. 381.
81 Vgl. Amrehn in Nr. 10 S. 397; Kohl S. 403; Even S. 412.
82 Ebd. S. 402.
83 Nr. 11 S. 474–478; Nr. 16 S. 714–750; Nr. 17 S. 790–820.
84 Schönhoven S. 235–267.
85 CDU/CSU-Fraktion vom 26. März 1968 (ACDP 08-001-1016/1).

die Wahlrechtsreform als „die wichtigste" aller Reformen und als die eigentliche Bewährungsprobe dieser Regierung und dieser Koalition bezeichnet.[86]

b) Notstandsgesetzgebung

Die Debatte um die Ergänzung des Grundgesetzes durch die fehlenden Notstandsartikel, wofür eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war, hatte bereits 1955 nach Abschluß der Pariser Verträge eingesetzt. Heftige Diskussionen begleiteten die ab 1960 von der Regierung in den Bundestag eingebrachten Entwürfe. Die Fronten der Befürworter und Gegner verliefen nicht nur zwischen Politik, Gewerkschaften, Aktionsgruppen und außerparlamentarischen Gegnern, sondern zogen sich auch mitten durch die Parteien, vor allem durch die SPD und ihre Fraktion. Verschiedene ihrer Gruppierungen[87] lehnten sie rigoros ab – wie die Jusos –, andere suchten die Gesetzgebungsverfahren durch immer neue Änderungsvorschläge systematisch zu verschleppen. Am 24. Juni 1965 war die Verabschiedung im Bundestag an der SPD gescheitert. Eine knappe Mehrheit stimmte schließlich einem neuerlichen Entwurf auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg (1968) zu. Doch bis zur Schlußabstimmung im Bundestag wurde der Entwurf in der SPD-Bundestagsfraktion kontrovers diskutiert. Schließlich passierte das Gesetzgebungswerk am 29. Mai 1968 das Parlament, wobei 53 SPD-Abgeordnete, ein Viertel der Fraktion, dagegen stimmten. Mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze hatte die Große Koalition den Beweis erbracht, daß sich auch ein so sehr umstrittenes und mit Emotionen belastetes Gesetzesvorhaben durchsetzen ließ, wie geteilt die Meinungen quer durch die Fraktionen auch immer waren.

Die parlamentarischen Kontroversen über die Notstandsgesetzgebung wurden überlagert von einer breiten außerparlamentarischen Opposition (APO), in der sich zahlreiche unterschiedliche Protestgruppen zusammenfanden: Schriftsteller, Publizisten, Wissenschaftler, Gewerkschafter, pazifistisch-neutralistische Anhänger der Friedensbewegung, Rüstungsgegner und Wehrdienstverweigerer sowie eine „systemoppositionelle" Studentenbewegung. Sie verstand den Kampf um die Notstandsgesetze, in den auch die moralische Empörung über den Vietnamkrieg und die nationalsozialistische Vergangenheit einfloß, „als antiautoritären Auftakt mit revolutionärer Zielsetzung".[88] Die Studentenbewegung verband die Forderung nach „Demokratisierung" der Hochschulen durch paritätische Mitbestimmung aller universitären Gruppen mit dem Ziel einer Umwandlung der „kapitalistischen" Staats- und Wirtschaftsordnung in ein anarcho-kommunistisches System. Bei den traditionellen Ostermärschen der Friedensbewegung war es nach dem Anschlag auf den Berliner SDS-Theoretiker Rudi Dutschke am 11. April 1968 (Gründonnerstag) zu schweren Tumulten gekommen. Mehr als 44 Personen wurden bei Straßenschlachten in zahlreichen Städten verletzt; in München gab es zwei To-

86 Nr. 16 S. 714f. Vgl. Paul LÜCKE: Ist Bonn doch Weimar? Der Kampf um das Mehrheitswahlrecht. Frankfurt 1968.

87 Vgl. SCHÖNHOVEN S. 267–290; Andrea H. SCHNEIDER: Die Kunst des Kompromisses: Helmut Schmidt und die Große Koalition 1966–1969. Paderborn 1999 S. 132–165.

88 SCHÖNHOVEN S. 284.

te. Diese Unruhen eskalierten bis zum „Sternmarsch auf Bonn" am 11. Mai 1968, sowohl Höhepunkt der Notstandsopposition als auch Beginn des Abschwungs der revolteähnlichen Aktionen auf den Straßen. Nach diesen Ereignissen und nach Verabschiedung des Gesetzeswerks zerfiel die APO. Die Gewerkschaften gaben ihre Pläne für einen politischen Generalstreik auf.[89] Nur die Unruhe an den Universitäten fand noch nicht zu ihrem Ende.

Bei allem Erschrecken über die bürgerkriegsähnlichen Ereignisse und aller Bereitschaft, die rechtsstaatliche Ordnung gegen gewaltbereite Minderheiten zu verteidigen, die sich einer ernormen Aufmerksamkeit durch die als Durchlauferhitzer fungierenden Medien erfreuen durften, war sich der CDU-Vorstand nicht darüber im klaren, auf welche Weise der Gewalt und dem linksradikalen Aktionismus zu begegnen war. Weitgehend einig war man sich in der Kritik am Verhalten der SPD-geführten Städte, an Teilen der Polizei und an Gerichtsurteilen[90], die als zu lasch empfunden wurden, ebenso an der Berufung von Hochschullehrern, die die Revolten geschürt hätten[91]. Leise Kritik wurde aber auch an Kiesinger geübt, der der Frau des schwer verletzten SDS-Führers sein Mitgefühl ausgesprochen hatte.[92] Doch wurde auch nicht übersehen, daß manche Kritik der jüngeren Generation durchaus berechtigt war und die CDU sich insbesondere in der „Frage der Bewältigung der Zeit von 1933 bis 1945", der „Vergangenheitsbewältigung", und den damit verbundenen „Auseinandersetzungen nicht gestellt habe"[93]. Insofern fand Kiesinger keinen Widerspruch, als er auf das durchaus unterschiedliche Spektrum innerhalb der Studentenbewegung verwies und in Gesprächen mit dem VDS „die Möglichkeit der Entsolidarisierung" auszuloten suchte[94], um so den Einfluß radikaler Kräfte einzudämmen und die konfrontative Einheitsfront aufzubrechen.

Da die revolutionsähnlichen Zustände und universitären Krawalle „Wasser auf die Mühlen der NPD" trieb[95], war nach ihrem Wahlerfolg bei der baden-württembergischen Landtagswahl am 28. April 1968 erstmals Anlaß zu einer breiten Diskussion über den Rechtsextremismus und den Aufstieg der 1964 gegründeten Partei, die schon seit 1966 in mehreren Landtagen vertreten war.[96] Den Einzug dieser rechtsextremen, antiparlamentarischen Partei in den nächsten Bundestag wollte man auf alle Fälle verhindern.

Einige der Vorstandsmitglieder befürworteten einen Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht, wie Heinrich Köppler in Vertretung von Bundesinnenminister Ernst

89 Ebd.
90 Vgl. Nr. 18 S. 856, 882; Nr. 27 S. 1450f.
91 Ebd. S. 873.
92 So Fricke Ebd. S. 880.
93 Ebd. S. 861, 871.
94 Ebd. S. 881–883.
95 Ebd. S. 882.
96 1966 in Bayern 7,4% und Hessen 7,9%, 1967 in Bremen 8,8%, Rheinland-Pfalz 6,9% und Niedersachsen 7%, 1968 in Baden-Württemberg 9,8%. – Vgl. dazu Nr. 18 S. 859–876; Nr. 21 S. 1084–1088; Nr. 24 S. 1284–1301.

Benda.[97] Andere argumentierten gegen dieses Vorhaben damit, man müsse die NPD politisch bekämpfen[98] und u. a. mehr „nationales Verständnis entwickeln“[99], zumal „nicht die geringste Chance für ein Verbot“ bestehe[100]; manchen erschien ein solcher Antrag nicht durchsetzbar, „wenn man nur nach der einen Seite schielt und auf der anderen plötzlich blind ist“[101]. In diesem Sinn resümierte Generalsekretär Bruno Heck das Ergebnis der Sitzung vom 16. Januar 1969, das auch der Auffassung der CDU-Landesgeschäftsführer entsprach, die den „dringenden Rat“ gegeben hätten, den Antrag nicht zu stellen.[102]

c) Außen-, Ost- und Deutschlandpolitik

In der Ost- und Deutschlandpolitik wurden die Positionen der Union, die auf der „Hallsteindoktrin“, dem „Alleinvertretungsanspruch“ und dem Grundsatz der Nichtanerkennung einer Zweistaatlichkeit gründeten[103], durch die Vorstöße des Außenministers Willy Brandt zunehmend mehr in Frage gestellt, was zu wachsendem Mißtrauen in den Unionsreihen führte. Die CDU tat sich schwer, sich auf Veränderungen der Weltpolitik einzustellen: Ihre jahrelang vertretene Prämisse, Entspannung mit dem Osten setze die Wiedervereinigung voraus, entsprach nicht der Überzeugung der SPD, die Wiedervereinigung könne nur auf dem Weg einer weltweiten Entspannung erreicht werden. Eines der zentralen Streitobjekte, das auch zu Spannungen in der atlantischen Allianz führte, war der von der SPD befürwortete, von der CDU aber fast einhellig abgelehnte Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen, den Adenauer noch in seiner letzten großen Rede in Madrid am 16. Februar 1967[104] heftig bekämpft hatte. Auf diesem Feld waren die politischen Gemeinsamkeiten zwischen den Koalitionspartnern nur gering, und so lag hier auch der Keim für eine Annäherung von SPD und FDP und für die Bildung der sozial-liberalen Koalition im Herbst 1969.

Während der Kanzler und sein Außenminister, die von Anfang an in einem gespannten Verhältnis standen, in regelrechte Konkurrenz zueinander gerieten, funktionierten die anderen Koalitionsachsen ziemlich reibungslos, wenn auch immer mal Friktionen auftraten: Das Verhältnis zwischen Kiesinger und Wehner, dem Minister für gesamtdeutsche Fragen, war von gegenseitigem Respekt und Vertrauen getragen.[105] Auch zwischen den Fraktionsvorsitzenden Rainer Barzel und Helmut Schmidt klappte die Ab-

97 Nr. 24 S. 1284–1287.
98 So z. B. Stoltenberg in Nr. 18 S. 876.
99 So Kohl in Nr. 18 S. 871.
100 Kiesinger in Nr. 21 S. 1084.
101 Kohl in Nr. 24 S. 1292.
102 Nr. 24 S. 1301.
103 Werner KILIAN: Die Hallstein-Doktrin. Der diplomatische Krieg zwischen der BRD und der DDR 1955–1973. Aus den Akten der beiden deutschen Außenministerien. Berlin 2001.
104 Konrad Adenauer. Reden 1917–1967. Hg. von Hans-Peter SCHWARZ. Stuttgart 1975 S. 484–491. Vgl. Nr. 24 S. 1328; Nr. 26 S. 1381–1384.
105 Martin RUPPS: Troika wider Willen. Wie Brandt, Wehner und Schmidt die Republik regierten. Berlin 2004 S. 143.

stimmung, Finanzminister Franz Josef Strauß und Wirtschaftsminister Karl Schiller bildeten sogar ein ausgesprochen erfolgreiches Duo, das als „Plisch und Plum" in der Öffentlichkeit hohe Zustimmung erfuhr. Zu der anfänglich positiven Arbeitsatmosphäre trug auch der als „Kressbronner Kreis" bekannt gewordene ministerielle Koordinationsausschuß bei.[106]

Als der Wahltermin der Bundestagswahl 1969 jedoch näherrückte, wurde es immer schwieriger, die durchaus positive Anfangsstimmung in der Koalition aufrechtzuerhalten. Bereits ab 1968 kam es zu einer „Phase des lähmenden Stillstands"[107], vor allem im außenpolitischen Bereich, weil sich Union und SPD mit Blick auf die Bundestagswahl gegeneinander zu profilieren suchten. Unionspolitiker forderten immer wieder dazu auf, die eigene Politik besser zu verkaufen. Freilich stießen derartige Forderungen an Grenzen, wenn der Koalitionspartner geschont werden mußte. Problematisch war das nicht nur in der Außenpolitik, sondern auch besonders bei der Mitbestimmung, der Sozialpolitik und der Aufwertung der DM sowie in der Frage der Verjährung von NS-Verbrechen.[108]

Die schon nach wenigen Monaten gemeinsamen Regierens deutlich gewordenen Konfliktlinien der Großen Koalition wurden durch die Wahl Gustav Heinemanns (SPD) zum Bundespräsidenten am 5. März 1969 verstärkt. Zwar verfügten CDU und CSU in der Bundesversammlung über mehr Stimmen als die SPD, doch ging die Einschätzung der Union nicht auf, daß es eine Allianz zwischen SPD und FDP nicht geben werde. Die CDU fühlte sich vor dem Wahlgang relativ sicher, zumal die FDP wegen ihrer internen Richtungskämpfe unberechenbar schien.[109] Wäre die CDU der FDP in der Wahlrechtsfrage entgegengekommen, wie Röder es am 15. November 1968 vorgeschlagen hatte[110], hätte der CDU-Kandidat Gerhard Schröder möglicherweise Chancen gehabt. Dennoch: Die Zeichen der Zeit standen auf Veränderung, und diese richteten sich gegen die CDU, wie Elisabeth Schwarzhaupt nach der Bundespräsidentenwahl resümierte[111].

Die Wahl eines Sozialdemokraten in das höchste Amt der Bundesrepublik, von Gustav Heinemann wenig später als „ein Stück Machtwechsel" interpretiert, traf die CDU unvorbereitet.[112] Mit seiner Wahl schien der Beweis für eine Annäherung von SPD und FDP erbracht.[113] Dufhues forderte Kiesinger auf, „von heute an ... klare Gegenpositionen zu beziehen, und zwar nicht nur zur FDP, sondern auch ganz entscheidend zur SPD".[114] Schmücker und Stoltenberg verlangten vor allem eine grundsätzliche Ausein-

106 Andrea SCHNEIDER (wie Anm. 87) S. 92–103; Joachim Samuel EICHHORN: Der „Kressbronner Kreis": Koalitionsausschuss der Großen Koalition (1966–1969). Magisterarbeit. Hamburg 2002.
107 SCHÖNHOVEN S. 696.
108 Vgl. dazu Nr. 26.
109 Nr. 24 S. 1277, 1279.
110 Nr. 24 S. 1280.
111 Nr. 25 S. 1354.
112 Vgl. Nr. 25.
113 So Max Streibl in Nr. 25 S. 1348.
114 Vgl. Nr. 25 S. 1353.

andersetzung mit der Wirtschaftspolitik von Karl Schiller. Kiesinger gelang es nicht, die Wogen mit dem Hinweis auf gute Umfragewerte für die eigene Partei und für seine Person zu glätten. Der Optimismus, der auf den Meinungsumfragen der letzten Monate beruhte, die der Union – nach einem Hoch im Jahr 1967 – seit Mitte 1968 fast regelmäßig eine höhere Zustimmung als der SPD und vor allem Kiesinger erheblich bessere Werte als seinem Konkurrenten Willy Brandt signalisierten[115], hatte einen gewaltigen Dämpfer erfahren. Dies schlug sich auch in der Demoskopie nieder, die die SPD in den Monaten bis zur Wahl vorne sah. Das Wahlergebnis vom 28. September 1969 schien den Optimismus der Union, mit dem sie dennoch aufgrund der Beliebtheit des Kanzlers in die Wahlauseinandersetzung gegangen war, zunächst zu bestätigen: CDU und CSU erhielten 46,1% (nach 47,6% im Jahr 1965) und blieben die stärkste Kraft, die SPD legte auf 42,7% zu (nach 39,3%), während die FDP ein Debakel erlebte und von 9,5% (1965) auf 5,8% fast halbiert wurde. Doch trotz der schmalen Mehrheit von fünf Bundestagssitzen verständigten sich SPD und FDP auf die sozial-liberale Koalition. CDU und CSU mußten die Oppositionsrolle übernehmen.

Die Amtszeit Kiesingers als Vorsitzender der CDU ist gekennzeichnet von der Suche nach zeitgemäßen Orientierungen und Bestimmungen der Politik. „Wir leben in einer veränderten Welt" – in dieser „Analyse" war er sich mit dem amerikanischen Präsidenten Richard M. Nixon einig.[116] Zusammen mit seinem Generalsekretär Bruno Heck initiierte er die Neubesinnung der Partei, die sich in der politisch-geistigen „Zeitenwende" der sechziger Jahre neu positionieren sollte, ohne einen Kontinuitätsbruch zu riskieren und ohne als „restaurative, verschimmelte und altmodische Kraft" zu erscheinen[117]. Gleichzeitig ging es um den Erhalt ihrer führenden Position als Regierungspartei. Diesen schwierigen Kurs versuchte Kiesinger als Bundeskanzler und Parteivorsitzender zu bewältigen. Daß er letztlich durch die Neukonfiguration einer Koalition von SPD und FDP an der Fortführung seiner Politik gehindert wurde, verdeckt mitunter die bemerkenswerten Leistungen in seiner Amtszeit: Seine Regierung setzte, obwohl nur drei Jahre im Amt, trotz der parteipolitischen Differenzen in der Großen Koalition mit der Verabschiedung von über 400 Gesetzen einen erstaunlichen Reformprozeß in Gang, die wirtschaftliche Rezession wurde überwunden, die schwierige Lage der Bundesfinanzen bereinigt, Sozialordnung und Strafrecht wurden reformiert, auch verlieh sie der Außen- und Deutschlandpolitik neue Impulse. „Alles in allem ist die außenpolitische Lage in Ordnung" – konstatierte der Kanzler Anfang 1969.[118]

In seiner Partei erwies Kiesinger sich als Modernisierer, dem es mit seiner Fähigkeit des Moderierens gelang, daß die CDU den Reformprozeß – wenn auch z. T. murrend – mittrug und daß ihre divergierenden Haltungen, Richtungen und Gruppeninteressen auf der Basis des „Berliner Programms" zusammengehalten wurden. Das Programm, mit dem die CDU Anschluß an die veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse suchte, wur-

115 Vgl. Nr. 24 S. 1313 Anm. 35; JAHRBUCH 1968–1973 S. 304 (Einlegeblatt).
116 Nr. 26 S. 1381.
117 Nr. 19 S. 964.
118 Nr. 24 S. 1335.

de auf dem Berliner Parteitag vom 4.–7. November 1968 verabschiedet. Es war das erste Programm, das als Vorstandsentwurf auf allen Ebenen der Partei breit diskutiert worden ist. Mehr als 30.000 Stellungnahmen und über 400 Änderungsanträge waren zu verarbeiten.[119] Der Vorstand befaßte sich zur Vorbereitung des Berliner Parteitags in einem Sitzungsmarathon am 20. September 1968[120] neben Satzungsfragen, die der Neuregelung der Vertretungen des Landesverbands Oder/Neiße und der Exil-CDU in der Partei, der Mittelstandsvereinigung und dem Wirtschaftsrat der CDU e. V. galten, vornehmlich mit dem von der Programmkommission vorgelegten Entwurf des Aktionsprogramms, das – laut Heck – „im großen und ganzen ... die Mehrheitsmeinung der Partei eingefangen" hatte[121]. In Kiesingers Zeit als Vorsitzender wurden, so gesehen, die Grundlagen dafür gelegt, daß die CDU nach der Bundestagswahl 1969 den Verlust der Regierung und der Kanzlerschaft verkraften konnte, ohne daß die noch junge Partei Schaden nahm oder gar auseinanderbrach, wie Adenauer – aber auch andere – immer wieder gemutmaßt hatten.

* * *

Die Einrichtung der Edition folgt den für die bereits veröffentlichten Bände der CDU-Vorstandsprotokolle gegebenen Regeln.[122]

Wesentlich ist: In die Kopfregesten sind in der Regel nur die Sprecher aufgenommen. In eckige Klammern wurden jene Teilnehmer gesetzt, die zwar nicht selbst das Wort genommen haben, wohl aber als Anwesende erwähnt oder begrüßt worden sind.

Die Texte beruhen ausschließlich auf der im ACDP archivierten Protokollserie. Die vom Stenogramm übertragenen Mitschriften entsprechen sicher nicht in allen Nuancen jedem tatsächlich gesprochenen Wort, was den Wert der Quelle aber in keiner Weise mindert. Die Protokolle sind wörtlich und ungekürzt abgedruckt. Nur in einigen marginalen Fällen, wie z. B. bei unvollständigen Sätzen, sind Ergänzungen angebracht worden; diese sind in jedem Fall durch eckige Klammern ausgewiesen. Offenkundige Hör- und Schreibfehler wurden stillschweigend berichtigt, fehlerhafte Orthographie, Grammatik und Interpunktion entsprechend korrigiert. War die Abweichung von der richtigen Schreibung (etwa bei Namen) allzu groß, weist eine Anmerkung („in der Vorlage") eigens auf den Eingriff hin.

Die Kurzbiographien in den Anmerkungen beruhen im wesentlichen auf den Angaben der biographischen Nachschlagewerke und Handbücher; ein Nachweis im Einzelfall ist nicht geführt.

Literaturangaben sind bewußt sparsam zitiert worden, da nach aller Erfahrung zeitgeschichtliche Literatur recht schnell überholt ist.

119 Vgl. KLEINMANN S. 269–273.
120 Vgl. Nr. 21 und 21a.
121 Vgl. Nr. 21 S. 1089.
122 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. XXIV–XXVII.

Im Literaturverzeichnis schließlich finden sich nur die in den Anmerkungen mehrfach erwähnten Titel, während nur einmal zitierte Veröffentlichungen im jeweiligen Zusammenhang mit der vollständigen bibliographischen Angabe nachgewiesen sind.

* * *

Den Mitarbeitern des Archivs für Christlich-Demokratische Politik, seiner Bibliothek und Dokumentation danke ich für ihre tatkräftige Mithilfe. Mein besonderer Dank gilt Frau Helga Berben für vielfältige Unterstützung, Herrn Michael Hansmann und Herrn Konrad Kühne und insbesondere Frau Denise Lindsay für ihr anhaltendes Engagement bei den Vorarbeiten für die Kommentierung und die sachgerechte Aufarbeitung der Texte und Anmerkungen. Frau Bettina Geneit und Frau Ricarda Hoppenstedt habe ich zu danken für die Mitwirkung beim Korrekturlesen, Frau Dr. Brigitte Kaff für die Unterstützung bei der technischen Herstellung des Bandes. Frau Lindsay besorgte zudem das Personenregister; Herr Christopher Beckmann erstellte das Sachregister. Zu danken habe ich auch den Leitern und Mitarbeitern zahlreicher Institutionen und Archive für ihre kollegiale Unterstützung. Mein herzlicher Dank gebührt Herrn Professor Dr. Hans-Otto Kleinmann für freundschaftlichen Rat und nicht zuletzt Herrn Professor Dr. Rudolf Morsey, der sich der Mühe unterzogen hat, das umfängliche Manuskript kritisch durchzusehen.

Günter Buchstab

Übersicht über die Protokolle

Nr.	Datum	Seite
1	20. September 1965 Ergebnis der Bundestagswahl. Verschiedenes.	
2	15. Oktober 1965 Bericht der Verhandlungskommission zur Regierungsbildung. Verschiedenes.	
3	16. Februar 1966 Bericht zur Lage.	
4	14. März 1966 Vorbereitung des Bundesparteitags. Wahl von fünf Mitgliedern, die durch den Bundesvorstand in den Fernsehrat der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen zu entsenden sind. Verschiedenes.	
5	21. März 1966 Der Bundesparteitag 1966. Vorbereitung der Bundesausschußsitzung. Vorlagen des sozialpolitischen Ausschusses. Verschiedenes.	
6	6. Mai 1966 Konstituierung des Bundesvorstands. Verschiedenes.	
7	11. Juli 1966 Ergebnis der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Kooptierung von drei weiteren Mitgliedern des Bundesvorstands nach § 25 b. Bericht zur Lage. Bericht über die Arbeit des Präsidiums. Vorlage des Bundesausschusses für Sozialpolitik. Verschiedenes.	
8	7. Oktober 1966 Bericht zur Lage. Vorbereitung eines Aktionsprogramms der CDU. Vorschläge der Landesvorsitzenden zur Erhöhung des Beitragsaufkommens. Verschiedenes.	
9	8. November 1966 Entschließung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU vom 2. November 1966.	
10	29. November 1966 Bericht über die Verhandlungen mit den Delegationen der SPD und der FDP.	
11	13. Februar 1967 Bericht zur Lage. Bundesparteitag 1967. Finanzfragen. Aktionsprogramm. Tätigkeit der Vereinigungen. Bildung einer Wahlrechtskommission. Verschiedenes.	
12	2. Mai 1967 Vorbereitung des Bundesparteitags. Bericht des Präsidiums. Satzungsänderungen. Bundesparteibeitrag. Geschäftsmäßiger Ablauf des Parteitags. Verschiedenes.	
13	21. Mai 1967 Vorbereitung des Bundesparteitags. Verschiedenes.	

Nr.	Datum	Seite
14	17. Juli 1967 Bericht zur Lage. Arbeit der Partei 1967/68. Landtagswahl in Niedersachsen. Verschiedenes.	
15	9. Oktober 1967 Bericht zur Lage. Aktionsprogramm. Verschiedenes.	
16	4. Dezember 1967 Bericht zur Lage. Nachfolge im Amt des Bundesschatzmeisters. Bundesparteitag 1968. Verfahren bei der Berufung der Bundesfachausschüsse. Etat der Bundespartei für 1967. Verschiedenes.	
17	29. Januar 1968 Wahlrechtsreform. Vorbereitung der Wahl eines Bundesschatzmeisters durch den Bundesausschuß. Teilnahme an den Sitzungen des Bundesvorstands. Verschiedenes.	
18	10. Mai 1968 Wahlen in Baden-Württemberg. Bericht zur Lage. Verschiedenes: Wahl des Bundespräsidenten. Berlin.	
19	21. Juni 1968 Verabschiedung des Etats der Bundespartei für das Jahr 1968. Entwurf einer Verfahrensordnung für die Verabschiedung des Aktionsprogramms auf dem 16. ordentlichen Parteitag der CDU in Berlin. Wahl einer Programmkommission zur Vorbereitung des endgültigen Entwurfs eines Aktionsprogramms. Aktuelle politische Fragen. Bericht über die politische Lage. Verschiedenes.	
20	2. September 1968 Bericht zur Lage. Aussprache.	
21	20. September 1968 Bericht über die Sitzung des CDU-Bundesfinanzausschusses. Verlauf des Parteitags in Berlin. Umwandlung des Wirtschaftsrats in eine Vereinigung. Umwandlung der Landesverbände Exil-CDU und Oder/Neiße in eine Vereinigung der Vertriebenen und Flüchtlinge. Wahlkongreß, Eröffnungskundgebung und Parteitag 1969. Beratung und Beschlußfassung über den von der Programmkommission vorgelegten Entwurf eines Aktionsprogramms. Verschiedenes.	
21 a	20. September 1968	
22	3. November 1968 Vorbereitung der Bundesversammlung. Vorbereitung des Bundesparteitags. Verschiedenes.	
23	15. November 1968 Vorbereitung der Wahl des Bundespräsidentschaftskandidaten.	
24	16. Januar 1969 Bericht zur Lage. NPD-Verbot. Kulturpolitische Arbeit der Bundespartei. Berufung einer Mitbestimmungskommission entsprechend dem Beschluß des Bundesparteitags. Aktivität im Vorwahlkampf. Verschiedenes.	

Nr.	Datum	Seite
25	6. März 1969 Wahl des Bundespräsidenten. An den Bundesvorstand überwiesene Anträge des Bundesparteitags 1968. Stand der Vorbereitungen zur Bildung einer Wirtschaftsvereinigung. Sportprogramm. Ordentlicher Haushalt der Bundespartei für 1969. Termin des Wahlkongresses. Verschiedenes.	
26	17. April 1969 Bericht zur Lage. Gesetzgebungsarbeit für den Rest der Legislaturperiode. Vorbereitung des Bundestagswahlkampfs. Wirtschaftsvereinigung. Verschiedenes.	
27	20. Juni 1969 Bericht zur Lage. Wahlprogramm der CDU. Hochschulpolitisches Programm der CDU. Wirtschaftsvereinigung. Verschiedenes.	

Übersicht zur Anwesenheit der Teilnehmer an den Sitzungen des Bundesvorstands

	20. 09. 1965	15. 10. 1965	16. 02. 1966	14. 03. 1966	21. 03. 1966	06. 05. 1966	11. 07. 1966	07. 10. 1966	08. 11. 1966	29. 11. 1966	13. 02. 1967	02. 05. 1967	21. 05. 1967	17. 07. 1967	09. 10. 1967	04. 12. 1967	29. 01. 1968	10. 05. 1968	21. 06. 1968	02. 09. 1968	20. 09. 1968	20. 09. 1968	03. 11. 1968	15. 11. 1968	16. 01. 1969	06. 03. 1969	17. 04. 1969	20. 06. 1969
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	21a	22	23	24	25	26	27
Adenauer	×	×	×	×	×		×																					
Adorno				×		×		×	×	×	×																	
Altmeier								×	×																			
Amrehn	×		×	×		×	×		×	×		×	×		×	×	×	×	×				×	×			×	×
Barzel	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×		×		×	×				×
Bauknecht												×																
Becker-Döring												×																
Behrendt								×																				
Benda												×																
Bilke																						×						×
Blank				×			×	×	×	×		×	×						×	×	×		×		×			
Blumenfeld			×	×			×	×	×		×		×															
Brauksiepe											×		×				×										×	×
Burgbacher	×					×	×	×			×	×																
Dichtel	×		×		×			×																				
Dittmar				×		×		×				×																
Dübel							×																					
Dufhues	×	×	×	×	×	×		×		×		×	×	×		×	×		×	×	×		×			×	×	×
Erhard	×	×	×	×		×	×	×	×	×	×	×				×							×					
Etzel			×		×		×				×	×	×															
Even							×		×	×			×															
Fay			×					×		×				×		×		×	×		×	×		×	×			
Fera							×						×															
Filbinger												×	×				×	×			×	×				×	×	
Fricke	×		×		×		×			×	×		×	×		×	×	×										×
Gerstenmaier	×						×	×	×		×				×	×	×	×	×	×			×		×			
Glup				×	×		×	×				×	×															
Goppel																	×											

	20. 09. 1965	15. 10. 1965	16. 02. 1966	14. 03. 1966	21. 03. 1966	06. 05. 1966	11. 07. 1966	07. 10. 1966	08. 11. 1966	29. 11. 1966	13. 02. 1967	02. 05. 1967	21. 05. 1967	17. 07. 1967	09. 10. 1967	04. 12. 1967	29. 01. 1968	10. 05. 1968	21. 06. 1968	02. 09. 1968	20. 09. 1968	20. 09. 1968	03. 11. 1968	15. 11. 1968	16. 01. 1969	06. 03. 1969	17. 04. 1969	20. 06. 1969
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	21a	22	23	24	25	26	27
Gradl	×			×	×			×				×			×			×	×		×	×	×		×	×	×	
Grundmann		×	×	×	×			×	×	×	×		×															
Gurk	×	×	×	×	×		×		×		×	×	×															
Hahn																		×	×	×	×	×					×	
Hange														×				×										×
von Hassel				×				×				×	×		×	×	×		×	×	×	×			×			×
Heck				×		×	×	×	×		×	×	×	×		×	×	×	×	×	×	×	×		×	×	×	×
Hellwig				×					×	×	×		×															
Herrmann																						×						
von Heydebreck				×						×		×	×															
Katzer				×			×		×				×														×	
Kiesinger	×		×						×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×		×	×	×	×	×	×
Klepsch	×		×	×	×		×		×		×				×	×	×	×	×	×	×		×					×
Köppler																									×			
Kohl	×	×	×	×		×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	×	
Kraske	×		×		×		×	×				×	×	×		×	×		×		×	×	×	×	×	×	×	×
Krone	×		×																									
Langeheine													×															
Lemke	×			×	×							×	×				×				×	×	×	×		×		×
Lemmer			×		×					×		×	×	×	×	×		×		×	×	×	×	×	×	×		
Lücke								×	×	×	×	×	×			×			×		×	×	×		×	×	×	
Meyers	×		×		×				×		×		×	×		×	×		×		×	×	×	×	×	×		×
Mikat	×							×			×	×	×															
Niermann																			×	×								
Noltenius				×			×		×	×																		
Rasner			×						×																			
Rathke																		×		×		×			×			×
Röder					×				×						×		×			×					×	×		
Rummler												×	×															
Russe				×	×		×	×			×	×																

	20. 09. 1965	15. 10. 1965	16. 02. 1966	14. 03. 1966	21. 03. 1966	06. 05. 1966	11. 07. 1966	07. 10. 1966	08. 11. 1966	29. 11. 1966	13. 02. 1967	02. 05. 1967	21. 05. 1967	17. 07. 1967	09. 10. 1967	04. 12. 1967	29. 01. 1968	10. 05. 1968	21. 06. 1968	02. 09. 1968	20. 09. 1968	20. 09. 1968	03. 11. 1968	15. 11. 1968	16. 01. 1969	06. 03. 1969	17. 04. 1969	20. 06. 1969
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	21a	22	23	24	25	26	27
Schäfer																					×	×						
Scheufelen	×						×	×	×		×	×	×	×		×		×	×		×	×	×	×	×		×	×
Schmidt			×	×																								
Schmitz		×		×	×																							
Schmücker				×			×	×			×	×	×		×	×			×			×				×	×	×
Schröder, G.				×				×	×			×	×	×						×			×				×	
Schröder, H.																												×
Schwarzhaupt			×				×					×				×	×				×	×		×		×	×	×
Seebohm			×	×	×		×	×	×	×		×	×	×														
Stecker											×	×	×															
Stingl	×		×	×		×	×			×	×	×	×	×		×	×	×	×	×	×	×	×	×		×		×
Stoltenberg	×		×	×			×	×	×		×			×	×	×	×	×	×	×			×	×	×	×	×	
Strauß	×								×		×																	
Streibl																		×			×					×	×	
Struve				×				×																				
Süsterhenn			×																									
Vogel												×	×															
Wagner									×																			
von Weizsäcker															×	×				×	×	×			×			
Windelen								×		×		×																
Winkelheide							×																					

Zusammensetzung der Kabinette

Ressort	Kabinettsmitglied *(1965–1966)*	Partei	Kabinettsmitglied *(1966–1969)*	Partei
Bundeskanzler	Ludwig Erhard *(bis 1. 12. 1966)*	CDU	Kurt Georg Kiesinger *(ab 1. 12. 1966)*	CDU
Stellvertreter des Bundeskanzlers	Erich Mende *(bis 28. 10. 1966)*	FDP	Willy Brandt *(ab 1. 12. 1966)*	SPD
	Hans-Christoph Seebohm *(ab 8. 11. 1966 bis 1. 12. 1966)*	CDU		
Bundesminister des Auswärtigen	Gerhard Schröder *(bis 1. 12. 1966)*	CDU	Willy Brandt *(ab 1. 12. 1966)*	SPD
Bundesminister des Innern	Paul Lücke	CDU	Paul Lücke *(bis 2. 4. 1968)*	CDU
			Ernst Benda *(ab 2. 4. 1968)*	CDU
Bundesminister der Justiz	Richard Jaeger *(bis 1. 12. 1966)*	CSU	Gustav Heinemann *(ab 1. 12. 1966 bis 26. 3. 1969)*	SPD
			Horst Ehmke *(ab 26. 3. 1969)*	SPD
Bundesminister der Finanzen	Rolf Dahlgrün *(bis 28. 10. 1966)*	FDP	Franz Josef Strauß *(ab 1. 12. 1966)*	CSU
	Kurt Schmücker *(ab 8. 11. 1966 bis 1. 12. 1966)*	CDU		
Bundesminister für Wirtschaft	Kurt Schmücker *(bis 1. 12. 1966)*	CDU	Karl Schiller *(ab 1. 12. 1966)*	SPD
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Hermann Höcherl	CSU	Hermann Höcherl	CSU
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	Hans Katzer	CDU	Hans Katzer	CDU
Bundesminister der Verteidigung	Kai-Uwe von Hassel *(bis 1. 12. 1966)*	CDU	Gerhard Schröder *(ab 1. 12. 1966)*	CDU
Bundesminister für Verkehr	Hans-Christoph Seebohm *(bis 1. 12. 1966)*	CDU	Georg Leber *(ab 1. 12. 1966)*	SPD
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen	Richard Stücklen *(bis 1. 12. 1966)*	CSU	Werner Dollinger *(ab 1. 12. 1966)*	CSU

Ressort	*Kabinettsmitglied (1965–1966)*	Partei	Kabinettsmitglied *(1966–1969)*	Partei
Bundesminister für Wohnungswesen und Städtebau	Ewald Bucher *(bis 28. 10. 1966)*	FDP	Lauritz Lauritzen *(ab 1. 12. 1966)*	SPD
	Bruno Heck *(ab 8. 11. 1966 bis 1. 12. 1966)*	CDU		
Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte	Johann Baptist Gradl *(bis 1. 12. 1966)*	CDU	Kai-Uwe von Hassel *(ab 1. 12. 1966 bis 5. 2. 1969)*	CDU
			Heinrich Windelen *(ab 7. 2. 1969)*	CDU
Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen	Erich Mende *(bis 28. 10. 1966)*	FDP	Herbert Wehner *(ab 1. 12. 1966)*	SPD
	Johann Baptist Gradl (ab 8. 11. 1966 bis 1. 12. 1966)	CDU		
Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder	Alois Niederalt *(bis 1. 12. 1966)*	CSU	Carlo Schmid *(ab 1. 12. 1966)*	SPD
Bundesminister für wissenschaftliche Forschung	Gerhard Stoltenberg	CDU	Gerhard Stoltenberg	CDU
Bundesminister für Familie und Jugend	Bruno Heck	CDU	Bruno Heck *(bis 2. 10. 1968)*	CDU
			Aenne Brauksiepe *(ab 16. 10. 1968)*	CDU
Bundesschatzminister	Werner Dollinger *(bis 1. 12. 1966)*	CSU	Kurt Schmücker *(ab 1. 12. 1966)*	CDU
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	Walter Scheel *(bis 28. 10. 1966)*	FDP	Hans-Jürgen Wischnewski *(ab 1. 12. 1966 bis 2. 10. 1968)*	SPD
	Werner Dollinger *(ab 8. 11. 1966 bis 6. 12. 1966)*	CSU	Erhard Eppler *(ab 16. 10. 1968)*	SPD
Bundesminister für Gesundheitswesen	Elisabeth Schwarzhaupt *(bis 1. 12. 1966)*	CDU	Käte Strobel *(ab 1. 12. 1966)*	SPD
Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates	Heinrich Krone *(bis 1. 12. 1966)*	CDU		
Bundesminister für besondere Aufgaben	Ludger Westrick *(bis 1. 12. 1966)*	CDU		

Bundespräsident	Heinrich Lübke	CDU
	(13. 9. 1959–30. 6. 1969)	
	Gustav Heinemann	SPD
	(1. 7. 1969–30. 6. 1974)	
Bundestagspräsident	Eugen Gerstenmaier	CDU
	(19. 10. 1965–31.1.1969)	
	Kai-Uwe von Hassel	CDU
	(5. 2. 1969–20. 10. 1969)	
Bundesratspräsident	Georg August Zinn	SPD
	(1. 11. 1964–31.10.1965)	
	Peter Altmeier	CDU
	(1. 11. 1965–31.10.1966)	
	Helmut Lemke	CDU
	(1. 11. 1966–31.10.1967)	
	Klaus Schütz	SPD
	(1. 11. 1967–31.10.1968)	
	Herbert Weichmann	
	(1. 11. 1968–31.10.1969)	SPD

1

Bonn, Montag 20. September 1965

Sprecher: Adenauer, Amrehn, Barzel, Burgbacher, Dichtel, Dufhues, Erhard, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Gurk, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Kraske, Krone, Lemke, Meyers, Mikat, Scheufelen, Stingl, Stoltenberg, Strauß.

Ergebnis der Bundestagswahl. Verschiedenes.

Beginn: 15.30 Uhr *Ende: 17.35 Uhr*

Kurz vor Beginn der Sitzung erscheint Bundeskanzler Dr. Erhard[1]*, der mit lebhaftem Beifall begrüßt wird.*

Ergebnis der Bundestagswahl

Adenauer[2]: Meine Damen und meine Herren! Ich eröffne die heutige Sitzung und werde mich mit Ihrer gütigen Erlaubnis sehr kurz fassen, da ja nachher vielleicht eine längere Diskussion kommen wird. Ich betone hier, daß der gestrige Sieg unserer Partei[3] in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung ist. Zunächst ist es, wenn ich richtig die Zeiten im Kopf habe, der erste Sieg nach der Godesberger „Bekehrung" der SPD[4]. Das hat also gezeigt, daß diese Godesberger „Bekehrung" keinen Erfolg gehabt hat. Es ist damit die

1 Dr. Ludwig Erhard (1897–1977), Honorarprofessor; 1949–1977 MdB, 1949–1963 Bundesminister für Wirtschaft, 1963–1966 Bundeskanzler, 1966/67 Bundesvorsitzender der CDU. Vgl. Lexikon S. 230–232; Mierzejewski.

2 Konrad Adenauer (1876–1967), Jurist; 1946–1949 Vorsitzender der CDU in der britischen Zone, 1946–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1946–1949 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, 1948/49 Präsident des Parlamentarischen Rats, 1949–1963 Bundeskanzler, 1951–1955 zugleich Bundesaußenminister, 1949–1967 MdB, 1950–1966 Bundesvorsitzender der CDU. Vgl. Lexikon S. 169–176; Hans-Peter Schwarz: Anmerkungen zu Adenauer. München 2004.

3 Bundestagswahl vom 19. September 1965: Zweitstimmenergebnis CDU/CSU 47,6% (1961: 45,3%); CDU 38,1% (35,8%), CSU 9,5% (9,6%), SPD 39,3% (36,2%), FDP 9,5% (12,8%), Sonstige 3,6% (5,6%). Vgl. Datenhandbuch 1 S. 166f.

4 Das „Godesberger Programm" der SPD leitete den demokratischen Sozialismus nicht mehr vom dogmatischen Marxismus ab und vollzog eine außenpolitische Kursänderung. Vgl. SPD, Parteitag 1959; Helga Grebing: Das Programm von Godesberg und seine Bedeutung für die Politik der SPD, in: Willi Eichler zum 100. Geburtstag. Politische Programme in der Kommunikationsgesellschaft – Aussichten für die Sozialdemokratie. Düsseldorf 1996 S. 20–36.

erste Periode vergangen seit der „Bekehrung" von Herrn Wehner[5] in Godesberg. Es hat gezeigt, daß unsere Partei, von der so manche geglaubt haben, sie sei eine vorübergehende Zeiterscheinung, in Wirklichkeit doch ein starker Stein ist, ein Fortschritt in der Entwicklung des deutschen Parteiwesens.

Bedenken Sie bitte weiter, daß unsere Partei eine sehr junge Partei ist gegenüber den Sozialdemokraten und auch gegenüber den Freien Demokraten, und daß wir diese ganzen Jahre bewältigt und auch diesen Kampf wieder siegreich geschlagen haben.

Herr Bundeskanzler Klaus[6] aus Österreich hat mich gebeten, Ihnen seine herzlichen Grüße und Glückwünsche auszusprechen. Ich bin überzeugt davon, daß dieser Erfolg den christlichen Parteien auch in Südamerika eine neue Quelle der Hoffnung für die Zukunft ist. Deshalb ist es wohl am Platze, wenn wir alle, die wir hieran gearbeitet haben, uns dieses Erfolges freuen. (*Lebhafter Beifall.*) Nun möchte ich Herrn Kraske[7] bitten, eine Übersicht über die Wahl zu geben, soweit man sie bisher geben kann.

Kraske: Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht ganz einfach, so wenige Stunden nach dem vorläufigen endgültigen Ergebnis den Versuch einer ersten Analyse zu machen. Ich muß mich deswegen auf einige wenige besonders auffallende und eindrucksvolle Punkte in diesem Wahlergebnis beschränken, die alle noch einen gewissen Vorbehalt bis zur endgültigen Wahlanalyse erfordern, die wir dieses Mal wahrscheinlich noch gründlicher vornehmen müssen als bei jeder vorangegangenen Wahl; denn dieses Wahlergebnis ist, sobald man in Einzelheiten der Bundesländer oder erst recht in Einzelheiten der Wahlkreise hineingeht, wahrscheinlich das interessanteste Bundestagswahlergebnis, das wir überhaupt gehabt haben.

Ich möchte beginnen mit einem kurzen Vergleich mit den früheren Bundestagswahlergebnissen. Wir haben dieses Mal – nach der Wahl von 1957 – mit Abstand den größten Erfolg errungen[8]. Wir sind nur knapp hinter dem Ergebnis von 1957 zurückgeblie-

5 Herbert Wehner (1906–1990), Verwaltungsbeamter; 1927 KPD, 1930/31 MdL Sachsen, 1935 Exil, 1946 SPD, 1949–1983 MdB (1957/58, 1964–1966 stv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1969–1983 Vorsitzender), 1958–1973 stv. SPD-Vorsitzender, 1966–1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Vgl. KEMPF/MERZ S. 732–735; August LEUGERS-SCHERZBERG: Die Wandlungen des Herbert Wehner von der Volksfront zur Großen Koalition. Berlin 2002.

6 Dr. Josef Klaus (1910–2001), österreichischer Politiker und Jurist; 1949–1961 Landeshauptmann von Salzburg, ab 1952 Landesparteiobmann der ÖVP Salzburg, 1961–1963 Bundesminister für Finanzen, 1963–1970 Bundesparteiobmann der ÖVP, 1964–1970 Bundeskanzler. Vgl. Beatrice WEINMANN: Josef Klaus. Ein großer Österreicher. Wien 2000.

7 Dr. Konrad Kraske (geb. 1926), Historiker; 1953–1958 stv. Bundesgeschäftsführer der CDU, 1958–1970 Bundesgeschäftsführer, 1971–1973 Generalsekretär der CDU, 1965–1980 MdB. Vgl. LEXIKON S. 306.

8 Bundestagswahlen 14. August 1949: CDU 25,2%, CSU 5,8%, SPD 29,2%, FDP 11, 9%, KPD 5,7%, BP 4,2%, DP 4,0%, ZP 3,1%, Sonstige 10,9%; 6. September 1953: CDU 36,4%, CSU 8,8%, SPD 28,2%, FDP 9,5%, GB/BHE 5,9% DP 3,3%, Zentrum 0,8%, Sonstige 7,1%; 15. September 1957: CDU 39,7%, CSU 10,5%, SPD 31,8%, FDP 7,7%, DP 3,4%, Sonstige 7,1%. Vgl. Anm. 3.

ben. Was sich gegenüber 1957 verändert und verschlechtert hat, ist der Abstand von der SPD, der seit den Wahlen von 1953 von Wahl zu Wahl geringer geworden ist. Aber ich glaube sagen zu können, wenn man an seriöse Prognosen der letzten Wochen denkt[9], liegt der größte Erfolg für die Union in diesem Wahlergebnis gar nicht so sehr in den 47,6 %, sondern darin, daß wir trotz all dieser Prognosen die SPD um über 8 % hinter uns gelassen haben.

Das ist nur eine geringfügige Verschlechterung gegenüber 1961, wo der Abstand 9 % betrug. Die SPD hat also nur 1 % aufgeholt, und dies trotz der Bemühungen – von denen der Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer sprach – durch das Godesberger Programm während der letzten vier Jahre, trotz der unbestreitbaren Erfolge in den Landtagswahlen dieser vier Jahre. Ich meine also, daß dies eine ganz besondere Beachtung verdient.

Was bei der Beurteilung des Gesamtergebnisses sofort in den Blick fällt, ist darüber hinaus, daß der Zug zu den beiden großen Parteien sich immer noch weiter fortgesetzt hat. Im Jahre 1961 wählten 81,6 % CDU/CSU oder SPD; in diesem Jahr waren es 86,7 %. Ich meine, wenn ich hier etwas zu der Anlage unseres Wahlkampfes sagen darf, daß es sich wieder bewährt hat, daß wir diesen Wahlkampf in all unseren Äußerungen, in unserer gesamten Werbung im Bewußtsein der Wähler wieder zu der großen Alternative „CDU oder SPD" gemacht haben. Ich glaube, daß dies den für uns günstigen Konzentrationsprozeß wesentlich unterstützt hat.

Nun komme ich zu den Schwierigkeiten der Analyse. Auf den ersten Blick ist es kaum möglich, in diesem Wahlergebnis irgendwelche klar erkennbaren Trends festzustellen. Man wird weder sagen können auf den ersten Blick, daß dies ein besonderer Erfolg in den großen Städten war, noch wird man sagen können, daß es ein Mißerfolg in den Städten und ein Erfolg auf dem flachen Lande gewesen ist. Die Differenzierung der Wahlergebnisse ist nach dem, was ich bis jetzt sehe, von Land zu Land außerordentlich unterschiedlich. Es gibt offensichtlich einzelne Bundesländer, die gerade in den Ballungsgebieten, in den großen Städten, aufgeholt haben, so wie es sich bei Ihnen, Herr Ministerpräsident Kiesinger[10], schon in der Landtagswahl von Baden-Württemberg andeutete, während die Ergebnisse in Nordrhein-Westfalen dagegensprechen[11]; denn hier

9 Prognose des Instituts für Demoskopie für 1965: CDU/CSU 49,5%, SPD 38,5%, FDP 8%, andere Parteien 4%. Vgl. JAHRBUCH DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG 1965–1967 S. 296.

10 Kurt Georg Kiesinger (1904–1988), Jurist; 1935 Rechtsanwalt in Berlin, 1940–1945 Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Rundfunkpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amts, 1948–1951 Landesgeschäftsführer der CDU Württemberg-Hohenzollern, 1949–1958 und 1969–1980 MdB, 1958–1966 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1960–1966 MdL Baden-Württemberg, 1966–1969 Bundeskanzler, 1967–1971 Bundesvorsitzender der CDU. Vgl. Philipp GASSERT: Kurt Georg Kiesinger, 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München 2005.

11 Landtagswahl in Baden-Württemberg (26. April 1964): CDU 46,2%, SPD 37,3%, FDP/DVP 13,1%, Sonstige 3,4%. – Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (8. Juli 1962): CDU 46,4%, SPD 43,3%, FDP 6,9%, Zentrum 0,9%, Sonstige 2,6%.

haben wir in den Ballungsgebieten die größten Schwierigkeiten gehabt und am schlechtesten abgeschnitten.

Die Ergebnisse in den Bundesländern sind unterschiedlich. Sie sind positiv auf den ersten Blick, insbesondere in den Ländern mit evangelischer Bevölkerung. Das ist eines der bemerkenswertesten Ergebnisse dieser Wahl, daß das Verhältnis der Konfessionen nie so ausgeglichen gewesen ist, bei keinem Wahlergebnis wie jetzt bei diesem. (*Lebhafter Beifall.*) Wir müssen davon ausgehen, daß wir bei der zitierten Bundestagswahl von 1957 ein Verhältnis katholischer und evangelischer Wähler von annähernd 65:35 hatten, also $^2/_3$ zu $^1/_3$, während wir uns wahrscheinlich bei dieser Wahl dem Verhältnis von 50:50 angenähert haben. Wir werden es nicht völlig erreicht haben; ich schätze 42:48; so wird es ungefähr sein, aber ich meine, dieses Wahlergebnis ist nun noch einmal die überzeugende Bewährungsprobe der Union. Das sollte man auch der Öffentlichkeit gegenüber in unseren Kommentaren sagen. Wir sollten es ganz deutlich herausstellen. (*Beifall.*) Es sieht so aus, als habe dieses Wahlergebnis außerdem den allgemeinen Einebnungsprozeß in den Stammburgen der einzelnen Parteien fortgesetzt. Es gibt eine ganze Reihe von Anzeichen dafür, daß sowohl wir wie auch umgekehrt die Sozialdemokraten da am meisten verloren oder am wenigsten gewonnen haben, wo wir bisher die stärksten Positionen hatten; d. h. also, daß die Spitzen bei beiden Parteien abgebaut werden und daß die Linie durch alle Wahlkreise hindurch gleichmäßiger wird, bei allen Unterschieden, die es immer noch gibt, als das bei früheren Wahlergebnissen gewesen ist.

Der Grund dafür dürfte natürlich einmal darin liegen, daß die Union da, wo es keine Reserven mehr gibt, etwa in Niedersachsen in der DP oder auch in anderen Ländern in einigen Gruppen, an einer bestimmten Stelle ihren Grad der höchstmöglichen Saturierung erreicht hat, so daß man also über 65 oder 70 % nicht mehr hinauskommt, so wie es ähnlich bei der SPD in einzelnen Fällen ist, aber der eigentliche Grund scheint mir in einer anderen Entwicklung zu liegen. Was uns schon die Meinungsforschung vor dem Wahlkampf gezeigt hat, hat sich in dem Wahlergebnis offenbar bestätigt, daß nämlich der Anteil der Stammwähler noch einmal ein erhebliches Stück zurückgegangen ist, daß der Anteil der wirklich fest ideologisch oder traditionell oder soziologisch gebundenen Wähler zurückgegangen ist und daß dieses Wahlergebnis mehr als jedes frühere Bundestagswahlergebnis eine politische Entscheidung gewesen ist. Unsere Schätzungen für die Stammwähler liegen etwa bei 25 bis 30 %, während sie bei früheren Wahlen weit über 50 % lagen. Das führt zwangsläufig zu einer stärkeren Wanderungsbewegung zwischen den Parteien. Man wird sehr vorsichtig sein müssen, schon heute zu sagen, die CDU hat aus dieser oder jener Partei soundso viel Wähler gewonnen, sondern es wird wahrscheinlich so sein, daß die CDU auch einen Teil von Wählern an die SPD abgegeben hat, um andererseits von der SPD Wähler zu gewinnen.

Eine weitere Bestätigung dafür ist ja in den Meinungsumfragen und in den Analysen der letzten Wochen der unverhältnismäßig hohe Anteil von Meinungslosen oder von Aussageverweigerern gewesen. Es gibt heute morgen in der Bonner Presse so ein Scherzwort: Wer ist eigentlich Verlierer in der Wahl gewesen, – und die Antwort ist

dann: Die Meinungsforscher und die Computer.[12] Daß die Meinungsforscher tatsächlich die Verlierer in dieser Wahl waren, lag daran, daß bis in die Umfragen der letzten Wochen hinein 25 % der Wähler, d. h. also 13 % von Leuten, die nachher zur Wahl gegangen sind, bei dieser Umfrage noch nicht erklärt haben, wofür sie sich entscheiden. Das wiederum bedeutet, daß die Wähler sehr viel stärker als früher mit einer großen Offenheit in diese Wahl hineingegangen sind, ohne vorher schon fixiert gewesen zu sein.

Das Überraschendste für jeden, der diese Vorhersagen verfolgt hat, ist bei diesem Wahlergebnis doch wohl das, daß die FDP 2 bis 3 % besser abgeschnitten hat, als es alle Prognosen übereinstimmend ankündigten, während die SPD etwa 3 % schlechter abgeschnitten hat. Ich würde glauben, daß das bei der SPD an einem Tatbestand liegt, den jeder im Wahlkampf gespürt hat, daß die Menschen nämlich, je näher sie an die Entscheidung herangekommen sind, desto eher gedacht haben, bleiben wir doch lieber bei dem, was wir haben, sicher ist sicher, – während diese Zunahme der FDP-Wähler, die ihr keiner mehr zugetraut hat, ein sehr interessantes Phänomen ist, wobei wir uns sehr gründlich zu überlegen haben, was womöglich auch in unserem Wahlkampf der FDP so kurz vor der Entscheidung nochmals diesen Zuwachs gegeben hat, ob es das Reden der FDP-Führung von der absoluten Mehrheit oder ob es die Sorge vor einer großen Koalition gewesen ist; das im Augenblick zu beurteilen, wäre rein spekulativ. Deshalb werden wir in unseren Nachuntersuchungen uns diesen Fragen mit einer ganz besonderen Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Noch ein letztes Wort zu der Vorbereitung des Wahlkampfes! Ich glaube, daß dieser Wahlkampf nicht nur in der gesamten Wahlkampfführung der Bundespartei, sondern insbesondere in den Ländern und in den Gemeinden bewiesen hat, daß es eben nicht nur abhängt von dem großen Trend, von dem Fernsehen, von der „Bild"-Zeitung, von der Stimmung, sondern daß Wahlkampf und Wahlkampfarbeit bei diesem Ergebnis eine große Rolle gespielt haben.

Ich würde mich sehr freuen – hier spreche ich aus persönlichen Erfahrungen –, wenn wir aus diesem Wahlkampf alle miteinander die Lehre zögen, daß sich Versammlungen und Rednereinsatz auch im 20. Jahrhundert auszahlen. (*Beifall.*) Es besteht vor jeder Wahl immer von neuem die Schwierigkeit, daß mir gesagt wird: Nun laßt euch doch endlich einmal etwas Moderneres als diese Versammlungen einfallen. – Der Versammlungsbesuch ist durchweg höher gewesen als 1961. Es zeigt sich, daß trotz Fernsehen die politischen Versammlungen in den Wahlkreisen immer noch der Hauptmotor sind,

12 So z. B. Gustav TRAMPE in der „Welt" vom 20. September 1965 unter der Überschrift: „In der SPD-Zentrale blieb die Uhr stehen: Die Verlierer dieser Wahlnacht sind einige Meinungsforschungsinstitute."

(*Kohl*[13]: Und die Diskussion!) aber es zeigt sich darüber hinaus, daß auch die Arbeit des Kandidaten für das einzelne Wahlkreisergebnis etwas Wesentliches ausmachen kann.

Wir sollten uns auch die Mühe machen, in der langfristigen Vorbereitung künftiger Wahlkämpfe schon der nächsten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen[14] ein bißchen uns Gedanken darüber zu machen, wie viel von den Kandidaten in ihren Wahlkreisen geleistet worden ist und wie viel geleistet werden muß. Ich gestehe im nachhinein bei aller Freude an diesem Ergebnis: Wenn die Urlaubsquote zwischen Juli und September bei unseren Wahlkreiskandidaten etwas niedriger gewesen wäre, dann wäre das Ergebnis vielleicht noch etwas besser gewesen. (*Beifall.*) Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich damit zunächst abschließen. Wir werden und müssen aus diesem Wahlergebnis erstens eine sehr sorgfältige statistische Analyse machen. Wir lassen außerdem, wie auch nach der letzten Wahl, schon in diesen Tagen eine Umfrage anlaufen, um gerade dieser Wanderungsbewegung zwischen den einzelnen Parteien auf die Spur zu kommen. Ich glaube, daß wir die vor uns liegenden Landtagswahlen, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, die nach diesem Wahlergebnis außerordentlich schwierig und kritisch werden, nur dann gewinnen können, wenn wir schon jetzt beginnen, die Konsequenzen aus diesem Wahlergebnis zu ziehen und wenn wir diese Wahlen mit ungeheurer Sorgfalt und mit einem großen Einsatz vorbereiten. Ich hoffe, daß wir dann auch in Nordrhein-Westfalen zu einem guten Ergebnis kommen. (*Beifall.*)

Adenauer: Meine lieben Parteifreunde! Ich habe übersehen – ich sah ihn nicht hier sitzen –, Ihnen zu sagen, daß wir noch einen Gast haben, den Herrn Kollegen Strauß[15]. (*Beifall.*) Ich möchte nur ein kurzes Wort hier sagen über eine Versammlung, die als Schlußversammlung der CSU in Nürnberg[16] abgehalten worden ist. Ich habe mich dort in Nürnberg davon überzeugt, daß die Sozialdemokratie selbst in ihren rötesten Hochburgen doch mit Erfolg angegriffen werden kann. Das zeigte diese Versammlung. Die Polizei hat auch ihren Kommentar dazu gegeben. Sie war sehr freundlich; viel freundlicher als in manchen anderen Ländern. (*Heiterkeit.*) Aber ich möchte noch ein Wort zur Presse sagen. Die Presse macht uns sehr große Sorgen. Die beste Presse für uns sind die Mittagszeitungen und die Kirchenblätter, aber sonst die großen Zeitungen, die einmal geschaffen worden sind, ringen sich allenfalls noch dazu auf zu erklären, daß sie uns nahestehen. Ich habe die Verleger und die Chefredakteure zusammengehabt.

---

13 Dr. Helmut Kohl (geb. 1930), Historiker; 1959–1963 Vorsitzender des KV Ludwigshafen, 1959–1976 MdL Rheinland-Pfalz, 1963–1969 Fraktionsvorsitzender, 1964–1967 Vorsitzender des BV Pfalz, 1969–1976 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1969–1973 stv. Bundesvorsitzender, 1973–1998 Bundesvorsitzender, 1976–2002 MdB, 1982–1998 Bundeskanzler. Memoiren: Erinnerungen 1930–1982. München 2004; LEXIKON S. 302–304.

14 Am 10. Juli 1966.

15 Franz Josef Strauß (1915–1988), Landrat; 1947–1949 MdWR, 1949–1978 MdB (CSU); 1953–1955 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1955/56 für Atomfragen, 1956–1962 der Verteidigung, 1966–1969 der Finanzen; 1948–1953 Generalsekretär der CSU, 1961–1988 CSU-Vorsitzender, 1978–1988 Ministerpräsident von Bayern. Vgl. LEXIKON S. 377–379.

16 Vom 15.–17. Juli 1965 fand in Nürnberg die Landesversammlung der CSU statt. Vgl. Unterlagen in ACDP 07-012-064.

(*Klepsch*[17]: Die FAZ war nicht vertreten!) Die ist zu langweilig. (*Heiterkeit.*) Es tut mir leid. Ich habe mir Mühe damit gegeben, sie zu studieren. (*Unruhe.*) Meine Herren! Nehmen Sie das bitte ernst, gerade auch mit Nordrhein-Westfalen. In Nordrhein-Westfalen gibt es die „Kölnische Rundschau" und die „Rheinische Post", zwei große Zeitungen. Darüber habe ich mein eigenes Urteil. Ich empfehle dringend Nordrhein-Westfalen, sich um seine Landespresse etwas mehr als bisher zu bekümmern. Die Presse hat doch noch einen größeren Einfluß, als wir das vorher gedacht haben. Das möchte ich hier noch betonen und dem hinzufügen, was Herr Kraske eben gesagt hat. – Bitte sehr, Herr Dufhues[18]!

Dufhues: Herr Bundesparteivorsitzender! Herr Bundeskanzler! Ich spreche wohl in Ihrem Sinne und des Parteipräsidiums der Christlich-Demokratischen Union, wenn ich all denen herzlich danke, die an der Vorbereitung und der Durchführung dieses Wahlkampfes mit diesem großen Erfolg mitgewirkt haben. (*Lebhafter Beifall.*) Ich darf besonders danken der Bundesgeschäftsstelle und dem Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Kraske. (*Beifall.*) Ich habe seit einem Jahr die Vorbereitungen dieses Bundestagswahlkampfes beobachten können aus weitgehender täglicher Mitarbeit. Was hier von den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, auch von den Herren, die insbesondere in den Pressereferaten und anderen Abteilungen sind – für viele nenne ich Herrn Dr. Rathke[19] – zusätzlich geleistet worden ist, übersteigt bei weitem das Maß an Arbeit, das in früheren Jahren die Bundesgeschäftsstelle bei der Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes zur Verfügung stellen konnte. (*Beifall.*) Ich möchte aber auch herzlich danken den Landesverbänden, ihren Vorsitzenden, den Kreisverbänden und ihren Vorsitzenden und allen hauptamtlichen Mitarbeitern. Ich bin dankbar dafür – und das ist sicherlich die Auffassung des Gesamtpräsidiums –, daß sie uns auch bei der Vorbereitung der Bundestagswahl bis zur Aufstellung der Kandidaten hinein die Möglichkeit einer vertrauensvollen Aussprache und in vielen Fällen auch die Möglichkeit einer entgegenkommenden Erklärung bei wichtigen und schwierigen personellen Fragen gegeben haben.

Wir danken allen Rednern, allen Ministern, Abgeordneten und Kandidaten und all denen, die in einem ungewöhnlichen Maß die Schwierigkeiten dieses Wahlkampfes – es war einer der schwersten Wahlkämpfe der CDU/CSU – auf sich genommen haben.

17 Dr. Egon Alfred Klepsch (geb. 1930), Dozent; 1963–1969 Bundesvorsitzender der JU, 1965–1980 MdB (CDU), 1969–1989 Vorsitzender des KV Koblenz, 1973–1994 MdEP (1977–1982 und 1984–1992 Vorsitzender der EVP-Fraktion), 1992–1994 Präsident des Europäischen Parlaments. Vgl. LEXIKON S. 299.

18 Josef Hermann Dufhues (1908–1971), Rechtsanwalt und Notar; 1946/1947 und 1950–1971 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1946–1950 Vorsitzender der JU Westfalen, 1949/50 Bundesvorsitzender der JU, 1958–1962 Innenminister von Nordrhein-Westfalen, 1959–1970 Vorsitzender des LV Westfalen-Lippe, 1962–1966 Geschäftsführender Vorsitzender der CDU, 1966 Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, 1967–1969 Vorsitzender des CDU-Präsidiums Nordrhein-Westfalen. Vgl. LEXIKON S. 224f.

19 Dr. Arthur Rathke (1920–1980), Mediziner; 1959–1963 Pressechef des Deutschen Beamtenbundes, 1963–1970 Leiter des Pressereferats und des Referats für Öffentlichkeitsarbeit der CDU, 1970–1980 Staatssekretär für das Informations- und Presseamt der Landesregierung Schleswig-Holstein.

Ich möchte Ihnen persönlich danken, Herr Bundesparteivorsitzender, daß Sie in Ihrem Alter in nahezu jugendlicher Frische schwierige Wahlkämpfe auf sich genommen haben. Ich möchte die Gesamtverehrung Ihres Volkes, die Ihnen persönlich entgegengebracht wird, auch für die CDU mit aufrichtiger und herzlicher Dankbarkeit zum Ausdruck bringen. (*Starker Beifall.*) Entscheidend ist dieser Wahlkampf im Namen und mit Professor Dr. Ludwig Erhard geführt worden. (*Starker Beifall.*) Das ist die übereinstimmende Meinung der gesamten Partei. Das entspricht auch der weitgehenden Resonanz in breiten Schichten unserer Bevölkerung, daß der Erfolg dieser Wahl für die Christlich-Demokratische Union und die Christlich-Soziale Union entscheidend mit dem Namen von Professor Ludwig Erhard verbunden bleibt.

Ihnen beiden vor allem zu danken, ist sicherlich das herzliche Bedürfnis des gesamten Vorstands dieser Partei. (*Starker Beifall.*) Herr Dr. Kraske hat in seinen Ausführungen nur den Anfang einer Analyse des Wahlergebnisses geben können. Wir sollten uns darüber klar sein, daß die Ergebnisse in nahezu allen Landesverbänden recht unterschiedlich sind. Es wird notwendig sein, daß die Bundesgeschäftsstelle, und zwar in enger Zusammenarbeit mit den Landesgeschäftsstellen, sorgfältig unter soziologischen, konfessionellen und anderen Gesichtspunkten die Ergebnisse dieser Wahl analysiert und auswertet.[20]

Meine lieben Parteifreunde! Daß wir bis kurz vor der Wahl eine Zahl von 25 % unentschiedener Wähler festgestellt haben, die fest entschlossen waren, nicht zur Wahl zu gehen, beweist, vor welchem Risiko wir bis zu den letzten Tagen hinsichtlich des Ausganges dieser Wahl gestanden haben. Diese 25 % konnten sich auch anders entscheiden. Wir sollten deshalb nicht zu siegesgewiß diese erfreulichen Ergebnisse der Wahl zur Kenntnis nehmen.

Ich möchte, wenn ich daran denke, daß wir auch im Jahre 1969 eine Bundestagswahl zu gewinnen haben, nachdrücklich darauf hinweisen, meine lieben Freunde, daß die Sozialdemokratie wiederum an Boden und an Stimmen hat gewinnen können. Die SPD ist in einem dauernden Vormarsch nach vorn. Zwar haben sich ihre Vorstellungen als illusionär erwiesen im jetzigen Wahlergebnis, aber daß die SPD dauernd an Boden gewonnen hat, von Landtagswahl zu Landtagswahl, von Kommunalwahl zu Kommunalwahl, ist eine Tatsache, die die Partei in allen ihren Einrichtungen zu ernstem Nachdenken veranlassen muß. Das gilt insbesondere für Nordrhein-Westfalen, wo die SPD zwar unterschiedlich, aber insbesondere in den umstrittenen Gebieten des Ruhrgebietes, sehr weitgehend in einer sehr einseitig orientierten propagandistischen Unterstützung der Gewerkschaften Boden hat gewinnen können.

Wir werden auch die Gewerkschaften einer kritischen Prüfung unterziehen müssen. Wir werden mit unseren Freunden aus Königswinter[21] klären müssen, in welchen Teilen des Wahlkampfes die SPD ganz offensichtlich das Prinzip der parteipolitischen

20 Vgl. Die Wahlen zum 5. Deutschen Bundestag 1965. Darstellungen – Analysen. Vorgelegt durch die Bundesgeschäftsstelle der CDU. Bonn, März 1966.

21 Gemeint sind die Sozialausschüsse der CDA, deren Hauptgeschäftsstelle sich in Königswinter befand.

Neutralität verletzt hat. Wir werden daran arbeiten müssen, daß die radikalen Gruppen in den Gewerkschaften jene Haltung einnehmen, auf die unsere Freunde in den Gewerkschaften einen berechtigten Anspruch haben.

Meine Damen und Herren! Wir hatten in diesem Wahlkampf die Chance der absoluten Mehrheit, und zwar einer ganz klaren absoluten Mehrheit. Diese Chance haben wir nicht genutzt, nicht ohne eigene Verantwortung. (*Klepsch:* Sehr gut!) Ich hoffe, daß es mir erspart bleibt, diese Frage im einzelnen zu behandeln, aber daß wir diese Möglichkeit hatten und nicht genutzt haben, stimmt diejenigen traurig, die es gerne gesehen hätten, wenn die CDU/CSU aus einem christlich-demokratischen und christlich-sozialen Konzept die Politik der nächsten Jahre hätte formulieren, konzipieren und gestalten können.

Wenn ich eine Bitte habe als Ergebnis der Bemühungen des letzten Jahres oder des letzten Bundestagswahlkampfes, dann die, daß das Vertrauen in rechter Weise genutzt und ausgewertet wird, das uns die Bevölkerung geschenkt hat. Dazu gehört, daß wir jede innere Zwietracht und jede Gegensätzlichkeit in den kommenden Wochen und Monaten vermeiden. (*Starker Beifall.*) Dazu gehört eine sehr sorgfältige und kritische Prüfung der Sachfragen und auch der personellen Fragen, die im Rahmen insbesondere der künftigen Regierungsbildung gelöst werden müssen. Aber tun wir das im gegenseitigen Vertrauen und sorgen wir dafür, daß die Bevölkerung, die uns in so reichem Maße das Vertrauen geschenkt hat, den Eindruck erhält, hier hat sich eine Mannschaft zusammengefunden, die weiß, was sie will, die das Vertrauen nutzt und die einen klaren christlich-demokratischen und christlich-sozialen Kurs steuert.

Wenn wir so verfahren, wenn wir möglichst klar führen, wenn wir entschieden handeln und wenn wir notwendige Entscheidungen möglichst bald treffen, dann, so meine ich, liegt darin die beste Vorbereitung für die Bundestagswahl 1969. (*Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Eine lobende und eine tadelnde Diskussion ist durchaus willkommen. – Bitte sehr, Herr Barzel[22]!

Barzel: Herr Bundesvorsitzender! Herr Bundeskanzler! Ich darf mich zunächst einmal zum Sprecher aller machen, wenn ich auch meinem Nachbarn zur Rechten, Herrn Dufhues, herzlichen Dank sage. (*Starker Beifall.*) Weitere Worte sind nicht nötig. Was die Fraktion betrifft, so werden wir am Donnerstag die alte und die neue Fraktion zusammenhaben, weil wir das aus vielen Gründen für notwendig halten. Wir glauben, daß es die Situation nicht erlaubt, jetzt noch lange Zeit zu verlieren oder zu vertun. Sie wissen, daß sich erst am 19. Oktober der Bundestag konstituiert durch die Wahl des Präsidenten[23]. Wir glauben aber, so schnell arbeiten zu sollen und zu können, daß wir am 20. Oktober einen neuen Bundeskanzler wählen; denn die Zügigkeit und die Güte der Ar-

22 Dr. Rainer Barzel (geb. 1924), Jurist; 1957–1987 MdB (CDU), 1963/64 kommissarischer und 1964–1973 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1962/63 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1971–1973 Bundesvorsitzender der CDU, 1982/83 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, 1983/84 Bundestagspräsident. Vgl. LEXIKON S. 188–190.

23 Als Bundestagspräsident wiedergewählt wurde Eugen Gerstenmaier am 19. Oktober 1965 mit 385 Stimmen (31 Gegenstimmen, 98 Enthaltungen). Vgl. DATENHANDBUCH 1 S. 865.

beit und das Nicht-Zerstritten-Sein ist bereits entscheidend für die so wichtige Landtagswahl in Düsseldorf, von der hier eben gesprochen worden ist. Das muß ausstrahlen.

Die Beschlüsse, die heute morgen im Präsidium gefaßt worden sind,[24] liegen Ihnen vor. Zum Punkt 2 will ich mich im Augenblick noch nicht äußern. Wir möchten gern nicht nach vorn stellen, was uns angeht. Ich glaube, die Fraktion wird dem folgen, wenigstens der engere Fraktionsvorstand[25], mit dem wir heute mittag zusammen waren, daß wir nicht erst anfangen zu diskutieren mit dieser oder jener Personalfrage, sondern daß wir uns zunächst unter uns noch einmal verständigen – damit wir auch einen Zeitpunkt für den Koalitionspartner haben – über die anstehenden Sachfragen, nicht nur über die grundsätzlichen Fragen. Ich nenne hier einige wenige: die Finanzpolitik, die Sozialpolitik, die Politik in der Deutschlandfrage einschließlich Berlin – kleine Schritte, mittlere Schritte, große Schritte –, Fragen über Europa, Deutschland und NATO-Reform. Wir meinen, es hat keinen Zweck, jetzt das Hauptschwergewicht darauf zu legen, daß wir ganz schnell nur die Regierung haben und daß die Minister ernannt sind, denn dann haben wir vielleicht wieder eine Situation, daß wir in den verschiedenen Sachfragen im Parlament doch keine Majorität bekommen.

Wir wollen das gerne vorher erledigen, sowohl was uns betrifft, wie auch das, was die Koalitionspartner betrifft. Der unwürdige Zustand, daß eigentlich die Einigkeit in manchen Punkten in der Vergangenheit mehr in der Formulierungskunst der gerade Befragten bestand als in der Sache selbst, sollte eigentlich aufhören. Wir wollen die Formulierungskunst in der Sache vorher anmelden und dann, wenn ich so sagen soll, miteinander schwören: So wird es gemacht. Das wird dann in der Koalition durchgehalten. Das halte ich und auch der bisherige Vorstand der Fraktion für wichtiger, als jetzt sofort in Personalfragen hineinzugehen.

Es kommt darauf an, daß wir schnell an die Arbeit gehen, und zwar auch sichtbar für die Bevölkerung, damit sie sieht, die haben sich vorbereitet auf dieses Ergebnis und nehmen es auf als einen Auftrag, sofort an die Arbeit zu gehen. Wir sehen alle, was das Präsidium heute morgen unter Ziffer 1 gesagt hat – ich weiß nicht, ob es Ihnen vorliegt. (*Zurufe:* Ja!) Dann brauche ich es nicht mehr im einzelnen vorzutragen.

Was den Punkt 2 betrifft, so könnte man da das eine oder andere redigieren. Das wird wohl mehr in der Praxis liegen. Ich muß auch darauf hinweisen, daß am Schluß die neue Fraktion, die ein Drittel neuer Kollegen hat, den Bundeskanzler zu wählen und die Koalition auszumachen hat und damit auch die Last und die Freude der kommenden vier Jahre tragen wird, so daß sie natürlich ein gewisses Vorrecht auf diese Dinge bean-

24 In Punkt 1 wurde beschlossen, dem Bundespräsidenten Ludwig Erhard als Bundeskanzler vorzuschlagen; nach Punkt 2 sollte der Bundesvorstand der CDU zustimmend davon Kenntnis nehmen, „daß das Präsidium der CDU, die Fraktionsführung der CDU/CSU und der Vorstand der CSU eine Kommission bestellen, die beauftragt wird, die wesentlichen Sach- und Personalfragen mit dem vorgeschlagenen Bundeskanzler abzustimmen" (ACDP 07-001-054/1).

25 Vorstandsprotokolle für den Zeitraum von August 1965 bis November 1976 nicht vorhanden.

sprucht, ohne natürlich etwa zu glauben ... (*Gurk*[26]: Und Leid!) Das Leid haben wir miteinander, Herr Gurk. Es ist natürlich so, daß die Partei und die CSU dabei sein müssen; aber am Schluß muß die Fraktion wählen. Das sollte heute nicht zu irgendwelchen Friktionen führen.

Diese Ziffer 2 kann ja redigiert werden. Wir wollen einmal sehen, was die Praxis daraus erbringt. Soweit in diesem Augenblick, Herr Bundeskanzler!

Adenauer: Wird das Wort weiter gewünscht? Bitte sehr! (*Unruhe und Bewegung.*) Ich dachte, da wäre eine Wortmeldung! (*Zuruf:* Nein!) Herr Strauß, wollen Sie nicht ein paar Worte sagen? (*Strauß:* Im Augenblick nicht, Herr Bundeskanzler! – *Heiterkeit.*) – Bitte sehr, Herr Klepsch.

Klepsch: Weil auch kritische Worte gewünscht werden, möchte ich doch zwei Dinge vortragen: Wir haben – das sage ich für die Junge Union – den Eindruck, daß wir die absolute Mehrheit hätten gewinnen können, wenn nicht zwei Dinge in diesem Wahlkampf uns belastet hätten. Das eine war dieses unversehens ausbrechende Gespräch über die große Koalition, das uns außerordentlich schädlich gewesen ist, und zwar fast überall.

Im Zusammenhang damit möchte ich auch – das gehört nur als Teil dazu – sagen, daß ich wohl Verständnis dafür habe, daß die Freie Demokratische Partei für uns kein liebenswerter Koalitionspartner gewesen ist. Sie hat uns viel Ärger bereitet, aber es ist doch so, daß wir durch scharfe Angriffe gegen die Freie Demokratische Partei – es mag regional unterschiedlich sein – ihr zur Stärkung verholfen haben.

Was meinen eigenen Wahlkreis[27] und meine Nachbarwahlkreise angeht, so kann ich sagen, ich habe die FDP überhaupt nie erwähnt, und zwar einem Ratschlag von Herrn Scheufelen[28] folgend, der gesagt hat: Man muß den FDP-Wählern die Gelegenheit geben, uns mit Anstand zu wählen. – Das ist auch da erfolgt. Die Freie Demokratische Partei hat daraufhin – ich habe das noch einmal genau analysiert – in diesen Bereichen sehr viel weniger Stimmen erhalten als in solchen, wo ein sehr harter Wahlkampf mit ihr geführt wurde, der sie nur aufgewertet hat. Ich sage das zu einem bestimmten regionalen Bereich, den ich überschauen kann, ohne daß jetzt hier verallgemeinert werden soll.

Das zweite ist, daß wir in diesem Wahlkampf auch zu ringen hatten mit dem Problem, daß die Opposition wohl am meisten unterschwellige Zustimmung fand, wenn sie auf die Zwietracht und die Auseinandersetzungen in der CDU verwies. Ich darf deshalb sehr dankbar an das anknüpfen, was die Herren Vorredner bemerkten, daß wir auf

26 Dr. Franz Gurk (1898–1984), Bürgermeister; vor 1933 Zentrum, 1951–1968 Vorsitzender des CDU-LV Nordbaden, 1952–1972 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung und MdL Baden-Württemberg (1960–1968 Landtagspräsident), 1953–1963 Bürgermeister von Karlsruhe.

27 Klepsch hatte in seinem Wahlkreis Koblenz 55,7% Zweitstimmen und 56,8% Erststimmen erreicht. Vgl. DATENHANDBUCH 1 S. 247.

28 Dr. Klaus H. Scheufelen (geb. 1913), Papierfabrikant; 1958–1971 Vorsitzender des CDU-LV Nordwürttemberg, 1958–1960 kommissarischer Bundesschatzmeister, 1964–1968 Vorsitzender des Wirtschaftsrats der CDU e. V.

alle Fälle in der vor uns liegenden Zeit den Beweis erbringen sollten, daß wir eine geschlossene Gruppe sind, daß wir also nicht wieder in neue Konflikte eintreten. Wenn nämlich gegenseitige Stellungnahmen abgegeben werden, so spiegelt sich das in der gesamten Presse wider, was doch für unsere Partei sehr schädlich ist. Wir sollten also zu einer Klärung in dieser Hinsicht kommen, die es uns ermöglicht, eine klare Linie durchzuhalten.

Ich würde auch vorschlagen, daß vielleicht dieses Gremium heute einmal einen ganz dringenden Appell an alle richten sollte, diese Einheit nach außen zu präsentieren. Das wäre eine wesentliche Grundlage für Wahlerfolge bei den Landtagswahlen, die uns bevorstehen. Wir sollten in der vor uns liegenden Zeit den Versuch machen, dort, wo das nicht eingehalten wird, mit entsprechenden Maßnahmen dieses Gremiums dagegen vorzugehen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich möchte doch an die letzten Ausführungen des Herrn Kollegen Klepsch anschließen. Ich muß sagen: Im Kampf Geschlossenheit, aber vor dem Kampf kann man von einer Partei, die so wie die unsrige zusammengesetzt ist, nicht verlangen, daß sie ständig geschlossen auftritt. Das ist völlig unmöglich.

Deswegen sind wir ja auch denkbar – lassen Sie mich das offen sagen – als Oppositionspartei. Wir haben bei uns Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Intellektuelle, Landwirte, Mittelständler, also was haben wir nicht? (*Unruhe und Bewegung. – Zuruf:* Leidlich intellektuell!) Dann sagen wir „leidlich intellektuell". Ich fühle mich leidlich intellektuell, (*Lebhafte Heiterkeit*) aber, meine Damen und Herren, diese Gegensätze, die machen sich natürlich geltend. Daß wir nach außen geschlossen auftreten müssen, ist ganz klar. (*Unruhe.*) Trotzdem würde ich darum bitten, nicht dem Rat zu folgen, jetzt einen Beschluß über Einigkeit zu fassen. (*Lebhafte Heiterkeit und Bewegung.*) Meine Herren! Da wird doch jeder, der etwas in der Nase hat, womit er riechen kann, sagen: Die sind doch wieder uneins. (*Unruhe.*) Meine Herren! Wir sind einig! Das haben wir doch im Wahlkampf gezeigt. Das ist doch die Hauptsache, und dabei soll es jetzt sein Bewenden haben!

Aber ich hätte einen ganz anderen Gedanken, nämlich den, einmal darüber zu sprechen, daß die Junge Union ihre Mitglieder, wenn sie 25 Jahre alt sind, in die Partei entsendet. (*Unruhe.*) Das sind so Gedanken, die man überlegen muß, weil sonst die Gefahr besteht, daß Schwierigkeiten später kommen, wenn sie etwas älter sind. Sie wollen nicht mehr in den Rahmen hinein, dem wir uns doch alle gefügt haben. (*Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Im großen und ganzen können wir stolz und zufrieden sein. Aber die Schwierigkeiten bleiben bestehen bezüglich der Landtagswahlen, insbesondere für Nordrhein-Westfalen.

Lassen Sie mich noch sagen, einer der schwierigsten Gegensätze ist der Gegensatz zwischen dem Bund und den Ländern. Da können wir vom Bund aus nicht immer sagen, daß wir von den Ländern freundlich behandelt werden. (*Widerspruch und Bewegung.*) Ja, das ist so!

Ich möchte noch einmal auf Nordrhein-Westfalen zurückkommen. Wenn Nordrhein-Westfalen sozialistisch wird, verlieren wir – wenn ich es richtig im Kopf habe – die

Mehrheit im Bundesrat.[29] (*Unruhe und Bewegung.*) Stellen Sie sich bitte vor, was das bedeuten würde. Wir müssen uns deshalb gerade dieser Wahl in Nordrhein-Westfalen mit ganzer Kraft widmen; denn da handelt es sich wirklich um große Entscheidungen. Das Wort hat Herr Stoltenberg[30].

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler! Ich habe etwas in Ihrem sehr guten Bericht vermißt; vielleicht habe ich nicht ganz genau hingehört, aber wahrscheinlich ist es doch nicht mit der nötigen Deutlichkeit zum Ausdruck gekommen. Wir stehen vor der Situation, daß wir den Wahlerfolg haben, aber daß wir mit zwei oder drei Sitzen unter der absoluten Mehrheit sind, d. h. also, daß sich die Notwendigkeit einer Koalition ergibt, wenn wir eine Regierung bilden und im Parlament arbeiten wollen.

Herr Weyer[31] hat zwar in der Wahlnacht gesagt, was mich überrascht hat, wenn die CDU nur einen Sitz über der absoluten Mehrheit hätte, dann käme das überhaupt nicht in Frage. Aber dieser Fall ist nicht eingetreten. Deshalb müssen wir meines Erachtens in unserer Diskussion und auch in unserem Beschluß als das Führungsgremium der Partei etwas über die Richtung sagen, in der die Koalitionsverhandlungen geführt werden sollen. Ob das eine endgültige Festlegung heute sein kann, ist eine Frage für sich. Ich halte es aber für völlig ausgeschlossen, daß wir morgen oder übermorgen wieder alle möglichen Spekulationen über Allparteienregierung und ähnliche Dinge erleben, die im Grunde seit der Wahlnacht nicht mehr aktuell sind.

Ich glaube, daß dieser Bundesvorstand seine Funktion nicht ausüben würde als Führungsorgan der Partei, (*Kohl:* Sehr gut!) wenn er nicht zumindest in einer allgemeinen und behutsam formulierten Erklärung zum Ausdruck bringt, was sich wohl aus dem Wahlergebnis ergibt, daß wir davon ausgehen, zunächst einmal etwas zu sagen über den Koalitionspartner. Diese Führungsfunktion haben wir doch! Die müssen wir auch zum Ausdruck bringen, sonst würden wir meines Erachtens den uns gegebenen Auftrag nicht erfüllen. (*Krone*[32]: Genügt Ihnen Punkt 1 nicht?) Ich möchte, daß alle diese Mißverständnisse ausgeräumt werden. Warum sollte man das nicht hinzufügen? (*Kohl:* Sehr gut!) Ich möchte gegen alle Mißdeutungen meine Auffassung hier vertreten. Ich

29 Im Oktober 1965 konnte die Regierungskoalition im Bund auf 26 Stimmen (von 45) des Bundesrats rechnen. Diese Mehrheit blieb bis Oktober 1966 stabil; auch die Große Koalition ab Dezember 1966 konnte sich auf eine ausreichende Bundesratsmehrheit stützen. Vgl. DATENHANDBUCH 3 S. 2442f.

30 Dr. Gerhard Stoltenberg (1928–2001), Historiker; 1955–1961 Bundesvorsitzender der JU; 1955–1971 stv. und 1971–1989 Vorsitzender des CDU-LV Schleswig-Holstein, 1954–1957 und 1971–1982 MdL Schleswig-Holstein, 1971–1982 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein; 1957–1971 und 1983–1988 MdB, 1965–1969 Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, 1982–1989 der Finanzen, 1989–1992 der Verteidigung. Vgl. LEXIKON S. 375f.

31 Willi Weyer (1917–1987), Jurist; 1950–1954 und 1958–1975 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1956–1972 FDP-Landesvorsitzender, 1962–1975 Innenminister von Nordrhein-Westfalen, 1975–1986 Präsident des Deutschen Sportbundes.

32 Dr. Heinrich Krone (1895–1989); 1922 Angestellter der Zentrumspartei, 1925–1933 MdR (Zentrum), 1949–1969 MdB (CDU), 1951–1955 Geschäftsführer und 1955–1961 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1961–1966 Bundesminister für besondere Aufgaben. Tagebücher: 2 Bde. 1945–1961, 1961–1966. Düsseldorf 1995, 2003. Vgl. LEXIKON S. 307f. – Lübke

bin bereit, mich vom Gegenteil überzeugen zu lassen. Ich habe jedenfalls etwas vermißt, daß wir in dieser Frage, die wir doch alle gern beantwortet hätten, bisher nichts gehört haben.

Punkt 2 ist sehr kompliziert formuliert. (*Adenauer:* Lassen Sie die Leute doch etwas schmoren!) Das möchte ich eigentlich nicht gern, Herr Bundeskanzler. Wir haben so viele Kombinationen gehabt in den letzten Wochen und Tagen, daß wir diesen Dingen nach dem klaren Wahlergebnis jetzt ein Ende bereiten sollten. (*Lebhafter Beifall.*) Herr Bundesvorsitzender! Bei Punkt 2 bin ich der Auffassung – das ist nur eine Formsache –, daß nach unserer Satzung die Benennung einer solchen Kommission, die ich für nötig halte, die dem Bundeskanzler zur Seite steht, Aufgabe des Bundesparteivorstands ist. (*Kohl:* Sehr gut!) Und auch des Fraktionsvorstands. Ich habe damals selbst – ich darf das für mich in Anspruch nehmen – mit den Herren Dufhues und Kraske an dieser Satzungsänderung, mit der wir das Präsidium geschaffen haben[33], im Auftrage des Parteivorstands mitgearbeitet, aber ich werte die Funktion so, daß für eine so grundlegende Frage zweifellos der Bundesvorstand kompetent ist. (*Kohl:* Sehr gut!) Deshalb bin ich der Auffassung, daß wir heute – und wenn es heute nicht möglich ist, dann in einer Sitzung in der nächsten Woche – als Bundesvorstand der CDU, genau wie der Vorstand der Fraktion und der Vorstand der CSU – dort hat es als einziger der Vorstand zu machen – die Kommission benennen, die dem Bundeskanzler zur Seite steht, um die sehr schwierigen Verhandlungen zu führen. Diese beiden Änderungen möchte ich hier in einer noch nicht präzisen Formulierung beantragen.

Adenauer: Bitte sehr, Herr Barzel!

Barzel: Lieber Herr Stoltenberg! Ich war heute morgen hinzugezogen zu diesem erweiterten Präsidium. Ich kann nur sagen, die Ziffer 1 soll das ausdrücken, daß dies doch beantragt wird. Wir haben uns neulich einmal unterhalten. Es wäre doch in der Tat so, daß die Partei nur „April, April" sagt, wenn sie neun Millionen Erhard-Plakate macht und dann einen anderen vorschlägt.

Der Vorschlag Erhard ist eine ganz klare Äußerung, wozu er sich selbst im Wahlkampf auch ganz klar geäußert hat. Die Formulierung hier hat noch einen anderen Hintergrund. Der Herr Bundespräsident[34] hat die Parteivorsitzenden zu sich gebeten. Kollege Strauß kommt heute schon dran, Herr Bundeskanzler Adenauer morgen. Wir mußten eine Formulierung finden, nachdem der Bundespräsident von sich aus initiativ wird, die seine Prärogative nicht in Frage stellt, die aber zugleich völlig klarstellt, was wir meinen. Ich glaube, daß das in dieser Formulierung glücklich gelungen ist. Wenigstens

---

hatte am 16. September 1965 die Parteivorsitzenden schriftlich gebeten, aufgrund des erwarteten knappen Wahlausgangs keine Kandidatenvorschläge für den zukünftigen Bundeskanzler zu machen (BULLETIN Nr. 159 vom 28. September 1965 S. 1286; MORSEY S. 457–462).

33 Vgl. dazu PROTOKOLLE 4 S. XII, passim. Der Auftrag an Stoltenberg und andere erging in der Vorstandssitzung am 26. April 1963, hier S. 455 f.

34 Heinrich Lübke (1894–1972), Ingenieur; 1932/33 MdL Preußen (Zentrum), 1946–1954 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1947–1952 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Nordrhein-Westfalen, 1949/50 und 1953–1959 MdB, 1953–1959 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1959–1969 Bundespräsident. Vgl. LEXIKON S. 315–318.

besteht die Absicht. Es ist niemand auf eine andere Idee gekommen. Ich verrate sicherlich kein Geheimnis, wenn ich mitteile, daß der Herr Parteivorsitzende in der heutigen Sitzung des Präsidiums sich sehr hart ausgesprochen hat über eine Ausstellung in Berlin[35], die die Sozialisten da veranstaltet haben, die die christlichen Gefühle sehr verletzt hat. Er ist soweit gegangen zu sagen, daß wir als Christliche Demokraten auf gar keinen Fall mit den Sozialisten jetzt irgendwelche Gespräche führen können. Das war auch für jeden Teilnehmer völlig klar.

Zum Punkt 2 möchte ich im Augenblick nichts sagen. Ich muß natürlich darauf hinweisen, daß wir auch eine Fraktion haben. Sie fühlt sich sehr selbständig. (*Unruhe und Bewegung.*) Wenn ich das einmal ganz praktisch sagen darf: Wir müssen uns jetzt unter uns verständigen, aber nachher setzen wir uns an einen Tisch. Dann heißt es wie hier: Der vorgeschlagene Bundeskanzler ist Professor Ludwig Erhard. Er sitzt am Kopf. Er wird der Koalitionskanzler, weil wir allein nicht die Mehrheit haben. Dann sitzt auf der einen Seite die FDP. Mir ist mitgeteilt worden – ich weiß nicht, ob das stimmt, aber ich habe Anlaß, der Quelle zu vertrauen –, daß der Verhandlungsführer der FDP Herr Weyer sein wird.[36] (*Adenauer:* Das habe ich mir gedacht!) Jetzt ist doch die Frage, wer sitzt dem ständig gegenüber. Daran können wir doch gar nicht vorbeigehen, daß wir jetzt hier eine Kommission haben. Herr Weyer ist nicht Mitglied des Bundestags; er ist nicht in der Fraktion. Wir haben unsere Erfahrung gemacht in der Verhandlung beim Bundespräsidenten. Es ging alles gut, bis Herr Weyer kam, der alles durcheinander brachte. So war es doch. Wir müssen uns völlig darüber klar sein, und das sollte auch in der Öffentlichkeit zum Ausdruck kommen, daß CDU und CSU eine Einheit sind.

Wir wollen also die Partei in keiner Weise hier ausschließen. Aber ich möchte doch, daß wir, wenn der Parteivorstand eine Formulierung herausgibt, die das Licht der Öffentlichkeit, also auch der Presse, erblicken wird, nichts tun, was uns vielleicht am Donnerstag in der Fraktionssitzung Schwierigkeiten machen könnte.[37] Wir haben ein Drittel neuer Kollegen. Ich habe den Vorzug, den größeren Teil von ihnen im Wahlkampf kennengelernt zu haben. Es können auch da natürlich Schwierigkeiten entstehen. Sie wissen, es ist immer eine latente Spannung gewesen. Deswegen sollten wir es lokker formulieren. (*Zuruf:* Was Herr Stoltenberg sagt, läuft darauf hinaus, das Wort „Präsidium" durch „Bundesvorstand" zu ersetzen. Das ist alles.) Entschuldigen Sie, das hatte ich nicht ganz klar verstanden. (*Lebhafte Unruhe.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Amrehn[38].

---

35 Nicht zu ermitteln.

36 In der Sitzung des FDP-Bundesvorstands und der -Bundestagsfraktion am 23. September 1965 wurden Mende, Bucher, Mischnick, Weyer und von Kühlmann-Stumm mit der Verhandlungsführung beauftragt. Vgl. FDP-BUNDESVORSTANDSPROTOKOLLE Nr. 63c.

37 Vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE Nr. 314.

38 Franz Amrehn (1912–1981), Rechtsanwalt und Notar; 1950–1969 MdA Berlin (CDU), 1963–1969 Vorsitzender der CDU-Fraktion, 1961–1969 Vorsitzender der CDU Berlin; 1969–1981 MdB, 1970–1977 Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, 1970–1977 Mitglied, ab 1973 Vizepräsident der Beratenden Versammlung der WEU; 1972–1981 Mitglied der Nordatlantischen Versammlung. Vgl. LEXIKON S. 179f.

Amrehn: Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Inhalt und Sinn der gestrigen Wahlentscheidung scheinen mir so deutlich zu sein, daß nicht ausdrücklich ausgesprochen werden muß, Freund Stoltenberg, was Sie hier gefordert haben. Es hätte außerdem einen ungeheueren taktischen Nachteil. Ich finde, wir haben hier heute der FDP nicht Versprechungen als Vorleistungen zu machen, auf denen sie morgen dann bereits reiten könnten. (*Beifall.*)

Zum zweiten Punkt! Ich verstehe aus der Debatte, die wir hier im Bundesvorstand geführt haben, daß dieser Bundesvorstand etwas mehr noch mitwirken will an der Gestaltung der Politik, die die CDU und die CDU-Fraktion im Bundestag machen. Gleichwohl möchte ich heute sagen, wenn dieser von vielen unerwartet starke Wahlsieg, als den ich ihn ansehe, schnell in politische Wirklichkeit umgesetzt werden soll, dann handeln wir dem genau entgegen, wenn wir jetzt intern anfangen, uns um die Früchte gewissermaßen und die Zuständigkeiten der Auswertung solcher Früchte zu streiten.

Ich gebe auch als Vorstandsmitglied gegenüber früheren Einstellungen, die ich hier bekundet habe, dem Präsidium einfach das Vertrauen, daß es hier das Richtige machen wird, was in diesem Augenblick notwendig ist. Ich glaube, der Vorstand sollte selbst einen Beitrag dazu leisten, daß wir in dieser Richtung vorankommen.

Ich nehme das Wort auf, das Dr. Barzel gesprochen hat, wir können nämlich der Bevölkerung jetzt nicht auf einmal: „April, April" sagen.

Noch zwei Bemerkungen! Unser Freund Kraske hat Wert darauf gelegt, vielleicht eine Bestätigung dafür zu bekommen, daß sich der Wahlkampf in diesen Formen, wie er geführt worden ist, auch heute noch auszahlt. Ich bin einer von denen, die früher gesagt haben: Diese Form des Wahlkampfes lohnt doch nicht mehr. – Ich möchte ausdrücklich sagen, ich habe mich da redigiert und habe auf meinen Wahlreisen immerhin feststellen können, daß wir ein besseres Gespür für den Ausgang der Wahl hatten als die demoskopischen Institute. Überall, wo wir hinkamen, hatten wir doch gefühlt, es muß eigentlich besser sein, als daß wir Kopf an Kopf liegen, wiewohl wir immer das Kopf-an-Kopf-Rennen benutzt haben, um die Gefahr zu verdeutlichen, vor der die Wähler stehen, wenn sie SPD wählen.

Aber nun muß ich doch andererseits auch ein demoskopisches Institut in Schutz nehmen, nämlich Allensbach. Als wir gestern auf der Wahlparty in der Beethoven-Halle[39] saßen und dort verkündet wurde, das Ergebnis würde sein 36:48, haben wir alle mit dem Kopf geschüttelt und gesagt, das ist doch unmöglich. Die Allensbacher Ergebnisse sind ungefähr die letzten vier Wochen hindurch so gewesen, wie Neumann[40] uns das mitgeteilt hat. Damit ist zumindest Allensbach in seiner Reputation gerechtfertigt. Wie

39 Konzert- und Tagungshalle in Bonn.

40 Erich Peter Neumann (1912–1973), Meinungsforscher; 1946 Gründer des Instituts für Demoskopie (Allensbach), 1961–1965 MdB (CDU). – Allensbach prognostizierte Ende August 1965 45,5% für die CDU/CSU, 43,5% für die SPD, 7% für die FDP, Ende Juli lag die Union mit 48:43 Prozent in Führung. (Institut für Demoskopie Allensbach – Informationsdienst: Bevölkerung wünscht Kanzler mit politischem Weitblick – Die Stimme der Wähler im August – Wie war das Meinungsbild vor den letzten Bundestagswahlen? in: ACDP Meinungsumfragen-Archiv).

die anderen zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen kommen konnten, weiß ich nicht, aber ich möchte Herrn Kraske bestätigen, daß sich diese Form des Wahlkampfes noch ungeheuer lohnt, sowohl in einzelnen Wahlkreisen durch den Kandidaten, aber besonders natürlich auch in der Form, wie sich die Spitzenpersönlichkeiten unserer Partei eingesetzt haben.

Wenn es zutrifft, daß es zu einem Rennen geworden ist zwischen SPD und CDU, dann möchte ich noch einmal verdeutlichen, es ist letztlich doch auch die Entscheidung gewesen, vielleicht sogar ausschlaggebend: Erhard oder Brandt[41]. – Ich möchte meinen, daß dadurch, daß sich die CDU in Berlin von Brandt rechtzeitig getrennt hat, ihm auch das Argument genommen werden konnte, er hätte dort eine großartige Zusammenarbeit mit uns ermöglicht. Ich glaube, insofern einen nicht meßbaren Beitrag von Berlin aus geleistet zu haben.

Lassen Sie mich noch zwei Bemerkungen machen allgemeiner Art über das, was mir notwendig zu sein scheint. Das eine ist, daß in der neuen Bundesregierung die Regenerationskraft zum Ausdruck kommt, die unsere Partei besitzt und die nachgewiesen werden muß dem Wähler, der uns jetzt wieder das Vertrauen für die Zukunft gegeben hat, daß wir eben auch die kommenden Aufgaben wirklich mit nachwachsenden Kräften bewältigen können.

Wenn wir Homogenität in der eigenen Partei fordern, müssen wir sie auch jetzt schon fordern für das kommende Kabinett. Sie muß insbesondere gefordert werden an den entscheidenden Schlüsselstellungen der Außenpolitik und der Deutschlandpolitik. Ich möchte von mir aus hier sagen, es wird zu dieser Homogenität und zu klaren Entscheidungen im Kabinett sowie zu einer klaren Führung nicht kommen, solange Herr Mende[42] das gesamtdeutsche Ministerium leiten kann. Das muß ein Ende finden, weil sonst der Wille des Kanzlers in dem Maße, wie es notwendig ist, nicht auf einem so entscheidenden Gebiet der deutschen Politik zur Geltung gebracht werden kann. Wir können uns nicht länger die Bremsen und die Opposition der FDP an einem solch wichtigen Punkt gefallen lassen. (*Beifall.*)

41 Willy Brandt (1913–1992), Journalist; 1949–1957, 1961 und 1969–1992 MdB (SPD), 1950–1969 MdA Berlin (1955–1957 Präsident des Abgeordnetenhauses), 1957–1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1958–1962 Vorsitzender der SPD Berlin, 1966–1969 Bundesminister des Auswärtigen, 1969–1972 Bundeskanzler, 1964–1987 Bundesvorsitzender der SPD, 1976–1992 Präsident der Sozialistischen Internationale. Memoiren: Erinnerungen. Berlin 1989; Gregor SCHÖLLGEN: Willy Brandt. Die Biographie. Berlin 2001; Peter MERSEBURGER: Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist. Stuttgart 2002; Brigitte SEEBACHER: Willy Brandt. München 2004.

42 Dr. Erich Mende (1916–1998), Jurist; 1945 FDP (9. Oktober 1970 CDU), 1949–1980 MdB (1957–1963 Fraktionsvorsitzender), 1960–1968 Bundesvorsitzender der FDP, 1963–1966 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Vgl. LEXIKON S. 326; Hans-Heinrich JANSEN: Erich Mende. Bemerkungen zu den biographischen Möglichkeiten, in: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 15 (2003).

Adenauer: Das Wort hat Herr Ministerpräsident Meyers[43].

Meyers: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Ich muß Herrn Stoltenberg ganz entschieden widersprechen. Wenn es einen Weg gibt, der falsch ist, dann ist es dieser Weg. Wenn wir nämlich das möglichst teuer machen wollen, dann müssen wir heute sagen, wir machen ein Geleitzug-System, dann wird das zweite Schiff wieder das Tempo des ganzen Geleitzuges bestimmen.

Ich bin der Ansicht, daß in dem Vorschlag des Parteipräsidiums, den neuen Herrn Bundeskanzler vorzuschlagen, eine Vorentscheidung liegt, die jeder sich denken kann, der die Reden und Äußerungen des Bundeskanzlers gehört hat. (*Kohl:* Wenn wir es so einheitlich interpretieren, Herr Meyers!) Herr Kohl, wenn Sie es nicht so interpretieren, wie wollen Sie es denn interpretieren? (*Heiterkeit und Bewegung.*) Ich bin der Ansicht, damit ist das Notwendige gesagt. Wenn Sie darüber hinausgehen – und Sie erlauben, daß ich Herrn Weyer kenne –, dann machen Sie die Sache aber sehr teuer. Fangen Sie nur ja nicht mit dem gesamtdeutschen Ministerium an, sondern beschließen Sie höchstens, daß Sie die doppelte Anzahl von Ministern ohne Portefeuille bekommen. Aber das andere geht nicht. Deshalb bin ich der Ansicht, wir sollten jetzt nichts über Koalitionen beschließen, bevor wir nicht klar haben, daß der Bundeskanzler hier gewählt wird, und daß wir erst dann bestimmen, wie wir die Koalition machen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Scheufelen.

Scheufelen: Ich muß in einem Punkt Herrn Amrehn widersprechen. Ich weiß nicht, wie das in Berlin ist, aber wenn ich nach Hause komme, dann fragen mich die Mitglieder meines Landesausschusses, was geschieht nun. Wenn ich denen erzähle, ich habe mein übergroßes Vertrauen dem Parteipräsidium übertragen, dann weiß ich nicht, was geschehen wird. (*Amrehn:* Das Präsidium hat doch einen Beschluß gefaßt, der ist doch deutlich!) Ich muß sagen, wir tun genau etwas, was der demokratischen Funktion einer Partei widerspricht. Ich habe das Vertrauen in das Präsidium, aber ich fühle mich einfach nicht berechtigt, von den Rechten, die ich als Vorstandsmitglied habe, etwas wegzugeben. (*Kohl:* Sehr gut!) Ich möchte deswegen doch den Antrag von Herrn Stoltenberg unterstützen, daß die Aufstellung der Kommission vom Bundesparteivorstand gemacht wird, genau wie vom Fraktionsvorstand und vom Vorstand der CSU.

Adenauer: Dr. Kohl!

Kohl: Ich darf an das letzte hier anschließen. Ich möchte zunächst einmal gar nicht glauben, daß Herr Stoltenberg falsch verstanden worden ist. Er hat ja noch gar keinen formellen Antrag gestellt. (*Zurufe:* Doch!) Herr Ministerpräsident Meyers, wenn wir die Interpretation, die Sie gegeben haben, so klarstellen – ich würde es auch sagen –, dann ist es gut. Wenn wir unter Punkt 1 sagen, wir schlagen Ludwig Erhard vor – er ist persönlich sehr präzise festgelegt –, legen wir uns mit diesem Vorschlag doch auch fest.

---

43 Dr. Franz Meyers (1908–2002), Jurist; 1950–1970 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1952 Oberbürgermeister von Mönchengladbach; 1952–1956 Innenminister von Nordrhein-Westfalen, 1957/58 MdB, 1958–1966 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen. Vgl. Stefan MARX: Franz Meyers 1908–2002. Eine politische Biographie (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 65). Essen 2003.

Dann brauchen wir nichts mehr darüber zu sagen. Aber ich glaube, es war nicht ganz falsch, daß Herr Stoltenberg ganz allgemein das Thema hier angesprochen hat. Bis jetzt hat niemand widersprochen. Infolgedessen muß ich davon ausgehen, daß das die allgemeine Meinung ist, und dann brauchen wir darüber auch keinen Beschluß zu fassen.

Das wäre im übrigen der Stil, den die CDU in der Vergangenheit häufig geübt hat, Beschlüsse so indirekt herbeizuführen. Dann wird auch Herr Stoltenberg keinen formellen Antrag stellen, wenn wir in der Interpretation des Punktes 1 so klar sind. So würde ich es auch sehen.

Ich halte alles andere bei der jetzigen Wahlentscheidung und Situation – ich sage das ganz offen – für eine verfälschte Auslegung des Wählerwillens, so wie ich die Dinge sehe. Ich bin mit Ihnen allerdings einig, man soll nichts tun, um den Freien Demokraten einen Steigbügel zu geben, um gewisse Erpressungen durchzuführen. Wir brauchen ja nicht mehr zu sagen, wie das gemeint ist, wenn wir hier intern uns darüber im klaren sind, daß wir so interpretieren.

Das Zweite: Ich möchte nachdrücklich hier sowohl Herrn Stoltenberg wie Herrn Scheufelen beistehen, daß wir – ich sehe gar keinen Widerspruch, Herr Barzel, darin zu dem Wollen der Fraktion, ich kenne einen großen Teil dieses Drittels der neuen Mitglieder – sagen, der Bundesvorstand soll über die Kommission mitbefinden. Das bedeutet überhaupt nicht, daß wir dem Präsidium irgend etwas nehmen wollen. Das Präsidium kann ja den Vorschlag ausarbeiten, und wir werden ihn nach menschlichem Ermessen akzeptieren.

Aber ich halte dafür, daß wir die Ordnung, die wir uns selbst gegeben haben, einhalten. Ich bin sonst persönlich nicht damit einverstanden und nicht bereit, dem zuzustimmen. Wir können ja eine eigene Sitzung dafür machen. Warum denn nicht! Das braucht nicht heute zu sein. Wir können dann die Kommission bestätigen. Das scheint mir ganz zweckmäßig zu sein. Denn man soll auch in der Stunde des Triumphs nicht ganz vergessen – Herr Klepsch hat vorhin schon darauf hingewiesen –, daß es hier und da Nuancen gab.

Ich bin mit Ihnen, Herr Bundesvorsitzender, hier einer Meinung, Gott sei Dank gibt es die bei uns, aber diese Nuancen sollen hier anklingen. Wir wollen, wenn wir hier herausgehen, das Gefühl haben, welche Nuance die stärkste Farbe darstellt hier in der Palette dieses Vorstands. Deswegen wäre es ganz zweckmäßig, wenn wir hier klar beschlössen, schon allein von der Struktur der Persönlichkeiten her, die Dinge werden ungefähr so laufen.

Einen Gedanken möchte ich noch, auch im Namen vieler Freunde draußen im Lande, vortragen, der mir gut gefallen hat, und zwar hat auch Herr Amrehn davon gesprochen. Ich meine – ich darf mich schon jetzt auf die Ziffer 1 des Beschlusses des Präsidiums, Herr Bundeskanzler Erhard, beziehen –, daß es ganz entscheidend wichtig ist, daß – ohne jetzt auf irgendeine Personal- oder Sachfrage einzugehen – in den nächsten Wochen, wie Herr Barzel gefordert hat, präzise und rasch gehandelt und daß deutlich wird, die CDU ist und bleibt am Zuge; sie ist auch bereit, am Drücker sozusagen durchzustoßen. Aber es muß sowohl im Sachlichen wie im Personellen etwas zum Ausdruck kom-

men, daß wir in diesem fünften Deutschen Bundestag, der in einer sehr schwierigen und kritischen Zeit amtieren wird, von 1965 bis 1969, etwas aussagen – ich nehme das Wort auf – von der Regenerationskraft. Wir haben Millionen Stimmen von jungen und jüngeren Leuten bei dieser Bundestagswahl gewonnen. Das ist nun kein Argument, daß wir sagen, es müssen die Minister jung sein; denn jung oder alt ist eine sehr relative Sache, aber ich plädiere dafür, daß man sehr ernsthaft – ich weiß, es wird in diesem großen Kreise nicht ohne weiteres möglich sein – Überlegungen anstellt. Das geht vor allem an Sie, Herr Bundeskanzler Erhard, daß eben dieses neue Kabinett etwas aussagt über diese Regenerationsfähigkeit der CDU/CSU. Mißverstehen Sie mich nicht, wenn ich das so offen sage.

Der jetzige Bundestag geht zu Ende. Es ist für vier Jahre ein neuer Bundestag da. Es ist nun eine neue Bundesregierung zu benennen. Da wäre es gut, wenn auch – und jetzt will ich doch diese Personalfrage so skizzieren – das eine oder andere neue Gesicht auftauchte. Damit ist manchem altvertrauten Gesicht nicht Abbruch getan; denn es ist keine Schande, einmal Minister gewesen zu sein, meine Damen und Herren. Das möchte ich also hier doch ganz offen zum Ausdruck bringen.

Ich würde mir etwas davon versprechen, wenn beispielsweise bei dieser Kabinettsbildung herauskäme, daß das Kabinett etwas kleiner würde. Das braucht nicht unbedingt für das gesamte Verfahren schlecht zu sein. Ich würde zweitens sagen, man sollte ernsthaft dem alten Gedanken, der immer wieder bei uns erhoben wurde – wie der Titel heißt, ist mir persönlich gleichgültig –, eines Junior-Ministers nähertreten. Darin läge eine gewisse Möglichkeit, diese Regenerationskraft, ohne die Kontinuität irgendwie zu gefährden, hier zum Ausdruck zu bringen. Für mich persönlich ist das Entscheidende – auch das will ich ganz offen sagen –, daß viele unserer Mitbürger der CDU und CSU eine große Chance gegeben haben, aber doch manche mit dem Gefühl: Werden sie diese Chance auch nützen? Die Vertrauensvollmacht – lassen Sie mich das ganz offen sagen – ist vielleicht nicht mit einem so geöffneten Herzen gegeben worden wie 1957, wo es mehr eine Demonstration zur CDU hin war. Die Gefühle der Freundschaft und der Zuneigung waren diesmal etwas verhaltener. Wir sollten deshalb das Klima für uns etwas anheizen und anwärmen. Wir sollten versuchen, diesen Blanko-Scheck so zu nutzen, daß wir sagen können, wenn diese Regierung steht, wenn wir in die Wahl von Nordrhein-Westfalen gehen – es sind eine ganze Menge von Wahlen in absehbarer Zeit –, wir haben nun sowohl im Sachlichen in unserem Programm wie auch im Personellen mit unseren Männern und Frauen, die wir herausstellen, etwas deutlich gemacht, das zeigt, daß in dieser zweiten Phase deutscher Politik die CDU/CSU eine Regeneration in der Macht durchgeführt und ein von der Parteistruktur ungeheuer schwieriges Problem gelöst hat. Das geht aber nur, wenn man bereit ist, im Präsidium, im Fraktionsvorstand, Herr Kollege Barzel, und natürlich vor allem hier im Hause des Bundeskanzlers sich gelegentlich zu sagen: Bei allen verständlichen personellen Emotionen, bei aller verständlichen Zurückhaltung, jemand wehe zu tun in diesem Job und in diesem Amt, werden wir es diesmal tun müssen. Sie sollen die Gewißheit haben, daß niemand bei uns aufsteht und sagt: Wenn diese Liste so oder so aussieht, werden wir deswegen meutern.

Wir sind uns darüber klar, daß Sie es sehr präzise zusammenfassen. Ich sage das ganz besonders herzlich an Ihre Adresse, Herr Bundeskanzler Erhard. Das ist doch der Punkt – lassen Sie mich das als wesentlich Jüngerer sagen –, wobei es für Sie nun darauf ankommt; denn das ist ein Teil dieser Vollmacht, die Ihnen gestern gegeben wurde. Ich hoffe sehr, daß wir sie nützen. Ich bin eigentlich mit dieser Hoffnung und mit dem Auftrag von vielen, vielen Freunden heute hierher gekommen. Ich meine, vielleicht sollten wir darüber noch einen kleinen Moment reden.

Adenauer: Das Wort hat Herr Lemke[44].

Lemke: Herr Bundeskanzler! Ich habe zum Punkt 2 einen praktischen Vorschlag zu machen. Wir sind heute hier, wir kennen uns und auch das Präsidium. Warum sollten wir nicht, weil doch Eile geboten ist und wir zur Bildung einer Kommission kommen wollen, einfach beschließen: Der Bundesvorstand bittet das Präsidium, den Bundesvorsitzenden, den Geschäftsführenden Bundesvorsitzenden, den Stellvertretenden Geschäftsführenden Bundesvorsitzenden in die Kommission zu entsenden. Das sind die drei Herren, die in erster Linie durch den Bundesparteitag legitimiert sind. Wir bitten also das Präsidium. Dann haben wir unsere Aufgabe erfüllt, Herr Kollege Scheufelen, und man hat uns nichts von unserer Zuständigkeit genommen. Es ist wesentlich besser, wir sprechen das heute aus, als wenn wir nach acht oder 14 Tagen wiederum zusammenkommen, um dann eine Kommission zu bilden.

Adenauer: Bitte sehr, Herr Bundeskanzler!

Erhard: Ich glaube nicht, daß das so gedacht ist, daß die Kommission nur aus den Vorsitzenden dieser Gremien bestehen soll, sondern daß gegebenenfalls, je nach der Sachfrage, auch der eine oder andere hinzukommt. Wir hatten das Gremium etwas größer gedacht als nur ein Drei-Männer-Gremium. Das schien mir etwas zu eng zu sein.

Aber zu der ganzen Frage möchte ich sagen, mir macht die Verjüngung auf der einen Seite eine sehr große Freude; denn alle die jungen Abgeordneten, die ich während der Wahlreisen kennengelernt habe, haben auf mich einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Es scheint mir schon notwendig zu sein, sich darüber Gedanken zu machen, wie man sie allmählich mit heranführen kann an die größere Verantwortung bis hin zur Spitze, aber ein junger Kandidat, der das erste Mal erscheint, wird ja nicht gleich das höchste Amt anstreben – das haben Sie auch nicht so gemeint –, aber das ist gar kein schlechtes Problem. Ich glaube, diese Verjüngung der CDU wird uns sehr gut tun.

Was die Koalitionsverhandlungen mit der FDP anlangt, so bin ich auch der Meinung, der Punkt 1 der Entschließung deckt das vollkommen; denn ich habe meine Meinung so unmißverständlich zum Ausdruck gebracht, ich habe so eindeutig jedes Vorhelfen zu einer großen Koalition sofort wieder ausgetrieben. Ich glaube, da gibt es keinen Zweifel.

---

44 Dr. Helmut Lemke (1907–1990), Jurist; 1951–1954 Senator und 2. Bürgermeister in Lübeck (CDU), 1954/55 Kultusminister, 1955–1983 MdL Schleswig-Holstein, 1955–1963 Innenminister, 1963–1971 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1971–1983 Landtagspräsident. Vgl. LEXIKON S. 310f.

Aber ich möchte noch etwas anderes sagen; das kann für die Partei von Wert sein. Ich habe die Erfahrung auf den Reisen gemacht, wenn die Landesvorsitzenden mich begleitet haben, daß dies immer eine ausgezeichnete Wirkung hatte. Es schien dann nicht so, als ob jetzt von Bonn jemand kommt zu den Ländern, der ihnen etwas sagen will, sondern es ergab sich eine unmittelbare Beziehung vom Menschlichen her und vom Zusammenhalt der CDU/CSU. Ich will keine Namen nennen, aber ich sehe gerade Herrn Kiesinger, der mir gegenübersitzt. Wir haben viele Kundgebungen zusammen bestritten, auch mit Herrn Meyers viel. Ich ziele es nicht weiter an, das sind nur einige Beispiele. Ich wollte sagen, ich habe den Eindruck gehabt, daß das eine gute Sache ist, wenn sich Bund und Länder bei solchen Gelegenheiten vereinigen und wenn deutlich gemacht wird, daß wir nicht nur alle vier Jahre uns einmal begegnen oder nur bei Wahlen, sondern daß das eben eine dauernde Übung wird und eine dauernde Verbindung zwischen Bund und Ländern bleibt. Daß das nicht jeden Tag geschehen kann, wissen wir alle, aber dies ist doch deutlich geworden, und das schien mir eines der positiven Elemente dieser Wahl zu sein.

Im übrigen darf ich bestätigen, was als Wunsch vorgetragen worden ist. Auch ich bin der Meinung, wir sollten bis zum 18. Oktober so weit sein, daß man neben einer Klärung der Sach- und Personalfragen auch schon sagen kann, daß wir eine Regierung auf dieser Grundlage fertig haben, um dann möglichst schnell wieder in das normale Fahrwasser unserer Regierungspolitik zu gelangen.

Adenauer: Meine Herren! Lassen Sie mich bitte auch einige Worte sagen. Der Wahlkampf ist gestern zu Ende gegangen, aber trotz aller modernen Hilfsmittel hat es doch bis tief in die Nacht hinein gedauert, bis das Resultat feststand. Und heute morgen um 10.00 Uhr hat das Parteipräsidium schon zusammengesessen! Kann man schneller arbeiten? (*Beifall.*)

Ich bitte Sie, meine Herren! Wir haben zusammengesessen von 10.00 bis gegen 13.00 Uhr. Wir haben uns wirklich über die schwierigen Fragen unterhalten. Ist das nichts? Wir haben heute nachmittag doch schon Sie für 15.30 Uhr eingeladen. Ist das eigentlich alles nichts? Soll es noch schneller gehen?

Mit Ihrer Regenerationsfähigkeit – ich weiß nicht, wer das Wort aufgebracht hat! (*Lebhafte Heiterkeit und Bewegung.*) Was alt ist oder wer sich alt fühlt, soll gehen, aber sprechen Sie jetzt nicht von Regenerationsfähigkeit. Eine Partei, die gerade einen solchen Wahlsieg hinter sich hat, soll Regenerationsfähigkeit bezeugen! (*Lebhafte Heiterkeit und Bewegung.*) Wohin wollen Sie denn überhaupt? (*Unruhe.*) Ich habe mir das wirklich etwas anders vorgestellt. Die Frage dieses Ausschusses ist entscheidend wichtig, meine Herren. Wir waren heute morgen nach langer Diskussion mit Bundeskanzler Erhard einig. Ich würde mich freuen, wenn tatsächlich der Bundesvorstand beteiligt werden kann; denn ich gebe ganz offen zu, wenn man hier immer im Bundestag und im Bundeshaus hier in Bonn sitzt, verengt sich etwas der Sinn. Ich will damit nicht sagen, daß, wenn man draußen ist, sich der Blick kolossal erweitert. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Aber, meine Herren, man tauscht sich dann gegenseitig aus. Ich bin gerne dazu bereit, solange ich Parteivorsitzender bin und Sie auch wirklich auf die Einladungen hin kom-

men. Eine Bundesvorstandssitzung wie die heutige, wo es nur drei Entschuldigungen gibt – davon sind zwei faule Entschuldigungen, eine ist echt[45] –, (*Heiterkeit.*) die habe ich noch nicht erlebt. Aber das flaut auch wieder ab. Denken Sie auch bitte daran. Wir wollen das Verhältnis mit dem Parteivorstand pflegen. Das ist nötig, damit der Strom der Gedanken hin und her geht. Diese Notwendigkeit habe ich immer gesehen, und daran wollen wir auch festhalten. Aber ich glaube, wir werden Sie in Kürze, ich denke in etwa 14 Tagen, wieder einladen müssen, damit wir über diesen Ausschuß auch im einzelnen sprechen.

Das Parteipräsidium ist Ihr Ausschuß des Bundesvorstands. Wenn Sie nun noch einen dazu haben wollen, dann wählen Sie ihn. Aber dann kommen wir doch ganz durcheinander. Deswegen möchte ich Ihnen noch einmal sagen, freuen Sie sich des Erreichten, und stellen Sie dieses Gefühl des Erreichten über alles.

Denken Sie daran – ich habe das eingangs gesagt –, daß diese Partei eine junge Partei ist, die doch in den 16 Jahren, in denen sie die Regierung geführt hat, wirklich die Möglichkeiten gehabt hätte, sich total zu verbrauchen. Zeigen Sie mir bitte ein demokratisch regiertes Land, wo eine Regierung einer so jungen Partei sich so lange gehalten hat.

Herr Kohl, eines haben Sie ganz vergessen. Ich bin ja auch für die Jugend, aber ich bin auch für die Frauen. (*Kohl:* Ich habe sie erwähnt.) Denken Sie an die Ziffern! Wir haben zwei Millionen mehr weibliche als männliche Wähler. (*Zurufe:* Noch mehr!) Jawohl, weit über zwei Millionen. Das ist ein ganz einfaches Rechenexempel. Deswegen bedaure ich sehr, daß in den Ländern nicht mehr Frauen aufgestellt worden sind, um in den Bundestag zu kommen. Das hat man nicht getan. Das war der männliche Stolz, oder was es auch sei, ich weiß es nicht. Da wollte man also nicht weichen. (*Unruhe.*) Wir brauchen aber die Frauen absolut. Nebenbei gesagt: Ich habe gestern von Herrn Kollegen Meyers gehört – und das freut mich sehr –, daß seine Frau politische Versammlungen abhält.[46] Sehr gut, Herr Meyers! Fahren Sie so fort. Das macht Sie ungeheuer populär! (*Heiterkeit.*) Das Wort hat Herr Dichtel[47].

Dichtel: Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich kann im Namen aller feststellen, daß wir mit dem Tempo, das nach dieser Wahl Platz gegriffen hat, sehr zufrieden sind. Es ist richtig, wir konnten nicht schneller fahren. Wenn ich den Beschluß sehe, der heute morgen bereits gefaßt worden ist, dann kann man nur das eine sagen, daß es ein vollgültiger Beschluß entsprechend der Wahl gewesen ist. Ich glaube, Herr Kollege Stoltenberg ist auch mit uns einverstanden, wenn

45 Entschuldigt waren Franz Etzel, Dr. Gabriele Strecker und Dr. Hans-Christoph Seebohm, der von Dr. Josef Stecker vertreten wurde.

46 Meyers war seit 1937 mit Dr. jur. Alberte, geb. Mertens († 1982), verheiratet. Sie leitete sein Wahlkampfbüro im Wahlkreis Mönchengladbach und hielt selbst rund 50 Wahlreden. Vgl. MARX S. 396.

47 Anton Dichtel (1901–1978), Kaufmann; 1947–1966 Landesvorsitzender der CDU Südbaden, 1947–1952 MdL Baden (1949–1952 Fraktionsvorsitzender), 1953–1958 Staatsrat für Südbaden in der Landesregierung von Baden-Württemberg, 1956/57 MdL Baden-Württemberg, 1957–1967 Regierungspräsident in Freiburg. Vgl. LEXIKON S. 218f.

zu diesem Beschluß jetzt die Interpretation angenommen wird, die eben hier gegeben wurde. Dann brauchen wir darüber nicht mehr zu reden.

Ich darf noch eine grundsätzliche Bemerkung machen, Herr Bundesvorsitzender. Ich möchte nicht kritisieren. Ich denke jetzt an die Zusammenarbeit im Laufe der letzten Jahre. Es gibt viele in diesem Kreise, die hier im Bundesvorstand etwas mehr Mitwirkung in der ganzen Art sehen möchten. Wenn jetzt die Regierungsbildung kommt, dann wollen wir in keiner Weise durch Dummheiten zu Vorschußleistungen gezwungen werden. Ich halte es aber für richtig, ohne den Herrn Bundeskanzler festzulegen oder zu verpflichten, daß uns doch das eine oder andere – wie es ja in einem Vorstand sein sollte – gesagt wird. (*Kohl:* Sehr richtig!) Wenn das gemacht wird, werden Sie von vornherein eine ganz andere Atmosphäre hier haben. Wenn wir heute heimgehen und können diesen Beschluß Nr. 1 bereits der Presse übergeben, dann ist das die beste Auswertung des Wahlsieges, den wir errungen haben.

Herr Bundeskanzler, wenn Sie zum vorgesehenen Termin am 20. Oktober gewählt werden, dann ist das eine glänzende Sache, die auch den Presseleuten Arbeit erspart und uns Verdächtigungen nicht einbringt.

Nach dem guten Abschluß bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg[48] haben wir auch nach diesem Motto gearbeitet. (*Zuruf:* Nach welchem Motto?) Die Regierung kam in kürzester Zeit zustande. Das hat nach draußen einen guten Eindruck gemacht. Ich würde es begrüßen, wenn wir bei aller sachlichen Diskussion um personelle und sachliche Dinge dieses Ziel, alsbald eine aktionsfähige Regierung zu haben, nicht aus den Augen verlören.

Noch ein Wort zu der Frage der Kommission. Ich glaube, Herr Bundeskanzler, Sie haben es falsch verstanden. Wir sind der Meinung, daß der Bundesvorstand – das bedeutet in keiner Weise irgendeine Kritik gegenüber dem Präsidium – heute diese Kommission bestellen sollte. Das müßte doch heute das erste sein, was vom Bundesvorstand geleistet werden muß. (*Kohl:* Sehr gut!) Ich trete auch dem Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten[49] bei. Er hat gesagt: Der Erste Herr Vorsitzende – das wäre Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer –, der Geschäftsführende Vorsitzende – das wäre Herr Dufhues – und der Erste Stellvertretende Vorsitzende – das wäre Herr von Hassel[50].

Ich darf nun als Anlieger und Anrainer von Bayern, mit dem wir gute Beziehungen haben, vorschlagen, auch Herrn Ministerpräsidenten Kiesinger in diese Kommission zu wählen. Das hat schon seine Gründe. Ich würde also diesen Vorschlag machen. Das wären also vier Leute, Herr Bundeskanzler. (*Widerspruch und lebhafte Unruhe.*) Die Frak-

48 Vgl. Anm. 11.

49 Gemeint ist Helmut Lemke.

50 Kai-Uwe von Hassel (1913–1997), Kaufmann; 1950–1965 MdL Schleswig-Holstein (CDU), 1954–1963 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1963–1966 Bundesminister der Verteidigung, 1966–1969 für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1965–1980 MdB, 1969–1972 Präsident des Bundestags, 1973–1981 Vorsitzender der EUCD, 1977–1980 Präsident der Parlamentarischen Versammlung der WEU, 1979–1984 MdEP. Vgl. LEXIKON S. 262 f.

tion muß ja entscheidend mitwirken bei dieser Kommission. Es werden unsere Freunde von der CSU hinzukommen. (*Anhaltende starke Unruhe und Bewegung.*) Der Kreis darf nicht zu groß werden. Aber vom Bundesvorstand sollte das heute beschlossen werden. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Ich bitte um Ruhe. – Bitte sehr, Herr Kollege Meyers.

Meyers: Herr Bundeskanzler! Ich möchte einen Vermittlungsvorschlag machen. Ich finde es nicht richtig, wenn wir jetzt hier ohne weiteres eine Kommission wählen. Ich finde es auch nicht richtig, wenn wir hier unterschiedlich zum Vorstand der CSU behandelt werden. Hier steht: Der Bundesparteivorstand nimmt zustimmend davon Kenntnis, daß das Präsidium der CDU, die Fraktionsführung der CDU/CSU und der Vorstand der CSU eine Kommission bestellen. (*Unruhe.*) Wir sollten folgendes sagen: Der Bundesparteivorstand beauftragt das Präsidium, zusammen mit der Fraktionsführung und dem Vorstand der CSU eine Kommission zu bestellen.

Dann haben wir den Auftrag von uns gegeben, und Sie können auswählen, wieviel Personen, die geeignet sind, hineinkommen.

Adenauer: Bitte sehr, Herr Kollege Kiesinger!

Kiesinger: Herr Vorsitzender! Ich habe auch meinerseits einen Vorschlag zur Güte zu machen. Zunächst einmal muß der Bundesvorstand beschließen. Er nimmt nicht etwas zur Kenntnis, das von einem anderen Gremium beschlossen worden ist, sondern er muß beschließen. Die Schwierigkeit liegt bei der CSU, denn wir können ja nicht beschließen, was die CSU tun soll. Der Vorstand kann sich nicht selbst entmannen. Der Vorstand muß also die Möglichkeit haben, wenn nun diese Kommission mit dem Bundeskanzler verhandelt, dieses Verhandlungsergebnis zu besprechen und dazu Stellung zu nehmen. (*Kohl:* Natürlich!) Er muß also genau, wie das nachher der Fraktion vorgelegt wird, sich dazu äußern. (*Kohl:* Das ist völlig klar!) Das ist das Problem, und dahin müssen wir kommen. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

Erhard: Ich würde sagen, der Bundesparteivorstand ersucht das Präsidium der CDU. (*Mehrere Zurufe:* „Beauftragt"! – *Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Bitte sehr, Herr Kollege Gerstenmaier[51].

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich meine, daß der Vorschlag der beiden Ministerpräsidenten rasch akzeptiert werden könnte. Herr Kiesinger hat sicher recht damit, daß dieser Vorstand ein Anrecht darauf hat, daß, wenn er eine solche Vollmacht erteilt, das bevollmächtigte und beauftragte Gremium dann hier dazu berichtet und der Bundesvorstand Stellung dazu nimmt.

Das scheint mir wichtiger zu sein, als wenn man jetzt den Versuch machen würde, eine vielleicht doch nicht hundertprozentig geglückte Kommission personell zu bestimmen. In diesem Falle müßte ich auch Bedenken anmelden, die auf der Linie des Fraktionsvorsitzenden liegen. Ich habe heute vormittag im Präsidium versucht, Herrn Dr.

51 Prof. Dr. Eugen Gerstenmaier (1906–1986), Theologe; 1949–1969 MdB (CDU), 1952–1954 Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion, 1954–1969 Präsident des Bundestags. Vgl. LEXIKON S. 247–249; Matthias STICKLER: Eugen Gerstenmaier, in: CHRISTLICHE DEMOKRATEN GEGEN HITLER S. 217–226.

Barzel darüber zu beruhigen, daß hier der Fraktion nichts vorweggenommen wird. Aber ich hätte gegen den Vorschlag, daß jetzt hier eine Kommission bestellt wird, in der Tat Bedenken; denn der Fraktionsvorsitzende muß natürlich eine hinreichende Mitwirkungsmöglichkeit seines Fraktionsvorstands und der Fraktion sicherstellen. Ich glaube, wenn man den Vorschlag von Meyers und Kiesinger zusammennimmt in eine Formulierung, daß man dann aus der Sache herauskommt und allen Genüge getan ist. (*Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir haben die Anregungen gehört. Ich für meine Person kann Ihnen nur sagen, daß selbstverständlich das Parteipräsidium nicht etwa – wie soll ich sagen – ein Regiment für sich ist, sondern der Aufbau unserer Partei ist so: Bundesparteivorstand nebst Parteipräsidium. Wir haben vor einigen Jahren das Parteipräsidium anstelle des engeren Vorstands geschaffen. Aus dem ist es hervorgegangen, weil wir etwas die Arbeit straffen wollten. Aber es steht über ihnen auch der Parteiausschuß. Das müssen Sie auch bedenken. Der Parteiausschuß, darüber brauchen wir nicht zu sprechen, kommt ja in der Parteiversammlung ... (*Sehr starke Unruhe.*) Meine Herren! Ich bitte doch um Ruhe, man muß doch eine solche Sache einmal durchdenken. Ich wiederhole deshalb noch einmal: Das Präsidium ist vor einigen Jahren durch Beschluß von Ihnen anstelle des engeren Vorstands geschaffen worden. (*Anhaltende und starke Unruhe.*) Das Parteipräsidium ist also – vielleicht hören Sie doch einmal zu – ein Sproß des Bundesvorstands. Infolgedessen sind wir verpflichtet, Ihnen Rechenschaft oder auch Beteiligung zu geben. (*Anhaltende Unruhe.*) Die Fraktion, meine Damen und Herren, hat ja nun gewisse Rechte, die unabhängig sein müssen von irgendeiner Parteiorganisation, weil jeder Abgeordnete entsprechend seinem Gewissen stimmen muß. Da muß nun die Geschicklichkeit des Kollegen Barzel einsetzen, der dafür sorgt, daß eine Verbindung zwischen der Parteiorganisation und der Fraktion hergestellt wird. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Meine Herren! Ich rede jetzt so lange, bis Sie ruhig sind! (*Bewegung.*) Sie müssen sich auch in die Rolle von Herrn Barzel hineinversetzen. Er bekommt – dabei wird er sicher zum Fraktionsvorsitzenden gewählt werden – nun eine Fraktion, die 30 % neue Mitglieder hat. Die 30 % neuer Mitglieder kommen alle nach Bonn mit Erwartungen und geschwellter Brust, und sie sagen „die Fahne hoch" – nein, das will ich nicht sagen –, aber doch mit ähnlichen Gefühlen. Und da muß Herr Barzel darauf achten, daß er ihnen sagen kann: Ich bin für eure Rechte eingetreten.

Ich glaube aber, meine Herren, wir werden in der Sache selbst unbedingt zu einer Verständigung kommen. Es kommt hinzu – das hat Herr Meyers mit Recht hervorgehoben –, daß die CSU nicht zu unserer Partei gehört, sondern eine Fraktionsgemeinschaft mit uns hat, sie ist aber eine selbständige Partei. Nota bene wird sie, wenn die Wahl in Schweinfurt[52] vorüber ist, so stark sein wie die FDP. Ich hoffe nur, daß sie bescheidener auftritt als die FDP. (*Stürmische Heiterkeit.*) Wenn ich mir vorstelle, sie würde auftreten

52 In der Wahl am 3. Oktober 1965 erreichte die CSU 57,2%. Gewählt wurde Dr. Max Schulze-Vorberg (60,8% der Erststimmen). – Die Verschiebung der Wahl war durch den Tod des Direktkandidaten der DFU gemäß Wahlgesetz vom 7. Mai 1956 § 79 (BGBl 1956 I S. 383) notwendig geworden.

wie die FDP, dann müßte ich sagen: Gnade Gott dem Bundeskanzler. (*Unruhe und Bewegung.*) Der würde doch von allen Seiten weggerissen. Aber ich habe den Glauben, daß das mit der Fraktionsgemeinschaft gut geht und daß wir sogar besser und fester zusammenarbeiten werden als vorher. Jedenfalls glaube ich, daß das die Absicht auf beiden Seiten ist.

Ich schlage vor, nunmehr die Konzeption von Herrn Kiesinger vorzulesen. (*Anhaltende lebhafte Unruhe.*) Meine Herren! Wie lange wollen Sie das noch machen? – Bitte sehr, Herr Mikat[53]!

Mikat: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich würde wie folgt formulieren: Der Bundesparteivorstand beauftragt das Präsidium der CDU, zusammen mit der Fraktion der CDU/CSU und dem Vorstand der CSU eine Kommission zu bestellen, um die wesentlichen Sach- und Personalfragen mit dem Vorschlag eines Bundeskanzlers abzustimmen und dem Bundesparteivorstand rechtzeitig vorzulegen. (*Starke Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Ich habe sehr große Bedenken. Ich will sie Ihnen auch sagen. Bis zum 20. Oktober besteht die Bundestagsfraktion im alten Umfang wie bisher. Nun kommen die 30 % neuer Mitglieder hinzu. Es wird deshalb sehr schwierig sein. Herr Barzel, wie Sie das machen wollen, weiß ich nicht. Die alten wollen möglichst nicht auf den Fuß getreten werden, und die neuen wollen etwas zu sagen haben. Und der Parteivorstand, will der beide als gleichberechtigt betrachten? Das weiß ich nicht.

Krone: Heute morgen im Parteipräsidium waren wir uns darüber einig, daß eine Kommission gebildet werden muß. Das war auch der Wunsch und das Anliegen der CSU. Dem wird also Rechnung getragen. Hier ist nur vorgeschlagen, daß der Bundesparteivorstand primär das Präsidium beauftragt. Das ist dasselbe in der Sache, Herr Bundeskanzler, wie der Beschluß von heute morgen, nur ist es etwas legitimer als bisher. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Gradl[54].

Gradl: Während eben da oben lebhaft darüber debattiert worden ist, haben wir uns auch hier unterhalten. Wir haben einen Vorschlag, der in wesentlichen Punkten mit dem von Herrn Mikat übereinstimmt, nur in einem Punkt nicht. Dieser Punkt bezieht sich auf die Fraktionsführung. Wir würden so vorschlagen: „2. Der Bundesparteivorstand beauftragt das Präsidium der CDU, zusammen mit der Fraktionsführung der CDU/CSU und mit dem Vorstand der CSU eine Kommission zu bestellen, die die wesentlichen Sach- und Personalfragen mit dem vorgeschlagenen Bundeskanzler abstimmt und dem Bundesvorstand berichtet." (*Unruhe und Zurufe:* Vorlegt!) Jedenfalls sind da die richti-

53 Prof. Dr. Paul Mikat (geb. 1924), Hochschullehrer; 1962–1966 Kultusminister in Nordrhein-Westfalen (CDU), 1966–1969 MdL, 1969–1987 MdB, seit 1967 Präsident der Görres-Gesellschaft. Vgl. LEXIKON S. 331 f.

54 Dr. Johann Baptist Gradl (1904–1988), Volkswirt; 1957–1980 MdB (CDU), 1965/66 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1966 auch für gesamtdeutsche Fragen, 1970–1987 Vorsitzender der Exil-CDU. Vgl. LEXIKON S. 256 f.

gen Gruppen erfaßt. (*Zuruf:* Das hat Herr Mikat gesagt!) Nein, er hat von der Fraktion gesprochen, während wir „die Fraktionsführung" sagen.

Adenauer: Meine Herren! „Fraktionsführung" ist natürlich die alte Führung. (*Lebhafte Unruhe.*)

Gradl: Herr Bundeskanzler! Am nächsten Donnerstag wird auf alle Fälle die jetzige Fraktionsführung auch von der neuen moralisch legitimiert. Das ist doch absolut sicher.

Adenauer: Können wir uns auf den Vorschlag Gradl-Kiesinger einigen? (*Lebhafter Beifall.*) Vielleicht lesen Sie ihn noch einmal vor.

Gradl: Ziffer 2 würde dann heißen: Der Bundesparteivorstand beauftragt das Präsidium der CDU, zusammen mit der Fraktionsführung der CDU/CSU und mit dem Vorstand der CSU eine Kommission zu bestellen, die die wesentlichen Sach- und Personalfragen mit dem vorgeschlagenen Bundeskanzler abstimmt und dem Bundesvorstand einen Bericht vorlegt.

Adenauer: Ist Herr Strauß noch da? – Meine Herren! Sind Sie damit einverstanden? (*Mikat:* Ich würde sagen, rechtzeitig darüber berichten! – *Anhaltende Unruhe.*) Meine Herren! Wir stimmen darüber ab. Ich bitte also diejenigen, die für diese Fassung sind, eine Hand zu erheben. – Also, Sie sind regenerationsfähig und einig. (*Starke Heiterkeit.*) Meine Herren! Dann kommen wir zum Punkt „Verschiedenes". Darf ich fragen, ob das Wort dazu gewünscht wird? (*Meyers:* Wie ist das mit dem Entschließungsentwurf?) Der kommt danach! (*Meyers:* Hinter „Verschiedenes"?) Wie meinen Sie? (*Meyers:* Der müßte doch eigentlich vorgezogen werden auf der Tagesordnung. – *Heiterkeit und starke Unruhe.*) Wir arbeiten nicht so schnell wie Sie in den Ländern. Diesen Entwurf fanden wir hier vor. Ich habe ihn auch noch nicht gelesen, auch der Herr Bundeskanzler noch nicht, er schreibt die ganze Zeit und verbessert noch daran. Das kommt also auch noch dran, aber lassen wir doch zuerst den Punkt „Verschiedenes" nehmen. – Bitte sehr, Herr Barzel!

Verschiedenes

Barzel: Ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, das Parteipräsidium für Freitag früh einzuladen, weil uns sonst alle Termine verstreichen werden, um die gemeinsame Kommission zu bilden. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Das Präsidium am Freitag früh um 10.00 Uhr? Herr Strauß, können Sie am Freitag vormittag? (*Strauß:* Wozu, Herr Bundeskanzler?) Zu einer Sitzung unseres Präsidiums mit Ihnen. (*Strauß:* Wenn unvermeidbar, ja!) Es ist unvermeidbar! – Also, dann wollen wir es so machen. Wir werden am Freitag zusammenkommen. Am Donnerstag kommt die Fraktion zusammen. (*Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Das Programm ist so: Am Donnerstag Bundestagsfraktionssitzung um 11.00 Uhr. (*Unruhe.*) Ist Ihnen das zu spät? (*Stingl*[55]: Das Präsidium kann doch am Donnerstag nachmittag ta-

55 Josef Stingl (1919–2004), Diplom-Politologe; 1953–1968 MdB (CDU), 1955–1971 Lehrbeauftragter für Politische Wissenschaft an der FU Berlin, 1964–1969 Vorsitzender des LV Oder-Neiße, 1968–1984 Präsident der Bundesanstalt für Arbeit. Vgl. Lexikon S. 374.

gen!) Meinetwegen um Mitternacht. Mir ist es recht. Denken Sie doch daran, wir wissen noch gar nicht, was die 30 % neuer Mitglieder der Bundestagsfraktion sagen werden. (*Bewegung und Unruhe.*) Ich bin ja dafür, daß das Präsidium eingeladen wird für Freitag vormittag. Ich bitte Sie, Herr Strauß, dazu zu erscheinen. (*Zurufe:* Warum nicht am Donnerstag nachmittag?) Lassen Sie doch ein bißchen Zeit, denn nachher haben wir Dummheiten gemacht. Sie wissen gar nicht, was sich in der Fraktion tut. – Bitte sehr, Herr Kollege Gerstenmaier!

Gerstenmaier: Ich bin dagegen, daß wir vier Stunden tagen. Wenn wir am Donnerstag um 11.00 Uhr anfangen mit der neuen Fraktion, sind wir doch spätestens um 2.00 Uhr fertig. Warum sollten wir also nicht um 16.00 Uhr eine Sitzung des Präsidiums machen? Sonst ist doch der Tag kaputt. (*Unruhe.*)

Adenauer: Dann sagen wir Donnerstag um 6.00 Uhr nachmittags. Wir müssen doch schon aus Anstand der neuen Fraktion etwas Zeit lassen. Verstehen Sie das denn nicht? Wenn wir die Fraktion einladen für zwei oder drei Stunden, dann sagen die Mitglieder: Wie werden wir behandelt? (*Kohl:* Wie der Vorstand! – *Heiterkeit.*) – Bitte sehr, Herr Barzel!

Barzel: Die Anregung, das Präsidium am Freitag einzuladen, hatte ich mir erlaubt zu geben. Ich wäre sehr dankbar, wenn es dabei bleiben könnte. Man sollte am Donnerstag der Fraktion Zeit lassen. Wenn sie in einer Stunde fertig ist, um so besser. Ich glaube, nach dem Tempo, das wir vorhaben, wird es notwendig sein, daß das eine oder andere erledigt ist. Es gibt auch gewisse Regularien. Die Landesverbände müssen z. B. die neuen Landessprecher wählen. Wenn die Landessprecher nicht gewählt sind, können wir die Ausschußobleute nicht wählen. Wenn die Ausschußobleute nicht gewählt werden, können wir die Ausschüsse nicht besetzen. Dann können wir aber nicht am 20. Oktober fertig sein. Die Frage ist, wollen wir am 20. Oktober einen Bundeskanzler haben, und wollen wir dieses komplizierte Verfahren wählen, wo wir jetzt drei Bänke haben, nämlich eine Bank CDU, eine Bank CSU und eine dritte Bank Fraktion? Soweit sind wir jetzt. Auf der Bank gibt es also drei verschiedene Abteilungen. Wenn wir dieses komplizierte Verfahren wählen wollen, dann müssen wir uns jetzt im zeitlichen Ablauf Schwierigkeiten machen.

Deshalb hatte ich alles andere vergessen und nur darum gebeten, am Freitag früh eine Sitzung des Parteipräsidiums abzuhalten, damit wir nicht in Verzug kommen. Ich nehme an, der Herr Kollege Strauß wird morgen den CSU-Teil, und das Präsidium der CDU wird am Freitag den CDU-Teil erledigen. Den gemeinsamen Teil der Fraktion werden wir am Donnerstag erledigen. Ich bitte Sie deshalb, es am Freitag vormittag zu machen.

Adenauer: Meine Herren! Schließlich ist das auch eine Sache des Präsidiums. Wir beabsichtigen, das Präsidium am Freitag vormittag einzuladen. – Bitte sehr, Herr Frikke[56]!

56 Dr. Otto Fricke (1902–1972), Unternehmer; 1947–1951 und 1955–1970 MdL Niedersachsen (CDU), 1948–1950 Minister für Wirtschaft und Verkehr, 1952–1968 Vorsitzender des LV Braunschweig, 1960–1969 Vorsitzender der CDU in Niedersachsen. Vgl. LEXIKON S. 241.

Fricke: Zum Punkt „Verschiedenes"! Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Bundeskanzler! Es ist vielleicht noch wichtig, hier ein Wort zu verlieren über das niedersächsische Verhältnis, und zwar im Schatten des im Frühjahr abgeschlossenen Konkordates[57]. Das dürfte auch unsere Nachbarländer interessieren. Sie alle wissen, daß das Anfang Mai für uns keine leichte Entscheidung gewesen ist. Die vier FDP-Minister, an der Spitze der Stellvertretende Ministerpräsident und Landesvorsitzende Karl [sic!] Graaff[58], standen zum Konkordat und zur Schulgesetznovelle[59]. Auch nach einer Delegiertenkonferenz der FDP in Uelzen,[60] die Konkordat und Schulgesetznovelle abgelehnt hatte, stand am Dienstag darauf in einer Ministerbesprechung die Mannschaft der vier FDP-Minister unter Führung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden Graaff weiter zum Konkordat und zur Schulgesetznovelle, sie änderten nur die Begründung.

In dieser Situation standen wir Anfang Mai. Als nun die Fraktion der FDP, zwar nur 16 Leute, aber unter Führung des radikalen nihilistischen Vorsitzenden Hedergott[61], streikte, löste sich das Kabinett auf. Wir standen vor der Frage, mit Ministerpräsident Diederichs[62] zu verhandeln. Herr Bundeskanzler, ich erinnere Sie an unsere vier Fern-

57 Am 26. Februar 1965 vom niedersächsischen Ministerpräsidenten, Georg Diederichs, und dem Apostolischen Nuntius in Deutschland, Corrado Bafile, unterzeichnet und im Juli von der SPD-CDU-Koalition verabschiedet; der Austausch der Ratifizierungsurkunden erfolgte am 4. Oktober 1965. Vgl. Julius SEITERS: Dreißig Jahre Niedersachsen-Konkordat, in: Die Diözese Hildesheim in Vergangenheit und Gegenwart 63 (1995) S. 257–279; Dieter RADTKE: Zum niedersächsischen Konkordat, in: Niedersächsische Verwaltungsblätter 4 (1997) S. 49–56.

58 Carlo Graaff (1914–1975), Diplom-Ingenieur; 1955–1959 und 1965–1975 MdB (FDP), 1957–1968 Landesvorsitzender der FDP Niedersachsen, 1961–1965 Minister für Wirtschaft und Verkehr, 1963 MdL Niedersachsen.

59 Die Schulgesetznovelle nach dem Konkordat wurde mit 100 gegen 26 Stimmen bei einer Enthaltung am 30. Juni 1965 angenommen und trat am 1. Oktober in Kraft, vgl. AdG 1965 S. 11933. Vgl. auch Niedersächsische Staatskanzlei (Hg.): Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 18/1965, ausgegeben am 15. Juli 1965 S. 191 und Nr. 24/1965, ausgegeben am 15. Oktober 1965 S. 224; Hans Jürgen TOEWS: Die Schulbestimmungen des niedersächsischen Konkordats. Mit einem Anhang der einschlägigen Rechtsquellen. Göttingen 1967.

60 Der Landesausschuß der niedersächsischen FDP hatte am 28. März 1965 in Uelzen einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen, der Landtagsfraktion und den politischen Führungsgremien zu empfehlen, der Ratifikation des Staatsvertrages mit dem Heiligen Stuhl nicht zuzustimmen und auch die geplante Novellierung des Schulgesetzes von 1954 abzulehnen.

61 Winfrid Hedergott (1919–2002), Jurist und Hochschullehrer; 1949–1957 stv. Landesvorsitzender der FDP Niedersachsen, 1951–1970 und 1974–1978 MdL Niedersachsen (1958–1970 und 1974–1978 Fraktionsvorsitzender). – Im Streit um das Niedersachsen-Konkordat (Schulartikel) vertrat Hedergott in Übereinstimmung mit der FDP-Bundestagsfraktion und im Gegensatz zu den kompromißbereiten FDP-Bundesministern die ablehnende Haltung der FDP. Am 24. April bzw. 4. Mai traten die FDP-Minister zurück; die SPD bildete mit der CDU eine große Koalition.

62 Dr. Georg Diederichs (1900–1983), Pharmazeut; 1926 DDP, 1930 SPD, 1945/46 Bürgermeister von Northeim, 1947–1974 MdL Niedersachsen, 1948/49 MdPR, 1957–1961 Sozialminister von Niedersachsen, 1961–1970 Ministerpräsident.

gespräche. Es war für uns eine aussichtslose Situation, und dennoch haben wir die Fraktion, die sich aus 61 evangelischen und 21 katholischen Abgeordneten zusammensetzt, einmütig auf den Standpunkt gestellt, wir können hier nicht Nein sagen. Es ist bedrohlicher, wenn die SPD in die Wahlkämpfe ziehen und sagen kann: Wir hatten Frieden mit der Kirche, wir hatten ein Konkordat, aber die CDU in Niedersachsen hat sich der Verabschiedung versagt unter Mitwirkung im Kabinett.

Ich meine, der Wahlausgang hat uns recht gegeben.[63] Die FDP, die ihr Parteisüppchen kochen wollte, hat bei uns um 3 %, wie auf der Bundesebene, verloren. Sie hat häufig plakatiert mit einem schwarzen und einem roten Reiter und darunter geschrieben: Denkt an das Konkordat. – Die Tatsache, daß nun von den eine Million Stimmen, die die CDU insgesamt gewonnen hat, 330.000 in Niedersachsen gewonnen wurden, beweist eindeutig, daß unsere Politik richtig gewesen ist. Es hat sich für uns ausgezahlt, daß wir bereit waren, in Niedersachsen die Verantwortung in dieser Situation im Mai zu übernehmen. Das ist doch alles sehr beachtlich. Das wollte ich noch einmal sehr deutlich gesagt haben.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir danken für diese Ausführungen. Ich möchte aber etwas hinzufügen. Seitdem ich denken kann, haben wir mit Niedersachsen immer Schwierigkeiten gehabt. Es mag sein, was es will. Es ist leider so. Das liegt in der Natur der Dinge. Jedenfalls stelle ich fest, daß wir den Nuntius[64] gebeten haben, die Sache zu verzögern, solange es irgendwie mit Anstand möglich war. Und er hat das auch gemacht. Schließlich sagte er, ich kann nicht mehr, die Herren von Niedersachsen drängen, und sie sind alle einig. Dann wurde das Konkordat geschlossen. (*Fricke:* Jedenfalls war es ein Beitrag zu dem großen Wahlerfolg.) Ich habe den herzlichen Wunsch, meine Herren, daß nicht jetzt jedes Land anfängt, ein Konkordat zu schließen. (*Unruhe und Heiterkeit.*)

Wird noch das Wort gewünscht zum Punkt „Verschiedenes"? Das scheint nicht der Fall zu sein. (*Burgbacher*[65]: Die Entschließung!) Die kommt jetzt dran. Dann können wir zu der Entschließung übergehen. Da müssen einige kleine Änderungen gemacht werden. – Bitte sehr, Herr Kraske!

Kraske: Es liegt folgender Entschließungsentwurf vor: „Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union dankt den deutschen Wählern, daß sie der CDU durch ihre Entscheidung am 19. September 1965 weiterhin die Führung der deutschen Politik anvertraut haben.

---

63 Ergebnis der Bundestagswahl 1965 in Niedersachsen: CDU 45,8% (1961: 39%), SPD 39,8% (38,7%), FDP 10,9% (13,2%). Vgl. FISCHER 2 S. 688, 690.

64 Corrado Bafile (1903–2005), päpstlicher Diplomat; seit 1939 im päpstlichen diplomatischen Dienst, 1960 Titularerzbischof von Antiochien in Pisidien, 1960–1975 Apostolischer Nuntius für Deutschland.

65 Dr. Fritz Burgbacher (1900–1978), Wirtschafts- und Steuerberater; seit 1955 Honorarprofessor; 1957–1976 MdB (CDU), 1958–1977 MdEP (1973–1976 Vizepräsident), 1960–1967 Bundesschatzmeister der CDU, 1967–1969 Mitglied der Nordatlantischen Versammlung. Vgl. LEXIKON S. 209 f.

Die Christlich-Demokratische Union wird sich auch in Zukunft bemühen, die Politik der Bundesrepublik Deutschland in christlicher Grundgesinnung zu führen und an der Verwirklichung des freiheitlichen, sozialen Rechtsstaates weiterzuarbeiten.

Die deutschen Wähler haben erneut bewiesen, daß ein mündiges Volk wohl zu unterscheiden versteht, was leere Versprechungen sind und welche politischen Kräfte in unserem Land die unbeirrte Fortsetzung einer soliden, vorwärtsgerichteten Politik garantieren.

Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union dankt allen Helfern in dieser Wahl, die mit beispielhaftem Fleiß an der Aufklärung des Volkes über die Ziele und Leistungen der CDU mitgewirkt haben. Dieser Dank gilt der Arbeit der Organisation in allen ihren Stufen, aber auch den Frauen und Männern, deren rastloser persönlicher Einsatz in diesem Wahlkampf die Wähler von der Stärke, dem Ideenreichtum und der Opferbereitschaft dieser großen Volkspartei überzeugt hat.

Die CDU hat nie etwas von Versprechungen gehalten. Sie verpflichtet sich, ihre bisher erfolgreiche Arbeit für unser ganzes Volk zielstrebig fortzusetzen, bis Freiheit, Sicherheit und Friede für das ganze Deutschland erreicht sind."

Ich darf dazu einige Änderungen vorschlagen. Ich meine, daß wir Politik aus christlicher Gesinnung treiben und zur Verwirklichung des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates beitragen, ist kein Gegenstand von Bemühungen in der Zukunft, sondern eine Tatsache. Deswegen würde ich vorschlagen, das Wort „bemühen" zu streichen und nur zu sagen: Die CDU wird auch in Zukunft die Politik der Bundesrepublik Deutschland – was wohl besser heißt, ihre Politik, nämlich die der CDU – in christlicher Verantwortung führen und an der Verwirklichung des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates weiterarbeiten.

Ich finde „christliche Verantwortung" besser als „christliche Grundgesinnung".

Kiesinger: Wenn wir schon bei der Redaktion sind, dann würde ich vorschlagen, Herr Vorsitzender, den zweiten Absatz zunächst wegzulassen und unmittelbar nach dem Absatz 1 weiter fortzufahren mit dem Absatz 3. Das macht sich sehr viel besser; denn wir machen hier zweimal ein Gelübde, nämlich einmal im Absatz 2 und einmal im letzten Absatz. Im letzten Absatz würde ich davor warnen, den Satz stehen zu lassen: „Die CDU hat nie etwas von Versprechungen gehalten". (*Heiterkeit und Beifall, Unruhe. – Kohl:* Bundesparteitag[66] in Düsseldorf!)

Adenauer: Bitte sehr, Herr Gerstenmaier!

Gerstenmaier: Ich stimme Herrn Kiesinger zu. Absatz 1 kann stehen bleiben. Absatz 2 kommt vor den Schlußabsatz. Zum Absatz 3 empfehle ich zu sagen: „Die deutschen Wähler haben erneut bewiesen, daß ein mündiges Volk zwischen Leistung und Erfolg wohl zu unterscheiden versteht." Mit „leeren Versprechungen" würde ich nicht schreiben, sondern streichen. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich weiß auch nicht, ob Sie im zweiten Absatz das mit der christlichen Grundgesinnung haben wollen. So christlich sind wir näm-

66 Am 28.–31. März 1965. Zu den Beschlüssen meinte Adenauer: „So schön Worte und so gut gute Vorsätze sind, die man danach faßt – die Hauptsache ist die Tat." Vgl. CDU, 13. BUNDESPARTEITAG S. 729. Vgl. auch KLEINMANN S. 246–248.

lich gar nicht mehr. (*Starke Unruhe.*) Ich würde lieber sagen „christliche Verantwortung".

Kraske: Das habe ich doch gesagt!

Gerstenmaier: Als Schlußsatz würde ich empfehlen: „Die CDU verpflichtet sich, ihre bisher erfolgreiche Arbeit für unser ganzes Volk zielstrebig fortzusetzen." (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Herr Gerstenmaier! Ich glaube, die meisten von uns konnten Ihnen jetzt nicht folgen. Würden Sie es bitte noch einmal verlesen, wie Sie es tatsächlich haben wollen!

Gerstenmaier: Es ist nichts schwieriger als ein Redaktionskomitee im Bundesvorstand der CDU. (*Heiterkeit.*) Also, der erste Absatz, wie er hier steht. Dann kommt der dritte Absatz. Er heißt: „Die deutschen Wähler haben erneut bewiesen, daß ein mündiges Volk Leistung und Erfolg zu würdigen versteht." Auf das „wohl" kann man verzichten. Dann kommt der vierte Absatz. Der kann stehen bleiben; obwohl ich lieber sähe, wenn uns das andere bescheinigen, als daß wir es selber tun. Ich würde aber Wert darauf legen ...

Adenauer: Verzeihen Sie, Herr Gerstenmaier, Sie machen immer zwischendurch – zwischen der vorzuschlagenden Formulierung – Abschweifungen, so daß man gar nicht die eigentliche Formulierung erkennen kann. *(Heiterkeit und Unruhe.)*

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Ich meine, die „Wähler von der Stärke, dem Ideenreichtum usw." Das könnte stehen bleiben. (*Meyers:* Ich würde es streichen.) Sie wollen es streichen? (*Meyers:* Ja!) Herr Ministerpräsident Meyers ist dafür, den „Ideenreichtum" zu streichen. (*Lebhafte Heiterkeit und Bewegung.*) Als neuer Absatz vor dem Schluß würde ich sagen: „Die Christlich-Demokratische Union wird sich auch in Zukunft bemühen, die deutsche Politik in christlicher Verantwortung zu führen und an der Verwirklichung des freiheitlichen und sozialen Rechtsstaates weiterzuarbeiten. Die CDU verpflichtet sich, ihre bisher erfolgreiche Arbeit für unser ganzes Volk zielstrebig fortzusetzen." (*Sehr starke Unruhe.*)

Adenauer: Haben wir denn den freiheitlichen Rechtsstaat immer noch nicht verwirklicht? (*Anhaltende Unruhe.*) Meine Herren! Haben wir den noch immer nicht verwirklicht? (*Gerstenmaier:* Das „Soziale" haben wir noch nicht verwirklicht.) Es scheint noch sehr heiter zu werden bei dieser anhaltenden Unruhe. Meine Herren! Worauf ich Wert lege, möchte ich Ihnen sagen, daß nämlich das Wort von der „christlichen Verantwortung" bleibt und hineinkommt! (*Lebhafte Zustimmung.*)

Gerstenmaier: „Christliche Verantwortung" habe ich gesagt. Dabei wollen wir es belassen.

Kraske: Ich habe davon gesprochen, aber die „Bemühungen" müssen heraus, es soll eine Tatsache werden. (*Gradl:* Das haben wir doch gesagt!)

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Man kann sich fragen, ob man den Satz streichen soll „und an der Verwirklichung des freiheitlichen, sozialen Rechtsstaates weiterzuarbeiten". Das versteht sich von selbst. Wenn Sie den Schlußsatz lesen, so steht das

sowieso drin. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Wenn Sie es kürzen, dann ist das doch besser.

Adenauer: Ja, wenn Sie jetzt klug sind mit der Formulierung von Herrn Gerstenmaier – ich bin es nicht. Aber ich finde den Satz, Herr Gerstenmaier, „und an der Verwirklichung des freiheitlichen, sozialen Rechtsstaates weiterzuarbeiten" ... (*Sehr starke Unruhe.*) Aber, meine Herren, wenn nur einer spricht, ist es wirklich besser zu verstehen. So geht es ja nicht. Wie kann man da noch vernünftig formulieren. Es ist nicht zu verstehen. Also, was wollen Sie davon streichen?

Gerstenmaier: Man kann es auch stehen lassen. Aber je kürzer und knapper es ist, desto besser ist es und überzeugender.

Adenauer: Das ist keine neue Weisheit.

Kraske: Ich schlage vor, daß wir uns beim freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat nicht bemühen, sondern daß wir fortfahren mit dem Schluß „... in christlicher Verantwortung. Sie verpflichtet sich, ihre bisher erfolgreiche Politik bis zum Ende fortzusetzen." (*Anhaltende stürmische Heiterkeit. – Zurufe:* Bis zu ihrem Ende! – *Weiterer Zuruf:* Bis zu ihrem bitteren Ende. – *Anhaltende Heiterkeit.*)

Adenauer: Also, meine Herren, ich weiß mir jetzt keine andere Rettung mehr, als ein Redaktionskomitee einzusetzen. Ich schlage dazu vor, Herrn Ministerpräsident Kiesinger, Herrn Bundestagspräsident Gerstenmaier und Herrn Kraske. (*Beifall.*) – Bitte, Herr Klepsch!

Klepsch: Ich stelle einen weiteren Zusatzantrag.

Adenauer: Der geht an die Redaktionskommission. Über den wird hier nicht mehr diskutiert. (*Klepsch:* Ich möchte nur in der zweiten Zeile hinter dem Wort „CDU" noch hinzufügen „und Bundeskanzler Erhard".) Herr Klepsch, das tun wir auch, wenn der Herr Erhard nicht mehr da ist. (*Unruhe und Bewegung. – Klepsch:* Wir könnten es einsetzen!) Nein, entschuldigen Sie, dann haben wir Schwierigkeiten mit dem Herrn Bundespräsidenten. Ich bitte Sie dringend, sich zu korrigieren. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Meine Herren! Damit wäre Punkt „Verschiedenes" auch erledigt.

Kraske: Herr Bundeskanzler! Ich habe noch einen Punkt. Ohne vorauszuahnen, wie das Wahlergebnis für uns und auch diese Sitzung ablaufen würden, habe ich mir erlaubt, ein kaltes Büffet zu bestellen. Diejenigen, die heute abend noch auf die Reise gehen, haben die Möglichkeit, ab 17.30 Uhr, d. h. ab jetzt, sich nebenan zu stärken.

Adenauer: Damit darf ich die Sitzung schließen.

2

Bonn, Freitag 15. Oktober 1965

Sprecher: Adenauer, Barzel, Dufhues, Erhard, Grundmann, Gurk, Kohl, Schmitz, [Strauß].

Bericht der Verhandlungskommission zur Regierungsbildung. Verschiedenes.

Beginn: 11.10 Uhr *Ende: 12.40 Uhr*

Bericht der Verhandlungskommission zur Regierungsbildung

Adenauer: Meine Damen und meine Herren! Zunächst heiße ich Sie herzlich willkommen. Ich bitte um Entschuldigung, daß wir mit Verspätung anfangen müssen. Aber vielleicht gibt es in unserer Sitzung nachher eine Diskussion über einen Punkt, über den wir bereits einig waren. Das erleben wir ja des öfteren in der Parlamentsgeschichte. Es ist wohl am besten, wenn ich zuerst den Herrn Kollegen Dufhues und dann den Herrn Kollegen Barzel als Fraktionsvorsitzenden bitte, einen Bericht über den Lauf der Dinge in den letzten zwei Wochen zu geben.

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich will mich darauf beschränken, Ihnen einen nüchternen Bericht über den Gang der Entwicklung der Verhandlungen seit dem 19. September zu geben. Es hat sich als richtig und als durchaus eindrucksvoll erwiesen, daß sowohl das Präsidium wie auch der Bundesvorstand der CDU gemeinsam mit unseren Freunden von der CSU unmittelbar nach der erfolgreichen Bundestagswahl bereits am 20. September dieses Jahres zu Beratungen zusammentraten, die zu eindeutigen Beschlüssen geführt haben.[1]

Sie werden sich erinnern, daß wir uns in beiden Gremien einig darüber waren, den Herrn Bundespräsidenten zu bitten, Herrn Professor Dr. Ludwig Erhard, mit dessen Name der Erfolg der Bundestagswahl entscheidend verbunden ist, als künftigen Bundeskanzler dem Bundestag vorzuschlagen. Diese Entscheidung ist einhellig und einstimmig getroffen worden. Sie hat ihren Eindruck in der Öffentlichkeit nicht verfehlt.

Wir danken dem Herrn Bundesparteivorsitzenden dafür, daß er bereits am 21. September den Auftrag des Präsidiums und des Bundesvorstands ausgeführt und dem Herrn Bundespräsidenten entsprechende Vorschläge unterbreitet hat.[2] Wir sind uns weiter in der Sitzung vom 20. September darüber einig geworden, eine Kommission zu bilden, die alle mit der Bildung der Regierung verbundenen Fragen beraten sollte. Es wurde weiterhin beschlossen, alle entscheidenden Fragen mit dem Herrn Bundeskanzler abzustimmen, unbeschadet seiner verfassungsmäßigen Autorität und seiner verfas-

1 Vgl. Nr. 1 Anm. 25.
2 Morsey S. 461.

sungsmäßigen Rechte. Das Präsidium der CDU wurde beauftragt, die Parteifreunde für die Kommission zu benennen, die in dieser Kommission die CDU vertreten sollten. Entsprechende Aufforderungen wurden auch an die Bundestagsfraktion wie an unsere Freunde von der CSU gerichtet.

Am 22. September traten der Vorstand der Bundestagsfraktion der CDU/CSU und am 23. September die Fraktion selbst zusammen[3]. Hier wurden die Ergebnisse der Beratungen des Bundesvorstands einhellig begrüßt. Man machte sich Gedanken und faßte Beschlüsse, die die weitere Entwicklung der Beratungen zum Gegenstand hatten. Es wurde Einvernehmen darüber erzielt, daß die Vertreter der CDU-Fraktion mit Angehörigen des Bundesvorstands und des Präsidiums der CDU ebenso wie mit unseren Freunden von der CSU zu Besprechungen über die mit der Regierungsbildung zusammenhängenden Fragen zusammentreten sollten, Besprechungen, die in erster Linie Sachprobleme, im späteren Verlauf auch die personellen Probleme zum Gegenstand haben sollten. Es sollten Besprechungen und Beratungen in Arbeitskreisen in der Bundestagsfraktion durchgeführt werden, die die Ergebnisse ihrer Beratungen alsdann den Repräsentanten aus der Fraktion der CDU/CSU vortragen sollten, um sie gemeinsam mit ihnen zu beraten.

Es wurde weiter festgelegt, daß dann durch eine Verhandlungskommission die Verhandlungen mit der FDP aufgenommen werden sollten. Es wurde weiter besprochen, daß zunächst die Sachfragen und dann die personellen Fragen Gegenstand der Beratungen mit der FDP sein sollten. Bereits damals wurde auf Anregung unseres Freundes Dr. Barzel ein ungefährer Terminplan in Aussicht genommen, der vorläufig als Termin der Wahl des Bundeskanzlers den 20. Oktober dieses Jahres in Aussicht nahm. Am 24. September traten alsdann das Präsidium der CDU und die Führung der CDU-Fraktion sowie Angehörige der Vorstandschaft der CSU zusammen.[4] Es wurde die Anregung des Bundesparteivorstands aufgegriffen, die mehrfach erörterte Verhandlungskommission zu bilden. Man einigte sich über folgende Zusammensetzung: von der CDU die Herren Dr. Adenauer, Dr. Scheufelen sowie ich selbst; von der CSU die Herren Dr. Strauß, Dr. Dollinger[5], Dr. Huber[6] und Wagner[7]; von der CDU-Fraktion unsere Freunde Dr. Barzel, Struve[8], Brand[9], Katzer[10] und Rasner[11].

---

3 Vgl. CDU/CSU-Fraktionsprotokolle Nr. 314.

4 Vgl. Anm. 1. Protokolle des Präsidiums liegen nicht vor, nur eine Zusammenfassung der Sitzungen vom 9. August 1965 bis 13. Januar 1966 (ACDP 07–001–053/1).

5 Dr. Werner Dollinger (geb. 1918), Diplom-Kaufmann; 1946–1964 Stadtrat in Neustadt/Aisch (CSU), 1952–1964 Kreisrat, 1953–1990 MdB, 1964–1987 stv. Vorsitzender der CSU, 1962–1966 Bundesschatzminister, 1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1966–1969 für Post- und Fernmeldewesen, 1982–1987 für Verkehr. Vgl. Lexikon S. 221.

6 Dr. Ludwig Huber (geb. 1928), Jurist; 1946–1959 Vorsitzender der JU in Oberbayern, 1953–1955 Sachbearbeiter in der Bayerischen Staatskanzlei, 1958–1977 MdL Bayern, 1963–1970 stv. Vorsitzender der CSU, 1964–1970 Kultusminister in Bayern, 1972–1977 Finanzminister, 1977–1988 Präsident der Bayerischen Landesbank. Vgl. Lexikon S. 284f.

7 Leo Wagner (geb. 1919), Rektor; 1946–1971 Vorsitzender des KV Günzburg (CSU), 1949–1964 Mitglied des Stadtrats in Günzburg, 1963–1975 Bezirksvorsitzender der CSU Schwaben,

Aufgrund dieser Beratungen wurde Einigkeit und Einvernehmen darüber erzielt, daß die Bereitschaft zu Koalitionsverhandlungen, insbesondere unter Berücksichtigung der Haltung der CSU, nur gegeben sei, falls befriedigende Erklärungen abgegeben würden, die insbesondere die Beteiligung der CSU an diesen Verhandlungen ermöglichten. Zu diesen Voraussetzungen gehört nach einstimmiger Auffassung die Anerkennung des uneingeschränkten Vorschlagsrechts des Bundeskanzlers gemäß Art. 64 des Grundgesetzes[12] und zugleich die uneingeschränkte Präsentationsmöglichkeit der einzelnen Fraktionen, insbesondere auch der CSU. Man wurde sich weiter darüber einig, daß eine angemessene Regelung der Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit mit der CSU insoweit gefunden werden müßte, als einmal die Vergangenheit bereinigt und für die Zukunft ein Krieg, wie er in der Form eines Verdikts gegen den Vorsitzenden der CSU ausgebrochen ist,[13] unterbleiben müßte. Wir wollten, daß die Koalitionsarbeit durch derartige Methoden, wie sie unglücklicherweise durch die FDP in die Politik eingeführt worden sind, nicht mehr belastet würde.

Mit einem übereinstimmenden Wunsch wurde Herr Dr. Barzel gebeten, den Vorsitz in der Kommission zu übernehmen, von der ich eben gesprochen habe. Man war sich einig darüber, daß Herr Bundeskanzler Erhard gebeten werden sollte, den Vorsitz der Kommission zu übernehmen, die die Verhandlungen mit der FDP zu führen hatte. Die alsdann folgende Woche war durch interne Beratungen und Besprechungen und durch die Vorbereitung der Sachdiskussionen ausgefüllt. Es fanden wiederum Besprechungen

---

1961–1976 MdB, 1963–1975 Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU, 1971–1975 der CDU/CSU-Fraktion.

8 Detlef Struve (1903–1987), Landwirt; 1946–1950 Landrat Rendsburg (CDU), 1947–1949 MdWR, 1947–1969 Vorsitzender des Bauernverbands Schleswig-Holstein, 1949–1972 MdB.

9 Peter Wilhelm Brand (1900–1978), Prokurist; 1945 Mitgründer des „Aufbaublocks" (am 26. Juli 1946 in die CDU überführt), 1945–1969 Stadtverordneter in Remscheid (1946–1961 dort Fraktionsvorsitzender), 1953–1969 MdB.

10 Hans Katzer (1919–1996), Textilkaufmann; 1950–1957 Stadtverordneter in Köln (CDU), 1950–1963 Hauptgeschäftsführer und 1963–1977 Vorsitzender der Sozialausschüsse der CDU, 1957–1980 MdB, 1965–1969 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, 1979–1984 MdEP. Vgl. Günter BUCHSTAB: Hans Katzer, in: ZEITGESCHICHTE 11 S. 301–312; LEXIKON S. 293 f.

11 Will Rasner (1920–1971), Journalist; 1946 stv. Chefredakteur des „Flensburger Tageblatt", 1946–1953 Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Journalistenverbands, 1950–1953 Mitglied des Hauptvorstands des Deutschen Journalistenverbands, 1953–1971 MdB, 1955–1971 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion.

12 Art. 64 GG Absatz 1: „Die Bundesminister werden auf Vorschlag der Bundeskanzlers vom Bundespräsidenten ernannt und entlassen."

13 Vgl. „Spiegel" vom 29. September 1965 Titelgeschichte „Kampf um die Regierungsbildung: Strauß gegen Mende", Bericht auf S. 23–32, in der Ausgabe vom 6. Oktober Andeutungen auf S. 31, S. 91 Anzeige mit Sympathieerklärung. – Zur FDP vgl. FDP-BUNDESVORSTANDSPROTOKOLLE Nr. 63a S. 637 („Der Bundesvorstand hält es getreu den Wahlkampfaussagen für indiskutabel, daß von der Gegenseite überhaupt Strauß als Kandidat für ein Ministeramt angeboten wird.") und Nr. 63b S. 641 („Der Bundesvorstand hat einstimmig festgestellt, daß sich die FDP im Falle Strauß kompromißlos verhalten soll."). Vgl. auch HENTSCHEL S. 584.

zwischen dem Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Erhard und Herrn Dr. Mende statt, um zunächst einmal vorbereitend die Voraussetzungen für die Aufnahme der Koalitionsverhandlungen, insbesondere unter persönlichen Aspekten, zu treffen.

Am 5. und 6. Oktober fanden dann ganztägige Sitzungen der Zehner-Kommission statt, Verhandlungen, die unter dem Vorsitz unseres Freundes Dr. Barzel standen.[14] Es fand zunächst auch hier eine Aussprache über die Voraussetzungen statt, unter denen sich die CSU bereit erklären konnte, an den Koalitionsverhandlungen teilzunehmen. Es wurde Einvernehmen erzielt im Sinne der Überlegungen, von denen ich eben in dem Bericht über eine andere Sitzung gesprochen habe. In dieser Sitzung trug alsdann Professor Dr. Ludwig Erhard – ich möchte meinen, das war der allgemeine Eindruck – in sehr eindrucksvoller Weise die Grundsätze der künftigen Innen- und Außenpolitik vor. Gegenstand der Aussprachen waren insbesondere die außenpolitischen, die Sicherheits- sowie die europäischen politischen Probleme, Aussprachen, an denen sich vor allem der Bundesparteivorsitzende Dr. Adenauer und unser Freund Strauß beteiligten. In der Aussprache über diese Fragen wurde dann für etwa eine Stunde auch Herr Dr. Schröder[15] hinzugezogen. Die vom Herrn Bundeskanzler entwickelten Gedanken über die Innen- und Außenpolitik wurden grundsätzlich gebilligt.

Dieselbe Besprechung befaßte sich auch mit den Problemen einer Kabinettsreform. Es wurde die Frage erörtert, ob die Zahl der Ressorts und Ministerien vermindert werden könne; da eine weitere Frage damit untrennbar in Zusammenhang stand und steht, wurde auch geprüft, ob Staatsminister, parlamentarische Staatssekretäre oder ähnliche Möglichkeiten geschaffen werden sollten. Das Für und Wider wurde besprochen. Abschließende Ergebnisse wurden in diesen Besprechungen nicht erzielt. Aber ich darf vorwegnehmen, daß im Verlaufe der Beratungen der dann folgenden Tage sowohl der Gedanke einer starken Reduzierung der Zahl der Bundesminister wie auch der Schaffung des Instituts von Staatsministern oder parlamentarischen Staatssekretären sehr stark zurücktrat. Ich möchte meinen, als Ergebnis der bisherigen Überlegungen feststellen zu können, daß diese Frage jedenfalls für die Beratungen der kommenden Tage bis zur Regierungsbildung nicht von wesentlicher Aktualität ist. Wesentliche Korrekturen in der Zahl der Ministerien sind offensichtlich nicht in Aussicht genommen. Die Schaffung der Institution von Staatsministern und parlamentarischen Staatssekretären be-

14 Teilnehmerliste vom Treffen am 5. Oktober 1965 mit dem Bundeskanzler im kleinen Kabinettssaal (14 Personen) in ACDP 01–554–001/2. Vgl. auch CDU/CSU-Fraktionsprotokolle S. 1576–1580 und Nr. 317, dort Bericht über den Verlauf der Koalitionsverhandlungen; „Welt" vom 5. Oktober 1965 „Erhard und Barzel erörtern künftige Regierungspolitik"; „Notizen zur Regierungsbildung" vom 5. Oktober 1965 in ACDP 01–157–011/1.

15 Dr. Gerhard Schröder (1910–1989), Jurist; 1949–1980 MdB (CDU), 1953–1961 Bundesinnenminister, 1955–1978 Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU, 1961–1966 Bundesminister des Auswärtigen, 1966–1969 Bundesminister der Verteidigung, 1967–1973 stv. Bundesvorsitzender der CDU, 1969–1980 Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestags. Vgl. Lexikon S. 361f. – Zur Sitzung vgl. Hentschel S. 581.

dürfte einer gesetzlichen Regelung, die erst der kommende Bundestag beschließen könnte.[16]

Im Verlaufe der weiteren Beratungen der Zehner-Kommission wurde eine Kommission für Koalitionsverhandlungen unter dem Vorsitz von Professor Dr. Ludwig Erhard gebildet. In diese Kommission wurden gewählt von der CDU die Herren Dr. Barzel, Struve und Rasner, von der CSU die Herren Dr. Strauß, Dr. Dollinger und Wagner. Außerdem wurde ich aufgefordert, an den Beratungen teilzunehmen. Unser Herr Bundesparteivorsitzender meinte, auf das besondere Vergnügen von Koalitionsverhandlungen in diesem Falle verzichten zu sollen.

Am 11. Oktober trat der Fraktionsvorstand der Bundestagsfraktion der CDU/CSU zu einer ganztägigen Sitzung zusammen,[17] an der allerdings am Nachmittag unsere Freunde von der CSU nicht teilnehmen konnten, weil sie zu wichtigen Beratungen nach München berufen wurden. Bundeskanzler Dr. Erhard trug auch dem Fraktionsvorstand seine innen- und außenpolitischen Pläne vor. Die Grundsätze seiner Überlegungen fanden einstimmige Billigung. Es wurde im Anschluß an die Beratungen – wegen der Fragen, die mit dem Haushaltsausgleich der künftigen Finanz- und Steuerpolitik zusammenhängen – eine Kommission gebildet, die sich mit den Problemen des Haushaltsausgleichs, der Reform der Haushaltsberatung und den damit zusammenhängenden Fragen befassen sollte. Leider ist über die Tätigkeit dieser Kommission bereits sehr voreilig in der Öffentlichkeit berichtet worden.[18] Ich würde es dankbar begrüßen, wenn dieser Schwerpunkt der Beratungen der Innenpolitik insbesondere in den Darlegungen unseres Freundes Dr. Barzel seinen Niederschlag fände.

Nachdem nun intern in den Beratungen sowohl der Zehner-Kommission als auch der sonstigen Beteiligten die Voraussetzungen für die Aufnahme der Beratungen und Verhandlungen mit der FDP gegeben waren, traten die Verhandlungskommissionen der beiden Gruppen am 12. Oktober zusammen. Die Ergebnisse dieser Beratungen sind Ihnen weitgehend mitgeteilt worden. Es entsprach der besonderen Situation der jetzigen Regierungsbildung, daß hier zunächst die Voraussetzungen erörtert werden mußten, unter denen die CSU bereit war, sich an den Verhandlungen zu beteiligen. Die Beratungen

16 Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Parlamentarischen Staatssekretäre wurde am 6. April 1967 verabschiedet, BGBl 1967 I, S. 396. Vgl. Heinz LAUFER: Der Parlamentarische Staatssekretär. Eine Studie über ein neues Amt in der Bundesregierung. München 1969; Ilse STAFF: Die Rechtsstellung der Parlamentarischen Staatssekretäre. Frankfurt/Main 1970. Parlamentarischen Staatssekretären kann der Titel „Staatsminister" zuerkannt werden (bislang nur im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt).

17 Vorstandsprotokolle für den Zeitraum von August 1965 bis November 1976 nicht vorhanden. Vgl. „Notizen zur Regierungsbildung" vom 11. Oktober 1965 in ACDP 01-157-011/1; „Welt" vom 12. Oktober 1965 „Fraktionsvorstand stellt sich hinter Erhard – Adenauer isoliert".

18 Vgl. „Welt" vom 13. Oktober 1965 „Die Sparkommission hat die Arbeit aufgenommen". Der Fraktionsvorstand hatte in seiner Sitzung am 11. Oktober 1965 die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Haushaltslage beschlossen. Als Mitglieder wurden benannt Peter Wilhelm Brand, Alfred Burgemeister, Otto Schmidt, Josef Stingl sowie je ein weiteres Mitglied aus den Arbeitskreisen, vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 1568, S. 1575. Die eingesetzte Kommission beendete ihre Arbeit vor dem 18. Oktober wieder, vgl. EBD. S. 1577.

fanden ihren Niederschlag in einer Mitteilung, die ich heute in Ihr Gedächtnis zurückrufen möchte. Es heißt hier:

„Im Interesse einer dem Wahlergebnis entsprechenden fruchtbaren Zusammenarbeit erklärten sich die Verhandlungskommissionen der CDU/CSU und der FDP in dem Willen nach Fortführung der bisherigen Koalition bereit, unverzüglich Besprechungen aufzunehmen, um die in die Vergangenheit reichenden Streitfragen zu bereinigen. Unbeschadet des Art. 38 GG, der die Gewissensverantwortung des einzelnen Abgeordneten festlegt und regelt[19], sind sich die Verhandlungskommissionen der CDU/CSU und der FDP darüber einig, daß die Koalitionsverhandlungen ohne irgendwelche Vorbehalte geführt werden."[20]

Dies zunächst ohne personelle und sachliche Vorbehalte! Man war sich einig darüber, daß die Formel irgendwelcher Vorbehalte nicht weiterführe. Es heißt dann weiter:

„Insbesondere werden das uneingeschränkte Vorschlagsrecht des Bundeskanzlers gemäß Art. 64 des Grundgesetzes und die uneingeschränkte Präsentationsmöglichkeit der Fraktion anerkannt. Die Besprechungen sollen am Mittwoch fortgesetzt werden."

Dieser Entschließung bitte ich zu entnehmen, daß eine Bereinigung der Streitfragen in Aussicht genommen worden war. Über diesen Problemkreis wurde am nächsten Tag weiter verhandelt. Es wurde ein Dokument gemeinsam abgestimmt – jedenfalls in den wesentlichen Teilen –, das von allen Beteiligten akzeptiert wurde; insbesondere auch von der CSU. Es wurde allerdings von der FDP die dann von uns allen akzeptierte Bedingung daran geknüpft, daß eine Veröffentlichung des Inhalts dieses Dokuments erst erfolgen solle, wenn die Fraktionsverhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß geführt hätten.

Am Vormittag des nächsten Tages trat zunächst die Zehner-Kommission wieder zusammen. Es wurde über das Ergebnis der bisherigen Beratungen gesprochen. Die Zehner-Kommission nahm zustimmend von dem Ergebnis der Beratungen Kenntnis. Am Nachmittag wurden alsdann die Verhandlungen mit der FDP-Kommission fortgesetzt. Das erste Ergebnis war das Dokument, von dem ich gesprochen habe. Am Nachmittag erfolgte alsdann eine Aussprache über innen- und außenpolitische Fragen, wobei die Konzessionsbereitschaft, die Bereitschaft zum Entgegenkommen, von seiten der FDP und insbesondere ihres Bundesvorsitzenden besonders bemerkenswert war. Es zeigte sich das offensichtliche Bestreben der FDP, kontroverse Darlegungen nicht nur zu vermeiden, sondern auch ein Höchstmaß an Übereinstimmung zu präsentieren.

Das gilt insbesondere für die Darlegungen des Herrn Mende und seiner Freunde zu dem Problem der Deutschlandpolitik. Ich will nur einige Stichworte hier wiederholen, um das Klima der Verhandlungen zu kennzeichnen: Kein Arrangement der Deutschlandpolitik auf der Grundlage des Status quo – so erklärte Herr Mende. Wirtschaftliche

19 Art. 38 GG Absatz 1 Satz 2: „Sie [die Abgeordneten] sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen."

20 Vollständiger Text des Beschlusses vom 12. Oktober 1965 in CDU/CSU-Fraktionsprotokolle S. 1577, Kommuniqué zum Abschluß der Sachgespräche S. 1578, Vereinbarung über die Fortsetzung der Koalition von CDU, CSU und FDP S. 1581.

Opfer im Interesse der Förderung menschlicher Beziehungen: ja, jedoch keinerlei Aufgabe von Rechtspositionen. In der Frage der gesamtdeutschen technischen Kommissionen eindeutiges Abrücken von früheren Erklärungen.[21] Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu den Staaten des Ostblocks: wünschenswert und ja, aber keinesfalls zum derzeitigen Zeitpunkt. Die Konkretisierung solcher Überlegungen sei der Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers anvertraut. Keinerlei Schritte, die die Anerkennung der Grenzen und der politischen Verhältnisse, insbesondere im osteuropäischen Raum beinhalten. Keinerlei Konzessionen an die Zwei-Staaten-Theorie.

Sie sehen an diesen wenigen Stichworten, wie sehr man bemüht war, die Schatten der Vergangenheit zu beseitigen und von Erklärungen der Vergangenheit abzurücken, um die Voraussetzungen für eine Koalition zu schaffen.

In den Fragen der Haushalts- und Finanzpolitik, der Wirtschafts-, der Sozial- und der Agrarpolitik wurde weitgehende Übereinstimmung festgestellt. Naturgemäß blieben noch einige Fragen offen, nicht zuletzt aus dem Bereich der Sozialpolitik. Stichwort: arbeitsrechtliche Lösung der Lohnfortzahlung. Man wurde sich einig darüber, daß die Erörterung und Behandlung sowie die Entscheidung dieser Frage weiteren Besprechungen innerhalb der Koalition vorbehalten bleiben sollte.

Meine Damen und Herren! Wir sollten uns mit den Beratungen zum Haushaltsausgleich und den damit zusammenhängenden Fragen darüber klar sein, daß wir hier vor sehr schwerwiegenden Fragen und Problemen stehen. Stichwort: Vorschaltgesetz, um eine Möglichkeit zur Kürzung bereits beschlossener Ausgaben zu erreichen. Stichwort: Steuererhöhungen![22] Ein sehr bedenklicher Vorschlag, der überall Mißtrauen und Bedenken ausgelöst hat, auch bei dem Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard. Wir sollten uns weiterhin unter allgemeinen politischen Gesichtspunkten und Aspekten in diesem Kreise darüber einig sein, daß die Politik der nächsten vier Jahre nicht nur in der Kürzung bereits gefaßter Beschlüsse bestehen kann, sondern daß wir den Versuch unternehmen müssen, auch in den kommenden vier Jahren eine Sozialpolitik und Gesellschaftspolitik zu betreiben, die unsere politischen Ziele realisiert, so daß wir mit guten Ergebnissen in die Bundestagswahl von 1969 hineingehen können.

21 Die FDP hatte am 27. September 1965 vorgeschlagen, gemischte deutsch-deutsche Kommissionen einzurichten für die Fragen des Personenverkehrs, des Wirtschafts- und Warenaustauschs sowie für gesamtdeutsche Sport- und Kulturveranstaltungen (OSTERHELD S. 242).

22 Anspielung auf die steuerlichen Auswirkungen des Problems der Lohnfortzahlung. Bundesarbeitsminister Katzer hatte hier eine Denkpause verkündet. Das Thema wurde bis zum Vorstoß von Wirtschaftsminister Karl Schiller im September 1968 nicht mehr öffentlich erörtert. Dieses Schweigen wurde im November 1968 von dem Unionsabgeordneten Thomas Ruf als Tabuisierung beschrieben, vgl. Thomas RUF: Lohnfortzahlung (= Zum Dialog 10). Bonn 1968; HILDEBRAND sieht „mannigfache unions- und koalitionsinterne Gründe" als ursächlich an, daß die Lohnfortzahlung für Arbeiter nicht verwirklicht wurde, S. 122. Zu einem Vorschaltgesetz, also „eine als vorläufig bezeichnete gesetzliche Regelung", in der eine „endgültige Regelung" angekündigt wird (DATENHANDBUCH 2 S. 2379), kam es nicht.

Die Stellungnahme der FDP zu den Problemen der Notstandsverfassung, des Parteiengesetzes und der Parteienfinanzierung war durchaus positiv.[23] Sie sagte ja zu all den Fragen und Auffassungen, die von unserer Seite hier vertreten wurden. Sie war auch einverstanden mit der sofortigen Aufnahme der Beratung über die Strafrechtsreform und anderer Fragen.

Die Beratungen führten schließlich zu der Feststellung, daß CDU/CSU und FDP in allen wesentlichen Sachfragen die Voraussetzungen für eine Koalition als gegeben erachteten. Das hat Herr Strauß im Zusammenhang mit zwei Fragen ausdrücklich festgestellt, insbesondere im Hinblick auf die Diskussionen über die gesamtdeutschen technischen Kommissionen und auch im Hinblick auf die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den Staaten des Ostblocks, nachdem gerade über diese Frage eine Aussprache zwischen ihm und den Herren der FDP stattgefunden hatte. Es bestand, abgesehen von dem Einvernehmen in den Sachfragen, weiter Einigkeit darüber, daß es nicht wünschenswert wäre, die Politik der kommenden vier Jahre in einem Koalitionsabkommen auszudrücken.[24] Man war sich vielmehr einig darüber, daß sinnvolle personelle und vielleicht auch Sondermaßnahmen getroffen werden müßten, um die ständige Koordinierung und Abstimmung der von der Bundesregierung, der CDU/CSU und der FDP geplanten Maßnahmen und Überlegungen sicherzustellen.

Am gestrigen Tage begann alsdann die Besprechung von Personalfragen. Herr Bundeskanzler Professor Dr. Erhard empfing zunächst eine Kommission der FDP und später eine Kommission der CDU/CSU. Über diese streng vertraulich geführten Besprechungen hat die Presse in einem Maße berichtet, daß ich auf Einzelheiten hier nicht näher eingehen möchte.[25] (*Bewegung und Heiterkeit.*) Ich würde es auch nicht für wünschenswert halten, daß wir hier in eine umfassende Diskussion über personelle Fragen eintreten sollten, einmal im Hinblick auf die Verantwortung und Kompetenz des Herrn Bundeskanzlers Ludwig Erhard für diese Frage und nicht zuletzt auch im Hinblick auf den Respekt, den wir dem Herrn Bundespräsidenten gerade bei der Erörterung dieser Fragen schulden. (*Kohl:* Herr Dufhues, Sie können die Zeitungen nennen, die es am besten wiedergeben; dann wissen wir es ja! – *Heiterkeit.*) Ich habe nicht alle Zeitungen studieren können. Es hat sich aber eine ganze Menge dort angesammelt.

Im Mittelpunkt der Beratungen – das ist auch kein Geheimnis geblieben – standen Herr Mende und das gesamtdeutsche Ministerium. Der Herr Bundeskanzler Erhard und – so meine ich – sämtliche Mitglieder der Kommission haben sich bemüht, auch bei allen personellen Fragen eine Haltung einzunehmen, die eine koalitionsmäßige Zusammenarbeit mit der FDP ermöglicht. Sie wissen, daß in Aussicht genommen worden ist, Herrn Mende die Vertretung des Bundeskanzlers zu übertragen, außerdem ein gewichtiges Ressort, über das im einzelnen noch gesprochen werden müßte.

---

23 Vgl. BULLETIN Nr. 115 vom 7. Juli 1965 S. 929–932 (zur Notstandsverfassung) und Sten.Ber. 4. WP 170. Sitzung vom 10. März 1965 S. 8571–8592 (Debatte über das Parteiengesetz).

24 Vgl. „Welt" vom 13. Oktober 1965 „CDU/CSU und FDP kamen sich näher".

25 Vgl. „Welt" vom 15. Oktober 1965 „Kampf um Mendes Amt führt zur Krise – Gespräche abgebrochen".

Es sind weiter Überlegungen angestellt worden, um der FDP die sachliche Mitwirkung an Problemen der Außen- und Deutschlandpolitik zu ermöglichen, etwa im Rahmen des Verteidigungsrats oder – beides ist möglich – im Rahmen des Staatssekretärausschusses, der die Behandlung der Deutschlandprobleme entscheidend zu beeinflussen in der Lage ist. (*Schmitz*[26]: Kann das nicht das Ministerium aussuchen?) Nein, das kann es nicht. Die Entscheidung liegt ausschließlich bei Bundeskanzler Erhard. Darüber bestand Einvernehmen. Das ist auch von der FDP respektiert worden.

Diese Vorschläge und Überlegungen widerlegen eindeutig die nach der heutigen Presse von der FDP aufgestellte Behauptung, daß die FDP aus dem Bereiche der Außen- und insbesondere der Deutschlandpolitik ausgeschaltet werden sollte.[27] Wir waren der Auffassung, daß wir mit gutem Recht das gesamtdeutsche Ministerium für die CDU/CSU in Anspruch nehmen könnten. Ich darf daran erinnern, daß im Jahre 1963 dieses Ministerium, das damals unser Parteifreund Dr. Barzel verwaltete, der FDP übertragen und anvertraut worden ist[28] – ich möchte meinen, mit tiefen Bedauern der CDU/CSU. Nach der Änderung der Situation, auch der Kräfteverhältnisse in der Zusammensetzung des Bundestags, ist es nicht nur das legitime Recht des Bundeskanzlers, sondern auch ein zu respektierender Wunsch aller Beteiligten auf unserer Seite, daß hier eine Änderung eintritt und das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen einem Mitglied der CDU/CSU anvertraut wird.

Es mag dies die FDP zähneknirschend oder mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, aber die Realitäten rechtfertigen eine solche Entscheidung durchaus. Wir sind Herrn Bundeskanzler Erhard dafür dankbar, daß er diese Haltung eingenommen hat. Herr von Kühlmann-Stumm[29] erklärte am Schluß der langwierigen Beratungen zu dieser Frage, daß die FDP nicht bereit sei, auf das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen durch Herrn Mende in dieser Stunde – so sagte er zweimal – zu verzichten. Die Verhandlungen wurden unterbrochen, da eine Einigung nicht erzielt werden konnte.

Meine Damen und Herren! Ich möchte mich auf diesen Überblick der Beratungen und Verhandlungen beschränken. Ich wäre sehr dankbar, wenn die Darlegungen noch in dieser oder jener Frage durch Herrn Barzel ergänzt würden. Aber ich meine, daß der Bundesvorstand bereits in dieser Stunde Veranlassung hat, Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard für die Führung und die sehr sorgfältige Vorbereitung der Verhandlungen und für die feste Vertretung des Standpunktes der CDU/CSU ebenso wie Herrn Dr. Barzel für die geschickte und erfolgreiche Führung der Beratungen in der Verhandlungskommission zu danken. (*Lebhafter Beifall.*) Der Bundesvorstand sollte

26 Hans Schmitz (1896–1986), Unternehmer; 1947–1952 und 1966–1970 Präsident der Industrie- und Handelskammer und der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, 1949–1953 MdB (CDU).

27 Vgl. „Frankfurter Rundschau" vom 15. Oktober 1965 „Erhard weicht vor Strauß zurück"; „Rheinische Post" vom 15. Oktober 1965 „Kommt es zum Bruch wegen Mende?"

28 Minister war und blieb auch im neuen Kabinett Erich Mende (1961–1966).

29 Knut Freiherr von Kühlmann-Stumm (1916–1977), Land- und Forstwirt; 1960–1976 MdB (1960–1972 FDP, 1963–1968 Fraktionsvorsitzender, seit 1972 CDU).

weiterhin danken unseren Freunden in der CSU für die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die sich bei den Beratungen der vergangenen Tage ergeben hat.

Es kommt für den Erfolg unserer Arbeit entscheidend darauf an, daß CDU und CSU zusammenstehen und eng zusammenarbeiten. Ich hoffe, daß bereits zu Beginn der kommenden Woche auch jene Fraktionsgemeinschaft beschlossen und vereinbart werden kann, die die Grundlage für eine derartige erfolgreiche Zusammenarbeit ist. Ich möchte aber, meine Damen und Herren – das bitte ich mir gütigst zu verzeihen, daß ich es tue –, all den Parteifreunden danken, die der Versuchung nach Interviews, Presseerklärungen usw. in den vergangenen Wochen widerstanden haben. (*Lebhafter Beifall.*) Ich sage das deshalb, weil eine Situation wie die gegenwärtige naturgemäß eine Versuchung für jeden ist, erneut Erklärungen abzugeben und seine Auffassungen zur allgemeinen Situation darzulegen. Ich habe die herzliche Bitte an Sie, in der Zukunft ausnahmslos Versuchungen dieser Art, die nun einmal in einer „Fernsehdemokratie" auf der Hand liegen, zu widerstehen, damit die sachlichen Beratungen weitergehen können.

Zum Schluß noch folgendes: Die Wahlentscheidung vom 19. September dieses Jahres hatte ein durchaus eindeutiges Votum, nämlich einmal, dem Herrn Bundeskanzler Erhard auch für die kommenden Jahre die Verantwortung über die deutschen Regierungsgeschäfte anzuvertrauen, und zum zweiten das ganz klare und hier besonders hervorzuhebende Votum, die künftige Politik und Koalitionsarbeit unter maßgebender Führung der CDU/CSU vonstatten gehen zu lassen. Es bleibt doch wohl ein berechtigter Hinweis noch, nämlich festzustellen, daß der sich nur mit einem politischen Kapital von – ich habe es ausgerechnet – rund 18% an der künftigen Bundesregierung und an der Politik der nächsten vier Jahre zu beteiligende Koalitionspartner[30] in der Lage ist, nicht als politischer Kleinaktionär alle wesentlichen Fragen seiner Entscheidung vorbehalten kann. Er kann auch nicht nach dem Ergebnis der Beratungen dieser Wochen vor die Öffentlichkeit hintreten und sagen: Wir haben erreicht, daß dieser Minister bleiben wird. Wir haben erreicht, daß dieser Minister nicht wiederkommt. Wir haben erreicht, daß dieser Minister dieses Ressort erhält. – Das entspricht einfach nicht den gegebenen Kräfteverhältnissen und auch nicht den Gesichtspunkten der Loyalität, die im Verhältnis von Koalitionspartnern zu wahren sind.

Aber ebenso eindeutig, meine lieben Freunde, ist es, daß wir als die stärkere CDU/CSU eine maßvolle Haltung einnehmen müssen, um die politischen Ziele im Auge zu behalten und zu verwirklichen, die wir uns gestellt haben.

Das ist in den bisherigen Verhandlungen geschehen. Ich meine, daß wir jede Veranlassung haben, gerade in diesen Tagen Geduld, Festigkeit und Zähigkeit zu beweisen, um zu erreichen, daß wir zu einem möglichst baldigen Abschluß der Koalitionsverhandlungen kommen. So sehr wir alle aus guten und gewichtigen Gründen eine baldige und schnelle Entscheidung wünschen, so wichtig ist es aber auch, daß wir eine Regie-

30 Im 1. wie auch im 2. Kabinett Erhard stellte die FDP vier von 21 Ministern. Vgl. KEMPF/MERZ S. 793–795.

rung bilden, die den Aufgaben der kommenden Zeit gewachsen ist. Dazu gehören – ich wiederhole es – Geduld und Zähigkeit.

Die taktische Situation für die kommenden Beratungen und Verhandlungen scheint mir durchaus gut zu sein. Auch das ist ein Ergebnis der bisherigen Beratungen. Wir haben erreicht, daß die Diffamierungen und das Verdikt gegen Franz Josef Strauß aus den Beratungen beseitigt sind. Wir haben dank der Haltung unseres Freundes Strauß hier eine Verständigung erzielen können. Wir haben zum zweiten erreicht, daß eine völlige Einigung über die Sachfragen herbeigeführt werden konnte, soweit diese Einigung zur Bildung einer Koalition notwendig ist. Auch das ist der deutschen Öffentlichkeit mitgeteilt worden. Wir stehen nun vor der Frage, ob eine dem Votum unserer Wähler vom 19. September entsprechende Koalition scheitern soll an einem Wunsch,[31] wie Sie ihn heute aus der Presse entnommen haben. Ich meine, das würde dem Votum der Wähler vom 19. September nicht entsprechen. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich danke dem Herrn Kollegen Dufhues für seinen Vortrag. Ehe ich Herrn Barzel das Wort gebe, darf ich die Liste derjenigen, die sich entschuldigt haben – sie ist mir in der Zwischenzeit zugegangen –, verlesen: Die Herren Blumenfeld[32], Dichtel, Jansen[33], Dr. Krone, Kiesinger, Prof. Dr. Mikat, Dr. Röder[34], Dr. Otto Schmidt[35], Dr. Seebohm[36] und Bauknecht[37]. – Ich darf nunmehr Herrn Kollegen Barzel bitten.

---

31 Im Streit um die Besetzung des gesamtdeutschen Ministeriums mit Mende (FDP), den vor allem die CSU ablehnte, wurde der FDP mehr Flexibilität empfohlen, vgl. Jürgen TERN: „Koalitionsbeschwerden", in: FAZ vom 15. Oktober 1965; Joachim SOBOTTA: „Festgebissen", in: „Rheinische Post" vom 15. Oktober 1965.

32 Erik Bernhard Blumenfeld (1915–1997), Kaufmann; 1946–1955 und 1966–1970 MdHB (CDU), 1958–1968 Vorsitzender des LV Hamburg, 1961–1980 MdB, 1979–1989 MdEP. Vgl. LEXIKON S. 198; Helmut STUBBE DA LUZ: Erik Blumenfeld, in: CHRISTLICHE DEMOKRATEN GEGEN HITLER S. 100–107.

33 Walter Jansen (1899–1969), Diplom-Landwirt; 1946 persönlicher Referent des hessischen Ministerpräsidenten, 1946–1964 Landrat in Schlüchtern, 1950–1966 MdL Hessen (CDU), 1950–1966 Vizepräsident des Hessischen Landtags.

34 Dr. Franz Josef Röder (1909–1979), Studienrat; 1955–1979 MdL Saarland (CDU), Januar bis Oktober 1957 MdB, 1957–1965 Minister für Kultus, Unterricht und Volksbildung, 1959–1979 Ministerpräsident des Saarlands, 1959–1973 Vorsitzender des LV Saar. Vgl. LEXIKON S. 349 f.

35 Dr. Otto Schmidt (1902–1984), Rechtsanwalt und Verleger; Mitgründer der CDU in Wuppertal, 1948/49 Oberbürgermeister, 1950–1953 Minister für Wiederaufbau in Nordrhein-Westfalen, 1953/54 für Arbeit und Soziales, 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen, 1957–1972 MdB. Vgl. LEXIKON S. 357.

36 Dr. Hans-Christoph Seebohm (1903–1967), Bergbauingenieur; 1946–1960 Deutsche Partei, bis 1955 deren 2. Vorsitzender, 1946–1951 MdL Niedersachsen, 1946/47 Minister für Aufbau und Arbeit und 1947/48 für Arbeit, Aufbau und Gesundheit in Niedersachsen, 1949–1967 MdB (DP, ab 1960 CDU), 1949–1966 Bundesminister für Verkehr, 1959–1967 Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Vgl. LEXIKON S. 364 f.

37 Bernhard Bauknecht (1900–1985), Landwirt; 1947–1949 MdL Württemberg-Hohenzollern (CDU), 1949–1969 MdB (1953–1969 Vorsitzender des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten), 1959–1969 Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes.

Barzel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bitte zunächst um Entschuldigung, daß ich zeitweilig nicht anwesend sein konnte, es gab in der Zwischenzeit so etwas wie einen Nebenkriegsschauplatz. Ich glaube, es ist ein Kriegsschauplatz, der mich zu dieser Stunde zu der Hoffnung oder Aussicht berechtigt – ich weiß nicht recht, wie ich es formulieren soll –, daß die FDP sich bewegt zu dieser Stunde. Vielleicht werden wir im Laufe der Verhandlungen noch mehr darüber hören.

Ich glaube, daß Herr Kollege Dufhues Sie vorzüglich informiert hat. Deswegen kann ich mich auf ganz wenige Ergänzungen beschränken. Zu dieser Stunde wissen wir nicht, ob wir eine Koalition mit der FDP zustande kriegen. Wir wissen auch nicht, ob es eventuell eine Minderheiten-Regierung geben wird. Wir wissen nur, daß Herr Bundeskanzler Erhard entschlossen ist, den Willen des deutschen Volkes zu vollziehen und sich am Mittwoch zur Wahl zu stellen. (*Starker Beifall.*) Deshalb wissen wir – wie ich hoffe, alle miteinander –, daß dies die Stunde ist, in der wir uns um den Kanzler Erhard scharen, und zwar lückenlos und fugenlos.

Nun zur zweiten politischen Bemerkung, die ich machen möchte! Wenn wir mit den Freien Demokraten in eine recht heftige Krise geraten sind, dann ganz sicherlich nicht, weil den einen oder anderen dieses oder jenes juckt, sondern weil es wirklich einfach notwendig ist, einmal über diesen Staat zu sprechen. Ich erinnere an die letzte Krise, die wir hatten, als Justizminister Bucher[38] zurückgezogen wurde. Damals haben die Freien Demokraten so getan in ihren Gesprächen – ich will es einmal bildlich darstellen –, als sei dies ein Aufsichtsrat der Regierung, in der sie soundso viele Mandate haben, und davon könnten sie ruhig einmal eines zurückziehen. Als wir dann gesagt haben, dies sei aber ein Staat, und hier brauche Deutschland einen Minister, haben sie das gar nicht verstanden. Das war also eine große Krise. Der Herr Bundeskanzler hat damals den Knoten durchgehauen, indem er Herrn Weber[39] zum Bundesjustizminister ernannt hat.

Jetzt sind wir in einer ähnlichen Lage. Wir sprechen von Partnerschaft, aber sie kommen mit apodiktischen Geschichten. Sie hören nicht zu und sind eigentlich nicht verhandlungsbereit in wesentlichen Dingen. Sprechen wir es doch ganz offen aus! Sie sagen: Wir gehen nie in eine Koalition, wenn Herr Strauß der Regierung angehört. Wir gehen nie in die Koalition, wenn Erich Mende nicht das gesamtdeutsche Ministerium bekommt. – Das sagen sie, obzwar wir uns einen ganzen Tag unterhalten haben über die Frage der uneingeschränkten Rechte des Herrn Bundeskanzlers. Dies ist nicht eine Frage von parteipolitischen Mätzchen, sondern eine Frage unseres Staates: Wählen wir einen Bundeskanzler nach dem Grundgesetz, ja oder nein?

---

38 Ewald Bucher (1914–1991), Jurist; 1950 DVP, 1953–1968 MdB (FDP), 1956 parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, 1962–1965 Bundesminister der Justiz, 1965/66 für Wohnungswesen und Städtebau. Vgl. KEMPF/MERZ S. 187–190. – Am 26. März 1965 war Bucher vom Amt des Justizminister zurückgetreten. Er hatte sich – wie auch seine Partei – dagegen ausgesprochen, die Verjährungsfrist für NS-Verbrechen rückwirkend zu verlängern.

39 Karl Weber (1898–1985), Jurist; 1946–1968 Intendant des Koblenzer Musikinstituts, 1947–1974 Präsident der Anwaltskammer Koblenz, 1949–1965 MdB (CDU), 1. April–17. Oktober 1965 Bundesminister der Justiz, 1967–1974 Präsident der Bundesrechtsanwaltskammer.

Ich denke, daß wir uns hier auf der richtigen Linie bewegen. Ich hoffe, daß Sie die Vorträge hier auch billigen werden, sonst werden wir schlechter weiterverhandeln können. Ich glaube, daß Herr Dufhues die drei schwierigsten Punkte aufgezeichnet hat. Das eine war die Frage der Außenpolitik. Hier liegen die Probleme mehr bei uns selbst.[40] Das zweite war die Frage der Rechte des Bundeskanzlers mit dem Blick auf den Vorsitzenden der CSU. Wir haben uns das zu eigen gemacht und gesagt, das ist eine Frage unserer eigenen Selbstachtung als Union insgesamt, ob man dieses Verdikt aufrechterhält oder nicht. Herr Kollege Strauß – ich möchte ihm hier danken – hat es dadurch ermöglicht, daß wir eine Zwischenformulierung fanden, die noch nicht verabschiedet werden konnte, weil die FDP sich vorbehalten hatte, es erst am Schluß eines glücklichen Ausganges zu tun. Er hat sich damit einverstanden erklärt, daß wir zuerst über andere Fragen verhandeln. Und so kamen wir, wie ich glaube, in die gute Lage, daß wir mitteilen konnten, wir seien einig in der Sache. Ich glaube, daß dies der entscheidende Vorteil war, um hier die Situation herauszuarbeiten, die wir für unseren Bundeskanzler brauchten.

Ich möchte auf die Frage der gesamtdeutschen Politik hier gar nicht eingehen. Ich glaube, da liegen die Worte fest. Was den Blick nach vorn betrifft, würde ich glauben, hier sollten wir weiterhin sehr freundlich sein, gesprächsbereit, aber zugleich in aller Gelassenheit erklären: Wir wollen am Mittwoch den Herrn Ludwig Erhard zum Bundeskanzler wählen, wie sich auch der deutsche Wähler entschieden hat. Wir sollten nicht mit neuen Vorschlägen kommen, wir sollten nicht mit Interviews kommen. Wir sollten eine ganz gelassene Linie zeigen. In dem Ausmaß, in dem wir das tun, werden wir uns am Schluß auch durchsetzen. Ich hoffe, daß eine Bewegung, die zur Stunde im Gange ist, zu einem gewissen Punkt führt, daß wir nachher noch darüber sprechen können.

Es gibt noch ein weiteres Problem, das ich Ihnen hier vorzutragen verpflichtet bin, weil es möglicherweise eine Rolle spielen könnte in der nächsten Woche. Wir müssen nämlich das Ganze sehen, was vor uns liegt. Die Sozialdemokraten bestreiten, daß wir eine Fraktionsgemeinschaft seien.[41] Dazu gibt es aber keinerlei Anlaß. Ich möchte an dieser Stelle erinnern, daß in der gemeinsamen Sitzung der alten und der neuen Fraktion Kollege Strauß bewußt vorgeschlagen hat, die gegenwärtige Führung zu bevoll-

40 Die „Atlantiker" traten für ein enges Bündnis mit den USA, die Stärkung der übernationalen Elemente und der Organisationen der europäischen Gemeinschaft, den Beitritt Großbritanniens zur EWG sowie eine flexiblere Haltung gegenüber den osteuropäischen Staaten ein. Führende Repräsentanten waren Gerhard Schröder und Ludwig Erhard. Die „Gaullisten" wollten das Gewicht der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den USA durch eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit und den Zusammenschluß Westeuropas stärken. Sie hielten am Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik und der „Hallstein-Doktrin" fest. Ihre Vertreter waren u. a. Konrad Adenauer, Franz Josef Strauß, Josef Hermann Dufhues, Eugen Gerstenmaier und Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg. Vgl. HILDEBRAND S. 102.

41 Zur Diskussion über den Streit mit der SPD um die Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU vgl. SPD-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 714–716; CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 1578f.

mächtigen, bis zur Wahl eines neuen Vorsitzenden alles zu tun, was notwendig ist. Wir haben für Montag der kommenden Woche aus diesen Gründen – früher als es sonst üblich war – die Wahl des gemeinsamen Vorsitzenden vorgesehen. Was unter uns die Sache betrifft, so gibt es hier überhaupt nichts zu rütteln und zu deuteln. Das ist in Ordnung. Nach außen ist es eine andere Frage. Wir haben unglücklicherweise einen § 10 der Geschäftsordnung, nach dem der Bundestag zustimmen muß, wenn eine Fraktionsgemeinschaft gebildet wird.[42] Das ist bisher nie in Frage gestellt worden. Die SPD möchte – wie es Präsident Gerstenmaier uns vorgetragen hat – das diesmal in Frage stellen bis zu einer Geschäftsordnungsdebatte, und zwar mit einer durchsichtigen Absicht. Wenn es zu einer Abstimmung kommen sollte, ist natürlich die Frage, da wir nicht allein die Majorität haben, was dann die FDP tut. Aber auch hier sollten wir uns nicht schrecken lassen; denn selbst wenn das Haus feststellt, die Fraktionsgemeinschaft ist nicht gebildet, und dann die Sozialdemokraten sagen, wir schlagen einen Präsidenten vor, dann gehen wir auf die Bühne und sagen, wir schlagen Präsident Gerstenmaier vor. Wir sollten uns also auch hier nicht von den anderen bluffen lassen. Das ist also auch noch ein Punkt, der in der nächsten Woche eine Rolle spielt. Am Dienstag wird man durch Fakten ermessen können, wie die Stimmung und die Lage zwischen der CDU/CSU und der FDP ist.

Ich glaube, daß ich damit so kurz, wie ich es konnte, den Bericht von Herrn Dufhues ergänzt habe. Wir stehen alle gerne zu weiteren Auskünften zur Verfügung. Das Wichtigste wird sein, daß auch von dieser Sitzung ein Eindruck der Geschlossenheit nach draußen ausgeht; denn wir setzen nun wirklich auf eine Führungskarte, die sehr entscheidend ist für viele Jahre. Dazu ist Voraussetzung, daß wir uns hier finden und nachher auch alle, wie ich hoffe, mit zuversichtlichen Gesichtern hinausgehen und uns ungefähr in derselben Richtung äußern, wenn uns irgendwelche Journalisten fragen werden. (*Beifall.*)

VERSCHIEDENES

Adenauer: Darf ich um Wortmeldungen bitten! – Das Wort hat Herr Kohl.

Kohl: Herr Bundesparteivorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist jetzt so viel Gutes gesagt worden, daß es fast schwerfällt, das alles zu glauben. Deswegen darf ich

42 § 10 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Bundestags lautet: „Die Fraktionen sind Vereinigungen von Mitgliedern des Bundestages, die der gleichen Partei angehören. Die zur Bildung einer Fraktion notwendige Mitgliederzahl wird durch Beschluß des Bundestages festgestellt. Beim Zustandekommen einer Fraktion zählen Gäste nicht mit. Die Bildung einer Fraktion durch Mitglieder des Bundestages, die nicht Mitglieder ein und derselben Partei sind, kann nur mit Zustimmung des Bundestages erfolgen." Vgl. Verwaltung des Deutschen Bundestages (Hg.): Die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, Juli 1962 S. 17. Erst die Große Koalition ermöglichte eine Gesetzesänderung, die die Bedürfnisse der Union juridifizierte: „Die Fraktionen sind Vereinigungen, von mindestens 5 Prozent der Mitglieder des Deutschen Bundestages, die derselben Partei oder solchen Parteien angehören, die aufgrund gleichgerichteter politischer Ziele in keinem Land miteinander in Wettbewerb stehen.", vgl. Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages vom 6. Dezember 1951 i. d. F. vom 27. März 1969.

noch eine Frage hier ansprechen, die uns im südwestdeutschen Raum stark bewegt. Ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, etwas dazu zu sagen. Darin steckt auch personell einiges an Überlegungen. Jeder hier im Raum weiß das. Fast jeder hier im Raum hat in den letzten Wochen darüber gesprochen. Ich halte es für unsere Situation als Bundesvorstand einfach für unmöglich, wenn wir das Thema hier nicht wenigstens ansprechen. Ich würde Sie bitten, Herr Bundeskanzler, zu dem Thema der deutsch-französischen Politik in den nächsten Jahren einige Ausführungen zu machen, ohne daß wir dabei nun in eine Detailfrage einzusteigen brauchen.

Meine Damen und Herren! Bei uns im Südwesten spielt diese Frage eine ganz andere Rolle als etwa in Norddeutschland. Wir haben uns oft über andere Fragen hier unterhalten, die uns nicht so sehr berührten. Und jetzt müssen Sie schon gestatten, daß wir einmal über diese Frage sprechen. Ich will hier nicht eine Personaldebatte vom Zaune brechen – damit ich nicht falsch verstanden werde –, aber ich möchte, daß doch zu dieser Frage etwas gesagt wird, und zwar gerade jetzt, wo auch die Freunde und Kollegen von der CSU dabei sind.[43]

Ich möchte nicht, daß nur gesagt wird: Wir sind einig in den Sachfragen, – sondern ich möchte morgen meinen Parteifreunden in der Pfalz sagen können: Wir sind tatsächlich einig in den Sachfragen. – Es ist zumindest zu unterstellen, wenn Sie dazu schweigen in dieser Sitzung, daß Sie, meine Herren, mit den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers einverstanden sind. Ich wäre also dankbar, Herr Bundeskanzler, wenn Sie dazu etwas sagen würden.

Erhard: Ich habe in meinen Vorträgen vor den Parteigremien ausführlich auch über die deutsch-französische Freundschaft und über Europafragen gesprochen. Ich bleibe dabei, daß die deutsch-französische Aussöhnung das Grundelement jeder europäischen Politik überhaupt ist. Auch wenn wir einmal die Fragen der Sicherheit ausklammern, so kommen wir zu keiner tragbaren und fruchtbaren Form Europas, wenn Frankreich und Deutschland nicht zusammenstehen.

Sie wissen, daß ich zu Beginn meiner Amtstätigkeit in diesem Hause sofort wieder den Gedanken aufgenommen und mich bemüht habe, Formen zu finden, neben den schon bestehenden Institutionen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, EURATOM und Montanunion eine politische Klammer in Europa zu setzen. Ich habe vor allen Dingen in sechs Gesprächen mit dem französischen Staatspräsidenten bis zum heutigen Tage immer wieder beharrlich gegen manche Schwierigkeiten unser deutsches Anliegen vorgetragen, weil ich glaube, es ist ein europäisches Anliegen.[44] Neben der

43 Die abschließende Entschließung erwähnt die Beteiligung „einer Delegation der Vorstandschaft der CSU unter Führung des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß"; aus der handschriftlichen Liste der Gäste läßt sich nur Werner Dollinger ermitteln (ACDP 07–001–014/5).

44 Als Bundeswirtschaftsminister bei de Gaulles Besuch am 4./5. Juli 1963 in Bonn (AAPD 1963 Nr. 217); am 21./22. Juli 1963 Erhard in Paris (AdG 1963 S. 10917). Als Bundeskanzler: 14./15. Februar 1964 Erhard in Paris (AAPD 1964 Nr. 44, 49), 3./4. Juli 1964 de Gaulle in Bonn (AAPD 1964 Nr. 180, 187), 19./20. Januar 1965 Erhard in Rambouillet (AAPD 1965 Nr. 26, 27), 11./12. Juni 1965 de Gaulle in Bonn (AAPD 1965 Nr. 242, 244).

wirtschaftlichen Integration, die von der Montanunion besorgt wird, möge man zu einem politischen Gebilde Europas kommen. Das wird man nicht von heute auf morgen schaffen können. Auch die Formen sind nicht gerade unbedingt vorgezeichnet, noch weniger besteht Übereinstimmung darüber, aber ich wollte zunächst, auch wenn die institutionelle Klammer noch verhältnismäßig schwach ist, doch die Regierungschefs an einen Tisch bringen, um dann laufend auch die Fragen zu behandeln, wie sie einmal im deutsch-französischen Freundschaftsvertrag vorgesehen sind, zum anderen aber auch in den früheren europäischen politischen Plänen des Fouchet-Plans I und Fouchet-Plans II[45] niedergelegt waren, nämlich Fragen der Außenpolitik, der Verteidigungspolitik und der Kulturpolitik.

Ich kenne die Dinge in Brüssel und die Panne, die dort passiert ist.[46] Dazu brauche ich nicht näher Stellung zu nehmen. Das ist ja mehr der wirtschaftliche Bereich, obwohl es natürlich nur äußerlich so erscheint. Tatsächlich ging es in Brüssel darum: Die Fragen, die schon wieder sehr stark in das Politische hineinreichen, nämlich um das Mehrheits-Votum innerhalb der Gemeinschaft, um die Stellung der Position oder um die Auslegung der Stellung der Europäischen Kommission und drittens um die Frage des Europäischen Parlaments.

Ich bin natürlich nicht ans Ende gekommen, aber vor allen Dingen in Rambouillet habe ich den französischen Staatspräsidenten de Gaulle immerhin dazu bewegen können, ja zu sagen zu einem Treffen der Regierungschefs. Es war noch offen, ob zuerst die Außenminister tagen oder ob gleich eine Sitzung der Regierungschefs mit den Außenministern stattfinden sollte. Aber da blieb diesmal die Frage offen. Es ist dann doch nicht dazu gekommen, weil eben die Vorbereitungen, die vor allen Dingen von französischer Seite von Couve de Murville[47] mit Fanfani[48] geführt worden sind, wieder eine zu starre Fixierung und Punktierung der Tagesordnung vorsahen, während sowohl der französische Staatspräsident und ich uns darüber klar waren, jedenfalls am Schluß unserer Unterhaltung, wir sollten mit einer verhältnismäßig offenen Tagesordnung in das Gespräch gehen, um uns nicht gleich in den einzelnen Sachfragen zu sehr festzubeißen. Ich gebe auch jetzt die Hoffnung nicht auf, daß man in dieser Sache weiterkommt; denn dahinter steckt der Gedanke, die Europäische Gemeinschaft besorgt die wirtschaftliche Integration. Der französische Staatspräsident hat es zweifellos übelgenommen, daß von

45 Vgl. Ulrich Lappenküper: Die deutsch-französischen Beziehungen 1949–1963 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 49) 2 Bde. München 2001 S. 1566–1592; zum Wortlaut der beiden Pläne vgl. Europa-Archiv 1961 D 128 f. und 1964 D 466–484.

46 Obwohl im Januar 1962 eine feste Agrarmarkt-Finanzierung zum 1. Juli 1965 beschlossen werden sollte, kam es in der EWG-Ministerratssitzung vom 28. Juni bis 1. Juli 1965 zu keiner Einigung. Am 6. Juli zog Frankreich den Leiter seiner Ständigen Vertretung aus Brüssel ab und betrieb für sechs Monate eine „Politik des leeren Stuhls" (Osterheld S. 209 f.).

47 Dr. Maurice Couve de Murville (1907–1999), französischer Politiker und Diplomat; 1956–1958 Botschafter in Bonn, 1958–1968 Außenminister, 1968/69 Ministerpräsident. Memoiren: Außenpolitik 1958–1969. München 1973.

48 Prof. Dr. Amintore Fanfani (1908–1999), italienischer Politiker (DC) und Wirtschaftswissenschaftler; 1958/59, 1960–1962, 1962/63, 1982/83 und 1987 Ministerpräsident.

seiten der Europäischen Kommission immer wieder der Versuch unternommen wurde, nun zu sagen: Das ist ja alles überflüssig, das brauchen wir gar nicht. Das politische Europa sind wir, und das politische Europa erwächst aus unseren Institutionen automatisch heraus.

Das habe ich von Anfang an bestritten. Ich habe es bewiesen, daß ich es bestritten habe. Es war eine meiner ersten Amtshandlungen als Bundeskanzler. Ich habe gesagt: Ihr habt so viel Geduld geübt in allen europäischen Fragen, in dem Werden Europas, daß wir ihm auch jetzt noch etwas Geduld entgegenbringen müssen. Es scheinen sich in Brüssel doch wieder allmählich Lösungen anzubahnen, die zwar nicht zum vollen Perfektionismus, aber doch wieder an den gemeinsamen Tisch führen.

Was im Augenblick das Störungs- und Spannungsfeld anlangt, so ist das kein deutsch-französisches Spannungsverhältnis, sondern eine Störung innerhalb der Sechser-Gemeinschaft selbst. Es muß auch von der Sechser-Gemeinschaft gelöst werden. Ich war der Meinung, wir sollten nicht den Versuch machen, das auf eine bilaterale Beziehung zurückzuschrauben; denn auf einmal haben wir daraus wieder eine deutsch-französische Streitfrage, was sie überhaupt nicht ist.

Durch den deutschen Getreidepreis[49] und durch vieles Entgegenkommen, das ich bezeugt habe, haben wir deutlich gemacht, wie sehr uns daran liegt, durch unsere Haltung jeden Stein beiseitezuräumen, der auf dem Wege des politischen Europas liegen könnte. Sie können also überzeugt sein, daß ich nach wie vor meine ganze Kraft einsetzen werde, um die Verständigung zu erreichen. Ich habe vor dem Fraktionsvorstand einen Briefwechsel verlesen.[50] Es waren zwei Briefe hinüber und herüber. Ich glaube, es war so eindeutig und so zwingend, wie sehr mir daran lag, auch gegen manchmal etwas andere Auffassungen des französischen Staatspräsidenten doch von unserer Seite aus den Gedanken des politischen Europas immer wieder neu zu beleben und immer wieder in den Vordergrund zu rücken. Und dabei wird es auch bleiben. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Erlauben Sie auch mir, einige Ausführungen zu dem ganzen Komplex zu machen. Als ich Bundeskanzler wurde, habe ich zwei Komplexe als die wichtigsten betrachtet für eine Wiedererhebung Deutschlands.[51] Das eine war die Versöhnung mit Frankreich, das andere war die Versöhnung mit den Juden. Die Versöhnung mit Frankreich war in den ersten Jahren nach 1949 dadurch gestört, daß sehr labile Regierungen in Frankreich waren. Man sprach damals von den Karussell-Regierungen, da etwa alle neun Monate ein neuer Ministerpräsident kam.

49 Am 4. November 1963 hatte der Vizepräsident der EWG-Kommission, Sicco Mansholt, vorgeschlagen, zum 1. Juli 1964 einen gemeinsamen Getreidepreis zu schaffen („Mansholt-Plan"). Dazu sollten die deutschen Preise gesenkt (zwischen 11 und 15%), die französischen und niederländischen angehoben werden, vgl. AAPD 1964 Nr. 355, AAPD 1965 S. 102 Anm. 2–4.

50 Vorstandsprotokolle für den Zeitraum von August 1965 bis November 1976 nicht vorhanden.

51 Zur Regierungserklärung Adenauers am 20. September 1949 vgl. Sten.Ber. 1 WP 5. Sitzung S. 22–30.

Das änderte sich dann, als de Gaulle ans Ruder kam.[52] Ich darf hier doch damit rechnen, daß nichts von dem, was gesagt wird, an die Presse kommt. Es wäre ungünstig. (*Unruhe und Bewegung.*) Meine Herren! Ich habe ja nicht gesagt, es wird nichts dahinkommen, (*Heiterkeit.*) sondern ich habe gesagt, ich darf doch damit rechnen. Wenn ich unvorsichtig wäre, hätte ich hinzugefügt, ich werde dementsprechend sprechen. Das tue ich aber nicht, denn sonst würden Sie mir nicht glauben. Es ist der Vorstand unserer Partei, der hier versammelt ist; es ist ein sehr wichtiges politisches Gremium, das ein Recht darauf hat, daß man zu ihm über diese Dinge spricht.

Nach meiner Überzeugung ist – so will ich es einmal sagen – der Schlüssel für die ganze Haltung Frankreichs gegenüber Deutschland die Furcht vor Deutschland. Das hat niemand so offen mir gegenüber ausgesprochen wie seinerzeit Herr Schuman[53], der mir sehr offen sagte: In Frankreich besteht die große Furcht und Besorgnis, daß ein wiedererstarktes Deutschland sich gegen uns erhebt. Deswegen hat er damals die Gründung der Montanunion vorgeschlagen. Er hat mir das geschrieben und gesagt, auf keinem Gebiete zeige sich die Vorbereitung einer Mobilmachung eher und besser als auf dem Gebiet der Produktion von Eisen und Stahl. Wenn man deswegen eine Institution schaffe, die es dem einen Land ermögliche, Bewegungen in der Produktion von Eisen und Stahl aus dem anderen Land zu überwachen, so sei das das beste Mittel für eine Beruhigung.

Es kam dann die Europäische Verteidigungsgemeinschaft;[54] ein ausgezeichneter Vertrag! Das möchte ich auch hier jetzt noch einmal betonen; weil ich beim Schreiben meiner Erinnerungen mich mehr mit diesen Dingen beschäftigen mußte, ist mir das wieder sehr klar zur Erkenntnis gekommen; denn die Europäische Verteidigungsgemeinschaft sah vor: eine europäische Armee, ein wirtschaftliches Zusammengehen und die Schaffung einer übernationalen Instanz. Ich nenne nur drei der wichtigsten Dinge. Es war dann weiter vorgesehen ein Annex-Vertrag zwischen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und Großbritannien und ein Annex-Vertrag mit Amerika. Nirgendwo habe ich eine größere Anteilnahme gefunden während der schwierigen Arbeit an

52 Am 29. Mai 1958 erhielt de Gaulle von Präsident René Coty den Auftrag zur Bildung einer Regierung.

53 Robert Schuman (1886–1963), französischer Politiker; 1946/47 Finanzminister, 1947/48 Ministerpräsident, 1948–1952 Außenminister, 1955/56 Justizminister, 1955 Präsident der Europäischen Bewegung, 1958–1960 erster Präsident des Europäischen Parlaments. Vgl. Raymond Poidevin: Robert Schuman. Homme d'Etat 1886–1963. Paris 1986.

54 Am 27. Mai 1952 unterzeichneten die Außenminister Frankreichs, Italiens, der Benelux-Staaten und der Bundesrepublik Deutschland in Paris den EVG-Vertrag. Nach einer Debatte am 30. und 31. August 1954 lehnte die französische Nationalversammlung die EVG ab. Vgl. Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945–1956. Bd. 2: Die EVG-Phase. München 1990.

diesem Vertrag als bei den Amerikanern. Herr Dulles[55] hat mich, wo wir und wann wir uns auch trafen, immer wieder gefragt, wie weit sind Sie. Er hat hinzugefügt, machen Sie voran. Wir waren uns einig.

Eingebracht worden ist der Vertrag bei uns hier; aber damals – und das war einer der schwersten Fehler, den die Sozialdemokraten je gemacht haben – hat die Sozialdemokratie eine Verfassungsklage angestellt gegen diesen Vertrag.[56] Dadurch ist die ganze Sache bei uns weit über ein Jahr liegengeblieben. Sie konnte parlamentarisch nicht weiterkommen. In der Zwischenzeit haben dann die Gegner des Vertrages in Frankreich die Zeit genutzt und dort gegen den Vertrag gewühlt, so daß der Vertrag, weil darin die deutsche Wiederbewaffnung vorgesehen war, gar nicht zur Verhandlung ins Parlament gekommen ist. Das ist nach der Geschäftsordnung des französischen Parlaments möglich. Es hat lediglich eine Geschäftsordnungsdebatte stattgefunden, und der Vertrag wurde vertagt auf unbestimmte Zeit, d. h. ad calendas graecas. Das, meine Damen und Herren, war nach meiner Meinung der schwerste Schlag für Europa. Und daran waren schuld die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer Verzögerung aufgrund der Verfassungsklage und das französische Volk in seiner großen Mehrheit.

Warum ich das so nachdrücklich betone, hat folgenden Grund: Es gehörte schon eine Persönlichkeit von dem Range und dem Charakter de Gaulles dazu, um diesen Gedanken der Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich aufzugreifen. Ich bin nun empört darüber, wie de Gaulle jetzt auch in unserer Presse behandelt wird und welche Bücher über ihn erscheinen.[57] Die Deutschen, die so etwas tun, wissen gar nicht, was sie tun. Sie wissen gar nicht, welch bitteres Unrecht Deutschland damit Frankreich antut. Das gilt vor allem, wenn ich an den Empfang denke, den man de Gaulle damals in Deutschland – in Bonn, Hamburg, München, Ludwigsburg und überall[58] – bereitet hat, und wenn ich dagegenhalte, daß man bei der letzten Wahlkampagne das Wort „de Gaulle" kaum aussprechen konnte, ohne aus dem Publikum, das zu unserer Partei gehört, Widerstand zu hören. Ich habe es selbst erfahren und bin dagegen angegangen. (*Er-*

55 John Foster Dulles (1888–1959), amerikanischer Politiker (Republikanische Partei); 1917/18 Kriegsteilnehmer, 1918/19 Mitglied der Friedens- und Reparationsdelegation in Paris, 1945–1950 Delegierter bei der Gründungsversammlung der Vereinten Nationen und Berater des Außenministers bei den Außenministerkonferenzen, 1953–1959 Außenminister. – Treffen mit Konrad Adenauer: 5./6. Februar 1953 in Bonn, 18. Februar 1954 in Bonn, 16./17. September 1954 in Bonn, 26. Juli 1958 in Bonn, 7./8. Februar 1959 in Bonn (vgl. Liste des US-Departement of State im Internet: http://www.state.gov/r/pa/ho/trvl/ls/13031.htm).

56 Die Opposition im Bundestag hatte am 31. Januar 1952 eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, die aber am 30. Juli 1952 als unzulässig zurückgewiesen wurde, weil die beanstandete Norm noch nicht bestehe, Entscheidungen des BVerfG, 1. Band, Tübingen 1952 S. 396–415. Am 7. März 1953 wies dasselbe Gericht eine Organklage als unzulässig ab, die Ratifizierung des Vertrages durch den Bundestag mit einfacher Mehrheit für verfassungswidrig zu erklären, Entscheidungen des BVerfG, 2. Band, Tübingen 1953 S. 143–181. Vgl. auch PROTOKOLLE 1 S. 113.

57 Vgl. Jacques LAURENT: De Gaulle. Die Zerstörung einer Legende. Basel 1965. – Zur kritischen Behandlung in der Presse vgl. „Spiegel" Nr. 24 vom 9. Juni 1965.

58 Staatsbesuch vom 4.–9. September 1962, vgl. AdG 1962 S. 10093–10097.

hard: In Süddeutschland!) Sie schütteln den Kopf, Herr Erhard. Das war nicht nur in Süddeutschland, es ist auch hier in Bonn auf dem Münsterplatz so gewesen.

Meine Herren! Nun haben wir uns dadurch wieder zugezogen eine Verstärkung des Geruchs, in dem wir immer gestanden haben, daß wir ein unstetes Volk sind. Und das ist das Schlimmste, was einem Volke nachgesagt werden kann, Unstetigkeit und keine Stetigkeit. Ich möchte aber hier betonen, die Arbeit auf dem Gebiete der Jugendpolitik ist gut gelaufen.[59] Die Arbeit auf dem Gebiet der Kulturpolitik ist einigermaßen verlaufen, aber es gibt andere Zeichen, die einen sehr beunruhigen können.

Seit Januar dieses Jahres sind vier französische Minister in Moskau gewesen.[60] Die haben da nicht – was soll ich sagen – einfach leere Worte gesprochen, sondern wenn vier französische Minister – Couve de Murville ist der letzte, er fährt jetzt im Oktober – im Laufe von zehn Monaten nach Moskau reisen, dann ist das ein sehr ernstes Zeichen für uns. Ich habe in einer Vorstandssitzung der Fraktion auf Einkreisungspolitik aufmerksam gemacht und bin deswegen von Herrn Blumenfeld sehr attackiert worden. Deswegen bedauere ich, daß er nicht hier ist. Ich wollte den Vorstand nicht weiter damit behelligen. Hier hätte ich ihm meine Meinung sehr gründlich gesagt.

Nun ist, meine Herren, eine Sache, wie ich glaube, dadurch, daß wir im Auswärtigen Amt nicht aufgepaßt haben, an uns vorbeigegangen, nämlich der Vertrag über das farbige Fernsehen zwischen Deutschland, Frankreich und der Sowjetunion.[61] Wenn Sie sich vorstellen, meine Damen und Herren, daß das farbige Fernsehen durch diese drei Länder gegangen wäre, was wäre das für ein Fortschritt in den Beziehungen gewesen. Aber es ist vorbei. Der Vertrag ist abgeschlossen worden zwischen Frankreich und Sowjetrußland, und wir sind nicht dabei berücksichtigt worden. Darum hat sich das deutsch-französische Verhältnis sehr stark abgekühlt. Das hat sich auch in den Gesprächen gezeigt, namentlich in einem Gespräch, das de Gaulle mit dem Amerikaner Ball[62] gehabt hat. Bei diesem Gespräch ist Ball deutschfreundlicher gewesen als de Gaulle. Es bedarf aber deswegen einer ganz intensiven Arbeit unseres Auswärtigen Amts, das unterstützt werden muß von der Hand des Bundeskanzlers, um von neuem wieder aufzubauen; denn nach meiner Überzeugung – ich weiß das – ist de Gaulle absolut kein Freund der

59 Am 5. Juli 1963 wurde im Bonner Palais Schaumburg in Anwesenheit von Konrad Adenauer und Charles de Gaulle der Vertrag zur Errichtung des im Elysée-Vertrags vereinbarten Deutsch-Französischen Jugendwerks durch die beiden Außenminister Maurice Couve de Murville und Gerhard Schröder unterzeichnet.

60 In Moskau waren: Alain Peyrefitte im Januar und im März, Couve de Murville vom 28. Oktober bis 2. November 1965, am 12. Mai wurde in Moskau ein Abkommen über den französisch-sowjetischen Kulturaustausch unterzeichnet. Vgl. VAÏSSE S. 422–424.

61 Am 22. März 1965 unterzeichneten der französische Informationsminister Alain Peyrefitte und der sowjetische Botschafter Sergej Winogradow ein Abkommen, nach dem die Übernahme des französischen SECAM-Systems für das sowjetische Farbfernsehen vorgesehen war (EUROPA-ARCHIV 1965 S. 73; AAPD 1965 S. 738 Anm. 2).

62 George Wildman Ball (1909–1994), amerikanischer Rechtsanwalt und Diplomat; 1961–1966 stv. Außenminister der USA, 1968 Botschafter bei den Vereinten Nationen. – Treffen mit de Gaulle am 31. August 1965, vgl. AAPD 1965 S. 1402–1405.

Kommunisten; aber irgendwie fühlt sich Frankreich in der Welt exponiert. Das ist es auch, und zwar genauso exponiert wie wir. Darum hat es auch die Anlehnung an uns gesucht. Wie die Verhältnisse, auch die geschichtlichen Verhältnisse, nun einmal sind und wie die geographische Lage ist, kann zwischen Deutschland und Frankreich entweder nur Freundschaft oder Gegnerschaft bestehen.

Meine Damen und Herren! Ich war vor zwei Tagen auf der Buchmesse in Frankfurt und habe mir da den Stand von Hachette angesehen. Ich griff da nach einem Buch „Deutsche Geschichte".[63] Der Leiter sagte mir, daß dieses Buch in Frankreich außerordentlich weit verbreitet sei und viel gelesen werde. Als ich das Buch dann aufschlug, fiel mein Blick auf den letzten Teil, nämlich auf Hitler und Konsorten und auf das, was Hitler und seine Konsorten angefangen haben. Ich führe Ihnen das an, meine Damen und Herren, weil wir uns mit Erfolg bemühen, alles das, was geschehen ist, zu vergessen, aber wir sollen nicht glauben, daß andere Völker, die darunter gelitten haben, das vergessen, was damals der deutsche Nationalsozialismus in der Welt angerichtet hat.

Deswegen betone ich, Herr Kohl, es bedarf der intensivsten und aufmerksamsten Arbeit des Auswärtigen Amts, und zwar unterstützt durch den Bundeskanzler. Man soll nicht dem Bundeskanzler alles anlasten, wenn irgendwo in der Regierung etwas nicht klappt. Das würde über Menschenkraft hinausgehen, wenn er einfach alles in Ordnung halten sollte. Er kann nur die großen Sachen in Ordnung halten. Aber, meine Damen und Herren, ich benutze die Gelegenheit, um Ihnen zu sagen, daß das Auswärtige Amt wirklich mit größter Mühe sich darum bemühen muß, hier ein besseres Verhältnis herzustellen.

Ich möchte Ihnen noch eines sagen, meine Damen und Herren! Man bringt immer in Gegensatz unsere Freundschaft zu Frankreich und unsere Freundschaft zu Amerika. Das ist ungefähr das Dümmste in der Politik, was ich je gehört habe. Ehe ich losging zu der Freundschaft mit Frankreich [sic!], habe ich den jetzigen Staatssekretär Rusk[64] gefragt: Herr Rusk, ich beabsichtige, ein näheres Verhältnis mit Frankreich herbeizuführen. Wünschen Sie das oder wünschen Sie das nicht vom amerikanischen Standpunkt aus? – Er hat mir erwidert: Ich wünsche es absolut. Wir werden immer ein engeres Verhältnis zu England haben. Deswegen ist es sehr gut, wenn Sie ein engeres Verhältnis zu Frankreich haben. – So ist es auch richtig, meine Herren. Denn alles andere ist einfach Torheit, und kein vernünftiger Amerikaner hat etwa den Gedanken, daran Argwohn zu haben. Es wäre ja lächerlich, wenn überhaupt ein amerikanischer Argwohn da aufkäme.

Aber es wird eine schwere Arbeit sein. Es ist sehr gut, wenn die Bevölkerung gerade auch derjenigen Landesteile, die an Frankreich benachbart sind, mithelfen. Das habe ich gesehen zu meiner großen Freude bei der Landtagswahl im Saarland.[65] Wo ich da

63 André MAUROIS: Histoire de l'Allemagne. Paris (Hachette) 1965.

64 (David) Dean Rusk (1909–1994), amerikanischer Rechts- und Staatswissenschaftler (Demokratische Partei); 1952–1960 Präsident der Rockefeller Foundation, 1961–1969 Außenminister. – Vgl. Konrad ADENAUER: Erinnerungen 1959–1963. Stuttgart 1968 S. 201.

65 Am 27. Juni 1965: CDU 42,7%, SPD 40,7%, FDP/DPS 8,3%, SVP/CVP 5,2%, vgl. LEXIKON S. 749.

auch gewesen bin und wo die Rede auf Frankreich kam, haben die Saarländer, die doch gerade unter Frankreich zu leiden gehabt haben, sich von ganzem Herzen für ein gutes Zusammenarbeiten mit Frankreich ausgesprochen. Ich habe keinen getroffen, der anderer Ansicht gewesen ist. Das ist die Antwort, Herr Kohl, auf Ihre Frage.

Ich möchte das unterstützen, was der Bundeskanzler gesagt hat, daß wir diese Aufgabe außerordentlich ernst nehmen müssen. Aber sie wird bestehen müssen in einer großen Summe von kleineren Arbeiten und kleinen Akten, um das wieder zu kitten, was leider Gottes in etwa zu Bruch gegangen ist. – Das Wort hat Herr Grundmann[66].

Grundmann: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß man zunächst sagen muß, daß die letzten Wochen trotz unserer Gemeinsamkeitsbeschlüsse für niemanden von uns leicht gewesen sind. Man muß das deswegen sagen, weil eine solche Sitzung nicht nur dazu angetan ist, um wieder einmal Gemeinsamkeiten herauszustellen, sondern auch um das ganze Kriterium der schwierigen Verhandlungen draußen im Lande in Erinnerung zu bringen.

Herr Bundeskanzler! Zunächst möchte ich Ihnen sagen, daß Sie Ihre unbestrittene Position – Sie haben sie deutlich gemacht – und Ihre verfassungsmäßigen Rechte in Anspruch genommen haben, ist draußen ungewöhnlich positiv angenommen worden. Dafür sollten wir Ihnen dankbar sein, weil das ein Stabilisator war in mancher schwierigen Phase, von der ich nicht sage, daß sie sich zwangsläufig nach einer solchen Wahl und ihrem Ergebnis ergeben mußte.

Wir sind weiter dankbar dafür – was bereits Herr Barzel gesagt hat –, daß es keinen Zweifel darüber gibt, daß in der nächsten Woche der Bundeskanzler gewählt wird und die Verhandlungen abgeschlossen werden. Sie können uns allen keinen schlechteren Dienst erweisen als den, dieses wenn auch notwendige Spiel weiterzuspielen. (*Zuruf:* Was heißt das? – *Unruhe und Bewegung.*) Wir müssen das vertreten, was Sie tun, wie es sich auch darstellen mag. Draußen läßt es sich oft schwieriger darstellen als unter verständnisvollen Freunden. Wir bitten Sie also darum, daß Sie diese Position beibehalten, damit es in der nächsten Woche zu einem Abschluß kommt, wie es hier erklärt worden ist.

Ich möchte ein Drittes sagen. Wir sollten gar nicht empfindlich sein, aber uns daran erinnern, daß das, was in diesem Augenblick geschieht, seine Folgewirkungen auf die nächsten Jahre unserer Politik haben wird. Ich meine, ich würde einfach meine Pflicht versäumen, wenn ich nicht in aller Freundschaft darauf hinwiese, daß die Frage des sehr schwierigen Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr[67] nicht allein von dem Ergebnis der Landespolitik, sondern auch von den Verhandlungen dieser Tage entscheidend geprägt wird. Ich möchte auch wiederum nicht so tun, als ob ich damit darauf hinwiese, wie schwierig es würde – obwohl das auch ein Tatbestand ist

66 Konrad Grundmann (geb. 1925), Gewerkschaftsfunktionär; 1954–1986 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1959–1966 Minister für Arbeit und Soziales NRW, 1963–1969 Vorsitzender und 1969–1980 stv. Vorsitzender der CDU Rheinland, 1980–1982 Vizepräsident des nordrhein-westfälischen Landtags.

67 Am 10. Juli 1966: CDU 42,8%, SPD 49,5%, FDP 7,4%, vgl. LEXIKON S. 745.

–, wenn die Mehrheit im Bundesrat verlorengeht, sondern ich sage, daß wir alle wissen, daß Wahlen, die sich so kurz nach einer Regierungsbildung und Bundestagswahl vollziehen, auch in der öffentlichen Diskussion ein Votum darstellen für die ersten Ergebnisse, die diese Regierungspolitik gebracht hat. (*Unruhe und Bewegung.*) Herr Dufhues! Jeder von uns wird mit Ihnen einverstanden sein, wenn Sie sagen, wir sollten die Geschlossenheit unserer Beschlüsse in diesem Bundesvorstand auch draußen vertreten. Ich gestehe, daß wir uns auch nicht durcheinanderbringen lassen, wenn dieser oder jener behauptet, dieser oder jener habe in der Öffentlichkeit das und das gesagt. Das läßt sich ja sehr bald klären, ob es so gewesen ist oder nicht.

Aber was man sagen muß, ist natürlich, daß wir uns alle daran gebunden fühlen sollten und daß Geschlossenheit nicht eine Frage einer gemeinsamen Erklärung des Bundesvorstands, sondern vor allen Dingen eine Frage der schwierigen Zwischenphase der Verhandlungen ist. Das wird draußen berichtet. (*Zurufe:* Das ist doch unklar! – *Unruhe.*) Niemand von uns ist neu genug, so zu tun, als ob die Presse etwas verschwiege, was wir selber nicht verschweigen. (*Bewegung.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Gurk.

Gurk: Meine verehrten Damen und Herren! Die wertvollen Ausführungen unseres verehrten Herrn Parteivorsitzenden waren bestimmt ein Beitrag zu unserer an sich schon bestehenden Erkenntnis, daß die Fragen der Außenpolitik heute unendlich viel schwieriger sind als früher. Ich kann nicht beurteilen – dazu bin ich zu fern von den Dingen –, ob die Frage der Abkühlung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland eine Frage unserer Politik ist oder auch mit eine Frage der französischen Haltung. Ich nehme den Vortrag als eine Bestätigung der Tatsache, daß eben das Regieren weitaus schwieriger sein wird in den nächsten Jahren als früher, wo zwar eine harte, aber klare Situation gegeben war.

Das führt mich dazu, noch einmal nachdrücklich zu unterstreichen, was Herr Dufhues gesagt hat: Wir wollen eine Regierung, die den Aufgaben gewachsen ist. Das wollen wir, meine verehrten Damen und Herren! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir wollen haben, daß der Herr Bundeskanzler von Männern und auch von Frauen umgeben ist, die ihn recht beraten und die ihm zur Seite stehen und eine geschlossene Gruppe darstellen. Es darf in diesem Saale nicht ganz verschwiegen werden – ich sage das mit aller schuldigen Ehrfurcht und Zurückhaltung –, daß die Haltung der Bonner Leitung im Lande draußen mit viel Mißstimmung aufgenommen worden ist. Unsere Menschen haben einen guten Wahlkampf geführt, und nun sind sie böse darüber, daß eine Uneinigkeit in der Bonner Führung sichtbar geworden ist. Für uns in Baden-Württemberg besteht noch die besondere Gefahr, daß wir am 7. November Kreis- und Gemeindewahlen haben.[68] Wir sind an sich schon durch die weißen Kreise erheblich belastet. Das hat sich auch im Bundestagswahlkampf gezeigt. Wir sind mißgestimmt darüber, daß die Leitung eine uneinheitliche Haltung gezeigt hat.

68 Ergebnis: CDU 26,1%, SPD 32,8%, FDP 8%, Sonstige 1,4%, Kombinierte Listen 6,2%, Freie Wählervereinigungen 25,4% („Welt" vom 25. November 1965). Vgl. Nr. 7 Anm. 59.

Ich möchte deshalb das Beispiel der Papstwahl Ihnen noch einmal eindringlich ins Gedächtnis zurückrufen. Die Herrschaften, die berufen sind, den Papst zu wählen, gehen ins Konklave; ich will nicht sagen, bei Wasser und Brot, aber doch bei viel weniger Verpflegung. Sie dürfen nicht rauchen. Sie dürfen keine Erklärungen abgeben. (*Unruhe und Bewegung.*) Deswegen möchte ich das Beispiel des Konklaves nachdrücklichst empfehlen. Es darf nicht sein, daß wir hier auseinandergehen, ohne daß gesagt wird, was das Volk draußen denkt und erklärt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das soll keine Klage, sondern nur ein Hinweis oder eine Mahnung sein, die hoffentlich auf allen Seiten verstanden wird. Wir wissen, daß Sie es schwer haben. Wir wissen auch, daß das, was Sie erklären, aus tiefer und berechtigter Sorge kommt, insbesondere hinsichtlich der deutsch-französischen Beziehungen. Darum unsere Bitte, Herr Bundeskanzler, umgeben Sie sich mit einer Gruppe – ich will nicht sagen Mannschaft, sonst kriege ich es mit den Frauen zu tun –, von der Sie erwarten dürfen, daß diese Sie in der außergewöhnlich schwierigen Lage, der Sie entgegengehen, mit Kraft, Energie und Weisheit auf Gedeih und Verderb unterstützen wird. Das ist der Wunsch, den ich hier vortrage gerade aus dem Volke heraus. Es ist in einer gewissen Mißstimmung über die Entwicklung, die wir jetzt beobachtet haben.

Adenauer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Barzel: Herr Bundeskanzler! Ich hoffe, daß ich nicht zur Mißstimmung beitrage, wenn ich noch kurz mitteile, daß wir um 15.00 Uhr eine weitere Verhandlung mit den Freien Demokraten haben werden.[69] Ich möchte Herrn Kollegen Grundmann nur einen einzigen Satz hinsichtlich der Beschleunigung sagen. Das hat natürlich mit einen Grund in der Rücksicht auf Nordrhein-Westfalen. Das war gerade in den ersten Tagen nach der Wahl ein entscheidendes Argument. Im übrigen werden wir alle guten Vorsätze fassen, Herr Gurk. (*Gurk:* Besten Dank!)

Adenauer: Keine weiteren Wortmeldungen! Dann darf ich als Ergebnis feststellen, daß begrüßt wird der Beschluß des Parteipräsidiums, den Sie eingangs beim Vortrag von Herrn Dufhues gehört haben. Ich darf Ihnen nun den Entwurf einer Entschließung verlesen: „Der Bundesvorstand der CDU hat unter Vorsitz des Bundesparteivorsitzenden, Bundeskanzler a. D. Dr. Adenauer, und in Anwesenheit einer Delegation der Vorstandschaft der CSU unter Führung des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß folgenden Beschluß gefaßt:

1. Der Bundesvorstand nahm die Berichte des Geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU, Dufhues, und des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Barzel, über die bisherigen Verhandlungen zur Regierungsbildung zustimmend zur Kenntnis. Über die Grundsätze des von Bundeskanzler Erhard vorgetragenen Regierungsprogramms besteht Übereinstimmung.

---

69 Vgl. „Welt" vom 16. Oktober 1965 „Koalitionskrise verschärft sich – CDU/CSU und FDP bleiben hart".

2. Der Bundesvorstand billigt die Absicht der Verhandlungskommission, sich zu weiteren Besprechungen mit der FDP bereitzuhalten und den vorgesehenen Zeitplan für die Regierungsbildung durchzuführen.

3. Der Bundesvorstand nimmt davon Kenntnis, daß Bundeskanzler Erhard heute den Herrn Bundespräsidenten aufsuchen und ihn dabei auch von der Absicht der CDU/CSU unterrichten wird, am Mittwoch, dem 20. Oktober, ihn erneut zum Bundeskanzler zu wählen."

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Darf ich dann Ihre Zustimmung feststellen? (*Beifall.*) Ich danke Ihnen sehr, meine Damen und Herren. Ich hoffe, daß wir einer erfolgreichen und fruchtbaren Arbeit entgegengehen können. (*Lebhafter Beifall.*) Damit darf ich die Sitzung schließen.

3

Bonn, Mittwoch 16. Februar 1966

Sprecher: Adenauer, [Adorno], [Altmeier], Amrehn, Barzel, Blumenfeld, [Brauksiepe], Dichtel, Dufhues, Erhard, Etzel, Fay, Fricke, Grundmann, Gurk, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Kraske, Krone, Lemmer, [Lücke], Meyers, Rasner, Russe, Schmidt, Schwarzhaupt, Seebohm, Stingl, Stoltenberg, Süsterhenn, [Westrick].

Bericht zur Lage.

Beginn: 15.30 Uhr *Ende: 18.40 Uhr*

Bericht zur Lage

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich denke, wir fangen pünktlich an in der Hoffnung, daß wir auch dann früh fertig sind. Ich heiße Sie alle herzlich willkommen, insbesondere Herrn Bundeskanzler Erhard und Herrn Kollegen Barzel. Vielleicht sind Sie bereit, Herr Erhard, einige Worte an uns zu richten.

Erhard: Verehrter Herr Adenauer! Meine verehrten Kollegen und Kolleginnen! Ich möchte Ihnen doch sagen, was mich dazu bewogen hat, die Ihnen bekannte Einstellung zu wählen.[1] Ich glaube, daß es eine gute und bewährte Übung in alten gewachsenen Demokratien ist, daß das Amt des Regierungschefs zusammenfällt mit dem Vorsitz der die Regierung tragenden Partei.

Ich will damit auch das Gespräch und die Nachfolge von allen konfessionellen Beleuchtungen befreien, denn heute ist ein evangelischer Christ Kanzler, morgen wird es ein anderer sein. Ich glaube, das wäre auch eine gute Übung und nützlich gegenüber unseren Wählern in allen Landesteilen.

Ich bin mir bewußt, daß ich bloß eine Absichtserklärung abgeben konnte, nur meine Vorstellungen. Natürlich liegt die Entscheidung bei Ihnen und bei den Parteigremien. Das sei vorausgeschickt.

Wenn Ihre Entscheidung dahin fallen sollte, daß Sie mich zum 1. Vorsitzenden der Partei wählen, dann möchte ich hier mit aller Bestimmtheit erklären, daß ich mich aufrichtig freuen würde, mit dem derzeitigen Fraktionsführer, mit Herrn Dr. Rainer Barzel, auch auf der Parteiebene kollegial und fruchtbar und freundschaftlich zusammenzuarbeiten.

Ich glaube, daß diese Geschlossenheit unbedingt nötig ist, denn die Partei wird vielfach identifiziert mit der Regierung, und die Regierung wird identifiziert mit der Partei

1 Absichtserklärung zur Übernahme des Parteivorsitzes am 9. Februar 1965, vgl. Hentschel 597 f.

im Guten und im Bösen. Ich glaube, je besser und enger der Zusammenhalt ist und je mehr wir uns bewußt sind, wie schicksalhaft die Aufgaben sind, die vor uns stehen, innen- und außenpolitisch, aber nicht zuletzt auch im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen, sei es in Hamburg, in Nordrhein-Westfalen, in Hessen und in Bayern,[2] können wir nichts Besseres tun zur Stärkung unseres Ansehens, zum Bewußtwerden unserer Kraft vor der deutschen Öffentlichkeit, als diesen Weg der Gemeinsamkeit zu wählen.

Nachdem schon von Wahlen die Rede ist – und diese spielen ja, wie gesagt, eine große Rolle –, darf ich sagen, ich gebe mich keinen Illusionen hin, wie schwierig manche Wahl in diesem Jahr 1966 werden wird. Ich bin weit davon entfernt, nun etwa leichtfertig an einen billigen Sieg zu glauben, nein, aber ich lasse mich auch nicht einschüchtern, und ich glaube, daß auch die Haltung, die Sie alle einnehmen, mich ermuntern wird. Wenn ich z. B. an die letzten Saarwahlen[3] denke, wie hier nach den demoskopischen Umfragen die SPD weit vorne lag und wie man bei den letzten Bundestagswahlen immer von einem Kopf-an-Kopf-Rennen sprach und wir schließlich mit mehr als acht Punkten Vorsprung doch gesiegt haben, dann sollen wir auch mutig an die entscheidende Wahl in Nordrhein-Westfalen herangehen. Es wird mir dann eine Freude sein, mich mit ganzer Kraft einzusetzen für den Sieg der CDU. Ich bitte Sie um Ihr Vertrauen! (*Beifall.*)

Adenauer: Würden Sie bitte das Wort nehmen, Herr Barzel!

Barzel: Sehr verehrter Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte auch nur ein paar Worte sagen und keine politische Erklärung abgeben. Aber mit diesem persönlichen Wort möchte ich zunächst mit einem Satz auch von mir aus danken unserem scheidenden Vorsitzenden und unserem leider gezwungenen [sic!] Geschäftsführer[4], der die Position, die wir ihm alle zugedacht hatten, nicht einnehmen kann. Mir ist es ein Bedürfnis, das zu sagen. (*Beifall.*) Das weitere, was ich sagen möchte: Der Herr Bundeskanzler war so freundlich, gestern und heute einige Gespräche mit mir zu führen. Er hat dabei auch mir gegenüber das klargestellt, was einige andere Gesprächspartner so freundlich waren, auch klarzustellen, nämlich daß die Tatsache seiner Kandidatur, die nach meiner Bereitschaftserklärung bekanntgegeben wor-

2 Am 27. März 1966 Bürgerschaftswahlen in Hamburg (CDU 30%, SPD 59%, FDP 6,8%), am 10. Juli Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen (CDU 42,8%, SPD 49,5%, FDP 7,4%), am 6. November in Hessen (CDU 26,4%, SPD 51%, FDP 10,4%, NPD 7,9%, GB/BHE 4,3%) und am 20. November in Bayern (CSU 48,1%, SPD 35,8%, FDP 5,1%, BP 3,4%. Vgl. LEXIKON S. 731, 738, 740, 745.

3 Am 27. Juni 1965: CDU 42,7%, SPD 40,7%, FDP/DPS 8,3%, SVP 5,2%. Vgl. LEXIKON S. 749. – EMNID-Umfrage („Die Sympathien gegenüber den Parteien") vom April 1965: SPD 44%, CDU 23%, FDP 12%, Sonstige 1%, keine Angaben 21%.

4 Adenauer hatte im Dezember 1965 seinen Verzicht auf eine erneute Kandidatur zum Parteivorsitz erklärt. Dufhues hatte am 29. Januar 1966 in einem Schreiben an Adenauer (ACDP 07-001-029/1) eine Kandidatur unter Hinweis auf seinen Gesundheitszustand und seine berufliche Belastung als Rechtsanwalt und Notar abgelehnt, vgl. auch KRONE-TAGEBUCH 2 S. 447f., 450; sowie Protokoll der Landesvorsitzendenkonferenz vom 16. Februar 1966 in ACDP 07-001-111.

den ist, nicht etwas zu tun habe mit irgendeiner Form von Klagen über unsere bisherige Zusammenarbeit oder mit irgendeiner Beanstandung in Fragen der Loyalität. Wenn dies nicht der Fall wäre, hätte ich natürlich eine Auseinandersetzung auf dem Parteitag suchen müssen.

Ich glaube, daß wir hier eine Entscheidung suchen, die ohne sachfremde Argumentation getroffen werden sollte. Es geht allein um den Parteivorsitz. Ich beklage alle, die sicherlich von niemandem gewollten, aber doch in der Presse vorhandenen Erklärungen, daß im Zusammenhang mit der Wahl dieses Parteivorsitzenden irgendwelche anderen Dinge zur Debatte stünden, seien es Prestigefragen, seien es präjudizielle Entscheidungen für zukünftige Dinge. Es geht darum, wer jetzt der Parteivorsitzende werden soll.

Ich möchte noch einmal erklären, was damals am 8. Februar durch die Presse ging. Die Kollegen aus Nordrhein-Westfalen, dem Landesverband, aus dem ich komme, haben mich gefragt: Herr Barzel, würden Sie eine Kandidatur für den Parteivorsitz annehmen, wenn wir Ihnen diesen antragen würden? Meine Antwort war: Wenn dies im Interesse der Union ist, stehe ich zur Verfügung.[5] – Dies allein ist erklärt, und gar nichts anders! Es ist nirgendwo gesagt: Barzel will kandidieren.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß in diesem Kreis niemand ist, der das selbstverständliche Recht jedes Verantwortlichen etwa bestreiten würde, sich für diese Position zur Verfügung zu stellen, wenn seine Freunde ihn darum bitten. Und da ich ein besonderes Temperament habe und zu einem auf keinen Fall geeignet bin, nämlich zu einem Leistetreter oder zu einem Vielleicht-Sager, habe ich nicht ja : nein gesagt, sondern ja, wenn.

Meine Damen und Herren! Nachdem jeder von uns weiß, daß keiner weiß, was wir immer hier erklären, wie der Parteitag sich entscheiden wird, da wir zugleich die Lage der Union kennen, bin ich, was mich angeht, bereit, zu meiner Erklärung zu stehen. Ich werde das akzeptieren, was im Interesse der Union liegt und mir angetragen wird.

Herr Dufhues war so freundlich, mich über Mittag zu besuchen und mir zu sagen, daß er im Auftrag der Vorbesprechungen der Herren Landesvorsitzenden mich bäte, zur Verfügung zu stehen für eine Lösung, die hieß: Vorsitzender der Partei der Herr Bundeskanzler, 1. Stellvertreter Barzel, 2. Stellvertreter Herr von Hassel.

Herr Bundeskanzler hat eben gesagt, es sei dies sein Wunsch, so zu verfahren. Meine Damen und Herren! Wenn dies der Wunsch der Union ist, werde ich mich dem nicht versagen und dafür zur Verfügung stehen. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Ich darf Herrn Dufhues bitten.

Dufhues: Meine lieben Parteifreunde! Ich sehe es als meine Aufgabe an, Sie über die Besprechungen des heutigen Vormittags zu informieren und gleichzeitig das Ergebnis der von Ihnen mir aufgegebenen Besprechungen mit dem Bundeskanzler Professor Erhard und Dr. Rainer Barzel mitzuteilen.

5 Vgl. KRONE-TAGEBUCH 2 S. 453 f.

Die Konferenz der Landesvorsitzenden, die nicht in den Statuten vorgesehen ist, die aber in schwierigen Fragen der Union stets gute Dienste erwiesen hat, begann mit einem eingehenden und umfassenden Vortrag, den uns der verehrte Herr Bundesparteivorsitzende und frühere Bundeskanzler Dr. Adenauer gegeben hat.[6] Er gab ein sehr anschauliches Bild über die gesamtpolitische Situation und die Schwierigkeiten, die sich daraus für die Christlich-Demokratische Union und die Entwicklung des Bildes dieser Partei in der deutschen Öffentlichkeit ergeben. Hierbei wies auch er, wie schon Herr Bundeskanzler Professor Dr. Erhard, auf die besondere Verantwortung hin, die uns die bevorstehenden Landtagswahlen in Hamburg, Nordrhein-Westfalen und in anderen Ländern auferlegen. Schließlich haben wir von ihm gehört, welche Auffassung er zu der Wahl des Bundesparteivorsitzenden hat, eine Auffassung, die allgemein bekannt ist, auf die ich aber hier nicht näher einzugehen brauche, auch nicht auf die Bemühungen, die Herr Dr. Adenauer bereits im Dezember eingeleitet hat, um die eine oder andere Lösung zu suchen.[7]

Im Anschluß daran haben die Landesvorsitzenden sich freimütig in einer erfreulich offenen Aussprache über die Auffassungen geäußert, die in den einzelnen Landesverbänden bestehen. Es bestand der allgemeine Eindruck, daß durch die Diskussion in der Öffentlichkeit eine gewisse Zwangsläufigkeit in der Behandlung dieser Frage eingetreten ist. Es ist der einstimmige Wunsch aller Herren Landesvorsitzenden, daß in den kommenden Wochen so wichtige Fragen wie die personellen Fragen der Führung der Christlich-Demokratischen Union mit jener Behutsamkeit, aber auch mit jener Diskretion behandelt werden, wie wir sie den beteiligten Personen, aber auch der Sache selbst und unserer Union schuldig sind.

Ich weiß nicht, ob es notwendig ist, ein Gesamtbild der Auffassungen der einzelnen Landesverbände zu geben. Wenn ich mit einigen allgemeinen Worten darauf eingehen darf, dann ergab sich das Bild, daß in wichtigen und großen Landesverbänden eine völlig abweichende Auffassung von der Ansicht anderer Landesverbände vertreten wird. Ich meine, daß ich das Ergebnis der heutigen Besprechungen und der Berichterstattung aus einzelnen Landesverbänden richtig wiedergebe, wenn ich zum Ausdruck bringe, daß der Bundesparteitag im März dieses Jahres[8] im Ergebnis vor der völlig offenen Frage steht, wenn es darum geht, die Entscheidung zwischen Professor Dr. Ludwig Erhard und Dr. Rainer Barzel zu treffen. Niemand wird sagen können, daß mit absoluter Sicherheit die eine oder die andere Entscheidung durch diesen Parteitag getroffen würde. Vielleicht war das einer der Gründe für die Herren Landesvorsitzenden, den Weg nach einer Verständigung zu suchen. Die Gefahr einer zwar nicht in persönlichen Bereichen, aber in der Sache möglicherweise eintretenden Abwertung, die Gefahr einer mißverständlichen Auslegung – Freund Barzel hat davon gesprochen, von der einen oder ande-

6 Protokoll der Landesvorsitzendenkonferenz vom 16. Februar 1966 in Bonn in ACDP 07-001-111.

7 Vgl. SCHWARZ S. 914–920.

8 14. Bundesparteitag der CDU vom 21.–23. März 1966 in Bonn. Druck: CDU, 14. BUNDESPARTEITAG.

ren Entscheidung – mahnt uns alle zu einer behutsamen Behandlung dieses Problems gerade angesichts der Aspekte, die Herr Dr. Adenauer über die künftige Entwicklung unseres politischen Lebens und die Stellung der CDU in unserem Volke dargelegt hat.

Aus dieser Erwägung heraus haben die Herren Landesvorsitzenden am heutigen Vormittag den Versuch unternommen, nicht nur zu einer sehr klaren und nüchternen Analyse der Situation und der Stimmung in den Landesverbänden Stellung zu nehmen, sondern auch eine Lösung vorzuschlagen, die von dem Bundesparteivorstand diskutiert werden sollte und gegebenenfalls als Empfehlung an den Bundesparteitag beschlossen werden kann. Alles das vorbehaltlich der Beratungen, die hoffentlich mit der gleichen Erfreulichkeit und der gleichen Offenheit hier eintreten werden, wenn Sie meinen Bericht entgegengenommen haben.

Als Möglichkeiten bieten sich nach dem Ergebnis der Diskussion im wesentlichen drei an; zunächst unter organisatorischen Gesichtspunkten: Es besteht die Möglichkeit, einen Vorsitzenden zu wählen und ihm, wie auch die Statuten es vorsehen, einen 1. Stellvertreter und einen weiteren Stellvertreter dieses Stellvertreters zu wählen.

Eine andere Gruppe, vor allen Dingen unsere Freunde aus Baden-Württemberg, stellte zur Diskussion, ohne daraus eine Kopffrage zu machen, die Möglichkeit, einen Vorsitzenden zu wählen und entsprechend der Regelung, die im Jahre 1956 auf dem Stuttgarter Parteitag getroffen worden ist, weitere vier nach den damaligen Statuten gleichberechtigte Vorstandsmitglieder zu wählen.[9] Die Frage, ob diese vier gleichberechtigt sein sollen oder nicht, ob der eine oder andere hier hervorgehoben werden soll, ist diskutiert worden, ohne allerdings zu einer abschließenden Beratung in dieser Frage zu kommen.

Personell ist erörtert worden, Herrn Erhard den Vorsitz der CDU anzuvertrauen. Es ist weiter erörtert worden, unseren Freund Dr. Rainer Barzel zu bitten, die Aufgabe des 1. Stellvertretenden Vorsitzenden zu übernehmen. Es ist weiter die Frage erörtert worden, ob wir Herrn von Hassel bitten sollten, den 2. Stellvertretenden Vorsitzenden zu übernehmen.

Sicherlich wird Herr Grundmann in diesem Punkt zu dem Ergebnis der Beratungen Stellung nehmen, die im Bereich des Koordinierungsausschusses in Nordrhein-Westfalen[10] stattgefunden haben. Es tauchte dann der Wunsch auf, bereits in der Konferenz der Landesvorsitzenden zu einer Beschlußfassung zu kommen, die als Beratungsgrundlage dem Bundesparteivorstand vorgetragen werden sollte. Die Antragsteller haben sich aber von dem Argument überzeugen lassen, daß es sinnvoll sei, die gegebenen Möglichkeiten zunächst mit Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Erhard und Herrn Dr. Rai-

9 In Stuttgart waren gewählt worden Arnold, Kaiser, von Hassel, Gerstenmaier, vgl. PROTOKOLLE 1 S. XXIX–XXXII. Auf dem 16. Bundesparteitag in Bonn wurden am 21.–23. März 1966 zwei weitere, aber gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende gewählt (von Hassel und Lücke). Außerdem wurden sechs weitere Mitglieder des Präsidiums gewählt (Blank, Brauksiepe, Dufhues, Gerstenmaier, Amrehn, Schröder), vgl. KLEINMANN S. 262.

10 Vgl. GRUBER S. 195–214.

ner Barzel zu besprechen. Ich habe mich gern dieser Aufgabe unterzogen, die Besprechungen zu veranlassen und auch durchzuführen.

Ich möchte an dieser Stelle betonen, daß ich in beiden Unterhaltungen sehr viel guten Willen gefunden habe und bei beiden die Bereitschaft, zu einer Lösung zu kommen, die der CDU Belastungen ersparen, wie sie gerade bei Personalfragen häufig auftreten können.

Ich habe keinen der Beteiligten im Zweifel gelassen über die Ergebnisse der heutigen Beratungen, auch nicht über die Möglichkeit, die sich auf dem Bundesparteitag ergeben kann. Beide haben aber ohne Rücksicht auf die eine oder andere Frage sich von sehr sachlichen und von dem Willen zur Zusammenarbeit getragenen Überlegungen leiten lassen. Beide Herren haben ihre Bereitschaft erklärt, einem Votum dieses Gremiums zu folgen, falls bestimmte Voraussetzungen, von denen ich bereits gesprochen habe, erfüllt werden.

Ich möchte hier mit allem Freimut sagen, daß die Führung der Partei keine Angelegenheit des Bundeskanzleramts in seinen vielfältigen Verzweigungen sein kann und sein darf. Herr Bundeskanzler Professor Dr. Erhard hat mir eindeutig und ohne Zögern gesagt, daß das selbstverständlich sei. Ich freue mich, daß Herr Westrick[11] das mit besonderem Schmunzeln zur Kenntnis nimmt. (*Heiterkeit und Beifall.*) Es ist eine Realität, die sich nicht nur auf eine Person erstreckt.

Die Unterhaltung mit Herrn Barzel war, ich betonte es bereits, von dem gleichen guten Willen getragen. Naturgemäß bleibt der Beratung dieses Gremiums jede Möglichkeit offen, und daraus können sich neue Situationen ergeben, wenn aber auch dieses Gremium Herrn Barzel wie Herrn Bundeskanzler Professor Erhard bittet, die Lösung zu akzeptieren, die wir besprochen haben, ist er bereit, diese Aufgabe zu übernehmen.

Bei den beiden Möglichkeiten, die besprochen worden sind, hat sich – so meine ich, für beide sagen zu können – als reale Möglichkeit ergeben, daß wir einen Bundesvorsitzenden, einen 1. Stellvertreter und einen 2. Stellvertreter wählen; daß dagegen eine Lösung, die einen Vorsitzenden und vier Stellvertreter vorsieht, insbesondere dann, wenn es gemäß der damals im Jahre 1956 getroffenen Regelung gleichberechtigte Vertreter wären, keine Annahme fände. Das ist eine Auffassung, für die ich durchaus Verständnis habe.

Das ist das Ergebnis meiner mittäglichen Bemühungen. Ich danke Ihnen, daß Sie mir zugehört haben. Ich danke aber vor allen Dingen noch einmal Herrn Professor Erhard und Herrn Barzel, die mir die Aufgabe sehr leicht gemacht haben. (*Lebhafter Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich danke den drei Herren, die gesprochen haben. Ich glaube, die Herren können, wenn sie wollen, sich jetzt wichtigeren Aufgaben zuwenden. (*Lebhafte Heiterkeit. – Meyers:* Das haben Sie gut gemacht!)

Bundeskanzler Erhard und Dr. Barzel verlassen den Saal.

---

11 Dr. Ludger Westrick (1894–1990), Jurist; 1951–1963 Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft, 1963/64 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1964–1966 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts. Vgl. KEMPF/MERZ S. 739–742.

Meine Damen und Herren! Sie haben das Ergebnis gehört der mittäglichen Verhandlungen von Herrn Kollegen Dufhues. Diesen Verhandlungen waren vorangegangen, wie er eben schon gesagt hat, vierstündige Aussprachen unter den Landesvorsitzenden. Es war auch sehr interessant, aus diesen vierstündigen Unterhaltungen und Aussprachen entnehmen zu können, wie bunt doch die Meinungen in unserem geliebten Vaterland sind, sehr verschieden, sehr große Unterschiede, aber schließlich hat man sich doch auf den Vorschlag, der vom Herrn Kollegen Dufhues herrührt und den er eben dargelegt hat, zurechtgefunden.

Ich würde Ihnen vorschlagen, daß Sie sich jetzt dazu äußern; falls Sie ohne weitere Überlegungen sich dazu in der Lage sehen, dann auch die Frage mit zu erörtern, wie Sie über die Organisation der Bundesgeschäftsstelle denken. So viel ich Ihrem Vortrag entnommen habe, ist diese Frage nicht besprochen worden.

Dufhues: Darf ich das kurz ergänzen! Ich habe sowohl mit Herrn Erhard wie mit Herrn Barzel über diese Frage gesprochen. Beide sahen sich nicht in der Lage, von sich aus diese Möglichkeit zu diskutieren. Sie würden es begrüßen, wenn eine Kommission eingesetzt würde, die mit ihnen diese Frage bespricht. Es handelt sich dabei um die Bestellung eines politischen Generalsekretärs, organisatorisch und personell, wie auch um die Frage des Bundesgeschäftsführers, eines Stellvertreters des Bundesgeschäftsführers und was damit zusammenhängt. Ich verstehe, daß beide sich überfordert fühlten, wenn sie vor die Notwendigkeit gestellt worden wären, sich bereits heute zu den organisatorischen und personellen Problemen in diesem Kreis zu äußern.

Adenauer: Ich überlegte während der Ausführungen von Herrn Kollegen Dufhues, ob wir nicht doch in eine Aussprache auch dieser Fragen eintreten sollen. Es müssen dann eventuell Anträge zur Änderung des Statuts vorbereitet werden. Und hier ist eine bestimmte Frist zur Einreichung von Anträgen gestellt. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich Ihnen vorschlagen, wir unterhalten uns zunächst über die Frage: Erhard Vorsitzender, Barzel 1. Stellvertreter, von Hassel 2. Stellvertreter. Sie scheinen damit einverstanden zu sein. Darf ich um Wortmeldungen bitten? – Oder sollen wir eine kleine Pause machen? (*Zurufe:* Nein!) Dann bitte ich Sie, sich zum Wort zu melden. – Das Wort hat Herr Grundmann.

Grundmann: Herr Bundesvorsitzender! Ich will nicht die Diskussion von heute morgen erneut aufgreifen, aber ich muß Sie dennoch unterrichten über ein Gespräch, das in der Zwischenzeit stattgefunden hat mit der Koordinierungskommission der beiden Landesverbände in Nordrhein-Westfalen. Man kann die Frage, die heute hier entschieden wird, nicht losgelöst sehen von den anderen personellen Fragen, die sich daraus ergeben. Darum bitte ich um Genehmigung, dazu eine Anmerkung machen zu dürfen, weil sie im Zusammenhang steht mit dem heutigen Vorschlag und mit der Frage, wie das akzeptiert wird auf dem Bundesparteitag.

Ich gestehe ganz offen, daß ich nicht davon berichten kann, daß die Koordinierungskommission der beiden Landesverbände in jubelnden Beifall ausgebrochen ist über dieses Arrangement, sondern ich würde so sagen, daß sie sich von den Realitäten hat beeinflussen lassen. Ich sage das jetzt hier, damit nachher keiner mehr Rückfragen zu stel-

len braucht. Ich möchte Herrn Ministerpräsident Dr. Altmeier[12] sagen, wir alle haben uns von der Realität und nicht von jubelndem Beifall hier beeinflussen lassen.

Zur Frage der weiteren Stellvertreter habe ich eine Bitte und eine Anmerkung, daß nämlich bei dem weiteren Stellvertreter Herr von Hassel einbezogen wird. Es war heute morgen durchaus so, daß sowohl die Frage von drei oder vier oder von zwei Stellvertretern diskutiert wurde. Nach den Besprechungen habe ich die Bitte, daß wir diese Diskussion führen. Ich will Sie mit einer Anmerkung versehen, um Ihnen zu zeigen, in welcher Richtung unsererseits diese Diskussion geführt wurde. Wir glauben, daß neben der Vertretung der einzelnen landschaftlichen Gebiete, neben der religiös-konfessionellen Darstellung unserer parteipolitischen Präsenz auch die Frage eine Rolle spielen sollte – und das ist unserem Land gemäß –, wie weit ein repräsentativer Vertreter etwa der Arbeitnehmerschaft mit zu den Stellvertretern gehören könnte, eine Sache, die früher in guter Übung bei uns war, die wir immer durch einen Personalvorschlag mitgelöst haben, eine Frage, die sicher auch in den anderen Landesverbänden eine Rolle in der internen Diskussion spielt.

Wir wollen keineswegs heute bereits das mit einem Personalvorschlag untermauern, weil wir glauben, daß diese Frage und die Frage des Präsidiums und der inneren Ordnung der Geschäftsführung nicht ad hoc aus dieser Diskussion heraus zu lösen sind, aber wir haben die sehr herzliche Bitte, daß nach einer Grundsatzdiskussion, die hier darüber geführt wird, wir zu der Überlegung kommen, eine Kommission zu bilden aus dem Bundesvorstand, die für eine demnächstige Bundesvorstandssitzung einen Vorschlag zu erarbeiten versucht, der die Diskussion dieses Führungsnachwuchses verlangt.

Wir sollten das deswegen tun, weil es gerade für die Entscheidung, die ich soeben skizziert habe, notwendig zu sein scheint, die Frage der Abrundung der Führungsspitze der CDU mit allen Komponenten zu besprechen; denn wir alle miteinander haben das hier besprochene Ergebnis so zu vertreten, daß Überraschungen unangenehmer Art vor dem Parteitag ausgeschaltet werden.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich halte die Ausführungen des Herrn Kollegen Grundmann für richtig. Ich bitte dann aber um die Erlaubnis, einige Ausführungen machen zu dürfen, wie ich die parteipolitische Lage und die parteipolitische Entwicklung in der Bundesrepublik für die nächsten Jahre beurteile, weil ein Ausblick auf diese Entwicklung von Bedeutung sein wird für die Ergänzung des ganzen Körpers, wie sie eben Herr Kollege Grundmann angeregt hat.

Am besten beleuchtet folgendes die Situation bei uns. Wir haben – was bei uns noch nie der Fall gewesen ist – ein Gesetz beschlossen zur Sicherung des Haushalts,[13] das die

12 Peter Altmeier (1899–1977), Kaufmann; 1946 Regierungspräsident in Montabaur und Mitgründer der CDU Rheinland-Pfalz, 1947–1966 Vorsitzender der CDU Rheinland-Pfalz, 1947–1969 Ministerpräsident, 1948–1967 auch Minister für Wirtschaft und Verkehr. Vgl. LEXIKON S. 178.

13 „Gesetz zur Sicherung des Haushaltsausgleichs (Haushaltssicherungsgesetz)" vom 20. Dezember 1965, BGBl 1965 I S. 2065; Berichtigung: 1965 S. 2176.

Gesetze, die vor der Bundestagswahl beschlossen worden sind, mehr oder weniger kupiert, in Teile teilt und herausschneidet. Das hat zu einer sehr starken Reaktion in breiten Wählerschichten geführt, namentlich in Wählerschichten, die Herr Grundman eben wahrscheinlich im Auge gehabt hat bei seinem Vorschlag. Man muß das verstehen können, daß dadurch eine viel stärkere Mißstimmung unter unseren Wählern hervorgerufen worden ist, als wenn man rechtzeitig im früheren Bundestag die Gesetze entsprechend unseren Kräften und nicht über unsere finanziellen Kräfte hinaus gestaltet hätte. Die Folgen dieser ganzen Aktion gehen sehr klar daraus hervor, daß kein Haushaltsplan bisher vorliegt, obwohl nach dem Grundgesetz der Haushaltsplan am 1. Januar in Kraft treten soll. Sie sehen, welche Wirkungen das Ganze hat, und zwar nicht nur in bezug auf den Haushaltsplan des Bundes, sondern auch auf die Haushaltspläne der Länder und der Kommunen. Es wird also alles sehr viel später kommen, und die Zufriedenheit wird dadurch nicht größer werden. Die Kürzungen werden – jetzt sind sie erst mehr oder weniger angedeutet – ziemlich hart die betroffenen Kreise überraschen.

Es kommt hinzu, daß überhaupt eine Neuordnung unserer Finanzgestaltung, wie sie durch das Grundgesetz hingestellt worden ist, notwendig ist. Lassen Sie mich dazu eine Bemerkung machen zur Rechtfertigung der Beschlüsse des Parlamentarischen Rates. Sie wissen, daß ich sein Vorsitzender war und deshalb über das Verhältnis zu den Besatzungsbehörden recht genau Bescheid weiß. Das Bestreben der Besatzungsbehörden war es, die Zentrale, d. h. den Bund, finanziell möglichst schwach zu halten. Es war ihr weiteres Bestreben, den föderativen Aufbau so zu gestalten, daß die Länder besser gestellt wurden, aber die Gemeinden hat man dann wieder weniger berücksichtigt. Man konnte damals nicht alles berücksichtigen, was sich bald in der Folge zeigte, nämlich in der Entwicklung unseres Verkehrswesens, in der Technik usw. Wer damals prophezeit hätte, daß in verhältnismäßig wenigen Jahren jeder fünfte Mensch ein Auto haben würde, den hätte man ausgelacht.

Wir haben damals im Parlamentarischen Rat sehr ernst überlegt, ob wir nicht den Besatzungsbehörden den Auftrag, ein Grundgesetz herzustellen, mit der Begründung zurückgeben sollten, daß wir bei dem uns auferlegten Druck seitens der Besatzungsbehörden nicht in der Lage seien, ein Grundgesetz vorzulegen, das überhaupt Aussicht habe, auch durchgeführt werden zu können. Wir haben das aber nicht getan, weil wir damals noch die Hoffnung hatten, Berlin und die getrennten Gebiete würden bald zu uns zurückkehren. Wir haben deshalb die Ihnen bekannte Präambel im Grundgesetz vorangesetzt, daß dann, wenn dieses geschehen sei, eine neue Verfassung geschaffen würde.

Meine Damen und Herren! Unsere damaligen Auffassungen haben sich nach verschiedener Richtung hin als nicht zutreffend erwiesen. Die Wiedervereinigung ist noch nicht da. Wann sie kommen wird, wissen wir nicht. Infolgedessen können wir also nicht mit einer Verfassungsänderung warten, bis nun die Wiedervereinigung eine solche rechtfertigt, sondern diese Verfassungsänderung des Grundgesetzes ist gerechtfertigt durch die Sache selbst, durch die Entwicklung, insbesondere auf finanziellem Gebiet, in der wir uns befinden. Wie wir damit durchkommen, Verfassungsänderungen zu beschließen ohne die Zustimmung der Sozialdemokratie, diese Frage kann bisher kein

Mensch beantworten. Der Entwurf der sogenannten Weisen, der vorliegt und der bei Kennern ein helles Entzücken hervorruft[14] – ich war dabei, wie einer geradezu in Begeisterung ausbrach, als er ihn las –, erfordert allein in 33 Fällen eine Änderung des Grundgesetzes. Sie wissen ja, daß die Sozialdemokratie gesagt hat, sie werde nichts umsonst tun. Diese ganze Arbeit und diese ganze Entwicklung werden der Bundesregierung noch auf Jahre hinaus außerordentlich große Schwierigkeiten machen – jeder Bundesregierung.

Lassen Sie mich hier ein Wort einschieben, um das zu erklären, was eben Herr Dufhues gesagt hat, mein Standpunkt sei Ihnen ja bekannt. Meine Herren! Als der Herr Bundeskanzler Erhard nach seiner Rückkehr aus Paris[15] zu mir kam und sagte, daß er den Anspruch erhebe, Bundesvorsitzender zu werden, habe ich ihm erwidert – das ist auch jetzt noch meine Meinung –: Wenn sie vorher zu mir gekommen wären, hätte ich Ihnen geraten, lassen Sie die Finger davon. Sie werden eine so schwierige Arbeit vor sich haben – ich habe sie eben kurz umrissen –, so schwierige Jahre, daß Sie sich nicht belasten sollten mit Dingen, die andere verstehen und machen können.

Aber, meine Herren, Sie werden auch – jetzt komme ich zurück zu dem Ausgangspunkt – verstehen, wenn ich sage, daß wir den Apparat unserer Partei auf diese großen Aufgaben – nicht von vornherein bis zum Letzten, aber doch in der Anlage – werden einstellen müssen. Wir müssen es auch aus einem anderen Grunde tun. Sicher haben wir die letzte Wahl gut gemacht und auch gesiegt, aber die Sozialdemokratie ist stärker in die Höhe gekommen, sie hat mehr Prozente zugenommen an Stimmen als wir. In der Presse war ein Bild – hoffentlich ist es von Ihnen beachtet worden –, das die Entwicklung der Stimmenzahl der großen Parteien, der CDU, der SPD und der FDP, während einer längeren Periode anzeigt, etwa vom Jahre 1957 an.[16] Wir hatten damals – es handelte sich um militärische Fragen – wohl den Höhepunkt erreicht. Aber in diesem Bild muß man sehen, daß die sozialdemokratische Stimmenzahl ständig in die Höhe gegangen ist, während unsere Stimmenzahl sich sehr unruhig bewegt und im Durchschnitt genommen keinesfalls entsprechend hochgegangen ist wie die der Sozialdemokratie.

Dazu kommt weiter, meine Freunde, daß wir – davon wird leider etwas wenig gesprochen – in den vergangenen Jahren fast in allen großen Städten die Mehrheit verloren haben. Es wird deshalb den kommunalen Wahlen erheblich mehr Arbeit und Energie als bisher zugewendet werden müssen. Die Bundespartei hat nicht die nötige Einsicht in die Verhältnisse bei den Landesparteien, aber man kann doch – nach der Versicherung von Herrn Kraske – trotz des wenigen Materials, das wir haben, ersehen, daß

14 Das Gutachten des Sachverständigenrats (Wilhelm Bauer, Paul Binder, Herbert Giersch, Harald Koch, Fritz W. Meyer) über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wurde am 19. Dezember 1965 vorgelegt. Vgl. AdG 1965 S. 12238. Druck: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage (Hg.): Stabilisierung ohne Stagnation. Jahrsgutachten 1965/66. Stuttgart 1965.

15 Erhard hielt sich am 7./8. Februar 1966 zu Arbeitsgesprächen in Paris auf. Vgl. AAPD 1966 Nr. 34, 36; OSTERHELD S. 280–286.

16 Vgl. Bernhard BEGER: Wahl-Analyse 1965, in: Die politische Meinung Nr. 109 vom Oktober 1965 S. 58–60.

in den einzelnen Städten und Kreisen sehr verschieden stark gearbeitet wird, und daß am Resultat der Wahl sehr deutlich zu erkennen ist, wo gearbeitet und wo nicht gearbeitet wird.

Meine Freunde! Ich möchte gerade auf diese Verluste, die wir auf kommunalem Gebiet erlitten haben, Ihr besonderes Augenmerk richten; denn gerade in den Kommunen, insbesondere in den großen Städten, wachsen doch die jungen Leute heran. Sie lernen zuviel die Sozialdemokratie schätzen und achten für meinen Geschmack, oder sie streben zu früh danach – jetzt komme ich zu einem wichtigen Punkte –, auf dem Wege der Ämterpatronage bei den Sozialdemokraten weiterzukommen. Jeder, der etwas von den Dingen weiß, wird mir bestätigen, daß die Sozialdemokraten in ganz anderer Weise für ihre Leute sorgen, wie wir das für unsere tun. (*Beifall.*)

Ich will hier nicht in Einzelheiten hineingehen, aber ich will Ihnen doch sagen, was ich erlebt habe. Wir haben vor einigen Wochen eine Versammlung der Beamten und Angestellten in der Bundesverwaltung abgehalten, Leute, die sich zu uns bekennen.[17] Es war eine überraschend gut besuchte Versammlung mit mindestens 600 Menschen, die sich offen zu uns bekannten. Aber schon kurze Zeit danach hörte ich große Klagen gerade von Leuten, die sich zu uns bekannten, über die Behandlung, die sie in dem betreffenden Ministerium erleiden müssen. Also, meine Herren, in den Städten ist es noch schlimmer. Wir werden der ganzen Kommunalpolitik in Zukunft entschieden mehr Aufmerksamkeit und Arbeit zuwenden müssen.

Meine Damen und Herren! Etwas, was wir im Bund sehr schmerzlich entbehren, ist die geringe Verbindung mit den Landesparteien. Die Verbindung mit den Landesparteien muß entschieden mehr von uns gepflegt werden, natürlich auch umgekehrt; also die Verbindung muß enger werden. Wir hängen aufs engste zusammen, weder kann unsere Partei in den Ländern und Gemeinden ohne uns bestehen, noch können wir bestehen ohne die Landesparteien. Wir haben daran gedacht – das Wort ist eben gefallen –, daß im Parteipräsidium dafür gesorgt wird. Wir hatten damals gemeint, daß wir die Mitglieder eines kleinen Parteipräsidiums, die in der Hauptsache in Bonn wohnen, jederzeit greifbar hätten. Aber nun haben wir die Erfahrung machen müssen, daß sie nie da sind. Diejenigen, die in Bonn ihren Arbeitssitz haben, sind am allerschlechtesten zu kriegen. Deshalb meinen ich und meine Freunde, die mit mir die Sache überlegt haben, daß es notwendig ist, dieses Parteipräsidium zu erweitern und vielleicht auf zehn bis zwölf Leute, und zwar mit arbeitswilligen Leuten aus den Ländern, die aber dann auch zur Verfügung stehen müssen. Wenn es nicht möglich ist – leider ist es jetzt nicht möglich –, mindestens alle 14 Tage das Parteipräsidium einige Stunden zusammenzubekommen, dann hat das Parteipräsidium wirklich außerordentlich wenig Wert. Über diesen wichtigen Punkt wird also auch gesprochen werden müssen; er gehört nach meiner Meinung zu den ganzen organisatorischen Fragen.

17 Am 12. Januar 1966 fand auf Einladung Adenauers und auf eine Initiative Aenne Brauksiepes eine Aussprache der in den Bundesministerien beschäftigten CDU/CSU-Mitglieder im Fraktionssaal der CDU/CSU-Bundestagsfraktion statt. Vgl. CDU-BUNDESGESCHÄFTSSTELLE (Hg.): Personalrätebrief vom 16. Februar 1966 S. 12.

Meine Herren! Wir werden bei der Wahl im Jahre 1969 nicht mit Worten durchkommen, sondern wir werden dem deutschen Volke die Ergebnisse unserer Arbeit vorlegen müssen, sonst haben wir keine Aussicht, nochmals zu gewinnen. In diesem Kreise darf ich sagen, ich fürchte, unsere Partei wäre als Oppositionspartei nicht lebensfähig. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir sind nur lebensfähig, wenn wir unsere weltanschauliche Basis beibehalten und wenn unsere Erfolge die Verschiedenartigkeit der Interessen der einzelnen Gruppen, die bei uns sind, überspielen. Wenn das aber nicht der Fall ist, wenn diese beiden Voraussetzungen nicht erfüllt werden, dann sind wir nicht lebensfähig. Betrachten Sie bitte als sehr mahnendes Zeichen diese Verluste, die wir in den Kommunen gehabt haben.

Noch eine weitere Gefahr zieht herauf, nämlich das Entstehen einer rechtsradikalen Partei.[18] Nach dem, was ich hier von Herrn Strauß darüber gehört habe, müsse man damit rechnen, daß, wenn jetzt Stadtverordnetenwahlen wären, in einer Reihe von großen Städten diese rechtsradikalen Parteien die 5 %-Grenze überspringen würden.

Meine Damen und Herren! Verzeihen Sie das offene Wort und bringen Sie es nicht in die Zeitung. Die junge Generation will von alldem, was wir leider Gottes hinter uns haben, nichts mehr wissen. Das ist vergeben – meint sie – und ist vergessen. Aber es ist weder vergeben von den anderen noch ist es vergessen, meine Damen und Herren! Deswegen müssen wir – ich möchte nicht ausführlicher werden, weil der Herr Bundesaußenminister[19] nicht hier ist – in unserer ganzen Außenpolitik außerordentlich vorsichtig sein. Wir haben – das, was ich jetzt sage, ist sehr überlegt – in Wahrheit keine Freunde. Darüber müssen wir uns klar sein. Wir haben keine Freunde in der Welt außer uns selbst. Aber wir müssen wieder Freunde bekommen. Zu meinem großen Bedauern ist das Verhältnis zu Frankreich über die freundlichen Worte, die beim letzten Besuch in Paris getauscht worden sind, noch nicht hinausgegangen zu einem gemeinsamen Werk; von gemeinsamer Politik gar keine Rede!

Wie wir zu England stehen, wissen Sie. Amerika hat zu Sowjetrußland ein merkwürdiges Verhältnis; zur Hälfte sind sie befreundet, zur Hälfte sind sie verfeindet. Wir sind hier am Rhein in der Nähe von Köln, und da gibt es ein sehr gutes Wort für ein derartiges Verhältnis, nämlich „Kott-Freund". Kott heißt böse, und Freund heißt Freund. Also, Kott-Freund, das sind die Amerikaner und Sowjetrußland.

---

18 Die Gründungsparteitag der NPD hatte am 28. November 1964 in Hannover stattgefunden; erster Vorsitzender wurde Friedrich Thielen. Bei der Bundestagswahl 1965 erzielte die NPD einen Zweitstimmenanteil von 2%, bei den Kommunalwahlen in Bayern (März 1966) erzielte sie 103 Mandate, bei den Landtagswahlen in Hessen (November 1966) 7,9% (8 Mandate) und bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 1968 9,8% (12 Mandate). Vgl. Horst W. SCHMOLLINGER: Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: STÖSS Bd. 4 S. 1922–1994.

19 Gerhard Schröder.

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß Präsident Johnson[20] in seiner letzten Ansprache an die Nation weder die Zerreißung Deutschlands erwähnt noch von Europa überhaupt gesprochen hat. Das sind sehr ernste Anzeichen, die sich auch wirtschaftlich auswirken werden. Ich komme zum Schluß und sage nochmals: Wir müssen unsere Organisation – das gilt für den Bund, für die Länder und für die Kommunen – sehr gründlich ausbessern und verbessern. Wir müssen arbeiten, um Erfolge aufweisen zu können. Wenn wir keine Erfolge aufweisen können, dann findet die sozialdemokratische Propaganda gegen uns doch sehr leicht offene Tore, und die Kosten müssen wir bezahlen.

Nun hat der Kollege Grundmann vorgeschlagen, eine besondere Kommission aus dem Bundesvorstand einzusetzen, so habe ich Sie verstanden, (*Grundmann:* Ja!) um diese ganzen Fragen zu besprechen, auch die organisatorischen Fragen. – Das Wort hat Herr Kollege Dufhues.

Dufhues: Ich greife die Anregung unserer Freunde gerne auf, nicht nur als westfälischer Landesvorsitzender, der vertrauensvoll und eng in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft mit seinen rheinischen Kollegen zusammenarbeitet, sondern weil ich der Meinung bin, daß wir heute in Teilfragen unserer Beratungen ohne sorgfältige Vorbereitung der weiteren Beratungen durch eine Kommission nicht zu guten Ergebnissen kommen können.

Ich greife insbesondere auch die Bitte auf, die Herr Grundmann vorgetragen hat, daß man zwar organisatorisch die Führungsspitze der CDU festlegt, soweit es sich um den Vorsitzenden, den 1. Stellvertreter und den 2. Stellvertreter handelt, daß man aber personell die Frage des 2. Stellvertreters noch offenläßt unter allen Möglichkeiten und Aspekten. Es sind gewichtige Stimmen an mich herangetreten, die gefragt haben, ob man nicht die kritischen Bemerkungen, die zur Wahl des Bundeskanzlers Erhard zum Vorsitzenden entstanden sind, dadurch auffangen könnte, daß man der Situation durch die Wahl des 1. Stellvertretenden und 2. Stellvertretenden Vorsitzenden auch in konfessionellen oder sozial-soziologischen Gesichtspunkten Rechnung trägt.

Ich will dazu nicht Stellung nehmen, meine aber, daß es eine Frage ist, die wir einmal ernsthaft und sorgfältig erörtern sollten unter völliger Freiheit unserer endgültigen Entschließung. Unter dieser Voraussetzung möchte ich Ihnen als Grundlage für die weiteren Beratungen und Besprechungen eine Entschließung des Bundesparteivorstands vorschlagen. Ich meine, wir könnten folgenden Beschluß fassen: „Der Bundesvorstand der CDU empfiehlt dem Bundesparteitag, einen Vorstand der CDU zu wählen, der aus dem Vorsitzenden, einem 1. Stellvertreter und einem 2. Stellvertreter besteht. Als Vorsitzender der CDU werden Herr Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard und als 1.

20 Lyndon Baines Johnson (1908–1973), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1937–1949 Kongreßabgeordneter, 1949–1961 Senator, 1961–1963 Vizepräsident und 1963–1969 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. – Johnson hielt am 12. Januar 1966 vor beiden Häusern des Kongresses seine Rede zur Lage der Nation (State of the Union Message), vgl. AdG 1966 S. 12279 (Text im Internet: http://www.lbjlib.utexas.edu/johnson/archives.hom/speeches.hom/660112.asp).

Stellvertreter Herr Dr. Rainer Barzel, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion des Bundestags, vorgeschlagen. Es wird eine Kommission gebildet, die dem Bundesvorstand unverzüglich Vorschläge für die weitere Führungsstruktur der CDU in personeller und organisatorischer Hinsicht machen soll."

Ich möchte Ihnen das als Grundlage für die Beratungen mitgeben.

Adenauer: Das Wort hat Herr Stoltenberg.

Stoltenberg: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind alle sehr dankbar, daß aus den vorbereitenden Gesprächen heute morgen, über die wir hier in einer ausgezeichneten Weise gehört haben von einigen Beteiligten, diese Frage der Spitze des Vorsitzenden und seines 1. Stellvertreters, die uns wirklich allen Sorge gemacht hat und für unsere Partei eine ernste Frage geworden ist, in einer doch insgesamt befriedigenden Lösung hier sich darstellt. Natürlich gibt es Vorbehalte mannigfacher Art, je nach den Ausgangspunkten, aber ich glaube, wir sollten das als ein gutes Ergebnis akzeptieren.

Nun bin ich auch der Auffassung – und darin möchte ich den Herrn Dufhues und Grundmann zustimmen –, daß es einige Fragen gibt der praktischen Parteiarbeit, der Organisation, der Geschäftsführung, die in der Tat hier nicht erörtert werden können, sondern unter dem Gesichtspunkt der zur Wahl vorgeschlagenen Herren betrachtet werden müssen, wobei der Herr Bundeskanzler Erhard ein hohes Staatsamt hat, der 1. Stellvertreter ein wichtiges politisches Amt, also Ämter, die beider Kräfte erfordert. Die Fragen, die sich daraus für die Organisation ergeben, müssen behandelt werden.

Ich bin nicht der Auffassung, daß es Aufgabe des Bundesvorsitzenden der CDU ist – so dankbar wir für diese erste Vorklärung sind und so wenig, wie sie personell erörtert werden soll –, nun [das] alles wieder in eine Kommission hineinzugeben.

Die Frage der weiteren Vorsitzenden – es sind ja auch schon einige Namen genannt worden – ist politisch so bedeutend, daß wir darüber noch einmal freimütig eine Stunde oder auch länger hier sprechen sollten. Wir sollten dann am Schluß sehen, ob es überhaupt noch notwendig ist, eine Kommission zu bilden.

Meine Damen und Herren! Ich sage das aus zwei Gründen, und zwar möchte ich einmal darauf hinweisen, daß wir uns insofern in einer ungewöhnlichen Situation befinden, als zwei der drei Vorsitzenden, die wir bisher haben, nicht wieder kandidieren werden. Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer hat vor einiger Zeit erklärt, daß er nicht wieder kandidiere, und Herr Dufhues hat aus Gründen, die wir alle bedauern, aber alle respektieren, ebenfalls erklärt, daß er nicht wieder kandidiere für sein jetziges Amt als Stellvertretender Vorsitzender; d. h. also, von den bisherigen drei Vorsitzenden ist nur einer, nämlich Herr von Hassel, im Grunde bereit, wieder zu kandidieren. Er ist seit 1956 in diesem Amt als Stellvertretender Vorsitzender, wenn Sie so wollen, als Vertreter der norddeutschen CDU. Ich hielte es für falsch, wenn als Ergebnis der heutigen Beratungen der Eindruck entstehen könnte, als ob das eine völlig offene Frage sei, ob der Bundesvorstand überhaupt eine Option für ihn ausspricht. Insofern bin ich mit diesem Teil des Vorschlages nicht einverstanden. Ich glaube, daß die Fragen, die hier aufgetaucht sind und die ich völlig sehe, eine ausgewogene Repräsentation in der Führungsspitze zu

haben, dann eben auf einem anderen Weg angegangen werden müssen, unter Umständen in einer Vergrößerung der Zahl der Vertreter. Ob es drei oder vier sein sollen, wird die weitere Debatte ergeben.

Ich verstehe sehr gut, daß gerade vom Landesverband Rheinland, der ja auch bisher den Parteivorsitzenden gestellt hat, diese Frage angeschnitten wird und daß hier auch der Wunsch geäußert worden ist, eine Persönlichkeit zu gewinnen, die auch soziologisch das Bild abrundet. Da sind ja auch schon Namen genannt worden. Dann nennen Sie doch ruhig auch vier. Ich halte es nicht für richtig, daß wir sagen, wir wollen darüber noch einmal sprechen; dann lesen wir es nach acht Tagen wieder in der Zeitung, und wir überlassen es einer kleinen Kommission, die doch nicht so repräsentativ sein kann, daß sie diese politischen Fragen außerhalb des Bundesvorstands für die CDU behandelt. Wir sollten jetzt hier die Namen hören. Wir kennen sie ja z. T. Es ist die Frage eines weiteren Vertreters sicher aus Nordrhein-Westfalen, der in soziologischer und konfessioneller Hinsicht das Bild abrundet, es ist die Frage von Baden-Württemberg einmal irgendwie am Rande gestellt worden. Ich glaube, das muß hier offen erörtert werden, wobei ich ausdrücklich betone, daß man durchaus einen Weg wählen kann, der den Gesichtspunkten des 1. Vertreters Rechnung trägt.

Auch ich gehe bei dieser Überlegung davon aus, daß Herr Barzel auf jeden Fall 1. Stellvertreter wird, aber die Frage, ob dann ein weiterer oder zwei oder drei da sind, würde in diesem Zusammenhang ihn nicht tangieren müssen. Ich bitte also doch darum, daß wir diese Diskussion unter offener Darlegung der Namen und der Standpunkte weiterführen und daß wir versuchen, eine gewisse Vorklärung hier zu erreichen, weil sonst wieder das beginnt, was wir in den letzten Wochen erlebt haben, was wir aber mit dem Namen unserer Parteifreunde – ich sage hier ganz nachdrücklich auch unseres Freundes von Hassel – nicht erleben möchten. Ich bin dafür, daß wir das weitere Thema, nämlich die Fragen über die Geschäftsführung, die praktische Parteiarbeit usw., einer solchen Kommission überweisen, wie sie hier vorgeschlagen wurde.

Adenauer: Das Wort hat Herr Dr. Kohl.

Kohl: Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich würde zunächst bei dem jetzigen Stand der Debatte dafür plädieren, daß sowohl Herr Bundeskanzler Erhard als auch Herr Barzel wieder hierhin kommen. Mir scheint es zweckmäßig zu sein, wenn wir über beide Herren hier debattieren. Ich bin sowohl mit der Kommission einverstanden, als auch damit, daß wir jetzt diskutieren. Wir machen uns ziemlich lächerlich, wenn wir in ein paar Minuten – gesetzt den Fall, wir kämen zu dieser Entschließung – hier hinausgehen, wo alle Welt der Meinung ist, daß die Schwierigkeiten vorhanden waren, vorhanden sind und – wie ich fürchte – auch noch weiterhin vorhanden sein werden.

Seitdem ich die Ehre habe, dem Bundesvorstand anzugehören, habe ich die Erfahrung gemacht, daß wir uns hier immer einig waren, aber nach ein paar Tagen habe ich in den Zeitungen etwas ganz anderes gelesen. Deswegen bin ich dafür, daß wir jetzt zunächst einmal debattieren.

Herr Stoltenberg, ich glaube, es liegt ein Mißverständnis vor; denn ich habe von Herrn Dufhues nicht gehört, daß er jetzt keine Debatte will, sondern es war doch nur so zu verstehen, daß am Ende dieser Diskussion, da wir ja auf alle Fälle – wie ich gleich beweisen will – zu Satzungsänderungen kommen müssen, eine Kommission beauftragt wird, um diese Dinge vorzubereiten. Es ist ein Punkt, der sicherlich hier unstreitig ist – deswegen will ich mit ihm beginnen –, der aber überhaupt noch nicht erörtert wurde. Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns doch einig in der CDU, daß wir in der Bundesrepublik unserem langjährigen Bundesvorsitzenden den Ehrenvorsitz anbieten. Und das muß nach unserer Satzung auch entsprechend geregelt werden. (*Lebhafter Beifall.*) Ich stelle mir vor, gerade auch bei der Statur unseres Bundesvorsitzenden – ich darf das mit allem Respekt sagen, Herr Bundeskanzler –, daß das nur dann einen Sinn hat, wenn Sie mit im neuen Präsidium sitzen. Ich möchte aus vielen Gründen, schon um das Ansehen des Amtes willen, dafür plädieren, daß Sie in diesem Präsidium sitzen. Das muß in der Satzung entsprechend vorgesehen werden. Das allein ist schon ein Grund, sich dieser Frage zuzuwenden.

Wir sollten hier ganz offen darüber sprechen – ich will ein Wort aufnehmen, das Rainer Barzel hier vorhin gesprochen hat –, daß es dabei natürlich, ob es uns paßt oder nicht, um Prestige geht. Wir müssen unterscheiden zwischen denen, die unmittelbar glauben, amtieren zu können – inwieweit jeder von uns tatsächlich agiert, ist sehr fraglich, wenn man eine solche Reise unternimmt –, und dem, der draußen Beschauer ist, der die Presse darstellt, die öffentliche Meinung macht und was dazu gehört.

Hier ist es in der Tat in den letzten Tagen zu einem sehr scharfen Prestigedenken gekommen, das hineingeht bis in die Ortsverbände unserer Partei. Jeder von uns hat Briefe und Anrufe bekommen. Jeder kennt die Stimmung draußen. Nun hat man heute bei den Landesvorsitzenden eine Lösung gefunden für den Bundesvorsitzenden und den 1. Stellvertreter. Aber, meine Damen und Herren, wenn es weitergehen soll mit der CDU – und hier stimme ich unserem Bundesvorsitzenden zu –, dann muß man das ganze Präsidium und die zukünftige Arbeit unserer Partei sehen. Man muß an den nächsten Parteitag denken, der in zwei Jahren stattfindet. Es hat keinen Sinn, sich jetzt hier das Gesicht zuzuhängen und zu sagen: Es ist nicht so. – Man muß auch daran denken, ob wir wollen oder nicht – es gibt hier nicht wenige auch in der CDU, die das gewollt haben –, daß hier nicht nur die Frage des Parteivorsitzenden diskutiert worden ist, und zwar in allen Ortsverbänden, viel offener als hier im Bundesvorstand, sondern auch die Frage des nächsten Bundeskanzlers.

Wenn wir uns sehr ernst nehmen in diesem Zusammenhang, dann soll der Bundesvorstand wenigstens das aussprechen, was jeder Ortsverband als sein selbstverständliches Recht beansprucht. Wir wollen heute über den nächsten Bundeskanzler als Kandidaten sprechen. Ich möchte hier für meine Person und für viele Freunde sagen, daß ich hier keiner Lösung zustimmen kann – hier stimme ich völlig Herrn Barzel zu, ich zitiere ihn, das hat er wörtlich vorhin gesagt –, die etwa zukünftige Entscheidung auf diesem Feld vorweg nimmt. Deswegen muß in diesem neuen Präsidium deutlich werden, daß die Persönlichkeiten, die papabile sein können, sich möglicherweise auch in die-

sem Präsidium wiederfinden. Es sind in diesem Raum einige Herren, ich denke hier an Paul Lücke[21], an Kurt Georg Kiesinger, um nur wenige Namen – ich will also hier die Phantasie nicht begrenzen – zu nennen. Das bedeutet aber, daß wir hier ganz offen sprechen. Draußen wird es auch ausgesprochen. Ich verstehe nicht, warum wir hier wie die Katze um den heißen Brei herumlaufen. Das bedeutet, daß man sich jetzt in der Diskussion darüber unterhält, ob es einer, zwei, drei oder vier Vorsitzende sein sollen.

Die Sozialdemokraten sind hier viel schlauer aufgrund ihrer längeren Parteigeschichte. In ihrem Statut steht für das entsprechende Gremium, was wir Präsidium nennen, keine zahlenmäßige Begrenzung. Es steht darin: Der jeweilige Parteitag beschließt die Zahl. – Man sollte es auch bei der Satzungsneufassung so machen. Wir sind in einer etwas seltsamen Lage. Unser verdienstvoller Freund Dufhues, der uns die Lösung heute vorgeschlagen hat, ist auch als Vater von Stuttgart für die Viererlösung gewesen. Damals ging es Ihnen und Ihren Freunden und der Mehrheit darum, auch aus einer Adhoc-Situation das Beste zu machen. Vor vier Jahren in Dortmund mußte ebenfalls aus der damaligen Situation das Beste gemacht werden.[22] Wer hindert uns, ohne das Präsidium jetzt aufblähen zu wollen, aus der heutigen Situation ebenfalls das Beste zu machen? Deswegen sollten auch hier noch andere Namen genannt werden; wiewohl ich meine, daß wir heute keinen abschließenden Beschluß fassen sollten, mit Ausnahme der Punkte an der Spitze, wie bereits besprochen.

Meine Damen und Herren! Das gehört nun einmal dazu. Ich glaube, Herr Stoltenberg, man tut unserem Freund von Hassel auch kein Ungemach an. Er hat ja in der öffentlichen Diskussion in diesem Zusammenhang nicht gestanden. Die Debatte ist in der Öffentlichkeit ja etwas anderes. Es ging darum, kommt es zu einer Kampfabstimmung Erhard gegen Barzel. Herr von Hassel ist in diesem Zusammenhang nicht angesprochen worden. Also – wenn Sie so wollen –, sein Prestige war nicht angesprochen.

Mir geht es darum – es ist seltsamerweise heute früh offensichtlich nicht darüber gesprochen worden –, daß wir auch im Hinblick auf zukünftige Personalentscheidungen im staatlichen Bereich, sofern wir überhaupt aufgrund der hingebungsvollen Liebe unserer Wähler und aufgrund unserer Leistungen in die Lage versetzt werden sollten, solche Entscheidungen zu treffen, daß wir uns hier heute nicht in irgendeiner Form präjudizieren. Das ist genau das, was Herr Barzel gesagt hat, daß zukünftige Entscheidungen und das Prestigedenken, das auftritt und von draußen in unsere eigenen Reihen hineingetragen wird, hier ausgeschaltet werden. Ich bin ein überzeugter Anhänger einer Lösung, die uns in die Lage versetzt, die Frage der Organisation durch einen besonders hervorragenden Freund aus unseren Kreisen hauptamtlich wahrnehmen zu lassen. Ob

21 Paul Lücke (1914–1976), Handwerker; 1949–1972 MdB (CDU), 1957–1965 Bundesminister für Wohnungsbau bzw. seit 1961 für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, 1965–1968 Bundesminister des Innern. Vgl. LEXIKON S. 318 f.; Jürgen ARETZ: Paul Lücke (1914–1976), in: ZEITGESCHICHTE 11 S. 195–212.

22 11. Bundesparteitag in Dortmund vom 2.–5. Juni 1962. Änderung der Parteisatzung: Adenauer wurde Bundesvorsitzender, Dufhues Geschäftsführender Parteivorsitzender, vgl. KLEINMANN S. 185–196.

Sie den Mann Generalsekretär oder sonstwie nennen, ist eine völlig andere Frage. Mir kommt es nicht auf den Titel an, sondern darauf, daß in der eigentlichen Parteispitze alles Männer sind, die irgendein wichtiges Amt haben, das den ganzen Mann erfordert. (*Zuruf:* Und die Frauen!) Ich will der Entwicklung nicht vorgreifen, ich kann auch sagen: Die also ein Amt haben, das den ganzen Mann oder die ganze Frau erfordert. Warum sollten wir, wenn wir uns vorbereiten, das letzte Drittel dieses Jahrhunderts durch unsere Politik zu bewältigen, nicht begreifen, daß in einer modernen Massengesellschaft wahrscheinlich das System, wie es die italienischen Christlichen Demokraten haben, sehr viel tragfähiger ist; ein System, Herr Bundeskanzler, das in Goslar im Jahre 1950 bei uns schon einmal in der Diskussion war. Das sollte man hier auch sehr ernsthaft diskutieren. Man kann auch hier Namen nennen. Vielleicht ist es zweckmäßig, in diesem Fall zunächst einmal über die Frage, ob es sinnvoll ist, ein solches Amt einzurichten, sich hier auszusprechen. Das wird auch draußen in der Partei diskutiert. Deswegen sollte man hier die Dinge nicht verschweigen und so tun, als wäre es nicht so.

Ich darf also noch einmal herzlich darum bitten, daß wir jetzt wirklich diskutieren, damit wir nicht umsonst hierher gefahren sind; denn das hätten wir auch per Fernschreiben erledigen können. Wir sollten zum Schluß zu einer Kommission kommen, Herr Dufhues, die die Detailarbeit macht. Wir sollten ferner einen Termin vorsehen, an dem wir endgültig diskutieren, um uns dann für den Parteitag einzurichten.

Adenauer: Das Wort hat Herr Ministerpräsident Meyers.

Meyers: Meine lieben Parteifreunde! Wir sind in der Diskussion, Herr Kohl. Wir brauchen es also nicht mehr formell zu beschließen. Ich bin der Ansicht, daß es von der Spitze abhängt, wie man die Organisation ausgestaltet. Je breiter die Spitze, desto schlagkräftiger muß die Organisation sein; sonst klappt es nicht. Wir haben in den Organisationsformen in der Spitze gewechselt. Es sind einige Daten der Vergangenheit aufgezählt worden. Da das Ideal eines Parteivorsitzenden, der sich allein der Partei widmet, nicht zu schaffen ist, sollten wir nun aber zunächst einmal vom Prestigedenken überhaupt weggehen. Wir sollten deshalb sagen, was können wir aus der gegebenen Situation am besten für die Partei machen.

Dabei ist festzustellen, daß das Parteipräsidium, wie es gewählt ist, bis zum nächsten Parteitag in Funktion ist. Es wird keiner überhaupt in Frage oder heraus- oder zurückgestellt. Was uns in den letzten Wochen politisch belastet hat und wofür ich bitte, Verständnis zu haben gerade wegen der bevorstehenden Wahlen in Hamburg und Nordrhein-Westfalen, ist die Frage des Gegeneinanderspielens von zwei Persönlichkeiten aus unserer Partei. Ich bin denjenigen, die sich darum bemüht haben, außerordentlich dankbar, daß sie uns einen Weg zeigen, der hoffentlich dazu führt, dieses Gegeneinander, das zum Prestigedenken zu führen drohte – ob es dahingeführt hat, darüber kann man sich streiten –, zu beenden. Dazu müssen wir heute kommen. Wir müssen heute zu einem Beschluß kommen, daß es nicht mehr so ist, daß zwei gegeneinander sind, sondern zwei miteinander, die von uns vorgeschlagen werden. Die anderen sind alle zunächst noch nicht berührt.

Ich muß Sie bitten, auch einmal darauf Rücksicht zu nehmen, daß bisher in dem ganzen Parteipräsidium keine einzige Frau vertreten ist. Es ist auf die Dauer für unsere Partei unmöglich, immer auf die Frauenwähler zu spekulieren, ihnen aber in der Repräsentation nicht den gebührenden Platz einzuräumen. (*Beifall.*)

Das muß ich einmal sagen, obwohl ich den Frauen immer wieder sage, geht in die Partei, und ihr könnt ein Matriarchat bekommen, weil sie doch die Mehrheit haben, auch in unserem Lande. Aber das ist doch zu berücksichtigen, und ich bäte doch dringend bei diesen ganzen Überlegungen darum, den Grundsatz, den man immer haben muß, zu beachten: So wenig wie möglich und nur so viel wie nötig. Dabei ist eine Reihe von Dingen gegeneinander abzuwägen. Das fängt bei uns mit der leidigen Konfessionsfrage an und hört bei den Landsmannschaften und bei den gesellschaftlichen Schichten auf. Das muß alles in ein fein abgewogenes System gebracht werden. Wenn Sie das haben und dazu die kleinstmögliche Zahl eines Präsidiums, dann können Sie bestimmen, wie die Organisation sein muß.

Dafür ist aber hier der Bundesvorstand überfragt. Sie können heute diskutieren und Namen nennen, Sie können sagen, wir wollen zwei oder vier Stellvertreter haben; wir wollen ein Präsidium von elf oder zwölf Mitgliedern haben, Sie können aber dann nicht hier die Organisation, die sich daraus ergibt, beschließen. Dafür müssen Sie nach meiner Meinung eine Kommission einsetzen, die dann aus dem, was Sie wollen, die nötigen Folgerungen zieht, damit wir dem Parteitag dann allerdings ein geschlossenes Ganzes vorlegen; denn es muß dem Parteitag eine Konzeption aus einem Guß vorgelegt werden, wenn wir überhaupt Erfolg haben wollen und nicht das Ganze auf dem Parteitag zu einem Desaster werden soll, das dann noch schlimmer ist als das, was in den letzten Wochen auf uns niedergegangen ist.

Adenauer: Das Wort hat Herr Grundmann. (*Grundmann:* Ich verzichte zunächst.) – Bitte sehr, Herr Dichtel.

Dichtel: Herr Bundeskanzler! Meine verehrten Damen und Herren! Nach der Debatte, die wir heute morgen erlebt haben, bin ich froh, daß sich hier diese Lösung abzeichnet. Ich wäre dankbar, wenn Sie jetzt dem Vorschlag von heute morgen zustimmen würden, denn damit kämen wir aus der befürchteten Kampfabstimmung zwischen den beiden bewährten Parteifreunden heraus. Man hat sich in verschiedenen Kreisen über Organisationsfragen Gedanken gemacht. Der Vorschlag von Dufhues besteht darin: einen 1. Vorsitzenden, Herrn Erhard; einen 1. Stellvertreter, Herrn Barzel; einen 2. Stellvertreter, Herrn von Hassel. Und damit Schluß. Diese drei sollten es sein. Wenn ich Sie recht verstanden habe, sind Sie dabei von dem Gedanken ausgegangen, daß dann ein Generalsekretär kommen müsse; denn darüber müssen wir uns klar sein, es hat wirklich keinen Sinn, daß wir Herrn Erhard und Herrn Barzel, die beide beruflich so stark in Anspruch genommen sind, daß beide wohl als eigentlicher Träger der Parteiarbeit nicht in Frage kommen, noch weitere Arbeit auferlegen. Deshalb müssen wir doch eine Persönlichkeit haben, die sich wirklich der Partei gegenüber in der Tagesarbeit verpflichtet fühlt. Das würde nach Ihrem Vorschlag, Herr Dufhues, der Generalsekretär sein.

Dagegen war auf der anderen Seite der Gedanke aufgetaucht – das wurde von Baden-Württemberg aufgenommen –, etwa vier Vorsitzende zu wählen und davon eine Persönlichkeit herauszustellen, die die praktische Arbeit macht. Wenn Herr Grundmann gesagt hat, man solle doch erwägen, in dieses Führungsgremium einen Vertreter aus dem sozialen Raum zu nehmen, dann wären wir schon bei drei Stellvertretern. Damit kämen wir fast auf diese Viererlösung hinaus. Der vierte Mann könnte aber nur ein Mann sein, der auch bereit ist, die politische Arbeit im Tagesgeschehen zu tragen. Wir hätten am liebsten eine ideale Persönlichkeit, die nur die Arbeit der Partei macht. Ich möchte nicht vorgreifen, aber ich glaube, daß wir auch hier Ansätze finden könnten. Auf alle Fälle wird man sich bei der organisatorischen Änderung vorher überlegen müssen, welche Persönlichkeit es sein soll. Darüber sollten wir jetzt diskutieren. Am Ende wird dann die Kommission beauftragt werden müssen.

Ich wiederhole, wir haben heute gesagt: Bundeskanzler Erhard, 1. Vorsitzender; Dr. Barzel, 1. Stellvertreter. Dann sollte als nächster Herr von Hassel zweifellos in Frage kommen.

Vergessen Sie nicht, daß wir einen Vorsitzenden suchen, der die praktische Arbeit tut. Das ist die entscheidende Frage. Wenn das nicht möglich wäre, hätten wir unsere Aufgabe nicht richtig gelöst.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir einige Worte! Wir standen doch vor der Gefahr, daß auf dem Parteitag zwei Kandidaten einander gegenüberstanden und daß dann natürlich nur einer von ihnen gewählt werden kann, der mit einer kleinen Mehrheit gewählt sein würde, und der andere dann im leeren Raum stünde.

Die Meinungen, wer gewählt werden würde, waren so im Gespräch geteilt, aber ich glaube, nach dem, was ich verstanden habe, würde Herr Barzel gewählt werden, wenn sich zwei Kandidaten einander gegenüberstünden.

Dann kam Herr Kollege Dufhues mit seinem Vermittlungsvorschlag, der sehr begrüßt wurde. Über Mittag hat, wie sie wissen, Herr Dufhues mit den beiden Herren gesprochen. Aber die Erklärung der beiden Herren, daß sie diese Lösung für gut fänden, hatte zur Voraussetzung selbstverständlich für Herrn Erhard, daß er der Vorsitzende, und für Herrn Barzel, daß er der 1. Stellvertretende Vorsitzende sein müsse, und daß vielleicht noch ein dritter, also ein 2. Stellvertretender Vorsitzender, hineinkommen würde, aber nicht ein endloser Schwanz von Vorsitzenden. Sonst müssen wir Herrn Barzel hierher bitten, dann kann er seine Meinung dazu sagen. Aber ich glaube bestimmt, Ihnen jetzt schon sagen zu können, daß er erklären wird: Nein, das habe ich so nicht verstanden, und das mache ich nicht mit.

Meine lieben Freunde! Wir haben heute morgen in diesem Raum vier Stunden lang Weisheiten gehört. Das ist für einen Tag viel; auch für den Saal, der trägt das fast nicht mehr. Aber ich meine, wir sollten uns auf den Standpunkt stellen und sagen: Vorsitzender, 1. Stellvertretender Vorsitzender und ein 2. Stellvertretender Vorsitzender. Aber nicht mehr. Für die Herren und Frauen, die dann noch in die Organisation hineinkommen, müssen wir noch eine andere Bezeichnung finden.

Wenn Sie anderer Ansicht sind, würde ich Herrn Barzel bitten, hierherzukommen und ihm zu sagen, ob er unter veränderten Umständen bei seinem Ja bleibt. Ich versichere Ihnen, er wird nicht dabei bleiben. Dann haben wir die ganze Sache noch einmal vor uns, wie wir sie heute morgen vor uns gewälzt haben, und wir stehen dann in der Gefahr, daß wir auf dem Parteitag zwei Kandidaten gegeneinander haben, was doch auf alle Fälle für eine Partei sehr schlecht ist. – Bitte, Herr Dufhues!

Dufhues: Ich möchte ausdrücklich bestätigen, daß das Ergebnis meiner Besprechung mit Herrn Barzel ist. Er hat mir ausdrücklich auf Befragen erklärt, daß er die Lösung akzeptieren würde: Vorsitzender, 1. Stellvertreter, 2. Stellvertreter. Er halte es aber nicht für richtig und geeignet, folgende Lösung vorzusehen: ein Vorsitzender, vier Stellvertreter. Ich möchte Ihnen persönlich auch sagen, wenn nicht ganz besondere Umstände dafür sprechen, diese erste Lösung 1 + 2 ist nach meiner Meinung die zweckmäßigere. Die Lösung 1 + 4 ergibt bereits ein Gremium, das in sich verhältnismäßig autark sich entwickeln würde, während die übrigen Mitglieder des Präsidiums nur gelegentlich zu den Beratungen hinzukämen; eine Erfahrung, lieber Herr Kollege Kohl, die wir in früheren Jahren gemacht haben. Ich glaube, daß sich also auch unter sachlichen Gesichtspunkten diese Lösung abzeichnet. (*Kohl:* Wenn die Herren sich das nicht gefallen lassen, kann man es auch nicht ändern.) Es gibt sicher Entwicklungen, aber wenn Sie zu einer anderen Lösung als 1 + 2 kommen, dann wäre es notwendig, die Verhandlungen und Besprechungen noch einmal aufzunehmen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Blumenfeld.

Blumenfeld: Herr Vorsitzender! Ich möchte nachdrücklich noch einmal das unterstützen, was unser Freund Stoltenberg vorhin ausgeführt hat. Ich glaube, daß das Ergebnis, das sich heute morgen nach langer Diskussion abgezeichnet hat, das auch hier wieder dargestellt worden ist, nicht nur uns, sondern auch die große Breite unserer Partei außerordentlich befriedigen wird. Ich glaube auch, daß die deutsche Öffentlichkeit, die mit großer Spannung auf unsere Beratungen blickt, ebenfalls damit erleichtert wird.

Nun bin ich allerdings der Auffassung, daß wir nicht ohne irgendwelche Not einen weiteren Freund, nämlich Herrn von Hassel, ins Gerede bringen dürfen, das entstünde, wenn wir dem Vorschlag unseres verehrten Herrn Dufhues folgen würden, der, wenn ich ihn richtig verstanden habe, dahin geht, wir sollten hier einen Beschluß formulieren und der Öffentlichkeit übergeben, der feststellt: Erhard 1. Vorsitzender; Barzel 1. Stellvertreter und einen weiteren Stellvertreter. Das würde ganz eindeutig bedeuten, daß dann das Gerede von Herrn von Hassel, ohne daß wir es beabsichtigen, in der Öffentlichkeit beginnt. Ich möchte darauf hinweisen, daß dann Kombinationen der uns nicht immer günstig gesonnenen Presse angestellt werden im Hinblick auf gewisse Dinge, die sich innerparteilich vollziehen können, wie aber auch im Hinblick auf sein Regierungsamt und seine Verhandlungen mit dem Verteidigungsausschuß des Bundestags. Wenn wir Namen nennen, dann sollten wir auch alle drei Namen nennen. Das ist ja auch in der Diskussion zum Ausdruck gekommen.

Herr Bundesvorsitzender! Ich folge Ihren Ausführungen, wenn Sie sagen, keine allzu große Ausweitung. Das ist richtig im Hinblick auf das engere Präsidium oder die ei-

gentliche Führung unserer Bundespartei. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen – diesen Vorschlag habe ich schon in diesen Tagen in einem Gremium der Landesvorsitzenden gemacht; wir haben gestern abend auch darüber diskutiert –, daß unser Parteitag es sich wesentlich leichter machen wird, wenn wir zu dem Tableau von Stuttgart zurückkehren und die vier Stellvertretenden Vorsitzenden erörtern, wobei ich voranstelle, daß der 1. Stellvertreter Herr Barzel sein soll.

Herr Dufhues! Haben Sie Herrn Barzel gefragt, ob er etwas dagegen hätte, wenn er 1. Stellvertreter wäre, das andere aber gleichberechtigte Stellvertretende Vorsitzende wären? Darüber müßte, wie Sie mit Recht gesagt haben, Herr Bundeskanzler, Herr Barzel noch einmal gefragt werden. Aber wenn wir sagen, er soll 1. Stellvertretender Vorsitzender sein, aber neben ihm noch weitere drei, dann glaube ich, daß das dem ganzen politischen Gehalt unserer Besprechungen und vor allen Dingen dem etwas schwierigen und nicht ganz überschaubaren Klima auf dem Bundesparteitag im März entsprechen würde. Ich plädiere auch deswegen dafür, lieber Herr Dufhues, weil ich nicht sehen kann, wie ein politischer Generalsekretär – wobei ich mich nicht an dem Namen festklammere – sich bei dieser Konstellation, ohne nicht sofort aufgerieben zu werden, überhaupt amtieren soll, nämlich ein politischer Generalsekretär, den wir in der CDU noch nie gekannt haben. In der CSU hat es ihn gegeben. Sonst kennt nur die Democrazia Cristiana in Italien den Generalsekretär, sowie einige andere Länder, mit denen wir uns nicht unbedingt vergleichen wollen.

Ich glaube nicht, daß der politische Generalsekretär eine Lösung der Aufgaben bietet hinsichtlich der politischen Durchschlagskraft der Organisation unserer Bundespartei.

Herr Vorsitzender! Lassen Sie mich einmal ganz offen und deutlich aussprechen, daß wir seit Jahren einen sehr qualifizierten, sehr fleißigen und tüchtig amtierenden Bundesgeschäftsführer[23] haben. Dieser Bundesgeschäftsführer wird in Zukunft sehr viel besser und durchschlagskräftiger arbeiten können, wenn er sich auf einen Beschluß eines freudigen und fähigen Bundesvorstands oder Präsidiums stützen kann. Das, was das Präsidium beschließt und aktiv erarbeitet, das kann der Bundesgeschäftsführer oder Generalsekretär durchsetzen, aber als solcher allein gegen die Figur und Persönlichkeit des 1. Vorsitzenden gleich Bundeskanzler und gegen den 1. Stellvertreter gleich Fraktionsvorsitzender zu amtieren, das scheint mir nicht zweckentsprechend und nicht zweckmäßig zu sein.

Deswegen meine ich, wir sollten die Lösung von vier Stellvertretern nehmen, wovon einer, nämlich Herr Barzel, herausgestellt ist und die anderen etwas weiter als Stellvertreter davon abgehoben sind. Ich meine auch, der Landesverband Rheinland sollte mit einer Persönlichkeit unter diesen Stellvertretern zusätzlich vertreten sein. Das gleiche gilt für unsere süddeutschen Freunde, die ebenfalls einen Vertreter nominieren sollten. Es sind ja schon Namen genannt worden, wie Kiesinger, Heck usw. Das ist eine Angelegenheit auch der Kommission, der ich zustimme, die dann ihren Vorschlag für den Parteitag zu machen hat.

23 Konrad Kraske.

Was wir brauchen, Herr Vorsitzender, ist eine Bundesparteiführung, die in ihrer Geschlossenheit und in ihrem Wollen ganz eindeutig festgelegt ist, diese von uns gestellte Bundesregierung für die Dauer der Legislaturperiode tatkräftig zu unterstützen.

Adenauer: Nein, meine Herren, die braucht mehr! Die muß mehr haben als nur die Unterstützung der gerade im Amt befindlichen Regierung. Die soll dafür sorgen, daß eine lebenskräftige Partei da ist. Ich möchte Ihnen nur auf einen Punkt jetzt antworten. Sie sprachen vom politischen Generalsekretär. Das Politische schenke ich Ihnen auch. Das braucht man nicht dabeizusetzen. (*Zuruf:* Das stammt von Herrn Dufhues!) Nun, das kann ein Versehen gewesen sein. (*Heiterkeit.*) Aber die meisten anderen Länder haben Generalsekretäre. Dort ist der Geschäftsführer nicht gleichrangig mit dem Generalsekretär. Infolgedessen sind wir vielfach bei internationalen Zusammenkünften nicht vertreten. Wir wären vertreten, wenn wir einen Generalsekretär hätten. Ich bitte Sie, unter dem Gesichtspunkt auch die Sache einmal zu überlegen.

Meine Damen und Herren! Sie waren ja auch nur z. T. bei den Unterhaltungen heute morgen zugegen, aber ich glaube, wir handeln klug und richtig, wenn wir Herrn Barzel bitten, hierherzukommen, um ihn zu fragen, wie er zu der Sache steht, sonst reden wir hier stundenlang, und nachher sagt Herr Barzel, nein, das tue ich nicht. (*Bewegung und lebhafte Unruhe. – Fay*[24]*:* Wir sind doch noch nicht fertig!) Haben Sie etwas dagegen? (*Fay:* Ja, daß die Entscheidung davon abhängig gemacht werden soll, wie Herr Barzel darüber denkt, Herr Bundeskanzler. Einstweilen sind wir noch mitten in der Diskussion. Wir sind der Bundesvorstand, und wir haben zu bestimmen zunächst!) Ach, meine Herren, wir sind der Vorstand, und wir haben zu bestimmen! (*Unruhe.*) Wir müssen aber auch die Leute haben, über die wir bestimmen! Meine Herren! Wenn Sie heute morgen dabei gewesen wären, würden Sie verstehen, was ich da gesagt habe. Herr Dufhues hat den Vermittlungsvorschlag gemacht und über Mittag mit den beiden Herren gesprochen. Dabei ging man aber davon aus: Vorsitzender Herr Erhard; 1. Stellvertreter Herr Barzel; 2. Stellvertreter – hier wurde Herr von Hassel genannt. Unter der Voraussetzung hat Herr Barzel zugestimmt. Nun halte ich es für loyal und für klug, daß man, wenn man noch mehr Stellvertretende Vorsitzende haben will, Herrn Barzel hierher bittet – er ist auf unsere Bitte auch gegangen –, um ihn zu fragen, wie er dazu steht. Sonst haben wir hier stundenlang geredet, dann kommt Herr Barzel und sagt: Ich spiele nicht mehr mit.

Meine Herren! Soll ich nicht Herrn Barzel bitten? (*Zuruf:* Beide!) Wer sind beide? (*Zuruf:* Herr Erhard!) Herr Erhard ist jetzt im Bundestag. (*Bewegung und lebhafte Unruhe.*) Aber, meine Herren, hören Sie doch bitte einmal zu, dann brauche ich nicht so laut zu sprechen. Aber Herrn Erhard ist das recht; Herrn Barzel ist es nicht recht. (*Anhaltende Unruhe.*) Verstehen Sie doch bitte die Situation, die heute morgen hier war. Ich habe es gesagt nach meinem bestimmten Eindruck: Wenn Barzel gesagt hätte, nein, das mache ich nicht, ich nehme diesen Vermittlungsvorschlag nicht an, dann würden

24 Dr. Wilhelm Fay (1911–1980), Landgerichtsrat; 1948–1980 Mitglied des Frankfurter Magistrats (CDU), 1952–1967 Vorsitzender des LV Hessen, 1953–1970 MdL Hessen, 1966–1972 Bürgermeister von Frankfurt.

wir auf dem Parteitag zwei Fronten gegeneinander haben. (*Anhaltende Unruhe. – Frikke:* Ich wollte versuchen, einen Vorschlag zu machen.) Ein neuer Vorschlag?

Fricke: Herr Vorsitzender! Lieber Herr Dufhues! Kommen wir nicht so davon, daß wir nicht wieder beginnen, uns auf Stuttgart zurückzuziehen, sondern daß wir auf der Basis der jetzt gültigen Satzung eine Lösung suchen. Da heißt es: Die Zusammensetzung des Präsidiums usw. – Es liegt doch dann einfach in der Hand unserer führenden Persönlichkeiten, den Arbeitsstab zu nehmen und zu sagen: Nicht der engere Vorstand allein dirigiert hier, sondern das Präsidium, von dem wir heute früh hörten, daß es selten, weil die Herren so belastet waren, in Aktion treten konnte.

Es handelt sich um eine Frage des guten Willens und des Zwanges aus der gegebenen Situation. Warum ziehen wir uns nicht darauf zurück, nicht mehr die Lösung mit dem Geschäftsführenden Vorsitzenden zu machen, aber zu zweit. Das steht ja in der Satzung, und zwar in Dortmund eingebaut: Statt des Geschäftsführenden Vorsitzenden und seines Stellvertreters können dem Präsidium angehören[25] ... Das wird nun die Aktionsspitze: der Bundesvorsitzende; ein 1. Stellvertreter; ein 2. Stellvertreter und vier weitere Mitglieder. Mit den vieren sind es zusammen sieben. Damit haben sie jede Möglichkeit, den regionalen und sonstigen Aspekten Rechnung zu tragen. Das wäre mein Vorschlag.

Adenauer: Meine Herren! Ich wiederhole nochmals, wir handeln klug, wenn wir Herrn Barzel hierherbitten. (*Rasner:* Ich kann ihn ja holen!)

Dufhues: Aber Herr Fricke hat einen Vorschlag gemacht, der sich deckt mit meinem Vorschlag, abgesehen von der Frage, ob es bei den vier bleibt, oder besser ist, sechs oder sieben zu nehmen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Es sind noch zu Wort gemeldet die Herren Seebohm, Grundmann und Klepsch. – Bitte sehr, Herr Seebohm!

Seebohm: Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Ich möchte einmal ganz grundsätzlich unterstützen, was Herr Dr. Fricke gesagt hat, weil ich glaube, daß Herr Dufhues insoweit falsch interpretiert worden ist, als er meinte, die Spitze solle nur aus dem Vorsitzenden, dem 1. und dem 2. Stellvertreter bestehen.

Ich glaube, ich habe Sie richtig verstanden, daß Sie die Frage der vier Beisitzer – wenn ich sie einmal so nennen darf – nicht diskutiert haben, sondern daß es Ihnen darauf ankam, klar und deutlich herauszustellen, es gibt nur einen Vorsitzenden, einen 1. und einen 2. Stellvertreter. Dann aber gibt es Beisitzer. Hier steht: weitere Mitglieder. Ich glaube, daß Herr Barzel nur von einer Sache ausgeht, aber ich möchte ihn nicht interpretieren, weil er nicht da ist. Ich glaube, daß er nicht weitere Stellvertreter à la Stuttgart haben möchte. Ich gehe sogar so weit, die Frage für die Kommission aufzuwerfen, die das untersuchen soll, ob es nicht genügt, daß wir einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter haben und dann eine Reihe von Beisitzern. Die mögen sich dann miteinander einigen für den Fall, daß beide ausfallen, wer dann als Ältester oder sonstwie den

25 In § 21 des Statuts der CDU vom 27. April 1960 i. d. F. vom 5. Juni 1962 wurde festgelegt: „Er [der Bundesparteitag] kann anstelle des Geschäftsführenden Vorsitzenden und seines Stellvertreters einen ersten und einen zweiten stellvertretenden Vorsitzenden wählen."

Vorsitz führt. Dann haben wir die Situation ganz klar. Wir haben keine Verminderung irgendeiner Position, wie sie sich heute ergibt, wenn es keinen zweiten Stellvertreter gibt, den kann man ja streichen, wenn es also außer dem Vorsitzenden und dem Stellvertreter eine Anzahl von Beisitzern gibt, über deren Zahl sich die Kommission zusammenfinden kann, wobei wir alle entsprechenden Stellen einbauen könnten.

Ich unterstütze auch unseren Freund Grundmann insofern, als ich klar und deutlich sagen möchte, wenn wir nicht einen Mann aus den sozialen Kreisen nehmen, von denen der Herr Bundeskanzler heute morgen gesprochen hat, wäre das nicht gut. Um aber auch hier nicht eine Wertung einzuführen, um nicht die Leute aufzuregen, die die Dinge immer konfessionell sehen und sagen, der Vorsitzende ist evangelisch, der 1. Stellvertreter ist katholisch, der 2. Stellvertreter ist evangelisch, sollte man dieser Katze den Schwanz abhacken und sagen: Wir haben einen Vorsitzenden, einen Stellvertreter und eine Reihe von Beisitzern. Dann kann man alle diese Dinge zwischen den beiden klären. Dazu sollte sich die Kommission äußern.

Die Frage des Generalsekretärs oder wie Sie ihn nennen wollen! Der Herr Bundeskanzler hat mit Recht darauf hingewiesen, daß nicht nur die Democrazia Cristiana in Italien, sondern auch andere Parteien in Österreich usw. diesen Generalsekretär haben, daß dieser Generalsekretär aber ein ganz besonderes Gewicht hat. Sie sehen, daß in Italien der Generalsekretär jeweils der Ministerpräsidentenanwärter ist, und daß auch in Österreich diese Frage immer eine große Rolle gespielt hat. (*Lemmer*[26]*:* Dann wird es noch komplizierter!) Ich möchte mich dafür aussprechen, daß wir bei dieser Regelung bleiben, wie wir sie jetzt haben, nämlich ein Präsidium und eine Bundesgeschäftsstelle, und daß diese Bundesgeschäftsstelle nicht derartige politische Ambitionen hat, sondern daß sie sich ausschließlich der Arbeit widmet und diese Arbeit mit dem Präsidium abstimmt. Mir scheint das richtig zu sein. Ich warne davor, daß man Generalsekretäre aufnimmt. Wir haben auch in den Landesverbänden gewisse Erfahrungen, daß man Generalsekretäre hat, die nachher selber mit Kulissen schieben. Das hat keinen Zweck. Kulissenschieber brauchen wir nicht. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir müssen Leute haben, die klar und deutlich entscheiden. Wir müssen die Situation so gestalten, daß die beiden Männer, die wir herausstellen, als Gespann ganz deutlich in Erscheinung treten, es darf aber nicht eine Troika werden. Ich bin also der Meinung: Vorsitzender, Stellvertreter, Beisitzer, Aus!

Adenauer: Das Wort hat Herr Russe[27].

---

26 Ernst Lemmer (1898–1970), Redakteur; 1945–1947 stv. Vorsitzender der CDU Berlin, 1945 Mitgründer und bis 1949 3. Vorsitzender des FDGB, 1950–1969 MdA Berlin, 1952–1970 MdB, 1956–1961 Vorsitzender der CDU Berlin, 1961–1970 Vorsitzender der Exil-CDU, 1956–1957 Bundesminister für Post- und Fernmeldewesen, 1957–1962 für gesamtdeutsche Fragen, 1964/65 für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1965–1969 Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers für Berlin. Vgl. KEMPF/MERZ S. 424–428; Marion HAUSMANN: Vom Weimarer Linksliberalen zum Christdemokraten. Ernst Lemmers politischer Weg bis 1945, in: Jahrbuch zu Liberalismus-Forschung 14 (2002) S. 197–218.

27 Hermann Josef Russe (geb. 1922), Diplom-Volkswirt; 1952–1963 Bildungsreferent in den Sozialausschüssen der CDA, 1963–1966 Hauptgeschäftsführer der CDA, 1965–1980 MdB.

Russe: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Man muß die Dinge auch historisch sehen. Warum haben wir eigentlich einen Geschäftsführenden Vorsitzenden in Dortmund gewählt? Doch nur deshalb, weil der Bundeskanzler als Parteivorsitzender in seiner Amtsführung – Herr Bundeskanzler, verzeihen Sie, wenn ich jetzt so formuliere – so belastet war, daß um der Organisationsintensität wie der Partei willen ein Geschäftsführender Vorsitzender gewählt worden ist. Das ist doch der Ausgangspunkt zunächst einmal.

Meine Damen und Herren! Wir diskutieren jetzt und sagen, der Bundeskanzler wird Vorsitzender, der Fraktionsvorsitzende wird der 1. Stellvertreter, der Verteidigungsminister soll der 2. Stellvertreter werden. Verzeihen Sie, wollen Sie den Fraktionsvorsitzenden unserer Partei, den jungen Freund Barzel, in dieser Doppelarbeit „verheizen" lassen? Oder aber Sie müssen dann dem Bundesgeschäftsführer, wenn Sie diese Position behalten wollen, einen solchen Umfang von Vollmachten zugestehen, der dahin hinausläuft, daß er Generalsekretär wird. Eines von beiden geht nur.

Ich glaube, Herr Dr. Kraske wird mir recht geben – und ich darf das als bisheriger Hauptgeschäftsführer der Sozialausschüsse genauso zum Ausdruck bringen, daß doch letzten Endes der Mann, der die Geschäfte führt, je nachdem, was er für einen Vorstand hat, entweder der Gehandikapte ist oder derjenige, der alles machen muß. Wenn Sie von der Tatsache ausgehen, müssen Sie doch damit rechnen, daß diese Position „Geschäftsführender Vorsitzender", die jetzt leider durch den Verzicht von Herrn Dufhues – den wir verstehen, ich darf das auch sagen – in Zukunft verlorengeht, wenn wir nicht eine neue Konstruktion irgendwelcher Art schaffen, die in etwa Ersatz für die bisherige Position bietet.

Bilden wir uns doch nicht ein, als wenn das Herr Barzel in Personalunion in Zukunft machen könnte. Wenn er das machen will, gut, dann wird also Herr Rasner demnächst die Fraktion führen. Ich habe nichts dagegen; (*Unruhe und Bewegung.*) nur muß man sich darüber im klaren sein, was das insgesamt bedeutet. (*Heiterkeit.*) Wir müssen also die Funktion eines Geschäftsführenden Vorsitzenden dieser oder jener Art wieder aufbauen. Wollen wir das nicht tun, dann gehen wir in dieselbe Situation wie vor Dortmund zurück. Wenn der Herr Bundeskanzler vorhin in seinem Beitrag den Ernst der Lage dargestellt und aufgezeigt hat, was alles auf uns zukommt, dann möchte ich wissen, wie das Herr Barzel in der Doppelfunktion machen soll. Das sage ich ihm genauso deutlich, wenn er dabei ist. Es geht nicht um seine Person. Ich habe nicht die Absicht, für meine Person darf ich das sagen, Herrn Barzel in einem Jahr oder in zwei oder in drei Jahren „verheizen" zu lassen.

Nun darf ich ein anderes Problem ansprechen. Ich bitte, das sehr ernsthaft zu überdenken. Die Kommission muß einen Ausweg finden aus dieser Misere, wenn ich sie so bezeichnen darf. Ich darf eine zweite Position ansprechen. Herr Dr. Stoltenberg, ich bin nicht Ihrer Auffassung, daß, wenn die dritte Person, die genannt worden ist, heute nicht zu einer klaren Entscheidung geführt wird, irgendwelchen Schaden hat. Bisher sitzen

im Präsidium Herr Dr. Krone, Herr Dr. Gerstenmaier, Herr Blank[28] und Herr Erhard. Dieser kommt nun auf den ersten Posten. Nehmen die Herren nicht auch Schaden, wenn wir heute ohne weiteres Herrn von Hassel auf diesen Schild heben? Ist das abgeklärt unter diesen Herren? Herr von Hassel ist in Dortmund Stellvertretender Geschäftsführender Vorsitzender geworden, nach meinem Wissen unter dem Aspekt seiner Wahlkampfführung im Jahre 1961 und der sich notwendig ergebenden Proporzsituation katholisch-evangelisch in der Funktion des Geschäftsführenden Vorsitzenden und des Stellvertretenden Vorsitzenden. Dafür haben wir alle Verständnis gehabt. Keiner der übrigen Mitglieder des Präsidiums hat hierin in irgendeiner Form eine Abwertung gesehen.

Aber heute, wo wir eine völlig neue Situation haben, zu sagen, automatisch geht es nun auf Herrn von Hassel zu – ich sage damit nichts gegen Herrn von Hassel; ich bitte, das sehr klar und deutlich feststellen zu dürfen –, ohne mit den übrigen Herren des Präsidiums Rücksprache genommen zu haben, ohne daß diese sich erklärt haben, das geht zu weit. Das muß man auch vorweg klären.

Meine Damen und Herren! Ich habe ein Drittes, was ebenso deutlich festgestellt werden muß. In der ursprünglichen Konzeption der Parteispitze war einer der Vertreter immer ein Arbeitnehmer. Ich erinnere an Jakob Kaiser[29], der in seiner Funktion als Berliner und als Vorsitzender der Sozialausschüsse in dieses Amt berufen wurde. Ich erinnere weiter an Stuttgart, und zwar an die Ausdehnung des engeren Vorstands durch unseren Freund Karl Arnold[30]. Wir haben dann später auf eine Position verzichtet. Das ist gut angekommen in der Öffentlichkeit und hat uns nicht irgendwelche Schwierigkeiten gebracht. Ich spreche das objektiv und deutlich aus. Aber diese Funktion eines Repräsentanten der Arbeitnehmerschaft im inneren Vorstandsgefüge der Partei kann nicht ohne weiteres abgetan werden, und zwar unter den Voraussetzungen, wie sich die politischen Problemstellungen in der Arbeitnehmerschaft abzeichnen.

Ich bin auch damit einig, wenn man hier gesagt hat, daß die Mitarbeit einer Frau im engeren Vorstand notwendig ist. Auch das muß überlegt werden. Es gibt eine Fülle von Problemen, die sich stellen. Meine Damen und Herren! Wenn Sie diese im Augenblick einfach damit lösen wollen, daß Sie sagen: Drei Stellvertreter, weitere Präsidiumsmitglieder, über die wir uns noch unterhalten müssen, keine klare Funktion bezüglich des Bundesgeschäftsführers – alles das bleibt offen –, dazu keine Erklärung der übrigen

28 Theodor Blank (1905–1972), Maschinenbauer; Mitgründer des DGB, 1946/47 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1947–1949 MdWR, 1949–1972 MdB, 1955/56 Bundesminister der Verteidigung, 1957–1965 für Arbeit und Soziales. Vgl. LEXIKON S. 196f.

29 Jakob Kaiser (1888–1961), Buchbinder; 1933 MdR, 1945–1947 Vorsitzender der CDU Berlin und in der SBZ, 1948/49 MdPR, 1949–1957 MdB und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Vgl. LEXIKON S. 291f.; Tilman MAYER: Jakob Kaiser, in: CHRISTLICHE DEMOKRATEN GEGEN HITLER S. 324–329.

30 Karl Arnold (1901–1958), Schuhmacher; Mitgründer des DGB, 1946 Oberbürgermeister von Düsseldorf, 1946–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1947–1956 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, 1957/58 MdB, 1958 Vorsitzender der CDA. Vgl. LEXIKON S. 181f.; Rudolf UERTZ: Karl Arnold, in: CHRISTLICHE DEMOKRATEN GEGEN HITLER S. 81–89.

Präsidiumsmitglieder, und dann damit auf den Parteitag gehen wollen, dann braucht doch bloß einer auszubrechen und zu sagen: Ich bin nicht gefragt worden, über mich ist man hinweggegangen. – Wie stehen wir denn da?

Also, ich bitte Sie sehr herzlich, unter diesen Aspekten dem Entschließungsentwurf, den ich für sehr vernünftig halte, zuzustimmen, den 1. und 2. Posten klar und deutlich zu besetzen und die anderen drei in einer Kommission zu diskutieren, die noch eingesetzt werden soll. Dann tritt der Bundesvorstand wieder zusammen, diskutiert über den Vorschlag und stimmt darüber ab. Lieber Herr Kohl! Damit ist nicht eine Diskussion abgewürgt. (*Kohl:* Das habe ich doch gesagt. Ich bin mit der Lösung einverstanden.) Nur können wir diese Diskussion heute nicht zu Ende führen, weil diese Position nicht bis zuletzt abgeklärt ist. Jedenfalls – das sage ich Ihnen in aller Ehrlichkeit – sollten Sie eine andere Entscheidung fällen, müßte ich mir vorbehalten, erneut darauf zurückzukommen, weil ich glaube, um der Partei und um der Union willen können wir das nicht über den Knochen brechen, sondern wir müssen das ernsthaft diskutieren, nachdem die Spitzenlösung Gott sei Dank über die Bühne ist. Wird das andere aber mehr oder weniger eine Misere bleiben, dann weiß ich nicht, meine Damen und Herren, was uns auf dem Parteitag darüber beschert wird.

Adenauer: Das Wort hat Herr Grundmann.

Grundmann: Meine Damen und Herren! Ich will Ihnen zunächst einmal sagen, daß die Ausgangsposition zu der Vertretung dieses heutigen sehr guten Kompromisses in den verschiedenen Landesverbänden eine unterschiedliche ist. Es ist z. B. in Nordrhein-Westfalen unterschiedlich gegenüber anderen Landesverbänden. Davon gehen wir aus. Das ist einer unserer Vorzüge, daß wir Unterschiedlichkeit besitzen. Sie haben sicher erwartet, daß wir heute mit sehr viel hartnäckigerem Widerstande hier auftreten würden. Wir haben uns aus guten Gründen zu diesem Kompromiß der ersten beiden Herren bekannt. Nun wird allerdings für uns kritisch – da bitte ich um Verständnis bei den norddeutschen Verbänden –, wenn Sie jetzt diese dritte Position mit ansprechen, wie sie das tun wollen. Als ich sagte, daß man eine Kommission bilden solle, bin ich davon ausgegangen, daß ein solches Gremium einfach überfordert ist, wenn es alle diese Fragen in einer Grundsatzdiskussion beraten soll, die im einzelnen notwendig sind, um die Lösung herbeizuführen, die uns einigermaßen vernünftig erscheint als Vorschlag für den Bundesparteitag.

Ich bitte Sie, nicht zu glauben, daß ich die Diskussion erschweren will, wenn ich jetzt eine Frage anspreche. Bei den Stellungnahmen, die wir bekommen haben zur Frage des Bundesvorsitzenden, haben auch konfessionelle Fragen eine Rolle gespielt. Wir fühlen uns dadurch nicht besonders belastet, aber dieser Tatbestand besteht. Das haben wir zu sehen bei den Überlegungen, die diese Kommission anzustellen hat in bezug auf die Führungsspitze, wobei ich noch einmal sage, daß diese beiden ausgeklammert sind aus den von uns gemeinsam vertretenen Gründen. Ich habe die Bitte um kollegiales Verständnis für diese Situation, damit wir die Dinge in unseren Landesverbänden leichter vertreten können.

Dr. Barzel erscheint wieder.

Adenauer: Darf ich Herrn Barzel die Situation erklären, damit er wieder an seine andere Arbeit zurückkehren kann. Ich habe Herrn Bundeskanzler Erhard auch gebeten, aber ich weiß nicht, ob er kommt oder ob er kommen kann.

Herr Barzel! Heute morgen waren wir bis zum Schluß zu keinem faßbaren Ergebnis gekommen. Dann hat Herr Kollege Dufhues den Vermittlungsvorschlag gemacht, den er Ihnen und Herrn Erhard mitgeteilt hat. Der Vorschlag lautete so: Herr Erhard Vorsitzender, 1. Stellvertretender Vorsitzender Herr Barzel. Als 2. Stellvertreter war Herr von Hassel genannt worden. Jetzt ist in der Diskussion der Vorschlag aufgetaucht, daß man noch andere Vorsitzende ... (*Zurufe:* Beisitzer!) nein, es ist davon gesprochen worden – lassen wir doch jetzt nicht die Sache verwischen –, daß noch andere Stellvertretende Vorsitzende hinzukommen sollen, (*Lebhafte Unruhe und Zurufe:* Nein, nein!) und zwar eine Frau und ein Arbeitnehmer. (*Anhaltende starke Unruhe. – Zurufe:* Die Frau soll ins Präsidium!) Aber, meine Herren, hier spricht nachher jeder für sich seine eigene Sprache, und keiner hört mehr auf den anderen. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung. – Bundeskanzler Professor Dr. Erhard erscheint.*) Ich danke Ihnen, Herr Erhard, daß Sie gekommen sind. Ich darf nochmals wiederholen, wie die Sache hier steht. Nach stundenlanger Beratung heute morgen hat Herr Dufhues einen Vermittlungsvorschlag gemacht, den er dann Ihnen und Herrn Barzel mitgeteilt hat. Wir waren alle froh über die Zustimmung, die dieser Vermittlungsvorschlag gefunden hat.

In diesem Vermittlungsvorschlag war vorgesehen: Vorsitzender Bundeskanzler Erhard; 1. Stellvertretender Vorsitzender Dr. Barzel; 2. Stellvertretender Vorsitzender – noch nicht definitiv, aber es war hier Herr von Hassel genannt worden. Nun werden hier Stimmen laut, die in der Kategorie der Stellvertretenden Vorsitzenden noch hineinhaben wollen eine Frau ... (*Unruhe und Zurufe:* Nein, nein!) Sie nicht, aber es ist doch hier gesagt worden ... (*Starke Unruhe und Bewegung. – Zuruf:* Noch zwei Mitglieder! – *Weiterer Zuruf:* Die sollen ins Präsidium!) Meine Herren! Wollen Sie mich nicht einmal zu Ende sprechen lassen! Dann können Sie sich ja zum Wort melden und mich verbessern. Aber hören Sie doch auch mal einen anderen ruhig an, ohne daß diese dauernden Zwischenrufe kommen.

Es ist der Vorschlag gemacht worden, zunächst von Herrn Grundmann, einen Arbeitnehmer hinzuzunehmen. Dann ist der Vorschlag gemacht worden, eine Frau noch hinzuzunehmen.

Nun wollte ich die Frage an die beiden Herren richten, die ja von Herrn Dufhues unterrichtet waren über den Vorschlag: Vorsitzender, 1. Stellvertretender Vorsitzender, 2. Stellvertretender Vorsitzender, die daraufhin zugestimmt haben, ob Sie Ihre Zustimmung auch dann aufrechterhalten, wenn noch mehrere Stellvertretende Vorsitzende dahinter kommen. Daß damit eine Frau nicht ausgeschaltet wird, ist ganz klar. Wir werden ja doch noch eine Kategorie bilden müssen. Davon war eben die Rede. Deswegen ist es gut, daß wir eine Kommission bilden, die das überlegt.

Aber diese Frage hier, Erhard : Barzel, war eine ganz spezielle Frage, die uns doch seit Tagen geradezu verrückt gemacht hat, weil wir nicht wußten, was dabei herauskommen werde. Deswegen kämpfe ich so dafür, daß, wenn nun einmal etwas Klares

gesagt worden ist, man nach Möglichkeit dabei auch bleibt. (*Unruhe und Bewegung. – Klepsch:* Ich bitte ums Wort!) Nein, ich bedaure, ich kann Ihnen jetzt das Wort nicht geben, Herr Klepsch, zuerst muß ich die beiden Herren doch hören. Bitte sehr, Herr Barzel!

Barzel: Meine Damen und Herren! Das ist draußen alles sehr gut bekommen. Ich habe eine Friedenspfeife (Zigarre) des Herrn Bundeskanzlers geraucht! (*Heiterkeit.*) Es war eine gute Erfindung, uns beide zu rufen. Die Presse hat natürlich gesagt, was ist eigentlich los. Sie alle wissen, wann hier Redaktionsschluß der Presse ist. Das, was die Presse heute interessiert, ist im wesentlichen die eine Frage, die Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer eben genannt hat.

Nun zu den anderen Fragen! Meine Damen und Herren! Ich glaube, das, was sich heute hier anbietet, kann man natürlich auch zerreden. Wir alle wissen aus den eigenen Landesvorständen und Gremien, wie schwer es ist, bis zu einem solchen Punkt zu kommen; daß es einmal einen Kairos[31] gibt, und wenn der vorbei ist, dann ist wieder alles kaputt. (*Zurufe:* Sehr gut!) Deshalb würde ich glauben, daß man das, was man erreicht hat, zunächst einmal festhalten soll. Über weitere Fragen wird man später sprechen können. (*Zurufe:* Sehr gut!) Darf ich zunächst einmal folgendes sagen, meine Damen und Herren: Für diesen schwierigen neuen Status bitte ich Sie, noch einmal meinen ersten Satz in Erinnerung zu haben. Wir wechseln die Spitze total, nicht nur den Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer, sondern auch Herrn Dufhues, und das zugleich. Wenn wir jetzt einen Start dadurch hätten, daß wir ganz neue Satzungen machen, daß wir – wie die Öffentlichkeit sagt, nicht wie ich sage – nach CDU-Manier in die Zahl ausweichen, um die Probleme zu lösen, dann haben wir miteinander einen schlechteren Start, als wir ihn brauchen können.

Deshalb würde ich an der Zahl heute nichts ändern. Eines ist allerdings klar: Wenn wir über die Partei sprechen – wir werden ja hier noch einmal zusammenkommen müssen, nachdem wir alles überlegt haben –, so brauchen wir, wenn Sie mich fragen, ein kontinuierlich arbeitendes, teamworkendes, die Kommunikation mit allen Landesverbänden pflegendes Parteipräsidium. Da stellt sich sehr wohl die Frage, ob wir mit vier Mitgliedern des Präsidiums auskommen. Die Frage ist auch in der Partei virulent, wie wir alle wissen. Aber ich meine, hier muß man unterscheiden, und man sollte nicht durch eine Inflation der Zahl der Vorsitzenden diese ganze Sache erschweren. (*Unruhe und Bewegung.*) Bitte sehr, ich war nicht in der ganzen Debatte dabei. Ich kenne die Ansprüche und weiß, daß hier auch natürlich – ich habe das gehört, als ich hereinkam – irgendwo ein konfessioneller Punkt eine Rolle spielt, daß wir im gemeinsamen Interesse natürlich mit dem, was wir heute publizieren, auch hier ein gewisses Gleichgewicht haben sollen.

Nun weiß ich, daß der Bundesvorstand das Entscheidungsgremium ist, aber jeder von uns weiß aus den eigenen Gremien, daß die Entscheidung um so besser ist, je besser sie hat vorbereitet werden können. Wenn wir jetzt so aus dem Handgelenk einen Be-

31 Griechisch: Zeitpunkt; philosophisch: der Augenblick der Entscheidung.

schluß fassen, soundso viele Stellvertreter, soundso viele Mitglieder ins Präsidium ... (*Lebhafte Unruhe und Bewegung. – Kohl:* Das will niemand! – *Weitere Zurufe:* Das wollen wir ja nicht! – *Russe:* Nur die beiden ersten, und dann soll die Kommission weiter überlegen. – *Fricke:* Ob vier oder sechs! – *Anhaltende Unruhe.*) Das war mir nicht bekannt. Ich verstehe Sie doch richtig, daß man heute die zwei Namen nennt ... (*Anhaltende Unruhe! – Etzel*[32]*:* Nein, nein!) Herr Etzel, ich versuche ja, mir ein Bild zu machen. (*Unruhe und Bewegung. – Etzel:* Darf ich Ihnen sagen: Einen 1. Vorsitzenden, das ist Herr Erhard, einen 1. Stellvertreter, das sind Sie, daneben noch einen oder mehrere Stellvertreter. – *Anhaltende Unruhe.*) Meine Herren! Dann darf ich hier ein ganz offenes Wort sagen, und ich bitte Sie, das nicht als ein vorgeschobenes Argument zu betrachten. Der Herr Bundeskanzler Erhard wird mir das nicht übelnehmen, wenn ich das hier so offen sage. Wir hatten eine Debatte nach dem Kanzlerwechsel. Da hieß es, der neue Kanzler braucht nicht nur einen Staatssekretär, sondern auch einen Minister.[33] Er braucht zwölf neue Stellen im Kanzleramt. – Meine Damen und Herren! Das ist uns nicht so gut bekommen, obwohl es sachlich notwendig war. Wir sollten deshalb diesen Start jetzt nicht durch ein Ausweichen in die Zahl irgendwie erschweren. Dies ist mein Argument; sonst habe ich überhaupt keine Argumente. (*Zuruf:* Völlig richtig!) Ich meine also, die Frage lautet, welcher Alternative für die Satzung folgen wir: dem Geschäftsführenden Vorsitzenden mit einem Vertreter oder dem Vorsitzenden mit zwei Stellvertretern. Man tut gut daran, zunächst einmal bei der Satzung zu bleiben und alles andere dann in einer Kommission zu erwägen. Das ist mein Rat, meine Herren, wenn ich gefragt werde. (*Starke Unruhe.*)

Adenauer: Also, meine Damen und Herren! Ich muß leider nochmals das Wort ergreifen. So, Herr Kollege Barzel, wie Sie es dargestellt haben, steht die Sache hier nicht. Die Sache stand doch bis heute mittag so, daß ein Gegensatz vorlag zwischen Herrn Erhard und Ihnen, und daß wir alle miteinander es nicht wünschen, daß vor dem Parteitag das ausgetragen und darüber abgestimmt werden soll.

Dann kam der Vermittlungsvorschlag von Herrn Dufhues. Dieser Vermittlungsvorschlag bezog sich auf den Vorsitzenden und den 1. Stellvertretenden Vorsitzenden, nachdem vorher von Herrn von Hassel – Herr von Hassel war aber dann schon weg – die Rede gewesen ist.

Jetzt kommt hier ein neuer Vorschlag, in dieses Gremium noch neue Namen einzufügen. (*Unruhe und Bewegung. – Zurufe:* Nein, nein! – *Zuruf:* Ich hatte die Alternative offengelassen! – *Anhaltende Unruhe.*) Ja, der eine sagt das, der andere sagt, ich lasse die Alternative offen. Wir können hier nicht mit Alternativen weggehen, meine Herren; nachdem wir heute morgen hier so lange gesessen haben, um diese eine Sache aus der

32 Franz Etzel (1902–1970), Jurist; 1946–1949 Vorsitzender des KV Duisburg, 1949–1952 und 1957–1965 MdB (CDU), 1952–1957 Vizepräsident der Hohen Behörde der EGKS, 1957–1961 Bundesminister der Finanzen. Vgl. LEXIKON S. 236f.

33 Diskussion um Westrick, der mit 65 Jahren kein beamteter Staatssekretär sein konnte. Vgl. Nr. 2 Anm. 16.

Welt zu schaffen, die unserer Partei Kopf und Kragen kosten könnte, müssen wir doch sehen, daß wir heute nachmittag hier fertig werden.

Dann haben wir noch (*Lebhafte Unruhe.*) – vielleicht hören sie mal zu, Herr Barzel – das Präsidium. Das Präsidium wollen wir vergrößern, darüber haben wir heute auch hier gesprochen, auf zehn bis zwölf Mann. In dieses Präsidium sollen, weil diejenigen, die in Bonn wohnen, in der Regel nicht hier sind und wir infolgedessen Mühe haben, eine Sitzung der in Bonn wohnenden Herren zusammenzubekommen, noch Leute aus den Ländern hineinkommen. Welche das sein sollen, darüber ist noch gar nicht gesprochen worden.

Dann ist hier der Vorschlag gemacht worden, man solle diese Frage einer ad hoc zu bildenden Kommission übertragen, die dann noch rechtzeitig vor dem Bundesparteitag uns Vorschläge machen sollte. So ist die Situation.

Nun ist die Frage, ob wir nicht Schwierigkeiten bekommen – sei es beim Herrn Bundeskanzler Erhard, sei es beim Herrn Barzel –, wenn wir die Reihe der Stellvertretenden Vorsitzenden über die Zahl drei hinaus vergrößern ... (*Zurufe:* Zwei!) Also ob wir bei zwei bleiben – es sind dann mit dem Vorsitzenden drei –, oder ob wir den Vorschlägen folgen, die jetzt hier gemacht worden sind. So hat z. B. Herr Grundmann von einem Arbeitnehmer – was ich durchaus verstehe – gesprochen. Die Frage ist, wie sollen wir es machen. – Bitte sehr, Herr Klepsch!

Klepsch: Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wenn ich noch ein paar Bemerkungen machen darf, dann zunächst folgendes: Wir haben nicht nur darüber gesprochen, ob wir die Zahl der Stellvertreter erhöhen, sondern auch darüber, ob wir es bei einem einzigen Stellvertreter bewenden lassen. Ich möchte also ausdrücklich festhalten, daß, worüber hier Einigung bestand, man sagen kann, daß Herr Erhard Parteivorsitzender und Herr Barzel 1. Stellvertretender Parteivorsitzender werden sollen. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Über diesen Punkt ist doch hier Übereinstimmung erzielt worden. Bei dem 2. Stellvertretenden Vorsitzenden – der sollte in dem Kommuniqué namentlich mit erwähnt werden – wurde aus einer Reihe von Gründen gesagt, daß das sorgfältig geprüft werden muß. Es ist in der Diskussion gesagt worden: können wir einen 1. und 3. evangelischen Vorsitzenden jetzt in dieser Situation anbieten? Aus diesem Grunde wurden hier verschiedene Vorschläge gemacht; soll man neben dem 1. Stellvertreter die Zahl der weiteren Stellvertreter erhöhen. Das war die eine Möglichkeit, die hier erörtert wurde.

Dann tauchte die Frage auf, ob man noch einen Vertreter der Arbeitnehmer hinzunehmen solle. Die zweite Frage war, man soll sich heute zurückhalten mit der Benennung des Namens des 2. Stellvertreters; das sei das mindeste.

Die dritte Frage, die sich stellte, war die, soll man eventuell einen Generalsekretär im Rahmen des Präsidiums schaffen. Aber ich glaube, das muß man hervorheben, daß die Einigung über die Positionen 1 und 2 im Sinne des Vorschlages Dufhues, den er dem Bundeskanzler Erhard und Herrn Barzel vorgetragen hat, erzielt worden ist.

Wir sind alle im Laufe der Diskussion zu der Erkenntnis gekommen, daß es das beste wäre, eine Kommission zu bilden; denn wir müssen ja eine organisatorisch gute Lö-

sung finden. Die Kommission solle alle weiteren damit zusammenhängenden Fragen prüfen, z. B. sollen wir mehr Stellvertreter haben, sollen wir nur einen Stellvertreter haben, oder, wenn wir bei zwei bleiben, wer soll dann der zweite sein, ohne daß damit irgend etwas Abträgliches gegen eine der hier genannten Personen gesagt werden soll, sondern immer nur unter der Zielsetzung, daß wir für die Partei die bestmögliche Lösung finden wollen.

Ich glaube, wir können heute so verbleiben, wenn wir diesen einen Halbsatz, Herr Dufhues, aus Ihrem Vorschlag herausklammern. Wir würden niemandem wehe tun.

Ich kann Ihnen, Herr Blumenfeld, nicht folgen, daß wir damit Herrn von Hassel vor den Kopf stoßen würden. Ich wollte nur sagen, das war das Ergebnis, über das wir hier völlige Einmütigkeit erzielt haben. Alles andere würde zu einer endlosen Diskussion führen. Die Diskussion sollten wir dann führen, wenn die Kommission die nötigen Vorarbeiten dazu geleistet hat.

Adenauer: Herr Klepsch, aber eines müssen Sie jetzt hinzufügen, es ist gelungen (*Starke Unruhe.*) – wollen Sie mal bitte zuhören –, diese Differenz dadurch aus dem Wege zu schaffen, daß Herr Barzel der 1. Stellvertreter wird. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*) Bitte einen Augenblick Ruhe, meine Herren!

Es ist aber ein großer Unterschied, ob ich der 1. Stellvertretende Vorsitzende von dreien bin oder von fünf oder sechs. Und um diese Frage handelt es sich doch. (*Anhaltende Unruhe. – Zurufe:* Oder des einen!) Ich wollte verhüten, meine Damen und Herren, daß die Kommission sich hinsetzt und sicher klug arbeitet, nachher aber Herr Barzel sagt, so haben wir nicht gespielt. Das wollte ich verhüten.

Klepsch: Herr Bundeskanzler! Darf ich noch eines hinzufügen. Ich glaube, es bestand hier auch Einmütigkeit darüber, daß zu dieser Kommission selbstverständlich Herr Bundeskanzler Erhard und Herr Barzel kommen sollten. Diese Gefahr, Herr Bundeskanzler, die Sie jetzt andeuten, sehe ich also nicht, weil ja die beiden Herren unmittelbar beteiligt werden. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Dufhues.

Dufhues: Die Politiker zeichnen sich dadurch aus, daß sie jedenfalls sich eines Tages entscheiden. Ich meine, daß wir jetzt auch hier die Diskussion abbrechen und endlich zu einem Ergebnis kommen sollten. (*Zurufe:* Sehr gut!) Wenn ich versuche, die Basis für eine Empfehlung an den Bundesparteitag zu finden, dann knüpfe ich das an die vielfältigen Beiträge an, die hier geleistet worden sind. Ich schlage Ihnen deshalb vor, folgende Entschießung anzunehmen: Der Bundesvorstand der CDU empfiehlt dem Bundesparteitag, Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard zum Vorsitzenden und Herrn Dr. Rainer Barzel, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion des Bundestags, zum Stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen. (*Zurufe:* Zum 1.!)

Ich wiederhole: Zum Stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen. Ich will Ihnen doch meinen Vorschlag machen. Jetzt folgt der zweite Absatz: Es wird eine Kommission gebildet, die dem Bundesvorstand unverzüglich Vorschläge für die weitere Führungsstruktur der CDU in personeller und organisatorischer Hinsicht machen soll.

Ich habe jetzt nur eine Frage, soll es heißen: zum 1. Stellvertretenden Vorsitzenden, oder: zum Stellvertretenden Vorsitzenden? (*Mehrere Zurufe:* Zum 1. Stellvertretenden. – *Weitere Zurufe:* Zum Stellvertretenden.) Wenn wir sagen, zum Stellvertretenden Vorsitzenden, dann heißt das – wir wollen Klarheit haben –, daß die Führungsspitze selbst aus Herrn Erhard und Herrn Barzel besteht, während alle anderen im Rahmen des Präsidiums ihre Aufgabe zu erfüllen haben. (*Lebhafter Beifall.*) Ich meine, daß das keine schlechte Lösung ist, sondern uns vielfältiger Sorgen enthebt. (*Süsterhenn*[34]*:* Dann muß dieser Kommentar aber hinzugesetzt werden! – *Amrehn:* Dann muß hinzugefügt werden, daß die Satzung in diesem Punkt geändert wird, sonst ist Herr Barzel einer von vieren. Ich bin noch immer der Meinung, daß die Lösung von heute morgen die beste war. Wir fangen allmählich an, sie wieder zu zerpflücken, was ich höchst bedauerlich finde. Ich will im Augenblick nicht mehr ausführen, weil es sich nur noch um den Punkt drehen soll.)

Adenauer: Das Wort hat Herr Grundmann. (*Grundmann:* Herr Bundeskanzler, Herr Dufhues hat das gesagt, was ich ausführen wollte.) – Dann bitte Herr Kraske!

Kraske: Herr Bundeskanzler, ich glaube, daß Herr Amrehn nicht ganz recht hat. Wenn man den Text nach dem jetzt geltenden Statut interpretiert, dann ist für die ganze Presse klar, daß damit der 1. Stellvertretende Vorsitzende nach dem heutigen Statut gemeint ist. Aber diese Formulierung läßt gleichzeitig die Möglichkeit offen, über die hier diskutiert worden ist, überhaupt in Zukunft neben dem Vorsitzenden nur noch einen Stellvertreter zu haben. Deswegen meine ich, ist dies die Formel, die am ehesten dem Gang der Diskussion in diesem Kreis Rechnung trägt, ohne etwa Herrn Barzel in dieser Formulierung zu schaden. (*Adenauer:* Wie wollen Sie denn die Formulierung haben?) Die hat Herr Dufhues vorgelesen, nämlich Herrn Bundeskanzler Erhard zum Vorsitzenden und Herrn Dr. Barzel zum Stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Barzel.

Barzel: Die Satzung schreibt in der Tat vor: Entweder einen 1. und einen 2. Stellvertreter, oder das andere. Wenn Sie jetzt sagen: Barzel zum Stellvertreter, lassen Sie die Frage offen. Und das ist natürlich nicht sehr angenehm, wenn ich das sagen darf, d. h., wir müßten heute schon beschließen: Gibt es einen Stellvertreter, oder gibt es zwei oder mehrere.

Ich bitte wirklich noch einmal – ich habe es schon vorhin vorsichtig gesagt –, an mein Wort vom Kairos zu denken und den rechten Zeitpunkt zu nutzen. (*Kohl:* Schreiben Sie doch den „1." hinzu, dann ist das gesagt! – *Lebhafte Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Es soll immer nur einer sprechen.

Barzel: Sie können schreiben: Zum 1. Stellvertreter, Sie können schreiben: zum Stellvertreter, womit dann gemeint wäre, nach dieser Intervention, zum 1. Stellvertreter. (*Sehr starke anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe!

34 Dr. Adolf Süsterhenn (1905–1974), Jurist; 1946–1951 Justizminister und 1947–1951 zugleich Kultusminister in Rheinland-Pfalz, 1947–1965 Mitglied des Landesvorstands der CDU Rheinland-Pfalz, 1948/49 MdPR, 1961–1969 MdB. Vgl. LEXIKON S. 382f.

Barzel: Man müßte sagen, daß der Bundesvorstand eine entsprechende Satzungsänderung beschließen wird.

Meine Damen und Herren! Ich bin mit beiden Lösungen einverstanden. Womit ich nicht einverstanden sein könnte – das werden Sie verstehen –, wäre, wenn wir in eine Ausweitung der Zahl hier eintreten. Das würde uns auf dem Parteitag, von dem wir alle nicht wissen, ob wir ihn ganz in der Hand haben, sicher Schwierigkeiten bereiten. Deshalb sollten wir die Zahl nicht ausweiten, sondern einen Beschluß fassen, die Satzung zu ändern: Ein einziger Stellvertreter, oder zwei. – Mir ist beides recht.

Adenauer: Aber Herr Barzel, sind Sie sich denn darüber klar, daß Sie damit Gefahr laufen, die ganze Diskussion auf dem Parteitag zu haben? (*Barzel:* Wieso?) Wenn dem Parteitag etwas vorgelegt wird, das so oder so ausgefüllt werden kann, dann besteht doch die Gefahr, daß man sich dieser Sache bemächtigt. (*Starke Unruhe.*) Wenn es ausgefüllt ist, dann wagt man sich nicht so leicht daran. – Bitte sehr, Herr Stoltenberg!

Stoltenberg: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe mich vorhin dafür ausgesprochen, daß wir diskutieren und nicht gleich eine Entschließung verabschieden sollen. Ich bin jetzt aber dagegen, daß wir eine Vorentscheidung über eine Satzungsänderung treffen, obwohl für den Gedanken einiges spricht. Ich glaube, die Frage, ob man auf einen geht, bei zwei bleibt oder ob man im Laufe der Debatte die Zustimmung aller für drei gewinnt ... (*Starke Unruhe und Zurufe:* Nein, nein!) – ich habe nur gesagt, die Zustimmung aller für drei gewinnt, das ist doch eine Frage, wobei sich die Diskussion auf einen oder zwei hier konzentriert. Auch das ist nur eine Alternative.

Diese Frage sollten wir nach dieser Debatte der Kommission überlassen. Ich bin eigentlich auch der Auffassung – das wiederhole ich nochmals –, daß auch mit dem anderen betroffenen Stellvertreter, Herrn von Hassel, zumindest noch einmal darüber gesprochen wird. Ich bin dagegen, daß in seiner Abwesenheit ein Beschluß gefaßt wird. (*Russe:* Darüber sind wir uns einig.) Ich sage das nur zu der Möglichkeit, die Herr Dufhues zur Diskussion gestellt hat. Deswegen sollten wir in diesem Punkt bei seiner ersten Fassung bleiben und sagen: 1. Stellvertreter, und die Frage 2. oder 3. Stellvertreter der Kommission überlassen. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Ich bitte um Ruhe, meine Herren. Das Wort hat Herr Bundeskanzler Erhard.

Erhard: Wenn wir sagen, der Vorsitzende und der Stellvertreter, dann ist eine klare Entscheidung dahin gefallen. Es wird auch so in der Öffentlichkeit verstanden werden. Es gibt nur einen Stellvertreter und keinen anderen.

Wenn wir also mehr Vertreter haben wollen – ich lasse mal die Frage offen, ob zwei oder drei, die Frage berührt Herrn Barzel viel mehr als mich, das gebe ich gerne zu ... (*Barzel:* Ich hoffe, uns beide, Herr Bundeskanzler!) ich meine ja unmittelbar –, dann dürfen wir nicht sagen, Stellvertreter, sondern dann müssen wir sagen: 1. Stellvertreter.

Adenauer: Meine Herren! „1. Stellvertreter" verlockt ja gerade dazu, hier zu sagen: zwei, drei, vier oder fünf. (*Anhaltende, sehr starke Unruhe.*) – Bitte, sehr Herr Russe!

Russe: Herr Parteivorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist sicher eine juristische Frage. Das letzte Wort, das Sie gesagt haben, greife ich auf. Wenn man sagt „1.

Stellvertreter", kann das nach sich ziehen: noch mehr. (*Amrehn:* Nach der Satzung nicht!) Gut, aber dann komme ich zurück auf Ihre Intervention von vorhin, dann müssen Sie sagen: Die Satzung soll nicht geändert werden. (*Amrehn:* Muß ich das heute sagen?) Ich bin ja Ihrer Meinung, man soll das heute nicht sagen. Es ist wirklich ein Engpaß, sagen wir nun „Stellvertreter" oder „1. Stellvertreter". Es ist ja noch eine Frage, wie wir uns darüber einigen. Wenn wir uns darüber klar sind, daß Herr Barzel der 1. Stellvertreter ist – darüber sind wir uns doch klar, das ist doch Grundlage des ganzen Ergebnisses –, dann sollten wir es auch ganz klar und deutlich aussprechen. Wie die Funktion der anderen nachher aussehen soll, darüber müssen wir uns in der Kommission und später im Bundesvorstand verständigen. (*Adenauer:* Dann wollen Sie aber noch andere haben? – *Anhaltende starke Unruhe.*) Herr Bundeskanzler, in der Satzung steht: Ein 1. Stellvertreter, ein 2. Stellvertreter. – Wenn wir von der Satzung ausgehen – sie hat für uns bis zum Parteitag Gültigkeit, und wir können sie heute nicht ändern –, dann ist es klar, daß wir von daher gehalten sind, Herrn Barzel als 1. Stellvertreter hier zu deklarieren. Damit ist über eine Änderung der Satzung in dieser oder jener Hinsicht noch gar nichts ausgesagt.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kohl.

Kohl: Ich will mich dem anschließen, was eben gesagt worden ist. Wir müssen davon ausgehen, wie die Öffentlichkeit reagiert. Die Öffentlichkeit weiß ja nicht, daß wir die Satzung ändern wollen, sondern sie geht davon aus, daß das, was in Dortmund gemacht wurde, und zwar unter Wegstreichung des Wortes „Geschäftsführender Vorsitzender", jetzt wieder praktiziert wird. Jedermann war doch bis vor einer halben Stunde hier der Auffassung, daß die wichtigste Frage lautet: Bundesvorsitzender Ludwig Erhard, 1. Stellvertreter – ich sage das jetzt bewußt auch von der Funktion her – Rainer Barzel. Dann ist die Frage aufgetaucht – so war ja auch der Ausgangspunkt der Debatte – durch Freund Stoltenberg, daß wir auch über den 2. Stellvertreter sprechen, den die Satzung ja von uns fordert, nämlich über Herrn von Hassel. Hier kam dann sofort der Einwand, als wir damals diese Spitze bildeten Adenauer-Dufhues-von Hassel, war die Geschäftsgrundlage anders. Nun kann man hier doch offen sprechen. Damals ging es darum: Es waren zwei Katholiken und ein Protestant. Wenn wir jetzt veröffentlichen – das müssen Sie ganz nüchtern sehen angesichts der Diskussion im vorpolitischen Raum – Vorsitzender: Ludwig Erhard; 1. Stellvertretender Vorsitzender: Rainer Barzel, dann Kai-Uwe von Hassel – ich habe damit gar nichts gegen Herrn von Hassel gesagt –, dann heißt es bei uns in der Diskussion – und das wird eine große Rolle spielen hier in den Landesverbänden entlang des Rheines, und dafür müssen Sie Verständnis haben –, die machen die Parteispitze jetzt ganz blau. (*Unruhe und Heiterkeit.*) Deshalb war es unsere Bitte und unser dringender Wunsch, heute nur zu veröffentlichen: Vorsitzender: Ludwig Erhard; 1. Stellvertreter: Rainer Barzel. Dann wird eine Kommission gebildet, wie es Herr Dufhues vorgeschlagen hat. Dann vergibt sich kein Mensch etwas, wir haben nach draußen unser Gesicht gewahrt, und die Sache ist aus der öffentlichen Diskussion, und wir können getrost diskutieren. Jeder weitere Name erschwert die Diskussion. (*Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Dufhues.

Dufhues: Um Ihnen die Entscheidung zu erleichtern, will ich Ihnen einen weiteren Vorschlag für eine Entschließung machen, die einen Vorbehalt hinsichtlich der Möglichkeit eines 2. Stellvertretenden Vorsitzenden enthält, die gleichzeitig aber klarstellen soll, daß über einen 2. Stellvertretenden Vorsitzenden hinaus eine Diskussion über weitere Stellvertreter nicht mehr möglich sein soll. Das ist der Sinn dieses Vorschlages. Ich wiederhole ihn jetzt:

Der Bundesvorstand empfiehlt dem Bundesparteitag, Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Ludwig Erhard zum Vorsitzenden und Herrn Dr. Rainer Barzel, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, zum Stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen.

Es wird eine Kommission gebildet, die dem Bundesvorstand unverzüglich Vorschläge für die weitere Führungsstruktur der CDU in personeller und organisatorischer Hinsicht machen soll. Die Kommission soll insbesondere prüfen, ob neben dem vorgeschlagenen Stellvertretenden Vorsitzenden ein weiterer Stellvertreter bestellt werden soll.

Damit ist klargestellt worden ... (*Starke Unruhe. – Zuruf:* Ein 2.!) ein 2. Stellvertretender Vorsitzender gewählt werden soll. Damit ist klargestellt, zur Diskussion steht nur die Wahl eines 2. Stellvertreters, aber eines 3. oder 4. nicht mehr.

Adenauer: Das Wort hat Herr Etzel.

Etzel: Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir treffen mit dem neuen Vorschlag wieder ins Unklare. (*Zurufe:* Ja!) Nach meiner Meinung ist doch der Sinn des Kompromisses von heute morgen: Herr Erhard ist der erste Mann, Herr Barzel ist der zweite Mann, und dahinter gibt es in der Funktion auch noch einen oder mehrere andere. (*Unruhe und Bewegung. – Zurufe:* Nein!) Nach der Satzung einen, aber die Satzung soll doch mit dem gleichen Vorschlag geändert werden; dann doch auch mehrere. Das ist doch drin! Wenn ich den Vorschlag von Herrn Dufhues lese – zum Kuckuck noch einmal –, dann lese ich als Möglichkeit, daß diese CDU eines Tages außer dem einen, der jetzt in der Satzung steht, auch noch zwei oder drei andere wählt. Für mich kommt es darauf an, klar zu entscheiden, wenn der Bundeskanzler ausfällt, daß dann der erste Vertreter, der Mann, der ihn dann voll in der Fraktion zu vertreten hat, Herr Barzel ist. Mir gefällt das Wort „als 1." noch besser. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Ministerpräsident Kiesinger.

Kiesinger: Nach meiner Meinung braucht man sich nur auf die Satzung zu berufen. Ich habe bei allen diesen Vorschlägen bemerkt, es schleicht sich sofort ein Irrtum ein. Wenn wir in der Entschließung sagen, Herr Bundeskanzler Professor Erhard wird 1. Vorsitzender aufgrund des § 25 der Satzung, dann müssen wir das auch besonders erwähnen, Herr Dr. Rainer Barzel wird 1. Stellvertreter.

Dann kann nur noch offenbleiben der 2. Stellvertreter. Wir brauchen gar nicht weiter darüber zu reden. Die Kommission kann sagen, wir wollen keinen 2. Stellvertreter, oder: Wir wollen einen 2. Stellvertreter. Mehr kann sie nicht vorschlagen. (*Unruhe und Bewegung. – Zuruf:* Warum nicht?) Aufgrund dieses Beschlusses. (*Anhaltende Unruhe. – Etzel:* Die Satzung kann geändert werden.) Wenn wir eine Entschließung vorbereiten,

die wir der Kommission mitgeben, und in dieser Entschließung sagen, daß wir aufgrund von § 25 des Statuts die beiden Persönlichkeiten wählen, den einen zum Vorsitzenden und den anderen zum 1. Stellvertreter, dazu eine klare Weisung für die Kommission geben, dann ist es doch klar, daß die Kommission nicht noch die Satzung ändern soll. (*Unruhe. – Zuruf:* Das ist gar nicht klar!) Wir können ihr höchstens mitgeben, daß sie überlegt, ob sie einen 2. Stellvertreter bestellt. Sonst müssen wir eine ganz lange Liste machen, und dann stellen sich Schwierigkeiten ein. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Krone. (*Krone:* Ich verzichte!) Dann Herr Klepsch! (*Zuruf:* Herr Klepsch ist nach Mainz zum Karneval! – *Heiterkeit.*) Aha, da ist heute Karneval! – Dann bitte ich Herrn Dichtel!

Dichtel: Wir sollten dem Vorschlag des Herrn Ministerpräsidenten Kiesinger folgen. Wir müssen von der Tatsache ausgehen, was ist ausgehandelt worden. Herr Dufhues, wir haben heute morgen vereinbart, Herr Erhard wird Vorsitzender, Herr Barzel wird 1. Stellvertreter. Dann hat es weiter geheißen, dazu einen weiteren Stellvertreter, den Sie mit Namen genannt haben. Das war der Gegenstand der Vereinbarung. Dabei sollte es bleiben. Infolgedessen würde ich auch sagen, das Wort „1. Stellvertreter" muß hinein.

Dann käme folgende Frage: Herr Barzel, Sie wünschen über diesen Kreis des 1. und 2. Stellvertreters keine Ausweitung. Das sollte heute von uns der Kommission mit auf den Weg gegeben werden, weil wir keine Inflation an Vorsitzenden haben wollen.

Es sollte bei dem 2. Stellvertreter bleiben, auch aus konfessionellen Gründen. (*Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Meine Herren! Ist die Sache jetzt klar? (*Unruhe. – Viele Zurufe:* Ja!) Sie sagen das so? Es ist Ihnen also allen klar? (*Zustimmung.*) Sie sind damit einverstanden? (*Viele Zurufe:* Ja!)

Dufhues: Sind damit auch die Personalien des 2. Stellvertretenden Vorsitzenden beantwortet? (*Zurufe:* Nein, nein, das muß die Kommission machen. – *Anhaltende starke Unruhe.*)

Adenauer: Das Wort hat Frau Schwarzhaupt[35].

Schwarzhaupt: Erhält die Kommission auch den Auftrag, Vorschläge für die vier Mitglieder nach § 25 des Statuts zu machen? Man könnte dies mit in den Auftrag hineinnehmen. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Stingl: Meine Frage geht auch dahin, welchen Auftrag erhält die Kommission? Soll sie nur über den 2. Stellvertretenden Vorsitzenden sprechen? (*Mehrere Zurufe:* Nein, nein!) Ist es der Kommission auch z. B. möglich, das, was in Berlin ist, vorzuschlagen, daß es einen 1. und einen 2. Vorsitzenden gibt, und dann erst zwei Stellvertreter kommen. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Es geht um die Frage, kann diese Kommission Vorschläge zur Struktur insgesamt machen.

35 Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986), Juristin; 1953–1969 MdB (CDU), 1961–1966 Bundesministerin für Gesundheitswesen. Vgl. Nina STENGER: Elisabeth Schwarzhaupt (1901–1986). Erste Gesundheitsministerin der Bundesrepublik Deutschland. Leben und Werk. Diss. Heidelberg 2003.

Adenauer: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe! Sie haben eben so leichtsinnig gesagt, Sie hätten alles verstanden. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

Dufhues: Darf ich versuchen, den Aufgabenkreis der Kommission konkret zu umreißen! Das ist eine allgemeine Formel, und dabei sollten wir die Entschließung lassen. Die Kommission wird in erster Linie zu prüfen haben, ob wir einen 2. Stellvertretenden Vorsitzenden überhaupt haben wollen. Sie wird versuchen, je nach dem Auftrag, den Sie insoweit geben, personelle Vorschläge zu machen.

Die Kommission wird zum Zweiten prüfen müssen, ob wir es bei der Zahl von vier weiteren Mitgliedern des Präsidiums belassen, oder ob wir auf sechs oder sieben gehen. Dabei soll den besonderen Gesichtspunkten Rechnung getragen werden, die wir allgemein erörtert haben.

Die Kommission sollte drittens prüfen, ob überhaupt die Frage der Bestellung eines Generalsekretärs sinnvoll ist. Sie sollte auch dazu entsprechende Vorschläge machen.

Wenn sich bei den Beratungen der Kommission ergeben sollte, daß im Rahmen der Kompetenz des Bundesgeschäftsführers oder ähnliche Fragen, also die Führung der Bundesparteiorganisation usw., Vorschläge zu machen sind, wird auch diese Frage geprüft und dem Bundesvorstand mitgeteilt werden. Das Ergebnis dieser Beratungen ist dem Bundesvorstand baldigst mitzuteilen, damit er darüber beraten kann. Wir sollten Ihnen rechtzeitig Mitteilung machen. Und damit ist Schluß, Schluß, Schluß! (*Heiterkeit und Unruhe. – Lemmer:* Ich beantrage, Schluß der Sitzung zu machen! – *Heiterkeit und Unruhe.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir müssen doch noch einmal ein Wort dazu sagen! Nach diesem Vorschlag würde das Präsidium aus sieben Personen bestehen. (*Mehrere Zurufe:* Nein, nein! – *Unruhe.*) Das haben Sie doch eben bejaht! (*Anhaltende Unruhe und Zurufe:* Nein, nein!)

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Ich kann das leider nicht bejahen. Die Kommission soll prüfen, ob dem Präsidium vier weitere oder sechs, sieben oder acht Mitglieder angehören sollen, und zwar weitere Mitglieder im Sinne der Satzung. Erst daraus ergibt sich, welche Zahl insgesamt das Präsidium aufweist. (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Herr Süsterhenn bitte!

Süsterhenn: Herr Vorsitzender! Wir können meines Erachtens heute nur Beschlüsse fassen auf der Grundlage der in Kraft befindlichen Satzung. Nach dieser in Kraft befindlichen Satzung gibt es einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter. Infolgedessen ist es nicht möglich, Herr Kollege Dufhues, zu sagen, die Kommission soll prüfen, ob wir auch einen 2. Stellvertreter notwendig haben.

Wenn wir den 2. Stellvertreter fallenlassen wollen, ist das nur in Form einer Satzungsänderung möglich. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Wenn wir der Kommission den Auftrag zur Satzungsänderung geben, dann könnte die Kommission unter Umständen auch zu der Zahl von mehreren Stellvertretenden Vorsitzenden kommen, was Sie aber doch unter allen Umständen verhindern wollen. Infolgedessen müßte meines Erachtens die Weisung an die Kommission gegeben werden: Vorsitzender Professor Erhard; 1. Stellvertreter – die Bezeichnung ist notwendig aufgrund der jetzt geltenden Satzung –

Barzel. Dazu muß die Weisung an die Kommission kommen, daß Sie, wenn sie Umorganisationen des Präsidiums oder der Führungsspitze – oder wie Sie es nennen wollen – vornimmt, auf keinen Fall dabei über die jetzt vorhandene Zahl von zwei Stellvertretern hinausgehen kann.

Wenn wir so die Weisung ausdrücken, ist es juristisch korrekt, und es entspricht auch den politischen Wünschen all derer, die hier im Saale sind. (*Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Bei der Vorbereitung dieser Sitzung habe ich auf meine Bitte eine Zusammenstellung machen lassen über die Änderungen, die über die Zusammensetzung des Vorstands bisher getroffen worden sind. Bisher umfassen die beschlossenen Änderungen sieben Schreibmaschinenseiten. Also, auf jedem Bundesparteitag, mit Ausnahmen von zwei, etwas anderes! So wird es auch jetzt kommen. Aber Sie sind einverstanden? (*Sehr starke Unruhe.*) Also, meine Damen und Herren, wir wollen in der allgemeinen Diskussion fortfahren. Die Kommission muß jetzt bestimmt werden, und zwar wieviel und wer. (*Zuruf:* Dufhues Vorsitzender!) Da haben Sie ein Opfer! (*Heiterkeit.*) Aber es müssen mehr geopfert werden! (*Anhaltende starke Unruhe und Bewegung. – Zurufe:* Russe, Stoltenberg, Adorno[36], Kohl, Grundmann.) Wollen wir uns nicht zunächst darüber klar werden, wieviel Mitglieder die Kommission haben soll? (*Anhaltende Unruhe. – Zurufe:* Sieben! *Weitere Zurufe:* Höchstens fünf! – *Anhaltende Unruhe.*) Also fünf! Vorsitzender: Herr Dufhues! (*Zurufe:* Kohl, Brauksiepe[37], Stoltenberg. – *Anhaltende starke Unruhe. Weitere Zurufe.*) Meine Herren! Darf ich um Ruhe bitten! Sie schlagen also als Mitglieder vor: Herrn Kohl, Herrn Stoltenberg, Frau Brauksiepe und Herrn Grundmann. (*Zuruf:* Und Herrn Adorno!) Wir haben schon fünf! (*Anhaltende Unruhe. – Kohl:* Herr Bundeskanzler, ich würde vorschlagen, den präsumtiven Bundesvorsitzenden und den 1. Stellvertreter hinzuzunehmen; die müssen doch dabei sein, wenn darüber gesprochen werden soll, wie die Sache aussehen soll.) Die können ja hinzukommen!

Dufhues: Ich würde vorschlagen, die beiden Herren nicht in die Kommission zu nehmen; denn es ist meine selbstverständliche Verpflichtung, das Ergebnis der Beratungen der Kommission mit den Herren abzustimmen.

Adenauer: Also, meine Damen und Herren! Sind Sie mit den fünf, die eben genannt worden sind, einverstanden? (*Anhaltende Unruhe und Zurufe:* Nein!) Wen wollen Sie denn noch haben? (*Zuruf:* Adorno. – *Schmidt:* Das muß konfessionell ausgeglichen sein bei den Spannungen, die sich auch hier gezeigt haben!) Wer soll wegfallen? Ich darf noch einmal die fünf Namen wiederholen: Herr Stoltenberg, Herr Kohl, Herr Grundmann, Frau Brauksiepe. (*Zuruf:* Adorno!) Es muß doch dann einer heraus von den fünf. (*Gurk:* Herr Adorno war doch gleich zu Anfang vorgeschlagen!) Nein! (*Gurk:* Warum

36 Eduard Adorno (1920–2000), Diplom-Landwirt; 1956–1977 Vorsitzender des LV Württemberg-Hohenzollern, 1961–1972 MdB (CDU), 1970–1977 stv. Vorsitzender des LV Baden-Württemberg, 1972–1980 Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Baden-Württemberg.

37 Aenne Brauksiepe (1912–1997), Erzieherin; 1949–1972 MdB (CDU), 1958–1971 Vorsitzende der Frauen-Union, 1968/69 Bundesministerin für Familie und Jugend. Vgl. LEXIKON S. 203 f.

überhören Sie den Vorschlag, Herr Bundeskanzler?) Ich habe noch gute Ohren. Er ist nicht zuerst vorgeschlagen worden. (*Zuruf:* Doch, aber bei der starken Unruhe haben Sie es wohl nicht gehört!) Bescheiden wie immer hielten Sie sich zurück! (*Heiterkeit.*)

Dufhues: Nehmen wir Herrn Adorno hinzu!

Adenauer: Dann nehmen sie ihn als sechsten hinzu! (*Dufhues:* Ja!) – Bitte, Herr Kraske! (*Anhaltende Unruhe.*)

Kraske: Ich darf noch einmal vorlesen: Vorsitzender Herr Dufhues; Mitglieder: die Herren Russe, Kohl, Stoltenberg, Grundmann, Adorno, Frau Brauksiepe.

Adenauer: Das sind doch sieben! Soll Frau Brauksiepe wegfallen? (*Unruhe und Bewegung. – Süsterhenn:* Frau Brauksiepe hat man geschlabbert!) Also, Frau Brauksiepe kommt auch hinein! – Damit sind Sie einverstanden! (*Zustimmung.*) Dann hätten wir die Geschichte bis auf weiteres fertig. (*Zuruf:* Wann ist die Sitzung?) Das muß der Vorsitzende bestimmen. Das geht uns nichts an. Dürfen wir fortfahren in der Diskussion? Sind noch Wortmeldungen? (*Starke Unruhe.*) Liegen noch Wortmeldungen vor? (*Anhaltende Unruhe.*) Meine Herren! Ich wiederhole nochmals, nicht zu dieser Sache, sondern Wortmeldungen überhaupt! – Bitte sehr, Herr Süsterhenn!

Süsterhenn: Ich wollte nur darauf aufmerksam machen, daß laut § 4 unserer Geschäftsordnung bis zum 21. Februar die Tagesordnung des Bundesparteitags schriftlich zugesandt werden muß. Ich bitte den Geschäftsführenden Vorstand, das nicht außer acht zu lassen, sonst könnten unsere ganzen Beschlüsse durch einen einzigen Antrag als geschäftsordnungswidrig auf dem Parteitag angefochten werden. Sie müssen also zumindest die Frist wahren!

Adenauer: Ich glaube, das ist nicht richtig, Herr Süsterhenn! Die Frist ist kürzer. (*Kraske:* Für Anträge!) – Bitte sehr, Herr Kraske!

Kraske: Das Programm des Parteitags soll vier Wochen vorher vorliegen, eine Verpflichtung, die wir in der Vergangenheit nicht immer eingehalten haben. (*Stoltenberg:* Sie können, wenn Sie wollen, doch einen Punkt, z. B. die Satzungsänderung, vorsorglich auf die Tagesordnung nehmen. – *Zurufe:* Nein! – *Unruhe.*)

Adenauer: Also, eine allgemeine Satzungsänderung? (*Zurufe:* Ja!) Bitte sehr! (*Stingl:* Wann soll der Parteitag beginnen? – *Fricke:* Das Programm liegt doch vor Ihnen auf dem Tisch! – *Unruhe.*)

Stingl: Ich bitte um Entschuldigung, aber diese Kommission soll doch dem Bundesvorstand Bericht erstatten. Soll das in der Bundesvorstandssitzung im März sein?

Adenauer: Herr Kraske wird jetzt die ganze Sache einmal vortragen.

Kraske: Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Das Präsidium hat sich im Januar kurz mit dem Programm des Bundesparteitags beschäftigt und hat Herrn Dr. Barzel und Herrn Bundesminister Dr. Krone und mich beauftragt, dieses Programm vorzubereiten.

Wir sind bei diesen Gesprächen von folgenden Vorüberlegungen ausgegangen, denen inzwischen auch Herr Dufhues und Herr von Hassel beigetreten sind. Das Hauptinteresse der Öffentlichkeit an diesem Parteitag sind nun einmal die fälligen Wahlen. Deswegen waren wir der Meinung, daß man diesen Parteitag möglichst konzentriert

durchführen sollte. Wir waren der Meinung, daß wir auf diesem Parteitag auf die Bildung von Arbeitskreisen, wie wir das bei den zurückliegenden Parteitagen gemacht haben, verzichten sollten.

Es sprechen dafür auch noch einige andere Gründe, die jetzt nicht vertieft zu werden brauchen. Wenn man diesen Prämissen zustimmt, d. h. einem zeitlich konzentrierten Parteitag, der nur im Plenum tagt, dann ergibt sich folgendes Programm: Man sollte die Referate auf diejenigen beschränken, die nach der Geschäftsordnung unserer Partei und nach der Satzung vor einem Parteitag erstattet werden müssen, d. h., daß Hauptreferate lediglich halten würden der Parteivorsitzende, der Geschäftsführende Vorsitzende, der Bundeskanzler und der Fraktionsvorsitzende, daß man alle anderen Fragen, mögen sie die Parteiarbeit oder einzelne Bereiche der Politik betreffen, wie Außenpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, was immer, in die Aussprachen verlegt. Von da aus sind wir zu folgendem Vorschlage für den zeitlichen Ablauf gekommen, der Ihnen vorliegt, daß wir also den Parteitag am Montag, dem 21. März, vormittags mit den üblichen Sitzungen des Bundesvorstands und des Bundesausschusses beginnen. (*Adenauer:* Wann am Vormittag?) Ich würde sagen um 9.00 Uhr die Sitzung des Bundesvorstands, um 11.00 Uhr die Sitzung des Bundesausschusses, oder, wenn jetzt vor dem Parteitag noch eine erneute Vorstandssitzung stattfindet, um den Bericht der Kommission entgegenzunehmen, dann würde es genügen, die Vorstandssitzung um 10.00 und den Bundesausschuß um 11.00 Uhr vorzusehen.

Die Eröffnungssitzung des Parteitags soll am Montagnachmittag stattfinden mit den üblichen Präliminarien und mit dem Referat des Bundesvorsitzenden Bundeskanzler Dr. Adenauer und einer anschließenden Aussprache. Dann würde am Dienstagvormittag der Rechenschaftsbericht des Geschäftsführenden Vorsitzenden über die Arbeit der Partei im rückliegenden Jahr zu erstatten sein, ebenfalls mit einer anschließenden Aussprache.

Nun haben wir uns von folgender Überlegung leiten lassen: Wir hielten es für schwierig, daß das Referat des Bundeskanzlers und das des Fraktionsvorsitzenden in zwei Abschnitten getrennt diskutiert wird, weil wir der Meinung sind, in beiden Referaten geht es um die künftige Politik der Union. Deswegen gehört die Debatte über beide Referate nach unserer Meinung zusammen. Deswegen am Dienstagnachmittag das Referat des Bundeskanzlers, und zwar zu Beginn der Sitzung, dann das Referat des Fraktionsvorsitzenden und danach eine Aussprache, und zwar für den Dienstagnachmittag und für den Mittwochvormittag, etwa unterteilt für Dienstag die Probleme der Innenpolitik und für Mittwoch die der Außenpolitik.

Das hat nach den bisherigen Erfahrungen nicht zuletzt den Vorteil, daß wir am Mittwoch mit dieser Aussprache einen gewissen Puffer haben. Wenn die Aussprache relativ kurz ist, was wir schon erlebt haben, dann könnten sich die Wahlen unmittelbar anschließen und womöglich zum Schluß der Vormittagssitzung stattfinden. Wenn die Aussprache sehr ausgedehnt ist aufgrund der Wortmeldungen, dann können die Wahlen am Nachmittag sein.

Letzter Punkt der Tagesordnung: Satzungsänderung und Wahlen. Schlußwort des neugewählten Vorsitzenden am Mittwochnachmittag.

Wenn Sie mit den einzelnen Bestandteilen des Programms einverstanden sind, insbesondere mit dieser Beschränkung auf vier Hauptreferate, dann gibt es eigentlich nur eine prinzipielle Frage, über die in den letzten Tagen viel diskutiert wurde, ob man nämlich die Wahlen an den Schluß des Parteitags oder ob man sie relativ weit an den Anfang stellen soll.

Dazu darf ich auf folgenden Gesichtspunkt hinweisen: Die Wahlen könnten schlechterdings nicht in der Eröffnungssitzung des Parteitags stattfinden, also nicht am Montagnachmittag. Das ist aus praktischen Gründen nicht diskutabel, sondern sie könnten nur am Dienstagvormittag stattfinden. Wenn das der Fall wäre, hätte ich das große Bedenken, daß möglicherweise ein großer Teil der Delegierten vorzeitig wegginge, so daß zu den Referaten nur in einem halbleeren Saal – mit einer vernichtenden Wirkung für uns in der Presse – diskutiert würde. Deshalb empfehlen meine Mitarbeiter und ich, daß wir die Wahlen an den Schluß des Parteitags setzen, um dadurch einen gewissen Zwang auf die Delegierten auszuüben, bis zum Schluß dazubleiben.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich möchte vorschlagen, Herr Kraske, daß noch eine Sitzung des Bundesvorstands vorher stattfindet. (*Zustimmung.*) Die Vorstandssitzung auf dem Parteitag sollte nicht am Montag um 9.00 Uhr sein. Dann ist kein Mensch da. Dafür garantiere ich. Wenn wir vorher noch eine Sitzung abhalten, dann haben wir auch noch Zeit, um die ganze Sache zu überlegen.

Würden Sie damit einverstanden sein? (*Zustimmung.*) Sind Sie im übrigen einverstanden mit den Vorschlägen von Herrn Kraske? (*Zustimmung.*) Das ist auch der Fall. (*Stingl:* Das müßte am 7. März sein.)

Kraske: Nein, Herr Stingl! Diese Frist gilt für uns nicht. Wenn auf der Tagesordnung „Satzungsänderung" steht, dann können Zusatzanträge auch noch später gestellt werden. Wir müssen es nur auf der Tagesordnung stehen haben.

Adenauer: Das Wort hat Herr Schmidt!

Schmidt: Nach meiner Auffassung sind wir verpflichtet, jetzt festzusetzen, wann die nächste Bundesvorstandssitzung tagen soll. Wir müssen doch das Ergebnis der Kommission entgegennehmen und dann darüber entscheiden. Da das alles sehr knapp ist, müssen wir jetzt den Termin festlegen. (*Kraske:* Ich frage gerade Herrn Barzel, wann er aus dem Urlaub zurück ist.)

Adenauer: Herr Kraske, zuerst muß doch die Kommission diese Arbeit machen. Die braucht doch sicher Zeit dazu. Und das, was die dann beschlossen hat, muß doch den Mitgliedern zugestellt werden.

Kraske: Herr Bundeskanzler, darf ich folgendes vorschlagen! Die Kommission hätte für ihre Arbeit Zeit in der kommenden und in der darauffolgenden Woche, wenn man die Vorstandssitzung in der Woche vom 7. bis 12. März macht, und zwar, wie ich vorschlage, Anfang der Woche. Wenn die Fraktion dem zustimmt, die den Montag nötig braucht, würde ich sagen, am Montag, dem 7. März um 11.00 Uhr. (*Dufhues:* Einverstanden!) Ich glaube, daß das allen Bedürfnissen Rechnung trägt und auch die Kommis-

sion ausgedehnt Zeit hat für ihre Überlegungen, um den Vorstandsmitgliedern noch einen schriftlichen Vorschlag zuzuleiten, damit der Bundesvorstand dann abschließend beraten kann. Somit hätten auch die Herren Landesvorsitzenden noch Zeit, mit ihren Vorständen darüber zu beraten.

Adenauer: Bitte sehr, Herr Vorsitzender der Kommission!

Dufhues: Ich halte den Vorschlag von Herrn Dr. Kraske für gut und für richtig. Wir werden am Rosenmontag mit den Beratungen der Kommission beginnen. (*Unruhe und Widerspruch.*) Ich meine es im Sinne der Rheinländer, die vor allem an diesem Tage teilnehmen werden. (*Heiterkeit; teils Widerspruch.*) Jedenfalls können wir innerhalb von zwölf Tagen unsere Beratungen abschließen. Ich wäre also damit einverstanden, daß der Bundesvorstand am 7. März wieder zusammentritt, um über das Ergebnis zu beraten. (*Zuruf:* Am Aschermittwoch, nicht am Rosenmontag! – *Zurufe:* Sehr richtig!)

Adenauer: Meine Herren! Ich muß auch sagen, der genius loci erträgt so etwas nicht. (*Heiterkeit und Zustimmung.*) Der Rosenmontag ist schlecht dafür geeignet. (*Zuruf:* Wir können mit Sack und Asche am Aschermittwoch tagen. – *Unruhe.*) Meine Herren! (*Kohl:* Lassen Sie die Kommissionsmitglieder nach der Sitzung noch einen Augenblick hier, damit wir einen Termin ausmachen können, Herr Dufhues!)

Dufhues: Einverstanden. Ich bitte die Kommissionsmitglieder nach Schluß der Sitzung noch einen Augenblick hierzubleiben, damit wir uns über die Termine verständigen. Unbeschadet davon können wir uns aber einigen auf den Termin der Sitzung des Bundesparteivorstands. Ich bitte um Ihre Entscheidung, ob wir am 7. März zusammenkommen sollen. (*Unruhe und Bewegung. – Zurufe:* 8. März!) Wollen wir uns auf den 8. März einigen? Der Herr Bundesvorsitzende und der Herr Bundeskanzler sind am 7. März verhindert. (*Kohl:* Machen Sie es am 8. März!) Sind Sie mit dem 8. März einverstanden? (*Zustimmung.*) Das ist also einstimmig so beschlossen! – (*Kohl:* Am 8. um 11.00 Uhr!) Am 8. März um 11.00 Uhr im Königshof?

Kraske: Der günstigste Tagungsort für die Abgeschlossenheit von der Presse ist das Bundeskanzleramt gewesen. Dort haben wir mit der Presse nie Schwierigkeiten. Aber jeder andere Tagungsort ist öffentlich bis zu Tür. Das bitte ich zu prüfen.

Dufhues: Also, Herr Bundeskanzler, sind Sie einverstanden mit dem Bundeskanzleramt?

Erhard: Ja!

Adenauer: Damit hätten wir die heutige Tagesordnung erledigt.

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Von Nordrhein-Westfalen hat mir Herr Meyers eine Hinterlassenschaft zurückgelassen, nämlich den Vorschlag, einen Beschluß zu fassen, der die Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen zum Gegenstand hat.

Es heißt hier: Beschluß des Bundesparteivorstands der CDU. Der Bundesparteivorstand beschließt, angesichts der besonderen politischen Bedeutung der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen die Durchführung des zentralen Bundesrednereinsatzes. Zu diesem Zweck werden alle Mitglieder des Bundesvorstands verpflichtet, der Bundespartei bis zum 15. April 1966 insgesamt zwölf Einsatztage für die Zeit vom 10. Juni bis

zum 8. Juli 1966 mitzuteilen. Die Durchführung eines sinnvollen Einsatzes nach Schwerpunkten schließt private Absprachen für diese Zeit aus.

Darf ich feststellen, daß wir einstimmig so beschlossen haben? – (*Heiterkeit und Bewegung.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Dann danke ich Ihnen und uns allen gegenseitig für die Geduld, die wir miteinander gehabt haben. (*Erhard:* Ich danke auch!) Die Sitzung ist geschlossen.

4

Bonn, Montag 14. März 1966

Sprecher: Adenauer, Adorno, Amrehn, Barzel, Blank, Blumenfeld, Dittmar, Dufhues, Erhard, Glup, Gradl, Grundmann, Gurk, von Hassel, Heck, Hellwig, von Heydebreck, Katzer, Klepsch, Kohl, [Krone], Lemke, Noltenius, Russe, Schmidt, Schmitz, Schmücker, Schröder, Seebohm, Stingl, Stoltenberg, Struve.

Vorbereitung des Bundesparteitags. Wahl von fünf Mitgliedern, die durch den Bundesvorstand in den Fernsehrat der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen zu entsenden sind. Verschiedenes.

Beginn: 14.00 Uhr *Ende 19.10 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Entschuldigt haben sich die Herren Gerstenmaier, Scheufelen, Lücke, Bauknecht, Martin[1], Süsterhenn, Meyers, Fricke und Altmeier.

Die Sitzung beginnt zu etwas ungewöhnlicher Zeit. Das liegt daran, daß die Kommission,[2] die mit der Ausarbeitung von Vorschlägen beauftragt war, heute noch einmal zu einer Sitzung zusammentreten mußte.

Wenn ich recht unterrichtet bin, wollen Sie, Herr Grundmann, etwas wegen der Beamten sagen. (*Grundmann:* Nein, ich habe mit Herrn Dufhues heute morgen gesprochen. Herr Dufhues wollte mit Ihnen darüber sprechen.) Dann darf ich Herrn Dufhues bitten, uns über das Ergebnis zu referieren.

Vorbereitung des Bundesparteitags

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Das Thema der Unterhaltung, das Herr Grundmann angedeutet hat, hatte zum Gegenstand die Zusammensetzung dieses Kreises. Wir müssen Wert darauf legen, daß an den Abstimmungen über Empfehlungen an den Bundesparteitag, und zwar nicht zuletzt angesichts der Bedeutung dieser Empfehlungen, nur Personen teilnehmen, die stimmberechtigte Mitglieder dieses Vorstands sind. Wir legen auch großen Wert darauf, um ein klares Bild zu haben über die Kräfteverhältnisse und die Abstimmungsergebnisse, die den Empfehlungen an den Bundesparteitag zugrunde liegen.

Nun darf ich Ihnen berichten über die Beratungen der Kommission, die der Bundesvorstand in seiner letzten Sitzung eingesetzt hat und deren Zusammensetzung Ihnen bekannt ist. Diese Kommission war keineswegs repräsentativ für die Zusammensetzung

1 Dr. Berthold Martin (1913–1973), Arzt; 1954–1957 MdL Hessen (CDU), 1957–1973 MdB.

2 Mitglieder der Kommission unter Vorsitz von Dufhues waren Russe, Kohl, Stoltenberg, Grundmann, Adorno und Brauksiepe. Vgl. Nr. 3 S. 99 f.

des Bundesvorstands oder des Bundesparteitags. Daraus haben wir die einzig mögliche Konsequenz gezogen, daß die Kommission nicht berechtigt sein sollte abzustimmen, um nun Abstimmungsergebnisse über die Beratungen der Kommission Ihnen mitzuteilen, sondern es werden alle Vorschläge unterbreitet, die im Rahmen dieser Kommission erörtert wurden und bis zuletzt aufrechterhalten worden sind.

Ich darf allen Mitgliedern der Kommission für ihre Mitarbeit danken. Die Beratungen sind wirklich in sachlicher und harmonischer Weise durchgeführt worden. Ich glaube, daß sie eine geeignete Grundlage für die Beratungen sind, zu denen sich der Bundesvorstand hier zusammengefunden hat. Wenn ich eines vorwegnehmen darf, was nicht Gegenstand der Beratungen war, weil es für uns eine Selbstverständlichkeit ist, dann die Tatsache, daß wir alle gemeinsam, auch hier in diesem Gremium, den Wunsch haben, Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer auf dem nächsten Parteitag zu bitten, die Stelle des Ehrenvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands anzunehmen. (*Lebhafter Beifall.*) Wir alle wissen, wie sehr die Entwicklung der Christlich-Demokratischen Union gerade mit Ihrem Namen und Ihrem Wirken, Herr Bundeskanzler, verbunden ist. Wir würden es als eine Auszeichnung auch der Partei empfinden, als Ausdruck jener Anhänglichkeit und Verbundenheit, die zu allen Zeiten Ihr Wirken im Verhältnis zur CDU ausgezeichnet hat, wenn Sie dieser Bitte entsprächen.

Nun zu den eigentlichen Themen der Beratungen der Kommission! Sie wissen, daß die Kommission den Auftrag erhalten hatte, einige Fragen zu beraten und weiterzuentwickeln, die in der letzten Sitzung des Bundesvorstands offengeblieben sind. Dazu gehörte zunächst die Frage, wie groß der Kreis der Stellvertretenden Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union sein sollte. Wir waren uns einig darüber, daß wir Herrn Erhard bitten sollten, den Vorsitz der Partei zu übernehmen. Wir waren uns weiter darin einig, daß unsere Bitte an Herrn Barzel dahin ging, das Amt des 1. Stellvertretenden Vorsitzenden der CDU zu übernehmen. In der Diskussion tauchte die Frage auf, ob ein weiteres stellvertretendes Mitglied bestellt werden sollte.

Wenn wir rein entsprechend dem Wortlaut der Beratungsergebnisse verfahren wären, dann hätte lediglich diese eine Frage Gegenstand unserer Beratungen sein müssen. Sie werden in meinem späteren Bericht feststellen, daß die Kommission zu einem Ergebnis gekommen ist, das von diesem so begrenzten Auftrag abweicht.

Die Kommission schlägt vor – ich komme darauf im einzelnen noch zurück –, neben dem Vorsitzenden und dem 1. Stellvertretenden Vorsitzenden zwei weitere einander gleichberechtigte Stellvertreter zu wählen.

Mit dieser Frage hat sich die Kommission zunächst befaßt. Sie hatte dann weiter zu beraten die Zahl und die Zusammensetzung der weiteren Mitglieder des Präsidiums. Schließlich haben wir uns sehr eingehend mit der Frage befaßt, ob die CDU auf dem Bundesparteitag die Einrichtung eines Generalsekretärs schaffen sollte oder ob eine ähnliche Lösung zu finden sei.

Ich habe Ihnen bereits kurz angedeutet, welches Ergebnis die Beratungen der Kommission darüber hatten, wer stellvertretendes Mitglied des Präsidiums werden sollte. Wir haben uns dabei von der Auffassung leiten lassen, daß die Christlich-Demokrati-

sche Union gut beraten ist, wenn Persönlichkeiten wie Herr von Hassel, der seit Jahren in der Führung der CDU mitgewirkt hat und ein weites Gebiet der CDU repräsentiert, auch weiterhin ihre Funktion erhalten sollen, die repräsentativ jedenfalls stark ins Gewicht fällt.

Wir haben dabei auch berücksichtigt, daß die Christlich-Demokratische Union gut beraten ist, wenn die große Zahl der christlichen Arbeitnehmer, die bei allen Wahlen, auch bei der letzten Wahl, uns ihr Vertrauen geschenkt haben, in der Spitze des Präsidiums angemessen berücksichtigt wird. Aufgrund dieser Überlegungen sind wir zu dem Ergebnis gekommen, Ihnen folgenden Vorschlag zur Beratung zu unterbreiten: Vorsitzender, Bundeskanzler Professor Dr. Erhard; 1. Stellvertretender Vorsitzender, Dr. Rainer Barzel; in alphabetischer Reihenfolge als Repräsentanz der christlichen Arbeitnehmerschaft entweder unseren Parteifreund Theodor Blank oder unseren Parteifreund Paul Lücke. Es wird Aufgabe dieses Gremiums sein, sich darüber schlüssig zu werden, welcher Vorschlag dem Bundesparteitag zur Entscheidung vorgetragen werden soll. Als weiteres gleichberechtigtes Mitglied in der Spitze des Präsidiums wird Herr von Hassel vorgeschlagen.

Der zweite Themenkreis, der uns beschäftigt hat, war die Zahl und die Zusammensetzung des Präsidiums, soweit es sich um die weiteren Mitglieder handelt, wie es die Satzung formuliert. Es wurden sehr gewichtige Stimmen laut, die zum Ausdruck brachten, daß ein arbeitsfähiges Gremiums nur dann gegeben sei, wenn die Zahl aller Mitglieder des Präsidiums relativ klein gehalten werde. Auf der anderen Seite waren es insbesondere Herr Bundesparteivorsitzender Dr. Adenauer, aber auch andere Freunde, die betonten, daß dieses Präsidium in etwa eine Verzahnung bilden müsse zwischen den Kräften der Bundespartei und den Kräften der Landesverbände, so daß man das Präsidium in die Lage versetzen müsse, sich über die Hinzuwahl von Landesvorsitzenden oder von Kräften aus den Landesverbänden zu verstärken und damit die Verzahnung und die Gewichtigkeit des Präsidiums zu verbessern.

Hierzu hat der Landesverband Hamburg in den letzten Tagen vorgeschlagen, daß im Präsidium jeweils die Landesverbände des Nordens, Nordrhein-Westfalens und des Südwestens vertreten sein sollten. Dabei schwebt dem Landesverband Hamburg vor, daß innerhalb dieser drei Gruppen jeweils die Vertretung wechseln sollte, daß z. B. aus dem Norden im Wechsel von zwei Jahren ein Vertreter aus Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen dem Präsidium angehören sollte. Mit dieser Anregung hat sich die Kommission befaßt. Sie ist zu dem Ergebnis gekommen, daß ein derartiger Vorschlag nicht zu empfehlen sei. Nur wenige verkennen, daß dem Vorschlag das berechtigte Bestreben zugrunde liegt, zu einer stärkeren Verbindung zwischen Bundespartei und ihren Einrichtungen auf der einen Seite und den Landesverbänden und deren Einrichtungen auf der anderen Seite zu kommen.

Es scheint nicht zweckmäßig zu sein, einen derartigen Wechsel in der Zusammensetzung des Präsidiums bereits in der Satzung festzulegen und damit organisatorisch zu zementieren. Es kommt sehr darauf an, daß dieses Präsidium sich zu einem arbeitsfähigen Gremium entwickelt, und diese Arbeitsfähigkeit würde nach der Auffassung der

Kommission doch sehr leiden, wenn ein zu starker Wechsel, eine zu schnelle Fluktuation in der Zusammensetzung des Präsidiums einträte. Die Wahl der Angehörigen des Präsidiums sollte jeweils unter dem Gesichtspunkt der Eignung durch den Parteitag erfolgen, aber einen schematischen Wechsel durchzuführen und gar in der Satzung zu verankern, das schien nicht der Weisheit letzter Schluß zu sein.

Ich bitte meinen Freund Blumenfeld um Verständnis für diese Kritik an einem Vorschlag, der aus Hamburg gekommen ist. Wir standen vor der Frage, ob wir den Tendenzen nachgehen sollten, die auf eine Ausweitung des Präsidiums hinzielten, oder ob wir es in etwa bei der bisherigen Zahl von sieben Mitgliedern belassen sollten. Die in diesem Zusammenhang sehr eingehend und sorgfältig geführten Beratungen haben dazu geführt, daß wir Ihnen vorschlagen, neben der bereits erwähnten Spitze 1 + 1 + 2 acht weitere Mitglieder in das Präsidiums zu wählen. Wir glauben, daß in der Zusammensetzung von insgesamt zwölf Personen die Grenze der Arbeitsfähigkeit eines Spitzengremiums der Partei erreicht ist. Bei der Zahl dieser weiteren Mitglieder bitte ich zu berücksichtigen, daß die Vorschläge der Kommission vorsehen, daß Parteifreunde wie der Bundesschatzmeister, insbesondere der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, und der Bundesgeschäftsführer kraft Amtes dem Präsidium angehören sollen. Im Augenblick deckt sich z. B. diese Regelung beim Fraktionsvorsitzenden damit, daß Herr Barzel kraft Wahl durch den Bundesparteitag 1. Stellvertretender Vorsitzender der Partei ist; aber selbst wenn er dieses Amt einmal nicht mehr bekleiden sollte, wenn Änderungen eintreten sollten, legen wir jedenfalls Wert darauf, daß der Vorsitzende der Bundestagsfraktion kraft Amtes Mitglied des Präsidiums ist. Entsprechendes gilt nach der Auffassung der Kommission auch für den Bundesschatzmeister und den Bundesgeschäftsführer. (*Lebhafte Unruhe.*) Das bitte ich zu berücksichtigen, wenn Sie an die Zahl und die Zusammensetzung des Präsidiums denken, das damit bereits eine Stärke von 15 Personen erreicht hat. Selbst wenn Sie einkalkulieren, daß wir nach allen Erfahrungen nicht mit der ständigen Präsenz aller Mitglieder rechnen können, ist die Stärke des Präsidiums doch so, daß wir an der Grenze der Leistungsfähigkeit und der Arbeitsfähigkeit angelangt sind. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Bedenken Sie doch, daß Sie die Elite der Partei sind und deshalb den Vortrag mit Ruhe und Stille anhören sollten!

Dufhues: Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Bundeskanzler! Auf die personelle Zusammensetzung will ich insoweit später eingehen und mich jetzt der Frage widmen, welches Ergebnis die Überlegungen gehabt haben, die die Einrichtung eines Generalsekretärs oder die Schaffung einer Stelle eines Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes zum Gegenstand hatten.

Wir haben uns klargemacht, daß der Bundesparteitag uns vor allem eine Frage vorlegen wird, welches Mitglied dieses Präsidiums nun die harte Tagesarbeit leistet, die mit der verantwortlichen Leitung einer Partei nun einmal verbunden ist. Wir alle wissen, in welchem Maße ein Bundeskanzler durch die politischen Aufgaben in Anspruch genommen ist, die ihm kraft seines Amtes auferlegt sind. Wir wissen auch, welch hohes Maß

von Verantwortung eine Persönlichkeit wie der Vorsitzende der Bundestagsfraktion hat. Wir wissen auch um die Belastung, die mit Ministerämtern verbunden ist.

Deshalb glaubten wir, grundsätzlich ja sagen zu sollen zu der Schaffung einer Einrichtung, die eine positive Antwort auf die Frage gibt, die ich einfach und schlicht formuliert habe: Wer leistet nun die harte Tagesarbeit, die innerhalb eines Präsidiums vorbereitend und durchführend zu leisten ist?

Wir sind weiter davon ausgegangen, daß durch den Wandel aller Dinge, die wir in der Organisation der CDU erlebt haben und die in den dauernden statutarischen Veränderungen unserer Satzung ihren Niederschlag gefunden haben, die Bundesgeschäftsstelle sich jedenfalls im allgemeinen bewährt hat, und zwar auch unter der Leitung oder Einrichtung eines Bundesgeschäftsführers. (*Beifall.*) Die Christlich-Demokratische Union wäre nicht gut beraten, wenn sie das, was sich bewährt hat, aufheben, ändern oder wesentlich korrigieren würde. Weil die Einrichtung eines Generalsekretärs, jedenfalls nach dem Schema der romanischen Länder, besonders weitgehend eingreift in die Kompetenzen des Bundesgeschäftsführers und der Bundesgeschäftsstelle, schien es uns bereits unter diesem Aspekt nicht sinnvoll und nicht zweckmäßig zu sein, eine Einrichtung zu schaffen, wie sie bei den romanischen Ländern, auch bei der ÖVP, der uns befreundeten Partei in Österreich, in der Einrichtung des Generalsekretärs besteht.

Worauf es uns ankommt für die Organisation der Führungsspitze unserer Partei, ist die Aktivierung des Präsidiums, die Aktivierung der politischen Verantwortung, die denen auferlegt ist, die sich bereit gefunden haben, Mitglied des Präsidiums, an welcher Stelle auch immer, zu werden. Deshalb glaubten wir, daß durch die Einrichtung eines Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes, das vom Bundesparteitag als Mitglied des Präsidiums zu wählen ist, den Bedürfnissen und Erfordernissen Rechnung getragen wird, die allgemein in der Partei diskutiert werden und die in den Wunsch münden, daß einer entscheidend für die laufende Tagesarbeit des Präsidiums verantwortlich sein muß.

Wir schlagen Ihnen also vor, die Satzung dahingehend zu ändern, daß durch den Bundesparteitag ein Mitglied aus dem Präsidium zum Geschäftsführenden Präsidialmitglied gewählt wird. Dieses Mitglied kann dem Kreis der Stellvertreter des Vorsitzenden ebenso angehören wie dem Kreis der weiteren Mitglieder. Insoweit sollten wir uns keine Beschränkungen auferlegen und die Möglichkeiten in der Zukunft offenhalten. Die Aufgaben dieses Geschäftsführenden Mitgliedes des Präsidiums sind in den Vorschlägen, die Ihnen vorliegen, so formuliert worden, daß das Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums die Geschäfte der Partei zu führen hat. Das erinnert an die Formulierung, unter der ich tätig gewesen bin.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß nicht die Feinheit der statutarischen Formulierung den Arbeitsbereich und die Wirkungsmöglichkeit eines Geschäftsführenden Mitgliedes des Präsidiums bestimmen, sondern die Möglichkeit und der Wille der Beteiligten zu guter Zusammenarbeit. Meine verehrten Freunde! Lassen Sie mich nun zu den Personalfragen kommen. Hier will ich vorwegnehmen – deshalb habe ich die Personalfragen für die weiteren Mitglieder zunächst zurückgestellt –, daß wir in der Kommission lange beraten haben und daß ich vielfache Verhandlungen geführt habe, um die

Personalfrage hinsichtlich des Generalsekretärs oder des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes zu klären. Ich kann Ihnen dankbar mitteilen, daß Herr Bundesminister Bruno Heck[3] bereit ist, die Aufgaben und das Amt des Geschäftsführenden Mitgliedes des Präsidiums zu übernehmen. Naturgemäß legt er Wert darauf, daß ihm mit der Übertragung dieses Amtes politische Wirkungsmöglichkeiten gegeben werden, die der Verantwortung entsprechen, welche mit der Übernahme des Amtes und vielleicht auch mit dem Verzicht auf die eine oder andere jetzige Tätigkeit verbunden sind.

Allerdings knüpft die Kommission – das war Gegenstand der Beratungen, die ich heute nach der Besprechung mit unserem Freund Heck hatte – an diesen Vorschlag die Voraussetzung, daß Herr Heck ebenfalls innerhalb einer Zeit, über die man sprechen muß, das Amt eines Bundesministers zur Verfügung stellt, um sich der Aufgabe zu widmen, die mit dem Amt eines Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes verbunden ist. Wir glauben, daß unter dieser Voraussetzung Herr Heck diese Aufgabe übernimmt, und wir sind ihm alle sehr dankbar dafür.

Nun zu den Personalien hinsichtlich der weiteren jetzt noch sieben Mitglieder, die durch den Bundesparteitag zu wählen sind. Ich will Ihnen zunächst die Namen der Parteifreunde nennen, die in diesem Zusammenhang genannt worden sind aus der Partei, aus den Verbänden usw., jedenfalls auch von Stellen, die durchaus nicht legitimiert dafür sind. Es sind uns folgende Parteifreunde genannt worden – ich bitte Sie, diese Liste eventuell zu ergänzen, falls weitere Vorschläge zu machen sind: 1. Amrehn, 2. Brauksiepe, 3. Blumenfeld, 4. Blank, 5. Dufhues, 6. Gerstenmaier, 7. Katzer, 8. Kiesinger, 9. Kliesing[4], 10. Kohl, 11. Krone, 12. Schröder, 13. Schmücker[5], 14. Stingl, 15. Stoltenberg. Nun bleibt mir die Aufgabe, Ihnen mitzuteilen, welchen Vorschlag wir Ihnen zu machen haben. Vor wenigen Stunden war ich als Sprecher der Kommission noch in der Lage, Ihnen den Vorschlag für sieben Personen zu machen. Leider hat sich in der letzten Stunde herausgestellt, daß wir dieses Maß von Einigkeit doch nicht erzielen konnten. Ich habe Ihnen auftragsgemäß acht weitere Personen zu nennen. Da nur sieben Plätze frei sind, haben Sie das Vergnügen, eine Entscheidung zu treffen. Die Kommission schlägt Ihnen zunächst die ersten vier als weitere Mitglieder vor: Frau Brauksiepe, dann Herrn Blank oder Herrn Lücke, je nachdem, wer als Stellvertreter gewählt wird,

3 Dr. Bruno Heck (1917–1989), Lehrer; 1950–1952 Regierungsrat im Kultusministerium Württemberg-Hohenzollern, 1952–1958 Bundesgeschäftsführer der CDU, 1957–1976 MdB, 1962–1968 Bundesminister für Familie und Jugend, 1967–1971 Generalsekretär der CDU, 1968–1989 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Vgl. LEXIKON S. 264 f.

4 Dr. Georg Kliesing (1911–1992), Lehrer; 1953–1976 MdB (CDU), 1958–1977 Mitglied des Europarats und der Versammlung der Westeuropäischen Union, 1962–1966 Vorsitzender des Verteidigungsausschusses der WEU, 1963/64 Präsident der NATO-Parlamentarierkonferenz. Vgl. Horst FERDINAND: Georg Kliesing, in: Franz-Josef HEYEN (Hg.): Rheinische Lebensbilder (14). Köln 1994 S. 293–310.

5 Kurt Schmücker (1919–1996), Journalist; 1948–1954 Landesvorsitzender der JU Oldenburg, 1949–1972 MdB (CDU), 1963–1966 Bundesminister für Wirtschaft, 8. November bis 1. Dezember 1966 auch Bundesminister der Finanzen, 1968–1971 Bundesschatzmeister. Vgl. LEXIKON S. 358.

Dufhues, Gerstenmaier, Kiesinger, Kohl, Krone, Schröder. Damit kann ich meinen Bericht abschließen; es sei denn, daß gewünscht wird, daß ich die Ihnen vorliegenden Statutenänderung noch darlege und erläutere. Diese Statutenänderungen enthalten im wesentlichen die Gesichtspunkte, die ich versucht habe, in meinem Beitrag zu formulieren. Falls dazu Fragen zu stellen sind, stehe ich zur Verfügung.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir alle danken Herrn Dufhues und seiner Kommission für die mühsame Arbeit, die sie hinter sich gebracht haben. Sie haben jetzt die Aufgabe, ja und Amen oder nein zu sagen. Ich möchte Ihnen vorschlagen, zunächst zu diskutieren, ohne dabei Namen zu nennen. Die Namen sollten wir besonders diskutieren, damit nicht alles durcheinander geht. Die Kommission hat vorgeschlagen einen Vorsitzenden, einen Stellvertretenden Vorsitzenden + Stellvertretenden Vorsitzenden, wobei – ich habe aufmerksam darauf geachtet – nach Ansicht der Kommission unter den Stellvertretern ein gewisser Unterschied gemacht worden ist; denn es wurde gesagt: 1 + 1 + 2. (*Kohl:* Einen 1. Stellvertreter!) Jawohl, das hat er gesagt: 1 + 1 + 2.

Damit kommen wir zu der Verstärkung des Präsidiums, zu sieben, und zu der Frage des Generalsekretärs oder, wie die Kommission vorgeschlagen hat, zu dem Geschäftsführenden Mitglied des Präsidiums.

Ich möchte vorschlagen, daß Sie diese letzte Frage zunächst diskutieren, weil sich die anderen Fragen, nämlich sieben oder acht, eventuell danach richten. Wenn Sie einverstanden sind, bitte ich Sie, sich zuerst über den Vorschlag zu äußern: 1 + 1 + 2, dann über die Frage des Generalsekretärs oder des Geschäftsführenden Mitgliedes des Präsidiums, dann über die Frage des Präsidiums. Sind Sie mit dieser Diskussion einverstanden? – Das scheint der Fall zu sein. – Das Wort hat Herr Schmitz. (Mittelstandsvertreter)

Schmitz: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Einer muß ja anfangen. Ich weiß, daß es recht schwierig ist, einen Vorschlag, der von so hervorragenden Männern der Partei erarbeitet worden ist, mit einem kritischen Wort zu versehen. Ich habe seit der letzten Bundesvorstandssitzung im „Königshof" jeden Abend mit Ausnahme des Sonntags eine Versammlung gehabt. Wir haben am Schluß jeder Versammlung über die Parteispitze gesprochen. Nun gebe ich Ihnen das wieder, was insgesamt unser Parteivolk mir mit auf den Weg gegeben hat. Sie haben gesagt: Eine Parteispitze mit Professor Erhard und Dr. Barzel. Das ist der Beschluß der Weisen. Den akzeptieren wir. Darüber hinaus aber Stellvertreter möchten wir nicht haben. Wir möchten die beiden Herren verantwortlich an der Spitze der Partei sehen und auch die ganze Verantwortung auf diese beiden Herren übertragen, ihnen aber zur Seite ein beratendes Präsidium stellen.

Wenn es aber im Bundesvorstand nicht zu erreichen sei, daß die Meinung geändert werden könne, daß noch mehr Stellvertreter gewählt werden, dann müsse aus Gründen der Parteioptik und aus Anstand gegenüber Herrn Dufhues dieser einer der Stellvertreter werden. Herr Dufhues, ich gebe nur das wieder, was das Parteivolk, auf das wir ja alle angewiesen sind, mir gesagt hat. Ich bin der Meinung, einen derartigen Vorschlag,

der aus einer solchen Fülle von Versammlungen herausgekommen ist, müßte man respektieren.

Ich darf also, Herr Bundesparteivorsitzender, entgegen Ihrem Wunsch, keinen Namen zu nennen, hier eine Ausnahme machen und sagen, wenn Stellvertreter des Stellvertreters und des Bundesparteivorsitzenden gewählt werden, dann müßte Herr Dufhues einer derjenigen sein, die dazugehören.

Adenauer: Das Wort hat Herr Dufhues.

Dufhues: Ich möchte die Situation erleichtern und Sie herzlich bitten, von diesem Vorschlag oder ähnlichen Vorschlägen abzusehen. Sie kennen meine Entscheidung. Ich möchte jetzt nicht, daß diese Entscheidung, die ich sorgfältig geprüft und erwogen habe, irgendwie unglaubwürdig dadurch wird, daß ich eine Funktion übernehme, die dann vielleicht doch nicht mehr überzeugend ist, warum ich nicht dem Votum so vieler Freunde gefolgt bin, die an mich herangetreten sind. Ich bin bereit, als einfaches Mitglied des Präsidiums meine Pflicht zu tun und hart mitzuarbeiten, aber bitte, lassen Sie es bei dieser Regelung bewenden, die allein überzeugend und glaubwürdig ist, auch von meiner Person und vom Standpunkt der Freunde her, die mich dabei beraten haben.

Adenauer: Weitere Wortmeldungen? Zu dem ganzen Komplex 1 + 1 + 2 war der Gegenantrag 1:1:1. (*Schmitz:* Wenn Herr Dufhues aus den genannten Gründen den Vorschlag nicht akzeptieren kann, dann nur den Bundesparteivorsitzenden und seinen Stellvertreter!) Das ist ein etwas anderer Vorschlag, über den wir uns schlüssig werden müssen. Das ist der Vorschlag, einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter des Vorsitzenden einzusetzen und sonst niemanden mit der Vertretung zu betrauen. So verstehe ich Sie doch wohl richtig? (*Schmitz:* Jawohl!) Das Wort hat Herr Dr. Noltenius[6].

Noltenius: Meine Damen und Herren! Ich sehe einmal von der Optik ab, die der Vorredner erwähnt hat, und stelle die Frage, ob es praktisch ist, denn an den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter treten ja auch immer Pflichten und Repräsentationsaufgaben heran. Ist es nicht für diese lästigen, aber notwendigen Aufgaben praktischer, daß wir mehrere Stellvertreter haben? Ich glaube, daß das Überlegungen sind, die die Kommission bewogen hat, über das hinauszugehen, was neulich im „Königshof" die letzte Meinung des Bundesvorstands war, nämlich die Zahl der Stellvertreter nicht zu erhöhen.

Ich meine, daß wir diese praktische Überlegung doch anstellen sollten. Wir sollten also nicht dem verständlichen Wunsch, möglichst eine kleine Spitze zu haben, Rechnung tragen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Gurk.

Gurk: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe Verständnis für das, was gesagt worden ist. Wir haben auch im Lande draußen Besprechungen gehabt, auf die ich jetzt nicht näher eingehen will, aber es wird hier immer gegenteilige Meinungen geben. Ich meine, wir sollten der Kommission folgen und vorsehen 1 + 1 + 2. Das wä-

6 Dr. Jules Eberhard Noltenius (1908–1976), Syndikus; 1954–1969 Vorsitzender des LV Bremen, 1955–1959 Senator für Häfen, Schiffahrt, Verkehr, 1954–1967 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft (CDU).

ren drei Stellvertreter. Das wäre auch für den Vorsitzenden und die Stellvertreter eine Erleichterung.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Viel ist ja nicht darüber zu sagen. Man muß abstimmen. Ich stelle fest, daß das Wort nicht mehr gewünscht wird und daß wir zur Abstimmung über diesen Punkt kommen können. Wir stimmen zunächst über Ihren Änderungsvorschlag ab. Ich bitte diejenigen ... (*Barzel:* Zur Geschäftsordnung!) – Bitte sehr!

Barzel: Herr Bundeskanzler! Obwohl es mich betrifft, bitte ich um das Wort zur Geschäftsordnung aus folgendem Grund: Wenn wir in diesem großen Kreis abstimmen, dann wird natürlich nachher der eine oder andere von Journalisten gefragt. Dann wird bekannt, daß dieser Antrag abgelehnt ist. Dieses zusammen mit dem ganzen Tableau wird dann in der Presse in der Welt in der Weise berichtet, die uns allen unerwünscht ist. Ich würde deshalb von mir aus den Kollegen Schmitz bitten, seinen Antrag zurückzuziehen. Ich glaube, daß es sehr vernünftig ist, daß die Kommission einen weiteren Stellvertretenden Vorsitzenden vorschlägt, um den Kreis der Christlichen Arbeitnehmerschaft sichtbar hervorzuheben.

Der Antrag war ohnehin kritisch. Es geht jetzt nur um dieses Abweichen von dem, was der Vorstand das letzte Mal wollte. Es ist besser, jetzt nicht abzustimmen, und ich möchte warnen vor den Reaktionen in der Presse, die dann sicherlich kommen werden.

Adenauer: Bitte, Herr Schmitz!

Schmitz: Ich zolle meinen ersten Respekt dem Stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden. Ich teile allerdings seine Meinung nicht und habe gar keine Angst vor Pressereaktionen, aber ich ziehe meinen Antrag zurück aus Respekt vor Ihrem neuen Amt, Herr Dr. Barzel!

Adenauer: Meine Damen und Herren! Dann kämen wir also zur Abstimmung über 1 + 1 + 2.

Ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest. (*Von Hassel:* Eine Enthaltung!) Seien Sie nicht so zimperlich! (*Heiterkeit.*) Meine Damen und Herren! Dann möchte ich Ihnen vorschlagen, daß wir zu der Frage des Generalsekretärs, so will ich ihn einmal ganz allgemein nennen, Stellung nehmen. Dann werden wir mit der Frage des Präsidiums leichter vorwärtskommen. Ich bitte diejenigen, die sich zu der Frage des Generalsekretärs äußern wollen, das jetzt zu tun. – Bitte, Herr Klepsch!

Klepsch: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! An und für sich kam ich hierher mit der Absicht, gegen die Vorschläge der Kommission vorzugehen, bis ich sie in den Händen hatte. Bei sorgfältiger Lektüre habe ich dann doch feststellen dürfen, daß es der Kommission offensichtlich heute vormittag gelungen ist, das, was in Presseverlautbarungen vorher ein bißchen Verwirrung gestiftet hat, zu bereinigen.

Ich hänge nicht an der Bezeichnung „Generalsekretär", sondern die hier formulierte Aufgabenstellung für das Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums, das die Geschäfte der Partei führt, scheint mir ausreichend zu sein. Ich darf aber doch an dieser Stelle etwas sagen, was ich in vielen Versammlungen, aber auch in vielen Vorstandssitzungen

und ähnlichen Gremien zu hören bekommen habe, daß nämlich unsere Mitgliedschaft erwartet, nachdem wir uns für eine politisch repräsentative, die politische Willenseinheit der Partei darstellende Führungsspitze entschieden habe, daß jemand da sein muß, der Ihre Funktion, Herr Dufhues, übernimmt. Deshalb bin ich etwas zufriedengestellt worden durch die heutige Formulierung.

Das Zweite, wogegen ich Bedenken erheben wollte, ist auch etwas ausgeräumt worden. Ich halte die Zahl von zwölf Mitgliedern für etwas zu hoch gegriffen, zumal es ja noch mehr sein sollen. Das meinen auch viele andere. Aber dessenungeachtet glaube ich, daß es der Kommission gelungen ist, eine sehr gute Form zu finden. In dem Antrag steht „bis zu acht weiteren Mitgliedern des Präsidiums", so daß wir vor der Frage stehen, ob wir dieses Mal die Zahl wählen und sie in Zukunft vielleicht reduzieren. (*Adenauer:* Das erwartet niemand von Ihnen. – *Heiterkeit.*) Ich sage ja nur meine Bedenken, ich will ja nicht sagen, daß ich mit der Zahl zwölf einverstanden bin. Wenn ich für die Junge Union Deutschlands spreche, kann ich mich an dieser Formel etwas aufranken. (*Unruhe und Bewegung.*) Das Letzte, was ich sagen möchte, ist, daß ich eine gute Formel entdeckt habe, daß nämlich die Mitglieder des Bundesvorstands sich nicht vertreten lassen können (§ 25[7]).

Diese Neuerung scheint mir durchaus sinnvoll zu sein, damit nicht ein zufälliges Gremium zu den entscheidenden Beschlüssen zusammenkommt, sondern eine kontinuierliche Besetzung sichergestellt ist. Deshalb muß ich meine Ausführungen ganz anders beenden, als ich es ursprünglich vorhatte. Ich bin mit den Vorschlägen der Kommission weitgehend einverstanden.

Adenauer: Das Wort hat Herr von Hassel.

Von Hassel: Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Die Rede meines Vorredners erinnert mich an die Art, wie es die Sozialdemokraten sagen: In Unkenntnis der Vorschläge der Regierungsparteien stimmen wir dennoch dagegen! – Er ist also hierhergekommen, um zunächst dagegen zu reden, dann aber zuzustimmen. (*Unruhe und Bewegung.*) Auch ich gebe zu, daß es respektabel ist, daß man in diesem siebenköpfigen Arbeitskreis eine Lösung gefunden hat, die beim Parteivolk, das ja einen Vorschlag von uns erwartet, ankommen wird. Was hier gefunden worden ist, ist ein Kompromiß, bei dem ich aber an einem Punkt Ihre Aufmerksamkeit auf folgendes lenken möchte. Ist es eigentlich richtig, daß der Bundesparteitag dieses Geschäftsführende Mitglied von sich aus aus dem Kreis der Präsidialmitglieder bestellt? Es kann – wenn Sie genau nachlesen – entnommen werden aus dem Vorsitzenden, dem 1. Stellvertretenden Vorsitzenden und zwei weiteren Stellvertretern oder aus den übrigen acht Präsidialmitgliedern. Aus diesem Kreis wählt der Bundesparteitag ein Geschäftsführendes Mitglied des Präsidiums.

---

7 Nach dem gültigen Statut (Fassung vom 5. Juni 1962) konnten sich nach § 25 von den Mitgliedern des Bundesvorstands nur die Vorsitzenden der Landesverbände stimmberechtigt vertreten lassen. Diese Regelung wurde durch Beschluß des Bundesparteitags vom 23. März 1966 abgeschafft.

Der Vorschlag, den ich jetzt zur Diskussion stellen möchte, sieht so aus, ob man diese Frage, wer Geschäftsführendes Mitglied des Präsidiums wird, im Grunde genommen nicht dem Präsidium selber überläßt, so daß die Weisung des Parteitags lautet: Es wird ein Mitglied bestellt, aber wer das ist, darüber entscheidet das Präsidium selber. Das wäre durch eine Formulierung im Grunde genommen einfach zu lösen, daß nämlich nicht der Parteitag, sondern das Präsidium selbst diesen Mann bestellt. Ich kann mir vorstellen, daß dann, wenn sich das Präsidium konstituiert und seine Arbeit abgrenzt, dabei ein Vorschlag aus seinen eigenen Reihen kommt, der besser ist, als wenn man in einem großen Delegiertenkreis von 576 Leuten eine solche Wahl vollzieht.

Es wäre also zu überlegen, ob man nicht im § 25, der die Zusammensetzung des Bundesvorstands regelt, folgende Formel aufnimmt: „Das Präsidium hat aus dem Kreis der vom Bundesparteitag gemäß § 21 a zu wählenden Persönlichkeiten ein Geschäftsführendes Mitglied dieses Präsidiums zu bestellen." Dann würde im § 21 die Bestimmung „Der Bundesparteitag hat aus dem Kreis dieser Personen ein Geschäftsführendes Mitglied des Präsidiums zu bestellen" gestrichen und im § 25 vor der Ziffer b eingefügt. Diese Frage sollte man hier einmal auf ihre Zweckmäßigkeit hin prüfen und klären.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich bin in keiner Weise an dem Ganzen beteiligt, aber ich möchte doch sagen, wenn dieses Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums vom Plenum gewählt wird, dann hat es eine ganz andere Autorität, als wenn es in diesem kleinen Kreis gewählt wird. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das ist doch ganz offensichtlich der Zweck des Ganzen. Man will einen Mann haben, der auch Autorität hat. (*Gurk:* Und Verantwortung!) Autorität und Verantwortung gehen immer zusammen! – Das Wort hat Herr Lemke.

Lemke: Herr Bundeskanzler! Ich bin entschieden anderer Ansicht. (*Zuruf:* Welcher denn?) Wir haben uns gerade darüber geeinigt, daß wir einen Vorsitzenden wählen wollen, einen 1. Stellvertreter und zwei weitere Stellvertreter. Ich stelle mir es so vor, daß der Vorsitzende und in seiner Vertretung der 1. Stellvertreter die Partei führt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es Sinn eines Vorsitzenden und eines 1. Stellvertreters ist, nun eine dritte Person einzuführen, die nun tatsächlich die Partei führen soll. Wir wollen klare Verantwortung haben. Wenn wir einen Vorsitzenden und einen 1. Stellvertreter haben, dann müssen und können sie auch diese Arbeit verrichten. Ich halte es für schlecht, daneben noch einen dritten Mann einzusetzen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Seebohm.

Seebohm: Herr Bundesparteivorsitzender! Meine Damen und Herren! Sie haben vorhin völlig mit Recht gesagt, daß das Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums eine größere Autorität bekommt, wenn es vom Bundesparteitag gewählt wird. Ich frage mich aber, ist das gewünscht. Das ist nämlich der Generalsekretär. Wir haben vorhin aus den Ausführungen von Herrn Dufhues gehört, daß die Kommission der Meinung

war, Generalsekretäre wie Herr Moro[8] usw. sollten wir nicht nehmen. Dann ist natürlich die Frage, ob dieses Geschäftsführende Mitglied nicht doch vom Präsidiums selber bestimmt werden soll, zu erwägen.

Gerade die große Autorität, die durch eine Direktwahl auf dem Bundesparteitag gegeben wird, schwächt doch die Autorität des Vorsitzenden und seines Stellvertreters; denn damit bekommt er eine zumindest gleichrangige Stellung. Er kann selbst entscheiden und dem Vorsitzenden einfach sagen: Ich bin genauso gewählt wie du, vielleicht noch mit größerer Mehrheit. Wenn ich Geschäftsführender Vorsitzender bin, dann kann ich über diese Dinge auch entscheiden.

Wir haben Herrn Dufhues das letzte Mal auch so gewählt. Herr Dufhues hat sich daran gehalten, daß er eben diese Dinge im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden gemacht hat. Deswegen müßten wir jetzt, weil wir diese Situation haben, hier doch eine Abwägung vornehmen. Ich meine also, daß es richtiger wäre, wenn der Geschäftsführende Vorsitzende aus dem Kreis des Präsidiums gewählt wird, weil damit seine Bindung an den Vorsitzenden und den Stellvertreter stärker in Erscheinung tritt.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Darf ich jetzt einmal aus meinen Erfahrungen sprechen. Ich war jahrelang gleichzeitig Bundeskanzler und 1. Vorsitzender der Partei. Es stellte sich aber, als die Geschäfte des Bundeskanzlers einen derartig großen Umfang annahmen, heraus, daß ich mich nicht gleichzeitig um all die Sachen kümmern konnte. Damals ist Herr Dufhues als Geschäftsführender Vorsitzender gewählt worden, Herr Seebohm. Danach hat Herr Dufhues eine viel stärkere autoritative Stellung, als sie jetzt der Herr bekommt, der ins Präsidium gewählt und dem der Geschäftsführer hinzugesetzt wird.

Sie fallen also zurück, sie schreiten nicht voran. Meine Damen und Herren! Das eine müssen wir uns doch sagen, es liegen vor uns grausame Jahre, insbesondere für den Bundeskanzler, und zwar sowohl auf wirtschaftlichem, wie auf finanziellem und auch auf außenpolitischem Gebiete. Deshalb dürfen wir uns wirklich nicht mit solchen Sachen aufhalten.

Ich habe damals, Herr Seebohm, sofort zugestimmt, als mir der Vorschlag gemacht worden ist, Herrn Dufhues zum Geschäftsführenden Vorsitzenden zu machen. Ich hätte damals auch sagen können, nein, das will ich nicht, das ist eine Beeinträchtigung meiner Autorität. Lieber Herr Seebohm! Sie wissen doch ganz genau, Autorität hat man so viel, wie man sich selber verschafft. (*Heiterkeit.*) – Das Wort hat Herr Kohl!

Kohl: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir haben über die Frage in der Kommission lange gesprochen. Es sind alle Argumente des Für und des Wider dort vorgetragen worden. Nun würde ich dringend darum bitten, Herr Kollege Seebohm, daß wir die Terminologie einhalten. Es geht nämlich um ein Geschäftsführendes Präsidial-

8 Aldo Moro (1916–1978), italienischer Politiker und Jurist (DC); 1955–1957 Justizminister, 1957–1959 Erziehungsminister, 1963–1967 und 1974–1976 Ministerpräsident, 1969–1972 und 1973/74 Außenminister, 1976–1978 Präsident der Democrazia Cristiana, 1978 Entführung und Ermordung durch ein Kommando der „Roten Brigaden". Vgl. Giorgio CAMPANINI: Aldo Moro. Paris 1988.

mitglied und nicht um einen Geschäftsführenden Vorsitzenden, von dem Sie gesprochen haben. Das ist doch ein elementarer Unterschied. Darüber gibt es keinen Zweifel.

Ich möchte auch sagen, weil hier soviel von Versammlungen berichtet worden ist, daß ich kein Prophet bin, aber ich kann doch folgendes prophezeien: Wenn wir den Delegierten des Bundesparteitags nicht eine Lösung vorweisen können, daß jemand in der Partei ist, der diese Aufgabe in seine Hände nimmt – hier als Geschäftsführendes Präsidialmitglied bezeichnet –, dann werden wir hier nichts erreichen. Ich möchte das ganz offen sagen aufgrund meiner Beobachtungen, die ich draußen, insbesondere in meinem Landesverband, gemacht habe. Man wird uns also fragen, wer tut denn die Arbeit, wenn Herr Dufhues abtreten wird.

Mir scheint also die von uns gefundene Lösung ein gesunder Kompromiß zu sein. Ist es denn so etwas Falsches, daß die Delegierten der CDU Deutschlands, wenn sie in zwei Jahren einmal zusammenkommen, das Recht haben, den Mann in geheimer Wahl zu wählen, der ursächlich ihr Kontaktmann ist und die praktische Arbeit leisten soll? Mir scheint es auch vom Demokratischen her legitimiert und richtig zu sein, das hier zu tun.

Einer Lösung vom Präsidium aus würde ich mich unter allen Umständen widersetzen, weil hier sofort das taktische Kalkül in einer solchen Breite einsetzt, daß die Autorität dieses Mannes nicht so ist, wie sie um der Partei willen für die Zukunft gegeben sein muß.

Ich möchte es auch noch aus einem anderen Grund, dieser Mann soll sein Mandat vom Bundesparteitag haben, aber er soll auch dem Bundesparteitag gegenüber verantwortlich sein. Er soll dem Bundesparteitag Rechenschaft geben über das, was er getan hat. Er soll also diese Rechenschaft nicht einem kleinen Kreis geben, sondern der Gesamtpartei. Aus dieser Sicht scheint es mir richtig und zweckmäßig zu sein, diese Lösung zu treffen. Das hat gar nichts mit dem Beispiel der romanischen Länder zu tun, auch nichts mit dem Generalsekretär der CSU.[9] Wir sind ganz bewußt in dem Vorschlag einen eigenen und neuen Weg gegangen. Ich würde Sie dringend bitten, diesem Weg zuzustimmen. Das Ganze ist ein einheitliches Tableau. Wenn wir hier aus diesem Ganzen einen wichtigen Eckstein herausbrechen, dann ergeben sich daraus automatisch Konsequenzen für das ganze Tableau.

Es scheint mir notwendig zu sein, das hier fairerweise im Bundesvorstand offen auszusprechen. Es war ein wesentlicher Bestandteil einer stundenlangen Diskussion in der Kommission, wo sehr hart gerungen wurde, als man die Position eines Generalsekretärs zunächst forderte im Sinne der romanischen Länder, dann aber einen Kompromiß in der jetzt vorgelegten Form gefunden hat.

9 Vgl. Generalsekretariat der Christlich-Sozialen Union in Bayern (Hg.): Satzung – Statut – Landesschiedsgerichtsordnung. München Oktober 1962 (neue Auflage 1. April 1966): „Der Generalsekretär ist der Leiter der Geschäftsstelle des Landesverbands. Er erledigt seine Aufgaben nach den Weisungen des Landesvorsitzenden und nach Maßgabe der von der Landesvorstandschaft beschlossenen Dienstanweisung. Er kann an allen Sitzungen und Versammlungen der Organe der Union beratend teilnehmen."

Ich bin ganz sicher, auch angesichts der Persönlichkeit, die hierfür bereits genannt worden ist, daß das für die CDU unter den gegebenen Verhältnissen die am meisten ausgewogene und auch die klügste Lösung ist, so daß ich nur dafür plädieren kann, sich dieser Lösung anzuschließen und dem Manne die nötige Autorität zu geben und nach draußen zu sagen, daß die CDU-Spitze der Partei das gibt, was der Partei ist. Dazu gehört das Votum der Mitglieder unserer Gesamtpartei, und zwar vertreten durch die Delegierten auf dem Bundesparteitag.

Es ist doch gar keine Frage, daß dies der Kontaktmann ist, an den sich der Kreisvorsitzende in der Bundesrepublik zunächst einmal wendet, wenn er irgendein Anliegen hat, das in den politischen Bereich hineingeht. Natürlich neben dem Bundesgeschäftsführer. Wir sollten uns also den Vorschlag der Kommission noch einmal überlegen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Schmücker.

Schmücker: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Kohl! Ich bitte vielmals um Entschuldigung, wenn ich mich noch nicht so rasch von Ihnen überzeugen lasse. Die Rede, die Sie gehalten haben, halte ich mit ein paar anderen Vokabeln auch sehr häufig, indem ich nämlich von dem geschlossenen Bild usw. spreche, und ich ärgere mich dann immer, wenn man mir nicht folgt, und ich muß mich dann auch beugen.

Meine Damen und Herren! Ich bin ein wenig überrascht von diesem Vorschlag. Ich denke auch an das, was zu Beginn der Diskussion bei uns erörtert worden ist. Darf ich es einmal ein bißchen salopp so ausdrücken: Wir haben zunächst eine Debatte über den Generalsekretär geführt. Ich bin weder grundsätzlich dafür noch grundsätzlich dagegen. Es kommt darauf an, ob man einen entsprechenden Mann zur Verfügung hat. Nun habe ich mir sagen lassen, der Mann sei nicht da. Jetzt hat man diese Behelfslösung gefunden.

Wir haben einen 1. Vorsitzenden; der hat keine Zeit. Wir haben einen 2. Vorsitzenden; der hat auch keine Zeit. Dann haben wir drei Stellvertreter; die haben auch keine Zeit. (*Unruhe, Bewegung und Heiterkeit.*) Dann haben wir unter den Präsidialmitgliedern noch jemand, der hat aber nicht so viel Zeit, daß er Generalsekretär werden kann, immerhin kann er aber Geschäftsführendes Präsidialmitglied werden!

Meine Herren! So geht das doch nicht! Wenn Sie diese Aufgaben dem Manne zuweisen, dann ist er der Leiter der Parteiorganisation. Nennen Sie ihn Generalsekretär oder machen Sie ihm zum Geschäftsführenden Vorsitzenden. Dagegen habe ich auch nichts. Aber diese Konstruktion hier wird doch genommen, um etwas zu tun, was man nicht offen ausdrücken will. Und das erkennt doch jeder auf dem Parteitag. Das kann einen doch veranlassen, auf die Tribüne zu gehen und diesen Vorschlag zu Fall zu bringen.

Die Frage lautet, kann der 1. Vorsitzende die Partei führen? Sie sagen: Nein, es geht nicht. – Ich frage weiter, können Sie, Herr Barzel, die Geschäftsführung machen? Ja oder nein? Wenn Sie in diese Ämter hinein wollen, dann haben Sie auch die Aufgabe zu übernehmen und nicht für die Arbeit noch jemand als „ferner liefen" hinzunehmen.

Hier wird also nur eine halbe Lösung vorgeschlagen, mit der ich nicht einverstanden bin. (*Vereinzelter Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Katzer.

Katzer: Meine Damen und Herren! Vieles von dem, was Herr Kollege Schmücker gesagt hat, möchte ich unterstreichen. Aber daran werden wir nichts ändern können. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir sind unter dieser Konstruktion angetreten. Die Rede des Kollegen Schmücker wäre für mich viel überzeugender gewesen, wenn er zum Schluß gesagt hätte, ich schlage dies und dies vor. Aber dieses „ich schlage vor" ist ausgeblieben, weil wir ja alle in den letzten Wochen darum gerungen und auch nichts Besseres gefunden haben.

Ich bin der Auffassung wie Kollege Schmücker, eine ideale Lösung ist das nicht. Wir werden unsere Parteifreunde auch nicht zu Beifallsstürmen der Begeisterung hinreißen können. Aber es ist doch so, wenn wir die geeignete Persönlichkeit für einen Generalsekretär hätten, würde ich sagen, her damit. Wir müssen dem Parteitag, Herr von Hassel, mehr sagen, als nur von dem Präsidium zu sprechen – das ohnehin mit viel Ämtern gesegnet ist –, und es ihm überlassen, den betreffenden Mann aus seiner Mitte zum Geschäftsführenden Präsidialmitglied zu wählen. Das ist wirklich zu wenig. Ich möchte mich trotz aller Vorbehalte dazu bekennen, daß wir diese Lösung anstreben sollten, weil ich im Augenblick eine bessere Lösung nicht sehe, daß nämlich Herr Kollege Heck zum Geschäftsführenden Präsidialmitglied bestellt wird.

Was ich jetzt sage, tue ich ungern, aber ich würde meine Pflicht versäumen, wenn ich es hier nicht ganz klar sage würde. Meine Damen und Herren! Diese Union ist 1945 angetreten als Volkspartei. Sie ist geprägt worden in den ersten Jahren weitgehend von den breiten Strömen der Arbeitnehmerschaft, die zu uns gestanden haben in einem geistigen Prozeß, der schon lange vor 1945 eingeleitet wurde, nämlich schon in den zwanziger Jahren durch Stegerwald[10] und die Christlichen Gewerkschaften.

Wir haben eine Zeit gehabt – das war eine Hochzeit in der Union –, in der wir zwei Stellvertretende Parteivorsitzende hatten. Mir liegt es nicht, darüber zu feilschen, ob es nun zwei oder drei sein sollen. Auch hier ist es eine Frage der Persönlichkeit, wie sie sich einsetzt und durchsetzt.

Mit einem solchen Tableau, wo wir schließlich nachher 16 Persönlichkeiten haben, von denen nur zwei aus der Arbeitnehmerschaft sind, vermag ich nicht am nächsten Samstag vor den Hauptvorstand der Sozialausschüsse hinzutreten, vermag ich in den großen Versammlungen der Katholischen Arbeiterbewegung, der Kolpingsfamilie und wie sie alle heißen, nicht hinzutreten. Wir sprechen soviel von der geistigen Disposition. Ob es einem recht ist oder nicht, ob liberale Wirtschaftspartei oder was immer, damit müssen wir uns geistig auseinandersetzen.

---

10 Adam Stegerwald (1874–1945), Gewerkschafter; 1903–1920 Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, 1921 Ministerpräsident von Preußen, 1920–1933 MdR, 1930–1932 Reichsarbeitsminister, 1933 Verlust aller Ämter, 1945 Regierungspräsident von Mainfranken, Mitgründer der CSU. Vgl. Bernhard Forster: Adam Stegerwald (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 41). Düsseldorf 2003.

Das sind doch die Positionen, die wir in den großen Städten – ich komme aus Köln – verloren haben gegenüber den Sozialdemokraten, die dort überall große Erfolge erzielt haben, und zwar deshalb, weil die SPD auch die Liberalisierung auf ihre Fahne geschrieben hat. Das gilt für viele große Städte, die ehemals unsere Hochburgen waren.

Ich kann nur darum bitten, daß Sie mit allem Ernst dieses Problem sehen. Wir müssen auch die personellen Auswirkungen berücksichtigen, die dahinterstecken. Ich habe Sorge um die Union, wenn wir das hier mit der linken Hand beseitigen wollen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Hellwig[11]!

Hellwig: Meine Damen und Herren! Ich will nicht von Namen sprechen, auch wenn hinter dem einen oder anderen Vorschlag sicher bereits eine Vorstellung besteht. Es muß rein formell einmal geklärt werden, welches ist das Verhältnis des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes zum Bundesgeschäftsführer. Das Geschäftsführende Präsidialmitglied ist ein Mitglied des Präsidiums, und der Bundesgeschäftsführer ist von Amts wegen auch Mitglied des Präsidiums. Sie sitzen also beide im Präsidium gleichberechtigt. Der Bundesgeschäftsführer wird vom Parteivorstand gewählt und ist dem Parteivorstand verantwortlich. Wenn also über den Bundesgeschäftsführer noch ein Geschäftsführendes Präsidialmitglied vorgesehen ist, muß die Verantwortlichkeit des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes über die des Bundesgeschäftsführers hinausgehen; d. h. wir kommen entgegen den Überlegungen von Herrn Seebohm zur Wahl des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes aus dem Bundesparteitag heraus, um allein schon dieses Amt in der Gesamtverantwortung stärker herauszustellen gegenüber dem Bundesgeschäftsführer.

Es muß auch geklärt werden, in welchem Verhältnis die beiden, die gleichberechtigt im Präsidium sitzen, stehen. Diese Frage ist aus dem jetzt vorliegenden Satzungsentwurf nicht klar zu erkennen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Nach meiner Meinung ist das sehr wohl klar zu erkennen. Wenn ein Präsidialmitglied die Geschäfte führt, ist es selbstverständlich dem Bundesgeschäftsführer übergeordnet. Die Aufgaben des Bundesgeschäftsführers sind nicht in erster Linie politisch. Sie glauben gar nicht, was in einem solchen Betrieb alles an nichtpolitischen Sachen anfällt. (*Schmidt:* „Er leitet die Geschäftsstelle" steht hier.) Er leitet die Bundesgeschäftsstelle. Was Herr Hellwig gesagt hat, trifft also nicht zu. Ich muß Herrn Katzer sagen, daß er durchaus recht hat. Wir haben in den vergangenen Jahren immer uns Klarheit verschafft, daß wir, ohne einen entsprechenden Teil der Arbeitnehmerschaft als Wähler zu haben, niemals daran denken können, die stärkste Partei zu werden. Das steht auf dem Spiel, meine Herren!

Gerade die Organisationen, die eben genannt worden sind, die Kolpingsleute, die Katholischen Arbeitervereine, die Sozialausschüsse usw., alles das sind doch unsere treuesten Wähler. Wenn wir die nicht haben, dann sage ich Ihnen, wird es mit der Wahl

11 Prof. Dr. Fritz Hellwig (geb. 1912), Diplom-Volkswirt; seit 1947 Mitglied von wirtschaftspolitischen Ausschüssen der CDU, 1951–1959 Geschäftsführender Direktor des Deutschen Industrie-Instituts, 1953–1959 MdB (CDU), 1959–1957 Mitglied der Hohen Behörde der EGKS, 1967–1970 Vizepräsident der Kommission der EG.

des Jahres 1969 sehr schlimm werden. Deshalb sollte man diesen Vorschlag, den die Siebenerkommission aus reiflich überlegten Gründen gemacht hat, akzeptieren. – Das Wort hat Herr Grundmann.

Grundmann: Meine Damen und Herren! Man muß zunächst sagen, daß es niemanden hier gibt, der behaupten könnte – auch wir nicht –, daß dieser Vorschlag ein Idealvorschlag wäre. (*Kohl:* Ein Kompromiß!) Wenn Sie wollen, müssen Sie sich für einen Augenblick an die letzte Bundesvorstandssitzung erinnern. Wir haben da einen gemeinsamen Beschluß gefaßt, der eine Reihe von Konsequenzen beinhaltet, die sich z. T. in diesem Vorschlag widerspiegeln, den Sie heute hier sehen.

Natürlich kann jeder an dieser oder jener Stelle sagen, daß er in der Lage ist, auf dem Parteitag eine Brandfackel zu werfen, die dann das Tableau oder – besser gesagt – zunächst eine Person ins Wanken bringt. Aber darüber gibt es keinen Zweifel: Wenn Sie darangehen, einzelne Positionen ins Wanken zu bringen, und wir nicht zu einer einheitlichen Beschlußfassung kommen, dann bringen Sie das Ganze ins Wanken. Dann müssen Sie sich darüber im klaren sein, daß unter Umständen der Vorstandsbeschluß des letzten Males vakant ist und in die Diskussion gerät. Das ist gar nicht wagemutig, wenn ich das sage, sondern wir wissen alle, daß wir mit unseren Delegierten darüber zu reden haben, daß wir aus vielerlei Gründen, auch aus Gründen einer parteitaktischen Position heraus, notwendigerweise einen Beschluß zustande bringen müssen, den wir alle miteinander tragen. Darin ist eingebettet die Frage eines Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes.

Ich bin mit Ihnen, Herr Bundesvorsitzender, einer Meinung, es ist ein Unterschied zwischen der Position des Bundesgeschäftsführers, der mit beratender Stimme diesem Präsidium angehört, (*Zuruf:* Das steht aber nicht drin!) – Sie müssen die Satzungserläuterung dazu sehen und die Geschäftsverteilung – und einem Präsidialmitglied, das gewählt ist vom Bundesparteitag und mit einem klaren Auftrag ausgestattet wird, nämlich mit dem Auftrag, die hauptamtliche Verantwortung für diese Bundespartei zu tragen.

Herr Kollege Barzel! Ich glaube auch, daß wir den Tatbestand einer Diskussion unterschätzen. Man wird uns in vielen Fragen folgen, aber man erwartet auch Beschlußfassungen auf diesem Parteitag. Man muß das, was auf diesem Parteitag geschieht, draußen vertreten. (*Unruhe. – Zuruf:* Alles Selbstverständlichkeiten!) Das wird – ich beziehe mich auf Herrn Katzer und auf die Bemerkungen von anderen Herren – insgesamt nicht leicht sein. Das spürt jeder von uns, der draußen herumläuft.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ein Wort sagen zu den weiteren zwei Stellvertretern. Wir haben darüber gesprochen, aber man muß hinzufügen, wir tun gut daran, die regionalen Verhältnisse nicht zu übersehen. Diese Partei hat sich in ihrer Präsenz auch darzustellen in den landsmannschaftlichen Teilen. Ich habe in der letzten Bundesvorstandssitzung auch die Auffassung vertreten, es müsse ein weiterer Norddeutscher hinzukommen, und zwar aus Gründen, die sicherlich von jedem akzeptiert werden, der die ganze Breite sieht.

Ich wiederhole noch einmal: Wir sind in einer etwas mißlichen Situation, weil wir dem Bundesvorstand kein Patentrezept vorlegen können. Es sind Überlegungen, die

nach meiner Meinung Bezug haben auf den ersten Vorschlag, nämlich den Bundesvorsitzenden und den 1. Stellvertreter, und zwar in der Weise, wie wir das das letzte Mal besprochen haben. (*Starke Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Klepsch.

Klepsch: Meine Damen und Herren! Ich kann mich in vielem meinem Vorredner anschließen. Ich möchte vorweg sagen, vielleicht sind meine einleitenden Worte mißverstanden worden. (*Zurufe:* Kein Wunder!) Ich wollte nämlich zum Ausdruck bringen, daß es natürlich kein Resultat ist, was uns die Kommission vorlegt, das uns zu Begeisterungsstürmen hinreißt. Wir wissen sehr wohl, daß wir das den Delegierten sehr eingehend erläutern müssen. Eines scheint mir doch wichtig zu sein, und das möchte ich Ihnen sagen, Herr Minister Schmücker. Man könnte das Ganze zu Fall bringen, weil man keinen Generalsekretär hat. Mit diesem Argument können Sie natürlich das Tableau zu Fall bringen, aber nicht unter dem Motto, man braucht jemand, der sich um die Partei kümmert. Viele unserer Mitglieder glauben, daß es unbedingt notwendig ist, im Präsidium eine Persönlichkeit zu haben, die für die Partei zur Verfügung stehen muß. Unter diesem Punkt kann man fragen, ob ein Geschäftsführendes Präsidialmitglied ausreicht. Ich habe vorhin zum Ausdruck gebracht, daß ich bei einer Umschreibung der Kompetenzen dieser Auffassung bin. (*Zuruf:* Was heißt das?) Ich muß mich nun einem Zweiten zuwenden. Es ist schon richtig, daß gefragt werden muß, Herr Grundmann, ob die drei weiteren genannten Herren, die zwar nicht gewählt werden, die aber kraft Amtes dem Präsidium angehören, stimmberechtigt sind. Ich würde auch sagen, hier ergibt sich eine merkwürdige Situation. Zwar ist festgelegt, daß der Bundesgeschäftsführer die Bundesgeschäftsstelle leitet und das Geschäftsführende Präsidialmitglied die Geschäfte der Partei führt, aber in der Praxis ergibt sich daraus eine Diskrepanz, wenn beide dem Präsidium mit Sitz und Stimme angehören. Nun habe ich von einem Mitglied der Kommission eben gehört, daß das so zu verstehen sei, daß diese Zugehörigkeit kraft Amtes nur mit beratender Stimme gemeint sei. (*Unruhe. – Zurufe:* Nein!) Dann ist natürlich diese Frage akademisch. Wenn es aber nicht so ist, würde ich sagen, es ist nicht unmöglich, was Herr Hellwig ausgeführt hat. Man sollte sich über die Kompetenzen der beiden Herren vorher klarwerden.

Ich möchte sehr herzlich bitten, auch an die Delegierten auf dem Parteitag zu denken; denn sie erwarten, daß wir ein geschlossenes und kompromißbeinhaltendes Tableau vorlegen. Sie erwarten auch, daß die Partei eine in jeder Richtung funktionsfähige Führung erhält.

Adenauer: Das Wort hat Herr Bundeskanzler Erhard.

Erhard: Meine Damen und Herren! Die Funktionen zwischen dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied und dem Bundesgeschäftsführer lassen sich leicht abgrenzen. Es ist hier schon deutlich geworden, das Geschäftsführende Präsidialmitglied wirkt in den politischen Raum hinein, allerdings in der täglichen Arbeit am Schreibtisch. Ich denke an die vielen Reisen, die unser Freund Dufhues zu den Landesverbänden usw. unternommen hat, und zwar ist das nicht nur auf die Wahl zugeschnitten, sondern das ist eine

wichtige Aufgabe in Permanenz, und der Geschäftsführer soll deshalb nicht arbeitslos werden.

Auf der anderen Seite könnte man natürlich denken, ein Geschäftsführendes Präsidialmitglied stört die Kreise des Vorsitzenden und die seines 1. Stellvertreters und der anderen Herren. Ich glaube, hier sind auch die Funktionen vorgezeichnet oder können jedenfalls abgegrenzt werden. Der Vorsitzende mit seinem Mitarbeiter, überhaupt mit dem ganzen Präsidium, haben der Partei das Gepräge zu geben, die geistige Ausrichtung usw. Das Geschäftsführende Präsidialmitglied hat die Aufgabe, das nun im täglichen praktischen politischen Leben zu verwirklichen. Er ist nicht der geistige Führer der Partei vor dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter, sondern er ist das politische Vollzugsorgan dessen, was die Partei will, um es hinauszutragen in unsere Wähler und in die Bevölkerung.

Ich glaube, auch das läßt sich satzungs- und geschäftsordnungsmäßig einigermaßen klar festlegen. Ich sehe darin keine große Spannung. Ich persönlich wäre, wenn Sie mich zum Vorsitzenden wählen, bereit, diese Konstruktion anzuerkennen.

Adenauer: Das Wort hat Herr von Hassel.

Von Hassel: Meine Freunde! Wenn es jemanden gibt in der CDU, der das Thema „Satzung und Satzungsänderung und Vorbereitung von Parteitagen" kennt, dann bin ich das. Ich denke an die Jahre 1959 und 1960. Die Landesvorsitzenden werden sich dieser Zeit erinnern, wo wir uns um eine Ordnung der Satzung bemüht haben.[12] Ich stimme völlig den Herren zu, die sagen, wenn wir in den Parteitag ohne klare Auffassung des Bundesvorstands gehen, dann kann es eine gräßliche Satzungsdebatte dort geben. Wenn man etwas nach außen zu Fall bringen will, dann geschieht das am besten durch eine Diskussion über die Satzung.

Ich habe vorhin gesagt, daß ich Verständnis habe für diesen Kompromiß, den man gefunden hat, zwischen dem, was man für richtig hält, und dem, was unsere Freunde draußen auf dem Parteitag verlangen werden. Ich habe lediglich als Nuance gesagt: Soll der Parteitag wählen oder sollen wir es dem Plenum vorbehalten?

Um nun die Dinge zu erleichtern, ziehe ich meine Anregung von vorhin zurück. Dann können wir hinter das von der Kommission vorgeschlagene Konzept treten.

Adenauer: Das Wort hat Herr von Heydebreck[13].

Von Heydebreck: Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe nur eine Frage um der Klarheit wegen. In dem Vorschlag der Kommission heißt es im § 21: „Der Bundesparteitag hat aus dem Kreis dieser Personen ein Geschäftsführendes Mitglied des Präsidiums zu bestellen." Das heißt, daß an sich auch einer der Stellvertretenden Bundesvorsitzenden zum Geschäftsführenden Präsidialmitglied bestellt werden kann. (*Zuruf:* Ja!) Ist das beabsichtigt? (*Mehrere Zurufe:* Ja!) Das kann natürlich Unter-

12 Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 406–426, 649–654.

13 Claus-Joachim von Heydebreck (1906–1985), Rechtsanwalt; 1948–1955 Stadtrat in Glückstadt (CDU), 1954–1964 Mitglied des Kreistags Steinfurt, 1958–1971 MdL Schleswig-Holstein, 1959–1964 Landtagspräsident, 1964–1969 Kultusminister, 28. März bis 2. November 1969 auch Justizminister von Schleswig-Holstein.

schiede in der Gewichtsverteilung geben, wenn z. B. ein Stellvertretender Bundesvorsitzender zum Geschäftsführenden Präsidialmitglied bestellt wird, hat er natürlich ein stärkeres Gewicht als ein anderes Mitglied des Präsidiums.

Dufhues: Ich will diese Frage gleich beantworten. Es ist ganz bewußt so formuliert worden, daß auch die Stellvertreter des Vorsitzenden zum Geschäftsführenden Mitglied des Präsidiums gewählt werden können. Meine lieben Freunde! Lassen Sie mich noch einige allgemeine Bemerkungen zum Stand der Diskussion machen. Wenn ich mich in die Vorstellungswelt und in die Zukunftsüberlegungen meines Freundes Heck versetze, der, wie ich höre, einem Teil der Diskussion beigewohnt hat, ... (*Heck:* Nein! – *Amrehn:* Dieser Diskussion nicht!) Dieser Diskussion nicht, dann bin ich beruhigt; denn sonst müßte ihm angst und bange werden um die Möglichkeiten, die ihm bei seiner künftigen Arbeit gegeben sind. Um eines mit aller Deutlichkeit zu sagen: Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß von diesem Geschäftsführenden Mitglied des Präsidiums gegenüber dem Vorsitzenden, dem 1. Stellvertretenden Vorsitzenden und dem Präsidium insgesamt Loyalität verlangt wird. Ich weiß, das Loyalität nicht immer gegeben ist, aber daß wir gerade diesem Gesichtspunkt, nämlich dem Willen und dem Wunsche nach loyaler Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden und den übrigen Mitgliedern des Präsidiums, aber auch mit den Kräften der Fraktion und der Bundesregierung, Rechnung tragen müssen, halte ich in der Tat für ein dringendes Gebot, das wir nicht aus dem Auge verlieren sollten.

Ein Zweites! Das Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums braucht Autorität. Seine Aufgabe besteht darin, die vom Präsidium zu beschließenden Grundlinien der Arbeit der Christlich-Demokratischen Union zu realisieren, und zwar im Verhältnis zu den übrigen politischen Parteien, zu den befreundeten Parteien im Ausland, im Verhältnis zu den Verbänden und Organisationen. Diese Kontaktpflege erfordert ein sehr hohes Maß aktiver Betätigung.

Das Geschäftsführende Präsidialmitglied ist also nicht nur weisungsgebundenes Mitglied des Präsidiums, daß Einzelweisungen des einen oder anderen Mitgliedes des Präsidiums auszuführen hat, sondern ich erwarte von dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied, daß sehr viel eigene Initiative von ihm ausgeht, um zu jener aktiven Arbeit der Christlich-Demokratischen Union zu kommen, die ich versucht habe durch meinen Beitrag zu erreichen, die aber noch wesentlich besser gestaltet werden kann, als es vielleicht in der Vergangenheit geschehen ist.

Wenn Sie dieser Auffassung zustimmen, meine Freunde, bitte ich Sie ganz herzlich und dringend, geben Sie diesem armen geplagten Freund unserer Partei eine höchstmögliche Autorität, soweit das statutarisch zu geschehen hat und soweit es nicht durch das Wirken der Persönlichkeit allein geschaffen werden kann. Geben Sie ihm deshalb die Autorität, die von dem höchsten Organ der Partei ausgeht, nämlich durch den Beschluß der Bundespartei selbst.

Alles andere wird zu Ergebnissen führen, die uns – lassen Sie mich das ganz offen sagen – vor unlösbare personelle Fragen stellen würden. Ohne diese Lösung werden Sie

nicht die Persönlichkeit finden, die ministerielle oder andere Aufgaben niederlegt oder ausschlägt, um sich dieser Aufgabe zu widmen.

Herr Hellwig hat mit Recht nach dem Verhältnis des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes zum Bundesgeschäftsführer gefragt. Ich stehe nicht an, darauf hinzuweisen, daß in den Beratungen in der Tat das Bedenken aufgetaucht ist, das Sie, Herr Hellwig, geltend gemacht haben. Ausgangspunkt unserer Überlegungen war auf der einen Seite die intakte Bundesgeschäftsstelle mit dem Bundesgeschäftsführer und den Aufgaben, die statutarisch festgelegt sind, deren Abgrenzungen und Inhalt keinem Zweifel unterliegen, und auf der anderen Seite den Parteifreund, der die Funktion des Präsidiums zusammenfaßt und das politische Willensorgan der Partei ist, der aufgrund der sachlichen Unterschiede und Aufgaben naturgemäß der Bundesgeschäftsstelle und auch dem Bundesgeschäftsführer die Weisung geben kann, die sich aus der Unterschiedlichkeit der Aufgaben und aus der unterschiedlichen Aufgabenstellung beider Organe ergeben.

Meine verehrten Freunde! Auch ich habe damals als Geschäftsführender Vorsitzender der Partei nicht gefragt, wo liegen die genauen Grenzen meiner Kompetenz. Wer nicht bereit ist, mit gutem Willen an die Arbeit zu gehen, und nicht bereit ist, gelegentlich eine dienende Funktion zu übernehmen, wird es niemals schaffen. Wenn Sie glauben, daß das in Paragraphen gefaßt werden kann, was guter Wille und vor allen Dingen politische Arbeit verlangen, dann irren Sie sich. Dann werden Sie es niemals erreichen.

Deshalb glaube ich, daß sich aus dem Amt auch jene sachliche Unterstellung ergibt, wie sie leider in der Satzung nicht klar zum Ausdruck kommt, die auch noch gegeben bleibt, wenn beide dem Präsidium angehören, der eine kraft Wahl durch den Parteitag, der andere aufgrund der Zugehörigkeit durch die Satzung.

Ich bitte Sie, diesen Vorschlägen zuzustimmen. Ich kann nur wiederholen, was gesagt worden ist: Wenn Sie in diesem entscheidenden Punkt unserer Vorschläge eine wesentliche Änderung vornehmen sollten, dann müßten wir erneut zu Beratungen zusammentreten, um die Gesamtkonstruktion der Führung unserer Partei neu zu ordnen. Zu welchem Ergebnis wir dann kommen, ist mir zumindest sehr zweifelhaft.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich muß auf eine Anfrage hin antworten und eine neue schwierige Frage aufwerfen. In dem Entwurf, den uns die Kommission vorgelegt hat, heißt es: „Der Vorsitzende der Bundespartei, der Bundesschatzmeister und der Bundesgeschäftsführer gehören dem Präsidium kraft Amtes an." Danach haben sowohl der Geschäftsführer wie der Bundesschatzmeister Stimmrecht. (*Zuruf:* Natürlich!) Sie sagen, natürlich! Das hatten sie bisher nicht. (*Unruhe und Bewegung.*) Als Herr Kraske sich entschloß, Bundestagskandidat zu werden, habe ich ihm gesagt: Herr Kraske! Sie müssen sich entscheiden. Wenn Sie Bundestagsabgeordneter werden, können Sie nicht länger Bundesgeschäftsführer bleiben. Denn dann werden Sie ein guter Bundestagsabgeordneter und ein weniger guter Bundesgeschäftsführer. Der Bundesgeschäftsführer hat doch in der Hauptsache die technischen Sachen in einem großen Betrieb zu regeln, wie sie innerhalb einer Partei nun einmal anfallen. – Sie müssen sich darüber klar werden, ob Sie das bestehen lassen wollen. Damit wird allerdings dieses Präsidium auf ein Volumen gebracht, daß es schlechterdings kaum je eine Sitzung ge-

ben wird, in der alle anwesend sind. Ich habe doch den Jammer mit dem Präsidium all die Jahre mitgemacht. Man mußte tagelang herumtelefonieren, ob es den Herren überhaupt paßte. Dann paßte es diesem nicht, dann paßte es jenem nicht. Und nachher, wenn sie zugesagt hatten, kamen sie doch nicht. (*Unruhe und Bewegung.*) Dabei hatten wir das Präsidium viel kleiner gehalten und hatten Herren genommen, die ihren Wohnsitz in Bonn hatten, weil wir glaubten, sie seien jederzeit zu haben. Nun überlegen Sie bitte einmal, wieviel Ferienmonate die Bundestagsabgeordneten haben. (*Blank:* Fünf Monate!) Also, fünf Monate Ferien! Während dieser Zeit sind die Herrschaften nicht hier und nicht zu haben. Dann soll dieses arme Präsidium arbeiten und wichtige Entscheidungen treffen.

Also, meine Herren, machen Sie bitte nicht so viel Schwierigkeiten. Es hat keinen Zweck. Aber diese Frage nach dem Umfang des Präsidiums bei fünfmonatigen Ferien für die Bundestagsabgeordneten ist wichtig; denn sonst bekommen Sie mit Mühe und Not nachher Sitzungen des Präsidiums, bei denen nur anwesend sind vielleicht zwei oder drei Stellvertreter, der Bundesgeschäftsführer, das Geschäftsführende Präsidialmitglied und der Bundesschatzmeister. Das ist also – ich drücke mich jetzt etwas überspitzt aus – nichts anderes als ein Beamtenkollegium. (*Heiterkeit.*) – Das Wort hat Herr Schmücker.

Schmücker: Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe eine Reihe von Argumenten gehört, aber ich bin nicht überzeugt. Man muß sich, Herr Kohl, überstimmen lassen. Daß Ihre Ausführungen auch nicht alle richtig sind, entnehme ich den Ausführungen von Herrn Klepsch, der z. B. auf die regionale Ausgewogenheit hingewiesen hat, besonders auf Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg usw. (*Unruhe und Bewegung.*) Dann kommt die konfessionelle Ausgewogenheit mit 9:4. Ich will das nur erwähnen, daß doch einige Fehler hier unterlaufen können.

Meine Herren! Ich frage mich, warum machen wir das eigentlich. Warum müssen wir die Satzung ändern und dies alles tun, wenn doch dasselbe dabei herauskommt nur unter einem anderen Namen, was wir bisher auch schon gehabt haben? Und wenn Herr Katzer gesagt hat, daß ich keinen Vorschlag gemacht hätte, dann erwidere ich, lassen wir doch die Sache, wie sie ist: Bundesvorsitzender Erhard, Geschäftsführender Vorsitzender Barzel, Stellvertreter Heck und vier weitere Mitglieder. Dann brauchen Sie weder die Satzung zu ändern noch sonst etwas zu tun. (*Lebhafte Bewegung und Unruhe.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Adorno.

Adorno: Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte auch etwas sagen zu der Frage der Stellung des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes zum Bundesgeschäftsführer. Es ist zweifellos richtig, daß sich die Kommission große Mühe gegeben hat, das Präsidium möglichst eng zu begrenzen. Wir sind zunächst von der Zahl zehn ausgegangen. Dann kamen wir auf zwölf, und dann stellte sich die Frage, ob nicht noch eine weitere Person kraft Amtes dem Präsidium angehören solle. Es ist nie die Frage erörtert worden, daß die Mitglieder kraft Amtes auch Stimmrecht im Präsidiums haben sollen. Ich kann mir vorstellen, daß es zu einer sehr schwierigen Situation kommt, wenn das Geschäftsführende Präsidialmitglied und der Bundesgeschäftsführer

im Führungsgremium nicht nur Sitz, sondern auch Stimme haben. Das könnte zu einer Kontroverse führen, die der gemeinsamen Arbeit abträglich wäre.

Wenn sie Stimmrecht haben, kommt der Einwand von Herrn Katzer, dann kann bei einem 16köpfigen Präsidium die Zahl der Vertreter der Arbeitnehmerschaft nicht auf zwei begrenzt bleiben. Aus den Sozialausschüssen, aus den Katholischen Arbeitervereinen, aus den Kolpingsfamilien usw. sind uns immer wieder die Wähler und auch die besten Helfer bei den Wahlen zugeströmt. Das müssen wir unbedingt bei dieser Entscheidung berücksichtigen.

Bei der Frage, Generalsekretär oder Geschäftsführendes Präsidialmitglied, hat eine erhebliche Rolle gespielt, wie draußen im Lande unser Parteivolk reagiert. Es kommt darauf an, ob sich diese Persönlichkeit voll und ganz der Parteiarbeit widmen kann. Wir stehen jetzt vor einer Zäsur. Es wird jetzt das Präsidium völlig neu zusammengesetzt. Wenn wir jetzt keine Lösung finden, die auf diese Frage, die das Parteivolk draußen stellt, eine befriedigende Antwort gibt, dann werden wir wahrscheinlich auf dem Parteitag Schwierigkeiten bekommen.

Deshalb ist es notwendig, daß wir auf das, was Herr Dufhues in seinem Bericht angeführt hat, eingehen. Ich würde vorschlagen, daß wir erstens unseren Freund Heck bitten, sich zu entscheiden, wann er sein Ministeramt zur Verfügung stellt, damit wir das dem Parteitag sagen können; zweitens sollten wir den kraft Amt dem Präsidium angehörenden Freunden nahelegen, daß sie nur Sitz in diesem Gremium haben, aber nicht gleichzeitig ein Stimmrecht, weil es sonst zu Schwierigkeiten zwischen dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied und dem Bundesgeschäftsführer kommt.

Adenauer: Meine Damen und Herren! In der Zwischenzeit ist der Vorschlag gemacht worden „mit beratender Stimme". Man kann unmöglich dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion ... (*Kohl:* Es geht nur um den Bundesgeschäftsführer!) Nein, es steht hier in den Anträgen anders. Da sind die drei zusammengefaßt, und zwar mit beratender Stimme. Der Bundestagsfraktionsvorsitzende muß doch, weil er die Stimmen unserer Fraktion vertritt, volles Stimmrecht haben. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das Wort hat Herr Russe.

Russe: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte als Mitglied der Kommission ein paar Bemerkungen machen. Die Frage des Stimmrechts des Schatzmeisters und des Geschäftsführers im Präsidium ist eine Frage, die früher selbstverständlicherweise gelöst war, nämlich bis zu dem Tag der Einrichtung des Präsidiums in Dortmund. Bis zu diesem Tag gehörten sowohl der Bundesgeschäftsführer wie auch der Bundesschatzmeister zum Parteivorstand mit Sitz und Stimme, (*Zuruf:* Das tun sie auch heute noch!) und zwar auch im engeren Vorstand – das sollten sie auch weiter sein –, den wir einmal in einer Größenordnung von 15 Mitgliedern gehabt haben.

Ich frage, wollen Sie dem Bundesschatzmeister, dem Bundesgeschäftsführer und dem Fraktionsvorsitzenden nicht die gleichen Rechte geben wie allen anderen Mitgliedern des Präsidiums? Wir reden hier vom Präsidium. Eigentlich ist es doch das, was wir vor Dortmund gehabt haben, nämlich das Zurückgehen auf einen größeren Geschäftsführenden Vorstand, wenn Sie so wollen. Ob Sie das Präsidium nennen oder Geschäfts-

führenden Vorstand, ist letzten Endes unerheblich. Deshalb ist es auch unerheblich, daß man jetzt sagt, das Präsidium ist das Führungsteam und die anderen werden mehr oder weniger abgesetzt auf eine Funktion, die ihnen eigentlich von der Aufgabenstellung, von der Tradition, von der früheren Regelung der Satzung her nicht zukommt.

Ich bleibe also dabei, daß der Fraktionsvorsitzende, der Bundesschatzmeister und der Bundesgeschäftsführer Stimmrecht im Präsidium erhalten sollen. Ich sehe auch keine Schwierigkeit, die hier zwischen dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied und dem Bundesgeschäftsführer auftauchen könnte. Warum wollen Sie das konstruieren? Selbst wenn die Herren einmal verschiedener Auffassung sein sollten, ist es doch nicht schwerwiegend, daß in einem Gremium von 16 Mann der eine oder andere überstimmt und auf die Ordnung zurückgeführt wird, die im Grunde genommen notwendig ist.

Die zweite Angelegenheit! Herr Parteivorsitzender, Sie haben gesagt, das Präsidium ist gar nicht arbeitsfähig, wenn fünf Monate Ferien sind. Verzeihen Sie, Herr Bundesvorsitzender, wenn Sie sich die Zusammensetzung des Präsidiums anschauen, wie die Kommission den Vorschlag unterbreitet hat, dann sind im Augenblick lediglich Frau Brauksiepe und Herr Blank als Abgeordnete anzusprechen, die anderen haben alle Funktionen entweder hier in Bonn als Minister oder in den Ländern als Ministerpräsident. (*Adenauer:* Die Minister reisen doch noch mehr! – *Heiterkeit.*) Herr Parteivorsitzender! Wenn Sie diese Meinung vertreten, kann man darüber diskutieren, aber dann muß man das Präsidium schlechthin anders zusammensetzen. Aber wenn Sie in dieser Vorlage mit uns einig sind, dann ist das Argument, daß Sie vorgetragen haben, nicht mehr gültig, dann bleibt es dabei, daß auch in diesen fünf Monaten in dem Gremium gearbeitet werden kann.

Noch ein Wort zu Herrn Katzer! Es ist in der Tat so, daß man bei der Gesamtsituation unserer Union Wert darauf legen muß, daß selbstverständlicherweise die Arbeitnehmerschaft in einer größeren Deutlichkeit hier repräsentiert sein muß. Wenn wir auf 16 Mitglieder insgesamt kommen, ist es keine Lösung, nur mit zwei Arbeitnehmerrepräsentanten dort vertreten zu sein. Ich darf Sie bitten, bei den personellen Überlegungen noch einmal auf diese Frage zurückzukommen.

Adenauer: Meine verehrten Damen und Herren! Mir liegt doch nur daran, meinem Nachfolger ein arbeitsfähiges Präsidium zu schaffen. Je größer eine solche Gesellschaft ist, desto schwerer kriegt man sie zusammen. Dann denkt jeder, es ist ja noch ein anderer da, ich kann einmal wegbleiben. Desto mehr wird also geschwänzt, meine Herren.

Nun kommen die fünf Monate Ferien hinzu. Ich wünsche Ihnen wirklich, daß Sie hier einmal säßen und während der Ferien ein Präsidium einberufen müßten, das dann vollzählig wäre. Wenn Sie das fertigkriegen, können Sie meinetwegen demnächst Bundeskanzler werden. (*Heiterkeit.*) Meine Herren! Sie glauben nicht, wie schwierig die ganze Sache ist. Wenn dieses Parteipräsidium nicht in acht Tagen zusammengerufen werden kann, ist es nicht die Hilfe für unsere Partei und für die Männer, die wir im Kabinett stellen, wie sie sein soll. Deshalb bitte ich Sie wirklich, sehen Sie doch das allgemeine Beste. Sehen Sie nicht darauf, daß dieser oder jener da drin ist, das hat gar keinen

Zweck. Sie werden sehen, es werden dieselben Erfahrungen gemacht werden, die ich mit einem kleineren Gremium auch gemacht habe.

Gurk: Meine Damen und Herren! Ich möchte etwas Grundsätzliches sagen zur Stellung des Geschäftsführers. Wir haben das auch draußen im Lande erlebt. Ich kann Ihnen heute sagen, der beste Geschäftsführer ist der, der nicht nach einem Mandat strebt. Wenn er ein Mandat erstrebt, sollte er nicht mehr Geschäftsführer sein. Wir hatten eine Auseinandersetzung darüber, ob der Landesgeschäftsführer im Landesvorstand Stimmrecht haben soll. Ich habe dort sehr große Widerstände erlebt. Der Einfluß eines Geschäftsführers hängt nicht von diesem Stimmrecht ab, auch nicht davon, daß er ein Mandat hat, sondern davon, daß er selbstlos dient in all den Dingen, die die Geschäftsführung ausmachen.

Ich bin durchaus nicht für eine Zwitterstellung, daß nämlich ein Geschäftsführer einerseits die laufenden Geschäfte führt und andererseits eine politische Position ausfüllt. Das ist nicht gut. Es ist auch nicht gut, wenn der Geschäftsführer Stimmrecht hat. Er wird doch gezwungen, dann für und wider Stellung zu nehmen, aber er soll doch allen zur Seite stehen. Warum soll er denn Partei ergreifen in Dingen, wo es gar nicht nötig ist?

Ich sage aufgrund meiner langen Erfahrungen, daß das Streben eines Geschäftsführers nach einem Mandat nicht gut ist für die Geschäftsführung als solche. Es gibt Landesgeschäftsführer, die prinzipiell ein Landtags- oder ein Bundesmandat ablehnen. Ein kommunales Mandat ist vielleicht noch möglich. Ich bitte Sie also, es nicht so zu sehen, als ob der Bundesvorstand nötig sei, um dem Bundesgeschäftsführer eine Position zu schaffen. Seine Position kommt aus der dienenden Funktion für das ganze Land.

Adenauer: Das Wort hat Herr Lemke.

Lemke: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich muß noch einmal auf das Gesamttableau zu sprechen kommen. Ich bitte Sie, mir das nicht übelzunehmen, ich bin vielleicht der einzige, der das hier offen ansprechen darf. Es sind nach dem Vorschlag der Kommission nicht zwölf sondern 13. Ich habe es durchgerechnet. Wer mich kennt, der nimmt es mir nicht übel, wenn ich Folgendes ausspreche: Es ist nicht gut zumutbar – und ich bitte meine katholischen Freunde, das einmal zu überprüfen –, daß wir neun katholische und vier evangelische Mitglieder im Präsidium haben. (*Unruhe und Bewegung.*) Meine Damen und Herren! Sie dürfen darüber nicht murren, wenn ich das sage. Sie sprechen ja auch Ihre Ansichten aus. Sie können nachher entscheiden, wie Sie wollen, aber ich muß das hier vortragen.

Dufhues: Nur zur Klarstellung! Ich habe bereits in meinem einleitenden Vortrag darauf hingewiesen, daß die Vorschläge acht weitere Mitglieder vorsehen, während praktisch nur sieben gewählt werden können, so daß eine Wahl innerhalb des Vorstands vorzunehmen ist. Wenn Sie das zugrunde legen, wird nach menschlichem Ermessen das Ergebnis 4:8 sein. Es mag für Sie insoweit unbefriedigend sein, aber ich lege Wert darauf, daß diese Klarstellung erfolgt.

Adenauer: Das Wort hat Herr Glup[14].

Glup: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Aus der langen Diskussion muß man den Eindruck gewinnen, daß auf dem Parteitag mit allem Nachdruck angestrebt werden soll eine deutliche Neuerung unserer Partei, d. h. unserer Organisation, womit eine Straffung verbunden sein soll, eine Verbesserung zugunsten der Partei, die eine Volkspartei nach wie vor bleiben muß. Wir kommen nicht umhin, bei der Neuerung Wert darauf zulegen, daß das Amt eines Parteivorsitzenden oder eines Mitgliedes des Präsidiums, insbesondere auch des Geschäftsführers, populär gemacht wird, und zwar draußen im Lande. Draußen sieht es doch so aus: Wenn jemand als Vorsitzender einer Partei oder ein Geschäftsführer nicht ein Mandat im Kreuz hat, ist er auch nicht populär. Wodurch kommt denn das Streben der Geschäftsführer, noch zusätzlich zu einem Mandat zu kommen? Das hat doch seine Gründe. Wenn wir die Partei straffen wollen, dann brauchen wir Männer und Frauen in den Spitzengremien, die auch Zeit haben für die Parteiarbeit. Weshalb streben wir neuerdings wiederum eine Ämterkombination an? Der eine ist Minister und dabei Geschäftsführendes Präsidialmitglied; der andere ist Bundesgeschäftsführer und dabei gleichzeitig Bundestagsabgeordneter. Warum machen wir das?

Ich sehe einzig den Grund darin, daß die Leute eine persönliche Aufwertung in einem Amt bekommen wollen. Herr Dufhues hat seinerzeit als Begründung angeführt, daß er der Meinung ist, daß das Amt eines Parteivorsitzenden nicht honoriert werden soll. Ich spreche das jetzt einmal an. Wir wissen, daß in Zukunft das Geschäftsführende Präsidialmitglied vorwiegend für die politische Richtungsorientierung der Partei verantwortlich sein soll. Deshalb muß er auch so gestellt werden, daß er dieser Aufgabe gerecht werden kann. Wie wollen wir es einem Manne zumuten, sich so exponiert dieser Aufgabe zu verschreiben, wenn hier an diese Dinge nicht gedacht wird?

Bisher ist es doch geradezu unpopulär, von einem Vorsitzenden zu erwarten, daß er die Barauslagen ersetzt bekommt. Das hat zur Folge, daß nur solche Persönlichkeiten in die Ämter hineinkommen können, die dazu finanziell in die Lage versetzt werden. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Und wenn die CDU eine Volkspartei bleiben will, dann muß jedem von daher auch die Chance gegeben werden, entsprechend mitzuwirken. Es nützt doch nichts das ganze Proporzdenken, wenn nicht von der organisatorischen und von der finanziellen Seite her für diese Dinge gesorgt wird. (*Unruhe und Zuruf:* Was soll das eigentlich?) Wenn wir eine Aktivierung der Partei wollen, dann müssen wir die Ämtertrennung vornehmen. Es geht nicht an, daß jemand halb Abgeordneter und halb Bundesgeschäftsführer ist. Es geht nicht an, daß jemand Geschäftsführendes Präsidialmitglied ist und gleichzeitig Minister (*Unruhe.*) Wir müssen uns für eine Richtung entscheiden.

Adenauer: Das Wort hat Herr Amrehn.

---

14 Gerhard Glup (geb. 1920), Landwirt; 1960–1980 Vorsitzender des KV Cloppenburg, 1965–1985 Vorsitzender des LV Oldenburg, 1967–1986 MdL Niedersachsen (CDU), 1976–1986 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Amrehn: Herr Vorsitzender! Meine Freunde! Bis zum Beginn des Parteitags ist noch weniger als eine Woche. Wir haben also nicht mehr viel Zeit, um alle diese Fragen, die Sie jetzt zum Schluß noch zum Ausdruck gebracht haben, völlig neu zu ordnen. Als wir uns vor rund 14 Tagen getroffen haben, waren wir der Meinung, daß im Grunde eigentlich die Richtlinien für die Neuorganisation der Parteispitze gegeben waren. Dabei hatten sich die Landesvorsitzenden ein besonderes Verdienst erworben, indem Sie gemeint hatten, daß aufgrund der alten Erfahrungen ein Präsidium von etwa zwölf Personen gegründet werden sollte statt der sieben, die sich als zu wenig erwiesen hatten.

Ich halte es für einen Grundfehler, heute nun, wie es eben vorgeschlagen worden ist, das völlig umzustellen und wieder zu einem kleineren Präsidium zurückzukehren. Bei zwölf Mitgliedern hätten wir wenigstens die Aussicht, daß sechs oder sieben zu einer Sitzung erscheinen und ein genügend großer Kreis versammelt ist, um eine politische oder organisatorische Entscheidung zu treffen. Solange die CDU als Bundespartei besteht, hat es eine Unzufriedenheit darüber gegeben, daß die Politik im Bund so gut wie allein vom Kabinett und der Fraktion gemacht worden ist, aber nicht genügend politischer Wille aus der Partei heraus sichtbar wurde. Das hat dazu geführt, daß man einen Vorstand wie diesen gegründet hat, der dann stärker den politischen Willen sichtbar machen sollte, aber das gar nicht kann bei der Größe eines solchen Kreises. Hier liegt mit ein Grund, warum wir zu dem alten engeren Vorstand von rund zwölf bis 15 Personen zurückkehren. Ich halte diese Zahl noch immer für vernünftig, auch unter dem Gesichtspunkt der Geltendmachung eines politischen Willens aus den Landesverbänden, also aus der Partei heraus, neben dem, was in der Fraktion erarbeitet wird.

Insoweit unterstütze ich das alles, was heute hier vorgeschlagen worden ist von der Kommission, weil ich mir auch bewußt bin, daß wir es uns nicht so ausmalen können, wie wir möchten, weil wir gar nicht den Mann haben, der Generalsekretär werden könnte.

Aus all den vielen Schwierigkeiten scheint mir die vorgeschlagene Lösung noch einigermaßen das beste zu sein, obwohl sie mich auch nicht befriedigt. Als die Landesvorsitzenden vor rund 14 Tagen den Vorschlag gemacht haben,[15] haben Sie sich dabei auf die guten Erfahrungen berufen – das gleiche hat auch der Herr Parteivorsitzende getan –, die dann gemacht worden sind, wenn das relativ kleine Gremium der Landesvorsitzenden getagt hat.

Sie sollten deshalb bei der Erweiterung im Grunde eine stärkere Rolle spielen, als das heute vorgesehen ist. Es ist nur ein Landesvorsitzender dazugekommen, unser Freund Kohl. Herr Dufhues war ja schon drin. Es ist also das Ergebnis, welches die Landesvorsitzenden wollten, nicht erreicht worden. Trotzdem sage ich, es ist offenbar nicht besser gegangen. Warum nicht? Weil nämlich das Problem, einen starken politischen Arbeitsstab im Vorstand zu haben und gleichzeitig die Partei zu repräsentieren, anscheinend nicht anders gelöst werden kann, als wenn man eben diesen Kompromiß

15 Protokoll der Landesvorsitzendenkonferenz vom 16. Februar 1966 in ACDP 07–001–111.

schließt. Aber ich möchte das mit hervorgehoben haben, daß es auch nach dieser Richtung hin völlig unbefriedigend ist.

Wenn mich heute noch etwas unbefriedigend stimmt, dann ist es die wiederholte Betonung der Repräsentanz von bestimmten Interessen. Das sind die Arbeitnehmer, die Frauen usw. Dann ist noch von Herrn Grundmann gesagt worden: das landsmannschaftliche Interesse. Für den Arbeitsstab einer Partei müßte das im Grunde genommen völlig zurücktreten. Ich wäre froh, wenn wir die freien Menschen hätten, die nicht Bundesminister sind, die also beruflich frei sind und die Arbeit der Partei hauptamtlich machen können. Aber die haben wir nicht. Das ist ein Armutszeugnis; aber wir müssen damit fertig werden. Das rechtfertigt, daß am Ende auch bestimmte Interessen in einem solchen Gremium zum Ausdruck gebracht werden.

Noch ein Wort in diesem Zusammenhang! Das sage ich, weil ich vor einer großen Sorge stehe. Ich habe es bereits vor dem Vorstand der Bundestagsfraktion und vor der Fraktion ausgeführt. Die „Times" hat vor drei Wochen geschrieben: „Wenn man nach Berlin kommt, dann gewinnt man den Eindruck, daß wir nur noch vor einem Denkmal unserer Hoffnungen auf die deutsche Wiedervereinigung stehen."[16]

Nun sage ich, meine Freunde, die größte Partei Deutschlands – zusammen mit der CSU –, die die Regierungsarbeit leistet und verantwortlich ist für das Gesamtschicksal, die in ihrem Präsidium auch bestimmte Repräsentationen verlangt – evangelische, katholische, Arbeitnehmer usw. –, kann nicht darauf verzichten, in einer solchen Repräsentanz Berlin vertreten zu haben. Nun bin ich der letzte, der Schwierigkeiten machen wird für den Ablauf des Parteitags. Ich halte nichts davon, daß hier einer sagt, man kann alles zum Einsturz bringen. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir sehen doch, wie sofort dann an einer Ecke gerührt wird. Der Sinn der heutigen Sitzung ist doch auch, den Parteitag so vorzubereiten, daß es nicht allzu viele blaue Augen dabei gibt. Wenn wir heute eine Menge umstürzen wollten, wäre das schon eine ganz schlechte Vorbereitung in der Presse für den Parteitag. Man muß sich darauf einstellen, sich möglichst weitgehend schon heute auf Kompromisse zu einigen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Seebohm.

Seebohm: Herr Bundesvorsitzender! Meine lieben Freunde! Herr Amrehn hat mit bewegten Worten von der Frage der Interessengruppen gesprochen. Wenn man schon so anfängt, dann muß man natürlich auch von den Heimatvertriebenen, von der Landwirtschaft und vom Mittelstand sprechen. Ich bin der Meinung, daß man das nicht tun sollte, obwohl es gut wäre, wenn die Herren im Präsidium gewisse Kombinationen in dieser Sache vertreten würden. Ich habe aber nicht den Eindruck, als ob das, lieber Herr Dufhues, berücksichtigt worden ist bei der Auswahl dieser Gruppen, sondern hier ist mehr an Persönlichkeiten gedacht. Trotzdem glaube ich, daß eines uns nicht davor bewahrt – insofern gebe ich Herrn Amrehn recht –, wir werden auf dem Parteitag noch weitere Namen hören als die, die wir hier aufgeschrieben haben. Das läßt sich gar nicht vermeiden.

16 Vgl. AAPD 1966 S. 180 Anm. 9.

Wir können uns deswegen darauf beschränken, auf diese Namen hier nicht weiter einzugehen, sondern wir sagen, das ist der Vorschlag der Kommission, aber es ist nicht notwendig, daß dieser Vorschlag nun von jedem einzelnen bis zum letzten durchkämmt und durchkämpft wird bei seinen Delegierten. Wir haben z. B. in Niedersachsen eine ganze Menge Delegierter verschiedener Konfession. Wir haben die Meinung gehabt, daß wir bereit wären, unseren Parteifreund Schmücker für den Parteivorstand vorzuschlagen. Daß das nicht erfolgt, möchte ich als Landesvorsitzender von Hannover nicht auf mich nehmen; denn meine Delegierten werden dafür sein, daß dieser Vorschlag gemacht wird. Insofern sind wir natürlich sowieso nicht in der Lage, uns hier festzulegen.

Herr Bundeskanzler! Mit dem Bundesgeschäftsführer hat es noch eine andere Bedeutung insofern, als er ja nicht gewählt wird vom Parteitag, sondern vom Parteivorstand; während der Bundesschatzmeister vom Bundesparteitag und der Fraktionsvorsitzende von der Fraktion gewählt werden.

Infolgedessen sind diese drei Herren in dieser Beziehung nicht ganz gleichwertig. Ich bin trotzdem der Meinung – das haben wir auch im engeren Rahmen so –, der zuständige Geschäftsführer nimmt mit beratender Stimme, der Schatzmeister und der Fraktionsvorsitzende aber nehmen mit Stimme teil. Insofern könnte man diese Dinge sehr einfach lösen. Wir brauchen uns dann nicht mehr darüber zu unterhalten.

Adenauer: Das Wort hat Herr von Hassel.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Ich möchte zu der Frage zurückkommen, ob man hauptamtliche Mitarbeiter als Abgeordnete in ein Parlament entsenden sollte. Ich stimme Ihnen im Prinzip völlig zu, daß unsere hauptamtlichen Mitarbeiter nicht in ein Parlament gehen sollten, allein beim Bundesgeschäftsführer Dr. Kraske möchte ich sagen, daß wir uns darüber im Präsidium eingehend unterhalten haben und angesichts der Persönlichkeit von Herrn Dr. Kraske die Meinung vertreten haben, daß er sich um ein Bundesmandat bewerben sollte. Ich möchte das hier einmal ganz klar festhalten, damit wir nicht irgendein schiefes Bild hier bekommen und gesagt wird, Herr Kraske selber hat nun dieses oder jenes versucht. Herr Kraske hat nicht nur eine ausgezeichnete Arbeit geleistet während des Bundestagswahlkampfes, (*Beifall.*) sondern er hat auch einen hervorragenden persönlichen Wahlkampf geführt. Wer ihn erlebt hat in seinem Wahlkreis, der weiß, wie er sich im zweiten Teil des Arbeitstags nach 17.00 Uhr dort unten bemüht und einen hervorragenden Wahlkampf geführt hat.

Bei aller Anerkennung des Prinzips, zu dem auch ich stehe, möchte ich aber sagen, bei Herrn Dr. Kraske liegt eine Ausnahme vor, mit der wir uns im Präsidium damals eingehend beschäftigt haben.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich muß einige Worte darauf antworten, weil ich damals noch als Vorsitzender agierte. Dem Herrn Kraske konnte ich nicht verwehren, daß er sich um ein Bundestagsmandat bewarb. Es ist richtig, was Sie sagen, daß Herr Kraske jeden Tag von der Mitte des Nachmittags an bis zum Abend in seinem Wahlkreis war. Ich hätte ihn lieber hier gesehen! Verstehen Sie denn nicht, worauf es ankommt? Es kommt doch für uns alle darauf an, daß die ganze Maschine geölt ist und gut arbeitet, und nicht, daß ein einzelner Teil irgendwo draußen arbeitet. Darauf kommt

es gar nicht an. Deswegen habe ich als Vorsitzender der Partei dem Herrn Kraske von vornherein gesagt: Ich kann Ihnen nicht verwehren, daß Sie sich um ein Mandat bewerben, aber wenn Sie sich um ein Mandat bewerben, können Sie nicht länger Bundesgeschäftsführer sein. Beides zusammen geht nicht.

Wir müssen Wert darauf legen, daß gerade unsere Angestellten ihre ganze Kraft uns widmen. Dafür sind sie da, meine Herren! Es ist auch ganz richtig, Sie werden nicht so leicht gewählt als Bundestagsabgeordnete, wenn Sie nicht bei uns angestellt sind. Das hängt alles zusammen. Aber die Hauptsache – lieber Herr von Hassel, das müssen Sie doch verstehen – ist doch, daß bei uns alles funktioniert. Gerade das Beispiel von Herrn Kraske war denkbar schlecht von Ihnen gewählt. (*Von Hassel:* Welches Beispiel?) Das Beispiel, daß man mit Herrn Kraske eine Ausnahme machen müsse; er sei jeden Tag in seinem Wahlkreis gewesen. Darauf antworte ich Ihnen, während der Wahlzeit gehört der Bundesgeschäftsführer hier an seinen Schreibtisch oder sonst in einen anderen Wahlkreis, aber nicht ausschließlich nur in seinen Wahlkreis. (*Von Hassel:* Er ist auch in anderen Wahlkreisen gewesen!) – Bitte sehr, Herr Dufhues!

Dufhues: Meine Damen und Herren! Ich will versuchen, durch einen Vorschlag die Diskussion zu erleichtern. Aber zuvor möchte ich doch klarstellen, Herr Bundeskanzler, daß wir uns im Plenum mit der Kandidatur des Herrn Kraske sehr eingehend befaßt haben. Wir haben ihn zunächst gebeten, kein Mandat in Württemberg, in Tübingen, zu übernehmen, haben uns aber dann einstimmig bereit erklärt, ihm zuzugestehen, daß er sich im Rheinland um ein Mandat bewirbt. Meine persönliche Pflicht ist es, Herrn Kraske auch zu bestätigen, daß er nichts in der Vorbereitung des Wahlkampfes versäumt hat. Er hat wirklich bis zur letzten Kraft gearbeitet. (*Lebhafter Beifall.*) Das bin ich ihm einfach schuldig, weil ich so lange mit ihm zusammengearbeitet habe, daß ich aus eigenem Wissen am besten beurteilen kann, wie er gearbeitet und was er geleistet hat.

Nun will ich versuchen, die Diskussion ein wenig zu erleichtern; zunächst zu der Frage der Bezüge des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes! Wenn dieser Mann noch Bundesminister ist, steht diese Frage nicht an. Wenn aber, was wir zur Voraussetzung machen, jemand sein Amt aufgibt, dann wollen wir ihn nicht dem Hungertode aussetzen, sondern dann ist es selbstverständlich, daß in der gegebenen Situation Gehalt und Aufwandsentschädigung gezahlt werden. Darüber werden wir uns noch einigen. Das braucht nicht in der Satzung zu stehen. Darüber bestand jedenfalls Einvernehmen, so daß diese Diskussion nicht fortgesetzt zu werden braucht. Meinungsverschiedenheiten bestanden aber darüber, ob der Bundesschatzmeister und der Bundesgeschäftsführer mit beratender Stimme an den Sitzungen des Präsidiums teilnehmen sollten oder ob sie Mitglieder kraft Amtes sind und als solche naturgemäß auch Stimmrecht haben. Soweit es sich um den Vorsitzenden der Bundestagsfraktion handelt, ist es ganz selbstverständlich, daß er kraft Amtes Mitglied mit Stimmrecht des Präsidiums ist. Darüber sollte nicht diskutiert werden.

Dagegen sollten wir ganz ruhig darüber abstimmen, ob auch der Bundesschatzmeister und der Bundesgeschäftsführer kraft Amtes mit Stimme oder ohne Stimmrecht teil-

nehmen. Die entsprechende Formulierung der Satzung würde dann nicht auf Schwierigkeiten stoßen; aber die Sachfrage muß entschieden werden. Es ist zu entscheiden darüber, ob der Bundesschatzmeister kraft Amtes mit Stimmrecht dem Präsidium angehört oder ob er an den Sitzungen ohne Stimmrecht teilnimmt. Die zweite Frage ist dann, wie wir es beim Bundesgeschäftsführer praktizieren wollen.

Ich würde Sie bitten, die Frage der Person, also der personellen Zusammensetzung des Präsidiums, zunächst noch nicht zu erörtern. Natürlich ist es leicht, Gruppeninteressen, regionale Interessen usw. geltend zu machen, aber stellen Sie sich immer die Frage, wer nach seiner bisherigen Tätigkeit und nach seiner ganzen Art besonders geeignet ist, die Arbeit innerhalb der CDU zu leisten. Nur wenn Sie sich diese Frage stellen, dann werden Sie zu einer befriedigenden Antwort hinsichtlich der Personen kommen. Stellen Sie bitte zunächst diese Frage zurück, bis die Sachfragen entschieden sind. Ich wiederhole: Dazu gehört jetzt die Frage, ob der Bundesschatzmeister und der Bundesgeschäftsführer – wir wollen getrennt abstimmen – kraft Amtes mit Stimmrecht oder nur beratend an den Sitzungen teilnehmen.

Adenauer: Meine Herren! Keine Diskussion! Wir kämen dann zur Abstimmung. Wir stimmen zunächst darüber ab, ob der Bundesschatzmeister mit Stimme teilnehmen soll. Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. – Das ist die große Mehrheit.

Wir kommen zur Abstimmung über den Bundesgeschäftsführer. Ich bitte diejenigen, die für seine Teilnahme mit Stimme an den Sitzungen des Präsidiums sind, um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Ich glaube, das letzte war die Mehrheit. (*Zuruf:* Ja!) Meinen Sie nicht? (*Mehrere Zurufe:* Doch!) Damit hätten wir diesen Punkt erledigt. Meine Herren! Ich muß nun zunächst die Frage stellen, ist der Antrag von Hamburg wegen des Rotierens erledigt? Hamburg hatte den Antrag gestellt, daß alle zwei Jahre die Vertreter der norddeutschen Länder wechseln sollten.

Von Hassel: Es war so, daß Hamburg gesagt hat, drei Landesvertreter, einer aus dem Norden, einer aus dem Westen und einer aus dem Südwesten. Die sollten rotieren. Sie sagten, die Vertreter der norddeutschen Länder.

Adenauer: So hat mir Herr Dufhues berichtet. – Das Wort hat Herr Blumenfeld.

Blumenfeld: Herr Bundeskanzler! Ich muß mit dem Flugzeug jetzt zum Wahlkampf nach Hamburg,[17] aber ich darf kurz sagen, mein Vorschlag war, die Landesvorsitzenden grundsätzlich stärker im Präsidium zu verankern. Deswegen mein Antrag, den ich Herrn Dufhues übermittelt habe, drei Vorsitzende von Landesverbänden im Präsidium repräsentiert zu sehen, und zwar die Nordgruppe, die Westgruppe und die Südwestgruppe, wobei die Frage des Rotierens nur ein Hinweis darauf ist, daß es nicht Erbhöfe sein sollen für die drei Landesvorsitzenden, sondern daß sie sich – das Präsidium ist ja auch für zwei Jahre gewählt – zur Neuwahl stellen müssen; daß sie also nicht eine personelle Institution werden, sondern nur eine Institution kraft Amtes.

17 Die Wahl fand am 27. März 1966 statt, vgl. Nr. 3 Anm. 2.

Das war der Vorschlag, Herr Bundesparteivorsitzender, und ich darf noch einmal wiederholen, er ist gestellt worden, um die Arbeitsfähigkeit und die Verzahnung zwischen dem Präsidium und den Landesverbänden zu verstärken.

Adenauer: Meine Herren! Das ist theoretisch richtig. Praktisch ist es aber so, daß natürlich eine gewisse Erfahrung dazu gehört. Und wenn einer nun zwei Jahre da drin ist, dann kommt wieder ein neuer dorthin. (*Bewegung und lebhafte Unruhe. – Schmidt:* Das liegt in der Satzung begründet!) Also, stimmen wir darüber ab, meine Herren! Aber ich bitte Sie, mir den Antrag genau formuliert zu geben.

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Wenn ich den Antrag wiedergeben darf, dann geht es darum, daß dem Präsidium jeweils drei Landesvorsitzende angehören sollen. Je ein Landesvorsitzender aus der Nordgruppe, der rheinisch-westfälischen Gruppe und der Südwestgruppe. Innerhalb der einzelnen Gruppen sollten die Vorsitzenden jeweils alle zwei Jahre alternieren.

Das ist der Antrag, den Herr Blumenfeld gestellt hat, der auf 2 Seiten begründet ist. Aber das ist der wesentliche Inhalt des Antrages. Ich glaube, daß diese Wiedergabe ausreicht, um eine Abstimmung über den übrigen Antrag zu ermöglichen. (*Bewegung und Unruhe.*)

Adenauer: Ich habe ihn zwar nicht kapiert, meine Herren, aber ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. – Niemand! (*Stürmische Heiterkeit.*) – Der Antrag ist abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Wir kommen dann zu der Benennung. Es sind vorgeschlagen worden: Vorsitzender Herr Bundeskanzler Erhard. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. – Das ist einstimmig.

Es ist weiter vorgeschlagen worden als 1. Stellvertreter Herr Dr. Barzel. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. – Das ist auch einstimmig.

Dann kommen die weiteren Vorschläge.

Dufhues: Vorgeschlagen sind als weiteres Stellvertretendes Mitglied des Vorstands entweder unser Parteifreund Theodor Blank oder Paul Lücke. Als zweites weiteres Mitglied unser Freund von Hassel.

Eine Abstimmung ist also zunächst notwendig zwischen Blank und Lücke. Hier ist geheime Abstimmung verlangt worden.

Adenauer: Es ist geheime Abstimmung verlangt worden. (*Unruhe und Bewegung.*) Das Wort hat Herr Stingl.

Stingl: Meine Damen und Herren! Unser Freund Blank ist 1958 als Stellvertretender Vorsitzender nach dem Tode von Karl Arnold gewählt worden. Er ist dann Präsidiumsmitglied geworden bei der Umgestaltung. Es ist, wenn er jetzt nicht wieder aufgestellt wird, irgendein Zeichen, daß man mit ihm nicht zufrieden war. Die Besetzung dieses Postens sollte auch danach ausgewogen werden, wie dann diese vier insgesamt aussehen. Der Herr Bundeskanzler und Herr von Hassel sind Kabinettsmitglieder, Herr Barzel ist Fraktionsvorsitzender. Und es wäre sicherlich nicht gut, ein drittes Kabinettsmitglied zu nehmen. Der Vorschlag dazu sollte auch abgestimmt werden mit dem Vorstand

der Sozialausschüsse. Ich bin jedenfalls nicht autorisiert, für die Sozialausschüsse zu sprechen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Katzer.

Katzer: Meine Damen und Herren! Der Geschäftsführende Vorstand der Sozialausschüsse hat sich mit der Frage befaßt. Er hat es aber vermieden, über die zwei Kollegen, die aus unserem Kreis kommen, eine Entscheidung zu treffen. Er will die Entscheidung dem Parteivorstand überlassen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es ist geheime Abstimmung verlangt. Die Stimmzettel werden geholt.

Wir können dann zu Herrn von Hassel übergehen. Ich bitte diejenigen, die für Herrn von Hassel sind, um ein Handzeichen. – Das ist einstimmig!

Meine Damen und Herren! Wir haben vielleicht noch die Zeit, über Herrn Heck abzustimmen, der nach dem Referat von Herrn Dufhues für das Geschäftsführende Präsidialmitglied in Aussicht genommen ist. Ich bitte diejenigen, die für Herrn Heck sind, eine Hand zu erheben. – Das ist einstimmig!

Nun kommt das Abstimmungsergebnis. Es lautet: Lücke: 29, Blank: 11, Enthaltung: 1, zusammen: 41. Nun kommt noch eine sehr schwere Frage. Was machen wir nun, meine Herren? Wir haben, wenn Sie damit übereinstimmen, noch sieben Mitglieder zu bestellen. Ob diese nun allen gefallen, das halte ich für zweifelhaft. Es wird hier vorgeschlagen, wir sollten die Abstimmung über diese sieben verschieben bis zu der Vorstandssitzung unmittelbar vor dem Parteitag. Sind Sie damit einverstanden?

Struve: Herr Bundeskanzler! Ich bin einverstanden mit der Maßgabe, daß die Vorschläge als nicht existent betrachtet werden. Die Vorschläge in der jetzigen Form sind in mancher Beziehung so einseitig, daß ich den gerne sehen möchte, der das unterschreibt. (*Unruhe und Bewegung. – Gurk:* Sie sind ganz einseitig!)

Adenauer: Sie meinen die sieben Vorschläge, Herr Struve? (*Struve:* Ja!) Da können doch noch andere Namen kommen. Es sind nicht ausschließlich die sieben, sondern diejenigen, die am meisten Stimmen bekommen, sind gewählt. Vielleicht ist es zweckmäßig, wenn Sie der Bundesgeschäftsstelle Ihre Vorschläge einreichen. (*Lebhafte Unruhe.*) – Das Wort hat Herr Glup.

Glup: Herr Vorsitzender! Ich möchte den Vorschlag von Herrn Struve unterstützen. Wenn heute über die Personen nicht entschieden werden soll, dann muß dieser Vorschlag als nicht existent betrachtet werden; sonst müßten wir heute darüber diskutieren. Jedenfalls ist dieser Vorschlag von norddeutscher Sicht aus in keiner Weise diskutabel.

Schmidt: Ich würde überhaupt davor warnen, dem Parteitag eine Liste vorzulegen, die sich auf sieben bis acht Personen beschränkt. Ich bin der Meinung, wenn wir einen Vorschlag machen, dann soll er eine gewisse Chance zur Auswahl bieten. Das bewahrt uns davor, daß die ganze Liste gewissermaßen als eine Art Komplott aufgefaßt wird. Es muß eine Wahlmöglichkeit von vornherein gegeben sind.

Adenauer: Ich halte das für unbedingt richtig. Die Frage ist, wie stellen wir die größere Liste zusammen. – Bitte sehr, Herr Barzel!

Barzel: Herr Bundeskanzler, ich halte die Anregung, den Vorschlag heute nicht weiterzugeben, für richtig. Wir haben noch eine Bundesvorstandssitzung in der nächsten Woche. Da ist ausreichend Zeit, Vorschläge zu machen, um auch der Anregung des Kollegen Schmidt und anderer Kollegen zu entsprechen.

Ich möchte in aller Form das unterstützen, was Herr Struve gesagt hat, und zwar nicht nur mit den Argumenten, die er gebracht hat, sondern auch aus Menschlichkeit. Uns kann man zumuten, uns vier bis sechs Wochen lang durch den Kakao der öffentlichen Meinung ziehen zu lassen, aber den 15 – oder wieviel es sein werden – das auch zuzumuten, acht Tage hintereinander mit Telegrammen und was alles dazukommt, das ist nicht existent. Wir sollten nächste Woche, wenn wir im Parteivorstand zusammentreten, diese Liste fertigmachen und dann auch die Frage erörtern, die Herr Kollege Schmidt mit Recht aufgeworfen hat.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen – ich halte ihn für richtig –, dann müssen sie sich überlegen, wen Sie noch auf die Liste bringen wollen, damit wir dann eine Liste haben, die mehr als sieben Namen enthält, so daß auch eine Auswahl getroffen werden kann. (*Zuruf:* Es sind 15 bis jetzt!)

Dufhues: Meine Damen und Herren! Es scheint mir, daß hier ein grobes Mißverständnis über die Vorschläge der Kommission entstanden ist. Wenn Sie davon ausgehen, daß alle Namen die ich genannt habe, zugleich Vorschläge sind, so ist das einfach ein Irrtum. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, alle Namen zu nennen, die – von wem auch immer – zur Erörterung gestellt worden sind.

Daraus nun herzuleiten, daß z. B. das konfessionelle Verhältnis 4:11 oder so ähnlich sei, ist doch bei Gott nicht angebracht und nicht gerechtfertigt, wenn ich mich darauf beschränke, pflichtgemäß zu berichten, welche Vorschläge gemacht worden sind. Es wird notwendig sein, daß nicht nur die Kommission, die ihren Auftrag mit der heutigen Sitzung erledigt hat, sondern auch insbesondere dieser Bundesvorstand sich ein klares Konzept über die Zusammensetzung des weiteren Vorstands macht. Es hat keinen Sinn, daß Sie dem Parteitag eine Fülle von Namen nennen und schließlich dem Zufall die Zusammensetzung des Führungsgremiums der Partei überlassen. Wir müssen uns schon die Unbequemlichkeit leisten, selbst einen Vorschlag zu machen. Ich halte es für notwendig, wenn dieser Vorstand seine Funktion wahrnehmen will, daß wir einen geschlossenen Vorschlag von weiteren sieben Personen machen. Darüber sollte abgestimmt werden, damit mit einer gewissen Autorität die Ausgewogenheit dieses Vorschlages vorgetragen, aber auch akzeptiert werden kann. Deshalb bitte ich Sie, darüber zu beraten, wie Sie diesen Vorstand befähigen wollen, einen derartigen Vorschlag zur Vorbereitung des Bundesparteitags auszuarbeiten.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Den Auftrag haben Sie gehört. Das Wort hat Herr Glup.

Glup: Meine Damen und Herren! Darf ich Ihnen einen Vorschlag machen. Herr Barzel hat erklärt, es sei unzumutbar, daß sich die weiteren Mitglieder noch acht Tage lang durch die Mangel drehen lassen. Da ist etwas dran, und man muß das respektieren. Nun

meint Herr Dufhues, daß wir heute schon etwas weiterkommen müssen in der Zusammensetzung, aber ohne Namen zu nennen.

Ist es nicht möglich, daß man die Landesverbände in drei Gruppen aufteilt und sagt: Jede Gruppe der Landesverbände – meinetwegen Nord, Mittel, Süd – kann für dieses Präsidium eine bestimmte Anzahl von Kandidaten vorschlagen. Damit hätten wir doch die Möglichkeit ausgeschaltet, daß eine Gruppe die Ellbogen gebraucht und die anderen niederdrückt. Wenn z. B., wie das heute vorgeschlagen worden ist, die Dinge so liefen, wäre das für die norddeutschen Landesverbände untragbar. Von sechs Landesverbänden ist nur ein einziger für dieses Präsidium vorgesehen, nämlich Herr von Hassel. Das könnte sich wiederholen.

Dufhues: Darf ich Ihnen sagen, wir haben in der Kommission Herrn Stoltenberg gebeten, dem Präsidium beizutreten. Darauf hat er gesagt, es ist mein und unser besonderer Wunsch, daß Herr Schröder dem Präsidium beitritt. Es ist also nicht so, daß hier einseitig Möglichkeiten benutzt worden sind, um dieses Gremium zu besetzen.

Glup: Ich mache Ihnen ja keinen Vorwurf, sondern ich habe die Sorge, daß wir auf dem Parteitag Schwierigkeiten haben werden. Wenn wir sagen, die norddeutschen Landesverbände können drei Vorschläge machen, die süddeutschen Verbände soundso viel, dann wäre eine so unglückliche Verteilung wie jetzt überhaupt nicht möglich.

Ich bin der Meinung, daß neben Herrn von Hassel auch ein Mann aus Niedersachsen dabei sein sollte. Wir denken an Herrn Schmücker. Ich möchte weiter sagen, daß auch ein Landwirt dabei sein sollte; ich denke an Herrn Struve. Im Rahmen der weiteren Vorschläge, die gemacht werden sollen, möchte ich das hiermit getan haben.

Adenauer: Meine Herren! Sie werden zu föderalistisch. (*Glup:* Nein!) Doch, so ist es bisher bei uns nicht zugegangen. Das will ich Ihnen doch sehr nachdrücklich sagen. Das Wort hat Herr Stoltenberg.

Stoltenberg: Ich möchte zu diesem Vorschlag etwas sagen. Ich glaube, daß dieser Vorschlag dem Gedanken nicht gerecht wird, der im Vordergrund der Beratungen gestanden hat. Das Präsidium soll eine Gesamtvertretung der Gesamtpartei sein. Natürlich gibt es gewisse Gesichtspunkte, wie regionaler und konfessioneller Art, die auch eine Rolle spielen. Aber man kann das Ziel der Gesamtvertretung nicht dadurch erreichen, daß wir uns jetzt in Sektionen für die weiteren Beratungen auflösen und jeder die Vorschläge des anderen übernehmen muß.

Ich glaube, daß wir die Diskussion jetzt noch weiter fortsetzen sollten, um die sachlichen Gesichtspunkte auszutauschen, daß wir aber die Entscheidung aus den Gründen, die mit Recht genannt wurden, hier zunächst in der Form einer Empfehlung treffen, dann aber dem Parteitag selbst überlassen. Es wird nicht zu verhindern sein, daß auf dem Parteitag weitere Vorschläge gemacht werden. Man muß dafür sorgen, daß in der vorherigen Meinungsbildung kein einseitiges Ergebnis herauskommt.

Nun hat Herr Dufhues den Gang der Beratung in einer Zwischenbemerkung etwas verkürzt wiedergegeben; so ganz kurz war es nicht. Wir haben natürlich in diesem Kreis über alle Namen gesprochen. Es hat nicht jeder nur für seine Region gesprochen oder seine Gruppe. Das wäre ja nicht die Aufgabe der Kommission gewesen. Ich möchte al-

so den Gesichtspunkt, welcher mit Recht hervorgehoben wurde, daß der gesamte norddeutsche Bereich nur mit einer Person vertreten ist, hiermit unterstützen. Aber ich glaube, daß Herr Schröder nicht als Vertreter des norddeutschen Bereiches betrachtet wird. (*Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Grundmann.

Grundmann: Meine Damen und Herren! Ich glaube, Herr Barzel, Sie müssen sich davor hüten, so zu tun, als ob dieser Vorschlag nicht substanzfrei ist. Er ist substanzfrei. (*Zuruf:* Was heißt das?) Sie haben ihn doch auch gelesen, genau wie ich. Wir beide haben sicherlich Informationen dazu gehabt. Wir haben ihn gelesen. Infolgedessen sind diese Namen da. Das heißt nicht, daß ich nicht die Meinung teile, daß am nächsten Montag darüber beraten werden könnte, aber ich glaube, man sollte auch respektieren, daß dieses Vorbereitungsergebnis der Kommission vorhanden ist. Man sollte sagen, es besteht der Wunsch, dieses Beratungsergebnis zu ergänzen und zu erweitern. Ich persönlich würde also sagen, daß es auch so etwas wie ein Akt der Fairneß ist, die Ergebnisse von mehrwöchigen Verhandlungen einer Kommission, die den Auftrag hatte, nicht ein fertiges Konzept, sondern eine Grundlage für den Vorstand zu erarbeiten, mit als die entscheidende Grundlage für die Diskussion zu betrachten.

Adenauer: Das Wort hat Herr Gradl.

Gradl: Herr Vorsitzender! Ich bin der Ansicht, daß wir uns heute darüber schlüssig werden sollten, wen wir für die weiteren Mitglieder zum Präsidium vorschlagen. In der Hast der letzten Stunde am Eröffnungstage des Parteitags kann nichts Vernünftiges herauskommen. Und schlauer sind wir am nächsten Montag auch nicht als heute.

Ich halte es für unmöglich, daß wir, wenn sieben noch zu wählen sind, acht vorschlagen. Wenn wir das tun, disqualifizieren wir auch die weiteren – nämlich bis zu 15 – ab. Entweder wählen wir exakt die sieben, oder aber wir nennen alle. Ein Zwischending gibt es nicht. Ich bin dafür, daß wir die sieben benennen, und zwar deshalb, weil der Parteitag von uns erwarten kann, daß wir ihm eine gewisse Orientierungshilfe geben. Mehr ist das sowieso nicht, was wir heute an Namen vorschlagen. Was unter allen Umständen in der Benennung der sieben korrigiert werden muß, ist das konfessionelle Verhältnis. So wie es jetzt ist, geht es nicht. So ist ein zu starkes katholisches Übergewicht, daß wir das draußen nicht gut vertreten können, aber nicht deshalb, weil einer von uns das nicht vertragen würde, sondern weil wir wissen, was draußen damit gemacht wird.

Auch dies ist ein Punkt, über den wir jetzt nachdenken sollten. Vielleicht wäre es gut, Herr Vorsitzender, wenn wir eine Pause von zehn Minuten machen würden, damit wir untereinander über die sieben sprechen können. Ich warne dringend davor, dem Gedanken weiter zu folgen, eine Aufgliederung nach landsmannschaftlicher oder Himmelrichtungsgruppen hier vorzunehmen. Im übrigen haben Sie Berlin ganz vergessen in der Eile.

Bei keiner der Gruppen, die hier genannt worden sind, ist Berlin mit aufgeführt worden.

Jedenfalls wäre es eine profunde Satzungsänderung, wenn wir das machen wollten. Zwingen können wir sowieso niemand auf dem Parteitag, einer solchen Empfehlung

Folge zu leisten. Es ist richtig, was Herr Stoltenberg gesagt hat: Gesamtrepräsentation der Partei. Dann kann man hier nicht mehr nach Kästchen aufgliedern.

Ich beantrage also, Herr Vorsitzender, erstens eine Pause zu machen, damit man sich über die Zahl und die Zusammensetzung austauschen kann, und zweitens die sieben Namen heute zu nennen, daß wir einen fertigen Vorschlag zur Orientierungshilfe für den Parteitag haben.

Dufhues: Meine Damen und Herren! Ich möchte diesen Antrag unterstützen. Dabei gehe ich von der Tatsache aus, daß das, was wir jetzt besprochen und beraten haben, heute abend oder morgen früh allen irgendwie interessierten Stellen bekannt ist. Es hat keinen Zweck, sich darüber Illusionen zu machen. Wenn das aber geschieht, dann haben wir eine derartige Entstellung der wirklichen Absichten dieses Vorschlages, daß es nur zum Schaden unserer Partei ausgehen kann.

Ich halte es für richtig, daß wir eine Viertelstunde ruhiger Beratung einschalten. Dabei sollten wir überlegen, welche verbesserten Vorschläge gemacht werden können. Unter keinen Umständen, meine lieben Parteifreunde, sollten wir den Weg gehen, den einzelnen Regionen unseres deutschen Vaterlandes ein Vorschlagsrecht zu geben. Das wäre das Ende einer funktionsfähigen Partei und eines funktionsfähigen Präsidiums. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Es müssen schon aus allen Teilen unseres Vaterlandes die Kräfte gewonnen werden, denen wir die Fähigkeit zutrauen, diese nicht leichte Aufgabe zu übernehmen. Ich schlage also vor, eine Pause von einer Viertelstunde einzulegen, in Beratungen einzutreten und zu versuchen, dann einen korrigierten Vorschlag zu unterbreiten.

Adenauer: Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind. Es ist vor fünf. Also um 5.00 Uhr fahren wir fort.

Unterbrechung der Sitzung von 16.45 bis 17.00 Uhr.

Adenauer: Ich höre von Herrn Dufhues, daß Herr von Hassel einen Vorschlag machen will.

Von Hassel: Meine Damen und Herren! Mein Freund Dufhues hat mir diesen Auftrag erteilt, Ihnen vorzutragen, was wir in der Pause versucht haben, einmal zusammenzustellen. Es ist nicht ganz einfach, aus den Vorschlägen, die auf den Tisch gekommen sind, nun eine Lösung zu finden, die dem Bundesvorstand akzeptabel erscheint. Bei allem Knobeln darüber, wer in den Vorstand hineinkommt, wird sehr rasch festgestellt, daß man im Grunde mit einem Präsidium von zwölf wahrscheinlich nicht auskommen wird, (*Lebhafte Unruhe und Widerspruch.*) so daß die Frage, soll man es verkleinern auf zehn oder auf den alten Bestand, sehr viel leichter zu lösen sein würde, weil jeder neue Sitz im Präsidium sofort wieder neue Wünsche oder Forderungen auslöst.

Dieser Teil des Hauses hat sich also überlegt, ob es nicht eine Lösung gibt – die bei all den Diskussionsbeiträgen des heutigen Nachmittags in Richtung auf die Frage einer gut ausgewogenen konfessionellen Zusammensetzung sinnvoll wäre –, wenn wir zu einem Gesamtpräsidium mit acht katholischen und fünf evangelischen Freunden kommen. Das wären 13; (*Starke Unruhe und Bewegung.*) wenn man also von 8:5 ausgeht,

dann heißt das nach dem, was bisher festgelegt worden ist, daß wir noch fünf katholische und drei evangelische Freunde hier bestellen. Die Frage ist, wie soll es geschehen. Wir sind der Meinung, daß man dazu ein Blatt Papier nehme und nunmehr die Namen aufschreibe, die in den Vorschlägen der Kommission von Herrn Dufhues heute genannt worden sind, plus den Namen, die im Laufe dieser Sitzung heute nachmittag vorgebracht wurden. Wenn man so verfährt, dann würden auf katholischer Seite zur Verfügung stehen, um eine Auswahl von fünf Stimmen zu haben: Frau Brauksiepe, Herr Blank, Herr Dufhues, Herr Kiesinger, Herr Kohl, Herr Krone, Herr Schmücker; von der evangelischen Seite: Herr Gerstenmaier, Herr Schröder, Herr Stoltenberg, Herr Struve. Das würde bedeuten, daß von insgesamt sieben katholischen Freunden fünf und von insgesamt vier evangelischen Freunden drei angekreuzt werden müssen. Dann würden diejenigen als Vorschlag des Bundesvorstands zu gelten haben, die jeweils die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Ich weiß, das ist sicher kein idealer Vorschlag, aber es gibt wohl keinen besseren.

Der Herr Kollege Dufhues hat vorgetragen, daß der Siebenerausschuß folgendes vorschlägt: Frau Brauksiepe, Herrn Blank oder Herrn Lücke, Dufhues, Gerstenmaier, Kiesinger, Kohl, Krone und Schröder.

Adenauer: Das Wort hat Herr Adorno.

Adorno: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe Verständnis dafür, daß man hier nach einer Lösung sucht, die den verschiedenen berechtigten Wünschen gerecht wird. Aber ich halte es für außerordentlich bedenklich – das wäre auch das erste Mal –, daß man bei der Auswahl eines Vorschlages die Union gleichsam aufreißt und zwischen katholischen und evangelischen Freunden unterscheidet.

Wir sind im Jahre 1945 unter einem gemeinsamen politischen Wollen angetreten. Wir haben eine gemeinsame Weltanschauung. Ich halte es für bedenklich, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entstünde, daß die wichtigen Positionen des Vorstands aufgeteilt würden nach evangelischen Christen und nach katholischen Christen und wenn wir auch so in der Wahl verführen. Wir können nur einen Vorschlag zur Kenntnis nehmen. (*Schmidt:* Darf ich mal unterbrechen! Nur das Verhältnis soll im voraus festgehalten werden; d. h. jeder wählt, aber unter Anerkennung eines bestimmten Verhältnisses!) Das bedeutet aber, daß wir zum erstenmal hier die Union aufreißen und zwischen Katholiken und Protestanten unterscheiden. (*Anhaltende lebhafte Unruhe.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Klepsch.

Klepsch: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, weil ich das für eine prinzipielle Frage halte, ein paar Worte als Vorsitzender der Jungen Union dazu zu sagen. Ich weiß nicht, wenn diese Sache ruchbar wird, die wir jetzt vollziehen wollen, wie ich das meinen Freunden sagen soll. Entweder halten wir daran fest, daß die Partei eine Einheit, eine Union ist und daß sie die jeweils besten Leute an die Spitze stellt. Das ist jedenfalls meine Auffassung. Sie wissen auch, daß in unseren Gremien die konfessionelle Frage eine ganz untergeordnete Rolle spielt.

Ich muß auch das sagen, was Herr Adorno betonte, daß ich Verständnis habe für die gewünschte Zahl der Mitglieder, aber wir können jetzt nicht einführen, daß wir vorher

einen Schlüssel zwischen den Konfessionen festlegen. Ich will mal einen Fall konstruieren. Es könnte sein, daß der vierte Protestant unter Umständen doppelt soviel Stimmen hätte wie der gewählte fünfte Katholik. Nach einem solchen Schlüssel aber wäre dann nicht der vierte Protestant gewählt, sondern der fünfte Katholik. (*Lebhafte Unruhe.*) Wohin kommen wir? Ich bin außerordentlich in Sorge – ich möchte das als Vertreter der jüngeren Generation sagen –, wenn wir diesen Weg einschlagen. Es genügt der Appell, Herr von Hassel, den Sie vorgetragen haben, aber wir sollten uns nicht in ein dezidiertes Verfahren einlassen, zumal wir hier doch nichts anderes können, als dem Bundesparteitag Vorschläge zu unterbreiten.

Auf dem Parteitag können wir dieses Verfahren auf keinen Fall anwenden, auch nicht im Bundesparteiausschuß. Die größte Furcht habe ich davor, daß wir diese Diskussion, die wir jetzt hier führen, später im „Spiegel" oder in irgendeiner anderen Zeitung lesen können. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich darf herzlich bitten, einmal zu überlegen, ob wir es wirklich so machen sollten. Ich persönlich kann mich nicht dafür entscheiden.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich als ein sehr altes Mitglied unserer Partei ein sehr ernstes Wort dazu sagen. Stellen Sie sich einmal vor, wir Katholiken würden jetzt verlangen, daß dasselbe beim Auswärtigen Amt gemacht wird. Die Beamten dort schätzen die Zahl der Protestanten beim Auswärtigen Amt auf 70 %, die Zahl der Katholiken auf 30 %. Stellen Sie sich vor, wir würden dasselbe beim Ministerium des Inneren verlangen. Herr Lücke hat mir gesagt, er sei geradezu erschüttert gewesen über das Übergewicht der evangelischen Beamten über die katholischen Beamten. Stellen Sie sich, Herr von Hassel, vor, die Katholiken würden dasselbe in der Armee verlangen. Wohin kommen wir, meine Herren!

Ich bin geradezu erschüttert davon. So etwas hätte ich nicht für möglich gehalten. Ich bin an der Aufstellung der Liste gar nicht beteiligt. Ich habe sie hier zum erstenmal gesehen, aber, meine Herren, ich möchte Ihnen nur sagen, wenn wir so anfangen, dann ist das wirklich der Beginn des Unterganges unserer Partei. Was das bedeuten würde für Deutschland – jetzt gar nicht für die katholischen und für die evangelischen Freunde –, das können Sie sich nicht vorstellen.

Denken Sie daran, wieviel Stimmen die neue nationalistische Partei schon in Bayern bekommen hat.[18] (*Zuruf:* 10,5 % in Bayreuth!) Nur dann, wenn wir in musterhafter Weise das Ganze zusammenfassen, können wir Deutschland retten. Was glauben Sie, was die neue nationalistische Partei für einen schlechten Eindruck im Ausland macht. Denken Sie daran, wie alles auf uns lauern wird, wie wir uns benehmen und verhalten. Also, sprechen Sie bitte nicht davon. Ändern Sie meinetwegen im Einvernehmen mit Herrn Dufhues die Liste, aber bitte sprechen wir nicht weiter darüber, sondern lassen wir diesen Fall begraben sein. Machen Sie es, Herr von Hassel, mit Herrn Dufhues; das

18 Kommunalwahl am 13. März 1966: CSU 39%, SPD 37,2%, FDP 3%, GDP 2%, NPD 1,6%, BP 1,5%, vgl. AdG 1966 S. 12387. Bei den Landtagswahlen am 20. November 1966 erreichte die NPD 7,4% und erhielt 15 Sitze im Landtag. Vgl. LEXIKON S. 731.

ist mir recht, aber so etwas überhaupt in einem Parteivorstand zum Ausdruck bringen, das ist unmöglich.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Darf ich noch ein paar Worte dazu sagen. Zunächst stimme ich Ihnen völlig zu, was den Nationalsozialismus und den Nationalismus sowie die radikale neue Partei angeht. Das macht mir genauso viel Sorge wie Ihnen, Herr Bundeskanzler. Wir sehen es ja landauf, landab. Ich unterstreiche als alles völlig, was Sie sagen.

Aber zur historischen Wahrheit muß doch gesagt werden, daß die CDU hierauf auf früheren Parteitagen immer in der Form eines unausgesprochenen Gesetzes, als eine Art Selbstverständlichkeit, innerhalb der Union auf die Besetzung der führenden Stellen im Präsidium usw. geachtet hat.

Herr Bundeskanzler! Als ich im Jahre 1956 auf dem Parteitag in Stuttgart zum Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde, hat unser Freund Dufhues eine großartige Rede gehalten über die Erweiterung des Präsidiums und die unbedingte Notwendigkeit, Herrn Gerstenmaier hineinzuholen.[19] Er hat gleichzeitig einen Parallelvorschlag für unseren Freund Karl Arnold gemacht. Diese Dufhues-Rede – ich darf es mit Humor sagen – war damals eine Glanzleistung, mit der die Ausgewogenheit der konfessionellen Situation der CDU begründet wurde. Ein großer Teil von Ihnen, meine Herren, entsinnt sich noch dieser Rede auf dem Stuttgarter Parteitag 1956. Seitdem haben wir uns bei dieser Frage „Bestellung des Präsidiums" oder „Bestellung des Vorstands" immer daran gehalten. Wir haben bei der Bestellung des Vorstands dies ein wenig durch Kooptation ausgleichen können. Das gleiche ist in der Bundestagsfraktion geschehen. Sie wählte, und nachher war der Vorstand ermächtigt, zu kooptieren. Er versuchte in einer sehr geschickten Form, das auszugleichen, was in der Fraktion oder in den Arbeitskreisen vorher vielleicht nicht ganz glücklich gelaufen war. Da hatte man also die Möglichkeit zu kooptieren.

Beim Präsidium kann man nicht kooptieren, beim Präsidium kann man das, was auf einem Parteitag durch die Wahl entschieden worden ist, nicht etwa ausgleichen im Sinne der Union.

Herr Bundeskanzler! Mich trifft es eigentlich sehr hart, daß mir, der ich nun diesen Vorschlag gemacht habe, gesagt wird, man müsse an die Zukunft der Partei denken, daß sie auseinanderfalle und daß man den Gedanken der Union nicht mehr aufrechterhalten könne. Ich bin bekannt dafür, daß ich in allen Teilen Deutschlands den Gedanken der Union hochhalte, und daß ich deshalb auch einen solchen Vorschlag auf die Tagesordnung bringen kann; denn anders weiß ich nicht, Herr Bundeskanzler, wie man ein einigermaßen ausgewogenes und vernünftiges Bild bekommen kann, daß wir das auch gut nach draußen verkaufen können.

Wenn jemand einen besseren Vorschlag hat, dann bin ich der erste, der sagt: Dein Vorschlag ist besser; nehmen wir ihn an.

---

19 Vgl. CDU, 6. Bundesparteitag S. 121–124.

Dufhues: Meine Damen und Herren! Darf ich Ihnen einen Vorschlag zur Güte und im Frieden machen, wobei ich den Eindruck habe, es ist dringend notwendig, daß wir uns über die Notwendigkeit eines friedlichen Austausches unserer Gedanken besinnen. Ich habe nicht einzusehen vermocht, daß zwischen dem Vorschlag 8:4 und 8:5 ein so wesentlicher Unterschied liegt, daß die konfessionelle Frage mit aller Härte erörtert werden muß. Ich bitte, daran zu denken, daß es gerade unsere evangelischen Freunde waren, die lange Zeit gesagt haben, wir halten es für eine gute und glückliche Lösung, daß der Vorsitzende der Partei dem katholischen Bekenntnis angehört gerade angesichts der Besetzung der anderen Positionen.

Wir Katholiken haben die Kandidatur Erhards mitgetragen, und er ist einstimmig gewählt worden, ohne daß diese Frage auch nur aufgeworfen oder diskutiert worden ist. Meine Freunde! Ihnen das zu sagen, ist mir ein Bedürfnis angesichts der Härte, mit der heute hier argumentiert worden ist. Das sollten wir auch in der Form, lieber Herr von Hassel, zum Ausdruck bringen. Ich versuche deshalb, Ihren Vorschlag in eine Form abzuwandeln, die vielleicht diesem Gesichtspunkt Rechnung trägt.

Wir haben insgesamt elf Namen genannt. Wir sollten diese Namen in einer Liste in alphabetischer Reihenfolge aufführen. Wir sollten dann wählen. Ich möchte alle Freunde hier bitten, daran zu denken, daß insbesondere unsere evangelischen Freunde Wert darauf legen, in einer Relation berücksichtigt zu werden, die sie im Hinblick auf die Wahlergebnisse, auf die Bedeutung der Aufgaben und im Hinblick auf den Frieden der Union wünschen; daß sie also den Wunsch haben, daß wir im Verhältnis von 5:3 wählen.

Ich kann es Ihnen nicht in einfacherer Form sagen. Ich tue es, um zum Frieden beizutragen, um zu verhindern, daß jetzt in dieser Stunde und angesichts des Wandels in der Führung der Union Diskussionen aufkommen, die diese Union einfach nicht verträgt. (*Starker Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Katzer.

Katzer: Meine Damen und Herren! Ich vermag mich dem Vorschlag, den Herr von Hassel jetzt vorgelegt hat, nicht anzuschließen. Er geht auch über das hinaus, was wir hier beschlossen hatten, als wir die viertelstündige Gesprächspause eingelegt haben. Ich habe die Gesprächspause nicht so verstanden, daß der Vorschlag der Kommission völlig neu vorgelegt werden soll, sondern so, daß die einzelnen Landesverbände und die verschiedenen Gruppen untereinander noch einmal beraten, wie man gemeinsam zu einem konstruktiven Vorschlag oder zu einer Lösung kommen kann. Hier jetzt anzufangen – das ist das erste Mal in der Christlich-Demokratischen Union, der ich seit 1945, als ich aus dem Kriegsgefangenenlager kam, angehöre – und zu sagen, wir müssen es institutionell evangelisch : katholisch machen, das wäre das Ende dieser Partei. Das ist nicht möglich. (*Beifall.*) Ich habe vorhin gesagt – offenbar nimmt man das nur als Gefühlswallung von mir hin –, daß es undenkbar ist, mit einer solchen Liste vor die Arbeitnehmerschaft zu treten. Das ist ganz ausgeschlossen. Das mag man in anderen Landesverbänden anders sehen. Ich war sehr dankbar, daß Herr Adorno von einem süddeutschen Landesverband meine Gedanken aufgegriffen hat.

Wir haben einen Vorschlag, den die Kommission erarbeitet hat. Sie hat gesagt sieben oder acht. Je größer der Kreis ist, um so schwerer wird es. Denn dann ist sofort die ganze Repräsentanz in Frage gestellt, und dann muß jeder Landesverband und jeder Kreis wieder berücksichtigt werden. Dann haben wir praktisch eine verkleinerte Ausgabe des Vorstands, die nie hinkommen kann.

Wir sollten uns noch einmal den Vorschlag der Kommission zur Hand nehmen, den diese in wochenlanger Arbeit fertiggestellt hat. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir hier in fünf Minuten eine bessere Lösung finden als das, was die Kommission nach wochenlanger Arbeit vorgelegt hat.

Wir können dazu unser Monitum oder die eine oder andere Ergänzung machen, die nach der einen oder anderen Seite möglicherweise eine Rolle spielt. Das haben wir immer so gemacht. Oder aber wir überlegen noch einmal ganz von neuem, ob wir diesen Kreis verkleinern. Damit wären dann all die Schwierigkeiten, die ich angedeutet habe, zumindest verringert.

Ich möchte auch hier in allem Freimut, Herr Bundeskanzler Erhard, Ihnen etwas sagen. Ich bin Kabinettsmitglied. Sie wissen, wie ich zu den Dingen stehe. Sie wissen, daß ich mir die Unabhängigkeit bewahre, daß ich zu unterscheiden vermag zwischen der Loyalität des Kabinettsmitgliedes und der des Regierungschefs. Darüber gibt es überhaupt keine Diskussion. Aber ich werde mir die Freiheit bewahren, als Mitglied dieses Vorstands, als Vorsitzender einer Vereinigung dieser Union von der Partei her das zu sagen, was notwendig ist. Ich sage das nur hier, damit keine Mißdeutung nach der Seite hin erfolgen kann. Ich habe Ihnen das mündlich gesagt und wiederhole es hier freimütig vor dem ganzen Bundesvorstand.

Wir haben auch zur Zeit Konrad Adenauers immer honoriert, daß Konrad Adenauer der erste Vorsitzende und damit die Persönlichkeit mit dem stärksten Gewicht war. Das hat eine Gewichtigkeit auch bei der Besetzung anderer Personen beinhaltet. Ich meine, was da richtig war, kann heute nicht falsch sein. Wenn wir Ihnen heute einmütig das Votum bestätigt haben, daß damit zum erstenmal in der Geschichte dieser Partei ein evangelischer Christ an der Spitze die Union führt, dann glaube ich, ist das auch nach draußen hin von einer Deutlichkeit, die kaum besser darzustellen ist, nämlich eine Unterstreichung des Willens der Union, so daß ich nur traurig sein kann, wenn jetzt in kleinlichem Gehabe dieser großartige Eindruck, an dem niemand im deutschen Volke – selbst der „Spiegel" nicht – vorbeigehen kann, sondern den jeder honorieren muß, denn das ist ein Fanal für die Union, das jedermann versteht, der nur ein bißchen Fingerspitzengefühl für Parteipolitik in unserem Vaterlande hat. (*Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Etzel.

Etzel: Meine Damen und Herren! Diese ganze Verhandlung von heute nachmittag hat all den Verdacht in sich, den solche Verhandlungen üblicherweise zu haben pflegen. Aber nicht deswegen melde ich mich zum Wort. Ich bin tief erschrocken, Herr von Hassel, daß hier ein Vorschlag gemacht wird: sieben Katholiken und vier Evangelische, dann dürfen wir einen wegstreichen, aber auf jeder Seite nur einen. So geht das – das glaube ich im Namen der Union sagen zu dürfen – nicht. Wir sind allerdings immer der

Meinung gewesen, wir haben eine ausgewogene Parität zu suchen. Das haben wir auch immer getan; aber jetzt zu sagen, im Verhältnis 5:3 müssen wir Protestanten und Katholiken wählen, das geht nicht. Der Gesichtspunkt der Tüchtigkeit und der Leistung ist für mich das Entscheidende.

Wenn ich als Evangelischer sieben wählen will, dann wähle ich sieben, und wenn ich als Evangelischer fünf wählen will, dann wähle ich eben fünf. Diese Freiheit will ich haben. Ich will mir nicht ex officio einen Schlüssel vorhalten lassen, wie ich zu wählen habe. Das ist für uns etwas völlig Neues. Das hat es noch nie gegeben, und das darf nicht einreißen. (*Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Glup.

Glup: Entschuldigen Sie, meine Damen und Herren, wenn ich noch einmal das Wort ergreife. Ich meine, daß es nicht richtig ist, nun das, was Herr von Hassel in guter Meinung und nur als Vorschlag vorgetragen hat, nun in einer solchen Weise hochzuspielen. Entschuldigen Sie, wenn ich das einmal so sage.

Die Situation ist doch folgende: Herr Bundeskanzler Erhard hat heute nachmittag gesagt, das engere Gremium habe die Aufgabe, geistige Impulse zu bringen. Das Geschäftsführende Mitglied des Präsidiums soll diese geistigen Impulse weitergeben bzw. in die Partei weiter hineintragen. Das ist durchaus richtig. Aber nun meine ich doch, daß es hier im Bundesvorstand erlaubt sein muß, Vorschläge darüber zu machen, wie wir das, ohne eine unschöne Diskussion auf dem Parteitag zu bekommen, am einfachsten bewerkstelligen können.

Ich bin der Meinung, daß wir gut daran tun zu versuchen, möglichst viele Landesverbände im Präsidium vertreten zu haben; daß wir weiter gut daran tun, wenn wir versuchen, auch die konfessionellen Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Mehr hat Herr von Hassel hier auch nicht sagen wollen. Ich habe ihn nicht so verstanden, daß er gesagt hat: Wir wollen rein nach Konfessionsproporz wählen. Ich weiß aber nicht, ob das so zu verstehen war. Ich bin trotzdem der Meinung, daß es hier sehr wohl einem Vorstandsmitglied gestattet sein soll, einmal zu sagen: Wir sollten den Konfessionsproporz in der Partei berücksichtigen. (*Unruhe und Widerspruch. – Etzel:* Der Proporz ist nicht da!) Sie kommen doch nicht darüber hinweg. (*Anhaltende Unruhe.*) Deswegen glaube ich auch, daß wir mit einem Vorschlag wie der von Herrn Dufhues gar nicht schlecht fahren, daß wir also sagen bei der Abstimmung, es sollen etwa soviel Katholiken und etwa soviel Protestanten im Präsidium vertreten sein. (*Widerspruch und Unruhe.*) Ich bin nach wie vor der Meinung, meine Herren, daß möglichst viele Landesverbände im Präsidium vertreten sein sollen, damit das Gedankengut des engeren Vorstands möglichst schnell in die Landesverbände hineingetragen werden kann.

Adenauer: Das Wort hat Herr Stoltenberg.

Stoltenberg: Ich glaube, daß Herr von Hassel mit seinem Vorschlag den ersten Versuch unternommen hat, ein schwieriges Problem zu lösen. Ich möchte auch unterstreichen, daß er gesagt hat, daß wir in keinem Landesverband bei der Aufstellung von Listen, von Bundeskandidaten usw. es versäumen, solche Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Daß natürlich bei einer internen Vorwahl ein solches Verfahren, wenn getrennt ge-

wählt würde, gewisse Bedenken hervorrufen kann, das würdige ich absolut. Im übrigen ist das ja nur ein Diskussionsbeitrag gewesen, der ja nicht – wie vielleicht mancher meint – das Ergebnis zu bedeuten braucht.

Dieser Vorschlag gefällt mir aber in einem anderen Zusammenhang nicht völlig, nämlich wegen der Ausweitung. Die Reaktion, die wir eben erlebt haben, und die Tatsache, daß wir bei der Ausweitung auf 13 immer noch einige Namen offen haben, führt mich zu der Überzeugung, die ich auch bei den Beratungen in der Kommission gewonnen habe, daß wir bei allem Bestreben nach einem Ausgleich und nach einer Verständigung nicht in der Lage sein werden, ohne eine unvertretbare Ausweitung dieses Gremiums allen Wünschen und Gesichtspunkten Rechnung zu tragen.

Deshalb gebe ich zu erwägen, ob wir nicht auf die Zahl von zehn gehen sollten. Wenn die Zahl kleiner wird, gibt es meines Erachtens drei große Vorzüge. Es ist nicht umsonst heute in einer Art sprachlicher Fehlleistung vom Vorstand statt vom Präsidium gesprochen worden. Wir wollen aber festhalten, daß dieser Vorstand hier auch in der Zukunft Vorstand bleiben soll, wenn nicht etwas ganz anderes beschlossen wird, und daß wir uns darum bemühen sollten, daß wir noch etwas häufiger und intensiver und regelmäßiger, als das in den letzten Jahren gewesen ist, hier zusammenkommen. (*Lebhafter Beifall.*) Dabei sollten die Landesverbände und die Vereinigungen zu Wort kommen. Ich bin der Überzeugung, daß jede Diskussion über zehn Personen hinaus die genannten Probleme erschwert. Es wird gegen das konfessionelle Prinzip gesprochen mit einer gewissen Berechtigung, aber nur einer teilweisen Berechtigung. Es werden aber auch andere Prinzipien hier betont. Es ist doch so, daß jede Vergrößerung der Zahl uns in größere Schwierigkeiten hineinführt.

Ich habe in der Kommission gebeten, von meiner Benennung Abstand zu nehmen, und zwar aus verschiedenen Gründen. Ich würde auch einige andere Namen, die hier genannt sind, dabei einbeziehen. Bei einer kleineren Zahl kann jeder – mit Ausnahme der vier, auf die wir uns geeinigt haben – unter Umständen in Kauf nehmen, daß er nicht zum Zuge kommt; dann würde auch die Abweichung unter konfessionellen Aspekten niemals erheblich sein. Es würde auch die Frage der Arbeitnehmervertreter usw. leichter zu lösen sein, als wenn wir auf ein Gremium mit 15 Mitgliedern kommen.

Nachdem nun der Vorschlag von Herrn von Hassel bei einigen Herren keinen Zuspruch gefunden hat, plädiere ich dafür, daß wir zehn sagen und dann den Parteitag wählen lassen. Wir sollten uns dazu entschließen, das Präsidium klein zu halten und den Vorstand etwas zu aktivieren. Damit erweisen wir der Partei den besten Dienst.

Adenauer: Das Wort hat Herr Bundeskanzler Erhard.

Erhard: Meine lieben Freunde! Ich glaube, wir müssen unserem Freund von Hassel attestieren, daß seine Sorge um die Partei echt ist, daß er sich immer für sie eingesetzt hat, wenn ich auch in diesem speziellen Fall seinem Vorschlag nicht folgen möchte.

Ich denke an das, was Kollege Katzer gesagt hat. Ich bin mir bewußt, daß es für mich als evangelischer Christ und als dem Vorsitzenden der Partei nicht immer ganz leicht sein wird. Ich nehme das nicht als Feindseligkeit, wenn die Dinge in konfessioneller Sicht beleuchtet werden, aber ich möchte jedenfalls als Vorsitzender der Partei über den

konfessionellen Standpunkt nicht diesen Streit haben, weil die Partei von beiden Konfessionen gleichermaßen getragen wird.

Der Vorsitzende der Partei kann zu seiner christlichen Überzeugung stehen, wie er mag, aber er hat als Vorsitzender der Partei den Grundsatz zu berücksichtigen, daß hier die beiden christlichen Konfessionen aufgerufen sind, auf das engste zusammenzuarbeiten.

Ich würde den Vorschlag von Herrn Dufhues, diese elf Personen, die ja nicht nur zufällig entstanden sind, in alphabetischer Reihenfolge nennen. Was Herr Kollege Stoltenberg sagte, hat natürlich viel für sich. Wir haben vorhin schon die Frage diskutiert: Wird nicht aus dem Parteitag heraus der Versuch gemacht werden, noch weitere Persönlichkeiten zu nominieren? Das können wir nicht absehen. Wir können es auch nicht verhindern. Dann stelle ich die Frage, was ist besser, ob wir durch eine etwas breitere Auswahl den Qualitätsgesichtspunkt – nicht den konfessionellen Gesichtspunkt – stärker zum Ausdruck bringen, oder ob wir unter Umständen riskieren zu sagen, wir lassen uns doch nicht eine ganz bestimmte Anzahl von Leuten aufpressen; dann wollen wir schon weiter darüber diskutieren, wer sonst noch geeignet und fähig wäre, in das Präsidium aufgenommen zu werden.

Unter Berücksichtigung aller Modalitäten glaube ich, daß der bessere Weg, der auch den geringeren Widerstand auf dem Parteitag findet, der vielleicht manche unzufriedene Elemente zu beschwichtigen in der Lage ist, der vom Kollegen Dufhues aufgezeigte Weg ist. Wir nennen elf Personen, nicht nach Konfession geschichtet, sondern nach dem Alphabet. Diese Liste scheint mir brauchbar, um dem Parteitag präsentiert zu werden. (*Etzel:* Aber nicht 5:3!) (*Unruhe. – Weitere Zurufe:* Nein!)

Adenauer: Das Wort hat Herr Gurk.

Gurk: Meine lieben Freunde! Ich möchte mich auch dem Vorschlag von Herrn Dufhues anschließen. Ich habe bis jetzt geschwiegen, aber ich möchte unseren evangelischen Freunden doch folgendes sagen: In meinem Landesverband habe ich auf Biegen und Brechen um den neuen Parteivorsitzenden ringen müssen. Der Vorwurf war die Liberalisierung der Partei. Ich hätte es nicht gesagt, aber auf Biegen und Brechen haben die Delegierten bis nachts um 12.00 Uhr diskutiert. Nehmen Sie das nicht leicht! Es ist eine programmatische Schwenkung, die wir vertreten, hinter der wir stehen bei Gefahr des Verlustes unseres Parteiamts. Aber so war es. (*Erhard:* Ich bestreite die programmatische Schwenkung!) Aber das brauchen Sie mir, lieber Herr Bundeskanzler, nicht zu sagen, ich habe Sie mit allen Mitteln verteidigt. Ich sage das nur unseren Freunden, damit Sie nicht in ein sogenanntes Proporzdenken verfallen, während tatsächlich die Schwenkung viel wirkungsvoller ist und von uns vertreten wird. (*Zurufe:* Unklar! – *Bewegung! – Erhard:* Die Schwenkung wächst!) Verstehen sie mich recht, meine Herren! Wir haben Sie verteidigt, Herr Bundeskanzler! Wir werden Sie auch bis zum Letzten verteidigen. Das ist wertvoller als ein Proporzdenken. Ich möchte es nicht versäumt haben, das einmal hier zu sagen.

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit an Herrn Schröder wenden. Sie sind vorhin zitiert worden vom Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer. (*Schröder:* Ich möchte dabei ...

– *Unruhe.*) Sie brauchen nicht zu antworten! Sie sollen nicht vergessen ... (*Schröder:* Wenn darüber gesprochen werden soll!) Nein, es braucht nicht besprochen zu werden. Es soll nur nicht übersehen werden, gewisse literarische Erzeugnisse, die Ihnen nicht unbekannt sein werden, behaupten, daß dieses und jenes laufend im Lande schwebt.[20] Das sage ich nicht, um jetzt Streit zu stiften, sondern nur, damit Sie darauf achten, daß diese Angriffe vermieden werden bezüglich der Generalität usw. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Herr Bundeskanzler Erhard! Hier gibt es für uns keine Schwierigkeiten. Wir stehen auf Biegen und Brechen zu Ihnen. Lassen Sie uns also zu einer versöhnenden Lösung kommen, wie sie von Herrn Dufhues bezeichnet worden ist.

Adenauer: Das Wort hat Herr Blank.

Blank: Meine Damen und Herren! Ich muß Ihnen sagen, ich bin ehrlich erschüttert. Ich darf nur mit ganz wenigen Sätzen auf die Geschichte der Entwicklung unserer Partei hinweisen. Wir haben im Jahre 1945 die Partei gegründet. Ich habe in meinem Wahlkreis damals noch rund 30 % Zentrumsstimmen gehabt, die sich heftig gegen die CDU wehrten.[21]

Ich darf dennoch darauf hinweisen, daß wir damals aus der Situation heraus zunächst praktisch nur den Zulauf der weitaus besser in der Vergangenheit parteipolitisch organisierten Katholiken hatten als Evangelische. Dann haben wir, wie ich glaube, etwas sehr Kluges getan. Wir haben nämlich weithin versucht, so etwas wie eine Parität aufzubauen. Damit ist es uns gelungen, allmählich, wenn auch vielleicht noch nicht in dem wünschenswerten Umfange, den evangelischen Volksteil für uns zu gewinnen. Meine Damen und Herren! Fallen Sie jetzt bitte nicht in das Umgekehrte. Zum erstenmal haben die Geistlichen beider Konfessionen – was für die Katholiken besonders schwerwiegt – an einem Demonstrationszug teilgenommen.[22] Nun kommt das Entscheidende. Der katholische Bischof – das hat sich noch nie ereignet – hat öffentlich das Verhalten seiner Geistlichen für gut befunden. (*Zuruf:* Wer war das?) Bischof Hengsbach[23]!

Das wird sich zum erstenmal jetzt beim Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen auswirken. Wir sind darauf angewiesen, die sehr stark in den konfessionellen Verbänden organisierten Katholiken bei der Stange zu halten. Deshalb bin ich dagegen, daß wir einen solchen Vorschlag, wie ihn Freund von Hassel gemacht hat, annehmen.

---

20 Vgl. OPPELLAND S. 571 f.; „Rheinischer Merkur" vom 1. Oktober 1965 „Soll Gerhard Schröder gehen? Es gibt keine katholische oder evangelische Außenpolitik".

21 Bei den Bundestagswahlen 1949 erreichte die DZP im Wahlkreis Borken-Bocholt-Ahaus 29,3%, die CDU 41,8%.

22 Protestzug von Bergarbeitern durch Gelsenkirchen-Erle am 26. Februar 1966, an dem auch Geistliche beider Konfessionen teilnahmen, vgl. „Echo der Zeit" vom 27. Februar 1966; vgl. auch dpa vom 27. Februar 1966 „Bischof Hengsbach kritisiert Energiepolitik"; „Welt" vom 7. März 1966 „Barzel warnt vor Feuer an der Ruhr".

23 Dr. Franz Hengsbach (1910–1991), katholischer Theologe; 1957–1991 erster Bischof des neugeschaffenen Ruhrbistums Essen, 1961–1978 Militärbischof, 1961 Mitgründer der Aktion Adveniat, 1988 Kardinal. – Hengsbach setzte sich während der Kohlekrise öffentlich für die Bergarbeiter ein, vgl. „Rheinische Post" vom 10. September 1965.

Ich wende mich mit Nachdruck gegen den Vorschlag, den Herr Erhard gemacht hat. Er sagte, dann nehmen wir doch elf oder zwölf und lassen den Parteitag darüber entscheiden. (*Von Hassel:* Das ist doch der Vorschlag von Dufhues!) Sie haben sich aber den Vorschlag zu eigen gemacht. Ich halte ihn für völlig falsch.

Meine Damen und Herren! Wenn wir der Meinung sind, das Präsidium soll eine bestimmte Größe haben, dann müssen Sie für das Gesamtpräsidium eine fertige Liste vorlegen, oder wenn Sie das für einen Teil nicht wollen, dann gilt das auch für den anderen Teil. Wer sagt Ihnen denn, daß Mehrheiten, die sich hier gebildet haben, ohne weiteres identisch für Mehrheiten auf dem Parteitag sind?

Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß es da zu Auseinandersetzungen kommt; denn das Parteivolk ist an dieser Frage ungeheuer interessiert und will die Einheit unserer Partei erhalten. Entweder machen wir den einen Vorschlag, der die vier Namen enthält und die anderen genauso von vornherein begrenzt, oder wir machen es in beiden Fällen anders. Meine Damen und Herren! Nehmen Sie mir das ab. Ich sage das in aller Bescheidenheit. Ich glaube, daß wir, was die Leistung in der Partei anbetrifft, alle den gleichen Wert haben.

Adenauer: Das Wort hat Herr Stingl.

Stingl: Ich bin über die Zusammensetzung der Namen etwas überrascht. Herr von Hassel, Sie haben gesagt, daß sie sich ergeben haben aus der Diskussion. Herr Dufhues hatte mehr Namen genannt. Zumindestens aber hätten Sie die Intervention Amrehns so verwenden müssen, daß Amrehn mitgenannt worden wäre.

Adenauer: Das Wort hat Herr Klepsch.

Klepsch: Meine verehrten Damen und Herren! Ich möchte nicht auf die Frage des Religionsproporzes eingehen, denn ich weigere mich, hier darüber zu diskutieren. Aber drei Dinge scheinen mir wichtig zu sein. Zunächst möchte ich mir den Gedankengang von Herrn Stoltenberg zu eigen machen. Sie haben vorhin schon von mir gehört, daß ich der Meinung bin, daß die Zahl zwölf etwas zu hoch ist. Er hat völlig recht, wenn wir bei der Zahl zehn stehengeblieben wären, hätten wir alle die Probleme, über die wir jetzt stundenlang diskutiert haben, leichter lösen können.

Mit zwölf oder 13 Mann machen wir – Herr Russe hat das ausgesprochen – eine Art verkleinerten Vorstand. Und gerade das ist bei der Struktur unserer Partei mit dieser Ziffer nicht zu machen. Deshalb entsteht mit jeder weiteren Person das um so größere Problem, daß es immer weniger paßt auf die Struktur der Partei. Die Relation stimmt dann immer weniger. Wenn wir es bei zehn beließen, könnten wir die Hauptgesichtspunkte berücksichtigen.

Wir würden auch nicht den Versuch machen, einen verkleinerten Vorstand herzustellen. Es wäre auch sinnvoller, wenn diese Gruppe, wie Herr Stoltenberg sagt, häufiger zusammenträte, um solche Diskussionen wie heute zu führen. Ich fürchte, daß wir diese Diskussion auf dem Parteitag wieder bekommen, wenn wir nicht bis Montag eine Lösung finden, die die Frage aus der Welt räumt: verkleinerter Vorstand oder Präsidium.

Aus diesem Grunde möchte ich noch einmal herzlich bitten, den Vorschlag von Dr. Stoltenberg zu überdenken, so daß wir uns also neben den bisher festgelegten fünf Per-

sonen auf weitere fünf Präsidialmitglieder beschränken und versuchen, mit dieser Ziffer das Ganze auszubiegen. Bei zehn Mitgliedern wären die ganzen Probleme, von denen Herr Katzer und Herr Russe gesprochen haben, hinsichtlich der Arbeitnehmervertreter viel leichter zu lösen.

Adenauer: Das Wort hat Herr von Hassel.

Von Hassel: Ich wollte noch Herrn Stingl sagen, die Namen, die ich vorgelesen habe, sind jene Namen, die Herr Dufhues als Ergebnis der Beratungen der Siebenerkommission vorgetragen hat. (*Stingl:* Dann müßten die Vorschläge aufgefrischt werden, die ursprünglich gemacht wurden. – *Starke Unruhe.*)

Dufhues: Meine Damen und Herren! Wir sollten ernsthaft erwägen, ob wir auf eine solche Verkürzung hinwirken. Ich bin von jeher der Auffassung gewesen, daß ein siebenköpfiges Präsidium leichter zu bewegen ist als ein vierzehnköpfiges. Wenn wir also zu dem Ergebnis von zehn kommen könnten, wäre das glücklich. Aber es ist völlig ausgeschlossen, die Namen dieser zehn jetzt in diesem Gremium zu erörtern. Wir würden noch einmal eine Pause einlegen müssen. Ich bitte Sie also, diese Pause einzulegen und so lange zusammenzubleiben, bis wir uns einig sind. Wir dürfen nicht mit einem negativen Ergebnis an die Öffentlichkeit treten. Das verträgt nach dieser Diskussion weder die CDU noch die Öffentlichkeit. (*Beifall.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Kohl. (*Kohl:* Nein, ich verzichte!) Ich danke jedem, der nicht redet. – Das Wort hat Herr Stoltenberg.

Stoltenberg: Ich möchte den Antrag stellen, auf die Zahl zehn zu gehen. Ich fürchte, daß wir nach einer neuen Unterbrechung nicht mehr beschlußfähig sind; denn die Lükken hier vergrößern sich.

Wenn wir an dieser Sache festhalten, könnten wir den Versuch eines Personalvorschlages, seien es zehn, seien es mehr, dem Parteitag machen. Die Namen sind bekannt. Der andere Weg wäre der einer Abstimmung. Ich glaube nicht, daß wir jetzt durch eine Debatte auf die Zahl zehn herunterkommen.

Adenauer: Hier wird gerade versucht, auf zehn herunterzukommen. (*Stingl:* Ob zehn oder zwölf, ich mache darauf aufmerksam, daß die Christlich-Demokratische Union sich für ganz Deutschland verantwortlich weiß und daß hinter der Elbe Berlin und Ostdeutschland liegen.) Das Wort hat Herr Schmücker.

Schmücker: Ich habe den Eindruck, einige Herren sind mit Herrn von Hassel zu hart umgesprungen. So hat er es nicht gemeint. Das sollten wir ihm auch gar nicht unterstellen, daß er so etwas meint.

Herr Vorsitzender! Ich wiederhole meinen Vorschlag. Warum machen wir eine Satzungsänderung? Bleiben wir doch bei dem, was ist. (*Starke Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Das Wort hat Herr Dittmar[24].

---

24 Dr. Rupprecht Dittmar (1914–1985), Diplom-Kaufmann; 1945 stv. Vorsitzender des KV Weimar (CDU), ab 1946 Referent für Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik beim LV Thüringen, 1947 Stadtverordneter in Weimar, Mitglied des Kreistags, Vorsitzender der CDU-Fraktion, Leiter der Abteilung Betriebswirtschaft im Ressort Wirtschaftspolitik der DAG, 1955 Vorsitzender der Hamburger Sozialausschüsse, 1958–1968 Vorstandsmitglied der BfA.

Dittmar: Meine Damen und Herren! Ich möchte dringend davor warnen, die Entscheidung, welchen Vorschlag wir machen, bis zum Montag vor uns herzuschieben. Ich erinnere an den Parteitag von Hannover.[25] Da hat der Bundesvorstand am Sonnabend zusammengesessen. Wir hatten auch damals eine schwierige Situation wegen der Kandidaten des Präsidiums. Wir haben am Sonntag weiterverhandelt. Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer weiß, wie schwierig es gewesen ist. Wenn wir es auf Montag verschieben, wo die Sitzung des Vorstands für 10.00 Uhr angesetzt ist und diejenige des Parteiausschusses um 11.00 Uhr, dann ist es absolut unmöglich. Wir müssen hic et nunc zu einer Entscheidung kommen. (*Beifall.*)

Adenauer: Meine Herren! Ich bin unbedingt dafür, daß wir heute hier zu Ende kommen in dieser Angelegenheit. Sehen Sie, daß jetzt nichts in die Presse kommt.

Stoltenberg: Ich wollte nur sagen, daß wir erst die Zahl festlegen und dann über die Namen diskutieren. (*Amrehn:* Das hat vorhin auch nicht geholfen.)

Adenauer: Wir unterbrechen kurz die Sitzung.

Unterbrechung der Sitzung von 18.25 Uhr bis 18.30 Uhr.

Adenauer: Bitte sehr, Herr Dufhues.

Dufhues: Wir haben in dieser Situation versucht, doch noch die Grundlage für eine Verständigung zu finden. Der Vorschlag, der hier in diesem zufällig zusammengesetzten Kreis erarbeitet worden ist, sieht ein Präsidium aus elf Mitgliedern vor. Die Namen der Mitglieder dieses Präsidiums sollten nach den bisherigen Überlegungen folgende sein: Bundeskanzler Professor Dr. Erhard Vorsitzender, Dr. Rainer Barzel 1. Stellvertretender Vorsitzender, als weitere zwei gleichberechtigte Stellvertreter von Hassel und Lücke. Wir haben uns bereits darüber geeinigt, daß wir Herrn Heck bitten sollten, das Amt eines Geschäftsführenden Mitgliedes des Präsidiums zu übernehmen.

Als die verbleibenden weiteren Mitglieder des Präsidiums werden vorgeschlagen: Frau Brauksiepe, Herr Blank, Herr Dufhues, Herr Gerstenmaier, Herr Kohl und Herr Schröder. Ich glaube, daß wir Herrn Krone dankbar sein sollten! (*Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich würde vorschlagen, wir probieren das einmal beim Parteitag. (*Unruhe und Bewegung.*) Meine Herren! Stimmen wir ab. Sie haben den Vorschlag von Herrn Dufhues gehört. Ich bitte diejenigen, die dafür sind, eine Hand zu erheben. – Das ist die Mehrheit. – Bitte sehr, Herr Kraske!

Kraske: Lassen Sie mich noch folgendes vorschlagen: Nach der bisherigen Übung unserer Partei ist jeweils der Vorsitzende des gastgebenden Landesverbands der Parteitagspräsident. Da Herr Grundmann bereits den letzten Parteitag präsidiert hat, hat er insbesondere auch im Hinblick auf die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen vorgeschlagen, daß diesmal in Bonn Herr Ministerpräsident Meyers Parteitagspräsident ist. Dürfen wir dazu um Ihr Einverständnis bitten? (*Beifall.*) Ich möchte weiter anregen, daß ein Vorschlag über die weitere Zusammensetzung des Präsidiums dem Bundesvorstand auf seiner Sitzung am kommenden Montag vorgelegt wird. Herr Dufhues hat über

25 Vgl. PROTOKOLLE 4 S. 677–703.

die Satzungsänderungen berichtet. Es ergibt sich aus technischen und organisatorischen Gründen eine weitere Satzungsänderung als zwingend notwendig, und zwar im § 17 des Statuts ist der letzte Satz zu ersetzen durch folgende Formulierung: „Der Nachweis des Mitgliederbestands erfolgt nach den Unterlagen der zentralen Mitgliederkartei." Das ist eine Frage, die für die Mandatsprüfung auf dem Parteitag von einiger Bedeutung ist. Ich bitte um Ihre Zustimmung, daß diese Änderung in die Satzungsänderung eingearbeitet wird, die generell dem Parteitag vorgelegt wird.

Adenauer: Sie sind einverstanden.

Kraske: Es ist heute kurz in der Kommission die Frage erörtert worden, was wir uns am Ende des Parteitags vorstellen, eine Entschließung oder ein Appell oder was auch immer. Es wird auf diesem Parteitag keine Arbeitskreise geben. Es wird also keine Fachgremien geben, die, wie das auf den bisherigen Parteitagen üblich war, eine solche Entschließung vorbereiten können. Die Kommission war, wenn ich mich recht erinnere, einstimmig der Meinung, daß der Schlußtag dieses Parteitags so stark unter dem Eindruck der Wahlen stehen wird, die am Mittwoch stattfinden, daß man nicht daneben noch Entschließungen vorlegen sollte, die – wenn ich das offen sagen darf – wahrscheinlich dann nur aus Allgemeinplätzen bestünden, weil sie auf dem Parteitag nicht gründlich genug vorbereitet worden sind. Ich meine aber, daß der Bundesvorstand sich schon heute dazu äußern sollte, denn wenn man anderer Meinung ist, müßte jetzt noch die verbleibende Woche dazu benutzt werden, um so etwas vorzubereiten.

Adenauer: Ich würde es wenigstens vorbereiten. Wir können dann darüber am Montag morgen beschließen. Aber für alle Fälle sollte man es vorbereiten.

Kraske: Das heißt, daß wir eine allgemeine kurze Entschließung vorbereiten, über die der Bundesvorstand am nächsten Montag Beschluß faßt.

Schließlich bitte ich um zwei Vormerkungen für die Sitzungen am kommenden Montag des Bundesvorstands und des Bundesausschusses. Es wird Ihnen jetzt eine Vorlage unseres Fachausschusses für Sozialpolitik vorgelegt, der Ausschuß für Sozialpolitik der Bundespartei hat darum gebeten, daß der Bundesvorstand von dieser Entschließung zustimmend Kenntnis nimmt, die dann veröffentlicht werden kann. Es sollte jeder Zeit haben, das in Ruhe zu lesen. Deswegen wird es jetzt verteilt, damit Sie am nächsten Montag darüber beschließen können.[26]

Auf der Sitzung des Bundesausschusses am kommenden Montag ist endgültig über die neue Satzung der Sozialausschüsse zu beschließen.[27] Ich wäre Ihnen dankbar, wenn wir mit Ihrer Zustimmung das auf die Tagesordnung setzen könnten.

---

26 In seiner Sitzung vom 21. Januar 1966 hatte der Bundesausschuß für Sozialpolitik eine Vorlage an den CDU-Vorstand beschlossen zu den Themen: Selbstverwaltung in der Sozialversicherung und Alterssicherung der Selbständigen. Auch wurde der CDU-Vorstand gebeten, die Bundesregierung aufzufordern, eine erste Gesetzesnovelle zum Lastenausgleichsgesetz vorzulegen (ACDP 07–004–562/2 und 563/1). Vgl. dazu auch Nr. 5 S. 173 f.

27 Die Satzung der Sozialausschüsse der CDA wurde auf der 11. Bundestagung am 9.–11. Juli 1965 in Köln (Druck in ACDP 07–001 AO 169 Justitiar) und vom CDU-Bundesausschuß am 21. März 1966 gemäß CDU-Statut § 31 Satz 2 genehmigt (ACDP 07–001–022/8 S. 43–45).

Wahl von fünf Mitgliedern, die durch den Bundesvorstand in den Fernsehrat der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen zu entsenden sind

Auf der heutigen Tagesordnung standen noch zwei Punkte: Das eine ist folgendes. Der Kulturausschuß der Bundespartei hat Herrn Dr. Hofmann[28] aus Aachen zu seinem Vorsitzenden wiedergewählt. Diese Wahl bedarf nach der Satzung noch der Zustimmung des Bundesvorstands. Ich wäre für diese Zustimmung dankbar. (*Adenauer:* Die Zustimmung ist gegeben.)

Der letzte Punkt: Das Präsidium hat auf seiner Sitzung am 13. Januar nach dem Staatsvertrag über die Errichtung der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen die fünf Vertreter der CDU gewählt. Diese Wahl war im Präsidium erforderlich, weil sie bis zum 6. Februar getätigt sein mußte und der Vorstand vor diesem Termin nicht zusammentrat. Auf Vorschlag von Herrn Dufhues sind bei dieser Sitzung die bisherigen Vertreter der CDU, nämlich Herr Dr. Kohl, Herr Dr. Martin, Frau Dr. Strecker[29] und ich wieder benannt worden. An Stelle von Herrn Dr. Stoltenberg, der als Bundesminister dem Fernsehrat nicht angehören kann, hat das Präsidium Herrn Dr. Abelein[30] benannt. Diese Vorschläge sind der Anstalt Zweites Deutsches Fernsehen mitgeteilt worden. Nach dem Staatsvertrag muß jedoch die Zustimmung von den Parteivorständen gegeben werden. Deshalb bitte ich Sie, daß diese Entscheidung des Präsidiums bestätigt wird.

Adenauer: Sie ist bestätigt. Damit wäre die Tagesordnung erschöpft. – Bitte sehr, Herr Amrehn!

Verschiedenes

Amrehn: Zum Punkt Verschiedenes darf ich noch folgendes sagen: Manch einer von uns kommt zu einer solchen Sitzung von weit her angereist. Er hat selten die Freude, den früheren Bundeskanzler und Vorsitzenden der Partei, den Herrn Bundeskanzler, den Herrn Außenminister, den Herrn Verteidigungsminister an diesem Tisch zu sehen. Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn der Bundesvorstand heute auseinanderginge, ohne daß wir wenigstens ein Wort darüber hören, wie die Dinge der letzten Wochen beurteilt werden und was der Bundesparteivorsitzende für einen Eindruck von Paris mitgebracht hat. (*Beifall.*) Darüber ist nicht gesprochen worden.

---

28 Josef Hofmann (1897–1973), Chefredakteur der „Aachener Volkszeitung"; vor 1933 Zentrum, 1946–1968 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU). Memoiren: Journalist in Republik, Diktatur und Besatzungszeit. Erinnerungen 1916–1947. Bearbeitet und eingeleitet von Rudolf Morsey. Mainz 1977.

29 Dr. Gabriele Strecker (1904–1983), Ärztin; 1954–1962 MdL Hessen (CDU). – Memoiren: Überleben ist nicht genug. Frauen 1945–1950. Freiburg 1981. Vgl. Ingrid Langer: (Hg.): Alibi Frauen? Hessische Politikerinnen III. Frankfurt/Main 1996 S. 257–322.

30 Prof. Dr. Manfred Abelein (geb. 1930), Rechtsanwalt; 1961–1965 persönlicher Referent und Leiter des Ministerbüros von Heinrich Krone, 1965–1990 MdB (CDU), seit 1969 o. Professor für Politik und Öffentliches Recht an der Universität Regensburg, 1991–1996 Vizepräsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich Ihnen sagen, daß die Sache mit Amerika noch nicht passiert war, als ich nach Paris fuhr.[31] Ich bin nach Paris hauptsächlich gegangen wegen Verhandlungen mit dem Verlag Hachette. Ich bin von Herrn de Gaulle[32] empfangen worden. Ich fand ihn in guter Verfassung, besser als ich erwartet hatte. Er hat auch aus sich heraus über die Amerikasache gesprochen, und er war der Auffassung, daß, wenn sich die Aufregung etwas gelegt hätte, man im Wege der Verhandlungen zu einer Verständigung kommen werde.

Meine Damen und Herren! Mich erfüllt mit mehr Sorge, was Sie aus Zeitungen wissen, d. h. de Gaulle ...

Meine Herren! Jetzt schreiben Sie mit! Das ist doch unmöglich, das geht nicht. Also, dann darf ich die Sitzung wohl schließen. (*Unruhe und Bewegung. – Kohl:* Herr Bundeskanzler! Es schreibt doch niemand mit!) Die Herren haben doch alles mitgeschrieben. (*Erhard:* Vielleicht sollten wir eine Sondersitzung dafür einberufen, wo wir besser abgeschirmt sind und wo wir gründlich darüber sprechen können. – *Kohl:* Man kann doch hier jetzt vereinbaren, daß nicht mitgeschrieben wird. Das muß doch möglich sein. Ich würde den Vorschlag unterstützen, daß wir jetzt einen kurzen Bericht hören, wenn wir schon hier sind. Wir werden nämlich zu Hause gefragt, und es sieht komisch aus, wenn wir dann sagen, wir haben nicht darüber geredet. Herr Bundeskanzler! Geben Sie bitte den Bericht. Es schreibt niemand mit.) Meine Herren! Dafür sind die Dinge zu intrikat. Die ganze Lage ist sehr kritisch. Lesen Sie die Zeitungen und streichen Sie die Hälfte davon, dann haben Sie die richtige Situation. (*Zurufe:* Berichten Sie bitte!) Nein, meine Herren, das können Sie nicht von mir verlangen. Ich habe dem Herrn Bundeskanzler darüber berichtet.[33] Lassen sie mich damit schließen, daß er gesagt hat, die Sache käme in Ordnung, aber wie, hat er mir nicht verraten.

Erhard: Meine Damen und Herren! Ich möchte auch die Sache nicht politisch ausleuchten in der letzten Konsequenz, aber ich kann doch einen kurzen Bericht über das geben, was sich in der vorigen Woche ereignet hat.

---

31 Adenauer hielt sich auf Einladung des Verlags Hachette (Verlags-Vertrag vom 28. November 1963, vgl. SCHWARZ S. 949 f.) anläßlich der Veröffentlichung des ersten Bandes der französischen Ausgabe seiner Erinnerungen vom 9.–11. März 1966 in Paris auf. Vgl. AAPD 1966 Nr. 67. – Zum Plan de Gaulles, Frankreich aus den militärischen Strukturen der NATO herauszulösen vgl. AAPD 1966 Nr. 48; OSTERHELD S. 292–297.

32 Charles de Gaulle (1890–1970), französischer General und Politiker; 1944–1946 Chef der provisorischen Militärregierung bzw. Ministerpräsident, 1947–1953 Vorsitzender der Sammlungsbewegung RPF, 1958–1969 Staatspräsident. Vgl. Peter SCHUNCK: Charles de Gaulle. Ein Leben für Frankreichs Größe. Berlin 1998.

33 Bei welcher Gelegenheit das Gespräch stattfand, ist nicht ermittelt. Zur Unterredung Adenauers mit de Gaulle vgl. Anm. 47.

Am Montag voriger Woche ist der amerikanische Botschafter[34] zum französischen Außenminister[35] gerufen worden und hat einen Brief in Empfang genommen an den amerikanischen Präsidenten. Darin wird im wesentlichen gesagt, es müsse die Verpflichtung aus dem Washingtoner Abkommen von 1949[36] voll erhalten bleiben. Frankreich möchte auch in der Allianz bleiben.

Die Entwicklung in Europa selbst sieht er nicht mehr als bedroht an; im Gegensatz zu uns. Wir haben das Deutschlandproblem. Wir müssen Europa als bedroht ansehen. Auch die Entwicklung in Frankreich selber, die Entwicklung der Force de Frappe läßt es ihm geboten erscheinen, die Integration in der NATO aufzulösen, was sein Teil, was Frankreich betrifft; d. h. also Austritt aus der SHAPE[37], dem Kommando in Fontainebleau, Austritt aus dem Kommando der NATO in Europamitte. Er könne es nicht mehr zulassen, daß die amerikanischen Streitkräfte in großer Zahl mit militärischem Einsatz sich auf französischem Boden befinden. Er sei aber bereit, darüber zu verhandeln.

Der amerikanische Präsident[38] hat mir den Brief von General de Gaulle am nächsten Tag zugeschickt. Ich habe ihn am Dienstag schon erhalten mit einem Begleitschreiben, wo er noch einmal ein Bekenntnis ablegt zur NATO, insbesondere auch zu Deutschland, das in seiner besonderen geographischen und politischen Situation ein besonderes Interesse haben müsse, die NATO aufrechtzuerhalten, ja sogar noch zu stärken.

Der amerikanische Präsident ist der Meinung – wir sollten ihm in dieser Hinsicht folgen –, daß der Schritt Frankreichs – es sind ja Briefe geschrieben worden an Johnson, an Wilson[39], an mich, an Saragat[40] – nicht nur zweiseitig zu behandeln ist, weil es nicht nur bilaterale Verhältnisse betrifft, auch wenn zweiseitige Verträge geschlossen

34 Charles E. Bohlen (1904–1974), amerikanischer Diplomat; 1953–1957 Botschafter in der UdSSR, 1957–1959 auf den Philippinen, 1962–1968 in Frankreich. – Vgl. AAPD 1966 Nr. 64.

35 Maurice Couve de Murville. – Der Brief datiert vom 7. März 1966, vgl. FRUS Vol. XIII Western Europe Region Nr. 137; Bericht über das Gespräch Bohlen-Couve de Murville vom 7. März 1966 Nr. 136 (Text im Internet: http://www.state.gov/www/about_state/history/vol_xiii/130.html).

36 Auf der Deutschlandkonferenz in Washington (5.–8. April 1949) hatten die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs beschlossen, die Bizone durch Fusion mit der französischen Besatzungszone zur Trizone zu erweitern, die Militärregierung zu beenden; ebenfalls wurde die endgültige Fassung des Besatzungsstatuts und die Ankurbelung der Industrieproduktion durch Reduktion des Demontageprogramms beschlossen, vgl. Hans-Georg Lehmann: Deutschland Chronik 1945–2000. 2. überarb. und erw. Aufl. Bonn 2000 S. 25.

37 Supreme Headquarters Allied Powers Europe.

38 Lyndon B. Johnson.

39 Harold Wilson (1916–1995, seit 1983 Lord Wilson of Rievaulx), britischer Politiker (Labour); 1945–1983 Mitglied des Unterhauses, 1945–1947 Parlamentarischer Staatssekretär des Ministers für Öffentliche Arbeiten, 1947–1951 Handelsminister, 1963–1976 Vorsitzender der Labour Party, 1964–1970 und 1974–1976 Premierminister. Memoiren: The Labour government 1964–1970. A personal record. Harmondsworth 1974; Ben Pimlott: Harold Wilson. London 1992.

40 Giuseppe Saragat (1898–1988), italienischer Politiker (PSD); 1926–1945 Exil in Wien und Paris, 1947–1949 und 1954–1957 stv. Ministerpräsident, 1963/64 Außenminister, 1964–1971 Staatspräsident.

wurden. Politisch und militärisch ist es eine Angelegenheit der NATO. Die NATO-Partner müßten unter sich konsultieren, um aus der gegebenen Situation zu einem gemeinsamen Handeln zu gelangen.

Ich habe in dem Brief an Johnson[41] geantwortet, daß ich auch der Meinung bin, daß nicht nur die deutsche Sicherheit, sondern auch die europäische Sicherheit gefährdet ist und daß wir das Bedürfnis haben, mit unseren NATO-Partnern über die Dinge zu sprechen.

Am Dienstag abend um 11.00 Uhr bekam ich dann ein Handschreiben von de Gaulle, vier Seiten lang[42], in dem er im Grundtenor eigentlich das gleiche sagt, was bei allen Briefen interessant ist, daß er immer diesen Bezug nimmt auf die Verhältnisse in Deutschland. Ich habe schon in meiner Pressekonferenz[43] und nachher ganz deutlich gesagt, die Vorstellung, daß man die Integration in der NATO auflösen könnte, daß aber nur die fremden Truppen auf deutschem Boden integriert bleiben sollten, Deutschland also unter ein Sonderstatut zu stellen, ist unmöglich. Ebenso unmöglich ist es, auf ein Besatzungsstatut[44] zurückzufallen, d. h. an den Deutschlandvertrag[45] anzuknüpfen, wo die einzelnen Mächte ein originäres Recht hätten, auf deutschem Boden zu stehen. Aber das ist konsumiert durch den Beschluß in den Londoner Schlußakten.[46] In den darauffolgenden Entscheidungen des NATO-Rats ist festgelegt, daß die Alliierten – das sind die sechs EWG-Länder und auch die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Kanada – für ihre Truppen auf dem Kontinent das Prinzip der Integration anerkennen und ihre Truppen dem NATO-Kommando unterstellen. Der entscheidende und gravierende Unterschied in der Auffassung zwischen de Gaulle und uns ist der, Europa ist nicht mehr bedroht. Wir sind noch bedroht, wenn auch vielleicht nicht unmittelbar zunächst, aber wir können keine Politik machen auf kurze Sicht. Er spricht weiter, wir wollen unter Umständen nicht in einen Krieg hineingezogen werden, der seine Wurzeln nicht in Europa hat, sondern in irgendeinem Teil der Welt, aber auf Europa überschlagen könnte.

Er erwähnt dann in seinem Brief an mich auch, daß die bilateralen Abmachungen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich nicht die französische Souveränität berühren, im Gegensatz zu den bilateralen Abmachungen zwischen den USA und Frankreich. Immerhin ist fraglich, ob Frankreich in einem Konfliktfall unter allen Umständen

41 Vgl. AAPD 1966 Nr. 49.

42 Vgl. HENTSCHEL S. 602; OSTERHELD S. 292f.

43 Am 25. Februar 1966, vgl. AdG 1966 S. 12352f.

44 Das Besatzungsstatut wurde am 21. September 1949 in Kraft gesetzt. Es endete am 5. Mai 1955. Vgl. AdG 1949 S. 2073.

45 Der Deutschlandvertrag wurde am 26. Mai 1952 in Bonn unterzeichnet und trat 1954 in Kraft. Er sah u. a. das Recht der Alliierten zur Truppenstationierung auf deutschem Boden vor.

46 Vom 28. September bis 3. Oktober 1954 beriet die Londoner Neunmächtekonferenz über Alternativen nach dem Scheitern des EVG-Vertrags. U. a. wurde vereinbart, daß das Besatzungsstatut sobald wie möglich aufgehoben werden sollte, die Vier Mächte aber weiterhin Truppen in der Bundesrepublik stationieren würden und die Bundesrepublik dem Nordatlantikpakt beitreten sollte, vgl. EUROPA-ARCHIV 1954 S. 6978–6987.

auf der Seite der übrigen NATO-Partner steht, oder ob unter Umständen noch andere Überlegungen angestellt werden können. Das sind alles Fragen, zu denen heute noch kein letztes Urteil gesagt werden kann, weil sie nicht allein die Bundesrepublik betreffen, sondern auch andere Länder. Es ist selbstverständlich, daß in dem Augenblick, wo wir einen Sonderstatus für französische Truppen auf deutschem Boden bewilligen würden, das gleiche Recht auch England und die Vereinigten Staaten haben wollten.

Mehr kann ich im Augenblick nicht sagen. Ich will nicht sagen, daß keine Lösung möglich wäre. Ich bin nicht so optimistisch, wie die Aussage des französischen Staatspräsidenten gegenüber Herrn Dr. Adenauer gewesen ist.[47] Die Dinge sind komplizierter, weil vor allen Dingen auch die Amerikaner sagen, die Flugzeuge, die wir auf französischem Boden stationiert haben, die Ölleitungen, die dort liegen, sind zwar bilateral ausgehandelt, aber dem Gehalt nach ist es doch ein wesentliches Element der Verteidigung Europas, und deshalb können wir nicht ohne die übrigen NATO-Partner vorgehen, wir müssen ein Einvernehmen erzielen.

Das Berlin-Problem ist unangetastet. Das wird immer wieder hervorgehoben in allen Briefen. Die Verpflichtungen zu Berlin werden unter allen Umständen erfüllt und anerkannt, auch von seiten Frankreichs, aber die Integration als Form wird abgelehnt.

Interessant ist auch, daß die Briefe de Gaulles ganz fein sichtbar moduliert sind. Der härteste Brief ist an den amerikanischen Präsidenten gerichtet; der an mich ist freundlich gehalten; der an Wilson ist herzlich gehalten; der an Saragat ist völlig neutral.[48] Man spürt ganz deutlich, daß hier noch eine ganz bewußte und gewollte Differenzierung Platz gegriffen hat. Ich habe den Brief von de Gaulle sofort beantwortet und im Hinblick auf seine Äußerungen gesagt, er könne überzeugt sein, daß wir getragen sind von dem Geiste und dem Werte der deutsch-französischen Freundschaft und daß wir in den Konsultationen, die wir vornehmen, immer das Ziel im Auge haben werden, eine für alle Beteiligten entscheidende Lösung zu finden. (*Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und Herren! Jetzt kann ich die Sitzung schließen.

47 Zur Unterredung Adenauers mit de Gaulle vgl. den Bericht des Botschafters Klaiber an Außenminister Schröder vom 10. März 1966 (AAPD 1966 Nr. 67).

48 Vgl. zu den Schreiben de Gaulles vom 10. bzw. 11. März 1966 AAPD 1966 S. 291 Anm. 1 und S. 292 Anm. 10.

5

Bonn, Montag 21. März 1966

Sprecher: Adenauer, Barzel, Dichtel, Dufhues, [Erhard], Etzel, Fricke, Glup, Gradl, Grundmann, Gurk, Klepsch, Kraske, Lemke, Lemmer, Meyers, Röder, Russe, Schmitz, Seebohm.

Der Bundesparteitag 1966. Vorbereitung der Bundesausschußsitzung. Vorlagen des sozialpolitischen Ausschusses. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 11.10 Uhr*

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen. Soviel ich weiß, werden – ich habe das aus der Presse gelesen – gegen die Vorschläge, die gemacht werden, was die Zusammensetzung des Präsidiums angeht, Bedenken erhoben. Ist das der Fall? (*Zuruf:* Ja!) Dann sollten wir zuerst darüber beraten, aber möglichst schnell, damit sich die Sache nicht in die Länge zieht. Ich möchte nicht bei den Journalisten den Eindruck hervorrufen, daß hier große Unstimmigkeiten sind. Wer hat eben ja gesagt? (*Glup:* Ich!) – Bitte sehr!

Der Bundesparteitag 1966

Glup: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Auf der letzten Bundesvorstandssitzung ist dieses Thema sehr eingehend erörtert worden. Ich habe den Eindruck gehabt, daß der letzte Vorschlag unter einem Zeitdruck gemacht wurde und aber doch verabschiedet worden ist. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß, wenn man eine große Volkspartei reorganisieren will in ihrer Spitze, dann auch die regionalen Gesichtspunkte stärker berücksichtigt werden sollten. Ich halte es nicht für gut, daß von elf Präsidiumsmitgliedern sechs allein aus Nordrhein-Westfalen kommen. Ich würde deshalb sehr herzlich darum bitten, daß hier noch Überlegungen angestellt werden. Der ganze Norden Deutschlands wird allein vertreten durch Herrn von Hassel. Ich schlage vor, noch einen Mann von dort in das Präsidium aufzunehmen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Dufhues.

Dufhues: Ich will zu den Vorschlägen im einzelnen nicht mehr Stellung nehmen, denn die Gesichtspunkte, die für die Vorschläge der Kommission und den Beschluß des Vorstands maßgebend waren, sind eingehend erörtert worden. Ich bin sicher, daß wir eine Wiederholung dieser Diskussion nicht wünschen.

Ich habe Verständnis dafür, daß auch die einzelnen Regionen in der Bundesrepublik, soweit es sich um die Regionen der Partei handelt, Wert darauf legen, im Präsidium vertreten zu sein. Aber das darf nicht der entscheidende Gesichtspunkt sein, meine Freun-

de! Aus langjähriger Erfahrung nicht nur als Vorsitzender eines Landesverbands, sondern auch aufgrund der Erfahrungen, die ich als Geschäftsführender Vorsitzender habe sammeln können, muß ich sagen, wesentlich wichtiger als die regionale gruppenmäßig richtige Vertretung im Präsidium ist die besondere Neigung der einzelnen Personen für die Arbeit dieser Partei. Damit spreche ich niemandem diese Eignung und diese Neigung ab, aber unter diesem Gesichtspunkt sind die Vorschläge gemacht worden, die ich unterbreitet habe. Wenn es eine gewisse Kopflastigkeit für Nordrhein-Westfalen gibt, dann bin ich der erste, der bereit ist, dieser Kopflastigkeit abzuhelfen.

Aber ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß insbesondere ein Mitglied dieser kopflastig vertretenen nordrhein-westfälischen Gruppe von einem norddeutschen Mitglied vorgeschlagen wurde, während ich ein norddeutsches Mitglied vorgeschlagen habe. Ich hoffe, daß ich jetzt nicht allzu abgekürzt berichtet habe, wie es Freund Stoltenberg in der letzten Sitzung gesagt hat. Ich bitte also, für diese Vorschläge Verständnis zu haben.

Adenauer: Das Wort hat Herr Fricke.

Fricke: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich war leider verhindert, an der letzten Bundesvorstandssitzung teilzunehmen, weil ich in Stade war und dort in einer für die CDU wichtigen Angelegenheit tätig sein mußte. Ich war wirklich bestürzt, als ich von dem Ergebnis gehört habe. Der Einwand, daß Sie Herrn Stoltenberg und der Norden Herrn Schröder vorgeschlagen haben, den kann ich für Niedersachsen nicht gelten lassen. Niedersachsen ist von 600.000 CDU-Stimmen bei der letzten Bundestagswahl auf 1.918.000 Stimmen gewachsen. Niedersachsen hat 29 Mandate gebracht. Das sind über 10 %, und trotzdem hat Niedersachsen nicht ein einziges Mandat im erweiterten Präsidium. Das kann ich zu Hause wirklich nicht vertreten, meine Freunde!

Adenauer: Das Wort hat Herr Lemke.

Lemke: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Auch ich habe in den letzten Tagen unter unserer Entscheidung in der letzten Bundesvorstandssitzung zu leiden gehabt. Ich habe mir auch Gedanken gemacht, wie man das in Ordnung bringen kann. Über jeden Zweifel erhaben muß für uns sein, daß Berlin mit in das Präsidium hineinkommt; denn Berlin ist für uns eine Verpflichtung. Man kann sogar überlegen, ob das in die Satzung aufgenommen werden soll.

Wenn wir auf 14 gehen, können wir Herrn Amrehn, Herrn Schmücker und Herrn Stoltenberg dazunehmen. Ich sehe gar nicht ein, wo ein Unterschied liegen soll, ob wir nun elf oder 14 Mitglieder im Präsidium haben. Es hat keinen Zweck, an den bisher genannten elf irgendwie zu rütteln, das gibt nur neuen Hader. Da gebe ich Herrn Dufhues ohne weiteres recht, aber ich sehe keinen weltanschaulichen Unterschied, wenn wir von elf auf 14 erhöhen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Dann müssen wir aber gleichzeitig sagen, daß das Präsidium nach erfolgter Einladung, gleichgültig wie groß die Zahl der Erschienenen ist, beschlußfähig ist. (*Zustimmung.*) Wenn wir das sagen, kann man vielleicht der Sache nähertreten. Es war doch ein Hauptgesichtspunkt bei der ganzen Auseinanderset-

zung, daß wir fürchteten, daß bei einem zu großen Präsidium zu wenig Mitglieder zu den Sitzungen kämen. – Bitte sehr, Herr Schmitz!

Schmitz: Herr Bundesparteivorsitzender! Es wäre sicherlich ein großer Erfolg für den Bundesvorstand, wenn über die Kandidatur des Herrn Schmücker hier positiv entschieden werden könnte; denn todsicher kommt dieser Vorschlag nicht nur einmal, sondern mehrere Male in den Bundesparteiausschuß und auch später in den Bundesparteitag. Ich meine, daß damit eine Diskussion entfesselt wird, die vielleicht die eine oder andere Position in dem ganzen Tableau gefährdet. Deshalb wäre es richtig und auch wichtig, wenn wir hier über die Kandidatur des Herrn Schmücker, der ja auch vorgeschlagen ist, uns positiv entscheiden könnten.

Adenauer: Das Wort hat Herr Klepsch.

Klepsch: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich muß gegen die Absicht, das Präsidium zu erweitern, nachdrücklich Einspruch einlegen. Wir haben uns in der letzten Sitzung eingehend über die Frage der Anzahl der Mitglieder des Präsidiums unterhalten. Wir waren alle der Auffassung, daß es darauf ankommt, eine arbeitsfähige Spitze zu haben. Wir waren weiter der Auffassung, daß es nicht möglich ist, einen verkleinerten Vorstand zu bilden.

Da wir mit diesen elf, 13, 14 oder wieviel auch immer nicht alle die strukturellen und regionalen Wünsche berücksichtigen können, sollten wir bei der vorgeschlagenen Zahl bleiben. Wenn wir auf 14 oder auf 15 gehen, dann werden sofort wieder vier oder fünf neue Ansprüche angemeldet.

Es ist bestimmt nicht das Ei des Kolumbus, wenn man glaubt, man komme hier zurecht, wenn man einfach die Zahl erhöht. Wenn das Platz greifen sollte, werden wir von Sitzung zu Sitzung mit einer höheren Ziffer rechnen müssen, und dazu werden zusätzlich Vorschläge kommen.

Aus diesen Gründen bitte ich darum, an der von uns beschlossenen Zahl elf festzuhalten. Ich bin der Auffassung, daß wir das, was an personellen Wünschen hier besteht, im Rahmen dieser elf Personen ausgleichen sollten. Wir werden diese Frage nicht lösen, wenn wir die Zahl der Mitglieder erhöhen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Grundmann.

Grundmann: Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe volles Verständnis für das norddeutsche Anliegen, aber ich bin auch der Meinung, daß es keine gute Sache ist, daß das Heil in einer Ausweitung des Präsidiums gesucht wird. Wir dürfen nicht vergessen, die Diskussion ist nicht um Personen gegangen, sondern um die Frage einer straffen Parteispitze. Wir wissen alle miteinander, daß das, was wir als Vorschlag offeriert haben, schon eine Menge notwendiger Kompromisse beinhaltet.

Nun weiß ich auch gar nicht, ob wir jederzeit mit diesem Wahlvorschlag ein abgerundetes und endgültiges Konzept dem Bundesparteitag geben sollen, oder ob wir nicht in einem Wahlgang auch bei der Festlegung unseres Willens den Versuch machen sollten – wobei ich sicher bin, daß die Vernunft der Parteitagsdelegierten das Konzept honoriert, das wir miteinander machen –, eine in sich beschränkte Zahl der Präsidialmitglieder vorzuschlagen.

Ich darf eine zweite Frage anschneiden, nämlich die Frage derjenigen, die nicht in das Parteipräsidium gehen und nicht dort eine Aufgabe übernehmen, die der Sache des Parteipräsidiums dient. Sie müssen auch einmal die Frage nach dem Parteivorstand stellen. Welche Funktionen soll der Bundesvorstand im Rahmen eines immer größer werdenden Präsidiums haben? Was soll die Etablierung der Landesvorsitzenden im Parteivorstand, wenn Sie dem Präsidium schon eine vorstandsähnliche Größe geben?

Das gilt unter Umständen auch schon bei den elf. Ich habe nichts dagegen, wenn wir das feststellen, aber ich meine, daß man in bestimmten Spitzenpositionen den Versuch machen sollte, nicht in eine Wahl hineinzugehen, daß man aber in anderen Positionen aus klugen Gründen eine solche Wahl zulassen sollte, weil nach meiner Meinung dies sowieso nicht zu verhindern ist.

Adenauer: Das Wort hat Herr Dichtel.

Dichtel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Der Vorschlag, der gemacht worden ist, ist zweifellos aus guten Gründen erfolgt; trotzdem möchte ich auch erhebliche Bedenken gegen eine Ausweitung anmelden. Im übrigen eine einzige Bemerkung! In dem Moment, wo wir das Präsidium erweitern, wird um die weiteren Plätze wiederum die gleiche Diskussion entstehen und gerungen werden.

Ich darf jetzt schon für Baden-Württemberg anmelden: Wir haben großes Gewicht darauf gelegt und wir hätten es sehr begrüßt, wenn Herr Ministerpräsident Kiesinger in diesem engeren Kreis gewesen wäre. Wir haben uns bis jetzt nicht besonders gemeldet, weil das Argument, das eben vorgetragen worden ist, nicht auch gegen Baden-Württemberg geltend gemacht werden sollte. Wenn Sie aber jetzt erweitern, dann würden wir darum bitten, daß Herr Ministerpräsident Kiesinger mit vorgeschlagen wird.

Im übrigen eine kritische Bemerkung! Damit möchte ich schließen. Wir sollten in diesem Kreise nicht so tun, als wenn wir das Wahlgremium wären.

Adenauer: Das Wort hat Herr Lemke.

Lemke: Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich darf noch einmal wiederholen, ob es elf oder 14 sind, kann gar keinen Unterschied machen. Elf sind sehr viel, und 14 sind auch sehr viel. (*Zuruf:* 50 sind auch sehr viel!) Wir haben uns vor acht Tagen zusammengefunden im Bundesvorstand, und zwar sind wir dabei auf elf Namen gekommen. Aber das ist alles nur eine Empfehlung. Von diesen elf Namen möchte ich keinen einzigen preisgeben.

Nun kommt mein Vorschlag, die Herren Schmücker, Amrehn und Dr. Stoltenberg hinzuzunehmen. Das sind genau solche Persönlichkeiten, die Sie wählen können, wie die anderen. Wenn wir einen Vorschlag von 14 machen, dann kann der Bundesparteitag ja darüber entscheiden. Mit den 14 gehen Sie mit einem vollständigen Mosaik vor den Bundesparteitag, mit den elf aber nicht.

Adenauer: Das Wort hat Herr Seebohm.

Seebohm: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich meine, der Vorschlag, den Sie eben gemacht haben, daß das Präsidium in jedem Falle, wenn es zusammentritt, abstimmungs- und beschlußfähig ist, gleichgültig ob alle Mitglieder vertreten sind, ist

der entsprechend gute Kompromiß zu der Frage einer notwendigen, zur Beruhigung weiter Kreise richtigen Ausweitung auf 14.

Wir haben uns darüber unterhalten. Ich bin auch für eine möglichste Beschränkung gewesen, ich möchte aber doch noch einmal das unterstreichen, was Herr Dr. Fricke gesagt hat. Wenn wir uns mit unseren drei Landesverbänden in Niedersachsen durchsetzen wollen auf die Dauer, dann können wir die Abwertung, die uns hier zuteil wird, nur sehr schwer hinnehmen. Ich habe versucht, diese Dinge zu regeln. Wir spüren aber immer mehr, daß die Leute sehr unruhig sind. Sie haben einmal gesagt, Herr Bundesvorsitzender, daß Niedersachsen Ihnen die meisten Sorgen macht. Nun haben wir uns bemüht, Ihnen zum Schluß keine Sorgen mehr zu machen und haben uns angestrengt. Nun sähen wir es auch gerne, wenn Herr Schmücker in das Präsidium käme.

Adenauer: Das Wort hat Herr Glup.

Glup: Herr Dufhues meinte, es kommt nicht auf die regionale Verteilung, sondern auf die Qualität der einzelnen Mitglieder an. Nun müssen nach meiner Meinung aber sämtliche Mitglieder entsprechend qualifiziert sein. In der Tat sieht die Sache so aus: Elf Persönlichkeiten sollen mit Sitz und Stimme dem Präsidium angehören; dazu kommen der 1. Vorsitzende und der Bundesschatzmeister. Das wären also 13. Dann würde das zugunsten von Nordrhein-Westfalen so aussehen, daß Nordrhein-Westfalen allein acht Mitglieder stellt, und die fünf anderen verteilen sich auf die übrige Bundesrepublik. Das aber kann kein optisches Bild sein für unsere Bundespartei. Sehen Sie das bitte ein. Wenn wir nach außen hin eine Parteispitze der Öffentlichkeit vorstellen wollen, dann verstehen Sie bitte, daß Norddeutschland nicht mit einem Manne vertreten sein kann. Herr Dr. Fricke hat bereits gesagt, daß das zu wenig ist.

Wir haben auch im nächsten Jahr Landtagswahlen. Da kann man es bei uns nicht verstehen, daß wir hier so wenig vertreten sind. Haben Sie also Verständnis dafür, daß wir in Anbetracht der Situation mit dem Kompromißvorschlag des Herrn Bundesvorsitzenden Dr. Adenauer, beschlußfähig ohne Rücksicht auf die Teilnehmerzahl zu sein, nicht einverstanden sind.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Die Zeit eilt dahin. Wir müssen jetzt zur Entscheidung kommen. Wenn Sie meine wirklich sehr überlegte Meinung hören wollen, so halte ich auch dafür, daß der Norden mehr berücksichtigt werden muß, weil er eben in manchen Fragen anders denkt als der Süden oder der Westen. Ob die Frage bei der nächsten Wahl eine Rolle spielen wird, lasse ich dahingestellt, aber es ist immer gut, wenn auch andere Stimmen mit anderen Nuancen und anderer Färbung in einem solchen Gremium laut werden.

Nun habe ich eben den Vorschlag gemacht: Er soll beschlußfähig sein, gleichgültig wie viele anwesend sind. Lassen Sie mich das im Einvernehmen mit dem Herrn Bundeskanzler umändern: Wenn die Hälfte anwesend ist, soll das Gremium beschlußfähig sein. (*Starke Unruhe.*) Es war doch in den vergangenen Jahren immer so, daß kein Mensch da war und daß man wie verrückt herumtelefonieren lassen mußte, bis man die Leute endlich zusammenbekam. (*Starke Unruhe. – Barzel:* Immer beschlußfähig!) Nein, Verzeihung Herr Barzel, Sie übersehen, daß eine ganze Menge nicht da sein

kann, und daß nicht eingeladen worden ist, weil diese Leute verhindert waren. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Mir geht es darum, ein beschlußfähiges starkes Organ zu schaffen. Ich schlage vor, darüber abzustimmen, nämlich mit welcher Anwesenheit das Gremium beschlußfähig sein soll.

Dufhues: Darf ich zunächst auf die Rechtslage aufmerksam machen. In der Satzung ist im § 33 vorgesehen, daß die Organe der Partei – dazu gehört auch das Präsidium – beschlußfähig sind, wenn sie mindestens eine Woche vorher mit Angabe der Tagesordnung einberufen worden sind und mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist.

Ich gebe Ihnen Brief und Siegel, meine Damen und Herren – ich will nicht sagen, das werden die Ausnahmen sein, aber wir werden sehr häufig vor der Tatsache stehen –, daß die Zahl, die jetzt zur Diskussion steht, auch nicht zur Hälfte erreicht wird; alles andere ist eine blanke Illusion. Schon bei der Siebenerzusammensetzung war es schwierig, jeweils nur vier Mitglieder des Präsidiums zusammenzubekommen. Das bitte ich also zu berücksichtigen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wenn die Diskussion weitergehen soll, hat zunächst das Wort Herr Russe.

Russe: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich darf in Ihre Erinnerung zurückrufen, daß wir bei der letzten Beratung zu dem Kompromiß der elf deshalb gekommen sind, weil angeblich die Zahl zwölf zu groß war. Herr Stoltenberg hat vorgeschlagen: zurück auf zehn. Dann war plötzlich eine Einigung da. Weil es dann aber nicht gelang, ging man wieder auf elf unter Berücksichtigung gewisser Vorstellungen – ich darf das einmal so formulieren – und aufgrund der Tatsache, daß Herr Dr. Krone von sich aus freiwillig verzichtete.

Zwölf mit Herrn Dr. Krone waren nicht haltbar, aber elf ohne Herrn Dr. Krone waren plötzlich haltbar. Mir ist das nicht einsichtig geworden, wieso man zu einem solchen Ergebnis kommen kann. Wenn Sie sagen, es wäre zu spät, dann müßten Sie sich den Vorwurf aber selbst einstecken. Dann hätten wir weiter diskutieren müssen, bis wir zu einer Einigung gekommen wären. Heute kommt man zu dem Ergebnis und sagt: Elf ist unmöglich, wir müssen wieder vergrößern. Wir gehen auf 14 oder 15. Herr Ministerpräsident Lemke! Sie nennen jetzt Namen, die vorher gar nicht zur Diskussion gestanden haben. (*Lebhafte Unruhe.*) Verzeihen Sie, Herr Minister Seebohm, ich bin noch nicht fertig. Ich möchte aus der Tatsache, daß Herr Minister Schmücker nicht berücksichtigt worden ist, nicht einen „Fall Schmücker" konstruiert wissen, daß wir deshalb auf 14 gehen. Es spricht unsagbar vieles dafür, daß Herr Minister Schmücker in das Präsidium hinein soll.

Ich bin der Überzeugung, das wird auch einfach zu meistern sein, aber jetzt einfach eine Erweiterung vorzunehmen auf 14, das scheint mir – verzeihen Sie – ein bißchen primitiv zu sein.

Ich kann nicht, Herr Minister, von vornherein damit einverstanden sein, wenn Sie sagen, außerdem soll auch der und jener hinein. Darüber muß hier doch zuerst diskutiert werden. Ich habe von Anfang an als Mitglied dieser Kommission wie auch in der Bera-

tung des Parteivorstands im Februar erklärt: Wenn wir eine Erweiterung des Präsidiums in einer bestimmten Größenordnung vorsehen, dann kommen Sie nicht daran vorbei, auch die Arbeitnehmerschaft entsprechend zu berücksichtigen. (*Etzel:* Und die Wirtschaft!) Von mir aus auch das, Herr Etzel, einverstanden! (*Sehr starke Unruhe.*) Wenn wir bei elf waren und jetzt auf 14 erweitern wollen, kommt mit Sicherheit der berechtigte Einwand und Anspruch, einen aus der Arbeitnehmerschaft hinzuzunehmen. Deshalb bin ich verpflichtet, im Namen der Arbeitnehmerschaft als dritten Kandidaten Herrn Minister Katzer vorzuschlagen. (*Widerspruch und Unruhe.*) Man kann nicht einfach sagen, wenn wir erweitern, dann kommt Herr Stoltenberg hinein. Das geht nicht gegen Sie persönlich, Herr Dr. Stoltenberg. Dann muß die Diskussion erneuert werden, um zu sehen, wie man es erreicht, daß die Gesamtverteilung im Präsidium sinnvoll ist.

Hier bin ich der Meinung, es gehört auch Herr Dr. Krone wieder in die Diskussion hinein, der freiwillig verzichtet hat. (*Sehr starke Unruhe. – Adenauer:* Können wir abstimmen?) Wenn Sie bei elf bleiben, können wir über Herrn Schmücker konkret diskutieren, aber wenn Sie erweitern wollen, dann müssen Sie es sich gefallen lassen, Herr Vorsitzender, daß zu dieser Erweiterung eine neue Diskussion entsteht.

Adenauer: Das Wort hat Herr Gradl.

Gradl: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte die Meinung unterstützen, daß wir die Zahl der Mitglieder nicht erhöhen sollten. Wenn wir aber erhöhen, dann kommt eine ganze Reihe von neuen Vorschlägen, von denen jeder begründet ist.

Nun haben wir uns bisher völlig zurückgehalten. (*Lemmer:* Das kann man wohl sagen!) Es war immer gute Sitte in dieser Partei, den gesamtdeutschen Charakter auch dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß einer aus der mitteldeutschen CDU dabei war. Das war früher Jakob Kaiser, nachher war es Heinrich Krone, der jetzt verzichtet hat. Ich hoffe, daß das nicht für alle Zeiten gilt, wenn sich herausstellen sollte, daß die Mitgliederzahl stark vergrößert wird.

Aber diese Andeutung mag Ihnen genügen, um zu sehen, wohin Sie kommen, wenn Sie meinen, das Problem dadurch lösen zu können, daß Sie die Zahl der Mitglieder erhöhen.

Lassen Sie mich noch ein offenes Wort sagen. Hier wird immer von Persönlichkeiten gesprochen. Ich bestreite niemandem, der sich um die Mitgliedschaft im Präsidium bewirbt, daß er eine Persönlichkeit ist. (*Adenauer:* Das will ich auch sehr hoffen! – *Starke und große Heiterkeit.*) Ich nehme aber an, daß diejenigen, die sich nicht bewerben, auch noch Persönlichkeiten sind. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Worum es geht, ist doch, eine ganz straffe Führung zu bekommen. Das ist keine Prestigefrage, weder für einen einzelnen noch für eine Gruppe noch für einen Landesverband. Wir haben die einzige Aufgabe zu sehen, daß wir Männer in die Führung bekommen, von denen wir wissen, daß sie etwas zu sagen haben und daß sie auch einigermaßen regelmäßig zur Verfügung stehen. Unter dem Gesichtspunkt haben wir die elf genannt. Wenn weitere Vorschläge kommen, dann muß der Parteitag entscheiden, aber ich warne Sie davor, über die Zahl elf hinauszugehen.

Adenauer: Das Wort hat Herr Gurk.

Gurk: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir sollten uns nicht davor fürchten, über die Frage im Parteitag zu diskutieren und Ergänzungsvorschläge entgegenzunehmen. Wir sollten also bei dem, was vorgeschlagen ist, bleiben. Es steht dann den Delegierten des Parteitags frei, neue Anträge zu stellen und darüber zu diskutieren.

Wir sollten uns aber auch vornehmen, die Entscheidungen der Delegierten, wie sie auch ausfallen, nicht zu dramatisieren. Was hier vor sich geht, das haben wir doch auch in den Landesverbänden. Wir wissen doch, daß bei Wahlen immer eine Auseinandersetzung kommt. Dann wird entschieden, und dann muß man sich halt beugen. Ich erwarte doch von den Herren Geschäftsführenden Präsidialmitgliedern und dem Herrn Bundesgeschäftsführer, daß sie alle Landesverbände zur Mitarbeit heranziehen.

Lassen wir es also so, wie es ist. Erwarten wir Vorschläge, und diskutieren wir sachlich darüber. Dann nehmen wir die Entscheidungen, die dann fallen, demokratisch hin. (*Unruhe.*)

Adenauer: Jetzt wollen wir aber Schluß machen. Es war ein gutes Wort: demokratisch alles hinnehmen. – (*Heiterkeit.*) Wir müssen zunächst darüber abstimmen, ob es dabei bleibt und das übrige dem Plenum überlassen werden soll. Dann wird sich alles Weitere finden. Darf ich also diejenigen bitten, die dafür sind, daß es so bleibt, eine Hand zu erheben. – Das scheint mir die große Mehrheit zu sein. Wir müssen aber den Zusatz machen, daß Änderungsvorschläge im Plenum gemacht werden können.

Dann darf ich zu meiner Person ein Wort sagen, meine Herren. Man will mir die Ehre antun, mich zum Ehrenvorsitzenden zu wählen. Aber ohne Stimme, meine Herren, tue ich das nicht; denn sonst wüßte ich meine Zeit besser anzuwenden. (*Lemmer:* Vollkommen richtig!) Was ist richtig, daß ich sie besser anwende? (*Große Heiterkeit. – Lemmer:* Beides ist richtig!) Darüber müssen Sie sich klar sein: entweder oder!

Meine Freunde! Ich darf noch bekanntgeben, wer sich entschuldigt hat. Herr Fay ist krank. Herr Gerstenmaier ist in der Genesung.

Dufhues: Dürfen wir zunächst die übrigen statutarischen Punkte der Tagesordnung erledigen. Wir haben uns nach guter alter Art auch hier zu verständigen über die Zusammensetzung des Parteitagspräsidiums. Wir schlagen Ihnen vor, zum Präsidenten des Parteitags unseren Parteifreund Meyers, den Ministerpräsidenten des Landes, in dem demnächst eine wichtige Wahl stattfindet, zu wählen. Wir haben das mit Herrn Grundmann, dem Landesvorsitzenden von Rheinland, besprochen. Es ist üblich, daß jeweils der Landesvorsitzende des Verbands das Präsidium übernimmt, in dem der Parteitag stattfindet. Aber aus den genannten Gründen haben wir Herrn Meyers gebeten, diese Aufgabe zu übernehmen.

Als weitere Mitglieder werden vorgeschlagen: Herr Adorno, Frau Brauksiepe, Frau Fera[1], Herr Dr. Fricke, Herr Grundmann, Herr Katzer, Herr Dr. Klepsch, Herr Gerd

1 Charlotte Fera (1905–1998), Hausfrau; 1957–1993 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (CDU), 1966–1969 evangelische Vorsitzende der Frauenvereinigung, 1967–1973 Präsidentin der Europäischen Frauen-Union.

Lemmer, Herr Niermann[2]. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das Wort hat Herr Kraske.

Kraske: Frau Brauksiepe hat gebeten, an ihrer Stelle Frau Dr. Pieser[3] aus Berlin in das Präsidium zu wählen.

Dufhues: Sind Sie damit einverstanden, daß Frau Pieser dem Präsidium des Parteitags beitritt? – Ich sehe keinen Widerspruch. (*Etzel:* Warum nicht beide?) Es passiert damit nichts. (*Adenauer:* Es sieht besser aus!) Also, Frau Pieser kommt hinzu. Sind Sie damit einverstanden? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Wir haben weiter zu wählen die Mandatsprüfungskommission. Es werden vorgeschlagen: Vorsitzender Dr. Even[4]. Mitglieder: Hauser[5], Benda[6], André[7], Dreyer[8], Müllenbach[9]. Damit sind Sie einverstanden. Dann ist so beschlossen.

In der letzten Sitzung haben wir uns bereits darüber unterhalten, ob dieser Parteitag eine Entschließung verabschieden soll. Es sind gewisse Bedenken dagegen geltend gemacht worden, zumal eine sehr fundierte und konkrete Fragen der Politik behandelnde Entschließung tunlichst in Arbeitskreisen vorher beraten werden sollte. Aber Arbeitskreise finden auf diesem Parteitag nicht statt, so daß die Voraussetzungen für eine intensive Beratung einer solcher Entschließung nicht gegeben sind.

Ich meine, daß es trotzdem gut wäre, wenn der Parteitag in einer auch formell gefaßten Entschließung am Schluß des Parteitags das Wirken des Bundesparteivorsitzenden und ehemaligen Bundeskanzlers Dr. Adenauer würdigt und gleichzeitig einige Gedanken für die weitere Zukunft entwickelt.

---

2 Gustav Niermann (1919–1989), Landwirt; 1965–1975 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1952–1958 Mitglied des Kreistags des Kreises Lübbecke, 1954–1958 Landrat, 1958–1966 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Nordrhein-Westfalen, 1965–1971 stv. Vorsitzender der CDU Westfalen.

3 Liselotte Pieser (1917–1998), Diplom-Volkswirtin; 1946–1949 Mitglied des Kreistags Pirna (CDU), 1951 Flucht nach West-Berlin, 1955 Mitarbeiterin im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 1968–1980 MdB, Mitglied des Landesvorstands der CDU Berlin.

4 Dr. Bert Even (geb. 1925), Jurist; 1949–1963 Landessprecher der JU Rheinland und Mitglied des Landesvorstands der CDU Rheinland, 1955–1960 stv. Bundesvorsitzender und 1961–1963 Bundesvorsitzender der JU, 1957–1969 MdB, 1969–1990 Präsident des Bundesverwaltungsamts und 1985–1990 Präsident des Bundesausgleichsamts. Vgl. LEXIKON S. 237.

5 Hugo Hauser (1911–1980), Richter; 1960–1976 MdB (CDU).

6 Ernst Benda (geb. 1925), Rechtsanwalt; 1955–1957 MdA Berlin (CDU), 1957–1971 MdB, 1968/69 Bundesminister des Innern, 1971–1984 Präsident des BVerfG, 1984–1996 o. Professor für Öffentliches Recht und Staatsrecht Universität Freiburg. Vgl. LEXIKON S. 191 f.

7 In der Vorlage: Andrae. – Helmut André (geb. 1915), Verwaltungsbeamter; 1956–1972 Landesgeschäftsführer der CDU Saar.

8 Franz Dreyer (geb. 1923), Mechaniker; Mitgründer und 1952–1957 Vorsitzender der JU Neustadt/Stadt, 1958 Bezirksgeschäftsführer der CDU Pfalz, 1958–1970 Kreisgeschäftsführer der CDU Pirmasens-Stadt.

9 Peter Müllenbach (1919–1995), 1951–1966 Mitarbeiter in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Organisation, 1966–1984 Unionbetriebsgesellschaft.

Herr Dr. Kraske ist durch Herrn Dr. Adenauer gebeten worden, den Entwurf einer solchen Entschließung vorzulegen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie ihm Ihre Aufmerksamkeit widmeten.

Adenauer: Keine Wortmeldungen! Dann darf ich Ihre Zustimmung feststellen. (*Röder:* Wozu?)

Dufhues: Ich glaube, daß der Bundesvorstand ein Recht darauf hat, zu erfahren, was in einer solchen Entschließung stehen soll. (*Unruhe.*) Dann sollte er das Plenum oder mich beauftragen, etwaige Korrekturen oder Änderungen vorzunehmen. Sie brauchen erst am Schluß des Parteitags vorliegen.

Klepsch: Ich möchte eine redaktionelle Änderung vorschlagen. Der erste Satz des vorliegenden Entschließungsentwurfs lautet: „Die Christlich-Demokratische Union nimmt Abschied von ihrem Vorsitzenden Dr. Konrad Adenauer." Das ist doch so, als wenn wir jetzt zu einer Beerdigung schreiten. Das geht doch nicht, zumal wir ihn als Ehrenvorsitzenden auf Lebenszeit wählen wollen. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich schlage vor, das Wort „Abschied" zu streichen und entsprechend redaktionell zu ändern im Sinne der Empfehlung, die Herrn Dufhues gegeben wird. (*Gradl:* Wir sollten den ersten Satz weglassen.)

Kraske: Ich darf, bevor wir uns über redaktionelle Änderungen verständigen, vorschlagen, sich darüber zu verständigen, ob wir überhaupt diese Entschließung verabschieden sollen. Mit der Vorbereitung dieser Entschließung ist jemand beauftragt worden, der beim letzten Mal dafür plädiert hat, gar keine Entschließung zu machen. Deshalb bitte ich zunächst, unter diesem Gesichtspunkt den Text einmal zu lesen.

Dufhues: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, mich zu beauftragen, auch in Abstimmung mit Herrn Dr. Adenauer, Herrn Professor Erhard und den übrigen Herren des Präsidiums, die Entschließung zu beraten und sie dann am Schluß dem Parteitag vorzulegen. Es wäre wohl schwierig, jetzt hier in eine Einzelberatung einzutreten.

Röder: Ich würde vorschlagen, am Anfang zu sagen: Die Christlich-Demokratische Union dankt ihrem Vorsitzenden Dr. Konrad Adenauer, der sechzehn Jahre lang die Union zum Wohle des ganzen deutschen Volkes geführt hat.

Dufhues: Damit bin ich völlig einverstanden. Wir dürfen nun diesen Punkt verlassen und kommen zu der Frage des Ehrenvorsitzes, den wir Herrn Dr. Adenauer antragen wollen und den anzunehmen er sich bereit erklärt hat. Um zunächst auf die Frage von Herrn Dr. Adenauer einzugehen: Nur Juristen können an der Frage Anstoß nehmen, ob Herr Dr. Adenauer in dem Gremium der CDU Stimmrecht hat. Ich halte es, da wir ein politisches Gremium sind, angesichts der Bedeutung und der Persönlichkeit des Staatsmannes Adenauer für selbstverständlich, daß er in allen Gremien dieser Partei Sitz und Stimme hat.

Ich bitte denjenigen, der dagegen Bedenken hat, sich zum Wort zu melden. Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß wir einstimmig dieser Meinung sind. (*Lebhafter Beifall.*) Ich halte es für richtig, daß wir den heutigen Tag des Bundesparteitags zum „Tag Dr. Adenauers" gestalten. Er wird heute seine Rede halten. Ich schlage vor, daß im Anschluß daran mein Stellvertreter, Herr von Hassel, etwa zehn Minuten lang spricht und

daß ich im Anschluß daran Herrn Dr. Adenauer den Ehrenvorsitz der Partei mit einigen Worten antrage.

Ich hoffe, daß der Parteitag in einer großen Akklamation diesem Vorschlag zustimmen wird. Sind Sie damit einverstanden, daß wir es so gestalten? (*Zustimmung.*) Ich danke Ihnen.

Dann ein Weiteres! Es sind Diskussionen vorgesehen, u. a. nach den Vorträgen des Herrn Bundeskanzlers Erhard und des Herrn Dr. Barzel. Wir haben keine Arbeitskreise. Da wäre ich bereit, die Gliederung und Systematik der Diskussion auch zeitlich vorzubereiten und zu gestalten. Ich würde Ihnen vorschlagen, daß wir am Dienstag nachmittag die Probleme der Innenpolitik im weitesten Sinne des Wortes einschließlich der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik usw. beraten, während die Fragen der Außen-, Verteidigungs- und Sicherheitspolitik am Mittwoch vormittag diskutiert werden.

Wären Sie mit diesem Versuch einer Gliederung der Beratungen und Besprechungen des Parteitags einverstanden? (*Zustimmung.*) Ich höre keinen Widerspruch; dann darf ich das Präsidium des Parteitags bitten, bei der Leitung der Diskussion tunlichst so zu verfahren.

Das sind die Punkte, die wir hier noch zu besprechen hatten. Alles Weitere wird sich weitgehend in der Sitzung des Parteiausschusses wiederholen. Herr Kraske hat noch eine Bemerkung zu machen.

Kraske: Ich darf noch eine Bitte zur Diskussion äußern. Es würde die Vorbereitung zur Diskussion sicher erleichtern, wenn diejenigen Vorstandsmitglieder, die in der Diskussion sprechen wollen, sei es nach dem Referat von Herrn Dufhues, sei es nach den beiden Referaten von Bundeskanzler Professor Erhard und Dr. Barzel, ihre Wortmeldungen möglichst früh beim Präsidium deponierten, damit man einen gewissen Überblick bekommt und danach die ganze Diskussion gliedern kann. Ich könnte mir vorstellen, daß insbesondere die Kabinettsmitglieder schon jetzt ungefähr wissen, ob sie in der Diskussion sprechen werden, und daß dann möglichst früh beim Präsidenten des Parteitags, Herrn Dr. Meyers, oder bei meinen Mitarbeitern oder mir deponiert wird, wer reden möchte.

Dufhues: Ich würde vorschlagen, daß Wortmeldungen, wenn es möglich ist, mit einer kurzen Skizzierung des Themas versehen werden, die dann bei Herrn Müllenbach abgegeben werden; während der Beratungen bekommen sie die Ordner im Saal.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Sie scheinen damit einverstanden zu sein. Dann darf ich noch eine vertrauliche Sache in diesem Kreis zur Sprache bringen. Heute morgen erscheint in der „Kölner und Bonner Rundschau" ein Interview, das Bundeskanzler Erhard gestern mit einem Redakteur der Rundschau gehabt hat. Die Redaktion oder der Redakteur setzt über das Interview einen verhängnisvollen Satz. Ich darf Ihnen diesen Satz vorlesen: „Bundeskanzler Ludwig Erhard hat sich mit einem öffentlichen Appell an die Regierung Frankreichs gewandt, das große Werk der Aussöhnung zwi-

schen dem deutschen und dem französischen Volk nicht durch die sachlichen Gegensätze über die NATO in Frage zu stellen."[10]

Meine Damen und Herren! Ich habe das Interview flüchtig durchgesehen, aber dieser Satz ist nirgendwo in dem Interview enthalten. Ich finde diesen Satz geradezu verheerend. Der kann ausgelegt werden – er wird auch so ausgelegt –, daß die Wahl gestellt ist zwischen der Aussöhnung von Deutschland und Frankreich und der NATO. Das würde ich für sehr bedauerlich halten. Ich glaube, daß wir damit die NATO-Krise[11] in einer Weise verschärfen, die keiner von uns will. Nun hat man keinen Redakteur in der Hand, einem Interview einen Vorspruch zu setzen, wie er es für richtig hält. Ich finde das aber geradezu himmelschreiend, daß ein Blatt wie die „Kölnische Rundschau" ihrem Redakteur etwas Derartiges gestattet.

Nun wird zweifellos diese NATO-Krise zur Sprache kommen. Ich werde in meiner Rede, die ich nicht als Vermächtnis, sondern als Schlußrede bezeichnen möchte – vielleicht finden Sie einen besseren Ausdruck, meine Damen und Herren –, auch die NATO-Krise berühren. Ich habe diese Schlußrede zu Papier gebracht, damit ich keinen falschen Zungenschlag begehe. Ich habe über die NATO-Krise folgendes gesagt: Die NATO-Krise sollte nicht durch das Wechseln von Noten gelöst werden, sondern durch eine Aussprache unter den Beteiligten. Sie wissen, daß ich in Paris war.[12] Ich habe mit General de Gaulle eine Aussprache darüber und über andere Pläne von ihm – die ich Ihnen gleich auch sagen werde – gehabt.

Aber ich bitte sie, bringen Sie das nicht in die Presse; denn Sie schädigen sonst meinen Einfluß, den ich in Paris bei de Gaulle noch habe. Er hat mir wörtlich gesagt: „Sie brauchen keine Sorge zu haben über die NATO-Angelegenheit. Sobald wir einmal ins Gespräch kommen, werden Sie sehen, daß sich die Sache sehr schnell klären und lösen wird."

Das war der Satz, den er mir gesagt hat und den ich Ihnen wörtlich wiedergegeben habe.

Dann hat er – nach meiner Meinung hängt das alles zusammen – eine zwölftägige Reise nach Rußland vor; zwölf volle Tage.[13] Er hat mir die einzelnen Orte genannt, und zwar schon in russischer Aussprache. Er hat offenbar schon russischen Sprachunterricht genommen; denn er bereitet so etwas immer gut vor. Diese Reise geht bis nach Sibirien. Sibirien ist deswegen interessant u. a., weil dort die Atomwerke der Russen liegen. Wir haben also über seine Reise gesprochen, und er hat mir erklärt, daß er bei den

10 Vgl. das Exklusiv-Interview mit Erhard in der „Bonner Rundschau" vom 21. März 1966 „Die Aussöhnung mit Paris darf nicht an der NATO-Krise scheitern".

11 Zur Ankündigung des Austritts Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO und zu de Gaulles Pressekonferenz vom 21. Februar 1966 vgl. Vaïsse S. 381–395; AAPD 1966 Nr. 60, 61.

12 Vgl. Nr. 4 Anm. 31.

13 De Gaulle reiste vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in die Sowjetunion und besuchte Moskau, Leningrad, Kiew, Wolgograd, Nowosibirsk, Akademgorod und Baikonour. Am 30. Juni unterzeichneten er und der sowjetische Staatspräsident Nikolai Podgornij die sogenannte „Deklaration von Moskau". Vgl. AdG S. 12575–12578; Vaïsse S. 425–431.

Russen verlangen würde die Wiedervereinigung Deutschlands. Ob er damit durchkommt, weiß ich nicht. Ich weiß nur das eine – das fühlt man aus dem Ganzen heraus –, daß politische Vorgänge im Gange sind, die sich noch nicht überschauen lassen. In einer solchen Situation ist natürlich möglichst Zurückhaltung das einzig richtige, bis man sieht, wohin der Weg führt.

Ich möchte Ihnen sagen, daß ich mit der Ansicht Herrn de Gaulles, daß im Osten eine Beruhigung eingetreten sei, nicht übereinstimme. Daran möchte ich gar keinen Zweifel lassen. Es fehlt der geringste Beweis dafür, aber, meine Damen und Herren, ich habe ja nicht nur mit de Gaulle gesprochen, sondern auch mit mehreren französischen Ministern und auch mit dem Premierminister Pompidou[14].

Ich war im Grunde dort auf Einladung des Verlages Hachette, dem größten Verlag Europas. Einladungen von diesem Verlag werden von Journalisten und Chefredakteuren immer angenommen. Ich habe aus all den Gesprächen, auch mit den Chefredakteuren, den Eindruck gehabt – mehr kann ich nicht sagen –, daß man in Frankreich befürchtet, es würden zwischen den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland, bei denen zweifellos schon eine Verständigung besteht, weitere Verständigungen kommen, und zwar zum Nachteil Europas. Das, glaube ich, ist der Hintergrund. Ich kann es nicht beweisen, (*Sehr starke Unruhe.*) aber ich glaube das. In der Politik ist es ja immer so, daß man aus verschiedenen Gesprächen einen gewissen Eindruck der Atmosphäre, die herrscht, mit nach Hause nimmt. Das ist der Eindruck der Atmosphäre, den ich habe.

Ich werde mich also darauf beschränken zu sagen, daß man einmal ins Gespräch kommen soll und nicht lediglich Notenwechsel vornehmen sollte, sondern Notenwechsel erst dann, wenn man gesprochen hat, aber nicht vorher, sonst gibt es nur Verwirrung.

Zweitens werde ich sagen, daß sich die NATO-Frage nach der Erklärung des Herrn de Gaulle mir gegenüber durchaus lösen läßt. Er hat dabei nicht im Auge gehabt: Nur dann, wenn die anderen restlos nachgeben. – Das wäre ja dummes Zeug, überhaupt so etwas zu denken. Ich werde sagen, daß wir die Situation in ihrer weiteren Entwicklung aufmerksam beobachten müssen. Mehr werde ich nicht sagen.

Nun hat der Herr Reissenberger[15], oder wie er heißt, gesagt, daß der Herr Bundeskanzler in seiner Rede über die NATO-Krise sprechen würde. Ich wäre dem Herrn Bundeskanzler aus meiner Kenntnis der Situation sehr dankbar, wenn er sehr zurückhaltend spräche, damit nicht eine Diskussion auf dem Parteitag entsteht, die kein Mensch in der Hand hat. Meine Kenntnisse über die NATO-Frage habe ich in der Hauptsache aus ei-

14 Georges Pompidou (1911–1974), französischer Politiker; ab 1944 Mitglied im Beraterstab von General de Gaulle, 1962–1968 Ministerpräsident, 1969–1974 Staatspräsident. – Zu den Gesprächspartnern Adenauers vgl. AAPD 1969 Nr. 67.

15 In der Vorlage Reißenberg. – Dankwart Reissenberger (1921–2004), Leiter der Parlamentsredaktion der „Bonner Rundschau". Vgl. Anm. 10.

nem Buch des Ihnen allen bekannten Professor Kissinger[16]. Er hat ein Buch geschrieben, das in deutscher Sprache erschienen ist „Die NATO-Krise und ihre Lösung?" Es ist ein Buch, das ich nur jedem zur Lektüre empfehlen kann, der sich über die ganze Situation genauer unterrichten will.

Also, mein dringendster Wunsch ist es, daß wir nicht auf dem Parteitag eine Diskussion über die NATO-Krise bekommen; denn das geht über die Fassungskraft eines Parteitags hinaus, zumal die deutsche Presse – jetzt riskiere ich ein sehr scharfes Wort – unsere Bevölkerung ungewöhnlich schlecht über alles unterrichtet mit dem, was sie schreibt, (*Beifall.*) nicht nur über die NATO-Frage, sondern überhaupt. Es ist geradezu erschreckend, wenn man das Niveau der deutschen Presse einmal kritisch verfolgt. (*Beifall.*) Es lag mir am Herzen, Ihnen das noch zu sagen. Ich möchte noch bitten – reden Sie bitte nicht darüber –, daß wir vermeiden sollten, in eine Diskussion über diese sehr kritische Frage auf dem Parteitag einzutreten, wo ein paar hundert Leute sind, und zwar alles Persönlichkeiten, meine Damen und Herren! (*Bewegung und Unruhe sowie Heiterkeit.*) Mir graut davor. Ich habe nicht gern mit unendlich viel Persönlichkeiten zu tun. (*Heiterkeit.*)

Vorbereitung der Bundesausschusssitzung. Vorlagen des sozialpolitischen Ausschusses

Dufhues: Zur Vorbereitung der Bundesausschußsitzung schlage ich Ihnen vor, daß ich dem Ausschuß einen Bericht gebe über die Beratungen des Bundesvorstands. Der Bundesausschuß wird sich dann mit den Fragen befassen, die hier anstanden.

Ihnen liegt vor eine Vorlage des sozialpolitischen Ausschusses der CDU.[17] Dieser Beschluß befaßt sich einmal mit der Selbstverwaltung in der Sozialversicherung und zweitens mit der Alterssicherung der Selbständigen und schlägt folgende Empfehlung vor:

„Der Bundesvorstand der CDU bittet die Bundesregierung, so bald wie möglich eine 19. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz vorzulegen. Dabei ist das Ergebnis der Überprüfung der Lastenausgleichsfondsreserven sowie die Entlastung der öffentlichen Haushalte entsprechend zu beachten.

Der Bundesvorstand spricht sich für den Erlaß von dem Lastenausgleichsgesetz nachgebildeten Leistungsgesetzen für Flüchtige aus. Vordringlich erscheint dabei ein Gesetz für den Währungsausgleich der SBZ-Flüchtlinge."

16 Prof. Dr. Henry Alfred Kissinger (geb. 1923), amerikanischer Politiker; 1938 Emigration aus Deutschland in die USA, 1954–1971 Professor in Harvard, 1965–1968 Berater des Außenministeriums, 1973 Friedensnobelpreis, 1973–1977 Außenminister. Memoiren: White House Years. Boston 1979; Walter Isaacson: Kissinger. Eine Biographie. Berlin 1993. – Bei dem Buch handelt es sich um „The troubled partnership: a re-appraisal of the Atlantic Alliance". New York 1965 (deutscher Titel: „Was wird aus der westlichen Allianz?" Düsseldorf 1965).

17 Vgl. Nr. 4 Anm. 26.

Ich habe mit Herrn Dr. Barzel darüber gesprochen. Ich neige mit ihm zu der Auffassung, daß es gut wäre, wenn diese Beschlüsse und Empfehlungen im neuen Präsidium beraten würden. Wenn Sie damit einverstanden sind, würde ich das sehr dankbar begrüßen. (*Beifall.*) Dann haben wir noch den Punkt „Verschiedenes". – Das Wort hat Herr Kraske.

Verschiedenes

Kraske: Es liegen inzwischen zwei Entschließungsanträge vor. Das ist ein formloser Brief eines Hamburger Delegierten an den Herrn Bundesparteivorsitzenden, der Ihnen in Abschrift vorgelegt worden ist.[18] Dieser Brief entspricht weder in seiner Form noch in seinem Datum den Vorschriften für einen Antrag. Ich schlage deshalb vor, diesen Brief dem Bundesvorstand zu überweisen, um bei nächster Gelegenheit über die Fragen, die darin angeschnitten werden, zu diskutieren.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Haben Sie den Brief gelesen? (*Zurufe:* Ja! – *Weitere Zurufe:* Nein!) Der will den Herrn Stingl enthaupten. (*Meyers:* Der Mann heißt doch Echternach[19]! – *Heiterkeit und Unruhe.*)

Kraske: Es ist heute morgen ein weiterer Entschließungsantrag eingegangen von Dr. Storm[20] einmal zur Frage des Steinkohlenbergbaus und zweitens zur Frage des Wohnungsbaus. Beides sind wichtige Themen, aber ich glaube, wenn wir beginnen, Einzelentschließungen zu verabschieden, kommen wir nicht zum Ende. Ich würde also glauben, daß diese beiden Themen in der Diskussion mitberücksichtigt werden sollten, ohne daß formell über diesen Antrag abgestimmt wird.

Die Bundesgeschäftsstelle hat wie vor vier Jahren eine Wahlanalyse ausgearbeitet, die leider nicht bis heute morgen fertig geworden ist, die aber im Laufe des Parteitags Ihnen zugestellt wird.[21] Diese Wahlanalyse ist zunächst nur für die Mitglieder des Bundesvorstands bestimmt, weil es nur eine begrenzte Zahl von Exemplaren gibt. Ich wäre dankbar, wenn auf einer späteren Sitzung des Bundesvorstands darüber diskutiert werden könnte.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich stelle Ihre Zustimmung fest. Da das Wort nicht weiter gewünscht wird, darf ich die Sitzung schließen und sagen: Auf in den Kampf zum Bundesparteiausschuß!

---

18 In seinem Schreiben an Adenauer vom 18. März 1966 forderte der Vorsitzende der JU Hamburg, Jürgen Echternach, die Überprüfung der Stimmberechtigung des Landesverbands Oder/Neiße auf Parteitagen, da er dessen Stellung im Parteistatut für rechtswidrig hielt. Vgl. ACDP Dokumentation 2/201 Oder/Neiße.

19 Jürgen Echternach (geb. 1937), Jurist; 1964–1970 Landesvorsitzender der JU, 1974–1992 Vorsitzender des LV Hamburg, 1966–1981 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1980–1994 MdB.

20 Dr. Leo Storm (1908–1981), Diplom-Volkswirt; 1947/48 Oberbürgermeister, 1948–1952 und 1956–1961 Bürgermeister von Duisburg (CDU); 1949–1969 Vorsitzender des KV Duisburg; 1953–1961 MdB. – Anträge in ACDP 07-004-348/3.

21 Vgl. Nr. 1 Anm. 20.

6

Bonn, Freitag 6. Mai 1966

Sprecher: Adorno, Amrehn, Barzel, Burgbacher, Dittmar, Dufhues, Erhard, Heck, Kohl, Stingl.

Konstituierung des Bundesvorstands. Verschiedenes.

Beginn: 15.30 Uhr *Ende: 17.10 Uhr*

Konstituierung des Bundesvorstands

Erhard: Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Soweit Sie hier versammelt sind, heiße ich Sie alle herzlich willkommen zur konstituierenden Sitzung des Bundesvorstands. Wir haben heute morgen im Parteiausschuß getagt und Zuwahlen für den Bundesvorstand vorgenommen.[1] Bevor ich nun die eine oder andere politische Frage beantworte, möchte ich doch sagen, daß wir entschlossen sind, die Parteiarbeit zu intensivieren und zu verdichten.

Wir haben uns vorgenommen, daß sich das Parteipräsidium zu einem festen Termin alle 14 Tage trifft. Wir haben auch schon die Termine vorgesehen, an denen der Bundesvorstand tagen soll. Wir haben bis Ende dieses Jahres außer der heutigen Zusammenkunft noch drei Sitzungen des Bundesvorstands vorgesehen. Unser Kollege Heck wird Ihnen nachher die Termine nennen.

Wir wollen mit den Landesverbänden stärkere Verbindungen aufnehmen. Wir möchten Reaktionen erfahren über das, was unsere Partei zu tun hat. Wir sind uns darüber klar, daß wir vor einer schweren Situation stehen und daß die äußere Position, wie sie sich heute darstellt, uns ganz bestimmt manche Probleme aufwirft. Wir haben das Problem in der Entwicklung der NATO durch die Aktionen des französischen Staatspräsidenten.[2] Wir hoffen, daß wir eine glückliche Lösung finden, um die französischen Truppen auf deutschem Boden zu behalten. Es ist der Wunsch Frankreichs und der Wunsch Deutschlands, aber wir müssen die uns gemäße Form finden, die eben nicht eine Erinnerung zuläßt an ein Besatzungsstatut.

Ich will das Thema heute nicht vertiefen und nicht im besonderen von Europa sprechen, obwohl es auch dort diese Probleme gibt. Ich denke an die jetzt vordergründige Polemik um die Agrarpolitik und die Agrarfinanzierung.[3] Ich will gar nicht vom politischen Europa sprechen, das im Augenblick etwas verdunkelt vor uns liegt. Aber ich

1 Gewählt wurden Ilse Becker-Döring, Hermann Josef Russe und Richard von Weizsäcker, vgl. Nr. 7 S. 239.

2 Vgl. AAPD 1966 Nr. 134. Vgl. auch Nr. 5 S. 171–173 und Anm. 11.

3 Vgl. Kluge S. 17–21.

möchte doch deutlich sagen, daß wir uns im inneren Bereich vor sehr schwierigen Aufgaben befinden. Sie wissen, daß wir einen längerfristigen Finanzplan vorlegen wollen.[4] Daran wird schon kräftig gearbeitet. Ich bin jetzt nicht in der Lage – und es wäre politisch und taktisch verfrüht, schon Zahlen zu nennen und konkrete Vorstellungen zu entwickeln –, darüber zu berichten, aber eines möchte ich doch mit aller Deutlichkeit sagen: Es wird die Aufgabe unserer Partei sein, wenn wir die Verantwortung fest in den Händen halten wollen, dem deutschen Volke zu sagen, was möglich ist und was nicht möglich ist.

Es scheinen sich allmählich die Geister etwas zu verwirren. Wir sind wieder mitten auf dem Weg, über unsere Verhältnisse zu leben. Betrachten Sie das nicht als eine Ansprache an ganz bestimmte Gruppen. Ich meine buchstäblich alle miteinander. Ich glaube, wir werden nicht zur Ordnung kommen, wir werden vor allen Dingen die Stabilität unserer Währung nicht gewährleisten, wir werden die deutsche Wettbewerbskraft nicht sichern, wir werden auf die Dauer unsere Zahlungsbilanz nicht ausgleichen und deshalb nicht bestehen können, wenn wir uns nicht zusammenfinden und gemeinsam die Kraft entwickeln, das zu tun und dem deutschen Volke deutlich zu machen, was notwendig ist. Das erfordert ein hartes Zusammenstehen.

Ich glaube, daß sich unsere Partei immer dann besonders bewährt hat, wenn der Weg nicht mit Rosen bestreut war, sondern wenn es Hindernisse zu nehmen galt. Ich denke an die Wiedereinführung der Bewaffnung, an die Aufstellung der Bundeswehr, an die Debatten um die Atomwaffen usw. Ich denke vor allem an das Deutschland-Problem, das jetzt wieder in den Vordergrund gerückt ist, und zwar durch diesen problematischen Gesprächsaustausch.[5] Hier laufen wir nämlich Gefahr, wenn wir nicht eine ganz klare Haltung einnehmen, daß die Verwirrung und die Vernebelung im deutschen Volke fortschreiten. Wenn wir nicht selber einig sind, wenn wir in Deutschland keine klare Haltung bekunden, wie wollen wir dann in unserer Außenpolitik bestehen, um der Welt begreiflich zu machen, welche Bedeutung das Deutschland-Problem für die Sicherung und Befriedung Europas, überhaupt für die Gewährleistung des Friedens in der Welt hat.

Wir stehen vor Aufgaben, die turmhoch erscheinen; aber sie sollen uns nicht entmutigen. Diese Geisteshaltung haben wir nie eingenommen. Heute ist unser Zusammenhalt notwendiger denn je. Ich bitte Sie alle um Ihre Unterstützung, um Ihre Mitarbeit bei den Aufgaben, die wirklich von geschichtlicher Bedeutung sind für die Zukunft unseres Volkes (*Lebhafter Beifall.*)

---

4 Ankündigung einer Mittelfristigen Finanzplanung durch Kanzler Erhard am 3. März 1966 im Bundestag, vgl. Sten.Ber. 5. WP 25. Sitzung S. 1128–1132. – Vgl. Alex MÖLLER: Mittelfristige Finanzplanung. Entwicklung, Aufgabe, Konsequenzen. Bonn 1967.

5 Zum geplanten Redneraustausch SPD-SED vgl. AAPD 1966 Nr. 126, Nr. 138, Nr. 172; AdG 1966 S. 12348f., 12404–12406; Jochen STAADT: Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation. Berlin 1993 S. 167–208.

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst die drei Termine für die Bundesvorstandssitzungen im Jahre 1966, auf die sich das Präsidium geeinigt hat, bekanntgeben. Wir müssen unbedingt eine Vorstandssitzung unmittelbar nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen abhalten. Das wäre der 11. Juli. (*Kohl:* Bitte langsamer! Sie sind Bundesminister und deshalb an das schnelle Denken gewöhnt. Aber wir sind aus der Provinz und kommen bei diesem Tempo nicht mit!) Ich mache ja deshalb eine längere Pause! (*Heiterkeit und Bewegung.*) Also, am 11. Juli 1966 um 9.30 Uhr, damit auch die Herren von Berlin von Anfang an dabeisein können. Die nächste Bundesvorstandssitzung ist vorgesehen unmittelbar nach den Parlamentsferien am 7. Oktober um 9.30 Uhr. Die letzte Bundesvorstandssitzung in diesem Jahr soll am 2. Dezember sein. Falls die politischen Ereignisse es notwendig machen, wird selbstverständlich auch zwischendurch eine Vorstandssitzung abgehalten.

Es ist nützlich, daß wir diese Termine festlegen, damit nicht unbesehen ein halbes Jahr lang keine Vorstandssitzung stattfindet. Die Parteiausschußsitzung wird zweckmäßigerweise, wenn es für nützlich gehalten wird, jeweils gekoppelt mit den Bundesvorstandssitzungen. Wir sind aber der Auffassung, wir sollten das heute nicht durch den Vorstand beschließen lassen, sondern sollten es zur Disposition halten je nach der Lage, ob es zweckmäßig erscheint oder nicht.

Kohl: Ich würde darum bitten, nur in Ausnahmefällen den Bundesvorstand und den Bundesausschuß an einem Tag zusammen einzuberufen, denn sonst kommen beide Gremien nicht zu ihrem Recht. Zum Bundesausschuß kommen so viele Freunde aus der ganzen Bundesrepublik, daß man dort einen halben Tag lang intensiv tagen sollte mit einer entsprechenden Tagesordnung. Für den Bundesvorstand gilt das genauso. Wir haben uns vorgenommen, dieses Instrument nach der Satzung voll auszuschöpfen. Dazu brauchen wir die notwendige Zeit.

Heck: Es bestehen keine Bedenken, das von einem Tag auf den anderen zu machen, d. h. man könnte hintereinander tagen. (*Kohl:* Dagegen ist nichts einzuwenden.) Zu den Kooptationen darf ich sagen, wir waren im Präsidium so verblieben – und ich hatte den Eindruck, daß das vom Parteiausschuß auch akzeptiert worden ist –, daß wir Herrn von Weizsäcker[6] nicht zur Wahl stellen, sondern kooptieren. Damit wäre eine Position besetzt.

Es war weiter allgemein die Meinung, daß wir Frau Dr. Becker-Döring[7] im Vorstand behalten sollten. Sie ist vor zwei Jahren vom Vorstand kooptiert worden. Von Frau Brauksiepe ist mit Nachdruck gesagt worden, welch großen Wert die Frauen darauf legen, daß Frau Dr. Becker-Döring im Vorstand bleibt. Dann muß ich allerdings sagen,

6 Dr. Richard von Weizsäcker (geb. 1920), Jurist; 1964–1970 Präsident des deutschen Evangelischen Kirchentages, 1969–1981 MdB (CDU), 1981–1984 Vorsitzender des LV Berlin und Regierender Bürgermeister von Berlin, 1984–1994 Bundespräsident. Vgl. LEXIKON S. 395–397.

7 Dr. Ilse Becker-Döring (1912–2004), Rechtsanwältin und Notarin; 1961–1972 Stadträtin in Braunschweig (CDU), 1966–1972 Erste Bürgermeisterin, 1970–1978 MdL Niedersachsen, 1968–1988 Mitglied des Bundesparteigerichts der CDU.

bei der Wahl hat sich ergeben, daß Herr Dr. Dittmar und Herr Russe gleichviel Stimmen hatten. Im Ausschuß ist für Herrn Dittmar votiert und entschieden worden unter der Ankündigung, daß Herr Russe kooptiert wird.

Damit wären eigentlich die drei Plätze, die zu vergeben sind, bereits besetzt. Zur Sache muß ich noch darauf aufmerksam machen, daß zwei Mitglieder, die zur Wiederwahl anstanden, nicht wieder gewählt worden sind, nämlich Herr Russe, von dem schon die Rede war, und unser Freund Dr. Otto Schmidt. Ich glaube, daß man das einfach wissen muß, bevor man diskutiert und dann am Schluß darüber abstimmt, wer kooptiert werden soll. Mehr kann ich zur Klärung der Situation jetzt nicht sagen.

Erhard: Meine Damen und Herren! Ich darf die Gelegenheit benutzen, um die neuen Mitglieder des Bundesvorstands in unserem Kreis herzlich willkommen zu heißen, (*Beifall.*) auch wenn heute leider nicht viele anwesend sind. Wir nehmen Sie mit Freuden auf und versprechen uns davon eine Neubelebung unserer Arbeit.

Ich hätte noch im Anschluß an den Parteitag zu sagen: Wir haben angeregt, wir sollten bestimmte Gruppen bilden, um hier unsere Parteiarbeit und unser Parteiprogramm vom Grundsätzlichen her zu erörtern und vorzubereiten. Ehe wir konkret darüber sprechen – wir brauchen heute die Zusammenstellung nicht vorzunehmen –, würden wir im Präsidium diese Frage erörtern. Dies scheint mir notwendig zu sein. Ich befürchte, daß die Diskussion um die liberale Wirtschaftspartei z. B. unserer Partei geschadet hat.[8] Es hat Verstimmung in manchen Lagern hervorgerufen, was gar nicht notwendig gewesen wäre. Ich glaube, auf dem Parteitag selbst ist Klarheit geschaffen worden, aber die Diskussion vorher war nicht gerade schön und erfreulich.

Wir sind eine breitgestreute Volkspartei und können es uns nicht leisten, nur auf eine Seite hin zu sprechen und unsere Gunst so ungleichmäßig zu verteilen und gleichzeitig eine Kritik anderen gegenüber so übersteigert vorzutragen. Das bringt mich überhaupt auf die Wahlen in diesem Jahr. Die nächste Wahl ist in Nordrhein-Westfalen. Wir haben uns oft genug darüber unterhalten. Jeder sollte dazu beitragen, daß ein hier und da auftretender Pessimismus oder Zweifel sich nicht sofort ausbreiten, womit dann die ganze Stimmung mit Füßen getreten wird. Ich denke hierbei auch an die Wahlen in Bayern und in Hessen. Wir haben immer gesiegt, weil wir mit Optimismus den Wahlkampf geführt haben.

Wir sollten nicht so demoskopenhörig sein und glauben, die wüßten alles ganz genau im voraus. Ich schätze es nicht gering ein, was man dort erfahren kann, aber ich bin

8 Die Wahl Ludwig Erhards zum Parteivorsitzenden und das „Wiesbadener Manifest" des Wirtschaftsrats der CDU von Anfang Februar 1966, das mehr Wettbewerb forderte, hatten bei Vertretern der CDA die Befürchtung geweckt, die CDU entwickle sich zu einer liberalen Wirtschaftspartei. Vgl. Josef Mick auf der Hauptversammlung der CDA Rheinland am 26. Februar 1966 S. 2: „Wer etwa glaubt [...] aus der CDU eine liberale Wirtschaftspartei machen zu können, wird unseren erbitterten Widerstand finden."; „Rheinische Post" vom 28. Februar 1966 „CDU-Sozialausschüsse warnen Erhard"; „Münchner Merkur" vom 28. Februar 1966 „Kampfansage an CDU-Liberale"; „Industrie Kurier" vom 29. März 1966 „Sie strapazieren die Union". Erhard trat dieser Befürchtung auf dem Bundesparteitag in Bonn energisch entgegen, vgl. CDU, 14. Bundesparteitag S. 89.

auch nicht bereit, das schon als die eherne Wahrheit und das Ergebnis von morgen anzuerkennen. Ich denke z. B. an die Wahlen an der Saar. Dort lagen wir nach den demoskopischen Umfragen einhellig um zehn Punkte hinter den Sozialdemokraten. Die hatten schon den Sekt bestellt zur Siegesfeier, aber wir haben sie gerade noch überrundet, und zwar haben wir es geschafft durch unseren Einsatz, unsere Kraftentfaltung und unsere positive Haltung.[9] Denken Sie an die Bundestagswahlen. Da lagen wir in der ganzen deutschen Presse in einem Kopf-an-Kopf-Rennen mit der SPD. Aber wir haben dann mit mehr als acht Punkten Vorsprung vor der SPD gesiegt. Daran sieht man also, die Wahlen werden nicht allein gewonnen – so wichtig das ist – durch bestimmte politische, ökonomische und soziale Tatbestände, sondern auch durch psychologische Momente.

Die Haltung, die man dabei an den Tag legt – ich habe dabei eine reiche Erfahrung, die bis an die Anfänge zurückreicht –, ist von ausschlaggebender Bedeutung. Man überzeugt die Menschen nicht allein durch Worte, sondern auch durch die eigene Haltung, durch die Sicherheit des Auftretens, durch die Klarheit der Aussage, auch wenn sie scheinbar nicht für jedermann bequem ist.

Ich sage es immer wieder: Wir haben die größten Siege mit den Dingen errungen, die scheinbar nicht bequem waren. Wir verfallen aber in den Fehler, wenn wir meinen, man müsse es jedem recht machen, und nur dann könne man die Wahlen gewinnen. Ich habe z. B. in bezug auf die Wahlen in Nordrhein-Westfalen die unterschiedlichsten Urteile darüber gehört, was wichtig und bedeutsam ist und was den Ausschlag geben wird. Wenn Sie das alles als bare Münze nähmen, dann wären wir eigentlich in einer hoffnungslosen Position, denn alles das, was da den einzelnen Kreisen vorschwebt an Notwendigkeiten, an Versprechungen, die wir geben sollen, ist doch nicht durchzuführen.

Ich habe den Leuten gesagt, in welcher wirtschaftlichen Situation wir uns befinden und was wir tun müssen, um die Stabilität zu erhalten. Jeder soziale Fortschritt und alles das, was wir tun, beruht auf der inneren Sicherheit und der Stabilität. Wenn aber das Gebäude ins Wanken kommt, wenn das nicht mehr überzeugend dem deutschen Volke präsentiert wird, wenn wir es nicht mehr überzeugend begründen können, dann haben wir verspielt.

Wir werden uns also beim Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen einsetzen mit ganzer Kraft und mit voller Hingabe. Wir werden uns nicht irre machen lassen durch die trüben Prophezeiungen, die, von welcher Seite auch immer, in die Welt gestreut werden.[10] Diese trüben Prophezeiungen sind Gift für uns. Unsere Partei kann nur im Optimismus gewinnen. Die SPD gewinnt durch den Pessimismus, und zwar dadurch, daß sie das Volk in Unruhe stürzt. Wir aber haben die Aufgabe, dem Volk die innere Sicherheit zu geben.

---

9 Am 27. Juni 1965: CDU 42,7%, SPD 40,7%, FDP/DPS 9%, SVP/CVP 5,2%. Vgl. LEXIKON S. 749. Vgl. Nr. 3 Anm. 3.

10 Nach EMNID neigten im Mai 1966 43% der nordrhein-westfälischen Wähler zur SPD, 34% zur CDU; im Juni war das Verhältnis 46% SPD zu 27% CDU. Auf Bundesebene ermittelte ein Meinungsforschungsinstitut 48% für CDU/CSU, 43% für die SPD („Bonner Rundschau" vom 26. Mai 1966).

Wir sind nach einem anderen Gesetz angetreten. Das muß sich auch jetzt bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen noch einmal bewähren. Ich hoffe, in Ihrem Namen gesprochen zu haben. (*Dufhues:* Auch in meinem Namen! – *Beifall.*)

VERSCHIEDENES

Barzel: Herr Bundeskanzler! Ich glaube, es ist sehr wichtig, wegen des deutsch-französischen Verhältnisses bei dieser Wahl auf folgendes hinzuweisen: Die Tatsache, daß General de Gaulle vom 20. bis 30. Juni in Moskau ist, haut uns in die Wahl hinein. Und wenn – wie es die neuesten Nachrichten besagen – die Gefahr besteht, daß man sich nicht verständigt über die Anwesenheit der Truppen hier, die dann Anfang Juli abziehen, dann hat das natürlich durchschlagendere Wirkungen als vieles andere.[11]

Ich weiß, wie schwer es dem General ist, aber ich meine doch, daß es für unser Parteivolk wichtig ist, diese beiden Fragen nochmals anzusprechen. Ich habe diese Note ja vorher nicht gekannt. Es ist nicht möglich, vom Auswärtigen Amt so etwas vorher zu kriegen. In der Paket-Politik der Note ist natürlich eine Gefahr. Wenn wir alle vier Verträge als ein Paket betrachten und das im Zusammenhang mit den Truppen nennen, dann sind natürlich alle vier Verträge erledigt. Damit ist dann z. B. auch der Deutschlandvertrag für Frankreich erledigt.

Es gibt schon seit zwei Jahren eine Gefahr, daß nämlich die Pariser versuchen, aus der Viermächteverantwortung herauszukommen, allein schon deshalb, weil damit auch die amerikanische Anwesenheit aus originärem Recht in Europa in einem neuen Licht dastünde. Ich glaube also, daß das sehr dringend ist. Ich möchte jetzt keine Debatte darüber, aber ich möchte es doch gesagt haben. Der Wahl wegen müssen wir hier eine zwar feste, aber zugleich auch eine so verständliche Haltung einnehmen, daß nicht aus diesen beiden Punkten eine große Gefahr entstehen kann. (*Beifall.*)

Amrehn: Ich darf eine Bemerkung anfügen, die sich nicht auf die Wahlen bezieht, sondern auf die Erklärung: Es kann unter keinen Umständen noch irgendeine Form des Besatzungsstatuts geben, die den Franzosen das Recht gäbe, hier zu sein. – Generell ge-

11 Besuch des französischen Verteidigungsministers Messmer vom 1.–3. Mai bei von Hassel, vgl. AdG 1966 S. 12481; AAPD 1966 Nr. 131. Vgl. auch die Aufzeichnungen von Hassels im „Militärischen Tagebuch" (ACDP 01-157-002/2). – Im Mittelpunkt stand die Frage des künftigen Status der französischen Truppen in Deutschland, da Frankreich angekündigt hatte, seine Truppen am 1. Juli 1966 dem NATO-Oberfehl zu entziehen. Falls es keine Einigung über den Status der französischen Truppen geben sollte, plante Frankreich, diese aus der Bundesrepublik abzuziehen. Die Bundesregierung antwortete am 3. Mai 1966 auf die Note der französischen Regierung vom 29. März, vgl. BULLETIN Nr. 60 vom 6. Mai 1966 S. 469 f.; AAPD 1966 Nr. 134. Zum Beschluß der CDU/CSU-Fraktion vom 14. Juni 1966 zum Status der französischen Truppen in Deutschland, vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 1826 f. Die Antwort der französischen Regierung auf das deutsche Memorandum erfolgte kurz darauf, vgl. „Welt" vom 23. Mai 1966 „Der Wortlaut der französischen Antwort an Bonn". Zur Antwort der Bundesregierung am 30. Juni, vgl. BULLETIN Nr. 90 vom 8. Juli 1966 S. 713. Eine endgültige Einigung wurde am 21. Dezember 1966 erzielt, vgl. BULLETIN Nr. 161 vom 23. Dezember 1966 S. 1304 f.

sehen ist der Satz so richtig. (*Erhard:* Sie müssen unterscheiden zwischen Berlin und ...) Ja, Herr Bundeskanzler, wir wissen, daß das Durchgangsrecht nach Berlin aufgrund des Besatzungsrechts durch die Zone besteht.[12] Obwohl es nicht geschrieben steht, erklären wir immer, das Durchgangsrecht der Amerikaner, Engländer und Franzosen ist ipso facto gegeben, da sie in Berlin Garnisonen haben, so daß also die Amerikaner, die Engländer und Franzosen durch die Zone fahren ausschließlich aufgrund ungeschriebenen Besatzungsrechts.

Wenn wir diesen Standpunkt vertreten als positives Recht gegenüber den Sowjets, dann muß er insoweit auch für die Franzosen gelten, weil die Berliner Garnison in Betracht kommt. Ich sage es um der Deutlichkeit willen noch einmal, in allen anderen Dingen fällt das Besatzungsrecht weg, aber hier können sie auf einen Besatzungsanspruch pochen.

Erhard: Wenn ich vom Besatzungsrecht gesprochen habe, dann meine ich nicht dieses Problem, sondern ich meine, durch den im Jahre 1954 getroffenen Vertrag ist das Besatzungsstatut erloschen. Dann ist der Deutschlandvertrag gekündigt worden und der Aufenthaltsvertrag, der die Dinge regelt, die Sie eben angesprochen haben.[13] Mir liegt außerordentlich viel daran, diese Dinge zu regeln. Wenn es uns nicht gelingen sollte, hier eine praktikable Lösung zu finden, wird das auch auf die anderen NATO-Partner keine gute Wirkung haben.

Amrehn: Herr Bundeskanzler, Sie haben uns aufgerufen, dem deutschen Volke klarzumachen, daß wir unseren Riemen etwas enger schnallen müssen oder die Erweiterung nur in geringeren Abständen zu erlauben. Ich glaube, an diesem Tisch ist niemand, der Ihnen nicht dabei helfen will. Dazu ein Beispiel! Im Januar hat das Bundeskabinett dem Berliner Senat einen Betrag von 41 Mio. DM Zuschuß abgelehnt. Wir haben uns auf die Barrikaden des Abgeordnetenhauses gestellt und für die Bundesregierung gefochten und erklärt, es ist doch lächerlich, wenn der Senat bei einem 5,5 Mrd.-Etat mit 41 Mio. nicht fertig wird[14].

Nun aber haben die Herren Dahlgrün[15], Mende und Hoppe[16] in der vorigen Woche dem gesamtdeutschen Ausschuß und gestern dem Haushaltsausschuß 90 Mio. vorgeschlagen. Jetzt hat Herr Dahlgrün die 90 Mio.; sie sind gestern mit Mehrheit von der

12 Der Transitverkehr durch die damalige SBZ wurde durch das „Viermächte-Abkommen von New York vom 4. Mai 1949 und von Paris vom 20. Juni 1949 über das Ende der Berlin-Blokkade" geregelt. Druck: SIEGLER 1 S. 80–82.

13 „Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland", BGBl 1955 II S. 253–255.

14 Vgl. „Der Kurier" vom 19. Dezember 1965 „Berliner Defizit-Etat verabschiedet"; UiD Nr. 4 vom 27. Januar 1966 S. 2 „Agitation gegen Bonn? Unklare politische Linie des Berliner Senats erneut mißbilligt". Vgl. auch den Brief Amrehns an Westrick vom 29. Dezember 1965 zu dieser Problematik (ACDP 01–295–017/2).

15 Rolf Dahlgrün (1908–1969), Jurist; 1953–1957 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (FDP), 1957–1969 MdB, 1962–1966 Bundesminister der Finanzen. Vgl. KEMPF/MERZ S. 194–198.

16 Hans-Günter Hoppe (1922–2000), Jurist; 1952–1958 und 1963–1973 MdA Berlin (FDP), 1972–1990 MdB.

SPD und der FDP beschlossen worden, wobei die eine Hälfte unserer Abgeordneten mitgemacht hat, die andere Hälfte nicht.[17] Das ist z. B. eine Situation, die für uns unmöglich ist. Wir vertreten die Bundesregierung und sagen: Ihr müßt es irgendwie anders hereinholen, – aber jetzt kommen die Herren Dahlgrün, Mende und Hoppe und sagen, wir haben die 90 Mio. besorgt, und zwar mit der Stimme des Finanzministers, der im Januar geraten hat, die 40 Mio. nicht zu genehmigen. Eine solche Methode macht uns die Arbeit außerordentlich schwierig. (*Beifall.*)

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Ich bin Ihnen sehr dankbar für das, was Sie über unser Anliegen zum Wahlkampf gesagt haben. Ich habe in der Tat den Eindruck, daß sich in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus ein allzu starker Pessimismus verbreitet hat über die Chance, diese auch für die Bundesregierung wichtige Wahl zu gewinnen. Ich kenne die Meinungsumfragen und das Gutachten von Professor Wildenmann.[18] Gewisse Parallelen sowohl zur Bundestagswahl wie auch zur Wahl an der Saar sind absolut berechtigt. Ich sehe eine gute Chance, daß die CDU als stärkste Partei aus der Wahl hervorgeht.

Nun wird es notwendig sein, daß jedenfalls in der Anlage der Bundespolitik, soweit sie wichtige Probleme der Industrie und der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen berührt, entscheidende Ansätze gemacht werden. Wir werden mit dem Kohlenproblem aufgrund der Beschlüsse, die durch Ihr maßgebendes Mitwirken gefaßt worden sind, fertig werden, soweit dies überhaupt menschenmöglich ist.[19] Es ist nicht leicht, bei großen Kohlenhalden eine optimistische Stimmung zu erzeugen, aber das, was wirtschaftlich und sozial geschehen konnte, ist geschehen. Mehr wird man billigerweise von einem Parlament, das ja nicht nur aus Nordrhein-Westfalen besteht, nicht erwarten können.

Was aber störend ist, ist die Haltung einiger Industrieller in Nordrhein-Westfalen. Ich erinnere an die Rede, die der Vorsitzende des Vorstands der Thyssen-Werke und Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl bei der Hauptversammlung dieser Gesellschaft gehalten hat[20], wobei er schlicht und einfach – die Schlagzeilen der Presse waren entsprechend – erklärt hat: Wenn diese oder jene Wünsche nicht erfüllt werden, wandern wir mit unseren Betrieben aus. Das muß natürlich eine Welle von Pessimismus verbreiten. Das müßte aufgefangen werden.

---

17 Vgl. Sten.Ber. 5. WP 39. Sitzung vom 5. Mai 1966 S. 1735–1751.

18 Untersuchung des DIVO-Instituts vom März 1966: 49% SPD, 42% CDU, 7% FDP – zit. nach einem Interview mit Professor Wildenmann im „Mannheimer Morgen" vom 23. Juli 1966.

19 Landes- und Bundesregierung brachten mehrere Beschlüsse auf den Weg: Im März 1966 richtete die Landesregierung einen Sozialfonds ein, der zunächst mit 100 Mio. DM ausgestattet wurde (882. Kabinettssitzung vom 8. März 1966, TOP I, 5b , in: NWHStA NW 30 P-882, zit. nach MARX S. 338); zahlreiche weitere umfassende Maßnahmen beschlossen Bundestag und Bundesregierung infolge der „Kohledebatte" am 16. März 1966, vgl. Sten.Ber. 5. WP. 30. Sitzung S. 1326–1328.

20 Hans-Günther Sohl (1906–1989), Industriemanager; 1953–1973 Vorstandsvorsitzender des Thyssen-Konzerns, 1956–1969 Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl. Memoiren: Notizen. Düsseldorf 1983. – Vgl. FAZ vom 16. April 1966 „Sohl: 1966 wird das sorgenreichste Stahljahr".

Es wäre vielleicht gar nicht schlecht, wenn Sie die verantwortlichen Herren von Eisen und Stahl gelegentlich empfangen oder andere Wege suchen würden, um solchen Sachen vorzubeugen, damit eine Diskussion erst gar nicht zustande kommt. (*Erhard:* Ich habe diese Gespräche schon anberaumt![21]) Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür.

Wenn ich eine weitere Bitte äußern darf zu einer Sache, die die gesamte deutsche Wirtschaft angeht, aber naturgemäß in hohem Maße die investitionsbedürftige Industrie im Lande Nordrhein-Westfalen betrifft, dann ist es die Situation des Kapitalmarktes. Die Schlagzeile der „Zeit": „Der deutsche Kapitalmarkt zusammengebrochen!"[22] – gibt die Auffassung gewichtiger Kreise in den deutschen Banken und in der deutschen Wirtschaft wieder. Hier gibt es gewisse Fehlerquellen, die zumindest gestoppt werden könnten. Es gibt auch großzügigere Maßnahmen, die Sie besser beurteilen können, als ich es vermag.

Wenn ich daran denke, daß die deutschen Gemeinden in einem ungewöhnlichen Maße Milliardenbeträge insgesamt investieren für Bauvorhaben, Einrichtungen usw., die bei Gott auch noch von der nächsten Generation frühzeitig gebaut werden könnten, wenn ich weiter darauf hinweise, daß die Stadtkämmerer der großen Gemeinden völlig zinsunempfindlich über die Sparkassen und andere Einrichtungen den Kapitalmarkt abschöpfen, während die Industrie nicht mehr in der Lage ist, die notwendigen Mittel zu erhalten[23], dann zeigt sich doch hier eine Entwicklung, die in der Tat mit den Mitteln der Politik aufgefangen werden kann, der wir unsere besondere Aufmerksamkeit widmen sollten.

Ich habe vor wenigen Tagen mit einem uns politisch sehr nahestehenden und sehr verantwortlich denkenden Industriellen gesprochen, der mir für den Herbst dieses Jahres eine Katastrophe voraussagte. Ich teile diesen Pessimismus nicht, dazu habe ich auch keinen Anlaß, aber die Situation des Kapitalmarktes – des Marktes der Märkte –, der viel empfindlicher ist als jeder Einzelmarkt, als jeder Stahlmarkt, als jeder Kohlenmarkt, als jeder Markt der Konsumindustrie, muß in Ordnung kommen, wenn wir aus der sehr lähmenden Haltung herauskommen wollen, die sich zunehmend in breiten Schichten der Bevölkerung ausbreitet.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns die Unterstützung gewährten, die Sie für Nordrhein-Westfalen zugesagt haben. Ich hoffe, daß sie das reichhaltige Programm, das Ihnen persönlich zugemutet wird, ebenso wie die übrigen Kollegen des Vorstands, ak-

---

21 Eingeladen zum Abendessen am 16. Mai 1966 im Wohnhaus des Bundeskanzlers waren Abs, Berg, Hansen, Henle, Lohse, Lotz, Rodenstock, Sohl, Söhngen (Absage), Stein, Timm, Wagner, Winnacker, Wolff von Amerongen, Schmücker, Westrick, Blessing, vgl. ACDP 01–554–001/2.

22 „Zeit" vom 6. Mai 1966 „Wer rettet die D-Mark? Der Zusammenbruch des Kapitalmarktes ist ein neues Alarmzeichen".

23 Das erwähnte Problem wird ausführlich im Jahresgutachten des Sachverständigenrats untersucht, vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hg.): Stabilisierung ohne Stagnation. Jahresgutachten 1965/66. Stuttgart/Mainz 1965 Schaubild 29 S. 86. Der Diskontsatz wurde am 27. Mai 1966 von 4 auf 5% angehoben, vgl. Statistisches Jahrbuch 1966 S. 113*.

zeptieren werden. Es ist in der Tat der letzte Einsatz notwendig, um die Wahlen zu gewinnen.

Erhard: Ich hatte für gestern ganz spontan die Träger des Kapitalmarktes, die Banken, die Versicherungen, die Realkreditinstitute usw., zu mir eingeladen.[24] Ich habe mich drei Stunden lang mit ihnen unterhalten und dann noch mit einigen Herren gegessen. Dabei wurde das Problem ganz deutlich auf den Tisch gelegt. Es ist tatsächlich hier eine Verwilderung eingetreten, die ich nicht mehr übersehe.

Ich kenne Kommunen, ich kenne große Städte, die haben Aktionen und Investitionen unternommen für die nächsten Jahre, die insgesamt 600, 700 und 800 Mio. kosten, ohne daß sie auch nur die geringste Zusage machen können, wie das finanziert werden soll. Heute wird das so gemacht, daß man sagt: Wir fangen an, und wenn wir angefangen haben, dann möchten wir mal den sehen, der es wagt, die Fortsetzung dieses Programms zu unterbinden. So werden auch Siedlungen usw. heute gebaut.

Mit der Zinsunempfindlichkeit haben Sie völlig Recht. Die neuralgische Stelle liegt bei den Kommunen. Die Sparkassendirektoren sind nicht geborene Helden oder Märtyrer, aber sie werden bestellt und immer wieder bestellt von den Oberen der Städte, und deshalb sind sie natürlich willfährig. Das muß man ganz deutlich sehen. Hier ist eine Einflußnahme von unserer Seite nicht gegeben.

Wir müssen jede Emission anmelden. Wir tun es auch immer. Wir unterhalten uns im rechten Zeitpunkt über die Bedingungen mit der Bundesbank. Die Länder sind auch dazu gehalten, aber sie liegen schon an einer etwas gelockerten Leine und üben ihre Aufsichtspflicht gegenüber den Kommunen sehr wohlwollend aus, aber die Kommunen sind von der Bundesbank oder von den Stellen, die Geld und Kredite besorgen, völlig unabhängig.

Nun liegt das Finanzgutachten vor,[25] mit dem man sich wird auseinander setzen müssen. Es wird keine leichte Aufgabe sein. Dabei wird auch die Frage des Bund-Länder-Verhältnisses eine große Rolle spielen. Herr Adorno hat es liebenswürdigerweise in die Hand genommen, auf der Ebene der CDU die ganzen Fragen, die da zu ordnen sind, wie der Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftssteuer und noch vieles andere mehr, zu bearbeiten. Es geht darum, die ganze deutsche Finanzwirtschaft, die ganze Haushaltsmasse mehr und mehr als eine Einheit zu begreifen. Da ließe sich vieles rationalisieren. Ich glaube, wir hatten gestern eine sehr gute Sitzung. Ich habe heute die Meldung bekommen, daß gestern eine feste Vereinbarung getroffen worden ist, der

24 Teilnehmer am Kapitalmarktgespräch am 5. Mai 1966 im Bundeskanzleramt waren Staatssekretär Langer, Ministerialdirigent Kleiner, Katzer, Staatssekretär Kattenstroth, Dr. Benning, Dr. Irmler (Mitglieder des Bundesbank-Direktoriums), Dr. Müller (Vorstandsmitglied Rheinische Girozentrale Düsseldorf), Dr. Lubowski (Präsident Deutsche Pfandbriefanstalt), Dr. Kärcher (Vorstandsmitglied Bayerische Hypotheken-Bank), Dr. Gerd Müller (Generaldirektor Allianz-Lebensversicherung), Abs (Deutsche Bank), Matthiensen (Aufsichtsratsvorsitzender Dresdner Bank), vgl. ACDP 01–554–001/2.

25 Gemeint ist wohl der „Finanzbericht" von 1965, vgl. MÖLLER S. 9.

alle zugestimmt haben, daß bis Ende Juni zunächst einmal ein absoluter Emissionsstopp eintritt. (*Dufhues:* Auch für die Sparkassen?) Auch!

Es ist so, daß auch die Versicherungen gesagt haben: Mit Ausnahme der schon gegebenen Zusagen wollen wir keine Schuldscheindarlehen mehr geben.

Ich kann nur sagen, wir haben geradezu ein Bild der Tugend gegeben. Wir haben den Haushalt gegenüber dem Ist des Vorjahres um 5 % erhöht. Wir sind sogar unter die Empfehlung des Sachverständigenrates gegangen.[26] Im Fraktionsvorstand ist darüber gesprochen worden, den Haushaltsansatz noch etwas herunterzudrücken. Bei den Ländern ist dagegen eine Ausweitung der Haushalte um 10 % heute schon gegeben. Bei den Kommunen kann man es überhaupt nicht sagen. Dort herrscht in der Tat Wildwest!

Aber es sieht jetzt doch so aus, als ob man der Sache näher käme. Eine grundsätzliche Bereinigung, die genügend Sicherheit böte, um jedwede Lage auf dem Kapitalmarkt voll beherrschen zu können, würde eine Änderung des Grundgesetzes notwendig machen, wie sie auch im Sachverständigengutachten vorgesehen ist.[27] Es kann sein, daß wir nicht darum herumkommen, um die Dinge so in den Griff zu bekommen. Aber das wäre eines der größten Übel.

Ich darf noch ganz kurz sagen, ich war am Mittwochnachmittag mit einem Flugzeug zu einer Stippvisite in Hannover, weil die Meldungen in der Presse ein düsteres und zwielichtiges Bild gegeben hatten.[28] Es ist alles so pessimistisch geschildert worden, es wäre keine richtige Neigung zum Kauf vorhanden, es fehlten die Auftragseingänge usw. Ich habe es nicht geglaubt. Nun, von Messen und Messeklima verstehe ich etwas, und ich habe mir gesagt, dahin gehe ich mal und schaue mich um. Ich habe dann auch mit allen Leuten gesprochen, nicht bloß mit den Großkopfeten von Eisen und Stahl, sondern auch von der mittleren und kleineren Industrie. Ich habe eine längere Diskussion gehabt. Dabei stellte sich heraus, sie sind alle mehr oder minder differenziert, aber alle sagen, es ist eine sehr gute Messe gewesen. Wir sind zufrieden mit dem Auftragseingang und dem Verkauf.

Aber die Herren Verbandsgeschäftsführer machen bewußt in Pessimismus. Sie beeinflussen die Presse, nur alles Negative zu sagen, was man dann noch übersteigert in den Zeitungen lesen kann. Dahinter steckt nach meiner Überzeugung der völlige Irrtum, daß man, wenn man die Situation möglichst schlecht darstellt, ein Alibi habe, um mit immer neuen Forderungen die öffentliche Hand unter Druck zu setzen und zu erpressen.

Und diese Methode ist das schlechteste, was der Markt kennt. Ich habe es ihnen ganz deutlich erklärt: So hören wir euch nicht mehr an, und so nehmen wir euch nicht mehr

26 16./17. Februar 1966 Debatte im Bundestag über das Jahresgutachten des Sachverständigenrats, vgl. Sten.Ber. 5. WP 21. Sitzung am 16. Februar 1966 S. 847–893 und 22. Sitzung am 17. Februar 1966 S. 917–979.

27 Vgl. Stabilisierung ohne Stagnation. Jahresgutachten 1965/66 Abschnitt 155 und 184.

28 Besuch auf der Hannover-Messe, vgl. FAZ vom 27. April 1966 „In Hannover steht das Barometer auf Zuversicht"; „Welt" vom 30. April 1966 „Außer Tritt" und „Firmen warnen in Hannover vor Steuerung der Investitionen".

ernst. Wenn ihr eure Lage so schildert, wie sie tatsächlich ist, gut, dann kann man darüber sprechen, aber wenn man die Absicht so deutlich merkt, wie es hier der Fall war, dann ist es aus. Dann bin ich nicht mehr bereit, darüber zu sprechen. – Ich glaube, es hat auch etwas wohltuend gewirkt.

Aber wir müssen mit dieser Mentalität und dieser Stimmung, die sich im Augenblick in Deutschland verbreitet, rechnen, insbesondere im Hinblick auf die politischen Ereignisse und die Entscheidungen, die jetzt bevorstehen. (*Burgbacher:* Sind wir an dieser Stimmung ganz unschuldig?)

Adorno: Vor zwei Tagen hat Herr Schoettle[29] von der SPD in seiner Etatrede in Baden-Württemberg gesagt, daß das Parlament gezwungen sei, die Zuweisungen an die Gemeinden von 25 auf 21,5% zu reduzieren. Das wirkt sich verheerend auf die Gemeinden aus. Er hat vergessen hinzuzufügen, daß z. B. in Reutlingen ein Rathaus eingeweiht worden ist, das die runde Summe von 28 Mio. gekostet hat.

Herr Bundeskanzler! Ich muß dazu sagen, ich glaube, in der Öffentlichkeit nimmt uns den Hinweis auf die Kommunen niemand ab. Ich weiß nicht, ob es stimmt, aber ich habe in der Zeitung gelesen, daß der Kaufkraftschwund heute 4,5% betrage.[30] Das wäre natürlich sehr hoch. (*Erhard:* 4,2% gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres!) Immerhin wird bei den Beratungen in 14 Tagen zum Haushalt 1966 von den Sozialdemokraten in ganz erheblichen Maße die Trommel gerührt. Es müßte uns gerade im Hinblick auf die Wahlen in Nordrhein-Westfalen gelingen, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß endlich diesen Preissteigerungen ein Ende gesetzt wird.

Wenn uns das gelingt, so ist das einer der wesentlichsten Gesichtspunkte für den Erfolg dieser Wahl. Wenn es uns nicht gelingt, wird es uns sehr schwer sein, bei dieser Wahl die Mehrheit zu erringen.

Der Hinweis auf die Kommunen und auch auf die Länder wird uns wenig nützen, obwohl es so ist, insbesondere bei den Kommunen; denn die Bevölkerung schimpft in erster Linie auf die Bundesregierung und über das Bundeskabinett. Leider Gottes ist es so. Und das müssen wir in unsere Überlegungen mit einbeziehen.

Erhard: Ich möchte Ihnen nicht das Gruseln beibringen, denn das wäre ja das Gegenteil von dem, was ich vorhin gesagt habe, aber wenn Sie bedenken, daß wir für den Tourismus im Saldo jährlich 3 Mrd. DM abfließen lassen, daß die Transferierungen von Gastarbeitern 2 Mrd. DM betragen, daß die Wiedergutmachungsleistungen 2 Mrd. DM ausmachen – ich könnte noch einige Posten hinzufügen –, dann ist es ganz klar, daß wir

29 Erwin Schoettle (1899–1976), Verleger; 1919 SPD, 1933–1946 Exil, 1947–1949 MdWR, 1947–1962 Vorsitzender der SPD Nordwürttemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1948–1968 Mitglied des Parteivorstands, 1949–1972 MdB. – Schoettle äußerte sich am 4. Mai 1966 während der ersten Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines „Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern von Rechnungsjahr 1965 an (Länderfinanzausgleichsgesetz 1965)" zu den Auswirkungen für Baden-Württemberg, wodurch das Land „als Ausweg aus der Finanzmisere den Finanzausgleich von 26% auf 22,5% gekürzt" habe, vgl. Sten.Ber. 5. WP 38. Sitzung S. 1716f.

30 Die Inflation stieg von 1964 auf 1965 von 129,9 auf 133,9 (1966 auf 139,6) Punkte bei 1954=100 Punkte, vgl. Statistisches Jahrbuch 1969 S. 510.

uns das überhaupt nur leisten können, wenn wir in unserer Wirtschaft die Kraft entwikkeln, um einen kräftigen Überschuß in unserer Handelsbilanz zu erarbeiten. Wie war das Verhältnis im Jahre 1965 in der Handelsbilanz? (*Burgbacher:* Minus 7 Mrd.!) Gegenüber dem Vorjahr! Das können wir uns nicht leisten. Wenn es uns nicht gelingt, die Wettbewerbskraft unserer Wirtschaft mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten, dann können wir uns dieses eben einfach nicht mehr leisten. Dann geht mehr und mehr immer ein Stück von der Freiheit verloren! (*Unruhe und Bewegung.*) Dabei sind die Gewinne rückläufig. Die Ausrüstungsinvestitionen haben im vorigen Jahr 12,3% ausgemacht; man schätzt in diesem Jahr 5%. Die Gewinne sind im Jahre 1965 um 20% gesunken gegenüber dem Vorjahr. Sie werden in diesem Jahr noch einmal sinken. Unsere Handelsbilanz wird vielleicht etwas besser werden als im Vorjahr, aber so glänzend wird sie nicht sein. Die optimistischsten Schätzungen liegen bei 3 Mrd. Überschuß. Das ist absolut unzureichend. Wir müssen unbedingt 7 bis 8 Mrd. haben!

Die Bruttolöhne und Gehälter waren im Jahre 1965 gegenüber dem Vorjahr um 9 % gestiegen bei einem realen Bruttosozialproduktzuwachs der Erwerbstätigen um 3,8 %. Im Jahre 1966 sind die Dinge auch schon wieder auf die falsche Bahn gekommen, nicht zuletzt wegen des Sachverständigengutachtens, das geglaubt hat, man müsse neben dem laufenden Zuwachs des Sozialprodukts noch 2 % für den Inflationskoeffizienten einführen.

Wir werden in diesem Jahr, soweit man die Dinge voraussehen kann, einen Zuwachs bei den Löhnen und Gehältern je Beschäftigten um 7,5 % zu verzeichnen haben bei einem Zuwachs des Sozialprodukts von 3,5 %.

Burgbacher: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich hier etwas Abweichendes äußere. (*Kohl:* Warum müssen Sie sich da entschuldigen?) Weil ich damit nicht in der Strömung bin. Wenn z. B. auf dem Reinigungssektor im Jahre 1950 ein Schrubber und ein Putzlappen standen und heute dafür ein Mop oder ein Staubsauger stehen, oder wenn beim Urlaub im Jahre 1950 eine Reise in die Eifel vorgesehen war und heute aber ein Flug nach Mallorca, dann kann man das doch nicht vergleichen. Dann ist doch diese Zahl eine völlig ungeeignete Bemessungsgrundlage. Aber wir haben keine andere. Ich will nichts gegen sie sagen. (*Erhard:* Aber wir haben eine internationale Vergleichsbasis!) Ja, aber wir lassen uns damit in das Mauseloch jagen. (*Erhard:* Ich meine, unsere Handelsbilanz spiegelt es wider. Da brauchen Sie gar nicht diesen Index.)

Das ist wieder etwas anderes. Ich bin der Meinung, das Ideal einer Zahlungsbilanz müßte sein: plus minus null. Ich halte die Kreditrestriktionen unseres Freundes Blessing[31] – den ich sehr hoch achte – für überzogen. Ich kann auch nicht verstehen, wenn Sie eben kritisch gesagt haben, die Sparkassen wären weich. Die können doch nur geben, was sie haben. (*Zuruf:* Allerdings!) Die können doch keine Kreditschöpfung ma-

31 Dr. Karl Blessing (1900–1971), 1958–1969 Präsident der Deutschen Bundesbank. – Vgl. „Bonner Rundschau" vom 1. September 1965 „Inflationistische Gefahren"; dpa vom 6. Oktober 1965 „Straffe Kreditpolitik muß fortgesetzt werden"; dpa vom 15. Oktober 1965 „Preis- und Kostenniveau darf nicht weiter erhöht werden".

chen. Und warum sollen denn die Sparkassen, wenn sie die Einlagen haben – selbstverständlich im Rahmen einer gesunden Wirtschaft –, nicht den Kommunen Kredit geben. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung. – Zuruf:* Weil die Kommunen so verschuldet sind!) Die Infrastruktur können wir auch nicht entbehren. Ohne Infrastruktur können wir nicht leben. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

Erhard: Sie werden doch nicht bestreiten wollen, daß wir alle überkandidelt sind. Ich will gar nicht den Eindruck erwecken, als ob ich das nur einseitig betrachtete. Wenn z. B. die Automobilindustrie sagt: Bei 4 % Lohnsteuer können wir die Preise stabil halten. Das liegt noch drin. Bei 6 % müssen wir die Preise um 3 % erhöhen, – so geht diese Rechnung einfach nicht auf.

Kohl: Herr Bundesvorsitzender! Ich möchte beantragen, daß wir eine solche Diskussion als ersten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen, insbesondere auch einmal die Gesamtbetrachtung des Verhältnisses Bund-Länder-Gemeinden. Sicherlich würde ich einiges von dem, was gesagt worden ist, unterstreichen, aber ich wehre mich dagegen, das alles einem allein aufzubürden. Ich komme aus einem Land, das zu den finanzschwachen Ländern gehört. Wir stehen vor folgender Situation in Rheinland-Pfalz: Wir haben einen Haushalt von 3,5 Mrd. DM. Eine Zuwachsrate haben wir nicht. Wir sind innerhalb der Empfehlung geblieben, und heute sind wir in der Praxis die Betrogenen. So wirkt sich das aus. Und so machen wir das seit Jahren.

Wir haben bestimmte Probleme und Angelegenheiten, die wir einfach nicht hinausschieben können. Wir haben z. B. eine Zuwachsrate von Kindern in unseren Schulen von Ostern zu Ostern, die einfach da ist. Nun können wir zwar sagen, wir machen Schichtunterricht – das vertrete ich auch öffentlich –, aber wir müssen trotzdem eine Fülle von Dingen im schulischen Bereich tun. Dieses kleine Land hat also alles Geld zusammengekratzt. Wir haben über 60 Mio. im Etat gestrichen, so daß wir in diesem Jahr für 120 Mio. Schulen bauen können.

Das ist kein Luxus, sondern einfach notwendig aufgrund der Entwicklung. Wir haben in der Gesamtentwicklung einen so großen Nachholbedarf, den wir nicht zu vertreten haben, sondern der in den letzten hundert Jahren gewachsen ist. Einige Bundesländer waren von der Natur her nach dem Zweiten Weltkrieg bei der Neubelebung des politischen Lebens günstiger dran als wir. Ich denke an Hessen, Baden-Württemberg; in Nordrhein-Westfalen sitzt man nicht mehr so auf dem hohen Roß. Vor ein paar Jahren hat man es noch anders gehört. Diese Länder konnten sich also bereits Dinge erlauben, die fortgeschritten sind, während wir mit der elementaren Grundausstattung noch nicht fertig waren.

Wenn wir überhaupt eine Chance haben wollen in unserem Raum in der EWG, dann müssen wir versuchen, in einigen Punkten den Anschluß zu gewinnen. Stichwort: Infrastruktur, denn sonst läuft uns die Entwicklung wieder davon. Wir hatten bei uns auch die französische Besatzungsmacht mit all den Konsequenzen und vieles andere mehr. Man muß also das Gesamtpaket auf den Tisch legen, auch bei den Gemeinden.

Ich bin im Stadtrat von Ludwigshafen Fraktionsvorsitzender und kann nur sagen, daß für bundesrepublikanische Verhältnisse Ludwigshafen eine relativ reiche Stadt ist,

aber wir haben bei einem Gesamthaushalt von etwa 200 Mio. einen Investitionsbedarf von 800 Mio. für die nächsten Jahre. Da sind Sachen dabei, die z. T. durch Bundesgesetze einbegriffen und verursacht sind. Denken Sie an das Reinhaltungsgesetz, das Wasserhaushaltsgesetz zur Reinigung der Wasserstraßen. Das Gesetz ist völlig in Ordnung, aber es hat uns viele Termine gesetzt, die wir jetzt einhalten und vollziehen müssen. Eine solche Kläranlage kostet für unsere Stadt 40 Mio. DM, um nur ein Beispiel zu nennen.

Man muß das also nach allen Seiten hin betrachten. Ich bin der Meinung, daß wir bei diesem Gespräch unser Augenmerk auch auf die Situation in den Kommunen lenken sollten. Ich stimme Ihnen hundertprozentig zu, daß heute überall über die Verhältnisse gelebt wird, daß sich auch die Gemeinden und ihre Repräsentanten gern etwas zugute tun. Es gibt schon haarsträubende Sachen nicht nur beim Bau von Rathäusern, sondern auch sonst. Das sehen Sie, wenn Sie durch das Land fahren.

Für mich ist am haarsträubendsten, daß unsere Leute hier mitmachen, weil wir uns in diesen 20 Jahren CDU so auseinandergelebt haben, daß jeder an seine Schublade denkt. Da gibt es zunächst Bundespolitiker. Damit trete ich niemandem zu nahe. Ich kenne eine Menge Kollegen aus dem Bundestag, die hochachtbare Kollegen sind, die wirklich etwas können, die aber in ihrem engen Heimatbereich kaum eine Ahnung über die kommunalen Probleme haben. Dann gibt es den Landespolitiker, bei dem ist es genauso. Dann gibt es den Kommunalpolitiker. Der Bürger ist viel natürlicher und sagt: die CDU. Und die CDU mißt man in Bund, Ländern und Gemeinden.

Wir haben bei den letzten Kommunalwahlen sicherlich deshalb viel verloren, weil der Bund zuerst die Telefongebühren erhöht und dann am Freitag vor der Kommunalwahl wieder gesenkt hat.[32] Das war bei uns nicht gerade ein überzeugendes Beispiel von Führungskunst. (*Erhard:* Es hat aber auch gut gewirkt!) Sicher, anderswo auch! Ich will nur sagen, der Bürger reagiert viel natürlicher als wir in unseren Besprechungen. Ich fürchte – es ist nicht ein einziger Ministerpräsident im Augenblick hier –, wenn wir es wieder so machen wie bei der letzten Runde mit den Prozenten und Anteilen, schaden wir uns furchtbar. Ich habe mich in meinem Bereich immer widersetzt, wenn man gesagt hat: Im Bereich der Ministerpräsidenten soll ein duodez-fürstliches Denken neuerer Prägung sein. Auch hierüber muß natürlich die Partei reden. Ich bin dafür, daß wir über diese Fragen einmal im Bundesvorstand diskutieren. Wir sollten unsere Freunde in den hohen staatlichen Ämtern mit an diesen Tisch nehmen und dann vernünftig mit ihnen die Sache besprechen. Es ist nicht nur ein fiskalisches, sondern auch ein elementar politisches Problem.

In eine solche Besprechung gehören natürlich die Probleme der kommunalen Politik mit hinein. Man muß das als ein Ganzes sehen. Man muß versuchen, jedem seinen ihm zukommenden Teil zu geben. Wir müssen aus dem Schubladen-Denken, das bei uns sehr eingerissen ist und dazu führt, daß bei kulturpolitischen Fragen nur der Kulturpolitiker reagiert, obwohl es eine Auswirkung auf das Ganze hat – bei den Kommunalpoli-

32 Vgl. Hildebrand S. 128–130.

tikern gilt das gleiche – herauskommen. Das ist eigentlich die Führungsaufgabe des Bundesvorstands nach der Satzung. Und die sollten wir unter allen Umständen wahren.

Burgbacher: Ist bei der Aussprache gestern, Herr Bundeskanzler, auch darüber gesprochen worden, wie man der Situation auf dem Kapitalmarkt gerecht werden kann?

Erhard: Natürlich ist darüber gesprochen worden. Wenn ich heute die Kreditrestriktionen aufgebe, wenn ich die Schraube lockerlasse, dann kommt mehr Geld in die Wirtschaft hinein. Es liegt aber nicht an den Rentenpapieren, denn die Banken sind doch, weil sie die Wirtschaft bedienen mußten mit den notwendigen Krediten, aus dem Rentenmarkt völlig ausgestiegen. (*Burgbacher:* Wegen der Blessingschen Politik mußten sie aussteigen!) Aber wenn Sie heute zuviel Flüssigkeit in die Wirtschaft hineingeben, so treibt das bei unserem Expansionsstreben und bei unserem Arbeitsmarkt die Löhne und die Preise in die Höhe. Wenn die Löhne und die Preise in die Höhe gehen, dann schädigen Sie damit das Vertrauen in den Kapitalmarkt und in die Rentenpapiere. Das hängt doch alles unmittelbar zusammen. Es gäbe aber einen Weg, um aus dieser Sache herauszukommen: mehr arbeiten!

Dufhues: Wir standen in Nordrhein-Westfalen vor schwierigen Tarifverhandlungen. Die Verhandlungen sind gescheitert. Nun lautet die Frage, wird sich der Bund einschalten, oder soll sich das Land einschalten?

Erhard: Ich bin dagegen, daß sich Bund und Land einschalten, denn dann tragen diese die ganze Verantwortung.

Dittmar: Es ist notwendig, daß hier auch einmal gesagt wird, daß einiges auch die Folgen unserer EWG-Regelung sind. Das ist es, was die Hausfrauen spüren und ihren Männern sagen. Und das spielt nun einmal bei den Arbeiter- und Angestelltenhaushalten eine erhebliche Rolle. In der Gemeinde krankt alles wesentlich daran, daß der Bürger sieht, wie das Geld ausgegeben wird, er merkt aber nicht, wie das Geld ihm abgenommen wird; wir haben ja nur die indirekten Gemeindesteuern.

Erhard: Ich begrüße die Anregung von Herrn Kohl. Hier muß die Partei in der Tat zusammenstehen. Wir kommen sonst in große Schwierigkeiten. Und da hilft nur die größte Einigkeit. Wir werden darüber sprechen, wenn wir diesen längerfristigen Finanzplan vorlegen. Wir kommen gar nicht umhin, gewisse Rangordnungen zu setzen. Und das hat natürlich Konsequenzen. Wir werden damit nicht alle beglücken; trotzdem hoffe ich, daß wir das Vertrauen gewinnen im deutschen Volk, wenn wir deutlich machen, wir nehmen die Dinge jetzt fester in den Griff. Es geht nicht darum, daß wir Kritik üben, daß wir einem Teil die Dornenkrone auf den Kopf drücken, nein, wir müssen uns nur der Problematik bewußt sein. Es kann eben ein Volk nicht mehr ausgeben – für welche Zwecke auch immer –, als es selbst erarbeitet. Darüber hilft nichts hinweg! Darüber gibt's nichts! (*Kohl:* Dazu gehören auch die Wahlgeschenke!) Wir müssen das Ganze sehen. (*Heck:* Auch die Kohle!) Die 4,2 % setzen sich sehr unterschiedlich zusammen. Rund 40 % davon fallen auf die erhöhten Preise der Ernährungsgüter, 20 % entfallen auf die Mietsteigerungen. Am stabilsten sind noch die industriellen Erzeugerpreise. Aber im Schnitt kommen diese 4,2 % heraus.

Amrehn: Heute in 14 Tagen soll in West-Berlin ein Parteitag der SED stattfinden, und zwar der SED-Organisation, die sich nach der Errichtung der Mauer verselbständigt hat.[33] Das war schon im März geplant. Die SED hatte Delegationen aus 22 Ländern eingeladen, um eine große internationale Schau aufzuziehen. Hiergegen wurden Bedenken geäußert vom Senat und natürlich auch von uns. Die Kommandantur hat dann diesen Parteitag verboten. Inzwischen hat es aber wieder Gespräche gegeben, an deren Ende eine Erklärung etwa des Inhalts stand, daß einige Delegationen kommen dürften. Durch Fühlungnahme der SED mit dem Senat hat sich jetzt ergeben, daß die SED einladen will oder schon eingeladen hat die Russen, die Franzosen, die Polen und Pankow.

Gestern hat Herr Bürgermeister Albertz[34] die Fraktionsvorsitzenden zu sich gebeten, um zu hören, wie wir dazu stehen. Ich habe die Auffassung vertreten, daß jede Form, in der die SED versucht, das westliche Berlin doch als dritten Staat darzustellen, der seinerseits internationale Delegationen einlädt, abgelehnt werden muß, daß wir uns aber nicht dagegen wehren könnten, wenn die Russen und die Franzosen kämen; denn sie gehören zu den Besatzungsmächten. Es besteht aber keine Notwendigkeit, daß Polen vertreten wird, zumal Polen Schwierigkeiten macht bei der Anerkennung der Berlin-Klausel.[35]

Was ich für völlig unmöglich halte, das ist aber, daß Pankow dort durch eine eigene Delegation vertreten sein kann bei einer internationalen Tagung. Ich habe gemeint, man kann diese SED-Ost bei uns nicht zulassen, solange nicht auch andere nach Ost-Berlin gehen und dort frei reden können. Diese Auffassung ist gestern von dem Fraktionsvorsitzenden-Stellvertreter der SPD[36] in vollem Umfange geteilt worden. Er hat dem Bürgermeister Albertz die gleiche Erklärung abgegeben. Herr Albertz ist anscheinend etwas anderer Meinung.

Völlig anderer Meinung ist die FDP! Nun höre ich heute morgen – und deswegen trage ich die Sache hier vor –, daß Herr Bürgermeister Albertz die Angelegenheit der Bundesregierung unterbreitet hat, sie möge darüber entscheiden, wie er sich verhalten solle. Hier sollte die Bundesregierung sagen, daß es eine Entscheidung ist, die dem Se-

33 Die SEW hatte geplant, vom 25.–27. Februar 1966 einen Parteitag in West-Berlin durchzuführen. Dies war ihr am 21. Februar 1966 durch die Alliierte Kommandantur wegen Beteiligung ausländischer kommunistischer Parteien verboten worden, vgl. BULLETIN Nr. 25 vom 23. Februar 1966 S. 192. Der Parteitag der SEW fand am 21./22. Mai 1966 in Berlin-Neukölln statt. Vgl. Peter MÜLLER: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: STÖSS S. 2241–2273; AAPD 1966 Nr. 126.

34 Heinrich Albertz (1915–1993), evangelischer Pfarrer; 1947–1955 MdL Niedersachsen (SPD), 1948–1955 Minister für Soziales in Niedersachsen, 1955–1959 Senatsdirektor beim Senator für Volksbildung in Berlin, 1959–1961 Senatsdirektor und Chef der Staatskanzlei, 1961–1963 Senator für Inneres, 1963–1966 Bürgermeister und Senator für Polizei, Sicherheit und Ordnung, 1966/67 Regierender Bürgermeister von Berlin. Vgl. Jacques SCHUSTER: Heinrich Albertz – der Mann, der mehrere Leben lebte. Berlin 1997.

35 Die „Berlin-Klausel" konnte in den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, die am 10. Mai 1966 abgeschlossen wurden, gesichert werden. Vgl. AAPD 1966 S. 82, 669f., 676.

36 Stv. SPD-Fraktionsvorsitzende in der 4. Wahlperiode (1963–1967) im Abgeordnetenhaus waren Dr. Wolfgang Haus, Werner Jannicke und Dietrich Stobbe.

nat überlassen werden muß. Zum anderen aber zeichnet sich hier wieder ab, daß der Senat – anscheinend durch sein Gespräch schon etwas gebunden bei der SED – einen Standpunkt überspielen will mit der Rückendeckung der Bundesregierung, so daß uns nachher gesagt werden kann: Ihr wart dagegen, aber die Bundesregierung war dafür.

Ich finde, daß auch hier etwas drinsteckt, was zumindest der Bundesvorstand wissen muß. Ich wäre also dankbar, wenn die Haltung, die wir eingenommen haben, auch beibehalten würde.

Heck: Meine Damen und Herren! Für den Rest der Sitzung sind wir leider gezwungen, uns ganz kurz zu fassen; denn wir sind gar nicht in der Lage, irgendwie abzustimmen, da vor Eintritt in die Tagesordnung die Beschlußfähigkeit – nach der Satzung – festgestellt werden muß.

Wir sind hier nur mit 19 Mitgliedern des Bundesvorstands, es müßten aber 32 sein, um Beschlüsse fassen und Wahlen durchführen zu können.

Bei dieser doch etwas heiklen Situation im Bereich der Kooptation halte ich es nicht für gut, einen Grund zur Anfechtung zu geben. Ich schlage deshalb vor, daß wir die Kooptation vertagen.

Stingl: Mein Problem kann auch nicht erledigt werden, weil es unter die gleichen Bestimmungen fällt. Ich mache darauf aufmerksam, daß der Sozialausschuß der Bundespartei als erster Ausschuß seine Beschlüsse dem Parteivorstand vorgelegt hat. Nun wäre es mißlich, wenn ich im Ausschuß erklären müßte: Der Parteivorstand hat zwar den Beschluß bekommen, aber nicht darüber beraten. Man kann dem Ausschuß nicht zumuten, daß er Dinge berät, aber dann der Parteivorstand nicht darüber spricht.

Ich bitte also dringend darum, daß in der nächsten Bundesvorstandssitzung die drei Vorlagen des Sozialausschusses[37], die 19. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz, die Rentenversicherung der Selbständigen und das Selbstverwaltungsgesetz, beraten werden. Es soll auch darüber nachgedacht werden, daß die Landesvorsitzenden und die Vorsitzenden der Vereinigungen durch ihre gewählten Vertreter im Bundesvorstand vertreten werden können, sonst kann es passieren, wenn einmal ein Landesvorsitzender nicht kommen kann, daß der betreffende Landesverband nicht im Bundesvorstand vertreten ist.

Erhard: Wenn wir das einführen, dann werden wir eine bunte Reihe haben, und zu jeder Sitzung kommen andere.

Heck: Ich schlage vor, das dem Präsidium vorzulegen. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich muß weg zum Zahnarzt. Ich bitte um Entschuldigung.

Kohl: Was Herr Stingl hier vorgetragen hat, scheint mir nicht überzeugend zu sein. Wir haben auf dem Bundesparteitag die Satzung geändert. Dort ist dieser Änderung nicht widersprochen worden. Wir sollten versuchen, als Landesvorsitzende die Bundes-

37 Vorlagen des Sozialausschusses in ACDP 07–004–025/2.

vorstandssitzungen als das Wichtigste zu nehmen, zumal jetzt auch noch die Termine festgelegt sind.

Es ist natürlich eine sehr schwierige Situation, daß wir hier in der konstituierenden Sitzung des Bundesvorstands noch nicht einmal beschlußfähig sind. (*Zurufe:* Sehr wahr!) Das sagt eigentlich über das Ansehen des Bundesvorstands mehr aus, als jemand in einer zweistündigen Rede darzulegen vermag.

Nach meiner Meinung würde das aber in dem Augenblick automatisch geändert, wenn der Bundesvorstand wirklich das wird, was er nach der Satzung sein soll, nämlich ein Beschlußgremium, in dem über die Politik der Partei entschieden wird.

Ich bin mir ganz sicher, wenn wir auf die Tagesordnung der Bundesvorstandssitzung setzen „Bund-Länder-Verhältnis", und zwar mit Erörterung der Prozentsätze der Anteile usw., dann haben wir sämtliche Ministerpräsidenten hier. (*Amrehn:* Die sind doch dagegen!) Wieso denn, Herr Amrehn, Sie waren doch einmal drin. Wenn Sie wieder drin sind, sehen Sie die Sache auch von einer anderen Seite an. (*Amrehn:* Aber, Herr Kohl, ich bin ja einverstanden. Ich sage nur, die Ministerpräsidenten sind dagegen, daß wir den Einheitsschlüssel so beschließen!) Sie wissen doch noch gar nicht, was wir beschließen! (*Heiterkeit und Unruhe.*) Sie unterstellen bereits jetzt einen Beschluß. Ich meine, wenn hier jetzt etwa „ernsthaft befürchtet" wird, daß der Bundesvorstand politische Entscheidungen trifft, dann können Sie ganz sicher sein, daß sämtliche Mitglieder des Bundesvorstands da sein werden. Das ist die beste Möglichkeit, die Leute hierher zu bekommen.

Durch viele Jahre hindurch war die Praxis hier anders; denn er hat nur darüber beraten, was vielleicht vorher schon in der Zeitung gestanden hat. Dann kann man natürlich nicht ein großes Interesse für dieses Gremium erwarten. Ich meine, man braucht ja keine Beschlüsse zu fassen, aber man muß hier Politik treiben und Entscheidungen fällen. Dann werden wir in den Bundesvorstandssitzungen auch immer ein volles Haus haben. Und wenn dann jemand einmal nicht kommen kann, dann ist er in Gottes Namen halt nicht da, aber es sind doch alle Landesverbände – allerdings sehr unterschiedlich in der Dotierung – im Bundesvorstand durch Repräsentanten vertreten. Und wenn der Landesvorsitzende einmal fehlen sollte, dann wäre es doch möglich, daß ein Mitglied des Bundesvorstands, der als Minister hier sitzt, soviel Kollegialität aufweist, um ihn darüber zu informieren.

Erhard: Herr Kohl, das war auch mein Anliegen. Ich habe in meiner einleitenden Ansprache gesagt: Wir müssen dieses Gremium aktivieren. Es soll nicht so sein, daß dort nur Vorträge gehalten werden, und die Leute gehen dann nach Hause, sondern sie müssen mit sachlichen Fragen konfrontiert werden. (*Burgbacher:* Wir können ja eine Tagesordnung aufstellen! – *Kohl:* Wir können sie sogar einhalten! – *Heiterkeit und Unruhe.*) Das setzt natürlich voraus, daß dieser Kreis in sich geschlossen bleibt. Es müssen nämlich mehr oder minder die gleichen Leute in der Diskussion dabei sein.

Also, das ganze Gremium muß eine größere Straffung an den Tag legen. Die Probleme müssen zur sachlichen Diskussion gestellt werden. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Wir werden also für die nächste Bundesvorstandssitzung eine Tagesordnung aufstellen mit

Sachfragen usw. (*Heck:* Das war doch sonst immer der Fall! – *Zuruf:* Aber nicht eingehalten! – *Unruhe und Bewegung.)*

Kohl: Das war in der Form nicht immer der Fall. Es ist schon vor vier Sitzungen angeregt worden, über die deutsch-französische Angelegenheit zu sprechen. Dazu muß man erwarten, daß der Außenminister da ist und etwas dazu sagt, und zwar ganz konkret. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Es muß weiter in diesem Kreis offen über die Finanzen gesprochen werden, ohne daß sofort Animositäten aufkommen. Es gehört doch zu einer demokratischen Partei, daß man diskutiert und die verschiedenen Standpunkte vorträgt. Man könnte noch eine ganze Reihe anderer Punkte miteinbeziehen. Ich möchte dabei auf die Wichtigkeit einer kommunalpolitischen Betrachtung hinweisen. Man muß heute davon ausgehen, daß die Hälfte der Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen in Städten von über 100.000 Einwohnern wohnt. Auf diesem Sektor sind wir beinahe völlig in die Defensive gedrängt durch die SPD in den Rathäusern[38]. Eine Partei kann sich auf die Dauer unter keinen Umständen erlauben, diesen wichtigen kommunalen Bereich abzuhängen und irgendwelchen Spezialkreisen zu überlassen.

Wenn Sie sehen, wie Bundes- und Landesgesetze über die Rathäuser verfälscht werden in der Praxis, gerade im sozialen Bereich, (*Zuruf:* Wohngeld!) – das ist ein klassisches Beispiel –, dann ist doch alles umsonst, wenn wir nicht hier eine bewußte Politik treiben, wozu auch etwas mehr Solidarität gehört. Das müßte unter christlichen Demokraten eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Aber ich fürchte, wir haben aus Anlaß unseres zwanzigjährigen Jubiläums einen Punkt in der Gesamtpartei erreicht – auch darüber muß hier einmal ganz offen geredet werden –, daß die Solidarität so gering geworden ist, wie sie eigentlich zu keinem Zeitpunkt – das ist mein Eindruck – in diesen 20 Jahren gewesen ist.

Entweder wir versuchen gemeinsam, diese Dinge zu tun, oder aber die ganze Sache zerfließt uns unter der Hand. Es ist überall eine chronische Unlust – Sie können hinkommen, wohin sie wollen –, die in der Partei herrscht. Man muß sich einmal fragen, warum ist das so. Vielleicht ist es so, daß wir uns die Malaise selbst an den Leib reden, statt sie abzuwehren, aber nicht durch einen künstlichen Optimismus, sondern durch eine starke und entschiedene und energische Handlung, die aus einem Konzept hervorgeht, das vorher gemeinsam besprochen und verordnet wird.

Ich meine, das sollte hier der Bundesvorstand tun. Insofern ist vielleicht eine Sitzung, in der der Bundesvorstand nicht beschlußfähig ist, ganz gut geeignet, um solche Dinge einmal offen vorzutragen.

Erhard: Mir wird z. B. oft kritisch vorgeworfen, ich führe zuviel Gespräche. Ich glaube nicht, daß diese Kritik berechtigt ist. Wenn ich nicht mehr bereit wäre, ein Gespräch zu führen und andere anzuhören, damit sie auch ihre Meinung frei sagen können, dann wäre das keine Politik mehr.

---

38 Kommunalwahlen am 27. September 1964: SPD 43,1%, CDU 46,6%, FDP 8%. Vgl. AdG 1964 S. 11452.

Mir ist es immer unangenehm gewesen – ich spreche jetzt nicht von heute, sondern überhaupt –, wenn ich aufgefordert worden bin, als Bundeskanzler einen Bericht zur Lage zu geben, denn das kann eigentlich nur ein Torso sein, oder man kann nur ganz an der Oberfläche bleiben.

Nach meiner Meinung sollten wir es so einführen, daß man wohl einen Überblick gibt über das politische Geschehen und über den Stand der Ereignisse, aber daß man sich dann ganz konkrete Fragen vorlegt, wie z. B. – Herr Kollege Kohl hat davon gesprochen –, daß uns die Politik in den großen Städten immer mehr aus den Händen gleitet. Hier weiß man tatsächlich nicht mehr, wer Koch und wer Kellner ist.

Ich denke weiter an die Probleme der Entwicklung auf dem europäischen Markt oder in der europäischen Bewegung. Es wird höchste Zeit, daß wir uns darüber konkret unterhalten. Also, an Sachfragen wird es ganz bestimmt nicht fehlen. Sie haben jedenfalls in mir einen Mann, der bereit ist für ein ernsthaftes Gespräch.

Wir können damit die Sitzung schließen. Ich darf Ihnen allen sehr herzlich danken und wünsche Ihnen eine gute Heimreise.

7

Bonn, Montag 11. Juli 1966

Sprecher: Adenauer, Amrehn, Barzel, Blank, Blumenfeld, Burgbacher, Dübel, Erhard, Etzel, Even, Fera, Fricke, Gerstenmaier, Glup, Gurk, Heck, Katzer, Klepsch, Kohl, Kraske, Noltenius, Russe, Scheufelen, Schmücker, Schwarzhaupt, Seebohm, Stingl, Stoltenberg, Winkelheide.

Ergebnis der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Kooptierung von drei weiteren Mitgliedern des Bundesvorstands nach § 25 b. Bericht zur Lage. Bericht über die Arbeit des Präsidiums. Vorlage des Bundesausschusses für Sozialpolitik. Verschiedenes.

Beginn: 10.30 Uhr *Ende: 16.00 Uhr*

Ergebnis der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

Erhard: Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir haben allen Grund, unserer Enttäuschung Ausdruck zu geben über den Wahlausgang in Nordrhein-Westfalen.[1] Wie auch der einzelne stimmungsmäßig die Lage vorher beurteilt haben mag, sicher ist, daß die Wahl viel schlechter ausgefallen ist, als auch die pessimistischsten Voraussagen es erwarten ließen.

Ob wir heute Manöverkritik halten oder nicht, sei dahingestellt, aber ich möchte deutlich sagen, daß in Stadt und Land, in bäuerlichen Kreisen, in evangelischen und in katholischen Kreisen die Wähler durch die Bank einem Trend gefolgt sind. Es kann kein Unterschied mehr hier liegen, und alle Analysen, die gemacht worden sind, haben zum Schluß damit geendet: Es ist eine allgemeine Ermattung offenbar bei der CDU eingetreten. Ich glaube, es muß von der Partei aus unsere wichtigste Aufgabe sein, nun die Zügel energisch zu straffen und zwar in einem groß angelegten Plan wieder in die Offensive überzugehen; denn manche Müdigkeit in den Wahlkreisen und viele Äußerungen, die dazu gemacht worden sind, lassen darauf schließen, daß innerhalb der CDU gewisse Erscheinungen sichtbar geworden sind, die einen starken Gegensatz erkennen lassen, aber vor allen Dingen auch nicht mehr die Geschlossenheit und den Mut zeigen, nach außen hin sich zu bekennen und eine offensivere Politik zu treiben.

Ich darf aus meiner persönlichen Erfahrung etwas sagen. Ich habe mich ziemlich stark im Wahlkampf eingesetzt, obwohl Ministerpräsident Meyers in nobler Weise zum Ausdruck gebracht hat, daß er einen Landtagskampf führen wolle, aber Schützenhilfe habe ich ihm geleistet. Das ist ausgezeichnet gegangen bis zum letzten Donnerstag, obwohl ich auch bis dahin in ausgesprochenen Industrieorten gesprochen habe. Aber in

1 Landtagswahlen am 10. Juli 1966: SPD 49,5% (99 Sitze), CDU 42,8% (86 Sitze), FDP 7,4% (15 Sitze). Vgl. Lexikon S. 745.

Gelsenkirchen ist ganz ohne Zweifel der organisierte Mob losgelassen worden.[2] Man kann es nicht anders sagen. Schade, daß Herr Dufhues nicht da ist. Es waren 300 Leute, die zusammengerottet waren unter der Führung der Falken[3] und zweifellos auch radikaler kommunistischer Elemente, die also 10.000 Zuhörer einfach mundtot machten. Die Sache war sicher schlecht organisiert. Man hatte die Leitungen vorher durchgeschnitten, den Lautsprecher zerstört; ein kleines Podium stand auf ebener Erde, und vor mir waren diese 300 Leute, die vorgedrungen waren bis ans Rednerpult, die nun mit ihren Stimmen randalierten. Es war niemand da, weder von der CDU die Ordner noch die Polizei, die hier hätten eingreifen können. Das Ganze hat dann die SPD umgemünzt in eine Beleidigung der Bergleute und der Arbeiter. Etwas Groteskeres gibt es überhaupt nicht. Im Gegenteil, es war eine grobe Beleidigung der Bergleute und der Arbeiter, mit diesen Rowdies identifiziert zu werden. Daraus hat man die Lüge geformt, ich hätte die deutschen Arbeiter und die deutschen Bergleute beschimpft. Aber das ist nur eine persönliche Erfahrung am Rande.

Ich habe es schon einmal gesagt, teils war die Organisation ausgezeichnet mit Lautsprechern und abgesichert, so daß man das Feld souverän beherrschte, woanders war es ganz schlecht organisiert, sowohl mit dem Lautsprecher wie mit der ganzen Ausrüstung. Das muß also alles systematisch in die Hand genommen werden. Ich glaube, daß der Föderalismus bis in die einzelnen Kreise hinein auch dazu geführt hat, daß auch Rüpeleien untereinander eine Rolle gespielt haben. Neben alledem, was wir dort auf der politischen Ebene zu besorgen haben, die Einigung, die Verständigung usw., ist es eine ganz dringende und wichtige Aufgabe, nun an die Parteiarbeit heranzugehen. Ich sage das zunächst ohne jeden Vorwurf, und zwar aus der Erfahrung in diesem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen, daß wir die Dinge unter keinen Umständen so weiterlaufen lassen dürfen. Wir müssen auch vor uns selber, vor unserem eigenen Gewissen Zeugnis ablegen, was wir alles für Fehler gemacht haben, ob beim Bund oder bei den Ländern, das ist ganz egal, aber es sollte uns jedenfalls eine ernste Mahnung sein.

Ich bin nicht der Meinung, daß eine verlorene Wahl Anlaß zur Verzweiflung oder zur Hoffnungslosigkeit gibt, im Gegenteil, ich bin der Meinung, es müßte uns eigentlich allen zur Kräftigung dienen, wenn wir sehen, was auf dem Spiele steht; denn zweifellos fühlt sich die SPD von einer Woge getragen. Es war manchmal in der Vergangenheit auch so, sie ist aber wieder niedergegangen. Es ist bei dieser Wahl ein allgemeiner Trend sichtbar geworden, der doch zur Besorgnis und Beunruhigung Anlaß gibt, daß jetzt das als unsere wichtigste Aufgabe innerhalb der Partei betrachtet wird. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich habe gestern nacht bis 1.00 Uhr mit den Herren Meyers, Dufhues und Grundmann gesprochen. Ich habe heute morgen schon wieder ein Gespräch mit Herrn Meyers gehabt. Wenn ich das Fazit dieser Gespräche ziehen soll, ist es das, daß man nicht eine Koalition mit der SPD eingehen soll. Bei der FDP ist die Haltung genauso.

2 In Gelsenkirchen wurde Erhard am 6. Juli 1966 bei einer Wahlveranstaltung von 300 Störern niedergeschrien, verlor die Fassung und schimpfte aufgebracht zurück. Vgl. HILDEBRAND S. 210; „General-Anzeiger" vom 7. Juli 1966 „Erhard brach Rede ab".

3 Jugendorganisation der SPD.

Das wurde mir heute früh noch einmal bestätigt. Das würde bedeuten, daß Herr Kühn[4] 99 Stimmen von 200 hat und eine Minderheitenregierung bilden soll. Das ist keine leichte Sache, und es ist schwer zu regieren, aber die andere Alternative, die bisherige Koalition weiterzuführen mit 101:99 Mandaten, ist noch schwieriger. Obwohl es noch nicht abgeschrieben ist, glaube ich aber nicht, daß das die Lösung sein wird. – Bitte, Herr Seebohm!

Seebohm: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Erfahrungen des Bundeskanzlers noch etwas hinzufügen. Ich habe doch den Eindruck gehabt, als ob insbesondere in evangelischen Kreisen die Tatsache, daß die Deutsche Friedens-Union[5] sich so nachdrücklich für die SPD ausgesprochen hat, einen nicht abzuschätzenden Einfluß gehabt hat; denn die ganzen Gruppen um Heinemann[6] und Niemöller[7], die wir in bestimmten Bezirken von Nordrhein-Westfalen haben, haben sich sicherlich davon beeindrucken lassen.

Ich darf noch auf eines aufmerksam machen, Herr Bundeskanzler. Wir hatten keine gute Position bei den Heimatvertriebenen. Ich habe das in allen meinen Versammlungen zwar nicht offiziell, aber hinterher in den Gesprächen mit den Leuten gemerkt. Ich habe mit Nachdruck vertreten, daß die 19. Novelle[8] nicht eine entscheidende Angelegenheit des Augenblicks ist. Trotzdem hat diese Sache auch einen negativen Einfluß gehabt. Das müssen wir berücksichtigen.

Ich glaube auch nicht, daß man sich auf den Standpunkt stellen sollte, daß alle diese Dinge ganz allgemein gleich sind. Wir haben im Nordosten Westfalens in den an Niedersachsen angrenzenden Gebieten an Stimmen gewonnen. Das ist doch bemerkenswert, und es ist die Frage, wie man die Sache ansetzt. Ich muß Ihnen sagen, ich habe meinen ganzen Wahlkreis in diesem Gebiet von Niedersachsen aus organisiert und nicht von Nordrhein-Westfalen. Die Organisation war nämlich dort keineswegs so, wie sie hätte sein sollen und sein müssen.

---

4 Heinz Kühn (1912–1992), Journalist; 1930 SPD, 1948–1954 und 1962–1979 MdL Nordrhein-Westfalen, 1953–1963 MdB, 1966–1978 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, 1979–1984 MdEP. Memoiren: Aufbau und Bewährung. Die Jahre 1945–1978. Hamburg 1981; Dieter Düding: Heinz Kühn 1912–1992. Eine politische Biographie (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 61). Essen 2002.

5 Vgl. Rolf Schönfeldt: Die Deutsche Friedens-Union, in: Stöss S. 848–876.

6 Dr. Gustav Heinemann (1899–1976), Jurist; 1945 Mitgründer der CDU in Essen, 1945–1967 Mitglied des Rats und 1949–1955 Präses der Synode der EKD, 1946–1949 Oberbürgermeister von Essen, 1947–1950 MdL Nordrhein-Westfalen, 1947/48 Justizminister in Nordrhein-Westfalen, 1949/50 Bundesminister des Innern, 1952 Mitgründer der Gesamtdeutschen Volkspartei, 1957 SPD, 1957–1969 MdB, 1966–1969 Bundesminister der Justiz, 1969–1974 Bundespräsident. Vgl. Lexikon S. 266–268.

7 Martin Niemöller (1892–1984), evangelischer Pfarrer; 1945–1956 Leiter des Kirchlichen Außenamtes der EKD, 1947–1964 Kirchenpräsident der Landeskirche von Hessen und Nassau. Vgl. James Bentley: Martin Niemöller. Eine Biographie. München 1985.

8 „19. Änderungsgesetz des Lastenausgleichsgesetzes" vom 3. Mai 1967, BGBl 1967 I S. 509.

Erhard: Wenn man die Dinge analysiert, muß man natürlich auch die Äußerungen von Herrn Rehwinkel[9] betrachten. Die gehören dazu. Das gilt auch für die Rede von Herrn Söhngen[10] von Eisen und Stahl, also von der Arbeitgeberseite. Das ist alles schlecht gewesen.

Darf ich zur Geschäftsordnung mal etwas sagen. Wir haben die Möglichkeit, um 1.30 Uhr ein kaltes Frühstück zu nehmen. Wir haben also zu entscheiden, ob wir bis 1.30 Uhr fertig sein können. Wollen Sie das kalte Frühstück vorziehen? Was ist Ihre Meinung?

Noltenius: Das müssen doch die Herren sagen, wie Herr Minister Heck, ob sie das Programm bis 1.30 Uhr abwickeln können. Ich möchte das bezweifeln.

Heck: Wir haben beide Möglichkeiten vorgesehen. Ich persönlich bin der Meinung, daß die Wahlen gestern so ausgefallen sind, daß wir uns heute sehr sorgfältig und ausführlich damit befassen sollten, so daß dieser Punkt der Tagesordnung viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Ich möchte also empfehlen, daß wir das Kalte Büffet bestellen.

Erhard: Das Wort hat Herr Even.

Even: Ich muß zur Geschäftsordnung zunächst fragen, ob wir zu dem Ergebnis der Landtagswahl unter Punkt 3 noch einmal ausdrücklich zurückkommen, oder ob das jetzt unter Punkt 1 „Bericht zur Lage" behandelt werden soll, wobei diese Frage eine zentrale Rolle eingenommen hat. (*Erhard:* Zunächst die Wahlen!) Dann möchte ich dazu etwas sagen.

Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Da gleichzeitig die Landtagsfraktion der CDU in Düsseldorf tagt und die Mehrheit der führenden Landespolitiker, auch des Landesvorstands, in Düsseldorf ist, möchte ich als eines der wenigen Mitglieder des rheinischen Landesvorstands, die hier sind, etwas dazu sagen. Ich glaube, es ist notwendig, zunächst ein Wort des Dankes zu sagen an die zahlreichen Bundesredner, von den Bundesministern bis zu den Landesministers aus der ganzen Bundesrepublik und hin bis zu den zahlreichen Bundestagsabgeordneten, die sich in diesem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen eingesetzt haben, so daß ich mich persönlich manchmal gefragt habe, ob hier nicht des Guten zuviel geschehen ist, indem man Bundesminister auf die Dörfer geschickt hat. Das ist natürlich auf der einen Seite gut, daß in vielen Dörfern zum erstenmal ein Minister leibhaftig gesehen worden ist, aber auf der anderen Seite hatte es doch eine gegenteilige Reaktion, indem man sagte: Jetzt lassen die sich sehen, jetzt geht es um die wichtigen Wahlen, und dann kommen sie.

---

9 Edmund Rehwinkel (1899–1977), Landwirt; 1947 Präsident des Niedersächsischen Landvolks, 1959–1969 Präsident des Deutschen Bauernverbands. Memoiren: Gegen den Strom. Erinnerungen eines niedersächsischen, deutschen und europäischen Bauernführers. Dorheim 1973. – Rehwinkel hatte der Bundesregierung Versagen vorgeworfen und die Marktwirtschaft als „einen Weg in die Irre" bezeichnet, vgl. FAZ vom 7. Juli 1966 „Rehwinkel empfiehlt drei Jahre Lohn- und Preisstopp", „Rheinische Post" vom 7. Juli 1966 „Rehwinkel fordert Erhards Rücktritt".

10 Werner Söhngen (1906–1978), Industriemanager; 1954–1968 Vorstandsvorsitzender und Generaldirektor der Rheinischen Stahlwerke. – Rede auf der Hauptversammlung der Rheinischen Stahlwerke, vgl. FAZ vom 5. Juli 1966.

Es ist immer eine zweischneidige Sache. Aber insgesamt ist ein herzlicher Dank erforderlich für diese sicher nicht leichten Einsätze gerade auch in kleinen und kleinsten Versammlungen. Auf der anderen Seite ist nicht zu leugnen, daß diese Wahlniederlage ganz ohne Zweifel die schwerste Niederlage der CDU seit ihrem Bestehen in Nordrhein-Westfalen ist. An diesem Faktum ist nicht vorbeizugehen. Es konnte auch nicht durch den sehr aktiv geführten Wahlkampf dieses Verhängnis abgewendet werden. Man muß vom Bund her auch zugestehen, daß dieses negative Votum der Mehrheit der Wähler in Rheinland und Westfalen der Bundespolitik gegolten hat und nicht der Landespolitik.

Wir waren, so glaube ich, sowohl personell wie auch sachlich landespolitisch vorne, wir hatten mit Abstand den populären Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten. Wir hatten eine bewährte Bedienungsmannschaft, das jüngste Kabinett Europas. Viele Namen sind bekannt, die als Persönlichkeiten gleichzeitig auch ein Programm verkörpern. Wir hatten auch sachlich zweifellos mehr gearbeitet als die SPD; trotzdem hat uns dies alles nichts genützt.

Die Frage nach den Gründen ist für uns die entscheidende. Da muß man zunächst feststellen, daß es der SPD gelungen ist, eine weitverbreitete Existenzangst zu erzeugen durch das Dramatisieren und künstliche Hochspielen gewisser kritischer Erscheinungen, insbesondere bei Kohle, bei Stahl, bei Textil, aber auch auf anderen Gebieten.[11] Dadurch ist es ihr gelungen, das Vertrauen bei der Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen in die CDU zu erschüttern und den Anschein zu erwecken, als ob die SPD es besser mache. Es wäre allerdings völlig verfehlt, wenn man nur die Montankrise als den Grund der SPD-Stimmengewinne und der CDU-Verluste ansähe; denn auch in Städten und Gemeinden, in denen nicht ein Gramm Kohle und nicht ein Gramm Stahl vorhanden sind, hat die SPD bemerkenswerte Gewinne erzielt und mußte die CDU bemerkenswerte Verluste in Kauf nehmen.

Das führt zu dem Ergebnis, daß diese Schwarzmalerei der SPD eine tiefere Ursache haben mußte. Ich glaube, daß dieser Zweckpessimismus der Sozialdemokraten bis hin zu einer gewissen Panikmache nicht so erfolgreich gewesen wäre, wenn er nicht auf einen vorbereiteten Boden gefallen wäre. Das ist der Punkt, den wir gerade auch vom Bunde her sehr ernst nehmen müssen. Ich habe in den ganzen letzten Monaten die Erfahrung gemacht, daß schon seit der Regierungsbildung im Herbst 1965 ein weit verbreitetes Unbehagen in der CDU-Bundespolitik festzustellen war, ja schon bei den Bundestagswahlen am 19. September 1965 hatte sich in Nordrhein-Westfalen bereits

11 Die Bundesregierung hatte im November 1965 ihre Fördergarantie von 140 Mio. Jahrestonnen offiziell zurückgenommen und dem Bergbau empfohlen, sich den veränderten Absatzbedingungen (126 Mio. Jahrestonnen) anzupassen. Außerdem stagnierte nach der letzten Lohnerhöhung für Bergleute Anfang 1965 der Lohn für zwei Jahre, was real zu 8% Gehaltsverlust führte, vgl. ABELSHAUSER S. 113. Die Inflation stieg von 1965 auf 1966 von 133,9 auf 139,6 Punkte bei 1954=100 Punkte, vgl. STATISTISCHES JAHRBUCH 1969 S. 510.

ein gefährlicher Trend zur SPD hin gezeigt.[12] Er ist auch auf Bundesebene insgesamt vielleicht unterschätzt worden, jedenfalls nicht so in Erscheinung getreten durch die sehr günstigen Wahlresultate in Norddeutschland und in Süddeutschland, die das insgesamt aufgehoben haben. Aber der Trend war schon vor den Bundestagswahlen in Nordrhein-Westfalen vorhanden.

Dieses Unbehagen ist allerdings nach den Bundestagswahlen leider wesentlich verstärkt worden. So wurde beispielsweise das Haushaltssicherungsgesetz[13] – das haben wir sofort in zahlreichen Versammlungen im November, im Dezember und im Januar schon gehört – als die Zurücknahme von Wahlgeschenken in breiten Bevölkerungsschichten aufgefaßt. Die Preissteigerungen[14], die Gebührenerhöhungen usw. führten zu einer Situation, die man als Verfall der Währung bezeichnet hat, und man vermißte entschlossene Gegenmaßnahmen der Bundesregierung. Man warf ihr vor – ob das berechtigt ist oder nicht, aber wir müssen von dem Faktum der Volksmentalität ausgehen –, bloß zu reden und nicht zu handeln. Auch die Appelle, mehr zu arbeiten und maßzuhalten, haben nicht die beabsichtigte Wirkung gezeigt. Ich glaube auch, daß die Stabilisierungsgesetze, die nunmehr vom Kabinett verabschiedet worden sind, für Nordrhein-Westfalen zu spät gekommen sind. Sie hätten Anfang des Jahres eingebracht werden müssen mit den entsprechenden drastischen Maßnahmen. Sie konnten jetzt nicht mehr einen Meinungsumschwung herbeiführen.

Darin liegt auch – wir sollten das offen aussprechen – die Kritik, die vielfach dahingeht, die CDU sei in Wahrheit führungslos, sie leide an inneren Auseinandersetzungen. Und die öffentlichen Auseinandersetzungen, die wir in den letzten Monaten erlebt haben, haben jedenfalls nicht dazu beigetragen, das Bild der CDU bei der Mehrheit der Bevölkerung attraktiver erscheinen zu lassen. Dadurch sind viele zu dem Ergebnis gekommen, die heute eigentlich treibende dynamische Kraft in der deutschen Politik sei die Sozialdemokratie. Unter diesem Gesichtspunkt hat auch die SPD mit ihrer Deutschlandpolitik in bestimmten Bevölkerungsschichten den Eindruck erweckt, das sind endlich Leute, die sich etwas Neues einfallen lassen.[15] Wenn wir auch wissen, daß das objektiv nicht zum Vorteil gereichen kann, es scheint aber doch in einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung diese Konsequenz daraus gezogen worden zu sein.

---

12 Vgl. „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 21. September 1965 „In NRW hat die CDU Sorgen". Die Probleme wurden schon nach der Kommunalwahl 1964 deutlich, vgl. „Christ und Welt" vom 2. Oktober 1964 „Eine bittere Niederlage. Die SPD im Vormarsch"; „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 29. September 1964 „CDU nennt Wahl in NRW ‚Denkzettel'. Adenauer über Ergebnis ungehalten"; „Rheinischer Merkur" vom 2. Oktober 1964 „Signale an Rhein und Ruhr. Der Erfolg der Sozialdemokraten beweist: Der Name Erhard allein ist noch keine Erfolgsgarantie"; Johannes Gross: „Das große C wird kleiner. Auswertung einer Wahl", in: „Christ und Welt" vom 16. Oktober 1964.

13 „Gesetz zur Sicherung des Haushaltsausgleichs (Haushaltssicherungsgesetz)" vom 20. Dezember 1965, BGBl 1965 I S. 2065; Berichtigung: BGBl 1965 I S. 2176.

14 Zwischen Mai 1965 und Mai 1966 betrug die Inflationsrate 4,5%.

15 Vgl. Hildebrand S. 170–187; Marcowitz S. 223–259; Taschler S. 46–54.

Ein sehr ernster Punkt sind die tiefen Einbrüche der SPD in die katholische Arbeitnehmerschaft. Das hat zur Folge, daß in den ausgesprochen ländlichen Gebieten die SPD gewaltige Stimmengewinne zu verzeichnen hat und wir Verluste zu verzeichnen haben. Es wird oftmals übersehen, daß auch in den Landkreisen, jedenfalls im rheinischen Raum, 80% der Erwerbstätigen Arbeitnehmer sind. Es ist ja nicht etwa so, als wenn 80% Bauern wären, sondern 80% sind Arbeitnehmer, davon überwiegend Pendler, die in sozialistischen und von den Gewerkschaften entsprechend bearbeiteten mittleren und Großbetrieben tätig sind. Hier sind tiefe Einbrüche zu verzeichnen; ein Trend, der sich schon seit 1962 abzeichnete über die Kommunalwahlen und die Bundestagswahlen hinweg. Ich sehe als einen der wichtigsten Gründe der SPD an, die geschickte Anpassung der SPD an die katholische Kirche, wobei sie mit gewissen Enzykliken der jüngeren Zeit[16] operiert und sich auf das Konzil[17] berufen kann. Sie hat es verstanden, obwohl sie einen Atheisten als Spitzenkandidat herausgestellt hat, die katholische Kirche mehr oder weniger zu neutralisieren. Sie hat auch am Ort gläubige Katholiken herausgestellt, die dann das ihre zur Verwirrung beigetragen haben. Das hatte zweifellos die Folge, daß sich in der Tat die katholische Kirche in ein etwas distanziertes Verhältnis zur CDU begeben hat, und zwar ein Verhältnis, das in der evangelischen Kirche seit jeher stattgefunden hat, ist nunmehr aber auch innerhalb der katholischen Kirche zum Zuge gekommen.

Ich sage ganz offen, daß das Hirtenschreiben, das die katholischen Bischöfe zur Landtagswahl in unserem Lande verfaßt haben, das Windelweicheste ist, was ich nicht nur jemals gelesen habe, sondern was ich mir überhaupt vorstellen kann.[18] Es mußte tatsächlich aus der Entwicklung heraus als indirekte Wahlhilfe für die SPD wirken. Herr Brandt hat das ja ganz offen erklärt.[19]

Daneben haben eine Reihe von anderen Fragen eine Rolle gespielt. Sie sind z. T. schon angeführt worden. Die Lastenausgleichsnovelle, der Amoklauf von Herrn Rehwinkel usw. gehören dazu. Es war ein Amoklauf gegen sich selbst, denn wem konnte er eigentlich damit nutzen als nur der SPD. Es gehören weiter dazu die Probleme des

16 Pacem in Terris (11. April 1963), Ecclesiam Suam (6. August 1964), Mense Maio (29. April 1965), Mysterium Fidei (3. September 1965).

17 2. Vatikanisches Konzil vom 11. Oktober 1962 bis 8. Dezember 1965 in Rom. – Zum Verhältnis katholische Kirche–SPD vgl. Heinz KORNETZKI: „Die SPD und die Kirchen", in: SPD-Pressedienst vom 6. Januar 1966; Heinz Theo RISSE: „Mauern werden niedergelegt. Bilanz des Vatikanischen Konzils", in: „Vorwärts" vom 22. Dezember 1965. Vgl. auch Thomas GAULY: Kirche und Politik in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1976. Stuttgart 1990 S. 199–205, 225–235.

18 Vgl. „Verlautbarung der Bischöfe des Landes Nordrhein-Westfalen zur Landtagswahl am 10. Juli 1966", in: Kirchlicher Anzeiger für die Erzdiözese Köln 106 (1966) S. 223 f.

19 Vgl. Michael RENSMANN: „Rote Fahne und Soutane – SPD und Kirche", in: „Die Glocke" vom 23. Juni 1966; „Welt" vom 6. Juli 1966 „Die Sozialdemokraten werben zum erstenmal mit einem Hirtenwort"; „Frankfurter Rundschau" vom 5. Juli 1966 „Die Kirche läßt diesmal die Christdemokraten allein".

Wohnungsbaus, des Mittelstands, der Kriegsopfer usw. Das hat eine gewisse Rolle gespielt.

Eine gewisse Rolle hat in Nordrhein-Westfalen auch die Landschulreform gespielt, die in einer Reihe von Landkreisen mit kleinen Gemeinden zweifellos gegen die CDU geschlagen ist.[20] Wir haben den stärksten Widerstand in den Dörfern, wohin nicht die Mittelpunktschulen kommen sollen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß viele SPD gewählt haben oder zu Hause geblieben sind, die bisher unsere Wähler waren. Das ist deswegen so bedauerlich, weil bisher in allen Landtagswahlkämpfen die Kulturpolitik eine Trumpfkarte der CDU gewesen ist. Das war sie diesmal jedenfalls nicht in den katholischen ländlichen Gebieten. Infolgedessen kam das auch der Sozialdemokratie zugute.

Ich glaube, das genügt, was ich aus meiner persönlichen Sicht dazu vortragen kann. Ich pflichte dem Herrn Bundeskanzler völlig bei, daß wir jetzt die Konsequenzen daraus ziehen müssen. Es liegt keine Veranlassung vor, zu resignieren. Ich bin der Auffassung, daß die CDU noch ganz andere Schläge aushalten kann, (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) aber es wäre gefährlich, die Angelegenheit zu bagatellisieren. Wir werden uns gerade auch von der Bundespolitik und von der Bundesorganisation her sehr ernsthaft bemühen und genau überlegen müssen, wie wir dem bedrohlichen Trend, es ist ja ein permanenter Trend der langsamen Überschwemmung der CDU-Wählerschichten in Nordrhein-Westfalen, erfolgreich begegnen können. Das wird sorgfältiger Analysen bedürfen. Ich bin der Meinung, diese landespolitische Entscheidung war gleichzeitig auch ein bundespolitischer Alarmruf, den wir beherzigen sollten. (*Lebhafter Beifall.*)

Erhard: Bitte sehr, Herr Stingl!

Stingl: Ich meine, jeder, der als Bundesredner im nordrhein-westfälischen Wahlkampf war, wird bestätigen können, daß die Wahl als eine Bundeswahl empfunden wurde. Auch draußen in der Bevölkerung ist der voraussichtliche Wahlausgang als eine Bestätigung der Bundespolitik aufgefaßt worden. In landespolitischen Angelegenheiten war man in einer guten Position, wenn man darauf zu sprechen kam. Bei der Bundespolitik bekam man eine ganze Reihe von Angriffen, insbesondere bei der Gesellschaftspolitik.

Wir haben immer wieder feststellen müssen, daß draußen das Vertrauen in die Zukunft weisende Gesellschaftspolitik nicht mehr so sicher ist, wie wir uns das gedacht haben. Das Haushaltssicherungsgesetz hat uns in zwei Bereichen, im Krankenversicherungswesen die Nichtübernahme der Vorsorgeuntersuchung und im Bereich der Familienpolitik, geschadet. Hier haben auch ihre häufig wiedergegebenen Äußerungen, Herr Bundeskanzler, daß man das Kindergeld nicht an alle, sondern nur an Bedürftige geben

20 Kultusminister Paul Mikat hatte 1964 die Denkschrift „Neuordnung des ländlichen Volks- und Sonderschulwesens im Lande Nordrhein-Westfalen" vorgelegt, die u. a. die Zusammenlegung der oberen Klassen mehrerer ländlicher Volksschulen in Mittelpunktschulen empfahl, vgl. DUD Nr. 248 vom 28. Dezember 1965 S. 3–5; „Welt" vom 3. Januar 1966 „Mikat gegen weitere Zwergschulen in Nordrhein-Westfalen".

soll[21], gerade in den katholischen Kreisen, von denen Herr Dr. Even gesprochen hat, uns immer wieder Schwierigkeiten gemacht. Dann wurde in der letzten Woche ein energischer Einbruch bei den Vertriebenen dadurch für die Sozialdemokraten möglich gemacht, daß Sie, Herr Bundeskanzler, am Mittwoch die 19. Novelle im Kabinett kaputtgemacht haben; (*Unruhe und Bewegung. Widerspruch des Bundeskanzlers.*) am Tage vorher, Herr Bundeskanzler, hat der engste Fraktionsvorstand in Anwesenheit des zuständigen Ministers und Staatssekretärs dem BdV-Präsidium gesagt, am nächsten Tage würde die 19. Novelle verabschiedet werden im Kabinett, und ohne jeden Vorwand wurde dann diese Zusage am nächsten Tage nicht gehalten.[22] Es war damit Herrn Jaksch[23] die Gelegenheit gegeben, in Vertriebenenkreisen immer wieder zu sagen: Der Kanzler ist nur stark gegen Schwache. Weil sich die Vertriebenen vernünftig benommen haben, wird jetzt auch so mit ihnen umgegangen. – Im Bereich der Flüchtlingsgesetzgebung ist überhaupt nichts erfolgt. Das Währungsausgleichsgesetz ist zwar vorgelegt worden,[24] aber nach einer Absprache sind, obwohl 60 Mio. DM da sind, nur 15 Mio. ausgegeben worden.

Alle diese Dinge spielen unterschwellig eine Rolle. Dazu kommt Ihre persönliche Haltung bei Versammlungen in den Fragen der Vertriebenenpolitik. Herr Minister Heck wird sicher bestätigen, daß er sehr gut ankam, wenn er vor diesen Leuten sprach, z. B. bei den Sudetendeutschen in München[25], daß aber doch immer wieder gesagt wurde, wie kann man einfach schlechthin so etwas erklären wie: zerrissen oder ähnliche Dinge. Wir selber müssen beklagen, daß diese ganzen Meldungen natürlich sehr stark weiterwirken durch diese Ausstreuung. Unterschätzen Sie das nicht. Ich meine die kleinen Monatsblätter, die wir früher nur gesehen haben als Organ, das den Leuten Berichte von der Heimat gab. Aber jetzt bringen sie mehr und mehr politische Tendenzen. Es wird z. B. gesagt, das Briefporto wird teurer, wir können auch die Nachrichten nicht mehr geben usw. Man stellt fest, daß für Ihre Interessen bei der obersten Spitze kein Ver-

21 Derartige Äußerungen Erhards sind nicht zu ermitteln. – Vgl. Presseerklärung der CDU/CSU-Fraktion vom 8. März 1966. Familienminister Heck erklärte dazu im Deutschen Bundestag, der Familienlastenausgleich sollte nicht abgebaut werden, vgl. Sten.Ber. 5.WP 25. Sitzung vom 3. März 1966 S. 1149.

22 Zur Aussprache zwischen der Führung der CDU/CSU-Fraktion, dem Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Johann Baptist Gradl, und Vertretern des BdV Ende Juni 1966 vgl. UiD Nr. 28 vom 15. Juli 1966 S. 7. – Zur Kritik an der Vertagung der Verabschiedung der 19. Novelle des Lastenausgleichgesetzes vgl. „Welt" vom 6. Juli 1966 „Jaksch: Erhard stark nur gegen Schwache"; dpa vom 6. Juli 1966 „Bundesregierung weist Vorwürfe der Vertriebenen zurück".

23 Wenzel Jaksch (1896–1966), leitender Angestellter; 1913 SPÖ, 1939 Emigration, 1950–1953 Leiter des hessischen Landesamts für Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte, 1951–1966 MdB (SPD), 1964–1966 Präsident des BdV.

24 „Gesetz über einen Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener" vom 27. März 1952, BGBl 1952 I S. 213.

25 In der Vorlage: Nürnberg. – Der Sudetendeutsche Tag fand vom 17.–19. Juni 1966 statt. Heck sprach am 17. Juni, vgl. ACDP 01–022–006/1.

ständnis da ist. Ich kann für meinen Arbeitskreis[26] sagen, daß ein Einbruch auch darin zu sehen ist, daß die Vertriebenen sich bei der CDU häufig erst dann gut aufgehoben fühlen, wenn man sie ausdrücklich danach gefragt hat. (*Sehr starke Unruhe.*)

Erhard: Herr Gurk!

Gurk: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es steht mir nicht zu, über den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen etwas zu sagen, aber einen mildernden Umstand möchte ich doch anführen. Der Verlust an Stimmen war 3,6%, und der Verlust an Mandaten betrug 11%. Da liegt ohne Zweifel im Wahlrecht eine Ursache für den Sturz an Mandaten, und zwar offenbar deshalb, weil sich die Verhältniswahl nur auf 50 Sitze erstreckt. (*Adenauer:* Darauf kommt es doch an! – *Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Nun, ich könnte mir auch ein anderes Wahlrecht denken. (*Adenauer:* Das wird doch nach dem Proporz verteilt.) Ich stelle jedenfalls fest, daß der Verlust an Stimmen nicht so groß war wie der Verlust an Mandaten.

Mir wäre erwünscht, die eine oder andere spezielle Analyse zu bekommen, z. B. über die Frage, wie war es möglich, daß der in Deutschland so weit bekannte Kultusminister Professor Mikat untergegangen ist. Ich höre, daß er nicht gewählt worden ist.[27] Liegen da tiefere Gründe vor, etwa in der Beurteilung unserer ganzen Schul- und Kulturpolitik in der Bevölkerung? Es könnte ja sein, daß man die Kulturpolitik irgendwie ... (*Adenauer:* Das ist doch Schulpolitik und keine Kulturpolitik, die der Herr Mikat macht!) Ich darf doch fragen, mehr will ich ja nicht. Wir wollen ja lernen. Wir haben zwar einige Beobachter dort gehabt, um von den Dingen zu lernen, aber wir wollen uns doch heute gewissenhaft miteinander darüber unterhalten, was nun an Folgen und Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

Eine Bitte möchte ich vortragen, die einzelnen Persönlichkeiten in Bund und Ländern sollten sich zusammensetzen und ihre Meinungsverschiedenheiten im internen Kreis austragen. Das darf nicht mehr wie bisher an die Öffentlichkeit gelangen. (*Lebhafter Beifall.*) Es ist eine gewisse Unsicherheit da. Das war auch bemerkbar nach dem Urteil unserer Beobachter, indem die SPD den Eindruck erweckt hat, sie habe eine stärkere Aktivität, und zwar bis zur Brutalität. Ein Hauptanliegen ist aber das, alle sachlichen Auseinandersetzungen in den Führungskreisen nicht in der Öffentlichkeit, sondern wie bei der SPD im engeren Kreise zu führen, damit die Führungsspitze das Bild einer Geschlossenheit zeigt, die wir dringend gebrauchen. (*Lauter Beifall.*)

Erhard: Das Wort hat Herr Kraske.

Kraske: Ich möchte nur zur sachlichen Aufklärung sagen, Herr Mikat hat zum erstenmal in dieser Landtagswahl kandidiert. Er war vorher nicht Mitglied des Landtags. Er hat bewußt einen höchst unsicheren Wahlkreis in Essen übernommen, der von der SPD zu gewinnen war. Herr Mikat sagte, einen sicheren Wahlkreis kann jeder holen, ich gehe aber in einen schwierigen Wahlkreis, so daß also dieser Durchfall bei ihm nicht speziell aus der Reihe tanzt [sic!].

---

26 Stingl war von 1964–1969 Vorsitzender des LV Oder/Neiße.

27 Mikat kandidierte bei der Landtagswahl im Wahlkreis 67 (Essen V) gegen Heinrich Strathmann; er erreichte 41,9%, der SPD-Kandidat 50,9% der Stimmen.

Erhard: Das Wort hat Herr Seebohm.

Seebohm: Herr Professor Mikat hat ausgezeichnete Versammlungen gehabt. Er hat dort über sein Ressort referiert. Er hat keine parteipolitischen Versammlungen gehalten. Er hat die SPD nicht angegriffen. Wir sind in mancher Beziehung viel zu vornehm gewesen. (*Beifall.*)

Erhard: Bitte sehr, Herr Etzel!

Etzel: Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich noch etwas sagen als ein Mann, der aus dem Lande Nordrhein-Westfalen kommt und der im Wahlkampf mitgewirkt hat. Ich glaube, daß Herr Kollege Even die Analyse im großen und ganzen – mit der ich allerdings nicht in allen Nuancen übereinstimme – richtig wiedergegeben hat. Ich möchte zunächst ganz klar und eindeutig sagen, daß die Niederlage in Nordrhein-Westfalen nicht im wesentlichen eine Angelegenheit des Landes gewesen ist. Das ist völlig klar und eindeutig. Herr Meyers hat eine viel strahlendere Figur gemacht als Herr Kühn. Ich kann nur sagen, daß die Kabinettskollegen in Düsseldorf junge und energische, beliebte und angesehene Männer gewesen sind. Herr Mikat ist im Lande, wohin Sie auch hören, ein angesehener Minister. Man mag nicht mit allen Einzelheiten der Kulturpolitik einverstanden sein, aber das Gesamtansehen von ihm ist groß.

Herr Grundmann, der Landesvorsitzende, ist auch ein angesehener Mann. Das kann man nicht leugnen. Wenn ich zu wählen hätte, würde ich ihn sofort freiwillig wählen. Herr Lemmer[28] hat in Solingen kandidiert, einem Kreis, der nicht zu holen ist. Ich kenne diesen Wahlkreis besonders aus meiner Zeit als Bundestagsabgeordneter. Ich glaube also nicht, daß die Männer die Schuld haben. Im Lande war es sicherlich auch ein Teil der besonderen Strukturpolitik; denn sicherlich haben Kohle und Stahl eine Rolle gespielt. Wir haben Wesentliches hier geleistet, aber vielleicht ist diese Hilfe nicht schnell und energisch genug durchgeführt worden. Ich selbst habe mich an den Aussprachen beteiligt. Es war alles etwas mühselig und langsam. Es kam zu dem, was wir allgemein feststellen mußten. Herr Lemmer hat es damit charakterisiert, daß er gesagt hat, das Vertrauen in die CDU ist dort erschüttert. Leider stimmt das. Wo Sie auch hinhören in Gesprächen – ich habe viele tausende geführt –, kommt das Gefühl einer Malaise heraus, einer Unsicherheit, ob denn die CDU noch die dynamische Kraft, mit der sie einmal angetreten ist und mit der sie auch Erfolge errungen hat, hat. Nun wird in den Gesprächen zunächst darauf verwiesen, es wird ja alles teurer. Herr Stingl, die Probleme, die Sie aufgezeigt haben, haben natürlich zwei Seiten. Ob das, was teurer wird, nicht sehr viel schlimmer ist, als daß die eine oder andere Gruppe etwas verprellt wird, ist eine Frage, die man sich ernsthaft überlegen muß. Das Gefühl zur allgemeinen Sicherheit

28 Gerd Lemmer (geb. 1925), Jurist; 1947–1949 Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Studentengruppe an der Universität Göttingen, 1958–1966 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1962–1966 Minister für Bundesangelegenheiten des Landes Nordrhein-Westfalen, 1967–1969 Staatssekretär im Ministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, April bis November 1969 Staatssekretär im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, 1979–1994 MdEP.

ist bei uns nach zwei Inflationen sehr groß. Wir sind eine inflationsempfindliche Gesellschaft geworden. Hier muß die zentrale Behandlung unserer Wahlpolitik ansetzen.

Ich kann Ihnen ein paar Beispiele sagen. Im Jahre 1960 [sic!] habe ich im Bundestag eine Anleihe des Bundes vertreten und gesagt, wir sind ein guter Schuldner, wer uns Geld gibt, der ist gesichert, wir werden einen entsprechenden Kurs finden.[29] Diese Anleihe von 1960 ist aber heute nur noch 80% wert. Das bleibt nicht unbekannt. Wir haben diesen exorbitanten hohen Zinssatz von 10%. Wir haben Preissteigerungen überall, auch bei den Mieten.

Zu alledem sagen die Leute, was ist denn eigentlich los. Es wird alles teurer. Dazu kommt im Hintergrunde die Kohlen- und Stahlkrise. Es kommt das allgemeine Unlustgefühl in der Wirtschaft usw. Meine Damen und Herren! Wenn wir es nicht fertigbringen, mit einer ganz klaren Führungsvorstellung auf die Wahl im Jahre 1969 zu marschieren, können wir einpacken. Schon in der Wahl 1962 hat dieses Land ein Schwächezeichen[30] gegeben. Es war nicht so, daß wir die Stärke zeigten, die die anderen Landesverbände hatten. Und daran waren wir schuld. Ich glaube also in der Tat, wir müssen sehr klar zeigen, daß dieses Gefühl der Unsicherheit wegkommt.

Herr Bundeskanzler, ich habe Ihnen ja z. B. zur Frage der Geldwertstabilität einen Vorschlag gemacht[31], wonach sehr konkret führungsmäßig gesagt werden muß: Wir nehmen die schwierigen Probleme auf. (*Lebhafte Unruhe. – Schmücker:* Man muß es tun!) Doch, Herr Schmücker, das ist so. (*Schmücker:* Ich widerspreche Ihnen ja gar nicht, man muß es nur selber tun!) Ich tue es doch. Ich tue es sehr stark und sehr energisch. Ich führe in diesem Raum, den wir heute besprechen, mehr Gespräche als die meisten anderen.

Über das nächste, was wir in Düsseldorf tun werden, werden wir wahrscheinlich hier nicht entscheiden. Ich habe gestern abend zahlreiche Anrufe bekommen, wobei klar gesagt wurde: Laßt doch die SPD jetzt mal an die Verantwortung, damit sie zeigen kann, ob sie es wirklich besser macht nach der großen Strukturkrise, die wir im Lande haben. (*Beifall.*)

Erhard: Herr Kollege Schmücker!

Schmücker: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Solange ich der CDU angehöre, ist es nach Wahlniederlagen der Brauch, daß man diese Niederlage damit begründet, daß die eigenen Vorschläge nicht durchgeführt oder zu wenig respektiert worden sind. Daß dieses Verfahren falsch ist, ergibt sich schon aus der Vielzahl der Vorschläge, die schon mangels Masse nicht alle verwirklicht werden können; das ergibt sich auch daraus, daß viele Vorschläge sich gegenseitig widersprechen. Sie können also nicht alle durchgeführt werden.

---

29 Vgl. Sten.Ber. 3. WP 93. Sitzung vom 10. Dezember 1959 S. 5122.

30 1958 hatte die CDU in Nordrhein-Westfalen 50,5%, 1962 nur 46,4% erreicht.

31 Vgl. DUD Nr. 22 vom 1. Februar 1966 S. 1–6 „Empfehlungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik".

Zweitens ist man geneigt, auf Ereignisse, die kurz vor der Wahl liegen, das Augenmerk zu richten. Es ist uns allen bekannt, daß Herr Wildenmann[32] schon zehn oder 14 Tage vorher das Ergebnis genannt hat, so daß ich die letzten Ereignisse allenfalls als Kommentierung des vorhandenen Trends ansehen muß. Ich gehe damit einig, daß es eine Vielzahl von Gründen ist, die zu diesem Ergebnis geführt haben. Ich will nur noch einige anfügen. Es ist natürlich, daß die Preisentwicklung eine erhebliche Rolle gespielt hat. Bei dieser Frage fühlt sich sicher der Herr Bundeskanzler und nach ihm der Wirtschaftsminister angesprochen. Ich möchte aber noch einmal sagen, die beiden sind allein völlig ohnmächtig. Die Preisentwicklung kommt aus anderen Bereichen. Wenn aus Bequemlichkeit immer wieder auf die Wirtschaft geschaut wird, meine Damen und Herren, so muß ich sagen, das ist ein Drumherum-Reden, das kommt also aus anderen Bereichen.

Das zweite ist die Innenpolitik. Herr Kollege Etzel, ich bin mit Ihnen der Meinung, daß die Innenpolitik als Teil eines größeren Problems eine Hauptrolle spielt, aber die Versammlungserfahrung hat mir gezeigt, daß man für das Ruhrgebiet viel zu wenig getan hat, in anderen Bereichen aber zuviel. Das, was ich als Tadel – weil es zu wenig ist – im Ruhrgebiet bekommen habe, habe ich als Tadel weitab vom Ruhrgebiet auch bekommen, weil viel zu viel getan worden ist. Ich bitte also, diese beiden Aspekte zu sehen.

Ich glaube, daß es sich um ein Teilprogramm eines größeren handelt, nämlich um die Sorge und Sicherung des Arbeitsplatzes. (*Sehr starke Unruhe.*) Meine Herren! Ich habe schon bei früherer Gelegenheit darauf hingewiesen, man möchte einmal die Stimmergebnisse von Nordrhein-Westfalen mit der Zuwanderung in Beziehung setzen. Sie werden dabei feststellen, daß die Fluktuation, die zu einer Zuwanderung in Nordrhein-Westfalen geführt hat, identisch ist mit dem Stimmenzuwachs der SPD. Sie müssen die absoluten Zahlen nehmen, weil die Bevölkerung – (*Adenauer:* Die hat doch abgenommen in Nordrhein-Westfalen!) nein, im Ganzen nicht, sondern nur in einzelnen Städten hat sie abgenommen, Herr Bundeskanzler. Ich komme doch aus dem Gebiete, wo jährlich tausende von Menschen abgehen nach Nordrhein-Westfalen. Das spielt eine erhebliche Rolle im Zusammenhang mit der Überlegung um die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Ich glaube, Herr Bundeskanzler, wir müssen diesem strukturellen Wandel große Aufmerksamkeit widmen und dafür sorgen, daß mehr Sicherheitsgefühl bei der Bevölkerung entsteht; denn diese Marktwirtschaft, die sich doch danach richtet, daß das erzeugt werden muß, was am Markt verlangt wird, führt zu erheblichem Berufswechsel. Das Handwerk hat jetzt eine Statistik herausgebracht, daß im Handwerksbereich je-

32 Prof. Dr. Rudolf Wildenmann (1921–1993), Politikwissenschaftler; 1952 Redakteur der „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung", 1956–1959 Studienleiter des Ostkollegs der Bundeszentrale für Politische Bildung, ab 1964 Ordinarius für Politische Wissenschaft an der Universität Mannheim, 1963–1969 Mitglied des wissenschaftlichen Beraterstabs im Kanzleramt, 1964–1974 Leiter der Wahlberichterstattung im ZDF, 1974–1980 Mitgründer und Vorsitzender des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA).

der zweite zeitlebens einmal den Beruf wechselt.[33] Das ist ein Phänomen, dem wir noch nicht beigekommen sind.

Ich will noch sagen, daß eine Kommunalpolitik in diesem Lande getrieben wird, meine Damen und Herren, bei der man sich nur wundern kann, daß die CDU überhaupt noch lebt. Die kommunalpolitische Arbeit ist wirklich die Basis, aber sie wird nicht mehr als solche von uns behandelt.

Es ist ein Wort über die Kirchen gesagt worden. Man sollte auch ergänzend etwas über die Gewerkschaften sagen, die von der verkündeten Neutralität viel weiter entfernt sind als jemals zuvor. Wenn schon eine solche Vielzahl von Punkten da ist, dann ist es notwendig, daß wir uns in der Politik mehr auf das Wesentliche konzentrieren und nicht zu viele Dinge anpacken. Bei diesem Zuviel entstehen dann unnötige Reibungsverluste. Das ist nach meiner Meinung der springende Punkt bei der ganzen Sache.

Wir haben in der CDU zu viele Reibungsverluste; nicht nur durch persönliche Auseinandersetzungen, sondern auch durch den langwierigen Gesetzgebungsweg innerhalb der Regierung im Verhältnis zum Bundestag, zu den Fraktionen und zum Bundesrat. Das dauert alles zu lange. Bei diesem zu langen Weg entstehen persönliche Auseinandersetzungen mit Reibungsverlusten, die wir nicht verkraften können. Die Bevölkerung hat nicht mehr den Eindruck, daß wir in der Geschlossenheit dastehen, wie das früher einmal der Fall gewesen ist. Jeder, der an diesen Reibungsverlusten teilgenommen oder sie hervorgerufen hat, sollte dies nicht übersehen bei aller sachlichen Kritik, die an einzelnen gesetzlichen Maßnahmen möglich sind. (*Beifall.*)

Erhard: Herr Klepsch!

Klepsch: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich bin zwar der Meinung meines Freundes Even, daß wir unter Umständen noch schlimmere Dinge überstehen müssen. (*Even:* „Können", nicht „müssen". – *Adenauer:* „Können" ist nicht dasselbe. – *Heiterkeit.*) Das mag richtig sein, daß das nicht dasselbe ist, aber beides muß eventuell ins Auge gefaßt werden. Bei der Ausgangslage der Wahl müssen wir uns über eines klar sein, wenn wir die Wahlergebnisse von 1966 mit denen von 1962 vergleichen, dann müssen wir in Rechnung stellen, daß die Deutsche Friedensunion die Parole ausgegeben hat, für die Sozialdemokratische Partei zu stimmen, und daß es sich deshalb nicht um 43,3%, sondern ungefähr um dasselbe Stimmenpotential handelt, das wir 1962 besaßen.[34] Leider ist dieser Gedanke in der Publizistik überhaupt außer acht gelassen worden. Im Wahlkampf ist das auch nicht sichtbar geworden, sondern die Sozialdemokratische Partei hat eben diesen Stimmenzufluß erhalten. Daran kann kein Zweifel bestehen; wenn vielleicht auch die Möglichkeit besteht, daß der eine oder andere aus dieser Gruppierung auch FDP gewählt hat.

33 Vermutlich bezieht sich Schmücker auf ein Gutachten des Forschungsinstituts für Handwerkswirtschaft in Frankfurt (vgl. „General-Anzeiger" vom 5. Juli 1966).

34 1962 hatte die SPD 43,3% erreicht, 1966 49,5%. Das DFU-Ergebnis bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen betrug 1962 164.333 Stimmen (=2%), 1966 ist die Partei nicht angetreten.

Ich möchte drei Dinge unterstreichen: Erstens zur Analyse, die Herr Even hier gegeben hat, muß ich mich der Formel von Herrn Etzel anschließen, die weitgehend von mir geteilt wird, allerdings möchte ich zweierlei dabei hervorheben; das eine ist die Frage der Deutschlandpolitik. Hier ist uns am bösesten zu Buch geschlagen, daß wir keine klare Haltung gezeigt haben, sondern daß wir, wenigstens in der Meinung der Bevölkerung, den Eindruck erweckt haben, Initiativen der SPD würden von uns mit halbem Herzen geteilt. Wenn ich mir den Artikel des Sonntagsblattes zu dem freien Geleitgesetz betrachte mit der Überschrift „Opportunismus“[35], so war das der Gegenstand mancher Beiträge, daß wir uns gewissermaßen anpassen an Entwicklungen, die uns aufgezwungen werden, und daß wir deshalb den Eindruck hervorgerufen haben, daß das, was bei uns früher völlig klar in der Aussage war, jetzt nicht mehr so klar sei, und daß die Sozialdemokratische Partei mit einem neuen dynamischen Konzept – auch wenn man vergeblich sucht, worin das bestehen soll – aufgewartet hätte, so daß man denen eben mehr zutrauen könnte als uns, die wir nicht mehr so eine klare Position beziehen.

Ich bin der Meinung, daß es vornehmlich eine Frage der Auseinandersetzung über die wirtschaftliche Lage durch die Bevölkerung gewesen ist. Das wirkt sich in den Diskussionen nicht so aus, aber Fragen wie das Haushaltssicherungsgesetz und alle diese Dinge bedürfen ja hier einer Erläuterung. Ich habe festgestellt, daß es ziemlich eingehender Ausführungen bedarf, um die notwendige Information der Zuhörer vorzunehmen, warum etwas in diesen Fragen unternommen wird, um überhaupt die Zustimmung und das Verständnis zu finden. Wenn ich also mit einem Wunsch mich anschließen darf, so ist es dieser, daß wir nach dieser Wahl nach außen viel stärker den Eindruck der Geschlossenheit hervorrufen müssen. (*Zurufe:* Nicht nur den Eindruck!) Mir geht es darum, daß wir wirklich geschlossen sind. Aber was wir nach außen ausstrahlen, muß doch sein, daß die Öffentlichkeit den Eindruck gewinnt, daß wir auch tatsächlich geschlossen sind. Es gibt manche Fragen, wo wir ziemlich geschlossen sind, aber die Öffentlichkeit annimmt, daß es nicht so sei. Dieses nach außen als eine geschlossene Größe zu zeigen, ist jedenfalls der Sozialdemokratischen Partei zu Buche geschlagen. Trotz aller internen Auseinandersetzungen, die dort stattfinden, herrscht bei der Wählerschaft der Eindruck vor, daß die Sozialdemokratische Partei eine geschlossene Größe sei, die zu allen Fragen eine Auffassung habe, die sie dann auch durchsetze – es gibt eine Fülle von Argumenten, die man dagegen vortragen kann –, und daß bei uns dieser Eindruck im gleichen Umfange bei weitem seit langem nicht mehr besteht. Er bestand aber früher einmal.

Das hat natürlich auch zu Abnutzungserscheinungen beigetragen. Eines sollten wir bei der Analyse noch bedenken, nämlich das Abschneiden der Freien Demokratischen Partei. Die Freien Demokraten haben sich in dieser Wahl gekräftigt. Natürlich ist ihnen

35 Verabschiedung des „Gesetzes über die befristete Befreiung von der deutschen Gerichtsbarkeit“ (Drs. V/690 vom 14. Juni 1966) am 23. Juni 1966 (Sten.Ber. 5. WP 50. Sitzung S. 2435–2441; Gesetz vom 29. Juli 1966, BGBl 1966 I S. 453). Etwa 50 bis 60 Abgeordnete der CDU/CSU stimmten dagegen, u. a. Egon Klepsch, vgl. „Welt“ und „Frankfurter Rundschau“ vom 24. Juni 1966.

zugute gekommen, daß die Befürchtungen hinsichtlich der 5%-Klausel nicht nur gegenstandslos sind, sondern daß sie ihren Besitzstand haben halten können. Die Freien Demokraten werden deshalb in der Auseinandersetzung dadurch wieder Auftrieb bei einer Wählergruppe erhalten, die sich auf uns zubewegte. Die Auffassung von Professor Wildenmann, daß ein gewisser Austausch von Wählergruppen zwischen den großen Parteien stattfände, ist sicher richtig, daß sich also Wählergruppen auf die CDU zubewegt haben und Wählergruppen, die sich von uns wegbewegen. Das ist eine Sache, gegen die wir wahrscheinlich auch nicht sehr viel unternehmen können. Bei der Bundestagswahl hat ein solcher Austausch von Wählergruppen auch stattgefunden.

Bei der Landtagswahl scheint mir das hervorstechendste Merkmal zu sein, daß der Austausch nach allen Richtungen vorgenommen wurde, sonst wären bei der FDP stärkere Abnutzungserscheinungen zutage getreten. Dieser Prozentsatz ist zum Stillstand gekommen. (*Adenauer:* Woher kommt das?) Das ist eine Frage, Herr Bundeskanzler, die mich außerordentlich stark bewegt, so daß wir eine ganz sorgfältige Analyse dieser Wahl anstellen müssen.[36] Es geht weniger darum, heute alle Gründe zu finden, als vielmehr darum, daß ohne eine gewisse Verhaltensweise der christlichen Demokraten wir in der Zukunft in allen Wahlen große Schwierigkeiten haben werden. Die SPD hat eines geschafft, den Durchbruch. Sie hat bewiesen, daß sie auch siegen kann, was ihr bisher nicht möglich war. Und das ist ein neues Erlebnis für die Wählerschaft, das auch zu Buche schlagen wird.

Meine verehrten Parteifreunde! Eines scheint mir für die Wahlbeteiligten zu sagen zu sein. An der Einsatzbereitschaft unserer führenden Freunde in Nordrhein-Westfalen hat es nicht gelegen. Ich muß das ganz offen sagen. Der Herr Ministerpräsident Meyers hat gestern im Rundfunk und Fernsehen eine ganz vorzügliche Figur gemacht. (*Lebhafter Beifall.*) Wir sollten auch sehen, daß die Ausgangslage in Nordrhein-Westfalen für unsere Freunde sehr schlecht war. Natürlich ist die Qualität der Kandidaten unterschiedlich gewesen. Es gab in Nordrhein-Westfalen Ecken, wo dieser Wildenmannsche Trend sich noch ausgewirkt hat, das war in Ostwestfalen, wo wir mehr zugenommen haben als die Sozialdemokratische Partei, wo die CDU nicht nur zugenommen hat – es sind die vier Wahlkreise 147 bis 150[37] –, sondern mehr als die SPD. Im übrigen würde ich sagen, wir wollen hoffen, daß uns die Fußballweltmeisterschaft leichter einen Übergang schafft[38], damit wir uns unserer neuen energischen Politik zuwenden können. (*Unruhe und Bewegung.*)

Erhard: Herr Kollege Adenauer!

Adenauer: Meine Damen und Herren! Es ist gut, daß wir heute zusammengekommen sind, damit derjenige, der das will, seinen Sorgen Luft machen kann. Aber ich glaube, daß wir die Analyse, die sehr sorgfältig gemacht werden muß, zunächst in einem kleinen Kreis, hier nicht besprechen können. Deswegen möchte ich mich auf einige Bemerkungen beschränken.

36 Wahlanalysen in ACDP 07–003–035/3.

37 Wahlkreis 147 war Minden I, 148 Minden II, 149 Detmold, 150 Lemgo.

38 Die Fußballweltmeisterschaft fand vom 11.–30. Juli 1966 in England statt.

Ich möchte zunächst davor warnen, diese Vorgänge bei der Wahl von Nordrhein-Westfalen, nämlich unseren Rückfall, als eine vorübergehende Erscheinung zu betrachten. Ich bin der Auffassung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse mit der Kohle usw. sicher eine Rolle dabei gespielt haben, wobei mir ein Gespräch in den Sinn kommt, das ich mit dem Ministerpräsidenten Röder über die Saarkohle am Sonntag vor acht Tagen gehabt habe, wo er mir auseinandergesetzt hat, wie die Saar doch gearbeitet hat im Abbau der Belegschaften, die sie nämlich übergeleitet hat in andere Berufszweige, so daß sie jetzt keine Schwierigkeiten mehr haben. Aber er setzte hinzu – ich muß das auch sagen –, die Leute an der Ruhr, die sind zu stolz und zu eingebildet. Da steckt auch etwas drin. Meine verehrten Damen und Herren, die hatten doch früher alles zu sagen. Daran kam man nicht vorbei. Das haben sie noch etwas geerbt und wollen jetzt nicht nachgeben. Das wird ihnen also noch beigebracht werden müssen.

Es wäre aber falsch, nun diesen Rückfall, den wir erlitten haben, mit den besonderen Schwierigkeiten der Industrie zu begründen. Das ist nicht der Fall. Damit können Sie das nicht begründen; denn Sie werden sehen, ich folge nur den Notizen vom gestrigen Fernsehen, daß der Rückgang auf dem Lande ebenfalls sehr beträchtlich gewesen ist, und zwar namentlich in den katholischen Gegenden. Damit aber kommen wir in eine sehr ernste Frage hinein, die wir heute nicht regeln können, die wir nur berühren können. Vergessen wir aber nicht, daß wir mit unserer Partei ins Leben getreten sind als eine christliche Partei. Meine Damen und Herren! Wie das jetzt mit dem „Christlichen" bei uns ist, will ich einmal dahingestellt sein lassen, aber ich glaube, ich gehe nicht zu weit, wenn ich sage, mancher ist von der Entwicklung gerade als Christ enttäuscht.

Nehmen Sie das Hirtenschreiben der Bischöfe – das ist eben von Ihnen sehr richtig gekennzeichnet worden – von Nordrhein-Westfalen. Nach meiner Meinung hätte man mit aller Entschiedenheit bei den Bischöfen dagegen Protest einlegen sollen. Ich weiß einen Bischof von Nordrhein-Westfalen, der diesen Hirtenbrief nicht hat verlesen lassen. Dann hat die SPD den Hirtenbrief als Anzeige in den Zeitungen der betreffenden Diözese – Münster ist das – veröffentlicht.[39] Aber, meine Herren, es ist doch interessant, daß ein Bischof, nämlich der Bischof von Münster, dem wir dafür nicht genug dankbar sein können, aus Protest gegen diesen Hirtenbrief ihn nicht in seinen Kirchen hat verlesen lassen. (*Russe:* Aber er steht im Kirchenblatt auf der ersten Seite, Herr Bundeskanzler!) Er hat ihn aber nicht verlesen lassen. Sie werden wahrscheinlich Kirchgänger sein, aber ich weiß nicht, ob Sie auf das Kirchenblatt abonniert sind. (*Lebhafte Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Ich will noch etwas hinzufügen. Ich hatte vor geraumer Zeit, vor Jahren, gehört, daß sich nach dem Kardinal Döpfner[40] das Verhältnis zwischen der katholischen Kirche und unserer Partei abgekühlt habe. Ich habe dann die

39 Bischof von Münster war Prof. Dr. Joseph Höffner (1906–1987), katholischer Theologe; 1962–1969 Bischof von Münster, 1969–1987 Erzbischof von Köln, 1969 Ernennung zum Kardinal, 1976–1987 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.

40 Dr. Julius Döpfner (1913–1976), katholischer Theologe; 1948–1956 Bischof von Würzburg, 1957–1961 Bischof von Berlin, 1958 Ernennung zum Kardinal, 1961–1976 Erzbischof von München-Freising, 1965–1976 Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz.

erste Gelegenheit benutzt, Herrn Kardinal Döpfner anzusprechen und zu fragen, ob das richtig sei und seine Ansicht wäre. Er sagte mir, er erinnere sich nicht, das irgendwo gesagt zu haben. Meine Damen und Herren, wenn man sagt „ich erinnere mich nicht", dann ist das noch keine Notlüge, (*Lebhafte Heiterkeit.*) sondern das rückt doch näher an das Wahrheitssagen heran. Ich glaube, gerade wegen der Wahl im Jahre 1969 müssen wir diese Fragen: 1. Warum sind die Leute auf dem Lande von uns weggegangen? 2. Hängt das zusammen mit dem Abkühlen des Verhältnisses zwischen den beiden Kirchen und uns oder nicht?, sehr genau prüfen und untersuchen. Eine dritte Frage – die kann man aber erst beantworten, wenn man die Analyse hat – ist die, der Hauptteil unserer Wähler waren immer die Frauen. Wie ist das jetzt? Ich weiß es nicht. (*Mehrere Zurufe:* Es ist schlimmer geworden![41] – *Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Wenn das schlimmer geworden ist, dann ist das ein sehr ernstes Zeichen für unsere Partei. (*Anhaltende Unruhe. – Klepsch:* Friedliche Verhältnisse!) Also, lieber Freund, ich muß Ihnen ja sagen, die friedlichen Verhältnisse, die Sie im allgemeinen haben, können Sie mit den hiesigen Verhältnissen nicht vergleichen. (*Heiterkeit.*) Deswegen sollten Sie froh sein, daß Sie eine friedliche Entwicklung da haben, aber glauben Sie nicht, daß deswegen uns eine friedliche Entwicklung in der Zukunft beschieden sein wird.

Was sich hier abspielt jetzt, das ist ein Kampf gegen unsere Partei auf der ganzen Linie. Es zeigt sich darin ein sehr viel geringeres Interesse bei der Jugend an unseren Prinzipien. Auch das müssen wir sehen. Also, meine Bitte an Sie lautet – ich fasse es in wenigen Worten zusammen –, warten wir die Analyse ab. Es wäre vielleicht ganz gut, wenn sie fertig ist, daß wir dann noch einmal in diesem großen Kreis zusammenkämen, aber dann muß ein kleiner Kreis bestimmt werden, diese Analyse, nachdem wir unsere Gedanken darüber gemacht haben, zu besprechen, und dann müssen wir wieder zusammenkommen, um zu sehen, was zu machen ist.

Es klingt ja paradox, wenn ich sage, Gott sei Dank, daß die Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen so weit von der Bundestagswahl entfernt ist und wir noch Zeit haben. Stellen Sie sich vor, dieses Menetekel wäre ein halbes Jahr vor der nächsten Bundestagswahl gekommen. Das wäre furchtbar für uns gewesen. Das ist etwas, was mir geradezu wie ein Schrecken vor den Augen steht.

Wenn ich daran denke, daß die auswärtige Politik in die Hände der Sozialdemokraten kommt, dann Gnade uns Gott! Ich glaube, das ist etwas, was uns antreiben muß, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß unsere Partei die führende bleibt in der gesamten deutschen Politik; denn auf unserer Partei beruht doch in starkem Maße unser Ansehen im Ausland, das wir uns wieder erworben haben und auch behalten müssen.

Damit möchte ich schließen. Ich denke, wir bekommen die Analyse in einigen Wochen, denn so ganz schnell wird das nicht gehen. (*Erhard:* Wir wollen eine kleine Kommission bilden.) Wollen Sie nicht warten, bis die Analyse da ist? Ich denke mir die Sache so. Darf ich es noch einmal sagen. Wir sind heute in diesem Kreis zusammengetreten. Wir können hier ganz gute Gedanken äußern, aber ein Gesamtbild haben wir alle

41 Vgl. FISCHER 2 S. 845, 847 und 811.

noch nicht, das haben wir uns noch nicht bilden können. Ich glaube, daß der Parteivorstand in die Lage versetzt werden muß, sich ein wirkliches Bild zu machen, wenn die Analyse vorliegt. Dann würde die kleine Kommission gebildet werden. Aber ich würde nicht drängen. Wenn die Analyse hier vorliegt, werden sich die Mitglieder der kleinen Kommission das eine oder andere daraus merken und dann verwerten. Man sollte diesem Gremium nicht die Prüfung und Besprechung der Analyse entziehen. (*Kohl:* So war es auch gedacht!)

Erhard: Das Wort hat Herr Heck.

Heck: Herr Bundeskanzler! Die Analyse muß selbstverständlich die Bundesgeschäftsstelle zusammen mit den beiden Landesgeschäftsstellen vorbereiten, mit den Leuten, die die Wahl vorbereitet und mitgemacht haben. Dann muß diese Analyse zunächst dem Präsidium vorgetragen und dort besprochen werden. Dann bespricht sie der Bundesvorstand. Dann kann sie weiter bearbeitet werden, und zwar etwas schneller als in Hamburg, Herr Blumenfeld! (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Adenauer: Ich bin zunächst nicht der Auffassung, daß wir die Analyse nur besprechen sollten mit den Landesvorsitzenden von Nordrhein- und von Rheinland-Westfalen, denn es handelt sich um eine Angelegenheit der Gesamtpartei. Das möchte ich sehr nachdrücklich betonen. Wenn Sie sie vorbesprechen wollen, dann aber mit allen Landesvorsitzenden! (*Klepsch:* Er hat gesagt, sie sollte von den beiden Landesgeschäftsstellen mit der Bundesgeschäftsstelle angefertigt werden.) Nein, er hat gesagt – Herr Klepsch, Sie sind ein hilfsbereiter Mensch, (*Heiterkeit.*) wenn Sie jemand Wohlwollen erweisen. Aber er hat etwas anderes gesagt, nämlich, wir wollen die Analyse besprechen mit den beiden Landesvorsitzenden. (*Zuruf:* Nein, erarbeiten! – *Heck:* Mit den beiden Landesgeschäftsstellen; dann kommt sie in das Präsidium und dann in den Parteivorstand. So wollte ich es wenigstens zum Ausdruck bringen!) Das Wort „erarbeiten" ist eines der sehr schönen Worte, die man so irgendwie im Laufe der Zeit gefunden hat, aber ich weiß nicht, ob das ausreicht. Wir glauben ja, daß die Wahlen gut geführt worden sind; sie sind in einem Tempo geführt worden, wie im allgemeinen Landtagswahlen nicht geführt werden, nämlich mit wirklich großem Elan und großer Begeisterung. Aber ich will Ihnen z. B. eines sagen, darüber können Sie nicht allein mit den beiden Landesvorsitzenden und Geschäftsführern entscheiden. Es hieß auf einmal: Große Versammlungen abhalten hat gar keinen Zweck. Die Leute kommen nicht. – Dann habe ich zwei Fahrten durchs Land gemacht, wobei man einen sehr herzlichen Empfang bekam, das muß ich ohne weiteres zugeben. Die eine Fahrt ging nach Neuss, Mönchengladbach, Düsseldorf, wo dann etwa eine halbe Stunde gesprochen wurde, nachdem man vorher schon an zehn Orten ein paar Worte geredet hatte. Die zweite Fahrt war ähnlich angelegt für Köln. Ob das ein richtiges Prinzip ist, weiß ich nicht. Ob sich das bewährt hat – wir haben das zum erstenmal gemacht –, weiß ich nicht.

Das ist eine Frage, die geht an Bedeutung über dieses Gebiet weit hinaus. Deswegen glaube ich, Herr Kollege Heck, Sie sollte sich einmal überlegen, ob Sie die Erfahrungen der anderen mit hinzunehmen, wie die anderen es beurteilen. Auf alle Fälle muß eine

gründliche Nachprüfung erfolgen und, was die Hauptsache ist, es müssen die nötigen Konsequenzen daraus gezogen werden.

Erhard: Herr Burgbacher!

Burgbacher: Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte zunächst, da ich auch das Vergnügen habe, Mitglied des Landesvorstands zu sein, mich in allen wesentlichen Punkten unserem Freund Even anschließen. Ich glaube, daß das Wahlergebnis zu einem Teil auf einer mißverständlichen Auslegung der Konzilsergebnisse beruht. Die Konzilsergebnisse haben z. B. in der Beurteilung der Schulfrage ganz besonders bedeutsame Veränderungen bei der Wählerschaft in Nordrhein-Westfalen herbeigeführt. (*Kohl:* Nicht nur in Nordrhein-Westfalen!) Weiter ist aufgrund des Hirtenbriefes der Bischöfe – vom Volke gesehen auf dem Hintergrund des Konzils – der Damm, der noch zwischen uns und der SPD aus weltanschaulichen Gründen bestand und an dem sich Unzufriedenheit unserer Wähler über Sachvorgänge bisher gebrochen hat, nicht mehr da. (*Kohl:* Oder nicht mehr so hoch!) Das ist psychologisch von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Ich möchte an einem Beispiel – ich bedaure, daß der Bundeskanzler nicht da ist – sagen, daß wir in unserer politischen Selbstdarstellung zu sehr von rationalen Vorgängen und Überlegungen ausgehen und zu wenig uns über massenpsychologische Vorgänge klar werden, die die deutsche Wissenschaft bereits vor 150 Jahren beschäftigt hat, die wir jetzt der rationalen Überlegung vollkommen unterordnen. Ich nenne zwei Beispiele, wobei ich nicht gegen die Sache dieser beiden Beispiele spreche, sondern wegen der Wirkung auf die Wählerschaft, die nicht identisch ist mit unserer Vorstellung über die Wirkung auf die Wählerschaft.

Das eine ist das Haushaltssicherungsgesetz. Unsere Wählerschaft hat aus dem Haushaltssicherungsgesetz den Schluß gezogen, daß die gleiche Partei vor der Wahl Beschlüsse gefaßt hat, die sie nach der Wahl widerrufen hat, daß das also kein Zeichen von Kontinuität und Zuverlässigkeit ist. (*Etzel:* Stimmt das denn nicht?) Ja, Freund Etzel, dann müssen wir auch dafür bezahlen! (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Das ist die eine Sache. Unterschätzen wir sie nicht!

Jetzt sage ich etwas – ich bedaure, daß der Herr Bundeskanzler nicht da ist – über das Stabilisierungsgesetz.[42] Unsere Meinung über die Wirkung bei der Wählerschaft hinsichtlich des Stabilisierungsgesetzes ist nicht die Meinung der Wähler. (*Heiterkeit und Bewegung.*) Die Wähler sagen, wer ein Stabilisierungsgesetz nach 14jähriger Regierung notwendig hat, der hat miserabel regiert. Ich übertreibe jetzt etwas. (*Adenauer:* Na, na, dann gehöre ich auch dazu? – *Heiterkeit.*) Aber bitte, unterschätzen wir nicht die massenpsychologische Vorgänge. Wir meinen oft aufgrund unserer rational berechtigten Darstellung der Dinge, so würde auch der normale Bürger reagieren. Das ist grundfalsch. Es ist auch grundfalsch – ich bitte um Entschuldigung –, daß wir zu bereitwillig auf das Inflationsgerede eingegangen sind. Das ist geradezu die moderne Pest.

42 „Gesetz zur Sicherung des Haushaltsausgleichs (Haushaltssicherungsgesetz)" vom 20. Dezember 1965, BGBl 1965 I S. 2065.

Ich habe x-mal davor gewarnt. Was sich im übrigen der Herr Nordhoff[43] vor einigen Tagen geleistet hat, ist geradezu eine Waffenhilfe für die SPD, und zwar unmittelbar vor der Wahl in Nordrhein-Westfalen, gewesen. (*Zuruf:* So war es auch! – *Adenauer:* Das war bestimmt so gedacht!) Bei dem Interview war die letzte Frage an ihn: Was halten Sie von einer Inflation? Befürchten Sie die?, soll er geantwortet haben: Befürchten? Wir sind mitten drin! (*Lebhafte Unruhe und Bewegung. – Zurufe:* Hat er gesagt!) Wenn ich mir vorstelle, ich wäre jetzt ein Arbeitnehmer oder ein Landwirt und würde mich mit dem Haushaltssicherungsgesetz, dem Stabilisierungsgesetz und der Inflation befassen, dann könnte ich nur sagen, es ist geradezu ein Wunder, daß wir mit den 3,6% davongekommen sind.

Adenauer: Darf ich dazu noch etwas sagen. Herr Nordhoff hat auf irgendeiner Tagung gesprochen. Dann haben die Sozialdemokraten Leute zu ihm geschickt und gefragt, haben Sie das und das gesagt, worauf er es dann noch einmal nachträglich erklärte. (*Stingl:* Im „Report"[44] hat er es zwei Tage vor der Wahl gesagt. – *Lebhafte Unruhe.*)

Burgbacher: Wir sollten also auf Vorgänge, die außerhalb des Politischen liegen, wie das Konzil, mit allen Folgen auf die massenpsychologische Wirkung an sich berechtigter Gesetze mehr Bedacht nehmen, als wir bisher Bedacht genommen haben. (*Lebhafter Beifall.*)

Erhard: Herr Stoltenberg!

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir stehen noch unter dem Eindruck des großen Wahlerfolges vom vergangenen Herbst, der größer war als unsere Erwartungen aufgrund der Demoskopen. Nun haben wir eine Wahlniederlage acht Monate später im größten Bundesland. Das ist der Kontrast, der die öffentliche Diskussion bestimmen wird. Wenn auch in Nordrhein-Westfalen sicher schon im vergangenen Herbst eine Abweichung erkennbar war, so sind wir doch mit klarem Vorsprung die stärkste Partei bei der Bundestagswahl geblieben. Es ist interessant, daß die Demoskopie zweimal eine Niederlage erlitten hat. Das hängt damit zusammen, daß der Prozentsatz der Wähler, die an sich unentschieden oder nicht festgelegt sind, gewachsen ist. Wir müssen uns in Zukunft darauf einstellen, daß ein großer Prozentsatz der Wähler aus den Gründen, die hier klar genannt worden sind, seine Entscheidung von Fall zu Fall trifft, und zwar manchmal auch verhältnismäßig kurz vor der Wahl.

Ich glaube auch, daß die einzelnen Gesetze, wie das Haushaltssicherungsgesetz, das Stabilisierungsgesetz usw., einen gewissen Einfluß ausgeübt haben, aber letzten Endes nicht die Erklärung für diese Sache geben. Ich möchte darauf hinweisen, Herr Kollege Burgbacher, daß nach dem Haushaltssicherungsgesetz unter dem frischen Eindruck dieses Gesetzes vier Wochen später in Schleswig-Holstein die Kommunalwahlen waren.[45]

43 Heinz Nordhoff (1899–1968), Diplom-Ingenieur; 1948–1968 Generaldirektor des Volkswagenwerks. – Vgl. FAZ vom 30. Juni 1966 „Nordhoff: Kapazitätserweiterung nicht mehr oberstes Ziel".

44 Politisches Magazin der ARD seit dem 25. April 1966.

45 Am 13. März 1966 fanden Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein (CDU 45,1%, SPD 39,8%, FDP 9,8%, SSW 2,2%) und Bayern (CSU 40,2%, SPD 34,8%, FDP 2,9%, GDP 2%, BP 1,4%, NPD 1,4%) statt, vgl. AdG 1966 S. 12387.

Sie waren für uns ein großer Erfolg, vor allem in der Arbeitnehmerschaft in Hamburg und in der Gegend. Hier haben wir den Erfolg der Bundestagswahl noch ausweiten können, so daß man diese Dinge etwas differenziert sehen muß. Im Grunde konnte man also dieses Haushaltssicherungsgesetz vertreten.

Wir sind natürlich in einer schwierigen Lage; denn wir haben den schwierigeren Teil der Stabilisierungspolitik noch vor uns. Der Ausgangspunkt ist leider eine zu großzügige Ausgabenpolitik in den Jahren vor der letzten Bundestagswahl gewesen. Diese Hypotheken sind noch nicht abgetragen. Wie immer man den Haushaltsrahmen für das nächste Jahr setzen wird, ob man ihn etwas höher oder etwas geringer setzt, es ist bekannt geworden, daß es eben Milliarden nicht gedeckter Ausgaben oder unabweisbarer Forderungen gibt. Ich glaube, daß die Ungewißheit, die dadurch kommt, auch die Wahlentscheidung beeinflußt hat. Ich wäre glücklicher gewesen, wenn wir schon im Frühjahr weiter vorangekommen wären mit diesen Dingen. Das ist aus einer Reihe von Gründen nicht erfolgt. Dies hat man als eine gewisse Hypothek empfunden. Wir haben auch in den Bereichen, in denen wir trotz dieser schlechten Haushaltslage und der nicht gelösten Finanzprobleme auf Drängen unserer Freunde von Nordrhein-Westfalen zusätzlich Ausgaben in sehr großem Umfange beschlossen haben, nicht den Wahlerfolg errungen.

Man muß das klar sehen, wenn man hier vom Haushaltssicherungsgesetz oder von irgendwelchen Kürzungen spricht. Ich glaube, daß eine solche Politik, die ja leider in ihrem Hauptteil noch nicht abgeschlossen ist, dann von der Wählerschaft akzeptiert wird, wenn sie den Eindruck hat, daß sie einem klaren Ziel und einer konsequent folgerichtigen Aktion entspricht, nämlich mit dem entscheidenden Ziel der Stabilität.

Ich bin auch der Auffassung, daß das beherrschende soziale Thema die Stabilität des Geldes ist, die Erhaltung der Kaufkraft; jedenfalls eine starke Reduzierung dieser Entwicklung, die im letzten Jahr so rasch vorangegangen ist. Das ist das primäre soziale Problem der Innenpolitik. Wenn wir den Eindruck erwecken, daß in schwierigen Einzelentscheidungen diese Sache wirklich gefördert wird, werden wir auch zu einem Ergebnis kommen. Dazu gehört auch die personelle Solidarität. Man kann eine solche in vielen Punkten zunächst nicht populäre Politik eben nur durchziehen, wenn wir die personelle Solidarität im größeren Bereich bewahren. Das gilt auch für die CSU, wo wir einige Äußerungen mitten im Wahlkampf hatten, die uns die Sache nicht erleichtert haben.[46]

Wenn der Herr Bundeskanzler mit Recht gesagt hat, daß die Organisation der Versammlungen unterschiedlich war, so kann ich aufgrund vieler Gespräche sagen, daß unsere Freunde, die ehrenamtlich zum großen Teil und ohne Staatsämter die Arbeit gemacht haben, die Lust verlieren, wenn dann in der entscheidenden Zeit eines solches Wahlkampfes aus anderen Richtungen immer wieder erhebliche Störungen und Erschwerungen kommen. Das muß man auch hier einmal ganz deutlich sagen.

46 Strauß hatte verschiedentlich heftige Kritik an der Frankreich-Politik Erhards, u. a. in der Frage der Stationierung französischer Truppen in Deutschland geübt, vgl. „Welt" vom 16. Mai 1966, „Weltwoche" vom 24. Juni 1966.

Zum letzten! Gerade weil wir durch die sehr starken Vorbelastungen der früheren Jahre und die nicht gelösten Probleme unserer Finanz- und Ausgabenpolitik noch eine sehr schwere Wegstrecke in der Innenpolitik vor uns haben, ist die Frage, wie wir diese Politik der Wählerschaft verdeutlichen und glaubwürdig machen, der entscheidende Punkt. Da haben wir nach meiner Überzeugung drei entscheidende Handicaps, die sich ausgewirkt haben.

Erstens, daß unser energischer Einsatz überspielt wurde durch die Massenkommunikationsmittel, die überwiegend gegen uns gearbeitet haben. Diese ganze Politik der Stabilisierung ist nicht in das öffentliche Bewußtsein hineingekommen als eine entscheidende Politik, weil von den Massenkommunikationsmitteln gegen uns gearbeitet wurde und wird. Was nützt es uns, wenn wir in einer Stadt 100 oder, wenn es gut geht, 500 Zuhörer haben, aber in der gleichen Stadt sitzen 50.000 und mehr Leute vor dem Bildschirm und beziehen ihr Wissen aus „Panorama" oder „Report" und „Monitor".[47] Dagegen kommen wir auf die Dauer nicht an.

Wenn ich einen ernsten Vorwurf – ich bedaure, daß die Herren nicht hier sind – gegen unsere Leute in Nordrhein-Westfalen zu machen habe, dann ist es die Tatsache, daß wir trotz einer CDU/FDP-Regierung nicht die entsprechenden Mehrheitsverhältnisse in Rundfunk und Verwaltung haben. Der Westdeutsche Rundfunk ist ebenso schlecht geworden wie der Norddeutsche Rundfunk, wo wir eine rote Mehrheit haben.

Meine Damen und Herren! Wie lange wir das noch ertragen sollen, daß Woche für Woche in diesen Magazinsendungen von „Panorama", „Monitor" und leider auch „Report" 60 Minuten lang diese Art der Meinungsbildung über das deutsche Volk niedergeht, dabei mindestens 20 bis 30 Minuten gegen die Bundesregierung und die CDU, und zwar in einer Zeit, wo die Politik schwieriger geworden ist, ist mir sowieso schleierhaft. Wir müssen in der Auswertung dieses Wahlergebnisses intern uns eine Meinung zu diesen Dingen bilden; denn es hat keinen Sinn, daß wir die Leute pauschal angreifen. Damit verbessern wir gar nichts. Wir müssen uns also intern eine Meinung bilden, wie wir die Situation in den Massenkommunikationsmitteln verbessern können.

Das zweite, was damit zusammenhängt, ist, daß die SPD die stärkere Parteiorganisation hat und vor allen Dingen im Ruhrgebiet eine unerhört starke Wirkung der Gewerkschaftspropaganda gegen uns zu verzeichnen gewesen ist. Diese Dinge sind in dem Prozeß der Meinungsbildung die Handicaps, die wir haben: Massenkommunikationsmittel, die stärkere Parteiorganisation der SPD und die unerhört starke Arbeit der gewerkschaftlichen Organisationen in den Betrieben gegen uns, die wir nicht mehr in genügendem Maße zu durchbrechen vermögen, und zwar in einer Zeit, in der die Politik objektiv schwieriger geworden ist. Das wird in den nächsten Monaten in der Innen- und Finanzpolitik noch verstärkt werden, wenn die Entscheidungen fallen. Darüber werden wir uns unterhalten müssen. Das gilt auch für die Deutschlandpolitik und andere Fragen. Deshalb sind Solidarität und vertrauliche und intime Zusammenarbeit unter uns das Ent-

47 Magazinsendungen der ARD.

scheidende, damit wir aus dieser ständigen kontroversen Situation in der öffentlichen Diskussion herauskommen. (*Beifall.*)

Erhard: Herr Glup!

Glup: Meine Damen und Herren! Die Landespolitiker standen in den Augen der Wähler von Nordrhein-Westfalen gut da, aber die Bundespolitiker waren schlechter angesehen. Sind Sie der Meinung, daß man die Landtagswahlen in Zukunft vorwiegend als Landespolitiker bestreiten und die Bundespolitik ausklammern sollte? (*Lebhafte Unruhe und Zuruf:* Man kann es nicht!) Eines ist sicher: Wir werden auch in ländlichen Ländern wie Niedersachsen ein blaues Wunder erleben in der Landwirtschaft, wenn nicht die Industrie abgehalten wird, die industrielle Großveredelung an sich zu reißen. Das können Sie mir glauben. Betroffen sind hier die Masse der kleinen Betriebe. (*Anhaltende Unruhe.*) Was hier von seiten der Großindustrie angewandt wird, führt zu niederschmetternden Auswirkungen im Vertrauen auf die CDU. Glauben Sie mir das wortwörtlich. Wenn der Herr Rehwinkel hier seine Stimme sehr laut erhoben hat, dann war es einer dieser Gründe. Er kann nicht anders als Vertreter des Bauernverbandes, hier mahnend zu wirken. Wir müssen unbedingt nach Möglichkeiten suchen, um hier Abhilfe zu schaffen. Sie laufen Amok in den Reihen der Bauern, wenn das nicht aufhört. Wie Sie es machen, vermag ich nicht zu sagen. Ich bin nicht der Meinung, daß der Entwurf des Bundesagrarausschusses sehr glücklich ist in seinen Dimensionen.[48] Er ist nach meiner Meinung viel zu groß. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Wenn das verwirklicht würde, käme dabei nichts anderes heraus als ein großer Wasserkopf. Es würden einige wenige den Mut aufbringen, Kapital zu investieren.

Ich will weiter sagen, es hat hier angeklungen, daß die SPD von langer Hand den Boden vorbereitet hat. Wir haben im nächsten Jahr in Niedersachsen Landtagswahlen.[49] Den Boden bereiten, heißt Kleinarbeit leisten, um den Boden aufnahmefähig zu machen für den Wahlkampf. Wie ich beobachtet habe, hat sich das System im Wahlkampf geändert. Wir sollten uns jetzt schon daran machen, die Parteiarbeit zu straffen. Wir wollen klar andeuten und hier nicht in Disziplinlosigkeit verfallen, der eine nach links und der andere nach rechts. Wir sollten gut vorbereitet in den niedersächsischen Wahlkampf gehen. Dazu gehört, daß die Persönlichkeiten aus dem Bund und den Ländern auch Zeit haben für diese unerhört mühselige Arbeit. Wir können auf der unteren Ebene unsere Leute nicht mehr zusammenbringen, wenn der Faden nach oben nicht deutlicher gemacht wird. Wir gebrauchen in den Ländern eine intensivere Kleinarbeit, zuerst in der Landesspitze, dann aber auch in den Kreisen und in den Ortsverbänden. Da muß die Arbeit geleistet werden. Die Ortsvorstände müssen das Gefühl haben, daß sie das ganze Jahr hindurch gefragt sind. Beachten Sie das, was Herr Rehwinkel vielleicht übertrieben dargestellt hat, aber es ist das Grundanliegen der CDU. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

---

48 Das Ergebnisprotokoll der Sitzung des Bundesausschusses für Agrarpolitik am 25. März 1966 und die „Agrarpolitischen Empfehlungen der CDU" in ACDP 07–001–405/4. Zur Agrarpolitik der Regierung Erhard vgl. KLUGE S. 15–33.

49 Am 4. Juni 1967.

Erhard: Herr Gerstenmaier!

Gerstenmaier: Meine verehrten Damen und Herren! Es ist natürlich nicht sehr einfach, nach geschlagener Schlacht nun in eine Diskussion einzutreten. Das meiste, was gesagt wurde, ist richtig, aber es ist doch eine Summe von Einzelheiten. Wenn ich mich bemühe, diese Einzelheiten zusammenzufassen oder wenigstens einen roten Faden in ihnen zu finden, dann scheinen mir zwei Punkte, die der Herr Altbundeskanzler in die Diskussion gebracht hat, von großer Bedeutung zu sein. Ich werde mir erlauben, noch einen dritten hinzuzufügen.

Meine Damen und Herren! Ich habe in eigentlich sehr friedfertig und anregend verlaufenden Wahlversammlungen gesehen, daß eine ziemlich große Ratlosigkeit des Bundesbürgers einem gegenübertritt, wenn man die Leute auf gleich und gleich anspricht, d. h. wenn man nicht als Lehrmeister aus Bonn kommt oder als Mann, der à tout prix die Macht nach Hause schleppen will, aber wenn man versucht, sich mit ihnen solidarisch zu machen insofern, daß man sich in ihre meist verschwiegenen – in Wanne offen zum Ausbruch gekommenen[50] – Existenzängste hineinstellt. Hierbei habe ich die Beobachtung gemacht, daß eine Ahnung davon besteht, daß auch in diesem Land große Strukturveränderungen unvermeidlich sind und daß man auch den guten Willen hat, diese Strukturveränderungen anzuerkennen, nachdem wir versucht haben, dies so human wie möglich zu machen. Ich denke z. B. an die Kohlenhilfe[51] usw. Das wird bis zu einem gewissen Grade honoriert, aber es ist doch der Zweifel im Wachsen, ob die CDU in ihrer derzeitigen Verfassung an Haupt und Gliedern in der Lage ist – meist halbbewußt oder unterbewußt und nur wenigen nur ganz klar bewußt –, das Grundproblem der großen Strukturveränderungen der Wirtschaft zu lösen. Jedenfalls ist das Bewußtsein da, daß die Strukturveränderungen unvermeidlich sind. Das kann doch auch der Herr Rehwinkel überhaupt nicht in Frage stellen. Kein Bergarbeiter, der noch für 5 Pfennig denkt, kann in Zweifel ziehen, daß man einfach Kohle auf Halden schüttet und von vornherein draufzahlt. Das wissen doch die Leute, nur sehen sie nicht ganz klar, ob sie nun die ganze Zeche schließlich und endlich bezahlen müssen, oder ob es eine hinreichende Solidarität der Nation gibt und ob diese Solidarität, wenn es sie gibt und wenn das gut gemeint ist, sich auch praktisch, technisch, politisch, wirtschaftlich durchgreifend und haltbar in die

50 Auch die Wahlkundgebung Erhards in Wanne-Eickel wurde durch pausenlose Sprechchöre gestört, vgl. „Iserlohner Kreisanzeiger" vom 7. Juli 1966 „Erhard brach Wahlrede ab"; Interview der „Westfalenpost" (Hagen) vom 8. Juli 1966 mit Erhard zu den Störaktionen im Verlauf seiner Wahlreise durch Nordrhein-Westfalen: „Die Grundlagen sind unerschüttert"; dpa vom 8. Juli 1966 „Kontroverse zwischen Kanzler und SPD um Störaktion bei Wahlkundgebung". Zum Verlauf des Wahlkampfs vgl. HENTSCHEL S. 620f.

51 Durch die wachsende Einfuhr preiswerten Erdöls war bereits seit 1958 der Steinkohleabsatz rückläufig, was im Ruhrgebiet zu erheblicher Unruhe, zu Strukturanpassungsbeihilfen und Subventionsmaßnahmen führte. Die erste direkte öffentliche Subventionierung erfolgte durch die Gründung des „Rationalisierungsverbandes" zum 1. September 1963 (vgl. ABELSHAUER S. 106). Von 1958 bis 1968 erhielt der Bergbau 10,5 Mrd. DM nicht näher spezifizierte Subventionen, vgl. Wolfhard WEBER: Energiewirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Landesgeschichte im Lexikon. Düsseldorf 1993 S. 102–104.

Zukunft hinein verwirklichen läßt, und zwar geht es darum, ob sie von uns verwirklicht werden kann, oder ob das am Ende die anderen besser machen.

In dieser Wahl ist zum erstenmal klar geworden, daß viele von denen, die 20 Jahre lang CDU gewählt haben, bereit sind, von der Parole, die ihr Verhalten an der Wahlurne mit bestimmt hat, abzurücken beginnen von der Meinung, daß die SPD eine Katastrophe sei. Sie sagen jetzt, anscheinend ist also die SPD am Ende doch nicht bloß eine Katastrophe, sondern eine Alternative, und wir wollen es einmal mit ihr probieren. Das ist doch exakt die Situation. Das ist keine Beschönigung, meine Damen und Herren, ich trete weder für die Dramatisierung noch für die Banalisierung oder Verharmlosung dieses Ereignisses von gestern ein. Aber ich glaube, daß viele dieser Arbeiterstimmen, die uns gestern verlorengingen – hier muß ich auch ein Wort der Entschuldigung für die katholische Kirche sagen –, die jetzt „Sozis" wählten, sich gesagt haben, deshalb sind wir noch lange nicht „Sozis" und noch lange nicht eingeschworen auf die SPD, aber wir wollen denen in Bonn und in Düsseldorf sagen, ihr müßt euch mehr anstrengen, ihr müßt produktiver sein oder, wenn ihr schon produktiv seid, müßt ihr es schneller machen. Wenn ihr spurt und wenn wir sehen, daß ihr doch die stärkere Kraft seid bei der Bewältigung der vor uns stehenden großen Aufgaben, dann kehren wir wieder zu euch zurück.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß das auch in diesem Wahlergebnis noch drin ist, daß nämlich bei einem nicht geringen Teil dieser mehr als 6% soundso viele sind, die eine Art Versuchsinvestition bei der SPD gemacht haben, aber einstweilen nur eine Versuchsinvestition. Ich bringe diesen Punkt deshalb, weil der nach meiner Überzeugung von den Freunden in Düsseldorf auf das genaueste überlegt und berechnet werden muß bei der Frage, was sie denn nachher tun sollen in der Regierungsbildung.

Der Herr Altbundeskanzler hat noch einen anderen Punkt angesprochen, der mir wichtig erscheint. Das ist eine Frage, die bei uns seit Jahren politisch im argen liegt. Nicht prinzipiell, nicht programmatisch, aber praktisch hat sich diese Partei, so wie sie ist, auf den Weg der Säkularisierung wie selbstverständlich und harmonisch mitnehmen lassen. Wir sind in einer Weise konformistisch geworden, daß ich manchmal sagen muß, sehr viel Respekt können wir dabei vor uns selber nicht haben. Dieser Konformismus, dieses Konformgehen mit allen und jeden Säkularisierungstendenzen ohne profilierten und erkennbaren Widerstand bis ins Irrationale hinein, hat also nun wirklich viele Leute beeinflußt, die sich sagen, vielleicht wären wir mit unserer Interessenlage bei der SPD besser aufgehoben; aber wir werden nie SPD wählen, weil wir – wie man im katholischen Bereich sagt – weltanschaulich fest orientiert und klar gebunden sind, wie man im evangelischen Bereich sagt, weil wir wissen, daß der Christ aus dem Glauben lebt und sich in dieser Welt bewähren muß. Das sind zwar zwei verschiedene Vokabeln, sie meinen aber praktisch das gleiche. Kurz und gut, wir haben diese Kräfte, die dergestalt sich über die Interessengegensätze hinaus auch im politischen Raum rational, irrational, jedenfalls über soziologische Impulse hinaus an uns orientieren, in den letzten Jahren nicht besonders produktiv angesprochen, im Gegenteil, wir sind der Gesamtoffensive des Säkularismus weithin begegnet mit Konformismus statt mit einem klaren und präzis formulierten Widerstand.

Das Ergebnis war, daß wir in unserer eigenen Partei in zunehmenden Maße – das hat sich auch in der Fraktion gezeigt – Schwierigkeiten bekommen haben. Ich denke daran, welche großen inneren Schwierigkeiten, Herr Bundeskanzler, wir in den Jahren von 1949 bis 1953/54 gehabt haben, als wir noch nicht selber ganz sicher waren und wir uns fragten – erlauben Sie mir, daß ich es etwas salopp sage –, hat denn nun der Ludwig Erhard mit seiner großen Wirtschaftsentscheidung recht oder unrecht. Aber wir haben dann schließlich gesagt, wir riskieren es, ihm zu folgen mit seinem Risiko der Sozialen Marktwirtschaft. Warum haben wir das getan? Weil wir sicher waren, daß es so und soviel irrationale Kräfte in dieser Fraktion und Partei gibt, die über virulente Interessengegensätze und Meinungsverschiedenheiten hinaus von solch verbindender Kraft sind, daß wir auch immer wieder mit diesen großen sachlichen Meinungsverschiedenheiten fertig wurden und auch fertig geworden sind.

Meine Damen und Herren! Ich erinnere daran, daß Herr Brandt erklärt hat: Der Barzel sagt in Washington hü[52], der Strauß sagt in London hott[53], und in Bonn haben sie einen, der heißt Hase[54] und weiß von nichts. Nun wird es endlich Zeit, daß wir der Welt sagen, was Deutschland will. – Es hat jeder einmal eine schwache Stunde, aber diese schwache Stunde war sehr schwach für den Oppositionschef. Ich habe den Spieß umgedreht und gesagt, wenn die Opposition aufhört, Alternativen vorzulegen, dann werden wir unsere Kraft dahin beweisen, daß wir kräftig genug sind, alternativ zu denken und selber im Interesse der Sache vorzustoßen.

Aber kurz und gut, ich warne davor, hier auf billige Harmonisierung zu gehen. Ich denke, daß eine sich christlich nennende Partei allen Anlaß hat, unablässig daran zu arbeiten, um diese rein rationalen Interessengegensätze zu überwinden und somit die konstruktive Grundgesinnung zu pflegen und zu stärken. Das brauchen wir, solange wir CDU heißen. Das ist eine große Chance, die die anderen Parteien nicht haben. Wir sind aber in den letzten Jahren an diesem Punkt nicht gerade besonders konstruktiv gewesen. Ich glaube, daß wir da ziemlich konformistisch geworden sind gegenüber den anderen Parteien. Das ist wohl auch eines der Geheimnisse, warum sich die Frauen stärker haben mitnehmen lassen in dieser Landtagswahl von der SPD, als dies eigentlich von uns erwartet werden konnte. Sicher hat auch die unbegründete Dramatisierung der Exi-

52 Barzel hielt am 16. Juni vor Angehörigen der deutschen Botschaft in Washington und am 17. Juni 1966 vor Mitgliedern des „American Council on Germany" in New York eine deutschlandpolitische Rede, vgl. AAPD 1966 Nr. 198. – Zur Diskussion über die Auswirkungen der Rede Barzels in der Fraktionssitzung am 21. Juni 1966, vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 1845–1869. Vgl. auch TASCHLER S. 48f.; SPD-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 905 Anm. 2. Vgl. auch Anm. 101.

53 Strauß hielt am 17. Juni 1966 eine Rede vor dem „Royal Institute of International Affairs" über Wiedervereinigungspolitik unter gesamteuropäischen Aspekten, vgl. EUROPA-ARCHIV 1966 D 396–403.

54 Karl-Günther von Hase (geb. 1917), Diplomat; 1951 Auswärtiges Amt, 1962–1967 Staatssekretär und Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1967–1969 Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, 1970–1977 Botschafter in London, 1977–1982 Intendant des ZDF.

stenzangst durch die SPD dazu beigetragen. Aber sicher hat auch dazu beigetragen, daß die Frauen sich nicht mehr so ohne weiteres und so selbstverständlich durch das Bewußtsein angesprochen fühlen, in der CDU ist ein irrationales, kräftiges innerlich verbindendes Element vorhanden. Die Frauen haben bis jetzt dieses Element in seiner wirklich humanen Bedeutung spontaner erfaßt, als es die Männer im allgemeinen getan haben. Es gibt Leute bei uns, die halten das für eine Schwäche. Ich halte es für eine Dummheit. Die Frauen haben hier vollkommen erfaßt, daß eine so strukturierte Partei, die auf irrationale Quellen zurückgreifen kann, ein humanes Element von konstruktiver Bedeutung hat, und zwar viel mehr als die anderen Parteien. Ich frage, was hat man an diesem Punkt getan?

Nun ist der Vorschlag gemacht worden, eine Analyse zu machen. Ich habe nichts dagegen; ich bin dafür, aber, meine Damen und Herren, wie wir uns selber verstehen und wie wir die Realität sehen, wird sich auch bei dieser Analyse erweisen, wie wir dann diese irrationalen Bezirke ausleuchten, um sie politisch wieder in Form und Griff zu bekommen.

Deshalb bleibt uns bloß vom Halse mit einer sozusagen flachen und soziologischen Wahlanalyse herkömmlicher Prägung. Hier ist bei der Betrachtung von uns selbst, bei der Untersuchung unseres Selbstverständnisses, wie wir uns also selber verstehen, etwas mehr verlangt und etwas mehr gefordert. Deshalb wäre ich dankbar dafür, wenn bei dieser Analyse diese Hintergründe und dieses Selbstverständnis und Selbstbewußtsein unserer Partei genau durchexerziert würden. Ich halte dafür, daß in unserem „C" und in der CDU nicht nur ihrem Herkommen nach, sondern auch in dem, was immer noch lebendig ist, ein Plus, eine Kraft und ein Mehr liegt als das, worüber alle anderen Parteien verfügen. Warum sollen wir uns nicht stellen? Warum sollen wir nicht den Versuch machen, jedenfalls etwas mehr damit anzufangen als in den vergangenen Jahren? (*Lebhafter Beifall.*)

Erhard: Frau Kollegin Schwarzhaupt!

Schwarzhaupt: Meine Damen und Herren! Wir haben in Hessen im November Landtagswahlen.[55] Ich halte etwas von der Analyse, die gemacht werden soll. Ich bitte Sie, diese möglichst so frühzeitig vorzulegen, damit wir sie für unsere Wahl in Hessen benutzen können. Dabei bitte ich, einen Punkt zu beachten, nämlich die Nichtwähler. Ich glaube, daß die Gruppe der Nichtwähler das Ergebnis in Nordrhein-Westfalen dadurch verschleiert, daß frühere Nichtwähler wie die Deutsche Friedensunion und die versteckten Kommunisten, die jetzt gewählt haben, zu einer Erhöhung der Wahlbeteiligung beigetragen haben, während wahrscheinlich eine ganze Gruppe von Leuten, die uns bisher gewählt haben, nicht zur SPD, sondern zu den Nichtwählern gegangen sind.

Diese Frage halte ich für wichtig und interessant. Ich bitte, auf diese Frage bei der Wahlanalyse etwas abzuheben. Immerhin ist es leichter, die Nichtwähler, die aus Resignation nicht gewählt haben, wiederzugewinnen, wenn sie im Prinzip zu uns gehören,

55 Am 6. November 1966.

als solche, die sich in etwa prinzipiell für die SPD entschlossen haben, was ich aber gar nicht bei sehr vielen glaube.

Der zweite wichtige Punkt für die hessische Wahl wäre der, daß etwas über eine Prüfung der Wahlkampfmethode vorliegt. Dabei bitte ich zu differenzieren zwischen Frauenveranstaltungen und anderen. Wenn gesagt worden ist, daß allgemeine Veranstaltungen und Versammlungen weniger sinnvoll sind, so möchte ich das doch ein bißchen bezweifeln. Ich halte Versammlungen gar nicht für so schlecht. Ich bin der Meinung, daß Frauenveranstaltungen wirksam sind, ob da nun ein Mann oder eine Frau redet. Ich bitte, bei der Analyse auch auf diese Frage einzugehen.

Es wäre für den hessischen Wahlkampf sehr wichtig, wenn es gelänge, die Sparpolitik der Bundesregierung von ihrer positiven Seite zu zeigen, was beim Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen offenbar nicht genügend gelungen ist. Gerade in Hessen, wo wir schon seit Jahren in der Opposition sind, ist es mit landespolitischen Problemen außerordentlich schwer, einen Wahlkampf zu machen, aber wir können gerade die hessische Landesregierung, die sich in bezug auf Sparsamkeit und Geldausgabe sowohl im Lande wie in den Gemeinden vieles geleistet hat, angreifen, wenn es uns gelingt, die Sparpolitik der Bundesregierung von ihrer positiven Seite her aufzuzeigen.

Das wird auch z. T. daran liegen, wie sich das in den nächsten Monaten in der Bundespolitik entwickelt. Ich glaube, daß das sehr entscheidend für die hessischen Landtagswahlen sein wird. Gerade in der besonderen Situation, in der die CDU dort steht, die schon so lange Zeit in der Opposition ist, wird die Bundespolitik wichtiger sein als in Nordrhein-Westfalen.

Erhard: Herr Kollege Katzer!

Katzer: Meine Damen und Herren! Wir dürfen dieses Ergebnis nicht bagatellisieren. Das Beängstigende dieses Ergebnisses ist der Tatbestand, daß wir in keiner Großstadt, sei es Köln, Düsseldorf, Essen usw., ein Direktmandat bekommen haben. Ebenso beängstigend ist der zweite Tatbestand, daß wir nicht nur in den Großstädten verloren haben, sondern auch auf dem flachen Land zurückgegangen sind. Das sind Dinge, denen wir nachgehen müssen. Es ist sehr wichtig, daß von dieser heutigen Sitzung nach draußen ein klares Kommuniqué nach vorn hin gerichtet herausgeht. Unsere Konsequenzen sind nach meiner Meinung die: Die SPD baut auf auf der Kommunalpolitik. Das, was die SPD im kommunalpolitischen Raum vor vier Jahren errungen hat, war so, daß sie dazu erklärte: Probieren wir es mal. Es ist gutgegangen, und bums, jetzt sind aus dem Flugsand von gestern direkte Stammwähler von heute und morgen geworden. Deshalb müssen wir der Kommunalpolitik eine ganz besondere Bedeutung beimessen. Ich möchte das hier anregen.

Zur Wahlanalyse möchte ich Herrn Präsidenten Gerstenmaier beipflichten. Daß wir wieder ein dickes Buch bekommen, erfordert zwar viel Arbeit, aber das langt nicht. Es muß hinzukommen die Klarlegung unseres eigenen Standpunktes. Wenn ich richtig sehe, ist es so, daß wir uns davor immer wieder herumgedrückt haben, indem wir erklärten, was heißt hier Programm, wir haben unsere Leistungen. Wir brauchen kein Programm, und wer das noch nicht begriffen hat, der soll nach Hause gehen. So ungefähr

war es doch. Ich glaube, daran werden wir auf die Dauer nicht vorbeikommen, dies mit der Wahlanalyse zu verbinden.

Wenn die Wahlanalyse erstellt ist, müssen wir ein Gremium haben, das sie sorgfältig durcharbeitet. Hierbei sollten drei Punkte besonders beachtet werden.

Erstens die Frauen. In Köln wird von den Männern und Frauen getrennt gewählt. Ich habe aus einigen Stimmbezirken einen beängstigenden Anstieg der SPD-Wähler auch bei den Frauen gehört; sogar im Bereich von Klettenberg, wo ich dies nicht für möglich gehalten hätte. Hier gab es bei den Frauen nur noch eine ganz schwache Mehrheit. Dasselbe gilt für die Siedlung Stegerwald im rechtsrheinischen Köln. Auch dort ist nur noch eine ganz schwache Frauenmehrheit vorhanden. Das ist natürlich ein Punkt, der beängstigend ist; denn wir wissen alle, die Frauen waren bisher immer unsere besten Wähler.

Wir müssen zweitens auf die katholischen Wähler sehen. Wir müssen drittens sehen auf die katholischen Arbeiterwähler. Es ist gar kein Zweifel, daß wir in der Arbeiterschaft Verluste hingenommen haben. Ich stimme Herrn Kollegen Schmücker zu. Die Gewerkschaften sind nicht gerade unsere Wahlhelfer, (*Zuruf:* Waren sie noch nie!) waren sie noch nie, aber wir werden gewerkschaftspolitisch auch einige Konsequenzen zu ziehen haben, und es ist gut, unsere Position hier zu stärken, als daß wir uns gegenseitig zerfleischen und den anderen noch die Kühe in den Stall treiben. (*Unruhe und Bewegung und Heiterkeit.*) Das zweite, Herr Kollege Schmücker, muß man auch einmal sagen. Die Haltung verschiedener führender Unternehmer innerhalb dieser Wahlauseinandersetzungen, die kann doch nicht mit Dummheit gedeutet werden, sondern die muß doch so gedeutet werden, daß man daran denkt, was Herr Nordhoff gesagt hat. Das ist doch bewußt zu diesem Zeitpunkt hineingeworfen worden in die große Panikmache der SPD. Dasselbe gilt für die Söhngen-Rede; das gleiche gilt auch für die Entlassungen bei Krupp.[56] Es hat kaum ein Bergwerk gegeben, wo ich nicht gesprochen habe, und es gibt kaum eine Auseinandersetzung dort, wo die Unternehmer nicht durch solche Machenschaften genau in dieses empfindliche Instrument, nämlich in die Existenzangst, hineingeblasen haben.

Mit der Kohle allein wären wir fertig geworden. Das soziale Strukturprogramm ist gut angekommen. Unsere Maßnahmen sind gut gewesen.[57] Aber was schwierig war, ist doch, daß zur gleichen Stunde die Geschichte mit dem Stahl hineingeblasen und eine Art Weltuntergangsstimmung gemacht wurde. Wenn einer arbeitslos wurde, dann wurde so getan, als ob die ganze Welt unterginge. Ich beurteile, Herr Kollege Stoltenberg, die Frage des Stabilisierungsgesetzes und des Haushaltssicherungsgesetzes anders als

56 Von der Kohlekrise war auch die Stahlindustrie massiv betroffen, was auch bei Krupp zu Entlassungen führte. Die Stahlindustrie war in Schwierigkeiten geraten, da sie – bedingt durch die Maßnahmen zum Schutz der deutschen Steinkohle – keine billigere amerikanische Kokskohle beziehen durfte, vgl. „Bonner Rundschau" vom 16. Juli 1966 „Bonner Planspiele mit der Kokskohle".

57 Der Bundestag hatte das „Gesetz zur Sicherung des Kohleeinsatzes in der Elektrizitätswirtschaft" verabschiedet, vgl. BULLETIN Nr. 90 vom 8. Juli 1966 S. 717–720.

Sie. Ich neige da mehr Herrn Professor Burgbacher zu. Für Sparen ist sicher jeder, aber das Empfindliche bei unserem Haushaltssicherungsgesetz war doch – und das ist mir in jeder Versammlung entgegengebracht worden –, daß man unmittelbar vor den Wahlen etwas versprochen hat, was man unmittelbar nachher wieder korrigiert hat. Das hat zu einem Vertrauensschwund geführt, zu einem ganz erheblichen Vertrauensschwund. Ich sage das deshalb, weil das Kabinett jetzt wiederum dabei ist, solche Experimente vorzulegen.

Ich möchte hier sagen, wir sollten uns sehr überlegen, daß wir uns nicht zu Tode sparen und dann der nachfolgenden SPD-Regierung einen ausgeglichenen Haushalt in die Tasche geben. Ich bitte tausendmal um Entschuldigung, ich sage das nicht nur nach dem Wahlergebnis, sondern habe es schon vorher erklärt.

Es ist meine Meinung seit eh und je, daß wir herauskommen müssen aus dieser Stagnation, daß man dem Volke draußen zeigen muß, es wird jetzt nicht nur abgebaut, sondern es wird eine Linie nach vorn gegeben. Diese zwei Dinge sollten heute hier angesprochen werden.

Wir sollten klar bekennen, daß wir diese Wahl verloren haben und nicht mehr einen Schuldigen suchen, sei es in Düsseldorf oder hier oder wo auch immer. Ich halte auch nichts davon, daß man durch die Reihen in Nordrhein-Westfalen geht und sagt, die Bundesregierung hat die Wahl verloren. Warum hat man uns denn gebeten? Wir hätten doch unsere Gesundheit schonen können und dem Lande zugleich einen Dienst erwiesen, wenn wir weggeblieben wären. Das kann man also nicht hinterdrein interpretieren. Dann wären wir doch besser zu Hause geblieben. Wir sollten uns also diesen Schwarzen Peter nicht gegenseitig zuschieben.

Wir sollten, ohne daß wir diese Niederlage zu vertuschen suchen, klar sagen, daß der Mehrzuwachs der SPD auf die DFU-Stimmen zurückzuführen ist. Das ist ein Punkt, der zu wenig in der Diskussion und in der Öffentlichkeit hervorgehoben wird. Die große Presse sowie Rundfunk und Fernsehen verschweigen dies.

Ich möchte einen letzten und entscheidenden Punkt sagen. Es war in der Vergangenheit so, daß wir fast alle Wahlen entscheidend mit der Außenpolitik gewonnen haben. Das bedeutet für uns, daß die Unsicherheit über unsere außenpolitische Haltung endgültig beigelegt werden muß, wenn wir nicht die nachfolgenden Wahlen verlieren wollen. Die Geschichte zwischen Gaullisten und Atlantikern muß heraus![58] Ich weiß zwar nicht, wie wir das machen, dann müssen wir uns eben einmauern oder weiß der Kukkuck was, aber wir müssen eine ganz klare außenpolitische Grundlage haben, sonst fängt das Vertrauen des Wählers zu uns an, so zu zerreißen, daß wir 1969 bei der Wahl gar nicht mehr anzutreten brauchen. Ich würde mich freuen, wenn man diesen vorgetragenen Punkten entgegenkäme, indem wir mit dem Blick nach vorn unseren Wählern sagten, daß wir begriffen haben, was die Stunde geschlagen hat. (*Lebhafter Beifall.*)

Erhard: Bitte sehr, Herr Scheufelen!

Scheufelen: Meine Damen und Herren! Bei den Kommunalwahlen in Baden-Würt-

58 Vgl. MARCOWITZ S. 177–222; TASCHLER S. 32–45; Günter BUCHSTAB: Zwischen „Zauber und Donner". Die CDU/CSU und de Gaulle, in: LOTH/PICHT S. 95–107.

temberg[59] hat sich herausgestellt, daß unsere Methoden in der Erfassung des Wählers in den Städten bis zu 150.000 Einwohnern noch ausreicht. Dort konnten wir unsere Position weiterhin verstärken. Aber wir sind keineswegs an die Großstädte herangekommen. In Nordrhein-Westfalen sind die Großstädte derartig massiert, daß die Landkreise dazwischen vielfach nicht mehr als Landkreise anzusprechen sind. Und hier kommen wir einfach gegen die Massenpublikationsmittel nicht an; wir sind glücklich, wenn wir in einer Großstadt eine Versammlung von 50 Leuten zusammenkriegen, auch wenn ein Bundesminister spricht. Es ist eine Erscheinung, die wir schon bei den vorhergehenden Wahlen feststellen mußten. Deswegen muß uns etwas einfallen, wie wir wieder an die Großstädte herankommen.

Ein wirklicher Grund der schlechten Wahlbeteiligung für uns liegt beim Kaufkraftschwund, der bei den Hausfrauen sehr stark zu Buche schlägt. (*Sehr starke Unruhe.*) In den Großstädten erfassen wir einfach die Bevölkerung nicht; was die Frauen angeht, müssen wir wieder zu einer besseren Kaufkraft kommen. Wenn wir das nicht schaffen, sehe ich schwarz für uns.

Erhard: Herr Blank!

Blank: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich zum Wort gemeldet, weil ich doch einiges, das aus den Ausführungen meines Freundes Gerstenmaier herauszuklingen schien, mir nicht zu eigen machen kann. Das ist die vorübergehende politische Investition. Ich begrüße die Analyse, aber allzuviel erwarte ich mir davon nicht. Es kann ja nicht mehr sein, als daß man das ganze statistische Zahlenmaterial aufarbeitet, um es dann leichter lesen zu können. Aber schon das, was heute vorliegt, ist immerhin in einer groben Analyse sehr leicht darzutun. Darf ich das mal tun?

In unseren früheren Hochburgen im gesamten Aachener Land und Umgebung mit einem klaren konfessionellen Gebiet sind die Verluste 5% und mehr. Sie haben keinen direkten Abgeordneten mehr im ganzen Kölner Bereich, nicht in Krefeld, in Moers, in Düsseldorf, im Landkreis Düsseldorf-Mettmann, in Wuppertal, Remscheid, Solingen, Essen – mit der einen Ausnahme –, in Duisburg, in Recklinghausen über Gladbeck, Bottrop, Gelsenkirchen, ganz Dortmund, Castrop-Rauxel, Unna, Hamm über Iserlohn bis nach Altena. Und was bleibt uns übrig? Das will ich Ihnen darlegen.

Meine Damen und Herren! Wir haben Glück gehabt; denn wir haben einen Rückgang von 3,6% an Wählerstimmen. Aber wir haben ein Minus an Kandidaten von 10,4%. Das hängt mit folgendem zusammen: Wir wählen 150 Abgeordnete direkt und lassen zur Geltung kommen die Reservestimmen in einem Bereich von 50 Abgeordneten. So kam es, daß die SPD 99 direkt gewählte Abgeordnete hat, keinen Reservemann; wir haben 51 direkt gewählte Kandidaten, 35 Reserveleute; die FDP hat 15 Reserveleute. Wenn ich mir jetzt vorstelle, daß das noch ein wenig mehr eingeengt würde, oder wenn ich ins Extrem gehe, rein mathematisch gesehen, und wir hätten nur das absolute Mehrheitswahlrecht, dann wären wir am Boden zerstört. (*Gerstenmaier:* So war es nicht!) Das habe ich auch gar nicht behauptet. Du hast gesprochen von einer vorüberge-

59 Vgl. Nr. 2 Anm. 68.

henden Investition. Nun stellen wir einmal ganz nüchtern fest, was war los. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Ich habe Dutzende von althergebrachten Wahlversammlungen abgehalten, wo die Leute sich freuten und sagten, nun ist endlich mal einer da, nun muß er Zeit haben, um mit uns zu diskutieren. Ich kann sagen, mit einer einzigen Ausnahme, wo ein paar FDP-Leute waren, ist das im wesentlichen sehr positiv verlaufen. Aber was wollten die Leute? Denen ging es nicht um die Landespolitik, mit einer Ausnahme im Münsterland, wo in den kleinen Dörfern wegen der Aufhebung der Schulen und unter Umständen lokale Dinge eine Rolle spielten, haben die anwesenden Kollegen, die Landtagskandidaten, ihr Können und Wissen gar nicht an den Mann bringen können. Schon von der Größenordnung her ist es so: 30% der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik wohnen in Nordrhein-Westfalen. Fast ein Drittel des Sozialprodukts wird dort erarbeitet. Da wird auch der Gutwilligste nicht behaupten können – ich suche jetzt gar nicht nach einem Schuldigen –, daß, wenn es z. B. eine Kohlenkrise gibt, dies eine Landesangelegenheit wäre oder daß der Kaufkraftschwund eine Landesangelegenheit wäre, sondern für die Männer und Frauen da draußen stellt sich das so dar, sie sind im Augenblick – das stelle ich ganz nüchtern fest – unzufrieden mit der Politik. Und das ist für sie im Lande Nordrhein-Westfalen nach seiner ganzen Struktur schlechthin Bundespolitik. Das ist sie sogar dann, wenn sie in einem Detailfall ihnen erklären: Lieber Freund, was willst du eigentlich, mit der Frage haben wir gar nichts zu tun.

Und hier denke ich nach vorn. In drei Jahren haben wir Bundestagswahl. Nun übertragen Sie einmal diese Zahlen. Solche Trends setzen sich bekanntlich noch eine Zeit lang fort. Wie sehr Du unrecht hast, Eugen, will ich Dir an folgendem dartun. Der Kollege Winkelheide[60] kann mich Lügen strafen. Wir haben gegenwärtig einen erstaunlichen Rückgang bei einer der festgefügtesten politischen Gruppe, die wir je in Deutschland gehabt haben, die in der Weimarer Republik und in der Nazizeit kaum angeknabbert war, nämlich bei den Mitgliedern der Katholischen Arbeitervereinsbewegung. Ich will jetzt gar nicht versuchen, im einzelnen darzustellen, woher das kommt, aber das erklärt mir die Tatsache, daß wir in den ganzen Städten überhaupt keine Abgeordneten mehr bekommen, weil wir diese Wähler, die uns früher trugen, nicht mehr haben.

Meine Damen und Herren! Man soll nicht prophezeien, aber ich hatte Ihnen gesagt, Herr Bundeskanzler, daß die Wahl verlorenginge. Wir haben 1958 zum erstenmal zu tun gehabt mit der sogenannten Kohlenkrise.[61] Wir haben dann etwas getan und die Sache aufgeschoben. Wir haben 1962 just zur Landtagswahl die Kohlenkrise gehabt. Wir haben etwas getan und die Sache aufgeschoben. Wir haben 1966 denselben Vorgang gehabt. Dankenswerterweise haben sich viele Leute bemüht, und wir haben den Streik verhindert, aber was wir nicht verhindern konnten, war, daß wir uns seit 1958 mit ei-

60 Bernhard Winkelheide (1908–1988), Maschinenschlosser; 1929–1935 Jugendsekretär der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) in der Diözese Münster, 1946 Diözesansekretär für die Arbeitervereine im Bistum Münster, 1946 CDU, 1949–1972 MdB, 1955 Mitgründer und 1959–1962 Vorsitzender der Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands, 1965–1972 Verbandsvorsitzender der KAB. Vgl. LEXIKON S. 403.

61 Vgl. Anm. 51.

nem Problem herumschlagen, das sich sehr wohl in seiner Schwere hätte in acht langen Jahren wesentlich mindern lassen. Das beweist doch z. B. die Tatsache, daß es gelungen ist, im Bochumer Raum bei der Stillegung von Zechen dieses Problem zu lösen. Das alles ist gekommen, weil wir die Leute acht Jahre lang durch einen solchen Unsicherheitsprozeß gezogen haben. Sind das keine Menetekel gewesen, daß katholische Pfarrer sich an Protestmärschen beteiligen, und dann der Bischof ausdrücklich erklärt[62], er billige das Verhalten seiner Pfarrer?

Die Leute – das weiß ich aus den Versammlungen – haben das Gefühl, daß wir sowohl in der Außenpolitik als auch in der Innenpolitik – ich meine alles global – nicht mehr den Führungswillen entwickeln, den wir früher einmal gehabt haben. Und dafür machen die Leute uns verantwortlich. Das ist der Grund der Malaise.

In dem Wahllokal, in dem ich abstimmen muß, hier in Plittersdorf bei Godesberg[63] hat sich folgendes abgespielt. In Plittersdorf gibt es eine bodenständige Bevölkerung, aber das ist nur noch ein kleiner Kreis. Hier wohnen viele Bundesbedienstete in einer Riesensiedlung. Ich wohne da auch. In diesem Wahllokal waren wahlberechtigt – ich habe die Zahlen im Kopf – 1.500 Leute. Gekommen sind rund 1.000. Davon haben gewählt rund 500 CDU, rund 380 SPD – alles Bundesbedienstete – und 120 FDP. Das, meine Damen und Herren, ist die nackte Situation.

Nun möchte ich ein Wort zur Wirtschaft sagen. Etzel wird mir wahrscheinlich recht geben. Warum haben die Leute sich in dieser Weise an der Sache beteiligt? Weil sie aus diesen Kreditrestriktionen herauswollen. Herr Nordhoff hat uns doch gesagt, was er in Zukunft alles noch investieren will. Es ist ein hübscher Kaufkraftschwund von beiläufig 4% im Jahr für Großanleihen, die man aufgenommen hat, die man verzinsen und amortisieren muß. Das ist eine ganz hübsche Angelegenheit. Nur der kleine Mann, den wir veranlaßt haben, auch Pfandbriefe und ähnliches zu kaufen, stellt fest, sein Pfandbrief von 100 ist nur noch 80 wert; d. h., daß er für die Katz gespart hat. Das ist die Situation, in der wir uns befinden.

Vieles, was Katzer gesagt hat, möchte ich Wort für Wort unterstreichen. Wir haben nur eines zu tun, nicht zu viel Zahlen zu analysieren, das ist relativ schnell gemacht, aber wir müssen die unterschiedliche Darstellung unserer Außenpolitik nach draußen bereinigen. Das muß doch möglich sein, daß wir hier eine zusammenhängende Meinung haben. Die haben wir doch auch von 1949 bis 1960 gehabt.

Zweitens müssen wir die Fragen der Innenpolitik bereinigen. Wir müssen eine einheitliche Sprache sprechen. Das ist meine feste Überzeugung. Wenn uns das nicht gelingt, setzt sich dieser Trend – vielleicht mit einer Ausnahme von Bayern, denn dort liegen die Dinge etwas anders, weil man mit dem Staatsbewußtsein und ähnlichem arbeitet – der SPD fort. Sie wissen doch, wenn man einmal Erfolg hat, hat man immer mehr Erfolg. Mit Sicherheit werden wir dann 1969 einen solch riesengroßen Verlust erleiden, daß wir in der Minderheit sind.

62 Bochum gehört zum Ruhrbistum Essen, Bischof war Franz Hengsbach. Vgl. Nr. 4 Anm. 23.
63 Heute ein Stadtteil von Bonn.

Was ich jetzt sage, nehmen Sie bitte nicht als Konfessionalismus hin, davon bin ich ganz weit entfernt, aber ich sage Ihnen, wenn erst einmal die Masse der katholischen Arbeiter SPD gewählt hat, und wenn sie das nicht mehr empfindet, was sie früher empfunden hat, daß nämlich damit die ewige Seligkeit verspielt sei, dann sage ich Ihnen, ist es mit der Mehrheit der CDU für alle Zeiten aus. (*Beifall.*)

Erhard: Herr Blumenfeld!

Blumenfeld: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil nach meiner Meinung zwei Punkte hier in der Diskussion zu kurz gekommen sind. Zunächst ein Wort zur Analyse! Ich halte auch Analysen für wichtig und wesentlich, aber bei der CDU ist es üblich, von solchen Analysen nachher keine Kenntnis zu nehmen. Wir haben eine sehr gute Analyse über die letzte Bundestagswahl vor acht Wochen bekommen. Ich habe sie genau gelesen und durchstudiert.[64] Ich besinne mich nicht, daß dieser Bundesvorstand zu diesem oder zu irgendeinem anderen Zeitpunkt in den vergangenen Jahren einmal genau die Ergebnisse von Analysen studiert hätte.

Die Bundesgeschäftsstelle hat in einem kleineren Kreis aus der Analyse gewisse Konsequenzen gezogen, die dann auch z. T. erfolgreich angewendet worden sind. Ich will nicht gegen die Analyse sprechen. Es ist aber in der Diskussion deutlich geworden, daß die Analyse, die wir anfertigen werden, nur einige Dinge bestätigen wird, die hier in der Diskussion mit aller Deutlichkeit ausgesprochen worden sind.

Es ist merkwürdig, daß die FDP in Nordrhein-Westfalen zugenommen hat, obwohl sie mit in der Regierung war. Das können Sie nicht allein damit erklären, daß Herr Weyer ein volkstümlicher Minister ist; denn Franz Meyers ist auch ein populärer Ministerpräsident gewesen. Außerdem haben wir eine populäre junge Regierungsmannschaft gehabt. Dieses Phänomen, warum die FDP nicht abgenommen, sondern zugenommen hat, ist heute hier noch nicht genügend erörtert worden. Ich meine, es bedarf einer Erörterung, weil es Rückschlüsse auf unser eigenes Potential zuläßt.

Ich stimme dem, was Kollege Blank gesagt hat, zu. Ich bin auch nicht der Meinung, Herr Präsident Gerstenmaier, daß es eine Investition für eine bestimmte Zeit ist, die die Wähler vorgenommen haben, sondern hier handelt es sich um einen echten Trend, der sich überall so lange fortsetzen wird, bis wir die Konsequenzen daraus gezogen haben in der ganzen Bundesrepublik. (*Gerstenmaier:* Das ist doch unlogisch, was Sie sagen!) Ich möchte einen Punkt hervorheben, den wir seit Jahr und Tag immer wieder in unserem Bundesvorstand diskutieren, nämlich daß wir sehr viel mehr Aufmerksamkeit, sehr viel mehr Arbeit und Kontaktpflege in den großen Städten des Bundesgebietes zeigen und durchführen müssen. Wir haben zwar darüber geredet, aber getan haben wir nichts. Bei vielen Menschen ist eine politische Vereinsamung eingetreten, die in den Städten nicht mehr CDU wählen. Dazu gehört die katholische Arbeiterschaft, dazu gehören die alten protestantischen Menschen, die sich von uns nicht mehr angesprochen fühlen. Wir sehen uns jetzt bei allen Landtagswahlen vor die Aufgabe gestellt, daß diese letzten En-

64 Vgl. Nr. 1 Anm. 20.

des doch von der Bundespolitik entschieden werden. Jedenfalls spielt die Bundespolitik hierbei die größte Rolle. Da frage ich, ob wir es uns noch leisten können, von der Gesetzgebungsinitiative her ständig vor Landtagswahlen entweder überstürzt gewisse finanzielle Dinge zu verabschieden, die in Wirklichkeit unserer Konzeption nicht entsprechen, oder daß wir angesichts dieser Landtagswahlen überhaupt nicht zur konsequenten Durchführung der Politik kommen, die wir uns zum Ziel gesetzt haben, indem wir uns irremachen lassen. Bereits im Jahre 1959 hat sich Eugen Gerstenmaier für eine Initiative ausgesprochen, nämlich die Landtagswahlen zusammenzulegen. Das heißt, wir müssen einmal mit dem Bundesrat und allen Ländern darüber sprechen. Können wir uns als CDU es leisten zu sehen, wie jede Landtagswahl bis 1969 von der Bundesrepublik beeinflußt wird, aber wir ziehen daraus nicht die entsprechenden Konsequenzen? Wir sollten daraus, Herr Bundeskanzler, die Konsequenzen ziehen und einmal ganz ernsthaft diese Idee aufgreifen, die schon vor vielen Jahren von der CDU ergriffen worden ist, von der wir nur hoffen können, daß die Landtagswahlen günstiger beeinflußt werden. Es kommt auf eine Zusammenfassung unserer Kräfte im Bund an, damit eine konsequente Politik gerade auf dem gesellschaftlichen, dem politischen und wirtschaftlichen Leben durchgeführt wird. Alle diese Dinge hängen zusammen.

Lassen Sie mich noch etwas sagen. Es ist von der Außenpolitik gesprochen worden in dem Sinne, daß sie eine außerordentlich große Rolle bei der Entscheidung der Wählerschaft spiele. Meine Freunde, ich halte das für übertrieben, auch wenn der Eindruck entstanden sein sollte, als ob die außenpolitischen Auseinandersetzungen innerhalb der CDU und CSU so schlimm seien, so bedauerlich sie sind, nämlich wegen des personellen Affektes, der damit verbunden ist, der persönlichen Streitigkeiten in höchst unchristlicher Art und Weise, wie wir dabei miteinander umzugehen pflegen. Ich halte die außenpolitischen Fragen jedenfalls in diesem Jahre und auch wahrscheinlich später für sekundär. Primär im Raum stehen die Fragen des Kaufkraftschwundes, der Geldwertstabilität, der finanziellen Auswirkungen, der Preissteigerungen usw., wie sie sich für den Normalbürger darstellen.

Es steht auch im Vordergrund die Beeinflussung durch die Massenmedien. Jeder CDU-Ministerpräsident glaubt, er hätte da einen Regionalsender für seine eigenen Zwecke zur Verfügung. Herr Meyers hat das geglaubt, er könne das wunderbar machen. Er hat sich gesträubt gegen eine Reihe von Vorschlägen, die wir in der Bundestagsfraktion vor 1½ Jahren gemacht haben.[65] Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer hat sogar einmal versucht, das Fernsehen in den Griff zu bekommen.[66] Was sich hier entwickelt hat, die Monopolstellung mit „Report" und Herr Nordhoff, aufgenommen einen Tag nach der Generalversammlung des VW-Werkes und gesendet fünf Tage vor der Wahl, das kann

65 Zur Diskussion im Februar/März 1965 über den CDU/CSU-FDP-Gesetzentwurf über Werbesendungen im Rundfunk und Fernsehen, vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 1364, 1377 f., 1385, 1402 (Drs. IV/3156 vom 8. März 1965); vgl. auch Beratung im Februar 1965 über den FDP-CDU/CSU-Antrag zur Neuverteilung der Fernsehgebühren EBD. S. 1361 (Drs. IV/3169 vom 10. März 1965).

66 Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 747–776.

sich eben nur eine Monopolanstalt erlauben, die keine Konkurrenz auf diesem Gebiet hat.

Wir sind schlecht beraten, wenn wir glauben, wir könnten als CDU diese ganze Sache verkraften, nur weil unsere Ministerpräsidenten und die Landtagsabgeordneten meinen, daß sie mit ihren regionalen Sendern Politik machen könnten. Politik machen diese Anstalten mit ihren linksgerichteten Kommentatoren, Reportern und Redakteuren, die in der Überzahl in diesen Anstalten sitzen; und wir stehen vor dem Bildschirm und haben die Hände gefaltet und beten, daß es noch gerade gut geht.

Erhard: Herr Gerstenmaier!

Gerstenmaier: Nur eine Korrektur mit zwei Sätzen! Ich muß leider gehen, weil ich in dieser fabelhaften Stimmung Herrn Wehner ein Frühstück geben muß zu seinem 60. Geburtstag. (*Barzel:* Bei Wehner ist die Stimmung gut!) Und bei mir ist sie ganz angemessen.

Ich will nur zwei Sätze sagen, damit wir uns nicht in einem grauenhaften Mißverständnis bewegen. Meine lieben Freunde Theo Blank und Erik Blumenfeld! Entweder ist nach Ihrer Analyse dieser Trend, der in dieser Wahl sichtbar geworden ist – den ich nicht bestreite –, korrigierbar oder er ist unaufhaltsam. (*Blank:* Natürlich ist er korrigierbar!) Das besagt doch genau das gleiche; dann kommt er in der Analyse genau zu meinem Ergebnis; denn wie soll er korrigierbar sein, als daß zunächst die Leute, die nicht schon seit vielen Jahren „Sozi" gewählt haben, sondern – wie ich gesagt habe – einmal eine Probeinvestition bei der SPD machen, anhand einer überzeugenden Leistung wieder zu einer besseren Überzeugung gebracht werden. So wird doch der Trend korrigiert und auf keinem anderen Weg.

Wenn er korrigierbar ist, um so besser. Ich sage das, damit hier keinerlei Mißverständnis unter uns besteht. Wenn wir uns dem Fatalismus ergeben, daß das etwa ein unaufhaltsamer Trend in Bund und Ländern sei, dann haben wir uns doch selber zur Resignation verurteilt. Nur deshalb habe ich hier noch einmal das Wort genommen. Also insofern, Theo Blank und Erik Blumenfeld, brauchen wir uns überhaupt nicht mißzuverstehen. (*Blank:* Wie ist das mit der Großen Koalition?) Ach, Große Koalition! Jetzt will ich Dir mal etwas sagen. Gestern Abend hat mich Dufhues angerufen. Ich habe ihm gesagt: Jetzt lassen Sie die mal schmoren! – Auf Wiedersehen! (*Heiterkeit.*)

Heck: Herr Bundeskanzler! Zu dem Thema Rundfunkanstalt einige Worte! Vor einigen Tagen wurde zwischen der SPD und den Rundfunkanstalten vereinbart, daß die für Chemnitz vorgesehenen, aber dort nicht gehaltenen Reden über das Fernsehen am 14. Juli ausgestrahlt werden sollen.[67] Mit uns wurde überhaupt nicht verhandelt. Ich habe von der Sache eigentlich erst per Zufall erfahren und mich dann von mir aus eingeschaltet und mir bestätigen lassen, daß die Gerüchte, die an mein Ohr gedrungen waren, stimmten. Mir wurde bestätigt, es sei vorgesehen, daß die SPD dreimal zehn Minuten

67 SPD und SED hatten sich am 25. Mai 1966 über einen Redneraustausch in Chemnitz – Karl-Marx-Stadt – am 17. Juli und Hannover am 21. Juli verständigt. Die SED sagte den Redneraustausch am 29. Juni 1966 ab, vgl. AdG 1966 S. 12518, 12571 f.; AAPD Nr. 212; SPD-Fraktionsprotokolle S. 916 Anm. 13. Vgl. auch Nr. 6 Anm. 5.

Sendezeit für jeden ihrer drei Redner bekommen solle. Dann sei vorgesehen, der CDU 15 Minuten und auch der FDP 15 Minuten anzubieten. Ich habe dem Intendanten Bausch[68] gegenüber erklärt, daß das überhaupt nicht diskutabel sei und daß selbstverständlich die Sendezeit entsprechend den bisherigen Gepflogenheiten zwischen den Parteien aufgeteilt werden müsse.

Nun bekomme ich eben ein Fernschreiben, das ich vorlesen möchte: „Sehr geehrte Herren! Namens und im Auftrage der Intendantenkonferenz der ARD darf ich Sie offiziell davon in Kenntnis setzen, daß das Deutsche Fernsehen in Zusammenarbeit mit dem Zweiten Deutschen Fernsehen am Donnerstag abend, dem 14. Juli, um 20.15 Uhr eine gesamtdeutsche Sendung ausstrahlt, an dem Tage also, an dem die Diskussion in Chemnitz hätte stattfinden sollen. Ich darf Sie herzlich bitten, sich an dieser Sendung zu beteiligen und dafür Vertreter Ihrer Partei zu nominieren. Aufgrund des Beschlusses der Intendantenkonferenz ist vorgesehen, daß in der Sendung auftreten sollen drei Redner der SPD mit je 10 Minuten, ein Vertreter der CDU/CSU in einer Länge von 10–15 Minuten und ein Vertreter der FDP ebenfalls in einer Länge von 10–15 Minuten. Eingeleitet und kommentiert wird die Sendung durch Journalisten usw."[69]

Die Sache ist nicht sonderlich interessant für uns. Ich habe eben mit Herrn Bausch gesprochen und ihm erneut gesagt, daß das Angebot für uns überhaupt nicht diskutabel sei. Der Einwand von der anderen Seite ist der, man könne nicht 1½ Stunden hintereinander Reden übertragen. Mit diesem Einwand kann man sich auseinandersetzen. Wir wären schlecht beraten, wenn wir darauf beständen, unbedingt am gleichen Tag zu sprechen, weil natürlich die SPD zuerst spräche und wir als die zweite Partei in Erscheinung träten. Aber ich habe Herrn Bausch gesagt, ich von meiner Person aus würde dem Vorstand vorschlagen, daß am 14. Juli die SPD ihre halbe Stunde bekommen soll, aber daß wir zu einem späteren Zeitpunkt, den wir mit ihnen vereinbaren, mindestens genau die gleiche Zeit bekämen wie die SPD. Mit der FDP solle er selber verhandeln. Ich wollte das hier ergänzend vortragen. (*Beifall, Bewegung und Unruhe.*)

Erhard: Frau Fera!

Fera: Als Begründung der schlechten Wahl der Frauen wurde gesagt, es seien die Preissteigerungen und zum anderen unser unbewußtes, aber bereitwilliges Eingehen auf den Säkularisierungsprozeß. Beides stimmt sicher, aber das allein erklärt bei weitem nicht alles, sondern wir müssen wissen, daß die Frau sich heute in einem Strukturwandel befindet. Sicher ist, daß die SPD nach der letzten Bundestagswahl erkannt hat, daß die CDU immer ihre Wahlen mit den Stimmen der Frauen gewonnen hat, vor allen

68 Dr. Hans Bausch (1921–1991), Redakteur; 1952–1956 Hörfunkkorrespondent des Südwestfunks Stuttgart, 1956–1958 MdL Baden-Württemberg (CDU), 1958–1986 Intendant des Süddeutschen Rundfunks Stuttgart, ab 1971 Honorarprofessor an der Universität Hohenheim. Vgl. Hans BAUSCH: Rundfunkpolitik in Deutschland. 4 Bde. München 1980.

69 Vgl. ppp Nr. 129 vom 8. Juli 1966 „Ersatz für Chemnitz". Am 14. Juli hielten Brandt, Wehner und Erler die Reden, die sie für ihren Auftritt in Chemnitz vorgesehen hatten, im Fernsehen, vgl. DzD IV/12 S. 1125–1134. Vgl. auch CDU Presse Mitteilungen vom 13. Juli 1966. Erhard, Barzel, Strauß und Mischnick erhielten am 27. Juli zum Ausgleich von ARD und ZDF Redezeit im Fernsehen eingeräumt, vgl. DzD IV/12 S. 1169–1179.

Dingen aber mit den Stimmen der älteren Frauen, weil sie aus ihrer Lebensweisheit heraus dieses Gefühl für Sicherheit und Ordnung haben.

Sicher ist aber auch, daß wir uns heute nicht mehr auf die Stimme der Frauen verlassen können; d. h. also, daß wir heute stärker als bisher um die Stimme der Frauen kämpfen müssen. Herr Wehner hat bereits nach der letzten Bundestagswahl erklärt, daß sich die SPD in Zukunft um die Frauen stärker bekümmern werde.[70] Das hat sie bereits in Hamburg getan.

Ich möchte die Gelegenheit heute benutzen, an diese Gruppe zu appellieren, daß die Einrichtungen, die genannt worden sind, stärker berücksichtigt werden. Wir müssen einen ganz konkreten Werbefeldzug in den nächsten drei Jahren für die Frauen führen. Darum bitten wir sehr herzlich. Bisher wurde doch alles das, was die Frauen betrifft, so ein bißchen am Rande behandelt. Wenn wir hier nicht besser und mehr arbeiten, können Sie sicher sein, daß wir die Wahl 1969 nicht gewinnen werden. Das wird auch Geld kosten, darüber müssen wir uns klar sein; denn ohne Geld geht es nicht. (*Etzel:* Man muß es aber haben!) Natürlich, aber die Frage ist, wie man das Geld verteilt. Wir sind der Meinung, daß man es in einer vernünftigen Weise für die Frauen ausgeben sollte, d. h. nicht irrational, sondern wirklichkeitsnah. (*Beifall.*)

Erhard: Herr Winkelheide!

Winkelheide: Herr Blank hat eben eine Zahl genannt, die ich korrigieren möchte. Es ist nicht so, daß 10.000 ausgetreten sind, um SPD zu wählen, sondern das hängt zusammen mit einer strafferen Organisation und einer Beitragsregulierung. Aber ich möchte dann doch das unterstreichen, was die Kollegen Blank und Katzer gesagt haben, daß auf dem flachen Land, besonders in den Dörfern, die großen Pendlergruppen sitzen. Ich bin in einem Dorf gewesen und habe eine Versammlung mit 60 Leuten abgehalten, davon waren 40 Pendler. Da sagten mir der Pfarrer und der Vorsitzende, diese Leute tragen in unser Dorf die sozialistische Auffassung hinein.

Das ist ein Problem, das man analysieren muß. Ich bin nicht gegen die Analyse, die hier aufgestellt werden soll. Die Zahlen kennen wir. Ich wäre vielmehr dankbar, Herr Bundeskanzler, und ich richte die Worte an das Präsidium insgesamt, wenn man die Praxis vor der Bundestagswahl jetzt aufgriffe, damit man nicht unter Zeitdruck Kontaktgespräche mit den vorparlamentarischen Gruppen führen muß. Wir müssen Hilfstruppen haben für die CDU, um das zu korrigieren, was sich gestern entladen hat, nämlich einen Stau des Unmutes und des Unwillens auch in unseren katholischen Verbänden aufgrund der freiheitlichen Meinungsäußerungen, die durch das Konzil da hineingebracht worden sind. Das muß hier ausgetragen und auch eine gesellschaftspolitische Konzeption mit diesen Verbänden abgesprochen werden.

Da hat sich etwas angestaut, das sich gestern als Schuß vor den Bug entladen hat. Man kann das noch in richtiger Stunde korrigieren. Herr Bundeskanzler, Sie müssen dabeisein und Zeit haben. (*Zuruf:* Das ist gut!) In vielen Versammlungen habe ich immer wieder Partei für Sie ergreifen und Sie verteidigen müssen, weil manche Aussage

70 Vgl. „Süddeutsche Zeitung" vom 19. Februar 1966 „Wehner analysiert Bundestagswahl".

falsch dargestellt wird, und zwar in den Betrieben und in den Omnibussen, wo ja diese Dinge geradezu hochgespielt werden. Und dagegen müssen wir eine brauchbare Waffe schaffen. Das scheint mir wichtiger zu sein als die Analyse, so wichtig sie auch mit ihren Zahlen ist.

Ich möchte das unterstreichen, was der Herr Altbundeskanzler gesagt hat. Wir müssen auch in unserer Partei wieder stärker zum „C" hinabsteigen. (*Lebhafte Heiterkeit und Zuruf:* Hinauf!) Ich meine, in die Tiefe des „C" hineinsteigen. (*Erneute Heiterkeit.*) Damit wir wirklich wieder die Unterschiede aufzeigen können zum Menschen bis hin zum Familienbild und zu allen diesen gesellschaftspolitischen Vorstellungen. Das scheint mir wichtiger zu sein. Aber die Arbeit muß unverzüglich aufgenommen werden.

Erhard: Herr Kollege Barzel!

Barzel: Meine Damen und Herren! Es ist so viel Gutes gesagt worden, daß ich mich ganz kurz fassen möchte. Aber ich meine, es ist auch richtig zu sagen, diese Wahl hat die Politik verloren und nicht die Organisation. Nach meinem Eindruck – ich bin in über 50 Veranstaltungen gewesen – war die technische Organisation besser als beim Bundestagswahlkampf. Wenn wir sagen „die Politik", dann müssen wir fairerweise einräumen, mehr der Bund als das Land. Es ist ein langfristiger Trend in Nordrhein-Westfalen, der schon vor der Bundestagswahl sichtbar war. Wir alle haben seit Januar immer wieder gehört, daß wir 5, 6, 7, 8 Punkte hinter der SPD liegen, haben dies aber unterschiedlich geglaubt und im Grunde angenommen, wir können doch keine Wahl verlieren. Wir machen es wie die an der Saar, und dann werden wir es zum Schluß wieder schaffen.

Der Trend ist kein Naturereignis. Er ist abzustoppen. Aber wenn wir jetzt in die Ferien gehen und unser einziger Auftrag ist, eine Analyse zu machen und eine Kommission zu bilden – dem ich beiden zustimme –, dann ist der Trend festgefressen bis zum Oktober. Und wir werden dann in Hessen und wahrscheinlich auch in Bayern eine Menge weiterer böser Erfahrungen machen. Deshalb meine ich, wenn das stimmt, was ich sage, daß nämlich die Politik die eigentliche Schuld hat, daß wir ein Stück Einigung in Sachfragen vor dem Publikum sichtbar noch im Juli vollziehen müssen.

Ein vorzüglicher praktischer Grund ist der Besuch des französischen Staatspräsidenten,[71] an dem wir eine ganze Menge innerer Schwierigkeiten und Debatten beenden können durch eine sichtbare Politik, etwa in dem Bemühen, die Dinge, die bis jetzt strittig sind, bis dahin abzuschließen.

Mir schien es zum Zweiten notwendig, daß das Präsidium, das für Samstag nächster Woche eingeladen ist, schon in dieser Woche tagen soll.[72] Unsere Wähler und unsere Freunde draußen müssen sehen, wir nehmen das ganz ernst, was hier passiert ist, und wir tagen sofort und setzen uns zusammen. Das einzige, was ich zu dem mehr Analyti-

71 De Gaulle hielt sich am 21. Juli 1966 zu einem Arbeitsbesuch in Bonn auf. Vgl. OSTERHELD S. 328–333; AAPD 1966 Nr. 229, 230.

72 Vgl. das Protokoll der Präsidiumssitzung vom 14. Juli 1966 in ACDP 07–001–053/1. Die 10. Präsidiumssitzung fand am 23. Juli 1966 statt.

schen, was bisher gesagt wurde, hinzufügen möchte, ist folgendes, was ich aber für mich nicht auflösen kann: Es gibt Erfahrungen darüber, daß man, wenn man Sorge und Angst hat, sich dem Erfahreneren zuwendet, dem Bewährten, dem, der es bisher gut gemacht hat. Es gibt Sorgen und Existenzangst. Das ist alles richtig, was hier gesagt worden ist, aber man wendet sich vom Erfahreneren ab. Das ist das Phänomen und eine Fragestellung, auf die ich keine Antwort geben kann. Was die Düsseldorfer machen, das sollten wir sie auch selbst entscheiden lassen. Vielleicht wäre es gut, wenn wir ihnen deutlich machen, daß wir intern gehört werden und wissen möchten, was dort passiert; denn es ist auf jeden Fall von großer Auswirkung.

Ich würde warnen, in den Gesprächen und Interviews, die jetzt gegeben werden, irgendwo laut zu sagen, daß wir im Bundesrat noch die Mehrheit von einer Stimme haben, weil Berlin nicht mitstimmt. Wenn das gesagt würde, wäre das ganz verkehrt; denn die gesamtpolitischen Dinge spielen eine größere Rolle, als es oftmals in unserem Kreise angenommen wird.

Herr Bundeskanzler! Die ganze Stabilisierungsgesetzgebung einschließlich des Bundesanteils sind alle sehr kompliziert. Wenn das eine Bruchlandung werden sollte, dann würden wir im Herbst noch mit ganz anderen Gesichtern zusammensitzen. Es darf nicht sein! Deshalb sollten wir zum zweiten Punkt, neben dem außenpolitischen, den ich nannte, versuchen, mit unseren Ländern uns weitgehend zu verständigen; denn wir kriegen diese Gesetzgebung doch nur, wenn der Bundeskanzler mit unseren Ländern einig ist und die Fraktion dazu steht und wir dann mit dem Rückenwind der öffentlichen Meinung die SPD zwingen, mitzumachen. Das ist doch die einzig mögliche Methode; sonst kann es überhaupt nicht gehen.

Meine Damen und Herren! Zum Schluß noch einen Satz! Ich stimme all denen zu, die sagen, daß man dieses Ergebnis nicht ernst genug nehmen kann. Ich glaube nicht, daß es der Anfang vom Ende ist, vor allen Dingen dann nicht, wenn wir es selber wollen. Es kann der Anfang – wie Theo Blank mir zuruft – zu einer Besinnung sein. Es kann ein Neubeginn sein. Schaffen wir das nicht, dann werden wir im Jahre 1969 nicht diesen Erdrutsch, sondern eine Lawine haben. Dies fürchte ich leider Gottes.

Wir sollten deshalb die Wochen im Juli noch nutzen, um den Trend nicht festfressen zu lassen; denn was die Leute erwarten, ist doch das, daß in Bonn gehandelt und entschieden wird. Und das wollen wir miteinander tun! (*Beifall.*)

Erhard: Herr Heck!

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Einige Worte zur Wahlanalyse, weil hier offensichtlich falsche Vorstellungen entstanden sind. Es ist ganz klar, daß eine Wahlanalyse, die statistisches Material aufarbeitet, weiter nichts bringt als Fakten, die Gegenstand einer Interpretation sein müssen. Sie müssen beispielsweise feststellen, ist durchgängig in allen Bereichen der Anteil der Frauenstimmen zurückgegangen? Oder gibt es hier Unterschiede? Wenn Unterschiede vorhanden sind, muß ich fragen, wo liegen die Ursachen? Das heißt, der erste Arbeitsgang einer jeden Wahlanalyse ist zwangsläufig psychologischer, statistischer, technischer Art, aber an den Fakten vorbei-

zugehen und nur das, was gerade so gemeint wird, als Analyse zu betreiben, halte ich für außerordentlich gefährlich.

Zum zweiten! Ich glaube, daß es möglich sein wird, Kollege Barzel, daß die Bundesgeschäftsstelle im Laufe dieser Woche eine erste grobe Analyse wird vorlegen können, die Grundlage einer Aussprache sein kann. Ich halte es auch für politisch außerordentlich wichtig, daß die ganze Geschichte der Öffentlichkeit gegenüber nicht so aussieht, als ob sie bei uns routinemäßig behandelt würde: Bundesvorstandssitzung, dann vier Wochen Ferien, dann Anfang September kommen wir wieder zusammen, dann beschäftigt sich das Plenum mit der Sache usw. Deswegen halte ich den Vorschlag für ausgezeichnet, daß wir für Freitag oder Samstag eine Präsidiumssitzung einberufen sollen mit der Aufgabe, hier einmal eine Generalaussprache aufgrund dieser Analyse durchzuführen, aber auch mit dem Ziel und Zweck, daraus gleich wenigstens einige Folgerungen zu ziehen, so daß die Öffentlichkeit sieht, hier ist eine Partei in Aktion.

Die nächsten Landtagswahlen sind im November in Hessen. Ich rede nicht von den bayerischen Wahlen[73], auf die haben wir keinen besonderen Einfluß. Die Parteiorganisation in Hessen ist sehr unterschiedlich. Wir können nicht sagen, daß die hessische Landespartei generell schlagkräftig durchorganisiert ist. Politisch ist die Situation der CDU in Hessen traditionell schwierig. Hier sollten wir uns keinen Täuschungen hingeben. Aber nach einer ersten Analyse, die die Bundesgeschäftsstelle durchgeführt hat, bestehen Möglichkeiten, 2, 3 oder 4% Stimmen hinzuzugewinnen. Es ist so, daß man mit diesem Stimmengewinn zwar keinen großen Einfluß auf die Regierungsbildung ausüben kann, aber ich halte es für außerordentlich wichtig, daß wir alles tun, um bei der nächsten Landtagswahl wenigstens einige Prozente hinzugewinnen, damit sich in der Öffentlichkeit nicht festfrißt, das ist ein allgemeiner Trend.

Wir sollten deswegen die hessische Landespartei mit allen Mitteln, wie das auch in Nordrhein-Westfalen geschehen ist, vielleicht nicht mit dieser Dichte des Rednereinsatzes in Nordrhein-Westfalen, unterstützen. Hier bin ich mir selber nicht im klaren darüber, ob man nicht die oberste Repräsentanz dadurch abwertet, daß in kleinen Städten sechs bis acht Bundesminister reden. Das scheint mir ein bißchen übertrieben zu sein. Mein Vorschlag ist, daß die Bundespartei die Landespartei in Hessen in jeder Weise unterstützt. Vielleicht wäre es gut, wenn wir zu dieser Präsidiumssitzung den Landesvorsitzenden von Hessen einladen würden.

Erhard: Herr Burgbacher!

Burgbacher: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich würde vorschlagen, daß Herr Dr. Kraske oder wen wir beauftragen in Düsseldorf anruft, um festzustellen, ob die Fraktion zu einer Entscheidung gekommen ist, damit wir dieses Ergebnis bekommen.

Erhard: Meine Damen und Herren! Wir müssen unterbrechen. Ich habe selber das Bedürfnis, noch einiges zu sagen. Es ist hier wieder eine Kontroverse aufgekommen, vor allen Dingen in der Richtung, daß gesagt wird, das und das hätte man tun oder nicht

73 Am 20. November 1966.

tun sollen, und auf der anderen Seite sitzen wir zusammen und zerbrechen uns den Kopf über den Ausgleich des Haushalts und wie wir langfristige Maßnahmen für die nächsten drei Jahre ordnen sollen. Das paßt einfach nicht zusammen. Wenn es richtig ist, daß die Sorge wegen der steigenden Preise entstanden ist, dann kann es keinen Zweifel geben, daß das die Sorge Nr. 1 ist. Wenn aber die jungen Gymnasiasten unter Anführung ihres Schuldirektors und flankiert von sozialdemokratischen Stadträten in Moers auftreten[74], kann man nicht von einer Existenzangst sprechen, sondern es ist die Existenzangst von der SPD künstlich geschürt worden, um damit politische Geschäfte zu machen.

Wir werden auch einmal die Lügen zusammenstellen, die von dieser Seite vorgetragen worden sind. Das andere ist ein Thema, über das wir nachher noch einmal sprechen wollen. Man kann nicht beides zugleich machen. Man kann nicht Geld unter die Leute bringen und Anleihen aufnehmen und die Ausgaben vermehren und auf der anderen Seite sich dann darüber wundern, wenn die Preise steigen. Wenn hier gesagt wird, dadurch haben wir die Wahl verloren, dann müssen wir in der Beziehung Klarheit schaffen. Wenn wir vom Bund ein führendes Beispiel geben wollen in bezug auf die Stabilität, dann setzt uns das Grenzen.

Es wäre eine Groteske, wenn die SPD dadurch die Wahl gewonnen haben soll, obwohl gerade sie durch ihr Verhalten eigentlich die Preissteigerungen bewirkt hat; (*Zurufe:* Mit bewirkt hat!) denn die SPD hat alles dazu getan, daß die Preise gestiegen sind. Ich denke daran, daß fast alle Großstädte pleite sind. Die haben doch geaast in bezug auf Anleihen. Die gehen heute noch hausieren, an der Spitze Frankfurt, und bedienen sich der finstersten Kanäle, um Geld aufzutreiben. In der Schweiz sind schon Warnungen laut geworden, um Gottes willen, gebt kein Geld mehr an die deutschen Städte. Die bieten 11½ und 12% Zinsen. Sie sind bereit, sich kurzfristig zu verschulden für Anlagen, die sich niemals amortisieren lassen. Und wir sind dann für die Preissteigerungen verantwortlich, die die SPD verschuldet hat.

Ich weiß nicht, ob Sie die Fernsehsendung von der SPD gesehen haben. Ich will Ihnen nur einige Dinge daraus vorlesen: „Die Preise sind davongelaufen." „So kauft man besser noch heute, was morgen schon teurer ist." „Die deutschen Sparer bitten zur Kasse." „Die Mark ist heute überhaupt nichts mehr wert." „Ich hoffe, daß die Mark nicht ganz kaputtgeht." „Wir haben vor zwei Jahren bedeutend mehr verdient als jetzt." „Wenn unser Lohn so bleibt, wie er ist, dann ist sicher nichts mehr für uns da." So geht das weiter und weiter, auch in bezug auf die Preise: Die Geschäftsleute sind nicht schuld, die Arbeiter sind auch nicht schuld. Beide sind zusammen die Opfer dieser Entwicklung, da der Geldwert immer mehr heruntergeht. Und wir sind natürlich die Schuldigen. Auf dem Bildungssektor ist es ebenso schlecht. Auf dem Verkehrssektor stecken wir in einer Katastrophe.

74 Erhard war während seiner Wahlkampftournee in Nordrhein-Westfalen am 6. und 7. Juli 1966 in Moers (vgl. ACDP 01–554–002/1). Bei verschiedenen Auftritten kam es zu schweren Zwischenfällen bis hin zum Abbruch der Reden (vgl. „Frankfurter Rundschau" vom 8. Juli 1966).

Das sind also Fernsehsendungen der SPD. Darum sind für uns die Versammlungen unentbehrlich, weil wir eben den Arbeiter nicht am Arbeitsplatz berieseln können, was bei der SPD fortgesetzt der Fall ist. Ich habe mir in Nordrhein-Westfalen sagen lassen, daß die SPD vielfach bewußt auf Versammlungen verzichtet hat, weil sie die Arbeiterschaft an ihrem Arbeitsplatz sehr viel mehr beeinflussen kann. Die Kommunikationsmittel Rundfunk und Fernsehen arbeiten auch gegen uns. Wie und wo sollen wir überhaupt noch unsere Stimme erheben?

Aber, meine Damen und Herren, wir machen jetzt eine Pause.

Unterbrechung von 13.40 bis 14.10 Uhr.

Kooptierung von drei weiteren Mitgliedern des Bundesvorstands nach § 25 b

Kraske: Meine Damen und Herren, der Bundesvorstand hat nach § 25 b des Statuts die Aufgabe, jeweils nach seiner Neukonstituierung bis zu drei Mitglieder zu kooptieren. Der Bundesvorstand hat sich dieser Pflicht auf seiner konstitutierenden Sitzung noch nicht entziehen können, weil er nicht beschlußfähig war. Das Präsidium schlägt dem Bundesvorstand einstimmig vor zu kooptieren: 1. Frau Dr. Becker-Döring aus Braunschweig, die auch dem letzten Bundesvorstand als kooptiertes Mitglied angehört hat; 2. Herrn Bundestagsabgeordneten Hermann-Josef Russe, der ebenfalls dem letzten Bundesvorstand angehörte, und 3. Herrn Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker, den Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchentages. Dieser Beschluß ist nach gründlicher Überlegung vom Präsidium einstimmig gefaßt worden, ohne weitere Vorschläge zu machen.

Ich darf noch eines zur Erläuterung sagen. Bei der Wahl von 15 Mitgliedern durch den Bundesausschuß waren bekanntlich auf Platz 15 stimmengleich Herr Dr. Dittmar und Herr Russe gewählt worden. Diese Entscheidung ist zunächst alphabetisch getroffen worden. Außerdem hat inzwischen auf Wunsch des Präsidiums auch noch ein Losentscheid stattgefunden, der ebenfalls nach der Reihenfolge des Alphabets ausgeht. Nach dem Losentscheid ist Herr Dr. Dittmar gewählt worden. Herr Russe ist bei gleicher Stimmenzahl im Bundesausschuß nicht gewählt worden.

Erhard: Meine Damen und Herren! Wollen wir im einzelnen abstimmen oder im ganzen? (*Zurufe:* Im ganzen!) – Herr Dr. Kraske!

Kraske: Er ist seit 1952 oder 1953 Mitglied der CDU, hat einmal im Jahr bei der Bundestagswahl 1953 auf der nordrhein-westfälischen Landesliste auf einem sehr zurückliegenden Platz für die CDU kandidiert und ist sowohl aufgrund seines Bekenntnisses zur CDU, aber auch seiner Ausstrahlungskraft nach draußen eine wichtige und wertvolle Ergänzung.

Erhard: Meine Damen und Herren! Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? Niemand. Enthält sich jemand? – Niemand! Ich danke Ihnen.

Bericht zur Lage

Wir kommen zum Punkt 1 der Tagesordnung: „Bericht zur Lage". Zu einem großen Teil haben wir heute schon das Thema vorweggenommen, aber ich möchte noch sprechen von dem Stabilisierungsgesetz, weil es nach meiner Überzeugung eines der entscheidenden Gesetzgebungswerke ist, die wir zu behandeln haben.

Ich darf vorausschicken, ich habe mit dem derzeitigen Vorsitzenden der Ministerpräsidentenkonferenz, mit Herrn Goppel[75], eine Besprechung gehabt, um möglichst ein Einvernehmen mit den Ländern zu erzielen, weil wir eine 2/3-Mehrheit brauchen. Wir haben am 22. [Juni] mit Wissen von Herrn Goppel diese Regierungsvorlage des Stabilisierungsgesetzes angenommen, aber noch nicht endgültig verabschiedet, um der Konferenz der Ministerpräsidenten am 30. Juni Gelegenheit zu geben, noch einmal ihre Meinung dazu zu äußern, so daß wir also hier nichts vorwegnehmen wollten, ohne mit den Ministerpräsidenten zu einer Verständigung, vor allen Dingen auch im Verfahren, zu gelangen.

Ich war bei dieser Konferenz am 30. Juni anwesend. Die Ministerpräsidenten glaubten zuerst, das Kabinett sollte nicht verabschieden, sondern man sollte den Versuch machen, gemeinsam eine Vorlage zu erarbeiten, und wenn sie zu einer gemeinsamen Übereinstimmung führte, dann wäre die Weiterleitung an den Bundesrat nur noch eine Formsache, weil die Einigung schon vorher vollzogen wäre. Auf diesen Vorschlag konnte ich mich nicht einlassen; denn wir haben mit Wissen von Herrn Goppel vorher verkündet, daß das Kabinett unter allen Umständen am 4. Juli die Verabschiedung vornehmen werde. Wir haben das auch in der Öffentlichkeit erklärt, und es war also unabdingbar. Wir haben dann doch eine Lösung dahingehend gefunden, daß wir sagten, das Bundeskabinett verabschiedet am 4. Juli, so ist es auch geschehen, aber es ist nicht verpflichtet, nach Verabschiedung dieses Gesetz sofort an den Bundesrat weiterzuleiten. Wir werden also so lange warten, bis der Bundesrat am 15. August Gelegenheit hat, in sich selbst und gemeinsam mit der Bundesregierung bzw. den Ressorts die Dinge so weit zu beraten, daß wir dann bei der Überleitung nach Möglichkeit ein weitgehendes Einverständnis erzielen.[76]

Ich habe mich auch bereit erklärt, mit der Opposition ein Gespräch dieser Art über das Stabilisierungsgesetz zu führen. Aber hier geht es um das Ganze. Meine verehrten Damen und Herren! Wenn wir aber damit anfangen und jedes Gremium glaubt, irgend etwas, was ihm persönlich nicht genehm ist, aus dem Gesetz herausnehmen zu können, dann haben wir eine leere Hülle ohne Inhalt in der Hand. Hier muß sich also der Zusammenhalt der CDU, wie wir ihn uns zugeschworen haben, auch bewähren. Ich will

75 Alfons Goppel (1905–1991), Jurist; 1954–1978 MdL Bayern (CSU), 1957/58 Staatssekretär im Justizministerium Bayern, 1958–1962 Staatsminister des Innern, 1962–1978 Ministerpräsident von Bayern, 1979–1984 MdEP. Vgl. Lexikon S. 254–256.

76 Das Kabinett hat die am 4. Juli 1966 gebilligten Entwürfe für ein Stabilisierungsgesetz am 15. Juli in den Bundesrat eingebracht, wo am 5. August die erste Lesung erfolgte, vgl. dpa vom 15. Juli 1966 „Stabilisierungsgesetz im Bundesrat eingebracht", „Süddeutsche Zeitung" vom 5. Juli 1966 „Kabinett billigt Konjunkturgesetz"; vgl. auch Sten.Ber. des Bundesrats 298. Sitzung vom 5. August 1966 S. 163–193.

nicht glauben, daß das Stabilisierungsgesetz eine Wunderwaffe ist, denn wir kriegen nie in den Griff die Ausgabenwirtschaft der öffentlichen Hände von Bund, Ländern und den 25.000 Städten und Gemeinden. Es ist gar kein Zweifel, am stärksten verschuldet sind die Städte, vor allen Dingen die Großstädte, aber davon ist vor der Wahl auch nicht gesprochen worden.

Wir wollen nichts unterschlagen, aber doch erreichen, daß nicht nur der Bedarf der öffentlichen Hände durch den Kapitalmarkt befriedigt wird, die Nachfrage besteht auf beiden Seiten. Wir müssen dafür sorgen, daß der Kapitalmarkt für die Zwecke der konstruktiven Investitionen ausreichend zur Verfügung steht, denn wenn wir hier stehenbleiben, dann ist es mit unserer ganzen Währung, mit unserem Wohlstand und der sozialen Sicherheit sehr schnell vorbei. Deshalb gehört zu diesem Stabilisierungsgesetz ein entsprechendes Verhalten aller übrigen Sozialpartner, und zwar der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer.

Die Haushalte der öffentlichen Hand betragen insgesamt 145 Mrd. DM. Wenn Sie davon das abziehen, was unmittelbar mit der Konsumkraft der öffentlichen Haushalte zusammenhängt, dann ist die Finanzmasse, die zu staatlichen Zwecken zur Verfügung steht, gar nicht so furchtbar groß. Bei einem Bruttosozialprodukt von 460 Mrd. DM kann natürlich die öffentliche Hand allein die Dinge nicht bewältigen. Wir können annehmen – es sind zwar Schätzungen, aber sie liegen wahrscheinlich dicht bei der Wirklichkeit –, daß die Lohn- und Gehaltssummen und die der Renten, die angeschlossen sind, allein 250 Mrd. DM ausmachen. Wir nehmen einen Zuwachs von 4% des Bruttosozialproduktes an, dann sind das heute schon bei einer Schätzung nach der Obergrenze hin bei 450 Mrd. rund 18 Mrd. DM.

Wenn Sie bloß die Einkommen der abhängigen Leute mit Lohn und Gehalt nehmen – die Privatberufe nicht und die Unternehmereinkommen nicht –, dann ist damit nach dem heutigen Stand allein schon eine Erhöhung der Einkommen von 7 bis 8% zu verzeichnen. Von 350 Mrd. sind das 20 Mrd., d. h. die Steigerung des Bruttosozialproduktes ist also damit mindestens völlig aufgezehrt, und für andere Zwecke ist nichts mehr übrig. Dann werden die Bundesregierung und die Länderregierungen für die so wichtigen Sozialinvestitionen kein Geld zur Verfügung haben. Wenn Sie gleichzeitig bedenken, daß die Zuwachsrate der Spartätigkeit trotz erhöhter Preise geringer geworden ist, dann haben Sie das ganze Tableau, das nicht mehr zusammenpaßt. Ich sage das deshalb, weil wir die Dinge so nicht weitertreiben lassen können, wie es bisher der Fall ist. Am 10. August geraten wir in einen Trend immer weiterer Preissteigerungen. Darüber wird man noch besonders zu sprechen haben. Ich möchte Ihnen aber meine Sorgen nicht verhehlen, die liegen auf diesem Gebiet.

Wir haben jetzt in der Bundesregierung einen sogenannten Fünfer-Ausschuß gebildet, der sich mit den Fragen des Haushalts 1967 und gleichzeitig auch für 1968 befassen wird.[77] Ich kann Ihnen sagen, daß das ein Titanen-Werk ist. Hierbei sind zwei Wege

77 Dahlgrün, Schmücker, Niederalt, Stoltenberg und Katzer gehörten dem Fünfer-Ausschuß, „Streichquintett" genannt, an, vgl. HILDEBRAND S. 208; HENTSCHEL S. 616.

denkbar: Entweder wir haben nicht den Mut, Ausgaben zu kürzen oder wenigstens nicht mehr zu erhöhen, dann werden mit Sicherheit die Preissteigerungen weitergreifen, dann wird man den Bund anklagen, wie schon geschehen, er hätte keine Führungsaufgabe, und wenn er selber nicht Disziplin bewahre, dann könne von den Ländern und den Gemeinden auch nichts Besseres erwartet werden, auch nicht von den Tarifpartnern. Aus diesem Grunde schaut die ganze Öffentlichkeit wie gebannt auf diesen Bundeshaushalt, ob der sich in den Grenzen des Produktivitätszuwachses und der Zunahme des Bruttosozialproduktes hält. Wenn sich aber die Bundesregierung und der Bundestag daran halten, dann fehlen uns 5 bis 6 Mrd. DM. Sie aufzutreiben durch Verkürzung der Ausgaben, das ist außerordentlich schwierig. Wenn wir aber die Einnahmen erhöhen, dann sind wir natürlich sofort wieder über der 10%-Grenze, die wir nicht überschreiten sollen in der Haushaltsgebarung. Das sind die Fragen, mit denen wir uns beschäftigen.

Ich muß sagen, daß hier doch etwas unterschiedliche Auffassungen bestehen, was der Bund tun soll und was er leisten kann und was vom einzelnen Gegenstand her moralisch durchaus berechtigt sein kann, aber es paßt dann dieses ganze Tableau nicht mehr in die Grenzen des Rahmens, der noch in das Verfügbare hineinpaßt. Also entweder – und das ist meiner Ansicht nach unmöglich – in den Ausgaben keine Rücksicht zu nehmen, also auf einen ausgeglichenen Haushalt, oder aber es zu tun und dann stark und mutig zu sein, um dann auch manche Wünsche und Vorstellungen abzuwehren.

Eine dritte Lösung gibt es nicht, um das gleich deutlich zu sagen. Hier stehen wir vor einer Weggabelung, deren wir uns bewußt sein müssen. Ich würde keinen anderen Weg zu gehen bereit sein als den der Erhaltung der Stabilität.

Heute früh wurde davon geredet, daß die Stabilität die entscheidende Ursache war für den Einbruch bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen. Das stimmt auch. Das ist meine ehrliche Überzeugung; aber wir müssen auch alles tun, daß diejenigen, die die größten Treiber sind, um die Preise in die Höhe zu treiben, nicht auch noch die Nutznießer sind. Das ist doch eine groteske Situation; das grenzt doch an Schizophrenie. Deshalb scheint diese innenpolitische Frage von ausschlaggebender Bedeutung zu sein. – Das Wort hat Herr Kollege Barzel.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es sehr gut ist, daß der Herr Bundeskanzler diese wichtige Frage hier noch einmal zur Sprache gebracht hat. Es wäre gut, wenn wir in unser Kommuniqué von heute aufnehmen könnten, daß der Bundesvorstand es begrüßt, daß dieses Stabilisierungsgesetzwerk da ist, daß wir es rasch verabschieden wollen.

In der Frage, die der Herr Bundeskanzler zur Sache angeschnitten hat, kann es überhaupt für uns nur den Weg geben, ihm zu folgen, nämlich in der Frage des Vorranges der Stabilität.

Die Frage scheint mit auch zu sein, das ist auch das Ergebnis dieses Wahlkampfes, daß man das natürlich auch richtig verpacken muß. Ich glaube, hier haben wir mit der Verpackung noch nicht den richtigen Weg gefunden. Es wäre gut, wenn noch im Juli Bundesregierung und Bundestag dartun würden, daß auch diese Stabilisierungsgesetze

nur Teil eines Gesamtprogrammes sind. Wir müssen einmal alles zusammenstellen, was wir versuchen, bei Bahn und Post, beim Haushalt und bei der Verfassungsergänzung usw. zu machen. Das Ganze muß popularisiert werden, es muß eine Überschrift haben, die die Leute verstehen. Wenn diese Überschrift populär ist, dann ist hier das Unbequeme gar keine Frage. Aber alles das hat nur dann einen Sinn, wenn wir nicht den Kanzler und die Regierung, um ganz offen zu sprechen, im Herbst ins totale Unglück rennen lassen wollen, daß sich hier unsere Ministerpräsidenten und die Spitze unserer Fraktion völlig klar darüber sind, daß, soweit ihr Atem reicht, sie wirklich zu der Sache stehen. Für die Bundestagsfraktion kann ich dies erklären. Es wäre dringend erwünscht, dies mit den Ministerpräsidenten zu machen.

Was unerläßlich ist, ist doch, dies als ein Programm mit einer Überschrift zu verkünden, und zwar nicht nur mit einer Verpackung, sondern daß man deutlich sagt, wozu und wohin. Das muß begreiflich und verständlich sein. Ich glaube, wir haben die Ansätze nicht nur für diese Gesetzgebung in der Politik der Bundesregierung, sondern auch bei der Bundesbahn, bei der Post, beim Öffentlichen Dienst usw. Man muß es einmal zusammenstellen und nach Gesichtspunkten der Werbung mit einer guten Überschrift versehen, so daß es auch ankommt. Dies scheint mir zwingend zu sein.

Noch eine praktische Frage, aber die können wir jetzt hier nicht behandeln, wir müssen sie jedoch sehen. Diese ganze Misere hängt natürlich auch mit persönlichen Geschichten zusammen. Der Bundesminister der Finanzen[78] ist ein reizender Mann, aber sehr schwach. Wir müssen einmal überlegen, Herr Bundeskanzler, ob wir nicht durch einen zweiten Staatssekretär oder irgendwie auch den Kontakt zwischen uns zu stärken. Es ist unmöglich, daß wir, was die Fraktion und die Partei angeht, in diesen wichtigen Fragen praktisch ohne die Spitze dieses Ministeriums beraten. Das ist nicht sehr gut. Ich will jetzt nicht die Forderung stellen, irgendwelche Kabinettsveränderungen zu machen, aber ich möchte doch wenigstens darauf hinweisen, daß hier ein schwacher Punkt ist, der so schwach ist, daß dieser Minister nicht einmal in seiner eigenen Fraktion die nötige Unterstützung hat. Wir stützen ihn, wenn's ums Sparen geht, die anderen stützen ihn gelegentlich, wenn es um die „längere" Abteilung geht. Ich darf das hier sagen, Herr Etzel winkt mir zu. Das kann also auf die Dauer nicht gutgehen, weil es uns zu sehr belastet.

Erhard: Herr Etzel!

Etzel: Meine Damen und Herren! Wie Sie wissen, sitze ich seit langem dem Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik vor. Der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik hat die Aufgabe, den Bundesvorstand zu beraten. Sie werden es deshalb verstehen, daß ich hier das Wort ergreife. Sie werden es auch verstehen, daß ich ein bißchen weiter aushole. Der Herr Bundeskanzler hat hier in der Tat ein zentrales Problem angesprochen, an dem wir stehen oder scheitern.

Es ist das Problem der Geldwertstabilität. Dieses Problem kann man nicht totreden. Wir wollen auch nicht über die Frage sprechen, ob das Inflation sei oder nicht. Es ist gar

78 Rolf Dahlgrün (FDP).

nicht so wichtig. Es ist unabweisbar, daß wir in einer Situation des ständig geringer werdenden Geldwertes sind. Das erleben jeden Tag einige Millionen Hausfrauen in den Läden, und danach orientieren sie sich auch für ihr persönliches Verhalten. Das Problem, vor dem wir stehen, möchte ich an einem Bild klarmachen. Stellen Sie sich ein Auto vor. Ein Auto hat normalerweise vier Räder. Geben wir dem Bundeshaushalt die Rolle eines Rades; geben wir den Länderhaushalten die Rolle des zweiten Rades; geben wir den Gemeindehaushalten die Rolle des dritten Rades; und geben wir der Wirtschaft die Rolle des vierten Rades, wobei wir uns klar sein können, daß die Räder untereinander natürlich verschiedene Gewichte haben. Nun passiert seit Jahren folgendes: Die Bundesbank, die in ihrer Politik unabhängig ist von der täglichen Politik, tritt die Bremse des Rades der Wirtschaft. Theo Blank hat vorhin schon von den Restriktionen gesprochen. Diese Restriktionen haben Ergebnisse ausgelöst, die nicht ganz gleichgültig sind für das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen. Sie haben nämlich zu folgendem geführt: Wir haben einen total zerstörten Kapitalmarkt. Der ist zerstört. Der Kapitalmarkt ist, wirtschaftspolitisch gesehen, aber das Herzstück. Wenn Sie heute eine Hypothek nehmen von einer Hypothekenbank und kriegen nur 90 ausbezahlt statt 100 und müssen 7½% Zinsen zahlen, dann sind das alles sehr sichtbare Ergebnisse dessen, was da passiert.

Ich nehme ein Zweites: Das ist der exorbitant hohe Zinssatz. Heute muß eine Bank wie meine Bank etwa 8% Zinsen für Einlagen zahlen. Da wir eine zweiprozentige Spanne brauchen, kostet draußen der Zins 10%. 10% sind Zinssätze, die an sich exotischen Ländern gleich sind. Ein holländischer Bankier sagte mir kürzlich: Euch kann man doch kein Geld mehr geben, wir wissen ja, was wir Schlechtes bei euch haben. Ihr zahlt meinetwegen 10%.

Das Dritte, die Preissteigerungen, die man bremsen wollte mit den Restriktionen, sind auch geblieben. Woran liegt das? Das hat eine Ursache, meine Damen und Herren. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich bitte Sie aber, jetzt mal einen Augenblick zuzuhören. Diese Ursache liegt darin, daß das passiert ist, was jeder Volkswirtschaftler im ersten Semester lernt, nämlich wenn die monetäre policy, die die Bundesbank macht, nicht mit der fiscal policy der öffentlichen Hände in Übereinstimung gebracht wird, dann läuft der Laden nicht. So ist es. Hier ist nämlich auf einem Rad gebremst worden. Wenn Sie zwei Jahre auf einem Rad bremsen, läuft Ihnen die Bremse aus, und sie kommt in die Gefahr des Auseinanderplatzens.

Hier ist also eine Gefahr. Diese Gefahr hat etwas ausgelöst, was unser Freund Gradl heute bei einem Gespräch in den Satz brachte: Die Leute haben Angst bekommen. Ja, unsere Leute haben Angst bekommen wegen der Stabilität, wegen der Preise, wegen des weiteren Verlaufs der Wirtschaft. Was muß also geschehen? Es muß die fiscal policy in Ordnung gebracht werden. Und seien wir, die Politiker, uns über eines klar, die Verantwortung für das, was in Deutschland passiert, schiebt man nicht der Wirtschaft zu, die auch gar nichts dafür kann, sondern die schiebt man der Politik zu. Wir Politiker sind in den Augen der Wähler verantwortlich. Und wir kriegen die Quittung eines Tages, wenn wir nicht aufpassen, indem man uns schlechthin nicht mehr wählt. Eine erste Abschlagszahlung haben wir bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen bekommen.

Man muß also etwas Entscheidendes tun in der fiscal policy. Das Stabilisierungsgesetz, das uns hier von der Bundesregierung vorgelegt worden ist, ist der Versuch, die fiscal policy in Ordnung zu bringen. Herr Bundeskanzler, ich bin auch persönlich der Meinung, daß es sogar ein sehr schwacher Punkt ist. Wir haben es gar nicht leicht damit, aber es ist besser als gar nichts. Also, dieses Gesetz muß gemacht werden. Sie werden sich entsinnen, daß der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik, also Ihr Ausschuß, im Januar ein Gutachten von vier Seiten vorgelegt hat, worin wir gesagt haben: Grundsätzlich zur Stabilisierungspolitik![79] Das haben Sie alle bekommen, aber wahrscheinlich nicht gelesen. Hätten Sie es gelesen, dann würden Sie gesehen haben, daß genau dieser Kreis, vertreten durch seinen Bundeswirtschaftsausschuß, dieses Gesetz mit angeregt hat, natürlich nicht ohne Kontakt mit der Regierung.

Also, wir als Partei sind meines Erachtens dringend daran interessiert, daß dieses Gesetz angenommen wird. Wir müssen alles tun, um es anzunehmen. Dieses Gesetz hat in der Gesetzgebungsmaschine einige Unschönheiten bekommen, die ich nicht akzeptiere, aber diese Unschönheiten sind nicht so entscheidend, daß das Gesetz daran irgendwie in Gefahr gebracht werden könnte. Das Gesetz muß akzeptiert werden, weil nämlich der Bundesbankpräsident erklärt hat, wenn dieses Gesetz angenommen wäre, sei er bereit, seine Bremstour etwas locker laufen zu lassen mit dem Ziel, daß damit das Geld vom Geld- und Kapitalmarkt wieder etwas lockerer wird. Wie schnell das geht, weiß ich nicht. Das Vertrauen ist gründlich zerstört. Aber immerhin, der Versuch muß gemacht werden, wenn wir überhaupt einen Versuch machen wollen.

Unsere Idee ist deswegen – darüber wird Herr Russe dem Präsidium einen Brief schreiben[80] –, den Bundeswirtschaftsausschuß zu bitten, von sich aus auf die Landesparteien einzuwirken, im engsten Kontakt mit den Damen und Herren, die hier sitzen, auch in den Länderparlamenten zu versuchen, dieses Gesetz durchzubringen. Das scheint mir eine Notwendigkeit zu sein; denn wenn je die Partei eine Funktion gehabt hat, dann doch die, die Politik in Bund, Ländern und Gemeinden auf einen Nenner zu bringen. Dafür ist sie da. Das muß sie tun. Sie muß dazu beraten werden. Dieser Kreis mit dem Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik sollte diesen Weg gehen.

Ich stimme dem Herrn Bundeskanzler durchaus zu, wenn es nicht gelingt, die öffentliche Politik auf das Maß der vorhandenen Güter und Leistungen zu bringen, dann wird man gezwungen sein, den Haushalt irgendwie durch Steuererhöhungen auszugleichen. Wir können aber nicht ausgleichen über Steuererhöhungen, denn jede Steuererhöhung

79 „Empfehlungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik" vom Januar 1966 in ACDP 07–004–071/1.

80 Schreiben nicht zu ermitteln. – Vgl. Protokoll der Sitzung des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik der CDU vom 6. Juli 1966, der bei der Beratung des Gesetzentwurfs zur Sicherung der wirtschaftspolitischen Stabilität beschlossen hatte, dem Vorsitzenden des Ausschusses ein Verhandlungsmandat zu erteilen, um „die Gegensätze zwischen den CDU-Politikern der verschiedenen Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden) zu beseitigen. [...] Dabei sollten auch die Sozialausschüsse und die Junge Union als Gliederungen der Partei eingeschaltet werden." (ACDP 07–004–071/1).

geht in den Preis, und jede Preissteigerung ist wieder Unzufriedenheit und bedeutet auch Verringerung der Konkurrenzfähigkeit.

Alles dies zusammen ist doch wirklich so zwingend, daß an den Bundesvorstand appelliert werden muß, hier seine Funktion zu sehen und zu ergreifen. Jedenfalls muß der Grundsatz durchgeführt werden; das Gesetz muß also durchkommen.

Daneben haben wir noch einige andere Sachen, auf die wir keinen unmittelbaren Einfluß haben. Ich denke z. B. an das Problem der Tarifautonomie, das wir nicht ohne weiteres in den Griff bekommen. Darüber muß noch mehr gedacht und getan werden. Wir haben auch noch das sogenannte Währungsabkommen von Bretton Woods mit der Konvertibilität.[81] Das will ich aber nicht zur Diskussion stellen. Wir haben aber Probleme, deren Zusammenhänge wir kennen und sehen müssen. Und wenn wir entschlossen sind, sie zu lösen auf der politischen Ebene, dann wird es auch der CDU möglich sein, hier weiter voranzukommen. (*Beifall.*)

Erhard: Es kam mir nicht darauf an, eine Diskussion hier einzuleiten, sondern bloß Ihrer Zustimmung gewiß zu sein, wie Kollege Barzel es kurz formuliert hat. Wir gehen den Weg der Stabilität, auch wenn wir dabei noch einmal durch ein Tal der Nöte für den deutschen Staatsbürger hindurch müssen. Aber wenn sich die Früchte zeigen, dann haben wir gewonnen.

Es ist gar kein Zweifel, die Wirtschaft ist heute dahingehend strukturiert, daß wir zu wenig produktiv und zu viel unproduktiv investieren, so daß überhaupt der Verbrauch zu stark kopflastig geworden ist gegenüber den Gesamtinvestitionen. Das wird man mit diesem Gesetz allein nicht hinbekommen.

Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen in meinem Bericht zur Lage weiter etwas sagen zur Außenpolitik. Hier steht in erster Linie das Thema zur Diskussion, das durch den Austritt Frankreichs aus der Integration der NATO[82] auf uns zugekommen ist, ein Thema, das nicht nur uns berührt, sondern alle Partner der atlantischen Allianz. Die Dinge sind heute so, daß ohne Widerspruch von irgendeiner Seite, auch nicht von französischer Seite, das Thema dahin lautet, nachdem der Versuch, Frankreich in der Integration zu halten, aussichtslos war und ist, wie kommen wir zu Rande, Frankreich im Bündnis der Allianz zu halten, ohne daß es die Integration der NATO akzeptiert und daran teilnimmt; eine Frage, die sehr stark strategischen Charakter hat, aber sie hat natürlich auch einen eminenten politischen Charakter. Einigkeit besteht darüber, daß zwei Dinge notwendig sind. Es muß zwischen Frankreich und der NATO eine Einigung herbeigeführt werden, welchen Auftrag will und wird dieses Frankreich im Rahmen der Allianz, aber ohne NATO, erfüllen; denn schließlich ist ja die NATO kein Luxusspiel, sondern sie hat im Hintergrund doch eine sehr ernste Aufgabe, die Abschreckung auf alle Fälle glaubhaft zu machen und gegebenenfalls auch zur Verteidigung anzutreten.

---

81 1944 fand die Finanz- und Währungskonferenz der Vereinten Nationen in Bretton Woods/USA statt. Auf dieser Konferenz wurden die Gründung der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie des Internationalen Währungsfonds und ein System fester Wechselkurse beschlossen (wurde 1973 aufgegeben).

82 Vgl. Nr. 5 Anm. 11.

Also wird man den Weg finden müssen, und zwar in einem zweiseitigen Gespräch, welchen Auftrag Frankreich zu übernehmen bereit ist.

Das ist sehr unterschiedlich zu bewerten in bezug auf die Landstreitkräfte. Da kann man Vereinbarungen treffen. Es ist sehr viel schwieriger in der Frage der Luftverteidigung. Hier kann man eine Zusammenarbeit nicht durch Vereinbarungen erst schaffen, wenn Gefahr und Not in Verzug sind. Eine andere Frage, die politisch zur Diskussion steht, lautet: Wie wird sich der Aufenthalt französischer Truppen auf deutschem Boden gestalten. Die Frage interessiert auch unsere anderen Partner; denn die Amerikaner und die Briten stehen aufgrund der gleichen Rechtsbasis auf deutschem Boden, und die haben natürlich Bedenken, ein unterschiedliches Recht zwischen ihnen gelten zu lassen. Es spielt auch eine Rolle, daß zwar nicht mit der NATO automatisch jeder einzelne Partner verpflichtet ist, im Verteidigungsfalle sich mit vollem Einsatz zu verteidigen, aber immerhin haben die Ratsbeschlüsse innerhalb der NATO dazu geführt, daß der Automatismus der Verpflichtung praktisch doch eine Bindung darstellt. In der WEU ist es so, daß eine automatische Beistandsverpflichtung gegeben ist.

Nun wird de Gaulle am 21. Juli hierherkommen. Ich hoffe, daß ich im Einvernehmen mit ihm eine Lösung finden werde. Nachdem die ersten Noten usw. mehr den formalen politischen Standpunkt herausgestellt haben, ist man doch mehr und mehr auf die politische Substanz gegangen. Ich erinnere an meine Erklärung vor dem Bundestag am 25. Mai,[83] wo wir ganz klar ausgesprochen haben, wir wünschen den Aufenthalt der französischen Truppen in Deutschland. Wir wünschen auch die Teilnahme an der Verteidigung, in welcher Form sie auch immer ausgehandelt wird, unter Wahrung der deutschen Gebietshoheit und der Vereinbarung neuer Regelungen, wie der Aufenthalt und die Verbindung zwischen Deutschland und dem französischen Oberkommando hergestellt wird. Es ist von den Franzosen auch akzeptiert worden, daß wir einen Beauftragten ernennen. Ich glaube, in der Person von Herrn Köhler[84] haben wir eine gute Wahl vorgenommen. General Köhler ist sorgfältig ausgewählt worden bei dem Besuch von General de Gaulle hier. Er war sein ständiger Begleiter. Er spricht fließend französisch. Er ist kein Haudegen, sondern eher ein Diplomat. Er hat das Kommandokreuz der Ehrenlegion erhalten. Er hat Adenauer wieder nach Paris begleitet und hat dort ein Bild bekommen von de Gaulle mit persönlicher Widmung, nachdem er ihn ständig auf Schritt und Tritt begleitet hatte. Sie können also annehmen, daß gegen diese Persönlichkeit nichts einzuwenden ist. Wir haben auch nichts dergleichen gehört.

Jetzt soll es darum gehen, daß wir die Frage des Beitrags Frankreichs zur Verteidigung verbinden mit der Funktion und der Rechte, die die französischen Truppen auf deutschem Boden haben. Es ist ganz klar, daß die französischen Truppen zu einer Beistandspflicht stehen und bereit sind, ganz bestimmte Aufträge im Rahmen der europäi-

83 Vgl. Sten.Ber. 5. WP 43. Sitzung vom 25. Mai 1966 S. 2027–2029.

84 Paul Köhler (1906–2001), Generalmajor; 1925 Eintritt in die Reichswehr, 1949 Angestellter beim Bundesministerium für Wirtschaft, 1958 Übernahme als Oberst in die Bundeswehr, 1962 stv. Personalchef im Bundesministerium der Verteidigung, 1966 Beauftragter der Bundesregierung für die in der Bundesrepublik stationierten französischen Truppen.

schen Verteidigung zu übernehmen. Im Augenblick werden keine Noten gewechselt. Wir haben eine einseitige Erklärung abgegeben;[85] die war notwendig geworden, weil mir General de Gaulle das Datum des 1. Juli gesetzt hatte, wobei er erklärte, an diesem Tage scheiden wir aus der NATO aus. Nun, das ist also vorüber, davon wird nicht mehr gesprochen. Ich hoffe, daß wir eine gute Lösung finden werden. Mehr kann ich in diesem Augenblick nicht sagen.

Wir stehen also in Verbindung mit unseren NATO-Partnern, mit dem NATO-Rat, aber auch unmittelbar mit der französischen Regierung. Ich hoffe, daß sich durch den Besuch de Gaulles in Bonn auch die Atmosphäre für die bilateralen Gespräche bessern wird. Jedenfalls haben wir im Kabinett beschlossen, daß wir jetzt keine Noten mehr wechseln und keine Briefe mehr schreiben, sondern daß wir in die Verhandlungen eintreten.

Im übrigen habe ich in dieser Zeit einige Briefe mit dem französischen Staatspräsidenten gewechselt, die durchweg ein sehr gutes Klima geschaffen haben und von französischer Seite auch positiv beurteilt worden sind.[86] Obwohl wir vom deutschen Standpunkt aus politisch und militärisch nichts preisgeben dürfen, werden wir doch alle Versuche machen, um mit Frankreich zu einer Regelung zu gelangen, die der freundschaftlichen Verbundenheit nicht zuwiderläuft.

Ich habe Ihnen noch zu berichten über die jüngsten Ereignisse und die Verhandlungen mit der Zone über die Passierscheinstelle für Härtefälle. Ich will nicht vom Redneraustausch sprechen.[87] Da mag man unterschiedlicher Auffassung sein, ich bin der Meinung, daß wir uns sowohl als Regierung wie auch als Partei richtig verhalten haben, wenn wir nicht gleich mit grobem Geschütz da hineingeschossen haben, sondern erklärten, wenn ihr es fertigtbringt, die Stimme der Freiheit dort anzubringen, dann tut es. Alles andere wäre schlecht gewesen. Aber es ist gescheitert. Wir hatten angenommen, und zwar von Anfang an, daß es scheitern würde, wie alles scheitert, was wir unternehmen, um dort aus humanitären Gründen mit der Bevölkerung zu einer Zusammengehörigkeit zu kommen. Der Redneraustausch wird scheitern. Die Kontaktaufnahme auf der unteren Ebene wird scheitern. Unsere Bemühungen um eine Intensivierung des Interzonenhandels werden auch keine großen Aussichten haben. Kurz und gut, man merkt, die Ostzone will unter gar keinen Umständen irgendetwas tun, was den Charakter ihrer Souveränität antastet. Das ist auch entscheidend bei den Gesprächen um die Passierscheinstelle für Härtefälle. Wir hatten in den früheren Vereinbarungen die sogenannte salvatorische Klausel, d. h. auf gut deutsch, es ist die Nichtanerkennung der SBZ, auch wenn in den Formularen „Deutsche Demokratische Republik" steht. Es sind beide Seiten übereingekommen, alles das, was vereinbart wird, bedeutet keine Anerkennung der DDR. Die DDR kann glauben, daß die Unterschriften in keiner Weise als

85 Zur Erklärung der Bundesregierung vom 6. April 1966 vgl. BULLETIN Nr. 48 vom 7. April 1966 S. 377; AAPD 1966 Nr. 102; OSTERHELD S. 310–312.

86 Vgl. Nr. 4 Anm. 42.

87 Vgl. HILDEBRAND S. 92–95, S. 196f. Vgl. auch Nr. 6 Anm. 5. Zur Diskussion in der Fraktion über den Redneraustausch vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 1837–1845. Vgl. auch Anm. 67.

eine Verständigung über den staatspolitischen Inhalt dieser Vereinbarung gelten. Dieses Mal ist also lange, lange verhandelt worden über die Zulassung bei Härtefällen. Die Zone hat immer wieder erklärt, ihr könnt tun und lassen, was ihr wollt, aber eine salvatorische Klausel wird es nicht mehr geben. Wir sind nicht bereit, sozusagen unseren eigenen Staat zu vernichten und zu leugnen. Ihr könnt eine Regelung haben, aber nicht mehr die salvatorische Klausel; d. h. es ist der Versuch gemacht worden, die Anerkennung der DDR zu erzwingen oder wenigstens wieder eine ganz schöne Scheibe von der Nichtanerkennung abzuschneiden. Ich werde den Regierenden Bürgermeister noch fragen, was er sich eigentlich gedacht hat, wenn man neun Stunden insgesamt über den Gegenstand diskutiert und sich nicht einigen konnte, bis dann schließlich eine Formel gefunden wurde, daß die Protokolle, die seinerzeit gewechselt worden sind über den Grenzübertritt in Härtefällen, zur Anwendung kommen sollen. Darauf sind sie eingegangen. Die Bundesregierung war der Meinung, nach allem, was in der jüngsten Zeit vorgefallen ist und was insbesondere die SPD erlebt hat und was wir an Unterwanderung usw. erfahren, müssen wir doppelt vorsichtig sein.[88] Das Kabinett kam zu der Auffassung, wir können die vorgeschlagenen Dinge des Berliner Senats nicht akzeptieren. Diese Frage droht zu einer hochpolitischen Frage zu werden. Unsere deutsche Presse sagt, das sind doch Kleinigkeiten, und wegen dieser Kleinigkeiten will man uns unsere deutschen Menschen, gerade wenn sie in Not sind, nicht zusammenkommen lassen.

Ich bin der Meinung: Wann endlich fangen wir an, einmal Härte zu zeigen gegenüber der DDR! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir sollten sagen: Wir lassen uns das nicht mehr gefallen; ihr könnt machen, was ihr wollt, wir erkennen euch nicht an. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Darum geht es doch. – Bitte sehr, Herr Fricke!

Fricke: Herr Bundeskanzler, verträgt es sich mit der Loyalität in einem Bundeskabinett, daß der Herr Vizekanzler Mende in den letzten Tagen vor der Wahl in aller Offenheit erklärt hat, er und sein Staatssekretär Krautwig[89] hätten sich leider im Kabinett nicht durchsetzen können?[90] (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

Amrehn: Meine Damen und Herren! Die eine Frage läßt sich nur an der anderen Frage entscheiden, was man in der deutschen Politik überhaupt will. Hier stehen wir in einem Ringen um die Frage, ob man zur Anerkennung der Zone durchstoßen soll oder nicht. Für mich ist völlig klar, daß maßgebende Herren des Berliner Senats, womit ich nicht einmal

88 Vermutlich Anspielung auf den Fall Armin Korn, der als Vertreter der Berliner Senatsverwaltung für Bundesangelegenheiten während der Leipziger Messe an einem offiziellen Empfang teilgenommen hatte, vgl. „Welt" vom 12. März 1965 „Verfahren gegen Referenten des Berliner Senats". Vgl. auch UiD Nr. 28 vom 15. Juli 1965 S. 3 „Wirksame Kontrolle? Berliner Senat will kommunistische Infiltration eindämmen".

89 Dr. Carl Krautwig (1904–1981), Rechtsanwalt; 1953–1963 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung IV im Bundesministerium für Wirtschaft, 1963–1968 Staatssekretär im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen und 1963–1969 Bevollmächtigter der Bundesrepublik in West-Berlin.

90 Vgl. dpa vom 10. Juli 1966 „Mende hatte Annahme des umstrittenen Passierschein-Protokollentwurfs empfohlen"; „Rheinische Post" vom 11. Juli 1966 „Mende: Ich wollte Angebot aus Ostberlin annehmen".

unbedingt Herrn Brandt meine, sondern andere Leute im Senat, die Anerkennung wollen und das seit längerer Zeit verbreiten. Wenn man das will, muß man natürlich jede Form, wie sie von drüben angeboten wird, akzeptieren, oder man will es nicht.

Nun bin ich in einer schlechten Position. Das war ja auch alles voraussehbar, Herr Bundeskanzler, was sich jetzt vollzieht. Der erste Schritt wurde im Dezember 1963 fälschlich getan, indem man sich überhaupt auf ein Dokument eingelassen hatte mit befristeter Dauer. Wir haben jetzt vor uns liegen ein Papier, das für sechs Monate, nämlich bis zum 31. Januar, nicht die Regelung für die Passierscheine, wie sie in der Vergangenheit bestanden hat, verlängert, sondern nur für die Härtefälle. Damit haben wir eine Trennung überhaupt im bisherigen Abkommen.

Das bedeutet, daß wir noch in der zweiten Hälfte dieses Jahres wieder verhandeln müssen, und zwar hin auf Weihnachten zu, wenn alle Emotionen kommen; dann wird diese Formel auch schon nicht mehr aufrechterhalten. Ich habe vorhin schon an anderer Stelle gesagt im Gespräch mit Herrn Dr. Westrick, daß sich jetzt der Streit auf einen Ausdruck zuspitze, ob „gültig bleiben" oder „anwenden". Das ist der Streit. Die Bundesregierung wollte gern „gültig bleiben", und es ist hingeschrieben worden „anwenden". Das ist deshalb so unglücklich, weil ein Schritt vorher der Wegfall der Klausel als solcher überhaupt nicht hingenommen werden mußte. Es stand bisher für vier Vereinbarungen die Klausel im Wortlaut, und die durfte man nicht aufheben.

Nun sage ich natürlich, an jeder Stelle, wo man die Sache halten kann, nun versucht einmal, Halt zu machen. Aber ich lese heute morgen auch in der Zeitung das, was eben von Herrn Dr. Fricke ausgeführt worden ist. Das ist gestern über sämtliche Rundfunk- und Fernsehanstalten gelaufen. Herr Mende verkündet in der „Welt", er hält es für annehmbar und sein Staatssekretär auch, aber leider habe er sich nicht durchsetzen können. Und das, Herr Bundeskanzler, ist der Punkt, der vielleicht in die erste Diskussion hineingehört hätte. Wir können über Symptome sprechen. Wir können zielgerichtete Politik auf Frauen, auf die Jugend oder die Arbeitnehmer machen. Alle Leute wären aber sehr dankbar, wenn man nicht viele Dinge nur erörtert, sondern auch Entscheidungen trifft. Solange es möglich ist, daß das Bundeskabinett entscheidet und der zweite Mann des Kabinetts mit seinem Minister im Lande umherreist und sagt, wir hätten eine bessere Politik gemacht, denn wir sind mehr für die Menschen, solange können sich der Kanzler und sein Kabinett in der Volksüberzeugung nicht durchsetzen! Das steht also hier mit zur Erörterung. (*Beifall.*)

Erhard: Das Wort hat Herr Klepsch.

Klepsch: Herr Bundeskanzler, ich möchte das unterstützen, was Herr Amrehn gesagt hat. Wenn wir uns hinter die Bundesregierung stellen, dann muß sie aber auch an dieser Stelle stehenbleiben. Wenn wir schon drei oder vier Wochen lang unter dem Druck der FDP stehen, die zweifellos diese Kampagne weiter ausüben wird, und das dann dazu führt, daß wir es doch machen, dann wäre es allerdings besser, es gleich zu machen und hinzunehmen.

Ich bin in der Sache der Auffassung von Herrn Amrehn, daß weitere Zugeständnisse nicht gemacht werden sollen. Wenn diese Salami-Taktik von der Mehrheit gewollt

wird, dann soll sich auch die Mehrheit entschließen, das klipp und klar zu sagen, dann wäre es für die Christlich-Demokratische Union besser, sie würde radikal eine ganz andere Politik, meinetwegen die der SPD und der FDP, machen. Ich bin nicht für diese Politik. Jedenfalls wäre es dann besser, als diese Politik Zug um Zug anzunehmen. Ich bin also dankbar dafür, daß die Bundesregierung klar gesagt hat: Wir machen es nicht. Dann muß das aber jetzt auch der Standpunkt bleiben. Solange irgendwie über diesen Punkt diskutiert wird, können wir hier nicht nachgeben! (*Beifall.*)

Erhard: Bitte sehr, Herr Kollege Barzel!

Barzel: Es ist ganz dringend, auch im Hinblick auf die Tatsache, daß die Fragen, die hier zur Debatte stehen, aufgesplittert sind mit den Härtestellen, ob langfristig, kurzfristig usw., und im Zusammenhang mit der Taktik der Kommunisten stehen, indem sie jetzt mit dieser aufgeweichten scheinbaren salvatorischen Klausel kommen. Das ist natürlich nicht zu machen. Wenn wir die Politik der Nichtanerkennung wirklich meinen, müssen wir auch Ja dazu sagen.

Wenn man immer sagt, man kann alles ausnutzen unterhalb der Schwelle der Anerkennung, so ist dies die gefährlichste Politik, die man überhaupt betreiben kann. Die Zone lotet den Ort aus, wo ist der Ort usw. Das wird unterschrieben. Und in den nächsten zwei Jahren versucht sie, diesen Raum zu überspringen. Und da stehen wir jetzt. Von solchen Sachen darf man überhaupt nicht reden. Ich bedaure, daß der Bundeskanzler nicht da ist, aber ich habe ja Gelegenheit, ihm das noch persönlich zu sagen. Ich fürchte in der Tat – und in der Fraktion gibt es viele Kritik an diesem Kontakt, wie ihn die Bundesregierung beschlossen hat –, daß wir, wenn wir die innerdeutschen Dinge weiter betreiben, auf eine emotionelle Basis der Sackgasse kommen, die direkt in die Konföderation hineingeht. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Wie kann man das abwehren? Hier sind wir doch, wenn wir die öffentliche Meinung ansehen, erpreßbar. Also muß man versuchen, auch diese innerdeutschen Dinge mit dem Westen zusammen zu machen. Wir haben das bereits im einzelnen versucht anzuschneiden; wir werden das weiter fortsetzen müssen.

Das Dritte, es war auch im Wahlkampf bedauerlich, war die Tatsache, daß dieser Streit zur Unzeit laut ausbrach. Dadurch wurde den Kommunisten die Chance gegen, uns gegenseitig wieder auseinanderzureißen. Was sie also beim Redneraustausch nicht erreicht haben, haben sie 14 Tage später bei einer scheinbar kleinen Frage erreicht.

Ich will hier nicht nur an Mende und die Kabinettssitzung erinnern, sondern wir müssen ruhig miteinander sprechen über die Frage, ob die Organisation insoweit in Ordnung ist. Sie wissen, daß wir den Druck des Koalitionspartners haben, einen sehr starken Druck, die entsprechenden internen Gremien der Bundesregierung dem Vorsitz von Herrn Mende zu überantworten. Wir haben das bisher immer abgelehnt. Den Vorsitz hat in dem sogenannten Koordinierungsausschuß Herr Minister Westrick. Herr Mende verlangt ihn ebenso wie Herr Margulies[91], und es könnte sein, daß man im Vor-

91 Robert Margulies (1908–1974), Unternehmer; 1946–1949 MdL Württemberg-Baden (FDP), 1949–1964 MdB, 1958–1964 MdEP.

feld der Düsseldorfer Dinge noch einmal versuchen wird, das hochzuspielen. Es könnte sein, daß wir hier an dieser Stelle einen ernsthaften Koalitionsknatsch kriegen; denn bei dieser Haltung, die Herr Mende hier einnimmt, wird unsere Bundestagsfraktion, die in der Sache anderer Meinung ist, gar nicht anders können, als ihm den Vorsitz in dieser Sache vorzuenthalten. Im übrigen kann ich nur sagen, wir werden die Bundesregierung ermuntern, ihre Haltung auch durchzuhalten, wie es eben Herr Klepsch gesagt hat. (*Lebhafter Beifall.*)

Erhard: Herr Amrehn!

Amrehn: Noch zur Information! Die Formel, die der Senat akzeptiert hat, war vorher nicht mit der Bundesregierung abgesprochen. Es waren drei Formeln an die Hand gegeben; keine der drei Formeln ist angenommen worden. Daraufhin hat Herr Brandt dem Herrn Korber[92] die Ermächtigung gegeben, eine noch weitergehende Formulierung anzubieten. Die hat man akzeptiert und hat dann die Bundesregierung wieder vor die Frage gestellt, ja oder nein. Das ist im Verlaufe dieser Geschichte dreimal passiert. Jedesmal hat die Bundesregierung am Ende nachgegeben. Aber es ist die gleiche Situation, in der Herr Brandt dann meint, durch einen solchen Alleingang mit Hilfe der öffentlichen Meinung die Barrikaden nehmen zu können, und zwar mit dem Hinzufügen in der Öffentlichkeit, die Alliierten hätten dem bereits zugestimmt. Das ist so nicht wahr. Mir hat der amerikanische General[93] in Berlin gesagt, sie erklärten lediglich, ihre Interessen seien nicht berührt. Diese Mitteilung sei auch nicht verwendbar und im übrigen nur gegeben für den Fall, daß sich alle deutschen Stellen darüber einig seien. Wenn die Stellungnahme der Bundesregierung noch nicht vorgelegen hat, war also die Erklärung der Amerikaner nicht zu verwenden.

Barzel: Herr Klepsch, bitte!

Klepsch: Wir kommen aus der ganzen Sache nur heraus, wenn wir in der Deutschlandpolitik zu unserer vorhergehenden sehr klaren Haltung zurückkehren und bereit sind, darüber auch eine große Diskussion auf uns zu nehmen. Ich bin der Meinung, wenn wir das nicht erreichen, dann sollten wir es lieber jetzt gleich sagen. Die Freien Demokraten erklären jetzt auch noch, daß ihre Zunahme bei der Wahl darauf zurückzuführen sei, daß sie eine konsequente Deutschlandpolitik getrieben hätten, und uns wird in den Augen der Bevölkerung vorgeworfen, daß wir hin und her schwanken.

Ich bin dafür, an der bisherigen Wiedervereinigungspolitik festzuhalten und das auch ganz energisch und ganz klar zu vertreten. Aber ich halte nichts davon, daß wir eine Salami-Taktik betreiben. Dann halte ich schon besser ein Ende mit Schrecken. Dann lassen Sie uns an die Spitze der Bewegung der Anerkennung der Teilung Deutschlands stellen. Das ist die Alternative. Dann soll man es aber jetzt tun und uns nicht erst von

92 Horst Korber (1927–1981), Richter; 1945 SPD, 1954/55 Richter am Landgericht Berlin, 1955–1967 Beamter beim Senator für Bundesangelegenheiten, 1967 Senatsdirektor für Justiz in Berlin, 1967–1971 Senator für Familie, Jugend und Sport, 1975–1977 für Arbeit und Soziales, 1977–1979 für Bundesangelegenheiten, 1980/81 MdB.

93 Amerikanischer Stadtkommandant von Berlin war von 1964 bis 1967 Generalmajor John F. Franklin Jr.

den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten Zug um Zug dahingleiten lassen. Alle dazwischen liegenden Formeln bringen uns psychologisch und propagandistisch nur weitere Mißkredite ein.

Barzel: Bitte sehr, Herr Blumenfeld!

Blumenfeld: Die Tatsache, daß seit langer Zeit die Frage der Kompetenz, wer nun wirklich entscheidet, welche Stelle dem Berliner Senat gegenüber sagt, so oder so, ist leider nicht geklärt [sic!]. In diesem Fall habe ich mir sagen lassen, daß Herr Krautwig dem Berliner Senat gesagt hat, die Bundesregierung wird das akzeptieren, ohne daß er mit Herrn Westrick bzw. mit dem Herrn Bundeskanzler gesprochen hat. (*Amrehn:* Das hat Krautwig nicht gesagt nach dem, was er mir mitgeteilt hat.) Es sind zu viele Stellen in diesem Spiel. Das muß nur eine Stelle machen. Und das ist der Bundeskanzler! (*Lebhafter Beifall.*) Hier laufen aber mindestens drei Leute mit dieser Frage herum. Der Erfolg ist, daß wir in der Öffentlichkeit völlig unglaubwürdig sind und auf eine abschüssige Ebene kommen. Wir befinden uns schon im Rutschen und können es nicht mehr anhalten. Das ist nach meiner Meinung der Kardinalpunkt. Hier muß die Entscheidung getroffen werden. Nur einer kann es. Das ist der Bundeskanzler. Alle anderen müssen da hinausgestellt werden. Da muß einmal ein Machtwort gesprochen werden, selbst wenn es über Herrn Mende hinausgeht! (*Beifall.*)

Erhard: Ich glaube nicht, daß der Berliner Senat es wagen würde, von sich aus eine Entscheidung zu treffen ohne die Bundesregierung. (*Lebhafte Unruhe.*) Aber die Dinge haben einen sehr viel weiteren Aspekt. Wenn wir jetzt da nachgeben, dann möchte ich Sie einmal fragen, wie können wir den blockfreien neutralen Ländern, die doch gar kein Verständnis haben für diese tieferen Probleme und was da für uns auf dem Spiele steht, glaubhaft machen, daß wir die Zone nicht anerkennen dürfen. Das versteht doch von denen überhaupt kein Mensch; das versteht selbst im deutschen Volk kaum mehr jemand, so sehr ist die Verwirrung schon. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Die SPD treibt hier ein teuflisches Spiel. Sie fordert uns jeden Tag heraus, wir sollten eine neue Deutschlandkonzeption machen. Wenn wir dem nicht folgen, dann heißt es, wir hätten keine Konzeption. Sie selbst aber hat noch nie eine klare Konzeption vorgelegt.

Nun habe ich hier eine Meldung. Ich habe gerade mit dem Kollegen Dufhues gesprochen. Die haben noch weiter beraten und ein Fünf-Männer-Gremium gewählt, das zur Behandlung dieser Fragen zusammensitzt. Es sind die Herren Meyers, Dufhues, Grundmann, Lenz[94] und Hennemann[95]. Die seien sich alle einig, die Fraktion sei auch im ganzen einig, daß man nicht in eine große Koalition gehen wolle. (*Sehr starker, langanhaltender Beifall.*) Ich habe gesagt, der Bundesvorstand hat die gleiche Auffassung

94 Dr. Wilhelm Lenz (geb. 1921), Geschäftsführer; 1958–1980 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1962–1970 Vorsitzender der Landtagsfraktion, 1963–1972 Vorsitzender des KV Köln-Stadt, 1967–1977 Mitglied des Landespräsidiums der CDU Nordrhein-Westfalen (1969/70 Vorsitzender des Landespräsidiums der CDU Nordrhein-Westfalen), 1971–1977 Vorsitzender des WDR-Verwaltungsrats.

95 Josef Hennemann (1908–1968), Geschäftsführer; bis 1933 Mitglied der Windthorstbunde, bis 1952 Kreisgeschäftsführer der CDU Olpe, bis 1960 Mitglied des Landesvorstands der CDU Westfalen, 1954–1970 MdL Nordrhein-Westfalen. Vgl. DUD Nr. 83 vom 30. April 1968 S. 4.

geäußert, und sie sollten auf alle Fälle standhaft sein. Sie sagten, bei ihnen sei gar kein Zweifel.

Im Augenblick ist Herr Weyer bei ihnen. Herr Weyer ist auch dieser Meinung. Die CDU hat die delikate Frage gestellt, ob denn die Mitglieder der FDP so standhaft wären, daß nicht der eine oder andere sich herausrauben lasse. Daraufhin hat Herr Weyer gesagt, er sei seiner Mannen auch in dieser Sache sicher. Auf die Frage, wie lange sie verhandeln wollten, sagt Dufhues, sie selber seien der Meinung, daß man es möglichst schnell zu Ende bringen sollte, denn je länger es dauere, desto größer werde die Gefahr, daß eine brüchige Stelle auftreten könnte.

Also, das ist die Situation jetzt. Herr Dufhues will uns ständig über die Sache, die sich da vollzieht, unterrichten. – Das Wort hat Herr Stingl.

Stingl: Ich glaube, daß wir voriges Jahr einen entscheidenden Fehler gemacht haben, daß wir praktisch die Wohlfahrtsklausel bekommen haben, und zwar dadurch, daß die Befristung so kurz gewesen ist. Im übrigen teile ich die Meinung von Blumenfeld, es muß hier eine Stelle zuständig sein, die entscheidet; und das müssen Sie sein, Herr Bundeskanzler! Ich bitte Sie aber darum, es nicht so zu machen, wie Sie es vorhin gemacht haben, daß Sie von der „DDR" gesprochen haben; denn die Anführungszeichen hört man nicht. Man muß sich auch im Sprachgebrauch danach richten, daß es für uns kein Staat ist, daß es also nicht die „DDR" ist, auch wenn man im internen Kreis davon spricht. (*Lebhafte Unruhe.*) Sie fragen nach der Deutschlandpolitik, Herr Bundeskanzler. Es ist immer noch das, was Herr Brandt will, nämlich durch Annäherung näherzukommen, an deren Ende dann die Koexistenz steht.[96] Das ist doch seine Denkart. (*Anhaltende sehr starke Unruhe.*) Herr Bundeskanzler! Ich mache Sie auf Tendenzen aufmerksam im gesamtdeutschen Ministerium, die wir nicht an uns vorbeigehen lassen dürfen. Sie haben von Herrn Staatssekretär Krautwig uns gegenüber behauptet, das sei unser Vertrauensmann. Der persönliche Referent von Herrn Krautwig ist jetzt der Richtlinienmann des Ministeriums geworden. (*Zuruf:* Hoesch[97]!) Er hat einmal erklärt, was er von der CDU halte: Das sei eine klerikal-faschistische Partei. Herr Bundeskanzler! Das ist aber der persönliche Referent von Herrn Krautwig, (*Lebhafte Unruhe.*) von dem Sie uns gesagt haben, den würden Sie zu dem Staatssekretär tun; ein Mann, der im Jahre 1952 aus unserer Partei ausgetreten ist und einen Mann als persönlichen Referenten hat, der sagt, die CDU sei eine klerikal-faschistische Partei.

Auch die Pressestelle war einmal in unserer Hand. Jetzt ist sie in der Hand der FDP. Sie ist nun besetzt worden von einem FDP-Mann.[98] Ein Mann von uns ist noch drin,

96 Hinweis auf die Rede von Egon Bahr am 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing. Vgl. Andreas VOGTMEIER: Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung (Politik und Gesellschaftsgeschichte 44). Bonn 1996 S. 59–73.

97 In der Vorlage: Hösch. – Jan Hoesch (geb. 1932), Ministerialrat, seit 1998 Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, 1998 Mitgründer und Vorsitzender der Roger Loewig Gesellschaft.

98 Rolf Goßmann, später Referatsleiter im BMI.

aber gänzlich ausgeschaltet und kann nicht mitwirken. Herr Mende hat sich ein Ministerium geschaffen, in dem Herr Krautwig für ihn da ist, aber nicht für uns.

Erhard: Wir wollen hier keine Personalpolitik treiben, aber daß Herr Krautwig eng mit uns zusammenarbeitet und schon viel, viel verhindert hat, möchte ich doch mit aller Deutlichkeit sagen.

Stingl: Herr Bundeskanzler! Ich würde Sie bitten, Frau Pieser einmal zu fragen, was sie zu leiden hat, weil wir das Ministerium abgegeben haben. Herr Bundeskanzler, gehen Sie doch mal gelegentlich vorbei. Das ist der Staatssekretär Krautwig. (*Blank:* Ist der aus Sympathie zu uns aus unserer Partei ausgetreten? Ich kann mir das nicht erklären. – *Starke Unruhe.*)

Erhard: Bitte sehr, Herr Heck!

Heck: Ich habe eine Frage. Herr Amrehn hat gesagt, daß wir die zwischen dem Senat und dem Vertreter der Zone gefundene Formal ablehnen, aber wenn es auf Weihnachten zuginge, würde diese Formel akzeptiert. Habe ich richtig verstanden? (*Amrehn:* Sie sagen es!) Wir sollten darüber jetzt hinweggehen. Ich möchte nämlich ein anderes Beispiel bringen. Es ist ganz klar, daß das Problem auf dem Gebiete des Sports sich eines Tages auf den Punkt zuspitzen wird, an dem wir vor der Frage stehen, entweder wir überlassen weltweite Pläne im Sport der Zone, oder wir machen es.[99] Wir sollten jetzt nicht ohne weiteres eine Entscheidung fällen; denn es gibt nichts Blamableres, als alle halbe Jahre einen kleinen Schritt nachzugeben. Wir sollten sehr sorgfältig überlegen, was wir über einige Jahre hinweg durchhalten können.

Erhard: Herr Kollege Barzel!

Barzel: Der wichtige Hinweis auf den Sport zeigt zweierlei: a) daß man es mit dem Westen machen muß; denn die Probleme, die sich hier stellen, stellen sich dort schon längst. Vielleicht kann man heute noch dafür etwas einhandeln. Dann: b) es ist natürlich, wenn wir schon eine salvatorische Klausel haben in den Papieren, die förmlich unterzeichnet sind, dann ist der Anblick visuell eines bösen Emblems immerhin etwas weniger als eine salvatorische Klausel, die ich unterschreibe. Es ist viel spannender, wenn die mit voller Uniform, mit Fahnen und Ehrenzeichen erscheinen; aber das muß mit dem Westen erörtert werden. Es ist eine Position, wo man heute ausrechnen kann, wie lange sie hält. Das muß man in Ruhe erörtern.

Erhard: Wir haben neulich im Kabinett darüber gesprochen. Schon bei den Olympischen Spielen 1972 in München wird diese Frage möglicherweise auftreten. (*Mehrere Zurufe:* Mit Sicherheit!) Wir haben die Zustimmung der Bundesregierung zu den Olympischen Spielen mit all den Unterstützungen, die damit verbunden sind, davon abhängig gemacht, daß bei der Olympiade in München die Spielregeln von Madrid und Mexiko gelten. (*Stingl:* Das halten Sie doch nicht durch, wenn der ganze Ostblock sagt, er kommt nicht. – *Lebhafte Unruhe.*)

---

99 Vgl. Günter BUCHSTAB: Sport und Politik im geteilten Deutschland, in: HPM 8 (2001) S. 113–130.

Amrehn: Ich bitte klar zu sehen, daß hier der eigentliche Gegner bei den Passierscheinen nicht in der SPD zu sehen ist, sondern daß die immer größer werdende Gefahr für Ihre Politik, Herr Bundeskanzler, in Ihren eigenen Kabinettsmitgliedern zu sehen ist, die der FDP angehören. Was Herr Mende neulich auf den Tisch gelegt hat im Deutschlandgespräch[100] über die Auffassung, was Anerkennung ist, ist bereits ein Stück Abrücken durch die Definition des Begriffs von dem, was wir früher gesagt haben. Ich will es an einem anderen Beispiel deutlicher machen. Er hat in seinem Schriftstück niedergelegt, die salvatorische Klausel gestatte dem Berliner Senat, in dem Unterhändler Staatssekretär von der anderen Seite einen Beauftragten des Magistrats von Ost-Berlin zu sehen. Ich muß sagen, woher er das nimmt, ist mir ganz unerfindlich. Aber auch das ist ein Stück Interpretation, die mit der Deutschlandpolitik getrieben wird, was man nicht mehr begreifen kann. (*Blank:* Wer hat denn diesen Satz erfunden?) Ich habe den Hausmanager gefragt, ob er das eigentlich einmal gesehen habe. Da habe ich eine sehr deutliche Antwort bekommen. Anscheinend ist es nur im gesamtdeutschen Ministerium so. Aber das wird auch als die Meinung der Bundesregierung nunmehr den anderen Parteien hingelegt.

Nichts ist so notwendig, Herr Bundeskanzler, daß in solchen wesentlichen Fragen die Einheit des Kabinetts hergestellt wird. Entweder ist der Punkt des Nein-Sagens ein existentieller Punkt der Deutschlandpolitik, dann muß ein Minister, der das nicht tragen will, zurücktreten, aber er kann sich nicht in den Rücken stellen und sagen, er würde das nicht machen. Das ist ein Punkt, an dem entweder die Frage nicht existentiell notwendig zu verneinen ist oder wo ein Teil unserer Politik nicht mehr fortgesetzt werden kann. Hier würden es die Sozialdemokraten zu einem Teil vielleicht besser mit uns machen – womit nicht eine Assoziation verbunden werden soll –, denn es gibt Sozialdemokraten in Berlin, die ihre Bedenken mit uns teilen. Ich möchte keinen Namen nennen.

Erhard: Herr Kohl!

Kohl: Herr Bundeskanzler! Wir haben in der letzten Sitzung des Bundesvorstands, da waren wir auch ein kleiner Kreis, zum Schluß beschlossen, (*Zuruf:* Am Anfang schon!) daß wir uns über Fragen der Deutschlandpolitik und der Außenpolitik im Herbst auf alle Fälle hier noch einmal, und zwar als ausschließlichen Tagespunkt, unterhalten wollen. Ich habe gehört, daß sich das Präsidium diesem Thema zuwenden will. Ich würde sehr darum bitten, daß wir das Gespräch, wie wir es formell beschlossen haben, auch führen.

Meine konkrete Frage ist, ich weiß nicht, ob sie beantwortet werden kann: Ist denn unsere Haltung – Herr Barzel sprach von der Fraktion, ich habe auch keinen Zweifel daran, daß dem so ist – seitens der CDU auch im Kabinett völlig eindeutig?

---

100 Handschriftliche Notizen Gradls zum 3. Deutschlandgespräch des Kabinetts am 28. Juni 1966 in ACDP 01-294-070/4; Teilnehmerliste in ACDP 01-554-001/2. Vgl. auch „Handelsblatt" vom 29. Juni 1968 „Für Kontakte mit der Zonen-Bevölkerung"; Erich MENDE: Von Wende zu Wende 1962–1982. München/Berlin 1986 S. 229.

Erhard: Das Votum war von allen CDU- und CSU-Ministern völlig übereinstimmend.

Kohl: Also hat auch die Äußerung von Herrn Mende und seinem Staatssekretär niemand seitens der CDU-Minister des Bundeskabinetts gebilligt?

Erhard: Weder noch!

Barzel: Es wird Sie interessieren, Herr Kohl, daß ich vor dem letzten Deutschlandgespräch die Fraktion in aller Form gefragt habe, ob irgendeines der Mitglieder der Auffassung sei, daß wir in den Fragen der Kontakte bis zur de facto-Anerkennung gehen können.[101] Es war niemand dieser Auffassung. Ich habe das extra festgestellt, weil es auch Gerüchte gab, daß neben Mitgliedern der Bundesregierung andere in einem Gespräch das gesagt haben sollten.

Kohl: Ich würde bitten, daß wir in der nächsten Sitzung in Anwesenheit aller Ressortminister in einem formellen Beschluß unsere Haltung fixieren.

Heck: Herr Bundeskanzler, man kann schon sagen, daß der Kollege Mende seine Geschäftsordnungskompetenz bis zur äußersten Grenze ausdehnt und auch überschreitet. Mir scheint es deshalb sehr notwendig zu sein, daß speziell in gesamtdeutschen Fragen Sie von Ihrer Kompetenz sehr konsequent Gebrauch machen müssen. Wenn ich mir überlege, daß wir hier in einem Parteiengespräch in der Sache einfach überrumpelt worden sind, so ist das sehr bezeichnend. Mit dem, was von Herrn Mende vorgetragen wurde, erregte er den Anschein, daß es von der Bundesregierung gebilligt sei. Praktisch konnten wir in Anwesenheit der Vertreter der SPD nicht dieses Dokument in Frage stellen. Ich würde empfehlen, wenn sich so etwas wiederholt, dann sollte ein solches Dokument im Kabinett behandelt werden, so daß die Grundlage, die zu einer Aussprache vorgelegt wird, nicht so einseitig von Herrn Mende ausgelegt werden kann.

Erhard: Meine Herren! Ich darf dazu folgendes sagen. Die ganze Berlinfrage wird hier im Haus unter dem Vorsitz von Herrn Westrick im sogenannten Staatssekretärausschuß behandelt. Darin hat das gesamtdeutsche Ministerium einen Sitz und eine Stimme.

Ich habe es immer wieder abgelehnt, einen Kabinettsausschuß für gesamtdeutsche Fragen zu gründen. Ich habe der FDP gesagt, das kommt gar nicht in Frage. Das ist eine so hochpolitische Angelegenheit, daß darüber der Bundeskanzler entscheidet aufgrund seiner Richtlinienkompetenz. Also, alle Angriffe der FDP, hier weiter vorzudringen, haben wir abgelehnt.

Kohl: Mir geht es nur darum – und ich glaube, auch den Kollegen hier –, daß wir uns draußen zur Wehr setzen müssen. Es ist eine Sache, was hier in Bonn geschieht, und es ist eine andere Sache, was jetzt überall sein wird, wo Wahlen stattfinden. Die Freien Demokraten haben aus ihrer Sicht ganz vernünftig Wahlkampfvorbereitungen durch Podiumsgespräche gemacht, und zwar bereits ein Jahr vor dem eigentlichen Wahl-

101 Hintergrund war die umstrittene deutschlandpolitische Rede Barzels am 17. Juni 1966 bei einer Veranstaltung des „American Council on Germany" in New York (Wortlaut der Rede in DzD IV/12 S. 900–912). Vgl. auch Anm. 52. – Die Fraktionssitzung fand am 21. Juni 1966 statt, vgl. CDU/CSU-Fraktionsprotokolle Nr. 346.

kampf. Wir beobachten das auch bei uns. Das ist das, was Herr Amrehn aus der „Welt" von heute zitiert, diese Äußerungen aus dem Deutschlandfunk von gestern abend[102] sind im Gespräch. Ich habe gestern abend im Fernsehen auch Herrn Weyer gehört. Er hat ausdrücklich diesen Erfolg mit auf die neuen Wege und die Initiative in der Deutschlandpolitik zurückgeführt.

Wir kommen draußen durch dieses fortdauernde Gerede der SPD in Gesprächen im Fernsehen in den Hintergrund. Die FDP macht es noch zusätzlich. Wir kommen dadurch draußen in den Geruch von Leuten, die völlig statisch sind, die die dynamische Politik nicht mehr kapieren, wodurch wir total ins Hintertreffen kommen.

Erhard: Herr Dübel[103]!

Dübel: Herr Bundeskanzler! Wir stehen in einer Situation, wo die CDU ihre Deutschlandpolitik von Grund auf überlegen sollte. Ich bin der Meinung, daß man damals, als man die Grundlagen mit der Hallstein-Doktrin[104] legte, dies als eine Sache für eine längere Zeit betrachtete, was sie auch war. Man sollte also nicht ohne weiteres von dieser Grundlage abweichen. Ich halte es für bedenklich und gefährlich, wenn wir von der bisherigen Deutschlandpolitik einer Konföderationspolitik nähertreten; denn dahinter stecken ungeheure Konsequenzen, die leider von der SPD und von der FDP nicht ausgesprochen werden. Ich halte es auch nicht für gut, wenn wir schrittweise dann doch auf eine Anerkennung der Zone hinauskämen. Wir sollten deutlich machen, welche Konsequenzen eine solche Hinnahme bedeutet.

Noch eines, Herr Bundeskanzler! Ich bin selbst von Jakob Kaiser aus im gesamtdeutschen Ministerium gewesen und habe zehn Jahre in diesem Haus gearbeitet. Ich kann nur sagen, es ist erschütternd und erschreckend, was sich seit meinem Weggang in diesem Haus getan hat.

Erhard: Ich nehme das gerne zur Kenntnis.

Wir haben dann noch entgegenzunehmen den Bericht über die Arbeit des Präsidiums. – Das Wort hat Herr Heck.

Bericht über die Arbeit des Präsidiums

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich will es ganz kurz machen, aber ich glaube, daß der Bundesvorstand wissen möchte, wie das Präsidium, das auf dem letzten Parteitag gewählt worden ist und auf das vom Parteitag viele Erwartun-

102 Wahrscheinlich bezieht sich Kohl auf die Äußerung von Wolfgang Mischnick („Welt" vom 11. Juli 1966 „Siegesstimmung bei den Sozialdemokraten in Düsseldorf"), der den Zuwachs der FDP „auf die von den Freien Demokraten vertretene ‚Haltung in der Deutschlandpolitik'" zurückführte.

103 Siegfried Dübel (geb. 1924), Diplom-Psychologe; 1945 CDU, Kreisjugendreferent beim KV Blankenburg, 1947/48 Vorsitzender der CDU-Hochschulgruppe an der Universität Halle, 1948 Flucht nach West-Berlin, Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Schöneberg, ab 1952 Tätigkeit im Büro „Bonner Berichte" des gesamtdeutschen Ministeriums, 1953 Mitglied im JU-Bundesvorstand, 1987–1991 Vorsitzender der Exil-CDU.

104 Vgl. Werner Kilian (S. XXVI Anm. 103).

gen gesetzt worden sind, arbeitet. Das Präsidium ist unmittelbar nach der Wahl konstituiert worden und hat seither regelmäßig in voller Besetzung gearbeitet.[105]

Das ist wirklich das Neue gegenüber den Präsidiumssitzungen, die vorausgegangen sind. Ich war bei diesen Präsidiumssitzungen teilweise anwesend, aber der Herr Bundeskanzler Adenauer hat mir erklärt, daß teilweise nur drei oder vier Mitglieder anwesend gewesen seien. Herr Kollege Blank, Sie wissen das vielleicht besser. (*Blank:* Das war nicht so!) Aber eines ist doch wahr, daß die Sitzungen bisher immer mit voller Besetzung abgehalten wurden.

Zweitens möchte ich sagen, wir haben einmal eine ganztägige Sitzung am Himmelfahrtstage mit dem Ziel abgehalten, gemeinsam zu überlegen, 1. wie ein Programm für die kommenden Jahre entwickelt werden kann, 2. wie die Parteiarbeit als solche aktiviert werden kann. Dieses Programm ist von mir vorgetragen worden. Es wurde ausführlich diskutiert und im großen und ganzen gebilligt. Über dieses Programm wird dem Bundesvorstand in der nächsten Sitzung ausführlich berichtet werden müssen. Das kann man wirklich nicht so angehängt tun, wie es heute hier möglich wäre.

Dann ist beschlossen worden, daß sich das Präsidium in einer weiteren ganztägigen Sitzung einmal mit unserer Deutschlandpolitik und mit unserer Außenpolitik insgesamt befassen soll. Es ist keine Frage, unsere Außenpolitik wird, wenn ich mich ganz neutral und zurückhaltend ausdrücke, von der Öffentlichkeit nicht einheitlich bewertet und beurteilt. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Es soll heute keine Darlegung als Grundlage für eine Sitzung vorgegeben werden. Ich halte es nur für notwendig, wir können mit einem Dualismus in unserer Außenpolitik, und wenn er nur in der Vorstellung der Öffentlichkeit vorhanden sein sollte, nicht auf die Bundestagswahl 1969 losmarschieren. Daran ist kein Zweifel.

Dann ist außerdem vorgesehen, daß, bevor die Entscheidungen im Kabinett über die langfristige Haushaltspolitik und über einen Katalog der Priorität fallen, im Präsidium darüber beraten werden soll, aber nicht etwa, um den Bundeskanzler vom Präsidium her festzulegen, sondern einfach deswegen, weil wir es für notwendig halten, daß der Bundeskanzler, ehe er selber die letzte Entscheidung fällt, weiß, wie das Präsidium darüber denkt. Mir scheint es notwendig und nützlich zu sein, es auf diese Weise zu versuchen, indem wir möglichst viel in die Verantwortung mit einbeziehen, um zu verhindern, daß nachher zu viele Solostimmen die Deutschlandpolitik und uns vertreten. Das sind im großen und ganzen die Dinge gewesen, die wir im Präsidium erledigt haben.

Erhard: Auf der Tagesordnung steht noch die Vorlage des Bundesausschusses für Sozialpolitik[106] und Verschiedenes. (*Zwischenruf:* Das ist doch beschlossen!)

Vorlage des Bundesausschusses für Sozialpolitik. Verschiedenes

Kraske: Das Präsidium hat sich mit der Vorlage des sozialpolitischen Ausschusses befaßt und einstimmig beschlossen, dem Bundesvorstand zu empfehlen, diese Vorlage der Bundestagsfraktion zu überweisen. Können wir so beschließen? (*Noltenius:* Was

105 Protokolle (ohne Anwesenheitslisten) in ACDP 07–001–1401.
106 Vorlage vom 21. Januar 1966. Vgl. Nr. 4 Anm. 26.

bedeutet das denn, wenn wir es lediglich überweisen? – *Stingl:* Daß man gesetzgeberisch tätig werden soll. – *Noltenius:* Das sind drei verschiedene Dinge. Es entsteht die Frage, was es für Geld kostet.) Da diese Frage im Bundesvorstand außerordentlich schwer zu klären ist, hat das Präsidium gefunden, daß der eigentliche Adressat die Bundestagsfraktion ist. Sie müssen hier nur zustimmen, Herr Noltenius, weil nach unserer Geschäftsordnung die Fachausschüsse nicht von sich aus für die Bundesregierung oder für die Fraktion oder für die Öffentlichkeit arbeiten können, sondern nur für diesen Vorstand. Aber der Vorstand kann sagen, darüber können wir hier nicht im einzelnen befinden, deswegen geben wir das der Fraktion, und die soll es dann in ihre Beratung einbeziehen. (*Noltenius:* Also ein ganz neutraler Vorgang!)

Barzel: Ich würde sagen, ein geschäftsleitender Beschluß, der heute hier praktiziert wird. Ich werde also nicht dem Fraktionsvorstand sagen, wir haben das von der Partei bekommen, um das sofort zu machen, sondern weil wir den Problemen näher sind. So, glaube ich, ist es gemeint. (*Stingl:* Es geht also von Stingl an Stingl. – *Heiterkeit.*)

Kraske: Mit einem kleinen Umweg!

Erhard: Meine Herren! Das Präsidium tagt regelmäßig und nimmt sein Arbeiten sehr ernst. Wir haben Sitzungen von drei bis zu acht Stunden gehabt. Das ist ein Beweis dafür, wie ernsthaft diskutiert wird. Wie ist es mit unserem Kommuniqué?

Kraske: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir waren nicht der Meinung, nachdem Erklärungen bereits heute nacht im Fernsehen abgegeben worden sind, sowohl von Bundesminister Heck und Ministerpräsident Meyers wie auch den beiden Landesvorsitzenden[107], daß es gut oder auch nur nötig wäre, in diesem Kommuniqué nochmals eine Darstellung zu geben, ob das nun eine Niederlage oder ein Rückschlag oder dieses oder jenes sei. Außerdem waren wir der Meinung, daß es zu diesem Zeitpunkt auch nicht gut sei, im Kommuniqué Einzelheiten der Begründung hineinzunehmen, ob Bundes- oder Landespolitik. Deshalb haben wir den Punkt der Wahl in Nordrhein-Westfalen relativ knapp gefaßt.

Er lautet: „Der Bundesvorstand der CDU trat am 11. Juli unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Professor Dr. Erhard in Bonn zusammen. Der Vorstand erörterte eingehend das Ergebnis der nordrhein-westfälischen Landtagswahl. Die Gründe für den Stimmenrückgang der CDU und die Stimmengewinne der SPD bedürfen nach Ansicht des Vorstands einer sorgfältigen Analyse, mit deren Ergebnis sich zunächst das Parteipräsidium auf seiner nächsten Sitzung befassen wird.

Trotz des für die CDU unbefriedigenden Wahlausganges sprach der Vorstand allen Wählern der CDU seinen Dank für ihr Vertrauen aus. Außerdem dankte er allen Rednern und Helfern, an ihrer Spitze Ministerpräsident Dr. Meyers und Bundeskanzler Professor Dr. Erhard, für ihren vorbildlichen Einsatz im Wahlkampf.

Der Bundesvorstand begrüßte die von der Bundesregierung verabschiedeten Stabilisierungsgesetze. Ihre zügige Beratung und Verabschiedung im Bundestag seien drin-

107 Vorsitzender des LV Rheinland war Konrad Grundmann (1963–1969), des LV Westfalen-Lippe Josef Hermann Dufhues (1959–1971). – Vgl. DUD Nr. 128 vom 11. Juli 1966 S. 1–3: „Nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen".

gend erforderlich. Deshalb sei dankbar anzuerkennen, daß die CDU/CSU-Bundestagsfraktion beschlossen habe, die parlamentarische Arbeit nach der Sommerpause drei Wochen früher als vorgesehen wiederaufzunehmen.

Der Bundesvorstand beschloß einstimmig, nach § 25 b des Statuts, Frau Dr. Becker-Döring, Herrn Hermann Josef Russe und Herrn Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker zu kooptieren."

Erhard: Ich würde das mit der Satzung herausnehmen.

Kohl: Ist es richtig, „trotz des unbefriedigenden Wahlausganges" zu sagen?

Kraske: „Trotz des unbefriedigenden Wahlausganges" heißt, das Lob für die Arbeit hängt nicht davon ab, ob wir eine Wahl gewonnen haben oder nicht.

Barzel: Ich bitte, das Wort „vorbildlich" zu streichen.

Kohl: Ich würde „ungeachtet" sagen. (*Anhaltende Unruhe.*)[108]

Kraske: Dann müssen Sie den unbefriedigenden Wahlausgang weglassen. Ich würde sagen: „Der Vorstand sprach allen Wählern der CDU den Dank für ihr Vertrauen aus ..." (*Anhaltende Unruhe.*)

Erhard: Ich darf damit die Sitzung schließen.

108 Vgl. UiD Nr. 28 vom 15. Juli 1966 S. 1 f. „‚Schwarzmalerei' zahlte sich aus".

8

Bonn, Freitag 7. Oktober 1966

Sprecher: Adorno, Altmeier, Barzel, Behrendt, Blank, Blumenfeld, Burgbacher, Dichtel, Dittmar, Dufhues, Erhard, [Fay], [Fricke], Gerstenmaier, Glup, Gradl, Grundmann, von Hassel, Heck, Kohl, Kraske, Lücke, Mikat, Russe, Scheufelen, Schmücker, Schröder, Seebohm, Stoltenberg, Struve, [Weizsäcker], Windelen.

Bericht zur Lage. Vorbereitung eines Aktionsprogramms der CDU. Vorschläge der Landesvorsitzenden zur Erhöhung des Beitragsaufkommens. Verschiedenes.

Beginn: 10.30 Uhr *Ende: 16.06 Uhr*

Bericht zur Lage

Erhard: Meine Damen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Ich heiße Sie zu dieser Sitzung herzlich willkommen, insbesondere Herrn von Weizsäcker, der zum erstenmal in unserer Mitte weilt. (*Beifall.*) Nun, meine lieben Freunde, wenn ich einen Bericht zur Lage geben soll bei dieser unruhevollen Welt und bei der Problematik – sowohl nach innen wie nach außen –, dann ist es natürlich sehr schwer, hier etwas zu bieten, was nicht nur einen Torso bedeutet, sondern was in einem inneren Zusammenhang steht. Sie wissen, wie es in der Welt aussieht, Sie kennen die Ereignisse, die uns zu beschäftigen haben, ob Südvietnam mit allen Folgewirkungen[1], ob es die großen Spannungen in der Welt zwischen Ost und West und die besonderen Spannungen zwischen Ost und West noch einmal in Europa sind.

Ich komme von einer Reise von Washington zurück. Vielleicht ist das der unmittelbarste Ansatzpunkt, obwohl ich Ihnen in der Sache wohl kaum etwas Neues sage. Sie kennen wahrscheinlich das Kommuniqué und haben die Bundestagsdebatte direkt oder indirekt in irgendeiner Form miterlebt.[2] Hier wird deutlich, daß heute Fragen zur Dis-

1 Seit 1964 versuchten die USA mit immer größerem Truppeneinsatz, die südvietnamesischen Regierungen gegen Gewalttätigkeiten und die militärische Intervention des kommunistischen Nordvietnam zu unterstützen. Der (unerklärte) Vietnamkrieg führte zu weltweiten Protesten. Erst mit der Unterzeichnung der Pariser Friedensverträge am 27. Januar 1973 wurde der Krieg beendet. Vgl. Andreas W. Daum (Hg.): America, the Vietnam War and the world comparative and international perspectives. Cambridge 2003.

2 Erhard hielt sich am 26./27. September 1966 in Washington auf, vgl. AAPD 1966 Nr. 297, 298, 300, 302. In der entscheidenden Frage der Devisenausgleichszahlungen (für die Stationierung amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik) kam es zu keiner Einigung. Vgl. zur Reise auch Osterheld S. 350–358. Zum Kommuniqué vgl. Bulletin Nr. 128 vom 30. September 1966 S. 1017–1019; zum Bericht Erhards über seine USA-Reise mit anschließender Aussprache im Bundestag, vgl. Sten.Ber. 5. WP 60. Sitzung vom 5. Oktober 1966 S. 2940–2988.

kussion stehen, die uns in den 50er Jahren überhaupt nicht in den Kopf gekommen sind, nämlich: Wie ist die Verteidigung dieses unseres Kontinents und insbesondere Deutschlands sicherzustellen, welche Konzeption gibt es, nachdem auch in der NATO sich einige Ereignisse vollzogen haben, nämlich der Austritt Frankreichs aus der Integration und die Treue Frankreichs zur westlichen Allianz?[3] Es geht weiter um die Frage des Aufenthalts französischer Truppen auf deutschem Boden, die Frage, wie innerhalb der europäischen Verteidigung zwischen Frankreich einerseits und der NATO andererseits eine gewisse Aufgabenteilung vereinbart werden kann. Es geht um die Frage, wie die Position Frankreichs in dieser Allianz – aber vor allen Dingen mit der integrierten NATO – sich gestalten soll.

Das alles stand auch zur Diskussion, als wir in den Vereinigten Staaten waren. Wir haben von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß das keine leichte Reise werden wird, sondern daß hier Probleme anstehen, die uns sehr hart berühren.

Ich möchte hier nur einmal die finanzielle Seite betonen. Wir haben schon verschiedene Abkommen mit den Vereinigten Staaten dergestalt, daß wir nicht etwa die amerikanischen Lasten für die Soldaten bezahlen, die auf europäischem Boden stehen, sondern daß wir nur die Devisenausgaben, die sie hier leisten, irgendwie mit Warenkäufen oder mit Dienstleistungen kompensieren. Dieser Irrtum ist ja mindestens im deutschen Volk weit verbreitet: Wir zahlten diese Soldaten hier. Das ist nicht der Fall. Wir versuchen nur, durch deutsche Käufe oder durch Inanspruchnahme von Dienstleistungen einen Ausgleich für die Devisen zu schaffen, die dafür von diesen Ländern hier ausgegeben werden und die naturgemäß deren Zahlungsbilanzen schwer beeinträchtigen. Sowohl Großbritannien – hier wird es über alle Maßen deutlich – als auch die Vereinigten Staaten haben Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu verzeichnen. Sie müssen bedenken, daß das die entscheidenden Währungen der Welt sind. Der Dollar ist überhaupt die Leitwährung mit Deckungsreserven in den Währungsbeständen aller Länder. Ein großer Teil des Welthandels wird in Pfund Sterling abgerechnet. Es kann uns also nicht gleichgültig sein, was mit diesen Währungen geschieht, und darauf haben wir Rücksicht zu nehmen.

Es ist also nicht so, als müßten die Soldaten unserer Verbündeten auf deutschem Boden sozusagen bezahlt werden. Diese etwas makabre Sicht darf nicht Bestand haben. Es besteht nicht eine unmittelbare Beziehung zwischen dem, was unsere Verbündeten aus ihrer Treue zum Bündnis, aus ihren Verpflichtungen hier zu erfüllen haben, und dem, was wir bezahlen. Dieser Zusammenhang muß zerstört werden. Ich glaube, wir haben das in den Vereinigten Staaten und schon früher hinreichend deutlich gemacht.

Finanziell ist die Situation so, daß ich mich bei meinem Besuch im Dezember 1963, bei der ersten Begegnung mit Präsident Johnson, bereit erklärt habe, die bisherigen Ab-

3 Vgl. Nr. 5 Anm. 11.

kommen weiterzuführen.[4] Es ist auch ein neuer Vertrag unterzeichnet worden, der bis zum 1. Juli 1967 reicht. Wir haben in Amerika deutlich gemacht: Einen solchen Vertrag in dieser Form, in dieser Höhe wird und kann und darf es nicht mehr geben. Wir müssen hier Modifikationen einschalten, um von dieser Vergleichsbasis wegzukommen: hier Truppen – hier Geld. Wir können z. B. nicht nur Waffen kaufen, sondern es muß auch andere Möglichkeiten geben, die Anrechnung zu erreichen. Aus dem laufenden Vertrag haben wir noch 3,6 Mrd. DM bis zum 1. Juli 1967 zu erfüllen. Es gibt nun eine Reihe von Gründen, die hier eine Rolle spielen: Umstellung der Waffentechnik, dann aber auch der Haushalt der Verteidigung, der zu schmal ist. Wenn wir bis zum 1. Juli 1967 sozusagen auch die Bilanz ausgeglichen haben, so müssen wir jetzt doch überlegen, wie wir aus der Sache herauskommen. Meine lieben Freunde, es ist gar kein Zweifel, die Bundesrepublik Deutschland hält ihre Verträge.

Ich habe aber im Bundestag ausgeführt und auch sonst zur Darstellung gebracht, daß man bei dem bilateralen Verhältnis – sei es zu Großbritannien, sei es zu den Vereinigten Staaten – nicht nur diesen einen Teil, der die Zahlungsbilanz beeinflußt, herausnehmen sollte. Man müßte loyalerweise und fairerweise auch die gesamten Positionen überblikken.

Bei den gesamten Positionen ist es so, daß wir in bezug auf den reinen Warenverkehr ein starkes Defizit gegenüber den Vereinigten Staaten haben. Bei Einbeziehung aller Posten einer Zahlungsbilanz – also auch des Kapitalverkehrs, der Dienstleistungen und dergleichen mehr – haben die Vereinigten Staaten, auch wenn wir unser Offset-Abkommen voll erfüllen, immer noch einen Überschuß in Deutschland von 2 Mrd. DM zu verzeichnen. Das sind die letzten Ziffern von 1965. 1966 ist es für die Vereinigten Staaten nicht schlechter geworden.

Unsere Verhandlungen gingen darum, den Amerikanern darzulegen, daß wir jetzt auch mal von ihnen ein gewisses Entgegenkommen erwarten. Wir halten die Verträge, wir werden bezahlen. Aber wir haben uns bisher, wenn die Amerikaner mit Wünschen an uns herangekommen sind – wir möchten zur Stärkung der Dollarposition etwas beitragen –, nie versagt. Ich darf z. B. daran erinnern, daß wir in den Jahren 1959 bis 1961 von der Nachkriegswirtschaftshilfe 600 Mio. Dollar frühzeitig – entgegen den vertraglichen Festlegungen – zurückgezahlt haben. Jetzt haben wir gesagt: Wäre es auch nicht angebracht, daß angesichts – nicht unserer Zahlungsbilanzsituation – unserer Haushaltssituation einmal im Einvernehmen mit Ihnen eine gewisse Verlagerung von Zahlungen zugelassen würde? Wenn wir das beiderseitig tun, dann ist das keine Vertragsverletzung, sondern entspricht eigentlich nur der Loyalität, die wir glauben, aufgrund unseres eigenen Verhaltens – und zwar seit langer Zeit, seit zehn Jahren – wohl füglich von Ihnen erbitten zu können.

Eine endgültige Antwort darauf, wie das Problem gelöst werden kann, kann ich Ih-

4 Vgl. PROTOKOLLE 4 S. 561 Anm. 10: Erhard hielt sich vom 27.–30. Dezember in den USA und am 28./29. Dezember 1963 auf der Farm des amerikanischen Präsidenten Johnson in Texas auf. AAPD 1963 Nr. 486–492; vgl. auch HENTSCHEL S. 456–463, zum Abschlußkommuniqué vgl. BULLETIN Nr. 1 vom 3. Januar 1964 S. 5 f.

nen nicht geben. Es ist außerordentlich schwierig, denn der amerikanische Präsident hat natürlich auch seine inneren Schwierigkeiten. Er ist in Bedrängung durch Vietnam, durch die Ausgaben, die damit verbunden sind. Er hat im eigenen Lande eine gewisse Fronde, die der Auffassung ist, es möchten amerikanische Truppen aus Deutschland, aus Europa zurückgezogen werden. Demgegenüber sind wir der Auffassung, daß die amerikanischen Truppen – mal unbeschadet der Kosten – und ihre physische Anwesenheit, vor allen Dingen ihre Präsenz unmittelbar an der Zonengrenze, einen politischen Wert und ein wesentliches Element unserer Sicherheit darstellen. Deshalb wollen wir sie natürlich hierbehalten. Wir werden sie nicht in alle Ewigkeit hierbehalten können. Es sind da auch neue strategische Überlegungen im Schwange; darüber wird sicher Herr von Hassel noch etwas sagen können.

Wir glaubten, wir sollten gerade jetzt in dieser gefährlichen Zeit, wo auch innerhalb der NATO diese Fragen offen gestellt werden, der Destruktion nicht irgendwie noch Vorschub leisten oder durch unser Verhalten direkt oder indirekt, schuldig oder unschuldig, eine neue Nahrung geben.

Der amerikanische Präsident hat uns angeschrieben und zum Ausdruck gebracht, er möchte ein Gespräch mit Großbritannien und mit Deutschland haben.[5] Daraus ist dann in der Öffentlichkeit völlig zu Unrecht – ich kann mir nicht denken, daß das nicht auch böser Wille gewesen ist – der Eindruck entstanden, als ob ein Dreierdirektorium von neuem entstehen sollte, das uns aus der Vergangenheit noch in Erinnerung ist, wo es seinerzeit als besonderer Führungsstab der NATO, bestehend aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich, gedacht war; jetzt glaubte man, anstelle von Frankreich würde Deutschland treten. – Nichts von alledem ist wahr. Es war lediglich die Vorstellung, die drei Länder haben im Augenblick eine Frage miteinander in Ordnung zu bringen, nämlich die Frage des Devisenausgleichs, das Wie, Wieviel und Wann, und das rechtfertigt schon eine Zusammenkunft. Wir haben uns zunächst sehr reserviert verhalten. Ich habe dem amerikanischen Präsidenten geschrieben, ich möchte erst mit ihm unter vier Augen sprechen, bevor eine solche Zusammenkunft zwischen diesen drei Ländern möglich sei.[6]

Es ist gar kein Zweifel: Wenn wir uns über das Offset-Abkommen[7] oder über den Devisenausgleich unterhalten, sind natürlich andere Fragen mit angesprochen, nämlich Art und Umfang des Aufenthalts der amerikanischen und britischen Truppen auf deutschem Boden. Es ist damit die Frage angeschnitten, welche strategischen Pläne entwikkelt werden müssen angesichts der veränderten Situation und auch der Erklärung

5 Vgl. AAPD 1966 Nr. 270, 275.

6 Vgl. AAPD 1966 Nr. 270. – Zum Abschluß der Gespräche Erhards in den USA wurde vereinbart, die Frage des Devisenausgleichsabkommens in Dreiergesprächen zu prüfen, vgl. dazu das Gespräch zwischen von Hassel und McNamara in Washington am 27. September 1966 (AAPD 1966 Nr. 301, vgl. auch Nr. 315, 335, 348).

7 Erhard hatte 1964 ein Offset-Abkommen vereinbart, das zum 1. Juli 1967 auslief. Vgl. AAPD 1964 S. 659; „Welt" vom 16. November 1964 „Zusammenarbeit bei der Rüstung". Vgl. auch Anm. 99.

Frankreichs, es würde keine automatische Beistandsverpflichtung eingehen. Die Diskussion geht also dann sehr weit, und man kann sie kaum auf einen Gegenstand beschränken; sie geht bis weit in den außenpolitischen Bereich hinein.

Der amerikanische Präsident hat uns damit nicht etwa hereinlegen wollen; das kann man ihm sicher nicht unterstellen. Er sagte vielmehr: Wenn der britische Premierminister, wie er angekündigt hat, am 14. Oktober dieses Jahres eine endgültige Erklärung über den Aufenthalt der britischen Truppen, also über die Ausstattung, den Umfang und die Art der Rhein-Armee abgeben will[8], dann werde in seinem Land, in den Vereinigten Staaten, wenn die Erklärung negativ ausfällt, wenn der britische Premierminister erklären würde, er müßte einen Teil dieser Truppen abziehen, das allen jenen Kräften einen sehr starken Auftrieb geben, die ihn bedrängen wollten, die auch von ihm einen Rückzug amerikanischer Truppen forderten. Man denke hier nur an Ausführungen von Senator Mansfield[9] und Fulbright[10] und dergleichen. Diese Kräfte sagten: Warum nicht auch wir? Warum haben wir in Europa 330.000 und in Deutschland 250.000 Mann? Ziehen wir doch etwas zurück, dann brauchen wir keine Reservisten einzuziehen und sparen Geld.

Darum ist es in Amerika wesentlich gegangen. Es wäre natürlich lächerlich, anzunehmen, daß wir alle die Fragen bis zum Schluß geklärt hätten. Es knüpfen sich schließlich auch noch Fragen der nuklearen Verteidigung, der hinreichenden Abschreckung zu unserem Schutz an. Wir können nicht in 1½ Tagen erreichen, was man in Genf in vielen Monaten nicht erreicht hat.[11] Wir konnten auch nicht in der Frage der Strategie zweiseitig in den Vereinigten Staaten ein neues Bild entwickeln. Ich kann Ihnen sagen, es ist außerordentlich hart verhandelt worden, so hart, wie man es wirklich nur zwischen Freunden wagen darf. Ich kann Ihnen aber die Lösung nicht auf den Tisch legen.

Wir hatten das Glück, daß zu gleicher Zeit der deutsche Notenbankpräsident Blessing zur Tagung der Weltbank[12] und des Währungsfonds in Washington weilte. Wir haben mit ihm Gespräche geführt; wir haben ihn nicht offiziell in die Regierungsverhandlungen einschalten können, aber er war sozusagen immer im Hintergrund gestanden.

---

8 Wilson wollte die Zahl der britischen Soldaten in Deutschland reduzieren, falls in der Frage des Devisenausgleichs keine Einigung erzielt werden sollte. Die Verhandlungen der deutsch-britischen Ministerkommission begannen am 13. Oktober 1966. Vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 1995; AAPD 1966 S. 1313; BULLETIN Nr. 135 vom 18. Oktober 1966 S. 1080.

9 Michael Joseph (Mike) Mansfield (1903–2001), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1952–1976 Senator von Montana, 1961–1977 Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Senats, 1977–1988 Botschafter in Japan.

10 James William Fulbright (1905–1995), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1945–1974 Senator von Arkansas, 1959–1974 Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses.

11 Die Genfer Konferenz des Abrüstungsausschusses der 18 Mächte, die am 14. März 1962 zum erstenmal tagte, trat am 27. Januar 1966 wieder zusammen. Vgl. AdG 1966 S. 12432 und AdG 1962 S. 9741. Vgl. auch KOHLER S. 57–78.

12 Vom 27. September bis 1. Oktober 1965 fand in Washington die Tagung der Weltbank statt, vgl. AdG 1965 S. 12091–12095.

Wir hatten die Hoffnung, daß wir über gewisse Manipulationen – aber keine fragwürdigen Manipulationen – der Bundesbank Lösungen finden könnten, die uns über eine Durststrecke den Weg finden lassen, mindestens bis dahin, wo wir geringere Leistungen zu erbringen haben. Der Zentralbankrat hat gestern getagt, und er ist auch noch zu keiner letzten Entscheidung gekommen.[13] So kann man wohl sagen, das Problem liegt nach wie vor ungelöst auf dem Tisch. Wir werden bestrebt sein, bis zum 14. Oktober alles zu tun, damit es nicht zu einseitigen Aussagen irgendeines der drei Partner kommt. Das ist vielleicht das, was uns unmittelbar am meisten besorgt sein läßt. Es wäre falsch, das nur als Zahlungsbilanzproblem, nur als Devisenproblem zu sehen. Es sind tatsächlich die Fragen der ganzen Verteidigung, der Wirksamkeit der Verteidigung, unserer Sicherheit, des nuklearen Schutzes, direkt oder indirekt damit angesprochen. – Soviel nun zu Washington.

Meine Damen und Herren! Auch sonst ist die Welt natürlich unruhig geworden. Das Verhältnis zwischen Ost und West berührt nach wie vor die ganze Öffentlichkeit, auch in den Vereinigten Staaten. Wir sollten uns keiner Illusion hingeben; alle unsere Freunde, auch diejenigen, die uns neutral gegenüberstehen, sind der Meinung: Deutschland müßte in Zukunft etwas mehr tun, um diese unheilvolle Spannung zu überwinden, die immer wieder latente Gefahren in Erscheinung treten läßt.

Präsident de Gaulle hat bei seinem Besuch[14] hier ganz deutlich gemacht, daß er uns doch empfehlen würde, mit den ost- und südosteuropäischen Staaten nicht nur wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen zu unterhalten, sondern auch bis in den politischen Bereich hinein – also sprich: in der letzten Konsequenz bis zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen – zu gehen. Dasselbe ist im Grunde genommen auch die Haltung der Vereinigten Staaten, wenn auch dort dadurch gemildert, daß man sagt, wir sehen ganz genau ein, daß es etwas anderes ist, wenn die Bundesrepublik diplomatische Beziehungen zu solchen Ländern aufnimmt, solange wir den Alleinvertretungsanspruch unter allen Umständen aufrechterhalten müssen, solange bei Abschlüssen von Verträgen und dergleichen mehr die Berlinfrage mit ins Gespräch kommt.

Wir können das also nicht so nach Geschmack tun, sondern wir müssen das in unsere gesamte Außenpolitik einkleiden. Wir müssen in der ganzen Welt klarstellen, was das bedeutet oder nicht bedeutet. Aber wir werden uns mit der Frage der Ost-West-Beziehungen nicht nur in dem großen Rahmen etwa der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sowie Rotchinas, sondern auch innerhalb Europas eingehend auseinandersetzen müssen.

Die Debatte im Bundestag[15] hat gezeigt, daß wir innerpolitisch mit zwei Fakten zu rechnen haben. Einmal, wir werden der NATO treu bleiben. Wir können nicht aus der Integration herausgehen. Das ist ein zwingendes Gebot. Wir brauchen die Amerikaner zu unserem Schutz. Aber wir wollen auch die Freundschaft mit Frankreich nicht nur halten, sondern wir wollen sie vertiefen.

13 Vgl. FAZ vom 7. Oktober 1966 „'Enge Grenzen' für eine Bundesbank-Hilfe".
14 De Gaulle hielt sich am 21. Juli zu einem Arbeitsbesuch in Bonn auf, vgl. Nr. 7 Anm. 71.
15 Vgl. Anm. 2.

Ich habe gestern ein zweistündiges Gespräch mit Herrn Seydoux[16] geführt. Ich habe ihn über die Reise nach Washington unterrichtet und ihm genau gesagt, wo die neuralgischen Punkte liegen. Man kann nicht zwei Strategien zur Verteidigung Deutschlands entwickeln, sondern nur eine. Die Frage ist weniger, welchen Status die französischen Truppen in Deutschland haben wollen, als vielmehr, welchen Auftrag die französischen Truppen in Deutschland zu erfüllen bereit sind. Der französische Staatspräsident hat mir gesagt: Ich bin gern bereit, mit der NATO alle denkbaren Modell-Lösungen durchzuspielen, die sich bei einer Aggression ereignen könnten. Es ist selbstverständlich: Wenn ein Angriff auf Deutschland erfolgt, dann stehen wir da; das ist der Auftrag der französischen Soldaten in Deutschland. Aber er will keine automatischen Bindungen eingehen. Er läßt auch noch die Frage offen: Was ist der nicht provozierte und der provozierte Angriff? Ich glaube, wir müssen auf bilateraler Ebene und auf multilateraler Ebene, d. h. auf der NATO-Ebene und im unmittelbaren Gespräch mit Frankreich diese Dinge weiter zu klären versuchen. Wie ich in der letzten Erklärung vor dem Bundestag gesagt habe, sind wir der Meinung, daß wir bilateral beiderseits befriedigende Lösungen finden können. Aber wir können uns nicht völlig von den anderen Gesprächen trennen, die auf NATO-Ebene geführt werden müssen. – Soviel zu dieser Frage.

Ich glaube, ich sollte jetzt zu der Innenpolitik kommen, und da sind eine ganze Reihe von Fragen von unmittelbarer Aktualität. Die Bundesregierung hat zur Sicherung von Wirtschaft und Währung ein Stabilitätsgesetz vorgelegt.[17] Ich bin sehr erfreut, daß die CDU und CSU im Grundsatz eine sehr positive Haltung dazu eingenommen haben, auch wenn von dieser oder jener Gruppe an dem einen oder anderen Bestandteil dieses Gesetzes die eine oder andere Änderung gewünscht werden würde. Aber im Grunde genommen erkennt man an, daß dieses Stabilitätsgesetz eine Notwendigkeit ist. Ich glaube, man kann auch feststellen: Schon die bloße Ankündigung dieses Gesetzes, seine Einbringung, hat eine Beruhigung geschaffen, und zwar sowohl auf dem Arbeitsmarkt wie in der Preisbewegung und nicht zuletzt auch am Kapitalmarkt. Ich habe gehört, daß gestern im Wirtschaftsausschuß des Bundestags die erste Lesung über die Bühne gegangen ist, und daß wir füglich hoffen können, daß wir in einer Geschlossenheit für dieses Gesetz einstehen.

Meine Damen und Herren, dieses Gesetz ist keine Wunderwaffe. Es heilt nicht alle Schmerzen, und man kann damit nicht alle Probleme lösen. Aber wenn man vergleichsweise einen Blick auf Großbritannien tut, was sich dort ereignet und vollzieht und was

16 François Seydoux de Clausonne (1905–1981), französischer Diplomat; 1958–1962 und 1965–1970 Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland. – Zum Gespräch vgl. AAPD 1966 Nr. 314.

17 Entwurf eines „Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität" (Drs. V/890 vom 2. September 1966); Beratung am 14. und 15. September 1966 im Bundestag, vgl. Sten.Ber. 5. WP 55. Sitzung S. 2655–2706 und 56. Sitzung S. 2727–2792. Vgl. auch Nr. 7 Anm. 76. – Das „Ergänzungsgesetz zum Steueränderungsgesetz" wurde am 8. November 1966 beschlossen (Drs. V/1096).

dort notwendig geworden ist[18], dann muß man doch sagen – man kann ja auch mal etwas Positives herausstellen –, das, was in Deutschland noch in Ordnung ist, was völlig in Ordnung ist, das ist im Grunde genommen unsere Wirtschaft, und zwar unbeschadet des Umstandes, daß es einige trübe Stellen gibt wie etwa bei der Kohle oder auch bei Eisen und Stahl. Aber wenn ich z. B. höre, daß die Bundesanstalt meldet, die Zahl der Arbeitslosen sei zwar um 15.000 Mann gestiegen, es bestehe aber immer noch ein Verhältnis zwischen Arbeitslosen und offenen Stellen von 1:5, und wenn ich dazu noch die 1,3 Mio. Fremdarbeiter hinzurechne, dann möchte ich glauben, daß das Gesamtgefüge, die Gesamtstruktur der deutschen Volkswirtschaft in Ordnung ist. Das schließt nicht aus, daß da und dort pfleglicher operiert werden muß, damit sich nicht einige Krisenherde ausweiten.

Jedenfalls ist das im ganzen eine sehr positive Bilanz. Wir brauchen keinen Preisstopp, wir brauchen keinen Lohnstopp, keine Devisenbewirtschaftung, wir brauchen nicht Steuern auf alle Dinge, die zum zivilisatorischen Bedarf gehören. Wir brauchen nicht an die übrige Welt heranzutreten, um Stützung für unsere Währung zu erhalten. Im Gegenteil, wir haben bisher immer nur von unserer Seite aus dazu beigetragen, andere Währungen zu stützen.

Ich habe neulich vor dem Bundestag erklärt, es gibt zwei Sorten von Ländern. Die einen Länder haben Zahlungsbilanzschwierigkeiten, und die anderen haben mal Haushaltnöte. Es ist sehr viel angenehmer, Haushaltnöte zu haben; die kann man – wenn auch nicht leicht – überwinden, während Zahlungsbilanzschwierigkeiten die Struktur einer Volkswirtschaft betreffen. Im letzten Falle geht es um die Grundlagen, bei denen die Dinge falsch liegen. Zahlungsbilanzschwierigkeiten sind deshalb sehr viel beängstigender und sehr viel schwerer zu überwinden. Wenn Sie wollen: Die Auseinandersetzung, die wir im Augenblick mit den Vereinigten Staaten und mit Großbritannien haben, geht darauf zurück, daß die echte Strukturkrisen, Zahlungsbilanzschwierigkeiten haben, aus denen sie nicht wissen, wie sie herauskommen sollen, während wir aus deren Sicht nur – „nur" in Anführungszeichen – vor der Aufgabe stehen, unseren Haushalt in Ordnung zu bringen.

Nachdem ich nun von dem Stabilitätsgesetz gesprochen habe, möchte ich auf den Bundeshaushalt 1967 überleiten. Wir haben den Haushalt verabschiedet und werden am Mittwoch noch die mittelfristige Vorausschau verabschieden, so daß das Gesamtpaket dem Bundesrat und dem Bundestag zugeleitet werden kann.[19] Dann – und meiner An-

18 In Großbritannien war es zu einer schweren Wirtschaftskrise gekommen, das Vertrauen in die britische Währung gesunken. In Zusammenarbeit zwischen Regierung, Industrieverband und Gewerkschaften wurde ein Preis- und Einkommensstop beschlossen, der bis zum Jahresende 1966 Geltung haben sollte. Am 10. August 1966 verabschiedete das Unterhaus das verschärfte Preis- und Einkommensgesetz. Vgl. Alan Sked/Chris Cook: Post-war Britain. A political history. New York 1979 S. 249–252.

19 Vgl. „Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1967" (Drs. V/1000 vom 2. November 1966).

sicht nach erst dann – sollte über die einzelnen Positionen, über die Möglichkeit des Auswechselns, der einen oder anderen Ausgabenminderung verhandelt werden.

Ich habe es sehr bedauert, daß man, bevor überhaupt nur eine intime Kenntnis vorhanden war, in der Presse die Dinge so zwiespältig dargestellt hat. Man konnte buchstäblich auf der ersten Seite einer Zeitung lesen, daß das doch kein Stabilisierungshaushalt sei, sondern daß er die Konjunktur anheize, daß darin schon wieder Keime für Preissteigerungen lägen, während auf der zweiten Seite der gleichen Zeitung dann stand, daß diese oder jene Einschränkung oder Ausgabenkürzung unerträglich sei.

Meine Freunde, wollen wir uns einmal hier zusichern, daß wir uns nicht gegenseitig in der Fragestellung zerfleischen, wer soll nun bei den notwendigen Kürzungen zur Kasse treten? Ich bin nicht der Meinung, daß man das einseitig machen soll. Aber daß wir den Haushalt ausgleichen müssen, steht nicht nur im Grundgesetz, sondern das ist auch unsere Aufgabe, um unsere Wirtschaft und unsere Währung stabil zu halten. Darüber werden wir nach Kenntnis der Vorlage, die von der Bundesregierung unterbreitet wird, dann noch im einzelnen zu sprechen haben.

Ich glaube, ich sollte es zunächst einmal bei dieser Sicht bewenden lassen, nicht ohne dem hinzuzufügen, daß die CDU allen Grund hat, wieder stärker zusammenzustehen und davon abzurücken, daß jeder einzelne sich bemüßigt fühlt, die Öffentlichkeit qua Person zu beschäftigen. Es ist das eine miserable Sache. Ich habe mich völlig zurückgehalten. Ich habe auf kein Interview irgendeine Antwort gegeben, irgendeine Stellungnahme abgegeben, obwohl mir das manchmal etwas schwergefallen ist. Aber ich habe es wirklich aus Disziplin getan und um unser Land, unser Volk nicht zu schädigen, um nicht nach außen hin durch das zerrissene Bild der CDU die Dinge noch weiter zu gefährden und noch weiter Unruhe und Unsicherheit in das deutsche Volk zu tragen. Ich kenne die Appelle, die wir hier so oft ausgesprochen haben, und das, was wir uns gegenseitig geschworen haben. Es hat nichts genutzt. Aber wir haben eine heilsame Lehre erfahren. Nach alledem, was sich nach dem 10. Juli[20] zugetragen hat, glaube ich, daß dies eine Stunde der Besinnung sein sollte. Man spricht immer von der Stunde der Wahrheit. Die Wahrheit ist ja nicht so absolut. Aber unter Besinnung kann ich mir sehr wohl konkret etwas vorstellen.

Ich meine, wir sollten hier frank und frei auch erörtern, was zu tun ist, damit wir wieder in gleichen Schritt geraten. Es ist doch eine merkwürdige Situation: Wenn wir im Bundestag zu einer Debatte auftreten – auch wenn wir am Tage vorher die größten Auseinandersetzungen miteinander hatten –, dann steht die Fraktion geschlossen und bietet gegenüber der Opposition ein starkes Bild. Aber kaum sind wir aus dem Bundestag raus und wieder in der Fraktion, dann geht das wieder von vorne an. Das geht nicht nur die Fraktion, sondern es geht vor allen Dingen auch die Partei an. In dem Kreise sind wir hier heute beisammen. Es geht hier nicht darum, ob sich der eine Landesverband zu mir bekennt oder nicht. Ich war neulich auch mit den Landesverbänden zusam-

20 Aus den Landtagswahlen am 10. Juli 1966 in Nordrhein-Westfalen ging die SPD als Sieger hervor, vgl. Nr. 7 Anm. 1.

men.[21] Ich glaube, es kommt nicht darauf an abzuzählen, wer dafür ist und wer nicht. Wir sollten vielmehr eine Formel finden, die uns gemeinsam handeln läßt, nach außen überzeugend und nach innen geschlossen. (*Beifall.*) Ich möchte darüber nun die Aussprache eröffnen. Bitte, es ist alles frei. Auch die Fragen, die ich angeschnitten habe, stehen offen. – Bitte, Herr Scheufelen.

Scheufelen: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir haben draußen im Lande etwas Schwierigkeit, zu erklären, warum ein Bundeshaushalt mit 74 Mrd. DM auch dann noch bei dieser Zahl bleiben kann, wenn sich einige Voraussetzungen in der Zwischenzeit geändert haben. Der Bundeshaushalt von 74 Mrd. DM ging zunächst davon aus, daß der Haushalt 1966 ausgeglichen sein wird, daß er also so ablaufen wird, wie das vorgesehen war. Das hat er bis jetzt nicht getan. Es sind weitere Einsparungen notwendig gewesen, so daß der Haushalt 1966 in der Form, wie er als Grundlage für den Haushalt 1967 vorausgesetzt wurde, nicht mehr stimmt. Um wieviel er nicht mehr stimmt, ist schwer vorauszusagen. Ich habe im August die Zahl von 1,2 Mrd. gehört. Das zweite ist, daß heute noch nicht feststeht, wie die Verteilung der Einkommen- und Körperschaftssteuer zwischen Bund und Ländern vorgenommen wird. (*Erhard:* Das habe ich vergessen! Dazu wollte ich noch sprechen!) Wir sind als Partei in der schwierigen Situation, weil unsere Parteifreunde im Bund sagen 39%, während unsere Parteifreunde im Land sagen 35%.[22] Auch die Frage können wir, wie wir das für beide, unseren Wählern, unseren Mitgliedern klarmachen sollen, nicht beantworten.

Ich war auf einer Reihe von Parteiversammlungen in den Kreisen usw., und da wurde mir die ganz glatte Rechnung aufgemacht, die ich leider nicht widerlegen konnte: 74 Mrd. unter den und den Voraussetzungen. Die haben sich geändert um einen Betrag im Haushalt 1966 von rund 1½ Mrd. und um die ungeklärte Summe – vielleicht macht man einen Kompromiß – bei der Verteilung der Einkommen- und Körperschaftssteuer zwischen Bund und Ländern, die vielleicht auch 1 Mrd. DM beträgt. Dazu kommt jetzt der Devisenausgleich, dazu kommen andere Sachen. Also Schluß: Der Haushalt 1967 in der Form, wie er vorgelegt wird, ist nicht ausgeglichen. Wo nimmt nun die Bundesregierung, wo nimmt der Bundestag das Recht her, nachdem sie selber ihre Sache nicht in Ordnung haben, zu verlangen, daß die Länder einem Gesetz zustimmen, mit dem sozusagen die Länder und Kommunen unter Aufsicht gestellt werden sollen? Diese Frage kann ich nicht beantworten.

Erhard: Meine Damen und Herren, ich darf darauf kurz antworten. Soweit im Jahre 1966 im Haushalt Mehraufwendungen angefallen sind – wie z. B. für den Wohnungsbau oder den Sozialhaushalt –, werden wir durch Zusammenpressung der Reste damit fertig werden. Anders ist die Sache, wenn durch das Beteiligungsverhältnis von Bund und Ländern der Knoten durchschnitten würde und man würde uns 37% geben; bitte,

21 Am 28. September 1966 im Bundeskanzleramt, vgl. ACDP 01–554–001/2.

22 Der am 7. Oktober 1966 eingebrachte Gesetzentwurf der Regierung Erhard (Bundesrat Drs. 401/66) sah vor, die 1964 getroffene Regelung des Bundesanteils von 39% (bis dahin 35%) fortzuschreiben. Der am 21. Dezember 1966 erzielte Kompromiß sah schließlich einen Bundesanteil von 37% vor. Vgl. Renzsch S. 202f.

ich gehe von irgendeiner Annahme aus. Dann würde das bedeuten, daß auf den Bund zusätzliche Lasten von 1 Mrd. DM zukämen. Sie müßten dann im Haushalt noch verkraftet werden. Sie haben recht, es bleibt auch die Frage offen: Wie kommen wir mit unseren Alliierten, den Amerikanern und den Briten zurecht, und was kostet das? Welche Aufwendungen sind dafür 1967 erforderlich?

Ich möchte eines ganz deutlich sagen: Wenn die Bundesregierung den Haushalt auf der Basis von 73,9 Mrd. DM verabschiedet hat – das bedeutet also einen Anteil von 39% –, dann sollte das keine Kampfansage an die Länder bedeuten. Wir waren in der Arbeit schon soweit vorangeschritten, daß wir nicht wieder alles umstülpen konnten. Uns ist allein auch nichts eingefallen, was geeignet gewesen wäre, ersatzweise anzutreten.

Ich bin der Meinung, wir brauchten es nicht bis zum Vermittlungsausschuß hin treiben zu lassen, sondern wir sollten die Zeit nützen, um mit den Ländern im Gespräch zu sein. Aber die Länder haben auch ein Wort mitzusprechen. Die Länder haben dann der Bundesregierung zu sagen, was nach ihrer Vorstellung kürzungsreif wäre. In einem Gespräch, das ich geführt habe – ich will gar keinen Namen nennen – und bei dem ich nur die Frage angedeutet habe, wie man die Sache entscheiden könnte, ist mir geantwortet worden: durch eine Kürzung des Verteidigungshaushaltes. Das ist natürlich keine Lösung. Da mußte die Bundesregierung sagen: So geht es nicht. Wie geht es aber sonst? Ich glaube, dieses Gespräch mit den Ländern sollten wir frank und frei führen. Wir sollten auch nicht so tun, als ob die Anrufung des Vermittlungsausschusses, wenn es dahin käme, einen staatlichen Notstand auslösen würde. Den Fall haben wir schon öfter gehabt, und wir sind dann auch damit in aller Freundschaft fertig geworden.

Ich möchte hier die Dinge nicht dramatisieren, aber sagen, daß wir uns der Frage des Anteils von Bund und Ländern durchaus bewußt sind. Ich hatte gestern eine Sitzung mit Vertretern der Max-Planck-Gesellschaft, des Wissenschaftsrates und der Rektorenkonferenz.[23] Ich habe dort dargelegt, es wäre doch blamabel oder jedenfalls eine fade Lösung, zu sagen, schön, wir bekommen 1 Mrd. weniger, dafür streichen wir alle Mittel für die Länder, die auf diesem Gebiet anfallen. Das würde nicht überzeugend wirken und uns ein ganzes Stück zurückwerfen. Ich glaube, es war eine gute Sache, daß wir damit begonnen haben, auf diesem ganzen Feld zwischen Bund und Ländern zu Teilungen bei der Lösung von Aufgaben zu kommen. Man kann die Dinge nicht allein dadurch heilen – das würde auch nach außen nicht überzeugend sein –, daß man sagt: Schön, dann geben wir Aufgaben an die Länder zurück. Gerade das macht die Dinge so außerordentlich schwierig.

Blumenfeld: Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Ich glaube, ich sollte eines sagen, was im Rahmen der Fraktionskollegen bekannt ist, was aber im Rahmen

23 Teilnehmer am Gespräch mit den Präsidenten der vier großen Wissenschaftsorganisationen am 6. Oktober, 17.30 Uhr, waren die Professoren Adolf Butenandt, Hans Leussink, Rudolf Sieverts, Julius Speer, Werner Heisenberg, Günter Bock, Bundesminister Stoltenberg, Staatssekretär Cartellieri, Staatsrat von Heppe, Ministerialdirektor Osterheld, Oberst Stomp, vgl. ACDP 01–554–001/2.

der Mitglieder des Bundesvorstands noch nicht bekannt ist. Wir sind alle der Auffassung, daß eine Wiederholung der letzten Sitzung der Bundestagsfraktion vom vergangenen Dienstag schlechterdings nicht mehr durchstehbar ist.[24] Ich sage das so, wie es ist, weil diese Dinge ungeheuer ernst genommen werden müssen.

Wir schneiden in den Plenardebatten des Bundestags seit geraumer Zeit bei den Auseinandersetzungen mit der SPD gut ab. Ich möchte sagen, daß wir einige der Debatten und Auseinandersetzungen mit der SPD – dank der hervorragenden Leistung sowohl der Reden des Fraktionsvorsitzenden wie auch des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden[25] wie auch der Darstellung der Regierungsmitglieder, insbesondere bei der letzten Bundestagsdebatte des Bundesaußenministers Schröder[26] – praktisch gewonnen haben. Aber was ist das Fazit, meine Freunde? Die Schlagzeilen in der Presse des nächsten Tages sind gefüllt mit den außerhalb des Parlaments erfolgten Aussagen einiger führender Mitglieder der CDU. Das ist das Fazit, und das wirkt zersetzend in der Öffentlichkeit im Hinblick auf die Meinungsbildung. Ich meine damit nicht, daß die Äußerungen dieser Herren, dieser Freunde von uns, in sich zersetzend sind, aber die Wirkung in der Öffentlichkeit ist das. Ich hatte gestern Gelegenheit, in Berlin mit einigen anderen Kollegen eine Reihe von führenden Persönlichkeiten zu sprechen. Der Eindruck ist niederschmetternd. Ich brauche das in diesem Kreise nicht zu wiederholen. Wir sitzen schließlich alle irgendwo mit an der Quelle und spüren, was im Volk und in der meinungsmachenden Öffentlichkeit vor sich geht.

Meine Freunde, es gibt zwei Sachprobleme – ich komme noch auf die Personalseite –, die wir als Union zu bewältigen haben. Das eine ist soeben angesprochen worden: Der ganze Bereich der Wirtschafts-, Finanz-, Haushaltspolitik und Haushaltsgestaltung; das andere ist der außenpolitische Bereich, der neuerdings in den letzten Tagen insbesondere durch Franz Josef Strauß und Eugen Gerstenmaier in den Vordergrund gerückt worden ist[27], und zwar meiner Meinung nach unter falschen Voraussetzungen.

Lassen Sie mich zu dem wirtschaftlichen, finanziellen und haushaltspolitischen Teil nur eines sagen. Ich glaube, meine Freunde, daß wir, die CDU, die Kraft haben und in der Lage sind, diese Probleme zu lösen, wenn wir mutig genug sind, mit der Vergangenheit – d. h. all dem, was wir uns z. T. selber beschert haben – jetzt und innerhalb der

24 Die Sitzung am 4. Oktober 1966 dauerte von 15.05 Uhr bis 19.25 Uhr, vgl. CDU/CSU-Fraktionsprotokolle Nr. 353.

25 Stv. Fraktionsvorsitzende waren Eduard Adorno, Theodor Blank, Peter Wilhelm Brand, Aenne Brauksiepe, Franz Josef Strauß, Detlef Struve. – Hier ist wohl Strauß gemeint, der am 15. September zur Wirtschaftspolitik und zum Sofortprogramm der SPD zur Sanierung der kommunalen Finanzen (Sten.Ber. 5. WP 56. Sitzung S. 2770–2779) und am 21. September 1966 zur Bundeswehr um zum SPD-Antrag über die Vorgänge im Bundesverteidigungsministerium (Drs. V/914 vom 14. September 1966) Stellung nahm (Sten.Ber. 5. WP 57. Sitzung S. 2833–2847).

26 Am 23. September 1966 antwortete Gerhard Schröder auf die Große Anfrage der SPD-Fraktion „Betr. Vorschläge zur Rüstungsbegrenzung und Sicherung des Friedens", vgl. Sten.Ber. 5. WP 59. Sitzung S. 2881–2923.

27 Hintergrund waren Interviews von Strauß und Gerstenmaier u. a. im „Rheinischen Merkur" vom 30. September und 5. Oktober 1966, in denen beide Kritik an Erhard geäußert hatten.

nächsten Wochen und Monate aufzuräumen. Und wenn das noch so viele interne Auseinandersetzungen innerhalb der Fraktion und mit unseren Freunden in den Ländern bedeutet.

So, wie der Haushalt jetzt aufgestellt ist, mit seinen ganzen Spreng- und Explosionsmöglichkeiten, kann er nach meiner Auffassung von uns als Union nicht verkraftet werden; da würden wir unterliegen. Ich glaube und betone, daß die Möglichkeiten für eine Einigung und einen Durchbruch nach vorne vorliegen, wozu es allerdings notwendig ist, daß wir eine Menge über das hinaus tun, was von der Bundesregierung hinsichtlich gesetzmäßiger Maßnahmen vorgeschlagen ist. Es bedeutet, sich die Fragen ernsthaft zu überlegen. Sie dürfen nicht mehr von dem einen oder anderen Ressort gezielt vorgebracht werden. Es geht also darum, wie es mit den Erhöhungen bei der Mineralölsteuer, bei den Zigaretten und überhaupt beim Konsum aussieht. Meine Freunde, diese Dinge müssen intern diskutiert werden, bevor sie von irgend jemand dann herausgefeuert werden, womit ich nicht den Kollegen Seebohm meine[28], (*Seebohm:* Es haben andere damit angefangen!) herausgefeuert in einem Sinne, der nur darauf abzielt, Sand ins Getriebe zu streuen, d. h., dieser Regierung aus den Reihen der eigenen Partei neue Schwierigkeiten zu bereiten. Das muß hier einmal mit aller Deutlichkeit gesagt werden.

Nun zu dem großen Bereich der Außenpolitik. Dabei bitte ich Verständnis dafür zu haben, wenn ich nicht, wie Eugen Gerstenmaier es gern haben würde, die Dinge systematisch und in aller Breite aufrolle. Ich möchte nur zwei Punkte herausstellen. Man spricht jetzt im Zusammenhang mit der Amerikareise von den Schwierigkeiten, die sich da ganz klar darbieten. Sie wissen, daß ich mit nach Washington kommen durfte, obwohl ich zu denjenigen gehört habe, die sogar noch vor Franz Josef Strauß gesagt haben: Herr Bundeskanzler, fahren Sie jetzt nicht, sondern warten Sie die Wahl ab.[29] Ich habe mich aber selbstverständlich – das ist für jeden von uns selbstverständlich – nicht nur zur Verfügung gestellt, sondern habe den Bundeskanzler und die Bundesregierung in all den schwierigen Fragen nach innen und außen unterstützt und bin ihnen nicht in die Parade gefahren, wie das der heute leider nicht anwesend sein könnende Franz Josef Strauß sowohl in der Fraktion wie auch in der öffentlichen Sitzung getan hat und wie er es sozusagen als Folge jeden Tag in die Öffentlichkeit hineinstreut.

Wir wissen alle, was für eine politische Potenz Franz Josef Strauß ist; darüber gibt es keinen Zweifel. Aber das, was er hier im Hinblick auf die Außenpolitik sagt und was Guttenberg[30] nicht nur souffliert, sondern dazusetzt, das ist, ich möchte sagen, für mich jedenfalls irgendwie schizophren. Es wird hier gesagt: mit Frankreich, mit de Gaulle eine gemeinsame Europapolitik, eine politische Union. Dabei wissen wir alle, daß de Gaulle zumindest eine politische Union jetzt nicht will. Er hat das sehr deutlich ge-

28 Vgl. FAZ vom 5. Oktober 1966 „Seebohm stoppt".

29 In Bayern fanden am 20. November 1966 Landtagswahlen statt.

30 Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg (1921–1972), Land- und Forstwirt; 1952–1957 Landrat in Stadtsteinach (CSU), 1957–1972 MdB, 1961–1972 Mitglied des CSU-Landesvorstands, 1967–1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Vgl. LEXIKON S. 260.

macht. Dann sagen sie: gemeinsam mit Frankreichs Ostpolitik. Wer lehnte denn die französische Ostpolitik am stärksten ab, wenn nicht Herr Strauß und Freiherr zu Guttenberg als der außenpolitische Sprecher der CSU in den ganzen letzten Jahren? Jetzt macht man uns und der Bundesregierung den Vorwurf, das Angebot der Franzosen, des französischen Staatspräsidenten im Hinblick auf eine gemeinsame Ostpolitik nicht aufgenommen zu haben.[31] (*Erhard:* Umgekehrt war es!) Ich kenne auch ein bißchen davon, aber ich will hier den Regierungsmitgliedern das nicht vorwegnehmen. Ich will nur sagen, ich kenne die Dinge, sowohl von deutscher, wie von französischer Seite aus. Ich bin vielleicht häufiger als Franz Josef Strauß in Paris und spreche auch mit französischen Politikern und weiß, wie die Dinge sich abspielen.

Ich erkläre rundheraus, so etwas muß man doch im Kreise des Parteipräsidiums, im Kreise des Kabinetts oder im Fraktionsvorstand erörtern, aber nicht in der Öffentlichkeit. Man darf sich nicht in der Öffentlichkeit hinstellen und so tun, als ob die Lösung darin läge, mit de Gaulles Handschlag eine Politik gemeinsam zu machen. Dann muß man auch die Ostpolitik des französischen Staatspräsidenten mitmachen.

Sie kennen meine Auffassung zur Ostpolitik, die durchaus nicht immer konform gegangen ist und vielleicht nicht konform geht mit weiten Kreisen unserer Fraktion oder unserer Partei. (*Gerstenmaier:* Die in der Zeitung zu lesen war![32]) Entschuldigen Sie, Herr Bundestagspräsident – ich muß Sie offiziell anreden –, aber nicht im Zusammenhang – und das ist der Unterschied – mit einem schweren Angriff auf die eigene Bundesregierung. Das möchte ich hier ganz deutlich sagen.

Und dann der Vorschlag, Johnson und de Gaulle sollten sich in Paris treffen und dort im Handschlag die atlantische Partnerschaft bekräftigen![33] Ich meine, weder de Gaulle noch Johnson brauchen den Ratschlag aus Deutschland, daß sie sich in Paris zusammenfinden sollten. Wenn sie das wollten, hätten sie sich woanders zusammengefunden und hätte de Gaulle die Rede in Phnom Penh nicht gehalten[34], die das Verhältnis der französischen Regierung zur amerikanischen Regierung und des amerikanischen Volkes zur französischen Regierung effektiv auf den Nullpunkt gebracht hat. Was das bei so engen traditionellen Verbindungen wie zwischen den Amerikanern und den Franzosen bedeutet, das weiß man, und das muß einen ein bißchen erschrecken, insbesondere uns, die wir doch diejenigen sind, die als allererste und immer wieder darunter zu leiden haben, wenn Washington und Paris sich nicht vertragen bzw. sich in einem so beinahe irreparablen Gegensatz wie heute befinden. Jeder, der die Dinge genauestens kennt, weiß, was sich dahinter insgesamt an Problemen verbirgt.

31 Vgl. MARCOWITZ S. 186–196; OSTERHELD S. 102f.; HILDEBRAND S. 179–182.

32 Vgl. „Stuttgarter Zeitung" vom 9. November 1965 „Notfalls der Oder-Neiße-Grenze zustimmen"; das Interview mit dem Sender „Freies Europa" zum „Oder-Neiße-Problem", abgedruckt im „Hamburger Monatsblatt" vom Dezember 1965; „Welt" vom 20. April 1966 „Münchner Abkommen null und nichtig".

33 Wer den Vorschlag gemacht hat, ist nicht zu ermitteln.

34 De Gaulle reiste vom 25. August bis 12. September 1966 nach Französisch-Somaliland, Äthiopien, Kambodscha, Französisch-Ozeanien und Guadeloupe. Am 1. September hielt er im Stadion von Phnom Penh eine Rede. Vgl. AdG 1966 S. 12699–12704; VAÏSSE S. 532f.

Ich muß hier ganz deutlich einmal fordern, daß dieser Bundesparteivorstand der CDU die Kraft nicht nur in sich verspürt, sondern sich die Kraft und den Mut auch nimmt, mit den Freunden der CSU gemeinsam diese Dinge ganz offen und endgültig im internen Kreise auszudiskutieren. Wir vertragen es nicht mehr, wir zerbrechen daran, daß das in der Öffentlichkeit geschieht, sei es durch Fernsehinterviews, sei es durch Zeitungsartikel. Sie brauchen nur einmal die Journalisten in Bonn zu hören oder auch das Fernsehen anzuschauen oder zu lesen, was in den Zeitungen steht. Da heißt es schon: Die Außenpolitik Schröders ist vorbei; es sei nur eine Frage der Zeit, wann eine Wende eintrete. Man fragt: Wie lange wird er noch Außenminister sein? Der Verteidigungsminister Hassel ist sowieso angeschossen; er hält sich nur noch eine kurze Zeit. So reden die Auguren nicht nur in Bonn, sondern überall. Warum? Weil die Munition aus den Reihen der eigenen führenden Leute geliefert wird.

Hier in diesem Bundesparteivorstand sitzen sowohl die führenden Persönlichkeiten unserer Partei wie auch diejenigen, die sozusagen in der zweiten oder in der dritten Linie als etwas gehobenes Fußvolk arbeiten. (*Heiterkeit.– Kohl:* Ein völlig neues Blumenfeld-Gefühl! *–Barzel:* Vom Wähler her gesehen sitzen wir alle auf Schleudersitzen!) Hier unter uns wollen wir uns im klaren sein, daß es eine Elite gibt oder jedenfalls eine solche, die als solche angestrahlt wird und berechtigterweise vielleicht auch einen Führungsanspruch erheben kann. Ich unterstreiche, daß eine Reihe der hier Vertretenen einen solchen Führungsanspruch anmelden. Dann, meine Freunde, darf es aber von diesen führenden Persönlichkeiten auch keine doppelte Moral geben. Wenn man die Führung beansprucht, dann darf man sich nicht gleichzeitig versagen, im internen Kreise die Dinge zu besprechen und draußen verkünden, was man will. Sonst kann man nicht erwarten, daß das Parteivolk – seien es die Landesvorsitzenden, seien es die einfachen Mitglieder, seien es die Kollegen aus der Fraktion – dieser Führung folgen. Das möchte ich einmal ganz deutlich sagen.

Deshalb erhebt sich die Frage – Herr Bundesparteivorsitzender, wir sagen das ganz offen –, ob dieses Parteipräsidium, in das wir neu gewählt worden sind[35], sich endlich im Laufe der nächsten Wochen zu einer Arbeitsfähigkeit zusammenfinden kann oder nicht, nicht im Sinne der Organisation, sondern im Sinne des gemeinsamen politischen Wollens, um mit dem Parteivorsitzenden und Bundeskanzler zusammen die Dinge durchzustehen. Das ist eine Frage, die in diesem Bundesvorstand auch einmal offen gestellt werden muß. (*Beifall.*)

Erhard: Ich kann hier nur antworten, das Parteipräsidium hat noch nie so häufig getagt wie nach der Übernahme der Kanzlerschaft durch meine Person. Es hat sich sicher mehr mit den Materien befaßt, als das bisher jemals der Fall gewesen ist. Daß wir auch

35 Auf dem 14. Bundesparteitag wurden gewählt: Erhard zum Parteivorsitzenden, Barzel zum Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden, von Hassel und Lücke als weitere Stellvertreter. Zur Unterstützung wurde – so die Ausführung von Dufhues – ein Präsidium als „Arbeits- und Führungsteam" eingesetzt. Ins Präsidium gewählt wurden: Dufhues, Brauksiepe, Gerstenmaier, Amrehn, Schröder und Blank. Vgl. CDU, 14. BUNDESPARTEITAG S. 193–220. – Blumenfeld war nie Präsidiumsmitglied.

nicht alle Probleme gelöst haben, ist klar. Aber daß wir Anstrengungen mit allen Mitteln unternommen haben, kann ich durchaus feststellen.

Adorno: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte etwas zu dem Beteiligungsverhältnis sagen. Sie haben vorhin einige Bemerkungen vorausgeschickt. Kollege Blumenfeld hat die Einheit zwischen der CDU und der CSU beschworen, sicher mit Recht. Aber es mutet einen fast gespenstig an, wenn man weiß, daß zur gleichen Stunde der Landesvorstand der CSU in München tagt, und zwar anläßlich eines Parteitags unmittelbar vor den bayerischen Landtagswahlen.[36] Wir müssen also befürchten, daß dieser Landesvorstand der CSU zu anderen Ergebnissen kommt in wichtigen Fragen als der Bundesvorstand der CDU. Und das mutet fast gespenstig an. (*Barzel:* Sehr richtig!)

Nun zum Beteiligungsverhältnis! Mein Freund Scheufelen hat mit Recht darauf hingewiesen, daß der Haushalt, wie er von der Bundesregierung eingebracht worden ist, aus den verschiedensten Gründen nicht solide sei. Ich will mich nur auf das Beteiligungsverhältnis beschränken. Herr Bundeskanzler, es ist seit einem Jahr bekannt, daß zum 1. Januar 1967 die Frage des Beteiligungsverhältnisses geregelt sein muß. Das war auch dem Bundesfinanzminister bekannt. Spätestens seit März, als der Antrag aus der Partei an den Vorstand, an den Vorsitzenden gestellt worden ist, ein parteiinternes Gremium zu bilden, das sich bemühen sollte, einen Kompromiß zu erarbeiten, war bekannt, daß das Ergebnis der Arbeit dieses Gremiums abgewartet werden müsse, ehe man einen Haushalt, der auf 39% basiert, einbringt. Leider ist die erste Sitzung bei dem uns bekannten Immobilismus erst im Juni möglich gewesen.[37] Von da an war doch sichtbar, daß die CDU als Partei sich bemüht, wenigstens zwischen der CDU im Bund und der CDU in den Ländern zu einem tragbaren Weg zu kommen.

Dieses Gremium hat an Sie, Herr Parteivorsitzender, auch die Bitte gerichtet, in einer Sitzung mit den CDU-Ministerpräsidenten diese Frage anzusprechen. Es hat sich auf einen Kompromiß geeinigt. Sie haben die Herren Ministerpräsidenten zu sich gebeten.[38] Sicher war bei dieser Sitzung mit den Ministerpräsidenten eine Einigung noch nicht erzielt worden. Ich glaube, sagen zu dürfen, daß wir einer Einigung sehr nahegekommen sind. Einige Ministerpräsidenten – wie der bayerische Ministerpräsident und der Ministerpräsident aus Schleswig-Holstein – haben zu erkennen gegeben, daß sie bei 37% eine Lösungsmöglichkeit sehen. Sie haben darüber hinaus erklärt, sie würden dafür eintreten, daß die Länderhaushalte mit ihren konjunkturwirksamen Ausgaben für 1967 nicht über 5% hinausgehen sollen.

36 Vgl. HILDEBRAND S. 219.

37 Die Bund-Länder-Kommission zur Beratung des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftssteuer sowie der Finanzverfassungsreform wurde in der Sitzung der Fraktionsvorsitzenden vom 2.–4. März 1966 in Saarbrücken beschlossen. Die konstituierende Sitzung fand am 21. Juni 1966 in Bonn statt. Vorsitzender war Bundeskanzler Erhard, im Fall seiner Verhinderung Eduard Adorno (Akten in ACDP 07–001 Bundesgeschäftsführer unverzeichnet).

38 Am 21. September 1966, vgl. ACDP 01–554–001/2.

Nun geht Herr Dahlgrün her und gibt, bevor sich das Kabinett endgültig einig geworden ist, seinen Standpunkt bekannt, daß dieser Haushalt selbstverständlich auf der Basis von 39% eingebracht werde. Wir erleben nun ein Trauerspiel. Wir brauchen nur heute die Zeitung aufzuschlagen. Derselbe Bundesfinanzminister, aus dessen Haus die Gesetzesvorlage zur Änderung des Sparförderungsgesetzes stammt und eingebracht worden ist, enthält sich in der Kabinettssitzung[39] aus Parteidisziplin der Stimme. (*Zuruf:* Dann soll er seinen Hut nehmen!) So können wir doch nicht weitermachen. Wir nehmen ständig in allen wichtigen Fragen auf diesen Koalitionspartner Rücksicht. Dann liest man am nächsten Tag in der Zeitung: „Weyer: Die FDP bleibt nicht im lekken Boot."[40]

Der Herr Bundesfinanzminister hat Ihnen, Herr Bundeskanzler, just an dem Tage einen Brief geschrieben, wo Sie die Ministerpräsidenten der CDU/CSU zu diesem Gespräch bezüglich einer Einigung in der Beteiligungsfrage eingeladen haben. Er hat Ihnen in diesem Brief sehr massiv seinen Standpunkt dargetan.[41] Das hat sicher dazu beigetragen, daß wir in der Frage des Beteiligungsverhältnisses noch keinen Schritt weitergekommen sind und vor der Tatsache stehen, daß diese Frage todsicher im Vermittlungsausschuß landen wird. Wo soll sie noch landen, wenn nicht im Vermittlungsausschuß? Damit ist dann wieder eine für unsere Partei schädigende Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit zwischen der CDU im Bund und der CDU im Land verbunden.

Deshalb mein Vorschlag, Herr Bundeskanzler, daß dieses Gremium, das oberste Parteigremium, heute einen Beschluß in dieser Frage faßt, der dann auch für die CDU im Bund und in den Ländern bindend ist. Wir können auf die Dauer nicht so fortfahren, daß die CDU in den Ländern einfach sagt: Was kümmert es mich, wenn der Bundesparteivorstand einen Beschluß faßt; ich habe nur die Aufgaben meines Landes zu sehen. Das gilt auch für die Bundesregierung – insbesondere für die CDU-Minister in der Bundesregierung – in ihrem Verhältnis zum Koalitionspartner, zur FDP. Ich darf deshalb noch einmal meinen Antrag wiederholen, daß dieses Gremium sich heute mit der Frage so ernsthaft befaßt, daß nicht nur diskutiert wird und daß am Schluß nicht alles offenbleibt, sondern daß ein Beschluß gefaßt wird. Ich darf hinzufügen: Auch die Konferenz der Vorsitzenden der CDU/CSU-Landtagsfraktionen hat in Hannover vor zehn Tagen zu erkennen gegeben, daß man bereit ist, auf einen berechtigten Kompromiß ein-

39 Kabinettssitzung am 5. Oktober 1966, vgl. FAZ vom 8. Oktober 1966 „Spaltung"; „Frankfurter Rundschau" vom 10. Oktober 1966 „Ein Mann mit Eigenschaften".

40 Vgl. „Bonner Rundschau" vom 7. Oktober 1966 „Weyer: Die FDP bleibt nicht in leckem Boot"; „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 7. Oktober 1966 „Weyer: CDU muß ihren Streit beenden".

41 Das Treffen fand am 21. September 1966 statt. Teilnehmer waren Lemke, Röder, Goppel, Meyers; Kiesinger und Altmeier sagten ab. Ferner nahmen teil: Langeheine, Niederalt, Adorno, Brand und Pohle (für Strauß und Barzel), vgl. ACDP 01–554–001/2. –Veröffentlichung des Schreibens an den Bundeskanzler vom 15. Juli 1965 in „Welt" vom 8. November 1966 „Dahlgrün: Ich habe rechtzeitig gewarnt". Vgl. auch „Spiegel" vom 21. November 1966 „Jeder hat's gewußt". Dahlgrün hatte verschiedentlich Vorwürfe gegen die mittelfristige Haushaltsvorausschau der Länder erhoben (dpa vom 20. Juli 1966). Vgl. auch Anm. 86.

zugehen.[42] Es sollte also ein Beschluß gefaßt werden, der für die CDU in Bund und Ländern bindend ist.

Grundmann: Es wurde hier das Interview angesprochen, das Herr Weyer gegeben hat. Herr Weyer hat in Kleve vor einem großen Kreis von Journalisten dieses Interview gegeben und eine Form gewählt, die uns aufmerksam machen sollte. Er hat in einem sehr langen Gespräch eine Fülle von Fragen angesprochen und ist dabei auch dann auf die Koalition in Bonn und in Düsseldorf eingegangen. Wenn Herr Weyer dabei eine solche Erklärung abgegeben hat, dann bin ich sicher, daß er dabei absolut mit seiner Bundespartei koordiniert war. Er hat ständigen Kontakt mit Mende. Was er also bezüglich Nordrhein-Westfalens erklärt hat, hat er in Übereinstimmung mit Politikern auf der Bundesebene gesagt.

Er hat eine zweite Formulierung gebraucht, die nicht neu ist. Er hat gesagt, er sei der Meinung, daß die Hebelwirkung der beiden Koalitionen in Bonn und Düsseldorf nach wie vor bestünde und daß er keinen Zweifel darüber lasse, daß das, was dort geschehe, auch anderswo seine Wirkung habe. Das ist ein geschichtliches Verfahren, das schon einmal angewendet worden ist. Sie entsinnen sich der Vorgänge im Jahre 1956.[43]

Er hat keineswegs nur die Frage der inneren Schwierigkeiten bei uns angesprochen, sondern er hat auch politische Fragen angesprochen. Er hat z. B. erklärt, er sei der Meinung, daß die Person Mendes in Fragen seines gesamtdeutschen Auftrages unterbewertet sei und im Rahmen der Bundesregierung nicht die Funktion habe, die ihm normalerweise zukomme. Ich sage dazu folgendes, Herr Meyers und Herr Mikat können das bestätigen: Er treibt im übrigen auch in der Koalition zur Zeit einen Stil, der neu und sehr hart ist und der immer im Hintergrund Alternativen für seine Position im Rahmen dieser sehr knappen Koalitionsregierung offenläßt.

Ich meine, das Präsidium sollte es nicht bei dieser Erklärung belassen, sondern sollte die Forderung erheben, daß die Freien Demokraten sich jetzt auf der Parteiebene zu einem Gespräch stellen und daß Auskunft über den Anlaß des Auftretens von Herrn Weyer in Kleve und seine Erklärungen zur Frage der Koalition in Bonn und in Düsseldorf gegeben wird.

Vor einem möchte ich warnen: zu unterschätzen, daß Herr Weyer diese Dinge gesagt hat. Er hat unbestreitbar im Augenblick aufgrund einer wachsenden Position im vorparlamentarischen Raum – Sport, im Bereich der Polizei und in anderen Gruppierungen – eine Stellung in der FDP, die ihn alles erreichen lassen kann, wenn er will. Der Tatbestand, daß er nicht will, zeigt, daß er eine Angelstellung hat. Die Grenze in der Koalition setzt er immer sehr scharf. Er macht immer einen scharfen Unterschied zwischen seinen Erklärungen als Koalitionsmitglied und als Vorsitzender der nordrhein-westfälischen FDP und als stellvertretender Bundesvorsitzender. Ich jedenfalls bin aus den Erfahrungen des Jahres 1956 gewitzt. Damals hat man die Warnungen überhört und die

42 Protokoll der Fraktionsvorsitzendenkonferenz vom 21.–23. September 1966 in Hannover, vgl. ACDP 07 Bundesgeschäftsführer unverzeichnet.

43 Sturz des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Arnold am 26. Februar 1956 durch eine Koalition aus SPD, FDP und Zentrum.

Konsequenzen eines solchen taktierenden Verhaltens nicht richtig eingeschätzt. Darum bin ich der Meinung, daß das Präsidium ein offizielles Gespräch auf der Parteiebene mit der FDP zur Klärung solcher und anderer Fragen führen sollte.

Scheufelen: Ich habe nur noch eine Frage zum Haushalt 1967. Darf ich Ihrer Antwort entnehmen, daß der Haushalt 1967 auf dem Ist und nicht auf dem Soll des Haushalts 1966 basiert? Ist und Soll des Haushalts 1966 sind ja unterschiedlich. Ich wiederhole also meine Frage: Der Haushalt 1967 basiert auf dem Ist und nicht auf dem Soll des Haushalts 1966? (*Erhard:* Ja!)

Dichtel: Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß nicht, ob vorgesehen ist, heute auch einen kurzen Bericht über die Sitzung der Landesvorsitzenden zu geben, die in der letzten Woche zusammengetreten sind.[44] Es ist mir nicht bekannt, ob jeder von uns den „Spiegel" liest, wo man einiges über die Sitzung nachlesen kann. Es stimmt zwar nicht alles, was dort geschrieben wird, aber ich frage mich doch, wo man eigentlich diese Informationen her hat.

So nachdenklich wie von dieser Sitzung bin ich noch nicht heimgegangen. Ich darf feststellen – es wird kaum Widerspruch geben –, daß in der Sitzung der Landesvorsitzenden darüber Einigkeit bestand, daß die CDU sich in einer sehr ernsten Vertrauenskrise, in einer sehr ernsten Lage befindet. Ich möchte persönlich hinzufügen, wir haben zur Zeit in der CDU einen Tiefstand, wie wir ihn noch nicht erlebt haben. Wenn es überhaupt noch gelingen soll, bis zu entscheidenden Wahlen diesen Tiefstand wieder zu überwinden, dann wird es des Zusammenstehens aller Beteiligten und des Zurückstellens aller persönlichen Dinge bedürfen. Sonst sehe ich für die CDU schwarz. Ich habe ganz große Sorgen für die Gebiete, die in der nächsten Zeit unter den gegenwärtigen Verhältnissen zur Wahl antreten müssen. Mehr möchte ich zu der allgemeinen politischen Lage nicht sagen.

Das, was ich zur Frage des Etats und des Anteils von Bund und Ländern sagen wollte, hat Kollege Adorno schon angesprochen. Ich unterstreiche und billige seine Ausführungen und möchte sie jetzt nicht wiederholen. Ich möchte nur auf eine Wechselwirkung hinweisen. Bei der Bevölkerung übersieht man, daß hier im Bund ein Partner – die FDP – dabei ist. Man sieht bei dem Gebaren des Bundes immer nur die CDU. Bei dem Gebaren der Länder übersieht man, daß es eine ganze Anzahl Ministerpräsidenten der SPD gibt. Man sieht immer nur die CDU. Die Wechselwirkung, die in der Öffentlichkeit entsteht, ist folgende: Nicht einmal die aus der gleichen Familie im Bund und im Land sind in der Lage, sich über entscheidende Fragen zu verständigen. Wenn wir

44 Protokoll der Konferenz der CDU-Landesvorsitzenden vom 28. September 1966 nicht zu ermitteln. – Vgl. auch „Spiegel" vom 3. Oktober 1966 „Aufstand geprobt". In der Sitzung waren einige CDU-Politiker wegen ihrer Kritik an Ludwig Erhard heftig kritisiert worden, u. a. Gerstenmaier, der – so der „Spiegel" – „notfalls bereit [sei], Bundeskanzler oder Außenminister zu werden". Gerstenmaier verlangte aufgrund dieser Meldung mit Schreiben vom 3. Oktober 1966 eine Gegendarstellung auf der Grundlage der dpa-Meldung vom 28. September 1966 (ACDP 07-001-060/1).

im Lande als bescheidene Vertreter gegen diese Dinge auftreten, dann heißt es: Laßt uns in Ruhe, die entscheidende Regierung liegt im Bund bei der CDU.

Ich möchte hier ganz offen sagen, ich bedauere, daß der Etat mit dieser Zwiespältigkeit vorgelegt worden ist. Ich möchte das nicht so leichtnehmen. Ich möchte darum bitten, daß bei der Etatgestaltung endlich objektive Sachlichkeit waltet. Sie ist bei der Etatgestaltung für 1967 nicht gegeben. Ich begrüße das, was Herr Adorno gesagt hat.

Wir in diesem Kreise, die wir nun schon einige Jahre dem Vorstand angehören, haben selten – das will ich doch einmal sagen – zur politischen Willensbildung beigetragen. Wir sind in den ganzen Jahren sehr, sehr wenig Vorstand gewesen. Es wäre gut, wenn wir jetzt auch etwas zu politischer Bedeutung kämen. Ob das, was Herr Adorno vorgelegt hat, ein Antrag sein soll, über den Beschluß gefaßt wird, ob es eine Empfehlung oder eine Bitte sein soll, lasse ich offen. Ich bin sowohl dem Bund wie dem Land verhaftet und hoffe, daß wir hier zu einer vernünftigen Lösung kommen und daß wir in der nächsten Zeit keine Auseinandersetzungen mehr zwischen den CDU-Fürsten des Bundes und der Länder erleben.

Ich habe mit Interesse in der Presse gelesen, daß zuerst der Vorstand und dann die Fraktion des Bundestags[45] sich mit der inneren Führungskrise und mit den Schwierigkeiten beschäftigt haben, die uns zur Zeit bewegen und die geeignet sind, die CDU zu zerstören. Wir haben vorhin von Herrn Blumenfeld gehört, daß wir solche Sitzungen nicht oft erleben können. Wenn sie aber bereinigend wirken, dann sind sie wenigstens nützlich. Bitte, gestatten Sie dem Laien, der das von der Ferne gesehen hat, zu sagen, sie haben mindestens bei uns zu einer Klärung geführt: Wir stellen uns hinter die Regierung Erhard, wir wollen jetzt endlich mit diesen Auseinandersetzungen, seien es persönliche Auseinandersetzungen, seien es Interviews, aufhören.

Wer heute morgen die Zeitung gelesen hat, weiß, daß die Öffentlichkeit an diese Sitzung des Bundesvorstands ganz bestimmte Erwartungen knüpft. Wir werden heute an diesen Fragen nicht vorbeikommen. Ich möchte sagen, Herr Kollege Barzel, ich bin froh und glücklich darüber gewesen, daß wir, wenn auch nach hartem Kampf – das mag man ruhig tun – doch eine Klärung mit einer großen überwältigenden Mehrheit bekommen haben. Der Bundesvorstand sollte sich diesem Beschluß und dieser Auffassung der Fraktion des Bundestags in einer Erklärung anschließen, damit jetzt diese Dinge endgültig aufhören. Dann sollte sich aber auch jeder hinsichtlich Zeitungserklärungen, die in der Regel später doch wieder verbessert werden müssen, weise Beschränkung auferlegen. Wenn wir das tun, dann kommen wir endlich einmal aus diesem Gerede raus und können anfangen, wieder Grund zu fassen.

Eine Meinung möchte ich aus einem ganz bestimmten Grunde hier aber noch vortragen. Ich habe mich mit dem Ministerpräsidenten Röder das letzte Mal etwas – im guten Sinne – über die Frage gestritten, ob man mit Appellen an die Einigkeit etwas erreicht. Wenn ich recht gehört habe, wurde hier auch die Formulierung gebraucht, mit Appellen

45 Vgl. Fraktionssitzung vom 4. Oktober 1966 (CDU/CSU-Fraktionsprotokolle S. 1997–2043).

allein schaffe man das nicht. Der Herr Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, bei all diesen Dingen würden nicht nur Personalfragen, sondern weitestgehend sachliche Probleme eine Rolle spielen. Aber, Herr Bundeskanzler, sachliche Probleme und sachliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Ländern und Bund, zwischen Gemeinden und Ländern wird es so lange geben, wie es Menschen gibt. Aber diese sachlichen Fragen dürfen nicht die Existenz und die Grundlage überwuchern. Das ist leider bei uns geschehen, und das ist unmöglich.

Ich habe morgen abend wieder die Ehre, bei einer 20-Jahrfeier der CDU als Festredner aufzutreten.[46] Ich werde den Herren etwas darüber erzählen, wie es vor 20 Jahren gewesen ist, wo wir einmal angefangen haben. Damals sind die Türen hier in diesem Saal von der SPD als Luxus angeprangert worden. Ich meine, man sollte sich wieder etwas auf den Ursprung besinnen, auf dem wir angetreten sind. Vielleicht stellt man dann auch das eine oder andere etwas zurück, um der Allgemeinheit zu dienen. Vielleicht helfen wir uns gegenseitig, statt festzustellen, es ist genauso gekommen, wie ich es vorhergesehen habe. Wenn wir uns in dieser Form finden, dann schaffen wir es. Wenn nicht, dann werden wahrscheinlich über die Frage, wer künftig was wird, andere Leute entscheiden. (*Beifall.*)

Mikat: Ich möchte nur eine kurze Anregung zur Geschäftsordnung geben. In den einzelnen Diskussionsreden wurden bisher eine Reihe von Problemkreisen angesprochen. Vielleicht ist es gut, wenn wir die einzelnen Themen systematisch nacheinander diskutieren. Sonst ist nämlich eine echte Diskussion außerordentlich schwierig, so wertvoll die Beiträge im einzelnen auch sein mögen. (*Zustimmung.*)

Erhard: Ich will das gern aufgreifen und würde sagen: Wir haben parteiinterne Fragen, wir haben Fragen der Innenpolitik und Fragen der Außenpolitik, die ich mit denen der Verteidigung verbinden möchte. Vielleicht können wir so diskutieren.

Gerstenmaier: Herr Vorsitzender, ich bin nicht ganz sicher, ob wir und wie wir jetzt trennen sollen. Ich bin auch bereit, Herr Konprofessor, nach Kapiteln zu diskutieren. Aber jetzt befinden wir uns in einer Art allgemeiner Aussprache. Ich finde, das tut uns ganz gut, auch wenn das Bild nicht notwendigerweise so zu sein braucht, wie es am letzten Dienstag in der Fraktion war.[47] Das hat auch mir eigentlich nicht so richtig gefallen, nicht deshalb, weil einige Leute ihre sämtlichen Pfeile auf mich abgeschossen haben. Zu diesem Punkt könnte ich nun Ludwig Uhland zitieren: „Er ließ sich den Schild mit Pfeilen spicken und tat nur spöttisch um sich blicken."[48]

---

46 Veranstaltung nicht zu ermitteln. – Der Gründungsparteitag der BCSV fand am 24. Februar 1946 in Freiburg statt; inoffiziell war die Partei am 12. Dezember 1945 gegründet worden. Der letzte KV, Rastatt, wurde erst im Juli 1946 gegründet (vgl. Paul WEINACHT/Tilman MAYER: Ursprung und Entfaltung christlicher Demokratie in Südbaden. Eine Chronik 1945–1981. Sigmaringen 1982 S. 316–331).

47 Vgl. Anm. 27. In der Fraktionssitzung am 4. Oktober kam es u. a. zu einer Diskussion über die Interviews von Strauß und Gerstenmaier, vgl. den Redebeitrag von Gerstenmaier in CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 1998–2004, 2018f.

48 Zeile aus dem Gedicht „Der wackere Schwabe" von Ludwig Uhland (1787–1862).

Das gilt vor allem hinsichtlich der munteren Anträge, die ich diesem Gremium unserer Partei nicht vorenthalten möchte, der Anträge, die ich eigentlich als Zumutung an den Geist der Partei – nicht gegen mich – empfinde, nämlich mit disziplinaren [sic!] Mitteln, sei es der Fraktion, sei es der Partei, dagegen vorzugehen, wenn ein Mann von dem Recht Gebrauch macht, das ihm in der Verfassung zugestanden ist. Diese Partei ist eine Verfassungspartei und zieht an der Verfassung, ihren Rechten nichts ab. Wenn solche Komplexe hochkommen, die mich nur an die Treueschwüre vergangener Jahre erinnern, dann mag man sich sagen lassen, daß das überhaupt keinen Eindruck macht. Es muß in dieser Partei völlig klar sein, wessen Geistes Kind wir sind. Dafür stehe ich jedenfalls. Wenn ein Zweifel an etwas besteht, was ich bisher für eine moralische Selbstverständlichkeit gehalten habe – daß die Loyalität gegenüber dem Land der Loyalität gegenüber der Person vorgeht –, so bin ich gern bereit, darüber zu diskutieren. Meinen Standpunkt in dieser Sache habe ich dargetan, und dazu stehe ich.

Aber nun wollte ich folgendes sagen. Ich kann mich nicht dazu bekennen, daß das Elend, in dem wir uns befinden, durch einige Interviews hervorgerufen ist. Wir standen im Jahre 1965, also vor einem guten Jahr, etwa bei 50%. Wir standen am 15. September meines Wissens bei 28%.[49] Es gibt einige andere Zahlen: Ende September 25%. (*Zuruf:* 38%!) Jedenfalls pendelt es binnen einiger Wochen um 10% hin und her. Wir haben im Laufe dieses Jahres in der Öffentlichkeit, in der Stimmung einen rapiden Abfall gehabt. Ich kann mich nicht dazu bekennen, daß der wesentliche Grund dessen einige Interviews seien, jedenfalls nicht das Interview, das am 30. September im „Rheinischen Merkur" stand.[50] Das macht mir niemand vor.

Aber ich glaube, daß es sich lohnt, etwas den Gründen nachzugehen. Da bin ich allerdings auch nicht der Meinung, auf die ich vielfach in diesen Wochen und Monaten innerhalb unserer Partei gestoßen bin und die ganz breit auch außerhalb der Partei vertreten wird, nämlich daß die Gründe in der Person an der Spitze liegen. Das glaube ich nicht. Diese Personenfrage spielt eine große Rolle; verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler. (*Erhard:* Bitte, bitte!) Man kann nicht daran vorbeigehen. Sie spielt zweifellos eine Rolle; möglicherweise eine bedeutende Rolle. Ich kann aber, nachdem ich mir jetzt wieder acht oder zehn Tage Mühe gegeben habe, möglichst genau nachzudenken und mir dabei nichts zu schenken, mich nicht dazu bekennen, daß das, was ich anfangs angeführt habe, richtig ist.

Ich glaube, daß wir uns jetzt einfach in einem Rückstoß der Entwicklung befinden. Es ist nicht so, als ob das begründet wäre – womit die Sozialdemokraten im nordrhein-westfälischen Wahlkampf angetreten sind – durch eine Art Mobilisierung der Urangst, der Existenzangst. Ich glaube nicht, daß das begründet ist. Aber es gibt natürlich Symptome. Das Licht über unserer Wirtschaftslandschaft hat sich etwas gewandelt, und die Leute bekommen Angst. Einem Volk, daß das hinter sich hat, was wir in unserer Gene-

49 EMNID ermittelte im September 1966 auf die Frage, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, für die SPD 39%, für die CDU/CSU 30% (ACDP Meinungsumfrage-Archiv).

50 Vgl. „Rheinischer Merkur" vom 30. September 1966 „Eugen Gerstenmaier hält sich als Kanzler bereit".

ration hinter uns haben, kann man es noch nicht einmal übelnehmen, daß es Angst bekommt, wenn sich auch nur das Licht verändert.

Es gibt einige andere Gründe. Das Licht verändert sich nicht nur in unserer Wirtschaftslandschaft; es hat sich auch in der internationalen Landschaft verändert. Das Licht, in dem unser Sicherheitsbündnis und die großen Organisationen geboren wurden, hat sich auch verändert. Ich rede noch nicht einmal davon, daß die Strukturen sich möglicherweise ändern. Ich sage nur, auch hier gibt es Schatten. Darauf reagiert ein an seiner Sicherheit existentiell interessiertes Volk außerordentlich lebendig, um nicht zu sagen, nervös. Wir haben es mit einer Nervosität zu tun, die ihren schließlichen Grund auch darin hat – und damit komme ich zum Praktischen –, daß wir, um es kurz zu sagen, in den guten Jahren, in den sieben fetten Jahren, einfach über unsere Verhältnisse gelebt haben. Wir haben das oder das getan, was ganz schön war. Wenn man aber nun zusammenrechnet und fragt, wie man mit dem, was sich finanziell und materiell ergibt, in die Zukunft kommt, dann stellt man fest, daß man sich den Tornister ganz schön voll geladen hat. Wenn es dann warm oder sogar heiß wird, dann wird es doch recht mühsam zu marschieren. In dieser Lage befinden wir uns. Das halte ich für den Hauptgrund, und das hat sich in diesem Jahr mehr dem Gefühl mitgeteilt, und es ist nicht so sehr rational nachweisbar. Daraus kommt ein ungutes Gefühl.

Nun denkt man: Der Bundeskanzler an der Spitze ist der große Zauberer, der macht den Tornister ruckzuck ganz schnell wieder leer. So ist es natürlich nicht. Deshalb kann ich nur das sagen, was ich auch im Fernsehen gesagt habe:[51] Auch ein funkelnagelneuer Bundeskanzler würde sich haargenau vor den gleichen Schwierigkeiten sehen. Auch ein funkelnagelneuer Bundeskanzler hätte kein Geheimrezept, mit dem er diese Lage so schnell ändern könnte, ohne jemand weh zu tun.

Ich will gar nicht darüber reden, was in der Außenpolitik fällig ist, obwohl das eigentlich das war, was mich mehr interessiert hat. Ich will nicht darüber reden, weil ich nicht glaube, daß die unmittelbare Existenzprobe, vor die die Bundesregierung unter Führung Ludwig Erhards gestellt ist, einstweilen in der Außen- und in der Sicherheitspolitik vor sich geht. Das kommt. Aber die große Existenzprobe, vor der wir stehen, ist, ob aus diesem Stabilitätsgesetz und aus der strukturellen Bewältigung des Haushalts etwas wird. Bleiben wir da hängen, dann glaube ich nicht, daß es damit getan ist, daß Sie einen anderen Bundeskanzler wählen, um es kurz zu sagen. Ich hätte das gern am Dienstag vor der Fraktion gesagt. Aber die Stimmung war so, daß man darüber eigentlich gar nicht richtig reden konnte. Hier kann man das besser tun.

Nun muß ich aber doch noch etwas anderes sagen, weil Erik Blumenfeld etwas ausgeführt hat, was so nicht im Raume stehenbleiben kann. Erstens einmal, Erik Blumenfeld, ich habe niemand angegriffen und niemand kritisiert. Ich habe mir einige Bemerkungen erlaubt. Ich frage dieses illustre Gremium, was eigentlich die Leute in der vor-

51 Gerstenmaier äußerte sich im „Bericht aus Bonn", vgl. dpa vom 30. September 1966 „Gerstenmaier: Ich erhebe keinen Anspruch"; „Stuttgarter Zeitung" vom 1. Oktober 1966 „Gerstenmaier wehrt sich gegen Mißdeutungen"; „Pforzheimer Kurier" vom 1. Oktober 1966 „CDU-Präsidium kritisierte Gerstenmaiers Vorstoß".

deren Linie tun sollen. Wissen Sie, was mich über all diesen Diskussionen der Partei beschäftigt: Ob es immer richtig ist, zu schweigen, fein still zu sein, oder ob und wie man es macht, daß man noch überzeugend bleibt, wenn man sich rein auf die Akklamation zu Kommuniqués beschränkt, sei es aus Stockholm, aus Washington oder sonst.

Im allgemeinen rede ich nicht von mir aus, sondern nur wenn ich gefragt werde. Aber was sage ich, wenn ich gefragt werde? Was im „Bulletin" zu lesen ist, und möglichst im gleichen Ton? Ist das alles? Glauben Sie, daß wir damit die Position bekunden, daß wir damit auf dem öffentlichen Feld wirksam werden und überzeugend bleiben bei einer überwiegenden Mehrzahl von Leuten, die kein Verhältnis zu Parteien haben, die jeder Parteiverlautbarung mit einem Soupçon gegenübertritt? Diesen Soupçon zu durchbrechen ist nur möglich, wenn Sie mit einer individuellen Überzeugungskraft operieren.

Aus dem, was ich in den Diskussionen in diesen acht Tagen erlebt habe, kann ich nur den Schluß ziehen: Verzichte auf jede individuelle Note; verzichte darauf, das auch nur anzudeuten, was du eigentlich meinst; verzichte darauf um des Friedens willen, den wir brauchen um der Einheit willen, die natürlich notwendig ist; verzichte darauf, um deines eigenen lieben Friedens willen, um deiner eigenen Bequemlichkeit willen.

Da ich das nicht kann, komme ich zu dem Ergebnis: So, wie die Sache jetzt steht, kann ich nur schweigen. Ich bin deshalb nicht imstande, lieber Herr Fricke, Ihrer drängenden Aufforderung zu folgen und hinter Herrn Brandt und Mende in Hameln anzutreten.[52] Ich habe alle Fernsehinterviews abgesagt. Ich werde im Fernsehen nicht mehr auftreten. Ich trete im hessischen Wahlkampf nicht auf, ich werde für den bayerischen Wahlkampf absagen. Ich kann das nicht. Ich kann nur das sagen – auch wenn ich in völliger Loyalität zu dieser Regierung stehe –, was ich mit einer überzeugenden eigenen Stimme sagen kann. Kann ich das nicht, dann glauben es mir die Leute sowieso nicht. Dann hat es keinen Wert. Dann ist es am besten, ich bleibe sitzen und schweige. Dazu bin ich bereit, obwohl es mir leid tut.

Aber, Herr Kollege Blumenfeld, ich muß einfach, weil Franz Josef Strauß jetzt nicht da ist, auch dieser Ehrenpflicht genügen: Ich kann Ihr „schizophren" in diesem Raum nicht stehenlassen; ich muß das zurückweisen. Das, was Herr Strauß hier gesagt hat, habe ich vorher überhaupt nicht gekannt. Ich lese es jetzt wie Sie aus dieser Zeitung.[53] Ich sehe hier diese Zusammenfassung. Nach dem, was ich daraus sehen kann, kann ich nicht sagen, daß das das Prädikat „schizophren" verdient. Da kann ich nur sagen: Es hat Raison, man kann darüber reden. Ich will mich gar nicht dazu äußern. Ich verstehe den Fraktionsvorsitzenden, der darüber natürlich kreuzunglücklich ist. (*Barzel:* Kann man wohl sagen!) Er hat am Dienstag mit Ach und Krach einen – wenn ich recht verstanden

52 Gerstenmaier sollte auf Wunsch von Alexander Elbrächter MdB ebenfalls im Gemeindewahlkampf in Hameln auftreten, vgl. CDU/CSU-Fraktionsprotokolle S. 2019.

53 Vgl. Anm. 27. Nach dem Bericht der „Bonner Rundschau" vom 30. September 1966 („Keine Verschwörung gegen Erhard im Hunsrück") hatten sich in einem Jagdhaus des Evangelischen Bildungswerks, das Gerstenmaier zur Verfügung stand, Bruno Heck, Josef Hermann Dufhues und Helmut Kohl getroffen.

habe, ich mußte leider weg – schwierig zustande zu bringenden Beschluß in der Fraktion durchgebracht. Und nun hat er wieder mit solchen Sachen zu tun. Aber, meine Damen und Herren, jetzt sind Sie doch so gut und ziehen Sie die Lehre: daß es sich nicht – jedenfalls nicht in erster Linie – um Personenfragen handelt. Es handelt sich um Sachfragen. Ich nehme hier eine Zweiteilung vor.

In der Haushaltsgeschichte gibt es nach meiner Überzeugung wahrscheinlich noch sehr große Meinungsverschiedenheiten. Das Schicksal dieser Bundesregierung ist nach meiner Überzeugung zunächst in unsere Hand gegeben. Es ist einfach nicht wahr, daß es sich dabei um persönliche Rivalitäten handelt. Es ist vielmehr die Frage, ob diese Regierung bei dieser Vorlage soviel Unterstützung findet, wie sie braucht, um nicht hängenzubleiben, oder ob es so geht, wie es bis jetzt gegangen ist: Drei Punkte werden öffentlich bekannt – nämlich das Kilometergeld, die Seebohmsche Mineralölsteuer und die Einschränkung der Sparförderung –, und zu allen drei Punkten hört man nicht nur vom Koalitionspartner – von der Opposition sowieso –, sondern aus unseren eigenen Reihen nicht nur Stirngerunzel, sondern lebhaften Widerspruch. (*Zuruf:* Die machen von ihren Verfassungsrechten Gebrauch!) Hier wird zunächst die Existenzprobe für diese Regierung gemacht; alles andere kommt hinterdrein. Das zweite: Wir stehen seit einigen Jahren – das ist einfach nicht zu bestreiten – vor Grundfragen in der Konzeption und in der Orientierung unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Die ergeben sich nicht aus persönlichen Rivalitäten – das ist einfach nicht wahr, das wird uns von einem Haufen Journalisten vorgeschwätzt –, sondern die liegen in der Sache. Sie liegen auch in der Veränderung der Weltpolitik.

Ich mochte übrigens Erik Blumenfeld in diesem Punkte eine kleine Konzession machen. Ich warne vor allzu großen Illusionen hinsichtlich der neuen Frankreich-Bemühungen. Ich habe mit großem Vergnügen gesehen, daß sich der Herr Bundeskanzler schon in diesen Tagen sehr, sehr darum bemüht hat. Ich habe mit Freude festgestellt, daß in der Fraktion hier eine klare Meinung war. Aber ich muß sagen, so sehr ich diesen Bemühungen heißen Erfolg, allen Erfolg wünsche, so sehr warne ich vor allzu großen Illusionen. Ich kann zu dem, was Herr Strauß hier gesagt hat, was ich nur in der Zusammenfassung kenne, nur sagen, ich könnte dem folgen. Ich warne aber davor zu glauben, daß das, wenn wir das konzipieren, auch schon politische Realität wäre. Ich sage, Herr Bundeskanzler, wir sollten es versuchen. Aber es geht nicht, daß man denjenigen, der eine solche Konzeption vorträgt und auch die Schwierigkeiten klar sieht, mit dem nicht sehr angemessenen Attribut „schizophren" belegt. (*Russe:* Aber wo vorträgt!) Wo vorträgt? Wollen Sie etwa diese schwierigen Fragen nur an diesem Tisch hier austragen, oder wo? (*Russe:* Aber nicht in der Zeitung!) Wenn Sie in der Öffentlichkeit diese CDU mitvertreten, dann werden Sie auf eine ganze Reihe von Fragen angesprochen. Was tun Sie, Herr Russe? Sie äußern sich unablässig dazu. Wenn wir in unserem Arbeitsbereich angesprochen werden, dann müssen wir aufpassen, ob wir nicht einer Art Ketzergericht ausgeliefert werden. Neulich ist es ja formuliert worden, mit disziplinaren [sic!] Maßnahmen solle man vorgehen. Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig.

Aber wie gesagt, äußern Sie sich dazu, wenn Ihnen das nicht gefällt, daß ein Mann mit seiner Überzeugung das sagt, von dem er glaubt, daß es im Interesse der Partei und des Landes liegt. Wenn Sie meinen, daß er das nicht tun sollte, dann sagen Sie das. Dann bin ich gern bereit, loyal mich hinzusetzen und zu schweigen.

Barzel: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe das Wort genommen, weil hier Herr Kollege Gerstenmaier eine Rede gehalten hat. Herr Kollege Gerstenmaier, fangen wir gleich bei dem Praktischen an und bei den Auswirkungen für unsere Partei. Ich würde es für falsch, ja unmöglich halten, wenn draußen bekannt würde, was Sie hier mitgeteilt haben, daß Sie an zwei Landtagswahlkämpfen nicht teilnehmen wollen. Ich würde es für unmöglich halten, wenn ein Mitglied des Parteipräsidiums in einer Situation, wo unsere Freunde draußen im härtesten Kampf stehen, sich nicht an der Hilfe für seine Freunde draußen beteiligen würde.

Meine Damen und Herren, nun zu den Dingen, die uns auch in dieser Woche wieder beschäftigt haben. Dadurch, daß wir dauernd derartige allgemeine Aussprachen haben, geht uns Zeit und Kraft für die anstehenden Sachfragen verloren. (*Beifall.*) Es zerrinnt uns unter den Händen – wie z. B. in den letzten 48 Stunden – der Beschluß, den wir in der letzten Sitzung hier gefaßt haben: nichts in Berlin ohne salvatorische Klausel. Dies nur als ein Beispiel. Wir sind mit uns beschäftigt, die anderen nutzen das aus, um ihre Vorhaben auszuführen. Deshalb muß das nun wirklich aufhören.

Hier sind besorgte Stimmen laut geworden. Ich glaube, daß Herr Dichtel und Herr Blumenfeld offen gesprochen haben. Ich bin über den Tisch gebeten worden – das möge zur Klarheit beitragen –, einiges über diese Debatte in der Bundestagsfraktion zu sagen. Ich stimme zu, wenn Herr Blumenfeld gesagt hat, daß so eine Sitzung wie die vom letzten Dienstag nicht mehr tragbar ist, und zwar für uns und für die Regierung und für alle, die hier Führung tragen. Es soll sich keiner irgendwie der Illusion hingeben, daß er sich ausnehmen könne. Es geht um alle zugleich, um alle Mitglieder des Präsidiums, um alle Mitglieder der Regierung, um alle Mitglieder der Fraktion. Wenn die nicht anfangen, solidarisch zu sein, dann verdienen sie, daß einer nach dem anderen nach Salami-Taktik verschwindet.

Nun diese Interviews, die ich nach wie vor für unglücklich halte; ich will sie nicht weiter qualifizieren. Wir haben uns, wie Sie aus der Presse entnehmen konnten, auf meine Einladung hin darüber ausgesprochen. Ich will darauf nicht noch einmal zurückkommen.

Ich möchte hier in aller Form sagen – ich hoffe, daß das alle hören, die es irgendwie angeht –, daß wir zu fünft drei Punkte hatten, mit denen wir vor die Fraktion und vor den Vorstand getreten sind. Diese drei Punkte in der Sache waren die Basis für die Zurückhaltung im anderen. Der eine dieser drei Punkte in der Sache hieß: Wir bitten, einen Schritt auf Frankreich zu zu machen. Das war eine Basis des Kompromisses zu fünft. Die Fraktion hat sich dem angeschlossen. Ich hoffe, daß alle, die an dieser Sitzung beteiligt waren, das auch hinterher honorieren.

Wir hatten dann eine Fraktionssitzung, die wirklich nicht zu den erfreulichsten gehört; das ist nicht anders mitzuteilen. Wir hatten im Fraktionsvorstand den einstimmi-

gen Beschluß gefaßt, daß wir am Schluß sagen: Ludwig Erhard ist und bleibt Bundeskanzler.[54] Das ist eine politische Aussage. Manche hatten gesagt, es genüge, daß wir kein konstruktives Mißtrauen wollten. Ich bin immer dafür, es positiv auszudrücken. Andere haben in der Fraktion gesagt, es genüge, wenn gesagt werde: kein Kanzler auf Zeit. Ich finde, man muß sich positiv und nicht negativ äußern.

Wir hatten nun in der Fraktion eine viereinviertelstündige Debatte, wo es wirklich aller Kraft bedurfte, um am Schluß zu einer annähernd einmütigen Auffassung zu kommen. Es gelang zum erstenmal nicht, in einer so schwierigen Frage allgemein die Stimmung festzustellen. Weil es so ungewiß war, mußte am Schluß durch eine förmliche Abstimmung Klarheit geschaffen werden, eine Abstimmung, die nach Meinung einiger Kollegen besser namentlich oder geheim erfolgt wäre; soweit war Ihre Bundestagsfraktion. Das Ergebnis kennen Sie: Es haben neun Kollegen sich nicht bereit gefunden, und drei haben sich der Stimme enthalten. Geben Sie sich keiner Illusion hin, in Wirklichkeit waren die Verhältnisse sehr viel ernster.

Ich muß hier sagen – ich habe mir vorgenommen, nach der Wahl von Düsseldorf ganz offen zu reden –, es ist ein unerträglicher Zustand – ich bitte die Kollegen, mir zu erlauben, das zu sagen –, wenn in einer solchen Situation, nachdem der Fraktionsvorstand zu einer einmütigen Auffassung gekommen ist, in der Fraktion diskutiert wird und die Mitglieder der Regierung des Herrn Bundeskanzlers schweigen. Das geht nicht. Das hat auf die jungen Kollegen und auch auf die anderen den miserabelsten Eindruck gemacht. Es kann einfach nicht angehen, daß das so bleibt. Wer da etwas hat, soll es da sagen, wo es hingehört.

Meine Damen und Herren, ich trage das so vor, damit Sie ein bißchen von der Atmosphäre mitbekommen und die ganze Landschaft spüren, in der wir sind. Ich denke, ich brauche nicht erneut meine Auffassung darzutun. Ich glaube, ich habe mich in dieser Sache in der Öffentlichkeit und in der Partei nun exponiert genug, und dies aus einem guten Grunde, denn ich war es – da denke ich immer noch dran –, der auf dem Parteitag vor der Wahl vor der Gefahr des Kanzlers auf Zeit gewarnt hat.[55]

Wenn ich das alles sage, dann können wir natürlich nicht nur die Kollegen beschimpfen oder nicht nur einen von uns, sondern das geht uns alle miteinander an. Da wird gesagt, wir hätten keine Linie, wir müssen erst einmal wieder anfangen. Ich habe in der Fraktion gesagt, ich bin bereit, eine Klausurtagung zu machen. Bitte, nehmen Sie die Regierungserklärung des Bundeskanzlers und schreiben Sie mir einen Brief, in welchen Punkten Nuancen erfolgen können. Ich habe noch keinen Brief erhalten. Wir haben eine Linie. Wir haben klare Beschlüsse des Parteitags vor den Wahlen. Die Bundestagsfraktion hat jahrelang in schwierigen Geschichten – nämlich in der Frage des Sozialpaketes – den Parteitagsbeschluß durchgehalten. Das werden wir auch in Zukunft tun. Also reden wir nicht davon, wir hätten keine Linie.

54 Vgl. Anm. 45, hier S. 2043.

55 In dieser Formulierung nicht zu ermitteln. Barzel sprach sich für eine „stabil führende Bundesregierung" aus, vgl. CDU, 14. BUNDESPARTEITAG S. 118.

Wir haben jetzt drei große Debatten geführt. Wir werden weitere führen, wenn es sein muß, um durch den Schleier der uns nicht wohlgesonnenen Leute der Presse durchzukommen. Wir machen mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, wenn Sie eine Gelegenheit suchen, auch eine Debatte über allgemeine Fragen. Treten Sie vor den Bundestag, kommen Sie noch einmal mit fünf, sechs oder sieben Punkten Ihres Programms für das nächste Jahr. Das ist, glaube ich, wichtig, da muß Klarheit sein. Wir pauken Sie nicht nur raus. Es ist ja lächerlich, wenn Sie diese Debatten ansehen: Die Sozialdemokraten haben bestenfalls noch zweieinhalb Redner, die ihre Meinung vortragen können. Wir werden das weitermachen. Aber es nützt uns nichts, eine Debatte zu gewinnen, wenn an einem Tag danach ein Minister zurücktritt[56] oder an einem anderen Tag von etwas anderem die Rede ist.

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich bin schuldig, den Ernst der Lage auch aus der Sicht Ihres Fraktionsvorsitzenden darzustellen. Sie alle wissen, wie es im Bundesrat aussieht, wenn wir weitere Landtagswahlen verlieren. Da wir vom deutschen Volk für vier Jahre in den Bundestag gewählt sind, sind wir ihm auch eine Regierung schuldig, die regieren kann, und zwar unter Zurücksetzung parteipolitischer Aspekte. Es könnte nämlich passieren, wenn wir hier nicht Tritt fassen, daß wir wegen der Majoritätsverhältnisse im Bundesrat aus Schwäche in die große Koalition hineinschlittern. Das würde unsere parteipolitische Situation doppelt verschlechtern. Wir dürfen deshalb nicht so tun, als ob wir ewig Zeit hätten, diese Dinge zu lösen. Hier tickt die Uhr, nicht die des Herrn Weyer.

Nun sind wir aber unterschiedlich beraten. Unsere Freunde aus Hessen sagen uns, wenn ich Sie richtig verstanden habe, erklärt ganz fest: Erhard und keine Kabinettsreform. Unsere Freunde aus Bayern sagen uns, erklärt ganz fest: Kabinettsreform. Beide stehen vor Wahlen, und beide Wahlen sind wichtig.[57] Was uns die Freien Demokraten erklären, habe ich neulich ganz offen vor den Landesvorsitzenden gesagt. Ich will das insoweit hier nicht wiederholen. Das ist die Lage.

Nun zur FDP. Ich bin dem Kollegen Grundmann sehr dankbar, daß er das hier so ernst gesagt hat. Weyer ist ernst zu nehmen; das ist keine Schwätzerei gewesen. In diesem Hause ist Weyer einmal nicht ernst genommen worden, und acht Tage später war Karl Arnold gestürzt. Daran muß man sich erinnern. Ob das so dramatisch ist, weiß ich nicht. Aber ich weiß – vermute nicht, glaube nicht, nehme nicht an –, ich weiß, daß die Freien Demokraten spätestens zum Jahreswechsel allen Ernstes Fragen an uns richten werden, wenn wir bis dahin nicht – wie sie sich ausdrücken – wieder Tritt gefaßt haben sollten. Dieser Punkt gehört auch in das Bild, das wir vor uns haben.

Ich will auf einen Beitrag zum Haushalt und zum Stabilitätsgesetz verzichten. Ich bin Herrn Scheufelen und Herrn Adorno für Ihre Ausführungen sehr dankbar. Herr Bundeskanzler, ich glaube wirklich, daß Sie mit Herrn Dahlgrün ein ernstes Wort sprechen müssen auch über dessen Art, die Dinge scheibchenweise der Öffentlichkeit be-

56 Am 15. September 1966 hatte Bundesminister Ludger Westrick Bundeskanzler Erhard um seine Entlassung gebeten.

57 Am 6. November 1966 in Hessen, am 20. November 1966 in Bayern.

kanntzugeben. Wenn Sie dem Publikum sagen: Wir denken an das Junktim, wir haben nicht vergessen, daß der Lücke-Plan[58] dies zur Voraussetzung hatte, dann laufen Ihnen die Leute nicht weg. Aber Herr Dahlgrün sagt es in einer Weise, als ob er geradezu Leute wegzerren wollte. Jetzt entsteht der Eindruck, der Bund baut nicht nur keine Straßen, sondern das Autofahren wird auch noch teurer. Den Eindruck bringen Sie erst einmal wieder weg. Ich glaube, mit Herrn Dahlgrün muß man hier noch einmal sprechen. Die Stabilitätsgesetzgebung, die jetzt eine Rolle spielt, steht hoffnungsvoll, dank der Bemühungen des Kollegen Schmücker, in der Koalition.

Was den Haushalt 1967 betrifft, Herr Scheufelen, so will ich darüber nichts sagen. Die Bundestagsfraktion ist hier frei, weil diese schweren Entscheidungen aus Gründen, die ich hier nicht dartun möchte, nicht vorher mit ihr besprochen worden sind – oder besprochen worden sein können; ich will beides offenlassen.

Nun, Herr Kollege Gerstenmaier, erlauben Sie mir, zum Schluß noch etwas zu sagen. Ich glaube, wir alle müssen reden, selbstverständlich auch in den Wahlkämpfen. Wir haben eine Linie. Der Herr Bundeskanzler hat doch in seinen beiden Eigenschaften angeboten, durch Gespräche im kleinen Kreis oder im Präsidium – wie immer das sein soll – das, was wir miteinander die „Nuancen" nennen, zu erörtern, zu klären. Das sollten wir beide tun. Da gehört das hin, und da kann man alles sagen. Da kann man auch dieses oder jenes über die neuesten Interviews sagen. Nur vor einem möchte ich Sie warnen, jetzt etwa hier quasi disziplinäre Beschlüsse zu fassen. Denn wollen Sie vielleicht übermorgen diesen oder jenen disziplinieren? Ich will jetzt die Namen gar nicht nennen; es ist offenkundig. Wir müssen uns wirklich bemühen, durch Gespräche, zu denen der Bundeskanzler einlädt, in den sachlichen Dingen wieder klarzukommen. Herr Kollege Gerstenmaier, also verzichten Sie bitte nicht auf Ihre individuelle Note. Diese individuelle Note, die Sie für die Union, für uns alle bedeuten, ist uns allen gut bekommen. Wir brauchen Sie auch morgen. Ich bitte Sie sehr herzlich, Ihre Einlassung zu überprüfen, daß Sie sich in den Wahlkämpfen nicht beteiligen könnten. Unsere Freunde draußen stehen in einem schweren Kampf. Sie brauchen jeden von uns.

Bleibt am Schluß die Frage, ob dieser Parteivorstand einen ähnlichen Beschluß fassen soll wie die Bundestagsfraktion. Ich bin nicht ganz sicher, ob das durch Wiederholung besser wird. Aber das kann man natürlich erörtern. (*Dichtel:* Das höchste Gremium!) Das kann man erörtern. Ich stehe gern zur Verfügung.

Lücke: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! In der Bundesregierung sitzen meines Wissens 16 CDU/CSU-Minister. Wir sind jetzt knapp ein Jahr – genau elf Monate – in dieser zweiten Regierung Erhard zusammen. Ich möchte, um falsche Eindrücke einmal richtigzustellen, sagen, daß die Zusammenarbeit in diesem Kabinett gut ist. Die 16 CDU/CSU-Minister geben keine Interviews und keine anderslautenden Erklärungen ab. Wir, die wir in dieser Regierung sitzen, tun das – nehmen Sie uns das bit-

58 Der sog. „Lücke-Plan", das „Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Miet- und Wohnrecht", wurde 1960 verabschiedet und überführte den Wohnungsmarkt in die Soziale Marktwirtschaft. Das Gesetz sah u. a. die Aufhebung der Mietpreisbindung und den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft vor.

te ab –, auch wenn es uns sehr, sehr schwerfällt. Aber ich möchte für meine Person ganz deutlich sagen: Ich halte es nicht für gut, wenn wir die Tatsache, daß ein Kollege, der nicht in der Regierung sitzt, sich zu Fragen äußert, mit solchen kritischen Randbemerkungen versehen. Wir sind eine freie Partei, und unsere Stärke besteht darin, daß wir unsere Schwächen offen diskutieren. Warum soll das nicht möglich sein?

Herr Kollege Gerstenmaier, als Günter Gaus vor geraumer Zeit Adenauer interviewte[59], stellte er ihm die spitze Frage – dafür ist Gaus bekannt –: „Sie haben in Ihrem Leben und in der Politik doch so oft etwas verschwiegen." Darauf sagte damals Adenauer ganz böse: „Herr Gaus, ich verbitte mir das. Ich habe oft in der Politik geschwiegen." Meine Damen und Herren, das ist allerdings eine Aufgabe, die der Elite wert wäre. Es gibt Situationen in der Politik, in denen die Elite, die führen muß, schweigen muß, weil sie die Zusammenhänge kennt und nicht erwarten kann, daß im Volk das alles verstanden wird, was an Schwierigkeiten – nicht nur jetzt, sondern auch das, was in 17 Jahren in diesem Kabinettssaal verhandelt worden ist – vorhanden ist.

Meine Bitte an Sie, lieber Freund Gerstenmaier. Sie haben gesagt, Sie schweigen. Wenn das überhaupt ein Argument wäre, dann wäre es das schlechteste, was Sie bisher vorgetragen haben. Sie haben immer in Anspruch genommen, offen Ihre Meinung zu sagen. Ich unterstütze das. Ich unterstütze jeden, der seine Meinung sagt. Ich habe darauf hingewiesen: Die Kabinettsmitglieder sind durch Kabinettsdisziplin gezwungen, das nicht zu tun. Sie haben das eingehalten. Aber wenn Sie jetzt als Reaktion nicht mehr redeten, Herr Kollege Gerstenmaier, dann würde das eine Bankrotterklärung für Ihre Person sein. Dann würden Sie etwas verschweigen. Das liegt Ihrem Wesen nicht.

Dann zur Haltung der FDP im Kabinett. Ich will auch hier zur Klärung beitragen. Ich bin ebenso wie Sie über das entrüstet, was gestern und heute in den Zeitungen steht. Hier haben wir am Mittwoch zusammengesessen und auf Drängen der CDU-Kollegen verlangt, daß endlich das Änderungsgesetz zum Sparförderungsgesetz verabschiedet wird.[60] Die Freien Demokraten haben irgendwann einen andersartigen Beschluß gefaßt, daß in dieser Kabinettssitzung die Vorlage nicht verabschiedet werden sollte. Die CDU-Kollegen haben sich durchgesetzt. Das Ergebnis war positiv. Die Maßnahmen, die zur Sparförderung getroffen worden sind, sind Dinge – das geht ja auch in Richtung Eigentumspolitik –, die ich unbedingt positiv bewerte. So wurde es auch von den Ministerkollegen im Kabinett ausgeführt. Dann hat Herr Mende gesagt, er enthielte sich, nicht aus sachlichen Gründen, sondern weil er erst die Zustimmung seiner Fraktion zu dem und dem haben müsse. Die hat er offenbar nachmittags – wie der Herr Bundeskanzler heute früh im Präsidium berichtet hat – eingeholt. Also in der Sache ja, in der Form – so haben die Herren ausgeführt – könnten sie nicht zustimmen. Nun stehen Schlagzeilen

59 Interview mit Konrad Adenauer am 29. Dezember 1965, vgl. Günter GAUS: Zur Person. Von Adenauer bis Wehner. Portraits in Frage und Antwort. Köln 1987 S. 18–31, hier S. 24.

60 Entwurf eines „Zweiten Gesetzes zur Überleitung der Haushaltswirtschaft des Bundes in eine mehrjährige Finanzplanung (Steueränderungsgesetz 1966)", Drs. V/1068 vom 2. November 1966. Vgl. auch CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 2047.

in den Zeitungen. In unserer Fraktion und in der Partei gibt es, durch diese Sache entstanden, einen Riesenärger. Ich kann nur hoffen, daß das ausgebügelt werden kann.

Im übrigen bin ich dem Kollegen Grundmann sehr dankbar für das, was er hier ausgeführt hat. Herr Bundeskanzler, ich kann aufgrund meiner persönlichen Informationen, die mir auf andere Weise – auch aus persönlichen Gesprächen mit Weyer – zugänglich sind, das nur unterstützen. Ich habe das Gefühl, daß sich etwas zusammenbraut. Daher meine Bitte, daß sich das Präsidium überlegt, wie offen mit den Freien Demokraten gesprochen werden kann.

Darum ein Wort zum Haushaltssicherungsgesetz. (*Zuruf.*) Lassen Sie mich es so nennen. Ich bin noch bei dem alten Haushaltssicherungsgesetz. Das erste, was diese Regierung in den elf Monaten tun mußte, war, daß sie eine Reihe von Gesetzen, die vor der Wahl beschlossen worden waren, außer Kraft setzen mußte, was einen Riesenärger im Lande zur Folge hatte. Ich verweise darauf, daß wir vor der Bundestagswahl an diesem Tisch oft und oft verlangt haben, daß Art. 113[61] gegen Beschlüsse des Bundestags angewendet werden solle, die Mehrausgaben beinhalten. Meine Damen und Herren, wir alle miteinander müssen hier „mea culpa" sagen. Wir alle miteinander, meine Freunde, haben in dem Punkt hoffentlich eines gelernt, daß die Dispensierung von beschlossenen Gesetzen nach der Wahl bei den Wählern, vor allem bei unseren Freunden einen Schock ausgelöst hat, der bis zur Stunde – ich habe das bei meiner Kreispartei in den letzten Tagen wieder gemerkt – noch nicht überwunden ist.

Man muß nun weitere Gesetze – da wird Herr Schmücker noch etwas dazu sagen – erarbeiten, ein Stabilitätsgesetz, das sich aus dem eigentlichen Stabilitätsgesetz, aus dem Haushalt, aus einer mittelfristigen Finanzplanung und aus dem Suspendieren wichtiger Bestimmungen von wichtigen Gesetzen zusammensetzt. Ich stimme dem Kollegen Barzel zu: Wenn die CDU den Finanzminister stellen würde – das ist jetzt einmal eine hypothetische Überlegung –, würden ganz sicherlich diese ganzen Fragen an einem Tag verabschiedet und an einem Tag dem Bundestag serviert worden sein.

Aber ich muß hier auch sagen: Wir haben in der Kabinettssitzung 14 Stunden, acht Stunden getagt.[62] Diese Regierung ist in wichtigen Fragen – vom Freund Seebohm bis zum Kollegen Katzer und anderen Kollegen – einig geworden. Es war die härteste Sitzung, die ich in meinen neun Jahren Ministerschaft mitgemacht habe. Das Problem steckt darin, daß immer Teilprobleme in der Öffentlichkeit diskutiert worden sind, die Verkehrsgeschichten oder die Sparförderung, und daß sich daran Kombinationen knüpften, mit denen der Wähler nicht fertig wird.

Darum mein Drängen, im Bundesvorstand in einer Form eine Erklärung abzugeben, die etwa dahin lautet: Erst in der nächsten Woche, wenn die mittelfristige Planung verabschiedet ist, kann der Bundestag, kann die Bundespartei, können wir zu dem Thema Stellung nehmen. Die Größe X ist im Ausgabevolumen notwendig, um die Stabilität zu sichern. Aber die Größe Y zu bestimmen, überlassen wir dem Parlament und den Frak-

61 Art. 113 GG befaßt sich mit den Einspruchsrechten der Bundesregierung gegen Erhöhung der Ausgaben durch den Bundestag.

62 Die Kabinettssitzung fand vermutlich am 26. August 1966 statt, vgl. KNORR S. 110.

tionen, nämlich wie sie innerhalb des Volumens diese und jene Position umgruppieren. Das wird eine der großen, – und ich muß sagen, Kollege Barzel, Sie werden es erleben – eine der bittersten und schwierigsten Bewährungsproben der CDU/CSU-Fraktion werden. Im übrigen: Wenn die Kollegen, so wie im Kabinett, vor die gesamte Aufgabe gestellt werden, dann fällt es ihnen viel leichter, zu diesem und jenem Verzicht Ja zu sagen, wenn sie wirklich überzeugt sind. An der Sache haben alle teil. Also, meine Bitte: daß bei diesem Komplex die Diskussionen erst eingeleitet werden, wenn er ganz dem Bundestag vorliegt.

Ein Wort zu dem Ausgleich Bund-Länder. Der frühere Kollege Schäffer und später der Kollege Starke haben zwei- oder dreimal den Anteil von Bund und Ländern ändern müssen.[63] (*Adorno:* In einer anderen Situation!) Dieser Prozeß ist schmerzlich, denn es geht um Geld. In den Ländern sind die Auffassungen sehr unterschiedlich. Ich habe deshalb von Anbeginn an diese Bemühungen von uns unterstützt. Aber daß eine solche Sache in den Vermittlungsausschuß geht, das sollte, wenn man es nicht verhindern kann, nicht unbedingt ein Unglück darstellen. Das ist bisher überhaupt nicht anders möglich gewesen.

Dann kommen wir zu der Frage: Was geschieht mit den finanzschwachen und den finanzstarken Ländern? Diese Frage muß erörtert werden. Hier sind die Länder untereinander nicht einer Meinung. Darum würde ich sagen, wir sollten diesen Streit nicht als einen Streit der Partei empfinden; das ist keine Frage der CDU. Das hängt eben mit dieser wichtigen verfassungsrechtlichen Frage des Bundesanteils an der Einkommen- und Körperschaftssteuer, mit den Finanzen der Länder und Gemeinden zusammen. (*Adorno:* Es wird aber draußen als ein Streit der Partei angesehen!) Dennoch würde es nützlich sein, wenn wir von uns aus sehr ernsthaft auf dieses Problem und die Tatsache hinweisen würden, daß es früher auch nicht anders war und daß es trotz aller Bemühungen im Vermittlungsausschuß ausgestanden werden muß. Es zeichnen sich ja auch brauchbare Lösungen ab, wenn die anderen Lösungen nicht gehen. Ich wäre glücklich, es ginge ohne Vermittlungsausschuß.

Dann zu dem Passierscheinabkommen.[64] Vielleicht darf ich ganz kurz mitteilen, wie ich die Sache ansehe. Vor acht oder zehn Wochen war vom Senat Berlin eine neue Vereinbarung überlegt worden, die wir nicht billigen konnten. Daraufhin hat der Herr Bundeskanzler den Regierenden Bürgermeister eingeladen. Es erschienen der Bürgermei-

63 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 384 und PROTOKOLLE 4 S. 172–199. Bis 1969 schwankte die Beteiligung des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftssteuer zwischen $33^1/_3$ und 39%

64 Das 4. Passierscheinabkommen legte Besuchszeiten vom 7. bis 20. April und 23. Mai bis 5. Juni 1966 fest. Nach langwierigen Verhandlungen zwischen Staatsrat Horst Korber und Staatssekretär Michael Kohl wurde am 6. Oktober 1966 vereinbart, die Berliner Passierscheinstelle vom 10. Oktober 1966 bis 31. Januar 1967 wieder zu eröffnen, vgl. dpa vom 6. Oktober 1966.

ster Albertz und Senator Schütz[65], die folgendes erklärten: Wir vom Senat Berlin werden nichts tun, was die Bundesregierung nicht mitmacht. Dahinter steckte allerdings ein verwegener Satz. Sie hatten bereits gehandelt und den Schwarzen Peter Bonn zugeschoben. Hier im Kabinett wurde noch einmal erklärt, sie würden nichts tun, was die Bundesregierung nicht unterstütze. Daraufhin sind wir so verblieben, daß eine bestimmte Formulierung, die die Gedanken der salvatorischen Klausel beinhaltet, von der Gegenseite, also von der Sowjetzonenseite, entgegengenommen werden solle, ohne gegen diese Erklärung unsererseits Stellung zu nehmen. Dem stimmten Herr Albertz und Herr Schütz zu.

Dann sind da einige Pannen hin und her passiert. Der Herr Bundeskanzler hat, als der Senat wieder eigene Wege gehen wollte, den Herrn Regierenden Bürgermeister[66] zu sich gebeten. Er kam sofort von einer Reise aus Dänemark zurück, und Herr Senator Schütz kam aus Sylt. Die Herren sind dann hier im Kabinett gewesen und hier mit Nachdruck darauf hingewiesen worden, daß wir von dieser Regelung nicht abgehen könnten. Es wurde noch einmal verbindlich erklärt, daß nur so verfahren werden solle, wie vor acht Wochen beschlossen worden war. So ist dann – soweit ich das im Fernsehen verfolgen konnte – auch verfahren worden, so daß wir hier keine Position aufgegeben haben. Ich möchte hier auch bemerken, daß dabei dem Bundeskanzler und der Regierung ein großes Verdienst zukommt. Sie haben gegenüber bestimmten Schachzügen Berlins eine große Geduld aufgebracht. Hier geht es nun um die Krankenbesuche und die Härtefälle. Ich glaube, daß bei dieser Lösung von uns keine Rechtsposition aufgegeben worden ist.

Zu dem, was die Zone betrifft, darf ich folgendes sagen. Wir stehen vor einem propagandistischen Großangriff der Zone, über den wir uns wundern werden. Im Moment ist der Herr Bundespräsident ihr Ziel.[67] Am 30. Oktober werden wir mit großen Aktionen – Notstandsverfassung und ähnlichen Überlegungen – in Frankfurt zu rechnen haben.[68]

Gestern abend vollzog sich dreimal ein Vorgang an der Elbe, den wir in diesem Gewicht überhaupt noch nicht erlebt haben. Ein Peilboot der sowjetzonalen Seite fuhr auf die westliche Seite der Elbe und stellte dort Peilungen an, als ob das ganze Gebiet zur

65 Klaus Schütz (geb. 1926), Politikwissenschaftler; 1954–1957 und 1963–1977 MdA (SPD), 1957–1962 MdB, 1961–1966 Senator für Bundesangelegenheiten und für das Post- und Fernmeldewesen in Berlin, 1966/67 Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1967–1977 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1977–1981 Botschafter in Israel, 1981–1987 Intendant der „Deutschen Welle", 1987–1993 Direktor der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen. Vgl. Dirk ROTENBERG: Klaus Schütz, in: Wolfgang RIBBE (Hg.): Stadtoberhäupter (Berlinische Lebensbilder 7). Berlin 1992 S. 543–569.

66 Willy Brandt.

67 Seit 1965 unternahm die SED eine Verleumdungskampagne gegen Lübke, indem ihm aktive Beteiligung bei der Errichtung von Zwangs- und Konzentrationslagern vorgeworfen wurde, vgl. MORSEY S. 505–535. Am 5. Oktober 1966 teilte der Bundespräsident den vier Parteivorsitzenden mit, auf „die Hilfe der Gerichte" zu verzichten, vgl. EBD. S. 522.

68 Kongreß des Kuratoriums „Notstand der Demokratie" in Frankfurt, vgl. SCHNEIDER S. 174–186.

SBZ gehörte. Da habe ich sofort veranlaßt, daß die Engländer gebeten wurden – sie haben sich etwas Zeit gelassen –, mit ihrem Boot, und zwar unter englischer Flagge, aufzukreuzen. Das haben sie getan. Dann ist das Boot an die andere Seite rübergefahren, und ein Polizeiboot der SBZ hat sich daneben gelegt. Gestern waren sie nun wieder mitten in der Elbe und führten diese Peilungen durch. Die Bitte des Grenzschutzes, ob er die Erlaubnis bekäme, irgend etwas zu tun – vor den Bug zu schießen –, habe ich ebenso entschieden ablehnen müssen wie die Frage verneint werden muß: Können wir überhaupt den Grenzschutz schießen lassen? Es ist eine entsetzliche Situation für die Männer, die sehen, wie Position um Position abbröckelt, und sie können nicht schießen. Die Engländer sind gebeten worden – die Engländer müssen schießen, nicht auf das Boot – hinzufahren, und wenn die dann nicht folgten, müßten die Engländer ihre Position auch militärisch verteidigen. Dabei sind wir im Augenblick. Eine solche Situation gab es noch nicht. Ich habe das nur erwähnt, um zu zeigen, daß die Propagandaaktion der Zone auf vollen Touren läuft. Sie hängt auch mit der gewandelten Politik zusammen.

Meine Damen und Herren! Wir im Vorstand der Partei der CDU würden einen verhängnisvollen Fehler begehen, wenn wir unterschiedliche Auffassungen über die Deutschlandpolitik als die unterschiedlichen Meinungen von Personen ansehen würden. In der Weltpolitik hat sich in den letzten Jahren so vieles so grundlegend gewandelt, daß sehr wohl in einer großen Partei über diesen und jenen Schritt in der deutschen auswärtigen Politik eine andere Meinung vertreten werden muß. Die Welt dreht sich. Wir erleben, wie der Osten mit vollem Gewicht dabei ist, und wir erleben, daß sich in der westlichen Auffassung viele Positionen gelockert haben, sowohl in der amerikanischen Öffentlichkeit als auch in der englischen Öffentlichkeit. Wir erleben diese innere Unsicherheit, die Kollege Gerstenmaier mit dem Wort „Urangst" umschrieben hat. Das ist das, was sich in unserem Volk auswirkt.

Um so mehr scheint es mir die Aufgabe dieses Führungsgremiums zu sein, die Sachfragen von den Personenfragen zu lösen und Schluß zu machen mit der Diskussion um die Kabinettsumbildung. Das führt uns nicht weiter. Nur wenn wir die Sachprobleme Stück für Stück lösen, werden wir mit der Aufgabe fertig werden.

Behrendt[69]: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Nach so viel Äußerungen von Prominenten ist ein Vertreter des „gehobenen Fußvolkes" etwas beklommen, wenn er das Wort ergreift, speziell dann, wenn er in bestimmten Fragen eine etwas ketzerische Auffassung vertritt.

Herr Bundeskanzler, Sie werden sich erinnern, daß in dem Gespräch, das Sie dankenswerterweise mit den Landesvorsitzenden angefangen haben – ich gebrauche den Ausdruck „angefangen", wir litten unter der zeitlichen Beschränkung –, ich doch deutliche Worte aus der Sorge um unsere Partei herausgefunden habe. Ich schließe mich

69 Dr. Hans-Jürgen Behrendt (geb. 1917), Arzt; 1951/52 und 1963–1975 MdA (CDU), 1959–1965 Vorsitzender des Kreisverbands Berlin-Charlottenburg, 1961–1963 Senator für Gesundheitswesen, 1965–1967 2. Vorsitzender der CDU Berlin.

voll dem Appell an, der dahin geht, Disziplin zu wahren, die Einigkeit nach außen zu betonen.

Aber ich meine, daß es mit der Disziplin allein nicht getan ist. Man kann Personen- und Sachprobleme nicht nur mit dem Appell zur Disziplin regeln. Ich meine also, daß das, was ich in dem Gespräch mit den Landesvorsitzenden kritisch ausgeführt habe, auch heute noch – ja vermehrt – Gültigkeit hat. Ich möchte auf die Einzelheiten nicht mehr eingehen, sondern nur noch einmal unterstreichen, daß sicher gewisse Personenfragen für die Bundesregierung und für die Partei von Bedeutung sein mögen, daß aber die Regelung bestimmter Sachfragen wichtiger ist. Ich begrüße, daß heute ein Ansatz gemacht worden ist, sich hier zu Sachfragen zu äußern. Ich meine, daß ein Gespräch über außenpolitische und andere Fragen gerade in diesem Kreis und in den anderen berufenen Gremien geführt werden sollte und daß diese Fragen nicht so sehr in Interviews erörtert werden sollten.

Der verehrte Kollege Blumenfeld hat – für mein Empfinden etwas vereinfachend – die Fragen der Außenpolitik so dargestellt – so lag jedenfalls der Akzent –, als ob es eine CDU und eine CSU gäbe. Ganz so einfach sind die Dinge nicht. Schon das Gespräch hier heute morgen hat gezeigt, daß auch in diesem Kreise verschiedene Auffassungen bestehen. Dabei frage ich mich mit dem beschränkten Einfühlungsvermögen eines Vertreters des gehobenen Fußvolkes, ob unser außenpolitischer Spielraum noch so weit ist, daß es nicht möglich ist, die Meinungen halbwegs auf einen Nenner zu bringen. Dieser Versuch sollte doch wirklich ernsthaft unternommen werden.

Dabei darf ich als Arzt dem Kollegen Blumenfeld die Versicherung abgeben, daß Herr Strauß nicht an Schizophrenie leidet. (*Heiterkeit. – Blumenfeld:* Das war nicht medizinisch gemeint!)

Herr Bundeskanzler, wenn ich als Vertreter Berlins hier spreche, dann bitte ich um Verständnis dafür, daß ich diesem Kreis die besonderen Berliner Sorgen unterbreite. Ich hoffe, daß dieser Kreis dafür ein besonderes Verständnis haben und dafür besonders aufgeschlossen sein wird. Ich möchte nicht auf die leidige Passierscheinangelegenheit zu sprechen kommen. Herr Dr. Barzel hat schon die Frage der salvatorischen Klausel angeschnitten.

Ich möchte aber unserer Sorge Ausdruck geben, daß in dieser veterinärpolizeilichen Verordnung viel mehr politischer Sprengstoff drin steckt, als bei einem flüchtigen Studium zunächst erscheint. Diese Verordnung bietet die Möglichkeit zu einer sehr laschen, flexiblen Handhabung. Sie bietet aber gleichzeitig die Möglichkeit, die Dinge ganz straff bis zur Blockade anzuziehen. Ich muß das mal gesagt haben, ohne daß ich den Teufel an die Wand malen will und ohne daß ich der Meinung wäre, daß wir das Schlimmste zu befürchten hätten. Aber ich möchte sorgenvoll auf diesen Punkt hingewiesen haben und Sie darum bitten, über die Interzonenhandelsstelle diese Gespräche einzuleiten und hier auf eine Änderung des Zustands zu drängen.

Ich muß noch einmal wiederholen, Herr Bundeskanzler, was ich im Gespräch mit den Landesvorsitzenden gesagt habe: daß wir Sorgen haben über die politische Präsenz in Berlin. Das Amt des Bundesbevollmächtigten ist praktisch seit dem Ausscheiden un-

seres Freundes Dr. Vockel[70] verwaist. Wir brauchen hier eine politische Präsenz, die in der Lage ist, den Grundsatzüberlegungen der Bundesregierung – aber auch der CDU, das deckt sich hoffentlich – Durchschlagskraft zu verleihen. Das ist zur Zeit nicht der Fall. Wenn wir schon das gesamtdeutsche Ministerium an die FDP abgegeben haben, muß um so mehr Wert darauf gelegt werden, daß auf diesem Wege auch die politische Präsenz der CDU in Berlin gewährleistet ist. Falls also Ihre Überlegungen, Herr Bundeskanzler, nicht darauf hinausgehen sollten, das Kabinett umzubilden, meinen wir, daß zumindest in diesem Punkt eine personelle Reform dringend nötig ist.

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe es sehr begrüßt, daß wir uns hier in diesem Kreise mit der gebotenen Offenheit aussprechen. Ich glaube auch, daß diese Diskussion offen sein muß, wenn wir den tieferen Ursachen für die lange Vertrauenskrise, ja für eine gewisse Krise unserer Partei wirklich nachgehen und zu einer Heilung kommen wollen. Diese Heilung wird nicht einfach sein. Sie liegt zweifellos nicht in gegenseitigen allgemeinen Appellen zum guten Willen und zur Disziplin. Es müssen dabei vielmehr bestimmte Fragen – sowohl in der Sache, wie auch im Stil unserer Zusammenarbeit – behandelt werden. Ich glaube, daß dazu bereits sehr viel Gutes gesagt worden ist, was ich im einzelnen nicht wiederholen möchte.

Ich möchte doch sehr betonen, daß diese latente Krise der Zusammenarbeit in der CDU und vor allem auch mit Teilen der CSU nicht erst durch dieses ungünstige Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen entstanden ist. Dieses ungünstige Wahlergebnis, diese Wahlniederlage hat im Grunde genommen Dinge mit voller Stärke zum Ausdruck gebracht, die vorher schon vorhanden waren und die uns schon vorher geschadet haben; sie sind z. T. mit ursächlich für dieses Wahlergebnis gewesen. Wir haben in der vergangenen Zeit wiederholt Auseinandersetzungen dieser Art gehabt. Im Frühjahr letzten Jahres haben wir noch einmal einen Aufschub erreicht. Wir hatten dann zur Zeit der Regierungsbildung und unmittelbar nach der Regierungsbildung ein Aufleben dieser latenten, meistens in sehr unglücklicher Form geführten Diskussionen und Auseinandersetzungen. Ich verweise auf die Dinge, die mit der Aktivität unseres Kollegen von Guttenberg, mit dem Fall Huyn, dann aber auch mit der Sache in Deidesheim zusammenhängen.[71] Dann die permanenten Leitartikel im „Bayernkurier". Wenn man das alles zusammen nimmt, kann man sagen, daß die Homogenität der Regierung, der fünf Minister der CSU angehören, auf das Schwerste beeinträchtigt ist.

Dazu gehört wohl auch die Serie der Interviews. Ich bin der Auffassung, daß Politiker Interviews geben können. Ich habe das gelegentlich auch getan. Das Interview ist

70 Dr. Heinrich Vockel (1892–1968), Ökonom; 1922–1933 Generalsekretär der Deutschen Zentrumspartei, 1930–1933 MdR, 1945 Mitgründer der CDU Berlin, 1950–1962 erster Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland in Berlin. Vgl. LEXIKON S. 388.

71 Zum Fall Huyn vgl. Martin SCHAAD: Eine „gaullistische Inszenierung": zur Affäre um den Grafen Huyn, in: HPM 8 (2001) S. 95–111. – Zu den Ereignissen in Deidesheim vgl. Ulrich WIRZ: Karl Theodor von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition (Oberfränkische Köpfe 4). Grub am Forst 1997 S. 425–428. Vgl. auch „General-Anzeiger" vom 27. Juni 1966 „Heftige Attacke Guttenbergs gegen Erhard und Schröder"; „Allgemeine Zeitung Mainz" vom 27. Juni 1966 „Kohl löst Bestürzung in Bonn aus". – Vgl. auch Nr. 2 Anm. 40.

ein legitimes Mittel zum Ausdruck politischer Auffassungen zu Sachfragen. Ich halte es aber nicht für tragbar, daß interne Fragen unserer Partei und Fragen, die den Nerv unserer Politik und unserer Zusammenarbeit berühren, in dieser Form, wie das jetzt geschehen ist, in Interviews behandelt werden. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge. Ich bin auch der Auffassung, daß man sich die Wahl seiner Gesprächspartner bei Interviews überlegen muß. Meine Auffassung ist – ich sage das ganz offen im Sinne der Stunde der Wahrheit oder der Besinnung, daß ich Herrn Wenger[72] – ein Mann, dessen notorischer Haß gegen diese Bundesregierung uns allen bekannt ist – nicht für einen geeigneten Interviewpartner für die Erörterung von Grundfragen der CDU/CSU halte.

Ich glaube, daß sachliche Auffassungsunterschiede, wenn sie in Fragen der Außenpolitik in unserem Kreise bestehen, zwar bedauerlich sind, bei einer großen Partei wie der CDU/CSU müssen sie aber berechtigt sein. Ich möchte ausdrücklich sagen, daß ich verstehe und würdige, wenn in der unerhört komplexen Situation, in der wir uns befinden, auch in den Grundfragen der deutschen Außenpolitik verschieden nuancierte Auffassungen vorhanden sein können. Ich möchte das betonen, glaube aber, daß gerade in diesen entscheidenden Fragen der Außenpolitik die Form der Diskussion wesentlich ist. Insofern ist es wohl für uns eine entscheidende Frage, daß wir diese Diskussion wirklich in die Organe verlagern, in die sie hineingehört: in den Vorstand der Partei, in das Präsidium der Partei, in den Vorstand der Fraktion und in die Organe der Fraktion.

Dabei kann es dann auch notwendig werden, daß wir uns in den Organen der Fraktion nicht nur einmal in der Woche treffen, daß wir uns im Vorstand der Partei alle zwei, drei Wochen hier zusammenfinden und uns dann – unbelastet durch vorherige Interviews, die nur zu tiefen und schweren Verstimmungen führen – sofort der Sache widmen, um uns hier anzunähern und tragbare Lösungen zu finden. Das ist das einzige, was bleibt.

Man muß sich nämlich darüber im klaren sein, daß weit über die realen Absichten derer hinaus, die in dieser Form ihre abweichenden Meinungen kundtun, in der öffentlichen Meinung und auch in der Anhängerschaft unserer Partei eine Vertrauenskrise mit einem Wust an Gerüchten, an Kombinationen, an Verdächtigungen entsteht, die schließlich, wenn es so weitergeht, zu einer Zerstörung auch der Zusammenarbeit in den Führungsgremien von Partei und Fraktion führen muß. Niemand möge sich darüber täuschen.

Einiges, was wir hier jetzt zum Thema FDP gehört haben, ist natürlich auch ein Reflex dieser Sache. Ich möchte hier ganz offen – die Erfahrungen der Fraktionsführung mögen etwas anders sein – aufgrund der guten Zusammenarbeit im Kabinett folgendes sagen: Nach den Erfahrungen des einen Jahres in der Bundesregierung können wir uns

72 Paul Wilhelm Wenger (1912–1983), Jurist und Journalist; 1945–1948 Landgerichtsrat am Landgericht Tübingen, 1946 Mitgründer der CDU Südwürttemberg, 1948–1983 Redakteur beim „Rheinischen Merkur". – In der Auseinandersetzung zwischen Atlantikern und Gaullisten trat er entschlossen für eine enge deutsch-französische Freundschaft ein und war auf publizistischer Seite ein Gegenspieler von Außenminister Schröder.

im Grunde, wie die Dinge in Deutschland sind, einen relativ akzeptableren und zur Zusammenarbeit bereiteren Koalitionspartner als die FDP im Augenblick nicht vorstellen. Ich möchte das mit aller Deutlichkeit sagen, weil es ein verständliches Bemühen bei uns ist, sich manchmal mit der FDP kritisch auseinanderzusetzen. Wir können uns einen akzeptableren Koalitionspartner als die FDP mit ihrer jetzigen Führung nicht vorstellen. Aber das, was sich in unserem Lager seit Anfang August ereignet hat, muß natürlich zu starken Rückwirkungen in einer Partei führen, bei der intern die sachlichen Auffassungsunterschiede nicht geringer sind als bei uns, die nur aus ihren verheerenden Niederlagen der 50er Jahre gelernt hat und diese sachlichen Auffassungsunterschiede in einer viel geschickteren und glücklicheren Form austrägt, als wir das in der letzten Zeit getan haben.

Dann gibt es bei der FDP wohl auch die Vermutung, daß diese starke Aktivität von Kreisen der CDU/CSU, die gegen den Bundeskanzler und die Regierung eingestellt sind, auch weitergehende Überlegungen zum Ziele hat. Es gibt dort die Sorge – ob sie begründet ist, weiß ich nicht –, daß es Kräfte in der CDU/CSU gibt, die mit Personalien eventuell auch andere Koalitionskonstruktionen meinen. Sie müssen deshalb in diesen Äußerungen von Herrn Weyer – die ich natürlich bedauere – einen Reflex darauf sehen. Man will zum Ausdruck bringen: Wir sind auch in der Lage, daß wir anders handeln können. Die Ursachen für diese sehr bedauerlichen Schwierigkeiten mit der FDP, die Ursachen für diese jetzt zutage tretende Schärfe in der FDP-Haltung, die ich mißbillige und der wir entgegenzutreten haben, liegen sicher in dem, was sich bei uns seit August ereignet hat.

Ich möchte zu den anderen Fragen der Haushalts- und Finanzpolitik nichts mehr sagen; sie sind im allgemeinen hier schon behandelt. Ich bin auch der Auffassung, daß die Präsentation dieses Haushaltes in manchem hätte geschickter sein können. Das ändert aber nichts an den Sachfragen. Der Bundestag und der Bundesrat stehen vor unerhört schweren Entscheidungen, den schwersten, denen ich mich jedenfalls finanzpolitisch seit meiner Zugehörigkeit zum Bundestag gegenübergesehen habe.

Diese so in der Öffentlichkeit und in den eigenen Reihen als schwach und handlungsunfähig gekennzeichnete Bundesregierung hat sich in der Kabinettsberatung zu Maßnahmen entschlossen – und für die Ressortminister ist es nicht angenehmer als für die Abgeordneten, so etwas zu machen –, deren Realisierung im Bundestag bis zum Ende dieses Jahres ein Maß an Härte und Entschiedenheit und Konsequenz erfordert, das wir in voller Schärfe sehen sollten. Nicht nur in der Presse wurde gesagt, daß noch ein bis zwei Mrd. DM offen seien. Es gibt dazu auch Äußerungen aus unseren Kreisen. Ich brauche die Namen im einzelnen nicht zu nennen. Es gibt viele Äußerungen aus der CDU/CSU und der FDP. Wir erleben ja jetzt wieder solche Äußerungen aus den Regierungsfraktionen. Es werden einzelne Positionen herausgenommen und als untragbar bezeichnet, ohne daß die CDU/CSU und die FDP bis jetzt Ersatzlösungen hätten. Es ist nicht damit getan, daß jeweils eine Gruppe sagt, was sie als Ersatz anbietet. Es müssen alle zwei Fraktionen sich völlig geschlossen auf die Ersatzlösung für weitere Kürzungen einigen. Das hat im einzelnen noch zu geschehen. Wir dürfen also auf die Entschie-

denheit und die Kraft unserer Fraktionsführung, dahin zu arbeiten, vertrauen. Wir sollten weder die Schwere noch die Konsequenzen dieser finanzpolitischen Entscheidungen herabsetzen. Wir sollten sie nicht – wie das in den öffentlichen Diskussionen z. T. geschehen ist – in ein falsches Licht bringen lassen. Wenn diese Entscheidungen so oder vergleichsweise ähnlich fallen, haben wir nach meiner Überzeugung die Grundlage für eine geordnete Finanzwirtschaft für den Rest dieser Wahlperiode. Das ist das, was wir erreichen müssen.

Aber, meine Damen und Herren, dafür brauchen wir eine handlungsfähige Bundesregierung. Man kann nicht die Stellung dieser Regierung und ihrer Mitglieder auf der einen Seite durch eine z. T. ungezügelte öffentliche Debatte erschüttern und auf der anderen Seite dann sagen, daß das alles gar nicht gehe, sei nur eine Folge der Schwäche dieser Regierung. Das ist leider der Widerspruch, den wir in manchen Äußerungen der letzten Wochen zu verzeichnen haben. Ich sage ganz offen, daß die Zurückhaltung, von der der Kollege Lücke mit Recht für die Mitglieder der Bundesregierung gesprochen hat und die wir alle für uns in Anspruch nehmen, auch ihre Grenzen hat. Wenn die Dinge wieder so aufleben, wie es in den letzten Wochen war, werden mehrere Mitglieder der Bundesregierung – zu denen ich persönlich als erster gehöre – offen mit der gleichen harten Sprache antworten, wie wir sie aus dem „Bayernkurier" und aus den Interviews kennen. Ich stimme Herrn Dichtel zu: Das ist ein Tiefpunkt für unsere Partei, der kaum noch zu übertreffen ist.

Ich glaube allerdings auch folgendes: Wir befinden uns jetzt im ersten Jahr dieser Wahlperiode. Wenn wir uns durch eine erneuerte Form, einen erneuerten Stil der Zusammenarbeit – ich sage noch einmal: wenn notwendig, sollten wir uns jede Woche treffen –, im Verstehen gegenseitiger Sachauffassungen, aber im Willen, die notwendige Stabilitätspolitik – Stabilitätsgesetz und Haushalt – durchzuführen, finden, dann haben wir, glaube ich, die Chance zu einem Wiederaufstieg, vor allem weil die Opposition wirklich nichts an Alternativen bietet. (*Beifall.*)

Erhard: Bevor wir einen Imbiß einnehmen, darf ich noch einmal zusammenfassen. Was Kollege Stoltenberg am Ende sagte, war durchaus richtig. Ich habe auch Interviews gegeben, im Fernsehen, im „Monitor", im „Report", sogar mit Herrn Gaus, dessen Gesinnung uns bekannt ist.[73] Sie werden in diesen Interviews nichts gefunden haben, was irgendeine Spitze gegen irgendeine Person hatte. Ich bin auf dem Boden der strengen Sachlichkeit geblieben. Man kann auch Interviews geben, ohne daß man sozusagen ausschlägt. (*Zustimmung.*)

Dann so ein kleines Beispiel: Die FDP wollte mich zwingen, das Sparförderungsgesetz unter gar keinen Umständen im Kabinett zu behandeln. Ich habe die Herren darauf aufmerksam gemacht, daß es so nicht geht und daß sie als Mitglieder des Kabinetts eine originäre Verantwortung haben und so gesehen nicht den Weisungen der Fraktion unterworfen sind. Es wäre meiner Ansicht nach eine ganz schlechte Sache gewesen, wenn

73 Interview am 9. September 1966 mit Rudolf Rohlinger und Claus Hinrich Casdorff in der Sendung „Monitor", am 19. September 1966 mit Günter Gaus in der Sendung „Report".

die Bundesregierung darauf verzichtet hätte, dieses Sparprämiengesetz zu verabschieden. Die Herren sind von hier aus in die Fraktion gegangen. Ich habe sie nachher gesprochen, und sie sagten, sie seien überzeugt, die Sache sei jetzt erledigt, nachdem eine breitere Behandlung stattgefunden habe. Ich habe die Koalitionsspitzen für Dienstagmorgen eingeladen. Ich glaube, der Gegenstand wird uns wenig beschäftigen. Aber wir können diese Gelegenheit benutzen, um noch andere Fragen der Koalition und der Zusammenarbeit dort zu erörtern.

Dann zu den Äußerungen hinsichtlich der Interviews und dergleichen. Meine lieben Freunde, was mich im besonderen gestört hat, war, daß diese Interviews ausgerechnet erfolgt sind – und in der Öffentlichkeit und Presse dann breitgetreten worden sind –, kurz nachdem der Bundeskanzler in Begleitung des Außenministers usw. von einer Auslandsreise zurückgekommen war. Das macht natürlich den miserabelsten Eindruck überhaupt. Hier ist davon gesprochen worden, wie eng bei uns der Spielraum in der Außenpolitik ist. Wenn die Regierung in dieser Weise diskriminiert wird, wird der Spielraum noch viel enger; sie kann nicht mehr glaubwürdig auftreten.

Wir kamen z. B. aus Oslo und aus Stockholm zurück.[74] Da wurden meine Äußerungen in bezug auf die Zusammenarbeit und die Verbindung zwischen EWG und EFTA kritisiert, als ob ich das Vaterland verraten hätte. Was habe ich denn gesagt? Ich habe genau den Standpunkt vertreten, wie ihn z. B. der französische Ministerpräsident[75] einnimmt, daß durch die wirtschaftliche Integration nicht die politische Union, nicht eine neue politische Gestalt Europas entsteht, sondern daß da neue und originäre Anläufe erforderlich sind.

Nun, wie war das? Die Fragen der politischen Union – sprich: Fouchet-Plan I oder II – waren im Frühjahr 1962 völlig zusammengebrochen.[76] Als ich im Oktober 1963 mein Amt antrat, war es das erste, diese Gespräche um die politische Union, um die politische Zusammenarbeit neu zu beleben. Der französische Staatspräsident stimmte mir zu. Er sagte: Die EWG möge ihre Aufgabe erfüllen. Aber die EWG wird nicht das Gehäuse für das politische Europa. Die EWG hat originäre wirtschaftliche Aufgaben, die sicher politische Akzente haben; aber sie kann nicht das politische Europa sein.

So habe ich argumentiert, als ich in Oslo war. Ich habe dort nichts anderes gesagt, als was 14 Tage später der Präsident Hallstein[77] ausgeführt hat – ohne kritisiert zu werden

74 Erhard hielt sich vom 18. August bis 1. September in Norwegen und vom 1.–4. September 1966 in Schweden auf. Vgl. AdG 1966 S. 12690–12692, Nr. 269, 271.

75 Georges Pompidou.

76 Vgl. Nr. 2 Anm. 45. – Christian Fouchet (1911–1974), französischer Diplomat und Politiker; 1954/55 Minister für tunesische und marokkanische Fragen, 1958–1962 Botschafter in Kopenhagen, 1961/62 Vorsitzender des Sachverständigenausschusses zur Ausarbeitung der Statuten für eine politische Union, März bis Juli 1962 letzter Hochkommissar in Algerien, Dezember 1962–1967 Erziehungsminister, 1967/68 Innenminister.

77 Prof. Dr. Walter Hallstein (1901–1982), Jurist; 1950/51 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und 1951–1958 im Auswärtigen Amt, 1958–1967 Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, 1968–1974 Präsident der Europäischen Bewegung, 1969–1972 MdB (CDU). Vgl. LEXIKON S. 261.

–, nämlich daß man nach Wegen suchen müsse, um auch andere europäische Länder in die EWG einzubeziehen. Hier ist der Sache eine völlig falsche Deutung gegeben worden, falsch in bezug auf die Sache, nämlich hinsichtlich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, falsch aber auch in der Beziehung, daß man daraus einen Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich ableitete.

Dann kamen wir von Amerika zurück, und ohne daß die Betreffenden überhaupt eine Ahnung hatten, was da gesprochen wurde, wurden Deutungen hineingetragen, die nicht nur falsch, sondern gefährlich sind. So wurde z. B. der Vorschlag, diese Dreier-Kommission zu bilden, als neues Direktorium dargestellt. Das Wort „Direktorium" ist nie gefallen. Es kommt in keinem Kommuniqué vor und wurde von den Ministern, die in Washington mit dabei waren, niemals ausgesprochen.

Ich möchte also sagen: Es ist das Schlimmste, wenn diese Äußerungen noch mit Reisen zusammenfallen, die der Bundeskanzler im Ausland unternimmt. Da wird die Sache dann vorher oder nachher in der Presse so gedeutet, als ob er zu Hause überhaupt nichts zu sagen hätte. Wenn das noch vom ganzen Bundestag geschehen würde, dann wüßte ich, daß eine Opposition dahinter ist. Aber wenn das fast nur aus den eigenen Reihen kommt, ist die Sache mißlich. Mich hat im letzten Jahr keine Äußerung der SPD sonderlich gestört. Was die SPD will und welche Taktik sie einschlägt, ist durchsichtig genug. Nein, gefährlich sind nur die Äußerungen aus den eigenen Reihen. Wenn ich da Überschriften lese von der „Not des Vaterlandes", „Das Vaterland ist in Gefahr", dann möchte ich fragen, ob diese Gefahr durch solche Interviews gebannt wird. Meiner Ansicht nach wird sie nur größer werden.

Meine Damen und Herren, dann komme ich zu der Frage der Kabinettsreform. Mein Amtsvorgänger, Herr Adenauer, hat einmal gesagt: Ein Bundestagswahlkampf ist verhältnismäßig einfach; aber eine Kabinettsbildung ist ungleich schwieriger und erregt die Menschen sehr viel mehr. Ich kann im Augenblick unmöglich in dieser schon überhitzten Diskussion in der Öffentlichkeit und in der Darstellung der Presse jetzt auch noch den Streit um Personen bei einer Kabinettsumbildung brauchen. Deshalb habe ich glatt gesagt: Nein! Ich glaube, das müßte und sollte respektiert werden, nicht nur formell, sondern auch aus Überzeugung.

Dann kommen wir zu der Frage des Haushaltes. Ja, meine Freunde, wir haben nicht dem Finanzminister allein die Planung überlassen, wie er den Haushalt – insbesondere nach der Ausgabenseite hin – gestaltet, sondern wir haben einen Kabinettsausschuß berufen, in dem vier Mitglieder unserer Partei saßen – drei von der CDU; es waren dies die Minister Schmücker, Stoltenberg, Katzer von der CDU und von der CSU Herr Niederalt[78] –, alles gerade auf diesem Gebiet erfahrene Leute, die schon lange im Kabinett sitzen oder aus ihrer längeren Mitgliedschaft im Bundestag über diese Materie Bescheid wissen. Ich muß wirklich sagen: Diese Leute hätten einen besseren Dank für ihre aufopfernde Arbeit verdient, als daß man an einzelnen Punkten dieses Etats die Kritik

78 Alois Niederalt (1911–2004), Jurist; 1953–1969 MdB (CSU), 1962–1966 Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder. Vgl. KEMPF/MERZ S. 503–506.

ansetzt, obwohl der Etat noch gar nicht bekannt ist; denn man kann die Dinge nur in der Zusammenschau wirklich richtig erkennen.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dann in der Fraktion darüber beraten, werden Sie etwas Weiteres spüren. Vorhin ist von dem geringen Spielraum gesprochen worden – ich zitiere das Wort noch einmal –, der uns bleibt. Ich meine jetzt nicht die Außenpolitik, sondern die Innenpolitik und vor allen Dingen die Haushaltspolitik. Meine lieben Freunde, wir wenden nämlich nicht erst seit gestern und vorgestern, sondern seit zehn und mehr Jahren eine Methode an, die auf die Dauer nicht mehr brauchbar ist. Indem wir überzeugt waren, daß die Sache ruckartig hochschießt, haben wir Ausgaben beschlossen, die mit automatischen Erhöhungen verbunden waren, ohne zu wissen, ob die Haushalte der nächsten Jahre das verkraften können. Das werden Sie selber spüren, wenn Sie darüber beraten. Die Manipulationsmasse, innerhalb deren eine wirklich freie Entscheidung über die Mittelverwendung möglich ist, ist außerordentlich gering.

Den Punkt, den Herr Barzel hier angesprochen hat, halte ich für richtig: Wir müssen in unserer Haushaltsgebarung – nicht in der jährlichen, sondern in der Vorausschau auf mehrere Jahre – gewisse Rangordnungen, gewisse Wertigkeiten aufstellen und Überlegungen nach Notwendigkeiten und Nützlichkeiten anstellen. Aber das scheitert vielfach daran, daß eben die ungebundene Masse des Haushalts so außerordentlich gering ist. Dazu, wie wir aus dieser Misere, die uns noch jahrelang beschäftigen wird, herauskommen werden, kann ich Ihnen kein Geheimrezept nennen.

Nun zu der Frage der Zone. Wir werden damit noch viel Ärger haben, und es wird noch manche Überlegung notwendig sein. Wir hatten in dieser Woche auch eine Unterhaltung mit den deutschen Sportverbänden.[79] Was da an Problematik auf uns zukommt, kann ich Ihnen gar nicht drastisch genug schildern. Das ist eine Frage, die sorgfältigster Überlegungen bedarf. Damit ist nämlich hohe Politik angesprochen, und das berührt die Grundsätze, die wir bisher in unserer Politik konsequent vertreten haben.

Das gleiche gilt z. B. in bezug auf die Post. Ich möchte das hier nicht vor Ihnen ausbreiten. Aber der Kollege Stücklen hat von drüben einen Brief erhalten, der zu den größten Befürchtungen Anlaß gibt, wie die Weiterführung der Post zwischen der Bundesrepublik und der Zone gestaltet werden soll.

In einer Sache bin ich mit Ihnen, Herr Kollege Behrendt, völlig einverstanden; ich habe das vorher schon mit dem Kollegen Barzel abgesprochen. Ein halber Bundesbeauftragter – ich zitiere Barzel wörtlich – ist keine Lösung. Unabhängig, was dort geschieht, nach Berlin gehört ein Bundesbevollmächtigter hin, der infolge seiner politischen Kraft und Geltung den Rang hat, der für die Sache Berlins notwendig ist. Das werden wir in Kürze regeln. Der bisherige Zustand war nicht als Endlösung gedacht. Ich darf sagen, daß da taktische politische Rücksichtnahmen eine Rolle gespielt haben.

79 Erhard, Lücke, Mende und Schröder trafen sich am 4. Oktober 1966 mit Vertretern der Sportverbände, vgl. „Kölner Stadtanzeiger" vom 4. Oktober 1966 „Sport als Prügelknabe"; „Welt" vom 5. Oktober 1966 „Der Sport am Strafraum der Politik"; „Rheinische Post" vom 5. Oktober 1966 „Politik überfordert den Sport".

Ich darf abschließend sagen: Wenn wir so weiterfahren, daß wir immer zur Sache kommen und uns der Problematik und Schwere der Aufgabe in einer völlig veränderten Welt bewußt sind, dann werden wir auch den rechten Standort für unsere deutsche Politik finden, und wir üben Einfluß aus, soweit wir können. Aber wir sind nicht nur Subjekt des weltpolitischen Geschehens, wir sind auch Objekt. Hier den richtigen Standort zu finden, ist nicht immer eine leichte Aufgabe. Aber die Bundesregierung hat bisher immer konsequent gehandelt, nicht zuletzt auch in Washington, als es z. B. um die Frage der Genfer Verhandlungen ging. Wir haben gesagt: Wir werden kein Abkommen unterschreiben, das nicht eine Regelung im Bündnis vorsieht, ein befriedigendes Arrangement vorsieht. Wir werden keine Regelung gutheißen, die den Status quo hinsichtlich der Zone und Berlins zementiert. Also wir haben wirklich gestanden. Es sollte in allen Parteigremien kein Zweifel sein, daß die Bundesregierung nicht nur bereit ist, diesen Standpunkt zu vertreten, sondern auch durchzusetzen.

Damit möchte ich für jetzt die Sitzung unterbrechen; ich glaube, wir sollten uns zu einem kleinen Imbiß zurückziehen. (*Kohl:* Zur Geschäftsordnung!) – Ja, bitte.

Kohl: Herr Bundeskanzler, ich möchte beantragen, daß der Punkt 1 zuerst abgeschlossen wird. Ich stehe auch noch auf der Rednerliste und habe mich sehr früh gemeldet. Ich nehme an, daß sich auch andere Kollegen dieser Auffassung anschließen. Nach den bisherigen Erfahrungen war es ja so, daß nach der Pause erstens einmal das Gremium gelegentlich nicht mehr beschlußfähig war und daß zum zweiten auch die Aufmerksamkeit nicht mehr die allergrößte war. Ich glaube, daß wir alle durch das Wirtschaftswunder biologisch so gediehen sind, daß wir auch noch ½ oder ¾ Stunde zusammenbleiben können.

Erhard: Ich habe nichts dagegen. Wir haben noch vier Wortmeldungen vorliegen. Sollen wir sie noch erledigen? – (*Zustimmung.*) Gut, dann kommen Sie selber dran, Herr Kohl.

Kohl: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die Diskussion in einem engen Zusammenhang geführt werden muß. Ich stimme Herrn Barzel in dem zu, was er von der Gesamtsituation der Partei gesagt hat. Das gilt für die Partei auf allen Ebenen, in den Gemeinden genauso wie in den Ländern und im Bund. Hinsichtlich des Ansehens bei der Bevölkerung ist es bei uns 5 Minuten vor 12.

Ich glaube, man sollte in unseren Reihen nicht davon träumen, daß etwa auf dem Wege einer großen Koalition die Dinge zu lösen wären. Ich glaube überhaupt nicht, daß das eine Lösung ist. Das, was wir heute beobachten, ist seit vielen, vielen Jahren angelegt. Ich stelle mit Amüsement fest, daß mancher, der heute gegen Interviews ist, vor einigen Jahren erhebliche Interviews gemacht hat. Hier haben sich die Fronten z. T. auch etwas gewandelt. Wie utopisch es ist, mit disziplinaren [sic!] Maßnahmen hier vorzugehen, lassen Sie mich nur an einem Beispiel sagen: Wollen Sie etwa den Ehrenvorsitzenden der CDU[80] mit diesen disziplinaren [sic!] Mitteln behandeln, der jahrelang die Lokomotive der CDU war? Man muß das in diesem Maßstab sehen.

80 Konrad Adenauer.

Das, was wir heute als die Misere der CDU bezeichnen, ist nicht heute und gestern entstanden. Man kann es ganz konkret festlegen. Hier in diesem Raum war im Jahre 1959 ein ähnlicher Kreis wie heute zusammen, und der hat Konrad Adenauer zum Bundespräsidenten vorgeschlagen. Von diesem Zeitpunkt an können Sie sehr konkret die steigende Führungslosigkeit innerhalb der CDU beobachten.

Ich will das sagen, obwohl Herr Adenauer nicht da ist. Ich würde es auch sagen, wenn er dabei wäre. Es soll ja manche führenden Parteifreunde geben, bei denen man den Eindruck hat, wenn der Ehrenvorsitzende da ist, reden sie nicht mit der gleichen Präzision, wie wenn er nicht da ist. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß mancher inzwischen seine Haltung etwas modifiziert hat. Ich habe nicht zu denen gehört, die die Fahne Konrad Adenauers unter allen Umständen bei allen Fragen – auch der innerparteilichen Demokratie – gehißt haben. Damals sind nämlich die Dinge in der CDU eingeführt worden, unter denen wir heute noch leiden. Es hätte manchem gut angestanden zu jenem Zeitpunkt, als dieses System der Zusammenarbeit begründet wurde – ich will ein Wort aufnehmen –, schon damals aus Gründen der innerparteilichen Demokratie aufzustehen. Es scheint mir wichtig zu sein, das zu sagen.

Es sind dann einige Dinge gesagt worden, auf die ich in der Kürze der Zeit nicht eingehen kann. Das wichtigste scheint mir zu sein, daß unsere Anhänger draußen im Lande, und zwar überall quer durch die Bundesrepublik, zwei Fragen an die CDU stellen und daß die Mehrheit im Augenblick diese Fragen verneint. Das ist das Ergebnis der jetzigen demoskopischen Umfragen und der furchtbare Ausgangspunkt für die bevorstehenden Landtagswahlen in einigen Ländern.

Die erste Frage ist: Ist diese CDU in der Lage, sich solidarisch zu verhalten? Das wird von weiten Kreisen unserer Parteifreunde in den Ortsverbänden wie von unseren Wählern entscheidend verneint. Es wird aber nicht erst seit heute verneint, sondern schon seit einiger Zeit.

Das zweite: Ist diese CDU in der Lage, ihre Führungspotenzen, die sie ohne Zweifel hat – alles was hier über die SPD gesagt worden ist, unterstreiche ich aus meiner Sicht –, so zusammenzufassen, daß sie die dynamische Führungskraft der deutschen Politik bleibt? Auch die zweite Frage wird verneint. Das ist nicht nur Gerede der Leute, sondern es gibt Dutzende von Belegstellen dafür, warum der Wähler denkt, daß wir die Führungskraft nicht haben.

Sie können hier noch so ausgezeichnete Ausführungen über die Problematik unseres Verfassungsaufbaus im Verhältnis Bund-Länder machen; der Normalbürger sagt: Die CDU-Ministerpräsidenten im Bundesrat und die CDU-Bundestagsfraktion können sich in der Frage des Bund-Länder-Anteils nicht einigen. Den Normalbürger interessiert überhaupt nicht, wie schwierig und ausgegoren dieser Punkt unserer Verfassung aus dem Jahre 1948/49 ist. Der Normalbürger sagt: Wir haben diese Leute gewählt, sie haben gesagt, sie seien stark und kräftig – und wir waren es durch 15 Jahre hindurch –, warum sind sie jetzt nicht in der Lage, sich zusammenzusetzen? Ich will nicht auf die rechtlichen Institutionen – Vermittlungsausschuß – eingehen. Die politische Zeche – egal, was rauskommt – bei dieser Sache zahlen wir. Der Normalbürger sagt: Was ist das

für ein Haushalt, wenn die Bundesländer jetzt mit einer solchen Quote – von Ihrem Rechtsstandpunkt ausgehend – rechnen, während der Bund einen Haushalt mit einer anderen Beteiligungsquote vorlegt und seinen Rechtsstandpunkt betont? Dabei sagt man doch immer, wir seien für Haushaltsehrlichkeit, für Stabilität. Die Voraussetzung für Stabilität ist ein Status. Dieser Status soll gerecht und ehrlich sein. Ich soll am Dienstag zum Etat reden.[81] Ich weiß nicht, was ich zu diesem Punkt im Landtag sagen soll. Ich kann nur sagen: Die anderen machen es genauso. Das ist aber eine ganz mißliche Ausrede.

Genauso ist es bei dem Thema Einsparungen und Opfer. Es ist nicht die Schuld des Bundeskanzlers Ludwig Erhard, es ist die Schuld von uns allen, daß wir vor der Wahl Gesetze gemacht haben, die wir alle nach der Wahl für falsch hielten. Der Normalbürger sagt, das sei Wahlbetrug. Wenn Sie ihn anzeigen würden, würde das in einem normalen Rechtsstreit wahrscheinlich in der Form akzeptiert werden.

Wir fangen jetzt an und sagen, es müßten Opfer gebracht werden. Das ist eine Sache, die einem in dieser Form einfach nicht passieren darf. Es ist das eine Frage, wenn ich so sagen soll, des mangelnden Durchsetzungsvermögens. Es gibt eine Reihe von Fragen, wo wir erwarten, daß unsere Bürger Opfer bringen. Ich glaube, der durchschnittliche Bürger in unserem Lande ist bereit, Opfer für die Stabilität zu bringen. Das kann man in jeder Versammlung erleben. Die Leute sagen: Ich bin bereit, zu geben, ich will aber das Gefühl einer ungefähren Gerechtigkeit haben, so daß alle Leute mit drankommen. Man darf nicht anfangen, das Kilometergeld, die Sparförderung und die Mineralölsteuer nacheinander auf den Tisch zu legen, sondern das Ganze muß an einem Tag der Öffentlichkeit übergeben werden. Kommt das in einer so wichtigen Frage nicht zustande, dann können wir nicht von Stabilität innerhalb der Führung und von Führungskraft reden.

Ich bin mit allen, die das gesagt haben, der Meinung, daß unser Hauptproblem im Augenblick nicht die Personalfragen sind, sondern die mangelnde Erörterung und Beschlußfassung in den zuständigen Kreisen über die Sachfragen. Man macht es sich zu einfach, in der Außenpolitik zu sagen: Das sind Gaullisten, das sind Atlantiker. Das ist eine ganz törichte Gleichstellung der Leute. Daß wir mit Personalproblemen bis zum Überdruß angereichert sind, ist eine Sache für sich. Aber eine funktionierende Partei muß in der Lage sein, diese Gegensätze unter sich auszutragen.

Das ist auch meine Frage an diesen Vorstand, seit ich ihm angehöre. Wir haben in der ganzen Zeit vier oder sechs Sitzungen abgehalten. Wir müssen uns hier zusammensetzen. Über die Wahlergebnisse von Hessen und Bayern werden wir wahrscheinlich in eine sehr schwierige Situation kommen.

Herr Kollege Stoltenberg, hier ein Wort zu dem Problem CSU. Es nützt überhaupt nichts, solche Proklamationen in diesem Kreise abzugeben. Wer hindert uns eigentlich, mit dem geschäftsführenden Landesvorstand der CSU – das wäre das adäquate Gremi-

81 In der Landtagssitzung am 11. Oktober, vgl. Sten.Ber. des Landtags Rheinland-Pfalz 63. Sitzung S. 2273–2276 und S. 2285–2287.

um – zusammenzutagen? Ich weiß nicht, ob das, was Sie hier gesagt haben, in der Form auch vor dem Fraktionsvorstand gegenüber dem Kollegen Strauß gesagt wurde. Ich habe den Eindruck, daß eine Reihe unserer sogenannten starken Männer kometengleich durch die Gegend schießen, ihre Reden ablassen, sich dann ins Hinterland zurückziehen und dann dem anderen den Scherbenhaufen überlassen.

Nur eines sollten Sie nicht meinen. Mein Leib- und Magenblatt ist nicht der „Rheinische Merkur". Er ist aber das Hauptblatt der katholischen Pfarrer in der Bundesrepublik. Ich würde Sie also bitten, den „Rheinischen Merkur" nicht mit diesem Akzent zu versehen. (*Zuruf:* Herrn Wenger!) Herrn Wenger können Sie nicht mit dem „Rheinischen Merkur" identifizieren; er ist dort Redakteur.

Man kann ernsthaft mit dem Kollegen Gerstenmaier reden, ob es richtig ist, in dieser Situation ein Interview abzugeben. Aber umgekehrt hat es uns allen jahrelang gutgetan, daß Leute wie Eugen Gerstenmaier und andere im intellektuellen Bereich so ein Aushängeschild der CDU waren. Wenn er nun heute eine etwas unbequeme Meinung sagt, dann kann man es nicht in der Form abtun, wie er es z. T. in der Bundestagsfraktion, z. T. und noch mehr in den Couloirs der Bonner CDU-Politik geschehen ist.

Ich stehe dafür, daß der Kollege Gerstenmaier einen Satz zurücknimmt, den er gesagt hat. Herr Kollege Gerstenmaier, es ist einfach falsch, aus Ihrer Haltung heraus, die Sie in der Diskussion eingenommen haben, zu sagen, daß Sie nicht an den Wahlkämpfen teilnehmen. Ich halte das nicht für richtig. Ich bin auch überzeugt: Wenn Sie die Sache überschlafen haben, werden Sie zu dem gleichen Ergebnis kommen. Sie sind ein streitbarer Schwabe. Ich habe insofern nichts dagegen, wenn Sie einen solchen Satz in der Erregung herausgebracht haben. Ich würde Sie herzlich bitten, diesen Satz zurückzunehmen. Unsere Partei ist dadurch groß geworden, daß wir eine Fülle von Talenten haben. An hervorragender Stelle gehört auch der amtierende Bundestagspräsident dazu. Das sollte in dieser Diskussion mit aller Entschiedenheit und Deutlichkeit herausgestellt werden. (*Unruhe.*)

Zur Solidarität gehört auch, daß man aufeinander hört. Ich bin gern bereit aufzuhören. Aber wir in den Landesverbänden sind doch diejenigen, die zunächst die Haut zu Markte tragen. Deshalb müssen Sie die paar Ausführungen schon anhören.

Ich bitte dringend darum, daß wir in diesem Kreise möglichst bald – ich habe das schon vor vier Sitzungen beantragt – einmal nur über die Fragen der Außenpolitik sprechen, und zwar in Gegenwart der Herren der CSU, so daß man tatsächlich einmal die Möglichkeit hat, die Meinungen kennenzulernen. Wir haben über außenpolitische Fragen im Bundesvorstand – mit Ausnahme der Eingangsberichte – in all diesen Jahren überhaupt nicht gesprochen. Zur Zeit des Bundesvorsitzenden Adenauer war es üblich, daß nach dem Bericht unmittelbar das kalte Büfett eröffnet wurde. (*Heiterkeit.*)

Später war es dann so – ich erinnere mich, ich saß hier –, wenn eine Auseinandersetzung kam, daß Herr Schröder ein Gesicht zog, und Herr Adenauer sagte: Der Herr Schröder schreibt mit. Aber der Herr Schröder hat sich dann nicht zu Wort gemeldet. (*Zuruf:* Das war nicht immer so, Herr Kohl! – *Schröder:* Soweit ich weiß, hat Herr Dr. Adenauer das nicht zu Ihnen gesagt! – *Weitere Zurufe.*)

Mir hat jedenfalls gefehlt, daß er heute nicht da ist. Ich würde aber sagen, bei dieser Diskussion muß er dabei sein. (*Schröder:* Nein, nein, das lassen Sie lieber! Die anderen genügen!)

Da muß ich Ihnen entschieden widersprechen. Für die CDU in Deutschland – Sie mögen Ihre Haltung gegenüber Adenauer modifiziert haben –, für viele unserer Anhänger ist Konrad Adenauer immer noch ein enormes Kapital. (*Beifall. – Schröder:* Das hat nichts mit dem Thema zu tun! Es handelt sich hier um Fragen der Nützlichkeit! Jetzt geht es um die Organisation einer solche Aussprache!) Aber Herr Kollege Schröder, wir sind uns hoffentlich einig, daß bei einer solchen Debatte, ein Mann, dessen Namen in unserer Geschichte diese Rolle spielt, auch an den Beratungstisch gehört.

Ich würde nur darum bitten, daß der Bundesparteivorsitzende diese Gespräche bald anberaumt und daß der Kollege Stoltenberg dann auch aufsteht, und das Entsprechende sagt. (*Stoltenberg:* Das habe ich auch getan!) Ich möchte einmal dabei sein, Herr Stoltenberg, und ich hätte gern, daß auch andere aufstehen und das einmal sagen.

Ich sage das nicht aus irgendeiner Bösartigkeit oder irgendeinem Komplex. Ich möchte aber, daß jemand, der nicht im Bundestag sitzt, der aber in der Partei in einer gewissen Verantwortung steht, auch Gelegenheit hat, in einem geschlossen Kreis darüber zu sprechen. Mir wurde erst jetzt gesagt, daß es nicht möglich war, daß Sie auf den letzten zwei Parteitagen ein Referat zum Thema Außenpolitik gehalten haben. Es wurde ja auch der Vorwurf erhoben, daß sich der Evangelische Arbeitskreis mit Außenpolitik befaßt. (*Schröder:* Ich spreche viel lieber auf dem Parteitag! – *Weiterer Zuruf:* Zur Sache!)

Das gehört alles zur Sache. Das sind Dinge, die heute bei uns diskutiert werden. Sie bringen diese Geschichten nicht aus der Welt, wenn wir nicht in diesem Kreis unter uns darüber sprechen. Deshalb mein dringender und herzlicher Wunsch, Herr Bundeskanzler – ich brauche ihn nicht in einen Antrag zu kleiden –, machen Sie dieses Gespräch bald, damit jeder die Möglichkeit hat – wie wir in der Pfalz sagen –, sich auszukotzen und nicht hinterher einer sagen kann, er habe nicht Gelegenheit gehabt, über dieses Thema zu sprechen. Dann brauchen wir nicht mehr über disziplinare [sic!] Mittel zu reden.

Lassen Sie mich noch folgendes sagen. Ich habe nicht den Eindruck, daß wir mit Proklamationen, in einem formellen Beschluß diese Dinge ändern können. Ich halte mehr davon, wenn wir jetzt den Versuch unternehmen, die Führungskraft dadurch wiederherzustellen, daß wir nicht dauernd darüber reden, sondern Taten folgen lassen. Ich habe ein bißchen das Gefühl, daß wir uns in der ganzen Sache in den letzten Wochen noch weiter auseinander geredet haben. Wir haben vorhin gehört, daß der CSU-Landesvorstand heute tagt. Wie schon angedeutet wurde, wird er möglicherweise bestimmte Beschlüsse fassen. Wir können uns vorstellen, was wir erst in dem Fall zu erwarten haben, daß die bayerischen Landtagswahlen nicht so ausgehen, wie wir alle das wünschen. Deshalb möchte ich, Herr Vorsitzender, daß vor diesem Wahltermin in diesem Kreise ein solches Gespräch ermöglicht wird. (*Beifall.*)

Schmücker: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Die allgemeine Debatte war sehr lang. Die Erkenntnis, die ich immer aus solchen Debatten ziehe, ist: Wie reich

ist doch die deutsche Sprache, daß man über ein und denselben Gegenstand mit so verschiedenen Formulierungen reden kann.

Jemand hat die Forderung gestellt, wir sollten sachlich arbeiten, aber noch niemand hat eine Sache unmittelbar angesprochen. (*Zuruf:* Doch, doch!)

Hier liegt nun der Antrag des Kollegen Adorno vor. Ich meine, dazu müssen wir uns äußern. Das geht aber nicht so, daß wir uns an den Knöpfen abzählen: 35, 37, 39%. Herr Kollege Adorno, es ist bisher noch niemals gelungen, sich vorher zu einigen. Es ist immer erst im Vermittlungsausschuß gelungen, wo Position gegen Position aufgerechnet werden konnte. Wenn wir uns heute entscheiden wollen – ich bin dafür, daß wir das tun –, müssen wir das allgemeine Reden drangeben und Position gegen Position aufrechnen.

Ich will aber zur Unterstützung Ihres Anliegens einen Vorschlag machen, einen Vorschlag, der die Länder ärgern wird, nämlich daß wir bei 39% bleiben. Bei der Schaffung des Grundgesetzes war nämlich noch nicht vorauszusehen, daß die vermehrten Verteidigungsausgaben auf den Bund zukommen. Wenn man aber heute eine Kürzung vornimmt, dann muß auch die Möglichkeit gegeben werden, wesentliche Kürzungen vorzunehmen. Das kann aber nur so verkraftet werden, daß man Aufgaben an die Länder abtritt. Dazu müßten sich die armen Länder einmal äußern. Oder aber man müßte bei bestehenden Gesetzen weitere Kürzungen vornehmen. Schließlich gibt es noch die Möglichkeit, die Steuern zu erhöhen. Solange zu diesen drei Punkten nicht konkret Stellung genommen worden ist, nützt eine Aussprache über den Anteil von Bund und Ländern gar nichts. (*Kohl:* Das ist dann ein Gegenstand der Aussprache!) Lieber Herr Kohl, bisher ist es so gewesen, daß nur gefordert wird: Wir müssen alles tun. Mit dieser Forderung wird die Sache nicht erledigt. Ich meine, nachdem nun der Antrag Adorno hier vorliegt, müssen wir uns zu einer Mehrheitsentscheidung hier durchringen. Das sollte meine Anregung dazu sein. Wir sollten den Versuch machen, künftig die allgemeine Aussprache nicht in dieser Art und Weise ausufern zu lassen. Was hier gesagt worden ist, wissen wir alle. (*Beifall.*)

Dittmar: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es ist hier so viel das solidarische Verhalten unserer Partei beschworen worden. Ich möchte sagen, daß ich dieses solidarische Verhalten in einem ganz konkreten Punkte im Monat August vermißt habe. Das war, als unser Freund von Hassel in der erbärmlichsten Weise von allen möglichen und unmöglichen Zeitungen angegriffen worden ist.[82] Das haben viele Mitglieder unserer Partei nicht verstanden. Damals haben Solidaritätskundgebungen gefehlt. Die sollten wir eigentlich jetzt nachholen. Wir können es nicht dem Landesvorstand von Schleswig-Holstein allein überlassen, hier eine entsprechende Äußerung von sich zu geben. Ich habe mich sehr für Sie gefreut, wie Sie diese Dinge überstanden haben. Ich

82 Verteidigungsminister von Hassel hatte am 25. August 1966 Heinz Trettner (Generalinspekteur der Bundeswehr) und Werner Panitzki (Inspekteur der Luftwaffe) in den einstweiligen Ruhestand versetzt, vgl. HILDEBRAND S. 213; vgl auch die Aufzeichnungen im „Militärischen Tagebuch" von Hassels (ACDP 01–157–003/2). – Zur Kritik in den Zeitungen, vgl. „Welt" vom 25. Juni und 25. August 1966; „Süddeutsche Zeitung" vom 24. August 1966.

möchte Ihnen dazu meinen Glückwunsch sagen, und ich glaube, ich bin in der Partei nicht der einzige. Ich glaube, wenn wir uns auch in dieser Richtung die Sache eine Überlegung wert sein ließen, dann wäre das gut. In eine solche Situation wie Herr von Hassel kann jeder unserer führenden Leute kommen. Herr Blank hat es vor nunmehr zehn Jahren auch erlebt,[83] und auch er hat damals merken müssen, daß die Partei nicht so hinter ihm gestanden hat. (*Blank:* Das ist immer so!) Es muß nicht immer so sein.

Hier ist bei den Sachfragen die Kilometerpauschale angesprochen worden. Herr Fay, Sie werden das in Ihrem Landtagswahlkampf spüren. Die Kürzung der Kilometerpauschale kann nicht verkauft werden, wenn sie nur die Arbeitnehmer betrifft. Wenn ein Bankdirektor von Kronberg nach Frankfurt im Auto geholt wird, dann ist das für ihn keine einkommensteuerpflichtige Sache. (*Zuruf:* Meinen Sie einen bestimmten?)

Ich könnte mir vorstellen, daß, wenn ein Rechtsanwalt von dort mit dem Auto hinfährt, das auch keine Rolle spielt. Hier sollte aber für uns der wichtige Grundsatz der steuerlichen Gleichbehandlung gelten. Wir sind doch nach dem Gesetz angetreten, in der Politik Gerechtigkeit walten zu lassen. Bei der Steuer fängt es an. Wir wissen doch, zu welcher Perversion diese Kilometerpauschale geführt hat. Ich könnte hier allerhand Beispiele aus Hamburg oder Frankfurt anführen. So geht es nicht. Hier sollte sich die Fraktion und der Fraktionsvorstand überlegen, wie man eine steuerliche Gleichbehandlung erreichen kann. Gerechtigkeit erhöhet ein Volk, das gehört auch dazu.

Auch bei der Sparprämie handelt es sich um ein Sachproblem, das wir seit Mitte 1964 kennen. Der Bundestag bzw. die Fraktionen haben dieses Problem immer vor sich hergeschoben. Auch die Bundesregierung hat das Problem seit 1964 vor sich hergeschoben. Die Eigentumsbildung erfordert auch, daß wir die Mißverhältnisse im Bereich der Sparförderung, die sich erst im Laufe der Jahre herausgestellt haben, nicht auf unbestimmte Zeit fortbestehen lassen. Wir sind auf dem richtigen Wege. Es ist jedoch notwendig, daß wir die Dinge propagandistisch richtig verkaufen. Wir dürfen das nicht als eine Sache des momentanen Haushalts, sondern der Grundsatzpolitik unserer Partei betrachten. (*Beifall.*)

Barzel: Der Herr Bundeskanzler hat mich gebeten, für einen Moment die Leitung zu übernehmen, weil der Antrag des Kollegen Dichtel noch zu erledigen ist. Ich glaube, daß wir das vor Tisch noch schaffen.

Ich möchte aber zu den Einzelheiten des letzten Diskussionsredners noch einiges sagen. Nach dem, was ich von der Regierung durch Zuruf höre, sind Sie über die Kilometerpauschale objektiv falsch informiert.

Herr Dichtel hat nun den Antrag gestellt, auch der Parteivorstand solle über die Erklärung, die die Fraktion abgegeben hat – Erhard ist und bleibt Bundeskanzler –, abstimmen, um diese Debatte in der Öffentlichkeit zu beenden. Meine Damen und Herren, finden Sie das für richtig, daß wir das machen, oder wünschen Sie eine Aussprache, ob das tunlich ist oder nicht? (*Zurufe:* Abstimmen!)

83 Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 721 f.

Dann können wir also gleich in die Abstimmung eintreten, ob in das Kommuniqué über unsere Sitzung dieser Hinweis aufgenommen werden soll. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das war ein einstimmiger Beschluß.

Wir haben dann noch den Antrag des Kollegen Adorno.

Adorno: Zur Geschäftsordnung. Ich bedauere, daß ich heute nachmittag leider nicht mehr da sein kann. Die Sitzung war ja ursprünglich für 9.30 Uhr angesetzt. Ich habe einen Weg nach Hause von über acht Stunden. Am Wochenende habe ich eine Veranstaltung. Ich kann also nicht hierbleiben.

Barzel: Ich nehme sowieso an, daß es – selbst wenn heute nachmittag der größte kooperative Wille, gepaart mit der größten Genialität hier sichtbar wird – nicht möglich ist, in den zwei oder drei Stunden, die wir noch zur Verfügung haben, die Frage des Beteiligungsverhältnisses auszudiskutieren. Es ist aber hier wohl sichtbar geworden – das sollten wir dem Bundeskanzler sagen –, in welcher Richtung der Wunsch geht: nicht zu warten und die Sache als unabänderlich in den Vermittlungsausschuß gehen zu lassen, sondern zu versuchen, noch einmal die Gespräche aufzunehmen. Zu etwas anderem kommen wir auch in drei Stunden nicht. (*Adorno:* Das ist mein Vorschlag gewesen!)

Seebohm: Das Gesetz ist beschlossen, es geht jetzt an den Bundesrat. Im Bundesrat werden diese Gespräche mit den Ländern geführt. Ich würde nicht empfehlen, daß wir uns hier jetzt vorher festlegen. Wir wollen auch unsere Ministerpräsidenten in den Ländern durch unser Gremium nicht auf irgendeine Formel festlegen. Ich stimme Herrn Adorno zu, daß es gut gewesen wäre, wenn sein Bemühen zu einem Erfolg geführt hätte. Die Sache war vor einigen Wochen anders. Das ist aber nicht gelungen. Wir sind jetzt nicht mehr in einer Lage, in der wir die Dinge auf diesem Weg abbiegen können.

Barzel: Ich glaube, es entsteht jetzt doch wieder eine Sachdebatte. Wir sollten sie heute nachmittag führen. Wir hatten uns vorgenommen, jetzt zu Tisch zu gehen. Wir machen heute nachmittag weiter.

Unterbrechung von 13.45 bis 14.20 Uhr.

Erhard: Wir fahren nun in der unterbrochenen Sitzung fort. Ich darf als erstem dem Herrn Kollegen Altmeier das Wort erteilen.

Altmeier: Meine lieben Parteifreunde! Es ist hier schon einiges zu dem Verteilungssystem gesagt worden. Ich bin nur einer von fünf oder sechs Ministerpräsidenten. Ich möchte auch einiges dazu sagen, wenn auch nicht in der einseitigen Weise, wie das durch die Ausführungen des Herrn Kollegen Schmücker geschehen ist. Ich glaube, daß der Fall doch etwas anders liegt.

Zunächst ist folgendes festzustellen. Wir Ministerpräsidenten der CDU haben ganz bestimmt nicht gewünscht, daß die Angelegenheit wieder im Vermittlungsausschuß endet. Die Behandlung im Vermittlungsausschuß ist ein legitimes, im Grundgesetz vorgesehenes Verfahren. Man muß von der Tatsache ausgehen, daß im Grundgesetz be-

stimmte Sätze, 35 und 65%, festgesetzt sind. Da ist auch gesagt, unter welchen Voraussetzungen das Beteiligungsverhältnis geändert werden kann.[84]

Wenn nun im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens die Auseinandersetzung darüber im Vermittlungsausschuß endet, dann ist das nichts, was in unserem Kreise so gedeutet werden könnte, als wenn die CDU-Ministerpräsidenten hier eine Linie einnehmen würden, die geradezu konträr zum Standpunkt der CDU stünde. Ich bin einer der wenigen, die vom ersten Tage des Bestehens der Bundesrepublik an bis heute im Vermittlungsausschuß dieses Vermittlungsgeschäft hinsichtlich der Prozente mitgemacht haben. Ich stehe nicht an, zu erklären: Es war immer ein Verfahren, das zu einem Ende geführt hat, wenn ich auch sagen muß, ein Verfahren, das nach meiner Meinung unmittelbar nach dem Pferdestehlen kommt.

Schuld daran, daß wir in die derzeitige Situation hineingekommen sind, ist die Rechtsfrage. Wir wissen, daß vor drei Jahren das Verhältnis durch ein Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrats bedurfte, festgesetzt worden ist.[85] Damals ist eine befristete Vereinbarung – 39 und 61% – erfolgt. Es wäre also sicherlich lange genug Zeit gewesen, um über die Frage nachzudenken, ob eine veränderte Situation eingetreten ist. Man ist damals befristet auf dieses Verhältnis abgekommen, weil der Bund Besonderheiten hinsichtlich verschiedener Dinge anführte. Das hat damals im Vermittlungsausschuß eine Rolle gespielt. Die Auseinandersetzung hatte das Ergebnis, daß die Befristung in das Gesetz hineingekommen ist.

Herr Dahlgrün hat nun von Anfang an – zuletzt noch vor wenigen Tagen im Fernsehen – die These vertreten, die Verfassungswirklichkeit und die Verfassungsmäßigkeit spreche für die Auffassung des Bundes, daß der Satz von 61 bzw. 39% unverändert auch über das Jahr 1966 hinaus bestehenbleiben müsse.[86] Diese Rechtsauffassung konnten die Länder unter keinen Umständen billigen. Im Gesetz steht, daß die Sätze für drei Jahre festgelegt worden sind.

Die Drohung, die in dem gleichen Interview dazukam, wenn die Länder nicht wollten, dann würden eben die 2,2 Mrd. DM Subventionen oder Leistungen des Bundes an die Länder gestrichen – also ein Entweder-Oder –, hat die Situation auch für uns CDU-Ministerpräsidenten – das sage ich in aller Klarheit – nur noch verstärkt. Ein solches Verhalten läßt einfach für die Ministerpräsidenten nichts anderes zu, als daß sie sich auf den Rechtsstandpunkt stellen und die Auffassung vertreten: Dieser Rechtsstand spricht für uns.

Herr Adorno hat gesagt, Bayern, Schleswig-Holstein usw. hätten andere Auffassungen bekundet. Ich kann dazu nur sagen, die Ministerpräsidenten waren in der vorigen Woche in Berlin zusammen, und sie konnten nichts anderes als dies sagen: Dann müs-

84 Vgl. Art. 106 GG. Von einer Aufteilung von 35% bzw. 65% ist nicht die Rede.

85 „Erstes Gesetz zur Änderung des Beteiligungsverhältnisses an der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer" vom 11. März 1964, BGBl 1964 I S. 137. – Vgl. PROTOKOLLE 4 S. 486–506; RENZSCH S. 177–179.

86 Vgl. das Interview Dahlgrüns mit dpa über das Aufteilungsverhältnis zwischen Bund und Ländern in BULLETIN Nr. 120 vom 14. September 1966.

sen wir der Rechtsauffassung des Bundes, ausgedrückt durch Herrn Dahlgrün, die Rechtsauffassung der Länder gegenüberstellen. So sind alle fünf oder sechs Ministerpräsidenten übereinstimmend zu der Feststellung gekommen: Von der Rechtslage her muß an den 35% festgehalten werden.

Herr Adorno, es ist auch abwegig, wenn Sie sagen, Schleswig-Holstein habe im Laufe der Verhandlungen den Standpunkt eingenommen, daß man auf einen anderen Satz unter der Voraussetzung abkommen könne, daß die Differenz, die für die finanzschwachen Länder entstehen, durch eine Ergänzungsabgabe nach dem Beispiel des vergangenen Jahres gedeckt werde.

Aber nicht nur die Rechtslage war ausschlaggebend für die bisherige Haltung der Ministerpräsidenten, sondern auch die Finanzlage. Herr Schmücker sagte: Wenn die Länder dem Bund keine 39% geben wollen, dann müssen Streichungen vorgenommen werden. So sagte es Herr Dahlgrün, so sagen Sie es: Dann müssen andere Wege beschritten werden. Ich sage: Es ist das legitime Recht – zugleich aber auch die Pflicht – der Mitglieder des Bundesrats, daß sie von der Rechtslage ausgehen, also von 35% und nicht von 39%. Allerdings haben dann die Länder im Bundesrat auch nachzuweisen, was sie für Streichungen bei den Ausgaben vorschlagen. Die Bundesregierung hat dann zu diesen Vorschlägen Stellung zu nehmen.

Der Auffassung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Dr. Diederichs, das geht uns nichts an, wir müssen nachweisen, daß der Satz von 39% falsch ist und müssen ihn infolgedessen als verfassungswidrig zurückweisen, dieser Auffassung sind wir auf unserer Berliner Sitzung entgegengetreten. Wir haben dort auf die Verpflichtung aufmerksam gemacht, die sich daraus ergibt, daß die Länder im Bundesrat an der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes mitwirken. Wenn sie daran mitwirken, haben sie auch zu allem verantwortlich Stellung zu beziehen. Das gilt selbstverständlich auch für das Gesetz der Gesetze, nämlich für das Haushaltsgesetz. In Niedersachsen hat man sich die Sache sehr viel einfacher gemacht. Man ist dort von 35% ausgegangen, und weil dann immer noch ein Defizit bestand, hat man 150 Mio. DM Einnahmen durch eine Ergänzungsabgabe des Bundes vorgesehen. Dadurch hat man einen wunderbaren Ausgleich herbeigeführt. Ich nenne dieses Beispiel, um zu unterstreichen, daß wir als CDU-Ministerpräsidenten es uns nicht so leicht machen.

Ich möchte aber noch einmal feststellen: Der Haushalt der Länder ist auf der Basis von 35% aufgestellt. Ich kann von unserem Landesetat sagen, daß wir trotz dieser 35% z. T. verheerende Streichungen an wichtigen strukturellen Maßnahmen, an bildungspolitischen Maßnahmen, an sozialpolitischen Maßnahmen durchführen mußten. Wir haben z. B. die seit Jahr und Tag im Etat stehenden Beträge für den Schulhausbau, die wir dort angesichts der Situation unserer Hauptschulen stehen hatten, gegenüber dem vergangenen Jahr um 35% gekürzt.

Es wäre also falsch, die Sache so zu sehen, als wenn es sich nur um die finanzschwachen Länder handelte. Im Gegenteil, auch die finanzstarken Länder, auch von der CDU geführte Länder haben in unseren Gesprächen zum Ausdruck gebracht, daß sie ihren Etat für 1967 nur auf der Basis von 35% bei weitestgehenden Kürzungen ausgleichen

konnten. Der Herr Kollege Kiesinger hat uns z. B. gesagt, in seinem Haushalt seien zur Zeit noch 500 bis 600 Mio. DM ungedeckt. Der Bund weist darauf hin, daß bei einer Minderung der Abgabe der Länder ein Defizit von 2 Mrd. DM entstehen würde. Demgegenüber stellt ein Betrag von 600 Mio. DM für ein Land eine viel größere Summe dar; es macht einem Land noch mehr Schwierigkeiten, in seinem Landesetat 600 Mio. DM zu decken, als dies bei einer Größenordnung von rund 2 Mrd. DM beim Bund der Fall ist.

In dem ersten Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler vor wenigen Tagen haben wir dringend darum gebeten, daß man sich dieses Problems einmal annimmt, daß also dann, wenn der Bund ein Defizit hat, der Ausgleich nicht durch eine Erhöhung des Abgabesatzes gesucht wird. Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß es für Bund und Länder eine ganz bestimmte Rangfolge gibt. Es gibt Prioritäten beim Bund und Prioritäten bei den Ländern. Hierzu gehören zweifellos alle Ausbildungsaufwendungen. Ich würde vorschlagen, daß wir uns einmal in einem Kreis zusammensetzten, um Prioritäten und Rangfolgen für den Bund und die Länder aufzustellen.

Nun zur neuesten Lage. Gestern kam auf den Tisch der Regierungen die Vorlage eines zweiten Gesetzes über das Beteiligungsverhältnis an der Einkommen- und Körperschaftssteuer.[87] Es heißt dazu in dem berühmten roten Zettel: zur Stellungnahme, noch nicht offiziell zugeleitet. Ich weiß nicht, ob die Vorlage heute, am 7. Oktober, offiziell zugeleitet worden ist. Denn nur dann wäre angesichts der Dreiwochenfrist überhaupt die Möglichkeit gegeben, in der vorgesehenen Sitzung des Bundesrats am 28. Oktober darüber zu sprechen.

Mit dieser Vorlage wird nun die Rechtsauffassung der Länder anerkannt. Sie bringen ein neues Gesetz, das dem Rechnung trägt, was das Grundgesetz sagt: Wenn der Abgabesatz geändert werden soll, kann das nur durch ein Gesetz geschehen, das der Zustimmung des Bundesrats bedarf. Ein solcher Gesetzentwurf ist jetzt vorgelegt worden. Die Länder sehen jetzt ihre Rechtsauffassung bestätigt. Wenn diese nicht richtig gewesen wäre, hätte die Bundesregierung kein neues Gesetz vorgelegt. Dieses Gesetz enthält neben den zwei Paragraphen eine sehr lange Begründung mit einer Gegenüberstellung der Zahlen aus den verschiedensten Gebieten, die hier angesprochen sind. Es stehen hier die Zahlen der Einnahmen der Länder und des Bundes. Dieses Gesetz bildet von jetzt ab die Grundlage der Verhandlungen, in die die Länder eintreten müssen, und zwar zunächst einmal jede Landesregierung für sich, um eine Stellungnahme für den ersten Durchgang im Bundestag zu erarbeiten. Man wird die Zahlen prüfen müssen. Dabei wird man dann feststellen müssen, ob eine Berechtigung für die Forderung des Bundes

87 Die erste Beratung des SPD-Entwurfs eines „Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes und des Körperschaftsteuergesetzes" (Drs. V/1011 vom 19. Oktober 1966) und des Regierungsentwurfs eines „Gesetzes zur Ergänzung des Zweiten Gesetzes zur Überleitung der Haushaltswirtschaft des Bundes in eine mehrjährige Finanzplanung" (Drs. V/1096 vom 8. November 1966) fand im Bundestag am 10. November 1966 statt (Sten.Ber. 5. WP 71. Sitzung S. 3332–3377).

gegeben ist. Das ist angesichts der ungeheuer gestiegenen Leistungen der Länder sicherlich eine sehr schwere Aufgabe.

Wir haben z. B. bei der Aufstellung unseres Etats schon vorweg die zu erwartenden Bestimmungen des Stabilitätsgesetzes geprüft und beachtet. Für unser Land Rheinland-Pfalz kann ich die Beachtung der Bestimmungen in jeder Hinsicht zusagen. Wir haben bei der Aufstellung unseres Etats so gehandelt, als wenn das Stabilitätsgesetz in seinen Grundzügen bereits vorhanden wäre.

Bei dieser Sachlage würde ich es für falsch halten zu glauben, durch einen Beschluß heute könnten Sie die Dinge vereinfachen bzw. erleichtern. Daß wir CDU-Ministerpräsidenten nach der Gesetzesvorlage mit dem Herrn Bundeskanzler sprechen wollen – ich hätte es begrüßt, wenn das schon vorher geschehen wäre –, haben wir uns schon gelobt. Dazu bedarf es keines Beschlusses mehr. Ein Beschluß könnte nach meiner Meinung die Sache nur erschweren. Was ich hier gesagt habe, darf ich wohl auch zugleich im Namen der leider heute nicht anwesenden übrigen Kollegen im Amte des Ministerpräsidenten aussprechen. Die Erklärung, daß wir darüber sprechen müssen, bleibt aufrechterhalten. Das war unser Wunsch gewesen.

Erhard: Ich danke Ihnen, Herr Kollege Altmeier. Ich habe einleitend schon gesagt, daß ich in dieser Frage nie den formalen Rechtsstandpunkt in den Vordergrund geschoben habe. Zum Schluß ist es immer eine politische Entscheidung, und gerade innerhalb unserer Partei wird die Frage politisch ausgetragen werden müssen.

Wenn es nur das wäre, wäre die Entscheidung nicht zu schwer. Aber es geht tatsächlich um materielle Fragen. Ich habe eingangs darauf hingewiesen, welche Unklarheiten neben diesem besonderen Schlüsselverhältnis zwischen Bund und Ländern auch für den Haushalt 1967 noch bestehen. Wir werden noch in diesem Monat mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten Verhandlungen zu führen haben.[88] Aus der Haltung der Bundesbank sehe ich große Schwierigkeiten vor Augen, die wahrscheinlich auch die Vorlage des Bundeshaushaltes berühren werden.

Ich darf hier einmal von der Bevölkerung und von dem Echo sprechen, daß unsere Entscheidung finden wird. Die Bevölkerung wird sagen: Was ist das doch für eine komische Sache; ob ich 61 und 39 oder 65 und 35% zusammenzähle, immer ergeben sich 100%. Können sie sich da nicht verständigen, wie sie die 100% aufteilen?

Es wäre allerdings eine mißliche Alternative, wenn wir aus diesem besonderen Anlaß sagten: Dann müssen wir eben die Steuern erhöhen, um das Mehr, das entweder der Bund oder die Länder brauchen – je nachdem wie die Entscheidung ausfällt –, einzutreiben. Ich hielte es auch für falsch, wenn wir die Frage damit beantworten wollten, daß wir sagten: Dann schieben wir Aufgaben auf die Länder ab. Wir haben uns schwer genug zusammengerauft, daß der Bund auch in kulturellen Fragen, in Schulfragen, Forschungsfragen einen Einfluß gewinnt.

88 Gespräche am 20./21. Oktober 1966 in Bonn mit John McCloy und George Thomson zu Fragen der Verteidigungspolitik, der Verteidigungslasten und der sich aus der Truppenstationierung in Deutschland ergebenden Devisenprobleme. Vgl. AAPD 1966 Nr. 342, 348 sowie BULLETIN Nr. 140 vom 28. Oktober 1966 S. 1124.

Aber wenn ich die Zahlen sehe, wie der Haushalt 1967 möglicherweise endgültig aussehen könnte, dann würde ich sagen, daß auch der Bundesrat bei seinen Überlegungen seinen Verpflichtungen gegenüber dem Bund nachkommen muß. Ich habe eindeutig gesagt: Die Länder – vor allen Dingen die Ministerpräsidenten der CDU – mögen das nicht als eine Kampfansage auffassen, wenn wir aus der Situation heraus einen Haushalt so verabschieden müssen. – Nun bitte, Herr Kollege Mikat.

Mikat: Ich darf an das Letzte anknüpfen, Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß der Hinweis, den die Bundesbank durch Herrn Blessing in bezug auf die Erhöhung der Steuern gegeben hat, doch einen wichtigen Kern enthielt. Eine Steuererhöhung zum Zwecke der Ausgabensteigerung von Bund oder Ländern ist im Grunde genommen genau das Gegenteil von dem, was wir überhaupt wollen. Wir wollen doch ein konjunkturgerechtes Verhalten. Natürlich kann man ihre Prämisse akzeptieren, daß 39 und 61% genausoviel ergeben wie 35 und 65% und daß durch eine andere Verteilung des Geldes nicht mehr Geld geschaffen wird.

Die Schwierigkeit besteht darin, daß die Aufgaben, die Bund und Länder zu meistern haben, jeweils eine eigene Dringlichkeit, eine eigene Priorität haben. Es ist außerordentlich schwierig – zu diesem Zweck muß man sich in der Tat zusammensetzen –, hier gegebenenfalls gemeinsame Dringlichkeitslisten und gemeinsame Prioritätslisten aufzustellen. Ich darf hier z. B. an das erinnern, was der Kollege Stoltenberg gesagt hat. Wer von Prioritäten redet, muß auch dazu bereit sein, die Kosten der Prioritäten in Kauf zu nehmen.

Die Ministerpräsidenten haben nach dem ersten Beteiligungsgesetz – ich glaube, es war in Saarbrücken – damals mit den entscheidenden Anstoß zur Erstellung des Troeger-Gutachtens gegeben.[89] Wer aber das Troeger-Gutachten aufmerksam liest, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß er es hier mit einem geradezu diagnostischen Perfektionismus und einem therapeutischen Nihilismus zu tun hat. (*Heiterkeit.*)

Ich will damit sagen, daß man auch aus dem Troeger-Gutachten nicht genau erfährt, wie das Instrumentarium gebildet werden soll, um zu einer gewissen Abklärung der Aufgabenstellung zwischen dem Bund, den Ländern und den Gemeinden zu gelangen.

Die Frage wird im Hinblick auf die Stabilisierungsgesetzgebung außerordentlich schwierig. Mir persönlich ist z. B. sehr unwohl, daß wir an sich die Stabilisierungsgesetze auf dem Wege der Verfassungsänderung betreiben. Ich sage Ja zu der jetzigen Situation. Aber ich bin an sich mißtrauisch gegenüber jeder Verfassungsänderung, weil wir dadurch das Zutrauen in die Stabilität der Verfassung als Ganzes erschüttern. Wir sollten uns davor hüten, immer wieder zu sagen, daß daran 1948 oder 1949 noch nicht gedacht worden sei. Wir haben ein ungutes Verhältnis zu der Form der Verfassung. Aber daß wir diesen Weg über die Verfassung gegangen sind, war wohl nicht zuletzt wegen der Gemeinden notwendig. Der Staatsvertrag allein hätte uns unter Umständen im Verhältnis Bund-Länder sehr viel weiter gebracht. Die Frage war aber: Wie binden

89 „Diskussionsbeiträge zur Großen Steuerreform" des Ausschusses unter Leitung des hessischen Finanzministers Dr. Heinrich Troeger von 1954 (Bundesrat Drs. 78/54 S. 137–177). – Vgl. Nr. 14 Anm. 65; PROTOKOLLE 2 S. 216 Anm. 119.

wir dann die Gemeinden? Das hätten wir auf dem Wege des Staatsvertrages wahrscheinlich gar nicht gekonnt. Das ist der entscheidende Punkt, warum wir diese Frage angesprochen haben.

Dann bleibt aber, Herr Bundeskanzler, doch nichts anderes übrig, als daß wir uns im Rahmen der Besprechungen über das Beteiligungsverhältnis auch einmal über den Abbau der Mischfinanzierungen im Verhältnis Bund-Länder einig werden. Solange das System der Mischfinanzierung nicht nur nicht abgebaut wird, sondern geradezu eine bedrohliche Ausweitung erfährt, werden auch die CDU-Länder immer nur mühsam einen politischen Verzicht aussprechen können, aber nicht einen von ihrem Haushalt aus gerechtfertigten Kompromiß mit dem Bund schließen können. Ich darf hier – um auf unser Gebiet zu kommen, Herr Kollege Stoltenberg – die Mischfinanzierung im ganzen Bereich der Bildung und Forschung erwähnen. Ich halte die derzeitige Mischfinanzierung – Max-Planck-Gesellschaft, Wissenschaftsrat usw. – wirklich für ungut. Sie kann immer nur Wirkungsmöglichkeiten entfalten. Auf der einen Seite wirkt sie bremsend, dann ist es schlecht, oder sie wirkt auf der anderen Seite befördernd, und dann können einige nicht mitziehen. Wir haben ja jahrelang erlebt, daß der Bund nicht mitgezogen hat. Das ist dann ebenfalls schlecht. Wir treiben uns also gegenseitig – wenn man so will – in die Kosten hinein. Die Aufrechnung erfolgt jedesmal, solange wir die ungute Regelung des Art. 106 Absatz 4 des Grundgesetzes haben. Die Konstruktion des Art. 106 Absatz 4 funktioniert nämlich nur so lange, wie die Frist noch nicht abgelaufen ist. Wir werden uns also – darüber kann es gar keinen Zweifel geben –, solange wir nicht eine Umänderung der Finanzverfassung in diesem Punkte haben, alle zwei oder drei Jahre erneut raufen. Ich glaube, daß man diesen Ausdruck durchaus benutzen darf.

Ich bin mir darüber klar, Herr Bundeskanzler, daß wir natürlich heute hier in diesem Raum die Frage der endgültigen Beteiligung nicht lösen können. Da spielen sehr viele Dinge hinein. Ich denke nur z. B. daran, wie es mit der Wohnungsbaufinanzierung ist, eine Sache, die die Länder um so mehr betrifft, als der Bund die Marken setzt, die automatisch in den einzelnen Ländern ihren haushaltsmäßigen Niederschlag finden. Herr Kiesinger hat dargelegt, was das für den Haushalt von Baden-Württemberg ausmacht.[90] Für Nordrhein-Westfalen liegen die exakten Zahlen noch nicht vor. So ist es auch mit vielen anderen Problemen. Ich denke z. B. an die Fragen der Agrarstruktur. Wo ist hier die Zuständigkeit, von woher werden hier die Marken gesetzt, nach denen dann ein Haushalt zu gestalten ist?

Wir werden in diesem Zusammenhang – darüber sind sich die Länder auch klar – natürlich die Frage stellen müssen: Ist es einem einzelnen Land möglich, von sich aus bestimmte Subventionsgruppen abzubauen oder muß nicht der Abbau der Subventionsgruppen, wenn er erfolgt, geschlossen erfolgen, um nicht wieder ein Land gegen das andere Land auszuspielen? Ich bin dankbar, daß der Kollege Lücke in der Sache der Be-

90 Vgl. die Rede Kiesingers in der 72. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg am 6. Oktober 1966 (Sten.Ber. des Landtags Baden-Württemberg 4. WP S. 4026–4033) und seine Rede in der 298. Sitzung des Bundesrates am 5. August 1966 (Sten.Ber. des Bundesrats S. 184–186).

amtenbesoldung im Rahmen des Stabilisierungsgesetzes auf den Bundesrahmen zugeht.

Das würde also bedeuten, daß man in diesem Gespräch, das nun zu führen sein wird, nicht nur pragmatisch sagt: Wir wollen keinen Streit, sondern wollen auf 37% abkommen, sondern daß man auch die künftigen Modalitäten für alle festlegt, wie man – mindestens intern – bei der Behandlung bestimmter haushaltspolitischer Fragen vorgeht.

Ich glaube, daß bei der derzeitigen Situation der Länderfinanzen ohnehin im ganzen Bereich der Kulturpolitik in allen Ländern in den nächsten zwei Jahren erhebliche Abstriche notwendig werden. Wir haben eine Gehaltsentwicklung, die dazu geführt hat, daß in den meisten deutschen Ländern die frei verfügbare Masse kaum noch 25% beträgt. (*Zurufe.*) Wenn Sie die Sachausgaben generell noch zur frei verfügbaren Masse rechnen.

Ich würde also meinen, man kann jetzt nicht Beschlüsse fassen, in denen es heißt: Wir wollen das so und so machen. Es müßte möglich sein, daß man sich über einzelne Positionen noch abstimmt. Die Bitte der Länder an den Bund geht jedenfalls dahin, künftig bei bestimmten Initiativen auf die automatische Rückwirkung dieser Initiativen auf die Finanzen der Länder zu achten. Das gilt auch von Ausgaben, deren innere Zielsetzung man durchaus bejahen kann, die aber bei der derzeitig zur Verfügung stehenden Verteilungsmasse nicht verkraftet werden können.

Dufhues: Trotz der Bedenken von Herrn Kollegen Altmeier und der unterschiedlichen Auffassung von Herrn Schmücker und der Vertreter der Länder und trotz der Darstellung der Schwierigkeiten durch Herrn Mikat möchte ich versuchen, dieses Führungsgremium der CDU zu einer Entscheidung zu bringen. Die Politik besteht darin, daß man sich entscheidet und nicht nur über die Schwierigkeit eines Problems nachdenkt und diskutiert.

(*Gerstenmaier verläßt den Sitzungssaal. – Zuruf:* Der Schwabe geht! – *Gerstenmaier:* Um Reden zu halten! – *Weiterer Zuruf:* Das ist gut!)

Es ist sicher kein nationales Unglück ... (*Große Heiterkeit. – Zurufe.*) Ich sage: Es ist sicher kein nationales Unglück, wenn dieses Problem erst im Vermittlungsausschuß gelöst wird. Aber damit nehmen wir weitere sehr schwierige Diskussionen in Kauf, damit nehmen wir Auseinandersetzungen in Kauf, die die CDU zu bezahlen hätte, und damit vertagen wir ein Problem, das möglichst bald einer Lösung zugeführt werden sollte. Mit diesem Problem hat sich eine Kommission befaßt, die von der CDU eingesetzt worden ist. An dieser Kommission war auch Herr Adorno beteiligt, der leider verhindert ist, weiter an dieser Sitzung teilzunehmen. Die Kommission bestand aus Vertretern des Bundes, der Bundesregierung, der Länderregierungen, der Bundestagsfraktion, der Fraktionen der Landtage und sonstigen. Diese Kommission ist einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Aufteilung der Ertragsteuern im Verhältnis 37:63 gerechtfertigt und geboten sei.[91] Wer von Ihnen jemals die Praxis des Vermittlungsausschusses

91 Vgl. Anm. 37. – Die Ministerpräsidenten bestanden nach dem Gespräch auf ihrer Forderung und wollten dem Bund weiterhin nur einen Anteil von 35% an der Einkommen- und Körperschaftssteuer zugestehen, vgl. „Welt" vom 29. September 1966 „'Rütli-Schwur' der Minister-

erlebt hat, wer die geradezu armenischen Methoden kennt, mit denen dort Gegensätze und Unterschiedlichkeiten zwischen Bund und Ländern ausgeglichen werden, wird zugeben, daß die Beratungen des Vermittlungsausschusses mit Sicherheit ein anderes Ergebnis nicht haben werden. Wenn nun diese Kommission zu diesem Ergebnis gekommen ist und auch die Beratungen im Vermittlungsausschuß wahrscheinlich nichts anderes ergeben werden, sollten wir uns möglichst bald entscheiden. Ich würde deshalb folgenden Vorschlag machen: Der Bundesvorstand der CDU bittet den Bundeskanzler, Verhandlungen mit den Vertretern der deutschen Länder mit dem Ziel aufzunehmen, eine Aufteilung der Einkommen- und Körperschaftssteuer zwischen Bund und Ländern im Verhältnis 37:63 herbeizuführen.

Ich wäre dankbar, wenn Sie sich entschließen könnten, über Ihren Schatten zu springen und diesem Vorschlag zuzustimmen.

Schmücker: Ich wollte eigentlich nicht zu diesem überraschenden Vorschlag etwas sagen. Ich glaube nicht, daß ein Regierungsmitglied ihm zustimmen kann, nachdem wir gerade das Gesetz verabschiedet haben.

Ich wollte aber auf folgendes hinweisen. Wenn das Stabilitätsgesetz[92] durchkommt, ist es das letzte Mal, daß wir uns in einer derartigen Weise unterhalten. In § 12 dieses Gesetzes heißt es, daß Bund und Länder die Durchführung des Gesetzes beraten, und nach § 12 a soll ein Ausschuß zur Beobachtung des Kapitalmarktes usw. unter dem Vorsitz des Bundeswirtschaftsministers gebildet werden. Der Ausschuß wird mit Sicherheit daraus einen gemeinsamen Ausschuß machen. Das heißt: Künftig werden diese Fragen in einem gemeinsamen Ausschuß Bund-Länder behandelt werden. Dazu ist es aber dann dringend erforderlich, daß diese Partei, die CDU, bevor sie in diese Beratungen hineingeht, sich geeinigt haben muß. Sie wird also genötigt sein, vorher eine Sachdebatte zu führen. Ich wollte also nur darauf aufmerksam machen, daß dies das letzte Mal gewesen ist, wenn das Stabilitätsgesetz angenommen wird. Dann sieht es anders aus.

Mikat: Ich würde das aber niemals nach draußen sagen. Ich weiß nicht, ob Sie damit die Annahme des Gesetzes nicht gefährden. Wenn Sie diese Interpretation geben, dann werden Sie unter Umständen Widerstand von einem Teil der Länder bekommen, die das Gesetz heute noch voll und ganz mittragen. So ist also dieser Passus nicht zu verstehen, daß damit der Art. 106 Absatz 4 in sich praktisch erledigt sei.

Schmücker: Natürlich kann man das zugespitzt so auslegen. Aber das ist ja nicht der Fall. Wenn Sie aber ein Stabilitätsgesetz durchführen wollen und eine konjunkturgerechte Haushaltsaufstellung nach gegenseitiger Auskunft von Bund und Ländern anstreben, dann bleibt doch nichts anderes übrig, als mit einer möglichst einheitlichen Meinung aufzutreten. (*Zustimmung.*)

---

präsidenten". Eine endgültige Einigung kam im Dezember 1966 mit einem Kompromiß auf 37% zustande, vgl. „Welt" vom 1. Dezember 1966 „Kompromiß im Streit um den Bundesanteil? CDU und SPD mit 37 Prozent einverstanden".

92 Vgl. Anm. 17.

Wir müssen uns also, ehe wir in diese Beratungen hineingehen, vorher hier darüber verständigt haben, in welcher Art und Weise vorgegangen werden soll, damit die CDU in den einzelnen Ländern einigermaßen ähnlich verfährt. Es darf auf diesem Gebiete nicht so sein, wie wir es heute in anderen Bereichen haben, daß unten und oben anders verfahren wird. Wir wollen nicht, daß das auch in der Wirtschaftspolitik einmal so ist.

Erhard: Darf ich die Situation einmal als Normalverbraucher betrachten. Der Bund gibt im nächsten Jahr 5 Mrd. DM mehr aus, die Länder geben zusammen ebenfalls 5 Mrd. DM mehr aus. Dennoch erklären sowohl Bund als auch Länder, daß sie vielfache Kürzungen vornehmen müssen. Wie stimmt das überein? Das bestätigt meine Aussage von heute morgen, daß wir uns in der Vergangenheit zuviel aufgeladen haben. Wir sind nicht mehr beweglich genug, um das, was notwendig ist, wirklich zu vollbringen. Ich würde auch nicht für einen solchen Antrag, wie ihn Herr Dufhues vorgelegt hat, stimmen. Wenn Sie vielleicht den Antrag an den Bundesparteivorsitzenden richten könnten – aber der hat ja keine Zuständigkeit.

Gradl: Darf ich auch als Normalverbraucher ein Wort zu diesem Punkt sagen? Ich halte es nicht für nötig, einen solchen Antrag wie ihn Herr Dufhues vorgelegt hat, an den Parteivorsitzenden zu richten. Wir müssen doch davon ausgehen, daß wir den Haushalt auf der Basis von 39% für den Bund aufgestellt haben. In dem Augenblick, wo dieses Führungsgremium der Mehrheitspartei den Vorschlag macht, einen niedrigeren Satz ernsthaft zu erwägen, ist in der Tat das eingetreten, was uns die öffentliche Kritik und der parteipolitische Gegner vorwirft, daß der Haushalt, den wir aufgestellt haben, auf tönernen Füßen steht und daß wir selber nicht mehr an die 39% glauben, obwohl wir zunächst so gerechnet haben. Das halte ich nicht für möglich. Man muß also darüber verhandeln.

Herr Kollege Altmeier, Sie haben sehr versöhnlich gesagt, man werde sich schon einigen. Es soll jetzt nicht ein Vorwurf an Sie sein, aber ich möchte doch allgemein feststellen, daß diese Auseinandersetzung um den Anteil von Bund und Ländern mit den Ländern und insbesondere mit den Ministerpräsidenten unserer Partei einer der Vorgänge ist, an dem unsere ganze Malaise sichtbar wird. Sie haben ja selber gesagt, es sei wie beim Pferdehandel. (*Zuruf:* Beim Pferdestehlen!)

Es ist ja gerade das Unglück, daß hier so getan wird, als ob man sich wie beim Pokerspiel gegenübersitze. Jeder tut so, als ob er alle Trümpfe in der Hand habe, und alle wissen doch, daß sie die Verständigung suchen müssen. Nun gibt es dieses monatelange Gezerre, und in dieses Gezerre werden auch die Ministerpräsidenten unserer Partei mit hineingezogen, weil sie sozusagen auf der Gegenseite des Bundes sitzen. Wenn nun eine Verständigung nicht herbeigeführt wird, entsteht draußen der Eindruck, daß diese Partei nicht in der Lage ist, in dieser Sache einen festen Willen durchzusetzen. Hier sieht man an einem kleinen Beispiel das ganze Malheur, in dem wir uns befinden.

Nun noch ein Wort zu dem Ergebnis, das diese Sitzung heute haben soll. Ich würde vorschlagen, daß man sich – ohne die Sachdebatte jetzt abzuschneiden – vor allen Dingen einmal darauf konzentrieren sollte, was wir nun eigentlich heute nachmittag nach draußen sagen. Es handelt sich nicht nur um die Aufgabe, einen geschickten Dreh zu

finden. Was wir sagen, wird sehr genau angesehen werden, und je länger wir brauchen für unsere Verlautbarung, um so mehr entsteht der Eindruck, als ob hier eine große kritische Auseinandersetzung stattfinde. Ein Teil der positiven Wirkung, die das Ergebnis der Fraktionssitzung vom vorigen Dienstag gehabt hat, geht wieder verloren, wenn der Eindruck entsteht: Im Parteivorstand ist man entweder überhaupt nicht oder nur sehr mühsam zu irgendwelchen notdürftigen Aussagen gekommen. Deswegen würde ich dafür sein, daß wir uns jetzt überlegen sollten, was wir sagen.

Nun die Frage: Was sagen wir? Da ich Journalist gewesen bin, habe ich mir überlegt, welche Punkte heute im Mittelpunkt des Interesses stehen. Ich würde sagen, der erste Punkt ist – Herr Barzel hat das heute schon formuliert – die Frage: Teilt dieser Vorstand die Entscheidung, die die Fraktion in dieser Woche am Dienstag ausgesprochen hat? Ich würde glauben, daß sich hierüber bei uns keine Meinungsverschiedenheiten ergeben.

Der zweite Punkt: Ob diese Partei entschlossen ist, den Versuch der Regierung, um den Preis harter Eingriffe die Stabilität zu sichern oder wieder herbeizuführen, voll zu unterstützen und sich der Kritik aller Interessengruppen entgegenzustellen, um die Verwirklichung des Stabilitätsprogramms durchzusetzen? Diese politische Aussage – mit Ja oder Nein – muß heute gemacht werden.

Das dritte: Es muß ein Wort zu der Kritik gesagt werden, die draußen an uns geübt wird, und zwar ein hartes Wort, meinetwegen auch ein verletzendes Wort, nämlich daß sich diese Partei von einer Kritik, die sich nur in der Negation einig ist und im Positiven nichts zu sagen vermag, weder in ihren sachlichen noch in ihren Personenentscheidungen unter Druck setzen läßt. Diese Aussagen müßten nach meiner Meinung heute gemacht werden.

Erhard: Ich glaube, es wäre gut, wenn jetzt Herr von Hassel etwas über die Fragen aus seinem Bereich sagen würde, weil damit nämlich wieder die lebendige Wirklichkeit zur Sprache kommt.

Von Hassel: Ich hatte mich bereits zu Wort gemeldet, als zu Beginn der Sitzung über das Thema Sicherheit Deutschlands im Bündnis, die Strategie, den nuklearen Schutz eine Reihe von Ausführungen gemacht worden sind. Ich glaube, daß diese Fragen genau in die Diskussion hineingehören, die gar nicht auf das Thema Haushalt und das Verhältnis von Bund und Länder beschränkt sein kann.

Hier an diesem Tisch ist die Mehrheit Mitglied des Deutschen Bundestags. Ich weiß nicht, ob, wenn der von Herrn Dufhues gestellte Antrag zur Abstimmung käme, nicht die Angehörigen der Regierung gegen den Antrag stimmen müßten. Herr Kollege Altmeier müßte aus anderen Gründen gegen ihn stimmen. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestags müßten dagegen stimmen, weil ja der Haushalt von 39% ausgeht und sie sonst nicht wissen, wie sie den Haushaltsausgleich finden sollten. Ich möchte daher zum Schluß noch einmal auf dieses Thema zurückkommen. Vorweg möchte ich aber einige andere Bemerkungen machen.

Es ist wohl niemand in diesem Raum, der negiert, daß wir innerhalb der NATO vor ernsten Problemen stehen. Sie begannen mit der Entscheidung des französischen

Staatspräsidenten, die Organisation zu verlassen. Sie wissen, daß er seine Entscheidung auf eine Beurteilung der Bedrohung in Europa gründet. Er ist davon ausgegangen, daß die Bedrohung Europas nicht mehr gegeben sei. Sie sei in der Welt zwischen Ost und West noch vorhanden, sei aber nach Ostasien gewandert. In Europa sei sie nicht mehr gegeben. Da dieses Europa neu aufgebaut und seine eigene Kraft gestärkt sei, könne man auch die Verteidigung Europas neu ordnen. Er wolle sich also deshalb aus der Integration der NATO zurückziehen. Das war der Ausgangspunkt.

Wir haben dieser Auffassung von der Lage Europas widersprochen. Wenn man über diese Frage redet, muß man sich einmal einige Gedanken machen, wie die Situation jenseits des Eisernen Vorhanges aussieht. Es ist überhaupt kein Zweifel, daß das Potential des Ostblocks nicht geringer geworden ist, sondern daß es sich – vorsichtig ausgedrückt – mindestens gehalten hat, daß es sich wahrscheinlich sogar verstärkt hat. Wenn das die Situation des Warschauer Paktes jenseits des Eisernen Vorhanges ist, dann wäre es unverständlich, wenn die freie Welt glaubte, sie könne aufgrund der Tatsache, daß wir seit Kuba[93] keine große Krise mehr gehabt haben, die uns unmittelbar anging, die Konsequenz ziehen, die Verteidigungsanstrengungen abzubauen. Wir sind der Meinung, daß die Bedrohung unverändert ist, daß das Potential unverändert ist. Die Bedrohung läßt zwar nicht von heute auf morgen einen Krieg für die nächsten Tage erwarten. Aber in 24 Stunden können sich die Verhältnisse ändern. Wir haben deshalb das Notwendige zu tun. Wir bedauern zutiefst, daß die Franzosen aus der Integration der NATO herausgegangen sind.

Die Mitglieder der Regierung sind über alle diese Verhandlungen mit den Franzosen unterrichtet. Aber kluge Leute draußen meinen, das hätten wir alles früher erkennen können, und man hätte vielleicht einen gemeinsamen Weg mit dem französischen Staatspräsidenten finden können. Ich möchte Ihnen sagen, daß es mir bis 14 Tage vor dem Memorandum des französischen Staatspräsidenten vom März dieses Jahres nicht möglich gewesen ist – trotz eines guten Verhältnisses zum französischen Verteidigungsminister[94] – herauszubekommen, was eigentlich die Absicht der Franzosen für die Dauer wirklich sei. Ich glaube, daß die Mitglieder der Regierung – Kanzler, Außenminister, Verteidigungsminister und die anderen, die hier zu arbeiten haben, beispielsweise unser

93 Im August 1962 wurde den USA bekannt, daß die UdSSR auf Kuba Raketenabschußbasen baute. Daraufhin verhängte Kennedy am 22. Oktober eine Seeblockade gegen Kuba. Am 28. Oktober erklärte sich Chruschtschow bereit, die Raketen abzuziehen und die Abschußrampen abzubauen, am 20. November beendeten die USA ihre Blockade. Vgl. Christof MÜNGER: Die Berliner Mauer, Kennedy und die Kubakrise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe 1961–1963. Paderborn 2003.

94 Dr. Pierre Messmer (geb. 1916), französischer Politiker; 1952 Gouverneur von Mauretanien, 1954–1956 der Elfenbeinküste, 1956–1958 Hochkommissar von Kamerun, 1958/59 von Französisch-Westafrika, 1960–1969 Verteidigungsminister, 1971/72 Minister für die überseeischen Territorien, 1972–1974 Ministerpräsident.

Freund Heck auf dem großen Gebiet des Jugendaustausches[95] – für sich in Anspruch nehmen können, daß wir alles versucht haben, um mit den Franzosen einen gemeinsamen guten Weg zu gehen. Das nehmen wir für uns in Anspruch. Wir können das an einer großen Zahl von Beispielen beweisen.

Die Probleme kommen zweitens durch die Engländer, die jetzt davon sprechen, daß sie Truppen abziehen wollen, wenn sie keine Devisen bekommen. Da ist das Überleben des englischen Pfundes. Das ist das Thema der Engländer, und da sind sie in der Tat zu Maßnahmen gezwungen, die in den Kram der NATO mit Sicherheit nicht hineinpassen. Ob dahinter auch einige Gedanken des Disengagement alter Art der Labour Party[96] vor ihrer Regierungsübernahme stehen, lasse ich im Augenblick offen. Ich möchte das nicht ausdrücklich verneinen, ich halte es für möglich.

Dann melden sich die Belgier und wollen ihre Truppen vermindern. Die Belgier haben eine Regierung, die zur Frage der Verteidigung außerordentlich zurückhaltend ist, deren Interesse für Verteidigung sich zunehmend vermindert, und zwar infolge der harten Opposition, die im eigenen Lande vorhanden ist. Sie haben auch ein seltsames Problem. Herr Kollege Mikat, bei Ihnen in Nordrhein-Westfalen steht das belgische Korps seit 1946/47, also seit 20 Jahren. 50% der Frauen der Berufssoldaten des belgischen Korps sind deutsche. Es gibt fast nur in Deutschland belgische Garnisonen, in Belgien selber fast gar keine mehr. Belgische Soldaten sind in Belgien fast nicht mehr bekannt. Es gibt kein Integrationsverhältnis zwischen einer Armee und dem belgischen Staat. Aus dieser ganzen Situation heraus ist z. T. wahrscheinlich auch diese geringere Verteidigungsbereitschaft der Belgier zu verstehen. Die belgischen Truppen stehen vor Aachen und Köln, nach dem Osten hin bis ins Sauerland. Sie sind hier außerordentlich gut gelitten, sie stehen aber nicht in Belgien, und damit steht die belgische Regierung in der Tat vor seltsamen Aspekten.

Meine Freunde, so schwierig das Verhältnis in der Allianz ist, so hoch ist anzuerkennen, daß die 14 verbleibenden Partner in ihrer bisherigen Haltung hinsichtlich der Fortsetzung der Allianz völlig einer Auffassung gewesen sind. Lediglich in Nuancen sind

95 Zum deutsch-französischen Jugendwerk vgl. Nr. 2 Anm. 59. – Vgl. auch Hans Manfred BOCK (Hg.): Deutsch-französische Begegnung und Bürgersinn. Studien zum Deutsch-Französischen Jugendwerk 1963–2003 (Frankreich Studien 7). Opladen 2003; Jacqueline PLUM: Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945–1955. Das Beispiel der Jugendbewegungen und privaten Organisationen. Diss. Bonn 2004. – Zu den Initiativen Hecks, vgl. BULLETIN Nr. 63 vom 15. April 1964 „Verständigung in sportlichen Begegnungen. Projekte des Deutsch-Französischen Jugendwerks für das Jahr 1964"; BULLETIN Nr. 7 vom 14. Januar 1965 S. 49 f. „Der Stand des Deutsch-Französischen Jugendwerks".

96 Hugh Gaitskell (1906–1963), der Vorsitzende der britischen Labour Party, schlug 1956/57 die Schaffung einer entmilitarisierten, neutralen Zone in Mitteleuropa vor. Sie sollte aus den beiden Teilen Deutschlands, Ungarns, Polens und der Tschechoslowakei bestehen und ihr Bestand durch ein Sicherheitssystem der vier Mächte garantiert werden. Ein Fünf-Punkte-Plan, der u. a. den Abzug fremder Truppen und die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen vorsah, sollte ein Auseinanderrücken der Machtblöcke in Europa ermöglichen. Vgl. Hugh GAITSKELL: Disengagement: Why? How?, in: Foreign Affairs 36 (1958) S. 539–556.

einmal Schwierigkeiten entstanden. Im großen und ganzen aber war der Zusammenhalt der 14 eigentlich sehr gut gewesen.

Nun lesen wir heute morgen in den Gazetten, daß der Kollege Strauß in Reden und in Interviews von einer Wende in der Außen- und Verteidigungspolitik gesprochen hat.[97] Meine Freunde, ich halte das für ein ganz gefährliches Wort. Wenn in der Welt draußen sich irgendwie der Eindruck verdichten sollte, in Deutschland stehe man vor einer Wende der Außen- und Verteidigungspolitik, so kann das doch nur bedeuten, daß wir die bisherigen Grundlagen der Allianz zu verlassen beginnen und irgendwie nicht mehr genau wissen, was wir wollen.

Die bisherige Grundlage der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik war die Allianz. Wenn einer der 15 nicht mehr so ganz mitmachen wollte, versuchte man, so gut es ging, diesen einen in der Allianz zu halten und eines herauszustellen, nämlich die ganz enge Verklammerung zwischen Europa und den Vereinigten Staaten und Kanada. Zu dem, was der Kollege Strauß gesagt hat, man solle rechtzeitig ins Gespräch kommen, man solle rechtzeitig versuchen, ein neues Europa zu bilden, darf ich nur folgendes aus meinem Gespräch mit meinem französischen Kollegen sagen, das wir über Europa geführt haben. Wenn man mit Franzosen darüber spricht, dann heißt es: Ja, auch wir Franzosen wollen auf Europa hin. Wenn wir Europa haben, werden wir diesem Europa unsere Atomwaffen zur Verfügung stellen. Das wird aber noch nicht 1970 sein, das werden wir auch 1980 noch nicht erreicht haben, sondern das werden wir vielleicht noch 1990 schaffen.

Ich muß also bedauern, daß hier z. T. außenpolitische Formeln gebraucht werden, die von einem de Gaulle ausgehen und einer Bereitschaft, die nicht vorhanden ist. Wir sollten uns nichts vormachen. Bei aller Bemühung, mit den Franzosen gut zu Rande zu kommen: Wenn das Verhältnis zwischen Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika nicht in Ordnung bleibt, ist Europa nicht zu verteidigen.

Nun, Herr Strauß, ich komme darauf zurück. Der Arbeitskreis V der Bundestagsfraktion der CDU hat vor drei Wochen eine Sitzung abgehalten, die von abends 7.30 Uhr bis 11.15 Uhr ging.[98] Es waren mehr als 50 Damen und Herren dabei, alles Kollegen, die in Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik etwas zu sagen haben. Am Ende dieser Aussprache hat sich ganz klar ergeben, es sind keine Nuancen, keine Unterschiede vorhanden. Aber zwei waren damals nicht dabei, und das sind die, die draußen reden: Herr Strauß und Herr Gerstenmaier. Das ist das, was uns verbittert, die wir uns um eine Einheit bemühen. Die Einheit in Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik ist nämlich viel größer, als man draußen weithin meint. Ausgenommen sind jene, die sich an diesen Diskussionen nicht beteiligen. Deshalb ist es notwendig, daß hier ein Gespräch im geschlossenen Raum stattfindet, damit man mit Argumenten und Gegenargumenten nachher zu einer einheitlichen Linie kommt.

97 Vgl. „Süddeutsche Zeitung" vom 6. Oktober sowie Interviews mit dem Bayerischen Rundfunk vom 6. Oktober 1966 18.00 Uhr (Abschrift des BPA, Abt. Nachrichten Rundfunkaufnahme, Deutsche Gruppe).

98 Protokolle des AK V liegen für 1966 nicht vor.

Nun heißt es, wir haben mit Blickpunkt auf die Vereinigten Staaten ein Offset-Abkommen[99] zu leisten. Dieses Abkommen – der Herr Bundeskanzler hat heute morgen schon darauf hingewiesen – droht die Fesseln unseres Haushaltes für 1967 und der Jahre danach zu sprengen. Der Herr Bundeskanzler hat völlig recht: Man glaubt draußen oft, diese Leistungen von uns seien Leistungen in den Säckel der Amerikaner, in den Haushalt der Amerikaner, Beihilfen oder Geschenke. In Wirklichkeit ist es völlig anders. Aber leider hören uns draußen die Leute nicht an. Ich habe darüber auch in den letzten Debatten im Parlament gesprochen. Aber keinen Satz davon lesen sie in den deutschen Zeitungen, es paßt eben nicht in den Kram.

Das Kernstück der europäischen Verteidigung ist ganz unbestritten die 7. amerikanische Armee. Sie hat 225.000 Soldaten und ist um etwa 15.000 Ausbilder vermindert worden. Die Wiederauffüllung hat aber schon begonnen und wird bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Diese 7. amerikanische Armee kostet, in Dollars gerechnet – im amerikanischen Haushalt ausgewiesen –, etwa 2½ Mrd. Dollar. Von diesen 2½ Mrd. Dollar werden 700 Mio. Dollar – das ist eine theoretische Rechnung, in Wirklichkeit sind es fast 800 Mio. Dollar – in Deutschland in Devisen ausgegeben. Herr Kollege Altmeier kennt die Verhältnisse mit den Amerikanern in seinem Land, sie sind nicht nur rosig, mit all den Begleiterscheinungen und den soziologischen Dingen. Das ist sicher ein Problem. Aber die Amerikaner lassen auch eine ganze Menge Geld im Land, umgerechnet etwa 700 bis 800 Mio. Dollar.

Seit fünf oder sechs Jahren gibt es nun eine Vereinbarung zwischen Amerika und Deutschland, daß in dem Ausmaß, wie hier Dollars ausgegeben werden, Aufträge nach Amerika zurückgegeben werden. Es werden also Waffen gekauft oder Dienstleistungen in Anspruch genommen. Das ist also kein Geschenk, sondern eine Ausgleichsleistung. Das sollte man auch in den Versammlungen zurechtrücken.

Nun geraten wir in die Schwierigkeit, daß wir in diesem Jahr einen sehr hohen Satz nicht erfüllen können. Der Grund dafür liegt auch darin, daß der Verteidigungshaushalt in den letzten Jahren ganz erheblich geschrumpft ist. Warum ist er geschrumpft? Ich gebe zu, daß das von mir ein Fehler gewesen ist. Als ich mein Amt im Jahre 1963 übernahm, war der Haushalt für die Verteidigung durch Kuba und Berlin außer Rand und Band geraten. Das Parlament mußte für 1962 1,3 Mrd. und für 1963 1,1 Mrd. nachbewilligen. Als ich mein Amt antrat, habe ich eine Weisung gegeben: Die ganze Auftragssperre, die von Herrn Strauß angeordnet war, so lange aufrecht zu erhalten, bis der Haushalt wieder eingefangen war. Das sollte also der Stabilisierung des Haushaltes dienen.

---

99 Vgl. die Ausführungen von Hassels zum Offset-Abkommen in der Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 4. Oktober 1966 in CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 2026–2029; Aufzeichnung über die Sitzung des Kabinetts am 12. Oktober 1966 zum Offset-Abkommen mit England und Amerika (ACDP 01–157–11/2). – 1961 schlossen die deutsche und amerikanische Regierung ein Offset-Abkommen, das vorsah, daß die Bundeswehr durch Waffenkäufe in den USA die Devisenausgaben der US-Truppen in Deutschland ausgleichen sollte. Dieses Abkommen wurde 1964 verlängert, vgl. AAPD 1964 S. 61 Anm. 40.

Wenn nun eine Sperre eine so lange Zeit aufrechterhalten wird, dann sind bestimmte Fertigungen später nicht wieder so schnell zum Anlaufen zu bringen. In der Zwischenzeit wurde ja aufgrund einer überschäumenden Konjunktur in vielen Teilen der Industrie etwas anderes produziert als beispielsweise Material für die Bundeswehr oder Kriegsgerät für die Verteidigung. Wir waren also während eines langen Zeitraumes dann nicht in der Lage, das Geld auszugeben, das wir 1963 und 1964 zur Verfügung hatten. Ich bedaure das. Ich hätte es auch anders machen können, indem ich großzügig gesagt hätte: Überstunden, Nachtarbeit, Sonntagsarbeit. Damit hätte ich aber die Baukonjunktur nur angeheizt. Wir haben keine Überstunden in Anspruch genommen, um die Baukonjunktur nicht weiter anzuheizen. Daraus haben sich dann aber diese Schwierigkeiten ergeben, wie ich sie nun geschildert habe.

Die Amerikaner sagen nun folgendes. Ich meine, man muß, wenn man an diesem Tisch der CDU sitzt, die Situation auch einmal mit den Augen der Amerikaner sehen. Sie sagen nämlich, die Bedrohung, das Potential der anderen Seite ist unvermindert geblieben. Unser politischer Auftrag, die Integrität der NATO zu erhalten, ist unverändert. Infolgedessen müssen wir dazu die Truppen, das Material, die modernste Ausstattung haben. Auf dieser Grundlage entstehen von der NATO her die Streitkräfteplanungen. Allerdings erfüllt nur Amerika diese Planungen. England erreicht sie in etwa, das gleiche gilt für Frankreich, was das Geld angeht, wobei Frankreich allerdings die Masse auf die force de frappe[100] konzentriert und die andere Seite völlig vernachlässigt.

Die Amerikaner geben 8,8% des Bruttosozialprodukts für diese Zwecke aus, wobei Vietnam nicht eingerechnet ist. Wir geben 4,5% aus. Für einen normalen Bürger ist es nicht leicht zu verstehen, was die 8,8% oder die 4,5% bedeuten. Man muß es einmal umdimensionieren auf deutsche Verhältnisse. Wenn wir als ein Land mit 58 Mio. Einwohnern die gleichen Anstrengungen machten wie Amerika mit seinen 195 Mio. Einwohnern, dann müßten wir anstatt 458.000 Soldaten 900.000 Soldaten aufstellen. Wenn wir die Haushaltsansätze entsprechend machen wollten, müßten wir statt 17,5 Mrd. 34 Mrd. aufbringen. Dann würden wir den Anstrengungen der Amerikaner gemäß handeln. Die Amerikaner sagen: Ihr seid diejenigen, die vorne am Eisernen Vorhang am gefährdetsten sind. – Ich sage das alles nur, um einmal die Relationen deutlich zu machen.

Dem Herrn Bundeskanzler hat man bei seinen Gesprächen in Amerika gesagt: Sie müssen auch wissen, daß wir Amerikaner gegenwärtig in Vietnam in der Woche 100 Tote haben. – Man muß also verstehen, daß man in Amerika die Frage stellt: Tun die Amerikaner zuviel oder tun die Europäer zuwenig? Wenn die Europäer mehr tun würden, wäre das eine Demonstration, daß die Anstrengungen der Amerikaner gerechtfertigt sind. Wenn die Europäer nicht mehr tun, dann scheint es so, daß nach Ansicht der Europäer die Amerikaner in Europa zuviel tun. Daraus zieht man also dann in Amerika den Schluß, daß die amerikanischen Truppen in Europa vermindert werden könnten.

100 Bezeichnung für die durch de Gaulle seit den 1950er Jahren aufgebaute französische strategische Atomstreitmacht.

Bis heute haben der Präsident, der Außenminister und der Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten durch ein einziges Argument erreicht, daß Mansfield und Genossen[101] der Wind aus den Segeln genommen wurde: Die amerikanischen Ausgaben in Deutschland werden durch den Devisenausgleich voll ausgeglichen. Nur dieses Faktum hat dem amerikanischen Präsidenten und der amerikanischen Regierung die Möglichkeit gegeben, sich dagegen zu wehren, daß Mansfield mit seinen Gedanken weiter vordrang. Das darf man nicht außer acht lassen.

Dazu kommt aber noch folgendes. Man muß davon ausgehen, daß 1970 die Amerikaner sich sagen werden: 25 Jahre stehen wir nun in Deutschland, ein Vierteljahrhundert in Fulda und in anderen deutschen Städten. Man kann auf deutscher Seite nicht davon ausgehen, daß wir ein weiteres Vierteljahrhundert in diesen Städten stehen werden. Also wird man sich gemeinsam mit den Amerikanern überlegen müssen, was dann vernünftigerweise geschehen kann. Niemand zweifelt daran, daß mit der modernen Technologie der 70er Jahre, mit den verbesserten Waffen und Waffensystemen, mit der sehr großen Zahl atomarer Waffen, die wir hier auf deutschem Boden haben, die Möglichkeit besteht – wenn die Bundeswehr ihren Aufbaustand erreicht –, daß auch die Amerikaner einen gewissen Teil ihrer Streitkräfte zurücknehmen und daß man das dann verantworten kann. Das setzt aber voraus, daß die Bundeswehr bis dahin in Ordnung gebracht ist. Sie kann nur in Ordnung gebracht werden, wenn die Fragen des Haushalts für Verteidigung so gelöst werden können, daß diese Möglichkeit gegeben ist.

Als ich mein Amt antrat, haben die langfristigen Planungen vorgesehen, daß für 1966 21 Mrd. DM zur Verfügung stünden; in Wirklichkeit sind es aber heute 17,5 Mrd. Der Bundeskanzler und meine Kabinettskollegen werden mir attestieren, daß ich mich immer bemühe, den Gesamthaushalt zu sehen und nicht nur meinen Haushalt. Nun gibt es zwei unserer Ministerpräsidenten – beide sind nicht hier –, die z. B. vorschlagen, man könne bei der Verteidigung noch sparen. Der eine Ministerpräsident meinte 2 Mrd. – gerade das, was uns noch fehlt –, der andere Regierungschef eines großen Landes, von Nordrhein-Westfalen, sagte: 1 Mrd. könne man sparen, wenn man die Organisation ändere.[102] Beide Regierungschefs sind bei der Sitzung des Verteidigungs- und des Außenpolitischen Ausschusses des Bundesrats – dort berichten regelmäßig der Kollege Schröder oder sein Vertreter, Staatssekretär Carstens[103] – nicht dabeigewesen, als die Lage dargestellt worden ist. Von beiden hatte man erwarten können, daß sie, wenn sie nicht dabeisein können, einen Weg finden, entweder den Kollegen Schröder oder auch

101 Mansfield brachte am 31. August 1966 im amerikanischen Senat einen Resolutionsentwurf ein, in dem er einen Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa vorschlug. Vgl. dpa vom 1. September 1966 „Senator Mansfields neuer Vorstoß: Druck und Druckmittel"; AAPD 1966 S. 1150 Anm. 3.

102 Vermutlich handelte es sich um den saarländischen Ministerpräsidenten Franz Josef Röder.

103 Prof. Dr. Karl Carstens (1914–1992), Jurist; 1949–1954 Bevollmächtigter des Landes Bremen beim Bund, 1954 Eintritt in das Auswärtige Amt (1960 Staatssekretär), 1955 CDU, 1966–1968 Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, 1968/69 im Bundeskanzleramt, 1972–1979 MdB, 1973–1976 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion, 1976 Bundestagspräsident, 1979–1984 Bundespräsident. Vgl. LEXIKON S. 211–214.

mich aufzusuchen. Ich fahre auch gern nach Düsseldorf, um das an Ort und Stelle zu sagen. Letztlich sind wir beide, der Ministerpräsident und der Verteidigungsminister, CDU-Angehörige, und man hätte erwarten können, daß man sich mit denjenigen in Verbindung setzt, die für diese Frage die Verantwortung tragen.

Herr Kollege Altmeier, wir kennen uns seit 1954. Sie sprachen von Prioritäten. Ich weiß, daß diese Prioritäten in der CDU einmal gefunden werden müssen. Sie sprachen von der großen Priorität des Bildungswesens. Ich gebe Ihnen da durchaus recht. Aber alles hat keinen Zweck, wenn wir nicht mehr in der Welt unsere vernünftige Geltung behalten können. Was wir in der Welt bedeuten, richtet sich nach dem Maß unserer Teilnahme an der Verteidigung der Freiheit der Welt. Es richtet sich auch danach, ob wir Anschluß an die moderne Forschung und Entwicklung finden. Wir waren ja jetzt gerade in Kap Kennedy.[104] Da schlackern einem die Ohren, wenn man sieht, was die dort in der Zwischenzeit erfunden haben, zum großen Teil mit deutschen Leuten. Wir müssen dagegen hier bei uns herumfeilschen, und der Kollege Stoltenberg kann nicht das Geld bekommen, das notwendig ist, weil andere Dinge als wichtiger angesehen werden. Wir müssen uns also darum kümmern, daß wir unsere Geltung in der Welt behalten. Die erreichen wir aber nur durch Opfer.

Deshalb meine ich, daß in der Auseinandersetzung mit unseren Ministerpräsidenten in den Bundesländern und dem Bundesrat die Frage der Prioritäten auch einmal vom Gesamten her gesehen werden muß. Das Ziel wird man am besten erreichen, wenn man heute nicht einen solchen Beschluß faßt, wie er hier vorgeschlagen worden ist. Man sollte vielmehr die heutige Sitzung zum Anlaß nehmen, sich erneut noch einmal in einem verantwortlichen Kreis aus Mitgliedern des Kabinetts und der Fraktion des Bundestags auf der einen Seite und führenden Herren aus den Ländern auf der anderen Seite zusammenzusetzen. Dann werden wir weiterkommen, wenn wir diese Frage mit Ernst behandeln.

Scheufelen: Für einen Außenstehenden ist es hochinteressant; der Antrag von Herrn Dufhues wird von beiden Seiten, von Bund und Ländern, abgelehnt. Warum eigentlich? Weil beide in ihrer Illusion weiterleben wollen. (*Widerspruch.*) Ich weiß nicht, ob wir als Parteivorstand nicht doch über diesen Antrag abstimmen sollten.

Struve: Ich möchte aus rein politischen Gründen bitten, über eine solche Sache nicht abzustimmen. Damit wird nach außen einer Sache Bedeutung beigemessen, die zwar für sich allein betrachtet sehr groß ist, insgesamt gesehen sich aber doch sehr bescheiden ausmacht.

Insgesamt gesehen haben wir zunächst die Aufgabe, das Stabilitätsgesetz über die Bühne zu bringen. Die Koalition ist mit der Regierung weitgehend einig, die Opposition zieht nicht mit.

Zweitens haben wir den Haushalt 1967 zu verabschieden und in Verbindung mit dem Haushalt 1967 weitere 14 Gesetze zu ändern. (*Windelen:* 22!) Ich habe mir sagen

104 Cap Canaveral, Raketenstartplatz an der Ostküste Floridas, von 1964–1973 in Cap Kennedy umbenannt.

lassen, 14 seien von großer Bedeutung, während einige andere von nicht so großer Bedeutung seien. Bei diesen 14 Gesetzen geht es z. T. um solche, die das Parlament in den letzten 12 Monaten z. T. einstimmig verabschiedet hat. Wenn wir nun isoliert aus diesem gesamten Finanz- und Wirtschaftsprogramm eine solche Frage herauslösen, dann ist das nicht gut.

Was aber notwendig ist und was endlich mal wieder in unserer – ich möchte sagen – Massendemokratie eingeführt werden sollte, wäre, daß man wieder zu einer alten guten Einrichtung zurückkehrt. Wir haben uns Anfang der 50er Jahre in unregelmäßigen Abständen immer wieder zusammengefunden, wenn der Ministerpräsident eines Landes eingeladen hatte, und dann haben wir bei einem Glase Wein solche Sachen besprochen. Wir wissen nämlich zuwenig voneinander. Wir verkehren manchmal über die Presse und den Rundfunk miteinander und gegeneinander. Das ist das Problem.

Nun zum rein Fachlichen. Wenn man nur darauf hinweist, daß es um 37 oder 39% gehe, dann ist das eine schreckliche Vereinfachung. Schleswig-Holstein weitet z. B. seinen Haushalt um 4 bis 5% aus. Unser Land ist aber im Agrarstrukturbereich nicht mehr in der Lage, eine Mark aufzubringen, wenn der Bund nicht zwei Mark verschenkt. Was würden Sie sagen, wenn im wirtschaftlichen Leben ein Mann so weit wäre? Unser Land verhandelt mit dem Bundeskanzler, und der Bundeskanzler zieht den Finanzminister zu. Man kommt zu dem Ergebnis: Ja, es ist so, wir müssen euch entgegenkommen. Das ist der eine Punkt. Dann kommen nun die finanzschwachen Länder. Hier wird aufgezählt: Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saar, im letzten Jahr war, entgegen der Meinung unserer bayerischen Kollegen, die Minister sind, der Standpunkt vertreten worden, daß auch Bayern dazugehöre. Bei einem Kompromiß kommt dann heraus, daß die nicht armen Bayern auch noch etwas bekommen. Solche Einigungen zu finden, ist nicht einfach, wenn der eine oder andere stur ist. Ich meine aber, es liegt daran, daß die Ministerpräsidenten der Länder und wir zuwenig voneinander wissen.

Deshalb, Kollege Dufhues, wäre es nicht gut, wenn wir Ihren Antrag annehmen würden. Gut wäre es aber, wenn wir global sagen würden, daß der Bundesparteivorstand die Initiative der Bundesregierung begrüßt, daß sie das Stabilitätsgesetz eingebracht hat, und daß er hofft, es werde möglichst bald verabschiedet werden. Zweitens sollte zum Ausdruck gebracht werden, der Bundesparteivorstand erwarte, daß die anderen Gesetze vorgelegt werden, um auf diese Art und Weise die ganzen Wirtschafts- und Finanzfragen zu lösen, einschließlich der großen Verpflichtung, über die noch zuwenig geredet worden ist, nämlich die außenpolitische Verpflichtung gegenüber den USA und England.

Zu dem letzten Punkt ist zu sagen, daß die Bundesbank – wie der Herr Bundeskanzler eingehend dargelegt hat – uns über Devisen vielleicht noch ein Jahr lang retten kann. Im Vorstand der Fraktion hat er ganz offen erklärt: Wir können das höchstens noch ein oder zwei Jahre aufschieben, und dann müssen wir zur Kasse. Die Länder, ob finanzkräftig oder weniger finanzkräftig, mögen gute Gründe haben zu sagen, sie könnten

nicht mehr als 35% zugestehen. Der Bund hat bestimmt genauso gute Gründe für seine Forderung. Was bleibt dann nur? Die Steuererhöhung!

Hier gibt es nun Punkte, wo zwischen Bundestagsabgeordneten beider Koalitionsparteien und der Regierung große Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Bundesregierung sagt: Wir brauchen 800 Mio. DM, die holen wir über die Kilometerpauschale. Wir brauchen 120 Mio. DM, die holen wir von den Bauern. Man holt sie von Leuten, die ein Einkommen von 1.000 DM im Monat haben. Das wollen wir aber nicht.

Hier sind also Punkte, die im großen Rahmen politisch entschieden werden müssen. Bund und Länder werden einen strengen Maßstab anlegen müssen. Vielleicht kommt man dabei zu der Erkenntnis, daß die Steuersenkung, die wir erst vor ein paar Jahren beschlossen haben, des Guten zuviel war. Wir müssen ja auch unsere Verpflichtungen der Außenpolitik, der Entwicklungshilfe, der Verteidigung einbeziehen. Hier sind sehr viele Freunde der Fraktion der Meinung: In demselben Maße, wie wir den Leuten bei der Einkommensteuer entgegengekommen sind, müssen wir es nun wieder herholen.

Wir dürfen aber nun nicht einen Beschluß fassen, der nach außen so wirkt, als sei das Ringen von Bund und Ländern, so bedeutsam es ist, das einzige Problem, sondern es muß der große Rahmen herausgestellt werden.

Dufhues: Ich möchte hier nur folgendes erklären: Die CDU setzt eine Kommission ein, bestehend aus Sachverständigen des Bundes, der Länder, der Bundesregierung, der Länderregierungen, der Fraktionen der Landtage, der Fraktion des Bundestags. Diese Kommission tagt. Sie kommt zu einem einstimmigen Ergebnis. Der Vorsitzende bittet, das einstimmige Ergebnis einer von der CDU eingesetzten Kommission hier zu realisieren, indem wir eine Entscheidung herbeiführen. Wir werden uns einig, daß wir das nicht tun sollten. Warum machen wir unseren Freunden diese Arbeit?

Vom Bund her wird gesagt, wir haben den Haushaltsplan eingebracht, der eine Beteiligung von 39% vorsieht, es ist uns nicht zuzumuten, jetzt einem Kompromiß zuzustimmen. Die Länder werden sagen: Wir haben unseren Haushalt aufgrund einer Beteiligungsquote von 35% eingebracht. Es ist uns nicht zuzumuten, hier eine andere Auffassung zu vertreten. Daß wir aufeinander zugehen müssen, wenn wir uns gegenseitig die Entscheidung erleichtern wollen, und daß dazu die Mittlerrolle des Bundeskanzlers notwendig ist, sollte nicht übersehen werden.

Ich sehe das Ergebnis. Ich nehme den Antrag zurück und hoffe, die Billigung unseres Freundes Adorno zu finden.

Erhard: Dankeschön. Zur Geschäftsordnung hat sich nun Herr Kollege Heck gemeldet.

Heck: Ich würde raten, daß wir diese Debatte jetzt doch beenden. Wir haben ja noch zwei Punkte der Tagesordnung zu erledigen. Ich glaube, der Kollege Kohl wäre geneigt, seine Ausführungen kurz zu fassen. (*Kohl:* Wenn das überhaupt Zweck hat! Wir sind ja nicht mehr beschlußfähig!) Dann können wir auch keine Entschließung annehmen. Das ist sehr schlecht. (*Burgbacher:* Immer dasselbe!) Das steht etwas im Gegensatz zu den schönen Reden, die heute vormittag gehalten worden sind. (*Beifall.*) Es war doch lange genug bekannt, daß die Sitzung heute vormittag stattfindet. Dann darf man für den

Nachmittag keine anderen Termine annehmen. (*Altmeier:* Die Festredner von heute vormittag sind alle woanders!)

Kohl: Ich beantrage, daß der Punkt, zu dem ich sprechen sollte, für heute zurückgezogen und auf der nächsten Sitzung behandelt wird. Es hat keinen Sinn, jetzt in zwei Minuten dazu etwas zu sagen. (*Zuruf:* Die nächste Sitzung ist erst im Dezember!) Wir müssen ohnedies vorher noch eine Sitzung machen.

Vorbereitung eines Aktionsprogramms der CDU

Heck: Man kann niemanden zwingen, hier vorzutragen. Wir haben die Auffassung von Herrn Kohl zur Kenntnis zu nehmen. Dennoch meine ich, daß wir heute in der Entschließung, die wir vorgesehen haben, schon etwas tun können, was die Landesvorsitzenden vom Bundesvorstand erbeten haben, nämlich eine Empfehlung aussprechen, daß die Beitragsstaffel, die generell vom Bundesparteiausschuß auf dem Parteitag 1964 beschlossen worden ist[105], auch durchgeführt wird. (*Kohl:* Damit bin ich einverstanden!) Das kann geschehen, ohne daß Dr. Kohl heute im einzelnen berichtet, wie das in seinem Landesverband sehr gut durchgeführt worden ist.

Ein zweiter Punkt. Ich hatte an sich die Absicht, etwas ausführlicher zu begründen, warum wir für die Christlich-Demokratische Union, und zwar für den nächsten Parteitag, ein Aktionsprogramm vorbereiten müssen. Sie wissen, das letzte Programm, das wir beschlossen haben, ist im Jahre 1953 auf dem Parteitag in Hamburg verabschiedet worden. Seither hat sich in der Bundesrepublik Deutschland einiges geändert, und zwar aufgrund der Politik, die wir gemacht haben, als Erfolg unserer Politik. Ich meine, es muß deswegen auch ein neues Programm formuliert werden.

Man kann sich aber diese Ausführungen heute schenken, wenngleich ich Wert darauf lege, Herr Bundeskanzler, daß das in der nächsten Sitzung nachgeholt wird. Trotzdem könnten wir heute vom Vorstand aus beschließen, daß das Präsidium beauftragt wird, die Vorbereitungen für ein neues Aktionsprogramm der CDU zu treffen. Ich bitte um Ihre Zustimmung zu diesem Punkt. (*Zustimmung.*) Wenn Sie damit einverstanden sind, schlage ich vor, daß wir diese Sitzung des Bundesvorstands mit folgender Entschließung beschließen:

Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union fordert Bundesregierung und Bundestagsfraktion auf, zusammenzustehen und den Stabilitätsvorlagen der Bundesregierung gesetzliche Geltung zu verschaffen. Die üblich gewordene Kritik, die sich in bloßer Negation erschöpft, trägt zur Lösung unserer schwierigen Aufgaben nichts bei. Sie wirkt lediglich destruktiv. Der Bundesvorstand ist entschlossen, für die innere und äußere Lebenssicherung unserer Wirtschaft auch in die Zukunft hinein alles Notwendige zu tun. Die CDU wird dabei keine Mühe scheuen. Aber es bedarf dazu auch der Einsicht und der Bereitschaft der Mehrheit unseres Volkes.

105 Vgl. Protokolle 4 S. 701–703

Der Bundesvorstand hat einstimmig beschlossen: Ludwig Erhard ist und bleibt Bundeskanzler. Der Bundesvorstand betrachtet die Debatte über Personalfragen als beendet.

Der Bundesvorstand beauftragt das Präsidium der CDU, Vorbereitungen für ein Aktionsprogramm der CDU zu treffen. Darin soll festgelegt werden, was bei Durchsetzung christlich-demokratischer Politik den Vorrang zu beanspruchen hat.

Der Bundesvorstand beschäftigte sich mit den Möglichkeiten, die Eigenfinanzierung der CDU zu verbessern. Er empfahl den Landesverbänden, das Beitragsaufkommen im Sinne der Beschlüsse des Bundesparteiausschusses auf dem Parteitag 1964 nach der dort beschlossenen Beitragsstaffel zu erhöhen.

Erhard: Bitte, Herr Burgbacher.

Vorschläge der Landesvorsitzenden zur Erhöhung des Beitragsaufkommens

Burgbacher: Darf ich zu dem letzten Satz noch etwas sagen. Unser Freund Kohl hatte sich vorbereitet, zu dem Thema „Beiträge" etwas zu sagen. Ich habe ihn gebeten, daß er uns das, was er sagen wollte, in einem kurzen Exposé gibt, damit wir das dann an alle Landesverbände, hoffentlich auch an Kreisverbände, verschicken.

Ich darf aber sehr nachdrücklich auf folgendes aufmerksam machen: Wenn es uns nicht gelingt, das zu erreichen, was im Landesverband Rheinland-Pfalz in großem Umfange gelungen ist, nämlich die Beiträge in etwa auf die Höhe der in Hannover 1964 beschlossenen Staffel zu bringen, dann wäre die Partei auf allen ihren Ebenen – außer dem Wahlkampf – für die laufende Finanzierung fast restlos auf Spenden angewiesen. Was das politisch bedeuten kann, brauche ich Ihnen als Politikern nicht näher zu erläutern. Daß das auch der Öffentlichkeit gegenüber ein schlechter Zustand wäre, steht auch fest.

Es ist einfach ein Skandal – erlauben Sie dieses Wort –, wenn wir mit ungefähr 300.000 Mitgliedern ein Jahresaufkommen von etwa 3 Mio. DM haben. Das bedeutet einen Jahresdurchschnittsbeitrag von 10 oder 12 DM pro Mitglied. Die SPD mit ihren 715.000 Mitgliedern konnte ihr Jahresaufkommen von 1960 mit knapp 10 Mio. DM auf 16,5 Mio. DM im Jahre 1965 steigern. Wir wollen uns in der Struktur nicht mit der SPD vergleichen, obwohl ich mir vorstellen könnte, daß die Sozialstruktur unserer Wähler nicht wesentlich schlechter ist als die der SPD.

Aber dieses Thema ist bei uns mit einer Leichtfertigkeit von Vorsitzenden der Landesverbände und der Kreisverbände behandelt worden, die so nicht weitergehen kann. Ich kann nicht ernst genug auf diese Frage aufmerksam machen. Ich bitte deshalb, das Memorandum[106] von Herrn Kohl in geeigneter Weise als Beschluß des Vorstands allen zur Kenntnis zu bringen.

106 Vgl. CDU Presse Mitteilungen vom 7. Oktober 1966 mit Kurzfassung des Referats von Helmut Kohl (ACDP 07–001–025/1).

Glup: Der Vorschlag von Rheinland-Pfalz stellt einen Versuch dar, die Eigenfinanzierung der Partei auf breitere Basis zu stellen. Ich sehe ein, daß zur Erhaltung der guten Parteiarbeit mehr Geld vorhanden sein muß. Dieses Geld muß von der Masse der Parteimitglieder kommen.

Ich habe in diesem Punkte jedoch allergrößte Bedenken. Wir haben heute morgen versucht, die Zerrissenheit bei uns zu sondieren und wegzudiskutieren. Draußen im Volk macht es einen denkbar schlechten Eindruck, wenn wir angesichts dieser Misere auch noch mehr Beiträge von unseren Mitgliedern haben wollen. Die breite Masse unseres Volkes ist ja durch das Gerichtsurteil von der Untermauerung unseres demokratischen Parteienwesens durch finanzielle Mittel freigesprochen worden.[107] Nun sollen die Gutwilligen noch einmal finanziell herangenommen werden. Ich mache mit Nachdruck darauf aufmerksam, daß wir nichts verdienen werden, wenn wir die gutwilligen Leute so vor den Kopf stoßen. Sie werden uns fragen: Seid ihr wahnsinnig, uns jetzt noch mehr ranzunehmen, nachdem das Verfassungsgericht die anderen davon freigesprochen hat?

Herr Professor Burgbacher, Sie haben den Vergleich mit der SPD gezogen. Ich kann dazu nur sagen: Wenn die CDU sich mit der SPD vergleichen will, dann kann sie daraus aber nur die Konsequenz ziehen, in der ganzen politischen Arbeit, in der Personalpolitik usw. den gleichen Stil anzuwenden, den die SPD praktiziert. Das würde dann bedeuten, daß in Zukunft bei der CDU nur derjenige irgendwie zum Zuge kommen und Mandate übernehmen kann, der sich sofort bereit erklärt, irgendwelche Aufgaben zu übernehmen. Es würde weiter bedeuten, daß in Beamtenstellungen nur Leute von der CDU hineingebracht werden können, die sich dem gleichen Ziel unterwerfen. Bisher hat sich die CDU konsequent geweigert, diesen Stil anzuwenden. Deshalb muß ich sagen, Herr Burgbacher, von daher hinkt der Vergleich. Es müssen erst einmal die Voraussetzungen geschaffen werden.

Wenn im sachlichen Bereich die Voraussetzungen geschaffen worden sind, bin ich durchaus bereit, vor unsere Mitglieder hinzutreten und zu sagen: Jetzt wird es anders. Bisher haben wir doch wirklich, was die Personalpolitik angeht, eine Schlamperei vorgeführt. Wir haben doch nahestehende Beamte mehr gefördert als unsere treuen Freunde.

Mir schlottern wirklich die Knie, wenn ich in diesem Augenblick vor unsere Freunde treten und von ihnen noch mehr Opfer verlangen soll, wo doch die breite Masse des Volkes durch das Gerichtsurteil freigesprochen worden ist. (*Zuruf:* Dann müssen wir den ganzen Apparat beseitigen!) Das ist keine Alternative. (*Zuruf:* Sie haben keine Alternative!) Ich habe eine Alternative. Ich sage nur, daß wir auch beachten müssen, wie diese Dinge draußen ankommen. Ich sehe jedenfalls im Augenblick keine Möglichkeit dafür.

---

107 Laut Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Juni 1958 verletzt die steuerliche Absetzung von Spenden für Parteien den Gleichheitsgrundsatz. Ebenso wurde am 19. Juli 1966 auch die staatliche Parteienfinanzierung seit 1959 für verfassungswidrig erklärt, jedoch eingeräumt, daß die notwendigen Kosten für einen angemessenen Wahlkampf erstattet werden können, vgl. PROTOKOLLE 3 S. 188f. Vgl. zur Parteienfinanzierung auch Günter BUCHSTAB: Fritz Burgbacher (1900–1978). Ein Lebensbild. Sankt Augustin 2000 S. 29–34.

Erhard: Wenn wir bei 300.000 Mitgliedern ein Aufkommen von 3 Mio. DM haben, dann kann man wirklich nicht fragen: Sollen die Mitglieder nun noch mehr bezahlen? Der Betrag ist ja dann so bescheiden, wie man überhaupt nur denken kann. Wir wollen auch keine Mitglieder haben, die nur deshalb zur Partei gehen, um etwas zu werden. Wir wollen Mitglieder, die sich bewußt zu den Vorstellungen, Ideen und Prinzipien unserer Partei bekennen. Weil wir zu ihrer Durchsetzung aber auch Geld brauchen, ist der Antrag berechtigt. Wir sind wirklich aktionsunfähig, wenn wir nicht mehr Geld zur Verfügung haben.

Russe: Herr Glup, ich möchte Ihnen nur die Frage stellen: Was haben Sie seit 1964 getan, um die Empfehlung des damaligen Parteitags in die Wirklichkeit umzusetzen? Was haben Sie getan? Sie müssen zunächst einmal diese Frage beantworten, wenn Sie hier in dieser Form auftreten.

Das zweite, was Sie gesagt haben, ist doch einfach absurd. Als Voraussetzung, wenn Sie so wollen, für eine Beitragserhöhung – oder besser gesagt: für eine selbstverständliche Beitragspflicht – verlangen Sie eine politische Linie. Entweder stehen die Mitglieder, von denen Sie sprechen, auch in dieser schwierigen Situation zu uns und unterwerfen sich den sich daraus ergebenden Konsequenzen, oder aber sie sollen hingehen; wo sie herkommen. So einfach kann man sich das nicht machen.

Sie sollten sich einmal im Finanzausschuß der Partei oder von unserem Schatzmeister Bericht erstatten lassen, wie die Finanzsituation der Partei ist. Das ist doch zunächst einmal die Voraussetzung, die Sie erfüllen müssen, ehe Sie sich hinstellen und sagen: Das ist nicht zu meistern.

Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß wir als Partei in der Vergangenheit diesbezüglich nicht den richtigen Weg gegangen sind. Sie haben gesagt, wir könnten das nicht praktizieren, was die SPD tut. Ich bedaure das. Wenn einer über die Mitarbeit bei uns – ich will mich vorsichtig ausdrücken – in eine entsprechende persönliche oder berufliche Position oder Funktion hineingerät, dann sollte er sich dieser auch würdig erweisen und das gleiche tun, was beispielsweise die SPD von ihren Mitgliedern verlangt. Hier wird immer wieder gefragt: Was ist mit den Gewerkschaften? Ich darf hier nur einmal folgendes zur Kenntnis geben. Bei den Gewerkschaften ist es so, daß einer, der in eine Funktion hineingekommen ist, 12% davon pro Jahr bezahlt. Wenn er in diesem Jahr diese Leistung nicht auf den Tisch legt, fliegt er im nächsten Jahr aus der Position heraus. Wir ziehen immer gegen die Gewerkschaften – mit Recht – zu Felde. Aber in diesem Falle könnten sie uns ein gutes Beispiel geben. Wir sollten bei uns von uns aus das gleiche praktizieren.

In einer solchen Situation wie der, in die uns das Urteil von Karlsruhe hinsichtlich der Parteienfinanzierung gebracht hat, können wir nicht in der Form argumentieren, wie Sie hier auftreten. Wir müssen vielmehr alles versuchen, um zu einer Lösung zu kommen, die uns aus der Schwierigkeit herausbringt. (*Beifall.*)

Heck: Herr Bundeskanzler, meine Damen und Herren! Es ist natürlich durchaus verständlich und ich halte es für redlich, wenn ein Landesvorsitzender sich die Verhältnisse in seinem Landesverband vergegenwärtigt und von seinen Möglichkeiten her zu ei-

nem solchen Vorschlag Stellung nimmt. Nur glaube ich, Herr Glup, wenn Sie alles genau überlegen, müssen Sie sagen: So dramatisch sieht es nicht aus. Die Beitragsstaffel sieht bei Nettoeinkommen bis 1.000 DM einen Beitrag von 4,00 DM vor. Dabei können besondere Tatbestände – Familienstand usw. – berücksichtigt werden. Bei den darüberliegenden Beiträgen müssen Sie berücksichtigen, daß wir aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem Parteiengesetz erreichen werden, daß im Jahr Parteibeiträge bis zur Höhe von 600 DM bzw. 1.200 DM steuerlich absetzbar werden, so daß diese Beträge bei höheren Einkommen um 30, 40 oder 50% reduziert werden.

Im übrigen: Der Beschluß, um den es heute geht, ist eine Empfehlung des Bundesvorstands. Ich finde, zurückhaltender kann man eigentlich in dieser Sache nicht sein. (*Beifall.*) Ich bin mir völlig darüber im klaren, daß das, was hier angestrebt wird, nicht im gleichen Zeitraum – angesichts der völlig verschiedenen Verhältnisse – in der Bundespartei erreicht werden kann.

Es ist gut, daß hier mit allem Nachdruck darauf aufmerksam gemacht wurde, in welcher außerordentlich prekären Lage wir nicht nur in der Bundespartei sind. Es ist eine schlechte Sache, wenn in Landesverbänden den hauptamtlichen Mitarbeitern in den Kreisgeschäftsstellen gekündigt worden ist. Die besten von ihnen sind bereits woanders untergekommen. Was uns am Schluß übrigbleibt, sind vielleicht diejenigen, auf die man da und dort verzichten könnte. Das sind Auswirkungen dieser prekären finanziellen Situation.

Ich neige dazu vorzuschlagen, daß wir diese Debatte nicht weiter fortführen. Dem, was hier in der Entschließung angesprochen ist, wird niemand widersprechen können. Wir werden noch eine harte Aussprache über die Dinge bekommen, die Herr Kollege Kohl auf der nächsten Sitzung vorschlagen wird. Dort sind einige Dinge dabei, von denen ich meine, daß eine ergiebige Aussprache nützlich und erforderlich sein wird.

Schmücker: Ich muß unseren Freund Glup etwas in Schutz nehmen. Herr Glup ist nicht nur Landesvorsitzender, sondern zugleich auch Kreisvorsitzender. Ich kenne die Verhältnisse dort. Wir haben es fertiggebracht, daß jeder zehnte Wähler bei uns Mitglied ist. Glauben Sie doch nicht, daß wir unsere 3.000 Mitglieder halten können, wenn wir von ihnen 4,00 DM verlangen. Wir können sie nur mit 1,00 DM halten. Wenn Sie uns vor die Wahl stellen, diese Mitglieder zu entlassen oder mit 1,00 DM zu behalten, dann können Sie mir empfehlen, was Sie wollen; wir werden das Geld anderweitig aufbringen. Aber wir halten die Mitglieder mit 1,00 DM bei uns. Das hat Herr Glup sagen wollen. Ich bin seiner Meinung.

Verschiedenes

Erhard: Die nächste Sitzung soll also am 2. Dezember stattfinden. Ich bitte die Anwesenden, sich darauf zu richten. Die nicht Anwesenden wollen wir entsprechend unterrichten.

Burgbacher: Ich möchte für die nächste Sitzung vorschlagen, daß wir erstens früher beginnen und zweitens in die Einladung schreiben, daß die Sitzung ohne Pause bis

15.00 oder 16.00 Uhr stattfindet. Wir haben jedesmal das Drama gehabt, daß nachmittags am Schluß keiner mehr da war. Wenn die Sitzung durchgeht, dann bleibt jeder da.

Kraske: Dieser Termin des Sitzungsbeginns hat eine lange und etwas kontroverse Vorgeschichte. Es war früher zu Bundesvorstandssitzungen für 9.00 oder 9.30 Uhr eingeladen worden. Da haben zahlreiche Mitglieder des Bundesvorstands mit Recht Einwendungen erhoben, weil sie sagten, bei einem Sitzungsbeginn um 10.30 Uhr können wir morgens noch anreisen, während das bei 9.00 Uhr nicht möglich ist. Ich glaube sagen zu können, daß für das Präsidium und für die, die in Bonn hier sitzen, ein Sitzungsbeginn um 9.00 Uhr angenehmer wäre. Der Termin 10.30 Uhr ist nur mit Rücksicht auf diejenigen festgesetzt worden, die nicht in Bonn sitzen.

Scheufelen: Darf ich noch etwas zum Ablauf dieser Bundesvorstandssitzung sagen. Wir beginnen. Dann hören wir eine Reihe von schönen Reden, die bedauern, daß wir zerstritten sind. Wir vermeiden es aber, in den ersten zwei Stunden klare Beschlüsse zu Sachfragen zu fassen. Dann befinden wir uns jedesmal in der gleichen Lage, daß wir, wenn abgestimmt wird, nicht mehr beschlußfähig sind. So geht es nun auch mit dem, was Herr Heck vorgelesen hat.

Erhard: Wir sind noch beschlußfähig.

Dufhues: Die Beschlußfähigkeit ist noch gegeben.

Kraske: Es reicht noch zur Beschlußfähigkeit. Es sind immerhin noch 30 Leute da.

Scheufelen: Wir fassen dann einen Beschluß unter Druck, mit einem erheblichen Tempo, in dem eine ganze Reihe von Passagen enthalten sind, über die man reden müßte. Wir wollen mit diesen Entschließungen immer alles sagen, sind aber nicht bereit, irgendwie zu einer Einzelfrage Stellung zu nehmen.

Heck: In die Entschließung können wir doch nicht Einzelfragen aufnehmen!

Scheufelen: Das ist nun beschlossen. Ich bedaure, daß es in dieser Form geschehen ist. Wir gehen alle hier mit einem etwas unguten Gefühl weg.

Erhard: Dann müssen wir es in Zukunft so machen, daß wir nicht eine so breite Tagesordnung verwenden, sondern uns auf einen Gegenstand beschränken und dann wirklich zu einer sachlichen Aussage finden. Wenn wir über die ganze Landschaft streifen, bleibt natürlich das übrig. Wir wollten aber heute jedem Gelegenheit geben, das, was er auf dem Herzen hatte, hier auszubreiten. Das war der Sinn dieser Zusammenkunft. Man wird es anders ordnen, wenn wir wieder festen Grund und Boden unter den Füßen gefaßt haben. Wenn bis zum 2. Dezember das Stabilitätsgesetz verabschiedet wäre, dann hätten wir wieder eine andere Grundlage, von der aus man sprechen könnte, als jetzt.

Russe: Entschuldigen Sie bitte, wenn ich noch einen Vorschlag unterbreite. Nach der heutigen Tagesordnung sollte u. a. der Kollege Kohl darüber berichten, wie es in Rheinland-Pfalz ist. Wir haben das ja auch im Finanzausschuß schon diskutiert. Ich habe gesehen, daß Herr Kohl ein entsprechendes Papier hat. Meine Bitte geht dahin, zu prüfen, ob man nicht das, was hier erörtert werden soll, vorher jedem Vorstandsmitglied an die Hand geben kann, damit er sich an Hand der Unterlagen vorher einlesen kann und die Dinge nicht erst aus dem Vortrag kennenlernt. Das gilt auch für andere Sachprobleme, die gerade angesprochen worden sind. So etwas kann dann zu einer Erleich-

terung führen. Ich möchte mir diese Anregung erlauben und bitten, entsprechend zu verfahren.

Heck: Wir werden das tun.

Erhard: Meine Damen und Herren, Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Ich danke Ihnen für Ihre Beteiligung, für die Geduld und Ihre Mühewaltung recht herzlich. Die Sitzung ist geschlossen.

9

Bonn, Dienstag 8. November 1966

Sprecher: Adorno, Altmeier, Amrehn, Barzel, Blank, Blumenfeld, Erhard, Even, [Fricke], Gerstenmaier, Grundmann, Gurk, Heck, Hellwig, Katzer, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Lücke, Meyers, Nolteni-us, Rasner, Röder, Scheufelen, Schröder, Seebohm, Stoltenberg, Strauß, Wagner.

Entschließung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU vom 2. November 1966.

Beginn: 11.30 Uhr *Ende: 19.30 Uhr*

Entschliessung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU vom 2. November 1966

Erhard: Meine lieben Parteifreunde, meine werten Kollegen! Ich danke Ihnen, daß Sie zu dieser Sitzung des Bundesparteivorstands erschienen sind. Ich glaube, die Lage erfordert dringend eine eingehende Aussprache.

Wenn ich Ihnen einen Bericht gebe, dann kommt es mir auch in dieser Stunde darauf an, nicht etwa eine parteipolitisch gefärbte Geschichtsklitterung zu betreiben, sondern zur Selbstbesinnung zu mahnen und wirklich die Dinge so zu sehen, wie sie sind und wie sie vor allen Dingen in Bonn sind.

Man spricht von einer Regierungskrise. Die ist zweifellos vorhanden. Man glaubt, den Anfang allenthalben feststellen zu können bei dem Auszug der FDP-Minister aus dem Kabinett.[1] Das hat sicher den letzten Anstoß zum offenen Ausbruch gegeben. Aber es wäre falsch, es wäre nicht ehrlich – unbeschadet des Verhaltens der FDP-Minister und der FDP-Fraktion und Partei –, nicht zugestehen zu wollen, daß die Krise schon viel früher bestanden hat.

Es ist keine Staatskrise, sondern es ist eine innere Führungskrise unserer eigenen Partei. Das muß mit aller Deutlichkeit gesagt werden. Sie hat nicht mit dem Auszug begonnen; das war der 27. Oktober dieses Jahres. Sie geht weit zurück. Sie hat auch nicht etwa bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen vom 10. Juli begonnen. Sie hat noch nicht einmal bei den für uns so günstigen Bundestagswahlen vom 19. September 1965 begonnen. Die Wurzel reicht noch weiter. Ich denke an die Kabinettsbildung im Jahre 1961, ich denke an die ganzen Fragen, die sich um die Wahl des Bundespräsidenten herumrankten.[2]

1 Die vier FDP-Minister Ewald Bucher, Rolf Dahlgrün, Erich Mende und Walter Scheel demissionierten am 27. Oktober 1966 nach einer Sitzung ihrer Fraktion. Vgl. Hildebrand S. 223–231 – auch zum Folgenden. Vgl. auch FDP-Bundesvorstandsprotokolle Nr. 77a.

2 Anspielung auf „Präsidentschaftskrise" von 1959, die langwierigen Koalitionsverhandlungen mit der in der Bundestagswahl 1961 gestärkten FDP und die Wiederwahl Lübkes 1964, der eine Große Koalition befürwortete. Vgl. Morsey S. 391–408.

Seit dieser Zeit ist im Grunde genommen unsere Partei nicht mehr zur rechten inneren Ruhe und vor allen Dingen zu einer festen Geschlossenheit gelangt. Die Dinge haben sich natürlich von Jahr zu Jahr gesteigert. Was sich seit dem 10. Juli ereignet hat, ist nicht etwa das Versagen der Regierung gewesen, so wenig wie etwa die Zeit vom 19. September vorigen Jahres bis zum 10. Juli dieses Jahres den Grund für die wenig erfreuliche Wahl in Nordrhein-Westfalen abgegeben hat. Das alles hat eine tiefere Wurzel.

Ich glaube, die Geschichtsschreibung wird einmal feststellen, mit welchen Mitteln im einzelnen versucht worden ist, diesen inneren Zusammenhalt der Fraktion und unserer Partei mehr und mehr zu lösen. Trotzdem: Ich habe mich an all diesen Machenschaften der verschiedensten Art nicht beteiligt. Ich habe keine irgendwie persönlich gefärbten Interviews gegeben, ich habe niemand angegriffen. Im Gegenteil, ich versuchte immer wieder, die Wogen etwas zu glätten. Aber es war bei dieser aufgeregten hektischen Situation nicht mehr möglich. Das möchte ich vorausschicken, um nicht den Eindruck zu erwecken, wir hätten eine Krise, die jetzt kaum 14 Tage alt sei. Das ist nicht der Fall.

Ich nehme die FDP ganz bestimmt nicht in Schutz. Was sie sich geleistet hat, widerspricht nicht nur jeder menschlichen Logik, sondern eigentlich den demokratischen Spielregeln. Die Minister, die an einem Haushalt mitgearbeitet haben – der Finanzminister wurde sogar von der FDP gestellt –, wechseln sozusagen über Nacht ihre Position.

Ich darf einmal, weil diese Zeit besonders bedeutsam erscheint, etwas zusammenfassen. Am 24. und 25. Oktober haben drüben in meinem Haus lange, bis über Mitternacht währende Gespräche – und am 25. noch den ganzen Nachmittag – zwischen der CDU/CSU und der FDP mit eigentlich nur einem Gegenstand der Aussprache stattgefunden: Wir müssen einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen.

Nachdem der steile Anstieg aus den verschiedensten Gründen – nicht zuletzt wegen Erschöpfung des Arbeitsmarktes, auch wegen Verschärfung der Wettbewerbssituation und der innerwirtschaftlichen Situation, der finanziellen Situation der Unternehmungen – schwieriger geworden ist, sind wir in Bedrängnis geraten. Die Zuwachsraten, die wir heute erzielen – das gleiche gilt sicher auch noch für das nächste und übernächste Jahr –, reichen angesichts der Dynamik oder Automatik – wie Sie es nennen wollen, ich denke an gar nichts Bestimmtes, sondern nur an die Methode – nicht mehr aus. Wir haben Ausgaben beschlossen, die für die nächsten Jahre immer schon eine gewisse Steigerung hineinbringen, nach dem Motto: Sehet die Vögel unter dem Himmel an, sie säen und ernten nicht, und unser himmlischer Vater nähret sie doch. Damit sind wir in einen Zustand geraten, daß selbst normale Zuwachsraten – und zwar im internationalen Vergleich ganz ansehnliche Zuwachsraten von 3 und 4% – nicht mehr ausreichen, um von dem Steuermehraufkommen allein das zu bezahlen, was aus gesetzlicher Bindung und Verpflichtung zwingend an uns herankommt. Wir sind völlig immobil geworden, denn die schmale Spanne von Mitteln, die noch als Manövriermasse verbleibt, ist zweifellos zu klein geworden, um Politik zu betreiben, ja sie reicht noch nicht einmal aus, um die

fälligen notwendigen Ausgaben zu begleichen und dringlichste Anliegen zu erledigen. Das ist die Situation.

In dieser Lage gehört zweifellos Mut zur Einsicht dazu, um daraus die rechten Entschlüsse abzuleiten. Diese Entschlüsse können nur dahin lauten: Das, was wir zuviel für uns beansprucht haben, muß nun wieder ausgeglichen werden. Ich nehme dabei alle Bereiche. Ich nehme den zivilen Bereich, den zivilen Konsum, ich nehme die Anforderungen der öffentlichen Hand, auch die an dieser oder jener Stelle übertriebenen Sozialaufwendungen, vielleicht nicht so sehr die einzelnen Personen, als überhaupt die Aufwendigkeit, die getrieben worden ist. Das alles hat dazu geführt, daß wir nun ans Sparen denken müssen.

Die Diskussion mit der FDP erstreckte sich nun auf folgende Gegenstände. Die FDP sagte: Wir müssen zuerst alles tun, um einzusparen. Wir sagten: Einverstanden, wir setzen das als These Nr. 1. Dann sagte die FDP: Dann müssen wir von den Privilegien wegkommen, von den Steuervergünstigungen, von Subventionen. Wir sagten: Einverstanden, das genießt die Rangordnung Nr. 2. Aber wir haben, wohl wissend wie die Lage ist – und die FDP kannte sie genausogut –, gleichzeitig gesagt: Das wird alles nicht ausreichen, wir werden um gewisse Steuererhöhungen nicht herumkommen, d. h. also eben die Dinge zu tun, die nicht gerade populär sind. – Wir haben in unserer Partei immer dann besonders gute Erfahrungen gemacht und die Partei zusammengebunden, wenn es darauf ankam, gerade das zu tun, was eben nicht populär war. Es gibt aus der Vergangenheit viele Beispiele. – Die FDP sagte: Nein, wir brauchen keine Steuererhöhungen, so, wie ein störrisches Kind sagt: Nein, ich esse meine Suppe nicht – also Steuererhöhungen unter gar keinen Umständen, obwohl jedermann einsehen muß, daß sie notwendig sind.

Nach diesen ergebnislosen Besprechungen am 24. und 25. Oktober kam es dann zu einer Kabinettssitzung. Ich habe mich am 24. und 25. Oktober in der Öffentlichkeit gar nicht zu Wort gemeldet. Ich habe auch nicht im Rundfunk und Fernsehen die Dinge verschärft. Ich wollte den Versuch machen, in dieser Kabinettssitzung am 26. Oktober doch noch einmal die FDP bei ihrer Einsicht und bei ihrer Verantwortung zu packen. Das ist dann am Ende auch gelungen. Wider alles Erwarten hat die FDP einem gemeinsamen Kommuniqué[3] zugestimmt, daß in dieser Reihenfolge: Einsparungen, Beseitigung von Subventionen und Privilegien ein Ausweg versucht werden müsse; erst wenn das nicht ausreiche, werde sie auch bereit sein, Steuererhöhungen zuzustimmen.[4]

Am nächsten Tag, am Donnerstag, dem 27. Oktober, erfolgte schon zeitig früh der Rücktritt der FDP-Minister, nach außen so dargestellt, als ob die FDP-Minister gleich entschlossen gewesen wären, ihren Rücktritt zu erklären, und daß diese mutige Haltung dann die Zustimmung der Fraktion gefunden habe. Ich glaube, man kann sagen, die

3 Erklärung des Bundeskabinetts vom 26. Oktober 1966, vgl. BULLETIN Nr. 140 vom 28. Oktober 1966 S. 1116.

4 „Es bestand Einvernehmen, daß erst wenn diese beiden Maßnahmen (Ausgabenkürzungen und Abbau von Steuervergünstigungen) zur Schließung verbleibender Lücken nicht ausreichen, Steuererhöhungen in Betracht gezogen werden müssen" (zit. nach HILDEBRAND S. 223).

Dinge werden umgekehrt abgelaufen sein. Die FDP-Minister wollten zu ihrer Zusage im Kommuniqué stehen. Aber sie sind gezwungen worden zurückzutreten.

Natürlich war damit eine Situation gegeben, die zu einer Verschärfung der Lage beigetragen hat. Ich war mir keinen Augenblick im unklaren darüber, daß bei dieser schwierigen Situation – angesichts der Steueränderungsgesetze[5], des Finanzreformgesetzes, des Haushalts 1967 und der sicher nicht gerade harmonischen Situation in den auswärtigen Beziehungen – eine Minderheitsregierung nur eine Übergangsregierung sein könnte. Ich habe von Anfang an gesagt: Das ist jetzt unsere wichtigste Aufgabe, die wir zu erfüllen haben.

Am 28. Oktober kam zu mir eine Kommission der Fraktion, die mich besonders auf die wirtschaftliche Situation, auf die Haushaltslage und auf den Haushalt 1967 ansprach. Es war gerade am Tage, nachdem die Minister ihren Rücktritt erklärt hatten. Ich konnte natürlich in 24 Stunden auch keine letzte Aussage leisten, wie wir über diesen Notstand hinwegkommen werden. Ich hatte den Eindruck, daß hier in einer hektischen Eile die Dinge betrieben worden sind, obwohl ich zugebe, daß Eile geboten erscheint.

Am 29. Oktober und am 30. Oktober war ich dann auf der Hessen-Reise.[6] Dann kam das Wochenende. Am 1. November war Feiertag. Am 2. November tagte das Kabinett und hat dann den Haushalt verabschiedet. Das Minderheitskabinett hat dann in völliger Einmütigkeit zwischen den Ministern der CDU und der CSU den Haushalt verabschiedet. Wir haben ihn sofort vorgelegt.

Am 2. November tagte dann der Elferrat.[7] An dem Tage, an dem der Presseball gewesen ist, ist dann bekanntgeworden, daß die FDP und die SPD einen Antrag stellen wollen, der heute behandelt worden ist, ich möchte vor dem Bundestag die Vertrauensfrage stellen. Ich habe das schon am Freitag mit aller Entschiedenheit abgelehnt. Ich spreche jetzt gar nicht von der verfassungsrechtlichen Frage. Ich sagte: Das sieht so aus, als ob ich Sorge oder Angst hätte oder ob es mir an Mut gebrechen würde, dieser Stunde mit aller Ruhe entgegenzusehen.

Ich habe in der Zwischenzeit auch vor dem Fraktionsvorstand und dem Präsidium[8] verkündet: Ich wünsche nicht, daß seitens meiner Partei und meiner Fraktion irgendein Schritt erfolgt, um dieses Geschehen von heute morgen unmöglich zu machen; denn das liegt nicht in meinem Interesse. Ich habe die Absicht, mich zu stellen. Ich habe aber

5 „Erstes Gesetz zur Überleitung der Haushaltswirtschaft in eine mehrjährige Finanzplanung (Finanzplanungsgesetz)" vom 23. Dezember 1966, BGBl 1966 I S. 697 und „Zweites Gesetz (Steueränderungsgesetz)" vom 23. Dezember 1966, BGBl 1966 I S. 702.

6 Erhard gab sich auf seiner Wahlkampfreise durch Nordhessen am 29. Oktober 1966 kämpferisch, vgl. „Bonner Rundschau" vom 29. Oktober 1966 „‚Grundgesetz hat mir große Rechte gegeben!' Selbstbewußter Erhard in Hessen"; „Rheinische Post" vom 31. Oktober 1966 „Diese Reise war mein Labsal"; „Süddeutsche Zeitung" vom 31. Oktober 1966 „Ludwig Erhard zeigt sich selbstbewußt". – Ergebnis der Landtagswahlen vom 6. November 1966: SPD 51%, CDU 26,4%, FDP 10,4%, NPD 7,9%, vgl. LEXIKON S. 740.

7 In der Vorlage: 4. November. – Vgl. HILDEBRAND S. 226; Mitschrift der Sitzung vom 2. November 1966 in ACDP 01-113-015/1.

8 Das Präsidium tagte am 7. November 1966 (ACDP 07-001-1401).

nicht die Absicht, auf Antrag der SPD einen Schritt zu vollziehen, der in seiner Konsequenz nicht zu übersehen wäre.

Ich habe umgekehrt meiner Fraktion in aller Deutlichkeit gesagt: Sie kann sich unter allen Umständen darauf verlassen, daß, was die SPD auch unternehmen wird, ich auf keinen Fall bereit sein würde, dem Herrn Bundespräsidenten die Auflösung des Bundestags zu empfehlen. Das habe ich auch dem Herrn Bundespräsidenten persönlich mitgeteilt. Jede Sorge, daß von mir eine feindselige Handlung gegenüber der CDU begangen würde, war nicht drin, war von vornherein völlig ausgeschlossen. Dadurch, daß ich das heute über mich habe ergehen lassen, habe ich bewiesen, daß ich noch einmal den Versuch machte, wirklich die Geschlossenheit der CDU zu bekunden, so glaubwürdig oder unglaubwürdig das auch nach außen erscheinen mag. Das ist die Situation.

Meine Damen und Herren, was mich etwas erschüttert hat, waren natürlich in dieser Zeit die wiederkehrenden Meldungen und Versuche und Aussagen von immerhin maßgebenden Politikern unserer Partei, daß unter meiner Führung als Bundeskanzler die Situation nicht mehr zu retten wäre; man wünsche draußen sozusagen meinen Rücktritt, man warte geradezu darauf, um wieder in einer neuen Ordnung unter einer neuen Führung bessere Verhältnisse für die CDU und ihr weiteres Schicksal erwarten zu können. Inwieweit diese Nachrichten mit der Wirklichkeit übereinstimmen, sei dahingestellt. Aber sie wurden jedenfalls so oft und so deutlich ausgesprochen, daß es fast einem Mißtrauensvotum gleichkam.

Der Elferrat hat auch einen Beschluß gefaßt, daß natürlich mein geschichtliches Werk gewürdigt werden solle, daß mir Achtung und Respekt entgegengebracht werden müsse; aber dann kam der dritte Teil, und der hieß, daß ich daran mitwirken solle, mit Partei und mit Fraktion nicht etwa eine regierungsfähige Regierung zu bilden, sondern eine Regierung unter neuer Führung. Das war natürlich ganz klar: „Regierung unter neuer Führung" hieß nach Adam Riese: Nicht mehr du, sondern ein anderer. Ich bestreite dem Elferrat, der kein politisches beschlußfassendes Gremium ist, das Recht zu einer solchen Aussage.

Der Fraktionsvorstand hat dann auch diesen Beschluß des Elferrates in jene bekannte Entschließung vom 2. November 1966 umgeformt, der ich zugestimmt habe und die hieß:[9] „Zu Beginn der Vorstandssitzung der CDU/CSU-Fraktion erklärte Bundeskanzler Erhard, daß er in Wahrnehmung seiner verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten zusammen mit den berufenen Organen der CDU und der CSU daran arbeite, eine von einer parlamentarischen Mehrheit getragene Bundesregierung zu schaffen. An seiner Person werde das nicht scheitern."

Ich habe wiederholt erklärt – etwas profaner ausgedrückt –, ich klebe nicht an meinem Sessel. – Der Text geht weiter: „Der Vorstand der CDU/CSU-Fraktion dankte dem Bundeskanzler und beschloß, der Fraktion zu empfehlen, zunächst den führenden Parteiorganen der CDU – Präsidium und Bundesparteivorstand – und der CSU Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben."

9 Vgl. DUD Nr. 206 vom 3. November 1966 S. 1.

Gestern abend hatte ich ein Gespräch mit den Landesvorsitzenden in meinem Hause. Hier sind wir nun als Bundesparteivorstand versammelt, damit Sie die Möglichkeit haben, sich zu diesen Dingen, zu dieser Entwicklung, zur Lage zu äußern.

Heute morgen hatte ich unmittelbar, nachdem diese Prozedur zu Ende war, ein persönliches Gespräch mit Herrn von Kühlmann-Stumm, das ungefähr genauso zu veranschlagen war, wie ich das vorhergesehen hatte, nämlich die Zusage: Wir sind nach wie vor bereit, mit der CDU/CSU zu verhandeln, um eine regierungsfähige Mehrheit zu schaffen, uns geht es dabei nicht um Personen – es wurden überhaupt keine genannt –, es geht uns darum, in sachlichen Fragen eine Übereinstimmung herbeizuführen. Hier wurde gar nicht einmal besonders die Finanzpolitik genannt, die doch im Mittelpunkt steht, sondern die Deutschlandpolitik, die Außenpolitik und die Verteidigungspolitik. Ich sagte Herrn von Kühlmann-Stumm, daß wir nicht allzu viel Zeit haben, und daß gerade die Gesetze, die jetzt im Bundestag behandelt werden, entscheidend dafür sind, ob es uns überhaupt gelingt, über den 31. Dezember hinaus solche Lösungen herbeizuführen, die uns nicht in einen echten Staatsnotstand bringen werden.

Wenn wir nämlich die Steueränderungsgesetze nicht zur Annahme bringen, dann leben zugleich alle die Ausgaben wieder auf, die mit dem Haushaltssicherungsgesetz 1966 gekürzt worden sind, und dann ist das Minus, das Defizit so groß, daß es kaum bewältigt werden kann, jedenfalls nicht ohne einen wirklichen Staatsnotstand. Das Verhalten der FDP wird vor allen Dingen daran gemessen werden, wie sie sich in diesen Fragen stellt.

Ich sagte, die anderen Fragen – die Deutschlandpolitik, die Außenpolitik, die Verteidigungspolitik – sind so schwierig, und im einzelnen auch in unserer Fraktion noch nicht voll abgeklärt, daß ich mir nicht vorstellen kann, daß wir in einer politisch relevanten Zeit, wie sie uns durch die Daten gesetzt ist, damit zu Rande kommen werden. Er meinte, das ginge sehr schnell; jedenfalls stünde die FDP ab sofort bereit, darüber zu verhandeln, und zwar zunächst einmal in einer kleinen Kommission die Besprechungen zu beginnen. Ich habe noch keinen Termin vereinbart; ich wollte das alles mit Ihnen erst absprechen. Aber er sagte, es bedürfe nur meines Anrufes, und die FDP stehe zu Besprechungen dieser Art mit dem Ziel bereit, vielleicht doch statt der zerbrochenen Koalition auf einer sachlich etwas veränderten Grundlage zu einer Einigung zu kommen. Meine Freunde, das ist die Situation, wie sie sich darstellt.

Wenn Herr Wehner heute früh sagte, die CDU – oder ich persönlich – hätte innerhalb eines Jahres den gesamten Kredit verwirtschaftet, den wir bei der Bundestagswahl in der deutschen Öffentlichkeit erworben haben,[10] dann ist das natürlich nicht wahr. Vielmehr ist seit dieser Zeit das unablässige Bemühen der Opposition wahrnehmbar, alles zu zerstören, Unruhe und Unsicherheit in die Welt zu tragen, alles, was wir darstel-

10 Wehner sagte in der Debatte am 8. November über den SPD-Antrag betr. Vertrauensfrage des Bundeskanzlers (Drs. V/1070; vgl. Anm. 15): „... mir und meinen politischen Freunden von der SPD-Fraktion erscheint es allerdings so, daß Sie den Kredit, den Ihnen die Wähler für vier Jahre gegeben haben, in einem Jahr verwirtschaftet haben; das ist ein politischer Tatbestand.", vgl. Sten.Ber. 5. WP 70. Sitzung S. 3297.

len, als Fehler zu brandmarken. Ich muß sagen: Leider sind auch Teile unserer Fraktion darauf hereingefallen und haben sich diese Aussage mehr oder minder zu eigen gemacht. Ich sage noch einmal: Die Probleme, die vor uns stehen, sind lösbar. Das gilt vor allen Dingen für die finanziellen und für die wirtschaftlichen Probleme.

Meine Herren, Sie wissen genau, daß sich in der Wirtschaft eine Wende anbahnt. Die Preise beginnen sich zu beruhigen – bei der Preisbewegung sehen wir das schon seit einem halben Jahr –, der Arbeitsmarkt hat sich wesentlich konsolidiert, und der Außenhandel erzielt Überschüsse. Wir werden statt eines Überschusses von 1,2 Mrd. DM im vergangenen Jahr im Jahre 1966 wahrscheinlich mit etwa 7 Mrd. DM rechnen können; damit werden wir unsere Zahlungsbilanz ausgleichen können. Es ist also nicht so, als ob wir tatsächlich vor einer unlösbaren Aufgabe stünden. Die Exportüberschüsse haben dazu beigetragen, den Geldmarkt zu lockern. Die Bundesbank ist angesichts dieser Situation bereit, die Kreditbedingungen etwas zu erleichtern. Wenn wir das Wirtschaftssicherungsgesetz durchgebracht haben, gegen das sich im Ernst niemand stellen kann, dann sehe ich für das Jahr 1967 durchaus eine wieder zum Positiven sich wendende Entwicklung voraus.

Meine Damen und Herren, ich habe heute früh ein kräftiges Wort gebraucht, indem ich gesagt habe: Ich habe nicht die Absicht, mich an diesem Schauprozeß zu beteiligen; denn etwas anderes war es tatsächlich nicht. Der SPD war vorher bekannt, daß ich durch wiederholte Aussage erklärt habe: Ich möchte eine regierungsfähige Mehrheit haben, auf die sich die Regierung stützen kann; das wird nicht an mir scheitern, sondern ich werde ungeachtet meiner Person alles tun, um das zu ermöglichen.

Wir haben gestern vom Präsidium noch eine Erklärung herausgegeben,[11] daß ich sogar vorschlage – das Präsidium ist mir gefolgt –, nicht nur einseitig mit der FDP Gespräche zu führen, sondern auch mit der SPD, schon um die Kaufpreise beider Seiten nicht allzusehr in die Höhe zu schrauben. Das hat aber nichts mit Sympathie und Antipathie zu tun, sondern das scheint die politische Logik zu erfordern.

Ich finde es geradezu grotesk, wenn Herr Wehner uns demokratische Spielregeln beibringen möchte. Ich habe das heute noch in vornehmer Umschreibung auszusagen versucht. Aber ich bewundere den Mut dieser Herren, mit dem sie uns Demokratie lehren wollen.

Das ist die Situation, wie sie sich darstellt; wir haben nun darüber zu beraten. Wir können, wenn Sie wollen, alles diskutieren; wir können auf die Vergangenheit zurückgreifen. Ich meine, wir sollten in der Gegenwart bleiben, und wir sollten das beraten, was jetzt zu tun notwendig ist, in welcher Prozedur wir das vollziehen wollen und wer an den Verhandlungen beteiligt sein soll, die jetzt sicher unmittelbar beginnen werden.

Das, meine Damen und Herren, zur Einführung. Ich stelle das nun frei zur Diskussion.

---

11 Das Präsidium der CDU beschloß, am 7. November 1966 Koalitionsverhandlungen mit SPD und FDP aufzunehmen, vgl. ACDP 07–001–053/1.

Noltenius: Ich möchte eine Anregung geben, daß wir uns heute abend nicht über das Zurückliegende unterhalten und uns nicht gegenseitig vorhalten, wie alles gekommen ist. Ich setze voraus, daß wir in diesem Kreise überwiegend Mitakteure sind, die das ohnehin wissen. Unsere Aufgabe besteht doch darin, nun zu beraten und zu beschließen, was geschehen soll, soweit das in der Kompetenz des Bundesvorstands liegt.

Ich möchte hören, wie die Fraktion sich die weitere Entwicklung denkt. Deswegen möchte ich anregen, daß der Herr Fraktionsvorsitzende als erster aus den Gedanken und Überlegungen des Fraktionsvorstands und aus seinen eigenen dem Bundesvorstand berichtet.

Barzel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich teile die Meinung von Herrn Noltenius und anderen, daß man nach vorne sehen muß. Hinten sind die Tatsachen, die kann man nicht anders diskutieren, als sie gewesen sind.

Ich lege im Hinblick auf den Bericht des Herrn Bundeskanzlers nur Wert auf eine einzige Feststellung, die darin nicht enthalten war. Aber es ist ja auch unmöglich, über die ganzen Tage hier in einem so kurzen Bericht vollständig zu berichten. Dennoch die Feststellung, daß die Bundestagsfraktion der CDU/CSU in all diesen Fragen einstimmig gehandelt hat, daß zuerst die Frage von Steuererhöhungen im internen Gespräch mit dem Bundeskanzler und mit dem Außenminister in die Debatte geworfen worden ist, was vernünftig und Amtspflicht und in Ordnung war; wir können dem nicht ausweichen. Der Bundeskanzler hat in der letzten Sitzung der Bundestagsfraktion nach dem Scheitern des letzten Koalitionsgesprächs – das Datum wurde soeben genannt[12]; ich habe es nicht im Kopf, aber es war ein Dienstag – von sich aus erklärt: In all diesen Tagen sei nicht nur keine Meinungsverschiedenheit zwischen Fraktionsführung und ihm gewesen, sondern wir hätten naht- und fugenlos zusammengearbeitet. Das nur für die Vergangenheit, und damit komme ich gleich zu der Zukunft und sage, wie Sie wollen, was jetzt zu geschehen hat.

Meine Damen und Herren! An die Fraktion ist aus Parteikreisen der Wunsch herangetragen worden – insbesondere durch ein Telegramm der Herren Landesvorsitzenden aus Baden-Württemberg, von Rheinland-Pfalz und des Saargebietes ist sie darum gebeten wurden –, keinerlei präjudizierende Entscheidungen zu treffen, bevor dieser Vorstand getagt hat.[13] Eben dies ist geschehen. Die Fraktion erwartet natürlich heute, daß die Partei sich zu den anstehenden Fragen äußert. Innerhalb der Fraktion gibt es Unterschriftensammlungen und alle möglichen Geschichten. Die Fraktion will wissen, wie es weitergeht. Ich glaube, hierzu gibt es auch einige sachliche Gründe.

Der Herr Bundeskanzler hat darauf schon hingewiesen, und das sollte noch ein bißchen unterstrichen werden. Ich bin nämlich nicht ganz sicher, ob uns allen dies so ernsthaft präsent ist, wie es präsent sein sollte. Den Haushalt für das Jahr 1967 begleiten

12 Sitzung des Fraktionsvorstands und der Fraktion am 2. November 1966, vgl. CDU/CSU-Fraktionsprotokolle Nr. 359.

13 Das Telegramm ging vor der Fraktionssitzung am 2. November 1966 ein und war unterzeichnet von Adorno, Filbinger, Gurk und Scheufelen (Baden-Württemberg), Kohl (Rheinland-Pfalz) und Zeyer (Saarland), vgl. Ebd. S. 2135.

zwei Gesetze, das Finanzplanungs- und das Steueränderungsgesetz. Diese Gesetze sehen vor, Ausgaben in Höhe von 3,5 Mrd. DM, die aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen entstehen, abzubauen. Treten diese Gesetze nicht rechtzeitig – das heißt: Ende des Jahres – in Kraft, entsteht zwar nicht im ganzen Umfange, aber in einem erheblichen Teil dieses Umfanges ein zusätzliches Loch. Es entsteht außerdem die staatspolitisch unerwünschte Situation, daß Leistungen der öffentlichen Hand, die durch das Haushaltssicherungsgesetz abgebaut sind, dann wieder aufleben. Vor der Situation stehen alle. Diese Gesetze sind, da sie unpopulär sind, ohne Mehrheit, die auch in einer Regierung Ausdruck findet, nicht durchzusetzen. Alle die, die sagen: Das ist nicht so schlimm, laßt uns noch diese oder jene Woche gewinnen, sprechen uns wahrscheinlich politisch aus dem Herzen; nur nehmen sie in Kauf, daß dieses finanzielle Loch entsteht. Herr Kollege Schmücker hat uns vorgetragen, daß, wenn das alles nicht in Ordnung kommt, wir im Frühjahr nächsten Jahres – er kann das viel besser dartun – eventuell vor Insolvenzen der öffentlichen Hand stehen.

Diese finanzielle Lage hat noch einen zusätzlichen Aspekt bekommen, weil die Bundesregierung auf Bitten der Fraktion – aber auch selber, wir waren da völlig einig – einen Ergänzungshaushalt vorlegt, der nun all die offenen Fragen regelt. Dieser Ergänzungshaushalt ist von einem weiteren Gesetz begleitet, in dem eine Fülle von Maßnahmen – auch die Steueränderungen – drin sind. Die Bundestagsfraktion hat gestern beschlossen, dieses Gesetz einzubringen; es geht zugleich an den Bundestag.[14] Sie hat beschlossen, dieses Gesetz initiativ einzubringen, weil auch dafür der Zeitdruck gilt, von dem ich soeben sprach. Die Bundestagsfraktion sieht aus ihrer Verantwortung für die Stabilität des guten Geldes und für die Finanzen den Zwang, möglichst bald eine Mehrheit herzustellen, weil sonst die Dinge unauflösbar werden.

Das Zweite: Ich bin bis vorgestern – und dies sage ich jetzt persönlich als der Fraktionsvorsitzende – von der Sicherheit ausgegangen, daß ich nicht morgens aufwache und in der Zeitung lese, wir sind in der Opposition, weil SPD und FDP sich verständigt haben. Dieser Sicherheit bin ich seit vorgestern nicht mehr, bin ich seit der heutigen Debatte auch nicht mehr. Es gibt natürlich viele Gerüchte, die zu einem dringen. Aber in den letzten Wochen hat man eine Erfahrung entwickelt, Gerüchte zu sieben. Es gibt Gespräche zwischen FDP und SPD – ich sage es bewußt so rum –, das muß man sehen. Herr Wehner hat heute erklärt – und wer den Mann kennt, weiß, daß das nicht unwichtig ist –, er wolle erst einmal sehen, wie sich dieser Tag abspiele; er hat dann hingeschaut, ob überhaupt diese FDP für ihn ein abstimmungsfähiger Partner, nämlich geschlossen ist. Dann hat er eine Rede gehalten, die in der Sache mehr an uns gerichtet war. Sie haben eben erklärt, daß sie am Freitag weitere Beschlüsse fassen werden.

14 Entwurf eines „Zweiten Gesetzes über das Beteiligungsverhältnis an der Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer" (Drs. V/1066 vom 2. November 1966); Entwurf eines „Ersten Gesetzes zur Überleitung der Haushaltswirtschaft des Bundes in eine mehrjährige Finanzplanung – Finanzplanungsgesetz" (Drs. V/1067 vom 2. November 1966); Entwurf eines „Zweiten Gesetzes zur Überleitung der Haushaltswirtschaft des Bundes in eine mehrjährige Finanzplanung – Steueränderungsgesetz 1966" (Drs. V/1068 vom 2. November 1966).

Wir haben durch eine Reihe von Dingen versucht, die heutige Debatte zu verhindern.[15] Das muß ich auch hier wieder sagen, der Bundeskanzler hat gesagt: Bitte, ich wünsche an sich diese Debatte. Ich denke, wir haben sie auch hinbekommen, so gut es ging. Aber die Gefahr, die wir sahen, daß diese Debatte eine Verhärtung der koalitionspolitischen Front mit sich bringen würde, insbesondere für die, die die kleine Koalition fortsetzen wollen – von dieser Gefahr reden wir seit Freitag abend –, ist leider eingetreten, weil es nicht gelang, diese Debatte zu verhindern. Das muß man sehen. Die parlamentarische Lage ist nicht so, daß alle wie selbstverständlich nur auf unsere Initiative warten.

Das Dritte: Mir scheint es, daß es mit dem Ablauf der Dinge – denken Sie vor allen Dingen an die finanziellen Dinge, wo wir nun die ganzen Pfeile der Interessenten allein auf uns gerichtet haben – natürlich jeden Tag schwerer wird, zu annehmbaren Bedingungen eine Mehrheit im Bundestag für die Bundesregierung herzustellen. Das wird nicht leichter, sondern mit jedem Tag schwerer.

Ich glaube, man muß diese drei Dinge ganz nüchtern sehen. Die Bundestagsfraktion hat auf unseren Wunsch nicht debattiert, Herr Noltenius, weil wir diese Sitzung hier abwarten wollten. Die Bundestagsfraktion wird sicher – ich würde ihr diesen Vorschlag notfalls aus eigener Pflicht machen müssen, ich glaube aber nicht, daß es dazu kommt – versuchen, sobald wie möglich die anderen, und zwar beide, nacheinander zu Gesprächen einzuladen. Wenn wir dies nicht bald tun, zwingen wir die anderen geradezu, miteinander zu sprechen. Ich habe jetzt kein Wort darüber gesagt, wie dies in der Öffentlichkeit dann aussieht.

Ich glaube, daß das in diesem Augenblick das ist, was wir mit Blick nach vorne sagen können, Herr Noltenius. Die Fraktion erwartet, wie gesagt, daß wir möglichst noch in dieser Woche zu Entscheidungen kommen. Ich habe die Fraktion wissen lassen, daß nichts vor heute passieren kann, daß sie aber Donnerstag oder Freitag verfügbar sein mögen.

Sie wissen außerdem – das ist der Punkt, der hier hereingehört, obwohl er uns nicht direkt berührt; aber er geht uns doch sicher an –, daß morgen das entsprechende Gremium der CSU in München tagt[16] und natürlich auch ein bißchen wissen will, was die CDU denkt und tut.

Letztens: Die Fraktion erwartet, daß die Partei sie nicht präjudiziert. Die Fraktion hat die Partei nicht präjudiziert. Nun kann man natürlich sagen, daß die Formel des Nichtspräjudizierens den völligen Neutralismus, den Stillstand bedeutet. (*Meyers:* Sind Sie nicht der Ansicht, daß einer mal anfangen müßte?) – Dazu komme ich gerade. Deshalb müßte also – nehmen wir die rheinische Formulierung auf – jemand mal anfangen, aber in der Weise und so weitgehend, wie es dem Gremium zukommt. Die Fraktion hat

15 Vgl. Sten.Ber. 5. WP 70. Sitzung vom 8. November 1966 S. 3279–3317. Die SPD stellte in der Debatte den Antrag betreffend „Vertrauensfrage des Bundeskanzlers" (Drs. V/1070 vom 31. Oktober 1966), der mit 255:246 Stimmen angenommen wurde, vgl. EBD. S. 3304.

16 Sitzung des CSU-Landesvorstands am 9. November 1966, Protokoll in ACSP, LVorstand 1966 Nov. 9 Nr. 1.

gewartet und legt Wert auf die Feststellung, daß natürlich letzte Entscheidungen bei ihr liegen. Das ist nie bestritten worden. Die Fraktion legt großen Wert darauf, diese Schwierigkeiten zusammen mit der Partei – das sollte auch in allem, was beschlossen wird, seinen Ausdruck finden – zu lösen, so wie das früher auch üblich und richtig war.

Meine Damen und Herren, ich glaube, damit kann ich es in diesem Augenblick bewenden lassen. Ich möchte jetzt nicht – Herr Noltenius, ich glaube nicht, daß das erfragt war – etwas über Sachfragen und solche Dinge sagen, über die acht Punkte der SPD[17] und die koalitionspolitische Plattform der FDP[18]. Ich glaube, das gehört in eine spätere Runde. Zunächst nur das zu Ergänzung dessen, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat.

Blumenfeld: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich glaube, man kann die Ausführungen, die Analyse des Herrn Fraktionsvorsitzenden nur als zutreffend, klar und eindeutig bezeichnen. So ist in der Tat die Lage, so sieht die gesamte Fraktion sie.

Wenn das der Fall ist, dann muß dieser Bundesparteivorstand, in dem wohl alle führenden Kräfte der Union vertreten sind – zumindest vertreten sein sollten – sich darüber im klaren sein, daß – nun möchte ich einen Zeitpunkt nennen – bis Ende der Woche Klarheit über den Weg sein muß, d. h., daß bis Ende dieser Woche die Fraktion in der Lage sein muß, zu entscheiden. Die Fraktion ist diejenige, die die Entscheidung durch Abstimmung herbeizuführen hat. Dieser Bundesparteivorstand soll nicht präjudizieren.

In einer Situation – sie ergab sich aus dem Bericht des Parteivorsitzenden und aus den ergänzenden Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden –, wo die gesamte deutsche Öffentlichkeit und die internationale Öffentlichkeit auf die Union schaut, können wir nicht lange warten, und zwar nicht nur wegen der Gefahr, die heute sehr deutlich an die Wand gemalt worden ist, daß zum Zwecke von Neuwahlen die SPD mit der FDP jetzt unter Umständen doch ein konstruktives Mißtrauensvotum einbringt und damit eine Kanzlerwahl durchführt, sondern auch deswegen, weil wir demonstrieren müssen, daß wir in der Lage sind, Führungskraft und Führungswillen auszuweisen. Das hängt unmittelbar mit der Personalfrage zusammen.

Herr Bundeskanzler, wir sind dankenswerterweise auf Ihre Initiative hin in den letzten Tagen zusammengekommen, gestern abend im Kreise der Vorsitzenden der Landesverbände.[19] Es haben unter Ihrer Führung eine Reihe informativer Gespräche stattgefunden. Daraus habe ich für meinen Teil entnehmen dürfen, daß auch Sie, Herr Bundeskanzler, den Wunsch haben, sich in diesem Stadium einer vielleicht nur kurzen Periode mit einem kleinen Gremium zu beraten, das ein Mandat hat. Ein aus dem Bundesparteivorstand und dem Vorstand der Bundestagsfraktion zusammengesetztes ganz kleines

17 Herbert Wehner trug ein 8-Punkte-Programm der SPD während der Bundestagsdebatte am 8. November 1966 vor, vgl. Sten.Ber. 5. WP 70. Sitzung S. 3298f. Vgl. auch SIEGLER 4 S. 415f. – Am 11. November legte die SPD eine Interpretation des Plans als „Aufgaben einer neuen Bundesregierung" vor, vgl. ACDP 01–226–303. Vgl. auch Nr. 26 Anm. 95.

18 Vgl. die Äußerungen von Knut von Kühlmann-Stumm in der Bundestagsdebatte am 8. November 1966 (Sten.Ber. 5. WP 70. Sitzung S. 3302f.).

19 Am Rande der Präsidiumssitzung (vgl. Anm. 8).

Gremium sollten Sie als Bundesparteivorsitzender zu Ihrer Beratung zur Verfügung haben. Ich halte das aus den verschiedensten Gründen für zweckmäßig und habe das bei den Besprechungen auch zum Ausdruck gebracht.

Ohne damit irgendwie den Beschlußgremien – sei es Präsidium, Bundesparteivorstand oder Bundestagsfraktion – vorgreifen zu wollen, halte ich es angesichts der Lage, die wir im Parteipräsidium zur Genüge kennen, in diesem Augenblick nicht für zweckmäßig, daß das Parteipräsidium das Gremium ist, das den Bundesparteivorsitzenden berät. Ich brauche hier nicht auszuführen, warum. Es ist wohl zweckmäßig, daß wir diese Frage hier zumindest erörtern. Ich persönlich möchte mich für eine solche Kommission, für ein solches Gremium aussprechen, das hinter und mit dem Parteivorsitzenden die Fragen der nächsten Tage bis zur Beschlußfassung durch die Fraktion erörtert. Es wird leichter sein, die eine oder andere notwendige Sachfrage hier zu erörtern.

Aber, Herr Bundeskanzler, es scheint mir ebenso klar zu sein, daß von dem Augenblick an, wo die Bundestagsfraktion eine personelle Entscheidung getroffen hat – und sie muß bald, sehr bald erfolgen –, die designierte Persönlichkeit die Verhandlungen mit den Koalitionspartnern – mit Ihnen gemeinsam, in engstem Einvernehmen mit Ihnen – führen muß. Ich spreche selbstverständlich von „Partnern", obwohl wir heute in diesem Kreise uns meiner Meinung nach auch darüber unterhalten müssen, ob das Risiko nach der einen oder anderen Seite zu groß wäre.

Ich persönlich meine, daß wir ganz ernsthaft auch die Möglichkeit einer Großen Koalition prüfen müssen. Ich sage das als jemand, der bislang mit einer ganzen Reihe von Kollegen immer gegen eine Große Koalition aufgetreten ist. Ich bin der Meinung, daß wir in der Lage, in der wir uns befinden, diese Frage nicht nur ganz ernsthaft prüfen, sondern uns mit allen Sachargumenten so ernsthaft auseinandersetzen müssen, wie es die Not der Stunde gebietet, und zwar nicht nur im Hinblick auf das nächste Jahr, sondern im Hinblick auf die ganzen kommenden Jahre der Zusammenarbeit mit der Union. Das schließt in keiner Weise aus, daß nicht auch die Verhandlungen mit der FDP dann vielleicht sogar erleichtert und zu einem Abschluß kommen könnten.

Damit sollte auch klargemacht werden – vielleicht ist das eine Selbstverständlichkeit –, daß man nicht über Personen oder Persönlichkeiten unter dem Gesichtspunkt diskutieren kann: Der eine ist für die kleine, der andere für die Große Koalition. Es darf nachher nur einen einzigen Kandidaten geben, der für die Union auftritt und nach beiden Seiten hin offen und frei verhandeln kann, ohne irgendwie eingeengt oder gebunden zu sein.

Herr Wehner hat heute offiziell im Deutschen Bundestag noch einmal die acht Punkte der SPD enumeriert. Die FDP hat ebenfalls – zwar nicht so präzise – eine Reihe von Sachfragen aufgestellt. Wir haben zu diesen Sachfragen noch nicht Stellung nehmen können. Selbstverständlich besteht die Notwendigkeit, in engster Verbindung mit den personellen Fragen auch zu diesen Sachfragen Stellung zu nehmen, bevor wir in die Verhandlungen gehen. Es geht nicht, daß die Fraktion oder die Partei angesichts der vor uns auf dem Tisch liegenden Fragen, die eine Antwort erheischen, in zwei Hälften auseinanderklafft. Deswegen ist es nicht nur aus der finanziellen Sicht, sondern auch aus

der Sicht der Deutschland-, der Außen- und der Verteidigungspolitik und all der z. T. übertrieben skizzierten Dinge notwendig, daß wir in die Lage versetzt werden, so schnell wie möglich Klarheit zu haben.

Ich bitte darum, daß sich dieser Bundesparteivorstand in dieser Richtung heute eindeutig äußert. Damit will ich nicht sagen, daß wir hier in diesem Kreise heute schon eine große Personaldiskussion führen sollten. Wir sollten aber in der Lage sein, den Kreis auf die wenigen Kandidaten einzuengen, die überhaupt nur in Frage kommen.

Even: Herr Bundeskanzler! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich bin der Auffassung, daß Eile geboten ist, um die gegenwärtige Regierungskrise zu lösen. Ich möchte das in fünf Punkten zusammenfassen:

Erstens hat uns der heutige Tag gezeigt, was vielleicht einige von uns in einem gewissen spekulativen Optimismus noch für möglich gehalten haben, daß wir im Deutschen Bundestag tatsächlich in der Minderheit sind. Gewisse Spekulationen, die FDP könne vielleicht nicht vollzählig anwesend sein oder sich z. T. nicht an der Abstimmung beteiligen, haben sich nicht als zutreffend erwiesen. Wir sollten dieses Faktum ernst nehmen.

2. Die Öffentlichkeit wartet geradezu fieberhaft darauf, daß eine Entscheidung getroffen wird. Ich gehöre nicht zu denen, die einer überstürzten Entscheidung das Wort reden. Aber das, was sich in den letzten Monaten und dann immer fieberhafter, hektischer in den letzten Wochen und Tagen ereignet hat, schreit geradezu danach, daß wir nun durch einen operativen Schnitt zu erkennen geben, daß wir die Krise endgültig überwinden wollen. Wir stehen nämlich in der Gefahr, daß in der Tat aus der Regierungskrise eine Staatskrise mit einer um sich greifenden Staatsverdrossenheit wird, die wir dann möglicherweise nicht mehr in den Griff bekommen, selbst wenn wir in einigen Wochen eine Entscheidung treffen, die wir wahrscheinlich in den nächsten Tagen bereits treffen könnten und sollten.

3. Unsere Wähler und unsere Mitglieder werden zunehmend unruhig. Sie erwarten von uns ein schnelles und tiefgreifendes Handeln. Sie haben kein Verständnis dafür, daß nun wochenlange Debatten um Personalfragen und Sachfragen stattfinden, denn im Grunde genommen kann entscheidend Neues in unserem Kreise dazu nicht beigetragen werden. Ich glaube, daß es auch im Hinblick auf die internationale Situation dringend erforderlich ist, im Deutschen Bundestag wieder eine regierungsfähige Koalition zustande zu bringen. Das ist auch insbesondere deshalb notwendig, um der Gefahr entgegenzuwirken, daß die neuen Rechtsextremisten in Deutschland[20] weiterhin auf die Karte des totalen Autoritätsverfalls mit dem Argument setzen können, die Demokratie sei offenbar doch nicht in der Lage, auf Dauer eine stabile Ordnung zu schaffen.

4. Auch mir ist bekanntgeworden – es findet das in vielen Schichtungen statt –, daß zwischen der FDP und der SPD insgeheim verhandelt wird. Wir haben von Freunden in der FDP, die uns nahestehen, die dem Flügel angehören, der lieber mit uns gehen würde

20 Gemeint ist die NPD, die bei der Landtagswahl in Hessen am 6. November 1966 7,9% (= 8 Mandate) der Stimmen erreicht hatte.

als mit der SPD, den Wink bekommen, daß in der Tat hier Gefahr im Verzug ist. Wir sollten die Dinge nicht einfach mit der Vermutung vom Tische wischen, daß zwischen FDP und SPD so gravierende Meinungsverschiedenheiten bestünden, daß die sich nicht verständigen könnten. Ich glaube, es wäre fahrlässig, wenn wir uns darauf verlassen würden.

Fünftens möchte ich etwas über die Stimmung in unserer Bundestagsfraktion sagen, wie sie nach meinem Eindruck ist. Sie wissen, daß eine Abstimmung nicht stattgefunden hat. Aber es gibt natürlich auch ein Gespür und Möglichkeiten, die Stimmung zu testen. Ich habe das Gefühl, daß die Bundestagsfraktion nicht bereit ist, über dieses Wochenende hinweg weiter zuzuwarten, sondern daß sie entschlossen ist, in den nächsten Tagen eine Entscheidung herbeizuführen. Ich muß davon ausgehen – ich unterstreiche das, was der Herr Fraktionsvorsitzende Dr. Barzel gesagt hat –, daß wir mit Rücksicht auf die Sitzung des Bundesvorstands eine Entscheidung bereits zurückgestellt haben, um nichts zu präjudizieren. Das bedeutet, daß der Vorstand in irgendeiner Form ein Votum geben müßte, wenn er mitbestimmen will – was sein gutes Recht und was seine Pflicht ist –, ein etwas präziseres Votum als eben nur die Billigung dessen, was in den vergangenen Tagen erklärt worden ist. Der 2. November liegt auch schon wieder sechs Tage hinter uns, um es noch offener zu sagen: Ich habe den Eindruck, daß in der Fraktion die Mehrheit auch nicht mehr daran glaubt, daß Herr Bundeskanzler Erhard eine neue Mehrheit im Bundestag erreichen wird, und daß unter diesem Gesichtswinkel offen die Personaldiskussion in Gang gesetzt ist.

Ich möchte abschließend folgende Frage an den Herrn Bundeskanzler stellen. Herr Bundeskanzler, sehen Sie eine reale Möglichkeit, ein neues Mehrheitskabinett unter Ihrer Führung zu bilden? Wenn das nicht der Fall ist, ist die Konsequenz klar. Wenn von Ihnen bejaht wird, daß Sie die Möglichkeit noch sehen, dann, meine ich, müßte die Klärung in den allernächsten Tagen erfolgen – ich würde sagen: bis spätestens Freitag, bis zum Wochenende –, weil ich glaube, daß wir länger dem inneren wie auch dem äußeren Druck, zu einer klaren Entscheidung zu gelangen, nicht mehr standhalten können.

Ich bin der Auffassung, die auch der Herr Kollege Blumenfeld geäußert hat, daß wir uns in diesem Gremium hier heute abend durchaus noch darüber unterhalten sollten, wer etwa in Betracht käme, daß wir den Kreis der von uns für fähig Gehaltenen abgrenzen und vor allem eine Barriere gegenüber teilweise geradezu abenteuerlichen Vorschlägen errichten, die gemacht werden. Es kann unserer Partei nicht nutzen, wenn wir der personalpolitischen Phantasie in unseren Reihen wie auch in der deutschen Öffentlichkeit freien Lauf lassen.

Durch die Einengung auf einen engen, wenige Personen umfassenden Kreis würde die Gefahr vermieden, etwa die Bundestagsfraktion zu präjudizieren oder zu riskieren, daß man, wenn man sich bereits auf eine bestimmte Persönlichkeit kapriziert, zu einem anderen Ergebnis als möglicherweise die Fraktion käme. Auf der anderen Seite sollte man aber mehr tun, als nur eine Kommission zu bilden, die dann wieder sondieren soll. Das wäre mir zu wenig. Man soll vielmehr einen gesunden, konkreten Mittelweg finden, um uns aus diesen Schwierigkeiten herauszuhelfen.

Erhard: Kollege Even, darf ich darauf antworten. Erst einmal möchte ich sagen: Je eher der Nachfolger gewählt sein wird, desto sympathischer wird es mir sein. Damit können Sie annehmen, daß ich mich nicht querlegen, und daß ich den Prozeß unter keinen Umständen aufhalten will, wenn er schon notwendig ist.

Was nun die Chancen anlangt, so glaube ich, daß mit der FDP die Chance für mich so gut oder so schlecht ist wie für jeden anderen auch, der die Verhandlungen führt, denn es scheint mir ganz sicher zu sein, daß die FDP auf die Sachfragen heraus will und nicht so sehr auf die Personenfrage. Dabei möchte ich sagen, daß bei ihr vielleicht die eine oder andere Persönlichkeit etwas schwerer wiegt als die andere. Aber hier haben wir es mit einer Auseinandersetzung um die Sachfragen zu tun.

Wenn sie mich fragen, wie ich meine Chance einschätze, etwa mit der SPD zu Rande zu kommen, dann muß ich Ihnen sagen: gleich Null. Erstens einmal habe ich selber wiederholt erklärt, daß mir – nicht aus Haß oder grundsätzlicher Abneigung gegen die SPD, sondern aus staatsmännischer Gesinnung heraus – eine Große Koalition nicht tunlich erscheint. Ich glaube, auch Herr Wehner hat deutlich genug gesagt, daß zwischen mir und ihm das Tischtuch zerschnitten sei, daß, wenn es über eine Koalition zu verhandeln gäbe, ich dazu nicht in Frage käme. Nun schön, daraus wird unsere Fraktion, unsere Partei, auch gewisse Konsequenzen zu ziehen haben. Für die SPD halte ich mich wirklich für den schlechtesten Verhandlungspartner.

Ich war ehrlich genug, aus der Verantwortung für den Staat auch das mit ins Auge zu ziehen, daß mit der SPD verhandelt werden soll, mit beiden Seiten, sonst werden wir von beiden Seiten gleichermaßen erpreßt, um es einmal so auszudrücken, und das liegt nicht gerade im Interesse dessen, was wir anstreben.

Ich bin ganz nüchtern und leidenschaftslos und sage: Mit der FDP rechne ich mir die gleichen Chancen aus wie jeder andere unter uns. Bei der SPD glaube ich, daß ich zu einem Verhandeln oder zu einer Verhandlungsbereitschaft, zu einem wirklich sachlichen Gespräch nicht kommen kann.

Meyers: Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß wir offensichtlich einig sind: Das Minderheitskabinett muß möglichst bald beendet werden, und zwar aus den Gründen, die der Fraktionsvorsitzende gesagt hat, die man nur unterstreichen kann. Es ist völlig ausgeschlossen, daß dieses Kabinett für den Etat sowie die beiden anderen wichtigen Gesetze eine Mehrheit findet.

Zweitens sind wir uns wohl darüber einig, daß vielleicht – vielleicht, ich schränke das auch ein – außer der SPD kein Mensch zu diesem Zeitpunkt an Neuwahlen denken kann. Wir müssen die verbleibende Zeit der jetzigen Legislaturperiode nutzen, um das Ansehen der Union im Lande so wiederherzustellen, daß wir mit Chancen, die stärkste Partei zu werden, in die nächsten Bundestagswahlen gehen können.

Wenn das so ist, dann ergeben sich folgende Fragen. Von der SPD wird jetzt mehrfach der Gedanke in die Debatte geworfen, ob man eine Allparteienregierung anstreben solle. Ich halte das für schlecht. Ich würde sagen: Nein. Eine Allparteienregierung soll man machen, wenn man einen Staatsnotstand hat. (*Zurufe:* Sind wir einig!) – Sind wir alle einig! Einverstanden.

Es ist aber noch ein Grund dabei, der zuwenig gesagt worden ist: Man soll die beiden anderen nicht daran gewöhnen, miteinander zu arbeiten; dann könnten sie eines Tages uns überdrüssig werden.

Es bleiben uns also die beiden Möglichkeiten, und ich halte es für richtig, daß man nicht nur aus taktischen, sondern aus sachlichen Gründen beide Möglichkeiten erwähnt. Nach der Erklärung, die der Herr Bundeskanzler soeben gegeben hat, bin ich nun folgender Ansicht. Sie wissen, Herr Bundeskanzler, daß ich jemand bin, den Sie unbedingt zu Ihren Freunden in diesem Kreise zählen können. Sie wissen, daß ich nicht irgendwie tangiert bin. Sie können mir also glauben, daß ich es ehrlich meine, wenn ich sage: Sie sollten diese Verhandlungen nicht führen. (*Erhard:* Das habe ich ja selber gesagt!) Dann müssen wir uns aber einigen.

Nun bin ich ganz anderer Ansicht als Herr Blumenfeld. Wollen Sie heute abend hier abstimmen und wählen lassen? Eventuell macht nachher die Fraktion etwas anderes, und wir geben alle Chancen aus der Hand. (*Blumenfeld:* Das habe ich nicht gesagt!) So, dann habe ich das mißverstanden.

Nun bin ich aber der Meinung, daß wir hier heute nicht etwa eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung wählen sollten und diesen Kreis dann der Öffentlichkeit hingeben sollten. Das ist eine taktische Frage, das ist eine praktische Frage und eine politische Frage, die wir gar nicht vorzeitig ausspielen können, wenn wir nicht wissen, wie das in der Fraktion aussieht.

Wir sollten hier eine Kommission bestimmen, die ihrerseits mit Weisungen des Bundesvorstands und mit Weisungen des Vorstands der Bundestagsfraktion die Verhandlungen aufnimmt und die Dinge klärt. Ich bin mit dem Herrn Bundeskanzler der Ansicht, daß in beiden Fällen voraussichtlich Sachfragen eine größere Rolle spielen werden als die Personenfrage; das letztere ist bei beiden – was sich so aus den Gesprächen ergibt – nicht das Entscheidende, sondern die Sachfragen. Wir werden uns sehr schwer tun.

Ich bitte aber wirklich nicht zu unterschätzen, was bei den beiden anderen Fraktionen los ist. Ich darf Sie bitten, wirklich daran zu denken, daß hier z. T. die „Sechsundfünfziger" von Düsseldorf[21] am Werke sind. Mir ist aus ganz konkreten Angeboten bekannt, daß einer, der mich, wie ich gesagt habe, in mein „Zwei-Mann-Unternehmen" wegen der Bundesregierung mit hineingetrieben hat[22], sehr eifrig nach der anderen Seite verhandelt, so daß ich ihm habe bestellen lassen: „Weswegen dann der Unfug mit Meyers die paar Monate?" (*Zuruf:* Zoglmann[23]!) – Nein, den Mann kenne ich nicht. (*Weitere Zurufe.*)

21 Gemeint sind die „Jungtürken" der FDP, die 1956 mit der SPD in einem Mißtrauensvotum die Regierung Arnold stürzten.

22 Nach der Wahl vom 10. Juli 1966 regierte Meyers mit einer Koalition von CDU (86 Mandate) und FDP (15 Mandate); die SPD verfügte über 99 Mandate.

23 Siegfried Zoglmann (geb. 1913), Verleger; 1950 FDP, Pressereferent, 1954–1958 MdL Nordrhein-Westfalen, 1957–1976 MdB (bis 9. Oktober 1970 FDP, zunächst Gast der CSU-Landesgruppe, ab 13. Dezember 1972 Mitglied der CDU/CSU-Fraktion).

Es ist aber folgendes. Hier ist nicht nur der Bund im Spiel, sondern mein Freund Georg August Zinn[24] sagt: Ich werfe eventuell das Gewicht Hessens in die Waagschale. Man kann auch noch Nordrhein-Westfalen dazu nehmen. Dann ist das ein ganz kompaktes Paket von Angeboten, das kann so oder so – nun sagen Sie bloß nicht, ich dächte das aus Angst, daß ich meinen Stuhl da in Düsseldorf verlöre. Ich sage Ihnen das nur, damit Sie die Gegebenheiten sehen und nicht etwa meinen, die beiden könnten nicht zusammen. Im Lande sind die in der Kulturpolitik viel näher als die CDU zu jeder von ihnen; im Bunde sind sie in der Deutschlandpolitik, vielleicht auch in der Außenpolitik viel näher, als wir meinen. Dann werden sie also einige wenige sonstige Dinge überklettern können. Deswegen sollten wir das Gesetz des Handelns nicht aus der Hand geben, sollten schnell handeln.

Das schnelle Handeln scheint mir darin zu bestehen, daß wir heute eine kleine Kommission bestimmen, und daß die Fraktion sich möglichst bald darüber klar wird, welche Richtung sie einschlägt. Das ist richtig: Wir können zwar allgemein die politischen Dinge hier besprechen, aber das letzte Wort hat eben die Fraktion.

Ich bitte die anwesenden Mitglieder der Fraktion auch die andere Möglichkeit zu berücksichtigen, die es in den Ländern gibt – in Niedersachsen haben wir es schon[25] –, die Große Koalition. Das könnte sich doch auch ändern. Es sind derartig viele Angebotsmöglichkeiten da, so daß wir von uns aus schnell handeln und entscheiden sollten. Es gilt zwar immer noch die alte Geschichte von Lichtenberg: Ob es besser wird, wenn es anders wird, das steht dahin; daß es aber anders werden muß, wenn es gut werden soll, das ist gewiß.[26] Deswegen müssen wir schleunigst handeln, und zwar möglichst noch in dieser Woche.

Röder: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich bin sehr glücklich darüber, daß wir in dieser so wichtigen Frage zu der Auffassung gekommen sind, daß wir nicht gegeneinander, in den verschiedenen Parteigremien unabhängig voneinander, sondern miteinander an diese Fragen herangehen wollen. Das ist nicht immer so gewesen, das ist etwas Außergewöhnliches, das ist ein Fortschritt. Ich bin sehr glücklich darüber, daß sich dieser Standpunkt allgemein durchgesetzt hat. Wir werden noch ein Stück weiterkommen, wenn wir nicht nur in Landesvorsitzenden denken, nicht nur in Landesverbänden denken, nicht nur in Fraktion denken, nicht nur in Bundesparteivorstand denken, sondern wenn wir im Sinne der CDU denken. Jetzt sind wir auf diesem Wege, und ich glaube, es ist ein guter Weg.

---

24 Dr. Georg August Zinn (1901–1976), Rechtsanwalt; 1949–1951 und 1961 MdB (SPD), 1950–1969 Ministerpräsident von Hessen, 1954–1970 MdL Hessen. Vgl. Eilika WUNDER: Georg August Zinn (1901–1976), in: Bernd HEIDENREICH/Walter MÜHLHAUSEN (Hg.): Einheit und Freiheit. Hessische Persönlichkeiten und der Weg zur Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 2000 S. 95–108.

25 In Niedersachsen regierte seit Mai 1965 eine Koalition von SPD und CDU unter Ministerpräsident Georg Diederichs (SPD).

26 „Ich kann freilich nicht sagen, ob es besser werden wird, wenn es anders wird; aber soviel kann ich sagen, es muß anders werden, wenn es gut werden soll." Aphorismus (Sudelbuch 1793 K 246,3) nach Georg Christoph Lichtenberg (1742–1799).

Unsere Schwäche heute – ich war Gast im Deutschen Bundestag und saß auf der Bundesratsbank – schien mir zu sein, daß wir den Vorwurf nicht abwehren konnten, der uns gemacht wurde, daß wir selber nicht wüßten, was wir wollten. Das schien ein schwer zu widerlegender Vorwurf zu sein. Deshalb wird es dringend notwendig, daß wir dazu kommen, uns darüber zu einigen, was wir wollen. Das ist in dieser gemeinsamen Beratung der Vorstandsgremien durchaus möglich. Insofern stimme ich den Parteifreunden zu, die den Vorschlag gemacht haben, eine Kommission zu bilden, in der die Gremien vertreten sind.

Ich möchte nur bitten, diese Kommission durch den Vorstand der CSU zu ergänzen, ohne die wir ja auch nicht können und die morgen Vorstandssitzung in München hat. Es wäre sicher wichtig, daß auch die Landesgruppe der CSU hier mit raten und beraten kann.

Mit dem Augenblick, wo wir anfangen zu handeln – das muß natürlich noch in dieser Woche sein –, wird sehr vielen Gerüchten die Spitze genommen. Nur sollten wir über folgendes einig sein. Wir sollten heute und während diese Kommission sachlich berät, darauf verzichten, personelle Vorschläge zu machen, die dann doch die breite Resonanz nicht haben, da sie nicht gemeinsame Vorschläge all dieser beteiligten Gremien sein können. Wir sollten das zurückstellen, bis diese Gemeinsamkeit hergestellt ist. In der Zwischenzeit sollten wir darauf verzichten, qua Landesverbände, qua Fraktion, qua ... – ich weiß nicht welche Einrichtung – nun weitere personelle Kombinationen in die Welt zu setzen. Wir sollten einmal Disziplin halten, bis diese Gremien zu einem Ergebnis gekommen sind. Dann, meine ich, wären wir in der Lage, das Gesetz des Handelns wieder an uns zu bringen.

Scheufelen: Meine Damen und Herren! Einige Landesverbände aus Süddeutschland haben die Fraktion darum gebeten, daß keine präjudizierenden Entscheidungen getroffen werden, bevor dieses Gremium zusammengetreten ist. Die Lage ist klar. Es muß schnell gehandelt werden; die Fraktion muß das tun. Wir stehen also vor der Frage: Geschieht das ohne eine Meinungsäußerung dieses Gremiums, das zu diesem Zweck zusammengekommen ist, oder mit einer solchen?

Ich hielte es für schlecht, wenn wir dokumentieren würden, daß wir nicht mehr die Kraft und den Willen – mindestens in entscheidenden personellen Fragen – zu einer Meinungsäußerung haben. Das würde niemand verstehen. Wenn irgendein Gremium nicht entschlußfähig ist oder nicht zu einem Entschluß kommen will, nicht zu Vorschlägen, dann verschiebt man das ganze in eine Kommission. Ich bin der Meinung, daß wir eine Kommission brauchen, weil Sachfragen und alle möglichen Dinge geklärt werden müssen. Aber mindestens für den personellen Teil sollte sich dieses Gremium hier den Mut nehmen und die Dinge hier behandeln.

Amrehn: Was der Herr Kollege Röder ausgeführt hat – heute über Personen nicht zu sprechen, soweit die künftige Führung der Regierungsgeschäfte in Frage kommt –, gibt mir Veranlassung, das Wort zu ergreifen.

Heute ist der 12. Tag nach Eintritt der Regierungskrise. Gespräche mit dem früheren Koalitionspartner hätten eigentlich schon bis gestern bis zu einem gewissen Ergebnis

geführt werden müssen, um das Ereignis von heute morgen zu verhüten, wenn mit der FDP überhaupt noch etwas drin ist. Die Konsequenz: Weil es uns schon allzu viel Zeit gekostet hat und weil wir heute handeln müssen, bin ich nicht nur der Meinung, daß die Kommission gebildet werden muß. Ich möchte auch gleich sehr konkret vorschlagen, wie sie vielleicht aussehen könnte, ohne dafür im Augenblick Namen zu nennen. Ich bin vielmehr die Meinung, daß dieser Vorstand seine Führungsaufgabe in der Partei überhaupt nur wahrnehmen kann, wenn er endlich – da er nun einmal zusammengetreten ist – heute auch Beschlüsse in dieser Richtung faßt und sagt: Erstens, es wird eine Kommission gebildet. Zweitens, sie soll zehn Mann stark sein; davon werden vier von diesem Vorstand gestellt, vier von der Fraktion. Ich glaube, daß das ein ausgewogenes Verhältnis ist. Die Mitsprache des Vorstands – mindestens die Mitsprache des Vorstands – muß in dieser Form zum Ausdruck kommen. Ich weiß nicht, ob es dann angemessen ist, wenn die CSU zwei Plätze in der Kommission besetzt. Vielleicht sagt man auch 3 und 3 und 2; das ist auch diskutabel. Das muß jetzt geschehen. Es müssen jetzt vier Mitglieder dafür benannt werden. Morgen muß die CDU-Fraktion des Bundestags das auch tun. Dann sind wir schon ein ganzes Stück weiter.

Wenn wir nicht hinter der Fraktion herlaufen sollen und wollen, und ihr nicht alle Entscheidungsmacht allein überlassen wollen, dann müssen wir heute auch im Stande sein, den Namen des Mannes zu nennen, der künftig für uns eine Regierung führen soll. Ich bin mir völlig darüber klar, daß es heute abend nicht möglich ist, den einen hier aus dem Kreis allein zu bestimmen, der es schließlich machen muß. Aber dieser Vorstand muß mindestens imstande sein, zu sagen: Die zwei oder die drei kommen in Frage. Wir werden, soweit ich es vorsehen kann, es in der Praxis nicht anders handhaben können, als dann der Fraktion die Entscheidung zu überlassen, wen sie davon nominieren will. Ich wäre glücklich, wenn die Partei sich verständigen könnte, schon heute hier den einen Mann zu nennen und von der Fraktion diesen Namen billigen zu lassen. Aber ich weiß, so, wie die Dinge stehen, werden wir auch bis heute abend 11.00 oder 12.00 Uhr nicht zu der Entscheidung für einen Mann kommen. Deswegen wird uns nichts anderes übrig bleiben, als der Fraktion wenigstens eine Auswahl anzubieten. Wir können der Fraktion keinen Vorwurf machen, daß sie eigenmächtig handelt, wenn der Vorstand nicht handelt. Es ist schon zuviel Zeit vergangen.

Ein letzter Punkt. Nach meinem Eindruck ist sowohl im Vorstand als auch in der Fraktion noch eine relative Mehrheit für die Wiederherstellung der Koalition mit der FDP vorhanden. Auch ich wäre froh, wenn wir diese Koalition fortsetzen könnten. Aber dann hätte sie nicht in der vergangenen Woche in dieser Form auseinanderbrechen dürfen. Deswegen gebe ich der Möglichkeit einer Wiederherstellung der Koalition mit der FDP – noch dazu nach dem heutigen Morgen – nur eine sehr geringe Chance.

Ich möchte – nach manchem Beitrag, der heute schon geleistet worden ist – erreichen, daß wir in diesem Vorstand und für die Fraktion, vor allen Dingen aber auch für viele Mitglieder von uns wenigstens das Bewußtsein herstellen, daß es auch nach der anderen Seite – mit der SPD – ernsthafte Verhandlungen um eine Koalition geben muß. Heute hat das jemand einen Sprung ins kalte Wasser genannt. Das weiß ich auch. Aber

ich möchte gleich dazusetzen: Ich wäre unter allen Umständen dagegen – was manche Freunde raten –, anstatt die Gefahr einer Großen Koalition zwischen SPD und uns einzugehen, dann doch lieber in die Opposition zu gehen. Ich will das im Augenblick gar nicht näher ausführen, sondern nur sagen: Wir müssen dem Vorschlag geöffnet bleiben, auch mit der SPD in allem Ernst zu verhandeln.

Ich unterstreiche das so, weil ich mir nicht vorstellen kann, daß man mit den unsicheren Kantonisten, die uns seit Jahren so viel Schwierigkeiten bereitet haben und die die Verantwortung für die gegenwärtige Lage tragen, morgen mit Aussicht auf drei Jahre beständige Gemeinsamkeit Politik bis 1969 machen kann. Das wäre der endgültige Verschleiß der CDU. Sie haben recht, wenn Sie mir entgegnen: Mit der SPD kommen wir in eine ähnliche Verschleißprobe. Die Chancen für unser Überleben halte ich hier aber noch für mehr gegeben als mit der FDP.

Klepsch: Ich glaube, daß es gut ist, daß die Fraktion dem Parteivorstand die Möglichkeit eingeräumt hat, zunächst eine Stellungnahme abzugeben. Wenn das so ist, dann muß dieser Parteivorstand auch tatsächlich eine klare und präzise Aussage machen. Es handelt sich dabei nicht nur darum, daß wir jetzt die Lösung der Neubildung der Regierung betreiben, sondern es geht darum, daß eine Entscheidung für das Schicksal der Partei als solcher getroffen werden muß. Darf ich dazu zwei Bemerkungen beitragen.

Die eine Bemerkung ist an den Parteivorsitzenden gerichtet. Meine Loyalität zu Ihnen, Herr Bundeskanzler, ist wohl nicht angezweifelt worden und gilt sicher auch als unerschüttert. Dessenungeachtet möchte ich folgendes sagen. Sie haben vorhin auf die Frage meines Freundes Even eine meines Erachtens sehr klare Antwort gegeben. Wenn hier unsere Linie Verhandlungen nach beiden Seiten sein soll, wenn man von der Lage in der Fraktion ausgeht und wenn man darüber hinaus von der Lage bei solchen Verhandlungen ausgeht, dann würde ich sagen: Wir sollten uns nicht in verschlungenen Formeln um die Position bewegen, die sich unter dem Wort „personelle Frage" verbirgt. Wir sollten vielmehr im Parteivorstand offen darüber sprechen, welche andere Persönlichkeit wir anstelle unseres Bundeskanzlers als diejenige Persönlichkeit vorschlagen sollten, die die Neubildung der Regierung in die Hand nehmen soll. Ich sage das deshalb ganz nüchtern, weil ich glaube, daß es keinen Zweck hat – wenn die heutige Sitzung des Parteivorstands überhaupt einen Sinn gehabt haben soll –, wenn wir diese Frage nicht zu beantworten suchen.

Ich glaube deshalb auch nicht, daß es einen Sinn hat, ohne klare Aussprache über diesen Punkt eine Kommission zu beauftragen. Wir haben ja alle gesagt, daß diese Dinge noch in dieser Woche geschehen müssen und daß keine Zeit mehr bis zur nächsten Woche ist. Wenn jetzt die CSU am Mittwoch und die Fraktion am Donnerstag weitere Elemente zu einer solchen Kommission bestellen, dann sehe ich keinen Zeitpunkt mehr, wann diese Kommission zusammentreten soll, um noch in dieser Woche der Fraktion eine Entscheidung vorzulegen.

Da das ganz klar auf der Hand liegt, sollten wir nun ganz offen in die Aussprache über das eintreten, was Herr Amrehn unter zweitens gesagt hat, nämlich daß dieser Parteivorstand das Schicksal der Partei ganz maßgeblich mitzugestalten hat. Das ist keine

Aufgabe, die allein der Bundestagsfraktion zufallen kann. Deshalb sollte in diesem Vorstand heute und jetzt eine Aussprache über die Namen geführt werden. Ich würde es begrüßen, wenn wir in diesem Parteivorstand doch auf einen Namen kämen. Sollte das nicht möglich sein, dann verstehe ich den Begriff „Auswahl", den Sie, Herr Amrehn, gebraucht haben, so, daß Auswahl nicht heißt, es seien nun alle Namen genannt worden, sondern daß wir hier als Vorstand eine Einengung vornehmen.

Nun muß ich allerdings noch etwas sagen. Wenn hier die Hoffnung ausgedrückt wurde, daß personelle Gespräche und Kombinationen unterblieben, weil wir hier eine Kommission einsetzen, dann halte ich das für völlig verfehlt. Alle wissen, daß solche Gespräche schon die ganze Zeit geführt werden. Alle wissen auch, daß sie nicht aufhören werden, wie sie in der Vergangenheit auch nicht aufgehört haben, wenn wir eine neue Gemeinsamkeitsentschließung gefaßt haben. Deshalb sollten wir hier ein klares Wort sprechen.

Ich sage das deshalb so nachdrücklich, weil ich meine, daß wir das auch unserem Parteivorsitzenden schuldig sind, der eine sehr wichtige Funktion für unsere Partei zu tragen hat. Er hat mit Recht auf die hohe Verantwortung hingewiesen, die ihm um das Schicksal der politischen Gruppierung, für die wir hier in Deutschland eintreten, auferlegt ist. Ich glaube daher, daß wir nun damit abschließen sollten, darüber zu sprechen, ob eine solche Kommission gebildet werden soll oder nicht. Eine solche Kommission zur Beratung von Sachfragen mag gebildet werden. Aber für wichtig halte ich, daß wir jetzt in die Aussprache über die sogenannte Personenfrage eintreten. Ich halte nichts davon, daß wir weiter verschlungen auf diesen Punkt zusteuern.

Ich darf eine letzte Bemerkung zur Frage der Koalition machen. Das ist ein Punkt, den wir heute hier nicht entscheiden können; dieser Punkt kann erst in den Verhandlungen abgeklärt werden. Ich bin mir aber darüber klar – ich glaube wir alle –, daß wir nicht mehr sehr viel Zeit haben, wenn wir die Initiative in bezug auf die Bildung der Koalition in der Hand behalten wollen. Wenn wir heute gehört haben, daß Herr Bahr[27] aus Berlin angereist gekommen ist, um hier eine ganz bestimmte Koalition weiter voranzutreiben, dann sollte uns das nachdrücklich dazu bringen, jetzt energisch die Verhandlungen aufzunehmen. Ich halte es dabei für ganz selbstverständlich, daß in einer solchen Verhandlungskommission entscheidend unser Bundesparteivorsitzender beteiligt ist.

Gurk: Meine Damen und Herren! Ich möchte auch unterstreichen, daß wir nicht leichten Herzens einer etwaigen Oppositionsstellung entgegengehen sollten. Bei der Eigenart unserer Bewegung wird man erfahrungsgemäß aus der Opposition heraus nur

27 Egon Bahr (geb. 1922), Journalist; 1950–1960 Kommentator beim RIAS Berlin, 1956 SPD, 1960–1966 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin, 1967–1969 Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, 1969–1972 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und Bundesbevollmächtigter für Berlin, 1972–1990 MdB, 1972–1974 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1974–1976 für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1976–1981 SPD-Bundesgeschäftsführer. Vgl. Daniel KÜCHENMEISTER/Detlef NAKATH (Hg.): Architekt und Brückenbauer. Gedanken Ostdeutscher zum 80. Geburtstag von Egon Bahr. Bonn 2002.

sehr schwer wieder an die Regierung kommen können, denn die Regierung, die gegen uns gebildet wird, wird massiv operieren.

Das zweite, was ich in aller Kürze sagen wollte, ist folgendes. Wir können natürlich an der Personenfrage nicht vorübergehen. Die Ohnmacht, in der Personenfrage im Getriebe der Möglichkeiten zu einer Entscheidung zu kommen, macht uns vor der Bevölkerung irgendwie schwach; wir sehen ohnmächtig aus. Wir müssen da zu einer Entscheidung kommen. Außerdem hört dieses Getriebe nicht auf, wenn wir nicht abgrenzen. Wir müssen von denjenigen, die nach ernster Prüfung nicht in diese engere Wahl kommen, erwarten, daß sie Disziplin halten. Wer auch erwählt wird, er bedarf der disziplinären einwandfreien Haltung der ehemaligen Mitkonkurrenten.

Ich halte es für unmöglich, in der Art über Sachfragen zu diskutieren, daß man dem kommenden Kanzler sagt: So, das ist jetzt dein Programm. Er muß bei der Diskussion der Sachfragen dabeisein.

Wollen wir da mal ein offenes Wort unter uns sprechen, warum wir nicht an die Sache herankommen. Diese Schwierigkeit hat man übrigens auch im bürgerlichen Vereinsleben. Die anwesenden beteiligten Herren mögen mir das nicht übelnehmen. Ich meine, wenn die Beteiligten dabeisind, ist es schwer, zu einer offenen Aussprache zu kommen. In einem bürgerlichen Verein findet man in diesem Falle eine Lösung: die Diskussion ohne Anwesenheit der Betreffenden zu führen. (*Heiterkeit und Zurufe.*) Diese Lösung könnte man auch hier finden. (*Fortgesetzte Unruhe.*) Ich glaube, wir haben uns ganz gut verstanden. Wenn Sie mich nicht verstanden haben, kann ich es noch deutlicher sagen: (*Erneute Zurufe.*) Ich glaube, Sie sind doch alle Mitglied in einem Gesangverein, und wissen, wie man es da macht.

Im übrigen wäre noch folgende Möglichkeit gegeben, um einen erheblichen Schritt voranzukommen. Man könnte z. B. diese Sitzung unterbrechen – da wir meines Erachtens nicht ohne eine gewisse Vorentscheidung weggehen dürfen – und könnte dieser Kommission die Aufgabe stellen, in einer Stunde einen Vorschlag zu erarbeiten. (*Zurufe.*) Aber ich ziehe es vor, hier in diesem Kreis unter solchen Umständen zu diskutieren, wie man das in einem – ich darf es noch einmal sagen, Sie haben mich verstanden – Verein auch tut.

Hellwig: Meine Damen und Herren! Ich will nur eine kleine Ergänzung zu dem bisherigen Stand der Diskussion beitragen. Sie betrifft nicht die Personenfrage. Wir diskutieren im Augenblick, wen wir vielleicht wollen. Aber es wird im Augenblick noch nicht davon gesprochen, was wir eigentlich wollen. Hier muß man das Problem des Terminzwangs sehen, unter dem die Bundestagsfraktion hinsichtlich des Haushaltes und der damit verbundenen Finanzvorlagen steht. Hier an diesem Tisch sitzt ein wesentlicher Teil der CDU, ohne dessen Mitwirkung auch die Arbeit der Bundestagsfraktion nicht zum Abschluß gebracht werden kann.

Was ist das Verhältnis Bund-Länder im Hinblick auf die kommenden Probleme des Bundeshaushalts? Hier ist eine Aufgabe auch an uns, den Bundesvorstand der CDU, gestellt. Ich bitte, diese Frage nicht beiseite zu schieben; gleichgültig, auf wen wir uns im weiteren Gespräch nachher konzentrieren, er wird vor dem gleichen Problem des

ungeklärten Verhältnisses zu unseren eigenen Positionen in den Ländern stehen. In der Berichterstattung des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Dr. Barzel ist dieser Punkt bisher leider untergegangen. Daher erlaube ich mir, ihn hier noch einmal zur Sprache zu bringen.

Erhard: Herr Kollege Hellwig, ich möchte Sie bitten, diese Frage hier nicht mit zur Diskussion zu stellen. Das ist eine Belastung, die unerträglich ist. Die Angelegenheit muß jetzt in der gesetzmäßigen Prozedur in Angriff genommen werden.

Lücke: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir haben keine Mehrheit, und wir haben keine Zeit. Damit ist die Frage nach der Zukunft der CDU in den nächsten Jahren gestellt.

Wenn das stimmt – und ich stimme dem bei –, daß wir bis Ende der Woche eine Lösung finden müssen, dann muß allerdings ein Wort dazu gesagt werden, was wir unter einer großen Koalition verstehen. Da ich ohnehin in Verdacht stehe, Anhänger dieser Richtung zu sein, darf ich das bei dieser Gelegenheit einmal klarstellen.

Herr Bundeskanzler, Sie haben vorhin den Satz ausgesprochen, Sie hätten eine große Koalition aus staatsmännischen Gründen abgelehnt. Diesen Satz unterstreiche ich, wenn man große Koalition im Sinne des Proporzsystems begreift, wie sie in Österreich teilweise zum Schaden des Landes jahrelang praktiziert worden ist.[28] Wenn der Fall überlegt werden sollte, eine solche große Koalition im Sinne des Proporzsystems zu diskutieren, würde ich mit Nachdruck dagegen sein, denn dann würde die CDU/CSU draufzahlen.

Worum es hier gehen kann – das muß erörtert werden –, ist zu überlegen: Gibt es noch eine Chance, Korrekturen am Grundgesetz vorzunehmen, die wir alle miteinander brauchen, in der Finanzverfassung ebenso wie im Steuerwesen und beim Stabilitätsgesetz bis hin zu einem praktikablen mehrheitsbildenden Wahlrecht? Ich sagte, wir haben wenig Zeit.

Ich nenne deshalb diesen Weg die große Konzeption, die für ein vorübergehendes Zusammengehen mit den Sozialdemokraten erreicht werden müßte. Wenn sie nicht erreicht werden kann, würde ich mich mit Nachdruck für die kleine Koalition aussprechen. Nicht zuletzt nach den Hessen-Wahlen ist deutlich geworden, daß wir einen Rechtsradikalismus haben, der von unseren Schwierigkeiten, aber auch von anderen Dingen profitiert. Aber ebenso herrschen in der Sozialdemokratie große Schwierigkeiten von linksradikaler Seite her. Meine Damen und Herren, wenn ich hier gesagt habe, wir haben keine Zeit, dann meine ich damit nicht nur die CDU/CSU, sondern auch die konstruktiven Kräfte der anderen Parteien. Deshalb kann man die Konzeption, für die ich plädiere, bei den Diskussionen nicht vom vorübergehenden Zusammengehen mit den Sozialdemokraten und vielleicht auch nicht von der Person trennen, die diese Aufgabe durchführt.

Weil die Frage nach Personen gestellt worden ist, habe ich schon in Nürnberg beim Wahlkampf für meine Person erklärt und erkläre es auch hier, damit wir weiterkommen,

28 In Österreich regierte von 1946 bis 1966 immer eine große Koalition aus ÖVP und SPÖ.

ganz offen: Ich habe zu keiner Stunde daran gedacht, in den Wettbewerb einer solchen Kanzlerkandidatur einzutreten.

Ich sehe allerdings meine Aufgabe als Innenminister und als Politiker mit großem Ernst darin, den Versuch zu unternehmen, diesem jungen Staat das zu ersparen, was wir in Weimar erlebt haben. Meine Damen und Herren, nehmen Sie das bitte ernst, was sich rechts von uns getan hat. Gelingt es nicht, durch ein vorübergehendes Zusammengehen mit den Sozialdemokraten die große Konzeption durchzusetzen, dann sehe ich sowohl für die CDU als Partei als auch für unseren Staat keine gute Zukunft.

Die kleine Koalition mit den Freien Demokraten fortzuführen, halte ich für sehr problematisch, es sei denn aus den Gründen, die ich hier nannte. Darum müssen wir, Herr Kollege Klepsch und Herr Kollege Amrehn, mit Namen doch sehr behutsam umgehen. Wir sollten also irgendwie eine Kommission bilden, damit wir am Wochenende ein Ergebnis haben.

Unser Freund Gurk hat nun empfohlen, daß die Herren, die die Verantwortung übernehmen sollen – wer dieses Amt übernimmt, übernimmt eine ungeheure Verantwortung –, sich draußen hinsetzen sollten, um zu erfahren, ob sie das dürfen oder nicht. Das alles geht nur, wenn wir in einer großen Einmütigkeit den Partnern zeigen: Diese CDU/CSU ist in ihrem Weg einig. Wir haben Macht – uns fehlen fünf Mandate – und können die Macht bei den Verhandlungen mit den Sozialdemokraten zeigen; wenn dieser andere Weg nicht gangbar ist – ich fürchte beinahe, daß die große Konzeption nicht mehr geht –, dann müssen wir geschlossen mit den Freien Demokraten verhandeln.

Wagner: Meine Damen und Herren! Ich bin dankbar, daß ich für die CSU in diesem Kreise ein paar Bemerkungen machen kann. Zunächst stimme ich völlig damit überein, daß uns kaum mehr Zeit bleibt, lange zu überlegen. Ich glaube, daß die Frage, wer nun beauftragt werden soll, die Verhandlungen zu führen und wieder eine tragbare Mehrheit im Bundestag zu schaffen, dringlich ist, und daß die Klärung noch in dieser Woche erfolgen muß.

Man kann eine solch wichtige Entscheidung sicherlich nicht unter dem Gesichtswinkel der Wahlen in Bayern sehen. Ich möchte aber doch sagen, daß alles, was in personeller wie in sachlicher Hinsicht bis zum 20. November noch klargestellt werden kann, unsere Ausgangsposition, unsere Chancen in Bayern wesentlich verbessern hilft.

Nun zur Situation der CSU. Wir gehen natürlich davon aus, daß eine Entscheidung in solch wesentlichen Fragen nicht gegen uns oder ohne uns getroffen werden kann, sondern im engen Einvernehmen mit der CSU. Es ist genauso selbstverständlich, daß hinsichtlich der personellen Frage die CSU zunächst einmal abwarten wird, was die CDU an Vorschlägen bringt. Wir sind bei der Einberufung unserer morgigen Vorstandssitzung davon ausgegangen, daß dieser Vorstand heute einige personelle Vorschläge unterbreitet, die morgen in unserem Kreis diskutiert werden können.

Grundmann: Meine Damen und Herren! Wir sollten uns hüten, hier und heute eine Personaldiskussion zu führen. Ich will das begründen. Ich kann nicht in den Verdacht kommen, etwa nicht genau zu sehen, wie kritisch unsere innerparteiliche Situation ist. Es ist ja auch einmal erlaubt, in die Partei hineinzusehen. Wir wissen, daß von diesem

Führungsgremium verlangt wird, daß eine gewisse Stabilisierung in unseren Reihen eintritt. Denn diese Partei – bis zum letzten Mitglied – werden wir nach diesen Tagen mehr denn je brauchen, um uns wieder neu zu formieren, um Boden zu gewinnen, um neue Dinge tun zu können.

Ich teile die Auffassung von allen, die eine Kommission wollen. Ich möchte diese Kommission aber nicht mit dem Beigeschmack versehen haben, daß wir sie nur zur Abwicklung lästiger Fragen einsetzen. Ihr Mandat – und damit liegt auch bereits auf diesem Bundesvorstand eine Verantwortung, die kaum übertroffen werden kann – bezüglich der Auswahl der Positionen ist mit einer Verantwortung verbunden, wie sie zu keiner Zeit irgendein Führungsgremium getragen hat. Wir sollten uns also zunächst auf die Zusammensetzung dieser Verhandlungskommission konzentrieren. Wir werden dann schon spüren, wie schwierig Personalien sind, die so schwergewichtig in einem solchen Kreis entschieden werden müssen.

Herr Amrehn hat recht, wenn er sagt, es dürfe keinen Zweifel daran geben, daß unsere vielfache These der Verhandlungen nach beiden Seiten auch wirklich als Verhandlungen nach beiden Seiten gemeint sei. Ich beziehe mich auf Ministerpräsident Meyers: Wir sollten nicht unterschätzen – ich habe das schon in der letzten Bundesvorstandssitzung unter Hinweis auf die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen gesagt –, daß die Verhandlungsposition der Freien Demokraten eine sehr viel stärkere Wendung zu den Sozialdemokraten hat, als es im Augenblick für uns erkennbar sein mag. Wir stehen auch unter einem Zeitdruck. Wir sollten nicht so lange diskutieren, daß uns am Ende nur noch die Diskussion bleibt, wieviel Versäumnisse wir auf uns geladen haben in einer Zeit, wo andere Leute sich geeinigt haben. Ich möchte die Verhandlungen nach beiden Seiten sehr bald, damit zumindest nicht das Alibi bleiben kann, man habe nicht mit beiden Seiten offen und ehrlich gesprochen.

Erhard: Ich stelle fest, daß der Vorsitzende der CSU jetzt bei uns erschienen ist. Ich darf ihn herzlich begrüßen. (*Beifall.*)

Kohl: Meine Damen und Herren, zunächst ein Wort zur Koalitionsfrage! Ich bin damit einverstanden, daß wir nach beiden Seiten hin verhandeln, und zwar durchaus in der Form, daß nicht nur die Preisfrage sich dadurch erleichtert, sondern daß wir auch einmal die Grundlagen der Sachpolitik abgrenzen. Man braucht ja für manche Gesetze – egal, wer Opposition wird – für die Zukunft eine klare Aussage, was die einzelnen wollen.

Ich mache aus meiner persönlichen Meinung in diesem Zusammenhang keinen Hehl. Ich sehe überhaupt keine Chance für die CDU, in einer großen Koalition ihre Position zu verbessern. Ich bin persönlich der Auffassung, daß bei der gesamten Situation der CDU/CSU in der Bundesrepublik nach draußen der Eindruck entsteht: Wir waren nicht in der Lage, unsere Geschicke und unsere Sache allein mit Erfolg zu führen; aus diesem Grunde müssen wir jetzt die Sozialdemokraten als Nothelfer hereinholen.

Es gibt ein wichtiges Argument, und auch dazu einen Satz. Es wird gesagt, wir machen eine Koalition auf Zeit, und ein wichtiger Bestandteil dieser Koalition auf Zeit ist die Änderung des Wahlrechtes. Ich bin ein überzeugter Anhänger des Mehrheitswahl-

rechtes. Ich glaube aber, die jetzige Situation ist denkbar unglücklich, in Glaubwürdigkeit vor den deutschen Bürgern dieses Experiment einzugehen. Es ist eine Fehlrechnung. Wenn Sie jetzt noch eine bestehende Partei – hier kommt es nicht auf Sympathien oder Antipathien an – wie die FDP qua Wahlgesetz abschaffen, werden Sie einen Teil ihrer Wähler zwangsläufig nach rechtsradikal ableiten, Sie werden die Staatsverdrossenheit verstärken und all das andere. Wenn wir in der CDU/CSU die innere Kraft zu einem Zeitpunkt aufgebracht hätten, als wir die absolute Mehrheit hatten, als unsere parteipolitische Lage ganz anders war als heute, diesen Schritt zu tun: Ja dazu. Wenn sich diese Situation – wenn wir uns endlich zu uns selbst finden – morgen wieder ergibt – von mir ein klares Ja dazu. Die jetzige Situation scheint mir aber nicht überzeugend zu sein.

Das nächste mit der Kommission! Ich muß Ihnen ganz offen sagen: Das ganze mutet mich ein bißchen gespenstig an. Wir verhandeln jetzt 1½ Stunden. Jeder weiß, um was es geht. Es sind doch alles kluge, erfahrene Damen und Herren – keiner spricht es aus. Es wird der Geist der Fraktion beschworen; es wird die CSU beschworen, die morgen tagt. Es wird all das vorgetragen, was eigentlich eine Ausflucht vor uns selbst ist. Glauben Sie denn, daß ein Mensch in der CDU/CSU glaubt, daß der Vorstand heute zusammensitzt und mehr oder weniger kluge Reden austauscht? Jeder erwartet, daß hier etwas herauskommt.

Ich bin für die Kommission in einem anderen Zusammenhang. Aber wer soll die Kommission sein? Wollen wir nach Art der amerikanischen Wahlmänner bei der Präsidentenwahl vorher die einzelnen Kommissionsmitglieder fragen: Mit wem hältst du es in diesem bestimmten Fall? Darauf läuft es doch hinaus. Herr Kollege Grundmann, mit der Wahl der Kommission präjudizieren wir doch möglicherweise den Personalvorschlag. Keiner ist ein so heuriger Hase ... (*Zurufe.*) Doch, Herr Kollege Stoltenberg. Ich bin vielleicht naiv, aber ich glaube, daß, wenn bestimmte Leute – ich könnte sie hier im Saal nennen – in der Kommission sitzen, die nicht etwas ganz anderes machen, als sie die ganze Zeit gesagt haben und wie sie gehandelt haben. Das ist meine naive Meinung zu diesem Punkt.

Ich bin für die Kommission, weil ja so etwas – auch die weiteren Schritte, Verhandlungen und das alles – vernünftig beraten werden muß. Dagegen ist gar nichts zu sagen. Aber, meine Damen und Herren, es führt doch kein Weg vorbei: Fragen Sie doch mal hier, wer von den Landesvorsitzenden, wer von den Leuten aus den Landesverbänden keine Verabredung für heute abend mit den Kollegen aus der Bundestagsfraktion hat! Das soll mal jeder ehrlich sagen. (*Zurufe.*) Herr Fricke, Sie wollten vorzeitig abreisen; deshalb sind Sie nicht verabredet. (*Heiterkeit.*) In der Regel hat doch jeder eine Verabredung. Die Freunde aus der Bundestagsfraktion fragen doch: Was habt ihr eigentlich besprochen? Wenn wir dann kommen und sagen: Wir haben gesagt, es muß alles anders werden, dann ist das ein bißchen zu wenig.

Deswegen meine ich, wir sollten jetzt schlicht und einfach die Namen auf den Tisch bringen und sollten sagen, wer genannt wird. Meine Damen und Herren, es werden im wesentlichen vier Freunde – die alle hier heute anwesend sind – genannt. Ich will sie

nach dem Alphabet bringen, denn das ist eine Sache, die jeder von Geburt aus mit sich rumträgt; damit kann dann niemand sagen, daß der eine eine Priorität genießt.

Es wird genannt der Fraktionsvorsitzende, unser Freund Barzel. Es wird genannt der Bundestagspräsident, unser Freund Gerstenmaier. Es wird genannt der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, unser Freund Kiesinger. Es wird genannt der Außenminister, unser Freund Schröder. Das sind im wesentlichen die Namen, die vor allem diskutiert werden.

Es werden darüber hinaus noch andere Namen genannt. Ich habe fast den Eindruck, es wird auch der Name unseres Freundes Dufhues genannt; aber Sie wissen, was er dazu in den letzten Tagen gesagt hat. Es wird noch der Name von Professor Hallstein genannt. Ich glaube, das ist im Augenblick die Liste. Ich bin vielleicht nicht auf dem neuesten Stand. Andere wissen vielleicht mehr und können sie ergänzen. (*Heiterkeit.*)

Ich meine, man sollte sich darüber jetzt einmal vernünftig unterhalten. „Vernünftig" bedeutet für mich als allererstes folgendes. Wir müssen uns darüber klar sein, daß der Mann, der jetzt benannt werden soll – ich meine „jetzt" nicht im Zeitlichen, sondern als der nächste Bundeskanzler –, unter der Voraussetzung, daß wir es in der CDU wieder schaffen, egal mit wem eine Koalition zu bilden und wir den Kanzler stellen, kein Kanzler auf Abruf sein kann, sondern ein Kanzler, der für uns die nächsten Bundestagswahlen mit führt und möglichst – wenn wir zusammenhelfen – auch gewinnt. Das ist eine wichtige Voraussetzung. Sie schließt ganz klar mit ein, daß bei allen Geburtswehen, die hier zwangsläufig – und das gehört zu einer demokratischen Entscheidung – existieren, dieser Mann die Fähigkeit hat, die Integration in der Partei zu betreiben und die jetzt zwangsläufig aufgetretenen Spannungen und Gräben – Sie können es nennen, wie Sie es wollen – zu schließen. Er darf nicht zunächst darauf ausgehen, Gräben zu vertiefen und zu erweitern, sondern er muß sie schließen. Er muß all die Dinge, die wir wünschen – auch darüber braucht man keinen Vortrag zu halten, jeder weiß das – in einem Höchstmaße in sich vereinigen; den idealen Kandidaten gibt es nicht.

Ich finde, unter Parteifreunden muß es möglich sein, in einer so wichtigen Frage jetzt auch im Detail Stellung zu beziehen. Ich darf sie herzlich bitten, das zu tun, so schwierig das im einzelnen auch sein mag. Es führt gar kein Weg vorbei. Ich bin ganz sicher: Wir präjudizieren damit auch nicht die Fraktion. Nach meinen Informationen – ich war heute auch im Bundestag – wartet man sehnsüchtig darauf, daß jetzt irgend jemand mit der Diskussion anfängt, daß also die Diskussion nicht ad calendas graecas vor uns hergeschoben wird. Ich habe den Eindruck, daß Zivilcourage im Augenblick auch eine wichtige Tugend der CDU/CSU sein sollte. Weil unsere Freunde von der CSU noch hier sind – der Landesvorstand der CSU tritt ja morgen zusammen –, möchte ich, daß die auch ein Bild aus erster Hand gewinnen. Es ist eine mächtige und wichtige Schwesterpartei; aber in Konzert der CDU und CSU, Herr Kollege Strauß, ist es die kleinere Schwesterpartei. Deswegen ist es ganz richtig, daß wir heute das erste Wort haben.

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe mich bei den Ausführungen des Kollegen Kohl gemeldet, weil zwei Punkte einer gewissen Klärung bedürfen.

Ich habe den Vorschlag für eine Kommission, der von mehreren Herren gemacht wurde, nicht so verstanden, daß diese Kommission jetzt Personaldebatten führen und für die Fraktion diesbezügliche Entscheidungen vorbereiten soll. Ich habe den Vorschlag vielmehr so verstanden, und so hat er meines Erachtens einen Sinn – man muß ihn natürlich in den Gesamtzusammenhang des weiteren Vorgehens und der anderen Entscheidungen einordnen –, daß in dieser Kommission die Sachverhandlungen vorbereitet werden sollen. Die Schwierigkeiten in den Sachfragen soll man auch nicht unterschätzen. Wir wollen nicht so tun, daß wir, wenn wir wirklich einmal in einer grundsätzlichen Form in der Form des Koalitionsgespräches Sachfragen entscheiden müssen, von vornherein unter uns in allen diesen Fragen einig sind. Wenn wir auf der einen Seite dem Bundesparteivorsitzenden – oder den beiden Vorsitzenden; der Kollege Strauß als Vorsitzender der CSU ist selbstverständlich genauso beteiligt – und auf der anderen Seite demjenigen, den wir in Kürze als neuen Kanzlerkandidaten herausstellen, das volle Gewicht dieser Sachverhandlungen ohne eine gewisse institutionelle Mitwirkung einiger ihnen zugeordneter Persönlichkeiten unseres besonderen Vertrauens übertragen, dann ist das natürlich sehr schwer. Deswegen glaube ich, daß dieser Kommissionsgedanke für die Sachfragen sehr gut ist. (*Kohl:* Völlig einig!)

Ich möchte nur noch einen Satz dazu sagen, Herr Kollege Amrehn. Machen Sie diese Kommission nicht zu groß. Ich könnte mir vorstellen, daß fünf CDU-Mitglieder und zwei CSU-Mitglieder die Obergrenze darstellen. Die Verhandlungsführer können jederzeit zu Einzelfragen Sachverständige aus dem Kreis der Partei und der Fraktion hinzuziehen. Aber machen Sie nicht ein Gremium, das schon vorher die meiste Zeit für sich tagen muß, um eine Meinungsbildung durchzuführen. Hier wird ein besonderes Maß an Vertrauen durch die erforderlichen Sachdebatten in den Organen der Fraktion – ich würde sagen, bei der besonderen Bedeutung dieser Frage gegebenenfalls auch mal durch zwei, drei Bundesvorstandssitzungen in zwei, drei Wochen – vorzubereiten sein.

Nun zu dem Vorschlag der Personaldebatte. Ich finde es nicht schädlich, daß hier mal die vier Namen genannt sind, die bisher ernst in Betracht kommen und die in der Partei und Fraktion eine Rolle spielen. Aber ich muß ganz deutlich sagen: Wenn wir weitergehen, als diese vier Namen zu nennen, dann müssen wir bis zur letzten Konsequenz diskutieren. Davor möchte ich nachdrücklich warnen. Wir können uns ja nicht darauf beschränken, daß aus diesem Kreis hier, der noch verbleibt, vielleicht zehn, zwölf oder 20 Damen und Herren sich zu Wort melden und im Positiven oder Negativen ihre Meinung über die genannten Herren sagen und wir uns dann nach der Phonstärke ein Bild machen. Ich sage das nur zum Verfahren. Man muß, wenn man eine Debatte beginnt, sich darüber im klaren sein, wo man enden will. Dann kann man eben nur bei einer vorläufigen Abstimmung enden. Dagegen hätte ich aus einer ganzen Reihe von Gründen, die hier auch genannt worden sind, sehr ernstliche Bedenken. Ich glaube, daß wir bei allem Drang zur Klärung das heute hier nicht tun sollten, sondern daß wir

uns auf die Erörterung der politischen Grundsatzfragen, des weiteren Verfahrens – eines noch etwas weiter zu klärenden Verfahrens – hier konzentrieren sollten, und daß dann letztens nach einer Reihe von informellen Gesprächen, die es ja sowieso gibt, in der Fraktion entschieden werden muß. Dann wird sich zeigen, wieviel der Genannten – oder überhaupt wieviel unsere Freunde – zur Wahl stehen und wie diese Wahl ausgeht. Etwas anderes halte ich nicht für möglich.

In unserer sehr schlechten Situation haben wir in den letzten Tagen zwei positive Tatbestände zu verzeichnen. Das eine ist die Art und Weise, wie der Bundeskanzler selber die Führung dieser Diskussion übernommen hat. Das hat uns zunächst einmal in der Öffentlichkeit ein gewisses Maß an Kredit wiedergegeben. (*Zustimmung.*) Das zweite ist, daß wir trotz aller Bemühungen von „Bild-Zeitung", „Panorama" und deutschen Illustrierten, hier eine Art Kandidatenlotto zu veranstalten, bisher im wesentlichen der Versuchung von öffentlichen Äußerungen in zahlreichen Publikationen widerstanden haben.[29] Dieser Versuchung haben wir – einschließlich der besonders Betroffenen und der Genannten – alle widerstanden, und dabei sollten wir bleiben.

Wir sollten neben der sehr entscheidenden Frage, die uns hier beschäftigt, wie diese Koalitionsverhandlungen zu führen sind, uns das Verfahren noch etwas deutlicher überlegen. Es hat eine Reihe meines Erachtens richtiger Hinweise gegeben. Im übrigen: Halten wir jetzt diesen Punkt, den wir in der Personaldebatte erreicht haben. Wenn man ihn überschreitet, muß man sich über die Konsequenzen – bis zur morgigen Nachrichtengebung hin – völlig im klaren sein.

Strauß: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Zunächst bitte ich um Nachsicht dafür, daß der Überblick über den bayerischen Wahlkampf und seine weitere Gestaltung mich 1½ Stunden abgehalten hat. Die beiden letzten Beiträge ersparen mir die Hälfte dessen, was ich sagen wollte.

Ich meine, daß wir vor folgenden Problemen stehen: Erstens sehr schnell uns nach Vorberatung in diesem Kreis, in der Fraktion auf einen Namen – selbstverständlich auf dem Wege zwei oder drei notwendig werdender Abstimmungen – zu einigen, zweitens den so Herausgestellten mit der Führung der Sachverhandlungen nach zwei Seiten hin zu beauftragen.

Ich möchte jetzt nicht Lokalpolitik betreiben und auf die Bedeutung der bayerischen Landtagswahlen zu sprechen kommen. Aber nach dem durchaus respektablen oder erträglichen Abschneiden in Hessen, das die Meinungs- und Malaisepropheten weitgehend widerlegt hat, hielte ich ein anständiges Wahlergebnis in Bayern bereits für einen weiteren guten Auftakt im Kreis der Ereignisse, auch der kommenden Landtagswahlen, die uns in den nächsten Jahren bevorstehen. Die Situation in Bayern scheint mir im Laufe der letzten Tage trotz allem besser geworden zu sein. In den Hauptzentren der

29 Vgl. „Spiegel" vom 17. Oktober 1966 „Opfer fürs Volk" (im Artikel werden Schröder, Barzel, Lücke und Kiesinger genannt); „Hamburger Abendblatt" vom 31. Oktober 1966 „Große Koalition unter Barzel als Bundeskanzler?"; „Welt" vom 4. November 1966 „Eine Entscheidung in Watte – aber wer wird sein Nachfolger?"; „Stuttgarter Zeitung" vom 8. November 1966 „CDU-Präsidium will auch mit der SPD verhandeln".

FDP in Mittelfranken, Oberfranken haben die Wähler das Vorgehen der FDP – Sprengung der Koalition – nicht mit Freude aufgenommen. Die Angst der FDP, daß die NPD aus ihrem Verhalten Vorteile ziehen und die CSU sich konsolidieren könnte, ist nicht unberechtigt. Während wir im April, Mai – noch bis Juli und August hinein – nicht mit Sicherheit damit rechnen konnten, daß die FDP überhaupt in den Landtag kommen würde, mußten wir im September, Oktober damit rechnen, daß sie mit Sicherheit hineinkommt; sie bangt jetzt wieder um ihre Existenz im Landtag.[30] Kein Mensch kann sagen, ob sie um ein paar Promille drüber oder drunter liegt. Jedenfalls ist für die FDP wieder die Existenzfrage gestellt.

Aus diesem Grunde vermeidet es die FDP jetzt, sich sichtbar in Verhandlungen mit der SPD einzulassen. Trotz der Einheitlichkeit des Vorgehens zwischen SPD und FDP heute morgen will sie sich offensichtlich nach den Informationen, die ich in der letzten halben Stunde bekommen habe, nicht öffentlich in Koalitionsverhandlungen mit der SPD zeigen, weil sie daraus negative Rückwirkungen für ihre Position in Bayern erwartet. Das heißt, wir haben noch Zeit, aber wir haben nicht so viel Zeit, daß das Gesetz des Handelns noch unbefristet in unserer Hand bleibt.

Ich möchte zur Frage der Person auch empfehlen – genau im Sinn dessen, was die Kollegen Kohl und Stoltenberg gesagt haben –, jetzt nicht in eine Würdigung der Kandidaten nach Vorteilen und Nachteilen einzutreten, sondern diesen Vorstand, dem ich ja nur eine Empfehlung geben kann, da ich kein Stimmrecht habe, so zu verlassen, daß der Vorstand empfiehlt, aus dem Kreis der genannten Kandidaten sich auf einen Kandidaten zu einigen. Ich hielte es aus politischen und psychologischen Gründen für falsch, wenn aus diesem Vorstand – was sowieso nicht zu verheimlichen wäre – von vornherein schon eine Person herauskäme. Aber gut, das könnte man ertragen. Aber dann würde sich sicherlich die Fraktion präokkupiert fühlen. Und genau das sollte aus den Gründen, die auch Kollege Stoltenberg in seinen Gedanken angeführt hatte, nicht geschehen. Dann ist am Donnerstag oder Freitag die Fraktion am Zuge.

Ich halte nichts davon, etwa eine Kommission zu bilden, der alle diejenigen, die hier genannt worden sind, nicht angehören. Eine Kommission hat nur dann einen Sinn – das darf ich nach meinen Erfahrungen sagen, die sich nun beinahe schon über zwei Jahrzehnte erstrecken –, wenn diese Kommission von dem geführt wird, der dann auf dem Wege der vorher geschilderten Prozedur herausgestellt wird. Ich empfehle auch, diese Kommission nicht mit Personalfragen – etwa über einen anderen Kanzlerkandidaten – zu befassen. Das schließt ja die Prozedur, die ich vorschlage, aus. Diese Kommission unter Führung des designierten Kandidaten soll mit der Führung der Sachverhandlungen beauftragt werden.

Ich würde empfehlen, daß, selbst wenn wir bei den Verhandlungen rasch vorankämen, eine endgültige Entscheidung über die Koalition nicht vor dem 20. November getroffen wird. (*Zustimmung.* – *Kohl:* Waren wir schon klar!) Waren wir schon klar; ich

30 Die FDP erreichte am 20. November 1966 zwar 5,1% der Stimmen, war aber im Landtag nicht vertreten.

bitte um Entschuldigung, daß ich es noch einmal wiederholt habe. Wir sollten uns nach beiden Seiten hin offenhalten. Wenn der 20. November vorbei ist, können wir sowohl das eine wie das andere – das eine mit weniger innerparteilichen Schwierigkeiten, das andere mit größeren innerparteilichen Schwierigkeiten – tun und verkraften. Wenn es aber zunächst in der Schwebe bleibt, haben wir für die Wahl in Bayern die stärkere Position.

Ich halte es für selbstverständlich, daß vor dem Abschluß einer Koalition der Bundesvorstand der CDU bzw. der Bundesvorstand der CSU noch einmal eingeschaltet werden, weil diese Entscheidung – Fortsetzung der Koalition mit der FDP oder Experiment mit der SPD – dann nicht nur von der Fraktion beantwortet werden kann, sondern auch von den legimitierten Parteigremien der beiden Unionsparteien getragen werden muß. (*Kohl:* Zumal es Auswirkungen auf die Länder hat!) Auch deshalb!

Ich hielte es für erforderlich – das ist die konsequente Fortsetzung dessen, was Kollege Kohl gesagt hat –, daß jeder der vier Genannten erklärt, daß er bereit ist, sich einer Abstimmung zu stellen, damit wir in der Fraktion Klarheit haben und Bescheid wissen, wer bereit ist, sich einer Abstimmung zu stellen. Dabei sollte man gar nicht an einen Einzelnen die Gretchenfrage richten: Bist du bereit zu kandidieren? Da wird nämlich der eine oder andere sagen: Nein, ich kandidiere nicht; aber wenn man mich braucht, stelle ich mich zur Verfügung. (*Heiterkeit.*) Das sind zwei Varianten ein und derselben Gesinnung. (*Kiesinger:* Es kann aber auch einer der Genannten seinen Kandidaten haben und sagen: Wenn der will und Chancen hat, werde ich gegen den nicht kandidieren! – *Weiterer Zuruf:* Hochnobel, das gibt es auch!) Das sollte man dann dem Abstimmungsverfahren überlassen. Wenn vier zur Diskussion stehen und bei der ersten Abstimmung einer herausfällt, dann bleibt es einem der übrigen drei unbenommen, zu sagen: Ich verzichte jetzt auf eine weitere Kandidatur und empfehle, den Herrn Sowieso zu wählen. Dann gibt es eine Stichabstimmung.

Aber wir sollten heute abend hier weggehen und für die Sitzung morgen wissen, daß die vorgenannten Herren – nach der alphabetischen Reihenfolge, Barzel, Gerstenmaier, Kiesinger und Schröder, sagen, ja, wir stellen uns dieser Abstimmung. Dann wissen auch wir in München morgen, wie wir dran sind, und können uns darüber unterhalten und uns für die kommende Fraktionssitzung eine – sicher nicht dem Namen nach festgelegte – Meinung bilden, weil auch München genauso durchlässig ist wie Bonn; aber wir können uns einigermaßen im klaren sein, in welcher Richtung wir uns bewegen wollen.

Diese Prozedur ist schon deswegen notwendig, weil wir von Ende nächster Woche an das Gesetz der Handlungsfreiheit nicht mehr in unserer Hand haben werden. Wir hätten es vielleicht schon über dieses Wochenende verloren, wenn nicht der Termin des 20. November so drohend bevorstehen würde.

Für uns in Bayern wäre es wesentlich – auch in der Ausstrahlung auf die gesamte Bundesstimmung und Bundespolitik –, möglichst noch in dieser Woche eine Person zu haben und zu sagen, daß diese Person die Verhandlungen nach beiden Seiten hin aufnimmt. Die Verhandlungen sollten zuerst über Sachprobleme geführt werden. Die Ent-

scheidung, welche Koalition, soll von der Einigung über Sachprobleme gemacht werden. Dann erst soll in das häßliche Stadium der Diskussion über die Besetzung von Sesseln eingetreten werden. Vorher sollte man nicht Junktims machen, nicht einen der Kandidaten negativ oder positiv mit dem oder jenem verbinden. Damit würde dann auch aufhören, daß zahlreiche Befugte – oder meistens Unbefugte – alle möglichen Quer- und Nebenverbindungsgespräche führen und somit eine allgemeine Diffusion der Meinungsbildung eintritt, weil jeder etwas Besonderes weiß. Der eine hat mit A, der andere mit B gesprochen. Jeder weiß, was der Herr Wehner, der Herr Brandt, was Helmut Schmidt[31] oder Herr Zoglmann usw. gesagt haben. Das vermehrt nur den Eindruck der Konfusion.

Ich bitte darum, die genannten Personen zu fragen, ob sie mit einer Kandidatur einverstanden sind. Nach der Tagung in München soll noch in dieser Woche die Entscheidung in der Fraktion herbeigeführt werden. Von da an ist sofort mit den Sachverhandlungen nach beiden Seiten hin zu beginnen. Die Sache soll aber in der Schwebe gelassen werden, bis der 20. November vorbei ist. Die Sachverhandlungen werden sicherlich nicht so leicht sein, daß wir der Gefahr einer abrupten Einigung besonders heftig ausgesetzt sind. (*Heiterkeit.*)

Wenn wir so verfahren, glaube ich – nach dem Echo auf das Verhalten der FDP, auch nach dem gar nicht allzu schlechten Eindruck der heutigen Bundestagsdebatte –, daß wir das Gesetz des Handelns wieder in die Hand bekommen und wieder einen neuen Auftrieb erhalten, daß wir eine anständige Chance haben, in den bayerischen Wahlen gut abzuschneiden. Dann wird in kurzer Zeit das vergessen sein, was uns in den letzten Monaten innerlich und äußerlich so sehr gequält hat. (*Beifall.*)

Barzel: Ich glaube, daß zu der Frage, die Herr Strauß gestellt hat, noch eine andere Frage dazugehört, nämlich daß dieses Gremium – das habe ich gestern auch der Fraktion gesagt – genauso wie die Fraktion alle Genannten und Beteiligten in die Pflicht nimmt – und die sich selber gegenüber dem Gremium in die Pflicht nehmen –, daß jeder der Beteiligten am Schluß dem Gewählten hilft und zur Verfügung steht. Sonst kommen wir nämlich in der ganzen Sache überhaupt nicht weiter. Wenn das nicht zu Anfang klar ist, dann können wir die Sache durch eine solche Abstimmung überhaupt nicht klären. Das ist eine Frage, die vorher zur Basis – wenn Sie wollen zur Geschäftsgrundlage – der Möglichkeiten überhaupt gehört.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich verstehe es so, daß „kandidieren" heißt, sich um ein Amt bewerben. Ich habe unablässig gesagt und wiederhole das hier,

31 Helmut Schmidt (geb. 1918), Diplom-Volkswirt; 1949–1951 Referent und Abteilungsleiter in der Hamburger Behörde für Wirtschaft und Verkehr, 1953–1961 und 1965–1987 MdB (SPD, 1967–1969 Fraktionsvorsitzender), 1961–1965 Innensenator in Hamburg, 1969–1972 Bundesminister der Verteidigung, Juli bis November 1972 Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, 1972–1974 Bundesminister der Finanzen, 1974–1982 Bundeskanzler, seit 1983 Mitherausgeber der Wochenzeitschrift „Die Zeit". Vgl. Martin RUPPS: Helmut Schmidt. Politikverständnis und geistige Grundlagen. Bonn 1997; Hartmut SOELL: Helmut Schmidt. Vernunft und Leidenschaft 1918–1969. Stuttgart 2003.

daß ich nicht gedenke, mich um dieses Amt zu bewerben. Ich möchte ausdrücklich hinzufügen, daß das nicht im mindesten bedeutet, daß ich dieses Amt nicht hoch schätze, daß es nicht im mindesten irgend etwas Unehrerbietiges bedeutet. Im Gegenteil, ich bin beeindruckt, daß ich überhaupt in diesem Zusammenhang genannt werde.

Ich selber bewerbe mich nicht darum, weil ich glaube, daß diese Partei in einem ganz anderen Sinne, als es in den Wahlkämpfen so gesagt wurde, in den nächsten Jahren vor den Grundfragen ihrer Existenz steht, und weil ich glaube, daß unsere innenpolitische Stabilisierungsfrage und das, was wir bis spätestens Mitte nächsten Jahres aus gewissen weltpolitischen Veränderungen zu erwarten haben, so schwer sein wird, daß ich nur sagen kann: Wenn es mich trifft, so gedenke ich, nicht zu kneifen, meine Pflicht zu tun. Aber, meine Damen und Herren, verzeihen Sie, wenn ich Ihnen sage, daß mir einfach das Selbstbewußtsein fehlt, daß Sie mit mir diese Sache so gewinnen, wie Sie das eigentlich von einem Kandidaten erwarten müssen. Ich kann keine Gewähr dafür übernehmen, daß wir den bitterschweren Wahlkampf 1969 gewinnen werden. Ich kann nur sagen: Ich werde mich nicht schonen.

Ich kann mich auch gar nicht bewerben, sondern ich kann nur sagen: Sie sind frei, zu tun, was Sie wollen. Sollten Sie auf die Idee kommen, mich überhaupt in diese Wahl hineinzubringen, dann kann ich nicht widersprechen. Sollte aus dieser Wahl Entsprechendes herauskommen – nun, ich gedenke meine Pflicht dann zu tun.

Kiesinger: Ich war an sich fertig. Nachdem aber Freund Gerstenmaier gesprochen hat, muß ich natürlich auch etwas sagen. Von Bewerbung kann keine Rede sein. Wir sind ins Spiel gekommen. Ich habe vorhin schon gesagt, daß ich meinen Kandidaten habe und wie ich mich verhalten werde. Mehr brauche ich, glaube ich, dazu nicht zu sagen.

Die Schwere des Amtes, das hier übernommen werden soll, ist jedem klar. Ich kann nur jedem Glück wünschen, der schließlich der Erwählte sein wird. Ich möchte also keinen Irrtum lassen, als ob ich in dieser Sache anders sähe als unser Freund Gerstenmaier.

Schröder: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich werde mich einer Abstimmung in der Fraktion stellen.

Barzel: Ich werde mich auch einer Abstimmung stellen. Ich gehe allerdings davon aus, daß die Basis, die ich vorhin nannte, für uns alle gilt.

Erhard: Das ist selbstverständlich.

Röder: Meine Damen und Herren! Ich habe zu Beginn unserer Verhandlungen auf die Gefahr hingewiesen, die damit verbunden ist, wenn wir uns heute bereits in diesem Kreis auf Namen festlegen. So bestechend sich das anhört, was hier gesagt worden ist – eine Auswahl unter vier zur Verfügung zu haben –, so gefährlich ist es, wenn Sie diese Frage dann nicht zu Ende bringen wollen. Ich finde es interessant und gut, daß die Frage hier angeschnitten worden ist, daß die vier Herren dazu ihre Meinung gesagt haben. Aber wenn Sie das nun nach außen als die Auffassung des Bundesparteivorstands bekanntgeben, so tragen Sie die Entscheidung über den wirklichen und den möglichen Kandidaten nach außen in die Öffentlichkeit. Sie werden nicht verhindern können, daß

in demselben Augenblick in der Öffentlichkeit gegen den einen oder anderen Stellung genommen wird, ja gegen alle vier, und daß Prokundgebungen herauskommen. Das, was wir hier in diesem Saal nicht schaffen, wozu wir angeblich nicht in der Lage sind, übertragen Sie nach außen mit allen Risiken, die für die vier Herren und für die Partei mit dieser Diskussion verbunden sind. Das tritt ein, weil wir nicht bereit sind, diese Frage hier in diesem Kreise, wo wir zuständig sind, zu lösen. Davor warne ich.

Erhard: Herr Kollege Röder, ich verstehe Ihre Sorge. Aber ich glaube, es ist unmöglich, daß diese Namen nicht nach außen dringen. (*Zuruf:* Sie stehen jeden Tag in der Zeitung!) Das wird gar keine große Erregung hervorrufen, denn ich lese seit 14 Tagen nichts anderes in der Zeitung, als daß diese vier Kandidaten reinkommen. Da ist gar keine Sensation mehr dabei. Die Sensation würde erst dann beginnen, wenn wir eine Wertung vornehmen wollten. Daran ist wirklich nicht gedacht.

Altmeier: Meine Damen und Herren! Wir haben Namen gehört. Wir haben aber vorher gehört, daß Koalitionsverhandlungen stattfinden. Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß dieser Kreis heute abend die Liste schließt. Ich bin der Meinung: auf dem Wege von Koalitionsverhandlungen können noch ganz andere Namen kommen. Infolgedessen würde ich es für verhängnisvoll halten, wenn wir jetzt hier auseinandergingen und hätten nur die vier Namen. Ich bin der Meinung, daß das nicht so zum Ausdruck kommen darf.

Kohl: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe die vier Namen genannt, weil sie die meist diskutierten Namen sind. Selbstverständlich ist jeder bis in die Abstimmung hinein souverän. In den Abstimmungsgremien können neue Namen auftauchen. Es können auch, Herr Ministerpräsident, in den Koalitionsverhandlungen neue Namen auftauchen. Mir ging es nur einmal darum, heute festzustellen: Die vier werden vor allem genannt.

Unser Freund Strauß hat es freundlicherweise übernommen, eine präzise Frage zu formulieren. Ich möchte feststellen: Auf die präzise Frage ist – zwar mit verschiedenen Formulierungen und verschiedenen, sagen wir einmal, Sentiments, aber in der Sache deutlich – herausgekommen, daß alle vier erklärt haben, für den Fall, daß sie nominiert und gewählt würden, würden sie das Amt übernehmen. Es scheint mir wichtig zu sein, das festzustellen. Aus diesem Kreise wird ja berichtet werden, und es dürfen nicht Nuancen berichtet werden, die nicht zutreffen. Alle vier – gut, die Formulierungen waren unterschiedlich – haben erklärt, wenn sie gewählt würden, würden sie sich – wie einer sagte – der Pflicht nicht entziehen.

Erhard: Die Wahl erfolgt durch die Fraktion. Natürlich wird die Fraktion davon erfahren; es war ja der Sinn dieser Sitzung, die Meinung des Parteivorstands einzuholen. Es steht der Fraktion frei, von sich aus auch andere Namen zu nennen. Ich hielt das für so selbstverständlich, daß ich glaubte, darüber nicht zu sprechen zu brauchen.

Meine Damen und Herren, liegen noch Wortmeldungen vor?

Wenn ich dann einmal zusammenfassen darf: Es besteht im Augenblick noch keine Präjudizierung oder Präokkupierung in bezug auf die Person, die zur Nachfolge für die Übernahme des Kanzleramts in Frage kommen. Es besteht Übereinstimmung darüber,

daß dieser Prozeß der Nominierung des Nachfolgers so schnell wie möglich vonstatten gehen soll, nach Möglichkeit noch in dieser Woche, daß mit beiden Seiten Gespräche beginnen sollen. Ich halte es auch für selbstverständlich, daß der von der CDU/CSU vorgeschlagene Kanzler an der Behandlung der Sachfragen, die dann zur Diskussion stehen, beteiligt werden muß.

Ich habe auch Sorgen hinsichtlich der noch bestehenden Unklarheit über die Aufgabe der Kommission. Wir können unmöglich in Verhandlungen treten – sowohl mit der FDP wie auch mit der SPD –, indem wir sozusagen daraus nicht mehr ein internes Gespräch, sondern eine Versammlung zwischen den beiden Fraktionen und Parteien machen. Darum bin ich der Meinung, das eigentliche Gremium, das am Verhandlungstisch sitzt, soll sehr klein sein, was nicht besagt, daß eine etwas größere Kommission beratend zur Seite steht. – Habe ich hier die Meinung richtig wiedergegeben? (*Zustimmung.*)

Katzer: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir haben jetzt eine gewisse Vorentscheidung getroffen. Wir haben in den ganzen letzten Wochen immer betont, wie schwierig die Sachfragen sind. Wir haben aber nie darüber gesprochen. Ich weiß nicht, ob das, was ich vorschlage, fair und möglich ist; wir haben immerhin erst 19.15 Uhr. Ich habe die Frage: Wäre es möglich – von mir aus wäre das sehr erwünscht –, die vier Herren, die wir jetzt genannt haben, zu bitten, uns kurz zu sagen, von welchen sachlichen Voraussetzungen sie ... (*Widerspruch.*) – ich stelle diese Frage. Sie können sie ja verneinen. Ich weiß, daß bei personellen Entscheidungen zum Schluß sehr entscheidend sein wird, welche Haltung die einzelnen Herren zu Sachproblemen einnehmen. Deshalb halte ich diese Frage für berechtigt. Ob die Herren das tun können oder tun wollen, ist selbstverständlich ihre Sache.

Erhard: Herr Kollege Katzer, ich verstehe Ihre Sorgen. Aber ich würde doch davor warnen, jetzt eine „Tannhäuser-Aufführung" zu veranstalten. Wir kennen die einzelnen Persönlichkeiten zu gut, als daß wir nicht über ihre politischen Überzeugungen – auch in den Differenzierungen – durchaus Bescheid wüßten.

Seebohm: Herr Bundeskanzler, ich bin vollkommen Ihrer Meinung. Herr Kollege Katzer hat im Grunde recht. Aber die Herren sind uns ja alle genau bekannt. Wir wissen, was wir an ihnen haben und was wir an ihnen schätzen.

Worum es mir geht, das ist der Vorschlag von Herrn Röder zur Bildung der Kommission. Er soll jetzt durchgeführt werden, mindestens soweit es sich um diejenigen Persönlichkeiten handelt, die dieses Gremium zu bestellen hat. Ich meine, das wäre sehr wesentlich. Wir sollten nicht auseinandergehen, ohne entsprechende Namen zu nennen. Ich wäre dankbar, wenn Herr Dufhues bereit wäre, in diese Kommission einzutreten. (*Beifall.*)

Erhard: Meine Herren, ich würde auch der Meinung sein: Diese engere Kommission, die sozusagen mit am Verhandlungstisch sitzt, könnte hier nominiert werden. Aber wir müssen das Gesamttableau übersehen. Es kommt noch die CSU – nicht als Fraktion, sondern als Partei – und die Gesamtfraktion der CDU/CSU hinzu. Deshalb sollten von dem Parteivorstand der CDU für dieses engere Gremium nicht mehr als zwei Personen benannt werden.

Klepsch: Ich möchte vorschlagen, daß eine der Personen der Bundesparteivorsitzende ist. (*Zuruf:* Das ist doch logisch!)

Erhard: Ich glaube, mich können Sie nicht dazu zählen; ich bin sowieso mit von der Partie, mindestens soweit ich noch das Amt des Parteivorsitzenden habe.

Meyers: Wenn Sie fünf nennen – davon zwei von der Fraktion und zwei aus diesem Vorstand –, dann würde Herr Dufhues der eine sein. Als den dritten Namen würde ich Herrn Heck als den Geschäftsführenden Vorsitzenden vorschlagen; er ist sowohl vom Vorstand wie von der Fraktion. Dann hätten wir das Gleichgewicht. Wir müssen dann noch einen Freund aus diesem Kreis hier nehmen.

Barzel: Herr Meyers, das klingt wie das Ei des Kolumbus. Darf ich aber auf folgendes hinweisen: Je nachdem, wer zum Chef dieser Kommission gewählt wird, stellen sich Unionsprobleme, soziologische und konfessionelle. Das ist doch gar keine Frage. Gerade wenn die Kommission klein ist, muß sie ausgewogen sein, damit das, was sie berichtet, trägt. Deshalb ist es schlecht, wenn die zwei, die die Partei nennt ... das ist doch ganz klar.

Lücke: Ich glaube, es ist sicherlich notwendig, daß der Geschäftsführende Vorsitzende dabei ist. (*Zurufe.*)

Erhard: Meine Damen und Herren, erhebt sich da irgendein Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich feststellen, daß als die zwei Mitglieder des Parteivorstands der CDU Herr Kollege Dufhues und Herr Kollege Heck dieser Kommission angehören werden. (*Blank:* Wollen Sie nicht einen von der CSU nehmen? – *Stoltenberg:* Das macht die CSU selber!) Wir entscheiden nicht qua Fraktion, sondern qua Partei der CDU. Nun liegt es an der CSU als Partei, auch ein Mitglied zu benennen.

Adorno: Herr Bundeskanzler, wir müssen aber die Größe dieser Kommission festlegen. Fünf sind zu wenig, weil die CSU auch vertreten sein muß. Wenn Sie zwei von der Partei und zwei von der Fraktion nehmen, dann sind das vier, und es bleibt für die CSU nur einer. (*Zurufe:* Nein! – Fünf plus zwei!) Hier wurde gerade von fünf gesprochen.

Meyers: Ich bin mißverstanden worden, Herr Adorno. Ich wollte sagen: Wenn wir fünf haben – ohne CSU –, dann können wir zwei von diesem Vorstand wählen, zwei aus der Fraktion und den Herrn Heck als dritten; er gehört sowohl der Fraktion wie dem Vorstand an. So habe ich das gemeint. So hätte der Vorstand noch einen. Der CSU könnte man es überlassen, ob sie beide aus ihrem Vorstand oder aus ihrer Fraktion nimmt oder wie sie es aufteilt; es sollten jedenfalls zwei von der CSU noch dazukommen.

Erhard: Herr Kollege Meyers, ich glaube, wir können hier nicht festlegen, wieviel Mitglieder die Fraktion entsenden will. Nur gilt auch hier der Satz: so klein wie möglich. Es ist unmöglich, daß von unserer Seite aus ein Beschluß erfolgt: Die Fraktion stellt nur soundso viel Mitglieder. Ich würde sagen: wenige.[32]

---

32 In der Fraktionssitzung am 9. November 1966 wurde noch einmal über die Zusammensetzung der Verhandlungskommission gesprochen, vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE S. 2198. – Die CDU/CSU-Fraktion trat am 10. November 1966 zusammen und wählte im dritten Wahlgang Kurt Georg Kiesinger zum Kanzlerkandidaten der Union, vgl. EBD. S. 2205–

Amrehn: Könnte nicht die Fraktion noch heute hier sagen, zu wann eingeladen wird und die Entscheidung fällt? Die Ankündigung des Tags, an dem die Fraktion darüber entscheidet, wäre schon ein weiterer wichtiger Schritt. Unsere Handlungsbereitschaft wird damit demonstriert.

Barzel: Herr Rasner, wie sind unsere Planungen für Donnerstag?

Rasner: Wir haben am Donnerstag den ganzen Tag Haushaltsdebatte. Die Fraktion kann entweder am Donnerstag abend zu einer Abendsitzung oder am Freitag nachmittag zusammentreten. Nach den Erfahrungen ist der Donnerstag abend besser als der Freitag nachmittag. Das sage ich aufgrund jahrelanger Erfahrungen. Morgen nachmittag geht es nicht, weil wir erst das Votum der CSU abwarten müssen.

Barzel: Dann bitte ich, jetzt nur zu sagen: die Fraktion Donnerstag oder Freitag. Denn allein das Überlegen einer fairen Wahlordnung für geheime Wahlen, für die Eventualitäten von Stichwahlen, erfordert morgen ein Stück Vorbereitung. Ob das dann am Donnerstag für den Fall, daß wir erst abends um 9.00 Uhr anfangen, weil da erst die Bundestagssitzung zu Ende ist, fertig wird oder am Freitag weiter geht, ist noch nicht zu übersehen. Sagen wir: Donnerstag oder Freitag. Das genügt. Aber bitte jetzt noch nicht mit zu festem Datum; das kann keiner in dieser Stunde verbindlich zusagen.

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine lieben Parteifreunde! Es ist der Vorschlag gemacht worden – ich hatte den Eindruck, daß dem allgemein zugestimmt wurde –, wenn die Dinge sich soweit geklärt haben, daß die Frage der Koalition in den Verhandlungen entschieden ist, noch einmal den Vorstand zusammentreten zu lassen. Ich meine, daß wir auch gleichzeitig den Parteiausschuß zusammenrufen sollten, um diese Entscheidung vom Parteiausschuß billigen zu lassen.

Erhard: Meine Damen und Herren, dann darf ich Ihnen herzlich für Ihr Erscheinen, für Ihre Teilnahme danken. Es ist dies ein Abschied, den wir nehmen, wenn auch nicht gerade an diesem Tage. Ich habe diesem Gremium seit 17 Jahren angehört. Sie können überzeugt sein, daß ich mit Würde und mit Anstand diesen Posten niederlegen werde. (*Beifall.*)

Barzel: Meine Damen und Herren! Dies ist nicht die Stunde für lange Reden. Ich glaube, wir sind alle dem Herrn Bundeskanzler Professor Dr. Erhard für seine vorbildliche Haltung in den letzten Wochen unseren besonderen Respekt, unseren Dank und unsere Bewunderung schuldig. Ich wollte dies – wie ich hoffe, in Ihrer aller Namen – am Schluß dieser Sitzung besonders betonen. (*Beifall.*)

2209. – Mitglieder der Verhandlungskommission der CDU/CSU-Fraktion während der Koalitionsverhandlungen, die ebenfalls am 10. November 1966 gewählt wurden, waren Kiesinger, Erhard, Barzel, Strauß, Heck, Schmücker, Lücke, Dollinger, Dufhues, Adorno, Blank, Brand, Burgemeister, Wagner, Rasner, vgl. ACDP 01–226–303; CDU/CSU-Fraktionsprotokolle Nr. 364.

10

Bonn, Dienstag 29. November 1966

Sprecher: Adorno, Amrehn, Barzel, Blank, Dufhues, Erhard, Even, Fay, Fricke, Grundmann, Hellwig, von Heydebreck, Kiesinger, Kohl, Lemmer, Lücke, Noltenius, Seebohm, Stingl, Windelen.

Bericht über die Verhandlungen mit den Delegationen der SPD und der FDP.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 13.20 Uhr*

Erhard: Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kiesinger! Ich darf Sie hier in diesem Hause das letzte Mal willkommen heißen. Wir stehen vor einer schweren Entscheidung. Ich möchte vorausschicken, daß heute eine Meldung in der Zeitung ist, daß sich das CDU-Präsidium gestern unter Vorsitz von Professor Erhard einstimmig für eine Große Koalition ausgesprochen habe.[1]

Das stimmt in dieser Form nicht, sondern wir haben gestern beraten. Ich habe meine Überzeugung nicht geändert, daß ich gegen eine Große Koalition bin. Richtig ist allerdings, daß wir angesichts der Starrheit der FDP kaum einen anderen Ausweg hatten, und daß auch sonstige Ereignisse uns zu dieser Koalition hingedrängt haben.

Ich möchte aber ausdrücklich sagen, und zwar an die Adresse meines Nachfolgers, daß ihm keine andere Wahl blieb und meine Aussage keinen Wahlvorwand gegenüber Herrn Kiesinger beinhaltet, sondern nur eine Richtigstellung, damit es nicht auf einmal so aussieht, als wären wir nunmehr 17 Jahre lang gegen eine Große Koalition gewesen und hätten auf einmal begeistert einer solchen Koalition zugestimmt. Das ist nicht der Fall. Die Wahrheit und meine Glaubwürdigkeit verlangen es, daß ich diese Unterstellung zurückweisen muß.

Ich möchte nun mit dieser Frage das Problem nicht vertiefen, sondern ich glaube, wir sind alle hier zusammengekommen, um dem Herrn Ministerpräsidenten Kiesinger Gelegenheit zu geben, uns das vorzutragen, was in den letzten Wochen seine gewiß nicht leichte Arbeit gewesen ist, welche Ergebnisse sie gezeitigt hat und wie der Blick in die Zukunft sich uns heute darstellt. Ich darf Sie, Herr Ministerpräsident, bitten, das Wort zu nehmen.

1 Protokoll der Sitzung vom 28. November 1966 in ACDP 07–001–053/1: „Es wird ... ohne Widerspruch vereinbart ..., daß das Präsidium der Absicht von Ministerpräsident Dr. Kiesinger, eine Große Koalition zu bilden, zugestimmt habe." Vgl. „Spiegel" vom 28. November 1966. – Zu den Koalitionsverhandlungen vgl. SCHMOECKEL/KAISER S. 52–56.

Bericht über die Verhandlungen mit den Delegationen der SPD und der FDP

Kiesinger: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich will versuchen, so knapp wie möglich eine Darstellung der Entwicklung der Dinge bis zu diesem Augenblick zu geben. Als die Fraktion ihre Entscheidung getroffen hatte, hat sie mir und der gewählten Verhandlungskommission den Auftrag gegeben, den Versuch einer Koalitionsbildung zu unternehmen und dazu nach beiden Seiten offen zu verhandeln.[2]

Ich war mir, als ich die ersten Schritte unternahm, über die Lage noch nicht sehr klar, habe aber diesen Antrag bis zur letzten Minute zusammen mit der Kommission redlich durchgeführt. Ich habe sehr bald gesehen, daß innerhalb der FDP offenbar eine Meinungsbildung zugunsten der Wiederaufnahme einer kleinen Koalition nicht zustande kam. Ich habe eine Reihe von Gesprächen geführt, die mir das sehr bald klarmachten; im Gegenteil, die große Mehrheit in dieser Partei drängte zu einer Koalition mit der Sozial[demokratie]. Es hat nie einen Augenblick gegeben, wo man ernsthaft den Versuch gemacht hat, mit mir wegen der Gründung einer kleinen Koalition ins Gespräch zu kommen.

Einer letzten Bitte, die Herr Genscher[3] an mich gerichtet hat für eine Unterhaltung, habe ich entsprochen. Ich wartete aber eine Dreiviertelstunde lang an dem Ort auf ihn, wo wir uns vereinbart hatten, bis er mir nach ¾ Stunden sagen ließ, es täte ihm leid, er könne nicht kommen. Das war am Vormittag vor der letzten Verhandlung mit der FDP.[4] Ich habe mit meinem alten befreundeten Gegner, Reinhold Maier[5], die Dinge einmal ausführlich besprochen und auch mit anderen Leuten. Die Gefahr, daß eine Koalition zwischen SPD und FDP zustande kam und daß dann die CDU in die Opposition gedrängt wurde, war eine Zeitlang nicht gering. Wir haben zunächst einmal gehandelt und festzustellen versucht, wie steht es mit den Auffassungen zu den Sachfragen auf den Gebieten der Außenpolitik, der Deutschlandpolitik und der Innenpolitik. Bestehen da ernsthafte Gegensätze, so daß es um dieser Gegensätze willen nicht zu einer Koalition kommen kann.

---

2 Protokoll der Fraktionssitzung vom 10. November 1966, vgl. CDU/CSU-Fraktionsprotokolle Nr. 363, 364.

3 Hans-Dietrich Genscher (geb. 1927), Jurist; 1962–1964 Bundesgeschäftsführer der FDP, 1965–1998 MdB, 1965–1969 Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, 1969–1974 Bundesminister des Innern, 1974–1992 des Auswärtigen, 1974–1985 Bundesvorsitzender der FDP. Memoiren: Erinnerungen. Berlin 1995; Kempf/Merz S. 267–276.

4 Am 25. November 1966. Vgl. Knorr S. 90; Hildebrand S. 253–258.

5 Reinhold Maier (1889–1971), Jurist; 1924–1933 MdL Württemberg, Vorsitzender der DDP Stuttgart, Württemberg und Hohenzollern, 1929–1933 Wirtschaftsminister von Württemberg, 1932/33 MdR, 1945 DVP/FDP, 1946–1964 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1945–1953 Ministerpräsident von Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1953–1956 und 1957–1959 MdB, 1957–1960 Bundesvorsitzender der FDP. Vgl. Klaus-Jürgen Matz: Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie. Düsseldorf 1989.

Ich darf mich auf die wichtigsten Punkte beschränken. Wir haben selbstverständlich in diesen Verhandlungen nicht das ganze riesige Gebiet der Innen- und Außenpolitik behandeln können, aber doch die Gebiete, die neuralgisch sein könnten. Auf dem Gebiete der Außenpolitik haben unsere beiden Verhandlungspartner verlangt die Normalisierung unserer Beziehungen zu Frankreich, ohne daß die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten dadurch leiden sollten. Wir alle kennen diese Formel. Sie ist leicht gesagt, wie das aber politisch realisiert werden soll, das ist sehr viel schwerer.

Es konnte nicht Aufgabe dieser Gespräche sein, da ins Detail zu gehen. Wir einigten uns über diese Formel. Wir haben dann und wann auch einmal einen Fall gehabt, wo wir sagten, das könnte da hineinpassen, das könnte man in Zukunft anders machen als bisher. Wir haben also hier Übereinstimmung erzielt; allerdings würde ich sagen, daß insbesondere bei der Sozialdemokratie – das weiß ich aus weiteren Gesprächen – schon ein sehr ernster Wille besteht, daß das also nicht nur eine beschönigende Formel war.

Beide Partner haben verlangt, daß diplomatische Beziehungen mit Ländern des Ostens, um nicht zu sagen des Ostblocks, aufgenommen würden. Ich wußte ja davon, daß in dieser Frage in unserer Fraktion Meinungsverschiedenheiten bestanden, und habe deshalb einen größeren Kreis von Sachverständigen der Fraktion zusammengebeten, um einmal die verschiedenen Meinungen in der Fraktion zu hören. Es stellte sich dann übrigens heraus, daß die Kampfformeln, die da so im Raum standen – wie man so schön sagt – sehr bald zusammenschrumpften, wenn man mit den einzelnen sprach. Man war sich sehr viel näher in diesen Fragen, als es zunächst scheinen konnte. Wir haben uns dann auf eine bestimmte Linie geeinigt. Ich habe den Partnern, die beide die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen verlangten, gesagt, auch wir hielten die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ländern dieses Bereichs für wünschenswert, aber wir müßten dies differenziert tun und mit äußerster Behutsamkeit, damit nicht eine Kettenreaktion von Anerkennungen der SBZ erfolgen könnte, und zwar durch unser eigenes Verhalten provoziert. Ich verwies vor allem auf die arabischen Staaten und sagte, man müsse versuchen, möglichst vorher dieses Verhältnis so in Ordnung zu bringen, daß eine derartige Kettenreaktion nicht erfolge.

Die FDP hat stärker in diesem Punkt gedrängt als die SPD; insbesondere hat Herr Zoglmann bei den Verhandlungen vorgebracht, es bestehe die Gefahr für uns, daß wir zu spät kämen, weil die Russen zur Zeit versuchten, diese Länder alle sozusagen gleichzuschalten und ihnen Formeln aufzunötigen, die für uns die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen erschweren oder unmöglich machen würden. Ich wies darauf hin, daß man auch den Kumulierungseffekt bedenken müsse; denn beide Partner verlangten ja zur selben Zeit diese Verklammerung in den innerdeutschen Kontakten mit der Zone. Ich sagte Ihnen: Bedenken Sie einmal, was es heißt, Aufnahme diplomatischer Beziehungen, ganz undefiniert, ganz unüberlegt, schockartig, und dann diese Aufwertung der Aufwertungseffekte durch diese Verklammerung.

Das dritte Argument, das ich vorbrachte, war dies: Wir können uns nicht nach Osten so bewegen und auf der anderen Seite einfach Frankreich resigniert liegen lassen. Man muß auch da in irgendeiner Weise mit Frankreich zwar keine gemeinsame Ostpolitik

machen, aber jedenfalls die Dinge besprechen. Das hat keinen Widerspruch gefunden. Im großen und ganzen schien es so, als wäre die SPD eher geneigt, diesem behutsamen Vorgehen zuzustimmen, die FDP unbedenklicher in diesem Ritt gen Osten gestimmt.

Was die innerdeutschen Kontakte angeht, so hatte die FDP uns eine Formel vorgelegt, die wirklich an Torheit nicht zu überbieten war. Da stand drin: Ein Regime wie die SBZ sei durch alles, was man irgendwie täte, nicht anerkennbar und nicht aufwertbar. Es bedurfte sogar einiger Überredungskunst, um auf die Torheit einer solchen Formulierung aufmerksam zu machen. Ich habe auf das dringendste davor gewarnt – die Kommission tat es natürlich mit mir – zu unterschätzen, wie sehr wir dieses Regime durch irgendwelche Handlungen, durch Fakten, die wir selber setzten, aufwerten könnten.

Die Sozialdemokraten hatten einen sehr viel zurückhaltenderen Satz vorgelegt. Er lautete: Kontakte zwischen den Behörden der Bundesrepublik und den Behörden der SBZ sind keine Anerkennung der SBZ. Ich habe zunächst gesagt: Streicht einmal die beiden Wörtchen „den" und sagt, „Kontakte zwischen Behörden der Bundesrepublik und Behörden der SBZ sind keine Anerkennung". Ich erklärte, ich kann diese Formel so nicht stehenlassen. Sie ist keine Grundlage für eine Koalition. Hier muß noch eine klare Absicherung hinein.

Dann schlug ich die Formel zusätzlich zu diesem Satz vor: Es muß darauf geachtet werden, daß nichts geschieht, was völkerrechtlich oder faktisch in der Weltmeinung als ein Abrücken von unserem Standpunkt erscheinen könnte, daß wir die SBZ nicht als einen selbständigen deutschen Staat anerkennen. Diese Formel erlaubt es dem Bundeskanzler, von Fall zu Fall darüber zu entscheiden, ob diese Gefahr gegeben ist oder ob sie nicht gegeben ist. Damit wurde alles an Einzelvorschlägen, Kontakten auf Ministerebene usw. zurückgeschoben. Es wurde eine praktische Arbeitsformel gefunden. Sie ist zuerst von der SPD akzeptiert worden. Ich will gleich hinzufügen, im letzten Gespräch mit der FDP habe ich, um auch ihr gegenüber ganz redlich zu verhandeln, ihr gesagt, in diesem Punkt haben wir mit der SPD die und die Einigung erzielt. Seid ihr auch bereit, euch auf diese Formel einzulassen? Nach einigem Hin und Her haben die Verhandler der FDP das dann auch getan.

Es war in diesem Zusammenhang dann die Rede von diesem Amt für innerdeutsche Koordination, wiederum von beiden Partnern vorgetragen, und zwar bei beiden das Zugeständnis, man könne das auch innerhalb der Bundesregierung machen. Also kein eigenes Amt!

Ich habe dann offenbar nur bei der FDP – ich weiß es nicht mehr genau – so ganz nebenbei den Satz fallen lassen, wenn man das schon macht, würde man das doch am besten beim Bundeskanzleramt unterbringen. Auch das hat bei den Verhandlungen der FDP keinen Widerspruch provoziert, aber hinterher, bei der letzten Verhandlung, wurde gesagt, an diesem Satz hätten sie gesehen, daß ich überhaupt keine Koalition mit der FDP wolle; denn ich hätte jedenfalls wissen müssen, daß dadurch das Amt des gesamtdeutschen Ministers in einer Weise beeinträchtigt würde, daß er praktisch entmachtet worden sei. Nun, wenn sie das so meinten, dann hätten sie ja, wie wir das in allen Gesprächen taten, sofort sagen können, aber bitte, wie steht es dann mit dem gesamtdeut-

schen Ministerium? Ich trage das nur vor, um das gesamte Verhandlungsklima zu kennzeichnen. Wir haben gesagt, gut, so etwas wird dann innerhalb der Regierung gemacht. Bei der SPD wurde gar nicht weiter gefragt, wo, sondern das wurde mal so offengelassen mit dieser sachlichen Formel, von der ich erzählt habe.

Ein schwieriges Problem bestand darin, was den Mitbesitz an nuklearen Waffen angeht. Beide Partner forderten hier eine Verzichtserklärung; die FDP hier etwas vorsichtiger, indem sie sagte, die Bundesrepublik solle diesen Mitbesitz nicht anstreben. Die SPD forderte Verzicht. Ich habe dann gesagt, gut, auch wir – auch das war besprochen mit dem Kreis unserer Freunde – wollen nicht nationalen Besitz atomarer Waffen. Auch wir streben das nicht an, aber wie steht es mit einer atlantischen oder vor allem europäischen zukünftigen Option auf diesem Gebiet, wenn also einmal ein vereinigtes Europa vor die Frage gestellt ist, selber nukleare Waffen zu besitzen. Da erklärten beide Partner, diese Tür bliebe offen, auch für sie. Das war natürlich für uns die wichtigste Feststellung.

Es wurde dann von seiten der FDP zugebilligt, natürlich müsse man das alles unter dem Gesichtspunkt der Wirkung auf die Wiedervereinigungspolitik prüfen, und man müsse dann halt auch in der Zukunft, wenn es zu einer solchen europäischen nuklearen Option käme, sehen und überlegen, ob wir im Hinblick auf die Wiedervereinigungspolitik mitmachen könnten. Natürlich stand vor unserer aller Augen dabei der Vertrag über die Nichtweitergabe atomarer Waffen, zu dessen Unterzeichnung wir ja auch gerufen sind und dessen bedingungslose Unterzeichnung durch uns nun in der Tat eine zukünftige europäische Option ausschlösse.[6] Das ist ein Problem, vor dem unsere auswärtige Politik seit geraumer Zeit mit einiger Verlegenheit steht. Es war so, daß man sich damit getröstet hat, Japan und Indien sind so Mächte, die wollen das auch nicht gern; vielleicht gehen sie uns voran. So geht es nach meiner Meinung nicht. Wir haben darüber gesprochen. Es müssen vorher Verhandlungen stattfinden, die uns den Weg für eine solche Option offenhalten; denn wenn wir einfach einen solchen Vertrag nicht unterschreiben, was dann in der Weltmeinung los ist, das kann sich jeder denken. Auch hier, könnte ich mir denken, ist ein Punkt, wo man in zukünftigen Gesprächen mit Frankreich vielleicht weiterkommen könnte.

Dann kam noch die Frage des Münchener Abkommens.[7] Da waren die Formeln unbefriedigend, die vorgelegt wurden. Es wurde immer von Rechtsunwirksamkeit gespro-

6 Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen wurde am 1. Juli 1968 in Washington, London und Moskau unterzeichnet (in Kraft getreten am 5. März 1970), Beitritt der Bundesrepublik am 28. November 1969. Druck in: KOHLER S. 174–181; vgl. auch Patrick FITSCHEN: Zwischen Junktimspolitik und Verzögerungspolitik. Das Auswärtige Amt und die Verhandlungen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Kieler Studien zur Sicherheitspolitik 1). Kiel 2002.

7 Nach zwei Treffen Hitlers mit A. N. Chamberlain in Berchtesgaden am 15. September, in Bad Godesberg (heute Bonn) am 22.–24. September und am 29. September 1938 in München zwischen dem Deutschen Reich, Großbritannien, Italien und Frankreich abgeschlossener Vertrag (unterzeichnet am 30. September). Er beendete die Sudetenkrise und verfügte (ohne Beteiligung der ČSR), daß die überwiegend von Deutschen bewohnten Grenzgebiete Böhmens (Sudetengebiete) an Deutschland abgetreten werden.

chen. Ich habe ganz klar festgestellt, wenn hier von Rechtsunwirksamkeit gesprochen wird, dann kann es nur ex nunc, nicht ex tunc sein. Das heißt, es kann nicht heißen, das Abkommen war bei seinem Zustandekommen nichtig. Außerdem ist dann hinzugefügt worden eine Schutzklausel für die Sudetendeutschen. Also, in dieser Beziehung waren keine ernsthaften Gegensätze, aber eine gewisse Sorglosigkeit in der Formulierung. Auch Sorglosigkeit könnte sich in der Außenpolitik sehr rächen.

Dann war noch der Gemeinsame Markt und die EWG im Gespräch. Beide Partner forderten den Eintritt Großbritanniens. Ich sagte, wir werden auch hier unsere Politik der offenen Tür wie bisher fortsetzen, wies aber darauf hin, daß es da einige Schwierigkeiten gäbe, und daß diese Schwierigkeiten wieder in der Position Frankreichs im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft lägen.

Das waren die wesentlichen neuralgischen Punkte in der Außenpolitik und in der Innenpolitik, die wir besprochen haben. In der Innenpolitik war wie in der Außenpolitik am Beginn natürlich die Frage, wenn man überhaupt eine Große Koalition ins Auge faßt, dann muß doch dafür ein Grund vorliegen. Das ist doch eine ungewöhnliche Entscheidung. Man wird sofort uns Proporzdemokratie vorwerfen; außerdem wird das normale parlamentarische Kräftespiel gestört. Eine kleine Fraktion geht in die Opposition. Beide großen Parteien tun sich zusammen. Hier waren wir in der Auffassung mit der SPD völlig einig. Man könne diesen Schritt nur tun, schon bei der Ankündigung, wenn dieser Verdacht der Proporzdemokratie wirksam abgewehrt würde. Deshalb die Vereinbarung, zusammen ein mehrheitsbildendes Wahlrecht zu schaffen, das die beiden heutigen Partner wieder auseinanderzwingt, weil, wenn ein solches mehrheitsbildendes Wahlrecht eingerichtet ist, ja dann eine Partei die Mehrheit bekommt und die andere in die Opposition muß.

Das ist das, was in der Praxis schwierig ist. Wir dachten an das unmanipulierte reine relative Mehrheitswahlrecht, allerdings nicht für das Jahr 1969. Das wäre ein Abenteuer, auf das sich die CDU in dieser kurzen Frist gar nicht einlassen könnte, sondern für die nächste Bundestagswahl nach 1969, also, wann immer sie stattfindet, regulär 1973, und wenn die Legislaturperiode um ein Jahr verlängert würde, dann ein Jahr später. Über die Einzelheiten dieser Beratungen und Abmachungen kann dann Herr Kollege Lücke berichten, der sich dieser Frage besonders angenommen und in einer kleinen Kommission die notwendigen Vereinbarungen getroffen hat.

Für uns war nun allerdings wichtig die Frage, wie sieht das für uns im Jahre 1969 aus. Wenn diese Große Koalition gegründet wird, gibt es Unruhe, besteht auch die Gefahr, daß die CDU nach rechts und nach links Wähler verlieren könnte, wie natürlich auch die SPD in der Gefahr steht, nach links, vielleicht auch nach rechts, je nachdem, Wähler zu verlieren. Da sind wir übereingekommen, ein Übergangswahlrecht zu schaffen, also noch nicht das relative Mehrheitswahlrecht, sondern ein Übergangswahlrecht, das in einem verstärktem Quorum besteht und das die Gefahr des Einzugs von Parteien wie etwa der NPD in den nächsten Bundestag verhindern könnte. Es ging uns nicht darum, die FDP plötzlich zu beseitigen. Nach unserer Vorstellung hätten die Wähler dieser Partei an sich bis 1973 Zeit, sich zu arrangieren und zu überlegen, was sie tun. Es ging

uns einfach darum, ein Anwachsen dieser Splittergruppen und Splitterparteien – es könnte ja sein, daß die NPD wächst und im nächsten Bundestag mit erheblicher Stärke einzieht – möglichst zu vermeiden. Wir sind noch mitten in diesen Überlegungen. Herr Kollege Lücke kann Ihnen dazu berichten. Jedenfalls steht eines fest, wir wünschen einen Ankündigungseffekt, der den Verdacht von den beiden großen Parteien abwehrt, daß sie nun ein Machtbündnis eingehen wollen, das die Pfründe verteilt und wohl alles untereinander aushandelt usw. Wir wollen also nur ein Bündnis auf Zeit schließen und dies auch von allem Anfang an glaubhaft machen.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß die Frage des Mehrheitswahlrechts eine durchaus problematische Frage ist, aber meine persönliche Überzeugung ist es, daß, wenn es uns gelingt, dieses Mehrheitswahlrecht durchzusetzen, wir einen der Grundfehler der deutschen Demokratie seit 1919 korrigieren; d. h., daß wir dann das Wahlrecht einführen, das eine Aufsplitterung der parlamentarischen Kräfte auf die Dauer auch bei uns verhindert. Man hat viele Überlegungen angestellt, warum denn eigentlich die Demokratie in Amerika und in England gesund gelebt hätte und warum in den großen Demokratien des Kontinents, also in Frankreich, in Deutschland und Italien, immer Unruhe gewesen sei und nie die Dinge in Ordnung gekommen seien. Ferrero[8] hat darüber sehr geistvoll Überlegungen gemacht, nämlich über mangelndes Legitimitätsbewußtsein usw. Man braucht gar nicht so hoch zu greifen, einer der Gründe ist zweifellos, daß in allen diesen Ländern das Verhältniswahlrecht geherrscht hat in der einen oder anderen Form, und deswegen ist hier die Demokratie nie zur Ruhe gekommen.

Das Verhältniswahlrecht ist ganz offensichtlich für kleinere Staaten sehr viel eher geeignet als für größere staatliche Gebilde. Wer weiß, wenn man im Jahre 1924/25 in der Weimarer Republik das Mehrheitswahlrecht eingeführt hätte, dann wäre wahrscheinlich die Geschichte einen anderen Weg gegangen. Wir sind uns natürlich alle klar darüber, wenn das Mehrheitswahlrecht einmal eingeführt ist, dann werden die beiden übrigbleibenden Parteien, auch wenn sie die alte Firmenbezeichnung tragen, nicht mehr dieselben sein; denn sie werden durch den Sog, den sie auf die anderen Parteien ausüben, natürlich in der Substanz und in der Struktur sich gewandelt haben.

Es ist also ein kühner, ein revolutionärer Schritt. Es ist, wenn wir es tun, eine der bedeutungsvollsten Entscheidungen in der Geschichte der deutschen Demokratie seit 1919.

Was die Einzelheiten, die wichtigsten Gebiete der Innenpolitik, anlangt, so waren wir uns darüber klar, eine große Koalition rechtfertige sich aus dem Umstand, daß wir in den kommenden Jahren eine Reihe von wichtigen Entscheidungen zu treffen haben, die Grundgesetzänderungen und Streichungen erfordern. Die Überlegung war, daß diese Entscheidungen notwendig sind, wenn wir im Jahre 1969 siegen wollen. Wenn es uns nicht gelingt, diese Entscheidungen in den nächsten 2½ Jahren zu treffen, dann müssen wir vor das deutsche Volk hintreten und ihm sagen, es ist uns nicht gelungen, die

8 Guglielmo Ferrero (1871–1942), italienischer Historiker. – Gemeint ist hier wohl sein Buch „Macht" (Bern 1944).

ganze Unruhe, das Unbehagen usw. zu beseitigen, die Unzufriedenheit mit uns dauert dann fort. Wir können dann einfach unsere Wähler nicht mehr davon überzeugen, daß wir Regierungskraft haben.

Es wurde von einigen unseren Freunden eingewendet, das ist alles nicht so schlimm. Die SPD muß auch in der Opposition zu diesen Grundgesetzänderungen Ja sagen. Nun, erstens bezweifele ich das, daß sie das muß, und zweitens kann sie sich den Zeitpunkt aussuchen, wann sie Ja sagt. Sie kann die Dinge so hinauszögern, daß wir mit den Schwierigkeiten nicht fertig werden, und daß wir in eine Situation in die nächsten Bundestagswahlen hineingehen müssen, die so ungefähr ist, wie die Opposition sie eben für jeden Zeitpunkt wollen mag. Das ist natürlich der Hauptgrund für uns gewesen, nämlich der Blick auf das Jahr 1969, und der Wille, im Jahre 1969 unserer Partei den Sieg zu erstreiten.

Ich selber habe jahrelang seit 1960 eine kleine Koalition geführt,[9] und zwar loyal und mit Erfolg. Sie können sich denken, daß ich mich nicht so vom Herzen her mit einer Großen Koalition leicht befreundet habe. Aber alles, was ich hier sah und hörte innerhalb der Verhandlungen und durch einen recht zuverlässigen Informationsdienst außerhalb der offiziellen Verhandlungen, machte mir klar, daß unser bisheriger Koalitionspartner einfach nicht mehr koalitionswillig und koalitionsfähig war.[10] Sicher, und damit rechnete ich, es konnte der Augenblick eintreten, wo diese Leute nun partout entweder in die Opposition oder in eine Koalition mit der SPD gehen wollten. Ich verstehe das Denken dieser Leute bis zu dieser Stunde noch nicht, aber wir müssen es hinnehmen, daß es so war. Viele dieser Leute wären vielleicht im letzten Augenblick aus Angst vor dem Tode – sie sahen, daß ihre Politik gescheitert war – noch herübergekommen. Ich hatte eigentlich beinahe für die letzte Verhandlung, die wir mit der FDP führten, so etwas erwartet. In der Verhandlungskommission war die Mehrzahl der Freunde fest entschlossen, auf die kleine Koalition zu steuern, obwohl ich immer fragte, was erwartet ihr euch eigentlich davon? Glaubt ihr, daß diesmal dieser Partner bis zur nächsten Bundestagswahl treu bleiben wird? Ich habe von keinem einzigen ein Argument gehört, warum er das eigentlich glaubte. Aber schön, ich wollte unter allen Umständen bis zum letzten Augenblick fair verhandeln und habe nun goldene Brücken der FDP zu bauen versucht.

In diesem Moment – ich rufe die Mitglieder der Verhandlungskommission zu Zeugen auf – mußten wir eigentlich erwarten, daß die FDP, als sie gesehen hatte, es kommt nicht zu dieser sogenannten Mini-Koalition, sich sagte, jetzt müssen wir die Schwenkung vornehmen. Aber das Gegenteil war der Fall. Ich trug ihnen die verschiedenen

9 Bei Amtsantritt als Ministerpräsident von Baden-Württemberg im Dezember 1958 stand Kiesinger einer Allparteien-Koalition vor, 1960 bildete er eine Koalition aus CDU, FDP/DVP und BHE.

10 Vgl. Rudolf Morsey: Die Vorbereitung der Großen Koalition von 1966. Unionspolitiker im Zusammenspiel mit Herbert Wehner seit 1962, in: Jürgen Kocka/Hans-Jürgen Puhle/Klaus Tenfelde (Hg.): Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag. München/New Providence/London/Paris 1994 S. 462–478.

Kapitel – ich komme nachher darauf zu sprechen – der Politik vor. Sie wählten die Frage der Steuererhöhung, um die Verhandlungen platzen zu lassen. Der Vorgang war folgender: Ich hatte ihnen zuerst diese Geschichte mit der Formel für die innerdeutschen Kontakte gesagt und erklärt, das ist für uns sehr wichtig, ja, das ist entscheidend für uns. Mit der SPD haben wir uns geeinigt auf dieser Formel. Seid auch ihr bereit, diese Formel anzuerkennen? Dann kamen wir auf die Frage der Steuererhöhungen. Ich sagte ihnen: Meine Herren! Wir haben uns mit der SPD, die zunächst auch Steuererhöhungen abgelehnt hatte, geeinigt; denn sie ist uns auf halbem Wege entgegengekommen. Wir haben auf die Alkoholsteuer und die Umsatzsteuer verzichtet und sind bei der Mineralölsteuer und Tabaksteuer geblieben. Die SPD hat das akzeptiert. Wollen sie uns nicht auch auf halbem Wege entgegenkommen? Nun ging es los! Unsere Vertreter des Gedankens der kleinen Koalition redeten mit Engelszungen. Ich selber habe gesagt: Es ist doch eine Prestigefrage für uns. An dieser Frage ist die Koalition zerbrochen; also muß jeder sein Gesicht wahren. Das ist doch ganz einfach für euch. Ihr habt in einem Papier den Satz stehen: Steuererhöhungen sind nicht gerechtfertigt. Ihr habt selbst gesagt, das müsse man im Zusammenhang mit dem, was vorher stehe, sehen und statt eines Punktes, der da stehe, müsse man ein Semikolon machen. Ich sagte also, ich darf den Satz so verstehen, daß man die ganze Deckungslücke durch Kürzungen, Streichungen und Einsparungen füllen kann. Deshalb sind Steuererhöhungen nicht gerechtfertigt. Stimmt das? Da haben sie gesagt: Jawohl!

Dann sagte ich, ihr geht aus von einem Defizit von 1,8 Mrd. DM. Unser Freund Schmücker geht aus von einem Defizit von 2,6 Mrd. DM. Dann aber ist immer noch nicht die Frage des Beteiligungsverhältnisses Bund-Länder gelöst. Es steht doch ganz einfach jetzt für euch. Ihr braucht nur zu sagen, wenn es bei der Deckungslücke bleibt, von der wir ausgegangen sind, weigern wir uns strikt, Steuererhöhungen zuzustimmen. Sollte sich die Deckungslücke allerdings als sehr viel erheblicher herausstellen, dann müssen wir die Lage neu überprüfen. Es war nichts zu wollen! Sie sind uns nicht einen Millimeter entgegengekommen. Wir sahen, sie wollten die Koalition nicht.

Dann gingen wir hinaus und haben das Ergebnis dieser Verhandlungen der Presse bekanntgegeben; obwohl Herr Mende bei der Einleitung der letzten Besprechung gesagt hatte, man wäre frei, es sei noch nichts passiert, erklärte er vor meinen Augen: Aus diesem Grunde haben wir heute der SPD eine gewisse Erklärung abgegeben.[11] Diese Erklärung war ein Koalitionsangebot mit der Garantie, daß sämtliche Stimmen der FDP-Abgeordneten dem Kanzlerkandidaten der SPD zur Verfügung stünden.

Das habe ich, meine Damen und Herren, Ihnen deswegen so ausführlich geschildert, damit wirklich auch nicht der leiseste Zweifel eines Verdachtes bleibt, daß wir nicht für die Fraktion und die Gremien unserer Partei so verhandelt hätten, daß nichts verschüttet wurde. So ist es geschehen. Ich gebe zu, ich selber hatte nicht viel Hoffnung für das Zustandekommen der kleinen Koalition. Ich habe von Anfang an gesagt, ich muß ja doch

11 Vgl. SPD-Fraktionsprotokolle S. 1031 Anm. 12: Mende hatte Brandt zugesichert, daß alle 49 Abgeordneten der FDP-Fraktion für einen SPD-Kanzlerkandidaten stimmen würden.

fragen, kann man mit denen noch einmal koalieren? Wird das halten? Was passiert, wenn dieser Partner wieder nicht bei der Stange bleibt? Ich wußte, daß mindestens zwei Drittel dieser Fraktion sich mit Händen und Füßen gegen die Wiederaufnahme einer Koalition mit uns wehrte. So ist es also gegangen.

Die sachlichen Gespräche brachten weitgehende Übereinstimmung. Zum Haushalt hat die SPD zugesagt, daß sie den in diesem Jahr noch zu verabschiedenden drei Gesetzen – Finanzplanungsgesetz, Steueränderungsgesetz und Ergänzungsgesetz[12] – zustimme; was sehr wichtig ist, sonst würden wir im nächsten Jahr eine gewaltige Belastung mit hinübernehmen. Sie haben diesen Steuererhöhungen zugestimmt. Die SPD ist entschlossen, mit uns zusammen in den kommenden Jahren streng zu regieren, d. h. dem Volk zu sagen, wie die Dinge stehen, und die notwendigen Einsparungen in den öffentlichen Haushalten durchzuführen, den – wie sie sich selber ausdrückten – Kostendruck von unserer Wirtschaft zu nehmen oder einen weiteren Kostendruck zu vermeiden.

Es fiel auch schon der Satz von Professor Schiller[13]: Wir müssen von dieser Koalition von vornherein den Verdacht abwehren, daß sie nun munter an das Umverteilen der Vermögen herangeht. – Das alles waren Dinge, die eine Rolle spielten. Sie haben auch gesagt, es sei notwendig, die Tarifpartner zur Disziplin zu mahnen. Sie haben die beiden Prinzipien Stabilität und Wachstum – die Problematik dieser Paarung kennen wir alle – herausgestellt. Das Wachstum wird bei Schiller ganz groß geschrieben, weil er weiß, entweder gelingt es, dann ist es ein Erfolg, und wenn nicht, dann ist es ein Mißerfolg für uns beide, wobei der Unterschied zu uns darin liegt, daß die Bereitschaft zur Lockerung der Restriktionen bei der SPD erheblich größer war als bei uns.

Die SPD hatte auch strikte die Abschaffung der Kuponsteuer[14] gefordert; eine Frage, die auch in unseren Reihen umstritten ist. Wir haben dann die Sache neutralisiert, indem wir sagten, diese Frage, ob die Kuponsteuer bestehen bleibt oder nicht, wird überprüft.

Interessant war die Stellungnahme zur Frage des Mitbestimmungsrechts. Hier wurde gar kein Vorstoß unternommen, sondern es sollte eine Kommission gebildet werden,

12 „Erstes Gesetz zur Überleitung der Haushaltswirtschaft in eine mehrjährige Finanzplanung (Finanzplanungsgesetz)" vom 23. Dezember 1966, BGBl 1966 I S. 697; „Zweites Gesetz (Steueränderungsgesetz)" vom 23. Dezember 1966, BGBl 1966 I S. 702; „Gesetz zur Förderung der Stabilität der Wirtschaft" vom 8. Juni 1967, BGBl 1967 I S. 582.

13 Dr. Karl Schiller (1911–1984), Hochschullehrer; 1946 SPD, 1947 Ordinarius in Hamburg, 1948–1953 Wirtschafts- und Verkehrssenator in Hamburg, 1949–1957 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1956–1958 Rektor der Hamburger Universität, 1961–1965 Wirtschaftssenator in Berlin, 1956–1972 MdB, 1966–1971 Bundesminister für Wirtschaft und 1971/72 auch für Finanzen, 1972 Austritt aus der SPD, 1980 Wiedereintritt. Vgl. Kempf/Merz S. 583–588.

14 Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen, die an Gebietsfremde ausgezahlt wurden, unterlagen bis zum 31. Juli 1984 der Kapitalertragsteuer (Kuponsteuer). – Vgl. Drs. V/864 vom 10. August 1966 („Kleine SPD-Anfrage betr. Abschaffung der Coupon-Steuer") und die am 8. September 1966 erfolgte Antwort des Bundesministeriums der Finanzen (Drs. V/910). Vgl. auch „Bekanntmachung der Neufassung der Verordnung zur Durchführung des Steuerabzugs vom Kapitalertrag (Kapitalertragsteuer) – Kapitalertragsteuer-Durchführungsverordnung (KapStDV)" vom 8. August 1966, BGBl 1966 I S. 742.

die im Laufe der beiden nächsten Jahre – diese Zeit wurde ausdrücklich genannt – prüfen sollte, welche Ergebnisse dieses Mitbestimmungsrecht zeitige und welche Erfahrungen man damit gemacht habe. Also eine sehr bemerkenswerte Zurückhaltung in diesem Punkt!

Man hat uns außerdem versichert, daß man eben zur Beseitigung des Kostendrucks und zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft auch auf die Tarifpartner entsprechend einwirken wolle. Jedenfalls war das ernstgemeint.

Zur Bereinigung der öffentlichen Haushalte stand das in Frage, was ich seit längerer Zeit die vertikale Rangliste der Aufgaben genannt habe, und zwar quer durch Bund, Länder und Gemeinden – nicht schottendicht gegeneinander abgeschlossen –, nämlich: Was ist von alledem das wichtigste, um dann eine Rangordnung zu machen? Als ganz wichtige Aufgabe, die gemeinsam zu erledigen sei, wurde die Reform der Finanzverfassung genannt, wobei der SPD viel daran lag, daß man eine Lösung finde, die im voraus den betreffenden Gemeinden helfe, daß man also nicht warten solle, bis die gesamte Arbeit der Reform durchgeführt sei. Auch darüber erfolgte im Prinzip Einigung. Das waren aus diesem Gebiet die wesentlichen Punkte.

Dann wurden das Parteiengesetz und die Parteifinanzierung angesprochen, und zwar ebenfalls als gemeinsame Aufgaben, die zu lösen wären.

Auf dem Gebiete der Sozialpolitik – Kollege Blank war da – haben sich höchst merkwürdige Momente ergeben, wobei die Sozialpolitiker von Herrn Schellenberg[15] zurückgepfiffen wurden. (*Blank:* Ich habe mich nicht zurückpfeifen lassen!) Dabei bin ich mir natürlich klar darüber, meine Damen und Herren, daß bei aller schönen Eintracht bei diesen Verhandlungen immer noch grundlegende Unterschiede bestehen und daß gewisse dirigistische Vorstellungen der SPD heute nicht mehr dieselbe Linie wie ehedem haben, sondern daß das alles eine viel subtilere Sache geworden ist. Jedenfalls haben diese Gespräche uns überzeugen können, daß wir mit diesem Koalitionspartner die Wirtschaftspolitik und die Finanzpolitik machen können, die notwendig ist, damit wir aus dem augenblicklichen Schlamassel wirklich herauskommen, damit wirklich Wachstum und Stabilität gesichert werden können und damit Ordnung in den öffentlichen Finanzen hergestellt wird.

Natürlich steckt in den Streichungen, die da vorgeschlagen worden sind, auch ein Programm. Daß dabei die von der SPD vorgesehenen Streichungen eher zu unserem Programm passen als die Streichungen, die die FDP vorhatte, ist klar. Da gab es natürlich gewisse Dinge, die wir nicht hätten mitmachen können.

Meine Damen und Herren! Wir haben natürlich über mittelfristige Vorausplanungen und diese Dinge gesprochen. Mit anderen Worten, es war der Wille deutlich, für die kommenden Jahre so zu arbeiten, daß man nicht von der Hand in den Mund lebt, von einem Tag zum anderen, sondern daß möglichst in allen Bereichen Ordnung einkehre.

---

15 Dr. Ernst Schellenberg (1907–1984), Hochschullehrer; 1946–1948 Professor am Institut für Sozialpolitik und Versicherung der Humboldt-Universität Berlin; 1952–1976 MdB (SPD), 1960–1973 Mitglied des SPD-Bundesvorstands.

Dann haben wir uns zu dem bisherigen Stadium der Entscheidungen vorgearbeitet. Sie wissen, daß bei der SPD die Dinge sehr, sehr hart umkämpft waren und sind. Heute nacht hat der Parteirat der SPD mit einer beachtlichen Mehrheit – ich glaube 74 oder 79:19 Stimmen – sich für eine Große Koalition entschieden.[16] In der Fraktion waren es nach der Auskunft von Herrn Brandt $^2/_3$:$^1/_3$; die anderen meinten, nicht ganz $^2/_3$; sie hätten keine formelle Abstimmung durchgeführt. Sie wissen, daß sie von ihrer Verhandlungskommission erwarten, daß heute abend gewisse allgemeine Entscheidungen über die Organisation der kommenden Bundesregierung und über einige personelle Dinge fallen werden; nicht etwa über eine Kabinettsliste. Davon machen sie ihre endgültige Entscheidung über die Wahl des Bundeskanzlers abhängig.

So stehen also jetzt die Dinge. Wir haben, glaube ich – ich darf das sagen –, während der ganzen Verhandlungen das Heft in der Hand behalten. Wir haben es uns nie aus der Hand nehmen lassen. Wir haben die Dinge immer so geführt, wie es notwendig war, um ganz klar festzustellen, ob wir mit diesem Koalitionspartner auch wirklich Politik machen können. Wir hatten keine andere Wahl mehr im letzten Stadium, als entweder die Große Koalition abzuschließen oder in die Opposition zu gehen, dann natürlich Neuwahlen und dergleichen. Aber das wäre ein sehr riskantes Abenteuer gewesen.

Ich glaube, daß ich diesem Gremium empfehlen soll, wie ich es der Fraktion schon empfohlen habe, sich für diese Große Koalition mit allem Risiko, was dazu gehört, zu entscheiden. Sie haben noch in den letzten Tagen die bedauerlichen Äußerungen von führenden Persönlichkeiten der SPD gehört: Offenbarungseid, Konkursmasse, die liquidiert werden müsse, usw. Ferner einige unliebsame Dinge, die im Zusammenhang mit einem wirklich höchst unberechtigten Angriff des Herrn Brandt gegen Herrn Erhard kamen;[17] dazu eine Erwiderung, die der Herr Bundeskanzler daraufhin gab. Ich bin angesprochen worden in der Fraktion. Ich habe gesagt, das sei eine Torpedierung meiner Bemühungen; es sei alles Unsinn. Nun, meine Damen und Herren, ich habe in der Öffentlichkeit nur gesagt: Das ist die berechtigte Abwehr eines Angriffs des Herrn Brandt durch den Herrn Bundeskanzler. Ich kannte diese Dinge nicht. Wir werden weiter verhandeln. Ich würde es bedauern, wenn durch diese Auseinandersetzung das Verhandlungsklima leiden würde; denn wir standen kurz vor dem Abschluß.

Das ist alles nicht von uns zu entschuldigen. Wir dürfen es auch nicht hinnehmen. Ich habe im Fernsehen bereits in aller Ruhe gesagt:[18] Was heißt neue Politik? Wir werden unsere erfolgreiche Politik fortsetzen und werden gemeinsam auch manches Neue

16 Vgl. „Hannoversche Allgemeine" vom 30. November 1966 „Versachlichung in den SPD-Reihen": Der SPD-Parteirat hatte mit 73:19 Stimmen die Große Koalition befürwortet.

17 Brandt äußerte in einem Interview mit der „Neuen Ruhr-Zeitung" am 10. September 1966 Zweifel an den „Führungsfähigkeiten Erhards als Kanzler". In einem Interview mit dem DLF am 2. Oktober 1966 sagte er, daß es durchaus „ehrenwerte Motive" geben könnte, Erhard abzuwählen, vgl. BPA-Mitschrift vom 2. Oktober 1966. Am 28. Oktober 1966 hatte Erhard im hessischen Wahlkampf geäußert, Deutschland unter der Zuchtroute der SPD wäre unerträglich, die Schreckensherrschaft der SPD müßte verhindert werden. Daraufhin hatte Brandt heftig geantwortet, vgl. FAZ vom 30. Oktober 1966.

18 Vgl. SPD-Fraktionsprotokolle S. 1035 Anm. 28; Schmoeckel/Kaiser S. 52.

machen. Das ist die Formel. Mit dieser Formel würde ich in diese Koalition gehen. Sie müssen bedenken, daß die Äußerungen, die da getan worden sind, natürlich Äußerungen der Führer der SPD an ihre eigenen Leute waren. Sie wußten, für diese Menschen ist es eine furchtbar schwere Entscheidung. Ich habe ihnen gesagt: Damit muß jetzt Schluß sein! Mit einer solchen Formel kommt ihr nicht herein. Wir werden nie ganz vermeiden, meine Damen und Herren, daß die SPD in der Folge sagen wird, wenn sich Erfolge einstellen, ist das alles der Blutauffrischung durch uns zu verdanken. Meine Damen und Herren! Es wird alles auf uns ankommen, wie wir das nun in den kommenden Jahren machen werden.

Der Ausbruch von Herrn Wehner[19] im Bundestag – das bin ich Ihnen noch zu sagen schuldig, weil er mich ermächtigt hat, das ausdrücklich zu sagen – ist z. T. dadurch verursacht worden, daß ihm die FDP – ich will den Mann jetzt nicht nennen – sagen ließ, die CDU hat sich mit uns in der Steuerfrage geeinigt. Sie hat auf Steuererhöhungen verzichtet. Das hat Wehner als einen Dolchstoß in den Rücken empfunden, und er hat gemeint, wir hätten nun hinter dem Rücken der SPD schnell abgeschlossen. Das war also ein Grund für sein aufgeregtes Auftreten im Bundestag.

Meine Damen und Herren! Mit solchen Mitteln wurde gearbeitet. Genau das Gegenteil – ich habe es Ihnen klargestellt – war der Fall. Nun, wenn ich abschließend meine persönliche Meinung sagen soll, dann folgendes: Jede der beiden Parteien setzt auf Sieg für 1969, und zwar zunächst die führende Gruppe der SPD; und wenn wir diese Koalition abschließen, auch wir.

Über die Absicherung durch ein Übergangswahlrecht habe ich schon gesprochen, aber die wirkliche Garantie und Gewähr des Sieges im Jahre 1969 sind wir selbst. Das ist die Art, wie wir in den kommenden Jahren vor dem deutschen Volk erscheinen, ob wir uns als regierungsfähig erweisen, ob wir den Mut zu raschen und durchgreifenden Entscheidungen haben, ob wir diese Entscheidungen – jeder einzelne, der in der Regierungsmannschaft steht – diesem Volke auch so überzeugend darstellen können, daß es sie billigt, und daß es uns als die eigentlich Führenden – wir haben immerhin den Vorzug, den Kanzler zu stellen – bei dieser Politik empfindet. Eines ist freilich Voraussetzung, nämlich Einigkeit und Geschlossenheit in unseren Reihen.

Meine Damen und Herren! Ich habe diesen Weg beschritten nicht aus persönlichem Ehrgeiz. Ich wußte, was gerade mir bevorstand in diesen Zeiten. Sie können sich denken, welche inneren Widerstände ich zu überwinden hatte. Diejenigen, die mich seit einiger Zeit gedrängt haben, mich zur Verfügung zu stellen, wissen es. Ich habe es getan, weil ich, der ich so viele Jahre dieser Partei gedient habe in den verschiedensten Positionen und immer in vorderster Front, nicht will, daß ich am Ende meines politischen Lebens vor einem Trümmerhaufen stehe; weil ich will, daß das, was wirklich einmal in dieser unseligen deutschen Geschichte große Politik war, vor allem unter Konrad Ade-

19 Vgl. Sten.Ber. 5. WP 73. Sitzung vom 23. November 1966 S. 3442–3444; vgl. auch SPD-Fraktionsprotokolle S. 1021 Anm. 2.

nauer, also dieses große Erbe von uns und von denen, die nach uns kommen, so verwaltet wird, daß es dem Wohle unseres Volkes, nicht nur dem Wohle unserer Partei, dient.

Sie haben mich erkoren als Kandidat. Wenn Sie mich zum Kanzler küren, dann kann ich Ihnen nur eines sagen: Ich kenne die Probleme, ich kenne die Risiken. Ich weiß, daß ich nichts ausrichten kann, wenn diese Partei wieder in rivalisierende, uneinige und zerstrittene Gruppen auseinanderfällt. Wenn Sie mir aber die Einigkeit gewähren, dann verspreche ich Ihnen, daß das Letzte an Geist und Kraft, was in mir ist, daran gesetzt wird, um im Jahre 1969 den Sieg an unsere Fahnen zu heften. (*Starker Beifall.*)

Barzel: Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler muß zu einem Gespräch mit Mr. McCloy[20], der im Hause ist. Ich danke dem Herrn Kollegen Kiesinger sehr herzlich für seinen Bericht. Ich glaube, er bedarf keiner Ergänzung. Er ist vollständig. Wir sollten versuchen, ihn alsbald zu diskutieren.

Ich glaube, es ist selbstverständlich – und es braucht hier nicht noch gesagt zu werden, daß wir alle miteinander und die Bundestagsfraktion vor allem Wert darauf legen, in den kommenden Debatten völlig deutlich zu machen, daß hier nicht eine Große Koalition entsteht wegen eigenen Versagens und wegen einer merkwürdigen Lage, sondern nur wegen mit verfassungsändernder Mehrheit zu bewirkender Zielvorstellungen. Ich glaube, daß es ganz klar ist, daß wir uns in keiner Weise etwa Ludwig Erhard gegenüber ins Unrecht setzen lassen. Das braucht hier nicht im einzelnen dargetan zu werden.

Vielleicht darf ich eben nur noch den Beschluß mitteilen, weil er in der Presse nicht korrekt wiedergegeben ist, den die Bundestagsfraktion gestern abend nach einer langen Debatte, an der sich 64 Kollegen beteiligt haben, gefaßt hat. Er lautet wie folgt:[21]

1. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in einer eingehenden Aussprache die Gründe für und gegen eine Große Koalition erörtert. Sie billigte den vom Ministerpräsidenten Kiesinger erstatteten Bericht über die Sachverhandlungen mit der SPD und der FDP.

Dieser erste Absatz ist gegen vier Stimmen angenommen worden. Der zweite Absatz lautet:

2. Die Bundestagsfraktion stimmt abschließenden Verhandlungen über die Bildung der Koalition mit der SPD zu. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird morgen, Dienstag, 20.00 Uhr, den abschließenden Bericht entgegennehmen und dann darüber Beschluß fassen.

Diese zweite Passage ist angenommen worden gegen sechs Stimmen bei neun Enthaltungen.

---

20 John Jay McCloy (1895–1989), amerikanischer Bankier und Politiker; 1941–1945 stv. Kriegsminister, 1947–1949 Präsident der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, 1949–1952 Hoher Kommissar der US-Regierung in Deutschland, 1953–1960 Vorsitzender der Chase National bzw. Chase Manhattan Bank, 1961/62 Sonderbeauftragter des Präsidenten Kennedy für Abrüstungsfragen. Vgl. Erika J. Fischer/Heinz-D. Fischer (Hg.): John J. McCloy – An American Architect of Postwar Germany. Profiles of a Transatlantic leader and Communicator. Frankfurt/Main 1995.

21 Fraktionssitzung am 28. November 1966, vgl. CDU/CSU-Fraktionsprotokolle S. 2275.

Die von uns gedachten nächtlichen Gespräche mit den Sozialdemokraten haben nicht stattfinden können, weil der Parteirat der Sozialdemokraten über Mitternacht hinaus getagt hat. Es gibt eine Verabredung für heute mittag 1.00 Uhr, so daß wir vielleicht um 3.00 Uhr im Parteiausschuß auch zu den anderen Fragen ein bißchen mehr werden sagen können. Ich weiß nicht, ob der Kollege Lücke den Bericht ergänzen sollte. (*Zuruf:* Nicht im Augenblick!)

Seebohm: Ich möchte mir die Anregung erlauben, daß Herr Kollege Lücke doch, weil es sich um die Wahlrechtsfragen handelt, zunächst einmal Stellung nimmt zu dem ganzen Fragenkomplex.

Barzel: Herr Kollege Lücke!

Lücke: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Es sind zwei Problemkreise; einmal das Übergangsrecht und einmal das endgültige Wahlrecht. Es soll im Jahre 1969 nach einem Übergangswahlrecht gewählt werden, d. h. praktisch innerhalb der bisherigen Wahlkreise. Man ist übereingekommen, die Modifikationen, die dieses Übergangswahlrecht enthält, zu beraten innerhalb der Partei und der Regierung, und zwar im ersten Halbjahr 1967, damit wir nicht bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen[22] Unruhe hineintragen.

Die Überlegungen gehen dahin, in 248 Wahlkreisen im Jahre 1969 zu wählen und dabei in der bisherigen Sperrklausel, die lautet: Drei Mandate oder 5%, das Wort „oder" durch das Wort „und" zu ersetzen, so daß es heißen soll: „Drei Mandate und 5%". Dieser Vorschlag bedeutet kein Ei des Kolumbus; denn wir haben früher schon einmal vorgeschlagen, das Wort „oder" zu ersetzen. Mit der Ersetzung durch das Wort „und" würden radikale Gruppen rechts und links von uns ausgeschaltet werden. Weiter schlage ich vor, auf fünf Direktmandate zu gehen. Das läge noch im Rahmen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts.[23] Weitere Ergänzungen zu dem Übergangswahlrecht sollen in einer Kommission, die in der Koalition gebildet werden soll, erörtert werden. Wir haben gestern in der Fraktion festgestellt, daß auch in unseren Reihen über dieses ganze Thema Unklarheit herrscht. Es wäre heute morgen auch unmöglich, den ganzen Komplex auch nur annähernd darzustellen. Ich habe deshalb vorgeschlagen, daß wir uns innerhalb der Partei –wir haben volle Handlungsfreiheit – sehr bald und sehr eingehend mit diesem doch, wie Kollege Kiesinger sagt, bedeutenden Problem befassen, damit die Sorgen beseitigt werden, die hier und da bestehen, als ob hier ein Wahlrecht gegen jemand gemacht würde.

Es wird auch kein Wahlrecht erörtert, das uns in den großen Verdichtungsräumen Stimmen und Mandate wegnimmt, sondern die Überlegungen, die angestellt werden, können doch nur im Interesse unserer Partei liegen. Uns lag daran, bei den Verhandlungen den Koalitionspartner, den wir uns nicht wählen konnten, der einfach gegeben ist,

22 In Rheinland-Pfalz wurde am 23. April, in Niedersachsen am 4. Juni 1967 gewählt.

23 BVerfG-Urteil vom 23. Januar 1957 (2 BvE 2/56, S. 84–132) in dem Verfassungsrechtsstreit betreffend die Gültigkeit des § 6 Absatz 4 Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 (vgl. Absatz 5 des Urteils).

dahin zu bringen, daß er sich dazu bekannte, am Ziel dieser Entwicklung einem klaren Mehrheiten bildenden Wahlrecht zuzustimmen.

Das beinhaltet sowohl das relative Mehrheitswahlrecht im angelsächsischen Sinne als auch das Thema, wie ich es mir vorstelle, zu wählen in Wahlkreisen mit einer Bundesliste. Das beinhaltet eine Reihe anderer Fragen.

In der Presse sind nun von der Opposition in Interviews irreführende Äußerungen dergestalt veröffentlicht worden, als ob es nur noch ein relatives Mehrheitswahlrecht gäbe.[24] Das Wort „mehrheitsbildendes Wahlrecht" hat die Verwirrung gestiftet. Es muß genau heißen: „Mehrheiten bildendes Wahlrecht". Ich möchte hier unterstreichen, was Kollege Kiesinger gesagt hat, diese Demokratie hat auf die Dauer nur eine Zukunft in der modernen Industriegesellschaft, wenn klare Mehrheiten nach einer Wahl zustande kommen, so daß es nicht mehr notwendig ist, durch Koalitionen permanent den Wählerwillen zu verfälschen. Das hat dazu geführt, daß bei unseren Menschen, vor allem bei unserer Jugend, es nur schwer möglich ist, eine Partei zu profilieren, weil diese immer wieder erklären: Was macht ihr dort in Bonn, was habt ihr dort zusammengezimmert.

Wir haben über dieses Thema 17 Jahre lang nicht diskutieren können. Wir wollen es nun in Ruhe tun. Wir haben deshalb gestern morgen ein Papier gefertigt, das nur intern zur Diskussion den Parteigremien der beiden Koalitionspartner dienen soll.[25] Festgelegt worden ist folgendes – und ich bitte sehr darum, daß der Bundesvorstand hier mitgeht –, daß diese Regelung, wie immer sie aussieht, in den nächsten drei Jahren sowohl in das Grundgesetz und auch im endgültigen Wahlgesetz verankert werden muß.

Die Regelung, wie das Mehrheiten bildende Wahlrecht, nach dem nach der nächsten Bundestagswahl im Jahre 1969 gewählt werden soll, aussehen muß, muß während dieser Legislaturperiode bis 1969 in das Grundgesetz hineingebracht werden, weil wir nicht wollen, daß eine Zufallsmehrheit es irgendwann wieder beseitigt. Das war der schwierigste Verhandlungspunkt, aber nicht in diesen Verhandlungen, Herr Kollege Kiesinger. Seit genau vier Jahren diskutieren wir über diese Frage in einem kleineren Gremium.[26]

Die Schwierigkeiten innerhalb der Opposition waren deshalb so groß, weil dort der größere Teil der Gewerkschaftsfunktionäre betroffen wird, die deshalb Sorge haben, daß sie auf diesem Wege nicht mehr durchkommen können.

Zugleich soll während dieser Periode das Wahlgesetz mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden, nach dem nach 1969 gewählt werden soll. Zugleich soll in diesem Wahlgesetz, das nach 1969 die endgültige Regelung bestimmt, festgelegt werden, daß

24 Vgl. Stuttgarter Nachrichten" vom 29. November 1966 „Wehner: Neues Wahlrecht nicht vor 1969".

25 „Bericht der Arbeitsgruppe für Wahlrechtsfragen" vom 10. November 1966 in ACDP 01–077–111/1. Eine Wahlrechtskommission der CDU/CSU konstituierte sich am 10. April 1967 (Protokoll mit Mitgliederliste in ACDP 07–001 AO 121).

26 Erste Sitzung der Arbeitsgruppe für Wahlrechtsfragen am 4. Februar 1963 (Protokoll in ACDP 07–001 AO 105).

wir in fünfjährigen Legislaturperioden wählen. Die vierjährige Periode ist zu kurz. Das haben wir doch oft genug erlebt. Wir brauchen fünfjährige Perioden. Bei den Gesprächen wurde deutlich, daß auch innerhalb der Länder im Laufe der Jahre sich ein solches Wahlgesetz Zug um Zug sicherlich entwickeln wird. Von den Sozialdemokraten wurde dieser Weg mit erörtert.

Es wurde weiter keine Frage der Grundgesetzänderung, aber eine Frage von hoher praktischer Bedeutung erörtert, daß nämlich die Landtagswahlen und die Kommunalwahlen jeweils an einem Tage stattfinden sollen. Das würde heißen, im Jahre 1967 sollten die drei Landtagswahlen und die Kommunalwahlen an einem Sonntag stattfinden, um somit diese Wahlen etwas zu straffen. Das sind aber Fragen, die von der Wahlrechtskommission und von unserer Partei zu behandeln sind.

Schließlich soll die wichtige Frage der Neuzuschneidung der Wahlkreise, die auch von großer Bedeutung für uns ist, bis zum Jahre 1969 erfolgen und im Wahlgesetz mitverankert werden, das wiederum dann einer Zweidrittelmehrheit bedarf.

Meine Freunde! Ein solches Wahlrecht mit der Übergangslösung enthebt uns in der öffentlichen Diskussion dem Vorwurf, daß wir hier uns selbst für alle Zeiten in einer Proporzdemokratie gesichert hätten. Aber dieser Weg ist sicherlich für unsere Partei mit keinem größeren Risiko verbunden als für die Sozialdemokaten. Dieser Weg sichert aber für die Zukunft klare Mehrheiten. Ich glaube, die deutsche Politik braucht in der Zukunft nichts notwendiger als klare Mehrheiten. Die vor uns liegenden drei bis vier Jahre bieten Muße und Zeit, um in aller Ruhe dem deutschen Volke klarzumachen, daß wir nur vorübergehend mit den Sozialdemokraten zusammengehen, um bestimmte notwendige Dinge zu tun.

Ich darf noch kurz sagen, was daneben geschehen muß, weil Kollege Kiesinger die Dinge global nannte. Wir brauchen die Grundgesetzänderung im Art. 109 für das Stabilitätsgesetz sofort. Wir brauchen sofort die Änderung des Art. 113. Wir brauchen sofort die Änderung des Art. 75[27] – Rahmenkompetenz – für die Neuregelung des Öffentlichen Dienstes in den Ländern und Gemeinden für die Beamten, Angestellten und Arbeiter; eine ganz schwerwiegende Frage!

Wir brauchen die Notstandsverfassung. Wir brauchen die Finanzverfassungsreform und die Finanzreform zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Zu den Gemeinden darf ich sagen, vielleicht erwähnen Sie das, Herr Kollege Kiesinger, heute nachmittag und in der Regierungserklärung, es war in den Verhandlungen so, daß ich erklären mußte, daß die Bundesregierung dabei ist, die Finanzverfassungsreform und die Finanzreform zwischen Bund, Ländern und Gemeinden aufgrund des Troeger-Gutachtens[28] zu erarbeiten, daß aber, wenn auch alle diese Reformen im Grundgesetz verankert würden, die Vorteile für die Gemeinden erst 1970 wirksam werden könnten, so daß auch die CDU/CSU deshalb großen Wert darauf lege, daß in der Übergangsperiode für die Ge-

27 Art. 109 GG regelt die Haushaltswirtschaft in Bund und Ländern, Art. 113 die Frage der Erhöhung von Ausgaben und Art. 75 die Rahmenvorschriften des Bundes für die Gesetzgebung der Länder.

28 Vgl. Nr. 8 Anm. 89.

meinden und Städte etwas Ähnliches geschieht. Daß wir eine andere Auffassung hier haben als die Sozialdemokraten, liegt klar auf der Hand.

Wir haben seit Jahren eine aktive Kommunalpolitik betrieben, aber ich glaube, jetzt beginnen gerade auf diesem Gebiet für die Kommunalpolitische Vereinigung besondere Aufgaben in den nächsten Jahren bei der Durchsetzung dieses Reformwerkes, nämlich bei der Schaffung von Übergangsregelungen für die Gemeinden bis 1970.

Dieses Bündel der notwendigen Verfassungsergänzungen bedeutet keinen Strukturwandel unseres Grundgesetzes. Es sind lauter Dinge, die einfach notwendig geworden sind, die wir machen müssen. Ohne die Regelung dieser Frage würden wir nicht bestehen können.

Barzel: Ich danke dem Herrn Kollegen Lücke für diesen Ergänzungsbericht. – Zunächst hat das Wort Herr Blank.

Blank: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte mich nicht zu Wort gemeldet, wenn mein Freund Lücke nicht diese Darstellung gegeben hätte. Ich muß jetzt selbst bei mir erst prüfen – das wird durch meinen Diskussionsbeitrag vielleicht möglich sein –, ob er jetzt im Augenblick etwas vermischt hat: Verhandlungsergebnis und Wunsch- und Zielvorstellungen, die wir natürlich an ein solches Recht würden knüpfen müssen. Da mir das nicht klar ist, versuche ich jetzt – und der Verhandlungsführer sitzt hier am Tisch, er kann mich ja jederzeit korrigieren –, einmal eine Darstellung zu geben.

Schon seit meiner frühesten Schulzeit habe ich die merkwürdige Angewohnheit, nie mitzuschreiben. Ich weiß gar nicht, wie das kommt, nie mitzuschreiben, wenn etwas vorgetragen wurde. Aber an dem Tag habe ich genau mitgeschrieben und habe das hier zur Hand.[29] Ich kann mich also nicht täuschen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Verhandlungen – ich muß das jetzt einmal sagen – gehen wie folgt vonstatten: In einer Vorbesprechung haben wir beraten. Dann ging eine kleinere Kommission – es können ja nicht 15 Mann dahin gehen – zum Verhandeln. Danach wurde der größeren berichtet. Wir haben wieder Beratungen gehabt und Meinungsbildung betrieben. Und bei diesen beiden Verhandlungen mit der SPD war ich dabei, weil mich der Verhandlungsführer dazu bat wegen der Frage Nordrhein-Westfalen. Ich habe genau mitgeschrieben. Ich gebe jetzt, obwohl ich mich ansonsten nach draußen zum absoluten Schweigen für verpflichtet halte, Herrn Kiesinger, diesem Kreise das bekannt.

In unseren Vorbesprechungen hat uns der Kollege Lücke ein Wahlrecht entwickelt, das, wie er sagte – die Vokabel stammt von ihm –, ein mehrheitsbildendes sei, d. h. ein Wahlrecht, das natürlich auch erlaubt, mit den schwierigen Fragen fertig zu werden, die sich dann beim absoluten oder beim relativen Mehrheitswahlrecht ergeben in konfessioneller, in soziologischer und was weiß ich in welcher sonstigen Hinsicht. Er hat es

29 Mitschrift im NL Blank nicht zu ermitteln. Im NL Lücke gibt es mehrere Ausführungen zu Verhandlungspunkten im Rahmen der Koalitionsverhandlungen, u. a. auch den „Entwurf einer Regierungserklärung zum Thema Wahlrecht" vom 30. November 1966, vgl. ACDP 01–077–111/1.

auch kurz dargetan und gesagt – jetzt gebe ich einen genauen Bericht –, man braucht etwa 80 Grundgesetzänderungen verschiedenster Art. Brandt hat geantwortet, er habe zum Vorschlag Lücke stärkste Bedenken, und überhaupt, wenn man darüber spräche, könnte erst das Jahr 1973 in Frage kommen.

Herr Schiller hat gesagt, er habe stärkste Bedenken; und in dieser Legislaturperiode das zu machen, da sei er absolut skeptisch. Dann hat sich der Herr Kollege Barzel eingeschaltet und dargestellt, was wir so im einzelnen wollten; für meinen Geschmack sehr klar, sehr knapp, so daß Herr Brandt sagte, er habe auch Bedenken gegen diese von Barzel genannten Zielvorstellungen. Barzel kleidete das in den Oberbegriff von Zielvorstellungen. Die Rechtfertigung dieser Koalition muß doch sein die Außen-, Wirtschafts- und Finanzpolitik, aber nicht prinzipiell Verfassungsfragen. Daraufhin hat sich der Kollege Kiesinger mit Recht gemeldet und dargelegt, was notwendig sei an dem Wahlrecht, daß das also eine ganze Reihe von Dingen sei, die man eben nur zusammen schaffen könne.

Herr Schmidt, Hamburg, hat erklärt: Sie können doch nicht erwarten, daß die SPD mit ihnen in eine Regierung geht, die unter dem Rubrum steht: Zur Regelung verfassungspolitischer Notwendigkeiten. Es sind drei große Fische zu regeln – das ist die Schmidtsche Art, wie er spricht –, nämlich die Notstandsregelung, das Wahlrecht und die Finanzreform. Aber was für ein Wahlrecht? Jetzt kommt's: Mehrheitswahlrecht oder mehrheitsbildendes Wahlrecht etwa nach Unkelbachs Vorstellungen[30]? In diesem Kreise ist sicher bekannt, wer das ist. (*Zurufe:* Nein. – *Unruhe.*) Nun hören Sie bitte zu: „Ich lasse mir die Haare sträuben; das kann man mir doch nicht verkaufen!" (*Zurufe:* Wer denn?) Schmidt, Hamburg! „Finanzreform darf nicht mit heißer Nadel genäht werden." – Und da zeigte sich, wer Chef war. Wehner guckte einmal auf, schob die Pfeife in den anderen Mundwinkel und erklärte: Finanzreform ist das entscheidende Wahlrecht. Ich bin für relatives Mehrheitswahlrecht. – Das war die glasklare Erklärung. Und deshalb ist vereinbart – es sei denn, es müßte in Besprechungen danach noch etwas hinzugekommen sein, das wäre dann zu berichtigen: Relatives Mehrheitswahlrecht, und zwar in der Form, daß das ins Grundgesetz geschrieben und gleichzeitig hinzugesetzt wird, daß das Nähere ein mit gleicher Mehrheit zu verabschiedendes Gesetz regele, und daß diese beiden Dinge gemacht werden sollten bis 1969, daß aber erst 1973 danach gewählt werden solle.

Als das zu Ende war – Herr Kiesinger wird mir das bestätigen –, fing Herr Brandt noch einmal an, diese Dinge neu auf den Tisch zu legen. Und dann haben wir darüber gesprochen, daß es doch ein Übergangswahlrecht geben müsse. Sie haben sich sehr ge-

30 Prof. Dr. Helmut Unkelbach (1910–1968), Mathematiker; 1952–1968 Professor an der Universität Bonn. – Anfang September 1965 sprach er sich für eine grundlegende Änderung des Wahlrechts aus zugunsten einer relativen Mehrheitswahl mit Ergänzungslisten, d. h. 372 von 496 Bundestagsabgeordneten sollten direkt in ihren Wahlkreisen gewählt werden, wobei die höchste Stimmenzahl eines Bewerbers den Ausschlag gibt. Für je drei auf diese Weise gewählte Abgeordnete einer Partei sollte ein weiterer Abgeordneter über eine Liste nachrükken. Dies sollte die Entwicklung zu einem eindeutigen Zwei-Parteien-System hin begünstigen.

sperrt. Es ist dann vereinbart worden, daß eine kleinere Kommission nochmals zusammentreten sollte, um über ein solches Übergangswahlrecht zu sprechen. Welches das präzise Ergebnis dieser Absprachen ist, das ist für meinen Geschmack nicht auf den Tisch gelegt bisher, weder im Fraktionsvorstand noch in der Fraktion; ich meine mit Klarheit auf den Tisch gelegt. Damit aber kein Irrtum entsteht: Inhalt und Ergebnis der Verhandlungen ist nicht ein irgendwie geartetes Mehrheitswahlrecht, sondern glasklar, wie das Wehner formuliert hat, das relative Mehrheitswahlrecht. Mit dieser Frage haben wir uns zu beschäftigen; es sei denn – das muß ich hinzusetzen –, daß nachträglich noch etwas anderes vereinbart worden ist. Das aber ist mir nicht bekannt.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich danke dem Kollegen Blank für seinen ergänzenden Bericht und möchte versuchen, bevor sich Herr Lücke und Herr Kiesinger äußern, Klarheit in den Fall zu bringen. Ich bestätige ausdrücklich nicht die Darstellung – das ist schon wieder ein schlechtes Wort – des Berichts, den der Kollege Blank über den Stand bis Samstag gegeben hat.

Es war am Samstag wie folgt – darf ich es noch einmal ganz präzise festhalten, damit es hier gar keine Unklarheit gibt. Die Sozialdemokraten haben am Samstag zugesagt:

1. In dieser Periode, also bis 1969, wird ins Grundgesetz geschrieben: Mehrheitswahlrecht.

2. In dieser Periode wird das entsprechende Gesetz einschließlich der geschnittenen Wahlkreise verabschiedet.

3. Und da beginnt der Dissens, der am Samstag noch war, Arbeitsziel der Sozialdemokraten – auch ein schlechtes Wort, Ernst Lemmer, aber das kommt so bei Verhandlungen heraus, wenn sie 16 bis 18 Stunden am Tag dauern –, also, Arbeitsziel: im Jahre 1969 Wahlen nach dem bisherigen Wahlrecht.

Unser Einwand und von mir als Vorbehalt am Samstag offengehalten: Es muß sichergestellt sein, daß dies eine Koalition auf Zeit zu besonderen Zwecken ist. Es muß sichergestellt sein, daß wir nicht 1969 etwa einen Bundestag haben mit fünf Fraktionen. Deshalb muß zumindest ein stärkeres Quorum als das Übergangswahlrecht 1969 da sein. Dieser Vorbehalt war angemeldet. Dann haben wir unter uns noch gesprochen. Es gab Sonntagabend keine offizielle Verhandlung der Delegation, aber ein Gespräch auf Einladung unseres Verhandlungsführers, des Herrn Kiesinger, an dem Herr Heck und ich teilnahmen und auf der anderen Seite die Herren Brandt, Wehner und Schmidt. Sie haben uns gesagt, wie es in ihren Gremien aussieht. Dann haben wir eine Vorschau gegeben, wie wird es bei uns aussehen. Wir haben gesagt: Meine Herren! Wenn wir nicht mit einem Übergangswahlrecht zumindest zu einem stärkeren Quorum für 1969 kommen können, sehen wir schwarz für unsere Gremien.

Darauf ist uns erklärt worden: Über das Quorum können wir sprechen. Soweit abgemacht! Alles andere ist der Ausfüllung bedürftig, wie in allen diesen Gesprächen, so daß es natürlich jetzt darauf ankommt, was wirklich daraus wird. Das sind natürlich auch personelle Sachen.

Es war außerdem verabredet, daß wegen dessen, was hier eben der Ankündigungseffekt des Mehrheitswahlrechts genannt worden ist, um falsche Eindrücke zu vermeiden, eine gemeinsame Sprache beider potentieller Partner zu finden sei. Am Montag früh um 8.00 Uhr träfen sich Herr Lücke und Herr Schmidt von der SPD, um diese entsprechende Formulierung vorzulegen. Die liegt da und kann hier, wenn es gewünscht wird, vom Kollegen Lücke vorgetragen werden.

Außerdem gab es am Montag ein Gespräch über die Frage des Stimmrechts der Berliner Abgeordneten. In dieser Frage sind wir der Auffassung, daß man so schnell wie möglich, nämlich noch in dieser Woche, eine so schwerwiegende Frage, bei der man viel Rücksprache halten muß, unmöglich aus dem Handgelenk beantworten kann. Das sagt nichts gegen das warme Herz, mit dem wir diese Frage aufnehmen. Das sagt nur etwas aus über die Verantwortung gegenüber einer so schwerwiegenden politischen Frage, die wir aus dem Handgelenk im Hinblick auf eine Entscheidung morgen oder übermorgen plötzlich zu beantworten haben. Ich glaube, daß damit der Bericht vervollständigt ist. Ich weiß nicht, ob Herr Lücke oder Herr Kiesinger noch etwas dazu sagen wollen.

Lücke: Herr Kollege Blank hat korrekt berichtet. Nicht nur die Kommission hat getagt, sondern es haben auch weitere Gespräche mit der Opposition dahingehend stattgefunden, daß wir uns in diesem Augenblick nicht festlegen können auf diese Übergangsregelungen, weil sie von uns noch näher festgelegt werden müssen. Damit waren die Herren einverstanden. Ich habe hier bereits Lösungen vorgetragen, die in der Kommission vereinbart worden sind. Der Ankündigungseffekt ist eine Formulierung gewesen, die als eine nicht zur Veröffentlichung bestimmte Arbeitsgrundlage gedacht war für die Beratungen bis zur Regierungsbildung für beide Seiten:

„Die moderne Demokratie verlangt klare parlamentarische Mehrheiten. Um das zu erreichen, ist das relative Mehrheitswahlrecht notwendig. Das lehrt ein Blick auf England und die Vereinigten Staaten. In jedem Wahlkreis wird dort nur ein Abgeordneter gewählt. Es gibt keine Listenmandate. Das hat klare parlamentarische Mehrheiten ermöglicht. Ihr Ergebnis ist, daß in der Regel eine Partei die Regierung bildet, der eine starke Opposition gegenübersteht. Sowohl die Regierungspartei als auch die Opposition sind dadurch von dem Zwang befreit, den Willen ihrer Wähler durch Koalitionen verfälschen zu müssen. Je eindeutiger die Regierung, je stärker die Opposition, um so klarer die Alternative, die sich dem Wähler darbietet. Für den Staatsbürger entsteht so ein größerer Freiheitsraum für die in der Demokratie unerläßlichen politischen Auseinandersetzungen. Die neue Regierung und die sie tragenden Parteien wollen deshalb gemeinsam das relative Mehrheitswahlrecht im Grundgesetz verankern. Das soll noch in dieser Legislaturperiode geschehen. Ebenso soll noch in dieser Legislaturperiode ein Wahlgesetz mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden, das die Einzelheiten dazu regelt." Das ist z. B. die Bundesliste. Darum mein Wort ‚Mehrheiten bildendes Wahlrecht' aufgrund der Verhandlungen. „Das neue Wahlrecht soll erst bei der übernächsten Wahl zum Zuge kommen, damit der Wähler bei der Bundestagswahl 1969 mit seiner

Stimmabgabe zugleich seine Meinung über das neue Wahlrecht zum Ausdruck bringen kann.

Die relativ größeren Wahlkreise ermöglichen zugleich, daß auch kleinere Parteien, wenn sie in bestimmten Gebieten besonders stark vertreten sind, Abgeordnete in das Parlament entsenden können. Die 5%-Klausel entfällt."[31]

Diese Formulierung ist nicht mit der Verhandlungskommission abgestimmt. Es ist eine Arbeitsgrundlage. Ich habe sie im Rohentwurf vorgelesen. Ich stimme ihr selbst in einigen Sätzen nicht zu. Ich habe deshalb gestern nachmittag in der Fraktionssitzung ein weiteres Gespräch mit Herrn Wehner gehabt in der Richtung, die ich jetzt vorgetragen habe. Ich habe ihm noch einmal klargemacht, uns liegt entscheidend daran, daß das Übergangswahlrecht so geregelt wird, daß wir nicht mit radikalen Gruppen zu tun haben. Dort bestanden keine Bedenken in dieser Richtung.

Barzel: Das Wort hat Herr Adorno.

Adorno: Wann wird diese Übergangslösung so geregelt, wie Sie das eben vorgetragen haben, z. B. die Änderung des Wortes „oder" durch das Wort „und"?

Lücke: Nach der Landtagswahl in Niedersachsen sollen die Verhandlungen beginnen. (*Adorno:* Und welche Garantien gibt es dafür, daß das Übergangswahlrecht so geändert wird, wie es das Arbeitspapier vorsieht?)

Kiesinger: Das ist eine Koalitionsabsprache! Was denn sonst? (*Adorno:* Besteht eine Koalitionsabsprache darüber, daß das so geregelt wird?)

Lücke: Herr Kollege Adorno, darf ich hier ein persönliches Wort sagen! Wenn diese Dinge so nicht geregelt werden, werde ich dieser Regierung keine Stunde länger angehören.[32] (*Unruhe und Bewegung.*)

Barzel: Meine Damen und Herren! Man kann also davon ausgehen, daß hier eine so weit präzisierte – ich kann es auch anders ausdrücken – Koalitionsabsprache vorliegt. Herr Kiesinger hat eben dazu eine bedeutende Bemerkung gemacht. Es ist natürlich selten, wichtige Fragen vor dem Abschluß einer Koalition zu präzisieren. Die endgültige Präzisierung bringt die Regierungserklärung, und die wirkliche Politik bringen die Personen, die sie ausführen. So haben wir das bisher auch gemacht. (*Unruhe und Bewegung.*) – Das Wort hat Herr Amrehn.

Amrehn: Meine Freunde! Für die Große Koalition gibt es zwei Rechtfertigungen. Die eine besteht darin, daß wir sagen, wenn wir in der Regierung bleiben wollen, gibt es überhaupt keinen anderen Weg, als es mit der SPD zu versuchen. Diese Rechtfertigung genügt mir zunächst. Vielen genügt sie aber nicht, deswegen wird eine zweite Rechtfertigung dazugesetzt, die lautet: Wir haben große Aufgaben vor uns. Wir müssen Verfassungsänderungen durchführen, die man früher auch mit der Opposition geschafft hat. Vieles wird jetzt leichter. Insbesondere müssen wir in dieser Legislaturperiode einen Beitrag dazu leisten, daß die Demokratie überhaupt gesichert wird.

---

31 Vgl. ACDP 01-077-111/1, dort findet sich der Text in zwei Fassungen.

32 Lücke trat am 28. März 1968 wegen der von der SPD erreichten Verschiebung der Wahlrechtsreform zurück.

Viele sagen, wir können der Großen Koalition überhaupt nur zustimmen, wenn wir das Wahlrecht gründlich ändern. Und darum ist – beinahe überraschend für mich – nicht Hauptgegenstand unserer Diskussion das, was sachlich in den Programmen und Arbeitspapieren verabredet ist; das scheint auch soweit wie möglich alles recht befriedigend gelungen zu sein, bis auf einige Punkte, auf die ich später kommen werde, die zusammenhängen mit dem Wahlrecht. Vor allen Dingen aber ist nun zum Gegenstand der Erörterungen das Wahlrecht gemacht worden. Es hat sich gezeigt, für uns bleibt das der Angelpunkt für die Zustimmung oder die Ablehnung.

Nun gibt es hier, glaube ich, gar keine Differenz unter uns, daß schon 1969 die Vorschrift über das Quorum verschärft werden muß. Wenn es dazu kommt, daß 5% plus drei Direktkandidaten erforderlich werden, um in den Bundestag zu kommen, dann sind wir über die akuten Schwierigkeiten wahrscheinlich schon hinweg. Wir können wohl davon ausgehen, daß dann 1969 die FDP nicht mehr drin sein wird und die Splittergruppen nicht so stark geworden sind. Das ist eine Vermutung, vielleicht sogar eine Wahrscheinlichkeit. Damit hätten wir bereits das Wahlrecht, das mehrheitsbildend ist und auch möglicherweise für künftige Legislaturperioden ausreicht.

Aber nun möchte ich nicht – und das hat die vorangegangene Diskussion noch einmal gezeigt –, daß die Bildung dieser neuen Großen Koalition gewissermaßen von vornherein an einem Geburtsfehler leidet, nämlich daran, daß sich die Partner der Koalition in sich und gegenseitig nicht vollständig klar darüber geworden sind, was die Grundlage dieser Großen Koalition hinsichtlich des Wahlrechts ist. Herr Kiesinger hat davon gesprochen, die Delegation habe eine Vereinbarung getroffen über das künftige Wahlrecht auf 1973 hin. Er hat eben in einem anderen Zusammenhang, nämlich beim Übergangswahlrecht, die Bemerkung gemacht, die Koalitionsvereinbarung sei auch die Sicherheit, daß es zu einem Übergangswahlrecht, wenn wir es wünschen, kommt. Als Herr Adorno fragte, welche Garantie geben Sie uns denn, daß wir 1969 ein Übergangswahlrecht bekommen, haben Sie geantwortet: Das ist eine Koalitionsabsprache. – Nun sage ich, dann ist aber die Verabredung auch so bindend, daß dieser Bundesvorstand und die Fraktion schon gezwungen wären, um nicht illoyal gegenüber der SPD zu erscheinen, für 1973 das reine relative Mehrheitswahlrecht zu machen. Dies aber, meine Freunde, kann ich selbst, obwohl ich Mitglied der Deutschen Wählergesellschaft[33] bin, in diesem Zeitpunkt verbindlich nicht zusagen, daß wir nämlich jetzt schon ein solches Wahlrecht versprechen.

Wenn ich auch all die Gründe verstehe, möchte ich doch sagen, daß das Beispiel in diesem neuen Papier, das gestern morgen erarbeitet worden ist, das sich auf England und Amerika bezieht, für uns nicht unbedingt zieht. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Industriestädte nie mehr einen CDU-Repräsentanten haben werden. Gestern war noch die Rede davon, daß das auch auf die Länder übertragen werden soll; folglich dann auch auf die Gemeinden. Das kann dann nicht ausbleiben. Das bedeutet, daß wir zu einer katholischen Landvertretung im kommenden

33 Zur Deutschen Wählergesellschaft vgl. PROTOKOLLE 3 S. 28 Anm. 89.

Bundestag werden, meine Damen und Herren. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich will jetzt keine eingehende Wahldiskussion über diesen Punkt führen, sondern nur deutlich machen, daß sich eine Partei nicht innerhalb von 48 Stunden darüber endgültig schlüssig werden kann.

Wenn Sie mir sagen, dann verändert sich die Struktur, Herr Kiesinger, dann gucke ich nach Amerika und nach England. Dort gibt es unter den 50 Staaten mindestens 20, die von vornherein und immer nur demokratische Mehrheiten haben werden. Ich blicke nach London, das seit Jahrzehnten immer nur eine sozialistische Regierung hat und keinen anderen Vertreter in der Stadtverwaltung. Das muß man mit in Kauf nehmen.

Was ich erreichen möchte – zumal wir von Herrn Blank hören, daß die SPD darauf in keiner Weise gebunden ist, sondern im Gegenteil es zu bekämpfen sucht –, ist doch, daß wir uns nicht selber Fesseln anlegen. (*Lücke:* Wir wollen die SPD anbinden!) Aber wie? (*Anhaltende Unruhe und Bewegung. – Glocke des Vorsitzenden.*)

Barzel: Das Wort hat immer noch Herr Amrehn!

Amrehn: Herr Lücke, ich habe den Eindruck, daß über die erste Rechtfertigung hinaus diejenigen, die nur unter anderen Bedingungen zustimmen wollen, hier etwas tun durch eine Vereinbarung, worin später Vorstand und Fraktion nicht mehr frei sind. Das ist gestern in der Fraktion auch gesagt worden.

Wir müssen es aber auch der SPD sagen, damit sie uns nicht hinterher erklärt, wir hätten uns illoyal in einem Punkt verhalten, den wir als wichtigen Punkt der Koalitionsvereinbarung ansehen. Es ist schon wiederholt die Rede davon gewesen, daß der Wähler 1969 sagen können soll, ob er mit dieser Grundgesetzänderung einverstanden ist oder nicht, und zwar in der Form, daß er also nun einer Partei die Stimme gibt oder nicht gibt, die das beschlossen hat. Meine Freunde! Das ist einfach ein Denkfehler, das nun als Argument zu bringen; denn Herr Lücke hat vorgetragen, das würde in diesen drei Jahren ins Grundgesetz hineingeschrieben werden. Es soll sogar das spätere Wahlausführungsgesetz mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden müssen kraft einer erst zu schaffenden Grundgesetzbestimmung.

Dann hat natürlich der Wähler im Jahre 1969 gar keine Möglichkeit zu sagen, ich bin damit nicht einverstanden, oder wir zwingen gerade dazu, eine Partei zu wählen, die diese Grundgesetzänderung nicht gemacht hat. Aber selbst dann kann er dadurch das Grundgesetz nicht ändern. Ich würde dringend bitten, diese Begründung wegzulassen.

Barzel: Bitte, Herr Kiesinger!

Kiesinger: Ich möchte einige Worte sagen, damit nicht die Diskussion über einige Punkte unnütz weitergeht, und zwar deswegen, weil wir uns mißverstehen. Es ist klar, daß weder unsere Fraktion noch die SPD-Fraktion jetzt zu dieser Frage des Wahlrechts einen bindenden Beschluß fassen kann. Dazu ist einfach ein solches Gremium in diesem Augenblick überfordert. Es handelt sich um eine Absichtserklärung der Verhandlungsdelegation. Beide müssen sich stark machen dafür – anders kann es gar nicht ausgelegt werden –, in ihren Fraktionen für diese Änderung einzutreten. Wieweit die Fraktionen dabei mitmachen können und werden, das muß abgewartet werden.

Nur vor einem warne ich, meine Damen und Herren, denn es heißt im Sachsenspiegel: „Wer den guten Tropfen genießt, muß auch den bitteren trinken“[34], d. h. wenn wir uns wirklich absichern wollen für das Jahr 1969 mit einem Übergangswahlrecht, können wir natürlich schlecht sagen, das nehmen wir mal, denn das halten wir für notwendig, damit wir 1969 nicht unter die Räder kommen, aber das andere, das schieben wir weit von uns.

Also, das ist ein Problem. Ich stimme Ihnen zu, dieser eine Satz, daß die Wähler ein Plebiszit machen können, der muß weg. Ich weiß, daß auch Herr Kollege Lücke damit einverstanden war. Im übrigen wissen wir alle, daß es sich hier um ein Problem handelt, das in unserer Partei schon lange behandelt worden ist. Ich gehöre zu den Mitentwerfern des Hamburger Programms, in welchem wir diese Forderung sehr klar formuliert haben.[35] Es ist angenommen worden vom Bundesparteitag Hamburg. Es ist die große Mehrheit – ich habe gerade in diesen Tagen mit vielen Freunden aus der Fraktion gesprochen –, die mir sagte, wir dürfen es überhaupt nur machen, wenn dieses Mehrheitswahlrecht durchgesetzt wird. Die Vertreter der großen Städte meldeten jedoch ihre Sorgen mit Recht an.

Ich kann auch nicht voraussagen, wie das wirklich einmal werden wird. Es ist schwer, das vorauszuberechnen, auch für die Städte. Aber ich glaube, das Beruhigende für jeden, Herr Amrehn, der jetzt seine Zustimmung zu irgendeinem Beschluß geben muß, ist wohl das: Es handelt sich um eine Erklärung, wie man das in der Koalition zu realisieren versucht. Dabei bleibt immer noch offen, wie man das im einzelnen macht, ob relatives Mehrheitswahlrecht in der klassischen Form oder ob dieses verbunden ist mit einer Bundesliste, oder wie die Wahlkreise geschnitten werden, ob es auch bei einem Mehrheitswahlrecht notwendig ist, nur einen Kandidaten in einem kleinen Wahlkreis oder drei in einem großen zu wählen. Alles das bleibt noch offen, so daß ich also glauben kann, daß mit dieser Erklärung die Bedenken all derer, die meinen, sie müßten jetzt ihre Zustimmung zur Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts nach 1969 geben, zurückgestellt werden können.

Worum ich bitte, ist nur dies, daß man uns diese gemeinsame Erklärung, diese Absicht, die wir proklamieren, nicht zerstört. Meine Damen und Herren! Wenn wir damit nicht an die Öffentlichkeit gehen – ganz abgesehen von der sachlichen Notwendigkeit –, dann wird uns das Wort „Proporzdemokratie“ aber gewaltig um die Ohren geschlagen.

Barzel: Meine Damen und Herren! Darf ich sagen, daß wir versuchen müssen, bis 1.00 Uhr fertig zu werden. – Das Wort hat Herr Windelen[36].

---

34 Zitat nicht zu ermitteln.

35 Vgl. CDU, 4. BUNDESPARTEITAG. Zur Entschließung zum Wahlrecht vgl. S. 270.

36 Heinrich Windelen (geb. 1921), Kaufmann; 1947/48 und 1964–1966 Mitglied im Kreistag von Warendorf (CDU), 1957–1990 MdB, 1970–1977 Vorsitzender des LV Westfalen-Lippe, Februar bis Oktober 1969 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1983–1987 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen. Vgl. LEXIKON S. 400.

Windelen: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Man kann diesen Weg nur gehen, wenn man vorher weiß, daß er zeitlich klar begrenzt ist, und daß wir dann wieder zu klaren Mehrheiten und klarer Verantwortlichkeit kommen. Ich meine, das sollte ganz klar sein. (*Zuruf:* Sehr klar!) Über den Weg ist hier manches gesagt worden. Wir alle spüren, daß wir hier an einem Wendepunkt in unserem Staat, aber auch in unserer Partei stehen. Ich gehöre nicht zu den Leuten, die der Meinung sind, daß wir dahin schicksalsmäßig oder durch Gottes Fügung gekommen sind.

Vieles davon hätte sich verhindern lassen. Es hat uns an der Kraft, an der Geschlossenheit und an der klaren Führung gefehlt. Es ist müßig, darüber zu weinen, aber es ist notwendig, sich klar zu werden, daß es in Zukunft nur weitergeht, wenn die Mängel der Vergangenheit beseitigt werden. Ich sehe ein, daß unter den gegebenen Umständen die Verhandlungskommission und Herr Ministerpräsident Kiesinger das Optimale herausgeholt haben aus dieser Lage, aber wir müssen uns darüber klar sein, daß damit nichts gelöst ist. Die Formulierungen, mit denen die Forderungen der einen oder der anderen zunächst auf einen gemeinsamen Nenner gebracht sind, lösen nicht, sondern überdekken lediglich die Schwierigkeiten. Durch elastische Formulierungen wird nichts entschieden, sondern lediglich ein weiterer Spielraum für künftige Entscheidungen geschaffen. Wie dieser Spielraum genutzt wird, wird davon abhängen, mit welcher Geschlossenheit wir dann bei dieser Auseinandersetzung antreten. Deswegen bleibt das, was vorher notwendig war, jetzt lebenswichtig, d. h. also, wie wir diese Frage nun ausfüllen, das wird davon abhängen, ob es uns jetzt wenigstens gelingt, klare Vorstellungen innerhalb unserer Partei zu erarbeiten, durchzusetzen und auch gemeinsam zu tragen.

Ich meine also, wir sollten uns keinerlei Illusionen hingeben. Durch das, was mühsam und – ich gebe es zu – erfolgreich erarbeitet worden ist, ist nichts gelöst, aber auch gar nichts gelöst, sondern es sind neue Voraussetzungen geschaffen für einen neuen Weg in eine ungewisse Zukunft. Wie dieser Weg aussehen wird, wie dieses Ziel erreicht werden soll, das hängt ausschließlich von uns ab. Wir sollten keinen Augenblick versäumen, um diese notwendige Klarheit, diese notwendige Einigkeit, die Ministerpräsident Kiesinger als Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit genannt hat, zu schaffen, und zwar hier und in der Fraktion.

Das setzt Strukturänderungen in unserer Partei, das setzt aber vor allen Dingen wieder eine zielklare Führung in unserer Partei voraus. Wir sollten uns nicht damit beruhigen, das wir jetzt hier zunächst Lösungen gefunden haben, sondern wir sollten uns klar sein, daß hier nur Lösungsmöglichkeiten geschaffen sind, die es jetzt mit verstärkter Kraft auszufüllen gilt.

Barzel: Das Wort hat Herr Grundmann.

Grundmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Daß ich mich hier zum Wort melde, hat einen einfachen Grund. Ich muß heute mittag nach Düsseldorf, weil wir dort Verhandlungen haben.[37] Ich halte es aber für meine Pflicht, ein Wort zu sagen,

37 Koalitionsverhandlungen mit der SPD in Düsseldorf – vgl. auch zum Folgenden GRUBER S. 335–342; DÜDING S. 212; vgl. auch Heinz NEHRLING: Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen. Essen 1970.

weil ich glaube, daß sie einen inneren Bezug haben zu dem, was Sie heute zu tun haben, und zu dem, was Sie in den letzten Tagen getan haben.

Ich glaube, man muß ein Wort sagen über die Deutung in der Presse, als ob das Schema der Verhandlungen, die in Düsseldorf geführt worden seien, Differenzen in sich getragen hätten zwischen den einzelnen Führungspersonen. Das trifft keineswegs zu. Ich muß hier sagen, daß jede Phase der Gespräche – zunächst hat es überhaupt keine Verhandlungen gegeben – abgestimmt war zwischen der Landtagsfraktion, Herrn Dufhues und dem Ministerpräsidenten[38] über die Frage, wie man weiter verfahren soll.

Der Ministerpräsident hatte in den ersten Tagen der Verhandlungen, die hier liefen, Koalitionsgespräche mit den Freien Demokraten, die – gewitzigt durch Erfahrungen aus dem Jahre 1956 – die Form der weiteren Zusammenarbeit betrafen. Zu diesem Zeitpunkt hat Herr Weyer keinen Zweifel darüber gelassen, daß für ihn die Frage der Erhaltung dieser Koalition unabdingbar sei, und daß er nicht daran denke, irgendetwas zu verändern. Das fiel zusammen mit einer Unterrichtung über Gespräche von SPD und FDP über die SPD an uns hier in Bonn, wo gleichzeitig die Düsseldorfer Regelung einbezogen war.

Zu diesem Zeitpunkt hat der Ministerpräsident den Fraktionsvorsitzenden[39] gebeten, er möge Kontakt aufnehmen. Ich selber habe an diesen Gesprächen teilgenommen. Zu diesem Zeitpunkt hat – nachdem auch die SPD Fühler ausstreckte – Herr Lenz die ersten Gespräche mit Herrn Kühn geführt; zunächst auf einer sehr engen Basis, ohne daß die Landesparteien oder Minister des Kabinetts eingeschaltet waren. Ich darf hier sagen, daß über diese Gespräche die FDP unterrichtet wurde über den Ministerpräsidenten, daß solche Kontakte stattfanden. Gleichzeitig haben sie darauf hingewiesen, daß sie wußten, daß umgekehrt solche Dinge in Bonn eine Rolle gespielt haben.

Es ist richtig, daß wir dann Samstag vor acht Tagen eingeschaltet worden sind, und daß zu diesem Zeitpunkt es so schien, als ob die Sozialdemokraten zu einer sehr schnellen Düsseldorfer Lösung drängten. Wir hatten den Eindruck aus diesen Gesprächen, als ob die SPD in Nordrhein-Westfalen daran denke, diese Verhandlungsbasis in Bonn dadurch zu stützen und schneller zu entwickeln, daß eine sehr baldige Entscheidung herbeigeführt werde, und zwar unter Umständen noch einige Tage vor ihren entscheidenden Gesprächen. Herr Kühn verhandelte die ganze Zeit so, als ob er die absolute Dekkung habe für dieses Verfahren, auch mit der Überzeugung, daß er dies in seiner Fraktion hinbekomme.

Dann kam ein Rückzieher. Er hat hier in Bonn Gespräche geführt und wurde darauf aufmerksam gemacht, er solle sich zurückhalten, bis diese zu einem Ergebnis kamen. Man wollte also nicht eher vorstoßen, bis hier die Gespräche in ein entscheidendes Verhandlungsstadium getreten waren.

Ich kann das alles überspringen bis auf die Gespräche, die dann unter Beteiligung von uns stattgefunden haben, nämlich die Gespräche über Sach- und Personalfragen,

38 Franz Meyers.
39 Wilhelm Lenz.

wobei man zu den Sachfragen dieselbe Formulierung hatte wie Sie, nämlich Übereinstimmung in allen entscheidenden Fragen. Bei den Personalfragen allerdings gab es eine solche Übereinstimmung nicht. Es gab nicht dasselbe vornehme Verfahren, wie Sie es als Verhandlungsführer hier praktizieren, daß Sie eine paritätische Besetzung des Kabinetts vornehmen von der Zahl her. (*Kiesinger:* Woher wissen Sie denn das? Ich weiß nichts davon! Das haben andere in die Presse gebracht. Ich habe nie ein Wort darüber gesprochen!) Herr Ministerpräsident! In Düsseldorf ließen die Sozialdemokraten keinen Zweifel daran, daß sie eine erheblich andere Machtkonstellation wollten, die uns z. T. in eine etwas eigenartige Situation hineingeführt hätte. Herr Kühn hat offiziell gestern verhandelt, ist aber dann diese Nacht noch einmal zurückgekehrt zu einem mehr privaten Gespräch.

Ich persönlich würde die heutige Ausgangsposition weniger aus den Meldungen sehen, die die Presse bringt nach der Befragung von 20 Abgeordneten, als vielmehr daraus, daß die Führung der nordrhein-westfälischen SPD zwar dieselbe Entschlossenheit besitzt wie die Herren Wehner und Brandt, um zu einem Ergebnis zu kommen, daß sie aber in der Führungskraft gegenüber ihrer Fraktion nicht gleich beurteilt werden kann. Sie hat 99 direkt gewählte Abgeordnete, von denen über die Hälfte neue Mitglieder des Landtags sind, die in ihrem politischen Verhalten nicht eingeschätzt werden können. Es gibt vor allen Dingen dort den ganzen Druck, der von den Organisationen der Wahlkreise auf jeden einzelnen Abgeordneten kommt, so daß ich es für sehr fraglich halte, daß es auch in Nordrhein-Westfalen zu einer Großen Koalition kommen wird.

Das würde bedeuten, daß in den Abendstunden in Nordrhein-Westfalen ein anderes Verfahren praktiziert werden könnte, daß es nämlich zu einer Koalition kommt, teilweise auch vom Verfahren her, die einige Bezüge aufweist zu der Entwicklung im Jahre 1956.[40] Das würde bedeuten, daß die CDU in Nordrhein-Westfalen in eine Situation hineinkäme, in der sie schon wegen der Wiederholung der Vorgänge im Jahre 1956 zu einer sehr harten Opposition gezwungen wäre, die natürlich wegen der frontalen Stellung von SPD und CDU in der einen oder anderen Frage eines ständigen Kontaktes bedürfe, damit Düsseldorf auf die Dauer nicht zu einem Störenfried wird für das, was Sie hier sehr wahrscheinlich – natürlich mit unserer vollen Billigung – verabschieden.

Barzel: Herr Kohl!

Kohl: Meine Damen und Herren! Ich muß eine Bemerkung zum Mehrheitswahlrecht machen, Herr Kollege Lücke, man kann über diese Dinge reden. Daß wir alle an einem mehrheitsbildenden Wahlrecht interessiert sind, steht außer Frage. Man muß bloß eines dann dazu sagen. Das, was Sie jetzt vorgetragen haben, bedeutet in der Praxis, daß wir in der Bundesrepublik, wenn wir auf eine bestimmte Zeit zu der Koalition kommen, zu einer völligen Gleichschaltung der Politik kommen müssen. (*Unruhe und Bewegung.*) Es wird keine FDP mehr geben in irgendeinem Land, die in eine Landeskoalition neu eintritt. Denken Sie an Niedersachsen, an Rheinland-Pfalz und an Schleswig-Hol-

40 1956 war Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) durch ein konstruktives Mißtrauensvotum gestürzt und von Fritz Steinhoff (SPD) abgelöst worden, der eine Regierung aus SPD, FDP und Deutscher Zentrumspartei bildete. Vgl. GRUBER S. 322–324.

stein.[41] Überall dort wird die FDP an uns die Frage stellen: Werdet Ihr im Bundesrat, wenn diese Sache kommt, zustimmen? – Das bedeutet also ganz klar das, was unser Freund Altmeier und ich überall in Rheinland-Pfalz sagen: Unsere Koalition läuft bis zum April des nächsten Jahres. Nach der Landtagswahl sind wir frei nach allen Seiten. Es bleibt in der Konsequenz dessen, was hier gesagt wurde, auch wenn die Verhandlungen erst im Herbst nächsten Jahres geführt werden, nur übrig – mit Ausnahme von Bayern –, quer durch die Bundesrepublik entweder zu Koalitionen CDU-SPD oder – wie es Freund Grundmann andeutete – SPD-FDP zu kommen.

Ich mache auch auf die Konsequenzen für unsere Großstädte aufmerksam. Nehmen Sie das nicht gering. Die CDU Deutschlands hat sich in 20 Jahren den Luxus erlaubt, die Kommunalpolitik auf kleiner Flamme zu verbraten und nicht zu beachten. Ein Teil unserer Misere kommt daher, daß uns die großen Städte entglitten sind, und daß diese heute politisch ganz anders strukturiert sind.

Gerade das führt zu einer Überlegung hinsichtlich der Wahlkreiseinteilung. Heute kann man darüber nicht mehr sagen. Ich spreche von einer Arbeitsgrundlage. Aber das muß sogar noch vor den nächsten Wahlen in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz in unserem Kreise abgeklärt werden.

Im übrigen bin ich kein Freund der SPD und kein sonderlicher Freund der FDP, aber wider die Natur geht es mir doch, Herr Kollege Lücke, eine von den Wählern immerhin noch legitimierte Partei, auch wenn sie noch renitent in vielen Zügen sein kann, durch ein Wahlgesetz abzuschaffen. (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Ich möchte entschieden für meine Person der Prognose widersprechen, daß die weitere Ausdehnung der NPD an drei oder fünf Wahlkreisen für das Wahlgesetz 1969 scheitern wird. Mit einer Wahlgesetzänderung – das kann man in Kauf nehmen, man muß es aber hier vorgetragen haben als ein Argument –, die die beiden großen Parteien von vornherein in Vorteil setzt, werden wir eine psychologische Grundstimmung schaffen, die nicht der FDP, sondern letzten Endes der NPD oder der Nachfolgepartei zugute kommt. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Ich teile nicht Ihren Optimismus, daß die NPD im Jahre 1969 nicht in fünf Wahlkreisen der Bundesrepublik diese relative Mehrheit erreichen könnte. Ich könnte Ihnen gern heute nachmittag aus der Parteiengeschichte der letzten 80 Jahre vier oder fünf Beispiele dazu bringen. Ich denke an die verschiedenen Bundesländer, wo das möglich ist. (*Anhaltende Unruhe. – Glocke des Vorsitzenden.*) Ich weise also darauf hin, daß das Argumente sind, die man wägen muß. Es ist ein Problem, das man nicht vom Tisch fegen kann. Es ist doch so, daß es eine Menge von Leuten in der Bundesrepublik gibt, die treue CDU-Wähler sind, die aber trotzdem gegen die „Ermordung" einer noch präsenten Partei sind. Das ist das eine. (*Sehr starke Unruhe und Bewegung.*)

Nun zum Bericht überhaupt! Die Alternative ist sehr einfach. Wir haben die Möglichkeit, entweder in die Opposition zu gehen oder eine Große Koalition zu machen. Nun hätte ich gern noch ein paar Worte darüber gehört, was eigentlich dieser Terminus heißt: Koalition auf Zeit. Es ist ja jetzt ein Zeitplan neu aufgekommen mit der Einfüh-

41 Am 23. April 1967 fanden Wahlen in Schleswig-Holstein statt, vgl. auch Anm. 22.

rung des eklektischen Wahlrechts. Bedeutet das eine Koalition auf acht Jahre? Ich habe jedenfalls große Angst, trotz der Ausführungen, daß wir kein Proporzdenken bei uns einführen, daß dieses Proporzdenken doch Platz greifen wird. (*Starke Unruhe und Bewegung.*)

Meine Damen und Herren! Auch hier gibt es in der Bundesrepublik praktische Beispiele. Unsere Situation in den Großstädten hat sich nicht zuletzt dadurch verschlechtert, weil genau das in vielen Rathäusern seit Jahren praktiziert wird, und zwar mit dem Erfolg, den ich eben beschrieben habe.

Herr Kollege Kiesinger, ich würde bitten, noch ein Wort über die Notstandsgesetzgebung zu sagen. (*Kiesinger:* Das ist unproblematisch!) Heißt das, daß die Sozialdemokraten zustimmen? (*Kiesinger:* Ja, einwandfrei!) Ich würde auch noch bitten, zum Thema „Deutschlandpolitik" noch ein paar Worte mehr zu sagen. (*Anhaltende lebhafte Unruhe.*) Mir scheint, das ist doch sehr wichtig; denn es ist der Punkt, wo eine Menge unserer Freunde draußen etwas andere Reden gehalten haben. (*Unruhe.*) Es wäre also wichtig, daß wir uns über diesen Punkt unterhalten.

Es ist gar keine Frage, diese Große Koalition ist ein großes Experiment. Ich muß Ihnen ganz offen sagen, für mich ist es keineswegs ein erfreuliches Experiment. (*Amrehn:* Das ist für keinen erfreulich!) Es gibt aber doch viele, Herr Amrehn, die hierfür freundliche Gefühle haben. Ich muß gleich dazu sagen, das verstehe ich nicht. Der Winter steht nahe bevor, und der Rauhreif wird sehr rasch, wie ich fürchte, auf diese Gefühle fallen. Ich sehe aber im Augenblick dazu keine andere Lösung als die der Opposition, was ich aber auch nicht bei dem jetzigen Zustand unserer Partei für sonderlich erstrebenswert halte.

Daß wir hier beschwören, daß wir einig sind, halte ich für müßig, weil wir das in diesem Saal in den letzten Jahren schon so oft getan haben. (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Man kann das Experiment der Großen Koalition in der Tat nur eingehen, wenn auch die Chance besteht, daß die CDU/CSU – ich sage bewußt CDU/CSU – wirklich bereit ist, diese Koalition auf Zeit sehr konzentriert durchzustehen. Dazu gehört vielleicht noch ein Wort, Herr Kollege Kiesinger, wobei natürlich niemand von Ihnen erwarten kann – das wäre auch gegen den Geist der Verfassung –, daß Sie zu diesem Thema nun im einzelnen berichten. Aber es wäre schon von Interesse, einmal zu erfahren, ob es eine Absprache von 10:10 plus Kanzler gibt. Das ist eine Sache, die bereits in der „Bild-Zeitung" und in anderen Zeitungen steht.[42] (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Es wäre schon wichtig, hier im Bundesvorstand ein Wort dazu zu hören.

Zusammenfassend darf ich sagen: Sie haben vorhin den Schiller (SPD) zitiert. Ich habe eigentlich gedacht, man muß in dieser Sache mit Ihrem Landsmann Schiller fragen: „Wer wagt es, Rittersmann oder Knapp' zu tauchen in diesen Abgrund hinab?"[43] (*Kiesinger:* In diesen Schlund hinab! – *Lebhafte Heiterkeit.* – *Stingl:* „Wär' es möglich,

42 Vgl. „Stuttgarter Nachrichten" vom 29. November 1966 „Sozialdemokraten fordern von der Union einen hohen Preis". Vgl. auch KNORR S. 91.

43 Zeile aus der Ballade „Der Taucher" von Friedrich von Schiller (1759–1805).

könnte ich nicht mehr, wie ich wollte!" – Wallenstein[44]! – *Anhaltende Unruhe und Bewegung.*) Ich darf Sie also noch einmal bitten, noch ein Wort zu dieser Angelegenheit zu sagen. Ich möchte nachdrücklich unterstützen, daß diese Kommission über die Änderung des Wahlgesetzes von Partei und Fraktion eingesetzt wird. In der letzten Bundesvorstandssitzung bin ich getadelt worden, weil ich nach Grundmann auch für eine Kommission eintrat. Ich will das wenigstens der historischen Wahrheit wegen hier nachtragen. Die Kommission muß ganz klein sein. Deswegen kann der Parteivorstand nur zwei benennen. In der Zeitung hat gestanden, daß sie 14 Mann stark geworden wäre. Ich möchte also, daß wir gegenseitig nicht so miteinander umgehen, und wenn wir „klein" sagen, dann sollten wir auch „klein" meinen. (*Amrehn:* Und der Vorstand dann gar nicht dabei war!) Ja, das kommt vor!

Ich darf heute, Herr Bundesparteivorsitzender, formell beantragen, daß hier eine Kommission eingesetzt wird zum Thema Wahlrecht aus Partei und Bundestagsfraktion, damit nicht die Gesichtspunkte, die von außerhalb hier vorgetragen werden, die für uns lebenswichtig sind, völlig dabei untergehen.

Ich meine, meine Damen und Herren, wenn wir jetzt nicht begreifen, daß Matthäi am Letzten ist, wenn wir jetzt nicht zusammenhalten und einig sind, dann können wir in der Tat unseren Laden zumachen. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

Kiesinger: Vielleicht antworte ich sofort, sonst gerät es leicht in Vergessenheit. Ich weiß nicht, ob ich alle Fragen aufgeschrieben habe. Wenn ich also etwas auslasse, dann holen Sie bitte diese Frage nach.

Koalition auf Zeit! Es ist ganz klar, wir wollen eine Koalition bis zum Jahre 1969 und nicht weiter. Das ist die Absicht.

Notstand! Es ist ganz einwandfrei und ganz klar, die SPD wird mit uns das Notstandsrecht und die Grundgesetzänderungen durchführen. Dazu könnte der Herr Kollege Lücke im einzelnen noch etwas sagen.

Es gibt noch keine Absprache über das Verhältnis der CDU/CSU-Minister und der SPD-Minister. Es kann keine Rede davon sein. Es mag sein, daß die SPD mit dieser Forderung kommt. Bei den ersten Gesprächen über Kabinetts-Anmeldungen hat die SPD zunächst nur vier Persönlichkeiten genannt, von denen sie wünscht, daß sie im Kabinett vertreten seien. Sie war in einem frühen Stadium bemerkenswert zurückhaltend; sie ist inzwischen härter geworden. Ich bin überzeugt, sie wäre, wenn wir heute nacht zusammengekommen wären, wie es vereinbart war, noch härter geworden. Ich mache mir gar nichts vor. Sie wird jetzt ganz kräftig um ihre Positionen kämpfen.

Nun, wir werden es auch tun. Man wird sehen, was dabei herauskommt. Aber ganz klar ist doch, wir haben nicht mehr die kleine Koalition, sondern wir haben die Große Koalition. Und das bringt uns in große Schwierigkeiten. Ich habe es schon in der Fraktion gesagt und wiederhole es auch hier, ich werde mich gegen jede bloße Konzessionsfigur im Kabinett wehren. Entscheidend muß sein, daß der Betreffende die Aufgaben,

44 „Wär's möglich? Könnt' ich nicht mehr, wie ich wollte? Nicht mehr zurück, wie mir's beliebt?" Zeile aus „Wallenstein" („Wallensteins Tod"/1. Aufzug/4. Auftritt) von Friedrich von Schiller.

die er wahrzunehmen hat, auch wirklich voll meistern kann. Aber ich bin mir klar darüber, daß es im übrigen Probleme gibt, auf die wir sehr sorgfältig achten müssen. Das liegt einfach in der Struktur der CDU/CSU. Ich brauche hier nicht weiter anzudeuten, was ich meine. Es ist das Konfessionelle, das Landsmannschaftliche und auch die CSU. Das wird alles sehr sorgenvoll in den internen Beratungen seit Tagen von uns umgewälzt. Wir werden keine perfekte Lösung in dieser Frage zustande bringen, die jeden befriedigt, aber wird werden unser Bestes tun.

Ich habe deswegen auch gesagt, als mich einige Freunde fragten, ob wir mit einer drastischen Kürzung des Kabinetts anfingen, schön wär's, aber ich würde bei dieser Lage davor warnen, damit zu beginnen. Wenn's dann am Schluß so aussieht, daß es reicht, wollen wir es noch tun.

Jetzt ist nur noch die Frage „Deutschlandpolitik" offen? (*Kohl:* Ja!) Sehr viel kann ich über das hinaus nicht sagen, was ich bereits dazu erklärt habe. Ich habe in der Frage der innerdeutschen Kontakte so verhandelt, daß ich sagte, auch wir sind an den innerdeutschen Kontakten soweit interessiert, als wir verhindern wollen, daß die beiden Teile des deutschen Volkes in den kommenden Jahren immer weiter auseinandertreiben. Deswegen wollen wir alles tun, was möglich ist, um diesen Prozeß des Auseinanderlebens aufzuhalten.

Diese Absicht könnte durchkreuzt werden durch ein anderes Interesse, das wir wahrzunehmen haben, nämlich durch das Interesse, daß durch die Ausgestaltung dieser Kontakte wir vor der Welt den Eindruck erweckten, als ob wir nur noch pro forma die Nichtanerkennung der Zone aufrechterhielten und in Wahrheit schon resigniert hätten. Das ist ein sehr diffiziles Spiel. Ich habe für uns die Handlungsfreiheit dadurch erhalten, daß ich diese Kompromißformel durchgesetzt habe, die mir in jedem Augenblick gestattet, das Entsprechende zu sagen, wenn es heißt, jetzt sollte man auf dem und dem Gebiet zwischen den und den Leuten Kontakt aufnehmen.

Nun wird gesagt, wie sieht das dann der Welt gegenüber aus. Nun, völkerrechtlich ist es keine Anerkennung, aber wir haben auch gesagt, es darf auch als Faktum in der Weltmeinung nicht so aussehen. Dadurch können wir diese Dinge steuern. Es ist so: Wir werden in den kommenden Jahren immer dringlicher vor das Problem gestellt werden, wenn es uns nicht gelingt, dieses Auseinanderleben zu verhindern.

Ich sage immer, das schlimmste, was uns passieren kann in der Deutschlandfrage, wäre, daß tatsächlich einmal die Bevölkerung hüben und drüben nichts mehr miteinander gemeinsam hätte, daß sich also ein Sonderpatriotismus, ein Sonderverständnis der eigenen nationalen Existenz, ein eigenes Staatsbewußtsein, womöglich sogar ein eigener Staatsenthusiasmus entwickeln könnte. Daß sich da viel geändert hat in den vergangenen Jahren, das wissen wir leider nur allzu gut. Deshalb müssen wir beide Ziele verfolgen, das eine, daß wir nicht dazu beitragen, daß die Zone zum Staat aufgewertet wird, und das andere, daß wir uns nicht zu weit auseinanderleben. Das ist praktische Staatskunst.

Das wichtigste ist, daß wir die Formel in der Hand haben, um uns jederzeit die Freiheit zu bewahren, so oder so, wie der Augenblick oder die besondere Situation es erfordern, zu handeln.

Wenn ich noch etwas hinzufügen darf, so folgendes. Ich bin von einem Mitglied der Verhandlungskommission ein wenig gerügt worden, daß ich die Haltung der SPD und der FDP in der Deutschlandfrage vielleicht ein wenig ungerecht oder nicht ganz richtig interpretiere. Aber ich hatte den Eindruck – auch aus Privatgesprächen –, daß bei einigen Leuten der FDP in dieser Frage eine Art von gesamtdeutscher Romantik in den Köpfen steckte, die die Dinge etwa so sehen: Man braucht sich nur einmal mit den Brüdern von drüben zusammenzusetzen usw. usf. In den Formulierungen unmittelbar kam das zwar nicht zum Ausdruck, aber thematisch war es doch nach meiner Meinung zu spüren.

Bei der SPD gibt es wahrscheinlich auch Differenzierungen zwischen einer bestimmten Gruppe in Berlin und einer Auffassung, wie sie Wehner vertritt. Bei Wehner ist ein ganz harter Realismus vorhanden. Er betrachtet diese Dinge als ein Mittel, um zu konfrontieren, um herauszukommen aus dieser bloßen passiven Rolle, daß wir immer das Objekt der Politik der anderen sind, eine Konfrontierung, die entweder Terrain gewinnt oder aber die anderen zu Verweigerungen zwingt, die sie nur schwer ihrer Bevölkerung gegenüber vertreten können. Dieser Unterschied ist sicherlich dagewesen. Ich stelle ihn nur dar, damit das Bild vollständig ist.

Barzel: Das Wort hat Herr von Heydebreck.

Von Heydebreck: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich muß noch eine Frage stellen, Herr Barzel, wegen des Wahlrechts. Sie sagten auf die Frage, wann wird das Übergangswahlrecht in Angriff genommen werden: nach der Wahl in Niedersachsen. (*Barzel:* Das habe ich nicht gesagt, sondern Kollege Lücke! – *Lücke:* Das ist eine Vereinbarung mit der Opposition.) Soll das bedeuten, daß vorher in der Öffentlichkeit nicht darüber gesprochen werden soll? (*Lebhafte Unruhe.*) Wir befinden uns in Schleswig-Holstein in der gleichen Koalition mit den Freien Demokraten wie Rheinland-Pfalz. Unser Koalitionspartner, der das in den Zeitungen liest, wird uns fragen: Wie steht ihr bei der CDU in Schleswig-Holstein zu der Frage der Wahlrechtsreform? Und je nachdem werden sie sich im Wahlkampf im Frühjahr 1967 verhalten.

Wenn wir nicht sicher sind, daß wir bei der FDP einen Bundesgenossen finden, der die Wahlrechtsreform mitmacht oder nicht, dann wird es uns natürlich schlecht ergehen. Deshalb möchte ich mich hier dem Vorschlag von Herrn Kohl anschließen, daß man über diese Frage, ehe man endgültig damit an die Öffentlichkeit geht, in einer Kommission verhandelt, an der auch die Länder beteiligt sind, die sich zur Zeit in einer Koalition mit der FDP befinden und diese nach dem gegenwärtigen Stand auch gerne fortsetzen wollen, wenn man nicht zu einer anderen Lösung gezwungen wird.

Erhard: Das Wort hat Herr Dufhues.

Dufhues: Meine Damen und Herren! Ein kurzes Wort noch zur Situation in Nordrhein-Westfalen! Die nordrhein-westfälische Koalition stand vom ersten Tag an auf sehr schwachen Füßen. Das lag nicht nur an den Mehrheitsverhältnissen 101:99, nicht

nur daran, daß sich z. B. bei der Wahl des CDU-Ministerpräsidenten Dr. Meyers eine Stimme – ob aus der CDU oder aus der FDP – versagte, sondern es lag auch an den sehr unterschiedlichen Auffassungen, die innerhalb der einzelnen Fraktionen dieses Landtags in wichtigen Fragen, insbesondere in der Kulturpolitik, vertreten wurden.

Die einzige und entscheidende Basis für diese Koalition, für die ich mich eingesetzt habe gegen den klaren Willen der Mehrheit der CDU in wichtigen Gebieten Westfalens, war der Wunsch und der Wille beider Fraktionen, die Bundesregierung zu stützen. Sie wissen, daß die Zurückziehung der FDP-Minister entscheidend in Düsseldorf durch die Herren Weyer, Zoglmann, Scheel[45], Genscher, Rubin[46] und andere betrieben worden ist. Damit hat die FDP die Koalition in Düsseldorf zerstört. Die entscheidende Aufgabe, die uns zusammenhielt, war seitdem nicht mehr zu erfüllen. Ich habe ein übriges getan und wenige Tage nach der Zurückziehung der FDP-Minister aus der Bundesregierung mit Herrn Weyer – dem einflußreichsten Mann der FDP in Nordrhein-Westfalen – gesprochen. Ich habe ihm sehr klar die Frage gestellt, ob die FDP bereit sei, diese Koalition wiederherzustellen und sie in Düsseldorf zu erhalten. Ich bin so weit gegangen, daß ich ihm nüchtern gesagt habe: Sie müssen damit rechnen, daß, wenn eine Große Koalition zustande kommt, insbesondere im Bund, dann ein Wahlrecht geschaffen werden wird, das Ihnen zumindest keine Freude bereiten wird. – Er erklärte mir: Wir haben kein Vertrauen zur Führung der CDU. Wir möchten uns nicht einer politischen Gesamtführung anvertrauen, in der wir uns nicht behaupten können. Wir würden, so meinte er damals, die Opposition vorziehen; das scheint der Wille der Mehrheit zu sein. Also, es gab nicht das geringste Anzeichen einer Bereitschaft, die Koalition im Bund zu erneuern oder die Koalition in Nordrhein-Westfalen auf die Dauer zu festigen. Die Gründe habe ich Ihnen dargelegt.

Ich lege Wert darauf, das klarzustellen, damit irgendwelchen Meinungsbildungen vorgebeugt wird, die vielleicht die Motive, die insbesondere mich in den Verhandlungen bewegt haben, verfälschen könnten.

Nun zu der Situation hier im Bund, meine verehrten Freunde! Wenn ich an die Bundestagswahl 1969 denke – und wir sollten darüber nachdenken, wie wir diese Wahl betreiben können –, dann ist sicherlich das Ergebnis dieser Wahl entscheidend abhängig von dem Erfolg der Bundesregierung, die – so nehmen wir an – von Herrn Kiesinger gebildet und geleitet werden wird. Dann ist der Erfolg dieser Wahl sicherlich abhängig von dem Wirken der Persönlichkeiten, die insbesondere durch die CDU/CSU in dieses

45 Walter Scheel (geb. 1919), Bankkaufmann; 1950–1953 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1953–1974 MdB, 1955–1957 Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der EGKS, 1958–1961 MdEP, 1961–1966 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1968–1974 FDP-Vorsitzender, 1969–1974 Bundesminister des Auswärtigen, 1974–1979 Bundespräsident. Memoiren: Erinnerungen und Einsichten. Stuttgart/Leipzig 2004; vgl. KEMPF/MERZ S. 578–582.

46 Hans Wolfgang Rubin (1912–1986), Kaufmann; 1950–1956 Landesschatzmeister der FDP Nordrhein-Westfalen, 1952–1974 Bundesschatzmeister, 1952–1978 Vorstandsmitglied der Eisen und Metall AG Gelsenkirchen, 1970–1982 Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Kabinett entsandt werden. Aber wir werden auch im Jahre 1969 die Wahlen nur gewinnen können, wenn wir unsere Wählerschaft vor eine klare Alternative – Sozialdemokraten oder Christliche Demokraten – stellen; Sozialisten oder Nichtsozialisten! Nur das schafft jenen mehrheitsbildenden Trend, von dem das Ergebnis der Wahl abhängig ist, der uns die Chance gibt, uns in einer ganz klaren Auseinandersetzung der beiden großen Gruppen innerhalb unseres Landes zu behaupten.

Ich möchte dazu einige Bemerkungen machen im Hinblick auf die Aufgaben sowohl wie auf das Wahlrecht, insbesondere das Übergangswahlrecht. Wenn ich die Fülle der Aufgaben sehe, von denen Herr Kiesinger gesprochen hat, wenn ich insbesondere denke an die wichtigen staatspolitischen Reformmaßnahmen, die – so hat er mit Recht betont – nur mit verfassungsändernder Mehrheit durchgeführt und realisiert werden können, dann habe ich die große Besorgnis, daß dieses Programm nicht innerhalb der laufenden Legislaturperiode verwirklicht werden kann. Es steht zur Erfüllung und Durchführung dieser Aufgaben praktisch zur Verfügung, wenn Sie die Anlaufzeit und die Zeit der Vorbereitung der Bundestagswahl ins Auge fassen, eine Zeit von etwa 1½ Jahren. Es muß schon sehr glaubwürdig vor der deutschen Öffentlichkeit der Aufgabenkatalog der neuen Bundesregierung in Angriff genommen und sehr schnell realisiert werden, wenn unsere These und die Notwendigkeit erhärtet werden sollen, daß wir die Bevölkerung bereits im Jahre 1969 vor eine klare Alternative stellen können und wollen. Das ist einmal gegeben aufgrund des Aufgabenkatalogs, der hier diskutiert worden ist.

Ein Zweites! Lieber Herr Lücke, es ist uns nicht für das Jahr 1969 mit einem Übergangswahlrecht gedient, das die auf die Splitterparteien, insbesondere der rechten, entfallenden Stimmen parlamentarisch unwirksam macht. Es ist uns nicht damit gedient, daß ein großer Teil der abgegebenen Stimmen, soweit sie für diese Gruppe abgegeben werden, gegenstandslos ist; denn das würde im Ergebnis zur Folge haben, daß mögliche Wählerschichten aus diesem Kreis nicht für uns gewonnen werden. Da die Zersplitterung auf der Linken sehr viel geringer ist, könnte das zur Folge haben, daß die nächste Wahl 1969 zu einem großen Erfolg der Sozialdemokratie führen würde.

Deshalb bitte ich, bei allen Überlegungen zum Wahlrecht, auch bei allen Überlegungen, wie die Bevölkerung auf den Wandel der Dinge aufmerksam gemacht werden soll, zu berücksichtigen, daß hier klare Entscheidungen zwischen zwei Gruppen getroffen werden müssen. Ich möchte Sie bitten, an diesen Effekt zu denken. Es nützt uns nichts, daß Stimmen auf kleine Splittergruppen abgegeben werden, die nachher parlamentarisch nicht zum Zuge kommen.

Entscheidend ist, daß der Trend zur Entscheidung zwischen den beiden großen Gruppen durch alle Maßnahmen, sowohl durch die politischen wie auch durch die wahltechnischen, gestärkt wird. Sonst würde das eine Spekulation sein, die nicht aufgeht.

Nun zum Wahlrecht selbst! Seit ihrer Gründung hat sich die CDU für das relative Mehrheitswahlrecht ausgesprochen in vielen Beschlüssen. Darin kam die Erfahrung zum Ausdruck, die die kontinental-europäischen Demokratien gemacht haben, im Gegensatz zu den Erfahrungen, die die Demokratien in England und in den Vereinigten

Staaten gesammelt haben. Ich will alle diese Gesichtspunkte nicht wiederholen, die wir heute diskutiert haben. Wir werden naturgemäß diese Frage sehr sorgfältig prüfen müssen. Aber ob uns, meine verehrten Freunde, gedient ist mit der These Wehners, der ein reines relatives Mehrheitswahlrecht verlangt, ob wir nicht die besondere Struktur in unserem Lande stärker berücksichtigen müssen, die auch durch solche Gebiete wie das Ruhrgebiet, Hamburg und Berlin gekennzeichnet ist, das scheint mir sehr die Frage zu sein.

Alles das, was wir zu dieser Frage auch in der Kommission besprochen haben, Herr Lücke, scheint mir ein wenig in den Hintergrund zu rücken. Ich bitte also sehr darum, die besonderen soziologischen, konfessionellen und anderen Strukturen unseres Gebietes zu berücksichtigen, wenn wir an die Ausarbeitung eines Wahlrechts herangehen, daß es solchen Gesichtspunkten Rechnung trägt. Mir liegt sehr daran, gerade weil ich ein Freund dieses Wahlrechts bin und weil ich es für notwendig halte, um unserer Demokratie jene Stabilität zu geben, die notwendig ist, wenn wir uns auf Jahre und Jahrzehnte hinaus behaupten wollen. Deshalb lege ich Wert darauf, auch die negativen und kritischen Fragen dieses Wahlrechts zu beleuchten, damit wir nicht eines Tages gegenüber einem formvollendeten reinen relativen Mehrheitswahlrecht zu Ergebnissen kommen, die uns den Einfluß auf das politische Geschehen in Deutschland nehmen. (*Beifall.*)

Erhard: Das Wort hat Herr Kollege Fay.

Fay: Die CDU in Hessen stand hier in Bonn jahrelang in dem Verdacht, ein Freund der Großen Koalition zu sein. Wir haben aber unsere schweren Bedenken gegenüber der Bildung einer Großen Koalition. Nun stehen wir vor der Frage: entweder Opposition oder Große Koalition. Für die Große Koalition spräche, daß wir auf lange Sicht zu geordneten und beruhigten Verhältnissen kämen. Hier ist das Wahlrecht von großer Bedeutung. Man soll nicht sagen, daß das Wahlrecht allein konsolidierte Verhältnisse herbeiführt; denn sogar ein Proporzwahlrecht hat der CDU zweimal die absolute Mehrheit gebracht, nur hat die CDU die Zeit von 1957 bis 1961 nicht in der rechten Weise genutzt. Darin liegt auch die wahre Ursache unserer inneren Parteikrise.

Nun spricht allerdings vieles dafür – da wir nicht alle Engel sind und es nicht immer gut machen –, daß wir mit formellen Gründen helfen sollen, geordnete Verhältnisse herbeizuführen. Das Mehrheitswahlrecht kann einem dabei helfen. Ich sage: kann! In England gibt es trotz Mehrheitswahlrecht eine liberale Partei. Die könnte und würde es wahrscheinlich auch in Deutschland geben. Es kommen hinzu die Schwierigkeiten, die hier schon erwähnt worden sind, daß es nämlich Gebiete gibt, die unter Umständen ganz ausfallen oder nur wenig vertreten sind, andere Gebiete stärker, und daß das Bild im Deutschen Bundestag eben nicht mehr ein gutes Spiegelbild der politischen Kräfte ist. Mir scheint die Korrektur, die hier angesprochen worden ist, es bei unseren jetzigen Wahlrecht zu belassen und lediglich das Wörtchen „oder" durch „und" zu ersetzen und vielleicht von drei auf fünf Mandate hinaufzugehen, die einzige Lösung zu sein, die uns helfen kann.

Nun macht mich eines hier stutzig. In der deutschen Presse steht klipp und klar, daß Herr Wehner erklärt hat: Wahlrechtsänderung ja, aber erst wirksam 1973. – Was verfolgt er damit? Er will erreichen, daß die CDU, die durch die Große Koalition dadurch belastet ist, daß in der Bevölkerung die Alternativstellung nicht klar herausgestellt wird, in eine Verhältniswahl hineingeht mit all den Schwierigkeiten, und daß aus dieser Wahl 1969 die SPD als stärkere Partei hervorgeht. Deswegen ist es so wichtig, daß diese Übergangslösung geschaffen wird. Die Übergangslösung ist im Grunde genommen viel wichtiger als eine Wahlrechtslösung, die erst ab 1973 kommen wird.

Deswegen bitte ich Sie herzlich, das Willensdokument des zukünftigen Koalitionspartners so klar abzufassen, wie es irgend nur möglich ist. Das ist nämlich die Voraussetzung dafür, daß wir uns überhaupt zu dem schweren Entschluß der Großen Koalition durchringen könnten. Unter Umständen wäre, wenn das nicht eintrifft, die Oppositionsstellung für die CDU das wesentlich Bessere. Deshalb nochmals meine herzliche Bitte, in dem Willensdokument zur Koalition eine klare Übergangsregelung zu schaffen. Ich glaube, dann sind die Probleme, die durch das relative Mehrheitswahlrecht aufgeworfen werden, auch gelöst, wenn wir nämlich diese kleine redaktionelle Änderung hier vornehmen.

Erhard: Das Wort hat Herr Even.

Even: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß die Entscheidung über die eigentlichen Grundsatzfragen, ob wir ein Ja sagen sollen zur Großen Koalition, im Grunde genommen gefallen ist, und daß man dazu nicht mehr viel zu sagen braucht.

Dagegen ist in den Mittelpunkt der Erörterungen das Problem des Wahlrechts gerückt. Es sind hierzu eine Reihe von Bedenken vorgetragen worden, die ihr Gewicht haben. Deswegen möchte ich aus meiner Sicht auch dazu Stellung nehmen mit der Tendenz, das, was Herr Ministerpräsident Kiesinger und Herr Lücke gesagt haben, mit Nachdruck zu unterstützen. Ich bin aus folgendem Grunde der Auffassung, daß wir zu einem relativen Mehrheitswahlrecht und nicht zu einem absoluten Mehrheitswahlrecht oder zu einem Mischsystem kommen müssen, das weder das eine noch das andere ist, weil die zweite deutsche Republik auf die Dauer als parlamentarische Demokratie nur Bestand haben wird, wenn wir zur Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts kommen werden und damit zur Konzentration der politischen Kräfte auf zwei große Parteien in unserem Lande und damit zugleich zu einer Befreiung dieser beiden großen Parteien von einer Zahl schwankender Splittergruppen, die sich als Zünglein an der Waage betätigen und im Grunde genommen eine völlige Verzerrung des Wählerwillens herbeiführen. (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Ich bin der Meinung, daß gerade die junge deutsche Generation auf die Dauer nur innerlich überzeugt sein wird von der Richtigkeit unserer parlamentarischen Demokratie, wenn sie klare Mehrheitsverhältnisse mit der Folge einer starken Führung in diesem Lande erlebt. Ich bin der Auffassung, daß gerade das gegenwärtige Wahlrecht dazu führen wird, daß die Verwirrung gefährlich groß wird. Ich meine, es sei nicht unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß nun gewisse Splitterparteien mit aller Gewalt am Leben bleiben.

Die Große Koalition ist nach meiner Auffassung, einmal parteipolitisch gesehen, nur dann gegenüber den Bedenken unserer Wählerschichten überzeugend darzustellen, wenn wir sie kennzeichnen als eine Übergangslösung mit dem Ziel, einen Umbruch in unserem Volke herbeizuführen, nämlich zu klaren Alternativen nach dieser Übergangsepoche zu kommen, sonst werden wir zweifellos Gefahr laufen, Wählerschichten vor den Kopf zu stoßen, die dann nach rechts oder links abwandern.

Es kann gar nicht in Zweifel gezogen werden, daß sowohl für uns als auch für die SPD naturgemäß Risiken mit diesem Schritt verbunden sind. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß das Problem bei der CDU vor allem die Großstädte sind, bestimmte Regionen, vielleicht sogar ganze Länder; daß ferner ein konfessionelles Problem entstehen kann, und daß auch soziologische Folgerungen gezogen werden müssen. Ich bin jedoch der Auffassung, daß auch bei einem relativen Mehrheitswahlrecht diesen berechtigten Bedenken Rechnung getragen werden kann.

Es hat schon einmal eine Kommission des Bundesvorstands getagt im Anschluß an die Plänkeleien, die wir 1962 in diesem Punkt mit der FDP gehabt haben.[47] Ich hatte die Ehre, diesem Gremium anzugehören. Es sind eine Reihe von Modellen entwickelt worden. Der Katalog ist aber keineswegs erschöpft. Wenn ich Herrn Wehner richtig verstehe, dann will er nicht die Manipulierung etwa in der Art des Grabensystems[48], wie das einmal zur Debatte gestanden hat. Es gibt aber auch die Möglichkeit, die sich aus folgender Situation ergibt: Die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts hätte zur Folge, daß die Zahl der Wahlkreise verdoppelt würde. Das wiederum hat zur Folge, daß man bei der Aufstellung der Kandidaten in diesen neu geschaffenen 50% von Wahlkreisen die Landesvorstände und den Bundesvorstand viel stärker einschalten kann, als das bisher der Fall ist, also weit über ein Vetorecht hinaus, das überstimmt werden kann, so daß dadurch der Ausgleich nicht nur innerhalb der Länder, sondern auch im Bundesgebiet gefunden werden kann, um den Bedenken Rechnung zu tragen, die hier zum Ausdruck gekommen sind.

Mir scheint eine Übergangslösung erforderlich zu sein aus mehreren Gründen. Einige sind bereits genannt worden. Ich will diese auch nicht näher erläutern. Es ist möglich, obwohl ich es nicht für wahrscheinlich halte, daß die eine oder andere Partei in der Tat vielleicht durch Bündnisse in drei oder fünf Wahlkreisen zum Zuge käme. Ich würde das aber hinnehmen, wenn dafür 1973 endgültig klar wäre, daß solche Splittergruppen keine Aussicht auf Erfolg haben. Es wäre dann unsere Aufgabe, das dem Volke deutlich zu machen. Es würde dann sicherlich der gleiche Schrumpfungsprozeß dort einsetzen, wie das in den angelsächsischen Ländern der Fall ist.

Nach meiner Meinung darf das nicht geheim bleiben. Wir könnten es auch gar nicht mehr geheimhalten. Es gibt ja schon eine öffentliche Diskussion. Ich gehe noch einen Schritt weiter. Nach meiner Meinung müßte dieses Ziel der Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts nach einem Übergangsrecht 1969 in die Regierungserklärung hin-

47 Vgl. PROTOKOLLE 4 S. 366–401.
48 Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 753–768.

ein. Es müßte in der Regierungserklärung ganz klargestellt werden, was damit beabsichtigt ist und was nicht. Ich bin der Meinung, daß wir natürlich in einer so wesentlichen Frage der demokratischen Willensbildung eine Kommission einsetzen müssen, (*Starke Unruhe.*) die sehr sorgfältig und ohne Zeitdruck unter Hinzuziehung nicht nur von Persönlichkeiten des Bundesvorstands und der Fraktion, sondern auch von Wahlrechtsexperten, Wissenschaftlern, Analytikern, Soziologen usw. die Ergebnisse der letzten Wahlen mit verwertet. (*Lemmer:* Politologen! – *Heiterkeit.*) Ich weiß, daß es hierbei einen Verzerrungseffekt gibt, der berücksichtigt werden muß. Das hat auch Auswirkungen auf den Zuschnitt der Wahlkreise. Wir dürfen uns hier auf keinen Fall überfahren lassen. Eine solche Kommission sollte deshalb möglichst bald gewählt werden und ihre Arbeit aufnehmen, damit wir ohne Zeitdruck zu einem Wahlrecht kommen, das sowohl den staatspolitischen Notwendigkeiten wie auch dem legitimen Interesse unserer Partei entspricht. (*Beifall.*)

Erhard: Das Wort hat Herr Kollege Hellwig.

Hellwig: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Fürchten Sie nicht ein weiteres Kolleg zu der Frage des Wahlrechts. (*Lebhafter Beifall.*) Nur eine Warnung! Die Wahlrechtsreform darf nicht in den Geruch kommen, eine Manipulation im Wahlrecht zu sein, um Mißerfolge der Politik in den nächsten drei Jahren zu kaschieren. Mit einer guten Politik und mit der Durchsetzung politischer Ziele werden Sie die Masse der deutschen Wähler auch bei einem anderen Wahlrecht für sich bekommen.

Zur Koalition! Ich bitte, es mir nicht übel zu nehmen, wenn ich unserem Freund Kiesinger sage, vergessen Sie nie das Wort eines Kenners dieser Materie: Die Koalition ist die raffinierteste Form der Bekämpfung des parteipolitischen Gegners. Mit dieser Einstellung wird der Koalitionspartner in die Koalition hineingehen. (*Kiesinger:* Ich habe ja auch eine gewisse Regierungserfahrung!) Damit komme ich zu eigentlich den Fragen, die ich stellen muß, nämlich: Was ist die Koalitionsabsprache wert?

1. Wird die von der SPD gestellte Mehrheit im Bundesrat mitziehen? Das ist die entscheidende Frage, wenn Sie an das Grundgesetz mit gewissen Änderungen herangehen wollen, wenn Sie die Finanzverfassung und die Wahlrechtsänderung machen wollen. Sie müssen das verpflichtende Wort nicht nur der SPD-Bundestagsfraktion, sondern auch der SPD als Partei haben, daß sie auch auf der Landesebene und im Bundesrat mitzieht.

2. Was für eine Position wird die SPD gegenüber den Gewerkschaften haben? Wir haben gehört, daß von einer Disziplin der Tarifpartner gesprochen wird.

Das Notstandsrecht! Was wird die SPD auf diesen beiden entscheidenden Punkten in ihrer eigenen Hausmacht durchsetzen können? Jedenfalls darf sie hier nicht ein Alibi, ein Schlupfloch sich offenhalten, daß sie sagt, wir haben ja auf dieser Ebene des Bundestags den guten Willen, aber sonst nicht.

Das sind nach meiner Meinung die beiden entscheidenden Fragen, die beantwortet werden müssen, um zu wissen, was die Koalitionsabsprache wert ist.

Zum Proporz! Schon in der Art der personellen Aufteilung wird man sehen, ob das Wort, daß wir keinen Proporz wollen, auch wirklich honoriert wird. Das hängt aufs eng-

ste zusammen mit einer gewissen Kontinuität, die wir durch die Mitwirkung unserer eigenen politischen Freunde in gewissen Schlüsselaufgaben erwarten und auch sichern müssen. Ich stelle diese Frage aus der Sicht von draußen. Denn das ist die entscheidende Frage, die gestern in jedem Gespräch in Straßburg von den Engländern, den Franzosen und anderen Partnern gestellt wurde: Wird es ein Bruch in der deutschen Politik sein, oder wird die Kontinuität der Engagements mit der freien Welt auf der europäischen Ebene weiterbestehen? Deswegen warne ich vor dem Wort „Umbruch", das vorhin gefallen ist. Es war auch sicherlich nicht so gemeint, aber es darf nicht einen Zweifel in die Kontinuität der großen Linie der deutschen Politik geben. Das wird sicherlich auch mit der personellen Entscheidung, die in Ihrer Hand liegt, zusammenhängen.

Erhard: Das Wort hat Herr Noltenius.

Noltenius: Wer immer für eine Große Koalition war, dem wird es nicht schwerfallen, dieser Lösung zuzustimmen. Ich habe die Hoffnungen, die auf eine solche Regierung gesetzt wurden, immer für eine Illusion gehalten. Ich will das hier nicht wiederholen; denn die Ereignisse sind darüber hinweggegangen. Ich habe wohl begriffen, daß wir in einer Lage sind, in der uns gar nichts anderes übrigbleibt, wenn wir dem Lande wieder eine handlungsfähige Regierung geben wollen. Über die Politik, die uns in wenigen Jahren dahin gebracht hat, daß uns nichts anderes übrigbleibt, als uns dem jahrelangen Gegner zu übergeben, würde ich kein Wort verlieren. (*Kiesinger:* Nicht zu übergeben!) Ich will keinen Vergleich bringen, wie ich das neulich getan habe, denn damit ärgere ich nur andere Leute. Aber die Zuversicht, daß es mit dieser Koalition gelingen könnte, dieses Bündel schwieriger Probleme zu lösen, teile ich nicht. Ich habe nicht das Vertrauen zu diesen beiden ungleichen Partnern, daß sie das lösen werden. Sie müßten sich ja grundlegend ändern, alle beide. Bisher hatten diese beiden Fraktionen, soweit ich das übersehen kann, nur das eine gemeinsam: In der Produktion von Ausgaben waren sie sich weitgehend einig.

Ob sie nun von dieser Gewohnheit Abstand nehmen werden, wenn sie nun zusammen regieren wollen, das wird die große Probe aufs Exempel sein. Die Widerstände innerhalb der Sozialdemokratischen Fraktion und aus dem Lande werden nicht damit zu Ende sein, daß es einer energischen Parteiführung gelingt, durch Mehrheitsbeschlüsse das durchzusetzen, was sie will, sondern sie werden bleiben und jedesmal wieder hochkommen, wenn diese wichtigen Vorlagen zur Entscheidung stehen, für die ja in beiden Fraktionen und schließlich im Bundestag eine Mehrheit, womöglich eine Zweidrittelmehrheit, gefunden werden muß.

Deswegen stehe ich dieser Lösung, wenn ich sie auch als unvermeidlich hinnehmen muß, nach wie vor ablehnend gegenüber.

Ich habe in den vergangenen Jahren hier in diesem Raum manchen Beschlüssen zugestimmt, die ich im Grunde nicht für richtig hielt. Ich werde das heute nicht tun, damit Sie wissen, mit welchen Vorbehalten und mit welcher Kritik ich diesem Versuch gegenüberstehe. Es wird sich zeigen, was daraus gemacht wird. Die Aufgabe ist denkbar ungewiß.

Über das Mehrheitswahlrecht will ich nichts sagen. Ich teile die Bedenken, die hier zum Ausdruck gekommen sind. Ich halte es für eine höchst fragwürdige Sache, politische Entscheidungen dadurch beeinflussen zu wollen, daß man das Wahlrecht manipuliert. Das kann dazu führen, daß wir ab 1969 oder ab 1973 eine sichere sozialistische Mehrheit in der Bundesrepublik haben.

Erhard: Das Wort hat Herr Lemmer.

Lemmer: Dieses Land braucht bald eine neue Regierung. Wir haben gehört, die FDP ist weder koalitionswillig noch koalitionsfähig. Das ist der Tatbestand. Darum sind alle Emotionen überflüssig. Wir gehen in diesen einzigen Versuch als die Partei, die diesen Staat 17 Jahre lang getragen hat. Wir haben also die Pflicht, diesen risikovollen Versuch – risikovoll nicht nur für den Staat nach dem Grundgesetz, risikovoll auch für unsere Partei – zu machen.

Lieber Freund Noltenius! Wir sollten nun nicht mit soviel Vorbehalten kommen. Damit nehmen Sie doch den Männern, die diesen schweren Versuch zu unternehmen haben, von vornherein den Elan, das zu tun, was nun getan werden muß.

Die SPD befindet sich in einer Krise. Das haben viele von uns noch gar nicht bemerkt, und zwar in einer Krise, die sich äußert in Tumulten auf den Straßen und Plätzen der großen Städte der Bundesrepublik einschließlich West-Berlin. Die SPD befindet sich etwa – wenn ich es historisch darstellen darf – in einer ähnlichen Situation wie 1916/17. Sie steht vor der Gefahr einer Spaltung. Wir stehen zur Zeit – und hoffentlich nie – nicht in dieser Gefahr. Die Spannungsgeladenheiten bei der SPD sind viel größer als bei uns. (*Zurufe:* Aber Disziplin!) Nein, die Disziplin ist eben gebrochen. Das ist das Phänomen, daß in dieser traditionell disziplinierten Partei diese Disziplin nicht mehr hält, sondern sich offener Aufruhr in der Bewegung der Sozialdemokraten zeigt.

Noch eine Bemerkung liegt mir am Herzen. Meine Freunde! Ich habe volles Vertrauen zu unserem Freund Kiesinger, aber er soll wissen, wie ernst ich die Dinge nehme. Wir haben gehört von der Politik in den europäischen Ländern. In der „Süddeutschen Zeitung“[49] von heute steht eine Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten Kadar[50], die völlig – von Bukarest abgesehen – charakteristisch ist für alle von Moskau beherrschten Länder. Darin steht nach einer Anpöbelung der Bundesrepublik wörtlich, daß Bonn die als Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstandenen nationalen Grenzen sowie die Existenz zweier deutscher Staaten anerkennen muß.

Ich glaube, hier darf kein Zweifel aufkommen. Zwei deutsche Staaten gibt es nicht. Auch die osteuropäische Politik kann romantisch sein. Wir werden von unseren westlichen Freunden animiert, hier Initiativen zu zeigen und Aktivität zu haben. Eine Resonanz haben wir – von Bukarest abgesehen – bis jetzt nicht gefunden. Infolgedessen soll in der Regierungsarbeit ganz klargestellt werden – von Personen haben wir nicht ge-

49 Kadar äußerte sich zur Eröffnung des KP-Kongresses in Budapest, vgl. die dpa-Meldung auch in der „Welt“ vom 29. November 1966 „Kadar: Mißtrauen gegenüber Bonn“.

50 János Kádár (1912–1989), ungarischer Politiker; 1948–1951 Innenminister, 1956–1988 Erster Sekretär bzw. Generalsekretär (1985) des ZK der KP, 1956–1958 und 1961–1965 zugleich Ministerpräsident.

sprochen –, daß die Gefahr besteht, daß sowohl die Außenpolitik als auch die gesamtdeutsche Politik nicht von Männern unserer Couleur bestimmt werden wird. Das haben wir doch wohl den Zeitungen entnehmen können. Und gerade, weil weder die Außenpolitik noch die gesamtdeutsche Politik in unserer Hand liegt, beruhigt mich nur, daß nach dem Grundgesetz der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik bestimmt. Hätten wir diese Bestimmung nicht, ich wäre auf das tiefste beunruhigt. Und hätte ich zu unserem Freund Kiesinger nicht das volle Vertrauen, daß er nach diesem Grundgesetz die Regierungsführung darstellen wird, dann müßten wir sehr beunruhigt sein.

Die letzte Bemerkung zu dem, was die innerdeutsche Situation betrifft! Die kommunistische Propaganda und Aggression hat einen Höhepunkt erreicht, wie er noch nicht da gewesen ist seit unserer 21jährigen Auseinandersetzung mit diesem unvermindert arg bösen Feind. Hier handelt es sich nicht um einen Gegner, sondern um einen Feind. Seine Aggressivität nimmt Formen an, daß ich sicher bin, daß bereits auf weiten Flügeln der SPD dieser arg böse Feind wühlt. Und wenn die Söhne des Herrn Brandt gestern mitdemonstrierten gegen diese Koalitionsbildung,[51] die von der kommunistischen Propaganda bis aufs Messer bekämpft wird, dann sollten wir uns auch hier klarmachen, daß wir aufzupassen haben auf die kleineren und die mittleren Schritte.

Herr Mende war schlimmer als jeder SPD-Mann auf diesem Gebiet der gesamtdeutschen Politik.[52] Es ist mit Recht hier gesagt worden, hier beginnt die große Bewährungsprobe für diesen unvermeidlichen Schritt, den wir in großer Kameradschaft und mit großem Vertrauen unternehmen sollen im Wissen um die Gefahr für die wesentlichen Aufgaben unserer nationalen Politik. (*Beifall.*)

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich habe noch zwei Wortmeldungen. Herr Kollege Kiesinger ist nicht nur verhindert wegen eines Gesprächs, das mit den Sozialdemokraten über Mittag vorgesehen war, sondern auch wegen einer Bitte des Bundespräsidenten, ihn zu besuchen. – Das Wort hat Herr Fricke.

Fricke: Mein lieber Ernst Lemmer! Du warst ja schon, als wir im Bungalow des Bundeskanzlers zusammensaßen, für die Große Koalition.[53] Dein Neffe[54] war dagegen, und das Tischtuch war zerschnitten. Ich äußerte Bedenken. Als sich dann unsere Freunde Glup und Amrehn äußerten, habe ich präzise Fragen gestellt und gesagt, Herr Glup, sind Sie sich darüber klar, daß Sie Schmücker opfern müssen und daß Schiller kommt? – Und, Herr Amrehn, sind Sie sich darüber klar, daß Herr von Hassel geht und die

51 In Berlin hatten die „Falken" zu einer Demonstration aufgerufen unter Beteiligung von Peter und Lars Brandt, vgl. „General-Anzeiger" vom 29. November 1966 „Demonstration gegen Große Koalition". – Prof. Dr. Peter Brandt (geb. 1948), Historiker; Hochschulassistent an der TU Berlin, seit 1990 Professor für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte an der Fern-Universität Hagen. – Lars Brandt (geb. 1951), Maler.

52 Der sog. Mende-Plan vom 1. März 1956 sah implizit eine Wiedervereinigung Deutschlands in Neutralität vor, die explizit aber abgelehnt wurde, vgl. Erich MENDE: Die neue Freiheit. 1945–1961. München/Berlin 1984 S. 370f.

53 Treffen der Vorsitzenden der CDU-Landesverbände am 7. November 1966 im Wohnhaus Erhards. Vgl. ACDP 01–554–001/2.

54 Gerd Lemmer.

Schmidt-Schnauze kommt? – Als mich Franke[55], der Vorsitzende der SPD in Hannover, beim Mittagessen fragte, was sagen Sie denn, wenn es nun doch zu einer kleinen Koalition kommt, da habe ich geantwortet, lieber Franke, daß wäre zu schön, um wahr zu sein. (*Lebhafte Unruhe.*) Nun bin ich sehr beruhigt, lieber Herr Kiesinger, daß Sie uns heute so präzise unterrichtet haben, wie Sie sich redlich bis zuletzt bemüht haben, mit der FDP klarzukommen und wie es dann plötzlich an deren bornierter Haltung gescheitert ist. Ich bin beruhigt, von unseren Freunden aus Nordrhein-Westfalen gehört zu haben, daß Rubin und andere sich da rückzuversichern suchten.

Nun muß ich noch einmal kurz auf die Zeitungsmeldung zurückkommen. Lieber Herr Kiesinger, Sie haben meinen Brief bekommen, den ich Ihnen auf Beschluß des Zentralvorstands geschrieben habe.[56] Bedenken Sie bitte, Schleswig-Holstein und Niedersachsen wählen im kommenden Frühjahr, und beide Länder sind wichtig für uns. (*Kohl:* Rheinland-Pfalz auch!) Ich habe Ihnen ein Fernschreiben geschickt. Ich habe es auch Herrn Strauß mit dem gleichen Inhalt geschickt, ich bäte, darauf Rücksicht zu nehmen.

Nun ändern sich so schrecklich viele Dinge, wenn annähernd auch das stimmt, was in den Zeitungen steht, nicht nur konfessionell, sondern auch regional. Die SPD-Leute kommen mit Ausnahme von Heinemann alle aus dem Norden. Konfessionell ändert es sich vielleicht mit 7:3. Ich fahre bedrückt heim mit der Überlegung, wie wir in dieser Situation antreten sollen. (*Kiesinger:* Das sind doch alles Kombinationen!) Lieber Herr Kiesinger, ich möchte Ihnen noch einmal sagen, das neue Kabinett wird vielleicht konfessionell etwas kopflastig. Ändern Sie es bitte nicht zu stark. Vergessen Sie nicht, daß wir auch in Norddeutschland über drei Millionen Stimmen gebracht haben. Ich kann nicht verstehen – es tut mir leid, daß Herr Strauß nicht hier ist –, daß er so stur darauf besteht, nun mindestens drei Minister zu behalten. Wenn wir gegenüber Norddeutschland einen solchen Rückschlag erleben, dann gibt das eine Kritik für unsere Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen, die nicht zu übersehen ist.

Das in allem Ernst hier zu sagen, hielt ich für meine Verpflichtung. Ich darf hinzufügen, daß ich mich dennoch heute überzeugt habe, deswegen heißt es jetzt, geschlossen zu handeln und dazu zu stehen.

Sie persönlich, lieber Herr Kiesinger, haben das Vertrauen. Das hat einmütig der Dachverband der drei Verbände in Niedersachsen[57] bekundet. Sie haben unser ganzes Vertrauen.

---

55 Egon Franke (1913–1995), Kunsttischler; 1946/47 Mitglied des Hannoverschen Landtags (SPD), 1947–1951 MdL Niedersachsen, 1950–1970 SPD-Landes- und Bezirksvorsitzender (Hannover), 1951–1976 MdB, 1964–1973 Mitglied im SPD-Parteipräsidium, 1969–1982 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen. Vgl. KEMPF/MERZ S. 252–256.

56 Der Zentralvorstand der CDU in Niedersachsen beschloß auf seiner Sitzung am 12. November 1966, daß Fricke Kiesinger und Erhard schreiben sollte. Vgl. ACDP 03-007-055/2.

57 Der 1950 gegründete Dachverband „CDU in Niedersachsen" vereinte die drei Landesverbände Oldenburg, Braunschweig und Hannover.

Was den Konflikt bei einigen anderen Freunden angeht, so spielt das konfessionelle Moment bei uns keine Rolle. Wir wissen, was wir an Herrn Schmücker haben. Da ist es uns auch gleichgültig, ob er katholisch oder evangelisch ist.

Wenn nun die Absichten über die Änderung des Wahlrechts bekannt werden – und sie werden bekannt –, dann geben wir damit Argumente dafür, daß die Gefahr der NPD größer wird. Wenn schon die Dinge in Hessen und in Bayern so gelaufen sind, dann dürfen wir die Gefahr in Schleswig-Holstein und in Niedersachsen nicht übersehen. Das möchte ich Ihnen noch einmal mit allem Ernst ans Herz legen.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Der Vorsitzende sagte schon, der Herr Bundespräsident erwartet mich bereits seit einer Stunde. Ich will auf die Ausführungen, die Ernst Lemmer gemacht hat, sagen, ich glaube, er kennt mich lange genug, um zu wissen, daß ich auf diesem Pfad nicht straucheln werde, und daß ich mich auf nichts einlassen werde, was dem Willen des Volkes zuwider ist.

Vielleicht muß man da und dort einmal einen neuen Weg gehen, aber immer nur in der nüchternen Einschätzung der Wirklichkeit.

Zur Sorge um unsere Kabinettsbildung! Meine Damen und Herren! Sie sind sich sicher darüber klar, daß diese Kabinettsbildung viel schwieriger ist als jede bisherige. Sie ist so schwierig, daß sie mir wirklich schlaflose Nächte macht. Daß ich selbstverständlich diese regionale Problematik genau sehe, das dürfen Sie voraussetzen. Ich werde, wenn die Kabinettsbildung vollzogen ist, sehr viel Kritik bekommen, weil einfach alle Wünsche nicht zu erfüllen sind, die die Gruppen, die Regionen, die Konfessionen usw. haben. Ich kann nur das Beste machen, und zwar so, daß einigermaßen die Struktur unserer Partei an diesem Anteil, den wir haben, zum Ausdruck kommt.

Große Koalition heißt nun einmal Große Koalition, heißt, einen sehr erheblichen Anteil der Minister für den Partner. Ich denke nicht daran, in die Verhandlungen hineinzugehen mit der Absicht, halb und halb zu machen. (*Beifall.*) Das wäre in der Tat ein schlechter Ankündigungseffekt. Das würde zeigen, daß eine Art Teilung der Macht beabsichtigt ist. Bisher hat man uns dieses Ansinnen auch nicht gestellt. Was in den Zeitungen steht, das sind reine Kombinationen.

Bis jetzt sind vier Mann – ich kann es nur wiederholen – von der SPD als künftige Mitglieder des Kabinetts angemeldet. Das ist kein Geheimnis. Ich kann es in diesem Kreis sagen. Es sind die Herren Brandt, Wehner, Schiller und Schmidt. Diese vier sind angemeldet. Bisher haben sie noch keinen anderen Namen genannt; jedenfalls mir nicht und den Verhandlungskommissionen auch nicht. Wir werden jetzt einmal weiter sehen. Wir haben uns schon Überlegungen gemacht, was geschehen soll, wenn es heißt, wir sollen Herrn Schmücker opfern. Ich habe mit ihm Überlegungen angestellt, die uns vielleicht die Möglichkeit lassen, wenn Herr Schiller – worauf natürlich die SPD drängt – das Wirtschaftsministerium übernimmt, ihm trotzdem einen Bereich zu erhalten in der Richtung auf die EWG. Mehr will ich nicht andeuten. Ich habe es schon der SPD vorgetragen, daß da etwas gemacht werden kann.

Wir kämpfen, wo immer wir können. Mit unseren Freunden von der CSU müssen wir natürlich auch reden. Bisher hatte sie fünf Mitglieder im Kabinett. Seien Sie über-

zeugt, was ich tun kann, um die Dinge richtig zu machen, das werde ich tun. (*Zurufe:* Wie sieht es mit der SPD in den Ländern aus?) Die SPD in den Ländern? Nun, Bayerns SPD und auch die überwiegende SPD in Baden-Württemberg protestiert. Schleswig-Holstein hat protestiert, auch Hessen und das Saarland.[58] Das spricht also ein bißchen für die Auffassung unseres Freundes Lemmer, daß in dieser Partei eine ziemlich schwere Krise herrscht. Wir sollten also mit ein bißchen Zutrauen an unsere Aufgabe herangehen. (*Fay:* Ist über Koalitionsmöglichkeiten mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen gesprochen worden?) Noch nicht! Wir haben bewußt diese Sache nicht angerührt.

Barzel: Meine Damen und Herren! Mir liegt hier vor der Entwurf eines Kommuniqués, der Ihnen auch vorgelegt worden ist. Ich darf ihn verlesen:

Der Bundesvorstand der CDU trat am 29. November 1966 unter Vorsitz des Bundesparteivorsitzenden Bundeskanzler Professor Erhard in Bonn zusammen. Er billigte den Bericht von Ministerpräsident Kiesinger über seine Verhandlungen mit FDP und SPD zur Bildung einer neuen Regierung. Der Bundesvorstand beschloß, der Verhandlungskommission zu empfehlen, im Einvernehmen mit der CDU/CSU-Fraktion des Bundestags die Koalitionsverhandlungen mit dem Ziel der Bildung einer Großen Koalition zum Abschluß zu bringen.

Da wir eine Empfehlung an den Parteiausschuß haben müssen, würde ich doch bitten, daß wir das in einer Abstimmung klären. Ich darf zunächst die ersten beiden Sätze a) daß wir getagt haben und b) daß wir den Bericht des Ministerpräsidenten gebilligt haben, zur Abstimmung stellen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen! – Das ist einstimmig.

Dann kommt der Schlußsatz. Ich brauche ihn nicht noch einmal vorzulesen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen! – Gegen eine Stimme bei drei Enthaltungen angenommen.

Meine Damen und Herren! Damit ist die Sitzung beendet. Die Sitzung des Parteiausschusses findet statt um 15.00 Uhr im Saal der Fraktion.[59]

58 Vgl. „Stuttgarter Zeitung" vom 28. November 1966, vgl. auch Anm. 51.
59 Protokoll in ACDP 07–001–022/10.

11

Bonn, Montag 13. Februar 1967

Sprecher: Adorno, Barzel, [Bauknecht], Blumenfeld, Brauksiepe, Burgbacher, Erhard, Etzel, Frikke, Gerstenmaier, Grundmann, Gurk, Heck, Hellwig, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Lücke, Meyers, Mikat, Russe, Scheufelen, Schmücker, Stecker, Stingl, Stoltenberg, Strauß.

Bericht zur Lage. Bundesparteitag 1967. Finanzfragen. Aktionsprogramm. Tätigkeit der Vereinigungen. Bildung einer Wahlrechtskommission. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 14.00 Uhr*

Erhard: Meine Kollegen und Kolleginnen! Liebe Freunde! Ich darf diese Sitzung eröffnen. Gestatten Sie mir zunächst ein persönliches Wort. Ich habe bekanntlich meinen 70. Geburtstag am Tegernsee gefeiert und hatte dabei die große Freude, eine ganze Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten und der mir enger verbundenen Freunde zu begrüßen, an der Spitze Herrn Bundeskanzler Kiesinger, aber auch viele andere Freunde und Mitarbeiter, mit denen ich seit Jahren zusammenarbeite, sei es im Kabinett oder sei es auf der Ebene der Partei. Ich danke Ihnen allen und kann Ihnen versichern, es war mir eine Freude, diese Begegnung an diesem Ort aus diesem Anlaß festlich feiern zu dürfen.

Damit kommen wir zu unserer heutigen Tagesordnung, die – wie immer – beginnt mit dem Bericht zur Lage. Es entspricht einer Tradition und es ist auch sachlich gerechtfertigt, wenn der Herr Bundeskanzler uns darüber einen Überblick vermittelt.

Lassen sie mich einige Worte zuvor sagen zu diesem Gegenstand. Wenn Sie die deutsche Presse lesen, wenn Sie Rundfunk hören und Fernsehen sehen, dann sind Sie völlig verwirrt und fragen sich, leben wir in der Krise oder leben wir im Aufschwung? Sind wir in einer Phase der Stagnation und Depression oder sind wir in einer Phase der Expansion? Wollen wir eigentlich das Wachstum um jeden Preis oder wollen wir die Stabilität? Ich sage das alles ohne irgendeinen Akzent und vor allen Dingen ohne Ressentiment, aber ich glaube, vom Standpunkt der Partei aus muß hier sehr schnell eine Überzeugung durchdringen durch die ganze Bevölkerung, damit man wieder sicheren Grund und Boden unter den Füßen findet.

Wenn das schon für uns schwierig ist, dann ist es natürlich für den Staatsbürger draußen im Lande und für den Wähler noch sehr viel schwieriger, sich zurechtzufinden in dem Wirrwarr der Meinungen, Auffassungen und Darstellungen. Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Bundeskanzler, wenn Sie auch darauf eingingen, denn ich spüre allenthalben – unsere Geburtstagsbriefe, ich habe über 20.000 bekommen, sind ja eine Art von Test –, was draußen die Menschen bewegt und welche Sorgen sie erfüllen. Ich

glaube, ich habe von dieser Warte aus gesehen das Recht, auch Sprachrohr zu sein der Meinungen und Urteile, die an mich herangekommen sind. Das zur Einleitung!

Ich bin persönlich der Meinung, – ich habe es bereits in einem Interview gesagt[1] –, daß mir zuviel gekurbelt zu werden scheint, und daß die ruhige Linie, die wir brauchen, jetzt unbedingt klar sichtbar werden muß. Daß das keine Kritik bedeutet, brauche ich hier nicht zu sagen; ich bin also nicht so geartet zu glauben, es gibt irgendein Gremium, wo man sein Ressentiment – das ich im übrigen gar nicht habe – abladen sollte; aber nehmen Sie es wirklich als eine echte Sorge für unser deutsches Volk und vor allen Dingen für unsere Wähler – die gibt's ja auch noch, es gibt nicht nur Wähler einer Großen Koalition, es gibt auch Wähler der CDU und der CSU –, denen wir immerhin einiges schuldig sind.

Das wollte ich vorausgeschickt haben und darf Sie nunmehr bitten, Herr Kollege Kiesinger, Ihr Referat zu halten.

Bericht zur Lage

Kiesinger: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich will es so knapp machen, wie es möglich ist. Zunächst ein Wort zu den Sorgen, die der Herr Vorsitzende soeben angesprochen hat! Ich glaube nicht, daß unser Volk allzu sehr verwirrt ist; ich habe im Gegenteil den Eindruck, daß überall wieder Vertrauen vorhanden ist nach einer Krise, die ja unbestreitbar vorhanden war. Ich will auf die Gründe dieser Krise jetzt nicht eingehen. Sehr viele Faktoren haben zu dieser Krise beigetragen.

Wir pflegen schon seit Jahren, die öffentliche Meinung nach demoskopischen Ergebnissen zu erforschen. Das haben wir vorher getan, das haben wir gestern getan, und das werden wir auch morgen tun müssen, ohne dieses Ergebnis überzubewerten. Diese Ergebnisse sind nun einmal ganz einfach auch für die CDU – und gerade für die CDU – erfreulich. Ich will von dem Vertrauen, das dem neuen Bundeskanzler entgegengebracht wird nach diesen demoskopischen Ergebnissen[2], jetzt gar nicht sprechen. Es ist ein Ergebnis, das so gut ist wie das irgendeiner meiner Vorgänger. Ich spreche von dem Vertrauen, das der CDU in der Großen Koalition entgegengebracht wird.

Ich habe die Bewegung seit der Gründung der neuen Regierung verfolgt. Erst gestern habe ich die neuen Ergebnisse von EMNID bekommen – nach Allensbach war es schon günstiger –, während noch vor drei Wochen der Abstand zwischen SPD und CDU 40:48 war, ist das neue Ergebnis 42:46. Ich sehe den Tag sehr genau voraus, wo

1 Vgl. das Interview Erhards mit der „Kölnischen Rundschau" vom 12. Februar 1967.

2 Die Zustimmung zu Kiesinger hatte sich von 28% im August auf 60% im Dezember 1966 erhöht. – Vgl. Jahrbuch 1965–1967 S. 208 f. Pressedienst des IfD Allensbach von Ende 1967 „Die Deutschen von Kiesinger begeistert". Bei der „Sonntagsfrage" ergaben sich für die CDU/CSU im Februar 1967 32% (gegenüber 29% im November 1966), für die SPD 35% (38%), für die FDP 5% (4%) – nach EMNID: Die Anhängerschaft der politischen Parteien und ihre Entwicklung. 164. Erhebung vom Januar 1968 (ACDP Meinungsumfragen-Archiv).

sich diese Dinge noch erheblich gebessert haben werden. Das zunächst über die Stimmung im Volk!

Nun zur Frage des Wachstums, der Stabilität usw.! Ich glaube, noch nie hat eine Regierung so ruhig und stetig gearbeitet, wie es die unsrige zur Zeit tut. Wir haben jedenfalls nicht zur Beunruhigung oder zu irgendeiner Verwirrung im Volke beigetragen. Wir haben sehr klar gesagt, was wir wollen mit unserem Regierungsprogramm, und haben Schritt für Schritt das, was wir angekündigt haben, zu vollziehen versucht. Wir können natürlich nicht für jeden Artikel und Leitartikel und für jede Meldung, die verbreitet wird, garantieren. Das müssen wir halt den Journalisten überlassen. Für mich kommt es darauf an: Wie ist die Stimmung im Volk allgemein.

Da habe ich nun beim besten Willen nicht feststellen können, daß diese Stimmung verwirrt sei; im Gegenteil, ich stelle fest – und ich glaube, ich bin dieser Regierung der Großen Koalition es schuldig, das zu sagen –, das Vertrauen konsolidiert sich. Und dieses Vertrauen kommt durchaus, wie ich eben schon sagte, der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union zugute. Natürlich, wenn man eine Große Koalition gründet, muß man sich auf eine gemeinsame Linie einigen. Es ist ein Glück für uns – ich habe es in Oberhausen gesagt[3] –, daß es möglich war.

In welcher miserablen Situation hätten wir uns befunden angesichts einem absolut koalitionsunfähig gewesenen Partner gegenüber, wie die Verhandlungen ja erwiesen haben, Verhandlungen, die wir bis zur letzten Sekunde so geführt haben – die Herren, die mit mir die Verhandlungen geführt haben, rufe ich als Zeugen dafür auf –, daß für den bisherigen Koalitionspartner die Möglichkeit bestand, ein neues Bündnis mit uns einzugehen. In welcher miserablen Situation hätten wir uns befunden, wenn wir dann eine SPD uns gegenüber gehabt hätten, mit der wir sachlich kein Arbeitsprogramm hätten ausarbeiten können.

Aber glücklicherweise haben die Koalitionsberatungen gezeigt, daß es möglich sein werde, ein solches gemeinsames innenpolitisches und außenpolitisches Arbeitsprogramm[4] durchzuführen. Man soll sich durch eine gewisse neue Terminologie, die etwas differenzierter geworden ist als ehedem, den Blick nicht verstellen lassen für das, was wir tun. Es ist so, verehrter Herr Vorsitzender, auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet, daß nach wie vor das Programm der Sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt wird, und zwar angepaßt an die Bedürfnisse dieser geschichtlichen Situation, in der wir uns befinden. Was das Volk von uns erwartete, das war zunächst, daß wir regierten. Das

3 Zur Rede Kiesingers „Deutschlands Zukunft sichern" vgl. „Union in der Bewährung", 17. Landesparteitag der CDU des Rheinlands 10./11. Februar 1967, Oberhausen S. 55–71, hier besonders S. 55.

4 Vgl. „Spiegel" vom 12. Dezember 1966 „Eine Lage Bier". – Auf einen detaillierten Koalitionsvertrag wurde verzichtet, dafür wurden teilweise die „Leitsätze der SPD für die Koalitionsverhandlungen im Herbst 1966" in die Regierungserklärung übernommen; vgl. auch Zusammenfassung über „Aufgaben einer Bundesregierung" der SPD vom 12. November 1966 (ACDP Dokumentation 2/211/16–1); Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 in Sten.Ber. 80. Sitzung S. 3656–3665; BULLETIN vom 14. Dezember 1966 S. 1265–1270. Arbeitsprogramm vom 11. März 1967 in ACDP 01–226–706.

war, daß wir zugriffen, und daß wir handelten. Ich glaube, daß wir diese Hoffnungen nicht enttäuscht haben. Dazu gehörte, daß wir zunächst den Haushalt so gut wie möglich in Ordnung brachten. Das haben wir getan. Wir haben eine mittlere Position bezogen. Wir haben einige Verbrauchssteuern erhöht. Wir haben eingespart. Wir haben diese Zweiteilung, nämlich im Ordentlichen Haushalt den Eventual-Haushalt gemacht, der uns die Möglichkeit gibt, da einzugreifen, wo dies aus wirtschafts- und konjunkturpolitischen Gründen notwendig ist.

Wir konnten keine Wunder wirken, auch wir verfügen nicht über Zaubertricks, aber es zeigt sich doch allenthalben, auch so wie die Börse reagiert, daß die Voraussetzung geschaffen worden ist, die letzten Endes die wichtigste ist, die psychologische Voraussetzung für die Besserung des allgemeinen Klimas.

Das schwerste Stück Arbeit liegt, darüber sind wir uns im klaren, vor uns. Wenn wir in die kommenden Jahre hineinblicken, was da alles an Aufgaben vor uns liegt, das könnte einen manchmal wirklich ängstigen; zunächst einmal die Frage, gelingt es uns, Wachstum und Stabilität in der Balance, wie wir es wollen, durchzusetzen. Das da in unseren eigenen Reihen die verschiedensten Auffassungen, besonders am Anfang, geherrscht haben, wissen wir wohl. Wir glauben, mit dem, was wir vorhaben, die Dinge im Griff behalten zu können. Für den einfachen Mann draußen im Volk geht es einfach um die Frage: Sicherheit des Arbeitsplatzes, Sicherheit der Währung, d. h. Stabilität der Preise. Er will das Gefühl haben, daß die Regierung das ihr Mögliche dazu tut. Und auch hier, glaube ich, ist weithin wieder Vertrauen vorhanden, nachdem es sicherlich eine Zeit lang nicht mehr vorhanden gewesen war, aus welchen Gründen auch immer. Ich glaube, auch damals war es vor allen Dingen das psychologische Element, das entscheidend gewesen ist.

In den kommenden Jahren müssen wir also sehen, daß wir unsere Haushalte in Ordnung halten. Dazu müssen wir die berühmte mittelfristige Finanzplanung machen, ein sehr schwieriges Unterfangen. Sie wissen es alle. Wir müssen uns ein Instrumentarium schaffen, das uns diese Planung überhaupt ermöglicht. Wir müssen so genau wie möglich die Einnahmen vorausschätzen, um dann imstande zu sein, zu wissen, was wir für die Aufgaben nötig haben.

Was die Ausgaben anlangt, so hängen sie mit den Aufgaben zusammen. Hier müssen wir von der Christlich-Demokratischen Union in dieser Großen Koalition – dazu haben wir ja bereits angesetzt – über unser Programm klar sein. Ich habe es schon einmal gesagt – und möchte es heute wiederholen –, dabei geht es um die Frage der Trennung des Wichtigsten vom Wichtigen und des Wichtigen vom Wünschenswerten. Wir können einfach nicht alles auf einmal anpacken. Wir können nicht alle Wünsche befriedigen. Deshalb wird diese Regierung allen Anforderungen und allen Wünschen, die in dieser Hinsicht an sie gestellt und ausgesprochen werden, mit ruhiger Gelassenheit ihre Prioritäten aufstellen. Das wird sie natürlich im Zusammenhang mit der Partei und der Fraktion tun müssen; denn wir sind ja eine Handlungseinheit. Das wird ganz sicher eine sehr schwierige Aufgabe werden.

Niemand von uns kann sagen, wie die Entwicklung der öffentlichen Einnahmen in den kommenden Jahren wirklich sein wird. Wir können nur hoffen, daß sie – so möchte ich beinahe sagen – besser sein wird, als es im Augenblick aussieht. Daß dabei ganz große Aufgaben möglichst bald bewältigt werden müssen, wissen wir. Zunächst geht es neben der Mittelfristigen Finanzplanung um die Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes[5], und zwar so, wie wir es wirklich brauchen nach unseren Vorstellungen. Wir müssen weiter mit Entschlossenheit die Finanzreform anpacken. Unser Bundesfinanzminister hat nun einen verhältnismäßig frühen Termin angekündigt für die Bewältigung dieses Problems.

Lieber Freund Franz Josef, meine Unterstützung für einen solchen Plan hast Du. Das weißt Du auch genau. Ich weiß aber nicht, ob wir es in dieser Zeit tatsächlich auch schaffen können. Die Probleme sind außerordentlich schwierig und verwickelt. Ich werde von mir aus alles tun, damit diese große Finanzreform möglichst bald verwirklicht wird. (*Etzel:* Sagen Sie Finanzverfassungsreform!) Gut und schön, also Finanzverfassungsreform, Freund Etzel. Ich bin durchaus einverstanden, denn darum geht es ja tatsächlich.

Dann hoffen wir auch, das Verhältnis Bund : Länder und Gemeinden so in Ordnung bringen zu können, daß wir endlich die Maßstäbe für die Verteilung der öffentlichen Mittel in allen drei Bereichen haben.

Ich will aber über diese Dinge, über die Sie ja unterrichtet sind aus zahlreichen Äußerungen von der Regierungserklärung[6] an, nicht weitersprechen. Es hat Schwierigkeiten gegeben. Sie kennen die Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Agrarpolitik hinsichtlich dessen, was wir da an Einsparungen für notwendig hielten. Sie kennen auch die Proteste dagegen. Wir sollten diese Frage in aller Ruhe miteinander behandeln. Es muß halt in Gottes Namen überall eingespart werden, auch auf diesem Gebiet. Ob jede Einzelmaßnahme dabei richtig war oder nicht, das läßt sich ja in Ruhe überprüfen.

Wir müssen Ansprüche, wie sie Herr Krause[7] angemeldet hat, nämlich eine 25%ige Gehaltserhöhung der Beamten bis zum Jahre 1970, so wie die Dinge heute liegen, als utopisch bezeichnen. Auch gewisse Vorstellungen aus dem sozialpolitischen Bereich bedürfen einer sehr genauen Überprüfung. Es gibt da nun in den letzten Wochen ein dauerndes Geplänkel. Der Bundesfinanzminister[8] warnt mit Recht vor dem Gießkannenprinzip. Da-

5 Verabschiedung der Gesetze jeweils am 23. Dezember 1966: „Erstes Gesetz zur Überleitung der Haushaltswirtschaft in eine mehrjährige Finanzplanung (Finanzplanungsgesetz)" vom 23. Dezember, BGBl 1966 I S. 697; „Zweites Gesetz (Steueränderungsgesetz)" vom 23. Dezember, BGBl 1966 I S. 702 und am 8. Juni 1967 („Gesetz zur Förderung der Stabilität der Wirtschaft", BGBl 1967 I S. 582).

6 Vgl. die Ausführungen Kiesingers zur Finanz- und Haushaltspolitik in seiner Regierungserklärung im Bundestag am 13. Dezember 1967 (Sten.Ber. 5. WP. 80. Sitzung S. 3656–3665, bes. S. 3657–3661) und die Reaktionen darauf in den anschließenden Aussprachen im Bundestag am 15. und 16. Dezember 1966 (Sten.Ber. 5. WP 82. Sitzung S. 3699–3795; 83. Sitzung S. 3800–3881).

7 Alfred Krause (geb. 1922), Bundesbahnoberamtsrat; 1959–1987 Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes.

8 Franz Josef Strauß.

gegen gibt es Gegenvorstellungen. Das ist durchaus natürlich. Ich habe es in Oberhausen gesagt. Das ist ein Ringen von Freunden untereinander; denn es ist ja wahr, wenn man gezwungen ist, wie wir, auf eine so drastische Weise einzusparen, dann gibt es eine Gefahr, daß nämlich das, was übrigbleibt, kein rechtes Gesicht mehr hat.

Deswegen habe ich schon in der Regierungserklärung gesagt, wir können nicht einfach mit der Holzaxt dreinfahren, sondern wir müssen nach dem Prinzip: Wichtigstes – Wichtiges – Wünschenswertes versuchen, mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, ein Programm zu gestalten, in dem die entscheidende Programmatik der Christlich-Demokratischen Union bewahrt ist, und zwar angepaßt an diese geschichtliche Situation. Deswegen nehme ich alle diese Dinge nicht übermäßig ernst; nur vor einem möchte ich warnen, nämlich unnötige Diskussionen in die Öffentlichkeit zu tragen, die draußen den Eindruck erwecken oder verstärken, diese CDU kommt mit sich selbst nicht ins Reine, und das geht nun so weiter, wie es in der Vergangenheit gewesen ist.

Man braucht nicht jedesmal an die Öffentlichkeit zu gehen, wenn ein Minister, ein Kabinettsmitglied, etwas gesagt hat. Man kann seine Gegenvorstellungen in Gottes Namen eben auch einmal innerhalb der eigenen Mauern anmelden und versuchen, die Dinge untereinander klar zu bekommen. (*Erhard:* Das hätte ich mir auch schon immer gewünscht!) Ich weiß es, verehrter Herr Vorsitzender. Erlassen Sie mir einen historischen Überblick über die Zeit, aber man muß sich dann eben als Regierungschef das Recht herausnehmen, sich dies, wenn's ins Kraut schießt, nachdrücklich zu verbitten. Und wenn das auch nichts hilft, dann muß man an Maßnahmen denken, die den Mut zu einem solchen öffentlichen Austragen von Streitfragen, die nur zu unserem Schaden ausgehen können, tatsächlich unterbinden. Auch das gehört zum Regieren!

Ich habe ein paarmal mehr die Notwendigkeit verspürt, öffentlich zur Ordnung zu rufen. Ich habe es nur deswegen nicht getan, weil ich durch einen weiteren Ordnungsruf als Kanzler den Eindruck, es ginge bei uns drunter und drüber, nicht noch verstärken wollte. Aber ich muß sie alle bitten und auch alle Gruppen innerhalb der Partei, in Zukunft doch den naheliegenden Weg zu wählen, d. h. die Dinge innerhalb unserer Zäune auszuhandeln. Ich vermerke z. B. mit großer Dankbarkeit, daß unsere bäuerlichen Repräsentanten in der Christlich-Demokratischen Union trotz der gewiß nicht leichten Situation für sie hier wirklich vorbildliche Disziplin geübt haben. Ich sage das gerade in Anwesenheit meines alten Freundes Bernhard Bauknecht.

Nun zur Außenpolitik! Sie wissen, wir haben als erstes nach den Prinzipien, die wir in der Regierungserklärung verkündet haben, unser Verhältnis zu Frankreich wieder in Ordnung zu bringen versucht.[9] Trotz aller Unkenrufe, daß die Zeiten vorbei seien, wo man dem deutsch-französischen Verhältnis wirklich Prioritäten einräumen wollte, sei es eben jetzt so, daß wir allenfalls noch denselben Rang wie das Verhältnis Frankreich-Osten hätten, ist es gelungen, dieses deutsch-französische Verhältnis wieder nach dem Geist und nach dem Willen des ursprünglichen Vertragsschlusses[10] herzustellen. Wir

9 Kiesinger hielt sich am 13. Januar 1967 in Paris auf, vgl. AAPD 1967 Nr. 16, Nr. 17, Nr. 19.

10 Vertrag über deutsch-französische Zusammenarbeit (Elysée-Vertrag) vom 22. Januar 1963 (Ratifizierung durch den Deutschen Bundestag am 16. Mai 1963).

haben das in der Zwischenzeit auf den verschiedensten Gebieten zu unserem Vorteil zu spüren bekommen. Ich erinnere nur an den Besuch des polnischen Außenministers Rapacki[11] in Paris. Wer diesen Besuch einigermaßen sorgfältig beobachtet hat, wird bemerkt haben, daß auf ihn von der französischen Regierung nicht ohne Erfolg – ich behaupte nicht, mit Dauererfolg – eingewirkt worden ist.

Ich habe dieses deutsch-französische Verhältnis immer als eine Voraussetzung angesehen für eine Bewegung unserer Außenpolitik gegenüber unseren östlichen Nachbarn. Ich habe nicht laut, weil ich selber immer Disziplin zu halten versuchte, aber unter Freunden immer wieder gesagt, ich würde keine Schritt nach Osten tun, bevor ich nicht das deutsch-französische Verhältnis einigermaßen in Ordnung gebracht hätte. Zusammen mit Frankreich und mit dem Kredit, den die französische Politik, insbesondere in den letzten Jahren, im Osten gewonnen hat, werden auch wir erfolgreicher sein können und werden wir mit unserer Politik, die ja nicht einfach ist, glaubwürdiger.

Ich will nicht lang über die ganze Problematik sprechen, die damit im Zusammenhang steht. Wir können sagen, daß unsere bisherige Deutschland- und Wiedervereinigungspolitik eine Politik war – und ich selber war ja einer ihrer hauptsächlichen Sprecher oder Fürsprecher, solange ich im Bundestag war –, die abzuschirmen versuchte. Wir wollten die Bundesrepublik als den freiheitlichen Raum retten, der aus der Katastrophe hervorgegangen war, und wir wollten verhindern, daß der von der Sowjetunion kontrollierte Teil Deutschlands internationale Anerkennung als zweiter deutscher Staat bekam. Es war eine defensive Politik, die eine ganze Reihe von Jahren ohne Zweifel durchaus berechtigt war, vor allem solange, als man eben hoffen konnte, daß in absehbarer Zeit sich die Dinge ändern würden.

Nun, sie haben sich geändert, aber sie haben sich nicht geändert zu unsren Gunsten. Es ist merkwürdig, das so sagen zu müssen. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges hatten wir den ganzen Westen geschlossen an unserer Seite. Das war ein Vorteil, aber in der deutschen Frage, in der Lösung des deutschen Problems, waren wir nie weiter entfernt von einer Lösung als eben damals. Der Kalte Krieg ist wirklich oder angeblich, wirklich oder scheinbar vorbei. Die Welt glaubt, er sei vorbei. Stellen wir das einmal so hin. In dem Maße, in dem diese Situation sich wandelte, ist auch unser Problem schwieriger geworden. Das Wort von der Entspannung wird überall groß geschrieben aus den verschiedensten Motiven.

Wenn wir jetzt noch zugewartet hätten, meine Damen und Herren, oder noch zuwarten würden, dann bedeutete dies, daß unsere Verteidigungsposition, die wir aufgebaut haben, einfach abbröckelt, daß sie da und dort einbricht – ob wir wollen oder nicht –, und daß schließlich ganz andere Kräfte und Mächte das deutsche Problem „lösen" würden als die, die es wünschen. Deswegen mußten wir hier, wenn Sie so wollen, zur Offensive übergehen. Ich weiß, es gab eine ganze Reihe von Freunden, die dieser Politik mit Mißtrauen gegenüber standen. Das fing schon an mit der Formel zum Münchener

11 Adam Rapacki (1909–1970); polnischer Politiker; 1948–1968 Mitglied des ZK, 1948–1954 und 1956–1968 Mitglied des Politbüros, 1956–1968 Außenminister. – Rapacki hielt sich vom 26.–30. Januar 1967 in Paris auf, vgl. AdG 1967 S. 13011 f.

Abkommen.[12] Die Kritik setzte ein bei der Formel etwa einer künftigen Verständigung mit Polen in einem Friedensvertrag; es sollte eine Lösung sein, die von beiden Völkern akzeptiert werden könnte. Man ärgerte sich dabei über dieses und jenes.

Einer sprach sogar im Bundestag[13] – ich habe es schon einmal in diesem Saal gesagt – darüber, daß die Gutgläubigkeit der Bundesregierung und des Bundeskanzlers mißbraucht werden könnte von Kräften von drüben. Ich hoffe, daß die inzwischen eingetretene Entwicklung diesen Eindruck einer tumben Gutgläubigkeit des Bundeskanzlers oder der Bundesregierung verwischt hat. Wir sind wirklich zur Offensive übergegangen. Der Eindruck, den unsere Politik in Pankow und jetzt in Warschau gemacht hat – ich habe zwar noch keine exakten Nachrichten aus Warschau, aber dies scheint doch erlaubt, jetzt schon zu sagen –, ist der, daß es nicht gelungen ist, in Warschau die Länder des Warschauer Paktes derart auf die sogenannte Bukarester Erklärung[14] – auf die ja die Sowjetunion in den vergangenen Monaten immer wieder von uns eine Antwort erwartete – so festzulegen, daß nunmehr weitere Aufnahmen von diplomatischen Beziehungen nur noch auf der Grundlage der Bukarester Erklärung, d. h. der Annahme dieser drei Forderungen, nämlich Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Anerkennung der sogenannten DDR und keinerlei Zugang, auch nicht im Rahmen einer kollektiven Anstrengung, zu nuklearen Waffen, erfolgen können.

Ich will das endgültige Ergebnis abwarten, aber nach allen Nachrichten, die ich habe, scheint sich der Standpunkt der Zone eben nicht durchgesetzt zu haben. Ich überbewerte diese Dinge – natürlich tut das niemand von uns in der Regierung – nicht. Wir haben zunächst einmal mit Rumänien diplomatische Beziehungen aufgenommen.[15] Wir werden, so hoffe ich, auch mit anderen östlichen Nachbarn diplomatische Beziehungen aufnehmen. Diese Beziehungen – so wollen wir es jedenfalls – werden eine Besserung der Lage bringen. Ich lasse mich da durch Formulierungen, die man offenbar in Warschau geprägt hat[16], durchaus nicht stören, das eine seien diplomatische Beziehungen, das andere sei eine Normalisierung der Beziehungen, und eine Normalisierung der Beziehungen mit unseren östlichen Nachbarn träte erst ein, wenn man diese Bedingungen der Bukarester Erklärung angenommen habe. Das sind Propagandasprüche, die uns nicht imponieren sollten.

Sicher wird es noch mancherlei Schwierigkeiten geben. Wir werden auch Schwierigkeiten haben, wenn wir an die Frage herantreten: Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien, weil dort der Fall anders liegt als bei anderen östlichen Nachbarn. Wir werden da sehr behutsam zu Werke gehen müssen.

---

12 Vgl. Nr. 10 Anm. 7.

13 In diesem Sinne äußerte sich Josef Bauer (CSU) am 15. Dezember 1966, vgl. Sten.Ber. 5. WP S. 3729.

14 Vom 4.–6. Juli 1966 tagte in Bukarest der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Paktes und machte den Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz, vgl. AdG 1966 S. 12593–12595.

15 Am 31. Januar 1967 erfolgte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien, vgl. AdG 1967 S. 12963–12966; AAPD 1967 Nr. 39.

16 Vgl. AAPD 1967 Nr. 41.

Die andere Sorge, die wir natürlich alle haben, ist die Sorge, wird nun diese Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit östlichen Nachbarn nicht zu einer Reaktion von soundso viel Staaten führen, ihrerseits diplomatische Beziehungen mit Pankow aufzunehmen oder jedenfalls Schritte in dieser Richtung zu tun. Wir haben mit aller notwendigen Sorgfalt uns durch unsere Botschaften draußen bei allen dubiosen oder gerade noch dubiosen Ländern unterrichtet. Dabei ist herausgekommen, daß bei weitem die größte Zahl nicht die Absicht habe, aus diesem Anlaß ihre Beziehungen zu Pankow auszubauen. Es gibt einige sehr dubiose Partner; aber, meine Damen und Herren, diejenigen, die in der Folge nun vielleicht ihre Beziehungen zu Pankow ausbauen, die würden das tun ohne Rücksicht darauf, ob wir nun diplomatische Beziehungen mit einigen östlichen Nachbarn aufnehmen oder nicht.

Ich darf in diesem Kreis das Beispiel Indien erwähnen. Sie, Herr Professor Erhard, wissen ja, daß seit 1½ Jahren die Inder in Ost-Berlin eine Art von Handelsvertretung aufmachen wollen, nicht unter einem staatlichen Titel, wie man hoffen darf, aber daß das durch Sie immer wieder hinausgezögert worden ist. Wenn ich recht unterrichtet bin, haben Sie mit der Waffe gekämpft, daß Sie sagten: nicht bevor ich meinen Besuch in Indien gemacht habe; dann kann man darüber sprechen. – Ich selber habe noch mit dem Ministerpräsidenten Shastri[17] über diese Fragen gesprochen, der mir absolut prompt und fest gesagt hat, was immer wir tun werden, wir werden jedenfalls keine Anerkennung aussprechen. Wir werden also auch nicht diplomatische Beziehungen aufnehmen.

Aber wir müssen mit einem solchen indischen Schritt – das sage ich Ihnen ganz offen – rechnen, daß also unter einem nichtstaatlichen Titel irgendeine Agentur in Ost-Berlin eingerichtet wird. Ich glaube nicht, daß ich das aufschieben kann meinerseits bis zu dem Besuch, den ich im Herbst Indien abstatten werde.

Wir müssen damit rechnen, daß Länder wie Syrien, vielleicht auch Algerien, über kurz oder lang folgen. Algerien empfängt ja jetzt den Besuch eines hohen Funktionärs der Zone.[18] Ich weiß nicht mehr, wer hingeht. Ich weiß auch, daß der Druck in einer Reihe von arabischen Ländern hier sehr stark ist. Wir haben diese Dinge sehr sorgfältig und gewissenhaft geprüft, und die Feststellung ist erlaubt zu treffen, wenn in Zukunft einige wenige Länder ihre Beziehungen zu Pankow ausbauen sollten, d. h. nicht nur volle diplomatische Beziehungen aufnehmen sollten, dann sind das Länder, die das ohnehin getan hätten. Das Musterbeispiel ist – wie gesagt – in diesem Falle Indien. Wir sollten dann eben so vorgehen, daß wir vor allen Dingen bei einem Land wie Indien sicherstellen, daß es dabei bleibt, und daß nicht diese inoffizielle Handelsvertretung, die

17 Lal Bahadur Shastri (1904–1966), indischer Politiker; 1964–1966 Ministerpräsident der Indischen Union. – Kiesinger hielt sich vom 13.–26. März 1965 in Indien auf (ACDP 01-226-309). – Indien hatte 1966 beschlossen, eine staatliche Handelsorganisation in Ost-Berlin zu errichten, vgl. AAPD 1966 S. 861 Anm. 14, Nr. 329. Die endgültige Eröffnung fand am 15. Februar 1967 statt, vgl. AAPD 1967 S. 1541 Anm. 6.

18 DDR-Außenminister Otto Winzer besuchte vom 3.–19. Mai 1967 fünf arabische Staaten (Ägypten, Syrien, Libanon, Algerien, Irak), darunter vom 12.–16. Mai Algerien, vgl. AdG 1967 S. 13193f.

sie da errichten, schließlich zu einer vollen Aufnahme diplomatischer Beziehungen führt.

Nun, Sie könnten mich natürlich fragen, was versprecht ihr euch eigentlich von dieser offensiven – nicht aggressiven – Politik im Nahen Osten? Meine Damen und Herren! Ich müßte da sehr weit ausholen und auf meine Gespräche mit General de Gaulle zurückkommen und auf die Übereinstimmung der Ansichten, die wir erzielt haben in der Hoffnung, daß es gelingen könnte, den europäischen Antagonismus etwas abzuschwächen, wenn nicht am Ende gar zu überwinden, ja, in diesem Prozeß dann auch eine Lösung des deutschen Problems zu finden.

Heute ist es ja so, wenn man sich in der Welt umsieht, hat eigentlich nur einer unserer Partner ein konkretes Konzept anzubieten für die Lösung der deutschen Frage. Das ist Frankreich. Die anderen haben nichts anzubieten. Vielfach ist sogar ein Teil der öffentlichen Meinung hier beeinflußt worden. Ich erinnere an die Balkenüberschrift vom „Daily Express" jetzt beim Besuch Kossygins[19], Großbritannien müßte der Sowjetunion zeigen, daß man einig sei darin, die Wiedervereinigung nicht zu wollen. Das ist gewiß nicht die offizielle britische Politik, aber immerhin ein Massenorgan wie der „Daily Express" zeigt doch gewisse Tendenzen an.

Seit der berühmten Entspannungsrede von Präsident Johnson[20] müßten wir eigentlich zur amerikanischen Politik in dieser Frage sagen, Wiedervereinigung als in einer fernen Zukunft erhofftes automatisches Ergebnis einer Entspannung.

Schaut man diese Politik genauer an im Augenblick, dann ist es einfach eine Politik der Fixierung des Status quo. Dafür gibt es natürlich zwischen den großen atomaren Mächten Gründe, daß sie sich über diesen Status quo einigen, während de Gaulle sehr bewußt und sehr entschieden versucht, auch unter ungünstigen Umständen, einen Beitrag zur Überwindung des Status quo zu leisten, so das man zusammen mit Frankreich versuchen könnte zu sagen, Entspannung ja durch Überwindung dieses europäischen Antagonismus und Wiedervereinigungspolitik im Rahmen dieses Prozesses der Überwindung des europäischen Antagonismus und nicht als vage erhofftes Endprodukt einer Entspannung, die doch in Wahrheit Jahr für Jahr mehr zur Fixierung des Status quo beitragen würde.

Ich habe oft gesagt, dafür gibt es keinen Fahrplan. Man kann nicht sagen, jetzt wollen wir das erreichen und dann das, dann weiter das, sondern man muß einmal durchzubrechen versuchen, man muß wenigstens in einem Teil jenes Raumes drüben ein anderes Klima herbeizuführen versuchen. Aber man darf das nicht tölpelhaft so machen,

19 Alexej Nikolajewitsch Kossygin (1904–1980), sowjetischer Politiker; 1940–1964 stv. Vorsitzender des Rats der Volkskommissare bzw. Erster stv. Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, 1948–1952 und 1960–1980 Mitglied des Politbüros, 1964–1980 Vorsitzender des Ministerrats. – Kossygin hielt sich vom 6.–13. Februar 1967 in Großbritannien auf, vgl. AdG 1967 S. 12991–12994. Vgl. auch „Welt" vom 10. Februar 1969 „Der Eisberg an der Themse", hier wurde auf den deutschfeindlichen Artikel im „Daily Express" Bezug genommen.

20 Am 23. Mai 1964 hatte Johnson in Lexington eine Entspannung in den Randzonen des Ost-West-Konflikts („Taktik der peripheren Umgehung") angeregt, um zu einem europäischen Ausgleich zur Wiederherstellung der deutschen Einheit zu gelangen, vgl. AdG 1964 S. 11244.

daß Moskau das Gefühl haben muß, hier will Bonn uns mit unserem ehemaligen Satelliten berennen. Das natürlich nicht! Das Ergebnis mußte, so haben wir es vorausgesehen, zunächst eine Verhärtung der Haltung drüben sein. Aber gerade das muß doch für einen Teil unserer Heimatvertriebenen usw. ein Beweis dafür sein, daß diese Politik alles andere ist als eine schwache, schwachmütige Verzichtspolitik.

Es ist eine offensive Politik. Das hat sich inzwischen herausgestellt. Zum erstenmal haben wir das Gesetz des Handelns wieder in die Hand bekommen und nicht die anderen. Wir mußten voraussehen, daß die Haltung härter würde. Das ist auch eingetreten, aber jetzt in Warschau ist es eben nicht gelungen, sie alle unter einen Hut zu bringen und sie dazu zu bringen, daß sie mit uns ihre Beziehungen normalisieren; es sei denn, daß wir die „berühmten" drei Bedingungen anerkennen. Nun müssen wir eben weitersehen. Ich habe 2½ Stunden lang mit dem sowjetrussischen Botschafter gerungen.[21] Ich kenne ja diese Art von Unterhaltung. Ich habe sie früher oft genug gehabt. Ich habe ihm am Anfang gesagt, lassen Sie uns annehmen, wir hätten jetzt bereits zwei Stunden miteinander gesprochen und dabei alle jene wohlbekannten Argumente und Gegenargumente ausgetauscht, die wir beide bis zum Überdruß kennen, und lassen Sie uns versuchen, ob es nicht etwas Neues zu sagen gibt.

Es ist – jedenfalls von seiner Seite – nichts Neues herausgekommen. Ich habe versucht, ihm unsere Politik zu verdeutlichen, wobei ich auf die wohlbekannten Formeln stieß: Eine Wiedervereinigung dieser hochentwickelten sozialistischen Zivilisation da drüben mit uns, das wäre wie Feuer und Wasser, das ginge einfach nicht, d. h. man kann nicht wiedervereinigen. Es geht einfach nicht, es sei denn, ihr würdet euch in dasselbe Paradies begeben.

Aber dadurch darf man sich nicht entmutigen lassen. Wer die Woche 1955 in Moskau[22] mitgemacht hat, wer jene Art der Verhandlungsführung kennengelernt hat, die bis zum letzten Augenblick geleugnet hat, daß es noch einen einzigen deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion gäbe, der wird sich nicht entmutigen lassen, der wird eben zäh bleiben. Wir werden uns auch noch wirksamer, als wir es bisher getan haben, gegen diese ständige Verleumdungskampagne zur Wehr setzen, die von drüben ausgeht.

Ich werde auch unseren Freunden – das sage ich Ihnen hier mal ganz offen – sagen, eine Weile geht das, hohe sowjetrussische Funktionäre in den Hauptstädten der uns verbündeten Länder zu einer kontinuierlichen Verleumdungskampagne[23] gegen uns benützen zu lassen, aber auf die Dauer nicht! (*Lebhafter Beifall.*) Wir können füglich von unseren Freunden erwarten, daß sie dann auch einmal ein deutliches Wort zu diesen Dingen sagen, was leider bis jetzt nicht geschehen ist. Jedesmal sagt man uns verlegen, das konnten wir nicht erwarten, darauf waren wir nicht vorbereitet; und wir können ja nicht den Mund verbieten. – Sicher kann man das nicht. Ich will auch jetzt nicht eine allzu harte Kritik üben, aber wenn man uns als Revanchisten bezeichnet, dann muß hier et-

21 Treffen mit Zarapkin am 8. Februar, vgl. AAPD 1967 Nr. 47.

22 Besuch Bundeskanzler Konrad Adenauers mit einer Regierungsdelegation vom 8.–14. September 1955.

23 In der Vorlage: Verleugnungskampagne.

was geschehen. Im Deutschlandvertrag[24] und in den übrigen nachfolgenden Erklärungen unserer Verbündeten aus dem NATO-Bereich ist uns feierlich der Beistand zugesichert worden zur Herbeiführung der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit.

Wenn wir also Revanchisten sind, dann sind es die anderen auch. Und dann trifft dieser sowjetrussische Vorwurf die anderen auch. Das sollte man also gelegentlich einmal in die Erinnerung rufen. Wir können das um so eher tun, je klarer und deutlicher der Welt gegenüber unsere Friedenspolitik ist und sein wird. Mit unseren westlichen Verbündeten haben wir natürlich eine ganze Reihe von Problemen. Ich will sie jetzt nur kurz sagen. Die Ergebnisse der Gespräche in Paris zeigten Übereinstimmung und Gegensätze. Ich legte es von vornherein darauf an, das ganz klar herauszuarbeiten und nichts zu vertuschen. Es ist nichts übler für das Verhältnis zweier Regierungen, wenn unangenehme Dinge vertuscht werden.

Sie kennen die Übereinstimmungen, Sie kennen auch die Gegenstände der Auffassungen. Gegenwärtig und in dieser Woche ist ein nicht gerade angenehmer Verhandlungsgegenstand die Frage des Eintritts Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.[25] Es hat gar keinen Sinn zu verhehlen, daß hier zwei grundverschiedene europäische Konzeptionen aufeinanderstoßen. Das eine ist eine Konzeption, die sich im wesentlichen von wirtschaftlichen Gesichtspunkten und Interessen leiten läßt, das andere ist eine Konzeption, die von Europa als einer der übrigen Welt gegenüber solidarischen Gemeinschaft ausgeht. Ich habe es oft genug gesagt. Ich habe schon vor zwölf Jahren im Europarat davor gewarnt zu glauben, diese wirtschaftliche Entwicklung in den europäischen Gemeinschaften würde eines Tages ganz von selber zum Umschlag in eine politische Union führen. Man hat es mir damals bestritten. Herr Spaak[26] war mir bitterböse. Auch Jean Monnet[27] war mir böse. Sie alle haben gehofft, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit dieser Umschlag erfolgen würde.

---

24 Unterzeichnung des Vertrags über die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Westmächten (1. Deutschlandvertrag) und von Zusatzverträgen in Bonn am 26. Mai 1952; in Paris (2. Deutschlandvertrag) am 23. Oktober 1954, vgl. BGBl 1955 II S. 306.

25 Der britische Premier Wilson und sein Außenminister Brown befanden sich im Januar/Februar 1967 auf einer Sondierungsreise durch die EWG-Mitgliedsstaaten wegen des britischen Beitritts zur Gemeinschaft, vgl. AdG 1967 S. 12946–12950, S. 13013f. Wilson sprach auch im Verlauf der Tagung des Europarats (23.–27. Januar 1967) in Straßburg über den Beitritt seines Landes zur EWG, vgl. AdG 1967 S. 12947–12949, S. 12968–12971.

26 Paul-Henri Spaak (1899–1972), belgischer Politiker (Sozialistische Partei); 1936–1940 (mit Unterbrechung 1939), 1954–1957 und 1961–1966 Außenminister, 1938/39, 1946 und 1947–1949 Ministerpräsident, 1952–1954 Präsident der Versammlung der Montanunion, 1957–1961 Generalsekretär der NATO, 1961–1965 stv. Ministerpräsident.

27 Jean Monnet (1888–1979), französischer Wirtschaftspolitiker; 1952–1955 Präsident der Hohen Behörde der Montanunion, 1955 Mitbegründer des bis 1975 bestehenden „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa". Memoiren: Erinnerungen eines Europäers, mit einem Vorwort von Helmut Schmidt. Baden-Baden 1988; Eric Roussel: Jean Monnet 1888–1979. Paris 1996.

So hat man ja auch in Rom angefangen.[28] Die meisten, die bei den Römischen Verträgen dabei waren, haben sich gar nicht vorzustellen gewagt, zu welch außerordentlichen wirtschaftlichen Erfolgen dieses neue Unternehmen führen würde. Man hat doch, nachdem die Europäische Verteidigungsgemeinschaft gescheitert war[29], eben halt diesen Zipfel ergriffen, um auch wieder zur politischen Union zu kommen, d. h. mit anderen Worten, es steht vor uns die Frage, wollen wir nur den Weg gehen, den man so lange zu gehen versuchte, nämlich über die europäischen Gemeinschaften, um schließlich auch zu einer politischen Union zu kommen, oder müssen wir nicht vorher, ja, müssen wir nicht jetzt, wenn wir nicht selbstmörderisch handeln wollen, den Versuch zur Begründung einer politischen Union machen?

Dabei entscheidet sich die Frage: Was willst du, Großbritannien? Willst du wirklich nur aus wirtschaftlichen Interessen beitreten? Es erhebt sich die Frage, was wollen wir? Wollen wir den Beitritt Großbritanniens aus wirtschaftlichen Interessen? Wie steht es dann mit der politischen Union? Ist Großbritannien bereit und in der Lage, an einer solchen politischen Union wirklich mitzubauen? Das sind außerordentlich schwierige Fragen, die unsere Verhandlungsposition in dieser Woche wahrhaftig nicht sehr behaglich machen. Wir brauchen Zeit, um über diese Dinge nachzudenken, und Zeit, um über diese Dinge zu verhandeln. Natürlich werden wir, wie wir es auch in der Regierungserklärung gesagt haben, den Engländern sagen, wir halten die Tür offen, aber es gibt doch eine ganze Reihe von sehr schweren Fragen, die in diesem Zusammenhang zu klären sind. Ich bekenne mich jedenfalls dazu, meine Damen und Herren, wenn wir noch länger die Dinge vor uns herschieben und wenn wir noch viele Jahre warten, bis eine Handlungseinheit Europa entstanden ist, die ein Mindestmaß von solidarischem, weltpolitischem Verhalten entwickelt, dann sehe ich für die Zukunft dieses Kontinents wahrhaftig nicht rosig.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zu unserem Verhältnis zu Amerika. Es war sehr lustig, eine Pressekonferenz, die Rusk abgehalten hat[30], am Fernsehen zu verfolgen, wo deutsche Journalisten ihn gefragt haben: Bundeskanzler Kiesinger weicht einer Alternative, USA oder Frankreich, bewußt aus! – Darauf sagte Herr Rusk zwar: Wir sind nicht eifersüchtig; wenn sie nach dem Osten gehen, bitte sehr! Die Spannung ist da, auch für uns. Die deutsch-französische Freundschaft ist natürlich von uns aus gesehen etwas sehr Gutes, aber ich hatte doch so das Gefühl – man konnte es ihm geradezu am Gesicht ablesen –, daß er nicht ganz glücklich dabei war. Es kommen einem ja auch dauernd gewisse Nachrichten aus Washington zu Gesicht, die es erfordern, daß wir unseren amerikanischen Freunden gegenüber in den nächsten Wochen und Monaten – der

28 Unterzeichnung der Römischen Verträge über Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) am 25. März 1957.

29 Ablehnung des EVG-Vertrags durch die französische Nationalversammlung am 30. August 1954. Vgl. Nr. 2 Anm. 54.

30 An der Fernsehpressekonferenz mit Rusk am 12. Februar 1967 waren die Journalisten Gerd Ruge, Rolf Menzel, Peter Pechel, Jan Reiffenberg und Herbert von Borch beteiligt, vgl. BPA-Mitschrift vom 12. Februar 1967.

Außenminister hat das Seine in diesen Tagen getan[31] – ganz klar machen, daß wir nach wie vor ohne ihren Schutz unsere Sicherheit und Freiheit hier nicht verteidigen können, daß es auch kein Lippenbekenntnis ist, wenn wir sagen, wir wollen die NATO modernisieren und festigen, und wir wollen im integrierten System der NATO bleiben, wir wollen, daß amerikanische Truppen auf deutschem Boden stehen bleiben usw.

Aber wir müssen ihnen auch klarmachen, daß nicht amerikanisches Interesse und europäisches Interesse identisch sind. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges mag das einmal so gewesen sein. Heute liegen die Dinge ganz wesentlich anders, und es gehört zu den legitimen Aufgaben der deutschen Außenpolitik festzustellen, wo sind die Interessen verschieden; denn Amerika vertritt in Europa nun einmal amerikanische Interessen und sonst nichts. Wo sind sie also verschieden, wo stimmen sie überein? Nach meiner Meinung stimmen sie noch auf einem sehr weiten Gebiet überein. Das hat ja auch Herr Rusk in dieser Pressekonferenz gesagt.

Ich bin der Überzeugung, wenn wir das deutlich und klar sagen, wird unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten keineswegs belastet werden. Vielleicht gelingt es uns auch, ihnen die Überzeugung beizubringen, daß wir in diesem sehr prekären Verhältnis Washington-Paris vielleicht doch gute Dienste leisten können. Das können wir allerdings nur tun, wenn wir vorher, wie wir es jetzt versucht haben, unser eigenes Verhältnis zu Paris in Ordnung gebracht haben.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich sollte es jetzt bei dieser Übersicht bewenden lassen. Es gibt natürlich eine ganze Reihe von Fragen, die noch interessant wären. Wenn Sie solche Fragen haben, dann stehe ich Ihnen gerne zu Ihrer Beantwortung zur Verfügung. (*Beifall.*)

Erhard: Herr Bundeskanzler, ich danke Ihnen sehr für die wirklich interessanten Ausführungen. Ich glaube, es besteht in diesem Kreis, nachdem wir seit Ihrer Regierungserklärung nicht zusammengekommen sind, doch ein gewisses Bedürfnis, die eine oder andere Frage noch einmal anzusprechen oder zu vertiefen. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden. – Bitte, Herr Kollege Etzel!

Etzel: Ich möchte ein paar Ausführungen machen zu dem Thema, das die Fragen der Wirtschaft und Finanzen angeht. Herr Bundeskanzler, Sie haben am Anfang gesagt, die Lage sei sehr verwirrt. Herr Bundeskanzler Kiesinger hat dem widersprochen. Ich glaube, dazu wäre einiges zu sagen. Aus Hunderten von Gesprächen, die ich quer durch die Bundesrepublik hatte, kann ich bestätigen, daß wir in der Tat in der Mitte des vorigen Jahres eine verwirrte Lage gehabt haben. Ich bin mit Ihnen, Herr Bundeskanzler Erhard, der Meinung, daß wir natürlich nie eine Krisensituation gehabt haben. Das wäre ein völlig falscher Ausdruck, aber wir hatten ein ähnliches Wort zur Verfügung, das der Situation entgegenkam, nämlich das Wort „kritisch". Die Situation bei uns war sehr kritisch.

31 Brandt hielt sich am 8./9. Februar 1967 zu Gesprächen in Washington auf, vgl. AdG 1967 S. 12995; AAPD 1967 Nr. 48, 49.

Ich darf ein paar Zahlen bekanntgeben, die der Staatssekretär Grund[32] nach dem Rücktritt von Herrn Dahlgrün vorgelegt hat, die ich besitze. Diese Zahlen zeigen, daß wir bis zum Jahre 1970 ein Defizit von 34 Mrd. gehabt hätten, wenn nicht die inzwischen erlassenen Maßnahmen getroffen worden wären. Das war sicherlich eine kritische Situation.

Ich persönlich habe mich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres sehr dagegen gewehrt, daß die Restriktionspolitik der Bundesbank immer weiter gedreht wurde, unbeschadet der Frage, ob die öffentlichen Hände mitgingen. Der Student im ersten Semester lernt: Monetäre policy ohne fiscal policy geht nicht. Wir machten immerzu monetäre policy über die Bundesbank, wir machten aber nicht eine korrespondierende fiscal policy. Und daraus entstand die Problematik am Kapitalmarkt, der fast vernichtet worden war. Wir hatten die Situation eines exotisch hohen Zinses mit all den Problemen, die sich im Investitionsbereich ergaben. Schließlich haben wir bis vor einem halben Jahr auch nicht einmal einen Preisstillstand gehabt.

Das ist also ein Fehler des mangelnden Zusammenwirkens gewesen. Darauf wollte ja die vorige Regierung Rücksicht nehmen durch die Einbringung des Stabilitätsgesetzes. Dann wäre das vielleicht in Ordnung gekommen. Die Situation, die sich ergeben hat nach dem Rücktritt der FDP, war in der Tat kritisch, aber ich möchte auch von mir aus sagen, daß es nach der neuen Regierungsbildung auf einer breiten Basis – und die breite Basis war nach meiner Meinung damals notwendig – doch in weiten Kreisen unseres Volkes das Gefühl – das ergibt sich aus vielen Gesprächen – gibt: Wir haben wieder Tritt gefaßt. Der Ausdruck „wir haben wieder Tritt gefaßt" ist sehr wichtig.

In der „Welt" am Samstag stand unter der Überschrift „Es wird wieder regiert" ein Artikel[33], den ich nicht billige, weil er falsch war, aber immerhin, er gibt auch dieses Gefühl wieder, daß wir Tritt gefaßt haben, daß einiges getan wird.

In der Tat war die kritische Situation doch die, daß auf der einen Seite angefangen wurde, weil einfach das Geld nicht mehr da war, Sparmaßnahmen zu ergreifen, auf der anderen Seite ergab sich aber eine Lage, die ich einmal – ohne daß sie dasselbe gewesen wäre – mit dem Schlagwort „Brüning-Politik"[34] bezeichnen möchte, d. h. daß über Sparmaßnahmen in vielen Sektoren eine sehr kritische Situation war. Sie ist bis in die Konsumgüter gegangen. Ich muß das hier sagen, weil einer unserer maßgeblichen Freunde das wiederholt falsch dargestellt hat. Er sagte, der Automobilindustrie geht es doch sehr gut. Ich weiß das aus den Ziffern bei BMW. Darin hat er zweifellos recht, aber das ist nicht zu vergleichen. BMW ist sehr viel später in die Konjunktur hineingekommen. BMW hat eine falsche Geschäftspolitik gemacht. BMW ist ein kleiner Sektor. Man muß wissen, daß das Volkswagenwerk zur Zeit nur 45% der Produktion der

32 Walter Grund (1907–1986), 1963–1969 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

33 Vgl. „Welt" vom 11. Februar 1967 „In Bonn macht man wieder Wirtschaftspolitik. Fort von Eucken und Röpke, hin zu Keynes und Galbraith".

34 Heinrich Brüning (1885–1970) hatte als Reichskanzler (30. März 1930 bis 30. Mai 1932) versucht, durch rigorose Sparmaßnahmen das Defizit im Reichshaushalt auszugleichen und damit auch die Voraussetzung zur Wiedergewinnung außenpolitischer Handlungsfreiheit zu schaffen.

Höchstleistung ausspuckt und diese 45% Produktion nicht verkauft. Das ist ein sehr ernster Tatbestand. Man muß wissen, daß vor etwa 14 Tagen bei Opel 100 Mio. DM Anleihen gegeben worden sind, sehr still, um Autohalden zu finanzieren. Daß es bei Ford anders ist, ergibt sich nur aus seiner anderen Finanzkonstruktion.

Wir haben also eine ernste Situation vor uns. Wir sind auch noch – da stimme ich Ihnen zu, Herr Bundeskanzler, was Sie in der Regierungserklärung gesagt haben – in der Talsohle, aber wir haben die Hoffung, daß wir aus der Talsohle herauskommen. Das geht aber nur mit den Maßnahmen, die Sie angedeutet haben: monetäre policy und fiscal policy. Diese beiden Dinge müssen aufeinander abgestimmt werden. Daß es dabei Schwierigkeiten gibt, ergibt sich aus einem alten Wort, in dem es heißt: O heiliger Sankt Florian, verschon' mein Haus, zünd' andre an! – Jeder möchte, daß in seinem Sektor Geld ausgegeben wird, in den anderen nicht.

Man muß also die öffentlichen Hände – das ist kein schönes Wort – Bund, Länder und Gemeinden auf eine Sparsamkeitspolitik bringen, ohne über die Sparsamkeitspolitik in die Situation von Brüning hineinzukommen. Die Maßnahmen, die die Bundesregierung dazu ergriffen hat, scheinen mir alle sinnvoll. Da, wo man kritisch sein kann, habe ich bereits in einem Gespräch mit dem Herrn Kollegen Strauß meine Bedenken im einzelnen gesagt. Ich brauche sie hier nicht zu wiederholen. Es gibt sicherlich das eine oder andere, wo man nicht Ja sagen kann.

Insgesamt sind die Maßnahmen sicher gut. Ich glaube mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, daß wir noch nicht in der Situation sind, nun schon alles überwunden zu haben an Schwierigkeiten, was vor uns steht. Wir sind im Jahre 1967. Das Jahr 1968 wird schwieriger werden. Das Jahr 1969 wird sicher auch schwierig werden. Erst 1970 mögen wir langsam wieder in eine Balance kommen. Diese Problematik hinzukriegen, ist sicher sehr schwierig. Hier setzen nun die gemeinsamen Maßnahmen der neuen Bundesregierung ein.

Da möchte ich auf ein Wort kommen, Herr Bundeskanzler, das schon auf dem Wirtschaftstag der CDU[35] eine Rolle gespielt hat und das, wie ich gelesen habe – ich konnte nicht in Oberhausen sein, weil Salin[36] in Basel Geburtstag hatte –, auch in Oberhausen angeklungen ist, nämlich das Wort „Profil". (*Kiesinger:* Was für ein Problem?) „Profil!" Wir haben in der Problematik mit der Großen Koalition den Tatbestand, daß sich das Wirtschaftsministerium in einer Hand befindet, die der SPD angehört, und daß sie mit sehr geschickten Worten – ich nenne mal die Worte „konzertierte Aktion", „Regeln" usw. – den Versuch macht, das sei nun ihre Wirtschaftspolitik. Ich habe bereits

35 Der Wirtschaftstag von CDU und CSU fand am 26./27. Januar in Bonn statt. Druck: Die Wirtschaft in der politischen Verantwortung. Bericht aus dem Plenum des Wirtschaftstages der CDU/CSU 1967. Bonn, 27. Januar 1967. – Vgl. auch „Münchner Merkur" vom 27. Januar 1967 „Union will ihr Profil herausstellen"; „Welt" vom 30. Januar 1967 „Die Unionsparteien nehmen Abschied von einer Ideologie"; „Deutsche Tagespost" vom 31. Januar 1967 „Union auf der Suche nach dem Profil".

36 Edgar Salin (1892–1974), Wirtschaftsökonom; 1924 Professor in Heidelberg, ab 1927 in Basel, Mitgründer der Friedrich-List-Gesellschaft (1925).

hier in Bonn auf dem Wirtschaftstag der CDU gesagt, auch wir haben ein Profil. (*Erhard:* Profil hat man oder nicht!)

Sie haben völlig recht, Profil hat man oder nicht, aber wenn man eines hat, muß man es auch zeigen. Es geht nur um das Zeigen. Ich habe bei meinen Einleitungsworten ganz klar gesagt: Dieser Wirtschaftstag dient nicht einem Schlagabtausch zwischen den beiden Parteien, sondern dazu, eine Gemeinsamkeit aufzubauen. In dieser Gemeinsamkeit gibt es zwei Gesichter, die sich zusammentun, so wie es in einer Ehe zwei Gesichter gibt, die sich zusammentun zu einem gemeinsamen Leben. Aber wir haben dabei unser Profil. Und das ist nun etwas Wichtiges, weil in dem von mir bereits erwähnten Artikel der „Welt" vom Samstag wieder folgendes zum Tragen kam. Da stand nämlich drin: Abkehr von Eucken[37]! – (*Zurufe:* Was steht da?) „Abkehr von Eucken!", also von der Sozialen Marktwirtschaft hin zu Keynes[38]. Das ist ja glatter Unfug. Die Soziale Marktwirtschaft verlangt eine Intervention. Die Soziale Marktwirtschaft – das steht schon in unseren Düsseldorfer Leitsätzen[39] – hat eine völlige Abkehr von der liberalen Wirtschaft. Diese Dinge sind bei uns immerzu durcheinandergegangen. Jede Rede, die Sie über Wirtschaft hören konnten, ging durcheinander, freie Wirtschaft, Soziale Marktwirtschaft, als ob das dasselbe wäre.

In den Düsseldorfern Leitsätzen steht: Wir wenden uns ab von der Politik des „laisser faire, laisser aller" der freien Wirtschaft und hin zur Sozialen Marktwirtschaft, die auf Wettbewerb usw. aufbaut. – Das steht wörtlich drin, was ich jetzt sage, es ist dort nachzulesen in der Erklärung vom April 1949, damals von Ludwig Erhard vorher angesehen und auch genehmigt: Das bedeutet ganz klar den Einfluß auf den Wirtschaftsablauf mit Mitteln der Geldpolitik, der Kreditpolitik, der Haushaltspolitik, der Steuerpolitik, der Sozialpolitik, der Handelspolitik, der Zollpolitik und andere Maßnahmen.

Was also jetzt die Bundesregierung tut, ist ein Ausfluß unserer Sozialen Marktwirtschaft. Wir brauchen davon nichts aufzugeben. Wir wollen nichts aufgeben, und wir werden nichts aufgeben! Natürlich müssen wir uns laufend anpassen. Was als Regeln genannt wird, ist die stetige Anpassung an die sich verändernden Tatbestände. Dazu brauchen wir Elastizität. Das sind Regeln. Sie können heute richtig sein, sie können ein Jahr später wieder falsch sein, aber der Einfluß ist notwendig. Insofern tun wir genau das, was die Soziale Marktwirtschaft gewollt hat.

Ich habe mich am Donnerstag im Handelssektor informiert und kann sagen, die augenblickliche Situation im Konsumgüterbereich sieht so aus, als ob wieder zugefaßt würde. Die Auftragsbücher sind wieder voller. Es ist wieder eine bessere Situation vorhanden. Wir sind zur Zeit nicht in einer verwirrten Situation. Das wollte ich Ihnen sagen und im einzelnen begründen.

---

37 Walter Eucken (1891–1950), Nationalökonom; 1925–1927 Professor in Tübingen, 1927–1950 in Freiburg.

38 John Maynard Keynes (1883–1946), britischer Nationalökonom und Politiker.

39 Am 15. Juli 1949 von der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft verabschiedetes Wahlprogramm zur „Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft". – Druck: Peter Hintze (Hg.): Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben. Bonn 1995 S. 27–29.

Zwei Worte noch zum Thema: Ostpolitik und Europapolitik! Am vorigen Donnerstag war bei uns in Düsseldorf in einem kleinen Kreis der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Österreichs.[40] Er hat uns beschworen, daß wir aus dieser rumänischen Sache etwas machen müssen, auch von der Wirtschaft her, wenn wir die anderen gewinnen wollen. (*Kiesinger:* Er wartet gerade auf mich!) Das hat er uns klar auseinandergesetzt. Da er schon in Luxemburg der Vertreter Österreichs war, kenne ich ihn besonders gut. In einem privaten Gespräch ist das noch stärker unterstrichen wurden. Wir können hier wohl eine ganze Menge tun.

Ihr Hinweis auf die Notwendigkeit, wir haben bald Europa zu schaffen, ergibt sich aus ganz einfachen Tatbeständen, Herr Bundeskanzler. Wenn man sich einmal überlegt, was z. B. aus der Raumschiffahrt, aus den großen Rüstungsprogrammen usw. gewissermaßen als „Abfälle" auf diese Industrie zukommt, dann kann man nur sagen, wir müssen einpacken, wenn wir nicht in größere Ordnungen mit ähnlichen Möglichkeiten hineinkommen. Insofern bin ich ein völliger Anhänger der These, daß dieses größere Europa möglichst bald geschaffen werden muß. (*Lebhafter Beifall.*)

Erhard: Kollege Blumenfeld!

Blumenfeld: Ein paar Worte zu dem, was Herr Etzel gesagt hat. Ich bestreite gar nicht, daß der Tatbestand bei unseren Automobilwerken so ist, wie es Etzel gesagt hat, aber man sollte die Dinge auch einmal in einer richtigen Proportion sehen. Die Kapazitäten unserer Automobilindustrie sind in den letzten Jahren viel zu groß ausgelegt worden. Darüber hinaus haben wir innerhalb von zehn Jahren einen Standard der Automobilisierung in der Bundesrepublik erreicht, zu dem die Vereinigten Staaten, die ganz zweifellos zu den am höchsten automobilisierten Ländern der Welt gehören, 40 Jahre benötigt haben. Das muß man sich doch einmal vor Augen halten. Wir können mit den leitenden Herren, einschließlich Herrn Nordhoff, die Dinge aus dieser Perspektive sehen. Wir sind uns darüber klar, daß ein Land wie die Vereinigten Staaten alle drei Jahre eine normale Krise in seinem Absatz hat.

Herr Vorsitzender, ich möchte aber zu zwei außenpolitischen Komplexen, die der Herr Bundeskanzler angesprochen hat, etwas sagen. Herr Bundeskanzler, zu dem, was Sie hinsichtlich der Abstützung durch die französische Politik und Öffnung zur Ostpolitik gesagt haben, kann man nur noch hinzufügen, wir hoffen, daß in absehbarer Zeit zwei südosteuropäische Länder hinzukommen, damit Rumänien nicht ein Einzelfall bleibt. Im übrigen hoffen wir, daß es trotz aller Schwierigkeiten Ihnen und Ihrer Regierung gelingen wird, den Spieß umzudrehen – wie wir es schon getan haben – und Pankow vor aller Welt als diejenigen darzustellen, die den Spannungszustand erhalten wollen, um damit deutlich zu machen, wie die Dinge wirklich liegen.

---

40 Veranstaltung nicht zu ermitteln. – Der österreichische Staatssekretär war Carl H. Bobleter (1912–1984); 1948 Konsul in Hamburg und 1949/50 in Düsseldorf, 1953–1958 Leiter der österreichischen Delegation bei der EGKS in Luxemburg, 1964–1968 Staatssekretär im Außenministerium. – Vgl. auch AAPD 1967 S. 354 Anm. 7.

Was Sie zu dem englischen Beitrittswunsch und zu den Erklärungen und Beratungen mit Wilson und Brown[41] in den nächsten Tagen gesagt haben, hat mich nicht beruhigt, Herr Bundeskanzler. Ich sage das nicht, weil ich hier in diesem Kreis als ein anglophiler Unterstützer des englischen Beitritts gelte; ich habe in Straßburg neulich im Europarat das Notwendige dazu gesagt und auch sehr klar gemacht, daß zunächst einmal die Briten sich bescheiden und uns sagen müssen, wo ihre wirklichen Intentionen liegen. Erst dann ist es an der deutschen Regierung, mit den übrigen fünf Partnern, insbesondere natürlich mit dem französischen Staatschef, Bilanz zu machen. Das ist sehr klar.

Aber, Herr Bundeskanzler, die Problematik, die Sie angesprochen haben, existiert – wenn man so will – schon seit zehn Jahren oder gar 15 Jahren. Wir müssen wissen, daß unsere ursprüngliche Idee für Europa nicht mehr zu verwirklichen ist, auch deshalb, weil der französische General diesen Weg nicht mit uns geht, auch nicht mit den übrigen. Die Briten treten bei – wie Wilson mehrfach erklärt hat für seine Regierung, und die Konservativen haben dem ausdrücklich beigepflichtet – nicht etwa nur aus wirtschaftlichen Interessen, sondern, wie sie es ausdrücken, vornehmlich aus politischen Interessen.

Insofern, Herr Bundeskanzler, kommt doch an uns die Frage heran: In Wirklichkeit nützt der britische Beitritt, wenn er einmal erfolgt aus politischen Gründen, nichts. Wirtschaftlich nützt er uns ganz selbstverständlich; da geht es nicht nur um England, sondern auch um die skandinavischen Länder. Die Dinge liegen klar auf der Hand und sind in jeder Außenhandelsstatistik nachzulesen. Sie sind entscheidend für unsere Zahlungsbilanz. Das brauchen wir hier gar nicht zu untersuchen, sondern nur das politische Moment. Und hier scheint mir in der Tat ein sehr deutliches Gespräch mit dem französischen Staatschef notwendig zu sein.

Herr Bundeskanzler, ich wäre dankbar, wenn nicht der Eindruck entstünde – der leider schon ein bißchen durchschimmert –, daß die Sache noch gute Weile und Zeit habe und daß wir die Tür geöffnet halten. Das hat de Gaulle auch die ganze Zeit gemacht, aber dann schließt er sie wieder, und dann öffnet er sie wieder. (*Kiesinger:* Die Tür hat er nicht geöffnet!) Doch, er hat einmal gesagt, wenn die Engländer reif sind, wobei er entscheidet, ob sie reif sind. Dann macht er die Tür auf, aber kurze Zeit danach sagt er, sie sind nicht reif, und dann macht er die Tür wieder zu. (*Unruhe und Bewegung.*) Meine Damen und Herren, ich vereinfache das jetzt alles, weil wir doch alle wissen, wovon ich jetzt spreche. Ich wollte sagen, es darf nicht der Eindruck entstehen, als ob wir nicht bereit seien, das größere Europa – d. h. über die sechs hinaus – zu wollen. Da entsteht eine ganz große Zerreißprobe auch bei uns.

Eine Frage, Herr Bundeskanzler! Sie haben vorhin davon gesprochen, daß die USA und Europa nicht mehr dieselben Interessen hätten. Ich weiß nicht, ob ich das wirklich richtig im Ohr habe. (*Kiesinger:* Das die Interessen nicht mehr so identisch sind wie zur

41 George Brown (1914–1985, seit 1970 Baron George-Brown of Jevington), britischer Politiker (Labour); 1945–1970 Mitglied des Unterhauses, 1957 Minister für öffentliche Bauten, 1951–1953 und 1960–1964 Vertreter Großbritanniens beim Europarat, 1964–1966 Wirtschaftsminister, 1966–1968 Außenminister.

Zeit des Höhepunktes des Kalten Krieges!) Sie haben Recht, wenn Sie sagen, daß die Vereinigten Staaten in Europa natürlich amerikanische Interessen vertreten. Wenn sie es nicht täten, würde ich sehr viel weniger auf ihr echtes Engagement setzen in dem Falle, wo es hart wird. Aber, Herr Bundeskanzler, das würde Mißdeutungen ausgesetzt sein, wenn Sie es so formulieren; denn die USA und Europa haben, wenn es wirklich zum „crunch" kommt, wie man in Amerika sagt, ganz große gemeinsame Interessen nicht nur der Verteidigung, sondern auch der Expansion sowie bei der Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben.

Zur Kennedy-Runde[42]! Wenn es uns da nicht gelingt, die Interessen Amerikas und Europas auf einen Nenner zu bringen, dann sehe ich allerdings die Automobilindustrie der Bundesrepublik Deutschland dem Bankrott entgegengehen. Dann kämen doch sofort Retorsionsmaßnahmen der Amerikaner, und zwar als erstes auf dem Gebiet des industriellen Exports von Deutschland und von Europa nach Amerika. Das muß also verhindert werden. Ich habe es nur als Beispiel gesagt, damit klar wird, daß hier doch sehr große gemeinsame Interessen neben den amerikanischen in Europa bestehen. Ich wäre dankbar, wenn Sie das noch etwas verdeutlichen würden.

Erhard: Der Herr Bundeskanzler hat den Wunsch, es zu verdeutlichen.

Kiesinger: Ich fange gleich beim Letzten an. Es hat gar keinen Sinn, um den heißen Brei herumzugehen, auch in der Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten. Die erwarten das von uns. De Gaulle hat mir bei unseren Gesprächen vorgeworfen, wir seien amerikahörig. Ich habe das in aller Höflichkeit und Freundlichkeit zurückgewiesen und ihm gesagt, das könne man nicht sagen, und zwar von keinem meiner Vorgänger und ihren Regierungen, sondern wir hätten eben eine andere Analyse der Situation gewonnen, als er dies für Frankreich getan habe. Aber natürlich wüßten auch wir, daß Amerika in Europa amerikanische Politik betreibe und amerikanische Interessen vertrete, und es wäre ein sinnvolles Gespräch zwischen unserer Regierung und der französischen Regierung, wenn einmal klar gemacht würde, inwieweit die amerikanischen Interessen mit den europäischen Interessen insgesamt und mit den Interessen jedes einzelnen europäischen Volkes sich deckten und wo etwa widersprüchliche Interessen sich ergeben. Das ist unsere Aufgabe. Das müssen wir auch dem amerikanischen Partner klipp und klar sagen. Es ist gar kein Zweifel, daß es zur Zeit Tendenzen der amerikanischen Politik gibt, die ich nicht in Übereinstimmung mit unseren eigenen Interessen sehe, z. B. die amerikanische Politik der Fixierung des Status quo, die aus der Gegebenheit des atomaren Patts und der prekären Aufgabe der Aufrechterhaltung des atomaren Patts kommt. Das muß nicht so sein. Wenn die amerikanische Politik die europäischen

42 Gremium aus GATT und EWG-Kommission, das den 1963 vom damaligen amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy vorgelegten Plan zu einer allgemeinen Zollunion zwischen 1964 und 1967 verhandelte. Die Kennedy-Runde legte im Juni 1967 eine Entschließung vor, wonach das Zollniveau der Mitgliedsländer um etwa 35% gesenkt wurde. – John Fitzgerald Kennedy (1917–1963, ermordet), amerikanischer Präsident (Demokratische Partei); 1953–1961 Senator von Massachusetts, 1961–1963 Präsident der USA.

Dinge vielleicht noch etwas genauer analysiert, wird es hoffentlich möglich sein, sie über diesen augenblicklichen Stand der Analyse wegzubringen.

Aber das ist ein solches Beispiel, und es hat gar keinen Sinn, es nicht klarzumachen. Vielleicht haben wir diesen Fehler in der Vergangenheit manchmal gemacht, nämlich den Amerikanern zu verbergen, daß es deutsche Interessen gibt, die wir anmelden und von denen wir die Überzeugung haben: Hier heißt es eben, sich entgegenzukommen.

Sonst bin ich natürlich Ihrer Meinung. Ich bin auch mit Ihnen der Meinung, daß in öffentlichen Formulierungen nicht der Eindruck erweckt werden soll, als ob nun das gerade noch als eine schöne Einigungsformel aufrechterhalten bleiben solle, daß es noch einen weiten Spielraum übereinstimmender Interessen gibt; nein, das ist Tatsache. Und deshalb ziehen wir auch die Folgerungen. Ich hätte zur NATO, zur Anwesenheit amerikanischer Truppen das sagen können, was Sie gebracht haben, nämlich Erfolg der Kennedy-Runde. Vom Amerikaner aus gesehen gilt das auch für den Eintritt Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt.

Ich war seit 1950 im Europarat und habe aus britischem Mund immer nur Pro-Europäisches gehört. Ich habe in britischen Aktionen in all diesen Jahren immer wieder Anti-Europäisches erfahren. (*Etzel:* Seit der Churchill-Rede[43]!) Churchill hat ja sowieso nur die kontinentale Einigung gemeint. In der Churchill-Rede ist doch Großbritannien mit USA draußen geblieben. Auch ich bin der Meinung, daß die endgültige Lösung Großbritannien und andere einschließen muß. Wer die Dimensionen des Wachstums der Supermächte in den kommenden Jahrzehnten richtig einschätzt, muß zu dem Ergebnis kommen, es muß sich ganz Europa zusammenschließen, wobei „ganz Europa" noch eine Frage ist, die uns auch einen gewissen Blick nach Osten aufzwingt. Die Frage ist nur die, will Großbritannien, wenn es eintritt – auch mit dem Bekenntnis, wir wollen es auch aus politischen Gründen –, mit der notwendigen Eile, die wir einfach brauchen, seinen Beitrag zu einer politischen Einigung Europas leisten, d. h. zuletzt immer wieder, zu einem Europa, das weltpolitisch mehr und mehr solidarisch einheitlich zu handeln vermag der immer schwieriger werdenden Welt gegenüber, oder wird es dann wieder verzögernd mit tausend Bedenken kommen usw.

Es ist auch die Frage erlaubt, ob diejenigen britischen Politiker, die heute sagen, daß sie es wollen, auch in der Lage sind, es zu wollen. Das ist nämlich keineswegs sicher. Ich habe in den vergangenen Tagen, Herr Blumenfeld, mit einer ganzen Reihe bedeutender englischer Besucher gesprochen und jedem die Frage gestellt: Glauben Sie wirklich, daß Mister Wilson will, „does he mean business", wie er gesagt hat? Und jeder hat mir erklärt: Ich weiß es nicht. – Allerdings haben sie hinzugesetzt, daß die englische öffentliche Meinung es wolle.

Nun, was heißt öffentliche Meinung? Unsere ganze deutsche öffentliche Meinung will Europa. Sie wollen es alle, aber sie übersehen gar nicht die Schwierigkeiten. Sie

43 In seinen Reden am 5. März und 19. September 1946 in Fulton (Missouri) bzw. Zürich hatte Churchill wesentliche Impulse für ein atlantisches Verteidigungssystem und die westeuropäische Einigung gegeben. – Sir (seit 1953) Winston Leonard Spencer Churchill (1874–1965), britischer Staatsmann (Konservative Partei); 1940–1945 und 1951–1955 Premierminister.

sehen gar nicht, worum es eigentlich dabei geht. Wenn die harten Entscheidungen kommen, wenn's schwierig wird, dann ist einfach die sogenannte öffentliche Meinung überfordert. Um diese Fragen geht es. Wenn man von uns erwartet – das wollen ja die Engländer jetzt von uns –, daß wir in Paris hart um den baldigen Eintritt Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft kämpfen, dann müssen sehr viele Fragen vorab geklärt werden. Dann bedarf es noch sehr vieler Unterhaltungen auch zwischen uns und Paris.

Deswegen werde ich in dieser Woche unseren englischen Besuchern[44] ehrlicherweise nur sagen können, unsere ganzen Interessen weisen uns dahin. Ich habe das auch dem General gesagt. Ich habe mein Gespräch über diese Frage mit ihm begonnen mit dem Hinweis, daß mich erst gestern ein Brief der deutschen Industrie erreicht habe, in dem ich beschworen werde, das Nötige zu sagen und zu tun in Paris, um unser Interesse am EFTA-Raum, aus dem wir ja unsere Handelsüberschüsse beziehen, dem General klarzumachen. Ich habe ihm gesagt, das ist unsere Politik seither gewesen. Wir haben es noch einmal in der Regierungserklärung verkündet. Wir meinen es also schon ernst. Dann holte er aus und sagte, bitte, wir hätten eine europäische Freihandelszone gründen können. Nicht das geringste Bedenken gegen einen Eintritt Großbritanniens. Das können wir auch heute noch. Aber dann entsteht etwas ganz anderes. Darüber muß man sich klar sein, das ist etwas ganz anderes als das, was wir doch gemeinsam wollen. Wir wissen doch, um welche Konzeption es sich dabei handelt. Das macht unsere Verhandlungssituation so außerordentlich schwierig.

Im übrigen ist so, daß nicht nur Gaullisten sagen, weder Frankreich noch Großbritannien ist für dieses Abenteuer reif, sondern auch Anti-Gaullisten, die ich kenne, sagen dasselbe. Die Dinge sind also in Frankreich komplizierter und schwieriger. Sie sind nicht nur mit dem Namen „de Gaulle" abzuschreiben.

Sie sind erfahren genug, um zu wissen, wie schwierig meine Verhandlungsposition in diesen Tagen sein wird, aber Sie dürfen sich darauf verlassen, daß das, was wir redlicherweise sagen können, auch gesagt und zugesagt wird. Nur meine ich, wenn ich versuchen würde, in einem Brei von Höflichkeitsphrasen und Tischreden usw. die Schwierigkeiten verschwinden zulassen, wäre das das Falscheste, was ich tun könnte. Ich muß es auch dem englischen Premierminister sagen; er ist ja nach mir bei de Gaulle gewesen. Sicher ist sein Gespräch mit de Gaulle über diese Frage nicht so gründlich gewesen wie das, das ich mit de Gaulle hatte. Wir haben lange darüber geredet. Er wollte sich kein Refus holen. Er ist nur bis zu einem gewissen Punkt gegangen und hat es dann genug sein lassen.

Ich glaube, daß auch hier die beste Politik ist, den Schwierigkeiten nicht auszuweichen und meinem Gesprächspartner den Eindruck zu vermitteln, daß er es hier mit einem ehrlichen Manne und einem ehrlichen Makler, wenn es auf die Vermittlung ankommt, zu tun hat, der ihm nichts vorzumachen bestrebt ist.

---

44 Harold Wilson und George Brown hielten sich am 15./16. Februar 1967 zur Erörterung des britischen EWG-Beitritts in Bonn auf, vgl. AdG 1967 S. 13013; AAPD 1967 Nr. 55, 57.

Erhard: Ich danke Ihnen. Wenn ich ein paar Worte dazu sage, dann befinde ich mich in einer schwierigen Situation, weil es so aussehen könnte, als ob das eine Rechtfertigung sein soll. Das steht aber hier nicht zur Diskussion.

Wir leben in der Gegenwart, und unsere Blicke sind nach vorwärts gerichtet. Ich habe Aussagen gemacht vor drei Jahren, die sich mit den Ihren völlig decken, nämlich denen, es wäre ein großer Irrtum zu glauben, daß aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, d. h. aus dem Zusammenwachsen der Volkswirtschaften, ganz automatisch das politische Europa entstehen könnte. Ich sagte, dazu gehört ein neuer originärer Anstoß, eine neue originäre Idee. Es ist nicht Deutschland, das die Schuld trägt, wenn neben der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine politische Gemeinschaft nicht vorangekommen ist. Ich zweifle, ob das überhaupt identisch sein muß in dem Verband der Staaten, die wirtschaftliche Integration und die politische Integration. Ich möchte nur eines dazu sagen.

Natürlich treiben die Amerikaner amerikanische Politik. Sie treiben auch amerikanische Politik in Europa, aber wenn ich das reduziere, möchte ich sagen, die Franzosen treiben eben in Europa französische Politik. Das gilt mindestens genauso in dem gleichen Maße wie für uns Deutsche. Die Amerikaner treiben in Europa amerikanische Politik. (*Kiesinger:* Erlauben Sie mir den Einwand, Frankreich ist eine europäische Macht wie wir!) Man muß die Frage stellen, ist angesichts der ganzen weltpolitischen Entwicklung Großbritannien eigentlich keine europäische Macht? Kann dieser „kleine Bach", der dazwischen liegt, wirklich eine Trennung bedeuten? Aber es kommt ja hier nicht auf eine Kontroverse an. (*Kiesinger:* Ich würde Großbritannien als eine europäische Macht ansehen, bloß sie selber tun es nicht!) Ich finde nur eines wirklich störend auf die Dauer – es ist nicht erst seit Ihrem Regierungsantritt so, sondern es geht weiter zurück –, daß in Europa der Eindruck vorherrscht, insbesondere bei England: Ob der Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gelingt oder zu einem politischen Gebilde Europas, das hängt allein von Frankreich ab. Wir brauchen uns im Grunde genommen mit den Deutschen gar nicht darüber so sehr zu unterhalten, die können wir als Freunde gewinnen, aber entscheidend für ein Gelingen oder Nichtgelingen ist allein das Ja oder Nein, das Frankreich – sprich de Gaulle – sagt.

Das ist ein Zustand, der auf die Dauer für uns nach meiner Überzeugung gefährlich zu sein scheint, weil er gewisse Strömungen weckt, die wir alle in Deutschland nicht haben wollen. Das müßte einmal in einem Gespräch mit Frankreich vertieft werden, daß eben dies nicht die richtige europäische Vorstellung ist, daß nämlich ein Land alles sprengen kann, wenn es dies will, vor allen Dingen aber, daß sich ein Land die Entscheidung anmaßt, ob eine bestimmte Entwicklung Platz greifen kann oder nicht. Das ist auch eine gefährliche Sache. Darüber wird man noch manches besprechen müssen.

Ich will zu der wirtschaftlichen Lage nicht Stellung nehmen, auch nicht zu dem, was zur Automobilindustrie unter verschiedenen Aspekten gesagt worden ist. Ich kann Ihnen aber jedenfalls Zeitungen zeigen, wonach in einem Zwischenraum von drei Tagen die einen furchtbar über die Krise in der Automobilindustrie jammern, und dann wird von ebenso sachverständiger Seite gesagt: das stimmt ja gar nicht; es besteht gar keine

echte Krise in der Automobilindustrie. – Das sind also diese Zwiespältigkeiten, von denen ich meine, daß sie eine gewisse Unsicherheit erzeugen. (*Etzel:* Ich habe doch Ziffern genannt!) Ich sehe die Lage hoffnungsvoller, als sie im allgemeinen gesehen wird. Ich bin der Überzeugung, wenn es uns gelingt, diese Stimmung psychologisch aufzufangen, dann wird es wieder gutgehen.

Ich habe immer Wirtschaftspolitik verstanden unter dem Einfluß der Psychologie. Ich habe danach gehandelt. Wenn ich Optimismus ausstrahle, manchmal aus voller Überzeugung, manchmal nicht so ganz aus voller Überzeugung, dann habe ich es getan, weil ich der Überzeugung war, das setzt sich fort und es geht weiter in den Handlungen der Unternehmer, in dem Verhalten der Verbraucher. Nun ist auf das deutsche Volk ein halbes Jahr eingeredet worden, wie verhängnisvoll alles sei. Es waren keine anderen Worte mehr zu hören wie: Krise, Bankrott, Zusammenbruch und dergleichen. Das hat das deutsche Volk auch geglaubt und entsprechend gehandelt. Damit ist eigentlich erst die Malaise aufgetreten.

Ich bin der Meinung, wir haben die Verpflichtung, jetzt wieder in Optimismus zu machen, um vom Psychologischen her wieder eine innere Stärkung im deutschen Volke herbeizuführen. Das scheint mir eine der wesentlichsten Momente zu sein. – Es hat sich gemeldet Kollege Strauß.

Strauß: Ich möchte etwas sagen zu einem konkreten Punkt aus dem reichhaltigen Bukett, bei dem dieser Kreis zu einer Meinungsbildung kommen soll, damit wir nicht bei den bevorstehenden Verhandlungen von der Sozialdemokratie überspielt werden, und zwar handelt es sich um den Bereich der Finanzreform.

Ich hatte versucht, die Finanzreform auf dem normalen Weg voranzubringen. (*Etzel:* Sagen Sie Finanzverfassungsreform!) Ja, aber man soll sich die drei Silben sparen. (*Etzel:* Sie müssen doch die Verfassung ändern!) Ich hatte versucht, auf der Grundlage des Troeger-Gutachtens – das ja allgemein als Diskussionsgrundlage anerkannt worden ist, sonst hätte die Beauftragung dieser Kommission wohl keinen Sinn gehabt – die Sache innerhalb der Bundesregierung voranzubringen.

Bei Referenten-Gesprächen, Abteilungsleiter-Gesprächen und Staatssekretär-Gesprächen zeigte sich, daß innerhalb der Bundesregierung eine Übereinstimmung über wesentliche Probleme – selbst auch nicht innerhalb des Unionsbereiches, also auf der Bundesministerebene – nicht zu erzielen war. Ich habe deshalb eine Kabinettsvorlage gemacht. Die SPD-Minister haben zunächst erklärt, sie hätten nicht genügend Zeit gehabt, diese Kabinettsvorlage zu studieren; also 14 Tage Pause. Nach 14 Tagen rückten sie heraus mit der Sprache, daß sich die SPD nicht jetzt schon festlegen könnte, weil sie eine bestimmte Frist bräuchte, um innerhalb ihrer Partei eine politische Meinung über die Schwerpunkte dieses ganzen Programms zu bilden. Es ging gar nicht darum, sich in Einzelfragen so oder so zu entscheiden, ob dieses oder jenes eine Gemeinschaftsaufgabe werden soll, aber sie bräuchten jetzt Zeit dafür, und sie könnten sich vorher nicht festlegen.

Ich habe nun mit ihnen vereinbart, daß sie Zeit haben bis Ostern, um sich diese Meinung zu bilden. Sie haben bereits begonnen, ein Gremium zu bilden, das die Aufgabe

hat, abzustimmen Partei mit der Bundestagsfraktion und abzustimmen Partei und Bundestagsfraktion mit den Ländern, so daß im großen und ganzen die SPD, Partei, Bundestagsfraktion und Länder, in einer Sprache sprechen! Wir sind auch noch nicht soweit, vielleicht noch nicht einmal soweit wie die SPD.

Der nächste Takt wird sein eine Einigung innerhalb der Bundesregierung. Da wird eine heterogene CDU/CSU auf eine bis dahin homogene SPD stoßen. Sie betrachten die Finanzreform als ein politisches Problem und nicht als ein rein sachliches Problem, wo man sich zweckmäßigkeitshalber vielleicht so oder so für die eine oder andere Lösung entscheidet.

Dann kommt die Bund-Länder-Kommission. Bei der Bund-Länder-Kommission sitzen die Vertreter der Koalitionsparteien auf der Bundesseite drin, nämlich Wirtschaft, Finanz und andere, und auf der Länderseite sitzen Vertreter beider Koalitionsparteien qua Landesregierungen. Ich möchte keinen Sachvortrag halten, weil es sehr lange Zeit erfordern würde, auch die Diskussion darüber. Aber ich bitte Sie, eine Prozedur hier zu überlegen und einen Kreis vorzuschlagen, der dann für die beiden Unionsparteien die politischen Schwerpunkte dieses Programms der Finanzverfassungsreform – oder wie man es nennen mag – festlegt. Das müßte aber bis Ostern soweit sein, weil in den nächsten 14 Tagen nach Ostern die Abstimmung zwischen dem Unionsbereich und dem SPD-Bereich erfolgen soll. Der nächste Takt wäre dann eine Kabinettsvorlage.

Erhard: Herr Kollege Etzel!

Etzel: Ich möchte das, was Herr Minister Strauß anregt, wärmstens unterstützen. Es war einer der erfreulichsten Tatbestände der vorigen Regierung, daß sie dieses Troeger-Gutachten inauguriert hat. Es war ebenso erfreulich, daß der damalige Bundesfinanzminister[45] in seinem Hause eine Hauptabteilung VI neu gegründet hat, welche sich vom Ministerium her mit den technischen Dingen für die notwendigen Gesetzesvorlagen beschäftigt, und zwar unter der Leitung eines ausgezeichneten Mannes.[46]

Ich glaube, die Frage, ob es zur Sanierung in den nächsten Jahren kommt, ist in der Tat eine Angelegenheit der Verfassung. Wir müssen das Trenn-System des Art. 109 aufheben.[47] Ich erinnere nochmals daran, dieses Trenn-System ist doch von den damaligen Alliierten im letzten Augenblick in die jetzige Verfassung hineingeheimnist worden. Das hat soweit geführt, daß man damals die ganze Verfassung nicht annehmen wollte. Nur die Überlegung, wir werden doch bald eine neue Reichsverfassung haben, dann können wir das alles wieder in Ordnung bringen, hat damals dazu geführt, daß man die Verfassung überhaupt gemacht hat.

---

45 Etzel war Finanzminister von 1957–1961.

46 Leiter der 1957 wiedereingerichteten Abteilung VI im Bundesministerium der Finanzen war vom 25. März 1957 bis 31. März 1958 Ministerialdirektor Dr. Herbert Fischer-Menshausen (1906–2000), vom 8. Januar 1960 bis 31. Juli 1970 Dr. Ernst Féaux de la Croix (1906–1995). – Zum Troeger-Gutachten vgl. Nr. 8 Anm. 89.

47 Art. 109 Absatz 1 GG: Bund und Länder sind in ihrer Haushaltswirtschaft selbständig und voneinander unabhängig.

Dieser Art. 109 ist mehr als überfällig; er muß schnellstens beseitigt werden, wenn wir in den Jahren 1968/69 und 1970 überhaupt zu einer Sanierung der Dinge kommen wollen. Insofern bin ich ganz der Meinung, wir müssen das schnellstens machen. Ich bin überrascht, daß die SPD, die ja die Gesetzesvorlage solange hat wie wir, nämlich seitdem das Troeger-Gutachten bekanntgeworden ist, jetzt sagt, wir sind nicht vorbereitet.

Die Zeit bis Ostern ist nicht mehr allzu lange. Aber wir müssen sie sicher als Vorbereitung haben. Ich glaube, das müßte die Fraktion in erster Linie tun. Vielleicht sollte man die Partei ein bißchen mit einschalten, damit die Dinge nicht doppelgleisig gefahren werden. Das Ministerium ist dann ohnehin drin. Es sollte eine Gruppe gebildet werden, die sich konsequent mit der Vorlage des Troeger-Gutachtens in Richtung einer Finanzverfassungsreform befaßt. Die Verfassungsreform ist so wichtig, weil wir ja in Übereinstimmung mit der SPD das machen müssen, sonst bekommen wir nicht die Zweidrittelmehrheit, die wir brauchen.

Erhard: Zu diesem Gegenstand Herr Kollege Barzel.

Barzel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte drei allgemeine Sätze dazu zunächst sagen, die ich sonst beim Punkt 5 gesagt hätte; denn die gelten auch dort. Ich glaube, daß wir festhalten müssen, daß unser Interesse an der Großen Koalition vorwiegend begründet ist an der Chance, die großen Reformen zu verabschieden. Das bedeutet, daß wir auch ein bißchen Zeitdruck machen müssen, damit diese Vorlagen das Licht der Welt erblicken; denn sonst gibt es hier eine Tendenz, Langwasser zu machen, und mit Langwasser einher ginge dann ein Bequemlichkeitsproporz, den wir alle nicht wollen. Wir wollen ja bis 1969 diese Dinge, wenn irgend möglich, vom Tisch haben.

Ich bin dankbar, daß der Kollege Strauß hier einen solchen Vorschlag macht. Das geht nur zusammen mit der Fraktion, aber die Partei brauchen wir hierfür dringend, und zwar beide Parteien, weil hier Fragen angeschnitten sind – das gleiche gilt auch für die Wahlrechtskommission, die noch auf der Tagesordnung steht –, die nicht nur die CDU/CSU-Bundespolitik betreffen, sondern auch unsere Länder und Gemeinden.

Deshalb würde ich empfehlen, um diese Sache jetzt nicht lange besprechen zu müssen, das Präsidium, das am Freitag tagt, zu beauftragen, eine solche Kommission, die dem entspricht, was ich eben sagte, zu bilden, und zwar mit dem entsprechenden Zeitdruck; nicht daß einer von uns sagt, wir haben das und das noch nicht geprüft. Wir haben bisher das Parteiengesetz, das ich zu diesem Kreis der großen Reformen zähle, Gott sei Dank im Hause. Wir sprechen wahrscheinlich nachher über die Finanzierung. Wir werden heute abend ein Gespräch über den Notstand haben. Ich hoffe, daß wir vor Ostern die Vorlage der Bundesregierung im Hause haben werden. Ich hoffe weiter, daß wir die Dinge, die nicht so kompliziert sind, die das Wahlrecht betreffen – Art. 96 und 113 des Grundgesetzes[48] –, auch recht bald erledigen können. Wenn wir die Finanzver-

48 Art. 96 GG regelt die Einrichtung von Bundesgerichten, Art. 113 GG die Frage der Erhöhung der Ausgaben.

fassungsreform, nach dem, was Franz Josef Strauß hier sagt, bei einer realistischen Beurteilung vielleicht im Herbst in erster Lesung hier im Hause haben, dann – aber auch nur dann – haben wir eine Chance, mit unserer Aussage glaubwürdig zu bleiben, die Große Koalition auf Zeit mit dem Hauptinteresse für die großen Reformen zu machen.

Ich habe das hier so vorgetragen, weil ich alle Kollegen bitten möchte, in ihrem Einflußbereich dieses Argument des Zeitdruckes völlig deutlich zu machen. Unsere Kollegen aus den Ländern werden sofort auch sehen, welcher Zusammenhang sich hier ergibt – ich sehe gerade unsere Düsseldorfer Freunde –, wenn wir den Zeitdruck in den Vordergrund stellen.

Erhard: Kollege Hellwig.

Hellwig: Ich meine, es wäre wichtig, daß gerade für solche grundlegenden Fragen, wie sie hier besprochen werden, die Zusammenarbeit etwas anders organisiert wird! Die Partei ist die Repräsentanz von Bund, Ländern und Gemeinden durch alle Ebenen hindurch. Ich bedauere es, daß wir uns darüber unterhalten müssen, ohne daß ein amtierendes Mitglied der CDU aus einer Landesregierung als Ministerpräsident oder Minister da ist. Das scheint mir ein Zeichen dafür zu sein, wie schwierig dieses Verhalten innerhalb unserer eigenen Partei geworden ist.

Ich wollte eigentlich zu dem Thema „Fortgang der europäischen Integration" noch einige Bemerkungen machen. Herr Blumenfeld ist im Augenblick nicht da. Ich warne vor einer Überschätzung der zeitlichen Möglichkeiten und vor den Aussichten einer Beschleunigung. Wir müssen die Frage stellen, ob die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in ihrer jetzigen Verfassung überhaupt fähig ist, einen neuen Partner in dieser Situation aufzunehmen. Wir haben drei Gemeinschaften, die noch vor der Zusammenlegung stehen.[49]

Nun ist doch selbstverständlich, daß neue Mitglieder nur in die dann entstehende Gemeinschaft aufgenommen werden und nicht gesonderte Verhandlungen auf drei verschiedenen Gebieten stattfinden. Das ist übrigens ein Prozeß, der sich noch zwei bis drei Jahre hinziehen wird, der leider durch die Verschiebung der Verschmelzung auf der höheren Ebene der Exekutive ungebührlich verzögert worden ist. Nehmen Sie den Termin 1. Juli 1968: vollständige Herstellung der Zollunion. 1. Januar 1970: Beginn der Wirtschaftsunion durch die gemeinsame Umsatzsteuerregelung, Mehrwertsteuererhöhung.

Ich möchte gerade Herrn Strauß hier sagen, wie sehr man dankbar sein muß, daß die Bundesregierung in dieser Richtung allen Einfluß ausgeübt hat, um den entscheidenden Beschluß zu einem einheitlichen Mehrwertsteuersystem zu erreichen. Damit wird schon deutlich, daß die Gemeinschaft in den nächsten Jahren vor entscheidenden Schritten steht, die sie wahrscheinlich vollziehen muß, ehe der Beitritt dritter Länder in die Tat umgesetzt werden muß.

Nun wird die Verhandlungsphase auf der englischen Seite auch nicht wesentlich schneller sein können. Die Engländer rechnen mit zwei bis drei Jahren Verhandlungs-

49 Zusammenlegung von EWG, EURATOM und EGKS zur EG am 1. Juli 1967.

dauer. Sie haben die Hoffnung, bis zum Ende der jetzigen englischen Legislaturperiode die Ratifizierung zu bekommen, damit die Wilson-Regierung den politischen Effekt der Ratifizierung des Beitrittsabkommens erreicht; d. h. praktisch bis Ende 1969, Anfang 1970. Eine Inkraftsetzung auch der Übergangsregelung wird frühestens 1971 in Frage kommen. Das bedeutet, daß die rein wirtschaftlichen Regelungen auch noch sehr lange auf sich warten lassen werden, und daß wir nicht in den nächsten vier oder fünf Jahren schon einen Zollabbau für Lieferbeziehungen zwischen Großbritannien und anderen EFTA-Ländern und uns haben werden. Das entscheidende Wort – Herr Vorsitzender, da gebe ich Ihnen recht – liegt bei Frankreich. Es liegt nicht in der Wirtschaft, sondern es liegt im politischen Bereich. Großbritanniens Absicht ist auch entscheidend eine politische.

Wir haben uns vorgenommen, einen Monat einige englische Kabinettsmitglieder in Luxemburg zum Assoziationsrat zu bitten. Großbritannien ist ja bei der Montanunion assoziiert. In den Gesprächen neben der Tagesordnung ist deutlich gesagt worden: Wir, die Labour Party, haben unsere Position revidiert, weil das britische Commonwealth in den letzten drei, vier Jahren aufgehört hat, eine politische Macht zu sein, die unsere Position noch stützen könnte. Wir müssen unsere politische Position in der Welt neu aufbauen.

Sie stehen allerdings vor Alternativen. Und der Versuchsballon, Verhandlungen mit der EWG, ist nur eine der Alternativen. Darüber muß man sich im klaren sein; die andere wird ein engeres Zusammenspiel USA-Kanada-Großbritannien – eine ganz betonte nordatlantische Zusammenarbeit – sein. Eine weitere handelspolitische Alternative liegt bei der EFTA, die ja ihr Ziel der Freihandelszone Ende des vergangenen Jahres erreicht hat. Die Freihandelsregelung unter den EFTA-Ländern ist vollständig, allerdings nur für den gewerblichen Sektor. Die Landwirtschaft ist ausgeklammert. Die EFTA ist befaßt mit einem Programm, gegebenenfalls die handelspolitischen Regelungen auf Länder des Ostblocks auszudehnen. Die Beratungen darüber sind im Augenblick nur zurückgestellt, um zunächst englische Initiative gegenüber der EWG einmal spielen zu lassen.

Mit anderen Worten, die Frage läuft letzten Endes auf die französische Frage hinaus, werden die Partner an dieser westeuropäischen Integration bereit sein, ein Minimum von Gemeinsamkeit in der Außenpolitik und Verteidigungspolitik zu entwickeln? Es könnte sehr wohl dazu führen, daß man im wirtschaftlichen Bereich zu technischen Regelungen im Verhältnis zu Großbritannien kommt, aber dann unter gleichzeitigem Verzicht auch auf politisch zu beurteilende Elemente der jetzigen Wirtschaftsintegration. Ich bejahe völlig die Trennung von politischer Initiative zur Vorarbeit für die politische Union von der automatischen Fortsetzung der Wirtschaftsintegration. Der Trugschluß, daß wir automatisch die politische Fernwirkung aus der Vollendung der Wirtschaftsintegration erwarten können, hat uns wahrscheinlich einige Jahre kostbare Zeit gekostet. Deshalb sollte man diesem Trugschluß nicht von neuem verfallen.

Erhard: Was die Bedeutung des Commonwealth angeht, so ist dies ja nicht erst seit heute erkennbar, sondern schon seit vielen Jahren. Es hat auch unsere Haltung einen bestimmten Bezug auf den Beitritt Großbritanniens. – Herr Mikat!

Mikat: Ich möchte etwas zu dem sagen, was Freund Strauß gesagt hat. Ich glaube, daß die Frage der Finanzverfassungsreform auch hier von uns im Bundesvorstand – wir können es heute nicht machen, die Zeit ist zu weit fortgeschritten – im Zusammenhang mit den gesamten Verfassungsreformen einmal überdacht werden muß. Ich hielte es für verhängnisvoll, wenn der große Reformweg, von dem auch Herr Barzel sprach, sich etwa dergestalt vollzöge, daß wir gewissermaßen in eine Phase zeitlich gestaffelter Verfassungsreformen kämen. Ich glaube nicht, daß das für das gesamte Verfassungsleben gut wäre, zumindest sollte man sich die Koppelung sorgfältig überlegen. Ich wollte das nur zur Diskussion stellen.

Man kann nicht sagen, jetzt machen wir erst mal das, und dann machen wir das usw. Zumindest müßte ein Paket auf den Tisch des Hauses kommen, um überhaupt ein ordentliches Gespräch gerade mit unseren Freunden in den Ländern zu ermöglichen. Die Tendenz, daß wir heute dem Bundesstaat angesichts der veränderten historischen Situation eine stärkere Rolle werden einräumen müssen, wird ein Leitfaden sein.

Zweitens – auch das wird heute nicht möglich sein – wäre vielleicht eine Ergänzung des Lageberichts des Herrn Bundeskanzlers in einer Hinsicht dankenswert, nämlich hinsichtlich des akuten Problems des Nichtweitergabe-Vertrags bzw. des Atomsperrvertrags.[50]

Wir werden heute hier sicherlich nicht darüber sprechen können, aber es wäre vielleicht notwendig, daß auch dieser Bundesvorstand das Ganze nicht nur unter dem Aspekt der friedlichen Nutzung der Atome sieht, sondern auch darunter, welche Bündnisprobleme ergeben sich für die Bundesregierung daraus. Kann nicht unter Umständen die Situation der faktischen Bündnisunfähigkeit bei einem Zusammenschluß der EWG-Staaten eintreten? Wir müssen prüfen, wie sind die amerikanischen Auffassungen und die Auffassungen vor allen Dingen der Sowjets.

Ich wollte das anmelden als Aufgabe des Bundesvorstands, weil ich glaube, daß, nachdem die Große Koalition gebildet worden ist, der Bundesvorstand ein anderes Gewicht bekommen sollte. Er wird sicherlich künftig stärker als bisher als Hilfe der Meinungsbildung auch für die Fraktion zusammentreten. (*Barzel:* Eine Mikatsche Formulierung!) Natürlich wissen wir von der hohen Bedeutung der Fraktion, ich könnte mir aber vorstellen, daß eine stärker akzentuierte Meinungsbildung des Bundesvorstands unter Umständen auch eine sehr gewichtige Hilfe für die Fraktion in entscheidenden Auseinandersetzungen mit ihrem großen Koalitionspartner ist. Insofern könnte ich mir denken, daß von der Funktionalität der einzelnen Parteiorgane her gesehen dem Bun-

50 Nach dem Scheitern des MLF-Projekts verhandelten die Atommächte USA, Großbritannien und UdSSR über einen Vertrag zur Sicherung ihres atomaren Monopols. Der „Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen" wurde am 1. Juli 1968 unterzeichnet. Er trat am 5. März 1970 in Kraft, nachdem über 40 weitere Staaten (die Bundesrepublik am 28. November 1969) ihn ratifiziert hatten. Vgl. Nr. 10 Anm. 6.

desvorstand künftig eine etwas größere Bedeutung zukommt, als er sie anscheinend oft in der Vergangenheit hatte. (*Barzel:* Einverstanden!)

Erhard: Das Thema ist schon öffentlich diskutiert. Meine Damen und Herren! Darf ich mal den Vorschlag machen, das wir aus Zeitgründen die weiteren Tagesordnungspunkte behandeln, sonst bleiben wir mitten drin stecken. Wir haben heute nachmittag auch Fraktionsvorstandssitzung. Wir müssen also etwas schneller vorangehen. Herr Kollege Heck, darf ich Sie bitten, zum Punkt 2 der Tagesordnung, nämlich zum Bundesparteitag, zu sprechen.

Bundesparteitag 1967

Heck: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe lediglich darüber zu berichten, was das Präsidium zu diesen Punkten 2 bis 6 dem Bundesvorstand vorschlägt. Zunächst zum Punkt 2: Bundesparteitag 1967!

Wir sind der Auffassung, daß wir den Parteitag so legen sollten, daß er auch für die Wahlen, die am 4. Juni in Niedersachsen stattfinden, etwas abgibt. Als Tagungsort ist Braunschweig vorgesehen, und zwar in der Zeit vom 22. bis 24. Mai. Das würde allerdings heißen, da wir am 22. früh beginnen, daß der Bundesvorstand am 21. zusammentreten muß. Frau Brauksiepe, das ist leider ein Sonntag. Aber nach dem 24. kommt der Fronleichnamstag, so daß wir hier eingeklemmt sind, daß es anders nicht zu machen ist.

Der Parteitag soll etwa wie folgt ablaufen: Der Parteitag hat einmal die Aufgabe, da der 1. Vorsitzende seinen Willen bekundet hat, vom 1. Vorsitz zurückzutreten, einen neuen Vorsitzenden zu wählen.[51] Außerdem sind wir der Meinung, daß der Bundeskanzler ein Referat halten sollte, daß die Fraktion und die Partei kurz über ihre Arbeit berichten sollen, und daß dann insgesamt eine Generaldebatte stattfindet, eine Generaldebatte, die allerdings dann nach einer gewissen Geschäftsordnung ablaufen müßte, damit wir nicht die alte Erfahrung neu machen, daß eine Feld-, Wald- und Wiesendiskussion über alles mögliche erfolgt, und alle Reden, die zu Hause konzipiert worden sind, auf dem Parteitag verlesen werden.

Das Präsidium wird dem Vorstand rechtzeitig den Vorschlag einer Geschäftsordnung für den Ablauf des Parteitags vorlegen. Da wir damit rechnen können, daß das Parteiengesetz bis zu diesem Zeitpunkt soweit gediehen ist, daß klar ersichtlich ist, in welchen Punkten wir entsprechend den Bestimmungen des Parteiengesetzes unsere Satzungen ändern müssen, sind wir der Meinung, daß wir die Satzungsänderungen gleich mit einplanen und vornehmen.

51 Schriftlich hatte Erhard seinen Rücktritt vom Parteivorsitz nicht erklärt, doch hieß es bereits am 2. Dezember 1966 in der „Deutschen Tagespost", er werde zurücktreten. Als potentielle Nachfolgekandidaten wurden Dufhues, Lücke, Heck („Echo der Zeit" vom 11. Dezember 1966) und Meyers („Stuttgarter Nachrichten" vom 21. Dezember 1966) genannt.

Das ist im großen und ganzen als Programm dieses Parteitags vorgesehen.[52] Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir insgesamt der Organisation und dem äußeren Rahmen nach diesen Parteitag werden sehr bescheiden gestalten müssen. Das ist einfach eine Folge der finanziellen Lage. Ich glaube, es schadet uns nichts, wenn wir diese Bescheidenheit auch etwas beibehalten, selbst dann, wenn wir wieder etwas besser bei Kasse sein werden. Soviel als Bericht darüber, was das Präsidium vorschlägt.

Erhard: Halten Sie Punkt 3 für erledigt? (*Heck:* Darüber erfolgt eine Aussprache!) – Bitte sehr, Herr Kollege Burgbacher.

Burgbacher: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe nur die Bitte, den Punkt, der sich mit den Satzungsänderungen befaßt, zu textieren als „Satzungsänderung und Beitragsfragen". (*Barzel:* Einverstanden!)

Erhard: Herr Kollege Klepsch!

Klepsch: Ich habe eine Frage und einen Beitrag zu dem Bericht. Meine Frage ist die, ist im Zusammenhang mit der Satzungsänderung zu verstehen, daß es eventuell zu einer Neuwahl des gesamten Präsidiums kommt, oder kommt es nur zur Neuwahl des Vorsitzenden? Wenn das Präsidium diese Frage geprüft hat, dann wäre es vielleicht sinnvoll, den Vorstand darüber zu unterrichten.

Ich habe dann folgenden Auftrag. Die Junge Union hat mit sehr großer Mehrheit beschlossen, hier anzukündigen, daß bei einer Änderung der Satzung von uns beantragt werden wird, die Stellung eines Generalsekretärs der CDU zu schaffen. Im Sinne einer innerparteilichen Diskussion halte ich es für richtig, daß man jetzt schon eine Mitteilung darüber machen sollte und nicht erst auf dem Parteitag.

Im übrigen würde ich es auch für sehr gut halten, wenn vielleicht darüber hinausgehende Vorstellungen über die Satzungsänderung hier in diesem Gremium besprochen werden könnten. Vielleicht könnte heute damit begonnen werden, damit man etwas weiter ab von dem Ablauf des Parteitags sich Gedanken darüber machen kann.

Ich darf noch eine letzte Bemerkung machen. Wir sollten, wenn wir schon die Satzung in Anlehnung an das Parteiengesetz ändern, möglichst zu einer Satzung kommen, die dauerhaften Charakter besitzt. (*Lebhafte Unruhe und Zurufe:* Das haben wir jedesmal gemacht!)

Heck: Darf ich gleich antworten! Wir haben auf der letzten Sitzung des Präsidiums[53] die eine Frage kurz angeschnitten, und zwar war es der Kollege Barzel. Herr Barzel war der Auffassung – ich glaube, das war auch die allgemeine Meinung –, daß das ganze Präsidium zurücktreten solle, um den Weg freizumachen, eine möglichst starke Parteiführung zu konstituieren. Ich glaube, daß der Vorschlag der Jungen Union, einen Generalsekretär zu bestellen, den gleichen Wunsch zur Grundlage hat.

Man muß diese Frage doch zunächst im Präsidium sehr sorgfältig diskutieren. Es kommen einige andere Fragen hinzu, die in der Öffentlichkeit schon diskutiert worden

52 Vgl. CDU, 15. Bundesparteitag.

53 Protokoll der Präsidiumssitzung vom 3. Februar 1967 in ACDP 07–001–053/1, dort S. 3.

sind. Auf dem Rheinischen Parteitag[54] ist einiges gesagt worden, z. B. soll das Amt des Parteivorsitzenden in Personalunion mit dem Amt des Bundeskanzlers belassen werden? Soll es getrennt werden? Soll ein Generalsekretär bestellt werden usw.? Das sind Fragen, die sorgfältig überlegt werden müssen. Ich glaube, es ist die übereinstimmende Meinung, daß diese Fragen nicht nach Rücksichten auf bestimmte Personen beantwortet werden dürfen, sondern einzig und allein unter dem Gesichtspunkt, was ist für die effektive Arbeit der Partei in dieser Großen Koalition nützlich und notwendig.

Erhard: Bitte, Kollege Schmücker.

Schmücker: Kollege Heck, ich bin ganz Deiner Meinung, nur habe ich die große Befürchtung, daß während dieser sorgfältigen Überlegung einige Gruppierungen stattfinden, die nachher irgendwelche Tatsachen schaffen, und es bleibt dann dem Rest nichts anderes zu tun übrig, als dem zuzustimmen. Ich möchte nicht die warnende Rede wiederholen, die ich bei der letzten Bundesvorstandssitzung gehalten habe, aber doch daran erinnern. Ich weiß nicht, ob es zweckmäßig ist, daß wir nun auf allen Landesparteitagen unter dem Vorwand geschäftsordnungsmäßiger und statutarischer Überlegungen Personaldebatten führen unter sehr geschickter Ausklammerung der Namen. Ich meine, dieses Gremium sei das, welches sich damit zu befassen hätte.

Es müßte so verfahren werden, daß wir entweder heute darüber sprechen, oder aber wir beschließen, es beim nächsten Mal zu tun und uns bis dahin in den Landesverbänden etwas abstinenter verhalten, als das zur Zeit geschieht. (*Beifall.*) Wir müssen versuchen, in Braunschweig sehr geschlossen und sehr einheitlich herauszukommen. Das brauchen wir zum Profil, Herr Bundeskanzler, und es kann dem nur dienen, wenn wir wirklich eine sorgfältige Vorbereitung durchführen.

Erhard: Herr Adorno!

Adorno: Herr Vorsitzender! Ich bin auch der Auffassung, daß das Präsidium an sich eine wichtige Führungsaufgabe hat, aber diese Führungsaufgabe kann natürlich nicht darin bestehen, daß der Bundesvorstand noch auf weite Strecken nicht darüber informiert bleibt, was das Ergebnis der Beratungen im Präsidium ist.

Ich erinnere daran, daß wir just vor einem Jahr eine schwerwiegende Auseinandersetzung innerhalb der Partei hatten, die uns zum Schaden gereichte, wer der Vorsitzende werden sollte. Wir sollten also rasch dafür Sorge tragen, daß diese Diskussion aus den öffentlichen Spekulationen verschwindet, weil wir sonst unserer Partei nur Schaden zufügen werden. (*Beifall.*) Ich meine, daß dieser Bundesvorstand rasch zu einem Vorschlag kommen soll, der dem Parteitag in Braunschweig vorgelegt wird. Wenn wir die Dinge treiben lassen bis zum Parteitag oder in seine Nähe, dann glaube ich, daß die Landesverbände und die Landesvorsitzenden gar nicht herumkommen, diese Frage zu diskutieren, weil sie immer wieder mit ihr konfrontiert werden.

Wir sollten bald in diesem Bundesvorstand nicht nur die Fragen des Rücktritts des gesamten Präsidiums, des Generalsekretärs erörtern, sondern auch die Frage des Partei-

54 Parteitag der CDU des Rheinlands am 10./11. Februar 1967 in Oberhausen. Materialien in ACDP 03-025-002/12 und ACDP 01-035-005/2. Vgl. Anm. 3.

vorsitzenden; denn nur im Zusammenhang damit können alle anderen Fragen geklärt werden.

Erhard: Herr Kollege Kiesinger.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie Sie das machen wollen. Sie können einfach dem Bundesparteitag die Entscheidung nicht abnehmen. Sie können weder durch Beschlüsse von Landesverbänden noch durch einen Monate vorher liegenden Beschluß des Bundesvorstands den Parteitag binden. Sie müssen in Gottes Namen schon diese Diskussion, die vielfach von Kräften geführt wird, die gar nicht zu uns gehören, laufenlassen. Wenn Sie heute oder in der nächsten Woche oder in 14 Tagen einen Beschluß des Bundesvorstands über den Parteivorsitz fassen, dann würden Sie unter Umständen erleben, daß er in all den Wochen zerschlissen und zerredet wird, daß zweitens der Parteitag unter Umständen eine völlig andere Entscheidung trifft als die, die der Bundesvorstand vorgeschlagen hat.

Sie dienen also weder dem Profil noch der Beruhigung in der Partei, wenn Sie jetzt etwa einen solchen Weg gehen. Ich muß Ihnen offen sagen, ganz egal, was herauskäme, ich würde mich nicht gerne einer solchen öffentlichen Zerreißdiskussion stellen. Ich hätte keine Angst vor ihr, aber es wäre nicht gut, sie so lange vor dem Parteitag zu führen. Ich glaube, wir müssen das den normalen Gang gehen lassen; d. h. der Bundesvorstand wird sich eine gewisse Zeit vor dem Parteitag auf einen Vorschlag einigen müssen. Das kann er aber nach meiner Meinung heute noch nicht. Der Parteitag diskutiert dann über die Frage. Dann ist alles in vollem Fluß. Sie können das den Leuten auch gar nicht verargen. Sie sind ja vor eine neue Situation gestellt.

Ich selber fühle mich von Tag zu Tag Einflüssen ausgesetzt, die, ganz gegen meine ursprüngliche Intention, mich zu einer bestimmten Entscheidung bringen wollen. Ich muß mich selber auch, nicht in meinem Interesse, sondern im Interesse des Erfolges dieser Regierung und unserer Partei, zu irgend einer Auffassung durchkämpfen. Das ist gar nicht so einfach.

Ich kann mir also keinen anderen Weg denken. Wann soll der Parteitag in Braunschweig sein? (*Heck:* Vom 22. bis 24. Mai!) Am 22. Mai! Nun werden Sie durch keinen Vorstandsbeschluß die Diskussion in der Öffentlichkeit darüber, wer Parteivorsitzender werden soll, aufhalten können. Deswegen rate ich dazu, fein stillzuhalten, auch bei den Landesverbänden. Ich bin gar nicht der Meinung, daß man da nun Gruppe für Gruppe Beschlüsse fassen soll, sondern wir müssen in Gottes Namen die Nervenprobe durchhalten. Wenn wir es nicht diskutieren, dann diskutieren es andere. Das müssen wir also schon aushalten. Herr Kollege Schmücker, das Durchhaltenkönnen einer solchen Geschichte gehört zu unserem Profil, daß wir uns nämlich nicht fickerig und nervös machen lassen durch eine solche Diskussion.

Erhard: Kollege Grundmann!

Grundmann: Ich muß zunächst sagen, ich halte es auch für vollkommen ausgeschlossen, etwa Parteitage abzuhalten, Herr Kollege Schmücker, und über diese Frage nicht zu sprechen. Dann müssen Sie die Parteitage freistellen von der Möglichkeit einer offenen Diskussion. Das würde aber wiederum bedeuten – und hier bin ich mit Ihnen,

Herr Bundeskanzler, einer Meinung –, daß Sie eine andere Diskussion bekommen, die den Versuch macht, aus dem, was verschwiegen wird, allgemeine Schlüsse und Feststellungen zu treffen.

Ich will Ihnen ein Beispiel sagen zu dem Parteitag, den ich selbst abhalten mußte am letzten Samstag. Er war für den November festgelegt. Ich habe ihn dann verlegt. Ich habe ihn dann verlegt wegen der schwierigen Verhandlungen über die Koalitionsbildung in Bonn. Ich habe ihn dann festgelegt auf Februar. Zu diesem Zeitpunkt mußte er stattfinden. Er war damals angekündigt aus der sehr schwierigen Situation in der Partei als „Parteitag der Diskussion miteinander". Damals mußten wir ja miteinander sprechen. Ich habe dann einen Teil dieser Diskussion, zumindest vom Zeitraume her, auf diesem Parteitag in Oberhausen zulassen müssen. Es kam dann das Resultat Ihrer Beratungen, Herr Klepsch, aus der Jungen Union; es kamen auch Anträge zu dieser Frage auf dem Parteitag. Darüber ist dann gesprochen worden, und es wurden Beschlüsse gefaßt, von denen jeder auch in der Diskussion wußte, daß sie nicht universal bestimmend sein können, daß sie aber als meinungsbildender Faktor zur Entscheidung des Bundesparteitags beitragen sollen.

Nun bin ich der Meinung, daß kein Widerspruch darin liegen muß, daß wir nicht heute bereits Endgültiges sagen. Aber daß wir miteinander etwas sagen sollen, das wäre wohl richtig, weil das eine gewisse Richtschnur bedeuten würde für die Form und den Ablauf des Parteitags sowie für die Bindung unserer Delegierten in den Landesverbänden.

Es ist die Frage zu stellen, ob man das Verfahren übernimmt, das wir auf dem letzten Parteitag hatten, daß der Bundesvorstand den Auftrag erteilt, meinetwegen an das Präsidium, eine gewisse Vorlage zu machen für den Bundesvorstand, die dieser dann seinerseits übernimmt als Anregung für den Parteitag. Ich würde eine solche Orientierung wünschen. Ich bin nicht der Meinung, daß etwa ein Parteitagsbeschluß wie der in Oberhausen bereits festlegt, daß die rheinischen Delegierten so oder so verfahren, sondern er ist ein Diskussionsbeitrag zum Vorfeld des Bundesparteitags.

Ich halte es auch nicht unbedingt für einen Zustand der Schwäche, wenn man in Organen – dafür sind die Landesparteitage ja zuständig – eine solche Diskussion führt. Herr Schmücker, wenn vorsichtigerweise Namen weggelassen wurden, dann genau aus dem Grunde, um niemand zerschlagen zu lassen, bevor er bereits die Bereitschaft oder auch die Möglichkeit hat, sich für eine bestimmte Funktion zur Verfügung zu stellen.

Erhard: Herr Kollege Fricke!

Fricke: Ich möchte auch meinen, daß man hier freimütig und offen über eine Meinungsbildung diskutieren sollte; denn wir werden jeden Tag draußen mit dieser Frage konfrontiert. Ich bin der Auffassung, daß für Braunschweig allerdings jetzt schon gültig sein sollte, was nach der Vorlage des Parteiengesetzes effektiv gesagt wird.

Zunächst aber habe ich Ihnen, lieber Herr Bundeskanzler Professor Erhard, und dem Präsidium dafür zu danken, daß Sie Braunschweig gewählt haben. Ich habe das nicht nur als nunmehr seit 16 Jahren amtierender Vorsitzender des Landesverbandes Braunschweig zu tun, sondern ich habe es auch im Namen meiner Freunde der CDU von Nie-

dersachsen zu tun; denn das ist für uns eine ganz entscheidende Hilfe zwölf Tage vor der Wahl, und zwar dies um so mehr, als wir mit einigen wichtigen Parteitagen, nämlich dem in Braunschweig Anfang April als auch mit dem niedersächsischen Parteitag in Hannover oder Celle am 7. April[55], was das Erste Fernsehen angeht, in der Inkubationszeit der 21 Tage liegen, in denen auch Wahlen in Schleswig-Holstein sind, wir aber für diese Parteitage das Fernsehen nicht zur Verfügung haben.

Es ist wichtig, daß wir gerade im Zonenrandgebiet, in Wolfsburg, in Helmstedt, in Gifhorn, in Goslar, in Hildesheim usw. Kundgebungen der Bundesprominenz an den Abenden haben. Noch stärker aber ist die Ausstrahlung über beide Fernsehen und die Presse. Es kommt darauf an, daß diese dann von der CDU berichten. Der Parteitag in Braunschweig ist gerade nach den Wahlen in Rheinland-Pfalz und Bayern eine sehr große Hilfe. Dafür sind wir sehr dankbar.

Braunschweig hat eine glänzende Stadthalle, aber nicht genügend Hotelbetten. Eine Autofahrt nach Goslar oder nach Bad Harzburg dauert eine Dreiviertelstunde. (*Kohl:* Nach Harzburg[56] wollen wir lieber nicht fahren! – *Lebhafte Heiterkeit.*) Irgendwann müssen wir die Vergangenheit einmal bewältigen. (*Anhaltende Unruhe.*) Wir sollten hier ruhig einmal über das Hauptthema sprechen. Aus unserer Sicht gibt es hier nur zwei Namen. Gewiß, lieber Freund Kiesinger, können wir hier nichts präjudizieren, sondern lediglich eine Meinung bilden. Aber sie gibt doch dem Menschen den Trend an für die Diskussion, die wir nicht verhindern können. Wir können doch sagen, das und das ist die Meinung des Bundesvorstands. Dafür lassen sich auch sachliche Gründe anführen. Es gibt z. B. den Tatbestand, daß der Vorsitzende der CSU und der Vorsitzende der SPD in Ihrem Kabinett sind. Dann gibt es die Tatsache, daß zweifellos im Amte als Vorsitzende der Partei unser Ehrenvorsitzender und Altbundeskanzler Adenauer und auch Bundeskanzler Professor Erhard ihre Ausstrahlungskraft besaßen. Ich will damit gar nicht Stellung nehmen.

Dann gibt es für unseren Freund Dufhues Gründe. Das brauche ich hier aber nicht auf den Tisch zu legen. Es tut mir leid, daß er nicht da ist. Mein freundschaftliches Verhältnis zu Herrn Dufhues kennen Sie. Jeder weiß, daß er einer der loyalsten in unserem Kreise ist. (*Bewegung und Unruhe.*) Aber gerade darum wird man doch ein solches Gespräch ganz offen führen können. Ich will mich darauf beschränken. Ich bin der Meinung, wir sollten darüber sprechen.

Erhard: Herr Kollege Kohl!

Kohl: Meine Damen und Herren! Es ist müßig, darüber zu streiten, ob diese Diskussion in der Partei stattfindet oder nicht; denn es ist doch eine Realität, daß sie stattfindet. Es ist nur die Frage, ob die Diskussion immer so laufen muß, wie sie in den letzten Wochen gelaufen ist, daß schon öffentliche Postulate gesetzt werden und dann aus

55 Der Landesparteitag der CDU in Niedersachsen fand am 7./8. April 1967 in Hannover statt, vgl. ACDP 03-007-004/7. Der Parteitag des LV Braunschweig fand am 31. März/1. April 1967 statt.

56 Anspielung auf die Harzburger Front (Zusammenschluß von DNVP, Stahlhelm, Vereinigung Vaterländischer Verbände, NSDAP) am 11. Oktober 1931.

Gründen des Prestiges es für den einen oder anderen sehr schwierig ist, von diesem Postulat wieder herunterzukommen.

Ich bin mit Herrn Grundmann der Meinung, man kann keinen Landesparteitag abhalten und die Diskussion eröffnen und dann den Leuten sozusagen verbieten, wenn sie aufs Rednerpult gehen, zu diesem Thema etwas zu sagen. Nun meine ich – Herr Bundeskanzler, vielleicht habe ich Sie falsch verstanden –, es ist schon Aufgabe des Bundesvorstands – allerdings nicht am Sonntag vor dem Parteitag, das halte ich für völlig ausgeschlossen –, sich rechtzeitig mit diesem Thema in aller Freundschaft zu unterhalten. (*Kiesinger:* Natürlich!)

Meine Damen und Herren! Machen wir uns nichts vor. Es wird um den Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands keine Kampfabstimmung geben auf dem Parteitag, aber nicht deshalb, weil wir von der Demokratie gering denken, sondern weil jeder seine bestimmten Erfahrungen in der Vergangenheit gemacht hat und nun versucht, aus der Erfahrung vernünftigerweise etwas zu lernen.

Nun ist es so, daß über die Wahl – wenn Sie so wollen – vorher hier in diesem Kreise, und zwar legitimerweise, vorbereitend gesprochen werden muß. Ich bin nicht der Meinung, daß das ausschließlich im Präsidium geschehen kann. Das muß hier in diesem Kreise geschehen. (*Heck:* Etwas anderes ist auch nicht vorgesehen!) Ich will das nur vorbeugend sagen. Wir haben nämlich schon Beschlüsse gefaßt über Kommissionen und ihre Größenordnung, aber nachher kam es dann doch ganz anders. Ich bin immer sehr aufmerksam in diesen Sitzungen der Vergangenheit gewesen. Ich würde aus diesem Grunde vorschlagen, daß wir sehr präzise festlegen, wann wir uns über diesen Punkt unterhalten wollen. Dazu wäre es eine ganz wichtige Voraussetzung, daß diejenigen, die bisher namentlich genannt sind – es sind nur zwei –, auch ebenso präzise anwesend sind, und daß man dann fairerweise ganz offen über diese Dinge redet.[57] Jeder weiß, daß beide Diskussionsmöglichkeiten etwas für sich und etwas gegen sich haben. Jeder weiß aber auch, daß bei beiden Konzeptionen es nicht nur eine Frage des Vorsitzenden ist, sondern daß auch gleichzeitig ein Tableau sozusagen hintendran steht.

Herr Klepsch hat den frommen Wunsch geäußert, daß wir aus der Ära der Satzungsänderungen herauskommen. Manchmal habe ich den Eindruck, daß die Satzungsänderungen auf manchen Parteitagen das einzige belebende Element waren. Wir sind ja in der Vergangenheit genügsam gewesen. Ich wäre also sehr froh, wenn wir diesen Zustand überwinden könnten.

Ich bin auch ganz froh, wenn uns jetzt das Parteiengesetz zwingt, unsere Definition eines CDU-Mitgliedes auch in der Praxis durchzusetzen, daß z. B. die Stimme eines Parteitagsdelegierten auch wirklich eine Stimme ist. Das war in der Vergangenheit nicht

57 Ende 1966 war Dufhues „von fast allen Landesvorsitzenden" dringend gebeten worden, sich für das Amt des Bundesvorsitzenden zur Verfügung zu stellen. Die Zustimmung bröckelte aber, so daß er in der Sitzung des CDU-Präsidiums vom 3. März 1967 eine Kandidatur ausschloß (ACDP 07–001–1401). In der Zwischenzeit hatte Kiesinger seine Ambitionen immer deutlicher artikuliert (vgl. „Stuttgarter Zeitung" vom 17. Januar 1967). Kurzzeitzig war auch Heck im Gespräch (vgl. „Zeit" vom 3. Februar 1967).

immer so gewährleistet. Deswegen meine ich, man wird hier sehr sorgsam Argumente und Gegenargumente wägen müssen.

Wir sollten uns spätestens im April hier im Bundesvorstand, und zwar nicht unter Zeitdruck, sondern mit genügendem Zeitaufwand, mit dieser Angelegenheit befassen. In diese Unterhaltung muß hinein die ganze Formierung der Parteispitze. In der Diskussion draußen wird gesagt, das Wichtigste ist der Bundesvorsitzende, egal wer es ist, aber er hat die Verantwortung und das Ganze zu tun. Nach seiner Wahl wird nach Hause gegangen, und dann soll die Sache weiterhin funktionieren. Ich habe etwas Angst, daß eine solche Entwicklung Platz greifen könnte.

Deswegen möchte ich hier formell beantragen, einen Beschluß zu fassen, daß wir jetzt schon den Termin fixieren, der nicht allzu weit vom heutigen Tage entfernt liegt, an dem wir uns dann ganz offen über diese Dinge unterhalten, und zwar über den Gesamtablauf der Geschehnisse.

Herr Heck hat völlig recht, das soll und muß im Präsidium vorbereitet werden. Aber dieser Bundesvorstand hat nach der Satzung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, eine gewisse Empfehlung zu geben. Diese sollten wir dann auch bei der Gelegenheit geben. Ich bin ganz sicher, damit würden sich die Delegierten nicht als überfahren betrachten, sondern sie würden sicher für eine solche Vorbereitung dankbar sein.

Kiesinger: Wir haben uns offenbar vorher mißverstanden, Herr Kohl, jetzt habe ich Sie nicht ganz richtig verstanden. Man muß trennen die Unterhaltung über diese Frage und die Empfehlung, die der Bundesvorstand ausspricht. Bei der Empfehlung möchte ich noch einmal mit allem Ernst betonen, daß ich keine Möglichkeit sehe, diese Empfehlung in einem zu großen zeitlichen Abstand vor dem Bundesparteitag zu geben. Das würde eine unerträgliche Situation schaffen. Ich sage das mit allem Ernst.

Kohl: Aber Herr Bundeskanzler, wenn der Bundesvorstand etwa drei Wochen vor dem Parteitag zusammentritt, ist es gar keine Frage, daß in der Partei das Rennen gelaufen ist.

Kiesinger: Ich sage ja, drei Wochen sehe ich nicht als einen solch langen Zeitraum an.

Erhard: Kollege Barzel.

Barzel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zu meiner eigenen Überraschung bin ich heute völlig einer Meinung mit Herrn Kohl. (*Kohl:* Ich werde es im Kalender anstreichen!) Ich glaube, das ist sehr gut. Mir scheint folgendes dringend zu sein. Nachdem Herr Mikat, wie ich glaube, mit Recht darauf hingewiesen hat, daß dieser Bundesvorstand in der Lage, die entstanden ist, eine stärkere Funktion haben soll, ergibt sich doch einfach folgender Fahrplan: Wir brauchen ohnehin Ende März eine Bundesvorstandssitzung, die ein wenig mehr Zeit hat als die heutige. Wir haben am 23. April Wahlen in Schleswig-Holstein und in Rheinland-Pfalz. Wir brauchen danach eine Bundesvorstandssitzung. Wir sollten uns locker vornehmen, in dieser Bundesvorstandssitzung nach der Wahl in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein diese Frage etwas zu verdichten.

Da wir uns im März noch einmal treffen, wird dort der Ort sein, wenn es gewünscht wird oder notwendig ist, dieser Verdichtung noch einen gewissen Vorschub zu leisten. Das ist ein Verfahren, das allen Wünschen entspricht: eine Sitzung Ende März und eine Sitzung nach dem 23. April. Dann bleiben wir auch mit dem politischen Problem genug in Fühlung miteinander, um eine personelle Entscheidung treffen zu können.

Erhard: Herr Kollege Stoltenberg.

Stoltenberg: Ich glaube, daß zu dem richtigen Zeitpunkt eine gewisse Vorklärung im Bundesvorstand notwendig ist, wenn die Debatte in eine gute Bahn laufen soll. Im Grunde erwarten das die Delegierten von uns. Was in den Landesverbänden geschieht, kann man nur als eine vorbereitende Diskussion ansehen.

Ich habe jetzt nur noch, nachdem diese Sache im Verfahren schon besprochen worden ist, den Wunsch, daß wir auch zu den weitergehenden Fragen, von denen die Rede war – d. h. Organisation, Zusammenfassung des Präsidiums, Fragen, die durch den Vorstoß der Jungen Union in den Vordergrund gerückt sind, wie Generalsekretär usw. – eine gewisse Vorklärung im Präsidium treffen, so daß wir hier die Argumente aufgrund einer Vorlage diskutieren können.

Man muß sich aber darüber im klaren sein, daß dieser Weg, wenn wir ihn beschreiten, natürlich eine einschneidende Veränderung im Führungsbild unserer Partei bedeutet. Man kann gute Gründe dafür anführen, aber ich würde es doch begrüßen, wenn wir in der genauen Beschreibung eines solchen Vorschlages eine Unterlage hätten, die dem Bundesvorstand eine Meinungsbildung als Empfehlung für den Parteitag ermöglicht.

Ich unterstreiche also die Notwendigkeit, von der hier schon gesprochen worden ist, nämlich die Diskussion über die entscheidende Frage, wer der künftige Vorsitzende sein soll, auszuweiten auf das Bild des Präsidiums in der satzungsmäßigen Umschreibung. Dazu kommt dann noch die Frage, ob wir einen neuen Generalsekretär schaffen sollen oder nicht.

Erhard: Herr Kollege Meyers.

Meyers: Vieles ist inzwischen erledigt. Ich meine, Herr Grundmann ist insofern mißverstanden worden, als er gesagt hat, wenn jetzt beispielsweise dieser Antrag der Jungen Union mit dem Generalsekretär in den Bundesparteitag kommt, dann ist die Frage so zementiert, daß überhaupt keine freie Wahl mehr gegeben ist, weil die anderen Delegierten dann in der Minderheit bleiben. Die Frage, Generalsekretär oder nicht, ist eine entscheidende Angelegenheit, die auch auf die Personen ausstrahlen wird. Deshalb bin ich der Ansicht, der Bundesvorstand muß seine Führungsrolle hier übernehmen und über das Präsidium eine Vorlage machen, die alles Für und Wider enthält.

Dann müssen wir uns hier darüber schlüssig werden. Wir dürfen es aber meines Erachtens nicht solange hinausschieben, bis wir schlüssig geworden sind. Der Rheinische Landesverband hat es schon beschlossen, und die Presse nennt heute schon Namen für den Generalsekretär.[58] Wir sollten also in einer nicht allzu fernen Sitzung hier eine Vor-

58 Vgl. FAZ vom 13. Februar 1967 „Der Generalsekretär und die Folgen". Genannt werden die Namen Dufhues, Kohl und Heck.

lage des Präsidiums erhalten und darüber in aller Gründlichkeit diskutieren; denn das ist eine der entscheidenden Fragen der Organisation für die Zukunft.

Wenn wir einmal zu dem hoffnungsvollen Tag kämen, daß wir keine Satzungsänderung mehr machten, dann wäre das nur auf dem Wege möglich, daß wir jetzt eine so gute Satzungsänderung berieten und beschlössen, daß sie einige Jahre lang hielte. Allein mir fehlt der Glaube!

Erhard: Kollege Schmücker.

Schmücker: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe es noch nie erlebt, daß Verfahrensdebatten ohne Rücksicht auf das sachlich oder personal angestrebte Ergebnis geführt wurden. Ich habe es selten erlebt, daß das zugestanden und eingestanden wurde. Ich möchte darum zur Klarstellung meiner eigenen Position folgendes sagen: Ich halte nichts von einem Streit darüber, ob man den Vorsitz mit dem Amt des Bundeskanzlers vereinen kann. Das kann man so und so machen. Das ist keine Prinzipienfrage.

Ich gehe auch nicht so weit, daß ich sage, ich bin für den Generalsekretär. Daß damit aber eine Vorentscheidung für den Vorsitzenden gefällt wird, sehe ich nicht ein. Wir sind seit langem schon damals mit der Jungen Union der Meinung gewesen, daß wir die Partei mit einem Generalsekretär beglücken sollten.

Noch folgendes kurz zur Klarstellung, Herr Vorsitzender! Die Debatte können Sie sowieso nicht verhindern. Die findet statt. Herr Grundmann, so ganz dumm bin ich auch nicht; worüber wir uns aber ärgern in den kleinen Landesverbänden ist doch, daß große Landesverbände sich äußern und uns dann nichts anderes übrig bleibt, als dann Tritt zu fassen. Das ärgert unsere Leute. Darum müssen wir hier ein Gespräch führen. Dann können wir sagen, wir haben uns unterhalten, und dann werden wir uns in unserem Kreis dafür einsetzen. Wir wollen aber nicht aus der Zeitung lesen, wie das beim vorigen Mal geschehen ist. Wir sollten uns nicht gegenseitig über Interviews mitteilen, was wir voneinander halten. Wir sollten also hier die Debatte führen, wenn auch nicht heute, so doch beim nächsten Mal, und zwar in einem geraumen Zeitabstand vor der Entscheidung, also drei oder vier Wochen vor dem Parteitag.

Erhard: Herr Kollege Gurk.

Gurk: Ich stimme der Auffassung zu, daß die Diskussion nicht zu spät vor dem Bundesparteitag hier in diesem Gremium geführt werden muß. Ich bitte aber auch, den Bundesparteiausschuß nicht zu übersehen, der unserer Entscheidung im Bundesvorstand einen breiteren Rückhalt gibt. Der Parteiausschuß muß also auch rechtzeitig einberufen werden.

In unserem Landesverband haben wir über die Frage schon diskutiert. Wir haben aber absichtlich vermieden, der Versuchung nach einem Presseinterview oder einer Verlautbarung zu unterliegen. Das halten wir nicht für gut, daß Namen pro und contra öffentlich zerredet werden. Wenn also möglich, sollten wir das nicht tun. Mein Hauptanliegen ist aber, vergessen Sie nicht, auch den Bundesparteiausschuß in dieser Frage zu hören.

Erhard: Kollege Heck!

Heck: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß schon richtig ist, so zu verfahren, wie Herr Stoltenberg vorgeschlagen und auch Herr Kohl zugestimmt hat, daß das Präsidium zunächst einmal alle Überlegungen bei sich sammelt und dann eine Meinung bildet, diese Meinung des Präsidiums dann dem Bundesvorstand vorträgt als Grundlage einer gründlichen Aussprache.

Im Augenblick scheint es so zu sein, daß die Meinungsbildung innerhalb der Partei im Gange ist. Ich halte es nicht für sehr glücklich, wenn wir beispielsweise für heute schon vorbereitet hätten, hier einen Beschluß zu fassen. Dann könnte es nämlich passieren, daß wir bis zum Parteitag von der Partei draußen unterlaufen würden. Das wäre keine gute Sache.

Herr Kollege Gurk, es ist selbstverständlich, daß hier so verfahren wird, wie es in der Satzung vorgeschrieben ist und wie es noch nie anders geschehen ist. Das letzte Mal gab es eine Kommission, in der die Dinge vorberaten wurden. Der Kommissionsvorschlag ist dann im Bundesvorstand diskutiert worden. Der Bundesvorstand hat sich eine Meinung gebildet und eine Empfehlung an den Parteiausschuß gegeben, der seinerseits eine Empfehlung an das Plenum gegeben hat.

Was die Termine anbelangt, Kollege Barzel, die Woche Ende März ist die Woche nach Ostern. Die eignet sich erfahrungsgemäß nicht für Bundesvorstandssitzungen. Wir hatten eigentlich vorgesehen, weil wir am 23. April zwei Landtagswahlen haben und wir nach diesen beiden Wahlen im Bundesvorstand zusammenkommen müssen, daß die nächste Vorstandssitzung am 24. April sein soll. Das ist also knapp einen Monat vor dem Parteitag. Ich glaube, daß das ein geeigneter Termin ist. Zu diesem Zeitpunkt wird das Präsidium eine ausgewogene und sorgfältig geprüfte Vorlage an den Bundesvorstand machen. Ich meine, der Bundesvorstand sollte das Präsidium damit beauftragen. Damit könnte man eigentlich diesen Punkt abschließen.

Erhard: Das würde ich auch vorschlagen. Sie sind damit einverstanden, meine Damen und Herren? – Dann kommen wir zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Finanzfragen

Heck: Bei den Finanzfragen könnte man vieles und vielerlei ansprechen. Hier geht es nur um eines, meine Freunde. Immer wieder, auch auf Landesparteitagen, ist zu hören, daß die Bundespartei in ihrer Führungsspitze möglichst kräftig organisiert werden soll, aber, meine Freunde, mit der Bestellung eines Generalsekretärs und der Wahl eines neuen Vorsitzenden alleine hat man noch keine starke Bundespartei. Das hängt auch etwas davon ab und damit zusammen, wie die Landesverbände das, was man zur Zeit mit einem Modewort – nämlich kooperativer Föderalismus innerhalb der Partei – bezeichnet, praktizieren. Hier ist ein Problem anzusprechen. Die finanzielle Lage der Bundespartei ist katastrophal. Das ist nicht übertrieben. Das Präsidium hat sich deswegen mit dem Gedanken befaßt, auf dem Parteitag Beschluß fassen zu lassen, daß die Mitglieder der Partei einen Beitrag an die Bundespartei abführen sollen. Wir dachten an monatlich 0,50 DM oder 6,00 DM im Jahr. Nun hat es aber gar keinen Sinn, Beschlüsse zu fassen,

die nicht durchgeführt werden. Durchgeführt werden können solche Beschlüsse nur, wenn die Landesvorsitzenden, die hier im Bundesvorstand sitzen, auch bereit sind, uns für ihren Landesverband eine entsprechende Zusage zu machen. Wir dachten daran, weil ja im Augenblick die Finanzsituation auch bei den Landesverbänden nicht gerade rosig ist, eine solche Regelung vielleicht stufenweise einzuführen, daß also für das Jahr 1967 pro Mitglied und Monat 0,20 DM an die Bundespartei abgeführt werden, bis wir dann – auf zwei oder drei Jahre gestaffelt – bei 0,50 DM enden. (*Kohl:* Herr Heck, zahlen dann alle Landesverbände wenigstens die 0,10 DM?) Nein! (*Heiterkeit.*)

Jetzt geht es in der Sache wirklich darum: Ich würde dringend widerraten, einen solchen Beschluß auf dem Parteitag fassen zu lassen, wenn uns die Landesvorsitzenden hier erklären würden, das ist alles schön, aber wir sind nicht in der Lage, es bei uns durchzusetzen.

Soviel wollte ich für das Präsidium hier sagen. Der Herr Bundesschatzmeister wird das, was hier anzustreben ist, mit noch mehr Nachdruck sagen; denn letzten Endes enden natürlich alle unsere Sorgen immer wieder bei ihm.

Erhard: Herr Kollege Burgbacher.

Burgbacher: Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Liebe Freunde! Ich bedauere, feststellen zu müssen als Bundesschatzmeister, daß ich mit dem Vorschlage des geschäftsführenden Präsidialmitgliedes nicht einverstanden sein kann. Das Präsidium hat meines Wissens über den Stufenplan keinen Beschluß gefaßt. Ich sag das nicht aus Spaß und Tollerei und weil ich die Schwierigkeiten nicht kenne, sondern aus Gründen der Notwendigkeit. Erlauben Sie mir nun einige Worte, und entschuldigen Sie, wenn ich einige Minuten um Ihre Aufmerksamkeit bitte.

Sie wissen, daß durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1958[59] die Abzugsfähigkeit der Spenden aufgehoben wurde, und daß in diesem Urteil das Bundesverfassungsgericht mit erhobenem Zeigefinger gesagt hat: Ihr Parteien könnt euch aber nach Art. 21 aus öffentlichen Mitteln finanzieren. Daraufhin haben wir im Bundestag und in einigen Landtagen die notwendigen Beschlüsse gefaßt, um das durchzuführen. Das hat in der Tat die materielle Unabhängigkeit der Partei von Dritten zur Folge gehabt und weiter, daß der hauptamtliche Mitarbeiterstab der Partei auf allen Ebenen erheblich verbessert wurde. Das hatte auch zur Folge, daß in der Besoldung und in den Sozialrechten, wie etwa die Altersversorgung für unsere hauptamtlichen Mitarbeiter, die Grundsätze zum Tragen kamen, die wir in der Politik von allen Bürgern verlangen.

Nun kam das Urteil vom Juli 1966.[60] In diesem Urteil hat das Hohe Gericht erklärt, daß man das Urteil von 1958 so hätte verstehen können – und daß es auch offenbar so verstanden worden wäre –, daß eine Finanzierung aus öffentlichen Mitteln zulässig sei. Aber das sei ein Irrtum, und es sei nicht zulässig, es sei verboten, öffentliche Mittel – und jetzt kommt ein sehr wichtiger Punkt – für laufende Aufwendungen der Partei in

59 BVerfG-Urteil vom 24. Juni 1958 (2 BvF 1/57, S. 51–71).

60 BVerfG-Urteil vom 19. Juli 1966 (2 BvF 1/65, S. 56–119). Das BVerfG erklärte die sich allmählich entwickelnde direkte staatliche Parteienfinanzierung für verfassungswidrig, da sie die Unabhängigkeit der politischen Willensbildung vom Staat verletze.

Anspruch zu nehmen. Dagegen – nun kommt ein Urteilsteil, der offenbar angeklebt ist – sei die Finanzierung von Wahlkämpfen in angemessener Höhe aus öffentlichen Mitteln zulässig.

Nun haben wir im Wahlkampf 1965 mit rund 200.000 DM den Etat überschritten. Die Wirtschaft hat von den zugesagten Spenden 5 Mio. DM nicht bezahlt. Deshalb sind wir mit 5 Mio. DM Bankschulden aus diesem Wahlkampf hervorgegangen. Die Wirtschaft hat aus diesen 5 Mio. DM bis heute knapp 400.000 DM abbezahlt. Dadurch ist eine katastrophale Lage entstanden, daß über Nacht das Fallbeil herunterfiel und keine öffentlichen Mittel mehr flossen. Dann haben wir uns durch Initiative der Schatzmeister aller Parteien dieses Hohen Hauses zusammengesetzt. Ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß Parteifinanzfragen am besten im Einvernehmen mit allen Parteien des Hauses geregelt werden können.

Das ist ein Thema, bei dem auch bei sachlicher Berechtigung politische Lorbeeren für eine Partei unter keinen Umständen zu gewinnen sind. Das Ergebnis ist das Parteiengesetz, das in erster Lesung durchgelaufen ist und von dem Vorsitzenden des Innenausschusses für alle Fraktionen begründet wurde.[61] Es sieht vor, 2,50 DM pro Wahlberechtigten zu vergüten. Das würde in der Zukunft ungefähr 30 bis 35 Mio. DM ausmachen. (*Gurk:* Von denen aber die Landesverbände keinen Pfennig sehen!) – Doch, Moment! Sie sehen mich schlechter an, als ich in Wirklichkeit bin. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Ich habe aus Gründen der Überlastung und zur Vermeidung von Gewissenskonflikten unseren Freund Horten[62] gebeten, diese Sache zu übernehmen; der Rheinische Parteitag hat ihn mit großer Mehrheit gewählt. (*Lebhafte Unruhe.*) Die Gelder werden wie folgt ausgezahlt: 10% im 2. Jahr nach der Wahl, 15% im dritten Jahr, 35% im Wahljahr und 40% im Jahr nach der Wahl.

Nun steht aber die Frage unseres Freundes Gurk hier. Diese Vergütung der Wahlkampfkosten durch das Parteiengesetz ist ihrer Höhe nach mitbestimmt worden durch die Darlegung der Schatzmeister am Bundesverfassungsgericht über die Gesamtaufwendungen der Parteien für den Wahlkampf. Daraus ergibt sich eine berechtigte Teilnahme der Landesverbände an diesen Mitteln. Das ist der Grundsatz. Über die Höhe und die Methode müssen wir uns mit den Landesvorsitzenden verständigen.

Wir haben dann gleichzeitig mit der Konferenz der Landtagspräsidenten, die eine Kommission aus vier Landtagspräsidenten gewählt hat – in der auch unser Freund Gurk vertreten ist –, Verhandlungen über die Vergütung der Landtagswahlkämpfe geführt. Dort wurden im Einvernehmen – mit Ausnahme des Landes Hessen – 1,50 DM pro Wahlberechtigter vorgesehen, und zwar mit dem gleichen prinzipiellen Auszahlungsmodus wie bei der Bundestagswahl: 10, 15, 35 und 40%. (*Kohl:* Die Gesetzesvorlagen in den Ländern sehen aber anders aus, z. B. in Bayern!) – Nein, die von Bayern sieht

61 „Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz)" vom 24. Juli 1967, BGBl 1967 I S. 773.

62 Alphons Horten (1907–2003), Fabrikant; 1965–1972 MdB (CDU), stv. Vorsitzender des Wirtschaftsrats der CDU. Memoiren: Rückblick auf ein Jahrhundert. Erinnerungen eines Zeitzeugen. Freiburg/Breisgau 1997.

1,50 DM vor. Ich muß mich verlassen auf die Erklärung der Kommission der Landtagspräsidenten.

Die Wahl in Nordrhein-Westfalen war am 10. Juli. Das Urteil stammt vom 19. Juli. Das Jahr nach der Wahl läuft aber noch. Deshalb können, wenn das Gesetz verabschiedet ist, die 40% in Nordrhein-Westfalen ausgezahlt werden.

Die Bayern sind klug wie immer. Sie haben nach dem 19. Juli gewählt und können ihre Kosten voll vergütet bekommen mit Ausnahme der 40%, die im nächsten Jahr gezahlt werden. Dann geht der Rhythmus für die nächste Wahl weiter.

Nun der kritische Punkt! Es ist völlig contra legem, aus diesen Geldern laufende Aufwendungen der Parteien zu finanzieren. Geschähe das, wäre damit die Grundlage für ein neues Verfassungsgerichtsurteil gelegt; wir können nicht erklären, die laufenden Aufwendungen sind nicht aus Wahlkampfgeldern bezahlt, wenn wir sonst keine Einnahmen haben. Das ist also eine zwingende Lage. Wir haben den Bundeshaushalt der Partei noch stärker gekürzt, als unser Freund Strauß den Haushalt der Bundesregierung gekürzt hat. Ich glaube, daß wir ihn um 40 oder 50% zurückgenommen haben, aber es bleiben zwischen 4 und 6 Mio. DM im Jahr. Darunter sind 1 Mio. DM Altersversorgungsbeiträge für alle hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei auf Bundes-, Landes- und Kreisebene.

Wie ist es mit der Wirtschaft? Die Wirtschaft hat uns am 19. September bei Ihnen, Herr Bundeskanzler Erhard, für die Übergangslösung 1 Mio. DM zugesagt.[63] Auf diese 1 Mio. DM, die spätestens am 31. Dezember fällig waren, sind bis heute 190.000 DM bezahlt worden. Ich bin der Meinung, wir sollten die Wirtschaft um weitere Spenden angehen. Es wäre aber für die Partei ein unerträglicher und politisch unerwünschter Zustand, wenn sie für ihre laufenden Aufwendungen ausschließlich von Spenden der Wirtschaft abhängig wäre. Sie können nach meiner Meinung nur additiv sein; das ist auch sehr nützlich.

Deshalb habe ich im Präsidium gebeten, daß die Landesverbände pro Mitglied und Jahr 6,00 DM – monatlich 0,50 DM – abführen. Damit wären knapp 2 Mio. DM des laufenden Haushalts gedeckt, mehr nicht; denn wir haben 300.000 Mitglieder, die gut 3 Mio. DM im Jahr zahlen.

Die SPD hat 720.000 Mitglieder, die im Jahre 1966 16,5 Mio. DM gezahlt haben. Unsere Mitglieder zahlen statistisch im Schnitt 10,00 DM im Jahr, die Mitglieder der SPD dagegen 22,00 DM. Blieben wir bei der Zahl unserer Mitglieder, hätten aber den Durchschnittsbeitrag, den die SPD hat, dann hätten wir statt der 3 Mio. DM dann 7 Mio. DM. Würden wir die Mitgliederzahl erhöhen, dann wäre das noch günstiger.

Ich bitte um Entschuldigung. Viele von Ihnen werden es als schrecklichen Optimismus ansehen, aber ich bin der Meinung, daß wir in wenigen Jahren auf einen Mitgliederbestand von etwa 500.000 und auf eine Jahreseinnahme von 10 Mio. DM kommen müssen; denn die Psychologie beim Bundesverfassungsgericht und in der öffentlichen

63 Am 16. September 1966 fand ein Abendessen mit Vertretern der Wirtschaft bei Bundeskanzler Erhard statt, vgl. ACDP 01–554–001/1.

Meinung ist natürlich ganz miserabel, wenn die eigenen Mitglieder nicht das Zumutbare an Beitragsleistung aufbringen.

Nun weiß ich natürlich, daß es sehr schwer ist, heute einen Beschluß zu fassen. Ich will es auch nicht. Ich möchte aber höflichst darauf aufmerksam machen, daß nicht nur der Herr Bundesparteivorsitzende und seine Stellvertreter oder der Bundesschatzmeister die Verantwortung für die Finanzierung der Partei haben, sondern Sie alle, meine Damen und Herren, als Bundesvorstand, bei einem nicht eingetragenen Verein. (*Etzel:* Mit klingender Münze!) Ich bin der Meinung, daß wir folgendes machen sollten: Wir sollten die Herren Landesvorsitzenden mit ihren Landesschatzmeistern zu einer besonderen Sitzung einladen, in der wir über folgende Themen sprechen: 1. 6,00 DM im Jahr oder 0,50 DM pro Monat, 2. über die Aufteilung der Bundestagswahlkampfkosten auf Bund und Länder.

Das würde ich dann noch vor dem Bundesparteitag für notwendig halten, damit wir auf dem Bundesparteitag mit einem einvernehmlichen Vorschlag des Präsidiums und der Landesvorsitzenden auftreten können. Ich würde dabei auch anbieten, daß derjenige, der zahlt, auch mitwirken soll bei der Aufstellung des Etats, d. h., daß wir den Landesvorsitzenden die Möglichkeit geben, bei der Aufstellung des Etats mitzuberaten. Dann ist das eine Tagesordnung, die in einem Punkt zugunsten der Bundespartei, in einem anderen Punkt zugunsten der Landesparteien geht. Es ist sicher kein Geheimnis, wenn ich sage, daß zwar kein formeller, aber ein innerer Zusammenhang zwischen diesen beiden Punkten besteht. (*Etzel:* Wie zahlen Sie die Schulden?) Da unser Freund Etzel den Zwischenruf gemacht hat, fühle ich mich zunächst veranlaßt, hier unserem Freund Etzel für seine entscheidende Hilfe in den kritischen Wochen den Dank der CDU zu sagen. (*Beifall.*) Die Bankschulden betragen knapp 3 Mio. DM, die Gesamtschulden 5 Mio. DM.

Wir streben noch folgendes an. Zunächst müssen wir zwischen echter Deckung und liquider Abdeckung unterscheiden. Die liquide Abdeckung kann natürlich erfolgen, wenn die Mittel fließen, aber nicht die buchmäßige, die Schuld bleibt bestehen. Wir hoffen, daß wir für die Bundestagswahl 1965 im Bundesparteiengesetz – was bis jetzt noch nicht im Entwurf steht – noch eine bescheidene Übergangsregelung im Sinne des Vertrauensschutzes durch das neue Urteil erreichen.[64] (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

Erhard: Herr Kollege Strauß.

Strauß: Ich möchte diesen speziellen Punkt anschneiden, ohne mich in das Finanzgefüge und die Aufgliederung des Beitrages einmischen zu wollen. Es betrifft einen Punkt, der auch schon im Fraktionsvorstand der CDU/CSU behandelt worden ist. Soviel ich weiß, findet heute oder morgen, Herr Gerstenmaier, eine Sitzung des Bundestagsvorstands statt, in der nochmals und wahrscheinlich letztmalig über den Haushalt des Bundestags beraten werden soll, dessen Höhe noch nicht im gesamten Haushalts-

64 Vgl. Heino KAACK: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen 1971 S. 382–389. – Zum Gesetzentwurf vgl. Anm. 69.

plan eingefügt ist. Ich kann es mit ganz wenigen Worten sagen. Es wird bei der CDU nicht anders sein als bei uns, daß nämlich jeder Abgeordnete in seinem Wahlkreis ein sogenanntes Wahlkreissekretariat hat. Wir haben 42 Stimmkreise und dementsprechend auch Wahlkreissekretariate.

Diese Wahlkreissekretariate kosten uns im Durchschnitt im Monat zwischen 1.500 und 2.000 DM. Mehr als die Hälfte der Arbeit, die von den Wahlkreisgeschäftsführern geleistet wird, ist Arbeit für den Abgeordneten. Sie hat mit der Arbeit der Partei, der Organisation, Mitgliederwerbung, Versammlungsvorbereitung, Wahlkampfpropaganda usw. unmittelbar nichts zu tun. Der größte Teil dieser Arbeit liegt in der Beantwortung der Abgeordnetenpost und Interventionen, Petitionen usw. Solche werden ja in zahlreicher Fülle an den Abgeordneten herangetragen. Das ist nicht damit getan, daß er den Eingang dankend bestätigt und dann das Schreiben in den Papierkorb wirft, weil man keine Möglichkeit mehr hat, ein vernünftiges Petitum weiter zu verfolgen.

Ich trete immer dafür ein, daß trotz des Gebotes der Sparsamkeit und der Knappheit der Mittel über die Fraktionen die Arbeit der Abgeordneten und damit auch die Entlastung der Parteifinanzen usw. erleichtert wird. Das würde bei uns z. B. – bei Ihnen gilt es ja pro rata genauso – so aussehen, daß man 1.000 DM je Abgeordneten, ohne daß man unterscheidet zwischen Stimmkreis, Abgeordnetensitze usw., über die Fraktionen für die Tätigkeit der Wahlkreissekretariate zur Verfügung stellt. Das wäre schon eine wesentliche Entlastung für die Finanzierung dieses Apparates, der, jedenfalls bei uns, ohne diesen Zuschuß auf die Dauer nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Wir haben immer wieder die Erfahrung gemacht, der Abgeordnete kann noch so tüchtig sein, er kann sich persönlich noch soviel anstrengen, die Organisation seines Apparates zu Hause ist für die Präsenz der Partei im Wahlkreis von entscheidender Bedeutung.

Hier würde es auch dem Sinn und Tenor des Karlsruher Urteils entsprechen, wenn diese Tätigkeit, die ja Parlamentstätigkeit ist, zur Wahrnehmung der parlamentarischen Funktionen gegenüber den Wählern, nicht mehr von den schon jetzt in geraumster Weise beschnittenen Parteimitteln und in Zukunft völlig unzulänglich finanziert werden würde, sondern wenn dies über den Haushalt des Bundestags geschehen könnte.

Erhard: Herr Stecker[65].

Stecker: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der letzte Vorschlag ist schon einmal in einer Sitzung der Landesvorsitzenden erörtert worden. Es wurden dabei zwei Bedenken geäußert, ein Bedenken von den Abgeordneten – das habe ich vorgebracht –, daß es in der Öffentlichkeit heißt, wir bekommen wieder 1.000 DM mehr, ohne daß das überhaupt in unseren Verfügungsbereich hineinkommt. Das zweite ist, von der Partei aus gesehen, daß, wenn das Geld unmittelbar an die Person des Abgeordneten gebunden ist, der Parteisekretär nicht mehr der Partei, sondern der Wiederaufstellung des jeweiligen Abgeordneten für die nächste Wahl zu dienen hätte. Hier könnte sich ein Dilemma ergeben. Ich bin der Meinung, weil ich weiß, wie sehr wir in finan-

65 Dr. Josef Stecker (geb. 1916), Rechtsanwalt; 1952–1961 Oberkreisdirektor des Kreises Meppen, 1957–1969 MdB (CDU), Mai bis Juni 1963 MdL Niedersachsen, 1969–1983 Präsident des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes.

ziellen Nöten sind, daß sich hier vielleicht eine Konstruktion finden läßt, die diesen beiden Übelständen begegnet. Ich würde nicht sagen, daß man das ohne weiteres ablehnt; denn wenn man mit der Parteifinanzierung zu tun hat, weiß man, wie schwer es ist, heute noch eine praktische Arbeit in den Kreisverbänden zu leisten.

Damit komme ich auf das, was der Kollege Burgbacher gesagt hat. Ich möchte ganz klar sagen, daß ich es für eine Illusion halte, daß bei der derzeitigen Konstruktion der Union Geld von den einzelnen Mitgliedern bis an die Bundespartei herankommt. Wir sind in einer Phase, in der wir uns darum bemühen, in den Kreisverbänden das Gefühl wachzurufen, daß sie sich selbst helfen müssen, aus ihren eigenen Mitteln ihre örtliche Parteiarbeit leisten, und zwar ohne Zuschüsse von oben. Daß sie etwas abliefern, ist im derzeitigen Stadium überhaupt nicht realisierbar.

Ich sage Ihnen auch, Herr Kollege Burgbacher, ich halte es bei der jetzigen Konstruktion nicht für richtig; denn wir haben Kreisverbände mit 40 Mitgliedern und solche mit 2.000 Mitgliedern. Es wäre auf die Dauer unmöglich, ohne daß das entsprechende politische Gewicht dahintersteht. Ein Kreisverband ist sehr aktiv in der Mitgliederwerbung, der also mehr geleistet hat als ein anderer, und der würde dann dafür bestraft. In meinem Landesverband Hannover ist es schon sehr schwierig, die 0,10 DM aufzubringen. Ich halte es also für ausgeschlossen, daß das Geld an die Bundespartei herankommt.

Wenn wir uns ansehen, wie der Wirtschaftsverband das macht, so könnten wir hier einige Möglichkeiten finden. Ich halte es nicht für so gefährlich, wenn die Bundespartei Spenden bekommt, als wenn in den einzelnen Kreisverbänden, etwa bei der Aufstellung der Kandidaten, massive Einflüsse der Wirtschaft zur Geltung kommen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Erhard: Herr Kohl.

Kohl: Ein paar Worte zu den Vorschlägen, die Herr Strauß vorgetragen hat! Herr Strauß, ich bin damit einverstanden, wenn sichergestellt ist, daß das, was innerparteiliche Demokratie ausmacht, damit nicht gefährdet wird. Es ist in der Praxis so, daß normalerweise ein Kreisparteisekretariat beileibe nicht die Aufgabe hat, ausschließlich und zunächst nur für den Bundestagsabgeordneten zu arbeiten. Es hat in der Regel – so finanzieren wir zu einem großen Teil unsere Sekretariate – auch die Aufgabe, für die kommunalen Belange der Kreistagsfraktion einzutreten oder für die Landtagsabgeordneten. Sie haben enorme Einflüsse über die – auch nach Karlsruhe – möglichen Aufwendungen, die die Kreistage oder die Stadträte beschließen. Das ist in der Praxis ein ganz wichtiger Faktor. (*Starke Unruhe. – Lücke:* Das ist doch nur ein Zuschuß, diese 1.000 DM, die Strauß meint. Mit 1.000 DM kann man keine Geschäftsstelle betreiben!) Wenn das also ein Zuschuß für den Geschäftsführer ist, dann bin ich damit einverstanden. (*Lücke:* So ist es gedacht! – *Lebhafte Unruhe.*)

Nun das andere. Seit Jahr und Tag reden wir über Parteireform, aber was wir jetzt hier besprechen, ist doch die Bankrotterklärung unserer ganzen Diskussion zur Parteireform.

Ich unterstütze voll und ganz Herrn Burgbacher, daß eine Partei in sich schon abgedankt hat, die nicht mehr in der Lage ist, sich zu einem Teil selber zu finanzieren, die also ausschließlich auf Spenden und öffentliche Kassen angewiesen ist. Ich muß schon sagen, wenn ich etwa die Beiträge, die heute bei Altherrenverbänden der Korporationen, beim Rotary-Club usw. spielend gezahlt werden, übrigens auch von Leuten, die bei uns in Rang und Position sind, und wenn ich dann erlebe, wie die gleichen Leute anfangen zu feilschen, wenn es um den Parteibeitrag geht, dann habe ich dafür überhaupt kein Verständnis.

Ich bin der Auffassung, es ist keine Schande, in der CDU nicht Mitglied zu sein, es ist aber eine ausgesprochene Schande, Mitglied zu sein und nichts zu zahlen, nicht einmal einen Beitrag zu zahlen, den ich beinahe in einzelnen Fällen als unsittlich bezeichnen möchte. Wenn jemand eine Dissertation schriebe über das innere Gefüge der CDU und würde den Bundesschatzmeister zitieren mit einem Durchschnittsbeitrag von 10,00 DM im Jahr, dann könnte er klar nachweisen, daß die CDU keine demokratische Partei ist; denn eine demokratische Partei hat in ihrer Satzung bestimmte Erfordernisse. Sie muß zu Generalversammlungen usw. einladen. Aufgrund der heutigen Postgebühren – das weiß jeder von Ihnen – können Sie mit diesen Einnahmen von 10,00 DM im Jahr – da geht noch etwas ab für den Mann, der den Beitrag einsammelt – nicht einmal die einfachste demokratische Grundordnung finanzieren durch Posteinladungen usw., weil die Portokosten höher sind als das, was die Partei einnimmt. Ich halte das für einen ganz unerträglichen Zustand.

Sie haben völlig recht, Herr Burgbacher, und ich trete Ihnen da hundertprozentig bei, daß das Ziel sein muß eine Größenordnung, wie Sie sie nannten, nur muß dann die stillschweigende Mitgliederaufnahmesperre, die in weiten Bereichen der Gebiete der CDU Deutschlands herrscht, insbesondere vor Kandidatenaufstellungen, verschwinden. Dann muß endlich das Prinzip verschwinden, das sich hier und da in einem für mich erstaunlichen Honoratiorendenken zeigt, und zwar bei jung und alt. Das ist kein Zustand, der sich an das Alter etwa bindet, sondern er ist bei jung und alt gleichermaßen vorhanden.

Ich stelle also mit großer Bestürzung fest, daß manch einer, der sich in der Literatur sehr über eine Parteireform ausgelassen hat, dann in der Praxis des Lebens, wenn man ihn selber stellt, ganz anders reagiert. Ich meine also, wir sollten den Vorschlag von Herrn Heck zunächst einmal akzeptieren. Es nützt Ihnen gar nichts, wenn Sie jetzt 5,00 DM beschließen. Es nützt Ihnen aber etwas, wenn Sie heute ein Nahziel haben. Ich will Ihnen hier sagen, daß ich bereit bin, am nächsten Freitag bereits meinem Landesvorstand vorzuschlagen, daß wir der Bundespartei für das Jahr 1967 90.000 DM für den Landesverband anbieten. Das sind 2,50 DM je Mitglied. Das ist etwa das, was Herr Heck hier genannt hat. Ich kann Ihnen sagen, das fällt mir vor einer Landtagswahl – wir haben uns gestern über die Finanzlage eingehend unterhalten – recht schwer. Ich halte es aber einfach für unmoralisch, als Landesvorsitzender und Repräsentant der Partei so zu tun, als ginge mich die Bundespartei in diesem Zusammenhang überhaupt nichts an,

etwa darüber zu reden, wer im Bundesvorstand sitzt, wer Bundesvorsitzender wird und alles mögliche, dann aber die Verantwortung zurückschlägt und nicht mitmacht.

Ich meine, das wäre ein Anfang. Ich höre nun, daß andere dazu nicht in der Lage sind. Ich muß Ihnen allerdings sagen, es ist sehr schwer, so etwas in einem Landesverband zu vertreten, wenn man weiß, daß in der CDU Deutschland es Kreisverbände gibt, die im Monat 0,20 DM Beitrag im Durchschnitt für ihre Mitglieder erheben. Ich bestreite entschieden, daß das überhaupt der Einnahmesituation unserer Bevölkerung noch entspricht, daß das überhaupt eine Größenordnung ist, über die man vernünftigerweise miteinander diskutieren kann.

Nun die entscheidende Frage! Hier sollten wir von den Sozialdemokraten lernen. Der sozialdemokratische Parteitagsdelegiertenschlüssel beruht auf der Abrechnung der Landesverbände und Parteiorganisation. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß dort, wo die Rechte verteilt werden, diejenigen genauso dastehen, die etwas leisten und bereit sind, etwas zu tun, als jene, die sich überhaupt nicht um unsere Dinge kümmern. Der Herr Stecker hat das Beispiel gebracht von den Kreisverbänden, daß nämlich der eine 50 Mitglieder und der andere 2.000 hat. Ich kann diesen Vergleich von mir aus nicht akzeptieren. Ich meine, man sollte den Versuch machen, jetzt einen Kompromiß herbeizuführen in einer Größenordnung, wie sie Herr Heck nannte, um dieses Geld aufzubringen.

Zweitens – das scheint mir eine Voraussetzung des ersten zu sein – sollten wir darüber Beschluß fassen, daß Mitglied nur derjenige ist, der einen Beitrag in einer angemessenen und zumutbaren Höhe zahlt. Das hat Auswirkungen auf unseren Parteitag. Die Parteileichen müssen dann halt in Gottes Namen hier und da verschwinden.

Es ist doch skandalös – ich verwende diesen Ausdruck bewußt –, daß wir erst über ein Parteiengesetz in diesem Punkt zur innerparteilichen Demokratie kommen, daß also nur durch ein Parteiengesetz eine Chance besteht, um hier zu geordneten Verhältnissen zu kommen.

Ich finde, es ist nahezu überall möglich. Das Land Rheinland-Pfalz hat Gebiete, die sehr schwierig für die CDU zu bearbeiten sind. Es hat Gebiete, die weniger schwierig zu bearbeiten sind. Ich habe also schon persönliche Vorstellungen und Erfahrungen. Es ist jetzt nahezu überall so, das Gelder gegeben werden aus den Landtagen. Es ist nicht ganz so, Herr Burgbacher, ich muß es noch einmal sagen, die Zahlen sind zwar, wenn es ums Geld geht, sehr verschieden. Unsere Berliner Freunde haben eine ganz schlaue Lösung gefunden; die geben sich für das Wahljahr Geld, womit nicht ausgeschlossen ist, daß für das kommunale Wahljahr wiederum Gelder gegeben werden. Wenn Sie das zusammenaddieren und durch 4 teilen ... (*Lebhafte Unruhe. – Stingl:* Das gibt es doch nicht!)

Aber es gibt ein anderes Bundesland, ich will den Namen nicht nennen, da wird das gleiche auch im kommunalen Wahljahr gemacht. In diesem Bereich kommen sie schon auf einen ganz erklecklichen Betrag. Ich würde also bitten, sich hier einmal darüber auszusprechen, ob wir nicht die Mitgliedschaft und das Recht aus der Mitgliedschaft auch an die Beitragsleistung binden. Es ist einfach sinnlos, sich hier über Geldfragen zu

unterhalten, und dann existieren Landesverbände, die Delegierte abstellen, aber im finanziellen Bereich nicht ihren Beitrag leisten.

Hier Ordnung zu schaffen, scheint mir eine unabdingbare Voraussetzung zu sein. Ich bin sicher, es können mit einigem guten Willen und einiger Anstrengung alle unsere Landesverbände die 0,20 DM leisten, die Herr Heck vorgeschlagen hat. Diese Behauptung stelle ich auf, und ich habe versucht, den Beweis dafür gleich anzutreten. (*Beifall.*)

Erhard: Herr Klepsch.

Klepsch: Ich möchte dem generellen Teil, von dem Herr Kohl gesprochen hat, nichts hinzufügen, aber doch zu dem Vorschlag unseres Freundes Strauß etwas sagen. Ich fühle mich dazu verpflichtet, zumal ich der Vertreter einer Reihe von Antragsstellern bin, die dem Bundesvorstand einen konkreten Antrag unterbreitet haben. Es geht allerdings in einer etwas anderen Richtung, als Sie es hier vorsehen.

Bei allen jüngeren Kollegen, sowohl bei der SPD wie auch bei der CDU-Fraktion, sind wir der Meinung, daß die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen der Abgeordneten außerordentlich schlecht sind, gerade in Richtung darauf, daß ihnen praktisch überhaupt keine Hilfskräfte zur Verfügung stehen. Wir glauben nicht, daß dieser Zustand dadurch gebessert wird, daß an die Partei über die Fraktion Zuwendungen für den Wahlkreis erfolgen. Wir werden auch für eine solche Lösung nicht eintreten, auch nicht im Plenum des Bundestags, das kann ich ausdrücklich sagen; sondern wenn es um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Bundestagsabgeordneten geht, dann soll es sich auch wirklich um eine Verbesserung handeln. Unsere Mindestvorstellung ist, daß jeder Abgeordnete eine Schreibkraft erhält.

Die ganzen Manipulationen, die hier für eine Übergangszeit oder wie auch immer vorgesehen sind, scheinen uns nicht das Gegebene zu sein. Ich darf das mit dieser Schärfe sagen, weil es keinen Zweck hat, daß es jetzt verschwiegen, aber nachher doch offenbar wird.

Zu dem, was hier im allgemeinen erzählt wird über die Einstellung im Wahlkreis, das Wiederaufstellungsverfahren usw., möchte ich mich jeder Äußerung enthalten; denn unser Antrag zielt in diese Richtung überhaupt nicht, sondern zielt auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich möchte ganz ausdrücklich sagen, wir haben den Antrag etwas erweitert. Eigentlich bräuchte jeder einen Assistenten und eine Schreibkraft. (*Starke Unruhe und Widerspruch.*) $^1/_5$ der Abgeordneten hat eine privilegierte Position. (*Unruhe.*) Es sind Leute, die Ausschußvorsitzende oder sonst etwas sind, wo es eine Schreibkraft dazu gibt. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Ich habe ja nicht die Aufgabe, Ihnen das hier zu erläutern. Das werde ich dem Bundestagsvorstand vortragen. Worum es mir hier geht, ist folgendes, festzuhalten, daß wir nicht dafür sind, eine so geartete Lösung zu treffen, wie sie hier inauguriert wird. Ich sage das, damit nicht hier von einer Position ausgegangen wird, die sich nachher doch nicht halten läßt. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Erhard: Das Wort hat Herr Dr. Scheufelen.

Scheufelen: Wenn man die Situation sieht, können wir nicht darum herum, etwas für die Bundespartei zu tun. Erfahrungsgemäß braucht man auf der Kreisebene auf minde-

stens 100.000 Einwohner einen hauptamtlichen Mitarbeiter. In manchen Gegenden muß man heruntergehen bis auf 60.000 oder 70.000 Einwohner. Das bedingt, daß wir auf der Kreisebene ungefähr 600 hauptamtliche Mitarbeiter haben müßten. Aber dieser Tatbestand ist in weiten Bereichen nicht gegeben. Wir wissen aus Erfahrung, daß dort, wo diese dichte Arbeit nicht gegeben ist, auch der Erfolg ausbleibt.

Wir müssen uns deshalb bei der Wertung der Dinge darauf einstellen: Was ist das wichtigste und muß eingespart werden? Es erhebt sich die Frage, ist es richtiger, bei den Kreisgeschäftsführern zu sparen oder in den Landesgeschäftsstellen und der Bundesgeschäftsstelle? (*Burgbacher:* Die Einnahmen müssen erhöht werden. Was Sie sagen, ist völlig daneben!) Ich möchte nur mal die Wertung geben und einige Zahlen nennen. Im Jahre 1958/59 hatte der Etat der Bundespartei eine Größenordnung von 1,5 Mio. DM. Wir haben heute einen Etat von rund 5 Mio. DM. Davon muß man aber 1 Mio. DM abziehen für die Altersversorgung. Wir haben also in etwa eine Verdreifachung des Etats inzwischen erreicht. (*Russe:* Sie müssen sagen, warum wir eine Verdreifachung haben!) Aus zwei Gründen. Wir hatten damals ungefähr 60 hauptamtliche Mitarbeiter. Ich weiß nicht, wie viele es im Augenblick sind. Man ist heraufgegangen auf 160, dann aber wieder heruntergegangen.

Ich begrüße es, daß, wenn nun über den Etat der Bundespartei gesprochen wird, die Landesvorsitzenden die Möglichkeit eines Mitspracherechts haben, damit man diesem Gesichtspunkt auch Rechnung tragen kann. Mir war nicht bekannt, daß die Bundespartei beim Bundestagswahlkampf Gelder an die Landesparteien gegeben hat. Ich frage, wird die Arbeit, die für die Wahl geleistet wird, aus diesen Mitteln honoriert oder nicht? (*Burgbacher:* Die Mittel, die auf diesem Wege an die Bundespartei oder die Landesparteien fließen, dürfen nur für unmittelbare Wahlkampfzwecke ausgegeben werden!) Wenn man nachweist, daß ein bestimmter Kreis von Geschäftsführern ausschließlich für die Wahl arbeitet, dürfen die davon honoriert werden? Ist es so? (*Burgbacher:* Es ist so! – *Gerstenmaier:* Nichts ist so!)

Diese beiden Dinge, das Mitspracherecht der Landesparteien und die Möglichkeit der Verwendung der Gelder für die Arbeiten bei der Wahl, sind enorm wichtig. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Erhard: Herr Kollege Gerstenmaier! Er legt hoffentlich den Finger auf die neuralgische Stelle.

Gerstenmaier: Meine Herren! Ich habe mich eigentlich nur gemeldet, nachdem ich die Rede unseres Freundes Strauß gehört habe. Ich bin dankbar, daß Sie mir das Wort geben, weil ich mich jetzt wirklich verpflichtet fühle, etwas zu sagen. Dem schönen Optimismus, der sich hier in den letzten 20 Minuten ausgebreitet hat, muß ich einige Worte kräftig entgegenhalten.

Wir haben uns im Laufe der letzten 15 Jahre im Bundesvorstand der CDU so oft von Illusionen genährt, meine Herren! Meistens habe ich dagegen geredet. In diesem Augenblick muß ich es mit voller Überzeugung tun und sagen, daß, wenn ich es nicht täte, ich mich wegen einer Unterlassung schuldig fühlen würde, die ich nicht vertreten könnte. (*Blumenfeld:* Wir sind ja schon bankrott!) Es handelt sich hier nicht um bankrott,

sondern das ist eine rein fiskalische Betrachtung. (*Unruhe und Heiterkeit.*) Es geht um die Sanierungsmaßnahmen, die für den Bankrott vorgeschlagen werden. Eigentlich noch schlimmer als der Bankrott sind die dafür vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen, die als Realität angesehen werden. (*Starke Unruhe.*)

Wenn es bei der Linie im großen und ganzen bleibt, dann möchte ich beinahe wetten, daß Sie auf diesem Wege jedenfalls nicht zu Geld kommen. Dieses Gesetz, auch wenn es etwas geändert wird, mit dem sanften Einfluß unserer Vertreter im Innenausschuß, steht unter der schweren Last, daß es etwas ausschreibt, was nicht im Urteil von Karlsruhe steht, sondern in der Urteilsbegründung recht vage, auch für den Nichtjuristen, und unbefriedigend niedergelegt ist.

Ich will jetzt nicht auf die rechtliche Frage eingehen, ob das ein angemessenes Verhalten für den Bundesgesetzgeber ist, eine Urteilsbegründung von 80 Seiten aufzuschreiben und z. T. wörtlich zu übernehmen. Ich will davon gar nicht reden, sondern ich sage nur folgendes: Die Sachverständigen sind sich darüber einig, daß, wenn dieses Gesetz in der Karlsruher Form durchgeht, es dann keineswegs prozeßfest ist, sondern daß wir eine Flut neuer Verfassungsprozesse bekommen gegen dieses Gesetz, daß wir weiter Einstweilige Anordnungen bekommen, auch wenn wir so beschließen, wie es Herr Burgbacher vorgetragen hat, mit den verschiedenen Prozentsätzen, so daß also das Auszahlen des Geldes nicht möglich wird. So ist die Situation im Augenblick.

Es gibt noch einen anderen Gesichtspunkt, auf den der Herr Dr. Güde[66], wie ich glaube, mit vollem Recht hingewiesen hat, daß wir bis jetzt auf diesem Gebiete zwar Verfassungsprozesse gehabt haben, daß aber, wenn das Gesetz so durchgeht, wie es jetzt vorliegt, wir auch noch mit dem Strafrichter werden rechnen müssen, weil nämlich die dauernde Schuldvermutung bestehen bleibt, daß man zwischen dem „stehenden Heer" und dem Fall der „Mobilmachung" – Fall der Mobilmachung wäre der Beginn des Wahlkampfes – erst dann Geld ausgeben darf, wenn der Startschuß für den Wahlkampf amtlich gefallen ist. Das stehende Heer braucht man aber, um in diesen Wahlkampf überhaupt hineingehen zu können.

Das also nun dann fein säuberlich zu trennen, ist das Geheimnis des Karlsruher Urteils. Hiernach muß nämlich säuberlich getrennt werden. Es gibt Leute genug, die uns sagen: Ihr kommt gegen die Schuldvermutung, weil ihr diese Trennung nicht säuberlich durchgeführt habt, überhaupt nicht an, und ihr riskiert deshalb laufend neben den Verfassungsprozessen auch noch eine Reihe von Strafprozessen. (*Etzel:* Im Strafrecht gibt es keine Schuldvermutung!) Aber einen Betrug und eine Untreue! (*Etzel:* Aber keine Vermutung!) Herr Güde hat es uns gesagt. Ich warne davor, von dieser Sache, so wie sie jetzt steht, eine finanzielle Sanierung der Partei zu erwarten. Das ist so nicht möglich.

Wir haben Gegenvorschläge gemacht, die auch noch nicht eine vollständige Sanierung bringen werden, die uns aber vor einer solcher Gefahr einer Flut neuer Prozesse

66 Max Güde (1902–1984), Jurist; 1929–1932 Staatsanwalt, 1933–1943 Leiter des Amtsgerichts Wolfach, 1945–1950 Oberstaatsanwalt in Karlsruhe, 1950–1961 Mitarbeiter der Bundesanwaltschaft Karlsruhe (1955 Präsident des Vierten Strafsenats, 1956 Oberbundesanwalt und 1957–1961 Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, 1961–1969 MdB (CDU).

usw. schützen. Ich weiß nicht, ob wir mit diesen Vorschlägen durchkommen. Dazu gehört eine Verfassungsergänzung des Art. 21[67], weil sie uns allein von dieser Begründung dieses Urteils, von der höchst fatalen Fiktion darin trennen könnte, so daß damit dem Bundesgesetzgeber wieder in die Hand gegeben würde, was er ohnehin tun müßte.

Ich wiederhole, ob wir also damit durchkommen, kann ich im Augenblick nicht überschauen, weil die Situation bei der SPD in dieser Hinsicht denkbar schwierig ist. Es gibt in der SPD drei Gruppen, die sich hier erbittert bekämpfen. Jedenfalls glaube ich, daß wir überhaupt eine Chance, eine nennenswerte Entlastung finanzieller Art zu bekommen, nur dann haben, wenn die CDU in dieser Geschichte knallhart und einig ist, auch, Herr Bundeskanzler, gegenüber dem sich in schwieriger Situation befindlichen Koalitionspartner.

Die führenden Köpfe beim Koalitionspartner haben das Problem inzwischen begriffen. Neulich noch hat mir einer gesagt, das würde bei ihnen zur Koalitionsfrage werden, weil es offenbar eine große Auseinandersetzung zwischen den Hessen und anderen zur Folge hätte.

Ich bringe das nur, um die großen Schwierigkeiten aufzuzeigen. Ich hatte mich aber eigentlich zum Wort gemeldet wegen des Vorschlages von Strauß. Herr Strauß hat einen Gedanken in die Diskussion gebracht, den wir im letzten Jahr sehr genau geprüft und zu dem wir auch Vorschläge gemacht haben. Vielleicht ist es für die Herren aus den Ländern und Landtagsfraktionen, die ein Wort mitzureden haben, interessant, daß, wenn man vom Karlsruher Urteil bzw. von seiner Begründung ausgeht, hier in der Tat ein profunder und qualitativer Unterschied zwischen Fraktion und Parteigliederungen gemacht wird. Hier wird gesagt, daß die Fraktionen notwendige Einrichtungen des Verfassungslebens seien, daß sie eine Gliederung des Bundestags – übrigens halte ich das für grundfalsch, denn Gliederungen des Bundestags sind Ausschüsse ... (*Barzel:* Das steht ja doch ganz gut da. Mit den Ausschüssen ist es eine große umstrittene Sache!) Ich halte diesen Satz für falsch, aber er ist immerhin unterstellt. Ich zitiere: „Deshalb können ihnen, weil sie in die organisierte Staatlichkeit eingefügt sind, Zuschüsse gewährt werden." Das hat Franz Josef Strauß völlig übersehen. „Es wäre allerdings ein die Verfassung verletzender Mißbrauch, wenn die Parlamente den Fraktionen Zuschüsse in einer Höhe bewilligen würden, die durch die Bedürfnisse der Fraktionen nicht gerechtfertigt wären, also eine verschleierte Parteifinanzierung enthielten. Sie müssen beschränkt bleiben auf die zur Unterhaltung der Fraktionsbüros notwendigen Mittel sowie für wissenschaftliche Mitarbeit und Hilfskräfte unmittelbar der Fraktionen."

Also nicht die Partei als solche kann daraus Nutzen ziehen, sondern nur die Fraktionen. Die Fraktionen haben für diesen Haushalt im Bundestagsvorstand schon beschlossen. Sie haben die Ansätze für die Fraktionsarbeit um 25% erhöht. Das ist geradezu ein märtyrerhaftes Zurückbleiben im Vergleich zu früheren Wünschen und Vorstellungen. Damals wurden die Zuschüsse um 100% erhöht, dieses Jahr bloß um 25%.

67 Art. 21 GG: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit ... Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben."

Aber Herr Fraktionsvorsitzender, ich will Ihnen sagen, weil ich hier noch einige Herren von den Landtagen sehe, jetzt kommt der Bundesrechnungshof in zwei Fraktionen dieses Hauses, die den Grundsätzen des Bundesrechnungshofes ganz korrekt genügen. Ich frage, ob Sie jetzt eine interne Prüfung des Bundesrechnungshofes der Fraktionsfinanzierung bekommen? (*Barzel:* Das sind immer die beiden anderen Fraktionen. Wir haben drei im Hause.) Das ist natürlich die Kehrseite. (*Burgbacher:* Aber lieber Freund Gerstenmaier, warum nehmen Sie diesen Teil der Begründung so ernst und den anderen Teil nicht?) Ich nehme ihn nicht so ernst, sondern sage, auch das spricht dafür, daß wir uns von dieser Urteilsbegründung trennen müssen.

Nun kommt der Punkt, den Herr Dr. Klepsch hier angesprochen hat. Wir stehen uns bei allem, was wir im Augenblick tun, auch noch ganz schön selber im Wege. Etwa 70 jüngere Mitglieder dieses Hauses antworten wie Mephisto, der auf die Frage Gottes, wie er es denn auf dieser Welt fände, sagt: „Ich finde es dort immer herzlich schlecht."[68] Die 70 finden es hier in diesem Hause – das ist nicht ganz unverständlich – alles in allem herzlich schlecht. Sie haben deshalb beschlossen, einen wirklich durchgreifenden Zug zu tun. Ich will nur sagen, daß die Durchschnittsbezüge des Abgeordneten im Augenblick etwas über 3.000 DM liegen. Würde man nun den Antrag, so wie er vorliegt, akzeptieren, dann müßten diese Bezüge von rund 3.000 DM um 2.500 DM aufgestockt, also auf 5.500 DM erhöht werden.

Abgesehen von den Antragstellern habe ich im Bundestagsvorstand bis jetzt noch niemand gefunden, der auf die Frage, ob er das in dieser Situation des Bundes und der Bundesfinanzen für durchsetzbar hielte, ja gesagt hat, mit Ausnahme der Antragsteller. Ich glaube also, daß man diesem Antrag, auch wenn man alles mögliche für ihn sagen könnte, nicht folgen wird. Vor allem aber, meine Damen und Herren, muß man sich völlig klar darüber sein, daß man natürlich nicht den Abgeordneten mit einem so hohen Betrag ausstatten kann und gleichzeitig an die Fraktionen oder an die Parteien oder an alle drei entsprechende Mittel gibt. Das ist doch völlig unmöglich.

Infolgedessen stehen die Vorschläge Strauß und Klepsch zwar nicht formell, aber politisch und in der materiellen Auswirkung absolut gegeneinander. Sie schließen sich einfach gegenseitig aus. Wenn ich recht verstanden habe, ist im Augenblick der Notstand bei der Partei weitaus am größten. Dann käme allerdings nicht die Fraktion zuerst, Herr Fraktionsvorsitzender, sondern dann würde ich mit mir reden lassen über die bessere Ausstattung der Abgeordneten dieses Hauses. Dann käme der Fraktionshaushalt. Etwa in dieser Skala würde ich die Sache sehen. (*Unruhe und Bewegung.*)

Meine Damen und Herren! Es ist völlig müßig. Wir sind jetzt, so wie die Sache steht, bei der Parteifinanzierung aus staatlichen Mitteln in einer ungeklärten kritischen Phase, von der ich nicht sagen kann, ob sie in absehbarer Zeit befriedigend gelöst wird. Sie bremst aber auch alles andere. Sie bremst die weitere Erhöhung der Zuschüsse an die Fraktionen. Deshalb ist es nicht von ungefähr, daß wir nur 25% in diesem Jahr mehr

68 Zeile aus der Rede des Mephistopheles („Prolog im Himmel") aus „Faust I" von Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832).

kriegen. Sie macht auch das Petitum der 70 Kollegen in diesem Jahr nahezu aussichtslos.[69] Wenn die Herren in diesem Jahr nicht damit durchkommen, dann erledigt sich die Sache für diese Legislaturperiode. Denn je näher eine solche Geschichte an den Wahlkampf heranrückt, um so aussichtsloser ist sie.

Noch eine dritte Sache, Herr Klepsch! Das sind die Bedürfnisse der älteren Abgeordneten für ihre Altersversorgung.

Erhard: Herr Kollege Barzel.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich will nur ganz weniges, wie ich hoffe, am Schlusse dieser Debatte sagen.

1. Das Präsidium hatte empfohlen, wegen der Finanzlage der Partei diesen Vorschlag heute zur Erörterung zu stellen, ihn weiter zu beraten in einem dafür zu schaffenden oder vorhandenen Gremium, um die Entscheidung später zu fällen.

2. Was wir hier aus dem Hause erwarten dürfen, ist, so hoffe ich, in vier Monaten das verabschiedete Parteiengesetz. Was wir betreiben, ist die Änderung des Grundgesetzes. Ob und wann und wie wir dies erreichen werden, kann zur Stunde keiner sagen. Ich hoffe, daß wir über Jahresfrist hier eine andere Luft haben. Ich sehe nicht kurzfristig eine wesentliche Veränderung. Das alles bedeutet, daß wir über öffentliche Mittel des Bundes zwar hier sehr viel haben hören können, aber mit der Barkasse des Bundes, was öffentliche Zuschüsse betrifft, so glaube ich, daß Sie sich in Ihren Erwartungen eher zurückhaltend einstellen sollten.

Was wir tun können als Bundestagsfraktion – darüber arbeiten wir mit der Bundesgeschäftsstelle und der Bundespartei zusammen –, ist unser Bemühen, unsere Informationspolitik zu verstärken, also einen Weg zu suchen, der Partei etwas mehr mit Tatsachen und Daten, nicht mit Meinungen, Reden und langen Pamphleten, informativ zur Hand zu gehen.

Das ist das, was ich nicht aus dem Bereich der Wünsche, sondern aus dem Bereich dessen, was ich für realistisch halte, zu dieser Debatte beitragen wollte.

Erhard: Herr Kollege Heck!

Heck: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Eigentlich ging es bei diesem Punkt der Tagesordnung tatsächlich nur darum, daß der Bundesvorstand und vor allen Dingen die Herren Landesvorsitzenden sich dazu äußern sollten, in welcher Weise und in welchem Umfange durch einen Mitgliederbeitrag für den Bund die finanzielle Situation der Bundespartei einigermaßen wieder konsolidiert werden kann. Ich glaube nicht, daß es einen Sinn hätte, jetzt hier diese Meinungsbildung zum Abschluß bringen zu wollen. Aber ich möchte den Vorschlag vom Bundesschatzmeister aufgreifen, daß die Landesvorsitzenden und die Landesschatzmeister sich zusammen mit dem Bundesschatzmeister, mit Dr. Kraske und mir über diese Frage einmal aussprechen und bera-

69 Der Antrag der Fraktionen „Entwurf eines Gesetzes über die politischen Parteien (Parteiengesetz)" von CDU/CSU, SPD und FDP vom 26. Januar 1967 (Drs. V/1339) wurde am 1. Februar 1967 erstmals im Bundestag beraten, vgl. Sten.Ber. 5. WP 90. Sitzung S. 4175 f. Die 2. und 3. Beratung erfolgte am 28. Juni 1967, vgl. Sten.Ber. 5. WP 116. Sitzung S. 5797–5813; vgl. auch „Gesetz über die politischen Parteien" vom 24. Juli 1967, BGBl 1967 I S. 773.

ten. Nur meine ich, sollte der Bundesvorstand diesem Gremium die dringende Bitte mit auf den Weg geben, nicht mit einem Vorschlag zurückzukehren, der heißt: Die Landesverbände können nichts tun.

Der Unterschied in der Auffassung zwischen dem Bundesschatzmeister und mir ist nicht der, daß er mehr Geld haben wollte als ich, sondern wir beurteilen das Mögliche etwas verschieden. Mir ist etwas weniger lieber als gar nichts. Deswegen kam es hier zu einem verschiedenen Vorschlag. Ich bin sehr dankbar, wenn die Landesvorsitzenden auf dieser Konferenz gemeinsam beschließen, daß sie künftig pro Kopf und Monat der Mitglieder 0,50 DM an die Bundespartei abliefern. Ich bin sehr dankbar, aber wenn sich das nicht realisieren läßt, dann wird sich auch der Bundesschatzmeister mit einem stufenweisen Versuch, dieses Ziel zu erreichen, befreunden müssen. Ich glaube aber, damit kann man diesen Punkt der Tagesordnung abschließen.

Erhard: Meine Damen und Herren! Wir haben dann den Punkt 4: Aktionsprogramm zu besprechen. Wie lange wollen wir überhaupt tagen?

Aktionsprogramm. Tätigkeit der Vereinigungen

Heck: Wir haben jetzt bereits 13.30 Uhr. Wir müssen einen Punkt der Tagesordnung noch unter allen Umständen erledigen, nämlich die Bildung einer Wahlrechtskommission. Beim Punkt 4 „Aktionsprogramm" handelt es sich um eine Orientierung des Vorstands, die kann aber genauso auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstands erfolgen. Bei dem Punkt „Tätigkeit der Vereinigungen" handelt es sich um eine Angelegenheit, die aus Anlaß der Tagung des Wirtschaftsrats hochgekommen ist. Es geht darum, einmal generell festzulegen, wie die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigungen innerhalb der Partei und am Rande der Partei mit der Parteiführung künftig gestaltet werden muß, damit wir sicherstellen, daß die Partei möglichst einheitlich und geschlossen vor der Öffentlichkeit auftritt. Es geht nicht darum, jetzt nachzukarten. Deswegen kann dieser Punkt der Tagesordnung auch auf die nächste Bundesvorstandssitzung vertagt werden, aber die Bildung einer Wahlrechtskommission und die Wahl der Freunde, die zu der Wahlrechtskommission treten sollen, müssen heute erfolgen. Wenn der Bundesvorstand damit einverstanden ist, würde ich dazu kurz referieren. (*Brauksiepe:* Darf ich zu der Kommission eine Frage stellen? Sie erinnern sich, daß Sie damals noch zusätzlich einen Namen nannten. Ist sichergestellt, daß der Name dazukommt?) Es ist sichergestellt.[70] Es hat noch keine Kommission bis jetzt getagt. (*Brauksiepe:* Dann ist es klar!)

Bildung einer Wahlrechtskommission

Das Präsidium ist der Auffassung – das ist ein Vorschlag –, daß die Wahlrechtskommission zwar so klein wie möglich gehalten werden soll, daß sie aber doch die Größe von 21 Mitgliedern wird haben müssen, weil es eine Kommission der CDU und der CSU gemeinsam sein soll, und weil wir in diese Kommission mit einbauen wollen die

70 Vgl. Nr. 10 Anm. 25, ein Name wird dort aber nicht genannt.

Kommission, die die Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktionen auf ihrer letzten Sitzung gebildet haben. Es sind dies von den Landtagsfraktionen die Freunde: Dr. Wagner[71], Hessen; Prof. Dr. Mikat, Düsseldorf; Bergmann[72], Hamburg; Dr. Brünner[73], Baden-Württemberg; ein Vertreter der CSU (*Name ist offengeblieben*).

Das Präsidium war der Meinung, Ihnen zu empfehlen, Herr Dufhues als Mitglied des Präsidiums sollte den Vorsitz einer solchen Kommission übernehmen. Wenn wir davon ausgehen, daß die Landtagsfraktionen vier Mitglieder benannt haben – und zwar nehme ich jetzt das CSU-Mitglied aus, das ist bei der CSU zu verrechnen –, dann wären von der CSU noch zusätzlich sechs zu benennen, d. h. einer von der Landtagsfraktion und fünf dazu. Dann bleiben, wenn ich Dufhues ausnehme, von den 20 noch zehn Sitze zu besetzen. Wir waren der Meinung, Kollege Barzel, daß die Fraktion sechs Mitglieder benennen soll. (*Barzel:* Völlig ausgeschlossen!) Bei den fünf von der CSU werden ja auch noch welche dabei sein, und der Parteivorstand vier. Aber selbstverständlich, andere Vorschläge können gemacht werden. Es handelt sich hier um eine außerordentlich wichtige Frage für die Partei, so daß die Partei auch einigermaßen beteiligt sein muß.

Erhard: Herr Kollege Barzel.

Barzel: Herr Vorsitzender! Es war der Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden, eine gemeinsame Kommission der CDU als Partei, der CSU als Partei und der gemeinsamen Bundestagsfraktion zu machen. Es war der Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden, ein Mitglied des Präsidiums, das nicht der Bundestagsfraktion angehört, zum Vorsitzenden zu bestellen. Dies nur, damit meine Einstellung hier klar ist. Ich fürchte jedoch, da wir ein ähnliches Unternehmen auch bei der Finanzverfassungsreform und in anderen Fragen haben werden und wir die böse Erfahrung hinter uns haben mit Kommissionen bei der Bildung der letzten Regierung, daß, wenn wir hier nicht von Anfang an realistisch in den Zahlenverhältnissen sind, am Schluß es doch Streit geben wird.

Deshalb würde ich glauben, wenn man ein Verhältnis schafft und sich auf 21 einigen könnte, daß entweder die beiden Parteien elf oder die Bundestagsfraktion zehn bekommen oder umgekehrt. Wovor ich warnen muß, das ist, auf der Seite der Bundestagsfraktion zwischen CDU und CSU zu unterscheiden und hier Verrechnungen vorzunehmen. Unsere Fraktionsgemeinschaft hier im Hause ist in rechtlicher Hinsicht ein „rohes Ei", weil sie bestritten wird. Wenn sie sich die anderen Fragen, wie Stimmrecht der Berliner Abgeordneten usw., betrachten, die im Hause eine Rolle spielen, dann dürfen auch in unseren Interna, die eines Tages wie unsere Finanzen vielleicht in Karlsruhe landen werden, nicht irgendwelche Differenzen in der gemeinsamen Fraktion deutlich werden.

---

71 Dr. Hans Wagner (1915–1996), Studienrat; bis 1933 Windthorstbund, 1950–1982 MdL Hessen (CDU), 1966–1978 stv. Landesvorsitzender der CDU Hessen, 1966–1970 und 1972–1974 Fraktionsvorsitzender.

72 Rudi Bergmann (1916–2003), Schulleiter; 1957–1978 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (CDU).

73 Dr. Friedrich Brünner (1910–2004), Landwirt; 1946–1949 Referent beim Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft von Südwürttemberg-Hohenzollern, 1956–1976 MdL Baden-Württemberg (CDU), 1968–1976 Landwirtschaftsminister.

Deshalb die herzliche Bitte, geben Sie der gemeinsamen Fraktion meinetwegen die geringere Quote von zehn, und verteilen Sie die elf auf die beiden Parteien oder machen Sie es umgekehrt, aber bitte keinerlei Verrechnung zwischen CDU und CSU insoweit. Das machen wir schon unter uns. Das haben wir gelernt.

Heck: Die Lage ist nicht so ganz einfach, weil ich glaube, daß es zweckmäßig und sinnvoll ist, die Kommission der Landtagsfraktionen mit einzubeziehen, denn sonst beraten wir aneinander vorbei. Damit sind vier Positionen besetzt. Ich nehme jetzt die fünfte der CSU dazu, aber ich muß Herrn Wagner[74] darum bitten, daß die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag einen Vertreter benennt. Die haben sich ja eigenartigerweise bisher geweigert, das zu tun. (*Kohl:* Herr Wagner ist Hesse! – *Heiterkeit.*) Ich muß ein Mitglied dieses Gremiums ansprechen. Ich halte die Aufteilung für ganz vernünftig, nur sieht es so aus, daß wir dann die Landtagsfraktionen mit fünf, die Bundestagsfraktion mit zehn – das sind 15 – vorsehen, und dann bleiben für die Parteien CDU und CSU sechs übrig. (*Barzel:* Die Landtagsfraktionen muß man zu den Parteien rechnen!) Wenn man Fraktionen als Partei rechnet, dann kann man es nicht das eine Mal tun und das andere Mal nicht. (*Unruhe und Bewegung.*)

Erhard: Herr Lücke.

Lücke: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Frage läßt sich lösen, weil einige Personen sowohl der Fraktion als auch der Partei angehören. Damit kommen wir mit den 21 Kollegen aus. (*Stingl:* In der Bundestagsfraktion gehören hoffentlich alle zur Partei! – *Lebhafte Heiterkeit.*) Ich würde deshalb bitten, daß wir diese Kommission heute dem Grundsatz nach beschließen, weil wir hier unter einer gewissen Zeitvorstellung stehen. Bis zum Herbst sollte diese Kommission mit ihrer Arbeit schon zu gewissen Ergebnissen kommen, weil gleichzeitig eine wissenschaftliche Gruppe, die den Minister in dieser Frage berät, auch tätig wird.

Ich würde also bitten, so zu verfahren, wie Herr Kollege Barzel vorschlägt. Die Frage läßt sich dadurch lösen, daß einige Herren, wie z. B. Dr. Bert Even, die Fraktion und die Partei vertreten. Wir werden uns also die Namen einmal ansehen, dann läßt sich das in dieser Weise vereinheitlichen, ohne daß wir eine starre Quotenberechnung haben.

Erhard: Herr Kollege Mikat!

Mikat: Ich glaube, daß das ein sehr praktikabler Vorschlag ist, den Herr Lücke macht. Ich bin gebeten worden, den Vorsitz für die Landtagsfraktionen zu übernehmen. Ich schlage vor, bei den Landtagsfraktionen nicht zu stark zwischen Partei und Fraktion zu unterscheiden. Wichtig scheint mir das Argument von Herrn Barzel zu sein, daß man vorab sagt, die Bundestagsfraktion der CDU/CSU stellt soundso viel. Bitte, benennt Ihr! (*Meyers:* Die Leute müssen uns doch kennen! – *Lebhafte Unruhe.*) Die Landtagsfraktionen sind benannt. Für die übrigen sechs dürfte es nicht so schwierig sein.

Heck: Hier kann man nur so verfahren, daß man für die sechs zwei aus der CSU nimmt, und vier wären dann hier vom Vorstand zu wählen. Ich bin der Meinung, daß

74 Leo Wagner.

das auch der Bundesvorstand tun soll, die vier zu bestimmen. (*Stingl:* Ist Herr Dufhues dabei?) Der wäre dabei.

Der Herr Kollege Kohl hat darum gebeten, in der Kommission zu sein. Herr Kraske und ich haben es uns auch überlegt. Herr Blumenfeld sollte auch dabeisein und Herr Even. (*Brauksiepe:* Sie erinnern sich, Herr Dr. Heck, daß wir hier einmal im Fraktionsvorstand vorgeschlagen haben, Frau Dr. Schwarzhaupt in die Wahlrechtskommission zu nehmen? – *Barzel:* Das machen wir in der Bundestagsfraktion! – *Burgbacher:* Nehmen Sie Even auch von der Fraktion!)

Also: Kohl, Dufhues, Kraske und Heck. Damit sind Sie einverstanden! (*Zuruf:* Wie ist es mit der Bundestagsfraktion?)

Barzel: Wir haben doch eben, als wir versucht haben, vergeblich darüber zu streiten, festgestellt, daß die Partei, ohne es zu beschließen, mit zehn zufrieden ist.

Mikat: Ich habe in diesem Zusammenhang eine Bitte, Herr Vorsitzender. Es ist geradezu verheerend, was man an Stellungnahmen zu diesem Fragenkomplex in den Zeitungen liest, angefangen davon, daß die einen sprechen von einer katholischen Bauernpartei, während die anderen jetzt schon den Untergang des Staates sehen, wenn das Wahlrecht nicht geändert wird. (*Heiterkeit und Unruhe.*) Das hat sich emotional schon so hochgespielt, daß man jetzt ganz sachlich das Für und Wider abwägen muß. Dann können wir im Bundesvorstand dazu Stellung nehmen. Es geht aber nicht, daß wir jetzt jede Woche neue emotionale Aufrufe und Aufforderungen zum Wahlrecht bekommen. (*Beifall.*)

Erhard: Herr Bundeskanzler!

Kiesinger: Ich möchte den Vorschlag von Herrn Mikat sehr nachdrücklich unterstützen. Ich habe mich selber sehr zurückgehalten in meinen Äußerungen zu dieser Frage, aber ich war gezwungen, in Oberhausen einmal in aller Klarheit dazu Stellung zu nehmen wegen dieser vorangegangenen verschiedenen Meinungsäußerungen. Ich bin froh, wenn ich mich in dieser Sache nicht weiter zu äußern brauche, falls die anderen sich nicht dazu äußern.

Erhard: Herr Scheufelen!

Scheufelen: Die Wahlrechtsänderung hat sich aus der Regierungsbildung ergeben. Man sollte dafür sorgen, daß in diesem Punkt der Koalitionspartner sich genauso exponiert wie wir, sonst kauft er sich auf diesem Weg in den Ländern langsam die FDP als den künftigen Koalitionspartner ein.

Erhard: Herr Kollege Lücke.

Lücke: Herr Kollege Scheufelen, ich wäre glücklich, die CDU/CSU wäre in der Wahlrechtsfrage so geschlossen wie der Koalitionspartner. Wir haben es den Sozialdemokraten bisher so leicht gemacht durch die völlig deplazierten und sachlich unbegründeten Einzeläußerungen, daß die CDU/CSU als eine Partei erscheint, die mit dieser Frage im Grunde genommen gar nicht ernsthaft nach vorn wolle. Die Sozialdemokraten sind bei mir gewesen und haben gesagt, wenn ihr es uns so leicht macht, sind wir nicht in der Lage unsere „harten Kerle" – das sind die radikalen Linken – an die Leine zu nehmen.

Ich möchte das, was Herr Mikat gesagt hat, mit Nachdruck unterstreichen. So, wie es bisher geschieht, kann man keine Politik machen. Wir haben gemeinsam vereinbart, daß wir im Herbst nach den Landtagswahlen sachlich mit der Beratung dieser Frage beginnen. Es ist eine Menge Arbeit zu leisten. Die Kommission muß tagen usw. In der Zwischenzeit kann man das Thema grundsätzlich diskutieren. Mit solch prononcierten Meinungsäußerungen wie Land- und Bauernpartei usw. dient man genau den Sozialdemokraten.

Herr Wehner war als Sprecher der Sozialdemokraten bei mir und hat gesagt, wir fühlen uns, wenn Sie nicht stillhalten, auch aus diesem Papier entlassen. Das ist die einzige schriftliche Sache, die wir bei der Regierungserklärung gemacht haben. Ich bin dankbar, daß in Oberhausen die Sache wieder in etwa zurechtgerückt worden ist. Im Herbst kommen wir mit unseren Vorschlägen. Es darf aber nicht so weitergehen wie bisher, denn damit dienen wir den Sozialdemokraten und denen, die keine Wahlrechtsreform brauchen, aber auch keine wollen. (*Zuruf:* Und der FDP!) Natürlich, die steht im Hintergrund mit einer großen liberalen Presse. (*Blumenfeld:* Einschließlich des Herrn Ehrenvorsitzenden[75]!)

Erhard: Damit kommen wir nun zum Punkt 7 der Tagesordnung:

VERSCHIEDENES

Heck: Herr Bundeskanzler! Es geht hier nur darum, daß wir wie im vergangenen Jahr die Termine für die Vorstandssitzungen vorausplanen, damit sich die Herren für diese Termine freihalten, sonst haben wir sehr große Schwierigkeiten, einen Termin zu vereinbaren, der allen gelegen kommt.

Für die nächsten Sitzungen empfehlen wir folgende Termine: 2. Sitzung am 24. April, 3. Sitzung am 21. Mai, 4. Sitzung am 3. Juli, 5. Sitzung am 2. Oktober, 6. Sitzung am 4. Dezember.

Selbstverständlich bleibt es völlig offen, ob nicht aus gegebenem Anlaß Vorstandssitzungen außer der Reihe einberufen werden. (*Zuruf:* Parteiausschuß?) Parteiausschußsitzungen haben wir nie festgelegt.

Erhard: Herr Kollege Stingl.

Stingl: Herr Vorsitzender! Ich bitte noch um kurze Aufmerksamkeit. Mich hat in großer Sorge aufgesucht der Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen[76], der unser Mitglied ist. Sie wissen, daß Wenzel Jaksch Präsident des Verbandes wurde, als Krüger[77] Minister geworden war, und daß der Verband von Jaksch in einem Abstand von der SPD geführt worden ist. Am 12. März d. J. stehen die Wahlen an für das Präsidium

75 Gemeint ist Konrad Adenauer.

76 Herbert Schwarzer (1906–1988), Regierungsrat; 1957–1959 Geschäftsführer des Bundes der Vertriebenen Deutschen (BvD), 1959–1964 Bundesgeschäftsführer und 1964–1972 Generalsekretär des BdV.

77 Hans Krüger (1902–1971), Jurist; 1957–1965 MdB (CDU), 1958–1964 Präsident des BdV, 1963/64 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

des Bundes der Vertriebenen. Der Generalsekretär hat große Sorgen, daß Herr Seebohm, der eine Zeitlang Favorit in der Kandidatur war, nicht mehr zieht. Derselbe hat auch kein unbedingtes Ja zur Kandidatur gesagt. Er macht es nur abhängig von einem Gespräch mit Ihnen, Herr Bundeskanzler. Ich bitte Sie dringend darum, daß Sie darauf hinwirken, daß wir diesen Verband nicht verlieren. Es bekommt ihn sonst Herr Rehs[78], der ihn nicht in einer Distanz zur SPD führen wird. Wir haben dann noch einen größeren Einbruch der SPD bei den Vertriebenen und bei der NPD zu erwarten. Wir haben im Herbst alle Vertriebenenposten in den Kabinetten verloren. Ausgeschieden sind die Herren Seebohm, Schütz[79] und Schwarz[80], die als Exponenten der Vertriebenen galten. Ich bitte das zu sehen, daß hier der zweitgrößte Verband der Bundesrepublik nicht in eine Richtung gesteuert wird, die uns sehr unangenehm sein könnte.

Kiesinger: Sehr einverstanden, nur muß ich die Bedingung daran anknüpfen, daß der Verband dann nicht im Abstand von der CDU geführt wird.[81] (*Stingl:* Ich verstehe Ihre Sorge, Herr Bundeskanzler, aber ich kann sagen, daß ich da einiges getan habe!) Das wird dankbar anerkannt, aber Sie kennen meine Sorgen.

Erhard: Herr Hellwig.

Hellwig: Ich wollte noch fragen, soll heute die Kommission gebildet werden, die vorhin angeregt worden ist zur Behandlung der Verfassungsreform?

Barzel: Das Präsidium ist doch beauftragt worden. (*Hellwig:* Danke schön!)

Erhard: Noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Ihnen herzlich danken und die Sitzung schließen.

---

78 Reinhold Rehs (1901–1971), Rechtsanwalt; 1948 SPD (ab 1969 CDU), 1950–1954 MdL Schleswig-Holstein, 1953–1969 MdB, 1967–1970 Präsident des BdV.

79 Hans Schütz (1901–1982), Angestellter; 1924–1938 Leiter des Gesamtverbands sudetendeutscher Christlicher Gewerkschaften, 1935–1938 Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament, 1946–1969 Vorsitzender der Ackermann-Gemeinde, 1946–1950 Mitgründer und Vorsitzender der Union der Vertriebenen der CSU, 1949–1963 MdB (CSU), 1950–1963 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats, 1964–1966 Staatsminister für Arbeit und Soziale Fürsorge Bayern. Vgl. LEXIKON S. 362.

80 Sepp (Josef) Schwarz (1910–1985), Redakteur; 1937–1940 Hauptgeschäftsführer des Volkstumsverbands der Deutschen in der Tschechoslowakei, 1950–1964 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (GB/BHE, GDP, seit 1964 CDU), 1960–1972 Staatssekretär für Vertriebene Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte im Innenministerium Baden-Württemberg.

81 Zum Vorsitzenden wurde am 12. März 1967 Reinhold Rehs gewählt.

12

Bonn, Dienstag 2. Mai 1967

Sprecher: [Adorno], Amrehn, Barzel, Bauknecht, Becker-Döring, Benda, Blank, Burgbacher, Dittmar, Dufhues, Erhard, Etzel, Filbinger, Glup, Gradl, Gurk, von Hassel, Heck, von Heydebreck, Kiesinger, Kohl, Kraske, Lemke, Lemmer, Lücke, Mikat, Rummler, Russe, Scheufelen, Schmücker, Schröder, Schwarzhaupt, Seebohm, Stecker, Stingl, Vogel, von Weizsäcker, Windelen.

Vorbereitung des Bundesparteitags; Bericht des Präsidiums; Satzungsänderungen. Bundesparteibeitrag. Geschäftsmäßiger Ablauf des Parteitags. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 17.50 Uhr*

Erhard: Liebe Parteifreunde! Das ist die erste Zusammenkunft des Bundesvorstands nach dem Tod Konrad Adenauers.[1] Ich glaube, es geziemt sich und es ist unsere Pflicht und unser Bedürfnis, hier seiner zu gedenken, seiner Persönlichkeit und seiner Leistung. Ich glaube nicht, daß noch Schöneres und Besseres über sein Werk und über sein Tun gesagt werden kann als das, was in den Trauerfeierlichkeiten Ausdruck gefunden hat.

Das deutsche Volk war erschüttert, und die ganze Welt war bewegt von diesem Ereignis. Ich glaube, es wird sich nicht noch einmal oder nicht so leicht ereignen, daß Partei und Staat in einer Person einen so sichtbaren und harmonischen Ausdruck gefunden haben. Uns soll es jedenfalls ein Aufruf sein zur Pflichterfüllung und zur Hingabe an unsere Arbeit, an welcher Stelle wir auch stehen.

Meine Damen und Herren! Ich habe es eben schon im Parteipräsidium gesagt, aber ich möchte es hier wiederholen, wir beklagen den Tod einer unserer Kolleginnen, der Frau Abgeordneten Maria Probst.[2] Sie war eine Persönlichkeit, die ihre Anliegen mit Kraft durchzusetzen verstand, aber sie war auch eine echte Demokratin und hat zweifellos wesentlich mit dazu beigetragen, dem Bundestag ein Profil zu verschaffen und in der Härte aufzutreten, wie es sich in einem demokratischen Staat mit Rede und Gegenrede geziemt. Wir gedenken ihrer ebenfalls in großer Trauer und Dankbarkeit.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zur Tagesordnung. Sie ergibt sich z. T. daraus zwangsläufig, daß ich bereits vor der Niederlegung meines Amtes als Bundeskanzler erklärt habe, daß ich daraus auch folgerichtig die Konsequenzen ziehe, auch den Vorsitz in der Partei niederzulegen. Seien Sie überzeugt, ich habe das nicht getan aus ir-

1 Adenauer war am 19. April verstorben.

2 Maria Probst war am 1. Mai 1967 in Bonn verstorben. – Dr. Maria Probst (1902–1967), Lehrerin; 1946–1949 MdL Bayern (CSU), 1949–1967 MdB, 1959–1966 MdEP. Vgl. LEXIKON S. 345.

gendwelcher Verärgerung oder Verbitterung, gar nichts dergleichen, ich handele nur stilgemäß und nach einer Tradition, wie sie sich bei uns in der CDU eingebürgert hat.

Aber mit diesem Rücktritt ergeben sich natürlich auch Folgerungen, vor allen Dingen in der Führung und Spitze der Partei. Wir haben gleich zu bedenken auch das zu erwartende Parteiengesetz[3], sobald wir darüber etwas beschließen oder auszusagen vermögen; aber darüber sollte zu dem betreffenden Punkt der Tagesordnung gesprochen werden.

Ich möchte nur die Bedeutung dieser Tagung des Bundesvorstands hier unterstreichen. Zum „Bericht zur Lage" hat sich Herr Ministerpräsident Filbinger[4] zu Wort gemeldet. – Bitte sehr, Herr Ministerpräsident!

Filbinger: Herr Vorsitzender! Darf ich einen Antrag zur Geschäftsordnung zur Tagesordnung stellen? Ich würde beantragen, den Punkt 2, der der Vorbereitung des Bundesparteitags gewidmet ist – wobei auch die Frage des Generalsekretärs und andere Fragen in wichtiger Rangordnung eingeordnet sind –, als Punkt 1 vorzuziehen. Wir alle sind sehr daran interessiert, den Bericht zur Lage zu hören, weil wir aus den Erfahrungen unserer Freunde in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz profitieren wollen; soviel ich aber weiß, sind eine Reihe von Herren nicht in der Lage, den ganzen Tag heute hier zu sein.

Ich meine also, daß der konstruktive Teil unserer Tagesordnung vorgezogen werden sollte. Dann kann der Bericht zur Lage von uns noch mit großem Interesse zur Kenntnis genommen werden. Das ist ohnedies selbstverständlich.

Erhard: Danke schön! Unter dem Bericht zur Lage ist im allgemeinen verstanden worden, daß der Bundeskanzler oder gegebenenfalls auch ein Ressortchef wichtige Gegenstände hier vorgetragen hat. Der Herr Bundeskanzler hat in dieser Phase nicht die Absicht, sich zur Lage zu äußern, so wichtig und bedeutsam es wäre, aber ich glaube, daß allenthalben doch ein gewisses Bedürfnis besteht, wenigstens in einigen Sätzen das zu charakterisieren, was sich in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein zugetragen hat; denn es ist für unsere Partei wichtig und auch bedeutsam genug.

Aber ich stelle zur Abstimmung, wer für den Antrag vom Kollegen Filbinger ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Keine Gegenstimmen. Dann ist also Ihr Antrag angenommen.

Wir kommen zum Punkt 2 der Tagesordnung: Vorbereitung des Bundesparteitags. Wir haben eine Kommission eingesetzt. (*Seebohm:* Bitte sehr!) Ja!

Seebohm: Darf ich, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, eine kurze Bemerkung machen? Herr Bundeskanzler, der Bundesparteitag findet in Braunschweig wenige Ta-

3 Gesetz vom 24. Juli 1967 über die politischen Parteien, BGBl 1967 I S. 773.

4 Dr. Hans Filbinger (geb. 1913), Jurist; 1958 Staatsrat in Stuttgart, 1960–1980 MdL Baden-Württemberg (CDU), 1960–1966 Innenminister, 1966–1978 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1966–1973 Vorsitzender des Landesverbands Südbaden, 1971–1979 des Landesverbands Baden-Württemberg. Erinnerungsband: Aus neun Jahrzehnten. Leinfelden-Echterdingen 2003; LEXIKON S. 238f.

ge vor der Landtagswahl in Niedersachsen[5] statt. Ich möchte deswegen sehr herzlich darum gebeten haben, daß dieser Bundesparteitag ein Bild der Geschlossenheit der Partei zeigt, weil wir uns in Niedersachsen über den Ausgang der Wahl sehr große Sorgen machen, ob die Wahl in dem gleichen Trend verlaufen könnte wie in Schleswig-Holstein oder in Rheinland-Pfalz.[6]

Wir haben bei uns bedauerliche Schläge bekommen in der letzten Zeit. Herr Bundeskanzler Kiesinger, ich darf sagen, daß wir, weil Sie sich nicht auf einem Plakat zeigen wollen, in unserem Kreise große Sorgen haben. Bedenken Sie bitte, daß wir nicht so profilierte Kandidaten anbieten können wie Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz mit ihren Ministerpräsidenten. Ich bitte deswegen darum, daß man unsere Leute in Niedersachsen unterstützen möchte. Wir haben eine sehr unglückliche Landesliste bekommen. Ich kann das ruhig hier sagen, weil ich Mitglied des 27er-Gremiums[7] bin. Ich würde z. B. eine Diskussion über die Frage des Verbands Oder/Neiße auf dem Parteitag in Braunschweig für außerordentlich bedenklich halten für die Stimmung der Heimatvertriebenen in Niedersachsen. Es gibt da eine ganze Reihe von Momenten, weshalb wir durch diese beiden Kombinationen Parteitag und Landtagswahl nicht sehr glücklich sind unter den gegebenen Umständen.

Ich bitte sehr herzlich darum alle unsere Freunde, daß sie das doch berücksichtigen, und daß man eventuell Dinge zurückstellt, die die Wahl in Niedersachsen in unserem Sinne nicht günstig beeinflussen. Geschlossenheit ist absolut notwendig.

Erhard: Nicht nur aus diesem Grunde! – Bitte sehr, Herr Bundeskanzler!

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich will jetzt nicht eine Debatte über die Strategie, die wir bei diesen Wahlkämpfen anwenden, auch nicht die Rolle hervorrufen, die ich selbst dabei spiele; ich möchte nur nicht im Raum stehen lassen, daß ich gesagt habe, ich möchte nicht auf einem Plakat in Niedersachsen erscheinen. Sie wissen ja, daß der Ausgang der Wahl bei der SPD schwerste Beunruhigungen hervorgerufen hat, daß nämlich gesagt wird, das geht alles auf die Mühlen der CDU.

Nun hatte ich an sich gesagt, wartet einmal ab, ob die SPD nicht auch Bundespolitiker auf Plakaten zeigt. Bis jetzt habe ich noch keine Antwort bekommen. Natürlich mache ich im Wahlkampf genauso mit, wie ich in Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz mitgemacht habe. Das ist klar. Nur, wenn ich jetzt noch zusätzlich das Bild, wie es geplant war, mache, kriege ich im Rahmen des Kabinetts auch mit den Leuten Schwierigkeiten, die an sich versuchen, die Sache ruhig zu nehmen. Aber die Masse in der SPD ist nun einmal beunruhigt. Ich muß etwas vorsichtig sein und bitte um Verständnis dafür. (*Seebohm:* Ich habe das Verständnis schon, ich möchte nur Ihre Mithil-

5 Ergebnis der Landtagswahl vom 4. Juni 1967: CDU 41,7%, SPD 43,1%, FDP 6,9%, NPD 7%. Vgl. LEXIKON S. 743.

6 Wahlen am 23. April 1967 in Rheinland-Pfalz (CDU 46,7%, SPD 36,8%, FDP 8,3%, NPD 6,9%) und in Schleswig-Holstein (CDU 46,0%, SPD 39,4%, FDP 5,9%, NPD 5,8%, SSW 1,9%). Vgl. LEXIKON S. 747, 753.

7 Wahlvorschlag für das Präsidium des Bundesparteitags in Braunschweig, vgl. dazu Nr. 13 S. 599–601.

fe!) Mit meiner energischen Mithilfe beim Wahlkampf können Sie auf alle Fälle rechnen.

Zum Plakat! Wenn irgendwo die SPD, was durchaus möglich ist, sagt, wir müssen doch stärker mit Bundespersönlichkeiten einrücken, dann tue ich auch mit. (*Erhard:* Jede Partei spielt ihre Trümpfe aus, Herr Bundeskanzler, und wenn diese Partei die Trümpfe nicht hat, können wir nichts dafür.) Herr Vorsitzender, so einfach ist die Sache nicht. Wenn es einen Erdrutsch gibt bei irgendeiner Wahl, wird die Sache höchst problematisch.

Erhard: Bitte, Herr Glup!

Glup: Zu den Ausführungen von Herrn Seebohm möchte ich doch zu bedenken geben, daß die Ausgangsbasis in Niedersachsen eine andere ist als in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein. Ich muß sagen, daß Herr Ministerpräsident Diederichs sehr wohl etwas aussagt. Wir bedürfen sehr dringend Ihrer Unterstützung. Ich frage deshalb, ob Sie das mit dem Plakat nicht doch noch rückgängig machen können.

Erhard: Herr Barzel!

Barzel: Vielleicht darf ich – immer in der Hoffnung, daß die anderen etwas machen, was uns zu weiteren Schritten veranlaßt – einen Kompromißvorschlag machen. Wenn Sie, Herr Bundeskanzler, so durch das Land reisen wie durch die beiden anderen Länder, dann steht doch dem nichts entgegen, daß mit einem großen Bildplakat gesagt wird: Kiesinger kommt. – Dann haben Sie den Bundeskanzler im Wahlkampf mit seinem Photo im ganzen Lande. (*Zurufe:* Sehr gut!)

Vorbereitung des Bundesparteitags. Bericht des Präsidiums. Satzungsänderungen

Erhard: Meine Damen und Herren! Dann kommen wir zum Punkt 2 der Tagesordnung: Vorbereitung des Bundesparteitags. Eine kleine Kommission hat sich mit diesem Gegenstand befaßt. Sie haben den Entwurf einer Satzung zugeleitet bekommen, den wir hier vorlegen, wohl wissend, daß natürlich zu dem einen oder anderen Punkt auch andere Auffassungen laut werden. Das ist mit Sicherheit zu erwarten; trotzdem müssen wir überzeugend genug auf dem Parteitag auftreten können, um wirklich die Führung der CDU deutlich zu machen. Es erhebt sich dann die Frage, wie soll nach dem Rücktritt des Vorsitzenden die Wahl des nächsten Vorsitzenden erfolgen, soll es einen Stellvertreter oder soll es mehrere Stellvertreter geben usw. Dann müssen wir über die Funktion des Generalsekretärs sprechen. Wir sind uns darüber klar, daß sie gestrafft und daß der Zusammenhalt zwischen Bund und Ländern enger werden soll. Es sind eine ganze Reihe von Fragen sachlicher Art und auch persönlicher Natur hier zu erörtern. Ich glaube, ich tue gut daran, wenn ich Herrn Kollegen Barzel das Wort gebe, der in der Kommission mitgearbeitet hat.

Barzel: Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich will gern diesen Bericht geben. Ich möchte mich aus unserer Sicht auf die wesentlichsten Punkte beschränken; denn wir haben Ihnen eine Vorlage zugeleitet zu dem von uns aus

frühestmöglichen Zeitpunkt, obgleich diese Vorlage vom Präsidium noch nicht beschlossen war. Das Präsidium hat sich heute morgen noch einmal mit den Dingen befaßt[8] und sieht in dieser Vorlage eine grundsätzliche Linie, und zwar bei offener Diskussion über Änderungen, ein Verfahren zu wählen, das einerseits der Terminnot und andererseits dem möglichen Bedürfnis Rechnung trägt, noch einmal in einem kleineren Kreis – über den man reden müßte – darüber zu sprechen.

Es stellen sich vor allen Dingen folgende Fragen: Wir könnten uns natürlich auf den Standpunkt stellen, daß der Parteitag in Braunschweig nur einen neuen Parteivorsitzenden zu wählen hätte, und alles andere auf einen Parteitag im Jahre 1968 verschieben, und zwar sowohl die Satzungsänderungen wie die Personalentscheidungen. Ich würde davon nicht allzuviel halten, weil ich glaube, daß bei allem Sonnenschein, den wir bei den drei Landtagswahlen[9] gehabt haben – worüber wir uns freuen und wozu wir den Kollegen gratulieren –, wir doch keinen einklagbaren Anspruch auf dessen Fortdauer haben. Die Partei wird sich ganz beschleunigt befreien müssen von personellen Diskussionen und von Strukturdiskussionen. Sie tut gut daran, in Braunschweig diese Diskussion zu beenden, um sich allein den sehr schweren politischen Fragen zuwenden zu können. Das ist also die erste Frage. Ich neige dazu, sie nicht vor uns herzuschieben, sondern das, was uns heute möglich und notwendig erscheint, in Braunschweig zu vollziehen sowohl an personellen Entscheidungen wie auch an Satzungsänderungen.

Das zweite ist folgendes: Das Parteiengesetz, von dem wir ursprünglich hofften, es schon in der nächsten Woche verabschieden zu können – was nicht gehen wird, weil wir das Stabilitätsgesetz vorziehen müssen –, wird aber noch vor der Sommerpause in Kraft treten.[10] Das Parteiengesetz zwingt alle Parteien, in einer Reihe von Vorschriften ihre Satzungen zu ändern, und zwar erst zu einem Datum im Jahre 1969, aber wir halten es für richtiger in der Kommission und auch im Präsidium, das zu antizipieren, was ohnehin auf uns zukommt, damit wir nicht diese Unruhe hier weiter unter uns haben.

Das Parteiengesetz steht – das ist jedermann offenkundig – zwar nicht in einem sachlichen oder einem juristischen Junktim, aber in einem mindestens durch die öffentliche Meinung bewirkten Junktim zu den Fragen der Mitfinanzierung politischer Parteien aus öffentlichen Mitteln des Bundes. Nur dazu kann ich mich äußern. Aus Konsequenz dieses Parteiengesetzes ergeben sich eine Reihe von schwierigen Fragen. Es ist hier von der Exil-CDU gesprochen worden.[11] Lassen Sie mich in der Reihenfolge eini-

8 Vgl. ACDP 07–001–1402 (Sondersitzung mit den Landesvorsitzenden).

9 Vgl. Anm. 6. Bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 12. März 1967 konnte die CDU Stimmengewinne gegenüber der Wahl von 1963 verbuchen: CDU 32,9% (1963 28,8%), SPD 56,9% (61,9%), FDP 7,1% (7,9%). Vgl. LEXIKON S. 733.

10 Am 10. Mai 1967 vom Bundestag verabschiedet, in Kraft getreten am 14. Juni 1967. Vgl. Anm. 3, vgl. auch Nr. 11 Anm. 69.

11 Der 1950 in Berlin gegründete CDU-Landesverband Exil-CDU (aufgelöst 1990) verstand sich als Vertretung der mitteldeutschen Parteibasis, war im CDU-Bundesausschuß und mit 75 stimmberechtigten Delegierten bei den CDU-Parteitagen vertreten. Der von Seebohm (s. S. 482) erwähnte CDU/CSU-Landesverband „für die Gebiete östlich der Oder/Neiße" (gegründet auf dem Goslarer Bundesparteitag 1950) war die Vertretung der heimatvertriebenen und

ges behandeln. Wenn Sie sehen wollen, welch großen Einschnitt diese Vorlage[12], die Ihnen vorliegt, macht, dann schlagen Sie die Seite 28 auf, wo Sie links – ich nehme gleich den heißesten Punkt vorweg – die bisherige Zusammensetzung des Bundesvorstands haben und rechts einen weißen Fleck; d. h. alles dies muß entfallen, weil das Parteiengesetz die zwingende Vorschrift enthalten wird – und daran ist nicht zu rütteln nach Anhörung der Sachverständigen, die öffentlich war –, daß die Bundesvorstände der politischen Parteien zu 80% aus Damen und Herren bestehen müssen, die in direkter geheimer Wahl von den Delegierten des Bundesparteitags gewählt worden sind. Es kann also nur $^1/_5$ der Mitglieder auf andere Weise hinzutreten. Der Gedanke der Kooptation, den wir versucht haben hineinzubringen, weil er für uns als Union immer sehr wichtig war – ich erinnere an die Erfahrungen in der Bundestagsfraktion –, wurde im zuständigen Ausschuß abgelehnt. Er ist von den Wissenschaftlern, die gehört worden sind, ganz kräftig verworfen worden. Wir müssen auch an Karlsruhe[13] denken und an das Geld, was hier vielleicht eines Tages in diesem Zusammenhang kommen soll.

Aufgrund der gemachten Erfahrungen haben alle guten Vorsätze, in diesem Bundesvorstand – der 71 Mitglieder hat – in regelmäßigen Abständen alle politischen Fragen zu erörtern, nichts genutzt. Das ist nicht am guten Willen gescheitert, sondern an der Unmöglichkeit, alle politischen Fragen in einem so großen Gremium stetig zu beraten. Wir haben deshalb gesagt, versuchen wir, einen Bundesvorstand aus 30 Mitgliedern zu bekommen, bestehend aus: einem Vorsitzenden, einem Generalsekretär, einer noch festzulegenden Anzahl von Stellvertretenden Vorsitzenden, einem Schatzmeister, einem Stellvertretenden Generalsekretär und den übrigen zu Bestellenden. Es sollen dann kraft Amtes im Bundesvorstand sein der Bundeskanzler und der Bundestagspräsident, wenn sie der CDU angehören, und der Bundestagsfraktionsvorsitzende. Dies ist neu. Sie sehen aus der Satzung, daß diesem Bundesvorstand alle zentralen Führungsaufgaben übertragen sind, d. h. es ist erforderlich, daß sich dieser Vorstand tatsächlich um die laufende Arbeit kümmert. Wenn ich eines aus der Erfahrung mit dem Präsidium sagen darf – das ist meine persönliche Meinung, was ich jetzt sage –, dann war dieses Präsidium zu groß für die Bearbeitung geschäftsleitender Dinge des Alltags und zu klein für die Entscheidung politischer Fragen auf allen anstehenden Sachgebieten und auch der Koordination zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Dies würde durch diesen neuen Vorstand geändert.

Der dritte Punkt ist die Schaffung eines Generalsekretärs. Wie immer man dazu stehen mag, ob man diesen oder einen anderen Titel nimmt, zweifelsfrei brauchen wir zweierlei: einen Kollegen, der sich vorwiegend um die Union im Bund kümmert, und eine Straffung und Stärkung der Bundespartei. Das brauchen wir auf jeden Fall, wie im-

---

geflüchteten CDU- und CSU-Mitglieder; er wurde auf dem CDU-Parteitag in Berlin 1968 als Vereinigung der CDU unter dem Namen „Union der Vertriebenen und Flüchtlinge" anerkannt und war im Parteivorstand vertreten. Vgl. LEXIKON S. 520f., S. 669.

12 Zusammenfassung der Vorlage „Änderung des Statuts der CDU" für die Präsidiumsmitglieder vom 20. April 1967 in ACDP 07–001–061/1.

13 Sitz des Bundesverfassungsgerichts.

mer man das im Einzelfall auch nennen wird. Das brauchen wir ganz bestimmt schon in Braunschweig. Dieser Teil ist ganz sicher aus meiner Sicht nicht verschiebbar. Nun ist die Frage, ob man hier einen Kollegen bitten kann – ich schneide es an dieser Stelle an, weil wir die Personalien noch nicht erörtert haben –, etwa dieses Amt zu übernehmen und dafür alle möglichen Erklärungen abzugeben, die vom Parteivolk erwartet werden. Eine solche Frage kann doch verantwortlich an einen Kollegen keiner stellen, solange man nicht weiß, ob es ein solches Amt geben wird und ob das mehr sein wird als eine repräsentative Funktion; d. h. hier muß man sich zunächst über die Kompetenzen verständigen. Die Kompetenzen kommen auch in der Rangfolge zum Ausdruck. Darüber will ich später sprechen.

Sie müssen also die Schwierigkeiten und die Probleme sehen. Ich will noch einmal zusammenstellen, was dieser Generalsekretär alles können soll. Er soll teilnehmen dürfen an allen Tagungen sämtlicher Gliederungen der Partei, z. B. an Sitzungen der Landesvorstände, auch an Sitzungen der zentralen Gremien unserer Vereinigungen. Er soll das Recht haben, sich über Vorgänge informieren zu lassen. Er soll für den Fall der Vorbereitung der Bundestagswahlkämpfe das Recht haben, diese zentral zu leiten. Er soll das Recht haben, mitzuwirken bei der Anstellung von Landesgeschäftsführern und der Geschäftsführer der Vereinigungen. (*Gurk:* Mehr als mitwirken, es heißt: im Einvernehmen!) Er soll das Recht haben, die Etats der Vereinigungen zu prüfen, und sie sollen von seiner Zustimmung abhängig sein. Das sind umfassende Vollmachten. Aber wir haben geglaubt, nur wenn es solche Vollmachten gibt, hat es Zweck, eine neue Institution zu schaffen, um überhaupt einen Kollegen gewinnen zu können, der diese schwierige Aufgabe übernimmt.

Der vierte Punkt ist das, was die Exil-CDU, den Verband Oder/Neiße und ähnliche Fragen betrifft. Es ist wohl unstreitig, daß aus gesamtdeutschen und aus allgemeinpolitischen Gründen das politische Pfand, das wir durch eine Gruppe von Freunden haben, die die direkten und geheim gewählten Delegierten des letzten freien Parteitags der Union in der Zone waren, weder verschenkt noch aufgelöst werden darf. Zugleich müssen wir sehen, daß das Parteiengesetz es nicht erlaubt, automatisch aus dieser Tatsache Delegationsrechte mit Stimmrechten auf dem Parteitag zu erhalten. Das ist genau die Problematik, über die wir miteinander sprechen müssen.

Der fünfte Punkt ist die Reihenfolge in diesem Vorschlag. Das ist auch innerhalb des Präsidiums nicht ausdiskutiert. In dem Vorschlag sehen Sie die Reihenfolge, für die ich persönlich plädiere. Da wird zuerst der Vorsitzende genannt, dann der Generalsekretär, dann kommt eine noch offene Zahl der Stellvertretenden Vorsitzenden. Hierbei ist auch die Frage offen, ob es einen 1. Stellvertretenden Vorsitzenden geben soll oder nicht. Wir haben einen Brief des Evangelischen Arbeitskreises bekommen, der aus Gründen der konfessionellen Darstellung der Union Wert darauf legt.[14]

14 Schreiben an den CDU-Vorsitzenden vom 18. April 1967 (unterzeichnet von den stv. EAK-Vorsitzenden Walter Strauß und Wilhelm Hahn), vgl. ACDP 01-483-051/1.

Der sechste und letzte Punkt, den ich jetzt hier vortragen möchte, ist die Veränderung des Delegiertenschlüssels im § 27 neu.

Der Delegiertenschlüssel, der sich kompliziert zusammensetzt aus den Stimmen der Union bei Bundestagswahlen und den Mitgliedern der Partei, wird in sich verschoben zugunsten der Parteimitgliedschaft; ein Wunsch, soweit ich unterrichtet bin, der seit langem in der Union lebendig war.

Soweit, Herr Bundeskanzler, meine Ergänzung zur Vorlage, die Ihnen vorliegt und die Sie studiert haben. Wenn wir an die Satzung und an den Parteitag denken, scheint es mir notwendig zu sein, eine Generalaussprache zu führen, auch um festzustellen, ob wir uns zutrauen, jetzt in Braunschweig dies in Ordnung zu bringen, oder ob Sie das vertagen wollen. Ich kann nur sagen, wir wären gut beraten, wenn wir in Braunschweig sowohl die organisatorischen wie die personellen Dinge hinter uns brächten; denn die kommenden zwei Jahre bis zur Bundestagswahl im Jahre 1969 werden eine voll handlungsfähige und aktive Partei brauchen. Keine dieser Satzungsfragen und keine der Personalfragen wird durch eine zwölfmonatige weitere Beratung besser. Soweit, Herr Bundeskanzler, mein Bericht. (*Beifall.*)

Erhard: Ich darf die Aussprache eröffnen, das Wort hat Herr Kollege Schmücker.

Schmücker: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Jede wichtige Sache hat es an sich, sehr eilig zu sein. Ich bin mit Ihnen einverstanden, daß wir uns bemühen sollten, bis Braunschweig fertig zu werden, aber ich habe nicht den vollen Optimismus, daß das gelingen könnte. Die Aussprache muß das ausweisen. Wenn – wie ich vermute – die Meinungsunterschiede ganz erheblich sind, dann sollten wir uns nicht übernehmen, sondern sollten ins Auge fassen, ob wir nicht in einer besonderen Arbeitstagung die Verabschiedung vornehmen können. Mir scheint es ein Schönheitsfehler zu sein, daß wir ohne genaue Kenntnis des Parteiengesetzes an die Arbeit gehen. So gut die Vorbereitungen gelaufen sein mögen, man weiß nie, wie es nachher gehen wird. Ich will dazu nur ein Beispiel sagen. Ich finde es sehr löblich, daß alle Mitglieder verantwortlicher Gremien unmittelbar gewählt werden sollen, aber wenn wir den Dingen einmal auf den Grund schauen, ist es doch so, daß eine Wahl auf einem Parteitag eigentlich mehr von Zufällen abhängt als etwa die Wahl in die Position, aus der heraus man kooptiert wird; z. B. die Wahl eines Fraktionsvorsitzenden oder eines Vorsitzenden einer Vereinigung, das ist viel demokratischer als die Wahl auf einem Parteitag. Wir wissen doch, wie die Delegierten zusammengestellt werden. Für mich ist es ein reichlich formaler Gesichtspunkt, wenn man nun sagt: Sie müssen unmittelbar gewählt werden. Man könnte genauso gut sagen: Sie müssen für ihre Position demokratisch gewählt werden. Ich würde bei der Beratung innerhalb der Fraktion einen solchen Standpunkt vertreten, weil ich meine, wir sollten das Wort „demokratisch" nicht oberflächlich nehmen, sondern sollten eine tatsächliche Mitwirkung aller ermöglichen. Ich erwähne das hier nur, um auf die Schwierigkeiten hinzuweisen und mein Bedenken auszudrücken, ob es gelingen könnte, bis Braunschweig das alles zu erledigen.

Nun zu den übrigen Punkten! Ich bin damit einverstanden und begrüße es, daß man einen Generalsekretär vorsieht, der, wenn es ginge, noch ein paar Vollmachten mehr be-

kommen sollte; denn es ist notwendig, daß die Arbeit gestrafft wird. Zu dieser Straffung gehört aber meines Erachtens, daß wir einen arbeitsfähigen Bundesvorstand bekommen. Ich respektiere die Überlegungen sehr, die hier angestellt worden sind, aber der gewählte Bundesvorstand ist zu groß, und das Präsidium ist ebenfalls zu groß.

Ich halte es für richtiger, wenn wir einen Geschäftsführenden Bundesvorstand haben, den Vorsitzenden, zwei Stellvertreter und den Generalsekretär. Das soll also eine wirkliche Geschäftsführung sein. Es soll nicht so sein, daß ein Kreis von zwölf Personen da ist, der dann zwangsläufig Politik machen muß, aber eine Politik, die er nicht umsetzen kann, weil er nicht den nötigen Kontakt zu den Landesverbänden und den Organisationen hat; eine Politik, die nicht ausgewogen sein kann, weil die verschiedenen Gesichtspunkte in dieser Politik nicht zum Zuge kommen können; es sei denn, daß die Mitglieder des Präsidiums die einzelnen Aufgabenbereiche in der Politik repräsentieren, was sie aber nicht tun und auch gar nicht tun können nach der gegenwärtigen Organisation.

Ich meine, es sei besser, einen kleinen Geschäftsführenden Vorstand zu haben, Vorsitzender, zwei Stellvertreter und Generalsekretär, um dann einen Vorstand aufzubauen, der die sachlichen, ressortmäßigen und landsmannschaftlichen Aufgaben erfüllen kann. Heute haben wir ein großes Präsidium; das ist eine Art Vorstand. Wir haben einen Vorstand; das ist eine Art Parteiausschuß. Und wir haben einen Parteiausschuß, der nicht tagt oder aber, wenn er tagt, nicht zur Aktion kommt, weil er einfach aktionsunfähig ist. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir hier eine Änderung nach einer Aussprache vornehmen könnten. Wir sollten uns überlegen, ob wir nicht die von vielen Seiten bestrittene Aktionsfähigkeit doch noch für unsere Partei schaffen.

Wir hatten heute morgen eine Vorbesprechung der Sozialausschüsse, des Mittelstandsausschusses, des Wirtschaftsrats usw. Ich will nur sagen, die Art der Aussprache war so, daß wir zum Schluß alle erkannt haben, es ist dringend notwendig, daß wir sachlich und fachlich miteinander diskutieren, daß wir Beratungen durchführen; denn das Gespräch ist verlorengegangen. Es muß die Partei so organisiert werden, daß dieses wieder ermöglicht wird.

Bei den Sonderorganisationen bemängele ich den Titel. Man sollte hier von Vereinigungen reden. Ich möchte dann für die Fachausschüsse anregen, daß wir diese Dinge nicht der Geschäftsordnung überlassen, sondern daß wir uns über die Organisation der Fachausschüsse schon in der Sitzung äußern.

Erhard: Danke schön! – Herr Kollege Mikat!

Mikat: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zur Verfahrensweise frage ich, ob es nicht tunlich ist, daß wir zunächst die Frage klären: Generalsekretär – ja oder nein? Dann könnten wir nämlich diese Frage vorweg entscheiden unter Berücksichtigung der dazu notwendigen kleinen Satzungskorrektur, und erst dann könnte es sich erweisen, ob wir a) in Braunschweig zu einer Verabschiedung des Gesamtstatuts kommen oder b) danach das modifizierte Statut verabschieden. So kämen wir in der Diskussion heute am besten weg. Hier gibt es eine Fülle von Fragen, so daß wir sonst zum zentralen Problem gar nicht kommen. Das ist eine Anregung zum Verfahrensmodus.

Erhard: Danke schön! – Herr Kollege Seebohm!

Seebohm: Es hat uns bisher ein starker Wille zur Klärung der Organisation von unten nach oben gefehlt. Dieser starke Wille sollte durch den Generalsekretär durchgeführt werden. Eine Partei baut sich nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben auf. Der Generalsekretär muß diese organisatorische Aufgabe als eine entscheidende und wesentliche sehen, dies um so mehr, als wir weder in der früheren noch in der heutigen Satzung eine direkte Verankerung der Landesvorsitzenden haben. Die Landesvorsitzenden sitzen hier in diesem Gremium, aber sie würden in Zukunft, wenn diese Satzung durchkommt, zu einem sehr großen Teil nicht in der Lage sein, die nötigen Informationen, die sie für ihre Arbeit im Lande brauchen, zu erhalten, wenn sie dem Bundesvorstand nicht mehr angehören und der Bundesausschuß zuwenig tagt.

Dieser Bundesvorstand ist für viele, die von außen kommen, die einzig mögliche und echte nichtgedruckte Informationsquelle, bei der sie hören und erfahren, was in den anderen Landesverbänden vorgeht. Wir müssen uns deshalb überlegen, wie man die Landesvorsitzenden stärker, nicht gerade institutionell, aber in irgendeiner Form zusammenführt, indem man beispielsweise durch eine Entschließung sagt: Die Landesvorsitzenden sind jedes Vierteljahr vom Bundesvorsitzenden zu einer Aussprache einzuberufen. Die Landesvorsitzenden müssen in dieser Aussprache Gelegenheit haben, ihre persönlichen Probleme aus den Landesverbänden mit den anderen Landesverbänden auszugleichen. Dort muß natürlich auch die Frage der Finanzierung immer wieder erörtert werden, weil sie für uns ein außerordentlich schweres Problem ist. Wir wissen, daß gewisse Länder nicht bereit sein werden, zu dem Parteiengesetz ein entsprechendes Landesgesetz einzubringen, z. B. die Stadtstaaten und Hessen. Sollten wir in Niedersachsen eine absolute Mehrheit der SPD bekommen, dann ist hier auch die Frage, daß Niedersachsen einen solchen Weg nicht mitgeht.

Die zehn verantwortlichen Leute von Niedersachsen haben als persönliche Bürgen einen Kredit von 1 Mio. DM zugesagt. Wenn nun das Gesetz durch den Landtag nicht verabschiedet wird, dann sind diese zehn Leute völlig ruiniert.[15] Das ist die ganz klare Konsequenz. Wir haben das getan auf meinen Vorschlag, weil wir gesagt haben, wir müssen das riskieren, denn wir können diesen Wahlkampf nicht ohne Geld führen. Eine solche Frage hätte noch viel mehr hier in unserem Kreise diskutiert werden müssen, wenn es vorher möglich gewesen wäre. Schaffen Sie also eine Möglichkeit, daß die Landesvorsitzenden ihre Sorgen und Nöte mit dem Parteivorsitzenden regelmäßig besprechen können.

Erhard: Herr Kollege Seebohm, wir haben vorhin im Präsidium ohnedies vereinbart, daß das, was in der Diskussion hinsichtlich der neuen Satzung nicht geklärt wird – es kann nicht alles geklärt werden –, mit den Landesvorsitzenden noch einmal vor dem Parteitag in Braunschweig diskutiert wird. (*Lücke:* Und den Vorsitzenden der Vereinigungen!) Ja! – Herr Kollege Lemke!

15 „Gesetz über die Erstattung der Wahlkampfkosten von Landtagswahlen (Wahlkampfkosten-Ges.)" vom 28. Dezember 1967, vgl. Niedersächsisches Gesetzes- und Verordnungsblatt 1967 S. 442.

Lemke: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist durchaus demokratisch, wenn man das föderale Prinzip durch das Parteiengesetz zum Tragen kommen läßt. Ich sehe nicht ein, warum das Parteiengesetz nicht die Erlaubnis gibt, daß sich dieser dreißigköpfige Vorstand nach föderalen Prinzipien aufbaut. Wenn das nicht möglich ist, ist die vom Kollegen Seebohm vorgeschlagene Lösung als kleinere Lösung natürlich möglich. Sie wäre aber nicht so gut. Wenn das Parteiengesetz das nicht genau feststellt, würde ich sagen, haben Sie recht mit Ihrem Vorschlag, Herr Mikat, daß wir das ganze Statut noch nicht behandeln sollen.

Wenn das aber alles feststeht, dann bin ich der Ansicht, daß wir lieber klare Verhältnisse schaffen; denn was sollen wir das alles wiederum ein Jahr lang vor uns herschieben. Dann müßte in der nächsten Woche eine Sitzung stattfinden mit den Herren, die daran gearbeitet haben, und den Landesvorsitzenden, damit man sich dann einigen kann. Das wäre eine Kleinigkeit. Es hat nur Zweck, wenn das Parteiengesetz feststeht. Wenn es nicht feststeht, dann würde ich allerdings die Hände davon lassen; denn man weiß nicht, wie es nachher ausgehen wird.

Erhard: Herr Scheufelen!

Scheufelen: Ich möchte davor warnen, die Sache zu überstürzen; denn dazu müssen wir nicht nur die Landesvorstände, sondern auch die Landesausschüsse hören. Das ist aber vor dem Parteitag in Braunschweig nicht mehr möglich. (*Erhard:* Was stellen Sie sich denn vor, was auf dem Bundesparteitag überhaupt geschehen soll?) Ich möchte mich dem Vorschlag von Professor Mikat anschließen, daß man zunächst den Teil ausklammert, der in der Partei schon diskutiert ist und wozu die Gremien schon Stellung nehmen konnten.

Erhard: Bitte, Herr von Hassel!

Von Hassel: Ich halte es für ganz mißlich, wenn jeder Bundesparteitag sich mit dem Thema „Satzungsänderungen" zu befassen hat. Wir haben im Jahre 1959/60 durch die Konferenz der Landesvorsitzenden eine sorgfältige neue Formulierung der Satzung gefunden. Sie wurde auf dem Parteitag[16] verabschiedet und dann korrigiert durch die Satzungsänderung im Jahre 1966[17]. Sie wird jetzt korrigiert durch die Satzungsänderung von 1967. Es würde unter Umständen ein neuer Parteitag zusammentreten müssen, und zwar entweder als Arbeitsparteitag noch in diesem Jahr oder als ein neuer Bundesparteitag 1968. Ich bin der Meinung, daß man hier heute über die Grundthemen unserer Satzungsänderung befinden sollte. Wir sollten aber am kommenden Montag noch einmal zusammentreten, entweder das ganze Präsidium oder eine Kommission mit allen Landesvorsitzenden und den Vorsitzenden der Vereinigungen. In einer ganztägigen Konferenz wird man das, was bei uns noch zu ordnen sein wird, wahrscheinlich erledigen können, so daß die Landesverbände am kommenden Dienstag – das sind beinahe noch zwei Wochen vor dem Bundesparteitag – davon wissen und somit mit ihren eigenen Gremien darüber beraten können.

16 Am 27. April 1960 in Karlsruhe. Vgl. CDU, 9. BUNDESPARTEITAG S. 91f.
17 Am 23. März 1966 in Bonn. Vgl. CDU, 14. BUNDESPARTEITAG S. 191–206.

Erhard: Herr Glup!

Glup: Ich möchte das unterstreichen, was die Herren Dr. Mikat und Dr. Scheufelen zum Ausdruck gebracht haben. Die Zeit bis Braunschweig ist zu kurz, um die ganzen Dinge noch in den Gremien der Landesverbände zu besprechen. Wir haben in Niedersachsen den Wahlkampf zu führen. Jetzt sieht es so aus, daß die Landesverbände zwar höhere Beiträge bezahlen sollen, daß sie aber weniger Informationsmöglichkeiten bekommen, wenn nach der Satzung die Landesvorsitzenden nicht mehr drin sind.

Es ist dringend erforderlich, daß die Partei geschlossen auf dem Parteitag auftritt. Es geht darum, daß die Landesvorsitzenden die Möglichkeit bekommen, aus erster Hand informiert zu werden. Es geht nicht, daß sie sich erst durch die Presse informieren können, wie das jetzt schon im Ansatz gemacht worden ist. Das halte ich für falsch – das sage ich Ihnen ganz offen –, daß man versucht, in der Presse etwas vorher zu besprechen, was in den kompetenten Gremien nicht durchberaten worden ist. Deshalb sollten wir uns die Lehren aus der Vergangenheit zu eigen machen und daraus die Schlüsse ziehen, daß wir in Zukunft den ordnungsmäßigen demokratischen Weg gehen. Wir sollten den kompetenten Gremien die Informationen geben. Das muß auch in der Satzung zum Ausdruck gebracht werden.

Erhard: Bitte sehr, Herr Benda!

Benda: Aus meiner Kenntnis des Parteiengesetzes möchte ich sagen, daß Änderungen wesentlicher Art kaum noch möglich sind. Die Dinge sind seit vielen Monaten zwischen den Fraktionen des Bundestags abgesprochen worden, aber nicht, weil die Themen, die uns heute beschäftigen, kontrovers oder wichtig gewesen wären, sondern wegen der Frage der Parteienfinanzierung. Ich fürchte, wenn man jetzt anfängt, an anderer Stelle materiell zu diskutieren – das wäre ja notwendig –, dann entsteht auf jeden Fall eine kaum erträgliche Verzögerung bei der Verabschiedung des Gesetzes, die sich dann auf die Regelung der finanziellen Fragen verheerend auswirken könnte.

Ich glaube also, daß eine Diskussion über wesentliche Änderungen nicht möglich ist, obwohl man über einzelne Bestimmungen diskutieren kann. Der Bundesvorstand tut gut daran, davon auszugehen, daß das Parteiengesetz in allernächster Zeit in der Fassung, in der es gegenwärtig vorliegt, vom Bundestag verabschiedet werden wird, und daß eben einfach die Konsequenzen daraus zu ziehen sind.

Zu der Frage, was in Braunschweig geschehen soll, ob das neue Statut in der vorliegenden Form des Entwurfs, den eine Kommission erarbeitet hat, verabschiedet oder geändert werden soll, folgendes: Daß Fragen wie etwa die des Generalsekretärs geklärt und entschieden werden müssen, und zwar mit den Konsequenzen für Braunschweig, ist sicher außer Streit. Die Frage der Zusammensetzung des Bundesvorstands könnte für mein Empfinden geklärt und entschieden werden. In der politisch sehr viel schwierigeren Frage der Exil-CDU und Oder/Neiße-Linie bin ich nicht sicher, ob uns diese Klärung noch möglich ist, aber nicht deswegen, Herr Vorsitzender, weil ich meine, daß wir der Frage ausweichen sollten, sondern deswegen, weil uns die Vorlage, die in der Kommission unter Vorsitz von Herrn Dr. Barzel erarbeitet worden ist, noch keine Lösung anbietet; jedenfalls keine, die ich für irgendeine Lösung halte. Ich lese auf Seite 11

nur, daß der § 10 des bisherigen Statuts gestrichen wird, daß also die entsprechenden Organisationen wegfallen mit allen Konsequenzen, die sich auf dem Bundesparteitag daraus ergeben.

Dann heißt es weiter: „§ 10 der geltenden Fassung des Statuts muß deshalb entfallen. Über die Folgerungen, die sich daraus für den künftigen Status der Exil-CDU und des Landesverbands Oder/Neiße ergeben, muß noch gesprochen werden."

Ich will hier gar nicht in der Sache diskutieren, sondern nur sagen, daß man in der Tat dann erst einmal darüber sprechen muß; denn daß dies für die Zukunft unserer Partei und auch ihre politische Repräsentation nach außen – wie immer man sich im einzelnen die Frage vorstellt – eine ganz wichtige Frage ist, das scheint mir klar zu sein. Das scheint mir also kein Lösungsvorschlag zu sein, sondern zunächst einmal nur ein Einschnitt mit dem Versprechen, später einmal daraus Konsequenzen zu ziehen. Das muß also erst noch geschehen. Bevor diese Frage nicht völlig geklärt ist, scheint es mir kaum möglich zu sein, das endgültig zu verabschieden. (*Amrehn:* Hier steht noch etwas von Gedanken usw.!) Herr Amrehn, ich habe das auch gelesen. Hier wird von den Verfassern selber angekündigt, es wird noch Gedanken geben, aus denen dann – ich nehme an, daß es gewichtige Gedanken sind – Konsequenzen zu ziehen sind. Was im § 37 steht, habe ich auch gelesen. Hier werden Folgerungen angekündigt. Die möchte ich zunächst einmal hören. Ich nehme an, die davon Betroffenen werden noch mehr interessiert sein. Das müßte also zunächst einmal vorgetragen werden, und dann wird man darüber reden müssen.

Erhard: Herr von Heydebreck!

Von Heydebreck: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die Frage der Berücksichtigung der Landesvorsitzenden im Bundesvorstand ohne Verletzung des Parteiengesetzes, wie man es sich jetzt vorstellt, durchaus möglich wäre, daß nämlich die Satzung an irgendeiner Stelle folgenden Satz bekommt: Im Bundesvorstand müssen alle Landesverbände vertreten sein. Ich kann mir nicht denken, daß das gegen das Parteiengesetz verstoßen soll. (*Zuruf:* Dann gibt es kein Wahlrecht mehr! – *Burgbacher:* Die Landesverbände oder die Landesvorsitzenden? – *Bewegung und anhaltende Unruhe.*) Herr Burgbacher, wenn der Landesverband nicht bereit ist, seinen eigenen Vorsitzenden in den Bundesvorstand zu entsenden, dann ist das doch kaum möglich. (*Anhaltende starke Unruhe. – Burgbacher:* Das geht auch ohne Satzung!) Sie meinen, daß der Parteitag an dem Vorschlag vorbeigehen sollte, daß ein Landesverband seinen Vorsitzenden haben muß. Das wäre allerdings drin, daß der Parteitag in der Lage wäre, nicht den Vorsitzenden des Landesverbands, sondern ein anderes Mitglied zu wählen. Aber das andere ist doch ohne weiteres denkbar.

Erhard: Herr Kohl!

Kohl: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich muß zunächst sagen, ich bin über einen Teil der Diskussion einigermaßen erstaunt. Wir reden jetzt über die Parteireform, seitdem ich mich erinnern kann, und nun stehen wir vor der Tatsache, daß wir hier einen Entwurf haben und in vier Wochen handeln sollen. (*Zuruf:* In drei Wochen!) Nun, drei Wochen, gut. Wir sind also offensichtlich nicht in der Lage, entspre-

chend zu handeln. Man kann über das eine oder andere Detail in diesem Entwurf – dazu habe ich meine eigene Meinung – sehr wohl sprechen. Ich bin sehr damit einverstanden, daß wir sehr kurzfristig jetzt noch einmal in einem Kreis zusammentreten, der darüber spricht, aber ich meine, wenn wir es ernst meinen mit der Zukunft der CDU, können wir das doch nicht wiederum ad calendas graecas vertagen.

Wenn wir das bis zum nächsten Jahr vertagen, dann werden wir wieder in den gleichen Zeitdruck kommen. Das ist eine Erfahrung, die ich bisher immer gemacht habe. Wir werden uns einmal daran gewöhnen müssen, daß eine demokratische Partei auch demokratische Notwendigkeiten hat. So hart und so bitter das ist, zu einer demokratischen Persönlichkeit gehört auch eine geheime Wahl auf einem Parteitag. Ich weiß nicht, was dabei ist, wenn man sich einer Wahl auf einem Parteitag stellt und dabei – wie ich das letztemal – durchfällt.[18] Ich sehe darin gar keinen Beinbruch, sondern ich bin der Auffassung, wir müßten doch mindestens das fertigbringen, was die Sozialdemokraten seit vielen Jahrzehnten fertigbringen, nämlich ihr zentrales Führungsorgan zentral zu wählen. Mir fällt dabei als Vorsitzender kein Stein aus der Krone, mich auf einem Bundesparteitag zur Wahl zu stellen; wie ich überhaupt meine, wenn wir es ernst meinen mit der Zukunft der Gesamtpartei, dann müssen wir bei Wahrung aller föderalen Interessen – für die ich sehr wohl bin – zunächst das Ganze sehen und sagen, die CDU Deutschlands muß jetzt überhaupt einmal zur CDU Deutschlands werden.

Meine Damen und Herren! Es entsteht dann sofort die Frage – lassen Sie mich das mit allem Freimut hier einmal ansprechen –, daß die Landesverbände in der CDU Deutschlands von der Struktur her, von der Mitgliederzahl her und von allem, was hier zu nennen ist, unterschiedlich betrachtet werden müssen. Wenn wir also zu einer Verankerung des Prinzips der Landesverbände als Gleichgewicht kämen, müßte ich für Rheinland-Pfalz zumindest die Frage in die Diskussion werfen: Wie groß muß eigentlich ein Landesverband sein, um Landesverband sein zu können? Wir könnten uns dann in Rheinland-Pfalz die Frage überlegen, wieviel Landesverbände aus Rheinland-Pfalz zu machen wären. Das ist immerhin eine legitime Frage, die ich hier nicht ohne Bosheit in die Debatte werfen möchte. Solche Verhältnisse gibt es in Nord und in Süd. Ich spreche hier gar keine Besonderheit an. Es müßte doch möglich sein, daß wir uns heute dazu verstehen, (*Starke Unruhe.*) daß wir kurzfristig wieder hier zusammenkommen, vielleicht die Landesvorsitzenden mit der Kommission, um über die Dinge noch einmal zu sprechen.

Ich bin Herrn Benda sehr dankbar, daß er gesagt hat, das Parteiengesetz ist eine fertige Größe. Es steht der CDU nicht gut an, hier viel ändern zu wollen. Die Zukunft der modernen Massendemokratie erfordert eine lebendige Partei. Ich sehe hier einen ersten und ganz wichtigen, mir sehr sympathischen Schritt – auch wenn ich alle Details nicht unbedingt unterschreibe –, daß wir von einem Prinzip wegkommen, welches hie und da

18 Kohl hatte auf dem Bundesparteitag in Bonn vergeblich für das Präsidium kandidiert, vgl. KOHL S. 194.

noch gilt und das ich schlicht und einfach als Honoratioren-Demokratie umschreiben möchte.

Wir müssen uns daran gewöhnen, daß die Parteiämter auf einem Parteitag vergeben werden, und daß noch so hohe Verdienste in staatlichen oder sonstigen Stellen nicht automatisch ein Parteiamt nach sich ziehen, sondern daß beides redlich erworben werden muß. Je früher wir mit diesem Selbsterziehungsprozeß anfangen, um so schneller kommen uns die Ergebnisse dieser Pädagogik zugute. Deswegen würde ich dafür plädieren – so würde ich es auch formell beantragen –, die Landesvorsitzenden sollten mit der Kommission in der nächsten Woche zusammenkommen. Dann können sich alle Landesverbände in der übernächsten Woche noch einmal treffen hier und die Sache besprechen. Alle Landesverbände machen doch ohnedies für den Bundesparteitag Vorbesprechungen, um jeweils die Wahlkapitulationen abzuschließen, die da abzuschließen sind. (*Starke Unruhe und Widerspruch.*) Ich spreche nur das aus, was alle hier machen. (*Erneuter Widerspruch und Heiterkeit.*) Wenn alle zusammenkommen und über den Parteitag sprechen, dann ist es ganz natürlich. Es ist auch möglich, über diese Frage noch einmal zu diskutieren.

Ich meine, daß man nicht nur die Frage des Generalsekretärs, die überfällig ist, ansprechen soll, sondern auch angesichts des starken Interesses der deutschen Öffentlichkeit sollte man ganz offen sagen, wir versuchen, auch das hier in den Griff zu bekommen. Das wäre ein gutes Beispiel, das die CDU gibt, wenn sie mit der Verabschiedung des Parteiengesetzes ihren eigenen Parteirahmen nach dieser neuen Form ausrichtet.

Deswegen meine herzliche Bitte und den dringenden Wunsch – ich würde den Vorschlag von Herrn von Hassel aufgreifen –, diesen Termin so vorzusehen, daß wir doch noch dieses Tableau fertigbekommen, wobei ich noch einmal sagen möchte, ich bin bei der einen oder anderen Detailfrage anderer Auffassung, aber mir scheint es wenig sinnvoll, das heute hier noch einmal alles im einzelnen zu erörtern.

Erhard: Herr Kraske!

Kraske: Ich möchte etwas zum Parteiengesetz ergänzend sagen, zumal ich nicht nur von seiten der Partei, sondern auch von seiten der Fraktion zusammen mit den Kollegen Even und Professor Burgbacher das im Innenausschuß zu vertreten habe. Ich unterstreiche das, was Herr Benda gesagt hat. Es ist sicher nicht damit zu rechnen, daß in den Beratungen im Ausschuß oder in der zweiten oder dritten Lesung hier noch wesentliche Änderungen erfolgen werden. Es hat vor etwa zehn Tagen ein öffentliches Hearing stattgefunden mit vier Professoren des Öffentlichen Rechts und der Politischen Wissenschaften.[19] Der wesentliche Einwand gegen den Teil „Innere Ordnung" richtete sich dagegen, daß überhaupt in den Vorständen Mitglieder, nämlich ein Fünftel, die nicht direkt vom Parteitag gewählt sind, Stimmrecht bekommen sollen. Die Professoren, auch die, die im wesentlichen diesen Entwurf unterstützen, waren der Meinung, der gesamte Vorstand muß gewählt werden.

19 Beteiligt am Hearing am 21. April 1967 waren die Professoren Ernst Friesenhahn, Ulrich Scheuner, Kurt Sontheimer und Dolf Sternberger, vgl. FAZ vom 22. April 1967 „Innenausschuß berät über Parteiengesetz".

Der Hintergrund – Herr Dr. Barzel hat darauf hingewiesen – ist folgender: Nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in den Parteien selbst besteht der Verdacht, je mehr öffentliche Mittel, desto mehr Macht an der Spitze, desto mehr Möglichkeiten, zu manipulieren, desto weniger Möglichkeiten der Mitglieder. Deswegen wird immer im Zusammenhang mit der Frage der öffentlichen Finanzierung darauf gedrängt werden, die Stellung des Mitglieds von unten nach oben zu stärken. Diese Voraussetzung von den Vorständen ist davon gar nicht zu trennen, zumal hier eben eindeutig argumentiert wird, daß die Bundesvorstände Bundesorgane, die Landesvorstände Landesorgane sind, und daß hier von den Delegiertenversammlungen der entsprechenden Ebene gewählt werden muß und nicht die Delegation etwa durch die Landesparteitage ausreicht.

Der zweite Punkt ist die Terminfrage. Die zweite und dritte Lesung sollte noch im Mai stattfinden. Sie wird jetzt wohl in der ersten oder in der zweiten Juni-Woche sein. Das tut an sich rechtlich nichts zur Sache; denn diese Bestimmungen sollen ohnehin erst mit dem 1. Januar 1969 in Kraft treten. Aber ich bitte Sie, zu überlegen, in welche Rolle wir der Öffentlichkeit gegenüber kommen, wenn wir ein vitales Interesse daran haben – und das ist im Gesetzentwurf vorgesehen –, die finanziellen Bestimmungen sofort in Kraft treten zu lassen, und wenn wir nun bei den Bestimmungen, die uns nichts einbringen, sondern die uns gewisse Mühe machen und gewisse Umstellungen abfordern, sagen, wir schöpfen die gesetzliche Frist soweit wie möglich aus und warten hier das Jahr 1968 oder gar das Jahr 1969 ab.

Ich bin der Meinung, daß eine große Partei wie die CDU sich selber einen Dienst erwiese, wenn sie ihre Satzungen änderte, bevor ein gesetzlicher Zwang das von ihr fordert. Ich frage mich schließlich, ob die Landesverbände in dieser kurzen Frist überfordert sind. Ich kann nur daran erinnern, daß – die Bundespartei hat zunächst keine weitere Möglichkeit – dieses Parteiengesetz in der jeweils vorliegenden Form auf nicht weniger als drei Landesgeschäftsführerkonferenzen eingehend behandelt worden ist[20], wobei ich selbstverständlich davon ausgegangen bin – was mir in einer Reihe von Fällen auch bestätigt wurde –, daß die Landesgeschäftsführer ihre Vorsitzenden und Vorstände darüber unterrichtet haben. Ich habe den Landesvorsitzenden dieses Parteiengesetz sogar in seiner letzten Fassung zugeschickt und sie mit einer Frist von etwa sechs Wochen gebeten, mir mitzuteilen, was die Landesverbände noch für Wünsche hätten, die wir dann, soweit es möglich sei, im Innenausschuß und in der Fraktion vertreten würden. Die Antworten darauf waren sehr mager. Die wenigen Einwände, die ich bekommen habe, habe ich im Innenausschuß vertreten, teils mit, teils ohne Erfolg. An dieser Frage ist aber nie gedeutelt worden, obwohl gerade die Frage, daß dieses Parteiengesetz eine Umstrukturierung unserer Vorstände bedeutet, auf jeder dieser Landesgeschäftsführerkonferenzen eigentlich im Zentrum der Beratungen stand. Ich glaube also, daß von uns aus zur langfristigen Vorbereitung einiges getan worden ist, und daß wir deswegen

20 Als eigener Tagesordnungspunkt nur bei der Konferenz am 5. Dezember 1966 aufgeführt (ACDP 07-001-508).

doch versuchen sollten, uns über diese Frage so schnell wie möglich schlüssig zu werden.

Erhard: Herr Ministerpräsident Filbinger!

Filbinger: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wenn ich die Diskussion richtig verstanden habe, geht es immer noch um die Frage, sollen wir das ganze Paket der Satzungen anpacken und in Braunschweig lösen, oder sollen wir daraus einige Punkte herausziehen. Ich habe aber den Kollegen Professor Mikat vorhin nicht so verstanden, daß man alternativ das eine tun und das andere lassen soll, sondern daß man pragmatisch einen Punkt, und zwar einen besonders schwerwiegenden Punkt, nämlich den des Generalsekretärs, zunächst einmal herausgreifen sollte, daß man ihn berät und dann fragt, wie soll sich der Bundesvorstand im übrigen zusammensetzen. Wenn wir dies heute täten, kämen wir verhältnismäßig rasch zu konstruktiven Lösungen. Wir würden uns dadurch aber den weiteren Weg nicht abschneiden, sondern könnten dann die weiteren Satzungsbestimmungen durchberaten. Nach dem Ergebnis der Diskussion könnten wir dann sagen, ob wir imstande sind, das Ganze in Braunschweig anzupakken.

Ich glaube, die Gesichtspunkte, die für das Ganze sprechen, sind durchaus überzeugend. Wir sollten uns nicht vorzeitig nur auf eine kleine Lösung festlegen, wir sollten uns nicht negativ reduzieren, sondern heute die Zeit nutzen. Wir haben jetzt eine Dreiviertelstunde damit zugebracht, die Entscheidung darüber zu fällen, worüber wir diskutieren wollen. Ich schlage vor, zunächst die Frage des Generalsekretärs und dann die der Zusammensetzung des Bundesvorstands zu erörtern. (*Beifall.*)

Erhard: Herr Kollege Gradl!

Gradl: Ich möchte den Vollzug dieses Vorschlages nicht stören; wir werden ja sehen, wie weit wir kommen. Ich möchte nur zu einem Punkt, nämlich zu der Gruppe, die ich hier repräsentieren darf, etwas sagen. Es ist ganz sicher, daß wir in der Frage der Exil-CDU überfordert sind, wenn jemand glaubt, daß wir jetzt dazu eine verbindliche Entscheidung treffen können. Dies ist nicht möglich bis Braunschweig. Da ist Pfingsten dazwischen. Wir können also keine genügende Klärung herbeiführen.

Ich habe diesen Text, den man ja kennen muß, erst vor drei Tagen bekommen. (*Erhard:* Immerhin!) Wenn es um eine so wichtige Frage geht wie diese, die von politischer Brisanz sondergleichen ist, dann kann ich nur sagen, es wäre nicht zu verantworten, wenn wir diese Frage vorzögen. Ich meine, fangen wir mit dem Wesentlichen an. Das Wesentliche, verehrte Kollegen, ist die Führungsgruppe. Darüber müssen wir entscheiden aus ganz anderen Gründen, nicht nur weil es kein Parteiengesetz gibt, sondern auch sonst wegen der Satzung. Da ist die Entscheidung zwingend. Am Ende werden wir sehen, daß Sieg oder Niederlage der CDU noch nie vom Parteichef abhängig war.

Erhard: Herr Kollege Barzel!

Barzel: Herr Bundeskanzler! Ich glaube, daß es doch ganz sinnvoll war, diese relativ kurze Zeit für eine allgemeine Aussprache zu haben. Aus meinem Eindruck schält sich nicht nur die Frage des Generalsekretärs heraus, sondern, wenn ich richtig sehe und höre, was hier gesagt worden ist, handelt es sich um den Wunsch, die Landesvorsitzenden

in irgendeiner Form zu verankern. Herr Seebohm hat gesagt, die Satzung soll den Vorsitzenden verpflichten, die Landesvorsitzenden viermal im Jahr zu informieren. Das müßte man irgendwie noch formulieren. Herr von Heydebreck hat einen anderen Vorschlag gemacht, der, wie ich fürchte, ein bißchen auf Schwierigkeit stoßen könnte. Auch diese Frage der verstärkten Einschaltung der Landesvorsitzenden ist durch die Diskussion schon in eine gewisse Verdichtung gekommen, so daß wir sie vielleicht als zweite diskutieren könnten; erst den Generalsekretär, dann diese. Dann kommen wir sicher noch bis zur Konstruktion des Bundesvorstands.

Was die Exil-CDU betrifft, Herr Kollege Gradl, so habe ich gesagt, es kommt darauf an, dieses Pfand zu erhalten, aber doch die gesetzlichen Notwendigkeiten zu sehen. Wir dürfen natürlich auch insoweit – Sie wissen, wie ich dazu stehe – nicht etwa in die Lage kommen, daß wir nachher eine nicht gesetzeskonforme Satzung haben wegen aller möglichen Dinge. (*Burgbacher:* Heute nicht!) Es gibt Juristen, die sagen, heute schon. Unsere Parteitagsbeschlüsse sagen, das ist anfechtbar. (*Burgbacher:* Natürlich!) Reden wir nicht darüber, sondern schauen wir nach vorn.

Ich würde glauben, Herr Bundeskanzler, wir wären gut beraten, die allgemeine Aussprache jetzt abzubrechen und nunmehr in die Diskussion einzutreten: 1. Generalsekretär, 2. Einschaltung der Landesvorsitzenden, 3. Organisation des Bundesvorstands. Das könnten wir heute wohl schaffen. (*Zuruf:* Darf ich bitten, daß Sie auch die Stellung der Vorsitzenden der Vereinigungen diskutieren. – *Burgbacher:* Das machen wir immer zusammen!)

Erhard: Meine Damen und Herren! Wir haben noch einen Vorschlag vorliegen, nämlich entgegen der bisherigen Übung den Vorstand nur als ein enges Geschäftsführendes Gremium zu formieren, bestehend aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter, dem Generalsekretär und vielleicht dessen Stellvertreter. Dieser Vorschlag ist aus der Mitte gekommen, wobei natürlich zu bedenken ist, daß diejenigen, die als Vorsitzender, als Stellvertreter und als Generalsekretär vorgesehen sind, alles sehr vielbeschäftigte Leute sind, so daß ich nicht weiß, ob das als eine Art Geschäftsführung praktisch überhaupt zu handhaben sein wird.

Wir sind uns darüber im klaren und es scheint der Stimmung in allen Landesverbänden zu entsprechen, daß ein Generalsekretär bestellt wird. Gehen wir davon aus, oder ist jemand hier anderer Meinung? – Das ist nicht der Fall.

Wie sieht denn die Hierarchie aus, ganz gleichgültig, ob der Vorstand oder das Präsidium etwas enger oder weiter gefaßt wird? (*Zuruf:* Wir müssen die Funktion wissen, ob hauptamtlich oder nebenamtlich!)

Barzel: Herr Bundeskanzler, ich glaube, daß Sie eben mit Recht feststellen konnten, daß alle für den Generalsekretär sind. Vielleicht kann man sich, bevor man über die Reihenfolge spricht, die sich nachher beim Bundesvorstand stellt, zunächst über die Kompetenzen und die Funktionen unterhalten; denn da scheinen doch noch Schwierigkeiten zu liegen. Das müßte heute auf jeden Fall klar werden; denn wie soll eigentlich der künftige Parteivorsitzende einen Kollegen bitten, ob er bereit ist, das zu tun, wenn

nicht wenigstens dieser Bundesvorstand heute zu erkennen gibt, wie weit er zu gehen bereit ist.

Erhard: Die Funktionen haben Sie vorhin vorgelesen.

Barzel: Fangen wir gleich an, wenn ich das vorschlagen darf, beim § 36. Dort steht das Generelle.

Erhard: Herr Vogel[21]!

Vogel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe hier einen Auftrag des Bundesvorstands des Deutschland-Rats der Jungen Union zu vertreten. Ich habe Ihnen, Herr Vorsitzender, einen formulierten Änderungsvorschlag vorgelegt, der sich speziell mit der Frage des Generalsekretärs befaßt. Auch im § 36 kann man diese Frage nur diskutieren, wenn man sich über den Status des Generalsekretärs völlige Klarheit verschafft. Ich glaube, das ist im Satzungsentwurf nicht bis zum letzten sauber durchdacht. Wir müssen zunächst einmal sagen, daß, wenn der Generalsekretär über einen längeren Zeitraum als zwei Jahre gewählt wird, er nicht zu den gewählten Vorstandsmitgliedern gehört, sondern ein Organ sui generis ist, das dann geborenes Mitglied dieses Vorstands sein muß, weil er nach diesem Vorschlag hier auf vier Jahre gewählt sein soll.

Es ist auch wichtig, diese Position des Generalsekretärs klar zu umreißen im Verhältnis zum Vorsitzenden. Deshalb finden Sie in unserem Vorschlag zum § 36 folgende Formulierung: „Der Generalsekretär unterstützt den Vorsitzenden bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Er führt die Geschäfte der Partei im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden." Dann kommt der Katalog, wie er im Vorschlag enthalten ist.

Barzel: Darf ich noch einmal versuchen zu helfen? Nach meinem Eindruck ist also der Generalsekretär im § 36 grundsätzlich verankert. Er kommt dann weiter vor in den §§ 16, 24, 25, 28, 31, 33 und 35. Vielleicht ist es zweckmäßig, für die Erleichterung der Diskussion nach diesen Paragraphen vorzugehen.

Erhard: Darf ich mal fragen, aus welchem Grund glauben Sie, dem Generalvorspruch des § 36 noch einmal einen besonderen voransetzen zu sollen?

Vogel: Wir sind der Auffassung, daß der Generalsekretär in seiner Position klar abgegrenzt sein soll auch zum Vorsitzenden. Die Frage wird sicherlich eine Rolle spielen im Verhältnis zu den Stellvertretern, insbesondere dann, wenn wir uns mit der Frage beschäftigen, ob wir einen 1. Stellvertretenden Vorsitzenden weiterhin vorsehen sollen oder nicht. (*Dufhues:* Worin unterscheidet sich denn Ihr Vorschlag?) Er unterscheidet sich insofern, als wir den Satz davorsetzen: „Der Generalsekretär unterstützt den Vorsitzenden bei der Erfüllung seiner Aufgaben." Damit ist die Primärfunktion des Vorsitzenden klar zum Ausdruck gebracht. (*Zuruf:* Das ist eine Tautologie!)

Erhard: Bitte, Herr Mikat!

Mikat: Man kann natürlich sagen, diesen Vorspann nehmen wir dazu, dann gibt das zwar rechtlich nicht mehr her, aber es gibt eine gewisse Demonstration des Vorsitzen-

21 Friedrich Vogel (geb. 1929), Jurist; 1956–1976 Mitglied des Stadtrats von Warendorf (CDU), 1963–1967 stv. Bundesvorsitzender der JU, Oktober bis Dezember 1966 Justizminister von Nordrhein-Westfalen, 1965/66 und 1969–1994 MdB, 1982–1987 Staatsminister im Bundeskanzleramt.

den. Schwieriger wird folgende Frage des Wahlmodus, nämlich zwei oder vier Jahre. Dabei sind uns überhaupt nur zwei Möglichkeiten gegeben, nämlich einmal ist die Frage zu prüfen – aber die scheint das Präsidium entschieden zu haben –, wer bestellt den Generalsekretär? (*Zurufe:* Der Bundesparteitag!) Wenn der Bundesparteitag ihn bestellt, dann muß dafür noch eine spezielle Norm geschaffen werden. Man will sicher folgendes – das ist die Frage, die ich zum § 36 habe –: Der Generalsekretär soll etwas anderes sein als eine Art erweiterter Bundesgeschäftsführer; sonst würde es genügen, wenn man die Kompetenzen des Bundesgeschäftsführers erweiterte. Aber gerade, weil er das nicht soll, wird man sich überlegen müssen, ob man das nicht etwas deutlicher im § 36 zum Ausdruck bringt. (*Zuruf:* § 28!) Der § 28 sagt, er wird gewählt, nur muß dann sichergestellt werden, daß er für den langen Zeitraum gewählt wird. (*Kraske:* Es steht drin, daß er für vier Jahre gewählt wird.)

Erhard: Bitte, Herr Kollege Heck!

Heck: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir sind nun an einem Punkt angekommen, wo Klarheit not tut. Die Partei kann nach allen Erfahrungen nicht wollen, daß derjenige, der im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden die Geschäfte führt, insoweit eine eigenständige Position bekommt, daß dadurch ein potentieller Dualismus in der Partei gefördert würde. Ich hatte Gelegenheit, am vergangenen Freitag mit einigen Generalsekretären, die es in Europa gibt, zu sprechen.[22] Es ist interessant, die Vorstellungen, die sich bei uns von einem Generalsekretär entwickelt haben, gibt es in Europa nirgendwo.

Wir betreten hier Neuland. Mir war eigentlich am interessantesten, wie die Briten bei sich das Problem gelöst haben. Das ist interessant, auch wenn die Verhältnisse nicht ganz vergleichbar sind; aber in Großbritannien ist die Führungsstruktur kompromißlos darauf abgestimmt, daß, wenn ein Vorsitzender gewählt wird, dann alle übrigen Positionen auf ihn zugeordnet sind, d. h. der Leader ist, wenn die Partei in der Opposition ist, gleichzeitig Fraktionsvorsitzender, und wenn sie in der Regierung ist, ist er gleichzeitig Premier, Fraktionsvorsitzender und Parteivorsitzender. Und weil er die Geschäfte des Parteivorsitzenden nicht wahrnehmen kann, sitzt ein anderer auf seinem Stuhl, der Chairman, aber auch der kann nur auf Vorschlag des Vorsitzenden, des Leaders, gewählt werden. Er muß den Vorschlag der Partei nicht akzeptieren, aber er muß einen anderen vorschlagen. Es ist unmöglich, daß derjenige, der für den Parteivorsitzenden die Geschäfte führt, etwa gegen den erklärten Willen des Vorsitzenden gewählt werden kann.

Das halte ich auch für einen völligen Unsinn. Aber daraus ergibt sich natürlich auch etwas, was die Zeit anbelangt. Wenn man denjenigen, der für den Vorsitzenden die Geschäfte führt, zu eng gekoppelt mit diesem sieht, dann kann man ihn nicht länger wählen als den Vorsitzenden. Das ist eigentlich die zwangsläufige Folge. Ich will hier nicht plädieren für die eine oder die andere Lösung, sondern ich wollte nur darauf aufmerk-

22 Vom 27.–29. April 1967 fand in Karlsruhe ein Treffen von Vertretern christlich-demokratischer und konservativer Parteien statt, an dem Heck teilnahm. Vgl. DUD Nr. 77 vom 26. April 1967 S. 4f.

sam machen, mir scheint es wichtig zu sein, daß wir hier absolut klar sehen, bevor wir uns entscheiden.

Erhard: Bitte sehr, Herr Bundeskanzler!

Kiesinger: Darf ich an das anschließen, was Herr Kollege Heck eben sagte. Das ist tatsächlich ein ganz entscheidender Punkt. Ich würde es begrüßen, wenn dieser eine klärende Satz, der rechtlich nichts ändert, eingefügt würde. Aber dann ist das Problem, die Partei muß sehen, daß der Vorsitzende und der Generalsekretär, wenn diese Lösung akzeptiert wird, zusammen übereinstimmen. Deswegen scheitert nach meiner Meinung daran der Vorschlag, daß der Generalsekretär auf vier Jahre gewählt wird, der Vorsitzende aber nur auf zwei Jahre. Denn dann findet der neu zu wählende Vorsitzende einen Generalsekretär vor, mit dem dieses Einvernehmen, auf das alles ankommt, nicht herzustellen ist.

Man muß sich überhaupt Gedanken darüber machen, wie geht so etwas vor. Lassen wir die zwei Jahre und die vier Jahre einen Augenblick beiseite und nehmen wir an, es wäre ein Verfahren gefunden worden, daß beide für die gleiche Zeit gewählt würden. Dann muß ja auch in irgendeiner Weise sichergestellt werden, daß hier nicht zwei Antagonisten plötzlich gewählt erscheinen, nämlich der Vorsitzende und ein Generalsekretär, der sich über die Zukunft der Partei ganz andere Vorstellungen macht, denn der Generalsekretär soll ja sehr selbständig sein. Er soll zwar im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden handeln, aber so, wie es hier drinsteht – und das halte ich für richtig –, soll er Initiativen ergreifen. Diese Initiativen muß er im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden halten, aber er empfängt nicht einfach Weisungen oder gar Anweisungen vom Vorsitzenden, er hat eine eigene Verantwortung, aber die schließt ein, daß er sich mit dem Vorsitzenden abstimmt.

Wie macht man das, wenn unabhängig voneinander der Bundesparteitag einmal den Vorsitzenden wählt und zum anderen Mal den Generalsekretär? Das kann man einmal machen, und das geht ganz gut, denn man kennt ja die Leute, die in Frage kommen, aber wir machen ja eine Satzung, die auch für andere Fälle gelten muß, das ist ein schwieriges Problem.

Erhard: Herr Vogel!

Vogel: Unsere Vorstellung geht weiter, Herr Bundeskanzler. Wir sind der Auffassung, daß dieser Generalsekretär tatsächlich ein stabiles Element in der Partei über einen längeren Zeitraum als von zwei Jahren sein soll. Er soll auch umfassende Kompetenzen haben. Ich glaube, daß wir insoweit dem Kompetenzkatalog, wie er hier vorgeschlagen wird, zustimmen können. Ich sage das bewußt, weil auch die Junge Union davon unmittelbar betroffen wird. Sie kann demnächst nur im Einvernehmen mit dem Generalsekretär ihren Bundessekretär bestellen. Das ist eine Beschränkung gegenüber dem bisherigen Zustand. Das gleiche gilt für die Befugnis des Generalsekretärs, die Publikationen sowohl der Partei als auch der Sonderorganisationen zu koordinieren. Ich glaube, daß wir da einige Schwierigkeiten in unseren eigenen Reihen bekommen, wenn wir an die Entscheidung derer denken, die sich bisher die Freiheit genommen haben,

ein ziemlich offenes Wort zu reden. Ich glaube aber, daß in einem guten Stil mit diesem Einvernehmen dies möglich ist.

Wir sind der Auffassung, daß, wenn dieser Generalsekretär so umfangreiche und weitgehende Kompetenzen hat, er eine solche Bedeutung für die Partei bekommt, er hauptamtlich für die Partei tätig sein muß. Das ist eine Frage, die in der ganzen Diskussion die entscheidende Rolle spielt: Soll der Generalsekretär hauptamtlich oder soll er es nicht sein und andere Ämter nebenbei verwalten können? Unsere Auffassung ist ganz klar die, daß er hauptamtlich tätig sein soll.

Wir waren der Auffassung, er sollte es fünf Jahre lang sein. Es gibt aber Gründe, die für vier Jahre sprechen. Das würde bedeuten, wenn er hauptamtlich tätig ist, müßte er auch besoldet werden. Wir würden von daher dann zwangsläufig dazu kommen müssen, den Generalsekretär als ein besonderes Organ in dieser Partei zu sehen ... (*Erhard:* Sie wollen ihm auch Pensionsberechtigung zuerkennen?) Das sind Fragen, über die müßte man ... (*Erhard:* Wenn er alle zwei Jahre gewählt wird?) Nein, (*Starke Unruhe.*) er soll alle vier Jahre gewählt werden. Ich bin nicht der Auffassung, daß der Generalsekretär der Partei ewig im Amt bleibt. Es gibt dafür eine ganze Reihe von Beispielen. Wenn wir an den Generalsekretär in Österreich denken, so hat er eine ähnliche Funktion. Das steht im Statut der ÖVP.[23] (*Heck:* Er ist ehrenamtlich! – *Anhaltende Unruhe.*) Es gibt noch eine zweite Frage in diesem Zusammenhang, ob es nicht neben dem Generalsekretär auch einen Stellvertretenden Generalsekretär geben soll. Wir sind der Auffassung, wenn es einen hauptamtlichen Generalsekretär gibt, ist es nicht erforderlich, einen Stellvertretenden Generalsekretär vorzusehen, sondern daß es insoweit beim Bundesgeschäftsführer bleibt, dessen Kompetenzbereich allerdings gegenüber dem jetzigen Kompetenzbereich sehr stark eingeengt wird. Das ist eigentlich das, was ich zur Erläuterung dieses Änderungsantrages der Jungen Union beitragen wollte.

Erhard: Herr Kollege Stecker!

Stecker: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe den Vorschlag der Jungen Union nicht voll zur Kenntnis genommen. Wenn da steht „im Einvernehmen", so halte ich das für genügend. Ich halte es aber für unbedingt notwendig, in die Satzung aufzunehmen, daß der Generalsekretär auf Vorschlag des Vorsitzenden ernannt wird. (*Zurufe:* Gewählt!) Lassen Sie mich das zu Ende führen! Bei der Neigung der CDU, immer einen Antipoden zu nehmen – wenn einer katholisch ist, muß der andere evangelisch sein, wenn einer aus Norddeutschland kommt, muß der andere aus Süddeutschland kommen usw. –, befürchte ich von der Institution her einen Dualismus, der uns nur schaden kann.

Ich bin der Meinung, daß man nicht festlegen soll, ob der Generalsekretär hauptamtlich oder nebenamtlich tätig ist, sondern ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß der Generalsekretär, wenn er gleichzeitig Minister ohne Portefeuille ist oder mit einem kleinen Ressort, in seiner Tätigkeit für die Partei genauso wirksam sein könnte, als wenn

23 Parteifunktionen werden gemäß § 26 Bundesorganisationsstatut und Geschäftsordnung für den Bundesparteitag i. d. F. von 1965 grundsätzlich als Ehrenämter und gemäß § 27 grundsätzlich für einen Zeitraum von drei Jahren vergeben; zu den Aufgaben des Generalsekretärs vgl. § 32.

wir ihn nach dem Vorschlag der Jungen Union mit einem Ministergehalt ausstatteten. Bei der Art, wie wir in Deutschland Partei und Staat zueinanderordnen, glaube ich, daß seine Wirkungsmöglichkeiten für die CDU besser sind. Aber das sollte man zumindest offenlassen. Wir sollten uns nicht unnötigerweise die Hände statutenmäßig binden.

Erhard: Herr Kollege Mikat!

Mikat: Was das letzte angeht, so bin ich dafür, daß man das nicht im Statut festlegt, wiewohl doch darüber Klarheit herrschen sollte, daß man eine gewisse Inkompatibilität zwischen Ministeramt und Generalsekretär doch zusichern muß auf die Dauer; denn das ist wohl die durchgängige Stimmung in der Partei. Es wäre sehr gefährlich, hier zu sagen, das sei grundsätzlich möglich.

Aber die Bindung an den Vorsitzenden läßt sich wahrscheinlich gar nicht anders erreichen, als daß man ein Vorschlagsrecht des Vorsitzenden statuiert. Das meinte ich eben, Herr Bundeskanzler, als ich sagte, wir haben die Diskrepanz zwischen zwei und vier Jahren. Natürlich liegt das drin. Aber gerade, weil das da drinsteht, halte ich das für eine ziemliche Diskrepanz. Sie soll also die Sache absichern, wenn Sie von der Personaldiskussion auf lange Sicht wegkommen wollen. Statuten müssen nun einmal so gefaßt werden. Wenn wir also einen Dualismus verhindern wollen, sollte man ein Vorschlagsrecht des Vorsitzenden hinsichtlich der Person des Generalsekretärs festlegen. (*Zurufe:* Für welche Zeit?) Ich wäre beim Generalsekretär für eine Amtszeit von zwei Jahren. (*Kohl:* Sie muß mit der des Vorsitzenden übereinstimmen!) Ja, in der Diskussion ist die enge Bindung zwischen Vorsitzendem und Generalsekretär zum Ausdruck gebracht worden. Man will verhindern, daß in der Spitze der Keim irgendeines Zerwürfnisses liegen kann. Dann müssen Sie diese Konsequenz auch in der Hoffnung ziehen, daß natürlich die tatsächliche Amtszeit jeweils länger sein kann. Unsere Partei bietet blühende Beispiele dafür, daß jemand, obwohl er für zwei Jahre gewählt wurde, länger bleibt und geblieben ist. (*Heiterkeit.*)

Erhard: Herr Kollege Lemmer!

Lemmer: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der Vorschlag des Generalsekretärs ist doch deshalb gekommen, weil wir gesagt haben, der Vorsitzende, der gleichzeitig Regierungschef ist, soll eine Stütze für die Arbeit in der Partei haben. Wenn das richtig ist, dann müssen beide miteinander verzahnt sein. Die Verzahnung kommt klar zum Ausdruck durch das Vorschlagsrecht des Vorsitzenden. Der Generalsekretär muß auch an die Zeit der Wahl des Vorsitzenden gebunden sein. Man stelle sich vor, es gibt eine Auseinandersetzung, es gibt einen neuen Vorsitzenden, der in einer Kampfabstimmung gegen den alten Vorsitzenden gewählt würde. Dann muß dieser noch zwei Jahre mit dem Generalsekretär arbeiten. Wir täten uns hier selber einen Tort an, wenn wir eine solche Konstruktion in der Satzung verlangten.

Erhard: Bitte, Herr Bundeskanzler!

Kiesinger: Ich habe ja vorhin auf das Problem hingewiesen. Ich sehe auch keine Möglichkeit, anders zu verfahren. Es gäbe noch die Möglichkeit eines Vetorechts, aber das halte ich für schlecht. Eine Partei kennt ja nicht nur juristisch festgelegte Formen, d. h. dieser Vorschlag des Vorsitzenden wäre natürlich vorher abgesprochen mit den

Gremien der Partei. Er würde ja nicht aus heiterem Himmel vorschlagen. Deswegen glaube ich auch, daß der einzige Weg ist: a) ein Vorschlagsrecht des Vorsitzenden vorzusehen und b) die Identität der Zeit. (*Lemke:* Wir müssen an 1969 denken. Wir wollen ja weiterkommen. Wir können nicht kurz vor der Bundestagswahl einen Einschnitt machen.)

Barzel: Ich darf noch folgendes sagen. Die Kollegen und ich, die sich hier diese Arbeit gemacht haben, wir haben uns, wenn ich mal zwei Schlagworte gebrauchen darf, bei der Festsetzung der Kompetenzen und des Ranges des Generalsekretärs mehr orientiert an dem, was wir aus der Zeit kennen, als wir einen Geschäftsführenden Vorsitzenden hatten, als an dem, was wir als Bundesgeschäftsführer bisher haben. Darf ich das einmal so sagen! Ich glaube, diese beiden Blickpunkte darf man hier nicht aus dem Auge verlieren; denn ganz sicherlich genügt es für keinen Kollegen, der hierfür in Frage kommt, ein Amt in der Satzung zu haben, aber dann durch eine Fülle von Umständen, die auch noch satzungsmäßig verankert sind, von dem, was wir angesteuert haben, zu sehr wegzukommen.

Erhard: Herr Kollege Schmücker!

Schmücker: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte dem Kollegen Heck sagen, sicherlich sind Hinweise auf angelsächsische Verhältnisse nützlich, nur vermißt man dann meist, den gesamten Rahmen zu sehen. Wenn man wie die Angelsachsen verführe, müßte man das ganze System betrachten. Da gibt es doch sehr viele Dinge, die sich bei uns überhaupt nicht durchsetzen lassen. Trotzdem bin ich der Meinung, daß wir unter allen Umständen sicherstellen müssen, daß das Einvernehmen mit dem Vorsitzenden herzustellen ist.

Ich wäre auch einverstanden, wenn man sagt: auf Vorschlag des Vorsitzenden. Nur muß man dann wissen, dann bekommt man nicht mehr den typischen hauptamtlichen Generalsekretär. Das ist nicht drin, weil die zwei Jahre zu kurzfristig sind, als daß jemand seine Position und alles aufgibt, um diese Tätigkeit zu übernehmen. (*Starke Unruhe.*) Ich wäre mit einer solchen Lösung einverstanden, aber das müssen wir dann sehen.

Erhard: Frau Becker-Döring!

Becker-Döring: Herr Bundeskanzler! Meine Herren! Meine Damen! Ich bitte Sie, bei der Frage, ob zwei oder vier Jahre, zu bedenken, daß es unter Umständen so kommen kann, daß ein Generalsekretär für vier Jahre bestellt wird, aber der Vorsitzende wechselt. (*Starke Unruhe und Zurufe:* Das haben wir schon besprochen!) Das hätte zur Folge, daß der Generalsekretär im Amt ist und die Erfahrung hat, während sich der Vorsitzende erst einarbeiten muß.

Es kommt auch in keiner Weise ein gewisses Verhältnis zwischen dem Vorsitzenden und dem Generalsekretär zum Ausdruck. Deswegen erlaube ich mir den Vorschlag, im § 36 im Anschluß an die Geschäfte der Partei einzufügen: „Er ist an seine Entscheidungen gebunden." Man sollte in irgendeiner Form klar erkennen, daß der Vorsitzende derjenige ist, der die Bestimmungen zu treffen hat. „Im Einvernehmen" ist für mich etwas

zu schwach. Wer soll z. B. bei Diskrepanzen zwischen den beiden entscheiden? (*Anhaltende Unruhe.*)

Burgbacher: Ich stimme in allem unserem Freund Schmücker zu. Wenn ich die Debatte bisher richtig verfolgt habe, dann wird vom Generalsekretär folgendes erwartet: 1. daß er ein Genie ist und alle Mängel, die die Partei mit sich herumträgt, elegant und großartig beseitigt, 2. daß er auf jede andere berufliche Tätigkeit und jedes Einkommen verzichtet, (*Schröder:* Und von der Luft lebt!) 3. daß er zwei Jahre lang ein Gehalt zwischen Minister und Bundeskanzler bekommt und 4. daß er bei einem Wechsel des Kanzlers – Gott verhüte es, aber immerhin muß man doch darüber sprechen – höchstwahrscheinlich nicht mehr Generalsekretär bleibt und dann wieder mittellos dasteht.

Bei der sprichwörtlichen Dankbarkeit unserer Partei (*Stürmischer Beifall.*) können Sie sich vorstellen, was dann geschieht. Aber den Mann gibt es nicht. Und wenn es ihn gibt, dann ist er nicht das Genie. (*Schallende Heiterkeit.*)

Erhard: Herr Kollege Amrehn! (*Amrehn:* Ich verzichte!) – Dann bitte Herr Russe!

Russe: Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Nach dieser Vorlage ist die Funktion des Generalsekretärs eindeutig umrissen. Alle Vorschläge, die jetzt unterbreitet worden sind, mit Ausnahme des Herrn Vogel, gehen darauf hinaus, die Funktion des Generalsekretärs zu mindern. (*Zurufe:* Nein, nein!) Natürlich gehen sie darauf hinaus; (*Erneute Zurufe:* Nein!) wenn man z. B. die Wahl des Generalsekretärs abhängig macht von dem amtierenden Vorsitzenden, der ja nicht immer Bundeskanzler zu sein braucht. Daß wir in Braunschweig diese Lösung wahrscheinlich bekommen werden, ist allgemein bekannt. Das können wir unterstellen; aber doch nicht – um mit Ihren eigenen Worten zu sprechen, Herr Bundeskanzler, – für alle Zeiten. Das kann doch übermorgen anders sein, bildlich gesprochen. Es wäre absurd, die Satzung dann wieder zu ändern. (*Windelen:* Die Satzungen sind häufig geändert worden!) Sie haben recht, Herr Kollege Windelen, solange ich Parteitage mitgemacht habe, gibt es eigentlich keinen, auf dem wir nicht die Satzung geändert haben, und zwar immer zugeschnitten auf Personen. Wenn wir das Urbild vor Augen haben, dann gab es drei Männer an der Spitze; dann wurden Direktoren danebengesetzt. Dann gab es plötzlich vier Stellvertreter, um diesen oder jenen zu bedenken. Denken Sie zurück an Stuttgart. (*Lebhafte Unruhe.*) Wenn man jetzt eine solche Lösung schafft, dann haben Sie doch als Hintergrund und als Zielsetzung zugleich die Stärkung eines Mannes an der Spitze, der sowohl politisch als auch organisatorisch die Partei endlich in den Griff zu nehmen verpflichtet ist, und zwar durchgängig bis unten hin, einschließlich der Vereinigungen.

Wenn das aber notwendig ist – und mir scheint das notwendig zu sein, um das aufzugreifen, was Herr Kohl vorhin gesagt hat –, dann kann man doch jetzt nicht wieder eine Verwässerung dergestalt vornehmen, daß man sagt, diese Wahl ist aber abhängig von dieser oder jener oder von einer dritten Voraussetzung. Ich bin der Meinung, daß der Generalsekretär zeitlich länger im Amt bleiben muß, um die Kontinuität der Parteispitzenarbeit zu wahren, auch dann, wenn der Vorsitzende ausscheidet. Was hat es für einen Sinn, einen Vorsitzenden zu wählen und daneben einen Generalsekretär mit diesem

Einvernehmen? Was soll das eigentlich? Dann lassen Sie es doch so, wie es bisher war. Es ist doch eigentlich bisher alles gut oder auch schlecht gelaufen, wie Sie wollen.

Es kommt doch jetzt darauf an, diesem Mann – egal, wer es sein wird – eine größere und bedeutendere Stellung im Parteiapparat sowohl politisch als auch organisatorisch zu garantieren, der die Kontinuität wahrt auch über den Wechsel eines Vorsitzenden auf einem Parteitag hinweg.

Sie haben völlig recht, Herr Kollege Burgbacher, aber stellen Sie sich vor, wir würden in Braunschweig einen neuen Parteivorsitzenden wählen, der gleichzeitig der Kanzler ist, aber auch losgelöst von dieser Tatsache, es würde zwischendurch passieren, etwa Anfang des Jahres 1969 – ich bitte um Entschuldigung, Herr Bundeskanzler, (*Kiesinger:* Bitte sehr!) aber ich muß einmal so konstruieren – tritt er nicht zurück, sondern er stirbt oder wird so schwer krank, daß er das Amt nicht mehr ausführen kann. Dann würde im Jahre 1969 ein neuer Vorsitzender gewählt. In der Satzung steht, der neue Vorsitzende hat das Vorschlagsrecht. Nun will er den alten Generalsekretär nicht mehr, sondern einen neuen, und zwar ein halbes Jahr vor einer Bundestagswahl. Wollen Sie das, meine Herren, verantworten? Ich für meine Person jedenfalls nicht. Das können Sie doch nicht verantworten. Sie müssen, wenn Sie eine neue Funktion gestalten wollen, dem Generalsekretär auch die Möglichkeit geben, daß er über einen längeren Zeitraum im Amte ist und für die Partei verantwortlich wirken kann.

Wir haben in der Fünfer-Kommission[24] vor dem letzten Parteitag diese Frage sehr ernsthaft diskutiert. Warum sind wir damals nicht zum Generalsekretär gekommen, Herr Kollege Adorno und Herr Kollege Dufhues? Weil wir damals nicht die Persönlichkeit hatten, sonst hätten wir es damals schon gemacht, die bereit und willens gewesen wäre, in eine solche Funktion einzusteigen. Wenn Sie jetzt solche Vorbehalte hier statuarisch festlegen, möchte ich denjenigen sehen, der unter solchen Aspekten bereit wäre, ein solches Amt zu übernehmen. Auch das müssen wir einmal nüchtern sehen. Wer ist denn bereit, für zwei Jahre in eine solche Funktion einzusteigen und seine ganzen übrigen Dinge abzugeben? Dann kommen Sie zu dem, was der Herr Burgbacher mit Recht gesagt hat, dann haben Sie nicht mehr die qualifizierte Persönlichkeit, sondern irgendeinen Mann, der bereit ist, das zu tun, wahrscheinlich für ein gutes Geld, im übrigen würden wir aber das, was mit dieser Satzungsänderung gewollt ist, nicht erreichen.

Ich spreche meine persönlichen Vorbehalte für eine solche Absicht aus, daß man hier in irgendeiner Form ein Junktim schafft, oder daß man ihn vielleicht sogar ernennt im Kreise des Bundesvorstands, wie Sie, Herr Kollege Stecker, vorgeschlagen haben. (*Stecker:* Ich habe es nicht vorgeschlagen!) Einer hat gesagt, er soll ernannt werden vom Bundesvorstand oder von wem auch immer. Ich halte das auch für völlig indiskutabel. Dieser Mann hat nur eine letzte Legitimität seines Wirkens organisatorischer und politischer Art, wenn er vom Parteitag gewählt ist und damit eine Stütze erfährt, die ihn

24 Vgl. Nr. 3 S. 99ff. Die ursprünglich vorgesehene Zahl von fünf Mitgliedern (Dufhues, Grundmann, Kohl, Russe, Stoltenberg) wurde auf sieben (Adorno, Brauksiepe) erweitert. Die Kommission hatte die Aufgabe, Vorschläge über die künftige Führungsstruktur der CDU in personeller und organisatorischer Hinsicht zu machen.

in die Lage versetzt, mit Eleganz, aber trotzdem hart die zukünftige Politik der CDU zu führen.

Erhard: Bitte, Herr Bundeskanzler!

Kiesinger: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bin hier entschieden anderer Auffassung. Die Hauptsorge, die wir bei dieser Konstruktion haben müssen, ist in der Tat der Dualismus, der Antagonismus in der Spitze. Das muß unter allen Umständen vermieden werden. Für solche Fälle, wie sie eben genannt worden sind – der Vorsitzende scheidet aus, und es läuft noch eine gewisse Frist der Amtszeit des Generalsekretärs –, kann man ja eine Vorsorge treffen, indem man sagt, für diese Übergangszeit muß der neu zu wählende Vorsitzende sich darauf verlassen können, daß er mit dem gewählten Generalsekretär bis zum Ende seiner Amtszeit auskommt, damit es nicht so abrupt abbricht.

Ich habe jetzt keine konkrete Vorstellung, aber da läßt sich ein Weg finden. Sie müssen es sichern. Ich bin sogar überzeugt, daß derjenige, der sich zur Verfügung stellen würde für das Amt des Generalsekretärs – im Gegensatz zu Ihrer Auffassung –, selber sagen würde: Ich übernehme das nur, wenn ich sicher bin, daß der Vorsitzende mit mir zusammen geht. Es ist also genau das Gegenteil der Fall. Ich möchte den Mann sehen, der anders denken würde; denn damit würde er schon bewiesen haben, daß er für den Posten nicht taugt. Also, Sie müssen unter allen Umständen ein Verfahren durchführen, das sicherstellt, daß Vorsitzender und Generalsekretär zusammenarbeiten können. Im Moment sehe ich keinen besseren Weg als den, daß der Vorsitzende – nach Beratungen selbstverständlich in den Gremien der Partei – einen Vorschlag macht. Das ist keine Minderung, im Gegenteil, das gibt ja dem Generalsekretär gerade seine eigentliche Kraft.

Es heißt – nun wende ich mich gegen diesen Vorschlag oder Auftrag –, er ist an seine Entscheidung gebunden. Hier beginnt das Interessante der neuen Lösung. Der Generalsekretär soll initiativ sein. Er soll diese Dinge aus eigenen Überlegungen machen, aber er kann es nur tun im Einvernehmen mit dem Parteivorsitzenden, d. h. diese beiden Männer müssen einfach ein absolutes Vertrauensverhältnis haben. Es kann auch mal schiefgehen, weil es ja perfekte Sicherungen auf dieser Welt nicht gibt. Aber um so dringlicher ist es doch, daß Sie das von vornherein absichern. Ohne das geht es gar nicht.

Ich möchte den Vorsitzenden sehen, der bereit ist, den Vorsitz in der Partei zu übernehmen bei einem Generalsekretär, der gegen ihn ihm aufgezwungen worden ist. Ich möchte auch den törichten Generalsekretär sehen, der sich wählen läßt, obwohl er weiß, daß der Vorsitzende gegen ihn ist. Meine Damen und Herren! Machen Sie doch keine Träume, sondern bleiben Sie auf dem Boden der Tatsachen.

Erhard: Das heißt also, in dem Fall, den Herr Russe angeschnitten hat, würde der Vorsitzende ausscheiden, aus welchen Gründen auch immer. (*Kiesinger:* Da müßte man einen Übergang schaffen!) Dann wäre der Generalsekretär gewählt vom Bundesparteitag. Er müßte verpflichtet werden, dann zurückzutreten. (*Kiesinger:* Nein, das müßte er

nicht. Hier könnte man irgendwie weiterkommen. – *Anhaltende Unruhe.*) – Bitte, Herr Kollege Heck!

Heck: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Man kann natürlich nicht alle Fliegen schlagen, aber es ist sicher so, damit es kein Mißverständnis gibt, wenn der Generalsekretär für zwei Jahre gewählt ist, dann bleibt er natürlich gewählt, auch wenn der Vorsitzende drei Tage später – um nun Ihr Beispiel zu nennen – tödlich verunglückt, stirbt oder sonst was geschieht, das ist klar.

Das zweite ist, daß jede Münze zwei Seiten hat. Das Vorschlagsrecht des Vorsitzenden für diese Position, für die man den Arbeitstitel „Generalsekretär" gewählt hat, hat auch zwei Seiten. Das bindet ihn nämlich auch. Er kann sich nicht so leicht von ihm distanzieren; denn der Vorstand wird ihm sagen: Verehrter Herr Vorsitzender, du hast uns doch diesen Mann vorgeschlagen.

Das dritte ist, ein Vorsitzender wäre wohl ein völliger Narr, wenn er gegen den Widerspruch eines Vorstands jemand vorschlagen würde, der auf dem Parteitag durchfällt. Also, meine Damen und Herren, das sieht doch in der Praxis alles ein bißchen anders aus, als wenn man jetzt theoretisch Fälle zurechtkonstruiert.

Erhard: Herr Lemmer!

Lemmer: Zu der Frage, ob es zwei Jahre sein sollen! Der Generalsekretär kann wiedergewählt werden. Das ist ja die Grundlage, die Idee, die überhaupt hier zugrunde gelegt wird. (*Starke Unruhe.*) Der Generalsekretär ist doch kein Generalsekretär evangelischer Prägung, den der Vorsitzende wählt. Er muß an das Amt des Vorsitzenden gekoppelt sein. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Erhard: Herr Kollege Kohl!

Kohl: Ich halte es für ganz ausgeschlossen, daß wir für den Generalsekretär eine andere Wahlzeit nehmen als die für den Vorsitzenden. Das gilt überhaupt. (*Starke Unruhe.*) Diesen Katastrophenfall, von dem die Rede war, sehe ich nicht als bedeutsam an. Ich bin der Meinung, zwei Jahre sind aus vielen Gründen hier gegeben. Im übrigen sollten wir nicht versuchen, die Sache zu perfektionistisch und zu detailliert in der Satzung zu lösen. Der Baum des Lebens ist, Gott sei Dank, grün und nicht wie eine Satzung.

Das Entscheidende wird doch wohl sein, daß wir uns dann wieder zusammensetzen. Ein Vorsitzender, der einen Generalsekretär vorschlägt, der auf dem Parteitag durchfällt, muß doch normalerweise auch sein Bündel packen und selber gehen. Das ist doch dann praktisch ein Mißtrauensvotum des Parteitags gegen den Vorsitzenden. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Diese Sache löst sich in der Praxis der Politik von ganz allein. Hier muß man ein Junktim sehen in der Praxis zwischen dem Generalsekretär und dem Vorsitzenden. Ich würde es für ganz falsch halten, wenn hier eine Art Gegenposition oder sonst irgend etwas aufgebaut würde. Hier muß in der Tat ein Vertrauensverhältnis sein, aber man sollte dieses Vertrauensverhältnis nicht satzungsmäßig zu erzwingen versuchen, indem man in die Satzung hineinschreibt, daß der Generalsekretär sozusagen Erfüllungsgehilfe ist und nur etwas tun oder lassen kann, wenn der Vorsitzende hustet. Das halte ich für ganz falsch.

Die Vollmachten, die Herr Barzel vorgetragen hat für den Generalsekretär, scheinen mir ganz vernünftig zu sein. Man kann über das eine oder andere im einzelnen noch sprechen, aber insgesamt scheint es mir gut zu sein. (*Bewegung und sehr starke Unruhe.*) Auf dieses Streben, im Amte zu bleiben, baue ich mehr als auf unsere Satzung. Man sollte eine Lösung suchen, wie es charakterisiert worden ist, daß man den Vorsitzenden und den Generalsekretär mit gleicher Wahlzeit wählt, die Vollmachten des Generalsekretärs zum Ausdruck bringt, und daß der Vorsitzende mit einem Vorschlagsrecht ausgestattet ist. Dann sollte man das Ganze einmal laufenlassen. Je mehr man da im Detail festzulegen versucht, um so sicherer bin ich, daß es schiefgeht.

Erhard: Herr Kollege Seebohm!

Seebohm: Meine lieben Freunde! Wir haben in dieser Partei sehr viel gelitten unter bestimmten Dualismen. Ein Dualismus sollte niemals zwischen dem Vorsitzenden und dem Generalsekretär auftreten. Ergo muß der Vorsitzende ein gewichtiges Wort bei der Bestellung des Generalsekretärs zu sprechen haben.

Wir sind keine östliche Partei. In der östlichen Partei ist der Generalsekretär der maßgebende Mann und der Vorsitzende eine Repräsentationsfigur. Auch das ist falsch. Ich bin der Meinung, daß der Generalsekretär, wenn er einigermaßen gut beraten ist, keine eigene Politik zu betreiben hat, sondern sich bemühen muß, die Politik des Vorsitzenden in der Öffentlichkeit gut zu verkaufen, und zwar von unten her mit den Kreisvorsitzenden, und zugleich auch den Vorsitzenden zu stärken, indem er ihm die nötigen Informationen übermittelt.

Daraus ergibt sich schon, daß die Stelle des Generalsekretärs nicht eine Sprungbrettstelle sein darf. Ich bin nicht der Auffassung, daß ein Generalsekretär sein Ziel und Streben nur darauf richten sollte, nach der nächsten Wahl wieder seine Tätigkeit in dieser oder jener Form zu wechseln. Ich bin auch der Meinung, daß wir sehr vorsichtig sein sollten bei der Besoldung. Der Generalsekretär muß natürlich die Mittel haben, um wirken zu können. Das ist viel wesentlicher, als wie er bezahlt wird. In der Bezahlung müssen wir uns in irgendeiner Form nach dem richten, was wir unseren anderen Leuten in der Partei geben. Es darf hier nicht eine Spitzenstellung erscheinen wie etwa bei Herrn Beitz[25] gegenüber den kleinen Direktoren aus den einzelnen Abteilungen. Ich bin der Meinung, man sollte das vernünftig aufeinander abstimmen und nicht nur von der finanziellen Seite her die Stellung stärken, sondern von den Mitteln, mit denen der Generalsekretär materiell ausgestattet ist. (*Anhaltende Unruhe.*)

Erhard: Das Wort hat Herr von Heydebreck.

Von Heydebreck: Man muß hier zwischen zwei Richtungen entscheiden. (*Schröder:* Übeln!) Entweder haben wir einen hauptamtlichen oder einen nebenamtlichen Generalsekretär. Je stärker die hauptamtliche Eigenschaft verankert ist, je länger seine Amtszeit dauert, um so stärker muß er weisungsgebunden sein. Das ist völlig klar. Einmal hat er

25 Berthold Beitz (geb. 1913), Manager; 1946–1953 Generaldirektor der Iduna-Germania-Versicherungsgesellschaften, 1953–1967 Generalbevollmächtigter der Firma Friedrich Krupp, seit 1967 Vorsitzender des Kuratoriums der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung, 1970–1989 Aufsichtsratsvorsitzender der Friedrich Krupp GmbH.

schon eine sehr starke Legitimation dadurch, daß er nicht vom Bundesvorstand, sondern vom Parteitag selbst bestellt worden ist. Er hat also eine originäre Machtstellung. Herr Kohl hat gesagt, daß er aus diesem Grunde wohl kaum länger als zwei Jahre – nämlich wie der Vorsitzende – gewählt werden könnte. Ist er aber nur für zwei Jahre gewählt, dann tritt das ein, was Herr Professor Burgbacher gesagt hat: Für zwei Jahre wird man eine hauptamtliche Figur von einem solchen Format nicht bekommen. Das widerspricht sich. Wir müssen also entscheiden: Wollen wir einen hauptamtlichen Generalsekretär für längere Zeit bestellen? Dann muß er auch in sehr starker Abhängigkeit vom Bundesvorsitzenden der Partei sein, damit der Dualismus nicht eintritt. Wollen wir einen Generalsekretär, der eine ehrenamtliche Stellung hat, dann ist das nicht so entscheidend, dann kann er sehr viel schneller auch wieder abberufen werden, wenn der Dualismus eintritt. Der hauptamtlich für längere Zeit angestellte Generalsekretär kann nicht solche Vollmachten haben wie der andere.

Erhard: Herr Bundeskanzler!

Kiesinger: Ein Argument für eine kürzere Wahlperiode ist auch folgendes: Nach der Satzung hier führt er im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden die Geschäfte. Wenn nun ein solches Einvernehmen nicht hergestellt werden kann und der Vorsitzende der Meinung ist, daß das, was der Generalsekretär tut, nicht richtig ist, dann soll er nach der Satzung nicht etwa ein juristisches Weisungsrecht haben, sondern er kann allenfalls seine Autorität einsetzen und sie gegenüber dem Generalsekretär durchzusetzen versuchen.

Das wird, wenn der Vorsitzende wer ist, wohl auch im allgemeinen gelingen, aber wir müssen uns auch den Fall vorstellen, daß es nicht gelingt. Dann ist die Lage doch die, wenn sich das Einvernehmen nicht herstellen läßt, daß die Arbeit der Partei an der Spitze ruht; denn es kann der Generalsekretär nichts tun, wenn er nicht das Einvernehmen des Vorsitzenden hat. Umgekehrt ist die Position des Vorsitzenden nach dieser Satzung so, daß sie ein bißchen in der Luft hängt. Er hat vielleicht Autorität, aber er hat keine Potestas, er hat keine Befugnisse, um nun zu sagen, jetzt geschieht das und das. Schon das muß zu einer kurzen Wahlperiode zwingen; denn die Partei könnte es nicht vertragen, daß über eine lange Periode ein solcher Zustand herrscht. Ich gebe zwar Herrn Kohl recht, wir können nicht alles in Paragraphen und Artikeln ordnen, wir müssen uns darauf verlassen, daß, wenn eine solche Wahl stattgefunden hat, es auch einigermaßen in Ordnung geht; um so mehr besteht die zwingende Notwendigkeit, daß beim Generalsekretär das Vorschlagsrecht des Vorsitzenden unter allen Umständen eingebaut wird.

Erhard: Herr Amrehn!

Amrehn: Gegen die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers läßt sich folgendes sagen: An der Spitze der Bundesregierung bestimmt er die Richtlinien der Politik. In der Christlich-Demokratischen Union führt die Politik der Vorstand, und der Vorstand hat einen Vorsitzenden, der sie gestaltet und ausführt. Dabei soll ihm der Generalsekretär helfen, allerdings im Einvernehmen, wie der Herr Bundeskanzler ausgeführt hat, und zwar so, daß beide miteinander den Weg zu finden haben, daß aber dann, wenn sie sich

nicht einigen können, der Bundesvorstand über eine so wichtige Richtlinie der CDU-Politik zu befinden hätte.

Wir sind im Augenblick dabei – so scheint es mir –, einen starken Generalsekretär für die Partei einzuführen, weil wir ihn dringend brauchen für die künftige Organisation und für die Schlagkraft der Partei, ihn in demselben Augenblick aber auch mit jedem Mißtrauen auszustatten, das der Bundesvorstand oder die Partei ihm entgegenzubringen vermag. Aus diesem Dilemma müssen wir heraus. Das müssen wir durchstehen und deswegen satzungsmäßig „im Einvernehmen" festlegen, obwohl man es gar nicht dekretieren kann. Schon bei der Auswahl muß das Einvernehmen hergestellt sein. Es hat hier, Herr Bundeskanzler, niemand Einspruch dagegen erhoben, daß in die Satzung auch das Vorschlagsrecht des Bundeskanzlers noch hineingeschrieben wird. Ich habe hier keinen Widerspruch gehört. (*Kiesinger:* Des Vorsitzenden!) Des Vorsitzenden! Entschuldigung, wir sprechen eben zuviel abstrakt, meine Damen und Herren, bei der ganzen Theorie.

Wir können auch nicht wollen, daß der Generalsekretär gewissermaßen der Diktator der Partei und zu gleicher Zeit der Knecht des Vorsitzenden ist, sondern er muß schon eine eigene, selbständige und gerade in den Fragen der Organisation führende Stellung haben, um die sich der Kanzler als Bundesvorsitzender wahrscheinlich kaum wird kümmern können. Daraus folgt aber nun gerade das Gegenteil von dem, was Sie gefolgert haben, Herr Bundeskanzler. Sie sagen, damit das Einvernehmen wenigstens instrumentell gesichert wird, darf auch der Generalsekretär nur auf zwei Jahre gewählt werden. Ich fürchte, daß er, von allen anderen Argumenten, die hier genannt worden sind, abgesehen, sich nicht zur Verfügung stellt, weil er in eine etwas zu starke Abhängigkeit geraten könnte in der Ausführung dessen, was für die Partei nötig ist. Hier muß ein Mann wirklich auf lange Frist, und zwar über die zwei Jahre und über die kommenden Bundestagswahlen hinweg, Pläne entwickeln und durchsetzen können. Er ist allzusehr eingeengt, wenn er sich schon im zweiten Jahr wiederum bemühen muß, auf dem Parteitag Zustimmung zu bekommen; denn er müßte stark genug sein, um sich gegen Landes-, Kreis- und Ortsorganisationen durchzusetzen, und außerdem den Blick darauf richten, daß er möglichst viel Stimmen auf dem nächsten Parteitag bekommt. Aus diesem Grunde muß die Anstellungszeit meines Erachtens, auch auf die Gefahr hin, daß ein Wechsel eintritt, und daß das ursprünglich vorhandene Einvernehmen im Laufe der Zeit vielleicht nachläßt – was sich im Leben oft ergeben kann –, für seine Arbeit länger dauern.

Ich bin der Auffassung, daß wir wieder völlig abstrakt und im luftleeren Raum diskutieren, wenn wir sagen, zwei Jahre, weil wir dann auf dem Bundesparteitag in Braunschweig gar keinen wählen können. Wir werden ihn dann nicht in dieser Qualität haben. Ich möchte mich dem anschließen, was hier gesagt worden ist. Weil wir ihn aber wollen, würde ich herzlich bitten, Herr Bundeskanzler, das, was Sie vorgetragen haben, insoweit zurückzustellen, daß Sie nicht darauf bestehen als künftiger Vorsitzender, der Generalsekretär dürfe nur auf zwei Jahre gewählt werden. Dann ist nämlich die ganze

Sache, von der wir meinten, wir hätten allgemeine Übereinstimmung im Laufe der letzten Monate erzielt, fast zunichte.

Erhard: Herr Scheufelen!

Scheufelen: Es erhebt sich die Frage, welcher Anstellungsvertrag ist überhaupt zumutbar. Das kostet natürlich Geld. Wenn man einen qualifizierten Mann haben will, dann muß der Anstellungsvertrag so sein, daß sich für den Fall, daß er nach zwei Jahren nicht wiedergewählt wird ... (*Schröder:* Die Sache gelohnt hat! – *Stürmische Heiterkeit.*) Wir können das eine oder das andere wollen. (*Starke Unruhe. – Zurufe:* Was wollen Sie denn? Hauptamtlich oder nebenamtlich?) Die Sache ist doch die, wenn wir einen hauptamtlichen Generalsekretär wollen, dann müssen wir es ihm auch zumutbar machen. So muß auch der Vertrag aussehen. Wenn wir ihn nur für zwei Jahre wählen wollen, muß eine Sicherung drin sein, daß, wenn er nach zwei Jahren nicht wiedergewählt wird, er dann irgendwie noch gesichert ist. (*Erneut starke Unruhe.*) Das ist doch das Problem, vor dem wir stehen.

Es ist noch die Frage, was erwartet unser Parteivolk von der Institution des Generalsekretärs. Wie ich die Stimmung draußen kenne, erwartet es einen hauptamtlichen Generalsekretär. (*Anhaltende Unruhe.*) Wenn wir nur den Namen ändern und alles andere lassen, dann wird unser Parteivolk nicht besonders erfreut darüber sein.

Kiesinger: Herr Amrehn, ich sehe durchaus ein, daß Ihre Argumentation sehr viel für sich hat, was die Position des Generalsekretärs anlangt. Nur müssen Sie sich vorstellen, was für eine Situation entstehen kann, wenn etwa nach einer gewissen Zeit sich herausstellt, die beiden können wirklich nicht zusammenwirken. Der Bundesvorstand ist ja das entscheidende und führende Organ. (*Schröder:* § 33 neu!) Aber dann geht das über Jahre hin ... (*Amrehn:* Sind die beiden denn nicht auch Gentlemen, die sich in solchen Situationen trennen?) Also, mit anderen Worten, dann müssen wir uns überlegen, gibt es noch irgendwie einen Weg, um dieses unselige Gespann aufzulösen. (*Schröder:* Die Antwort lautet, wie in jeder großen Firma. Jede große Firma löst das Problem, wenn es zwischen Aufsichtsrat und Vorstand nicht mehr geht. – *Unruhe und Bewegung. – Amrehn:* Einen Fünf-Jahres-Vertrag gibt es immer, aber man trennt sich auf Beschluß oft vorher!) Das ist das, was Herr Scheufelen eben angedeutet hat. Dazu müssen wir dann auch den Mut haben. (*Amrehn:* Also eine Notbremse noch! – *Anhaltende Unruhe.*) Ja, so etwas!

Erhard: Herr Vogel!

Vogel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es darf nicht passieren, daß hinterher im Grunde alles so bleibt, wie es jetzt ist. Darauf läuft z. T. die Diskussion hinaus, daß der Generalsekretär zwar einen anderen Namen erhält, im Grunde genommen aber nichts anderes ist als das bisherige Geschäftsführende Präsidialmitglied; vielleicht noch mit der Kautele, daß das Geschäftsführende Präsidialmitglied auf Vorschlag des Vorsitzenden gewählt werden soll. Das aber würde den Erwartungen, die in der Partei bestehen, nicht entsprechen.

Der Vorschlag eines Generalsekretärs ist deshalb gekommen, weil wir der Auffassung waren, es fehlt in der CDU jemand, der sich primär um die Arbeit in der CDU

kümmert. Das hat auch zu den Überlegungen in der Jungen Union geführt. Wir sind auch mit den Kommunalbeamten, die wir auf zwölf Jahre wählen müssen, auf Gedeih und Verderb verbunden, auch wenn es nicht klappt. Das ist eine viel schwierigere Situation.

Ich will nicht darauf bestehen, daß heute über den Änderungsantrag der Jungen Union abgestimmt wird. Ich muß ihn ohnehin wieder dem Parteitag vorlegen, weil es ein Auftrag des Deutschland-Rats der Jungen Union ist.

Erhard: Herr Kollege Schmücker!

Schmücker: Ich stelle mir vor, wie schwierig es ist, eine Debatte in unseren Landesverbänden so durchzuführen, daß wir in Braunschweig eine einheitliche Meinung haben. Ich weiß nicht, ob das gelingen wird. Die Herren, die den Satzungsvorschlag ausgearbeitet haben, müssen sich doch bei ihrem Vorschlag für zwei Jahre etwas gedacht haben. Im Moment neige ich der Auffassung meines Gegenüber zu. Hier haben wir einen Generalsekretär, der keiner ist, sondern er ist ein Geschäftsführendes Präsidialmitglied mit erweiterten Vollmachten. (*Dufhues:* Ein Bundesgeschäftsführer mit verringerten Möglichkeiten!) Ein Präsidialmitglied mit erweiterten Vollmachten, so meine ich das. Herr Bundeskanzler, ist von der Satzungskommission geprüft worden, ob wir die hauptamtliche Lösung durchführen können vom Ministergesetz her? Sie haben gesagt, es wird abstrakt diskutiert, aber ich glaube das gar nicht, daß es so abstrakt ist. (*Heiterkeit.*) Nach meiner Meinung verbietet das Ministergesetz einem Minister eine vollberufliche Tätigkeit. Von der Seite her müssen wir fragen, ob überhaupt eine hauptamtliche Tätigkeit möglich ist. (*Lücke:* Nein, ist nicht möglich!) Das muß aber offen gesagt werden. Es hat doch keinen Sinn, daß wir einen Generalsekretär vorschlagen und ihn nur so nennen. Das muß also klar gesagt werden.

Erhard: Die Antwort ist ganz klar, es kann ein Minister kein besoldetes Amt haben neben seiner Ministertätigkeit. (*Lücke:* Das steht im Grundgesetz.) – Bitte, Frau Schwarzhaupt!

Schwarzhaupt: Sind wir uns darüber klar, inwieweit dieses Amt ein politisches Amt sein soll und wieweit organisatorisch? Diejenigen, die am stärksten dafür eingetreten sind, einen hauptamtlichen Generalsekretär mit großen Vollmachten vorzusehen, haben in erster Linie organisatorische Aufgaben im Innern der Partei vor Augen. Das wäre gewissermaßen ein Obergeschäftsführer oder etwas Ähnliches. Will man ihn zu einem politisch verlängerten Arm des Vorsitzenden machen, so ist das etwas ganz anderes. Ich bin auch der Meinung, daß sich das nicht vereinbaren läßt mit einer Amtsdauer, die automatisch nicht gebunden ist an die Amtsdauer des Vorsitzenden. Aber darüber müssen wir uns klar werden, wieweit soll er eigenständig politische Aufgaben haben und politische Pläne verwirklichen können. Da liegt der springende Punkt. (*Sehr starke Unruhe.*) Ich wäre für die zweite Lösung, nämlich für den politisch verlängerten Arm des Vorsitzenden.

Erhard: Herr Kraske!

Kraske: Darf ich eine kurze Bemerkung zur Geschäftsordnung machen. Wir müssen uns jetzt über den weiteren Ablauf dieses Tages schlüssig werden. Ich würde vorschla-

gen, daß die Sitzung um 13.00 Uhr unterbrochen wird zum Mittagessen. Das Mittagessen gibt es schneller, wenn Sie sich jetzt bereits für ein Menü entschließen, das wir bestellen können. Deswegen würde ich mir erlauben, hier eine Karte herumlaufen zu lassen, auf der jeder das abhakt, was er im Hause einnehmen kann.

Erhard: Herr von Weizsäcker!

Von Weizsäcker: Wir müssen natürlich auch die Konsequenz sehen, wenn wir zwei Ziele erreichen wollen. (*Sehr starke Unruhe.*) Es ist doch so, daß nicht nur die organisatorische Arbeit in der Spitze der Bundespartei gesteigert werden soll, sondern daß in erster Linie die sachliche Arbeit, die Planarbeit, die Programmarbeit und vor allem die Arbeit am Unions-Charakter der Partei wirklich gesteigert wird. Das ist das eine.

Das zweite aber ist, die Partei hat sich dazu durchgerungen, ihren Vorsitzenden in der Person des Herren Bundeskanzlers zu haben. Das erste dieser beiden Ziele, die wir verfolgen, ist an sich Sache des Vorsitzenden. Wenn wir nun wegen des unabdingbaren zweiten Zieles einen Vorsitzenden haben, der nicht die Zeit und die Kraft übrig hat, um das erste Ziel zu erreichen, so ändert es doch für mein Gefühl nichts daran, daß die substantielle Arbeit, die wir mit dem ersten Ziel erreichen wollen, eigentlich Sache des Vorsitzenden bleibt.

So wünschenswert es wäre, einen starken Generalsekretär angesichts des zweiten Zieles in völliger Unabhängigkeit daneben zu haben, so halte ich das einfach für eine Illusion. Wir kommen gar nicht darum herum, die Tätigkeit des Generalsekretärs so festzulegen wie etwa die Verantwortung des Vorsitzenden für das erste Ziel; d. h. für die sachliche Arbeit, für die Stärkung des Unions-Charakters und alle diese Dinge, die wir ja nicht aus den Augen verlieren dürfen. Es ist nicht eine Frage des Gehalts, es ist nicht eine Frage der Laufzeit, es ist auch nicht eine Frage, ob er hauptamtlich oder nebenamtlich tätig ist, sondern es ist eine Frage (*Starke Unruhe.*) der Kraft der Person und der Kraft der Spitze im ganzen. Was die Funktion anbetrifft, die im § 36 aufgezählt sind, so könnte man nach meiner Meinung allenfalls darüber diskutieren, ob noch hineinzunehmen wäre, daß der Generalsekretär auf eigene Initiative in allen sachlichen und auch anderen Fragen tätig sein soll, aber nicht in der Weise, daß er seine zeitliche und sachliche Unabhängigkeit von dem Vorsitzenden weiter verstärkt. Ich fürchte, wir kommen in keiner Weise darum herum, die zeitliche Abhängigkeit vom Vorsitzenden zu statuieren. Wir kommen auch nicht darum herum, dem Vorsitzenden das Vorschlagsrecht einzuräumen; denn was auch immer wir reden, (*Starke Unruhe.*) es ändert nichts daran, der Generalsekretär muß wesentliche Funktionen wahrnehmen, die an sich Sache des Vorsitzenden wären, für die er aber, weil er Bundeskanzler ist, nicht die nötige Zeit hat.

Erhard: Herr Stecker!

Stecker: Wir stehen vor dem Spannungsverhältnis, einen Geschäftsführer oder einen Politiker zu haben. Ich bin der Meinung, daß wir uns für die politische Wahl und damit für das politische Amt entscheiden sollen.

Erhard: Herr Lemke!

Lemke: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe noch nie so lange über den Generalsekretär nachgedacht wie heute vormittag. (*Bewegung und Heiterkeit.*)

Ich habe zwar die Satzung flüchtig durchgelesen und mich darüber gefreut und bin nun zu folgendem Ergebnis gekommen: Entweder läßt man es bei dem von unseren Freunden in der Satzungskommission vorgeschlagenen Generalsekretär, oder wir lassen das, was wir haben, also den Vorsitzenden, der die Richtlinien der Politik und der Partei erarbeitet, dazu ein Geschäftsführendes Präsidialmitglied. Worüber wir jetzt reden, das ist ein compositum mixtum von beidem. (*Lücke:* Abschied von der Wunderwaffe!) Wenn Sie Abstriche von dem Vorschlag der Kommission machen, dann lohnt es sich nicht, die Satzung zu ändern.

Erhard: Wenn ich zusammenfasse, dann würde ich sagen, wir sind uns darüber klar geworden, erstens daß angesichts der Notwendigkeit des gegenseitigen Vertrauens der Generalsekretär gewählt wird auf Vorschlag des Vorsitzenden. Da scheinen mir am wenigsten differenzierte Meinungen zu bestehen. Zweitens: Ich habe den Eindruck, daß die überwiegende Mehrheit der hier anwesenden Vorstandsmitglieder von der Tatsache ausgeht, daß ein Generalsekretär bestellt wird.

Glup: Es ist so, daß die Delegierten des Parteitags sich eine neue Regelung erhoffen, wonach ein hauptamtlicher Generalsekretär eingesetzt wird, der sich mehr um die Arbeit der Partei kümmert, aber auch um die politische Straffung. Man muß hierbei die Stellung des Bundesgeschäftsführers in Betracht ziehen. Er steht ja dazwischen. Wir werden Schwierigkeiten bekommen, wenn nicht klargestellt wird, ob der Generalsekretär hauptamtlich tätig sein soll oder nicht. (*Starke Unruhe.*)

Barzel: Das Parteipräsidium ist nicht der Erfinder der Idee des Generalsekretärs. Das Parteipräsidium war gebeten von der Rheinischen Partei und von der Jungen Union, eine solche Stellung zu schaffen, ohne daß mitgeteilt worden wäre, was das sei. Das Parteipräsidium hat dann gebeten, das zu machen und zunächst Herrn Kraske beauftragt, einmal herumzuhören, wie das aussehen könnte sowohl nach unseren eigenen Vorstellungen von früher wie nach Meinung der Vereinigung und der Landesverbände.

Wir haben dann hier einen Generalsekretär geschaffen. Das ist etwas Neues. Das ist nicht ein Geschäftsführender Vorsitzender, das ist aber auch kein Bundesgeschäftsführer. Wir haben mehr angesteuert, nämlich die politische Situation. Deshalb gibt es auch einen Stellvertreter.

Man muß auch ein anderes hier sehen. Ich kann hier wirklich eine Analogie – die natürlich im Rang nicht stimmt, aber in einem Teil der Sache – aus der Fraktion heranziehen. Wir haben in unserer Fraktion überhaupt keine Bestimmung über den Parlamentarischen Geschäftsführer, aber wir haben eine Wirklichkeit, daß der nicht gegen den Vorschlag des Vorsitzenden eingesetzt werden kann. Die Fraktion kann ablehnen, wen er vorschlägt. Das bedeutet also, wir müssen miteinander sprechen. Es gibt auch keine Terminierungen. Wir wissen, daß der Kollege Rasner – er ist gerade nicht da – als Parlamentarischer Geschäftsführer bei allen bisherigen Fraktionsvorsitzenden war. Warum ist das so? Weil ein neuer Vorsitzender töricht gewesen wäre, diese Erfahrungen brachliegen zu lassen, weil jeder darauf angewiesen ist, mit dem anderen zu arbeiten.

Nun muß man hier sehen – und deshalb wende ich diese Analogie an –, der Generalsekretär der Partei, gewählt vom Parteitag, und zwar in der Rangfolge und mit den Voll-

machten, wie wir sie hier vorschlagen, ist ein Generalsekretär, und zugleich muß er in der Wirklichkeit des Alltags auch – jetzt möchte ich, damit ich keinem zu nahe trete, einen Vergleich aus dem katholischen Kirchenrecht nehmen – so etwas, wie ein Generalvikar beim Bischof ist, Generalsekretär des Vorsitzenden sein. Aus der Spannung führt Sie niemand heraus, ob Sie die Satzung so oder so machen. Entweder wir entscheiden uns für einen Mann in der Nähe des Geschäftsführenden Vorsitzenden, für einen Generalsekretär der Partei und des Vorsitzenden zugleich, oder wir sagen: Wir bleiben bei dem, wie es bisher gewesen ist.

Meine Einlassung dazu ist die: Was wir brauchen, ist ein „Mister CDU". Den hatten wir immer. Wir hatten einmal den Kollegen Meyers – ohne Satzung. Dann hatten wir den Kollegen von Hassel – ohne Satzung. Dann hatten wir mit Satzung Herrn Dufhues und Herrn von Hassel. Jetzt haben wir mit Satzung Herrn Heck. Nun ist es der Wunsch der Partei, das ein bißchen zu präzisieren und zu verdeutlichen, nämlich einen „Mister CDU". Das ist doch das, was wir brauchen gerade bei der Personalunion, die alle wünschen, zwischen dem Kanzler und dem Parteivorsitzenden.

Wenn wir diese Spannung lösen wollen, muß man ungefähr – nicht in jeder Einzelheit – in der Richtung marschieren, die wir versucht haben vorzuschlagen. Man kann etwas anderes machen. Wir sind damit nicht verheiratet. Nur glauben wir, wenn wir die Stimmung des Parteivolkes betrachten, daß in der Öffentlichkeit ein Generalsekretär erwartet wird, und der muß etwas zu sagen und einen Rang haben. Es muß der Mann sein, der praktisch die Union macht, an den man sich wendet. Daß das natürlich nur zusammen mit dem Vorsitzenden geht, ist selbstverständlich. Daß der Vorsitzende die Partei führt, ist auch selbstverständlich.

Meine Damen und Herren! Jetzt sage ich Ihnen noch eines. (*Unruhe.*) Sie machen eine Handbewegung, Herr Glup. Was ich jetzt abstrakt formuliere, ist ganz ernst und konkret. Wenn Sie den Vorsitzenden einschränken in seinem Vorschlagsrecht dadurch, daß Sie die hauptamtliche Tätigkeit mit Ja oder Nein fixieren, dann fixieren Sie bereits die Auswahlmöglichkeiten des Vorsitzenden. Wer sagt Ihnen denn, was der aus seiner Sicht für einen Mann braucht? Wer sagt mir als dem Fraktionsvorsitzenden, ob ich einen Parlamentarischen Geschäftsführer brauche – bitte, das stimmt nicht im Rang –, der noch in einem Ausschuß arbeitet, oder ob ich ihn für etwas anderes brauche? Wenn ich hier eingeschränkt wäre, wohin käme ich denn da? Es geht im Grunde entweder um Vertrauen, oder es geht um die Satzung. Wenn es um die Satzung geht, dann geht der Krach los. Das ist meine Erfahrung.

Erhard: Herr Windelen!

Windelen: Wenn wir einen Generalsekretär bestellen wollen, sollten wir uns auch darüber klar werden, was wir darunter verstehen. Wenn wir nur eine andere Bezeichnung darunter verstehen für das, was jetzt ist, dann sollten wir es bei der bisherigen Regelung belassen. Ich habe Verständnis dafür, daß aufgrund des Hintergrundes, der ja da ist – die Personen sind ja da –, man es etwas abhängig macht von der Konstellation, die sich jetzt abzeichnet. Ich meine, das wäre nicht gut. Wir sind doch zu dieser Überlegung gekommen, bevor sich diese Konstellation abzeichnete, und zwar nicht aufgrund

dieser erwarteten Konstellation, sondern weil wir sagten, die Aufgaben der Zukunft werden größer sein als die der Vergangenheit. Das hat Konsequenzen in der Organisation, in der Spitze, d. h. wir brauchen hier einen Mann von einigem Gewicht, einen „Mister CDU", wenn Sie so wollen, der aber auch mit den entsprechenden Vollmachten, Kompetenzen und Freiheiten, materiell und funktionell, ausgestattet werden muß. Das scheint mir keine zeitlich begrenzte Aufgabe zu sein, die jetzt abhängig ist von der derzeitigen Konstellation, sondern diese Notwendigkeit wird meines Erachtens bleiben. Sie wird in der Zukunft eher noch stärker werden, d. h. auf deutsch, die Aufgaben des Managements auch in einer Partei werden in Zukunft – erst recht für unsere Partei – bleiben, wenn nicht stärker werden.

Deswegen sollte man also nicht sagen, solange Bundeskanzler Kiesinger Parteivorsitzender bleibt, werden wir so etwas brauchen, später aber nicht mehr, sondern wir werden es auch brauchen, ganz gleichgültig, wer Parteivorsitzender ist; denn wer auch Parteivorsitzender ist, er wird in Zukunft darauf angewiesen sein, daß er einen Generalsekretär zur Seite hat, der die eigentliche Exekutivarbeit für ihn und mit ihm zusammen wahrnimmt. Wir sollten also nicht die theoretische Möglichkeit dramatisieren, daß es hier einmal Divergenzen geben könnte. Die Breite unserer Partei ist nicht sehr groß, daß es danach grundsätzliche Divergenzen geben könnte.

Herr Barzel hat mit Recht auf das Beispiel Rasner hingewiesen. Auch ohne Satzung funktioniert dies, vielleicht gerade deswegen. In der Partei war es nicht sehr viel anders. Wir haben hier das Beispiel unseres Kollegen Kraske, der sicher in einer anderen Position ist, aber mit gleicher Kontinuität seine Funktionen wahrgenommen hat bei Herrn Dr. Adenauer, bei Ihnen, Herr Bundeskanzler Erhard, und jetzt bei Ihnen, Herr Bundeskanzler Kiesinger; der seine Funktion in etwas veränderter Konstruktion beibehalten soll. Man soll diese Dinge nicht dramatisieren. Sie zwingen uns allerdings zu einer sorgfältigen Auswahl. Es ist gut, daß wir dazu gezwungen werden über die augenblickliche personelle Konstellation hinweg. Ich sehe das durchaus als etwas Positives an.

Ich sehe nicht den mindesten Anlaß, daß es bei der jetzt gegebenen personellen Konstellation zu Schwierigkeiten führen könnte. Unser Freund Heck ist in verschiedenen Konstellationen immer kontinuierlich tätig gewesen, ohne daß es wesentliche Schwierigkeiten gegeben hat. Wenn man bejaht, daß in Zukunft diese Aufgabe, wie immer sie heißen möge, in der Partei wahrgenommen werden muß, dann hat das Konsequenzen. Dann müssen wir die Position so ausstatten, daß man es auch verantworten kann, einen Mann dahinzusetzen. Er muß es also für eine genügend lange Dauer tun, um langfristige Maßnahmen treffen zu können. (*Starke Unruhe.*) Vielleicht haben die Erwartungen bei Ihnen, Herr Dufhues, dadurch etwas gelitten, daß man nämlich hier Wunder erwartete durch eine Umorganisation der Partei innerhalb von zwei Jahren. Das ist nicht innerhalb zweier Jahre zu machen, sondern das muß langfristig angelegt werden. Deshalb muß die Möglichkeit bestehen, das kontinuierlich weiterzumachen.

Wir klagen jetzt schon darüber, daß vier Jahre Legislaturperiode nicht mehr lange genug sind. Man strebt fünf Jahre an. In der Partei machen wir jetzt das Gegenteil. Wir legen eine Zeitspanne von nur zwei Jahren fest. Ich halte das für schlecht. Wir müssen

hinsichtlich des Ranges, des Gewichts, der Wahlzeit und der Besoldung eine attraktive Position schaffen, daß es sich auch lohnt, sich darum zu bemühen. Ich bin nicht ganz der Meinung, Herr Dr. Barzel, daß wir hier schon eine Fixierung der Auswahlmöglichkeiten des Vorsitzenden festlegen, d. h. also, die Chance, uns einen Vorschlag zu machen, einengen. Eher ist doch das Gegenteil der Fall. Ich gehe davon aus, daß die Interessen des Parteivorsitzenden und des Bundesvorstands absolut parallel laufen.

Kiesinger: Wir sollten uns jetzt auf die paar konkreten Punkte, die wir nun besprochen haben, konzentrieren. Es scheint mir doch so zu sein, daß eine ziemlich große Übereinstimmung herrscht in der Frage des Vorschlagsrechts des Vorsitzenden. Das ist wohl nicht bestritten.

Das zweite und sehr gravierende ist nun die Frage der Amtszeit. Ich gebe zu, alle die Argumente, die vorgebracht worden sind gegen eine Amtszeit von zwei Jahren, sind gewichtig. Wenn man das nicht will, wenn man sagt, der Vorsitzende auf zwei Jahre, der Generalsekretär auf vier Jahre – wie es im Antrag der Jungen Union steht –, müßte man sich eine Kompromißklausel für den Fall überlegen, wenn es einfach nicht geht.

So einfach, wie es in der Industrie ist – wovon Herr Minister Schröder gesprochen hat –, ist es hier aber nicht. Man muß sich also eine solche Sache überlegen. Dann müssen wir uns ganz klarmachen, ob es ein politischer Mann oder kein politischer Mann sein soll, oder was wir überhaupt darunter verstehen. Dann muß man sich all die Stellen in der Satzung durchlesen, die die Funktionen des Generalsekretärs aufzählen. Ich denke jetzt an die Position eines Vorsitzenden, der selber der Überzeugung ist, es ist eine solch starke Stellung für unsere Partei einfach notwendig. Ich habe bei allen Bestimmungen, in denen der Generalsekretär erwähnt wird, gesehen, es ist praktisch doch im wesentlichen eine wenn auch sehr hohe administrative Tätigkeit, die er ausübt. Die politischen Richtlinien gibt ja die Partei, und zwar repräsentiert durch den Vorstand. Selbstverständlich kann ein aktiver Generalsekretär auch sehr stark politisch wirken. Hier ist ja die Sicherungsklausel „im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden" gegeben. Die einzige Stelle, wo ich mir ein Fragezeichen hingeschrieben habe, ist der § 25 der Satzung. Da steht drin: „Zur Vorbereitung und Durchführung von Bundestagswahlkämpfen sind die nachgeordneten Gebietsverbände und die Sonderorganisationen an die Weisungen des Generalsekretärs gebunden."

Also, auch das müßte im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden geschehen; denn alles, was er tut, steht unter dem Generalvorbehalt: im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden. Was heißt das nun? Welcher Art sind diese Weisungen? (*Schröder:* Organisatorischer Art!) Ich verstehe es als organisatorische Weisungen, (*Gurk:* Nicht Kandidatenaufstellung!) oder sind es etwa politische Aussagen: Ihr müßt es so und so machen? Das müßte noch geklärt werden. Bei allen übrigen Bestimmungen handelt es sich tatsächlich darum, daß dieser Generalsekretär die Partei organisatorisch fest in seinen Griff bekommt, wobei natürlich selbstverständlich eine scharfe Trennung zum Politischen gar nicht zu machen ist. Es ist ja nicht nur ein Apparat, den er leitet. Aber hier liegt die Sicherung in der Klausel „im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden" und in der Tatsache, daß die eigentliche Politik der Partei vom Parteitag und von den anderen Or-

ganen gemacht wird. Ich könnte mir vorstellen, daß das sehr gut klappt, aber es muß diese Konfliktklausel noch gefunden werden.

Erhard: Herr Lemke!

Lemke: Wenn dieser Generalsekretär so vorgesehen werden soll, wie es die Kommission uns vorgelegt hat, dann ist er allerdings verpflichtet, sich ausschließlich dieser Tätigkeit zuzuwenden. Das kann man nicht mit einer Hand machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Durch den Generalsekretär wird die bisher hervorragende Stellung des Vorsitzenden eingeengt. Das muß man sehen. Der Vorsitzende ist auf das Einvernehmen angewiesen. Er kann also keine Anweisungen geben. Ich weiß nicht, ob man das will. Ich weiß nicht, ob man hier noch einen Absatz 2 einfügen soll.

Heck: Es ist viel von Organisation die Rede und was vom Generalsekretär im Bereich der Organisation erwartet wird. Auch wenn sämtliche Satzungsänderungen angenommen werden, die die Kompetenzen im Bereiche des Organisatorischen für den Generalsekretär etwas in die Landesverbände hineinreichen lassen, ist natürlich die Hoheit in organisatorischen Fragen nach wie vor bei den Landesverbänden. Wenn man in die Vergangenheit zurückblickt und mit der Organisation der Bundespartei zufrieden ist, meine Herren Landesvorsitzenden, dann muß man einen Blick auf die Zuständigkeiten richten, und dann kommt man auf die Verantwortlichkeit. Die Bundespartei ist nur in einem beschränkten Umfange für den organisatorischen Zustand der Partei verantwortlich zu machen, nämlich für den Raum, für den sie eine Zuständigkeit über die Bundesgeschäftsstelle hat. Über organisatorische Mängel in den Landesverbänden kann man die Bundespartei nicht zur Verantwortung ziehen; denn sie hat keine Möglichkeit – es sei denn durch gutes Zureden –, hier irgend etwas zu ändern.

Geben Sie sich doch keinen Täuschungen hin, wenn Sie einen Generalsekretär schaffen, dem ein hohes Gehalt zahlen, daß sich an diesen Realitäten zunächst viel ändert. Es wird sehr stark davon abhängen, was dieser Mann im Einvernehmen mit den Landesvorsitzenden und den Landesgeschäftsführern zustande bringen wird.

Entschuldigen Sie, wenn ich jetzt sage, die Diskussion läuft so widersprüchlich, daß vielleicht eine etwas provozierende Formulierung erlaubt sei. Ich habe den Eindruck, man ist auf der Suche nach einem möglichst „schwachen starken" Mann. (*Heiterkeit.*) Das ist gar keine Frage. Die Argumente, die für die eine Lösung vorgebracht werden, lassen sich hören; die Argumente, die für die andere Lösung vorgebracht werden, lassen sich auch hören. Ich meine nur eines: Man muß sich hier entweder so oder anders entscheiden. Auf einen Zwitter dürfen wir uns auf keinen Fall einigen. (*Lebhafter Beifall.*)

Kiesinger: Wir kommen wieder ein bißchen vom Konkreten weg. Ich finde gar keinen Gewinn darin, daß wir solche Formulierungen machen; entschuldigen Sie, Freund Heck, aber es geht um konkrete Dinge. Ich habe vorhin gesagt: Ich habe mich überzeugen lassen, daß die Position des Generalsekretärs, wenn er wirklich nur auf zwei Jahre – nämlich derselben Frist wie der Vorsitzende – gewählt wird, in der Tat schwach wäre. Ich habe auf die Konfliktmöglichkeiten hingewiesen, wenn er für länger gewählt wird,

und gesagt: Die Kompromißmöglichkeit besteht in einer Konfliktklausel, die man noch einbauen kann.

Nun kommt die Frage, die hier angeschnitten worden ist: Verringerung der Position des Vorsitzenden. Hier kann man die Sache sehr schwer abstrakt sehen. Ich sehe es so: Ist der Vorsitzende eine politisch starke Persönlichkeit, etwa in der Personalunion mit dem Kanzler, dann wird er sich auf alle Fälle durchsetzen. Das ist ganz selbstverständlich, und dann ist es völlig überflüssig, daß man ihm eine Satzungsbestimmung gibt, wonach er Weisungen erteilen könnte oder etwas Derartiges, was wiederum die Position des Generalsekretärs schwächen würde. Ist er ein schwacher Mann, dann muß man froh sein, daß man einen starken Generalsekretär hat. (*Unruhe und Bewegung.*) Meine Herren, ich muß es einmal genau sagen. So ist doch die Situation. Deswegen hätte ich, Herr Kollege Lemke, dieses Bedenken nicht, und zwar nicht nur von der sich möglicherweise abzeichnenden Situation her, sondern ganz generell. Ein starker Vorsitzender wird sich immer durchsetzen. Bei einem schwachen Vorsitzenden – ich kann es nur noch einmal wiederholen – darf man froh sein, wenn man einen starken Generalsekretär hat.

Erhard: Wenn ich an die bisherigen Vorsitzenden denke, an Herrn Adenauer und auch an mich, dann war es doch so – das galt für Adenauer und das galt für mich –, wir hatten einfach keine Zeit, neben dem Amt des Bundeskanzlers nun auch wirklich die Funktion des Vorsitzenden vollgültig zu übernehmen. Wie oft haben wir zusammengesessen? Was ist dabei herausgekommen im allgemeinen? (*Zurufe:* Nicht viel! – Nicht viel Angenehmes! – *Unruhe und Bewegung.*)

Kiesinger: Nun, Herr Bundeskanzler Erhard, natürlich ist das richtig, und daß da etwas gefunden werden muß, ist selbstverständlich. Da gibt es verschiedene Lösungsmöglichkeiten. Man kann natürlich auch an dem System des Geschäftsführenden Vorsitzenden festhalten, aber ich halte das nicht für gut. Ich bin überzeugt, daß die Lösung „Generalsekretär", auch wenn es tatsächlich etwas ganz Neues ist, und zwar etwas, was es in den anderen Ländern nicht gibt, uns endlich eine gewisse Garantie gäbe, daß in dieser Partei die notwendige Führungsarbeit auch wirklich geleistet werden wird. Deswegen bin ich für diese Lösung.

Erhard: Herr Gradl!

Gradl: Hier ist gesagt worden, was erwartet das Parteivolk. Das Parteivolk erwartet vom Bundesvorstand, daß er dem Bundesparteitag einen neuen Vorschlag macht. Der neue Vorschlag soll nach allgemeiner Annahme sich kristallisieren in dem Generalsekretär. Ich habe mir eben überlegt, was erwartet das Parteivolk wirklich? (*Lücke:* Eine Wunderwaffe!) Nun, ich lasse mich nicht gleich von dem Wort „Generalsekretär" einfangen. Aber damit kein Irrtum entsteht, ich lande nachher auch beim Generalsekretär. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Aber es ist ganz gut zu wissen, was den Anstoß dazu gegeben hat. Herr Vogel, Sie können mich ja korrigieren, wenn andere Überlegungen bei der Jungen Union waren als die, die ich jetzt sage. Es waren nach meiner Meinung zwei Überlegungen vorhanden. Beide Überlegungen haben ihren Ausgang genommen in der völlig veränderten Situation durch die Große Koalition. Da ist in der Partei der Ein-

druck entstanden, und zwar mit Recht, dies ist jetzt etwas ganz anderes, ob wir an der Spitze der Regierung waren oder ob wir uns jetzt zurechtfinden müssen mit der anderen großen Partei. Dies muß doch wohl Konsequenzen haben. Das war das allgemeine Gefühl.

Dann ist es konkretisiert worden in zwei Richtungen. Die eine war die, daß man sagte, in der Großen Koalition ist der Bundeskanzler enger oder härter gebunden, als das in der bisherigen Koalition war mit der Übermacht der Christlich-Demokratischen Union innerhalb dieser Koalition. Es stellte sich also die Frage, ob es nicht notwendig sei – dann kam die Profilneurose –, um das Profil der Christlich-Demokratischen Union in der Großen Koalition im Wettstreit mit der Sozialdemokratischen Partei zu sichern, jemanden zu haben, der in der Lage wäre, für die Partei neben dem eingeengten Bundeskanzler die Meinung der Partei zu präzisieren und härter, herausfordernder und klarer zu formulieren. Das war die eine Überlegung, die zu der Frage geführt hat, muß man nicht etwas an der Spitze ändern?

Die zweite Überlegung war die, nachdem die Malaise der Parteifinanzen entstanden war und man sah, daß man nun in einer ganz anderen Weise gewissermaßen in einem gehemmten Wettbewerb mit der unerhört vitalen Sozialdemokratischen Partei stand, war es an der Zeit, daß die bisherige Gemütlichkeit aufhören mußte. (*Bewegung und Unruhe.*) Wir mußten uns mit dem Gedanken vertraut machen: Unsere Partei muß viel fester von unten bis oben gefügt und vitaler sein, sie muß organisatorisch besser werden. Dies waren die Gedanken, die im Parteivolk lebendig waren und zu der Überlegung geführt haben, was kann man nun tun. Herr Vogel, bitte korrigieren Sie mich, wenn es anders war. (*Vogel:* Das war der stärkste und letzte Eindruck!) Daraus kann man nach meiner Meinung nur die Konsequenz ziehen, es muß ein starker Mann sein, der an die zweite Spitze der Partei gestellt wird, aber nicht, weil er politisch andere Aussagen machen muß. Dies halte ich nicht mehr für notwendig nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben. Ich würde es sogar für gefährlich halten, wenn wir zu einem Dualismus der politischen Aussagen des Bundeskanzlers und des Generalsekretärs kämen. Weil wir das vermeiden wollen, haben wir diesen Weg gewählt, daß der Bundeskanzler auch wieder Parteivorsitzender werden soll. Dies kann also nicht die Aufgabe des Generalsekretärs sein, eine konkurrierende politische Aussage zu machen. (*Anhaltende Unruhe.*) Was ist denn seine Aufgabe? Dann bleibt dennoch eine Aufgabe, verehrte Freunde, die nur jemand erfüllen kann, der von Anfang an sehr gut ausgestattet ist. Wir wissen doch alle, wie unser Parteiapparat finanziell und organisatorisch aussieht. Es gibt gute Kreise und gute Ortsgruppen, aber bei einem Vergleich mit der SPD haben wir noch einiges zu tun, wenn wir auch nur in ihre Nähe kommen wollen. Dies ist also schon eine unerhörte Aufgabe.

Nehmen Sie den § 36. Was erwarten Sie da? Sie erwarten eine Koordination der gesamten Parteiarbeit. Dann geben Sie dem Generalsekretär noch mit auf den Weg: „Er koordiniert die von der Bundespartei und den Sonderorganisationen herausgegebenen Publikationen." Was heißt das? Stellen Sie sich mal die Vereinigungen, die Sozialausschüsse, den Wirtschaftsrat usw. vor. Wir haben doch die Auseinandersetzungen ge-

habt. Er soll das alles koordinieren. Viel Vergnügen! (*Starke Unruhe und Bewegung. – Lücke:* Er bekommt den Grenzschutz!) Das ist alles notwendig, aber Autorität muß er haben.

Erhard: Herr Kollege Barzel! Ich meine, dann müssen wir Schluß machen.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß wir über den Generalsekretär jetzt zur Entscheidung kommen könnten. Das können wir unschwer an Hand des vorliegenden Satzungsentwurfes machen. Wir können auch hier, Herr Vogel, Ihre Änderungsvorschläge gleich mitberücksichtigen. Die Frage der Amtszeit des Generalsekretärs und des Vorschlagsrechts wäre beim § 28 unterzubringen. Ich würde empfehlen, daß wir anfangen mit dem § 36, der das Generelle enthält, und dann die einzelnen Paragraphen, in denen der Generalsekretär vorkommt, durchgehen. Mir erscheint es möglich, bis zum Mittagessen noch einiges zu erledigen, damit wir am Nachmittag uns den anderen Fragen zuwenden können. Da gibt es den Vorschlag der Jungen Union, nicht so anzufangen, wie es hier steht, sondern folgenden Satz vorzuschreiben: „Der Generalsekretär unterstützt den Vorsitzenden bei der Erfüllung seiner Aufgaben." Ich persönlich halte den Satz für überflüssig, aber er stört auch nicht. (*Kiesinger:* Nehmen Sie ihn hinein; er ist schon richtig. Die haben sich schon etwas dabei gedacht.) Wollen wir diesen Antrag akzeptieren und ihn als Satz 1 vorwegnehmen?

Erhard: Müssen wir darüber abstimmen?

Kiesinger: Sagen Sie noch einmal, wie er heißt.

Barzel: Ich wiederhole: „Der Generalsekretär unterstützt den Vorsitzenden bei der Erfüllung seiner Aufgaben. Er führt ..." Und dann folgt der Text, wie hier vorgesehen.

Die nächste Vorschrift, über die wir sprechen müssen, ist im § 16 enthalten. – Dazu Herr Russe.

Russe: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe mich noch eines Auftrages zu entledigen, nämlich im Namen der Sozialausschüsse die Frage zu stellen, was geschieht, wenn der Vorsitzende verhindert ist. (*Zuruf:* Der erste Stellvertreter!) Das müßte aber dann hineingeschrieben werden. (*Zurufe:* Nein, nein!)

Barzel: Darf ich einen Vorschlag machen? Ich würde diese Frage nachher erörtern, wenn wir über die Stellvertreter und die Rangfolge sprechen. Es ist ein Problem, das erörtert werden muß. (*Kohl:* Herr Vorsitzender! Stimmen wir doch jetzt über den § 36 ab!) Herr Bundeskanzler, es ist angeregt, über den geänderten § 36 jetzt abstimmen zu lassen.

Erhard: Ich lasse abstimmen. Wer ist für die Erweiterung? – Das ist die Mehrheit. Angenommen!

Russe: Darf ich noch einmal auf den § 36 zurückkommen? Von Herrn Schmücker ist hier vorgeschlagen worden, das Wort „Sonderorganisation" durch „Vereinigungen" zu ersetzen, denn Sonderorganisationen sind nicht Vereinigungen; sie haben einen anderen Charakter. (*Schmücker:* Ich habe nur unterstellt, daß wir über den Generalsekretär abstimmen!)

Erhard: Gerade haben wir nur über den Generalsekretär abgestimmt. Über die Sonderorganisationen ist noch nicht abgestimmt worden. Wir haben über den Antrag der

Jungen Union abgestimmt, diesen Satz vorwegzunehmen. (*Russe:* Ich habe das ja ergänzend gesagt!)

Barzel: Darf ich dann auch hierzu folgendes vorschlagen, Herr Kollege Russe? Wir werden aus vielen Gründen, wenn wir über die Vereinigungen und Sonderorganisationen gesprochen haben werden, das Ganze redaktionell durchgehen müssen. Jetzt fallen nicht alle redaktionellen Entscheidungen, sondern die politischen Entscheidungen, die in den §§ 36 usw. angesprochen sind. Auf den Punkt müssen wir noch zurückkommen. Es ist auch noch die Frage des Wirtschaftsrats usw. zu erörtern. (*Russe:* Einverstanden!) Der Herr Bundeskanzler hat eben eine einstimmige Annahme des geänderten § 36 festgestellt. (*Widerspruch und Zurufe:* Mit Mehrheit! – *Weiterer Zuruf:* Die Gegenstimmen sind gar nicht gefragt worden! – *Zuruf:* Er hat gesagt, mit Mehrheit! – *Anhaltende Unruhe.*)

Erhard: Die Mehrheit war eindeutig. (*Unruhe und Bewegung.*)

Barzel: Wir kommen dann zum § 16. In der drittletzten Zeile kommt der Generalsekretär vor. Es geht darum: „Die Landesgeschäftsführer werden im Einvernehmen mit dem Generalsekretär ernannt." (*Seebohm:* „Im Benehmen", würde ich vorschlagen.) Es ist der Antrag gestellt, abzustimmen über „Einvernehmen" oder „Benehmen". (*Mehrere Zurufe:* „Im Benehmen". – *Lebhafte Unruhe.*)

Erhard: Ich lasse abstimmen. Wer ist für „Einvernehmen"? – Das ist die Mehrheit. Wer ist für „Benehmen"? – Das ist die Minderheit.

Barzel: Dann wäre diese Stelle jetzt politisch mit Mehrheit akzeptiert. (*Zuruf:* War das denn die Mehrheit? – *Lebhafte Unruhe.*)

Erhard: Das war eindeutig die Mehrheit.

Barzel: Die nächste Stelle, wo der Generalsekretär vorkommt, ist der § 24. Danach hat er das Recht, sich jederzeit über die Angelegenheiten der nachgeordneten Gebietsverbände und Sonderorganisationen – vorbehaltlich redaktioneller Änderungen, Herr Russe – zu unterrichten. (*Zuruf:* Auf welcher Seite?) Auf Seite 17.

Erhard: Ich lasse abstimmen. Wer ist für den § 24? – Wer ist dagegen? – Angenommen! Auch erledigt!

Barzel: Das nächste ist der § 25. Hier geht es um die Weisungen bei Bundestagswahlkämpfen. Ich darf auf den Zuruf des Präsidenten Gurk von vorhin in einem anderen Zusammenhang wegen der Kandidatenaufstellung zurückkommen. Natürlich ist es klar, daß das Bundestagswahlgesetz und das Parteiengesetz hier vorrangig gelten. Es kann also kein Mensch auf die Idee kommen, daß dieser § 25 bedeutet, daß der Generalsekretär die Kandidaten aufstellt. Das ist an anderer Stelle geregelt. Ich wollte es nur klarstellen wegen des Zurufs.

Erhard: Ich lasse abstimmen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Einstimmige Annahme.

Barzel: Jetzt wird es spannend, meine Damen und Herren, § 28 a ist nicht Ziffer b auf Seite 21 der Vorlage. Da geht es um zwei Fragen, die hier vorhin im Mittelpunkt der Diskussion gestanden haben, um das Vorschlagsrecht des Bundesvorsitzenden und um

die Amtszeit des Generalsekretärs. Das sind zunächst zwei Fragen. Außerdem gibt es hierzu einen Antrag der Jungen Union.

Wenn ich einen Rat zu geben hätte, würde ich zunächst den Antrag der Jungen Union zur Abstimmung stellen, weil er das Umfassendste ist und eine ganz andere Konstruktion vorsieht. Dann würde ich vorschlagen, in der Ziffer b das Vorschlagsrecht des Bundesvorsitzenden durch ein Komma anzuhängen. Wenn die Amtsdauer verändert werden soll, kann man das dadurch machen, daß man den zweiten Teil des zweiten Absatzes streicht. (*Dufhues:* Wie lautet der Antrag der Jungen Union?)

Vogel: Ich darf ihn vorlesen und einiges zur Begründung sagen. Wir wollen den Generalsekretär und den Stellvertretenden Generalsekretär aus der Ziffer b herausnehmen, weil bei einer Wahlzeit von vier Jahren – das ist vorhin zum Ausdruck gekommen – er nach dem Parteiengesetz nicht gewähltes Vorstandsmitglied ist, weil die gewählten Vorstandsmitglieder nur auf die Dauer von zwei Jahren gewählt werden. Er ist ein besonderes Organ, das länger gewählt ist. Deshalb schlagen wir eine neue Ziffer vor, und zwar heißt unser Vorschlag: „Er wählt den hauptamtlichen Generalsekretär für die Dauer von fünf Jahren." Ich bin hier auch mir vier Jahren einverstanden. Die Überlegungen waren die, da in einem Zweijahresrhythmus die Parteitage mit Wahlen stattfinden, sollten wir nicht in einen unterschiedlichen Wahlrhythmus kommen. Deshalb können wir dem Vorschlag zustimmen. Wir müssen mit hineinnehmen: „Er wählt den hauptamtlichen Generalsekretär auf Vorschlag des Vorsitzenden für die Dauer von vier Jahren." Der zweite Punkt in unserem Vorschlag ist eine notwendige Konsequenz, daß sich nämlich das Präsidium aus den Mitgliedern des Bundesvorstands, dem Generalsekretär, dem Bundeskanzler, dem Bundestagspräsidenten und dem Fraktionsvorsitzenden zusammensetzt.

Kiesinger: Das einzige Bedenken, das ich anzumelden hätte, wäre, ob man das Wort „hauptamtlich" hier hineinnimmt. Das sollte man herausnehmen.

Vogel: Ich muß dazu sagen, daß das ein ausdrücklicher Beschluß des Deutschland-Rats der Jungen Union ist. Ich bin daran gebunden. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kohl: Wir müssen erst über die Zeitdauer des Amts abstimmen. Alles andere ergibt sich dann. Ich selber darf noch einmal nachdrücklich dafür eintreten, daß wir nach der Vorlage für zwei Jahre den Generalsekretär bestellen wollen.

Gradl: Ich bin an sich für vier Jahre Amtsdauer. Es wäre vielleicht nicht schlecht, wenn man das erste Mal auf drei Jahre ginge und dann auf vier Jahre. 1970 wäre er dann zum erstenmal fällig, d. h. ein Jahr oder ein halbes Jahr nach der Wahl. Dies wäre von der Sache her eine ganz gute Lösung. Die Frage ist, geht das? Oder sieht es etwas komisch aus, wenn man sagt, zum erstenmal drei Jahre und dann vier Jahre. (*Unruhe.*)

Stecker: Ich habe große Bedenken, der Sache mit vier Jahren zuzustimmen. Ich sehe gar nicht ein, daß die Amtszeit länger dauern soll als bei den übrigen Vorstandsmitgliedern. Wenn die Kontinuität vom Vorsitzenden gewünscht wird, dann wird er doch für eine Wiederwahl eintreten. Ich sehe überhaupt keinen Nachteil darin, wenn er für zwei Jahre gewählt wird. (*Sehr starke Unruhe.*) Ich bin dafür, wir sollten es bei zwei Jahren

belassen. Sonst werden wir es einmal bereuen. Hier ist ein politisches Amt, das vom Parteitag statuiert wird. Und das sollte mit dem des Vorsitzenden gleichlaufen.

Erhard: Ohne die Diskussion von neuem zu beginnen, hat das Wort Herr Mikat.

Mikat: Wenn ich Herrn Kohl richtig verstanden habe, dann schließt das Parteiengesetz eine Wahl in den Vorstand über zwei Jahre hinaus aus. Dann müssen wir wie folgt verfahren: Einmal müßte der Generalsekretär vom Vorstand für vier Jahre gewählt werden. Daneben muß aber dann gesehen werden, weil er ja Mitglied des Vorstands sein soll, daß er dann noch für zwei Jahre vom Vorstand gewählt wird. (*Sehr starke Unruhe.*) Es sei denn, das Parteiengesetz erlaubte eine andere Lösung.

Erhard: Das Wort hat Herr Kraske.

Kraske: Darf ich zur Aufklärung sagen, das Parteiengesetz erlaubt selbstverständlich Wahlen für vier, fünf, sieben oder zwölf Jahre, aber nach dem Parteiengesetz dürfen bestimmte Positionen nur ausgeübt werden von Leuten, die sich alle zwei Jahre zur Wahl stellen, also etwa ein Vorsitzender muß alle zwei Jahre gewählt werden. Das ist das einzige. (*Mikat:* Dann fällt alles das weg, dann muß zunächst einmal die Entscheidung über vier oder zwei Jahre fallen, und damit hängt das „hauptamtlich" zusammen. – *Sehr starke Unruhe.*)

Erhard: Also, meine Damen und Herren, wir wissen wohl alle Bescheid. Ich lasse abstimmen. Wer ist für eine Amtszeit von vier Jahren? – (*Scheufelen:* Hauptamtlich oder nicht?) Wer ist für eine Amtszeit von zwei Jahren? – Das ist die Minderheit. (*Zuruf:* Wie ist das Ergebnis?) Die Mehrheit ist klar, nämlich für vier Jahre. Jetzt haben wir zu prüfen, was folgt daraus.

Kiesinger: Ich habe mehrfach den Vorbehalt angemeldet: Wir müssen dann eine Konfliktklausel schaffen. Es geht nicht, daß wir ihn für vier Jahre wählen; denn wenn die Sache nicht gutgeht, bleibt er eben da. Hier muß eine Lösung gefunden werden.

Erhard: Bitte, Herr Dufhues!

Dufhues: Ich darf folgendes vorschlagen: Wir sind uns einig, daß der Generalsekretär auf Vorschlag des Vorsitzenden gewählt wird. Es ist nur konsequent, wenn dem Vorsitzenden das Recht eingeräumt wird, die Abberufung des Generalsekretärs zu verlangen, wenn das Vertrauensverhältnis zerstört ist. (*Erhard:* Vom Parteitag!) „Er ist auf Vorschlag des Vorsitzenden durch den Bundesparteitag abzuberufen." Vielleicht kann man in einer Klausel einfügen, daß in besonders dringenden Fällen eine vorläufige Abberufung durch den Vorstand erfolgen kann.

Erhard: Herr Barzel!

Barzel: Meine Damen und Herren! Nachdem die Entscheidung für vier Jahre gefallen ist, ergeben sich (*Starke Unruhe.*) gewisse Zwangsläufigkeiten hinsichtlich dessen, was der Bundeskanzler eine Konfliktsklausel nennt und auch hinsichtlich der weiteren Entscheidungen, die wir zu treffen haben, ob das Wörtchen „hauptamtlich" kommt oder nicht; auch hinsichtlich des Vorschlagsrechts des Bundesvorsitzenden.

Ich würde jetzt – Herr Dufhues hat eine sehr wichtige Anregung gegeben – doch zunächst einmal einfach beschließen lassen, hier muß eine Konfliktsklausel hinein. Wie

sie genau zu formulieren ist, kann man sicher in diesem Augenblick noch nicht abschließend behandeln. Wenn wir es aber jetzt beschließen, ist uns erst einmal geholfen.

Erhard: Bitte sehr, Herr von Heydebreck!

Von Heydebreck: Ich halte es für nicht unbedingt notwendig, eine Konfliktklausel einzubringen. Wir haben zu unterscheiden zwischen Bestellung und Anstellung. Es ist so, daß die Bestellung zum Generalsekretär immer zurückgenommen werden kann, was allerdings nichts ändert an dem Anstellungsvertrag, d. h. wenn es ein hauptamtlicher Generalsekretär ist, daß seine Bezüge weiterlaufen. Seine Funktion kann ihm, ohne daß es in der Satzung steht, entzogen werden. (*Dufhues:* Gott sei Dank gilt das Aktienrecht nicht für politische Parteien. – *Heiterkeit und Unruhe.*)

Barzel: Herr von Heydebreck! Der Herr Bundeskanzler hatte an sich zunächst für die zwei Jahre plädiert. Dann haben wir uns für die vier Jahre entschieden. Machen wir doch einen gemeinsamen Weg, indem wir die Konfliktklausel dazunehmen, deren Ausgestaltung wir noch überlegen wollen.

Dann bleiben noch zwei Fragen, nämlich in der Ziffer b 2 heißt es bisher: „den Generalsekretär"; dann müßte es – wenn der Vorschlag so gewollt ist, wie es hier heißt – unter b „den Generalsekretär auf Vorschlag des Bundesvorsitzenden" heißen. (*Zuruf:* Ehrenamtlich?) Das ist die nächste Frage. Ist jemand anderer Meinung? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir die Ziffer b 2 „den Generalsekretär auf Vorschlag des Bundesvorsitzenden" beschließen. (*Zuruf:* Des Vorsitzenden!) „Den Generalsekretär auf Vorschlag des Vorsitzenden". (*Schröder:* Herr Barzel, wollen wir den Platz noch frei lassen?) Der Platz ist frei, Herr Kollege Schröder. Die Konfliktklausel ist beschlossen.

Meine Damen und Herren! Aus dem Antrag der Jungen Union ist materiell noch ein Punkt übrig, nämlich das Adjektiv „hauptamtlich". Hierzu hat der Herr Bundeskanzler gebeten, dieses Wort nicht einzufügen. Ich persönlich möchte dazu neigen, das Wort nicht einzufügen, um eine Entwicklung offenzulassen. (*Zurufe:* Sehr richtig. – *Lemke:* Wir sind uns aber darüber klar, daß er ausschließlich diese Tätigkeit ausübt. Es geht nicht an, daß er das mit der linken Hand macht.)

Erhard: Dann fangen wir jetzt wieder von vorne an. (*Schwarzhaupt:* Das kann man bei der Wahl geltend machen, aber es braucht nicht in der Satzung zu stehen. – *Anhaltende Unruhe.*)

Erhard: Bitte sehr, Herr Mikat!

Mikat: Ich würde auch vorschlagen, es hier herauszulassen. Es könnte sein, daß aufgrund des Anstellungsvertrages, der mit ihm geschlossen wird, unter Umständen eine von ihm bis dahin wahrgenommene Tätigkeit nicht ausgeübt wird. (*Sehr starke Unruhe.* – *Kohl:* Warum wird ein Anstellungsvertrag abgeschlossen?) Es wird doch irgendeine vertragliche Basis unter Umständen gemacht werden. Das ist doch ganz klar. Aber es wäre töricht, diesen Fragenkomplex durch die Fixierung „hauptamtlich" in das Statut aufzunehmen.

Barzel: Wir können uns helfen, Herr Bundeskanzler, indem wir über folgende Fragen abstimmen. Wir haben eben gesagt: „den Generalsekretär auf Vorschlag des Vorsitzenden". Es ist dann zu fragen, ob es heißen soll „einen hauptamtlichen"? Das ist doch

das Wort, um das es geht. Darüber könnte man jetzt abstimmen lassen. (*Vogel:* Also ich bestehe – ich habe es vorhin schon einmal gesagt – nicht auf Abstimmung hier heute.) Wir wollen es doch nach Möglichkeit jetzt erledigen. Denken Sie an das, was Herr Seebohm eingangs gesagt hat.

Erhard: Also gut, ich folge dem: „den Generalsekretär auf Vorschlag des Vorsitzenden". (*Kiesinger:* Nein, das ist ja schon beschlossen.) Ach so, also, wer ist für die Einfügung des Wortes „hauptamtlich"? – Das sind einige Stimmen. – Wer ist für die Beibehaltung der ersten Aussage? – Das ist die Mehrheit.

Barzel: Dann hätten wir, meine Damen und Herren, den § 28 erledigt, soweit die politischen Entscheidungen beim Generalsekretär zu fällen waren. (*Gurk:* Gibt es irgendwelche Kautelen beim Stellvertretenden Generalsekretär?) Herr Gurk, wir haben den Stellvertretenden Generalsekretär bis zur Stunde noch nicht erörtert nach meiner Erinnerung. Der Generalsekretär kommt weiter im § 31 vor.

Kiesinger: Es ist ein Schönheitsfehler in der Satzung. Beim Aufzählen der Rechte des Generalsekretärs ist einmal einfach gesagt: Der Generalsekretär kann das und das tun. Das geht alles – so habe ich vorhin festgestellt – unter Zustimmung dieses Gremiums zu der Klausel „im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden". Nun steht hier plötzlich im § 31 wieder: Der Bundesausschuß wird durch den Generalsekretär im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden unter Angabe der Tagesordnung einberufen. – Damit nun keine Unklarheit besteht und nachher nicht Streit herrscht, muß klargestellt werden, „das Einvernehmen mit dem Vorsitzenden" ist die Generalklausel. (*Zuruf:* Ist klar!) Nein, man muß schon ein bißchen nachdenken; oder sieht die Sache nicht vielmehr so aus, daß in einer Reihe der aufgeführten Fälle die Dinge so gedacht sind, daß der Generalsekretär das tut, und daß er nicht in jedem einzelnen Falle ein Einvernehmen mit dem Vorsitzenden herzustellen braucht, sondern daß hier nur ein generelles Einvernehmen vorliegen muß, und daß dann die Aufführung in diesem Paragraphen bedeutet, diese konkrete Handlung kann er nur tun speziell im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden. Hier ist doch eine Unklarheit. (*Erhard:* Unter welchen Formen auch immer der Bundesausschuß einberufen worden ist, es bleibt, daß er nur im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden einberufen werden kann.) Nein, das ist nicht das Problem. „Die Landesgeschäftsführer werden im Einvernehmen mit dem Generalsekretär ernannt" heißt es im § 16. Man muß sich die Dinge doch konkret vorstellen. Irgendwo wird ein Landesgeschäftsführer bestellt. Dies kann nur im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden geschehen. Nun ist es notwendig, daß wir uns klarmachen, was kann – ich spreche abstrakt – der Generalsekretär tun, ohne vorher mit dem Parteivorsitzenden zu sprechen. (*Zuruf:* Nichts!) Das muß aber klargestellt werden. (*Zuruf:* Nein!) Wo muß er vorher konkret zu den betreffenden Punkten das Einvernehmen mit dem Vorsitzenden herstellen? Wir dürfen das nicht im unklaren lassen.

Kraske: Es ist kein Zufall, daß hier ausdrücklich steht: „im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden." – Ich nehme als Beispiel nicht den Landesgeschäftsführer, sondern den Bundestagswahlkampf. Selbstverständlich wird der Generalsekretär mit dem Vorsitzenden die Linie des Bundestagswahlkampfes sorgfältig abstimmen, aber ich glaube nicht,

daß er mit dem Vorsitzenden nun von Fall zu Fall jegliche technische Einzelheit abstimmt, die er durchgibt an einen Landes- oder Kreisverband, während hier aber klargestellt ist, daß der Vorsitzende nicht eines Tages eine Einladung auf dem Tisch findet zu einer Tagung, von der er nichts gewußt hat. Hier ist das Einvernehmen durch den § 35 sichergestellt. (*Amrehn:* Es muß gestrichen werden.)

Kiesinger: Das glaube ich nicht. Es gibt zweifellos Dinge, die der Generalsekretär tun muß, ohne dafür nun für jede einzelne Maßnahme das Einvernehmen des Vorsitzenden einzuholen. Wenn wir ihm das nicht erlauben, ist er kein Generalsekretär mehr. (*Etzel:* Der Vorsitzende muß es herbeiführen können.) Natürlich, aber nicht umgekehrt! Es gibt aber Fälle, z. B. den, den Herr Kraske genannt hat. Ich bestehe nur auf der Aufklärung, daß festgehalten wird in dieser Satzung, wo kann und soll er, ohne vorher zum Vorsitzenden zu laufen, handeln können nach einem allgemein hergestellten Einvernehmen; z. B. die Bestellung der Landesgeschäftsführer. Das sind einzelne wichtige Akte. Soll das unter die Kategorie fallen: Hier brauchst du nicht das Einvernehmen des Vorsitzenden? (*Kraske:* Das ist in der Satzung geregelt.)

Gradl: Der § 31 behandelt eine technische Einladung. Daß der Generalsekretär darüber mit dem Parteivorsitzenden spricht, ist eine Selbstverständlichkeit. Nun zu den Landesgeschäftsführern! Wie läuft es in der Praxis? Wenn er sich mit dem Landesverband über den Geschäftsführer nicht einigt, dann geht der Landesvorsitzende zum Parteivorsitzenden, und dann muß dieser entscheiden. Sie können unmöglich darauf bestehen, daß hier ausdrücklich festgehalten wird: im Einvernehmen.

Kiesinger: Die ganze Bestimmung ist unsinnig. Wenn der Parteivorsitzende eine Sitzung einberufen will, kann er es nach dieser Satzung gar nicht tun. Nach dieser Satzung könnte nur der Generalsekretär die Initiative ergreifen. Er ist dabei an das Einvernehmen mit dem Vorsitzenden gebunden; aber der Vorsitzende von sich aus könnte nicht initiativ werden. (*Zuruf:* Streichen!) Das ist nicht durchdacht, oder wenn es durchdacht ist, dann ist es falsch gedacht. (*Anhaltende Unruhe.*)

Barzel: Da wir um 13.00 Uhr essen wollten, schlage ich vor, an dieser Stelle eine Pause zu machen, und zwar bis 14.30 Uhr.

Unterbrechung der Sitzung von 13.30 bis 14.30 Uhr.

Barzel: Meine Damen und Herren! Der Herr Parteivorsitzende Professor Dr. Erhard hat mich gebeten, die Nachmittagssitzung zu leiten, weil er verhindert sei. Ich eröffne die unterbrochene Sitzung. Wir waren bei den letzten Fragen, die den Generalsekretär betreffen. Mir scheint es möglich zu sein, im Anschluß daran die Anregung von Herrn Seebohm und von Herrn von Heydebreck über die Stellung der Landesvorsitzenden zu diskutieren. Dann sollten wir in die Frage der Konstruktion des Bundesvorstands eintreten. Ich halte es nach dem bisherigen Stand der Dinge für möglich, heute soweit zu kommen, daß ein kleines Gremium am nächsten Montag endgültig Formulierungen vornehmen kann und wir insoweit Übereinstimmung finden, daß der Bundesausschuß am Vortage des Bundesparteitags dahintertritt, so daß wir auf dem Bundesparteitag nur noch die notwendigste Satzungsdebatte haben. Ich bin als ein Optimist bekannt, und ich

lasse mir den nicht nehmen, meine Damen und Herren! – Zur Geschäftsordnung hat das Wort Herr Etzel.

Etzel: Ich bin auch nicht in der Lage, noch lange hierzubleiben, aber ich wäre noch gerne dabei, wenn wir eine Einigung finden könnten.

Barzel: Herr Etzel, ich hoffe, daß der etwas verkleinerte Teilnehmerkreis es ermöglicht, zu einer noch zügigeren Verhandlung zu kommen. Ich bin sicher, daß es das gemeinsame Interesse ist, diese Satzungsdebatte zügig voranzutreiben. Wir waren beim § 31 steckengeblieben bei der Frage: „Der Bundesausschuß wird durch den Generalsekretär im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden unter Angabe der Tagesordnung einberufen." Wenn ich ihn recht verstanden habe, wollte der Herr Bundeskanzler sagen, es müsse eigentlich der Vorsitzende einberufen.

Kraske: Ich habe mit dem Herrn Bundeskanzler noch einmal gesprochen. Es geht ihm nicht darum, daß hier statt des Generalsekretärs der Bundesvorsitzende steht, aber er sagt, nach dieser Fassung – und das ist formal richtig – könne der Vorsitzende, auch wenn er es wolle, die Gremien überhaupt nicht selber einberufen. Das halte er für falsch. Deswegen müsse nach seiner Meinung irgendwo verankert werden, daß das nicht nur im Einvernehmen mit, sondern gegebenenfalls auch „im Auftrage des ..." einberufen werden könne. (*Zuruf:* Der Bundesvorstand wird durch den Bundesvorsitzenden oder den Generalsekretär im gegenseitigen Einvernehmen einberufen.)

Barzel: Können wir nicht sagen: „Der Bundesausschuß wird durch den Bundesvorsitzenden oder durch den Generalsekretär im Einvernehmen mit den Vorsitzenden einberufen?" Das ist doch das, worum es heute geht. Können wir das beschließen? Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig angenommen: „Der Bundesvorstand wird durch den Vorsitzenden oder durch den Generalsekretär im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden einberufen."

Der nächste Paragraph, in dem der Generalsekretär vorkommt, ist 32. Dort ist eine Aufzählung der Mitglieder des Vorstands, wobei noch manches nachher zu diskutieren sein wird. Hier würde noch einmal ein Änderungsantrag der Jungen Union zur Debatte stehen. Mein Eindruck ist, Herr Vogel, daß dieser Antrag, weil er in einem Sachzusammenhang mit anderen Vorschlägen stand, jetzt als erledigt zu betrachten wäre. (*Vogel:* Es ist noch die Frage des Stellvertretenden Generalsekretärs zu besprechen.) Auf die kommen wir zurück. (*Zuruf:* Kommen wir noch einmal auf den § 32 generell zu sprechen?) Auf alle Paragraphen! Wir machen jetzt nur die Angelegenheiten des Generalsekretärs. (*Stingl:* Warum gibt es den § 32 überhaupt, wenn es den § 28 b gibt? Warum zählen Sie die Dinge zweimal auf?) Das ist eine Frage der redaktionellen Überarbeitung. Herr Kraske, wenn Sie das als einen Hinweis für die Redaktion aufnehmen könnten, wäre ich dankbar.

Kraske: Das will ich gerne tun. Es wird aber unvermeidlich sein, in dem einen Fall geht es um die Aufgaben des Bundesparteitags, die müssen wir aufführen, und im anderen Fall geht es um die Darstellung der Organe der Bundespartei. Und da gehört der Bundesvorstand hinein. Aber wir werden es noch einmal prüfen.

Barzel: Wir können damit den § 32 verlassen. Im § 33 Absatz 2 heißt es: „Die Bundespartei wird durch den Vorsitzenden und den Generalsekretär gerichtlich und außergerichtlich vertreten"; d. h. es sind immer zwei Unterschriften nötig. Das war auch früher so. (*Stingl:* Was ist mit dem Vorsitzenden, wenn er krank ist? – *Russe:* Diese Frage habe ich schon angeschnitten.) Herr Russe, die müssen wir nachher prüfen. Es ist jetzt eigentlich nur eine Formalie, daß wir das aufrufen.

Nun kommt im § 35 noch einmal vor: „Der Bundesvorstand und das Präsidium werden durch den Generalsekretär im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden unter Angabe der Tagesordnung einberufen." (*Zuruf:* Wie § 31.) Es müßte jetzt heißen wie im § 31: „Der Bundesvorstand und das Präsidium werden durch den Vorsitzenden oder durch den Generalsekretär im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden einberufen." (*Dufhues:* Kann der Generalsekretär im Widerspruch zum Vorsitzenden einladen?) Hiernach nicht.

Kraske: Das konnte er schon nach der bisherigen Fassung nicht tun.

Von Hassel: An sich ist diese Frage des Kollegen Dufhues sehr berechtigt. (*Zurufe:* Sehr wahr!) Als er Geschäftsführender Vorsitzender war und Adenauer in Cadenabbia weilte, konnten wir die Organe nicht einberufen, weil Bundeskanzler Konrad Adenauer sagte: Erst dann, wenn ich wieder da bin.[26] Aus gutem Grund stellt Herr Dufhues also diese Frage. Aber man sollte es so stehenlassen. (*Zuruf:* Das wird noch geklärt bei der Frage des Stellvertreters.) Bei Konrad Adenauer gab es genau festgelegte Stellvertreter; er konnte aber nicht einberufen, weil Adenauer nein sagte.

Barzel: Wir haben diesen uns allen bekannten historischen Vorgang benutzt, um diese Klarheit in der Satzung zu schaffen. Das entspricht auch dem, worüber heute morgen hier lange diskutiert worden ist.

Von Hassel: Aber wenn der Vorsitzende nicht will, kann der Generalsekretär nach dieser Formel nicht einberufen.

Barzel: Das wäre auch schlecht, das muß erst im Bundesvorstand als dem Führungsorgan der Partei besprochen werden. (*Starke Unruhe.*) Ich glaube, es ist so richtig. (*Russe:* Den können Sie gar nicht einberufen! – *Dufhues:* Auf Verlangen von einem Drittel! – *Anhaltende Unruhe.* – *Scheufelen:* Da war früher ein Loch drin! – *Zuruf:* Man konnte ihn nicht gegen den Willen des Vorsitzenden einberufen!) Jetzt auch nicht. (*Heck:* Der Geschäftsführende Vorsitzende Josef Hermann Dufhues hat es etliche Male getan. – *Von Hassel:* Er konnte es nicht.)

Dufhues: Ich habe es einige Male getan, und in einem Fall gab es Krach, und der ist in der Geschichte hängengeblieben. (*Zuruf:* Von dem gehen wir jetzt aus?) In Schleswig-Holstein, als ich im Wahlkampf war.[27]

Heck: Ich darf dazu sagen, das ist sicherlich nicht aus Zufall so formuliert worden. Es wäre falsch, aber die Überlegung war folgende: Wenn der Generalsekretär nur auf

26 Dufhues hatte für den 27. September 1962 zu einer Präsidiumssitzung eingeladen, ohne dies mit Adenauer abzustimmen, der Urlaub in Cadenabbia machte. Daraufhin lud dieser die Eingeladenen wieder aus. Vgl. SCHWARZ S. 718 f.

27 Wahlen vom 23. September 1962.

Vorschlag des Vorsitzenden gewählt werden kann und dann, wenn das Vertrauen nicht mehr besteht, in die Wüste geschickt werden kann, dann besteht ein ungewöhnliches Abhängigkeitsverhältnis, das man bewußt will, um die Zusammenarbeit zu sichern, aber innerhalb dieses Rahmens sollte der Generalsekretär eine kräftige Position haben. Die Position, die ich bis jetzt sehe, ist die um einige – vielleicht realisierbare, vielleicht auch nicht realisierbare – Befugnisse erweiterte Position gegenüber den Landesverbänden und den Vereinigungen, wie sie jetzt der Bundesgeschäftsführer schon besitzt.

Barzel: Herr Lemmer!

Lemmer: Wenn man bewußt zu Beginn ein Abhängigkeitsverhältnis Vorsitzender : Generalsekretär geschaffen hat, um hier eine Verzahnung und keinen Dualismus zu haben, sollte man jetzt in diesem Rahmen diese Stellung sehr stark machen. Der Dualismus ist ausgeschaltet. Es ist eine gewisse Zusammenarbeit garantiert. Deshalb muß, wenn dieses Vertrauensverhältnis von uns satzungsmäßig garantiert ist, innerhalb dieses Rahmens die Stellung stärker werden, sonst hätte man zu Beginn nicht diese Abhängigkeit schaffen sollen.

Barzel: Bitte sehr, Frau Schwarzhaupt.

Schwarzhaupt: Was wir brauchen, ist ein Generalsekretär, der stark innerhalb der Partei ist, aber nicht gegen den Vorsitzenden. In der Frage, um die es sich hier handelt, besteht diese Möglichkeit nach Absatz 3, daß $^1/_3$ der Vorstandsmitglieder eine Vorstandssitzung erzwingen können; aber daß der Generalsekretär gegen den Vorsitzenden und ohne, daß er $^1/_3$ der Vorstandsmitglieder hinter sich hat, eine Vorstandssitzung erzwingen kann, halte ich nicht für richtig. (*Heck:* Kann er nicht.) Ich spreche nur dagegen, seine Stellung in diesem Punkt noch weiter zu stärken. Stärker braucht sie nicht zu sein. Das Einvernehmen sollte bleiben. (*Scheufelen:* Die einzige Frage ist die, ob $^1/_3$ der Mitglieder des Bundesvorstands zur Einberufung nicht zu hoch ist.)

Barzel: Das sollten wir nachher noch aufgreifen. Das ist ein wichtiger Gedanke.

Scheufelen: Ich möchte erinnern an die Zeit der Jahre 1958/59. Wir haben uns damals bemüht, die Satzungsänderung herbeizuführen, daß auch zwei Stellvertreter auf Antrag einberufen können. Wir sind aber damals nicht damit durchgekommen. Da gab es eine Zeit, wo der Parteivorstand einfach nicht einberufen wurde.

Barzel: Sicherlich, wir haben vieles erlebt. (*Unruhe.*) Aber dadurch wird man natürlich auch etwas gelassener in Satzungsfragen. (*Anhaltende Unruhe.*) Aber, meine Damen und Herren, ich glaube, daß man wirklich nicht die Situation herbeiführen kann, daß der Generalsekretär ohne Unterstützung von dieser Minorität – ob $^1/_3$ oder $^1/_4$ – die Einberufung einer Sitzung erzwingen kann. Das ist nicht richtig. Der Vorsitzende hat die Verantwortung. Und da ist nicht der Ort, hier weitere Stärkungen vorzusehen. (*Etzel:* Wir haben es doch ausdiskutiert.) Ja, wir haben es eigentlich ausdiskutiert.

Dann können wir den § 35 verlassen und zum § 38 übergehen. Da heißt es im Absatz 2 letzter Satz: „Der Hauptgeschäftsführer einer Vereinigung wird im Einvernehmen mit dem Generalsekretär ernannt." Wird dazu das Wort gewünscht? – Bitte, Herr Russe.

Russe: Ich muß auftragsgemäß dazu folgendes feststellen: Es ist ganz klar, daß die Vereinigungen nicht schlechter oder besser gestellt werden dürfen als die Landesver-

bände. Hier muß man die Dinge ganz nüchtern betrachten. Der Generalsekretär wird vom Parteitag gewählt, und die Vereinigungen delegieren nicht unmittelbar zum Parteitag, sondern sie haben ihre eigenen Satzungen; sie haben ihre eigenen Rechte und Pflichten, natürlich im Rahmen der Partei, wie es auch festgelegt ist.

Aber hier geht es darum, daß eine unmittelbare Einflußnahme auf die Wahl eines Generalsekretärs durch Delegierte dieser Vereinigungen nicht vorgenommen werden kann; umgekehrt aber der Generalsekretär die Möglichkeit hat, in diese Vereinigungen, egal welcher Prägung, hineinzuwirken. (*Lemmer:* Das nähert sich dem Entwurf der SED, diese Formel, die wir eben gehört haben!) Das ist ein Problem, das man nüchtern sehen muß. (*Lemmer:* Das ist eine totalitäre Partei, wo bis in die unteren Organe hinein ein Mann bestimmt. Wohin sind wir denn gekommen? – *Unruhe und Bewegung.*) Herr Kollege Lemmer, soweit will ich gar nicht gehen, sondern es geht hier einfach darum, festzustellen, daß die Delegationen der Vereinigungen auf dem Parteitag nicht unmittelbar zum Tragen kommen, umgekehrt aber der Vorstand bzw. der Repräsentant des Vorstands bei diesem Akt mitwirken kann. Das scheint uns ein Kontaktbruch zu sein, den wir überlegen sollten. Wir wollen nicht schlechter und nicht besser gestellt werden als die Landesverbände. Das versteht sich ganz von selbst. Das wäre also keine Argumentation.

Hinzu kommt ein weiteres. Ich muß auf den § 37 zurückkommen, wo die Vereinigungen behandelt werden. Dort wird festgestellt, daß Vereinigungen Organe im Sinne der Partei sind. Das muß damit zusammen gesehen werden. Dort werden aufgeführt als Vereinigungen der Partei: Junge Union, Frauenvereinigung, Sozialausschüsse, Kommunalpolitische Vereinigung, Mittelstandsvereinigung, Vereinigung der Vertriebenen und Flüchtlinge. Es fehlt hier der Sektor des Wirtschaftsrats, der zwar aufgrund der jetzigen juristischen Konstruktion keine Vereinigung ist. Hier gibt es keine Einflußmöglichkeit des Generalsekretärs auf dieses Institut. Das scheint jedenfalls den Sozialausschüssen eine sehr verhängnisvolle Sache zu sein.

Wenn man schon dieses akzeptieren müßte als Vereinigung – in diesem Fall die Sozialausschüsse –, dann müßte man dasselbe auch für den Wirtschaftsrat oder für die Vereinigung garantiert wissen; denn das ist sonst eine Unmöglichkeit, daß nämlich hier eine Schlechterstellung der hier zitierten Vereinigungen gegenüber dem Wirtschaftsrat gegeben ist.

Barzel: Das ist ein bedeutender Hinweis. – Bitte sehr, Herr Scheufelen!

Scheufelen: Meine Damen und Herren, der Wirtschaftsrat ist bereit, sich allen diesen Auflagen zu unterwerfen. Er hat sich immer unterworfen und sich so verhalten, als ob er eine Vereinigung wäre. Sämtliche Herren, die eine Funktion haben, sind Mitglieder der CDU. Der Wirtschaftsrat ist selbstverständlich bis zu dem Zeitpunkt, wo er Vereinigung wird, bereit, sich allen diesen Auflagen zu unterwerfen. Dazu gehört die Bestellung des Geschäftsführers nur mit Zustimmung des Generalsekretärs.

Dufhues: Ich darf ergänzend hervorheben, daß der Vorstand des Wirtschaftsrats der Genehmigung des Präsidiums bedarf. Das hat keine Vereinigung bisher zugestanden.

Etzel: Ich stimme Ihnen zu, Herr Russe, was Sie an Bedenken gesagt haben. Ich wäre der Meinung, unter den aufgeführten Vereinigungen müßte eine entsprechende Vorschrift sein. Ich bin der Meinung, wenn wir im Juni Vereinigung werden wollen, daß dazu eine Satzungsänderung notwendig ist, und zwar daß die Vereinigung dann aufgenommen werden kann unter den Bedingungen, denen alle unterliegen.

Barzel: Es gibt einen Abschnitt „E Sonderorganisationen" in dieser Satzung, der lautet: „Die Partei hat folgende Vereinigungen: ..." Dort müßte, wenn man Herrn Etzel folgen will, eine Generalklausel eingebracht werden. Außerdem ist die Lücke, die Herr Russe wohl mit Zustimmung aller hier entdeckt hat, da, daß nämlich etwas Vergleichbares auch für die Vereinigung und die Sonderorganisationen gelten muß. Das ist doch wohl Ihr Vorschlag?

Russe: Nein, nein! Ich habe heute morgen schon gesagt, man sollte den Titel „E Sonderorganisationen" ändern in „Vereinigungen"; denn „Sonderorganisationen" sind falsch. Hier sind Vereinigungen aufgezählt, für die das gelten soll.

Herr Scheufelen, ich erkenne dankbar an, wenn Sie sagen, wir wollen so verfahren, aber verkennen Sie nicht, daß in Ihrer Satzung steht: Wir sind keine Parteiorganisation. (*Scheufelen:* Bis jetzt!) Im Augenblick ist aber doch das zu diskutieren, was jetzt ist. Insofern haben wir als Bundesvorstand oder der Generalsekretär formal keine Einwirkungsmöglichkeit. Sie können das zwar zugestehen, aber wenn sie nicht wollen, dann brauchen sie es nicht zu tun. Herr Dufhues, Sie gucken, das ist wahr. Es steht drin: „Er ist keine Parteiorganisation." Es steht zwar drin, daß die Vorsitzenden durch das Präsidium genehmigt werden müssen, das ist in Ordnung, aber für den Hauptgeschäftsführer gilt das nicht. Sie können das jetzt nicht hineinkonstruieren, es steht nicht drin. In Ihrer Satzung steht, daß Sie keine Parteiorganisation sind. (*Kohl:* Steht da drin, daß die Vorsitzenden durch das Präsidium genehmigt werden müssen?) Ja, das steht drin.

Etzel: Meine Damen und Herren! Als der Wirtschaftsrat der CDU gegründet worden ist, scheiterte das Problem „Vereinigung oder Nichtvereinigung" an der Tatsache, daß wir eine Mittelstandsvereinigung haben. Es war aus manchen Gründen – über die Herr Schmücker vielleicht etwas sagen kann – unlogisch, zwei Wirtschaftsvereinigungen, des Mittelstands und der Unternehmerseite, zu schaffen. Wir haben deswegen versucht, hier eine Entwicklung einzuleiten, daß wir Vereinigung werden wollen. Herr Scheufelen und ich sind absolut Anhänger dieser Idee.

Nun haben wir – das ist ganz unbekannt – seinerzeit die Genehmigung bekommen, uns „Wirtschaftsrat der CDU" zu nennen, und zwar durch das Parteipräsidium.[28] Wir wären natürlich nicht so töricht gewesen, den Namen „der CDU" zu übernehmen, ohne eine Genehmigung einzuholen. Damals wurde vereinbart: Ihr könnt das machen. Wir haben die Genehmigung der Partei bekommen, allerdings müssen alle Vorstandsmitglieder in der CDU sein, und die Zusammensetzung des Vorstands muß jeweils vom Präsidium genehmigt werden. Es ist also härter als das, was die Vereinigungen haben.

28 Am 9. Dezember 1963; Protokoll in ACDP 07-001-1401. – Zur Vorgeschichte des „Wirtschaftsrats der CDU e. V." vgl. KLEINMANN S. 146f.; LEXIKON S. 692.

(*Kohl:* Das finde ich fast unmöglich!) Das haben wir aber angenommen. Insofern ist eine Verpflichtung gegeben. Wenn jetzt die Idee besteht, Herr Kohl, von der ich gehört habe, auf dem Parteitag dem Wirtschaftsrat das Recht, sich CDU zu nennen, abzunehmen, wäre das etwas, was ich mir nicht denken könnte; denn wenn eine Vereinbarung getroffen ist, kann nicht eine Seite kommen und sagen, ihr müßt von der Vereinbarung zurücktreten. Also wenn die Partei gegen den Wirtschaftsrat klagen würde, den Prozeß würde ich gerne führen. (*Barzel:* Lieber wäre es uns, es käme gar nicht dazu.) Aber so ist es eben. Wir kommen in die Situation, wo wir Vereinigung werden. Je eher, desto besser.

Scheufelen: Man muß die Dinge historisch sehen. Als der Wirtschaftsrat gegründet wurde, hatten wir zwei Vorbilder, den Wirtschaftsbeirat der Union e. V. und die andere Möglichkeit der Vereinigung. Daraus hat sich die gegenwärtige Situation ergeben. Aber intern haben wir als Wirtschaftsrat im Verhältnis zur Partei immer alles so geführt, damit wir am Tage X in der Lage wären, eine Umwandlung vorzunehmen, als ob wir Vereinigung wären. Wir haben von den verschiedenen Vereinigungen die Statuten eingehend studiert, um mit den personellen Konsequenzen fertig zu werden, weil einige Mitglieder nicht Mitglieder der CDU sind. Wir haben also von vornherein die Voraussetzungen einer Vereinigung erfüllt. Das ist der Tatbestand.

Kraske: Es ist hier gefragt worden, ob die Gründung von Vereinigungen immer von einem Parteitagsbeschluß abhängig sei. Herr Etzel, ich darf Sie auf den § 38 verweisen. Da steht expressis verbis drin in der alten wie in der neuen Fassung: „Die Gründung von Vereinigungen ist von dem Beschluß des Bundesausschusses abhängig." Sie brauchen also nicht zu warten bis jeweils zum nächsten Parteitag. Es genügt ein schlichter Ausschußbeschluß. Er muß später bestätigt werden.

Schmücker: Wir kommen jetzt etwas vom Thema ab. Ich würde für meine Person mitmachen, den Wirtschaftsrat zu einer Vereinigung zu machen oder einen Zusammenschluß mit dem Mittelstand durchzuführen. Aber ich habe mich bisher bei meinen Freunden nicht durchsetzen können. Ich muß die Gründe meiner Freunde respektieren. Die Sozialausschüsse fassen die Arbeitnehmer zusammen, aber es gibt leitende Angestellte, die auch noch Arbeitnehmer sind. Sie sind aber nicht sehr aktiv tätig. (*Zuruf:* Herr Russe! – *Lebhafte Heiterkeit.*) Es wäre ebenso schwierig, wenn wir einen Wirtschaftsrat bilden sollten und wir hätten nun den kleinen Handwerksmeister dort sitzen zusammen mit dem größten Unternehmer; das funktioniert einfach nicht. Wenn es unser Anliegen ist, mit möglichst großem Erfolg diese Menschen anzusprechen, dann müssen wir an die 600.000 Handwerker und 500.000 Einzelhändler denken, die wir nicht erfassen können, wenn wir sie vom Wirtschaftsrat beanspruchen. Die andere Gefahr ist aber die, wenn wir die größeren Mittelständler in eine Vereinigung bringen, dann werden sie wahrscheinlich zum Wirtschaftsrat gehen. Dann überlassen wir die kleinen Unternehmer sich selber.

Wir werden dann eine Kleine-Leute-Organisation machen. Und das ist viel schlimmer. Darum bin ich immer dafür eingetreten, daß wir im Interesse nach einer breiten Ansprache an die kleineren Unternehmer eine Mittelstandsvereinigung und den Wirt-

schaftsrat in der jetzigen Form arbeiten lassen. Wenn Sie den Wirtschaftsrat zu einer Vereinigung machen, dann beklagen Sie sich nicht in zwei, drei Jahren, wenn Leute wie Curt Becker[29] nicht mehr in der Mittelstandsvereinigung mitmachen. Dann haben Sie dort eine Kleine-Leute-Organisation. Das versuche ich zu verhindern.

Ich glaube, die gegenwärtige Lösung hilft uns dabei. Darum habe ich nie Verständnis dafür gehabt, daß die Sozialausschüsse aus formalen Gründen darauf bestehen, daß hier nur Lösungen gefunden werden, die in Wirklichkeit nicht den Erfolg bringen können. Herr Scheufelen hat gesagt, daß alle Bedingungen vom Wirtschaftsrat in der Satzung übernommen werden, damit da nichts passieren kann. Wir sollten das gründlich überlegen.

Ich will den Versuch erneut machen. Ich mache aber auf die Gefahr aufmerksam, die ich eben gekennzeichnet habe. Das führt dahin, daß viele kleine Unternehmer, die heute aktiv bei uns mitarbeiten, zum Wirtschaftsrat nicht mehr hingehen bzw. die größeren Mittelständler bei der Mittelstandsvereinigung ausscheiden. Damit ist uns nicht gedient.

Kohl: Herr Kollege Schmücker, zunächst ein Wort zum Thema Mittelstandsvereinigung! Eine erste Analyse unseres Wahlergebnisses hat jedenfalls gezeigt, daß gerade die mittelständischen Bereiche mit am anfälligsten waren gegen eine rechtsradikale Bewegung. (*Schmücker:* Das kann gar nicht stimmen!) Ich kann nur sagen, es ist so; das bestätigen auch alle demoskopischen Untersuchungen.[30] Ich sehe da keinen Grund, verdrossen zu sein. Das ist ein ganz wichtiger politischer Auftrag. Die CDU – und vielleicht noch mehr die CSU – wäre miserabel beraten, wenn sie diesen Kreis sich selbst überließe. (*Starke Unruhe.*) Deswegen sehe ich in der Mittelstandsvereinigung eine ganz wichtige Aufgabe nicht nur auf der Ebene der Bundespartei, sondern auch innerhalb der Landesparteien.

Aber zum zweiten muß ich sagen, es scheint mir auch wichtig zu sein, daß der Zustand beendet wird, daß der Wirtschaftsrat sozusagen außerhalb der Partei steht. (*Zuruf:* Ohne Bayern!) Ich sehe keinen Beinbruch darin, wenn dann der eine oder andere unserer Freunde zu diesen beiden Vereinigungen geht und sich da interessiert. Das haben Sie auch bei anderen Vereinigungen. (*Scheufelen:* Das ist ein anderes Verhältnis.) Der jetzige Zustand – das muß ich Ihnen sagen aus meiner Sicht als Landesvorsitzender – ist nicht gut. Ich stehe vor der Frage, auf der Ebene des Landesverbands einen Wirtschaftsrat zu konstituieren. Es ist für mich in hohem Maße unbefriedigend, daß das sozusagen neben der Partei geht. Der Wirtschaftsrat ist eine Organisation, die gewisse Finanzen flottmacht. Das kann nicht nur im Interesse der Landespartei liegen. (*Lebhafte Unruhe*

29 Dr. Curt Becker (1905–1987), Fabrikant; 1946–1958 Präsident des Bundesverbands Bekleidungsindustrie, 1949–1975 Mitgründer und Vorstandsmitglied des Bundes Katholischer Unternehmer, 1950–1976 Mitglied des Präsidiums des BDI, 1957–1961, 1964/65 und 1969–1976 MdB (CDU).

30 Analyse der Landtagswahl vom 23. April 1967 in Rheinland-Pfalz in ACDP 07-003-038/2: „Zu den latent unzufriedenen ländlichen und mittelständischen Schichten haben sich Teile der Industriearbeiterschaft gesellt ..." (hier S. 23).

und Bewegung. – Zuruf: Das ist nicht die Aufgabe. – *Dufhues:* Ist ausdrücklich abgelehnt worden!) Was nützt das, wenn es abgelehnt, aber praktisch doch gemacht wird? Ich orientiere mich an der Praxis des Lebens und nicht an dem, was abgelehnt wird. Ich kann nur sagen, wenn der Wirtschaftsrat des Landes Rheinland-Pfalz gegründet wird[31] und wir haben mit der Landespartei keine enge Koordination – die besteht für mich darin, daß das eine Vereinigung der Partei ist –, ist das sehr viel schwieriger.

Mir scheint, wir sollten der Unternehmerschaft und den Unternehmerpersönlichkeiten die Chance geben, in der Partei zu wirken. Es ist wirklich einfacher, elegant am Rande hin über die Dinge zu reden, als nun mitten in der Partei zu stehen. Man sollte hier die Chance öffnen und sagen, geht in die Vereinigungen hinein, dann habt ihr die Möglichkeit, in der Partei zu wirken. Ich bin ganz sicher, eine Reihe von sehr unangenehmen Auseinandersetzungen – denken Sie an die letzten zwei Jahre in diesem Bereich – wären uns erspart geblieben, wenn wir hier eine saubere Regelung frühzeitig getroffen hätten. Deswegen plädiere ich mit Nachdruck dafür, daß wir diese Möglichkeit einräumen.

Das Bedenken von Herrn Russe teile ich allerdings nicht. Wenn wir hier hineinschreiben, Wirtschaftsvereinigung, dann bedeutet das ja, Herr Kollege Russe, daß die Wirtschaftsvereinigung in dem Moment nach dem § 37 der Satzung da ist, wenn sie sich im Sinne einer Parteivereinigung konstituiert hat. Hier braucht man also keine Sicherung. Das scheint mir ganz einfach zu sein. Wenn sie hier als Vereinigung aufgeführt wird, wird sich die Wirtschaftsvereinigung früher oder später – von mir aus gesehen möglichst bald – konstituieren. Sie muß ihre Satzung wie die anderen Vereinigungen vorlegen, und dann gehen die Dinge in Ordnung.

Barzel: Meine Damen und Herren, ich habe den Eindruck, daß wir über eine Frage diskutieren, die nicht aktuell ist. Mir ist nicht bekannt, daß es einen Antrag des Wirtschaftsrats jetzt gäbe, Vereinigung zu werden. (*Burgbacher:* Es kommt ein Antrag vermutlich aus dem Rheinland.[32]) Mir ist bis jetzt ein solcher Antrag nicht bekannt. (*Etzel:* Der kommt aber!) Die jetzige Satzung wie Entwurf der künftigen Satzung eröffnen die Möglichkeit, ohne besondere Geschichten auf dem Weg, der hier eben bezeichnet worden ist – § 38 Absatz 3 –, zusätzliche Vereinigungen zu schaffen. Es ist ganz klar, daß in dem Augenblick, wo ich jemand zur Vereinigung ernenne, er auch den Bedingungen unterliegt, daß sein Geschäftsführer nur im Einvernehmen mit dem Generalsekretär benannt werden kann, so daß also aus meiner Sicht – wenn dies die einzige Frage ist – hier in diesem § 38, über den wir jetzt diskutieren, ein Zusatz entbehrlich ist.

Russe: Ich habe nur darauf hingewiesen, welche Bedenken wir haben. Ich darf zusammenfassend wiederholen: 1. Die Vereinigungen können keine Delegierten zu einem Parteitag delegieren; deshalb kann der Generalsekretär von den Vereinigungen nicht ge-

31 Der Wirtschaftsrat Rheinland-Pfalz wurde am 28. Juni 1968 gegründet, vgl. ACDP 03-026-210/1.

32 Im CDU-Landesverband Rheinland gab es seit dem 25. Oktober 1949 einen „Wirtschaftsausschuß", der als Vereinigung („Wirtschaftsvereinigung der CDU Rheinland") 1954 Aufnahme in die Satzung der Landespartei fand.

wählt werden. Auf der anderen Seite hat der Generalsekretär dieses Recht in der Zukunft eingeräumt. Zweitens ist es so, daß dann alle gleichgestellt werden müssen innerhalb der Union, die ähnliche oder gleiche Funktionen haben. Ich will hier keine Debatte Wirtschaftsrat : Sozialausschüsse; aber es kann kein Zweifel darüber bestehen, was ich gesagt habe. Die Debatte ist lange genug geführt worden. Die Übergangszeit war da, verehrter Herr Kohl. Die Gründe will ich gar nicht aufführen. Herr Etzel, denken Sie nur an meine Aussage auf der Bundestagung der Sozialausschüsse 1965 in Köln im Auftrage des Vorstands, wozu Sie damals auch Ihre Zustimmung gegeben haben, die Vereinigung zu installieren, aber zwei Jahre später war sie noch nicht da.

Aber darauf will ich jetzt nicht hinaus. Mir geht es darum, daß dann, wenn einer Vereinigung diese Pflicht auferlegt wird, den anderen oder gleichgelagerten Organisationen dieselbe Pflicht auch auferlegt werden muß. Das ist das entscheidende. (*Dufhues:* Wird!) Aber, Herr Dufhues, dann steht dagegen die jetzige Fassung der Satzung des Wirtschaftsrats, in der eindeutig steht: Sie ist keine Parteiorganisation der CDU, und zwar im § 2 Absatz 2. Das ist immerhin eine formal-juristische Möglichkeit, sich dieser Pflicht zu entziehen. Hinter uns stehen auch einige Arbeitnehmer, denen man das verkaufen muß. Sie werden dieses Monitum so lange behalten, bis eine Klarheit hinsichtlich des Wirtschaftsrats, egal in welcher Form, herbeigeführt worden ist.

Barzel: Ich würde sagen, es gilt als einziges Argument aus meiner Sicht, Herr Russe, daß Sie erklären, wir wollen nicht schlechter gestellt werden als die anderen. Hinsichtlich der Landesverbände haben wir vorhin über „Benehmen" oder „Einvernehmen" abgestimmt. Das ist also eine gleiche Lage. Der Unterschied liegt darin, daß die Landesverbände Delegierte direkt geschickt haben, die anderen aber nicht direkt. Wenn ich mir aber die Wirklichkeit der Partei ansehe, dann glaube ich, daß unter den Delegierten immer eine ausreichende Zahl ist, die sowohl aus dem Mittelstand wie aus der Landwirtschaft wie aus der Arbeitnehmerschaft kommen. Das haben wir bisher wenigstens so gehabt. Wenn sich dies ändern sollte, würden wir den Unionscharakter verlieren.

Daß die Frage Wirtschaftsrat ein offener Punkt ist, ist ganz klar. Daß sich Konsequenzen stellen, ist auch klar. Wir können vielleicht nachher noch einmal darüber diskutieren. (*Etzel:* Ich würde bitten, es jetzt zu tun.) Aber, Herr Kollege Etzel, ich muß hier einen gewissen Fahrplan einhalten.

Dufhues: Es ist doch offenbar so, man will den Wirtschaftsrat ausreichend etablieren. Es ist werbemäßig besser, wenn der jetzige Zustand besteht. Sobald dieses Ergebnis erreicht ist, was dem Wirtschaftsrat vorschwebt – so ist mir gesagt worden –, werden alle Schritte unternommen, um ihm den Charakter der Vereinigung zu geben. Ein bißchen Geduld haben wir mit allen Vereinigungen gehabt. Warum nicht mit dem Wirtschaftsrat?

Barzel: Darf ich nochmals fragen, haben wir bis zum Parteitag oder auf dem Parteitag einen Antrag zu erwarten: Der Wirtschaftsrat will Vereinigung werden? Ja oder nein?

Etzel: Nein, wir haben einen anderen Antrag vorzubringen: Soll es dem Wirtschaftsrat verboten werden, sich Vereinigung der CDU zu nennen? Das ist doch das Problem.

Ich stelle ihn nicht, aber aus dem Rheinland soll er kommen, habe ich gehört. (*Burgbacher:* Das habe ich auch gehört. – *Kohl:* Warum stellen Sie ihn nicht, daß Sie Vereinigung werden wollen?) Weil wir mit der Mittelstandsvereinigung das Problem haben. Herr Schmücker sagt, wenn wir zwei Vereinigungen haben, laufen uns viele Leute weg zum Wirtschaftsrat. Auf die Dauer sind wir ein Haufen von Poujadisten.[33] (*Russe:* Herr Etzel, das gilt aber doch nicht für das Rheinland. Sie wissen, daß da beide Vereinigungen schon lange blühen.)

Barzel: Meine Damen und Herren! Wenn ich also einen Antrag nicht zu erwarten habe und das alles nur eine eventuelle Sache ist, wollen wir doch zunächst einmal die Satzung machen. Sollte ein Antrag auf dem Parteitag kommen, dann gehört er in den Bundesausschuß, der nämlich sowieso zuständig ist. Dann ist die Sache hängig. Diese Sache kann auf dem Parteitag nicht entschieden werden, weil der Bundesausschuß zunächst zuständig ist. (*Etzel:* Ich habe nichts dagegen.)

Schmücker: Ich will versuchen, diesen strittigen Komplex durch Vereinbarung zu lösen.

Barzel: Wir haben die Bedenken zum § 38 hingenommen und müssen unser Augenmerk diesem Problem zuwenden. Mit der Frage des Einvernehmens des Generalsekretärs bei der Ernennung zum Hauptgeschäftsführer von Vereinigungen sind Sie einverstanden? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – (*Russe:* So lange, bis das geklärt ist.) Also gegen zwei Stimmen, bis das geklärt ist.

Dann kommt noch im § 46 der Generalsekretär vor: „Die Etats der Sonderorganisationen bedürfen der Zustimmung des Generalsekretärs." Das müßte dann „Vereinigungen" heißen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Russe.

Russe: „Etat" ist eine weit gefaßte Sache. Wenn dem einen das zugeordnet wird, muß es dem anderen auch zugeordnet werden. Heißt „Etat" die Mittel, die allenfalls von der Partei den Vereinigungen zur Verfügung gestellt werden, oder heißt „Etat" die gesamten Mittel, die die Vereinigungen zur Verfügung haben? (*Zuruf:* Etat heißt Etat!) Ich wollte es nur aufgeklärt wissen. (*Vogel:* Das ist der ordentliche und der außerordentliche Haushalt.)

Burgbacher: Herr Scheufelen, die Erklärung, die Sie abgegeben haben, daß Sie nämlich unterstellen, als ob Sie es wären, gilt die? (*Scheufelen:* Die gilt!) Ich meine die Erklärung, daß sich der Wirtschaftsrat den Bestimmungen so unterstellt, als ob er eine Vereinigung wäre. (*Etzel:* Ich habe heute morgen gefragt, ob etwas nicht in Ordnung wäre. Da wurde mir gesagt, in dem Punkt fehlt noch etwas.) Wenn diese Erklärung gilt, dann gilt sie auch für den Haushalt. Und hier erlaube ich mir, als Bundesschatzmeister eine Bemerkung zu machen. Freund Russe, es kann der Partei nicht gleichgültig sein, wie die Haushalte der Vereinigungen aussehen, und zwar aus positiven und aus negati-

33 Anhänger einer französischen Protestbewegung in den 1950er Jahren mit extremistischer Tendenz, die sich v. a. an Kleinhändler und -gewerbetreibende, Handwerker und Bauern wandte und sich sowohl gegen die Großindustrie wie gegen marxistischen Parteien und Gewerkschaften richtete, benannt nach Pierre Poujade (1920–2003), einem Papierwaren- und Buchhändler.

ven Gründen. Deshalb muß das Recht bestehen. (*Russe:* Natürlich, aber dann für alle!) Für alle natürlich! (*Starke Unruhe und Bewegung.*)

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich möchte dann an dieser Stelle sagen, daß das ins Protokoll kommt, was hier eben erklärt worden ist. (*Russe:* Einschließlich der Erklärung von Herrn Scheufelen!) Selbstverständlich! Darum wollte ich bitten.

Wird sonst zum § 46 das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. – Dann haben wir den Generalsekretär durch, meine Damen und Herren. Mir wäre es angenehm, wenn wir jetzt, bevor wir auf die Frage des Bundesvorstands, der Stellvertretenden Vorsitzenden und des Stellvertretenden Generalsekretärs kommen, die Anregung aufgriffen, die Herr Seebohm und Herr von Heydebreck heute morgen gegeben haben, die aber auch durch andere Kollegen in die Debatte geworfen wurde, nämlich die Einordnung der Landesvorsitzenden in diese Satzung.

Wenn ich Herrn Seebohms Anregung recht im Ohr habe, hat er gesagt, es müsse die Verpflichtung in die Satzung geschrieben werden, daß der Vorsitzende oder das Präsidiums viermal im Jahr mit den Landesvorsitzenden die gesamten politischen Dinge erörtern. (*Kohl:* Sagen Sie dreimal, Herr Barzel, das ist realistischer.) Ich übernehme erst einmal die Anregung von Herrn Seebohm. – Herr Kraske!

Kraske: Ich darf einen konkreten Vorschlag machen. Im § 16 heißt es am Ende des zweiten Absatzes: „Der Landesverband ist zuständig für alle politischen oder organisatorischen Fragen seines Bereichs, soweit sie mehrere Landesverbände gemeinsam betreffen und deswegen nur im Einvernehmen mit der Bundespartei behandelt werden können." Ich glaube, dies ist der Punkt, um institutionell die Konferenz der Landesvorsitzenden und der Vorsitzenden der Vereinigungen unterzubringen, indem man schreibt: Dieses Einvernehmen ist in der Konferenz der Landesvorsitzenden usw. herbeizuführen; der Generalsekretär hat dieser Konferenz mindestens dreimal im Jahr über alle schwebenden Fragen Bericht zu erstatten. – In diesem Sinne etwa!

Scheufelen: Kann dieser von Herrn Kraske vorgelesene Satz „der Landesverband ist zuständig ..." nicht irreführend sein; denn das würde z. B. bedeuten, daß in Baden-Württemberg, sobald die vier Landesverbände zusammenarbeiten ...

Kraske: Herr Scheufelen, darf ich unterbrechen! Es hieß ursprünglich an dieser Stelle „alle Landesverbände". Darauf kam folgendes Beispiel: Im Präsidium bestand Übereinstimmung darüber, daß etwa die Schulprobleme, die sich zur Zeit nicht in allen Landesverbänden, aber in einigen stellen, auch eine politische Frage sind, die die Bundespartei in eminenter Weise betreffen. Aus diesem Grunde wurde das „alle" in „mehrere" umgewandelt. Ich gebe zu, daß das ein Mißverständnis herbeiführen kann, aber diese Gefahr war ebensowenig gemeint wie die Zusammenarbeit von Oldenburg, Hannover und Braunschweig, die ja auch nicht unter „mehrere" fällt.

Barzel: Ich glaube, das ist klar. – Herr Seebohm!

Seebohm: Es würde mir nicht genügen, Herr Kraske, was Sie jetzt hier vorschlagen, sondern ich möchte die Sache so formulieren: Der Bundesvorsitzende hat die Landesvorsitzenden drei- oder viermal im Jahr zu gemeinsamen Besprechungen zusammenzurufen. – Ich lege Wert darauf, daß der Bundesvorsitzende das macht. Er soll als Person

angesprochen werden. Ich möchte diese Funktion dem Bundesvorsitzenden auch deshalb in seinem Interesse zumessen, damit er genötigt ist, drei- oder viermal im Jahre mit den Landesvorsitzenden selbst zu sprechen.

Barzel: Meine Damen und Herren! Wie das formuliert wird und an welcher Stelle, das ist eine untergeordnete Frage. Darf ich fragen, ob der Bundesvorstand der Meinung ist, daß ein solches Recht, wie es eben Herr Seebohm formuliert hat, in die Satzung hineinkommen soll? Das ist doch nur die Frage. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen! – Das ist einstimmig angenommen. Es erfolgt demnach ein Zusatz in der Satzung. Ich glaube, er wird uns sehr viel Erleichterung bringen.

Kohl: Ich habe noch eine Zusatzfrage beim § 16. Warum sind die Landesverbände hier einzeln aufgeführt? Vielleicht ist doch irgendwann einmal der Zeitpunkt gekommen, wo sich ein paar Landesverbände zusammenschließen. Dann muß die Satzung wieder geändert werden.

Kraske: Erstens schreibt das Parteiengesetz vor, daß die Satzungen Bestimmungen über das Tätigkeitsgebiet der Partei enthalten. Wir hätten sonst hineinschreiben müssen, was wir nicht sehr schön fanden: das Bundesgebiet abzüglich des Freistaates Bayern. Außerdem hat die Satzung Bestimmungen über die Umgrenzung der Landesverbände zu enthalten, weil nämlich nur mit Zustimmung oder durch Beschluß bestimmter Gremien neue Landesverbände entstehen können. (*Zuruf:* Landesverband Westerwald z. B.!) Es steht im letzten Absatz: „Die Bildung neuer Landesverbände ist nur im Einvernehmen mit der Bundespartei möglich."

Barzel: Einverstanden. Dann, meine Damen und Herren, darf ich den nächsten dikkeren Brocken aufrufen. (*Dufhues:* Darf ich beim § 16 auf die Änderungsvorschläge des Herrn Gerstenmaier verweisen![34]) Das werden wir sicherlich am Schluß machen können. (*Dufhues:* Es sind redaktionelle Änderungen.) Ich würde jetzt gern den dritten großen Brocken aufrufen, nämlich den Bundesvorstand, d. h. die Organisation der Spitze. Hier gibt es eine Fülle von Fragen, z. B. die Zahl der Mitglieder. Es gibt nach dem Parteiengesetz keine Fragen mehr hinsichtlich der Kooptation usw. Es gibt die Frage der Reihenfolge: Bundesvorsitzender, Generalsekretär, Stellvertretender Vorsitzender, so haben wir vorgeschlagen. Es ist aber dazu die eine oder andere Anregung gekommen. Außerdem ist eine Anregung da, wieder einen 1. Stellvertretenden Vorsitzenden zu schaffen. Das ist vom Präsidium an sich nicht gewünscht, sondern man wollte mehrere – die Zahl ist offen – gleichberechtigte Vorsitzende schaffen.

Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie wir uns am zweckmäßigsten an die einzelnen Punkte, die für uns entscheidend sind, herantasten sollen. Vielleicht ist das leichteste, wenn wir zunächst einmal mit der Zahl beginnen, wenn Sie einverstanden sind. Das alles steht im § 28 Absatz 2 und im § 32. Ich würde empfehlen, daß wir den § 32 zur Grundlage nehmen.

34 Vgl. Schreiben Gerstenmaiers vom 27. April 1967 zum Statutenentwurf vom 21. April 1967 an Barzel, Heck und Kraske (ACDP 07-001-025/1). Den Vorschlägen wurde nicht entsprochen.

Schmücker: Ich habe heute einiges dazu gesagt. Der Vorstand, der aus 30 Mitgliedern besteht, ist nach meiner Meinung zu groß. Wir sollten ihn mit einer geringeren Zahl festsetzen. Es sollte versucht werden, in diesem Vorstand auch Zuständigkeiten zu schaffen; nicht daß jeder für jedes und damit für nichts verantwortlich ist, sondern es wäre besser, wenn Sachaufgaben zugewiesen würden. Das hätte dann aber zur Konsequenz, daß man darüber nicht noch einmal ein vielköpfiges Präsidium schafft. Wenn wir nämlich einen Vorstand von 30 Mitgliedern und ein Präsidium von zwölf Mitgliedern hätten, dann wäre es schwerer, damit zu arbeiten.

Ich darf vorschlagen, daß wir einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter nehmen mit dem Generalsekretär. Das wäre der Geschäftsführende Vorstand, und dann alle übrigen dem Gesamtvorstand angehören, der dann aber nicht aus 30 Mitgliedern bestehen sollte, sondern kleiner sein müßte. Ich glaube, daß das aus den Erfahrungen hier im Hause sehr leicht zu begründen ist. Der Geschäftsführende Vorstand, bestehend aus drei bis vier Herren, soll die Geschäfte führen. Aber ein Präsidium mit zwölf Mann macht den übrigen Vorstand fast überflüssig oder ihn zum Kontrollorgan. Dann sollten wir ihn auch so benennen.

Barzel: Ich darf noch eines sagen. Ich habe es heute in meinem Bericht vergessen. Meine Damen und Herren! Sie müssen natürlich jetzt von folgendem ausgehen. Durch die Notwendigkeit, die wir nicht umgehen können, der direkten Wahl durch den Parteitag und die Unmöglichkeit der Kooptation besteht die Gefahr einer unausgewogenen Gesamtrepräsentation im Vorstand. Es kann passieren, daß plötzlich nur die Vertreter der linksrheinischen Briefmarkensammler im Vorstand sind, aber die rechtsrheinischen nicht. Sie verstehen, was ich damit andeuten möchte. (*Heiterkeit.*) Aus diesem Grunde haben wir vorgesehen, daß es einen Vorschlag geben sollte, und vorgesehen, daß hinsichtlich der Gültigkeit der Stimmzettel die Vorschrift aus der Fraktion übernommen wird, d. h. wenn 15 zu wählen sind, ist nur gültig, wenn 15 angekreuzt sind. Warum bringe ich dies an dieser Stelle? Ich persönlich fürchte, daß bei zwei Stellvertretenden Vorsitzenden wir nicht durchkommen. Der einzige Ort, den wir noch haben, den Unionscharakter zu repräsentieren, wo wir ein bißchen die Sache sicherer in der Hand haben, ist jetzt hier in dem Glied des Stellvertretenden Vorsitzenden. Wenn wir alles auf einmal dem geheimen Stimmzettel der Delegierten anvertrauen und wir zwei Stellvertretende Vorsitzende nehmen, dann kann in der Tat ein unausgewogenes, dem Unionscharakter in der Optik zumindest nicht ganz dienliches Gesamtergebnis herauskommen. Unterschätzen Sie nicht, was dies bedeutet, daß wir oben keine Ausgewogenheit haben. Das können wir nicht ganz vermeiden, aber es muß deshalb in der Reihe des Stellvertretenden Vorsitzenden seinen Ort finden. Das ist mein Argument dazu.

Von Hassel: Ich möchte zu den beiden Punkten, die der Kollege Schmücker eben hinsichtlich der Größe des Vorstands und der Zuständigkeit angeführt hat, einiges sagen. Als wir im Jahre 1959 die Parteisatzung durchgeforstet haben mit den Landesverbänden und den Entwurf machten, kamen wir zu der einheitlichen Überzeugung, daß wir das damalige System, nur einen Bundesvorstand und einen Bundesparteiausschuß zu haben, nicht mehr aufrechterhalten konnten, sondern wir mußten ein Geschäftsfüh-

rendes Gremium schaffen.[35] Wir haben seinerzeit das Präsidium eingeführt, und zwar in der ersten Version mit sieben Mitgliedern. Dann haben wir im Laufe der Zeit festgestellt, daß diese sieben zu wenig waren. Bei der erneuten Reform der Satzung im Jahre 1966 ist dieses Präsidium vergrößert worden auf seinen gegenwärtigen Stand von zwölf Mitgliedern. Es hat sich bei der Arbeit herausgestellt, daß wir mit einem Präsidium mit sieben Mitgliedern nicht auskamen, sondern wir haben es erhöht auf zwölf.

Nun ist es so, daß man jetzt auf zehn oder elf herunterkommt. Wir haben uns immer bei den Beratungen früherer Satzungsänderungen die Frage vorgelegt, wie weit können wir die Aufgaben verteilen? Ich habe nicht den Eindruck, daß das durch eine Satzungsformulierung geschehen kann, sondern das kann nur dadurch geschehen, daß sich das Präsidium oder der Vorstand oder wie immer es heißen mag, in einer freien Vereinbarung vernünftig darauf verständigt, wie man die Aufgaben miteinander verteilt. Das ist aber, so möchte ich sagen, bei der Art unserer bisherigen Vorsitzenden nicht erreichbar gewesen. Es hat also keinen Zweck, Zuständigkeiten in der Satzung festzulegen, wenn dieser Vorstand oder der kleinere, nämlich das Präsidium, zu einer solchen Verteilung nicht kommt.

Lieber Freund Schmücker! In dem Augenblick, wo Sie sagen, wir müssen verkleinern, stimmt jeder zu, aber in dem Augenblick, wo Sie sich dann das personelle Bild vorstellen müssen, werden Sie feststellen, daß heute schon die Verkleinerung von 71 Vorstandsmitgliedern auf 30 – das ist ja vorgeschlagen – sehr schwierig werden wird. Man muß also davon ausgehen, daß mindestens jeder zweite in diesem Vorstand nicht wieder in Erscheinung treten wird. Wenn man das noch einmal weiter reduziert, wird man diese Schwierigkeit nur noch vergrößern.

Meine Meinung war bei der ersten Formulierung, man soll nicht 30 nehmen, sondern mindestens 36, weil sonst eine einigermaßen vernünftige Repräsentanz der verschiedensten Regionen – dargestellt durch unsere Landesverbände – gar nicht möglich sein wird. Ich glaube also nicht, daß wir uns irgendwie damit beschäftigen sollten, unter die Zahl von 30 herunterzugehen, sondern wir sollten uns bemühen, diese Zahl von 30 nicht noch weiter zu erhöhen. Ich kann mir vorstellen, daß in der Richtung die sachkundigen Herren auf dem Bundesparteitag in Braunschweig sich ausrechnen werden, daß solche Positionen entfallen, und daß sie dann den Antrag stellen, nicht 30, sondern 40 oder 50 zu nehmen. Wir sollten also an der vorgeschlagenen Größe von 30 festhalten. Damit tun wir der Partei einen guten Dienst. (*Kohl:* Sie meinen also 30 insgesamt?) Insgesamt! Die äußerste Konsequenz wäre bei mir, 30 zu wählen plus fünf oder sechs, die als geborene Mitglieder kommen. Das wären 20% Prozent. (*Kohl:* 30 insgesamt?)

Barzel: Jetzt sind es 30 insgesamt. Ich glaube, es ist jetzt durch die Herren Schmükker und von Hassel das Pro und Contra dieser Zahlen erörtert worden. Glauben Sie, daß wir darüber entscheiden können? – Bitte sehr, Herr Kollege Schmücker!

Schmücker: Ich kann den Argumenten des Herren Barzel wie des Herrn von Hassel nicht folgen. Die bisherige Konstruktion hat nicht dazu beigetragen, daß wir von der

35 Vgl. PROTOKOLLE 3 Nr. 10 und 11.

Partei her die Diskussion wesentlich befruchtet hätten. Ich will einen Bereich nehmen, der nicht in der Bundespolitik eine Hauptrolle spielt, nämlich die Kulturpolitik. Dieses Durcheinander ist entsetzlich. Wenn ich wüßte, daß einer aus dem Präsidium die Zuständigkeit dafür hätte, dann könnte man ja hoffen, daß das einmal überwunden wird; aber Tatsache ist doch, daß die überwiegende Mehrzahl der Damen und Herren kaum die Zeit hat, sich dieser Dinge anzunehmen.

Ich habe vor der letzten Wahl gesagt, wir müssen soundso viel Vertreter und Mitglieder benennen, weil die erstgenannten nicht die Zeit haben und vertreten werden müssen. Deshalb war die erste Präsidialsitzung ja auch so, daß jeder den Antrag stellte, noch einen Mitarbeiter mitbringen zu können. Wenn sie alle gekommen wären, dann wäre die erste Präsidialsitzung ganz anders besetzt gewesen. (*Blank:* Ein ganz anderes Gremium!) Der Mißerfolg oder das mangelhafte Gelingen gibt einfach der bisherigen Konstruktion nicht das Recht, nun so etwas zu fordern. Ich bleibe dabei, es wäre besser, wenn Zuständigkeiten da wären, und die einzelnen wären dafür verantwortlich, und zwar in Verbindung mit den Fachausschüssen, die hier in einer Geschäftsordnung abgehandelt werden. Dort sollen doch die Arbeiten geleistet werden. Wie kommt das überhaupt nach oben? Wie wird das umgesetzt an die Mitglieder? Die jetzige Konstruktion – ich will es mal ganz deutlich sagen – ist mir zu exklusiv. Sie kann überhaupt keinen Kontakt mit der gesamten Arbeit und mit der Mitgliederschaft gewinnen. Darum muß ich sagen, ich bin mit diesem Vorschlag nicht einverstanden. Wenn das mit großer Mehrheit beschlossen werden sollte, dann wird man sich fügen müssen, aber ich glaube, es wird auf dem Parteitag doch noch einige Debatten darüber geben.

Lieber Freund Barzel, Du hast gesagt, mit der großen Zahl kann man den Gedanken der Union – ich sage es mal häßlicher – und den Proporz besser berücksichtigen. Genau das Gegenteil ist der Fall. Wenn ich eine Persönlichkeit oder zwei Persönlichkeiten habe, dann brauche ich nicht nach dem Proporz zu fragen; sondern allenfalls nach den Konfessionen. Aber all die anderen Dinge brauche ich gar nicht zur Debatte zu stellen, weil jeder einsieht, daß das gar nicht berücksichtigt werden kann. In dem Augenblick aber, wo zwölf da sind, rechnet sich jeder seinen Anteil aus und will dabei sein. Gerade um dieses zu überwinden, schlage ich vor, daß wir einen sehr kleinen in der Zahl begrenzten engeren Vorstand machen und im Gesamtvorstand die anderen Dinge mitberücksichtigen. Ich glaube, daß wir auf dem Weg der kleinen Zahl besseren Erfolg haben werden. Wenn wir abstimmen und jeder hat 15 Stimmen, so ist er sicherlich bereit, mit einem Drittel oder einem Viertel allen Rücksichten Genüge zu tun, aber er gibt sie geschlossen ab. Und die Stärke seiner Position kann er mit all seinen Stimmen ausnutzen. Es wäre ein sehr böses Bild – um nicht zu sagen rechtsrheinisch und linksrheinisch –, wenn die Christlich-Demokratische Union Deutschlands nur aus dem Süden bestünde.

Von Hassel: Ich möchte zur Verteilung der Aufgaben etwas sagen. Lieber Freund Schmücker, ich stimme Ihnen völlig zu, daß diese Aufgaben verteilt werden müssen, daß dafür innerhalb des Präsidiums einer verantwortlich sein muß. Aber ich will das nicht in der Satzung formulieren, sondern das ist eine Aufgabe, die das Präsidium oder der Vorstand unter sich zu machen hat. Wenn das bisher nicht funktioniert hat, dann lag

das eben an Schwierigkeiten, die wir von der Person her bis dato nicht haben lösen können. Ich bin überzeugt, daß sich der neue Vorstand und das neue Präsidium in dieser Frage sehr schnell über klare Verantwortlichkeiten für die einzelnen Mitglieder verständigen werden. Aber ich möchte es nicht in der Satzung haben.

Kraske: Darf ich noch einmal ein paar Worte sagen zu dem, was sich die Kommission bei diesem strukturellen Vorschlag gedacht hat? Nach allen Erfahrungen, die wir bisher gemacht haben, braucht eine Partei, wie mir scheint, drei verschiedene Gremien. Sie braucht einmal die Exekutive oder Geschäftsleitung oder wie immer Sie das nennen wollen, nämlich das Gremium, in das der Vorsitzende oder der Generalsekretär hineingeht mit Entschlüssen, die einer Plenarzustimmung bedürfen. Das ist das heutige Präsidium, der frühere Geschäftsführende Vorstand.

Eine Partei braucht zweitens einen Vorstand, der nicht nur ein Anhörungsgremium ist, sondern der seiner Größe nach ein Diskussionsgremium sein kann. Sie braucht drittens einen Rat oder einen Ausschuß, der im wesentlichen ein Gremium ist, wo nicht einzelne Detailfragen diskutiert werden, sondern wo zwischen den Parteitagen eine repräsentative Zustimmung für bestimmte Maßnahmen gegeben werden kann. Wir sind nach Ablauf der letzten Jahre der Meinung, daß sowohl der Bundesausschuß mit 250 Leuten wie der Bundesvorstand, sofern er voll besetzt ist, mit 65 oder maximal 70 Leuten, zu groß waren, um die ihnen jeweils übertragenen Aufgaben zu erfüllen.

Deswegen sind wir davon ausgegangen, daß der Bundesausschuß etwa auf die Hälfte verkleinert wird, nämlich auf 100 bis 120, so daß er noch gerade die wesentlichen Repräsentanten der Partei aus den Landesverbänden, aus den Vereinigungen bis zu den Landtagsfraktionsvorsitzenden und Landesgeschäftsführern umfassen kann, und daß der Vorstand die Größe hat, die man in der Regel nach allen Erfahrungen nicht nur in der CDU als obere Grenze für ein Beratungsgremium annimmt, nämlich etwa 30.

Wenn ich jetzt dem Vorschlag von Herrn Schmücker folgen würde, müßte es zwischen dem Parteiausschuß und dem Präsidium eigentlich zwei Gremien geben, wenn ich Sie recht verstanden habe, nämlich ein Gremium, was größer ist als das jetzige Präsidium und etwa 15 Mitglieder hat, und ein zweites Gremium, das größer ist als der hier vorgesehene Vorstand, nämlich 60 oder 70. Ich glaube, daß man mit einem solchen weiteren Gremium eher zu geringen Ergebnissen kommt. Ich meine deshalb, daß man hier bei den reduzierten Größenordnungen, nämlich verkleinerter Ausschuß, verkleinerter Vorstand, aus Gründen der Funktionsfähigkeit bleiben sollte, wie es auch vorgeschlagen wird.

Barzel: Meine Damen und Herren! Mir scheint zunächst die erste Frage, die auch die leichteste ist, aber doch von präjudizieller Wirkung ist, die Entscheidung über die Zahl des Vorstands insgesamt zu sein. Ich glaube, daß man sich jetzt über 30 oder etwas anderes verständigen kann. Dann würde sich die Frage stellen, wie ist es innerhalb dieser 30? Gibt es da einen Geschäftsführenden ganz kleinen Vorstand oder ein Präsidium? Und wie ist die Zahl der zu schaffenden Stellvertretenden Vorsitzenden, wobei ich der Vollständigkeit des Vortrages wegen noch erwähnen möchte, daß im Parteipräsidium bei der Beratung dieser Dinge auch erwogen wurde, überhaupt nur den Vorsitzenden,

den Generalsekretär, den Stellvertretenden Generalsekretär und wenige Mitglieder eines Präsidiums zu haben, was aber nicht durchgeführt wurde, sondern man hat sich dann verständigt auf Stellvertretende Vorsitzende.

Wir sollten zunächst versuchen, die Frage, 30, mehr oder weniger, für den Bundesvorstand zu entscheiden. Wenn dazu das Wort nicht gewünscht wird, würde ich fragen, wer dafür ist, daß wir einen Vorstand von 30 vorschlagen wollen, den bitte ich um ein Zeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Enthaltungen! – Das erste war eine klare Mehrheit. Der Vorstand soll aus 30 Mitgliedern bestehen.

Nun kommen wir zu der Frage des Kollegen Schmücker, ob das hier vorgeschlagene Präsidium oder ein sehr viel kleinerer Geschäftsführender Vorstand entstehen soll. Das ist eine wichtige Frage. In der Praxis, Herr Kollege Schmücker, wenn ich das noch sagen darf, wird es natürlich im Zwange der Konzentration der Kräfte für die praktische Arbeit in Bonn immer so sein – wir machen ja jetzt hoffentlich eine Satzung für längere Zeit –, daß, wie klein immer der Geschäftsführende Vorstand ist, drei Leute immer hinzugezogen werden. Das war so, und das wird so bleiben, ob es in der Satzung steht oder nicht, nämlich der Bundeskanzler, der Bundestagspräsident und der Fraktionsvorsitzende, so daß Sie dann schon wieder zu einem etwas größeren Gremium kommen. Es reduziert sich also der Unterschied Ihres Vorschlages zu dem, den wir hier vorlegen, im Grunde nur auf die Zahl der Stellvertretenden Vorsitzenden. Dies ist meine Sicht, wenn ich Sie recht verstanden habe.

Schmücker: Nachdem die 30 Mitglieder beschlossen worden sind, hat es keinen Sinn mehr. Ich war der Auffassung, daß ein Gremium von zwölf ein Führungsgremium ist und 30 dann ein Kontrollorgan sind. Wenn man aber 30 beschlossen hat, kann man nicht auf zwei oder drei zurückgehen. Das sehe ich auch ein. Im übrigen ist es selbstverständlich, daß der Bundeskanzler und der Fraktionsvorsitzende eingeladen werden. Beim Bundestagspräsidenten würde ich sagen, Herr Gerstenmaier wird eingeladen, aber was der Bundestagspräsident als solcher dort tun soll, weiß ich nicht.

Von Hassel: Ich darf als Mitglied des Präsidiums etwas sagen. Wir haben in den letzten zwei Jahren im Präsidium eine sehr intensive und konzentrierte Arbeit geleistet. Dabei ist es uns sehr wertvoll gewesen, daß wir Herrn Gerstenmaier als Präsident des Bundestags immer dabei hatten. Es stellt sich höchstens die Frage, Herr Kollege Schmükker, ob man nicht vielleicht auch noch den Bundesratspräsidenten hinzunimmt, wenn wir ihn stellen. Bei dem Parteiengesetz und dem Parteienfinanzierungsgesetz hat uns nicht der Herr Gerstenmaier, sondern der Bundestagspräsident Gerstenmaier unterstützt. Verzeihung, ich sitze im Präsidium und kann nur Bericht darüber erstatten, welche Arbeit der Präsident Gerstenmaier dabei gemacht hat, nicht der Herr Gerstenmaier, sondern der Präsident des Deutschen Bundestags. (*Unruhe und Zurufe:* Abstimmen!)

Barzel: Es stellt sich noch folgende Frage, bevor wir zu einer Entscheidung kommen können. Es ist die Frage, ob wir jetzt sehr klug beraten sind, wenn wir uns heute festlegen auf die Zahl der Stellvertretenden Vorsitzenden. In der Satzung steht, die Zahl ist offen. Hier gibt es viele Probleme zu berücksichtigen. Es ist ganz klar, daß hier eine Abhängigkeit besteht von den Personalien. Wir haben noch keinen Beschluß gefaßt

über den Vorsitzenden. Der Vorsitzende hat nach meiner Kenntnis, weil er es auch gar nicht konnte, noch mit niemanden definitiv gesprochen: Willst Du Generalsekretär nach dieser Satzung werden? – Alles das ist offen.

Aber es wäre auf der anderen Seite doch erwünscht, sich kurz über die Frage zu unterhalten, wohin die Meinungen gehen, ob sie mehr zu zwei oder zu vier Stellvertretern neigen? Das wäre wichtig, dies festzustellen. Ich habe meine Meinung vorhin gesagt; sie geht zu einer Zahl von vier, und zwar aus Gründen der Repräsentation.

Vogel: Es ist sinnvoll, in diesem Zusammenhang auch die Frage zu erörtern, ob es einen 1. Stellvertretenden Vorsitzenden oder zwei geben soll. Ich weise deshalb darauf hin, weil der Evangelische Arbeitskreis am vorigen Wochenende sich mit dieser Frage befaßt hat und in einer sehr entschlossenen Form gewünscht hat, daß es weiter einen 1. Stellvertretenden Vorsitzenden gibt, um an der Spitze eine klare und sichtbare Darstellung des Unionscharakters katholisch-evangelisch zu bekommen. Das war ein einstimmiger Beschluß dieses Gremiums.[36]

Barzel: Ich habe vorhin gesagt, daß wir über diese Frage entscheiden müssen. Es ist hier jetzt der Ort, darüber zu diskutieren. – Herr Stecker!

Stecker: Ich neige auch dazu, insgesamt vier Stellvertreter vorzusehen, einen ersten. Und drei weitere.

Seebohm: Ich meine, entweder wir nehmen einen 1. Stellvertreter und einen 2. Stellvertreter, oder wir nehmen vier gleichberechtigte Stellvertreter.

Russe: Sie haben mit Recht darauf hingewiesen, Herr Barzel, daß der Unionscharakter eine entscheidende Größe ist. Daran kommt man nicht vorbei, in etwa die alte klassische Repräsentanz, wie sie vom ersten Parteitag in Goslar bis heute gewesen ist, aufrechtzuerhalten. Was die Frage des 1. Stellvertreters angeht, so weiß ich nicht, ob wir das so hart argumentieren sollen. Wir haben seit Stuttgart vier Stellvertretende Vorsitzende. Es war einfach immer ein ungeschriebenes Gesetz, und auch im Wahlakt hat sich das immer so deklariert, daß als erster dann der evangelische Freund aus unserer Mitte gewählt wurde, ohne damit automatisch festzulegen, dieser evangelische Freund ist der 1. Stellvertreter.

Wir haben lediglich beim letzten Parteitag in Bonn dieses Prinzip durchbrochen und, wie wir aus dem Munde von Herrn Barzel gehört haben, nicht gerade mit großem Erfolg. Wenn das aber so ist, dann sollten wir die alte Praxis wieder aufleben lassen und vier Stellvertreter nehmen, und zwar in der Optik als den 1. Stellvertreter einen evangelischen Christen, und damit hat die Sache sich. Ich glaube, da gibt es keine große Kollision.

Wenn das so laufen soll, wie es heute morgen gesagt worden ist, daß im Grunde genommen ja Einvernehmen herrschen muß und man einige Kautelen eingebaut hat, die dieses Einvernehmen auf jeden Fall sichern sollen, dann bin ich der Meinung, wird auch für diese vier gleichberechtigten Stellvertreter ein Einvernehmen zustande kommen. Wenn nicht, muß man eben von dem Gebrauch machen, was hinsichtlich des Ge-

36 Sitzung des EAK am 28. April 1967, Protokoll in ACDP 01–483–051/1; vgl. Anm. 14.

neralsekretärs vorgeschlagen worden ist. Es hat mich heute morgen am meisten erschüttert, daß man diese Vorbehalte gemacht hat, und wenn man einen Generalsekretär mit solchen Vorbehalten in den Raum stellt, dann muß man das auch gegenüber dem ganzen Vorstand machen. (*Von Hassel:* Dann kommt Ernst Lemmer zum Zuge!) Es hat sich in der Vergangenheit gut eingespielt und ist gut abgelaufen. Warum soll das in Zukunft nicht auch so laufen? Ich würde um der Optik willen im Sinne des Unionscharakters nur zu einem solchen Vorschlag kommen können. Ich glaube, daß das sinnvoller ist, als wenn wir wiederum einen 1. Stellvertreter küren und dann dieselben Schwierigkeiten auftreten wie in der Vergangenheit.

Lemmer: Ich bin derselben Meinung. Bei der komplexen Struktur unserer Partei und unserer Wählerschaft, wie sie auch im Namen der Christlich-Demokratischen Union zum Ausdruck kommt, wäre es meines Erachtens wünschenswert, uns zu diesen vier Stellvertretern zu bekennen.

Barzel: Das war auch im Präsidium die Meinung. Die Zahl war offen. Aber wir müssen uns nun langsam an die Realitäten herantasten. Es steht nun die Frage vor uns, ob zwei oder vier Stellvertretende Vorsitzende oder ein 1. Stellvertreter und drei weitere Stellvertretende Vorsitzende. Das sind die drei Dinge, die sich anbieten.

Scheufelen: Wenn es vier gleichberechtigte Stellvertreter sind, dann weiß keiner, wer vertreten muß. Die Partei muß aber wissen, an wen sie sich halten muß. (*Unruhe und Bewegung. – Russe:* Seit Stuttgart haben wir es doch praktiziert. –*Von Hassel:* Nur, daß Konrad Adenauer doch nie zu jemand gesagt hat: Sie vertreten mich. – *Anhaltende Unruhe.*)

Schmücker: Wenn man vier Stellvertreter hat, kann man nicht sagen, sie stellen das Bild der Union dar. Das kann man nicht. Das bilden sich einige ein, aber das kann man nicht. Es ist besser, man nimmt einen kleinen Kreis und hat es gar nicht nötig, das darzustellen. Ich möchte wissen, warum ist eigentlich kein Bauer Stellvertretender Vorsitzender? Warum sitzen die noch nicht drin? Oder andere? Nehmen wir zwei Stellvertretende Vorsitzende, dann haben wir es nicht nötig, das Proporzdenken zu übernehmen. Ich kann nicht akzeptieren, daß man sagt, mit vier Vertretern ist das Bild dargestellt, weil man dann die Mehrheit hat. Das bedeutet doch, daß man auf die übrigen verzichtet.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich sehe wirklich nur diese drei Möglichkeiten, so sind sie auch vorgeschlagen, einmal mit der Begründung von Herrn Schmücker, zwei Stellvertretende Vorsitzende, gleichberechtigt, zweitens vier gleichberechtigte Stellvertreter, drittens einen 1. Stellvertretenden und drei weitere Stellvertretende Vorsitzende. Das sind die drei Dinge, die erörtert werden sollen.

Kann man das zur Abstimmung stellen? (*Zustimmung. – Burgbacher:* Der weitestgehende Antrag ist vier!) Es wird mir zugerufen, der weitestgehende Antrag seien die vier gleichberechtigten Stellvertreter. Dann wollen wir das zunächst zur Abstimmung stellen.

Wer für vier gleichberechtigte Stellvertretende Vorsitzende ist, den bitte ich um das Zeichen. – Zählen Sie mal bitte, Herr Rummler[37]! (*Rummler:* Das sind 17.) Wer für zwei Stellvertretende Vorsitzende ist, den bitte ich um das Handzeichen. – (*Rummler:* Zwei.) Wer für einen 1. Stellvertretenden Vorsitzenden und drei weitere Stellvertretende Vorsitzende ist, den bitte ich um das Handzeichen. – (*Rummler:* Drei.) Das erste war eine klare Mehrheit.

Nun stellt sich die Frage, ob wir das jetzt in die Satzung hineinschreiben oder ob wir die Satzung lassen, wie sie ist. (*Zurufe:* In die Satzung hineinschreiben!) Ist das Ihr Wunsch? (*Mehrere Zurufe:* Ja!) Also in die Satzung schreiben!

Dann bleibt, meine Damen und Herren, die Frage nach einem Geschäftsführenden Vorstand oder Präsidium, d. h. nur noch im Namen. Herr Kollege Schmücker, würden Sie den Titel „Präsidium", wie er hier steht, vorziehen oder „Geschäftsführender Vorstand"? (*Schmücker:* Präsidium ist besser.) Also Präsidium!

Es kommt dann die Frage der Reihenfolge. In dem Ihnen vorliegenden Entwurf haben wir aus guten Gründen, die aber nicht von allen Mitgliedern des Präsidiums geteilt werden, folgende Reihenfolge vorgesehen: Vorsitzender, Generalsekretär und Stellvertretende Vorsitzende. Der Sinn dieser Reihenfolge ist der, um darzutun, normalerweise arbeitet der Vorsitzende mit dem Generalsekretär. Die Stellvertretenden Vorsitzenden treten in Aktion, wenn der Vorsitzende nicht kann.

Da wir an anderen Stellen ein bißchen weniger den Generalsekretär hervorgehoben haben – darf ich das einmal so sagen –, ist es natürlich hier bei der Reihenfolge vielleicht ein entscheidendes Problem. Wir müssen darüber diskutieren, in welcher Reihenfolge die Herren aufgezählt werden sollen, weil das für manche Beteiligten eine große Rolle spielt. Ich bin heute morgen ausdrücklich durch Zuruf von Herrn Schröder, aber auch von anderen Herren gebeten worden, dies noch einmal zur Debatte zu stellen. Ich darf also jetzt die Reihenfolge der Aufzählung dieser Positionen zur Diskussion stellen.

Vogel: Ich habe heute morgen schon einmal darauf hingewiesen, daß der Generalsekretär ein Organ sui generis ist und in einem eigenen Absatz stehen müßte; er gehört nicht zu denen, die auf zwei Jahre gewählt werden. Er würde also in dieser Aufzählung gar nicht erscheinen, sondern anschließend in einem besonderen Absatz.

Kohl: Das ist die logische Konsequenz unserer bisherigen Entschlüsse. Es erleichtert doch ungemein die Sache.

Barzel: Darf ich Sie bitten, zwei Seiten jetzt zugleich zu sehen. Es geht ja um die Optik und die Protokollfragen. Auf der Seite 21 finden Sie den § 28 b. Da heißt es: „Er wählt – nämlich der Bundesparteitag – die Mitglieder: 1. den Vorsitzenden, 2. den Generalsekretär auf Vorschlag des Vorsitzenden, 3. die vier Stellvertretenden Vorsitzenden, 4. ...". Auf Seite 27 im § 32 heißt es: „Der Bundesvorstand besteht aus ... a) dem Vorsitzenden, dem Generalsekretär, den vier Stellvertretenden Vorsitzenden usw."

37 Gerold Rummler (1924–1997), 1946 CDU Thüringen, seit 1953 Mitarbeiter der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1970–1995 Hauptgeschäftsführer der OMV.

Herr Vogel hat jetzt vorgeschlagen, hier den Generalsekretär herauszunehmen und ihn in einer gesonderten Ziffer aufzuführen. Irgendwo muß er in der Reihenfolge stehen beim § 28. (*Vogel:* Im § 32 haben wir eine entsprechende Vorschrift. Er würde dann nämlich geborenes Mitglied des Vorstands sein. Das heißt, er erscheint im Vorstand in einer anderen Funktion als nach dem jetzigen Vorschlag.) Irgendwo kommen wir an der Reihenfolge nicht vorbei. (*Kohl:* Was Sie sagen, Herr Barzel, ist richtig. Ich plädiere dafür, es so zu lassen, wie es hier steht.) Wird zur Reihenfolge noch das Wort gewünscht? – Herr Gradl!

Gradl: Ich möchte zu erwägen geben, die Frage des konfessionellen Ausgleiches zu berücksichtigen. Wenn es um Proporzfragen geht und man es dann so beläßt, dann entsteht die Frage, wie passen Vorsitzender und Generalsekretär unter dem Gesichtspunkt des konfessionellen Proporzes zueinander? (*Kohl:* Da können wir schreiben, was wir wollen!) Moment! Wenn Sie es umstellen, dann haben Sie für die Wahl des Generalsekretärs unter dem Gesichtspunkt des konfessionellen Proporzes mehr Freiheit, als wenn Sie ihn hinter die Stellvertretenden Vorsitzenden stellen.

Kohl: Das ist sicher ein Argument, das bedacht werden muß, aber bei allen Bedenken bleibt doch auch die optische Seite des neuen Amts, das wir schaffen wollen. Das muß also von der Prestigeseite gesehen werden. Vom Prestige wird sehr genau geachtet, wo er steht. Mir scheint das, was die Kommission hier vorgeschlagen hat, doch ausgewogen zu sein. Die konfessionelle Proporzbetrachtung wird doch gestellt, wir können hinschreiben wo und was wir wollen, es wird immer gesagt: wieso der und nicht der? Das können wir nicht verhindern. Er kann stehen, wo er will.

Bauknecht: Wenn Sie dem Generalsekretär eine Sonderstellung geben wollen – und das wollen Sie doch offenbar –, dann müssen Sie ihn nach meiner Meinung unter b aufführen. Der Bundeskanzler und der Bundestagspräsident sind ja honoris causa drin.

Seebohm: Bedenken Sie einmal die protokollarische Situation. Wenn der Generalsekretär eine so herausgehobene Persönlichkeit ist, dann sollte er hier so aufgeführt werden, daß alle Protokollfritzen, wenn sie das lesen, wissen, daß sie diesen Mann nach vorn setzen müssen. Das ist nämlich sehr entscheidend für seine Bedeutung in allen Dingen, auch für die Begrüßung usw. Ich halte das für viel wichtiger als den konfessionellen Proporz.

Barzel: Das ist völlig richtig. Wir werden eine große Anstrengung machen müssen, um den neu geschaffenen Generalsekretär, wenn er kein Staatsamt haben sollte, z. B. bei öffentlichen Essen zu plazieren. (*Seebohm:* Das meine ich!) – Herr Gradl! (*Gradl:* Ich verzichte.) – Herr Heck!

Heck: Ich wollte zu dem Proporz nur sagen, wir gehen eigentlich zu sehr davon aus, welche personellen Vorstellungen offensichtlich im Augenblick hinter dieser Satzungsbestimmung stehen. Wir machen ja eine Satzung. Man geht davon aus, 1. Vorsitzender – Kiesinger; er ist katholisch. Ich möchte darauf hinweisen, Sie sollten im Augenblick nicht davon ausgehen, daß die zweite Stelle unbedingt mit einem Katholiken plaziert ist.

Russe: Was Herr Heck gesagt hat, ist völlig richtig. Ich weiß nicht, Herr Kollege Bauknecht, ob man das so machen kann. Man kann nicht unter b plötzlich den General-

sekretär nehmen; der paßt doch gar nicht dahin. Da stehen der Bundeskanzler und der Bundestagspräsident. (*Bauknecht:* Er muß stehenbleiben, wo er ist.) Ja, sicher! (*Bauknecht:* Ich bin doch dafür, daß er stehenbleibt!) Gut! Wenn man den Generalsekretär will, dann muß man ihn auch entsprechend plazieren, sonst ist er von vornherein ein totgeborenes Kind. Wir haben genug daran herumgeschnitten. Wenn wir so weitermachen, brauchen wir ihn gar nicht mehr zu schaffen.

Mikat: Entweder Sie lassen es so, wie es ist, sonst haben Sie nur eine dem Protokoll gerechte Möglichkeit, daß Sie nämlich sagen: Der Bundesvorstand besteht aus 30 Mitgliedern; er setzt sich zusammen aus a) dem Vorsitzenden und dem Generalsekretär, b) hier heben Sie die anderen ab. Das ist inhaltlich dasselbe, würde aber protokollarisch stärker wirken. Sonst müssen Sie es so lassen, wie es ist. Alles andere setzt ihn herunter. Sie haben nur die Möglichkeit zu sagen: a) dem Vorsitzenden und dem Generalsekretär. Damit markieren sie die beiden oben sehr hoch. (*Lebhafte Unruhe.*)

Barzel: Je länger ich darüber nachdenke, desto klüger erscheint mir das, was wir hier gefunden haben. Darf ich fragen, ob das nun abstimmungsreif ist? (*Zustimmung.*) Dann darf ich fragen, wer dafür ist, wie es im § 28 und im § 32 steht, den bitte ich um ein Zeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen! – Bei einer Enthaltung im übrigen einstimmig angenommen! Also, die Reihenfolge ist so, wie sie hier vorgeschlagen ist.

Es bleibt als letztes aus dieser Ziffer die Frage des Stellvertretenden Generalsekretärs. Es gab hierzu verschiedene Vorschläge aus verschiedenen Überlegungen und eine lange Debatte im Parteipräsidium. Wir haben geglaubt, einen Stellvertretenden Generalsekretär deshalb schaffen zu sollen, weil a) wie für den Vorsitzenden es gilt, daß der Generalsekretär verhindert sein kann, z. B. durch eine Kur oder durch eine längere Krankheit, ohne daß er ausscheidet, und weil b) nach unserem Entwurf der Bundesgeschäftsführer, den wir bisher hatten, in der Satzung stirbt. Der Bundesgeschäftsführer aber war im Bereich der Bundesgeschäftsstelle weisungsberechtigter Chef des Apparats. Das wird nun der Generalsekretär; d. h. hier verliert einer Kompetenzen. Aus diesen Gründen, die ich jetzt sehr verkürzt dargestellt habe, haben wir uns gesagt, wir brauchen einen Stellvertreter.

Ein weiteres Argument – gegen einige Kollegen, die sehr gegen den Stellvertretenden Generalsekretär waren – war hier die Unionsoptik, daß man konfessionell, je nachdem, wie der Generalsekretär besetzt ist, einen Ausgleich schaffen kann. Das waren im wesentlichen die drei Argumente, die uns veranlaßt haben, zu diesem Vorschlag zu kommen, wenn ich es richtig in der Erinnerung habe. (*Schmücker:* Wer schlägt den Stellvertretenden Generalsekretär vor?) Bisher ist es so, daß der Generalsekretär vom Parteitag gewählt wird. Es ist eine völlig korrekte Frage, ob hier der Zusatz „auf Vorschlag des Vorsitzenden" dazugehört oder „auf Vorschlag des Generalsekretärs". – Herr Russe!

Russe: Es ist doch ganz logisch, wenn man den Generalsekretär auf Vorschlag des Vorsitzenden wählt und man spricht sich für den Stellvertretenden Generalsekretär aus, dann muß doch dasselbe geschehen. Der Generalsekretär kann für lange Zeit ausfallen, er kann sogar ganz ausfallen; dann ist der Stellvertreter automatisch derjenige, der an

dessen Stelle rückt bis zum nächsten Parteitag. Wenn dann der Vorsitzende nicht die Möglichkeit des Einvernehmens hat, was soll das dann? Also muß es mit dem Stellvertreter, wenn man ihn akzeptiert, genauso geschehen.

Herr Kollege Barzel, Sie haben gesagt, der Bundesgeschäftsführer soll wegfallen. Mich interessiert, wenn man einen Stellvertretenden Generalsekretär macht, was soll dann der Stellvertreter tun, wenn der Generalsekretär da ist? (*Zuruf:* Stellvertreten! – *Weiterer Zuruf:* Darauf warten, bis er weg ist! – *Stürmische Heiterkeit.*)

Barzel: Das ist eine theoretische Frage; denn er hat soviel Arbeit, daß die Herren froh sein werden, wenn sie zusammen schaffen können. – Herr Lemmer!

Lemmer: Wozu Stellvertreter? Wir haben einen Generalsekretär. Wenn wir dann mit einem Stellvertreter ankommen, mindern wir die Autorität des Generalsekretärs. (*Zurufe:* Sehr richtig!) In welcher Rangfolge soll der Stellvertreter des Generalsekretärs stehen, wenn wir ihn einführen? Wir wollen ihn hinter den Stellvertretenden Vorsitzenden setzen. Ich würde gegen den Stellvertretenden Generalsekretär sein. Sie werden kaum eine Satzung irgendeiner politischen Organisation finden, wo dem Generalsekretär, wenn er eine wirklich führende Position hat, noch ein Stellvertreter zur Seite gestellt wird.

Barzel: Das Wort hat Herr Seebohm.

Seebohm: Das Präsidium hat gesagt, der jetzige Hauptgeschäftsführer stirbt dann ab, wenn wir einen Generalsekretär haben. Ich bin nicht der Meinung, daß das absolut notwendig ist. Wir können einen Generalsekretär und einen Hauptgeschäftsführer haben wie bisher. Dann wird dieses Problem gar nicht akut. Warum wollen wir denn den Mann sterben lassen? Wir brauchen sowieso einen Stellvertreter. Wir benennen ihn um. Ob er Stellvertreter wird, das ergibt sich aus der Situation der Organisationsgewalt des Generalsekretärs. Aber dann behalten wir doch die Situation, wie sie jetzt ist. Wir haben bis jetzt verschiedene Ämterbezeichnungen gehabt. Diese verdichten wir jetzt in dem Generalsekretär.

Deswegen ist es nicht nötig, daß der Hauptgeschäftsführer wegfällt. Lassen wir es bei dem Hauptgeschäftsführer, weil ja die Funktion und die Gestalt schon da ist.

Barzel: Herr Windelen.

Windelen: Der Stellvertretende Generalsekretär war sinnvoll bei einer Konstruktion, bei der der Generalsekretär nur eine sehr schwache Position hatte. Wenn man aber die Stellung des Generalsekretärs so stark machen will, wie das jetzt beschlossen worden ist mit vier Jahren usw., dann ist meines Erachtens die Konstruktion eines Stellvertreters hinfällig geworden.

Glup: Herr Lemmer hat es richtig gesagt, das Ansehen des Generalsekretärs wird nicht heraufgesetzt, sondern herabgesetzt durch einen Stellvertreter.

Von Hassel: Wir haben über diese Frage im Präsidium lange gesprochen und sind einheitlich zu der Meinung gekommen, die hier ihren Niederschlag gefunden hat. Die Stellung des Generalsekretärs, die wir gestärkt haben, bedeutet doch, daß dieser Generalsekretär nicht die Aufgabe des bisherigen Bundesgeschäftsführers zu übernehmen hat, sondern er hat eine zusätzliche große politische Funktion.

Man ist also gut beraten, wenn man das Gebilde in seiner Gesamtheit sieht. Das Präsidium hat eindeutig gesagt, wir wollen auch den bisherigen Bundesgeschäftsführer dadurch anheben, daß wir ihm den Rang eines Stellvertreters geben mit Sitz und Stimme im Vorstand. Ich glaube also nicht, daß das dem Generalsekretär Abbruch tut, wenn man seinen Stellvertreter mit anhebt. Man hebt beide an. Und durch die Kräftigung beider dient man im Grunde genommen der Sache, die wir heute beraten haben.

Russe: Herr Vorsitzender, Sie haben vorhin gesagt, es sei nur eine theoretische Frage. Das ist gar keine theoretische Frage. Ich möchte klar und deutlich die Sache ausdiskutiert wissen. Das ist notwendig. Es kann natürlich so sein, daß der Generalsekretär den Stellvertreter auf Eis legt und sagt: Du hast gar nichts zu sagen, hier bestimme ich. – Aber es geht doch hier nicht um Protokollfragen. Das kann man doch meistern. (*Seebohm:* Das können Sie nicht meistern, das ist viel schlimmer als das andere.) Herr Kollege Seebohm, wenn der Generalsekretär da ist, dann ist eben der Stellvertreter nicht da. Ich sehe da keine Schwierigkeit. Es geht darum, der Generalsekretär fällt aus; dann haben wir nach Ihrer Konstruktion nur noch den Bundesgeschäftsführer, der im Grunde genommen nichts anderes tut als verantwortlich zu sein für den unmittelbaren Apparat. (*Unruhe und lebhafter Widerspruch.*) Verzeihen Sie, Sie wollen doch einen Vorsitzenden und einen Generalsekretär? (*Zuruf:* Und vier Stellvertreter!) Alles in Ordnung, aber jetzt fällt der Generalsekretär aus mit der Funktion, die wir ihm zugeordnet wissen wollen. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Das Problem ist folgendes: Wenn der Generalsekretär nicht da ist, dann muß doch dieselbe Funktion, wenn es kontinuierlich weitergehen soll, von einem gleichberechtigten Vertreter wahrgenommen werden. (*Zuruf:* Und wenn der ausfällt?) Gott, wenn der Himmel einfällt, sind alle Spatzen tot. Aber wenn man schon einen Stellvertreter schafft oder den Bundesgeschäftsführer beibehalten will, dann sollte man diesem auch zuordnen, daß er dann auch vollberechtigt in diese Funktion des Generalsekretärs hineingehen kann. (*Barzel:* Natürlich!) Darum geht es hier. Der Bundesgeschäftsführer kann das nicht, wenn der Bundesgeschäftsführer bleibt in dem bisherigen Arbeitsrahmen, kann er nicht in die Funktion des Generalsekretärs hineinwachsen oder sich hineinstellen, wenn der Generalsekretär ausfällt. Das muß man doch nüchtern sehen. Man kann es so oder so wollen. Aber der Sinn, wenn ich die Dinge richtig sehe, ist doch der, daß der Stellvertretende Generalsekretär im Falle des Falles vollberechtigt an die Stelle des Generalsekretärs treten muß.

Barzel: Ich möchte nur noch einen Satz sagen. Wir haben in der Satzung einen Generalsekretär geschaffen mit besonderen Rechten. Die Frage ist, was geschieht, wenn er ausfällt? Sie müssen doch dann mindestens – das war nur ein Semikolon dazwischen –, wenn Sie beim Bundesgeschäftsführer bleiben wollen, sagen, der hat aber das Recht, wenn der andere ausfällt, diese Dinge zu führen. Dann nennen wir ihn gleich Stellvertretenden Generalsekretär, und die Sache ist in Ordnung. (*Russe:* Genau das meine ich!) – Herr Heck!

Heck: Hier liegt in der Tat doch eine Schwierigkeit vor. Der bisherige Zustand ist ungeregelt. Das Geschäftsführende Präsidialmitglied hat keine Weisungsbefugnis gegenüber der Bundesgeschäftsstelle. Ich glaube, daß das nicht möglich ist, dies etwa beizu-

behalten, wenn der Parteitag sich entschließt, einen Generalsekretär einzusetzen. Daß die Sache einigermaßen gegangen ist bisher, hängt damit zusammen, daß wir beide uns lange genug kennen, aber so kann man eigentlich keine Führungsspitze konstruieren, daß hier nicht klare Verhältnisse geschaffen werden.

Es stellt sich natürlich die Frage, wenn man einen Generalsekretär bestellt und dem die Bundesgeschäftsstelle unterstellt, dann würde die Position des Bundesgeschäftsführers zwangsläufig reduziert werden auf die des Leiters des Büros. Und das kann man – das sage ich Ihnen ganz offen – einem Mann, der neu anfängt, natürlich zumuten, das kann man aber nicht einem Mann zumuten wie Herrn Dr. Kraske, der schließlich in der Stellung einiges mehr getan hat als das Büro zu leiten. (*Lebhafter Beifall.*) Das muß man doch ganz klar sehen. Das ist die eine Seite.

Die andere Seite ist natürlich die, man kann eine Entscheidung in einer Satzung nicht danach aufhängen, daß sich zwei Männer gut verstehen. Es kann durchaus so sein, daß hier ein Generalsekretär gewählt wird und ein Stellvertretender Generalsekretär, daß dann aber der Generalsekretär den Stellvertretenden Generalsekretär total kaltstellt. Die Möglichkeit steckt drin; aber das ist wahrscheinlich etwas, was sich durch die Statuten nicht klären läßt.

Scheufelen: Meine Damen und Herren! Wenn zwischen dem 1. Vorsitzenden und dem Bundesgeschäftsführer ein Generalsekretär da ist, kann man den Fall sehen, wie man will, dann ist das eine gewisse Einschränkung der Position des Bundesgeschäftsführers, ob wir das wollen oder nicht, das ist ein Tatbestand. Wir sollten für das Parteivolk die Dinge verständlich machen und sie nach dem Normalzustand bezeichnen, aber nicht nach dem Ausnahmezustand.

Der Normalzustand ist der, daß wir jetzt einen Generalsekretär haben, der kein Ersatz für den Bundesgeschäftsführer sein soll, sondern politische Vollmachten hat, die über die bisherigen Vollmachten der Bundesgeschäftsstelle hinausgehen. Die Bundesgeschäftsstelle bleibt in ihrem bisherigen Umfang und in ihrer Kompetenz, allerdings hat sich zwischen den 1. Vorsitzenden und den Bundesgeschäftsführer ein Generalsekretär geschoben. Die Zahl der Stellvertretung ist doch der Ausnahmezustand. Hier würde der eine Satz, den Dr. Barzel genannt hat, genügen: Bei Verhinderung vertritt der Bundesgeschäftsführer den Generalsekretär.

Barzel: Dann bin ich aber gleich für einen Stellvertretenden Generalsekretär.

Scheufelen: Aber Herr Dr. Barzel, es muß doch verständlich bleiben, was wir tun.

Von Hassel: Die werden heilfroh sein, daß wir etwas Vernünftiges tun. Und das tun wir doch. (*Scheufelen:* Wenn wir jetzt einen Generalsekretär und einen Stellvertreter schaffen, dann ist die Sache verwischt. – *Unruhe und Zuruf:* Wieso denn?)

Barzel: Das Wort hat Herr Kohl.

Kohl: Mir scheint das, was Herr Scheufelen vorgetragen hat, schlüssig zu sein. Zunächst habe ich den Eindruck, daß mit dem Amt eines Stellvertretenden Generalsekretärs die Stellung des Generalsekretärs nicht gestärkt, sondern geschwächt wird. Zweitens haben wir dann keine Relation zu den vier Stellvertretenden Vorsitzenden. Auch das muß hier herausgestellt werden. Mir scheint, wenn wir vier Stellvertretende Vorsit-

zende haben, muß das wiederum – auch von der Reihenfolge her – mitgesehen werden. Ich bin sehr damit einverstanden, daß wir eine Lösung treffen, die für den Verhinderungsfall des Generalsekretärs einen Vorschlag enthält. Ich gehöre nicht zu denen, die glauben, daß mit der Einführung des Amtes des Generalsekretärs etwa der Bundesgeschäftsführer hinfällig wird. Ich glaube das überhaupt nicht, besonders wenn wir die Ämter richtig interpretieren. Man sollte den Zusatz von Herrn Scheufelen machen: Bei Verhinderung vertritt der Bundesgeschäftsführer den Generalsekretär.

Vogel: Ich möchte auf die österreichische Satzung hinweisen, die einen Stellvertreter des Generalsekretärs kennt. Ich darf vorlesen. (*Lemmer:* Das ist alles faul, was von Österreich gemacht wird! – *Stürmische Heiterkeit.*) „Der Stellvertreter des Generalsekretärs vertritt den Generalsekretär bei dessen Verhinderung. Er ist gleichzeitig der Hauptgeschäftsführer des Generalsekretariats." (*Anhaltende lebhafte Unruhe.*)

Barzel: Herr Blank!

Blank: Meine Damen und Herren! Ich kann mich schon seit einigen Stunden des Eindrucks nicht erwehren, daß wir statuarische Dinge auf dem Hintergrund bereits festgefügter Personaltypen treffen. (*Teils Zustimmung und Beifall, teils Widerspruch.*) Die heutige Sitzung sollte uns ein Menetekel sein. Ich verspreche mir überhaupt nichts von allen diesen Konstruktionen. Ich stelle mit Bestürzung fest, daß wir schon, wo wir wußten, daß wir heute eine so wichtige und dringende Beratung durchführen, seit Stunden beschlußunfähig sind. Ich möchte das ausdrücklich festgehalten wissen.

Barzel: Wollen wir das verdichten und die Sitzung jetzt abbrechen? (*Blank:* Ich stelle fest, daß wir beschlußunfähig sind.)

Rummler: Die Satzung sieht vor, 50% der Anwesenden sind beschlußfähig. Wir haben im Vorstand genau 58 Persönlichkeiten. Davon sind anwesend abstimmberechtigt 23. (*Von Hassel:* Also vier unter der Hälfte!)

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich bitte um die Liebenswürdigkeit, an dieser Stelle folgendes einwerfen zu dürfen: Hier läuft natürlich die Presse herum. (*Von Hassel:* Und die hört davon.) Ich möchte nicht eine solche Schlagzeile haben, wie sie sich jetzt anbietet. Ich würde also deshalb bitten, zunächst einmal weiterzutagen und diese Feststellung nicht zu treffen. Ich würde weiter bitten, mich zu ermächtigen, gegen 16.30 Uhr der Presse etwa folgendes mitzuteilen, daß wir getagt und den Parteitag vorbereitet haben; daß wir im wesentlichen Änderungen der Satzungen besprochen haben und übereingekommen sind, einen Generalsekretär zu schaffen und eine neue Konstruktion des Bundesvorstands vorzusehen, die dem Parteiengesetz entspricht. Wir alle gingen davon aus, daß der Bundeskanzler wieder Parteivorsitzender würde. Im übrigen sei über Personalien noch nicht gesprochen worden. Das würde ich gern der Presse sagen. Aber wenn ich jetzt herauskommen muß mit einer anderen Geschichte ... (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

Von Hassel: Es sind doch sicher noch einige Herren im Hause, die wir herbeiholen können, z. B. Herr Stingl, der hat sein Büro hier im Haus. (*Zuruf:* Einige sind noch draußen und telefonieren. – *Lücke:* Die sind schnell zusammengeholt, die noch fehlen! – *Anhaltende Unruhe.*)

Lemmer: Ich möchte die Bemerkung zurückweisen, daß hier schon persönliche Konturen im Spiele wären. Für mich stehen außer dem Vorsitzenden keine Konturen fest, sondern ich spreche hier ganz unbefangen, so wie ich es mir im Parteiinteresse vorstelle und wünsche. (*Blank:* Das habe ich auch nicht unterstellt.)

Barzel: Das Wort hat Herr Blank.

Blank: Ich glaube, da bin ich wohl mißverstanden worden, aber eine Reihe der Herren haben mir hier jedenfalls durch ihren Beifall ausgedrückt, daß ich die Situation nicht falsch gezeichnet habe. Weshalb ich diese Einrede hier mache und auf ihr bestehe, ist folgendes: Ich bedaure, daß das so aussieht. Das ist doch die Antwort darauf, warum das im einzelnen immer nicht klappt. Nun möchte ich verhindern, daß in einer so entscheidenden Frage, die ebenfalls mindestens den gleichen gewichtigen personellen Hintergrund hat wie die bisher behandelten, nunmehr eine Entscheidung fällt. Ich lasse dahingestellt, wie man das auffaßt, zugunsten oder zuungunsten; denn dies wäre dann nur noch eine Zufallsmehrheit.

Barzel: Herr Lücke!

Lücke: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wenn in diesem Augenblick eine solche Schlagzeile in der Presse erschiene, wäre das eine Katastrophe für die CDU. (*Von Hassel:* Das kann man wohl sagen.) Die Sitzung hat länger gedauert, als es erwartet wurde. Ich bestreite auch, daß wir stundenlang schon beschlußunfähig seien. Ich habe beobachtet, daß einige Herren vorher nach draußen gegangen sind. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich bitte deshalb, nicht zu unterbrechen, sondern weiter zu diskutieren und die Herren zu bitten, wieder hereinzukommen. Es fehlen nur vier an der Beschlußfähigkeit.

Herr Kollege Blank, wenn wir mit einer solchen Methode an die Presse gehen, dann sagt unser Parteivolk draußen im Lande, um Gottes willen, wenn die jetzt noch nicht einmal beschlußfähig sind im Bundesvorstand, dann ist das doch katastrophal. Holen wir deshalb die Herren wieder herein, und dann können wir weitertagen.

Barzel: Herr Schmücker!

Schmücker: Kollege Blank hat das ausgesprochen, was viele von uns ärgert, aber das darf nicht publik werden. (*Blank:* Dafür bin ich auch nicht.) Diesen beklagenswerten Eindruck haben wir ja nicht erst seit heute. Die Formulierung, Herr Vorsitzender, wir gehen davon aus, daß Kiesinger gewählt wird, scheint mir nicht richtig zu sein. Ich bin dafür, daß er gewählt wird. Wenn wir zuständig sind für sein Vorschlagsrecht, dann sollten wir beschließen, ihn auch vorzuschlagen, aber wir sollten nicht, wenn wir kein Vorschlagsrecht haben, die Delegierten präjudizieren. Also, das nehmen die uns künftig nicht mehr ab. Das ist im vorigen Jahre gemacht worden mit einem schlechten Ergebnis.[38] Wir sollten so etwas nicht wiederholen. Wenn wir diese Zuständigkeit haben, dann bin ich dafür, daß wir es auch beschließen, aber nicht mit einer halben Formulierung sagen: Wir gehen davon aus. (*Unruhe und Bewegung.*)

38 Erhard erhielt bei der Wahl zum Vorsitzenden auf dem Parteitag in Bonn 1966 413 Ja-, 80 Nein-Stimmen bei 50 Enthaltungen, Barzel als 1. Stellvertreter nur 385 Ja- gegen 108 Nein-Stimmen bei 63 Enthaltungen.

Kraske: In unserem Kommuniqué vom 13. Februar[39] war ganz deutlich gesagt, daß dieser Vorstand am 24. April auch zu der personellen Frage des Vorsitzenden Stellung nehmen wird. Wenn ich also von der Erwartungslage der Öffentlichkeit ausgehe, dann erwartet diese weniger diese oder jene Satzungsänderung, sondern am Ende der heutigen Vorstandssitzung, was wir dem Parteitag vorschlagen, zumindest in Punkto des Parteivorsitzenden.

Russe: Ich bin damit einverstanden, daß man ausdrücklich feststellt, daß wir nicht hinausgehen können und sagen, wir sind nicht beschlußfähig. (*Von Hassel:* Jetzt sind wir es wieder.) Jawohl, jetzt sind wir es wieder, Herr von Hassel.

Barzel: Wir können diskutieren, wir fassen doch zur Zeit keine Beschlüsse.

Russe: Ich unterstreiche das, was Kollege Blank gesagt hat. Es gibt keine Entschuldigung. Jeder von uns ist verpflichtet irgendwo anders. Die Tagesordnung war jedem bekannt; auch das Papier, das uns überreicht wurde. Jeder wußte also um die Schwierigkeiten. Es ist nicht einzusehen – das darf ich offen aussprechen –, warum dann eine große Anzahl der Mitglieder des Parteivorstands schon vor dem Mittagessen, aber dann auch nach dem Mittagessen weggegangen ist. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das muß einmal klar festgestellt werden. Ich glaube, daß es sich von daher bei Gott anbietet, und daß es ein kluger Beschluß war, den Parteivorstand demnächst auf 30 Mitglieder zu reduzieren. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich würde sagen, daß das auch in geeigneter Form, Herr Vorsitzender, gegenüber den übrigen Mitgliedern des Vorstands zum Ausdruck gebracht werden muß. (*Unruhe und Bewegung. – Burgbacher:* Ist die Frage der Beschlußunfähigkeit fertig?)

Barzel: Wir diskutieren noch. (*Burgbacher:* Ich will zu der Frage des Stellvertreters etwas sagen.) Dann wollen wir das im Moment zurückstellen. – Bitte, Herr Heck!

Heck: Nachdem wir heute ohnedies nicht in der Lage sind, der Presse etwas Attraktives zu sagen, halte ich es für völlig unmöglich, daß wir in der Frage, die eigentlich völlig entschieden ist, auch schweigen. Zu dem Thema, wer 1. Vorsitzender werden soll, muß vom Bundesvorstand aus heute eine klare Aussage getroffen werden.

Kraske: Ich fühle mich verpflichtet, nach diesen sehr kritischen Worten meines Nachbarn ein Wort für die Nichtanwesenden zu sagen. Eine Reihe von fehlenden oder seit heute morgen fehlenden Vorstandsmitgliedern hat mir glaubwürdig gesagt, daß sie zu dem ursprünglich vorgesehenen Termin der Vorstandssitzung hier gewesen wären, und daß sie durch diese kurzfristige Verlegung – wir wissen alle, wodurch sie notwendig wurde – nicht in der Lage waren, andere Verpflichtungen abzusagen.[40] Das sollten wir auch berücksichtigen. (*Unruhe und Bewegung. – Kohl:* Aber das ist doch jedesmal so.)

---

39 Vgl. DUD Nr. 30 vom 14. Februar 1967 S. 3.

40 Das Präsidium der CDU hatte auf seiner Sitzung am 20. April 1967 beschlossen, die für den 24. April vorgesehene Bundesvorstandssitzung auf den 2. Mai zu verschieben (Protokoll in ACDP 07–001–1401). Grund waren wahrscheinlich die am 25. April stattfindenden Trauerfeierlichkeiten für Konrad Adenauer, vgl. ACDP 01–226–738.

Barzel: Meine Damen und Herren! Wir haben eine Diskussion gehabt. Inzwischen sind wieder 27 Damen und Herren hier. Darf ich fragen, ob Sie mich ermächtigen, der Presse gleich zu sagen, daß dem Parteitag der Bundeskanzler Kiesinger als Vorsitzender vorgeschlagen wird? (*Zustimmung.*) Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen. – Ich bitte um die Gegenprobe! – Enthaltungen! – Ich kann also den einstimmigen Vorschlag feststellen.

Jetzt sind wir wieder beschlußfähig. Zu der Frage des Stellvertretenden Generalsekretärs hat Kollege Burgbacher das Wort.

Burgbacher: Meine lieben Freunde! Sie haben Bedenken, einen Stellvertreter für den Generalsekretär zu bestellen. Das ist für das gleiche Gremium, das soeben mit großer Mehrheit vier Stellvertretende Vorsitzende als berechtigt angesehen hat, kein außergewöhnlich logischer Einwand. In der Fraktion haben wir wieviel Stellvertreter, lieber Freund Barzel? (*Barzel:* Sechs! Die haben auch alle viel zu arbeiten.) Das vorgebrachte Argument gegen den Bundesgeschäftsführer kann ich nicht gelten lassen. Entschuldigen Sie, wenn ich sage, unser Bundesgeschäftsführer heißt Konrad Kraske. Unser Freund Heck hat eben in sehr kameradschaftlicher Weise festgestellt, daß die Arbeiten und die Leistungen des Bundesgeschäftsführers schon seit Jahren von einer beachtenswerten Qualität gewesen sind. Wenn wir jetzt nichts anderes tun, als den Generalsekretär benennen – was wir getan haben –, dann frage ich, warum können wir nicht die Möglichkeit der zu starken Abwertung des Bundesgeschäftsführers ausschließen, und zwar dadurch, daß wir z. B. – was Herr Vogel eben vorgelesen hat – diese österreichische Regelung übernehmen? Ich habe als Bundesschatzmeister persönlich das Vergnügen und sachlich den Ärger, seit sieben Jahren sehr intensiv mit Konrad Kraske zusammenzuarbeiten. Wer annimmt, daß seine Arbeit vorwiegend administrativ sei – ich bitte um Entschuldigung –, der kennt die Wahrheit nicht.

Konrad Kraskes Arbeit ist auch in einem sehr hohen Maße politisch und – wie ich glaube feststellen zu dürfen – von besonderem Geschick. Dann haben wir das ganz außergewöhnliche Glück, daß Heck und Kraske sich gut vertragen aufgrund alter Kameradschaft. Nun frage ich Sie, wenn wir für alle einen Stellvertreter haben, warum dürfen wir dann nicht für den Generalsekretär einen Stellvertreter bestellen in der Person des Bundesgeschäftsführers? Ich möchte Sie herzlich bitten, sich dieser Dinge anzunehmen.

Barzel: Herr Lemmer!

Lemmer: Ich bin auch der Meinung, daß die österreichische Regelung genau den Tatbestand trifft, den wir wirklich haben. Warum sollen wir eine solche Regelung nicht auch haben? Der Generalsekretär hat doch auch eine bestimmte Stärke und einen bestimmten Einfluß. Ich plädiere deshalb dafür, den Stellvertretenden Generalsekretär zu verankern mit dieser Umschreibung. Ich glaube nicht, daß das eine Beeinträchtigung der Person des Generalsekretärs wäre. Der Generalsekretär hat seine Stellung. Erst im Verhinderungsfalle tritt sein Stellvertreter an seine Stelle. Ich meine, das ließe sich gut miteinander vereinbaren.

Barzel: Paul Lücke!

Lücke: Ich möchte mich für den Stellvertretenden Generalsekretär aussprechen aus ganz praktischen Gründen, die wir heute früh diskutiert haben. Wir haben den Generalsekretär auf vier Jahre heute eingesetzt. Damit ist seine Aufgabe so bedeutsam, daß er einfach einen Stellvertreter braucht. Es müßte aber an anderer Stelle sichergestellt werden, daß er ebenso wie der Generalsekretär im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden berufen wird.

Glup: Ich bin der Meinung, daß das jetzt sehr stark bestätigt wird, was Herr Blank vorhin ausgesprochen hat; denn die Satzungsberatung wird von personellen Zufälligkeiten abhängig gemacht. Das ist natürlich eine schlechte Sache. Wenn Sie bedenken, wieviel Damen und Herren, die bisher dem Bundesvorstand angehört haben, sich auch Verdienste erworben haben – ich denke an die verschiedenen Landesvorsitzenden –, dann ist es so, daß in Zukunft viele dem 30köpfigen Vorstand nicht mehr angehören können. Wenn wir von diesen Dingen die Betrachtung abhängig machen, dann halte ich das für schlecht. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß der Generalsekretär in seiner Stellung so hoch herausgehoben werden soll, wie das irgend möglich ist, aber daß – wie Herr Scheufelen vorgeschlagen hat – in der Vertretung der Bundesgeschäftsführer einspringen soll.

Windelen: Kann man nicht einfach sagen: Der Generalsekretär wird im Verhinderungsfalle durch den Bundesgeschäftsführer vertreten? (*Kohl:* Einverstanden!)

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir jetzt zur Entscheidung kommen können über folgende drei Dinge: 1. Wie es hier steht. 2. Wie jetzt Herr Windelen in der kürzesten Fassung gesagt hat: Ist der Generalsekretär verhindert, wird er durch den Bundesgeschäftsführer vertreten. 3. Bleibt das Problem für den Fall, daß es so bleibt, wie es hier ist, wie ist das Vorschlagsrecht für den Stellvertretenden Generalsekretär? Das könnte nur sein: auf Vorschlag des Generalsekretärs im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden.

Darf ich zunächst einmal, weil das Dritte eine untergeordnete Frage ist, die sich aus den anderen ergibt, fragen, ob die Sache zur Entscheidung reif ist? (*Zustimmung.*) Dann gibt es zwei Vorschläge: 1. diesen hier und 2. der Bundesgeschäftsführer bleibt mit dem Zusatz: Ist der Generalsekretär verhindert, vertritt ihn der Bundesgeschäftsführer.

Dufhues: Hier heißt es: „4. Den Stellvertretenden Generalsekretär auf Vorschlag des Vorsitzenden und des Generalsekretärs. Der Stellvertretende Generalsekretär leitet die Bundesgeschäftsstelle." Ist das so?

Barzel: Herr Dufhues hat recht. Wir haben nur zwei Alternativen. Auf Seite 21 heißt es unter 4. im § 28: „den Stellvertretenden Generalsekretär". Hier müßte der Zusatz kommen: „Auf Vorschlag des Vorsitzenden und des Generalsekretärs." Das ist die eine Alternative. Die andere ist die, der Bundesgeschäftsführer bleibt. Das muß in die Satzung hinein. Er wird zum Stellvertreter des Generalsekretärs erklärt, wenn dieser verhindert ist. Ist die Alternative jetzt klar? (*Zustimmung.*) – Dazu hat das Wort Herr Russe.

Russe: Ich möchte dann noch auf ein Problem aufmerksam machen, daß nämlich in der zweiten Alternative der Bundesgeschäftsführer nicht Mitglied des Präsidiums ist. (*Zuruf:* Das ist klar.) Das muß ausdrücklich herausgestellt werden.

Barzel: Dann muß er mindestens die Rechte kriegen, die er hat, nämlich der Teilnahme; denn es geht gar nicht ohne ihn. (*Russe:* Aber dann muß das noch diskutiert werden.) Dann wollen wir das tun. Aber über diese Alternativen können wir jetzt entscheiden. Alternative 1 lautet: Stellvertretender Generalsekretär mit den Vorschlagsrechten. Alternative 2 lautet: Der Bundesgeschäftsführer bleibt, der dann automatisch vertritt.

Ich lasse abstimmen. Wer für die Alternative 1 ist, den bitte ich um das Handzeichen. (*Rummler:* Das sind elf.) Ich bitte um die Gegenprobe! (*Rummler:* Elf! – *Zuruf:* Nein, 14. – *Rummler:* Darf ich noch einmal nachzählen?) Noch einmal bitte die Abstimmung, weil es unklar war. (*Lemmer:* Worüber wird jetzt abgestimmt?) Meine Damen und Herren! Es ist unklar. Wir haben über die Alternative 1 abgestimmt. Dabei ergaben sich elf Ja-Stimmen. Bei den Nein-Stimmen hat Herr Rummler auch elf gesagt, und da kam ein Zuruf: 14. Daraufhin habe ich gebeten, die Abstimmung zu wiederholen. Wer gegen die Alternative 1 ist, den bitte ich um das Handzeichen. (*Rummler:* Zwölf) Also abgelehnt. Darf ich dann fragen, ob wir uns zu dem anderen Vorschlag finden können? Es ist die Alternative 2: Es bleibt ein Bundesgeschäftsführer, der der Vertreter des Generalsekretärs ist. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen! – Ich stelle die einstimmige Annahme dieser zweiten Alternative fest. (*Zuruf:* Eine Gegenstimme!) Also, bei einer Gegenstimme und bei meiner Enthaltung. (*Zuruf:* Noch eine Enthaltung!) Noch eine Enthaltung!

Also, der Stellvertretende Generalsekretär wird ersetzt durch den Bundesgeschäftsführer, der den Generalsekretär vertritt. Der Bundesgeschäftsführer behält seine Teilnahmerechte in allen diesen Gremien, wie es bisher auch war. Darf ich bitten, das ausdrücklich im Protokoll festzuhalten.

Die nächste Frage lautet, wird der Bundesgeschäftsführer vom Parteitag gewählt, oder wie kommt er zustande? (*Lemmer:* Er soll durch den Parteitag gewählt werden! – *Von Hassel:* Der Bundesgeschäftsführer doch nicht! – *Zuruf:* Vom Bundesvorstand!)

Barzel: Das Wort hat Herr Russe.

Russe: Es spricht sicher etwas dafür, zu sagen, daß er vom Parteitag gewählt werden soll, aber wenn ich mir auf der anderen Seite vorstelle, nachdem Sie so entschieden haben, daß die Landesgeschäftsführer und ihr Hauptgeschäftsführer der Vereinigungen lediglich im Einvernehmen mit dem Generalsekretär bestellt werden, dann weiß ich nicht, wieso dann der Parteitag dafür zuständig sein soll, den Bundesgeschäftsführer zu wählen. Das ist doch völlig indiskutabel, da müssen wir zurückgreifen auf die Fakten. Der Bundesgeschäftsführer ist da. Den können wir jetzt nicht plötzlich neu wählen. Mit welcher Begründung denn? Das ist doch völlig ausgeschlossen. (*Lemmer:* Natürlich kann er gewählt werden.)

Barzel: Ernst Lemmer!

Lemmer: Es spricht gar nichts dagegen, ihn durch den Parteitag wählen zu lassen, (*Zurufe:* Jawohl!) wofür ich auch bin, weil meine Haltung gegenüber dem Stellvertreter

des Generalsekretärs nicht von der Person des Herrn Kraske abhängt – wie es hier von einem Redner auf die Person Dr. Kraske bezogen worden ist –, sondern nur wegen der Stellung des Generalsekretärs. Ich bin durchaus dafür, die Stellung des Bundesgeschäftsführers dadurch zu stärken, daß er ebenfalls vom Parteitag gewählt wird.

Barzel: Das Wort hat Herr Burgbacher.

Burgbacher: Für den Fall, daß der Bundesgeschäftsführer vom Parteitag gewählt werden soll, bin ich der Meinung, daß er dann auch ordentliches Mitglied des Präsidiums wird. (*Lebhafte Unruhe.*)

Barzel: Herr Seebohm! Ich will eben diesen Satz der Presse sagen. Bruno, machst Du weiter?

Seebohm: Wenn der Bundesgeschäftsführer durch den Parteitag gewählt wird, sind die Landesgeschäftsführer auch durch die Landesparteitage zu wählen.

Heck: Herr Lücke!

Lücke: Ich würde empfehlen, daß, wie bisher, Herr Kollege Lemmer, der Bundesgeschäftsführer vom Bundesvorstand gewählt wird. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir sollten doch hier keine neue Regelung einführen.

Heck: Herr Russe!

Russe: Es ist doch unmöglich, wenn Sie jetzt auf dem Parteitag den Bundesgeschäftsführer wählen lassen wollen, dann unterstellen wir einmal, er wird in der jetzigen Person nicht gewählt, was soll dann mit ihm geschehen? Er ist doch im Amt. (*Lemmer:* Erstens wird er gewählt.) Das wissen Sie doch nicht, Herr Kollege Lemmer. (*Lemmer:* Das ist doch gar keine Frage.) Das hängt doch ab von den Gesamtpersonalien, die wir noch zu diskutieren haben. Ich wende mich jedenfalls dagegen, daß ein im Amt befindlicher Bundesgeschäftsführer erneut ein Votum erfahren soll. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Heck: Herr Scheufelen!

Scheufelen: Sie müssen auch an das Parteivolk denken. Die müssen doch einigermaßen noch feststehende Begriffe haben. Die Dinge, die wir lassen können, sollten wir auch lassen. (*Vereinzelter Beifall.*) Der Bundesgeschäftsführer wird durch den Parteivorstand gewählt. An diesem Zustand ändert sich nichts.

Heck: Wird das Wort noch gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann werden wir über diese Frage abstimmen. Wer der Auffassung ist, daß der Bundesgeschäftsführer vom Parteitag gewählt werden soll, den bitte ich um das Handzeichen. – Einer. – Die Gegenprobe! – Der Vorschlag ist abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten wichtigen Punkt, das ist der Delegiertenschlüssel. – Bitte sehr, Herr Russe!

Russe: Wir müssen auch formal darüber befinden, daß der Bundesgeschäftsführer heutiger Prägung die alten Rechte im Präsidium behält. (*Zuruf:* Das ist zugesagt worden.) Es ist zugesagt worden, aber wir müssen es festhalten.

Heck: Das halten wir im Protokoll fest. Beim Delegiertenschlüssel des § 27 ist folgender Unterschied vorhanden, daß die Landesverbände früher auf je angefangene 75.000 CDU-Wählerstimmen der letzten Bundestagswahl einen Delegierten entsandt haben. Der Vorschlag lautet: „Die Landesverbände entsenden auf je angefangene 1.000

Mitglieder einen Delegierten und auf je angefangene 100.000 Stimmen ...", d. h. eine Verstärkung zugunsten der Repräsentanz der Mitglieder im Vergleich und im Verhältnis zur Repräsentanz durch die Wähler. Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Stingl.

Stingl: Hier fällt die Bestimmung hinein, die im früheren § 20 steht, nämlich über die Exil-CDU und die Oder/Neiße. Kollege Barzel hat erklärt, daß das Problem nicht ausdiskutiert werden kann.

Heck: Wollen wir es weglassen? (*Stingl:* Ja!) Es geht nur um den Delegiertenschlüssel. Wir waren uns einig, daß die Frage Exil-CDU und Oder/Neiße aus der jetzigen Satzungsänderung ausgeklammert bleiben muß, weil wir diese Geschichte vernünftig bis Braunschweig nicht regeln können. Wir können in Braunschweig alles andere brauchen als in dieser Frage einen großen Krach. Der Delegiertenschlüssel bedeutet, die Relation der Delegierten im Verhältnis zur Mitgliederzahl und zur Wählerzahl festzustellen. – Das Wort hat Herr Seebohm.

Seebohm: Wenn wir die Exil-CDU und die Oder/Neiße ausklammern – wofür ich sehr bin –, dann dürfen wir die anderen Stimmen nicht ändern. Es müßte dann eine Gesamtänderung der Delegierten ermöglicht werden. Das sollte man nicht tun, bevor nicht grundsätzlich das Problem geklärt wird. Können wir nicht die Frage des Delegiertenschlüssels zurückstellen bis zu einem späteren Zeitpunkt? Wir sind in den niedersächsischen Landesverbänden in einer gewissen Umorganisation. Wir müssen die Leute erziehen. Wir haben sie als Wähler gewonnen. Wir müssen sie jetzt nach und nach als Mitglieder herüberziehen. Wenn man jetzt den niedersächsischen Landesverbänden niedrigere Zahlen zumißt, als es ihrem Wahlergebnis entspricht, würde man uns den weiteren Aufbau erschweren. Wir sollten überlegen, ob wir das bei dem nächsten Parteitag machen können.

Kraske: Ich glaube, daß Herr Seebohm recht hat, daß diese beiden Bestimmungen im Zeitpunkt ihres Inkrafttretens gekoppelt werden müssen. Es ist in der Tat so, daß sich sonst das prozentuale Ergebnis der Delegierten der Landesverbände zu den 95 Delegierten Oder/Neiße und Exil-CDU verändern würde. Das Gewicht der Landesverbands-Delegierten würde sinken, weil es weniger würde. Deswegen muß man das aufschieben bis zum Zeitpunkt, wo die andere Frage geklärt ist.

Heck: Herr Russe!

Russe: Eines leuchtet mir nicht ganz ein. Wenn wir in Braunschweig den Delegiertenschlüssel und die Frage Exil-CDU und Oder/Neiße nicht lösen wollen, wann soll das denn gelöst werden? Wenn wir in Braunschweig mit dem alten Delegiertenschlüssel die Neuwahl vornehmen und das Parteiengesetz am 1. Januar 1969 in Kraft treten soll, wann soll der neue Bundesvorsitzende und das übrige Präsidium neu gewählt werden? (*Gradl:* Auf dem ersten Parteitag nach dem 1. Januar 1969.) Ist das eindeutig geklärt? Ich möchte das geklärt wissen, nicht daß wir dann plötzlich dastehen am 1. Januar und keinen juristisch einwandfrei gewählten Vorstand haben.

Heck: Nur dann, wenn zu dem Zeitpunkt, zu dem wir unseren Parteitag abhalten, das Parteiengesetz in Kraft wäre und wenn absolut sicher wäre, daß die Delegierten der Exil-CDU nicht stimmberechtigte Delegierte sein könnten nach dem Parteiengesetz

– was so absolut sicher auch nicht ist –, wäre der Parteitag handlungsunfähig, wenn er so zusammengesetzt ist, wie es das alte Statut vorsieht.

Kraske: Handlungsunfähig ist er ohnehin nicht, weil diese Bestimmungen des Parteiengesetzes auch nach Verabschiedung 1969 in Kraft treten.

Heck: Also dann fällt es überhaupt flach.

Dr. Barzel erscheint wieder.

Wir sind folgendermaßen verblieben, Herr Kollege Barzel. Es ist der Antrag gestellt worden, daß man die Änderung des Delegiertenschlüssels zugunsten der Mitglieder zurückstellen und zusammen erst satzungsmäßig regeln soll, wenn das Problem der Exil-CDU und Oder/Neiße geregelt wird. Beim Problem der Exil-CDU habe ich eingangs gesagt, daß die Aussprache heute vormittag ergeben hat, daß dieses Problem zweckmäßigerweise in Braunschweig nicht zur Lösung drängt, weil es vernünftig nicht geregelt werden kann.

Es wäre also jetzt abzustimmen. Wer der Auffassung ist, daß der Delegiertenschlüssel erst zusammen mit der Regelung des Problems Exil-CDU und Oder/Neiße neu gefaßt werden soll, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Gegen eine Stimme angenommen.

Barzel: § 27 wird dann zurückgestellt und auch die Exil-CDU-Probleme.

Dann haben wir aus meiner Sicht die politisch wichtigen Fragen zu erörtern. Mir scheint die letzte politische Frage das weitere Verfahren zu sein, d. h. ob wir noch einmal zusammenkommen sollen in einer Redaktionskommission. Bevor ich dazu komme, möchte ich die Frage an den Vorstand stellen, ob noch eine der Sachfragen jetzt von solchem Range ist, daß sie hier erörtert werden muß. – Das Wort hat Herr Kohl.

Kohl: Nur eine kleine Anregung! Auf Seite 10 ist beim § 15 aufgeführt, daß es auch Bezirksverbände gibt. Das haben wir in vielen Landesverbänden. In einem späteren Paragraphen ist ein Wahlkreisverband erwähnt. Ich würde bitten, das hier einzufügen; denn die Geschäftsführer sind häufig auf der Ebene des Wahlkreises angestellt.

Barzel: Herr Kohl schlägt vor, im § 15 hinter Kreisverbände auch die an anderer Stelle ohnehin genannten Wahlkreisverbände einzufügen.

Kraske: Hier steht aber „oder ähnlich gearteten Verbänden". (*Kohl:* Sie haben alles aufgezählt; dann können Sie auch die Wahlkreisverbände aufzählen.)

Barzel: Also, Einfügung des Wortes „Wahlkreisverband"? Einverstanden! – Herr Stecker!

Stecker: Dann muß im § 15 Absatz 3 gesagt werden, daß diese Verbände zum Tragen kommen. Es steht da: „Der Kreisverband ist zuständig für alle organisatorischen Fragen usw." Es müßte noch hinein: oder in dessen Auftrag des entsprechenden Bezirksverbands oder Wahlkreisverbands. So etwas ähnliches müßte hinzukommen.

Barzel: Ist das möglich, Herr Kraske?

Kraske: Keine Bedenken! Aber ich halte es nicht für nötig, daß das im § 15 steht. (*Lebhafte Unruhe.*)

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich würde nun empfehlen, zunächst die Verfahrensfrage vorwegzunehmen. Wenn wir jetzt nur noch Fragen dieser Größenordnung haben, dann können die natürlich in einem Gremium beraten werden. – Bitte sehr!

Dittmar: Zu dem § 4 auf Seite 3 „Mitglied der Christlich-Demokratischen Union kann jeder Deutsche werden ..." habe ich die konkrete Frage, ist dieser Vorstand der Meinung, ob auch jemand Mitglied der Christlich-Demokratischen Union werden kann, der angibt, keiner Konfession anzugehören? (*Zurufe:* Natürlich!)

Heck: Wenn er die Ziele der CDU zu fördern bereit ist, ja.

Kraske: Diese Frage ist natürlich mehrfach vorgekommen, und zwar bei Dissidenten, Mohammedanern, Buddhisten und Juden. Hier ist immer so entschieden worden, daß man auch solchen Bürgern, die keiner christlichen Konfession angehören, die Möglichkeit zur Mitarbeit geben muß, wenn sie sich bereit erklären, die politischen Ziele dieser politischen Partei zu fördern. Herr Dittmar, wir kommen in eine zugegebenermaßen sehr schwierige Position, wenn solche Leute zu höheren Würden gelangen sollten. Dafür gibt es nach meiner Kenntnis einen Präzedenzfall; als in einem Wahlkreis ein aus der Kirche ausgetretener Mann als Bundestagskandidat aufgestellt werden sollte, der dann mit der Begründung, daß er aus der Kirche ausgetreten sei, sehr stark angefeindet wurde. Er bat dann die unglückliche Bundespartei um ein Gutachten.[41]

Dieses Gutachten haben wir damals in etwa folgender Form abgefaßt: Die Mitgliedschaft in solchen Fällen sei völlig unbestritten, aber ein Bundeskandidat dieser Partei müsse für die potentiellen Wähler dieser Partei wählbar sein. Und wenn ein Kandidat – es hat irgendwelchen Krach gegeben, er war ein halbes Jahr vorher aus der Kirche ausgetreten – mit großer Wahrscheinlichkeit einen beträchtlichen Teil der CDU-Wähler davon abhielte, die CDU zu wählen, dann sei es nicht zumutbar, ihn aufzustellen. Anders kommen wir aus dieser Sache nicht heraus. Wir können hier keine prinzipiellen Festlegungen treffen, bis zu welcher Ebene Dissidenten zugelassen seien, und von welcher Ebene sie nicht mehr zugelassen werden.

Seebohm: Es gibt sehr viel schlimmere Dinge als die, daß jemand aus der Kirche ausgetreten ist oder nicht, nämlich das Verhalten in einer gewissen Zeit gegenüber der Kirche. Wir haben z. B. in der niedersächsischen Landtagsfraktion einen Herrn, von dem nachweislich ist, daß er während dieser Zeit in Kattowitz Leute angezeigt hat, die Heiligenbilder in ihr Schaufenster gestellt haben. (*Unruhe und Bewegung. Zum Teil Heiterkeit. – Zuruf:* Der ist bekehrt!) Nein, der ist nicht bekehrt und nicht geläutert, aber der ist einer anderen Konfession beigetreten.[42] (*Barzel:* Wer will das beurteilen? – *Weiterer Zuruf:* Das macht der liebe Gott.) Wenn wir in dieser Weise so eng wären, dann müßten wir in den anderen Fragen noch viel enger sein. Wir müssen hier etwas weiter denken. (*Dittmar:* Ich habe keinen Antrag gestellt.)

Barzel: Herr Ernst Lemmer!

41 Nicht zu ermitteln.

42 Gemeint ist der am 17. Februar 1912 in Kattowitz geborene Helmut Kostorz (1959–1967 CDU-Landtagsabgeordneter). Vgl. auch Nr. 16 Anm. 83.

Lemmer: Wichtiger ist das Bekenntnis zu unserer Christlichen-Demokratischen Union. Das muß uneingeschränkt gewährleistet sein. (*Anhaltende starke Unruhe.*) In Berlin ist der Älteste der Jüdischen Gemeinde bei uns Abgeordneter gewesen acht Jahre lang.[43] Er hat sich dem Gründungsaufruf damals angeschlossen. Jetzt bitte ich Sie, das nicht so wörtlich zu nehmen, wie ich es sage, sondern vielleicht mit etwas gütigem Humor. Ich habe der zur Zeit obersten Repräsentanz meiner Kirche kürzlich gesagt, daß ich mir überlegen müsse, aus der Kirche auszutreten, um mir offenzuhalten, einer anderen religiösen Gemeinschaft mich anzuschließen, wenn es so weiterginge, daß der Pfarrernachwuchs in meiner Kirche kommunistische Propagandaarbeit leiste. (*Von Hassel:* Sie wohnen doch nicht in Flensburg!) Sie wissen nicht, wo das überall möglich ist. Ich würde dann aus der Partei herausgeworfen werden, (*Heiterkeit.*) so daß ich mir erst einmal überlegen müßte, wohin ich mich wenden soll. (*Heiterkeit und Unruhe. – Zuruf:* Wohin soll ich mich wenden?)

Glup: Ich würde vorschlagen, einmal darüber nachzudenken, ob hier nicht eine generelle Regelung möglich ist wegen der Parteimitgliedschaft. (*Zurufe:* Nein, nein!)

Barzel: Das Wort hat Herr Heck.

Heck: Ich meine, man muß dringend abraten, daß in einer Satzung zu erfassen, weil die Verhältnisse außerordentlich verschieden sind. Es gibt Bereiche, wo diese Wählergemeinschaften sich gar nicht gegen die CDU richten, sondern wo die Wählergemeinschaften der Weg sind, wo die CDU eine große Mehrheit in den Gemeinden bekommt. (*Glup:* Aber nicht gegen den Willen der Partei.) Aber nicht im Statut!

Barzel: Meine Damen und Herren. Die Frage ist damit erledigt. – Herr Russe!

Russe: Warum werden im § 16 die einzelnen Landesverbände aufgeführt? Die unten stehende Kommentierung überzeugt mich nicht. (*Zuruf:* Das ist doch schon einmal beantwortet worden.)

Kraske: Herr Russe, ich habe dazu gesagt, wenn wir sie nicht einzeln aufzählen, müssen wir hineinschreiben: Bundesrepublik ohne Bayern. Das wäre keine sehr freundliche Formulierung. Zweitens heißt es am Schluß (*Starke Unruhe. – Glocke des Vorsitzenden.*) § 16: „Die Bildung neuer Landesverbände ist nur im Einvernehmen mit der Bundespartei möglich." Das ist wörtlich aus dem früheren Statut übernommen. Ich glaube, daß diese Bestimmung impliziert, daß in der Satzung festgehalten ist, welche Landesverbände es überhaupt gibt.

Barzel: Das ist klar.

Russe: § 29 Seite 23! Dort wird den Vorsitzenden der Bundesfachausschüsse nur noch beratende Stimme zugeordnet. Warum ist das gewollt?

---

43 Siegmund Weltlinger (1886–1974), Bankkaufmann; 1925 Börsenmakler, 1938 Ausschluß aus der Börse durch die Nationalsozialisten und Inhaftierung im KZ Sachsenhausen, 1939–1942 Angestellter bei der Jüdischen Gemeinde Berlin, 1943–1945 Leben in der Illegalität, 1946 CDU, 1949–1970 Gründungsmitglied der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Berlin und ihr Vorsitzender, 1959–1967 MdA Berlin, 1961 Ernennung zum Stadtältesten von Berlin.

Kraske: Das Parteiengesetz schreibt auch für den Bundesausschuß und Ausschüsse ähnlicher Art auf Landes- und Kreisebene ein bestimmtes Verhältnis zwischen gewählten und geborenen Mitgliedern vor. Wir haben geglaubt, weil die Bundesfachausschüsse Beratungsgremien der Vorstände oder des Parteiausschusses sind, sollten ihre Vorsitzenden auch nur eine beratende Stimme haben, wenn sie nicht von den Landesverbänden im Rahmen dieser 90 delegiert sind. Wenn wir sie mit vollem Stimmrecht aufnähmen, würde das z. B. eine zahlenmäßige Beschränkung unserer Fachausschüsse bedeuten, weil wir sonst über das Fünftel hinauskommen.

Russe: Die Ziffer c des § 30 „fällt einer der Vorsitzenden oder ein anderes Mitglied des Präsidiums während der Amtszeit aus usw." setzt mich einigermaßen in Erstaunen.

Kraske: Wir haben dazu folgendes überlegt: Wenn man eine solche Bestimmung nicht hat und man hat vier Stellvertretende Vorsitzende, von denen einer plötzlich ausfällt, dann müßte theoretisch ein Außerordentlicher Parteitag einberufen werden, um den neu zu wählen. Ich weiß nicht, ob es im Interesse der Partei liegt, allein die Kosten für einen solchen Außerordentlichen Parteitag aufzubringen.

Wenn wir ein Gremium haben, das ein Viertel bis ein Drittel der Zahl der Parteitagsdelegierten umfaßt und außerdem nach seiner Zusammensetzung eine unbestreitbare Repräsentanz der Landesverbände und Vereinigungen abgibt, nun weniger Zuständigkeiten bekommen soll, indem man ihm diese Rechte nimmt, dann muß man sich fragen, wozu ist es eigentlich noch da? Hier sollte man bei der alten Praxis bleiben, die fast wörtlich aus dem alten Statut übernommen worden ist. (*Zuruf:* Wir haben vier Stellvertretende Vorsitzende gewählt, aber bei der Reform war nur an einen Stellvertreter gedacht.) Es gibt in der Vergangenheit eine Reihe von Fällen, wo von den vier Stellvertretern oder früher von drei Stellvertretern einer ausgefallen ist, der der Repräsentant einer bestimmten Gruppe war. Diese Gruppe konnte oder wollte man nicht bei einem einjährigen oder zweijährigen Turnus über ein Jahr lang nicht vertreten sein lassen. Deswegen ist diese Bestimmung auch dann nötig, wenn es mehr als einen Stellvertretenden Vorsitzenden gibt.

Barzel: Insgesamt zeigt sich, daß zwar alles überlegt ist, daß aber doch noch etwas dazu gesagt werden kann. – Herr Russe!

Russe: Wie ist es mit dem Abstimmungsmodus auf dem Parteitag? (*Kraske:* § 43 Absatz 2.) Das ist genau das Problem. Hier scheinen wir uns dem Verfahren zu nähern, das in der Fraktion praktiziert wird, aber sonst im allgemeinen nicht üblich ist. Ich frage mich, ob diese Wahl in einem solch großen Gremium mit dieser Bedeutung wirklich angebracht ist. Wir kennen die Vorteile und die Nachteile der anderen Wahl, aber ich frage mich, warum sollen wir jetzt plötzlich bei einer Satzungsänderung auf ein neues Verfahren umschwenken, nachdem das alte Verfahren bisher immer gut gelaufen ist?

Barzel: Das steht im großen Zusammenhang mit dieser Satzung. Ich habe vorher am anderen Ort davon gesprochen, daß wir ein Stück Neuland für die Union betreten. Denken Sie an das Beispiel von linksrheinisch und rechtsrheinisch. Um das nach Kräften zu mildern, haben wir diese Norm für die Art der Abstimmung.

Was passiert sonst? Dann müssen wir über einen nach dem anderen abstimmen. Dazu brauchen wir allein eine ganze Woche. Oder aber – das kennen wir doch – es wird in

anderer Weise kumuliert. Jeder mit Betriebswahlen Erfahrene weiß doch, wenn man zehn Stimmen hat, dann gibt man nur zwei – die anderen nicht – für seine Leute ab.

Das wollten wir hier ausschalten. Wenn wir das nicht machen, denken Sie bitte an die Repräsentanz aller – ich will gar nicht die Damen angucken – und an die Unmöglichkeit der Kooptation. Ich glaube, diese drei Dinge gehören zusammen, weil wir in einem Übergang sind.

Russe: Herr Barzel, Sie haben sicherlich recht, aber auch unrecht. Sie wissen doch selbst, wie die letzte Fraktionsvorstandswahl ausgegangen ist.[44] Hier zwingen Sie, die bestimmte Zahl von Leuten, die in den Vorstand gewählt werden sollen, auf jeden Fall anzukreuzen. Man kann sich also gar nicht enthalten. (*Windelen:* Die Auswahl ist doch groß genug!) Das wissen Sie doch nicht. Wenn Sie 15 haben, können Sie nicht auswählen, Herr Kollege Windelen. Die Vorteile und die Nachteile sind uns bekannt. Ich bin jedenfalls der Meinung, daß das aufgrund einiger Erfahrungen in der Union nicht gerade die günstigste Lösung ist.

Kohl: Ich möchte sagen, daß das Verfahren, wonach das sogenannte Mauern ausgeschlossen wird, vieles für sich hat. Meine Bedenken sind rechtlicher Art, gerade auch hinsichtlich des Parteiengesetzes. Ist das geprüft worden? Das ist meine Frage.

Kraske: Es ist nicht durch juristische Gutachten geprüft worden, weil wir zu dem Ergebnis gekommen sind nach sehr langen Überlegungen daß, wenn der Parteitag selber ein solches Verfahren annimmt und mit statutenändernder Mehrheit beschließt, dies akzeptabel ist. Es hat natürlich auch Nachteile, Herr Russe, aber wenn Sie nicht einmal – im Gegensatz zur Fraktion – auf drei oder vier Plätzen die Möglichkeit haben, durch Kooptation auszugleichen, dann können wir als Union es nicht riskieren, daß es hier durch Blindstimmen oder Mauern – wie das manche nennen – zu einer völlig unrepräsentativen Zusammensetzung kommt. Dann ist die klare Alternative zu dieser Lösung, daß alle 15 einzeln gewählt werden müssen. Und davor bewahre uns wirklich der Himmel, daß wir 30 Wahlgänge auf einem Parteitag bekommen.

Barzel: Herr Mikat! (*Mikat:* Ich stimme Herrn Kraske zu.) – Herr Gradl! (*Gradl:* Auch ich will nur unterstreichen, was Herr Kraske gesagt hat.) – Herr Russe!

Russe: Herr Kollege Kraske, die Fraktion hat uns aber auch bewiesen, daß das umgekehrte Verfahren, wie wir es bisher praktiziert haben, sehr sinnvoll ist. Sie haben selbst gesagt: Wir haben hier keine Kooptationsmöglichkeit mehr. Da hatten wir sie noch. Hätten wir sie nicht gehabt, dann wären gewisse Gruppen im Fraktionsvorstand überhaupt nicht mehr vertreten gewesen. Ob das dem Unionscharakter der CDU letztlich zuträglich ist, wenn auf dem Parteitag etwas Ähnliches passieren würde, wage ich zu bezweifeln.

Heck: Herr Russe, man muß folgendes bedenken. Bei der Wahl zum Fraktionsvorstand ist trotz dieser Vorsichtsmaßnahme (*Barzel:* So muß man es sehen!) nicht alles so

44 Zur Wahl zum Fraktionsvorstand am 7. Dezember 1965, vgl. CDU/CSU-Fraktionsprotokolle S. 1643–1647. Vgl. auch „Stuttgarter Zeitung" vom 10. November 1965 „Die neue Führungsspitze der CDU/CSU-Fraktion. Kampfabstimmungen bei der Wahl der Arbeitskreisvorsitzenden".

ausgefallen, wie man es gewünscht hat. Wie aber die Wahl ausgefallen wäre, wenn der Wahlmodus nicht so wäre, das ist überhaupt nicht auszudenken. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Es ist doch keine Frage, wir müssen etwas darauf sehen, daß wir einigermaßen ausgewogen sind. Was kann man tun? Man kann vom Vorstand auch nur versuchen, einen Vorschlag zu machen, der alles das, was notwendig ist, auch berücksichtigt. Nach aller Erfahrung haben die 15 oder 20, die hier vorgeschlagen werden, einen gewissen Vorteil gegenüber denen, die erst vor dem Wahlverfahren als weitere Vorschläge genannt werden.

Das einzige, was hier in dieser Richtung wirksam wird, ist doch, daß man einigermaßen ausgleichen kann. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das andere Verfahren mehr Chancen haben sollte, um hier zu einer Ausgewogenheit zu kommen.

Stingl: Die Wahl in der Fraktion hat uns aber auch gezeigt, daß Leute, die die absolute Mehrheit hatten, nicht hineinkamen. Das ist also unter Umständen die Folge. Das ist auch sehr mißlich. Vielleicht kann man bei 16 Stimmen nur ¾ nehmen oder etwas Ähnliches. In der Fraktion war es sehr mißlich, daß es welche gab, die die absolute Mehrheit hatten, die aber dennoch nicht zum Vorstand gehören.

Barzel: Das kann passieren. Das muß man abwägen. Herr Kraske hat in einem Punkt unbestritten recht, es gibt sonst nur die Methode einen nach dem anderen zu wählen, und das dauert ewig lange.

Darf ich fragen, wie es weitergehen soll? – Zunächst, Herr Kraske, bis wann müssen die Delegierten die Satzungsänderungen in Händen haben?

Kraske: Nach dem § 6 unserer Geschäftsordnung wird über Parteitage – der Abschnitt heißt „Parteitag" – folgendes vorgeschrieben: „Anträge an den Parteitag sind dem Parteivorstand zuzuleiten und müssen schriftlich bis spätestens 14 Tage vor dem Termin der Tagung bei der Parteigeschäftsstelle eingegangen sein. Zusatz- und Entschließungsanträge zu Tagesordnungspunkten können auch während der Tagungen gestellt werden."[45]

Ich glaube, daß hierfür Satz 1 gilt. Wenn wir den Satz 1 großzügig auslegen, dann bedeutet das, daß die Satzungsvorlage in der Form, wie der Vorstand oder das Präsidium sie dem Parteitag präsentieren wollen, 14 Tage vor dem Parteitag, d. h. am 7. Mai, bei der Geschäftsstelle vorliegen muß, so daß sie am 8. Mai an die Delegierten versandt werden kann.

Die Frage ist, inwieweit der Vorstand, der hier eine begrenzte Souveränität hat, unter besonderen Umständen – die allein wegen der Verschiebung dieser Vorstandssitzung sicher gegolten haben – diese Frist abändern will. Ich würde um eines sehr herzlich bitten – und ich glaube, Sie werden mir das alle bestätigen –, wir erschweren die Annahme irgendwelcher Statutenänderungen sehr, wenn wir sie den Delegierten erst auf dem Parteitag vorlegen. Es sollte den Delegierten diese Vorlage vorher mit der Post zugegangen sein, weil wir sonst eine Opposition an Stellen bekommen, wo sie an sich nicht nötig ist. Auf die 14-Tage-Frist kommt es dabei sicher nicht entscheidend an, zumal sie für

45 Vgl. STATUT DER CDU S. 9.

den Eingang in meinem Büro – streng genommen – gilt und nicht für den Eingang bei den Delegierten.

Scheufelen: Es muß doch Gelegenheit gegeben werden, das den Landesverbänden zuzuführen, sonst kriegen wir Ärger, weil sie sich überfahren fühlen. Ich habe heute morgen gesagt, ich bezweifele es, daß wir es noch termingerecht in die Landesausschüsse kriegen. Nun scheint es so zu sein, daß wir es noch schaffen. Es ist notwendig, daß es bei den einzelnen Landesparteien in der nächsten Woche vorliegt, weil ja noch die Landesausschüsse zusammentreten müssen.

Barzel: Wir hatten ja vorher angeregt in unserem Bericht, in einer besonderen Sitzung des Präsidiums plus Vereinigungs-Vorsitzenden und Landesvorsitzender eine redaktionelle Lesung vorzunehmen. Wir müssen irgendeinen Ort haben, wo man die eine oder andere Personalie noch besprechen kann. Das gehört ja auch zu unserem Pflichtenkreis.

Heck: Ich bin kein Fachmann in Geschäftsordnungsfragen, aber eine Bemerkung von Herrn Kraske läßt mich doch folgendes überlegen. Könnte man nicht davon ausgehen, daß die Satzung, wie sie jetzt beraten ist, der Bundesgeschäftsstelle zugeht und dort nach der Geschäftsordnung als Eingang geführt wird, und daß alles Übrige, was von den Landesverbänden zu bemerken ist, behandelt wird wie Änderungsanträge nach der Geschäftsordnung? Damit müßte man doch hinkommen. (*Zurufe:* Das ist durchaus möglich!)

Barzel: Das wäre großartig. Dann sind die Fristen gewahrt. (*Stingl:* Die heutigen Beschlüsse sind Vorlage!)

Kraske: Sie sind gleichzeitig bei allen Vorstandsmitgliedern heute eingegangen, also schon über die Geschäftsstelle hinaus weiterversandt. (*Russe:* Was ist denn alles geändert? Das haben doch alle nicht mitgekriegt. – *Starke Unruhe.*)

Barzel: Herr Russe!

Russe: Ich bitte darum, die Änderungen nur an die Landesvorsitzenden zu senden, aber um Gottes Willen nicht an die Delegierten; denn wenn die zu dem ersten Papier Änderungen bekommen, was meinen Sie, was dann los ist. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Mikat: Wir haben eigentlich erst heute hier eine Vorlage erarbeitet. Also nur das, was wir heute verabschiedet haben – nicht das, was der Beratung zugrunde liegt – geht Herrn Kraske zu. Das ist die Vorlage im Sinne der Geschäftsordnung, die Ihnen zugegangen ist. Dann haben Sie die Möglichkeit, das wegzuschicken.

Kraske: Den Erfordernissen der Geschäftsordnung ist zweifellos Genüge getan. Diese Geschäftsordnung schützt aber – wenn man so will – nur den Vorstand und die Exekutive, aber nicht die Delegierten. Über die steht nämlich hier nichts drin.

Deswegen meine Frage, ist es sinnvoll, jetzt den Delegierten diese heutige Beschlußfassung zu schicken, bevor sie nochmals von der Kommission überarbeitet wird? Ich würde davon abraten. Das gibt nämlich nur Verwirrung. Deshalb möchte ich folgendes empfehlen: Die Landesvorsitzenden haben den Grundtext mit den heute gemachten Änderungen. Sie sind ihrerseits von heute bis zum 21. Mai in der Lage, darüber in ihren Landesverbänden zu sprechen. Die offizielle Versendung an die Delegierten sollte erst

dann erfolgen, wenn sie in dieser Redaktionskommission oder Landesvorsitzendenkonferenz endgültig beschlossen ist. Ich möchte annehmen, daß es für die Delegierten genügt, wenn es eingeht in der Woche zwischen Pfingsten und dem Parteitag, und zwar möglichst unmittelbar nach Pfingsten.

Barzel: Hier stellt sich die sehr wichtige Frage, ob eine Kommission oder ein neues Gremium, das hier tagt, wieder alles in Frage stellen kann, was der Vorstand beschlossen hat. (*Zurufe:* Nein!) Das kann ja wohl nicht gehen. Es geht nur um die Redaktion. (*Zustimmung.*) – Herr Seebohm!

Seebohm: Ich wollte genau das sagen, was eben ausgeführt worden ist, daß nämlich das herausgeht, was wir heute beschlossen haben. Ich würde aber bitten, man sollte dieses Papier den Leuten schon vor Pfingsten schicken, denn nach Pfingsten ist es vielleicht zu spät. (*Scheufelen:* Ich würde es gleich wegschicken.)

Barzel: Wir können wohl so verfahren. (*Zuruf:* Wäre es nicht ratsam, eine Frist für neue Anträge zu setzen?)

Russe: Nach der Geschäftsordnung müssen sie während des Parteitags vorgelegt werden.

Barzel: Meine Damen und Herren! Mir scheint sich jetzt folgendes Bild zu ergeben: Zunächst sind die Sachen eingegangen bei Herrn Kraske und bei uns. Zweitens wird die Bundesgeschäftsstelle Streitfragen mit Herrn Heck, Herrn Dufhues und mir – die wir in der Kommission waren – klären. Dann wird ein geläuterter Text, den Beschlüssen von heute entsprechend, den Mitgliedern des Vorstands und allen Landesparteien und Delegierten zugestellt.

Es stellt sich dann die Frage, ob, wer, wann zusammenkommen soll, um nun diese Satzung ein bißchen auszufüllen mit personellem „Fleisch". Das müßte ja vorher gemacht werden. Wenn das erst in Braunschweig beginnt, dann wird das ganz schrecklich. Es bietet sich nach unserer Kenntnis als einzige Möglichkeit an, weil wir ja den Bundeskanzler dazu brauchen, der kommende Montag, 10.30 Uhr. (*Heck:* Der Herr Bundeskanzler hat einen Termin in Köln; er kommt aber 20 Minuten später.) Das schadet nichts. Wie groß soll der Kreis sein? (*Unruhe. – Seebohm:* Man sollte es konzentrieren auf das eigentliche Präsidium, welches die personellen Vorschläge für Braunschweig ausarbeitet.) – Herr Kohl!

Kohl: Ein solches Verfahren halte ich für ganz ausgeschlossen. Sie müssen doch die Landesvorsitzenden hinzunehmen. (*Russe:* Und die Vorsitzenden der Vereinigungen!) Gut, einverstanden! Sie bringen doch auch das Präsidium in eine ganz schiefe Lage angesichts des Sachauftrages.

Von Hassel: Ich halte auch das Präsidium für das ungeeignetste Gremium, personelle Vorschläge zu machen. Was soll man in diesem Präsidium vorschlagen? Nach meinem Dafürhalten geht es nur, wenn die Landesvorsitzenden und die Vorsitzenden der Vereinigungen zusammenkommen und dazu ein Teil des Präsidiums. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Ich bin schon der Auffassung, daß die Landesvorsitzenden und die Vorsitzenden der Vereinigungen dabeisein sollten, damit das, was beschlossen ist, auch eine genügend breite Unterstützung hat. Das Präsidium darf in dieser Frage auch nicht in der

Weise abdanken, daß es lediglich durch ein Mitglied vertreten ist. (*Lücke:* Es muß auch unangenehme Dinge tun!) Deshalb mein Vorschlag: Präsidium plus Landesvorsitzenden und Vorsitzenden der Vereinigungen.

Barzel: Es wird also vorgeschlagen: Montag, 10.30 Uhr, und zwar das Präsidium mit den Landesvorsitzenden und den Vorsitzenden der Vereinigungen.

Kraske: Soll man für die Landesvorsitzenden und die Vorsitzenden der Vereinigungen die Möglichkeit der Vertretung offenlassen; was im Vorstand nicht gilt, aber hier doch empfehlenswert wäre? (*Heck:* Das sollte man tun.)

Barzel: Einverstanden! Wo wollen Sie tagen? (*Zurufe:* Hier!) Hier geht es, glaube ich. Ich habe hier zwar nichts zu sagen, aber wir können es mal feststellen. (*Von Hassel:* Kann man nicht in die Nassestraße gehen?) Also, am Montag um 10.30 Uhr hier. Damit können wir die Erörterung der Satzungsfragen beenden. Herzlichen Dank an die Damen und Herren, die hier so lange ausgehalten und an die Damen und Herren, die die Vorarbeit geleistet haben! – Herr Burgbacher!

Bundesparteibeitrag

Burgbacher: Mit Rücksicht auf die Zeit möchte ich mich kurz fassen. Es handelt sich darum, daß wir den Bundesvorstand bitten zuzustimmen, daß wir dem Bundesparteitag den Antrag vorlegen, ab 1. Juli 1967 pro Mitglied und Monat 0,50 DM – im Jahre 6,00 DM – an die Bundespartei abzuführen. Die Begründung liegt darin: Wir sind ziemlich sicher, daß wir die Bundestagswahlkämpfe durch das Parteiengesetz und die Landtagswahlen durch die Ländergesetze – die überall glatt laufen, außer in Hessen – finanziert bekommen, die laufenden Ausgaben aber nicht gedeckt sind. Wir sind gegenüber dem Bundesverfassungsgericht verpflichtet, glaubhaft zu machen, daß wir für die laufenden Ausgaben auch laufende Einnahmen haben, dafür aber nicht die Mittel für die Bundestagswahlkämpfe verwenden dürfen.

Mit diesen 6,00 DM kämen 1,8 Mio. DM für den laufenden Aufwand in Betracht. Diese 1,8 Mio. genügen auch für einen reduzierten laufenden Aufwand nicht, aber wir rechnen noch mit Spenden, obwohl wir uns da nur wenig Illusionen machen dürfen. Wir rechnen noch mit einer gewissen Entlastung auf dem Gebiet der politischen Bildungsarbeit durch die Konrad-Adenauer-Akademie[46], wenn diese aus anderen Bundesmitteln erhöhte Zuwendungen bekommt, wofür begründete Aussicht besteht. Der Finanzausschuß unserer Partei hat es gut geheißen. Das Gespräch mit den Landesvorsitzenden ist im Ergebnis auch so verlaufen. Wir bitten heute um die Zustimmung des Bundesvorstands.

Es ist auch erörtert worden, wie die Anteile der Landesverbände an den Bundestagswahlkämpfen geregelt werden. Die Regelung ist dadurch gefunden worden, daß 1,00 DM pro CDU-Wähler an die Landesverbände aus Bundesmitteln bezahlt wird. Daraus

46 Die 1955 gegründete „Gesellschaft für Christlich-demokratische Bildungsarbeit e. V." mit Sitz in Eichholz bei Wesseling benannte sich 1964 um in Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Vgl. Beaugrand S. 21–36.

ergibt sich in einer Vierjahresperiode eine Zahlung von rund 12 Mio. der Bundespartei an die Landesverbände, auf der anderen Seite sind es viermal 1,8 = 7,2 Mio., die die Mitglieder an die Bundespartei für die laufende Finanzierung zahlen. Das ist nach meiner Meinung eine Regelung, die sowohl nach der Zumutbarkeit wie nach der Notwendigkeit vertretbar ist.

Wir bitten deshalb höflichst den Bundesvorstand um Zustimmung, damit wir mit einer relativ sicheren Mehrheit auf dem Bundesparteitag rechnen können. Wir haben erkennen lassen, daß wir einer Landespartei, die wegen finanzieller Schwierigkeiten in diesen 2½ Jahren nicht prompt zahlen kann, Zahlungsfristen einräumen, um somit ihrer Lage Rechnung zu tragen.

Barzel: Herr Kohl!

Kohl: Ich bin gerne bereit, diesen Vorschlag zu unterstützen, aber ich hätte gerne gewußt, Herr Burgbacher, wer von den Landesverbänden seine diesjährigen Verbindlichkeiten nicht erfüllt hat, und was Sie zu tun gedenken, wenn nicht gezahlt wird. Werden dann diejenigen bestraft, die gezahlt haben? Denn die Gelder sind weg, und die anderen zahlen nicht. Das ist also sehr relativ. Das muß ich hier einmal ganz klar sagen.

Wenn z. B. ein Landesverband nicht viele Mitglieder hat, die dazu auch fast nichts zahlen – dem einen Landesverband wird es zugemutet, dem anderen Landesverband wird es nicht zugemutet –, dann ist das für mich ein Grund, bei dieser Sache nicht mitzumachen. Ich weiß, daß beispielsweise Bundesminister und Landesminister und Persönlichkeiten, die sonst durch die Partei immerhin in beachtliche Stellungen gekommen sind, sehr unterschiedlich in den einzelnen Landesverbänden zu Sonderbeiträgen herangezogen werden. Bei uns ist das besonders hart mit diesen Sonderbeiträgen. Ich bekomme fortdauernd von den Kollegen Vorwürfe gemacht, daß anderswo geradezu paradiesische Zustände herrschen. Es geht die Fama ... (*Lemmer:* Wieviel?) Ich kann nur sagen, Herr Kollege Lemmer, mir wird berichtet, daß es bei uns – zumindest im alten Kabinett – amtierende Bundesminister gegeben hätte, die zu Hause nur 1,00 DM hätten zahlen müssen. (*Heiterkeit, Bewegung und Unruhe. – Burgbacher:* Nicht zahlen müssen, sondern zahlen dürfen! – *Zuruf:* Gezahlt haben.)

Kraske: Herr Kohl, bisher hatten die Landesverbände 10 Pfennig pro Mitglied abzuführen. Diese Beiträge sind von allen Landesverbänden einschließlich des Landesverbands Rheinland-Pfalz nicht mehr gezahlt worden, seitdem die Bundespartei mit dem Karlsruher Urteil[47] ihre Zahlungen an die Landesverbände eingestellt hat. Hier war also absolute Solidarität in der Not.

Diese 10-Pfennig-Beiträge sind erst dann wieder gezahlt worden, als die Bundespartei, ihrerseits in Millionen verschuldet, die Kündigung ihrer hauptamtlichen Mitarbeiter ankündigen mußte, wenn nicht die Landesverbände durch Einhaltung ihrer Verpflichtung die Überbrückungszahlung ermöglichten. Daraufhin haben alle Landesverbände mit zwei oder drei Ausnahmen – die tatsächlich in der noch schlechteren finanziellen Situation dieser Verbände begründet waren – ihre 10-Pfennig-Beiträge nachgezahlt.

47 BVerfG-Urteil vom 19. Juli 1966, vgl. Nr. 11 Anm. 60.

Wir sind der Meinung, daß dieser künftige Bundesparteibeitrag nicht nur ein materieller, sondern auch ein symbolischer Beitrag sein soll für die Gliederung der Partei, aber daß man es nicht bei dieser symbolischen Bedeutung belassen soll, sondern daß im Ernstfall diese Beiträge gegen die Zuschüsse der Bundespartei notfalls aufgerechnet werden müssen.

Barzel: Herr Burgbacher!

Burgbacher: Wir haben Forderungen – wenn der Bundesparteitag so beschließt – an die Landesverbände auf die 6,00 DM pro Jahr und Mitglied. Wir haben Zahlungsverpflichtungen an die Landesverbände aufgrund der Bundestagswahlkampfkosten. Zeitlich paßt das nur innerhalb der vier Jahre überein, sonst nicht. Zweckgebunden paßt es überhaupt nicht zusammen, denn die Beiträge sind für laufende Aufwendungen, und die Wahlkampfgelder sind für die Bundestagswahlkämpfe bestimmt. Trotzdem werden wir, wenn ein Landesverband nicht zahlt, zunächst bei den Wahlkampfkosten aufrechnen können, die wir an ihn zu zahlen haben – das ist keine Verletzung der Zweckbindung –, und zwar unter der Voraussetzung, daß dieser Landesverband im Bundestagswahlkampf mindestens diesen Betrag aufrechnet. Wir können es nur dann nicht verantworten, wenn der betreffende Landesverband weniger aus eigenen Mitteln oder Spenden für den Bundestagswahlkampf ausgibt, als wir ausgerechnet haben. (*Kohl:* Ihr Wort in Gottes Ohr!)

Heck: Damit kein Mißverständnis bleibt! Während unserer Aussprache mit den Landesvorsitzenden, den Landesschatzmeistern, Herrn Burgbacher, Herrn Kraske und mir war einmal davon die Rede, man sollte mit Wirkung vom 1. Januar einen Beitrag von 25 Pfennig monatlich einführen. Nachher änderte man es ab auf den 1. Juli – 50 Pfennig pro Monat für den Rest. Damit es kein Mißverständnis gibt, d. h. nicht, daß die Beitragspflicht vom 1. Januar bis 30. Juni von 10 Pfennig pro Monat und Mitglied entfällt. (*Unruhe und Bewegung.*)

Barzel: Wie heißt der Antrag von Herrn Burgbacher konkret?

Burgbacher: Ab 1. Juli 1967 führt jeder Landesverband pro Mitglied und Monat 0,50 DM an die Bundespartei ab. (*Seebohm:* Soll man nicht sagen, statt bisher 0,10 nunmehr 0,50 DM?) Man kann sagen, die bisherige Regelung mit 0,10 DM pro Monat und Mitglied besteht nur noch bis zum 30. Juni.

Barzel: Herr Kraske!

Kraske: Ich darf zum Verfahren folgendes vorschlagen: Es liegt uns daran – das ist mit den Landesvorsitzenden lange erörtert worden –, daß bewußt durch eine Entschließung auf dem Bundesparteitag dies an die Öffentlichkeit gebracht wird, um deutlich zu machen, diese Partei lebt nicht nur von Staatsgeldern, sondern sie finanziert sich auch von unten nach oben.

Nun sieht unser gegenwärtiges Statut darüber gar keine Bestimmung vor. Es kann also hier nicht um eine Statutenänderung gehen. Dieser 10-Pfennig-Beitrag steht in unserer vorläufigen Finanzordnung, die vom Bundesausschuß beschlossen worden ist.[48] Das

48 Beschlossen am 28. September 1959, vgl. STATUT DER CDU S. 13–15.

Parteiengesetz bestimmt, daß ebenso wie die Ehrengerichtsordnung auch eine Finanz- und Geschäftsordnung vom Parteitag zu erlassen ist.

Deswegen würde ich vorschlagen, der Bundesvorstand bringt auf dem Parteitag einen Entschließungsantrag ein, a) daß bis zum nächsten Parteitag dem Parteitag der Entwurf einer Finanzordnung zur Beschlußfassung vorzulegen sei, b) daß schon ab 1. 7. 1967 der Bundesparteibeitrag auf soundso viel erhöht wird.

Man läßt dann darüber durch den Bundesparteitag abstimmen. Ich wiederhole nochmals, diese Abstimmung auf dem Parteitag ist rechtlich nicht nötig, sie scheint mir aber politisch und publizistisch gerade jetzt von großer Bedeutung zu sein. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Barzel: Einverstanden! Wir kommen zum Punkt „Verschiedenes". (*Stingl:* Wie läuft denn der Parteitag ab?) Dazu ist in der Einladung das Nötigste gesagt. – Herr Kraske!

Geschäftsmässiger Ablauf des Parteitags. Verschiedenes

Kraske: Die Frage des Herrn Stingl, wie läuft der Parteitag ab, muß ich mit einer sehr ernsten Bemerkung beantworten. Wir haben nach dem Tod unseres Ehrenvorsitzenden eine Gedenkstunde innerhalb der Bundestagsfraktion gehabt. Wir haben die offiziellen Gedenkfeiern des Staates unter der Beteiligung der Partei gehabt, aber jeder von uns ist wohl der Meinung, daß auch die Christlich-Demokratische Union in einer würdigen Weise in einem großen Kreis eine Gedenkfeier für Konrad Adenauer abhalten sollte.

Wir hätten dazu sicher sehr bald nach den offiziellen Staatsakten eingeladen in die Beethovenhalle oder in die Stadthalle von Godesberg, wenn nicht der Parteitag in drei bis vier Wochen stattgefunden hätte. Wir haben uns überlegt, was kann man auf dem Parteitag tun. Ich bitte um Entschuldigung, wenn sich die Alternativen einfach zunächst einmal vom Räumlich-Organisatorischen her stellen. Die große Parteitagshalle steht uns erst ab Sonntagnacht zur Verfügung; d. h., daß es demnach drei Möglichkeiten gibt.

Wir können entweder eine Feierstunde am Sonntag abhalten, dann aber nur in einem kleineren Raum vor Beginn des Parteitags unter der Beteiligung von Vorstand und Ausschuß, aber nicht von den Delegierten, die sich ohnehin z. T. erst für Sonntag abend angemeldet haben, aber für die wir dann auch keinen Platz hätten. Ich glaube also, daß das nur eine theoretische Möglichkeit ist.

Die zweite Möglichkeit wäre, daß wir die Plenarsitzung am Montag früh, die für 9.00 Uhr angesetzt ist, mit dieser Trauerkundgebung beginnen. Das würde bedeuten, daß sich das gesamte Programm dieses Tages etwas verschiebt, daß die Sitzung unterbrochen wird; denn wir können nicht mit einer erweiterten Gedenkminute anfangen und dann übergehen zu den Grußworten des Oberbürgermeisters.

Die dritte Möglichkeit wäre die, eine für Montag abend in der Großen Halle vorgesehene öffentliche Kundgebung dazu zu benutzen, eine eigene, vom Parteitagsgeschehen abgesetzte Trauerfeier abzuhalten, zu der wir dann sogar nicht nur unsere Delegierten, sondern auch die Braunschweiger Bevölkerung einladen könnten. Die Braun-

schweiger Bevölkerung wird dann nicht in dem Umfang teilnehmen können wie bei der vorgesehenen Wahlkundgebung auf dem Rathausplatz im Freien.

Das hat allerdings zwei Nachteile: 1. beginnen wir dann den Parteitag mit einer Vormittags- und Nachmittagssitzung, bevor wir eine würdige Gedenkfeier abgehalten haben, 2. bringen wir unsere Braunschweiger Freunde um eine große Wahlkundgebung und geben statt dessen der Braunschweiger Bevölkerung nur z. T. Gelegenheit, an dieser Feier teilnehmen zu können. Darüber ist hier zu entscheiden.

Barzel: Herr Seebohm!

Seebohm: Meine Damen und Herren! Ich halte nur die zweite Möglichkeit für durchführbar, weil wir nämlich mit Rücksicht auf den Wahlkampf in Niedersachsen auf die große Kundgebung auf dem Marktplatz in Braunschweig nicht verzichten können. (*Zuruf:* Sehr richtig! – *Weiterer Zuruf:* Morgens! – *Unruhe.*) Wir können es nach meiner Meinung nur so machen, daß wir den Bundesparteitag damit eröffnen. Man kann doch den Bundesparteitag nicht eröffnen, ohne des verstorbenen Ehrenvorsitzenden zu gedenken. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir sollten also zu Beginn des Parteitags diese Feier einschalten und danach eine viertel Stunde Pause einlegen. Es würde uns nicht schlecht anstehen, wenn die Partei zeigt, daß sie sich noch in Trauer um ihren Ehrenvorsitzenden Konrad Adenauer befindet. (*Zustimmung.*)

Barzel: Meine Damen und Herren! Für mich kommt nur die zweite Möglichkeit in Frage. Wir müssen anfangen mit einer Trauerfeier für Konrad Adenauer. (*Zurufe:* Sehr wahr!) Wenn die übrige Zeitfolge im Programm ein bißchen durcheinander kommt, dann kann man das nicht ändern. Die Sache ist so wichtig, daß sie auch hier den richtigen Rang haben muß. (*Zustimmung.*) Es kann nur diese Gedenkfeier das erste Wort sein. (*Dufhues:* Einverstanden!) Wir sollten im übrigen am Montag in diesem Gremium noch einmal darüber sprechen. (*Unruhe und Bewegung.*) – Herr Seebohm!

Seebohm: Ich möchte den Antrag stellen, daß wir auf diesem Bundesparteitag Herrn Professor Dr. Erhard als Ehrenvorsitzenden bestellen. Wenn er jetzt den Vorsitz abgibt, ist das notwendig. Ich halte es aber auch für politisch sehr wichtig. Die Stimmung in der Bevölkerung für Erhard hat sich sehr stark gewandelt.

Wenn wir Herrn Erhard, nachdem er als Bundeskanzler verabschiedet ist, einfach verabschieden als Parteivorsitzenden, ohne ihm in irgendeiner Form eine Ehrung angedeihen zu lassen, wäre das unserer nicht würdig wegen der Gesamtverdienste von Ludwig Erhard um unsere Partei. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Barzel: Ich würde dies gerne am Montag besprechen und als eine Anregung aufnehmen, aber jetzt noch nichts darüber verlauten lassen; denn wenn das auf schiefem Fuß laufen sollte, ist es nicht gut. (*Seebohm:* Ich wollte es hier nur sagen, weil die Frage des Ehrenvorsitzenden sehr wichtig ist.) Natürlich, das ist klar. Wird sonst noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann danke ich Ihnen und schließe die Sitzung.

13

Braunschweig, Sonntag 21. Mai 1967

Sprecher: Amrehn, Barzel, Blank, Blumenfeld, Burgbacher, Dufhues, Etzel, Even, Fera, Filbinger, Fricke, Glup, Grundmann, Gurk, von Hassel, Heck, Hellwig, von Heydebreck, Katzer, Kiesinger, Kohl, Kraske, Lemke, Lemmer, Lücke, [Langeheine], Meyers, Mikat, Rummler, Scheufelen, Schmükker, Schröder, Seebohm, Stecker, Stingl, Vogel.

Vorbereitung des Bundesparteitags. Verschiedenes.

Beginn: 15.00 Uhr *Ende: 17.10 Uhr*

Vorbereitung des Bundesparteitags

Barzel: Meine Damen und Herren! Im Hinblick auf die Zeitknappheit wollen wir ganz pünktlich anfangen. Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler a. D. Erhard, ist im Augenblick noch verhindert. Er hat mich gebeten, die Sitzung zu leiten. Der Herr Bundeskanzler Kiesinger ist auf dem Wege von der Zonengrenze hierher.[1] Wir sollten deshalb beginnen mit unserer Arbeit.

Ich eröffne also die Vorstandssitzung und heiße Sie herzlich willkommen und wünsche uns miteinander einen guten Parteitag. Ich glaube, daß die Öffentlichkeit hinsieht auf diese Union, die nun wieder das verstärkte Vertrauen des deutschen Volkes hat, ob dieses bleibt und ob die Regeneration der Union, die spürbar ist, haltbar und dauerhaft ist und ob sie durch diesen Parteitag eine Bestätigung erfährt.

Es ist der erste Parteitag ohne Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer. Wir werden seiner morgen früh gedenken. Es ist der erste Parteitag in einer Großen Koalition, ein Parteitag, der nicht nur wichtige satzungs- und personalpolitische Entscheidungen verlangt, die bisher im Blickpunkt der Öffentlichkeit ganz vorne stehen, sondern es gibt viele wichtige politische Aussagen; denn wir sind ja politisch in mancher Hinsicht in einer schwierigen Situation.

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie um die Liebenswürdigkeit, einer zügigen Verhandlungsführung ebenso zuzustimmen, wie einer zügigen Debattenführung durch Sie selbst Vorschub zu leisten. Wir haben genau zwei Stunden Zeit. Wir sollten also den Parteiausschuß[2] nicht warten lassen.

---

1 Kiesinger war zu Besuch an der Zonengrenze bei Helmstedt, vgl. „Hannoversche Allgemeine" vom 22. Mai 1967 „Lärmattacke von drüben gegen Kiesinger".

2 Protokoll in ACDP 07-001-023/1.

Ich glaube, daß wir noch ein Wort sagen sollten – damit das nicht noch in der Debatte gesagt werden muß –, daß wir vor einer sehr wichtigen Wahl in Niedersachsen[3] stehen, daß nirgendwo steht, daß die gute Entwicklung, die wir in drei Landtagswahlen hinter uns haben, sich automatisch fortsetzen muß.

Meine Damen und Herren! Ich würde dann zunächst herzlich darum bitten, den Punkt aufrufen zu dürfen, der mit dieser Vorbereitung im Mittelpunkt der Debatte stehen wird, nämlich das Ernstmachen mit einem Stück Parteireform durch den Satzungsentwurf, den dieser Vorstand beschlossen hat. Dieser Vorstand hatte ein Gremium beauftragt, bestehend aus dem Präsidium und den Herren Landesvorsitzenden und Vereinigungsvorsitzenden, konkrete Personalvorschläge zu machen. Dieses Gremium hat zweimal getagt. Es hat außerdem eine Unterkommission eingesetzt. Über die Einzelheiten wird Ihnen Herr Kraske berichten. Ich meine nur – und vielleicht faßt das auch wieder ein Stück der Debatte zusammen –, noch folgendes sagen zu sollen: Wir hatten ein Vorgespräch um 11.00 Uhr bis 13.15 Uhr der Landesvorsitzenden und Vereinigungsvorsitzenden mit dem Präsidium.[4] Dort war eigentlich die Meinung, ohne daß man dort Beschlüsse fassen kann, daß die Verabschiedung dieser Satzung – natürlich bei Offenheit für Änderungsvorschläge durch die Delegierten auf diesem Parteitag – nunmehr erfolgen sollte, weil nämlich die Probleme nicht dadurch leichter werden, daß man sie vertagt, und daß es gut wäre, die Personaldiskussion unter uns zu beenden. Ich meine, dies könnte ein guter Beitrag dazu sein, daß die Öffentlichkeit sieht, die Union ist in einer guten Kondition.

Wenn Sie einverstanden sind, würde ich zunächst Herrn Kraske bitten, im einzelnen zu berichten, wobei ich von dem Satzungsentwurf selbst ausgehe, der ja von diesem Gremium beschlossen worden ist. Sie sind einverstanden! – Das Wort hat Herr Kraske.

Kraske: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf in Abweichung der Reihenfolge zunächst formell bitten, daß Sie den Umdruck zur Hand nehmen, der Ihnen das Präsidium dieses Parteitags vorschlägt. Ich glaube, daß wir damit hier am schnellsten zu einem Beschluß kommen. Es ist von unseren niedersächsischen Freunden vorgeschlagen worden, zum Präsidenten des Bundesparteitags nicht den Vorsitzenden des gastgebenden Landesverbands Braunschweig, sondern den Spitzenkandidaten der CDU in Niedersachsen, Herrn Langeheine[5], zu wählen und als Mitglied dieses Präsidiums folgende Damen und Herren vorzuschlagen: Frau Becker-Döring, Frau Brauksiepe, Herrn Dufhues, Herrn Ministerpräsidenten Dr. Filbinger, Herrn Dr. Gradl,

3 Am 4. Juni 1967. Ergebnis: SPD 43,3%; CDU 41,8%; NPD 6,9%; FDP 6,6%; DFU 0,8%; Sonstige 0,5%. Vgl. LEXIKON S. 743.

4 Protokoll vom 2. bzw. 8. Mai in ACDP 07-001-1401.

5 Richard Langeheine (1900–1995), Rechtsanwalt und Notar; 1948–1961 mit Unterbrechungen Mitglied des Stadtrats von Peine, 1949–1955 Mitglied des Kreistags, Bürgermeister von Peine, 1955–1970 MdL (DP, später CDU), 1955/56 Justizminister in Niedersachsen, 1956–1959 und 1965–1970 Kultusminister.

Herrn Landrat Lauenstein[6], der hier der Kandidat für die Wahlen ist, Herrn Russe, Herrn Gewandt[7], Herrn Vogel, den stellvertretenden Vorsitzenden der Jungen Union. Die Landesvorsitzenden und die Vorsitzenden der Vereinigungen empfehlen Ihnen diesen Vorschlag. Sie empfehlen Ihnen gleichzeitig, der Zusammensetzung folgender Mandatsprüfungskommission zuzustimmen – Vorsitzender: Dr. Fricke; Mitglieder: Laipold[8], Rummler, Vogt[9].

Barzel: Meine Damen und Herren! Aus praktischen Gründen ist es wichtig, das zuerst zu erledigen. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Darf ich feststellen, daß wir so verfahren können? (*Zustimmung.*) Ich bedanke mich herzlich. – Herr Kraske!

Kraske: Sie finden in Ihren Unterlagen vor sich einen roten Umdruck, der die personellen Vorschläge enthält, die die Konferenz der Landesvorsitzenden und der Vorsitzenden der Vereinigungen gemeinsam mit dem Präsidium auf der Grundlage der von diesem Vorstand gebilligten neuen Satzung erarbeitet hat. Dabei hat die Landesvorsitzendenkonferenz auf ihrer ersten Sitzung am 8. Mai[10] das Präsidium in der Ihnen hier vorgeschlagenen Zusammensetzung beschlossen, nämlich dem Parteitag zunächst die Wahl des bisherigen Bundesvorsitzenden Professor Erhard zum Ehrenvorsitzenden zu empfehlen, außerdem zur Wahl vorzuschlagen Herrn Bundeskanzler Dr. Kiesinger zum Bundesvorsitzenden, Herrn Bundesminister Dr. Heck zum Generalsekretär, die Herren Dr. Schröder, Dufhues, von Hassel und Lücke zu Stellvertretenden Vorsitzenden und Herrn Dr. Seebohm zum Schatzmeister. Dem Präsidium sollen außerdem nach dem vorliegenden Satzungsentwurf Herr Dr. Gerstenmaier und Herr Dr. Barzel kraft Amtes als Bundestagspräsident bzw. als Bundestagsfraktionsvorsitzender angehören.

Nach der Diskussion über die Stellvertretenden Vorsitzenden hat es in der Konferenz der Landesvorsitzenden eine Abstimmung über mehrere Vorschläge gegeben. Vorgeschlagen war für dieses Amt außerdem noch Herr Blank. Die Landesvorsitzenden haben außerdem auf ihrer heutigen Sitzung eine Anregung der Frauenvereinigung entgegengenommen, der sich andere Gruppen angeschlossen haben, die Zahl der Stellvertretenden Vorsitzenden auf fünf zu erhöhen und für diese fünfte Position Frau Brauksiepe vorzuschlagen. Die Landesvorsitzenden haben sich allerdings nicht in der Lage gesehen, das hier formell bereits zu beschließen, weil dieser Vorstand die Landesvorsitzenden nur beauftragt hatte, personelle Vorschläge im Rahmen des hier beschlossenen Sat-

6 Carl Lauenstein (geb. 1919), Landwirt; 1952–1972 Ratsherr der Gemeinde Bodenstedt (CDU), 1964–1972 Kreistagsabgeordneter und Landrat des Landkreises Braunschweig, 1959–1986 MdL Niedersachsen.

7 Heinrich Gewandt (geb. 1926), Kaufmann; 1949–1956 Vorsitzender der JU Hamburg, 1953–1957 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1957–1976 MdB, 1965–1975 Vorsitzender des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion.

8 In der Vorlage: Leiphold. – Otto Laipold (1919–1987), 1959–1978 Geschäftsführer des LV Westfalen-Lippe.

9 Gustav Vogt (1912–1975), 1954–1962 Landesgeschäftsführer des LV Bremen, 1962–1970 des Landesverbands Schleswig-Holstein.

10 Vgl. Anm. 4.

zungsentwurfs zu machen, und weil nur dieser Kreis die Satzung entsprechend abändern könnte von vier auf fünf.

Es ist außerdem zu berichten, daß vor der Beschlußfassung über den Vorschlag, Herrn Bundesminister Heck für das Amt des Generalsekretärs vorzusehen, eine Abstimmung im Kreise des Präsidiums der Landesvorsitzenden und der Vorsitzenden der Vereinigungen stattgefunden hat, ob der Generalsekretär dieses Amt hauptamtlich führen soll, ob man an die Übernahme dieses Amts die Bedingung knüpfen solle, daß er aus der Regierung ausscheiden müsse. Es hat darüber eine längere Debatte gegeben. Bundeskanzler Kiesinger hat mit anderen Mitgliedern dieses Kreises dringend darum gebeten, die Kombination der Mitgliedschaft im Kabinett beizubehalten, jedenfalls sie nicht auszuschließen. In der Abstimmung hat es dafür eine klare Mehrheit gegeben. Nach dieser Abstimmung ist dann auf Vorschlag von Herrn Kiesinger Herr Dr. Heck einstimmig von diesem Gremium nominiert worden.

Auf der zweiten Seite finden Sie den Vorschlag der von Ihnen eingesetzten großen Kommission – Präsidium, Landesvorsitzende, Vorsitzende der Vereinigungen – für die 20 weiteren Mitglieder dieses Vorstands. Die Landesvorsitzenden hatten eine kleine Kommission eingesetzt, die vorgestern getagt hat und die zunächst einen zahlenmäßig weitergehenden Vorschlag, nämlich 27, gemacht hat. Die Landesvorsitzenden waren heute vormittag der Meinung, daß sie diesem Vorstand einen 20er-Vorschlag präsentieren sollten, so wie ihn der Parteitag nachher als Vorschlag braucht; denn es gibt 20 Plätze zu besetzen. Es hat im Kreise der Landesvorsitzenden und Vorsitzenden der Vereinigungen heute vormittag eine Abstimmung stattgefunden. Das Ergebnis dieser Abstimmung sind diese 20 Kandidaten, die jeweils die meisten Stimmen bekommen haben. Das war der wesentliche Inhalt.

Entschuldigen Sie, ich habe noch eines vergessen. Es hat noch eine Abstimmung stattgefunden über den Vorschlag für den Bundesschatzmeister. Vorgeschlagen waren Herr Professor Dr. Burgbacher und Herr Dr. Seebohm. Diese Abstimmung hat bei den Landesvorsitzenden und Vorsitzenden der Vereinigungen eine Mehrheit für Herrn Dr. Seebohm ergeben. Auch das finden Sie in der Aufstellung.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich danke für den Bericht von Herrn Kraske. Ich glaube, daß wir im Grunde genommen vier Fragenkreise haben – das erleichtert die Debatte, falls eine Generalaussprache gewünscht wird –, nämlich erstens die Frage – die Reihenfolge ist zufällig – der Einführung einer Frau durch einen fünften Stellvertretenden Vorsitzenden. Zweitens sollten wir ein Wort sprechen über die Frage des Generalsekretärs. Das ist zwar votiert worden, aber wir lesen ja alle die Zeitungen[11] und haben den Parteitag nun vor uns. Es ist die Frage der Hauptamtlichkeit des Generalsekretärs bzw. seiner Befugnisse. Das dritte wäre dann die Frage des personellen Tableaus. Mir scheint, man muß die beiden ersten Fragen zunächst entscheiden. Dann kommt als vier-

11 Vgl. „Kölnische Rundschau" vom 9. Mai 1967 „Trotz CDU-Generalsekretär – Heck soll Minister bleiben"; „Rhein-Neckar-Zeitung" vom 10. Mai 1967 „CDU-Führungsspitze".

ter Fragenkreis noch etwaige Änderungen zur Satzung, die sich hier ergeben aus der inzwischen erfolgten internen Debatte.

Wenn Sie damit einverstanden sind, daß ich die Debatte so aufgliedere, kommen wir schneller zum Ziel. – Dann können wir so verbleiben. Dann darf ich als erstes den Wunsch unserer Damen anschneiden. Die Konferenz heute morgen hat sich mit Mehrheit dafür entschieden, Ihnen vorzuschlagen, die Satzung zu ändern auf einen fünften Stellvertretenden Vorsitzenden. Vorgeschlagen hierfür wurde die Kollegin Aenne Brauksiepe. Darf ich die Debatte zunächst über diese Frage eröffnen? – Herr Kohl!

Kohl: Ich habe heute früh für diesen Vorschlag gesprochen. Ich brauche das deswegen jetzt hier nicht zu tun. Ich habe nun folgende Frage. Mir liegt daran, daß eine Dame in das zukünftige Präsidium kommt. Deswegen die konkrete Frage, ist ein Vorschlag zu erwarten, daß wir zwei Stellvertreter bekommen? Dann müßte man sich in diesem Zusammenhang darüber unterhalten.

Heute früh ist angedeutet worden, daß möglicherweise ein Vorschlag kommt, die Satzung so zu ändern, daß statt – wie jetzt interpretiert wurde – fünf nur zwei Stellvertretende Vorsitzende eingeführt werden sollen. Das würde bedeuten, daß dann weitere Präsidialmitglieder in der Satzung enthalten sein müßten, oder man muß die ganze Zahl verringern. Wenn man bei der Zahl bleiben will, würde das bedeuten, neben den zwei Stellvertretenden Vorsitzenden noch drei Präsidialmitglieder zu nehmen und davon dann eine Dame. Das muß jetzt klargestellt werden.

Barzel: Das ist ein wichtiger Hinweis. Ich nehme an, Herr Kohl, daß das in der Debatte ohnehin aufkommt. – Herr Schmücker!

Schmücker: Ich würde meinen Vorschlag hier nicht wiederholt haben, aber im Zusammenhang mit der Anregung der Frauenvereinigung muß ich es jetzt ja wohl tun, weil Herr Kohl das eben angeschnitten hat. Ich möchte ausdrücklich betonen, wenn die Zahl aufrechterhalten wird, die jetzt da ist, oder von dieser Zahl ausgegangen wird, nämlich vier (*Kohl:* Fünf!) – nein, vier –, daß darunter eine Frau sein soll. Wenn das nicht zu machen ist, dann kann man auch den fünften noch hinzunehmen. Aber an dieser Auseinandersetzung merken Sie doch, daß jede Ausweitung der Zahl der Stellvertretenden Vorsitzenden das Problem schwieriger macht. Wenn wir eine Frau aufnehmen wollen, was wir alle für gut halten, dann ist es ganz selbstverständlich, daß die Forderung der Berliner und unserer Freunde aus Mitteldeutschland nicht ungehört hier ausgesprochen werden kann. Wir haben hier an der Zonengrenze den Parteitag. Wir werden sehr stark beobachtet. Eine Meldung etwa in Mitteldeutschland „Die Berliner scheiden aus" würde nicht vorteilhaft für uns sein.

Wenn wir aber schon soweit sind, ist es doch ganz selbstverständlich, daß die Junge Union und die Sozialausschüsse auch kommen werden. Ich darf sagen, daß dann die Mittelstandsvereinigung natürlich nicht stillstehen wird. Wenn im Präsidium nach den Gesichtspunkten der Zusammensetzung der CDU verfahren wird, dann muß man auch schon die ganze Breite oder zumindest den größten Teil der Breite ausschöpfen.

Um alledem auszuweichen, halte ich es nach wie vor für besser, daß man zwei Stellvertreter hat. Das würde auch die Position dieser Persönlichkeiten heben. Das würde

das Präsidium – und hier unterscheide ich mich etwas von Ihnen, Herr Kollege Kohl – dann auch in der Größe eines Geschäftsführenden Vorstands halten, was wir möchten. Ich persönlich möchte nicht, daß das Präsidium so groß wird, daß es praktisch ein kleiner Vorstand ist und der Vorstand eigentlich Ausschuß heißen müßte. Ein zu großes Präsidium wird in die Aufgaben des Vorstands hineinspielen. Auch von der Seite her betrachtet, ist es nach meiner Meinung ein Nachteil.

Nun wurde heute morgen mehrfach betont, daß man alle diese Überlegungen nicht abstrakt anstellen solle. Ich weiß sehr wohl, daß die personalpolitischen Konsequenzen sehr hart sind; aber wenn ich beides miteinander vergleiche, meine ich, wäre der größere Vorteil, wenn wir eine kleine Führungsspitze der Partei der Öffentlichkeit präsentieren. Dann würde das, was der Herr amtierende Vorsitzende vorhin gesagt hat, nämlich ein Regenerationsprozeß, nicht stattfinden. Für das, was bisher gemacht wird, kann man diesen Namen nicht gebrauchen.

Barzel: Meine Damen und Herren! Damit haben wir also die Anregung, nicht auf vier, wie wir neulich beschlossen haben, zu gehen, sondern auf zwei. Wir haben die andere Anregung, statt vier nun auf fünf zu gehen wegen des Petitums der Damen, das heute morgen eine Majorität gefunden hat. Wird das Wort gewünscht, oder können wir die Debatte durch Abstimmung erledigen? – Herr Lemke!

Lemke: Wenn wir auf zwei heruntergehen, sollen dann drei zusätzliche Präsidiumsmitglieder gewählt werden? Oder soll das Präsidium verkleinert werden? Das müßte klargestellt werden.

Barzel: Ich kann das schlecht beantworten. Ich bin nicht der Antragsteller. – Herr Katzer!

Katzer: Ich wollte darauf aufmerksam machen, daß wir heute morgen sehr lange diskutiert haben über den berechtigten Wunsch der Frauenvereinigung. Es ist für die Repräsentanz einer modernen Volkspartei unendlich wichtig. Man kann ja darüber sprechen, ob das Mitglieder oder Stellvertretende Vorsitzende sind, aber es ist wichtig, daß man gerade bei den Wahlkämpfen die Frauen ansprechen kann. Wir sollten das aufgreifen, Herr Vorsitzender, was heute morgen gesagt worden ist.

Barzel: Herr Schmücker!

Schmücker: Ich würde in dem Falle, daß sich die Mehrheit gegen zwei entscheidet, selbstverständlich für den Wunsch der Frauen stimmen. Es müßte die Vorfrage geklärt werden: zwei oder mehr?

Barzel: Herr Meyers!

Meyers: Eben war die Antwort von Herrn Schmücker nicht zu verstehen. Was haben Sie gesagt? Wenn Sie zwei Stellvertreter haben, wollen Sie das Präsidium entsprechend verkleinern? (*Schmücker:* Ja!)

Barzel: Herr Lemke!

Lemke: Dann ist das Petitum, daß wir eine Frau an die Spitze bekommen, sehr fraglich. Entweder müssen Sie zwei Stellvertreter und drei Beisitzer vorsehen – dann haben Sie eine Frau dabei –, oder sie müssen fünf Stellvertreter nehmen.

Barzel: Herr Schmücker!

Schmücker: Ich habe die Frage der Frauenvereinigung so verstanden, daß Sie sagten, wenn schon vier, dann muß darunter eine Frau sein. Ich habe es heute morgen aber auch so verstanden: Wenn es nur zwei Stellvertreter sind, dann erheben wir keinen Einwand.

Barzel: Herr Schröder!

Schröder: Man sollte außer diesen beiden Alternativen noch eine dritte Möglichkeit diskutieren, nämlich, daß man zwei Stellvertreter hätte und dann eine Reihe von Beisitzern, bei denen man all das lösen könnte, was jetzt offensichtlich ungelöst bleibt. Das Präsidium ist relativ klein. Es ist bisher auch relativ klein gewesen. Wenn man zwei Stellvertreter hätte, bestünden sicherlich keine Bedenken dagegen, vier weitere Beisitzer für das Präsidium zu haben. Warum nicht! Nur kann man sich nicht damit sehen lassen, daß man fünf, sechs oder sieben Leute Stellvertretende Vorsitzende nennt. Das nimmt einem niemand ab.

Barzel: Frau Fera!

Fera: Wir legen Wert darauf, daß eine Frau nicht als Stellvertreter der Vereinigung, sondern als Frau in das Präsidium kommt. Wie das Präsidium aussieht, ob zwei Stellvertreter und vier Beisitzer oder vier oder fünf Stellvertreter, spielt dabei nicht die entscheidende Rolle. Wir haben eine Frau im Präsidium. Wir würden gern in dem Präsidium, wie es auch zusammengesetzt ist, wieder eine Frau haben.

Barzel: Herr Scheufelen!

Scheufelen: Wir sind uns ziemlich einig darüber, entweder fünf oder zwei plus drei. Das ist einfach eine Frage der Optik: Kann man es sich leisten, fünf Stellvertreter zu haben, oder ist es richtiger, daß man zwei Stellvertreter und drei Beisitzer hat? Da finde ich das letzte richtiger.

Ein weiterer Mangel ist schon deshalb da, wenn Sie vier Stellvertreter haben, ohne zu sagen, wer wann was tun muß. Ich möchte deshalb vorschlagen: zwei Stellvertreter und drei Beisitzer. Damit können wir die Dinge personell erledigen, und es gibt keine Vorsitzenden-Inflation.

Barzel: Herr Stingl!

Stingl: Meine Damen und Herren! Herr Gradl hat heute morgen schon darauf hingewiesen, daß im bisherigen Präsidium Herr Amrehn Mitteldeutschland und Berlin repräsentierte, daß aber nach der jetzigen Diskussion aus dem Präsidium auch andere ihm bisher angehörende Persönlichkeiten ausgeschieden sind, nämlich Herr Blank, Frau Brauksiepe und Herr Amrehn. Nun wird gesagt, die Frauen müssen auf jeden Fall vertreten sein. Wir müssen aber auch feststellen, daß es für die CDU recht bedenklich ist, wenn ausgerechnet der einzige Vertreter, der Berlin und Mitteldeutschland vertritt, nicht mehr im Präsidium ist.

Barzel: Herr Filbinger!

Filbinger: Man könnte die Schwierigkeit, die darin besteht, Stellvertreter einerseits und Beisitzer auf der anderen Seite, durch eine Ordnung, die sich das Präsidium gibt, ohne weiteres überbrücken, etwa in der Weise, wenn vier oder fünf Stellvertreter da sind, dann wäre es denkbar, daß durch eine interne Ordnung, die dieses Gremium sich gibt, die Reihenfolge, wann der einzelne Stellvertreter amtiert in Vertretung des Vorsit-

zenden, festgelegt wird. Damit wäre die Gefahr, daß dieses Gremium zu kopflastig wird und keine arbeitsfähige und elastische Spitze mehr wäre, ausgeräumt. Das wäre das eine.

Das zweite ist folgendes: Ich hatte heute früh begründet, warum ich für vier plus eins, nämlich eine Frau, bin. Ich bin der Meinung, daß der Vorstand mit den vier Stellvertretern sehr sorgfältig erwogen worden ist, und daß er auch eine Repräsentation unserer Partei darstellt in ganz bestimmter Weise.

Ich meine, wir kämen irgendwie in Schwierigkeiten, wenn wir von diesem sehr sorgfältig erarbeiteten Vorschlag wieder abkämen. Ich meine, daß sicherlich keine entscheidende Mehrheit gegen die Repräsentation einer Frau im Präsidium ist, so daß uns dieses nahelegt, vier plus eins zu nehmen; d. h. das Tableau im übrigen zu belassen, dazu aber eine Frau nehmen.

Barzel: Herr Schmücker!

Schmücker: Herr Vorsitzender! Der Vorschlag des Kollegen Schröder erfüllt mein Petitum nur in einem Punkt, weil es nämlich schlecht ist, mit einer Vielzahl von Stellvertretern aufzukreuzen; denn das macht keinen guten Eindruck. Aber die Rolle des Präsidiums mit einer Anzahl von Beisitzern wird ausgeweitet. Die Rolle wächst einfach in die Zuständigkeit des Gesamtvorstands hinein. Was ich mir darunter vorstelle, soll ein Geschäftsführender Vorstand sein. Wenn Sie Beisitzer einführen, dann kommt die Frage der Aufschlüsselung wieder hoch. Ich möchte sagen, die Nuancierung, die Sie der Sache gegeben haben, erfüllt nur einen Vorschlag, aber das zweite Problem wird nicht dadurch gelöst.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich würde gern noch ein Wort dazu sagen. Wir haben die Frage „zwei oder vier" nicht nur im vorbereitenden Gremium und im Präsidium, sondern auch – wenn ich mich recht erinnere – im Bundesvorstand erörtert.[12] Wir haben uns damals auf vier verständigt, weil wir meinten, daß man überhaupt nicht aussagen kann, wie die 20 direkt in geheimer Wahl zu Wählenden am Schluß aussehen werden, nämlich konfessionell, soziologisch und landsmannschaftlich.

Deshalb sollte bei den Stellvertretenden Vorsitzenden die Repräsentanz der Union deutlich gemacht werden. Das war das Argument, welches damals gegen zwei und für vier ins Feld gebracht wurde. Ich sehe die Sache jetzt so, daß wir insgesamt drei Möglichkeiten haben: 1. Wir ändern nichts. Es bleibt bei vier. 2. Wir gehen auf fünf, um den Wunsch der Damen, der heute morgen eine Majorität hatte, zu erfüllen. 3. Wir gehen auf zwei zurück, wobei sich dann die Frage von eventuellen Beisitzern stellen würde. Wir können die Sache durch Abstimmung entscheiden, wenn Sie wollen. Oder wünschen Sie weiter zu debattieren? (*Kohl:* Der weitestgehende Antrag lautet auf fünf Stellvertretende Vorsitzende.) Der weitestgehende Antrag geht auf fünf Stellvertretende Vorsitzende. Ich lasse abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

12 Der Bundesvorstand diskutierte bereits am 16. Februar 1966 über die Frage der Anzahl der Stellverteter (vgl. Nr. 3). Vgl. auch die Sitzung am 12. Mai 1967 (Nr. 12 S. 485, 487, 539f., 543–549). Abgestimmt wurde zugunsten von vier gleichberechtigten Stellvertretenden Vorsitzenden (S. 546f.).

(*Kraske:* 27!) Wer ist dagegen? (*Kraske:* 17!) 27:17, meine Damen und Herren! Damit entfallen alle die anderen Alternativen, die wir eben diskutiert haben. Der personelle Vorschlag kommt nachher, wenn wir bei dem Tableau sind. – Herr Kollege Lemke!

Lemke: Soll das heißen: fünf Stellvertreter oder vier Stellvertreter und einen weiteren Stellvertreter, nämlich die Frau? (*Mehrere Zurufe:* Nein, nein!) Ich denke nur daran, daß hier das Petitum der Frauen erledigt werden soll. (*Zuruf:* Das wollen wir auch!) Wenn Sie es nicht hineinschreiben, dann haben Sie keine Gewähr dafür. (*Zuruf:* Wollen wir nicht!)

Barzel: Herr Kollege Lemke, es war heute morgen klar, daß wir aus vielen guten Gründen kein besonderes Minderheitenrecht – Herr Kohl hat es vor allem ausgeführt – schaffen sollten. Wenn wir nachher zu den personellen Vorschlägen kommen, ist es ganz klar, daß wir hier miteinander die Frau als die fünfte meinen. Ich glaube, das wird vom Parteitag auch so verstanden und entsprechend beschieden werden. (*Filbinger:* Man kann sagen in der Satzung: fünf Stellvertreter, darunter eine Frau.) Darf ich das als eine Anregung betrachten, daß wir sagen: von den fünf eine Frau, und das in die Satzung schreiben? – Wer dafür ist, dies in die Satzung zu schreiben ... (*Lebhafte Unruhe.*) Augenblick, meine Herren, ich eröffne die Debatte. – Das Wort hat Herr Kohl.

Kohl: Ich muß hier widersprechen. Ich bin unbedingt dafür, die Frau zu nominieren, aber ich bin ebenso entschieden dagegen, das satzungsmäßig zu fixieren. Das ist eine klare Diskriminierung; denn das zeigt von vornherein, daß dieser Parteitag nur über eine Satzung in der Lage ist, eine Dame in das Präsidium zu befördern. Ich halte das für unmöglich.

Wenn wir überhaupt hier etwas optisch Gutes tun wollen, dann nur durch einen freien Entschluß und nicht dadurch, daß wir uns satzungsmäßig binden. Man kann doch an die Loyalität des Parteitags appellieren. Man wird diese Loyalität auch bekommen. (*Filbinger:* Wir können es doch sagen!)

Barzel: Wir können uns dahin verständigen, daß es in den Vorträgen gesagt wird, die diese Änderungen zum Inhalt haben; aber nicht hineinschreiben.

Darf ich dann den ersten Punkt verlassen? (*Zustimmung.*) Der zweite Punkt – wir haben uns vorher über die Reihenfolge verständigt – ist die Frage des Generalsekretärs. Es ging um die Frage, die früher durch Abstimmung geregelt war, ob das Wort „hauptamtlich" oder „ausschließlich" oder wie auch immer hineinkommt. Wir haben die Entscheidung darüber offengelassen.

In den Vorbereitungsgremien hat uns dann der Herr Bundeskanzler klargemacht, daß er Wert darauf legt, den Kollegen Heck auch im Kabinett zu haben, falls dieser auf seinen Vorschlag vom Parteitag zum Generalsekretär gewählt würde, und zwar aus den Gründen, die uns sicher noch in Erinnerung sind, die wir in der Debatte sicher noch einmal erörtern werden. Weil das nach Pressemeldungen eine große Rolle spielen wird, ist es sinnvoll, wenn dieses Führungsgremium sich darüber eine Meinung bildet. – Herr Grundmann!

Grundmann: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich hätte an sich vorher das andere sagen müssen, aber an dieser Stelle paßt es auch noch. Sie kennen die Pres-

semeldungen, die natürlich nicht das wiedergeben, was im Hintergrund steht, nämlich die Überlegung eines Vertagungsantrages der Gesamtsatzung. Ich möchte dazu folgende Erklärung abgeben. Die Delegierten der rheinischen CDU und der Landesvorsitzende haben in einer mehrstündigen Sitzung die Gesamtfrage der Satzungsberatungen auf diesem Parteitag besprochen.[13] Dabei hat sich ergeben, daß u. a. die von Ihnen angesprochene Frage, aber auch einige andere Fragen in unserer Partei nicht einheitlich beurteilt werden, so daß eine Diskussion über die Satzung zu erwarten ist, die man in der Gesamtheit nicht übersieht; die jedenfalls über die Beschlüsse des Bundesvorstands hinausgeht.

Ich habe nicht hier zu erklären, daß wir einen Antrag stellen – wie berichtet worden ist –, sondern ich habe zu erklären, daß am Ende der Beratungen, nachdem die Differenzierungen einer möglichen Satzungsdebatte auf dem Bundesparteitag im sachlichen und personellen Bereich sichtbar werden, es nicht zu einer Situation kommen darf, die wir angesichts des Wahlkampfes für bedauerlich hielten. Ich habe nach einer Abstimmung, die eine fast einstimmige Übereinstimmung ergab, festgestellt, daß wir auch nach einer schwierigen Satzungsdebatte eine Übereinstimmung insofern erzielen können, als dies nur als eine Alternative zu einem solchen Verfahren gedacht ist, d. h. also, daß wir hier mitwirken in den Gremien an einer Übereinstimmung in dieser Frage. (*Andauernde lebhafte Unruhe und Zuruf:* Was heißt das?) Ich sage das deswegen, weil im Hintergrund stand, daß ein solcher Satzungsantrag bereits gestellt sei. Das trifft nicht zu, sondern wir haben hier die Bereitschaft der Mitwirkung an dieser Satzungsdebatte. Ich halte es für notwendig, das hier festzustellen, damit klar ist, daß wir an sich diese Punkte sehr gern angesprochen hätten, weil es uns lieber ist, das hier zu tun als im Plenum des Parteitags. (*Anhaltende Unruhe.*)

Barzel: Es ist wichtig, daß diese Klarstellung erfolgt ist. (*Lebhafte Unruhe und Zurufe:* Welche?) Vielleicht kann Herr Rathke das in der Darstellung für die Presse aufnehmen, damit hier kein falscher Zungenschlag entsteht. (*Anhaltende Unruhe.*) – Herr Even!

Even: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich fühle mich verpflichtet, Sie auf folgendes aufmerksam zu machen. Es haben mir mehrere Delegierte erklärt, sie würden auf diesem Parteitag im Rahmen einer Satzungsdebatte die Gültigkeit von 102 Delegiertenmandaten anfechten, nämlich die der Exil-CDU, der Oder/Neiße-CDU und der Ost-Berliner Vertretung. Wenn im Hinblick auf das Parteiengesetz diese Satzungsreform begründet worden ist in einer an sich überstürzenden Weise, wobei das Parteiengesetz überhaupt noch nicht verabschiedet ist und der letzte konkrete Wortlaut noch gar nicht vorliegt, dann wird man damit nicht verhindern können, daß dann auch präzise die Frage der Doppelstimmberechtigung, der wir bisher in unserer Partei ausgewichen sind, diskutiert wird. Ich mache darauf aufmerksam mit allen politischen Konsequenzen, die sich unter Umständen aus einer strittigen Debatte über diese Frage ergeben könnten.

13 Landesparteitag der CDU Rheinland in Oberhausen am 10./11. Februar 1967. Vgl. auch MARX S. 434–439.

Barzel: Herr Kraske kann dazu gleich etwas sagen.

Kraske: Der Vorstand hat sich natürlich auf seiner Sitzung am 2. Mai auch darüber Rechenschaft abgelegt, daß das Parteiengesetz mit diesen Bestimmungen erst am 1. Januar 1969 in Kraft tritt. Wenn er dennoch dieses Verfahren eingeschlagen hat in der damaligen Sitzung, dann aus der Überzeugung, daß es gut wäre, wenn diese Partei nach dem Parteiengesetz nicht nur die finanziellen Bestimmungen beschleunigt, die ihr zum Vorteil gereichen, sondern wenn sie auch die Pflichten schnell erfüllt, die ihr das Parteiengesetz womöglich auferlegt.

Der zweite Einwand ist eine höchst problematische Geschichte. Wenn man ihm folgt, dann ist jeder Beschluß dieses Parteitags, ganz gleich, worum es sich handelt, ungültig, aber nicht nur dieses, sondern aller zurückliegenden Parteitage. Dann kommen Sie, Herr Even, in die Quadratur des Kreises, weil Sie diese Satzung überhaupt nicht mehr ändern können; (*Even:* Sie sind doch nie angefochten worden!) denn auf der Grundlage der gegenwärtig geltenden Satzung haben die Delegierten der Exil-CDU und von Oder/Neiße ihr Stimmrecht. Eine Abstimmung, in der man sie, solange die jetzige Satzung gilt, ausschließt, könnte ebenso angefochten werden, weil sie nicht satzungsgemäß ist. Diese Satzung liegt bisher so vor; sie wird erst dann abgeändert, wenn es dafür eine Mehrheit geben wird.

Barzel: Herr Meyers!

Meyers: Ich halte die Auffassung von Herrn Kraske für richtig, was das geltende Recht angeht. Ich halte es aber nicht für sehr schön, daß hier in dem vorliegenden Entwurf der Satzung schon steht, daß drei Paragraphen geändert werden müssen, wenn das Parteiengesetz so, wie es jetzt im Entwurf vorliegt, verabschiedet wird. Es sind die Paragraphen, die auf das von Herrn Even angesprochene Problem hinauslaufen.

Wenn ich jetzt noch einmal verdeutlichen darf, was eben Herr Grundmann hier gesagt hat, (*Zurufe:* Sehr richtig!) so war bei uns die Meinung:

1. Das Parteiengesetz ist gewissermaßen die gesetzliche Grundlage für die künftige Satzung. Hier haben wir schon im Entwurf drei Änderungen vorgesehen. Vielleicht müssen wir noch mehr ändern, wenn das Parteiengesetz bis zum Ende der dritten Lesung geändert wird.

2. Das Präsidium und der Bundesvorstand sind zweifellos bis 1968 gewählt. Wenn also nicht feststeht, daß sämtliche Präsidiumsmitglieder und Vorstandsmitglieder bereit sind zurückzutreten, dann haben wir unangenehme Auseinandersetzungen über die Rechtslage zu erwarten, wenn wir jetzt einen neuen Vorstand wählen und nicht sagen, er ist erst von 1968 ab im Amt.

Dann ist es aber sehr unschön, ihn jetzt zu wählen, wenn er erst 1968 im Amte wäre. Das sage ich nicht ohne Anlaß. Ich habe von Mitgliedern des Präsidiums gehört, daß sie nicht bereit seien, zunächst einmal niederzulegen. Das hat Herr Lücke mir erklärt. Er ist nicht da. Ich sage es aber deswegen, damit ich hier nicht irgendwelche anderen in Verdacht bringe. Er hat mir gesagt, er wolle wissen, wohin die Reise geht. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Schließlich haben unsere Delegierten noch gesagt, der Generalsekretär, von dem Sie sprechen, der von der Jungen Union in die Diskussion geworfen und vom

Rheinischen Parteitag beschlossen worden sei, sei etwas ganz anderes gewesen als das, was jetzt im Entwurf stehe. Die Sache ist so, wenn Sie den Entwurf verwirklichen wollen, dann können Sie auch den jetzigen Zustand lassen mit dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied. Das hat Herr Heck tadellos gemacht. Das wird jeder mir zugeben, insbesondere wenn man an die Fernsehdiskussion mit Wehner und Mende nach den letzten Landtagswahlkämpfen denkt.[14]

Es ist ein völliger Unsinn, wenn es heißt, irgendetwas sei gegen Herrn Heck oder gegen Herrn Kiesinger gemeint; im Gegenteil, ich bin mit Herrn Heck so freundschaftlich verbunden wie kaum mit einem anderen Mitglied dieses Vorstands, außer der rheinischen und westfälischen CDU. (*Heiterkeit.*) Mit dem Generalsekretär ist es doch so wie bei Eltern, die ein Kind bekommen und sich vorstellen, daß es etwas ganz Bestimmtes wird im Leben, aber nachher doch etwas anderes wird. (*Anhaltende Unruhe.*) So ist es auch mit anderen Vorstandsmitgliedern gegangen. Herr Hauser[15] von Godesberg hat mir erklärt, sie würden für ihr „Kind" kämpfen. Das ist also die Diskussion, die entstehen wird.

Aus all diesen Gründen haben wir gesagt, es ist besser, die Sache unten auszudiskutieren und denjenigen zu wählen, der zweifellos mit Legitimation und Rechtskraft gewählt werden kann, nämlich den 1. Vorsitzenden. Dann hat aber Herr Erhard zu erkennen gegeben, daß er sein Amt niederlegen will. Das sind die Gründe gewesen, die unserem Beschluß zugrunde lagen. Wichtig ist, was Herr Grundmann gesagt hat, daß wir keineswegs den Auftrag haben, einen Antrag zu stellen, sondern den Auftrag, Ihnen diese Bedenken vorzutragen und zur Diskussion zu stellen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Barzel: Das Wort hat Herr von Heydebreck.

Von Heydebreck: Ich will eine Frage stellen, die Herr Meyers angeschnitten hat. Es wird gefragt werden, was ändert sich in der Funktion des Generalsekretärs, wenn er nicht hauptamtlich ist, gegenüber dem bisherigen Geschäftsführenden Präsidialmitglied? Diese Antwort müssen Sie dem Parteitag geben; sonst wird das sehr deutlich gesagt werden. Das weiß ich aus unzähligen Gesprächen.

Barzel: Herr Lemmer!

Lemmer: Ich habe nur zu einem Punkt etwas zu sagen. Ich möchte es lieber hier sagen als im Plenum des Parteitags, und zwar zu dem, was Herr Kollege Even vorgetragen hat. Die CDU ist entstanden aus der Interzonalen Arbeitsgemeinschaft. Die Gründung war im Februar 1947.[16] Bei der Konstituierung in Goslar[17] hat Dr. Konrad Adenauer großzügig, wie ich zugeben muß, sich auf den Standpunkt gestellt: Die Exil-CDU

14 Interview von Günter Müggenburg in der ARD am 23. April 1967 zu den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, vgl. BPA-Mitschrift vom 23. April 1967.

15 Alo (Aloysius) Hauser (1930–1997), Jurist; 1956–1972 Stadtverordneter in Bonn (CDU), 1956–1961 Mitglied im Kreistag Bonn-Land, 1958–1965 MdL Nordrhein-Westfalen, 1963–1970 Vorsitzender des KV Bonn-Bad Godesberg, 1970–1992 Vorsitzender des KV Bonn.

16 Vgl. Brigitte Kaff (Bearb.): Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenz der Landesvorsitzenden. Düsseldorf 1989.

17 Erster Parteitag der CDU am 20.–22. Oktober 1950.

vertritt den Teil Deutschlands – jetzt sprechen wir immer vom Alleinvertretungsrecht –, der hier nicht bei uns sein kann. Infolgedessen handelt es sich nicht darum, unter dem Gesichtspunkt einer Doppelmitgliedschaft das Problem der Exil-CDU zu sehen, sondern hier mit einem Minimum an Traditionsgefühl dafür einzutreten, daß wir in der Besatzungszone unter Einsatz von Freiheit und Leben die CDU vertreten haben, wobei zweimal die beiden Vorsitzenden durch die Besatzungsmächte abgesetzt worden sind, Andreas Hermes[18], Walther Schreiber[19], Jakob Kaiser und ich.

Nun bin ich hier aufs tiefste, aufs allertiefste enttäuscht. Vielleicht liegt es daran, daß kaum einer von den Freunden, die hier sind, dieses Erlebnis mit mir geteilt hat, wie wir es in den Jahren 1947 und 1950 gehabt haben.

Ich hätte auch zu anderen Punkten unter dem Gesichtspunkt meiner Person noch etwas zu sagen, aber ich verzichte darauf. Wenn Sie mich jetzt nicht verstanden haben, werden Sie mich auch nicht verstehen, wenn ich noch länger rede.

Barzel: Kollege Lemmer, wir danken Ihnen alle für diese Intervention. Darf ich in Erinnerung rufen, daß ursprünglich vorgesehen war, wegen der rechtlichen Bestimmungen des Parteiengesetzes die Frage des Stimmrechtes der Exil-CDU schon jetzt mit in der Satzung zu regeln, daß wir aber alle über folgendes im klaren waren, daß das politische Pfand, welches die Tatsache darstellt, daß die Exil-CDU besteht aus den frei und geheim gewählten Delegierten des letzten freien Parteitags der Union der Zone, nicht verlorengehen dürfe, und daß deshalb diese Frage erst dann, wenn es wirklich brennt, rechtlich entschieden werden sollte. So hatten wir damals votiert. Nach der Einlassung von Herrn Kraske vorhin zu den Dingen, die er eben dankenswerterweise vorgetragen hat, nämlich zu warnen vor irgendeiner Situation, die kommen würde, können wir jetzt wohl diesen Punkt verlassen und wieder zurückkehren zu der Frage des Generalsekretärs. – Dazu hat das Wort Herr Kohl.

Kohl: Herr Vorsitzender, bevor wir weiterdebattieren, muß doch geprüft werden, was Herr Meyers gesagt hat. Denn das wäre praktisch die Geschäftsgrundlage. Ich habe jetzt auch erst mein eigenes Gedächtnis geprüft. Es ist meines Wissens nie gesagt worden, daß das ganze Präsidium zurücktritt. Vielleicht habe ich es überhört in einer früheren Sitzung. Das muß natürlich jetzt als erstes festgestellt werden; denn wir brauchen

18 Andreas Hermes (1878–1964), Verbandspräsident; 1920–1922 Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und 1921–1923 für Finanzen, 1928–1933 MdR (Zentrum), 1928–1933 Präsident des Reichsverbandes der Landwirtschaftlichen Genossenschaften (Raiffeisen) und der Vereinigung der deutschen christlichen Bauernvereine, 1936–1939 Wirtschaftsberater in Kolumbien, nach dem 20. Juli 1944 verhaftet und am 12. Januar 1945 zum Tode verurteilt, 1945 Mitgründer und 1. Vorsitzender der CDU in Berlin und der SBZ, 1947–1949 MdWR, 1947–1954 Präsident des Deutschen Bauerverbandes, 1947–1961 Präsident des Raiffeisenverbandes. Vgl. Rudolf Morsey: Andreas Hermes. Ein christlicher Demokrat in der ersten und zweiten deutschen Demokratie, in: HPM 10 (2003) S. 129–149.

19 Dr. Walther Schreiber (1884–1958), Jurist; 1919–1933 MdL Preußen (DDP), 1925–1933 preußischer Minister für Handel und Gewerbe, 1945 Mitgründer und 2. Vorsitzender der CDU in Berlin und der SBZ, 1947–1952 Vorsitzender des LV Berlin, 1951–1958 MdA, 1953/54 Regierender Bürgermeister. Vgl. Lexikon S. 360f.

uns nicht über eine Sache zu unterhalten, wenn der Einspruch kommt. Wir wollen doch nicht vor die Gerichte gehen. Das macht ja im Augenblick eine andere politische Gruppierung.[20] Das ist ja unmöglich!

Man muß jetzt genau in diesem Augenblick prüfen, ob das Präsidium zurücktritt. Es war damals wohl von Ihnen, Herr Kollege Barzel, eine Empfehlung, so zu verfahren, und zwar gilt das für alle Mitglieder; nicht daß wir in die unmögliche Lage kommen, daß ein Einspruch von einer solchen Seite kommt. Ich höre das eben zum erstenmal. Das muß jetzt gleich geklärt werden. Denn sonst können wir uns die Debatte ersparen. (*Burgbacher:* Das gilt auch für den Bundesvorstand!) Natürlich!

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich habe Anlaß, davon auszugehen, daß alle Mitglieder des Parteipräsidiums nicht die Absicht haben, ihre Amtszeit – darf ich es einmal so sagen – auszusitzen, sondern der Neuordnung, die jetzt vom Präsidium her kommt, nicht im Wege zu stehen. Das ist das, was ich weiß und was auch im Protokoll der Präsidiumssitzung dargetan ist. (*Stingl:* Es wurde konkret ein Name genannt!) – Dazu Herr Kraske!

Kraske: Herr Lücke hat auf einer Präsidiumssitzung, die etwa vier bis sechs Wochen zurückliegt[21], erklärt, es würde gelegentlich draußen von dem einen oder anderen Präsidiumsmitglied behauptet, es klebe an seinem Sessel und wolle nicht zurücktreten. Dies sei völlig falsch, aber er gebe hiermit ausdrücklich zu Protokoll – und das ist in der Sitzung auch protokolliert worden –, daß dieses Präsidium ein Mandat habe für zwei Jahre, so daß es gar nicht das Recht habe, sich diesem Mandat und der sich daraus ergebenden Verantwortung zu entziehen, bevor es nicht wisse, wohin die Reise gehe.

Nach dieser Erklärung, Herr Dr. Meyers, ist im Präsidium mehrfach in Gegenwart von Herrn Bundesminister Lücke über alle diese Satzungsvorschläge und über neue Personalvorschläge gesprochen worden. Ich habe das so verstanden, daß hier eine Erklärung vorliegt, daß mit der Behandlung dieser Satzung und der sich daraus ergebenden Personalvorschläge diese Erklärung von Herrn Lücke erfüllt ist und nun feststünde, wohin die Reise gehe. Das letzte bin ich natürlich nicht befugt, in seinem Namen zu sagen, aber das erste ist eine genaue Schilderung seiner Einlassung vor dem Präsidium. (*Meyers:* Er hat ganz genau denselben Ausdruck auch bei uns gewählt: Wohin die Reise gehe.)

---

20 Am 5. Februar 1967 ließ sich Adolf von Thadden zum Parteivorsitzenden der niedersächsischen NPD wählen. Im Einvernehmen mit dem Bundesvorsitzenden Thielen wurde diese Wahl erfolgreich vor Gericht angefochten. Daraufhin schloß Thielen von Thadden und seine Parteigänger aus der Partei aus, der Bremische Landesverband, dem Thielen angehörte und der von Thadden nahestand, schloß wiederum Thielen aus. Am 11. März wurden von Vorstand und Präsidium der Bundespartei sämtliche Ausschlüsse für ungültig erklärt, Thielen jedoch seines Amtes enthoben. Dagegen klagte Thielen und bekam recht. Nun verständigte sich der Parteivorstand auf einen „Burgfrieden" bis zu einem für Mai geplanten außerordentlichen Parteitag, der jedoch im Mai nicht mehr zustande kam, vgl. Horst W. SCHMOLLINGER: Nationaldemokratische Partei Deutschlands, in: STÖSS S. 1945.

21 Protokoll der 24. Sitzung des Präsidiums der CDU am 3. Februar 1967, vgl. ACDP 07–001–053/1.

Barzel: Aber er hat doch hier mitgewirkt in der Kommission, die dieses Papier ausgearbeitet hat. (*Starke Unruhe.*) – Zu dieser Frage Herr Blank!

Blank: Meine Damen und Herren! Die Entwicklung der Debatte zwingt mich – ich hätte das gerne vermieden –, eine persönliche Erklärung abzugeben, aber gleichzeitig auch einen Diskussionsbeitrag zu leisten. Ich bin überrascht über das, was mein Freund Meyers gesagt hat, aber ich habe gar keine Ursache, an seinen Worten zu zweifeln. Ich bin unfreiwillig Gegenstand einer solchen Betrachtung in der Öffentlichkeit geworden, gegen die ich mich damals in Berlin gewehrt habe. Ich gebe aus meinem Gedächtnis wieder: Der Kollege Lücke hat, als Barzel – was ich gerügt habe damals in der Präsidialsitzung – seine Erklärung abgegeben hatte für sich, er würde zurücktreten, (*Barzel:* Zuerst im Präsidium!) – das ist ja Ihr gutes Recht – gerügt, daß Sie diese Erklärung abgegeben haben, ohne mit uns zu sprechen; denn damit hätten sie uns ja als Kollegen doch immerhin in eine Lage gebracht, nun nachziehen zu müssen. Aber ich wollte mich dem Vorwurf nicht aussetzen, am Pöstchen zu kleben. Da hat Herr Kollege Lücke erklärt – und das kann ich ganz genau wiedergeben –, er dächte nicht daran, zurückzutreten, bevor er nicht wisse, wohin die Reise ginge. (*Zuruf:* Was heißt, wohin die Reise geht?) Das frage ich mich ja. Ich muß das so auffassen, meine Herren – und ich bin erstaunt, daß ein Jurist von den Graden meines Freundes Franz Meyers es so dartut: Wenn ich also nicht zurücktrete – ich bin ja Mitglied des Präsidiums –, dann seid ihr alle aufgeschmissen. Ist das so? (*Meyers:* Haargenau!) Gut, Franz! (*Meyers:* Haargenau, Theo!) Ich stelle hier nackt und nüchtern fest, daß das bisherige Präsidium eine sehr gute Konstruktion ist und eine sehr gute personelle Zusammensetzung hat und auch seiner ganzen Natur nach geeignet ist, sehr schnell zu arbeiten. Ich weise nur auf einen politisch höchst bedeutsamen Umstand hin; als nämlich die berühmte Frage kam, ob wir als Partei für den SPD-Brief eintreten sollten, den Brandt an Ulbricht[22] schicken wollte, war es so, daß wir im Präsidium, weil wir sofort handeln konnten, die Dinge in eine völlig andere Richtung – wie sie ja inzwischen wissen – gebracht haben.

Das Präsidium erscheint nach diesen Vorschlägen wieder – ich freue mich darüber –, bis auf die Namen Amrehn und Blank. Meine Herren, wenn diese Aussage, ich trete nur zurück, den Sinn hat, aber nur dann, wenn die Wiederwahl gesichert ist, dann darf ich Sie um folgendes bitten, daß hier keine Personalentscheidungen getroffen werden, bevor nicht jeder der Beteiligten Ihnen durch seine Unterschrift die Freiheit dieses Handelns gegeben hat. Das muß ich für mich in Anspruch nehmen. (*Unruhe und Zuruf:* Wohin kommen wir da!)

22 Walter Ulbricht (1893–1973), Tischler; 1912 SPD, 1919 KPD, 1926–1928 MdL Sachsen, 1928–1933 MdR, 1933–1945 Exil, 1945 Rückkehr in die SBZ, 1946–1950 stv. Vorsitzender der SED, 1950–1953 Generalsekretär der SED, 1953–1971 Erster Sekretär des Zentralkomitees der SED, 1960–1973 Staatsratsvorsitzender. Vgl. Mario FRANK: Walter Ulbricht. Eine deutsche Biografie. Berlin 2001. – Ulbricht richtete am 7. Februar 1966 einen Offenen Brief an die Delegierten des für Juni geplanten SPD-Bundesparteitags, auf den der SPD-Bundesvorstand am 18. März antwortete, vgl. Willy BRANDT: Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975. Hamburg 1976 S. 125–129; vgl. auch „Spiegel" vom 29. Mai 1967 S. 42.

Barzel: Meine Damen und Herren! Mir scheint es leichter, die Frage ein wenig zurückzustellen; denn der Kollege Lücke muß jeden Augenblick mit dem Bundeskanzler kommen. (*Fricke:* Sie kommen gleich von ihrer Fahrt an der Zonengrenze.) Er begleitet ihn auf der Reise an der Zonengrenze, wie Herr Fricke eben deutlich gemacht hat. Mir wäre es deshalb angenehm, wenn wir die Debatte wieder auf den Generalsekretär zurückführen könnten. – Zu dieser Frage hat Herr Gurk das Wort.

Gurk: Ich habe nur eine Frage zu stellen. Präzisiert sich das Problem nur auf Lücke? Die anderen Herren sind doch hier. Ist bei den anderen Herren der Rücktritt gesichert? (*Große Heiterkeit.*)

Barzel: Ich habe vorhin gesagt, ich hätte Anlaß, mitzuteilen, daß ... Herr Katzer!

Katzer: Herr Vorsitzender, ich wollte nur sagen, das gilt also nicht nur für das Präsidium, sondern auch für den Vorstand.

Barzel: Ja, selbstverständlich. (*Anhaltende Unruhe.*) – Herr Amrehn!

Amrehn: Ich bin ein Mitglied des Präsidiums, das für die Wiederwahl nicht vorgesehen ist. Ich kann nur sagen, wenn es der Wille der Partei ist, die Satzung so zu ändern, wie man das hier vorgeschlagen hat, dann kann es doch im Ernst keinen führenden Mann dieser Partei geben, der sich einem solchen Satzungsbeschluß nicht unterwerfen will.

Auf der anderen Seite haben die Mitglieder des Präsidiums doch wohl die Verpflichtung, bis zu dem Augenblick im Amt zu bleiben, in dem sichergestellt ist, daß wir eine neue Satzung haben. Das sehe ich noch nicht ganz gesichert. Ich möchte das in aller Zurückhaltung und nur, weil ich jetzt das Wort ergreife, wenigstens angedeutet haben. Genauso ist völlig offen, wie die Wahlen ausgehen. Auch das muß bei dieser Gelegenheit gesagt werden. Im übrigen kann ich mich nicht zum Sprecher der anderen Mitglieder des Präsidiums machen, aber ich meine, eine Selbstverständlichkeit auszudrücken, daß sich die Mitglieder des Präsidiums dem fügen, was der Parteitag als seine neue Satzung, als seine neue Ordnung und als künftige Gestaltung der Partei haben will. (*Starke Unruhe.*)

Barzel: Das Wort hat Herr Lemke.

Lemke: Rein juristisch ist die Sache doch so, daß mit Zweidrittelmehrheit jeder abgewählt werden kann. (*Zurufe:* Wo steht das?) Jede Satzungsänderung muß beschlossen werden ... (*Starke Unruhe und verschiedene Zurufe:* Nein, steht nirgendwo! – *Glocke des Vorsitzenden.*)

Barzel: Meine Herren, das Wort hat Herr Lemke!

Lemke: Jedenfalls kann die Satzung mit Mehrheit geändert werden. Dann haben Sie doch einen völlig neuen Tatbestand. (*Anhaltende Unruhe und Zurufe:* Nein!) Selbstverständlich ist jedes Mitglied der Satzung unterworfen. (*Anhaltende Unruhe und Zurufe:* Nein!)

Barzel: Meine Herren! Das Wort hat Herr Seebohm.

Seebohm: Meine lieben Freunde! Es gibt in diesem Vorstand eine Reihe von Persönlichkeiten, die sogenannte geborene Mitglieder sind. Wir könnten natürlich sagen, die geborenen Mitglieder sind auch für zwei Jahre da für die Dauer ihrer Amtsperiode in

diesem Gremium. Aber es ist doch selbstverständlich – ich unterstütze das, was Freund Amrehn gesagt hat –, daß, wenn wir die Satzung ändern, alle diese Dinge entfallen, so daß die seinerzeit gewählten Mitglieder nicht sagen können, sie wären anderer Natur als die sogenannten geborenen Mitglieder. Auch in Zukunft haben wir geborene Mitglieder. Das muß man also sehen.

Ich bin der Meinung, wenn der Parteitag die Satzungen ändert – und darüber sollte man sich unterhalten –, dann tritt das ganze Präsidium automatisch zurück. In diesem Sinne haben wir ja im Vorstand gearbeitet. Wir haben eine Stichwahl zwischen Herrn Lücke und Herrn Blank sogar vorgenommen, was bedeutet, daß Herr Lücke bereit war, sich dieser Stichwahl zu unterziehen und nicht dagegen zu opponieren.

Im übrigen möchte ich noch einmal meinen Appell wiederholen, daß wir in Niedersachsen in 14 Tagen Wahlen haben, und daß diese Situation hier an der Zonengrenze, verehrter Freund Even, dazu führen müßte, daß alle die Leute, die diesen Unsinn gesagt haben, dies unbedingt unterlassen sollen. Wir können es uns an der Zonengrenze nicht leisten, unsere Freunde der Exil-CDU und der Oder/Neiße in eine schwierige Situation zu bringen, die uns bei den Wahlen sehr schädlich sein kann.

Wir haben uns im vorigen Jahr vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen auf dem Parteitag in Düsseldorf alle Mühe gegeben, jede Schwierigkeit aus dem Wege zu räumen und keine Differenzen zu haben. Ich bitte sehr herzlich unsere Freunde vom Rheinland, daß sie unsere Situation von heute anerkennen und wir zu einer einheitlichen und gemeinsamen Linie zurückfinden. Wir können in der Partei doch über die Satzungsänderungen abstimmen, ohne daß das Schwierigkeiten macht. Der Parteitag ist autonom und kann entscheiden, ob wir nun die Sache so oder so gestaltet haben.

Ich halte es für unglücklich, auch mit Rücksicht auf unsere Wahl, wenn die ganze Presse übermorgen über uns herfällt und sagt: Diese CDU hat in langen Sitzungen und vielen Presseveröffentlichungen – weiß der Teufel, woher sie gekommen sind – sich zu diesen Satzungsänderungen geäußert. Sie hat sogar Namen genannt. Und nun sagt sie auf einmal, wir vertagen das alles. Das schafft auch für unseren Wahlkampf eine miserable Situation. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich möchte das ganz deutlich gesagt haben.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, ich habe vorhin gesagt, wir müssen zügig verhandeln. Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie mir erlauben würden, diesen Punkt jetzt zu verlassen, weil der nicht streitig ist. – Herr Burgbacher!

Burgbacher: Da ich in der gleichen Lage bin wie unser Freund Amrehn, d. h. diesem Präsidium anzugehören und nach der unerforschlichen Weisheit der Landesvorsitzenden nicht wieder aufgestellt zu sein, möchte ich trotzdem erklären, daß ich selbstverständlich das Amt zur Verfügung stelle und keinerlei Einreden mache, aber, wenn erforderlich, mich zur Wiederwahl stelle.

Barzel: Meine Damen und Herren, dann können wir diesen Punkt verlassen und wieder zur Debatte über den Generalsekretär zurückkehren. – Das Wort hat Herr Vogel.

Vogel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wir können wohl alle nicht wünschen, daß die Diskussion auf dem Parteitag so verläuft, wie sie hier angelaufen ist. Wir können auch die Satzungsdebatte nicht vertagen. Die Dinge sind bisher sehr weit

angelaufen. Sonst würde die CDU mit einem sehr ramponierten Ansehen aus dieser Sache hervorgehen. Wir werden nicht darum herumkommen, die noch bestehenden kontroversen Punkte, insbesondere über den Generalsekretär, auf dem Parteitag zu entscheiden.

Hier gibt es eine Reihe von Schwierigkeiten, insbesondere bei der Frage, hauptamtlich oder nicht. Niemand ist heute hier in der Lage zu sagen, wie diese Entscheidung auf dem Parteitag ausgehen wird. Wir haben uns nur für eine der möglichen Entscheidungen auf dem Parteitag bisher präpariert. Das ist eine Situation, die die ganze Geschichte erschwert. Wir sollten davon ausgehen, daß auf dem Parteitag der Antrag auf Hauptamtlichkeit des Generalsekretärs kommen wird. Es wäre schlecht, wenn nach einer Entscheidung eine Ratlosigkeit entstünde: Was nun? Ich darf hier zum wiederholten Male sagen, daß die Führungsgremien der Jungen Union diese Frage beraten und sich für die Hauptamtlichkeit des Generalsekretärs ausgesprochen haben. Es besteht der Auftrag an den zur Zeit amtierenden Bundesvorsitzenden der Jungen Union, diesen Antrag auf dem Parteitag zu stellen.

Es gibt noch zwei andere kontroverse Punkte, wobei mir der eine klargeworden ist, nämlich die Frage des Vorschlagsrechts des Vorsitzenden plus Kollisionsklausel. Das ist eine Frage, die besonders stark bei unseren rheinischen Freunden diskutiert worden ist, aber auch in einigen anderen Landesverbänden. Hierzu gibt es bisher eine Stellungnahme der Jungen Union nicht, weil die Führungsgremien der Jungen Union darüber nicht beraten haben. Ich meine, das wäre eine Frage, die nicht das Gewicht hat, welches man ihr in den Diskussionen beilegt.

Die weitere Frage ist die der Kompetenzen des Generalsekretärs, wobei ich hier sagen muß, daß von den ursprünglichen Vorschlägen keinerlei Abstriche an den Kompetenzen des Generalsekretärs in der Satzung vorgenommen worden sind. Konkrete Vorstellungen darüber, wie diese Kompetenzen ausgeweitet werden sollen, sind mir bisher nicht bekannt. Auch darüber müßte gesprochen werden. Ich bin der Meinung, daß ein hauptamtlicher Generalsekretär mit den Kompetenzen, die die Satzung nach Ihrem Entwurf vorsieht, in der Lage ist, wirksam seine Aufgabe in der Partei zu erfüllen.

Nach meiner Auffassung reduziert sich das Problem im wesentlichen auf die Frage: hauptamtlich oder nicht? Diese Frage muß auf dem Parteitag diskutiert und entschieden werden.

Barzel: Meine Damen und Herren! Es ist wichtig, Herr Vogel, daß dieses Führungsgremium nicht ins Ungewisse marschiert und in Kenntnis der Stimmung aufgrund der Anträge, die zu erwarten sind, eine Verdichtung der Meinungsbildung vornimmt, damit wir nicht am Dienstagnachmittag um 17.00 Uhr hier eine Überraschung erleben, die am Schluß durch eine Beschlußfassung über die Satzung viele andere Überlegungen plötzlich fraglich machen könnte. Deshalb müssen wir uns hier in dieser Frage ein bißchen verdichten, ohne daß wir damit die Hoffnung haben – je nachdem, wie das hier ausgeht –, daß dies auf dem Parteitag keine Rolle mehr spielen wird. – Das Wort hat Herr Blumenfeld.

Blumenfeld: Herr Vorsitzender, wenn wir den Generalsekretär schaffen nur dem Namen nach, d. h., daß er praktisch die Funktion des früheren Geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes hat, dann bin ich der Meinung, daß wir hier keine riesige Fleißübung veranstalten sollten; ohne daß ich damit jetzt die Persönlichkeit unseres Freundes Heck ansprechen möchte, sondern nur die Funktion.

Es hat der Wunsch bestanden nicht nur bei der Jungen Union, sondern auch bei einer Reihe von Landesverbänden – ich spreche hier für den Landesverband Hamburg –, einen Generalsekretär zu schaffen, damit die Partei daraus Nutzen zieht, damit wir etwas anderes haben als ein umbenanntes Bundeskabinett zu einem CDU-Kabinett, das gleichzeitig nebenamtlich und ehrenamtlich die Parteigeschäfte in der Spitze führt. Wenn es also dieser Partei ernst ist mit ihren Reformbestrebungen, dann muß konsequenterweise der hauptamtliche Generalsekretär geschaffen werden. Darüber gibt es nach meiner Meinung überhaupt keine Meinungsverschiedenheit.

Es ist gesagt worden, der Generalsekretär müsse einem allgemeinen bundesdeutschen Empfinden entsprechend das Ansehen eines Bundesministers haben, sonst würde er bei den Landes-, Kreis- und Ortsverbänden nicht ankommen; mit anderen Worten, wenn er nicht mit einem Mercedes 250 und einem Ministerstander zu seinen Parteifreunden kommt, dann hat sein Wort nicht das nötige Gewicht. Ich halte das für eine vordergründige und falsche Darstellung der Loyalität der Mitglieder unserer Landes- und Kreisverbände gegenüber einer führungswilligen und führungskräftigen Spitze auf der Bundesebene.

Ich bin der Auffassung, daß in der Tat der Bundesparteivorsitzende ein Vertrauensverhältnis zum Generalsekretär haben muß, daß es aber nicht so sein darf, daß der Generalsekretär gleichzeitig der Zucht der Regierungsmannschaft und damit dem Weisungsrecht des Bundeskanzlers direkt oder indirekt unterliegt, d. h. er muß eine parteilich gesehen unabhängige Position haben, aus der heraus er zum Wohl der Gesamtpartei tätig werden kann; d. h. nicht gegen den Parteivorsitzenden, sondern mit dem Parteivorsitzenden.

Ich war einige Wochen in Amerika. Jetzt lese ich in den Nachrichten, daß der Bundesparteivorsitzende gesagt haben soll oder gesagt hat: Es muß ein Mitglied des Kabinetts sein. Herr Heck soll gesagt haben: Ich wünsche nicht ein starker-schwacher oder schwacher-starker Mann der Partei zu sein. Deswegen wünsche ich, im Kabinett zu verbleiben.[23] – Nun meine ich, über diese Frage muß jetzt entschieden werden.

(Bundeskanzler Dr. Kiesinger, Bundesminister Lücke und Minister Langeheine erscheinen, mit lebhaften Beifall begrüßt.)

Barzel: Meine Damen und Herren! Wir haben die Intervention des Kollegen Blumenfeld unterbrochen, um den Herrn Bundeskanzler sehr herzlich zu begrüßen sowie die Kollegen Lücke und Langeheine, dem wir schon jetzt alles Gute für die Wahl in Niedersachsen wünschen. Wir hoffen, daß sich unsere Anwesenheit hier sehr hilfreich für ihn auswirken möge.

23 Vgl. „Spiegel" vom 22. Mai 1967 S. 42.

Wir sind, Herr Bundeskanzler, in der Debatte über die Satzung beim Punkt Generalsekretär, hauptamtlich oder nicht; eine Frage, die bekannt ist. Wir wollen sie hier ein bißchen erörtern, um eine Vormeinungsbildung zu haben für den Parteiausschuß und für den Parteitag, weil wir davon ausgehen müssen, daß auf dem Parteitag auf jeden Fall die Frage noch eine Rolle spielen wird. Es ist gut, wenn wir wissen, wohin ungefähr die Meinungsbildung dieses Führungsgremiums geht. Herr Blumenfeld hatte das Wort. Ich bitte ihn, nunmehr fortzufahren.

Blumenfeld: Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich den Herrn Bundesparteivorsitzenden nicht ansprechen kann, weil ich durch die Säule hier von ihm getrennt bin. Aber ich kann das jetzt zusammenfassen, Herr Vorsitzender. Mir scheint es wichtig zu sein, daß dieses Gremium noch einmal aus dem Munde des Herrn Bundeskanzler erfährt, ob er es für absolut notwendig hält, daß die Position eines neu zu schaffenden Generalsekretärs wirklich verbunden sein muß mit der Position eines Kabinettsmitgliedes.

Ich bitte Herrn Kollegen Heck, uns noch einmal klarzumachen, wie seine persönliche Auffassung zu dieser Sache ist, weil ich sie bisher nur aus den Zeitungen erfahren habe. Wenn seine Meinung die ist, die wir gelesen haben, dann erhebt sich die Frage, wenn wir grundsätzlich einen Generalsekretär wollen, ob jemand anders dafür zur Verfügung steht und ob der Bundesparteivorsitzende auch eine andere Persönlichkeit für die Position des Generalsekretärs vorzuschlagen hat.

Barzel: Das Wort hat Herr Stecker.

Stecker: Ich bin der Meinung, im Gegensatz zu Herrn Blumenfeld, daß wir gut beraten sind, wenn wir uns hier nicht festlegen in der Satzung, was wir auch beschlossen haben. Es ist nicht so, daß wir sagen, wir wollen in der Satzung festlegen, der Generalsekretär muß Mitglied des Kabinetts sein, sondern wir machen uns nur selbst Schwierigkeiten, und wir tun so, als wenn wir mit solchen Satzungsbestimmungen Politik machen könnten.

Ich sage das auch, weil ich Angehöriger des Landesverbands Hannover bin. Wir sollten uns hier nicht festlegen. Lieber Blumenfeld, wenn Du sagst, dann hätten wir gar nichts zu ändern brauchen, so muß ich erklären, ich bin nicht der Erfinder dieses Generalsekretärs, sondern das kommt vom Rheinland her. (*Meyers:* Nicht nur!) Ich kann nur sagen, wenn wir das tun, was Blumenfeld will, dann brauchen wir auch nichts zu ändern, dann könnten wir doch nur die Funktion des Geschäftsführers ändern. Wir haben doch einen Geschäftsführer, der sich hauptamtlich mit der Partei befaßt.

Ich meine also, wir wären gut beraten, wenn wir noch einmal von diesem Vorstand aus ganz eindeutig und klar uns dazu bekennen, daß wir uns nicht in dieser Weise festlegen. Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß es nun einmal in Deutschland so ist, daß das Amt eines Ministers das Tätigkeitsfeld eines Generalsekretärs für die Partei wesentlich verbessert. Die Informationsmöglichkeiten sind besser, und auch manche andere Hebel sind leichter zu bedienen. Wir machen uns doch sonst selbst etwas vor. Ich bin selbst sehr stark in der Partei tätig, und ich weiß, wie das draußen ist. Man erleichtert sich manches, wenn man über eine solche Position verfügt. Aus diese Gründen sollten wir noch einmal unsere Haltung dazu bekräftigen.

Barzel: Das Wort hat der Herr Bundeskanzler.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Wenn ich meine Meinung darlegen soll, so ist es die: Ich bin auch der Meinung, Sie sollten sich nicht festlegen. Dieses ganze Amt des Generalsekretärs ist ein wenig abstrakt erdacht worden, als eine Art Wunderwaffe, die nun der CDU wer weiß wozu helfen soll.

Wir, die wir Erfahrungen haben über das Auf und Ab der CDU, wissen genau, um was es geht. Wir brauchen einen Mann, der sich auskennt in den großen organisatorischen Aufgaben, die zu erledigen sind. Und wenn der Generalsekretär richtig gedacht ist, so soll er keine selbständige Politik machen, aber doch ein Mann sein, der sehr nahe den politischen Entscheidungen lebt. Wenn Sie sich das praktisch vorstellen, dann nehmen Sie einmal Herrn Dr. Heck als Beispiel. Wäre er nicht Kabinettsmitglied, dann würde seine und meine Arbeitslast ganz sicher größer sein. Ist er im Kabinett, ohne daß er ein Ressort hat, das ihn zu sehr belastet, dann ist er ständig in den politischen Dingen drin. Er hat auch ständig Fühlung mit dem Bundeskanzler, der ja zugleich als Parteivorsitzender gedacht ist, so wie es bisher war.

In den letzten Wochen konnte ich jedesmal, wenn eine kritische Situation entstand – und diese kritischen Situationen entstehen in der Großen Koalition natürlich sehr oft –, mich darauf verlassen, ich habe ihn in der Nähe, er weiß bereits Bescheid, er hat die Dinge ja miterlebt; wir können sie – wie im Beispiel dieses Briefs an die SED, als die SPD diese Aktion an uns vorbei beschlossen hatte – einigermaßen schnell bewältigen. Ich habe den Fraktionsvorsitzenden da. Ich habe diesen Generalsekretär da. Das kann man einfach nicht abstrakt entscheiden.

Ein anderes Mal liegen die Dinge eben anders. Warum sich die Hände binden? Warum nicht einfach sagen, wir machen einen Generalsekretär. Jetzt schauen wir auf die Posten. Sie haben alle gesehen, wie sich Dr. Heck im letzten Jahre insbesondere mit großem Geschick eingesetzt hat in recht kritischen Situationen, auch vor der Öffentlichkeit, im Fernsehen usw. Nehmen wir die Entscheidung so, daß wir es auf den Mann abstellen. Das nächste Mal mag's anders sein. Dann machen wir es das nächste Mal auch anders. Dann hat man sich die Freiheit vorbehalten.

Es ist zuviel Dogmatismus noch immer in unserer Partei. Ich habe das ja so viele Jahre erlebt. Diese dogmatischen Selbstbindungen sind immer schädlich. Wenn Sie es nicht wollen, dann sagen Sie: In diesem Fall machen wir es eben nicht. – Ich würde das für falsch halten. Aber wozu sollen wir in die Satzung eine solche Bestimmung hineinschreiben? Man wird mir antworten: Das gibt Schwierigkeiten auf dem Parteitag. Die Leute haben sich nun einmal in den Gedanken verbissen, daß der Generalsekretär hauptamtlich sein soll. – Dann muß man eben dem Parteitag das erklären. Wozu diese Scheu vor einer solchen Sache? Dann muß man eben sagen, warum in diesem Falle das die richtige Entscheidung ist. Denken Sie auch daran, daß in diesem Kabinett der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei sitzt, daß Herr Wehner darin sitzt.[24] Warum

24 Außenminister Willy Brandt war seit 1964 SPD-Vorsitzender, Herbert Wehner Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen und seit 1958 stv. SPD-Vorsitzender.

sollte nicht auch unser Generalsekretär darin sein? Das würde bei vielen schwierigen Beratungen ein bißchen mehr Gewicht geben.

Also ich rate zu einer pragmatischen Lösung. Es ist ja bekannt – das tut keinem der Parteifreunde Abbruch, die bereit wären, sich für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen –, daß ich glaube, mit Dr. Heck gut zusammenarbeiten zu können. Es soll sich niemand denken, ich wäre bereit, den Parteivorsitz zu übernehmen – für den Ehrenvorsitzenden würde ja sowieso kein Platz sein – und dann sozusagen als eine stumme untätige Figur da oben zu sitzen. Diejenigen, die sich das vorstellen, müßte ich enttäuschen. Ich bin sehr entschlossen, auch die Parteiarbeit ernst zu nehmen, nur ist es klar, daß ich dazu jemanden brauche, mit dem ich ganz eng zusammenarbeiten kann.

Sie wissen, ich bin lange genug in dieser Parteiarbeit gewesen, eigentlich von jenem merkwürdigen Tag in Goslar des Jahres 1950 an.[25] Dort bin ich hineingekommen in den ersten Geschäftsführenden Vorstand und gehörte ihm dann lange Jahre an. Unter Konrad Adenauer – meinen Respekt für ihn kennen Sie wahrhaftig – war es so: Wir waren existent, solange ein Bundestagswahlkampf bevorstand oder dauerte. Dann bekamen wir Postkarten, freundliche Briefe, Telefonanrufe und wurden ermahnt, unsere Pflicht zu tun. Wenn der Wahlkampf vorbei war, waren wir nicht mehr existent oder wir glaubten es. Jedesmal kamen wir mit geschwellter Brust an, fanden aber keinen Einlaß. Das war seine Methode. Das wäre nicht die meine. Ich bin überzeugt, das hat unserer Partei nicht gutgetan. Wir mußten uns zu sehr auf Konrad Adenauer verlassen. Ich lese jetzt immer in der Zeitung, die CDU kehre wieder dahin zurück, wo sie war. Sie verlasse sich wieder auf eine Wahllokomotive.

Meine Damen und Herren! Ich bin ganz froh, wenn ich für die CDU etwas einbringen kann und wenn die Leute mich mögen und mir vertrauen, aber ich will keine Wahllokomotive sein, sondern ein Bundeskanzler, und wenn Sie mich dazu wählen, auch ein Parteivorsitzender, der weiß, welche Verantwortung er damit übernimmt. Darum ist es wichtig, daß er die Möglichkeit hat, Einfluß zu nehmen auf die Auswahl des Mannes, mit dem er dann ernsthaft zusammenwirken will; denn wir haben es nötig. Diese Partei hat gezeigt, daß es notwendig ist, daß sie in Form gebracht werden muß.

Das ist die Lage, wie ich sie sehe. Ich bitte Sie inständig, wirken Sie als Führungsgremium auf den Parteiausschuß und auf den Bundesparteitag ein, daß nicht verkrustete, abstrakte Vorstellungen sich durchsetzen.

Barzel: Das Wort hat Herr Meyers.

Meyers: Ich gehöre nicht zu den Erfindern des Generalsekretärs, da aber der Erfinder nicht hier ist, will ich Ihnen sagen, wie es dazu aus der historischen Stunde heraus gekommen ist. Man wollte eine Institution schaffen, die einzig und allein mit voller Kraft für die Partei da ist. Das war der Grund dafür, daß die Junge Union diesen Beschluß gefaßt hat, der von der Rheinischen Partei akzeptiert worden ist. Das hat nichts mit einer Person zu tun. Ich habe das eben, als Sie noch nicht da waren, Herr Kollege Heck, er-

25 Kiesinger war mit zwar knapper Mehrheit als geschäftsführendes Vorstandsmitglied gewählt worden, nahm die Wahl aber nicht an (vgl. PROTOKOLLE 1 S. XIf.).

klärt und gesagt, daß ich wenige Freunde im Vorstand habe, mit denen ich so gut auskomme wie mit Ihnen. Ich habe hervorgehoben, wie großartig Herr Heck das beispielsweise nach den letzten Landtagwahlkämpfen gemacht hat; wie er z. B. im Verhältnis zu Wehner und Mende weitaus die beste Figur im Fernsehen abgegeben hat.

Die entscheidende Frage hat Herr von Heydebreck eben gestellt: Was ändert sich denn gegenüber dem jetzigen Zustand? Wenn der jetzige Zustand, der, was Heck angeht, gut ist, geändert wird, dann müßte er doch anders und besser werden. Darum ist die Frage von Herrn von Heydebreck leider noch nicht beantwortet: Was ändert sich denn gegenüber dem jetzigen Zustand? – Das müßte zuerst geklärt werden, damit man die Frage überhaupt entscheiden kann.

Barzel: Darf ich versuchen, die Frage ein bißchen zu beantworten, die Herr Meyers von Herrn von Heydebreck aufgenommen hat? Wenn man sich die Satzung ansieht und feststellt, welche Kompetenzen für den Generalsekretär neu geschaffen werden, dann ist das eine ganze Menge Zeug. Nehmen Sie mal an, daß der Generalsekretär mitwirkt bis zum Einvernehmen hin bei der Bestellung von Landesgeschäftsführern; daß er mitwirkt bei der Bestellung der Hauptgeschäftsführer der Vereinigungen; daß er mitwirkt bei der Aufstellung aller dieser Haushalte. Ich nenne nur diese drei Rechte ohne die vielen anderen Rechte. Das ändert sich zum Beispiel. Wir kriegen eine viel straffere Bundespartei, eine Partei, die nicht nur auf Parteitagen von den Delegierten den Wunsch mit auf den Weg kriegt, nun führt mal schön, aber keinerlei Kompetenzen hat, sondern wir kriegen eine Bundespartei mit einer größeren Möglichkeit, selbst zu handeln.

Der Wunsch, den Namen Generalsekretär zu nehmen, ist von außen an das Präsidium herangetragen worden. Sie alle wissen, daß wir in einer Schwierigkeit waren, nachdem wir mit der alten Satzung ein Geschäftsführendes Präsidialmitglied hatten, das dann von sich aus mit Recht und mit unserer Unterstützung gesagt hat, praktisch mache ich es so, als sei ich ein Geschäftsführender Vorsitzender. Das war eine Präokkupation von in der Satzung nicht vorgesehenen Rechten. Das kommt jetzt alles dazu. Ich will es nicht im einzelnen ausführen.

Ich glaube also, daß sich hier nicht nur der Name ändert, sondern daß in der Tat die Bundespartei insgesamt konkretisiert auf den Generalsekretär ein paar Rechte bekommt, die sie – wie wir miteinander meinen, denn wir haben es ja beschlossen – dringend braucht. – Das Wort hat Herr Mikat.

Mikat: Ich halte es nicht für gut, die Frage „hauptamtlich oder nicht hauptamtlich" in einer Satzung zu regeln. Solche Satzungen werden erlassen in ganz bestimmten konkreten Situationen. Beim Generalsekretär sind zwei Modelle möglich. Wir haben einmal das Modell – dadurch sind wir natürlich etwas belastet – in den romanischen Ländern. Dort stellt der Generalsekretär einer Partei gewissermaßen sogleich ein Pendant der eigenen Partei gegenüber der Regierung dar. Das setzt voraus, daß dann auch der gesamte Parteiaufbau sehr stark hier angegliedert wird.

Bei uns haben wir weitgehend eine Identität von Parteispitze und Regierungsspitze nicht nur beim 1. Vorsitzenden, sondern wir haben auch einen Teil der Herren, die als Stellvertreter nominiert werden, die im Kabinett sind. Ich würde empfehlen, daß man

das auf dem Parteitag auch den Delegierten sagt: Wir haben die Wahl auf Herrn Heck ausgerichtet. Es ist durchaus möglich, daß im Laufe der Zeit, Herr Bundeskanzler, mal eine andere Struktur sich entwickelt. (*Kiesinger:* Natürlich!) Was wir zunächst einmal brauchen, sind Erfahrungen mit der Institution des Generalsekretärs; denn in der Tat ist sein satzungsmäßiges Recht gegenüber einem Geschäftsführenden Vorsitzenden nicht so grundlegend verschieden. Ich meine aber, daß dieses Amt sich im Laufe der Zeit durchaus auffüllen kann. Diese Übergangszeit sollten wir uns offenhalten. Es ist schlecht, eine perfektionistische Regelung gleich an den Anfang zu stellen. Deswegen würde ich aus diesen, zugegebenermaßen sehr pragmatischen Gründen für die jetzt von Herrn Barzel vorgeschlagene Lösung plädieren. (*Beifall.*)

Barzel: Meine Damen und Herren! Weil wir auch noch das Personaltableau erörtern müssen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn wir diese Debatte des Generalsekretärs zu einem gewissen Abschluß bringen könnten. Wir wissen, es kommt auf dem Parteitag ohnehin zur Debatte. Ich würde doch gern, weil es für den in Aussicht genommenen Vorsitzenden der Partei eine sehr wichtige Sache ist, wissen, wie dieser Bundesvorstand zu der Frage denkt – das ist ja der Antrag, der von verschiedenen Seiten vorliegt –, „hauptamtlich" in die Satzung zu schreiben.

Wir haben alle im Ohr, was Herr Mikat am Schluß und der Herr Bundeskanzler eingangs gesagt haben. Darf ich dann fragen, wer dafür ist, daß wir die Satzung so lassen, wie sie ist, d. h. die Frage offenlassen, ohne eine Änderung vorzunehmen, den bitte ich um ein Zeichen. (*Kraske:* 22!) Die Gegenprobe! (*Kraske:* Zwölf!) Enthaltungen! (*Kraske:* Neun!) 22 für die bisherige Satzung, zwölf dagegen, neun Enthaltungen. Kann ich damit den Punkt „Generalsekretär" verlassen? Wir müssen noch zu dem Tableau kommen. – Herr Kohl!

Kohl: Herr Barzel, mir scheint es doch richtig zu sein, auch bei diesem Abstimmungsergebnis zumindest die Frage aufzuwerfen, vertritt dieser Vorstand diese Mehrheitsmeinung, die eben gebildet wurde, nachher im Parteiausschuß und morgen auf dem Parteitag? Für mich ist es ganz wichtig zu wissen. Ich habe mitgestimmt, und es ist dies meine Meinung. Ich habe dabei auch meine Freunde von Rheinland-Pfalz vertreten. Es ist immerhin von einiger Wichtigkeit – wenn ich mir die Abstimmung zur Person hier betrachte – zu wissen, ist das nun eine Sache, für die ich als Mitglied des Bundesvorstands kämpfe, oder ist es eine Abstimmung, die etwa so betrachtet werden muß, daß nun der eine oder andere hier hinausgeht und dafür Sorge trägt, daß auf dem Parteitag eine Mehrheit für die jetzt unterlegene Meinung zustande kommt? Das muß fairerweise zumindest hier angesprochen werden.

Barzel: Herr Kollege Kohl, wenn ich aus meiner Sicht das beantworten darf, so bin ich nicht der Erfinder des Generalsekretärs. Ich bin der Vorsitzende der Kommission für die Satzung gewesen und habe dann die Mehrheitsbeschlüsse vorgetragen und bis zu dieser Stunde eigentlich ganz glücklich durch die verschiedenen Klippen bringen können. Ich werde mich also für diese Mehrheit hier aussprechen. Ich werde auch sagen, daß hier eine Mehrheit war. Aber ich glaube nicht, daß es möglich ist, vor einem Parteitag, der eine entscheidende Beschlußfassung vorzunehmen hat, etwa zu sagen: Alle

Mann an Bord, die Mehrheit hat recht. Wir stehen jetzt alle wie ein Mann auf dem Parteitag.

Ich glaube, Herr Kohl, das ist in diesem Augenblick ... (*Kohl:* Das war nicht meine Frage!) Aber wir kommen doch schon ein Stückchen näher. – Herr Amrehn wollte etwas sagen.

Amrehn: Das ist der Punkt, von dem ich heute morgen schon sagte, er wird den Kern der ganzen Auseinandersetzungen auf dem Parteitag bilden. Jetzt will ich Ihnen an meiner eigenen Person einmal schildern, wie sich die Dinge entwickeln können. Ich habe ohne Rücksicht auf Person oder Personen diesen Satzungsentwurf miterarbeitet im Präsidium und habe ihn getragen. Wir haben in Berlin nach unserer Wahl einen Parteitag gehabt.[26] Der Gedanke des Generalsekretärs hat gezündet durch alle Landesverbände, und dort, wo eine Möglichkeit besteht, werden Anträge gestellt. Ein Landesparteitag hat mit ganz großer Mehrheit beschlossen, auf diesem Bundesparteitag in Braunschweig die Hauptamtlichkeit des Generalsekretärs zu verlangen.[27]

Was soll so ein Landesvorsitzender z. B., der hier keineswegs geschwiegen hat, nun tun in einer Situation, in der er morgen sagen muß, wir gehen hier aus dem Haus und wissen, daß morgen oder übermorgen um diese Frage ganz hart gekämpft wird? Es ist unsere Pflicht, den Herrn Bundeskanzler auf diese Situation heute aufmerksam zu machen und ihn nicht übermorgen damit zu überraschen.

Barzel: Herr Scheufelen!

Scheufelen: Nach der letzten Sitzung des Bundesvorstands, als wir uns für „nicht hauptamtlich" entschieden haben, habe ich dieses Votum des Bundesvorstands vor meinem Landesausschuß vertreten. Ich muß Ihnen sagen, daß ich gegen meine Stimme einstimmig überstimmt worden bin. (*Gurk:* Auch mir ist es schlecht ergangen! – *Lebhafte Heiterkeit.*)

Barzel: Ich sehe aber, daß alle diejenigen, denen es schlecht gegangen ist, noch leben. Ich glaube, es wird uns auch am Schluß des Parteitags, wie immer die Entscheidung fallen wird, auch gelingen. Ich meine, wir können in diesem Augenblick nicht noch weiterkommen. – Herr Kraske!

Kraske: Herr Vorsitzender! Ich darf bitten, gleich folgendes zu klären. Es liegen zu diesem Thema eine Reihe von Anträgen vor, die ordnungsmäßig bei der Geschäftsstelle eingegangen sind, vom Landesverband Nordwürttemberg und von einigen Kreisverbänden. Diese Anträge fordern Satzungsänderungen zu der Beschlußvorlage des Vorstands, insbesondere in der Frage des Generalsekretärs, seiner Hauptamtlichkeit und der Form seiner Abberufung, aber auch im Hinblick auf die Zahl der Stellvertreter, was wir hier schon erörtert haben.

---

26 43. Landesparteitag der CDU Berlin am 29./30. April 1967.

27 Der LV Nordwürttemberg hatte sich einstimmig für einen hauptamtlichen Generalsekretär ausgesprochen, vgl. die Wortmeldung des Delegierten Reinhold Fyrnys auf dem Bundesparteitag. Auf dem Braunschweiger Parteitag beantragte Manfred Luda für den LV Westfalen-Lippe, die Hauptamtlichkeit des Generalsekretärs in der Satzung zu verankern, vgl. CDU, 15. BUNDESPARTEITAG S. 151, 159.

Sollen diese Anträge im einzelnen nachher dem Bundesausschuß bzw. dann erst recht dem Parteitag zugehen, oder sollen diese Anträge gegebenenfalls von einer Antragskommission dieses Bundesvorstands behandelt, zusammengefaßt und dann nur im Ergebnis dem Parteitag vorgetragen werden?

Barzel: Das ist eine sehr wichtige Frage von Herrn Kraske. Gibt es dazu in unserer Satzung oder in der Geschäftsordnung etwas? (*Kraske:* Nein!) Dann würde ich persönlich raten, diese Anträge laufenzulassen und sie auf dem Parteitag bringen zu lassen ohne das Vorfilter einer Annahmekommission usw. – Herr Kraske!

Kraske: Da die Anträge teilweise gleiche oder fast gleiche Vorschläge enthalten, würde ich empfehlen, daß man sie etwas zusammenfaßt. (*Barzel:* In einer Drucksache!) Damit sollte hier ein kleiner Kreis beauftragt werden, der das bis morgen nachmittag durchführen kann.

Barzel: Das kann die Bundesgeschäftsstelle machen. Sie sind einverstanden! Ich bedanke mich.

Dann kommen wir zum dritten Punkt, und zwar handelt es sich um das Personaltableau auf dem rosa Papier. Ich darf, meine Damen und Herren, mit Ihrer Erlaubnis das eben durchgehen: 1. Ehrenvorsitzender. Das Wort wird nicht gewünscht. Es ist so beschlossen. 2. Vorsitzender. Das Wort wird nicht gewünscht. Es ist so beschlossen. 3. Generalsekretär. Es ist eine Empfehlung an den Parteitag. Keine Debatte! Beschlossen! 4. Stellvertretende Vorsitzende. Wir haben uns vorher auf fünf geeinigt. Dann kommen wir jetzt zu den Namen: Schröder, Dufhues, von Hassel, Lücke, Brauksiepe. Wird das Wort gewünscht? – Herr Stingl!

Stingl: Ich habe vorhin schon gesagt, daß wir zwei Namen derer, die früher im Präsidium waren, hier nicht mehr finden. Ich bin der Auffassung, daß wir jetzt bei den Stellvertretenden Vorsitzenden die zwei, die bisher im Präsidium waren, mit als Kandidaten aufnehmen sollten. Und dann müßte der Parteitag auswählen.

Barzel: Herr Kollege Stingl, darf ich der Einfachheit halber auf folgendes hinweisen? Entschuldigen Sie, wenn ich das Wort nehme. In der Vorbesprechung heute morgen haben wir über folgende Frage lange diskutiert und dann durch Abstimmung entschieden, ob wir nämlich für die 20 des Parteivorstands einen Vorschlag von 20 oder mehr machen sollten. Wir haben uns dann auf 20 festgelegt und dann durch eine komplizierte geheime Abstimmung in diesem Gremium diesen Zettel, Seite 2, erarbeitet. Wenn jetzt dieser Vorstand hinsichtlich der Stellvertretenden Vorsitzenden davon abweicht, ist das nicht richtig.

Daß der Parteitag bei vielen Positionen andere Vorschläge machen wird, nach dem, was man hört, auch bei den Stellvertretenden Vorsitzenden, weil jeder Delegierte antragsberechtigt ist, das ist ganz klar. Daß wir mit den 20 Namen als Stimmzettel nicht durchkommen werden, ist auch jedermann klar. Ich meine, wir sollten in der Logik bleiben und jetzt vom Bundesvorstand her nur die vorschlagen, die in der Zahl der Satzung vorgesehen sind. – Herr Gurk!

Gurk: Sie sprachen vorhin davon, daß 27 Damen und Herren in Erwägung waren. Können Sie angeben, wer diese 27 sind?

Barzel: Ich bin dazu im Augenblick nicht imstande. Wir werden das, wenn wir an die zweite Seite kommen, uns von Herrn Kraske vortragen lassen.

Darf ich dann versuchen, die Frage der Stellvertretenden Vorsitzenden zum Abschluß zu bringen? Es sind also fünf nach unserem Satzungsvorschlag. Die Namen lauten: Schröder, Dufhues, von Hassel, Lücke, Brauksiepe. Können wir das gleich so vortragen? (*Lebhafte Unruhe. – Zuruf:* Gegenvorschläge werden kommen!) Gegenvorschläge kommen! Dann ist hier noch die Frage des Schatzmeisters zu klären. – Herr Grundmann!

Grundmann: Ich möchte jetzt keinen Antrag stellen, aber ankündigen, daß in der Frage des Schatzmeisters ein Gegenantrag kommt, Herrn Professor Burgbacher wieder zum Schatzmeister zu wählen.

Barzel: Wir können aber jetzt weiter fortfahren. Ich bin dankbar, daß dies angekündigt ist. – Das Wort hat Herr Stingl.

Stingl: Es ist mir jetzt völlig unklar. Was werden wir denn nachher im Bundesausschuß machen, wenn dort schon die Vorschläge kommen? Jetzt schlägt dieser Bundesvorstand ein Tableau vor, es wird aber von verschiedenen Seiten angekündigt, daß noch andere Vorschläge kommen. Soll der Bundesausschuß das nachher wieder klären? (*Zurufe:* Nein, nein!)

Barzel: Herr Stingl, ich nehme an, daß nachher der Herr Bundeskanzler a. D. Erhard die Sitzung leiten wird. Sollte ich das Vergnügen haben, dort wieder den Vorsitz zu führen, dann würde ich nicht vorschlagen, daß der Parteiausschuß nachher noch in eine weitere Personaldebatte eintritt. Ich würde dies mitteilen und die anderen Fragen der Satzungsänderungen dort erörtern. Aber ich glaube nicht, daß der Bundesausschuß noch Vorschläge machen sollte. – Herr Amrehn!

Amrehn: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die Praxis der bisherigen Parteitage völlig anders war. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Im Bundesausschuß werden die Vorschläge gemacht, von denen man glaubt, daß sie auch auf den Parteitag kommen werden. Dann liegt die Liste nach der Sitzung des Bundesausschusses für den Bundesparteitag vor. So war es bisher. (*Von Hassel:* Aber ohne im Bundesausschuß abzustimmen!) Es geht darum, wer noch auf die Liste kommt.

Barzel: Herr Kraske!

Kraske: Wir stehen insofern vor einem neuen Abschnitt der Geschichte, (*Lebhafte Heiterkeit.*) als wir einen 27er-Vorschlag gemacht haben. Ich muß allerdings sagen, daß bei den bisherigen zahlenmäßig viel kleineren Vorschlägen wir uns immer bemüht haben, wenn sie durch den Vorstand gebilligt waren, auch im Bundesausschuß durch Abstimmung die Billigung herbeizuführen, um diese Vorschläge dann dem Parteitag namens des Bundesvorstands und des Bundesausschusses präsentieren zu können.

Barzel: Darf ich dazu folgendes sagen. Mir ist die frühere Praxis auch bekannt, nur haben wir bisher durch den Parteitag den Vorsitzenden gewählt. Dann läßt man also die Mitglieder des Präsidiums wählen. Die übrigen Mitglieder des Bundesvorstands sind ganz anders zustande gekommen. Deshalb sind wir in einer ganz neuen Lage, die uns auch veranlaßt, nunmehr zu prüfen, wie wir verfahren sollen. (*Amrehn:* Und der Bun-

desausschuß?) Das war vor dem Bundesausschuß. Damals war der Bundesausschuß das Beschlußgremium. Eines ist ganz sicher, Herr Amrehn, in dieser Frage wird der Parteiausschuß sich selbst gleich bestätigen. (*Anhaltende starke Unruhe. – Glocke des Vorsitzenden.*) Meine Damen und Herren, ich würde gern mit Ihrer Erlaubnis und im Blick auf die Uhr, weil das alles wiederkommt, auf die zweite Seite dieses rosa Papiers kommen, auch um die Frage zu beantworten, die Herr Gurk gestellt hat. Mir scheint, daß auf der zweiten Seite die Zahl 20 geändert werden muß durch 19 weitere Mitglieder, und daß Frau Brauksiepe dann hier zu streichen ist. – Dazu Herr Kraske!

Kraske: Für die Sitzung heute vormittag hat vorgelegen ein 27er-Vorschlag, der dann um acht Namen erweitert worden ist auf einen 35er-Vorschlag, aus dem 20 zu wählen waren. Ich setze Ihr Einverständnis voraus, wenn ich diese 35 Namen in einer nicht ganz systematischen Reihenfolge vorlese, so wie sie mir hier vorliegen: Adorno, Amrehn, Blank, Brauksiepe, Fera, Filbinger, Fricke, Gradl, Grundmann, Hahn[28], Jansen, Katzer, Klepsch, Kohl, Lemke, Lemmer, Meyers, Müller-Hermann[29], Niermann, Noltenius, Röder, Scheufelen, Schmücker, Schwarzhaupt, Stingl, Stoltenberg, Windelen, Weizsäcker, Etzel, Russe, Vogel (Warendorf), Ernst Lemmer, Stein[30], Fay, Blumenfeld. Diese Liste hat zur Abstimmung vorgelegen. Die 20 mit den meisten abgegebenen Stimmen entnehmen Sie der Liste auf der roten Vorlage, die inzwischen auf 19 zu vermindern ist, weil das Präsidium um einen Platz erhöht worden ist.

Barzel: Ist die Frage beantwortet, Herr Gurk? (*Gurk:* Ja.) – Herr Hellwig!

Hellwig: Ich wollte nur fragen, wie ist die Rechtslage im Augenblick derjenigen Vorstandsmitglieder, die bisher gewählt sind und deren Mandat noch nicht abgelaufen ist? Es ist hier eine gewisse Parallelität mit dem Problem, das vorhin beim Präsidium aufgetreten ist, d. h. mit anderen Worten, ein solcher Vorschlag könnte erst nach der Satzungsänderung erfolgen.

Darf ich weiter fragen, wenn ich richtig sehe, besteht hier ein Zusammenhang mit dem Parteiengesetz, daß der Vorstand gewählt wird und nicht in der Mehrzahl aus geborenen Mitgliedern zusammengesetzt sein soll? Es wäre nützlich, bei dem jetzigen Wahlvorschlag anzugeben, welches die Parteiämter als Landesvorsitzender, Stellvertretender Landesvorsitzender, Minister usw. sind, im Sinne der bisherigen geborenen Mitglieder. Dann würde erst deutlich werden, inwieweit den Anforderungen des Parteiengesetzes entsprochen wird.

Barzel: Herr Kraske!

---

28 Prof. Dr. Wilhelm Hahn (1909–1996), Theologe; 1937 Promotion nach Studium der Evangelischen Theologie, Mitglied der Bekennenden Kirche, Pfarrer in Minden, 1946 Landeskirchenrat der Westfälischen Kirche, 1950 Professor für Praktische Theologie an der Universität Heidelberg, 1958–1960 Rektor der Universität, 1962–1964 MdB (CDU), 1968–1980 MdL Baden-Württemberg, 1964–1978 Kultusminister, 1979–1987 MdEP. Vgl. LEXIKON S. 260f.

29 Ernst Müller-Hermann (1915–1994), Redakteur; 1946–1952 Mitglied der Bremer Bürgerschaft (CDU), 1952–1980 MdB, 1958–1964 und 1977–1984 MdEP, 1968–1974 Landesvorsitzender der CDU Bremen. Vgl. LEXIKON S. 335f.

30 Gustav Stein (1903–1979), Rechtsanwalt; 1949–1957 stv. Hauptgeschäftsführer und 1957–1963 Hauptgeschäftsführer des BDI, 1961–1972 MdB (CDU).

Kraske: Herr Hellwig, ich glaube, hier liegt ein Mißverständnis vor. Das Parteiengesetz schließt nicht aus, daß ein Landesvorsitzender dem Vorstand angehört, sonst würden wir dem wohl auch nicht zustimmen, aber er darf ihm nicht als Landesvorsitzender, sondern er muß ihm als Amrehn, als Kohl oder wie auch immer durch die Wahl des Parteitags angehören. (*Hellwig:* Die geborenen Mitglieder waren im Gremium, welches diesen Vorschlag ausgearbeitet hat?) Nein, das Gremium, welches diesen Vorschlag ausgearbeitet hat, waren die, die außer dem Rennen auf dieser Liste waren. Diese haben dann einen Vorschlag gemacht. Heute vormittag wurde dann dieses 20er-Votum abgegeben.

Barzel: Herr Vogel!

Vogel: Herr Vorsitzender, wir können feststellen nach dem Abstimmungsergebnis von heute morgen, daß bei dem, was als Vorschlag hier vorliegt, einige Schwerpunkte erscheinen, die nicht dem Bild der Partei entsprechen. In jedem Fall wird es hier zu einer Reihe von kontroversen Punkten kommen. Ich darf darauf hinweisen, daß die Junge Union ihren Bundesvorsitzenden Dr. Klepsch vorschlagen wird.

Barzel: Herr Dufhues!

Dufhues: Meine Damen und Herren! Ich bin darauf hingewiesen worden, daß es notwendig gewesen wäre, die Absicht etwaiger Änderungsvorschläge bereits mitzuteilen. Wir wissen nun nicht nur aus der Presse, sondern auch von anderer Seite, daß die Absicht besteht, unseren Parteifreund Theo Blank als Stellvertretenden Vorsitzenden vorzuschlagen. Ich weise darauf hin, daß mit einem solchen Antrag zu rechnen ist.

Nun möchte ich unterstreichen, was Herr Vogel soeben gesagt hat. Ich habe bereits in der vorangegangenen Konferenz darauf hingewiesen, daß das Bemühen um die Ausgewogenheit in der Zusammensetzung des Vorstands nicht in allen Teilen gelungen ist. Ich würde es für notwendig halten, daß auch ein Repräsentant der bäuerlichen Bevölkerung in einem dreißigköpfigen Vorstand erscheint. Ich habe die Absicht, darauf hinzuwirken, daß ein solcher Repräsentant der bäuerlichen Bevölkerung, nämlich unser Parteifreund Gustav Niermann, gewählt wird. Ich weiß nicht, ob der Vorstand bereit ist, sich mit dieser Frage zu befassen. Auf jeden Fall müssen Sie mit einem solchen Antrag rechnen.

Barzel: Wird das Wort gewünscht? – Ich stelle also fest, daß wir zwei Mitteilungen über Anträge, die auf dem Parteitag kommen werden, entgegengenommen haben. Wir sollten also jetzt nicht noch einmal in eine Abstimmung eintreten. So habe ich Sie verstanden. (*Etzel:* Darf ich noch einmal daran erinnern, daß Sie die eben erwähnte Frage in Gegenwart von Herrn Lücke stellen wollten?) Ich bin Ihnen sehr dankbar, ich hätte es vergessen, Herr Etzel.

Herr Kollege Lücke, hier ist vorhin die Frage aufgeworfen worden, ob alle Mitglieder – da Sie eben nicht anwesend waren, muß ich die Frage an Sie richten – des Präsidiums bereit sind, ihre Ämter niederzulegen, um den Weg freizumachen für diese Satzung und die Neuwahl insgesamt. Die anwesenden Herren haben das eben erklärt. Ich bitte den Kollegen Lücke, sich zu dieser Frage zu erklären.

Lücke: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung. Ich war mit dem Herrn Bundeskanzler heute auf der Reise am Zonenrandgebiet. Ich habe die Erklärung, die abzugeben ist, vor dem Parteipräsidium dergestalt abgegeben, daß ich gesagt habe, wenn wir zu einer vernünftigen Lösung kommen, wenn die Satzungsänderungen erfolgen, so daß wir also zu Neuwahlen kommen, dann lege ich natürlich mein Amt nieder. Aber ich will wissen, ob wir zu einer vernünftigen, der Sache entsprechenden Lösung kommen. Wenn das, was sich hier abzeichnet, geschieht, werde ich mein Amt zur Verfügung stellen.

Barzel: Herr Glup!

Glup: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Wenn ich den 20er-Vorschlag mir ansehe und daran denke, was nun an neuen Vorschlägen gemacht worden ist, dann bin ich der Meinung, daß man die Ausschußsitzung dazu benutzen sollte, einen neuen Vorschlag zu machen. Wenn wir eine Ausgewogenheit herstellen wollen, können wir doch nicht mit einem solchen Vorschlag vor den Parteitag treten. Heute morgen war nur ein 19er-Vorschlag herausgekommen. Ansonsten wird die ganze Diskussion zu einer Farce. Wir scheuchen also Vögel auf, die dann auf dem Parteitag weiterfliegen. (*Heiterkeit und Unruhe.*)

Barzel: Herr Amrehn!

Amrehn: Dieser Punkt wird gleich im Bundesausschuß diskutiert werden. Der Sinn der Vorauswahl war erklärtermaßen darin z. T. gesehen worden, daß man damit eine gewisse Präferenz für Namen schaffen wollte. So war das früher auch, wobei dann die anderen Namen draufgesetzt werden müssen.

Ich meine nun, nachdem alle Mitglieder des Präsidiums ihre Bereitschaft erklärt haben, die nun auch Herr Lücke zum Ausdruck gebracht hat, muß das im Vorstand ausdrücklich festgestellt werden. Dann gehört in der 4. Plenarsitzung nach Abschluß der Satzungsänderungen vor den Wahlen ein Tagesordnungspunkt „Rücktritt des Präsidiums und des Bundesvorstands". Dann können wir erst neu wählen. Das steht bisher nicht in der Tagesordnung. (*Lücke:* Das habe ich auch gesagt.)

Barzel: Ich glaube, es ist ganz vernünftig, Herr Kraske, was Herr Amrehn sagt. (*Lebhafte Unruhe. – Kohl:* Es muß eine Mitteilung erfolgen, aber kein Tagesordnungspunkt.) Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir uns für die letzten zwölf Minuten dieser Vorstandssitzung das Leben erleichtern können. Mir scheint, daß wir doch natürlich einen Vorschlag brauchen. Das ist der Sinn der langen Arbeit. Warum haben wir einen Vorschlag ausgearbeitet? Um zu versuchen, bei dieser ersten, doch ein Risiko beinhaltenden geheimen Wahl des Bundesvorstands dem Unionsgedanken Rechnung zu tragen. Wir müssen deshalb zu einer bestimmten Meinungsäußerung hier im Bundesvorstand kommen.

Ich habe bisher nur gehört, daß auf dem Parteitag zu den verschiedenen Positionen andere Personalvorschläge gemacht werden. Ich würde aber gern feststellen dürfen, ob wir als Bundesvorstand diesen Vorschlag insgesamt zunächst dem Bundesausschuß geben können. Irgendwie müssen wir ja weiterkommen, sonst hängen wir im luftleeren Raum, und zwar mit viel Arbeit, die dahintersteckt. – Herr Hellwig!

Hellwig: Wenn das als Vorschlag des Bundesvorstands dem Bundesausschuß gegeben wird, möchte ich bitten, das mit der größten Zurückhaltung zu machen. Wir müssen daran denken, daß der Bundesausschuß wegen der Wahl des Bundesvorstands ein wesentliches Recht durch die Satzung verliert; denn die 15 weiteren Mitglieder sind vom Bundesausschuß gewählt worden. Daß der Bundesausschuß schon früher gegenüber den Vorschlägen, die der Bundesvorstand vorgelegt hat, sehr kritisch war und sich das Recht der Ergänzung und Aufstellung eines Wahlvorschlages vorbehalten hat, möchte ich in Ihre Erinnerung zurückrufen. Ich glaube deshalb, daß Sie nur mit der größten Delikatesse dem Bundesausschuß klarmachen können, daß es sich um einen ersten Versuch handelt; denn der Bundesausschuß wird ein wesentliches Recht durch diese Satzungsänderungen verlieren.

Barzel: Herr Kraske!

Kraske: Daß die Angelegenheit delikat zu behandeln ist, ist bei ihrer Bedeutung eindeutig, aber ich muß doch darauf aufmerksam machen, daß die Landesvorsitzenden, die bisher als einziges Gremium mehrheitlich zu diesem Vorschlag votiert haben, kein satzungsmäßiges Gremium sind. Gerade in Ihrer Richtung, Herr Hellwig, würde ich sagen, daß es dem Bundesausschuß gegenüber noch schwieriger ist, wenn wir einen Vorschlag präsentieren, weil es den Absender in der Satzung überhaupt nicht gibt. Ich würde deswegen auch nach der bisherigen Praxis sehr darum bitten, dem Vorschlag von Herrn Barzel zu folgen und pauschal über diese 19er-Liste abzustimmen, weil dem Bundesausschuß gegenüber nur der Bundesvorstand oder einzelne, aber nicht die Landesvorsitzendenkonferenz, antragsberechtigt sind.

Barzel: Herr Vogel!

Vogel: Ich bin der Auffassung, wir sollten diesen Vorschlag an den Bundesausschuß weitergeben, ohne daß wir sagen, damit identifiziert sich der Bundesvorstand. (*Zuruf:* Genau so!) Das ist ein Gremium gewesen, das anders zusammengesetzt war als dieses. Es ist sicher, daß wir zu einem anderen Ergebnis kämen. Aber es wäre zweckmäßig, wenn wir zweimal präjudizierend etwas sagten.

Barzel: Das ist natürlich schwierig, Herr Vogel, wenn wir das nur weitergeben. Irgend jemand muß doch diesen Vorschlag machen, sonst kommt man nicht in die Debatte. Dann muß das Präsidium noch einmal zusammentreten. Wollen wir dann wegen dieser Sache noch einmal vertagen? – Herr Filbinger!

Filbinger: Ich frage mich, was ist das für ein Gremium, der Bundesvorstand? Ist das ein Gremium, das nach Art eines Boten oder Briefträgers Dinge weitergibt, oder ein Gremium, das zur eigenen Willensbildung da ist? Wir sind doch dazu da, daß wir eine Entscheidung treffen. Diese Entscheidung sollte hier im Wege der freien Abstimmung getroffen werden. Dann aber steht unser Votum dahinter, wenn wir an den Bundesausschuß gehen. (*Blumenfeld:* Dann muß auch über die entsprechenden Vorschläge hier abgestimmt werden, wenn wir uns das zu eigen machen.)

Barzel: Herr Mikat!

Mikat: Der Bundesvorstand hat doch in seiner Sitzung in Bonn eine Kommission beauftragt, daß Präsidium und diese Kommission tätig werden sollen. (*Kraske:* Das hat

nicht der Bundesvorstand beauftragt, sondern die Landesvorsitzenden haben diese Kommission eingesetzt.) Entschuldigen Sie, der Bundesvorstand hat in der Sitzung am 2. Mai sich damit einverstanden erklärt, daß die Landesvorsitzenden plus den anderen einen Vorschlag machen. Das ist doch ganz klar, Herr Kraske, außerdem ist es im Ergebnis dasselbe. Jetzt haben wir drei Möglichkeiten: Entweder das Präsidium eignet sich den Vorschlag an und trägt vor. Ich bin aber der Meinung von Herrn Filbinger. Wir können doch hier darüber abstimmen und tragen dann das Abstimmungsergebnis dem Bundesausschuß vor. Wenn Sie das nicht wollen, hat immer noch das Präsidium die Möglichkeit, seinerseits das Ergebnis des Präsidiums dem Ausschuß vorzutragen. Wollen sie das auch nicht, dann können sie sagen, einige Leute haben das erarbeitet. Das sind die drei Möglichkeiten.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß die beste Möglichkeit tatsächlich die ist, daß wir darüber abstimmen, ob diese Vorlage für den Bundesausschuß vorgelegt wird. (*Zuruf:* Müssen wir nicht! Muß das Präsidium machen!) Irgendwie muß die Sache doch einen Stempel kriegen. (*Lebhafte Unruhe.*) – Herr Hellwig.

Hellwig: Wenn dieser Vorschlagskreis keine parteiamtliche Legitimation hat, müssen Sie natürlich den Bundesvorstand als den offiziellen Vorschlagskreis fragen, ob er offen in cumulo oder ob er auch in einer geheimen Abstimmung ...

Barzel: Herr Hellwig, das ist selbstverständlich. Ich bin ja noch gar nicht bei der Frage, ob wir abstimmen. Dann werden wir feststellen, wie wir abstimmen. Das kann doch nur nacheinander gehen. – Herr Glup!

Glup: Wenn Sie so vorgehen, daß Sie zunächst einmal feststellen, ob überhaupt abgestimmt werden soll, so habe ich nichts dagegen, aber die zusätzlich gemachten Vorschläge müssen doch bei der Abstimmung im Bundesvorstand berücksichtigt werden.

Barzel: Herr Heck!

Heck: Herr Vorsitzender! Ich glaube, daß dieser Vorschlag zurückgeht auf einen Auftrag des Bundesvorstands an das Präsidium plus Landesvorsitzenden. Dieses Gremium ist auf seiner ersten Sitzung mit diesem Auftrag nicht fertig geworden und hat eine Achter-Kommission gebildet und diese Kommission beauftragt, einen Vorschlag zu machen. Dieser Vorschlag ist heute früh vom Präsidium zusammen mit den Landesvorsitzenden und den Vorsitzenden der Vereinigungen beraten und dann darüber Beschluß gefaßt worden. Das ist hier dieser Vorschlag. Deswegen muß der Vorstand zu dem in seinem Auftrag erarbeiteten Vorschlag Stellung nehmen mit Ja oder Nein. Wenn er ihn verwirft, kann er einen neuen machen. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß Herr Kollege Heck einen richtigen Vorschlag gemacht hat. Für den Fall, daß Sie – ich bitte Sie, auf die Uhr zu gucken und an die Öffentlichkeit zu denken, wie solche Verzögerungen dann wirken – bereit sind, ein solches globales Ja oder Nein – darum geht es jetzt – zu sagen, würde ich dann noch prüfen, was wir hinsichtlich der Anregung des Kollegen Hellwig machen, ob wir dieses globale Ja oder Nein in geheimer Abstimmung oder in offener Abstimmung feststellen.

Dann darf ich zum Verfahren fragen, wer ist dafür, daß hier geheim abgestimmt wird, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Wir können also offen abstimmen.

Dann stelle ich die Frage, wer dafür ist, daß dies als Vorschlag, wie es eben interpretiert wurde, dem Bundesausschuß gleich gegeben wird, den bitte ich um ein Zeichen. (*Rummler:* 34!) – Die Gegenprobe! (*Rummler:* 13!) – Enthaltungen! (*Rummler:* 5!) 34:13:5. (*Blank:* Sechs!) Das erste war die Mehrheit.

Dann bitte ich Herrn Kraske, nachdem das Tableau besprochen ist, noch die weiteren Dinge vorzutragen. Ich werde allerdings in drei Minuten die Sitzung abbrechen.

Kraske: Erster Punkt: Antrag der Wirtschaftsvereinigung des Rheinlandes, in eine Vereinigung umgewandelt zu werden. Darf ich Dr. Heck bitten, dazu ein Wort zu sagen?

Heck: Meine Damen und Herren! Dieser Antrag der Wirtschaftsvereinigung der Christlich-Demokratischen Union des Rheinlandes hat zwei Parallelanträge gehabt, einen von den Sozialausschüssen des Rheinlandes und einen von den Sozialausschüssen insgesamt. Er zielte darauf ab, daß dem Wirtschaftsrat untersagt werden soll, die Bezeichnung „Wirtschaftsrat der CDU" zu führen. Wir hatten am vergangenen Donnerstag eine Aussprache zwischen Vertretern der Sozialausschüsse und des Wirtschaftsrats. In dieser Aussprache ist eine einvernehmliche Regelung erzielt worden, der sich beide Partner unterworfen haben. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, die Regelung hier bekanntzugeben. (*Zurufe:* Doch, kurz!) Es ist folgendes beschlossen worden:

1. Daß der Wirtschaftsrat der Union sich künftighin strikt genauso nach den Rechten und Pflichten verhalten wird, wie das die Vereinigungen innerhalb der Union bisher getan haben.

2. Ist ausdrücklich erklärt worden, daß, falls eine weitere Wirtschaftstagung stattfindet, ehe der Wirtschaftsrat Vereinigung der Union geworden ist, der Wirtschaftsrat keinerlei zu veröffentlichende Richtlinien verabschieden wird, die nicht vorher mit der Parteiführung abgestimmt sind.

3. Der Wirtschaftsrat hat erklärt, daß er von sich aus anstrebe, eine Vereinigung innerhalb der CDU zu werden. Er gab der Überzeugung Ausdruck, daß dies auf dem nächsten Parteitag 1968 satzungsmäßig geregelt werden könne.

Mit dieser Regelung haben sich die Sozialausschüsse einverstanden erklärt. Ich nehme an, daß die Wirtschaftsvereinigung der Christlich-Demokratischen Union des Rheinlandes auf diese Vereinbarung hin auf ihren Antrag verzichten wird, nämlich jetzt schon eine Wirtschaftsvereinigung in den Statuten zu beschließen. Das ist einfach deswegen formal nicht möglich, weil der Wirtschaftsrat dazu zunächst eine Entscheidung in seiner Mitgliederversammlung herbeiführen muß.

Barzel: Herr Schmücker!

Schmücker: Ich muß darauf bestehen, daß die künftige organisatorische Gestaltung des Wirtschaftsrats abgesprochen wird mit der Mittelstandsvereinigung; denn es ist unmöglich, daß wir zwei Vereinigungen haben, die sich wirtschaftspolitisch betätigen. Ich will den Gang der Verhandlungen und der Entwicklung nicht aufhalten, aber es kann

nicht so stehenbleiben, wie Herr Heck es eben gesagt hat. Die weiteren Verhandlungen können nur stattfinden unter Einschaltung der Mittelstandsvereinigung. Es kann in den jetzigen Beschlüssen noch keine Festlegung erfolgen.

Barzel: Herr Heck!

Heck: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe lediglich über das berichtet, was beraten und vereinbart worden ist, um die Anträge, die für diesen Parteitag gestellt worden sind, aus der Welt zu schaffen. Ich habe nicht darüber berichtet, wie die weitere Prozedur sein soll. Es ist aber in dem Kreise gesprochen worden, daß sich zunächst die Herren des Wirtschaftsrats und die Herren der Mittelstandsvereinigung zusammensetzen sollten, um zu besprechen, um die Fragen, die der Kollege Schmücker angesprochen hat, zu berücksichtigen und entsprechend zu regeln.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich bitte alle Kollegen, in den Kreisen, die Sie heute abend sehen – weil wir es sonst nicht bekanntgeben können –, darauf hinzuweisen, daß, wie ich höre, auf diesem Parteitag damit zu rechnen ist, daß die Zonenpresse anwesend sein wird. Es ist vielleicht ganz gut, das den Delegierten zu sagen, weil wir es sonst nicht dürfen. – Herr Kraske!

Kraske: Meine Damen und Herren! Es liegen Ihnen außer den beiden bereits besprochenen Anträgen noch drei weitere Umdrucke vor. Es handelt sich um 1. eine Satzungsänderung, Regelung des Wahlverfahrens für die Stellvertretenden Parteivorsitzenden, 2. redaktionelle Satzungsänderungen, 3. einen Beschlußantrag, dem dieser Bundesvorstand im Prinzip bereits zugestimmt hat, über den Bundesparteibeitrag ab 1. Juli.

Darf ich den Bundesvorstand fragen, ob er diesen Anträgen beitritt? Sie sind heute vormittag noch einmal eingehend behandelt worden und müssen dem Parteitag zugeleitet werden.

Barzel: Herr Lemke!

Lemke: Beim § 44 neu fehlt ein Satz aus der Vorlage von heute morgen, nämlich: „wenn nur ein Kandidat zur Debatte steht". – Dieser Satz müßte hinzugefügt werden.

Barzel: Dazu Herr Amrehn!

Amrehn: Der Satz kann untergehen, weil er inhaltlich in dem Satz enthalten ist: „Gewählt sind die Kandidaten, die eine Mehrheit bekommen." (*Lemke:* „Der oder die Kandidaten" muß es heißen.) Wenn nur einer aufgestellt ist, muß er die Mehrheit bekommen. Ich glaube also, das ist entbehrlich. (*Lemke:* Wenn darüber Klarheit besteht, genügt es wohl.) Aber es muß eine Regelung ergänzt werden, wie bei gleicher Stimmenzahl zu verfahren ist. Ich möchte vorschlagen, daß an den Absatz 3 ein Satz 2 angehängt wird: „Ist eine Entscheidung zwischen Kandidaten mit gleicher Stimmenzahl erforderlich, findet sie ebenfalls durch Stichwahl statt." Dieser Punkt ist bisher tatsächlich nicht geregelt.

Barzel: Sind Sie einverstanden? (*Zustimmung.*) Dann bedanke ich mich.

Wir kommen zum Punkt „Verschiedenes". Keine Wortmeldung! Dann schließe ich die Sitzung bis auf ein neues im Bundesausschuß.

14

Bonn, Montag 17. Juli 1967

Sprecher: Barzel, Dufhues, Fay, Fricke, Hange, Heck, Kiesinger, Kohl, Kraske, Lemmer, [Meyers], Scheufelen, Schmücker, Schröder, Seebohm, [Selbach], Stingl, Stoltenberg.

Bericht zur Lage. Arbeit der Partei 1967/68. Landtagswahl in Niedersachsen. Verschiedenes.

Beginn: 11.00 Uhr *Ende: 16.15 Uhr*

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, ich hatte eben noch einen Anruf vom Herrn Bundesfinanzminister und Vorsitzenden der CSU. Es ist offensichtlich jetzt mehr Luft hier. Herzlich willkommen, meine Damen und Herren! (*Fay:* Wir sind doch keine Luft! – *Heiterkeit.* – *Barzel:* Die Luft ist besser als sonst, weil die Sozialdemokraten nicht da sind.) Entschuldigt haben sich die Herren Kollegen Blank, Gradl, Röder, Lemke, Amrehn, Filbinger, von Hassel und Lücke. Unsere Tagesordnung sieht als Punkt 1 vor:

Bericht zur Lage

Es ist viel zu sagen; es ist viel los, und es ist viel Unruhe da. Ich darf mit der außenpolitischen Situation – einer alten Tradition dieses Hauses entsprechend – beginnen und dann auf die innenpolitische Situation übergehen. Reicht es, wenn ich sitzen bleibe? (*Zustimmung.*) Wenn wir überhaupt sitzen bleiben, kommen wir eher durch. Sie wissen, daß ich mit Präsident Johnson aus Anlaß seines Hierseins bei der Bestattung unseres Altbundeskanzlers Dr. Adenauer ausführliche Gespräche gehabt habe und inzwischen mit vielen anderen Politikern und Staatsmännern.[1] Wir waren auch in Rom bei der Zehnjahresfeier der Römischen Verträge.[2] Ich hatte nun auch das zweite Gespräch mit dem Präsidenten de Gaulle nach der Wiederaufnahme oder Wiederbelebung – wie man es nennen will – des deutsch-französischen Vertrages im Januar dieses Jahres.[3]

In den Gesprächen mit Präsident Johnson ging es mir darum, dem amerikanischen Präsidenten klarzumachen, daß ich durchaus bereit war und bin, in unserem westlichen Bündnissystem eine führende Macht anzuerkennen. Ich halte es für einen reinen Un-

1 Staatsakt am 22. April 1967; zu den Unterredungen anläßlich der offiziellen Trauerfeierlichkeiten vom 24.–26. April 1967 vgl. AAPD 1967 Nr. 140 (mit Moro), 142 (mit de Gaulle), 143 (mit Wilson), 146 (mit Ben Gurion) und 147 (mit Johnson).

2 Konferenz der Staats- und Regierungschefs in Rom vom 29./30. Mai 1967, vgl. AAPD 1967 Nr. 194, 197.

3 Arbeitsbesuch de Gaulles in Bonn am 12./13. Juli 1967, vgl. AAPD 1967 Nr. 261–264.

sinn, von gleichberechtigter Partnerschaft zu sprechen, wo politisch eine Macht nun einmal die Führung hat und auch haben muß. Aber ich habe im gleichen Zusammenhang dann gesagt, gerade diese Tatsache, daß Amerika die Führungsrolle in der westlichen Welt zufällt, muß Amerika zwingen, eine weltpolitische Konzeption zu entwikkeln, die auch im Interesse der Verbündeten liegt.

Ich wies den Präsidenten darauf hin, daß Unruhe darüber entstanden sei, und zwar im Zusammenhang mit dem Atomsperrvertrag und mit anderen Vorgängen, ob in Amerika entweder klare andere Prioritäten gesetzt worden seien – wie es viele behaupten –, oder ob es mehr ein Schwimmen der amerikanischen Politik sei angesichts der Schwierigkeiten, in denen die Amerikaner sind. Ich habe also die Probleme sehr offen angesprochen. Nach einigen Überbrückungsschwierigkeiten ist dann der Präsident aus sich herausgegangen. Wir sind im Grunde genommen auf einen sehr einfachen Modus vivendi gekommen. Beide hielten wir eine Festigung der Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik und eine Festigung und Modernisierung der NATO für äußerst wünschenswert.

Wir kamen beide überein, daß die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Deutschland wichtig sei und daß so wenig wie möglich – ich komme in einem anderen Zusammenhang noch darauf zurück – diese Truppenstärke reduziert werden solle. Darüber gab es viele technische Einzelgespräche. Wir kamen weiter überein, daß in Zukunft viel enger und häufiger als bisher Gesamtkonsultationen stattfinden sollten. Der Präsident tat so, als verstünde er es nicht; vielleicht hat er es zunächst auch nicht verstanden, was ich wollte. Er sagte, er habe erstklassige Mitarbeiter; er würde z. B. McNamara[4] mehr trauen als sich selber. Ich sagte ihm, ich habe nicht die Qualität Ihrer Mitarbeiter, sondern die Qualität unserer Konsultationen gemeint, d. h. ich möchte nicht, daß wir uns auf einige Streitpunkte konzentrieren und uns dauernd auseinandersetzen, sondern ich muß wissen, was die Amerikaner wollen in dieser Welt. Und dann sage ich Ihnen freimütig, was wir darüber denken. Ich habe ihm das am Beispiel des Atomsperrvertrages klarzumachen versucht. Das ist dann auch hingekommen.

Er hat mich – wenn auch nicht sehr eingehend – über seine Gespräche mit Kossygin informiert.[5] Das sind alles Dinge, die früher nicht so geschehen sind. Es geht seitdem ein ständiger Austausch von Telegrammen hin und her. Er kriegt heute wieder eines von mir.

Wir haben dann ausgemacht, daß wir uns am 7. und 8. Juli treffen wollten. Aber in der Vorausahnung der kommenden Schwierigkeiten habe ich diesen Besuch abgesagt. Das hat er auch völlig verstanden, und er hat dann vorgeschlagen, den ursprünglich vorgesehenen zweiten Termin, nämlich den 12. und 13. September, ins Auge zu fassen. Ich habe ihm zurückgeschrieben: einverstanden, aber es könnte sein, daß ein früherer Termin vielleicht nach seinem Urteil besser wäre. Denn er sollte nicht den Eindruck haben,

4 Robert Strange McNamara (geb. 1916), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1961–1968 Verteidigungsminister.

5 Treffen am 23. und 25. Juni 1967 in Glassboro (New Jersey), vgl. AdG 1967 S. 13309f.

als ob ich auf dem 12. und 13. September bestünde. Ich wäre bereit, jederzeit ab dem 15. Juli zu kommen.[6]

Er ließ mir vor ein paar Tagen sagen, er überlege sich noch einmal, ob es nicht besser sei, daß ich vor dem 12. September käme. Er hielte das unter den gegebenen Umständen für richtiger. Mein von ihm dringend erwünschtes Zugeständnis zu umfassenderen Konsultationen war nicht zufällig. Er sagte: Jedesmal, wenn ich etwas dazu sage, nehmen meine innenpolitischen Gegner das zum Anlaß, um es gegen mich zu verwerten. Es war sehr deutlich bei ihm zu sehen, daß es ihm vor allem um die Frage der Wiedervereinigung geht.

Zur Nahost-Krise[7], seit der sein Prestige in den Vereinigten Staaten wieder mächtig gewachsen ist, drückte er sich so aus: Macht so etwas im Familienkreis.

Ich habe ihm dann unsere Ostpolitik klargemacht und erklärt, was wir wollen. Ich sagte: Wir wollen eine Entspannung, aber in der Weise, daß die deutsche Frage nicht aus dem Auge verloren wird. Wir weigern uns, eine Entspannungspolitik mitzumachen, bei der man sagt, eines Tages wird man vielleicht auch die deutsche Frage lösen. Wir sagen nicht mehr, erst Wiedervereinigung, dann Entspannung; denn wir sind realistisch genug, um einzusehen, daß es mit dieser einfachen Formel nicht geht. Aber wir sagen auch nicht, erst Entspannung und dann vielleicht irgendwann einmal auch Wiedervereinigung. Damit war er einverstanden.

Ich habe ihm erklärt, es wird schwierig sein. Wir haben jetzt den ersten Vorstoß gemacht.[8] Jetzt ist eine Barriere heruntergelassen worden drüben; die stehen unter Druck. Wir wissen, daß sie die Beziehungen wieder normalisieren wollen. Das wird auch kommen, aber es wird Zeit brauchen, und wir müssen Geduld haben. Im innenpolitischen Verhältnis wollen wir die Dinge, wenn es geht, entgiften, um die Spaltung zu überwinden; aber man soll nicht daraus folgern, dies sei ein Zeichen dafür, daß wir eher bereit wären, das System drüben anzuerkennen; ganz im Gegenteil! Ich will nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern nur sagen, der allgemeine Trend war positiv und in Ordnung.

Über de Gaulle und Frankreich wurde gesprochen. Ich sagte ihm: Wir machen eine Politik gemeinsam mit Frankreich, die sich vor allem auf Europa bezieht, aber wir sind nicht einig mit den Franzosen, was ihr Verhältnis zu den Vereinigten Staaten anlangt. Wir sind auch nicht einig, was den Beitritt Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft angeht.[9] Wir sind keineswegs einig mit den Franzosen über die Art, wie das amerikanische Engagement in Vietnam angesehen wird. Sie können sich

6 Kiesinger hielt sich vom 14.–17. August 1967 in den USA auf, vgl. AAPD 1967 Nr. 301. Zur Verschiebung des Besuchs wegen der Debatte im Kabinett um die Finanzplanung vgl. KROEGEL S. 180; AAPD 1967 S. 971 Anm. 5, Nr. 254.

7 „Sechs-Tage-Krieg" vom 5.–10. Juni 1967 zwischen Israel und arabischen Staaten.

8 Am 10. Mai 1967 hatte der Ministerpräsident der DDR, Willi Stoph, an Kiesinger geschrieben (DzD V/1 S. 1115–1117), dessen Antwortschreiben datiert vom 13. Juni 1967 (EBD. S. 1278 f.).

9 Am 10. Mai 1967 hatten Großbritannien, Irland und Dänemark einen erneuten Antrag auf Aufnahme in die Europäischen Gemeinschaften gestellt, der von Frankreich abgelehnt wurde, vgl. AdG 1967 S. 13156, S. 13161.

denken, daß ich mit einiger Sorge der Begegnung mit Herrn de Gaulle entgegengesehen habe; denn wenn man das ganze Spektrum überblickt, könnte man fragen, wo sind wir denn mit den Franzosen noch einig? Es gibt doch viele Probleme. Das Verhältnis zu Amerika macht konkrete Schwierigkeiten. Da ist Vietnam. Da ist der Nahost-Konflikt. Da ist dieses von beiden Staaten als sehr wichtig angesehene monetäre Problem, das Problem der Liquidität.[10] Da ist der Beitritt Großbritanniens zur EWG. Da ist möglicherweise ein ganz verschiedenes Verhältnis und eine ganz verschiedene Einschätzung der Rolle der Sowjetunion in der heutigen Welt.

Deswegen hatte ich mich entschlossen, mit dem General eine ganz klare Sprache zu sprechen. Man muß es bei ihm so machen, daß man am ersten Tag die Präliminarien macht, um am zweiten Tage dann die Dinge auf die „Hörner" zu nehmen. Das habe ich getan. Ich habe ihm gesagt, was unsere Bevölkerung irritiert, und bat ihn, einmal wirklich klar zu sprechen. Das hat er auch getan. Im Verhältnis zu Amerika hat er seine alte These wiederholt, es müsse Europa darum gehen, eine amerikanische Vorherrschaft auf allen Gebieten abzuwehren. Das enthalte keine Feindschaft.

Ich fasse jetzt zusammen. Was ich sage, ist herausgearbeitet worden im Laufe des Gesprächs durch dauernde bohrende Fragen von mir. Also, er erklärte, das enthalte keine Feindseligkeiten gegenüber Amerika. Auf meine präzisen Fragen hat er gesagt: Unbedingt notwendig ist die Erhaltung des nordatlantischen Bündnisses sowie die Anwesenheit amerikanischer Truppen auf deutschem Boden. – Ich erwiderte: Wir wollen auch unabhängig sein. Wir wollen ein starkes und unabhängiges Europa, das auch unabhängig ist von der Sowjetunion. – Darauf sagte er: Der Whisky erobert die Welt, der Wodka nicht! (*Heiterkeit und Bewegung. – Barzel:* Das ist falsch.) Das ist nicht falsch. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*) Er sagte, Whisky siegt sogar in Frankreich, und das ist immer der Anfang vom Ende. – Also, er wollte sagen: Selbstverständlich weiß ich, daß die Sowjetunion eine solche militärische Macht ist, vor der wir auf der Hut sein müssen. Wir sind nicht pluriel [sic!], und deswegen müssen wir starke Armeen haben; deswegen das Bündnis, deswegen ist es gut, wenn amerikanische Truppen hier sind. Seine These ist, die einzige Bedrohung von seiten der Sowjetunion ist ihre militärische Stärke. Im Westen sieht er wirtschaftlich einen Einfluß und eine Durchdringung Europas von Amerika her, während die Russen versuchen, militärisch und auch politisch intakt zu sein. Er sagte: Bei denen sehe ich sogar umgekehrt eine Möglichkeit der Beeinflussung von Europa her, und zwar in ähnlicher Weise, wie sich die amerikanischen Firmen und Unternehmen in Europa beteiligen. Das ist eine recht interessante Konzeption.

Ich wiederhole, er sagte, das enthalte keine Feindschaft, sondern es handele sich um ein bewußtes Suchen nach Unabhängigkeit mit den üblichen Methoden. Ich fragte ihn, aber warum diese Sprache? Sie glauben gar nicht, wie Sie dem deutsch-französischen Verhältnis schaden, wenn sie von dem Skandal in Vietnam sprechen und immer wieder bitterböse Worte über Amerika gebrauchen. Seine Antwort lautete – ich sage das hier in

10 Für ihre in der Bundesrepublik stationierten Truppen verlangten die USA und Großbritannien Devisenausgleichszahlungen. Die Verhandlungen wurden am 27. und 28. April 1967 in London abgeschlossen. Vgl. AAPD 1967 Nr. 151; BULLETIN Nr. 47 vom 6. Mai 1967 S. 400f.

diesem Kreis, denn wir sind immerhin ein oberstes Gremium unserer Partei, aber behalten Sie es für sich: Ich muß diese Sprache sprechen aus innerfranzösischen Gründen. Es gibt in Frankreich eine pro-amerikanische Partei, die immer noch stark ist und versucht, Frankreich in ein Verhältnis zu führen, von dem ich glaube, daß es Frankreich die Raison d'être, die Existenzberechtigung, nimmt. Man kann eine atlantische Gemeinschaft machen. Das ließe sich vielleicht sogar bequem machen. Aber von dieser Existenzberechtigung kommt seine Auffassung über die Nation und über Europa.[11]

Um dieser Partei willen, die er immer noch für gefährlich hält, müsse er diese kategorische Sprache führen. Ich habe ihm gesagt, er solle sich überlegen, wo das größere und wo das kleinere Übel liege. Wir seien in diesen Dingen in unserem Volk allmählich so gestört und irritiert, daß hier etwas geschehen müsse; denn ich könnte mich nicht vor das deutsche Volk stellen und sagen: Der General sagt das nur aus innerfranzösischen Gründen. Er war sehr beeindruckt von dem, was ich sagte. Ich erklärte weiter, ich hoffe, daß das Ergebnis dieser Unterhaltung so ist, daß Sie in Zukunft vielleicht doch eine etwas gemäßigtere Sprache sprechen werden.

Nun wieder zurück zum deutsch-amerikanischen Problem. In dem Gespräch mit Johnson kam zunächst nicht viel mehr heraus als das, was ich dem Präsidenten sagte; denn er gab die allgemein beschwichtigende Erklärung ab: Wir sind doch keine Kommunisten. Ihr mögt die Kommunisten nicht. – In diesem Gespräch wurde ganz klar, daß im Augenblick die amerikanische Situation so ist, daß im Verhältnis zwischen Amerika und der Sowjetunion ganz einfach die Amerikaner den Status quo wollen; ob sie es expressis verbis sagen oder mit Formeln umschreiben, sie wollen es.

Hier spricht de Gaulle eine andere Sprache. Es ist diesmal offener gesprochen worden als jemals zuvor.[12] Ich kenne doch auch die Niederschriften der Gespräche meiner Vorgänger mit ihm.[13] Er gebraucht immer, wenn er auf das Deutschland-Problem zu sprechen kommt, die elegante französische Formel, er werde sich für die Wiedervereinigung einsetzen, und fügt hinzu: Aber Ihr dürft hinsichtlich der Bewaffnung und der Grenzen – les frontières et les armes – nicht zu ehrgeizig sein. Diesmal ging er weiter und hat das Problem der Oder-Neiße-Grenze expressis verbis angesprochen und gesagt: Herr Kanzler, täuschen Sie sich nicht; vor diese Entscheidung werden Sie eines Tages gestellt werden. Wenn Sie hier eine Entscheidung träfen, würde das einen gewaltigen Eindruck machen, insbesondere auf die Polen. Ich habe ihm geantwortet: Darf ich das reduzieren mit dem Hinweis auf Algerien? Sie, Herr General, haben die algerische Frage gelöst. Sie wissen, daß kein anderer als Sie selbst sie hätte lösen können. Algerien ist nicht eine Kolonie von Frankreich gewesen, sondern wurde als Teil Frankreichs be-

11 Vgl. Ingo KOLBOOM: Charles de Gaulle und ein deutsch-französisches Mißverständnis über Nation und Europa, in: LOTH/PICHT S. 135–150.

12 Vgl. AAPD 1967 Nr. 261, 263.

13 Zu den Gesprächen von Bundeskanzler Adenauer mit Staatspräsident de Gaulle vgl. AAPD 1963 Nr. 37, 38, 43, 44, 216, 354, 356, 357. Zu den Gesprächen von Bundeskanzler Erhard mit de Gaulle vgl. AAPD 1963 Nr. 421, 423, AAPD 1964 Nr. 44, 49, 50, 180, 183, 187, 188; AAPD 1965 Nr. 22, 26, 242, 244, 246; AAPD 1966 Nr. 34, 36, 229, 230.

trachtet. Sie werden zugeben, daß die Zugehörigkeit Algeriens zu Frankreich nicht verglichen werden kann mit der Zugehörigkeit der deutschen Ostgebiete mit Deutschland. Sie setzen offenbar voraus, daß dann, wenn wir in dieser Frage eine Vorleistung erbringen, die Wiedervereinigung erleichtert würde. Das müssen Sie mir erst noch im einzelnen darstellen. Nach meiner Meinung würde eine solche Vorleistung – nehmen wir einmal den Fall, daß das „do ut des" käme; eine Situation, die ich nicht so sehe – sogar eher zur Folge haben, daß man sagt: Das eine Ziel haben wir gesetzt und erreicht, nun werden wir auch das zweite setzen.

Er zeigte sich beeindruckt durch diese Art der Meditation und sagte: Ich verstehe Ihre Situation. Er gäbe das zu und sagte noch: Aber eines will ich Ihnen sagen. Sie erwähnten, ich hätte das mit Algerien durchgesetzt, und ein anderer hätte es nicht gekonnt. Nun, ich habe es durchgesetzt gegen eine starke Minorität, und wenn das französische Volk mit mir nicht einig gewesen wäre in dieser Frage, hätte ich es auch nicht wagen können. Ich habe ihm gesagt: Sie haben mir ein ausgezeichnetes Argument in dieser Frage geliefert.

Er hat mir zum Atomsperrvertrag gesagt: Ich rate Ihnen hier weder ab noch zu, aber für mich und Frankreich genügt das Wort, das Sie gegeben haben. Hinsichtlich der Wiedervereinigung hat er sich große Mühe gegeben und gesagt: Herr Kanzler, glauben Sie mir, keine Regierung der ganzen Welt kann Ihnen das sagen, was ich Ihnen sage. Ich sage Ihnen, die Wiedervereinigung liegt im Interesse Frankreichs. Und deshalb sind wir für die Wiedervereinigung. Dann hat er es entwickelt und erklärt: Ich kann dieses selbständige Europa, das ich will – nämlich keine Dominierung durch die Vereinigten Staaten –, nur erreichen mit einem wiedervereinigten Deutschland. Wenn ich mich für die atlantische Lösung entscheide, dann entscheide ich mich wie jeder andere, der sich für die atlantische Lösung entscheidet, gegen die Wiedervereinigung. Er hat diese Worte in der Schlußsitzung noch einmal ausdrücklich wiederholt. Er ist in dieser Formulierung, wieviel die französische Politik dazu beitragen kann, weitergegangen als je zuvor.

Nun zur Einschätzung der Sowjetunion! Ich sagte ihm: Wir haben den Eindruck, daß man in Frankreich die Sowjetunion nicht richtig einschätzt. Ich hatte den Eindruck aus dem Gespräch mit Pompidou, das vorausgegangen war. Pompidou, der aus Moskau gekommen war[14], sagte: Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Russen durch ihre Größe und Schwerfälligkeit gehindert sind. Ihr seht sie als eine ganz genau planende, zielende und aggressive Macht. Das sind sie gar nicht. Natürlich müssen sie überall präsent sein in der Welt, wo die Amerikaner sind; übrigens auch umgekehrt. Die Sowjetunion hat schwere Fehler im Nahen Osten gemacht. Sie hat sich verspekuliert. Die Russen haben geglaubt, dort ließe sich so ein nettes Feuerchen entfachen, und die Israelis werden es ein bißchen belagern, und die Amerikaner werden sich engagieren. Dann ist es in Vietnam schwierig.

14 Pompidou hielt sich vom 3.–8. Juli 1967 zusammen mit Außenminister Couve de Murville in Moskau auf, vgl. AdG 1967 S. 13294f.; AAPD 1967 Nr. 264 Anm. 12.

Ich hätte ihm gleich sagen können, was passieren würde, wenn es zu einer Auseinandersetzung käme. Ich habe ihn gefragt, mich interessiert Ihre Stellungnahme zum Nahost-Konflikt. Es stimmt nicht, was im Ausland mit dem Hochkommen der NPD bei uns gesagt und geschrieben worden ist. Nicht nur in der Presse, sondern auch in demoskopischen Umfragen hat sich gezeigt, daß eine energische moralische Option für Israel in unserem Volke vorhanden ist.[15] Das ist eine positive Sache. Die Regierung hat eine Politik der Neutralität und der Nichteinmischung getrieben.

Er sagte, gut, aber in der französischen Presse liest man von dieser emotionalen Reaktion. Wie ist es wirklich gewesen? Vor einigen Monaten war Ben Gurion[16] bei mir und sagte: Wir sind 2,5 Mio. Menschen; wir müssen 4 Mio. werden, und dafür brauchen wir mehr Raum, und den werden wir uns irgendwann holen. Die Araber sind Dummköpfe und machen viel Lärm. Diese Dummköpfe haben den Israelis die Chance geboten. Diese haben nur darauf gewartet. – Ich habe dem Herrn Eschkol[17] gesagt, als er bei mir in Paris war, wir wollen nicht, daß es zu einem Konflikt kommt, der die Welt und Europa beunruhigt. Eschkol ist nach Bonn gegangen. Dort hat man ihm gesagt: Tut nicht den ersten Schlag. Aber man hat es ihm auf eine Weise gesagt, daß er nach Hause zurückgekehrt ist mit dem Gefühl, wenn ich ihn doch tue, wird man nicht allzu böse sein. Und er hat ihn getan. Und so kam es, wie es kommen mußte.

Die Araber wurden gejagt. Es sollte sich niemand einbilden, daß durch einen Beschluß der Vereinten Nationen die Israelis veranlaßt werden, wieder aus ihren Positionen zurückzugehen. Wir werden es mit einem jahrelangen Konflikt zu tun haben. 2,5 Mio. Israelis sind gut vertreten in der ganzen Welt, aber die 100 Mio. Araber! Man muß die Reaktion sehen. Ich sagte, selbstverständlich liegt uns sehr daran, wieder normale Beziehungen mit der arabischen Welt zu bekommen. Eine unglückliche Entwicklung hat uns auseinandergetrieben. Vielleicht könnte die französische Politik einiges Nützliche tun auch für uns.

Zum Eintritt Großbritanniens in die EWG sagte de Gaulle, wenn Großbritannien, so wie es heute ist, hineinkommt, dann ist es aus mit der Gemeinschaft. Es gibt etwas anderes, was man machen kann, aber Frankreich wird daran nicht teilnehmen. Ich sagte ihm: Wir verstehen einen guten Teil Ihrer Argumente, aber wir sehen uns einer europäischen öffentlichen Meinung gegenüber, die so stark ist, daß ich es für ausgeschlossen halte, dieser europäischen öffentlichen Meinung auf die Dauer zu widerstehen. Jedenfalls könnten wir uns hier nicht mit Frankreich zu einem Widerstandsblock verbinden. Das würde einfach unsere deutsche öffentliche Meinung nicht mitmachen. Wir können

15 Im Juni 1967 gaben 55% der Deutschen an, angesichts der Spannungen im Nahen Osten gefühlsmäßig auf der Seite der Israelis zu stehen, nur 6% votierten für die arabische Seite; von den CDU/CSU-Anhängern waren 62% für Israel, vgl. JAHRBUCH 1965–1967 S. 472f.

16 David Ben Gurion (1886–1973), israelischer Politiker; 1930–1965 Vorsitzender der Mapai-Partei, 1955–1963 Ministerpräsident und Verteidigungsminister.

17 Levi Eschkol (1895–1969), israelischer Politiker (Mapai-Partei); 1951/52 Landwirtschafts-, 1952–1963 Finanzminister, 1963–1969 Ministerpräsident, 1963–1967 zugleich Verteidigungsminister.

deswegen nichts anderes machen, als daß Frankreichs Bedenken innerhalb der Sechs diskutiert und beraten werden, d. h. das Grundbedenken, was wird aus der Gemeinschaft, wenn Großbritannien und andere Länder hinzutreten, wird diskutiert. Und das ist im Gange. Das war ein Erfolg und eine Hilfeleistung für Frankreich.

Wir müssen jetzt abwarten, wie das weiterläuft. Natürlich kommt der Punkt, wo wir springen müssen. Und das kann eine ganz schwere Belastung des deutsch-französischen Verhältnisses werden. Aber man soll geschichtliche Situationen nicht antizipieren. Es kommt häufig anders als man denkt. Eines ist sicher, es wird bei diesen Beratungen schwierig. Es werden Probleme von einer solchen Größe auftauchen, daß über die sachlichen Schwierigkeiten wahrscheinlich sehr lange Gespräche unter den Sechs und anderen nötig sein werden. Deswegen muß man der Prozedur, die eingeleitet ist, ihren Lauf lassen. Andererseits ist es sicher so, daß dieser Widerstand Frankreichs gegen den Beitritt Großbritanniens sich keineswegs nur auf die Gaullisten beschränkt, sondern er ist auch weit verbreitet außerhalb der gaullistischen Bewegung.

Ich hatte insgesamt den Eindruck eines gesunden und energischen Mannes erhalten, im Gegensatz zu Berichten, die ich in der letzten Zeit aus Paris immer wieder bekommen habe. Er war absolut da, außerordentlich schlagfertig und frisch, gelassen und sicher in seiner Art. Also, die Meldungen, daß er ein alter, müder Mann geworden sei, konnte ich nicht bestätigt finden. (*Schröder:* Er war sehr schlagfertig!) Wir haben – das war das einzige, was wir tun konnten – noch einmal bekräftigt, daß wir diese Ostpolitik gemeinsam machen wollen. Wir hoffen, daß uns Frankreich bei dem Versuch, die Verhältnisse zu normalisieren, unterstützen wird. Er hat begriffen, daß in der Frage der Grenzen nicht etwa ein Sonderweg gegangen werden kann. Ich habe ihm gesagt, Sie können für Ihren Besuch nach Polen[18] das mitnehmen, was ich in meiner Regierungserklärung gesagt habe. Das ist nicht nur eine schöne Formel, sondern da steckt auch Substanz drin, und zwar das, was überhaupt ein verantwortungsvoller deutscher Staatsmann jetzt sagen kann. Es darf nicht so bleiben, wie es jetzt ist.

Wir haben eine ganze Reihe von Verbesserungen der Zusammenarbeit – ich kann darauf verzichten, im einzelnen davon zu sprechen – vorgenommen. Wir haben das getan, was im Vertrag enthalten ist, nämlich eine koordinierende Stelle geschaffen. Im Vertrag ist sie einem hohen Beamten des Auswärtigen Amts zugedacht, aber es ist nie gemacht worden.[19] Nun ist alles ein bißchen auf eine breitere Ebene verlagert worden, wobei man sagen muß, daß die Zusammenarbeit auf den einzelnen Sektoren in der Zwischenzeit sehr gut war, vor allen Dingen zwischen den Ministerien. Wir haben den Ver-

18 De Gaulle hielt sich vom 6.–12. September 1967 in Polen auf, vgl. AAPD 1967 Nr. 319.

19 Abschnitt I Absatz 4 des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963: „In jedem der beiden Staaten wird eine interministerielle Kommission beauftragt, die Fragen der Zusammenarbeit zu verfolgen. In dieser Kommission, der Vertreter aller beteiligten Ministerien angehören, führt ein hoher Beamter des Außenministeriums den Vorsitz. Ihre Aufgabe besteht darin, das Vorgehen der beteiligten Ministerien zu koordinieren." Vgl. BGBl 1963 II S. 707 f. (Auszug). Vgl. auch AAPD 1963 Nr. 261 Anm. 16; AAPD 1967 S. 1061 f., 1064.

trag de facto erweitert, indem wir den Wirtschaftsminister Schiller und den Finanzminister Strauß hinzugezogen haben, während Debré[20] drüben beide Aufgaben hat.

Es haben sich auch die Verteidigungsminister offenbar – das habe ich in der Unterhaltung mit Messmer entnommen – gut verstanden. Auch Herr Wischnewski[21] hat hervorragend mitgemacht und ein schönes 14-Punkte-Programm ausgearbeitet mit den Franzosen. Er hat dabei sehr stark die Initiative ergriffen. Auch Herr Brandt hat loyal und intensiv mitgearbeitet. Wir haben also eine Verbesserung der Zusammenarbeit erreicht, und zwar nicht nur durch die zentrale Institution, sondern auch durch den wissenschaftlich-technischen Ausschuß, der in den Gesprächen etwas verrutscht ist. Meine Absicht war es, ihn ganz bei Herrn Stoltenberg anzuhängen. Die inneren Ressortschwierigkeiten sind überwunden, und die Ressorts waren einverstanden, daß das alles bei ihm jetzt bleibt. Es ist besser, man macht einen Ausschuß, an dem ein Minister oder ein Staatssekretär teilnimmt, im übrigen Persönlichkeiten aus der Wirtschaft, der also die industrielle Zusammenarbeit herstellt, und zwar getrennt von der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit. Dann erfolgt auf militärischem Gebiet eine Vorbereitung. (*Schröder:* Eine strategische Analyse für die 70er Jahre.) Ja! Das ist ein Schritt nach vorn.

Ich glaube also, daß dieses Treffen – auch wenn es im übrigen keine spektakulären Ergebnisse bringen konnte, sondern im Gegenteil Gefahr lief, daß wir uns sehr auseinandermanövrierten – ein Erfolg war. Das hat auch er so empfunden; denn er ist wahrscheinlich mit demselben sorgenvollen Gefühl nach Bonn gekommen. Nun wird es darauf ankommen, in den kommenden Monaten Aufklärung zu schaffen. Es ist doch so – wenn man in die Presse schaut, wird das deutlich –, daß man in Deutschland nicht so recht weiß, wie nun das Verhältnis zu Frankreich, zu den USA und zu Großbritannien ist.

Was Europa selber anlangt – da ist gar kein Zweifel –, so will er eine politische europäische Union, wobei er eine supranationale Lösung ablehnt. Er sagt nicht: Großbritannien soll ewig draußen bleiben, aber ich muß das Gefühl haben, daß die Engländer wirklich fähig sind, an diesem Europa mitzuarbeiten. Er will die supranationale Lösung nicht und sagt, wenn England und die anderen dazukommen, ist die ganze Sache verwässert.

---

20 Michel Debré (1912–1996), französischer Politiker (RPF); 1958/59 Justizminister, 1959–1962 Ministerpräsident, 1966–1968 Wirtschafts- und Finanzminister, 1969–1973 Verteidigungsminister.

21 Hans-Jürgen Wischnewski (1922–2005), Metallarbeiter; 1959–1961 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, 1961–1965 MdEP (SPD), 1966–1968 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1968–1972 SPD-Bundesgeschäftsführer, 1974 Parlamentarischer Staatssekretär, 1974–1976 Staatsminister im Auswärtigen Amt, 1976–1979 und 1982 Staatsminister im Bundeskanzleramt, 1979–1982 stv. Parteivorsitzender der SPD. Vgl. KEMPF/MERZ S. 755–758. – Im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationsgespräche am 12./13. Juli 1967 wurde auch über ein 14-Punkte-Programm für die Kooperation auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe beraten, vgl. FAZ vom 13. Juli 1967 „Kiesinger erstrebt Einigung mit de Gaulle über EWG-Gipfeltreffen".

In Rom gab es diesen kleinen Erfolg, für den ich mich eingesetzt habe. Ich schlug vor, die Regierungschefs sollten einen Anfang machen und sich regelmäßig treffen. Ich stieß dabei auf den heftigen Widerstand von Luns[22], der seinen Ministerpräsidenten[23] vorschickte, aber er selbst war der Spiritus rector. Schließlich sagte ich, wenn wir uns nicht einigen können, wollen wir beschließen, daß wir uns in diesem Jahr noch einmal treffen. Darauf gab es wieder eine wilde Diskussion. Die Holländer wollten nicht. Moro hat es als Vorsitzender sehr geschickt gemacht. Die Diskussion ging weiter. Schließlich bat der belgische Ministerpräsident[24] um eine Unterbrechung der Sitzung. Die beiden anderen Benelux-Vertreter haben dann den Luns ins Gebet genommen, und schließlich kam dann dieser magere Erfolg heraus, daß sich die Regierungschefs in diesem Jahr noch einmal treffen wollen.

Das sind also keine guten Aussichten auf eine politische Zusammenarbeit. Ich habe meinen Kollegen im Blick auf die Nahost-Krise gesagt: Es ist eine Schande, wie wir Europäer dastehen. Wenn wir nicht endlich eine Solidarität zu entwickeln versuchen, dann ist es aus mit Europa. Aber Sie können dem Luns sagen, was Sie wollen. Er ist festgefahren und hat persönliche Ressentiments. Doch er mußte nachgeben. Es ist mir jetzt gesagt worden, daß die Holländer trotzdem versuchen wollen, dieses Treffen zu verhindern, und zwar sagte es der luxemburgische Außenminister.

Ich habe dem General vorgeschlagen, daß wir es trotzdem versuchen sollten. Er sagte, das müssen Sie machen, ich kann es nicht machen. Ich werde mit den Italienern sprechen und dann den Luxemburgern vorschlagen, vielleicht nach Paris zu gehen. In Rom geht es nicht, ganz bestimmt aber nicht in Den Haag, höchstens in Straßburg. Wir wollen sehen, ob die Sache zustande kommt.[25] Kommt sie zustande, dann werde ich allerdings einen sehr ernsten Vorstoß in der Richtung zu machen versuchen. Die Holländer beurteilen diese Sache sehr konsequent, natürlich auch mit einer gewissen Logik: Solange nämlich die Engländer nicht dabei sind, sprechen wir nicht über geplante politische Zusammenarbeit unter den europäischen Staaten, oder aber – wie beim Scheitern des Fouchet-Planes[26] –, wenn die Engländer nicht dabei sind, dann müssen sie eben auf dem Gebiet der politischen Zusammenarbeit hinzugezogen werden. Jeder weiß, daß de Gaulle das nicht akzeptiert. Er sagt, diejenigen sollen es tun, die drin sind. Sobald ein neuer hinzukommt, nimmt er an diesem Gespräch nicht teil.

In Italien habe ich einen guten Eindruck bekommen. Die gegenwärtige Regierung mit Saragat, Moro und Fanfani ist europäischer als manche andere Regierung. Man hat

22 Joseph Luns (1911–2002), niederländischer Politiker (Katholische Volkspartei); 1956–1971 Außenminister, 1971–1984 Generalsekretär der NATO.

23 Piet Josef Sietse de Jong (geb. 1915), niederländischer Politiker (Katholische Volkspartei); 1959–1963 Verteidigungsminister, 1967–1971 Ministerpräsident.

24 Paul Vanden Boeynants (1919–2001), belgischer Politiker (Christlich-soziale Partei/PSC); 1961–1968 Parteivorsitzender, 1966–1968 und 1978/79 Ministerpräsident, 1972–1979 Verteidigungsminister.

25 Zu einem Treffen der Staats- und Regierungschefs kam es 1967 nicht, vgl. AAPD 1967 Nr. 327, S. 1321, 1401.

26 Vgl. Nr. 2 Anm. 45.

dort auch die Wirtschaftskrise überwunden. Italien ist in einem deutlichen Aufschwung begriffen. Die Leute haben wieder Selbstvertrauen. Ich finde, man muß in Zukunft Italien etwas pfleglicher behandeln in unserer Politik, als wir es vielleicht in der Vergangenheit getan haben, d. h. es soll nicht nur eine sporadische, sondern eine dauernde und kontinuierliche Zusammenarbeit sein. Das erleichtert manches andere.

Nun zu Moskau! Dort gibt es keinerlei Zugänglichkeit. Man hat von französischer Seite wie auch von amerikanischer Seite in Glassboro[27] gesagt: Ihr dürft die Deutschen nicht so schlecht behandeln. Was ist eigentlich los? Die machen doch eine ganz vernünftige Politik usw. Aber dann wurde sofort der Vorhang heruntergezogen. Das war auch bei Pompidou so, als er in Moskau war. Aber er sagte: Ich habe trotzdem den Eindruck, daß es den Russen nicht ganz wohl ist in ihrer Haut. Sie wissen mit dem neuen Phänomen nichts Rechtes anzufangen. Sie sind nicht sicher, ob sie richtig reagieren. Also gibt es dort eine Unsicherheit. De Gaulle habe gesagt, bei einer Nahost-Krise setzen sich die Russen im Mittelmeer fest. Es ist ein Problem, von dem sie nicht viel sprechen. Aber dies sei der Grund, warum auf die Dauer die Russen an einem Arrangement in Europa interessiert sein müßten und damit auch an einer erträglichen Lösung der deutschen Frage.

Auf die Frage, können wir den Frieden erhalten, kommt eine Einigung Europas zustande, fand de Gaulle zwei nette Formulierungen. Die eine war die, als er von den beiden Männern sprach, die auszogen, um einen Schatz zu suchen, ihn aber nicht fanden. Doch durch die lange gemeinsame Wanderung fanden sie einen kostbareren Schatz, nämlich die Freundschaft. Und die zweite Formulierung: Es gibt etwas, was uns trotz aller Hindernisse und Meinungsverschiedenheiten binden sollte; solange wir zwei zusammenbleiben, kann etwas ganz Schlimmes nicht passieren. Aber wenn wir auseinandergehen, dann ist es der Anfang einer schlimmen Geschichte. Das ist eine ganz realistische Formulierung. Die habe ich auch akzeptiert. Soviel zur Außenpolitik!

Nun zur Innenpolitik! Es ist kein Zweifel, daß die Mittelfristige Finanzplanung[28] in der Presse – nicht in der Öffentlichkeit – schlecht angekommen ist, d. h., daß sie überwiegend schlecht behandelt worden ist. Wir wissen aus Umfragen, daß zwei Drittel, wenn nicht drei Viertel der deutschen Bevölkerung der Mittelfristigen Finanzplanung zustimmt, daß sie Vertrauen dazu hat, daß es in Ordnung gehen könnte, wobei einzelne auch wiederum fragen, ob die Maßnahmen reichen.

Ich habe mich in meiner Fernsehansprache, bei der ich versucht habe, in möglichst volkstümlicher Form die Dinge darzustellen – es ist interessant, das Echo zu lesen –,

27 Vgl. Anm. 5.

28 Die Mittelfristige Finanzplanung sollte u. a. dazu beitragen, die Vereinbarkeit der gegensätzlichen Ziele von wirtschaftlichem Wachstum und ausgeglichenem Haushalt für mehrere Jahre zu sichern, vgl. „Gesetz zur Verwirklichung der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes (2. Steueränderungsgesetz)" vom 21. Dezember 1967, BGBl 1967 II S. 1254. Vgl. auch Reinhard SCHMOECKEL: Der Kampf um die Mittelfristige Finanzplanung 1967. Unveröffentlichtes Manuskript in ACDP 01–226–307 („Von der Rezession zur Hochkonjunktur", Ms. 34 S.).

unmittelbar an das Volk gewandt.[29] Es ist gut angekommen. Ich habe keine Zweifel daran, daß die Bevölkerung mitgeht.

Diejenigen aber, die jetzt stören, sind die Publizisten. Warum, das ist die große Frage. Wie verworren und wie utopisch der Geisteszustand mancher dieser Leute ist, ist mir heute in einem gutgemeinten Artikel in der „Welt" klar geworden: „Woche der Unsicherheit".[30] Es heißt darin: Kiesinger hat gut gesprochen, aber er hat eigentlich nichts Neues gesagt – verglichen mit seiner Erklärung vor der Presse in Bonn eine Woche vorher. Das war kein mitreißender Kanzler, der das Gefühl vermittelte, er werde über große Schwierigkeiten hinweg aus der „Talsohle" zu neuen politischen und wirtschaftlichen Höhen führen.

Na ja, ich frage, wer erwartet denn, daß angesichts einer solchen Situation der Kanzler anders hätte sprechen können, als er gesprochen hat, nämlich nüchtern, entschieden und realistisch. Ich habe gesagt, ich habe es nicht anders erwartet. Und wer meldet sich zu Wort? Selbstverständlich die Vertreter der Interessengruppen, die Repräsentanten verschiedener gesellschaftspolitischer Leitvorstellungen, selbstverständlich die sich befehdenden wirtschaftlichen „Sekten", selbstverständlich die Gegner der Großen Koalition.

Ich will gar nicht auf den Gruppen- und Einzelegoismus abheben, sondern es steckt in jeder Äußerung ein berechtigter Kern. Es ging aber nicht anders. Die Regierung mußte in diesem Zusammenhang versuchen, über die kleinen Gruppen der Anwalt des ganzen Volkes zu sein. So versteht es unser Volk. Ich bin völlig gelassen. So wird es unser Volk im Laufe der kommenden Wochen, wenn ihm das richtig gezeigt wird, wahrscheinlich verstehen.

Es ist in der Presse ein merkwürdiger Umschwung zu sehen. Plötzlich merken sie selber, was sie angerichtet haben. Diese Mittelfristige Finanzplanung war mühselig erkämpft. Das Volk war bereit dazu, ganz andere Opfer auf sich zu nehmen. Aber was das Volk mitgemacht hätte oder mitmacht, ist gar nicht die Frage, die Frage ist, was sich politisch in unserer eigenen Fraktion und in dieser Großen Koalition durchsetzen ließ oder nicht. Wäre es nur um unsere eigene Fraktion gegangen, ich hätte alle Register gezogen, um das durchzusetzen, was ich in meiner bescheidenen Entschlossenheit für notwendig hielt.

Wer die Verhandlungen mitgemacht hat, weiß ganz genau, daß ein anderes Ergebnis als das, was wir erzielt haben – als Optimum von uns aus gesehen – gar nicht zu erzielen war. Sie wissen doch, wie es war. Sie müssen die Situation der SPD bedenken. Die beginnen doch langsam hysterisch zu werden angesichts der Entwicklung, die eben gewaltig zugunsten der CDU und gegen die SPD lief und läuft.[31] Es wäre auch, wenn es

29 Fernsehansprache Kiesingers am 14. Juli 1967, vgl. BULLETIN Nr. 76 vom 18. Juli 1967 S. 649f.

30 „Welt" vom 17. Juli 1967.

31 In den Umfragen bezüglich der Amtsführung erhielt Kiesinger im Mai 1967 die besseren Umfragewerte vor Brandt, vgl. JAHRBUCH 1965–1967 S. 210–213.

umgekehrt gegangen wäre – seien wir ehrlich –, der CDU ebenfalls ungemein schwer gefallen.

Ich möchte keine Parteivorstandssitzung erlebt haben, bei der wir in der Lage der SPD von heute gewesen wären. Wir mußten Zugeständnisse machen, Sie haben Kenntnis von der Planung des Finanzkabinetts, die ich im einzelnen keineswegs akzeptiert hatte. Es wäre nur eine Mehrwertsteuererhöhung gekommen und keine sonstigen Steuererhöhungen. Wir hätten die soziale Frage auf die Weise gelöst, wie es vorgeschlagen worden war. Da war schon als Kern der Gedanke der 4%igen Beteiligung der Sozialrentner an der Krankenversicherung. Katzer hat einen Gegenvorschlag gemacht.[32] Er war ehrlich bemüht, in dieser Situation zu helfen. Und er hat auch geholfen. Ich muß das ausdrücklich sagen. Ob sein Vorschlag endgültig besser ist als der, auf den wir erst gekommen sind, das wage ich nicht zu beurteilen. Es wird sich noch zeigen. Das ist eine Frage, über die sehr hart gekämpft werden mußte.

Die SPD sagte: Du hast in der Regierungserklärung gesagt, alle Volksschichten müssen beteiligt werden. Wo werden denn die anderen beteiligt? Da ist die Mehrwertsteuer.[33] Das wird zu einem erheblichen Teil abgewälzt auf die Verbraucher, und das trifft den kleinen Mann sehr viel schwerer als den wohlhabenden. Es muß also da etwas geschehen. Das lief dann auf diese Ergänzungsabgabe[34] hinaus. Das war der einzige Weg. Erst war es die Erhöhung der Progression der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Der einzige Weg, der sich anbot, war also diese 3%ige Steuer, die Berücksichtigung beim Kindergeld bis 24.000 DM Nettoeinkommen[35] – hoffentlich ist es so, daß „netto" gemeint war ... (*Heck:* Es war nie von etwas anderem die Rede!) und 32.000 DM bei Verheirateten. Natürlich weiß ich, daß es Leute gibt – und leider gehört ein großer Teil der deutschen Publizisten und Journalisten dazu, das darf man nicht vergessen –, die mehrfach betroffen werden. Die müssen die Ergänzungsabgabe bezahlen, das Kindergeld wird gestrichen, und sie müssen in die Versicherung. Manche sind also dreifach betroffen, was natürlich viel Ärger gibt. Aus einem Kommentar von Herrn Linde-

32 In ihrer Vorlage für eine Mittelfristige Finanzplanung hatte die Bundesregierung vorgesehen, die Rentner künftig mit 4% ihrer Bezüge an der Krankenversicherung zu beteiligen. Dies stieß auf Widerstand bei der SPD, so daß das Bundesarbeitsministerium die Zahl „vier" bei den Beratungen über den Gesetzentwurf vorerst strich, vgl. „Welt" vom 1. August 1967.

33 In der Finanzplanung des Bundes, beschlossen am 6. Juli 1967, war vorgesehen, die Mehrwertsteuer ab 1. Januar 1968 von 10% auf 10,5% zu erhöhen, vgl. BULLETIN Nr. 73 vom 8. Juli 1967 S. 626. In einer Beratung des Bundeskabinetts am 14. Juli 1967 wurde beschlossen, die Mehrwertsteuer vom 1. Juli 1968 an um 11% zu erhöhen, vgl. FAZ vom 15. Juli 1967 „Sondersitzung über die Finanzvorschläge im September".

34 Die Ergänzungsabgabe wurde erstmals ab dem 1. Januar 1968 erhoben und zwar in Höhe von 3% der Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer. Das „Gesetz zur Verwirklichung der mehrjährigen Finanzplanung des Bundes, I. Teil 2. Steueränderungsgesetz 1967" trat am 21. Dezember 1967 in Kraft, vgl. BGBl 1967 I S. 1254–1258.

35 Zu den geplanten Einsparungen beim Kindergeld vgl. BULLETIN Nr. 75 vom 13. Juli 1967 S. 648.

mann[36] war das deutlich zu hören, aber du lieber Himmel, bei den Sozialrentnern konnten wir es verantworten, weil sie ab 1. Januar 1% Erhöhung bekommen. Sie bekommen immer noch 4,1%, wenn diese 4% abgezogen werden. Ich will in die Einzelheiten nicht näher eingehen.

Natürlich wußten wir, wenn es nur um konjunkturpolitische Zielsetzungen gegangen wäre, hätten wir keine neuen Steuern einzuführen brauchen, sondern Steuersenkungen vornehmen müssen. Man konnte den italienischen Weg gehen. Die Italiener haben tatsächlich Steuersenkungen in Höhe von 2 Mrd. durchgeführt. Sie haben den Arbeitgeberanteil an die Sozialversicherung auf die Staatskasse übernommen. Das ist das Programm des deficit spending. Wenn also zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe; denn die Bundesbank hätte das nicht machen können. Wir sind mit ihr einig, daß wir in den kommenden Jahren ohne fortlaufende Kreditaufnahme nicht auskommen.

Dazu ein Wort! Wir müssen endlich unsere Wähler daran gewöhnen, daß sie vor dem Wort „Kredit" nicht sofort zurückzucken. Sie wissen, daß wir einer der am geringsten verschuldeten Staaten in der Welt sind. Ich hatte zum erstenmal einen Zusammenstoß mit McCloy deswegen.[37] Das Finanzkabinett ist der Auffassung, daß in einem konjunkturnormalen Jahr der Plafond der Kreditaufnahme 3 Mrd. DM netto betragen kann. In diesem Raum sei es notwendig, in den kommenden Jahren Kredite aufzunehmen. Die Bundesbank hat sich bereit erklärt – ich habe mit den einzelnen Herren darüber gesprochen –, das Kreditvolumen zu bewilligen, das wir für das noch nicht normale Jahr 1968 vorgesehen haben. Wenn allerdings CDU-Leute unsere eigene Arbeit diskreditieren und von Schuldenwirtschaft usw. sprechen, dann ist das eine außerordentlich bedenkliche Sache. Ich hatte vorher mit Berg[38], mit Abs[39] und anderen Leuten gesprochen. Ich bin nicht in diese Entscheidung des Kabinetts gegangen, ohne zu wissen, was diese Leute denken. Auch Franz Josef Strauß hat sich umgeben mit einem Kreis von Beratern.

Müller-Armack mit seinem Artikel in der „Zeit" – so sagte man mir – sehe die Lage einfach falsch.[40] Er male zu schwarz. Im übrigen wissen Sie auch, wie die Meinungen in der Fraktion durcheinandergehen. Die einen beschworen mich: größere Veränderungen bei der Mehrwertsteuer. Die anderen sagten: Das ist ja fürchterlich. Die Partei war

36 Dr. Helmut Lindemann (1912–1998), freier Journalist und Publizist. Vgl. Klaus BERGMANN (Hg.): Helmut Lindemann. Die Arbeit des Publizisten. Essays, Kommentare und Erinnerungen von 1948–1995. Bonn 2001.

37 In einer Rede vor dem „Verein der Union-Presse" am 27. Februar 1967 hatte Kiesinger über das gestörte deutsch-amerikanische Verhältnis geklagt (vgl. OBERNDÖRFER S. 36–38). Daraufhin schickte die US-Regierung Sonderbotschafter McCloy zu Kiesinger. In der Unterredung am 4. März 1967 in Stuttgart ging es um die Frage des Devisenausgleichs wie um den Atomwaffensperrvertrag (AAPD 1967 Nr. 87; HILDEBRAND S. 312–314).

38 Fritz Berg (1901–1979), Unternehmer; 1949–1971 Präsident des BDI.

39 Hermann Josef Abs (1901–1994), Bankier; 1957–1967 Vorstandssprecher der Deutschen Bank. Vgl. Lothar GALL: Der Bankier – Hermann Josef Abs. Eine Biographie. München 2004.

40 Prof. Dr. Alfred Müller-Armack (1901–1978), Hochschullehrer; 1934 Professor für Nationalökonomie und Kultursoziologie in Münster, 1950 für Wirtschaftliche Staatswissenschaften in

sich nicht einig. Man weiß, warum. Die einen sagen, Verlängerung der Restriktionspolitik, die anderen sagen, darin sehen wir eine große Gefahr.

Hier muß die Regierung gelassen handeln nach bestem Wissen und Gewissen. Zu den Maßnahmen der Mehrwertsteuer gibt es eine Reihe von technischen Dingen zu erledigen, zu denen die Ausführungsbestimmungen gehören, auf die die Wirtschaft wartet, um sichergehen zu können.

Dann kam aus der CDU-Fraktion die Mahnung, macht es nicht so, sondern geht am 1. Juni 1968 gleich auf 11%. Wenn die Regierung ihre Stellungnahme ändert, so ist das schlecht. Es ist eine Aufregung da, die sich legen wird, wenn wir bei unserem Entschluß bleiben. Wir haben mit den Fraktionsvorsitzenden einen Fahrplan vereinbart, wie die Dinge ablaufen sollen. Dazu kann vielleicht Herr Barzel etwas sagen. Ich habe keine Sorgen hinsichtlich unserer eigenen Fraktion. Da gibt es zwar immer noch die eine oder andere Diskussion, aber ich habe das Vertrauen, daß alle begreifen, um was es geht. Ich habe den Eindruck, daß die führenden Leute der SPD mitgehen.

Helmut Schmidt redet zwar in der Öffentlichkeit ein sehr kräftiges Wort, aber der Eindruck, den er da vermittelt, ist doch der, daß es geht, wenn man praktisch zusammenarbeitet, und daß die Sache hält. Er hat zwar klipp und klar in der „Bild“[41] gesagt, wir machen diese Geschichte mit den Rentnern nicht mit, genau wie Alex Möller[42] bei der ersten Verhandlung gesagt hat: Mehrwertsteuer nur über meine Leiche. Bei der letzten Besprechung klang es aber ganz anders. Dort saß Herr Schellenberg und hat geheimnisvoll getan und gesagt, es gibt andere Möglichkeiten. Dann wurde ausgemacht, die Sozialpolitiker setzen sich zusammen. Die SPD sagte, es bleibt bei dem Volumen von 1,2 Mrd. Ich erklärte, das beruhigt mich noch nicht; es muß auch programmatisch vertretbar sein.

Nun, daß nicht alles drin war in der Großen Koalition, was uns vorschwebte, ist doch bei der jetzigen Situation selbstverständlich. Es wurde dann gefragt, hättet ihr nicht härter sein sollen bei den Kriegsopferrenten? Viel wäre nicht herausgekommen. Die Kriegsgefangenen drohen heute einen Marsch auf Bonn an. Die SBZ-Flüchtlinge sind nicht berücksichtigt. Herr von Hassel hat einen Plan, über den wir noch sprechen wer-

---

Köln, 1952–1958 Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik sowie der Grundsatzabteilung im Bundeswirtschaftsministerium. Vgl. LEXIKON S. 334f. – Der Artikel erschien am 14. Juli 1967 unter dem Titel „Steht uns die Krise erst bevor?“. Vgl. auch „Handelsblatt“ vom 14./15. Juli 1967 „Die Konjunktur braucht starke Sprüche“.

41 Interview Helmut Schmidts mit der „Bild-Zeitung“ vom 12. Juli 1967 „Zwölf Minister würden reichen“.

42 Alex Möller (1903–1985), Redakteur; 1928–1933 MdL Preußen (SPD), 1949–1952 MdL Württemberg-Baden, 1952–1961 MdL Baden-Württemberg, 1958–1973 Mitglied des SPD-Parteivorstands, 1961–1976 MdB, 1962–1966 Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg, 1969–1971 Bundesminister der Finanzen.

den. Er will außerhalb des Haushalts im Zusammenhang mit dem Lastenausgleich eine Prolongierung.[43] Ich halte das für bedenklich.

Der Verteidigungshaushalt ist die kritischste Sache für uns. Wir konnten nicht am Verteidigungshaushalt vorübergehen. Jeder Ressortminister hat natürlich für seinen Haushalt wie ein Berserker gekämpft. Im Familienministerium waren für eine halbe Mrd. Streichungen vorgesehen; jetzt sind es noch 135 Mio. (*Heck:* Noch weniger!) Also, jeder hat für seinen Haushalt gekämpft. Immerhin muß er seine Gesetzesvorlage im Januar machen. Die Ausbildungsbeihilfe fällt. (*Heck:* 170 Mio.!) Sie sind ganz gut weggekommen! (*Unruhe und Bewegung.*) Bei dem Verteidigungshaushalt ist ein großes Unglück passiert; denn es ist in der Öffentlichkeit die Meinung des Verteidigungsministers aufgekommen, diese Maßnahmen zwängen zu einer Verminderung des Personals, und zwar des Truppenbestands um 60.000 Mann. Es ist das gute Recht des Verteidigungsministers, wenn so etwas kommt, sich die Dinge zu überlegen und zu sagen, so und so wird es dann sein. Nun habe ich aber meine Meinung dazu nicht aus der Zeitung gezogen, sondern mich beraten lassen. Wir werden die Dinge miteinander aushandeln. Ich bedaure, daß der Finanzminister über das Wochenende nicht da ist.

Ich habe sofort – damit klar wird, wie die Dinge liegen – folgendes gemacht. Diese Auffassung, die Maßnahmen der Regierung müßten zu einer Verminderung um 60.000 Mann führen, ist vom Verteidigungsministerium über das Auswärtige Amt in einem Telegramm hinausgegangen.[44] Ich konnte es nicht mehr rechtzeitig genug erfahren. Das Haus hätte mir unbedingt dieses vortragen müssen! Aber das hat es nicht getan.

Ich habe sofort den Botschafter in Washington[45] angerufen, der glücklicherweise die Sache noch nicht weitergegeben hatte, und ihm gesagt, er solle dem Präsidenten mitteilen, das sei keineswegs eine beschlossene Sache. Wir würden uns Mühe geben, die Schlagkraft der Bundeswehr nicht zu vermindern, und schon gar nicht hätten wir irgendeine revolutionierende, die NATO schwächende Maßnahme vor. Ich habe am selben Tag dem Präsidenten ein Telegramm geschickt. Wir haben übrigens die ganze Zeit Telegramme gewechselt. Ich habe in meiner Fernsehansprache behutsam erklärt, man muß berücksichtigen die Summe, die der Bundeswehr zur Verfügung steht; sie wird im Jahre 1968 um 1,5% höher sein als im Jahre 1967, im Jahre 1969 wird sie um 7,5% höher sein als im Vorjahr, im Jahr 1970 wird sie um 6% höher sein. So muß ich es auch dem Ausland sagen.

Natürlich ist es anders, wenn man sagt: Die Bundeswehr war dabei, sich zu modernisieren. Dafür mußte man viel Geld haben, aber wo nichts ist, hat der Kaiser sein Recht

43 Von Hassel setzte sich für die volle Gleichstellung der SBZ-Flüchtlinge mit den übrigen Gruppen von vertriebenen und einheimischen Kriegsgeschädigten ein, vgl. „Die Welt" vom 3. Juli 1965 „Hassel fordert volle Gleichstellung". – Der Verband der Heimkehrer hatte auf einer außerordentlichen Tagung in Bad Godesberg einen Schweigemarsch von Friedland nach Bonn beschlossen, aus Protest gegen die Streichung der Gelder für eine endgültige Regelung der Kriegsgefangenenentschädigung. Vgl. FAZ vom 17. Juli 1967.

44 Vgl. OPPELLAND S. 690f.; Karl CARSTENS: Erinnerungen und Erfahrungen. Boppard 1993 S. 337; GUTTENBERG S. 136.

45 Karl Heinrich Knappstein.

verloren. Das Entscheidende ist doch, daß im Ausland zwei Eindrücke vermieden werden: 1. daß eine beträchtliche Schwächung der Verteidigungskraft der Bundeswehr entsteht und 2. daß das im Zusammenhang mit einer neuen Politik gegenüber dem Osten stehen könnte. Hierzu hat es nicht nur Meldungen in der Presse gegeben, sondern leider Gottes auch eine Äußerung von Herrn Brandt, die aber falsch wiedergegeben worden ist. Davon habe ich mich überzeugt.

In einer Zeitung stand, Brandt habe gesagt, das sei eine Vorwegnahme einer künftigen Entspannungspolitik.[46] Herr Brandt hat mir aber nachgewiesen, daß er genau das Gegenteil gesagt hat, nämlich das sei keine Vorwegnahme einer künftigen Entspannungspolitik. Das ergab sich auch aus dem weiteren Zusammenhang und aus den Sachfragen. Ich hatte vorgestern eine sehr harte Auseinandersetzung mit Herrn Brandt, vorher hatte ich eine mit Herrn Wehner, der jetzt krank und furchtbar labil ist durch das, was er in seiner Partei auszuhalten hat. Wehner schrieb mir einen Brief, als das Magdeburger Unglück passierte, worin er mir als gesamtdeutscher Minister nahelegte, Herrn Stoph ein Beileidstelegramm zu schicken. Ich sagte ihm, kapieren Sie denn nicht, wie plump anbiedernd und gesucht so etwas wirken würde? Nun, Herr Mende hat es getan, er hat aber erleben müssen, daß man nur einen Teil drüben aus diesem Telegramm veröffentlicht hat, den anderen Teil nicht.[47] Also, so etwas schafft jedesmal Ärger.

Nun hatte ich Grund, mit Herrn Brandt zu sprechen, der sich sonst absolut – ich muß es sagen – loyal verhält. Aber er hat verschiedene Berater, u. a. Egon Bahr. Und hier kommen immer wieder Äußerungen wie: europäische Friedensordnung, europäisches Sicherheitssystem, Denkmodell usw. Ich habe gesagt, so können Sie nicht auftreten. Das ist ein derart heikles Thema, daß Sie unter allen Umständen den Mund halten müssen, solange wir nicht darüber gesprochen haben, so wie ich es auch mit Herrn Wehner ausgemacht habe, der sich bis jetzt daran hält. Er hat zu dem gesamtdeutschen Problem nur noch das gesagt, was vereinbart ist.

Zu diesem Zweck müssen wir ein umfangreiches Papier machen, bei dem wir uns auch terminologisch abstimmen und abklären. Das liegt in der Natur der Koalition. Das

46 Am 2. Juli 1967 erläuterte Bundesminister Brandt im Deutschlandfunk: „Erstens sind wir im Verhältnis zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Staaten für Gewaltverzichtserklärungen. [...] Zweitens sind wir für den Verzicht auf Atomwaffen. Drittens sind wir für einen ausgewogenen gleichwertigen Abbau des Truppenniveaus in Ost und West." Weiterhin erklärte Brandt, daß ein europäisches Sicherheitssystem nach zwei Modellen denkbar sei: „Entweder, indem es vom Weiterbestehen der gegenwärtigen Bündnisse ausgeht, oder, indem man darangeht, in Europa die beiden Pakte NATO und Warschauer Pakt stufenweise abzulösen und etwas Neues an ihre Stelle zu setzen." Vgl. BULLETIN Nr. 70 vom 4. Juli 1967 S. 604–607, hier S. 605. – In einem Interview des SPD-Pressedienstes Nr. 317 war auf die Frage, ob die Kürzung des Verteidigungshaushaltes ein Vorschuß auf ein solches Konzept sei, das entscheidende Wort der Antwort, dies sei es „nicht", weggelassen worden (SPD pressemitteilungen und informationen vom 17. Juli 1967).

47 Am 6. Juli 1967 prallte in Langenweddingen bei Magdeburg an einem Bahnübergang ein Benzinlaster auf einen Ferienzug, vgl. „Neue Zeit" vom 8. Juli 1967. Das Telegramm Mendes an Stoph ist abgedruckt in „Neue Zeit" vom 9. Juli 1967.

ist klar. Wir werden das schon hinkriegen. Es ging natürlich sehr temperamentvoll zu bei diesen Unterhaltungen, aber nachher ging es schon.

Nun zu unserer Wehr-Geschichte, die beunruhigend ist. Ich habe in meiner Fernsehansprache darauf hingewiesen, daß 64% der Befragten bei wiederholten Befragungen uns zugestimmt haben. Ich habe aber ausdrücklich gesagt, ich bin denen dankbar, die wachsam sind, sich Sorgen machen usw. Wir müssen den Eindruck innerer Zerrissenheit bei uns unbedingt vermeiden. Nun trifft es sich gut; denn für morgen ist eine Panzerübung in Munsterlager vorgesehen, zu der der Verteidigungsminister mit mir hingeht. Wir sehen uns das an. Ich wiederhole nochmals: Es darf unter keinen Umständen in der deutschen Öffentlichkeit der Eindruck der inneren Unsicherheit erweckt werden.

In der Bundeswehr sind die Meinungen verschieden. Die einen stimmen Ihnen [Schröder] zu, die anderen stimmen mir zu. Das sind Sachfragen. Wir werden uns da zusammenraufen müssen, und wir werden sehen, was dabei herauskommt. Ich mußte mich natürlich in diesen umfangreichen und schwierigen Komplex einarbeiten, um mitreden zu können. Das habe ich inzwischen getan. Morgen bietet sich dazu eine günstige Gelegenheit. Ich habe Herrn Strauß am Telefon gesagt, er solle nichts mehr sagen in der Öffentlichkeit zu diesen Dingen. Ich muß auch mit der SPD sprechen. Ich lese jetzt „Heftige Angriffe in der SPD". (*Zuruf:* Wienand[48]!) Es heißt da: Die SPD! Wenn ein Mann so etwas sagt, ist das etwas anderes. (*Schröder:* Mindestens drei!) Herr Brandt hat sich furchtbar sauer werden lassen [sic!] mit diesen Wehr-Geschichten, weil er als Außenminister weiß, um was es geht. Wir wollen jetzt bitte keine Diskussion darüber – das ist eine sehr schwierige Sache –, was man machen kann oder nicht machen kann.

Johnson kriegt heute von mir ein Telegramm, in dem ich darlege, wie wir weitermachen werden.[49] Heute nachmittag kommt McGhee[50] frisch vom Weißen Haus. Ich werde mit ihm sprechen. Die CDU/CSU muß in dieser Frage ein geschlossenes Bild bieten.

Es darf so eine Geschichte nicht passieren wie mit Herrn Gerstenmaier, besonders wenn man den Vorgang kennt. Unser Freund Dr. Gerstenmaier, der Bundestagspräsident, hat an den Investitionsplänen von Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller Zweifel geäußert bei einer CDU-Veranstaltung in Backnang.[51] Er warnt davor, 5 Mrd. in die Wirtschaft zu pumpen, die vornehmlich der Kohle- und Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen und im Saarland zugute kommen. Nach Gerstenmaiers Meinung ist die Kohleproduktion noch viel zu hoch, und deshalb ist er gegen eine weitergehende Subventionierung von Kohle und Stahl. Nun, ich bestelle mir die Herren Kühn und Röder hierher, weil ich mir sage, ich will aus der ganzen Geschichte etwas machen, damit das Volk nicht den Eindruck hat, der Moloch Staat frißt 5 Mrd. Es ist so, daß man in diesen bei-

48 Karl Wienand (geb. 1926), Jurist; 1953–1974 MdB (SPD), 1967–1974 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion.

49 Vgl. FAZ vom 14. Juli 1967 „Kiesinger schreibt Johnson".

50 George Crews McGhee (geb. 1912), amerikanischer Diplomat und Politiker; 1951–1953 Botschafter in der Türkei, 1961–1963 Unterstaatssekretär für Politische Angelegenheiten im Außenministerium, 1963–1968 Botschafter in Bonn. – Zum Treffen vgl. AAPD 1967 Nr. 267.

51 Vgl. dpa vom 15. Juli 1967 „Gerstenmaier äußert Zweifel an Investitionsplänen".

den Gebieten mit der Konjunkturpolitik strukturpolitische Maßnahmen verbinden kann. Ich habe mit Herrn Dufhues heute früh gesprochen. Ich will das nicht zu einer Sache der SPD machen.

Es geht wirklich nicht, wenn jeder von uns etwas anfängt, der Herr Luda[52] so und der andere so. Es ist so, daß wir, die wir uns nach allen Richtungen beraten und abgesichert hatten, qualvoll eine Entscheidung gefunden und getroffen haben, die eben nicht besser sein konnte den Umständen nach. Dann dürfen sich nicht nachher die „Weisen" einschalten und dagegen aufstehen. So geht es nicht weiter! (*Schröder:* Ich darf etwas im Scherz sagen: Notfalls tauschen Strauß und ich die Ressorts! – *Heiterkeit.*) Von uns allen muß soviel Disziplin gefordert werden. Es geht um das Schicksal und um das Wohl und Wehe dieses Volkes. Jetzt bin ich allmählich am Ende mit meiner Geduld! So kann es nicht weitergehen!

Noch eine Sache! Jetzt kommt die Frage, wie realisieren wir dieses konjunkturpolitische Programm, daß es auch Erfolg hat? Hier wäre ein Schlag ins Wasser von verheerenden Folgen. Ich habe im Kabinett gesagt: Ich bin Föderalist und war es immer. Zum erstenmal in meinem Leben ist es für mich eine Qual – ich habe an die Bildungspolitik immer noch geglaubt –, jetzt zu sehen, wie wir einfach nicht durchzudringen vermögen zu den Objekten, zu denen man unbedingt kommen muß, wenn die konjunkturpolitischen Maßnahmen wirksam werden sollen, wenn gemauert wird, wenn die Länder nicht bereit sind, das Risiko hier mitzutragen. Das ist eine schreckliche Sache. (*Seebohm:* Und die Obstruktion der Sozialdemokraten!) Das wird jedenfalls eine außerordentlich schwierige Sache sein. Selbst wenn wir überzeugt gewesen wären, daß es richtig war, und wenn wir den Mut zu diesem deficit spending gehabt hätten, die Länder hätten es nicht mitgemacht. Ich weiß, wie es in den Länderhaushalten aussieht, und daß die Länder sich zu konsolidieren versuchen. Trotzdem muß es gelingen. Wir haben im Präsidium darüber gesprochen. Ich bin für jeden guten Rat auf diesem Gebiet dankbar.

Ich werde die Ministerpräsidenten versammeln und ihnen ins Gewissen reden. Wir werden Verfahren entwickeln, wonach wir an die Projekte herankommen, wo wir wissen, wir geben euch soundso viel, dann macht ihr das und streicht dafür an einer anderen Stelle. So könnt ihr den Haushalt um soundso viel verbessern. Wieweit wir in Nordrhein-Westfalen und im Saarland zu strukturpolitischen Maßnahmen kommen werden, weiß ich nicht. Es ist klar, diese strukturpolitischen Maßnahmen müssen zugleich unmittelbar effektive konjunkturpolitische Maßnahmen sein. Etwas anderes können wir uns nicht leisten. Sie müssen sich gegenseitig ergänzen.

Meine Damen und Herren! Ich habe lange geredet. Ich wollte die Situation darstellen, wie ich sie sehe. Ich bin durchaus gelassen und sehe der Entwicklung mit Optimismus entgegen; falls wir nicht die Nerven verlieren. Jetzt ist die Publizistik selber soweit

52 Dr. Manfred Luda (geb. 1921), Rechtsanwalt; 1952/53 Ratsherr in Lüdenscheid (CDU), 1956–1964 Mitglied des Kreistags in Altena, 1964–1970 Mitglied des Stadtrats in Meinerzhagen, 1961–1980 MdB. – Luda hatte am 19. Juni 1967 der CDU/CSU-Fraktion Ausführungen mit dem Titel „Die Wirtschaftspolitik der Unions-Parteien in der Großen Koalition" vorgelegt; vgl. dazu auch FAZ vom 13. Juli 1967 „Luda: Wir sind loyal".

ins Dunkel geraten, daß sie auf eine gelassene und entschiedene Führung geradezu ihre letzten Hoffnungen setzt. Es ist ein hochinteressanter Prozeß gewesen, der sich da in den letzten Tagen in unserer Presse abgespielt hat. Vielleicht war es auch ein bißchen so, daß man klagte: Es ist keine Opposition da in dieser Großen Koalition. Jetzt will man sich wieder zu Wort melden. Wenn die „Stuttgarter Zeitung" heftig schießt, dann tut sie es, weil sie einen klaren FDP-Kurs läuft gegen die Große Koalition.

Und wenn eine andere Zeitung schießt, dann deswegen, weil sie den Standpunkt eines ganz bestimmten Teiles unserer Unternehmerschaft einnimmt. Wenn die „Süddeutsche Zeitung" schießt, dann deswegen, weil sie von Anfang an eine wilde Gegnerin der Großen Koalition war. Das geht bei den Problemen kreuz und quer durcheinander. Es kann passieren, daß in derselben Zeitung einer uns vorwirft, daß wir die Steuer erhöht haben, daß sie uns aber gleichzeitig prügelt, weil wir den Wehretat möglicherweise nicht noch mehr erhöht haben; also zwei Dinge, die völlig unvereinbar sind. (*Seebohm:* Finanzreform.) Es wird im nächsten Kabinett die erste Beratung dessen stattfinden – ich will mich vorsichtig ausdrücken –, was im Finanzministerium bisher ausgearbeitet worden ist. Ich habe mich noch nicht damit befassen können. Ich habe mit dem Finanzminister vereinbart, daß Professor Hettlage[53] zu diesem speziellen Zweck herangezogen wird. Hettlage, der am 1. Januar seine Funktion aufgibt, würde damit beschäftigungslos. Er ist ein fähiger Mann und kann das. Er wird speziell dazu beauftragt werden. Zu der Frage, warum er nicht im Bundeskanzleramt sitzt, sondern im Finanzministerium, folgendes: Wenn ich ein anderes Bundeskanzleramt hätte, dann hätte ich ihn genommen. Was ich hier gefunden habe, ist zu einem großen Teil so katastrophal, daß ich es einfach nicht wagen kann. Er muß doch mit einem Unterbau arbeiten können. Also habe ich Franz Josef Strauß gesagt: Behalte ihn in Deinem Haus, aber hier müssen wir eine ganz besonders enge Zusammenarbeit finden, damit der Kanzler jederzeit richtig informiert ist. Das wird hoffentlich geschehen. Wir wollen die Sache jetzt so schnell wie möglich vorantreiben, weil davon Entscheidendes abhängt.

Leider komme ich zu dem Ergebnis: Wenn wir nicht entscheidende strukturelle Eingriffe machen, werden wir nicht weiterkommen. So, meine Damen und Herren, wenn ich noch etwas ausgelassen haben sollte, stehe ich weiter zur Verfügung.

Fay: Ich habe in diesen Tagen in einer Pressemeldung gelesen, daß Herr Brandt den Vorsitz der Ministerpräsidentenkonferenz haben wird bei der EWG, und daß er die Absicht habe, die Angelegenheit mit England, nämlich den Beitritt – koste es, was es wolle – voranzutreiben. Er wolle damit erreichen, daß die SPD, die ihn repräsentiert, als besonders fortschrittlich gelte, während die CDU, die Rücksicht zu nehmen habe auf Kiesinger und auf de Gaulle innenpolitisch ins Hintertreffen gerate. Ist Ihnen von einem solchen Bestreben Brandts etwas bekannt?

Kiesinger: Das ist überspitzt, aber es ist vielleicht so, weil er sich mit den Labourleuten in England enger verbunden weiß, wohnen hier zwei Seelen in seiner Brust. Nach

53 Prof. Dr. Karl-Maria Hettlage (1902–1995), Jurist; 1959–1962 und 1967–1969 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, 1962–1967 deutscher Vertreter bei der Hohen Behörde der Montanunion in Luxemburg, 1965–1976 Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung.

unserer Unterhaltung, die ich vorgestern mit ihm hatte, ist er absolut darauf festgelegt, daß das, was immer auch geschieht, vorher mit mir besprochen werden muß. Das gilt auch für die anderen Dinge wie Sicherheitssystem usw. Das muß natürlich alles vorher beraten und entschieden sein.

Fay: Sie erwähnten über die Gespräche mit Pompidou auch die Einstellung der Russen zu China. Zum Teil sind wir hier einem Wunschtraum gefolgt. Ich erinnere mich früherer Zeiten hier in diesem Raum, da hieß es, daß Salinger[54] mit sichtbaren und greifbaren Erfolgen zurückgekommen sei. (*Kiesinger:* Salinger hat das geschrieben.) Ich berichte das, was uns in diesem Saal vorgezeichnet wurde. Mich interessiert die Frage, wie stehen die Russen wirklich zu China? Ist es für die Russen ein technisches Problem? Sind die territorialen Auseinandersetzungen gegeben? Natürlich spielt auch die Ideologie eine Rolle. Ich habe den Verdacht, wenn es um die Ideologie gegen uns geht, dann werden sich die beiden Mächte sehr rasch einigen. Und wenn die Ideologie gegen den gesamten Westen geht, dann werden sie sich auch einig werden. Was haben wir davon zu halten, damit wir nicht einem Phantom nachlaufen? Man wird wohl die beiden, soweit es sich dabei um nationale Fragen handelt, als Gegner auseinandermanövrieren können, aber bei ideologischen Fragen werden sie im Endeffekt gegen uns sein.

Kiesinger: Das ist die große Frage, die kann niemand mit Sicherheit beantworten. Ich habe mich seit vielen Jahren – bevor ich Kanzler wurde – mit den großen Fragen der Außenpolitik befaßt. Dies ist für mich eine faszinierende Frage gewesen. Ich habe unsere Vertreter in Hongkong regelmäßig befragt über ihre Meinung. Sie stimmen im allgemeinen darin überein, daß sie sagen: Was in China ist, das ist kein Kommunismus, sondern eine besondere Art des chinesischen Nationalismus in einem Gewand, das die Chinesen übernommen haben. Sie treiben mit den Russen ein satanisches Spiel mit Argumenten, an die sie gar nicht glauben.

Mein Gesamteindruck ist der – und ich habe ihn bestätigt gefunden bei de Gaulle, bei Johnson usw. –, daß in der Tat, soweit Menschen überhaupt eine Prognose wagen können, ein unheilbarer Riß zwischen den beiden ist, und daß die weltpolitischen Interessengegensätze stärker sind als die ideologische Gemeinsamkeit, wenn es überhaupt eine ideologische Gemeinsamkeit zwischen den beiden gibt. Nur weiß man natürlich nie, was in China passiert. Mir wurde gesagt, die Russen arbeiten verzweifelt daran, einen chinesischen Bürgerkrieg vorzubereiten. Sie fingen an, Generale zu bestechen, Provinzgouverneure usw. China falle damit zurück in eine Epoche innerer Auseinandersetzungen und Bürgerkriege. Damit sei die Gefahr beseitigt.

54 Pierre Salinger (1925–2004), Journalist; 1961–1964 Pressechef der Präsidenten Kennedy und Johnson, August bis Dezember 1964 Senator von Kalifornien. Memoiren: Pierre Salinger. A memoir. New York 1995.

Wenn das nicht geschieht, dann genügt allein schon der Name China, um einem das Gruseln über den Rücken zu jagen. Man hat sich über den guten Professor Fucks[55] in Aachen lustig gemacht, sehr zu Unrecht. Ich habe sein Buch sehr genau und kritisch gelesen. Was der Mann sagt, ist eine ganz einfache Aussage. Er sagt: Auf unserer Erde gibt es einen nördlichen Industriegürtel von Industrievölkern, die, wenn sie ähnliche Gegebenheiten haben, auch ähnliche Entwicklungen nehmen. China gehört in diesen Gürtel hinein. Es ist das letzte Glied dieses Gürtels, das noch nicht aufgeholt hat. Was sollte uns daran zweifeln lassen, daß die Chinesen nicht aufholen. Sie haben die notwendigen Voraussetzungen; sie haben die Bevölkerung, die nicht – wie bei den Indern – für sie ein Problem ist, sondern eine Kraft. Sie werden nicht finden, daß man in China ernsthaft eine Geburtenkontrolle unternimmt. Dieses China wird zwangsläufig eine moderne Industrienation werden. Dann wird es so stark werden, wie eine Industrienation mit einer Milliarde Menschen stark sein muß.

Dann kommen die Berechnungen – sie mögen sehr über den Daumen gepeilt sein –, wonach die wirtschaftliche, militärische und politische Kraft Chinas zunächst diejenige von Rußland und dann die von Amerika übersteigt, dann diejenige von Rußland und Amerika zusammen, und schließlich übersteigt sie die Kraft von Rußland, Amerika und Europa zusammengenommen. Nun, darüber kann man streiten. Das Verdienst des Mannes ist es aber, darauf hingewiesen zu haben, daß möglicherweise China die ganz große Industrienation dieser Welt sein wird.

Wir aber haben nicht in den richtigen Dimensionen gedacht. Das Verdienst von Fucks ist es, auf die möglichen Dimensionen dieser Entwicklung hingewiesen zu haben. Die Russen und die Amerikaner wissen von dieser Entwicklung. Es ist hochinteressant, wie beide darüber reden. De Gaulle sagt: Sie denken nur daran, aber sie reden möglichst wenig darüber. Nun, es kommen Entwicklungen auf uns zu, die mich gruseln machen. Von einem bestimmten Zeitpunkt ab werden die Chinesen eine atomare Macht sein mit jeder Möglichkeit der militärischen und politischen Erpressung. Die große Frage ist dann – das ist ein schauderlicher und schauerlicher Ausblick –, ob es Mächte auf dieser Welt gibt, die diese Entwicklung zulassen werden, womit schon alles gesagt ist. Und hier liegt tatsächlich die Richtigkeit des Arguments von de Gaulle, daß die Russen über kurz oder lang ein Interesse daran haben, sich hier zu arrangieren.

In diesem Zusammenhang folgendes: Rumänien ist sicherlich das am strengsten regierte Land unter den russischen Satelliten. Man hält es im eisernen Griff. Vor allen Dingen die Österreicher sagen, dort ist viel weniger persönliche Freiheit als in Ungarn, in der Tschechoslowakei und in Polen, und trotzdem ist es ein Land, das viel unabhängiger seine Beziehungen mit dem Westen regelt und auch unabhängig handelt. Mit

55 In der Vorlage: Fuchs. – Professor Dr. Wilhelm Fucks (1902–1990), Mathematiker und Physiker; 1934 Privatdozent, 1938 Professor an der TH Aachen, 1950–1952 Rektor der TH Aachen, 1956–1966 Direktor des Instituts für Plasmaphysik in der Kernforschungsanlage Jülich. – Bei der Publikation handelt es sich um das 1965 erschienene Buch „Formeln zur Macht", das auf heftige Kritik stieß.

Oancea[56] habe ich ein interessantes Gespräch in dieser Frage gehabt. Er sagte, täuscht Euch nicht. Das sagt auch de Gaulle. Auch hier haben wir ein Problem, das uns Sorge bereitet. Ich habe Johnson und de Gaulle gesagt, wenn Ihr das nicht im Auge habt bei jeder politischen Maßnahme, die Ihr jetzt trefft, dann macht Ihr eine schlechte Politik. Wir können dazu nicht viel tun, aber wir sind bereit, das Problem zu sehen und dabei mitzuhelfen. Wenn wir eine Ostpolitik eingeleitet haben, die ein bißchen Bewegung in die Dinge bringt, dann nicht zuletzt deswegen, weil wir die Möglichkeit abschätzen, daß ein solches Interesse der Russen eines Tages da sein könnte.

Schmücker: Die Kabinettsbeschlüsse sind einstimmig gefaßt. Sie sind ein optimales Ergebnis und können vertreten werden. Ich hatte nicht damit gerechnet, daß wir sehr viel Lohn ernten würden, aber daß es nun so geworden ist, hat mich doch überrascht. Es ist für uns als Partei eine wichtige und übrigens uralte Frage, wie wir unsere Arbeit publizistisch besser verkaufen können.

Herr Bundeskanzler! Ich selbst habe schon häufig in mißlichen Situationen gestanden und mich immer wieder gefragt, wie so etwas zustande kommt. Bitter enttäuscht bei diesen ganzen Fragen hat mich das außerordentliche Ausmaß an Indiskretionen, die hier vorgekommen sind. Dieses Ausmaß wurde von den einzelnen nicht mehr als Sünde erkannt, weil zwei Herren solche Dinge, die wir geheimhalten wollten, draußen gesagt haben, nämlich Strauß und Schiller. Und damit war die Bahn für die anderen frei. Strauß hat in einer Rede Dinge gesagt, die wir unter dem Siegel der Verschwiegenheit behandelt haben.[57]

Ich bin von mehreren Kabinettskollegen angegangen worden, weil ich nicht reden wollte. Ich habe es nicht getan. Was war die Folge? Es fragten mich der Staatssekretär und die engeren Mitarbeiter, was ist los? Ich habe geschwiegen. Aber dann haben mich diese unterrichtet über alle Vorgänge. Diese Leute haben mit den Journalisten ausgeknobelt, was herauskommt. Wir müssen davon ausgehen, daß ein großer Teil unserer Mitarbeiter in unseren eigenen Organen einen eigenen Weg gehen. Darüber ist schon viel Ärger im Kabinett gewesen. Wenn das nicht geändert werden kann, dann werden wir publizistisch scheitern.

Auch in der Fraktion hat es einigen Ärger gegeben. Zunächst wird kritisiert, dann kommt die Forderung, das Kabinett zu verkleinern, dann kommt der Ruf: Starke Männer ins Kabinett. Ich höre nun, daß Sie mit den Fraktionsvorsitzenden darüber sprechen wollen. Ich meine, daß wir einen Fehler gemacht haben. Wir hätten etwas enger in der Vorbereitungszeit mit den Herren zusammenarbeiten müssen. Der Ausschuß hätte mehr eingeschaltet werden müssen. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung. – Zuruf:* Blank! – *Weiterer Zuruf:* Das war Strauß!) Es ist so, wir sagen nichts, aber die anderen sagen es. Und dann ist der Ärger da. Wir müssen sehen, wie wir das künftig überwinden. Alles das, was wir an wirtschaftlichen Krisen haben, ist eine Krise der Staatsorganisation. Hätten

56 Constantin Oancea (geb. 1928), seit 14. Juli 1967 bis 1974 Botschafter Rumäniens in Bonn.

57 Strauß nannte in seiner Rede vor dem CSU-Parteitag in München die „finanzielle Lage ernst und mahnend", vgl. dpa vom 1. Juli 1967; in einem Interview mit dem WDR sprach er sich gegen neue Steuererhöhungen aus, vgl. dpa vom 8. Juli 1967.

wir eine Bundesfinanzverwaltung oder etwas Ähnliches, dann könnte das nicht passieren. Wer hätte je daran gedacht, daß wir den Ländern Hinweise hinsichtlich des Kapitalmarktes geben müssen.

Ich bin der Auffassung, daß alle diese Probleme nur in einer Großen Koalition gelöst werden können, woher sollten wir sonst die Mehrheit bekommen für eine Bundesfinanzverwaltung, die uns die Lage versetzt, diese Dinge richtig zu machen. Das Problem der Vermögensbildung ist doch so, man kann den breiten Schichten nicht zumuten, nur Opfer zu bringen, während die anderen verschont bleiben. Wenn Sie einmal einen großen wirtschaftlichen Kreis ansprechen, dann sind Sie am Ende aller Sympathie angelangt. (*Kiesinger:* Wie schätzen Sie die Möglichkeiten in der Großen Koalition?) Leute wie Leber[58] würden unsere Auffassung weitgehend unterstützen, andere sehen natürlich in einer Realisierung eine große Gefahr. (*Kiesinger:* Ich komme gleich darauf zu sprechen.) Wir müssen diesen Punkt ansprechen. Man sagt, wenn ihr das nicht macht, scheitert ihr sowieso. Der internationale Wettbewerb läßt nicht zu, daß ihr es über den Preis macht. Das Problem des Kapitalbedarfs der deutschen Wirtschaft kann nur unter Beteiligung breitester Schichten gelöst werden. Wir müssen daraus die Konsequenzen ziehen.

Herr Müller-Armack hat das deutsche Volk mit seiner Firma verwechselt und ist über das Ziel weit hinausgeschossen. Es ist so, wenn wir etwas sagen und die Leute wissen, wir können es doch nicht einhalten, dann halten sie uns für Scharlatane. Das schlimmste dabei ist, jemandem etwas zuzugestehen, was ihm nicht zusteht. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung. – Kiesinger:* Ich habe vor den Zeitungsartikeln keine Angst. Das wird von den Leuten doch nicht gelesen.) Wir müssen parteiorganisatorisch die Konsequenzen ziehen. Es wäre gut, wenn wir heute die Zeit dazu benützen würden, im Ansatz zu überlegen, wer mit wem etwas zu besprechen hat, was dann im Herbst beschlossen werden soll. (*Seebohm:* Finanzverfassungsreform!) Dazu ist es erforderlich, daß wir die entsprechenden organisatorischen Arbeiten leisten, um die Umsetzung in den Ländern durchzuführen. Deshalb sollten wir heute soweit kommen, daß wir überlegen, wen wir beauftragen können, um das Entsprechende in die Wege zu leiten.

Kohl: Ich möchte etwas sagen zur Eskalation in Vietnam. Mir scheint der Gedanke de Gaulles nicht ganz falsch zu sein. Die 500.000 Soldaten in Vietnam bis Ende des Jahres stellen mit ihren Familien ein Millionenheer von Wählern dar. Das wird Auswirkungen haben auf die amerikanische Innenpolitik. Ich meine, dazu sollten Sie etwas sagen, weil das angesprochen worden ist.

Nun eine Frage, die nicht angesprochen wurde! Ist es notwendig, für den Besuch des griechischen Königs ... (*Kiesinger:* Ich habe abgesagt. Es war nicht leicht, aber er

58 In der Vorlage: Weber. – Georg Leber (geb. 1920), Bauarbeiter, Gewerkschafter; 1957–1983 MdB (SPD), 1957–1966 1. Vorsitzender der IG Bau, Steine, Erden, 1958/59 MdEP, 1966–1972 Bundesminister für Verkehr und 1969–1972 Bundesminister für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen, 1972–1978 Bundesminister für Verteidigung. Vgl. KEMPF/MERZ S. 413–419. – Leber hatte bereits 1964 für die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand plädiert, allerdings durch Einzahlung in Fonds.

kommt nicht.[59]) Ich gehöre zu denen, die gesagt haben: Wenn bei diesen Beratungen eine härtere Linie möglich gewesen wäre, dann hätte man sie einhalten sollen. Sie sagen, die Situation der SPD habe es nicht zugelassen. Wir haben doch unter bestimmten Perspektiven die Große Koalition gegründet. (*Kiesinger:* Was meinen Sie mit härterer Linie?) Ich denke an den Sozialbereich. (*Kiesinger:* Sie müssen es noch klarer sagen; vielleicht: Nettobezogen!) Glauben Sie, daß das ausreichen wird, was jetzt gemacht wird, oder müssen wir zu einem späteren Zeitpunkt – der dann allerdings psychologisch viel schlechter liegt – erneute Maßnahmen durchführen?

Ein weiterer Punkt, den ich hier anspreche, ist der, daß sich die Länder alsbald auf der Anklagebank sehen. Das hat vielerlei Gründe. Die Koordination, Herr Schmücker, zwischen dem Bund und den Ministerpräsidenten hat sehr viel mit dem Informationswesen zu tun. Denken Sie an das Fernsehen. Es müßte doch dem früheren Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg ein leichtes sein, seinem früheren Kollegen – auch er hat zwei Seelen in seiner Brust – klarzumachen, daß die Sache durchgehen muß ... (*Kiesinger:* Ich klage ja nicht an!) Ich bin nicht der Meinung, Herr Schmücker, daß mit einer Umstrukturierung der Führung die Dinge zu ändern sind. Wir sind der Bundesvorstand der CDU. Ich stelle die Behauptung auf, daß die Majorität der CDU/CSU in Deutschland nicht zuletzt ein Produkt des föderalistischen Staatsaufbaues in der Bundesrepublik ist.

Ich könnte Ihnen eine Menge Beispiele sagen, daß wir keine Mehrheit hätten, wenn wir im Jahre 1949 verfassungsrechtlich einen anderen Weg gegangen wären. Ich bitte Sie, das zu bedenken. Ich höre ähnliche Stimmen aus der Bundestagsfraktion. Ich würde zumindest den Mitgliedern der Fraktion zu erwägen geben, wieviel Mitglieder der Bundestagsfraktion in den Deutschen Bundestag einzögen, wenn alle Landtage auf einmal schlagartig verschwänden. Ich sage das vorsorglich, weil ein anderer Kandidat plötzlich ... (*Unruhe. – Zuruf:* Habe ich nicht gesagt!) Durch die CDU ... (*Anhaltende Unruhe. – Zuruf:* Das ist völlig falsch, was Sie da behaupten!) Es muß doch möglich sein, unter Einschaltung der Ministerpräsidenten und der Fraktionsvorsitzenden in den Landtagen – ob wir in der Regierung oder in der Opposition sind –, die Frage einer konjunkturellen Beeinflussung zu behandeln. Dort herrscht viel guter Wille. Es ist nur so, daß man bislang zu wenig übersehen hat, was die Großgemeinden, die Städte über 500.000 Einwohnern, an Investitionen machen. Was da drinsteckt, sollte man berücksichtigen im Zusammenhang mit der Finanzreform. Aber die Sache geht nicht gut, wenn nicht von vornherein ein engster Kontakt mit den Ländern und mit den Gemeinden – d. h. mit unseren Leuten – schon beim Vorentwurf gefunden wird. Dies ist notwendig, damit wir nachher nicht auseinanderfallen. Man hat den Eindruck, daß wir in der Hochsommerzeit ... (*Kiesinger:* Wozu denn?) Ich denke an die Berichte in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" von Strauß usw. Ich denke auch an das, was Herr Schmücker sagte über Indiskretionen und an alle die Dinge, die so etwas nach sich

59 Wegen des Staatsstreichs in Griechenland am 21. April 1967 kam der Besuch König Konstantin II. nicht zustande.

zieht. Es ist die Aufgabe des Parteivorstands, sich hier einzuschalten und eine Linie festzulegen. Deshalb meine Bitte an den Parteivorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden, speziell mit den Ministerpräsidenten und den Länderparlamenten diese Möglichkeiten auszuschöpfen.

Es ist nicht zu übersehen, daß die sozialdemokratischen Landtagsfraktionen z. T. eine völlig andere Politik machen. Denken Sie an die Mittelfristige Finanzplanung, an Parolen, die draußen gegeben werden. Und Herr Brandt und die anderen Herren von der SPD sitzen hier am Kabinettstisch. Sie sollten dafür Sorge tragen, daß unsere Linie nach draußen getragen wird. Das ist eine wichtige Aufgabe der Partei, die wir bisher nicht ausgeschöpft haben.

Kiesinger: Wir haben auf dem letzten Parteitag die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, d. h. eine Parteispitze, die effektiver arbeiten kann, alles in allem genommen. Ich hoffe, daß sich das auch auswirken wird. Es ist nur so, der Tag hat 24 Stunden. (*Kohl:* Das ist auch ein Problem!) Das ist leider Gottes ein Problem. Es ist die Frage, wieweit Menschenkraft diese gesamten Integrationsaufgaben noch bewältigen kann? Ich will natürlich nicht, daß wir resignieren sollen, sondern ich will den Appell gerne aufnehmen. Auch ich bin wie Sie der Meinung, wir von der CDU/CSU müssen mit unseren Leuten draußen zusammenarbeiten. Wir müssen durch Kooperationen zu besseren Ergebnissen kommen.

Wir können nicht einfach – so habe ich Herrn Schmücker auch nicht verstanden – nach einer unitarischen Bundesverfassung oder etwas Ähnlichem streben. Das Wichtigste ist – was Herr Kohl gesagt hat – der föderative Aufbau der Bundesrepublik. Die Entwicklung ist hier mit einer ungeheuren Gewalt nach der einen Richtung gelaufen, wie sie anderswo zu unseren Gunsten lief. Denken Sie an das Ruhrgebiet. Wenn diese Geschichte schiefgeht, läuft sie gegen uns, weil man das dann Bonn ankreiden wird. Wir werden versuchen, es so gut wie möglich zu machen.

Im Vietnamkrieg ist die Gefahr, was werden eines Tages die Amerikaner tun, wenn sie am Scheideweg stehen, wenn sie sich sagen müssen, was werden wir tun, wenn wir durch chinesische Raketen in Amerika bedroht werden können? Das wird die entscheidende Situation der Geschichte dieses Jahrhunderts werden. Davon bin ich überzeugt. Das ist das, was mir schon Jahre entsetzliche Sorgen macht.

Zu Vietnam selber habe ich Herrn de Gaulle gesagt: Warum müssen Sie von einem Skandal sprechen, auch wenn Sie der Meinung sind, daß das der Fall ist, was die Amerikaner dort machen? Dann kam die Erklärung – offenbar ist da gerade der innerfranzösische Aspekt für ihn so wichtig –, wenn ich die amerikanische Politik verfolge und sehe, wie sich dieses Vietnamproblem immer tiefer hineinfrißt in das Bewußtsein der Amerikaner, wie das eine immer stärkere Bewußtseinskrise in diesem an und für sich unerhört robusten und völlig gesunden Volk auslöst.

Es ist wirklich erstaunlich, was dieses Volk aushält. Wenn ich daran denke, was bei uns geschähe, wenn das alles hier passierte, was in den letzten Jahren in Amerika vor sich gegangen ist, so ist das nicht abzusehen. Ich kann zu der Frage in Vietnam vom Standpunkt der deutschen Politik aus nur sagen, hoffentlich gelingt es, dort zum Frie-

den zu kommen, aber ich kann mich nicht in irgendeiner Weise gegen die Amerikaner stellen in dieser Frage. Das ist ausgeschlossen. Ich kann lediglich im privaten Gespräch meine Sorgen äußern. Das ist aber auch alles.

Noch ein Wort im Zusammenhang mit dem Programm. Ich hatte ja, als ich diese Regierung übernahm, schon ziemlich klar vorausgesehen, was ich schaffen könne und was nicht. Die Finanzverfassungsreform kann nur von der Großen Koalition gemacht werden. Dafür kann eben anderes nicht gemacht werden von der Großen Koalition. Wir haben keine gemeinsame gesellschaftspolitische Konzeption. Deswegen können wir in der Großen Koalition auch manche Aufgaben nicht lösen. Deshalb habe ich in meiner Regierungserklärung schon gesagt, welche Aufgaben ich vorfinde: 1. die öffentlichen Haushalte in Ordnung zu bringen, 2. dafür zu sorgen, daß wir unsere Wirtschaft wieder in Schwung bekommen. Im übrigen darf es nicht sein, daß es so aussieht, als ob wir mit der Holzaxt dreingefahren hätten. Diese Umschreibung zeigt auch, daß ich mir keine allzu großen Illusionen mache über das, was man gemeinsam fertigbringen könnte.

Neben der Finanzverfassungsreform[60] haben wir noch die Wahlrechtsreform, worüber in unseren eigenen Reihen keine Einigkeit besteht. Wenn wir das fertigbrächten, so wäre das schon ungeheuer viel. Auf gesellschaftspolitischem Gebiet hinsichtlich der Eigentumsbildung sollten wir realistisch sein und gar nicht erst versuchen, etwas zu erreichen, was zwangsläufig scheitern muß, um so mehr mit einem Partner, der sich in seiner Existenz bedroht fühlt im Blick auf die nächste Bundestagswahl.

Hier ist die Frage, wann und wie sich die Christlich-Demokratische Union in der Zwischenzeit als Partei äußert, und zwar im Hinblick darauf, daß an diesen großen programmatischen Dingen unser Volk gar nicht so stark interessiert ist, sondern unser Volk ist daran interessiert, daß die Arbeitsplätze und die Stabilität der Währung erhalten bleiben, daß Frieden und Sicherheit gewährleistet sind. Das ist wesentlich für die breiten Schichten unseres Volkes. Ich will ein Beispiel sagen. Als wir hier durchfuhren mit de Gaulle war ein schöner sonniger Tag. Die Leute draußen waren fröhlich und heiter und haben gewinkt. Da sagte de Gaulle plötzlich: Das sind frohe Leute. Und so ist es doch auch. Das habe ich auch bei allen Wahlreisen gesehen; wir haben ein zufriedenes Volk. Aber das wollen gewisse Leute nicht gern hören.

Es sind gewisse Radikalinskis unter den Studenten und Politologen, unter den Literaten, Journalisten usw., die niemandem verpflichtet sind. Aber das Volk ist zufrieden und hat bis jetzt immer noch Vertrauen zu uns, daß wir es schaffen werden. Darin liegt auch eine gewisse Gefahr, indem man sagt: Der Kanzler wird uns auf die Höhe führen usw. Man wird also die Probleme dem Volk klarmachen müssen, so gut das eben geht.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang an eine Zeitung, die geschrieben hat: Kiesinger – Genie, wo meine Fernsehansprache interpretiert wird als eine geniale Leistung usw. Nun, was heißt das? Ich denke an die Wahlreisen, wo ich meine Witzchen gemacht habe und aufzählte: globale Steuerung, konzertierte Aktion, Investitionshaushalt, sozia-

60 Die Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 1967 bis 1971 sowie ein Konjunkturprogramm wurde am 8. September 1967 vom Deutschen Bundestag gebilligt, vgl. Sten.Ber. 5. WP 120. Sitzung S. 6081–6098. Vgl. auch Anm. 28.

le Asymmetrie. Ich habe gefragt, was sich die Leute bei alledem denken. Darauf kam ein großes Gelächter. Dann habe ich gesagt, verflucht noch einmal mit solchen Ausdrücken wie Formierte Gesellschaft[61] usw. Informieren ist besser, und ich wünsche, unsere Zeitungen, das Fernsehen und der Rundfunk würden die Dinge so sagen, daß die Leute es auch wirklich verstehen. Dann kam jedesmal eine ungeheuer große Zustimmung. So ist es doch!

Die Dioskurengespräche[62] – wenn Franz Josef Strauß da wäre, würde ich es ihm sagen – zwischen ihm und Schiller haben wahrhaftig nicht dazu beigetragen, das Volk aufzuklären. Was war denn mit die Grundlage unseres großen Erfolges in den Jahren des Kampfes und der Auseinandersetzungen mit der SPD? Es war die Tatsache, daß die Gespräche usw. im Rundfunk übertragen wurden und die Leute an diesen Auseinandersetzungen unmittelbar teilnehmen konnten. Es kommt darauf an, in welcher Weise man mit dem Volk redet. Deswegen bin ich zuversichtlich. Wir müssen uns klar darüber sein, was wir mit der Großen Koalition programmatisch zuwege bringen können und was nicht. Wir sollten uns nicht abplagen und Dinge anpacken, bei denen wir doch nur zu faulen Kompromissen kommen. (*Kohl:* Darf ich noch einmal fragen, kann eine Situation entstehen, daß wir nochmals einen Eingriff machen müssen?) Sie meinen also, daß im Herbst die Mittelfristige Planung nicht mehr ausreicht? (*Kohl:* Ich meine, daß wir noch einmal an den sozialen Sektor gehen müssen. – *Dufhues:* Bei einer Steigerung um 4% reichen die Einnahmen aus. – *Unruhe und Bewegung.*) Wir konnten nicht tiefer ansetzen. (*Kohl:* Sie haben in Düsseldorf von einer Verdoppelung des Lebensstandards gesprochen.[63]) Ich habe in Düsseldorf verhindert, daß das programmiert wurde. Ich bin kein Prophet, Herr Kohl, aber nach allem, was ich von ruhigen und sachlichen Männern aus der Wirtschaft höre, glaube ich, daß es damit gehen müßte. Sollte sich zeigen, daß ein Mann wie Müller-Armack recht behält, dann muß man um des Himmels willen sehen, was man tun kann. Das ist aber nicht durch Eingriffe in den sozialen Sektor möglich. Ich sehe die Chance nicht, daß die SPD in der Situation, in der sie sich befindet, auf dem sozialen Sektor noch entgegenkommen wird.

Es ist dann die Frage nach der inneren Einheit der CDU gestellt. Wir dürfen nicht davon ausgehen, daß wir diese Dinge bei uns schon klar entschieden haben.

So meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, eine Mittagspause zu machen.

Unterbrechung von 13.30 Uhr bis 14.00 Uhr.

Kiesinger: Wir machen weiter, meine Damen und Herren. Um 15.30 Uhr kommt der amerikanische Botschafter. Wenn ich dann weggehe, so soll Sie das nicht hindern, noch

61 Zu den programmatischen Vorstellungen Ludwig Erhards vgl. LEXIKON S. 538f.

62 Nach der griechischen Sage die zwei unzertrennlichen Söhne des Zeus.

63 In der „Düsseldorfer Erklärung" vom 31. März 1965 heißt es, die CDU wolle den „Lebensstandard in der Zukunft weiter steigern", vgl. CDU, 13. BUNDESPARTEITAG S. 722–727, hier S. 725. Vgl. aber DUD Nr. 63 vom 1. April 1965 S. 3: „Die CDU wird unseren Lebensstandard in der Zukunft abermals verdoppeln".

die anderen Punkte der Tagesordnung zu erledigen; bei denen brauche ich nicht dabei zu sein.

Stoltenberg: Ich möchte die Bedeutung der Finanzverfassungsreform nicht nur grundsätzlich unterstreichen, sondern auch aus einer gewissen Sorge heraus. Ich habe in der Frage des Verwaltungsabkommens zwischen dem Bund und den Ländern hinsichtlich der Forschung und Wissenschaft mit einer Reihe von Ministerpräsidenten gesprochen und dabei auch andere Fragen angeschnitten, die im Zusammenhang damit stehen.[64]

Mein Eindruck ist leider der, daß es mehrere Ministerpräsidenten gibt bei uns und bei der SPD, die Zweifel äußern, ob man bei der sehr unterschiedlichen Ausgangsposition und der Tatsache, daß einige Länder das Troeger-Gutachten[65] nicht als Ausgangspunkt nehmen, in den nächsten zwei Jahren überhaupt noch die Finanzreform schaffen kann. Das wäre meines Erachtens für das Ansehen der Großen Koalition ein schwerer Schlag. Wir können uns nicht nur darauf beschränken, die akuten Haushalts- und Konjunkturprobleme zu meistern und vielleicht noch die Notstandsverfassung durchzubekommen, was wahrscheinlich ist, sondern dies ist das Kernstück einer innenpolitischen Verfassung bei einer entsprechenden Gesetzgebung.

Ich sage das deswegen, weil wir neben den Gesprächen, die wir zwischen der Bundesregierung und den Länderregierungen führen werden, auch auf der Ebene der Partei weiterarbeiten müssen.

Nun haben Sie Kommissionen eingesetzt. Ich weiß nicht, ob diese zusammenarbeiten. Wir müssen jetzt jedenfalls ein Gremium finden und am Leben erhalten, das in der Lage ist, unter ganz klaren politischen Gesichtspunkten und aufgrund der Notwendigkeiten dieser Reform eine Meinungsbildung in der Partei herbeiführen. Wir müssen verhindern, daß wir nicht durch allzu bürokratische Behandlung dieser Angelegenheit weiter abrutschen. Für das Gelingen unserer Regierungsarbeit, aber auch für die weitere Entwicklung unserer staatlichen Aufgaben scheint mir das ein Kernpunkt zu sein.

Kiesinger: Ich bin einverstanden. Wir werden also innerhalb der Partei die Dinge vorwärtstreiben müssen. Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin das Problem der Wahlrechtsreform angedeutet. Wir müssen uns in unserer Partei darüber schlüssig werden. Das geht noch munter hin und her. Ich sage Ihnen offen, ich habe damals diese Geschichte bei der Gründung der Großen Koalition mitgemacht, aber ich bin kein Fanati-

64 Stoltenberg hatte sich bereits im Februar 1967 für eine Verlängerung des Verwaltungsabkommens zur Wissenschaftsförderung ausgesprochen und eine langfristige Sicherung für Planung und Finanzierung von Forschungsaufgaben mit internationalem Schwerpunkt ausgesprochen (vgl. „Welt" vom 10. Februar 1967).

65 Vgl. Kommission über die Finanzreform (Hg.): Gutachten über die Finanzreform in der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart u. a. 1966. Troeger war Vorsitzender der Kommission. – Dr. Heinrich Troeger (1901–1975), 1945–1948 Oberbürgermeister von Jena (SPD), ab 1947 Ministerialdirektor im hessischen Finanzministerium, Generalsekretär im Exekutiv- und bizonalen Länderrat, dann Ministerialdirektor im nordrhein-westfälischen Finanzministerium, 1951–1956 Finanzminister Hessen, 1956/57 Präsident der Landeszentralbank Hessen, 1958–1969 Vizepräsident der Deutschen Bundesbank. – Vgl. auch Nr. 8 Anm. 89.

ker dieser Geschichte. Sollten mich kluge Leute eines Besseren belehren, bitte sehr! Die Konsequenzen dieser Frage sind für mich nicht überschaubar. Theoretisch bin ich nach wie vor der Meinung, wenn es zu schaffen wäre, daß wir ein Wahlrechtssystem bekommen, bei dem mit einiger Sicherheit bei jeder Wahl eine Partei das Mandat zur Regierungsbildung erhält, so wäre das eine großartige Sache, aber weder vermag ich vorauszusagen, wann sich der Charakter der Parteien ändern wird, noch wage ich eine Prognose zu stellen, zu wessen Gunsten sich diese ganze Sache entwickeln wird.

Dufhues: Ich habe das mehr oder weniger zweifelhafte Vergnügen, Vorsitzender der Kommission zu sein. Wir haben mehrere Sitzungen abgehalten und dabei recht unterschiedliche Auffassungen gehört. Auch die Auffassungen der Experten waren nicht einheitlich. Mit Sicherheit werden bestimmte Wahlsysteme, insbesondere im Bereich des Stufenwahlrechts, dargestellt werden. Die Entscheidung wird im Bereich dieser Kommission fallen zum relativen Mehrheitswahlrecht mit unterschiedlicher Korrektur zum jetzigen Wahlrecht.

Für mich als dem Leiter der Kommission ist es nicht von entscheidender Bedeutung, der Partei ein großes Gutachten zu erstatten, sondern zu erfahren und festzustellen, welche Auffassungen in diesem Punkt bestehen, um etwa in dem politischen Rahmen zu bleiben, der in der Partei und auch in der Großen Koalition realisiert werden kann. Ich sage offen, daß ich sehr gern die Meinung dieses Gremiums erfahren möchte, um mir ein Urteil zu bilden. Ich schlage vor, daß wir im Bundesvorstand eine Meinung bilden, die nicht verbindlich sein soll für die Kommission, die uns aber die Möglichkeit gibt, die Beratungen der Kommission so zu steuern, daß sie dieser Linie unserer gemeinsamen Überlegungen entspricht.

Kiesinger: Wir müssen uns eine Meinung bilden.

Barzel: Das wichtigste dieser ganzen Frage – Expertisen hin, Expertisen her – ist der Wille, der der Führung hier entspricht. Ich kann nur sagen, wenn wir nicht bei diesem Willen bleiben als CDU/CSU, dann geben wir damit ein Pfand aus der Hand. Es muß also unser Wille klar bleiben. Ich bin sehr dafür, daß wir darüber hier in der nächsten Sitzung ausgiebig diskutieren. Wir sollten nicht, wie das von verschiedenen Seiten der CDU/CSU geschehen ist, mit Vorschlägen von einzelnen kommen, sondern unseren Willen gemeinsam entwickeln.

Kiesinger: Der Wille ist klar ausgedrückt worden am Beginn der Koalition. Wir sind nicht diejenigen, die von der Koalitionsvereinbarung abgegangen sind, aber wir haben es noch nicht durchdiskutiert und die Frage im Führungsgremium noch nicht genügend behandelt.

Stingl: Herr Bundeskanzler! Sie haben zu Berlin nichts gesagt. Mir macht Berlin ein bißchen Sorge, weil nämlich dieser Brief von den Alliierten seinerzeit in Berlin Unruhe gemacht hat. (*Kiesinger:* Welcher Brief?[66]) Daß Berlin nicht ein Land des Bundes ist. Mir scheint, daß die Einwirkungen von Herrn Brandt auf den Regierenden Bürgermei-

66 Vermutlich Deutschland-Erklärung der Drei Mächte vom 12. Mai 1965, vgl. DzD IV/11 S. 595 f.; AAPD 1965 Nr. 202, 286.

ster von Berlin[67] offenbar gleich null sind. Der Regierende Bürgermeister von Berlin ist der schwächste Bürgermeister, den wir je gehabt haben. Die Unruhen der Studenten, Literaten usw. sind eine Spätfolge von herausgegebenen Parolen. Ich bitte Sie, im Kabinett die Aufmerksamkeit auf diese Dinge zu lenken. Die Berliner Wirtschaft braucht auch ihre Klarheit in der Disposition.

Sie haben am Rande erwähnt, daß Herr von Hassel Pläne hat, wie die SBZ-Flüchtlinge behandelt werden sollen. Ich bitte Sie, Herrn von Hassel darin zu unterstützen. Wenn wir nicht versuchen, ihm jetzt den Boden zu geben, um etwas zu erreichen, wird es Unruhe geben, die die SBZ-Flüchtlinge ausnutzen werden.

Kiesinger: Im Augenblick fasse ich das noch nicht an. (*Stingl:* Aber den good will für Herrn von Hassel.) Man muß natürlich den guten Willen haben, aber ich bin keinesfalls geneigt, in der Frage der Kriegsgefangenenentschädigung zu weit nachzugeben. (*Stingl:* Das meine ich nicht!) Das hängt aber damit zusammen. Ich habe diese Geschichte in Stuttgart mitgemacht auf dem Killesberg.[68] Ich habe gesagt: Mich habt Ihr zum letztenmal bei Euch gesehen. Das ist doch eine demagogische Gesellschaft gewesen. Das war ungeheuerlich. Also, wir haben noch etwas Zeit und wollen uns die Sache in Ruhe überlegen. (*Stingl:* Bei den Kriegsgefangenen sollte Schluß gemacht werden. Wir sollten Katzer und Lücke beeinflussen, daß sie bei der Gesundheitsversorgung der Kriegsgefangenen über das Bundesvertriebenengesetz ein bißchen Luft machen. – *Starke Unruhe.*)

Seebohm: Ich bitte bei den Ostflüchtlingen darum, keine Verlängerung des Lastenausgleichs, denn das bringt uns außerordentliche Schwierigkeiten. Noch einmal können wir das bei den Klein- und Mittelbetrieben nicht durchsetzen. Man muß einen anderen Weg finden.

Die SPD hat erklärt, sie brauche für eine Wahlrechtsreform den Beschluß eines Parteitags. Sie wird aber keinen Parteitag mehr haben in dieser Zeit. (*Kiesinger:* Brandt hat sich korrigiert und gesagt, wir werden in dieser Sache einen eigenen Parteitag einberufen.) Dann ist es gut. Für uns ist es so, daß wir auf dem nächsten Parteitag diese Frage zur Diskussion stellen und einen Beschluß herbeiführen müssen. Wir sind da terminlich gebunden. Wenn der Parteitag nicht spricht, wäre das schlecht. (*Dufhues:* Die Kommission wird ihre Arbeit im Herbst abschließen.)

Fay: Wir haben lange genug in der Partei über das Wahlrecht geredet. In Hessen werden wir wahrscheinlich ein Mehrheitswahlrecht bekommen,[69] das der SPD auf lange Zeit die Macht absolut sichert. Das ist die erste Frucht von unserem eifrigen Reden über diese Dinge.

---

67 Heinrich Albertz.

68 Ansprache Kiesingers am 16. November 1963 auf der Vertriebenenkundgebung der CDU auf dem Stuttgarter Killesberg, vgl. ACDP 01–226–466.

69 Seit dem 11. Mai 1966 debattierte der Landtag über den von der SPD-Fraktion eingebrachten Entwurf zur Änderung des Landtagswahlgesetzes (Drs. Abt. I Nr. 1801), vgl. Sten. Ber. des Hessischen Landtags 5. WP. 53. Sitzung S. 2453–2460. Erwin Lang, Vorsitzender der SPD im Hessischen Landtag, schlug im August 1967 die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts

Kiesinger: Wat dem einen sin Uhl, ist dem andern sin Nachtigall! Das würde aber sonstwo sehr zum Nachteil der SPD ausgehen.

Nun muß ich mich noch vorbereiten auf das Gespräch mit McGhee. Wir haben noch, wenn wir nunmehr die Aussprache zu meinem Bericht als abgeschlossen betrachten, als Punkt 2 der Tagesordnung die Landtagswahl in Niedersachsen zu behandeln. Das kann in meiner Abwesenheit geschehen. Dann kommt 3. Arbeit der Partei 1967/68. Hier würde ich noch gern dabei sein. Wir sollten also diesen Punkt vorziehen.

Arbeit der Partei 1967/68

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die erste Aufgabe, die wir in Angriff genommen haben, war die, die Finanzen einigermaßen in Ordnung zu bringen. Dabei kam uns zustatten, daß das Parteiengesetz verabschiedet ist[70], so daß uns am 1. Juli rückwirkend die Mittel zur Verfügung stehen, die unter dem Stichwort „laufende Rückvergütung von Wahlkosten" gemeint sind.

Herr Seebohm und ich haben eine lange Aussprache mit den Herren gehabt, die die Spenden für uns organisieren. Dabei hat sich ergeben, daß wir für das laufende Jahr und für die Jahre bis zu den Wahlen eine feste Zusage für einen soliden Betrag erhalten haben, d. h., daß wir auf Bundesebene mit den Finanzen soweit sind, daß wir ab 1. Oktober wieder ordnungsgemäß von der Bundesgeschäftsstelle aus die Bundespartei bedienen können. Ich glaube nicht, daß es zweckmäßig ist, über die Finanzlage Einzelheiten auszuführen.

Anders scheint mir die Lage bei den Landesverbänden zu sein. Bei den Landesverbänden wird es in erster Linie darauf ankommen, die Möglichkeit, daß künftig Parteibeiträge bis zu 600 DM im Jahr steuerlich abgesetzt werden können – und zwar Kreisverband für Kreisverband – auszunutzen. Hier sehe ich eine solide Möglichkeit, die Arbeit unserer Kreisgeschäftsstellen zu finanzieren. Das ist deshalb nötig, weil wir über die Durststrecke der letzten 1½ bis 2 Jahre hinweg die Organisation in einem Teil der Landesverbände nicht haben aufrechterhalten können.

Das ist eine der ersten und wichtigsten Aufgaben, diese Organisation so schnell wie möglich wieder aufzubauen. Das wird nicht in allen Landesverbänden in gleicher Weise erfolgen können. Wir haben Landesverbände, wo man vermutlich zunächst daraufhin arbeiten muß, daß wir wenigstens solide besetzte Bezirksgeschäftsstellen bekommen; denn eine moderne Arbeit in der Partei läßt sich ohne hauptamtliche Kräfte nicht mehr durchführen. Das ist die zweite Aufgabe, die in erster Linie von den Landesverbänden durchzuführen sein wird, bei der aber der Bundesschatzmeister in engstem Zusammen-

---

vor, vgl. „Welt" vom 27. Juli 1967 „Rätselraten der Opposition über SPD-Wahlrechtspläne"; „Stuttgarter Zeitung" vom 19. August 1967 „Neues Landtagswahlrecht in Hessen vorgesehen; „Wetzlarer Neue Zeitung" vom 18. August 1967 „Auch die CDU fordert eine Wahlkreisänderung".

70 Verabschiedung des Gesetzes über die politischen Parteien am 28. Juni 1967, BGBl 1967 I S. 773. Vgl. auch Nr. 11 Anm. 61.

wirken mit den Landesschatzmeistern – was die Finanzierung betrifft – beteiligt sein wird.

Die Bundespartei wird mit Sicherheit ab 1. Oktober die Informationsdienste wieder zur Verfügung stellen können.[71] Wir haben allerdings in einem Punkt eine nicht gerade sehr tröstliche Erfahrung gemacht. Wir haben den Versuch unternommen, einmal festzustellen, inwieweit ein Bedürfnis nach parteiinternen Informationen in unserer Partei vorhanden ist. Das Ergebnis war deprimierend. Es ist in der Partei fast niemand bereit, gegen Entgelt einen Informationsdienst zu abonnieren. Wir werden vermutlich wieder dazu übergehen müssen, diese Informationen von der Bundespartei im großen und ganzen kostenlos zu liefern. Das ist aber immerhin eine beträchtliche Ausgabe.

Vielleicht kann im Zusammenwirken mit den Landesverbänden – indem von den Landesverbänden auf die Kreisverbände eingewirkt wird in einer Werbeaktion – erreicht werden, daß wir hier eine Entlastung bekommen, weil wir die Erfahrung machen, daß Dinge, die man kostenlos ins Haus geliefert bekommt, im allgemeinen nicht als besonders wertvoll empfunden werden. Zu einer Sache aber, für die man Geld ausgibt, hat man im allgemeinen ein besseres Verhältnis.

Wir werden jetzt wieder die Aussprache mit den Verbänden und den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft aufnehmen können, die wir einstellen mußten, weil die Finanzen nicht zur Verfügung standen. Hier hat sich einiges angesammelt auf Bundesebene, was das Präsidium nach den Ferien fortlaufend erheblich beschäftigen wird. Wir werden davon Abstand nehmen müssen, für jede Gruppe mit dem ganzen Präsidium zur Verfügung zu stehen. Das ist ein zu großer Verschleiß an Einsatz und Zeit.

Diese Aussprache mit den verschiedenen Gruppen der Gesellschaft soll sich aber nicht beschränken auf die oberste Repräsentanz der Bundesebene; wir meinen, daß diese auch auf der Landesebene und teilweise auch auf der Kreisebene erfolgen soll. Hierfür muß die Bundesgeschäftsstelle die Vorarbeiten in die Hand nehmen.

Wir sind dann – das ist die Hauptaufgabe bis zum nächsten Parteitag – mit den Vorarbeiten zum Aktionsprogramm[72] soweit, daß die Kommissionen – mit wenigen Ausnahmen – ihre Arbeiten abgeschlossen haben. Wir werden die Ferienzeit dazu benützen, diese Arbeit der Kommissionen zu einem ersten Entwurf eines Aktionsprogramms zusammenzufassen, einem Entwurf, der dann den Ausschüssen wie den Vereinigungen der Bundespartei, dann den Landesverbänden und über die Landesverbände den Kreisverbänden zugestellt werden soll mit dem Auftrag, zu diesem ersten Entwurf Stellung zu nehmen. In welcher Weise das am besten auf der Kreisebene geschehen wird, das wird Gegenstand einer Besprechung mit den Landesvorsitzenden sein müssen.

---

71 Der UiD erschien von August 1966 bis September 1967 nicht, vgl. dazu UiD Nr. 1 vom 5. Oktober 1967.

72 Vgl. dazu KLEINMANN S. 269–273. Die Zentralkommission konstituierte sich am 23. Februar 1967, 24 Unterkommissionen wurden eingerichtet. Am 21. Juli 1967 lagen ihre Endfassungen für das Aktionsprogramm vor (Vermerk Bilke an Kraske vom 21. Juli 1967 in ACDP 07–001 unverzeichnet Sekretariat Bilke).

Ich glaube, daß zu einem großen Teil der organisatorische Stand und die organisatorischen Verhältnisse auf der Kreisebene nicht so sind, daß man es in der üblichen Weise mit der Beratung des Aktionsprogramms versuchen könnte. Wir müssen dafür entsprechende Kommissionen auf der Kreisebene bilden, weil die Ortsgruppen zu schmal angelegt sind und es zu wenig Sachverständige dort gibt. Ich hoffe, daß wir bis zum Spätherbst das Aktionsprogramm den Landesverbänden und Kreisverbänden zustellen können, so daß die Winterzeit vom November bis Februar den Kreisen zur Verfügung steht. Danach muß das Ganze mit den Stellungnahmen hier auf der Bundesebene überarbeitet und zusammengefaßt werden.

Wir hatten dann eine erste Besprechung mit einigen Repräsentanten der kommunalpolitischen Arbeit, weil wir es für dringend notwendig halten, die kommunalpolitische Arbeit erheblich zu intensivieren. Nun ist es mit der kommunalpolitischen Arbeit in der Bundespartei so, daß sie teilweise vorzüglich funktioniert, aber es gibt auch hier weiße Flecken in der Bundespartei. Hier wird es notwendig sein, in der Spitze die Arbeit zu verstärken und auch qualitativ zu verbessern. Es ist auch daran gedacht, ein Kommunalpolitisches Institut mit wissenschaftlichem Charakter bei der Akademie in Eichholz anzuhängen[73] und von dort aus die Arbeit der Landesverbände mit Material zu bedienen; denn die kommunalpolitische Arbeit wird im großen und ganzen auf der Ebene der Landesverbände erfolgen und in den Kreisverbänden von den Landesverbänden her getragen werden müssen.

Von der Spitze her kann man nur wiederum mit der Zubereitung und Aufarbeitung der Materialien dienen. Gleichzeitig wird es notwendig sein, über diese Spitze auch den kommunalpolitischen Bereich in unsere personalpolitischen Überlegungen und Erwägungen einzubeziehen.

Dann werden wir unmittelbar nach den Ferien – dazu sind wir jetzt wieder in der Lage – die Arbeit der Parteifachausschüsse aufnehmen. Wir werden sie zu einem großen Teil wieder neu konstituieren müssen.

Das ist im großen und ganzen das, was für die Bundespartei an Arbeit in den Monaten bis zum nächsten Parteitag vorgesehen ist. Wir haben dann die Absicht, sobald wie möglich – eigentlich sollte heute eine Landesvorsitzendenkonferenz sein – mit den Landesvorsitzenden und Landesgeschäftsführern zu beraten, was wir tun können, was Landesverbände und Kreisverbände tun müssen, um über eine weitere Werbung von Mitgliedern zwei Dinge zu erzielen: 1. eine bessere personelle Besetzung unserer Kreisparteien, die wir einfach brauchen. (*Zuruf:* Die Jugend!) Das gehört dazu. Ich möchte die qualitative Verbesserung nicht ausschließlich auf die Jugend abstellen. Wenn wir in diesen Dialog Partei : Gruppen der Gesellschaft eintreten, muß sichergestellt sein, daß in der Partei der entsprechende Sachverstand zur Verfügung steht, sonst blamieren wir uns bei einem solchen Dialog. Hier ist ohne Frage notwendig, daß wir –

73 Am 1. Oktober 1967 wurde die Bildungsarbeit in Schloß Eichholz bei Wesseling (Bildungsstätte der Konrad-Adenauer-Stiftung) durch das Institut für kommunalpolitische Bildung und Forschung erweitert (IkBF), vgl. BEAUGRAND S. 233–236.

wie soll ich sagen – manche Bereiche etwas auffrischen, die allzu sehr Residuen von braver Gesinnung mit verhältnismäßig wenig Sachverstand geblieben sind.

Diese Mitgliederwerbeaktion soll gleichzeitig gekoppelt sein mit dem Bemühen, über die Finanzierung hinaus noch einmal 600 DM steuerfrei zu haben, zu ermöglichen. Soviel zu dem, was für die Zeit bis zum nächsten Parteitag vorgesehen ist.

Seebohm: Ich darf noch ergänzend sagen, das Parteiengesetz ist im Bundesrat verabschiedet. Es ist bisher noch nicht unterschrieben. Ich möchte alle Stellen des Bundes bitten, das Parteiengesetz so bald wie möglich zu veröffentlichen. Das betrifft den, der die Zahlungsanweisung unterschreiben muß. Wir hoffen, daß wir das Geld bekommen. Was wir aus diesem Parteiengesetz herausbekommen werden als Rückzahlung für die Wahlen 1965, ist von den Banken festgelegt. Die Landesverbände können nicht damit rechnen, daß sie davon etwas ausgeben dürfen; das muß zur Schuldentilgung vorhanden bleiben, sonst sind wir bei den Banken in Schwierigkeit. Das andere sind die Mittel, von denen wir hoffen, daß sie als Vorauszahlung in diesem Jahr und in den kommenden Jahren anfallen werden für die Wahl im Jahre 1969. Wir hoffen, im August eine Ausschüttung vornehmen zu können. Ich habe vor einigen Wochen mit den Landesschatzmeistern über diese Sache beraten, um einen Schlüssel zu finden. Wir werden nach diesem Schlüssel, den wir zur Diskussion gestellt haben, verfahren. Ich bitte aber, daß sich die Herren von ihren Landesschatzmeistern unterrichten lassen, wie der Schlüssel sein wird, um zu sehen, ob sie eine bessere Idee für einen solchen Schlüssel haben.

Es können höhere Beiträge abgesetzt werden bei all denen, die Einkommenssteuer bezahlen. Das ist außerordentlich wichtig, und man muß es mit allem Nachdruck sagen und klarmachen. Wir werden uns darum bemühen in der Bundespartei. Ich habe den Landesschatzmeistern gesagt, daß ich sehr gerne bereit bin, in jeden Landesverband zu kommen und mit ihnen und den Kreisvorsitzenden über diese Probleme zu sprechen. Man muß es mir nur sagen. Ich kann die Organisation nicht machen. Die Verbände müssen wissen, wann sie mich brauchen.

Ich wäre dankbar, wenn auch von der anderen Seite jemand das Parteiengesetz unterschreibt – also nicht nur von der CDU –, weil man später damit besser arbeiten kann.

Kohl: Der Bundesvorstand darf nicht tatenlos an der Tatsache vorbeigehen, daß sich eine Vereinigung und eine quasi Vereinigung in der Öffentlichkeit den Kopf verhauen, die Sozialausschüsse und der Wirtschaftsbeirat. (*Zuruf:* Wirtschaftsrat!) Ich bin dafür, daß es ein Beirat wird. Wir haben, als wir in Braunschweig waren, im Bundesvorstand darüber gesprochen. Wir stehen in Rheinland-Pfalz vor der Frage einer Gründung einer solchen „Vereinigung". Wir werden das aber nicht tun, bevor nicht der Status dieser Vereinigung völlig klar ist.

So wie es jetzt ist, ist das eine schlechte Sache. Es ist eine Institution, die für die Partei spricht, aber keinerlei Verantwortung trägt. Ich halte das für einen mißlichen Zustand. Es ist auch mißlich, daß die Sozialausschüsse solche Ansichten vertreten –ich sage nichts gegen die Ansicht, obwohl ich da völlig anderer Meinung bin –, die in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, als gäbe es in der Frage der Mitbestimmung in der

CDU eine bestimmte Meinung. Diese Meinung ist aber bei uns noch nicht ausdiskutiert.

Herr Barzel hat das Verdienst, daß er diesen Antrag, der in der Fraktion eingebracht wurde[74] und der die interessierte Öffentlichkeit beunruhigte, weggebracht hat. (*Barzel:* Der ist beschlossen, aber er schwebt zwischen den beiden Koalitionsfraktionen.) In einer Zeitung stand aber, daß er zurückgezogen worden sei. (*Barzel:* Das war nur für ein paar Stunden.) Dann muß aber der Bundesvorstand eine klare Linie einnehmen. Das ist doch etwas, was die Wirtschaftsverfassung und die Gesamtverfassung der Bundesrepublik beeinflußt. Das muß hier ausgiebig diskutiert werden.

Ich finde es höchst betrüblich, wenn sich zwei Gruppierungen der CDU gegenseitig etwas vorrechnen, weil man – wie es hieß – Teile der Jungen Union eingekauft hat, weil man ihnen Geld gegeben hat usw. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung. – Scheufelen:* Ich nicht!) Ich referiere nur das, was in der Öffentlichkeit gesagt worden ist.[75]

Wir sollten also zu einem klaren Beschluß kommen. Es sollte eine öffentliche Diskussion solange unterbleiben, bis wir hier zu einer Regelung gekommen sind. Es wird vielleicht der Einwand kommen: Wir können das nicht beschließen. Nun, dann muß man andere Maßnahmen ergreifen. Es handelt sich um Leute, die in der Partei eine Funktion haben.

Nun hat die Bundestagsfraktion mit jungen Leuten und Studenten diskutiert.[76] Mir scheint das zu wenig zu sein. Wir sollten uns in diesem Zusammenhang noch einmal sehr stark und sehr intensiv darum kümmern, ob wir hier nicht zu einer Gruppierung kommen können. Wir sollten es tun, solange das Eisen heiß ist. Bei Diskussionen mit Studenten usw. wird uns der Vorwurf gemacht, daß sich die Ministerpräsidenten, die Kultusminister usw. kaum oder nur sehr wenig stellen, und daß wir sozusagen als Leute gelten, mit denen zu reden es sich gar nicht mehr rentiert.

Ich habe am letzten Sonntag in einer katholischen Akademie in Bayern auf einer Tagung, die über zwei Tage ging und sich mit dem Verhältnis Politik und Kirche befaßte, gesprochen. Ich habe dabei festgestellt, daß im Saal fünf bekannte Sozialdemokraten waren, aber von unserer Seite kein namhafter Mann. Ich beobachte das überall. (*Bewegung und Unruhe.*) Ich weiß aus einem anderen Gespräch, daß es z. B. viel leichter für eine Leitung ist, einen sozialdemokratischen Referenten zu gewinnen als jemand von

74 In der Fraktionssitzung am 30. Juni 1967 wurde der Antrag eingebracht und eine Arbeitsgruppe zum Minderheitenschutzgesetz eingesetzt. In der Sitzung am 7. Juli 1967 wurde ein Beschluß gefaßt. Die weitere Behandlung des Antrags wurde von Gesprächen in der Koalition abhängig gemacht. Vgl. ACDP 08-001-1014/1. – Vgl. auch „Süddeutsche Zeitung" vom 3./4. Juni 1967 „Sozialausschüsse werden zurückgepfiffen".

75 In verschiedenen Meldungen wurde behauptet, der Wirtschaftsrat habe der JU Hamburg Mittel zur Verfügung gestellt mit der Auflage, Veranstaltungen gegen die Mitbestimmung durchzuführen. Dagegen meldeten die Sozialausschüsse „schärfsten Protest" an. Vgl. KNA vom 27. Juni 1967; „Capital" Nr. 7 vom Juli 1967; „Echo der Zeit" vom 2. Juli 1967.

76 Am 28. Juni 1967 fand die Diskussion zwischen Vertretern der CDU/CSU-Fraktion und den AStA-Vorsitzenden verschiedener deutscher Hochschulen statt, vgl. DUD Nr. 119 vom 29. Juni 1967 S. 4; „Welt" vom 29. Juni 1967.

der CDU. Der vorpolitische Raum ist sehr wichtig. Das gilt für beide Kirchen. Im Augenblick jedoch scheint mir die Situation gefährlich im katholischen Bereich zu sein. Wir sollten uns heute darüber aussprechen, wie wir das bewältigen können.

Das geht aber nicht mit der althergebrachten Methode, daß zu einer Veranstaltung ein Verlegenheitsredner geschickt wird. So herrscht im Bund der Katholischen Jugend in der Bundesrepublik keine gute Stimmung. Sie sehen, meine Damen und Herren, wie wichtig das ist. Diese jungen Leute sagen: Die haben es nicht nötig, die kümmern sich nicht um uns. Wenn Sie einmal Umschau halten, dann stellen Sie fest, es sind immer die gleichen, die geschickt werden. Im Bundesvorstand sind soviel hochtrabende Persönlichkeiten, daß man mit einer vernünftigen Arbeitseinteilung dazu kommen müßte, daß mehr Leute ihr Profil zeigen. (*Unruhe und Bewegung.*) Herr Bundesschatzmeister, Sie haben über die Finanzierung gesprochen. Wir haben nun unser Wahlkampfkostengesetz verabschiedet. Die rheinland-pfälzische NPD ist dabei, gegen das Gesetz verfassungsrechtlich vorzugehen. Wir sollten irgendwie unsere Haltung abstimmen, damit wir wissen – bei uns geht es an das Landesverfassungsgericht –, daß wir uns gleichmäßig verhalten. Ich habe den Eindruck, daß in der Gesamtpartei unterschiedliche Meinungen vertreten werden.

Noch eine Frage! Herr Seebohm, wir haben schon mehrmals mit großem Aufwand und Begeisterung Mitgliederbeiträge beschlossen. Rührt sich etwas in der CDU dafür, daß sie einheitlich in der Bundespartei eingeführt werden? Wenn z. B. jemand auf den Gedanken käme, die Parteitagsdelegierten zu prüfen, ob sie auch Beiträge bezahlen im Sinne der von der Bundespartei verabschiedeten Bundesparteibeiträgesatzung, dann käme er zu einem ganz kuriosen Ergebnis. Ich meine jetzt nicht den Landesverband Oder/Neiße, sondern die existenten Landesverbände.

Ich habe in den Wahlkämpfen erlebt, daß betuchte Leute aus einem Gebiet, das Ihnen nicht fremd ist, Herr Seebohm, in einem Vierteljahr 1,00 DM Beitrag bezahlen. Damit können Sie nicht einmal die Einladungen zu den Generalversammlungen finanzieren. Wenn wir das Parteiengesetz gemacht haben, dann müssen wir gegenüber der Öffentlichkeit die Behauptung widerlegen, es sei nur gemacht worden, um uns zu finanzieren. Wir müssen sagen, daß wir dabei an die innerparteiliche Demokratie gedacht haben. Es muß die Frage der Mitgliederbeiträge genannt werden. Ich bitte dringend darum, auch bei prominenten Parteimitgliedern keine falsche Scham oder Rücksicht zu üben. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Sie sollten darauf schauen, daß auch diese Leute ihren Beitrag zahlen, aber nicht einen solchen, der vielleicht gerade noch für einen Rentner gegeben ist. (*Seebohm:* Das müssen Sie dem Herrn Fricke sagen, der hier zuständig ist. – *Starke Unruhe.*) Ich habe überhaupt nicht an einzelne Teilgebiete gedacht. Es gibt noch größere Bundesländer, auf die es zutrifft. (*Seebohm:* Bei der ersten Zusammenkunft wollte ich nicht gleich die Frage der Mitgliederbeiträge anschneiden. – *Lebhafte Unruhe.*)

Scheufelen: Hinsichtlich der eben angesprochenen Frage, habe ich mich an den Bundesgeschäftsführer gewandt, er soll mich unterrichten, welche Möglichkeit mir zur Verfügung steht, um im Wege eines Parteigerichtsverfahrens gegen den betreffenden Herrn

vorzugehen. (*Unruhe und Bewegung.*) Das ist nicht in dieser Form klar geworden; jedenfalls bin ich nicht ausreichend beleidigt, (*Stürmische Heiterkeit.*) um dagegen vorzugehen. Herr Dr. Heck, Sie haben die Unterlagen von mir bekommen. (*Heck:* Das ist geklärt.) Herr Kraske hat mir geschrieben, welche Möglichkeiten es gibt, im Wege eines Parteigerichtsverfahrens gegen den Herrn vorzugehen.

Das zweite: Der Wirtschaftsrat hat beschlossen, Vereinigung zu werden[77], und zwar soll auf dem nächsten Parteitag die Frage der Vereinigung satzungsmäßig geklärt werden. Wir sind aber auch bereit, es früher durchzuführen. Aber es bestehen von seiten des Mittelstandskreises Bedenken dagegen. Der Wirtschaftsrat ist bereit. Es ist jedoch Sache des Bundesvorstands, die Argumente zu hören und dann zu entscheiden.

Heck: Ich habe versucht, diese vergiftete Atmosphäre zwischen dem Wirtschaftsrat und den Sozialausschüssen wieder auszugleichen. Es ist in der Tat so, daß man den Eindruck hat, als ob es auf beiden Seiten Leute gäbe, die ausgesprochen dankbar sind, wenn sie etwas Abträgliches über die andere Seite hören und das kolportieren können. Ich habe dem Herrn Orgaß[78], über den ich von Ihnen die Unterlagen bekommen habe, einen sehr deutlichen Brief geschrieben. Ich möchte Ihnen empfehlen, daß wir diese Sache in einer sehr direkten Aussprache erledigen zwischen Herrn Orgaß und Ihnen, zu der ich einladen möchte.

Ich glaube nicht, daß ein Parteigerichtsverfahren im gegenwärtigen Augenblick irgendwie der Sache dienlich wäre.

Zu den Sozialausschüssen! In Offenburg hat es die Leitung vermieden und es fertiggebracht, daß das Thema „Stellung des Wirtschaftsrats in der Bundespartei" diskutiert wurde, und daß Anträge gestellt worden sind, wie ich überhaupt sagen muß, daß Leitung und Sozialausschüsse in Offenburg es gut gemacht haben.[79] So gab es schon anderthalb Stunden nach der Eröffnung die einhellige Zustimmung der Sozialausschüsse zur Mittelfristigen Finanzplanung. Das ist ja auch etwas wert, denn von der Seite her hätten wir erhebliche Schwierigkeiten bekommen können. Im übrigen ist alles das, was in der Offenburger Erklärung steht, global als ein Beitrag der Sozialausschüsse zum Aktionsprogramm deklariert worden. Auch was über die Mitbestimmung gesagt worden ist, sagt nicht alles aus, was im Kreis der Sozialausschüsse gedacht und überlegt wird. Im großen und ganzen haben sie sich auch hier korrekt verhalten und die Behandlung des Themas „Mitbestimmung in der Partei" der dafür eingesetzten Kommission überlassen.

---

77 Vgl. KLEINMANN S. 478.

78 Gerhard Orgaß (geb. 1927), Volkswirt; 1953–1965 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (CDU), 1961–1982 stv. Bundesvorsitzender der CDA, 1965–1976 MdB, 1977–1982 Generalsekretär des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung e. V.

79 12. Bundestagung der CDA in Offenburg am 8./9. Juli 1967. Ein von Gerhard Orgaß geleiteter Arbeitskreis legte eine „Offenburger Erklärung" vor, die die zukünftige Gestaltung von Staat und Gesellschaft neu formulierte und als Grundsatzprogramm der CDA anzusehen ist. Vgl. KLEINMANN S. 280f.

Kiesinger: Wir müssen einfach den rechten Umgangston miteinander wieder finden in unserer Partei. Hier werden nicht nur materielle, sondern auch geistige und ideelle Interessen vertreten. In einer so großen Volkspartei, wie wir sie sind, kann es nicht anders sein. Das müssen vor allen Dingen die führenden Männer sehen, daß man in der Sprache, aber auch im persönlichen Verhältnis zueinander findet. Man muß sich zusammensetzen, weil es verschiedene Auffassungen gibt.

Ich habe mich bemüht, das zu tun. Ich habe im Anfang mit Herrn Katzer einigen Ärger gehabt. Ich habe dann ein paar Aussprachen mit ihm herbeigeführt, und dann ist es besser geworden. Natürlich kann es vorkommen, daß jemand mich mißversteht, wenn er z. B. nicht den nötigen Humor aufbringt oder einen Gag nicht versteht. Ich hatte vor kurzem eine Geschichte, die mir von der SPD angelastet worden war. Ich sagte, wenn ich mich recht erinnere, ist das von Herrn Katzer gekommen, und der gehört zur CDU. (*Heiterkeit.*) Das sind also Kleinigkeiten, wenn da mal ein falscher Eindruck entsteht.

Es kommen immer wieder Meinungsverschiedenheiten vor. Das gilt für alle Bereiche. Wie könnte es anders sein in einer großen Partei; aber diese Gegensätze müssen wir aushalten und austragen miteinander. Das können wir nur tun, wenn wir ein bißchen Vertrauen zueinander haben. Deswegen bitte ich Sie, im Mittelbereich etwas zu tun. Wenn es uns gelingt in diesen kommenden schweren zwei Jahren, daß wir uns gegenseitig respektieren, daß wir die Geduld aufbringen, einander anzuhören und miteinander die Dinge in aller Ruhe durchzusprechen, daß keiner mit dem Kopf durch die Wand will – weil das ja letzten Endes immer nur dem Kopf schadet –, kommen wir einigermaßen hin.

Das hat sich immer wieder in der CDU bewährt. Ich bin nicht dafür, Fragen stehenzulassen, sondern ich bin dafür, daß wir sie wirklich austragen und, wenn notwendig, auch auskämpfen, aber kämpfen, wie man das unter Parteifreunden tun soll und tun muß. Dann kommen wir schon hin. Wenn so etwas passiert, dann muß sich der Betreffende auch entschuldigen. Das ist selbstverständlich. Man kann so etwas nicht einfach stehenlassen.

Ich werde jetzt weggehen müssen und habe nur noch die eine Bitte, wenn Sie jetzt hinausgehen, meine Damen und Herren, ganz egal, wohin Sie kommen, und dort Sorgen hören oder Ansichten, von denen ich gesprochen habe, dann sagen Sie klar, wie die Dinge liegen. Es sagen doch alle, die dabeigewesen sind, es ist das Optimum dessen, was wir herausholen konnten.

Draußen in den Landesverbänden und in den Ländern müssen unsere Ministerpräsidenten und Finanzminister jetzt den Mut haben, diesen konjunkturpolitischen Weg mitzugehen. Da hilft nichts anderes. Wenn wir da versagen, dann gute Nacht!

Deshalb ist es für mich betrüblich zu hören, daß in einem Land, wo die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder mitmachen würden, der CDU-Ministerpräsident aber nicht will. Deshalb bitte ich Sie, kümmern Sie sich darum. Im übrigen werde ich mich in der nächsten Zeit öfter direkt an unser Volk wenden. Gott sei Dank kann man das. Tun Sie es auch, jeder an seiner Stelle. Handeln Sie mit sicherer und ruhiger Gelassen-

heit. Lassen wir uns nicht anmerken, daß uns dieses Geschrei, das entstanden ist, allzusehr beeindruckt. Es braucht uns auch nicht allzusehr zu beeindrucken.

Wer hier mitgearbeitet hat, der weiß, wo es notwendigerweise unvollkommen ist, wo man vielleicht hätte Fehler vermeiden können, die gemacht worden sind, der weiß, daß unsere Bäume nicht in den Himmel wachsen, der weiß auch, was man in einer Großen Koalition machen kann, und was man nicht machen kann. Ich bin fest davon überzeugt, wenn wir uns auf diese Weise gelassen und entschieden zeigen in diesem Jahr, dann haben wir die „Schlacht" auch hier gewonnen.

Wenn von Ihnen jemand glaubt, da oder dort wird ein falscher Kurs gefahren, dann bitte ich Sie, nicht lange zu fackeln. Rufen Sie gleich den Parteivorsitzenden oder den Generalsekretär an und sagen Sie direkt und unmittelbar, was Sie meinen, etwa so, wie es der Herr Kollege Fay gemacht hat zum Stoph-Brief.[80] Dafür bin ich dankbar. Ich sage mir, dieser Mann denkt mit und sorgt sich. Ich nehme also so etwas immer dankbar zur Kenntnis. Ich muß immer wieder lernen, und die Verantwortung ist so ungeheuer groß und schwer, daß jemand ein Narr wäre, wenn er glaubt, er könne das alles allein aus der Hand machen. Je fester, ruhiger, gelassener und geschlossener wir nach draußen sind, desto besser ist es für uns. Es gibt verschiedene Formen der Auseinandersetzung. Ich habe es sehr begrüßt – ich will es extra noch einmal besonders hervorheben –, daß man in Offenburg vernünftig genug war, diese Geschichte so zu überschreiben, wie es geschehen ist, nämlich als einen „Beitrag der Sozialausschüsse zur Diskussion des Parteiprogramms der CDU". Das ist völlig korrekt. Das kann niemand übelnehmen. Die Leute werden es begreifen, daß man innerhalb der CDU über diese Dinge redet und auch einmal die Kräfte mißt. Daran hat es doch in der Vergangenheit gefehlt.

Wir haben nun die Voraussetzungen geschaffen. Die heutigen Beratungen zeigen doch, wie gut es war, daß wir uns hier etwas Luft gemacht haben. Das ist jetzt ein ganz anderes Gremium. Man kann ganz anders miteinander sprechen über das, was geschehen muß, als wenn der Saal voll besetzt ist.

Ich darf noch eine Bitte äußern zum Verhalten gegenüber der SPD. Es gibt einen Teil unserer Freunde, die meinen – der Herr Luda war es –, die Wirtschaftspolitik werde von der SPD gemacht. Ich habe dem Herrn Kollegen Schmücker bewußt den Auftrag gegeben, er soll ganz speziell auf seiner Seite aufpassen, wie die Dinge laufen und mir sagen, wenn da etwas schiefläuft. Wenn er nun nicht allzu viel protestiert hat in diesem Zusammenhang, dann doch nicht deswegen, weil er es nicht gewagt hat oder nicht gekonnt hätte, sondern deswegen, weil er zu dem, was Herr Schiller gesagt hat, nach seiner Erfahrung und Meinung ja sagen mußte.

Die Tatsache, daß der eine dieses Ressort hat und der andere jenes, bedeutet doch nicht, daß auf diesem Gebiet nur CDU-Politik und auf dem anderen Gebiet nur SPD-Politik gemacht wird. Die Behandlung der SPD – das dürfen Sie mir glauben – ist wirklich eine ganz schwere Sache. Ich habe nicht alles erzählt, weil die Gefahr besteht, daß

80 Der Brief Fays an Kiesinger datiert vom 12. Juni 1967, die Antwort Kiesingers vom 10. Juli 1967, vgl. ACDP 01–145 Mikrofilm Nr. 17.

es irgendwie an die Öffentlichkeit gerät. Was ich da in den letzten Wochen an psychologisch-therapeutischer Arbeit zu vollbringen hatte, das war schon allerlei. Haben Sie also das Vertrauen, daß wir es einigermaßen richtig machen. Dabei kann es durchaus einmal vorkommen, daß der eine oder andere meiner Kollegen den Eindruck bekommt, daß ich gelegentlich ein ernstes Wort sage, und daß ein CDU-Mitglied härter angepackt wird als ein SPD-Mitglied.

Aber Sie dürfen davon überzeugt sein, die SPD wird nicht geschont in diesen Auseinandersetzungen. Nur muß man natürlich einen so verwundbaren und am Rande wirklich des gerade noch Erträglichen existierenden Partner sorgsamer behandeln. Diese Leute sind z. T. am seelischen Zusammenbruch von Zeit zu Zeit; so schwer ist der Druck, der auf ihnen lastet, daß sie ein bißchen Zutrauen psychologischer Art benötigen.

Auch die gesamtdeutsche Politik macht nicht Herr Wehner. Nichts ist geschehen, nichts wird geschehen, was ich nicht mit meiner eigenen Konzeption vertreten und abstimmen kann. Durch alles das, was er getan hat, kann nicht der Eindruck entstehen, als gäben wir in unserem Entschluß nach. Es gibt zwar jedesmal eine Aufregung und eine Szene, wenn eine solche Anregung nicht aufgenommen oder eine anderslautende Formulierung gewählt wird, aber das muß ich eben dann von Fall zu Fall durchstehen. Wie leicht kracht so ein Gebäude, wie wir es notwendigerweise haben bauen müssen mit diesen mühseligen Verhandlungen, zusammen. Dann ist nicht nur die SPD die Leidtragende, sondern dann sind wir es auch. Unser Volk hat sein Vertrauen darauf gesetzt, daß diese Regierung das Wichtigste schaffen wird. Deshalb bitte ich Sie, meine Damen und Herren, nicht gleich zu glauben, wenn nun der eine oder andere der SPD-Leute etwas sagt, das treffe nun für alle zu. Wir haben doch das Heft in der Hand, und wir geben es auch nicht aus der Hand. Im übrigen kann ich nur noch einmal sagen, daß bei der SPD im großen und ganzen, auch in der Führungsmannschaft, viel guter Wille vorhanden ist. Das sieht man immer wieder bei den Verhandlungen.

Wenn sich gelegentlich mal einer Luft macht – das tun leider unsere Leute auch –, dann sollte man dies nicht allzu tragisch nehmen. Mein Ziel ist es, die Dinge zu erreichen, die wir uns vorgenommen haben: Haushaltssanierung, Ankurbelung der Wirtschaft, Finanzverfassungsreform, Wahlrechtsreform – wenn es sein soll und muß. Wenn wir das geschaffen haben, dann haben wir in der uns zur Verfügung stehenden Zeit genug geleistet. Dann wollen wir sehen, daß wir im Jahre 1969 nicht den Kürzeren ziehen. Deshalb haben wir auch keinen Grund, nun irgendwie nervös zu sein.

Noch ein Wort zur Frage der Strukturproblematik an der Ruhr! Ich habe Herrn Dufhues gebeten, mich persönlich in dieser Frage zu beraten. Ich werde das formell veröffentlichen. Ich muß hier eine gute Grundlage haben. Ich habe in der Vergangenheit schon Gespräche über diese Frage geführt. Ich werde auch andere Freunde, so den Herrn Kollegen Meyers, aus dem Land zu Rate ziehen. Ich will also der CDU soviel wie möglich zuspielen.

Teile der SPD haben ganz offensichtlich die Tendenz, das Problem über das Jahr 1969 hinaus zu verschleppen. Dahinter vermute ich, meine Damen und Herren, folgen-

de Rechnung: Wenn das Ruhrproblem bei der Bundestagswahl noch nicht gelöst ist, dann wirkt sich das gegen die CDU und nicht gegen die SPD aus. Wir wollen auch unserem Freund Röder helfen. Das ist ein kleineres Problem an der Saar, aber auch ein nicht unwichtiges Problem.

So sehe ich im Moment die Lage. Je ruhiger die Führungskräfte der CDU hier und draußen im Land wirken, desto besser wird es gehen.

Fricke: Die steuerschwachen Länder haben enorm schwierige Probleme. Wir haben in unserem Land eine neue Verschuldung von 1 Mrd. DM. Wir können unmöglich – was gestern durch die Zeitungen ging – vom Land ein Drittel finanzieren. Man müßte es schon individuell machen.

Kiesinger: Man kann nicht alles über einen Kamm scheren. Das ist klar. Nur muß eben ein bißchen Mut zum Springen auch da sein, sonst schaffen wir es nicht. (*Starke Unruhe.*) Herr Schmücker, Sie haben ausgeführt, Sie wüßten nicht, mit wem Sie sprechen sollen. Das ist eine Frage, die wir heute in dieser Bundesvorstandssitzung nicht behandeln können. Das sollten wir zunächst im kleinen Kreis besprechen und dann hier im Bundesvorstand behandeln. Nun müssen Sie mir aber erlauben, meine Damen und Herren, mich zurückzuziehen, um von Herrn McGhee zu hören, was man in Washington denkt. (*Lebhafter Beifall.*)

Heck: Das Wort hat Herr Seebohm.

Seebohm: Der Bundesvorstand soll bestimmen, wer als Gast zu den Sitzungen des Bundesvorstands kommen darf.

Heck: Das kommt noch. Ich darf nun zu den einzelnen Punkten, die Herr Kohl angesprochen hat, etwas sagen.

Die Aussprache mit den Studenten ist bei uns wesentlich besser verlaufen als bei den Sozialdemokraten. Das Ganze fing auch bei uns damit an, daß eine kleine Avantgarde giftig und sehr spitzfindig zu sprechen anfing. Aber der Fraktionsvorsitzende hat sich nicht reizen lassen, sondern er hat mit geduldiger Höflichkeit die Sache durchgestanden. Dann hat sich gezeigt, daß der größere Teil der Studenten sich von dem AStA-Vorsitzenden mit seiner arroganten Art distanziert hat. Es war also die Schlacht eigentlich schon geschlagen, als der Herr Bundeskanzler selber gekommen ist.

Hier hat sich eine kleine Geschichte abgespielt, die sehr symptomatisch ist. Der Vorsitzende des VDS[81] sprach den Bundeskanzler mit „Herr Kiesinger" an, (*Kohl:* Die hatten das abgesprochen!) worauf die Versammlung mit Zischen reagierte und eine Stimme aus dem Hintergrund rief: Sagen Sie doch gleich Kurt Georg!

Der gleiche Vorsitzende meldete sich dann eine halbe Stunde später noch einmal zu Wort und redete den Bundeskanzler mit „Herr Bundeskanzler" an. (*Barzel:* Worauf wieder gezischt wurde von der anderen Seite! – *Heiterkeit.*) Es ist in Aussicht genommen, meine Damen und Herren, diese Aussprache fortzusetzen. Man muß hier ein vernünftiges mittleres Maß halten, und es darf nicht so sein, daß bei den Studenten nun auf einmal die ganze Repräsentanz des Staates auf Kommando antritt. (*Zurufe:* Sehr rich-

81 Hans Joachim Haubold.

tig!) Man sollte sich der Aussprache durchaus stellen, aber man darf nicht bei solchen Versuchen von kleinen Gruppen her die erste Repräsentanz des Staates ein bißchen Spießruten laufen lassen. Solche Geschichten sollten wir nicht mitmachen. (*Zurufe:* Sehr richtig! – *Kohl:* Herr Heck, ich habe aber von der Partei gesprochen, nicht von der Repräsentanz des Staates!) Nun, Herr Kohl, das ist doch bei uns ein bißchen nahe beieinander.

Barzel: Es war mehr eine Parteisache dadurch geworden, daß wir unsere Kultusminister aus den Ländern herangezogen hatten. Man muß natürlich Bedacht darauf nehmen, daß nicht diese Studentenschaft – durch radikale Studenten angefeuert – zu dem von uns anerkannten Sprecher der deutschen Universitäten wird. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Wir müssen das Gespräch mit den Professoren und Rektoren pflegen, meine Damen und Herren. Das ist im wesentlichen eine Angelegenheit der Partei. Die Fraktion wird hier – wie auch sonst – hilfreich Befehle entgegennehmen.

Ich möchte von der Fraktionsebene her noch folgendes andeuten: Wir haben die Vertreter der beiden Kirchen eingeladen zu Gesprächen mit der Fraktionsführung für Ende September/Anfang Oktober.[82] Mir geht es dabei um folgenden Wunschtraum: Ich hoffe, daß es in diesen Gesprächen mit den Vertretern der Kirchen möglich sein wird, auf dem Gebiete der Strafrechtsreform in zwei oder drei Punkten soviel Klarheit zu schaffen, daß wir, bevor wir dazu gezwungen werden und bevor die öffentliche Meinung diese Sache diskutiert, von uns aus eine Position beziehen können.

Die Sache mit der Mitbestimmung ist leider untergegangen in der Presse, weil es Freitag abend war.

Die Beschlußfassung der Fraktion sieht vier Teile vor: 1. Kürzungen, 2. Verbesserungen, 3. Konjunkturhaushalt und 4. Zusammenhänge. Der vierte Teil – Zusammenhänge – ist untergegangen.[83] Dann haben wir noch einmal zur Mitbestimmung beschlossen: Die Fraktion wartet ab, bis der Sachverständigenbericht der Bundesregierung vorliegt. Das habe ich auch in Offenburg gesagt.

Wir haben dann noch eine Frage auf dem Tisch – sie war Gegenstand der Besprechung im Parteipräsidium – unter der Überschrift: Betriebsverfassungsgesetz – Minderheitenschutzverbesserung.[84] Das ist ein Wunsch, den die DAG hat.

Die Partei, die Fraktion und der Kanzler stehen im Wort, diesen Minderheitenschutz zu verbessern. Das hört sich zwar gut an, aber es ist in Wirklichkeit ein Anti-DGB-Gesetz. Das bedeutet, daß in dem Augenblick, wo wir das einbringen – sei es durch eine Gruppe, sei es durch die Fraktion –, von der Sozialdemokratie etwas anderes einge-

82 Fraktionssitzung vom 7. Juli 1967: Entwurf für die Beschlußfassung zu den Berichten des Bundeskanzlers und des Bundesministers der Finanzen über die konjunktur- und haushaltspolitischen Entscheidungen der Bundesregierung, vgl. ACDP 08-001-1014/1. Vgl. auch DUD Nr. 126 vom 10. Juli 1967 S. 3f.

83 Vgl. Anm. 74.

84 Vgl. Protokoll der vierten Sitzung des Präsidiums der CDU am 17. Juli 1967 S. 4 (ACDP 07-001-053/2). Vgl. auch DUD Nr. 174 vom 14. September 1967 S. 4.

bracht werden wird. Das ist also hier die große Schwierigkeit, meine Damen und Herren!

Wir haben jetzt einen Fraktionsbeschluß über den Minderheitenschutz, der aber unwirksam ist, weil wir noch ein Gespräch mit dem Koalitionspartner führen müssen. Wenn der Koalitionspartner nein dazu sagt, gibt es eine neue Lage für uns. Wenn er sagt, laßt es laufen, könnte wieder eine neue Situation eintreten.

Wir haben den Herrn Bundeskanzler als Parteivorsitzenden gebeten, wegen der Zusammenhänge der Dinge Ende September ein Gespräch mit den Initiatoren herbeizuführen.

Heck: Wird das Wort noch gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir zum Punkt 2 Landtagswahl in Niedersachsen[85] übergehen. – Das Wort hat Herr Fricke.

Landtagswahl in Niedersachsen

Fricke: Die SPD-Presse hat bei uns erhebliche Schwierigkeiten. Die „Hannoversche Presse" hat sich entschließen müssen, 14 Kopfblätter radikal einzuziehen. Das hat zur Folge, daß die uns nahestehende Provinzpresse ein starkes Übergewicht bekommt, bei allen Schwierigkeiten, die sonst vorhanden sind.

Die Frage ist, was kann geschehen bei der Umschichtung der Werbeeinnahmen dieser unabhängigen Provinzpresse, die für uns lebenswichtig ist?

Eine andere Frage! Was würden Sie sagen, Herr Barzel, wenn ein FDP-Kollege zur CDU-Bundestagsfraktion käme? (*Zuruf:* Wenn Herr Dorn[86] kommt, würde ich sagen: Nein. – *Lebhafte Unruhe.*) Ich hatte am Sonnabend den Besuch des Bezirksvorsitzenden der FDP aus Süd-Hannover[87], ein ausgezeichneter junger Politiker, 36 Jahre alt, unabhängig. Er ist ausgetreten.

Nun bin ich in der Mittagspause von unserem Freund Ernst Lemmer gefragt worden, Ihr habt früher 62 Abgeordnete gehabt, jetzt habt Ihr nur 63? Wie kommt das? Ihr habt doch so zugenommen? Die SPD hatte 73, sie hat jetzt 66. Dazu muß man wissen, daß das ein schiefes Bild war, weil 1963 ungefähr 230.000 Stimmen untergegangen sind. Es gab eine große Menge Überhangmandate.

Die echten Vergleichszahlen lauten wie folgt:

1963	1967	
73	66	SPD
58	63	CDU

85 Am 4. Juni 1967.

86 Wolfram Dorn (geb. 1924), Kaufmann; 1954–1961 und 1975–1980 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1961–1972 MdB, 1968/69 stv. Fraktionsvorsitzender, 1969–1972 (Rücktritt) Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern.

87 Vermutlich Richard Ey (1923–1990), Landwirt; 1952 Bürgermeister von Quernheim, 1956 Mitglied des Kreistags Grafschaft Diepholz (FDP), 1963–1973 MdL Niedersachsen, am 21. Februar 1967 Wechsel zur CDU, 1972–1980 MdB.

Es ist bei 1.493.000 CDU-Stimmen nur an 1.300 Stimmen gescheitert, ein zusätzliches Mandat zu erringen. Wir hätten dann 64 und die SPD hätte 65 gehabt. Die Verteilung ist bei uns etwas belastend geworden. Wir haben noch keine Korrektur der Wahlkreise vorgenommen. Es gibt Kreise bei uns, in denen man mit 9.300 Stimmen das Mandat direkt gewinnt, in anderen Kreisen verliert man sogar noch mit 21.000 oder 24.000 Stimmen. Für ein Mandat sind in den einzelnen Städten folgende Stimmzahlen erforderlich:

Stade	15.500
Lüneburg	20.000
Hannoverscher Bezirk	25.000
Oldenburg	23.500
Osnabrück	28.300
Braunschweig	29.400
Hildesheim	27.500
Aurich	30.000

Alles in allem ist der Wahlkampf sachlich geführt worden. Es hat Stimmen gegeben, die gesagt haben, es fehlt Pfeffer und Salz. Das ergab sich aber aus der Tatsache, daß wir zwei Jahre nach der Konkordatskrise[88] mit der SPD in einer guten sachlichen Zusammenarbeit standen. (*Kohl:* Die Koalition war vorher schon fertig gewesen. Das ist behauptet worden.) Das stimmt nicht. In dem neuen Koalitionsabkommen steht, daß wir nach einer Wahl in vier Jahren, falls sich die Zusammenarbeit bis dahin bewährt, zuerst miteinander sprechen wollen, das bedeutet aber keinerlei Bindung. (*Kohl:* Es war ein Vorvertrag!) Es war keine Bindung. Es gab keine andere Lösung nach unserer Auffassung. Daß man die zehn NPD-Leute nicht mitnehmen konnte, war ganz klar. Trotzdem gab es die revolutionäre Gruppe von der SPD, die ernstlich das Gespräch mit der FDP verlangte. Die FDP machte sich schon Hoffnungen. Wir haben in der Verhandlungskommission zur SPD gesagt: Heil und Sieg, übernehmt Ihr diese Rolle des Konkursverwalters mit der FDP auf Euch. In der SPD-Führung dachte niemand ernstlich daran. Unsere Fraktion hat sich trotz ihrer Verjüngung um mehr als 40% ... (*Kohl:* Warum sagen Sie, trotz Verjüngung der Fraktion?) Nein, nein, so meine ich es nicht. Bei den Ministern gab es keine Diskussion. Die alten wurden wieder im Amt bestätigt und auch von anderer Seite akzeptiert, obwohl es auch Pläne bei der SPD gab, uns den Kultusminister streitig zu machen und Herrn Langeheine das Finanzministerium zu geben. Aber wir haben gesagt, das kommt nicht in Frage. Wir haben also rebus sic stantibus verhandelt.

88 Das Konkordat war am 26. Februar 1965 abgeschlossen worden (AdG 1965 S. 11731 f.) Vgl. Nr. 1 Anm. 57 und 59.

Bei der NPD ist Bubi von Thadden[89] Fraktionsvorsitzender. Er ist aber sehr sachlich im Gegensatz zu Hedergott, der immer herumtobt. Dort ist auch noch Frau Schramm[90], die Gattin des Historikers Schramm[91].

Eine Gruppe von jungen Leuten, vor allem Gewerkschaftler, revoltieren gegen das Regiment der SPD in der Odeonstraße in Hannover, wo auch Herr Schumacher[92] gearbeitet hat. Wir sind jedenfalls ein gutes Stück vorwärtsgekommen. Über unsere Schulden müssen wir jetzt hinwegkommen mit dem Wahlkampfkostengesetz. Wir haben in Niedersachsen für 1 Mio. Bankkredite aufgenommen, um diese Wahl vorzufinanzieren. Wir haben je Wahlkreis 5.000 DM gegeben und den Rest in der Zentrale gelassen. Wir haben noch nicht ein Drittel der Inseratkosten wie die SPD gehabt.

Wir werden rund 2,9 Mio. bekommen. Von Thadden hat angekündigt, daß die NPD Klage erheben werde. Die SPD hatte eine enorme Reklame gemacht und mindestens das Anderthalbfache, wenn nicht das Doppelte an Werbungskosten aufgewandt als wir. Unter diesen Aspekten ist das Wahlergebnis für uns immerhin erfreulich. Vor acht Jahren hatten wir 38,7% der Stimmen, damals noch gegen DP und BHE, vor vier Jahren waren es 37,7%, und jetzt sind es 41,7%.

Seebohm: Wir haben einen guten Erfolg gehabt. Den Wahlkreis Hannover konnten wir direkt gewinnen.[93] Wir haben auch in der Stadt Osnabrück gewonnen mit einer aufgestellten Frau.[94] (*Kohl:* Sie haben gewonnen mit einer aufgestellten Frau! – *Große Heiterkeit.*) Mit einer von uns aufgestellten Dame. (*Erneute Heiterkeit.*) Daß diese Frau durchgekommen ist, ist eine spezielle Leistung von ihr selbst. Ich möchte das besonders unterstreichen. Wir haben nach der Methode Kohl gearbeitet, nämlich durch Ansprechen der Wähler, und zwar mit großem Erfolg. Es ist also so, daß auch Frauen ihren Wahlkreis selbst bei ungünstigen Umständen gewinnen können.

Heck: Ein paar Angaben, die sich aus der Analyse ergeben haben und die für alle Landesverbände interessant sind, weil es parallele Beobachtungen gibt oder gegenläufige Bewegungen. In Niedersachsen scheint sich nicht viel geändert zu haben. Man stellt fest, BHE und DP sind von der Bildfläche verschwunden. Die NPD ist erschienen. Die SPD hat 1,7% abgenommen, die CDU hat 4% zugenommen.

---

89 Adolf von Thadden (1921–1996), Journalist; 1947–1964 Mitglied der DRP (1961–1964 Vorsitzender), 1948–1960 Mitglied des Göttinger Stadtrats, 1949–1953 MdB, 1955–1959 und 1967–1970 MdL Niedersachsen (ab 1964 NPD), 1967–1971 Bundesvorsitzender der NPD, 1975 Austritt aus der NPD.

90 Ehrengard Schramm (1900–1985, geb. von Thadden-Trieglaff), Lehrerin; 1953–1956 Ratsherrin in Göttingen (FDP), 1956 Austritt aus der FDP und 1957 Eintritt in die SPD, 1959–1967 MdL Niedersachsen.

91 Prof. Dr. Percy Ernst Schramm (1894–1970), Historiker; 1929–1963 Professor für Mittlere und Neuere Geschichte in Göttingen.

92 Dr. Kurt Schumacher (1895–1952), Redakteur; 1918 SPD, 1924–1931 MdL Württemberg, 1930–1933 MdR, 1933–1945 Verhaftung und Inhaftierung im Konzentrationslager, 1946–1952 Vorsitzender der SPD, 1949–1952 SPD-Fraktionsvorsitzender und MdB. Vgl. Peter MERSEBURGER: Der schwierige Deutsche: Kurt Schumacher. Eine Biographie. Stuttgart 1995.

93 Ferdinand Wallbrecht im Wahlkreis Hannover-Mitte.

94 Gewählt wurde Ursula Flick (geb. 1924), Mitbegründerin des RCDS, 1967–1986 MdL.

Wenn man das Wahlergebnis etwas differenzierter betrachtet, dann sieht man, daß in Niedersachsen sehr unterschiedliche Bewegungen im Gange waren oder sind. Die SPD hat ihre Verluste im großen und ganzen in den Großstädten gehabt. (*Fricke:* Zu 40%.) Offensichtlich ist ein Teil der SPD, nämlich der linke Flügel, in das Nichtwählen ausgewichen. Gegenüber allen Prognosen ist die große Koalition in Niedersachsen nicht unsympathisch von der Bevölkerung aufgenommen worden. Mit der großen Koalition hat offensichtlich eine sachliche Arbeit eingesetzt. Es ist der CDU gelungen, sich als solide Partei zu erweisen.

Die große Koalition in Niedersachsen wurde durch die Große Koalition in Bonn offensichtlich bestätigt, so daß man in Niedersachsen den Eindruck hatte, daß sie eigentlich den Vortrupp dieser Entwicklung darstellt.

Man muß feststellen, daß die Gewinne der CDU im großen und ganzen in den nördlichen Bereichen liegen, wo früher die DP sehr stark gewesen ist, und wo auch zum großen Teil die BHE-Wähler von der CDU aufgesogen worden sind.

Interessant und wichtig ist noch folgendes: Der NPD ist es gelungen, die ausgesprochen radikalen Wähler an sich zu ziehen. Was man so rechtskonservativ nennen kann, hat sich abgesetzt von den radikalen Leuten und ist als Wählerschaft bei der CDU untergekommen.

Eines ist sehr interessant; in Niedersachsen ist das Wahlverhalten katholischer Wähler im Verhältnis zur NPD anders als in Hessen und in Rheinland-Pfalz. In Niedersachsen hat auch ein beträchtlicher Teil katholischer Wähler NPD gewählt. Es sind im Durchschnitt 4% in diesen Wahlkreisen.

Unsere Mitarbeiter in der Bundesgeschäftsstelle sind der Auffassung, daß dies im Emsland auf die dortige Arbeitslosigkeit und Unsicherheit zurückzuführen ist. Auch hier bestätigt sich wieder die alte Erfahrung, daß extreme und radikale politische Gruppen eigentlich das Geschäft machen, wenn Schwierigkeiten eintreten.

Lemmer: Es ist sehr interessant, daß bei den Wahlen in Berlin und in Niedersachsen der linke Flügel der SPD nunmehr FDP gewählt hat. Die Verluste der FDP wären noch größer gewesen, wenn sie nicht von dem halbkommunistischen Flügel der SPD Zuwachs bekommen hätte. (*Heck:* Das kann man nicht mit Sicherheit, aber doch mit Wahrscheinlichkeit auch von Niedersachsen sagen.) Das sage ich doch! In Kreuzberg, einem ganz roten Bezirk, hat die FDP zugenommen, während sie sonst in Berlin, vor allen Dingen in den Arbeitervierteln, beträchtlich verloren hat. Günter Grass[95] hatte Parole gegeben – insbesondere an die Halbstarken –, FDP zu wählen.

Heck: Meine Damen und Herren! Wenn sich niemand mehr zum Wort meldet, können wir damit die Aussprache über die Landtagswahl in Niedersachsen abschließen. Sie sind damit einverstanden.

Ich möchte nun noch ein paar Formalien erledigen. Diese Dinge sind im Präsidium besprochen worden.

---

95 Günter Grass (geb. 1927), Schriftsteller, Bildhauer und Graphiker; 1999 Nobelpreis für Literatur.

VERSCHIEDENES

Es handelt sich zunächst um die Frage, wer künftig an den Sitzungen des Bundesvorstands teilnehmen soll. Sie wissen, daß drei Vorsitzende von Vereinigungen nicht mehr in den Vorstand gewählt worden sind, nämlich Herr Katzer, der Vorsitzende der Sozialausschüsse, Herr Klepsch, der Vorsitzende der Jungen Union, und Herr Landrat Jansen, der Vorsitzende der KPV. Das Präsidium empfiehlt dem Bundesvorstand:

1. Künftighin diese drei Herren zu den Vorstandssitzungen als Gäste einzuladen. Ich glaube, daß dies für die Zusammenarbeit in der Partei nützlich ist. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kann ich feststellen, daß der Vorstand damit einverstanden ist.

2. Es gibt weiter eine Absprache zwischen der CDU und der CSU, daß wir den Vorsitzenden und den Generalsekretär der CSU zu unseren Vorstandssitzungen einladen, und die CSU umgekehrt, den Vorsitzenden und den Generalsekretär der CDU zu ihren Vorstandssitzungen. Das ist bisher nicht so strikt geregelt gewesen. Ich halte es für richtig, so zu verfahren, daß also der Vorsitzende und der Generalsekretär eingeladen werden. (*Zurufe:* Aber nur die beiden!) Nur die beiden; es gibt keine Vertretung. Das scheint mir sehr wichtig zu sein. (*Seebohm:* Es dürfen sich auch die Gäste nicht vertreten lassen.) Das ist klar. Dann kann ich auch hier feststellen, daß der Vorstand damit einverstanden ist.

3. Es waren früher immer die Abteilungsleiter der Bundesgeschäftsstelle in den Bundesvorstandssitzungen anwesend. Bei 70 Vorstandsmitgliedern spielte es keine Rolle mehr, ob noch zehn Leute zusätzlich da waren. Wir sind aber der Meinung, daß wir jetzt den Vorstand kleinhalten und die Anwesenheit von Mitarbeitern beschränken sollten: a) auf den Sprecher der CDU, Herrn Rathke; er muß dabei sein, weil er die Presse orientiert, b) entsprechend einer Absprache zwischen Fraktion und Partei, daß es auf Gegenseitigkeit gemacht wird, Herrn Dr. Ackermann[96] für die Fraktion.

Es ist noch zu klären, wer vom Bundeskanzleramt teilnehmen soll. Heute waren anwesend die Herren Selbach[97] und Hange[98]. Ich bin persönlich der Meinung, daß es auch für den Herrn Bundeskanzler genügt, wenn nur einer seiner Mitarbeiter hier teilnimmt. Ich würde ihm das mitteilen, wenn Sie einverstanden sind. (*Hange:* Es ist so, daß wir als Abteilungsleiter hier sind.) Wir sollten es dem Bundeskanzler überlassen. Soviel ich

96 Dr. Eduard Ackermann (geb. 1928), Journalist; 1957 Mitarbeiter und 1958–1982 Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, 1982–1994 Leiter der Abteilung V (gesellschaftliche und politische Analysen, Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit) im Bundeskanzleramt. Memoiren: Mit feinem Gehör. Bergisch-Gladbach 1994.

97 Dr. Josef-Wilhelm Selbach (geb. 1915), 1950–1969 im Bundeskanzleramt u. a. Leiter des Persönlichen Büros des Bundeskanzlers, 1963–1967 Persönlicher Referent Adenauers, 1969–1983 Vizepräsident des Bundesrechnungshofs.

98 Franz Hange (geb. 1921), Journalist; 1949–1966 Korrespondent der Deutschen Presse-Agentur (dpa), 1965 Wechsel ins Bundeskanzleramt, Pressereferent bei den Bundeskanzlern Erhard und Kiesinger, 1969–1987 Mitarbeiter im Bundespresseamt (u. a. Leiter des Besucherdienstes und Chef vom Dienst).

weiß, ist Herr Hange vom Bundeskanzleramt mit der Verbindung beauftragt. Ich kann feststellen, daß der Bundesvorstand damit einverstanden ist.

Herr Professor Dr. Burgbacher hat ein Schreiben an mich gerichtet, er wünsche eine Bestätigung, daß seine Entlastung durch die Neuwahlen in Braunschweig erfolgt sei. Ich glaube, man kann davon ausgehen, daß man hier nicht zu warten braucht, bis der nächste Bundesparteitag stattfindet und dies auch nicht dem Parteiausschuß vorgetragen werden muß. (*Zustimmung.*) Ich kann also feststellen, daß der Vorstand der Auffassung ist, mit der Neuwahl von Herrn Seebohm ist die Entlastung des Herrn Burgbacher ausgesprochen.

Meine Damen und Herren! Ich darf nun die Entschließung vorlesen:

„Der Bundesvorstand der CDU trat heute in Bonn zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Der Vorsitzende Bundeskanzler Dr. Kiesinger unterrichtete den Bundesvorstand über seine Gespräche mit Präsident de Gaulle, über seinen vorgesehenen Besuch bei Präsident Johnson und über die Mittelfristige Finanzplanung sowie die Konjunkturpolitik. Über die im Bereich der Bundeswehr zu treffenden Maßnahmen wird der Bundeskanzler im Laufe dieser Woche mit Verteidigungsminister Dr. Schröder sprechen. Der Bundesvorstand stimmte dem Programm der Mittelfristigen Finanzplanung und den vorgesehenen konjunkturpolitischen Maßnahmen zu. Der Bundesvorstand betrachtet die Mittelfristige Finanzplanung als eine Einheit, an der festgehalten werden muß, ohne einzelne Maßnahmen herauszubrechen."

Herr Barzel schlägt vor, an Stelle des letzten Absatzes „Der Bundesvorstand stimmte dem Programm ... bis herauszubrechen" wie folgt zu formulieren:

„Der Bundesvorstand stimmte dem Gesamtwerk der Mittelfristigen Finanzplanung zu. Er betrachtet diese Vorlage als Einheit, aus der einzelne Maßnahmen nicht herausgebrochen werden sollten." (*Kraske:* Dann fehlt die Konjunkturpolitik!)

Barzel: Meine Damen und Herren! Darf ich ergänzen, warum das nötig ist! Wir können unmöglich den konjunkturpolitischen Maßnahmen zustimmen, weil es sie noch gar nicht gibt. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat hier eine sehr reservierte Haltung eingenommen. Wir sind bereit, einem zweiten Eventualhaushalt zuzustimmen, wenn die Wünsche, die der Bundeskanzler hier vorgetragen hat, verwirklicht werden. Das wissen wir aber bis zur Stunde noch nicht.

Wir kennen auch nicht die konjunkturelle Lage im September. Ich habe dem Herrn Schiller neulich vor dem Kabinett gesagt, er müsse uns zunächst einmal überzeugen von der Notwendigkeit dieses Programms und von dessen analytischer Grundlage.

Wir können also heute, meine Damen und Herren, unmöglich schon unsere Zustimmung geben zu Konjunkturmaßnahmen, die wir alle noch gar nicht kennen. (*Zuruf:* Nehmen wir doch die Formulierung: Gesamtwerk!) „Gesamtwerk" haben wir deshalb auch in der Fraktion gesagt. Wir stehen in der Gefahr, daß die Sozialdemokraten sagen: Im Sozialhaushalt werden 1,2 Mrd. DM frei. Deshalb wollen wir uns das vorbehalten. Wenn es so bleibt, können wir unmöglich die Ergänzungsabgabe schlucken. Wir haben deshalb gesagt: Dann machen wir bei der Einnahmeseite einen anderen Vorschlag. (*Unruhe und Bewegung.*)

Heck: Das Gesamtwerk der Mittelfristigen Finanzplanung kann nicht so interpretiert werden, als ob konjunkturpolitische Maßnahmen überhaupt nicht drin wären. Und das ist entscheidend, weil ja die SPD ihrerseits das Junktim von hier aus aufgebaut hat.

Nun habe ich hier noch folgenden Satz, der vor diesen Abschnitt eingefügt werden soll: „Der Bundeskanzler betonte die Bedeutung und die Dringlichkeit der nunmehr in Angriff zu nehmenden Finanzverfassungsreform." Nun, ich finde das Ganze ein bißchen dünn. (*Seebohm:* Herr Heck, sagen Sie nicht: Der Bundeskanzler wird sprechen; denn das Wort „sprechen" klingt so ... – *Meyers:* Als ob wir sonst nicht miteinander sprächen. – *Seebohm:* Ja, deshalb würde ich sagen: abschließend beraten.) Es wäre nützlich, wenn die Entschließung noch redaktionell überarbeitet würde. Zuerst wurde ein Entwurf gemacht. Dann hat der Bundeskanzler Einfügungen gemacht und Worte gestrichen. Dann wollte Herr Barzel am Schluß etwas ändern. Es ist also nicht ganz leicht. (*Stingl:* Es kommt auch nicht zum Ausdruck, daß wir darüber beraten haben. – *Lebhafte Unruhe.*)

Kraske: Es heißt doch nicht, daß sie zum erstenmal miteinander sprechen werden, sondern daß sie in dieser Woche über die Bundeswehr sprechen. Daß sie das bisher nicht getan haben, weiß und bedauert die gesamte deutsche Öffentlichkeit. Deswegen wird es hier angekündigt. (*Unruhe und Bewegung.*)

Fay: Ich schlage vor, die Worte: „zu seiner konstituierenden Sitzung" wegzulassen. Es sind immerhin neun Wochen her, seitdem wir gewählt worden sind. Das macht einen schlechten Eindruck. (*Kraske:* Die Wahl war Ende Mai, und heute haben wir den 17. Juli, also rund sieben Wochen.) Lassen Sie es weg! (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Wird noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. (*Zuruf:* Wann ist die nächste Sitzung des Bundesvorstands?) Es ist der 2. Oktober vorgesehen. Aber es ist unsicher, ob dieser Termin eingehalten werden kann; denn dann kommt irgendein Potentat.[99] (*Kraske:* Sie sollten sich den 2. Oktober vorläufig freihalten.) Wenn der Termin nicht verschoben werden muß, weil der Bundeskanzler blockiert ist, bleibt es beim 2. Oktober. Das wird also im Laufe der Woche geklärt werden. Ich danke Ihnen und darf die Sitzung schließen.

99 Vermutlich gemeint ist der Besuch von König Hussein von Jordanien am 29.–31. Oktober 1967, vgl. AAPD 1967 Nr. 374.

15

Bonn, Montag 9. Oktober 1967

Sprecher: Amrehn, Barzel, [Dufhues], Gerstenmaier, Gradl, von Hassel, [Heck], Kiesinger, Klepsch, Kohl, Lemmer, Röder, Schmücker, Stoltenberg, von Weizsäcker.

Bericht zur Lage. Aktionsprogramm. Verschiedenes.

Beginn: 10.00 Uhr *Ende: 14.00 Uhr*

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns zu Beginn dieser Sitzung unseres heimgegangenen Bundesschatzmeisters, unseres Parteifreundes Hans-Christoph Seebohm[1], gedenken. Hans-Christoph Seebohm ist im Jahre 1960 der Christlich-Demokratischen Union beigetreten. Er war Mitglied der Deutschen Partei in Niedersachsen; er war dort im Landtag und Minister und wurde, nachdem er auch im Parlamentarischen Rat tätig gewesen war, 1949 Verkehrsminister. Er ist es geblieben bis zur Neubildung der Regierung im letzten Jahr.

Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie schmerzlich für mich die Notwendigkeit war, aus fraktionspolitischen Gründen auf seine bewährte und bedeutende Mitarbeit im neuen Kabinett zu verzichten. Um so froher war ich deshalb, daß es gelang, diesen bedeutenden Mann in das Parteipräsidium zu bringen, da er sich bereit erklärte, das wichtige Amt des Bundesschatzmeisters anzunehmen.

Über Hans-Christoph Seebohm etwas Rechtes und Gerechtes auszusagen, ist nicht sehr leicht. Er hat ein reiches und bedeutendes berufliches Schaffen, das gewürdigt werden müßte neben seiner politischen Tätigkeit. Hans-Christoph Seebohm gehörte zu jenen Kräften unserer Partei, die aus einer betont nationalen Überzeugung und Tradition deutsche Politik gestalten wollten. National sage ich, nicht nationalistisch. Ich nehme den Heimgegangenen damit in Schutz gegen viele Vorwürfe, die er im Laufe seines politischen Lebens hat hinnehmen müssen.

Erstens nehme ich ihn in Schutz deswegen, weil leider der Gedanke der Nation und die Verpflichtung gegenüber der Nation in diesem Volk bei manchen Schichten beinahe schon etwas Fragwürdiges erhalten hat.

Zweitens: Wenn man immer wieder sagen durfte in den vergangenen Jahren, daß unsere Heimatvertriebenen und Flüchtlinge genau das nicht geworden sind, was sie durch das Schicksal, das sie erfuhren, hätten werden können, nämlich ein Herd nationalistischer Unruhe, dann haben doch gerade die Männer, die für uns tätig waren in diesem weiten Kreis von Menschen, ein großes Verdienst dadurch. Ich habe das immer wieder

1 Seebohm war am 17. September verstorben.

in kritischen Stunden auch Ausländern sagen können; einmal in einer großen Rede im Europarat[2], und ich habe immer wieder Verständnis dafür gefunden. Wenn gelegentlich in einer seiner Reden Formulierungen vorkamen, die Aufsehen erregt haben, dann muß man das eben auch aus der Situation heraus begreifen, den Mann aber muß man in der Stetigkeit und Konsequenz seines politischen Wirkens sehen. Er war ohne jeden Zweifel ein bedeutender Verkehrsminister. Er hat eine große Leistung hinterlassen und ein bedeutendes Erbe.

Wenn heute etwa im Leber-Plan[3], der zweifellos seine großen Verdienste hat, viel Gutes gesehen werden darf, dann dürfen wir sagen, daß manches, was in diesem Plan steckt, schon aus dem Denken und der Arbeit von Hans-Christoph Seebohm stammt. Ich glaube, daß es eine große Bereicherung war, als dieser Mann im Jahre 1960 zu uns stieß; denn er kam nicht allein. Er brachte vieles, besonders aus dem niedersächsischen Raum, mit ein, und er hat sich redlich bemüht, ein aufrichtiger und guter Mann der Christlich-Demokratischen Union zu sein. Dafür sind wir ihm zu tiefem Dank und Respekt verpflichtet. Sie haben sich zu seinen Ehren erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren! Ich stehe nun vor der Notwendigkeit, zweimal heute, im Bundesvorstand und dann im Bundesparteiausschuß, zu sprechen. Es gibt vieles, worüber wir miteinander sprechen müssen. Ich will nun nicht einfach so vorgehen, daß ich in diesem Kreis dasselbe sagen wie im Parteiausschuß. Ich werde es im Parteiausschuß etwas breiter darstellen und mich hier in diesem Kreis auf eine Auswahl von Themen beschränken und auch etwas mehr – wenn Sie mir das erlauben – im Telegrammstil sprechen, damit wir Zeit zur Aussprache haben.

Bericht zur Lage. Aktionsprogramm

Erster Punkt: Lage der Partei in der Großen Koalition. Dazu nur wenige Sätze! Sie kennen den Anfang. Sie wissen, daß im letzten Herbst nur die Alternative bestand, diese Koalition zu gründen oder in die Opposition zu gehen, und daß es eine lange Zeit sehr nahe daran war, daß eine Koalition zwischen der SPD und der FDP, die sogenannte Mini-Koalition zustande kam. Diejenigen, die sich damals intensiv in die Verhandlungen eingeschaltet hatten, wissen das. Ich bin davon überzeugt, wenn es zu dieser kleinen Koalition zwischen SPD und FDP gekommen wäre, wären die Dinge schlimm gelaufen. Diejenigen unter uns, die z. B. in der Frage der Deutschlandpolitik und der Ostpolitik Sorgen haben, sollten bedenken, welchen Weg diese Politik wohl genommen hätte, wenn die SPD und die FDP – die ja uns immer wieder mahnte, sehr viel weiterzugehen,

2 Am 30. April 1957 bei der „Assemblée des Nations Captives d'Europe. Troisième Session spéciale" (ACDP 01–226–701). Vgl. „Neue Zürcher Zeitung" vom 2. Mai 1957.

3 Das „Verkehrspolitische Programm für die Jahre 1968–1972" wurde erstmals in der 155. Sitzung des Bundestags am 13. Februar 1968 (vgl. Sten.Ber. S. 7946–8009, Drs. V/2494 vom 5. Februar 1968) beraten und sah u. a. vor, den Gütertransport von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Übrig blieb das Gesetz über die Besteuerung des Straßengüterverkehrs vom 28. Dezember 1968, BGBl 1968 I S. 1461.

sehr viel entschlußkräftiger auf diesen beiden Gebieten zu werden – zusammengegangen wären. Während wir in dieser Koalition die Kräfte der SPD an uns gebunden und engagiert haben, die eben einen behutsamen Kurs in der Deutschland- und Ostpolitik – nehmt alles nur in allem – wollen, hätte die Koalition SPD/FDP ohne jeden Zweifel zu einem Bündnis der Landtage auf beiden Seiten geführt. Das ist zunächst ein wichtiger Ausgangspunkt; denn wir müssen uns ja immer wieder daran erinnern, daß wir mit Wasser kochen müssen und uns mit den Realitäten auseinanderzusetzen haben.

Zur Lage der Partei! Sie wissen, wie es stand. Es galt, die Partei wieder, auch in der öffentlichen Meinung, zur Geltung zu bringen; das ist inzwischen gelungen bis zu den Bremer Wahlen. Man hat zwar in Bremen für die CDU ein wenig mehr Erfolg erhofft. Ich weiß es nicht. Wo ich in Bremen bei meinen Besuchen gesprochen habe, hat die CDU 3,5 und 2,9% zugenommen – das ist ja auch eine nicht ungünstige Feststellung –, nämlich in Vegesack und in Bremerhaven.[4] Man hat dort die Gefahr der NPD bei unseren Freunden nicht gesehen. Als ich mich danach erkundigte, sagte man mir, wir haben diesen Thielen[5], der hat die NPD endgültig hier unmöglich gemacht, mit der brauchen wir nicht zu rechnen. Das tut mir leid, ich hätte sonst in meiner Rede etwas anders gesprochen. Man sieht also, wie man sich verrechnen kann.

Man hat auch die Schlagkraft der Bremer FDP ein wenig unterschätzt, und zwar ihrer führenden Leute, aber das Ergebnis war ja so, daß nicht wir uns hektisch aufzuregen brauchten, sondern die SPD. Was da in Bremen jetzt vor sich geht, nämlich die Abhalfterung von Herrn Dehnkamp[6] usw., ist dafür bezeichnend. Wie man in den Kreisen der SPD die Bremer Wahl wertet, ist außerordentlich bezeichnend, aber auch ein wenig beunruhigend. Ich persönlich analysiere diese Wahl sehr ruhig. Die Ergebnisse scheinen mir zu einem großen Teil auf die Bremer Verhältnisse zurückzuführen zu sein, kaum aber auf bundespolitische Dinge, wenn man dem allgemeinen Trend folgt, der bei jeder Landtagswahl eine Rolle spielt. Sie wissen, wir haben in der Zwischenzeit nach den demoskopischen Untersuchungen ein wenig Federn lassen müssen, sie aber wieder aufge-

4 Bürgerschaftswahl am 1. Oktober 1967: CDU 29,5% (1963: 28,9%), SPD 46% (54,7%), FDP 10,5% (8,4%), NPD 8,8%, DFU 4,25%, DP 0,9%. Ergebnis Bremerhaven: CDU 21.858 Stimmen (30,3%), SPD 35.868 Stimmen (49,7%); FDP 5.993 Stimmen (8,3%); DFU 2.204 Stimmen (3,1%); DP 610 Stimmen (0,9%) NPD 5.667 Stimmen (7,9%); im Stadtteil Vegesack erhielt die SPD 9.883 Stimmen (= 49,6%), die CDU 5.752 Stimmen (= 28,9%), die FDP 1.711 Stimmen (= 8,6%), die NPD 1.539 Stimmen (= 7,7%). Zahlen für kreisfreie Stadt Bremerhaven und Stadtteil Vegesack (Teil von Stadtbezirk West der Stadt Bremen) errechnet nach Statistisches Landesamt Bremen (Hg.): Statistisches Handbuch Land Freie Hansestadt Bremen 1965 bis 1969. Bremen 1971 S. 66f.

5 Friedrich Thielen (1916–1993), 1964–1967 Vorsitzender der NPD.

6 Willy Dehnkamp (1903–1985), Schlosser; 1920 SPD, 1928–1933 Parteisekretär im Bremer Unterbezirk Vegesack-Blumenthal-Osterholz, 1934–1936 Haft, 1948 Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft, 1951–1967 Mitglied der Bremer Bürgerschaft, 1951–1965 Senator für das Bildungswesen, 1965–1967 Senatspräsident und Bürgermeister.

holt.[7] Ich bin ganz sicher, daß wir bei den kommenden Wahlen nicht schlecht abschneiden werden. Im übrigen wissen wir ja auch, daß seit 1949 die CDU vor den Bundestagswahlen in den letzten 1½ Jahren immer ein wenig unterhalb der SPD lag. Daß dieses gewaltige Ergebnis, das wir einmal hatten, nämlich 41% SPD und 49% CDU, für die Große Koalition eine ungeheure Belastungsprobe darstellte, brauche ich nicht zu sagen. Aufgrund der gewonnenen Landtagswahlen ist der gegenwärtige Stand der Bundesversammlung folgendermaßen: CDU 480 Sitze, SPD 457 Sitze, FDP 83 Sitze, NPD 15 Sitze. Das bedeutet natürlich, daß SPD und FDP jederzeit zusammen über den Kandidaten entscheiden könnten. (*Kohl:* Stimmen die Zahlen?) Ja, das sind die neuesten Zahlen. (*Klepsch:* Die 15 waren schon vor der Wahl in Bremen vorhanden. Es müßten mehr sein!) Das ist ja nicht so wichtig. In Bremen haben wir einen Sitz mehr bekommen. Ich habe das ja nur als Beispiel gesagt. Also, mit anderen Worten, wir können sagen, daß wir die Partei selber wieder in eine normale Situation haben führen können in diesen vergangenen zehn Monaten.

Die Große Koalition selbst ist natürlich – ich kann es nur immer wieder sagen – eine äußerst schwierig zu handhabende Sache, weil die beiden großen Parteien sich ja nicht selbst aufgegeben haben, weil sie geblieben sind, was sie sind, so daß die Entwicklung eines geschlossenen gemeinsamen politischen Programms sehr schwer ist. Nun konnten wir, weil wir in eine bereits begonnene Legislaturperiode eingestiegen sind, uns sagen: Wir beschränken uns auf bestimmte große Aufgaben, wie ich sie in der Regierungserklärung umrissen habe. Auf dem Gebiete der Außenpolitik war man sich von Anfang an verhältnismäßig einig. Innenpolitisch war es sehr viel schwieriger. Der Verlauf der Verhandlungen über die Mittelfristige Finanzplanung hat das sehr deutlich gezeigt. Im Finanzkabinett, dem ich ja selbst vorsaß, hatten wir eine sehr einfache und klare Entscheidung getroffen, nämlich 1% Mehrwertsteuer und sonst Einsparungen. Aber das ließe sich in der Großen Koalition nicht durchsetzen. Es ließe sich vor allen Dingen das nicht durchsetzen, was viele Kreise in der Wirtschaft erwartet hatten, die berühmte Reform der Sozialrente, die unmittelbare Einführung der Nettolohnbezogenheit, über die in unseren eigenen Reihen sehr verschiedene Auffassungen bestehen. Aber eines ist festzuhalten, eine Entscheidung in dieser Frage ist noch nicht gefallen, d. h. der Auftrag, der in der Regierungserklärung formuliert ist, daß wir am Prinzip der dynamischen Rente festhalten, den gegenwärtigen Besitzstand auch nicht einfrieren lassen wollen, daß aber die Zuwachsrate überprüft werden muß. Dieser Auftrag besteht noch.

Ich habe vor kurzem in einer etwas zähen Diskussion im Kabinett – wie meine Kabinettskollegen wissen – das sehr klar herausgearbeitet, ohne daß sich ein Widerspruch erhoben hätte. Das ist also noch eine Aufgabe, die vor uns liegt. Ich sage das deswegen, weil wir ja nicht wissen können, wie die Dinge im Jahre 1969 sein werden. Wir können

7 Die CDU/CSU erzielte bei der Bundestagswahl 1965 47,6%. Im April/Mai 1966 betrug die Zustimmung zur Union in den Umfragen zwischen 46 und 48%, sank aber im September 1966 auf 38% und stieg im Mai 1967 auf 49%; im Juli betrug der Wert 44%. Vgl. JAHRBUCH 1965–1967 Tabelle nach S. 198.

im Jahre 1969 vor dem Zwang stehen, diese Koalition fortzusetzen, je nach dem Ausgang der Wahl. (*Barzel:* Möglichst nicht!) Ja, ich sage gerade: Der Zwang besteht dann, diese Koalition fortzusetzen. Die Frage, was dann, ist sehr schwierig. Denn es ginge dann um vier Jahre. Dem könnte man nicht mehr ausweichen, auch ein geschlossenes innenpolitisches Programm zu entwerfen, gar nicht zu reden von den Schwierigkeiten, die sich auf dem Gebiete der Außenpolitik und der deutschen Politik ergeben haben und die zweifellos sehr viel stärker steigen würden.

Der Kanzler, der eine solche Koalition zusammenzuhalten hat, hat wesentlich andere Aufgaben als ein Kanzler, der mit einer großen Partei, die eine kleine Partei mitnimmt, zu regieren hat. Wie schwierig sogar der kleine Partner sein kann, haben wir in mehreren Krisen, nicht zuletzt in der Krise, die zur Großen Koalition geführt hat, gesehen. Das liegt z. T. an den Persönlichkeiten. Man hat eben nicht nur mit klaren und verläßlichen Leuten zu tun, die auch selbst ganz genau wissen, was sie wollen, sondern auch mit schwierigen und weniger schwierigen Menschen. Die Schwierigkeit liegt auch nicht so sehr in der Führungsgruppe – vor allen Dingen im Kabinett –, sondern vielmehr in den Parteien selbst. In jeder der beiden großen Parteien gibt es Leute, die sich nicht an die Tatsache der Großen Koalition gewöhnen können, die immer wieder – auch mit vorgehaltener Hand – Schwierigkeiten hervorrufen.

In der Bevölkerung – cum grano salis – ist es so, daß die Große Koalition von Anfang an auf weit größere Zustimmung bei den Anhängern der CDU gestoßen ist, nämlich 90%, dann zwischen 80 und 90% variierend, während die SPD etwa 10% unter der CDU lag. Das ist auch eine wichtige Feststellung. Wir müssen nämlich wissen, wie unsere Leute draußen denken. Das bedeutet ganz einfach, daß unsere Wähler von uns erwarten, daß diese Große Koalition für uns nicht nur ein akzeptiertes notwendiges Übel ist, sondern daß wir daraus das Beste zu machen haben.

Die erste heftige Kritik haben wir erlebt im Zusammenhang mit der Mittelfristigen Finanzplanung, nicht mit der Konjunkturpolitik, paradoxerweise, denn die Konjunkturpolitik ist das, was im Prinzip durchaus problematischer sein könnte. Bei der Mittelfristigen Finanzplanung war es eine Chance für die „vierte Partei“[8], diese Regierung, vor allem aber den Bundeskanzler, zu attackieren. Ich darf in diesem Kreis einmal auf die paradoxe Situation hinweisen. Das hat sich vor kurzem bei einer stundenlangen Diskussion über unsere Außenpolitik und Deutschlandpolitik gezeigt.[9] Wir waren uns von den Koalitionsfraktionen eigentlich völlig einig – auch der Vertreter der FDP-Fraktion hat zugestimmt – mit Ausnahme eines Mannes, der aber sofort von seinen eigenen Partei-

8 Gemeint sind Kreise im außerparlamentarischen Raum und in der Publizistik, die für die Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Grenze plädierten („Anerkennungspartei“). Zusammenfassung des Medienechos auf diese Formulierung der CDU-Bundesgeschäftsstelle vom 15. Oktober 1967 in ACDP Dokumentation Personenarchiv Kiesinger. Vgl. auch SCHMOECKEL/KAISER S. 158f.; KROEGEL S. 184–187.

9 Am 5. Oktober hatte eine Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags stattgefunden, bei der es eine intensive Debatte zum Atomsperrvertrag gab. – Kiesinger äußerte sich zur Diskussion in einem Interview mit den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 11. Oktober 1967, vgl. DzD V/1 S. 1795–1797.

freunden sehr schroff zurückgewiesen worden ist.[10] Während man sich hier also im großen und ganzen einig war, haben wir in der deutschen Publizistik eine große und mächtige, jedoch im Bundestag fast nicht, sondern nur durch einzelne Repräsentanten vertretene, repräsentierte Macht, die von der „Süddeutschen Zeitung" über die „Frankfurter Rundschau", den „Kölner Stadt-Anzeiger", die „Zeit", den „Stern", den „Spiegel" usw. reicht.

Ich kann diese Partei, um einen Arbeitstitel zu verwenden, nur die „Anerkennungspartei" nennen; sie ist identisch mit der Partei der Mini-Koalition aus SPD und FDP. Sie können ganz genau feststellen – ich lasse gerade eine Studie machen –, daß diese Blätter bei der Regierungsbildung entschiedenste Anhänger dieser Mini-Koalition waren, daß sie dazu z. T. die dubiosesten Mittel benutzten durch Falschmeldung am laufenden Band. Sie können feststellen, daß diese Blätter jede Gelegenheit benutzen, um zum Angriff auszuholen, auch auf Gebieten, wo sie sonst gar nicht so sehr engagiert sind, z. B. im Zusammenhang mit der Mittelfristigen Finanzplanung.

Ich war sehr überrascht durch die Reaktion dieser Presse und fragte mich nach dem Grund, bis er mir schließlich klar wurde. Hier besteht eine einige, und ich glaube sogar bis zu einem gewissen Grade organisierte einige Haltung. Das ist eine leidige und eine gefährliche Tatsache; denn diese Publizisten – ich muß die Kommentatoren von Rundfunk und Fernsehen dazunehmen – erwecken im Ausland, vor allem auch im Osten, den Eindruck, als sei die Meinung im Volk für die Anerkennung. Wenn ich Anerkennung sage, dann meine ich sowohl die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als auch die Anerkennung der Zone.

Ich habe mit einer Reihe von diesen Journalisten gesprochen und versucht, einmal zu erfahren, wie sie denken, welche Probleme für sie bestimmend sind. Es sind durchaus nicht immer dieselben Motive. Es gibt verschiedene. Ich will jetzt im einzelnen nicht darauf eingehen, aber ganz ohne Zweifel geht von dieser großen publizistischen Macht ein starker Einfluß aus. Wir wissen ja, daß zunächst diese Art von Presse nicht sehr tief ins Volk wirkt, aber auf die Dauer ist diese Wirkung da.

Nun stellt man etwas ganz Merkwürdiges fest. Diese Presse tut so fingiert, als ob unser Partner in den ostpolitischen und deutschlandpolitischen Fragen etwas anderes wolle als wir. Ich kann das darstellen an dem Beispiel des „Kölner Stadt-Anzeigers". Aber das ist nur ein Beispiel. Ich könnte es belegen bei allen diesen Zeitungen.

---

10 Nicht zu ermitteln. – Das Mitglied des Auswärtigen Ausschusses Walter Scheel war im Gegensatz zu den FDP-Politikern Schollwer, Rubin und den Jungdemokraten nicht bereit, die DDR im völkerrechtlichen Sinne anzuerkennen. – Vgl. auch die sog. „Zweite Schollwerstudie", die am 21. Januar 1967 vorgelegt wurde. Diese nach einem der Autoren, dem Chefredakteur der „Freien Demokratischen Korrespondenz" Wolfgang Schollwer, benannte Denkschrift leitete die Abkehr der FDP von ihrem nationalliberalen Kurs und dem unbedingten Festhalten an der deutschen Einheit ein (Druck in: Clemens HEITMANN: FDP und neue Ostpolitik. Zur Bedeutung der deutschlandpolitischen Vorstellungen der FDP von 1966 bis 1972. Sankt Augustin 1988 S. 177–187); vgl. auch HILDEBRAND S. 342. – Zu Schollwer vgl. Monika FASSBENDER (Hg.): Wolfgang Schollwer: FDP im Wandel. Aufzeichnungen 1961–1966. München 1994.

Der Außenminister machte diese ungeschickten Bemerkungen in Bukarest.[11] Daß sie ungeschickt waren, darüber braucht man gar nicht zu reden. Das hat er von mir gesagt bekommen, und er hat es mit mir besprochen. Die Frage war für mich, als ich in der Pressekonferenz darauf angesprochen wurde, gar nicht, wie sollte ich reagieren, sondern ich sagte: Man muß in den Formulierungen behutsam und vorsichtig sein, man kann leicht mißverstanden werden. Es ist eine schwierige Sache, aber wenn der Außenminister von Realitäten sprach, dann hat er natürlich unsere Realitäten gemeint und nicht die der Herren von drüben. Das war das, was ich sagen konnte in einem solchen Moment.

Die Reaktion des „Kölner Stadt-Anzeigers": „Plumper Fälschungsversuch des Kanzlers. Der Außenminister muß sich dagegen zur Wehr setzen."[12] Und nun ist das Interessante, daß sich der Außenminister trotz meiner Aufforderung dagegen nicht in dem Sinne zur Wehr gesetzt hat, wie ich es von ihm verlangt habe. Ich habe die Herren in Kressbronn bei mir gehabt.[13] Ich habe sie in Kressbronn eingeschworen auf die Außenpolitik, die wir bei den Koalitionsverhandlungen vereinbart hatten, die in der Regierungserklärung niedergelegt und die von Partei und Fraktion gebilligt worden ist. Ihr hat Wehner ganz konsequent Folge geleistet. Er ist in der letzten Zeit sogar dazu übergegangen, bewußt meine Interpretationen dieser Politik wiederzugeben; in seiner Coburger Rede, jetzt wieder in seiner Berliner Rede, um ganz klar der öffentlichen Meinung zu sagen: Wir sind uns einig, und auch um anzuerkennen, daß hier der Kanzler wirklich die Richtlinien der Politik klar gezogen hat.[14] Das hat Brandt bisher höchstens einmal andeutungsweise gesagt. Das ist einfach eine Feststellung, die ich machen muß. Ich werde in dieser Woche noch einmal eine Unterhaltung mit ihm haben. Wehner hat sich bei dieser Unterhaltung in Kressbronn ganz klar ausgedrückt. Ich habe gesagt, wir können das nicht mehr länger andauern lassen. Wir können uns nicht mehr auseinanderreden lassen von dieser Presse. Darauf hat Wehner gesagt: Ich nehme zwei bequeme Wege aus, den einen, das bequeme Stillsitzen, und den anderen, die bequeme Anerkennung. Wir müssen also den schwierigen Weg gehen.

Das hat natürlich auch Brandt gesagt. Ich habe ihn darauf festgelegt. Aber es kamen immer wieder Sondierungen. Das Entscheidende dabei war nach meiner Meinung nicht diese etwas flimmernden Formulierungen und das hektische Hochspielen des Außen-

---

11 Brandt hielt sich vom 3.–7. August 1967 in Rumänien auf, vgl. AdG 1967 S. 13340f.; AAPD 1967 Nr. 292, 293. – Zur Tischrede vgl. BULLETIN Nr. 84 vom 9. August 1967 S. 722. Vgl. auch MERSEBURGER S. 534–536.

12 Vgl. „Kölner Stadt-Anzeiger" vom 12. August 1967 „Der CDU geht Brandt zu weit".

13 Vgl. Joachim Samuel EICHHORN: „Der Kressbronner Kreis": Koalitionsausschuss der Großen Koalition (1966–1969). Magisterarbeit Hamburg 2002 S. 28–32; KROEGEL S. 182–184. Vgl. auch „Spiegel" vom 4. September 1967 „Schwur am See".

14 Wehner sprach am 10. September 1967 auf der Wartburgfeier in Coburg (vgl. BULLETIN Nr. 97 vom 12. September 1967 S. 837f.) und bei einer gemeinsamen Sitzung des Präsidiums und Hauptausschusses des Deutschen Städtetages mit dem Kuratorium Unteilbares Deutschland in Berlin (vgl. „Berliner Stimme" vom 23. September 1967).

ministers, das Image des Außenministers, sondern das Nichtabsetzen von den falschen Lobrednern. Das ist das Entscheidende.

Herr Brandt hat es bisher eben nicht gewagt, dieser publizistischen Macht deutlich entgegenzutreten. Wehner kam zu mir nach seiner Coburger Rede und sagte: Es ist zum Verzweifeln. Wenn ich einmal eine Formel gebrauche, und die Journalisten glauben, das ist so etwas, dann kommt das in die ganze Presse, aber wenn ich versuche, unsere Einigkeit festzustellen und klar zu sagen, wo unsere gemeinsame Linie ist, dann wird das totgeschwiegen. So ist es in der Tat.

Meine Rede zum 17. Juni,[15] von der ich glaube, daß sie politisch eine der am sorgfältigsten formulierten Reden gewesen ist, die gehalten worden sind, ist von dieser Presse totgeschwiegen worden. (*Gerstenmaier:* Nicht gut geeignet!) Das ist mir klar geworden, weil sich die Öffentlichkeit daran gewöhnt hat, daß man am 17. Juni ein paar vaterländische Phrasen klopft. Wenn dann einmal einer wagt, am 17. Juni etwas anderes zu sagen, wird es verschwiegen, obwohl man gerade an diesem Tag meinen sollte, auch gehört zu werden.

Also, das ist eine Sache, die wir so nicht mehr weiterlaufen lassen können. Ich habe immer wieder versucht, hier Klarheit zu schaffen. Jetzt lese ich in den Unterlagen, die ich heute bekommen habe, daß Brandt sich so ein bißchen bemüht hat – wo war es? (*Lemmer:* In Berlin!) Da hat er gesagt, daß die oft mißverstandene Formel des Nebeneinanderlebens[16] ... (*Amrehn:* Eine Rede, die nicht von ihm stammt!) Ja, welche Rede stammt denn von ihm? (*Unruhe und Bewegung.*) Herr Amrehn, Sie müssen immer fragen, welche? Das ist nun einmal leider so. (*Starke Unruhe.*) Aber es ist sehr interessant für dieses Bemühen. Ich muß die Schwierigkeiten in diesem Kreise sagen. Ich kann nur hoffen, daß die Vertraulichkeit gewahrt bleibt, sonst kann ich Ihnen ja überhaupt nichts mehr erzählen. Ich habe ein großes Vorbild darin. (*Unruhe und Bewegung.*)

Aber da ich selbst zu den Kritikern dieses großen Vorbildes gehöre, will ich also versuchen, ein wenig weiterzugehen. Diese Schwierigkeit ist wirklich enorm. Das ist nicht nur sein persönlicher Wille, sondern die SPD drängt diesen Mann sehr stark, da sie in ihm den kommenden Bundeskanzlerkandidaten sieht. Daran habe ich gar keinen Zweifel, trotz der Hoffnungen, die sich Helmut Schmidt macht. (*Barzel:* Wehner!) Nein, das glaube ich nicht, es wäre eine gute Sache, aber ich glaube es nicht.

Aber Brandt wird gedrängt. Ich denke z. B. an die Geschichte mit den „berühmten" 14 Punkten.[17] Ich lese in der Zeitung, Herr Wehner liest in der Zeitung, jedes andere

15 Vgl. Oberndörfer S. 77–83.

16 Am 6. Oktober 1967 anläßlich einer Feierstunde zum 100. Geburtstag Walter Rathenaus im Auditorium Maximum der FU Berlin zum Thema „Deutsche Außenpolitik nach zwei Weltkriegen", vgl. Bulletin Nr. 109 vom 10. Oktober 1967 S. 933–937. – Zur Reaktion vgl. „Welt" vom 7. Oktober 1967 „Brandt: Wir wollen aufrichtige Freundschaft zur Sowjetunion". – Vgl. auch Anm. 73.

17 Vgl. AAPD 1967 Nr. 224. Im Rahmen eines Abendessens erläuterte Brandt dem sowjetischen Botschafter Zarapkin die Punkte, die seiner Meinung nach Gegenstand von Regierungsgesprächen sein könnten. – Vgl. auch „Badische Neueste Nachrichten" vom 22. September 1967 „Bundeskanzler Kiesinger beschwert sich über Brandt".

Kabinettsmitglied liest in der Zeitung, daß dem russischen Botschafter ein Papier nach Moskau mitgegeben worden sei mit einem 14-Punkte-Programm. Sie können sich denken, wie ich darauf reagiert habe. Der russische Botschafter[18] war bei mir – lange nachdem dieses geschehen war – und fragte, ob ich ihm etwas mitzugeben hätte. Ich sagte ihm: Herr Botschafter, sie kennen unsere Haltung. Wir haben uns in den letzten Monaten deutlich genug ausgesprochen. Es liegt uns wirklich daran, eine Epoche besserer Beziehungen mit der Sowjetunion einzuleiten. Wir sind bereit, alles, was dazu möglich ist, zu tun, mit der einen Ausnahme, wir können die Forderung auf die Hinnahme des Status quo nicht erfüllen. Ich schlage vor, weil wir beide im Augenblick das Hauptproblem nicht lösen können, einmal zu überlegen, was wir trotzdem miteinander tun können, um das gegenseitige Mißtrauen abzubauen. Das war die ganze Antwort, die ich ihm mitgab. Ich konnte ihm gar keine andere in diesem Augenblick mitgeben.

Was war nun mit den 14 Punkten geschehen? Das ist ein von der SPD-Baracke[19] künstlich hochgespieltes Ding gewesen. Es fand ein Essen statt, das Herr Schütz[20] gab. Zu diesem Essen lud er Herrn Brandt ein. Dort besprach man einige Punkte. Wenn Sie die 14 Punkte durchsehen, sind es Rosinen, die aus der Regierungserklärung herausgeklaut worden sind; nirgendwo etwas wirklich Neues. Da wurde ihm gesagt, das seien doch Punkte, über die man reden könnte. Gut, dagegen wäre nichts zu sagen gewesen. Hinterher hat dann der Parteiapparat das hochgespielt, und zwar sehr dumm hochgespielt. Ich kann Ihnen die Wehnersche Beurteilung dazu geben. Wehner sagte mir, als ich ihn darauf ansprach: Erstens war das von Anfang an ein schwerer politischer Kunstfehler, und zweitens das auch noch propagandistisch so hochzuspielen, ist einfach nicht zu verantworten. Das ist das Urteil über seinen Außenminister, aber auch über den Teil des Parteiapparats, der das macht.

Das sind einige Beispiele dieser Art. Sie müssen sich nun einmal in meine Lage versetzen. Ich habe alles getan, um unter vier Augen, unter sechs Augen oder unter acht Augen die Dinge immer wieder in Ordnung zu bringen und geradezubiegen. Eine Flucht an die Öffentlichkeit wäre natürlich ein ganz bedenklicher Schritt gewesen, den ich selbstverständlich zu vermeiden versucht habe.

Ich habe als Bundeskanzler der Großen Koalition dafür zu sorgen, daß diese Koalition durch alle Klippen hindurch zu einem Erfolg kommt, und daß dieser Erfolg sich für unsere eigene Partei im Jahre 1969 auswirkt. Ich muß Ihnen das einmal sagen. Als ich in diesem Beschuß stand, der sich merkwürdigerweise so stark gegen mich wandte nach der Mittelfristigen Finanzplanung mit den Behauptungen „Führungsschwäche" usw., da lag es ähnlich. Das ist eine Tendenz, die immer wieder von gewissen Leuten kommt. (*Zuruf:* FDP!) Natürlich von der FDP. Das ist eine Propaganda der Untergürtel-

18 Semjon Konstantinowitsch Zarapkin (1906–1984), sowjetischer Diplomat; 1966–1971 Botschafter in Bonn.

19 Die SPD-Zentrale in Bonn war bis zum Bezug eines Neubaus (Erich-Ollenhauer-Haus) 1975 in Baracken untergebracht.

20 Klaus Schütz hatte am 16. Juni 1967 dem sowjetischen Botschafter ein Essen gegeben, vgl. AAPD 1967 S. 923.

linie. (*Unruhe.*) Wodurch wurde uns die klare Konzeption des Finanzkabinetts verdorben? Im wesentlichen durch unseren Koalitionspartner, in der Öffentlichkeit ging es aber sehr viel stärker gegen uns. Es wurde so getan, als sei die Mittelfristige Finanzplanung ein gemeinsames Parteiprogramm. Das konnte sie nie und nimmer sein. Sie konnte nur ein Kompromiß sein. Ihr eigenes Ziel – und das ist erreicht worden – war dieses: Wir haben verhindert, daß die Dinge wieder unkontrolliert abgleiten in eine Krisensituation wie im letzten Jahr. Das ist ein Versuch, der natürlich nur über den Daumen gepeilt werden konnte. Das ist ein ganz neuartiges Unternehmen. Es muß jedes Jahr korrigiert und angepaßt werden. Aber das eine ist sicher erreicht worden: Wir haben die kommenden vier Jahre unter Kontrolle. Das ist das Entscheidende.

Zur Konjunkturpolitik will ich nicht viel sagen. Sie wissen alle Bescheid. Die Meinungen hierzu gehen auseinander. Man fragt, wieviel ist notwendig? Haben wir nicht schon zu viel getan? Tun wir nicht zu viel? Ich führe mit vielen erfahrenen Leuten in der Wirtschaft Unterhaltungen über diese Dinge. Darüber wird man ebenso streiten wie über die Frage der Bundesbahn, der Restriktionspolitik usw. Mir war interessant, daß Ludwig Erhard – ich begehe ganz bestimmt keinen Vertrauensbruch – da oben bei seinem letzten Besuch, als ich ihm vorhielt, daß nach meiner Meinung diese Restriktionspolitik viel zu lange angedauert habe, wörtlich erklärte: Jawohl, wir hätten spätestens im Oktober, besser noch ab Mitte September, auf Wachstum umschalten müssen. Aber damals war ich ja schon ein machtloser Mann. – Das hört man nicht nur nach Tisch anders, als man es gelegentlich gehört hat. In unserer Fraktion gehen die Meinungen darüber auseinander. Herr Kollege Schmücker, Herr Erhard hat es mir gesagt. Dazu dürfen Sie nicht mit dem Kopf schütteln. (*Schmücker:* Ich sehe es etwas anders, Herr Bundeskanzler!)

Wieso denn? (*Schmücker:* Ich sehe es etwas anders, aber das widerspricht dem nicht, Herr Bundeskanzler. – *Unruhe.*) Ja, gut! Jetzt verstehe ich das erst. Wie Sie dachten, Herr Kollege Schmücker, weiß ich ja. Das haben Sie mir von Anfang an ja deutlich gesagt. Ich sage es deshalb, weil immer wieder so getan wird, als hätte Ludwig Erhard festgehalten an einer Restriktionspolitik. Er selber hat in manchen Äußerungen diesen Eindruck erweckt. Aber ich will darüber jetzt nicht mehr viel sagen.

Zur Verkehrspolitik! Der Leber-Plan wird von mir in seinem Ziele kräftigst unterstützt. Er wird aber auch sonstwie aus Gründen unterstützt, die mit dem Leber-Plan an sich nicht allzu viel zu tun haben; denn die Leute erwarten eine gewaltige Entlastung der Autobahn usw. (*Zuruf:* Finanzielle Auswirkungen!) Die finanziellen Auswirkungen sind beachtlich. Immerhin nach seinen Berechnungen, die bis jetzt nicht widersprochen worden sind, gelingt es zwar nicht, bis zum Ende der Mittelfristigen Finanzplanung die Subventionen an die Bundesbahn zu verringern, aber es gelingt, sie einzufrieren. Sie wären nämlich, wenn das nicht gelänge, so wurde ausgerechnet vom Finanzministerium, 5,4 Mrd. DM; sogar noch höher. Wenn das also einträte, würde die Mittelfristige Finanzplanung gesprengt, und unsere Arbeit wäre vergeblich gewesen.

Korrekturen des Planes werden durchaus möglich sein; denn das Parlament ist ja souverän. Wir werden engste Fühlung mit den Fachleuten weiter halten. Es ist richtig,

es so zu sagen, wie es auch Müller-Hermann immer gesagt hat, wir unterstützen die Zielsetzung dieses Planes; denn, meine Damen und Herren, wenn hier die CDU den Fehler machen sollte, dagegen zu sprechen, dann heißt es: Aha, die „Tante CDU" hängt sich mit ihren 2 Zentnern dahinter und hält einen entschlossenen Mann auf, der ein gutes Programm durchführen will. Wir müssen uns darüber klar sein, der Leber-Plan hat eine große öffentliche Zustimmung, wenn auch z. T. aus ganz falschen Vorstellungen heraus; im übrigen ist Herr Leber ein prächtiger Kerl, auch in dem, wie er seine Sache vertritt und beweist. Im Kabinett ist er einfach großartig. Ich wünsche, man hätte mehr solcher ... (*Barzel:* Nattern an Ihrer Brust! – *Unruhe und Bewegung.*) Nein, „Nattern" dürfen Sie nicht sagen; dann müssen Sie schon eine andere gute Art aus dem Tierreich nehmen. (*Anhaltende Unruhe. – Kohl:* Eine der Nattern! – *Barzel:* So wie bei Konrad Adenauer in Hamburg![21] – *Anhaltende Unruhe. – Zuruf:* Welches Tier? – *Weiterer Zuruf:* Ein gefährliches Tier. – *Anhaltende Unruhe.*) Meine Herren! Immer einer nach dem anderen! Ein gefährliches Tier? Na schön; aber darüber besteht kein Zweifel, er ist ein wirklich bedeutender Mann. (*Barzel:* Das ist keine Frage!) Er ist immer, wenn er Rede und Antwort steht, eine Gefahr. Darüber wollen wir uns nicht täuschen.

Nun ein paar Worte zur Außenpolitik! Hier sind es drei Komplexe, die Sie interessieren: die Deutschlandpolitik, die Ostpolitik und die Europapolitik. Die Europapolitik ist jetzt in ein ganz schwieriges Stadium eingetreten im Verhältnis zu Amerika. Zur Ostpolitik und Deutschlandpolitik brauche ich nicht viel zu sagen. Es ist das, was ich immer wieder formuliert habe, was jeder von Ihnen nachlesen kann, nämlich die Richtlinien der Außenpolitik und der Deutschlandpolitik. Wir wollen versuchen, mit so viel östlichen Nachbarn wie möglich bessere Beziehungen anzubahnen, um dadurch zu erreichen, daß sich allmählich das Klima und das Verhältnis uns gegenüber ändert, um eine bessere Ordnung für die Lösung unserer großen nationalen Probleme schaffen zu helfen, aber immer mit dem Blick auf die Risiken einer solchen Politik.

Wir wollen das auch der Sowjetunion gegenüber tun, die zur Zeit nicht bereit ist, darauf einzugehen. Das ist ganz klar. Ich hatte es nicht anders erwartet; denn da ich weiß, daß die Beziehungen der Völker untereinander durch ihre Interessen oder dadurch bestimmt werden, wie sie ihre Interessen einschätzen, konnten wir sehr klar ausrechnen, daß im Augenblick die Sowjetunion nicht veranlaßt wird, ihren Kurs zu ändern. Sie spürte dagegen, daß das, was wir hier angefangen haben, für sie unbequem war. Sie ist bis zu einem gewissen Grade auf Pankow angewiesen. Nun, es ist wiederum paradox, drüben stehen sie an achter Stelle im – wie soll ich es ausdrücken – Industriepotential der Welt. Seit dem Bau der Mauer haben sie außerordentlich gute wirtschaftli-

21 Wahrscheinlich Anspielung auf Gerd Bucerius. Der Verleger des „Stern" trat am 8. Februar 1962 aus der CDU und der Bundestagsfraktion aus, nachdem er wegen eines Artikels vom 14. Januar 1962 „Brennt in der Hölle wirklich ein Feuer?", der kritisch die Einberufung des Zweiten Vatikanischen Konzils behandelte, heftig angegriffen worden war. – Dr. Gerd Bucerius (1906–1995), Verleger; 1945 Bausenator in Hamburg, 1946 Mitgründer der Wochenzeitung „Die Zeit", 1947–1949 MdWR, 1949–1962 MdB (CDU), 1952–1957 Bundesbeauftragter für die Förderung der Berliner Wirtschaft. Vgl. LEXIKON S. 209.

che Fortschritte gemacht. Diese bilden natürlich einen Nagel, der dieses Satellitensystem – wenn ich es so noch nennen darf – zusammenhält.

Von dort aus der starke Einfluß, von daher der starke Druck auf die Länder, die alle diplomatische Beziehungen mit uns aufnehmen wollen. Das wissen wir aus vielen Quellen. Von daher der augenblickliche Erfolg, von daher aber auch – unterschätzen wir das nicht – die außerordentliche Unbeliebtheit des Regimes von Pankow im ganzen östlichen Bereich. Ob ich mit unserem Botschafter in Moskau spreche oder mit Leuten, die aus jenem Bereich des Ostens kommen, überall gibt es dieselbe Feststellung. Es ist wichtig, daß in diesen Auseinandersetzungen nicht wir als die Intransigenten, als die kalten Krieger, als diejenigen, mit denen nichts anzufangen ist, erscheinen. Die anderen müssen es sein. Und auf die Dauer wird es uns – davon bin ich fest überzeugt – gelingen, auch im Osten gelingen, uns durchzusetzen. Im übrigen wird diese unsere Politik, die Außenpolitik und die Deutschlandpolitik, nicht dadurch bestimmt, daß wir erwartet haben, es träten nun gleich großartige Erfolge ein.

Hier ein Wort der Kritik auch wiederum an die Adresse des Außenministeriums! Ein schwerer Fehler, den der Außenminister verschiedene Male gemacht hat, war der, daß er diesen Eindruck erweckt hat. Im Zusammenhang mit den „berühmten" 14 Punkten geht vom Auswärtigen Amt, als Zarapkin zurückkommt, so eine Mitteilung heraus, man erwarte von Zarapkin wunder etwas. Das ist natürlich schädlich; denn wenn wir diese Politik selbst so interpretieren, als erwarten wir nahe Erfolge, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn uns bescheinigt wird, diese Politik ist gescheitert oder wird scheitern.

Das ist wirklich eine Politik auf weite Sicht. Sie können alles nachlesen von der Regierungserklärung bis zu diesem Tag, was ich zu dieser Politik gesagt habe. Und ich habe viel dazu gesagt. Ich habe niemals unterlassen darauf hinzuweisen, daß das eine Politik eines langen und mühevollen Weges sein wird, bei der man keine raschen Erfolge erwarten kann. Hier zeigt sich wiederum eine Eigenschaft der deutschen Presse. Ich muß noch einmal darüber sprechen. Ich habe versucht, so ein bißchen auch die Charakteristiken der Presse der anderen Länder zu untersuchen. Wir haben eine unerhört kurzatmige Presse. Wenn diese Presse nicht jeden Tag eine neue Schlagzeile hat, dann ist es zu wenig. Das ist in anderen Ländern so nicht. Die Kritik dieser Presse ist bestimmt durch das Bedürfnis nach der neuen Schlagzeile. Ich habe einigen Journalisten vor kurzem gesagt: Ihr kommt mir vor wie der Held in einem Fernsehspiel – den ich gerade eben zufällig gesehen habe –, nämlich ein Photograph, der wunderbare Bilder gemacht hat, aber weil es nie sensationelle Inhalte gab, hat er nichts angebracht. Darauf kam er auf die Idee, sich seine Sensationen selbst zu schaffen. Er arrangierte Morde und war dann natürlich an der Stelle. So ähnlich ist es hier. Man konstruiert Dinge. Und das führt zu dieser ewigen hektischen Unruhe. Wenn Sie einmal einen einzigen Tag genau die deutsche Presse durchsehen und das, was im Fernsehen und Rundfunk geboten und gesagt wird, überblicken, dann stellen Sie fest: Das ist ein Hexensabbat. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Man muß sich wirklich fragen, wie das einem Volk wie dem unseren bekommt. Wenn es nicht so wäre – Gott sei Dank ist es so, daß die große Mehrzahl unseres Volkes immer noch ihre Heimatzeitung, oder wie man sie nennen soll, liest –, dann wäre es in der Tat beunruhigend. Aber auf die Dauer ist es trotzdem schwierig und gefährlich. Wir müssen also etwas dagegen tun. Wir müssen damit rechnen, daß wir auf allen diesen Gebieten von der vierten Großmacht, von der vierten Partei, von der ich gesprochen habe, ununterbrochen attackiert werden. Diesen Leuten liegt daran das, was im Herbst des vergangenen Jahres nicht gelungen ist, im Jahre 1969 zustande zu bringen, d. h. die Kräfte auszuschalten und in die Opposition zu schicken, die nach ihrer Meinung einer Außenpolitik, einer Ostpolitik, Bremsen anlegt, die es verhindert, daß es zur Anerkennung kommt. Das sind auch Leute, die zu uns gehören. Ich führe zur Zeit einen Briefwechsel mit Professor Besson[22]. Ich weise darauf hin, daß viele Angehörige vom Fernsehen und Rundfunk, die aus unseren Reihen stammen, zu dieser Anerkennungspartei übergegangen sind. (*Barzel:* Heigert![23])

Heigert zum Beispiel! Das ist eine erschütternde Bilanz. Man muß darüber nachdenken, warum das geschehen ist. Ein wenig war natürlich auch die Immobilität unserer Außenpolitik nach dem Ende der eigentlichen Adenauer-Ära schuld daran. Man hat das Gefühl, daß die Dinge einfach abbröckeln müssen, weil nichts mehr geschehen ist. In der Sache, in der Substanz, halte ich diese Politik nach wie vor für richtig, wiederum cum grano salis. Die demoskopischen Untersuchungen zeigen, daß sie weit überwiegend von unserer Bevölkerung gebilligt wird, und zwar mit klarem Instinkt für das, was richtig ist.

Wenn die Frage gestellt wird: Sollen wir die Beziehungen so weit treiben, daß wir dafür anerkennen, was die Zone anlangt, dann gibt es eine absolute Mehrheit der befragten Bevölkerung, die strikte dagegen ist; bei der Oder-Neiße-Linie ist es zwar nicht die absolute Mehrheit, aber bei weitem der größte Teil, obwohl auch hier die Befürworter allerdings schon bis zu 30% angestiegen sind, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe. Aber, wie gesagt, ich nehme es cum grano salis. Wir wissen, daß diese Dinge auch geändert werden können durch entsprechende Einflußnahmen. (*Zuruf:* Die Presse!) Natürlich, das ist die vierte oder fünfte Macht, wie Sie wollen. Das ist unser Problem.

---

22 Prof. Dr. Waldemar Besson (1929–1971), Historiker und Politologe; 1961 Professor für Politische Wissenschaft in Erlangen-Nürnberg, 1966 in Konstanz, 1962 Mitglied des Fernsehrats beim ZDF. – Besson legte Kiesinger in einem Schreiben am 5. September 1967 seine Ansichten zur Deutschlandpolitik dar. Er vertrat die Überzeugung, „daß wir ohne ein ‚geregeltes Nebeneinander zweier deutscher Staaten' niemals glaubwürdig an der Entspannungspolitik partizipieren und auch nie einen neuen weltpolitischen Spielraum gewinnen können.", vgl. ACDP 01-226-001.

23 Dr. Hans Heigert (geb. 1925), Journalist; 1950–1956 politischer Redakteur der „Deutschen Zeitung und Wirtschaftszeitung", 1957–1960 Leiter des Jugendfunks beim Bayerischen Rundfunk, 1960/61 politischer Redakteur bei der „Süddeutschen Zeitung", 1961–1969 Chefredakteur Fernsehen beim Bayerischen Rundfunk, 1964–1970 Moderator des Magazins „Report", 1969–1984 Chefredakteur der SZ, 1989–1993 Präsident des Goethe-Instituts.

Nun komme ich zu der Frage, was kann man dagegen unternehmen, gerade gegen diese vierte Macht? Das Volk weiß das ja nicht. Die Leute lesen zwar: Da wird die Regierung kritisiert, aber nicht die Regierung als solche, sondern der Bundeskanzler und die CDU werden kritisiert, oder wenn man es einmal nicht wagt, den Kanzler zu kritisieren, dann wird jedenfalls die CDU kritisiert. Dann wird von irgendeiner ungeschickten Aussage, die irgend jemand einmal gemacht hat, gesagt: Die CDU tut das und das.

Die Situation ist folgende: Unsere Partei, wie sie bisher organisiert ist, war und ist gar nicht in der Lage, dieser Situation gerecht zu werden. Es kommt noch hinzu, daß natürlich die SPD, insbesondere nach den eindrucksvollen aufeinanderfolgenden Wahlsiegen der CDU bei den letzten Landtagswahlen, ungeheuer nervös geworden war und daß man dort den in die Große Koalition übernommenen schon ohnehin imposanten Propagandaapparat noch verstärkt hat.

Ich nenne jetzt das, wovon ich spreche, mit dem Arbeitstitel „Baracke", ohne daß ich mich im einzelnen hier allzusehr festlegen möchte. Es war nach diesen Erfolgen der CDU sehr bald zu sehen, wie aus der Baracke eine systematische Kampagne gegen die CDU und den Kanzler begann. Beim Kanzler ging es darum, das sogenannte Image herunterzuspielen. Bei der CDU ging es darum zu sagen, diese CDU ist ein Bremsklotz einer vernünftigen Politik, sie wird nur so widerwillig mitgeschleift, die eigentliche dynamische Kraft in dieser Koalition, besonders auf dem Gebiete der Außenpolitik, ist die SPD.

Dann begann dasselbe Spiel in der Innenpolitik, und zwar von der Mittelfristigen Finanzplanung ab. Man stellte einen neuen Propagandadirektor – so nennt er sich – ein, den Herrn Fried Wesemann[24]. Die erste Tat dieses Mannes war, in diesen beiden Richtungen vorzustoßen. Dann flatterten mir Handzettel auf den Tisch, in denen immer wieder die gleichen Behauptungen wiederkehren; zunächst die alte Behauptung: Die CDU ist schuld an dem, was im letzten Herbst passiert ist. – Da kann man sagen, was man will, daß es keine Schuld der CDU ist, sondern daß das ein langer Prozeß ist, bei dem sich einfach alle übernommen haben, es nützt nichts. (*Kohl:* Auch die CDU!)

Ja sicher! Alle! Ich sage sogar, daß auch ein Ministerpräsident im Bundesrat dagegen angehen muß. Also, wir alle haben uns übernommen, aber ganz gewiß auch die Opposition. Nun gut, das müßte man vielleicht noch hinnehmen, was die SPD sagt. Aber dann heißt es: In dieser Großen Koalition ist die SPD der Sachwalter des kleinen Mannes. Und in diesem einen Handzettel – ich habe ihn leider nicht da, ich wollte ihn mir noch besorgen –, der zu vielen Tausenden herausgegangen ist, stand: Nr. 15.[25] Ich möchte gerne wissen, wieso? Bis jetzt habe ich immer noch nicht fertiggekriegt, die 14 vorangegangenen Nummern zu bekommen. Ich habe sowohl die Partei wie das Presse- und Informationsamt aufgefordert, sie herbeizuschaffen. (*Amrehn:* Vielleicht war es nur ein Trick, die haben sicher nur eine Nummer! – *Heiterkeit.*) Also, zuerst kam die Einleitung über die Sache im letzten Jahr. Und dann kommt folgende Frechheit, bis zuletzt

24 Fried Wesemann (1915–2001), Journalist; Juni 1948 bis Juni 1949 Leiter des Pressebüros der SPD-Fraktion im Frankfurter Wirtschaftsrat und Frankfurter Korrespondent von SPD-Organen, in den 50er Jahren Chefredakteur der „Hannoverschen Presse", 1967/68 zuständig für Informa-

waren bestimmte Kräfte am Werk, die wollten: Besteuerung der Renten – das trifft unseren Freund Katzer. (*Stoltenberg:* Das trifft Karl Schiller! – *Unruhe.*) Dann kommt 2., 3., 4. usw. Das sind alles Dinge, die wir im Finanzkabinett beschlossen hatten und die vernünftig waren. Und das wird nun umgedreht und gesagt: Das ist die CDU schuld.

Jetzt gehen sie auch von diesen 4% ab, wie ich höre. (*Barzel:* 6%![26]) Ob ich das aber zulasse, das wird noch die große Frage sein. Wehner hat mir angedeutet und hingewiesen auf – wie war das, die besseren Historiker der Weimarer Republik mögen es mir sagen – die Sache, als die SPD sich im Reichstag weigerte, eine ganz kleine Zahl ... (*Lebhafte Bewegung. – Lemmer:* ¼%! – *Zuruf:* Panzerkreuzer![27]) Damals haben sie den verhängnisvollen Fehler begangen um dieses lächerlichen Beitrages willen. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich nehme das beinahe als eine Aufforderung, die SPD beim Portepee zu fassen. (*Anhaltende Unruhe.*) Wir wollen einmal abwarten. Jedenfalls war die Propaganda erfolgreich. Die SPD hat jetzt noch etwas getan. Sie hat verschiedene Dienste. Sie hat ihr ppp, sie hat andere Dienste. Und sie hat jederzeit, was die CDU nicht hat – das hat mir ein Gespräch mit Freund Rathke betrüblich klargemacht –, fleißigere Federn, die für sie in den verschiedensten Zeitungen und in den Redaktionen des Fernsehens und Rundfunks schreiben. Als ich fragte: Um Himmels willen, haben wir denn nicht auch unsere Freunde in der Publizistik, die man in einer solchen Situation aufrufen kann, da sagte er mir: Nein, nein! – Die Partei hat es also bisher versäumt, eine solche Truppe zu sammeln. Rathke sagte mir klipp und klar: Das sind alles unabhängige Journalisten, die lassen sich nicht dreinreden.

Ich weiß, daß die Fraktion hier ein wenig anderer Ansicht ist. Ich hätte nur gewünscht, daß die Fraktion in jener Zeit sich etwas stärker zum Schutze des Bundeskanzlers durch ihre befreundeten Journalisten eingesetzt hätte. Das habe ich leider bitter vermißt in jenen schlimmen Wochen. Wir müssen also etwas Entsprechendes schaf-

---

tionspolitik bei der SPD-Zentrale in Bonn, Autor einer Schumacher-Biographie (Kurt Schumacher. Ein Leben für Deutschland. Frankfurt/Main 1952), 1967 Direktor der Informationsabteilung beim SPD-Parteivorstand. – Vgl. FAZ vom 7. August 1967 „Helmut Schmidt kritisiert Bundeskanzler Kiesinger".

25 Serie von Flugblättern, herausgegeben vom SPD-Parteivorstand und wahrscheinlich erstellt von Fried Wesemann. Der Handzettel Nr. 15 trägt die Überschrift „Lasten gerecht verteilt" (AdsD 6/FLBL000304). Vgl. auch „Spiegel" vom 8. August 1967 „Das Loch".

26 Im Haushalt für 1968 wurden die Bundeszuschüsse für die Rentenversicherung gekürzt. Dieser Einnahmeausfall wurde durch eine Beteiligung der Rentner an der Krankenversicherung und die Beseitigung der Pflichtversicherungsgrenze für Angestellte ausgeglichen, vgl. HILDEBRAND S. 291.

27 Am 10. August 1928 hatte die Regierung der großen Koalition unter Reichskanzler Hermann Müller (SPD) mit den Stimmen der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder den Bau des Panzerkreuzers A beschlossen. Am 16. November aber zwang die SPD-Fraktion ihre Mitglieder, einschließlich ihrer Regierungsvertreter, diesen Beschluß abzulehnen. Am 27. März 1930 war die Koalitionsregierung schließlich zerbrochen über die Frage, das Haushaltsdefizit vom 1,5 Mrd. Reichsmark über die Deckung der Arbeitslosenversicherung auszugleichen. Die SPD-Fraktion im Reichstag hatte einen Kompromiß abgelehnt, der sowohl Beitragserhöhungen von 3,5 auf 4% als auch Einsparungen vorsah.

fen. Das Presse- und Informationsamt erwies sich in dieser Zeit als total wirkungslos. Sehen Sie bitte meine Situation an. Der erste Angriff von Wesemann ging gegen Ahlers[28], weil er sich geweigert hatte, als Informant tätig zu werden. Da sitzt im Presse- und Informationsamt als Leiter der Innenabteilung der frühere Geschäftsführer der FDP, Herr Niebel[29], und ich kriege den nicht weg. Ich bitte meine Freunde in der Regierung, nehmt mir den Mann ab, ich kann ihn sonst nicht rausschicken. Ich bettle vor verschlossenen Türen. Er wird mir nicht abgenommen! (*Unruhe und Bewegung.*) Meine Damen und Herren! Da sitzt er bis zu dieser Stunde. Der Mann ist doch überfordert, er braucht gar nicht bewußt illoyal zu sein.

Ich habe heute ein Grußwort für die Industrie- und Handelskammerleute gehabt, in dem stand: „Dies ist ein Erbe des politischen und wirtschaftlichen Liberalismus."[30] Das hat mir Herr von Hase hingelegt. Ich schrieb darauf: Kann ich erfahren, wer diesen Entwurf gemacht hat? – Ich bin fest davon überzeugt, er stammt von Herrn Niebel. (*Kohl:* Das spricht für den Mut des Mannes!) Ja, aber das ist eine Sache, die muß jetzt endlich verschwinden. Ich versuche seit neun Monaten, den Mann wegzubringen. Es ist nicht möglich. (*Zuruf:* Nehmen Sie ihn in den Planungsstab!) In was für einem System leben wir, wo es nicht möglich ist, den Arbeitsstab so zu formen, wie er nötig ist? Das gilt für dieses Haus, das gilt für das Presse- und Informationsamt. Das ist nicht Herr von Hase, aber er ist der Sprecher. Die Organisation da drüben ist auch gar nicht von ihm gemacht worden. Sie hat sich als völlig ineffizient erwiesen. Und diese 800 Leute – oder wieviel es sind – rotieren in sich. (*Stoltenberg:* Die nehmen zwar Nachrichten auf, aber verbreiten keine!) So ist es. Hinaus geht nichts. Nun, wir haben über diese Dinge gesprochen. Wir müssen unsere eigenen Waffen schmieden. Ich kann jede Woche die führenden Leute der SPD kommen lassen und ihnen sagen, das dulde ich nun nicht mehr. Es wird doch immer wieder passieren. Ich sehe, daß man die ganz führenden Männer im Stande der Unschuld läßt, daß die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut. (*Unruhe.*)

Bei einigen ist es so. Ich habe es nachgeprüft, daß es so ist. Das ist ja eine bequeme Sache. Wir müssen in unserer Partei etwas Ähnliches machen. Wir müssen ein Gegenarsenal aufstellen. Das ist im Gange. Ich habe Herrn Dr. Heck gebeten, das in die Hand zu nehmen. Aber trotz allem, meine Damen und Herren, was ich jetzt gesagt habe, mache ich zum Schluß doch noch eine optimistische Bemerkung. Ich sprach von der SPD und daß sie immer wieder darstellt, sie sei die Partei des kleinen Mannes. Nun muß ich

28 Conrad Ahlers (1922–1980), Journalist; 1947 Mitgründer der Jungen Union in Hamburg, 1951 Chef vom Dienst im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 1952 Pressereferent der Dienststelle Blank, 1954–1957 außenpolitischer Kommentator der „Welt", 1957–1959 Bonner Korrespondent des „Spiegel", 1959–1962 innenpolitischer Redakteur der „Frankfurter Rundschau", 1962–1966 Chefredakteur des „Spiegel", 1966–1969 stv. Leiter des Presse- und Informationsamts, 1968 SPD, 1969–1972 Staatssekretär und Leiter des Presse- und Informationsamts, 1972–1980 MdB, 1. März 1980 Intendant der Deutschen Welle.

29 In der Vorlage: Nebel. – Fritz Niebel (geb. 1913), 1950–1959 Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, zuletzt Ministerialdirektor im BPA.

30 Laut Terminplan nahm Kiesinger am 16. Oktober 1967 an einem Abendessen des „Industriekreises für Auslandsbeziehungen" in Düsseldorf teil, vgl. ACDP 01–226–320.

ein Wort zugunsten der Freunde in unserer Partei sagen, die genau wissen, wobei es darum geht. Die letzte Aufschlüsselung der demoskopischen Umfrage ergab, daß wir in allen Schichten des deutschen Volkes, in allen Berufsständen, der SPD weit voran sind, nur nicht bei den Arbeitern und Landarbeitern. Nach der letzten EMNID-Umfrage sieht die Situation bei den Arbeitern und Landarbeitern wie folgt aus: SPD 54%, CDU/CSU 35%. In allen anderen Schichten sind wir der SPD weit überlegen.[31] Unsere andere Achilles-Ferse sind die Männer, und zwar schon seit Jahren. Freund Dufhues, Sie haben geglaubt, das Gegenteil sei der Fall. Wir sind noch abhängiger von den Frauen geworden als früher. Der Unterschied zwischen Männerzustimmung und Frauenzustimmung ist größer als je. Wir sind sehr abhängig von der Hilfe der Frauen, und zwar schon seit vielen Jahren. Die SPD wäre die stärkste Partei, wenn wir nur – wie in der Schweiz – ein Männerwahlrecht hätten. Ich weise darauf hin, wie wichtig das ist. Deswegen müssen in diesem Rest der Legislaturperiode unsere ganzen Anstrengungen darauf gerichtet werden; aber nicht dadurch, daß wir glauben, im Kielwasser der SPD schwimmen zu müssen. Das ist gar nicht notwendig. Aber wir müssen dem Arbeiter das Gefühl geben, daß seine Sache bei uns gut aufgehoben ist. Dieses Gefühl müssen wir ihm geben; denn ganz offenbar hat er das in weiten Schichten unseres Volkes nicht mehr. Nur dort können wir die Dinge korrigieren. So, wie die letzten Ergebnisse waren, können wir mit einem Sieg der CDU im Jahre 1969 nur rechnen, wenn aus diesem Reservoir der Arbeiter und Landarbeiter ein erheblicher Zuwachs für uns herausgeholt wird. Ich lasse das noch ganz genau feststellen durch eine Studie. Aber nach dem, was ich bis jetzt festgestellt habe, ist das ganz einwandfrei. Hier liegen also gewaltige Aufgaben; d. h. nicht – ich betone es noch einmal –, daß wir dogmatisch überspitzten Vorstellungen nachgehen oder daß wir einfach eine zweite Auflage von SPD-Politik machen sollten. Selbstverständlich nicht! Aber es bedeutet, daß wir uns dem kleinen Mann deutlich machen müssen; d. h. aber nicht, den kleinen Einkommensschichten. Bei den kleinen Einkommensschichten stehen wir gar nicht schlecht. Das sind nämlich nicht die Arbeiter. Das sind die Rentner. Jetzt ist eine kleine Abwanderung – sie ist vorübergehend – zur FDP erfolgt, die diese Geschichte von vornherein nicht mitgemacht hat. Das hat die SPD zur Kenntnis genommen und jetzt diese Propaganda eingeleitet, mit Erfolg, wie ich gesehen habe. Aber auch sonst sind die Stimmen der Frauen, die in schlecht bezahlten Frauenberufen sitzen, bestimmend für die CDU. Die gefährlichen Zahlen für die CDU beginnen bei den Arbeiterschichten, die recht gut stehen.

Es ist also ganz offensichtlich nicht nur eine Frage des Geldes, sondern es ist folgendes: Der Arbeiter will ernst genommen, geachtet und respektiert werden. Er will vollgenommen werden in unserer Gesellschaft und in unserem Volk. Und da ist vieles für uns zu tun; also auch in unserem Aktionsprogramm. Gerade wir in der CDU laufen Gefahr, daß wir uns in X-Einzelgebieten bei solchen Programmen zersplittern, was uns gar

31 Nach der EMNID-Umfrage aus der zweiten Augusthälfte lagen CDU/CSU bei 43%, SPD bei 45%, FDP bei 7% („Bonner Rundschau" vom 13. September 1967); nach Allensbach (Umfrage im September) lagen die CDU/CSU bei 47%, SPD bei 43%, FDP bei 4% (FAZ vom 18. Oktober 1967).

nichts hilft, so daß uns die Stoß- und Schlagkraft auf den eigentlich entscheidenden und wichtigen Gebieten fehlt.

Trotzdem bin ich optimistisch. Ich glaube, insoweit unseren Partner zu kennen, auch die führenden Leute, um mit Vertrauen in die Auseinandersetzungen zu gehen, vor allem in den Wahlkampf 1969, wenn es erlaubt ist, so weit vorauszudenken. Ich weiß, wie zerstritten die SPD ist, viel zerstrittener als die CDU. Ich sage das nicht leichthin, wie hier Mann gegen Mann steht, wobei ich nicht unterschätze, daß auch in der CDU z. T. Mann gegen Mann steht, aber dort sieht es viel wilder aus als bei uns. Das ist natürlich einerseits schwierig für die Große Koalition, aber es ist auch, wenn wir an unsere eigene Position denken, ein Positivum. Bewunderungswert ist nur, wie es diese Partei versteht, das nach außen hin abzuschirmen und beinahe total zu verbergen. (*Zuruf:* Das liegt an der fünften Macht!) Natürlich! Sie nehmen mir das Wort von der Zunge. Das wäre so, wie wenn die CDU eine weit verbreitete Presse hätte, die sie unterstützt, die sie lobt, die verkleistert, obwohl sie eine ganz andere Politik machen will als die der CDU. Und die haben wir eben nicht. Hier haben wir auch noch ein Problem. Viele der Zeitungen, die gegen diese fünfte publizistische Macht stehen – das ist nicht nur die Springer-Presse, um einen Arbeitstitel zu nehmen –, sind keineswegs ohne weiteres für diese Politik. Da gibt es noch allzuviel Gewöhnungen an bequeme Formeln von ehedem usw. Und mit dem hat man sich auch auseinanderzusetzen. Das sind diejenigen – ich will jetzt keine Zeitungen nennen, ich habe über das Wochenende einige sehr deutliche Aussprachen mit einigen der leitenden Männer dieser Richtungen gehabt –, die sagen: „Politik gescheitert" oder „Ohrfeigen statt Umarmungen". Als ob wir je Umarmungen erwartet hätten! Das sind dann unsere publizistischen „Bundesgenossen". Im Endeffekt ist es so: Wenn wir nicht die brave Heimatpresse hätten, die schon Konrad Adenauer geholfen hat, dann hätten wir überhaupt keine Presse. So ist es leider. Trotzdem schätze ich das nicht allzu schwierig ein. Wir werden wieder geordnete normale wirtschaftliche Verhältnisse, wenn auch wahrscheinlich mit geminderten Wachstumsraten, als wir sie in den vergangenen Jahren gewöhnt waren, bekommen.

Wir werden strukturpolitisch noch Eindrucksvolles zu tun bekommen, wobei ich sagen möchte, die CDU – und hier ist eine günstige Gelegenheit – muß die Behandlung der Fragen von Kohle und Stahl und Energie auf ihre Schultern nehmen. Hier ist die SPD durch viele Dinge gehemmt. Sie ist nicht recht aktionsfähig. Ich habe deshalb unseren Freund Dufhues gebeten, hier als ein bedeutender Repräsentant unserer Partei aus jenem Gebiet, nämlich Westfalen, mein Berater zu sein; was nicht heißt, daß ich alles das tun werde, was er sagt, aber doch das, was ich vernünftig finde. So ist es ja ein richtiges Verhältnis zueinander. Ich wollte einen führenden Mann der CDU aus Westfalen herausstellen, mit dem wir zusammen diese Dinge angehen; denn, meine Damen und Herren, es könnte sein, daß bei der nächsten Bundestagswahl das Ruhrgebiet zu dieser Frage wieder aufs neue die Entscheidung bringt, oder eine Entscheidung, wie wir sie erwarten, verhindert. Das ist eine Sache, die ich anzugehen eisern entschlossen bin.

Ich bin nach wie vor der Meinung, die CDU soll sich die Sache der Wahlrechtsreform wirklich überlegen. Ich kann nur sagen, das ist eine der Entscheidungen, für die

eine Partei innere Kraft und Mut aufbringen muß. Wenn wir es tun und wenn es uns gelingt, sie auch durchzuführen, dann kann keiner mit Sicherheit sagen, wie das im Jahre 1973 aussehen wird. Es soll eine vernünftige Lösung sein, die nicht einfach die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts in Reinkultur mit sich bringt, sondern ein Wahlrecht, von dem man erwarten kann, daß es die Chance gibt, daß mit größter Wahrscheinlichkeit eine Partei bei der Bundestagswahl die absolute Mehrheit erringen kann. Wenn wir das schaffen würden, wäre das eine große Sache. Ich bin überzeugt, sie würde auf die Dauer auch zu unseren Gunsten sein. Ich habe oft gesagt: Ich weiß, daß das eine gewisse Beeinflussung des Charakters dieser Parteien bedeutet. Wir absorbieren alle möglichen anderen Kräfte. Ich hatte eben einen Mann zu würdigen, der im Jahre 1960 zu uns kam, der sich aber im Jahre 1949 noch nicht in der Lage gesehen hätte, Mitglied der CDU zu sein. Es haben sich jetzt schon durch diese Absorption Entwicklungen ergeben, die man früher nicht voraussehen konnte.

Ich sagte schon, wir werden geordnete wirtschaftliche Verhältnisse bekommen. Ich will nicht den Propheten spielen. Ich bin der Meinung, daß wir konjunkturpolitisch tatsächlich noch etwas zu tun haben; im Gegensatz zu manchen unserer politischen Freunde, die meinen, man könnte die Dinge schon wieder laufen lassen. Aber nehmen wir dies nicht allzu wichtig. Wir haben ja alles, was wir getan haben, sorgfältigst abgestimmt mit der Bundesbank. Wir werden die öffentlichen Finanzen in den kommenden Jahren unter Kontrolle halten. Es steht uns noch die schwierige Aufgabe bevor, mit den Ländern einen vernünftigen Modus vivendi zu finden für die Finanzverfassungsreform. Ich bringe da einige Erfahrungen mit. Ich gehe ganz unbefangen an diese Lösung heran. Ich bin überzeugt, daß wir eine Lösung finden werden, die vielleicht manchem nicht gefällt, weil sie nicht chemisch rein ist oder weil sie nicht zentralistisch genug ist, aber die Länder haben ja selbst den Willen, daß das Ganze eine gute Arbeit wird. Das sind vor allen Dingen die Finanzverfassungsreform und eine bessere Kooperation als bisher, eine Kooperation, die nicht nur Stückwerk bleibt, das Stabilitätsgesetz usw. Deswegen bin ich dafür, Herr Kollege Röder, daß wir auf dem Gebiete der Mittelfristigen Finanzplanung einen Modus finden, wie er aus dem Bundestag vorgeschlagen worden ist.

Wenn wir das schaffen bis 1969, dann ist uns eine ganze Menge gelungen. Ich habe keinen Zweifel, daß ich schließlich doch sagen kann, daß das im wesentlichen zugunsten der CDU/CSU ausgehen wird. Eines bitte ich zum Schluß, und zwar auf das dringlichste. Wir alle geben ständig Anlaß zur Kritik. Der Kanzler, die Mitglieder der CDU, im Kabinett, in den Fraktionen, also wir alle. Wir müssen uns eben miteinander auf die richtige Art verständigen.

Was ich jetzt sage, geht nicht an die Adresse unseres Freundes Barzel – der sich in den vergangenen Monaten höchst hilfreich bemüht und in der Fraktion eingesetzt hat, auch in dieser schwierigen Frage der Sondersitzung[32], die nach unserer Meinung ein-

32 Sondersitzungen des Bundestags am 6. und 8. September 1967 zur Debatte über die Finanzplanung des Bundes 1967 bis 1971, vgl. Sten.Ber. 5. WP 119. und 120. Sitzung S. 5953–6052, S. 6069–6098. Vgl. auch „General-Anzeiger" vom 2. August 1967 „Bundestag zu Sondersitzung einberufen".

fach notwendig war für unsere Wirtschaft –, sondern gegen das Phänomen Helmut Schmidt. Helmut Schmidt ist ein gescheiter Mann, der sich aber ein wenig in die Rolle des Gegenspielers zur Regierung hineinsteigert. Daß das so kommen würde, war mir von Anfang an klar, wenn man ihn kennt und weiß, wie enttäuscht er war, als er den von ihm gewünschten Platz im Kabinett nicht bekommen hat. Deshalb ergreift er gern jede Gelegenheit, um gegen die Regierung öffentlich aufzutreten. Ich habe Berichte aus Amerika, wonach er dort nicht nur gegen mich, sondern auch gegen die SPD-Minister im Kabinett zu Felde gezogen ist, und zwar erstaunlicherweise in der Frage der Ostpolitik, wo wir nicht genug entschlußfreudig seien.[33] Das hat mich nachdenklich gemacht; denn ich habe ihn ein wenig anders eingeschätzt. Solche Bemerkungen wie das Geschrei um den Atomsperrvertrag, auch in Washington, sind sehr gefährlich.

Zu der vielleicht mit Recht beanstandeten Arbeitsweise der Regierung muß ich sagen, es ist gar kein Zweifel, wir haben das Parlament im Sommer in eine schwierige Lage gebracht. Das war mir völlig klar. Wir haben ja vorher Unterhaltungen geführt. Ich war fest entschlossen, diese eine Notwendigkeit, die sich damals ergab, unter keinen Umständen etwa zur Methode werden zu lassen oder zu wiederholen. Nun kam nach den Ferien die große Klage aus allen Fraktionen, daß zehn Große Anfragen[34] bei der Regierung lägen, die nicht beantwortet seien. Ich kann im Augenblick nicht – ich habe eine Untersuchung laufen – beurteilen, wo hier wirklich Säumigkeiten vorliegen.

In dem einen Fall, der die unmittelbare Auslösung gab – das ist Ihre Sache, Herr Kollege Stoltenberg –, war es so, daß ich sagte: Die Sache ist mir wichtig genug. Ich möchte sie gern im Parlament haben. – Ich wußte aber gar nicht, Herr Kollege Barzel, daß man damit gerechnet hatte, diese Sache werde in dieser Woche im Parlament behandelt. Es war bedeutsam genug, das im Kabinett zu behandeln. Sonst brauchen die Großen Anfragen nicht durch das Kabinett zu laufen; sie sind Angelegenheiten der Ressorts im Rahmen ihrer Selbständigkeit. Nur da, wo Richtlinienfragen berührt werden, müssen sie ins Kabinett, oder wenn eine größere Anzahl von Kabinettsmitgliedern beteiligt ist, kann es sich empfehlen, nicht nur diese Kollegen zu beteiligen, sondern auch das gesamte Kabinett. Ich kann also jetzt kein Urteil darüber abgeben, wie es damit steht.

---

33 Schmidt hielt sich am 21. September 1967 zu einem Kurzbesuch in den USA auf. Er sprach sich bei seinen Gesprächen im US-Außenministerium dafür aus, „auch im deutschen Volke mehr Bereitschaft zu wecken, ‚Realitäten' ohne Überschätzung der eigenen Möglichkeiten zu sehen" (dpa vom 22. September 1967). Bei einem Mittagessen habe er sich gegenüber Robert Kennedy und Claiborne Pell negativ über die Ostpolitik von CDU/CSU geäußert und die „neue Ostpolitik" der SPD zugeschrieben (Gesandter Georg von Lilienfeld an Kiesinger vom 25. September 1967 in ACDP 01–226–006).

34 Vgl. „General-Anzeiger" vom 4. Oktober 1967 „Kritik an Kabinettsarbeit. Bundestag beendet Ferien"; „Schwäbisches Tagblatt" vom 4. Oktober 1967 „Anstoß am Kanzlerurlaub"; „Stuttgarter Zeitung" vom 5. Oktober 1967 „Regierung wehrt sich gegen die Vorwürfe des Parlaments". Der Ältestenrat des Bundestags hatte die zögernde Beantwortung von Großen Anfragen durch die Bundesregierung kritisiert, vgl. BPA-Nachrichtenspiegel/Inland I vom 4. Oktober 1967.

Ich habe mit diesem Problem schon einmal zu tun gehabt in Stuttgart. Dort war es so, daß diese Anfragen zu einer Landplage geworden waren. Meine Kabinettskollegen haben dort einfach gemeutert und gesagt: Wir sind auf Wochen hinaus festgelegt in unserer Arbeit wegen Beantwortung dieser Anfragen. – Allerdings hatte das andere Qualitäten. Das waren Wichtigtuereien einzelner Abgeordneter, während es sich hier um größere politische Komplexe handelt. Ich kann nur sagen, Herr Kollege Barzel, ich werde alles tun, daß das in der Zukunft so läuft, wie es laufen muß, und das die Würde des Parlaments und seine Arbeitsnotwendigkeit respektiert wird. Ich hoffe, daß wir auch hier zu einem Modus vivendi kommen, bei dem eben auch die Arbeitslage der Ressorts genügend berücksichtigt wird. Das ist alles in Ordnung. Und dagegen habe ich auch nicht empfindlich reagiert, mit keinem einzigen Wort. Wenn die Fraktion darüber klagt, dann muß das eben untersucht werden, und wir müssen es miteinander in Ordnung bringen. Ich habe mich nur gewehrt gegen diese Frechheit von Herrn Frehsee[35], das mit der einzigen Urlaubswoche zusammenzubringen, die ich mir vorgenommen hatte, wobei ich schon von vornherein unterbrechen mußte, weil ich dem Wirtschaftskabinett vorsitzen mußte. Ich konnte ja Herrn Schiller bei der Besprechung des Leber-Planes – der ja hier Antipode von Schiller ist – nicht den Vorsitz überlassen. Außerdem hatte ich Herrn Desai[36] und noch einige ausländische Besucher zu empfangen.

Es ist einfach eine Frechheit gewesen. Die Leute wissen ganz genau, daß ich praktisch in diesem Jahr keinen Urlaub hatte und daß es daran auch gar nicht liegt. Aber auch hier wieder diese Presse! Helmut Schmidt hat aus seinem Herzen keine Mördergrube gemacht und hat sich in der Fernsehsendung mit Dr. Barzel – wahrscheinlich etwas zähneknirschend, aber gemütlich mit der Zigarre – geäußert.[37] (*Barzel:* Ich habe mich an der Zigarre festgehalten und gesagt, das ist Anlaß zur Wut über die Säumigkeit der Bundesregierung!) Vorsicht! Vorsicht! Dazu wäre ein Wort zu sagen. Aber Helmut

35 Heinz Frehsee (1916–2004), Landwirt; Mitgründer der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, 1953–1976 MdB (1967–1973 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion), 1973–1977 MdEP. – Frehsee hatte darauf hingewiesen, daß durch die Verzögerung der Behandlung der Großen Anfragen das Parlament in Zeitnot gerate, vgl. Anm. 34. Vgl. auch „Bonner Rundschau" vom 4. Oktober 1967 „Zweite Halbzeit für das Parlament"; dpa vom 5. Oktober 1967 „CDU-Bundesgeschäftsführer gegen ‚kleinkarierte' Kritik am Kanzler"; „Rheinische Post" vom 5. Oktober 1967 „Kiesinger hatte nur ‚sogenannten' Urlaub". – Kiesinger hielt sich vom 1.–4. Oktober 1967 in Bebenhausen auf und kehrte am 5. Oktober nach Bonn zurück, u. a. zur Sitzung des Wirtschaftskabinetts. Am Abend kehrte er nach Bebenhausen zurück, vgl. ACDP 01-226-320.

36 Morarji Ranchhodji Desai (1896–1995), indischer Politiker; 1918–1930 Tätigkeit im britisch-indischen Verwaltungsdienst, 1952–1956 Chef-Minister des Bundesstaates Bombay, 1956–1963 Finanzminister, 1957–1979 Mitglied des Parlaments, 1967–1969 Finanzminister und Vizepremier. – Ein Treffen mit Desai fand erst im Rahmen von Kiesingers Besuch in Indien am 20.–22. November 1967 statt. Am 5. Oktober 1967 traf sich Kiesinger mit dem jamaikanischen Ministerpräsidenten Hugh Lawson Shearer (ACDP 01-226-320), am 11. Oktober mit Jean Monnet (AAPD 1967 Nr. 345).

37 Schmidt kritisierte in der Sendung „Bericht aus Bonn" am 6. Oktober 1967 die Bundesregierung und forderte sie auf, künftig im Vergleich zum Parlament schneller zu arbeiten. Vgl. BPA-Nachrichtenspiegel/Inland I Nr. 233/67 vom 7. Oktober 1967.

Schmidt hat es sehr viel gröber gesagt. Er hat auf die Frage, soll die Regierung rascher und konzentrierter arbeiten, sofort erklärt: Was die Regierung in diesen Monaten getan hat, läßt sich durchaus sehen. Darum geht es aber nicht. Es geht um das Verhalten der Regierung dem Parlament gegenüber in der Beantwortung der Großen Anfragen usw. – Also gut, daß müßte man hinnehmen. Aber die Presse hat das weggestrichen und nur das gebracht, was die FDP wollte, die auf Entschlußlosigkeit usw. hinausging.

Herr Kollege Barzel, ich würde lieber abwarten an Ihrer Stelle, was bei der Untersuchung der Dinge herauskommen wird. Von den zehn Großen Anfragen sind die zur Verteidigung ausgeschieden. Für die Außenpolitik habe ich mich, als ich gefragt wurde, sofort bereit erklärt, die Dinge vorzuziehen. Das scheidet ebenfalls aus. Von dem, was übrigbleibt, müßte man einmal untersuchen, wo mußten die Länder gehört werden? Lag es daran oder nicht daran? Wie war die Belastung?

Es ist an sich nicht meine Sache, Große Anfragen, die von einem Ressort beantwortet werden, zu kontrollieren. Es gibt eine Ressortselbständigkeit. Lange war es anders; aber da es zu solchen Unzuträglichkeiten gekommen ist, führe ich jetzt einen Kalender der Großen Anfragen und werde durch den Parlamentarischen Staatssekretär[38] – wie ich es auch in Stuttgart gemacht habe – überprüfen lassen, wie die Dinge stehen, damit ich mit unserer Fraktion und mit den anderen Fraktionen darüber sprechen kann. Also, wie immer es gewesen sein mag, das eine ist ganz klar, hier müssen wir Ordnung schaffen.

Ich habe eben gesagt, wie die Sache in die Presse gelangt ist. Für Helmut Schmidt, darüber habe ich nicht den geringsten Zweifel – das möchte ich Ihnen, Herr Barzel, sagen –, ist das nicht nur eine berechtigte objektive Klage über das Verhältnis Parlament : Regierung, sondern für ihn ist das wiederum ein Anlaß, von da her über die Regierung – und dabei über die CDU und den Bundeskanzler – herzuziehen. Ich darf noch einmal sagen, es ist nicht meine Sache, diese Großen Anfragen zu beantworten. Aber ich will mich gerne einschalten. Ich will gern das Meinige tun. Solche Dinge öffentlich auszutragen, ist nur ein Anlaß gegeben, wenn man zugunsten der eigenen Partei – wie es Schmidt getan hat, Sie haben es nicht getan –, Vorteile einheimsen will. (*Unruhe. – Barzel:* Die Säumigkeit, Herr Bundeskanzler!) Herr Barzel, das ist ein Problem bei Helmut Schmidt! (*Barzel:* Das bestreite ich doch gar nicht, Herr Bundeskanzler!) Na also! (*Barzel:* Ich möchte gern ein Wort dazu sagen!) Gut! Sie kommen ja zu Wort! Ich sage es aber hier! Das heißt mit anderen Worten, unsere Leute wissen, was da geschieht. Wenn wirklich ernsthaft Grund zur Klage besteht, macht man das miteinander aus. Sie haben im Fernsehen alle die Argumente mit aufgeführt zugunsten der Regierung, die aufgeführt werden konnten.

Mir geht es hier in diesem Falle darum, die Dinge in Ordnung zu bringen und vor allen Dingen zu verhindern, daß das von der SPD und von der FDP ausgenutzt wird. Sie sehen ja die Nuancen! Helmut Schmidt hat sich noch einmal korrekt verhalten. Er hat zwar gedonnert, aber er hat korrekt gesagt: Die Regierung hat etwas ganz Erkleckliches

38 Karl Theodor Freiherr von und zu Guttenberg.

geleistet. – Aber in der Presse stehen dann Meldungen, und zwar Aufmacher im „Münchner Merkur", Aufmacher in der Südwest-Presse, Aufmacher da und dort: „Schwere Angriffe der Fraktion und des Bundestags gegen die Bundesregierung, insbesondere gegen Bundeskanzler Kiesinger."[39] So erschienen die Dinge, und sie erschienen nicht von ungefähr so. Wir müssen wissen, daß diese Leute mit allen Waffen kämpfen. Deshalb wird es notwendig sein, auch mit Helmut Schmidt und mit den Leuten der Baracke ein deutliches Wort zu sprechen.

Wenn die FDP das sagt, kann ich ihr das natürlich nicht übelnehmen. Wir befinden uns in einer Phase, in der diese Dinge geklärt und berichtigt werden müssen. Ich gestehe, ich bin etwas in Sorge über die kommende außenpolitische Aussprache. Ich habe mir lange überlegt, ob ich hier ein Machtwort sprechen und selbst die Außenpolitik vortragen solle. Ich werde es nun so machen, weil es sonst wieder einen heillosen Krach gibt: Der Bundeskanzler nimmt dem Außenminister das weg, was diesem zusteht, – daß ich versuchen werde, ihn so kurz wie möglich zu halten, und zwar werde ich in der Aussprache selbst mit einem außenpolitischen Beitrag eingreifen.

Meine Damen und Herren! Ich habe etwas lange gesprochen, aber ich meine, es war notwendig. (*Lebhafter Beifall.*) Der Herr Bundestagspräsident zur Geschäftsordnung!

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, daß die Zeit schon sehr weit vorgeschritten ist. Wir haben heute nachmittag Bundesausschußsitzung. Es wäre deshalb gut, Herr Bundeskanzler, wenn wir uns auf einige wenige Themen konzentrieren würden. Wenn ich die Partei recht verstehe, gibt es ein gewisses Unbehagen an der Situation, in der wir uns befinden. Ich will das aber nicht vertiefen, sondern nur zur Geschäftsordnung sprechen. Ich schlage vor, daß wir jetzt diese Fragen, lieber Freund Barzel, über das Parlament hier an diesem Tisch nicht weiter verhandeln. Das können wir im Präsidium machen. Ich habe den Eindruck, daß es ganz wichtig ist, daß diejenigen unserer Freunde, die verhältnismäßig selten zu uns kommen, die Möglichkeit bekommen, zu einigen wichtigen Fragen Stellung zu nehmen, z. B. zu dem Charakter unserer Deutschland- und Ostpolitik. Das sind einige Fragen, auf die wir uns einrichten müssen; ich denke auch an das Wahlrecht. Machen wir in dieser Legislaturperiode etwas? Oder machen wir nichts? Soll man es, oder soll man es nicht? Ich muß sagen, ich bin völlig ungewiß. Ich weiß gar nicht, Herr Bundeskanzler, soll man Kurs darauf halten in unserer Arbeit oder nicht? Diese Fragen sollten wir besprechen.

Kiesinger: Herr Barzel!

Barzel: Ich möchte gern, Herr Bundeskanzler, ein paar Worte sagen. Ich habe nicht die Absicht, jetzt zu berichten. Es ist in der Tat so, daß in allen Fraktionen des Hauses Klage geführt wird über die Zusammenarbeit mit der Regierung. Das ist ein Thema, daß es immer gibt. Daß das zum Ausdruck kommt in der ersten Woche nach den Ferien, ist ganz klar wegen der Strangulation des Parlaments, die wir alle bedauert haben. Er-

39 Vgl. „General-Anzeiger" vom 15. September 1967 „CDU mit Kiesinger unzufrieden"; „Welt" vom 1. August 1967 „Warnsignale für den Kanzler"; „Bonner Rundschau" vom 28. Juli 1967 „Der gefährliche Sommer in Bonn"; „Schwäbische Zeitung" vom 26. Juli 1967 „Die Große Koalition wird unruhig".

stens wegen der Sondersitzung und zweitens, weil es in diesem Hause natürlich langweilig wird, nun im zweiten Jahr dieselben Ausgaben zu streichen. Ich habe in der Fraktion, im Fraktionsvorstand und in der Öffentlichkeit die Bundesregierung und insbesondere den Kanzler verteidigt. Die Argumente, die zur Verteidigung gefunden worden sind, hat Herr von Hase von mir vorher telefonisch bekommen.

Nun habe ich einen Zuruf gemacht und gesagt, die Regierung sei säumig. Daraufhin haben Sie mich gebeten, dies zu begründen. Ich will das in drei Punkten tun und meine Meinung dazu sagen. Ich mache es ganz kurz.

1. Die wichtigste Gesetzgebung ist jetzt die Finanzverfassungsreform. Es war verabredet, daß sie im Herbst im Deutschen Bundestag zur Ersten Lesung kommen soll. Sie wird aber frühestens im Februar stattfinden.[40] Es gibt nicht einmal Verhandlungen des Bundesministers der Finanzen mit den Koalitionsfraktionen. Es ist der Eindruck entstanden, als sei dies nur eine Sache zwischen den Ländern und der Regierung. Es muß dies auch mit den Parteien dieses Hauses erörtert werden; denn die Finanzverteilung ist eine Sache, die nicht nur die Länder angeht. Dies ist ein Monitum direkt an den Bundesminister der Finanzen, der überhaupt, wenn er nicht aufpaßt und den Kontakt weiter verliert zu den Kollegen in seinem Bereich, damit rechnen muß, daß er Schwierigkeiten bekommt, wie wir sie bei der Mehrwertsteuer gehabt haben.

2. Die Frage der Notstandsgesetzgebung! Wir alle wissen, daß das die Frage ist, die, wenn sie die Große Koalition nicht zustande bringt, den Staat erschüttert, weil wir dann keine Mehrheit haben. In der Notstandsgesetzgebung fehlen – so Herr Schmidt in einem Brief an Sie[41], und man kann diesem Brief im Ton widersprechen, aber nicht dem Inhalt – einige Gesetze, die die Bundesregierung noch vorlegen sollte. Das benutzt die SPD, um die Hearings zu verzögern. Jede Woche, die wir hier verlieren, macht die Verabschiedung schwieriger. Ich möchte beklagen, daß wir hier durch zu langsames Verhandeln der bürokratischen Stellen der Bundesregierung Schwierigkeiten bekommen.

Drittens bitte ich Sie um Verständnis, Herr Bundeskanzler, zu den Großen Anfragen. Ich bitte Sie, sich eine Sekunde lang in die Rolle des Parlaments zu versetzen. Wir haben Ende Juni an diesem Tisch die Entscheidung getroffen: Das Parlament wird in der letzten Oktoberwoche die Gesetze bekommen, weil es so schwierig war, sie zu formulieren innerhalb der Ministerien. Wir haben dann, Herr Bundeskanzler, wenn zum 1. Januar das Gesetz in Kraft treten soll – es muß auch noch durch den Bundesrat und eventuell den Vermittlungsausschuß –, im Bundestag drei Wochen Zeit, um 22 Änderungen zu machen, z. B. die Pflichtversicherungsgrenze usw. Wir haben deshalb mit unserer

40 Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines „Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz)" am 8. Mai 1968 im Bundestag (Drs. V/2861 vom 30. April 1968), vgl. Sten.Ber. 5. WP 171. Sitzung S. 9145–9205.

41 Gemeint vermutlich das Schreiben von Brandt an Kiesinger vom 28. August 1967, vgl. Helga Grebing/Gregor Schöllgen/Heinrich August Winkler (Hg.): Willy Brandt. Berliner Ausgabe. Bd. 7: Mehr Demokratie wagen. Innen- und Gesellschaftspolitik 1966–1974. Bonn 2001 Nr. 11 S. 137 f. – Vgl. auch „Süddeutsche Zeitung" vom 8. September 1967 „Brandt erinnert an Notstandsgesetze"; dpa vom 3. Oktober 1967 „Helmut Schmidt fordert schnelle Vorlage der einfachen Notstandsgesetze".

Fraktion einen Weg gefunden, der uns ermöglichen wird, in dieser kurzen Zeit fertig zu werden. Als wir mit diesem Vorschlag an den Koalitionspartner herantraten, hat er uns erklärt, er könne keinerlei Erklärungen darüber abgeben, daß diese Gesetze verabschiedet würden. Daraufhin haben wir Herrn Schmidt so richtig in die Mangel genommen, und dann hat er sich jetzt wegen unserer Koalitionsgespräche entsprechend verhalten müssen. Trotzdem, Herr Bundeskanzler, kann zu dieser Stunde kein Mensch eine Garantie dafür geben; denn es wird sich hier in der Frage der Ausschußüberweisung alles entscheiden. Wir kriegen es durch, wenn der Haushaltsausschuß zuständig ist. Sind die 13 Ausschüsse zuständig, dann ist die Sache nicht zu schaffen.

Herr Bundeskanzler! Ich will zu den anderen Sachen jetzt nichts sagen, die in der Koalition schwierig sind, worüber wir noch sprechen müssen miteinander. Ich muß als Letztes sagen, wir beklagen uns, daß wir aus den Ministerien nichts mehr hören. Es ist so, daß wir aus dem Auswärtigen Amt nichts mehr hören; aus dem gesamtdeutschen Ministerium absolut nichts. Das ist bekannt. Wir beklagen auch, daß wir vom Ministerium der Finanzen nicht in der richtigen Weise unterrichtet werden. Das sind alles keine Vorwürfe an den Bundeskanzler. Ich möchte deshalb einen Satz noch sagen, Herr Bundeskanzler. Wenn Sie selbst heute ausgeführt haben, daß seit dem Frühjahr die Sozialdemokraten, unterstützt vom DGB, eine Kampagne eingeleitet haben, um sie abzuwerten – so haben Sie es formuliert –, dann ist das völlig korrekt. Wir sollten alles tun, uns dagegenzustellen. Was die Fraktion dabei zu tun hat, Herr Bundeskanzler, das geschieht wirklich. Es ist auch eine Überlegung über das notwendig, was wir neulich in einem Gespräch erörtert haben. Ich will mich auf diese Bemerkung beschränken, Herr Bundeskanzler, weil das zu dieser Stunde wohl ausreichen wird.

Kiesinger: Das Wort hat Herr Kollege Röder.

Röder: Herr Bundeskanzler! Ein kurzes Wort zu unserer Situation in der Bundesregierung und den parteipolitischen Auswirkungen in der Öffentlichkeit, soweit ich das von meinem Lande aus beurteilen kann. Ich folge dabei einer Bitte von Herrn Gerstenmaier. Gestern abend hat Herr Schütz im Fernsehen gesagt, bisher hätten die Mitglieder der SPD in der Bundesregierung nur reden können, inzwischen seien sie aber vorbereitet, um demnächst auch handeln zu können.[42] (*Kohl:* Um ihr Handeln sichtbar zu machen!) Beim letzten „Internationalen Frühschoppen" im Fernsehen hat Herr Gross[43] vom Deutschlandfunk gesagt, es sei wohl nicht zu bestreiten, daß das Gute in der Bundesregierung doch wohl von der SPD komme. (*Kiesinger:* Herr Gross ist eine ganz giftige Kröte! Er ist einer von denen; CDU natürlich! – *Starke Unruhe und Bewegung.* – *Gerstenmaier:* „Die Bundesrepublik Deutschland ist das Land der legalen Korruption",

42 Fernsehsendung mit Werner Höfer (1913–1997).

43 Johannes Gross (1932–1999), Journalist; 1955–1959 Abteilungsleiter in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1959 Bonner Korrespondent der „Deutschen Zeitung", 1962–1968 stv. Direktor des Aktuellen Programms beim Deutschlandfunk, 1968–1974 Chefredakteur und stv. Intendant der Deutschen Welle, 1974 Chefredakteur und 1980–1999 Herausgeber des „Capital", 1983–1994 Vorstandsmitglied des Verlags Gruner&Jahr.

hat dieser Bursche gesagt. Was ist denn das? – *Anhaltende starke Unruhe. – Kiesinger:* Man muß wissen, wer der Mann ist und warum er so ist. Ich weiß es.)

In der Zwischenzeit hat die SPD sich in ihrer Rolle zurechtgefunden, um sich in der Öffentlichkeit entsprechend bemerkbar zu machen. Das liegt natürlich auch daran, daß sie die in der Öffentlichkeit wirksameren Ministerien innehat. Nehmen Sie das Außenministerium mit Herrn Brandt, das gesamtdeutsche Ministerium mit Herrn Wehner, das Verkehrsministerium mit Herrn Leber und das Wirtschaftsministerium mit Herrn Schiller. Alles das, was unter Ihrer Führung durch die Bundesregierung an Positivem und Erfreulichem in den nächsten Monaten herauskommt, das geht dann doch zugunsten dieser Herren, die sagen, wir haben in der Wirtschaftspolitik durch Herrn Schiller die Dinge wieder in Ordnung gebracht, die durch die CDU in der Vergangenheit so vernachlässigt worden sind.

So erscheint Herr Schiller jeden Tag im Fernsehen. Und wenn auch Sie als Bundeskanzler unterstreichen, daß Sie der Meinung sind, daß die Konjunktur wieder anzieht, und daß es besser wird, dann fällt davon der wesentliche Anteil nicht auf Sie, sondern eben auf Herrn Schiller. (*Zuruf:* Nicht jeden Abend tritt er im Fernsehen auf! – *Kiesinger:* Lieber Herr Röder, das Volk sieht es aber doch nicht so. – *Starke Unruhe.*)

Auch beim Verkehr ist es so. Wenn man den Leber-Plan lobt, auch psychologisch gesehen, und sagt, daß es besser werden soll oder wird aufgrund des Leber-Planes, dann spricht das in der Öffentlichkeit für den SPD-Mann Leber. Und wenn man in der Außenpolitik und in der Deutschland- und Ostpolitik den Grundsatz der Beweglichkeit vertritt, natürlich maßvoll, dann kann es nicht ausbleiben, daß diejenigen, die in der Öffentlichkeit als die Beweglichsten gelten, auf jeden Fall auch als die Tüchtigeren angesehen werden. Ich brauche nur auf die Gefahr hinzuweisen, in der wir uns parteipolitisch befinden.

Wenn Sie sich die Ressorts ansehen, die unsere Freunde im Kabinett innehaben, die sicher nicht Personen mit minderer Qualität sind, dann ergibt sich schon von daher, daß z. B. Herr Strauß nicht viele Freunde findet, wenn er Abstriche machen muß in allen Bereichen; wenn unser Freund Lücke jetzt die Notstandsgesetzgebung durchbringen muß, dann kann er damit in der Öffentlichkeit keinen Blumenpott erben. Weiter muß unser Freund Heck einige Minderungen hinnehmen im Familienausgleich. Das ist nicht leicht. Ich könnte mich also dranhalten. Von daher hat es die SPD sehr leicht unseren Ressorts gegenüber, um zu sagen: Wir vertreten die Interessen des kleinen Mannes. – Und das macht doch gerade die Situation so außerordentlich schwierig.

Herr Bundeskanzler! Sie haben mit Recht gefragt, wie kann man das ändern, zumal Sie die Presse nicht auf Ihrer Seite haben, wie ist es möglich, in der Zukunft – ich hoffe, daß sich die Dinge positiv entwickeln – zu verhindern, daß diese positive Entwicklung zugunsten der SPD läuft? Nun, es kommt darauf an, das in der Öffentlichkeit deutlicher für uns zu machen. Im Augenblick erscheint die CDU noch in diesem Aufwärtstrend – Sie haben selbst darauf hingewiesen –, auch in der Außen- und Deutschlandpolitik, immer noch als die bremsende, die eigentlich schuld daran ist, daß es nicht noch schneller und besser geht. Das ist ein fataler Eindruck, der sich in der deutschen Öffentlichkeit

festsetzen könnte, der sich – wie die SPD hofft – bis 1969 noch weiter verstärken kann. Nehmen Sie Herrn Schütz, der sagt: Wir werden demnächst mit einem Programm und mit Tatbeständen aufwarten können als SPD. – Wir werden also als CDU bei den Bundestagswahlen 1969 große Schwierigkeiten bekommen können.

Ich wollte das, was Sie ausgeführt haben, nur noch unterstreichen. Wenn ich aber Ihren Widerspruch gefunden habe, so habe ich gar nichts dagegen. Das muß so sein an diesem Tisch, daß diejenigen, die von außen kommen, auch einmal den Widerspruch derjenigen hervorrufen, die in Bonn an der Zentrale sitzen; denn ich bin verpflichtet, das, was ich nun jeden Abend in meinen Parteiversammlungen höre und womit ich mich herumzuschlagen habe, auch an diesem Tisch zu sagen und zur Diskussion zu stellen.

Kiesinger: Wir kriegen diesen Effekt, den Sie wollen, nur dann, wenn wirklich meine Partei zu mir steht, zum Kanzler. Wenn der Eindruck erweckt wird, der Kanzler ist in einer unbehaglichen Position zwischen SPD und CDU, er will manches, was seine Partei nicht mitmacht, er muß manches bremsen, was er gerne machen würde, weil seine Partei ihn dazu zwingt – so wurde ja veröffentlicht –, so ist das schlimm.

„Das ist die Regierung Kiesinger, und was in dieser Regierung gemacht wird, wird von dem CDU-Kanzler gemacht nach seinen Richtlinien." Das muß die Äußerung der Partei nach allen Richtungen sein. Es sollte nicht so sein, daß unsere Parteifreunde hinter vorgehaltener Hand etwas sagen. Sie müssen doch wissen, meine Herren, was hier in Bonn vor sich geht. Die Presse hier in Bonn lacht mir doch geradezu ins Gesicht, wenn ich von der Einmütigkeit meiner Partei spreche. Sie sagt mir doch: Wir erfahren doch viel mehr als Sie. Wir haben doch unsere Beziehungen. – Bonn ist doch ein Klatschnest, wo jede Äußerung eines einzelnen hindringt, natürlich auch zu mir dringt. Ich weiß sehr viel mehr, als viele meinen. Herr Röder, dieses Klatschen dringt zu Herrn Gross. (*Zuruf:* Mit ihm reden!) Mit dem hat es gar keinen Zweck zu reden. Mit dem habe ich schon geredet. Es hat gar keinen Zweck, mit ihm zu reden, aus ganz bestimmten Gründen nicht. Glauben Sie mir, hier liegt die eigentliche Wurzel des Übels.

Die Journalisten sagen hier in Bonn: Wir sind nicht angewiesen auf die formelle Aussage vom Vorstand usw. Was los ist, was die CDU denkt zur Politik, zum Kanzler, zu dem und dem Minister, das erfahren wir im Bundeshaus unmittelbar. – Ich habe das vorhin nicht gesagt, aber jetzt sage ich es deutlich. So ist es nämlich, und wenn das nicht aufhört – ob dieser Prozeß zu stoppen ist, weiß ich nicht –, dann führt das zu ähnlichen Situationen, wie sie eintraten, um Ludwig Erhard zu stürzen.

Stellen Sie sich doch vor, warum so vieles in die Presse so und so kommt. Ich lasse die Leute zu mir kommen. Dann frage ich sie. Aber dann bekomme ich solche Antworten. Der Pressemann gibt seinen Gewährsmann äußerst selten preis. Aber er sagt mir, das ist zu hören da und da und da. Manchmal wird sogar der Gewährsmann preisgegeben. Das ist also eine furchtbare Sache.

Nun zu Ihrer Äußerung, Herr Röder! Unsere Leute draußen sind bei weitem nicht so pessimistisch, wie Sie sagen. Herr Schiller ist im Moment nicht so hoch oben, wie Sie etwa glauben. Lassen Sie mal demoskopisch nachfragen im Volk, wie hoch Herr Schil-

ler gesehen wird. Dann werden Sie erstaunliche Feststellungen machen.[44] Das ist die alte Sache mit einer bestimmten Schicht; dazu gehören mitunter auch unsere eigenen Freunde. In dem Augenblick, wo wir wieder normale wirtschaftliche Verhältnisse haben, ist auch die Sensation vorbei. Aber sonst haben Sie natürlich recht, die SPD hat interessantere Ministerien. Sie ist dadurch insgesamt auch mehr im Gespräch. Ihre Ministerien sind aktueller. Das gilt z. B. für den Familienminister. Aber der Finanzminister hat keineswegs nur unangenehme Maßnahmen zu vertreten. Er weiß genau, wie stark er mit auf den Wirtschaftsprozeß einwirkt. Es wäre eine Frage, wie er diese Tätigkeit beleben könnte. Und unser Freund Schmücker! Ja du lieber Himmel, wir haben ihn ins Kabinett genommen, damit er uns helfen soll in den Fragen, wie weit kann man das und das in der Wirtschaft machen. Das hat er auch getan. Aber mit welcher Legitimation tritt er im Fernsehen auf? Das ist die Schwierigkeit.

Das Entscheidende liegt bei unserer Partei, bei unseren Parteifreunden. Haben Sie gelesen, wie unsere letzte Bundesvorstandssitzung in die Presse kam? Wir haben eine ganz klare und einmütige Vorstandssitzung gehabt. Die Presse schrieb: Aus Gesprächen hinterher ergab sich, daß doch eine ganz erhebliche Kritik am Kanzler usw. vorgetragen wurde.[45] – Glauben Sie, daß keine solche Gespräche hinterher geführt worden sind, Herr Röder? (*Röder:* Wenn, dann würde es mich nicht interessieren!) Augenblick, Herr Kollege Röder, Sie haben aber vorher von Johannes Gross gesprochen und ihn so wichtig genommen.

Was ich Ihnen sagen will, ist folgendes: Die Bonner Presse schreibt so, wie sie glaubt, aufgrund ihrer Informationen und Beziehungen schreiben zu können. Das ist das, was mir immer entgegengehalten wird. Wenn ich sage, das stimmt nicht, dann wird mir hohnlächelnd gesagt: Das wissen wir besser. – Das ist also die Situation. Aber im übrigen sind wir uns einig, Herr Kollege Röder. – Das Wort hat Herr von Weizsäcker.

Von Weizsäcker: Ich habe mit größtem Interesse dem zugehört, was gesagt worden ist, wie dieses oder jenes anzusehen ist, wie die Gewerkschaften in der Politik sind und was in der Presse strukturell nicht in Ordnung ist und welche Rückwirkungen in der Demoskopie sind. Trotzdem glaube ich, daß in diesem Kreis – in anderen Kreisen mag das anders sein – man der Empfehlung folgen sollte, uns stärker zu konzentrieren, um über diese Partnerpolitik zu sprechen. Ich glaube auch, daß die Hauptsorgen in bezug auf die Erfolge der jetzigen Regierung und der CDU damit umschrieben sind, daß eben die Substanz der Politik dieser Großen Koalition so gut wie möglich sein soll, und von daher auch in erster Linie der CDU nützen wird. Entschuldigen Sie, daß ich als Greenhorn solches hier sage.

Ich möchte gern, wenn Sie erlauben, an einigen Punkten einsteigen und dazu ein paar mehr von außen kommende Beobachtungen machen. Sie beziehen sich auf die Sorge um die Deutschland- und Ostpolitik. Ich möchte meinen, daß wir dann, wenn eine solche Sorge innerhalb der Partei besteht und darüber hinaus, diesen Gebieten etwa

44 Im Juli/August 1967 hatten 51% der Befragten eine gute Meinung von ihm, vgl. JAHRBUCH 1965–1967 S. 231.

45 Vgl. „Frankfurter Rundschau" vom 19. Juli 1967 „CDU-Vorstand tadelt Kiesinger".

bei Aktionsprogrammen oder auch Analysen wirklich größte Sorgfalt widmen und uns nicht darauf beschränken sollten, eine gewisse Stufenleiter von uns allen wohlbekannten Formulierungen aufzunehmen. Wir sollten nicht eingehen auf allerhand Fragen, die es in bezug auf solche Formulierungen gibt. Das würde also lauten in einem Programm, das jeder von uns vertreten würde: 1. Wir sind eine Nation. 2. Wir verlangen von den vier Mächten, daß sie bei Ihrer Verantwortung für die Wiedervereinigung bleiben. 3. Wir sind für Entspannung und die europäische Friedensordnung. 4. Wir verlangen das Selbstbestimmungsrecht, um zu einer gesamtdeutschen Regierung zu kommen.

Bis dahin ist es Recht und Pflicht von uns, alle Deutschen zu vertreten. Ich finde, daß in Ihrer Rede vom 17. Juni, Herr Bundeskanzler, diese Punkte schon sehr viel deutlicher, verständlicher und der Substanz nach weiter gedacht sind, als es so ist, wenn man einfach nur solche Formeln hintereinander ordnet, z. B. der Zusammenhang von europäischer Friedensordnung und Deutschlandpolitik. Sie sagen sehr klar: Nur der Weg der europäischen Friedensordnung ist ein Weg für das andere. – Das muß auch gesagt werden. Und was wir dazu zu sagen haben, gehört meiner Meinung nach auch in ein Aktionsprogramm. Ich kenne nicht das Aktionsprogramm in bezug auf dieses Kapitel. Ich möchte das noch hinzusetzen. Sie sprechen von der Größenordnung Deutschlands. Natürlich ist das ein wunder Punkt, den alle Leute aufgreifen, die um uns herum leben. Wir selber aber machen uns darüber zu unserem Schaden zu wenig Gedanken.

Wir sprechen darüber, worüber Gespräche und Kontakte möglich sind, und was das bedeutet für die Gefahr oder die Chance, wenn diese Regierung stürzt. Genau das muß besprochen werden. Das will ich an einem Punkt noch erläutern. Ich werde vielleicht nicht als klassischer Zeuge bezeichnet, aber ich bin Ihnen doch nicht unwichtig. Ich habe – das gehört zu meinen regelmäßigen beruflichen Aufgaben – regelmäßig in Ost-Berlin mit den Repräsentanten der evangelischen Kirche zu sprechen. Dort wird regelmäßig und systematisch über die Frage gesprochen, wie wir in der Bundesrepublik unsere Deutschlandpolitik formulieren. Das letzte Gespräch dieser Art hat vor wenigen Tagen stattgefunden, d. h. nach Ihrer zweiten Antwort an Stoph.[46] Vielleicht darf ich ein paar Punkte nennen, die da erörtert wurden. Der zweite Brief an Stoph wurde besonders positiv aufgenommen, und zwar positiver als der erste, weil er noch klarer und offener einerseits die Dinge in der Zukunft möglich macht und andererseits im Kernpunkt so eindeutig war, daß wirklich nichts weiter zu fragen war.

Der zweite Punkt! Daß es drüben nicht gelungen ist, den Begriff einer Nation zu verneinen, wie das noch vor neun Monaten geschehen ist, ist ein ganz wichtiger Erfolg, obwohl natürlich drüben uns immer wieder gesagt wird, wir sind noch eine Nation. Der Faktor Zeit spielt, wie jede Geschichte und wie auch unsere eigne Entwicklung der letzten 15 Jahre lehrt, eine deutliche Rolle.

Der dritte Punkt: Der zweite Stoph-Brief! (*Lebhafte Unruhe. – Kiesinger:* Herr Stoph hat es nicht eingeschränkt!)

---

46 Die Antwort auf den Stoph-Brief vom 18. September 1967 erfolgte am 29. September 1967. Vgl. AdG 1967 S. 13436; BULLETIN Nr. 106 vom 3. Oktober 1967 S. 909. – Willi Stoph (1914–1999), Maurer; 1964–1973 Vorsitzender des Ministerrats der DDR.

Nein, nein, ich rede ja hier nur von internen Gesprächen. Diese internen Gespräche haben natürlich keinen wissenschaftlich repräsentativen Charakter. Immerhin aber ist die evangelische Kirche in der Zone unter allen nicht-staatlichen Informationsquellen wahrscheinlich die umfassendste. Die Leute bringen dann zwei Dinge in Verbindung und sagen: Noch deutlicher als vielleicht in den letzten zwei, drei Jahren können wir sagen, unter keinen Umständen eine Anerkennung. Die völkerrechtliche Fixierung würde nichts anderes bedeuten, als die Fehde und die Rivalität zu befestigen und den Umgang miteinander um nichts menschlicher machen. Aber gerade weil wir das so deutlich sagen, müssen wir auch dazu erklären: Wir brauchen keine Kontakte der Regierungsstellen zu fürchten, weil es sich nicht um normale diplomatische Auslandsbeziehungen handelt, sondern um Beziehungen innerhalb einer Nation, wenn auch zwischen zwei praktischen politischen Ordnungen. Gerade deshalb brauchen wir Kontakte nicht nur nicht zu fürchten, sondern wir müssen sie, wenn wir wissen, worüber, geradezu fördern.

Nun kommt der dritte Punkt, der am empfindlichsten klingt in unseren Ohren. Aber das sagen sie uns, je länger, desto deutlicher. Sie sagen: Jeder von uns muß handeln in dem Bewußtsein und in der Sorge, daß die Menschen im anderen Teil zustimmen können zu dem, was wir selber tun. Aber mit der Formel „Recht und Pflicht zur Vertretung des andern" haben wir wirklich innere Schwierigkeiten. – Sie begründen das so: „Recht und Pflicht zur Vertretung des andern" fordern die Möglichkeit, wie in jeder Demokratie, laufend ein Mandant zu erneuern. Selbstverständlich seid ihr mit unserem Mandat angetreten; selbstverständlich müssen wir auch unverändert in dieser Weise – wie von Ihnen beschrieben – an einem Strang ziehen, aber bitte nennt es nicht so. Nennt es nicht dem Namen nach „Recht und Pflicht zur Vertretung" in einem Sinne, wo euch dann formell gesagt werden kann, die laufende Überprüfung dieses Mandates ist praktisch nicht möglich.

Das Zweite, was sie auch sagen, ist folgendes: Eure Formel, „wir wollen Selbstbestimmung zum Zwecke der Wahl einer gesamtdeutschen Regierung; bis dahin haben wir das Recht und die Pflicht zur Vertretung aller Deutschen" ist eine Formel, die wir eurem Bundeskanzler und eurer Regierung durchaus abnehmen, aber vielen eurer Landsleuten nicht; denn sie ist eine Formel, mit der sie ohne weiteres bis zum Jüngsten Gericht leben können, aber wir nicht. Wir müssen festhalten an dem, was im Grundgesetz steht, daß es eine Nation gibt, daß wir aber heute nicht in einer Nation politisch geordnet leben, so daß wir nur in vorläufigen Ordnungen leben. Und wenn wir in vorläufigen Ordnungen leben, dann müssen wir auch in unseren Formeln der Beziehungen zueinander zum Ausdruck bringen, inwiefern eben der eine damit ohne weiteres immer weiterleben kann, der andere aber nicht. Wir verstehen vollkommen, daß ihr uns helfen könnt an Stellen, wo wir es nicht können. Wir verstehen vollkommen eure Pflichten, auf diesem Gebiet alles Mögliche zu tun, aber wenn Ihr euch nicht die größte Mühe gebt, genau zu definieren, worin diese Pflicht besteht, dann werden wir die Sorge haben, daß hinter eurer Formel des Alleinvertretungsrechts für die Bequemen unter euch auch die Möglichkeit besteht, sehr vergnügt zu sein, ohne daß etwas geschieht.

Ich weiß, daß dazu vielerlei gesagt worden ist, ich meine nur ... (*Kiesinger:* Ich habe versucht, in meiner Rede zum 17. Juni dazu etwas Entscheidendes zu sagen!) Herr Bundeskanzler, nur Ihre Formel „bis dahin haben wir das Recht und die Pflicht zur Vertretung aller Deutschen" ist der Ausgangspunkt zu dem – was ich zu erklären versucht habe –, was die Leute sagen. Ich bin der Meinung, daß wir, je genauer wir in internen Gesprächen ... (*Kiesinger:* „Zu sprechen" habe ich gesagt!) Gut! Selbstverständlich bedeutet die Nuance etwas. Ich will nur sagen, gerade diese Nuancen sind Sachen, von denen wir bei diesen Gesprächen immer wieder hören, daß sie ihnen ungeheuer wichtig sind; daß wir auch auf diesem Gebiet nicht einfach etwas präsentieren, ist die Voraussetzung dafür, daß Sie die nach meiner Meinung deutliche neue Kraft auch behalten, um offener von einer Nation und viel bestimmter als vorher davon zu reden, daß die Anerkennung eine völlig indiskutable Sache ist.

Es gibt eine Reihe von Leuten da drüben – nicht nur Kirchenführer –, die in bezug auf diesen Anerkennungspunkt vor einem Jahr oder zwei Jahren sich viel schwerer taten als heute. Wir haben es heute im Gespräch mit ihnen viel leichter. Aber gerade deshalb mußte ich auf den anderen Punkt hinweisen. (*Beifall.*)

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, weil wir sowieso im Parteiausschuß manche Dinge wiederholen müssen, daß wir das andere Gebiet verlassen. Selbst wenn wir eine noch so gute Politik machen, es hängt für die CDU alles davon ab, daß sie nach außen den Eindruck gibt, daß sie führt. Nicht nur der Bundeskanzler ist in einer bösen Lage zwischen CDU und SPD, sondern auch die CDU selbst. Deshalb habe ich auf die Schwierigkeiten hingewiesen.

Daß es diese vierte Macht gibt, ist ja vielen von unseren Freunden selbst nicht bekannt; die nehmen das nur vereinzelt zur Kenntnis. Doch es ist eine ganz mächtige Institution! Aber ich bin einverstanden, daß wir die Frage „die Partei in der Großen Koalition" vorläufig verlassen und nun auf die Substanz vor allem unserer Deutschland- und Ostpolitik eingehen. Ich möchte nachher noch in diesem Kreise unsere Europapolitik behandeln, die in ein kritisches Stadium eingetreten ist. Darf ich jetzt einmal davon absehen, Herr von Weizsäcker, zu Ihren mich sehr interessierenden Ausführungen Stellung zu nehmen und das Wort Herrn Amrehn erteilen!

Amrehn: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung, ehe ich auf das eingehe, was Herr von Weizsäcker vorgetragen hat. Ich glaube, Sie schwächen Ihre eigene Partei, Herr Bundeskanzler, wenn Sie glauben, hier Anlaß zu haben, sich gegen uns verteidigen zu müssen. (*Kiesinger:* Nein, Ihre Hilfe haben zu müssen!) Aber darin steckt doch immer ein Vorwurf, als würden Sie von uns nicht genügend geschützt. Ich darf dazu aussprechen, was ich meine. Ich meine, Sie würden von uns ohnehin selbstverständlich unterstützt werden. Und ich brauche mich nicht gegen die Vorwürfe selbst in Schutz zu nehmen, daß in Bonn zuviel gesprochen würde. (*Bewegung und Heiterkeit.*) Nur wenn Sie eben sagten, daß ein großer Teil der Presse überhaupt gegen die CDU eingestellt sei, dann würde ich die Ursache dafür nicht in den Gesprächen, die Abgeordnete oder Minister mit den Presseleuten führen, suchen, sondern in der ganzen Haltung der Anerkennungs-Presse, die natürlich darauf

ausgeht, solche Gegensätze zu konstruieren, und die die Absicht hat, gegen die Person des Bundeskanzlers zu schreiben.

Ich halte es für selbstverständlich, daß der Bundesvorstand der CDU sich solidarisch mit Ihnen verhält, bei aller Kritik, die an Einzelmaßnahmen auch möglich sein sollte und ausgesprochen werden muß. Um Ihnen aus einem ganz anderen Bereich – der uns heute nicht länger interessiert – ein Beispiel zu geben: Bis 15. Oktober müssen die Aufträge aus dem Investitionshaushalt erteilt sein.[47] Das läßt sich im Kabinett sehr leicht beschließen, während eine Gemeinde wie Berlin, wenn sie das durchführen soll, in solche Schwierigkeiten kommt ... (*Kiesinger:* Herr Kollege Amrehn, ich habe im Kabinett durchgesetzt, daß das Wort „müssen" durch „sollen" ersetzt wird.) Es werden jetzt hinausgepumpt, ohne überhaupt zu prüfen, Millionenobjekte. (*Kiesinger:* Nein, es ist kein „müssen". Ich habe es durchgedrückt gegen Schiller! – *Unruhe und Bewegung.*) Und das führt etwa dazu, daß von einem Neuköllner Krankenhaus gesagt wird: Wir können keine Maschinen für die Operationsabteilung für 6.000 DM anschaffen; aber wir bauen jetzt für eine halbe Million eine Fontäne vor dem Charlottenburger Schloß.

Ich will damit ein Beispiel liefern, daß es wirklich Anlaß zur Kritik gibt. Diese Erörterung muß möglich sein, Herr Bundeskanzler, ohne daß jeweils die Politik des Bundeskanzlers im Kern angegriffen ist. Und ich meine, Herr Bundeskanzler, da sollten Sie eine Meinungsäußerung des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Röder in Ruhe anhören. (*Kiesinger:* Ich bin ja mit ihm einverstanden!) Gehen Sie doch etwas mehr davon aus, Herr Bundeskanzler, daß die CDU im ganzen in den nächsten zwei Jahren vor dem Bundestagswahlkampf mit Ihnen und von Ihnen lebt und auch für Sie kämpfen will. Daran hängt unser Einfluß nach 1969.

Ich möchte an der Stelle, obwohl ich noch eine Menge dazu zu sagen hätte, jetzt noch anschließen eine Bitte, Herr Bundesparteivorsitzender, daß der Bundesvorstand, über dessen Tagungen ich früher mitgeklagt habe, die Möglichkeit bekommt, zu zwei oder drei Fragen eine Meinung zu formulieren. Die Fraktion ist uns mit den praktischen Entscheidungen immer voraus. Darum ist es für den Bundesvorstand so ungeheuer schwer, überhaupt Meinungen zu äußern, zu formulieren und sich vielleicht mehr oder weniger bindend festzulegen.

Ich greife auf, was Herr von Weizsäcker vorgetragen hat. Es liegt nahe, daß das die Berliner Sorgen im besonderen sind, weil sich die Frage der Deutschland- und Ostpolitik in ungewöhnlicher Weise dort zuspitzt und dort immer früher Entscheidungen getroffen werden müssen, als das vielleicht im eigentlichen Bereich der Bundesrepublik notwendig ist.

Sie haben davon gesprochen, Herr Bundeskanzler, daß es eine Anerkennungs-Partei gibt. Indem Sie das aussprechen, wiederholen Sie unausgesprochen, daß für uns die Anerkennung nicht in Betracht kommen kann. Nun muß ich aber auch geistig und poli-

47 Investitionsprogramm vom Sommer 1967, beschlossen vom Kabinett am 4.–6. Juli 1967, vgl. SCHMOECKEL/KAISER S. 291–300.

tisch die Frage ein wenig beleuchten, die uns immer mehr da hineinverstrickt, selbst in den Bereich der Anerkennungspolitik zu geraten.

Das fängt bei dem Romanschriftsteller Uwe Johnson[48] an, für den die beiden deutschen Staaten und die beiden Städte Berlin eine Selbstverständlichkeit sind. Das geht weiter bei dem politischen Schriftsteller Klaus Mehnert[49], der vom Jahre 1980 selbstverständlich von den nebeneinanderlebenden deutschen Staaten spricht. In der Einleitung sagt er: Ich mache mir ein Bild von 1980. Dann leben zwei deutsche Staaten friedlich nebeneinander. – Das ist also eine Ausgangsposition bei Mehnert, der Berlin nicht mehr erwähnt, es ist schon längst verschwunden.

Das geht weiter in den Aufsätzen von Mulisch[50], der schreibt: Es ist doch selbstverständlich, daß wir sehr bald mit einer Anerkennung nicht nur zu rechnen haben, sondern das muß sein. Und der richtige Mann dafür ist Herr Brandt. – Dann ist – wie mir berichtet worden ist – in einer Studie des amerikanischen Verteidigungsministeriums für die Jahre 1970 und folgende zu lesen, daß die Anerkennung des Zonenregimes als selbständiger Staat durch die Bundesrepublik schon vorausgegangen ist, ehe alle die anderen Pläne in Kraft treten.[51]

Wir müssen solchen Entwicklungen auch von dorther entgegentreten. Nun frage ich mich allerdings, wo es uns gelingt – das ist eine Frage an den Bundesvorstand und an den Bundesparteivorsitzenden –, unser eigenes politisches Verhalten noch abzubremsen von dem, was denn nun eigentlich wirklich Anerkennung ist. Die Sozialdemokraten in Berlin haben einmütig ein Papier beschlossen, das am kommenden Sonnabend auf ihrem Parteitag behandelt werden soll. Da ist zunächst von Berlin die Rede. Da heißt es: „Die Position West-Berlins erleichtert eine Entspannungspolitik. Da die politische Führung dieser Stadt aufgrund der obersten Verantwortung der Alliierten einen besonderen Handlungsspielraum für Vereinbarungen hat, ist es sinnvoll, die alliierte Verantwort-

48 Uwe Johnson (1934–1984), Schriftsteller; 1952–1956 Germanistikstudium in Rostock und Leipzig, 1959 Übersiedlung nach West-Berlin. Johnson war Mitglied des PEN-Zentrums der Bundesrepublik und der Akademie der Künste in Berlin (West). Er erhielt mehrere Auszeichnungen, u. a. den „Georg-Büchner-Preis" (1971). – Amrehn spielt auf Johnsons Erzählung „Eine Reise Wegwohin" von 1960 an, in der die Romanfigur Karsch, ein Journalist, die Anerkennung der DDR forderte (Karsch und andere Prosa).

49 Dr. Klaus Mehnert (1906–1984), Journalist, Schriftsteller und Politologe; 1931–1934 Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas, 1934–1936 Korrespondent deutscher Zeitungen in Moskau, 1936–1945 Aufenthalte in den USA und China, 1946 Rückkehr nach Deutschland, Tätigkeit als Journalist in Presse und Fernsehen. – In seinem Buch „Der Deutsche Standort" (Stuttgart 1967 S. 25) spricht er von zwei deutschen Staaten, die im Jahre 1990 den Vereinigten Staaten von Europa beitreten könnten.

50 In der Vorlage: Musil. – Vermutlich Harry Mulisch (geb. 1927), niederländischer Schriftsteller, der in den 1960er Jahren die Anerkennung der DDR propagierte (vgl. Harry MULISCH: De ontdekking van de hemel. Amsterdam 1992 S. 163).

51 Wahrscheinlich Anspielung auf die für den „Policy Planning Council" erstellte Studie mit dem Titel „The Division of Germany". Das Papier, das die Diskussionsgrundlage für eine Sitzung über die deutsche Frage bildete, wurde am 6. November 1967 an einen eingegrenzten Verteiler ausgegeben, vgl. FRUS Vol. XV Germany and Berlin Nr. 236 (Text im Internet: http://www.state.gov/www/about_state/history/vol_xv/x.html).

lichkeit noch in Anspruch zu nehmen. Dieser Handlungsspielraum muß stärker genutzt werden. Auf dieser Grundlage kann der Senat von Berlin Verhandlungen mit den Verantwortlichen in Ost-Berlin führen. Da West-Berlin kein Völkerrechtssubjekt ist, darf sich die Frage nach der Verhandlungsebene und der Unterschriftsformel lediglich am Verhandlungsgegenstand orientieren. Der Regierende Bürgermeister wird sich deshalb an die Behörden in Ost-Berlin wenden und ihnen Verhandlungen vorschlagen."[52]

Das ist ein Deutschland-Papier der Berliner Sozialdemokraten, in dem sie zu dieser Schlußfolgerung für Berlin kommen und hier nun in der Tat nicht mehr genau wissen, soll der kommende Regierende Bürgermeister (und zwar mit der Empfehlung oder Zustimmung des Bundeskanzlers, so wird es kolportiert) demnächst unmittelbar Verhandlungen führen, – was wir von uns aus bekämpfen würden. Ich sage es mit aller Deutlichkeit. Ich frage, wo fängt also an ... (*Kiesinger:* Verhandeln worüber?) Das wird im einzelnen nicht gesagt. Es sind alle denkbaren wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, technischen und kulturellen Fragen.

Wo fängt der Kontakt mit Pankow, den wir durch viele Jahre gehabt haben in technischer Beziehung, nun an umzuschlagen, um einen politischen Wert im Sinne der Anerkennung zu bekommen? Und dieser Punkt, Herr Bundeskanzler, scheint mir mindestens im Bundesvorstand und in unserer Partei bisher nicht hinreichend genug diskutiert worden zu sein. Ich bin in großer Sorge darüber, daß wir wegen der mangelnden Klärung dieser Frage allmählich hineinrutschen könnten in eine Entwicklung, die wir so gar nicht wollen. Wir haben das aus den Worten vor zwei Wochen hier vor den Landesvorsitzenden entnommen.[53] Ich möchte aber hinzufügen, es gibt in Ihrer Regierung Leute, die dieses Hinüberrutschen wollen, um zu einer Anerkennung zu kommen.

Ich bin fest davon überzeugt, daß der Außenminister und sein Hauptberater Bahr schon vor Jahr und Tag diese innere Bereitschaft, vielleicht sogar Entschlossenheit, bei sich entwickelt haben – weil alles andere unaufhaltsam ist –, es dahin zu bringen.

Selbst wenn wir den ganzen Vertragsentwurf von Stoph[54] morgen unterschrieben, würde sich in menschlicher Beziehung oder sonst überhaupt nichts ändern, und die Mauer bliebe genauso stehen. Nun lese ich heute in einer Überschrift „Stücklen hält Gespräch zwischen Kiesinger und Stoph für möglich, um wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit und humanitäre Erleichterungen zu bekommen".[55] Da,

52 Die Berliner SPD hatte auf ihrem Klausurtreffen am 23./24. September 1967 in Glienicke ein neues Grundsatzprogramm zur Deutschland- und Berlin-Politik beschlossen, das sog. Glienikker Papier. Vgl. „Der Abend" vom 25. September 1967 „Das Glienicker Papier"; „Süddeutsche Zeitung" vom 25. September 1967 „Ein Deutschlandplan der Berliner SPD".

53 Protokoll der CDU Landesvorsitzenden-Konferenz am 27. September 1967 nicht vorhanden. Aktenvermerk zur Vorbereitung der Sitzung vom 25. September 1967 in ACDP 07-001-112.

54 Vgl. Anm. 46.

55 Richard Stücklen (1916–2002), Elektroingenieur; 1949–1990 MdB (1967–1976 Vorsitzender der CSU-Landesgruppe und stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag), 1950–1991 Mitglied des CSU-Landesvorstands, 1957–1966 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen. Vgl. LEXIKON S. 381. – Stücklen äußerte sich in einem Interview mit dem Deutschlandfunk am 8. Oktober 1967, vgl. CSU-Correspondenz vom 10. Oktober 1967.

Herr Bundeskanzler, entsteht erst recht die Frage, wie können wir vor der Weltöffentlichkeit – sollte es zu solchen Gesprächen kommen, was ich persönlich im übrigen gar nicht glaube, aber angenommen, es würde sich plötzlich eine Lage ergeben, die das ermöglichte – klarmachen: Es gibt gar keine Anerkennung, wenn der Bundeskanzler und Stoph miteinander reden. – Das könnte doch nach dem Verhandlungsgegenstand nur möglich sein bei ganz umwälzenden Entwicklungen, die uns nahelegten, diese Begegnung ist uns ein solcher Antrag wert – oder umgekehrt.

Aber ich fürchte, daß wir auch mit solchen Erklärungen – und am Freitag werden Sie im Bundestag danach gefragt werden[56] – in eine Entwicklung hineinrutschen, die wir nicht wollen, aber am Ende nicht mehr aufhalten können, und immer nur aus dem Wunsch, wir wollen fortschrittlich sein, wir wollen uns nicht anhängen lassen, daß wir die Bremser seien.

Nun eine Schlußbemerkung, Herr Bundeskanzler! Wir haben uns mit unserem Freund Lemmer in Berlin jahrelang als Bremser betätigen müssen, seit 1963. Inzwischen ist alles, was bisher in der Propaganda gegen uns gesprochen wurde, in der gesamten Berliner Stimmung ganz erheblich umgeschlagen. Der Rücktritt von Albertz hat sicher parteiinterne Gründe und Rivalitäten. Im tiefsten Grund ist der Sturz von Albertz darauf zurückzuführen, daß die Sozialdemokraten, die bisher 20 Jahre lang das Schicksal der Stadt mitgestaltet haben, plötzlich vor diesem Weg seiner Linkspolitik, seiner Anerkennungspolitik, die tiefsten Sorgen bekommen haben und mithalfen, den Mann zu stürzen.

Wir sollten aber, Herr Bundeskanzler, in solchen Augenblicken nicht soviel Furcht davor haben, als Bremser unter Umständen zu erscheinen, weil es hier einfach um Existenzfragen geht. Wir können leider in Berlin aus Geldmangel keine eigene Demoskopie durchführen. Wir verlassen uns auf das, was uns die Sozialdemokraten sagen. Das pessimistischste Bild, das sie uns bieten, besteht darin, daß sie uns haben wissen lassen, die Sozialdemokraten stünden bei 40% und die CDU bei 38%. (*Lemmer:* 39%!) Oder bei 39%! Das haben wir noch nie erreicht. Das war noch vor dem Sturz von Albertz, so daß also die Sozialdemokraten im Augenblick ihre absolute Mehrheit verloren haben würden. Das läßt mich hoffen. Ich möchte nur meinen, daß hier vielleicht Herr Schütz ein bißchen mehr in unserer Richtung wird tätig sein können. Aber er bleibt mitverantwortlich für die Beeinflussung von Brandt. Und er hat bisher den Weg von Brandt mitgemacht.

Ich glaube, Herr Bundeskanzler, daß es sicher richtig ist, alle Versuche zu machen, um der Welt zu beweisen, daß es nicht an unserem guten Willen scheitert. Effektive Schritte werden allerdings kaum noch – so ungeduldig wir alle sind – möglich sein, wenn wir die Anerkennung nicht wollen; auch dann wäre uns nicht geholfen. Ich sage nur hier. Irgendwo ist große Aktivität der Bundesregierung in der gesamtdeutschen Frage noch möglich, nämlich in Berlin. Das Nichtzufriedensein kann man nicht damit begründen, daß Berlin nicht genug Geldleistungen vom Bund bekomme – die Geldlei-

56 Vgl. Sten.Ber. 5. WP 126. Sitzung vom 13. Oktober 1967 S. 6357–6362, bes. S. 6358.

stungen sind groß –, sondern damit, daß man auf festem Boden stehen will; und man kommt erst auf die Beine, wenn die Bundesregierung im ganzen eine – so will ich mich mal ausdrücken – Sachverantwortung für das wirtschaftliche und kulturelle Leben der Stadt übernimmt.

Daß es im letzten Jahr nicht zu einer Entwicklung dieser Art gekommen ist, wird der Bundesregierung angelastet, mehr aber den Sozialdemokraten und ihren Ministern, weil weder Schiller noch Brandt noch Schütz oder Wehner effektiv für die Entwicklung in Berlin etwas getan haben; denn das ist eine Gesamtverantwortung. Ich bin der Meinung, Herr Bundeskanzler – und deshalb mein Wunsch, gelegentlich mit Ihnen darüber noch einmal sprechen zu können –, daß die Bundesregierung im ganzen für Berlin eine stärkere Sachverantwortung auf einem breiten Feld von Möglichkeiten übernimmt, weil nur so die Position gehalten werden kann und keine Bundesregierung es überstände, wenn es mit Berlin weiter abwärts ginge. Das ist eine ganz akute Gefahr. Das ist augenblicklich an der Stimmung in der Wirtschaft zu spüren. Von daher kommen im Augenblick die schärfsten Angriffe.

Aus dieser Sorge heraus kommt mein Appell an Sie, Herr Bundeskanzler, mit dazu beizutragen, daß wir für Berlin ein Sachprogramm entwickeln, wie es vor zwölf Jahren bereits geschehen ist, als wir noch in der großen Not der Arbeitslosigkeit gestanden haben.[57] Es war ein Sachprogramm, das fast bis heute gewirkt hat. Das brauchen wir wieder, wenn Vertrauen in der Wirtschaft geschaffen werden soll. Das wäre – so meine ich – ein sichtbarer, glaubwürdiger und überzeugender Beitrag zur gesamtdeutschen Politik. (*Lebhafter Beifall.*)

Kiesinger: Herr Kollege Schmücker!

Schmücker: Herr Bundeskanzler und Vorsitzender! Sie haben neulich im Kabinett einen Hinweis gegeben und gesagt: Wenn die Lage zu schwierig wird, dann soll man über den Sachverhalt nachdenken. Sie haben bewegte Klage geführt. Ich werde mich bemühen, über den Sachverhalt nachzudenken. Ich habe einen Zwischenruf gemacht, Herr Bundeskanzler, vielleicht deswegen, weil Zwischenrufe und ein kleiner „Vorbeibenimm" die sicherste Methode ist, um in der CDU zu Wort zu kommen! (*Bewegung und Heiterkeit.*) Ich sage das deswegen, weil wir inzwischen schon 160 Minuten getagt haben und ich erst der fünfte Diskussionsredner bin. (*Kiesinger:* Sie müssen dem Bundeskanzler und Parteivorsitzenden schon mal die Möglichkeit geben, in dieser Breite vorzutragen. Unter Konrad Adenauer hat man sich immer darüber beklagt, daß man ein paar nichtssagende Dinge gehört hat, – und damit basta! Ich habe mir wirklich Mühe gegeben, den Tatbestand eingehend vorzutragen.) Aber, Herr Bundeskanzler, ich muß

57 Die Bundesregierung und der Berliner Senat hatten am 27. April 1955 einen langfristigen Plan zum Aufbau der Stadt vereinbart. Er sah bis 1959 die Bereitstellung von fast 1,6 Mrd. DM für die Förderung von Arbeitsplätzen, Wohnungsbau und Industrieansiedlung vor. Zweite und Dritte Beratung des „Entwurfs eines Dritten Gesetzes zur Förderung der Wirtschaft im Land Berlin" (Drs. 1159 vom 22. Januar 1955) fanden am 25. Mai 1955 statt, vgl. Sten.Ber. 2. WP 82. Sitzung S. 4527–4530.

doch auch etwas sagen dürfen. Ich bin hier ... (*Kiesinger:* Niemand bestreitet Ihnen das! – *Unruhe.*)

Nun gut, aber meine Auffassung ist die, daß wir zu einer anderen Art der Diskussion kommen müssen. Das muß ich begründen. Ich setze dann noch eine Begründung hinzu; sie mag ein wenig spitz klingen, aber sie ist nicht so gemeint. Ich kenne aus der alten Zentrumszeit – ich war damals noch ein kleiner Junge – die Regel, daß man sagte: Man muß über alles sprechen, aber bitte am unzuständigen Ort, damit nicht zu schnell Beschlüsse gefaßt werden. Nun habe ich die Sorge, daß wir hier alle über alles sprechen und damit über nichts. Von daher kommt auch Ihre schwierige Position.

Wenn Ihnen zugearbeitet werden könnte für den Vorstand, dann wären wir aus der Sache heraus mehr und stärker gezwungen, Sie abzuschützen. Aber das passiert ja nicht in der Partei. Ich bedaure mit Ihnen, daß wir noch nicht die Geschlossenheit nach draußen zeigen, wie dies dringend notwendig ist. Auch das, was jetzt in den Zeitungen über Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen verbreitet wird, gehört auf die gleiche Linie und ins gleiche Feld.[58] Ich nehme Ihre Klagen sehr ernst. Wir haben in der Konferenz der Landesvorsitzenden auch darüber gesprochen, daß wir selber dazu beitragen müssen, um durch unsere eigenen Äußerungen den anderen keine Möglichkeiten zu geben, hinter Formulierungen etwas zu wittern, was nicht vorhanden ist. Aber das alles wird hin- und hergetragen, Herr Bundeskanzler. Ich habe Ihnen damals – ich wiederhole es – aus meiner Erfahrung gesagt: Als mein Verhältnis zu Herrn Erhard gestört wurde, wurde es gestört aus diesem Hause heraus. Nachher war ich monatelang nicht in der Lage, ihn draußen entsprechend zu vertreten, wie es notwendig gewesen wäre. – Das alles müssen wir doch offen miteinander diskutieren können! (*Zuruf:* Sehr richtig!)

Nun möchte ich zum Hauptanliegen zurückkommen, daß wir nämlich alle über alles sprechen. Ich würde sehr gern vorbereitet an der Debatte teilnehmen, die eben Herr Amrehn fortgesetzt hat. Ich kann es nicht, weil die Vorbereitung nicht da ist. Ich muß Ihnen sagen, daß in dem Bereich, in dem ich auch im Kabinett tätig sein soll, eine Vorbereitung zur Zeit nicht möglich ist, weil einfach die organisatorischen Voraussetzungen fehlen.

Die Wirtschaft beklagt sich über diesen und jenen; sie beklagt sich sicher über den Schmücker, aber auch über unseren Parteivorsitzenden. Sie beklagt sich auch über den Generalsekretär. Sie müssen die Möglichkeit schaffen, daß wir die Zu-Arbeit zum Bundesvorstand für Sie persönlich allmählich durchführen, und zwar nicht nur dieser Art wegen, sondern auch deswegen, weil die Finanzverfassungsreform, die vorhin ange-

58 In der niedersächsischen Presse war das Thema die Schaffung eines einheitlichen Landesverbands und die „Wachablösung" an der Parteispitze, vgl. „Hannoversche Allgemeine Zeitung" vom 2./3. September 1967 „Niedersachsen-CDU am Rande einer Wachablösung" und „Vorstoß für einheitliche CDU in Niedersachsen"; FAZ vom 14. September 1967 „Der Abschied von der Politik fällt schwer". – In Nordrhein-Westfalen beschäftigten sich die Zeitungen mit der Frage nach dem CDU-Spitzenkandidaten für die kommende Landtagswahl und dem damit verbundenen Streit zwischen Dufhues und Meyers, vgl. „Christ und Welt" vom 6. Oktober 1967 „Zweikampf der Advokaten"; „Kölner Stadt-Anzeiger" vom 6. Oktober 1967 „Meyers will nicht weichen"; „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 26. September 1967 „Führungsprobleme".

sprochen worden ist, natürlich nicht nur mit den Ländervertretungen besprochen werden muß, sondern auch mit der Fraktion, aber auch mit den Ländern; denn wie wollen wir auf die Landespolitiker einwirken, wenn wir nicht in der CDU selbst dieses Gespräch führen?

Herr Bundeskanzler, die wirtschaftliche Misere geht sicher auf vieles zurück, aber zu 70 bis 80% auf die unmögliche Finanzverfassung, die wir haben, und auf das schreckliche Nebeneinander und Gegeneinander in Bund und Ländern. Das hätten wir als Partei schon längst überspielen müssen. Es ist also notwendig, daß wir innerhalb der Partei über diese Dinge reden. Mit dem sachlichen Erfolg, der dabei herauskommt, den wir für Sie vorbereiten wollen, können Sie an die Öffentlichkeit gehen; das geht aber nicht, wenn alle über alles reden.

Ich bitte um Vergebung! Es kommt manchmal sehr hart aus meinen Munde. Ich meine das aber gar nicht so. Ich bitte Sie darum, helfen Sie uns, daß wir diese Voraussetzungen kriegen. Man könnte auch selbständig handeln, aber das ist ja nicht so; denn wir Deutsche sind so veranlagt: Ohne Auftrag, ohne die Institution geht es bei uns nicht. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich sehe ein bißchen abwertendes Lächeln. Es ist nicht von Ihnen, sondern von der anderen Seite. Ich will es Ihnen an einem anderen Punkt beweisen, Herr Bundeskanzler. Der Streit Sozialausschüsse : Wirtschaftsrat, bei dem sich die Mittelstandsvereinigung herausgehalten hat[59], ist sicherlich darauf zurückzuführen, daß beide Organisationen sehr stark sind; aber sie sind nur deshalb stark, weil die Partei schwächer ist. Wir können nun diese beiden Einrichtungen nicht schwächen, sondern wir müssen die Partei stärken. Darum müssen wir die Einrichtungen schaffen, die notwendig sind. Das ist mein Hauptanliegen. Es ist ein wichtiger Beitrag, um Ihre Position – Sie können sich darauf verlassen, daß ich daß will – zu stärken.

Kiesinger: Ich kenne Ihr Anliegen, Herr Schmücker. Es ist zweifellos richtig, wir haben ein ineffektives Nebeneinander von Wirtschaftsrat und Sozialausschüssen. Der Mittelstandskreis kommt noch hinzu. Daß wir hier straffen müssen, ist völlig klar. Ich möchte etwas sagen, nachdem Klage geführt worden ist, daß wir über alles reden. Das liegt in der Natur der Dinge. Was Sie sagen, ist richtig und wird gemacht, aber ich muß eben in Gottes Namen schon mal improvisieren, meine Herren, wenn es nicht gelingt, die CDU in der Großen Koalition zu einer festen und entschlossenen eigenen Gestalt zu machen. Dieser Versuch ist das Wichtigste; denn über die Substanz der Politik sind wir uns praktisch einig. Es gibt allerdings auch Nuancen.

Ich schlage vor, daß wir versuchen, eine Ordnung in die Diskussion zu bringen. Wir sollten also zunächst anknüpfen an das, was Herr von Weizsäcker begonnen und Herr Amrehn fortgesetzt hat. Wir können dann, wenn wir dieses Gebiet abgeschlossen haben, wieder zu den anderen Dingen übergehen. Sind Sie damit einverstanden, daß wir so verfahren? (*Zustimmung.*) – Herr Kollege Gradl!

---

59 Vgl. Nr. 14 Anm. 79. Zu Differenzen zwischen dem Wirtschaftsrat und den Sozialausschüssen kam es nach der Veröffentlichung des „Offenburger Erklärung" der Sozialausschüsse, vgl. „Stuttgarter Zeitung" vom 11. Juli 1967 „Wirtschaftsrat contra Sozialausschüsse".

Gradl: Herr Bundeskanzler, ich wollte nun ausnahmsweise auch mal etwas anderes sagen, (*Heiterkeit.*) aber ich will anknüpfen an das, was Herr von Weizsäcker begonnen und Herr Amrehn fortgesetzt hat. Die Schwierigkeit, den Standpunkt der Christlich-Demokratischen Union in den Fragen der Deutschlandpolitik vor der Öffentlichkeit überzeugend darzustellen, ist groß. Das liegt eigentlich nicht so sehr bei uns, sondern daran, daß sich in den Vorstellungen der breiten Öffentlichkeit eine gewisse Ungeduld paart mit Erwartungen, die von solchen Stellen genährt werden, die als anerkennungswürdig gelten.

Es ist eine ganz wichtige Aufgabe für uns, im Aktionsprogramm, mit dem wir doch im nächsten Jahr vor die staunende Öffentlichkeit treten wollen, in überzeugender Weise darzustellen, daß wir eine geschlossene, feste und der Zeit entsprechende und auf die Zukunft angelegte Deutschlandpolitik haben. Aber das zu beginnen, ist gar nicht so leicht. Es genügt nämlich nicht, eine Reihe von Leitsätzen – auch im Zusammenhang – zu entwickeln, sondern vorweg müßte eigentlich stehen, daß wir uns selber über die Grenzen, die es nach unserer Auffassung in der Zukunft geben muß, klar sind. Wir müssen uns darüber verständigen, wie wir das alles sagen.

Ich nehme jetzt nur ein Beispiel. Ich höre in Gesprächen mit Parteifreunden, aber auch mit Journalisten, die gar nichts mit uns zu tun haben, bei der Olympiade in München im Jahre 1972 werde daran festgehalten, daß es auf deutschem Boden nicht – unter Münchener Polizeischutz – die beiden Flaggen gibt, was ja wohl mal unsere Linie war, daß dies aber nicht ernst genommen wird.[60] Landauf, landab wird gesagt – und Herr Augstein[61] schrieb das: Es passiert gar nichts.

Dann entstehen also die Zweifel, und es wird gefragt: Was ist nun eigentlich bei euch in der CDU? Glaubt ihr, daß ihr das durchhalten könnt? Oder habt ihr euch damit abgefunden? Wenn wir noch für euren Standpunkt eintreten, dann haben wir vielleicht das Vergnügen, in zwei Jahren alles das entgegenhalten zu müssen, was wir heute kräftig sagen. Aber die Politik, die ihr macht, ist anders.

Nun kann keiner von uns dafür garantieren, weil wir nicht wissen, wie es 1972 aussehen wird und wer dann die Richtlinien der Politik bestimmt. Wir hoffen, daß wir es tun. Es darf heute jedenfalls – so meine ich – nicht einen Zweifel darüber geben, daß dies noch unsere Linie ist, oder wenn es sie nicht ist, wenn hier einer sitzt, der meint, hier müßten wir korrigieren, dann muß man darüber sprechen. Dazu werden wir heute keine Zeit haben, aber dann müssen wir es uns für die nächste Sitzung vornehmen. Verehrte Freunde! Ich habe nur ein Beispiel gebracht. Jeder von Ihnen ist wohl in der Lage, mehr Beispiele zu nennen. Wir müssen uns also selber Klarheit darüber verschaffen, wofür wir eintreten und wofür nicht.

Das Zweite ist – und hier sind wir doch alle bis zu einem gewissen Grade selber schuld – folgendes: Wir alle haben uns jahrelang das Leben zu leicht gemacht mit sche-

60 Vgl. Günter BUCHSTAB: Sport und Politik im geteilten Deutschland, in: HPM 8 (2001) S. 113–130, hier S. 123–126.

61 Rudolf Augstein (1923–2002), Journalist; Gründer und Herausgeber des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel"; 1972/73 MdB (FDP). Vgl. Dieter SCHRÖDER: Rudolf Augstein. Berlin 2004.

matisierten Formeln, die wir aus der Vergangenheit herübergenommen haben, die so herrlich bequem waren. Wenn wir gefragt worden sind, wie ist das mit der Oder-Neiße-Linie, dann kam doch schon, ehe der Fragende seine Worte zu Ende gesprochen hatte, die Antwort: Die Grenzen von 1937. Das steht im Vertrag.[62] – Diese bequeme Formel wurde geboten. Oder bei der Frage: Wie stellt ihr euch die Wiedervereinigung vor? – wurde gesagt: Durch freie Wahlen natürlich. – Heute können Sie das auch noch hören. Daß das eine Aufgabe der Politik ist, die wir machen wollen, nämlich deutlich zu machen, wie man zu freien Wahlen kommt – nicht die freien Wahlen, darüber brauchen wir nicht zu reden –, das ist es doch, und das wollen die Leute hören und wissen. Darin haben wir noch einigen Nachholbedarf in unserer Partei, diese sehr differenzierte Situation deutlicher zu machen, um dadurch wieder Vertrauen zu gewinnen.

Unsere Freunde draußen, insbesondere die jüngere Generation, sind in Verlegenheit, denn sie sagen: Da kommen die im Jahre 23 mit einer Aussage, die so verstanden wird: weitermachen wie bisher. – Damit kommen Sie draußen nicht weiter. (*Kiesinger:* Welches Jahr 23?) Ich meine im Jahre 23 nach der deutschen Teilung. Hier müssen wir Klarheit schaffen. Das soll aber ohne Zeitdruck geschehen. Darüber muß hier in diesem Kreis gesprochen werden. Aber das muß vorbereitet werden. Man kann auch einen Abend dazu nehmen. Meinetwegen, Herr Kollege Heck, gehen wir aus von den beiden Entwürfen zum Aktionsprogramm: Kapitel Deutschland.[63] – Wir haben ja zwei, eines von der Gruppe, eines von hier. Machen Sie etwas. Dann wollen wir darüber reden. Wir werden sehen, wohin wir kommen.

Herr Bundeskanzler, Sie haben wörtlich gesagt: Wenn der Eindruck entsteht, daß der Kanzler zwischen der SPD und seiner Partei steht ... – Dieser Eindruck wird draußen gepflegt. Ich will ein Beispiel sagen, wo es in einer beinahe schreienden Deutlichkeit geschieht. Es gab diese Sendung „50 Jahre Sowjetunion".[64] Am Ende dieser Sendung, die hochinteressant war, auch wenn man im einzelnen mancherlei auszusetzen hat, gab das Schlußwort Günter Gaus[65], der natürlich für die Anerkennung der DDR ist. Das ist einer seiner Schlüsse, die er aus „50 Jahre Sowjetunion" zieht. Dann sagte er: Gott sei Dank, wir haben ja in Bonn den Bundeskanzler Kiesinger, der gegen den Willen seiner Partei versucht, die Linie – alles wörtlich –, die Herr Brandt und Herr Wehner vorgezeichnet haben, durchzusetzen. (*Kiesinger:* Herr Gaus ist einer von denen!) Wenn das

62 Der Deutschland-Vertrag vom 26. Mai 1952 in der Fassung vom 23. Oktober 1954 sah in Art. 7 § 1 vor, daß die „endgültige Festlegung der Grenzen bis zu dieser Regelung [einem Friedensvertrag] aufgeschoben werden muß." Vgl. BGBl 1955 II S. 305–320, hier S. 309.

63 Vgl. ACDP 07-004-317/2. – Gradl hatte am 28. August 1967 der „Kommission Deutschlandpolitik" einen eigenen Entwurf eingereicht, vgl. „Nachgereichter erweiterter Entwurf für den Beitrag Deutschlandpolitik vom 17. Juli 1967 zum Aktionsprogramm" in ACDP 01-294-058/1.

64 „Bestandsaufnahme – 50 Jahre nach der sowjetischen Oktoberrevolution" am 28. September 1967 von 20.15 Uhr bis 21.45 Uhr in der ARD.

65 Günter Gaus (1919–2004), Journalist; 1965–1969 Programmdirektor beim Südwestfunk in Baden-Baden, 1969–1973 Chefredakteur des „Spiegel", 1973 Staatssekretär im Bundeskanzleramt, 1974–1981 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR. Memoiren: Widersprüche. Erinnerungen eines linken Konservativen. Berlin 2004.

so ist, dann kann man sich nicht darüber wundern. (*Kiesinger:* Ich weiß nicht, was sie damit sagen wollen!) Ich will Ihnen an einem Beispiel zeigen, daß es den systematischen Versuch gibt, die Partei und den Bundeskanzler auseinander zu manövrieren und die Partei in den Ruf zu bringen, sie ist erklecklich rückständig und bremst ab.

Ich habe das auch nur gesagt, um eine Empfehlung zu geben; Sie sollten sich die Mühe machen, sich mit jedem Intendanten und seinem Stellvertreter einzeln, und zwar immer nur die beiden zusammen, in camera caritatis darüber zu unterhalten, aber den entscheidenden Akzent nicht auf dieses Auseinandermanövrieren zu legen, sondern darauf, daß diese Leute, ob gewollt oder ungewollt, genau der Politik zutiefst schaden, die nach Ihrer Meinung aktiv entwickelt werden soll, weil sie die Erwartungen der Gegenseite immer mehr steigern und dadurch die Starrheit der Gegenseite noch größer wird.

Es ist neulich im gesamtdeutschen Ausschuß[66] darüber diskutiert worden: Was uns fehlt, ist in diesem Lande in der Publizistik ein Konzept, ein Gefühl der Verpflichtung, daß man, selbst wenn man einmal nicht derselben Meinung wie die Regierung ist, auch einmal Spielraum geben muß, daß man auch einmal ein sacrificium intellectus bringen muß. Auf dieses kommt es also im wesentlichen an. Das können nur Sie herbeiführen, weil Sie die Autorität haben. Sie sind immer noch der „liebe Gott" für die Deutschen. (*Zuruf:* Beinahe! – *Heiterkeit und Bewegung.*)

Kiesinger: Ich habe gesagt, ich kann das nur tun, wenn meine Partei mir hilft. Ich kann tun und sagen, was ich will, wenn meine Partei nicht hilft, geht es nicht. Ich weise nochmals auf die Bonner „Käseglocke" hin, sowohl im Dezember 1966 wie auch heute. Da redet doch jeder mit jedem. Und dann wird mir gesagt: Ihre Partei ist doch ganz anderer Meinung als Sie; sie will die Große Koalition eben doch nicht usw.

Gradl: Herr Bundeskanzler, ich glaube, daß Sie der Partei Unrecht tun. Ich glaube nicht, daß die kritischen Äußerungen, die gemacht werden, sich gegen Sie richten, sondern das, was in der Partei kritisch bemerkt wird, ist etwas anderes. Mir gefällt es auch nicht immer, was kritisch gesagt wird. Aber ausgelöst wird das in der Regel – wie die meisten Kollegen glauben – durch die notwendige Abwehr einer Überdrehung Ihrer Politik durch die Sozialdemokraten, die darauf ...

Kiesinger: Nein, Herr Gradl, das will ich gerade haben. Die Dinge sind so. Ersparen Sie es mir, daß ich Namen nenne. Ich könnte Ihnen eine lange Liste von Namen nennen. Bitte, seien Sie nicht prüde, meine Herren, es hat keinen Zweck, das zu sagen, weil man wünscht, daß es anders sei. (*Amrehn:* Man muß es wollen, daß es anders wird!) Natürlich muß man das wollen! Ich kann nur immer wieder sagen, das Übel der CDU, das zur Krise des letzten Herbstes geführt hat, ist noch nicht überwunden. Wie oft muß ich

66 Der Ausschuß war am 3. Juni 1966 durch das CDU-Präsidium eingerichtet worden und sollte auf „Initiativen des Ostens in der Deutschlandpolitik" reagieren, eigene Initiativen in der Deutschlandpolitik prüfen und alle Probleme im Hinblick auf die Olympiade 1972 erörtern. Mitglieder waren Franz Amrehn (Vorsitzender), Johann Baptist Gradl, Franz Thedieck, Werner Marx, Werner von Lojewski und Siegfried Dübel (vgl. Heck an Amrehn vom 7. Juni 1966 in ACDP 01–295–018/4).

das hier in diesem Kreis und in anderen Kreisen sagen! Wir sind doch nicht allein durch eine falsche Politik in die Krise des letzen Herbstes geraten! Das wissen wir doch! (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) – Zu diesem Thema Herr Kollege Stoltenberg.

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler, ich stimme Herrn Gradl in der Sache völlig zu. Die Folgerungen sind schon ausgesprochen. Es geht um zwei Dinge. Sie haben Ihre Absicht ja ausgesprochen. Es geht darum, das innerhalb der Bundesregierung zu tun. Es geht um die Partei und die Regierungsfraktionen, daß wir nun wirklich klar festlegen, was in der Deutschlandpolitik und in der Ostpolitik möglich ist, welchen Bewegungsspielraum wir sehen und wo die Grenzen sind.

Wenn wir das aus dem Zwielicht nicht herausbringen, dann werden wir das erreichen, was Kollege Gradl treffend gesagt hat, daß nämlich die Politik bedroht wird, weil sich die andere Seite ganz offensichtlich der Erwartung hingibt, daß die Positionen, von denen aus wir verhandeln, im Grunde genommen schon halb geräumt sind. Und das ist das Schlimmste, was in einer solchen Auseinandersetzung mit einem solchen Gegner passieren kann. Ich meine, daß diese Klarstellung unserer eigenen Reihen, aber auch innerhalb des Kabinetts, notwendig und möglich ist. Wir sollten uns für die Vorbereitung die erforderliche Zeit nehmen. Ich meine, daß das Kabinett einen halben oder einen ganzen Tag dafür Zeit haben muß, damit wir zu einem Ergebnis kommen können. Wir werden dann vielleicht feststellen, daß die eigentliche Nahtstelle, die eigentliche Bruchstelle, gar nicht so sehr zwischen uns, sondern innerhalb der Sozialdemokraten liegt. Das kann unter Umständen auch zu einer Klärung führen. Ich halte das also für dringend notwendig; denn wenn diese Dinge noch eine Weile so weitergehen, dann werden die Chancen einer sachlichen Klärung mit der SPD erheblich schwieriger sein als jetzt.

Ich möchte noch etwas zu dem sagen, was der Kollege Schmücker ausgeführt hat. Wir sind nicht in der Lage, unsere eigene Politik in den Bereichen zu formulieren – in der Außenpolitik und in der gesamtdeutschen Politik –, in denen wir – wie das bisher 17 Jahre lang gewesen ist – nicht mehr den Regierungsapparat zur Verfügung haben, sondern wir sind nur dann in der Lage, das zu tun, wenn wir neue und wirkungsvolle Methoden der innerparteilichen Arbeit entwickeln. Es ist auch mit einer solchen Aussprache im Bundesvorstand – so wertvoll sie ist –, die irgendwo zeitlich abbricht, noch nicht getan. Wir müssen einen Weg finden im Zusammenwirken von Partei und Fraktion, ständig kleine, aber wirkungsvolle Arbeitsgruppen zu haben, die die Diskussion verfolgen, die Formulierungen erarbeiten, die wir brauchen.

Dazu müssen wir als Partei den Versuch machen, uns mit einem bestimmten Potential – aus der Wissenschaft, aus Forschungsinstituten, aus der Publizistik usw. – stärker als bisher querzuschalten, um die Reserven und das Potential zu haben, die wir hierfür brauchen.

Das ist eine Aufgabe für das Präsidium, den Generalsekretär und die Fraktionsführung, weil wir mit einer einmaligen Anstrengung, so sehr sie zu begrüßen ist, wie das Aktionsprogramm, zwar die Vorraussetzungen und vielleicht die Formulierungen haben, aber noch nicht die Kraft, um mit diesen Formulierungen eine führende Initiative

in der deutschen Diskussion zu entfalten. Die bisherige Methode, die wir heute noch in den Schlagzeilen und in den Interviews haben, ist meines Erachtens verhängnisvoll. Sie hat uns in den vergangenen Jahren entscheidend geschwächt und zu der Krise im vergangenen Herbst beigetragen. Es ist wieder etwas aufgelebt in der letzten Zeit. Und das ist sehr bedenklich; denn damit wird die Verwirrung ins Unermeßliche gesteigert.

Kiesinger: Herr Kollege von Hassel!

Von Hassel: Herr Bundeskanzler! Wer in den letzten zwölf Tagen an den drei Veranstaltungen teilgenommen hat, von denen die erste am Mittwoch, dem 27., die Landesvorsitzenden mit dem Generalsekretär zusammenführte, die zweite am vergangenen Dienstag im Arbeitskreis V der Bundestagsfraktion mit einer außerordentlich umfassenden Debatte[67], und am vergangenen Freitag unter der Leitung von Staatsekretär von Eckardt eine Arbeitsgruppe „Gesamtdeutsche Politik" in einer Klausurtagung von mittags um 1.00 Uhr bis abends um 8.00 Uhr[68], der hat erstens den Eindruck, daß in der Tat dieses Thema die Partei in breitesten Schichten zutiefst erregt, und zweitens, daß in der Sache, in der Struktur Ihrer Politik im Grunde genommen keine Differenz nennenswerter Art besteht. Ich meine, daß wir eines sicherstellen müssen: Auf der Gipfelebene diese drei Gespräche fortzusetzen, wo solange diskutiert wird, bis geklärt werden kann, ob irgendwo Restbestände einer anderen politischen Auffassung in unseren Kreisen noch vorhanden sind. Und dafür scheinen mir die entscheidenden Gremien der Arbeitskreis V der Bundestagsfraktion der CDU/CSU und der kleine Arbeitsausschuß, den Staatssekretär von Eckardt leitet, zu sein.

In diesen Kreisen hat sich herausgestellt, daß Differenzpunkte oder Fragezeichen, die irgendwo sein könnten, ausräumbar sind, wenn man sich systematisch mit jeder einzelnen Teilthematik dieser Deutschland- und Ostpolitik beschäftigt. (*Unruhe.*) Meine Bitte Nummer 1 ist die, daß wir innerhalb der nächsten 14 Tage diesen Meinungsbildungsprozeß, von dem ich glaube, daß er praktisch schon zu 90% eine einheitliche Meinung innerhalb der CDU/CSU gebracht hat, so fortsetzen, daß wir von unserer Seite sagen können, innerhalb der CDU/CSU ist wirklich eine einheitliche Auffassung. Weil wir von der Partei aus keinen Ausschuß für Deutschlandpolitik oder gesamtdeutsche Politik – wie Sie es nennen wollen – haben, bleibt nichts anderes übrig, Herr Kollege Barzel, als daß dieser Arbeitskreis V die entscheidende Arbeit macht.

Herr Bundeskanzler, in der Klausurtagung am vergangenen Freitag unter Herrn von Eckardt hat Herr Alphons Horten, der selber nicht Berliner ist, der aber den Auftrag von Herrn von Eckardt hatte, über Berlin zu berichten, nach seinen mehrtägigen Besuchen

67 Die Sitzung des AK V der CDU/CSU-Fraktion fand am 3. Oktober 1967 statt. Das Protokoll liegt nicht vor, da die Sitzung vertraulich war (ACDP 08-001-411/2).

68 Felix von Eckardt (1903–1979), Journalist und Diplomat; 1929–1933 Presseattaché in Brüssel und Vertreter des Wolff'schen Telegrafen-Büros, 1945 Mitgründer und bis 1951 Herausgeber und Chefredakteur des „Weser-Kurier", 1952–1955 und 1956–1962 Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (seit 1958 als Staatssekretär), 1955/56 Ständiger Beobachter bei den Vereinten Nationen, 1962–1965 Bevollmächtigter der Bundesregierung Deutschland in Berlin, 1965–1969 MdB (CDU). Vgl. LEXIKON S. 226. – Protokoll liegt nicht vor.

dort, wo er mit 25 kompetenten Leuten gesprochen hat, einen ungemein guten Beitrag zur Berlin-Situation gegeben, der nicht irgendwie gefärbt war durch diese oder jene lokale Berliner Situation, so daß ich vorschlagen möchte, Herr Kollege Barzel, Herrn Horten zu einem halb- bis dreiviertelstündigen Vortrag – wie er ihn neulich gehalten hat – innerhalb des Fraktionsvorstands zu bitten.[69] Der Vortrag eignet sich nicht für eine publizistische Verbreitung, weil er die Lage Berlins äußerst kritisch beurteilt und eine Fülle von wirklich begründeten Beispielen dort gibt, die jeden zutiefst erregen können, die im wesentlichen an die Situation innerhalb der SPD anknüpfen.

Wenn man den Vortrag verbreiten würde, dann gäbe es sicher Ansatzpunkte, Herr Kollege Barzel, ein wenig in Trauerstimmung zu machen und zu sagen, es hat ja doch alles keinen Zweck. Dennoch ist dieser Vortrag so ausgezeichnet, daß man aus ihm, Herr Bundeskanzler, ableiten kann, was etwa die CDU ihrerseits tun könnte, um dieses Thema wieder in eine Ordnung hineinzubringen, so daß wir der Zukunft wieder mit etwas mehr Ruhe begegnen können.

Herr Kollege Amrehn, Herr Horten hat bei der Gelegenheit vorgeschlagen, die CDU solle sich überlegen, ob sie nicht einen gut durchdachten Berlin-Plan von sich aus aufgreifen kann. Darüber hat es offenbar in Berlin selbst zwischen Ihnen und Herrn Horten eine Reihe von Vorschlägen gegeben. Ich halte diese Thematik, die Herr Horten vorgetragen hat, für so bemerkenswert, daß man dazu auch hier im Bundesvorstand Stellung nehmen sollte.

Herr Bundeskanzler, es ist Voraussetzung hierbei, daß wir uns darüber klar sind, was wir wollen, und daß man diese Klarheit dann auch draußen in den Provinzen – verzeihen Sie diesen harten Ausdruck – verbreitet. (*Amrehn:* Zum Beispiel in Bonn! – *Heiterkeit.*) Das können wir mit dem machen, was wir hier über die Deutschlandpolitik und Ostpolitik erarbeitet haben. Das kann geschehen in guten Presse-Gesprächen. (*Kiesinger:* Das tut sogar Herr Wehner für mich!)

Das müssen aber Pressekonferenzen sein, zu denen nicht nur die Großkopfeten kommen, sondern dazu muß das breite Pressevolk eingeladen werden. Das muß kolportiert werden mit den besten Spezialisten, die wir auf den Gebieten der Deutschlandpolitik und der Außenpolitik haben. Und das kann dazu führen, daß die Leute draußen Verständnis bekommen für Ihre Politik, Herr Bundeskanzler.

Die SPD hat genaue Rednerinformationsdienste. Die Redner ziehen z. B. einen Zettel aus der Tasche, und dann wissen sie genau, jetzt kommt das Argument Nummer 17 b, dann kommt vielleicht Nummer 22 a usw. Genau das müssen wir ebenfalls haben. Wir brauchen einen vernünftigen Informationsdienst, der laufend mit Deckblättern ergänzt wird, wenn neue Entwicklungen kommen.[70] Freund Schmücker hat die Parteiarbeit angesprochen. Ich möchte vorsorglich eine Wortmeldung kundtun zu einem späteren Tagesordnungspunkt: Parteiarbeit. Ich habe mich jetzt nur zur gesamtdeutschen Politik geäußert.

---

69 Nicht zu ermitteln.

70 Christlich-Demokratische Union Deutschlands: Rednerdienst. Bonn 1952–1972 (Erscheinen eingestellt).

Kiesinger: Herr Klepsch!

Klepsch: Wir sollten noch über die Parteiarbeit sprechen, weil auch ich das für notwendig halte. Nun möchte ich das unterstützen, was Herr von Hassel ausgeführt hat. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Gremien in der Parteiführung und in der Fraktion, die sich mit der Deutschlandpolitik des Bundeskanzlers beschäftigen, weitgehend Übereinstimmung erzielt haben, so daß es eigentlich an der Zeit wäre, wenn wir das möglichst deutlich an die Landesverbände und die verschiedenen Gremien geschlossen heranbrächten. Ich glaube allerdings nicht, das will ich ausdrücklich sagen, daß das auf die ganze Partei ohne weiteres übertragen werden kann, sondern da muß erst diese Aktion durchgeführt werden.

Wenn in der jungen Generation und auch in der Jungen Union über Anerkennung gesprochen wird, dann wird sie nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Zwei-Staaten-Theorie gesehen, sondern auch von der Befürchtung her, das die Anerkennungspolitik zu einem Ergebnis führen wird, daß man zusammenfassen kann mit den Worten: sozialistisches Gesamtdeutschland. Es wird weiter gesagt, weil dies sowieso der Entwicklungsprozeß sei, wäre es doch besser, die Anerkennung jetzt zu machen, um somit klare Fronten zu schaffen. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich weiß, welcher Denkfehler in diesen Überlegungen liegt. (*Kiesinger:* Das ist das, was ich meinte, als ich sagte, es sind ganz verschiedene Motive.)

Ich wollte es nur einmal gesagt haben. Die sozialdemokratische Parteiführung wird immer vor dem Problem stehen, den linken Flügel angebunden halten zu müssen. Das kann sie eigentlich nur über das Bild vom sozialistischen Gesamtdeutschland. Ich weiß nicht, wie man anders dem linken Flügel klarmachen will, daß er an dieser Politik partizipieren soll. Ich meine also Leute wie Dröscher[71] usw. Diesen Druck spürt auch Herr Wehner, der sich im gesamtdeutschen Ausschuß klar als Interpret Ihrer Politik erwiesen hat. Er erfuhr eigentlich Zustimmung nur von den CDU-Ministern. Die Sozialdemokraten haben geschwiegen.

Wenn wir von der Situation ausgehen, die bei der SPD besteht, dann können wir nicht anders verfahren, als daß wir bei der Interpretation Ihrer Politik der SPD gegenüber nur unsere Akzente setzen können. Der Bundeskanzler erwartet von uns auch, daß wir ihn in dieser Weise entlasten. (*Unruhe und Bewegung.*) Es mag ihm auch manchmal so gehen, daß er nicht alles so genau im Detail weiß, was wir da sagen werden oder tun. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich will keiner Illoyalität in der Fraktion das Wort reden, sondern mich nur bemühen, unsere Interpretation der Regierungspolitik vorzutragen. (*Kiesinger:* Es soll darauf hinauslaufen: Das ist die Interpretation des Kanzlers, der wir zustimmen. – Dazu muß man die Gelegenheit wahrnehmen.)

Nun muß ich aber sagen, Herr Bundeskanzler, so leicht wird uns das nicht fallen. Ich will es an einem Beispiel erläutern. Ich mußte vor ein paar Tagen bei der Sendung „Mo-

71 Wilhelm Dröscher (1920–1977), Kaufmann; 1946 KPD, 1949 SPD, 1955–1957 MdL Rheinland-Pfalz, 1957–1971 MdB.

nitor" ein paar Fragen beantworten.[72] Der Kern des Interviews war folgende Frage: Wie steht die Junge Union zur Deutschland- und Ostpolitik? – Ich habe gesagt: Wir stehen alle voll und ganz hinter dem Bundeskanzler. Der Bundeskanzler wird manchmal etwas fehlerhaft interpretiert von der Publizistik. (*Zuruf:* Etwas – ist gut!)

Wir wollen gar nicht, daß Kiesinger und Wehner auseinandermanövriert werden. Sie wollen auch beide das gleiche. Es gibt aber gewisse Kreise in der Umgebung des Außenministers, von denen wir meinen, daß man mit Besorgnis ihrer Interpretation folgen muß. – Darauf fragte mich der Betreffende: Meinen Sie Herrn Bahr? – Ich sagte: Ja. Das war der Kern des Interviews. Das alles ist aber nachher von der Chefredaktion weggeschnitten worden, so daß nur noch ein paar Rankenfragen übrigblieben. Ich wollte also sagen, es ist manchmal sehr schwer, das Interpretieren an den Mann zu bringen.

Kiesinger: Herr Ernst Lemmer!

Lemmer: Seit acht Tagen gibt es in der kommunistischen Publizistik eine ganz neue Terminologie der CDU gegenüber. Und ich weiß nicht, ob das hier zum Ausdruck gekommen ist. Seit acht Tagen wird von den zwei Strömungen in der CDU gesprochen, so wie man es seit Jahren gegenüber der SPD formuliert hat. Man spricht von den Ultras, zu denen der Bundeskanzler gehört, und von den Vernünftigen, die allmählich erst begännen, Fuß zu fassen. Wen man damit meint, weiß ich nicht. (*Unruhe.*) Ich möchte diesen ganz neuen Tatbestand eines solchen Versuches, die CDU nicht mehr als eine Einheit anzusehen, hier kurz vorbringen. Ich will beginnen mit einer Darstellung in knappen Sätzen von dem, was sich am Freitag abgespielt hat bei der Rathenau-Feier in der Freien Universität[73], weil es mehr darstellt, als Herr Horten in acht Tagen Aufenthalt erfassen kann, um was es in Berlin geht.

Auf dieser Feier sprach Brandt, der dauernd so stark unterbrochen wurde, daß er nicht mehr zu verstehen war, und zwar durch Klopfen an den Scheiben von draußen, so daß Herr Brandt sich zu der Bemerkung hinreißen ließ: Wenn man nicht fertig wird damit, dann muß ich vom Rednerpult runter und rausgehen und den Versuch machen, die Ordnung wiederherzustellen. (*Amrehn:* Es fehlt noch der Zwischenruf: Da werden Sie Ihre Bengel antreffen! – *Zuruf:* Einen der Bengel! – *Unruhe.*) Ja, das war der Zwischenruf.

Meine Damen und Herren! Diese Versammlung hatte ein sehr peinliches Ende, als nämlich von der Polizei die Prominenz gebeten wurde, nicht durch den Hauptausgang hinauszugehen, sondern durch einen Nebenausgang unauffällig zu verschwinden – was auch geschah! (*Unruhe und Bewegung.*) Jedenfalls ging ich durch den Hauptausgang,

---

72 Die „Monitor"-Sendung vom 6. Oktober 1967 (Autor: Klaus Bresser) befaßte sich mit der Jungen Union. – Vgl. auch Klepsch vor dem CDU-KV Koblenz, wo er die Übereinstimmung von Kiesinger und Brandt in den Zielen der Deutschland- und Ostpolitik betonte, die „keineswegs eine Ostpolitik der SPD [sei], so wie Außenminister Brandts Sonderbotschafter Egon Bahr sie interpretiere" („Rhein-Zeitung" vom 6. Oktober 1967).

73 Vgl. Anm. 16. – Vgl. auch „Berliner Morgenpost" vom 7. Oktober 1967. – Walther Rathenau (1867–1922, ermordet), Industrieller und Politiker; 1893–1899 Leiter der Elektro-Chemischen Werke, 1915 Präsident der AEG, 1922 Reichsaußenminister.

zog dabei die Schmähungen von Hunderten auf mich und bin – was nicht in der Zeitung stand – körperlich angegriffen worden. Ich habe mit einem Kinnhaken zurückgeschlagen. (*Lebhafter Beifall und Heiterkeit.*)

Gestern war die Polizei bei mir – am Sonntag nachmittag – in meiner Wohnung, um mich zu bitten, Strafantrag zu stellen. Der Täter sei seit langem bekannt, er komme aus Hannover, habe aber einen Berliner Personalausweis, gehe trotzdem in der chinesischen Botschaft aus und ein, und die sowjetzonalen Grenzorgane ließen ihn mit diesem Berliner Ausweis durch. Der Name ist bekannt.

Das Zusammenspiel zwischen Rotchinesen und anderen Kommunisten sollte nicht so harmlos gesehen werden, wie es so in der allgemeinen weltpolitischen Betrachtung zur Zeit Mode geworden ist; denn das ist meines Erachtens eine sehr bedenkliche Erscheinung.

Die Politik, Herr Bundeskanzler, die Sie in der Berlin- und Deutschlandfrage vertreten, leidet nur unter einem, woran Sie unschuldig sind, an der bewußt falschen Interpretation durch einen Teil der SPD. Das ist nämlich der wunde Punkt. Das zeigte sich in Kassel auf der mitteldeutschen Tagung durch den sogenannten Parlamentarischen Staatssekretär Jahn[74] aus Marburg, der bemerkte: Seitdem wir in der Regierung sind, ist die Deutschlandpolitik endlich aktiviert. – Er gebrauchte dann ein Bild aus dem Sport und sagte: Beim Fußballspiel kann man nicht auf der Mittellinie stehenbleiben, wenn man siegen will, sondern man muß in die gegnerische Spielhälfte eindringen, um Tore schießen zu können. – Das habe man bisher nicht getan. Man sei an der Mittellinie stehengeblieben vor dem Eintritt der SPD in die Regierung. Zufällig bin ich auch alter Fußballer und konnte ihm unter dem Jubel eines großen Teiles der Zuhörer sagen: Herr Jahn, zum Fußballspiel gehört zunächst einmal die Sicherung des Tores, damit der Gegner keine Tore schießen kann. Das war die Politik, bevor die SPD eingetreten ist. Jetzt haben wir diese Sicherung, und nun kann vielleicht eine andere Politik versucht werden.

Ich will damit nur sagen, die SPD gibt die falschen Töne, und infolgedessen gerät unsere Deutschlandpolitik nicht in die Beleuchtung, die sie meiner Ansicht verdient.

Zu Berlin noch eine Bemerkung! Ich bin denen dankbar, die hier gesprochen haben, weil sie mit mir fühlen, daß Berlin der neuralgische Punkt der Deutschlandpolitik ist und noch darüber hinaus. Wir haben auf den letzten Brief unseres Kanzlers in der kommunistischen Propaganda seit langer Zeit erstmalig wieder massive Drohungen zur Kenntnis nehmen müssen, welche Folgen sich für Berlin daraus ergeben würden. Ich ahne die konkreten Folgen seit heute, weil Herr Ulbricht in seiner Rede vom Sonnabend von der Notwendigkeit sprach, über Verkehrsregelungen müsse nun gesprochen

74 Vgl. dpa vom 29. September 1967 „Staatssekretär Jahn: ‚Freigewählte Zonenregierung anerkennen'". – Gerhard Jahn (1927–1998), Rechtsanwalt und Notar; 1950–1954 Sekretär des SPD-Unterbezirks Marburg-Frankenberg, 1956–1978 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Marburg, 1957–1990 MdB, 1961–1963, 1965–1967 und 1974–1990 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, 1967–1969 Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1969–1974 Bundesminister der Justiz. Vgl. KEMPF/MERZ S. 332–335.

werden, der also ohne seine übliche Bedingung, erst den Vertragsentwurf anzuerkennen, zunächst die Verkehrsregelung vorziehen will, um das durchzuführen, was wir seit langem befürchten, daß nämlich die kommunistische Aktivität in absehbarer Zeit – nicht in unabsehbarer Zeit – Berlin gegenüber neue Formen annehmen wird, die zu einer bedenklichen Gefährdung West-Berlins führen können.[75]

Hier rechtzeitig in diesem Bundesvorstand darauf aufmerksam gemacht zu haben, halte ich für meine Pflicht. Die Malaise wird aber nicht nur durch die schizophrene SPD dargestellt. Die Brandt-Rede war übrigens völlig schizophren: zunächst großartige Formulierungen, die einen begeistern, und dann auf einmal Zwischentöne und Zwischensätze, die überhaupt nicht da hineinpaßten, die ihm aber nichts nützen, weil die Resonanz seiner Rede in der Ost-Berliner Publizistik gestern so eindeutig negativ gewesen ist. Er hatte den Satz ausgesprochen: Von der Bundesrepublik her wird es kein neues Rapallo geben.[76] – Rapallo spielt natürlich bei einer Würdigung Rathenaus eine gewisse Rolle.

Aber die andere Malaise kommt von den Alliierten. Das muß ich hier einmal aussprechen. Die Alliierten sind unterschiedlich zu beurteilen. Ich möchte nicht deutlicher werden. Jedenfalls werden von den Alliierten vornehmlich und nachweisbar diejenigen ermutigt, die diese Unklarheit in die gesamtdeutsche Politik hineinbringen möchten. Auch was die Behandlung Berlins betrifft, mache ich mir deshalb große Sorgen, weil ein immerhin bemerkenswerter Mann der Alliierten sich mir gegenüber erstaunlich offen ausgesprochen hat über seine Sorgen hinsichtlich der weiteren Entwicklung in Berlin.

Ich möchte allgemein noch sagen, Herr Bundeskanzler, trotz Ihrer Initiative, die unsere volle Zustimmung gefunden hat – auf der mitteldeutschen Tagung ist Ihr Brief einmütig gebilligt worden nach einer äußerst fairen Rede von Wehner, was ich auch in diesem Zusammenhang feststellen muß –, sind wir, weil wir in der Demokratie leben, im Nachteil. Die Demokratie ist schwach, solange es ihr nicht an die Gurgel geht. Drüben bleibt alles systematisch, logisch, diszipliniert, zielbewußt, bei uns gibt es Abwehrreaktionen, ein trübes Chaos der öffentlichen Meinung. Die sowjetischen Beobachter müssen ja durch den Anblick unserer sogenannten öffentlichen Meinung ermutigt werden, bald ihre große Initiative zu beginnen, weil sich unser Volk und insbesondere Berlin selbst in einem solchen erbarmungswürdigen Zustand – und damit die ganze westliche Welt – befindet.

Der Kalte Krieg, von dem die östliche Propaganda spricht, wird völlig einseitig offensiv vom Osten gegen den Westen geführt. Nur unsere Publizisten haben es z. T. nicht

75 Rede Ulbrichts anläßlich eines Empfangs zum 18. Jahrestag der DDR, vgl. „Neues Deutschland" vom 8. Oktober 1967.

76 Vgl. Anm. 16. – Im italienischen Seebad Rapallo wurde am 16. April 1922 zwischen dem Deutschen Reich und der RSFSR ein Vertrag abgeschlossen, der als Muster einer anti-westlichen deutsch-sowjetischen Allianz interpretiert wurde, vgl. Hermann GRAML: Die Rapallo-Politik im Urteil der westdeutschen Forschung, in: VfZ 18 (1970) S. 366–391.

begriffen, indem sie immer noch von den kalten Kriegern bei uns sprechen. Man soll mir mal einen zeigen, der noch kalter Krieger ist.

Selbst ich verliere allmählich die Courage. Ich staune über meinen Mut zu dem Kinnhaken am Freitag abend. (*Heiterkeit und Bewegung. – Gerstenmaier:* Das war eine spontane Reaktion, keine politische! – *Heiterkeit.*) Das war keine politische. Ich habe nun den Mann auf Wunsch der Polizei verklagt; er ist Hannoveraner, ein anderer ist aus Baden-Württemberg. Unter allen, die ich angetroffen habe, war nicht ein Berliner Student. Einer kommt aus Essen, einer aus Stuttgart. Wer holt die heran? Wie sind die ausgesucht? Wer bezahlt die? Auch diese Fragen müssen geklärt werden.

Die deutsche politische Polizei vermutet, die chinesische Botschaft mit Wissen der Russen, mit Wissen der sowjetzonalen Organe.

Nun möchte ich vorschlagen, unseren Freund Amrehn zu Herrn Horten als Korreferenten in Erscheinung treten zu lassen.

Überlieferung bricht hier ab.

16

Bonn, Montag 4. Dezember 1967

Sprecher: Amrehn, Barzel, Dufhues, Erhard, Fay, Fricke, Gerstenmaier, von Hassel, Heck, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Kraske, Lemmer, Lücke, Meyers, Scheufelen, Schmücker, [Schröder], Schwarzhaupt, Stingl, Stoltenberg, von Weizsäcker.

Bericht zur Lage. Nachfolge im Amt des Bundesschatzmeisters. Bundesparteitag 1968. Verfahren bei der Berufung der Bundesfachausschüsse. Etat der Bundespartei für 1967. Verschiedenes.

Beginn: 10.30 Uhr *Ende: 16.50 Uhr*

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich begrüßte Sie alle recht herzlich. Auf der Tagesordnung steht zunächst unter Punkt 1:

Bericht zur Lage

Ich muß versuchen, einige Schwerpunkte zu setzen. Wir haben am 1. Dezember die Darstellungen in der Presse und die Äußerungen führender Persönlichkeiten in der Politik zum 1. Jahrestag der Großen Koalition gelesen. Die Lage innerhalb der Koalition ist natürlich nach wie vor nicht leicht – man kann da nie hoffen, zu einer Ruhe zu kommen –, weil immer wieder aus den Parteien selbst Unruhe kommt, die ausgelöst wird durch den Vorausblick auf den möglichen Ausgang der Bundestagswahl im Jahre 1969; Unruhe über erfolgte Wahlen und jetzt schon wieder in der Voraussicht auf die Wahlen in Baden-Württemberg[1], die vielfach als ein Testfall betrachtet werden, wo sich vor allem auch die NPD stark macht; Unruhe, die z. T. aus programmatischen Schwierigkeiten herrührt, die natürlicherweise kommen mußten; Unruhe, die sich auch aus dem Ehrgeiz oder der mehr oder minder starken Zustimmung oder Verdrossenheit an der Großen Koalition einzelner Leute ergibt.

Dabei ist die schwierigste Persönlichkeit auf der anderen Seite der Fraktionschef der SPD[2], von dem immer wieder neuer Sand ins Getriebe geworfen wird, der offenbar für sich selber bestrebt ist, eine Position in seiner eigenen Partei aufzubauen. Ich habe vor kurzem im Fraktionskreis sehr deutlich meine Meinung dazu gesagt und hoffe, daß es wenigstens ein wenig fruchtet. Aber wir plagen uns eben weiter und kriegen es auch hin.

1 Am 28. April 1968, vgl. Nr. 18 Anm. 1.
2 Helmut Schmidt.

Zur Außenpolitik! Meine Reise nach Asien[3] war, glaube ich, erfolgreich. Sie hatte vor allem den Sinn, zunächst ein Versprechen einzulösen, das längst festgelegt war. Ich hatte nicht mehr Zeit als zehn Tage. Ich hatte also die Wahl, alle vier Länder, von denen Einladungen vorlagen, zu besuchen, und dann nur zwei Tage für jedes Land, oder nur zwei und dann vier Tage. Ich habe mich für das erste entschieden, wie sich zeigte, richtigerweise. Sinn dieser Reise war es, überhaupt einmal Verbindung aufzunehmen. Es war der erste Besuch eines Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland. Der Besuch des Bundespräsidenten trägt mehr oder weniger repräsentativen Charakter. Hier wurde sehr energisch und sehr eingehend verhandelt, ein Gedankenaustausch gepflegt, wobei es eine ganze Reihe heikler Situationen gab.

Ich brauche nur Indien und Pakistan zu nennen. In Pakistan sagte man uns: Wenn wir euer Recht, was wir bisher immer getan haben, verteidigen sollen, dann müßt ihr in Kaschmir die Sache anerkennen. Das ist eine Sache, die ist unteilbar. – Aber wir sind über die Klippe hinweggekommen.

In Indien aber hörte man umgekehrt im Zusammenhang mit Kaschmir das Wort „Selbstbestimmungsrecht" höchst ungern. Wir sind also in den Kommuniqués[4] jeweils ganz schön weggekommen, in Pakistan dadurch, daß wir die Kaschmir-Frage an einer Stelle – an einer ganz anderen – im Zusammenhang mit allgemeinen Prinzipien im Hinblick auf das Selbstbestimmungsrecht behandelt haben. Der Gedankenaustausch war sehr intensiv und lebhaft. Überall, wohin wir gekommen sind, hat man für unsere Politik viel Verständnis gezeigt. Ich ließ es mir mit angelegen sein, sehr klar zu machen, worauf es uns ankommt. Ich habe in Indien – und das habe ich nachher immer wiederholt – gesagt: Wir werden für die Wiedervereinigung so kämpfen, wie es Mahatma Gandhi[5] für die Unabhängigkeit Indiens getan hat, mit derselben unermüdlichen Energie und auf eine ähnliche Weise wie er, nämlich unter Verzicht auf Gewalt. – Dieser Hinweis ist dort sehr gut verstanden worden; denn auf meinen Hinweis, daß man das nicht mißverstehen solle, man täte unserer Politik, die man doch begrüße, den schlimmsten Dienst, wenn man nun etwa daraus für sich die Folgerung zöge, das Regime in der Zone aufwerten zu wollen, ist mir überall gesagt worden, das habe man nicht im Sinn.

Die Entwicklungshilfe spielte selbstverständlich eine Rolle. Ich habe nichts versprochen über das hinaus, was in der Mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen ist; auch gegen einige Zeitungsmeldungen in Ceylon. In Ceylon konnte ich nur darauf hinweisen, daß auf dem Gebiet der technischen Hilfe noch Möglichkeiten vorliegen, die Ceylon aber selbst noch nicht ausgenutzt hat, weil es einfach nicht die Initiative ergriffen hat. Dort hatte man die utopischsten Vorstellungen, aber das liegt z. T. an der Schwäche der

3 Kiesinger besuchte vom 19. bis 28. November 1967 Indien, Burma, Ceylon und Pakistan. Vgl. AdG 1967 S. 13557–13561; AAPD 1967 Nr. 397, 399.

4 Vgl. BULLETIN Nr. 135 vom 24. November 1967 S. 1143 und Nr. 140 vom 2. Dezember 1967 S. 1186.

5 Mohandas Karamchand „Mahatma" Gandhi (1869–1948, ermordet), indischer Politiker und Anführer der Unabhängigkeitsbewegung; Jurastudium in England, 1893–1914 Aufenthalt in Südafrika, 1915 Rückkehr nach Indien, Kampf um die Unabhängigkeit des Landes von der britischen Kolonialmacht.

dortigen Regierung. Ich fürchte, daß man ernsthaft damit rechnen muß, daß Frau Bandaranaike[6] bei den nächsten Wahlen eine Chance hat, wiederzukommen. Das ist jedenfalls die weitverbreitete Meinung gewesen. Sie war selbst nicht da. Sie war in Moskau bei der 50-Jahr-Feier der Oktoberrevolution.

Der gegenwärtige Ministerpräsident ist ein sehr aktiver Mann.[7] In Indien gibt es die alten Probleme für dieses Volk von 500 Mio. Menschen mit all den ungelösten Fragen. Sehr merkwürdig ist es in Burma, wo dieser Diktator Ne Win[8] ein verrücktes staatssozialistisches System eingeführt hat, das sein Land ruiniert. Gegen gut gemeinte Ratschläge wendet er ein, sein Volk tauge eben nicht für ein anderes Wirtschaftssystem. Er habe die Inder und Chinesen hinausgeworfen, um seine Burmesen zuzulassen, aber diese hätten nichts Eiligeres zu tun gehabt, als die ihnen gegebenen Lizenzen an die Chinesen weiterzuverkaufen.

Er ist persönlich ein sehr sympathischer Mann. Wenn ich sagte, er ruiniert sein Land wirtschaftlich, so muß ich hinzufügen, der Zustand der Bevölkerung dort ist sehr viel besser als der in Indien. Wir sind aufs Land hinausgefahren und haben uns das angesehen. Die Bauern sind wohlgekleidet und wohlgenährt. Es ist so eine Art landwirtschaftliche Autarkie; aber alles andere liegt danieder.

Nun zu Pakistan! Ayub Khan[9] ist ein bedeutender Mann. Er ist zweifellos die bedeutendste Figur unter denen, denen man dort begegnen kann. Er ist sehr enttäuscht über Amerika. Er sagt, er sei der Loyalste gewesen von allen, aber wie hätten ihn die Amerikaner behandelt! Im Konflikt mit Indien hätten sie nicht einmal ein Wort der Sympathie für ihn ausgesprochen. Er möchte auch von uns Hilfe, die wir nicht gewähren können, nämlich Waffen; also die alte Forderung. Das ist eine schwierige Angelegenheit.

Im übrigen gehört er zu denen, die sagen: Um Gottes willen, macht mit dieser europäischen Sache weiter, laßt Euch nicht durch Schwierigkeiten hemmen. Europa muß eine handlungsfähige Kraft werden im Spiel der Großen in dieser Welt. Das wird auch uns zugute kommen. Im übrigen aber bemerkte ich noch, wie sehr man doch auf uns sieht und wieviel man, abgesehen von dem Beitrag für Entwicklungshilfe, eigentlich von uns erwartet. Man erwartet von uns, daß wir da sind. Die beiden Vereinbarungen, die wir mit Indien und Pakistan getroffen haben[10], sind jährlich einmal eine Konsultation zwischen den Außenministern, was ich für wichtig halte in diesem Zusammenhang.

Ich will jetzt nicht auf das Chinaproblem eingehen, das natürlich in allen Besprechungen eine beherrschende Rolle gespielt hat. Nur soviel will ich sagen, die Interpre-

6 Sirimavo Ratwatte Dias Bandaranaike (1916–2000), ceylonesische Politikerin; 1960–1965, 1970–1977 und 1994–2000 Ministerpräsidentin.

7 Dudley Senanayake (1911–1973), ceylonesischer Politiker; 1947–1952 Landwirtschaftsminister, 1952/53, 1960 und 1965–1970 Ministerpräsident.

8 Ne Win (1911–2002), burmesischer Politiker und General; 1962–1988 Militärmachthaber. Vgl. auch AAPD 1967 Nr. 397.

9 Mohammed Ayub Khan (1907–1974), pakistanischer General und Politiker; 1958–1969 Präsident.

10 Vgl. AdG 1967 S. 13557–13561.

tationen gingen völlig auseinander, nicht nur bei den einzelnen Ländern, sondern auch innerhalb der einzelnen Länder, z. B. wenn etwa der höchste Beamte im Außenministerium in einem Lande eine sehr gute Analyse gegeben hat, beliebte es der Außenminister, eine ergänzende, d. h. weithin ableugnende Dokumentation zu geben. Das ist eine sehr merkwürdige Sache, über die es sich nachzudenken lohnt. Das gehört mit dazu, um unsere Deutschlandpolitik zu stärken, wenn wir die moralische Unterstützung anderer Völker fortsetzen wollen.

Zur Deutschlandpolitik! In diesen Tagen wird ja auf dem Vorschlag des Geschäftsführers des Kuratoriums Unteilbares Deutschland[11] nicht mehr insistiert, sondern er hat jetzt einen Rückzug angetreten und erklärt, das sei gar nicht bestimmt gewesen für die Öffentlichkeit. Der Mann ist Mitglied unserer Partei. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung. – Zurufe:* Nein! – *Klepsch:* Es wird immer wieder behauptet, aber es bestehen Zweifel daran!) Ich bitte dann, dies feststellen zu lassen. Ich bekomme die Mitteilung, er sei es nach wie vor. (*Anhaltende Unruhe.*) Jedenfalls müssen wir uns um diese Frage kümmern. Unser Freund Gradl ... (*Stingl:* Ist heute nicht hier, er muß eine Rede halten. – *Lemmer:* Er ist heute ins Präsidium nach Berlin, Herr Bundeskanzler. Ich gehöre leider dazu. Ich habe aber die Bundesvorstandssitzung für wichtiger gehalten, weil wir uns öffentlich davon distanzieren.) Wir sollten die Sache mit Ruhe angehen, aber wir müssen sie klären, weil er vor allem Parteimitglied ist und zweitens nach der Überlegung, soll da nicht eine personelle Änderung eintreten? Ich überschätze das nicht, aber es ist wiederum ein Beitrag für die Anerkennungspartei. Gerade heute habe ich wieder gelesen, wie Herr Ulbricht auf diese Partei rechnet.[12] (*Stingl:* Die Anerkennungspartei wird immer größer.) Ja, er zitiert sie ausdrücklich. Wir müssen also da ganz energisch sein.

Ich habe versucht, das Parlament im Bundestag zu einer klaren Aussage zu bringen oder zur Zustimmung zu einer solchen Aussage. Das ist geschehen in der außenpolitischen Debatte.[13] Es mögen natürlich noch Nuancen da und dort vorliegen. Es ist eine sehr schwierige Sache, und es besteht kein Zweifel, daß wir sehr schwer kämpfen müs-

11 Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz (1911–2002), Publizist; 1941–1951 Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung" in London, 1951–1957 politischer Berater Jakob Kaisers, 1957–1972 Geschäftsführer des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, 1972 SPD, 1974/75 Chefredakteur des „St. Galler Tageblatts", danach freier Schriftsteller. Vgl. Leo KREUZ: Das Kuratorium Unteilbares Deutschland. Aufbau – Programmatik – Wirkung. Opladen 1980 S. 42–47. – Im September 1963 legte das KUD seine „Elf Vorschläge für die Wiedervereinigung" vor (vgl. MEYER S. 375–377). Im Herbst 1965 veröffentlichte Schütz sein Buch „Reform der Deutschlandpolitik", 1966 „Modelle der Deutschlandpolitik", 1967 „Der uneigentliche Punkt" (EBD. S. 384–390) und im November 1967 die Denkschrift „Was ist Deutschland?", die für große Aufregung sorgte. Er erklärte darin u. a., die Deutschlandfrage sei ein Teil der europäischen Sicherheitspolitik (EBD. S. 397–408; AdG 1967 S. 13640; vgl. Anm. 95).

12 Erklärung Ulbrichts vor der Volkskammer am 2. Dezember 1967 zur Ausarbeitung der sozialistischen Verfassung der DDR: „Es wird zur Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik durch die westdeutsche Bundesrepublik kommen, weil die friedliebenden und demokratischen Kräfte in Westdeutschland wachsen und die ‚Anerkennungspartei' an Einfluß gewinnt." Vgl. „Neues Deutschland" vom 2. Dezember 1967.

13 Vgl. Sten.Ber. 5. WP 126. Sitzung vom 13. Oktober 1967 S. 6357–6362.

sen, und zwar zusammen mit dem Koalitionspartner. Ich wage mir heute nicht vorzustellen, was passiert wäre, wenn es zu einer Mini-Koalition gekommen wäre.

Es wurde mir vorgestern von einem ausländischen Politiker und Staatsmann[14] ein Gespräch mitgeteilt mit einem hohen sowjetischen Diplomaten bei den damaligen Verhandlungen, daß nämlich dieser Diplomat es einfach nicht glauben wollte, daß es zu einer Koalition zwischen uns und der SPD kam, weil er felsenfest überzeugt und davon ausgegangen war, daß es zu einer Koalition zwischen SPD und FDP kommen werde und daß dann die Schleusen geöffnet würden im Sinne eines Trends zur Anerkennung auf der ganzen Linie, zur Anerkennung des Status quo. Das wird von uns auf allen Gebieten sehr sorgfältiger Überlegungen bedürfen.

In diesem Zusammenhang bedarf natürlich auch die Frage „Aufnahme oder Nichtaufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien"[15] genauester Überlegungen; denn wir müssen natürlich damit rechnen, daß diejenigen, die uns zur Anerkennung des Status quo zwingen wollen, dies als einen Vorwand nehmen, um zu sagen: Wir haben unsere Positionen aufgegeben.

Auf der anderen Seite dürfen wir die Schwierigkeiten nicht einfach von vornherein und Überlegungen dieser Art von uns weisen. Vorläufig habe ich die Weisung gegeben, daß hier nicht weitergegangen und vor allen Dingen in der Öffentlichkeit durch Aussagen nicht der Eindruck erweckt wird, als stünde die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bevor.

Nun zu Europa! Sie kennen die Situation. Trotz aller Klagen über die Haltung oder die angebliche Haltung der deutschen Regierung und aller Kritik daran, bleibt uns gar nichts anderes übrig, als diesen Weg, den wir eingeschlagen haben, weiterzugehen. Es ist der einzige erfolgreiche Weg. Am Ende wird sich zeigen, daß wir mir unserer Politik allein imstande sein werden, eine Brücke zu bauen. Wir können nicht, wie es die Holländer tun, mit dem Kopf durch die Wand rennen. Man kann General de Gaulle nicht mit Boxermanieren[16] angehen. Wir werden also versuchen müssen, sowohl in der Prozedur als auch in den Vorschlägen weiterzukommen, wobei auch ich der Meinung bin, daß man verlangen soll die Aufnahme von Verhandlungen mit Großbritannien – wogegen sich Frankreich noch sperrt –, um dann in der endgültigen Form oder in einer Zwischenlösung Gespräche der Kommission mit Großbritannien über ungeklärte Punkte zu führen und eine Übergangslösung zu finden, die auch General de Gaulle angedeutet hat. De Gaulle hat ausdrücklich gesagt, er habe nicht von Assoziierung gesprochen, er habe das Wort bewußt nicht gesagt, um den kränkenden und prestigeverletzenden Charakter einer solchen Äußerung zu vermeiden.

---

14 Kiesinger empfing am 2. Dezember 1967 in Bebenhausen den österreichischen Staatssekretär Carl Bobleter, vgl. ACDP 01-226-320.

15 Am 31. Januar 1968 erfolgte die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien, vgl. AAPD 1968 Nr. 27–31.

16 Die Niederlande und Italien unterstützten den Wunsch Großbritanniens auf den Beitritt zur EWG und verlangten von der Bundesregierung, entschieden Position gegen de Gaulle zu beziehen, der dagegen sein Veto eingelegt hatte. Vgl. AAPD 1967 Nr. 449.

Wie ich heute gelesen habe, hat der „Observer" einen Gedanken aufgegriffen, indem er sagte, man solle eine Phase beginnen, die genannt werden könnte eine Phase eines Aspiranten, der Anspruch auf Mitgliedschaft habe. Das ist letzten Endes eine Übergangsregelung spezieller Art, die man finden muß. Findet man sie nicht, dann kommt es zu einer schweren Krise. Wir werden die Zustimmung Frankreichs nicht bekommen, wie die Dinge liegen. Damit wäre das Schlimmste geschehen, was überhaupt geschehen kann.

Wir müssen es halt vorübergehend hinnehmen, daß Böswillige oder Ungeduldige uns vorwerfen, daß wir hier im Kielwasser Frankreichs schwimmen. Der Tatbestand ist furchtbar einfach. Wenn sechs zustimmen müssen, dann muß man alle sechs für die Zustimmung bekommen. Man muß die Methode wählen, die eben dazu führt. Wir brauchen also Geduld und müssen zäh am Mann bleiben.

Zu Amerika! Für uns ist das schwierigste der Nichtverbreitungsvertrag. Die Amerikaner drängen sehr. Eine Reihe von Problemen ist keineswegs so gelöst im Entwurf, wie wir es wünschen müssen, und zwar erstens das Problem der Kontrolle, EURATOM, zweitens würde der europäische atomare Energiemarkt durch die Annahme der russischen Vorstellungen zerschlagen. Übrig bleibt nach wie vor das Problem der Sicherung der nichtnuklearen Mächte gegenüber politischen Erpressungsversuchen von nuklearen Mächten. Das ist auf der ganzen Welt so.

Die Gespräche in Indien waren hier sehr klar. Indien scheint entschlossen zu sein, einen Atomsperrvertrag, wie er jetzt vorliegt, nicht zu unterzeichnen. Die Amerikaner sind sich darüber klar, daß sich ihre Beziehungen zur Sowjetunion nicht verbessert haben, im Gegenteil, denn sie führen in Wahrheit Krieg mit der Sowjetunion in Vietnam, es ist so, daß auf der einen Seite soundso viel amerikanische Soldaten im Felde stehen, auf der anderen Seite der Nordvietnamesen russisches Material vorhanden ist; 80 % etwa – so hörte ich – des dort eingesetzten Materials stammt aus der Sowjetunion. Außerdem sind soundso viel tausende russischer Instrukteure da. Das ist also ein klarer Krieg zwischen diesen beiden Ländern, wie er sich heute entwickelt. China ist dabei viel mehr im Hintergrund. Nun kommt eben immer wieder das Paradoxe, nämlich das Interesse der Amerikaner, mit den Russen ins Gespräch zu kommen. Aber die Russen zeigen ihnen immer wieder die kalte Schulter. Der Kossygin-Brief vor kurzem, über den allerlei Gerüchte in die Welt gesetzt wurden, empfiehlt nichts anderes an Präsident Johnson, in der UNO die russische Position mitzubeziehen, nämlich Rückzug der Israelis auf die Ausgangsstellungen.[17] Das war alles, was drin war.

Ich habe eine Menge Nachrichten, deren Wahrheitswert schwankt, die aber ganz klar zeigen, daß die Amerikaner immer wieder Vorstöße und Angebote gemacht haben, mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit auch auf dem Gebiete der Truppenreduzierung. Aber sie sind alle von der Sowjetunion nicht beantwortet, nicht aufgenommen worden. Das ist eine sehr schwierige Lage. Für uns bleibt kein anderer Ausweg als der, die ame-

17 Vermutlich gemeint ist der sowjetische Resolutionsantrag an den UN-Sicherheitsrat vom 8. Juni 1967, wonach Israel als Aggressor zu verdammen sei und sich auf seine Ausgangsstellungen zurückziehen solle, vgl. AdG 1967 S. 13258f.

rikanische Freundschaft zu erhalten, ohne daß wir diese Freundschaft durch eine Nachgiebigkeit erkaufen, die unsere Interessen vernachlässigen würde. Das ist auch ein mühseliges und schwieriges Geschäft.

Wir müssen zum Atomsperrvertrag unsere Bedenken einfach anmelden. Wir müssen kämpfen für unsere Interessen, aber das kann man in einer Weise tun, bei der die Vereinigten Staaten das Gefühl bekommen, daß sie in uns doch einen verläßlichen Partner und Freund in Europa haben. Das ist natürlich nicht leicht angesichts unserer Beziehungen zu Frankreich, der Schwierigkeiten innerhalb der EWG und anderer Probleme. Aber auch hier heißt es eben, mit Geduld durchzuhalten. Spektakuläre Erfolge irgendwelcher Art sind nicht zu erwarten.

Was die Präsenz amerikanischer Truppen anlangt, so bleibt es dabei. Präsident Johnson hat mir gesagt: Solange ihr selber bei euch nicht reduziert, solange kann ich den Kräften im Kongreß widerstehen, die ihrerseits eine Reduzierung der amerikanischen Streitkräfte in Europa und vor allem in Deutschland verlangen. Das ist eine klare Feststellung gewesen, die ich mit nach Hause gebracht habe. Wir werden deshalb in unserer Verteidigungsdebatte diese Woche auch nichts über Reduktionen der Personalstreitkräfte der Bundeswehr aussagen; d. h. also, das heikle Problem so behandeln, daß auf amerikanischer Seite nicht angenommen werden kann, daß wir eben doch solche Kürzungen vornähmen.

Ich kann Ihnen noch nicht sehr viel sagen über die Konsequenzen des Rücktritts oder der Entlassung – wie Sie wollen – von McNamara.[18] Es scheint natürlich so zu sein, als ob einerseits der Präsident die Entlassung McNamaras als eine politische Entlastung praktisch im Wahljahr ansieht, auf der anderen Seite scheinen dort aber auch Kräfte die Oberhand zu gewinnen, die der Grundansicht McNamaras gegenüber dem Vietnamkrieg feindlich gegenüberstanden, wobei er als der gemäßigtere und vorsichtigere erscheint gegenüber denen, die ihn möglicherweise ablösen werden. Sicher ist allerdings auch, daß er sich durch allzu oft wiederholte voreilige Prognosen über die Entwicklung des Krieges in Vietnam ein wenig unglaubwürdig und unbeliebt in Amerika gemacht hat.

Es ist gar kein Zweifel, daß mit ihm ein außerordentlich fähiger und hochbegabter Mann aus der politischen Führungsgruppe in Washington ausscheidet. Wir wissen noch nicht, wer von den als Nachfolger Genannten kommen wird. Auch das muß uns mit einer gewissen Sorge erfüllen; der Vietnamkrieg beherrscht das amerikanische Denken über allem anderen. Es scheint mir nicht zweifelhaft zu sein, daß der Präsident, dessen Chancen für eine Wiederwahl durchaus gefährdet sind, irgendetwas tun muß, bevor der Wahlkampf endgültig einsetzt. Das könnte entweder nach der einen oder anderen Seite gehen. Die Entlassung McNamaras spricht eher dafür, daß es zu einer Verhärtung führen könnte. Aber ich will nichts antizipieren. Wir müssen eben abwarten.

18 Am 29. November 1967 gab die Weltbank die einstimmige Nominierung Robert McNamaras zum neuen Präsidenten bekannt, am 29. Februar 1968 wurde er aus seinem Amt als Verteidigungsminister entlassen, vgl. AdG 1967 S. 13562 und AdG 1968 S. 13676.

Das ist ein kurzer Überblick. In der Deutschlandsituation brauche ich nichts hinzuzufügen zu dem, was Herr Ulbricht gesagt hat. Hier müssen wir im Inneren aufpassen auf die – ich will es in diesem Kreise wiederholen, aber nicht in der Öffentlichkeit – Anerkennungspartei, die uns auch in Zukunft viel Kummer und Schwierigkeiten bereiten wird.

Für die Große Koalition, die zunächst einmal im vergangenen Jahr viel Aufräumungs- und Flickschneiderarbeiten zu tun hatte, stehen einige große Entscheidungen bevor. Die zwei wichtigsten sind die Wahlrechtsreform und die Finanzverfassungsreform. Bei der Finanzverfassungsreform stehen die Dinge nicht so, wie ich sie gerne hätte. Die Länder – das war zu erwarten – sind außerordentlich zurückhaltend. Im Grunde genommen möchten sie von allem nur die Finanzierung der Hochschulen durch den Bund akzeptieren, aber auch nichts mehr als die Finanzierung. Wir müssen aber die Gemeinschaftsaufgaben zweifellos dabei sehen. Wir müssen auch ein verläßlicheres System der Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern dabei bekommen. Zur Zeit ist dieser Ausschuß zwischen den Länderministern und Staatssekretären am Werk. Ich werde demnächst noch einmal die Ministerpräsidenten treffen und versuchen, das Beste herauszuholen.[19] Dabei müssen beide Parteien ihre Ministerpräsidenten hart am Portepee fassen. Es geht hier nicht um den Ehrgeiz des Bundes, größere Zuständigkeiten an sich zu reißen, sondern es geht einfach um eine schiere Notwendigkeit für unser bundesstaatliches Denken.

Die Wahlrechtsreform halte ich für das wichtigste von allem. Wenn während der Zeit dieser Großen Koalition die Wahlrechtsreform, also ein mehrheitsbildendes Wahlrecht – ich nenne es mal so, ob nun das relative Mehrheitswahlrecht oder ein anderes, aber ein Mehrheitswahlrecht, das jedenfalls bei den Wahlen einer Partei mit einer gewissen Verläßlichkeit die Chance gibt, die absolute Mehrheit zu gewinnen – durchgeführt wird, dann haben wir für die deutsche parlamentarische Demokratie eine säkulare Entscheidung getroffen, eine Entscheidung, die aus vielen Gründen von höchster Bedeutung sein kann. Man braucht nur einmal – das weiß mein verehrter Vorgänger, und auch ich weiß ein Lied davon zu singen – von den Erfahrungen auszugehen, die ein Regierungschef bei irgendeiner Koalition macht. Wir haben gesehen, welche Schwierigkeiten der kleine Koalitionspartner in den vergangenen Koalitionen – ich meine nicht nur die letzte Koalition – bei Krisen, die vorangegangen waren, gemacht hat. Wenn nun gar die Koalition aus zwei großen, in ihrer Programmatik viel voneinander distanzierten Parteien besteht, dann ist das eine ständige ungeheuere Plage, die eine riesige Substanz an Energie nur dafür verbraucht, daß man das Gespann beisammenhält, um alles einigermaßen aufrechtzuerhalten.

Natürlich mache ich mir und alle diejenigen, die für eine Wahlrechtsreform sind, keine Illusionen. Auch eine große Partei ist in sich eine Art Koalition, auch wenn es dort etwas anderes ist, und sie kann vor allem ganz anders in Ordnung gehalten werden

19 Sitzung der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler am 8. Februar 1968, vgl. ACDP 01–226–320 und BULLETIN Nr. 18 vom 13. Februar 1968.

als in einem Gespann wie dem jetzt vorliegenden. (*Kohl:* „Kann"!) Ja, sicher! Da wäre ich verhältnismäßig optimistisch, Herr Kohl. Aber dort hat man ja nichts zu sagen auf der anderen Seite. Da kann man nur reden, da kann man nur kleben, verkleistern. Man kann nur moralische Appelle halten, um zu überzeugen. Aber es kommt natürlich etwas anderes hinzu, nämlich die Frage, sollen wir tatenlos zusehen, wie nun in unserem Bundestag wieder radikale Parteien von extremen Rechten und von extremen Linken einziehen? Diese „Demokratische Linke", die da gegründet wird und Premiere bei den Wahlen in Baden-Württemberg haben soll[20], könnte die CDU als Partei mit einer gewissen Gelassenheit, ja vielleicht sogar mit einer gewissen Schadenfreude beobachten; denn wir wissen ja, daß so etwas auf Kosten der SPD geht. Aber wir müssen an das Ganze denken. Wenn wir das tun, dann können wir eine solche Haltung nicht verantworten. Umgekehrt, die NPD hat durchaus Chancen, in den Bundestag zu kommen mit einer nicht unbeträchtlichen Zahl von Abgeordneten. Ich glaube deswegen, daß es richtig wäre, wenn es sich irgendwie machen ließe und wenn beide Koalitionspartner zusammenkommen, eine solche Wahlrechtsreform nicht erst für das Jahr 1973 in Aussicht zu nehmen, sondern schon für das Jahr 1969, also nicht erst ein Übergangswahlrecht für 1969, zu schaffen. Für ein Übergangswahlrecht ist die SPD sowieso kaum zu haben. Hier reagiert die SPD sauer. Die haben es ja vor kurzem miterlebt, wie Wehner sich beklagte, wir wollten die SPD – wie er sich ausdrückte – damit aufs Kreuz legen, d. h. wir wüßten, die SPD sei nicht so weit, schon für 1969 ein solches Wahlrecht zu akzeptieren.[21] Wir würden dabei vor der Öffentlichkeit moralischen Gewinn einheimsen.

Wir sind dazu bereit. Das muß ich so hören, aber es tut mir leid, wir können deswegen nicht aufhören, für eine solche Lösung einzutreten. Wenn es uns gelingt, die Wahlrechtsreform durchzuführen, wäre dies nach meiner Meinung – es ist schwer, eine Prognose zu stellen für die Zukunft – ein institutionelles Mittel, um gewissen Gefahren, die uns allen große Sorgen machen, vorzubeugen. Wenn es also ein institutionelles Mittel dafür gibt, dann ist es diese Wahlrechtsreform.

Deswegen halte ich sie für die bedeutendste Aufgabe, die vor uns liegt, und für die eigentliche Bewährungsprobe dieser Regierung und dieser Koalition. Da werden wir noch schwer zu kämpfen haben. Ich weiß natürlich, daß die Chancen für 1969 geringer sind. Es geht um den einzelnen Abgeordneten und um seinen Wahlkreis. Es geht um seine Zukunft. Er wird sich fragen, wie schneide ich dabei ab? Für das Jahr 1973 ist es viel einfacher. Im Jahre 1973 werden viele – ich habe mir mal einen Überblick geben lassen – von denen, die heute noch im Bundestag sitzen, nicht mehr kandidieren. Und denen ist es persönlich gleich; sie können das objektiv entscheiden. Diejenigen dage-

20 Die Wählergemeinschaft „Demokratische Linke" konstituierte sich im November 1967 in Stuttgart, Gründer war der Stuttgarter Stadtrat Eugen Eberle, der bis zu ihrem Verbot Mitglied der KPD war. Bei der Landtagswahl am 28. April 1968 erzielte sie 88.181 Stimmen (=2,3%). Vgl. UiD Nr. 8/67 vom 23. November 1967 S. 5; „Saarbrücker Zeitung" vom 28. November 1967 „'Demokratische Linke' beteiligt sich an der Stuttgarter Landtagswahl".

21 Interview Wehners mit der „Welt" vom 18. November 1967.

gen, die fürchten müssen, daß sie nicht mehr gewählt werden würden, werden – das ist nur menschlich – verständlicherweise zögern.

Eine andere Frage dabei ist, welche Partei macht dabei das Rennen? Nun kann ich aber diese große Frage nicht ausschließlich unter diesem Gesichtspunkt sehen. Wenn man nur diesen Gesichtspunkt gelten lassen wollte, dann käme man nie zu einem Ziel. Hier kommt es darauf an, daß man für das Ganze eine Entscheidung herbeiführt, die vielleicht für das Schicksal unserer ganzen Nation in den kommenden Jahrzehnten eine Wende bedeuten kann.

Ob wir auf dem Gebiete der Reform der Sozialrenten in dieser Legislaturperiode weiterkommen, weiß ich nicht. Es steht fest, daß hier das Regierungsprogramm noch nicht erfüllt ist. Ich habe das vor kurzem im Kabinett sehr klar gesagt. Wir haben im Regierungsprogramm erklärt: Wir wollen am Prinzip der dynamischen Rente festhalten. Wir wollen auch nicht einfach den sozialen Besitzstand einfrieren lassen, aber die Zuwachsraten bedürfen der Überprüfung. – Das ist noch nicht geschehen. Nach meiner persönlichen Meinung ist das eine Aufgabe, die man sine ira et studio machen muß; d. h. man muß diese Arbeit anpacken. Ob es politischen Sinn hat, es jetzt zu tun in dieser Legislaturperiode, weiß ich nicht; denn nur dann, wenn man hofft, zu einem Ergebnis zu kommen, geht es vorwärts. Die Sozialenquete liegt vor, gut ausgebeutet. Ich muß offen sagen, ich fühle mich nicht sehr wohl in meiner Haut, daß das liegenbleibt. Das, was wir in der Mittelfristigen Finanzplanung gemacht haben, ist doch ein Zusammenscharren von Zufallslösungen gewesen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das wissen wir doch. Das hat nicht Hand und Fuß und kein Gesicht! Das mußten wir halt so machen, um irgendeine Ordnung hineinzubringen. Aber wie nun immer die Sache ausgeht – ich weiß, daß in unseren Reihen die Ansichten darüber auseinandergehen –, eine klare und endgültige Lösung muß gefunden werden.

Für das Mitbestimmungsrecht haben wir jetzt die Kommission in etwa beisammen.[22] Es hat einige Schwierigkeiten gemacht. Sie wird also so, wie es im Regierungsprogramm angekündigt ist, die bisherigen Erfahrungen mit dem Mitbestimmungsrecht prüfen und darstellen. Dies soll dann die Grundlage für weitere Überlegungen sein. Lassen Sie es mich klipp und klar sagen in diesem Kreise: Das ist das, was in dieser Legislaturperiode geschehen wird. Hier wollen wir eine sehr klare programmatische Aussage machen. Es hat keinen Zweck, wenn man das im trüben und dunkeln läßt.

Nun zu dem, was an sonstigen großen Dingen noch angepackt werden kann! Ich bin mir noch nicht ganz klar über das endgültige Schicksal des Leber-Planes im Parlament. Er ist geschickt, er ist propagandistisch klug gestaffelt worden. Die Leute stellen sich vor, das ist nun ein Plan, der uns Luft bringt auf der Autobahn. (*Kohl:* Man behauptet das!) Wenn die Leute das glauben, dann ist das natürlich sehr schön. Es ist die ge-

22 Vgl. BULLETIN Nr. 142 vom 6. Dezember 1967 S. 1202. Den Vorsitz der Kommission übernahm Kurt Biedenkopf. Um Mitarbeit wurden die Professoren Kurt Ballerstedt, Erich Gutenberg, Harald Jürgensen, Wilhelm Krelle, Ernst-Joachim Mestmäcker, Rudolf Reinhardt, Fritz Voigt und Hans Willgerodt gebeten. Die konstituierende Sitzung fand am 24. Januar 1968 statt, vgl. ACDP 01–226–320.

schickte Lancierung eines politischen Vorschlages. Was endgültig dabei herauskommen wird, weiß ich noch nicht. Wir müssen die Beratungen abwarten. Aber jedenfalls muß das Ziel erreicht werden. Und das ist verhältnismäßig bescheiden. Das Ziel ist ja nicht so sehr, die Straßen frei zu bekommen, als vielmehr, den dauernden Zuwachs an Bundeszuschüssen für die Bundesbahn zu stoppen; denn dieser Zuwachs wäre, Herr Kollege Schmücker, im Jahre 1970 mindestens 5 Mrd. DM, wenn nicht sogar 6 Mrd. DM, wie es das Finanzministerium berechnet hat. Das Ziel ist, diese Zuschüsse einzufrieden auf 3 Mrd. DM, also den Zuwachs zu stoppen. Das muß auf alle Fälle mit großer Energie zu erreichen versucht werden.

Von der Landwirtschaft wollte ich jetzt nicht sprechen. Sie ist ein großes Sorgenkind schon seit langem. Sie kennen den Streit, der jetzt entbrannt ist mit Mansholt[23] aufgrund seiner Ideen und Vorschläge. Unser ständiges Bemühen – das ist eine Sache der CDU – geht dahin, den bäuerlichen Familienbetrieb zu retten; bloß ist dieser bäuerliche Familienbetrieb ein sehr merkwürdiges Gebilde. Ich habe mir lange Jahre als Ministerpräsident darüber ganz andere Vorstellungen gemacht. Jetzt sagte mir Herr Rehwinkel: Ach Gott, der bäuerliche Familienbetrieb! Ich kenne Fälle von bäuerlichen Unternehmungen mit mehreren 100 Morgen, wo der Mann noch in die Fabrik geht. Dieser große Bauernhof läßt sich eben mit den modernen Maschinen von den Familienmitgliedern sehr wohl bewirtschaften, und der Mann ist dann noch in der Lage, etwas dazuzuverdienen. Das ist also ein richtiger Wechselbalg geworden, dieser bäuerliche Familienbetrieb.

Eines Tages werden wir uns sehr klar entscheiden müssen, was wir tun, wobei es immer schmerzlich sein wird, insbesondere wenn ich an die baden-württembergischen Verhältnisse denke. Dort gibt es diesen Typus, den prächtigen Rucksackbauer, der seinen kleinen Hof hat und in die Fabrik geht oder nebenher in den Waldungen arbeitet, dem es ausgezeichnet geht und der nebenbei ein treuer CDU-Wähler ist. Hier sieht man also, daß das keine leichte Aufgabe sein wird. Ich glaube nicht, daß wir noch in dieser Legislaturperiode sehr viel tun können. Dazu bedürfte es einer Aktionsfähigkeit, wie sie nach einer solchen Reform des Wahlrechts zu erhoffen wäre.

Ich sollte es dabei, damit wir noch zu den anderen Punkten der Tagesordnung kommen, bewenden lassen. Zusammenfassend kann ich sagen: Es ist ein höchst mühseliges Geschäft in jeder Weise. Die Dinge laufen, wenn auch manchmal ächzend und knarrend, aber sie laufen wenigstens.

---

23 Sicco Leendert Mansholt (1908–1995), niederländischer Politiker (Sozialistische Partei); 1945–1958 Landwirtschaftsminister, 1958–1972 Vizepräsident der EWG-Kommission (Ressortleiter Landwirtschaft), 1972/73 Präsident der Kommission. – Mansholt entwickelte in seinen Vorschlägen für das Memorandum der EWG, das am 16. Januar 1968 in Groningen vorgestellt wurde, Vorschläge einer industriellen Veredelungswirtschaft auf Grundlage eines „Einmannbetriebes". Die Bundesregierung widersprach vor allem Mansholts Einschätzung, „der bäuerliche Familienbetrieb" sei „als Organisationsform sowohl unter wirtschaftlichen als unter sozialen Aspekten der modernen arbeitsteiligen Wirtschaft strukturell" unterlegen, zit. nach KLUGE S. 73.

Ich würde gern noch ein Wort zur Wissenschaftsförderung und zum Erziehungswesen gesagt haben. (*Zurufe:* Jawohl!) Nun, dann sage ich es, weil wir Freunde aus den Ländern hier haben. Ich kann auch hier nur noch einmal sagen, ich halte unser Erziehungs- und Bildungswesen von Grund auf – nehmen Sie es so ernst, wie ich es meine – für reformbedürftig. Das ist nicht mehr eine Sache, wo mit einigen Korrekturen etwas getan werden kann. Wer vergleichbare Verhältnisse im Ausland kennt, der weiß, daß wir mit dem bisherigen System – von der Volksschule an bis hin zu den Universitäten – auf die Dauer nicht mehr weiterkommen. Das wäre eine Aufgabe vor allem für die CDU. Wenn wir glauben, uns den Luxus leisten zu können, noch einmal zehn Jahre lang mit einem veralteten Erziehungswesen weiterknarren zu können, dann werden wir eines Tages böse aufwachen.

Ich appelliere deshalb an den Bundesvorstand der CDU, hier in seinen programmatischen Bemühungen besonders energisch zu sein. Mehr will ich im Augenblick nicht dazu sagen.

Es sind überall Riesenaufgaben, die immer wieder mit ganzen oder halben Kompromissen enden müssen. Das liegt in der Natur der Sache einer Großen Koalition. Deshalb drängt es mich, dazu zu sagen, wenn es uns irgendwie möglich ist, dann sollten wir schon für die nächste Bundestagswahl für die Einführung eines solchen mehrheitsbildenden Wahlrechts kämpfen. Aber ich betone, wenn es möglich ist. Wir wollen nicht mit Windmühlen kämpfen. Wenn sich zeigt, daß die Widerstände zu groß sind, dann konzentrieren wir uns auf eine Lösung, die für das Jahr 1973 gilt, aber wobei ich warnen möchte: Wenn die NPD und die Demokratische Linke im Parlament sind, dann wird eine Wahlrechtsänderung für 1973 den Effekt nicht mehr haben können, den wir uns von ihr versprechen. (*Meyers:* Die würden wieder genauso manipulieren.) Ja, es würde schwieriger werden. Damit möchte ich es mit meiner Übersicht zunächst einmal bewenden lassen. (*Lebhafter Beifall.*)

Meine Damen und Herren! Ich darf doch noch etwas zu den gestrigen Tarifverhandlungen sagen. Ich war in Bebenhausen und habe Verbindung mit meinem Kollegen Lücke gehalten und habe im entscheidenden Moment mit allen drei Herren gesprochen, als die Sache festgefahren schien. Es war so, daß am Widerstand der anderen Seite eine Einigung zu scheitern schien. Ich habe dann den Herren mitgeteilt, daß ich für heute früh eine Kabinettssitzung einberufe, um diese Fragen zu behandeln, und vor allen Dingen auch einzugreifen gegenüber einem undisziplinierten Verhalten der Herren aus dem einen oder anderen Ressort – auch von der CDU-Seite –, welches die Verhandlungsführung außerordentlich erschwert hat. Zu meiner Freude hat das offenbar ein wenig dazu mitgeholfen, daß es doch zu einer Einigung kam und man bei 3,5 % blieb, die nicht überschritten wurden.[24] Die Entscheidung über die strittigen Sozialfragen will man zukünftigen Verhandlungen überlassen.

24 Bei den Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst einigten sich die Tarifparteien am 3. Dezember 1967 u. a. auf eine Tariferhöhung um 3,5%, vgl. BULLETIN Nr. 141 vom 5. Dezember 1967 S. 1196.

Nach allem, was ich gesehen habe, waren diese Verhandlungen – so schien es mir – von außerordentlicher Härte. Ich glaube, den Herren, die von seiten des Bundes, der Länder und der Gemeinden verhandelt haben, insbesondere unserem Kollegen Lücke, Dank sagen zu sollen für das große Durchstehvermögen, das sie in einer sehr schwierigen Situation gezeigt haben. (*Lebhafter Beifall.*) Meine Damen und Herren! Mir wäre es nun am liebsten, das sagt auch Herr Kollege Dr. Heck, wenn wir uns möglichst heute konzentrieren könnten auf die Frage der Wahlrechtsreform. Hier müssen wir schon in naher Zukunft Entscheidungen treffen. Dazu muß ich wissen, wie meine eigenen Freunde denken. (*Schmücker:* Wir sollten etwas zu der Sache mit Schütz sagen!)

Heck: Ich darf dazu sagen, Herr Schütz ist nicht Mitglied der CDU. Das ist inzwischen festgestellt worden. Weder in der Zentralen Kartei wird er geführt, noch in der Ortsgruppe, wo er wohnt.

Kiesinger: Wir kommen darauf zurück. Darf ich nun Ihr Einverständnis voraussetzen, daß wir uns über die Frage der Wahlrechtsreform unterhalten wollen?

Fay: Ich möchte zur Geschäftsordnung etwas sagen. Sie haben eine ganze Menge von Themen angesprochen, die schon seit Jahren vor uns hergeschoben werden. Wir haben im Bundesvorstand niemals die Zeit gehabt, uns ausführlich darüber zu unterhalten. Irgendwann müssen wir uns unsere Meinung dazu sagen, z. B. über das Erziehungswesen, über die Mitbestimmung oder über den bäuerlichen Familienbetrieb, den Leber-Plan usw. Das sollten wir ausführlich in einer Bundesvorstandssitzung tun, damit wir eine Meinung hier bilden, die wir dann auch draußen vertreten können.

Der Leber-Plan ist mit großem „Trara" verkündet worden. Wir haben dann gesagt: Wir machen einen Gegenplan. (*Kiesinger:* Müller-Hermann hat gesagt, er mache es!) Aber die Leute draußen im Lande haben geglaubt, die CDU hat jetzt einen Gegenplan. Dann hat man festgestellt, es war gar kein Gegenplan vorhanden, und wir waren die Blamierten.

Nun hat das Kabinett seit Monaten schon den Leber-Plan, aber die CDU hat offiziell dazu noch nichts gesagt. Wir können sagen, wir unterstützen den Leber-Plan, weil er vom Kabinett kommt. Das tue ich. Ich setze mich da aber wieder in einen Gegensatz zu anderen CDU-Leuten. Nun möchte ich wissen, was die CDU als solche dazu meint? Deswegen darf ich darum bitten, daß alle die Themen, die Sie, Herr Bundeskanzler, angesprochen haben, einmal speziell hier im Bundesvorstand behandelt werden.

Kiesinger: Wir haben schon das letzte Mal beschlossen, daß wir versuchen wollen, die Vorstandssitzungen möglichst auf jeweils ein Thema zu konzentrieren und dieses durch ein vorbereitetes Arbeitspapier zu erleichtern. Wir sollten es tatsächlich so machen, daß wir immer zu einem Punkt ein Arbeitspapier den Mitgliedern des Bundesvorstands rechtzeitig übergeben, so daß sie sich gut darauf vorbereiten können und die Diskussion auch von Erfolg wird.

Heck: Herr Vorsitzender, darf ich den Vorschlag machen, daß wir uns das sehr wichtige Thema „Erziehungs- und Bildungswesen" für die nächste Bundesvorstandssitzung vorbehalten?

Kiesinger: Ja!

Kohl: Zur Geschäftsordnung! Wenn wir heute die Frage der Wahlrechtsreform besprechen, dann sollten wir nicht völlig in der heutigen Sitzung am Thema der Finanzverfassungsreform vorbeigehen. Das muß heute zumindest kurz mitbesprochen werden. Es ist im Bundesvorstand nicht immer ganz klar, was an den Ländern hängenbleibt. Deshalb muß man einmal beide Seiten hier zu Wort kommen lassen.

Dann gibt es einen dritten Punkt, von dem ich meine, daß er hier bald besprochen werden muß, nämlich die Mitbestimmungsfrage. Die Frage der Mitbestimmung wird bei uns auf der Ebene der Kreisverbände bereits ganz anders behandelt als etwa hier im Bundesvorstand und überhaupt in Bonn. Wir erleben eine Entwicklung aus dem DGB heraus, bei der der im Kabinett und auch sonst sehr wohlgelittene Herr Leber eine für mich verderbliche Rolle spielt. Unsere Schwierigkeiten sind heute nicht bei Herrn Brenner[25] und solchen Leuten zu suchen, die sind immer noch bei unserem Parteivolk suspekt genug, aber was sich aus dem Bereich des Herrn Leber und seiner Freunde und damit auch der assoziierten Theologen beider Konfessionen ergibt ... (*Stingl:* Zentralkomitee der Deutschen Katholiken. – *Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Ich will jetzt nicht vom Zentralkomitee sprechen, aber was sich hier für die Partei ergibt, ist sehr beachtlich. Ich will das an einem kleinen Vorgang, den ich zufällig beobachten konnte, wiedergeben. In der vorvergangenen Woche fand bei uns im Lande die Bundestagung der dem DGB angehörigen und der CDU angehörigen Gewerkschaftler in der Industriegewerkschaft Chemie statt im Hinblick auf die im Frühjahr stattfindenden Betriebsrätewahlen, denen sich auch der Bundesvorstand der CDU einmal widmen sollte.[26] Das sind höchst wichtige Wahlen. Sie haben mindestens die gleiche Bedeutung wie die Kommunalwahlen für die gesamte Politik. Das will ich bei der Gelegenheit doch einmal sagen. Dabei wurde in einer einstimmig gefaßten Erklärung – es waren CDU-Mitglieder dabei einschließlich derjenigen aus dem Stegerwaldhaus (Sozialausschüsse) – beschlossen, nur solche Listen zu unterstützen, sowohl materiell als auch ideell, die die Billigung des DGB finden.

Ich bin nicht gewerkschaftsfeindlich eingestellt, aber bei der jetzigen inneren Situation des DGB halte ich eine solche Entwicklung, die tief in die CDU hineinreicht, für verderblich. Ich beobachte mit einiger Sorge, wie bei uns innerparteiliche Diskussionen laufen, wobei diejenigen Mitglieder, die in der Mitbestimmungsfrage nicht den totalen Machtanspruch bestimmter gewerkschaftlicher Kreise akzeptieren, sofort als antiquiert

25 Otto Brenner (1907–1972), Gewerkschaftsfunktionär; 1945 Mitgründer von SPD und den Gewerkschaften in Niedersachsen, 1951–1953 MdL Niedersachsen, 1952–1972 Vorsitzender der IG Metall. Vgl. Rainer KALBITZ: Die Ära Otto Brenner in der IG Metall (Schriftenreihe der Otto-Brenner-Stiftung 77). Frankfurt/Main 2001.

26 Zur Vorbereitung der im April/Mai 1968 stattfindenden Betriebsratswahlen veranstaltete die CDA am 13. Januar 1968 in Rüsselsheim eine Bundeskonferenz für Betriebs- und Personalräte (vgl. Nr. 21a Anm. 27). Ein vorläufiges Ergebnis der Betriebsratswahlen zeigte das starke parteipolitische Engagement der Christlich-Sozialen Arbeitnehmer: Von 314 dem DGB angehörenden Betriebsräten waren 177 Mitglieder der CDU, 7 der CSU; von 16 CGB-Betriebsräten gehörten acht und von 28 DAG-Betriebsräten gehörten 18 der CDU an, vgl. „Soziale Ordnung" Nr. 7 vom Juli/August 1968 S. 14.

und reaktionär abgestempelt werden. Ich bin deswegen unbedingt dafür, Herr Bundeskanzler und Bundesparteivorsitzender, daß wir uns einmal in einem internen Kreis wie dieser Bundesvorstand frontal dieser Frage stellen. Für mich ist es ganz klar, wenn die Mitbestimmung in der jetzt forcierten Form kommt, ist dies das Ende – das will ich ganz klar sagen – dessen, was wir rechtsstaatliche und freiheitliche Demokratie nennen.

Wir haben dann auf einem anderen Wege ein Rätesystem. Das hat aber gar nichts mit Gewerkschaft und Arbeitnehmerfragen zu tun. Gerade wem es ernst ist um den Arbeitnehmer im Betrieb, kann für eine solche Sache nichts übrig haben. Die Erfahrungen im Montanbereich sollten uns hier sehr stark mahnen. Deswegen ist es mein dringender Wunsch, daß wir die Mitbestimmungsfrage bei uns einmal diskutieren, die nicht abschließend sein kann – das können wir nicht –, aber damit wir uns einmal klarwerden, was nun der einzelne zu dieser Frage sagt und denkt.

Es ist eine seltsame Geschichte. Es gehört in der Parteiführung der CDU auch zur Tabu-Kiste; denn man muß erst lange kratzen, um bei dem einzelnen herauszufinden, was er von dieser Sache hält. Man kann dann sehr große Überraschungen erleben. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich wäre deshalb ganz froh – wenn ich schon hier im Bundesvorstand sitze –, einmal zu erfahren, wie nun der eine oder andere tatsächlich darüber denkt.

Kiesinger: Sie haben ein bißchen viel Heu heruntergeholt, Herr Kohl! (*Unruhe und Bewegung.*) Lassen wir einmal die Mitbestimmung beiseite. Sie sagen, der Herr Leber macht Ihnen viel mehr Kummer. Wieso denn? Abgesehen davon, daß er als Mitglied des Zentralkomitees ... (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Kohl: Herr Bundeskanzler, ich möchte noch ausdrücklich sagen: Meine Meinung ist, daß wir uns in der CDU daran gewöhnen müssen, daß Sozialdemokraten – auch wenn sie noch so unsympathisch sind, aus parteitaktischen Gründen gesehen – im katholischen Bereich vorankommen. Wenn ich Ja sage zum Schema 13[27] als Katholik – das tue ich –, dann muß ich das in Rechnung setzen.

Wenn wir uns in der katholischen Kirche und im Bereich ihrer Vereinigungen zur Diskussion stellen, habe ich keine Angst. Wir stellen uns heute weitgehend nicht mehr zur Diskussion; nur noch in den Kolpingsfamilien usw. Das ist viel eher unser Problem, als daß der Herr Leber jetzt in das Zentralkomitee gekommen ist. Meine Befürchtung zu Herrn Leber ist die, daß er ein Wolf im Schafspelz ist, um das einmal ganz klar zu sagen aus meiner Sicht. Er findet natürlich aufgrund seiner Struktur bei bestimmten Kreisen einen Anklang. Das hat nichts mit der Funktion im Zentralkomitee zu tun. Es ist so, daß man ihm in der Mitbestimmungsfrage nicht zutraut, daß er den Kurs des DGB steuert. Ich bin aber dennoch der Meinung, daß er ihn steuert; sonst muß er sich zurückziehen von bestimmten Dingen, die zu beobachten sind. Ich bin gerne bereit, Ihnen das bei Gelegenheit einmal im Detail zu sagen. (*Unruhe und Bewegung.*)

27 Schema 13 war Teil der Beratungen beim 2. Vatikanischen Konzil und wurde als Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute („Gaudium et spes") veröffentlicht. Vgl. Wilhelm SANDFUCHS (Hg.): Die Kirche in der Welt von heute. Eine Einführung in die Pastoralkonstitution „Gaudium et spes". Würzburg 1966.

Kiesinger: Das möchte ich hören. Bis jetzt gehört Herr Leber zu den Leuten, die diese Frage völlig undogmatisch ansehen.

Schmücker: Herr Vorsitzender, ich wollte zum Verfahren etwas sagen. Es sind mehrere wichtige Punkte angeschnitten worden, die vorbereitet sind und nun diskutiert werden müssen. Nun wird es sehr wesentlich sein, wie wir die Ausschüsse zusammensetzen. Deswegen bitte ich darum, daß wir hier keine Vorentscheidung treffen, sondern daß wir beim Punkt 3 weitermachen.

Kiesinger: Wir sollten uns jetzt konzentrieren – das ist auch akzeptiert worden – auf den Punkt der Wahlrechtsreform.

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler, ich wollte den gleichen Vorschlag zur Geschäftsordnung machen. Wir waren uns in der letzten Sitzung darüber einig, daß wir von den verschiedenen Punkten einen zum Hauptgegenstand machen wollten. Dabei ist heute die Wahlrechtsfrage in der Tat diejenige, die den Vorrang verdient und die auch von Ihnen vorgesehen ist. Bei den anderen Punkten muß man etwas unterschiedlicher vorgehen. Einige bedürfen einer gewissen Vorbereitung, wie Kollege Schmücker gesagt hat. Ich hielt es auch für gut, wenn wir ein Arbeitspapier hier hätten.

Man kann den Leber-Plan oder Fragen der Landwirtschaft nicht behandeln, ohne eine gründliche schriftliche Unterlage zu haben. Das würde ich also für die anderen Punkte vorschlagen. Die Fraktion wird sich ohnehin mit dem Leber-Plan beschäftigen und vielleicht auch einer der Ausschüsse der Partei.

Zum Thema Finanzverfassung wollte ich sagen, die Herren Ministerpräsidenten, die gewählte Mitglieder des Bundesvorstands sind, sind heute alle verhindert. Das setzt unserer Debatte gewisse Grenzen. Der Fortgang der Verhandlungen ist etwas enttäuschend, nachdem wir am 29. September unter Ihrem Vorsitz, Herr Bundeskanzler, mit den Ministerpräsidenten weitergekommen waren[28], ist dann aber von bestimmten Beamten hier wieder Sand ins Getriebe geworfen worden.

Sie hatten dann den Monat Dezember genannt ... (*Kiesinger:* Vor Weihnachten!) Sie wollten einige Herren aus dem Bundesvorstand oder dem Präsidium hinzuziehen. Ich würde vorschlagen, Herr Bundeskanzler, vor der nächsten Sitzung mit den Ministerpräsidenten mit einigen Herren aus dem Bundesvorstand oder aus dem Präsidium eine vorbereitende Erörterung abzuhalten. Wir dürfen nicht in die Situation kommen, daß uns die Ministerpräsidenten nur mit dem Papier ihrer beamteten Beratern gegenübertreten. Wir müssen auf der Ebene der Partei ein Vorgespräch führen, das anknüpft an unsere Entschließung vom 29. September, um die Sache wirklich voranzubringen. Wenn es nicht gelingt, im Dezember oder Januar zu einem Ergebnis zu kommen, müssen wir nach den Beschlüssen des Kabinetts die Vorlage einbringen. Und das führt zu einer sehr großen Disharmonie und einer öffentlichen Auseinandersetzung, die niemandem nützt, am wenigsten aber den Ländern.

28 Am 29. September 1967 trat die Arbeitsgruppe des Bundes und der Länder zu ihrer ersten Sitzung unter Leitung Kiesingers zusammen. Vgl. BULLETIN Nr. 106 vom 3. Oktober 1967. Vgl. auch „Welt" vom 25. September 1967 „Die Länder geben ein wenig nach".

Kiesinger: Bevor ich Herrn Lücke das Wort zum Wahlrecht gebe, muß ich noch etwas nachholen. Ich habe schon bei verschiedenen Gelegenheiten Herrn Bundesverteidigungsminister Schröder begrüßen können. (*Lebhafter Beifall.*) Mir ist er nun schon wieder ganz vertraut geworden. Aber eben fiel mir ein, daß er hier zum erstenmal wieder frisch und gesund unter uns weilt. Wir beglückwünschen ihn dazu und freuen uns, daß er wieder unter uns ist.[29]

Ich möchte noch ein Dankeswort an Herrn Kollegen Fay sagen. Herr Kollege Fay ist – wenn ich richtig im Bilde bin – mit Herrn Dr. Fricke der am längsten amtierende Landesvorsitzende der CDU, nämlich seit 1952. Er hat unter sehr schwierigen Umständen in einem für die CDU gewiß nicht leichten Lande dieses Amt sehr gewissenhaft all die Jahre hindurch geführt. Wir kennen ihn ja aus der Arbeit im Bundesvorstand. Ich brauche von ihm nicht Abschied zu nehmen; denn Sie bleiben ja Mitglied des Bundesvorstands der CDU. Wir werden also weiter zusammenarbeiten.[30] Es liegt mir nur daran, Ihnen für diese mühselige und treue Mitarbeit im Dienste der Christlich-Demokratischen Union unser aller herzlicher Dank zu sagen. (*Lebhafter Beifall.*) Ich möchte auch den Herrn Fraktionsvorsitzenden, der inzwischen eingetroffen ist, herzlich begrüßen. (*Beifall.*)

Lücke: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte den Ausführungen unseres Herrn Vorsitzenden zustimmen, daß die Wahlrechtsreform für diese Große Koalition und für den Bestand der Demokratie von entscheidender Bedeutung ist. Die Bedeutung dieser Frage kann nicht überschätzt werden.

Erlauben Sie mir, etwas zum Verfahren und zu der Vorbereitungsarbeit zu sagen. Ich habe auf Wunsch des Bundesvorstands zugesagt, daß wir die Wahlen in den Ländern nicht belasten wollen mit einer Kampagne für das Wahlrecht. Wir haben uns deshalb – soweit das möglich war – aus der öffentlichen Diskussion zurückgehalten. Wir haben lediglich die Grundsätze dieses Themas diskutiert. Ich glaube, das war gut. In der Zwischenzeit spüren wir, daß die Bereitschaft in der Bevölkerung, auch bei den Parteien, wächst, ein mehrheitsbildendes Wahlrecht durchzuführen. Sie wächst in einem erstaunlichen Tempo, weil spürbar wird, daß der Strukturwandel, dem auch die Parteien unterworfen sind – die Wahl Lebers ist ein Symptom –, so stark fortgeschritten ist, daß von diesem Wandel die rechten und die linken Splittergruppen profitieren, so daß unser Volk langsam dazu kommt, nun zu erkennen, daß hier über das Wahlrecht ein Stabilisator geschaffen werden soll.

Die Öffentlichkeitsarbeit, die wir von der Regierung und von der Partei betreiben wollen, setzt im Dezember bereits ein. Durch Aufklärungs- und Propagandamaterial, das vorbereitet ist, wollen wir hier einen möglichst großen Erfolg erzielen. Es soll geschehen durch eine Großauflage der Illustrierten, die jetzt zur Verteilung gelangt von

29 Schröder hatte am 29. August 1967 in seinem Haus auf Sylt einen Kollaps erlitten, mußte längere Zeit rekonvaleszieren und nahm im November 1967 seine Amtsgeschäfte wieder auf. Vgl. Oppelland S. 696f.

30 Alfred Dregger (1920–2002) löste Wilhelm Fay am 2. Dezember 1967 auf dem Parteitag in Eltville als Landesvorsitzender der hessischen CDU ab.

der Bundeszentrale für politische Bildung, dann durch die Informationen „Schwarz auf Weiß", die für anspruchsvolle Kreise gilt.[31] Damit soll die politische Arbeit bis hinunter in die Ortsparteien kontinuierlich unterstützt werden. Die Sprecher sollen zu diesem Thema Material bekommen.

Das wird verstärkt durch Zeitungsartikel. Die Bereitschaft hierfür ist recht groß, wobei man die moderne politische Linke sowie den „Kölner Stadtanzeiger" aus dieser Betrachtung herausnehmen muß. Der „Kölner Stadtanzeiger" entwickelt sich zu einem Problem, das für die Demokratie lebensgefährlich zu werden droht. Wir spüren, mit welcher zersetzenden Kritik gerade diese Zeitung arbeitet, der sich nun in Deutschland einige andere anschließen.

Ich habe vorgestern mit den Intendanten Wallenreiter[32] und Holzamer[33] ein zweistündiges Gespräch über die Ostpolitik gehabt und ihnen gesagt, daß das nicht geht. Zur Wahlrechtsfrage haben die Herren eine Unterstützung in den Fernsehprogrammen zugesagt.

Ich hatte bei Beginn dieser Arbeit einen wissenschaftlichen Beirat eingesetzt mit den Professoren Eschenburg[34], Scheuner[35], Dürig[36], Hermens[37], Ellwein[38] und Scheuch[39],

31 Vgl. Zur Neugestaltung des Bundestagswahlrechts. – Eine Veröffentlichung der Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema läßt sich erst für 1969 nachweisen: Bundestagwahl 1969. Informationen zur politischen Bildung, Folge 135 Juli/August 1969.

32 Christian Wallenreiter (1900–1980), Jurist; 1952–1960 Referent bzw. Ministerialdirigent im bayerischen Kultusministerium, 1960–1972 Intendant des Bayerischen Rundfunks, 1967–1969 Vorsitzender der ARD.

33 Prof. Dr. Karl Holzamer (geb. 1906), Philosoph und Pädagoge; 1931–1933 Engagement im Reichsjugendausschuß der Zentrumspartei, 1946–1962 Professor an der Universität Mainz, 1949–1960 Vorsitzender des Rundfunkrats des Südwestfunks, 1955–1962 Stadtrat in Mainz (CDU), 1962–1977 Intendant des ZDF.

34 Prof. Dr. Theodor Eschenburg (1904–1999), Politologe; 1928 Promotion, 1933–1945 Geschäftsführer in Industrieverbänden, 1947–1952 Ministerialrat (ab 1951 Staatsrat) und Stellvertreter des Innenminister des Landes Württemberg-Hohenzollern, 1949 Honorarprofessor, 1952–1973 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Tübingen.

35 Prof. Dr. Ulrich Scheuner (1903–1981), Jurist; 1925 Promotion, 1930 Habilitation, 1933–1940 Professor an der Universität Jena, 1941–1945 Kriegsteilnehmer, 1950–1969 Professor an der Universität Bonn.

36 Prof. Dr. Günther Dürig (geb. 1920), Jurist; 1949 Promotion, 1953 Habilitation, 1955–1982 Professor an der Universität Tübingen.

37 Prof. Dr. Ferdinand A. Hermens (1906–1998), Politologe; 1938–1959 Professor für Politikwissenschaft an der University of Notre Dame (USA), 1959–1972 an der Universität Köln.

38 Prof. Dr. Thomas Ellwein (1927–1998), Jurist; 1950 Promotion, 1961–1970 Professor an der Hochschule für Erziehung Frankfurt/Main, 1970–1974 Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr in München, 1976–1989 Professor an der Universität Konstanz.

39 In der Vorlage: Scholz. – Prof. Dr. Erwin K. Scheuch (1928–2003), Soziologe; 1956 Promotion und 1961 Habilitation an der Universität Köln, 1962–1964 Dozent an der Harvard University, 1965 Professor an der Universität Köln, 1965–1993 Gründer und Direktor des Instituts für Angewandte Sozialforschung, 1970 Mitgründer und 1980–1986 Vorsitzender des „Bundes Freiheit der Wissenschaft".

der siebte Name[40] fällt mir im Moment nicht ein. Die Herren kamen gegen eine Stimme zu dem Ergebnis, ein relatives Mehrheitswahlrecht solle eingeführt werden. Ich habe den Herren die Frage gestellt, wie man die Stabilität und die Kontinuität der Demokratie besser sichern könne als mit dem jetzigen Wahlsystem. Die Antwort von Professor Eschenburg, der nicht CDU-Mitglied ist, lautete, das sei am besten durch die Einführung eines relativen Mehrheitswahlrechts zu erreichen. Eine Minderheit kommt zu dem Vorschlag, ein Mehrheitswahlrecht mit Bundesliste einzuführen. Die Herren sind in dieser Woche zusammen, um die abschließende Besprechung durchzuführen.

Ich habe mir überlegt, Herr Bundeskanzler, Ihnen die Herren einmal vorzustellen. Ich halte diese Arbeit, die sehr gründlich gemacht wurde, für außerordentlich bedeutsam. Die Zusammenfügung der einzelnen Berichte stieß auf technische Schwierigkeiten. Es ist eine Mammutarbeit gewesen; sie liegt Anfang Januar vor. In unserem Hause habe ich nun die Vorlagen und die Modelle eines möglichen Mehrheitswahlrechts prüfen lassen. Es gibt deren eine ganze Fülle. Vor allem habe ich sie daraufhin prüfen lassen, inwieweit die Verabschiedung einer derartigen Wahlrechtsreform verfassungsrechtlich hieb- und stichfest ist. Es liegen verfassungsrechtliche Urteile in mehreren Bänden vor. Wir haben Herren auf diesem Gebiete, die sehr gute Arbeit leisten. Sie haben ein Dreivierteljahr damit zugebracht, einmal zu prüfen, welche der möglichen Lösungen nach der geltenden Rechtsprechung in Karlsruhe hieb- und stichfest sind. Es kristallisieren sich praktisch nur zwei Modelle heraus.

1. Das relative Mehrheitswahlrecht; also ein Wahlrecht mit 500 Wahlkreisen. Gewählt ist derjenige, der die meisten Stimmen bekommen hat. Dieses Wahlrecht – das ist die einstimmige Auffassung des Beirats, aber auch der Verfassungsjuristen in meinem Hause – sei verfassungsrechtlich nicht angreifbar. Etwas problematischer wird das Wahlrecht, dem ich bis zur Stunde anhänge, nämlich 400 Wahlkreise zu schaffen mit direkter Wahl und 100 Mandate auf einer Bundesliste im Proporzsystem den direkt gewählten Kandidaten zuzuschlagen, d. h. für vier direkt gewählte Mandate über die Bundesliste ein Mandat.

Bei diesem Wahlrecht gehen die Meinungen auseinander. Ich will das jetzt nicht im einzelnen erörtern. Dennoch hält es die Mehrheit der Experten und eine Minderheit des Beirats für möglich, daß ein solches modifiziertes Mehrheitswahlrecht mit Bundesliste durchgehen könne. Die Junge Union und eine Reihe unserer Freunde diskutieren über das sogenannte harmonisierende Wahlrecht. Es handelt sich darum, daß die Wahlkreise bleiben, wie sie sind, und den direkt gewählten 248 Kandidaten wird ein Kandidat zugegeben auf der Liste, die die Parteien zur Verfügung stellen. Unter Harmonisieren versteht man, daß man damit die Flüchtlinge – Oasen der CDU, wie es heißt – mit Abgeordneten bedienen möchte. (*Unruhe und Bewegung. – Klepsch:* Nicht Oasen, sondern Wüsten! – *Heiterkeit.*) Wenn Sie eine Wahlrechtsreform durchführen müssen, dann gewöhnen Sie sich nur noch positive Ausdrücke an, sonst kommt man in Schwierigkeiten.

40 Prof. Dr. Wilhelm Hennis (geb. 1923), Politologe; 1951 Promotion Göttingen, 1960 Habilitation Frankfurt/Main, 1960–1962 Professor an der Pädagogischen Hochschule Hannover, 1962–1967 an der Universität Hamburg, 1967–1988 an der Universität Freiburg i. Br.

Dieses Wahlrecht wird aber strikt als mit der Verfassung nicht vereinbar erklärt. Ich bedaure das außerordentlich. Das wäre eine einfache und eine ganz klare Lösung gewesen. Darum habe ich die beiden Vorlagen erarbeitet, das relative Mehrheitswahlrecht mit 500 Wahlkreisen und die andere Vorlage mit 400 Mandaten aus den Direktwahlkreisen und 100 von der Bundesliste.

Zu diesen beiden Vorlagen bedurfte es einer umfangreichen Vorarbeit, nämlich der Zuschneidung neuer Wahlkreise. Diese Mammutarbeit hat das Bundesstatistische Amt mit den Statistischen Landesämtern fertiggestellt. Die Arbeit liegt als Studie seit letztem Freitag vor.[41] Wir haben also einmal 500 Wahlkreise neu zugeschnitten und daneben 400 Wahlkreise für die Alternativlösung, so daß wir jetzt nicht theoretisch diskutieren müssen; denn die Zuschneidung der Wahlkreise ist für die Sozialdemokraten – das haben sie unmißverständlich gesagt – die entscheidende Frage.

Ich sagte, das sei eine Studie. Ich habe keinerlei Einfluß auf die Zuschneidung der Wahlkreise genommen, weil das hätte gefährlich werden können. Die Studie liegt vor. Ich war nicht informiert, daß wir heute darüber sprechen. Ich bin aber dankbar, weil wir einen Beschluß dahingehend fassen müssen, daß wir unsererseits die Dufhues-Kommission[42] beauftragen, mit entsprechenden Vertretern der Sozialdemokratie diese Zuschneidung der Wahlkreise im Rahmen der beiden Parteien zu überprüfen. Diese Arbeit muß nun einsetzen, weil sie außerordentlich wichtig ist.

Ich möchte die beiden Vorlagen Anfang Januar dem Kabinett vorlegen, damit es entscheiden kann, welcher Vorlage es den Vorzug gibt. Ich habe während der ganzen Zeit Fühlung mit den Sozialdemokraten gehalten, um ihre Meinung zu kennen. Ich habe festgestellt, daß sich dort kein Sinneswandel vollzogen hat gegenüber dem Text, wie er in der Regierungsvorlage enthalten ist, also ein mehrheitsbildendes Wahlrecht zu schaffen, das im Grundgesetz verankert und in dieser Legislaturperiode verabschiedet wird mit der Wirkung, nach der Wahl im Jahre 1969 erstmalig wirksam zu werden. (*Kohl:* Normalerweise 1973!) Es kann früher sein, aber normalerweise 1973. Wir sollten nun prüfen, wie ein Übergangswahlrecht für die Wahl im Jahre 1969 geschaffen werden soll.

Ich darf aus der historischen Entwicklung in Erinnerung rufen, daß 1962 beim ersten Versuch, ein Mehrheitswahlrecht einzuführen, Herr Erler[43] es gewesen ist, der immer die These vertreten hat, die Abgeordneten dürften nicht das Wahlrecht ändern, bevor der Wähler noch einmal über die Zusammensetzung des Bundestags entschieden hätte. Diese These hat politisch keine Hintergründe, sie ist aber bei den Sozialdemokraten sehr hartnäckig aufgegriffen worden.

---

41 Studie in ACDP 01–077–108.

42 Protokoll der 1. Sitzung der Wahlrechtskommission von CDU/CSU vom 10. April 1967 in der Politischen Akademie Eichholz mit einer Liste der Mitglieder, der Sitzung vom 5. Juni 1967 in Bonn sowie der Sitzung vom 12. Januar 1968 in Eichholz in ACDP 01–157–076/2; vgl. auch DUD Nr. 68 vom 11. April 1967 S. 4. Vgl. auch Nr. 17 S. 791 f.

43 Fritz Erler (1913–1967), Verwaltungsbeamter; 1931 SPD, 1945–1949 Landrat, 1946/47 MdL Württemberg-Hohenzollern, 1949–1967 MdB, 1964–1967 stv. Vorsitzender des SPD. Vgl. Hartmut SOELL: Fritz Erler. Eine politische Biographie. 2 Bde. Berlin/Bonn 1976 S. 746.

Die Gespräche mit den Sozialdemokraten haben ergeben, daß die Schwierigkeiten in den eigenen Reihen dort größer sind als in der CDU, um ein Mehrheitswahlrecht einzuführen. Das hängt wesentlich zusammen – damit komme ich zu einem Politikum ersten Ranges – mit dem Ablauf der Notstandsverfassung.[44] Es hat sich gezeigt – das zeigt sich immer deutlicher bei den Anhörungsverfahren –, daß die Sozialdemokraten nicht in ihren Führungsgremien, aber innerhalb der Gewerkschaften die Notstandsverfassung unterschätzen. Die Sozialdemokraten stehen unter einem Druck, der ganz ungewöhnlich ist in dieser Richtung. Meine Meinung zur Notstandsverfassung ist die, wenn die Sache nicht praktikabel wird, werde ich keine weitere Vorlage vertreten. Die Anhörungsverfahren im Bundestag zeigen, daß einige Kreise der Sozialdemokraten die Kernstücke aus der Vorlage herausbrechen möchten. Wir haben vereinbart, daß wir nach den Anhörverfahren innerhalb der Koalition darüber noch einmal sprechen. Diese Frage hängt zusammen mit dem, was sich auf sozialdemokratischer Seite tut. Innerhalb der Gewerkschaften herrscht ein Gesinnungsterror, wie ich ihn selten erlebt habe. Argumente werden nicht getauscht, weder bei Herrn Brenner noch bei Herrn Rosenberg[45]. Es wird einfach die sachliche Diskussion abgewürgt; man ist dagegen.

So ist zu erklären, daß in Westfalen zum Wochenende rund 10.000 Mann und am letzten Sonntag diese Notstandsgegner vor meinem Hause demonstrierten mit den Ostermarschierern Arm in Arm. Es war mir möglich, die Herren Rosenberg und Brenner zu bitten, die Sache abzublasen. Das haben sie getan. Sie konnten aber nicht mehr verhindern, daß die wilden Demonstranten – das waren die Dutschke-Leute – vor meinem Haus dieses Manöver veranstalteten.[46] (*Lebhafte Bewegung und Unruhe. – Zuruf:* Dutschke[47] war gestern im Fernsehen! – *Kohl:* Das ging doch zu unseren Gunsten aus!) Man könnte Dutschke jeden Abend im Fernsehen zeigen. (*Anhaltende Unruhe.*) Die Haltung der Sozialdemokraten hinsichtlich der Wahlrechtsfrage kann man nur begreifen aufgrund ihres inneren Zwiespaltes bei dem Thema der Notstandsverfassung. In

44 Verabschiedet vom Bundestag am 30. Mai 1968. Vgl. Dieter STERZEL: Kritik der Notstandsgesetze. Frankfurt/Main 1968; Heinrich OBERREUTER: Notstand und Demokratie. Vom monarchischen Obrigkeitsstaat zum demokratischen Rechtsstaat. München 1978 S. 199f. Vgl. auch „Siebzehntes Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes (Notstandsgesetze)" vom 24. Juni 1968, BGBl 1968 I S. 709.

45 Ludwig Rosenberg (1903–1977), Gewerkschaftsführer; 1924 SPD, 1931–1933 Geschäftsführer des Gewerkschaftsbunds der Angestellten, 1933 Exil in Großbritannien, 1945 Sekretär beim Zonensekretariat der Gewerkschaften für die britische Zone in Bielefeld, 1949 Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB, 1962–1969 Vorsitzender des DGB.

46 Am 26. November zogen demonstrierende Mitglieder der Gewerkschaftsjugend vom Bensberger Rathaus zum Haus des Ministers, vgl. „Bonner Rundschau" vom 27. November 1967 „Lücke läßt sein Haus nicht im Stich"; FAZ vom 27. November 1967 „Demonstranten vor Lückes Wohnung".

47 Rudi Dutschke (1940–1979), Soziologe; 1961 Übersiedlung nach West-Berlin und Studium an der Freien Universität, 1964 Mitglied im SDS, 1968 schwere Verletzung nach Attentat, 1968–1970 Studienaufenthalt in England, 1971 Dozent in Aarhus (Dänemark), 1975–1979 Mitarbeit an einem DFG-Forschungsprojekt. Vgl. Gretchen DUTSCHKE (Hg.): Rudi Dutschke: Jeder hat sein Leben ganz zu leben. Die Tagebücher 1963–1979. Köln 2003.

Gesprächen mit führenden Sozialdemokraten – vor allem mit Herrn Wehner – ging es darum, daß die Regierungsvorlage erhalten bleiben soll, so daß die Sozialdemokraten hier durchstehen müßten. Das können wir abwarten.

Ich hatte deshalb den Herrn Bundeskanzler gebeten, für Anfang Dezember die Parteivorsitzenden, die Fraktionsvorsitzenden und den Innenminister zu einem Gespräch zu bitten mit den Stellvertretenden Vorsitzenden, um das Verfahren bei der weiteren Behandlung der Wahlrechtsreform abzustimmen. (*Barzel:* Das ist eine Kabinettsvorlage!) Ein solches Verfahren sollte im kleinsten Kreis besprochen werden, weil ich das für dringend notwendig halte. Die Kabinettsvorlage, die im Januar verabschiedet werden soll, können wir diesem Gespräch zugrunde legen. Das ist der Stand der Beratungen.

Ich komme nun zu der schwierigsten Frage, wenn die Sozialdemokraten nicht mitmachen – was ich begrüßen würde –, für 1969 bereits die Wahlrechtsreform zur Geltung zu bringen. Die Schwäche unserer Position liegt darin, daß die Regierungserklärung einen anderen Text hat, und daran halten sich die führenden Sozialdemokraten noch. Aber wenn man mit ihnen echt argumentiert, dann können sie nicht übersehen, daß auch für die Sozialdemokraten diese Haltung lebensgefährlich werden kann. Die Sozialdemokraten sind in ihrem Bestand, wenn die Entwicklung so weitergeht, mehr bedroht als die CDU/CSU. Die ganze Entwicklung – die ich jetzt nicht im einzelnen erörtere – ist auf der linken Seite sehr gefährlich. Es müßte also möglich sein, sie dafür zu gewinnen, entweder ein Übergangsrecht für 1969 zu finden, wozu unsere Verfassungsexperten sagen, daß es ohne weiteres möglich sei, nämlich das geltende Wahlrecht dahin zu ändern, daß bei Wahlkreisen nicht mehr 5 oder 6 %, sondern nur noch ein Direktmandat gefordert werden soll. Das wäre der Vorschlag, den ich zu machen hätte, nämlich die 5%-Klausel fallenzulassen und den Trend zum endgültigen Mehrheitswahlrecht zum Ausdruck zu bringen, indem wir nur ein Direktmandat fordern.

Das würde verhindern, daß die anderen in den Bundestag kämen, aber ich habe den Eindruck, daß hier manipuliert wird – das Wort ist von der FDP fleißig ausgestreut worden –, so daß das Übergangswahlrecht schwer durchzusetzen sein wird. Wenn wir also – und das ist unser Ziel – das relative Mehrheitswahlrecht oder die andere Variante im Grundgesetz verankern, dann bestünde die Gefahr nicht – so steht es in der Regierungserklärung –, daß 1969 ein Zwang zur Fortsetzung der Großen Koalition besteht. Wenn wir es im Grundgesetz verankern, ist es unwahrscheinlich, daß eine Koalition nach 1969 diese grundgesetzliche Absicherung wiederum beseitigt.

Der Beirat kommt aus anderen Gründen zu dem Vorschlag, die Sache nicht im Grundgesetz zu verankern. Man bezieht sich auf Weimar. Dort habe die Verankerung des Verhältniswahlrechts zu Schwierigkeiten geführt. Dennoch bin ich der Meinung, es muß in das Grundgesetz, und zwar in dieser Legislaturperiode. Wenn das nicht gelingt, dann wäre die Durchsetzung eines Mehrheitswahlrechts – wir brauchen dafür nur die einfache Mehrheit – in dieser Legislaturperiode möglich.

Aber dann ergibt sich für die Koalition nach 1969 – wie immer sie geartet ist – ein Zwang zur Fortsetzung, um zu verhindern, daß eine Anti-Koalition das Wahlrecht wie-

der beseitigt. Das ist die Gefahr, auf die der Herr Bundeskanzler hinweist, beim Einzug der NPD. Es ist gar kein Zweifel, daß sie in den Bundestag einziehen wird, und die Freien Demokraten gewinnen wieder – sie liegen zur Zeit bei 7 % –, so daß auch sie im Bundestag erscheinen werden. Die DFU mit ihren 4,8 % hat auch eine gewisse Chance. Die sogenannte Demokratische Linke beobachten wir. Wir glauben nicht, daß sie in Baden-Württemberg große Chancen hat. Sie trägt zur weiteren Zersplitterung der Linken bei, so daß hier eine Gefahr für die Sozialdemokraten besteht.

Die Frage ist also, wie können wir die Sozialdemokraten davon überzeugen, daß wir die Sache in dieser Legislaturperiode verfassungsrechtlich absichern müssen? Hier stellt sich sofort die weitere Frage – die ich mit einer gewissen Sorge beobachte – hinsichtlich der Mehrheitsbildung in den Ländern. Wir brauchen 28 Stimmen in den Ländern, um eine solche Wahlrechtsänderung zu verabschieden und sie im Grundgesetz zu verankern. Wir brauchen die Zweidrittelmehrheit der Länder. Wir würden eine solche Zweidrittelmehrheit bekommen, weil in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit besteht, daß Herr Kühn für eine solche Veränderung stimmt. In Bremen haben wir erlebt, daß die Politik der Freien Demokraten auf die Länder drückt, daß den Freien Demokraten in den Ländern die Bedingung gestellt wird: Ihr dürft im Bund solchen Dingen nicht zustimmen. – Die Wahl in Baden-Württemberg steht vor uns. Damit hat die Frage, was wird diese Koalition zum Wahlrecht entscheiden, eine große Bedeutung.

Diese Fragen hängen eng zusammen mit der Forderung nach einer Zweidrittelmehrheit. Wenn Sie mich zum Schluß fragen, was ich für realistisch halte, so komme ich zu der Überzeugung, daß wir das relative Mehrheitswahlrecht einführen sollen. Die Variante 400:100 sollte ernsthaft geprüft werden. Wir sollten mit allen Mitteln den Versuch unternehmen, es verfassungsrechtlich in dieser Legislaturperiode abzusichern, und zwar im nächsten Jahr. Dem stimmen die Sozialdemokraten zu. Hier besteht auch kein Widerspruch, daß der Parteitag erst im Spätherbst einberufen werden soll. Sie wollen ihn notfalls auch früher einberufen.[48] Wenn das nicht möglich ist, müssen wir das Wahlrecht ohne verfassungsändernde Mehrheit verabschieden. Das ist eine sehr schwierige Situation. Darum hat der Herr Bundeskanzler mit Recht gesagt, das ist die schwierigste Bewährungsprobe in dieser Großen Koalition. Es gibt keine Frage, die mit soviel Problemen belastet ist wie dieses Thema.

Nun zum Zeitplan! Die CDU/CSU hat ihre Linie klar gehalten. Die Forderung unserer Freunde, die sagen, wählt schon 1969 nach dem neuen Wahlrecht, ist richtig. Aber wir müssen, wenn wir es durchsetzen wollen, sagen: Wenn es möglich ist. Wir können es nicht ultimativ fordern, sondern wir müssen uns hier an die Regierungserklärung halten. Der Rheinische Parteitag hat sich mit der Frage befaßt.[49] Ich war überrascht über die Entwicklung und die Stimmung in der Rheinischen Partei; denn gegen vier Stimmen in einem großen Arbeitskreis, den ich leitete, wurde die Einführung des relativen

48 Der 13. ordentliche Parteitag der SPD vom 17.–21. März 1968 in Nürnberg beschloß, die Behandlung der Wahlrechtsänderung zu verschieben.

49 Parteitag der CDU Rheinland am 10./11. Februar 1967 in Oberhausen. Vgl. Nr. 11 Anm. 3 und 54.

Mehrheitswahlrechts beschlossen. Der Parteitag selber hat das noch einmal mit Nachdruck unterstrichen. Dabei mußte ich mich sehr hart einsetzen, um zu verhindern, daß ultimativ gefordert wurde, es schon für 1969 wirksam werden zu lassen. Hier ist dann das Wort „möglichst" eingefügt worden. Dieser Rheinische Parteitag hat also gezeigt, daß die Entwicklung in Richtung dieser Lösung geht.

Herr Bundeskanzler, ich habe nicht so sehr die Sorge darüber, daß im Bundestag oder in den Gremien eine Mehrheit nicht zustande kommt. Sicherlich hat eine Reihe von Kollegen Sorgen, aber das ist nicht das entscheidende Problem. Es ist so, daß auch die Kollegen, die in Schwierigkeiten geraten, einen Wahlkreis zu bekommen, aus staatspolitischen Gründen für diese Lösung eintreten. Das beobachte ich also. Man spürt, um welch bedeutende Frage es hierbei geht.

Klepsch: Ich glaube, wir befinden uns hinsichtlich der Wahlrechtsreform gewissermaßen in einem circulus vitiosus. Herr Minister Lücke hat mit Recht darauf hingewiesen, wenn man in Erwägung zieht, dieses relative Mehrheitswahlrecht erst für 1973 zu verabschieden, (*Sehr starke Unruhe.*) es aber, damit auch wirklich 1973 dieses gilt, in der Verfassung zu verankern, so bedeutet das, daß dafür keine einfache Mehrheit notwendig ist, sondern eine Zweidrittelmehrheit. Da fängt mein erstes Bedenken an. Ich sehe das nicht so optimistisch hinsichtlich des Zustandekommens einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag, wie es hier vielleicht verständlicherweise dargestellt worden ist.

Ich möchte deshalb auf vier Probleme in diesem Zusammenhang eingehen. Ich glaube eben an diese Notwendigkeit einer Koppelung. Würden wir es bei der Möglichkeit der einfachen Mehrheit für die Änderung des Wahlrechts lassen, so weiß ich nicht, wie der Bundestag sich bei vier oder fünf Parteien nach der Wahl im Jahre 1969 verhalten soll, um dieses Damoklesschwert über den anderen schweben zu lassen.

Zum Übergangswahlrecht möchte ich sagen, so bestechend der Gedanke mit dem einen Direktmandat ist, für so gefährlich halte ich ihn nach einer ganz bestimmten Richtung. Ich meine weniger, daß die NPD einen erobert, sondern es gibt noch die Freien Demokraten. Wir wissen nicht, wie der Bundesparteitag der FDP im Januar ausgehen wird, ob sich der linke Flügel durchsetzen wird[50], aber sollte es zu einem kleinen Schwung zur SPD hin kommen, dann besteht natürlich die Möglichkeit der Freien Demokratischen Partei, den Einzug ins Parlament auf eine ähnliche Weise zu vollziehen, wie wir das früher mit der Zentrumspartei selbst getan haben[51] und wie es die (*Sehr starke Unruhe.*) SPD vergeblich mit der Bayernpartei versucht hat.

---

50 Auf dem Bundesparteitag der FDP am 30. Januar 1968 in Freiburg löste Walter Scheel als Vorsitzender Erich Mende ab.

51 Bei der Bundestagwahl 1953 verzichtete die CDU zugunsten von Johannes Brockmann (1888–1975) auf einen Kandidaten im Wahlkreis 87 (Oberhausen), so daß durch seine Direktwahl der Deutschen Zentrumspartei die Überwindung der Sperrklausel gelang. Martin Heix (1903–1977) wurde auf den zweiten Platz der nordrhein-westfälischen Zentrumspartei gesetzt; nach seinem Eintritt in den Bundestag wechselte er sofort wieder zur CDU/CSU-Fraktion, vgl. DATENHANDBUCH 1 S. 141.

Wenn also nicht vorher eine Vereinbarung zwischen uns und unserem Koalitionspartner darüber besteht, daß ein solcher Handel nicht gemacht wird, dann weiß ich nicht, wie man dies verhindern soll. Dann wird natürlich die nächste Koalition auf dem Wege der Aushandlung über diese Direktmandate vollzogen. Ich möchte das einmal andeuten, (*Sehr starke Unruhe.*) um hier einen Ausweg zu suchen, für 1969 eine verfassungsrechtlich unbedenkliche Lösung zu finden. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Was die Durchsetzbarkeit im Bundestag angeht, so bin ich der Meinung, daß zwei Fragen zu prüfen sind. Die eine ist allgemeiner Art. Gibt es überhaupt die Möglichkeit, eine Zweidrittelmehrheit für ein mehrheitsbildendes Wahlrecht zu erhalten? Darin eingeschlossen ist die Sonderfrage, zu was ist die Zustimmung der SPD zu erlangen? Bei allen Überlegungen, die ich selber mit angestellt habe, war für mich immer eine Prämisse, daß die Zustimmung der SPD erreicht werden muß, um die Verankerung in der Verfassung zu ermöglichen, und daß man deshalb von der Position der SPD ausgehen muß.

Wenn die SPD überhaupt zu einer Lösung zu gewinnen ist, so kann sie nur auf der Grundlage der Verrechnung des relativen Mehrheitswahlrechts erfolgen. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Wenn ich mir nun die drei Faktoren, die in der öffentlichen Diskussion eine geringe Rolle spielen, obwohl sie für die Durchsetzung der Zweidrittelmehrheit ausschlaggebend sind, vor Augen führe, nämlich erstens das Interesse der einzelnen Abgeordneten, zweitens das Interesse der regionalen Strukturen – darüber wird überhaupt nicht diskutiert, obwohl man sehen muß, daß die regionalen Parteistrukturen von außerordentlicher Bedeutung sind, das gilt für die SPD wie für uns –, drittens wie soll man bei dem relativen Mehrheitswahlrecht ein Wahlkreisschema finden, das beiden Seiten deutlich macht ... (*Anhaltende Unruhe. – Amrehn:* Daß nun wirklich der CDU etwas absichert!) Das scheint nicht erreichbar zu sein. Man wird ein Ergebnis erhalten, das die entsprechenden Wahrscheinlichkeitschancen ermittelt. Das ist der Grund dafür, warum sich in der Jungen Union viele damit beschäftigt haben, einen Wahlrechtsvorschlag zu finden, der die Zustimmung der SPD erhalten könnte und um auch die Forderung im Sinne der staatspolitischen Notwendigkeiten zu erfüllen. Wir haben lange das funktionale System mit den Vier-Mann-Wahlkreisen erörtert, aber die Zustimmung der SPD ist dazu nicht zu erlangen. Das ist der Grund dafür, warum wir von dieser Vorstellung abgegangen sind. Ich glaube nicht, daß sich in der Haltung der SPD dazu etwas ändern wird.

So sind wir also auf dieses Huckepack-System verfallen, das einmal die Möglichkeit bietet, die regionalen Strukturen auszugleichen. Nun stoßen wir hier auf verfassungsrechtliche Bedenken. Ich halte es für sehr dubios, hier zu sagen, auf vier Kreismandate darf ein Huckepack-Sitz verteilt werden. Die Frage ist natürlich, ob man es riskieren will, in die Zone der Auseinandersetzung mit dem Bundesverfassungsgericht zu geraten. Wenn ich die Zweidrittelmehrheit haben will, so glaube ich unter Berücksichtigung aller Faktoren, daß in diesem Bundestag das relative Mehrheitswahlrecht für 1973 nicht zu erreichen ist. Ich mag etwas der allgemeinen Meinung Zuwiderlaufendes sagen, aber nach meiner Kenntnis der Auffassungen wird der eigentliche Widerstand auch in unserer Fraktion erst beginnen, wenn tatsächlich die Sache in ein kritisches Stadium rückt.

Bei den Sozialdemokraten – ich habe mich mit verschiedenen Kollegen im Verteidigungsausschuß unterhalten, wo sich ein gewisses Vertrauensverhältnis mittlerweile eingestellt hat – sehe ich gar keine Chancen.

Eine Mehrheit ist meines Erachtens nur dann zu erhalten, wenn eine für die SPD sehr günstige Wahlkreiszuschneidung erfolgt. Man sollte sich hier keinen Illusionen hingeben. Das Parlament wird unter ganz rationellen und nicht unter emotionalen Gesichtspunkten in dieser Frage entscheiden. (*Kiesinger:* Wobei ich nicht recht weiß, was rationell und was emotional ist. – *Heiterkeit. Anhaltende Unruhe.*) Aus allen diesen Gründen bin ich zu der Meinung gekommen, daß wir es mit einem circulus vitiosus zu tun haben. Verfassungskonform ist nur das relative Mehrheitswahlrecht. Das ist aber nur für 1973 zu bekommen. Für 1973 nützt es uns nur, wenn wir es jetzt mit einer Zweidrittelmehrheit verabschieden. Die Zweidrittelmehrheit bekommen wir jetzt aber nicht.

Ich möchte diese Bedenken ausgesprochen haben, weil wir überlegen sollten, wie man praktisch hier vorankommen kann. In dem Augenblick, wo sich die Regierung entschließt, eine Regierungsvorlage einzubringen, wächst der Widerstand bei allen Gruppen, die sich irgendwie bedroht fühlen, der dann eine ungeahnte Intensität erreichen wird. Das glaube ich mit Sicherheit voraussagen zu können. Ich bin in keiner Weise betroffen, Herr Bundeskanzler. Mein Wahlkreis kann zerschnitten werden, wie er will. (*Starke Unruhe und Bewegung.*)

Dufhues: Ich möchte Sie unterrichten über den Stand der Beratungen in der Kommission, die durch den Bundesvorstand und die Bundestagsfraktion der CDU/CSU gebildet worden ist. Diese Kommission hat in mehreren Sitzungen die Möglichkeit einer Wahlrechtsreform erörtert und diskutiert. Dabei sind auch die Auswirkungen einiger anderer Wahlrechte erörtert worden. Naturgemäß gab es nicht wenige, die sich zu einem Wahlrecht hin orientierten, das alle Vorteile der CDU und alle Nachteile eines mehrheitsbildenden Wahlrechts der SPD anvertrauen möchte.

Aber die überwiegende Meinung hat sich schließlich doch von dem Gedenken leiten lassen, daß ein neues Wahlrecht einige klare Voraussetzungen haben muß. Die erste Voraussetzung scheint mir, neben dem überragenden Gesichtspunkt der Stabilisierung unserer parlamentarischen Regierungsverhältnisse, die zu sein, daß das Wahlrecht erstens einfach und klar und zweitens, daß es auf den Wechsel angelegt ist. Das Anstreben jeder anderen Lösung würde zu Irrealitäten führen, die in den parlamentarischen Entscheidungen keinen Niederschlag fänden.

Wir kommen am 6. Dezember erneut zusammen. In dieser Sitzung werden beraten die Probleme der Wahlkreiseinteilung, dann wird der Präsident des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden einen Vortrag halten. Ferner werden wir den Bericht des wissenschaftlichen Beirats entgegennehmen, den Herr Lücke für das Innenministerium gebildet hat. Erst dann sind wir in der Lage, eine Empfehlung zu erarbeiten.

Nun komme ich ein wenig in Zeitbedrängnis mit den Überlegungen, die Herr Lücke angestellt hat. Ich fürchte, daß ich diese Kommission im Dezember nicht noch einmal einberufen kann. Ich hoffe, daß die Kommission in der ersten Hälfte des Monates Janu-

ar zusammentreten wird, um eine Empfehlung zu erarbeiten. Welchen Inhalt diese Empfehlung haben wird, kann ich nicht sagen, ich möchte es auch nicht sagen. Ich bin verpflichtet, die Verhandlungen der Kommission so zu leiten, daß nicht der Eindruck entsteht, hier liegen bereits Vorentscheidungen vor.

Ich wäre dankbar, wenn bei der Behandlung des Problems der Wahlrechtsreform durch das Kabinett dieser Zeitplan berücksichtigt werden könnte, weil sonst die Beratungen der Kommission nicht von Erfolg sein würden.

Noch eine Bemerkung zu der Anregung von Herrn Lücke: Es möge ein Teil dieser Kommission sich auch mit der Wahlkreiseinteilung befassen. Ich weiß nicht, ob die Wahlkreiseinteilung zunächst zwischen der CDU und CSU und der SPD erörtert werden kann. Das scheint mir kein Vorschlag zu sein, der den Möglichkeiten eines solchen Arbeitskreises entspricht. Hier wird sich der Herr Bundesinnenminister persönlich maßgeblich einschalten müssen. Außerdem sind solche Probleme wirklich besser bei erfahrenen Persönlichkeiten wie dem Herrn Generalsekretär, dem Herrn Bundesgeschäftsführer und anderen in guten Händen. Ich wäre dankbar, wenn Sie diese Möglichkeiten ins Auge faßten. Die Wahlkommission als solche verfügt nicht über die guten Kenntnisse der Problematik bei der Wahlkreiseinteilung, daß sie sich mit Erfolg dieser Aufgabe stellen könnte. (*Unruhe und Bewegung.*)

Kiesinger: Bevor ich das Wort weitergebe, kurz folgendes: Natürlich haben Sie recht, Herr Klepsch, mit Ihren Bemerkungen. Die Schwierigkeiten unterschätze ich in keiner Weise. Ich wage auch gar keine Prognose. Doch wird innerhalb der SPD auch mit gutem Glauben – einige tun es sicher, andere sicher nicht – versichert, daß man dieses Wahlrecht vorlegt. Es ist heute schon so, daß die öffentliche Meinung Sprecher der SPD dazu zwingt, in dieser Frage zugunsten des Mehrheitswahlrechts Stellung zu nehmen, obwohl sie es gar nicht wollen.

Was die Frage anlangt, wenn wir die Grundgesetzänderung nicht durchbekommen, so kann ich mir vorstellen, daß sich die SPD darauf einlassen würde, nun zu sagen: Ein großer Teil unserer Leute wollen das Wahlrecht für 1973, aber soviel kriegen wir nicht zusammen, daß es mit Sicherheit eine Grundgesetzänderung gibt. In diesem Fall würde ich unbedingt dazu raten, nun zuzupacken. Wenn schon keine Grundgesetzänderung möglich ist, dann sollten wir es wenigstens durch ein einfaches Gesetz machen; denn wir müssen an die Zeit nach der Wahl denken. Für uns beide ist es unmöglich, eine Fortsetzung der Großen Koalition über das Jahr 1973 hinaus ins Auge zu fassen. Das ist auch im Interesse des parlamentarisch-demokratischen Lebens in der Bundesrepublik für meine Vorstellung und auch nach meiner Erfahrung in der Regierungsarbeit nicht denkbar.

Infolgedessen müssen beide Parteien – was immer jetzt auch beschlossen oder nicht beschlossen werden mag – mit der kommenden Bundestagswahl ein großes Interesse haben, irgendein Wahlrecht zu finden, das sie wirklich auseinanderzwingt. Das würde also bedeuten, daß mindestens nicht die Gefahr besteht, daß in der kommenden Legislaturperiode ein einfaches Wahlgesetz wieder aufgehoben oder geändert wird. Wir würden dann die Wahlen für das Jahr 1973 mit diesem geänderten Mehrheitswahlrecht auf-

grund eines einfachen Gesetzes durchführen können. Wenn man das Beste nicht haben kann, dann muß man halt das andere nehmen. Das setzt allerdings voraus, daß die SPD bereit wäre, sich einzulassen auf ein Auseinanderfallen der Koalition in dieser Frage. Ob sie das will oder nicht will, das kann ich heute noch nicht sagen.

Es ist ja nicht so – und damit komme ich zu der Bemerkung, es sei ein circulus vitiosus –, daß man sich an eine Aufgabe setzt, von der man von vornherein überzeugt ist, daß sie nicht gelingen kann. Hier handelt es sich um eine so wichtige Sache – und es gibt auch bei der SPD Leute, die hier stark engagiert sind –, daß man es trotzdem versuchen soll, auch wenn ich es nicht so optimistisch darstellen will, wie es der Kollege Lücke aus verständlichen Gründen getan hat. Ich kann immer wieder nur sagen, der Riesenzwang zum Auseinandergehen besteht. Man sollte nicht leichtfertig glauben, daß das Jahr 1969 uns ohne weiteres aus dieser Zwangslage befreien wird. Es kann sein, daß eine der beiden Parteien die absolute Mehrheit bekommt. Das ist durchaus drin. Wenn das aber nicht geschieht, dann erhebt sich wieder die Frage. Es gibt heute schon eine Ausarbeitung von einem Fraktionskollegen, wo apodiktisch drinsteht: Im Jahre 1969 muß die Große Koalition aufgegeben werden. Es muß also wieder eine Koalition mit der FDP hergestellt werden.[52] – Das sind dieselben Leute, die heute noch nicht kapieren, daß eine Koalition mit der FDP im vergangenen Winter nicht mehr möglich war, weil die FDP einfach nicht bereit war, eine Koalition mitzumachen. Sie hat jede Chance geboten bekommen, diese Koalition zu machen. Bis zum letzten Augenblick hat man es ihr auf silbernen oder goldenen Tellern hingereicht, aber sie hat es nicht getan.

Wie das im Jahre 1969 sein wird, wissen wir nicht. Haben wir dann die Wahl zwischen dem einen oder anderen, dann wird sich zeigen, was zu tun ist. Es ist auch möglich, daß wir diese Wahl nicht haben. Und was es bedeutet, dann noch einmal vier Jahre lang eine Große Koalition zu machen, das brauche ich hier nicht zu betonen. Das weiß jeder besser als ich selber. Und wenn diese Situation eintritt, dann kommt mit tödlicher Sicherheit dieses neue Wahlrecht. Das überlegt sich weiter dann eine ganze Reihe der SPD-Leute. Deswegen schätze ich die Chancen für einen Erfolg schon in dieser Legislaturperiode doch nicht ganz so pessimistisch ein, wie Sie es taten.

Von Hassel: Der Herr Kollege Lücke hat gesagt, daß die Zeit gegenwärtig für uns arbeite, und die Stimmen draußen neigen sich einer solchen Wahlrechtsänderung zu. Ich glaube schon, daß dies zutrifft. Aber dieses Sich-uns-zuneigen ist überhaupt nur mit einem ganz feinen Maß meßbar. Es ist sehr labil. Wir dürfen nicht vergessen, daß in der Zwischenzeit im Bundestag – das gilt für uns wie für die Sozialdemokraten – die Zahl derer zunimmt, die über die Reserveliste hineinkommen. Ein findiger Mann hat einmal ausgerechnet, daß sich das frühere Verhältnis im Deutschen Bundestag von 50 direkten Abgeordneten und 15 Reserveabgeordneten in der Zwischenzeit durch den natürlichen Abgang auf rund 63 % der Restkandidaten und 37 % der direkt gewählten Kandidaten verschoben hat. Man muß davon ausgehen, daß bei der endgültigen Abstimmung im

52 Nicht zu ermitteln.

Deutschen Bundestag über ein Wahlrecht, die über die Reserveliste hineinkommenden Abgeordneten sich heftig gegen eine Änderung dieses Wahlrechts wehren werden.

Es ist deswegen notwendig, zu einer schnellen Entscheidung zu kommen, weil dauernd neue Denkmodelle erfunden werden. Die einzige Kontroverse, die ich mit meinem schleswig-holsteinischen Landesvorsitzenden, Herrn Lemke, habe, ist die, daß er auf dem Parteitag am Freitag wieder zurückgriff auf ein schleswig-holsteinisches Wahlrecht aus dem Jahre 1947, mit dem damals die Sozialdemokraten die Zweidrittelmehrheit errungen haben.[53] Nun ist nicht gesagt, daß diese Zweidrittelmehrheit, wenn wir dieses Wahlrecht einführen, zu unseren Gunsten geht. (*Lebhafte Heiterkeit und Bewegung.*) Alle neuen Denkmodelle müssen sorgfältig geprüft werden. Und das dauert Wochen und Monate. Wir müssen klären, wo sind bei uns noch Argumente, die gegen die Auffassung von Lücke sprechen? Wir müssen versuchen, diese Freunde für die Auffassung von Lücke zu gewinnen.

Herr Bundeskanzler, es ist leider so, daß jeder bei uns, der sich gegen den Vorschlag von Lücke wendet, nachher gebraucht wird als Kronzeuge für die kleineren Parteien, die sagen: Die Leute aus der CDU haben das und das erklärt. – Oder es ist ein Hoffnungsanker für die Sozialdemokraten, die sagen: Auch in der CDU ist ja keine einheitliche Auffassung. – Ich will mich jetzt zu den einzelnen Wahlgesetzmodellen nicht äußern. Ich bin der Meinung, daß eine ganze Reihe von Modellen überholt sind und nicht mehr in Betracht kommen. Dazu gehört z. B. die Möglichkeit des Vier-Mann-Wahlkreises. Das ist kein Mehrheitswahlrecht mehr. Es gehört dazu nach meinem Dafürhalten auch der interessante Vorschlag der Jungen Union: 242 Direktmandate und die anderen als Huckepack. Das hat vieles für sich, aber in einem Punkt hat diese Konzeption einen entscheidenden Fehler; denn das Mehrheitswahlrecht setzt voraus, daß es überschaubar ist. Das heißt, daß kleinere Wahlkreise geschaffen werden. Wenn es z. B. in der Großstadt Hamburg kleinere Wahlkreise gibt bei einem relativen Mehrheitswahlrecht, dann hat die CDU – so scheint es mir – eine Chance, bei der zu erwartenden Strukturänderung im Wählerverhalten sich durchzusetzen, weil es andere Alternativen nicht mehr gibt. Alles, was in die Richtung großer Wahlkreis geht, ist für unser Grundanliegen eines Mehrheitswahlrechts nach meinem Dafürhalten abträglich. (*Starke Unruhe.*) Ich bin ein Gegner einer Bundesliste, weil die Bundesliste eine Ausweichmöglichkeit ist vor klaren Entscheidungen der Landesparteien, die sich selber über das klar sein müßten, was sie an Abgeordneten in den Deutschen Bundestag entsenden wollen. Wir wollen uns doch das Theater, das entsteht, wenn die Bundesliste in der CDU aufgestellt wird, ersparen. (*Starke Unruhe.*) Wir sollten uns überlegen, was die Aufstellung einer solchen Bundesliste parteiintern bedeuten wird.

Ich habe noch eine Bitte an den Kollegen Dufhues. Ich war davon ausgegangen, daß wir am Mittwoch, dem 6. Dezember, zu zwei Alternativen, wie sie Herr Kollege Lücke

53 Der 19. Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein fand am 1./2. Dezember 1967 in Rendsburg statt. Die Rede Lemkes ist abgedruckt in CDU-Landesdienst Schleswig-Holstein Nr. 41/67. – Bei den Landtagswahlen 1947 erreichte die SPD 43,8% (CDU 34,1%, FDP 5%) und bildete mit Ministerpräsident Hermann Lüdemann eine Alleinregierung.

vorgetragen hat, kämen. Wir können es uns nicht leisten, die Dinge parteiintern weiter in der Diskussion zu lassen. Mir scheint es notwendig zu sein, daß wir uns in der Kommission, Herr Dufhues, höchstens auf zwei Modelle – vielleicht nur auf ein Modell – verständigen. Wenn wir am Mittwoch darüber nicht entscheiden, müssen wir unbedingt in der ersten Hälfte des Monats Januar darüber entscheiden. Deshalb meine Bitte an die Mitglieder der Kommission, sich so zu konzentrieren, daß wir mindestens in zwei Sitzungen, und zwar vor dem 15. Januar 1968, ehe das Parlament wieder zusammentritt, darüber entscheiden können.

Schmücker: Herr Bundeskanzler, ich wollte noch zu zwei Fragen Stellung nehmen. Bloße Wiederholungen haben ja keinen Sinn. Aber das mit dem einen Wahlkreis, das wird nicht hinhauen. Ich entsinne mich, daß die Sozialdemokraten verlangt haben, daß dann die Parteien gezwungen werden sollen, in allen Wahlkreisen zu kandidieren. Das ist eine Sache, die kaum haltbar ist. (*Lebhafte Unruhe.*) Wann man also schon so etwas will, dann müßte beides da sein, nämlich die 5%-Klausel und ein Wahlkreis. Herr Bundeskanzler, wenn es sein muß, machen wir ein Übergangswahlrecht und auch eine Grundgesetzsicherung, aber ein Mehrheitswahlrecht sichert eigentlich selbst am besten das ab durch seine beiden Partner.

Nun zum Zeitplan! Wir gehen davon aus, daß SPD und CDU gemeinsam ein Interesse daran haben, nicht auf einen Dritten angewiesen zu sein. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir sollten das nicht als allzu feste Grundlage nehmen, denn es kann uns sehr wohl passieren, wenn diese Beratungen zu weit in das nächste Jahr hineinkommen, daß wir dann stolpern und die FDP und die SPD zu einer Zusammenarbeit zwingen. Das sollte eigentlich mein Anliegen sein, Herr Bundeskanzler. Wir dürfen den Zeitplan nicht so machen, daß wir in braver demokratischer Absicht den Staat in Ordnung bringen wollen, aber die anderen machen das Geschäft. Wir sind dann die Dummen bei der ganzen Geschichte. (*Unruhe.*) Daß wir die FDP völlig ausschalten aus unseren Überlegungen, das geht einfach nicht. Wir müssen doch feststellen, daß innerhalb der FDP zumindest 20 oder 25 % sind, die innerlich zu uns neigen, wenn es hart auf hart ginge, und die Leute mit Linkskurs würden öffentlich bloßgestellt. Dann kann es sehr wohl sein, Herr Bundeskanzler, daß wir einen Zuwachs von zehn bis zwölf Leuten plötzlich haben und schon in dieser Legislaturperiode über die absolute Mehrheit verfügen. (*Unruhe.*) Ich sage das nur mit dem Hinweis darauf, daß wir die FDP nicht ganz aus dem Spielfeld lassen dürfen. Wir müssen doch den konservativen Teil, der mehr an uns denkt, weiterhin so betreuen, daß wir uns nicht zwischen zwei Stühle setzen.

Herr Kollege Lücke, wir müssen den Zeitplan bis zur ersten Hälfte des nächsten Jahres fassen, oder es wird nichts daraus.

Kiesinger: Der Gedanke, eine Chance für dieses Wahlrecht aus dem Zwang zum Auseinandergehen herzuleiten, ist nicht so gemeint, daß wir jede Koalition mit der FDP zurückschlagen wollen; ganz und gar nicht. Wir müssen uns selbstverständlich diese Freiheit behalten. Wir müssen als Politiker denken und in Rechnung stellen, daß nicht nur wir Überlegungen anstellen, ob wir mit der einen oder anderen Partei gehen wollen, sondern daß das auch die anderen tun.

Schwarzhaupt: Ich bin wahrscheinlich eine sehr vereinzelte Stimme, wenn ich jetzt dazu etwas sagen werde. Aber ich bitte davon abzusehen, heute in einem Beschluß in irgendeiner Weise eine Festlegung zugunsten der Wahlrechtsreform zu fassen. Ich habe zwei Gründe. Erstens hat der Bundesvorstand eine Kommission eingesetzt, die sich noch nicht entschieden hat. Sie hat noch nicht eine Abstimmung dafür oder dagegen vorgenommen. Sie hat jetzt eine Sitzung mit der Tagesordnung „Wahlkreiseinteilung" anberaumt. Auch bei dieser Sitzung kann eigentlich loyalerweise nicht über die Sache selbst eine Entscheidung getroffen werden. (*Lücke:* Ich habe keinen Beschlußvorschlag verlangt.) Zweitens: Ich habe auch aus grundsätzlichen Gründen ganz schwere Bedenken gegen den Plan einer Wahlrechtsreform zur Zeit. Ich habe nur ein Argument, das ich noch einmal zu erörtern bitte. Wir sprechen immer von den Erfahrungen der Weimarer Zeit und denken dabei an die Vielheit der Parteien, die es damals gab. Eine Koalition mit vielen Parteien wollen wir verhindern. Aber was dahintersteckte, war gar nicht allein die große Zahl der Parteien, sondern daß die Demokratie, das Parlament und alle Parteien an Autorität verloren hatten. Ich fürchte, wenn wir in diesem Augenblick, in dem sich außerparlamentarische Oppositionen bilden, die mit grundsätzlichen Angriffen gegen das Funktionieren der Demokratie angehen, Beschlüsse fassen, dann wird das dem Ansehen des Parlamentes als einer legitimen Vertretung der Meinung der Bevölkerung nicht dienen, sondern im Gegenteil diesen Oppositionen populäre Argumente hinzufügen. Deshalb habe ich ganz große Bedenken dagegen.

Wenn wir 1949 ein Mehrheitswahlrecht geschaffen hätten, wäre es sicher besser geworden als mit dem jetzigen Wahlrecht. Wenn wir es aber jetzt tun, dann führen wir Wasser auf die Mühlen derjenigen Opposition, die sich hier so regt. Das kann in einigen Jahren anders sein, aber im Augenblick warne ich davor.

Kohl: Prinzipiell bin ich immer für das relative Mehrheitswahlrecht gewesen. Ich muß aber sagen, die Debatten, die ich in Bonn von außen beobachte, und auch das, was ich heute z. T. hier gehört habe, mutet mich ein bißchen unwirklich an. Ich habe den Eindruck, daß die Stimmung in unserer eigenen Bundestagsfraktion anders ist als die, die hier zum Ausdruck gekommen ist.

Ich habe den gleichen Eindruck auch für die Rheinische Partei, weil ich verfolgt habe, was die Rheinische Partei dazu offenbart hat. Ich habe den Eindruck, daß Kollegen aus bestimmten Bereichen der Rheinischen Partei, die unmittelbar betroffen sind, im Bundestag eine etwas andere Sprache führen. Das gilt aber nicht nur für die Kollegen aus der Rheinischen Partei, sondern das gilt ganz allgemein für die Gesamtpartei. Hier muß man ganz nüchtern sehen – es hat gar keinen Zweck, das leugnen zu wollen –, daß die persönlichen Interessen in diesem Zusammenhang ganz groß geschrieben werden.

Ich bin mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, der Auffassung, wir sollten uns in der Sache ziemlich genau vergewissern, wie die Mehrheitsverhältnisse ungefähr liegen, bevor die Regierung mit einer Regierungsvorlage über das Eis geritten kommt; denn der Prestigeverlust der Bundesregierung – auch Ihr persönliches, Herr Bundeskanzler –, wenn die Sache liegenbleibt, kann gar nicht negativ genug veranschlagt werden. Wir müssen daran denken, wie sich das in der Praxis auswirken wird.

Ich wäre sofort dafür, den Kraftakt zu wagen, wenn wir stark genug sind, um die Angelegenheit für 1969 hinzukriegen. Ich verstehe eigentlich die Sozialdemokraten nicht, die diesen Schritt jetzt nicht erzwingen wollen; denn die Chancen der SPD liegen in der 1969er Lösung genauso wie unsere. Wenn wir jetzt auf das Jahr 1973 gehen, dann steht drin – das muß man nüchtern aussprechen –, wenn es eine Verfassungsänderung ist, daß dies auch eine Aussage für die Koalition nach 1969 bedeutet. Es hat gar keinen Sinn, dann zu sagen, es ist noch eine große Wahlmöglichkeit; denn eine FDP, die 1969 bei einem verfassungsmäßig abgesicherten relativen Mehrheitswahlrecht gerade noch in den Bundestag hineinkommt, hat noch eine Gnadenfrist von vier Jahren. Sie wird alles tun bei den Koalitionsverhandlungen im Jahre 1969, diese Sache irgendwie aus den Angeln zu heben. Ob sie dazu noch in der Lage sein wird, ist eine völlig andere Frage. Ich bin durchaus aus taktischen Gründen dafür, wenn es verfassungsmäßig nicht geht, dies mit einem einfachen Gesetz zu machen; bloß ist das wiederum der „Schuhlöffel" jeglicher Koalitionsverhandlungen. Auch das muß man bei der Gelegenheit hinzufügen.

Es kommt noch etwas anderes hinzu. Wir sollten dabei auch über unsere Wahlchance für 1969 meditieren. Unterstellen wir einmal, Herr Lücke bringt den Entwurf ein. Er wird diskutiert, und dann wird es ein einfaches Gesetz. Das ist die einzige Möglichkeit, die ich im Augenblick sehe. Wir müssen davon ausgehen, daß Sie damit automatisch in den Bundesländern den Zwang zur großen Koalition erzwungen haben. Ich habe mich beim Abschluß der Koalition im Mai dieses Jahres in Rheinland-Pfalz geweigert, eine solche Klausel aufzunehmen. Ich bin in einer relativ glücklichen Lage gewesen, weil wir 49 von insgesamt 100 Abgeordneten haben und durch den Eintritt der NPD niemand gegen uns regieren kann; es sei denn, es müßte eine Koalition SPD/FDP/NPD sein, die bei uns aber nicht zustande kommt.

Ich glaube, ich wäre auch in der Lage, von 49 Mandaten in einer bestimmten Nacht auf 51 zu kommen. Ich habe eine Menge dafür getan, um das jedenfalls nicht gänzlich auszuschließen. Wir sind in einer relativ glücklichen Lage. Wir könnten sogar unter Umständen in einer Minderheitsregierung eine Weile die Sache machen. Bei Herrn Röder sieht es so aus, daß er gezwungen ist, zu einer großen Koalition zu kommen. Nun gibt es an der Saar eine Menge Leute, die das gerne sehen möchten. Ich will das hier nicht verbreitern, aber diese Tendenz ist an der Saar gelegentlich spürbar.

Für unseren Freund Filbinger bedeutet das, daß die Fortsetzung der großen Koalition in Baden-Württemberg sicher ist, und zwar in einem Augenblick, bevor er überhaupt in den heißen Wahlkampf eintritt. Dies bedeutet – wenn ich die Demoskopie für Baden-Württemberg richtig lesen kann[54] – für die CDU eine Verschlechterung, aber eine Chance zur Aufbesserung der SPD und der FDP. In Nordrhein-Westfalen wird sich das etwas zum Zwang zur großen Koalition auswachsen. Es gibt bei unseren Freunden dort Leute, die vielleicht sagen, na endlich. Aber es ist eine Frage, ob das so sein wird – in Niedersachsen haben wir es schon –, wenn unsere Freunde in Schleswig-Holstein dies regeln werden bei dem grundsätzlichen Einverständnis zwischen Herrn Lemke und

54 Vgl. Nr. 17 Anm. 31.

Herrn Steffen[55]; ein unglaubliches Paar für eine Regierungsgemeinschaft! (*Heiterkeit und Bewegung.*) Ich habe Grund zu der Annahme, daß die FDP in einem solchen Falle die Notbremse zieht.

Wir haben dann in Bund und Ländern die große Koalition bzw. gelegentlich noch eine SPD/FDP-Koalition wie in Berlin, wo diese Fragen aus anderen Gründen nicht eine solche Rolle spielen. Einen solchen Zustand würde ich für die Wahlchancen der CDU im Jahre 1969 für außerordentlich negativ halten. Ich sage Ihnen das ganz offen; denn wir werden noch große Probleme unter diesen Gesichtspunkten für die CDU/CSU bekommen.

Deswegen meine ich, wenn man diese Operation macht, dann kann sie nicht durch zwei Schnitte erfolgen, sondern muß mit einem Schnitt durchgeführt werden, und zwar aus wohlverstandenen Gründen der CDU und CSU. Die Frage des Wahlrechts der Länder ist bei dieser ganzen Debatte völlig totgeschwiegen worden. Ich halte es auf die Dauer für ausgeschlossen, daß wir zwischen dem Bund und den Ländern ein diametral entgegengesetztes Wahlrecht haben. Diese Überlegungen werden die Kreisverbände sofort anstellen; denn dort wird gerechnet, was geschieht mit meinem Posten. Diese Sache wird ganz nüchtern in den Vordergrund der Überlegungen gestellt. Davon erwarte ich eine ganz erhebliche Erschwernis.

Man sollte den Versuch unternehmen, mit den Sozialdemokraten in dieser Frage ein klares Wort zu sprechen, wobei ich aber ganz offen sagen muß, ich bin mir nicht darüber im klaren, wer im Augenblick die deutsche Sozialdemokratie in dieser Frage vertritt. (*Amrehn:* Der Parteitag!) Dann kommt es aber auf den Zeitpunkt des Parteitags an. Wenn die CDU gut abschneidet, vor allen Dingen in Baden-Württemberg – im Augenblick haben wir ja Grund zu der Annahme –, würde das bedeuten, daß ein Parteitag nach diesem Wahltermin sehr schlecht wäre für das Wahlrechtsproblem. (*Amrehn:* Zumindest auch keine einfache Mehrheit, von der immer gesprochen wird. – *Unruhe und Bewegung.*) Noch eine Frage zur Parteiführung! In der Parteiführung habe ich den Eindruck gewonnen, daß es eine Reihe von Leuten gibt, die zwar vom Wahlrecht reden, es aber ganz sicher nicht wollen. Ich habe diesen Eindruck auch bei einer Reihe maßgeblicher CDU-Leute. Nehmen Sie es mir nicht übel, daß ich es so hart formuliert sage. Ich habe bei drei maßgeblichen CDU-Leuten den Eindruck, daß bei ihnen „Pflichtübungen" in Sachen Wahlrecht stattfinden, daß man sagt, wir probieren es mal in der Fraktion, ob es aber ... (*Lebhafte Unruhe und Bewegung. – Gerstenmaier:* Wieso?) Verehrter Freund Gerstenmaier, ich habe diesen Eindruck. Sie mögen einen anderen haben. Ich meine jedenfalls, wenn Sie diesen „Ritt" wagen, dann versuchen Sie, ihn für 1969 zu tun, selbst auf die Gefahr eines einfachen Gesetzes hin. Jetzt ein Gesetz, ob mit oder ohne Verfassungsänderung, für das Jahr 1973 zu machen, dagegen habe ich erhebliche Bedenken.

In unseren Kreisparteien ist die Stimmung so, daß man sich für 1969 noch eine Chance ausrechnen kann, um trotz Wahlkreisarithmetik usw. zum Zuge zu kommen.

55 Jochen Steffen (1922–1987), Publizist; 1956–1975 Vorsitzender der SPD Schleswig-Holstein, 1958–1977 MdL Schleswig-Holstein (1966–1973 Fraktionsvorsitzender).

Auf das Jahr 1973 bezogen ist dies eine lange Frist. Die Wahl in Baden-Württemberg wird ein weiteres zeigen, Herr Scheufelen. Wir reden immer davon, das sei gefährdet von der neuen Demokratischen Linken. Das stimmt ja gar nicht. (*Klepsch:* Das stimmt genau!) Aber nach den Prozenten nicht! Wenn eine Partei in Deutschland eine Gefährdung hat, dann ist es die SPD von der NPD. Ich habe manchmal den Eindruck, daß die Analysen, die unsere eigenen fachkundigen Leute erstellt haben, von den Instituten gar nicht gelesen werden. Die Wahlen in Hessen, in Bayern und in Rheinland-Pfalz bieten eklatante Beispiele.

Wir haben z. T. Verschiebungen von 6 bis 7 % in Stadtwahlkreisen gehabt. Ich denke an den Kreis Pirmasens. Dort hat bei der diesjährigen Landtagswahl die SPD einen Verlust von 10 % gehabt. Davon sind 7 % als Protestwähler zur NPD marschiert. Insofern wird also das Aufkommen der Demokratischen Linken in Baden-Württemberg die Wahl weniger beschäftigen als die Wahlchance der NPD.

Deshalb sollten wir versuchen, den Sozialdemokraten klarzumachen, daß ihre Stunde weit mehr im Jahre 1969 liegt als im Jahre 1973. Und wenn es uns nicht gelingt, für das Jahr 1969 einen grundsätzlichen Wandel im Wahlrecht durchzuführen, dann habe ich erhebliche Bedenken, ob wir es noch für 1973 schaffen. Aus meiner Beobachtung habe ich diesen Einwand, und zwar aus der Sicht unserer Leute in der Partei, in der Bundestagsfraktion und in den Ländern, weil ich weiß, was dort diskutiert wird, und zwar mit dem Hintergrund einer möglichen zwangsweisen Gleichschaltung. Ich habe ihn auch aus der Sicht der nicht hundertprozentigen Loyalität der Führung in diesem Zusammenhang. Wenn man heute so einen großen Artikel mit vielen Zitaten bestückt in einem Magazin liest, findet man das Material in jeder Fußnote. Der „Spiegel"-Artikel über Helmut Schmidt bringt ja eine Fülle von Material.[56] (*Unruhe und Bewegung.*)

Kiesinger: Das sind zweifellos sehr wichtige Argumente, die wir beachten müssen.

Erhard: Ich habe den Eindruck, daß die SPD das relative Mehrheitswahlrecht will, aber sie möchte uns vorschicken in den Kampf. Wir sind dann die Ochsen, damit es wenigstens mit einfacher Mehrheit durchgeht, aber nach außen erscheinen sie als die Partei, die willens war, all die kleinen Wählergruppen und Wählerschichten abzuwürgen. Die SPD erhofft sich damit eine gewisse Sympathie und einen gewissen Zulauf. Das ist meine Überzeugung, daß sie dieses taktische Spiel ausnutzen will.

Kiesinger: Dagegen läßt sich natürlich sagen, daß das nicht soviel Sympathie einbringt, um das andere auszugleichen, Herr Bundeskanzler! Aber das, was Herr Kohl eben gesagt hat, ist insbesondere für den Zeitpunkt des Jahres 1973 außerordentlich gewichtig. Deswegen muß unsere ganze Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden.

Wenn es für das Jahr 1969 nicht gelingt, dann müssen wir genau überlegen, welche Konsequenzen es haben würde, wenn wir – und gar noch mit einfacher Mehrheit – es für 1973 machen. Sonst besteht nur noch die Chance, wenn die Wahl 1969 eine Situation des erneuten Zwanges zum Zusammengehen zwischen CDU und SPD herbeiführt, daß dann unter allen Umständen dieses neue Wahlrecht kommen muß.

56 Vgl. „Spiegel" vom 4. Dezember 1967. Dort wurde berichtet, daß Schmidt die Große Koalition für die SPD als schädlich erachtete.

Kraske: Ich möchte ein paar taktische Bemerkungen machen. Ich würde sagen, daß die Bedenken, die die Herren Klepsch und Kohl vorgetragen haben, sehr ernstzunehmen sind, aber ich stimme nicht mit ihnen überein in der Beurteilung der taktischen Ausgangslage. Ich würde sagen – und das hat Herr Lücke vorhin schon angedeutet –, daß die Entwicklung zur Zeit nach meinen Beobachtungen in eine Richtung geht, wo es sich die CDU sogar leisten könnte, für das Wahlrecht einzutreten, wenn es nicht durchgeht und wenn es an der SPD scheitert, allerdings unter der Voraussetzung, daß es uns gelingt nachzuweisen, daß die SPD aus parteiegoistischen Gründen und aus Angst vor einer Niederlage dagegen votiert hat.

Ich glaube also, wenn es viele politische Fragen gibt, die man nur anpacken soll, wenn man weiß, daß man sie durchzieht, dann gehört das Wahlrecht in der augenblicklichen Lage zu einer Frage, wo man sogar mit fliegender Fahne untergehen könnte ... (*Kohl:* Herr Kraske, das ist ein Mißverständnis. Herr Bundeskanzler, ich bin mit dieser These von Herrn Kraske einverstanden, aber nicht im Feuer der eigenen Partei. Das habe ich gemeint.) Ich darf zum zweiten folgendes sagen: Es gibt in der Öffentlichkeit bisweilen in unsere eigene Partei hinein eine ganz gefährliche Tendenz, die uns die ganze Sache kaputtmachen kann, nämlich in diesem Zusammenhang nach draußen hin mit dem Hinweis auf die NPD und die Linksradikalen zu operieren. Das gibt eine Katastrophe. Wir bringen die Sache nie durch, wenn wir den Eindruck erwecken, wir machten dieses Wahlrecht gegen irgend jemanden.

Man muß immer wieder erleben, daß man in öffentlichen Diskussionen konfrontiert wird mit Äußerungen aus der CDU heraus, diese Wahlrechtsreform sei nötig, weil die NPD gewonnen habe, weil die Gefahr einer radikalen linken Partei usw. bestünde. Dabei ist das interessant, daß selbst Leute, die nie auf die Idee kämen, ihrerseits NPD zu wählen, bei diesem Argument gegen uns auftreten, weil sie sagen, dies ist eine politische Frage, die nicht mit Wahlrechtsänderungen gelöst werden darf.

Ich würde in dieser Sache geradezu eine durchgehende Sprachregelung dringend empfehlen. Wir können diese Wahlrechtsfrage nur vertreten, wenn wir sie für etwas, nämlich für eine Stabilisierung der Demokratie, für die Sicherung klarer Mehrheiten durchsetzen und wenn wir bestenfalls – das ist sicher etwas, was Resonanz findet – sie gegen den Zwang zu Koalitionen vertreten; denn Koalitionen sind in der Öffentlichkeit nicht sehr beliebt, vor allem dann nicht, wenn sie nicht vom Wähler gemacht werden, sondern von den Fraktionsvorständen. Das kann man durchaus machen ... (*Kohl:* Das würde die Partei machen!) Hierzu gibt es in der letzten Zeit immer ein ganz interessantes Argument: Herr Mischnick[57] hat in einer Broschüre, die demnächst das Innenministerium herausgeben wird, seine ganze Argumentation auf prinzipiellen Fragen aufge-

57 Wolfgang Mischnick (1921–2002), Angestellter; 1945 LDP und 1948 FDP, 1954–1957 MdL Hessen, 1957–1994 MdB, 1961–1963 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1967–1977 Vorsitzender der FDP Hessen, 1968–1991 Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, 1987–1995 Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung. Vgl. Kempf/Merz S. 485–489. – Bei der Broschüre handelt es sich um: Zur Neugestaltung des Bundestagswahlrechts (vgl. Anm. 31).

baut und erklärt, die Frage der Mandate sei für die FDP gar kein Problem. In den Bundestag kämen sie natürlich auch beim Mehrheitswahlrecht. Hier ist ein ganz interessanter taktischer Wechsel auch bei der FDP zu erkennen.

Die FDP hat offenbar eingesehen, daß es nicht sehr attraktiv ist für eine Partei, von vornherein zuzugeben, daß sie bei einem bestimmten Wahlrecht völlig unterginge. Die FDP wird in Zukunft – wenn Mischnick hier beispielhaft ist – argumentieren: Uns trifft das zwar nicht, aber wir sind aus prinzipiellen Gründen gegen diese Wahlrechtsänderung. – Deswegen sollte man das durchaus aufgreifen und sollte auch nicht zuviel von dem Zwei-Parteien-System sprechen, sondern das ganze Gewicht auf die Frage des Koalitionszwanges und auf die Verstärkung der Mehrheit durch das Mehrheitswahlrecht legen.

Letzter Punkt! Die SPD hat sicher die bestehende Koalitionsabsprache für sich, wenn sie sagt, für 1969 nein. – Deswegen wäre es sicher nicht sehr fair im Rahmen dieser Koalition, wenn man ihr hier öffentlich Vorwürfe machen würde. Aber es empfiehlt sich doch, in der Öffentlichkeit bei Diskussionen immer wieder die Frage zu stellen, was das eigentlich bedeutet in der Praxis, ein Wahlrecht dem Wähler nochmals zur Entscheidung zu stellen. Selbst SPD-Leute sind im allgemeinen etwas verlegen, wenn man sie fragt, wie sie sich das eigentlich vorstellen, daß sie nämlich einerseits dieses Wahlrecht noch in dieser Legislaturperiode verankern wollen und andererseits erklären, man müsse erst eine Wahl darüber stattfinden lassen; ob sie denn wirklich der Meinung seien, daß die FDP auch in einem theoretisch denkbaren Falle dann eine Zweidrittelmehrheit bekäme von den Wählern, um die Verfassung zu ändern.

Ich meine also, daß man hier auch auf diesem Wege zu dem taktischen Ziel kommen kann und kommen müßte, klarzumachen oder zumindest zu unterstellen, daß es der SPD nicht um irgendwelche prinzipiellen Fragen geht, sondern daß die SPD hier allein an ihre eigenen Vorteile denkt. Das scheint mir für die künftige Diskussion ganz nützlich zu sein. Das würde sicher auch die Meinungsbildung in der Koalition eher erleichtern.

Scheufelen: Welche taktischen Positionen hat sich die SPD aufgebaut? Sie hat gesagt, der Parteitag entscheidet darüber im Herbst. Das heißt also, über alles, was jetzt passiert, so oder so, wird der Parteitag entscheiden.

Nun wird immer wieder gesagt, es würden irgendwelche Absprachen in Baden-Württemberg mit der SPD bestehen. (*Kohl:* Die Gerüchte sind so!) Es besteht ein einstimmiger Beschluß des Landes Baden-Württemberg – ein Gremium, dem auch der Ministerpräsident und der Kultusminister angehören –, daß keinerlei Vereinbarungen vor der Wahl mit irgendeiner Partei getroffen werden. (*Kohl:* Und die Fraktion?) Die Fraktion auch nicht!

Das Zweite ist, daß aufgrund des Weihnachtsgeldes für die Beamten eine erhebliche Abkühlung zwischen den Koalitionspartnern eingetreten ist. Ich glaube, wenn irgendwelche Leute Absprachen getroffen hätten, dann hätten sie das auf ihren eigenen Kopf hin unternommen. Das zur Situation im Lande.

Die SPD sagt, wir haben Zeit bis zum Herbst. Wir können zur Zeit nichts tun. Ich weiß nicht, ob es dann sinnvoll ist, daß wir von der CDU oder die Regierung einen Zeitpunkt vorsehen, an dem es noch gar nicht zu einer Entscheidung kommen kann, so daß wir unsere Koalitionsbildung damit belasten. Ganz egal, was geschieht, die SPD wird sich erst auf dem Parteitag ausreden. Ich möchte ausdrücklich sagen, ich halte es für möglich, daß man in der SPD zu dem Ergebnis kommt in dieser Legislaturperiode. Aber im Zusammenhang mit der baden-württembergischen Situation muß man sich überlegen – der SPD-Parteitag ist meines Wissens im Oktober – wann wir aktiv werden, damit wir die SPD auf ihrem Parteitag zu einer Entscheidung zwingen.

Lücke: Das ist die Schwierigkeit zwischen CDU, CSU und SPD, daß sich in der SPD-Führung die Mehrheit mit diesem imaginären Termin durchgesetzt hat. Die führenden Sozialdemokraten erklären, das sei kein fester Termin. Darum stimme ich dem zu, was die Herren Kohl und Schmücker gesagt haben, wir müssen jetzt bei dem Gespräch, das der Bundeskanzler mit den Parteivorsitzenden und den Fraktionsvorsitzenden führen wird, wissen, was die Sozialdemokraten wollen.

Ich lege keinen Gesetzentwurf vor, wenn ich erkennen sollte nach diesem Gespräch, daß die Sozialdemokraten ein Dreivierteljahr lang unentschlossen im Parlament herumreden, ohne zu wissen, was sie eigentlich wollen. In dem Gespräch, das Anfang Dezember stattfinden soll, müssen wir feststellen, wie weit werden die Sozialdemokraten ihren Parteitag vorverlegen. Von dieser Entscheidung möchte ich abhängig machen, ob die CDU/CSU mit den sozialdemokratischen Ministern einsam und verlassen die Vorlage machen, und dahinter steht ein Parteitag, der sagt, ihr habt das zwar hingebracht, aber die Sache scheitert.

Hier geht es nicht um Parteitaktik. Hier geht es darum, ob man das nun wirklich will oder nicht. Darum muß diese Frage mitbetrachtet werden. Die Frage, ob wir die Vorlage der Regierung weiterleiten, muß abhängig gemacht werden von der Zusage der Sozialdemokraten, daß sie auch zustimmen werden.

Kohl: Ich darf als Anregung sagen, bevor die Sache ins Kabinett kommt, sollten wir im Bundesvorstand auf alle Fälle noch einmal darüber sprechen. Kann man das sicherstellen?

Lücke: Wir wollen darüber mit dem Bundeskanzler und dem Parteivorsitzenden sprechen, und dann werden wir zusammen mit Ihnen darüber beraten. (*Kohl:* Und zwar hier in diesem Kreis!)

Kiesinger: Die Frage muß im Koalitionskreis behandelt werden, der sich regelmäßig einmal in der Woche trifft. Dann bringen wir es noch einmal hier in den Bundesvorstand und überlegen uns, wie wir es machen werden.

Stoltenberg: Ich wollte noch etwas zu den Interessen der Partei sagen, weil das hier mit Recht betont worden ist. Was unsere Kollegen in der Fraktion und viele unserer Parteifreunde draußen im Lande noch nicht erkannt haben, ist die fundamentale Änderung, die mit einem Mehrheitswahlrecht eintritt. Ein Mehrheitswahlrecht setzt ganz andere Prozeduren und Verhaltensweisen in der Frage der Kandidatenaufstellung voraus. Wir haben in Schleswig-Holstein zehn Wahlkreise, die wir als sicher für die CDU anse-

hen. Die haben wir das letzte Mal gewonnen. Bei einem Mehrheitswahlrecht hätten wir 20 gewonnen. (*Klepsch:* Vielleicht 14!) Das kann man nicht sagen, vielleicht wären es auch 22. Das ist nach oben und nach unten variabel. (*Unruhe und Bewegung.*) Nehmen wir einmal das statistische Mittel. Wenn wir die Wahlkreise nach korrekten Gesichtspunkten geschnitten hätten, dann hätten wir statt zehn nunmehr 20. (*Anhaltende Unruhe.*) Daran kann gar kein Zweifel bestehen. Man kann natürlich sagen, 22 oder 17. Aber das ist ja eine sinnlose Debatte. (*Kohl:* Es geht um das Wort „korrekt"!) Nun kann man sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß in den Gebieten, in denen die CDU dominiert – das gilt für uns, das gilt auch für andere Landesverbände –, man wie bisher im Wahlkreis aufgewachsene und angesehene Kommunalpolitiker oder Verbandspolitiker automatisch aus der Basis des Wahlkreises herausnimmt, sondern man muß das machen, was die Länder, die ein Mehrheitswahlrecht seit langem haben, selbstverständlich tun, daß man nämlich über Bezirke und Länder hinweg eine Personenauswahl trifft.

Das würde konkret bedeuten, daß wir, wenn wir eine doppelt so große Zahl von Wahlkreisen hätten, bereit sein müßten, etwa drei oder vier unserer Parteifreunde aus Hamburg aufzustellen. Das gleiche würde für Niedersachsen und Bremen, für Hessen und Rheinland-Pfalz gelten, ebenfalls auch für Nordrhein-Westfalen. (*Kohl:* Blumenfeld und Prüm![58] – *Heiterkeit. Unruhe und Bewegung.*) Ach ja, man kann das alles so behandeln, aber Herr Kohl, ich würde es jetzt doch einmal ernst nehmen!

Wenn man diese Konsequenzen nicht bejaht, dann ist das Ganze von vornherein gescheitert. Natürlich rechnet sich jeder aus, was kommt für mich heraus, wie ist es mit der Hausmacht, die man sich aufgebaut hat usw.? Das kennen wir ja alles. Das müssen wir einbeziehen und ernst nehmen, genauso wie man die grundsätzlichen Bedenken ernst nehmen muß. (*Unruhe und Bewegung.*) Wenn wir aber stehenbleiben bei dieser Art der Betrachtung – das hat niemand getan –, dann sollten wir es aufgeben, daran zu glauben, daß hier eine führende politische Kraft in Deutschland reformfähig ist.

Nun muß ich sagen, Herr Kohl, daß ich im Frühsommer, als in der Fraktion und in der Partei die Chancen für das Mehrheitswahlrecht sehr stark abgesunken waren, sehr deutlich festgestellt habe, daß bei den über die Listen und die Bezirke gewählten Kollegen doch eine wachsende Zustimmung für das Mehrheitswahlrecht vorhanden ist, so daß die Ausgangssituation wesentlich günstiger beurteilt werden kann als vor ein paar Monaten. Ich bejahe, daß man alle Gesichtspunkte parteiinterner Art, aber vor allem im Hinblick auf das Zusammengehen mit der SPD, auch mit den Konsequenzen für die Landespolitik, einbeziehen muß. Wir sollten diese Sache wirklich ernsthaft nach den verschiedenen Varianten untersuchen. Wir können jetzt nicht mit Sicherheit sagen, welches Ziel wir erreichen. Natürlich ist das beste, unser Ziel schon im Jahre 1969 zu erreichen. Dann ist allerdings die Situation für die SPD schwierig. Ich glaube, daß von den führenden Sozialdemokraten nur einer – ich habe ihn jedenfalls so verstanden – ernsthaft geneigt ist, für das Jahr 1969 das Ziel anzustreben. Das ist der Fraktionsvorsitzen-

58 Blumenfeld war MdB aus Hamburg, Prüm ist eine Stadt in der Eifel (Rheinland-Pfalz).

de. Was immer man sonst von ihm hält und von seiner Zuverlässigkeit, in diesem Fall habe ich den Eindruck, daß er ernsthaft diesen Weg zumindest erwägt.

Kiesinger: Ich muß Sie leider enttäuschen. Er hat klipp und klar erklärt in der Koalitionsrunde, er habe das nur geäußert, um dieses Manöver der CDU abzufangen, daß die CDU einen moralischen Vorsprung gewinne, weil sie die Reform für 1969 verfolge. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

Stoltenberg: Das ist natürlich eine Folge des inneren Kampfes. Wenn es für 1969 nicht erreichbar ist, Herr Bundeskanzler, dann bin ich allerdings etwas abweichend von einigen Äußerungen, die wir hier gehört haben, der Auffassung, daß der Versuch einer verfassungsrechtlichen Festlegung für 1973 dennoch die zweitbeste Lösung ist. Jedenfalls ist es eine Lösung, die wir mit aller Kraft anstrengen müssen, bei der das Problem ist – und das setzt sehr genaue Gespräche in den Fraktionen voraus –, ob wir eine entsprechende Mehrheit dafür bekommen. Ich halte es, vorausgesetzt, daß die SPD-Führung sich hinter dieses Ziel stellt, nicht für ausgeschlossen.

Ich bin der Meinung, daß wir, bevor wir ein Gesetz einbringen, oder offizielle Beschlüsse fassen, die uns endgültig binden, die Führung der SPD in die volle Haftung einbeziehen müssen. Das ist eine klare Voraussetzung. Es darf nicht so sein wie bei den Notstandsvorlagen, daß das Kabinett zustimmt und nachher sich der Koalitionspartner die Freiheit vorbehält, es muß so sein, daß die Führung der Partei und der Fraktion mit ihrem ganzen Prestige auf diese Sache festgelegt ist. Dann müssen Termine, Parteitage usw. entsprechend redigiert werden.

Wenn diese Voraussetzungen in den nächsten Monaten erreichbar sind, dann sollten wir im Frühjahr mit aller Kraft diese Sache anstreben, weil wir im Herbst keine Chance mehr haben; denn dann beginnen taktische Erwägungen; es beginnt die Auswahl der Kandidaten usw. Es taucht auch die Frage der Bundespräsidentenwahl auf, die natürlich bei der Rolle der FDP die ganzen Dinge beeinflussen kann.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst zum weiteren Ablauf etwas sagen. Wir sollten möglicherweise nach diesem Punkt eine Kleinigkeit essen und dann die Beratungen fortsetzen. Ich möchte ein paar Worte zu der Frage sagen: Stimmung und Haltung in der Fraktion. Es ist ganz klar, daß hier nur ein Erfolg erreicht werden kann, wenn von der politischen Führung der Partei her ein ganz entscheidender Wille, zum Erfolg zu kommen, herrscht. Wenn nämlich das in den Führungsgremien nicht möglich wäre, dann müßten wir natürlich die Geschichte aufgeben. Das ist klar.

Bei einem entschiedenen Durchsetzungswillen räume ich der Chance, nun diejenigen, die es beim alten belassen wollen, herüberzuziehen, doch eine gewisse Realität ein.

Amrehn: Aus diesem Grunde würde ich es bedauern, wenn wir auseinandergingen, ohne uns dazu zu erklären. Wenn wir von der SPD eine solche Klärung verlangen, dann müssen wir auch bei uns diese Klärung schon erreicht haben. Alle Bedenken, die heute morgen, und zwar alle zu Recht, vorgetragen worden sind, verdunkeln doch im Grunde das Motiv einer säkularen Entscheidung, wie es heute der Herr Bundeskanzler gesagt hat. Wenn es wahr ist, daß bei der Fortsetzung der Koalition über die nächste Wahl hin-

aus die Wählerkräfte nach links und nach rechts streben und vier oder noch mehr Parteien wieder in den Bundestag einziehen – womit im ganzen unser bisheriges System gefährdet würde –, dann müssen wir auch in den Fraktionen und in den Landesverbänden, aus solchen übergeordneten Gesichtspunkten alle anderen Bedenken zurückstellen.

So ganz aussichtslos ist das bei uns auch nicht, Herr Klepsch, mit den Kandidaten in den südlichen Bezirken Berlins. (*Klepsch:* Wenn feststeht, daß die Leute über das Abgeordnetenhaus ...) Nein, das wollen wir ja gerne ändern. Die Frage, ob die Abgeordneten durch das Abgeordnetenhaus bestellt werden, ist ja nicht von essentieller Bedeutung für die Stellung der Alliierten in Berlin. Eine einfache Mehrheit im Bundestag scheint mir aus dem Grunde dann ausgeschlossen zu sein, weil die Sozialdemokraten eine so wichtige Entscheidung von ihrem Parteitag treffen lassen und die Fraktion einfach daran gebunden ist. Mit einer solchen gebundenen SPD ... (*Kohl:* Das war einmal!) Ich glaube doch, daß in einer Existenzfrage auch für die SPD soviel Disziplin vorhanden ist, daß sie sich hier nicht auf einen schwankenden Weg begeben wird.

Was mir, Herr Bundeskanzler, bei der heutigen Debatte unter dem Gesichtspunkt Ihres Motivs schwer für die eigene Beurteilung geworden ist, ist folgendes: Sie haben in Ihrem Lagebericht gesagt, was wäre wohl in der Deutschlandfrage geworden, wenn sich die SPD mit der FDP im vergangenen Jahr verbündet hätte? Diese Frage stelle ich jetzt auch für das Jahr 1969. Wenn wir doch einen Wechsel für möglich halten und eine Institutionalisierung der Mehrheit der SPD begründet werden könnte, müßte dann nicht die Frage, die Sie gestellt haben, ebenso offen beantwortet werden mit allen ihren Bedenken? (*Kiesinger:* Das ist klar!) Ist diese Antwort vielleicht nicht schon schwererwiegend als das Motiv, das wir für die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts als ausschlaggebend ansehen? Das ist ein Stück der Diskussion, mit dem ich im Innern noch gar nicht fertig bin.

Ich würde nach alledem sagen, wir sollten uns mit den vielen Bedenken, die heute wieder auf den Tisch gelegt worden sind, nicht das Motiv verstellen, das uns überhaupt darüber nachdenken läßt. Und in der Gefahr stehen wir in diesem Augenblick. Aus diesem Grunde würde ich meinen, wenn die Gefahr so groß ist, dann sollten wir die Sache nicht einfach liegenlassen, sondern wir könnten vielleicht den Auftrag schon etwas präzisieren oder eine Meinung des Bundesvorstands heute äußern, die ja nicht allzu bestimmt sein muß, die aber in die Richtung gehen muß.

Als ich neulich gelesen habe, das Präsidium hätte sich dafür entschieden, hatte ich den Eindruck, damit wäre nun für die öffentliche Diskussion bereits eine Bresche geschlagen: Die CDU will das. – Dann kommen alle die taktischen Vorteile dazu, die Herr Kraske vorhin genannt hat; selbst wenn man nicht durchkommt.

Meyers: Die taktischen Einwände und Begründungen von Herrn Kraske und Herrn Stoltenberg teile ich völlig. Ich bin nur erstaunt, daß wir immer bei der CDU wieder beim Nullpunkt anfangen. Diese Frage des Wahlrechts ist doch nicht in die Regierungserklärung gekommen durch die Sozialdemokraten oder die Freien Demokraten, sondern durch uns.

Wenn ich nun das nehme, was der Herr Bundeskanzler heute morgen aufgezählt hat, so ist die Mittelfristige Finanzplanung ein mixtum compositum, mit dem nicht viel los ist. Das haben Sie selbst gesagt. Die Sozialrenten sind noch nicht reif zur Entscheidung. Und an der Mitbestimmung wird die CDU voraussichtlich zerbrechen, wenn wir das nicht ganz behutsam machen. Also das muß die Zeit machen. Das Erziehungs- und Bildungswesen ist so kompliziert, insbesondere weil es mit den Ländern abgesprochen werden muß, daß wir bis zum Ende der Legislaturperiode keine großen Erfolge mehr werden erringen können. Der Leber-Plan geht nicht auf unsere, sondern auf die andere Seite als Positivum. Mit dem bäuerlichen Familienbetrieb wollen wir uns demnächst befassen. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Das einzige, was überhaupt hier noch bleibt, ist das Wahlrecht. Das Wahlrecht ist eine Frage, die wir angefaßt haben. Wir hätten sie ja nicht anzufassen brauchen. Wir haben sie aber angefaßt, weil wir der Überzeugung sind, es ist das richtige für unsere Demokratie. Ich stimme hier mit Professor Hermens[59] überein, der in seinem leider vergriffenen Buch geschrieben hat, daß hier die Frage der Demokratie oder Anarchie entschieden wird. Und wenn es so weitergeht, dann fällt die 5%-Klausel, dann kommt der Einerwahlkreis, dann haben wir nachher das muntere Durcheinander der Parteien wie in der Weimarer Republik, das jetzt schon richtig wuchert, wobei die Linke durch mehrere Parteien dargestellt wird und die Rechte demnächst auch.

Ich bin also der Meinung, wir müssen das tun. Wir müssen die Frage anpacken, und zwar klar von oben. Wir dürfen nicht wieder von uns aus anfangen, die Zweifel der ersten Stunden aufzuraffen. Daß eine klare Meinung möglich ist, hat der Rheinische Parteitag gezeigt. Herr Lücke hat richtig berichtet von seinem Kreis. Das ist mir auch so berichtet worden. Ich war nicht dabei, weil ich selbst einen Arbeitskreis hatte. Aber im Plenum – ich habe damals präsidiert – war es außerordentlich schwierig, das Wort „möglichst" noch in den Beschluß hineinzubringen, weil die überwältigende Mehrheit sagte, wir wollen schon 1969 das Mehrheitswahlrecht haben. Wir wollen nicht in einen Konflikt treten zur politischen Führung der Bundespartei oder der Bundesregierung. Deswegen haben wir das „möglichst" noch mit viel Mühe hineingebracht. Insofern ist es nicht so, daß unten keine Bereitschaft wäre. Wir müssen uns natürlich so teuer wie möglich verkaufen.

Wir sollten das nicht tun mit Antithesen oder mit der Verhinderung der NPD, der DFU usw. im Bundestag, sondern wir wollen es tun zur Stützung der Demokratie, die auch entscheidungsfähig ist.

Mein Bedenken setzt ein, ob nicht mit einem Übergangswahlrecht, Herr Bundeskanzler, die Geschichte so wird, daß man sagt: Aha, für 1973 haben sie die anderen doch, die NPD usw., hinausmanipuliert, die jetzt hereingekommen sind. – Nun ist die Frage, kann man das nicht der Führung der SPD klarmachen, daß das für beide ein großer propagandistischer Nachteil ist; denn sonst kommt die Reaktion, und die Leute sa-

59 Vgl. Anm. 37. Gemeint ist das 1951 erschienene Buch „Demokratie oder Anarchie".

gen: Jetzt wählen wir gerade die NPD. Das wollen wir doch denen mal zeigen, ob die an der Macht bleiben können mit solchen Tricks.

Danach würde das ganze Wahlrecht – das ich für eine entscheidende Frage in unserem Staate halte – zum Trick und zur Manipulation. Und das zeigt sich erst recht bei Wahlen, wenn geschickte Leute – die FDP und auch die SPD machen es – das auch noch demagogisch ausnutzen. Deshalb bin ich der Ansicht, wir sollten von hier aus eine klare Führung in dieser Frage nach unten ausstrahlen. Wir sollten auch die richtigen Argumente durch die Bundesgeschäftsstelle unseren Leuten an die Hand geben, indem wir die positiven Elemente zum Ausdruck bringen. Negative Aspekte sollten wir nicht bringen. Daß die Abgeordneten dabei natürlich ihre Vorteile oder ihre Nachteile sehen, ist ganz klar. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Wenn die politische Führung dieser Ansicht ist, dann haben sich die Abgeordneten auch danach zu richten! Wenn jedenfalls in meiner Kreispartei ein Abgeordneter gegen eine solch lebenswichtige Frage der Demokratie abstimmen würde, dann ist es sicher, daß er nicht mehr aufgestellt wird, weil ich das für einen Schaden an unserem Staate halte. Ich brauche mich bloß auf die vielen Schriften von Herrn Hermens zu beziehen. Hier sehen Sie, wie wichtig diese Frage ist. Wir sollten hier zumindest in der Grundsatzfrage zu einer klaren Entscheidung kommen; denn sonst hängen alle unsere Arbeiten im luftleeren Raum, wenn nämlich der Herr Dufhues mit seiner Kommission und der Herr Lücke mit seinem Ministerium erwarten müßten, daß demnächst der Bundesvorstand sagt: Nein, wir wollen das gar nicht. – Ich bin der Ansicht, hier entscheiden wir über die Zukunft unseres Staates. (*Unruhe und Bewegung.*)

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich bin froh, daß darauf hingewiesen worden ist, daß hier nicht neu zu entscheiden ist. Wenn wir hier eine Entscheidung fällen würden, müßten wir hier revidieren. Programmatisch hat sich die Christlich-Demokratische Union in ihrem Hamburger Programm für das Mehrheitswahlrecht ausgesprochen.[60] Vor der Regierungserklärung haben dieser Politik zugestimmt der Bundesvorstand und der Parteiausschuß, der Fraktionsvorstand und die Fraktion. Also, die Frage ist grundsätzlich entschieden.

Nun kommt eine sehr wichtige Sache. Wir sind in der Sache angetreten mit Argumenten, wo es wirklich um die Sicherung der Existenz der Demokratie in Deutschland geht. Es besteht eine Riesengefahr, denn wenn die Sache sich auflösen sollte, dann geschähe das für die Öffentlichkeit in der Weise, daß eben die Abgeordneten dieser Partei aus parteitaktischen Gründen sich zu kleinkariert verhalten hätten. Deswegen warne ich dringend davor.

Mir war es hochinteressant, wie sensibel die Herren Wehner und Schmidt reagiert haben, weil sie glaubten, sie könnten in der Öffentlichkeit sagen, sie hätten eigentlich nur taktiert. Ich gestehe offen, ich bin mir nicht ganz sicher, wer und in welchem Umfang hier wirklich taktiert hat; denn wenn ich mich an die Verhandlungen zurückerinnere, so war eigentlich bei den CDU-Mitgliedern der Verhandlungskommission nur eine

60 Vgl. CDU, 4. Bundesparteitag S. 250.

einzige Meinung: Diese Koalition kommt überhaupt nur in Frage, wenn das Wahlrecht vereinbart wird.

Die Sozialdemokraten mußten der Überzeugung sein, daß sie, wenn sie hier prinzipiell widersprächen, die Verhandlungen eventuell dann zerbrechen könnten. Sie haben deswegen hier mit einer Formulierung, die ihnen die Freiheit ihres Parteitags noch beläßt, ein Zugeständnis gemacht. Ich bin in der letzten Zeit ziemlich viel in der Bundespartei herumgekommen. Ich war im Rheinland, in Bremen, in Dortmund, in Berlin, in Baden-Württemberg. Ich kann Ihnen nur eines sagen, bei unseren Mitgliedern und bei denen, die die Partei draußen im Lande tragen, gibt es eigentlich mehr und mehr nur noch eine Meinung – mit der Einschränkung bei Bremen, aber auch in Bremen gibt es jetzt Stimmen, die für das Mehrheitswahlrecht votieren –, nämlich das Mehrheitswahlrecht, wenn möglich, schon für 1969 zu schaffen.

Wir müssen nun aufgrund der Terminplanung vorsehen, daß wir die nächste Bundesvorstandssitzung in der zweiten Hälfte des Monates Januar machen. Diese Sitzung müssen wir ausschließlich dem Thema „Wahlrechtsänderung" aus folgendem Grund widmen: Wenn wir das Mehrheitswahlrecht einführen, müssen wir einige Bestimmungen unserer Verfassung neu überlegen, so z. B. ob es noch einen Sinn hat, das konstruktive Mißtrauensvotum aufrechtzuerhalten, wenn man das Mehrheitswahlrecht eingeführt hat.

Ich möchte bitten, daß sich darüber auch die Kommission Gedanken macht. Wir sollten also die Probleme, die sich für andere Verfassungsbestimmungen durch die Einführung des Mehrheitswahlrechts ergeben, in der Sitzung in der zweiten Hälfte des Monates Januar mitbedenken. Wir können dann das Thema „Erziehungs- und Bildungswesen" in der übernächsten Sitzung behandeln.

Kiesinger: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir gehen ja davon aus, daß die CDU die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts will. Das ist ja eine alte Sache. Herr Heck hat schon gesagt, wenn wir jetzt den Grundsatz anders gestalten, wäre das eine Revision. Trotzdem halte ich die Diskussion, die wir heute gehabt haben, für gut und fruchtbar; denn sie hat uns doch auf eine Menge von Gesichtspunkten hingewiesen. Sie hat vor allem gezeigt, wie wichtig es ist, daß wir alle Kräfte daransetzen, um eine Reform des Wahlrechts schon für das Jahr 1969 zu erreichen.

Ich bin nicht ganz Ihrer Meinung, Herr Kohl, in der Frage des Scheiterns. Es gibt Dinge in der Politik, für die man sich einsetzen kann, auch im Blick auf ein mögliches Scheitern, ohne daß man deswegen zu fürchten braucht, daß man dadurch an politischem Prestige verliert. (*Kohl:* Wenn man selber geschützt ist.) Man muß es nur richtig tun. Darauf kommt es an.

Wir werden also jetzt so verfahren: Unsere Kommission wird ihre Arbeit abschließen. Wir werden innerhalb der Koalition einmal ausleuchten, wieweit man dort zu gehen bereit ist. Was die Fraktion angeht, so haben Sie sicher recht, die Fraktion hat nicht beschlossen, daß es eingeführt wird, sondern die Fraktion hat wie die SPD-Fraktion vorbehaltend zur Kenntnis genommen, daß diejenigen, die für die Bildung der Koalition verhandelt haben, sich das vorgenommen haben, immer aber im Hintergrund mit

der grundsätzlichen Haltung der Partei, die zum erstenmal formell auf dem Hamburger Parteitag sich zum Prinzip des relativen Mehrheitswahlrechts bekannt hat.

Wir werden also so vorgehen. Ich danke allen, die zur Diskussion beigetragen haben. Es sind dabei eine ganze Reihe von Gesichtspunkten deutlicher geworden, als es vorher der Fall war. Ich darf nunmehr vorschlagen, daß wir jetzt einen kleinen Imbiß zu uns nehmen.

Unterbrechung der Sitzung von 13.30 bis 14.00 Uhr.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich muß mich nachher entschuldigen, denn ich muß in den Bundesverteidigungsrat, der für heute nachmittag angesetzt ist. Wir haben übermorgen im Bundestag die Verteidigungsdebatte. Und wenn irgendetwas ein heikler Punkt ist, dann ist es dieser. Deshalb bitte ich Sie, mich zu entschuldigen. (*Unruhe und Bewegung.*)

Nachfolge im Amt des Bundesschatzmeisters

Ich würde nun bitten, zum Punkt 2: Nachfolge im Amt des Bundesschatzmeisters heute nicht zu diskutieren, sondern das Präsidium soll sich mit der Frage befassen. Wenn wir heute mit einer Personaldebatte anfangen, dann kommen wir ins Endlose. Wir bereiten es im Präsidium vor, und dann kommt die Sache an den Bundesvorstand. Sind Sie einverstanden mit diesem Verfahren? (*Zustimmung.*) Dann würde ich bitten, jetzt den Punkt 5 der Tagesordnung: Bundesparteitag 1968 vorzuziehen.

Bundesparteitag 1968

Hier hat das Präsidium – ich war nicht dabei – Berlin in Aussicht genommen. Ich würde sagen, das müssen wir uns sehr genau überlegen. Das muß unter allen Gesichtspunkten geprüft werden. Daß ich Berlin ins Herz geschlossen habe, wissen Sie, Herr Amrehn. Nur daß wir den Parteitag nach Berlin legen, müssen wir uns genau überlegen. Ich bin nicht dagegen. Es hat mich so ein bißchen überrannt dieser Beschluß. Im Augenblick habe ich keine rechte Vorstellung davon, wie sich der Parteitag 1968 in Berlin in einer Situation, die wir nicht recht voraussehen können, für die Bundestagswahl auswirken wird. Ich bitte Sie also, darüber noch eingehend zu diskutieren. Ich frage noch, muß heute darüber ein Beschluß gefaßt werden?

Heck: Es ist insoweit wichtig, weil wir in Berlin einen Kongreß zeitlich weit voraus festlegen müssen. Wir sind eigentlich durch Ihre Rede in Berlin etwas inspiriert worden in dieser Richtung. Für Berlin selber – ich war lange nicht dort – habe ich doch den Eindruck, daß nicht nur die Stadt, sondern auch unsere Freunde die Partei wirklich eine große Unterstützung und alles, was die Moral der Stadt festigen und kräftigen kann, dringend gebrauchen.

Wir haben das nicht leichtfertig beschlossen, sondern wir haben auch bedacht, daß hier natürlich politische Sorgen, Bedenken und Überlegungen mit im Spiele sein können.

Kiesinger: Ich bin ja nicht dagegen, sondern das muß man sich sehr genau überlegen.

Fay: Herr Bundeskanzler, ich weiß nicht, ob das Schreiben des Kreisvorsitzenden von Wiesbaden vom 17. November im Präsidium vorgelegen hat, als es diese Entscheidung traf.[61] (*Heck:* Hat vorgelegen!)

Kraske: Ich möchte noch auf einen Gesichtspunkt aufmerksam machen, der hier ins Gewicht fällt. Im Landesverband Berlin ist seit etwa acht Jahren in Aussicht gestellt worden, daß ein Bundesparteitag in Berlin stattfände. Diese Zusage ist mehrfach, auch in diesem Kreis, wiederholt worden. Nur hat der frühere Parteivorsitzende jeweils vor der Beschlußfassung doch dann sehr dringend davon abgeraten. Ich glaube also, daß unser Berliner Landesverband ein wenig im Wort ist.

Daß eine zweite Bewerbung des Landesverbandes Hessen, und zwar der Kreispartei Wiesbaden, vorliegt, ist klar, ich muß allerdings dazu sagen, daß wir in früheren Fällen dem Landesverband Hessen angeboten haben, dort einen Parteitag zu machen, daß er es aber nicht aufgegriffen hat. Es handelt sich hierbei also um eine relativ späte Kandidatur, die man aber zwischen heute und 1969 bei einer anderen Gelegenheit vor der Bundestagswahl mitberücksichtigen könnte. (*Fay:* Es handelt sich um eine Bewerbung des Kreisverbandes Wiesbaden.)

Schmücker: Herr Bundeskanzler, ich weiß nicht, ob der Vorschlag des Präsidiums unter den Journalisten schon besprochen worden ist. Wenn dieser Vorschlag nach draußen gekommen ist, werden wir wohl oder übel Stellung nehmen müssen. Wir können nach meiner Meinung nur dann vertagen, wenn wir die Sicherheit haben, daß darüber nicht berichtet wird. Wenn wir die Sache vertagen, weil der Parteitag in Berlin stattfinden soll, dann sieht das doch nach Zurückweisung aus. Ich bin deswegen dafür, wir beschließen, daß wir nach Berlin gehen. Wir müssen die Möglichkeiten der Demonstration, die wir noch haben, ausnutzen. Ich würde also für Berlin plädieren.

Klepsch: Herr Bundeskanzler, ich möchte nur sagen, es ist natürlich eines richtig, in Berlin findet auch noch etwas auf der Bundesebene statt, vor allen Dingen im politischen Raum, z. B. was der Herr Schütz sagt. Von daher gesehen, wäre es außerordentlich wirksam. Auf der anderen Seite hätte ich aber doch zwei Bedenken, die wir einbeziehen sollten. Es wird auf alle Fälle sehr viel teurer, wenn wir nach Berlin gehen. Das ist ein Punkt. Zweitens müßten wir auch die taktischen Gesichtspunkte berücksichtigen, auch hinsichtlich der Gruppen. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Kiesinger: Es könnte auch sein, daß diese Gruppen in Berlin die Gelegenheit benutzen würden, um mit aller Wucht gegen uns zu wirken. (*Heck:* Das muß man bestehen!) Ja, das muß man bestehen, ist gut, nur ist die Frage, ob man sich das unnötigerweise aufladen soll? Es könnte sein, daß das Schlagzeilen in der Presse macht: Krawalle ge-

61 Wilhelm Dyckerhoff, Vorsitzender des KV Wiesbaden, bat in einem Brief vom 15. November 1967 Bruno Heck, den Parteitag nach Wiesbaden zu legen. Wilhelm Fay teilte Dyckerhoff am 7. Dezember 1967 mit, daß die Entscheidung zugunsten von Berlin gefallen sei, vgl. ACDP 02–111 AO 020.

gen den CDU-Parteitag, daß also das gesagt wird und nicht das, was auf dem Parteitag geschieht. Ich stelle die Frage.

Amrehn: Zur Frage des Geldes! Vielleicht wird es etwas teurer. Ich weiß aber nicht, wieviel das ausmacht. Das wäre aber in keine Beziehung zu setzen mit der ungeheuren politischen Wirkung, die ich jetzt gar nicht so sehr für Berlin intern sehe, natürlich auch, aber ich sehe sie nach drüben und auch im Hinblick auf die Bundestagswahl im Jahre 1969.

Auch die Sozialdemokraten sind über ein Jahrzehnt und wir seit 15 Jahren nicht mehr mit dem Parteitag nach Berlin gegangen.[62] Daß Berlin in der gegenwärtigen Diskussion unbestreitbar eine weite Strahlung hätte auch auf den Wähler, das scheint mir unwiderleglich zu sein.

Etwas schwieriger wird es schon mit dem Zeitpunkt. Wir müssen den zuerst wissen, damit wir dann auch die Räume sicherstellen können. Das spielt auch eine wichtige Rolle, weil in bestimmten Perioden die Kongreßhalle nicht zur Verfügung steht.

Das Dritte ist – hier stimme ich dem Freund Kohl zu –, daß wir vor den randalierenden Gruppen überhaupt keine Sorge zu haben brauchen. Herr Stoltenberg kann bezeugen, daß wir in der letzten Woche allein mit der Jungen Union – 400 Mann – im Auditorium Maximum der Freien Universität Berlin eine Veranstaltung mit 1.300 Leuten zur Universitätsauswahl durchgeführt haben, die nahezu reibungslos, wenn auch mit etwas Lautstärke, zu Ende geführt worden ist, weil wir eben für Ordnung gesorgt haben.[63] Das gilt erst recht für den Parteitag.

Ich habe den Herrn Bundeskanzler so verstanden, als dächte er an die letzte Zusammenkunft des Bundestags in der Kongreßhalle, wo ein paar russische Düsenjäger und ein paar Hubschrauber gekommen sind.[64] Ich sage mir, Herr Bundeskanzler, wenn das der Fall sein sollte, dann hat die CDU damit eine ganze Menge Auftrieb im deutschen Volk, daß sie bei einer solchen Situation nach Berlin geht. Wir dürfen vor solchen Sorgen auch nicht zurückweichen, weil ja der Bundestag selbst immer dorthin geht. Deshalb braucht der Bundesparteitag der CDU diese Rücksichten nicht zu nehmen.

Ich glaube, es würde wenig geben, abgesehen von den unmittelbaren Fragen der Sozialversicherung, die im Wahlkampf eine Rolle spielen, was uns in der Deutschlandfrage im gesamten Bewußtsein einen solchen Auftrieb verschaffen könnte. Es soll ja praktisch der Wahlkampf damit eingeleitet werden.

Kohl: Ich würde einfach für Berlin plädieren schon aus der Solidarität heraus. Was Sie, Herr Kollege Amrehn, zum Schluß gesagt haben, scheint mir allerdings kein überzeugendes Argument zu sein; wir sollten diesen Parteitag auch nicht überbewerten, daß

62 Parteitag am 17.–19. Oktober 1952.

63 Die Veranstaltung des RCDS fand am 1. Dezember 1967 in der FU Berlin statt, vgl. UiD Nr. 10 vom 7. Dezember 1967 S. 4.

64 Am 7. April 1965 war nach 6½ Jahren der Bundestag erstmals wieder in Berlin zusammengetreten. Während der Sitzung rasten sowjetische Düsenjäger über die Kongreßhalle. Vgl. Sten.Ber. 5. WP 178. Sitzung S. 8945–8985. Vgl. auch „Welt" vom 8. April 1965.

er in der Bundesrepublik eine solche Resonanz haben wird, weil wir nach Berlin gegangen sind.

Aber wir waren doch, wenn ich mich nicht täusche, Anfang der fünfziger Jahre in Berlin. (*Amrehn:* 1952.) Das scheint mir ein Argument zu sein, daß unsere Partei und auch die Bevölkerung der Stadt es bitter nötig haben, wieder einmal die Präsenz der Bundespartei zu erfahren. Ich habe noch etwas! Wenn wir einen anderen Saal bekommen könnten als die Kongreßhalle, dann würde ich das für besser halten. Für den Parteitag halte ich die Kongreßhalle, so wie sie gebaut ist und wie die Stühle dort sind, der CDU nicht gerade für sehr dynamisch. Diese Stühle oder Sitze in ihrem Kammerstil reizen zur Faulheit. Stellen Sie sich doch vor, da kommen die Delegierten Meyer und Müller aus der Bundesrepublik nach Berlin. Die gehen dann abends aus und machen einen drauf. Am anderen Tage sitzen sie dann in diesen weichen Stühlen. Das gibt doch keine richtige Stimmung. Das müssen Sie ganz nüchtern sehen. Es gibt jedenfalls keine Parteitagsstimmung im üblichen Sinne. Es mag etwas anderes sein bei Kirchengremien. (*Bewegung und Heiterkeit.*) Dann sind diese Stühle gefordert, aber nicht bei einem Parteitag. (*Von Hassel:* Sind Sie noch in der Jungen Union?) Nein, ich war als Gast dort.[65] Nach der schleswig-holsteinischen Satzung wäre ich noch drin, nach der rheinland-pfälzischen nicht.[66]

Stingl: Wir haben in Berlin nicht nur die Kongreßhalle, sondern es gibt noch andere Säle. Wir sind 15 Jahre nicht mehr in Berlin gewesen. Das ist eine viel zu lange Zeit. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Ich bin davon überzeugt, ein Parteitag in Berlin ist ein Grund dafür, daß wir viele Leute allein schon durch dieses äußere Zeichen an uns heranziehen können.

Von Weizsäcker: Ich habe in der Zeitung gelesen, daß das im Präsidium erwogen worden wäre. (*Amrehn:* Es ist so gelaufen: Ich habe es auf dem Deutschlandtag der Jungen Union vorgeschlagen, und das sollte erörtert werden. So ist auch in etwa die Meldung zu lesen.) Es ist nur so, daß derjenige, der es nicht genau liest, in seinem Hinterkopf verankert, das ist bei der CDU erwogen worden. (*Lebhafte Bewegung und Heiterkeit.*) Und dann ist es sehr schwer, wieder davon herunterzukommen. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich glaube, die Wirkung auf die Bundesrepublik ist weniger durch das Faktum des Bundesparteitags sehr groß; sie kann aber groß sein, je nach dem, welcher Inhalt in den Beschlüssen liegt, die sich dann mit dem Namen dieser Stadt verbinden.

Es ist ein nicht unbeachtliches Risiko, wenn wir nicht von vornherein sagen, wir werden eine wunderbare Deutschlandpolitik machen, und deswegen auf nach Berlin!

---

65 Der Deutschlandtag der Jungen Union fand vom 17.–19. November 1967 in Berlin statt. Vgl. dazu auch Bundessekretariat der Jungen Union Deutschlands (Hg.): Beschlüsse des Deutschlandtages 1967 der Jungen Union Deutschlands. Bonn o. J.

66 Die Satzung von 1965 (vgl. Taschenkalender der JU für 1968 S. 87) nennt in § 2 Absatz (1) Satz 2 ein Höchstalter von 35 Jahren, um Mitglied zu werden. Bestehende Mitgliedschaften erlöschen spätestens mit Vollendung des 40. Lebensjahres, Absatz (3). Absatz (3) wurde in der Satzung, die zum 1. Januar 1970 in Kraft trat gestrichen zugunsten einer Neuformulierung des § 2, wonach bestehende Mitgliedschaften jenseits des 35. Lebensjahres bei Amtsträgern in der JU mit dem Ablauf der Amtszeit erlöschen.

Aber die Möglichkeit, mit diesem Namen eine Wirkung vom inhaltlichen Gewicht her zu erzielen, halte ich doch für beachtlich.

Ich würde also für Berlin plädieren. Wir sollten darüber einen Beschluß fallen, weil die Öffentlichkeit an den Erwägungen lebhaft beteiligt ist im Sinne Berlins.

Kiesinger: Ich nehme diese Frage der radikalen Gruppen doch etwas ernster als Sie. Wenn diese die Gelegenheit dazu benutzen wollen, um mit Massen vorzugehen wie beim Schah[67], dann besteht doch die Gefahr, daß diese Ereignisse den ganzen Parteitag in der Publizistik überschatten. Ich sage das nicht, weil ich Angst habe, aber man muß sich klarmachen, was passieren kann.

Man ist beim Schah-Besuch auch nicht fertig geworden. Wie sich das weiter entwikkelt, weiß ich nicht. Für diese Gruppen ist es doch eine Chance, ihre Anstrengungen darauf zu konzentrieren. Das kann schon mal gutgehen, Herr Kollege Stoltenberg, wenn Sie in der Freien Universität einen solchen Abend durchstehen, aber wenn die ihre Bataillone sammeln, dann muß man mindestens vorher das durchgedacht haben.

Gerstenmaier: Meine Damen und Herren! Als neulich im Präsidium davon geredet wurde – und in der Öffentlichkeit habe ich noch nichts davon gehört –, (*Zurufe:* Doch!) habe ich jedenfalls keine Bedenken dagegen angemeldet. Zu dem, was der Herr Bundeskanzler hier gesagt hat, kann ich nur sagen, wenn damit gerechnet werden muß, dann bin ich dafür, nach Berlin zu gehen, um sich dieser Gesellschaft zu stellen.

Ich halte nichts davon, in Anbetracht dieser Geschichten auch nur einen halben Schritt zurückzugehen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich würde eher noch einen Schritt vorgehen! (*Beifall.*) Deshalb ist die Befürchtung des Herrn Bundeskanzlers für mich ein Grund, nun für Berlin zu plädieren.

Kiesinger: Das ist zwar ganz tapfer gesprochen, bloß nicht wir haben die Sache zu bestehen, sondern die Polizei Berlins in einem ernsthaften Fall. Wir müssen uns doch die Dinge für den schlimmen Fall vorstellen. Wir müssen uns vorstellen, daß diese Gruppen en masse in Erscheinung treten, daß sie lange vorbereitet sind und sagen, das ist nun eine günstige Gelegenheit.

Wieviel Unterstützung erwarten Sie sich von der Berliner Polizei? (*Unruhe und Bewegung. – Fricke:* Wasserwerfer!)

Amrehn: Herr Bundeskanzler! Sie bauschen jetzt eine Gefahr auf, die von heute aus gesehen gar nicht so groß ist. Wenn es 1.000 Randalierer sind – mehr waren es beim Schah auch nicht, mehr waren es auch beim Kurras-Prozeß[68] nicht –, dann ist das schon die obere Grenze für das, was sich überhaupt mobilisieren läßt. (*Gerstenmaier:* 4.000 bis 6.000 hat der Herr Dutschke[69] gesagt. – *Unruhe und Bewegung.*) Hat er gesagt, aber die hat er ja nicht. Wir haben neulich eine Veranstaltung gemacht. Herr Stoltenberg hat

67 Beim Berlin-Besuch von Mohammed Reza Pahlewi (1919–1980, 1941–1979 Schah von Persien) kam es zu schweren Auseinandersetzungen zwischen „Jubelpersern" und Demonstranten. Dabei wurde der Student Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen.

68 Vgl. Anm. 67. Der Prozeß gegen den Polizisten Karl-Heinz Kurras endete mit einem Freispruch.

69 Vgl. Anm. 47.

1.500 Leute in seiner Versammlung gehabt. Darunter waren 400 Leute von der Jungen Union. Der SDS hat vielleicht knapp 400 Leute dort gehabt. Ich gehe mal von 1.000 aus. Aber damit werden wir schon alleine fertig. Damit wird erst recht die Polizei fertig. Ich gehe gar nicht davon aus, daß sich eine Aktion gegen den Bundesparteitag der CDU richten würde; die haben doch ganz andere Zielvorstellungen und Gegenstände ihres Protestes. Wenn man da überhaupt einen suchen könnte, dann wäre es doch ein SPD-Parteitag. Bei uns glaube ich das nicht. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Kiesinger: Ich sage noch einmal, ich bin der letzte, der Furcht hat, sich zu stellen, aber einem Mob kann man sich nicht stellen. Ich fürchte, daß, wenn Tumulte gemacht werden in Berlin, diese große Schlagzeilen bekommen und den ganzen Bundesparteitag zudecken werden. Das sind meine Sorgen. (*Kohl:* Aber die Reaktion der Bürger wäre hier nicht negativ.)

Stoltenberg: Ich glaube, daß die Argumente doch dafür sprechen, daß wir uns entscheiden sollten, nach Berlin zu gehen, auch wenn man die Gefahr höher veranschlagt, was ich nicht in einem sehr starken Maße tun würde. Das Wintersemester fängt am 15. Oktober an. Wenn wir also aus einem anderen Grund vor dem 15. Oktober dort hingehen wollen, dann sind 80 % der potentiellen Radaubrüder in der Bundesrepublik, so daß in der Zeit das Problem sowieso nicht besteht. Aber selbst dann, wenn wir nach dem 15. Oktober nach Berlin gehen, würde ich das Risiko eingehen. (*Klepsch:* Die Argumentation entwertet alles, was bisher gesagt wurde. – *Unruhe.*) Ach, Herr Klepsch, lassen wir doch endlich einmal leidenschaftslos darüber reden! Es hat doch keinen Sinn. Wenn hier Bedenken laut geworden sind, muß man doch die objektive Situation sehen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Gerstenmaier: Wir können erst in der zweiten Hälfte des Monats Oktober dahingehen.

Fay: Ich habe Wiesbaden vorgeschlagen. Ich würde Wiesbaden empfehlen, wenn es sich um einen anderen Landesverband als gerade Berlin handelte. Wir waren aber 15 Jahre nicht in Berlin. Deswegen haben wir schon einen moralischen Grund, nach Berlin zu gehen. Ich warne aber dringend davor, die Universitätsferien maßgeblich sein zu lassen für den Termin unseres Parteitags. Der Herr Dutschke ist Berufsstudent. (*Zuruf:* Er ist in Amerika!) Sollte es Krawall geben, Herr Bundeskanzler, dann wären doch unsere Wähler verstärkt auf unserer Seite. (*Zuruf:* Alle!) Angst vor Krawallen sollten wir nicht haben; denn wenn Sie wollen, liefere ich Ihnen in Wiesbaden auch 1.000 Randalierer. Das ist gar kein Problem. Das können Sie in Wiesbaden und in Berlin haben.

Kiesinger: Ich habe die Sache vorgetragen, weil ich mich zu denjenigen zähle, die sich auch heute noch darüber klar sind, was das in unserem Verhältnis zu Berlin ausmacht. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich habe gestern einen Bericht von einem führenden deutschen Wirtschaftler bekommen[70], der unmittelbar vom Schah kam und sagte, die Beziehungen dieses Weltunternehmens dorthin seien unterbrochen, und zwar aus diesem Grund. (*Unruhe und Bewegung.*) Die Berliner Polizei hat sich doch diesen Randalierern

70 Bericht nicht zu ermitteln.

gegenüber als völlig hilflos erwiesen. Ich gebe zu, daß man es auch so sehen kann, daß man sagt: Gut, dann mag die sachliche Arbeit des Parteitags zugedeckt werden, aber was die Sympathie der Wähler anlangt, wird sich das zugunsten der CDU auswirken. – Wenn man das als einen Erfolg des Parteitags will, dann kann man es natürlich so machen.

Ich habe das nur gesagt, damit wir wissen, daß auch dieses Risiko drin ist. Alles andere spricht natürlich dafür, den Parteitag in Berlin abzuhalten. Das ist ganz klar. Es ist nur dieser eine Gesichtspunkt; und ich wollte als Parteivorsitzender nicht versäumt haben, unsere Aufmerksamkeit auf diese Möglichkeit hinzuweisen, damit uns nicht jemand sagen kann, ihr seid blind da hineingestürzt.

Es scheint also – so darf ich wohl die Meinung des Parteivorstands interpretieren – die Meinung zu bestehen, den Parteitag im Herbst 1968 in Berlin abzuhalten. – Kein Widerspruch! (*Amrehn:* Wir müssen den genauen Zeitpunkt festlegen.) Das können wir noch nicht. Wir können nur Herbst sagen. Die Berliner müssen ja jetzt einmal sehen, wie sie es machen. (*Anhaltende Unruhe. – Gerstenmaier:* Nur in der zweiten Oktoberhälfte geht es, und zwar aus zwingenden Gründen des Bundestags.)

Fay: Eine kurze Bemerkung zum Zeitpunkt! In Bayern, Hessen und in noch einem Bundesland sind Kommunalwahlen. Bei uns sind sie spätestens am 28. Oktober. Wahrscheinlich wird eine Einigung dieser drei Länder auf den 20. Oktober erfolgen.[71]

Kiesinger: Wir machen es so, daß wir den Zeitpunkt abklären, und zwar einmal mit unseren Berliner Freunden wegen der Räumlichkeiten, zum anderen im Hinblick auf diese Kommunalwahlen. (*Heck:* Das kann bis zur nächsten Sitzung vorbereitet werden.) Dann darf ich den Herrn Generalsekretär nunmehr bitten, die Sitzung zu Ende zu führen. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Verfahren bei der Berufung der Bundesfachausschüsse

Heck: Wir kommen zum Punkt 3 der Tagesordnung: Verfahren bei der Berufung der Bundesfachausschüsse. Der Vorgang ist folgender: Nach dem Statut und nach der Geschäftsordnung ist es Aufgabe des Bundesvorstands, die Ausschüsse zu berufen. Das ist zu dem Zeitpunkt, als wir noch einen Geschäftsführenden Vorsitzenden hatten unter unserem Freund Dufhues, folgendermaßen vom Vorstand geregelt worden: Der Vorstand hat dieses Recht auf das Präsidium delegiert. Das Präsidium hat dieses Recht und diese Aufgabe auf den Geschäftsführenden Vorsitzenden delegiert, weil es außerordentlich schwer praktikabel ist, Ausschußmitglieder durch den Vorstand zu berufen.

71 29. September 1968 Kommunalwahlen in Niedersachsen (SPD 41,7%, CDU 38,9%, FDP 9,2%, NPD 5,2%, BHE 1,4%, UWG 1,2%), vgl. AdG 1968 S. 14220; 20. Oktober: Kommunalwahlen in Hessen (SPD 49,9%, CDU 29,7%, FDP 10,4%, NPD 5,2%, BHE 2,5%), Kommunalwahlen in Baden-Württemberg (SPD 40,5%, CDU 32,5%, FDP 12%, NPD 3,7%) und im Saarland (CDU 39,8%, SPD 37,4%, FDP 8,5%, NPD 5,2%, FWG 4,2%), vgl. AdG 1968 S. 14266f. In Bayern fanden 1968 keine Kommunalwahlen statt.

Ich habe dieses Verfahren und diese Gepflogenheit vorgefunden und bin in der Weise auch verfahren, nur mit dem Unterschied, daß ich das Präsidium an der Entscheidung beteiligt habe, d. h. ich habe den Vorschlag, den ich mit Herrn Kraske ausgearbeitet hatte, nach Rücksprache mit den Herren Etzel und Schmücker den Mitgliedern des Präsidiums zugesandt und gebeten, falls sie Änderungswünsche hätten, sie vorzutragen. Danach habe ich von mir aus die Berufung durchgeführt.

Gegen dieses Verfahren hat der Freund Schmücker Einspruch erhoben mit dem richtigen Hinweis, daß dieser Vorstand einen solchen Beschluß nicht gefaßt habe. Um was es also heute geht, ist, der Vorstand soll darüber entscheiden, ob künftig so verfahren werden soll, wie es vordem der Fall war, oder ob künftig dieser Vorstand die Ausschüsse berufen soll. Das zur Darstellung des Vorganges und zur Klarlegung dessen, was zu entscheiden ist!

Schmücker: Ich hatte von dem früheren Verfahren keine Kenntnis, als ich meinen ersten Einspruch einlegte. Ich bin auch heute noch der Meinung, daß wir dieses früher übliche Verfahren nicht fortführen sollten. In der Satzung steht, daß der Bundesvorstand die Partei leitet und daß er zu seiner Unterstützung und Beratung Fachausschüsse bilden kann. Nun weiß ich sehr wohl, daß ein solcher Kreis keine Beratungen darüber führen kann, wer diesen Ausschüssen angehört. Das müßte nicht im Präsidium, sondern in einem noch kleineren Kreise gemacht werden. Worauf ich aber hinaus will, ist folgendes: daß man uns diese Vorlage zur Genehmigung vorlegt. Das wird erhärtet durch die Erfahrungen, die ich in diesem Bereich mit dem Wirtschaftsausschuß gemacht habe. Der Wirtschaftsausschuß ist von Herrn Heck berufen worden nach Beratungen auch mit mir. Die Zusammensetzung ist aber so, daß er die Aufgaben, so wie ich sie sehe, nach meiner Meinung nicht erfüllen kann.[72]

Damit kommen wir zu dem zweiten Punkt, der dazu gehört, welche Aufgaben diese Ausschüsse überhaupt haben. Ich hatte in dem Wirtschaftsausschuß ein Instrument gesehen, die widerstreitenden Auffassungen innerhalb unserer Partei an einen Tisch und damit zum Ausgleich zu bringen. Andere sind der Meinung, daß dieser Wirtschaftsausschuß und die anderen Fachausschüsse ein hohes Sachverständigengremium seien, das nichts mit der Struktur unserer Partei zu tun habe oder nur sehr wenig, daß man also sozusagen, wie man sonst eine königliche Kommission bestellt, sich an diesen Fachausschuß wendet und von dorther einen Rat bekommt. Diese Auffassung kann nicht richtig gewesen sein; denn früher, als diese Übung noch da war, war es Brauch, daß der Ausschußvorsitzende Mitglied des Vorstands war. Er sollte nämlich im Vorstand die Meinung seines Ausschusses zur Mitwirkung und Geltung bringen. Auf allen Ebenen sind die Ausschußvorsitzenden Mitglied des Vorstands gewesen. Die Arbeit ist praktisch auch so gelaufen, daß dort beraten worden ist, sozusagen als Vorbereitung für die Arbeit des Vorstands. Vorhin haben wir festgestellt, daß wir eine Reihe von Einzelfragen anschneiden und daß es doch wohl zweckmäßiger ist, sie vorab prüfen zu lassen. Nun frage ich Sie, von wem prüfen zu lassen? Natürlich von den Leuten, welche die unter-

72 Zur Zusammensetzung des Bundesfachausschusses Wirtschaft vgl. ACDP 07-004-071/1.

schiedliche Meinung vertreten – so ist meine Auffassung –, aber nicht etwa von Sachverständigen eines Quasi-Professorenkreises in einer Kommission.

Ich bleibe also dabei, daß es nach meiner Auffassung richtiger ist, die Ausschüsse so zusammenzusetzen, daß in ihnen die unterschiedlichen Auffassungen der Partei zum Zuge kommen. Das ist aber nach meiner Meinung nur gewährleistet, wenn der Vorschlag für die Zusammensetzung der Ausschüsse, erarbeitet vom Generalsekretär, uns zur Verabschiedung vorgelegt wird.

Als letzten Beweis für die Notwendigkeit dieses Verfahrens führe ich an, daß in diesem Wirtschaftsausschuß ein ganzer leibhaftiger Vertreter der Sozialausschüsse vertreten ist. Glauben Sie denn allen Ernstes, daß es möglich ist, die leider auch in den letzten Tagen lautgewordenen Verlautbarungen abzufangen und in eine vernünftige Form zu bringen, wenn die Herren nicht am Tisch sitzen? Ich habe manchmal sogar den Verdacht, sie wollen gar nicht an den Tisch, weil sie dann alleine weitermachen können. Das geht aber auf keinen Fall. Wir müssen sie zur Debatte zwingen.

Aus allen diesen Überlegungen meine ich, es wäre ganz gut, wenn der Vorstand eine Vorlage bekäme, die dann auch verabschiedet wird, die dann der Satzung gemäß ist und keineswegs die Kompetenz des Generalsekretärs oder des Präsidiums einschränkt, die aber vor allen Dingen die Möglichkeit gibt, daß in den Ausschüssen wirkliche Arbeit geleistet wird.

Ich darf noch einmal auf die Wirtschaftspolitik abheben. Wenn jeder Ausschuß für sich allein arbeitet, dann machen wir einen schlechten Eindruck nach außen, wie das seit einiger Zeit schon geschieht. Aber das geht einfach nicht. Wir müssen hier zu einer Zusammenarbeit kommen. Ich meine, ähnliches bahnt sich auch in anderen Bereichen an. Das, was ich über andere Ausschüsse gehört habe, deckt sich in weiten Bereichen mit der Befürchtung, die ich aus meiner leidvollen Erfahrung hier vortrage. Können wir uns denn nicht so verständigen, daß dieser Vorstand der Meinung ist, der Vorschlag wird vom Generalsekretär gemacht, hier vorgelegt und dann verabschiedet? Eine Beteiligung des Vorstands an der Berufung sollte mindestens erfolgen.

Kraske: Ich kann nur bestätigen, daß tatsächlich ein früherer Vorstand dieses Recht auf das Präsidium delegiert hat. Für diese Delegation spricht folgendes: Wenn ich mir die Praxis von Vorstandsentscheidungen ansehe, dann würde ich glauben, daß die Entscheidung immer bei dem liegt, der die Berufung vorschlägt, und nicht bei dem, der dann darüber Beschluß faßt; denn wenn eine fertige Liste in diesen Vorstand hineinkommt, dann würde ich glauben, daß das ein relativ formaler Akt ist, wenn der Vorstand darüber befindet.

Ich möchte nur zwei Dinge richtigstellen: 1. Auf Bundesebene haben die Ausschußvorsitzenden nie dem Bundesvorstand angehört; sie haben lediglich dem Bundesausschuß angehört. Jeder weiß, daß das nach dem neuen Statut ohnehin gar nicht mehr möglich ist. 2. Die Frage der königlichen Kommission! Die eigentliche Alternative bei unseren Fachausschüssen auf Bundesebene war immer die, die Ausschüsse als demokratisches Organ der Willensbildung in der Partei, d. h. delegiert von den Landesver-

bänden nach oben zur Bundespartei, oder Ausschüsse nach dem Kommissionsprinzip, berufen von der Bundespartei.

Wir haben uns bei der Verabschiedung der letzten Geschäftsordnung ausdrücklich zu dem zweiten Prinzip bekannt, da die Praxis zeigte, daß die Landesverbände in vielen Fällen nicht diejenigen Mitglieder in die Bundesfachausschüsse delegierten, die wirklich für die Arbeitsfähigkeit der Ausschüsse erforderlich sind. Deswegen ist der Vorstand oder das Präsidium, je nach dem, wer es in der Praxis macht, darauf angewiesen, die Landesverbände zu hören. Die Berufung liegt aber bei der Bundespartei, ohne daß die Bundespartei verpflichtet ist, die Delegation der Landesverbände zu berücksichtigen.

Nun hat sich bei dem Wirtschaftsausschuß eine ganz große Schwierigkeit daraus ergeben, daß in den letzten 15 Jahren die Ausschüsse sozusagen im Quadrat der Zeit gewachsen sind. Bei den durchschnittlichen Ausschüssen hat das zu einer Mitgliedschaft von etwa 50 Leuten geführt, beim Wirtschaftsausschuß waren es am Ende 90. Daß dieser Ausschuß funktionierte, lag nur daran, daß er von sich aus neben jeder Satzungsbestimmung einen Vorstand wählte und daß dieser Vorstand nun praktisch der Wirtschaftsausschuß war, der das Plenum einmal oder zweimal im Jahr zu irgendeiner feierlichen Veranstaltung einlud. (*Kohl:* Wann war denn das?) Wann das war, weiß ich nicht.

Eine zweite Voraussetzung für die Arbeitsfähigkeit war, daß die Mehrzahl der Ausschußmitglieder davon ausging, daß dieser Ausschuß mit 90 Leuten doch nicht arbeitsfähig war und deshalb an den Sitzungen gar nicht teilnahmen, so daß die Präsenz zwischen 15 und 25 lag. Wir haben vor der Wiederberufung des Wirtschaftsausschusses eine Liste der Mitglieder angefertigt und festgestellt, wie oft diese Mitglieder an den Sitzungen teilgenommen hatten. $^2/_3$ der Mitglieder hatten an weniger als der Hälfte der Sitzungen teilgenommen. Ich glaube, daß dies ein zwingender Beweis dafür ist, daß eine Verkleinerung des Ausschusses erforderlich war. (*Schmücker:* Darüber ist kein Streit.) Ich weiß, aber ich komme jetzt auf Ihren Vorwurf: Das ist auf 30 beschränkt worden. Nun Ihr Beispiel Sozialausschüsse! Die Sozialausschüsse haben drei Mitglieder benannt, nämlich die Herren Russe, Hoffmann[73] und Orgaß[74]. Bei einer Reduktion auf 30 Mitglieder (*Dufhues:* Herr Russe ist von Westfalen genannt worden!) – aber auch von den Sozialausschüssen! – mußten erhebliche Kürzungen gegenüber den Landesverbänden vorgenommen werden. Da bereits aus Hamburg drei weitere Benennungen vorlagen und nicht weniger als 15 Rheinländer für einen Ausschuß von 30 Mitgliedern vorgeschlagen wurden, (*Lebhafte Heiterkeit.*) haben wir dann gesagt, es käme doch in dieser Frage nicht zu Abstimmungen. Deswegen soll man die Vertretung der Sozialausschüsse hier auf Herrn Russe beschränken. Man hätte zwei weitere Vertreter hineinnehmen können, aber es wäre dann an den Stellen, wo man dann auf zwei andere

73 Karl Heinz Hoffmann (geb. 1928), Kaufmann; 1948 CDU, 1952–1957 Sozialsekretär der CDA im rheinischen Braunkohlerevier, 1957–1960 Sozialsekretär der CDU Rheinland, 1960–1965 Referent in der Hauptgeschäftsstelle der Sozialausschüsse der CDA in Königswinter, 1968–1980 stv. Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV, 1979–1989 MdEP.

74 In der Vorlage: Orger.

verzichtet hätte, sicher zu denselben Konflikten gekommen. Es ist also, wie ich glaube, bei einem Rückgang von 90 auf 30 unvermeidlich, daß es ringsum Ärger und Verdruß gibt, aber wir haben bei der Vorbereitung dieser Berufung keine andere Möglichkeit gesehen. Ich glaube auch, eine Beschlußfassung in diesem Kreis hätte nicht annähernd alle Wünsche bei dieser Berufung gleichmäßig berücksichtigen können.

Schmücker: Das ist eine sehr hübsche Darstellung einer sehr leidvollen Geschichte, die ich mehr beklage als Herr Kraske. Ich darf noch hinzufügen, daß dieser Ausschuß seit einem Jahr nicht mehr getagt hat; bis dahin aber nur sehr sporadisch. Wären nicht der Wirtschaftsrat und die Mittelstandsvereinigung dagewesen, dann hätte man praktisch von der CDU über ökonomische Fragen kaum etwas gehört.

Herr Kraske, meine Sorge ist folgende: Die Partei beklagt sich darüber, daß die Vereinigungen zu stark werden, nämlich die Sozialausschüsse, der Wirtschaftsrat usw. Das liegt aber daran, weil die Partei selbst zu schwach wird, weil sie ihre eigenen Einrichtungen nicht genügend pflegt. (*Unruhe und Bewegung.*) So wie der Wirtschaftsausschuß jetzt zusammengesetzt ist, findet die notwendige parteipolitische Debatte nicht statt. Das ist meine Klage. Wir müssen den Ausschuß so zusammensetzen, daß die Mitglieder auch an den Tisch kommen und sich zusammenraufen. Aber das findet bisher nicht statt.

Wenn dieser Ausschuß so bleibt, wie er jetzt ist, dann wird das ein vornehmer Kreis, der hin und wieder tagt, der einen Vorsitzenden hat, aber dann wird das Schwergewicht beim Wirtschaftsrat liegen. Wenn es so gewünscht wird, gut, dann gehen wir auf diese Linie zurück und werden in den Vereinigungen arbeiten. Ich bin Vorsitzender einer Vereinigung[75] und sage, die Partei muß stärker werden, aber mit dieser Ausschußbesetzung, die Sie da vorgeschlagen haben – nehmen Sie es mir doch bitte ab, daß es nicht übel gemeint ist oder gar böswillig –, kriegen wir das nicht hin. Wir müssen den Ausgleich haben zwischen den widerstreitenden Gruppen in der Wirtschaftspolitik.

Es kann nicht weiter so sein, daß z. B. ein Unternehmerverband angegriffen wird als kapitalistischer Haufen aus unseren Reihen, daß dann die Mittelständler aufstehen ... (*Heck:* Das kommt aus einer Zeitschrift![76] – *Starke Unruhe.*) Aber, lieber Bruno, ich will ja gerade diese Leute an einen Tisch bringen. Du weißt, daß ich mich seit langem darum bemühe. Ich habe geglaubt, das gegenüber dem Wirtschaftsausschuß zu tun. Wenn das aber die Partei nicht will, dann müssen wir einen anderen Weg finden. Aber dann muß ich darauf hinweisen, daß die anderen Institutionen, die unterhalb der Partei stehen, stärker werden in der Publizität und auch ein höheres Gewicht bekommen, als ihnen an sich eingeräumt wird. Darum wäre es meine Bitte, wir sollten zur Beratung dieses Gremiums Ausschüsse bilden, die die Aufgabe haben, diese Vorklärung im Parteiraum zu finden. Das geht aber mit der bisherigen Konstruktion nicht.

---

75 Schmücker war von 1956–1970 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung.

76 Streit zwischen dem Bund Katholischer Unternehmer und den Sozialausschüssen, vgl. „Soziale Ordnung" Nr. 11 vom 15. November 1967 „Partnerschaft oder Scheiterhaufen"; „Handelsblatt" vom 28. November 1967 „Selbstzerfleischung".

Heck: Die 30 Leute, die gebeten worden sind, sind ausgewählt worden auf Vorschlag der Herren Schmücker und Etzel und der Landesparteien. Wir haben uns überlegt, was sind wirklich gute Leute, die mitgearbeitet haben. Wenn diese 30 ein untaugliches Gremium sind, wie es gerade geschildert worden ist, dann wundere ich mich eigentlich, wie die auf einmal arbeitsfähig werden sollen, wenn noch fünf von den Sozialausschüssen dazukommen. Ich verstehe – offen gesagt – diese Argumentation nicht. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir saßen neulich zusammen – Vertreter des Wirtschaftsrats, der Mittelstandsvereinigung, der Sozialausschüsse und des Wirtschaftsausschusses – und haben uns überlegt, welchen Weg man beschreiten müsse, um die notwendigen Koordinierungen durchzuführen. Wir haben beschlossen, daß sich dies Gremium – unabhängig davon, ob es etwas Konkretes anregt – auf alle Fälle alle Vierteljahr einmal zusammensetzen soll, um sich über die Arbeit zu informieren, und daß dieses Gremium zusammentreten soll, wenn aus akutem Anlaß es notwendig wird, daß die Arbeit von einer der Gruppen mit der Arbeit einer anderen konfrontiert wird und in Widerspruch gerät. Das war eigentlich nach unseren Vorstellungen der Gesprächskreis, der diese Aufgabe wahrnehmen soll.

Nun war neulich im Wirtschaftspolitischen Ausschuß eine ganz interessante Debatte.[77] Es ist auch die Frage aufgetaucht, hat es eigentlich einen Sinn, daß hier nur Wirtschaftler miteinander reden, wo es um Fragen geht, an denen auch unsere Freunde aus den Sozialausschüssen interessiert sind? Und da gab es zwei Meinungen. Die eine Meinung war die, daß man sagte, man muß dafür sorgen, daß deren Auffassung hier zu Gehör gebracht, d. h., daß sie mitberücksichtigt wird, aber man hielt es dann für verhältnismäßig unerheblich, ob diese Stimmen einmal oder fünfmal erhoben werden, zumal bei einer Beschlußfassung, wenn man die 30 als eine homogene Gruppe gegen fünf ansieht, es immer noch im Verhältnis 1:6 stünde. Das zur Sache!

Aber damit Klarheit herrscht, mir tun Sie einen großen Gefallen, wenn Sie es mir wieder abnehmen und auf den Vorstand zurückverlagern. Es war wirklich keine schöne Arbeit und hat mir viel Ärger mit guten Freunden, Freund Schmücker, gebracht, den Ausschuß von 90 auf 30 zu reduzieren. Mir tut niemand einen Gefallen, wenn das so bleibt, sondern ich habe es so vorgefunden. Ich finde es nach allen Argumenten auch als durchaus verständlich, daß der Vorstand sagt, so etwas kann man in einem so großen Kreis nicht machen. Aber ich halte es für möglich, daß man so verfährt, wie Schmücker vorgeschlagen hat, daß Kraske und ich die Dinge vorklären, daß wir dann darüber im Präsidium sprechen, daß dann, was sich als Vorschlag ergibt, den Mitgliedern des Vorstands schriftlich zugeleitet wird. Sie haben dann eine Frist von 14 Tagen oder vier Wochen, um sich zu äußern. Das ist vielleicht ein Weg, der den Mitgliedern des Vorstands

77 Schon vor der konstituierenden Sitzung des neuberufenen Wirtschaftsausschusses am 20. November 1967 (Protokoll in ACDP 07–004–071/1) hatte Schmücker im Schreiben an den Parteivorsitzenden Kiesinger am 2. November 1967 (Ebd. sowie in 07–001–104/2) die Berufung durch das Präsidium (statt den Bundesvorstand) und die Tatsache kritisiert, daß unter den 30 Mitgliedern nur ein Vertreter der Sozialausschüsse wäre.

die Möglichkeit gibt, Gesichtspunkte noch anzumelden, die vielleicht übersehen worden sind.

Von Hassel: Ich habe eine Frage, Herr Kollege Schmücker. Es handelt sich doch darum, daß man noch einige Mitglieder hinzuziehen will. Sehe ich das richtig, oder sollen es 30 sein ... (*Sehr starke Unruhe.*)

Schmücker: Ich wollte sichergestellt haben, daß wir bei Ausschußsitzungen informiert werden, um damit einen Einspruch, wenn er gerechtfertigt ist, anzubringen. Das wird nun erledigt durch den Vorschlag von Heck.

Das zweite ist die Frage der Aufgabe der Ausschüsse. Mir ist die Aufgabe der Ausschüsse etwas zu sehr nach unten abgestuft. Ich würde sie lieber in einer höheren politischen Ebene tätig werden lassen. Das wollen aber sehr viele Ausschußmitglieder nicht. Herr Etzel hat die Auffassung, daß es sich hier um eine Fachkommission handelt, die sozusagen Fachberatungen macht. Ich bin der Meinung, daß es sich um ein politisches Gremium handelt, in dem sich die widerstreitenden Kräfte zusammenraufen. Darüber müßte nach meiner Meinung entschieden werden.

Gehen wir den Weg von Etzel, dann ist es natürlich relativ uninteressant, sich im Ausschuß politisch zu betätigen. Ich wollte noch darauf hinweisen, daß von den 30 nur elf gekommen sind bei der konstituierenden Sitzung. (*Lebhafte Heiterkeit und Bewegung.*) Das liegt doch einfach daran, daß der „Verein" keine Wirkungsmöglichkeit hat. Die Tätigkeit der Wirtschaftspolitiker liegt beim Wirtschaftsrat und bei der Mittelstandsvereinigung. Sie liegt auch bei dem Diskussionskreis in der Fraktion.[78] Hier ist aber nichts mehr los. Darüber ärgern wir uns, weil die Partei auseinandermanövriert wird. Darum wollen wir das gerne aufwerten. Das war also die zweite Frage.

Um 15.30 Uhr ist eine Kommission in meinem Hause, die das Ergebnis dieses Vorstands weiterbesprechen soll, um zu sehen, welche Vorschläge wir an den Ausschuß geben. Auf jeden Fall muß nach meiner Meinung dieser Ausschuß sehr stark aktiviert werden. Wie die Lage zur Zeit ist, scheint mir das doch sehr fragwürdig zu sein.

Kohl: Was zum Organisatorischen zu sagen ist, ist durch den Vorschlag von Generalsekretär Heck ganz befriedigend geregelt. Es ist eigentlich schade, daß wir die Debatte zum Wahlgesetz nicht unmittelbar vorher gehabt haben. Viele von denen, die so lauthals eine Wahlrechtsänderung fordern, haben den zweiten Denkprozeß noch nicht vollzogen, daß die Partei nach einer solchen Wahlrechtsreform eine andere Partei sein wird wie heute. Die Frage, wie diese Partei mit ihrem Pluralismus – wenn man das Schlagwort gebrauchen soll – fertig werden wird, muß ich bei dem inneren Zustand der CDU als Bundespartei mit einem großen Fragezeichen versehen.

78 Der Diskussionskreis Mittelstand wurde im Verlauf der 1. Legislaturperiode des Bundestags auf Drängen von Konrad Adenauer gebildet, der den Mittelstand berücksichtigt wissen wollte (Vorsitzende: Kurt Schmücker 1956/57, Alfred Burgemeister 1957–1965, Heinrich Gewandt 1965–1975). Vgl. Christoph KONRAD: Der Mittelstand in der politischen Willensbildung. Geschichte, Organisation, Einfluß und Politik der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraumes 1963–1987. Diss. Bonn 1990.

Wenn Wirtschaftspolitik in einem Fachausschuß der Partei gemacht wird, dann ist das kein Ausschuß von Wirtschaftsleuten oder von Mittelständlern, sondern das ist ein Fachausschuß der Partei, der Politik zu machen hat. Ich verstehe die Äußerung oder die Definition des Freundes Etzel überhaupt nicht; denn das sollte eine Art Clearingstelle für die politische Auseinandersetzung sein, die an sich hier im Bundesvorstand zu erfolgen hätte. Wenn es schon nicht im Bundesvorstand sein soll, dann aber in irgendeinem Gremium, das insgesamt als Führungsgremium gewählt ist.

Die Tatsache, daß wir uns in der Mitbestimmungsfrage jetzt öffentlich auseinandermanövrieren, auch im Hinblick auf das, was in der Sozialordnung mit Für und Wider geschieht, ist für uns doch alles andere als nützlich. Wenn eine Vereinigung wie der Bund Katholischer Unternehmer[79] – über den man seiner Idee nach geteilter Meinung sein kann – jetzt öffentlich apostrophiert wird, dann haben Sie hier die Konsequenz, daß viele Leute sich diese Fragen stellen. Wir werden alle diese Leute für den Bundestagswahlkampf brauchen. Es wird sich also auch von dorther diese Frage stellen. Es muß dann halt untersucht werden, wer nun den „kleinen Marx"[80] im Ohr hat, um das „berühmte" Zitat aus dieser Auseinandersetzung hier einmal zu bringen. (*Bewegung und lebhafte Unruhe.*) Meine Herren! Lassen Sie mich noch etwas sagen! Ich habe den Eindruck, daß die amtliche Bundespartei immer noch – das ist gar keine Frage – der Generalsekretär ist; denn der Bundesvorstand gibt doch hier keine Unterstützung. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Aber es ist doch so! Wir fordern immer zu Beginn der Sitzung eine – ich wiederhole es – Auseinandersetzung über Sachfragen, aber dann, wenn das Mittagessen erfolgt ist, ist der Bundesvorstand – wie auch jetzt – nicht mehr beschlußfähig. Das ist doch der Regelzustand hier bei uns. Wenn Sie weit aus der Provinz anreisen, wird es Sie sicher mißlich stimmen, und Sie werden sich auch die Frage stellen, warum komme ich eigentlich hierher? Wenn die allgemeine „Luftablassung" vorbei ist, teilt sich das Ganze auf; zum großen Teil geht man in andere Sitzungen. (*Anhaltende Unruhe.*) Deswegen bin ich mit Ihnen, Herr Schmücker, der Auffassung, man sollte – es ist ja kein Dogma mit den 30 Leuten – ein paar Leute aus den Sozialausschüssen hineintun. Die sollen dann dort einmal in der Sachdebatte ihre Anliegen auf den Tisch legen.

Ich habe noch eine Bitte! In Braunschweig sind zu meinem Erstaunen viele Dinge in die Diskussion geraten, die ich nicht als relevant ansehe. Und die wirklich relevanten Punkte sind vom Parteitag ohne jede nähere Betrachtung übernommen worden! (*Unruhe und Bewegung.*) Dazu gehörte auch ein Kassenprüfungsrecht des Generalsekretärs; wobei ich jetzt nicht unserem Freund Heck eine Sache aufbürden will, die man ihm besser nicht aufbürdet, wenn man mit ihm – wie ich – befreundet ist. Aber es ist doch einfach eine nicht gute Sache, daß so in der Partei gehandelt wird! Es ist doch so, daß diese oder jene Gruppe nun von diesem oder von jenem Bereich Geld bekommt. Lassen Sie mich das jetzt einmal offen ansprechen. (*Unruhe und Bewegung.*) Da gibt es ver-

79 Gegründet 1949. Vgl. LEXIKON S. 443 f.
80 Karl Marx (1818–1883), deutscher Philosoph und Politiker.

schiedene Konten. Da gibt es beispielsweise das offizielle Konto einer Vereinigung; dann gibt es Stiftungen – oder wie sie auch heißen mögen. Und da ist wiederum Geld drin.

Es grassiert das Gerücht, daß bestimmte Kreise daran interessiert sind, den einen oder anderen „Zipfel" der Partei abzukaufen. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich will es einmal sehr hart und sehr pointiert hier formulieren. Dies ist ein Krebsübel für die innere Situation der Partei. Wir müssen uns darüber sehr ernst unterhalten. Es liegt in der Natur der Sache, daß eine Vereinigung wie die unseres Freundes Scheufelen, nämlich die Wirtschaftsvereinigung, Geld hat. Aber es ist eine nicht glückliche Sache, daß bei den hauptamtlichen Leuten beinahe sagenhafte Berichte umlaufen. Wenn die eine Vereinigung zusammenkommt, dann gibt es nichts an äußerer Ausstattung, wenn aber die andere zusammenkommt, dann gibt es dafür um so mehr. Das Beispiel zeigt zumindest, daß man dort – trotz Parteiurteil in Karlsruhe[81] – zwar nicht im Schlaraffenland, aber immerhin doch recht, recht gut lebt. (*Unruhe und Bewegung.*) Und das, meine Herren, ist eine ganz schlechte Sache. Hier werden Emotionen erzeugt. Die Sachen werden dann immer umfangreicher, wenn sie kolportiert werden. Man hört davon, daß in dem einen Fall die Gelder fließen, im anderen Falle aber gar nichts.

Es wäre schon interessant, hier einmal zu hören, Herr Kollege Heck, wer was gekriegt hat und wie eigentlich die finanzielle Situation aussieht.

Ich habe jedenfalls im Zusammenhang mit der Mitbestimmungsfrage – ich sage das ganz hart und brutal – das ziemlich tiefe Mißtrauen, daß bei uns in bestimmten Kreisen der Partei Geld von außen hineinkommt, das ich als nicht kontrollierbar und als nicht erträglich bezeichnen möchte. Wir sollten über diese Dinge rechtzeitig reden und nicht alles stillschweigend hinnehmen! (*Unruhe und Bewegung.*) Deswegen meine ich, daß man hier im Sinne dessen, was Herr Schmücker gesagt hat, den einen oder anderen aus dem Bereich der Sozialausschüsse hinzunehmen soll; denn was wir jetzt haben, Herr Schmücker, daß wir einen Arbeitskreis der Fraktion hier sehen, dagegen muß ich mich entschieden wehren. Es geht auch nicht, daß die Landwirtschaftspolitik in einem Arbeitskreis der Fraktion gemacht wird. Die Fraktion hat überhaupt kein Mandat, in bestimmten Fragen über diese Legislaturperiode hinaus – denken Sie an bestimmte Vorstellungen im Zusammenhang mit der Mitbestimmungsfrage – hier tätig zu werden. Das ist ein Auftrag, der nur die Partei letzten Endes angeht. Später kommen wir auch nicht ohne Parteitagsbeschluß herum, auch wenn es dem einen oder anderen schwerfallen wird.

Ich beobachte jedenfalls in unserem Bereich, wie man immer stärker auf den Tatbestand aufmerksam gemacht wird, daß in der Partei die natürliche Spannung, die sein muß, etwa Sozialausschüsse : Wirtschaftsrat, eine Form annimmt, die anfängt, der Partei zu schaden, indem man sich öffentlich austauscht mit Formulierungen, die unter Parteifreunden nicht üblich sein sollten.

81 BVerfG-Urteil vom 19. Juli 1966 (2 BvE 1/62; 2/64; 1/65; 2/65, S. 56–134).

Ich habe eben die Sache mit dem Bund Katholischer Unternehmer gebracht, mit dem „kleinen Marx" im Ohr und alle diese Dinge. Wir sollten uns hier im Bundesvorstand dieser Diskussion nicht entziehen. Diese Diskussion ist keine Sache eines Fachausschusses, sondern sie kann dort nur vorberaten werden, aber die politischen Entscheidungen müssen durch das Führungsgremium gefällt werden. Das Führungsgremium ist nach der Satzung der Bundesvorstand. Das ist auch nicht die Bundestagsfraktion. Das muß man ganz klar sagen. (*Unruhe und Bewegung.*)

Der Einwand heute morgen – ich glaube von Ihnen, Herr Meyers – war ganz berechtigt, als Sie sagten, es wäre ja noch schöner, wenn die Partei etwas entschieden hat, daß da ein Abgeordneter kommen wollte und sagen würde, ich mache das aus irgendwelchen Gründen nicht mit. Das ist eine Grundsatzfrage der Politik.

Ich kann nur sagen, wenn wir jetzt nicht ein Zweiparteiensystem CDU und CSU in der Bundesrepublik in die Wege leiten, und zwar mit alledem, was dann notwendigerweise noch an Ausweitung des Parteipotentials in personaler Hinsicht auf uns zukommt, dann ist es mir schleierhaft, wie wir das in Zukunft machen wollen. Das muß jetzt angefangen werden.

Heck: Ich möchte zur Klärung eine Zwischenbemerkung machen. Es ist nicht Sache des Bundesvorstands, Satzungsänderungen vorzunehmen. In dem Statut heißt es, daß der Bundesvorstand zu seiner Unterstützung und Beratung Fachausschüsse bilden kann. Unter Fachausschüssen ist natürlich kein wissenschaftliches Beratungsgremium gemeint. Bei den Herren Scheufelen, Etzel usw. – ich könnte sie der Reihe nach nennen – wird doch niemand bestreiten, daß das Fachleute im Sinne der Wirtschaftspolitik und nicht der Wissenschaft sind. Das Problem, um das es hier geht, ist folgendes: Ich habe 90 Mitglieder in diesem Gremium gehabt. Nun mußte ich ausscheiden. Ich glaube, daß viele ausgeschieden worden sind, die einen ausgesprochen guten wirtschaftspolitischen Sachverstand mitbringen, der über dem zu werten ist, die hineinkämen, wenn ich von den Sozialausschüssen fünf oder sechs hinzunähme. Daß die Meinung der Sozialausschüsse bei den Beratungen gesagt werden muß – darüber gibt es keinen Zweifel –, das ist einfach nützlich. Die Frage lautet nur, sollten es mehr oder sollten es weniger sein?

Man darf nicht übersehen, wie man so in der Partei denkt. Man sagt in der Partei: Die Sozialausschüsse machen ihre Tagungen und verabschieden Programme. Da sind andere gar nicht beteiligt. Wie oft melden sich eigentlich die Sozialausschüsse in der Partei zu Wort? Sie melden sich bei den Sozialausschüssen zu Wort; sie melden sich in den Fachausschüssen zu Wort; sie melden sich in den Kreisverbänden zu Wort; sie melden sich in den Landesverbänden zu Wort. Das ist manchen Leuten in dieser Partei auch ein bißchen viel! (*Kohl:* Das macht der Wirtschaftsbeirat auch.) Moment! Bei denen ist es nicht sehr viel anders. (*Kohl:* Es ist genauso! – *Lebhafte Unruhe.*) Ich habe nun das „dankbare" Geschäft, mich nach beiden Seiten hin anzulegen. Den ersten Krach habe ich mit denen gehabt. Der flaut nun langsam ab, aber der zweite ist im Gange.

Konkret ist zu dieser Frage zu sagen, wenn diejenigen, die für den Ausschuß verantwortlich sind gegenüber dem Bundesvorstand, es für notwendig oder nützlich halten, daß ein paar Leute dazukommen, dann bitte schön, warum eigentlich nicht! Nur meine

ich, man darf den Wirtschaftspolitischen Ausschuß als Fachausschuß nicht insofern umwandeln wollen, als man ihm prinzipiell eine Koordinierungsaufgabe zuweist; denn für diese Aufgabe haben wir eigentlich dieses Dachgremium, das die Mittelstandsvereinigung, den Wirtschaftsrat, den Sozialpolitischen Ausschuß und den Wirtschaftspolitischen Ausschuß umfassen soll. (*Starke Unruhe.*)

Kraske: Ich möchte dringend für das votieren, was Herr Dr. Heck zum Schluß vorgeschlagen hat. Die Ausschüsse sind nicht die Drehscheiben innerhalb der Partei, wo wir die Meinungsverschiedenheiten ausgleichen wollen, sondern sie sind die Basis für eine sachliche Diskussion, wo allerdings mehrere Gruppen der Partei beteiligt sind. Wenn Sie in den Wirtschaftspolitischen Ausschuß über das jetzige Mitglied der Sozialausschüsse weitere vier hinzunehmen, bekommen Sie die soziale Symmetrie auch nicht zustande. (*Kohl:* Die will ich auch nicht!) Das war ein Vorschlag von Herrn Schmücker. Sie bekommen nur die Illusion einer solchen Symmetrie. Deswegen würde ich sagen, wenn Sie Ausgleichsfunktionen haben wollen, dann können Sie es nur machen, indem Sie aus allen Gruppen, Ausschüssen und Vereinigungen jeweils die Vorsitzenden nehmen und hier einen Gesprächskreis am runden Tisch machen, weil hier die einzelnen Strömungen gleichmäßig vertreten sind.

Scheufelen: Wir waren im Wirtschaftspolitischen Ausschuß auf die Größe von 30 gekommen. Der Wirtschaftspolitische Ausschuß hat eine ganze Zeit lang gut gearbeitet. Wichtig scheint mir bei den Ausschüssen zu sein, dafür zu sorgen, daß nicht nur ein Vorsitzender da ist, der etwas tut, sondern auch ein Stellvertreter. Ich war die ganze Zeit Stellvertretender Vorsitzender. Da haben die Sitzungen stattgefunden, ob nun der Vorsitzende da sein konnte oder nicht. Nachdem ich weggegangen war, gab es noch zwei Stellvertreter, die aber nie gekommen sind. Und dann hat sich der Ausschuß totgelaufen. (*Heiterkeit und starke Unruhe.*) Ich war damals als einziger Vertreter aus der Wirtschaft Mitglied des Sozialpolitischen Ausschusses. Ich kann nicht sagen, daß es in diesem Ausschuß so gehandhabt wurde, daß sich hier die Meinungen 1:20 gegenüberstanden, sondern man hat das als Ansichten genommen. (*Zuruf:* Was ist das für ein Unterschied? – *Unruhe.*) Nur ist es für einen etwas zuviel. Es müßten in einer bestimmten Gruppe mindestens zwei oder drei da sein, damit die Präsenz einigermaßen sichergestellt ist. (*Anhaltende sehr starke Unruhe.*) Wo soll denn das gewesen sein, Herr Kohl? (*Kohl:* Was denn, ich weiß überhaupt nicht, was Sie meinen?) Wo soll der Wirtschaftsrat eine Mammutveranstaltung gehabt haben außerhalb der Wirtschaftstagung der CDU? (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Kann man das nicht in einem Zwiegespräch klarstellen? (*Anhaltende Unruhe.*)

Schmücker: Ich bin nicht der Auffassung, daß es sich hier um ein reines Beratungsgremium handeln darf. Dieses Beratungsgremium, wenn es unter die Satzung abgestuft wird, wird ohne politischen Einfluß sein. Was aber die Wirtschaft sehr stark beklagt, ist doch, daß sie mit der CDU kaum reden kann.

Lieber Bruno, wenn das so gemacht wird mit dem Wirtschaftsausschuß, dann bleibt uns im Wirtschaftsrat nichts anderes übrig, als genauso laut und deutlich in der Öffentlichkeit aufzutreten und die Anlaufstelle für die Wirtschaft zu werden. Wir werden

dann die organisatorische Form finden, um das hinzukriegen. Aber dann möge der Parteivorstand hinterher nicht kommen und sich über uns beklagen. Das möchte ich aber ausdrücklich sagen.

Heck: Dieses Statut ist in Braunschweig auf dem Parteitag verabschiedet worden und ist für mich das Grundgesetz meiner Arbeit. Solange in dem Statut steht, daß die Ausschüsse Fachausschüsse zur Beratung des Vorstands sind, habe ich die Pflicht und Schuldigkeit, das zu vertreten. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß man anderer Meinung ist, dann muß man dieses Statut auf dem nächsten Parteitag ändern.

Kohl: Das ist das Problem. Herr Heck hat feststellen lassen, das ist ein Fachausschuß. (*Heck:* Ein politischer Fachausschuß.) Es muß in der Tat eine Stelle geben, wo die Meinungen ausgetauscht werden können. (*Zuruf:* Im Bundesvorstand!)

Heck: Ich habe schon darauf hingewiesen, wir sind zu diesem Zweck zusammengekommen, wobei wir zu dem Ergebnis kamen, daß dieser Gesprächskreis, zwei oder drei von jeder Gruppe, unabhängig davon, ob etwas Konkretes ansteht, sich alle drei Monate zusammensetzt, um sich zu informieren. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kohl: Das spricht nur für den Generalsekretär. Das ist aber eine neue Verpflichtung für ihn. Das wollen wir mal festgestellt haben; (*Unruhe und Bewegung.*) denn an sich würde die Clearingstelle für alle diese Angelegenheiten hier der Bundesvorstand sein.

Heck: Meine Herren! Darf ich mal um etwas Ruhe bitten! Es ist wahrscheinlich nützlich für den Vorstand, wenn hier in einer Frage die Meinungen auseinandergehen, einmal zu versuchen, in diesem „Kränzchen" die Dinge abzuklären, obwohl der Vorstand ohnedies zu entscheiden hat. (*Starke Unruhe. – Stingl:* Es wird höchste Zeit, daß wir diesen Kreis wieder einberufen.) Ich glaube, daß das, was mit diesem Tagesordnungspunkt angesprochen war, jetzt insofern geregelt ist, als Herr Schmücker das, was er für notwendig hielt für den Vorstand, vorgetragen hat, und daß er sich einverstanden erklärt, daß wir so verfahren. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich muß allerdings sagen, es ist durch Vorstandsbeschluß die Grenze auf 30 gesetzt worden. Das ist kein heiliges Gebot, und über diese Grenze kann man hinausgehen. Ich habe nichts dagegen, daß ein paar Leute von den Sozialausschüssen hinzukommen. (*Schmücker:* Mir kommt es darauf an, welche Aufgabe er hat.) Das Ergebnis der Beratungen der Fachausschüsse ist noch nicht politisch autorisiert für die CDU. (*Kohl:* Da liegt aber der Hund begraben!) Darüber muß man sich im klaren sein, zu den Zeiten, wo der Wirtschaftsausschuß vorzüglich gearbeitet hat, hatte der Vorstand mit der Arbeit nichts zu tun. Er hat sich nie mit einem Satz damit beschäftigt, was die erarbeitet haben, sondern es ging damals direkt in die Fraktion hinein und in die Regierung, weil wir das Wirtschaftsministerium innehatten.

Im übrigen wird auch heute ein Teil der Arbeit direkt über die Fraktion laufen. Das ist überhaupt nicht zu vermeiden. Das ist vielleicht sogar manchmal geboten und durchaus vernünftig.

Aber es kommt auch hinzu, der Vorstand muß dann gewisse Aufträge formulieren; er muß dann von sich aus als Führungsorgan auch tätig werden wollen. Er muß beispielsweise sagen: In zwei Jahren steht das und das Problem an. Wir hätten gern die

Meinung des Fachausschusses dazu gehört. – Auf der anderen Seite ist hier die Unterscheidung getroffen. Die ständischen Ausschüsse sind Ad-hoc-Ausschüsse. Bei diesen ständischen Fachausschüssen ist es so, daß sie das Initiativrecht haben, d. h. sie sollen alles aufgreifen, was gerade aktuell ist und wozu eine Meinung der Partei gesagt werden muß.

Das Ganze läßt sich einfach politisch nicht so verabfolgen, daß die Arbeiten aus dem Fachausschuß in die Bundesvorstandssitzung kommen und diese dort im einzelnen beraten werden. (*Unruhe und Bewegung.*) Das ist allerdings Theorie, und deshalb wird man es in der Praxis flexibel machen müssen. Bei allen aktuellen Fragen, wozu eine Stellungnahme erforderlich ist, muß sich der Fachausschuß vermutlich des Präsidiums bedienen. Man kann dann anschließend dem Bundesvorstand berichten. Die Erfahrung zeigt doch – wir erleben es immer wieder –, im Grunde genommen hat es nur einen Sinn, in einer Vorstandssitzung nur eine Frage oder höchstens zwei Fragen gründlich zu diskutieren. Über tausend Dinge zu reden, hat keinen großen Sinn. Ich meine, wir könnten jetzt so einmal weiterarbeiten. (*Von Hassel:* Gibt es auch andere Fachausschüsse, bei denen Probleme dieser Art aufgetreten sind?) Überhaupt nicht! Die Probleme sind nur aufgetaucht, weil wir von 90 auf 30 reduzieren mußten. Das war bei den übrigen nicht der Fall. (*Lebhafte Unruhe.*) Kann ich den Punkt als abgeschlossen betrachten? Oder muß ich ihn noch einmal auf die nächste Tagesordnung setzen? (*Schmücker:* Ich halte diese Linie nicht für richtig. Sie wird dahin führen, daß die Arbeit der wirtschaftspolitischen Initiative bei uns im Wirtschaftsrat und in der Mittelstandsvereinigung landet. Wir haben aber nicht die Zeit, um das alles doppelt und dreifach zu machen.) Dann ist das ein Problem, wo einfach die Wirklichkeit der Partei mit dem Statut nicht mehr übereinstimmt. (*Schmücker:* Ich meine, unser Anliegen würde dadurch nicht ausdrücklich gedeckt.) Ich habe ja nur gesagt, es muß mit dem übereinstimmen. (*Schmücker:* Wir werden dann hinübergehen zum Arbeitskreis und dem das sagen. – *Unruhe und Bewegung.*) Wir kommen dann zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Etat der Bundespartei für 1967

Kraske: Nach dem § 46 unseres Statuts haben der Generalsekretär und der Bundesschatzmeister den Etat aufzustellen und vom Bundesvorstand beschließen zu lassen. Eine Finanzordnung unserer Partei aus dem Jahre 1959, die in den meisten Punkten etwas überholt ist, regelt dieses Verfahren etwas genauer und gibt dafür auch die einzelnen Daten an. Die Bundespartei bzw. der Bundesschatzmeister und der Bundesgeschäftsführer haben in früheren Jahren häufiger einen Anlauf gemacht, den Vorstand mit den Etatproblemen der Partei zu befassen. Das ist in früheren Jahren immer am Veto des Parteivorsitzenden gescheitert. Es liegt also nicht an der Geschäftsführung in Bonn, wenn der Vorstand bisher in die Geheimnisse der Etatgebarung der Bundespartei kaum einen Einblick hatte.

In diesem Jahr haben sich ganz andere Probleme gestellt. Wir haben für dieses Jahr im vergangenen Herbst einen Etat aufgestellt, den ich damals mit dem damaligen Geschäftsführenden Präsidialmitglied abgestimmt habe. Dieser Etat war aber ein reiner Wunschetat, weil bis tief in das Jahr 1967 hinein die Einnahmeseite des Etats überhaupt nicht zu fixieren war, weil es deswegen auch auf der Ausgabenseite zwar eine ganze Reihe von Ansätzen gab, ich aber mit meinen Mitarbeitern gemeinsam jeden dieser Ansätze so weit zusammendrücken mußte, wie es möglich war, weil eben die Ausgabenseite dafür nicht gesichert war.

Wir haben im Grunde genommen erst im Laufe des Herbstes für dieses Jahr einen Überblick über die Einnahmeseite bekommen. Deshalb haben Sie aus dem zweiten Blatt unserer Aufzeichnung[82] entnehmen können, daß die Etatbewegungen bis zum August ganz anders waren als vom September bis zum Dezember, d. h. nämlich, daß wir uns eben nicht nach vorausgegangenen Etats richten konnten, sondern daß wir zunächst bis zur Verabschiedung des Parteiengesetzes eisern sparen mußten und seit dem September – Neuherausgabe von „Union in Deutschland" seit 1. Oktober – langsam beginnen konnten, wieder aufzubauen und auszubauen. Wir können für heute also eigentlich nur bitten, nachträglich diesen Etat zur Kenntnis zu nehmen. Es hat sich zwangsläufig aus der politischen und finanzpolitischen Entwicklung des Jahres 1967 ergeben, und zwar auf eine Weise, die am unbefriedigtsten für die Geschäftsführung war, weil er irgendeine Planung praktisch nicht zuließ.

Ähnliches gilt in der Begründung für unseren Etat für 1968. Auch hier ist bis heute die Einnahmeseite in keiner Weise sichergestellt. Wir werden den Etat für 1968 selbstverständlich früher vorlegen können, aber es wird auch für 1968 nicht möglich sein, den Etat bereits vor Beginn des Jahres 1968 hier vorzulegen. Das hängt u. a. auch damit zusammen, daß wir, wie wir hoffen, im Januar durch den Bundesausschuß einen neuen Bundesschatzmeister wählen werden, man aber vorher nicht bereits den Etat hier einbringen sollte.

Kohl: Es ist das erstemal, daß uns ein Etat vorgelegt wird. Das kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Darf ich dazu mal etwas fragen? (*Kraske:* Zu jeder Zeit.) Da steht: für das Rechnungsjahr 1967 102.000 DM an die Vereinigungen. Wer hat das bekommen? Unter III steht „Ausschüsse und Sitzungen insgesamt 30.000 DM. Für Präsidium, Vorstand, Landesvorsitzenden- und Geschäftsführerkonferenz". Ist das dies, was wir hier auch essen im Bundeskanzleramt oder nicht? (*Unruhe und Bewegung.*) Was bedeutet VII? Bei uns geht ja eine große Pietät um, aber vor lauter Pietät weiß man nie, was los ist. Es wäre ganz interessant, eine Antwort darauf zu bekommen, wie sich das verhält. Hier werden ja zwei Namen genannt. Wenn wir es nicht erfahren, dann weiß es kein Mensch.

Kraske: Darf ich die Fragen beantworten: 1. Die Zuschüsse an die Vereinigungen waren in dem vorgesehenen Etat für 1967 wie folgt: Exil-CDU monatlich 2.000 DM, jährlich 24.000 DM. Junge Union monatlich 5.000 DM, jährlich 60.000 DM. RCDS ab

82 Tischvorlage in ACDP 07-001-025/1.

1.3. monatlich 2.000 DM, jährlich 24.000 DM. KPV monatlich 2.500 DM, jährlich 30.000 DM. Sozialausschüsse 5.000 DM, jährlich 60.000 DM. Tatsächlich gezahlt wurde an die Exil-CDU bis zum 1.9. nichts, ab 1.9. monatlich 1.750 DM; an die Junge Union bis zum 31.8. nichts, für den Rest des Jahres 44.000 DM; an den RCDS vom 1. Januar bis 31. August monatlich 1.600 DM, ab 1. September monatlich 3.000 DM; an die KPV die ersten 8 Monate monatlich 1.900 DM, ab 1. September monatlich 3.000 DM; für die Sozialausschüsse seit 1. Januar 1967 nichts. Das sind die Vereinigungen.

Stingl: Es wird bisher kein Pfennig für den Landesverband Oder/Neiße gezahlt. Ich habe Gelder zusammengebettelt. Ich mache ernsthaft darauf aufmerksam, der Fall Kostorz[83] ist überbewertet; er kostet uns nichts. Ich bin im Grunde genommen nicht böse, daß er weg ist. Das ist letztlich darauf mitzurückzuführen, daß ich in meinem Landesverband keine Vorstandssitzungen gemacht habe, weil das Geld nicht da war. Die Leute müssen anreisen, und das ist ganz anders als bei den anderen Landesverbänden. Ich bitte sehr darum, daß man den Landesverband Oder/Neiße hier einschließt.

In Bayern hat man jetzt endlich einen Schritt unternommen und mit dem dortigen Vorsitzenden eine Art Union der Vertriebenen aufgebaut[84], um diejenigen, die aus diesen Gründen abwandern wollen, zu halten. Das müssen wir auch hier tun. Ich bitte sehr darum, daß man mir die Schulden, die ich in diesem Jahre gemacht habe – es sind etwa 6.000 DM – abnimmt und daß man mir für nächstes Jahr wenigstens einen Betrag in Höhe wie auch bei der Exil-CDU zubilligt.

Heck: Darf ich dazu etwas sagen! Generell bitte ich doch zu berücksichtigen, daß wir bis zum 1.9. auf Kredite gelebt haben. Das ist die Ursache dafür, warum rigoros gestrichen wurde und keine Zuschüsse gezahlt worden sind. Wir hatten etliche Millionen Schulden, (*Stingl:* Ich bin noch nie gekommen! Es ist aber so, daß ich nicht einmal genannt werde in der Aufstellung!) und die mußten zusätzlich abgearbeitet werden. Das war eigentlich das erste Amtsgeschäft, das ich erledigen mußte, nicht nur die Sache mit dem Parteiengesetz, (*Anhaltende starke Unruhe.*) sondern das ganze Spendenschema war zusammengebrochen, und das mußte auch wieder aufgebaut werden.

Herr Kraske und ich haben intern schon über die Sache gesprochen, daß der Verband Oder/Neiße wieder partizipieren soll. Wir legen natürlich großen Wert darauf, daß die Vereinigung Exil-CDU-Oder/Neiße möglichst bald erfolgt. (*Unruhe und Bewegung. – Zuruf:* Satzungskommission!) Das muß ja vorbereitet werden. Es gibt ja auch die Exil-CDU. Ich brauche beide zusammen. Ich wollte nur sagen, wir hatten es intern schon besprochen.

Kraske: Noch ein Wort dazu, Herr Stingl! Es liegt ein Antrag von Ihnen vor. Weil ich aber noch nicht mit dem Generalsekretär habe darüber sprechen können, kann ich von

83 In der Vorlage: Kostert. – Gemeint ist Helmut Kostorz (1912–1986), Vorstandsmitglied des LV Oder/Neiße (im November 1967 aus der CDU ausgetreten). Vgl. Nr. 12 Anm. 42.

84 Im August 1947 gründete sich unter dem Vorsitz von Hans Schütz die „Union der Ausgewiesenen und Flüchtlinge" (UdA), die sich 1953 in „Union der Vertriebenen" (UdV) umbenannte. Ernst Glaser (1904–1990) war von 1960–1973 Vorsitzender des Bezirksverbands München der UdV. Vgl. Nr. 21 Anm. 19.

mir aus hier auch kein Ergebnis vortragen. Der Landesverband Oder/Neiße unterscheidet sich von allen genannten Vereinigungen dadurch, daß die gesamten Infrastrukturkosten von der Partei getragen werden, sowohl die Bürokosten als auch die Personalkosten.

Deswegen ist also der indirekte Zuschuß beim Landesverband Oder/Neiße wahrscheinlich seit dem 1. Januar höher gewesen als an die anderen genannten Vereinigungen. Man sollte ehrlicherweise, lieber Freund Stingl, dann auch dazu sagen, daß es so ist, damit wir nicht in den Geruch kommen, wir seien Oder/Neiße-feindlich, was wir nicht sind. (*Stingl:* Deshalb habe ich auch immer geschwiegen!) Ja, aber doch nur, weil Sie hier nicht geschwiegen haben! (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Lassen Sie Herrn Kraske doch weiter vortragen zu den Fragen, die gestellt worden sind. Dann kann ja weiter diskutiert werden.

Kraske: Die zweite Frage zu III: Ausschüsse und Sitzungen! Unter dem Abschnitt III sind erfaßt: 1. Die Kosten für die Fachausschüsse. 2. Die Kosten für Präsidiumssitzungen, Vorstandssitzungen, Landesvorsitzenden- und Landesgeschäftsführerkonferenz, Parteifinanzausschuß. Die Vorstandssitzungen haben stattgefunden, wie Sie wissen, wenn auch mit sehr starker Reduktion der Bewirtung gegenüber den früheren Jahren. Das schlägt sich in den niedrigeren Zahlen nieder. Wir mußten bis zum 31. August rigoros sparen bei den Fachausschußsitzungen. Das hat tatsächlich dazu geführt, daß einzelne Fachausschüsse zwischen dem Herbst 1966 und dem Herbst 1967 gegen unseren Einspruch nicht tagen konnten, weil wir bei dem Etat nach dem Karlsruher Urteil nur das ausgeben konnten, was dringend erforderlich war. (*Kohl:* Was ersetzen Sie bei den Fachausschüssen?) Wir ersetzen die Reisekosten. Bei ganztägigen Sitzungen mit weiten Reisen ersetzen wir ein Übernachtungsgeld und sonst entweder ein Tagegeld oder ein Essen. Das ist auf das Mindestmaß reduziert. Bei der Eisenbahn ersetzen wir in der Regel die 2. Klasse. (*Sehr starke Bewegung und Unruhe. – Stingl:* Ich habe es mit dem Sozialpolitischen Ausschuß im letzten Jahr so gehandhabt, daß ich keine Kostenerstattung in Anspruch genommen habe, sondern eine Informationstagung des Presse- und Informationsamtes damit verbunden und somit die Partei entlastet habe.) Herr Stingl, dafür habe ich dem Ausschuß meinen Dank bei der Neukonstituierung ausdrücklich ausgesprochen. (*Stingl:* Ich wollte nur sagen, daß man solche Sachen auch benützen kann. Das ist eine Anregung für die anderen!) Die dritte Frage von Herr Kohl war die zum Absatz VII. Unter diesem Abschnitt sind erfaßt: 1. Die Kosten für das Büro unseres verstorbenen Ehrenvorsitzenden Dr. Adenauer, die mit auslaufenden Kosten bezahlt wurden bis zum Juni und die sich ausschließlich auf Personalkosten und effektiv nachgewiesene Bürokosten bezogen. 2. Eine Unkostenpauschale für den Bundesvorsitzenden Professor Dr. Erhard, die gezahlt worden ist bis einschließlich Mai. 3. Ein Zuschuß an die „Politisch-Soziale Korrespondenz". 4. Das Büro des Evangelischen Arbeitskreises mit Bürokosten, einem Geschäftsführer und einer Sekretärin und 5. die Kosten für die Beiträge zum Versorgungswerk für die Vereinigungen der Partei bzw. die dort beschäftigten hauptamtlichen Mitarbeiter. (*Kohl:* Warum steht das nicht unter I? – *Fay:* Was ist unter IV geregelt? Wie hoch sind die Kreditzinsen in der Globalsumme?)

Meyers: Zur Geschäftsordnung! Es hat doch keinen Sinn, daß wir hier dauernd neue Punkte ansprechen. Es wäre doch sinnvoll, wenn wir zu den einzelnen Punkten zunächst einmal eine erschöpfende Auskunft bekämen. (*Klepsch:* Wir können ja mit I anfangen! – *Starke Unruhe.*)

Heck: Zunächst hat Herr Kohl drei Punkte aufgegriffen. Wird zu den drei Punkten noch das Wort gewünscht?

Meyers: Ich habe folgende Fragen: 1. Wie werden die Zuschüsse an die Vereinigungen ermittelt? Sind die so überkommen, über den Daumen gepeilt, und insbesondere, wie kommt der Zuschuß an die KPV zustande?

Kraske: Der Zuschuß an die KPV wird gezahlt an die Bundes-KPV, die in Bonn eine Geschäftsstelle hat mit einem Bundesgeschäftsführer der KPV – das ist Herr Leser[85] –, mit einem juristischen Mitarbeiter – das ist Herr Böttcher[86] – und mit einer oder zwei Sekretärinnen, die ein entsprechendes Büro haben. Es wird also nur an die Bundes-KPV gezahlt.

Die Zuschüsse an die Vereinigungen werden dadurch ermittelt, daß die Vereinigungen ihre Etats einreichen, Anträge stellen auf Zuschüsse aus der Bundespartei und über diese Zuschüsse verhandelt wird mit dem Bundesschatzmeister, früher dem Geschäftsführenden Vorsitzenden, jetzt dem Generalsekretär, dem Bundesgeschäftsführer und dem jeweiligen Vertreter der Vereinigung.

In früheren Jahren war es so, daß sich diese Zuschüsse innerhalb der einzelnen Vereinigungen von Jahr zu Jahr weiter entwickelt haben, die meistens im Wahljahr aufgestockt, aber nach dem Wahljahr wieder gesenkt wurden. In der Zeit zwischen dem Sommer 1966 (Karlsruher Urteil) und dem Herbst 1967 sind – wie Sie auch aus meinem Vortrag entnommen haben – die Zuschüsse drastisch reduziert und beschränkt worden auf die unerläßlichen Personalkosten. Wir haben deshalb den Vereinigungen erklärt, die Bundespartei habe ihr Personal um etwa die Hälfte reduziert, sie habe ihre Publikationen praktisch eingestellt, deswegen könnten in dieser Zeit den Vereinigungen auch maximal diese Kosten ersetzt werden. Das hat dann zu diesem Bild zum bis September geführt.

Meyers: Ich komme nur wegen der schlechten Finanzlage der Partei darauf. Die Frage ist, sollte man nicht überlegen, ob beispielsweise die Bundes-KPV von den Landes-KPV genauso Beiträge bekommt wie die Bundespartei von den Landesparteien oder von den Kreisparteien. Die kriegen doch Etats. Denen geht es gar nicht schlecht. Ich bin 1952 im Rat der Stadt gewesen, und seitdem bezahle ich monatlich einen Beitrag an die KPV. Das wird noch in vielen anderen Fällen so sein. Ich weiß das auch von meinen Ratsmitgliedern. Deshalb bitte ich zu überlegen – ich sage das nicht gegen die KPV,

85 Dr. Fritz Leser (1902–1992), 1948–1951 Geschäftsführer des KV Goslar, 1951–1954 Geschäftsführer des LV Braunschweig, 1952–1956 Geschäftsführer der CDU in Niedersachsen, 1956–1958 Geschäftsführer der Politischen Akademie Eichholz, 1958–1970 Bundesgeschäftsführer der KPV.

86 Dr. Alexander Böttcher (1911–1974), 1963–1971 Justitiar der KPV. Vgl. „Kommunalpolitische Blätter" Nr. 11 vom 15. November 1974.

sondern wegen der schlechten Finanzlage der Partei –, ob man nicht ein solches Finanzierungssystem einführen kann, wie wir es haben.

Kraske: Zur Aufklärung! Herr Dr. Meyers, das hat – wenn Sie so wollen – einen politisch-psychologischen Hintergrund. Die KPV hat in früheren Jahren der Bundespartei keinen Pfennig gekostet. Da saß sie in Recklinghausen in einer Etage des Verlags Bitter und wurde aus den Überschüssen der „Kommunalpolitischen Blätter" allein finanziert. Darauf haben unter dem Geschäftsführenden Vorsitzenden Dufhues Verhandlungen stattgefunden – mit dem Wechsel im Vorsitz von Bitter[87] auf Jansen –, die KPV nach Bonn zu überführen. Das hat heftigen Widerstand innerhalb bestimmter Kreise der KPV gegeben. Dieser Beschluß konnte damals nur durchgesetzt werden, indem die Bundespartei sich verpflichtet hat, dann auch die laufenden Bürokosten zu übernehmen, weil eben von einigen Landesverbänden argumentiert wurde, ein Umzug nach Bonn käme nicht in Frage, weil dann die Einnahmen aus dem Verlage Bitter entfielen.

Die KPV bekommt bis heute Zuschüsse entweder aus ihren Landesverbänden oder – was wir glauben – aus den „Kommunalpolitischen Blättern"; aber diese Zuschüsse reichen allein nicht aus, (*Kohl:* Aus den Landesetats bekommen sie Geld.) um die Aufgaben in der Bundes-KPV zu finanzieren. Wenn Sie aber daran denken, was ich vorhin an Personal aufgezählt habe, werden Sie zugeben, daß das ohnehin aus 1.900 DM und jetzt aus 3.000 DM im Monat überhaupt nicht zu finanzieren ist, so daß es sich hier tatsächlich nur um einen Zuschuß der Bundespartei handelt.

Kohl: Ich meine auch das, was Herr Meyers sagte, die KPV könnte aus den KPV-Landesverbänden mehr Geld bekommen. (*Zuruf:* Leichter gesagt als getan! – *Unruhe.*) Ich weiß, daß in einer Reihe von Ländern ähnlich wie bei uns der Staat – Etat des Innenministeriums – Geld zur Verfügung stellt für kommunalpolitische Schulungsarbeit. Das sind Beträge, die immerhin dazu führen, daß sich die KPV – im Gegensatz zu anderen Vereinigungen der Partei – eine gewisse Selbstdarstellung, eine Repräsentation, geben kann. Das ist nicht zu bestreiten. Insofern ist der Hinweis berechtigt.

Herr Kraske, Sie haben gesagt, die Etats der Vereinigungen liegen uns vor. Ist das wirklich so, haben Sie den Etat aller Vereinigungen gesehen? (*Kraske:* Ja, auch der Sozialausschüsse! – *Heck:* Wenn die Vereinigungen ihren Etat für das Jahr 1968 nicht vorlegen, werden wir keine Zuschüsse dazu geben.) Können wir denn eine Definition finden, was ein Etat ist? (*Heiterkeit und Bewegung.*)

Kraske: Das ist natürlich der Punkt! Ich habe mit dem Etat der Sozialausschüsse nicht den Etat der „Sozialen Ordnung" gemeint. (*Starke Unruhe.*) Die „Soziale Ordnung" wird herausgegeben von der Jakob-Kaiser-Stiftung e. V.[88] Das ist ein unabhängi-

87 Wilhelm Bitter (1886–1964), Verleger; 1911–1933 Sekretär der Zentrumspartei, 1945 Mitgründer der CDU, 1946–1948 Oberbürgermeister von Recklinghausen, 1946/47 MdL Nordrhein-Westfalen, 1948–1964 Bundesvorsitzender der KPV. Vgl. LEXIKON S. 196; Jörg-Dieter GAUGER: Wilhelm Bitter, in: CHRISTLICHE DEMOKRATEN GEGEN HITLER S. 94–99.

88 Träger der Bildungsstätte der Sozialausschüsse der CDA in Königswinter, die 1961 aus dem Verein „Arbeiterwohl" hervorgegangen war. Der CDA-Vorsitz war satzungsmäßig nicht an den Stiftungsvorsitz gekoppelt, aber bis 1977 war der CDA-Vorsitzende auch Stiftungsvorsitzender, vgl. Themenheft 3 der „Sozialen Ordnung" 1986 S. 6f.

ger Rechtsträger. Wenn Sie also Vollständigkeit so verstehen, hat mir der Etat nicht vorgelegen.

Klepsch: Ich würde sagen, lieber Freund Kohl, wenn der Etat, wie ihn die Junge Union abgibt, als Maßstab genommen würde, denn wären wahrscheinlich alle Ihre Kriterien erfüllt, auch was die Prüfung durch die Wirtschaftsprüfer angeht. Dann gäbe es auch keine Beanstandung darüber, ob die Beschlüsse tatsächlich gefaßt worden sind. Das ist bis ins Detail gegliedert. Es ist eine Frage, die einem großen Kreis nicht so bekannt sein wird wie einem kleinen Kreis, der die eigentliche Bewilligung ausspricht. Es mögen die meisten anderen Kreise solche Etats abgeben wie wir in bezug auf die Vollständigkeit, aber in bezug auf das, was sie an Wünschen und Begründungen einreichen, werden sicher strenge Maximen vom Bewilligungsgremium ausgesprochen werden.

Mich würde zum Punkt VII interessieren, wie sich das aufgliedert? Was ist in dem Versorgungswerk verborgen?[89] Wie hoch ist der Betrag? Was kostet das Büro?

Kraske: Das will ich gerne machen. Ausgegeben wurden im Jahre 1967 für das Büro Dr. Adenauer 70.800 DM; für das Büro Prof. Dr. Erhard 8.800 DM; für das Büro des Evangelischen Arbeitskreises 31.200 DM; für die „Politisch-Soziale Korrespondenz" 48.000 DM; für das Versorgungswerk der Vereinigungen auf Bundesebene 22.800 DM. Summe 181.600 DM.

Meyers: Was haben wir eigentlich für einen Einfluß auf die „Politisch-Soziale Korrespondenz"? Zu meiner Zeit war das die publizistische Hausmacht von Heinrich Krone. (*Heiterkeit und Unruhe.*) Der ist aber heute nicht mehr auf eine Hausmacht bedacht. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Jedes Konzept einer Nummer, die herausgebracht werden soll, muß vorher vorgelegt werden. (*Sehr starke Unruhe.*) Es müssen auch die Beiträge vorgelegt werden. (*Meyers:* Das ist schon etwas!) Es sind auch Pannen passiert, aber die „Politisch-Soziale Korrespondenz" ist in etwa konzipiert in der gleichen Zielrichtung im katholischen Raum wie im evangelischen Raum. Wir können die Mittel, die das Presse- und Informationsamt zur Verfügung stellt, nicht auslassen, wenn nicht ... (*Meyers:* Also, ich bin politisch zufrieden, wenn Sie das machen und überwachen. Es war ja hier die unangenehme Geschichte, daß da Druckerzeugnisse erschienen, die nicht mit dem anderen übereinstimmten.)

Kohl: Ich frage jetzt, selbst auf die Gefahr hin, daß ich mich unbeliebt mache: Gibt es einen Pauschalbeschluß dafür, daß für ein Büro im Monat 12.000 DM aufgewendet werden?

Kraske: Herr Kohl, ich frage Sie, ob es einen Sinn hat, daß jetzt alles im einzelnen zu diskutieren? (*Kohl:* Doch!) Dann darf ich sagen, Herr Kohl, alle diese Kosten gehen zurück auf Beschlüsse oder Anforderungen des Parteivorsitzenden Dr. Adenauer, (*Starke Unruhe.*) der für sein Büro als Parteivorsitzender die und die Anforderungen gestellt

89 Die Einrichtung eines Versorgungswerks auf Rentenbasis für die hauptamtlichen Mitarbeiter der CDU wurde am 21. Juni 1963 vom Präsidium beschlossen. Vorsitzender wurde Peter Müllenbach (Statut und weitere Akten in ACDP 01–764–002/4, 07–001–53/1 sowie 07–001–509).

hat. Diese Anforderungen sind ihm nie bestritten worden. Und bei der allgemeinen Stimmung in der Partei nach dem Rücktritt Konrad Adenauers vom Amt des Parteivorsitzenden ist keiner hergegangen und hat gesagt: Nun wollen wir ihm aber den persönlichen Referenten streichen.

Wenn Sie sich überlegen – das wissen Sie aus der Landespolitik, aber auch aus der Bundespolitik –, was ein Ministerialdirigent an Bezügen bekommt, wenn Sie wissen, daß wir bis zum Tode von Konrad Adenauer Herrn Selbach[90] aus unserer Partei bezahlt haben, und zwar mit dem effektiven Ersatz der Bezüge, die er sonst vom Bund bekommen hätte, dann können Sie sich vorstellen, wie schnell das zusammengekommen ist. (*Lebhafte Unruhe und Zuruf:* Warum denn nicht vom Bund?)

Dufhues: Darf ich dazu folgendes klarstellen: Die Frage ist mit mir seinerzeit als dem Geschäftsführenden Vorsitzenden besprochen worden. Ich habe diese Sache ausdrücklich gebilligt. Das war einfach notwendig, wenn nicht eine Diskussion entstehen sollte, die ich für verhängnisvoll gehalten habe. Also, ich bin dafür verantwortlich. Es war nicht nur eine Anforderung – um das klarzustellen –, sondern wir haben dabei mitgewirkt. (*Kohl:* Das Problem ist, daß im Bundeshaus diese Zahlen kursieren. – *Starke Unruhe.*)

Heck: Wir sind an sich davon abgegangen, daß wir für Ehrenvorsitzende künftighin solche Ausgaben machen.

Kraske: Man muß dazu noch folgendes sagen, Herr Kohl. Sie sollten das wissen, um solchen Gerüchten, von denen Sie gesprochen haben, entgegentreten zu können. Der Bundeskanzler Konrad Adenauer hätte in dem Augenblick seines Rücktrittes vom Amt des Bundeskanzlers ohne jede Sekretärin und ohne jeden Fahrer dagestanden, wenn wir es nicht gemacht hätten. Anders war es drei Jahre später bei Bundeskanzler Erhard. (*Kohl:* Das hätte doch auch die Bundesregierung damals regeln können!) Das haben wir oft genug versucht. Das ist leider damals nicht durchgegangen. (*Unruhe und Zurufe:* Warum denn nicht?) Anders war es bei Bundeskanzler Erhard, der einen persönlichen Referenten, einen Fahrer und eine Sekretärin gehabt hat und der zusätzlich eine Unkostenpauschale angefordert hat für allgemeine Reisekosten usw. Diese Unkostenpauschale finden Sie hier in diesem Betrag. Das Präsidium hat sich in seiner letzten Sitzung auch mit dieser Frage beschäftigt, weil sie wieder aufgetaucht ist. Und da weder der Vorsitzende noch der Generalsekretär irgendeine Unkostenpauschale bekommt, ist beschlossen worden, daß selbstverständlich im Falle effektiver Aufwendungen, die sich aus dem Amt des Ehrenvorsitzenden ergeben, diese ersetzt werden, aber keine Pauschale.

Kohl: Mir geht es darum überhaupt nicht. Ich bin total mißverstanden worden, mir das jetzt posthum nachzurechnen. Aber man sollte auch aus der Vergangenheit gelegentlich lernen. Ich verstehe nicht, daß die Selbstdarstellung deutscher Demokratie nicht fähig ist, so etwas im staatlichen Bereich zu lösen. Und da haben wir nicht irgendeine Partei anzuklagen, sondern die CDU selbst. So etwas ist in der angelsächsischen

90 Vgl. Nr. 14 Anm. 97.

Demokratie selbstverständlich möglich. Denken Sie an Churchill und Kennedy. Kennedy war nur eine ganz kurze Zeit amerikanischer Präsident; aber sehen Sie einmal, was der amerikanische Haushalt dazu heute noch enthält. Hier haben wir also einen Nachholbedarf! Das hat etwas mit dem Thema zu tun, daß wir vorhin diskutiert haben. (*Amrehn:* Denken Sie an die Briefmarken!)

Dufhues: Ich bitte darum, das, was Herr Kraske mitgeteilt hat über den Beschluß des Präsidiums bezüglich der Pauschale für Herrn Erhard nicht zu verwerten. Ich bin gestern gebeten worden, in der Frage zu vermitteln. Ich werde versuchen, einen Weg zu finden, um wirklich jedenfalls den Wünschen von Herrn Erhard Rechnung zu tragen. Ich möchte nicht, daß dort eine Stimmung aufkommt. (*Kohl:* Was kriegt Herr Erhard von seiten des Staats?)

Heck: 84.000 DM für Bürokosten. (*Kohl:* Ich meine an persönlichen Kosten!)

Kraske: Er kriegt außerhalb seines Ruhegeldes und seiner Diäten 85.000 DM. Das sind praktisch Personalkosten für den persönlichen Referenten, den Fahrer, die Sekretärin und für das Kraftfahrzeug. Ob ein Mietzuschuß dabei ist, weiß ich nicht. (*Von Hassel:* Kriegt er die bar auf den Tisch?) Das kann ich nicht genau sagen. (*Starke Unruhe und Bewegung.*)

Heck: Meine Herren! Darf ich fragen, wird sonst noch das Wort gewünscht? (*Fay:* Ich habe schon gefragt, wie hoch die Kreditzinsen bei IV sind? – *Anhaltende Unruhe.*)

Kraske: Die Kreditzinsen für das Jahr 1967 werden voraussichtlich 151.000 DM betragen. Dieses Bild ist aber irreführend, weil die CDU selber nicht alle Zinsen bisher bezahlt hat, sondern die Zinsen unmittelbar von anderer Seite übernommen worden sind. Wie weit wir in der Lage sind, bis zum Ende des Jahres die Kredite zu tilgen, ist noch nicht ganz entschieden. Wir könnten es, wenn wir dafür die zur Verfügung gestellten Wahlkampfmittel auf 1969 hin in Anspruch nähmen, aber das ist eine interne Frage hinsichtlich zukünftiger Spenden. Es ist also noch nicht entschieden. (*Klepsch:* Zu VI! Es fällt mir auf, daß die Bundestagung der Sozialausschüsse nicht unter den Vereinigungen aufgeführt ist, sondern unter „Sonderausgaben" steht. Wie werden solche Zuschüsse für Bundestagungen von Vereinigungen gegeben?) Die werden dann als Sonderausgaben verbucht, wenn sie besonders beantragt werden. Die Sozialausschüsse haben zu dieser Tagung einen Zuschuß bekommen. Ich erinnere mich, daß in früheren Jahren auch die Junge Union gelegentlich einen Sonderzuschuß für eine Veranstaltung bekommen hat, z. B. für den Internationalen Kongreß, der nicht in dem monatlichen Zuschuß enthalten ist, sondern extra unter „Veranstaltungen". (*Klepsch:* Wie hoch war der Zuschuß ungefähr?) Der Zuschuß war nicht ungefähr, sondern exakt 40.000 DM für die Tagung. Dafür haben aber die Sozialausschüsse als einzige das ganze Jahr überhaupt keinen Zuschuß bekommen. Und das ist auch darauf verrechnet worden. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Der Etat kann nicht verabschiedet werden; er ist jetzt einfach der Ordnung halber vorgetragen worden. Wir werden in der nächsten Sitzung im Januar den Haushalt 68 ...

Kraske: Ich würde vorläufig noch eine Frist ausbitten. Weil wir erst nach der nächsten Sitzung den Bundesschatzmeister wählen, würde ich in diesem Falle fragen, ob es nicht dem neuen Bundesschatzmeister gegenüber – wer immer es ist – fair wäre, ihm noch ein Mitwirkungsrecht zu geben, um den Etat erst in der dann folgenden Vorstandssitzung vorzulegen?

Heck: Einverstanden! Nur glaube ich, daß es richtig ist, im ersten Vierteljahr 1968 den Haushalt für 1968 zu verabschieden. (*Kraske:* Natürlich!)

Kohl: Mir fällt auf, da gibt es Vereinigungen, die auftreten, und es gibt solche, die nicht auftreten. Nach der These von Bertolt Brecht „Die im Dunklen sieht man nicht"[91] verstehe ich das beispielsweise ...

Kraske: Welche treten nicht auf? (*Kohl:* Die Frauen!) Die Frauenvereinigung ist, ähnlich wie der Landesverband Oder/Neiße, voll etatisiert im Etat der Bundesgeschäftsstelle. Sämtliche Gehälter, der Frauenreferentin, der Sekretärin usw. sind Bestandteile des Etats der Bundesgeschäftsstelle. (*Kohl:* Haben die gar keine Aktivitäten – um das schreckliche Wort des Bundesjugendplanes hier zu gebrauchen?)

Heck: Die Münchener Tagung ist anderweitig finanziert worden.[92]

Kraske: Die haben ihre Aktivitäten in diesem Jahr mit Rücksicht auf unsere Etatsituation wesentlich beschnitten. Die Münchener Tagung ist durch direkte Zuschüsse finanziert worden.

Heck: Über den Bundeshaushalt und über den Münchener Haushalt. Wir kommen nun zum Punkt 6:

VERSCHIEDENES

Ich kann mitteilen, daß neben dem Wirtschaftsausschuß, der halb konstituiert ist, vier weitere ganz konstituiert sind und die Wahlen des Vorsitzenden durchgeführt worden sind. Das Statut sagt, daß die Gewählten vom Vorstand bestätigt werden müssen.

Das ist für den Bundesfachausschuß Öffentlicher Dienst der Bundestagsabgeordnete Ulrich Berger[93], für den Bundesausschuß für Gesundheitspolitik der Bundestagsabgeordnete Dr. Gerhard Jungmann[94], für den Bundesausschuß für Sozialpolitik der Bundestagsabgeordnete und Präsident in spe Josef Stingl, für den Bundesausschuß für Agrarpolitik das Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen Gustav Niermann. Wir schlagen vor, diese vier Wahlen zu bestätigen. Bestehen Bedenken? – Das ist nicht der Fall.

---

91 „Denn die einen sind im Dunkeln und die andern sind im Licht. Und man siehet die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht." Zitat aus der 1928 uraufgeführten „Dreigroschenoper" von Bertolt Brecht (1898–1956).

92 7. Generalversammlung der Europäischen Frauen-Union 4.–10. September 1967 in München, vgl. ACDP 04-003-037/2.

93 Ulrich Berger (1921–2003), Verwaltungsbeamter; 1957–1961 und 1964–1980 MdB (CDU, 1957–1980 Mitglied des Innenausschusses), 1963–1987 stv. Bundesvorsitzender des Deutschen Beamtenbundes, 1974–1975 Bundesvorsitzender der Komba Gewerkschaft.

94 Dr. Gerhard Jungmann (1910–1981), Arzt; 1956–1961 MdL Niedersachsen (CDU), 1961–1972 MdB, 1963–1965 und 1968–1973 Vorsitzender des Verbandes der Ärzte Deutschlands/ Hartmannbund.

Von mir aus habe ich zum Punkt „Verschiedenes" nichts mehr vorzubringen.

Kraske: Darf ich noch um eine Zustimmung bitten, daß wir nämlich nach dem vorhin gefaßten Beschluß den Vorstandsmitgliedern in den nächsten Tagen die Namenslisten dieser Ausschüsse und des Wirtschaftsausschusses – soweit er bisher berufen worden ist – zuschicken, damit jedes Vorstandsmitglied die Möglichkeit hat, sich dazu zu äußern. Ich mache allerdings darauf aufmerksam, daß die jetzt berufenen Mitglieder bereits eine formelle Berufung in der Hand haben, so daß es kaum möglich sein wird, ihre Berufung rückgängig zu machen. Man kann also höchstens um zusätzliche Berufungen übereinkommen, was dann aber zahlenmäßige Probleme aufwirft.

Kohl: Ich habe eine Frage, die ich schon mehrmals gestellt habe. Ich hatte mir zunächst selbst die Frage gestellt, ob ich sie auf dem nächsten Bundesparteitag vorbringen soll, nämlich über die Arbeitsweise des Bundesvorstands und auch über die Arbeitsmentalität seiner Mitglieder. Ich bin heute früh um 6.00 Uhr in Ludwigshafen weggefahren. Ich habe für den heutigen Tag eine Reihe von wichtigen Besprechungen im Lande absagen müssen. Wenn ich mich jetzt umgucke, sitzen hier mit Ausnahme des Herrn von Hassel, des Herrn Generalsekretärs und des Herrn Kraske – das sind drei, die man als „Bonner" bezeichnen kann – nur noch einige hier, die von ganz weit her kommen. Die anderen sind einfach weggegangen. Ich halte es auf die Dauer für unerträglich, daß wir, wenn wir eine Bundesvorstandssitzung mit einer solchen Tagung haben, nachmittags nicht mehr beschlußfähig sind. Dann wird bei uns geschimpft auf den Herrn Dutschke, der öffentlich erklärt hat, die Parteien seien gar nicht mehr in der Lage, ihre innerparteiliche Demokratie zu repräsentieren. Da kann ich dem Herrn Dutschke nur recht geben in diesem Punkt, was den Bundesvorstand betrifft.

Wir sind überhaupt nicht mehr beschlußfähig! Wir sind in keiner Sitzung nach 14.00 Uhr mehr beschlußfähig! Da sind nämlich Zusammenkünfte zwischen Vereinigungen bereits verabredet; das haben wir doch eben gehört. Dann tagt natürlich der Fraktionsvorstand! Dann tagen alle Gremien so, als gäbe es diesen Bundesvorstand überhaupt nicht!

Ich mache den anwesenden Herren – das wäre auch ganz töricht – natürlich keinen Vorwurf, ich meine aber ... (*Lebhafte Unruhe und Bewegung. – Meyers:* Das wäre so, wie bei dem Pastor, der die Anwesenden beschimpft hat, weil die anderen nicht kommen. – *Lebhafte Heiterkeit.*) Meine Bitte wäre, daß wir als Punkt 1 der Tagesordnung in der nächsten Sitzung eine kurze Aussprache über diese Angelegenheit haben. (*Amrehn:* Bei Punkt 1 fehlen dann dieselben Leute auch noch! – *Lebhafte Heiterkeit.*) Ich muß Ihnen ganz offen sagen, wenn man gesehen hat, mit welcher Verbissenheit in Braunschweig um jeden Sitz im Bundesvorstand gekämpft wurde, dann aber sich hier den Vorstand ansieht, dann verstehe ich das nicht. Das ist im Präsidium keinen Deut anders! Ich muß wirklich sagen, wie wir das alles bewältigen wollen, ohne eine Veränderung der Partei mit diesem Führungspersonal und -potential, das ist mir völlig schleierhaft.

Ich möchte wenigstens für meine Person das hier ausgesprochen haben, weil ich die feste Absicht habe, diese Sache in die öffentliche Diskussion der Partei zu bringen, wenn es nicht abgestellt wird, weil es für jeden Kollegen, der hier seine Verpflichtun-

gen einhält, auf die Dauer eine Zumutung wird! Wenn man draußen in der Partei irgendeine Sache vorträgt oder es passiert etwas, dann heißt es: Es ist doch ein Bundesvorstand da! – Man darf ja gar nicht sagen, wie wir im Bundesvorstand arbeiten. Das würde doch kein Mensch für möglich halten!

Ich beobachte immer, wenn die Doktoranden kommen, etwa der politologischen Disziplin – die Parteien sind ja im Augenblick sehr interessant als Gegenstand des Themas –, die herauszukriegen versuchen, wie eine politische Meinung gebildet wird. Und da ist der Bundesvorstand eine sehr willkommene Institution, die sich besonderer Betrachtung erfreut. Wenn man aber hier die Praxis sieht, dann ist das wirklich deprimierend.

Ich will Ihnen nicht den Schwarzen Peter zuspielen. Ich bin gerne bereit, das von mir aus aufzunehmen und – ich kann keinen Antrag stellen, wir sind ja nicht beschlußfähig – anzuregen, um das bei der nächsten Bundesvorstandssitzung im Beisein des Bundesparteivorsitzenden und anderen in der Partei anzusprechen. Wie es jetzt ist, ist es wirklich eine Zumutung. Man kann ja zu einer Regelung kommen, die wir in den Landesverbänden seit langem haben. Die Sitzung dauert von dann bis dann. Es kommt natürlich nicht darauf an, ob die Sitzung eine halbe Stunde länger oder kürzer dauert. Aber wenn man sagt, die Sitzung dauert beispielsweise bis 16.00 Uhr, dann muß man eigentlich annehmen, daß die Mitglieder des Bundesvorstands auch dabeisind. Daß jeder von uns einmal fortgehen muß, ist ebenso klar, aber es müßte doch mindestens einmal mehr als die Hälfte da sein.

Kraske: Ich stimme Ihnen natürlich aus vollem Herzen zu, Herr Kohl. Ich mache nur auf folgendes aufmerksam: Das Problem liegt ein bißchen an unserer Anfangszeit. Es ist einfach für viele nicht sicher – auch nach der Erfahrung der Vergangenheit –, ob die Sitzung nun bis 2.00 Uhr, 3.00 oder 5.00 Uhr dauert. Deshalb fangen die Leute an, sich auf Termine festzulegen. (*Kohl:* Aber auf der Tagesordnung sieht man es doch!) Wir kämen natürlich leichter zu Rande, wenn wir die Vorstandssitzungen auf morgens 9.00 Uhr ansetzten und sie bis 14.00 Uhr hielten. Anschließend könnte es dann einen kleinen Imbiß geben. Nur fallen dann, wenn wir nicht barbarisch sein wollen, in der Regel die Montagssitzungen aus. Ich bin dann einem Sturm der Entrüstung ausgesetzt, daß man schon am Abend vorher anreisen müsse.

Leichter wäre es jedenfalls, wenn wir das auf einen ausgedehnten Vormittag oder auf einen ausgedehnten Nachmittag verlegen würden. Schwierig sind immer die Termine, die so halb über das Mittagessen hinübergehen. Deshalb meine Frage, ob Sie glauben, daß wir einen günstigeren Termin vereinbaren können?

Kohl: Ich würde sagen, in Gottes Namen, machen wir es eine Stunde früher. Nur sehe ich nicht recht ein, warum immer diejenigen, die weit von draußen kommen, die Zeche bezahlen müssen zugunsten derer, die ohnehin hier sitzen. Diejenigen, die von draußen kommen, sind nämlich überwiegend hier, während diejenigen, die nur eine kurze Anfahrtszeit haben, in der Regel nicht da sind. Das ist ja immer so, wenn man nach Bonn kommt. Das ist in allen Gremien so.

Mir geht es nicht darum, daß der eine oder andere fehlt. Die gleichen Leute fehlen auch dann, wenn wir um 9.00 Uhr anfangen. Das ist auch im Bundestag so eingerissen. Ich bin der Meinung, wenn der Bundesvorstand bloß alle Vierteljahr einmal tagt, dann sollte an diesem Tag keine Fraktionsvorstandssitzung sein.

Heck: Ich neige dazu, daß wir dieses Thema erörtern sollten, wenn der Bundesvorstand einigermaßen vollständig zusammen ist. Wir werden dazu wohl in der nächsten Sitzung kommen. Im Augenblick ist es nicht zweckmäßig.

Klepsch: Ich bin der Meinung, daß auf dem Hintergrund des Memorandums des Herrn Schütz[95] sich der Bundesvorstand Gedanken darüber machen sollte, wie lange das noch so weitergehen soll. Ich habe das Memorandum zufällig lesen können und bin hier der Auffassung, es ist ein ganz schreckliches Papier, auch was die dahintersteckenden Gedankengänge anbetrifft. Es ist klar, daß dieser Mann nicht unser Mitglied ist, obwohl er bei vielen draußen als unser Mitglied gilt. (*Unruhe. – Zuruf:* Wieso ist es denn klar?) Das Entscheidende ist doch, daß dieses Kuratorium, je länger es existiert, für uns zu einer immer größeren Belastung wird, weil es quasi als eine überparteiliche Einrichtung von uns gilt.

Wir sollten uns einmal über das Kuratorium und die Mitgliedschaft in diesem Verein unterhalten, um entsprechend die Aktivität dieses Vereins in die Nähe des Nullpunktes zurückzuführen – das scheint mir das beste zu sein –, oder aber, wenn das nicht drin ist, daß wir uns ernsthaft überlegen, ob wir da noch länger Mitglied bleiben können. In den sogenannten Basisorganisationen dieses Kuratoriums sammelt sich alles an, was der Bundeskanzler die Anerkennungspartei nennt, nur zwei Zähne weiter links. Ich will das cum grano salis sagen; denn es gibt auch Organisationen, die ganz rechts stehen. Insgesamt aber sitzen dort die querulantischen Elemente, die in den Parteien nicht zum Zuge kommen, die aber dann auf Konferenzen, die wir mit staatlichen Mitteln finanzieren, zur Aussagekraft werden, und zwar quasi als eine uns überwölbende Organisation auftreten. Das erschreckt mich auf das äußerste.

Aufgrund der Veröffentlichungen von Schütz in der Vergangenheit hat es eigentlich ununterbrochen Krach gegeben, genau wie jetzt. Zum Glück ist diesmal auch Herr Wehner der Meinung, daß es so nicht weitergehen kann. (*Zuruf:* Er ist vorsichtig!) Sicher ist er sehr vorsichtig; denn er hat seinen ganzen Apparat umgestellt auf Förderung des Kuratoriums. Dort ist jetzt das viele Geld hineingeflossen, seitdem er Minister für gesamtdeutsche Fragen ist. Ich möchte nur bitten, daß das auf der nächsten Bundesvorstandssitzung besprochen wird oder, wenn dies nicht möglich ist, zumindest im Präsidium.

Heck: Wir haben in der letzten Sitzung des Präsidiums darüber gesprochen. Das Thema dieser Denkschrift über das deutsche Schicksal wird in der nächsten Sitzung des Präsidiums sorgfältig behandelt. Herr von Hassel hat es übernommen, einleitend zu referieren.

---

95 Vom 20. November 1967, vgl. AdG 1968 S. 13640f. Schütz ging davon aus, daß es zwar staatsrechtliche, aber keine völkerrechtlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR geben könne. Vgl. auch Anm. 11.

Für mich war eigentlich erregender die sphinxhafte Stellungnahme des Herrn Wehner; denn sie erweckt den Eindruck, als ob er sich etwas distanziere, aber im Grunde genommen war diese Stellungnahme als ein Ja zu deuten, das vielleicht im Augenblick nicht ganz opportun ist. So habe ich die Sache gehört. Das hat mich nachdenklich gemacht.

Die Möglichkeit, den Hahn zuzudrehen, hat ausschließlich der Herr Wehner in der Hand. Wir werden den Hahn gegen den Willen von Herrn Wehner mit Sicherheit nicht zudrehen können. Zunächst haben wir es für vorteilhaft gehalten hineinzugehen. Ich bin in das Präsidium hineingegangen, weil ich festgestellt habe, daß das Kuratorium Unteilbares Deutschland in der Zwischenzeit regional auf Kreisebene bestimmte Kräfte entwickelt hat und wir uns um die Geschichte wesentlich mehr kümmern müssen.

Ich habe den Schütz angerufen und ihn gefragt, was er für Vorstellungen habe, wer der Nachfolger von Paul Löbe[96] werden solle als Präsident? Ich habe dann erfahren, man wolle künftig keinen Präsidenten mehr, sondern nur noch ein Präsidium. (*Zuruf:* Was möchte er haben?) Er möchte gar nichts haben, nur ein Präsidium ohne Vorsitzenden; er ist der Geschäftsführende Vorsitzende. Wir werden auf alle Fälle verlangen, daß dieses Präsidium einen Vorsitzenden wählt. Ob der nun Präsident oder Erster Vorsitzender heißt, ist mir völlig gleichgültig. Ich weise nur darauf hin, um aufzuzeigen, daß diese Machtstellung, die der Schütz sich aufgebaut hat, noch weiter ausgebaut werden soll. Und so etwas ist mit Sicherheit im einzelnen im Einvernehmen mit Herrn Wehner gemacht worden.

Ich habe ja keinen Grund, hier gegen Herrn Wehner vorzugehen, aber eines muß ich sagen, das Kuratorium Unteilbares Deutschland wird von Herrn Wehner ausschließlich dirigiert; denn der Schütz ist nicht viel mehr wie ein Instrumentarium in diesem Umkreis. (*Kohl:* Wer finanziert das?) Der gesamtdeutsche Minister natürlich. Wenn heute Herr Wehner es für wichtig und notwendig hält, gibt es niemand, der Einspruch dagegen erhebt. (*Kohl:* Kann man eine Aufstellung darüber bekommen, wie sich dieses Kuratorium organisatorisch zusammensetzt?) Das wollte ich zur Orientierung in dieser Sache sagen.

Amrehn: Solange ich den Schütz kenne, habe ich ihn für einen sozialdemokratischen Parteigänger gehalten. Anders kenne ich ihn gar nicht in seiner politischen Grundhaltung. Vor drei Jahren habe ich mich entschlossen, nicht mehr an der Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland teilzunehmen. Dann aber bin ich mehr oder weniger im vergangenen Jahr und auch in diesem Jahr verpflichtet worden, die CDU auf dieser Jahrestagung zu vertreten. Damit stellt sich nun doch wirklich ein sehr konkreter Punkt zur Entscheidung. Ich bin dem Freunde Klepsch dankbar, daß er das Thema hier aufgeworfen hat.

---

96 Löbe war am 3. August 1967 verstorben. – Paul Löbe (1875–1967), Redakteur; 1895 SPD, 1904–1919 Stadtverordneter in Breslau, 1915–1920 Mitglied des Provinziallandtags Schlesien, 1920–1933 MdR, 1949–1953 MdB (Alterspräsident), 1949–1954 Präsident des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, 1954–1967 Präsident bzw. Ehrenpräsident des Kuratoriums Unteilbares Deutschland. Vgl. auch Anm. 101.

Es gibt mehrere vakante Stellen in dem Präsidium, aber wir sind auch sonst sehr repräsentativ vertreten durch Herrn Gerstenmaier, durch Herrn Barzel, durch Herrn Lemmer und durch Herrn Gradl. Und diese Mitglieder des Präsidiums, das vielleicht acht Personen umfaßt ... (*Zuruf:* 15!) So! Also, diese vier Herren haben wir immer drin. Seit mindestens zwei Jahren diskutieren wir über die Frage, ob wir noch dabeibleiben können. Vor einem Jahr ist beschlossen worden, daß sich das Präsidium der CDU mit dem Präsidium des Kuratoriums Unteilbares Deutschland treffen sollte, um all die Unstimmigkeiten zu beheben, aber dieses Treffen hat nicht stattgefunden. Ein Vorgespräch, das Herr Gerstenmaier mal führen wollte, um eine Vorklärung zu erreichen, ist entweder nicht abgehalten worden, oder es hat keine Ergebnisse gegeben. Wir sind seit langem in der Situation, daß wir die Politik, die Schütz dort treibt, nicht mehr unterstützen können. Ich bin nicht ganz sicher, ob wirklich Herr Wehner dieses Instrument weiter und noch mehr finanzieren kann, wenn die CDU zu dem Ergebnis kommen soll: Hier können wir nicht mehr mitmachen. Nun habe ich heute morgen etwas Hoffnung geschöpft, daß Herr Schütz durch seine letzte Arbeit und durch die Distanzierung auf sozialdemokratischer Seite seine eigenen Kompetenzen zu weit überzogen hätte und es vielleicht nun an der Zeit wäre, ihn abzulösen. Aber mir hat jemand vorher am Tische gesagt, was der Schütz veröffentlicht oder der Bundesregierung zugeschickt habe, sei doch alles mit Herrn Brandt abgestimmt. (*Von Hassel:* Wer hat das gesagt?) Das ist mir hier am Tisch heute gesagt worden. (*Von Hassel:* Von gut informierter Seite?) Ich kann nur sagen, daß das genauso kolportiert wird wie die Dinge hier in Bonn. Ich halte es nicht für unglaubwürdig, daß das mit ihm abgestimmt sei. Ich habe seit langer Zeit den Verdacht, daß die Betonung der Nichtanerkennung als Ausgang für die nicht völkerrechtliche Anerkennung noch einen anderen Hintergrund hat als nur den einer weiteren Ergänzung des Wortes „Nichtanerkennung". Ich habe vor vier oder fünf Wochen Herrn Wehner öffentlich gefragt bei einer Diskussion in Berlin. Da ist es nicht deutlich geworden, was nun eigentlich gemeint sei. Er meinte, wir komplizierten das Problem, wenn wir danach fragten.

Schütz kommt jetzt zu dem Ergebnis: Selbstverständlich ist die DDR ein Staat, es ist ein deutscher Gliedstaat. Beide Gliedstaaten bilden Deutschland. Die können untereinander nur innerstaatliche oder innerdeutsche Beziehungen haben; selbstverständlich keine ausländischen Beziehungen. – Damit kriegt die Arbeit, (*Starke Unruhe und Bewegung.*) wenn da noch eine gewisse Unterstützung von Wehner oder Brandt kommt, eine ganz hochpolitische Bedeutung, von der man nur sagen kann, sie wird am Sonnabend auf dem Kuratorium diskutiert ... (*Heck:* Hast Du die Stellungnahme von Wehner gesehen?) Nein, ich habe sie noch gar nicht gesehen. (*Anhaltende Unruhe. – Klepsch:* Ich muß Herrn Heck recht geben, was Herrn Wehner angeht.) Ja, sie ist sehr gewunden.

Nun stellt sich doch die Frage, können wir denn an dem Sonnabend – da geht das doch wohl vor sich, oder findet die Berufung von Heck ins Präsidium einfach so statt – das einfach so machen, indem wir ihm dann noch eine zusätzliche Unterstützung ge-

ben. Ich darf sagen, ich bin von einem Untergeschäftsführer, dem Herrn Honsálek[97], angerufen worden, ob ich damit einverstanden sei, daß meine Wahl ins Präsidium auf die Tagesordnung gesetzt wird. Ich habe gesagt: Um Himmels willen, ich habe gar nicht solche Absichten, aber ehe ich überhaupt eine Erklärung dazu abgebe, muß ich mit meinen Freunden über den ganzen Komplex sprechen. – Ich bin noch immer nicht geneigt, da nun eine solche Verantwortung zu übernehmen, weil wir die Dinge selbst nicht mehr steuern können.

Nun bin ich wieder in der glücklichen Situation, am Sonnabend die CDU auf einem Kongreß zu vertreten, der nichts anderes ist als die Repräsentation der Anerkennungspartei. Ich spreche dann vor einem Kreis, wo ich schon beim Erscheinen mit Buh-Rufen empfangen werde, und nach dem vierten oder fünften Satz bekomme ich sehr viel Ablehnung, obwohl ich nichts anderes sage als das, was von der Bundes-CDU und vom Bundeskanzler vertreten wird. In dieser Situation sind wir, und insofern ist es nützlich, daß wir uns noch einmal miteinander austauschen.

Dufhues: Ich teile alle Bedenken, die hier geäußert worden sind, und bin dankbar dafür, daß wir uns demnächst mit den Fragen beschäftigen werden. Aber zwei Dinge haben aktuelle Bedeutung. Ich halte es nicht für angenehm, daß der Generalsekretär der Christlich-Demokratischen Union jetzt nach der Veröffentlichung des Geschäftsführenden Präsidialmitgliedes des Kuratoriums Unteilbares Deutschland diesem Präsidium beitritt. Zunächst muß Klarheit darüber geschaffen werden, welche Bedeutung und welches Gewicht dieses Memorandum haben soll und wie das Kuratorium Unteilbares Deutschland zu dieser Frage steht.

Überall ist oder wird bekannt, daß wir heute als Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union zusammengesessen haben. Wir können nicht völlig an der Veröffentlichung vorbeigehen; wir müssen dazu Stellung nehmen. Zumindest würde ich bitten, daß wir Herrn Dr. Rathke ermächtigen und beauftragen, eine Erklärung abzugeben oder einen Pressekommentar herauszugeben, in dem wir uns ganz klar und eindeutig distanzieren, zumindest aber unsere sehr nachdrücklichen Bedenken geltend machen. Wir können daran nicht ohne weiteres vorbeigehen. (*Heck:* Uns klar distanzieren, würde ich sagen.)

Kraske: Zu unserer Überraschung, Herr Dr. Heck, gibt es neuerdings gedruckte Bögen des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, wo Herr Dr. Heck ohne sein Wissen bereits im Präsidium drinsteht. Daran sieht man, was das für eine Muschelei ist. (*Heck:* Es hat noch keine Wahl stattgefunden!) Es ist eine reine Muschelei. Herr Heck hat eines Tages – vor Wochen oder Monaten – mit Herrn Schütz gesprochen und Andeutungen gemacht, daß er eventuell bereit sei, für die CDU mitzumachen. Daraufhin schreibt Herr Schütz ohne jede Rückfrage in sein gedrucktes Briefpapier in alphabetischer Reihenfolge: Dr. Bruno Heck. – So steht das da.

Ich bin überzeugt, wenn wir nicht aufpassen, werden wir eines morgens in der Zeitung lesen, wer anstelle von Paul Löbe plötzlich Präsident geworden ist, ohne daß die

97 Gerhard Honsálek (1924–1992), SPD, Referent beim Kuratorium Unteilbares Deutschland, Leiter der Berliner Geschäftsstelle. Vgl. MEYER S. 75.

CDU auch nur einmal danach gefragt worden ist. Deswegen ist es dringend nötig, uns geschlossen im Präsidium noch vor Weihnachten mit dieser Frage zu beschäftigen. Wir werden auch weiterhin ... (*Amrehn:* Ich gucke jetzt erst nach. Die Einladung für Sonnabend enthält bereits: Dr. Bruno Heck.) Dies ist der Text, den ich meine. (*Von Hassel:* Auf dem Briefpapier steht es auch. Da steht das Präsidium unten.)

Kohl: Im Präsidium sind: Barzel, Gerstenmaier, Gradl, Heck, Lemmer, Leverenz[98], Mende, Klaus Schütz, W. Wolfgang Schütz, Stephan[99], Stücklen und Wehner.

Heck: Ich möchte dem Bundesvorstand vorschlagen, daß wir wieder der Ordnung nach jeweils bei einer Worterteilung sprechen.

Von Hassel: Es ist sehr bedauerlich, daß das Präsidium nicht vor der Tagung in Berlin eine Stellungnahme hat beziehen können. Das lag z. T. daran, daß ich selber nicht dazu kam. Diese Denkschrift ist so entsetzlich, daß man sich gar nicht hart genug und weit genug von ihr distanzieren kann. Es ist leider so, daß das Kuratorium Unteilbares Deutschland weithin in deutschen Landen eine angesehene Institution ist, aber auch sehr stark unterwandert ist von Leuten des Typus Leverenz, der weiter nach links abrutscht.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten, entweder wir bringen das Ganze mit zu Fall, oder wir gehen mit hinein und arbeiten dort. Mein Votum im Präsidium, Herr Dr. Heck, wird sein, wir können es gar nicht so torpedieren, daß draußen in der Öffentlichkeit nicht uns der Schwarze Peter zugeschoben wird, daß wir nun auch das Kuratorium Unteilbares Deutschland zu einem Ende bringen wollen. Deshalb müssen wir ernsthaft überlegen, wie wir auf sämtlichen Ebenen mitarbeiten können. Das bedeutet aber einen Haufen Arbeit. Mein Votum besteht weiter darin, daß sich Herr Schütz mit dieser Studie so unmöglich gemacht hat, daß wir längerfristig eine Auswechselung vornehmen müssen.

Heck: Ich würde doch vorschlagen, daß sich der Vorstand über dieses Problem erst abschließend bespricht, wenn sich das Präsidium darüber unterhalten hat. (*Anhaltende Unruhe.*)

Klepsch: Alle diese Überlegungen, die Herr von Hassel vorgetragen hat, hat der Deutschlandrat der Jungen Union in Zusammenarbeit mit dem Präsidium schon einmal gemacht. Ich möchte aus meinen Erfahrungen dazu sagen, Ausgangspunkt war ein furchtbarer Krach über eine Jahrestagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, zu der wir auch eingeladen waren, weil uns ein Kontingent von 20 Mann zugewiesen wur-

98 Bernhard Leverenz (1909–1987), Jurist; 1952–1963 Vorsitzender der FDP Schleswig-Holstein, 1954–1958 MdL Schleswig-Holstein, 1954–1967 Justizminister, ab 1957 1. Vorsitzender des Landeskuratoriums Unteilbares Deutschland, 1958–1964 stv. Bundesvorsitzender der FDP.

99 Günter Stephan (geb. 1922), Buchhändler; 1952 Bezirkssekretär der Gewerkschaft HBV in Koblenz, 1953–1958 DGB-Kreisausschußvorsitzender in Neuwied, 1958–1961 DGB-Ortsausschußvorsitzender in Essen, 1962–1982 Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand des DGB. – Vertreter des DGB im KUD, vgl. MEYER S. 425.

de.[100] Und da wurden unsere Leute von 150 Teilnehmern linkester Prägung fertiggemacht. Das alles wurde mit staatlichen Mitteln finanziert.

Die Referenten waren so zusammengesetzt, wie man das dort zu tun pflegt. Das Ergebnis war: Wir arbeiten mit euch nicht mehr zusammen. Das war dem Herrn Schütz sehr unangenehm. Daraufhin kam es zu Gesprächen. Es hieß, die politischen Jugendverbände müßten zu Konzessionen bereit sein. Es wurde gesagt, daß wir nicht genügend mitmachten; wir müßten Leute zur Verfügung stellen; wir müßten uns einig sein und so fort. Was war das Resultat? Es wurden Tagungen der Jungsozialisten und der Jungen Union bilateral durchgeführt, die einigermaßen honorig über die Bühne gingen, aber nur deshalb, weil sie unter unserem Einfluß standen. Das Ergebnis war aber, an der Arbeit des Kuratoriums vermochten wir auch nicht das allergeringste zu ändern. Wir kennen doch die Lage der Partei. Es sollte sich niemand der Illusion hingeben, daß wir plötzlich, wo wir die Leute für unsere eigene Parteiarbeit dringend gebrauchen, die Leute zur Verfügung haben, die das Kuratorium in die Hand nehmen und sich darum kümmern. Die haben wir doch nicht.

Man hat uns angeboten, die drei Vorsitzenden der politischen Jugendverbände sollten jeder einen Sitz im Präsidium kriegen. Das ist dann gescheitert, weil ich das abgelehnt habe; sonst würde ich auch auf diesem gedruckten Kopf stehen. (*Kohl:* Sie nehmen doch teil. Das steht ja drin! – *Lebhafte Heiterkeit. – Unruhe.*) Ich warne Sie dringend, Herr von Hassel, den Gedanken dem Präsidium zu empfehlen; alle drei Jahre nehmen wir einen Anlauf und sagen, wir müssen in dem Kuratorium die Dinge in Ordnung bringen. Wir bringen sie nicht in Ordnung! (*Unruhe und Bewegung.*)

Heck: Herr Klepsch, ich muß Ihnen widersprechen. Ich glaube, daß wir jetzt bei der Wahl eines neuen Präsidenten durchsetzen können, daß Ernst Lemmer Präsident wird. Den können die einfach nicht ablehnen.[101] Und der Ernst Lemmer und der Schütz, das ist das herrlichste Gespann der Welt. (*Lebhafte Heiterkeit. – Unruhe und Bewegung.*) Ich teile die Beurteilung mit Herrn von Hassel. Wir könnten uns zurückziehen, aber vermutlich werden wir in der öffentlichen Meinung keinen Beifall bekommen, wenn wir uns zurückziehen. Die Geschichte wird bleiben. Es würde sich kein Jota ändern. Wir würden uns jeglicher Möglichkeit, hier Einfluß zu nehmen, begeben.

Kraske: Ich möchte noch auf eines aufmerksam machen, was das unterstreicht. So föderalistisch die CDU organisiert ist, könnte das Präsidium oder der Vorstand sogar beschließen, daß wir uns nicht mehr beteiligen. Aber auf der unteren Ebene würden sofort viele Leute sagen: Ich stehe zu dieser großen deutschen Bewegung. – Das ist der eine Punkt. (*Unruhe und Bewegung.*) Der zweite Punkt! Ich gebe zu, Herr Klepsch, es ist

100 Das Kuratorium Unteilbares Deutschland führte im Januar 1965 mit verschiedenen Vertretern jugendpolitischer Organisationen und Gewerkschaften eine Tagung zum Thema „Die junge Generation im geteilten Deutschland" durch. Vgl. BULLETIN Nr. 6 vom 13. Januar 1965 S. 47.

101 Wahlen fanden offenbar nicht statt, vgl. Schreiben Lemmers an Kiesinger vom 9. Dezember 1968 über die Jahrestagung des KUD (ACDP 07-004-105/3), in dem er über den „gemäßigten, harmonischen Verlauf" berichtet. Von den Unionsparteien, die „jetzt deutlich am dritten Platz" stünden, waren nur Gradl und Lemmer anwesend.

sehr schwer, sich da durchzusetzen. Wenn prominenteste CDU-Mitglieder mir erstaunt sagen – nachdem sie bereits sechs Jahre diesem Präsidium angehören –, sie wüßten gar nicht, daß sie dem Präsidium angehörten, dann kann man doch daraus schließen, wie „ernst" wir den geringfügigen Einfluß genommen haben, der uns satzungsmäßig bisher zugestanden hat. (*Lebhafte Bewegung und Unruhe.*)

Fay: Ich bin der Meinung, wir dürfen nicht hinausgehen. Dieses Privatunternehmen des Herrn Schütz hat er aufgebaut, wie vor dem Ersten Weltkrieg der Deutsche Flottenverein aufgebaut wurde. Es steht jetzt sehr viel Sympathie hinter dem Unteilbaren Deutschland, trotzdem kann sich kein Mensch recht vorstellen, was das eigentlich ist. (*Kohl:* Kerzenaktion![102]) Ja, Kerzenaktion, und all dieser Tinnef, anders kann ich es nicht nennen. Es wäre aber falsch, hinauszugehen. Was getan werden muß, ist folgendes: Herr Schütz muß eine ganz klare Abfuhr bekommen. In der Zeitung steht, daß ein Sprecher der CDU dazu etwas gemeint habe.[103] Es ist gar nicht dumm, was er gemeint hat, aber es muß viel deutlicher und klarer herauskommen, als es in der Zeitung abgedruckt ist. Wer das war, weiß ich nicht. (*Kohl:* Herr Rathke!) Deswegen ist es richtig, daß sich der Bundesvorstand damit beschäftigt.

Im übrigen habe ich immer die Meinung vertreten, daß das ein ziemlich linker Haufen ist. Ich habe immer eifrig mitgewirkt, weil ich dann Gelegenheit hatte, vor einem Kreis von Menschen zu sprechen, die ich sonst nicht erfassen kann.

Ich darf im übrigen vorlesen, was in der heutigen „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über das steht, was Herr Wehner gesagt hat: „Der sozialdemokratische Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Wehner, erklärte, bei allem Respekt vor den ehrenhaften Absichten des Verfassers müßte gesagt werden, daß nicht alle Gesichtspunkte der Ausarbeitung von Schütz der gegenwärtigen Lage des gespaltenen Deutschlands gerecht würden."[104]

Das läßt aber auch alles offen, jeden Denkvorgang. Ich darf noch ein Wort sagen. Es gab auch heute Mitglieder, die hier saßen, die waren anderer Meinung. Die waren der Meinung, man müsse jedem seine Freiheit lassen, solche Sandkastenspiele in aller Öffentlichkeit zu betreiben. Deshalb halte ich es für dringend notwendig, daß dieses Thema in diesem Bundesvorstand behandelt wird.

Amrehn: Zunächst ist es aber Aufgabe der Mitglieder, die dort im Präsidium sitzen, solche Dinge entsprechend aufzufangen. Die wären vielleicht nicht passiert, wenn die vier Mitglieder des Präsidiums sich schon vor einem Jahr gegen die Methoden von Schütz ernsthaft gewandt hätten.

Ich habe mich seit vier Wochen bemüht, von unserer Bundespartei zu erfahren, wer auf Kreisebene und auf Landesebene in dem Kuratorium sitzt und zur Berliner Tagung erscheint, damit ich da nicht alleine sitze. Ich wollte unsere Leute vorher zusammen-

102 Diese Aktion, Kerzen in die Fenster zu stellen, fand jeweils zu Weihnachten statt, vgl. MEYER S. 272–282.

103 Rathke hatte erklärt, die Gedankengänge von Schütz seien falsch und würden von den CDU-Mitgliedern im Kuratorium nicht geteilt. Vgl. dpa vom 3. Dezember 1967.

104 Vgl. FAZ vom 4. Dezember 1967 „Erstaunen über neue Schütz-Vorschläge".

bringen und sie ein bißchen aufklären. Aber es ist nicht möglich gewesen, die CDU-Teilnehmer für die Berliner Tage in einer Liste zu bekommen. Ich gehe also quasi ganz alleine hin. Ich kann nur sagen, daß wir aus der Berliner Jungen Union und der übrigen Partei vielleicht ein halbes Dutzend Leute zusammenbekommen. Aber die muß ich einzeln anflehen, sie möchten daran teilnehmen. So sieht es zur Zeit aus! (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.* – *Klepsch:* Rheinland-Pfalz ist das einzige Land, wo Herr Schütz immer gesagt hat, die CDU soll es machen.)

Heck: Ich warne davor, jetzt einen Beschluß anzustreben. Wir haben das für die nächste Präsidiumssitzung vorgesehen. Dem Herrn Schütz muß bedeutet werden, daß er als Geschäftsführender Vorsitzender seine Meditationen zwar in seine Tagebücher schreiben kann, aber wenn er etwas verschickt an offizielle Persönlichkeiten, dann muß es vorher die Billigung des Präsidiums gefunden haben. (*Anhaltende Unruhe.*) Und wenn solche Zusagen nicht gemacht werden, dann stellt sich für uns die Frage, ob wir hier nicht einer Institution angehören, die nach der Methode der Buridanschen Esel[105] Politik betreibt. (*Kohl:* Wobei noch hinzukommt die unmögliche Berufungsmethode.) Wer nimmt denn an der Präsidiumssitzung teil? (*Amrehn:* Nicht mehr als drei! – *Sehr starke Unruhe.*) Diese ganzen Methoden sollten auch zur Sprache kommen. Ich würde aber vorschlagen, daß wir diese Angelegenheit jetzt abschließen.

Wird sonst noch zum Punkt „Verschiedenes" das Wort gewünscht? (*Fay:* Wann ist die nächste Sitzung und welches Thema kommt zur Sprache?) Herr Fay, ich habe den Vorschlag schon gemacht. Wir müssen uns in der nächsten Sitzung konzentrieren auf erstens: Mehrheitswahlrecht (Wahlgesetz), zweitens auf die Grundgesetzänderungen, die zu diskutieren sind im Rahmen der Einführung des Mehrheitswahlrechts und der Verankerung des Mehrheitswahlrechts im Grundgesetz. Ich glaube, daß das ein Thema ist, das eine ganze Sitzung ausfüllt.

Ich habe weiter vorgeschlagen, daß wir uns in der übernächsten Sitzung mit dem Thema Erziehungs- und Bildungswesen beschäftigen. (*Kohl:* Ist das übrigens zwingend – ich wollte heute früh nicht widersprechen –, daß man diese Debatte koppelt mit den anderen Verfassungsänderungen?) Wir müssen es deswegen koppeln, weil die SPD das Thema anders gar nicht diskutiert. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Ich habe schon klipp und klar gesagt, daß das konstruktive Mißtrauensvotum zum Mehrheitswahlrecht nicht paßt. Wenn man das Mehrheitswahlrecht einführt, muß man auch – wie in Großbritannien – die Möglichkeit schaffen, einer Regierung das Mißtrauen auszusprechen. Das ist ja keine Verfassungsfrage. Sie wird auch – das habe ich aus diesen Bemerkungen, die am Rande gefallen sind, erfahren – sämtliche Probleme, die sich überhaupt aufgrund der Verfassungsänderungen ergeben im Zusammenhang mit der Verankerung des Mehrheitswahlrechts, zur Sprache bringen. Deswegen müssen wir die Dinge beraten haben. (*Kohl:* Das ist ganz neu. Das ist bisher nicht gesagt worden.) Herr Dr. Kohl, das

105 Moralphilosophisches Gleichnis, nach dem ein Mensch nicht zwischen zwei gleich großen Gütern wählen könne, ähnlich einem Esel, der sich für einen von zwei gleich großen Heuhaufen entscheiden kann und deshalb verhungert. – Johannes Buridan (ca. 1295–ca. 1366), französischer scholastischer Philosoph.

Thema ist für uns folgendes: Der Schwarze Peter muß auf der anderen Seite sein. (*Kohl:* Einverstanden. – *Starke Unruhe.*)

Kraske: Ich möchte dann noch den Anwesenden den geringen Vorteil geben, daß wir mit Ihnen den Termin für die nächste Sitzung abstimmen. (*Kohl:* Das ist ein großes Entgegenkommen! – *Heiterkeit.*) Es ergibt sich folgendes: Die Sitzung soll im Januar stattfinden, und zwar in Verbindung mit der Sitzung des Bundesausschusses zu dem Thema: Wahl des Bundesschatzmeisters, – was ich nicht gern über den Januar hinaus verschoben sehen möchte. Es gibt eine Schwierigkeit: Der Bundestag wird im Januar eine neue Tagesordnung (*Zuruf:* Vielleicht!) – wahrscheinlich sogar – haben, wonach die Wochen vom 14. bis 20. und vom 21. bis 27. voll ausgefüllt sind einschließlich der Samstage. Danach wäre die Woche vom 28. Januar an sitzungsfrei. Ich frage, ob man den Bundesvorstand und den Bundesausschuß am Montag, dem 29. Januar, zusammenkommen lassen soll, und zwar den Vorstand morgens um 9.00 Uhr?

Heck: Den Vorstand morgens um 9.00 Uhr einzuberufen, verursacht eine besondere Schwierigkeit. (*Kohl:* Dann ist der Bundesparteivorsitzende noch nicht da. Das wollen wir doch offen aussprechen.)

Kraske: Herr Kohl, wenn wir den Bundesausschuß am nächsten Tage nehmen, ist der Bundesvorstand in diesem Bundesausschuß nicht mehr vertreten. Und das gibt eine solche Verärgerung ...

Heck: Sagen wir doch von 10.00 bis 15.00 Uhr Bundesvorstand. (*Kohl:* Dann können Sie keine Sitzung des Bundesausschusses mehr machen.) Warum nicht? (*Kohl:* Aber lieber Herr Heck, jetzt muß ich doch einmal sagen, man nimmt nur auf die Bonner Rücksicht. Unsere Leute des Bundesausschusses, die aus der Bundesrepublik anreisen, müssen das aus ihrer Tasche bezahlen. Das sind zum allerwenigsten Leute, die das ersetzt bekommen.) Auf uns braucht man keine Rücksicht zu nehmen. (*Kohl:* Man sollte den Termin voneinander trennen.) Uns macht das nichts aus, wenn es am anderen Tage stattfindet. (*Kohl:* Ich bin der Meinung, wenn wir eine ernsthafte Sitzung im Bundesausschuß machen wollen, dann müssen Sie dafür einen eigenen Termin vorsehen.)

Kraske: Wir können den Bundesvorstand für Freitag, den 26. Januar, nachmittags, und den Bundesausschuß für Samstag, den 27., 14.00 Uhr, vorsehen. (*Kohl:* Dazu ist der Wirtschaftsrat eingeladen, sehe ich in meinem Kalender. – *Fay:* Am 25. und 26. nach Saarbrücken.[106] – *Starke Unruhe.* – *Kohl:* Der Bundesvorstand könnte am Montag tagen und ein paar Tage später der Bundesausschuß.)

Heck: Ich neige eigentlich auch dazu. Man hat es doch gesehen, wie es mit den Vorstandssitzungen ist. Wenn der Vorstand wirklich ernst arbeiten will, dann kann er nicht nur zwei oder drei Stunden zusammenkommen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Allein der Überblick über die Lage benötigt mindestens eine Dreiviertelstunde. Dann muß dieses und

106 Der Wirtschaftsrat tagte am 25./26. Januar 1968 in Saabrücken, vgl. „Stuttgarter Zeitung" vom 27. Januar 1968 „CDU-Wirtschaftsrat: Europäischer Bundesstaat bleibt Fernziel"; „Saarbrücker Zeitung" vom 27./28. Januar 1968 „Hallstein: Europapolitik braucht neuen Schwung". Der Bundesvorstand tagte am 29. Januar (vgl. Nr. 17). Die erste Sitzung des Bundesausschusses war am 20. Februar 1968.

jenes dazu gesagt werden. Und ein Thema gründlich zu diskutieren, kostet mindestens auch zwei bis drei Stunden Zeit. Daran ist nichts zu machen. Nun haben wir heute auch nicht geschwätzt, sondern ganz ordentlich diskutiert. Ich meine also, daß es richtig ist, Herr Kraske, daß wir zwei Tage getrennt nehmen. Die brauchen ja nicht so dicht zusammenzuliegen. Nehmen wir Montag, den 29. Januar, für den Bundesvorstand. (*Kraske:* Ich würde es gern in der Woche machen. Können wir den Bundesausschuß nicht am Samstag vormittags tagen lassen?) Den Parteiausschuß kann man an einem Samstag sehr wohl machen; vermutlich sogar ausgesprochen gut. (*Mehrere Zurufe:* Sehr richtig.)

Kraske: Vom Bundesausschuß würde das sicher begrüßt. Ich frage nun, soll es am Samstag wie am Montag um 9.00 Uhr sein? (*Zurufe:* Jawohl.) Wir können dann Samstag, den 3. Februar, ins Auge fassen.

Von Hassel: Bei dem neuen Rhythmus, den der Bundestag einführen wird, sind die Fraktionskollegen, soweit sie dem Bundesausschuß angehören, hier in Bonn am Sonnabend, dem 20., weil es am Montag gleich wieder losgeht. Sie müssen dann wieder hier sein vom Montag, dem 5.2., bis Sonnabend, dem 17.2. Holen wir sie am Sonnabend noch einmal hierher, dann kann ich mir vorstellen, daß das ziemlichen Ärger verursacht.

Heck: Nun, an allen Schwierigkeiten kommen wir leider nicht vorbei, und irgendeinen Termin müssen wir schon nehmen.

Kraske: Ich würde hier dem Herrn Kohl recht geben, wenn sich nämlich Bundestagsabgeordnete in den Bundesausschuß wählen lassen, dann müssen sie auch wissen, daß das nicht etwas ist, was so nebenher erledigt werden kann. Es ist auch mal ein Opfer erforderlich. (*Von Hassel:* Muß der Bundesvorstand vor dem Bundesausschuß tagen?)

Heck: Ja! (*Anhaltende Unruhe.*) Damit darf ich die Sitzung schließen und Ihnen für Ihre Mitarbeit danken.

17

Bonn, Montag 29. Januar 1968

Sprecher: Amrehn, Barzel, Brauksiepe, Dufhues, Filbinger, Fricke, Gerstenmaier, Goppel, von Hassel, Heck, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Kraske, Lemke, Meyers, Röder, Schwarzhaupt, Stingl, Stoltenberg.

Wahlrechtsreform. Vorbereitung der Wahl eines Bundesschatzmeisters durch den Bundesausschuß. Teilnahme an den Sitzungen des Bundesvorstands. Verschiedenes.

Beginn: 10.30 Uhr *Ende: 14.45 Uhr*

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung des Bundesvorstands und begrüße Sie alle recht herzlich. Sie haben die Tagesordnung erhalten. Sie lautet: 1. Wahlrechtsreform, 2. Vorbereitung der Wahl eines Bundesschatzmeisters durch den Bundesausschuß, 3. Teilnahme an den Sitzungen des Bundesvorstands, 4. Verschiedenes. Ich habe veranlaßt, daß die Ministerpräsidenten, die der CDU angehören, heute mit eingeladen wurden, um zu einem Punkt oder mehreren Punkten, die z. T. sehr wichtig sind, Stellung zu nehmen. Wahrscheinlich werden wir unter Punkt „Verschiedenes" noch einige weitere aktuelle Probleme besprechen.

Ich schlage vor, daß wir gleich einsteigen in die Tagesordnung, und rufe auf den Punkt 1 der Tagesordnung: Wahlrechtsreform und bitte Herrn Dufhues, dazu zu berichten.

Wahlrechtsreform

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Beratungen über die Wahlrechtsreform hat die Kommission beendet. Herr Heck hat gemeint, daß sich die CDU noch nicht in der Opposition bewährt habe. Aber das ist nicht der Sinn der heutigen Beratungen. Ich möchte [dies] an den Anfang der heutigen Überlegungen stellen, ohne das ich dieses Thema weiter vertiefen möchte.

Sie werden sich erinnern, daß die Frage der Reform des Wahlrechts in den Vorbesprechungen und Beratungen über die Bildung der im November/Dezember 1966 zustande gekommenen Koalition eine ganz wesentliche Rolle gespielt hat. Es waren nicht wenige aus unseren Reihen, deren Bereitschaft zur Bildung und Durchführung einer Großen Koalition es geradezu davon abhängig machte, daß eine Wahlrechtsreform durchgeführt wurde. Und nicht wenige haben gerade aus diesem Grund ihre Zustimmung gegeben. Es waren auch nicht wenige, die der Wahlrechtsreform das Wort redeten, um in jedem Fall einer Verlängerung der Großen Koalition über das Jahr 1969 hinaus zu begegnen.

Ich glaube, wir tun gut daran, wenn wir das Problem der Wahlrechtsreform, insbesondere im Hinblick auf 1969 und 1973, durchaus sehen im Zusammenhang mit der Frage, ob die Fortsetzung der Großen Koalition wünschenswert ist oder nicht. Vielleicht ist es gut, wenn ich zu Beginn der Beratungen in Ihr Gedächtnis zurückrufe den Teil der Beratungen vom 13. Dezember 1966, der sich mit der Wahlrechtsreform befaßte.[1] Der Herr Bundeskanzler hat damals ausgeführt:

Die stärkste Absicherung gegen einen möglichen Mißbrauch der Macht ist der feste Wille der Partner der Großen Koalition, diese nur auf Zeit, also bis zum Ende dieser Legislaturperiode zu führen. Während dieser Zeit soll nach Auffassung der Bundesregierung ein neues Wahlrecht grundgesetzlich verankert werden, das für künftige Wahlen zum Deutschen Bundestag nach 1969 klare Mehrheiten ermöglicht. Dadurch wird ein institutioneller Zwang zur Beendigung der Großen Koalition und eine institutionelle Abwehr der Notwendigkeit zur Bildung von Koalitionen überhaupt geschaffen. Die Möglichkeit für ein Übergangswahlrecht für die Bundestagswahl 1969 wird von der Regierung geprüft.

Diese Regierungserklärung hat die Zustimmung der gesamten Bundesregierung, aber auch die Zustimmung der Großen Koalition gefunden, und sie sollte etwa der Ausgangspunkt unserer heutigen Überlegungen sein und bleiben.

Nach der Bildung der Regierung der Großen Koalition hat sich die CDU im Gegensatz zur SPD sehr bald mit dem Problem einer Wahlrechtsreform befaßt und im April 1967 eine Kommission gebildet, die sich mit den Problemen der Änderung des Wahlrechts befassen sollte.[2] Diese Kommission wurde gebildet aufgrund von Beschlüssen und Empfehlungen der Vorstände der CDU und CSU und entsprechender Beschlüsse der Bundestagsfraktion sowie der Landtagsfraktionen der CDU. Sie bestand aus insgesamt 23 Mitgliedern, von denen elf Mitglieder der Bundestagsfraktion der CDU/CSU angehören, von denen weitere zehn durch den Bundesvorstand der CDU benannt worden sind, darunter auch die Vertreter der Landtagsfraktionen, und schließlich aus zwei Vertretern der CSU.

Diese Kommission hat in mehreren Sitzungen getagt. Sie hat sich ebenso wie die Bundesregierung und der Bundesminister des Innern des Rates und der Unterstützung der Sachverständigen, insbesondere aus dem Bereich der Wissenschaft, bedient. Sie werden sich erinnern, daß der Bundesminister des Innern einen Beirat geschaffen hat, der viele Monate unter dem Vorsitz von Professor Eschenburg getagt hat, dem die Professoren Dürig, Ellwein, Hennis, Hermens, Scheuch und Scheuner angehörten.

Die Kommission, die mich zum Vorsitzenden gewählt hat, hat ihrerseits Wissenschaftler hinzugezogen, die uns nahestehen. Ich erinnere an die Wissenschaftler und

1 Vgl. Sten.Ber. 5 WP. 80. Sitzung vom 13. Dezember 1967 S. 3657.

2 Vgl. Nr. 16 Anm. 42. Dabei handelt es sich um die dort erwähnte „Dufhues-Kommission". Am 12. Januar 1968 beschloß die Kommission die Einführung des Mehrheitswahlrechts 1969 und die Verankerung im Grundgesetz zu empfehlen, vgl. CDU Presse Mitteilungen vom 12. Januar 1968.

Professoren Kaltefleiter[3], Hermens, Unkelbach und Wildenmann. Wir haben versucht, die gesamte Problematik der Wahlrechtsreform in ihren unterschiedlichen Aspekten zu beleuchten und zu einem Ergebnis zu kommen, das unter den vielseitigen Aspekten dieser Frage von der CDU zu verantworten sein sollte.

Bevor ich darüber berichte, ohne daß ich allzu sehr auf Einzelheiten eingehe, möchte ich allen danken, die an dieser Kommissionsarbeit mitgewirkt haben. Ich danke vor allem Herrn Kraske von der Bundesgeschäftsstelle, der sowohl bei der Vorarbeit wie bei der Unterstützung der Arbeit selbst nachhaltig mitgeholfen hat. Für mich überraschend war es, daß gerade am Tage des Abschlusses der Beratungen der Kommission, als wir das fruchtbare Ergebnis unserer langen Beratungen verkünden wollten, im Bundeskanzleramt, also hier im Hause, eine Zusammenkunft stattfand, in der die Spitzen von Parteien und Staat sich vereinten, um bereits (*Barzel:* Die Wehrmacht war nicht dabei!) der erstaunten Mitwelt zu verkünden, zu welchem Ergebnis man am Tage vor der Beendigung der Kommission gekommen sei.

Ich verstehe diese zeitliche Reihenfolge, die uns überrascht hat, dahin, daß die Partei und die Fraktion völlig unabhängig von dem, was in diesem Hause beraten worden ist, ihre Entscheidung treffen sollen und können; denn sonst hätten die Beratungen der von der Partei eingesetzten Kommission wenig Sinn gehabt.

Der Auftrag, der der Kommission gegeben wurde, war zu prüfen, ob eine Änderung des geltenden Wahlrechts notwendig und richtig sei, und für den Fall, daß diese Frage bejaht werden sollte, die weitere Frage zu beantworten, welchen Vorschlag die Kommission den Parteien der CDU und CSU, der Bundestagsfraktion und den Landtagsfraktionen machen könne, der einmal eine parlamentarische Mehrheit als Basis handlungsfähiger Regierungen möglichst gewährleistet und der zum zweiten die Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Demokratie stützen und sichern sollte.

Das war der Auftrag, wie er uns mitgegeben worden ist und den die Kommission zu erfüllen versucht hat. Dabei hat die Kommission alle verfassungsrechtlich zulässigen Wahlsysteme in den Bereich ihrer Erörterungen einbezogen. Sie hat darüber hinaus die Vorschläge berücksichtigt, die von einzelnen Mitgliedern der Kommission, aber auch Vorschläge, die von draußen an die Kommission herangetragen wurden. Im Laufe der Beratungen hat sich die Kommission insbesondere auch mit dem harmonisierenden Mehrheitswahlrecht, dem Vorschlag der Jungen Union auf dem Deutschlandtag in Berlin, befaßt. Sie hat in den Kreis ihrer Erwägungen einbezogen die Verhältniswahl in Vier-Mann-Wahlkreisen und schließlich das kombinierte Wahlrecht neben den Wahlrechten, deren Erörterung selbstverständlich und naheliegend war, einschließlich des

3 In der Vorlage: Klar. – Prof. Dr. Werner Kaltefleiter (1937–1998), Politologe; 1957–1961 Studium der Universität Köln (Diplom-Volkswirt), 1968 Promotion, ab 1971 Professor und Direktor des Instituts für Politische Wissenschaften an der Universität Kiel, 1970–1975 Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Verhältniswahlrechts, des Mehrheitswahlrechts, des absoluten Mehrheitswahlrechts usw.[4]

Ich halte es nicht für meine Pflicht und für meine Aufgabe, jetzt in diesem Kreis das Für und Wider der einzelnen Wahlsysteme näher zu erörtern. Falls das gewünscht wird, würde ich vorschlagen, Herrn Dr. Kraske, der zu dieser speziellen Frage sehr sorgfältig vor der Kommission berichtet hat, das Wort zu erteilen. Er wird sicherlich bereit sein, entsprechend den Darlegungen vor der Kommission auch hier das Für und Wider dieser einzelnen Wahlsysteme vorzutragen.

Im Laufe der Beratungen hat die Kommission auch den Präsidenten des Statistischen Bundesamts[5] gehört, der uns über die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Einteilung der Wahlkreise unterrichtet hat. Er hat uns ferner mitgeteilt, zu welchen Mandatszahlen man käme, wenn man ausgehend von den Wahlergebnissen des Jahres 1965 das Wahlrecht betrachte. Ich halte es nicht für notwendig und berechtigt, dieses Wahlergebnis jetzt im einzelnen darzulegen, ebenso wie ich es für falsch und für unfruchtbar gehalten habe, daß in der Öffentlichkeit unter Zugrundelegung der Wahlergebnisse von 1965, 1961 und 1957 erörtert wurde, zu welchen Ergebnissen ein relatives Mehrheitswahlrecht führen würde. Man verkennt völlig die Bedeutung eines derartigen Wahlrechts und die Auswirkungen, die ein derartiges Wahlrecht auf die Ergebnisse der Wahl hätte. Hier handelt es sich um Spekulationen, die mit der Wirklichkeit nur wenig zu tun haben. Deshalb sehe ich davon ab, diese Zahlen im einzelnen zu nennen, die uns Herr Schmidt, der Präsident des Statistischen Bundesamts, mitgeteilt hat.

Lassen Sie mich Ihnen jetzt kurz mitteilen die Ergebnisse der Beratungen des Wissenschaftlichen Beirats, (*Unruhe.*) – ich bitte um Nachsicht, Herr Kohl, daß Sie ein wenig warten müssen – der aufgrund seiner Beratungen folgende Empfehlungen ausgesprochen hat:

1. Der Beirat schlägt die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts vor, und zwar in der Form der Wahl aller Abgeordneten in Einerwahlkreisen.

2. Ein Mitglied des Beirats empfiehlt, 20 % der Sitze auf einer Ergänzungsliste zu vergeben, durch die das Gesamtergebnis der in den Wahlkreisen erzielten Mandatsverteilung anteilig verlängert wird (Prolongation des Wahlergebnisses).

3. Der Beirat empfiehlt eine Verstärkung des Einflusses der Bundesvorstände der Parteien auf die Auswahl der Kandidaten in Einerwahlkreisen. Die Mehrheit empfiehlt

4 Die JU sprach sich auf dem Deutschlandtag in Berlin (17.–19. November 1967) für eine „harmonisierendes Mehrheitswahlrecht" aus, das schon für die Bundestagswahl 1969 Gültigkeit haben sollte, vgl. Bundessekretariat der Jungen Union Deutschlands (Hg.): Beschlüsse des Deutschlandtages 1967 der Jungen Union Deutschlands. Bonn o. J. S. 19.

5 Patrick Schmidt (1907–1974), Diplom-Kaufmann; 1933–1941 Referent und später stv. Leiter der Forschungsstelle für Handel in Berlin, 1946–1950 Referent und kommissarischer Leiter des Statistischen Landesamts Bremen, 1950–1957 Leiter der Abteilung Handels- und Verkehrsstatistik im Statistischen Bundesamt, 1964–1972 Präsident des Statistischen Bundesamts. – Vgl. zur Untersuchung des Statistischen Bundesamts die „Welt" sowie die „Kölnische Rundschau" vom 10. Januar 1968 „Größere Chancen für die CDU?" bzw. „CDU-Sieg nach Mehrheitswahlen?".

hierfür ein Vorschlagsrecht der Bundesvorstände, während die Minderheit ein suspensives Veto der Bundesvorstände befürwortet.

4. Eine Minderheit befürwortet die Einführung einer Vorabstimmung der Wähler bei der Kandidatenauswahl.

5. Das neue Wahlrecht sollte so bald wie möglich eingeführt werden; würde indessen die Einführung für 1969 aus technischen oder politischen Gründen noch nicht erfolgen, wird ein Übergangswahlrecht für 1969 abgelehnt.

6. Eine abweichende Meinung zum Hauptvorschlag liegt als Sondervotum vor. Es ist ein Gutachten von Professor Dürig, der sich im wesentlichen für die Beibehaltung des bisherigen Wahlrechts einsetzt.[6]

Meine Damen und Herren! Das Ergebnis der Beratungen der Kommission der CDU/CSU liegt Ihnen vor. Es ist Ihnen auf meine Bitte bereits vor acht Tagen zugeleitet worden. Ich darf deshalb davon absehen, dieses Ergebnis noch einmal vorzutragen. Falls es gewünscht wird, bin ich allerdings gern dazu bereit.

Sie wissen, daß die Kommission mit Mehrheit gegen eine Minderheit, die ein Sondervotum abgegeben hat, das Sie gleichfalls hier finden, zu dem Ergebnis gekommen ist, der CDU/CSU die Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts in 500 Einerwahlkreisen zu empfehlen.

Ich verweise auf die Begründung, die in der Vorlage gegeben ist. Von Wiederholungen möchte ich absehen und mich darauf beschränken, den Vorschlag der Kommission in Einzelpunkten zu erläutern, die in der Vorlage nicht – jedenfalls nicht ausreichend – ihren Niederschlag gefunden haben. Das ist einmal die Frage, zu welchem Zeitpunkt das neue Wahlrecht eingeführt werden soll. Die Kommission war sich in der Mehrheit, die sich für die Einführung und die Empfehlung des relativen Mehrheitswahlrechts ausgesprochen hat, darin einig, daß die Wahlrechtsreform für das Jahr 1969 eingeführt werden sollte.

Die Kommission der Sachverständigen des Bundesinnenministeriums hat darauf hingewiesen, daß die Einführung eines Wahlrechts zum nächsten Wahltermin in keiner Weise eine Verletzung demokratischer Grundsätze darstelle, wie es gelegentlich in der Öffentlichkeit, insbesondere von den Betroffenen, behauptet wird.[7] Alle staatspolitischen Gründe – so wird ausgeführt – sprechen dafür, daß man eine für richtig erkannte Lösung zum nächstmöglichen Zeitpunkt einführt. Wir sollten – ich erwähnte es bereits – diese Frage der Festlegung des Termins, zu dem das Wahlrecht eingeführt werden sollte, auch im Zusammenhang mit der Problematik der Fortsetzung oder Nichtfortsetzung der Großen Koalition sehen.

Im übrigen halte ich es nicht für ein sehr überzeugendes Argument, wenn das neueste Mitglied des Zentralkomitees der Katholiken, Herr Leber[8], meint, für das Jahr 1969

6 Druck des Sondervotums von Dürig in: Zur Neugestaltung des Bundestagswahlrechts S. 57–61. Vgl. auch „Münchner Merkur" vom 4. Januar 1968 „Mehrheitswahl verfassungsrechtlich schon ‚tot'".

7 Vgl. Zur Neugestaltung des Bundestagswahlrechts S. 50.

8 Georg Leber gehörte dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken von 1967–1971 an.

dürfte das Wahlrecht noch nicht eingeführt werden, weil die SPD bis dahin noch nicht einen ausreichenden Einfluß innerhalb der katholischen Wählerschaft habe. Das scheint mir nicht das stärkste Argument zu sein. (*Kohl:* Er hat vielleicht gemeint, bei den Bischöfen!) Nun ja, da gibt es sicher Unterschiede.

Wenn wir aber zu dem Ergebnis kommen, daß die Reform des Wahlrechts bereits im Jahre 1969 durchgeführt werden soll, dann stellt sich in der Tat zunächst die Frage, ob für das Jahr 1969 ein Übergangswahlrecht eingeführt werden soll, oder ob man sich darauf beschränkt, daß das endgültig vorzuschlagende und vorzusehende Wahlrecht bereits für das Jahr 1969 eingeführt wird.

Die Kommission, die sich für das relative Mehrheitswahlrecht ausgesprochen hat, war einstimmig der Meinung, daß man von einem Übergangswahlrecht mit einer Erhöhung des Prozentsatzes oder von der Notwendigkeit der zusätzlichen Einführung von Direktmandaten in einem Wahlkreis bis zu drei Wahlkreisen absehen sollte. Gegen eine solche Regelung sind mit Recht schwerwiegende verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht worden, ganz abgesehen von dem Argument, daß ein Wahlrecht, das nur für eine Wahl eingeführt werden soll, auch irritierend und störend in der Wählerschaft empfunden werden würde.

Der Vorschlag geht also dahin, dieses relative Mehrheitswahlrecht, wie es Ihnen empfohlen wird, bereits einzuführen für das Jahr 1969, allerdings von einem reinen Übergangswahlrecht, das speziell nur die Probleme des Jahres 1969 lösen soll, abzusehen.

Die zweite Frage war, ob im Zusammenhang mit der Einführung des relativen Mehrheitswahlrechts Nachwahlen vorgesehen werden sollten, oder ob man sich auf die Aufstellung von Ersatzkandidaten einigen sollte? Das Problem ist nicht von geringer Bedeutung, wenn Sie daran denken, daß z. B. in der Legislaturperiode von 1961 bis 1965 58 Abgeordnete ausgefallen sind.[9] Wir haben also mit einer erheblichen Zahl von Nachwahlen oder der Inanspruchnahme von Ersatzkandidaten zu rechnen.

Die Kommission empfiehlt Ihnen, von der Aufstellung von Vertretern abzusehen. Diese Regelung würde erhebliche Schwierigkeiten haben. Es sind nicht zuletzt die Gesichtspunkte des Verhältnisses des Abgeordneten zu seinem Wahlkreis, das gestört werden könnte, wenn es neben dem Abgeordneten aus dem Wahlkreis X noch einen oder gar zwei Kronprinzen gäbe, die im Wahlkreis selbst tätig sind, während sich der Abgeordnete hier in Bonn für das Wohl des Volkes verzehrt. Man meinte, daß das ein Faktor der Beunruhigung für die hier tätigen Abgeordneten sein könnte.

Diese und andere Gesichtspunkte lassen es auch unter positiven Aspekten – über Prüfung [sic!] der Stimmung in der Bevölkerung ist man nicht mehr so sehr auf Meinungsumfragen angewiesen wie bisher – wünschenswert erscheinen, daß man sich, wenn man das relative Mehrheitswahlrecht empfiehlt, für Nachwahlen einsetzt und nicht für die Aufstellung von einem oder zwei Ersatzkandidaten in den einzelnen Wahlkreisen. Sie erinnern sich, daß ich mehrfach eingegangen bin auf die Frage, ob eine

9 Tatsächlich waren in der 4. WP des Bundestags 35 Abgeordnete während der Mandatszeit verstorben, 24 hatten ihr Mandat niedergelegt, vgl. DATENHANDBUCH 1 S. 403.

Bundesergänzungsliste eingeführt werden soll oder nicht. Diese Bundesergänzungsliste hat keine Billigung und Anerkennung in der Kommission gefunden. Man ist der Meinung, daß über die Bundesergänzungsliste weit mehr das Bedürfnis der Befriedigung der Wünsche von Verbänden und Organisationen als die Notwendigkeit, fach- und sachkundige Kräfte für die Bundestagsfraktion zu gewinnen, zu erfüllen ist, insbesondere auch das Bedürfnis nach verstärkter Berücksichtigung der Frauen. Auf der anderen Seite schien es nicht tragbar, die Berücksichtigung dieser Notwendigkeiten – die Berücksichtigung der Frauen, einzelner Bezirke und der Führungskräfte – ausschließlich den Wahlkreisen zu überlassen.

Deshalb hat man sich im Einvernehmen mit der Sachverständigenkommission des Bundesministers des Innern dafür entschieden, den Einfluß der Landes- und der Bundesvorstände der Parteien zu verstärken und ihnen sowohl hinsichtlich der Aufstellung der Kandidaten ein Empfehlungsrecht wie auch hinsichtlich der aufgestellten Kandidaten ein Vetorecht zu geben, wobei allerdings letztlich entsprechend der Regelung, die wir jetzt im Bundestagswahlgesetz haben, das Entscheidungsrecht der Kreise und der dort zuständigen Gremien unberührt bleibt, aber der Einfluß des Bundesvorstands verstärkt werden soll.

Schließlich blieb die Frage, ob die Reform des Wahlrechts im Grundgesetz abgesichert werden soll oder nicht. Gegen eine Absicherung bestehen verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedenken nicht; man ist zwar im Gegenteil der Meinung, daß nach Möglichkeit die verfassungsrechtliche Verankerung des Wahlrechts angestrebt werden sollte, allerdings weise ich hin auf die Schwierigkeiten, die sich bei der Beratung dieser Frage nicht nur im Bundestag, sondern vor allem auch im Bundesrat ergeben würden, in dem der Einfluß der FDP relativ stärker ist als im Bundestag. Man wird nur mit sehr kritischen Gedanken den Weg dieses Gesetzes durch den Bundesrat begleiten können.

Für den Fall, daß eine verfassungsändernde, d. h. Zweidrittelmehrheit im Bundestag oder Bundesrat nicht zu erreichen sein sollte, empfiehlt die Kommission, in jedem Fall die Reform des Wahlrechts durch ein einfaches Gesetz durchzuführen.

Das waren die tragenden Gesichtspunkte, die wir in der Kommission beraten haben. Wir haben uns – das entsprach auch dem Auftrag des Bundesvorstands – nicht befaßt mit anderen verfassungsrechtlichen Problemen, wie z. B. der Änderung der Legislaturperiode oder der Auflösung des Parlaments. Es besteht kein zwingender Grund, diese Frage im Zusammenhang mit einer Reform des Wahlrechts neu zu ordnen. Sie können neu geordnet werden, aber das im einzelnen zu prüfen, schien nicht die Aufgabe der Kommission zu sein.

Ich darf mich, Herr Bundeskanzler, auf diese Ausführungen beschränken. (*Beifall.*)

Kiesinger: Danke sehr! Auch ich möchte herzlich denen danken, die sich an dieser Arbeit beteiligt haben. Ich darf nun auch meinerseits einen Bericht über die aktuelle Situation dieser Frage geben. Wir dürfen ja nicht mit der Stange im Nebel herumfuchteln.

Die Ausgangslage war so, daß das, was in der Regierungserklärung kam, gebilligt wurde und auf einer Koalitionsabsprache beruhte, der die beiden Fraktionen nur inso-

fern zugestimmt haben, als sie der Intention, die da ausgesprochen wurde, nicht widersprachen. Beide Fraktionen haben sich – der Herr Fraktionsvorsitzende möge mich berichtigen, wenn ich etwas Falsches sage –, soweit ich mich erinnere, ihre Entscheidung vorbehalten. (*Barzel:* Es war so, daß die Regierung ihre Absicht verkündet hat, eine Vorlage zu machen.) Soweit ging es, aber am Ende stand der Vorbehalt der Fraktionen.

In der Zwischenzeit ist deutlich geworden, daß es der SPD offenbar außerordentlich schwerfällt, in der Wahlrechtsfrage eine Einigung zu erreichen. Es hat zwar Stimmen gegeben auf Bezirks- und anderen Parteitagen, die diese Absicht unterstützt haben, aber dann hat es wieder – wie etwa in Bayern – eine scharfe Gegenresolution gegeben gegen Bremen.[10] Ich prophezeie nicht falsch, wenn ich sage, daß sich das in der nächsten Zeit häufen wird. Mit anderen Worten, es würde eines großen Optimismus bedürfen, wenn man annähme, daß sich eine genügende Mehrheit innerhalb der SPD, auch nur für die übernächste Bundestagswahl, finden werde. Der Grund für das Zögern ist klar. Man hat ihnen von verschiedenen Seiten vorgerechnet, daß sie der Verlierer, der Leidtragende einer solchen Wahlrechtsreform sein würden, was ich für gar nicht ausgemacht halte. Das ist nämlich nicht unbedingt zu sagen. In Bayern könnte man sagen, daß bei der Einführung des Mehrheitswahlrechts die SPD sicher der Leidtragende wäre, deshalb auch die Reaktion dort, aber andere Regionen – auch Baden-Württemberg – hätten wohl andere Ergebnisse. Immerhin, die Gesamtberechnungen, die ich gesehen habe, laufen darauf hinaus, daß eine erhebliche Begünstigung der CDU und der CSU einträte. Das ist das eine.

Das andere ist – wie überall, so auch bei uns – der Widerstand einzelner Gruppen. Das sind die über die Liste gewählten Abgeordneten, die sich natürlich zur Wehr setzen; wenigstens ein großer Teil von ihnen. Das sind Gruppen, die mit Recht sagen: Wenn das Mehrheitswahlrecht eingeführt wird, haben wir keine Chance; z. B. die Frauen. Das alles macht die Aussichten für die Einführung des Mehrheitswahlrechts äußerst problematisch. Nach meiner Meinung stehen wir vor folgender Situation: Die SPD-Führung muß, weil diese Koalitionsvereinbarung in der Regierungserklärung angekündigt worden ist, auch wenn sie innerlich bereits aufgegeben oder vielleicht von vornherein nicht recht gewollt haben sollte, den Kampf äußerlich weiterführen. Sie muß also weiter erklären: Wir sind für die Einführung, aber das letzte Wort hierzu hat der Parteitag.

Ich will zu den Ergebnissen unserer Kommission nichts mehr hinzufügen, sondern nur noch einige Gedanken zum Ausdruck bringen. Ich halte die Einführung des Mehrheitswahlrechts für eine außerordentlich wichtige Sache. Je länger ich mich in der Zwischenzeit – ich gehörte gar nicht zu den Dogmatikern des Mehrheitswahlrechts – damit befaßt habe, desto mehr bin ich davon überzeugt worden, daß es eine der wichtigsten

10 Die Bremer SPD hatte im November 1967 ihrem Koalitionspartner FDP zugesichert, gegen einen Entwurf zur Änderung des Bundestagswahlrechts zu stimmen, vgl. „Rheinische Post" vom 13. November 1967. – Auch die bayerische SPD hatte sich auf einem außerordentlichen Landesparteitag in Nürnberg am 28. Januar 1968 gegen die Einführung eines Mehrheitswahlrechts ausgesprochen, vgl. „Stuttgarter Zeitung" vom 29. Januar 1968.

Entscheidungen wäre, die wir überhaupt für die deutsche Demokratie treffen könnten. Aber das ist ja nicht das aktuelle Problem. Das aktuelle Problem ist: a) Bekommen wir es so durch, wie wir es gewollt haben, und zwar mit Einbau ins Grundgesetz – dazu ist eine Zweidrittelmehrheit sowohl des Bundestags als auch des Bundesrats notwendig –, b) wenn nicht, dann ein einfaches Gesetz.

Bei beidem – so muß man sagen – ist die Stimmung in der SPD nicht sehr positiv. Scharf ist die Stimmung in der SPD – auch in der Führungsgruppe – gegen die Einführung des Mehrheitswahlrechts für das Jahr 1969, ganz gleich, ob ein Übergangswahlrecht oder das Vorziehen der Entscheidung des Mehrheitswahlrechts aus sehr naheliegenden Gründen. Die SPD weiß, daß dann natürlich die Entscheidung, wie wir sie vom Mehrheitswahlrecht erwarten, kommt, daß nämlich eine Partei mit großer Wahrscheinlichkeit die Mehrheit bekommen wird. Sie traut sich aber für das Jahr 1969 nicht zu, die siegende Partei zu sein.

Wir brauchen uns nicht sehr viel Gedanken darüber zu machen, ob sich dieses Mehrheitswahlrecht für 1969 realisieren läßt. Ich glaube, dieser Zug ist abgefahren. Trotzdem braucht man nicht taktisch diese Waffe gleich beiseite zu legen. Außerdem hat die Einführung des Mehrheitswahlrechts für 1969 durch ein einfaches Gesetz einige Schwächen. Es kommt in die Koalitionsverhandlungen hinein. Es wird bei den Länderwahlen noch eine Rolle spielen, z. B. bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg usw. Nach meiner Meinung müssen wir eben so vorgehen, daß wir ganz stetig für die Einführung des reinen Mehrheitswahlrechts für die übernächste Bundestagswahl eintreten. Die SPD muß sich in unserem Kielwasser mitbewegen. Sie rechnen natürlich damit, daß ihre Parteigremien schließlich dazu nicht ihre Zustimmung geben werden. Gut, dann ist vor aller Öffentlichkeit dokumentiert, woran es scheiterte.

Wir werden unseren Kampf so führen müssen; aber das ist dann auf alle Fälle auch eine politische Niederlage der Großen Koalition als solche, und das geht auch auf unsere Rechnung. Das läßt sich nicht vermeiden. Man muß eben bestimmte bedeutende Projekte, auch auf die Gefahr hin, daß man damit unterliegen könnte, anpacken. Das haben wir in der Geschichte der vergangenen letzten 20 Jahren des öfteren erlebt. Ich erinnere mich noch an meinen 50. Geburtstag im Jahre 1954. Damals bin ich mitten auf dem Atlantik gewesen. Es ging da um die EVG. Einer der führenden Leute der Fraktion sagte mir, wenn die EVG in Paris jetzt scheitert[11], dann ist Adenauers Politik gescheitert. Ich sagte ihm: Nein, dann ist Adenauers EVG-Politik gescheitert, aber nicht Adenauers Politik. Sie werden erleben, daß das dann eben auf einem anderen Geleise weitergeht. – Und so ist es ja auch dann gekommen.

Wir müssen also dieses Risiko tragen. Ich sage das jetzt mit dem ausdrücklichen Hinweis, daß um Himmels willen nichts aus diesem Kreis hinausdringt, daß innerhalb des CDU-Bundesvorstands und vom Kanzler Skepsis geäußert worden sei über die Aussichten des Wahlrechts. Wenn das geschieht, haben wir natürlich in diesem takti-

11 Die französische Nationalversammlung hatte in der Nacht vom 30. zum 31. August 1954 dem Antrag zur Verwerfung des EVG-Vertrags mit 319 gegen 264 Stimmen bei zwölf Enthaltungen stattgegeben, vgl. AdG 1954 S. 4705–4711. Vgl. Nr. 2 Anm. 54.

schen Kampf von vornherein eine Bataille verloren. Deshalb mein Vorschlag: Wir einigen uns darauf, so voranzugehen, wie es Herr Dufhues vorgeschlagen hat. Von 1969 würde ich abraten. Diese Schlacht verlieren wir ganz sicher. Und niemand dankt es uns. Wir kriegen nur – auch in den eigenen Reihen –, nicht ohne Grund, scharfen Widerspruch. Die Fraktion – das habe ich deutlich gemerkt – würde in der Frage „Einführung eines Wahlrechts für 1969" auseinanderfallen. (*Bewegung und Unruhe. – Barzel:* Nein!) Herr Dr. Barzel, ich kann Ihnen nur sagen, daß das mein fester Eindruck ist, den ich bekommen habe. Sie bestätigen es nicht. Aber ich sehe nicht ein, warum wir das in Kauf nehmen sollen, wenn wir von vornherein wissen, daß die ganze Geschichte für die Katz ist. Es geht auch um existentielle Probleme – das wollen wir uns doch nicht verbergen –, wenn Leute so kurz vor die Tür gesetzt werden, denen man vielleicht zumuten kann, das in Kauf zu nehmen für die übernächste Bundestagswahl. Ich meine also, normalerweise für 1973. Ich würde also sagen, hier nicht weitermachen.

Es steht in der Erklärung hier drin – das ist an sich der richtige psychologische Gedanke: Das Wahlrecht soll nicht dazu dasein, andere Parteien aus dem Bundestag herauszuhalten. Für mich wäre das der einzige Grund, der mich hätte kämpfen lassen für die Einführung eines Übergangswahlrechts oder für das Vorziehen, weil unsere ganze Außenpolitik darauf angewiesen ist. Mehr als bisher haben wir nun alles darauf gesetzt, in diesem Ringen mit der Sowjetunion, die uns verteufelt, gegen die Sowjetunion Vertrauen in der Welt zu gewinnen, die Probleme zu lösen, aber wenn eine Partei in den Bundestag einziehen sollte, die vom Ausland gar nicht gekannt wird, die man im Ausland als eine neonazistische Partei ansieht – man braucht sich nur die inzwischen überall angelaufene Propaganda anzusehen –, dann werden wir in diesen politischen Anstrengungen gewaltig zurückgeworfen. Daran ist gar kein Zweifel. Ich sage also – das ist mir klar –, daß dieser Satz mehr propagandistisch-psychologischen Wert hat. Jeder wäre froh, wenn wir auf irgendeine institutionelle Weise verhindern könnten, daß die NPD in den nächsten Bundestag einzieht. Aber das ist einfach nicht drin. Ich sehe keine Verwirklichungsmöglichkeit. Deswegen meine ich, wir sollten die Hände davon lassen.

Es interessiert mich allerdings, was Herr Barzel von der Fraktion aus noch dazu meint. Wenn er hier ein erheblich optimistischeres Bild hat, müßte man sich taktisch die Frage anders überlegen. Durchkommen aber tun wir, auch mit dem einfachen Gesetz, ganz sicher nicht.

Heck: Herr Bundeskanzler! Bei den ganzen Überlegungen sollten wir, da es sich zu einem beträchtlichen Teil um taktische Probleme handelt, davon ausgehen, was von den Sozialdemokraten mit uns vor der Regierungserklärung in Aussicht genommen worden ist. In all den Fällen, in denen wir davon abweichen und jetzt den Sozialdemokraten mit anderen Vorschlägen kommen, geben wir ihnen nur Gelegenheit, aus dem Obligo herauszukommen.

Deswegen möchte ich auch glauben, daß Herr Dufhues bei seiner Wertung des Koalitionsgespräches nicht ganz berücksichtigt hat, daß wir als Mitglieder der Regierung in diesem Koalitionsgespräch eigentlich in dem Augenblick gebunden waren, uns in dem Rahmen zu bewegen, auf den uns die Sozialdemokraten festgenagelt haben.

Zweitens war es nicht einmal so, daß die Sozialdemokraten darauf drängten, daß hier Entscheidungen fallen, sondern es war der Innenminister, der darauf drängte, und zwar mit dem Hinweis auf Fristensetzung. Deswegen sollten wir uns von vornherein nicht weiter damit beschäftigen, was die Kommission vorgeschlagen hat und nicht gedeckt ist durch das, was zwischen den Sozialdemokraten und uns vor der Regierungsbildung in Aussicht genommen worden ist, was von diesem Bundesvorstand übrigens auch in der Regierungserklärung gebilligt wurde. Wir würden nur den Sozialdemokraten die Möglichkeit geben, nun zu sagen, daß wir auf einmal etwas ganz anderes wollten.

Ich habe den festen Eindruck gewonnen, daß die führenden Persönlichkeiten der Sozialdemokraten – auch diejenigen, die die Einführung des Mehrheitswahlrechts für die Stabilisierung der demokratischen Verhältnisse in die Zukunft hinein für notwendig halten – keine Chance mehr sehen, das in ihrer Partei durchzusetzen. Ich meine deshalb, wir sollten das, was vereinbart worden ist, was gemeinsam in Aussicht genommen worden ist, von uns aus stetig weiter verfolgen. Die Sozialdemokraten kommen ja an einen Punkt, wo es öffentlich zum Schwur kommt; denn sie haben erklärt – und das ist eine Tatsache, die wir zur Kenntnis nehmen müssen, das geht auch auf einen Beschluß des Parteitags zurück vor der Großen Koalition[12] –, daß das letzte Wort bei ihnen der Parteitag habe.

So, wie die Dinge jetzt laufen, können wir mit ziemlicher Sicherheit damit rechnen, daß die sozialdemokratische Führung auf einem solchen Parteitag eine klare Abfuhr erleiden wird. (*Kohl:* Und haben will!) Und haben will! Das ist zu einem beträchtlichen Teil so. Ich würde es aber nicht unterstellen. Ich gehe lediglich davon aus, wie die Dinge dann für die Öffentlichkeit aussehen.

Es wird also mit Sicherheit der Zeitpunkt kommen, wo für die deutsche Öffentlichkeit aufgrund eines sozialdemokratischen Parteitags sichtbar wird, an wem die Wahlrechtsreform gescheitert ist. Die führenden Persönlichkeiten müssen allerdings vor einem solchen Parteitag fechten, und wenn sie nur ein Spiegelgefecht vorführen, aber wir können davon ausgehen, daß das auch die Presse durchschauen wird.

Ich halte es deshalb politisch-publizistisch und taktisch für richtig, daß wir weiterhin von uns aus die Notwendigkeit und die Nützlichkeit der Wahlrechtsreform vertreten und auf die Verantwortung deutlich hinweisen. Wir können mit einiger Befriedigung feststellen, daß die führenden Persönlichkeiten der SPD das genauso sehen wie wir. Wir können einige Besorgnis aber äußern, ob diese Persönlichkeiten sich in ihrer Partei durchsetzen werden.

Ich meine also, so sollten wir das Thema weiter behandeln, aber materiell-inhaltlich nur in dem Rahmen, der durch die Koalitionsvereinbarung gedeckt ist.

Kiesinger: Bevor ich das Wort weiter erteile, möchte ich sagen, völlig aufgegeben habe ich die Hoffnung, daß man eine Mehrheit der SPD bekommen kann, nicht. Es

12 Vom 1.–5. Juni 1966 hatte der 12. Ordentliche Parteitag der SPD in Dortmund stattgefunden, vgl. AdG 1966 S. 12543–12547. Die SPD sprach sich für die Einführung eines Notstandsrechts aus, vgl. „Welt" vom 6. Juni 1966. Druck: SPD, PARTEITAG 1966.

wird auch weiter gekämpft von einigen Leuten in der SPD. Ich will also nicht den Eindruck erwecken, als ob jetzt nur noch taktisch gehandelt würde. Aber ich wiederhole, man muß großen Optimismus haben, wenn man das für das Jahr 1973 erwartet.

Klepsch: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich hatte in der letzten Sitzung Gelegenheit gehabt, meine Meinung zur Entwicklung der Wahlrechtsfrage darzulegen. Deshalb möchte ich mich jetzt auf drei Bemerkungen beschränken. Wir sollten uns heute darüber schlüssig werden, ob wir taktisch über die Sache nachdenken, oder ob wir tatsächlich eine Wahlrechtsreform noch durchsetzen wollen. Wenn wir sie durchsetzen wollen, dann würde ich allerdings dringend darum bitten, daß wir die mit leichter Hand beiseite geschobenen anderen Erwägungen – z. B. das sogenannte harmonisierende Mehrheitswahlrecht – berücksichtigen. (*Stoltenberg:* Verfassungsrechtliche Bedenken!) Nein, Herr Stoltenberg, das ist eben falsch. Wir haben mit dem Kronjuristen darüber gesprochen. Nach seinem eigenen Einlassen war es verfassungsrechtlich nur noch bedenklich. (*Zuruf:* Das hat doch Herr Stoltenberg gesagt! – *Unruhe.*) Wenn man eine Mehrheit gewinnen will in diesem Bundestag, ob für 1969 oder für 1973, dann wird man sie für das relative Mehrheitswahlrecht nicht herbeiführen können. Das liegt für mich ganz klar auf der Hand. Der Kollege Lücke hat sich darum bemüht, zweifelnde Gemüter zu bewegen. Wir haben ihm klipp und klar gesagt, das ist keine Lösung. Wenn wir eine wirkliche Wahlrechtsreform mit dem Ziel der Polarisierung auf zwei Parteien haben wollen, dann müssen wir uns überlegen, ob wir das nicht anders machen, als wie wir es bisher angefangen haben.

Der Deutschlandtag der Jungen Union hat sich in seiner letzten Sitzung damit beschäftigt und ist dafür, daß wir die Wahlrechtsreform weiter betreiben, aber er meint, wenn wir ganz aussichtslos der Öffentlichkeit nur noch den Nachweis zu führen versuchen, es scheitert nicht an uns, so bleibt eigentlich nur übrig die Niederlage der CDU. Und das möchte ich gerade vermieden sehen.

Vielleicht könnte man doch, Herr Bundeskanzler, eine Meinungsäußerung darüber herbeiführen, ob wir vor 1969 in der Wahlrechtsfrage weiterkommen wollen. Wenn wir jetzt in dieser Frage so auseinandergehen, daß wir nur mit der SPD in Kontakt bleiben und daß nichts entschieden wird, so bin ich ziemlich sicher, wie die SPD auf ihrem Parteitag entscheiden wird, und zwar nach dem, was ich jetzt aus SPD-Kreisen höre. Wir sollten deshalb für uns eine Entwicklungsmöglichkeit suchen, die uns der Öffentlichkeit gegenüber in ein besseres Licht rückt.

Barzel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Nach alledem, was gesagt worden ist, kann ich mich sehr kurz fassen. Ich möchte zwei Dinge zunächst vorwegnehmen. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU, von der verschiedentlich gesprochen worden ist, hat in der letzten Sitzung vor Weihnachten ihre Auffassung zu den Grundfragen der Arbeit dieses Jahres festgelegt.[13]

1. Zum Wahlrecht: Die Fraktion erwartet, daß die Bundesregierung, wie verabredet, die Vorlage zur Wahlrechtsänderung und die Vorlage zur Neueinteilung der Bundes-

13 Die Sitzung fand am 12. Dezember 1967 statt (ACDP 08-001-1015/2), in der Sitzung am 23. Januar 1968 (ACDP 08-001-1015/2) wiederholte Barzel die Arbeitsplanung für 1968.

tagswahlkreise im Januar vorlegt. Die Fraktion sei offen auch für eine Wahlrechtsänderung bereits für das Jahr 1969.

Das ist die Haltung der Fraktion. Darüber brauchen wir also nicht zu rätseln.

2. Zu den Tatsachen: In diesem Koalitionsgespräch, das stattgefunden hat,[14] bevor unser Arbeitskreis [getagt hat], der heute dankenswerterweise berichtet hat, wurde gesagt: Die Beteiligten erwarten, daß die Bundesregierung noch vor Ostern dieses Jahres Gesetze vorlegt, die die Einführung eines Mehrheitswahlrechts für die übernächste Bundestagswahl vorsehen und dieses Wahlrecht im Grundgesetz verankern.

Ich plädiere dafür, diesem Satz heute durch diesen Bundesvorstand zuzustimmen.

Das Zweite ist die Auswirkung des Beschlusses, den wir heute fassen, der nicht nur mit Wahlrecht, sondern auch mit vielen anderen Dingen zu tun hat. Wenn wir uns heute nur taktisch einließen oder unter uns sagten, es kommt doch nicht, dann gebe ich Ihnen Brief und Siegel, daß wir in vier Wochen ebenso ein freundliches Halali zum Schluß der Jagd hinsichtlich der Notstandsgesetzgebung, der Finanzverfassungsreform und der anderen großen Reformwerke, die auf der Tagesordnung dieses Jahres stehen, blasen werden. Wir müssen deshalb ernsthaft versuchen, das, was die Kommission verabredet hat, durchzubringen, schon um in den anderen Dingen nicht ähnlich notleidend zu werden; denn der Koalitionspartner wird sich nicht erlauben können, alle großen Reformen an seinem Widerstand scheitern zu lassen.

Zum Fahrplan würde ich empfehlen, daß wir – ich hoffe, daß heute so beschlossen wird – dem hier beitreten, daß im Februar Herr Dufhues den Bericht der gemeinsamen Kommission, die auf Anregung der Fraktion zustande gekommen ist, der Fraktion gibt, daß wir dann im März die Vorlage der Bundesregierung im Bundesrat sehen, und zwar mit geziemendem Abstand, wobei „geziemend" sowohl „nah" wie auch „fern" heißen kann; daß wir nach der Wahl in Baden-Württemberg die erste Lesung im Deutschen Bundestag haben, und zwar mit einer Verdichtung der endgültigen Meinung der Bundestagsfraktion der CDU/CSU.

Ich möchte darauf hinweisen, daß nach meiner Sicht hier zwar keine direkten Zusammenhänge, aber mindestens doch klimatische Mitprobleme – ich bin ganz vorsichtig – zu sehen sind. Es wird spätestens nach der Wahl in Baden-Württemberg und der dortigen Entscheidung über die Bildung der Regierung hier in Bonn mit Gesprächen angefangen über das, was im Jahre 1969 im Bund sein soll. Die Bundespräsidentenwahl wird dann bereits ihre Schatten vorauswerfen. Ich würde mich weigern, hier Junktime herzustellen, aber wir müssen unter uns wissen, was wir in der Frage wollen, wenn wir nicht auseinandergenommen werden wollen.

In diesem Zusammenhang bitte ich – und das nicht nur taktisch –, auch die Frage zu sehen und zu beantworten, wie es mit der verfassungsmäßigen Verankerung ist. Wenn wir es machen, hat dies Einfluß und Auswirkungen auf die Entscheidung für 1969, die wir koalitionspolitisch zu fassen haben, so oder so herum. Ich persönlich sehe keine Schwierigkeiten für die Bundesregierung oder für die CDU, wenn wir hier nicht durch-

14 Vermerk über das Koalitionsgespräch am 11. Januar 1968 in ACDP 01–226–010.

kommen. Die Bundesregierung wird gut beraten sein, wenn sie das tut, was sie angekündigt hat, nämlich dem Haus, das hier zu entscheiden hat, die technische Hilfe zur Verfügung zu stellen. Sie hat lediglich erklärt, sie habe die Absicht, eine Vorlage vorzulegen. Damit ist sie nicht im Prestige, wenn das nicht durchgeht. Das Haus soll das entscheiden. Dann ist die Regierung ein bißchen heraus.

Was uns betrifft, so kann man natürlich sagen, wenn sich die stärkste Partei nicht durchsetzt, wäre das blamabel. Man kann aber auch die Sache genauso gut umdrehen und sagen: Wir haben das versucht, aber der Gesetzgeber hat es nicht gemacht. Jetzt appellieren wir an dich, lieber Wähler, tu das, was wir für vernünftig gehalten haben, nämlich lehne du durch deine Wahl die Radikalen ab und gib uns die absolute Mehrheit. – Das ist, glaube ich, eine zügige Sache, die allerdings aus meiner Sicht, falls man es so verantworten sollte, nur möglich ist, wenn die Entscheidung im Sommer oder im Herbst fällt.

Ich plädiere also dafür, daß wir ohne präzise Aussage oder Absage zum Übergangswahlrecht oder ähnlichem – keiner weiß, vor welchen Notwendigkeiten wir im April oder Mai stehen, vielleicht auch, wenn andere an uns herantreten – uns auf diesen kleinen Satz beschränken, daß wir dieser Linie folgen, die der Koalitionsabrede entspricht, auch der erneuerten Koalitionsabrede vom Januar. Ich kann hier leichter votieren, als ich nicht beteiligt war und mit der terminlichen Behandlung nicht einverstanden bin. Aber jetzt ist die Sache so gelaufen, und wir sollten so weiter verfahren.

Meyers: Für 1969 ist mit der Einführung des endgültigen Wahlrechts nicht zu rechnen.

Kiesinger: Ich möchte eine kleine Einschränkung machen. Herr Barzel hat es angedeutet. Es könnte bei der SPD ein Stimmungsumschwung eintreten nach der Wahl in Baden-Württemberg. Nehmen Sie dort einen großen Erfolg der NPD an ... (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Es gibt einzelne Prognosen, die einen Erfolg der NPD auf Kosten der SPD prophezeien. Ich will nur sagen, wenn das passieren würde.

Meyers: Ein Übergangswahlrecht halten auch unsere eigenen Anhänger für schlecht. Ich habe gestern in einem niederrheinischen Wahlkreis mit einer großen Versammlung darüber diskutiert.[15] Dort wurde gesagt: Das ist eine Manipulation, um die NPD auszuschalten. Das wird also von der Bevölkerung mit Gegenreaktionen beantwortet, indem sie dann nämlich eine „Trotzwahl" macht.

Also müssen wir versuchen, das Wahlrecht schon 1969 zu schaffen. Wenn es aber erst 1973 kommt, dann müssen wir damit rechnen, daß im Jahre 1969 die NPD in den Bundestag kommt. Dann ist also die Gefahr, wenn es uns nicht gelingt, den Fahrplan, den Herr Barzel vorgetragen hat, durchzuführen, daß es nicht in die Verfassung kommt. Ich habe den Eindruck, daß die SPD in sich gespalten ist, daß ein Teil, nur um nicht wortbrüchig zu werden, so tut, als ob, daß sie sich aber das Votum ihrer Hinterbänkler auf dem Parteitag bestellt, und der Parteitag gibt ihnen dann die Ausrede für 1973. Das ist eine sehr bedenkliche Entwicklung. Davon habe ich in mehreren Gesprächen mit

15 Nicht ermittelt.

SPD-Leuten und FDP-Leuten gehört. Sie wollen dabei gegenüber der FDP als Retter der FDP gelten. Sie wollen ein Grabenwahlrecht, wie wir das 1956 schon einmal erlebt haben.[16] Ein großer Teil der SPD hat dabei im Auge, sie könne bei der nächsten Wahl zusammen mit der FDP die Regierung bilden. Das geht bis in die Kreise der Bundesregierung hinein, wo Leute sich davon einen Auftrieb für sich selbst versprechen.

Deswegen müssen wir ganz klare Verhältnisse mit der SPD schaffen. Wir dürfen nicht in den Verdacht kommen, daß wir manipulieren, um Parteien vom Bundestag fernzuhalten, die schon drin sind. Das muß vor 1969 verankert sein. Zum anderen müssen wir ein wachsames Auge auf unseren Koalitionspartner werfen.

Von Hassel: Herr Bundeskanzler, ich möchte die Auffassung des Fraktionsvorsitzenden Dr. Barzel ganz entschieden unterstützen. Ich meine, daß wir eine ganz klare Linie einhalten sollten. Wir sollten auch kein Wort über taktische Überlegungen äußern; denn das wird uns sofort negativ ausgelegt. Wir wären gut beraten, wenn wir dem Vorschlag der Fraktion folgen würden. Ich halte es für hoffnungslos, heute noch ein irgendwie anders geartetes Wahlrecht in die Diskussion zu bringen. Es gibt nur folgendes: Entweder man bleibt bei dem gegenwärtigen Wahlrecht oder man kommt zu einem relativen Mehrheitswahlrecht. Wenn wir anfangen, Herr Kollege Klepsch, über funktionales Wahlrecht – das vieles für sich hat – oder über andere Systeme heute weiter nachzudenken, dann wird sofort gesagt: Ihr versucht, nachdem ihr mit dem einen nicht durchgekommen seid, irgendein anderes Ziel zu erreichen. Selbst wenn mein Kollege Dr. Lemke anderer Meinung sein sollte, ich fürchte, daß das die ganzen Dinge wesentlich erschweren würde. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir müssen uns bemühen, in der Zwischenzeit auch innerhalb der eigenen Partei jene Widerstandsgruppe, die wir haben, und zwar aus berechtigten Gründen, zu überzeugen, daß auch sie bei einem Mehrheitswahlrecht zum Zuge kommt. Das sind z. B. die Frauen – aus gutem Grund. Das sind die Vertriebenen – aus gutem Grund. Das sind die Großstädte und die Ballungszentren. Ich bin davon überzeugt, daß es, wenn wir rechtzeitig in den Landesparteien damit beginnen, innerhalb der Kreise möglich sein wird, auch eine Frau oder einen Vertriebenen aufzustellen.

Wir haben bisher in Schleswig-Holstein elf Wahlkreise. Wir kriegen aber jetzt 21 Wahlkreise. Wir sind einfach gezwungen, uns nach neuen Kandidaten umzusehen. Deshalb glaube ich, daß der Raum für Frauen oder Vertriebene durchaus gegeben ist. (*Unruhe.*) Ich wollte ein Wort für die Frauen reden, aber jetzt hören Sie nicht zu, Frau Brauksiepe! (*Brauksiepe:* Doch, ich höre!) Wir in Norddeutschland können uns vorstellen, in welcher Lage sich die Hamburger oder die Bremer CDU befindet. Im Ruhrgebiet wird es ähnlich sein. Bei uns ist durchaus die Überlegung im Gange, ob wir mit Blickrichtung auf Hamburg und Bremen die Dinge dadurch erleichtern, daß wir den einen oder anderen Wahlkreis in den Gebieten um Hamburg herum einem Hamburger Freund

16 Vgl. Erhard H. M. LANGE: Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtskommission im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945–1956. Meisenheim am Glan 1975 S. 589–710; PROTOKOLLE 2 S. 753–768, 876–882.

anbieten. Wir haben das schon einmal gemacht mit Herrn von Wrangel[17], den wir bei uns haben kandidieren lassen.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das, was Sie, Herr Kollege Goppel, in Bayern haben. Ich habe mit bayerischen Abgeordneten gesprochen, die in München sitzen und irgendwo ihren Wahlkreis entlang der Donau haben. Dort ist es auch so, daß die Abgeordneten des Bundestags nicht in ihrem Wahlkreis, sondern außerhalb wohnen. Das hat nach meinem Dafürhalten bei Ihnen ganz gut funktioniert. Deshalb meine ich, daß wir mit einer langen und guten Vorbereitung diese Frage auch im Norden so lösen können, daß der Widerstand in der CDU auf ein Minimum reduziert wird. Wenn der Widerstand aber bei uns genauso groß ist wie in der SPD, dann allerdings ist jede Chance, den Sozialdemokraten den Schwarzen Peter zuzuschieben, vorbei.

Kohl: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Zunächst muß ich sagen, daß ich leider den Eindruck habe, daß wir trotz dessen, was wir uns hier gegenseitig beschwören, in der Sache selbst überhaupt nicht weiterkommen. Weil ich erhebliche Zweifel habe, wäre ich Ihnen dankbar, Herr Barzel, wenn Sie noch ein Wort dazu sagten, ob die Mehrheit der Fraktion den ernsthaften Willen hat, das Wahlgesetz in dem vorgetragenen Sinne zu ändern.

Ich gehe bei meinen Überlegungen davon aus, daß eine Gruppe absolut sicher ist. Das sind die Gewinner der ganzen Geschichte, nämlich die Kandidaten der CSU. Die CSU ist die einzige Gruppe, von der ich mit Sicherheit annehme, daß sie hundertprozentig für das Mehrheitswahlrecht ist. Das bedeutet zugleich das Ende der SPD in Bayern. Daß die bayerische SPD gestern so reagiert hat, ist verständlich. Wenn man alle Wahlrechtsstudien über den Freistaat Bayern liest, und zwar über die Auswirkungen, die sich nach diesem Wahlrecht ergeben, dann ist das so klar, daß die SPD in weiten Gegenden Bayerns von jeglichem Abgeordneten entblößt sein wird. Dies hat natürlich auch Auswirkungen auf die Politik im Maximilianeum[18], wenn man in Bonn keinen Vertreter mehr sitzen hat. Es ist also völlig klar, daß die CSU dafür ist.

Ich habe aber erhebliche Zweifel, wenn ich die übrige CDU betrachte, ob die Kollegen dieser Resolution der Fraktion, die sehr gut und geschickt abgefaßt ist, mit dem ernsten Willen zugestimmt haben, das womöglich auch in einem Streit auszufechten. Das ist die Kernfrage. Und hier habe ich Zweifel, die ich hiermit anmelde.

Bei der SPD – ich habe die schon in der letzen Sitzung vorgetragen – habe ich das Gefühl, daß im Augenblick dort – lassen Sie mich das hart formulieren – eine großangelegte Gaunerei betrieben wird, daß nämlich einige Leute jetzt nach Art des Vorbilds des Parteitags im Jahre 1928 vorgehen, wo immerhin ein Reichskanzler den Panzer-

17 Olaf Baron von Wrangel (geb. 1928), Journalist; 1953 CDU, 1955/56 Parlamentskorrespondent des NWDR in Bonn, 1956–1961 Leiter des Studios Bonn des NDR, 1961–1965 Chefredakteur des NDR, 1965–1982 MdB, 1982–1988 Programmdirektor Hörfunk beim NDR. – In der 5., 6. und 8. WP vertrat er den Wahlkreis 10 (Stormarn-Herzogtum Lauenburg), 1972 und 1980 wurde er über die Landesliste Schleswig-Holstein gewählt.

18 Der Bau des Maximilianeums wurde 1857 von König Ludwig I. von Bayern in Auftrag gegeben, 1874 wurde er vollendet; seit 1949 ist er Sitz des Bayerischen Landtags.

kreuzer mit beschlossen hat, und der gleiche Delegierte Müller hat dann auf dem Parteitag gegen die amtierende Reichsregierung gestimmt.[19] Das kann man hier nach historischem Vorbild sozusagen bestellen. Man kann hier eine mordsmäßige Stimmung machen, aber so etwas auf einem Parteitag zu entscheiden, ist nahezu unmöglich, weil dort die Emotion mit kurzen Sätzen hochgepeitscht werden kann.

Wenn sich jetzt der arme bayerische Landesvorsitzende[20] hinstellt und beschwört das Schicksal auf Jahrzehnte hinaus für das Frankenland, für Unterfranken, dann wird ihm, ohne daß er Abgeordneter ist, viel Unterstützung zuteil. Ich glaube also nicht, daß die SPD das will. Wir sollten alles tun, um in der Öffentlichkeit bei unseren Mitbürgern nicht den Eindruck aufkommen zu lassen, als sei das Ganze von vornherein eine Sache der CDU/CSU gewesen und an ihr gescheitert.

Ich bin völlig Ihrer Meinung, Herr Barzel, das darf nicht passieren, sondern die SPD soll das schon mit auslöffeln, und zwar aus einem anderem Grund, der mir viel wichtiger zu sein scheint als die jetzt geführte Debatte. In der Frage steckt – Herr Barzel hat es angedeutet – die Entscheidung über die Wahl des Bundespräsidenten. Dabei wird sich schon in den nächsten zwei oder drei Tagen in Freiburg auf dem Parteitag der FDP[21] die Tendenz erkennen lassen. Daß der Herr Heinemann ausgerechnet jetzt von der Frau Hamm-Brücher[22] den Theodor-Heuss-Preis feierlich überreicht bekam, ist eine sehr schöne Sache. (*Barzel:* Den Thomas-Dehler-Preis[23] soll Herbert Wehner kriegen.) Das paßt durchaus in eine bestimmte Linie.

Ich meine, wir sollten versuchen, diese Sache anzusteuern. Die Regierung soll mögliche Vorlagen einbringen, aber, Herr Bundeskanzler, ich würde von vornherein bei der

19 Vgl. Nr. 15 Anm. 27.

20 Volkmar Gabert (1923–2003), 1945 SPD, 1950–1958 Landesvorsitzender der bayerischen Jungsozialisten, 1950–1979 MdL Bayern (1962–1976 Vorsitzender der Landtagsfraktion), 1963–1972 Vorsitzender der SPD Bayern, 1964–1979 Mitglied des SPD-Bundesvorstands, 1979–1984 MdEP.

21 Der Parteitag der FDP fand vom 29.–31. Januar 1968 in Freiburg/Breisgau statt. Vgl. AdG 1968 S. 13739–13742.

22 Dr. Hildegard Hamm-Brücher (geb. 1921), Chemikerin; 1948 FDP (Austritt 2002), 1948–1954 Mitglied im Stadtrat München, 1950–1966 und 1970–1976 MdL Bayern, 1964–2001 Vorsitzende der Theodor-Heuss-Stiftung, 1964–1976 und 1984–1991 Mitglied des FDP-Bundesvorstands, 1967–1969 Staatssekretärin im hessischen Kultusministerium, 1969–1972 Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, 1976–1990 MdB, 1976–1982 Staatsministerin im Auswärtigen Amt. – Heinemann erhielt den Preis „als Würdigung seiner Grundsatztreue, seines Bekenntnismutes und seiner politischen Standhaftigkeit" am 26. Januar 1968, vgl. „Welt" vom 29. Januar 1968.

23 Dr. Thomas Dehler (1897–1967), Jurist; 1926–1933 Vorsitzender der DDP in Bamberg, 1946 Gründer der FDP in Bamberg, 1946–1956 Vorsitzender der FDP Bayern, 1949–1967 MdB (1953–1957 Fraktionsvorsitzender), 1949–1953 Bundesminister der Justiz, 1954–1957 Bundesvorsitzender der FDP. Vgl. Udo WENGST: Thomas Dehler 1897–1967. Eine politische Biographie. München 1997. – Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen stiftete den Preis 1967 zum Gedenken an den 70. Geburtstag des verstorbenen Politikers. Die erste Preisverleihung erfolgte am 21. Juli 1968, Preisträger waren Dr. Ernst Richert und Jochen Ziem, vgl. BULLETIN Nr. 39 vom 27. März 1969 S. 330.

Einbringung einer Vorlage – sonst sind Sie ja in der schwierigen Position, daß Sie die Leistung nicht vollbracht haben, wenn es schiefgeht – davon ausgehen, daß die Chancen relativ gering sind. Ich möchte aber ganz klar hinzufügen, daß man auch den Eindruck hat, daß dieses Spiel seitens der SPD getrieben wird – vielleicht soll auch noch das Finanz- und Notstandspaket scheitern –, um das Prolongieren der jetzigen Regierungskoalition sozusagen auf dem Wege der nicht erledigten Arbeit nach 1969 zu erzwingen. Wenn eine solche Entscheidung vor der Bundestagswahl de facto erfolgte und dieser Eindruck sich bei unseren Wählern verbreitete, dann hätte das einen entscheidenden Einfluß auf die Wahlchancen der CDU und CSU.

Deshalb sollte man bei der Frage des Wahlrechts keine taktischen Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen. Wir sollten sehen, daß wir in die nächste Bundestagswahl mit einem glaubwürdigen Konzept hineingehen, damit die Schildbürger nicht den Eindruck haben, das Ganze ist schon verschaukelt, es rentiert sich gar nicht mehr, zur Wahl zu gehen. Und das wäre eine ganz verhängnisvolle Sache.

Lemke: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich darf es sehr kurz machen. Ich bin der Ansicht, daß die Sache sofort vorangetrieben wird, damit wir sie durchbekommen wenigstens nach der Wahl in Baden-Württemberg, vielleicht aber auch schon früher. (*Lebhafte Unruhe.*) Was mir aber an der sogenannten Verbesserung des Wahlrechts nicht paßt – ich habe den Bericht der Kommission gelesen, auch die Stellungnahme der Minderheit der Kommission –, ist doch, daß man nun einfach stur ein Wahlrecht vorlegt, von dessen Verfassungsrechtlichkeit ich jedenfalls nicht überzeugt bin. Es gibt aber doch eine Wahlrechtsform, die unseren Intentionen durchaus entspricht und diese Nachteile nicht hat. (*Anhaltende lebhafte Unruhe.*) Ja, meine Herren, es wird darüber überhaupt keine Sachdebatte hier zugelassen bzw. sie findet nicht statt.

Man sollte sich deshalb überlegen, ob es nicht doch ein anderes Wahlrecht gibt, das bessere Chancen hat als dieses vorgesehenes Wahlrecht.

Der Gedanke mit dem Fahrplan und seine Notwendigkeit haben mich überzeugt. Das gleiche gilt für die Ausführungen von Herrn Kohl. Wir dürfen nicht zuviel scheitern lassen. Das darf uns wirklich nicht passieren, sonst verlieren wir die Wahl. Im übrigen sind wir alle munterer Dinge! (*Lebhafte Heiterkeit.*) Ja, Herr Bundeskanzler, daß wir mit Ihnen die Wahl gewinnen werden. Gerade weil wir munterer Dinge sind, warum wollen wir dann nicht einen Weg gehen mit einem Wahlrecht, daß bessere Chancen hat? (*Anhaltende Unruhe.*)

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler, ich sehe auch die Gefahr, von der Herr Kohl gesprochen hat, daß sie nämlich kommt durch die Wählerstimmung, wenn im Jahre 1969 schon alles vorentschieden ist und es keine Alternativen mehr gibt. Wir müssen der Tatsache ins Auge schauen, daß wir nach dem Stand der heutigen Erkenntnis im nächsten Bundestag nicht drei, sondern vier Fraktionen haben werden. Eine größere Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß eine rechtsradikale Partei hineinkommt. Ihre Stärke wissen wir nicht. Das wird natürlich die Koalitionsmöglichkeiten entscheidend beeinträchtigen, und für uns und auch gegen uns. Die Möglichkeit einer Kleinstkoalition wird da-

durch geringer. Aber auch die Möglichkeiten für uns werden geringer, wenn wir nicht von dem sehr unwahrscheinlichen Fall einer absoluten Mehrheit für uns ausgehen. Dieser Tatbestand wird noch verschärft durch die Entwicklung der FDP, durch das Ausscheiden von Mende,[24] wie immer man ihn persönlich beurteilt. Sie ist das Schicksal für die Linksorientierung. Wir wissen, daß sich in der FDP diese Kräfte durchgesetzt haben, die im Grunde dem Gedanken einer linksorientierten Politik anhängen, die nicht eine Erneuerung der Koalition mit uns wollen. Die FDP ist ja nur mehr eine Art Aushängeschild für die Leute, die jetzt den Kurs bestimmen, so daß – ohne hier jetzt ein endgültiges Urteil zu sprechen – die Wahrscheinlichkeit einer Erneuerung der Koalition mit der FDP sowohl statistisch wie politisch nicht gegeben ist.

Wenn das die Tendenzen sind, denen wir gegenübergestellt sind, dann besteht zweifellos die Gefahr, daß wir – und hier kann man noch einmal die Weimarer Republik zitieren, die schon an einem Beispiel genannt wurde – in eine Situation kommen, wonach die beiden großen Parteien zu einer Großen Koalition auf die Dauer gezwungen werden, und zwar mit einem klaren Abnutzungsprozeß, dem beide langfristig unterworfen sind. (*Unruhe.*) Langfristig ist das so! Deshalb ist der Versuch, jedenfalls für 1973 eine strukturelle Wende herbeizuführen, eine entscheidende Hilfe, wenn er klappt, auch für die Meinungsbildung im Jahre 1969.

Nun ist die Frage, wie wir vorgehen sollen unter Berücksichtigung der taktischen oder politischen Landschaft. Im Grunde genommen ist eine Vorentscheidung getroffen. In der Sitzung bei Ihnen haben sich die Führungen beider Parteien und auch die Bundesregierung dahingehend erklärt, daß das Gesetz eingebracht werden soll. Nun tauchen die großen Schwierigkeiten auf. Die erste große Schwierigkeit liegt in der Stellungnahme des Bundesrats. Die FDP wird versuchen, in den Koalitionen, in denen sie ist, oder in den Ländern, in denen solche Regierungsbildungen anstehen, diese Frage zu Koalitionsgesprächen zu machen. (*Kohl:* Das ist aber nicht das entscheidende Problem!) Das ist ein wichtiges Problem. (*Kohl:* Aber kein entscheidendes Problem!) Ich möchte aber auf dieses Problem hinweisen. (*Kohl:* Wenn die SPD mitmacht, das ist die Frage! – *Unruhe.*) In Bremen hat sie es bereits getan. Es gibt dort eine Absprache, daß man einem solchen Wahlrecht nicht zustimmen soll oder will. (*Zuruf:* Auch in Nordrhein-Westfalen! – *Starke Unruhe.*) Darum sage ich ... (*Anhaltende Unruhe. – Dufhues:* In Nordrhein-Westfalen hat sich die Regierung Kühn die Entscheidung vorbehalten.)[25] Meine Herren, ich beanspruche ja nicht, die Situation in jedem einzelnen Land zu übersehen, sondern ich wollte nur darauf hinweisen; wir müssen also versuchen, eine Lösung zu finden, in der nicht durch Verhandlungen oder Operationen auf diesem Gebiet – zu einem Zeitpunkt, in dem wir ohnehin nur noch die Regierung in fünf von elf Län-

24 Mende wurde am 30. Januar 1968 als FDP-Vorsitzender auf dem Freiburger Parteitag von Walter Scheel abgelöst. Vgl. Nr. 16 Anm. 50.

25 Die FDP war an den Regierungen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Bremen und Saarland beteiligt. Diese Länder verfügten über 19 Stimmen, die übrigen über 22 Stimmen. Vgl. „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 4. Januar 1968 „Weyer lehnt Angebot von CDU-Wahlkreis ab".

dern haben, statt bisher sechs – Landeskoalitionen in Schwierigkeiten kommen, in der aber auch nicht umgekehrt negative Festlegungen erfolgen.

Die Frage ist, wie im Bundesrat im ersten Durchgang eine Stellungnahme abgegeben werden kann? Eine Absage an die Wahlrechtsreform bedeutet aber auch eine Gefährdung von Koalitionsmöglichkeiten. Das ist die nächste politische Klippe, die vor uns liegt. Über diese Frage sollte man noch einmal kurz sprechen, ob nämlich der Bundesrat darauf verzichten kann, im ersten Durchgang Stellung zu nehmen? Das wäre eine Möglichkeit. Wenn es der FDP gelänge, durch Druck in den Koalitionen eine Entscheidung herbeizuführen, daß schon im Bundesrat die Mehrheit der Regierungen eine negative Stellung einnimmt, dann wäre die Sache schon im Grunde so belastet, daß das weitere Verfahren aussichtslos erschiene. Diese Frage wird im April oder spätestens im Mai anstehen. Man muß also überlegen, wie man hier an dieser Klippe vorbeikommen kann.

Ich glaube, Herr Bundeskanzler, daß das ein Punkt ist, über den man ernsthaft mit der SPD-Führung sprechen muß. Ich bin mir über die Grenzen der Koalitionsmöglichkeiten im klaren, dennoch muß man mit ihr darüber sprechen. Wir können nicht in eine Situation – auch innerhalb des Bundeskabinetts – kommen, daß das Kabinett – ich unterstelle einmal – einmütig einem Regierungsentwurf des Innenministers zustimmt, aber die Sozialdemokraten, die am Tisch sitzen, daraus nicht einmal eine Verbindlichkeit für sie herleiten. Dieser Beschluß hat eine größere Bedeutung, auch in der Verbindlichkeit für die beteiligten Personen und ihre Ämter, als andere Gesetze, bei denen man sich im Grunde eine Handlungsfreiheit vorbehält. (*Unruhe und Bewegung.*)

Kraske: Ich möchte ein paar Worte zu dem Vorwurf von Herrn Lemke sagen, daß über ein bestimmtes Wahlrecht hier nicht gesprochen werden dürfe. Ich weiß nicht recht, Herr Ministerpräsident, woher Ihre Informationen stammen. In dieser Kommission ist jedes denkbare Wahlrecht einschließlich des absoluten Mehrheitswahlrechts gründlich und objektiv dargestellt und mit seinem Für und Wider erörtert worden. Das Ergebnis dieser Prüfung war allerdings, daß sich für das von Ihnen und auch für das von Herrn Klepsch favorisierte harmonisierende Wahlrecht keine Mehrheit in der Kommission gefunden hat, und zwar wenn ich recht sehe und die Kommission richtig verstanden habe, aus drei Gründen: Erstens gebe ich Herrn Klepsch völlig recht, daß es nicht mit Sicherheit vorauszusagen ist, daß ein neues Wahlrecht verfassungsrechtlich und rechtlich nicht zulässig wäre. Aber ich fand, daß der Einwand von Herrn Lücke sehr ernstzunehmen ist, daß wir nämlich bei einer Wahlrechtsänderung auch nicht den leisesten Zweifel in Kauf nehmen könnten, weil allein schon durch die Tatsache, daß darüber womöglich monatelange Verhandlungen geführt würden, es außerordentlich schwierig sei, das Risiko, das nachher durch viele ... (*Lemke:* Aber dann ist es doch nicht verfassungswidrig! – *Unruhe.*) Aber, Herr Ministerpräsident, ich bin nicht Jurist, die ganzen Einwände kommen doch nicht aus den Wahlbestimmungen der Verfassung, sondern aus dem Gleichheitsgrundsatz der Verfassung. Und den können wir gar nicht ändern, so daß hier doch nichts vorzubauen ist. (*Starke Unruhe. – Lemke:* Die Verfassung wird doch an vielen Stellen aufgehoben!) Herr Ministerpräsident! Ich glaube

wirklich, Sie können nicht bestreiten, daß in dieser Sache mindestens ein Risiko drin liegt. Und ich folge hier dem Innenminister, daß wir in dieser Sache ein Risiko nicht eingehen können, selbst wenn es zu 30 oder 60 % Chancen gibt.

Aber es geht nicht darum. In der Kommission ist dieses Wahlrecht deswegen nicht akzeptiert worden von der großen Mehrheit, weil man es für zu kompliziert und für zu unübersichtlich hielt und deswegen nicht glaubte, es einer breiteren Öffentlichkeit verständlich machen zu sollen, warum man ein Wahlrecht in dieser Richtung ändern soll.

Das Dritte ist – und das scheint mir fast der entscheidende Einwand zu sein –, dieses Wahlrecht ist wirklich nach dem Motto gemacht: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß. Dieses Wahlrecht ist wirklich so konzipiert, daß man alle Vorteile, die das Mehrheitswahlrecht hat und auch der CDU bietet, beibehält, aber die Nachteile, die es für die CDU hat, ausklammert. Ich halte es für völlig unmöglich, in dieser Form in der Öffentlichkeit eine Schlacht in der Wahlrechtsreform zu gewinnen.

Der Herr Bundeskanzler hat in der Regierungserklärung und nachher mehrfach klargemacht, daß die Wahlrechtsänderung auch für die CDU erhebliche Nachteile hat. Ich glaube, daß wir nur mit einer klaren Entscheidung für ein Mehrheitswahlrecht, auch für dessen Nachteile, in der Öffentlichkeit bestehen können, ohne uns dem Vorwurf auszusetzen, wir würden uns ein Wahlrecht auf den Leib zuschneiden und es zu unseren Gunsten manipulieren.

Barzel: Herr Kohl war so freundlich, mich noch etwas zu fragen. Ich werde versuchen, seine Frage zu beantworten. Die Frage heißt: Wie ist die Mehrheit in der Bundestagsfraktion tatsächlich eingestellt? – Hier kann jeder nur Vermutungen äußern, weil es nicht abgestimmt ist. Ich möchte sagen, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit ist die Lage in der Bundestagsfraktion völlig identisch mit der der Wahlrechtskommission, die gemeinsam eingesetzt war. Es gibt eine Majorität. Diese Majorität wird – das ist mein fester Eindruck – in dem Ausmaße anwachsen, 1. indem die politische Führung beider Parteien und die Fraktionsführung sich hinter die Sache stellen; 2. indem es uns gelingt – was ich jetzt sage, müssen wir gleich wieder dementieren –, die Altersversorgung der Abgeordneten zu sichern; 3. indem – und das bitte ich ganz ernstzunehmen – sowohl der Bundeskanzler wie der Generalsekretär und auch der Fraktionsvorsitzende jeden der ausscheidenden Kollegen persönlich ansprechen und sagen: Lieber Freund, Du gehst weg aus eigenem Entschluß. Tue bei Deinem Ausscheiden etwas für dieses Land!

Wenn das alles zusammen geschieht, dann schätze ich eine Majorität von 80:20 zugunsten dieser Sache.

Heck: Ich wollte auf folgendes aufmerksam machen, weil das für die Überlegungen der Ministerpräsidenten für den Bundesrat und dann wieder für uns wichtig ist. Wenn jetzt das Bundeskabinett – wie Herr Stoltenberg sagte – einmütig das reine Mehrheitswahlrecht verabschiedet und es dann in den Bundesrat kommt, könnte es im Bundesrat passieren, daß die Sache dort stolpern würde. Dann aber wären die Sozialdemokraten vollständig aus dem „Schneider" heraus. Sie brauchten überhaupt nichts mehr zu tun.

Sie brauchten diese Frage ihrem Parteitag nicht mehr vorzulegen. Darauf wollte ich aufmerksam gemacht haben, weil es mitbedacht werden muß.

Lemke: Ich muß noch einmal darauf zurückkommen, was Herr Kraske gesagt hat. Ich habe das Wahlrecht, das die Junge Union vorgeschlagen hat, als Beispiel genommen. Es gibt eine Abart davon. Ich darf es mal vortragen. Wir haben es praktiziert mit einem hervorragenden Ergebnis. (*Unruhe.*) Ich bin Verfassungsjurist von Hause aus. Das Grundgesetz hat doch selbst in seinen Bestimmungen so oft den Gleichheitsgrundsatz aufgehoben, daß es gar nicht darauf ankommt und ich keine Bedenken habe, daß das Grundgesetz hier noch einmal aufgehoben werden kann. (*Lebhafte Heiterkeit und Bewegung.*) Unser Wahlrecht in Schleswig-Holstein hatte hervorragende Ergebnisse. (*Zuruf:* Für wen? – *Unruhe.*) Es ist eine ganz einfache Sache, bloß hat sich noch niemand die Mühe gemacht, hier einmal zuzuhören. (*Anhaltende Unruhe und Heiterkeit.*) Es wird also gewählt die Hälfte in den Wahlkreisen. Dabei sind aber Variationsmöglichkeiten vorgesehen. Die Parteien, die über 5 % der Stimmen haben, gehen noch einmal in die Landesliste oder in die Bundesliste, oder aber sie gehen mit den nicht verbrauchten Stimmen in die Liste. (*Lebhafte Unruhe.*) Dadurch bekommen sie – wie ich das nenne – einen Rabatt für eine große Partei, nicht für eine Partei von 30 oder 35 %, aber einen Rabatt für eine Partei mit vielleicht 48 % und mehr. (*Unruhe, Heiterkeit und Bewegung. – Zurufe:* Nicht Rabatt, sondern einen Zuschlag!) Jawohl, so ist es, das mit dem Rabatt macht meine Frau. (*Lebhafte Heiterkeit und Unruhe.*) Dieses Wahlrecht ist also praktikabel, und es gibt die Chance zur absoluten Mehrheit für eine starke Partei. Das ist ein Mehrheitswahlrecht, und zwar im Ergebnis in unserem Sinne. (*Anhaltende Unruhe.*) Es ist ein Wahlrecht, wogegen auch die kleinen Parteien nicht mit Existenz- oder Moralfragen auftreten können. Es ist ein Wahlrecht, welches den kleinen Parteien die Möglichkeit gibt, im Parlament zu erscheinen. (*Unruhe und Bewegung. – Zuruf:* Das ist jetzt auch möglich.) Man drosselt sie nicht, aber man kann eine Mehrheit bilden. (*Anhaltende Unruhe.*) Trotz der Unruhe wollte ich in diesem erlauchten Kreise noch einmal darauf hinweisen, daß es mir bisher nicht möglich gewesen ist, mit einem solchen Vortrag durchzudringen. (*Lebhafte Heiterkeit und Lachen.*)

Von Hassel: Ich möchte eine Ergänzung zu dem machen, was mein Kollege Dr. Lemke sagte. Das damalige Wahlrecht aus dem Jahre 1947 hatte einen gravierenden Unterschied. Zwei Drittel der Abgeordneten wurden über direkte Wahlkreise gewählt, ein Drittel über die Reserveliste. Der Ausgleich erfolgte durch die Reserveliste, aber es war ein nach sehr starken Mehrheitsgesichtspunkten durchgeführtes Wahlgesetz. (*Lemke:* 50 oder 60 %!) Der Witz war damals der, daß die Sozialdemokraten überall zu einem geringen Prozentsatz die Mehrheit bekamen und wir angewiesen waren auf die Zuteilung von dem einen Drittel der Landesliste. (*Unruhe und Bewegung.*)

Herr Bundeskanzler, als im Jahre 1956 oder 1957 das damalige neue Bundeswahlrecht mit den Zweitstimmen eingeführt wurde[26], hatten wir den BHE in einigen Landesregierungen mit von der Partie; z. B. in Niedersachsen und in Schleswig-Holstein.

26 „Gesetz über die Bundeswahlen (Bundeswahlgesetz)" vom 7. Mai 1956, BGBl 1956 I S. 383.

Der BHE hatte sich ausgerechnet, daß dieses Wahlrecht für ihn schwierig sein würde. Er hat deshalb versucht, im Bundesrat in den Koalitionen Schwierigkeiten zu machen, so in Hannover und in Schleswig-Holstein. Bei den Ländern Bayern und Baden-Württemberg weiß ich nicht mehr, wie es war.

Wir haben es dadurch im Bundesrat lösen können, daß wir sagten – ich habe damals den Vorsitz dort geführt –, es handelt sich um ein Bundeswahlrecht, und es wäre nicht richtig, wenn die Länderregierungen auf das Wahlrecht Einfluß nähmen, das nur für die Abgeordneten des Bundestags geschaffen wurde. So haben wir es damals im Bundesrat passieren lassen, ohne eine Stellungnahme dafür oder dagegen abzugeben, und zwar mit Rücksicht auf unsere Koalitionen, die gefährdet waren. Das sollte man noch einmal herausholen im Bundesrat, um zu sehen, ob uns das nicht die taktische Situation erleichtern kann.

Filbinger: Ich möchte mich auch ganz kurz fassen. Ich stimme denen zu, die sagen, daß die Haltung des Bundesrats wichtig ist. Aber ich würde nicht sagen, daß sie entscheidend ist für die politische Beschlußfassung der CDU. Ich meine, daß im Vordergrund stehen muß die Erklärung des Bundeskanzlers vom Ende des Jahres 1966: Wir machen eine Große Koalition, aber wir machen auch ein Wahlrecht, das die beiden großen Partner wieder auseinanderzwingt. Das steht in der Öffentlichkeit. Wenn wir davon wieder weggehen, dann wird die Öffentlichkeit sagen: Aha, die haben sich doch so gut aneinander gewöhnt, die beiden Großen, sie wollen nicht auseinander. Jetzt ist das nicht mehr wahr, womit man uns damals den bösen Tropfen der Großen Koalition versüßen wollte.

Ich meine also, aus Staatsräson und Parteiräson haben wir es nötig, den Weg fortzusetzen, der begonnen worden ist. Er kann nicht anders sein als eine Unterstützung dessen, was die Wahlrechtskommission gesagt hat. Ich würde also sagen, wir hätten es nötig, diesen Weg bis zur optimalen Behandlung der Dinge im Parlament fortzusetzen. Wenn dann im Bundesrat eine neue Lage eintreten sollte, die es uns schwermacht, dann werden wir sehen müssen, wie wir damit fertig werden. Aber es liegt ja dann die Verantwortung nicht bei der CDU.

Im übrigen, wie ist jetzt die Lage im Bundesrat? Zur Zeit haben wir dort die Mehrheit. So, wie die Dinge liegen, würde ich nicht damit rechnen, daß eine Vorlage, die das Mehrheitswahlrecht bringt, im Bundesrat scheitert. Wie wird die Lage nach den Wahlen in Baden-Württemberg aussehen? Kriegen wir die große Koalition wieder oder – was ich nicht sehr annehme – die absolute Mehrheit der CDU? Dann wird es dabei bleiben. Es wird sich nichts ändern. Wenn es aber dazu käme, daß die SPD zusammen mit der FDP ein Mandat oder zwei Mandate mehr erringen würden, dann gehe ich mit Sicherheit davon aus, daß die Mini-Koalition, die wir Ende 1966 noch verhindern konnten, dann kommen wird. Denn der Linksrutsch, der sich bei der FDP in der Zwischenzeit abzeichnet – das werden wir in den beiden nächsten Tagen in Freiburg noch deutlich erfahren –, wird es der konservativen Stammgruppe in der FDP nicht mehr ermöglichen, ohne weiteres und ohne zwingende Gründe mit der CDU zusammenzugehen, sondern sie zwingen, sich neutral zu verhalten und in die Opposition zu marschieren.

Für uns entsteht also meines Erachtens die Nötigung, vom Status quo auszugehen und diesem in einer klaren und eindeutigen Weise nach außen Ausdruck zu geben. Man sollte dafür sorgen, daß in der öffentlichen Meinung nicht so sehr das Argument, welches das Statistische Bundesamt gegen das Mehrheitswahlrecht geliefert hat, verbreitet wird. Da hat doch die uns feindlich gesinnte Presse sehr viel daraus gemacht, um das Mehrheitswahlrecht zu Lasten der CDU abzuwerten. In Wirkiichkeit ist das gar keine Qualifikation, sondern eine statistische Aussage eines Tatbestands, der ohnehin im Mehrheitswahlrecht prinzipiell verankert ist, nämlich, daß das Mehrheitswahlrecht eben die Position dessen, der mehr Stimmen bekommt, noch quantitativ erhöht, sonst gar nichts. Es ist also keine qualitative Stellungnahme daraus abzuleiten.

Ich meine, das sollten wir etwas besser und kräftiger in der Presse zum Ausdruck bringen, um diese Dinge wieder rechtzeitig ins Lot zu bringen. Im übrigen bin ich der Meinung, es gibt kein Argument, das in der jetzigen Situation uns von der Entscheidung für das Mehrheitswahlrecht abbringen könnte. Ich glaube, die ganze öffentliche Meinung würde dagegen schießen, und wir würden unser Gesicht verlieren. Ich stimme auch dem Argument zu, das vorhin geäußert worden ist. Wenn wir mit der Sache nicht Ernst machen, dann werden viele andere wichtige Reformvorhaben ebenfalls zu unseren Lasten gehen. (*Lemke:* Im Bundesrat geht es beim ersten Durchgang mit einfacher Mehrheit durch. Da wären auch unsere Koalitionen nicht gefährdet.)

Röder: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich halte den Standpunkt, den Herr Barzel vertreten hat, für den kompromißlosesten und klarsten. Ob ich ihm zustimme oder nicht, das ist eine andere Sache. Aber er hat gesagt: Wir müssen einen von der Fraktion festgelegten Fahrplan einhalten. Wir müssen die Regierung veranlassen und zwingen, daß sie eine Vorlage einbringt. Diese Vorlage hat so und so auszusehen. Wenn das nicht der Fall ist, dann werden wir unglaubwürdig, auch in weiteren wesentlichen Fragen, die sich die Koalition gestellt hat, bei der Notstandsgesetzgebung, bei der Finanzverfassungsreform usw.

Das ist ein Standpunkt, der hier unmißverständlich zum Ausdruck gebracht worden ist. Nun vermisse ich in der Diskussion, daß man entweder sagt: Ich bin klar für diesen Standpunkt, oder: Ich bin klar gegen diesen Standpunkt. – Denn darauf scheint es mir heute anzukommen. Das scheint mir also notwendig zu sein. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich stimme dem Standpunkt des Herrn Kollegen Barzel einmal von vornherein nicht zu, weil die Gegenargumente nicht deutlich geworden sind. Der Herr Kollege Filbinger hat eben zu meiner großen Überraschung gesagt, er sei der Meinung, daß das, was der Herr Bundeskanzler zu Beginn der Koalition im Kiesingerschen Sinne gut formuliert hat, damals vielleicht ein bißchen zu prononciert über die Große Koalition und über deren Begrenzung sowie über die Möglichkeiten der notwendigen Auflösung gewesen sei, aber heute noch in der Mehrheit des deutschen Volkes im Vordergrund des Bewußtseins stünde. (*Unruhe. – Zuruf:* Das geht so schnell, man kann kaum folgen.) Das heißt also: Die beiden Großen stehen im Wort. Sie müssen wieder auseinander. Deshalb muß dieses Wahlrecht kommen.

Nun meine ich, Herr Kollege Filbinger, daß sich inzwischen die öffentliche Meinung dahingehend geändert hat, daß alles, was von den beiden großen Parteien zur Durchsetzung eines neuen Wahlrechts geschieht, nicht von daher gesehen wird, daß es die beiden auseinanderzwingt – wobei man unterstellen kann, daß sie sich damit schaden würden –, sondern, daß sie zusammenbleiben und das als wesentlich empfunden wird, wie kann man verhindern, daß die NPD, die jetzt in den Ländern bei den Landtagswahlen einen gewissen Prozentsatz erreicht hat, nun auch in den Bundestag hineinkommt? Per Saldo ist es ja auch dasselbe, ob Sie sagen, Sie wollen ein mehrheitsbildendes Wahlrecht haben, wonach es nur noch zwei Parteien gibt, oder ob Sie sagen, wir wollen die dritte Partei aus dem Bundestag heraushalten. Das ist doch de facto genau dasselbe.

Gerade der letzte Einwand ist im Augenblick sehr vordergründig. Das sollte auch für unsere Überlegungen eine Rolle spielen. Ich stimme dem zu, was die Herren Barzel, Filbinger und andere gesagt haben, es gibt kein zusätzliches Argument, das uns heute Ende Januar 1968 zu einem anderen Standpunkt in bezug auf die Einführung des Mehrheitswahlrechts veranlassen könnte. Es geht nur um den Zeitpunkt. Ein neues Argument, wonach wir unsere Meinung in bezug auf die Notwendigkeit dieses Mehrheitswahlrechts ändern könnten, sehe ich nicht. Es kann sich nur noch um das „Wann" handeln. Dieses „Wann" scheint mir allerdings unter den gegenwärtigen Umständen sehr sorgfältig überlegt werden zu müssen.

Der Herr Kollege Barzel hat eine so lange Erfahrung in der Politik, daß er ebenso gut wie ich weiß, daß Fahrpläne in so wesentlichen Dingen, die von irgendwelchen Gremien behandelt werden oder von ihnen abhängig sind – ob das die Fraktion, die Ministerpräsidenten, die Bundesregierung sind –, nicht ungefährlich sind, weil man ja Fristen festlegt und dadurch gezwungen wird, diese einzuhalten. Es kann etwas gut sein, wenn die Risiken überschaubar sind. Aber wenn man die Schwierigkeiten durch Fahrpläne aus dem Wege räumen will, dann geht das – das hat die Erfahrung gezeigt – ins Auge, weil eben der Fahrplan durch die auftauchenden Schwierigkeiten sich nicht so einhalten läßt, wie man beabsichtigt hat. Meine Meinung geht im Augenblick dahin, soweit ich der Diskussion folgen konnte: Wir sind für die Einführung des mehrheitsbildenden Wahlrechts. Über das „Wann" müßte man sich sorgfältig unterhalten, auch darüber, ob das, was Herr Barzel gesagt hat, durchgeführt werden kann. (*Kiesinger:* Meinen Sie mit „Wann" 1969 oder 1973?) Ich meine, ob die Regierung zu veranlassen ist, noch im nächsten Monat eine Vorlage einzubringen, zu der dann die Fraktion Stellung nimmt. (*Kiesinger:* Das ist vereinbart!) Man muß sich aber darüber unterhalten, ob es richtig ist im Augenblick, oder ob man das später ... (*Kiesinger:* Das ist neu vereinbart!) Herr Bundeskanzler, ob die Vereinbarung glücklich ist oder nicht, dazu müßten vor allem Sie selbst Ihre Meinung sagen; denn wenn der Herr Lemke sagt, wir wollen demnächst mit Herrn Kiesinger weiterregieren, dann interessiert uns natürlich auch die Meinung, die Herr Kiesinger in dieser Frage hat. Immerhin müssen wir es kennen, um ihm folgen zu können.

Zu dem, was Herr Barzel hier auf den Tisch gelegt hat, muß jetzt ein klares Ja oder ein Nein gesagt werden. Alles andere ist ausweichend und bringt uns keinen Millimeter weiter.

Meyers: Ich bin genau anderer Ansicht. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Ich meine, Vereinbarungen soll man grundsätzlich einhalten, wenn es eben geht. (*Heiterkeit und Bewegung.*) Wenn wir die SPD zur Stellungnahme auf ihrem Parteitag zwingen und dieser es ablehnt, dann ist ganz klar, durch wen die Ablehnung erfolgt, wer gegen die Vereinbarung verstoßen hat, wer sich nicht hat durchsetzen können und wer letzten Endes Schuld daran hat, daß die NPD in den Bundestag kommt.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Darf ich nun am Schluß dieser Debatte – ich habe niemand mehr auf der Rednerliste – folgendes sagen, daß wir gar nicht anders können, als jetzt in dieser Regierung einen solchen Gesetzentwurf vorzulegen. Das ist doch – Fraktion hin, Fraktion her – selbstverständlich. Wir stehen doch im Wort und würden unser Gesicht vor der Öffentlichkeit verlieren, wenn wir es nicht täten.

Aus diesem Grunde haben wir, natürlich schon in Kenntnis der Situation, schon am 11. Januar die Vereinbarung eines Kreises von Vertretern der Koalitionsparteien und Fraktionen herausgebildet. Es haben daran teilgenommen der Bundeskanzler in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der CDU, Herr Brandt als Vorsitzender der SPD, Franz Josef Strauß als Vorsitzender der CSU, die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen, der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag[27], der parlamentarische Geschäftsführer der SPD[28], Herr Wehner als Stellvertretender Vorsitzender der SPD, Dr. Heck als Generalsekretär der CDU und der Bundesminister des Innern. Da steht drin: Die Beteiligten erwarten, daß die Bundesregierung noch vor Ostern dieses Jahres Gesetze vorlegt, welche die Einführung eines Mehrheitswahlrechts für die übernächste Bundestagswahl vorsehen und dieses Wahlrecht im Grundgesetz verankern. Damit zusammenhängende etwa notwendig werdende sonstige Vorschläge für eine Änderung des Grundgesetzes – da geht es um die Frage des konstruktiven Mißtrauensvotums, Auflösung des Bundestags – werden von der Bundesregierung gleichzeitig vorgelegt. Die in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 angekündigte und durch den Bundesminister des Innern vorgenommene Überprüfung der Einführung eines Übergangswahlrechts für die Bundestagswahl im Jahre 1969 hat nicht zu einem positiven Ergebnis geführt.

Über ein Vorziehen der für 1973 vorgesehenen Wahlrechtsreform auf 1969 steht nichts drin. Das bedeutet, daß es darüber keine positive Einigung gibt. Das ist also vereinbart, und danach werden wir vorgehen, und zwar nach einem Fahrplan; denn ohne einen Fahrplan können wir das nicht machen. Die Frage war, ob man das vor den Wahlen in Baden-Württemberg tun soll oder danach?

Die Bedenken, die dagegen sprechen, daß wir es vor den Wahlen in Baden-Württemberg machen, liegen auf der Hand. Es sind Bedenken, die dahingehen, es würde eine

27 Leo Wagner.
28 Karl Wienand.

Mitleidswelle zugunsten der FDP erzeugt. Deswegen soll man das nach der Wahl machen. Das ist ein kleiner zeitlicher Unterschied, aber er ist zu bedenken. Ich habe mich in der Diskussion dafür eingesetzt, daß man es nach den Wahlen macht, weil ich auf Numero sicher gehen will. Aber es sprechen natürlich auch Gründe dagegen. Wir sind ein wenig unter Zeitdruck.

Andererseits sage ich noch einmal, es kommt auf den Ausgang dieser Wahl an. Wenn er etwa so wäre, wie es manche pessimistischen Prognosen für die SPD aussagen, könnte man die SPD nach dieser Wahl in der ganzen Wahlrechtsfrage vielleicht noch zu einer anderen Haltung bringen. Das ist mit drin. Das ist also der Weg. Das entspricht auch dem, was der Herr Fraktionsvorsitzende vorgeschlagen hat. Die Frage ist, wieweit da in der Substanz noch etwas drin ist? Ich habe gesagt: Wir werden darum kämpfen, und wir werden die führenden Leute der SPD beim Portepee fassen. Wieweit jetzt taktische Überlegungen anzustellen sind, das kümmert mich im Augenblick nicht sehr. Wir müssen beides tun. Wir müssen mit den verschiedenen Möglichkeiten so oder so rechnen.

Nun zu der Frage, die von Herrn Klepsch aufgeworfen worden ist: Wenn wir das eine nicht durchsetzen können, warum nicht nach einer anderen Lösung suchen, die auf ähnliche Weise eine Mehrheit für eine Partei bringen könnte? Ich bin selbstverständlich dafür, daß man jeden Weg, der dahin führen kann, geht. Ich bin aber nicht dafür, daß man das jetzt vermischt. Man sollte den einen Weg gehen. Wenn sich aber dann herausstellen sollte, etwa nach den Wahlen in Baden-Württemberg, daß es mit dem reinen Mehrheitswahlrecht nicht geht, dann sollten wir unsererseits ganz ernsthaft prüfen, ob wenigstens noch eine andere Tür geöffnet werden kann. (*Lemke:* Verfassungsrechtlich.) Die Sache ist nicht ganz einfach, Herr Lemke. Es ist ein Risiko gegenüber der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes drin, und zwar eines, das wir nicht leichtnehmen dürfen. Ich weiß, wie die einzelnen Professoren darüber denken, aber gerade, daß sie verschieden denken, zeigt doch, daß es ein Risiko ist.

Ich würde einfach sagen: Cura posterior – wir beschäftigen uns damit. Die Kommission sollte sich, Herr Dufhues, gelegentlich einen Zeitplan machen. Das wäre zu überlegen; denn so etwas sickert durch. Sobald es durchsickert, daß wir uns mit einem anderen Schema beschäftigen, ist die erste Sache beerdigt. Deshalb würde ich das nicht tun.

Was nun die Stimmung anlangt, von der häufig hier gesprochen worden ist, so möchte ich sagen, der Herr Kollege Röder hat recht, bei einigen Leuten ist der Eindruck erweckt worden, es geht hauptsächlich darum, unerwünschte Parteien aus dem Bundestag herauszuhalten. Was wir damals erklärt haben – ich glaube nicht, daß es zu stark formuliert war –, das ist heute noch so wahr wie eh und je. Stellen Sie sich einmal vor, wir würden im Jahre 1969 noch einmal zu einer Großen Koalition kommen! Aber die Aussicht, zu welcher Koalition, Herr Röder, erweckt in mir große Aspekte. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir stünden im Jahre 1973 erneut vor der Notwendigkeit, d. h. es ergäbe sich auch im Jahre 1973 der Zwang zur Bildung der Großen Koalition. Das ist eine völlig unmögliche Lage, denn das hält der deutsche Parlamentarismus und hält auch die CDU nicht aus. Wir halten nicht aus, noch einmal eine Große Koalition zu machen.

Deshalb ist der Grundgedanke, mit dem wir die Sache begonnen haben, heute so wichtig wie eh und je, ja sogar durch die Wahrscheinlichkeit des Eintritts der NPD in den Bundestag hat das noch viel aktuellere Bedeutung gewonnen. Denn wenn die NPD einmal drin ist, steht fest, daß die Koalitionsmöglichkeiten für eine kleine Koalition, so oder so, geringer werden. (*Kohl:* Das braucht nicht zu sein!) Jedenfalls mehr als vorher, Herr Kohl. (*Kohl:* Bei uns ist es umgekehrt. Wir haben dadurch taktisch die absolute Mehrheit, weil mit der NPD keiner koalieren will.) Gut und schön, jedenfalls ist nach wie vor das Problem, daß wir gezwungen sind zu überlegen, wie wir institutionell weiterkommen. Aber abgesehen von alledem bin ich nach wir vor der festen Meinung, es wäre wirklich eine säkulare Tat für den deutschen demokratischen Parlamentarismus, wenn es uns gelänge, dieses Wahlrecht einzuführen.

Ich habe vor kurzem ein Fernsehinterview gegeben, das mir aufgeregte Briefe von der SPD eingetragen hat.[29] In diesem Interview habe ich ganz exakt die Lage darzustellen versucht, aber die Zeitungen haben anders berichtet, wie auch bei Dr. Heck.[30] Allmählich sollten wir gelernt haben, wie Zeitungen berichten, wenn man sich irgendwo unterhält. Vielleicht ist es ein Nachteil, daß die CDU nie die Erfahrung gemacht hat, in der Opposition zu sein. Das wird also dann sofort groß herausgestellt. Ich habe in dem Fernsehinterview zu der Frage, wenn das Mehrheitswahlrecht durchkommt, bedeutet das einen Zwang zur Großen Koalition, gesagt: Nein, es bedeutet keinen Zwang, es läßt aber die Möglichkeiten für die Große Koalition offen.

Die zweite Frage lautete: Ist von der Sache ein Zwang zur Großen Koalition gegeben? Die Antwort: Nein, wir werden die wichtigen Aufgaben, für die gerade die Große Koalition besonders nützlich ist, noch in diesem Jahr erledigen. Sicher gibt es Aufgaben, für die auch in Zukunft eine Große Koalition mehr tun könnte als vielleicht eine andere, aber auch von der Seite gibt es keinen Zwang. – Es war mir interessant, daß daraufhin schon aufgeregte Reaktionen von der SPD-Seite kamen, weil man sich abzudekken versuchte.

Nun zur FDP! Das ist für unsere zukünftigen Überlegungen wichtig. Ich kenne nun doch auch die Stimmung bei FDP-Wählern in Baden-Württemberg. Ich habe mir immer gesagt, dort ist die FDP anders als anderswo. Woraus erklärt sich sonst, daß bei den Meinungsumfragen, und zwar laufend die ganzen 14 Monate hindurch, die Tatsache zu verzeichnen ist, daß bei der Frage: Sind Sie im großen und ganzen mit der Politik von Bundeskanzler Kiesinger einverstanden oder nicht, 66 % der FDP-Wähler sagen: Einverstanden.[31] Mit anderen Worten, ich bemerke seit langer Zeit, daß diese Parteiführung

29 Interview Kiesingers in der ZDF-Sendung „Bonner Perspektiven" am 14. Januar 1968, vgl. BULLETIN Nr. 5 vom 16. Januar 1968 S. 35–37.

30 Interview mit dem SDR am 28. November 1967, vgl. Abschrift des BPA.

31 Die Meinung über Kiesinger: Einverstanden CDU/CSU 81 %, SPD 54 %, FDP 66 %, NPD 28 %, vgl. Institut für Demoskopie Allensbach: Die Stimmung in Baden-Württemberg vor den Landtagswahlen 1968. 1. Bericht (November/Dezember 1967), abgeschlossen am 30. Januar 1968.

gar nicht mehr identisch ist mit dem Willen ihrer Wähler. (*Kohl:* Mit den traditionellen Wählern.)

Ja natürlich. Die suchen also neue. Und bei dieser Suche stehen sie nach meiner Meinung bei der Wand. Für mich ist also die Frage, wie sich ein solcher Linksrutsch der FDP schließlich auf die Wähler auswirken wird. Das kann nur zu unseren Gunsten gehen, das ist meine feste Überzeugung, und zwar auch in Baden-Württemberg, wenn die CDU hier richtig kämpft und zeigt, daß hier die Führung der FDP nicht mehr im Einvernehmen mit ihrer eigenen Wählerschaft ist. Das ist eine ganz wichtige Sache. Also, in Baden-Württemberg sehe ich die Gefahr nicht so, wie Sie es tun, Herr Ministerpräsident. Die Gefahr einer Mini-Koalition in Baden-Württemberg ist sehr fern.

Filbinger: Darf ich Ihnen folgendes sagen, Herr Bundeskanzler: Wir hatten demoskopische Umfragen im vergangenen Jahr, die zu gut waren, insbesondere für Baden-Württemberg. Es war eine viel zu gute Demoskopie. Das, was uns geliefert worden war, war eine Momentaufnahme. (*Kohl:* Das ist jede Demoskopie!) Nach Angaben von Frau Neumann[32] ist das wieder einmal so, daß die SPD vorn ist. (*Kiesinger:* Wo und wann?) Im Dezember. (*Kiesinger:* Wir haben sie längst wieder überholt in der Zwischenzeit, und zwar mit erheblichem Vorsprung. – *Unruhe.*) Im Dezember war es so, daß SPD und FDP zusammen zwei Punkte Mehrheit hatten. (*Zuruf:* Was heißt Punkte?) Das wäre ganz klar der Fall der Mini-Koalition. Ich stimme Ihnen in der Bewertung der FDP-Chancen in Baden-Württemberg zu. Der Herr Dahrendorf[33] könnte unter Umständen ein Glücksfall für die CDU sein. (*Starke Unruhe.*) Hermann Müller[34] kennt die Stammwähler nicht. Es könnte sein, daß jetzt in Freiburg der eine Teil links überholt, daß sie aber die Stammwähler trotzdem behalten. Es könnte sein, daß dieser Spalt so stark unterstrichen wird, wie wir das wünschen. Diesen Spalt überbrückt die FDP nicht mehr. Wenn es ihr nicht gelingt, dies zu vertuschen – wie das am Dreikönigstag noch mühsam

32 Prof. Dr. Elisabeth Noelle-Neumann (geb. 1916), Meinungsforscherin; 1947 Mitgründerin und Leiterin des Instituts für Demoskopieforschung Allensbach. – Vor der Wahl hatten Allensbach und EMNID entweder für die SPD einen Vorsprung oder zumindest ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den beiden großen Parteien vorausgesagt (ACDP 07–003–028/1). Allensbach ermittelte für die CDU 47%, SPD 42%, FDP 7%, NPD 4%, vgl. Anm. 31. Die Forschungsgruppe Wahlen in Mannheim ermittelte im Dezember 1967 52% CDU, 28% SPD, 5% FDP, 8% NPD. Vgl. auch „Untersuchung zur Landtagswahl 1968 für das Bundesland Baden-Württemberg sowie gesondert für den Regierungsbezirk Südbaden", Januar 1968 in ACDP Dokumentation 17/1.

33 Prof. Dr. Ralf Dahrendorf (geb. 1929, seit 1993 Baron of Clare Market in the City of Westminster), Soziologe; 1947–1952 SPD und 1967 FDP, 1968/69 MdL Baden-Württemberg, 1968–1974 Mitglied im FDP-Bundesvorstand, 1969/70 MdB und Parlamentarischer Staatssekretär im Auswärtigen Amt, 1970–1973 EG-Kommissar für Außenhandel und Äußere Beziehungen, 1974–1984 Direktor der London School of Economics, 1982–1987 Vorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung.

34 Dr. Hermann Müller (1913–1991), Jurist; 1956–1972 MdL Baden-Württemberg (FDP), 1960–1966 Finanzminister von Baden-Württemberg, 1967–1971 Vorsitzender der FDP Baden-Württemberg, 1970–1979 Vorstandsmitglied der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

gelungen ist[35] –, dann dürfte die Reise der Stammwähler der FDP zur CDU in stärkerem Maße möglich sein als in der zurückliegenden Zeit. Und darauf setzen wir an, Herr Bundeskanzler.

Kiesinger: Das werden wir schon machen!

Kohl: Herr Kollege Filbinger, ich will nicht lange eingehen auf Ihre Prognose mit der Mini-Koalition. Ich halte diese Koalition nach dem Wahlergebnis, wie es am 28. April zu erwarten ist, für gänzlich ausgeschlossen. Es ist zwar eine schöne Sache, daß Sie hier in Optimismus machen – das muß man auch vor der Wahl –, aber die Entwicklung, die Sie hier fürchten, ist in Baden-Württemberg nicht drin. (*Unruhe und Bewegung. – Zuruf:* Er müßte es als Ministerpräsident eigentlich wissen!) Wenn die Wahl in Baden-Württemberg für uns gut ausgeht – und davon kann man wohl ausgehen –, wird das Wahlgesetz am 29. April begraben. Wenn die SPD vorher nicht öffentlich – etwa durch die Bundestagsfraktion – schon einen Schritt in dieser Richtung getan hat und praktisch der jetzige Status noch gegeben ist – also diese Absprache des Kreises im Hause hier und die Vorarbeit von Herrn Lücke –, und die CDU in Baden-Württemberg erhält die absolute Mehrheit nach Mandaten – was drin ist – oder sie erhält die taktische absolute Mehrheit – was genauso drin ist –, indem nämlich die NPD hineinkommt und die CDU sowohl mit der SPD als auch mit der FDP, aber FDP und SPD nicht koalieren können, dann werden die Sozialdemokraten ausbrechen.

Man muß sich also genau überlegen, ob man den Zeitplan auf den Wahltag in Baden-Württemberg abstellt, sonst ist ein Wahlsieg der CDU zugleich auch die Beerdigung des ganzen Projektes. Wenn möglicherweise die große Koalition in Baden-Württemberg aufgekündigt wird, dann können Sie nicht erwarten, daß die Sozialdemokraten das Wahlgesetz verabschieden. Das halte ich für ausgeschlossen.

Kiesinger: Das ist eines der wichtigsten Argumente.

Fricke: Herr Bundeskanzler, vor vier Monaten kam der Bezirksvorsitzende der FDP von Süd-Hannover[36] zu uns und erklärte, daß die Zustände in der Bundestagsfraktion unerträglich seien. Wir wissen, daß der Bundestagsabgeordnete Dr. Hellige[37] seinen Übertritt zur CDU erklärt hat. Ich habe sichere Informationen, daß in bestimmten Landkreisen in Braunschweig heute schon klar ist, daß die vier dort im Kreisparlament sitzenden FDP-Leute vor der Kommunalwahl im Herbst zu uns kommen und für uns kan-

35 Im Verlauf des Dreikönigstreffens der FDP am 6. Januar 1968 kam es zu heftigen Debatten über die Deutschlandpolitik der Partei, vgl. „Stuttgarter Nachrichten" vom 8. Januar 1968 „Die FDP mit ‚Dahrendorf-Look'"; „Frankfurter Neue Presse" vom 6. Januar 1968 „'Es muß wieder Politik gemacht werden'".

36 Richard Ey, vgl. Nr. 14 Anm. 86. Möglicherweise Verwechselung mit Bernhard Mühlhan (ab 1959 Vorsitzender des FDP-Bezirksverbands Hannover-West-Niedersachsen), der in der 5. Legislaturperiode dem Bundestag angehörte.

37 Dr. Walther Hellige (1910–1984), Museumsdirektor; 1949 FDP, 1961–1972 MdB. – Hellige verließ am 13. Oktober 1967 die FDP-Bundestagsfraktion und trat am 24. Oktober in die CDU/CSU-Fraktion ein.

didieren.[38] Alle vier Minister der FDP im früheren SPD-Kabinett[39] sind inzwischen ausgetreten; zwei davon sind bei uns gelandet. Dieser Linksrutsch führt sicherlich auch in Baden-Württemberg – genau wie bei uns – zu einem Zuwachs für uns, aber nicht zu einer Minderung.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß wir uns einig sind. Es wird so verfahren, wie dies in der internen Besprechung mit den Vorstandsmitgliedern der Partei und der Fraktion beschlossen worden ist, wobei natürlich die Überlegungen, die hier zum Ausdruck gekommen sind – hinsichtlich eines Vorziehens auf 1969, oder, wenn das nicht geht, dann geht vielleicht etwas anderes –, berücksichtigt werden. Zunächst muß es so gehen. Ursprünglich hatten wir vorgehabt, daß wir mit dem Fahrplan, mit dem wir die Finanzverfassungsreform vorantreiben möchten, auch die Wahlrechtsvorlage einbringen wollten, also am 5. April in den Bundesrat und in der ersten Maiwoche in den Bundestag.

Es wäre also die Frage, ob dies schon so alarmierend wirken wird, daß diese Mitleidswelle in Baden-Württemberg aufgefangen werden könnte? Ich schlage vor, daß Herr Barzel noch etwas dazu sagt.

Barzel: Herr Bundeskanzler, diesen Zeitpunkt werden wir noch besprechen müssen. Den sollten wir jetzt nicht festlegen, aber in der Sache sollten wir heute Beschluß fassen. Die Kommission hat gesagt: baldmöglichst verabschieden. – Wir haben dann eine andere Formulierung gemacht. Vielleicht kann man es so fassen.

Heck: Ich möchte vorschlagen, den Wortlaut, den wir bekanntgeben wollen, hier zu beschließen: „Der Bundesvorstand hat sich eingehend mit der Frage einer Wahlrechtsreform befaßt. Er erwartet, daß die Bundesregierung zum vorgesehenen Termin den Gesetzentwurf vorlegt, der zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Einführung der relativen Mehrheitswahl vorsieht."

Kiesinger: Das ist ein bißchen kryptisch! (*Heiterkeit und Bewegung.*) Sind Sie einverstanden mit dieser Formulierung? (*Zurufe:* Ja! – *Schwarzhaupt:* Ich muß meine Vorbehalte, die ich in der Wahlrechtskommission gemacht habe, aufrechterhalten.) Also, dann ist mit großer Mehrheit so beschlossen.

Meine Damen und Herren! Ich hatte vorher schon gesagt, daß ich die Herren Ministerpräsidenten heute eingeladen habe, auch diejenigen, die dem Bundesvorstand nicht angehören, weil ich sie doch einmal hier dabeihaben wollte, um einige Fragen zu besprechen, in denen möglichst eine Einigkeit innerhalb der CDU und CSU erreicht werden sollte. Herr Ministerpräsident Altmeier mußte leider absagen. Die anderen Herren

38 In den Gemeinden Edewecht und Apen (Ammerland) waren etwa zwei Monate vor der Kommunalwahl am 29. September 1968 alle Ratsherren und Kreistagsabgeordnete der FDP zur CDU übergetreten, vgl. „Nordwest-Zeitung" vom 8. August 1968.

39 Die ehemaligen Minister Carlo Graaff, Arvid von Nottbeck (1903–1981), Jan Eilers (1909–2000) und Hans Mühlenfeld (1901–1969) waren am 13. Mai 1965 aus dem niedersächsischen Kabinett ausgeschieden, von Nottbeck, Eilers und Mühlenfeld auch aus der FDP ausgetreten, vgl. „Hannoversche Allgemeine" vom 11./12. März 1967.

Röder, Lemke und Filbinger gehören dem Bundesvorstand ohnehin an. Ich darf Herrn Ministerpräsident Dr. Goppel recht herzlich in unserer Mitte begrüßen. (*Beifall.*)

Wir sind bei der Finanzverfassungsreform, die eine ganze Menge von Problemen aufwirft. Ich habe am 8. Februar die Herren Ministerpräsidenten bei mir, um zu hören, wieweit inzwischen die Verhandlungen gediehen sind. Mein Anliegen heute ist, einmal zu versuchen, möglichst einen gemeinsamen Kurs zu steuern. Nun habe ich hier ein Papier, das mir von einem Ergebnis der Vorsitzendenkonferenz der Fraktion[en] der CDU/CSU in München am 25. Januar berichtet:[40] „Die Gemeindefinanzreform soll im Rahmen der Finanzverfassungsreform als ein Paket behandelt werden." Das ist die Absicht der Bundesregierung; sie hat diesen Wunsch auch gegenüber den gesetzgebenden Körperschaften. „Mit Ausnahme der Bayern sprachen sich alle Teilnehmer für einen großen Steuerverbund aus. Dieser Steuerverbund soll weder zu einer Ausweitung der Finanzverwaltung noch zu einer Ermächtigung für eine eigene Bundesfinanzverwaltung führen." (*Kohl:* Unter der Vorraussetzung, hieß es, Herr Bundeskanzler!) Ja, so ist es gemeint. „In den großen Steuerverbund ist die Umsatzsteuer – das ist die Mehrwertsteuer – einzubeziehen. Der Katalog der Gemeinschaftsaufgabe soll so klein wie möglich gehalten werden. Bei einer Grundgesetzänderung ist eine Ermächtigung zum Abschluß von Vereinbarungen zwischen Bund und Länder für einzelne genau beschriebene Sachgebiete ausreichend. Ein Finanzplanungsrat – der bekanntlich vom Bundesfinanzminister angestrebt wird – als Institution ist nicht notwendig."

Nun würde ich gern einmal die Meinung der Herren Ministerpräsidenten überhaupt hier in unserem Kreis zu der Sache hören. Ich schicke voraus, ich gehe an das Problem nicht heran mit der üblichen Vorstellung, es muß unter allen Umständen für den Bund neues Terrain erobert und den Ländern müssen irgendwelche Kompetenzen abgezwackt werden. Soweit ich höre, ist auf dem Gebiet der Gemeinschaftsaufgaben eine gewisse Annäherung erreicht.[41] Es ist ein langer Katalog, den wir als gedankliche Grundlage gegeben haben. Er war von vornherein nicht so gemeint, als ob wir alle diese Probleme wirklich als Gemeinschaftsaufgaben durchsetzen wollten. Ich höre, auf drei oder vier Gemeinschaftsaufgaben kann es hinauslaufen.

Die anderen wesentlichen Probleme habe ich hier angeschnitten. Bei der Gemeindefinanzreform will ich jetzt nicht in die sehr schwierige Substanz einsteigen, sondern nur sagen, daß wir uns einig sind mit den Fraktionsvorsitzenden darüber, daß es eine Lösung in einem Paket sein soll, wenn auch das spätere Inkrafttreten von allem in Aussicht genommen ist.

---

40 Protokoll über die Fraktionsvorsitzendenkonferenz vom 24.–27. Januar in München S. 41–47 (ACDP 07 unverzeichnet). Vgl. auch „Stuttgarter Zeitung" vom 27. Januar 1968 „CDU/CSU gegen Bundeskompetenz für Gemeinschaftsaufgaben"; „Landshuter Zeitung" vom 27. Januar 1968 „Debatte über Gemeinschaftsaufgaben"; „Handelsblatt" vom 1. Februar 1968 „Mitbestimmung und Integration".

41 Vgl. „Welt" vom 18. Dezember 1967 „Länder lenken ein: Kompromiß über die Finanzreform möglich"; FAZ vom 30. Dezember 1967 „Die Länder wehren sich gegen einen weiteren Steuerverbund".

Lemke: Herr Bundeskanzler, dann will ich mal anfangen. Es ist so, daß sich die Ministerpräsidenten klargeworden sind über die Flurbereinigung, wobei ich den letzten Text nicht kenne. (*Unruhe.*) Das ist aber keine Weltanschauung mehr. Man kommt zu dem Ergebnis, daß es keine Konstruktion des Finanzausgleichs gibt, um alle Dinge durch reinliche Scheidung darin zu regeln. Infolgedessen drängt die Lösung dahin, daß es Gemeinschaftsaufgaben geben soll. Aber da geht es nun sehr weit auseinander bei uns. (*Unruhe.*) Die einen sind liberal und wollen ein paar mehr Aufgaben haben. Einige sind nur bei einem einzigen Punkt stehengeblieben, nämlich bei dem Ausbau und Neubau von Hochschulen. Andere wieder nehmen die Agrarstruktur und die regionale Wirtschaftsförderung dazu. Fast alle wollen die Ausbildungsförderung dem Bund übergeben, und zwar durch Geld ad personam. Das wäre vielleicht eine Lösung, die zweckmäßig ist. Das ist also der Rahmen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Nun kommt aber eine Schwierigkeit, Herr Bundeskanzler, nämlich das, was die Experten und die Juristen daraus gemacht haben. Sie haben eine Verwaltung der Gemeinschaftsaufgaben konstatiert oder vorgeschlagen, die zu neuen Schwierigkeiten führt. Sie verfolgen das Ziel, eine Verwaltungsorganisation zur Erhaltung von Gemeinschaftsaufgaben einzurichten. Das ist schon damals mit erheblichen Fragezeichen versehen worden. (*Unruhe.*) Ich meine, man sollte dem Gedanken nähertreten, der davon ausgeht, das und das sind Gemeinschaftsaufgaben, und daran beteiligt sich der Bund nach bilateralen oder multilateralen Vereinbarungen mit den Ländern. Dabei wird kein Bayer auf die Barrikaden gehen. Es wird auf jeden Fall eine große Planung für unseren Freund Stoltenberg im Rahmen des Bundesgebietes möglich sein. Es ist dies ein praktikabler Weg, der keine neuen Verwaltungsschwierigkeiten bringt, der aber den Bundesinteressen und den Länderinteressen gerecht wird.

Etwas Ähnliches ist es auch, was der Herr Bundeskanzler eben vorgelesen hat. Die Fraktionschefs haben gemeint, dem Bund sollte eine Finanzierungskompetenz gegeben werden. Das wäre die Lösung der ganzen Frage, denn ich wüßte nicht, wie man es sonst lösen könnte. (*Unruhe und Bewegung.*)

Goppel: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst dafür bedanken, daß ich hier sein kann, obwohl ich heute eigentlich in München sein müßte. In München tagt unsere Landesgruppe mit der Fraktion des Bayerischen Landtags.[42] Diese hätten meine Anwesenheit sehr dringend erbeten, aber es war mir doch sehr wichtig, hier dabei zu sein.

Ich meine, wir sollten grundsätzlich auch dazu sprechen, was die Herren Fraktionsvorsitzenden bezüglich der Gemeinschaftsaufgaben gesagt haben. Wenn ich richtig unterrichtet worden bin, haben sie sich dahingehend geeinigt: 1. daß ins Grundgesetz keine Gemeinschaftsaufgaben aufgenommen werden, 2. daß aber ins Grundgesetz eine Ermächtigung aufgenommen werden soll, nach welcher Bund und Länder eine Gemeinschaftsaufgabe beschließen können, 3. daß die von den Verfassungsjuristen bisher so

42 Am 29. Januar 1968 tagten im Bayerischen Landtag die Vorstände der CSU-Landesgruppe und der CSU-Landtagsfraktion, Protokoll in ACSP, LTF 6. WP CDU-Fraktionen; CSU-Landesgruppe 1967–1968.

bekämpfte Unzuständigkeit in der Finanzierung es dem Bund ermöglichen soll, solche Gemeinschaftsaufgaben mitzufinanzieren, ohne sie wieder in der Verwaltung an die Planungsrichtlinien und Überwachungshoheit des Bundes zu knüpfen.[43]

Dies scheint mir der grundlegende Schluß in München gewesen zu sein. Ich wollte den nur herausstellen, damit wir jetzt nicht über alte Vorstellungen von Gemeinschaftsaufgaben sprechen. Was die Zahl anlangt, so sind seinerzeit die Ministerpräsidenten in ihrer Konferenz übereingekommen, zunächst einmal ein Land zu nehmen, um nach außen die Sicht zu wahren, um dann nach Möglichkeit es auch anderen Ländern zuzugestehen.

Was die Fraktionsvorsitzenden vorgeschlagen haben, nämlich eine Ermächtigung im Grundgesetz vorzusehen für eine Vereinbarung mit den Ländern und eine reine Finanzierungsbeteiligung des Bundes unter Wahrung der Selbständigkeit der Überwachungsaufgaben der Länder, ist ein Weg, (*Sehr starke Unruhe.*) dem keinerlei ... (*Anhaltende Unruhe.*) denn an sich will ja der Bund – und ich muß jetzt zur grundlegenden Frage kommen – nur Länderaufgaben zu Gemeinschaftsaufgaben machen. Er will ja nicht eine einzige Aufgabe des Bundes zu einer Gemeinschaftsaufgabe machen. (*Bewegung und Unruhe. – Kiesinger:* Das liegt in der Natur der Sache!) Das weiß ich nicht, Herr Bundeskanzler. Wenn wir immer von dem sogenannten kooperativen Föderalismus sprechen, dann ist es eine Gemeinschaft, die aus allen Kooperanten besteht, und es könnten die Zuständigkeiten aller Kooperanten in diese Gemeinschaft eingeführt werden. Ich darf von meiner eigenen Landtagsfraktion sagen, auch sie vertritt den Standpunkt, den ich jetzt hier vorgetragen habe, und der Standpunkt unseres Fraktionsvorsitzenden auf der Konferenz ist kein anderer.

Ich weiß nicht, was heute in München zwischen den Gruppen herauskommt, aber das ist unsere ursprüngliche Auffassung gewesen. Man ist darauf zurückgekommen, weil selbst die Verfassungsjuristen des Bundes in einer der letzten Sitzungen der Finanzreformkommission zu der Meinung gekommen sind, die Verwaltung, die Durchführung und die Überwachung würden so schwierig und so verfassungswidrig werden, daß man am besten darauf verzichtet und es macht wie bisher, um im Wege der Vereinbarungen – wir haben ja zwölf oder 13 – zu demselben Ergebnis zu kommen, zu dem der Bund kommen will. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich bitte Sie, mir das nicht übel zu nehmen, wenn ich nun hinzufüge, es ist noch nie und nirgends behauptet worden, daß durch die Einführung dieser Gemeinschaftsaufgaben die Mittel vermehrt würden, die zu ihrer Durchführung notwendig sind. Ich habe noch keine solche Behauptung gehört.

Ich möchte als zweites hinzufügen: Es ist auch noch nicht behauptet und vor allem noch nicht bewiesen worden, daß etwa die Länder – und ich schließe die Gemeinden mit ein – ihre bisherige Finanzmasse zu unnötigen, zu überflüssigen und nicht dem Gemeinwohl dienenden Ausgaben verwendet haben, von einigen Fehlverwendungen abgesehen, die wir aber auch beim Bund kennen. Das sind administrative und exekutive

43 Art. 91 a und b wurden im Verlauf der großen Finanzreform 1969 in das GG aufgenommen. Vgl. Sten.Ber. 5 WP. 222. Sitzung vom 20. März 1969 S. 12056–12072 und BGBl 1969 I S. 359 („21. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes" vom 12. Mai 1969).

Angelegenheiten, aber keine grundsätzlichen Angelegenheiten, so daß für die Einführung dieser Gemeinschaftsaufgaben die Vermehrung der Mittel, die bessere Durchführung der Aufgaben usw. doch eigentlich in Frage gestellt sind. (*Unruhe.*) Nun muß ich meinem Kollegen Lemke sagen, wenn er das anders sieht, so kann ich das und auch seinen Ausdruck, daß kein Bayer auf die Barrikaden geht, nicht unterstreichen. Ich habe in den letzten Tagen, als bekannt wurde, daß dieses Gespräch geführt werde, dicke Zuschriften bekommen, die hart anfingen und hart aufhörten. Wenn Sie Gelegenheit genommen hätten, am letzten Samstag um 12.00 und 17.00 Uhr den Kommentar des Bayerischen Rundfunks[44] zu hören, dann hätten Sie eine Ausstrahlung gehört, die man nach meiner Meinung noch als den Standpunkt eines sehr braven und kompetenten Bundesangehörigen bezeichnen würde. Infolgedessen möchte ich meinen, hier nicht allzu großzügig zu sein, zumal die ganze Regelung mit dem von den Fraktionsvorsitzenden vorgeschlagenen Weg durchaus, auch für den Bund und die Sache selber, meines Erachtens sehr gangbar ist.

Filbinger: Ich kann mich kurz fassen. Ich möchte zur Frage der Flurbereinigung, der Beseitigung des Wildwuchses und zur Frage der Gemeinschaftsaufgaben nichts Grundsätzliches sagen. Ich halte es für verdienstvoll, daß wir eine bessere Abgrenzung bekommen zwischen den Ländern und den Gemeinden und daß hier mancher Wildwuchs durchforstet wird.

Von den Gemeinschaftsaufgaben sollte man nicht erwarten, daß dadurch das fehlende Geld kommt. Die Verteilung der Finanzmasse hin und her bringt nicht mehr Geld. Aber das ist ja der eigentliche Hauptmangel. Wir wollen die Finanzreform nicht deshalb, weil der Bund Sachen finanziert, die den Ländern gehören und umgekehrt, sondern weil die Finanzausstattung der Länder, der Gemeinden und auch des Bundes nicht ausreichend ist.

Nun habe ich den Eindruck, daß auf dem Wege zu den Experten die Dinge sehr stark in die Details hineingegangen sind, die das eigentliche Problem, nämlich die Finanzausstattung und ihre Verbesserung, nicht primär aufgefaßt haben. Das ist also der ganze Mangel bei der Geschichte. Im übrigen würde ich sagen, wegen der Gemeinschaftsaufgaben sollten wir uns grundsätzlich nicht streiten. Es hat sich jetzt der Komplex reduziert auf die Gemeinschaftsaufgaben bei der Neubildung von Universitäten, bei den Strukturfragen und bei der Landwirtschaft, eventuell noch bei der Wirtschaft. Darüber kann man reden. Das sind keine solchen Kardinalfragen, daß wir uns innerhalb der CDU in die Haare kommen. Ich glaube auch nicht, Herr Bundeskanzler, daß es zweckmäßig wäre, über die beiden Komplexe von Gemeinschaftsaufgaben hinauszugehen; denn sonst kommen wir derartig in kontroverse Stoffe hinein, daß sich die Mühe nicht lohnt. Letzten Endes haben die Länder einen gewissen Argwohn, wenn die Gemeinschaftsaufgaben auf Materien ausgedehnt werden, die bisher nicht vom Bund kompetenzmäßig bearbeitet worden sind, daß nachher die Rechnung vom Bund beim Finanzausgleich aufgemacht und gesagt wird, die Länder sollen es machen. Der Bund tut eine

44 Am 27. Januar 1968. Nicht ermittelt.

ganze Menge bei Dingen, die wir euch abnehmen. Jetzt müßt ihr dafür beim Finanzausgleich dem Bund ein wenig helfen. – Das sind also Dinge, die führen zu nichts. Das eigentliche Übel ist die Verbesserung der Finanzausstattung.

Lassen Sie mich einige Worte sagen zu der meines Erachtens sehr wichtigen Frage der Gemeindefinanzreform. Das ist eigentlich der Kernpunkt der Geschichte. Leider ist dieser Kernpunkt erst sehr spät auf den Tisch des Hauses gekommen. Wir haben uns ein halbes Jahr lang mit Akribie über Gemeinschaftsaufgaben gestritten. Ich habe dabei manchmal den Eindruck gehabt, als wäre es eine Fleißarbeit der Länder und der Gemeinden, sich da hineinzuverbeißen. Ich bin – das möchte ich grundsätzlich sagen, Herr Bundeskanzler, – zu der Auffassung gekommen aufgrund reichlichen Studiums der Studie, die vom Finanzministerium stammt.[45] Wir haben sie erst verhältnismäßig kurz in die Hände bekommen.

Es ist so, daß die Verfasser keine klaren Vorstellungen über die Frage des Zusammenspiels zwischen den Ländern und den Gemeinden haben. Diese Verfasser gehen offensichtlich von der Grundauffassung aus, man muß den Gemeinden mehr Geld geben, weil sie sehr viele investive Aufgaben haben, die den Globalsektor der ganzen Bevölkerung betreffen. Also wollen sie den Gemeinden mehr Geld geben. Woher nimmt man das Geld? Man nimmt es aus dem Finanzzuwachs an Einkommenssteuer, die den Ländern und auch dem Bund zukommt. In Zukunft sollen die Gemeinden damit bessergestellt werden.

Nun muß ich aber auf eines hinweisen. Es ist völlig unmöglich, die Gemeinden finanziell so zu stellen, daß sie alles, was an Investitionen notwendig ist im gemeindlichen Sektor, damit finanzieren können. Es ist also eine Auswahl nach Prioritäten notwendig. Das ist – das weiß jeder, der in diesem Geschäft steht – ein ungewöhnlich hartes Geschäft, weil viele wünschenswerte und notwendige Dinge dann einfach unter den Tisch fallen müssen. Wie geschieht das bisher? Diese Ausgaben erfolgen nicht von den Gemeinden, sondern da wird gesteuert von seiten der Länder. Und diese Steuerungsaufgabe haben die Länder – nehmt alles nur in allem – in diesen 15 oder 17 Jahren des Aufbaues gut gemacht. Es sind zwar Fehlinvestitionen erfolgt, aber im ganzen haben die Länder gesagt, das machen wir, das andere machen wir eben nicht.

Diese Steuerungsfunktion bleibt noch eine Reihe von Jahren. Wir kennen ja die Mittelfristige Finanzplanung. Es geht ja nicht 1968 oder 1969 spontan besser, sondern wir wissen, daß wir den Riemen noch kurz halten müssen. Diese Steuerungsfunktion wird also in Zukunft noch wichtiger werden. Die Gemeinden sind nicht imstande, auch wenn sie Geld haben, darauf zu verzichten, das Geld auszugeben. Es wird dahin kommen, daß man die Schwerpunkte bei investivem Bedarf sehr stark konzentrieren wird. Die Großstädte werden überdimensional berücksichtigt. Das ist etwas, worauf die CDU auch achten muß, daß nämlich dann die Regionen, die wir in ihrer Leistungskraft anpassen wollen an die Verwaltungsräume usw., nicht vernachlässigt werden.

45 Vgl. „Die Ziele der Gemeindefinanzreform" von Ministerialrat Wilhelm Heckt (BMF) in: BULLETIN Nr. 25 vom 28. Februar 1968 S. 197–201.

Ich würde also sagen, deshalb ist die Weiche falsch gestellt in dem Entwurf, weil man meint, bei der Eröffnung des direkten Finanzweges zwischen dem Bund und den Gemeinden würde man diese Nöte beheben. Man behebt sie aber nicht, sondern man bekommt eine einseitige Steuerung zugunsten der Agglomerate von kommunalen Schwerpunkten. Man wird auch sicherlich Fehlsteuerungen hinsichtlich der Prioritäten bekommen.

Der zweite Fehler liegt meines Erachtens darin, daß man Geld zugunsten der Gemeinden verplant, das man nicht hat oder nicht mehr hat. Woher sollen die Gemeinden diese Verbesserung bekommen? Aus dem Steuerzuwachs. Dieser Steuerzuwachs ist aber von den Ländern auf Jahre hinaus verplant. Das hätten eigentlich die Planer wissen müssen, die ja auch die Mittelfristige Finanzplanung beim Bund gemacht haben. Was haben die da gemacht? Sie haben den Steuerzuwachs für die nächsten fünf, ja zehn Jahre in ihre Programme hineingetan und dort verplant. Das steht also nicht mehr zur Verfügung. Genau das haben sie gemacht. Herr Stoltenberg, womit sollen wir unsere Universitäten, Volksschulen und Gymnasien finanzieren? Das tun wir auf lange Sicht in unserer Planung aus dem Steuerzuwachs, den wir genau errechnen. Wir haben 5 % Zuwachs, also ist die ganze Planung darauf abgestellt, das zu verbrauchen. Das kann man aber nicht mehr den Ländern wegnehmen und es den Gemeinden geben. Das ist also die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Wir können heute sachlich diese Dinge nicht vertiefen, und es ist völlig unmöglich, in die Dinge einzusteigen. Deshalb kann das Gespräch hier nur die Frage des taktischen Vorgehens ansprechen. Herr Bundeskanzler, Sie stehen ja morgen oder übermorgen vor der Frage, in Ihrem Kabinett dieses ganze Paket zu beraten und zu verabschieden. Wenn die Bundesregierung das aber verabschiedet hat, dann ist es zunächst einmal in der Welt. Kein Gesetz ist vollkommen. Und es wird Kritik bekommen. Und wie stehen Sie da mit der Bundesregierung, wenn Sie nun für die Gemeinden etwas tun wollen, aber kaum ist der Entwurf draußen, dann werden die Gemeinden durch ihre Vertreter aus allen Rohren dagegen schießen. Es steht bereits fest, daß sie schießen wollen. Sie haben auf ihrem Kongreß schon entsprechende Beschlüsse gefaßt.[46] Dazu werden aber dann noch die Länder kommen. (*Kiesinger:* Die Städte!) Gerade die großen Städte. (*Kiesinger:* Ich wollte sagen, nicht einfach die Gemeinden!) Wenn schon die großen Städte, die ja viel mehr zu erwarten haben als die kleinen, sich einschießen, was können wir dann von den kleinen erwarten, die jetzt schon darauf hinweisen, sie kämen zu kurz im Blick darauf, daß ungefähr alles in die großen Städte fließt. Dann kommen die Länder noch ihrerseits dazu. Die können gar nicht anders, als eine starke Kritik an dieser Konzeption zu üben. Und welches Schicksal hat dann dieser Entwurf in der Öffentlichkeit?

Herr Bundeskanzler, ich kann Ihnen jetzt auch nicht sagen, wie das geschehen soll. Ich habe erst fünf Tage den Entwurf in der Hand. Ich konnte ihn über das Wochenende

46 Hauptausschußsitzung des Deutschen Städtetages am 17./18. Januar 1968 in Würzburg. Das Konzept der Bundesregierung zur Finanzreform wurde dort verworfen. Vgl. „Main-Post" vom 19. Januar 1968 „Danaergeschenk der Finanzreform".

einmal durchlesen. Ich würde vorschlagen, wenn es Ihr Zeitplan zuläßt, die Beratung, mindestens aber die Verabschiedung im Bundeskabinett zu verschieben, bis Ihr Gespräch mit den Länderchefs stattgefunden hat. (*Kiesinger:* Der 6. März ist der Termin![47]) Das wäre mein Anliegen, damit nicht etwas in der Welt ist, was doch schon eine Art von Verfestigungen mit sich bringt; in diesem Fall eine Verfestigung zum Nachteil derer, für die ich heute sprechen konnte.

Röder: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Was die Gemeinschaftsaufgaben angeht, so wissen meine Kollegen am Tisch, soweit sie Länderchefs sind, daß der Standpunkt vertreten wurde: reich und charaktervoll, aber arm und ohne Grundsätze. (*Heiterkeit und Bewegung. – Meyers:* Der Streit ist ausgetragen!) Das heißt also, daß jeder, der Vermögen hat, auch Charakter habe. Jemand, der in der schlechten Lage ist wie ich, der hat in bezug auf die Gemeinschaftsaufgaben einen anderen Standpunkt als derjenige, der das nicht nötig hat. Das ist ganz natürlich. Ich vermag einfach nicht einzusehen, verehrter Freund Alfons Goppel, wieso ich in Saarbrücken beispielsweise eine Universität unterhalte für doppelt soviel Studierende, wie ich überhaupt selbst im Lande aufbringe, ohne daß die Länder ihrerseits bereit sind, mir die Hälfte dieser laufenden Kosten zu bezahlen, oder zumindest dem Bund zu gestatten, mir soviel Forschungsmittel zu geben, daß ich das übrige aus meiner eigenen Landestasche zahlen kann. Ich vermag das nicht einzusehen, warum das nicht gehen soll. Und meine Bevölkerung vermag das auch nicht einzusehen. (*Goppel:* Studiengeldfreiheit.)

Herr Bundeskanzler! (*Sehr starke Unruhe und Bewegung.*) Ich bin in der Gunst des Bundes und nicht in der Gunst der Länder. Nun muß ich als Regierungschef hier vorsichtig sein. Die Ministerpräsidenten tagen am 22. Februar zu dem Thema „Hochschulfinanzierung Bremen“[48]; ich habe gesagt: Finanzierung Saarbrücken. – Wenn am 22. Februar keine Bereitschaft der Länder herauskommt, mir die Hälfte der laufenden Kosten in Saarbrücken abzunehmen, bleibt mir nichts anderes übrig, als mich an den Bund zu wenden und zu sagen: Laß das Land an der Saar nicht zugrunde gehen, die Universität auch nicht. (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Nun sagen die Kollegen: Wir haben nichts dagegen, wenn der Bund nur nicht hineinredet; zahlen darf er, aber er darf nicht mitreden. – Das ist doch die Konstellation. Dann komme ich und sage, ich mache eine Stiftungsuniversität. Da gibt es Leute, die sagen: Dann verklagen wir Dich in Karlsruhe, daß Du eine solche Stiftungsuniversität machst. – Das scheint mir zu weit zu gehen. Deshalb sollten wir uns mit den CDU- und CSU-Freunden zusammensetzen und das in aller Freundschaft erörtern.

Die Bundesregierung kommt in eine miserable Situation, wenn sie immer davon ausgeht, sie könne im Gespräch an diesem Tisch oder bei den Ministerpräsidenten eine Zustimmung zu ihrer Auffassung, die sie von den Gemeinschaftsaufgaben hat, bekommen; die Sie aber nie bekommen, Herr Bundeskanzler! Deshalb ist es zweckmäßig, daß

47 Tagung der Ministerpräsidenten am 22. März 1968 in Bonn zur Beratung über einen eigenen Vorschlag zur Gemeindefinanzreform, vgl. FAZ vom 21. März 1968 „Ein neuer Vorschlag zur Gemeinde-Finanzreform“.

48 Vgl. FAZ vom 29. April 1968 „Bremen läßt nicht locker“.

man sich im Freundeskreis zunächst einmal darüber einigt, was man auf einer Linie erreichen kann. Ich halte da einiges für möglich, anderes nicht für möglich. Nun ist viel vom Minirock, von der Mini-Koalition die Rede, und mit diesem Miniprogramm der Gemeinschaftsaufgaben, mit dem wir dann abgesichert sind, sollten Sie dann in der Öffentlichkeit argumentieren. Es wird nicht ganz das sein, was Sie sich selbst heute als Bundeskanzler vorstellen. Es wird etwa in der Mitte dessen liegen, was Sie sich als Ministerpräsident vorgestellt haben und heute als Bundeskanzler wünschen. (*Lebhafte Heiterkeit.*)

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler, Sie haben von den großen Reformen gesprochen. Sie haben gesagt, im Wahlrecht werden die Probleme schwierig. Bei der Notstandsgesetzgebung ist es sicher nicht besser. Von den großen Reformen bleibt in der Tat im wesentlichen diese übrig. Wir müssen aufpassen, daß wir in den nächsten Monaten nicht in ein ähnliches Blicklicht hier kommen, wie die SPD beim Wahlrecht gekommen ist.

Insofern war die Veröffentlichung der Beschlüsse der Fraktionsvorsitzenden, wie sie erfolgt ist ... (*Kohl:* Der Landtage und des Bundestags!) Ja, aber Herr Kohl ... (*Kohl:* Das Institut heißt: Fraktionsvorsitzenden der Bundestagsfraktion und Landtagsfraktion der CDU/CSU.) Es ist doch weniger ein Beschlußorgan als der Bundestag. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Ich will auch nicht näher darauf eingehen.

Ich möchte nur betonen, daß wir hier nicht vor einem Anfang stehen, sondern daß hier seit dem Sommer des vergangenen Jahres zwischen dem Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten in einem von beiden Seiten eingesetzten Ausschuß Entscheidungen vorbereitet werden und gewisse vorläufige Absprachen auch erfolgt sind, und zwar in der Sitzung im September.[49]

Man soll die Diskussion nicht so führen, als ob diese ganze Sache nicht gewesen sei. Es hat eine gemeinsame Kommission der Partei und der Fraktion gegeben unter dem Vorsitz des Kollegen Niederalt.[50] (*Kohl:* Der war auch da!) Diese ganzen Vorarbeiten muß man jetzt auch berücksichtigen. Wenn man diese Vorarbeiten sieht und auch die Zeitprobleme, unter denen wir stehen, dann zeichnet sich nach meinem Eindruck doch ein gewisses Ergebnis ab. Dieses Ergebnis besteht darin, daß der von der Bundesregierung vorgelegte Katalog erheblich reduziert werden wird. Wir sind selbst davon ausgegangen, daß es eine Diskussionsgrundlage war, und haben gewisse Bewertungen von uns aus schon vorgenommen.

Die Ministerpräsidenten haben sich in früheren Beschlüssen für zwei Dinge ausgesprochen, nämlich für die Frage der Hochschulen einerseits und für die Frage der regio-

49 Die Kommission tagte erstmals am 29. September 1967. Vgl. Nr. 16 Anm. 28.

50 Am 22. Februar 1967 wurde die „Kommission für Fragen der Finanzreform" eingesetzt (Mitglieder waren Manfred Abelein, Walter Althammer, Rolf Bremer, Hansjörg Häfele, Carl Hesberg, Karl Krammig, Alois Niederalt, Wolfgang Pohle, Günter Rinsche, Josef Stecker, Felix Freiherr von Vittinghoff-Schell, Ludwig Blumentrath, Alfred Dregger, Franz Etzel, Karl-Maria Hettlage, Franz Heubl, Walter Jansen, Wilhelm Lenz, August Neuburger, Joseph Pütz, Bruno Weinberger, Hans Weiß), vgl. DUD Nr. 36 vom 22. Februar 1967 S. 2; Liste der Teilnehmer in ACDP Dokumentation 2/201/2–0. – Die Arbeit der Kommission war im April 1967 beendet, vgl. DUD Nr. 69 vom 12. April 1967 S. 4.

nalen Wirtschaftsförderung andererseits. Wir wissen auch aus den Erörterungen der Bund-Länder-Kommission, daß es auch bei den Ländern teilweise eine Neigung gibt, den Bereich der Agrarstruktur hineinzunehmen. Ich möchte das nachdrücklich unterstützen. Man kann regionale Wirtschaftspolitik und Agrarstruktur nicht unterschiedlich behandeln.

Wenn wir an diesen drei Fragen im Katalog festhalten und dann nach den Vorschlägen der Länder noch eine Sonderregelung für die Ausbildungsförderung finden, dann hätten wir aus den fünf Punkten, die der Bund in den Vordergrund gestellt hat, vielleicht drei der Gemeinschaftsaufgaben – die Ausbildungsförderung auf einem anderen Wege – befriedigend gelöst. Es bleibe offen das wichtige Thema der regionalen Verkehrsprobleme, wo bei den Ländern starke Bedenken vorliegen. Das ist eine Sache, über die man sich nachher verständigen muß, wo vielleicht auch der Bund – sehr ungern, wie ich sagen würde – irgendeinen Abstrich an seinen Positionen vornehmen müßte. (*Lebhafte Unruhe.*) Insofern glaube ich, daß wir wesentlich weiter sind. Ich möchte auch betonen, Herr Ministerpräsident Goppel, daß nach meiner Überzeugung die Bundesregierung auf einen, wenn auch geringen Katalog nicht verzichten kann. In unseren bisherigen Besprechungen sind wir von einem Katalog ausgegangen, nur der Umfang war strittig. Wenn aber auf einen Katalog verzichtet wird, dann gibt das eine völlige Unklarheit in verfassungsrechtlicher und tatsächlicher Hinsicht über das, was der Bund tut und was er nicht tut. Das ist dann nicht die Klarheit in der Aufgabenstellung, die wir auch für die Diskussion über die Steuern brauchen. Wir bekommen in diesem Zusammenhang die Diskussion über die Finanzverfassungsreform. Wenn man dem Bund lediglich eine ganz allgemeine Ermächtigung ohne Katalog geben will, durch Verwaltungsvereinbarung die Dinge mit zu finanzieren, dann haben Sie bei den Milliardenbeträgen, um die es bei den Hochschulen, bei der regionalen Wirtschaftsförderung und der Agrarstruktur geht, wieder die absolute Ungewißheit in der Steuerdiskussion, so daß dies nach meiner Überzeugung aus systematischen übergeordneten Gründen, aber auch im Hinblick auf die Klarheit, die der Bund braucht – ich möchte natürlich dem Votum des Kabinetts, des Bundeskanzlers und des Finanzministers nicht vorgreifen –, keine verhandlungsfähige Grundlage mehr.

Ich sage das auch zu dem Beschluß der Fraktionsvorsitzenden, falls er so ausgelegt wird. Herr Pohle[51] hat ihn mir gegenüber anders ausgelegt. Ich kann das nicht beurteilen. Ich wäre dankbar, wenn man über einen erheblich reduzierten Katalog, über den man sich, wie ich glaube, verständigen kann, nämlich die drei Aufgaben plus einer Sonderregelung für die Ausbildungsförderung, und zwar unter Aufgabe des Punktes „Verkehr" vom Bund her, sich nun tatsächlich zu verständigen versucht.

In dem Problem, Katalog ja oder nein, steckt ja ein anderer Streit. Das ist der Begriff der Rahmenplanung. Wir waren uns im Grunde am 29. September, Herr Bundeskanzler und Herr Ministerpräsident Goppel, an diesem Tisch einig, daß auch hier eine Verstän-

51 Dr. Wolfgang Pohle (1903–1971), Jurist; 1953–1957 und 1965–1971 MdB (bis 1957 CDU, dann CSU), 1965–1971 Vorsitzender des Arbeitskreises Haushalt, Finanzen, Steuern der CDU/CSU-Fraktion.

digung möglich ist. Vielleicht haben die Sachverständigen die Protokolle gelesen. Wir haben klar gesagt: Die Rahmenplanung kann nicht bedeuten, daß der Bund eine administrative Kompetenz übernimmt. Die Administration bleibt, um es einfach zu sagen, bei den Ländern. Die Rechnungsprüfung bleibt bei den Ländern unter Beteiligung eines Sachverständigen des Bundesrechnungshofes. Wir haben andere Modelle, wo wir es ähnlich machen. Die Länder prüfen, ein Sachverständiger kann hinzukommen und den Bund informieren.

Es gibt ein Informationsrecht des Bundes. Das ist auch von Ihnen hier zugestanden. Aber Rahmenplanung bedeutet natürlich doch, daß die großen und in ihren finanziellen Auswirkungen wesentlichen Entscheidungen in einem festzulegenden Verfahren gemeinsam getroffen werden. Das heißt, es ist völlig illusionär, daß wir uns – wie es im Augenblick gewünscht wird – am Ausbau neuer Hochschulen oder der Finanzierung neuer Fakultäten – medizinische Fakultäten kosten 700 bis 800 Mio. – in Zukunft beteiligen, wenn wir nicht an den wesentlichen Vorentscheidungen beteiligt sind. Es kann nicht sein, daß ich als Forschungsminister Entscheidungen über die Gründung von Kliniken mit 800 Mio. in der Zeitung lese, und nachher, wenn es entschieden ist, wird der Wissenschaftsrat und werden wir gefragt: Wer soll die 50% bezahlen?

Diese Form der Zusammenarbeit ist nicht tragbar. Ich muß das gegenüber den konkreten Wünschen sagen, die jetzt an uns herangetragen werden. Es ist eine Illusion zu glauben, daß man darauf auf die Dauer eine Zusammenarbeit von Bund und Ländern aufbauen kann. Wir müssen einen Mechanismus entwickeln, indem wir die sogenannte Rahmenplanung in den Grundzügen gemeinsam durchführen und die Administration dann völlig bei den Länden belassen, weil ich mit Ihnen darin übereinstimme, daß es auch in dem begrenzten Bereich der Gemeinschaftsaufgaben absolut nicht wünschenswert ist, daß der Bund in die Einzelheiten hineingeht.

Es ist noch zusätzlich vorgesehen in diesen Sachverständigenverhandlungen, über diese drei oder vier Punkte hinaus – das ist offenbar auch ein Wunsch der SPD – (*Unruhe und Bewegung.*) eine allgemeine Ermächtigung einzuführen, wonach der Bund auch für andere Aufgaben Zuweisungen geben könnte. Ob das überhaupt wünschenswert ist, weiß ich nicht. Ich hege gewisse Zweifel. Ich persönlich würde darauf verzichten, und zwar um der Klarheit willen, eine generelle verfassungsrechtliche Ermächtigung zu geben. Soweit man bestimmte Formen oder Titel schaffen will, kann man das auch nach dem jetzigen System, aber immer nur im Einvernehmen.

Ich darf noch eine Bemerkung zum Thema Gemeindefinanzreform machen, weil am Sonnabend der Bundesfinanzminister diese Besprechung mit den kommunalen Spitzenverbänden hatte.[52] Das Bild war viel günstiger, als vorher die Presse berichtet hatte, viel

52 Strauß traf sich am 22. Januar 1968 mit den Vertretern des Deutschen Städtetages, vgl. BULLETIN Nr. 11 vom 26. Januar 1968 S. 88. – In der „Tagesschau" am 28. Januar 1968 sagte er, es bahne sich ein Kompromiß im Streit mit den kommunalen Spitzenverbänden um die Gemeindefinanzreform an, vgl. BPA-Nachrichtenspiegel/Inland I Nr. 24/68 vom 29. Januar 1968.

günstiger auch als die Erklärung des Herrn Brundert[53]. Herr Brundert hat auch eine andere Haltung eingenommen als die, die er dann am Sonntag in einer dpa-Meldung von sich gegeben hat. Ob hier taktische Erwägungen mitspielen, weiß ich nicht. Dieses vorläufige Konzept des Finanzministers – wir haben noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt – ist dort von drei der vier kommunalen Spitzenverbände vorbehaltlos begrüßt worden; vom Städtetag zu meiner Überraschung zunächst eigentlich auch ohne starke Vorbehalte. Es geht da nur um Einzelheiten, ob man aus diesem Anteil der Einkommenssteuer 1972 auf die Gemeinden zahlen soll, ob die Proportionalzone bleibt usw. Es sind gewisse technische Dinge. Es war eine Diskussion darüber, ob man diese vorgesehene Senkung der Gewerbesteuer ab 1972 auf 50 oder 40 % beschränken soll. Ich nehme einmal die Stichworte. Das sind die Diskussionspunkte gewesen. Es gab keinen grundsätzlichen Einwand. Aber es ist eine erstaunliche Tatsache, daß man nachher in der Öffentlichkeit wieder etwas anderes sagte, um die Polemik fortzusetzen.

Ich glaube nicht, daß wir auf das, was die großen Städte betrifft, sehr lange warten sollten. Wir wollen ja keine endgültigen Beschlüsse fassen, sondern uns nur eine vorläufige Meinung bilden, um eine Gesprächsunterlage für den 8. Februar zu haben.[54] Erst nach dieser Besprechung soll – wie der Herr Bundeskanzler schon sagte – Anfang März das Kabinett darüber beschließen. Ich glaube, daß wir das tun müssen. Wir sollten dabei bewußt das Risiko eingehen, daß vor allem in diesem Bereich aufgrund der Einwirkungen der Länder bestimmte Änderungen im Gesetzgebungsverfahren erfolgen. Das scheint mir besser zu sein als lang abzuwarten.

Ich möchte zum Schluß noch sagen: Wir sollten nicht unter Negierung der Vorarbeiten, die in der Partei geleistet worden sind, unter Negierung dieser verschiedenen Sitzungen des Bundeskanzlers und der Bundeskommission mit den Ministerpräsidenten jetzt versuchen, das Ganze auf eine völlig neue Basis zu bringen. Wir müssen uns mit einem wesentlich reduzierten Katalog abfinden. Das ist völlig klar. Aber eine gewisse Klarstellung in der Verfassung über das, was inhaltlich eine Gemeinschaftsaufgabe ist, ist für die Bundesregierung nach meiner Überzeugung völlig unverzichtbar. Das ist auch die Basis, auf der bisher Bund und Länder gemeinsam verhandelt haben.

Kiesinger: Ich kann alles das, was Herr Stoltenberg sagte, unterstreichen, und dafür werde ich auch kämpfen, und zwar einfach deswegen, weil ich davon überzeugt bin, daß es wirklich nur so geht, daß es anders nicht geht. Ich darf auf eines hinweisen. Wir stehen in den kommenden Jahren vor ganz neuen Aufgaben, die wir überhaupt noch

53 Dr. Willi Brundert (1912–1970), Jurist; 1930 SPD, 1958–1963 Leiter der Hessischen Finanzschule in Rotenburg, 1963/64 Leiter der Hessischen Staatskanzlei, 1964–1970 Oberbürgermeister von Frankfurt/Main, 1967–1970 Präsident des Deutschen Städtetags. – Brundert kündigte harte Auseinandersetzungen über die Gemeindefinanzreform an, vgl. BPA-Nachrichtenspiegel/Inland I Nr. 24/68 vom 29. Januar 1968.

54 Sitzung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Finanzreform unter Leitung Kiesingers, vgl. BULLETIN Nr. 18 vom 13. Februar 1968 S. 139.

nicht angerührt haben. Ich werde zum erstenmal über diese Dinge zu sprechen versuchen in dem Bericht über die Lage der Nation, der im März abgegeben wird.[55]

Es ist die ganz ernste Frage an uns gestellt, ob wir mit dem bisherigen Bundestag und seiner Struktur diese modernen Probleme überhaupt noch bewältigen können? Das ist ganz einfach die Frage. Ich bin natürlich dagegen – indem man diesen Teufel an die Wand malt –, nun rasch hier Änderungen durchzusetzen. Ich bin der Meinung, wir werden in den kommenden Jahrzehnten vor ganz neue Entscheidungen in dieser Hinsicht gestellt werden, wobei ich nicht glaube, daß alles und jedes besser getan werden könnte, wenn wir eine unitarische oder zentralistische Lösung finden.

Ich habe mir als Ministerpräsident auch immer gesagt: Wenn sich Aufgaben finden, die nach dem Subsidiaritätsprinzip besser von den Ländern wahrgenommen werden als vom Bund, dann weg vom Bund. Der entlastet sich ja damit. Gerade wir, die wir Föderalisten sind – ich rechne mich nach wie vor ganz intensiv dazu –, müssen den Beweis führen und erbringen, daß wir mit einer föderativen Struktur ein modernes Staatswesen durchhalten können. Sie alle wissen ja, wo da die großen Probleme liegen. Ich sehe mit der bisherigen Zuständigkeitsverteilung keine Garantie dafür, daß wir es schaffen werden. Und da bietet sich nun anstelle dieses „entweder Länder oder Bund" z. B. die Gemeinschaftsaufgabe an. Das ist der Natur der Sache nach auf den Bundesstaat zugeschnitten. Auch eine gewisse Vermehrung der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz auf dem einen oder anderen Gebiet könnte da helfen. Wir haben ja die konkurrierende Kompetenzzuständigkeit noch gar nicht ausgenützt – das ist eben auf Ihrem Gebiet, Herr Kollege Stoltenberg –, weil wir sagten, wir wollen da lieber nach moderneren Lösungen suchen.

Aber wir geben oder ich gebe natürlich zu, daß es sehr schwierig ist, heute in einem solchen Kreis in das Problem wirklich hineinzusteigen. Deswegen bin ich der Meinung, wenn wir heute die Diskussion beendet haben, sollten wir uns noch einmal treffen, und zwar meine ich die der CDU/CSU angehörenden Ministerpräsidenten und die Fraktionsvorsitzenden. Auch die Landesvorsitzenden werden ein Wort mitzureden haben. Aber ich würde meinen, erst sollten wir uns in dem kleineren Kreis treffen und dann sehen, wieweit wir miteinander kommen. Wenn dann Schwierigkeiten in den einzelnen Ländern bestehen, muß man den größeren Kreis zusammenholen. Auf alle Fälle müssen wir unter uns, der CDU und der CSU, wirklich wissen, was wir nun wollen.

Das bedeutet, daß wir bis zum 6. März die Sache fertig haben müssen. Bis zum 8. Februar wäre es gut, aber bis dahin kriegen wir es wahrscheinlich noch nicht hin. Auch meine Zeit ist bis dahin ziemlich belegt. Immerhin sollten wir es mal versuchen, Herr Kollege Goppel, es ist bis zum 8. Februar ja noch ein bißchen Zeit, ob wir uns nicht vorher in diesem engeren Kreis einigen können. Ich bin doch sehr erschrocken über das Ergebnis. Was ich aus der Bund-Länder-Kommission gehört habe, klang ermutigend, aber es ... (*Goppel:* Die Meinungen der Vertreter standen sehr gegeneinander: Hettlage und die Länder. So bin ich informiert. Man hat abgeschlossen mit einer völlig divergie-

55 Vgl. Sten.Ber. 5. WP 158. Sitzung vom 11. März 1968 S. 8168–8176.

renden Meinung.) Mir wurde völlig anders berichtet. In der Kommission ist das Ergebnis nicht so. (*Goppel:* Dem Staatssekretär Hettlage ist alles, was wir sagen, „Hekuba". Es tut mir leid, das hier sagen zu müssen. Er besteht auf seinem Standpunkt und erklärt: Der längere Hebelarm ist auf meiner Seite. – Und damit ist die Geschichte zu Ende.) Herr Kollege Goppel, ich habe ja jetzt nicht vom Standpunkt des Herrn Hettlage gesprochen. (*Lebhafte Unruhe. – Goppel:* Aber dies ist der Standpunkt der Kommission, Herr Bundeskanzler. In der Kommission sitzt Herr Hettlage bundesseitig. – *Anhaltende Unruhe.*)[56]

Lemke: Es ist natürlich nicht so, wie von der Bundesseite berichtet wurde, Herr Bundeskanzler. Es ist aber auch nicht so, wie es hier anklingt, daß auf der Länderseite eine völlige Ablehnung besteht. (*Heiterkeit und Unruhe. Zuruf:* Wie ist es denn?) Es ist einfach so, daß die elf Länder in ihrer Auffassung völlig auseinander gehen. (*Anhaltende Unruhe.*) Da steht Goppel, da stehen Röder und Lemke, da stehen Hamburg und Niedersachsen, und alle haben irgendwie einen ganz anderen Standpunkt. (*Unruhe.*) Es ist also nicht etwa so, daß das von den Ländern in toto abgelehnt wird. Aber ich weiß nicht, warum das alles so kompliziert gemacht wird? Wir müssen sehen, daß Sie die Mehrheit bekommen. Das ist möglich, wenn sich der Bund auf diese drei Dinge beschränkt und wenn er von diesem furchtbaren Verfahren, das der Herr Hettlage ausgearbeitet hat, Abstand nimmt. Es muß natürlich weg sein die Aufsicht des Bundes, selbstverständlich mit der Planung des Bundes. Das wird akzeptiert von uns. (*Anhaltende Unruhe.*) Nun muß man einmal konkret einen solchen Paragraphen fixieren. Es muß ein gewisses Vertrauen dasein. Wenn sich der Bund an diesen drei Sachen beteiligt, dann hat er eben auch ein Mitplanungsrecht. Das ist völlig klar, und keiner von uns macht hierbei Schwierigkeiten. Das muß aber mal fixiert werden. Was die Herren da ausgearbeitet haben, das ist überhaupt kaum zu verstehen. (*Starke Unruhe und Heiterkeit.*) Ja, meine Herren, das sind Verwaltungsbeamte. Die Ausbildungsförderung muß ... (*Kohl:* Jedenfalls hat Schleswig-Holstein dort zugestimmt! – *Lebhafte Heiterkeit.* – Das wollen wir doch einmal hier feststellen. – *Zuruf:* Sehr richtig! – *Von Hassel:* Nicht Schleswig-Holstein, sondern ein Mann hat zugestimmt. – *Anhaltende Unruhe.*) Es kommt nun darauf an, ob wir im Bundesrat durchkommen. Das ist nach meiner Meinung ohne weiteres möglich. (*Unruhe. – Kohl:* So einfach, wie Sie sagen, ist es ja nicht.) Bayern wird es am schwierigsten haben, weil Bayern nur für einen Punkt seine Zustimmung gegeben hat. (*Anhaltende Unruhe. – Kiesinger:* Bitte Ruhe!) Also, das Verfahren muß vereinfacht werden. Sie sollen gar nicht ausgeschaltet werden. (*Sehr starke Unruhe. – Kiesinger:* Darf ich um Ruhe bitten!) Sie sollen bloß anders beteiligt sein, wie Sie es ursprünglich vorgesehen haben. Es ist nun wirklich keine Zeit mehr zu verlieren. Wir wollen uns unterhalten. Wir werden mit Ihnen am 8. Februar zusammensitzen, Herr

56 Am 26. Juli 1967 konstituierte sich die Bund-Länder-Arbeitsgruppe für die Finanzreform unter Leitung von Staatssekretär Hettlage, vgl. BULLETIN Nr. 81 vom 1. August 1967 S. 697. Am 26. Oktober 1967 nahm die Arbeitsgruppe ihre Verhandlungen auf, vgl. BULLETIN Nr. 122 vom 28. Oktober 1967 S. 1044. – Zum Verlauf der Verhandlungen vgl. FAZ vom 30. Dezember 1967 „Die Länder wehren sich gegen einen weiteren Steuerverbund".

Bundeskanzler. Ich meine, das können wir noch hinkriegen. Ich wüßte auch nicht, was die Fraktionsvorsitzenden nun eigentlich anders beschlossen haben sollten. (*Unruhe und Bewegung.*)

Kohl: Herr Kollege Lemke, es ist Ihre Sache, wie Sie ein Institut wie die Fraktionsvorsitzendenkonferenz einschätzen. Ich kann Ihnen nur sagen, ich gehöre dem Bundesvorstand und der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen der CDU/CSU seit vielen Jahren an. Ich würde mich jedenfalls hüten, in einem vergleichenden Urteil die Gewichte so zu setzen, wie Sie es eben unterschwellig getan haben. Das könnte sehr schief gehen. (*Barzel:* Das ist zu Protokoll genommen worden. Das lesen wir gleich vor.) Man darf nicht aus der Situation in einem Bundesland etwa der interfraktionellen Verhältnisse nun Schlüsse ziehen auf die Verhältnisse der Bundesrepublik. Dies wäre in der Tat für den Gesamtschluß verhängnisvoll.

Dies zur Vorrede, weil mir das notwendig zu sein scheint und Sie offensichtlich zwar schon Gastgeber einer solchen Konferenz waren, aber die Dinge dann nicht so genau mitgemacht haben. (*Lemke:* Ich habe nichts von der Konferenz gesagt!) Ich habe gar nichts unterstellt. Ich habe nur vorsorglich hier auch für meine betroffenen Kollegen etwas gesagt. (*Lemke:* Ich habe von den anderen überhaupt nicht gesprochen! – *Unruhe. – Zurufe:* Doch!) Nun, ich könnte es jetzt noch einmal verbal wiederholen! (*Lemke:* Bitte, tun Sie es!) Ich muß sagen, daß in der Tat die Kompetenz für die Fraktionsvorsitzenden ... (*Lemke:* Welche Kompetenz?) Der Fraktionsvorsitzenden! In dieser Sache ist folgendes passiert: In München ist dieser Punkt zum dritten Mal auf der Tagesordnung gewesen. Es haben dort Vorträge gehalten aus der Erfahrung dieser Bund-Länder-Kommission der Herr Minister Dr. Heubl[57] und der Kollege Niederalt. Und die Bundestagsfraktion war vertreten durch den Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Müller-Hermann und die Abgeordneten Niederalt und Pohle. Es gab dann eine sehr heftige Diskussion. Ich muß hier zur historischen Darstellung sagen, der Föderalismus im Extrem, der hier karikiert worden ist, ist nicht zunächst von den Kollegen aus Bayern, sondern von den Kollegen aus Nordrhein-Westfalen – das wollen wir bei dieser Gelegenheit feststellen – in aller Härte und in aller Entschiedenheit, (*Dufhues:* Die bedürfen aber einer Überprüfung! – *Heiterkeit.*) – die mit kriegsstarker Mannschaft dort erschienen waren – behandelt worden. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Der Kollege Amrehn war dabei. Ich habe mich mit dem Kollegen Lenz gleich zu Beginn angelegt, weil mir sein Standpunkt einfach überzogen erscheint. Die CSU-Freunde waren gar nicht in der Situation, so hart argumentieren zu müssen, weil andere es getan haben. (*Dufhues:* Gestatten Sie eine Zwischenbemerkung! Wir haben in der Fraktion der CDU im Landtag von Nordrhein-Westfalen festgelegt, daß wir uns in den nächsten Monaten mit dieser Frage beschäfti-

57 Dr. Franz Heubl (1924–2001), Jurist; 1953–1990 MdL Bayern (CSU, 1958–1962 Vorsitzender der Landtagsfraktion), 1960–1962 Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, 1962–1978 Leiter der bayerischen Landesvertretung in Bonn, 1978–1990 Landtagspräsident.

gen wollen.[58] – *Starke Unruhe. – Kiesinger:* Bitte um Ruhe!) Ich will mich mit der Sache nicht länger aufhalten. Herr Bundeskanzler, ich darf bloß formell hier beantragen, daß die von Ihnen in Aussicht genommene Konferenz unter Hinzuziehung der Fraktionsvorsitzenden erfolgt. Ich will damit niemandem zu nahe treten, aber aus jahrelangem Umgang mit Führungskräften der CDU erscheint es mir wichtig, eine Stunde der Wahrheit an einem Tisch herbeizuführen.

Ich halte nichts davon, daß man hier im Bundesvorstand etwa in einer Richtung argumentiert – so etwas gibt es auch in der CDU, was die SPD auf ihrem Parteitag möglicherweise mit dem Wahlrecht machen kann –, daß man dann daheim in den Landtagsfraktionen einen ganz anderen Beschluß bekommt. Sie sollten dafür sorgen, daß alles an einem Tisch sitzt, die Ministerpräsidenten und – was für uns sehr wichtig ist – unsere Oppositionsfraktionen in den Ländern, sowie die Fraktionsvorsitzenden in den Ländern, wo wir Regierungspartei sind, und die entsprechenden Vertreter des Bundes.

Beispielsweise werde ich, Herr Stoltenberg, – ich bin der Vorsitzende der nächsten Konferenz im März in Mainz[59] – den Punkt erneut auf die Tagesordnung setzen und Franz Josef Strauß bitten, dort zu referieren. Ich habe das in München etwas vermißt. Das ist aber wiederum keine Sache, die in München passiert ist, sondern in Düsseldorf, daß nämlich die Redner-Reihenfolge so und nicht anders war. Ich bin der Meinung, wenn wir an einem Tisch sitzen, kommen wir ein schönes Stück weiter, auch über das hinaus, was hier als Formulierung hinausgeht.

Im Augenblick – lassen Sie mich das ganz offen sagen – scheint mir die ganze Angelegenheit überhaupt keine Frage der Sachbezogenheit zu sein, sondern einfach eine Frage, die sich im Bereich der Affekte und der Voreingenommenheit festgefressen hat. Wenn man über dieses Thema mit jemandem spricht, der selber in den Ländern sitzt, gerät man sofort in den Verdacht, daß man hier Hoch- und Landesverrat betreibt. Und wenn man umgekehrt die Haltung bei sogenannten Bundespolitikern sieht, dann muß man sich manchmal fragen, ob sie überhaupt noch die verfassungsmäßige Ordnung und – was noch viel wichtiger ist – die lebende Verfassung der Bundesrepublik in der CDU kennen. Ich bin ganz sicher, Sie werden sich ein großes Verdienst erwerben, wenn Sie noch im Februar diesen Kreis hier ins Haus laden und dabei einfach einmal einen fröhlichen Austausch der Argumente veranstalten. Ich bin sehr gespannt, ob dann alle Ministerpräsidenten dasein werden. Ich bin sehr gespannt, ob alle Fraktionsvorsitzenden erscheinen und die Betroffenen, auch aus dem Parteivorstand. Denn bisher habe ich noch keine Sitzung erlebt, wo diese unheilige Dreieinigkeit an einem Tisch gesessen hat.

Goppel: Herr Bundeskanzler! Meine verehrten Damen und Herren! Wir sind verhältnismäßig jeweils sehr betroffen, wenn ich etwa von der Tagung über den Föderalis-

58 Vgl. GRUBER S. 131–135, S. 355 Anm. 45

59 Am 18. März 1968 fand eine Landesvorsitzendenkonferenz mit den Landesgeschäftsführern statt, vgl. ACDP 07-001-112.

mus in Loccum[60] lese, daß der Staatssekretär Dr. Schäfer[61] im Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrats und der Länder erklärt: Jetzt ist der Zeitpunkt da, wo nun endlich mit diesem Unsinn ausgeräumt werden muß. Franz Josef Strauß, der Finanzminister, wird mit dem einzigen Widerpart, dem Ministerpräsidenten in seinem Land, schon fertig werden. Dann ist der Weg frei in eine ganz offene Lösung. – Ich bitte Sie, das nachzulesen. Das wird dann in der ganzen Presse veröffentlicht.

Ich bin ebenso betroffen, wenn ich lesen muß, was der Staatssekretär Professor Dr. Ehmke[62] den Ministerpräsidenten der elf Länder, die sich einigen sollen, für Zensuren erteilt. Da sind Weichmann[63] und Goppel ein Dioskurenpaar des engstirnigen Föderalismus. Da sind Zinn und Goppel irgend so etwas wie in kleinkariertem Geist aufgewachsene Landesfürsten. (*Lebhafte Unruhe und Heiterkeit.*) Und dann sollen wir sagen: Na großartig, in dieser Bundesregierung sind wir aufgehoben wie in Abrahams Schoß! (*Heiterkeit.*) Ich wollte damit etwas sagen zu dieser affektgeladenen Stimmung. (*Unruhe.*)

Ich darf aber noch etwas zum Standpunkt der Länder und ihrer Unterschiede sagen, weil Kollege Lemke davon gesprochen hat. Wenn ich in den Jahren, in denen ich jetzt im Bundesrat tätig war und sein darf, etwas in Erfahrung gebracht habe, dann war es der ursprünglich reine Zweckföderalismus der Sozialdemokraten, die in der Opposition standen. Die Sozialdemokraten haben das Instrument des Föderalismus in einer so gekonnten Weise gespielt und spielen es heute noch – siehe Wahlrecht –, daß wir aber nun – ich darf es allgemein sagen, ich nehme mich nicht aus – in der CDU und CSU dabei sind, dieses Instrument zu verstimmen und was weiß ich noch alles mit diesem Instrument anzufangen. Ich bitte Sie, auch das einmal richtig zu sehen.

Was noch zum Affekt gehört, ist der Standpunkt der Länder. Es zeigt sich eines. Der Herr Kollege Röder hat recht; er hat mit Recht gesagt: Ich kann in meinem Land mit einer Million und einigen hunderttausenden Einwohnern diese Universität nicht unterhal-

60 Vom 27.–30. November 1967 fand in der Evangelischen Akademie in Loccum eine Tagung zum Thema „Föderalismus in der Bundesrepublik" statt.

61 Dr. Friedrich Schäfer (1915–1988), Jurist; 1951 SPD, 1957–1967 und 1969–1980 MdB (1961–1967 Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion), 1967–1969 Staatssekretär im Bundesministerium für Angelegenheiten des Bundesrats und der Länder, 1961–1978 mit Unterbrechung Mitglied im Vertrauensmännergremium zur Kontrolle des BND, 1979–1983 Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, 1979–1986 Mitglied im ZDF-Fernsehrat.

62 Prof. Dr. Horst Ehmke (geb. 1927), Jurist; 1947 SPD, 1961–1967 außerordentlicher bzw. ordentlicher Professor an der Universität Freiburg, 1967–1969 Staatssekretär im Bundesministerium für Justiz, 1969 Bundesminister der Justiz, 1969–1994 MdB, 1969–1972 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts, 1972–1974 Bundesminister für Forschung und Technologie und für das Post- und Fernmeldewesen, 1973–1991 Mitglied des SPD-Parteivorstands, 1977–1990 stv. Vorsitzender der SPD-Fraktion. Vgl. KEMPF/MERZ S. 212–216.

63 Prof. Dr. Herbert Weichmann (1896–1983), Jurist, 1920 SPD, 1957–1965 Finanzsenator der Hansestadt Hamburg, 1965–1971 Regierender Bürgermeister. Vgl. Anneliese EGO: Herbert und Elsbeth Weichmann. Gelebte Geschichte. Hamburg 1998.

ten. Der Bürgermeister von Bremen[64] hat seit Jahren gesagt: Ich kann eine Universität nicht nur nicht gründen, ich kann sie auch nicht unterhalten, wenn mir nicht geholfen wird. – Ich sehe ein, das liegt sicher nicht an der Bundesstaatlichkeit als solcher, sondern es liegt vielleicht an der nicht ausgewogenen Bundesstaatlichkeit, in der sich zur Zeit die Bundesrepublik befindet. (*Unruhe und Bewegung.*) Aber eines muß ich doch auch Ihnen, verehrter Herr Bundeskanzler, sagen. Sie haben vom Subsidiaritätsprinzip gesprochen. Ich muß von Hause aus einem Föderalismus vertreten, der kein zweckmäßiger, kein opportunistischer und kein funktionalistischer ist, sondern ich muß den Staatsgrundsatz vertreten, den unser Grundgesetz aufrechterhält. Nach unserem Grundgesetz sind diese elf Länder Staaten in ihrer Staatlichkeit mit abgegebenen Subsidiaritätsrechten, aber nichts anderes. Der Föderalismus läßt sich also nicht nur nach Subsidiaritätsüberlegungen entscheiden, sondern auch nach gewachsenen, gewordenen, nach historischen und auch nach substantiellen Maßstäben, die in der Staatlichkeit der Länder liegen.

Ich bin auch damit einverstanden, daß wir uns zusammensetzen und die Dinge ausdiskutieren, aber so, daß wir hier nicht eine Kommission haben, die so entscheidet, und andererseits eine Kommission haben, die so entscheidet, daß wir also nicht eine Äußerung der Ministerpräsidenten auf der einen Seite und eine der Bundesregierung auf der anderen Seite haben, sondern daß wir uns zusammensetzen. Dann wird sich schon irgendein Weg finden lassen.

Eines muß ich ausdrücklich sagen. Ich habe von der Gemeindefinanzreform bisher nicht gesprochen. Ich habe auch mit Franz Josef Strauß darüber noch nicht sprechen können. Ich habe ihn nicht getroffen. Ich hätte gern mit ihm darüber gesprochen. Aber das, was in diesem Papier steht, geht so contre cœur des Grundgesetzes, weil es nämlich die Unabhängigkeit der Gemeinden von ihren Ländern statuiert, wenigstens der großen, und weil jetzt der Weg aufgemacht wird unmittelbar von den Gemeinden zu den Bundesministerien, die diese Geschichte machen. Da muß ich sagen, was dort angestrebt wird – wir haben uns lange in meiner Staatskanzlei mit dem Problem beschäftigt –, nämlich die unmittelbare Beteiligung der Gemeinden mit der Schlüsselzuteilung des Bundes und noch dazu in dieser Form, das geht entschieden zu weit.

Die Vorlage des Finanzministeriums will ich nicht schelten, weil der Finanzminister nicht da ist, aber ich muß sagen, so durfte man sie uns nicht zuleiten, weil wir heute mit Recht darüber sprechen wollen. So, wie es hier vorgesehen ist, scheint es mir unter keinen Umständen zu gehen, wenn wir nicht in eine völlige Unordnung unserer kommunalen Verhältnisse überhaupt hineinkommen wollen, weil es dann einfach nicht mehr möglich ist, im Finanzausgleich über die Schlüsselzuweisungen usw. überhaupt mit den 25.000 Gemeinden noch fertig zu werden.

Herr Bundeskanzler, ich hätte noch eine Bitte, und zwar deshalb, weil sogar das Grundgesetz sagt ... (*Kohl:* Was heißt hier „sogar"? – *Unruhe.*) Die SPD hat sich ein

64 Wilhelm Kaisen (1887–1979), Stukkateur; 1905 SPD, 1945–1965 Regierender Bürgermeister der Hansestadt Bremen. Vgl. Karl-Ludwig SOMMER: Wilhelm Kaisen. Eine politische Biographie. Bonn 2000.

bißchen verführen lassen und ist etwas weicher geworden in der Hinsicht; aber wir wollen doch wegen der riesigen in Zukunft auf uns zukommenden Aufgaben nicht so etwas wie einen föderalistischen Popanz aufbauen. Keines der elf deutschen Länder – auch der Freistaat Bayern nicht – hat sich je den Gesamtaufgaben des Landes und der Nation versagt. Im Gegenteil! Nun sollte man nicht einfach so tun und sagen: Es kommen große neue Aufgaben, die wir bundesstaatlich nicht bewältigen können. – Herr Bundeskanzler, wenn es notwendig ist, für die Nation etwas zu tun, dann machen wir alle für die Nation mit, aber dann konkret und sauber ausgehandelt in den Zuständigkeiten und Verwaltungsmethoden, wie sie das Grundgesetz vorsieht. Das Grundgesetz will ja gar nicht ein Papier sein, (*Unruhe und Zurufe:* Eben!) sondern es will dem Leben unserer Nation dienen. Ich habe immer das Gefühl, es geht halt aus gewissen Büros im Bund – die das zuzeiten gelernt haben – nichts anderes als das heraus, was auch jetzt herauskommt. Das möchte ich doch heute hier sagen. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich glaube nämlich nicht, daß die Politiker so sehr diese Dinge wollen. Das sind doch zum großen Teil Vorlagen, die von den Bürokraten kommen. Deshalb möchte ich deutlich hier warnen vor dem Bürokraten-Zentralismus, der da drin steckt.

Wir machen die lebensnotwendige Vereinheitlichung unseres Volkes und unserer Nation mit, aber alles andere scheint mir doch in vielfacher Art auf diese Weise verdorben zu werden. Nur das möchte ich sagen, denn es hat jetzt keinen Sinn, auf Einzelheiten einzugehen. Ich bitte auch um dieses Gespräch. Wir werden uns mit der CDU und den Ministerpräsidenten noch in dieser Woche in München treffen, um diese Fragen einmal unter uns sine ira et studio zu besprechen, damit wir wenigstens zu Ihnen, Herr Bundeskanzler, am 8. Februar einigermaßen mit derselben Zunge reden, (*Unruhe. – Zuruf:* „Einigermaßen" ist gut!) daß also nicht Bayern und Schleswig-Holstein in zweifacher Weise sprechen.

Es wäre schön, wenn Sie oder Herr Heck mit dabeisein könnten. Ich habe Herrn Hettlage schon angeboten, daß er kommt und bei uns den Vortrag hält am nächsten Donnerstag, dem 1. Februar.[65] Ich wäre sehr damit einverstanden; er kann das ruhig bei uns tun. Wir wollen uns ja nicht einer gemeinsamen Aussprache entziehen, aber wir wollen doch vorher in etwa abklären, damit wir hier an dem Tisch, wenn die anderen dabeisind, uns aussprechen können.

Herr Bundeskanzler, Sie wissen aus Ihrer eigenen Tätigkeit doch, daß die SPD-Herren zwar immer so und so geredet haben, aber wenn es zum Stechen und Hauen gekommen ist, dann wurden nur ein Beil und ein Messer verwendet. Und wir haben es leider Gottes vielfach genau umgekehrt gemacht. Das möchte ich vermeiden. Darum haben wir ausgemacht, daß wir uns am 1. Februar bei uns in München treffen. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir vor dem 8. Februar – wie es Herr Dr. Kohl vorgeschlagen hat – mit den Fraktionsvorsitzenden die Frage durchsprechen könnten, aber dann auch anhand von konkreten Unterlagen. Es ist so, wenn es konkret wird, dann gehen sogar die Vertreter des Bundes weg. Sobald man mit dem Finger an den Nerv kommt, schrecken

65 Koordinierungsgespräch der Ministerpräsidenten der CDU über die Finanzkompetenzen in München, vgl. dpa vom 1. Februar 1968.

sie alle zurück, weil es ja nicht so einfach geht. Diesen großen Entwurf durchzuführen, nämlich innerhalb eines Jahres sozusagen ein neues Grundgesetz zu machen, nachdem fast 20 Jahre dahingegangen sind, ist ein Vorhaben, das man einfach in dieser Weise nicht ausführen kann.

Ich bitte Sie also, mir nicht böse zu sein, wenn ich die Dinge hier so offen angesprochen habe. Ich darf Ihnen noch eines sagen: Wir haben unsere eigenen Auffassungen. Wir haben auch in der Ministerpräsidentenkonferenz – Herr Zinn und ich waren verhindert – eine sehr offene und eindeutige Aussprache gehabt. Wir werden uns den Notwendigkeiten unter keinen Umständen versagen, aber wir möchten auch nicht unnötig an unseren eigenen Stellungen leiden, nicht weil wir Ministerpräsidenten sind, sondern weil es auch um das Lebensrecht der Nation in den einzelnen Ländern geht.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Wir wollen nach diesem Punkt zu einem Imbiß unterbrechen. Ich habe noch drei Wortmeldungen. Ich werde dann nachher versuchen, einen Termin für dieses Gespräch vorzuschlagen.

Barzel: Ich will mich kurz fassen, Herr Bundeskanzler. Nachdem von Herrn Kohl, Herrn Goppel und anderen Herren grundsätzliche Ausführungen gemacht worden sind, kann ich mich auf zwei Sätze beschränken. Die Fraktionsvorsitzenden haben die folgenden beiden wichtigen Sätze erklärt: 1. Dies sei die wichtigste Gesetzgebung dieser Legislaturperiode, 2. dies sei keine Gelegenheit, die föderative Grundstruktur des Grundgesetzes zu ändern. Ich bitte Sie, beide Sätze voll zu werten.

Zu dieser Sache möchte ich sagen, daß ich auch entsetzt bin, aus diesem Gespräch den gegenwärtigen Stand der Vorberatungen ersehen zu wollen. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU hat häufig – wie ich jetzt sehe – zu Unrecht, was ich bedauere, der Bundesregierung gegenüber erklärt, die Regierung sei säumig. Intern hat sie das natürlich erklärt. Es war nämlich nach den Fahrplänen der November des Jahres 1967 für die erste Lesung im Deutschen Bundestag vorgesehen. Um diesen Termin zu erreichen, den wir in diesem Vorstand beschlossen hatten, war dann im Januar oder Februar eine Sitzung, in die Franz Josef Strauß kam, der uns dann auf diese Schwierigkeiten aufmerksam machte aufgrund einer ersten Vorbereitung im Kabinett. Dann haben wir auf meinen Vorschlag hin die gemeinsame Kommission von Bund und Ländern, Partei und Bundestagsfraktion, eingesetzt.

Die Sache war aber so eilig, daß man die Osterferien benutzt hat, um eine Lösung zu finden. Der Vermerk in dieser Sache scheint mir also ein größeres Ausmaß an Einigkeit darzustellen, als es in der heutigen Debatte zum Ausdruck kommt; denn danach war die Entscheidung gefallen: Gemeinschaftsaufgaben ja, enumerative Fortsetzung im Grundgesetz. Diese gemeinsame Kommission war für 4½ Gemeinschaftsaufgaben. Dann kam der Vorschlag der Bundesregierung mit neun usw., den wir ja kennen.

Meine Damen und Herren! Ich kann nur folgendes sagen: Wenn auf der Konferenz der Herren Fraktionsvorsitzenden ein anderer Beschluß gefaßt worden ist, dann muß ich zunächst sagen, ich bedauere, anders unterrichtet zu sein. Ich habe am Samstag Herrn Pohle, den zuständigen Arbeitskreisvorsitzenden der Bundestagsfraktion, bei mir gehabt und ihm berichtet, und er hat gesagt, so wie ich das der Presse entnommen habe,

stimme das nicht. Nun habe ich inzwischen veranlaßt, daß der Fraktionsvorstand am nächsten Montag als Punkt 1 auf die Tagesordnung setzt: Bericht über diese Fraktionsvorsitzendenkonferenz; denn wir haben nicht die Absicht als Bundestagsfraktion, die Bundesregierung in der Notwendigkeit, jetzt zu handeln, hängenzulassen.

Ich hätte sehr viel Sympathie für einen viel kleineren Katalog von Gemeinschaftsaufgaben, auch noch kleiner, als ihn die gemeinsame Kommission besprochen hat. Ich habe zu meiner Freude gehört, daß Herr Ministerpräsident Goppel, nachdem er seine Beschwerden mit Recht hier auf den Tisch gelegt hat, ausführte: Was Herr Schäfer erklärt hat, war dummes Zeug, – wie das meiste, was dieser Herr sagt. Aber am Schluß hat Herr Goppel davon gesprochen, daß sie sich den Notwendigkeiten des Landes und der Nation nicht verschließen würden.

Hier muß ich Ihnen eines sagen. Wir haben 1965 einen schweren Wahlkampf gehabt. Dann wurde gesagt, wo seid ihr mit der Finanzverfassungsreform? Herr Erhard hat dann auf unserem Wahl-Parteitag diese Sache mit den Gemeinschaftsaufgaben schon vorweggenommen.[66] Wir haben alle gesagt: So wird es gemacht. Und das sollte nun nicht mehr grundsätzlich strittig sein. Im Ausmaß, in der Konkretisierung bin ich Ihrer Meinung.

Nach diesen Vorgängen und nach den Vorgängen zur Bildung der Großen Koalition erwartet unser Land – das ist ein großes Wort, was ich jetzt sage –, weil es dringend notwendig ist, die Finanzverfassungsreform. Sie darf an uns nicht scheitern!

Das möchte ich all denen in der Bundesregierung sagen, die es angeht. Ich nehme Franz Josef Strauß nicht aus. Ich habe immer gesagt, Strauß muß Finanzminister werden, weil er allein als bayerischer Landesvorsitzender die föderativen Probleme auf diesem Gebiet lösen kann. Wer aber glaubt, auf diesem Gebiet eine Vorlage nur dann vorlegen zu können, wenn die Annahme gesichert ist, der wird noch in zehn Jahren darüber nachdenken müssen. Nur werden dann andere Kräfte das für unser Land Notwendige tun. Das werden weder die CDU noch die Sozialdemokraten sein. (*Lebhafte Unruhe.*) Wenn ich mir ansehe, was wir in diesem Jahre vor uns haben, wobei es nicht nur um den Erfolg der Großen Koalition geht, sondern auch um den Erfolg von Bundeskanzler Kiesinger, dann muß ich sagen, wir kommen in der Frage der Kohle nicht weiter. In den Fragen des Verkehrs ist es genauso. Ich hoffe hier auf einen Kompromiß. Jeder weiß auch, wie kompliziert die Notstandsgesetzgebung ist.

Über das Wahlrecht haben wir gesprochen. Wenn wir hier nicht aufpassen, werden wir in den kommenden Wochen einen ähnlichen Trümmerhaufen in der Finanzverfassungsreform haben. Dies sollte nicht sein. Ich bin zuversichtlich nach der Schlußerklärung von Herrn Goppel. Ich hoffe, daß wir mit den Fraktionsvorsitzenden noch einmal darüber sprechen werden, um sich dabei daran zu erinnern, daß es nur wenig Sinn hat, in langen Kommissionsdebatten Dinge zu erörtern – die von den Regierungsgremien gebilligt sind –, um sie dann bei irgendeiner Gelegenheit wieder zu ändern. Wir werden

66 Zur Rede Erhards vgl. CDU, 13. BUNDESPARTEITAG S. 700–721, hier S. 710–712.

die Bundesregierung ermuntern, in ihrer Absicht fest zu bleiben. Selbst dann ist die Verabschiedung schwierig.

Aus der Sicht des Parlaments und der Fraktion haben wir sechs Monate verloren. Deshalb werden Sie verstehen, daß auch die Abgeordneten den Wunsch haben, konkret diese Entscheidungen, die für zehn Jahre wichtig sind, zu treffen. (*Goppel:* Ich habe an dieser Besprechung in München nicht teilgenommen.)

Amrehn: Ich wollte nur noch sagen, Herr Kohl hat in seinem Bericht, den er gegeben hat, die Stimmung der Fraktionsvorsitzendenkonferenz völlig richtig wiedergegeben. Wenn Herr Pohle oder ein anderer der Fraktion anders berichtet hat beim Bund, dann haben diese Herren ihre eigene Haltung vielleicht ein bißchen verstärkt oder abgeschwächt. Es kam nicht einmal Widerspruch bei dem Bericht von Herrn Niederalt, der als Vorsitzender der Bund-Länder-Kommission vielleicht der sachverständigste Mann auf diesem Gebiete war. Ich möchte hinzufügen, die gleichen Spannungen, die hier zwischen den Ländern und dem Bund bestehen, gibt es auch zwischen den Städten und den Ländern. Die Meinungen, die auf der Sitzung des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages in der vorigen Woche geäußert worden sind, waren z. B. sehr viel temperamentvoller als das, was heute Herr Ministerpräsident Goppel hier gesagt hat. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich war nicht dabei, als sich am Samstag der Städtetag mit Herrn Strauß auseinandergesetzt hat.

Nun hat Herr Stoltenberg einen Bericht gegeben, den ich so kaum glauben kann, weil ich in der vorigen Woche in Würzburg[67] erlebt habe, wie die ganze Front der Oberbürgermeister das, was man geplant hat, verurteilt hat. Vorher hatten sich die Oberbürgermeister und die Beigeordneten der CDU und CSU gesondert getroffen, um sich dazu eine Meinung zu bilden. Diese Front war völlig einheitlich. Ich will zwei oder drei Gesichtspunkte nennen, die im Vordergrund standen.

Im vorigen Jahr wurde gesagt, wir müssen sparen. Jetzt heißt es, die Gemeinden hätten heute kein Geld mehr aus Steuermitteln, sondern müßten Kredite aufnehmen, weil sie verschuldet seien. Der Bürgermeister von Bayreuth[68] hat ausgeführt (*Zuruf:* Ein SPD-Mann!) in öffentlicher Sitzung, diese Dinge erinnerten an die Jahre 1930 und folgende, als die Gemeinden wegen ihrer großen Schulden einen Staatskommissar bekommen haben.[69] (*Kiesinger:* Der kann sich gar nicht daran erinnern, das war mein Schüler in Würzburg! – *Lebhafte Heiterkeit.*) Er führte das auf folgendes zurück: Von den Gemeinden werde verlangt, daß sie die Hälfte der Gewerbesteuer abgeben. Damit seien die Gemeinden entgegen Versprechen gestraft, die einmal gemacht worden seien. Das Troeger-Gutachten habe ihnen jährlich 2 Mrd. DM versprochen.[70] Die wahre Summe sei viel größer. Aber derselbe Mann, der das mit ausgearbeitet und empfohlen habe,

67 Vgl. Anm. 46.

68 Hans Walter Wild (1919–2001), 1958–1988 Oberbürgermeister von Bayreuth (SPD).

69 Die Reichsverfassung von 1871 wie auch die Weimarer Reichsverfassung sahen eine intensive Staatsaufsicht durch die Länder vor, die Gemeinden unter Staatskuratel stellen konnte, vgl. Jürgen BERTRAM: Staatspolitik und Kommunalpolitik. Stuttgart 1967 S. 35.

70 Vgl. Nr. 14 Anm. 65.

Herr Hettlage, fange an, den gegenteiligen Standpunkt einzunehmen und eine zentrale Verwaltung zu begründen. Dann wurde hinzugefügt – und zwar im Gegensatz zu dem, was Herr Goppel ausgeführt hat –, die Gemeinden würden in eine völlige Abhängigkeit vom Bund oder vom Land in ihrer Selbstverwaltung gebracht.

Deshalb bitte ich Sie, den Widerstand, der da zum Ausdruck gekommen ist, nicht zu leicht zu nehmen, sondern doch zu sehen, daß man sich, ohne einen Beschluß zu fassen, Herr Bundeskanzler, unter den CDU/CSU-Leuten verständigt.

Es wurde auch gesagt, es komme nicht mehr zu einer Gemeindefinanzreform, denn jetzt stünden die Gemeinden besser da, als sie stünden, wenn das gemacht würde, was man hier vorhabe. Deshalb meine ich, es wäre dringend notwendig, zu der Kommission wenigstens einen Mann des Präsidiums des Deutschen Städtetages einzuladen. Dafür käme unser Freund Weinberger[71] in Frage. (*Unruhe und Bewegung. – Zuruf:* Den haben wir bereits gehört.)

Kiesinger: Herr Amrehn, das kriegen wir nicht durch ein freundliches Einvernehmen, sondern das sind Dinge, bei denen wir den Widerstand überwinden müssen.

Amrehn: Aber man kann doch sachlich überzeugen! Die Gemeinden waren bis vor einem halben Jahr von der Sache überzeugt, aber heute fühlen sie sich an der Nase herumgeführt. Ich habe in Berlin dieses Problem nicht, kann aber trotzdem verstehen, welche Sorgen diese Städte drücken, die monatelang mitgearbeitet haben und nun doch die Gemeinden stärker an die Kandare nehmen und sie um ihre Unabhängigkeit bringen, wenn man ihnen die halbe Gewerbesteuer wegnimmt.

Der Widerstand ist so groß, daß ich fürchte, er wird in der Öffentlichkeit noch mehr Gewicht bekommen und damit die Absicht der Bundesregierung durchkreuzen, wenn man nicht beizeiten mit den betreffenden Herren spricht.

Stoltenberg: Zunächst wurde gesagt, man solle bei 60 % bleiben. Daneben steht die Auffassung, die wir mit dem Bundesfinanzminister teilen, man soll auf 50 % gehen. Der Städtetag spricht von 30 %. Nun kann man nicht auf der einen Seite über 40 oder 50 % diskutieren und auf der anderen Seite so tun, als ob mit diesem ganzen Konzept die Gemeindefinanzen zusammenstürzten. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

Kiesinger: Ich habe meine Unterrichtung natürlich vom Finanzminister oder vom Finanzministerium bezogen. Danach schien es so, als ob in der Bund-Länder-Kommission über wesentliche Fragen eine Einigung erzielt worden sei, nachdem es eine Zeitlang nicht gerade rosig ausgesehen hatte. Zunächst schien es so, als ob überhaupt nichts möglich sei von dem, worauf man sich dann geeinigt hat. Ähnlich ist es hier mit dieser Besprechung am Samstag. Man faßt sogar einen gemeinsamen Beschluß, aber am anderen Tage widerruft man es wieder.

Die Fraktionsvorsitzenden kommen zusammen. Wieviel von den Fraktionsvorsitzenden haben sich intensiv mit diesen Problemen befassen können? Das ist auch eine Frage, die ich einmal zu stellen wage, Herr Kohl. Also, das gibt ein sehr trauriges Bild. Wir werden sicher keine Lösung finden, die den ungeteilten Beifall aller Betroffenen findet,

71 Dr. Bruno Weinberger (geb. 1920), Jurist; 1968–1986 geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetags.

sei es beim Bund-Länder-Verhältnis, seien es die Gemeinden, die ja untereinander in der Frage uneinig sind.

Das ist eine Aufgabe für die Große Koalition. Hier muß sie den Mut haben, Entscheidungen zu wagen! Allerdings müssen diese Entscheidungen auch im Bundesrat gesichert sein. Hier liegt das Problem für uns alle. Ich habe am Anfang sehr gezögert, dem zuzustimmen, daß Herr Hettlage diese Aufgabe bekommt. Ich kenne ihn. Ich weiß, daß er ein überzeugter Zentralist ist, und ich bin ihm selber schon als Ministerpräsident einmal entgegengetreten. Er vertritt diese seine Auffassung auch nicht immer geschickt. Aber er lag brach. Er hatte keine Aufgabe. Die Herren im Finanzministerium waren mit anderen Aufgaben beschäftigt. Dann hat man ihn genommen. (*Unruhe.*) Nun sehe ich ganz offensichtlich, daß der alte Gegensatz – es ist eine alte Geschichte – Hettlage contra Länder wieder da ist, was ich natürlich außerordentlich bedauere.

Ich würde nun unter den gegebenen Umständen sagen, wir werden an unserem Fahrplan festhalten. Am 6. März wird das Kabinett alles verabschieden, auch die Gemeindefinanzreform.[72] Wir werden uns an die Regel halten – in einem Paket.

Wir sollten uns bemühen, sine ira et studio an das Problem heranzugehen. Ich darf Ihnen versichern, daß ich die Bundesstaatlichkeit nicht anders sehe als Sie. Ich habe von der Subsidiarität nur gesprochen im Blick auf die vom Grundgesetz dem Bund zugewiesenen Kompetenzen. Hier sollten vom Bund nach dem Prinzip der Subsidiarität Aufgaben des Bundes abgegeben werden, die besser von den Ländern gelöst werden können. Ich bin völlig offen für Vorschläge dieser Art über Aufgaben, die die Länder ausführen können.

Nun zu den Terminen! Zur Sitzung in München am 1. Februar werde ich nicht kommen können. Ich käme gern, aber dann bin ich in Rom.[73] Ich würde vorschlagen, daß vielleicht Herr Kollege Stoltenberg, der eingearbeitet ist in die ganze Problematik, und vielleicht auch Herr Heck, wenn er Lust hat, und natürlich auch der Bundesfinanzminister, denn er muß dabei sein, dorthin gehen. (*Goppel:* Ich habe ihn nicht gesehen.) Ich werde es ihm ausdrücklich noch sagen. (*Goppel:* Wir treffen uns am Donnerstag um 15.00 Uhr im Separatbau vom Thomasbräu.) Wer geht nicht gern nach München!

Ich würde vorschlagen, daß wir uns in dem Kreis, von dem vorhin gesprochen worden ist, treffen, nämlich die Ministerpräsidenten der CDU/CSU, ich selbst, der Bundesfinanzminister – und wer sonst noch aus dem Kabinett teilnehmen will –, Bundestagsfraktionsvorsitzender Dr. Barzel, die Fraktionsvorsitzenden der Länder.

Ich möchte dazu zwei Termine vorschlagen. Der eine wäre Montag, der 5. Februar für nachmittags, meinetwegen auch abends; der zweite Termin wäre Mittwoch, der 7. Februar. Das wäre also vor dem Tag, an dem wir uns hier mit den Ministerpräsidenten treffen. (*Zurufe:* Der 5. Februar ist uns lieber!) Der 5. Februar ist Ihnen lieber. (*Goppel:*

72 „Gesetz zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz)" vom 8. September 1969, BGBl 1969 I S. 1587.

73 Kiesinger hielt sich am 1. und 2. Februar zu einem Staatsbesuch in Rom auf, am 3. Februar 1968 wurde er von Papst Paul VI. empfangen. Vgl. AdG 1968 S. 13722 f.; AAPD 1968 Nr. 40, 43.

Am 7. Februar ist eine Besprechung der Ministerpräsidenten aller Länder.) Ich neige auch dazu, den 5. Februar zu nehmen. Ich gehe am Montag vormittags in den Fraktionsvorstand. (*Barzel:* Ich würde sagen, am Nachmittag.) Sollen wir sagen 16.00 Uhr? (*Unruhe. – Zuruf:* Das ist zu spät.) Sagen wir am Montag, dem 5. Februar, um 16.00 Uhr.[74] Wenn der Fraktionsvorsitzende nicht kann, dann schicken Sie einen Mann, der die nötige Erfahrung und den erforderlichen Mut mitbringt. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Ich habe jetzt noch die Frage – davon hängt es ab, ob wir versuchen wollen, zu Ende zu kommen –, ob wir heute auf eine Aussprache über die sonstigen aktuellen politischen Probleme verzichten wollen? (*Zustimmung.*) Dann wollen wir den Punkt 2 der Tagesordnung, Vorbereitung der Wahl eines Bundesschatzmeisters durch den Bundesausschuß, noch behandeln. – Dazu Herr Heck!

Vorbereitung der Wahl eines Bundesschatzmeisters durch den Bundesausschuss

Heck: Mit dieser Frage hat sich das Präsidium befaßt. Zunächst haben die norddeutschen Landesverbände eine Zusammenkunft abgehalten und über diese Frage miteinander gesprochen. Unter der Vorraussetzung, daß Herr Hallstein nicht zur Verfügung steht, haben die norddeutschen Landesverbände vorgeschlagen, dem Bundesausschuß die Wahl von Herrn Schmücker zum Bundesschatzmeister zu empfehlen. Das Präsidium hat diesen Vorschlag zur Kenntnis genommen. Es sind im Präsidium Besorgnisse darüber geäußert worden, ob es richtig sei, ein Mitglied der Bundesregierung, welches das Bundesschatzministerium leitet, zum Bundesschatzmeister der CDU zu machen.

In der Sache selbst hat sich im Präsidium keine gemeinsame Meinung dagegen und auch keine gemeinsame Meinung dafür gebildet. Es ist dann im Präsidium weiterhin gesagt worden, daß auf alle Fälle neben Herrn Schmücker auch noch Herr Birrenbach[75] vorgeschlagen werden solle. Das Präsidium empfiehlt dem Bundesvorstand, zwischen diesen beiden Herren sich seinerseits zu entscheiden, um dann einen entsprechenden Vorschlag dem Parteiausschuß zu machen.

Kohl: Ich will nichts zur Personenfrage sagen, aber etwas zu der Prozedur. So, wie diese jetzt läuft, gefällt mir das gar nicht. Es wird, wie es so schön heißt, ein neuer Bundesschatzmeister gesucht. Aber wenn ich mir die Debatte darum vorstelle, dann ist es – ich will keinem der drei genannten Herren zu nahe treten – eine Debatte um einen Sitz

74 Das Gespräch mit den Ministerpräsidenten und Fraktionsvorsitzenden fand am Nachmittag des 5. Februar 1968 statt, vgl. ACDP 01-226-320.

75 Dr. Kurt Birrenbach (1907–1987), Jurist; 1939–1950 Tätigkeit für verschiedene Unternehmen der Stahlbranche in Südamerika, 1954–1978 Generalbevollmächtigter der Gräfin Anita de Zichy-Thyssen, 1957–1976 MdB (CDU), 1958–1961 MdEP, 1973–1981 Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Vgl. Hans-Peter Hinrichsen: Der Ratgeber. Kurt Birrenbach und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 2002.

im Präsidium und nicht um einen Arbeitssitz des Bundesschatzmeisters, der die Aufgabe hat, sich um die Finanzen der Partei zu kümmern.

Mir scheint die ganze Prozedur, so wie sie jetzt läuft, unglücklich zu sein. Ich bin durchaus bereit, jedem der genannten Herren meine Zustimmung zu geben, wenn er sich verbindlich bereit erklärt – damit ich auf dem nächsten Parteitag, wenn er dieser Bereitschaftserklärung nicht nachkommt, ihn zitieren kann –, daß er sich tatsächlich um die Finanzen der Partei kümmern wird.

Ich habe mir sagen lassen, es sei neben dem Bundesschatzmeister, der die Unterschriften leistet, noch eine Hilfskonstruktion vorgesehen, eine Art Ghostwriter (*Zuruf:* Ghostsammler!) – Ghostsammler ist gut! – (*Heiterkeit.*) als Oberbuchhalter einzusetzen, der die eigentliche Arbeit schafft. Nun bin ich dafür, wir sollten demjenigen den Posten geben, der auch die Arbeit schafft. Wir sollten nicht einen Bundesschatzmeister honoris causa konstruieren. Man kann über alle drei Herren sprechen. Ich habe aber fügliche Zweifel – bei dem einen mehr, bei dem anderen weniger –, ob sie bereit sind, sich um dieses Geschäft genügend zu kümmern.

Ich habe in meinem Landesverband Rheinland-Pfalz durchgesetzt, daß wir einen Betrag für die Bundespartei bezahlen, habe aber dafür mordsmäßige Prügel bezogen. (*Stingl:* Die erträgst Du aber!) Du bist in Deinem Landesverband in einer anderen Lage, Du brauchst ein solches Gremium nicht. Ich muß jedem Mitglied pro Monat eine Mark abnehmen. Es muß möglich sein, daß seitens der Bundespartei der Bundesschatzmeister alles tut, damit Geld in die Kasse kommt. Ich kann an die Adresse des Bundesparteivorsitzenden und des Generalsekretärs sagen: Sie haften mit Ihrem Namen bei dem Geschäft mit. Wenn Sie aber einen Bundesschatzmeister honoris causa bekommen, der nichts tut, dann wird die Finanzlage für uns noch viel kritischer.

Es gibt aber auch noch folgenden Grund: Die jetzt in unserer Partei laufende ganz unglückliche Diskussion zwischen dem Wirtschaftsbeirat – das muß ich in jeder Sitzung des Bundesvorstands sagen – und den Sozialausschüssen in Sachen Mitbestimmung führt sicherlich bei jenen Kreisen, von denen wir Geld haben wollen, nicht zu einer besonders geneigten Stimmung für uns.

Der Bundesschatzmeister wird die spezielle Aufgabe haben, gerade bei dem Kreis, wo man Geld holen kann und muß, die Stimmung wieder zu bessern und aufzufrischen.

Bei Herrn Hallstein habe ich den Eindruck, daß er zwar in der Debatte ist, aber doch nicht so wie die anderen, und daß er sich auch persönlich nicht so stark engagiert wie die beiden anderen Herren, die dieses Amt haben möchten. Es muß aber bei dem künftigen Bundesschatzmeister Gewißheit bestehen, daß er sich intensiv um die Finanzierung kümmert, und zwar mehr als um bereits vorhandene Aufgaben im jeweiligen Amtsbereich. Lassen Sie mich das ganz allgemein so formulieren. Ich bin bereit, noch einmal darauf zurückzukommen.

Von Hassel: Ich möchte noch sagen, wir glauben, daß jene Befürchtung, Herr Schmücker sei Mitglied des Kabinetts und Bundesschatzminister und könne deshalb nicht gleichzeitig auch noch Kassierer sein, daß vielleicht unter Umständen eine Spiegel-Story entstehen könnte, sicher nicht abwegig ist, aber der Persönlichkeit von

Schmücker kann man doch ruhig zutrauen, daß er in eine solche Situation nicht hineinkommen wird.

Ich wäre deshalb dankbar, wenn man den von den Verbänden Norddeutschlands geäußerten Wunsch, Herrn Schmücker zu nehmen, ernst zur Kenntnis nähme.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Um nicht mißverstanden zu werden, ich selber gehöre zu denen, die die Idee, Herrn Hallstein zum Schatzmeister zu wählen, anziehend fanden, um diesen Mann mit hineinzubekommen. Ich bin aber nachher davon abgekommen einfach deshalb, weil ich auch der Meinung bin, es geht nicht, daß man einen Mann pro forma zum Schatzmeister wählt, und die anderen müssen die sachliche Arbeit leisten. Wenn wir ihn aber als Gast einladen, dann können mit gutem Recht soundso viel andere führende Mitglieder der CDU kommen und sagen, warum der und warum ich nicht! Das ist also nach meiner Meinung unmöglich. Das würde auch Herrn Hallstein nicht gut bekommen. Es wäre eine zu starke Opposition dagegen.

Der Bundesvorstand ist ein Wahlgremium, und seine Mitglieder werden gewählt. Und man kann nicht durch Hintertüren irgend jemand hineinschmuggeln wollen. Das gilt aber auch für die Wahl selbst. Davon habe ich mich überzeugt. Ich glaube, daß Herr Hallstein das auch heute selber einsieht. Ich sehe ihn heute nachmittag.

Nun zu der Frage, Schmücker oder nicht! Es gibt zwei Argumente. Da gibt es erstens unseren verdammten konfessionellen Proporz. Das Präsidium sähe dann wie aus?

(*Von Hassel:* 8:3!) 8:3! Das ist aber alles andere als ein konfessioneller Proporz. (*Unruhe, Bewegung und Heiterkeit.*) Es ist nicht schön. Zweitens gibt es das Argument: Bundesschatzminister. Diese beiden Argumente muß man ernst nehmen.

Dufhues: Ich möchte einen Vorschlag wiederholen, den ich bereits im Präsidium gemacht habe. Wir sollten in der Tat von der Überlegung ausgehen, was Herr Kohl ausnahmsweise zufällig mit Recht gesagt hat. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Nach meinen langen Erfahrungen, die ich im Zusammenhang mit der Finanzierung der Partei habe sammeln können, glaube ich, daß wir in Herrn Birrenbach eine Persönlichkeit haben, die diese Vorraussetzungen erfüllt. Es werden weder der Einfluß eines Landesverbands noch einer Region der CDU noch andere Fragen entscheidend berührt durch die Tätigkeit dieses Mannes. Entscheidend ist, daß er nach seiner Persönlichkeit, seinen beruflichen Erfahrungen, seien Kontakten und Möglichkeiten die Fähigkeit besitzt, die auf die Dauer recht schwierigen Finanzen der CDU so zu verbessern und so zu halten, daß wir in Ruhe unseren Aufgaben nachgehen können.

Ich möchte gerade im Hinblick auf die Erfahrungen, die ich in vier Jahren habe sammeln können, sagen, daß der Kreis, der Herrn Birrenbach nahesteht oder zu dem er jedenfalls jeden Zutritt hat, von ganz entscheidender Bedeutung für die richtige oder unrichtige Finanzierung unserer Partei ist. Ich bitte also, Herrn Birrenbach als Bundesschatzmeister zu wählen.

Fricke: Ich möchte unterstreichen – und ich habe Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier gesagt, als ich vertraulich über die Kandidatur Hallsteins unterrichtet wurde in der Vorstandsitzung, was hier ausgeführt worden ist –, daß es schwer ist, Herrn Schmücker die Sorge, die aus dem Zusammentreffen der beiden Ämter erwächst,

aufzuerlegen. Aber ich halte mich verpflichtet, Ihnen mitzuteilen, daß Herr Schmücker mir mitgeteilt hat, daß seine Ärzte ihm abgeraten hätten, seine Kur jetzt zu unterbrechen. Ich möchte Ihnen also sagen, daß sein Fehlen heute kein Desinteresse bedeutet.

Gerstenmaier: Ich möchte sagen, daß Herr Schmücker mir das auch geschrieben hat. Ich will nichts zu den Personen sagen, sondern möchte dringend darum bitten, daß dieser Bundesvorstand und der Bundesausschuß, der ihn ja wird wählen müssen, sich unter allen Umständen darüber klarwerden, daß wir für diese Sache einen Mann brauchen, der seine Ehre und seine Geschicklichkeit darin sieht, die Finanzen dieses Unternehmens auf lange Zeit hinaus so gut wie überhaupt möglich zu stabilisieren. Alles andere ist im Zusammenhang mit dieser Geschichte völlig sekundär.

Warum sage ich das? Ich sage es deshalb, meine Damen und Herren, weil wir in den nächsten Wochen und Monaten eine unerhörte Protestflut in Sachen Geld bekommen werden. Wir werden außerdem damit rechnen müssen, daß sich diese Protestflut auf die nicht sehr gut stehenden Aktien an der Karlsruher Gerichtsbörse auswirken wird. Ich sage ausdrücklich – ich möchte keinen Teufel an die Wand malen –, daß wir mit der Parteifinanzierung eingeklagt sind, und daß es ein Irrtum ist zu meinen, es ginge gut, weil einstweilen aus prozessualen Gründen die Sache abgeschmiert ist. Das Hauptverfahren wird noch kommen.[76] Hier liegen noch große Schwierigkeiten, insbesondere für uns mit dem Gesetz über die Parteienfinanzierung.

Ich bedauere, daß man sich seinerzeit nicht zu der Grundgesetzergänzung entschlossen hat. Das werden wir doch noch machen müssen. Jedenfalls steht es nicht zum besten damit. Wir brauchen also um so mehr einen Mann, der mit Besonnenheit und Konzentration dieser Arbeit nachgeht, um die Finanzen dieser Partei zu stabilisieren.

Kiesinger: Sonst noch eine Wortmeldung? – Das ist nicht der Fall. Wir haben zwei Möglichkeiten. Die eine ist nicht sehr schön, daß wir einfach von uns aus sagen, wir entscheiden uns für einen der beiden vorgeschlagenen Kandidaten. Die andere ist: Wir schlagen dem Bundesausschuß vor, da sind zwei Parteifreunde, die nach der Meinung des Bundesvorstands beide für dieses Amt in Frage kommen. – Das kann man so machen. Ich neige dazu, es in diesem Falle so zu tun, obwohl ich sonst nicht dafür bin, daß der Bundesvorstand einer Verantwortung ausweicht. Aber es kann uns passieren, wenn wir jetzt abstimmen und uns für einen der Kandidaten entscheiden, daß dann der Parteiausschuß sich für den anderen entscheiden wird.

Ich neige also in diesem Fall dazu, es so zu machen, wie es auch das Parteipräsidium gemacht hat, indem wir sagen: Hier sind zwei Kandidaten, bitte, wählt einen aus. – Wollen wir uns auf dieses Verfahren einigen? (*Starke Unruhe. – Barzel:* Herr Bundeskanzler, man lernt in der Taktik immer noch hinzu!) Also, wir werden dann dem Partei-

76 Im Juli 1967 fand vor dem Bundesverfassungsgericht die Verhandlung über die Klage verschiedener Parteien (u. a. NPD, DFU) gegen die im Parteiengesetz vom 24. Juli 1967 (BGBl 1967 I S. 773) verankerte Wahlkampfkostenerstattung statt, vgl. „Stuttgarter Zeitung" vom 16. Juli 1968; FAZ vom 15. Juli 1968. Am 3. Dezember 1968 entschied der 2. Senat, daß gegen Art. 21 Absatz 1 und Art. 3 Absatz 1 des GG verstoßen worden sei und die Chancengleichheit der Parteien wiederhergestellt werden müsse, vgl. „Süddeutsche Zeitung" vom 4. Dezember 1968.

ausschuß diese beiden Herren vorschlagen.[77] (*Lemke:* In alphabetischer Reihenfolge? – *Heiterkeit.*) Meine Damen und Herren! Den nächsten Punkt der Tagesordnung, Teilnahme an den Sitzungen des Bundesvorstands, sollten wir heute nicht mehr beraten.

Teilnahme an der Sitzung des Bundesvorstands

Kraske: Wir sollten den Punkt auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung unter Punkt 1 behandeln. Er geht auf einen Antrag von Herrn Dr. Kohl zurück, den dieser in der letzten Bundesvorstandssitzung gestellt hat.

Kohl: Ich darf dazu sagen: Es ist praktisch so, daß unsere Bundesvorstandssitzungen zum Schluß immer abbröckeln. Darüber muß gesprochen werden, vor allem deshalb, weil wir darüber sprechen wollen auf dem nächsten Parteitag. Es gibt welche, die immer da sind, andere nicht. Jedenfalls müssen wir einmal über die Präsenz im Vorstand sprechen.

Kiesinger: Ich bin sehr dafür, daß auf die Präsenz gedrückt wird. Wozu ist denn der Parteivorstand schließlich da? (*Unruhe und Bewegung.*) Ich werde es hier einfach so machen, wie ich es jetzt beim Kabinett gemacht habe. Wir haben dort das letzte Mal auch eine Unterbrechung gehabt und nachmittags die Kabinettssitzung fortgesetzt. Auf einmal bröckelte dann einer nach dem anderen ab. Schließlich sitzt man dann gerade noch – wie heute – beschlußfähig da. (*Zuruf:* Und auch nicht!) Ich habe einen Brief geschrieben: Der Kabinettssitzungstag ist freizuhalten. – So geht das ja nicht, daß man sagt, ich kann nur morgens teilnehmen. Also, ich schreibe dazu mal einen Brief. (*Von Hassel:* Herr Bundeskanzler, das Gefährliche ist ja, daß diejenigen, die später noch da sind, damit dokumentieren, daß sie sonst nichts zu tun haben. – *Heiterkeit und lebhafte Unruhe.*)

Kraske: Der nächste Parteiausschuß ist – das ist neulich entschieden worden – am 20. Februar um 10.30 Uhr. (*Anhaltende Unruhe.*)

Verschiedenes

Heck: Ich habe noch eine formale Sache. Die Wahl des Vorsitzenden des Bundesausschusses für Wirtschaftspolitik muß vom Bundesvorstand noch bestätigt werden. Der Wirtschaftsausschuß hat Herrn Bundesminister a. D. Franz Etzel zu seinem Vorsitzenden gewählt.[78]

Kiesinger: Also, das geschieht hiermit. – Dann schließe ich die heutige Sitzung und darf Sie zu einem Imbiß einladen.

---

77 Protokoll der Sitzung des Bundesausschusses vom 20. Februar 1968 in ACDP 07–001–023/3. Gewählt wurde mit 44 Stimmen Kurt Schmücker, der Gegenkandidat Birrenbach erhielt 39.

78 Am 6. Dezember 1967; die Konstituierung des Ausschusses war am 20. November 1967 (Protokolle in ACDP 07–004–071/1), vgl. auch DUD Nr. 233 vom 11. Dezember 1967 S. 3. Vgl. Nr. 16 Anm. 72.

18

Bonn, Freitag 10. Mai 1968

Sprecher: Amrehn, Barzel, Fay, Filbinger, Fricke, Gerstenmaier, Gradl, Hahn, Hange, Heck, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Lemmer, Rathke, Scheufelen, Stingl, Stoltenberg, Streibl.

Wahlen in Baden-Württemberg. Bericht zur Lage. Verschiedenes: Wahl des Bundespräsidenten. Berlin.

Beginn: 10.40 Uhr *Ende: 16.50 Uhr*

Heck: Meine Herren! Ich schlage vor, wir beginnen, und zwar mit dem Punkt 2 der Tagesordnung: Wahlen in Baden-Württemberg. Darf ich Herrn Scheufelen bitten, kurz über die Wahlen, das Wahlergebnis und die Erfahrungen bei den bisherigen Bemühungen um eine Regierungsbildung zu berichten![1]

Wahlen in Baden-Württemberg. Bericht zur Lage

Scheufelen: Meine Herren! Das bemerkenswerteste am Wahlergebnis ist, daß die NPD mehr Stimmen bekommen hat, als wir nach allen Befragungen usw. erwarten konnten. Dafür gibt es zwei Erklärungen, daß erstens die Studentenunruhen dazu beigetragen haben – aber das glauben wir nicht – und zweitens, daß hier die Grenzen der Demoskopie erreicht worden sind; denn die Leute sagen bei einer Befragung noch nicht einmal, ob sie NPD wählen. (*Zuruf:* Warum auch!) Den einzigen Anhaltspunkt über die Demoskopie hatten wir durch eine Frage im Oktober: Wünschen Sie, daß die NPD stärker oder schwächer wird? Auf diese Frage haben damals schon 9% gewünscht, daß die NPD stärker wird.[2]

Zur Wahlkampfsituation! Unser Problem gegenüber der SPD war es, zunächst einmal klarzumachen, daß mit dem Eintritt der SPD in die Regierung nicht die Welt be-

1 Ergebnis der Landtagswahlen am 28. April 1968: CDU 44,2%, 60 Mandate (1964: 46,2%, 59 Mandate), SPD 29% (37,3%, 47 Mandate), FDP/DVP 14,4%, 18 Mandate (13,1%, 14 Mandate), NPD 9,8%, 12 Mandate, Sonstige 2,6%. – Wahlanalysen: Wissenschaftliches Institut der Konrad-Adenauer-Stiftung: Informationsvermerke über Wahlergebnisse und Bevölkerungsstruktur in ausgewählten Städten Baden-Württembergs. Eichholz, März 1968; Berichte des Deutschen Industrie-Instituts zur Politik: Analyse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg. 2. Jg. Nr. 4, Juni 1968 (ACDP Dokumentation 17/1).

2 In der Analyse der Umfrage vom November/Dezember 1967 (vgl. Nr. 17 Anm. 31) wurde betont, daß die Datenbasis für derartige Trendprognosen zu schmal sei.

gonnen hat.[3] So hat nämlich die SPD nicht angefangen. (*Kohl:* Nach der neueren Zeitrechnung!) Es war ja nicht so, daß vorher alles Quatsch gewesen ist, und daß sie das Vaterland retten mußte. Wir waren in der Wahlkampfführung gezwungen, nun doch herauszustellen, daß gewisse Pannen passiert sind, und zwar so, daß sie von allen gemeinsam verschuldet worden sind, daß die SPD mit ihren ausgabewirksamen Anträgen usw. uns sogar überfordert hat.

Das war die Frontstellung gegen die SPD, die sich im Laufe des Wahlkampfes etwas verschärft hat. Man hat sich mit Anzeigen auseinandergesetzt. Die Zeitungen waren erstmalig bereit, Erklärungen und Gegenerklärungen im redaktionellen Teil zu bringen. Wenn man wollte, konnte man jeden Tag eine halbe Seite auf der dritten Seite in der Landespresse haben. Das haben wir auch ausgenutzt.

Die Situation mit der FDP war nicht so einfach; denn wir mußten ja, um gegen die SPD glaubhaft zu sein, die kleine Koalition von früher, die viel länger gedauert hat, verteidigen. Wir mußten z. B. den Herrn Müller decken.[4] Es blieb uns gar nichts anderes übrig. Da hat sich dann der Herr Dahrendorf angeboten. Und nun zerfällt die FDP immer mehr in zwei Parteien. (*Zuruf:* Drei!) Man muß fragen, wieviel von den sogenannten Konservativ-Liberalen noch übrigbleiben? Wir haben die Gelegenheit wahrgenommen, unter Herausstellung einiger Dinge von Herrn Dahrendorf, den FDP-Wählern klarzumachen, und zwar den ausgesprochen alten Konservativen, daß sie ja gar nicht mehr FDP wählen können. Das hat dann auch prompt Diskussionen ausgelöst. Das hat mit einer Anzeige begonnen. Dann wurden die weiteren Auseinandersetzungen auf der Seite 3 der Tageszeitungen durchgeführt.

Gegen die NPD haben wir die Sache vielleicht etwas falsch gemacht. Wir sind davon ausgegangen, daß die NPD um die 7% Stimmen bekommt. Sämtliche Befragungen von Wildenmann und Allensbach liegen bei dieser Zahl.[5] Nach den Unruhen zu Ostern waren es aber nicht mehr 7%. Da haben wir gesagt, wir bekämpfen die NPD durch Versammlungswellen, nicht aber durch Anzeigen, auch nicht durch Plakate, um sie nicht aufzuwerten.

Wir haben seit Oktober vor oder hinter den NPD-Versammlungen unsere Versammlungen abgehalten. Wir haben Gruppen aufgebaut bei der Jungen Union, die z. T. an Wochenenden in bestimmten Bezirken bis zu 60 Versammlungen durchgeführt haben. Das Gros unserer Versammlungen bis zum eigentlichen Wahlkampf hat sich im wesentlichen gegen die NPD gerichtet. Wir haben aber auch Bauernkongresse in den anfälligen Gebieten durchgeführt.

---

3 Im Dezember 1966 war die CDU/FDP-Koalition durch eine Koalition aus CDU und SPD abgelöst worden, vgl. Uwe Dietrich ADAM, in: WEINACHT S. 287–290. – Zur Koalitionskrise 1966 vgl. Wilhelm HOFMANN, in: ROTHMUND/WIEHN S. 272–278.

4 Dr. Hermann Müller. – In der FDP-internen Auseinandersetzung zwischen einem „rechten" und einem „radikal-liberalen" Flügel zählte Müller zu den konservativen Kräften und versuchte einen Kurs der Mitte zu halten (Uwe Dietrich ADAM, in: ROTHMUND/WIEHN S. 240).

5 Allensbach ermittelte vor Ostern 1968 SPD 45%, CDU 41%, FDP 8%, NPD 4%; Anfang Mai SPD 37%, CDU 42%, FDP 13%, NPD 5%. Allerdings wird im gleichen Artikel gemeldet, die NPD habe im März bei 7%, im April bei 8% gelegen („Darmstädter Echo" vom 1. Juni 1968).

Merkwürdig bei der ganzen Sache ist folgendes: Bei den Gemeinden bis zu 30.000 Einwohnern war eine klare Grenze. Dort war ein unerhörtes Interesse an Versammlungen. Wir haben hier mehr als doppelt soviel Versammlungen durchgeführt als beim Wahlkampf des Jahres 1964. Hier waren die Versammlungen in Orten bis zu 30.000 Einwohnern immer voll. Wenn man aber in die größeren Städte ging, wurde es schlecht. Wir haben ein Experiment in Stuttgart durchgeführt, um zu sehen, wie man dort reagierte. Wir haben dort ein Podiumsgespräch mit dem Kandidaten[6] und einigen Bundestagsabgeordneten abgehalten, und zwar haben wir fast 3.000 persönlich adressierte Einladungen herausgeschickt. Es sind aber nur zwölf Leute gekommen! Aber mehr als jeden persönlich anschreiben kann man nicht. In den Dörfern sind Versammlungen unter 40 Leuten nicht vorgekommen.

Eine Lehre aus der Wahlkampfführung ist die, daß man sich nunmehr damit abfinden muß, daß ab einer bestimmten Größe, wenn nicht gerade der Bundeskanzler kommt – aber auch da ist es in Stuttgart nicht sicher –, die Leute einfach nicht mehr ansprechbar sind. Man sollte also die Redner nur in Orten bis zu einer Größe von 30.000 Einwohnern einsetzen.

Die SPD hat eigentlich den Wahlkampf mit der Mitbestimmung geführt. Die Reaktionen darauf waren zwei. Ein großer Teil der Bevölkerung hat nicht gewußt, um was es ging. Sie hat es nicht verstanden und sich darüber gewundert, warum wir nicht allein regieren wollen. In den Bereichen der SPD, vor allen Dingen in Obertürkheim und in Sindelfingen mit den Daimler-Benz-Arbeitern hatte die SPD große Verluste von 14%. Die CDU konnte in Stuttgart, wo sie sonst ein halbes Prozent verloren hat, 1,6% und in Sindelfingen 4% zunehmen.

Die Organisationszentrale der SPD war nicht in der Lage, beim Wahlkampf sofort zu reagieren. Sie war z. B. nach der Dutschke-Geschichte[7] nicht in der Lage, nach Ostern sofort knallhart mit einer notwendigen Stellungnahme da zu sein. Das funktionierte nicht.

Wir haben diesmal den Wahlkampf z. T. durchgeführt mit der Bonner Werbe GmbH. Wir haben auch die Union-Werbung von München und noch eine freie Agentur herangezogen. Die Bonner Werbe GmbH hat die Anzeigen und die Plakate bekommen. Plakate zu machen, ist kein Kunststück, wenn ein guter Entwurf da ist. Aber sowohl die Plazierung in den Zeitungen wie das ganze kurzfristige Gestalten der Anzeigen hat bei der Bonner Werbe GmbH erstklassig geklappt. Jedenfalls waren wir die einzige Partei, die nach Ostern sofort mit Anzeigen gegen die Studentenunruhen da war. Die SPD war drei oder vier Tage lang überhaupt nicht in der Lage, hierzu Stellung zu nehmen.

Nun zum Ergebnis! Diese Wahl war nicht so, daß man sagen kann, es ging von der Partei zu der anderen Partei, sondern mindestens 25% der Wähler sind gewandert. Die SPD hat eigentlich keinen Gewinn, der erfaßt werden könnte; wobei es natürlich auch einige Grenzbereiche gibt. Die SPD hat ungefähr 1% an die Demokratische Linke ver-

6 Von den fünf Stuttgarter Wahlkreisen eroberte die CDU die Wahlkreise I (36,4%) und III (32,1%). Vgl. WEINACHT S. 367.

7 Vgl. Nr. 16 Anm. 47.

loren. Weiter hat die SPD sehr stark in den hochindustrialisierten Wahlkreisen an die CDU verloren. Unsere zuverlässigsten Wähler und auch unsere Zuwachswähler sind heute die qualifizierten Daimler-Benz-Arbeiter und die Bosch-Arbeiter als Typ.

In dem Gürtel um Stuttgart hat die CDU um rund 10% an Stimmen zugenommen. Wir haben dort seit der Landtagswahl 1960 zugenommen. Darunter zählen wir den Wahlkreis Stuttgart V, Obertürkheim und Heilbronn, wo wir auch stark zugenommen haben. Ferner haben wir zugenommen in den Wahlkreisen Böblingen – mit Daimler-Benz und IBM –, Leonberg, Ludwigsburg I – Zunahme 2% –, Ludwigsburg II – Zunahme 6%. Auch Göppingen I hat zugenommen, ferner Backnang. Eine starke Zunahme war auch in Reutlingen sowie in den industrialisierten Gebieten von Südbaden in Offenburg, Emmendingen und Konstanz zu verzeichnen. Dort hat die CDU jetzt ihre konstant zunehmende Wählerschaft.

Heck: Herr Scheufelen, darf ich mal unterbrechen! Wir geraten in die Gefahr, in dieser Sache zu ideologisieren. Ich habe festgestellt, daß der Trend, den wir bei der Bundestagswahl gehabt haben, wiedererkennbar ist. Wir haben im evangelischen Bereich zugenommen und im katholischen Bereich abgenommen. Wir haben nicht nur in Industriegebieten zugenommen, sondern auch quer durch den evangelischen Bereich.

Scheufelen: Das stimmt nicht! Wir haben z. B. im Hohenlohischen in der evangelischen Landwirtschaft stark abgenommen. Die evangelischen Bauern sind uns weggelaufen und haben NPD gewählt. Die katholischen Bauern haben sich der Stimme enthalten. (*Kohl:* Das gilt auch nur für den Industriebereich, der von der Rezession nicht betroffen worden ist. Die gleichen Daimler-Benz-Arbeiter in Mannheim haben anders gewählt. Die haben aber Kurzarbeit.) Aber auch nicht so kraß anders! Es mag eine Rolle dabei gespielt haben.

Die früheren SPD-Wähler sind z. T. zur CDU, in den Städten Freiburg und Stuttgart sind sie zur FDP, zur Demokratischen Linken oder direkt zur NPD gegangen; sie sind also vier Wege gegangen. Die verlorengegangenen CDU-Wähler sind z. T. zur FDP gewandert, während ein anderer Teil, vor allem die evangelischen Bauern und die sogenannten Tante-Emma-Läden-Leute, also die kleinen Gewerbetreibenden und der Mittelstand, zur NPD gegangen sind. Die Heimatvertriebenen sind bei der CDU geblieben, während sie von der SPD weggegangen sind.

Die FDP hat ihre konservativen Wähler z. T. an die CDU verloren. Sie hat aber umgekehrt in manchen Bereichen von der SPD erheblich gewinnen können. Soweit das Wahlergebnis. Inzwischen ist Herr Ministerpräsident Dr. Filbinger eingetroffen, so daß er zur Regierungsbildung selber berichten kann.

Heck: Ich danke Herrn Scheufelen für seinen Bericht. Das Wahlergebnis ist in der Tat sehr vielschichtig und nicht so einfach zu übersehen. Wir konnten auch für die heutige Sitzung noch keine exakte Analyse vorlegen, weil sie sehr schwierig ist und hierbei Ortschaft für Ortschaft verglichen werden muß. Es ergeben sich zwar bestimmte Trends, die aber nicht durchweg die gleichen sind. Ein Beispiel! Man kann sagen, im allgemeinen haben wir in evangelischen Bereichen wie bei der Bundestagswahl weiterhin etwas angezogen oder uns gut gehalten, während in katholischen Bereichen, spe-

ziell in katholischen Städten, der Stimmenverlust sehr deutlich ist. Hier gibt es den Ausnahmefall: In bestimmten evangelischen bäuerlichen Bereichen ist der NPD ein kräftiger Einbruch gelungen.

Aber das wird noch sehr sorgfältig analysiert und Ihnen dann zugestellt. Aufgrund dieser Analyse müßte dann im Bundesvorstand eine Aussprache stattfinden, um festzustellen, welche Konsequenzen sich für die Vorbereitungen der Bundestagswahl ergeben.

Ich darf jetzt den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, unseren Freund Filbinger, herzlich begrüßen. (*Beifall.*) Wir können wirklich sagen, daß wir bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg einen guten Erfolg erzielt und somit eine gute Ausgangsbasis bekommen haben – das war die letzte Wahl vor der Bundestagswahl – für die Vorbereitung der Wahl im Jahre 1969.

Ich darf dann noch den Generalsekretär der CSU, Herrn Dr. Streibl[8], herzlich in unserer Mitte begrüßen. (*Beifall.*) Es ist nützlich, wenn wir gegenseitig die Information und die Zusammenarbeit künftig so eng wie möglich, speziell auf die Wahl im Jahre 1969 hin, gestalten.

Wenn Sie einverstanden sind, dann wollen wir jetzt anschließend den Bericht des Ministerpräsidenten über den Stand der Verhandlungen zur Regierungsbildung und über die Erfahrungen, die bei diesen Verhandlungen gemacht worden sind, hören. Das ist interessant für das, was wir im Verhältnis mit der SPD auf der einen Seite und im Verhältnis mit der FDP auf der anderen Seite für das kommende Jahr zu erwarten haben.

Filbinger: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Herren! Ich war leider eben nicht die ganze Zeit anwesend und konnte das, was Freund Scheufelen als Analyse dargetan hat, nicht vollständig mitbekommen. Gestatten Sie mir deshalb, einige Gesichtspunkte von mir aus noch hinzuzufügen, wobei ich hoffe, daß es eine Ergänzung zu dem ist, was gesagt worden ist.

Bezüglich der FDP, die sich in der Opposition befindet, hätte man annehmen können, daß es ihr auch gelungen wäre, die oppositionellen Kräfte in einem nennenswerten Umfange zu sammeln und zu binden. Man muß sagen – das ist eine Feststellung, die wohl Allgemeingültigkeitscharakter hat –, daß die Stimmung in bezug auf die Große Koalition vom Jahre 1967 bis ins Frühjahr 1968 deutlich umgeschlagen ist. Während die Landtagswahlen im Jahre 1967 stark unter dem Aufwind eines positiven Trends zugunsten der Großen Koalition standen, ist das bei unserer Wahl nicht mehr der Fall gewesen. Es war populärer, zur Opposition als zur Großen Koalition zu gehören. Dabei möchte ich deutlich machen – ich glaube, ich unterscheide mich da von Ihnen –, daß von der Antistimmung gegen die Große Koalition – primär Bonn und alles, was man darunter begreift – die Verhältnisse in Baden-Württemberg nicht so sehr betroffen sind.

8 Max Streibl (1932–1998), Jurist; 1961–1970 Beamter in der Bayerischen Staatskanzlei, 1961–1967 Vorsitzender der Jungen Union Bayern, 1962–1994 MdL Bayern, 1967–1971 Generalsekretär der CSU, 1970–1994 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Oberbayern, 1988–1993 Ministerpräsident von Bayern. Vgl. LEXIKON S. 380.

Eine Umfrage hat ergeben, daß im Grunde genommen die Bevölkerung die große Koalition in Stuttgart toleriert, ja, daß sich sogar mehr positive als negative Tendenzen zeigen.

Das ist deshalb wichtig, weil Erwägungen, die jetzt bei der Regierungsbildung dahingehen könnten: Gehen wir doch aus der großen Koalition in Baden-Württemberg heraus, und bauen wir etwas von der Antistimmung gegen die Große Koalition ab, – keine ausreichende und tragfähige Grundlagen haben. Ich wage jetzt eine These und sage, wenn wir in Baden-Württemberg – gleichgültig, ob das nun in unserem Interesse ist oder nicht – jetzt die kleine Koalition machen würden, dann würden wir dadurch die Antistimmung gegen die Große Koalition in Bonn nicht wesentlich abzubauen in der Lage sein. Das ist das eine.

Ich habe eben erwähnt, die FDP hat es nicht vermocht, die oppositionellen Kräfte in einem wesentlichen Umfange zu binden; denn der Zuwachs von wenig über 1% bedeutet keine nennenswerte Verstärkung der FDP; das bedeutet auch keine Bindung der Opposition, wenn Sie berücksichtigen, daß die NPD nahezu 10% erringen konnte und die DL immerhin bei 3%[9] liegt. Wäre die FDP attraktiv gewesen als Oppositionspartei, dann wären die anderen so stark nicht geworden, d. h. wer oppositionell gesinnt gewesen ist, der ist nur ausnahmsweise in einem geringeren Umfang zur FDP gegangen als zu den anderen Parteien. Das ist ein Trend, den ich feststellen möchte, der wahrscheinlich Allgemeingültigkeitscharakter für die Bundesrepublik hat.

Ich möchte allerdings eines sagen. Wir haben der FDP, die noch im Februar günstigere Prognosen hatte, die bei 17 und 18% lagen – mit 14% ist sie abgekommen –, im Wahlkampf kräftig die Wahrheit gesagt. Ich glaube, daß die so angelegte Wahlpropaganda der CDU wirklich ins Schwarze getroffen hat. Wir haben die FDP von Anfang an nicht geschont. Wir haben sie ganz kräftig attackiert und insbesondere darauf hingewiesen, daß die FDP im Grunde genommen aus zwei Richtungen besteht, d. h. keine einheitliche Partei mehr ist. Wir haben das mit einer Formel getan, die plakativ immer in Erscheinung trat bis in die letzten Tage vor der Wahl: Die FDP besteht aus einem linken Flügel, der die SPD links überholen möchte, und aus einem rechten Flügel, der rechts an der CDU vorbei will, je nachdem, wie es die Opportunität bringt.

Das war also wirklich ins Schwarze getroffen. Die FDP hat ihr 1%, das sie gewonnen hat, linksaußen zu Lasten der SPD geholt. Sie hat aber rechts verloren. Die Unglaubwürdigkeit, in die sie gekommen ist gegenüber ihren liberal-konservativen Stammwählern in Baden und in Württemberg, hat ihr Verluste eingebracht, sie so nennenswert waren, daß sie über den 1%igen Gewinn nicht hinausgekommen ist.

Ohne diese starke Attacke der CDU auf ihre Lindenblattstelle zu, wäre sie stärker gewachsen. Das wird für unsere Taktik, die wir von jetzt ab gegenüber der FDP zu beachten haben, sicherlich eine wichtige Lehre sein. Ich meine, daß man dies nicht erst für den Wahlkampf 1969, sondern schon jetzt in unserer Parteiarbeit beachten soll.

9 Die Demokratische Linke erreichte nur 2,3%. Vgl. auch Nr. 16 Anm. 20.

Ich möchte ein Zweites sagen. Die FDP hat auch aus einem zweiten Grund keinen Anlaß, mit ihrem Wahlergebnis zufrieden zu sein; denn die 14%, die sie jetzt hat, sind lange noch nicht die 18%, die sie einmal im Lande Baden-Württemberg hatte, d. h. es ist ihr bei weitem nicht gelungen, die Wähler, die sie einmal gehabt hat, wieder zurückzugewinnen, geschweige denn sich wesentlich zu erweitern in neue Wählerschichten hinein. Daß sie das will, daß das im Grunde genommen das Ziel ihres linken Flügels ist, ist ein offenes Geheimnis. Und der „Senkrechtstarter" Dahrendorf, der stark werden sollte in unserem Wahlkampf, hat gleichzeitig bewirkt, daß die Stammwähler zu uns gekommen sind. Hier ist mit die empfindlichste Stelle bei der FDP. Hier kann man sie packen.

Lassen Sie mich noch einen Blick auf die SPD werfen. Das erste, was ich als Wahlanalyse und Wahlkritik von der Parteispitze der SPD gehört habe, ging dahin, die SPD hat Verluste erlitten, weil sie es noch immer nicht verstanden hat, ihren Regierungsbeitrag im Bund und im Lande Baden-Württemberg so deutlich zu akzentuieren, daß die Wähler es ihr lohnen. Ich meine, es gäbe nichts Falscheres und nichts Verkehrteres für die Totalität der Verluste der SPD als diese Angabe.

In Wirklichkeit hat die SPD verloren wegen des gespannten, gespaltenen und unsicheren Bildes, das sie nach außen hin dargestellt hat. Die SPD hat meines Erachtens verloren wegen des Nürnberger Parteitags und was sich dort manifestiert hat, nämlich die Prügel, die die Oberen bezogen haben aus dem jungen Volk der Partei.[10] Sie hat verloren wegen Berlin, wo das deutsche Volk den Atem angesichts dessen angehalten hat, was sich diese Partei, die einmal ein Schutz und Schirm für die freie Stadt war, dort leistet, und zwar gegen die Person ihres Regierenden Bürgermeisters.[11] Das sind Dinge, die wirklich über die Hutschnur gehen, was die Parteidisziplin angeht.

Die Zeiten, in denen die CDU bewundernd auf die geschlossene Disziplin der so straff geführten SPD geschaut hat, sind wirklich vorbei; denn krasser kann man sich nicht mehr zerfleischen, als es auf dem Schauplatz Berlin geschieht, wo der Regierende Bürgermeister in härtester Abwehrsituation steht gegen den linken Flügel, wo ein Ausschlußbeschluß gegen Ristock[12] und Beck[13] erfolgte – der wirklich den Berlinern nicht leicht gefallen ist –, der dann suspendiert wird von einem oberen Gremium. Ich muß sa-

10 Der 13. Ordentliche Parteitag der SPD fand vom 17.–21. März in Nürnberg statt, vgl. AdG 1968 S. 1045–1049; Druck: SPD, PARTEITAG 1968.

11 Bei den Anti-Vietnam-Demonstrationen wurde dazu aufgefordert, Klaus Schütz „die Gräten zu brechen". Vgl. HILDEBRAND S. 380.

12 Harry Ristock (1928–1992), Diplom-Politologe; 1950 SPD, 1953–1963 Landessekretär des Berliner SPD-Jugendverbands „Die Falken", 1975–1979 und 1981–1992 MdA Berlin, 1975–1981 Senator für Bau- und Wohnungswesen.

13 Erwin Beck (1911–1988), Glaser; 1928 SAJ, 1955–1975 Bezirksstadtrat für Jugend in Berlin-Kreuzberg, 1962–1975 stv. Bürgermeister, 1977–1979 MdA Berlin (SPD). – Ristock und Beck hatten am 18. Februar 1968 an einer von ihrer Partei nicht genehmigten anti-amerikanischen Vietnam-Demonstration teilgenommen und wurden daraufhin Mitte März vom Berliner SPD-Parteivorstand aus der Partei ausgeschlossen. Nach harter Kritik auf dem folgenden Parteitag wurde der Beschluß wieder rückgängig gemacht.

gen, wenn mir das als dem Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg – oder auch als Kreisvorsitzender – passieren sollte, dann würde ich den Büttel hinwerfen und sagen, macht das mit einem anderen.

Aber in der SPD ist es möglich, daß man das dem Herrn Schütz beschert und daß der Herr Schütz sich weiterhin in der Häckselmaschine schleifen läßt zum Nachteil der deutschen Sache. Es ist wirklich die deutsche Sache, die von der SPD in Berlin aufs schwerste gefährdet wird.

Ich mache kein Hehl daraus, daß ich gelegentlich der Ministerpräsidentenkonferenz, wo man nachher auch einmal beim Mittagessen zusammensitzt, den SPD-Leuten aufs deutlichste das Entsetzen der CDU darüber zum Ausdruck gebracht habe, daß wir mit ansehen müssen, wie wir uns im Schaufenster Berlin in der schlechtesten Weise verkaufen. Diese und andere Dinge, das Umfallen in Frankfurt, das Umfallen in Bremen[14], die schlechte Haltung in München, nämlich des Oberbürgermeisters[15] zur Stadtverwaltung, das hat in der Bevölkerung die Überzeugung begründet, die werden nicht fertig damit, weil sie immer nach extrem links liebäugeln, weil sie ihre eigene Vergangenheit dort wiedererkennen und deshalb eine konstitutionelle Schwäche in ihrem Vorgehen haben.

Das Volk spürt instinktiv völlig richtig, worum es jetzt geht. Es fragt bei den Landtagswahlen nicht mehr, wieviel Straßen und wieviel Schulen habt ihr gebaut – obwohl das alles wichtig bleibt –, sondern primär: Seid ihr eine Ordnungskraft in diesem Staat und sorgt ihr dafür, daß die Demokratie erhalten und zusammenbleibt in einer Stunde, wo sie wirklich gefährdet ist? Wenn der morgige Tag vorüber ist, dann wird dieses Petitum des Volkes noch dringlicher vor uns stehen. Die Partei, die sichtbar macht, daß sie steht und die Dinge bewältigt, wird in Zukunft das Zutrauen des Volkes bekommen.

Wenn es uns nicht gelingt – im Gegensatz zur SPD –, das noch stärker herauszustellen auf allen Ebenen, vor allem auf der Bundesebene, dann wird die NPD bei der nächsten Wahl für den Bundestag nicht unerheblich über die 10% des Landes Baden-Württemberg hinausgehen. Die Osterfeiertage mit ihren Unruhen haben der NPD in Baden-Württemberg 10% eingebracht. Ich wage die These – wir werden sie noch aufgrund von

14 In Frankfurt hatte der für Polizeiangelegenheiten zuständige Stadtrat, Hans Kiskat, Rudi Dutschke am 29. Februar 1968 kurzzeitig vor einer Vietnam-Demonstration festnehmen lassen, um Ausschreitungen zu verhindern. Oberbürgermeister Brundert hatte ihn daraufhin von seinen Aufgaben entbunden, vgl. FAZ vom 9. März 1968; vgl. auch KRAUSHAAR S. 64 f. – Zu Bremen, wo zunächst eine harte Gangart der Polizei gegen die Proteste beschlossen worden war, verurteilte die Jugendsenatorin Annemarie Mevissen am 19. Januar 1968 das Vorgehen der Polizei; auch wurden bereits beschlossene Fahrpreiserhöhungen des öffentlichen Nahverkehrs wieder rückgängig gemacht, vgl. KRAUSHAAR S. 22–25.

15 Dr. Hans-Jochen Vogel (geb. 1926), Jurist; 1960–1972 Oberbürgermeister von München (SPD), 1972–1981 und 1983–1994 MdB (1983–1991 Vorsitzender der SPD-Fraktion), 1972–1974 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 1974–1981 Bundesminister der Justiz, Januar bis Mai 1981 Regierender Bürgermeister, 1981–1983 MdA Berlin, 1987–1991 Bundesvorsitzender der SPD. Vgl. KEMPF/MERZ S. 714–717. – Kostenüberschreitungen von über 55 Mio. DM beim Umbau des Stachus veranlaßten Vogel, dem zuständigen Stadtbaurat die Aufgabe zu entziehen, vgl. „Rheinische Post" vom 25. Januar 1968.

Analysen abzusichern versuchen –, die NPD hätte diese 9,8% nicht bekommen, wenn sich nicht während der Osterfeiertage die Brüchigkeit mancher der Gremien von Staat und Stadt – wo die SPD regierte – offenbart hätte.

Ich wage, noch ein weiteres zu sagen: Die CDU hat die absolute Mehrheit wegen der Osterunruhen verloren. Wir haben von drei unabhängig voneinander arbeitenden demoskopischen Instituten Voraussagen bekommen, wonach wir die absolute Mehrheit bekommen hätten. Die letzte dieser Voraussagen lautete auf 48 bis 50%. Unter 48% lautete keine der Aussagen. Die Aussage des Infas-Instituts Godesberg war noch höher.[16] Das hat sich aber spontan gewendet. Wir werden in der Lage sein, Ihnen demnächst aufgrund der Analyse die genauen Auswirkungen des Umschwunges nach den Osterfeiertagen in Prozentsätzen zu sagen.

Natürlich hat dabei auch die Unruhe der Bauern eine Rolle gespielt. Es sind nicht nur die Facharbeiter von der SPD und auch von uns zur NPD abgegangen, sondern es hat auch die Unruhe der Bauern zu einer für uns sehr fühlbaren Wahlenthaltung in den traditionell katholischen Gebieten geführt. Südwürttemberg-Hohenzollern, einst eine Bastion der CDU, hat 5% weniger als das letzte Mal. (*Zuruf:* 3,8%!)[17] Das kommt durch die Wahlenthaltung der Wähler unserer ureigensten Kerngebiete. Das müssen wir also sehr deutlich sehen. Ohne eine kräftige Akzentuierung der bäuerlichen Politik schaffen wir das nicht. Ob wir das noch weiter hinnehmen können und sollen, was Herr Rehwinkel jetzt an neuen Erpressungsmanövern lanciert, das möchte ich wirklich einmal fragen, meine Herren. Wir müssen uns anhören, und zwar ohne Replik, daß der Herr Rehwinkel zwei Tage nach der Wahl in Bühl in einer Versammlung vor mehr als 1.000 Bauern sagt: Wir müssen den Staat kräftiger angehen, damit er sich endlich rührt und uns das Entsprechende gibt![18] – Sollte man jetzt nicht den Stier bei den Hörnern packen! Wir sollten nicht nur eine gute landwirtschaftliche Politik treiben und sie auch verifizieren, sondern wir sollten nun zum Angriff übergehen. Ich glaube, die Bevölkerung hat Verständnis dafür. (*Unruhe.*) Die Landwirtschaftspolitik ist ja der Sache nach nicht schlecht. Wir haben sie nur schlecht verkauft. Wir haben versäumt, den Bauern rechtzeitig die Härte der Dinge, um die es geht, so zu sagen, wie es der Realität entspricht. Und jetzt fühlen sie sich bei uns im Stich gelassen. Die CDU hat die Politik der Bauernverbände gemacht. Unsere Landwirtschaftspolitik hat versucht, unseren Freunden, die als Präsidenten in den Bauernverbänden fungieren, zu liebäugeln und zuliebe zu handeln. Wir haben sehr große Anstrengungen gemacht, um deren Forderungen und Politik zu realisieren. Und jetzt haben wir die Quittung dafür bekommen.

16 Nach Allensbach lag die CDU/CSU im April 1968 bei 42% und stieg bis Juni auf 46% an; die SPD fiel dagegen von 45% auf 37%; nach EMNID erreichte die CDU/CSU im April 43% und fiel bis Ende Mai auf 42%, die SPD fiel von 44% auf 37%.

17 In Südwürttemberg-Hohenzollern erreichte die CDU 50,9% (1964: 54,7%). Vgl. WEINACHT S. 364.

18 Die Veranstaltung fand sieben Tage nach der Wahl, am 5. Mai 1968, statt. Dabei drohte Rehwinkel mit noch größeren Protestaktionen und beschuldigte die Bundesregierung, die Landwirte in den Ruin zu treiben, vgl. dpa vom 5. Mai 1968.

In dem Moment, wo die Dinge zum Schwur gekommen sind, haben die Bauernverbände eine Kehrtwendung gemacht und gesagt, dorthin müßt ihr gehen, die Politiker sind schuld, nicht wir. Wir haben eben die Positionen, die sehr lange im bäuerlichen Bereich und bei den Verbänden sind, gehalten. Ich weiß nicht, ob wir in Zukunft uns dies noch werden leisten können.

Nun hat mich unser Generalsekretär gebeten, etwas zur Regierungsbildung zu sagen. Wir haben zwei Alternativen entwickelt und gesagt, wir sind offen sowohl für eine Koalition mit der SPD wie auch mit der FDP. Die FDP hat aber schon in der Nacht der Wahl erklärt, und es mehrfach bekräftigt in Stuttgart und in Bonn, sie wolle nicht in eine Koalition, sondern wolle in der Oppositionsrolle bleiben. Man braucht das zunächst nicht so wörtlich zu nehmen; denn dahinter steckt ein taktisches Vorgehen. Andererseits aber steckt ein ernsthafter Kern insoweit dahinter, als Herr Genscher für den Bund und andere bei uns für das Land sagen: Die Oppositionsrolle ist uns gut bekommen. Sie wird uns weiter gut bekommen. Also bleiben wir darin bis zum Jahre 1969. Wir werden uns dadurch kräftigen und im Jahre 1969 möglicherweise ein Partner sein. – Deshalb glaube ich, daß Herr Genscher und seine Freunde sehr stark ihren Einfluß dahin geltend machen werden, daß die FDP in Stuttgart nicht ernsthaft mit uns zusammengeht, sondern daß sie es noch ein Jahr lang auf der Oppositionsbank aushalten wird mit dem Kalkül, wenn in Bonn die Dinge anders werden, dann kann man das auch in Stuttgart anders machen.

Allerdings sagen wir dazu, wir machen keine Koalition auf eine begrenzte Zeit, sondern wenn wir jetzt „abdrücken", dann müssen wir redlicherweise dem Partner sagen, das gilt für vier Jahre. Die FDP soll sich nicht in den Finger schneiden. Sie soll nicht glauben, nach einem Jahr gehen die Dinge wieder anders herum, und man könnte sich in diesem Jahr noch mästen und stärken in der Opposition, um dann um so kräftiger in die Regierung zurückzukehren.

Scheufelen: Vor zwei Tagen hat der Fraktionsführer der FDP einem Journalisten gegenüber eine Erklärung abgegeben.[19] Dieser hat sie in etwas entstellter Form, daß nämlich die FDP koalitionsbereit wäre, in die „Frankfurter Allgemeine" und in andere Zeitungen gebracht. Das hat einen solchen Sturm beim Fußvolk der FDP ausgelöst, daß nach meinen Informationen die FDP überhaupt nicht mehr in der Lage ist, mit uns Koalitionsverhandlungen zu führen, auch wenn es die Führung will. Diese Sache hat den Vorteil gehabt, daß man jetzt klar sagen kann, die FDP ist überhaupt nicht in der Lage, eine Verhandlungskommission zu bilden.

Filbinger: Damit laufen die Dinge einseitig. Es ist klar, daß das jetzt kein schönes Spiel mehr ist, was wir jetzt spielen müssen. Die SPD wird sich sagen, wenn die nicht in eine Minderheitsregierung hineingehen oder nicht Neuwahlen ausschreiben wollen, dann müssen sie ja mit uns koalieren und uns das geben, was wir brauchen. Dazu kommt, daß die SPD-Führung in unserem Land außerordentlich stark angeschlagen und

19 Friedrich Stock (1913–1978), Kaufmann; 1948 Gemeinderat in Freudenstadt, 1956–1972 MdL Baden-Württemberg (DVP/FDP), 1963 bis Juni 1968 Fraktionsvorsitzender. – Vgl. FAZ vom 8. Mai 1968 „FDP bedingt zu Gesprächen bereit".

geschwächt ist, und das Fußvolk verlangt jetzt in einer Art Kurzschlußreaktion, alles auf Null und zurück in die Opposition. Diese Emotionen sind da.

Es ist kein Geheimnis, bei uns ist es nicht anders wie im übrigen Bundesgebiet. Es sind die Kräfte, die von vornherein gegen die große Koalition gewesen sind, die sich nun durch dieses Ergebnis erneut bestätigt fühlen in ihrer Prognose. Sie arbeiten also stark auf die Realisierung ihrer Konzeption hin. Man kann die Situation, in der wir uns jetzt befinden, etwa so umschreiben: Die SPD sagt zu uns, weil wir schwach sind, müßt ihr uns stark machen, oder: Unsere Schwäche ist unsere Stärke; denn wenn wir von euch nicht Bedingungen bekommen, die wir zu einem guten Beschluß gegenüber unserem Fußvolk verwerten können, dann werden wir nein sagen.

Wir haben demgegenüber sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, so geht es ja nicht, daß die SPD uns sagt: Wir sind überwiegend in unserer Partei gegen eine solche große Koalition mit der Ausnahme, daß die CDU ein solch überwältigendes Angebot macht, daß man es mit Anstand annehmen kann. – So können wir also nicht verfahren. Deshalb haben wir der SPD gesagt: Wir sind bereit zu verhandeln und euch ein faires Angebot zu machen, das vor aller Welt als vertretbar und akzeptabel angesehen werden kann. Wir werden euch nicht diskriminieren und nicht mit dem Stiefelabsatz in euren Wunden herumtreten; wir werden also nicht versuchen, euch zu demütigen. Aber wir lassen das Umgekehrte auch nicht zu, daß ihr uns jetzt mit eurer Schwäche erpreßt, indem ihr sagt, die CDU hat eine starke Position, aber sie muß alles tolerieren, was die SPD sagt.

Es kommt nun auf die Bedingungen an. Bei diesen Bedingungen werden wir nach allen Regeln der Kunst (*Bundeskanzler Dr. Kiesinger erscheint.*) versuchen, uns so teuer wie möglich zu verkaufen. Dabei geht es darum, daß die CDU als Mindestvoraussetzung eine Verbesserung ihrer jetzigen Position verlangen wird und muß. Wir würden nicht zu den gleichen Bedingungen, unter denen wir gestanden haben, jetzt abschließen. Das können wir nicht, sondern das Wahlergebnis muß sich irgendwie niederschlagen. (*Kohl:* Mehr Ressorts!) Entweder mehr Ressorts oder in einer klaren Anreicherung der jetzigen Konstellation, die uns politisch ein Prä gibt gegenüber der bisherigen Situation. Soviel zunächst einmal!

Heck: Herr Bundeskanzler! Darf ich einige Bemerkungen anfügen! Die SPD hat zunächst auf diese Niederlage mit der Erklärung reagiert, es sei ihr offensichtlich nicht gelungen, ihren Anteil an der Regierung sichtbar und deutlich zu machen. Herr Brandt hat nun gestern die Wahrheit gesagt, weil er klipp und klar diese Wahlniederlage auf die innere Zerrissenheit seiner Partei und auf die Tatsache zurückgeführt hat, daß die Radikalen gegen die Partei öffentlich aufgetreten sind.[20] Wir müssen in den nächsten Wochen und Monaten noch etwas deutlicher ins Bewußtsein heben, daß die erste Erklärung einfach ein Humbug und Schwindel ist.

Stingl: Ich habe mir einige Zahlen zu dem geben lassen, was Herr Scheufelen ausgeführt hat. Daß Nürnberg gewirkt hat, das zeigt sich an den Vertriebenenzahlen. Ich will

20 Vgl. FAZ vom 30. April 1968 „Schwierige Regierungsbildung in Stuttgart"; die Äußerung Brandts findet sich in SPD Pressemitteilungen und Informationen vom 9. Mai 1968 „Kommuniqué über die Sitzung des Vorstands der SPD am 9. Mai 1968".

sie nicht vorlesen; denn Sie haben die Zahlen ja selber da. Ich möchte mit Nachdruck darauf hinweisen, daß hier ein Reservoir für uns vorhanden ist. Das sind keine NPD-Leute, die bei der NPD bleiben. Die haben uns bisher nur gescheut. Sie kennen ja den Umwandlungsprozeß vom BHE her. Hier müssen wir hineinstoßen.

Herr Ministerpräsident, Sie sollten das auch im Personellen ganz deutlich machen; denn das ist zwingend notwendig, weil wir im vorigen Jahr bei den Sudetendeutschen alle Positionen im ganzen Bundesgebiet – Schütz[21] in Bayern, Sepp Schwarz[22] bei Ihnen, Hacker[23] in Hessen, auch in Niedersachsen – verloren haben. Weil die alle zugleich aus der politischen Verantwortung verschwunden sind, müssen Sie mit personellen Entscheidungen wieder ein Zeichen setzen. Dann kommen wir sicher zu Rande. Sie haben auch viel Sudetendeutsche. Der Sudetendeutsche Tag ist Pfingsten bei Ihnen. Sie haben also die Chance, die Leute vom NPD-Trend wegzuholen, um sie für uns zu gewinnen. (*Filbinger:* In dieser Richtung wird von uns eine Forderung gestellt.)

Amrehn: Mit dem, was Herr Ministerpräsident Filbinger als Analyse gegeben und an Zukunftswünschen dargestellt hat, wird man im ganzen sehr einverstanden sein können. Es gibt nur in der Analyse, wie mir scheint, einige Widersprüche. Es ist erklärt worden, warum die FDP nicht eigentlich das Reservoir der Protestwähler geworden ist. Es ist gesagt worden, daß sie an sich mit einem Flügel links und mit dem anderen rechts überholen wolle, so daß sie zwei Parteien umfasse, die dann allerdings auch, ähnlich wie bei der SPD, die Folge gehabt haben müßte, daß das Wählervolk nicht noch einen Zuwachs für die FDP gebracht haben könnte; wenn ich auch sehe, daß die FDP nicht ihren ganz alten Besitzstand erlangt hat.

Diese Dinge wird man noch genauer beurteilen können, wenn man eine ins einzelne gehende Analyse vorliegen hat. Man darf sehr gespannt darauf sein, was sie uns aussagt über die verschiedenen Wanderungen, die nach außen hin nur die Folge haben, die SPD hat 8% verloren, und die NPD ist entsprechend angestiegen. So einfach sind die Dinge aber nicht.

Ich halte allerdings für ganz richtig, was auch Herr Heck gesagt hat, daß einfach die Zerstrittenheit der SPD in der Öffentlichkeit, der Kampf eines linken Flügels gegen die solideren Kräfte in der SPD, die Wähler von der SPD weggetrieben haben. Ich nehme an, daß das nicht nur in Baden-Württemberg so gewesen ist, sondern daß das eine ganz allgemeine Auseinandersetzung wird, aber nicht immer zu unseren Gunsten.

Ich habe mich etwas gewundert, daß gesagt wurde vom Herrn Ministerpräsidenten, die CDU habe die erwartete absolute Mehrheit verloren als Folge der Osterunruhen. So war es doch wohl gemeint? (*Filbinger:* Und der Bauern!) Ja, aber das doch wohl in

21 Hans Schütz, von Juni 1964 bis Dezember 1966 bayerischer Staatsminister für Arbeit und soziale Fürsorge.

22 Vgl. Nr. 11 Anm. 80.

23 Gustav Hacker (1900–1979), Landwirt; 1938 Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament, 1954/55 und 1958/59 MdL Hessen (BHE); 1955–1967 Landwirtschaftsminister in Hessen, 1963/64 Vorsitzender der GDP, 1968–1979 Vorsitzender des Bauernverbands der Vertriebenen. – Bei der Wahl am 6. November 1966 war die GDP unter 5% geblieben und aus dem Parlament ausgeschieden.

minderem Maße! Das hätte eigentlich doch, wenn die CDU diese starke Kraft gewesen wäre ... (*Kiesinger:* Die absolute Mehrheit verloren! Das ist doch Unsinn! – *Unruhe.* – *Filbinger:* Nein, nein, Herr Bundeskanzler. Ich bin anderer Meinung.) Ich gebe wieder, was hier berichtet worden ist, Herr Bundeskanzler. (*Kiesinger:* Das war demoskopisch ganz falsch vorhergesehen.) Eigentlich können es die Unruhen nicht gewesen sein, die uns die Mehrheit gekostet haben. (*Starke Unruhe und Bewegung.* – *Kiesinger:* Die leben doch in einem Wolkenkuckucksheim!) Mir scheint also darin einer der Widersprüche zu liegen, die noch geklärt werden müssen. (*Anhaltende Unruhe.* – *Filbinger:* Herr Bundeskanzler, ich bin anderer Meinung!) In diesem Zusammenhang scheint mir eines wichtig zu sein. Wir können doch bei dem, was sich an Unruhe und an echter Diskussion in der jüngeren Generation in Deutschland entwickelt, nicht ganz übersehen, was berechtigtermaßen zu einer solchen Kritik führt.

Ich glaube, daß es ein ganz großer Fehler wäre, wenn die SPD in Baden-Württemberg sich entschlösse, wieder in die Koalition zurückzugehen. Wenn der Wähler überhaupt nur einmal eine Stimme in vier Jahren abgibt und der SPD eine solche deutliche Absage erteilt hat, wie das noch in keinem Lande der Fall gewesen ist, dann muß doch eigentlich erwartet werden, daß sich eine solche Partei auch ein bißchen danach richtet, daß sie ein solches Zeichen versteht und nun nicht sagt: Es kann nicht so weitergehen, wie es bisher in diesem Land gewesen ist. – Ich sage das nicht aus Interesse für die CDU, sondern aus einem staatspolitischen Interesse, daß sich die SPD wieder fähig machen muß, bei einer weiteren Wahl Stimmen aufzunehmen, um den staatspolitischen Boden zu verfestigen, auf dem wir stehen, und zu verhüten, daß durch eine Fortführung dessen, was gewesen ist, die NPD noch mehr Stimmen bekommt, als das bisher der Fall gewesen ist. (*Anhaltende sehr starke Unruhe.*) Im Hinblick auf die FDP ist mir aus baden-württembergischen Kreisen erklärt worden, sie hätte sich deswegen nicht ... (*Sehr starke Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Darf ich mal unterbrechen! Ich möchte doch sehr um Ruhe bitten. Es ist doch einfach nicht zumutbar, hier zu sprechen – und das auch noch alles aufzunehmen –, wenn dauernd nebenher an mehreren Ecken zugleich Privatgespräche geführt werden. (*Zuruf:* Sehr richtig!)

Amrehn: Die FDP hätte eigentlich nicht das Auffangreservoir werden können, weil sie ja bis vor kurzem noch in der Regierungsverantwortung gestanden hat. Ich glaube auch nicht, daß sie in Zukunft sehr viel stärker werden wird, wie dies auch die ganze Geschichte der FDP nach dem Kriege ausweist. Dann ist für den Wähler, der nicht zufrieden ist, kein anderer Ausweg mehr, als sich entweder nach ganz rechts oder nach ganz links zu wenden, je nach Grundeinstellung. Hier meine ich, die SPD wäre gut beraten, aus staatspolitischen Gründen nicht jene Enttäuschung zu vertiefen, die den Wähler sagen läßt, auch wenn wir nun mal deutlich unser Zeichen gegeben haben, dann ändert sich in der Entwicklung der Dinge überhaupt nichts. Ich hielte es für einen großen Fehler, wenn es dazu käme, wiewohl ich Ihnen zustimme, daß die CDU gar nicht anders verhandeln kann, als dies mit der Alternative geschehen ist. (*Unruhe und Bewegung.*)

Kiesinger: Meine Herren! Ich mußte leider drüben im Bundestag wegen der Aktuellen Stunde bleiben, die wir eingeschaltet haben, um vor der deutschen Öffentlichkeit noch einmal das Notwendige zu sagen gegenüber dieser morgigen Demonstration hier in Bonn; denn es hat sich in der letzten Zeit immer wieder gezeigt, daß die unglaublichsten Vorstellungen in der Bevölkerung bestehen, so daß es notwendig war, noch einmal zu sagen, was an Notstandsgesetzen vorhanden und in ihnen enthalten ist und was nicht.[24] Die Erklärungen waren sehr gut, sowohl des Innenministers[25] wie auch des Justizministers Heinemann. Auch die darauf folgende Beratung war in Ordnung.

Ich begrüßte zunächst Herrn Generalsekretär Dr. Streibl von der CSU in unserer Mitte recht herzlich. Ich bin vorhin etwas losgeplatzt, aber ich bin wirklich der Meinung, von einer absoluten Mehrheit der CDU war überhaupt nie etwas drin. Es war eine unglaubliche Selbsttäuschung, und zwar basierend auf ganz unsoliden öffentlichen Meinungsumfragen, die vorgetäuscht haben, als gäbe es für die CDU diese Möglichkeit. Die meisten dieser Umfragen waren herausgenommen aus den übrigen Meinungsumfragen von 2.000 Leuten der Bundesrepublik, so daß ein paar hundert auf das Land Baden-Württemberg entfallen. Das ist also überhaupt nicht solide.

Die Untersuchungen von Professor Wildenmann sind – das kennen wir schon seit langem – wirklich mit äußerster Vorsicht zu genießen. Dieser Mann ist ein begabter Analytiker, aber gerade seine Begabung verführt ihn zu Prognosen, die man von vornherein mit äußerster Vorsicht aufnehmen muß. Ich habe eine ganze Reihe von Fällen erlebt, wo er tatsächlich völlig danebengegriffen hat. Auch dieses Noelle-Neumann-Ergebnis hat sich nur auf ein paar hundert Stimmen gestützt. (*Zuruf:* 400!) Daraus kann man überhaupt nichts schließen! Außerdem müssen Sie eine Fehlerquelle von 10% von vornherein einkalkulieren. Das sage ich deswegen, damit wir nun nicht, weil wir uns vorher etwas vorgemacht haben, hinterher die Köpfe hängen lassen.

Die Partei, die in Baden-Württemberg am besten abgeschnitten hat – von dem Sonderfall NPD abgesehen –, und zwar nicht nur in den jetzigen Zahlen, sondern auch vergleichen mit den anderen Wahlen, war die CDU. Was ich für möglich hielt unter den gegenwärtigen Umständen, war nämlich, diesen Stand in etwa zu halten, wenn es gut ginge. Als ich dann die Nachricht von der Unzufriedenheit der Bauern bekam und ich mich überzeugte, daß das wirklich eine ernste Sache ist, habe ich diese Hoffnung aufgegeben. Ich habe mir gesagt, wir werden etwas Federn lassen müssen.

Nun haben wir 35.000 Stimmen gewonnen. Für mich ist das wichtigste Ergebnis – immer abgesehen vom NPD-Erfolg –, daß es der FDP nicht möglich geworden ist, ihre Niederlagen gutzumachen; denn die FDP hat nicht nur 1964 eine niederschmetternde Niederlage erlitten, sondern auch schon bei den Wahlen vorher. Sie hätte also unter den

24 Aktuelle Stunde im Bundestag am 10. Mai 1968 zum geplanten Sternmarsch des Komitees „Kuratorium Notstand der Demokratie" am 11. Mai auf Bonn, vgl. Sten.Ber. 5. WP 173. Sitzung S. 9263–9276.

25 Nach dem Rücktritt von Paul Lücke am 28. März 1968 wegen der Verschiebung der Wahlrechtsreform wurde Ernst Benda Innenminister. – Zu den Erklärungen Bendas und Heinemanns vgl. Sten.Ber. 5. WP 173. Sitzung vom 10. Mai 1968 S. 9264–9267.

gegebenen Umständen mindestens den Stand des Jahres 1960 erreichen müssen. Es ist ihr nicht gelungen; am wenigsten in ihrer Hochburg, also in Nordwürttemberg. Das ist eine bedeutungsvolle Sache. Es haben dort ohne Zweifel gewisse Umschichtungen stattgefunden.

Für mich ist besonders interessant der Einbruch der FDP in Nordbaden, in Karlsruhe, Mannheim und Heidelberg. Das ist das eigentliche Faktum. Was für Schichten sie dort gewonnen hat, ist zu untersuchen.

Daß wir auf dieser hohen Zahl stehengeblieben sind, trotz der zweifelsfreien Wahlenthaltung, die viele Bauern geübt haben – meistens in katholischen Gegenden –, und der sehr starken Abwanderung auch von Bauern, die uns sonst wählen, zur NPD, ist ein sehr bedeutender Erfolg. So sehe ich die Sache. Ich verfolge die Prognosen von Professor Wildenmann seit langem. Ich bin auch der Meinung, es ist nützlich, sie einzuholen. Er gehört ja auch zu meinem Planungsstab. Deswegen kenne ich seine Mentalität etwas besser als früher. Er geht manchmal zu phantastischen Voraussagen über, denen ich nie getraut habe. Ich habe hinterher auch immer recht behalten.

Ich wollte damit nur sagen, wir können damit absolut zufrieden sein. Wir haben, wenn man die Reihe der Wahlen vergleicht, am besten abgeschnitten. Es ist das zweitbeste Ergebnis von allen Landtagswahlen in Baden-Württemberg. 2% mehr wären zwar schön gewesen, aber mehr zu erwarten, indem man sich zunächst ein Wolkenkuckucksheim aufbaut – das gar nicht drin war –, und dann hinterher enttäuscht zu sein, das wäre doch grundfalsch. Das wirkliche Übel ist dieser Erfolg der NPD. Da muß ich Ihnen offen sagen, von diesen Trotzwählern und den Bauern abgesehen und möglicherweise einer gewissen Zahl von empörten Bürgern über die Studentenunruhen, ist es nun dieser Menschenschlag, der in den Großstädten, vor allem in Karlsruhe, plötzlich auftaucht. Das muß noch näher untersucht werden. Das sind z. T. frühere Nichtwähler, oder – anders gesagt – das sind Wähler, die wahrscheinlich zuallerletzt CDU wählen würden. (*Kohl:* Der Slogan war ja: Man kann wieder wählen!) Ja, man kann wieder wählen! Es sind Leute, die die CDU nicht wählen würden, und zwar sicher ein großer Teil von ihnen, weil sie einfach das „C" nicht bejahen. Das ist überhaupt ein Problem, das immer stärker für uns werden wird, z. B. auch an den Universitäten. Es sind Leute, die offenbar eine starke sozialistische Tendenz haben. Anders läßt sich das nicht erklären. Es ist also so, daß diese Leute von der SPD kommen. Die Vorstellung, die wir uns lange gemacht haben, das seien nur Randwähler der SPD, die an sich nichts mit ihr zu tun hätten, ist in dieser simplen Form nicht richtig. Das sind schon Leute mit sozialistischen und zugleich nationalistischen Tendenzen. Deswegen sind sie noch lange keine Neo-Nazis. Sie sind Leute, die aber diese beiden Komponenten miteinander verbinden. Offenbar haben viele von ihnen, solange die SPD in der Opposition war und solange auch der Schumacher-Trend, der ein bißchen nationalistisch war, durchschlug, geglaubt, weiter SPD wählen zu können.

Ich sage nur, es sind Vermutungen. Wir sollten es uns mit diesen Leuten nicht leicht machen, gerade mit denen in den Großstädten. Wir werden in den Städten wie Mannheim, Karlsruhe usw., wo dieser Durchbruch sehr deutlich geworden ist, sehr genau un-

tersuchen müssen, was das für ein Menschenschlag eigentlich ist. Wir müssen feststellen, ob ein großer Teil zu denen gehört, die sagen: Wir können jetzt wieder wählen.

Das Wichtigste für mich ist folgendes: Ein Abschmelzungsprozeß der CDU in traditionell katholisch-ländlichen Gebieten findet ganz ohne Rücksicht auf NPD oder nicht NPD statt. Das ist ganz unvermeidlich. Das waren unsere Hochburgen mit der ganzen Geistlichkeit in einer Zeit, in der noch kein Georg Leber im Zentralkomitee der Katholiken saß usw. Das ist ein kontinuierlicher Prozeß seit – wann mag es begonnen haben – etwa 1957. (*Kohl:* Seit dem Zweiten Vatikanum. – *Unruhe.*) Ja sicher, seit dem Zweiten Vatikanum. Das ist also ein Vorgang, der für uns sehr wichtig ist. Unser großer Erfolg beruht darauf, daß wir uns in den industriellen Ballungsräumen nicht nur behauptet, sondern daß wir dort auch zugenommen haben. Ich weiß nicht, was Herr Ministerpräsident Filbinger schon alles gesagt hat, aber in den 50 Städten, in denen ich gesprochen habe, hat die CDU in 28 Städten zugenommen. Das ist natürlich außerordentlich ermutigend. Wäre es umgekehrt, müßte man sagen, es geht mit uns den Berg hinunter.

Die Wähler auf dem Lande werden immer geringer. Dieser Abschmelzungsprozeß mußte kommen, früher oder später. Daß wir uns aber da nicht nur behauptet, sondern sogar zugenommen haben, nicht nur an Stimmen, sondern auch prozentual, das ist ein ganz bedeutender Erfolg für die CDU.

Das Traurige an der ganzen Geschichte ist unsere Außenpolitik. Da muß ich sehr ernst werden und Sie bitten, das Ihrige in dem Kleinkampf zu tun, der jetzt kommt bis 1969. Es geht keineswegs nur darum, daß und wie wir die Wiedervereinigung gewinnen und wie wir schließlich die Frage der Oder-Neiße-Linie regeln. Es geht vor allem um die Abwehr des sowjetrussischen Versuches, uns auf die Knie zu zwingen, d. h. unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen und auf die Charta der Vereinten Nationen[26], die für uns ja nicht gilt, sich ein permanentes Interventionsrecht in innerdeutschen Dingen zu sichern. Das versuchen sie seit langem damit, daß sie uns als nazistisch verschreien. In der ersten Note gleich nach der Regierungsbildung[27] behaupteten sie, von allen Häuserwänden in der Bundesrepublik leuchte das Hakenkreuz herunter. Ich habe damals in Saarbrücken dagegen Stellung genommen. Ich habe hinterher einer Gruppe sowjetrussischer Journalisten gesagt, sie hätten doch Gelegenheit, sich umzusehen. Sie sollten mal feststellen, wo solche Hakenkreuze seien.

Zur NPD möchte ich sagen, daß schon Ergebnisse vorlagen; denken Sie an die beiden großen Erfolge, die den eigentlichen Schock verursacht haben, in Hessen und in Bayern mit 8%. Jetzt werden die Russen mit Sicherheit eine neue große Verleumdungs-

26 Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945. Vgl. Ernst DEUERLEIN (Hg.): Potsdam 1945. Quellen und Konferenz der „Großen Drei". München 1963. – Kommuniqué über die Konferenz von Potsdam vom 2. August 1945 abgedruckt in: DzD II/1 S. 2101–2148. – UN-Charta vom 26. Juni 1945 in San Francisco unterzeichnet und am 24. Oktober 1945 in Kraft getreten. Vgl. Wilhelm G. GREWE (Hg.): Die Satzung der Vereinten Nationen. Göttingen 1948 S. 35–107.

27 Vgl. „Erklärung der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland" vom 8. Dezember 1967 (DzD V/1 S. 2173–2179) sowie vom 28. Januar 1967 (DzD V/1 S. 403–409).

kampagne lancieren. Im Westen gibt es sehr viele Leute, die entweder nach wie vor mit bösem Willen gegen uns – es gibt sie noch zu Millionen – oder aber mit wirklicher Sorge in ihren Zeitungen lesen, dies sei eine neonazistische Partei. Das ist der Slogan in der ganzen Weltpresse.

Der Abgeordnete Birrenbach war gerade bei mir und sagte: In den amerikanischen Regierungskreisen hat man erkannt, daß das nicht richtig ist. Dort rede man von den righties, von Rechtsextremisten, aber nicht von Neonazis. Aber die Zeitungen schreiben es, und zwar in Frankreich, in England, in Italien usw. Wo immer man hinkommt, findet man das. Mir wurde gesagt – das sagte auch Birrenbach und ein amerikanischer Besucher[28], der gestern bei mir war –, der Schock sei im Sommer und im Frühherbst des Jahres 1966 viel größer gewesen als diesmal. Man solle sich durch die vorübergehende Pressekampagne nicht allzu sehr beeindrucken lassen. Der wirkliche Schock sei damals gewesen, als plötzlich aus dem Nichts diese Partei entstanden sei und an die 8% – in Erlangen – bekommen habe.

Weil unsere ganze Außenpolitik auf den Goodwill des Auslandes angewiesen ist und die Abwehr der sowjetrussischen Absicht auf eine Verhinderung der westeuropäischen Einigung nur möglich ist mit der Erhaltung des Vertrauens der übrigen Völker, sind wir eine ungeheure Strecke zurückgeworfen worden. Daran ist gar kein Zweifel. Was das alles sonst noch bedeuten kann in der innerdeutschen Entwicklung, das wage ich jetzt noch nicht vorauszusagen.

Wir müssen also diese Leute nicht als Neonazis behandeln, sondern als Menschen, die aus verständlichem Ärger gegen dieses oder jenes handeln. Eugen Gerstenmaier sagte einmal: Man kann eben nicht jahrelang die ganze deutsche Vergangenheit madig machen. Man kann nicht Bismarck[29] – so füge ich hinzu – als Vorläufer von Hitler[30] ansehen. Das fängt zuweilen sogar bei Martin Luther[31] an. Es gibt ein ausländisches Schrifttum, das vom Mittelalter an jeden großen Deutschen als einen potentiellen Nazi und Vorläufer von Hitler darstellt. Es gibt das Buch eines englischen Gelehrten[32], das diese These durchführt von den Anfängen der deutschen Geschichte bis heute und jeden Deutschen unter diese Rubrik stellt.

Dagegen müssen sich unsere Abgeordneten wehren! Dagegen muß sich die Partei wehren. Wir müssen versuchen, Leute zu finden, die mit diesen Menschen auch sprechen können. Voraussetzung wird auch sein, daß wir mit den sogenannten Studentenunruhen fertig werden. Es sind ja nicht die Studenten allein. Es sind mindestens ebenso

28 Birrenbach war vom 23. April bis 4. Mai 1968 in den USA und unterrichtete Kiesinger am 8. Mai 1968 (ACDP 01-226-319). Sein schriftlicher Bericht vom 10. Mai 1968 in ACDP 01-433-187/2, hier S. 28 f. – Der amerikanische Besucher (privat) war de Francis (ACDP 01-226-738).

29 Otto von Bismarck (1815–1898), 1871–1890 Reichskanzler.

30 Adolf Hitler (1889–1945), nationalsozialistischer Politiker, 1933–1945 Reichskanzler.

31 Martin Luther (1483–1546), deutscher Reformator.

32 Dabei handelt es sich um das Buch von Alan J. P. Taylor: The course of German history. Erstmals erschienen 1945 (Verlag Hamish Hamilton, London), 1961 wiederaufgelegt (Verlag Methuen, London).

beteiligt die Professoren und die Dozenten. Ich habe in einem anderen Kreise erzählt, daß einer meiner Professoren vom Stab mir sagte: Ein Drittel der Professoren an der Universität stünden nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes. Ich war schockiert, als ich dies hörte.

Der Mann sagte mir dann noch unter vier Augen, ich solle es ernst nehmen; es sei so. Er habe das nicht von ungefähr gesagt. Man muß sich das einmal vorstellen, wohin das führt, wenn das richtig ist, was er gesagt hat. (*Lebhafte Unruhe.*)

Das sind Probleme, denen wir nur beikommen, wenn wir im ganzen universitären Bereich, und zwar im weitesten Sinne des Wortes, überall ansetzen. Wir müssen unsere Kräfte sammeln. Wir dürfen nicht nur mit markigen Männerworten wie, man muß warnen vor der Gewalt, dagegen angehen, sondern jetzt müssen wir entsolidarisieren! Das ist ein ganz wichtiger Punkt in allen Ländern. Man hat es ja jetzt wieder in Frankreich gesehen.[33] In allen Ländern besteht die Riesengefahr, daß eine sozialrevolutionäre Gruppe, die überall dieselbe ist, die castroistisch, maoistisch beeinflußt ist und mit den Ideen von Marcuse[34] usw. anarcho-syndikalistisch vorgeht, also nicht eigentlich kommunistisch im sowjetischen Sinne. Das betrachtet sie ja als Establishment.

Deswegen ist es ja so gefährlich, weil das eine Belebung unter den jungen Leuten ist – es ist etwas Neues – und auch unter den Professoren. Es ist so, daß wir dagegen nichts tun, was diese kleine Gruppe mit einer großen Zahl von Studenten solidarisiert. So unsinnig das manchmal ist, es ist leider Gottes so, daß ein falsches Vorgehen diesen Effekt haben kann. Nun muß es uns in Gottes Namen gelingen, die indolenten Professoren so gut es eben geht herauszuholen. Es gab immer wieder Fälle, daß sich bei der bevorstehenden Wahl eines Professors zum Dekan oder zum Rektor – der einmal im Dritten Reich auch nur einen Satz geschrieben hat – sich sofort die linksfaschistische Gruppe dagegen gewandt und das verhindert hat.

33 Vgl. Hans Günter Hockerts: ‚1968' als weltweite Bewegung, in: Schubert S. 30–34 und Ingrid Gilcher-Holtey: Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA. München 2001 S. 80–90. – Am 22. März 1968 hatten Studenten an der Philosophischen Fakultät der Universität von Nanterre, einem Pariser Vorort, Teile der Universität besetzt. Das Gebäude wurde von der Polizei geräumt und am 29. März geschlossen. Die Unruhen griffen auf die Pariser Universität Sorbonne über, die ebenfalls geschlossen wurde. Im Anschluß kam es zu mehreren Großdemonstrationen, besonders am 10. Mai, und zu schweren Auseinandersetzungen. Am 13. Mai riefen die Gewerkschaften den Generalstreik aus, eine Million Menschen demonstrierten in Paris. Am 29. Mai verließ General de Gaulle heimlich Paris und ließ sich ins Hauptquartier der französischen Streitkräfte nach Baden-Baden bringen. Nach seiner Rückkehr am 30. Mai kündigte er Neuwahlen für den 23. Juni an. Am 30. Mai kam es nach einem Aufruf de Gaulles zu einer Großdemonstration der bürgerlichen Kräfte.

34 Herbert Marcuse (1898–1979), Soziologe; Mitgründer des Instituts für Sozialforschung, 1932 Emigration, 1951 Dozent an der Columbia-Universität New York, 1954 Professor für Politische Wissenschaften an der Brandeis-Universität Waltham/Massachusetts, 1965 Professor an der Universität von Kalifornien und Honorarprofessor an der FU Berlin.

Günter Grass hat gestern abend in Berlin gesagt, daß Mussolini[35] von links kam. Wenn so etwas passiert, wie eben geschildert, dann zieht sich also alles von diesem Mann zurück wie von einem mit Pestilenz Behafteten. Er wird dann nicht mehr unterstützt. Wenn solche Leute dann resignierend aufgeben, dürfen wir uns nicht wundern. Wir müssen hier mehr Mut haben, und wir müssen uns hinter solche Leute stellen.

Wenn es uns nicht gelingt, die Universitäten von dieser Brutstätte des revolutionären Linksfaschismus – denn das sind sie wirklich; alles was sie tun und vorschlagen, ist faschistisch, und wir müssen sie auch so bezeichnen, diese Brüder, damit sie wirklich so abgestempelt sind – zu befreien, dann muß auf die Dauer von den Universitäten her eine Vergiftung ausgehen, die schließlich auch die Schichten des Volkes erfassen wird, die bisher noch nicht erfaßt worden sind, sei es, daß sie unsicher und verwirrt werden, sei es, daß sie ganz nach rechts getrieben werden.

Das ist jetzt die Situation. Das ist das Betrübliche, daß es uns in Baden-Württemberg nicht gelungen ist, diese Entwicklung aufzuhalten. Sie hätten wahrscheinlich auch nicht mehr bekommen als 7% in Baden-Württemberg, wenn nicht die Verärgerung bei den Bauern und beim Bürgertum gewesen wäre. Es waren etwa 7%, was ich nach allen Schätzungen vorher erwartet hatte. Da haben wir also Pech gehabt! (*Kohl:* Was alle Länder in Deutschland haben!) Ja!

Scheufelen: Die Bauern sind nicht so sehr ins Gewicht gefallen. Wir haben nach der Vorschätzung erwartet, daß es in Hohenlohe an die 20% seien. Das ist nicht passiert. Wir haben vor den Unruhen geglaubt, wir könnten in diesem Bereich die Zahlen herunterdrücken. Es läßt sich nicht bestreiten, daß wir in Stuttgart im Durchschnitt auch 9% gehabt haben. In Stuttgart gibt es keine Bauern und nur relativ wenig Heimatvertriebene. Die Bevölkerung von Stuttgart ist auch nicht sozialschwach. Stuttgart hat auch eine Technische Hochschule, die keine Krawalle macht. Aber hier ist die echte Staatsverdrossenheit zu spüren! (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

Kiesinger: Das glaube ich nicht! Die Staatsverdrossenheit macht sich in der Wahlenthaltung Luft. Das ist nicht Staatsverdrossenheit. (*Zuruf:* Sehr wahr!) Ich warne davor, das zu sagen. Das ist mir wieder zu einfach analysiert. Hier steckt schon etwas Kämpferisches drin, aber es ist nicht Staatsverdrossenheit.

Ich will jetzt nicht mehr dazu sagen. Es wird unsere wichtigste Aufgabe sein, hier zu wirken. Dazu gehört natürlich auch die richtige Analyse. Wir können jetzt noch nichts Endgültiges sagen.

Gradl: Herr Bundeskanzler! Wir sind jetzt schon zum Punkt 1 der Tagesordnung – Bericht zur Lage – übergegangen, obwohl wir mit dem Punkt 2 begonnen haben. Aber dieses Thema und dieser Komplex, den Sie jetzt behandelt haben, gehen weit über Baden-Württemberg hinaus. Ich will hier keinen besonderen Beitrag zum Thema NPD geben, aber – und das ist der Punkt, weswegen ich mich gemeldet habe – ich möchte sagen: Wir können wohl nicht davon ausgehen, daß bis zu den Bundestagswahlen die NPD eine rückläufige Bewegung von einem nennenswerten Umfange erfahren wird.

35 Benito Mussolini (1883–1945), Führer der italienischen Faschisten, 1922–1943 italienischer Regierungschef.

Wenn das so ist, bekommen wir Gefahren, von denen sie gesprochen haben, die für die ganze Bundesrepublik als solche – außenpolitisch gesehen – besonderes Gewicht haben. Ich glaube, daß von Moskau her das, was nur möglich ist, getan wird, um die nationalen Empfindungen in unserem Lande zu erregen und zu reizen, so sehr das geht. Ich glaube, daß Moskau ganz bewußt dahin zielt, uns in der Welt draußen durch einen wachsenden Anteil der NPD zu diffamieren und Sympathien und Bindungen, die wir haben, zu zerstören und abzubauen. Dies ist das große Nahziel der Moskauer Politik in bezug auf die Bundesrepublik. Dahinter steckt derselbe Gedanke, der in der Weimarer Zeit durch die Kommunistische Partei über die Nationalsozialisten zum roten Deutschland geführt hat. (*Lebhafte Unruhe, Widerspruch und Zuruf:* Wieso über die Nationalsozialisten?) Jawohl, meine Herren, über den Nationalsozialismus! Der war damals schon als notwendige Zwischenstufe einkalkuliert. (*Anhaltende Unruhe und Zuruf:* Wieso? Nicht klar!) Dies ist deren Politik auch heute. Damit müssen wir rechnen.

Nun ist die Gefahr, die davon ausgeht, nicht nur im rein Politischen zu sehen. Ich fürchte, daß auf die Dauer eine solche Entwicklung in unserem Lande mit ihren Auswirkungen auf die Stimmung draußen uns erheblich schaden kann. Ich sehe jedenfalls die Gefahr nicht gering an, daß eine Stimmung draußen entsteht, die z. B. das Kaufen deutscher Waren zumindest nicht fördert. (*Unruhe.*) Was das wirtschaftlich bedeutet in einem Lande, das in seinem Lebensstandard von einem hohen Export abhängig ist, wissen wir.

Ich sehe weiter die Gefahr, daß die NPD sehr aktiv wird, wenn man sie aktiv sein läßt. Ich glaube, daß diese NPD das innenpolitische Klima im Lande erheblich belasten wird. Es wird nicht ausbleiben – was sich schon in einzelnen Bereichen im vorigen Jahr gezeigt hat –, daß von links militant, nicht mit Waffen, aber im sonstigen Verhalten, gegen NPD-Veranstaltungen vorgegangen wird. Die Antwort der Gegenseite wird entsprechend sein; d. h., daß es zwar nicht zum Bürgerkrieg, aber zu irgendwelchen Szenen, zu Handgreiflichkeiten, Saalkämpfen usw. im Lande kommen wird. Dies halte ich für sicher. Ich könnte hier noch einiges andere hinzufügen, was mir bedenklich und gefährlich erscheint.

Die Frage, die wir uns stellen müssen – und ich bitte Sie wirklich, sie in diesem Kreise ernst zu überlegen –, ist die, ob wir nicht gegen die NPD härter zugreifen müssen. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich denke an das Verbot. Ich habe das schon einmal gesagt, aber damals haben Sie es, Herr Bundeskanzler, abgewehrt. Ich kenne die Argumente, die man gegen ein Verbot anführen kann; dennoch wage ich zu sagen, wir können nicht davon ausgehen, daß die NPD bis zur Bundestagswahl so schrumpft, daß wir sagen können, sie ist keine Gefahr mehr. Weil wir uns vorstellen können, wie es ist, wenn im Bundestag 50 oder mehr NPD-Abgeordnete eine Plattform sondergleichen haben, und zwar dann für Jahre hinaus, meine ich, jetzt ist der letzte Augenblick, wenn überhaupt, in dem man mit einer harten Maßnahme, nämlich mit einem Verbot, dieser Sache entgegenwirken kann.

Es wird gegen den Gedanken des Verbots eingewendet, wer garantiert uns denn, daß wir vor Gericht dieses Verbot durchstehen, daß also das Gericht dies bejaht. Das ist ein

Problem. Es ist zuerst eine Frage der Argumentation. Wenn man es nur im normalen Sinne juristisch angeht, wenn man also nur einzelne Vorwürfe und Belege sammelt, dann mag das vielleicht nicht so leicht sein. Die Kerle sind raffiniert genug, um immer wieder Erklärungen aufweisen zu können, mit denen sie fertigbringen, daß das, was dort unten gesagt wird, sich nicht deckt mit der Parteilinie, die von oben verkündet wird.

Aber, verehrte Freunde, an der Spitze steht doch, daß jeder, der in dieser Regierung ist, einen Eid geleistet hat, vom Staate Schaden abzuwehren und Gefahren abzuhalten.

Es kann niemand leugnen, daß hier eine große Gefahr droht. Unter diesen Umständen, meine ich, sollte wirklich überlegt werden, ob nicht mit der Berufung auf die nationale Gefährdung, die in dieser Entwicklung liegt, der Weg des Verbots gegangen werden sollte. Ich weiß wie Sie, daß in der NPD viele ordentliche Leute sind. Ich habe das in den Versammlungen draußen gesagt. Ich habe nie gegen die einzelnen Mitglieder dieser Partei polemisiert, aber das Führerkorps und die Grundtendenz der Führung sind nationalistisch. (*Starke Unruhe.*)

Also, um es kurz zu machen, ich bin der Meinung, man sollte dieses Verbot mit großen Begründungen – nicht mit kleinen Begründungen – riskieren, und zwar angesichts dessen, was uns jetzt aus der ganzen Welt entgegengehalten wird. Dieses Risiko sollten wir beim Bundesverfassungsgericht eingehen. Daß man dann auch den SDS in derselben Weise anfassen muß, ist klar.

Ich sage noch einmal, es ist der letzte Augenblick, in dem man überhaupt so etwas machen kann. Wenn sie mit 50 Leuten im Bundestag sind, ist dieser Weg jedenfalls ausgeschlossen.

Kohl: Ich schlage vor, daß wir, wenn wir das Problem der NPD erörtern, die Auswirkungen auf die auswärtige Politik und auf die Situation Deutschlands in der Welt völlig außer Betracht lassen. (*Zuruf:* Das ist aber wichtig!) Ich muß Ihnen sagen, Herr Kollege Gradl, ich bin leidlich entsetzt – ich kann es nicht anders formulieren – über Ihre Betrachtung des NPD-Problems. Nehmen Sie es mir nicht übel, es richtet sich nicht an Ihre Adresse, sondern an die Art der Charakteristik, wie wir die NPD-Frage in der CDU insgesamt betrachten. Ich kann nur dazu raten, versuchen wir einmal, von den Erfahrungen – ich weiß, wie schwer das ist, insbesondere für diejenigen, die es erlebt haben – von Weimar völlig wegzukommen und zu analysieren, was heute ist. Das scheint mir das Problem zu sein. Es ist so, daß unsere heutige Diskussion zur Frage der NPD aufgrund der schrecklichen Erfahrungen der ausgehenden Weimarer Zeit und der Nazi-Zeit vorbelastet ist und wir sozusagen nicht sine ira et studio die Sache betrachten.

Wenn Sie es einmal anders betrachten, dann kann man unmöglich zu einem Verbot kommen. Wenn Sie heute die NPD verbieten, werden Leute aus dieser Partei morgen eine andere Partei gründen. Und diese Partei wird dann mehr Stimmen als die heutige NPD erhalten, weil dann der Mitleidkomplex und vieles andere dabei eine Rolle spielen.

Wir haben nach der Wahl in Rheinland-Pfalz die NPD-Verhältnisse sehr genau analysiert. Es ist kein Problem nur einer Landschaft, sondern es stellt sich für die ganze

Bundesrepublik in gleicher Weise. Das erste, beinahe Phänomenale, was uns auffiel, war die Anfälligkeit für den Rechtsradikalismus, obwohl es jetzt eine ganz andere Generation ist. Es können nicht mehr sein als etwa ein Viertel, die alte Nazis sind, die jetzt – wie Sie sagten, Herr Bundeskanzler, – nach dem Slogan handeln: Man kann wieder wählen. Die gibt es. Das ist ganz klar. In Baden-Württemberg haben Sie ein Beispiel in dem Landesvorsitzenden Gutmann[36]. Der repräsentiert in der Tat noch diese alte Gruppe.

In der Stuttgarter Fraktion sitzen aber eine ganze Reihe von Leuten, denen Sie mit Sicherheit nicht vorwerfen können, daß sie alte Nazis seien, weil sie gar nicht in dem Alter sind, daß sie es gewesen sein können. Es ist so, daß die kleine Gruppe alter Nazis, und zwar einfach aufgrund ihrer Beherrschung des Metiers, viel einflußreicher sind, als es ihrem Zahlenanteil entspricht.

Die sitzen also in den Führungsfunktionen. Sie haben noch die alten Beziehungen und wissen, wie man so etwas macht. Das muß man sehen. (*Zuruf:* Na eben!) Davon gibt es die schlimmen Auswirkungen im Ausland.

Aber in der NPD steckt ein guter Schuß Poujadismus drin. Den können Sie, so wie die Dinge heute bei uns in der gesellschaftlichen Struktur liegen, nicht über Nacht beseitigen. Das, was in bestimmten mittelständischen Kreisen vor sich geht, können Sie nicht durch Propaganda wegbringen. Der Schuhmacher, der sieht, daß die Entwicklung dazu führt, daß er seinen Beruf und seinen Laden verliert, ist und bleibt verdrossen. Dem können Sie praktisch nur mit einer neuen Existenz helfen. Auch dem kleinen Einzelhändler können Sie nicht helfen, weil der Konsument dorthin geht, wo er ein größeres Angebot hat und die Preise niedriger sind.

Diese Poujadistengruppe gibt es in allen Industrieländern der Welt. In Frankreich war es ganz deutlich. Das ist dann durch den Gaullismus etwas zugedeckt worden. Sie ist auch in England und in hohem Maße in den Vereinigten Staaten vorhanden.

Bei einer Betrachtung der Kämpfe um die Präsidentenschaft vor vier Jahren finden Sie, daß auch die Amerikaner das Problem, das man mit Poujadismus bezeichnet, kennen. Ich sehe hier praktisch gar kein anderes Rezept, als durch eine Infrastrukturverbesserung der jeweiligen Region neue Arbeitsplätze zu schaffen, ein höheres Maß von sozialer Sicherheit zu geben und in der gesamten Gesetzgebung den einen oder anderen im mittelständischen Bereich zu bedenken.

Dieser mittelständische Bereich geht auch hinein in den Kreis kleiner und mittlerer Industrieunternehmungen. Mein Eindruck aus einer Reihe von Versammlungen in Baden-Württemberg war der, daß uns die interne Art und Weise der Diskussion der CDU über die Mitbestimmung überhaupt nichts genutzt hat, sondern sehr zu unserem Schaden war, und zwar gerade im schwäbischen Bereich mit kleinen Unternehmen. Diese Leute sind ebenfalls sozialistisch angekränkelt. Das war ein Argument, das immer wieder gebracht worden ist.

36 Wilhelm Gutmann (1900–1976) Kaufmann; 1933–1945 Bürgermeister von Tiengen/Südbaden, Stadtrat in Karlsruhe (BHE/GDP), 1964 Mitgründer, 1967 Interimsvorsitzender der NPD, 1968–1972 MdL Baden-Württemberg (Fraktionsvorsitzender).

Wichtig scheint mir noch zu sein, daß die NPD von ihren Anhängern mehr Leistungen abverlangt als alle anderen Parteien. Sie hat dabei auch ein gewisses Maß von Anerkennung gefunden. Der NPD-Mann hat im Durchschnitt viel mehr geleistet – z. B. die Kreisvorsitzenden –, als der CDU-Kreisvorsitzende zu leisten bereit ist. Das muß man einmal ganz nüchtern hier aussprechen. So etwas zeigt sich dann ja auch in der Umsetzung.

Was in der NPD noch eine Rolle spielt, zumindestens in Süddeutschland – für Norddeutschland kann ich es nicht beurteilen –, ist die innere Situation bestimmter Teile der evangelischen Kirche. Es ist für meine Begriffe überhaupt nicht zu übersehen, daß bestimmte Äußerungen evangelischer Theologen, wie wir sie jetzt wieder im baden-württembergischen Wahlkampf mit dem SDS gehabt haben, bei einem bürgerlich gehobenen soziologischen Milieu den Leuten das Weltbild und ihre Glaubensheimat durcheinandergebracht haben. Dazu gehört auch die Frage der Bewältigung der Zeit von 1933 bis 1945. Das hängt jedenfalls damit zusammen. Es ist so, daß wir darüber nicht gesprochen und daß wir uns diesen Auseinandersetzungen nicht gestellt haben.

Ich bestreite entschieden, daß das alles Neonazis sind. Sie sind, soweit ich das beurteilen kann, meilenweit davon entfernt. Das sind Leute, die man in mühsamer Kleinarbeit draußen in Gesprächen gewinnen kann, natürlich auch durch eine gute und überzeugende Politik. Viele dieser Leute, bis hinein in den Bereich der leitenden Angestellten, sehen diesen Teil der NPD-Politik als eine Art deutschen Gaullismus an. Das muß man auch einmal sehen. Es gibt in jedem Land eine grassierende NPD-Hysterie, die verständlich ist aus den außenpolitischen negativen Erscheinungen, die aber aus der innenpolitischen Situation heraus ganz falsch ist, weil genau der umgekehrte Schluß gezogen wird. Ich habe hierbei die Meinung gewonnen, daß wir der NPD sogar Leute zutreiben. Es war interessant, wie der wirklich alte Nazi, Herr Gutmann, in der Wahlnacht und in den Tagen danach unentwegt das National-Konservative beschworen und bei jeder Gelegenheit herausgestellt hat. Diese Elemente gibt es in jedem Industriestaat und freien Land der Welt, aber es regt sich kein Mensch in der Weltöffentlichkeit darüber auf.

Wenn Sie einmal die Wahlmanifeste des Herrn Lauro[37] in Italien betrachten, dann sehen Sie, was von dieser Seite herausgegeben wurde. Bei uns ist das alles durch die Nazizeit anders belastet, woraus sich zusätzliche Schwierigkeiten ergeben. Hier hat die CDU mehr Chancen als jede andere Partei, wenn sie vernünftige und richtige Versuche unternimmt. Das ist auch wichtig für die Studenten. Ich wundere mich immer darüber, daß nicht einmal versucht wird, ein nationales Selbstverständnis zu entwickeln, das in die siebziger Jahre paßt und auch für die jungen Leute akzeptabel ist. Wenn wir das tun, dann brauchen wir auf die Dauer keine Angst vor der NPD zu haben.

37 Achille Lauro (1887–1982), italienischer Reeder und Politiker; vor 1945 Faschist, 1952–1957 Bürgermeister von Neapel, 1954 Gründer und Führer der „Partito Popolare Monarchico", die sich 1959 mit dem Nationalmonarchisten unter Alfredo Covelli zur monarchistischen „Italienischen Demokratischen Partei" zusammenschloß (1972 auseinandergebrochen).

Wir werden nicht jenen Teil wegbringen, den ich mit Poujadisten bezeichnet habe, und auch nicht die alten Nazis. Die müssen aussterben. Die wérden nie mehr irgend woanders hingehen. Das ist menschlich sogar verständlich, denn wenn einer früher zunächst Gemeindesekretär war und dann 1933 Bürgermeister geworden ist, dann waren das bis 1945 die besten Jahre seines Lebens.

Sie können von diesem Mann nicht erwarten, daß er der Zeit, die für ihn materiell und auch sonst eine Menge Vorteile gebracht hat, jetzt abschwört, zumal dann, wenn er nichts dazugelernt hat, was ja bei vielen der Fall ist. Aber ich behaupte noch einmal, daß das ein ganz kleiner Teil ist.

Ein Zweites muß näher untersucht werden. Wie erklären Sie sich, daß kleine Städte und Dörfer, die heute NPD-Hochburgen sind, sich in ihrer Wahlgesinnung – obwohl dort eine ganz andere Generation lebt – z. T. schon seit 100 Jahren im Prinzip sich gleich verhalten? Es gibt bei uns in der Nordpfalz Dörfer, deren Bauern unter den EWG-Verhältnissen sehr gut dastehen und keine EWG-Panik zu haben brauchen, die aber schon im Jahre 1928 ganz stark NSDAP gewählt haben. Wir haben das durch Reihenuntersuchungen festgestellt. Das geht bis tief in das 19. Jahrhundert hinein, indem sie dort eine bestimmte nationale Tendenz vertreten haben, aber nicht im Sinne der Berliner oder der Mannheimer Richtung des National-Liberalismus, sondern national-konservativ. Die Urenkel dieser Leute erweisen sich heute wieder als anfällig. Das sind überwiegend evangelische Dörfer mit einer katholischen Diasporagemeinde. Es sind Gemeinden, in denen in der Regel kein Kindergarten – weder der evangelischen Kirche noch der katholischen Kirche – mehr vorhanden ist.

Es sind Gemeinden, deren religiöses Leben sich auf Taufe, Konfirmation, Hochzeit und Beerdigung beschränkt. Das kann man nicht von der Politik allein her sehen. Hier ist ein Versagen der Kirchen in der religiösen Infrastruktur – um es einmal so auszudrücken – ganz deutlich und greifbar zu sehen. Ich möchte auch aus diesem Grunde sagen, um Himmels willen reden wir nicht von einem Verbot der NPD. Ihre Nachfolgeorganisation steht spätestens wieder in einem Jahr. Wenn man es genau nimmt, hat der Rechtsradikalismus in Deutschland vom Verbot eigentlich immer profitiert. Die dümmsten Rechtsradikalen waren die Gruppen, die zuerst verboten wurden. Dann kam die zweite Reichspartei, aber immer noch eine zweite Garnitur.[38] Im Schnitt sind die heutigen Leute wesentlich besser als die erste Garnitur, die wir Mitte der fünfziger Jahre beobachten konnten.

In der parlamentarischen Arbeit wird sich folgendes herausstellen: Die NPD wird in den Parlamenten nach dem, was man hier beobachten kann, überhaupt nichts machen. Es gibt ein paar Leute von ihnen, die auftreten. Die Hessen sind mit am aktivsten. Dort

38 Die 1949 gegründete Sozialistische Reichspartei (SRP) wurde 1952 für verfassungswidrig erklärt und verboten. Die Deutsche Reichspartei, gegründet 1946 in Niedersachsen, wurde nach dem Verbot der SRP die größte rechtsextreme Organisation mit Zentren in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, wo sie bei den Landtagswahlen 1959 5,1% und ein Mandat erhielt. 1964 ging die DRP in der neugegründeten NPD auf.

gibt es einen verrückten Studienrat und den alten Fassbender[39], die ihre Sprüche machen. Sie werden aber erleben, daß vom Parlamentarischen her die NPD mehr als alle anderen Parteien in alle Sünden fällt, die so am Wegesrand angereichert werden, denen man möglicherweise begegnen kann.

Zurück zur Universität! Wir sollten hier in diesem Kreise über eines im klaren sein. Wenn wir irgendwo Sünden begangen haben, von der überfälligen Verabschiedung der Hochschulreform abgesehen, würde ich sagen, lagen sie in unserer Berufungsaktion. Ich wundere mich sehr in den letzten Wochen, wenn man von diesen großen Schuldbekenntnissen hört, daß wir eigentlich niemals darüber nachgedacht haben, wer denn diese Leute berufen hat. Ich habe für unser Land einmal nachgeprüft, woher die Schwierigkeiten kommen. Ich habe es mir auch einmal in der Staatskanzlei angeschaut. Ich kann nur sagen, man wundert sich sehr darüber, was für Leute, die uns heute so elementar schaden, an die Universitäten und Pädagogischen Hochschulen berufen wurden.

Da kann ich Ihnen Dutzende von Briefen hochgestellter CDU-Persönlichkeiten zeigen, die sich bei der Berufung für irgendwelche Kandidaten eingesetzt haben. Die Leute sind berufen worden, und nun muß man sich mit Grausen von dem abwenden, was sie praktisch ausführen. Das muß einmal in diesem Zusammenhang hier gesagt werden. In der Berufungspraxis ist in der CDU auf bestimmte Listen gesehen worden; der eine Kultusminister hat darauf gesehen, ob der Mann auch im CV ist. Der andere hat darauf gesehen, ob er im KV ist.[40] (*Lebhafte Unruhe.*) Das würde ich für jedes Bundesland sagen. Ich nehme Baden-Württemberg nicht aus. (*Kiesinger:* Es wurde der Primo loco vorgeschlagen. – *Anhaltende Unruhe.*) Ich sage es nicht als einen Vorwurf. Aber ich wundere mich darüber, was nicht alles über die Berliner Universität gesagt wird. Ich habe mir einmal die Berufungsjahrgänge angeguckt, in denen die Hauptmatadoren berufen wurden. Sie sind berufen worden durch einen CDU-Senator. (*Amrehn:* Gegen den Widerspruch der CDU-Fraktion.) Die entscheidenden Leute an der Berliner Universität sind berufen worden von einem CDU-Senator.[41]

Ich erinnere mich an unseren Kulturkongreß in Gelsenkirchen,[42] wo gerade dieser Punkt und diese freiheitliche Handhabung der Berufungspraxis durch CDU-Kultusminister herausgestellt wurden. Dann sind die Namen genannt worden. Sie können es im

39 Heinrich Fassbender (1899–1971), Landwirt; 1945 FDP, 1946–1948 MdL Hessen, 1949–1957 MdB (FDP), 1955 Übertritt zur Deutschen Partei (DP), 1964 Mitgründer der NPD, 1964–1966 stv. Bundesvorsitzender, 1966–1970 erneut MdL Hessen (NPD, Fraktionsvorsitzender), 1966–1970 Vorsitzender der NPD Hessen, 1970 Parteiaustritt. – Die anderen Mitglieder der NDP-Fraktion im hessischen Landtag waren Anneliese Bläsing, Werner Fischer, Hans-Jürgen Fuhlrott, Ulrich Kaye, Herbert Peter, Gustav Stürtz und Dr. Gerhard Woitschell.

40 Abkürzung für Cartellverband der katholischen deutschen Studentenverbindungen bzw. für Kartellverband katholischer deutscher Studentenvereine.

41 CDU-Kultursenator war Joachim Tiburtius (zwischen 1953 und 1963) in Berlin. Vgl. Anm. 74.

42 28.–30. November 1960. Vgl. Bundesgeschäftsstelle der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (Hg.): Erziehung – Bildung – Ausbildung. Zur Kulturpolitik der CDU/CSU. Bonn 1961.

Protokoll nachlesen. Es war ein Senator aus Berlin. Das ist mit dem größten Beifall des Auditoriums bedacht worden. Wenn wir heute über die Dinge reden, dann sollten wir nicht ganz vergessen, wie das damals gewesen ist.

Kiesinger: Herr Kohl, darf ich einen Einwand machen! Ich kenne die Praxis in Baden-Württemberg. Ich habe zweimal versucht, diese Praxis zu durchbrechen. Herr Hahn wird mir das bestätigen. Aber es war doch so, daß man der Autonomie der Universität völlig nachgab. Ich habe den Fall Bloch[43] zu verhindern versucht. Mein eigener damaliger Kultusminister[44] hat wie ein Wilder dafür gekämpft, daß dieser Mann dorthin kam. Also, für die Autonomie der Universität! Deswegen müssen wir untersuchen, wo nach dem einen System verfahren wurde, das genauso falsch war. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kohl: Der Kollege Fay wird unschwer den Beleg beibringen können, daß in der Wiesbadener Staatskanzlei dieser Gedanke, den ich eben anführte, sehr wohl mit erwogen wurde. (*Fay:* Aber nicht in bezug auf CV und KV! – *Heiterkeit.* – *Unruhe.*) Das brauchen wir nicht näher zu untersuchen. Ich will auch nicht die Frage der neuen Universität in diesem Zusammenhang ansprechen, Herr Bundeskanzler. Es gibt eine sehr angesehene neue Universität in einem großen Bundesland. Wenn Sie einmal dort die Berufungspraxis betrachten, werden Sie unschwer auch darauf kommen, daß aufgrund dieser Auswirkungen – es ist nicht in Baden-Württemberg – einfach bestimmte Dinge gedeihen müssen.

Wir haben uns – da haben Sie völlig recht – um diese Personalpolitik überhaupt nicht gekümmert. Wir haben auch nie den Gedanken überlegt, daß man untereinander – das ist auch keine Schande – eine gewisse Abstimmung vornimmt. Dieses Problem zu lösen, halte ich für wichtiger als die schnelle Verabschiedung eines Hochschulgesetzes. Es wäre gut, wenn wir jetzt wenigstens in den Ländern, wo wir die Macht haben, bei der Berufungspraxis uns Möglichkeiten für Neuberufungen sicherten. Sie brauchen nach dem geltenden Recht weder als Kultusminister noch als Ministerpräsident den Kandidaten vom ersten Platz zu nehmen. Sie müssen ihn nicht nehmen. Das ist eine Frage der politischen Führungskraft (*Kiesinger:* Jetzt sind wir am richtigen Punkt!) und vor allem des Mutes, daß man sagt: Den nehme ich gerade nicht! – Wir haben jetzt bei den Pädagogischen Hochschulen eine ziemliche Bewegungsfreiheit durch Fusion und Zusammenlegung. Da wäre es gut möglich, das eine oder andere personalpolitische Mißgeschick wieder auszumerzen, was uns in den letzten Jahren unterlaufen ist.

43 Ernst Bloch (1885–1977), Professor für Philosophie, erhielt nach Zwangsemeritierung 1957 in der DDR und der Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland 1961 eine Gastprofessur in Tübingen.

44 Dr. Gerhard Storz (1898–1983), Studienrat, Schriftsteller; 1958–1964 Kultusminister von Baden-Württemberg, 1966–1972 Präsident der Deutschen Akademie für Dichtung und Sprache, Honorarprofessor an der Universität Tübingen. Memoiren: Zwischen Amt und Neigung. Lebensbericht aus der Zeit nach 1945. Stuttgart 1978.

Man darf sich nicht wundern, wenn die Studenten über die Assistenten der eben charakterisierten Professoren systematisch – Sie brachten das Beispiel Erlangen[45], Herr Bundeskanzler, man könnte auch andere Universitäten nennen – in eine bestimmte Richtung gehetzt werden. Mein Eindruck ist der, daß die Studenten die Steine nur geworfen haben. Aufgehoben haben diese Steine ganz andere Leute, aber über die spricht heute seltsamerweise fast kein Mensch mehr. (*Stoltenberg:* Das ist vor einigen Tagen zum Ausdruck gekommen!) Ich weiß, aber bei den ganzen vorhergehenden Gesprächen haben wir kaum darüber gesprochen. Auch das sollte man versuchen. Man kann den Herren auch sonstwie das eine oder andere dabei erschweren. Wenn die Kultusminister, die Ministerpräsidenten und die Partei zusammenstünden, könnte in einer zwar mühevollen, aber sicheren Kleinarbeit an den Universitäten hinsichtlich der Berufung doch eine ganze Menge an Verbesserungen erreicht werden.

Wir haben im Augenblick, soviel ich weiß, zwölf Lehrstühle für Politische Wissenschaft in der Bundesrepublik frei. (*Zuruf:* Keinen besetzen!) Das halte ich für ganz falsch. (*Starke Unruhe.*)

Es läßt sich schon eine Lösung finden. Von diesen zwölf werden wahrscheinlich über die Hälfte in Ländern, in denen die CDU führt, berufen. Es müßte doch möglich sein, auch einmal die entsprechenden Leute von uns zu nehmen. Daran hat es bisher gefehlt.

Kiesinger: Ich bin nahezu mit allem, was Sie gesagt haben, einverstanden. Ich habe nach wie vor die Sorge, daß ein Verbot der NPD jetzt ein schlimmer politischer Fehler wäre.

Zur Universität muß ich aber noch einmal sagen: Bei Berufungen, wo es angeblich nur um die wissenschaftliche Qualifikation geht, muß auch die politische Zuverlässigkeit berücksichtigt werden. Da beginnen aber große Schwierigkeiten. Die Kultusminister und die Ministerpräsidenten müssen in Zukunft – ohne daß man das sagt – das berücksichtigen. Bei mir in Baden-Württemberg wurde das so plump gemacht, daß der betreffende Ministerialdirektor im Kultusministerium sagte: Atheisten könnten keine Universitätsprofessoren werden. Ich habe erwidert, wenn man mit diesem Argument kommt, dann heißt es morgen: Katholiken können keine werden. – Wir leben nun einmal in der pluralistischen Gesellschaft. Dagegen kann man sagen: Ein Mann, der gegen die freiheitliche Ordnung ist und nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht, der ist nicht fähig – weil er ja auch Staatsbeamter ist –, Universitätsprofessor zu werden. Wir müssen diesen Mut haben.

Wir müssen andererseits versuchen, an den Universitäten jetzt diejenigen zu mobilisieren, die bei den Vorschlägen der Fakultäten meist zu schüchtern und zu zurückhaltend sind und auch zu unpolitisch denken. Diese Leute müssen einfach angesprochen

45 An der Universität Erlangen-Nürnberg kam es verschiedentlich zu Auseinandersetzungen: Im Januar 1968 protestierte der SDS gegen eine Vorlesung von Professor Hans-Joachim Schoeps; im Februar kam es zu Studentenprotesten gegen die geplante neue Hochschulsatzung, vgl. dpa vom 16. Januar 1968; FAZ vom 10. Februar 1968 „Unruhige Tage in Erlangen"; „Welt" vom 20. Februar 1968 „Erlanger Studenten: Beruhigungspille, die wir nicht schlucken werden".

werden, und zwar Mann um Mann. Das ist zwar eine Kleinarbeit an den Universitäten, aber um die kommen wir nicht herum.

Stoltenberg: Herr Kollege Gradl hat einige Argumente für ein Verbot der NPD angeführt. Es gibt übrigens auch ein politisches Beispiel, wonach ein solches Verbot unter Umständen wirksam sein kann. Das ist das SRP-Verbot. Die SRP ist damals verboten worden und dann praktisch zusammengebrochen.[46]

Ich glaube, der entscheidende Punkt liegt aber im Rechtlichen. Ich würde nicht zu behaupten wagen, daß bei einem sehr geschickten Vorgehen der NPD, die ja aus den Erfahrungen früherer Zeiten gelernt hat und nun versucht, so hart am Rande des Erlaubten sich zu bewegen, ein solches Verbotsverfahren zum Verbot führt. Uns könnte nach meiner Überzeugung nichts Schlimmeres passieren, als daß das Bundesverfassungsgericht einen Freispruch mangels Beweises ausspricht. Dann aber haben diese Leute einen Freibrief mit Konsequenzen, die wir nicht übersehen können. Das scheint mir neben den Gesichtspunkten des politischen Für und Wider der entscheidende Grund zu sein, daß man es bei der gegenwärtigen Lage nicht machen soll und kann.

Wir müssen also die politische Auseinandersetzung führen mit der extremen Rechten und der Linken. Ich finde, Herr Bundeskanzler, daß wir an sich auf dem richtigen Wege sind, und zwar in einer Hinsicht, nicht in jeder Hinsicht, daß es uns nämlich in den beiden letzten Monaten gelungen ist, in dieser Auseinandersetzung den Bundestag stärker als zuvor zu einem Forum zu machen. Wenn es uns gelingt, nun noch die Massenkommunikationsmittel stärker zu veranlassen, das auch unmittelbar und in vernünftigen Sendezeiten an das Publikum heranzubringen, dann haben wir die Chance als Bundesregierung und Partei und auch als Parlament, in dieser politisch-geistigen Auseinandersetzung die Führung in der öffentlichen Meinung zu ergreifen.

Ob man nun das, von dem gesprochen worden ist, Staatsverdrossenheit oder Irritiertheit nennt, das ist eine Frage der Definition. Diesen Erfolg der NPD – Herr Kohl hat einige Beispiele dafür genannt – in sozialen Schichten, wo die reine materiell-soziologische Erklärung nicht mehr ausreicht, auf eine solche Irritation zurückzuführen, daran würde ich auch nicht zweifeln nach meinen Beobachtungen.

Die Erklärungen, die hier hinsichtlich der Bauern oder des deklassierten Mittelstands gemacht worden sind, reichen aber nicht dazu aus, obwohl es solche Gruppen gibt. Ich habe mich schon in Hessen darüber gewundert, daß in einer Stadt wie Wiesbaden 10% NPD wählten. Das kann man also mit den Argumenten bezüglich der Landwirte und des Mittelstands nicht erklären. Es sind also hier weitgehend Phänomene, die man sehen muß.

Beim Wahlkampf in Baden-Württemberg ist mir hier und da aufgefallen – ich will das nicht verallgemeinern –, daß einzelne unserer Kreisparteien und Geschäftsführer diesen modernen und aggressiven Stil der örtlichen Auseinandersetzung überhaupt noch nicht begriffen haben, daß man nicht solche Versammlungen vorbereiten kann, wie das in den fünfziger Jahren noch möglich war, daß man in der Technik und Wer-

46 Verbot durch das Urteil des BVerfG am 23. Oktober 1952.

bung und organisatorischen Vorbereitung eben ganz andere Wege gehen muß, wenn man nämlich diese Versammlungen zu einem wirklichen Erfolg bringen will.

Es ist von Ihnen, Herr Bundeskanzler, auf die Auseinandersetzungen in den Universitätsstädten hingewiesen worden. (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Man muß auch vorbereitend dafür sorgen, daß die eigenen Leute da sind, daß man alle Voraussetzungen dafür schafft, daß das äußere Bild dieser Versammlungen auch ein Erfolg wird, daß man auch stürmische Versammlungen durchstehen kann. Die psychologische Wirkung dieser Dinge ist doch eminent. Das darf man nicht unterschätzen.

Hier muß nach meiner Überzeugung zunächst von den Landesparteien, aber auch vom Generalsekretär und vom Bundesgeschäftsführer eine ganz kritische Auswertung der Methoden des Wahlkampfes vorgenommen werden. Es muß überlegt werden, wie man das in Zukunft macht, sonst werden wir bei der nächsten Bundestagswahl mit einem unerhört sich verschärfenden Klima zu rechnen haben.

Als wir in Tübingen waren bei dieser turbulenten Kundgebung[47], wo auch einige technische Dinge gar nicht gut vorbereitet waren, hat man gesagt, der dortige Geschäftsführer sei einige Wochen vorher nach Moskau gereist. (*Heiterkeit. – Unruhe und Bewegung.*) Also, hier muß eine sehr kritische Auswertung vorgenommen werden. Im nächsten Jahre wird ein Wahlkampf mit erbarmungsloser Härte geführt werden, auch von der SPD. Wir kennen ja die Methoden aus Nordrhein-Westfalen. Es dürfen sich nicht die Dinge wiederholen, die damals bei Erhard in Gelsenkirchen passiert sind.[48] Es darf nicht sein, daß unsere Politiker in den Versammlungen demoralisiert und niedergeschrien werden.

Scheufelen: Daß unsere Leute, die nicht genug Geld verdienen, unzufrieden sind oder werden, ist doch klar. Darüber dürfen wir uns nicht wundern. Wir müssen also diese Dinge auf ein Maß hinführen, daß unsere Leute Aussicht haben, auch eine Familie ernähren zu können. (*Zuruf:* Mindestens!) Nun zu den Reisen! Wir konnten die Reisen des Herrn Bundeskanzlers nur so absichern, daß wir einen heißen Punkt und einen ruhigen Punkt nacheinander vorgesehen haben. (*Lebhafte Unruhe. – Zurufe:* Was heißt heißer Punkt? – *Barzel:* In Biberach!) Es bedarf nach dem heutigen Stand eines Aufwandes von 200 bis 300 Mann, um einen Saal einigermaßen vernünftig abzusichern. (*Anhaltende Unruhe.*) Die Sache spielt sich folgendermaßen ab: Der Herr Bundeskanzler war in Stuttgart. Dort gab es Klamauk. Dann war er in Kirchheim. Dort war es ruhig. Und in Reutlingen gab es wieder Klamauk und Krach. (*Widerspruch und Unruhe.*) Infolgedessen konnte man in Kirchheim ohne Bewachung operieren. Wir haben dann die Leute von Stuttgart nach Reutlingen geschickt, wo auch wieder Krach war.[49]

---

47 28.–30. März 1968 erste Wahlkampfreise Kiesingers durch Baden-Württemberg. In Tübingen kam es zu Tumulten, vgl. „Göttinger Tageblatt" vom 1. April 1968 „Kiesinger setzte sich gegen johlende Studenten durch"; „Südkurier Konstanz" vom 1. April 1968 „Kiesinger: Ich stehe jedem Rede und Antwort".

48 Vgl. Nr. 7 Anm. 2.

49 22./23. April und 24.–26. April 1968 zweite Wahlkampfreise Kiesingers durch Baden-Württemberg. Vgl. ACDP 01-226-320; KRAUSHAAR S. 114.

Alle diese Dinge bedürfen im Laufe der Zeit einer guten Organisation, die über die normale Tätigkeit einer demokratischen Partei hinausgeht. Auch das, was wir im Wahlkampf gemacht haben, ging schon stellenweise darüber hinaus. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Solche Dinge sind natürlich auch früher passiert. Ich stand einmal zehn Minuten lang mit Konrad Adenauer in den Messehallen in Frankfurt, ohne daß wir zu Wort kommen konnten. Es gab ununterbrochen Sprechchöre. Dem standen wir hilflos gegenüber, bis schließlich die Saalordner den Saal geräumt haben. Dann hat Konrad Adenauer weithin die Praxis eingeführt, daß nur noch Versammlungen mit Eintrittskarten gemacht wurden, so daß man von vornherein wußte, es sind im wesentlichen unsere Leute im Saal.

Die Fehler, die wir in diesem Wahlkampf gemacht haben, sind offensichtlich. Wir hätten es gar nicht nötig gehabt, in die Universitätsstädte zu gehen. Ich habe es noch zu korrigieren versucht. Es ist aber eine Torheit, diese Dinge jetzt hinten anzubinden. Als Sieger ging bei diesen Auseinandersetzungen in Heidelberg usw. ohne Zweifel der Kanzler hervor; in Karlsruhe war es genauso.

Ein dpa-Mann von Stuttgart, den ich für gekauft halte – so ähnlich wie in Ravensburg –, bringt die Meldung, der Kanzler sei gezwungen worden, seine Rede abzubrechen, und man habe den Eindruck gehabt, der Kanzler sei untergegangen.[50] Der Kanzler ist gar nicht untergegangen, sondern er setzte sich durch in der Diskussion. Statt dessen, daß nun die CDU parat stand und in der Diskussion mindestens jeder zweite Redner ein Mann von uns war, war überhaupt nichts vorbereitet. Noch unterwegs nach Heidelberg mußte ich Leute aus Omnibussen zusammenbetteln, als ich hörte, wer da sein würde. Wieviel waren das? (*Hahn:* Es waren ungefähr 1.000 Leute von uns und 2.500 Gegner da. – *Anhaltende sehr starke Unruhe.*) Wir müssen auf jeden Fall dafür sorgen, daß die Saaltüren nicht zu früh aufgemacht werden. In Konstanz machten sie den Saal um 6.00 Uhr auf, und um 6.30 Uhr saß der Saal mit diesen Leuten bereits voll.

Diskussionen können von dem, der sie zuläßt, manipuliert werden. Die Antwort, die man gibt, ist immer stärker als das, was vorher gesagt wird. Da muß man also immer einen Mann von uns dazwischen nehmen. Darauf sind wir nicht vorbereitet gewesen. Aber alle diese Dinge haben wir jetzt gelernt. In Mannheim redete ich vom Rathaus aus. Dort versuchte man durch einen Sprechchor, der überhaupt nicht abriß, die Aufmerksamkeit der Zuschauer und Zuhörer auf sich zu lenken. Es ist so, wenn eine Gruppe unter Tausenden von Leuten Krach macht, dann werden alle anderen irritiert und gucken dahin, was die jetzt machen. Sie hören dem Redner nicht mehr zu. Nun kann man es so machen, daß man trotzdem weiterredet und sein Soll erfüllt. Es war dort ein Mann der Jungen Union mit einem Megaphon. Es ist unglaublich, was der fertiggebracht hat. Er schrie: Herr Bundeskanzler, lassen Sie sich nicht rausbringen. Sie haben unser volles Vertrauen! – Es war eine Riesenstimme, die weit über den Platz hin erschallte und sogar die Sprechchöre übertönte. Dieser eine Mann hat sich durchaus ge-

50 Vgl. dpa vom 25. April 1968 „Kiesinger mußte in Heidelberg diskutieren"; KRAUSHAAR S. 116f.

gen diese ganze Gruppe durchgesetzt. Er ist von sich aus auf diese Idee und Lösung gekommen.

Diese Dinge müssen wir für die nächste Wahl beachten. Ich erinnere an Biberach, wo ich gesagt habe: Da muß Ordnung geschaffen werden ohne Gewalt. – Das ist dann auch innerhalb weniger Minuten erledigt gewesen, und ich konnte meine Rede fortsetzen. Aber das Fernseh-Team, das dort war, zeigte nur diese eine Szene, um deutlich zu machen, da wollte er sich wieder autoritär durchsetzen. Der andere Fall ist der, daß so ein Kerl wie dieser dpa-Mann etwas sagt, und die ganze baden-württembergische Presse übernimmt diese Meldung. So etwas muß sich natürlich negativ auswirken. Dann sind die ganzen Anstrengungen, die man unternimmt, vergeblich.

Sie erinnern sich, Herr Rathke, wie wir abends zusammensaßen. Die ausländischen Journalisten kamen zu mir. Ein Holländer sagte: Ich habe nach Hause gemeldet, soundso viel Punkte für Sie. – Aber jedenfalls kamen diese falschen Meldungen heraus. Wir müssen auch damit rechnen. Wir guckten nach, was passiert war. Ausgerechnet in Heidelberg – auch das muß die CDU wissen – ist der Herr Baur[51] von dpa, der zu uns gehört, der mich begleitet hatte, zurückgeholt worden. Er war nicht dabei wie bei der vorigen Reise. Dafür war dieser kleine Mann von dpa da, der diese Falschmeldung gebracht hat. Nachher ist sogar der Chef von dpa nach Stuttgart angereist gekommen vor lauter schlechtem Gewissen. Baur wurde schnell zurückgeholt.

Die Partei muß also auch fragen, wer von dpa da ist. Ist das ein zuverlässiger und verläßlicher Mann? Zu welcher Richtung gehört er vermutlich? Das sind alles Dinge, die wir bisher offensichtlich noch nicht gelernt hatten. Das wird aber für den kommenden Wahlkampf außerordentlich wichtig sein.

Filbinger: Ich möchte von einem Modell einer geglückten Veranstaltung in Freiburg sprechen, wo die Situation besonders heiß gewesen ist. Wir hatten am Dienstag vor der Wahl ein Forum veranstaltet. Wir hatten sechs junge Leute – darunter unseren Freund Kohl – mit Bundestagsabgeordneten zu einem Forum zusammengefaßt. Ich habe als Moderator erklärt: Heute abend können Sie fragen und diskutieren, so oft und so lange, wie Sie wollen. Wir haben das dann 4½ Stunden lang getan. Der SDS, der in Freiburg ziemlich virulent ist, hat eine Konkurrenzveranstaltung in der Universität gemacht, und zwar mit attraktiven Themen. Aber das ist gescheitert. Die blieben unter sich.

Nach einer Stunde kamen sie zu uns und haben festgestellt, daß eine ausgesprochen gute Gesprächsatmosphäre da war, wenngleich auch Emotionen vorkamen. Es wurde auch laut gebrüllt, und es gab Proteste, aber es wurde diskutiert. Nach 4½ Stunden war die ganze Geschichte erledigt. Der SDS verschwand, ohne Krach zu machen.

Wir haben dann zwei Tage vor der Wahl das gleiche Modell gemacht und hatten dabei einen überraschend hohen Besuch. Es war die ganze Studentenschaft, soweit sie virulent ist, anwesend. Dort hat sich dann das ereignet, worauf ich schon lange gewartet hatte, daß nämlich endlich unsere Studenten aus dem RCDS und was dazu gehört, Wut bekamen und dem AStA-Vorsitzenden, der vom SDS besetzt ist, vorwarfen, ihr seid die

51 In der Vorlage: Bauer. – Gemeint ist der dpa-Korrespondent Klaus Baur, vgl. dpa vom 24. April 1968 „Seit 1910 kein so hoher Gast mehr – Kiesinger auf Wahlreise".

Manipulierer, ihr sprecht nicht für uns. Es war so, daß sie diese Leute hart bedrängten und an die Wand gedrückt haben. Das habe ich so noch nie erlebt.

Es bedarf offenbar einer längeren Ermutigung und Erziehung, bis unsere Leute sprechen. Warum sprechen sie nicht? Warum machen sie uns die Sache so schwer? Weil sie einfach denen nicht gewachsen sind; denn sie sind dialektisch noch nicht soweit. (*Starke Unruhe. – Kiesinger:* Wir haben die Leute nicht gefordert!) Sie haben sich immer hinausmanövrieren lassen durch die Schreier, durch die engagierten SDS'ler. Die haben immer das Wort geführt, und die anderen haben sich nachher nicht mehr getraut, dagegen anzugehen.

Ich möchte sagen, ein solches Modell oder mehrere solcher Modelle, aus denen unsere Leute Mut schöpfen, könnte dazu führen, daß wir die Universität hier oder dort wieder in die Hand bekommen, wenn nur eine Gruppe von 30 oder 30 Leuten [sic!] von uns sich zum Wort melden und gegen den SDS angehen. Damit ist häufig die Situation zu gewinnen. Wir brauchen also mobile Einsatzreserven, die man von einer Universität zur anderen werfen kann. (*Kohl:* Die müssen auch den entsprechenden Kopf haben!) Natürlich! Das ist das eine.

Das Zweite, was wir als Konsequenz zu ziehen haben, ist folgendes: Wir müssen die Bauern politisch gewinnen. Das wird aber keine einfache Sache sein. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Meine Herren! Ich muß jetzt leider weg und den Ministerpräsidenten von Malta[52] empfangen. Das klingt vielleicht etwas naiv, aber trotzdem muß der Mann sehr vorsichtig behandelt werden, denn Malta hat eine sehr wichtige strategische Position im Mittelmeer. Ich bitte also um Ihr Verständnis dafür, daß ich gleich weg muß.

Fricke: Herr Bundeskanzler! Ich habe noch eine Frage. Der Mann, der den Anschlag auf Dutschke verübt hat, ist doch ein pathologischer und unzurechnungsfähiger Mensch[53], der Napoleon[54] und Hitler an die Wand gemalt hat. War es nun notwendig, daß Sie der Witwe[55] ein Beileidstelegramm geschickt haben? (*Kiesinger:* Das ist eine umstrittene Frage.) Hätte es nicht genügt, daß Sie eine Erklärung des Bedauerns abgegeben hätten?

Kiesinger: Das ist eine Frage, über die man streiten kann. Ich habe da sehr viel Zustimmung und sehr viel Ablehnung gefunden. Ich habe in dem Moment telegrafiert, als es schien, als ob Dutschke sterben würde. Ich sah genau voraus den Solidarisierungseffekt, den das auf unsere Studenten haben würde. Ich habe nach sorgfältiger Beratung hier dieses Telegramm an die Frau geschickt, einfach um zu zeigen, auch wenn das ein fanatischer politischer Gegner ist, hier ist die Grenze: der politische Mord.

---

52 George Borg Olivier (1911–1980), maltesischer Politiker (Nationalistische Partei); 1950–1955 und 1966–1971 Premierminister. – Treffen zum Frühstück im Bonner Hotel Königshof, vgl. ACDP 01-226-320. Vgl. auch AAPD 1968 Nr. 151.

53 Josef Bachmann (1945–1970, Selbstmord), Anstreicher.

54 Napoléon Bonaparte (1769–1821), 1804–1814/15 Kaiser der Franzosen.

55 Gretchen Dutschke-Klotz (geb. 1942); vgl. KÄTZEL S. 277–299. – Der Studentenführer überlebte das Attentat.

Das hätte ja auch mir passieren können. Ich weiß heute noch nicht, wie ich den Kerl einzuschätzen habe, der da aufgetreten ist.[56] (*Fricke:* Ich habe Ihre Antwort gehört, Herr Bundeskanzler. Das genügt mir.) Ich behaupte nicht, daß ich damit unbedingt recht habe. Ich mußte in diesem Moment handeln. Genau dieselbe Geschichte ist mir entgegengehalten worden beim Empfang des VDS. Da hieß es nicht, ich hätte den VDS empfangen, sondern den Herrn Ehmann[57]. Der Ehmann ist der Vorsitzende. Ich mußte diesen Versuch machen, um einmal festzustellen, inwieweit der VDS zu bestimmten Fragen eine kollektive Auffassung hat, oder wo die Möglichkeit der Entsolidarisierung besteht. Daß der Kerl dann hinterher dummes Zeug geschwätzt hat, war doch ... (*Lebhafte Unruhe und Bewegung. – Klepsch:* Er hat nach den Zeitungen vom Mandat gesprochen!) Warum soll ich gesagt haben, das Mandat werde geprüft? (*Zurufe:* Weil es in der Zeitung gestanden hat!) Ich habe im Gegenteil gesagt: Das politische Mandat gibt es nicht. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Was in der Zeitung stand, war völlig widersprechend zu dem, was im Kabinett besprochen worden ist. Im Kabinett wurde eindeutig gesagt, daß ein Mandat rechtlich überhaupt nicht möglich ist. (*Sehr starke Unruhe.*)

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler! Hier wird von zwei Dingen gesprochen. Sie sprechen von dem Fall mit dem VDS, und Herr Klepsch bezieht sich auf unsere Kabinettsberatung der letzten Woche. Das sind zwei verschiedene Dinge. (*Anhaltende Unruhe.*)

Klepsch: Es gibt eine Zeitungsmeldung, daß nach diesem Gespräch festgehalten worden sei, der Bundeskanzler hätte zugesagt, daß das politische Mandat des VDS ... (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Scheufelen: Es wurde erklärt, das politische Mandat sei in diesem Gespräch de facto vom Bundeskanzler zugesagt worden.

Kiesinger: Nein, das hat der Herr Ehmann gesagt. Natürlich hat er den Trick benutzt. Das sind die lügenhaften Ausführungen von Herrn Ehmann, der auch bei anderen Sachen gelogen hat. Es ging ja nicht um Herrn Ehmann. Immerhin hat sich bei diesem Gespräch herausgestellt, daß die Hälfte der vier Leute, die da waren, an dieser Tendenz festgehalten haben, die anderen haben z. B. in der Springer-Frage eine völlig vernünftige Haltung eingenommen. Das ist aber kein Springer-Problem, sondern ein ganz allgemeines Problem. Das sind also Fragen, die muß man entscheiden.

---

56 Am 23. April 1968 kam es zu einem Zwischenfall in einer Autobahnraststätte bei Freiburg auf der Rückfahrt von der Wahlkampfreise durch Baden-Württemberg. Arthur Wilhelm Buhlinger, ein 29jähriger vorbestrafter Schweißer, drohte mit einem Attentat auf Kiesinger. Vgl. „Schwäbische Donau-Zeitung" vom 24. April 1968; „Frankfurter Neue Presse" vom 25. April 1968; „Badische Zeitung" vom 25. April 1968.

57 Dr. Christoph Ehmann (geb. 1943), Lehrbeauftragter; 1966–1968 Vorsitzender der Studentenschaft des Landes Hessen, 1968/69 Vorsitzender des Verbands Deutscher Studentenschaften (VDS), 1986–1994 Leiter des Amtes für Berufs- und Weiterbildung Hamburg, 1994–1997 Staatssekretär im Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern.– Das Treffen fand am 29. April 1968 in Stuttgart statt, vgl. ACDP 01–226–320; KRAUSHAAR S. 119. Ehmann betonte nach dem Gespräch, daß „trotz der Einigkeit in einigen Punkten nach wie vor große Meinungsunterschiede" bestünden, vgl. „Welt" vom 30. April 1968.

Ich habe es schon gesagt und wiederhole es: Stellen Sie es sich nicht so einfach vor. Der Solidarisierungseffekt unserer Handlungen bei den Studenten ist rational gar nicht vorauszuberechnen. Da geht einfach quer durch eine Tendenz zur Einigung. Ich erfahre das doch von meinen eigenen Beamten hier und ihren eigenen Kindern. Der eine sagt, meine älteste Tochter nennt sich nur noch Dutschka. (*Starke Unruhe.*) Und wenn irgend etwas gegen eine Gruppe der Studenten gesagt wird, ist man wieder uneins miteinander.

Wenn uns diese Entsolidarisierung nicht gelingt, meine Herren, dann können böse Zeiten für uns kommen. Dann haben wir die Unruhen an den Universitäten für Jahre hinaus, und das treibt natürlich wieder das Wasser auf die Mühlen der NPD. Ich gebe zu, das sind alles Situationen, wo man abwägen muß so oder so. Umgekehrt habe ich nicht nur vom Inland, sondern auch vom Ausland Prügel bekommen, indem es hieß, ich hätte nur nach dem Polizeiknüppel gerufen, was ja falsch ist. (*Unruhe und Bewegung.*) Sie wissen ja, was passiert ist. Denken Sie an die Äußerungen des Richterbundes.[58] Ich habe überhaupt nicht von der Justiz gesprochen. Trotzdem hat der Kerl es nicht zurückgenommen und ist bei seiner Aussage geblieben, ich hätte die Richter zum Büttel der Nation herholen wollen. Da liegen doch die wirklichen Wurzeln der Sünden. (*Kohl:* Sie hätten die Durchstufung verkünden müssen! – *Unruhe und Heiterkeit.*) Ja, die wollen alle höher eingestuft werden. (*Unruhe.*)

Stoltenberg: Wenn wir künftig ein Gespräch führen, sollten wir die Form wählen, die wir damals genommen haben, als wir eingeladen hatten die Vorsitzenden des AStA, die Vertreter der großen Studentenverbände usw.[59] In dem Kreis der 50 Leute waren auch die vier Herren des damaligen Vorstands des VDS, von denen aber keiner besondere Notiz genommen hat. Sie konnten sich also nicht diskriminiert fühlen. Es hatte auch nicht den exklusiven Charakter, den die Leute nun leider doch mißbrauchen. Das ist die Folgerung, die wir aus dieser Erfahrung ziehen müssen.

Wir waren damals in einer Situation, wo eine Universität nach der anderen ernsthaft im Begriff war, sich abzusetzen. In einigen Fällen ist es gelungen, in anderen ist es gescheitert. Das ist ein Prozeß, der ja auch der Entsolidarisierung dient. In Zukunft sollten diese Gespräche auf einer wesentlich breiteren Ebene geführt werden in einem sehr großen Kreis, wo auch die ganzen Vorstände der Verbände dabeisind. Dann diskriminiert man die einen nicht, aber man hat eine Basis, die nicht diesen propagandistischen Mißbrauch ermöglicht.

Kiesinger: Es sind doch laufend Gespräche mit den studentischen Gruppen geführt worden. Warum ist das nicht veröffentlicht worden? Ich kann doch nicht hinter jeder Geschichte herlaufen. Wir haben mit den Korporationsstudenten gesprochen, Herr Dr. Heck und ich. Wir haben mit dem RCDS gesprochen. Ich werde demnächst mit der ka-

58 Der Deutsche Richterbund hatte Kiesinger vorgeworfen, demonstrierenden Studenten mit verschärften Maßnahmen durch Justiz und Polizei gedroht zu haben. Vgl. „Stuttgarter Zeitung" vom 23. April 1968 „Bundeskanzler Kiesinger weist die Vorwürfe des Deutschen Richterbundes zurück"; „Stuttgarter Nachrichten" vom 23. April 1968 „Kiesinger: Bei Demonstrationen Ruhe bewahren".

59 Vgl. Nr. 14 Anm. 81.

tholischen Studentenvereinigung sprechen. Ich betrachte es als selbstverständlich, daß das von der Partei veröffentlicht wird. (*Unruhe und Bewegung.*) Es ist ein Risiko; das gebe ich zu. Bei mir kommt es jetzt in erster Linie auf die Entsolidarisierung an. Wenn wir die nicht schaffen, dann haben wir die Geschichte noch jahrelang vor uns.

Streibl: Herr Bundeskanzler! Wir müssen die Intelligenz mobilisieren in unseren Reihen. Es war ja bis dato langweilig, in der CDU/CSU zu sein. Wenn das auf breiterer Basis diskutiert wird, dann wird es besser. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Meine Herren! Ich muß mich nun verabschieden.

(Bundeskanzler Kiesinger verläßt den Saal.)

Heck: Meine Herren! Wird das Wort noch zum Punkt 2 der Tagesordnung gewünscht?

Amrehn: Der Herr Bundeskanzler hat heute nur später erscheinen können. Er mußte auch jetzt wegen eines Essens wieder weggehen. Diese Sitzung des Bundesvorstands ist zweimal verlegt worden, um einen Termin zu finden, an dem sich der Bundesvorstand nach Monaten über die wichtigen politischen Fragen gründlich unterhalten kann. Ich habe den Eindruck, daß das auch heute wiederum nicht möglich ist.

Ich würde das alles sehr viel lieber in Anwesenheit des Herrn Bundeskanzlers gesagt haben, aber es hat wenig Sinn, jetzt mit wichtigen Dingen anzufangen, wenn gerade er nicht dabei ist. Ich möchte doch zum Ausdruck bringen, daß es eigentlich auf die Dauer nicht geht, wenn der Bundesvorstand, der nun als kleiner Vorstand gewählt ist, nach Monaten einmal zusammenkommt und man sich terminlich vorbereitet und andere Termine deswegen herausgeworfen hat, nun hierherkommt, um dann nur etwas von einer Wahlanalyse zu hören. Deswegen wäre ich heute nicht hierher gekommen, weil ich auch noch andere Gesichtspunkte zu berücksichtigen hatte.

Wir haben den Polizeikongreß in Berlin, auf dem ich reden sollte.[60] Ich habe das für den Tag abgesagt und auf den Abend gelegt. Aber unabhängig von diesen persönlichen Überlegungen, es geht doch jedem so. Ich kann nur sagen: So kann doch der Bundesvorstand, der demnächst ein Jahr alt wird, eigentlich nicht arbeiten. (*Beifall.*) Es muß sichergestellt werden, daß eine geraume Zeit angesetzt wird und jedes Vorstandsmitglied einschließlich des Vorsitzenden, wenn nicht ganz zwingende Gründe gegeben sind, dafür dann auch Zeit haben muß.

Ich räume ein, daß die Debatte heute morgen gar nicht anders – wenn das Parlament es verlangt – gelegt werden konnte. Aber dann muß man eben Zeit haben bis heute abend. Ich kann Ihnen nur erklären – ich will das mit einem Satz hier sagen –, Berlin steht in einer Krise auf Leben und Tod. (*Lemmer:* Jawohl!) Und darüber haben wir noch kein Wort verloren. Ich will es heute nicht mehr anfangen, aber das ist ein Problem, das die ganze Nation demnächst aufs äußerste beschäftigen wird, weil Schütz in Berlin nicht der Mann ist, der es wird schaffen können, weil soviel Abwanderung erfolgt, Verlegung von Betrieben, Weggang von Bundesbeamten usw. und andere Dinge passieren, daß man sich einigermaßen ausrechnen kann, wann dieser Auszehrungsprozeß in eine

60 Delegiertenkongreß der Gewerkschaft der Polizei vom 16.–18. Oktober 1968.

Lawine ausartet und alle anderen Dinge vielleicht den dritten oder vierten Rang bekommen, wenn es zu spät ist.

Ich mache mir seit einigen Jahren die Mühe, fast in jeder Sitzung auf diese Dinge hinzuweisen. Ich habe verantwortlichen Leuten gesagt, was sich in Berlin entwickelt. Ich kann nur sagen, wir haben das Gefühl, daß uns politische Hilfe in Berlin nicht mehr zuteil wird. Das möchte ich hier in diesem Augenblick gesagt haben. Ich habe die ausdrückliche Bitte, das auch so dem Herrn Bundeskanzler zu übermitteln.

Heck: Es kann die Bundesvorstandssitzung – das ist an sich so vorgesehen – nach dem Mittagessen fortgesetzt werden. Ich sehe auch nicht ein, warum beispielsweise das Thema „Berlin" nicht beraten werden soll, weil der Bundeskanzler über die Mittagspause weggehen mußte zu diesem Essen. Ich nehme an, daß er dann zurückkommen wird.

Gerstenmaier: Meine verehrten Herren! Ich habe jetzt etwa zehnmal an Berichten und Beratungen teilgenommen samt und sonders, die sich schon mit Baden-Württemberg, insbesondere mit der dortigen Landtagswahl beschäftigt haben. Ich kann nicht behaupten, daß ich vom zweiten Mal ab wesentlich Neues dazu gelernt hätte; aber das wird wohl so sein, weil wir uns in verschiedenen und anders zusammengesetzten Gremien unterhalten haben.

Aber alle diese zehnmaligen Betrachtungen standen immer im Zusammenhang mit Tagesordnungen, deren Sinn es eigentlich ist, die orientierende Kraft dieser Führungsgremien der Partei auf die Probe zu stellen in einer Zeit, die nicht dazu angetan ist, anekdotisch-reflektierend nach hinten zu sehen. Ich verstehe, daß Analysen sein müssen. Das wird jeder vernünftige Mensch sagen, der auch sonst seine politische Programmatik in einen historischen Sinnzusammenhang zu bringen wünscht. Ich werde auch immer Verständnis dafür haben, daß man etwas nach hinten zurückblickt. Aber mir fällt auf, es ist nicht richtig mit den Führungsgremien der Partei, wenn wir uns nicht einen etwas anderen, strengeren, programmatisch-kontrollierenden, schärferen und mehr in die Zukunft greifenden Stil angewöhnen.

Wir müssen davon abkommen, soviel kostbare Zeit für historisierende Meditationen zu verlieren. Das ist doch einfach so etwas wie ein Schwänzchen an der Sau. Was wir wünschen müssen, ist doch, daß wir mit dem Mann, der die Richtlinien der Politik bestimmt, der unser erster Mann ist, programmatisch in die Zukunft reflektierend sprechen können. Das muß sein, sonst verliert unsere gemeinsame Politik diese strenge Kontur, die wir heute brauchen.

Der Bundeskanzler steht natürlich unter besonderem Zeitdruck. Das ist klar. Aber vielleicht könnten wir doch bei der Gestaltung der Tagesordnung und vor allem bei der Zeiteinteilung uns so verhalten, daß wir das in Zukunft ein bißchen anders machen und uns weniger der historischen Betrachtung widmen. Heute sind wir, Herr Kollege Amrehn – es wäre unfair, wenn wir das nicht sagen würden –, unter einem Zeitdruck, den der Bundeskanzler gar nicht zu verantworten hat; es sei denn, wir hätten morgen die Demonstration verboten. Das konnte man nicht, und das wollte man wahrscheinlich auch nicht.

Ich fand es gut und richtig, daß von der Regierung und vor allem von den Koalitionsparteien der Wunsch ausgegangen ist, (*Amrehn:* Ich habe diesen Teil ausdrücklich anerkannt!) heute im Bundestag diese Sache zu machen. Die heutige „Aktuelle Stunde" und die „Fragestunde" im Bundestag fand ich ausgezeichnet, die darauf ausgerichtet war. Darin steckt auch etwas von Willensbekundungen programmatischer Kraft. Dasselbe möchte ich jetzt erst recht von den Führungsgremien unserer Partei wünschen.

Heck: Meine Herren! Ich schlage vor, wir unterbrechen jetzt die Sitzung zum Mittagessen und setzen dann unsere Beratungen fort, und zwar über das Thema, das Herr Amrehn angeschnitten hat. Man kann ja nicht nur den Bericht entgegennehmen und sagen: Wir gehen unter Umständen einer Katastrophe entgegen, – es aber dann dabei bewenden lassen. (*Starke Unruhe.*)

Kohl: Ich bitte auch darum, die Frage der Wahl des Bundespräsidenten zu behandeln.

Heck: Es gibt ein drittes wichtiges Thema: Wie behandeln wir die ganze Frage der Wahlrechtsreform weiter? (*Barzel:* Wie lange hält die Koalition! – *Unruhe.*) Wir unterbrechen jetzt die Sitzung und fahren nach dem Mittagessen fort.

Unterbrechung von 13.30 bis 14.00 Uhr.

Verschiedenes

Heck: Damit wir in unseren Beratungen schneller vorwärtskommen, bitte ich Sie, nachsichtig zu sein, wenn ich sage: Man kann natürlich, wenn man das Wort hat, sehr viel sagen. Wir sollten uns aber doch auf das konzentrieren, was wirklich zur Beratung ansteht.

Ich wollte den schon beratenden Punkt der Tagesordnung nicht abschließen, ohne von mir aus noch darauf aufmerksam zu machen, wir könnten von der nachwachsenden Generation ähnliche Schwierigkeiten bekommen, wie sie die SPD bekommen hat; denn wenn ich höre, was sich im Bereich der Jungen Union auf Kreisebene und teilweise auf Landesverbandsebene für politische Meinungen festgefressen haben, was weiter in diesem Bereich publiziert wird, so ist dies schon begründet. Ich habe gestern etwas von der Jungen Union in Köln bekommen, wonach 1. der Bundespräsident messerscharf angegriffen wird, 2. die Anerkennung der DDR gefordert und 3. der SDS kräftig in Schutz genommen wird.[61] (*Lemmer:* Die Partei auflösen!) Ich meine, die Junge Union und der RCDS müssen von der Führung von oben nach unten die Augen aufmachen, sonst weiß ich nicht, wo diese Bewegung am Schluß landen wird.

Zur Wahl in Baden-Württemberg möchte ich sagen, das Neue in Baden-Württemberg war, daß es zu einer ganz breiten Aussprache zwischen der CDU und der Bevölke-

61 Der deutschlandpolitische Antrag der JU des KV Köln-Land zur Plenarsitzung der JU Rheinland vom 11. Mai 1968 enthielt derartige Aussagen nicht (ACDP 04–007–104). Vgl. aber UiD Nr. 17 vom 1. Mai 1968, wo über die Forderung der JU Schleswig-Holstein berichtet wurde, den Alleinvertretungsanspruch aufzugeben.

rung gekommen ist. Das ist speziell in diesem Lande eigentlich nicht von Hause aus zu erwarten gewesen. Ich nehme an, daß wir es künftighin bei Wahlkämpfen sehr viel mehr mit der Befriedigung des Bedürfnisses nach Diskussionen zu tun haben werden als in der Vergangenheit, und daß wir den Kundgebungsstil auf die Fälle begrenzen müssen, wo sie gegeben und am Platze sind.

Ich habe schon angekündigt, daß wir eine Analyse des Wahlergebnisses und hier insonderheit eine Analyse der Wähler der NPD in Auftrag gegeben haben. Das ist natürlich wesentlich komplizierter, als nun nur zu sagen: enttäuschte Bauern, enttäuschter Mittelstand und alte Nazis. Für den Wahlkampf des Jahres 1969 ist es für uns außerordentlich wichtig, den Teil der NPD-Wähler ausfindig zu machen – den gibt es sicher –, der ihnen wieder abgenommen werden kann.

Unter diesem Gesichtspunkt muß auch die Wählerwanderung bei der FDP und bei der SPD untersucht werden. Es ist keine Frage, daß bei den übrigen Parteien eine wesentlich größere Labilität der Wähleranhängerschaft festzustellen ist als bei uns. Das muß also untersucht und ausgenutzt werden. Sobald diese Untersuchungen durchgeführt sind, werden wir das Ergebnis dem Bundesvorstand zuleiten. Dann wird es an der Zeit sein, daß wir uns noch einmal mit diesem Thema beschäftigen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Soviel wollte ich zu diesem Thema abschließend noch sagen.

Wir haben jetzt zwei Punkte zu beraten. Der eine ist das vom Kollegen Amrehn angeschnittene Thema „Berlin", der andere ist das Problem: Wahl eines Bundespräsidenten. Es ist vielleicht zweckmäßig, daß der Fraktionsvorsitzende, weil im Zusammenhang mit dieser Frage neulich einiges durch die Presse gegangen ist, den Bundesvorstand kurz orientiert über sein Gespräch mit dem Bundespräsidenten; daß wir dann dieses Thema – es sollte gestern im Präsidium beraten werden, wir sind aber nicht mehr dazu gekommen – im Bundesvorstand erst eingehend diskutieren, wenn es im Präsidium vorberaten worden ist.

Wir sollten uns heute, wie ich meine, auf die Diskussion des Themas „Berlin" beschränken. Ich wollte ohnedies noch sagen, daß wir die nächste Bundesvorstandssitzung am 20. Juni abhalten müssen, d. h. noch vor den Ferien. Dann möchte ich vorschlagen, daß wir nach den Sommerferien am Freitag, dem 20. und am Samstag, dem 21. September, eine zweitägige Vorstandssitzung vorsehen müssen über die Behandlung des Aktionsprogramms.

Ich möchte Sie bitten, diese Termine festzuhalten! Wir werden unter allen Umständen an diesen Terminen festhalten; denn es ist in der Tat eine ganz unerquickliche Geschichte diese Verschiebung von festgesetzten Terminen für die Vorstandssitzung. Die erste Verschiebung ist von Baden-Württemberg erbeten worden, weil sie sagten, sie müßten dann in Stuttgart sein. Dann kam im Bundestag die Notstandsdebatte.[62] Wenn

62 Am 15. und 16. Mai 1968 wurde über den „Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Grundgesetzes" (Drs. V/1879 vom 13. Juni 1967 und V/2130 vom 2. Oktober 1967) in zweiter Lesung beraten, vgl. Sten.Ber. 5. WP 174. Sitzung S. 9313–9379 und 175. Sitzung S. 9413–9478. Vgl. auch SCHNEIDER S. 239–253.

man einmal zu verschieben anfängt, dann hat man nichts Sicheres mehr in der Hand. Also, diese Termine sollten unter allen Umständen eingehalten werden.

Kohl: In der CDU lebt alles von der Koordination. Am 20. Juni soll in Kiel eine Sitzung der Vorsitzenden der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen der CDU stattfinden. Unter Berücksichtigung der engen Kooperation zwischen Bund und Ländern, die in diesem Raum dauernd beschworen wird, weise ich darauf hin, daß diese Sitzung fallengelassen werden muß. (*Amrehn:* An diesem Tag überschneiden sich zwei Veranstaltungen.)

Heck: Ich kann zur Zeit, weil der Bundeskanzler an dieser Sitzung teilnehmen muß, einen anderen Termin nicht vorschlagen; denn ich habe einen anderen von ihm nicht. (*Barzel:* Es muß doch möglich sein, in der Nähe des 20. Juni einen anderen Termin zu finden. – *Gerstenmaier:* Am 19. Juni ist Notstandsdebatte. – *Kohl:* Der 20. Juni wird auch noch vom Bundestag beansprucht für die Notstandsdebatte. – *Unruhe.*)

Barzel: Das können wir nicht übersehen. Die Tendenz der Sozialdemokraten und der Bundesregierung ist die, die dritte Lesung noch im Mai zu machen.[63] Das hängt ab von den Alliierten, wann die fertig werden.

Heck: Wir sollten es jetzt so vormerken. Ich will versuchen, einen anderen Termin, der telefonisch abgesprochen werden muß, in den nächsten Tagen zu finden. (*Kohl:* Können Sie sagen, die Tagesordnung sieht so aus, daß sie den Bundesvorstand auch wirklich interessiert?) Im Augenblick bin ich nicht in der Lage, Ihnen einen anderen Termin anbieten zu können. Sind Sie damit einverstanden, daß wir so verfahren?

Kohl: Zur Geschäftsordnung! Ich möchte dem widersprechen, daß wir gar nicht über die Frage des Bundespräsidenten sprechen. Ich bin mir darüber klar, daß wir das heute nicht ausdiskutieren können, aber unsere Meinung sollten wir doch dazu sagen.

Heck: Einverstanden!

Wahl des Bundespräsidenten

Barzel: Meine sehr verehrten Herren! Ich möchte damit beginnen, daß im letzten halben Jahr in der Öffentlichkeit gelegentlich Situationen entstanden sind, die den Bundespräsidenten in den Mittelpunkt von Gesprächen gerückt haben. Solche Dinge haben auch schon zweimal in unserem Fraktionsvorstand eine Rolle gespielt.[64] Ich habe daraufhin in beiden Sitzungen dem Fraktionsvorstand gesagt, ich würde eine Debatte darüber nicht zulassen, ich stünde aber persönlich jedem Kollegen, der hierzu etwas zu sagen wünsche, zur Verfügung. Von dieser Möglichkeit haben einige Kollegen Gebrauch gemacht, so daß ich also ein Bild hatte auch über die Einstellung in unseren Reihen zu diesem Problem.

63 Die dritte Lesung fand am 30. Mai 1968 statt, vgl. Sten.Ber. 5. WP 178. Sitzung vom 30. Mai 1968 S. 9606–9655. Vgl. auch Schneider S. 253–267.

64 Gedächtnisschwund und Arteriosklerose führten zunehmend zu peinlichen Situationen, zu Spott und Kritik an Lübke, vgl. Morsey S. 483f., S. 542 Anm. 40.

Zweitens ist in unseren Reihen – Herr Lemke hat dies auch einmal öffentlich gesagt im vergangenen Herbst – der Gedanke im Gespräch, das Grundgesetz zu ändern und zu sagen, diese Möglichkeit der einmaligen Verlängerung sei eigentlich schlecht, weil sie bisher zweimal dazu geführt habe, daß dann für drei Monate das an sich notwendige Tabu gegenüber dem Staatsoberhaupt unterbrochen werde. Es gibt dann „Feuer frei" in der Presse und in den Parteien. Das ist für den Bundespräsidenten nicht gut. Ich will das [sic!] im einzelnen jetzt nicht argumentieren.

Ich halte es für richtig und werde dabei auch bleiben, daß, wenn eine politische Frage einen unserer Freunde direkt berührt, ich dann natürlich unmöglich in ein verantwortliches Gespräch oder in ein Gremium gehen kann, ohne ihn selbst zu fragen, wie er dazu steht und ob er sich etwa durch die Debatte beschwert fühlt.

So habe ich bei einem meiner zahlreichen Gespräche, die etwa alle vier Wochen stattfinden mit dem Bundespräsidenten, diesen unterrichtet, ich hätte die Absicht, im Mai in unseren Fraktionsvorstand zu gehen mit dieser Sieben-Jahres-Frage und dann, je nachdem, wie es dort ausginge, die beiden anderen Fraktionen und die Partei anzusprechen. Zu meiner Überraschung erklärte der Bundespräsident, daß er das für einen vorzüglichen Gedanken hielte, weil in der Tat sieben Jahre eine bessere Sache seien als diese Verlängerungsgeschichte und diese zehn Jahre wirklich auch nicht sehr günstig seien. Er erklärte zum anderen seine Bereitschaft von sich aus, sich früher, als der formelle Ablauf wäre, aus dem Amt zurückzuziehen; dies insbesondere mit dem Blick auf das zu nahe Zusammentreffen der Bundestagswahl und der Präsidentenwahl im Jahre 1969.

Ich habe diese beiden Mitteilungen mit sehr wenigen unserer Freunde besprochen, hatte mich allerdings mit dem Kanzler vorher in beiden Richtungen unterhalten und Übereinstimmung erzielt. Zu meiner großen Überraschung – unser Gespräch war an einem Donnerstag – gab es am Freitag den jährlichen Empfang des Bundes-Presseclubs für den Bundespräsidenten. Der Herr Bundespräsident erklärte an dem Tisch, an dem er saß – alles, was dort gesprochen wird, ist vertraulich und darf nicht veröffentlicht werden –, er sei bereit, früher zu gehen, und er fände den Gedanken mit „einmal sieben Jahre" für sehr gut. Es wäre doch geradezu eine ideale Kombination, wenn er, falls dies Gesetz würde, dann seinen Schritt vollzöge.

Wir hörten natürlich – wie das hier in Bonn ist – von dieser Bemerkung im Presseclub von Journalisten. Wir haben den Herrn Bundespräsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß das eine schwierige Situation werde, wenn das nun veröffentlicht würde. Er hat aber nichts unternommen, um sich der Veröffentlichung in den Weg zu stellen.[65]

Das ist der Tatbestand. Durch diesen Tatbestand ist ein ganzes Stück der Kriegskunst, die wir möglicherweise hätten anwenden können, erschwert. (*Zuruf:* Kaputt!) Wir hätten natürlich durch einen Überraschungseffekt einer Vorverlegung eine ganz andere Position im Gespräch mit den beiden anderen Parteien und Fraktionen gehabt. Wir hätten dann auch mit einem Personalvorschlag zumindest eine Vorhandposition gehabt.

65 Vgl. „Stuttgarter Zeitung" vom 25. April 1968 „Lübkes Bedingungen".

Diese Interessenlage macht schon deutlich, daß es nicht so sehr unser Interesse war, an dieser Sache öffentlich sichtbar herumzudrehen.

Außer meinem Bericht möchte ich noch etwas sagen, was zu geschehen hat. Das erste, was zu geschehen hat, ist – so glaube ich –, daß die CDU und die CSU und die gemeinsame Fraktion sich über die Damen und Herren verständigen, die allein befugt sind, aktiv wie passiv legitimiert, in dieser Frage Gespräche zu führen oder Gespräche anzunehmen. Wenn da zuviel in dem Karpfenteich herumwimmelt, kann das für uns nichts Gutes werden.

Wir haben nun die Zahlen nach dem Wahlergebnis in Baden-Württemberg. Uns fehlen rund 50 Stimmen an der Mehrheit. (*Kohl:* 32!)[66] Ich rechne praktisch, Herr Kohl, weil ich weiß, daß es niemals eine einstimmige Quote in solchen Personalfragen bei der CDU/CSU gibt. Deshalb bin ich, wie ich glaube, mit 50 in der politischen Realität, nicht in der formellen Realität. Also, es fehlen formal 32, in der Realität 50 an der Mehrheit, d. h. wir kriegen im dritten Wahlgang, falls er stattfindet, einen Kandidaten durch. Ob es einen dritten Wahlgang geben wird, liegt nicht nur an uns, sondern auch an allen anderen. Ich würde im Augenblick glauben, daß es wahrscheinlich einen ersten Wahlgang geben könnte, wo jeder für seinen Kandidaten stimmt; aber im zweiten Wahlgang wird es dann passieren.

Nun bin ich nicht einer von denen, die auf einen dritten Wahlgang spekulieren, wenn man nicht weiß, daß er stattfindet. Ich habe große Besorgnis, trotz des Ergebnisses in Baden-Württemberg und der gegenwärtigen Tendenz bei der SPD, daß uns zunächst die Koalition ausschließen könnte. Ich bitte daran zu denken – und das gehört in dieses Konzept –, daß im Herbst 1966 die Mini-Koalition zustande gekommen wäre, wenn nur die Berliner stimmberechtigt gewesen wären; d. h. die beiden anderen Parteiführungen betrachten eine Majorität von rund zehn für eine Koalitionsregierung als ausreichend. Eine Majorität von zehn bei denen heißt fünf weniger bei uns.

Ich darf das NPD-Problem jetzt ausklammern. (*Scheufelen:* Das spielt aber eine große Rolle!) Das spielt eine große Rolle; nur kann man nicht alles auf einmal auf den Tisch legen. Das bedeutet, daß die Besorgnis besteht, daß zwischen den Sozialdemokraten und den Freien Demokraten der Bundespräsident ausgehandelt wird. Es gab auch dort schon Kontakte, von denen wir wissen, freilich nicht wirklich legitimierte – ob mit Duldung und Wissen derer oder gegen sie, ist hier nicht zu erkennen – Kontakte in Richtung auf Herrn Zinn.

Es gibt außerdem starke Bemühungen mancher wichtiger Herren hier in Bonn – ich will sie nicht näher bezeichnen –, die nicht zur Politik direkt gehören, aber doch großen Einfluß darauf haben, in dieser Frage rechtzeitig tätig zu sein. Es gibt manchen interessanten Anspruch, nach dem katholischen Präsidenten nun einen evangelischen zu bekommen.

Wenn Sie mich fragen, was wir tun sollen außer der baldigen Legitimierung, und zwar aktiv wie passiv, für beide Parteien und die gemeinsame Fraktion, dann scheint

66 Gemeint ist in der Bundesversammlung.

mir folgendes wichtig zu sein: Ich persönlich möchte nicht – schon gar nicht durch eine Vorverlegung der Bundespräsidentenwahl – in einen Bundestagswahlkampf gehen mit dem Verdacht der Manipulierung der nächsten Koalition am Wähler vorbei. Dieser Eindruck wird in jedem Falle entstehen, wenn wir von vornherein mit der FDP oder mit der SPD einen Bundespräsidenten wählen. Der Eindruck wäre nicht gut für unsere Bundestagswahl. Das würde uns vielleicht die Position des Präsidenten erleichtern, indem wir da mitwirken könnten oder gar die Chance hätten, einen eigenen Mann durchzusetzen; aber wenn es nach mir ginge – falls man auf meinen Rat hört –, würden wir mit einem eigenen Vorschlag, der einen maßvollen Gebrauch von unserer Führungsposition in der Bundesversammlung macht – maßvoll, weil wir nicht allein die Mehrheit haben –, an die anderen herantreten, um auch so im taktischen Gespräch vorn zu bleiben.

Wir würden bei der Auswahl der Person sehen müssen, daß wir einen Kandidaten haben, der bei den beiden anderen Fraktionen und Parteien zunächst ein Erstaunen hervorruft wegen des maßvollen Gebrauchs der Auswahl der Person, so daß es ihnen sehr schwer gemacht würde, sich aus partei- und machtpolitischen Gründen öffentlich gegen diesen Kandidaten zu wenden.

An dieser Stelle möchte ich meinen Vortrag abbrechen. Ich persönlich habe weitergehende Gedanken. (*Kohl:* Das Problem steht schon in der „Welt".[67]) Das kommt sicher nicht von uns, weil alle Publizität auf diesem Gebiet gegen unsere Interessen gerichtet ist und deshalb sicher von anderer Seite kommt.

Das ist der Sachverhalt. Mehr kann ich im Augenblick dazu nicht sagen. Ich halte es für praktisch und vernünftig, Herr Kohl, wenn dieser Vorstand das Präsidium, die CSU und die Fraktion bitten würde, möglichst bald die Legitimation herzustellen, die ja eigentlich auf der Hand liegt. Das wäre eine förderliche Sache.

In der zweiten Frage: eigener Kandidat, ja oder nein, würde ich auf jeden Fall von einem formellen Beschluß heute Abstand nehmen.

Kohl: Ich möchte dem letzten Vorschlag zustimmen. Ich halte es für ausgeschlossen, daß wir heute zu irgendeiner der hier anstehenden Fragen einen formellen Beschluß fassen können. Auf der anderen Seite habe ich den Eindruck, daß wir in diesem Kreise zu lange gewartet haben, um über diese Fragen zu sprechen. Das hätte schon vor Monaten aufgrund der laufenden Entwicklung geschehen müssen.

Ich bin auch durchaus dazu bereit, daß wir zu einer Legitimierung kommen. In der Sache selbst scheint es mir unerläßlich zu sein, und zwar für die Repräsentanz unseres Staates und für das Ansehen des Amtes, für die selbstverständliche Solidarität der Parteifreunde gegenüber dem jetzigen Amtsinhaber, daß wir in diesem Jahr versuchen, eine Lösung zu finden.

Wenn Sie die Universitäts-Diskussionen in den letzten Wochen mitgemacht haben, dann sind Sie von einer Peinlichkeit in die andere hineingestolpert. Das war z. T. unerträglich, was man hierbei mitmachen mußte, wobei man sich, wenn man Diskussions-

67 Vgl. „Welt" vom 10. Mai 1968 „Gesucht wird ein Mann von großem Format". Genannt werden die Namen Georg August Zinn, Herbert Weichmann, Georg Leber, Eugen Gerstenmaier, Walter Hallstein und Richard von Weizsäcker.

bereitschaft verkündet hatte, sich den schrecklichsten Fragen mit Zitaten ausgesetzt sah, wogegen man nichts sagen kann. Dort sitzt man einer großen Menge beifallheulender Leute gegenüber. Die Peinlichkeiten sind teilweise nicht mehr zu überbieten.

Das muß man natürlich auch sehen im Verhältnis zu dem vorhin Gesagten hinsichtlich eines Forums eines Kreisverbands der Jungen Union. Das wird fast überall diskutiert. Ich habe den Eindruck, daß wird in der ganzen Partei mehr diskutiert als offiziell in der Parteiführung in den letzten Monaten. Es wird auch in den Kreisvorständen darüber geredet.

Ich möchte mehrfach Ihren Satz, Herr Barzel, unterstreichen, in dem Sie sagten, die CDU müsse alles tun, daß diese Präsidentenwahl – egal, wer es wird – zu einer Art Präjudiz für die Koalitionsfrage wird. Ich selber bin hinsichtlich der Bundestagswahl und der Koalitionsmöglichkeit überhaupt nicht skeptisch. Für mich hat der Herr Augstein eine sehr treffende Prognose zu diesem Punkt kürzlich gestellt.[68] Wir müssen also sehen, daß nicht der Eindruck erweckt wird, das ist eine Absprache; sonst wird uns das Stimmen kosten, weil die Leute dann sagen, das ist schon alles verschaukelt, (*Zuruf:* Gemanagt!) alles gemanagt. Und dies wäre wieder ein Punkt, an dem die NPD ansetzen kann. Das muß man ganz nüchtern sehen.

Auf der anderen Seite muß es möglich sein, sozusagen zwischen den vorhandenen Möglichkeiten der anderen Parteien sich auf eine mittlere Linie einzupendeln, wobei ich kein Hehl daraus mache, daß es für mich ein klares Ziel ist, daß ein Bundespräsident der CDU/CSU nominiert wird, und zwar aus den Gründen, daß die Persönlichkeiten aus anderen politischen Lagern, die bisher genannt worden sind, für mich keine überzeugende Kraft besitzen. Es ist gar keine Frage, daß nach alledem, was jetzt war – woran ja die CDU einen Teil der Schuld mitträgt –, bei dieser Wahl besonders sorgfältig ausgewählt werden muß. Wenn ich da bestimmte Maßstäbe anlege, sehe ich mich außerstande, den jetzt von seiten der SPD genannten Leuten – wobei ich einen ausnehme, der aus Altersgründen nicht in Frage kommt – nämlich dieser Hamburger Lösung zuzustimmen.[69] Ich hätte jedenfalls erhebliche Bedenken dagegen vorzubringen. Ich finde, die bei uns genannten Freunde sind alle denen von der SPD mindestens ebenbürtig, wenn nicht weit überlegen.

Aus diesem Grunde sollten wir versuchen, die Wahl a) offenzuhalten für uns, auch im Sinne der Bundestagswahl, und b) einen eigenen Kandidaten durchbringen.

Ich würde weiter bitten, eines überhaupt nicht in Betracht zu ziehen, daß man nämlich jetzt versucht, eine Art nichtpolitischen „Hindenburg-Präsidenten" zu wählen. Wenn die deutsche Politik nicht mehr in der Lage ist, einen guten Präsidenten zu wählen, so wäre das traurig. Das braucht kein Amtsträger zu sein, aber es muß ein politisch engagierter und versierter Mann sein. Sein Geschäft ist vor allen Dingen ein politisches Geschäft.

68 Vgl. „Spiegel" vom 6. Mai 1968 „Eine Wahl, keine Wahl".

69 Als potentielle Kandidaten der SPD wurden genannt Georg Diederichs, Gustav Heinemann, Georg Leber, Herbert Weichmann, Georg August Zinn, vgl. „General-Anzeiger" vom 5. April, „Frankfurter Rundschau" vom 26. August, „Welt" vom 10. Mai 1968.

Was jetzt geschieht, halte ich für eine Katastrophe. Die Sozialdemokraten waren in Hamburg bei einem Ordinarius und haben sich dort eine Absage geholt. Die Leute, die dort gewesen sind, waren durchaus legitimiert, auch wenn es der Vorsitzende nicht selbst gewesen ist. Es wäre ein großer Offenbarungseid für die deutsche Politik, wenn man jetzt wieder auf eine Lösung hinzielte, die nur scheinbar das Problem anginge. Wir werden wahrscheinlich in den nächsten Jahren in eine politische Lage und Entwicklung hineingeraten, in der auch das Amt des Bundespräsidenten in der jetzigen verfassungsmäßigen Ausstattung als Instrumentarium durchaus gefordert sein wird. (*Barzel:* Die war über Ostern gefordert!) Ja, auch das Beispiel mit der Notstandsgeschichte und der Bundeswehr! Da gibt es eine Menge von Punkten. Wir sollten das also berücksichtigen und zu einer entscheidenden politischen Lösung kommen. Auch wenn jemand noch so bedeutend ist in seinem Fach als Theologe – das wird ja neuerdings auch diskutiert –, aber der Politik relativ fernsteht, so ist das auch sicher keine überzeugende Lösung.

Wir sollten also in der Tat auf einen Politiker hinausgehen und darüber entscheiden. Das wäre eine Sache, bei der man heute schon – ohne abzustimmen – in diesem Kreise eine Meinungsbildung herbeiführen könnte.

Scheufelen: Ich habe gehört, daß man im katholischen Bereich zu der Frage eine gewisse Auflockerung erzielt hat. (*Barzel:* Sie sind der erste, der das sagt.) Nachdem nun diese persönliche Auflockerung vorhanden ist, müßte man jetzt, ohne eine neue Sachfrage zu stellen, unabhängig davon versuchen, die Dinge zu lösen. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Wenn wir das nicht hier in diesem Gremium jetzt tun, dann sind wir in sechs Wochen – mehr Zeit haben wir nicht mehr – gezwungenermaßen so weit, daß wir uns damit befassen müssen.

Es wäre nach meiner Auffassung sehr wichtig, so schnell wie möglich ein Gremium zu benennen, das zu sprechen legitimiert ist. Weiter wäre es gut, wenn die Dinge zwar nicht nach dem Proporz, aber doch mit einer gewissen Verbindung zueinander gemacht würden. Auch hinsichtlich des Terminplanes werden die personellen Vorschläge schwierig sein. Der Vorgang als solcher müßte sich noch in diesem Jahre abspielen. Wir müssen auch den Gesundheitszustand des jetzigen Bundespräsidenten berücksichtigen.

Stoltenberg: Ich möchte den Vorschlag unterstützen, daß wir diese Frage ausführlicher auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstands besprechen, und zwar nach einer Erörterung im Präsidium. Dann sollte versucht werden, in der Frage der Verhandlungsführung entsprechend dem Vorschlag des Kollegen Barzel bestimmte Mandate zu erteilen.

Dies setzt allerdings voraus, daß wir die verschiedenen Alternativen noch etwas gründlicher besprechen. Ich bin dafür, daß wir uns als Ziel setzen, einen eigenen Kandidaten durchzubringen. Aber man muß noch etwas genauer über die politische Landschaft sprechen.

Die andere Alternative, die uns von vornherein nicht sympathisch sein kann, wäre die, sich mit der SPD über einen Kandidaten zu unterhalten, der für beide akzeptabel ist. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Ich nehme nicht Stellung. Die endgültige Entscheidung für den ersten Weg – der für uns besser ist –, hängt davon ab, daß wir noch

etwas genauer die politische Landschaft übersehen. Man muß auch das Problem genau überlegen, was die Wahl eines von der Person her für uns sehr problematischen Mannes durch die Mini-Koalition bedeuten kann. Die Mini-Koalition hätte in der Bundesversammlung zumindest eine relative Mehrheit oder eine knappe Mehrheit. (*Kohl:* Unter der Voraussetzung, daß die Zahlen stimmen. – *Lebhafte Unruhe.* – *Zuruf:* Wenn die NPD dabei ist. – *Kohl:* Die NPD kommt auf 18 oder 19.) Ich möchte dafür plädieren, daß wir beim nächsten Mal aufgrund bestimmter Überlegungen im Präsidium weiter darüber sprechen. Es könnten die vom Amt her Legitimierten einmal bei der FDP Gespräche führen – es können natürlich keine Verhandlungen sein –, um dort zu einem Ergebnis zu kommen. Es wäre nämlich gut, wenn wir die politische Landschaft etwas schärfer übersehen könnten, als uns dies im Augenblick möglich ist.

Barzel: Zur politischen Landschaft noch eine Bemerkung! Die politische Landschaft hier in Bonn wird bestimmt durch die begründete Besorgnis, daß zu dieser Stunde keiner Ihnen sagen kann, ob wir in der dritten Lesung der Notstandsverfassung die erforderliche Majorität haben werden. Das gehört in die Landschaft und in den Zeitplan der Überlegungen. Wir haben die sozialdemokratische Führung wissen lassen, daß das eine ernste Frage ist. Wir haben heute im Bundestag daraufhin von Helmut Schmidt gehört, daß in der nächsten Woche bei der zweiten Lesung sich wechselnde Mehrheiten ergeben.[70]

Wir rechnen mit 15 Änderungsanträgen der Sozialdemokraten, auch zum Kern der Vorlage. (*Kohl:* Der Fraktion!) Wir haben der SPD erklärt, wenn es einen einzigen Fraktionsantrag gäbe, wäre das ein Kriegsfall. Ich habe ihnen auf meine Kappe gesagt, wir wünschten in der dritten Lesung nicht nur das Quorum durch 80 Stimmen sichergestellt, sondern auch eine Majorität der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion für die Vorlage. Eine solche Zusage kann Ihnen zur Stunde keiner geben. Es könnte sein, daß in der sozialdemokratischen Fraktion die Meinung ins Gegenteil umschlägt, wenn sich Gewerkschaftler und Bundestagsabgeordnete solidarisieren und 50 Leute sagen, nun machen wir gerade nicht mit. An dieser Frage hängt das Schicksal der Notstandsverfassung und damit ein ganzes Stück Zukunft unseres Landes.

Heck: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Dann können wir so verfahren, daß wir das Präsidium über die Punkte unterrichten, die heute angesprochen worden sind. Dann soll in diesem Kreis zunächst überlegt werden, wer hier mit wem in welcher Richtung verhandeln soll. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir kommen dann zum nächsten Punkt:

Berlin

Amrehn: Meine Freunde! So oft ich hier spreche, drücke ich meine Sorgen aus. Das geht seit 20 Jahren schon so. Ich habe vorhin schon angedeutet, um wieviel größer die Sorge heute ist, als ich sie in den vergangenen 20 Jahren hatte. Ich möchte die Stellung

70 Vgl. Sten.Ber. 5. WP 173. Sitzung vom 10. Mai 1968 S. 9271 („Über das Wie wird es eine streitige Auseinandersetzung mit, ich nehme an, wechselnden Mehrheiten des Deutschen Bundestages in der nächsten Woche geben.").

Berlins heute mit einem Mann vergleichen, der sich und sein Haus über zwei Jahrzehnte erfolgreich nach draußen verteidigt hat und nun plötzlich entdeckt, daß er Krebs hat und vor der Frage steht, ob er den noch ausschneiden lassen kann oder nicht.

Diese Entwicklung der inneren Auszehrung ist nicht zustande gekommen durch den Bau der Mauer. Das hat Chruschtschow[71] einmal versucht, aber es ist ihm nicht gelungen. Wir können im Gegenteil feststellen, daß von 1961 bis 1965 in Berlin mindestens wirtschaftlich ein weiterer Aufschwung stattgefunden hat, der ungefähr der Entwicklung im sonstigen Bundesgebiet parallel lief. Dann aber setzte eine Abwanderung von Berlin ein. Diese Entwicklung hält seit reichlich zwei Jahren an, sie nimmt aber nunmehr immer rapidere Formen an. Das kann ich mit Zahlen für die vergangenen Jahre belegen. Sie geben aber noch nicht das an Stimmung wieder, was sich augenblicklich dort abspielt.

Wir haben in den Jahren 1963 und 1964 in Berlin noch einen Wanderungsgewinn aus der Bundesrepublik von je 25.000 Arbeitskräften gehabt. Wir haben im Jahre 1967 allein in Richtung auf die Bundesrepublik etwa 8.000 Arbeitskräfte verloren. Es hat sich also die Entwicklung, die nach dem Bau der Mauer mit viel politischem Einsatz eingeleitet wurde und Erfolg hatte durch die Zuwanderung nach Berlin, im Verlaufe von 2½ Jahren völlig umgedreht. Das Ergebnis! Wir haben im Augenblick 55.000 Arbeitskräfte weniger als vor fünf Jahren. Wir haben in der Industrie 45.000 Arbeitskräfte weniger als vor fünf Jahren. Das bedeutet, daß wir im Bereich der Industrie mindestens 15% der Arbeitskräfte in diesen wenigen Jahren verloren haben. Diese Bewegung hält an.

Ich darf Ihnen sagen, daß mir heute Unternehmer in Berlin erklären – die nur in Berlin seßhaft sind –, daß sie für ihre Kinder draußen, d. h. im Westen Deutschlands oder im Ausland, eine zweite Basis suchen lassen. Wir machen immer mehr die Erfahrung, daß insbesondere auch für die größeren Söhne von Unternehmern, wenn sie draußen studiert haben, der Vater für eine zweite Basis gesorgt hat, so daß also der Mittelpunkt der unternehmerischen Tätigkeit nicht in Berlin liegt. Das ist die eine Seite einer Entwicklung, die rapide zunimmt.

Die zweite hängt natürlich damit eng zusammen. Auch große deutsche Betriebe verlegen wichtige Abteilungen weiter aus Berlin weg, trotz aller Proteste, die wir in der Vergangenheit dagegen eingelegt haben und auch politisch und wirtschaftlich vorstellig geworden sind [sic!]. Auch die AEG hat wieder eine wichtige Forschungsstelle abgezogen; ein Betrieb allerdings, der formal zur Hälfte noch seinen Sitz in Berlin hat, aber der Vorstand, dem einst der Boden[72] vorsaß, der jetzt im Aufsichtsrat sitzt, hat diese Entwicklung ganz bewußt gefördert.

---

71 Nikita Sergejewitsch Chruschtschow (1894–1971), sowjetischer Politiker; 1939–1964 Mitglied des Politbüros bzw. Präsidiums des ZK der KPdSU, 1953 Erster Sekretär des ZK, 1958–1964 auch Ministerpräsident, am 14./15. Oktober 1964 aller Ämter enthoben.

72 Dr. Hans Constantin Boden (1893–1970), Unternehmer; seit 1929 im AEG-Konzern tätig, 1929 Mitglied der deutschen Delegation bei den Young-Plan- und 1950/51 bei den Schuman-Plan-Verhandlungen, 1956–1961 Vorstandsvorsitzender der AEG, danach im Aufsichtsrat.

Die jüngeren Ereignisse, vor allem die Studentenunruhen des letzten Jahres, haben dazu geführt, daß trotz aller Steuerpräferenzen – die einen Unternehmer in Berlin noch verdienen lassen – Unternehmer erklärt haben, sie würden in Berlin unter solchen Umständen nicht mehr investieren. Der Herr Bundestagspräsident hat mir selbst einen Fall geschildert, wo ein Unternehmer bereits das Grundstück hatte und mit der Investition schon begann in Höhe von 25 Mio. DM, das dann abgesagt hat und nicht nach Berlin kommt. Das ist ein Fall, den wir kennengelernt haben. Es gibt eine Reihe von Fällen, die wir nicht kennen.

Das Ganze drückt sich aber darin aus, daß im Berliner Industriegebiet, das nominell und formell immer noch das größte großstädtische Industriepotential der ganzen Bundesrepublik ist, sich in den letzten Jahren höchstens noch 1% von industriellen Neuansiedlungen gebildet haben. Es ist so – um einmal Zahlen zu nennen –, daß 2.500 neue Industriebetriebe in der Bundesrepublik entstanden sind; in Berlin sind es vielleicht 40, wo heute jedenfalls keine Schwierigkeiten mehr von der Frage der Erschließung des Geländes bestehen, was ja sonst eine Rolle gespielt haben mag.

Fragt man nach den Ursachen dieser Entwicklung, so hängt natürlich der Rückgang von Arbeitskräften auch zusammen mit der mangelnden Bereitschaft zur Investition. Man kann sagen, wäre die industrielle Investitionsbereitschaft in Berlin größer geblieben, dann wären auch die Arbeitsplätze attraktiver. Insoweit würde auch nicht die Abwanderung sich in diesem Maße fortsetzen, wie wir sie gegenwärtig feststellen.

Fragen wir nach den weiteren Ursachen, dann steht sicher im Vordergrund der Betrachtungen das, was sich um die Universität herum abgespielt hat. Hier möchte ich noch ganz nachdrücklich im Zusammenhang mit der Diskussion von vorhin darauf hinweisen, daß es noch keine vier Monate her ist, als ich in diesem Saal gesagt habe: Täuschen wir uns nicht, daß die studentische Bewegung keineswegs in erster Linie eine Frage der Universitäten oder der Universitätsreform ist, sondern es ist eine Frage der Virulenz eines politisch aktiven Kerns, der mit anderen Fragen wie Vietnam und Universitätsreform die Universitäten unterwandert.

Damals ist mir hier erklärt worden, man nehme zur Kenntnis, daß das so in Berlin wohl wäre, aber sonst im Bundesgebiet nicht. Das ist ¼ Jahr her.[73] Inzwischen haben wir wahrscheinlich auch in diesem Punkt eine ganze Menge hinzugelernt. Was sich dort abspielt, ist allerdings auch eine Folge davon, daß unsere eigenen Senatoren – Sie brauchen sich gar nicht zu genieren, Freund Kohl, das auszusprechen – daran beteiligt sind. Unser Freund Tiburtius[74] hat eine Reihe von Professoren berufen, die im Grunde genommen der Herd der Unruhen geworden sind. (*Unruhe und Bewegung.*) Dazu gehören

73 Vgl. Nr. 16 S. 754.

74 Prof. Dr. Joachim Tiburtius (1889–1967), Jurist; 1946–1948 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Leipzig, 1948–1951 an der FU Berlin, 1946–1950 Stadtverordneter (CDU) in Berlin, 1951–1963 Kultussenator.

von der Gablentz[75] und Ziebura[76], der einmal in der CDU war; dazu kommt Gollwitzer[77], den Tiburtius gegen unseren Widerstand berufen hat, der damals noch nicht eine Aufforderung zur Gewalt an die Studentenschaft gerichtet hatte, was er aber vor 14 Tagen doch immerhin getan und begründet hat. Wir können das Tonband vorspielen, wonach Gollwitzer die Studentenschaft aufgefordert hat, den Weg der Gewalt gegen Sachen in diesen Grenzen fortzusetzen.

Das haben wir damals alles noch nicht gewußt. Ich möchte das auch nicht zurückblickend als Schuld bezeichnen, aber doch feststellen.

Ich möchte noch eine weitere Feststellung dazu treffen. Ich nehme das Wort auf, das Freund Scheufelen gesprochen hat. Er sagte sinngemäß: In diesen Bereichen bilden wir ein neues Stehkragenproletariat heran. – Wir haben in Berlin 500 Hörer der Publizistik, dafür aber nicht einen einzigen ordentlichen Professor. Derjenige, den wir dafür haben, ist der Stuttgarter Eberhard[78], der mit seinen 69 Jahren schon längst ausgeschieden sein müßte. Es ist kein anderer Professor in ganz Deutschland bereit, nach Berlin zu gehen und den Lehrstuhl zu übernehmen, mit Ausnahme eines, wie mir versichert wird, nunmehr berufenen ganz linksradikalen und fachlich unqualifizierten Praktikers, der Universitätslehrer werden will.[79]

Damit kommen wir immer mehr hinein in dieses Unglück. Es kommt wieder einer hinzu, der die Studenten aufhetzt. Die Frage der Universitätsreform spielt in diesem Zusammenhang für uns nur noch eine untergeordnete Rolle. Wir haben neue Universitäts-Gesetzentwürfe eingebracht. Da wird eine ganze Menge nachgeholt werden, was vielleicht schon früher fällig gewesen wäre, aber wir könnten der Studentenschaft – so möchte ich einmal sagen – sozusagen das Zepter für die Universität in die Hand geben, dann wären wir damit immer noch nicht fertig, weil sie ja die Macht im Lande und im Staate haben wollen. (*Unruhe und Bewegung.*) Nun tritt etwas ein, was vor einigen Monaten ich nicht für möglich gehalten habe, daß nunmehr die SED sich ganz offen mit diesen Kräften solidarisiert und diesen Kampf führt, daß weiter gestern eine neue Vorsitzende des AStA an der Freien Universität gewählt worden ist mit 32 gegen 28 Stim-

75 In der Vorlage: von der Garde. – Prof. Dr. Otto Heinrich von der Gablentz (1898–1972), Professor für Politologie; 1945 Mitgründer der CDU, 1950–1958 MdA Berlin, 1965 Austritt aus der CDU. Vgl. LEXIKON S. 245 f. Vgl. Wilhelm Ernst WINTERHAGER: Otto Heinrich von der Gablentz (1898–1972), in: CHRISTLICHE DEMOKRATEN GEGEN HITLER S. 197–204.

76 Prof. Dr. Gilbert Ziebura (geb. 1924), Professor für Politikwissenschaft an den Universitäten Berlin, Konstanz, Braunschweig und Hannover.

77 Prof. Dr. Helmut Gollwitzer (1908–1993), Theologe; 1949–1957 Professor für systematische Theologie an der Universität Bonn, 1957–1975 Professor für evangelische Theologie an der FU Berlin.

78 Prof. Dr. Fritz Eberhard, eigentlich Hellmuth Freiherr von Rauschenplat (1896–1982), Publizist; 1922 SPD, 1937–1945 Emigration in England, 1947 Staatssekretär in der Landesregierung von Württemberg-Baden, 1948/49 MdPR, 1949–1958 Intendant des Süddeutschen Rundfunks, 1961–1968 Honorarprofessor für Publizistik an der FU Berlin. Vgl. Bernd SÖSEMANN (Hg.): Fritz Eberhard. Rückblicke auf Biographie und Werk. Stuttgart 2001.

79 Dr. Harry Pross (geb. 1923), 1963–1968 Chefredakteur von Radio Bremen, 1968–1983 o. Professor für Publizistik an der FU Berlin.

men[80], die in ihrem Programm zwar nicht regelmäßig, aber von Fall zu Fall eine Zusammenarbeit mit der SED verkündet hat. Und daraufhin wird die Frau, die so etwas erklärt, schon gewählt!

Dazu kommt in der Bevölkerung ein starkes Gefühl der Resignation. Wir haben die Menschen zu einer Großkundgebung im Februar zusammengerufen.[81] Zum Glück ist die große Mehrheit der Bevölkerung – fast alle Arbeiter – in keiner Weise angesteckt von irgendwelchen linken, kommunistischen oder anderen Ideen dieser Art, im Gegenteil. Wir müssen sie immer zurückhalten, daß sie nicht die Rädelsführer dieser Entwicklung verhauen, – sage ich mal vorsichtig. Es ist aber ein Gefühl vorhanden, morgen kann ja alles anders sein, und dann hast du dich zu sehr engagiert. So etwas breitet sich aus.

Ich habe vorhin schon erwähnt, daß in den Siedlungen der Bundesbeamten die Ehefrauen es sind, die da sagen: Du bist Bundesbeamter, du hast hier drei Jahre gedient, nun kannst du um deine Versetzung einkommen. – Dieser Gedanke grassiert bereits. Die Bundesbeamten haben die erste Möglichkeit, auf anständige Weise von Berlin wegzukommen. Wenn das zutrifft, spiegelt das ein bißchen wider von der Resignation in der Bevölkerung.

Wir waren am 1. Mai – wie das jedes Jahr üblich ist – auf dem Platz vor dem Reichstag versammelt. Es ist bekanntgegeben worden, dort hätten sich 200.000 Menschen versammelt. Früher waren es 700.000 bis 800.000 Menschen. In den fünfziger Jahren vor dem Ultimatum[82] sind die Menschen an diesem Tag aus einem Gefühl der Solidarität dort erschienen. Das war eine halbe Million Menschen. Bei Schreiber waren es sogar 800.000 Menschen. Es waren an diesem 1. Mai wahrscheinlich weniger als 100.000. Es wurde gesagt: 200.000.

Wenn ich nun dagegen halte, daß am 1. Mai zum erstenmal gleichzeitig eine kommunistische Veranstaltung unter Einschluß der sogenannten APO-Kräfte stattgefunden hat mit 25.000 Menschen, dann wird das innerlich verfallende Bild Berlins nach draußen viel deutlicher, als dies bisher gewesen ist. Soviel ist klar, daß die 25.000, die sich da versammelt haben, engagierte junge Leute sind. Die 100.000 Menschen, die zum Reichstag gegangen sind, sind einer Art Bürgerpflicht nachgekommen; es sind Leute, die sich z. T. auch schlagen würden, aber sie sind nicht so engagiert wie die anderen.

---

80 Sigrid Fronius (geb. 1942) wurde am 8. Mai 1968 mit 32 von 60 Stimmen zur ersten AStA-Vorsitzenden der FU Berlin gewählt, im Oktober legte sie ihr Amt wieder nieder. Vgl. KÄTZEL S. 21–39.

81 Nach der Anti-Vietnamkrieg-Demonstration am 18. Februar demonstrierten am 21. Februar 1968 Berliner Bürger für Demokratie, Freiheit und gegen Radikalismus in Berlin, vgl. „Welt" vom 22. Februar 1968 „Fast 150.000 Berliner machen Front gegen die Radikalen"; „Spandauer Volksblatt" vom 22. Februar 1968 „CDU: ‚Wir haben es satt'".

82 Berlin-Ultimatum Chruschtschows vom 27. November 1958, in dem die Sowjetunion in Noten an die drei Westmächte, die Bundesrepublik und die DDR forderte, Berlin binnen sechs Monaten zu entmilitarisieren und als Freistadt in eine „selbständige politische Einheit" umzuwandeln, andernfalls würde sie ihre Berlin-Rechte auf die DDR übertragen.

Jetzt möchte ich mich sehr vorsichtig ausdrücken und dennoch sagen, damit man die ganze Gefahr der Situation auch sieht. Ich glaube, daß es möglich ist, mit den 25.000 und einigen mehr, die sie gegebenenfalls noch auf die Beine bringen, einen ersten Putschversuch in Berlin zu machen, nämlich im Rundfunkhaus und im Rathaus Schöneberg. Der würde nicht gelingen, weil unsere Bereitschaftspolizei und die Alliierten eingriffen, aber in dem Augenblick, wo ein erster solcher Versuch gemacht und dann abgeschlagen wird, ist die Stimmung in Berlin überhaupt nicht mehr zu halten. Die rutscht dann katastrophenähnlich ab. Und darauf wird psychologisch hingearbeitet.

Ich bin der Meinung gewesen, daß trotz des Rückganges der Arbeitskräfte unsere Wirtschaft sich nicht zu verstecken brauchte, weil sie bisher mit Rationalisierungen einigermaßen das Bruttosozialprodukt jedes Jahr hat halten, wenn nicht sogar steigern können. Das ist bisher gelungen mit Ausnahme des letzten Jahres. Aber in einem solchen Augenblick, wie ich ihn geschildert habe, würde natürlich jeder, der auch sonst noch einen Anreiz am Arbeitsplatz hat, sich bemühen, irgend woanders hinzugehen.

In dieser Situation ist der größte Schwächepunkt das, was in der Vergangenheit die Stärke war, nämlich die Solidität der SPD in Berlin, die früher schon für den Wehrbeitrag war, die schon immer für eine Notstandsverfassung war, die das immer unterstützt hat auf ihren Parteitagen. Sie ist plötzlich in eine eigene, seit Jahren sich entwickelnde Krise hineingerutscht, von der ich allerdings behaupten möchte, daß Herr Brandt dazu eine ganz große Mitverantwortung trägt, was man hier nicht genügend sieht.

Die weitere Entwicklung hat dazu geführt, daß sie vor zwei Jahren Kompromisse machen mußten mit dem linken Flügel, einen Vorstand aus zwei Flügeln gebaut haben und nun nicht mehr recht aktionsfähig sind. In dem Strudel der sich damals ergebenden Ereignisse ist ja dann Albertz gestürzt und Schütz berufen worden, der sich zwischen alle Stühle gesetzt hat. Er ist nämlich gekommen als ein Mann der Rechten. Und dieser hatte in Berlin soviel Möglichkeiten. Wir hätten ihn dabei unterstützt, nämlich eine bestimmte Linie der Politik zu verlangen. Sie mußten akzeptieren, weil sie gar keinen anderen hatten. Statt dessen hat er versucht, die Zustimmung der Linken zu bekommen. Diese haben ihn dann mitgewählt, und dafür waren ihm dann die Rechten gram. Jetzt sitzt er zwischen den Stühlen.

Dann hat Schütz – leider bis auf den heutigen Tag – Brandt-Reden gehalten, nämlich des Sowohl-Als-auch, und keiner weiß mehr genau, woran er ist. Er sagt den einen etwas, und er sagt den anderen etwas, und keiner weiß, (*Zuruf:* Wie Brandt!) woran er ist, mit der Folge, daß er von beiden Seiten nicht mehr voll getragen wird, die Linken ihn schon gar nicht mehr tragen wollen und die SPD, weil nun Mattick[83] verzichtet, wieder keinen anderen Ausweg weiß, als Ende des Monats den Mann auch noch zu ihrem eigenen Parteivorsitzenden in Berlin zu machen.

83 Kurt Mattick (1908–1986), Schlosser; 1926 SPD, 1946 Vorsitzender des Kreisverbands Berlin-Wilmersdorf, 1947–1984 Mitglied des Landesvorstands der SPD Berlin, 1947–1952 und 1958–1963 stv. Vorsitzender der SPD Berlin, 1951–1953 MdA Berlin, 1953–1980 MdB, 1963–1968 Vorsitzender der SPD Berlin.

Vorhin hat Freund Filbinger die Namen Beck und Ristock erwähnt. Was sich hier abspielt, ist unglaublich. Die SPD hat die beiden ausgeschlossen aus der Partei. Sie hat aber dann in den Bezirksparlamenten, in denen die beiden Stadträte einmal gewählt waren, den einen auf unseren Mißtrauensantrag hin bestätigt und den anderen, dessen Amtszeit gerade abgelaufen war, auf sechs Jahre neugewählt. Das ist die Situation der SPD in Berlin.

Wir haben darüber gestern im Abgeordnetenhaus eine Diskussion geführt und auch darauf hingewiesen, daß aus den Gründen, aus denen die SPD Beck und Ristock aus ihrer Partei ausgeschlossen hat, nun eigentlich auch gegen die 20 Beamten, um die es sich handeln mag, die an dem Vietnamdemonstrationszug teilgenommen haben, ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden müßte[84], weil die sich nun tatsächlich nicht mehr an ihre Treuebindung, die sie durch ihren Eid geleistet haben, halten. Der Senat hat einen Beschluß gefaßt, keine Disziplinarverfahren einzuleiten. Es wird also indemnisiert, und praktisch werden damit Beck und Ristock – wobei Nürnberg eine gewisse Rolle gespielt hat – neu in ihren Ämtern bestätigt.

Ganz ohne Zweifel ist auf diese Weise der Zuspruch zur SPD in Berlin beträchtlich zurückgegangen und hängen sich heute viele Leute an uns, aber noch nicht an die NPD, die in Berlin, soweit wir es sehen können, vielleicht aus den inneren Gründen noch keine erhebliche Rolle spielt, aber sicher weiter wächst.

Zu dieser inneren Situation der SPD und damit der Gesamtlage Berlins – darauf wirkt es sich doch aus – kommt nun das, was sich seit Januar von außen her wieder abgespielt hat.

Neben der Unterstützung, die die SED in aller Form der APO nun gibt, hat Pankow begonnen, neue Schikanen auf der Autobahn zuzulassen; zuerst gegen NPD-Mitglieder. Da hat keiner den Mut gehabt zu sagen, hier handelt es sich um einen prinzipiellen Anfang, sehr geschickt aufgehängt. Dann fingen sie an mit den Bundesbeamten, ohne daß sich die Alliierten gerührt haben. Dann wurde schließlich Schütz aufgehalten vor 14 Tagen, so daß nun die Freiheit des zivilen Zugangs nach Berlin öffentlich mehr in die Debatte gerückt worden ist, als das bisher der Fall gewesen ist.[85]

Wir haben früher die Tendenz gehabt, solche Dinge möglichst totzuschweigen, um die Leute nicht zu beunruhigen. Das hat heute keinen Sinn mehr. Heute muß offen dar-

84 Vgl. „Telegraf" vom 3. Mai 1968 „CDU-Fraktion fordert Disziplinarmaßnahmen".

85 Am 10. März 1968 erließ DDR-Innenminister Friedrich Dickel eine Anordnung „zum Schutze der DDR und ihrer Bürger vor Umtrieben der neonazistischen Kräfte der westdeutschen Bundesrepublik und der selbständigen politischen Einheiten Westberlins" (vgl. DzD V/2 S. 357 f.), auf die die drei Botschafter der West-Alliierten am 13. März mit einer Erklärung reagierten (vgl. DzD V/2 S. 375). Am 13. April 1968 erließ Dickel eine Anordnung, „nach der Ministern und leitenden Beamten der Bundesrepublikanischen Regierung" die Durchreise durch das Gebiet der DDR nach West-Berlin untersagt wurde (vgl. DzD V/2 S. 589 f.). Dem Regierenden Bürgermeister Schütz wurde am Kontrollpunkt Babelsberg die Weiterfahrt durch die DDR verweigert, vgl. FAZ vom 27. April 1968 „Nach Abweisung von Schütz: Bonner Fragen zur Haltung Moskaus". Vgl. auch die Erklärung der drei Alliierten Botschafter vom 26. April 1968 (DzD V/2 S. 600).

über geredet werden. Und wenn Schütz angehalten wird, läßt sich das auch nicht verschweigen. Ich muß aber in diesem Zusammenhang sagen, daß wir seit dem September 1960 bis zum Jahre 1968, was den freien Zugang angeht, nicht die geringste Beschwerde hatten. Keine Person – mit Ausnahme von Agenten – ist festgenommen worden. Kein Lastwagen ist beschlagnahmt worden in den acht Jahren, bis auf einen, mit dem Flüchtlinge transportiert wurden. Aber der übliche zivile Verkehr ist völlig reibungslos gelaufen.

Ich sage noch heute – im Gegensatz zu den meisten, die dazu ein Urteil abgegeben haben –, das war eine Folge des damals sehr mutigen Entschlusses der Bundesregierung, das Interzonenabkommen aufzukündigen[86] und sich eine Reihe von Zusicherungen geben zu lassen, die die Zone bis zum Januar dieses Jahres auch eingehalten hat. Infolgedessen halte ich es auch für berechtigt, heute die Frage zu stellen, ob denn nicht im Bereich des Warenhandels und des freien Personenverkehrs von Ost nach West gewisse Repressalien möglich wären, um auf die Beschränkung des Zugangs nach Berlin zu antworten.

Ich sage hier, ohne es näher zu begründen, Ja. Ich bin der Meinung, das bietet noch eine Möglichkeit, aber diese Möglichkeit kann nicht genutzt werden, weil, wie es den Anschein hat, wir Entwicklungen auf anderen Gebieten nicht stören lassen wollen. Wir rufen nach den Alliierten. Das hat die Bundesregierung getan durch ihre Noten. Und die Alliierten waren tätig durch Zuleitung einer Note an den Botschafter in Ost-Berlin, der durch die Presse hat erklären lassen, daß dafür die DDR zuständig sei.[87]

Meine Freunde! Mir hat der führende Amerikaner in Berlin gesagt: Sie können doch von uns nicht verlangen, daß wir im Bereich des Reiseverkehrs gegenüber kommunistischen Funktionären neue Restriktionen einführen, wenn sie selbst Herrn Sölle[88], der seine Reise nach Hannover abgesagt hatte nach der Zurückweisung von Schütz, der dann doch nach Hannover reiste, hineinlassen und ihn in Helmstedt auch noch abholen. – Mir sagte also der führende Amerikaner, was sollen wir denn Reisen sperren, wenn sie selber keine anwenden.

Ich muß in diesem Zusammenhang noch sagen, daß die Alliierten sich seit Aufhebung der Blockade niemals mehr um den zivilen Zugang nach Berlin gekümmert haben, sondern daß sie immer erklärten, das ist zunächst euer Brot, denn es ist ja versprochen: Waren nur gegen freien Zugang. So lautet kurz das Jessup-Malik-Abkommen von 1949.[89] Er sagte weiter: Wenn die den Zugang stören oder sperren, dann müßt ihr zu-

86 Das Interzonenabkommen vom 20. September 1951, das den Interzonenhandel regelte, wurde am 30. September 1960 von der Bundesrepublik wegen Behinderung des Berlin-Verkehrs gekündigt, am 1. Januar 1961 jedoch wieder in Kraft gesetzt.

87 Die Botschafter Frankreichs, Großbritanniens und der USA protestierten am 17. und 28. April 1968 in Schreiben an den sowjetischen Botschafter in der DDR, Abrassimow, gegen die Behinderungen im Berlin-Verkehr, vgl. DzD V/2 S. 591, 610. Abrassimow gab als Reaktion am 9. Mai 1968 eine Erklärung zur Berlin-Frage ab, vgl. DzD V/2 S. 639.

88 Horst Sölle (geb. 1924), 1965–1986 Minister für Außenhandel der DDR.

89 Das Jessup-Malik-Abkommen vom 4. Mai 1949 beendete die sowjetische Blockade West-Berlins, vgl. DzD III/2 S. 436 Anm. 23.

nächst eure Maßnahmen ergreifen. Wir werden helfen, aber ihr könnt nicht verlangen, daß wir es dann tun. – Ich erspare es mir jetzt, nun im einzelnen aufzuzählen die sechs verschiedenen Erklärungen, die seit der Zurückweisung von Schütz von Stellen der Bundesregierung und vom Berliner Senat zu dieser Frage abgegeben worden sind, die lauten: Wir tun gar nichts. – Wir tun in Verbindung mit den Alliierten doch eine Menge, und zwar koordiniert durch vorbereitete Maßnahmen, ohne daß davon etwas sichtbar wird.

Ich mußte das noch einmal sagen, weil die Bewohner von Berlin natürlich nicht nur mit den inneren Auseinandersetzungen zu tun haben, sondern sich auch zusätzlich von außen bedrängt fühlen, was sichtbar gemacht wird von denen, die gewissermaßen nur auf Zeit nach Berlin gegangen sind und nun um ihre Versetzung bitten könnten.

Die Frage ist, gibt es noch eine Rettung? Sie wird von vielen Menschen in Berlin so ernst gestellt. Wenn ich mit ernsten Journalisten diskutiere, die eigentlich immer in Berlin geblieben sind und dort die ganze Entwicklung kennen, dann höre ich immer nur: Wir sind in großer Sorge. – Das umschreibt man dann fein, daß man noch schlimmere Gefahren sieht.

Meine Freunde! Ich bin der Meinung, daß es mit einer sehr großen Anstrengung noch gelingen kann, in Berlin zunächst einmal durch Stärkung des wirtschaftlichen Potentials, dann allerdings auch durch eine gewisse Aktivität im kulturellen Bereich, noch manches zu retten, wenn es möglich ist, diejenigen, die die Verantwortung tragen, von diesen Aufgaben zu überzeugen, um sie dann auch auszuführen. Ich weiß, daß der Bund als solcher nicht mehr die Aktivität ermöglichen kann, die vielleicht noch vor wenigen Jahren möglich gewesen wäre. Heute kann der Bund nur noch in seinen Ländern, in seinen Universitäten, in seiner Wirtschaft, durch eine Solidaritätsaktion von langer Dauer wirksam werden, um dort mit Investitionen, Aufträgen und kulturellen Engagements noch etwas zu erreichen. Aber dazu bedarf es eines Konzepts.

Wir machen dem Senat den Vorwurf, daß er kein Konzept hat. Das hat auch der Dr. König[90], Wirtschaftssenator, auf einer Parteiversammlung der SPD gegenüber eingestanden: Wir haben kein Konzept. – Ich gebe aber zu, daß es dem Berliner Senat allein nicht möglich ist, so etwas zu entwickeln, sondern es bedarf dazu auch einer Initiative und einer Unterstützung durch die Bundesregierung. Ich kann nur sagen, in diesen 1½ Jahren, seitdem wir die Große Koalition haben, ist erreicht worden, daß die SPD schlecht über ihren eigenen Vorsitzenden Brandt spricht, weil er nach Bonn gegangen ist, um mehr für Berlin zu tun, aber nichts getan hat. Es ist auch so, daß Schiller praktisch nichts getan hat, daß sich die Diskussion um Berlin – abgesehen vom Haushaltszuschuß, auf den es hier nicht entscheidend ankommt – darauf beschränkt, ob man die Flugzuschüsse erhalten kann – und das monatelang in einer solchen Situation – oder

90 Dr. Karl König (1910–1979), Geschäftsführer; 1930 SPD, 1953–1959 Mitglied der Geschäftsleitung der Berliner Elektrizitätswerke, 1960–1965 Vorstandsmitglied, später Geschäftsführer der Berliner Verkehrsbetriebe, 1965–1968 Kreisvorsitzender der SPD in Berlin-Schöneberg, 1965–1975 Senator für Wirtschaft.

daß man diese oder jene unwichtige Frage erörtert, ohne jedoch ein Konzept auszuarbeiten.

Hier muß etwas entwickelt werden, was zusammen mit dem Senat in einem großen politisch-moralischen, aber natürlich auch wirtschaftlich-kulturellen Impetus noch einmal versucht werden muß, und zwar mit der ganzen Autorität der Bundesregierung und der Länderregierungen.

Das, meine Freunde, wollte ich heute hier noch einmal gesagt haben. Ich sage es nicht zum erstenmal. Ich habe diese Dinge bereits vor reichlich einem Jahr gesagt. Ich kann nur feststellen, daß es in dieser Beziehung an jeglicher Initiative und an jeder Aktivität fehlt. (*Unruhe und Bewegung.*) Albertz hat mir gesagt, er sei auch daran gescheitert, daß er bei seinen Freunden in der Bundesregierung für diese Dinge kein Ohr gefunden habe, neben allem anderen. Das ist leider etwas, was ich insgesamt für Berlin und für das Verhältnis des Bundes zu Berlin heute sagen muß. (*Anhaltende Unruhe.*) Der Beginn der Initiative mit dem BDI war erfreulich. Aber sie liegt auch schon wieder ein halbes Jahr zurück.[91] Ich weiß, daß Berg und die Industriellen, wenn sie zu einer solidarischen Aktion mit politischer Unterstützung aufgerufen werden, auch bereit sind, mitzuziehen und nicht allein auf den Nutzen zu sehen, obwohl der Nutzen in der Wirtschaft immer die Haupttriebkraft ist.

Ich kann nur bestätigen, daß der Bundesverband der Deutschen Industrie eigentlich in allen Situationen, die wir durchgemacht haben, seine Pflicht erfüllt hat in Berlin. Er hat sich auch dazu wieder bereit erklärt. Sie haben ja einen neuen Berlin-Kreis geschaffen, aber das ist zunächst noch eine Aktion der Sympathie; es fehlt bisher völlig an einer Aktion der verantwortlichen Politik.

Ich möchte in diesem Bundesvorstand noch einmal darauf hingewiesen haben – ohne Rücksicht darauf, wer nun in Berlin am Ruder ist, oder ob wir dadurch Stimmen gewinnen –, da es immer schlechter wird in Berlin. Es ist uns allen nicht geholfen, wenn sich die Dinge so weiter entwickeln. Ich kann zum Schlusse nur sagen, daß wir wahrscheinlich nicht mehr viel Zeit haben. Die innere Situation in Berlin hat sich in Wochenabschnitten sichtbar verschlechtert. Die Situation ist die, daß das zu einer Gesamtgefahr für die Entwicklung der deutschen Politik im ganzen werden kann.

Heck: Das Wort hat Herr Lemmer.

Lemmer: Ich bin mit allem einverstanden, was Amrehn gesagt hat. Das ist auch mein Urteil. Wir müssen das hier global nehmen und sehen. Wir stehen seit einiger Zeit vor einer Westoffensive der Sowjetunion. Das ist der Hintergrund. Ich glaube, weder die Westmächte noch wir machen uns genügend klar, daß der sowjetrussische Imperialismus in eine neue Phase getreten ist.

---

91 Im September 1967 beschloß der BDI, einen Arbeitskreis einzurichten, der sich mit Fragen der Berliner Wirtschaft beschäftigen sollte (vgl. Berg an Kiesinger vom 3. November 1967, in dem er über sein Gespräch mit Klaus Schütz über die Bildung eines „Berlin-bezogenen Arbeitskreises" berichtet, in ACDP 01-226-001). Im Dezember 1967 traf sich der Arbeitskreis erstmals, vgl. dpa vom 25. September 1967 „BDI bildet Berlin-Arbeitskreis"; „Welt" vom 12. Dezember 1967 „Berg: Die deutsche Industrie muß in Berlin investieren".

Sein erstes Ziel ist West-Berlin. In West-Berlin bestehen für sie die günstigsten Voraussetzungen, weil in dieser bedrohten Stadt seit vielen Jahren keine Führung mehr ist, keine Autorität, weil sich die Sozialdemokratische Partei, die man die Staatspartei von Berlin nennen könnte, in einer schweren Krisis befindet und überhaupt keine Ausstrahlungskraft mehr hat und die Bevölkerung in zunehmendem Maße unsicher wird, weil nicht der geringste Widerstandswille gegen die Infiltration von Ost-Berlin zu bemerken ist.

Ich darf zwei Zahlen meines Freundes Amrehn korrigieren. Sie sind aber noch schlimmer. Ich habe vom Polizeipräsidium folgende Zahlen vertraulich mitgeteilt bekommen: Am 1. Mai waren vor dem Reichstagsgebäude knapp 70.000, in der Hauptsache befohlene ÖTV-Mitglieder, städtische Bedienstete usw. Vom Volk aus Berlin war – im Gegensatz zu früher – kaum noch etwas zu bemerken. In Neukölln waren nach polizeilicher Auskunft über 30.000 Demonstranten. So etwas hat es in Berlin – nämlich hier 30.000 und dort 70.000 Menschen – am 1. Mai auch nicht im entferntesten bisher gegeben.

Die Führung in der Berliner Zersetzung hat nunmehr die SED sichtbar übernommen, nachdem sie etwa zwei Jahre lang die Studenten voranmarschieren ließ, die sie schließlich als Aufhänger benutzte, um sich dann selbst anzuhängen, um West-Berlin so allmählich – ich muß das Wort aussprechen – sturmreif zu machen. (*Bewegung.*) Wie lange wir in Berlin widerstehen werden, das kann niemand voraussagen. Geht die Entwicklung so weiter, wird das Tempo schneller werden für die Aggression Ulbrichts im Auftrage Moskaus. Ulbricht macht ja nichts ohne Befehl und Legitimation durch Moskau. Das ist das eine, was ich mit ganzem Ernst sagen muß.

Wir haben heute morgen in den Zeitungen gelesen, daß wir wahrscheinlich – ich sage das voraus nach meinem Instinkt – bald die Prager Tragödie erleben werden. Die Budapester haben wir erlebt.[92] Die Prager Tragödie wird sich nach meiner Meinung noch im Laufe dieses Sommers irgendwie zuspitzen. Die Sowjetunion ist in ihrer Aggression, in ihrem imperialistischen Willen ungeschwächt. Und die westliche Welt sieht mit rührenden Illusionen – wenn von der Problematik Ost und West gesprochen wird – die Situation der Sowjetunion an.

Ich warne auch davor, etwa daran zu glauben – was ganz populär ist –, daß die Sowjetunion etwa durch China in ihrer Aggressivität gehemmt würde. Zwischen Peking und Moskau bestehen nach wie vor Beziehungen! (*Unruhe und Bewegung.*) Sie können sich darauf verlassen! Ich will Ihnen ein kleines Beispiel dafür nennen. Die aufrührerischen Studenten in Berlin haben ihr Geld – das muß doch dem Innenministerium, der

92 Hinweis auf den Ungarn-Aufstand vom 23. Oktober bis 4. November 1956 und eine mögliche militärische Intervention der Sowjetunion in der Tschechoslowakei, die tatsächlich am 21. August 1968 erfolgte.

Organisation Gehlen[93] und den westlichen Nachrichtendiensten bekannt sein – von der chinesischen Botschaft mit Tolerierung und Wissen der sowjetischen und der Ulbricht-Instanzen in Empfang genommen. Der Drehpunkt war bis vor kurzem die chinesische Botschaft, jetzt abgelöst durch die sowjetische Botschaft, abgelöst durch das Ulbricht-Regime, um nun die Zersetzung in West-Berlin mit allen Mitteln fortzusetzen.

Dem steht gegenüber eine völlig – entschuldigen Sie – dekadente westliche Welt. Die westliche Welt ist in einem Zustand, daß sie keiner ernstnehmen darf; das gilt auch für die USA. Sehen Sie, was sich dort abspielt; was sich in England abspielt, in Frankreich, in Italien, überall in der westlichen Welt greift dieser Bazillus um sich, und die westliche Welt mit der NATO usw. verliert an Autorität, so daß die Sowjetunion ermuntert wird, kühnere und risikovollere Initiativen noch im Laufe dieses Jahres zu ergreifen.

In Berlin selbst – man sagt, belagerte Festung – haben wir jetzt intra muros den Feind. Er war bisher nicht sichtbar. Es schienen Hochschulfragen zu sein; aber das sind nicht Hochschulen. Das ist nur geputscht und ausgelöst worden, um den Aufhänger zu finden für einen ganz konzentrierten Angriff auf westliche Positionen. Zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik besteht eine kommunizierende Röhre, auch wenn es noch nicht so aussieht.

Wir werden morgen unser erstes Wetterleuchten in dieser Richtung hier in unserer Bundeshauptstadt erleben.[94] Es ist eine Offensive, die natürlich nicht etwa in West-Berlin zum Stehen gebracht werden soll. West-Berlins Fall ist die Voraussetzung, um die Expansion weiter nach Westen fortzusetzen. Die Unterwanderung nimmt ganz gewaltig zu.

Eine ganz andere Bemerkung! Ich habe leider die Feststellung machen müssen, daß fast alle, die unser Ärgernis in West-Berlin erregen, Flüchtlinge aus der Zone sind, von Dutschke angefangen über Herrn Borm[95] und anderen Figuren; Ristock und Beck usw. Es sind alles Zonenflüchtlinge, die vor zehn Jahren (*Stingl:* Ristock vor 20!) oder früher aus der Zone gekommen sind. Sie sind dem Namen nach als Rädelsführer der Berliner Zersetzungsarbeit bekannt. Weil ich selbst aus der Zone komme, weiß ich, daß keiner die Zone verlassen hat, ohne der Erpressung der NKWD ausgesetzt gewesen zu sein zu unterschreiben, bei sich bietender Gelegenheit später wegen der Abhängigkeit von der

93 Nach Reinhard Gehlen (1902–1979), dem Leiter der Abteilung Fremde Heere Ost im Generalstab des Heeres (1942–1945) genannter, mit amerikanischer Unterstützung nach 1945 aufgebauter Nachrichtendienst, der 1955 von der Bundesrepublik übernommen und 1956 in Bundesnachrichtendienst umbenannt wurde. Memoiren: Der Dienst – Erinnerungen 1942–1971. Mainz 1971; Dieter KRÜGER (Hg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg. Berlin 2003.

94 Vgl. Anm. 24.

95 In der Vorlage: Born. – William Borm (1895–1987), Unternehmer; 1924–1933 DVP, 1945 LDP, 1960–1969 Vorsitzender der FDP Berlin, 1963–1967 MdA Berlin, 1965–1972 MdB, 1971/72 MdEP, 1982 Austritt aus der FDP. – Borm war 1950 während einer Transitreise von der DDR-Volkspolizei verhaftet, zu 10 Jahren Haft verurteilt und 1959 aus der Haft entlassen worden. Nach 1990 wurde seine Mitarbeit für die DDR-Staatssicherheit bekannt.

geleisteten Unterschrift Agentenarbeit zu leisten. Das ist eine kühne Behauptung. Ich kann sie öffentlich nicht aufstellen, weil ich sie ja beweisen müßte. Ich würde wahrscheinlich dabei hereinfallen. Durch meinen Instinkt und aufgrund meiner Erfahrungen, die ich seit meiner Flucht aus der Zone gesammelt habe, habe ich das allergrößte Mißtrauen gegen alle diese Figuren.

Herr Dutschke kommt aus Thüringen. Abgesehen von Herrn Teufel[96], den uns das Schwabenland geschickt hat, sind es alle Flüchtlinge aus der Zone, die in Berlin diese Zersetzung der Positionen betreiben. Dazu gehört die antiamerikanische Stimmung und Propaganda. In diesem ganz vertraulichen Kreise kann ich sagen, es ist ein großer Irrtum anzunehmen – ich weiß das von führenden Amerikanern –, daß die Amerikaner das gelassen zur Kenntnis nähmen. Das ist nicht wahr. Das schlägt hinüber nach Amerika. Die amerikanische Presse pflegt mit großer Ausführlichkeit alle diese Vorkommnisse zu registrieren, die nicht einmal in deutschen Zeitungen stehen. Das tut meines Erachtens an der Spitze die „New York Times", die ich persönlich für ein ausgesprochen deutschgegnerisches Blatt halte, die geradezu mit Wollust die Zersetzung der Bundesrepublik dem amerikanischen Publikum täglich vor Augen führt und in Amerika – wie meine amerikanischen Freunde bestätigen – die Stimmung verstärkt, sich aus Europa überhaupt zurückzuziehen, auch eines Tages aus Berlin, weil sie fühlen, daß sie dort bei der noch in Ordnung befindlichen Bevölkerung nicht die Resonanz, nicht die Stütze finden, die sie zweifellos erwarten.

Die SPD gliedert sich in drei Haufen in Berlin. Ob das auch in der Bundesrepublik so ist, weiß ich nicht. Hier sind es anscheinend zwei, in Berlin sind es drei. Da haben wir den Flügel Schütz, ich beurteile ihn noch ein wenig optimistisch. Da haben wir die Gruppe Albertz, die der Linken nahegerückt ist. Und da haben wir die Linke. Ich unterstreiche Amrehns Feststellung, so betrüblich sie ist, daß den Grundstein zu diesem Zersetzungsprozeß Herr Brandt gelegt hat. (*Unruhe und Bewegung.*) Während der Bürgermeisterschaft Brandts konnten sich die Anfänge ungestört entwickeln. Und jetzt das Profil seiner beiden Söhne![97] Ja, ist das denn nichts, wenn der deutsche Außenminister zwei Söhne vorzeigen kann, die geradezu unter dem Beifall der Ost-Berliner Presse ihr Unwesen treiben! (*Unruhe.*) Ein anderer bedrückender Faktor, lieber Freund Hahn, ist unsere evangelische Kirche in Berlin. Im Monat März hat der Generalsuperintendent Helbich[98] mitgeteilt, der einer der wenigen aufrechten Männer dort ist: 700 Kirchenaustritte. Im April waren es an die 1.000 Austritte! Die evangelische Bevölkerung, die noch einen Funken von staatsbürgerlichem Verantwortungsbewußtsein hat, wendet sich von dieser Kirche ab und bemüht sich, Freikirchen zu gründen, weil diese Menschen Christen sind und Christen bleiben wollen. Die Lage der evangelischen Kirche in Berlin paßt genau zu dem Bild, das ich eben geschildert habe. In Berlin stehen schätzungswei-

96 Fritz Teufel (geb. 1943), Student der Publizistik, 1967 Mitglied der Kommune I in Berlin, APO-Aktivist, 1971 Verurteilung zu zwei Jahren Haft wegen versuchter Brandstiftung.

97 Zu den Ereignissen vgl. SCHÖLLGEN S. 135–140. Vgl. auch Nr. 10 Anm. 51.

98 In der Vorlage: Hellwig. – Hans-Martin Helbich (1906–1975), ab 1961 Generalsuperintendent in Berlin.

se 80% der aktiven Geistlichkeit, insbesondere die gesamte junge Generation, auf dem kommunistenfördernden Flügel. Das ist die Lage dieser Kirche in der ohnehin so außerordentlich gefährdeten Stadt.

Es kommt hinzu, daß Justiz und Polizei in meinen Augen in Berlin seit einiger Zeit aktionsunfähig geworden sind, weil die staatliche Obrigkeit weder die Männer der Justiz noch die Männer der Polizei zu schützen gewußt hat. Das Gegenteil ist der Fall! Unterstützt von einem Teil der Presse in Berlin, von einem noch viel größeren Teil der Presse im Bundesgebiet, werden die Männer, die die Sicherheit des Staates zu gewährleisten versuchen, auch noch angegriffen.

Meine Freunde! Ich habe in der Fraktion in Berlin vor einem Jahr gesagt: Wir machen hier eine perfekte Gesetzgebung, und im Bundestag wird großartig technisch und praktisch gearbeitet, aber es ist keine Politik mehr da. Wir sind Gesetzes-Fabrikanten mit einem großen Fleiß, mit deutschem Perfektionismus, haben aber gar kein Gefühl dafür, wie der Boden in der gesamten Bundesrepublik wankt, insbesondere in Berlin, auf dem wir unsere brave politische Arbeit leisten. Wir haben kein Empfinden mehr dafür, daß ein Staat, der seine Autorität nicht zu wahren weiß, zu einer Karikatur wird. Gerade ein demokratischer Staat muß in diesen labilen und unruhigen Zeiten, in diesen wahrhaft turbulenten Zeiten ein Gefühl für Autorität haben, wenn er existieren will. (*Unruhe.*) Die Abwanderung der Bürger und Wähler von der demokratischen Mitte ist eine Folge der Autoritätsschwäche, die wir in den Ländern und – ohne weniger Schuld – auch im Bund haben. Ich würde niemals das, was sich hier morgen abspielen wird, erlaubt haben. Wohin kommen wir denn, wenn wir die Demokratie zu einer Legitimation machen, die Grundlagen des Staates zu zerstören! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Hier handelt es sich nicht um eine antiparlamentarische Opposition; hier handelt es sich um eine antidemokratische Opposition! Und die lassen wir gewähren! Wir reden immer von der NPD. Das haben wir auch heute morgen wieder gehört. Aber der Feind, der uns im Augenblick bedroht, ist die äußerste Linke, die zum großen Generalangriff im Jahre 1968 übergegangen ist, die die Amerikaner in Asien engagiert, die überall Dekadenzerscheinungen herbeizuführen versucht. Infolgedessen kann ich unsere Freunde hier in diesem Bundesvorstand nicht genug davor warnen, diese Dinge leichtzunehmen und mit der üblichen Toleranz zu kommen.

Ich habe das auch heute morgen wieder von mehreren Freunden gehört. Mit dieser Toleranz – die keine mehr ist – gehen wir schuldhafter bergab als die Weimarer Republik, die ja ein Opfer ganz anderer Verhältnisse gewesen ist als diejenigen, die wir heute als Wohlstandsstaat der Bundesrepublik haben. Wenn wir diese Schwäche fortsetzen, dann wird es ein böses Ende geben. Das möchte ich zur Ergänzung dessen, was Franz Amrehn hier ausgeführt hat, doch noch gesagt haben. (*Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Wir müssen heute irgend etwas der Presse sagen. Ich denke, wir sollten drei Dinge zum Ausdruck bringen: Erstens sollten wir unterstreichen, was heute im Bundestag zum Thema Notstand gesagt worden ist. Zweitens scheint es mir wichtig zu sein, daß wir zum Ausdruck bringen, daß sich die CDU in Baden-Württemberg als die stabile Partei erwiesen hat, und drittens sollten wir eine Aussage machen,

daß sich zur Regierungsbildung in Stuttgart keine demokratische Partei vor der Verantwortung drücken darf.

Die Frage ist, ob wir zu Berlin etwas sagen sollen. Hier meine ich, daß wir uns in einer weiteren Aussprache dem stärker zuwenden sollten, was zu tun ist. Ich glaube, es ist niemand hier am Tisch, der nicht sehr beeindruckt ist von der Darstellung der Situation, die mit Zahlen belegt worden ist. Ich brauche nur an die Zahlen des 1. Mai zu denken, 70.000 Menschen und 30.000 auf der Gegenseite. Ich erinnere weiter an die Abwanderung der Arbeitskräfte usw. Das ist alles sehr eindrucksvoll geschildert worden.

Wir sollten uns damit beschäftigen, was kann hier getan werden; was muß man tun. Wenn die Bevölkerung in Berlin nicht mehr hält, dann können sie auch die Amerikaner nicht halten. Der Fall von Berlin wäre doch eine ganz schreckliche Geschichte. (*Unruhe.*) Ich habe daran gedacht, daß man das Präsidium vom Bundesvorstand beauftragen soll, in dieser Sache einiges zu unternehmen. Gerade weil die SPD offensichtlich ihre Genossen in Berlin im Stich läßt, sollte die Initiative von uns aus kommen.

Kohl: Zur Geschäftsordnung! Ich schlage vor und beantrage es, dieses Thema in der nächsten Vorstandssitzung als Punkt 1 zu behandeln, nämlich das, was wir eben besprochen haben. Als Punkt 2 sollten wir das nehmen, was Amrehn und Lemmer zu Berlin vorgetragen haben. Ich schlage vor, daß wir in unserer Veröffentlichung ankündigen, daß wir uns in der nächsten Bundesvorstandssitzung mit diesen Punkten befassen werden.

Meine Herren! Wir jammern immer über die Verhältnisse hier. Aber schauen Sie sich einmal um, wer noch da ist im Bundesvorstand. Das ist doch das Problem. Ich habe schon oft darauf hingewiesen. Es sind jetzt noch kaum zehn Leute hier. Das ist doch – ich kann es nur wiederholen – die ganze Crux! (*Zurufe:* Sehr wahr!) Das ist auch ein durchaus logischer Schluß zu dem, was Ernst Lemmer und Franz Amrehn hier so eindringlich vorgetragen haben. Das hängt doch alles zusammen.

Bundeskanzler Dr. Kiesinger kommt wieder in den Saal.

Heck: Ich darf zunächst den Herrn Bundeskanzler orientieren. Zuerst hat uns Herr Barzel informiert über sein Gespräch mit dem Bundespräsidenten hinsichtlich einer künftigen Regelung. Der Bundesvorstand ist der Meinung, daß sich das Präsidium alsbald mit dieser Frage befassen und festlegen soll, wer hier überhaupt zum Verhandeln legitimiert ist, damit nicht von vielen, die sich hier berufen fühlen, unkoordinierte Gespräche geführt werden.

Dann haben Franz Amrehn und Ernst Lemmer ungewöhnlich eindringlich mit zwingenden Hinweisen und mit Material dargetan, daß in Berlin die Moral der Bevölkerung ernsthaft in der Substanz gefährdet erscheint.

Wir sind nun an dem Punkt, wo wir überlegen wollen, was hier getan werden muß. Das ist um so dringlicher notwendig, weil offensichtlich die SPD – so wird es wenigstens von Berlin aus angesehen –, sowohl Brandt wie auch Wehner, ihre Berliner Genossen nicht sonderlich unterstützen und sie auch nicht in die richtige Richtung zu bringen vermögen. Das ist etwa der jetzige Stand unserer Beratungen.

Kiesinger: Ich habe dem Regierenden Bürgermeister von Berlin für den kommenden Donnerstag einen Termin gegeben, um den er mich gebeten hat. Ich habe diese Gruppe von Beamten und Wirtschaftsleuten, die für die Wirtschaftsförderung Berlins einen Plan ausarbeiten soll, gebeten, die Arbeiten schnell zu beenden, damit ich möglichst noch in dieser oder in der nächsten Woche dem Regierenden Bürgermeister von Berlin einen Plan unterbreiten kann.

Das Problem ist ja vielschichtig. Die Frage, können wir Berlin halten, ist ganz ernsthaft zu stellen. (*Bewegung und Unruhe.*) Meine Herren! Das muß man ansprechen und aussprechen! Die Moral der Berliner Bevölkerung bei diesen fürchterlichen Umständen, unter denen sich Berlin aus einem Stolz der Nation zu einem Krankheitsherd der Nation gewandelt hat, ist in der Tat ein schreckliches Problem.

Ich muß gestehen, ich weiß auch noch kein Rezept dafür. Wir können natürlich Berlin wirtschaftlich zu stärken versuchen. Wir werden uns wehren gegen die Versuche Moskaus, Berlin politisch abzuschreiben. Sie behaupten, daß wir den Status Berlins ändern wollten. Doch sie versuchen genau das Umgekehrte; sie wollen den Status Berlins ändern.

Es ist die Frage, wie wir an diese Kerle herankommen, die nun ununterbrochen in Berlin – das sind Professoren, Schriftsteller und Studenten – ihr Gift verspritzen. Das ist ja der eigentliche Herd des Übels. Wir sollten unter allen Umständen versuchen, diesen Zustrom von Studenten, die sich der Wehrpflicht entziehen, zu verhindern. Da muß sich doch ein Weg finden lassen, um gegen diese Kerle anzugehen. Das müssen unsere Berliner Freunde sagen. Wir brauchen hier ihren Rat. Sie müssen uns ganz konkret sagen: Da und da müßt ihr uns helfen. – Ich bin bereit, jede Anstrengung zu unternehmen.

Es ist gar kein Zweifel, wenn einmal die Berliner Position verloren ist, dann ist nicht nur Berlin verloren, sondern dann ist sehr, sehr viel mehr verloren. (*Unruhe und Bewegung.*) Ich weiß nicht, was hier gesagt worden ist. Ich kann nur erklären, nichts hat mir in den letzten Monaten mehr Sorge gemacht als Berlin. Das hat mir wirklich schlaflose Nächte gebracht. Man sieht doch ganz deutlich, worauf Moskau in Berlin zielt. Ich sagte heute früh, es will uns auf die Knie zwingen. Und der Beginn dazu soll Berlin sein. Berlin ist nun einmal unsere Achillesferse.

Ich habe es schon oft gesagt. In diesem Haus stand ich neben dem verstorbenen Senator Klein[99] und Brandt als Bürgermeister. Ich sagte ihnen, meine Herren, was können wir tun? Die waren ganz niedergeschlagen. Klein sagte: Berlin lebt vom Kalten Krieg. – Und Brandt brummte zustimmend dazu. Diese Situation ist in Berlin deutlich geworden. (*Unruhe.*) In dem Maße, wie sich die kalte Kriegslandschaft geändert hat, schwächte sich unsere Position ab. Das ist wie an einem Barometer an der Situation Berlins abzulesen.

99 Günter Klein (1900–1963), Jurist; 1923 SPD, 1931–1933 Landrat des Kreises Dinslaken, ab 1947 Vertreter Berlins im Frankfurter Wirtschaftsrat, 1949–1953 Mitglied des Magistrats von Groß-Berlin bzw. des West-Berliner Senats, 1954–1961 MdA Berlin, 1955–1961 Senator für Bundesangelegenheiten sowie für das Post- und Fernmeldewesen, 1961–1963 MdB.

Ich bin – selbstverständlich auch um unserer politischen Freunde in Berlin willen – gerne bereit, in diesem Zusammenhang eine Geste zu machen, daß sich die CDU Berlins um das Schicksal dieser Stadt kümmert. Ich habe auch dem Regierenden Bürgermeister sofort einen Termin eingeräumt. Bei den Sozialdemokraten ist so etwas wie eine Ratlosigkeit und Hilflosigkeit. Das merke ich, wenn ich mit den führenden Leuten – außer mit Leber – spreche. Bei Brandt kriegt man überhaupt nicht viel heraus. Das ist so seine Art. Die kennen Sie ja. Und bei Wehner hört man jetzt nur noch: Diesen Kelch müssen wir bis zur bitteren Neige trinken. – Der ist auch in seiner Partei isoliert. Ihm wirft man vor, er sei der Vorkämpfer der Großen Koalition. Die SPD sei nun der Verlierer, und daran sei er schuld. Die SPD kann nur die Chance haben, eine Regierung zu übernehmen, wenn sie eine breite Volkspartei wird.

Ich sehe also bei dem, was Berlin angeht, nur Ratlosigkeit, insbesondere dann, wenn so ein Subjekt wie der Albertz mit seiner unsagbaren Rede[100] kommt! Ich habe schon seit Jahren in Deutschland nicht mehr so etwas Verdächtiges erlebt als diese Rede, die er da auf Dutschke gehalten hat. (*Lemmer:* Sie war zynisch!) Ja, wirklich zynisch! Ich weiß keine andere Bezeichnung dafür. So etwas muß ja auch zur Verwirrung der Berliner Bevölkerung beitragen.

Ich will nur sagen, meine Herren, ich kenne das Problem, und ich nehme es ganz gewiß so ernst wie Sie und bin bereit, hier alles zu tun. Aber ich gestehe, ein wenig ratlos bin ich im Augenblick immer noch.

Scheufelen: Es ist klar, die SPD-Führung in Berlin hat völlig abgewirtschaftet, aber die CDU bietet hier keine Alternative. Deshalb frage ich unsere Berliner Freunde, welche Möglichkeiten sehen Sie denn, daß sich die CDU als Führungskraft sichtbar und wirksam macht?

Stingl: Herr Scheufelen, Sie müssen einmal sehen, was unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus konkret an Anträgen und Vorschlägen einbringt und eingebracht hat usw. Sie sagen, was kann geschehen, daß die CDU als Führungskraft wirksam wird! Das hängt auch damit zusammen, daß uns Publikationsmittel einfach nicht zur Verfügung stehen. (*Zuruf:* Die „Morgenpost"!) Wer liest schon die „Morgenpost"! (*Scheufelen:* Das ist eine Berliner Frage!) Wir kommen auch nicht beim Sender Freies Berlin zum Wort. Die antiparlamentarische Opposition bekommt viel Sendezeit und wird dauernd vor das Mikrofon geholt, aber unsere Leute kommen überhaupt nicht zum Zuge. Die werden einfach nicht gehört.

Auf den Lehrstuhl für Publizistik wird nun ein Mann berufen, der ganz links steht. Der kommt jetzt zusätzlich noch nach Berlin. Alle diese Dinge spielen eine große Rolle. (*Kiesinger:* Wer ist das?) Ich weiß nicht, wie er heißt. (*Amrehn:* Alle anderen haben sich versagt.) Wir haben mehrere Fälle, wo die Leute weggehen. Herr Bundeskanzler, ich komme mir schon wie die Kassandra vor. In jeder Fraktionssitzung mache ich auf die Dinge aufmerksam. Ich komme mir wirklich schon dumm vor. Es ist nicht nur Herr

100 Albertz sprach bei einer Veranstaltung im Auditorium Maximum der TU Berlin, vgl. „General-Anzeiger Bonn" vom 17. April 1968. Albert sagte u. a. „er habe den peinlichen Eindruck, daß ‚ein schwerverwundeter Dutschke jetzt ein guter Dutschke ist'".

Dutschke gewesen. Wir haben es einfach nicht erkannt, daß hier die Kommunisten wirken. Herr Agnoli[101], der Italiener, ist einer der Drahtzieher. Herr Meschkat[102] hat im „Tagesspiegel" gesagt, daß er die Zusammenarbeit mit der SED will. Herr Mahler[103] hat es offen zugegeben. Die neue Vorsitzende des AStA hat gesagt, daß sie mit der SED zusammenarbeiten wolle. Ich kann auch das bestätigen, was Ernst Lemmer und Franz Amrehn in bezug auf die Stimmung in der Bevölkerung gesagt haben.

Daß die Berliner zaghaft werden, hängt einfach damit zusammen, daß sie sagen, wenn wir schon mutig sind, wo haben wir dann jetzt ein Echo? Was ist passiert, als Schütz nicht durchfahren konnte? Dafür ist der Sölle abgeholt und nach Hannover gefahren worden. Sie sagen weiter, wo geschieht denn etwas.

Es wird auch erklärt: Ihr sprecht von Frieden, aber nicht mehr von Freiheit! – Die europäische Friedensordnung ist sicherlich gut, aber es muß auch die Freiheit dahinterstehen. (*Kiesinger:* Das wird doch gemacht! – *Unruhe.*) Herr Bundeskanzler, hören Sie sich die Reden von Brandt an! Das Wort „Freiheit" bringt er kaum mehr über die Lippen. Es wird auch so getan, Herr Bundeskanzler, als ob nur der Brandt zuständig sei für die Sache Berlins. Es muß sich die CDU eben auch mehr rühren!

Das Berlin-Hilfe-Gesetz muß schneller gemacht werden! Die Berliner Wirtschaft braucht das, wenn sie disponieren will, um Arbeitskräfte nach Berlin zu bekommen.

Kiesinger: Schreiben Sie es bitte nicht auf diese Dinge ab. Diese Krankheit ist eine Berliner Krankheit. Da beißt keine Maus einen Faden ab! Diese Krankheit ist ausgegangen von der sozialdemokratischen Regierung. (*Stingl:* Das hat Brandt angefangen!) Jetzt sind es die Universitäten, die Professoren und die Studenten, denen sich nun angliedern die Linksintellektuellen, unterstützt von drüben. Und diesem Phänomen steht die Berliner Bevölkerung völlig hilflos gegenüber. Das ist der wirkliche Grund! (*Stingl:* Und die Berliner fühlen sich verlassen.) Und nun ... (*Stingl:* Sie fühlt sich verlassen, wenn auf die Nichtdurchfahrt von Schütz nicht reagiert wird.) Das ist eine ganz ephemere Geschichte. Der wirkliche Grund bei der Berliner Bevölkerung ist der, daß sie sagt: Was ist aus unserer Stadt geworden? – Das ist der Grund. Sie wissen doch, daß wir bei der und hinter dieser Stadt stehen. Nichts ist geschehen, was die Berliner dieses Glaubens berauben könnte.

---

101 Prof. Dr. Johannes Agnoli (1925–2003), Politologe; 1962–1966 Lehrbeauftragter und Assistent am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin, 1966–1968 Habilitationsstipendium der DFG, 1969–1972 Assistenz-Professor an der FU Berlin, 1972 Habilitation, 1972–1990 Professor an der FU Berlin.

102 Prof. Dr. Klaus Meschkat (geb. 1935), Soziologe; 1957 AStA-Vorsitzender an der FU Berlin, 1958/59 Vorsitzender des VDS, 1965–1968 Assistent am Osteuropa-Institut der FU, 1969–1973 Forschungsaufenthalte in Kolumbien und Chile, 1975–1999 Professor an der Universität Hannover.

103 Horst Mahler (geb. 1936), Rechtsanwalt; seit 1964 Tätigkeit als Rechtsanwalt, 1967 Prozeßvertretung von Fritz Teufel, Rainer Langhans, Beate Klarsfeld und Peter Brandt wegen Brandstiftung, 1968 Teilnahme an der Demonstration gegen den Springer-Verlag, 1970 Verurteilung zu Bewährungsstrafe und Flucht aus dem Gefängnis, Mitgründer der RAF, 1972–1974 Prozesse und Verurteilung zu 14 Jahren Haft, 1974 Ausschluß aus der Anwaltschaft, 1980 Haftentlassung, 1988 Wiederzulassung als Anwalt (NPD).

Wenn Sie einfach falsch analysieren und nicht anerkennen wollen, daß in Berlin diese Pestbeule entstanden ist und dies der eigentliche Grund für die Berliner Resignation ist, dann sagen Sie es doch! Daran liegt es doch! Das einzige, was man hinzusetzen kann, ist dies: Ich war im vorigen Jahr am 1. Mai in Berlin. Dieses Mal hat man mich nicht ausdrücklich gefragt. Es war vorher einmal angedeutet worden, ob ich käme, wenn der Berliner Senat mich einladen würde. Das hat man offengelassen.

Diese Dinge, daß da nicht fest genug reagiert wird, mögen noch ein bißchen mitspielen. Wenn die Stimmung deprimiert ist, kommt natürlich so etwas hinzu; aber die Hunderttausende, ja die Million von Menschen leben doch in der vergifteten Atmosphäre dieser Stadt. Wenn eine andere Stadt in Deutschland eine solche Atmosphäre hätte, dann wäre sie nicht abgetrennt, aber in Berlin sitzt man wie in einer Pestbaracke. Ich kann mir gut vorstellen, wie mir zumute wäre, wenn ich in Berlin wohnte.

Deswegen muß das Übel an der Wurzel gepackt werden. Wir müssen einen Weg finden, um diese Pestbeule an der Berliner Universität, bei der Berliner Studentenschaft und den Berliner Professoren zu beseitigen. Wenn uns das nicht gelingt, dann gelingt uns auch nicht die Säuberung der Verhältnisse in Berlin. Davon dürfen Sie überzeugt sein.

Stingl: Herr Bundeskanzler! Ich bin dennoch anderer Meinung. Diese anderen Dinge spielen auch eine große Rolle. Ich habe gerade in dieser Woche mit sehr vielen Leuten zusammengesessen. Viele sagen, ich muß jetzt mein Geld herausnehmen, weil ich nicht weiß, wie ich drankomme. Es ist auch so – was Amrehn gesagt hat –, daß die Söhne von Leuten, die immer draußen waren, draußen bleiben, weil sie sagen, wo haben wir denn eine Garantie. Im übrigen wird aber auf die „Nadelstiche" in Berlin überhaupt nicht reagiert. Auch das spielt eine Rolle, Herr Bundeskanzler.

Ich bestreite gar nicht, daß die Verhältnisse an der Universität mit ein Grund sind, aber wenn man in einem solchen Falle nicht weiß, wo der Arzt sitzt, der helfen kann, dann ist die Sache auch verfehlt. Wir müssen also von draußen die Hilfe und die Reaktion auf das haben, was dort passiert. Herr Bundeskanzler, warum reagiert man denn nicht?

Kiesinger: Wie soll man denn reagieren? (*Stingl:* Bei Herrn Schütz und Herrn Sölle z. B.) Natürlich, aber daß Herr Sölle da war, habe ich erst post festum erfahren. Man kann das natürlich machen, nur darf man nicht glauben, daß das die geringste Wirkung hätte.

Amrehn: Herr Scheufelen hat gefragt, ob die CDU in Berlin eine Alternative bieten könnte. Das ist natürlich sehr schwer in einer Zeit, in der die Sozialdemokratie im Parlament noch 56% der Sitze innehat, politisch eine neue Möglichkeit anzubieten, weil sie durch das Parlament gedeckt werden müßte. Zu dem Punkt also Stellung zu nehmen, fällt mir natürlich besonders schwer. Bisher habe ich selber es jedenfalls versucht, das zu tun. Ich kann hinzufügen, ich glaube ganz sicher, daß die CDU auch heute schon imstande wäre, einen besseren Senat zu bilden, als die SPD ihn gebildet hat. Das heißt aber noch nicht, daß wir die Mehrheit hätten. Wir müssen aber von den Mehrheitsverhältnissen ausgehen. Die Forderung nach Neuwahlen, die zweimal erhoben worden ist,

ist einfach zurückgewiesen worden von den Sozialdemokraten. Sie können ja auch im Grunde gar nicht anders.

Meine Freunde! Der eigentliche Einbruch in die gesamte Berliner Situation hätte sein können und sein müssen der Bau der Berliner Mauer. Wir waren da in einer ganz ernsten Sorge und haben monatelang eine Krise durchgemacht, ob die Moral der Berliner durchhalten würde. Es sind viele Leute weggegangen. Es hat dort im Frühjahr 1962 freie Wohnungen gegeben. Viele sind aber dann wiedergekommen. Wir haben es damals geschafft.

Ich habe vorhin Zahlen genannt, Herr Bundeskanzler. In den folgenden Jahren hat eine solche Zuwanderung nach Berlin stattgefunden, daß allein der Wanderungsüberschuß aus der Bundesrepublik in den Jahren 1964 und 1965 jeweils 25.000 betragen hat. Aber seit 2½ Jahren geht es rapide abwärts mit einer umgekehrten Zahl der Abwanderung. Ich spreche jetzt nicht von der Altersstruktur. Daß wir hier auch viel verlieren, spielt natürlich eine entscheidende Rolle.

In dieser ganzen Entwicklung spielt die Psychologie eine wichtige Rolle; es sind nicht unbedingt immer die Tatsachen. Ein schrecklicher Einbruch der Psychologie war seinerzeit auch das Verbluten von Peter Fechter[104] an der Mauer, ohne daß die Amerikaner eingegriffen haben. Das hat im Sommer 1962 einen Schock gegeben. Ich halte dieses Datum immer fest, weil an diesem Tag der Albertz innerlich zusammengebrochen ist. Er war Innensenator und hat nicht helfen können. Er kam damals zu mir gelaufen und machte sich die schlimmsten Vorwürfe, daß er nicht selbst über die Mauer gestiegen ist. Er war da, ist aber zu spät gekommen. Der Mann war schon abtransportiert.

Aber das ist der Tag, Herr Bundeskanzler, an dem Albertz seine politische Fahne ganz woanders aufgepflanzt hat. Vielleicht erinnern Sie sich daran, daß ich bei Ihrem Amtsantritt etwas vor Albertz gewarnt habe. Ich habe es einfach nicht verstanden, daß Sie ihm noch den Rücken gestärkt haben, als er bereits am Kippen war. (*Kiesinger:* Das war nicht für ihn persönlich!) Ich verstehe, daß man nicht in dieser Situation weiter abrutschen wollte.

Schütz hat sich eine Jacke angezogen, die für ihn zu groß ist und wahrscheinlich von vornherein von denen, die ihn beurteilen konnten, für zu groß gehalten wurde. Er hat in dem halben Jahr, in dem er nun im Amt ist, nicht den notwendigen Kontakt zur Bevölkerung gefunden. Er hat auch rein rednerisch – was in Berlin so unendlich wichtig ist – nicht die Sprache, um die Menschen zusammenzuführen und zu begeistern. Seine Rede am 1. Mai ist doch eher deprimierend gewesen in der Wirkung, nicht in dem, was er gesagt hat, sondern in der rhetorisch unvollkommenen Wirkung in einer Manier, die modern sein soll, die aber weder im Rundfunk noch in einer öffentlichen Versammlung ankommt.

Nun waren wir bemüht, Herr Bundeskanzler – weil das Berliner Mai-Komitee und die Sozialdemokraten der Meinung waren, Sie sollten kommen, obwohl Sie im vorigen

104 Der Bauarbeiter Peter Fechter (geb. 14. Januar 1944) verblutete am 17. August 1962 an der Berliner Mauer, nachdem der bei einem Fluchtversuch von DDR-Grenzsoldaten angeschossen worden war.

Jahr da waren –, Sie zu bitten. Dann ist mir gesagt worden, Sie seien dazu nicht bereit. (*Kiesinger:* Nein, ich hatte Bedenken.) Ich habe mitteilen lassen: Sonst wird Brandt gebeten. Dann wurde mir gesagt: Brandt wird in diesem Jahr nicht kommen. Er ist dann aber gekommen. Vielleicht hatte er noch die stärkste Wirkung bei den Berlinern. Aber er ist nur geholt worden, weil der Regierende Bürgermeister es mit seiner Person und seiner Autorität nicht schaffte. Die Kundgebung wäre ohne Brandt – ohne jetzt Katzer zu nahe zu treten, der ja mehr von seinem Ressort gesprochen hat[105] – auch inhaltlich und innerlich nicht so verlaufen.

Herr Bundeskanzler! Eine zweite Sache noch! Am 17. Juni beabsichtigt dieses Berlin nicht mehr, eine öffentliche Kundgebung zu veranstalten. Vor dem Rathaus Schöneberg hat immer ein Mann des Bundes gesprochen. Der Senat hat sich entschlossen, in diesem Jahr die Kundgebung nicht mehr zu machen. Freund Lemmer hat vorhin genauere Zahlen, als ich sie hatte, genannt. Am 1. Mai waren vor dem Reichstag noch 70.000 Menschen; auf der kommunistischen Kundgebung waren es 30.000. Wir hatten schon früher vor dem Rathaus am 17. Juni viel weniger Menschen.

Die Opposition und die Kommunisten würden heute eine solche Kundgebung nicht nur stören, sondern auch auffliegen lassen. Wir gehen also jetzt ins Abgeordnetenhaus. Ich bin von meinen Freunden zunächst, ohne daß ich es dem Senat bisher vorgeschlagen habe, gefragt worden, ob Sie neben Schütz oder vielleicht allein vor dem Abgeordnetenhaus sprechen würden am 17. Juni. Ich bitte Sie, sich das einmal durch den Kopf gehen zu lassen. Sie hätten ja sonst am 17. Juni von Amts wegen im Bundestag gesprochen.[106] Mir ist gesagt worden, in diesem Jahr finde auch diese Bundestagssitzung nicht mehr statt. Ich wäre dankbar, wenn ich dazu bald einen Bescheid bekommen könnte, weil man sonst noch jemand aus dem Bund bitten will; vielleicht Carlo Schmid[107].

Ich unterstreiche, Herr Bundeskanzler, daß der Beginn der inneren Verwirrung Berlins und besonders der SPD an dem Tag liegt, an dem Brandt vor dem Abgeordnetenhaus erklärt hat, mit der ersten Passierscheinvereinbarung sei nun der Durchbruch zu einer neuen Politik mit ganz neuen Aspekten gelungen. Wir haben das immer sehr bezweifelt. Man kann die Frage stellen, was ist trotz aller westlichen Konzeption daraus geworden? Seit zwei Jahren gibt es auch keine Passierscheine mehr.

Da liegt der Beginn der inneren Verwirrung der Berliner Bevölkerung und der Aufstieg derjenigen Kräfte in der SPD, die nun gemeint haben, man könne mit Pankow zu besseren Arrangements für West-Berlin kommen als mit Bonn. Das ist auch die innere

105 Am 1. Mai 1968 fand auf dem Berliner Platz der Republik eine Kundgebung statt, auf der Willy Brandt sprach, vgl. BULLETIN Nr. 54 vom 4. Mai 1968 S. 441 f.

106 Kiesinger hielt am 17. Juni 1968 eine Rundfunk- und Fernsehansprache, vgl. BULLETIN Nr. 79 vom 19. Juni 1968 S. 633 f.

107 Prof. Dr. Carlo Schmid (1896–1979), Jurist und Hochschullehrer; 1946 SPD, 1946–1953 Professor für Öffentliches Recht an der Universität Tübingen, 1947–1973 Mitglied des SPD-Parteivorstands, 1948/49 MdPR, 1949–1972 MdB (1949–1966 und 1969–1972 Vizepräsident des Deutschen Bundestags), 1958–1970 Mitglied im Parteipräsidium, 1966–1969 Minister für die Angelegenheiten des Bundesrats und der Länder, 1969–1979 Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit. Vgl. KEMPF/MERZ S. 591–595.

Triebfeder im Republikanischen Club. Der Präsident ist bei der SED.[108] Beide haben sich nunmehr zur Zusammenarbeit entschlossen, und zwar von Fall zu Fall. Ich habe vorhin erwähnt, daß die gestern gewählte Vorsitzende des AStA der Freien Universität vor ihrer Wahl erklärt hat, sie erstrebe eine Zusammenarbeit mit der SED in der Stadt.

Das ist die Situation, in der sich die Bevölkerung solche Sachen gefallen läßt und die Studentenschaft, die mit ihrer ganz großen Mehrheit weder den Kommunisten noch dem Republikanischen Club zuneigt, sich in dieser riesigen Mehrheit dennoch nicht zu Aktionen entschließt. Wir haben im RCDS 120 Mitglieder; davon sind 18 aktiv. Und von diesen 18 sind zwölf Leute, von denen ich nicht weiß, ob sie uns eingeschleust sind, die Beschlüsse fassen, die Oder-Neiße-Linie und das Pankow-Regime anzuerkennen. Der Runge[109] hat nun auch die Zusammenarbeit mit der SED proklamiert. Das sind RCDS-Leute, denen ich nicht attestieren kann, daß sie zu uns gehören. (*Kiesinger:* Ich bin fest davon überzeugt, daß im RCDS eine ganze Reihe von Leuten eingeschleust sind. – *Unruhe und Bewegung.*) Nun ist die Frage, was soll geschehen, Herr Bundeskanzler? Ich sage noch einmal, manche Dinge sind in erster Linie mehr eine Sache der Psychologie als der Fakten. An dem Tag, an dem verfügt wurde, Bundesbeamte dürfen nicht mehr über die Landstraße reisen, hätte beispielsweise gesagt werden können, von diesem Tage an wird für die Dauer der Maßnahme in Bonn immer ein Flugzeug bereitstehen, um Bundesbeamte zu transportieren; d. h. natürlich, daß sie bei der BEA[110] auch buchen können. Die Bekanntgabe einer Maßnahme, ein Flugzeug steht ständig bereit für den Transport, hat nichts anderes als psychologische Wirkung. Wir haben es auch schon probiert und praktisch durchgeführt, als einmal eine Sperre für Kirchentagsbesucher errichtet wurde.

Wir haben gesagt: Sonderdienst von Hannover. – Wir haben die Leute mit dem Bus von Helmstedt nach Hannover gebracht. Die Wirkung lag nicht nur in der Tatsache, daß sie reisen konnten, sondern auch darin, daß hier etwas geschehen war. Das ist jetzt einfach unterblieben. Die Alliierten sind ihrerseits zu der einen oder anderen Maßnahme bereit; beispielsweise auch dazu, die Reisesperre wieder zu verhängen, wie sie schon im vergangenen Jahr gegolten hat für kommunistische Funktionäre ins westliche Aus-

108 Gegründet wurde der Republikanische Club am 30. April 1967. Gründungsmitglieder waren: Johannes Agnoli, William Borm, Ossip K. Flechtheim, Hans Magnus Enzensberger, Wilfried Gottschalch, Ekkehart Krippendorff, Klaus Meschkat, Nikolaus Neumann, Wolfgang Neuss, Lothar Pinkall und Manfred Rexin, Präsident wurde Klaus Meschkat. Vgl. KRAUSHAAR S. 226.

109 Jürgen-Bernd Runge, Diplom-Politologe; 1960–1969 (Austritt) JU (ACDP 04-064-051), als Vorsitzender des RCDS Berlin abgewählt; 1975 Mitarbeiter von William Borm, nach 1990 PDS. – Vgl. die Beschlüsse des RCDS zur Deutschlandpolitik in Ring Christlich-Demokratischer Studenten: 18. ordentliche Bundesdelegierten-Versammlung. 28. Februar–3. März 1968 Königswinter (ACDP Dokumentation 9/936). Vgl. auch „Welt" vom 12. März 1968 „CDU-Studenten lösen sich von den Rockschößen"; „Frankfurter Rundschau" vom 5. März 1968 „CDU-Studenten gehen eigenen Weg".

110 Abkürzung für British European Airways.

land. Die Aufhebung dieser Sperre ist ja eine Maßnahme in der Richtung der Entspannung gewesen.

Dazu sagte mir der führende Amerikaner in Berlin: Wir konnten das nicht in dem Augenblick diskutieren und als Vorschlag annehmen, als Herr Sölle, obwohl er abgesagt hatte, nach der Zurückweisung von Schütz hereingelassen und sogar in Helmstedt abgeholt wurde. – Das sagte mir der Mann, der auch das Gefühl hat, daß mindestens psychologisch mit der Zurückweisung von Sölle etwas hätte geschehen können.

Das bringt mich dazu, folgendes zu sagen, Herr Bundeskanzler. Ich habe noch unter Ihren beiden Vorgängern immer wieder gesagt, wie notwendig es sei, eine Art Generalstab für alle diese Fragen zu haben und Mittel bereitzustellen und Maßnahmen vorzusehen, die in einer solchen Situation von heute auf morgen anwendbar sind. Es ist zu einer solchen planmäßigen Zusammenarbeit der zuständigen Stellen nicht gekommen. Auch das Amt für gesamtdeutsche Fragen ist nicht zustande gekommen. Ein solches Gremium sollte ad hoc zusammen gerufen werden, wenn eine akute Frage behandelt werden muß.

Ich habe eben die Flugpreiszuschüsse für Berlin erwähnt. Sie zu diskutieren, erscheint uns weltfremd angesichts gewisser Sperren auf der Straße, oder jetzt die Frage der Umsatzsteuer zu erörtern. Das ist auch eine wichtige Frage, aber nicht die eigentliche politische Frage.

Sie sagten vorhin – was ich gar nicht weiß –, daß Ihnen in diesen Tagen eine neue Ausarbeitung über neue wirtschaftliche Maßnahmen vorgelegt werde. Hoffentlich bezieht sie sich nicht nur auf Details, sondern auch auf Fragen der Gestaltung der Umsatzsteuer, der Mehrwertsteuer usw. Ich bin der Meinung – das habe ich schon oft gesagt –, daß natürlich mit den Stellen der Bundesministerien, aber zusammen mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie, mit den Unternehmern, hier etwas geschehen muß. (*Kiesinger:* Das ist ja der Fall!) Ich bin erstaunt, das zu hören. Mir ist gesagt worden, es liefe nichts dergleichen. Herr König hat noch vor wenigen Tagen gesagt, es fehle überhaupt an einem Konzept für solche Sachen und Aufgaben. Aber wenn das da ist, Herr Bundeskanzler, dann ist damit wenigstens ein Anfang gemacht, der vielleicht auch hoffen läßt, daß es in der deutschen Wirtschaft und in der Industrie zu Solidaritätsaktionen kommt, die nicht dem einzelnen das Risiko aufbürden, in Berlin zu investieren.

Ich habe eben die Zahlen zusammengestellt. Von 1958 bis 1966 gibt es im Bund 2.515 neue industrielle Niederlassungen, in Berlin sind es nur 75, und das am Hauptplatz deutscher Industrie! Hier meine ich, daß die wirtschaftlichen Vorteile ausreichen, daß eine Gesamtverantwortung der deutschen Wirtschaft – wenigstens der Industrie – es ermöglichen könnte und in der Lage sein müßte, die Investitionen stärker fortzusetzen, als dies in den letzten beiden Jahren der Fall gewesen ist, und dann auch für die Arbeitsplätze zu sorgen, die so attraktiv sein müssen, daß die Leute nicht weggehen. Das Ganze hat zwei Ursachen: daß die Plätze nicht genügend attraktiv sind und zum anderen, daß die Gesamtsituation immer wieder zu einer gewissen Abwanderung verleitet. Und dann folgt Betrieb um Betrieb – bei seiner Entscheidung auf sich gestellt – dem

Zug nach dem Westen, anstatt daß versucht wird, das durch eine Solidaritätsaktion aufzuhalten.

So ist z. B. eine öffentliche Körperschaft mit 600 Leuten nach Wiesbaden gegangen – nämlich die Deutsche Beamtenversicherung – mit der Begründung, sie hätte nur westdeutsche Eisenbahnversicherungen. Sie betreibt nun von Wiesbaden aus für Berlin das Versicherungsgeschäft, wie es auch die Allianz betreibt, so daß sie also gewissermaßen hier eine Gegenaktion unternommen hat.

Wenn aber zustande kommt, Herr Bundeskanzler, daß im wirtschaftlichen Bereich neue Investitionen möglich gemacht und damit die Menschen mehr an ihren Arbeitsplätzen festgehalten werden, wenn dazu kommt, daß auf kulturellem Gebiet einiges geschieht, auch in den Fragen der Forschung und der Universität, dann finden wir einen Ansatzpunkt, um eine Situation aufzuhalten, die Sie vielleicht noch deutlicher als ich charakterisiert haben.

Es ist inzwischen viel Zeit vergangen, ohne daß etwas geschehen ist. Gerade die Große Koalition hat die Zeit ihres bisherigen Bestehens nicht benutzt, um dort das Notwendige in Gang zu setzen, was der Senat allein nicht schaffen kann. Die Frage, die Freund Scheufelen stellte, nämlich: Wer kann dort etwas machen, ist ja nur ein Hinweis darauf, daß Berlin an unternehmerischen und – wenn Sie wollen – auch an politischen Persönlichkeiten ausgeblutet ist. Und heute wird im Senat Wirtschaftspolitik von einem Manne gemacht, der dazu nicht von vornherein unbedingt die beste Befähigung mitbringt, obwohl er fast noch der Beste im Senat ist, der Dr. König. Es ist so, daß er sich nicht mehr auf Ratgeber stützen kann, so daß wir einfach angewiesen sind auf den sachverständigen Rat von unternehmerischen Persönlichkeiten aus dem ganzen Bundesgebiet, die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten die Stärkung Berlins zusammen mit der Bundesregierung überlegen müssen.

Wir haben nicht mehr die Kräfte mit dem Erfindungsgeist und mit der Erfahrung, um solche Dinge planerisch vorlegen zu können. Das ist wahrscheinlich die Schwäche des Senats, die auch die Bundesregierung nicht veranlaßt hat, nun ihrerseits Ja zu sagen zu bestimmten Vorschlägen. Es liegt in der Verantwortung der Bundesregierung, hier die Initiative zu ergreifen. Ich war schon früher der Meinung, daß es dafür einen Mann geben muß. Die Industrie- und Handelskammer hat hierfür sogar einmal einen Bundesminister vorgeschlagen. Es sollte ein Mann verantwortlich mit dieser Aufgabe betraut werden, natürlich auch mit der Möglichkeit, die Ressort-Egoismen zu überwinden. Das spielt auch hierbei eine große Rolle.

Ich habe über diese Dinge vor sieben Monaten eindringlich mit Herrn Wehner gesprochen. Er ist ja eigentlich der zuständige Mann, der einen Berlin-Minister nicht zuläßt und dennoch auch nicht damit einverstanden war, daß andere Kompetenzverteilungen zustande kommen. Aber ich meine, daß mit gemeinsamen Anstrengungen es noch möglich ist, das aufzuhalten und damit Dinge zu stoppen, die sonst lawinenartig ihre schrecklichen Folgen haben werden. (*Lebhafte Bewegung.*)

Scheufelen: Die Situation ist offenbar die, daß die SPD ihre Stellung in Berlin verloren hat. Nun muß der Bevölkerung gezeigt werden, daß eine andere Partei da ist, die

sich bemüht, die Führung zu übernehmen. Ich habe heute morgen von einer Staatsverdrossenheit in der Bundesrepublik gesprochen. (*Lebhafte Unruhe.*) Es besteht für unsere Freunde in Berlin die Notwendigkeit, zum Berliner Senat, zur SPD, knallharte Alternativen zu setzen.

Amrehn: Aber, lieber Freund Scheufelen, das tun wir seit Jahren. Sie tun unserer Fraktion Unrecht. Ich mache Ihnen keinen Vorwurf, weil Sie keinen anderen Eindruck gewinnen können. Wir werden jetzt unter dem neuen Intendanten Barsig[111] erstmals erreichen, daß wir – wie der Regierende Bürgermeister – ein paar Minuten Sendezeit im Fernsehen bekommen. Das verdanken wir übrigens nicht Herrn Barsig von der SPD, sondern Herrn Meschkat und der Republikanischen Vereinigung; weil die das gefordert haben, kriegen wir das wahrscheinlich jetzt zugestanden.

Scheufelen: Hier müßte ein Ansatzpunkt sein, daß man der SPD sagt: Ihr müßt doch zugeben, in Berlin seid ihr nicht mehr in der Lage, die Dinge zu bewältigen. Gleichzeitig verhindert ihr, daß die parlamentarische demokratische Institution in Berlin sichtbar gemacht wird. – Es ist so, keiner tut etwas, und die CDU – das ist zumindest der Eindruck bei der Bevölkerung – tut auch nichts. Sie bietet keine Alternativen. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung. – Amrehn:* Für mich ist das, was Sie heute sagen, mindestens nach dem letzten halben Jahr geradezu überraschend.) Na gut, die CDU tut etwas, aber offensichtlich kommt es nicht zum Bewußtsein der Bevölkerung; vielleicht deshalb, weil die entsprechenden Massenkommunikationsmittel fehlen. (*Anhaltende Unruhe. – Amrehn:* Das sagte ich doch!)

Kiesinger: In Berlin ist doch die Springer-Presse dominierend! (*Amrehn:* Die hilft auch! – *Lemmer:* Ohne die Springer-Presse wäre es längst aus! – *Scheufelen:* Warum kann sich die CDU mit Hilfe der Springer-Presse in Berlin nicht sichtbar machen? – *Anhaltende Unruhe. – Amrehn:* Ich bin sogar davon überzeugt – soweit ist es schon –, daß, wenn heute Wahlen in Berlin wären, die Chancen für die CDU ganz beträchtlich wären.)

Stingl: In Berlin wird von den gehobenen Schichten der „Tagesspiegel" gelesen. Und das ist die eigentliche Crux. Das ist ein ganz übles Blatt geworden. Und die finanzieren wir auch noch! (*Zuruf:* Den „Tagesspiegel" nicht mehr! – *Unruhe.*) Die Schicht der Wirtschaftler, der Rechtsanwälte usw. liest in Berlin den „Tagesspiegel". Der hat eine liberalistische Linkspolitik eingeschlagen, die nicht mehr erträglich ist.

Aber nun, Herr Bundeskanzler, etwas anderes! Wir sind jetzt hier nur noch zu vier Baden-Württembergern und drei Berlinern. Das muß doch einmal gesagt werden. (*Unruhe.*)

Kiesinger: Ich bin gekommen, weil die Berliner Sache auf der Tagesordnung steht. Die Erörterungen waren auch gut. Nur kann und darf der Bundesvorstand nicht in dieser entsetzlichen Weise immer mehr abbröckeln! (*Amrehn:* Als Sie vorhin gegangen sind, Herr Bundeskanzler, habe ich meinem Unmut nachdrücklich Ausdruck gegeben

111 Franz Barsig (1924–1988), Redakteur; ab 1948 Redakteur beim SPD-Parteiorgan „Vorwärts", 1954–1958 Pressereferent der SPD-Bundestagsfraktion, 1958–1965 Sprecher des SPD-Parteivorstands, 1968–1978 Intendant des Sender Freies Berlin, 1978–1988 freier Journalist.

wegen der mehrmaligen Verlegung der Bundesvorstandssitzung. Es ist zwar heute Bundestagssitzung, aber dann müßte man hier die Möglichkeit vorsehen, auch bis zum Abend zu tagen. – *Unruhe.*) Aber Sie sehen doch, was hier noch los ist! Ich mußte weg wegen des offiziellen Besuches. Es sind ja keine Leute mehr hier. (*Amrehn:* Herr Bundeskanzler, wenn von vornherein klar ist, daß an dem betreffenden Tage die und die Punkte abgehandelt werden ...) Entschuldigen Sie, diese Abbröckelung ist hier doch immer so. Das ist eine uralte Geschichte. Das muß man sagen, wenn der Bundesvorstand das nächste Mal zusammen ist.

Es ist so, der Tag hat auch für den Bundeskanzler nur 24 Stunden. Wenn nun diese wichtige Debatte stattfindet, muß der Bundeskanzler selbstverständlich dabeisein. Und wenn dann ein Regierungsbesucher kommt, und zwar auf Einladung des Bundeskanzlers, dann muß ich mich dem auch einmal widmen. Der Besuch ist ein paarmal verlegt worden. Dieses Mal ist er nicht verlegt worden. Jetzt müssen wir das auch einhalten. Das ist eine höhere Gewalt. Aber das hindert doch den Bundesvorstand nicht, darüber zu sprechen. Und wenn ich eine Zeitlang nicht dabei bin, so werde ich doch davon unterrichtet.

Die Hauptsache ist doch, daß der Bundesvorstand selber die Sitzung durchhält. Aber Sie sehen ja doch, wie es hier nun ist!

Heck: Herr Bundeskanzler! Ich glaube, man kann jetzt zum Abschluß mit dieser Aussprache kommen. Ich habe noch einen Vorschlag zu machen. Wir haben eigens eine Kommission gebildet, die Vorschläge ausarbeiten soll. Man sollte diese Kommission jetzt wirklich ansetzen, so daß im Präsidium eine Vorlage mit konkreten Dingen beraten werden kann. Es gibt eine Summe von konkreten Sachen, die getan werden müssen. Wir sollten in dieser Richtung weitermachen. (*Amrehn:* Horten hat auch eine Berlin-Initiative ausgearbeitet.[112] – *Stingl:* Wir sind aber nicht dazu gekommen, etwas zu tun. Wir müssen das von der Partei aus machen, Bruno!) Das ist immer so ein Konkurrenzunternehmen. Das wird von der Fraktion gemacht; dann liegt es ein halbes Jahr da. Ich bin überzeugt, in dem Augenblick, wo ich einlade, wird der Fraktionskreis schnell zusammentreten. Das ist doch alles politisch so kindisch! (*Stingl:* Das ist lächerlich! – *Unruhe.*)

Kiesinger: Die entscheidende Sache ist die Stärkung der Wirtschaftskraft. Der Bundesverband der Deutschen Industrie war zu sehr großen Dingen bereit, aber das hat sich inzwischen durch die Ereignisse abgekühlt.

Ich komme immer wieder auf die Pestbeule zurück. Durch diese Ereignisse ist die Bereitschaft der Unternehmer für Berlin plötzlich sehr stark zurückgegangen. Ich habe von mir aus noch einmal die Initiative ergriffen und an die zuständigen Kollegen im Ka-

112 Am 11. Juli 1966 war nach Beschluß des CDU-Präsidiums vom 1. Juli 1968 eine Kommission für gesamtdeutsche Fragen unter Vorsitz von Amrehn zusammengetreten (Mitglieder: Gradl, Marx, Thedieck, Dübel, von Lojewski, Stingl, von Eckardt, Lemmer und Klepsch), zu der auch Horten dazugezogen werden sollte (Heck an Amrehn vom 16. Mai 1968; Amrehn an Heck vom 21. Mai 1968 mit längeren Ausführungen zum Berlin-Problem, ACDP 01–295–018/4).

binett, an den Wirtschaftsminister, den Finanzminister, den Minister für gesamtdeutsche Fragen und Herrn Schmücker einen Brief geschrieben, die Initiative des Bundesverbandes der Deutschen Industrie zu stärken:

„Die Wirtschaftskraft Berlins hat durch die Entwicklung in den letzten Monaten an Bedeutung und Dringlichkeit gewonnen. Die Errichtung zusätzlicher Fabrikationsstätten in Berlin ist durch die jüngsten Ereignisse sicherlich nicht erleichtert worden. Um so mehr muß die Bundesregierung darauf vorbereitet sein, die Initiative des Bundesverbandes der Deutschen Industrie durch eigene Maßnahmen zu unterstützen und auch zu ergänzen. Die Überlegungen, die in diesem Zusammenhang anzustellen sind, sind Ihnen in meinem Auftrag vom Herrn Kollegen Wehner in einem Gespräch am 27. Oktober 1967 dargelegt worden. Ich selbst habe die Absicht, alsbald den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie mit einigen Herren des Präsidiums zu empfangen, um mich über den neuesten Stand der Bemühungen unterrichten zu lassen."

Ich habe gestern abend mit Präsident Berg gesprochen; da ist tatsächlich ein Stillstand eingetreten.

Dabei möchte ich zugleich erörtern, in welcher Weise die Bundesregierung zusätzliche Hilfe leisten kann. An diesem Gespräch müßten auch die beteiligten Ressortminister teilnehmen. Wir werden außerdem einige führende Persönlichkeiten aus dem Kreise der Großbanken hinzuziehen. Ich möchte Sie bitten, das hier vorgesehene Gespräch durch die Staatssekretäre der zuständigen Ressorts – unter der Federführung des Bundesministers für Wirtschaft – vorbereiten zu lassen, und den Bundesbevollmächtigten für Berlin zu beteiligen.

Das ist also das, was jetzt vorbereitet wird. Das soll so gemacht werden: Zuerst kommt der Regierende Bürgermeister zu mir. Dann erfolgt die Sitzung. Ich kann nur hoffen, daß es mir gelingen wird, die Herren von der Industrie trotz dieser abschreckenden Wirkung der Unruhen in Berlin bei der Stange zu halten. Da ist wirklich sehr guter Wille vorhanden. Ich habe mehrere Unterredungen gehabt mit Berg, Falke[113], Schneider[114] usw. Sie sind alle bereit, das Ihre zu tun.

Nun muß man sie dazu bringen, daß sie es trotz der Unruhen tun. Und das ist von einem Unternehmer sehr viel verlangt.

Es ist schwer abzuschätzen, was die Sowjets vorhaben. Es gab eine Zeit, wo man den Eindruck hatte, die Pankower drängen, aber die Russen wollen nicht so recht. Noch bei der letzten Initiative der Sowjets habe ich Zarapkin unsere Antwort übergeben[115], die Sie kennen, die klar und fest war. Ich habe sie ihm erläutert. Er hat natürlich alle möglichen Fisimatentchen zu machen versucht. Als ich ihm das alles klargemacht hatte, sagte

113 Albert Falke (geb. 1922), Fabrikant; 1948 CDU, 1962–1970 MdL Nordrhein-Westfalen, 1965–1969 Vorsitzender des Bundes katholischer Unternehmer.

114 Dr. Ernst Schneider (1900–1977), Diplom-Kaufmann; 1949–1968 Präsident der IHK Düsseldorf, 1963–1969 Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags.

115 Kiesinger übergab am 1. März 1968 die Antwort-Note der Bundesregierung auf die sowjetische Note vom 6. Januar zum Status von Berlin, vgl. AAPD 1968 Nr. 75.

ich ihm: Sie schreiben in Ihrem eigenen Papier, daß Sie durch die Berlin-Frage das Verhältnis unserer beiden Länder nicht belasten wollen.

Das war der versöhnliche Satz, woraus man schließen konnte, daß unter vernünftigen Menschen das eine oder andere geregelt werden kann. Wir wollen vor allem die Wirtschaftskraft Berlins stärken. Den Rechtsstandpunkt kennen Sie. Ich sagte ihm dann weiter: Wenn Sie beanstanden, daß der Regierende Bürgermeister von Berlin nun Bundesratspräsident geworden ist, nun, das kommt erst in zehn Jahren wieder in Frage. Lassen wir diesen Fall beiseite. Darüber will ich gar nicht mit Ihnen streiten. Sie sagen, die Sitzungen des Verteidigungsausschusses in Berlin stören Sie. Nun gut, wenn Sie mir sagen, daß Sie uns keine Schwierigkeiten auf anderen Gebieten machen, wenn Sie also praktisch im Sinne dieses Satzes handeln, dann würde ich mich dafür einsetzen, daß keine Sitzungen des Verteidigungsausschusses mehr in Berlin stattfinden. Wir wollen keinen Status verändern. Wir wollen auch nicht provozieren. Aber wir müssen auf unserem Rechtsstandpunkt bleiben.

Ich deutete ihm dann so ein bißchen an, daß ich das Gefühl hätte, daß es dort Leute gebe, die ein bißchen hetzten. Ich hatte jedenfalls das Gefühl, daß er ganz befriedigt von dannen ging, trotz der scharfen Kontroverse, die wir vorher hatten.

Nun will uns die Sowjetunion auf die Knie zwingen. Das ist ihr Ziel. Sie will uns nicht nur die Wiedervereinigung verweigern, sondern sie will auch einen Schritt nach vorn tun. (*Lemmer:* Genauso ist es!) Wir sollen in eine Paria-Position gedrängt werden mit einem ständigen Interventionsrecht der Sieger, d. h. in diesem Falle der Sowjetunion. Und da ist Berlin der erste Ansatzpunkt. Deswegen überlegen wir uns sehr genau, was wir tun. Wir tasten erst mal ab, wozu unsere Verbündeten bereit sind. Das Wort „Berlin lebt vom Kalten Krieg" ist ein Zeichen dafür, was wirklich los ist.

Die Amerikaner raten uns zu einer festen Haltung gegenüber diesen Dingen. Wenn man sie dann hinterher fragt, was tut ihr denn, dann sagen sie, wir können nicht sehr viel tun. Die Amerikaner sind sehr darüber besorgt, daß sich an Berlin irgend etwas entzünden könnte. Sie wollen wegen Vietnam nicht noch einen anderen Krisenherd haben, den sie jetzt nicht mehr so gut verkraften würden wie in früheren Jahren. Trotzdem sind sie hier immer noch die energischsten. Die Franzosen sind viel lauer in diesem Zusammenhang. Zunächst machen sie immer mit, aber höchst ungern. Man merkt, es ist ihnen ein Ärgernis. Das kommt natürlich auch hinzu.

Nun kommen diese ganzen Aufweichungen in Berlin. Es erscheint so, als ob Berlin wie eine reife Frucht den Russen in den Schoß fallen könnte. Berlin ist auch von innen her eine völlig desorganisierte Stadt. Deswegen sage ich, alles was wir tun können, müssen und wollen wir tun. Wir sind überrascht worden durch diese Ereignisse. Wir kriegen keine beträchtliche Hilfe von der deutschen Wirtschaft für Berlin, solange sie den Eindruck hat, das geht so weiter. Berlin wird immer mehr den Charakter eines mit einer ansteckenden Krankheit behafteten Menschen bekommen, den man isoliert hat.

Wir müssen alle zusammen versuchen, dieses Übel auszurotten. Das gilt auch für die Bundesrepublik selbst. (*Kohl:* Das werden Sie mit dem Regierenden Bürgermeister Schütz nicht schaffen!) An sich ist der Herr Schütz dazu bereit. Schütz ist kein feiger

Mann. Das kann man wirklich nicht sagen. Daß er als Redner nicht das Charisma eines Mannes wie Reuter[116] oder auch wie Brandt hat, das ist klar. Aber wir können ja keinen aus dem Boden stampfen.

Ich greife die Anregung unseres Freundes Amrehn auf. Wir müssen so etwas wie einen ständigen Bereitschaftsstab schaffen, bei dem ein Mann die unmittelbare Verantwortung trägt, der bei den entsprechenden Situationen sofort die Dinge analysiert und seine Vorschläge macht, so daß das Kabinett dann handeln kann. Der gesamtdeutsche Ausschuß reicht nicht dazu aus. Das ist ein viel zu schwerfälliger Apparat. Das ist das eine.

Wir sollten dann – und das scheint mir das Wichtigste zu sein – überlegen, was wir tun können, um dieses universitäre Übel in Berlin zu beseitigen. Entweder werden wir Mittel finden – dann werden wir sie auch anwenden, auch wenn es zunächst vielleicht noch größere Unruhen gibt; aber dann muß man durchstoßen –, oder wir stellen fest, daß wir resignieren. Aber das wäre eine ganz böse Sache. Dann könnten wir nur hoffen, daß sich die Sache von selber verläuft. Aber das glaube ich nicht.

Ich glaube noch immer, daß es eine gute Sache gewesen wäre – das wäre vor allem eine Sache der SPD in Berlin gewesen –, wenn man Gegenkräfte organisiert hätte, nicht nur an der Universität selbst, sondern auch in der Bevölkerung. So eine große Demonstration à la Reuter,[117] wie man sie organisiert hat, kann mal gut sein, aber was wirklich notwendig wäre, wäre doch, daß die Bevölkerung unmittelbar mobilisiert wird. Ich denke jetzt natürlich nicht an die Provozierung einer Art von Bürgerkrieg in Berlin. Aber Sie dürfen davon überzeugt sein, das sind keine sehr mutigen Leute. Die machen Krawall – das ist immer dasselbe – und wenden Gewalt an, solange sie glauben, dies ohne Gefahr tun zu können.

Gegen die Polizei sind sie noch frech, weil sie glauben, daß ihnen das propagandistische Vorteile bringt. Wenn aber aus der Bevölkerung – Arbeiter oder andere – wirklicher Widerstand kommt und die Leute entsprechend auftreten, dann sind sie feige. Da dürfen wir unserer verfluchten Presse nicht folgen, die den Bürgerkrieg an die Wand malt. Hier werden doch Millionen von Menschen terrorisiert von ein paar Burschen!

Ich sage Ihnen ganz offen, wenn denen mal die Jacke verhauen und vollgehauen würde, Sie glauben nicht, wie rasch es dann aufhörte! (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

---

116 Ernst Reuter (1889–1953), 1912 SPD, 1920 Generalsekretär der KPD, 1922 Parteiausschluß und Rückkehr in die SPD, 1926–1931 Verkehrsdezernent in Berlin, 1931–1933 Oberbürgermeister in Magdeburg, 1932/33 MdR (SPD), Emigration in die Türkei, 1946 Verkehrsdezernent in Berlin, 1947 Wahl zum Oberbürgermeister, Ablehnung durch die sowjetische Militärregierung, 1948/49 MdPR, 1950–1953 Regierender Bürgermeister von Berlin.

117 Am 9. September 1948, auf dem Höhepunkt der Berlin-Blockade, rief Reuter auf einer Großdemonstration vor über 300.000 Menschen die Welt auf, Berlin nicht preiszugeben („Völker der Welt! Schaut auf diese Stadt ...").

Meine Herren! Sie kennen doch die Sache in Holland, wo von ein paar Seekadetten den Burschen das Handwerk gelegt worden ist.[118]

Das ist also auch eine Sache der Bevölkerung. Und hier müssen sich die Parteien mit einsetzen. Nur weiß ich, daß die Berliner SPD dazu einfach wegen ihrer inneren Zerstrittenheit nicht in der Lage ist.

Amrehn: Ich hoffe, Herr Bundeskanzler, daß sich das Ende des Monats bei der SPD entscheiden wird. Der zweite Mann dort, der jetzige Bürgermeister Neubauer[119], ist entschlossen, alle linken Leute aus dem Vorstand der SPD hinauszuwerfen. (*Kiesinger:* Das ist ein guter Mann!) Auch Herr Schütz läßt sich da mit einspannen. Er hat auch schon Erklärungen abgegeben, daß er da mitmachen will. Man muß auch sehen, daß der Neubauer schon ansteht auf den Posten von Schütz. Aber zur Zeit halten sie zusammen, und Neubauer hat den Schütz für den Parteivorsitz vorgeschlagen.

In einer Sache würde ich bitten, eine Unterscheidung zu machen, Herr Bundeskanzler. Sie haben diesen Kreis benannt für das Verhältnis der westlichen Beziehungen zur Zone, und zwar für alle Bereiche, wie Interzonenhandel, Verkehr usw. Der Beauftragte, von dem Sie sprechen, müßte in diesem Kreis – oder vielleicht allein – die Aufgabe „Berlin" bekommen. Das läuft auch bei Wehner deshalb schlecht, weil er für alles zuständig ist und damit praktisch in diesen Berlin-Fragen für nichts. Dann kommt Schiller und sagt, ich bin zuständig für die Wirtschaft. Und Leber sagt, ich bin für die Verkehrsfragen zuständig. Diese Dinge werden heute alle unabhängig voneinander behandelt.

Hier taucht nun die Frage auf, ob wir denn alles gegenüber der Zone getan haben, Herr Bundeskanzler: die Verpflichtung zur Rückzahlung des Saldos abzunehmen, eine zwingende Erhöhung bis zu einer Schuldenlast von 700 Mio. vorzunehmen, die Warenlisten zu erweitern und schließlich auch die Widerrufsklausel von vor einem halben Jahr zu beseitigen.[120] Die Begründung dafür lautete, sie ist nie angewendet worden.

Nun hat es seit 1960 nie einen Sachverhalt gegeben, bei dem die Widerrufsklausel anzuwenden gewesen wäre. Jetzt ist dieser Sachverhalt gegeben. Sie haben gefragt, was kann geschehen? Ich bin auch der Meinung, daß mit und ohne Widerrufsklausel ein Interzonentreuhänder sagen kann: Solange nicht dieser Güterverkehr wiederhergestellt ist, wird das und das nicht geschehen.

Kiesinger: Das ändert ja nichts. Ich habe mich die ganze Zeit gesperrt gegen die Vorschläge von Schiller, (*Amrehn:* Die ja nichts einbringen!) die nichts einbringen. Ich habe das immer wieder verhindert z. T.; z. T. habe ich sie hinausgeschoben, damit sie schließlich vom Tisch kamen. Alles konnte ich nicht verhindern. Aber das ändert ja nichts Entscheidendes an der Situation in Berlin.

---

118 Nicht ermittelt.

119 Kurt Neubauer (geb. 1922), Feinmechaniker; 1952–1963 MdB (SPD), 1963–1967 Senator für Jugend und Sport, April bis Oktober 1967 zusätzlich Senator für Soziales und Gesundheit, 1967–1976 Innensenator, 1967–1979 MdA.

120 Vgl. „Welt" vom 21. März 1968 „Berlinhilfe-Gesetz ermöglicht Gleichschritt mit dem Bundesgebiet"; „Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik" Nr. 31/1968 vom 29. Februar 1968 zum Thema „Berlin im Bundeshaushalt 1968".

Unser Ziel muß sein, daß wir selbst und unsere Verbündeten eine klare Haltung beziehen, daß natürlich auch korrespondiert wird. Die Amerikaner sagen, um Gottes willen, in Berlin dürft ihr nicht selbständig handeln. Die Amerikaner sind in einer ganz großen Schwierigkeit. Sie haben einen Präsidenten[121], der – auch wenn er sich jetzt nicht zur Wahl stellt – für diese Fragen überhaupt kaum mehr Sinn hat. Das ist die Situation. Die Franzosen sind – das habe ich schon gesagt – in diesen Fragen recht lau. Auch da muß man einmal ein energisches Wort sprechen. Ich habe es dem Außenminister[122] schon gesagt. Und die Engländer – nun ja!

Ich habe bewußt wegen unseres Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten und all dieser Dinge die ganze Zeit hindurch in ständigem Gedankenaustausch mit dem Präsidenten gestanden. Wir schreiben uns jeden Monat oder alle zwei Monate. Einmal schreibt er; dann schreibe ich, und wir klären dann die Dinge, die da so vorkommen, bloß damit ein Kontakt vorhanden ist. Wenn die Amerikaner sich uns gegenüber völlig entfremden, dann können wir uns nicht mehr auf sie verlassen.

Es muß also alles getan und versucht werden. Es ist nicht unmöglich, eine Besserung herbeizuführen. Aufgrund dieser Situation in Berlin, wo die schlimmste Propaganda der ganzen Welt gegen Amerika getrieben wird, sagen die Amerikaner: Für diese Stadt sollen wir uns noch einsetzen! – Die alten deutschen Freunde drüben, wie Clay[123], McCloy usw., die zu Freunden Berlins geworden sind, sagen das. Das ist die Lage, meine Herren.

Ich werde mir also das, was die Regierung anlangt, durch den Kopf gehen lassen. Wir werden uns auch überlegen, was Partei und Fraktion noch tun können, auch zu Ihrem Vorschlag, einen Koordinator zu ernennen, der in dieser schwierigen Zeit alle Berlin-Fragen behandeln soll. (*Stingl:* Feuern Sie den Krautwig!)

Darauf komme ich gleich zu sprechen. Wehner hat nun seinen Staatssekretär hineingenommen, der ein ordentlicher Mann ist und in Hessen Mut bewiesen hat.[124] Es ist für mich nicht ganz leicht zu übersehen, was Krautwig tun bzw. was er nicht tun kann. Ich will auch nicht ungerecht gegenüber einem Manne sein, nur manchmal habe ich – das sage ich hier in unserem Freundeskreis – das Gefühl, so ein Mann könnte entschieden mehr tun. (*Lemmer:* Er ist unpolitisch!) Er ist ein Beamter. Ich könnte mir denken, der

121 Lyndon B. Johnson.

122 Maurice Couve de Murville.

123 Lucius Dubignon Clay (1897–1978), amerikanischer General; 1947–1949 Kommandeur der US-Streitkräfte in Europa und Militärgouverneur der amerikanische Zone in Deutschland, 1961–1963 Sonderbotschafter Präsident Kennedys in Berlin. – Wolfgang KRIEGER: General Lucius D. Clay und die amerikanische Deutschlandpolitik 1945–1949. Stuttgart 1987.

124 Am 18. April 1968 war Günter Wetzel zum Staatssekretär berufen worden. Er trat die Nachfolge von Carl Krautwig an, der Generalbevollmächtigter der Bundesregierung in Berlin wurde. Vgl. AdG 1968 S. 13877. – Dr. Günter Wetzel (geb. 1922), Jurist; 1945 SPD, 1955–1960 Polizeipräsident in Kassel, 1960–1966 Regierungs-Vizepräsident und Präsident (1962) Darmstadt, 1967/68 Staatssekretär im hessischen Innenministerium, 1972 Austritt aus der SPD und Eintritt in die CDU, 1978 Staatssekretär im Justizministerium Schleswig-Holstein.

Mann, der dort sitzt, müßte derjenige sein, der die Dinge zusammenfaßt. Ich werde mir das auch durch den Kopf gehen lassen.

Amrehn: Als er das Amt des Staatssekretärs abgab, habe ich vorgeschlagen, er möchte das andere auch abgeben, weil er gesundheitlich nicht mehr auf der Höhe ist. Mir wurde gesagt, dann würde Herr Wehner einen Sozialdemokraten bestellen. Der wäre noch weniger sympathisch. (*Starke Unruhe.*)

Kiesinger: Wehner wollte, daß der neue Mann beides macht. Das habe ich natürlich verhindert. Aber das ist ja mein Mann. Wenn Sie mir sagen, mit dem geht es nicht, weil er zu unpolitisch ist und zu beamtenhaft denkt, können Sie mir dann einen anderen sagen, der es besser macht?

Heck: Die Stelle ist im Grunde ausgehöhlt worden bei Vockel; der saß doch völlig auf dem Trockenen in Berlin. Wenn das Bundeskanzleramt seinen eigenen Mann sitzenläßt – und das ist über Jahre hinweg geschehen –, dann braucht man sich nicht zu wundern.

Amrehn: Aber es kommt natürlich auch auf die Potenz dieser Persönlichkeit an. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Dann ist eben die Konstruktion falsch. Dann müssen wir uns das überlegen. Also, ich will Ihre Anregung aufgreifen und sehen, wie wir es am besten machen. Die Sache ist in der Tat von einer vitalen Bedeutung. Wir müssen sehen, was wir von der Partei aus tun können. (*Lebhafte Unruhe.*) Die Russen haben etwas vor. (*Lemmer:* Daran ist kein Zweifel.) Das müssen wir einkalkulieren. Wir haben ja nicht vor, neue Riesenbehörden nach Berlin zu verpflanzen. (*Anhaltende Unruhe.*) Nun ist die Frage, inwieweit soll man, wenn diese Gefahr besteht, daß die Russen etwas unternehmen, taktisch entgegenkommen und bestimmte politische Dinge in Berlin zurückstellen, dafür aber die ganze Energie auf die wirtschaftliche Stärke legen? Ein Beispiel ist der Parteitag in Berlin, den wir beschlossen haben.[125] Das wird die Russen ohne jeden Zweifel provozieren. Es ist die Frage, sind wir bzw. sind unsere Verbündeten stark genug für eine Reaktion auf eine solche Provokation? Auch das muß man einmal offen ansprechen. (*Amrehn:* Wenn wir dazu nicht mehr stark genug sind, Herr Bundeskanzler, dann habe wir im Falle des Nachgebens im nächsten Vierteljahr die nächste Forderung der Russen. Und das geht dann so weiter.) Ich meine nicht, den Forderungen nachgeben. So meine ich das nicht, sondern die Dinge liegen in der Praxis. Ob man einen Parteitag für Berlin beschließt, das hängt doch einfach von der Situation ab. Wenn ein Turnerfest in Berlin stattfindet, ist das etwas anders. Ich bin auch zur Tagung der Exil-CDU gegangen,[126] obwohl das Russen-Papier vorlag. Das war natürlich eine ausgesprochen provozierende Tagung. Man kann natürlich provozieren und sagen, wir lassen uns davon nicht abbringen, wir bleiben fest. – Nur muß man dann wissen, welches Risiko wir eingehen.

125 16. Bundesparteitag in Berlin vom 4.–7. November 1968.

126 19.–21. Januar 1968 in Berlin. Vgl. Unser Auftrag: Deutschland. Feststellungen und Forderungen des X. Exil-Parteitages der Christlich-Demokratischen Union der sowjetischen Besatzungszone. Berlin, März 1968.

Amrehn: Schütz mußte auch überlegen, bevor er den Weg über die Autobahn antreten wollte. Dazu hat er erklären lassen, das sei mit der Bundesregierung abgesprochen gewesen. (*Kiesinger:* Keine Spur!) Ich habe keinen Zeitpunkt für unglücklicher gehalten als den, den Schütz damals gewählt hat. Am Morgen hat er bekanntgeben lassen, was an sich schon drei Tage lang Tatsache war: Schütz vertritt den Bundespräsidenten. – Das mußte natürlich in einer solchen Weise provozieren, daß die Leute beinahe gar nicht anders handeln konnten. (*Kiesinger:* Mit mir ist nicht das geringste darüber gesprochen worden!) Die Bundesregierung ist wahrscheinlich in diesem Falle immer Brandt. Aber rückblickend würde ich sagen, erst durch den Fall Schütz ist, obwohl das Verbot mit den Bundesbeamten schon vier Wochen alt war, die Aufmerksamkeit der Alliierten stärker geweckt worden, als es vorher der Fall war. Nun gut, das kann man Provokation nennen, aber gewisse Rechte müssen verteidigt werden! Und darum geht es doch!

Kiesinger: Die Frage ist, wo ist hier die Grenze zu ziehen? Wer sitzt am längeren Hebelarm? Manchmal ist hier eine elastischere Taktik besser. Es kommt darauf an, daß wir – vielleicht ist es schon geschehen – die Russen nicht zu eigenen Initiativen drängen. Es ist bestimmt eine Zeitlang so gewesen, daß sie wirklich nur von Pankow angetrieben wurden und ein Monitum gestellt haben. (*Starke Unruhe.*) Ich meine, meine Herren, wir haben jetzt genug über das Thema gesprochen. Wir alle wissen, wie ernst es ist. Ich kann Ihnen versprechen, daß ich meinerseits alles tun werde.

Stingl: Es wäre wichtig, daß in dem heutigen Kommuniqué über die Sitzung des Bundesvorstands davon gesprochen würde, daß Amrehn gehört worden ist. (*Hange:* Herr Bundeskanzler! Vielleicht kann man sagen, daß Sie mit den Berliner Herren ein Gespräch geführt haben.)

Kiesinger: Das habe ich schon gesagt. Ich bin einverstanden, daß es so gemacht wird.

Lemmer: Noch eine Bemerkung! Ich habe vorhin, als Sie nicht da waren, Herr Bundeskanzler, die russische Seite in dieser Krise dargestellt. Wir haben es hier mit einer Offensive des sowjetischen Imperialismus zu tun. Wir werden eine Sache wie in Prag erleben. Die Ansätze sind da. Die Sowjetunion ist aus ihrer Stagnation der letzten zehn Jahre jetzt herausgetreten. Wir werden einiges erleben. Das ist meine Prophezeiung für dieses Jahr. (*Starke Unruhe.*)

Kiesinger: Sie bezichtigen uns, wir seien ein einziges Lager des Faschismus geworden und eine Bedrohung für die Welt. So geht das weiter in einer offensiven Politik. (*Anhaltende Unruhe.*) Meine Herren! Haben wir sonst noch einen Punkt? (*Heck:* Nein, es ist alles beraten.) Dann machen wir also ein Kommuniqué, worin wir ruhig sagen können: Der Bundeskanzler hat nach einem Vortrag von Amrehn das und das vorgetragen, und es wurden dann die und die Fragen besprochen. (*Rathke:* Die Lage Berlins?) Ja! Dann darf ich Ihnen danken und die Sitzung schließen.

19

Bonn, Freitag 21. Juni 1968

Sprecher: Amrehn, Barzel, Blank, Dufhues, Fay, Gerstenmaier, Gradl, Hahn, von Hassel, Heck, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Kraske, Lücke, Meyers, Niermann, Scheufelen, Schmücker, Stingl, Stoltenberg.

Verabschiedung des Etats der Bundespartei für das Jahr 1968. Entwurf einer Verfahrensordnung für die Verabschiedung des Aktionsprogramms auf dem 16. ordentlichen Parteitag der CDU in Berlin. Wahl einer Programmkommission zur Vorbereitung des endgültigen Entwurfs eines Aktionsprogramms. Aktuelle politische Fragen. Bericht über die politische Lage. Verschiedenes.

Beginn: 10.30 Uhr *Ende: 16.10 Uhr*

Heck: Meine Damen und Herren! Wir beginnen mit der Tagesordnung. Der Herr Bundeskanzler wird zur Zeit noch in einem Gespräch mit Herrn Kissinger festgehalten. (*Unruhe. – Zuruf:* Kissinger!) Der Name von Dr. Kissinger geht auf denselben Wortstamm von Kiesinger zurück.

Entschuldigt haben sich die Herren Jansen, Lemke, Fricke, Dr. Streibl, Frau Brauksiepe.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Verabschiedung des Etats der Bundespartei für das Jahr 1968

Kohl: Darf ich zur Geschäftsordnung zur Tagesordnung etwas sagen! Ich habe die Bitte, daß wir den Punkt 4 etwas interpretieren. Ich möchte beantragen, daß wir heute über die Frage des Bundespräsidenten sprechen und auch etwas sagen zu der für meine Begriffe immer unerträglicher werdenden Kontroverse in der Öffentlichkeit zwischen Teilen der CDU zur Frage der Mitbestimmung. Ich halte es für unerträglich, daß wir uns in der Auseinandersetzung gegenseitig Vorwürfe machen, ja, daß man sogar Bundesmandate davon abhängig macht, wie man über diese Frage abstimmt. Wir sollten vom Bundesvorstand aus hier etwas zur Mäßigung tun.

Heck: Ich halte es für zweckmäßig, darüber zu sprechen, wenn der Herr Bundeskanzler anwesend ist. (*Kohl:* Ich bin damit einverstanden!) Das Präsidium hat sich mit der Frage gestern befaßt und war der Meinung, daß es nicht zweckmäßig sei, das Thema „Bundespräsident" in der Bundesvorstandssitzung zu behandeln.[1]

1 Die für den 20. Juni vorgesehene Präsidiumssitzung fand wegen der außenpolitischen Debatte im Deutschen Bundestag nicht statt. Kiesinger bat allerdings im Anschluß daran die Mitglieder des Präsidiums zu einer kurzen Besprechung über den Verlauf der Bundesvorstandssitzung am folgenden Tag. Darauf bezieht sich wahrscheinlich Heck. Vgl. ACDP 07-001-061/1.

Klepsch: Ich möchte doch bitten, unter Punkt 4 der Tagesordnung noch das Thema „Wahlrechtsreform" zu behandeln.

Heck: Zum Punkt 1 der Tagesordnung hat Herr Schmücker das Wort.

Schmücker: Meine Damen und Herren! Nach der Satzung haben der Generalsekretär ...

Blank: Herr Heck! Darf ich mal unterbrechen. Ich habe leider nicht ein einziges Wort, was bis jetzt gesprochen wurde, gehört. Es war so leise, daß hier nichts zu verstehen war.

Heck: Das ist also nicht verstanden worden? (*Blank:* Nein, ich habe gar nichts gehört!) Dann darf ich wiederholen. Ich habe zunächst festgestellt, daß der Herr Bundeskanzler noch festgehalten wird in einem Gespräch mit Herrn Kissinger, daß wir aber schon anfangen sollten mit der Tagesordnung. Ich habe bekanntgegeben, daß sich folgende Mitglieder des Bundesvorstands entschuldigt haben: Jansen, Lemke, Brauksiepe, Fricke und unser Gast Dr. Streibl.

Ich habe dann den Herrn Bundesschatzmeister ersucht, zum Punkt 1 der Tagesordnung zu sprechen. Dann hat sich aber Herr Dr. Kohl zur Geschäftsordnung gemeldet und wollte interpretiert haben, was unter Punkt 4 der Tagesordnung „Aktuelle politische Fragen" behandelt wird. Er hat seinerseits vorgeschlagen, die Fragen des Bundespräsidenten und der Mitbestimmung zu behandeln. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß das Präsidium gestern die Tagesordnung vorbesprochen hat und zu dem Thema „Bundespräsident" zu der Auffassung gekommen ist, daß es nicht zweckmäßig sei, das Thema heute zu behandeln. Ich habe dann Herrn Dr. Kohl gebeten, er möchte seinen Antrag wiederholen, wenn der Vorsitzende da ist. Herr Klepsch hat dann darum gebeten, unter Punkt 4 noch die Frage der Wahlrechtsreform zu behandeln. Ist das jetzt verstanden worden? (*Blank:* Jetzt habe ich es gehört.) – Bitte, Herr Schmücker.

Schmücker: Nach der Satzung haben der Generalsekretär und der Schatzmeister Ihnen den Haushaltsvorschlag vorzulegen. Wir haben Ihnen die Unterlagen zugestellt.[2] Ich darf einiges zur Einführung sagen. Ich bitte zunächst um Entschuldigung, daß der Haushalt jetzt erst vorgelegt wird, nachdem die Hälfte des Jahres bereits zu Ende geht. Das liegt weniger daran, daß wir zu einem sehr späten Zeitpunkt einen Nachfolger für Herrn Seebohm gewählt haben, als daran, daß etliche Ungewißheiten vorhanden sind, vor allen Dingen auf der sehr hoch veranschlagten Spendenseite, aber auch Ungewißheiten über den Eingang der öffentlichen Mittel.

Leider sind diese Ungewißheiten bis heute noch nicht voll geklärt, so daß wir es doch für richtig hielten, Ihnen den Haushalt jetzt vorzulegen. Meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst etwas über die Aufbringung sagen. Ich weiß, daß diese Seite des Haushalts in CDU-Kreisen meistens sehr wenig diskutiert wird. Man interessiert sich mehr für die Verteilung der Mittel. Aber für den Schatzmeister hat die Aufbringung nun einmal die Priorität.

2 Etatentwurf in ACDP 07-001-025/1.

Wenn ich die Zahlen von 1967 nehme, stellen wir fest, daß wir Beiträge in Höhe von 1,7 Mrd. DM zu verzeichnen haben. (*Lebhafte Unruhe und Heiterkeit. – Zuruf:* 1,7 Mio. DM!) Entschuldigen Sie, es sind 1,7 Mio. DM. Ich hoffe aber, damit ein bißchen zur Auflockerung der Stimmung beigetragen zu haben. Wenn Sie diesen Betrag in Beziehung setzen zu den erwarteten und hoffentlich eingehenden Beträgen in Höhe von 2,2 Mio. DM und den öffentlichen Zuschüssen, die das Sechsfache betragen, dann werden Sie mir zugeben, daß das eigentlich nicht das richtige Verhältnis ist, so daß wir doch anstreben müssen, hier die Relation etwas zu Gunsten der Beiträge zu ändern.

Ich möchte zunächst zu den öffentlichen Zuschüssen nur soviel sagen, daß wir noch in einer Ungewißheit stehen, aber doch einige Hoffnungen haben, daß uns nicht noch einmal von sehr hoher Stelle ein Strich durch die Rechnung gemacht wird. Seien Sie aber bitte einsichtig, daß hier eingehende Mittel nicht im Laufe des Jahres voll eingesetzt werden können. Wir müssen ja auch das Wahljahr vorbereiten.

Mindestens genauso schwierig ist die Sache bei den Spendeneingängen. Wir haben hier einen Betrag veranschlagt, der aus den Erfahrungswerten ermittelt ist und inzwischen durch Zusagen eine gewisse Erhärtung erfahren hat. Aber, meine Damen und Herren, diese Zusagen waren auch an Bedingungen geknüpft; nicht an politische Bedingungen, sondern an die Bedingung, daß das freie Sammeln – so will ich mich einmal ausdrücken – auf ein Mindestmaß beschränkt wird, und daß wir eine Abrede treffen, wer wohin und für wen etwas sammeln gehen darf.

Das möchte ich gerne zu einem sehr naheliegenden Zeitpunkt mit den Landesschatzmeistern im einzelnen verhandeln. (*Kohl:* Wollen Sie bitte interpretieren, was Sie unter „Sammeln" verstehen!) Wir haben eine Liste, Herr Kohl, nach der bestimmte Spender nur vom Bund angegangen werden, und wir haben andere, die von den Ländern angegangen werden. Das soll beinhalten, daß unsere Vereinigungen oder uns nahestehende Einrichtungen uns dieses Konzept nicht verderben. Wir haben Fälle, in denen von Parteiorganisationen, von Parteivereinigungen und anderen uns nahestehenden Organisationen zu unseren Lasten Gelder gesammelt worden sind. Übrigens darf ich in diesem Zusammenhang noch sagen, daß – wenn Sie diesen Punkt bedenken – es natürlich auch Absprachen gibt, und daß unsere Vereinigungen natürlich auch eine Unterstützung haben müssen. Das ist der Grund dafür, daß die Ziffern unter der Ausgabenseite so unterschiedlich sind.

Es ist ganz natürlich, wenn mir jemand sagt, ich bin dafür, daß eine bestimmte Vereinigung eine Unterstützung bekommt, daß wir dies dann im Haushaltsplan berücksichtigen müssen. Ich glaube, damit sind einige Fragen zwar nicht im Detail, aber doch im Groben geklärt.

(Es laufen nun einige Fernsehkameras, um Aufnahmen zu machen.)

Ich möchte darum bitten, daß der Wunsch, den ich vorhin geäußert habe, von den Landesverbänden unterstützt wird. Das gleiche gilt auch für den Bundesvorstand. Ich habe vor, Anfang Juli eine Besprechung mit dem auf diesem Gebiet sehr erfahrenen Herrn Scheufelen durchzuführen, dann die Landesschatzmeister einzuladen, um die Einzelheiten dort festzulegen.

Einige dieser Anregungen – ich hoffe, daß ich die Zeit dieser Aufnahmen überbrükken kann – werde ich gleich andeuten. Ich werde Ihnen auch in der Debatte dann noch einiges sagen können. (*Heiterkeit.*) Auch die Ausgabenseite wird nachher noch besprochen. Herr Kraske wird dann die Einnahmeseite behandeln. Ich bitte Sie aber, schon jetzt zu bedenken, daß diese Ausgabenseite, von der ich eben gesprochen habe, nicht unbedingt so gesehen werden kann, wie sie hier geschrieben steht. Es wäre sehr schön, wenn der Bundesschatzmeister wüßte, wie die Gesamtrechnung aussieht. Er könnte auch präzise Antworten gebrauchen. Aber soweit sind wir heute noch nicht. (*Heiterkeit und Bewegung.*) Ich bitte um Verständnis dafür, wenn ich das jetzt sage. Aber das Entscheidende wird sein, daß wir erst einmal verwaltungsmäßig über dieses Jahr hinwegkommen und im nächsten Jahr für den Bundestagswahlkampf die Mittel zur Verfügung bekommen, die wir brauchen. Die Art des Wahlrechts ist natürlich sehr entscheidend für den Einsatz der Mittel. Das Wahlgesetz, wenn es sich konzentriert auf die Wahlkreise, würde bedeuten, daß der Mitteleinsatz wesentlich geringer ist, als wenn der Wahlkampf ... (*Heiterkeit.*) So, meine Damen und Herren, jetzt kann ich fortfahren.

Es ist in der Tat zu beklagen, daß sehr viele Leute separat abkassieren gehen. (*Starke Unruhe.*) Sie wissen, daß alle Spenden über 20.000 DM von natürlichen Personen und Spenden über 200.000 DM von juristischen Personen angemeldet werden müssen.

Für diese Anmeldung müssen der Generalsekretär und ich geradestehen. Zumindest müssen wir beide alles getan haben, daß Spenden, die in dieser Höhe eingehen, offengelegt werden. Spenden sind nicht nur die Überweisungen, die an die Zentrale gehen, sondern wir müssen alles summieren.

Gesetzt den Fall, ein Kreisverband, ein Landesverband, eine Vereinigung und die Bundespartei bekommen von einer natürlichen Person über 20.000 DM, dann müssen wir das ausweisen. Aus diesem Grunde bitten wir um den Beschluß, schon um diese rechtliche Seite abzusichern, daß alle Regionalverbände, alle Vereinigungen und diejenigen Organisationen, die uns zugesagt haben, sich wie Vereinigungen aufzuführen, verpflichtet werden, Spenden über 5.000 DM dem Schatzmeister zu melden. Ich finde, das ist eine sehr großzügige Lösung, aber wir müssen das aus rechtlichen Gründen tun, weil wir sonst nicht geradestehen können. Wenn sich aus dieser Summierung ein höherer Betrag ergibt, der die Offenlegung erfordert, und wir machen die Offenlegung nicht, dann verstoßen wir gegen das Gesetz. Das ist die rechtliche Seite. Ich gebe zu, sie kommt mir sehr zustatten.

Ich möchte auch tatsächlich gerne wissen, wie die Mittel aufkommen. Ich habe in einer Verhandlung der letzten Woche erfahren, daß eine Gruppe schon bei einem Spender gewesen war, der an sich uns, nämlich die Zentrale, immer bedacht hat, so daß ich mir nun eine andere Tür suchen muß. Das war ein Betrag, der bereits über die 20.000 DM hinausging. Ich habe keine Gewähr dafür, daß das im Einklang mit den Gesetzen steht.

Ich möchte also darum bitten, wenn Sie einverstanden sind, daß alle Regionalverbände und alle Vereinigungen Spenden über 5.000 DM mir mitteilen. Herr Dufhues, Sie sehen mich so zweifelhaft an. Wir können es auch so machen, daß wir uns mit den Landesverbänden absprechen, wenn ein Firmenkreis oder Personen angesprochen werden,

die bei uns nicht behandelt worden sind, daß sie dann frei sind. Aber ich muß nachher die Verantwortung vom Gesetz her übernehmen, die entsprechenden Veröffentlichungen durchzuführen. Die kann ich nicht delegieren. Da bleibt nichts anderes übrig, als daß Sie zum mindesten den Beschluß fassen und mir rechtlich die Absolution erteilen. Wenn Sie selber sündig waren, habe ich nicht sehr viel dagegen, aber Sie können nicht erwarten, daß ich hier dieses Amt durchführe, wenn ich nicht einen Beschluß bekomme, der mich zumindest der Form nach in den Stand setzt, die gesetzlichen Bestimmungen, die wir ja selber als Abgeordnete getroffen haben, zu erfüllen.

Meine Damen und Herren! Das war eigentlich schon das Wesentliche. Ich möchte Ihnen zur Ausgabenseite von mir aus keinen Bericht geben. Herr Kraske ist dazu bereit. Herr Nathan[3] ist auch hier. Ich habe Ihnen die Termine für die Zusammenkünfte schon gesagt. Zur Technik möchte ich noch folgendes erwähnen: Bisher ist es so gewesen, daß der Generalsekretär, der Geschäftsführer und der Schatzmeister alle nennenswerten Beträge einzeln abgezeichnet haben. Ich halte nichts davon, sondern bin der Meinung, je mehr Unterschriften unter einem Scheck stehen, desto unzuverlässiger sind die einzelnen Unterschriften, weil sich dann der eine auf den anderen verläßt. Ich bin dafür, daß man klare monatliche Überweisungen vornimmt, und daß dann in der Rechnungsführung die Geschäftsstelle selbständig und auch voll verantwortlich ist. Sie muß nach dem Haushalt verfahren und bekommt auf dem Sockel eines Monatsbetrages im voraus den Betrag. Dann ist es Sache von Herrn Kraske oder Herrn Heck, je nachdem, wie die Regelung ist, den Haushalt zu vollziehen.

Wenn Beträge da sind, die über den Monatsbedarf hinausgehen, dann kann man mit Herrn Heck oder mit mir sprechen. Ich halte dieses Verfahren für richtiger. Ich glaube auch, darüber ist kein Beschluß notwendig. Ich wollte Sie nur davon in Kenntnis setzen.

Sie haben in Ihren Unterlagen ebenfalls etwas über die Beteiligung der Landesverbände, vor allen Dingen über die Beteiligung derjenigen, die nicht in dem glücklichen Besitz oder der Erwartung der öffentlichen Mittel sind; es sind Vereinbarungen, die, so gut es ging, einvernehmlich getroffen worden sind. Ich darf Sie bitten, dem Haushalt zuzustimmen und dabei zu bedenken, daß es ein Haushalt vor einem Wahljahr ist, und daß wir uns bemühen müssen, für das Wahljahr die dringend notwendigen Summen schon im Ansatz zur Verfügung zu haben.

Heck: Herr Kraske!

Kraske: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es liegen Ihnen zwei Haushaltsübersichten vor; eine Einnahmen- und eine Ausgabenrechnung, die Ihnen vor der Sitzung schriftlich zugegangen sind, in der die Einzelpositionen zusammengefaßt und in dieser Zusammenfassung erläutert worden sind, sowie für die Sitzung hier eine detaillierte Übersicht. Wir haben diesen Doppelweg gewählt, weil wir glaubten, daß es für Sie übersichtlicher sei, wenn wir die Entwicklung der größeren Positionen des Ausgabeetats der Bundesgeschäftsstelle im einzelnen erläutern.

3 Andreas Nathan (1917–2004), 1951–1982 Leiter der Abteilung Verwaltung in der Bundesgeschäftsstelle, 1956–1958 Geschäftsführer der Politischen Akademie Eichholz, ab 1972 auch Geschäftsführer des Versorgungswerkes der CDU.

Der Vergleich der Jahre 1964, 1967 und 1968, also des Vorjahres und des letzten vergleichbaren Vorwahljahres, zeigt eine erhebliche Steigerung gegenüber dem Jahr 1967 und zeigt eine ganz geringfügige Steigerung gegenüber dem Jahr 1964, die viel geringer ist als die Ausgabensteigerungen der normalen Haushalte in den letzten vier Jahren. Die Ausgabenseite ist, wie Sie daraus entnehmen können, ausschließlich bestimmt durch die Einnahmenseite. Der Einnahmenstand der Bundespartei war im Jahre 1964 durch die damalige Regelung der öffentlichen Mittel sehr viel übersichtlicher, und die Einnahmen aus öffentlichen Mitteln waren im Jahr 1964 höher.

Wir haben im Jahr 1968 zwei große Unsicherheitsfaktoren, auf die der Bundesschatzmeister schon hingewiesen hat; das sind die Einnahmen aus Spenden, das andere sind die Einnahmen aus öffentlichen Mitteln. Sie wissen, daß in Karlsruhe ein Verfahren anhängig ist, in dem noch keine Entscheidung getroffen ist.[4] Deswegen haben wir bisher die hier im Etat 1968 vorgesehenen Etatpositionen nicht voll ausgeschöpft. Wir werden auch bis zur Entscheidung in Karlsruhe selbstverständlich gezwungen sein, trotz dieses heute verabschiedeten Haushalts, auch wenn er so verabschiedet wird, nur die Ausgaben zu tätigen, die unerläßlich nötig sind, weil wir den ungewissen Stand des Verfahrens in Karlsruhe einkalkulieren müssen.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es ist wenig sinnvoll, wenn ich jetzt jede einzelne Position Ihnen noch einmal vortrage, so wie es Ihnen schriftlich vorliegt. Ich schlage vor, damit einverstanden zu sein, daß ich für die Beantwortung Ihrer Fragen über diese schriftlichen Unterlagen hinaus zur Verfügung stehe.

Ich möchte zur Abrundung noch ein Wort sagen zu der Ihnen im Wortlaut vorliegenden Beschlußvorlage über die Verteilung des Härtefonds. Sie wissen, daß die Bundespartei aus den öffentlichen Mitteln für die Wahlkampfkostenerstattung für diese Legislaturperiode, d. h. für die Zeit vom 1. Oktober 1965 bis zum 30. September 1969, den Landesverbänden nach einem Beschluß der Landesvorsitzendenkonferenz zunächst einen Anteil von 12,4 Mio. DM zur Verfügung gestellt hat. Es ist dann zwischen den Landesvorsitzenden und der Bundespartei vereinbart worden, diesen Anteil auf 12 Mio. DM zu senken und die 400.000 DM in einen Härtefonds zu übernehmen, zu dem außerdem die Bundespartei aus ihrem Anteil weitere 400.000 DM zahlt. Über diese 800.000 DM pro Legislaturperiode ist zu entscheiden.

Wir schlagen Ihnen vor, im Einvernehmen mit den damaligen Richtlinien der Landesvorsitzendenkonferenz[5] an diesem Härtefonds die drei Landesverbände zu beteiligen, die auf Landesebene keinerlei Wahlkampfkostenerstattung erhalten. Das sind die

4 BVerfG-Urteil vom 19. Juli 1966, vgl. Nr. 16 Anm. 81. – NPD, Europäische Föderalistische Partei und Bayerische Staatspartei hatten einen Verfassungsrechtsstreit über die Frage angestrengt, ob der Deutsche Bundestag und der Bundesrat gegen Art. 21 Absatz 1 des GG verstoßen haben (mündliche Verhandlung vom 16. und 17. Juli 1968, Beschluß des Zweiten Senats des BVerfG vom 3. Dezember 1968 – 2 BvG 1, 3, 5/67).

5 Die von den Landesvorsitzenden am 27. September 1967 eingesetzte Kommission einigte sich am 9. Oktober auf eine Aufteilung des Fonds von 800.000 DM, die zur Hälfte von der Bundespartei und zur Hälfte von den Landesverbänden aufgebracht werden sollten. Am 4. Dezember bestätigte die Landesvorsitzendenkonferenz diese Regelung (ACDP 07-001-025/1).

hier in dem Beschlußantrag aufgeführten Verbände Hamburg, Bremen und Hessen, und die 800.000 DM in gleichem Maße nach dem gleichen Schlüssel zu verteilen; wie im übrigen die Mittel auf die Landesverbände verteilt werden. Wir glauben, daß dies die einzig halbwegs gerechte Form der Verteilung ist. Es wird unmöglich sein, nun im einzelnen die Bedürfnisse in den drei hier genannten Landesverbänden gegeneinander abzuwägen und danach die einzelnen Zuschußsummen zu bestimmen.

Heck: Herr Scheufelen!

Scheufelen: Früher war es so, daß die Mittel für die Bundespartei aus der Staatsbürgerlichen Vereinigung[6] kamen. Es waren Firmen, die mit einer bestimmten Größe dazugehörten. Die Landesparteien bekamen, soweit Fördergesellschaften da sind, Gelder von den kleineren Firmen. Hat sich daran etwas geändert? (*Schmücker:* Nein, ich muß nur für die Ausweispflicht eine Garantie haben.) Bisher war es so, daß, wenn im Lande ein paar größere Firmen sind, diese an die Staatsbürgerliche Vereinigung zahlten. Das hat die FDP genauso gemacht. Das beeinträchtigt aber nicht die Bundespartei, weil die Zahlungen an die Staatsbürgerliche Vereinigung weiterlaufen. Soll es nun dabei bleiben, daß die Finanzierung der Bundespartei a) aus Mitteln der Staatsbürgerlichen Vereinigung, b) aus Mitgliedsbeiträgen und c) aus den Wahlkampfmitteln erfolgt?

Schmücker: Herr Scheufelen! Die Staatsbürgerliche Vereinigung wird in den nächsten Wochen eine Zusammenkunft haben. Ich werde hingehen. Dann werden wir wissen, ob die alte Liste bestehenbleibt. In der alten Liste fehlen allerdings einige sehr gewichtige Namen. Ich bin bereit, mich mit dem Landesverband, in dem große Unternehmen sitzen, zu verständigen, wie wir auch an diese Firmen herankommen. Es sind etliche Unternehmen da, die nicht drin sind. Wenn sie im Landesverband zurechtkommen, soll es auch mir recht sein. Irgendwie müssen wir diese Lücke schließen.

Scheufelen: Innerhalb der Fördergesellschaften gibt es einen Teil, der nach Köln geht und einen Teil, der im Lande bleibt. Bleibt das so? (*Schmücker:* Das soll so bleiben.) Wir haben z. B. bei mir im Lande eine Liste von Firmen. Wir können diese nicht so hart herannehmen wie die anderen, die nichts tun. Ich denke an Bosch und Daimler, die an die Staatsbürgerliche Vereinigung zahlen. (*Kohl:* Und an die CSU!)

Schmücker: Wir haben vereinbart, daß wir die Landesschatzmeister zusammenholen, sobald ich mit der Vollversammlung der Staatsbürgerlichen Vereinigung gesprochen habe.

Heck: Herr Kohl!

Kohl: Ich würde zunächst darum bitten, die Sitzung der Landesschatzmeister gleichzeitig mit den Landesvorsitzenden durchzuführen. Das halte ich für sehr wichtig. Der Appell unseres Freundes Schmücker, daß sich alle an eine gewisse Ordnung halten, ist sehr allgemein; denn er hat keine Machtmittel, um sich durchzusetzen. In der Praxis sieht es leider ganz anders aus.

---

6 Die „Staatsbürgerliche Vereinigung Köln/Bonn e. V." wurde 1954 gegründet und 1990 aufgelöst. Am 26. Juni 1990 traten die letzten drei Mitglieder aus der „SV" aus. Am 24. Juli 1990, einen Tag vor Beginn des Düsseldorfer Parteispendenprozesses, wurde sie im Koblenzer Vereinsregister gelöscht, vgl. dpa vom 25. Juli 1990.

Dann gibt es den Unsicherheitsfaktor der CSU. Die CSU ist überhaupt nicht bereit, sich beim Sammeln auf das Gebiet des Freistaates Bayern zu beschränken, sondern ich merke auf allen möglichen Gebieten die Spuren dieser Sammler. Das sind recht beachtliche Beträge, die da z. T. abgehen. Deshalb müßte man auch zu einer solchen Besprechung den Generalsekretär der CSU[7] einladen. Man wird zwar das Verfahren nicht abstellen können, aber es sollte sich wenigstens in einem vernünftigen Rahmen halten; denn hier liegen evidente Schwierigkeiten.

Wenn man irgendwo hinkommt, dann heißt es: Es war schon der Vertreter der CSU da. – Auch die Kabinettsmitglieder der CSU sind da sehr aktiv und holen eine ganze Menge Geld, auch in anderen Bereichen. Wenn man sehr viel Industrie in seinem Lande hat, kann man das noch ertragen. Aber uns in Rheinland-Pfalz trifft das sehr hart. Ich will jetzt keine Namen nennen, aber es gibt dann noch einmal die Sonderform des Sammelns, daß besonders prominente CDU-Leute auch quer durch die ganze Bundesrepublik für den eigenen Wahlkreis sammeln. Das ist also genau das Gegenteil von dem, was Sie, Herr Schmücker, angesprochen haben.

Es gehört schon ein bißchen Solidarität bei der ganzen Geschichte dazu, daß man hier wenigstens die Kirche im Dorf läßt. Ich bin gerne bereit, bei der Landesvorsitzendenbesprechung aus meiner Sicht Details beizusteuern. Ich habe schon Verständnis dafür, daß der eine oder andere bei einem Firmenbesuch bei der Gelegenheit auch noch etwas für seinen Wahlkreis holt, aber wenn das zur Regel wird, muß ich Ihnen sagen, dann können diejenigen, die örtlich die Katze durch den Bach schleppen müssen, den Laden zumachen.

In diesem Zusammenhang muß auch offen angesprochen werden, Herr Scheufelen, die Sammelaktion des Wirtschaftsbeirats, die nicht direkt der CDU zukommt. Wenn wir, wie wir jetzt in Rheinland-Pfalz, eine Landesgruppe des Wirtschaftsbeirats bilden, dann kann das nicht automatisch bedeuten, daß sozusagen neben der CDU der Wirtschaftsbeirat das Geld abholt. Der Wirtschaftsbeirat ist immer noch nicht in der CDU, und zwar entgegen der gefaßten Beschlüsse[8], integriert. Das ist eine Vereinigung, die juristisch neben der CDU herläuft.

Ich kann nicht zu einem Unternehmer gehen und um Geld betteln, wenn ein paar Tage vorher der Repräsentant des Wirtschaftsbeirats schon dort gewesen ist; übrigens auch meist hochgestellte Persönlichkeiten – protokollarisch gesehen – der CSU. Man weiß auch gar nichts von solchen Aktionen und kommt sich dann recht blamiert vor als Parteivorsitzender, wenn vorher in dem Unternehmen zunächst ein Mann der CSU war, dann einer vom Wirtschaftsbeirat, und zum Schluß kommt dann die eigentlich zuständige Partei, die zuerst hätte kommen müssen. (*Kiesinger:* Herr Kohl, so langsam sind Sie doch üblicherweise nicht. – *Heiterkeit.*) Herr Bundeskanzler, bei den Geldsachen muß man noch eine ganze Menge hinzulernen, dafür bin ich zu wenig in Bonn, um das schon begriffen zu haben. (*Unruhe und Bewegung.*)

7 Max Streibl.
8 Vgl. Nr. 14 Anm. 77.

Deshalb bin ich dafür, daß die Landesvorsitzenden dabei sind. Das muß also offen besprochen werden.

Herr Kollege Schmücker! Ich würde darum bitten – das hat nichts direkt mit dem Etat zu tun, aber sehr wohl indirekt –, daß dieser Härteausgleich erfolgt. Wir müssen den Freunden, die Sie angesprochen haben, in den Landesverbänden, denen es z. T. ganz dreckig geht, helfen. Ich bin dafür, daß wir einen Beschluß, der schon vor Jahren unter dem Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Adenauer gefaßt worden ist[9], verwirklichen, daß wir nämlich einmal zu hören bekommen, welche Beiträge die einzelnen Landesverbände einnehmen.

Wir werden jetzt beim Thema Aktionsprogramm über die Stimmberechtigung zu sprechen haben. Ist ein Mitglied für die CDU stimmberechtigt, das im Monat 0,25 DM Beitrag zahlt? Das gibt es noch in einer Reihe von Bereichen der CDU in der Bundesrepublik. Ist ein solches Mitglied genauso stimmberechtigt wie ein Mitglied, das den in Hannover beschlossenen Beitrag bezahlt? Hier ist ein rechtliches Problem aufgeworfen, das man sehen muß. Ich würde darum bitten, daß wir darüber eine Übersicht bekommen. Das braucht aber nicht heute zu sein.

Schmücker: Ich halte es auch für richtig, daß die Landesvorsitzenden dazugebeten werden. Ich werde sie vorher anschreiben. Wir müssen dann eine ganztägige Sitzung abhalten; aber erst dann, wenn ich mit der Staatsbürgerlichen Vereinigung klargeworden bin. (*Kohl:* Nach der Sommerpause.) Im September!

Kiesinger: Gibt es sonst noch Wortmeldungen zum Problem der Einnahmen? – Das ist nicht der Fall. Die Einnahmen sind damit abgeschlossen. – Herr Scheufelen.

Scheufelen: Auf der Seite 3 steht ein schöner Betrag unserer Ausgaben. Ich bitte Sie, einmal zu prüfen, ob es sinnvoll ist, diese Publikationen, die mit einem Betrag von 1,6 Mio. DM hier stehen, weiter so zu belassen, oder ob man nicht das eine oder andere hier reduzieren kann. Ich spreche das „Deutsche Monatsblatt“[10] an. Es ist zwar sehr schwierig, ein Monatsblatt zu machen; denn alles Aktuelle der Politik steht in der Tageszeitung. Man könnte es noch einigermaßen als Wochenzeitung machen, aber eine Monatszeitung, auch wenn sie die besten Redakteure hätte, ist praktisch beinahe unmöglich; denn es steht nichts Aktuelles drin.

Kiesinger: Herr Kraske.

Kraske: Ich kann nicht leugnen, daß das „Deutsche Monatsblatt“ für den, der eine unmittelbare Mitverantwortung trägt, das unbefriedigendste Objekt unserer publizistischen Arbeit ist, was es gibt. Es handelt sich um die Probleme einer Monatszeitschrift. Herr Scheufelen hat schon ausgesagt, daß das allein ein fast unlösbares Problem ist.

Zweitens sind die Informationsbedürfnisse unserer Mitglieder im Kreisverband Saulgau völlig anders als die bei der Jungen Union im Kreisverband Köln oder in Hamburg. Das Interessengefälle, das Bildungsgefälle und das Informationsgefälle in der

9 Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 539–541.

10 Das „Deutsche Monatsblatt“ erschien seit 1954 und wurde nach 1989 unter dem Titel „Union. Das Magazin der CDU Deutschlands“ fortgeführt. Eine rheinische Ausgabe erschien bis 1966, eine westfälische bis 1968.

Mitgliedschaft der CDU sind so groß, daß es schlechterdings unmöglich ist, eine Publikation zu machen, die 300.000 Mitglieder in gleicher Weise erfreut. Wir haben deswegen in den letzten Monaten eine Untersuchung angestellt über die Informationsbedürfnisse der CDU-Mitglieder, deren Ergebnisse in den nächsten Wochen vorliegen werden. Anhand dieser Untersuchungsergebnisse wollen wir im Blick auf die Bundestagswahl darangehen, die einzelnen Publikationen der Bundespartei neu zu überdenken.

Ein ganz entgegengesetztes Beispiel zum „Monatsblatt" ist „Union in Deutschland"[11], wozu wir in den letzten Monaten eine ganze Reihe von sehr positiven Äußerungen bekommen haben. Aber hier handelt es sich um eine Wochenpublikation an einen ganz engen Kreis von 10.000 Mitarbeitern in der Partei, die im großen und ganzen gleiche Aufgaben in der Partei haben. Sie haben deswegen auch sehr ähnliche Interessen und können in ähnlicher Weise angesprochen werden. Wir haben seit vielen Jahren überlegt, das „Monatsblatt" in eine Wochenzeitung umzustellen. Das ist in den Kosten eine so viel höhere Belastung, daß wir in absehbarer Zeit – ich würde sagen, mindestens bis 1969 – dieses Risiko gar nicht auf uns nehmen können.

Ein letztes Wort noch zu der hier angegebenen Ziffer! Der Beiratsvorsitzende unserer Verlags-GmbH wird mir zustimmen, daß diese Ziffer nicht ganz echt ist, weil die Verlags-GmbH aus internen Abrechnungsgründen sämtliche Sachkosten für Aufwand in der Redaktion nicht gleichmäßig auf alle Publikationen verteilt, sondern allein auf das „Monatsblatt" legt. Dadurch wird in dieser Ziffer nicht deutlich, daß das „Monatsblatt" kostenmäßig zu einem wesentlichen Teil tatsächlich durch das Anzeigenaufkommen getragen wird, so daß wir, wenn wir dieses „Monatsblatt" von heute auf morgen einstellen wollten, nicht den hier angegebenen Betrag einsparten, sondern die ganzen Sach- und Personalkosten, die mit dem „Monatsblatt" durch den Verlag gedeckt werden, plötzlich neu zahlen müßten, so daß also die Kostenrechnung allein nicht hilft.

Ich schlage deshalb vor, das Ergebnis dieser Untersuchung abzuwarten. Darüber kann ich dann auf der nächsten Bundesvorstandssitzung berichten. Wir können eine endgültige Entscheidung wenigstens bis zur Bundestagswahl 1969 treffen. Ich habe mit dem Generalsekretär in den letzten drei Monaten bereits mehrere Gespräche über dieses Thema geführt. Wir sind dabei davon ausgegangen, diese Untersuchungen abzuwarten und für den Herbst gegebenenfalls eine neue Ordnung vorzubereiten.

Kiesinger: Herr Heck!

Heck: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es ist in der Tat so, daß mit dem „Monatsblatt" eine fast unlösbare Aufgabe gestellt ist. Ich will dem Ergebnis dieser Untersuchung nicht vorgreifen, aber ich kenne die Partei ein bißchen. Man wird davon ausgehen müssen, daß wir einen beträchtlichen Teil an Mitgliedern haben, die die Partei dadurch fördern wollen, daß sie Mitglied sind. Der kleinere Teil ist aktiv politisch engagiert und interessiert. Die politischen Informationsbedürfnisse der passiven

11 Die „Union in Deutschland. Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands" ging 1949 aus dem 1948 gegründeten Deutschland-Union Dienst (Erscheinen 1998 eingestellt) hervor und erschien wöchentlich. Vgl. LEXIKON S. 449f., 669f.

Parteimitglieder werden heute über Rundfunk, Fernsehen und Presse sehr weitgehend befriedigt. Die Kritik über das „Monatsblatt" kommt aus dem aktiven Teil der Mitglieder. Wir haben überlegt, ob wir nicht dazu übergehen sollten, den „UiD" breiter als bisher zu streuen, um ein weiteres Bedürfnis zu befriedigen, was bislang unbefriedigt bleibt. Ein engerer Führungskreis der Partei – es wird sich um 1.000 Personen handeln – erwartet, daß er von uns informationsmäßig ein bißchen mehr erfährt als das, was er in der Zeitung liest und was die Tagesschau bringt. In vier Wochen wird das Ergebnis der Untersuchung vorliegen. Ich schlage vor, das Ergebnis abzuwarten. Wir können dann in der nächsten Sitzung des Bundesvorstands darüber berichten.

Kiesinger: Herr Amrehn!

Amrehn: Wie auch immer die Untersuchung ausgehen wird, so meine ich, daß die Partei nicht darauf verzichten kann, einen Verbindungsdraht zu jedem Mitglied aufrechtzuerhalten. Das berührt die Frage, wie dieses „Monatsblatt" auszugestalten ist; ob es nicht mehr ausgestattet werden sollte mit politischen Kommentaren und Vorausschauen, statt mit Informationen aus der Vergangenheit. Die Gestaltung hat zunächst nichts damit zu tun, daß die Notwendigkeit besteht, zu den 90% – von denen die Rede war, daß sie nicht laufend an der Arbeit teilnehmen – einen Verbindungsdraht zu haben. Ich begrüße es, daß wir auf diese Weise unseren Mitgliedern wenigstens jeden Monat etwas dafür zeigen können, daß sie Beitrag bezahlen, was bei uns eine Menge Geld ist; denn bei uns gibt es im Durchschnitt keinen Beitrag unter 3,00 DM, Herr Kohl.

Wir versuchen sogar in unserem Landesverband dazu noch, monatliche Landesverbandsnachrichten und Kommentare zu schreiben. Das ist finanziell ein ebenso schwieriges Unterfangen, wie hier das „Monatsblatt" aufrechtzuerhalten. Aber an sich muß es bestehenbleiben. Es könnte dadurch noch mehr an Wert gewinnen, daß es mehr als bisher zum Diskussionsblatt wird. Ich weiß nicht, wer das Blatt „Christliche Politik"[12] in blauer Farbe und in DIN-A4-Format herausgibt? Das ist sehr demagogisch und kritisch gegen die CDU manchmal eingestellt. Da schreiben z. B. katholische Geistliche drin, Bensberg-Befürworter[13] usw. Diesen Charakter hat das Blatt. Ich bekomme es auch so einmal in zwei Monaten. Ich schätze das Blatt vom Inhalt her überhaupt nicht, aber es ist immerhin lesenswert, weil es zur Diskussion herausfordert. Wenn nun das Blatt für unsere Mitglieder, das wir herausgeben, so gestaltet werden könnte, dann hätte es auch mehr Anziehungskraft. Verzichtet werden kann darauf nicht, weil wir damit die letzte äußere Brücke des Mitgliedes zur Partei abbrächen. Und das darf nicht sein!

Kiesinger: Herr Kraske!

---

12 Vermutlich „Kommentar zur Politik/Arbeitsgemeinschaft für Christliche Politik" (Bonn 1965–1968).

13 Dem Bensberger Kreis, der erstmals im Mai 1966 zusammengetreten war, gehörten Vertreter aus verschiedenen Gruppen des öffentlichen Lebens, darunter Pfarrer, Hochschullehrer, Publizisten, an. Mitglieder waren u. a. Eugen Kogon und Walter Dirks. Aufsehen erregte – noch vor ihrem Erscheinen – die Denkschrift des Kreises zur Aussöhnung mit Polen, die am 2. März 1968 unter dem Titel „Ein Memorandum deutscher Katholiken zu den deutsch-polnischen Fragen" veröffentlicht wurde.

Kraske: Darf ich noch ein Wort zu den Schwierigkeiten sagen! Herr Amrehn, es wäre sehr problematisch, wenn die CDU-Mitglieder überhaupt nichts mehr von ihrer Partei in die Hand bekämen. Eines der Hauptprobleme, Herr Amrehn, für dieses „Deutsche Monatsblatt" ist doch, daß es gerade das offizielle Organ der Bundespartei ist. Ein offizielles Organ der Partei kann sich nicht allzu viele besonders aufregende, interessante und amüsante Diskussionen leisten. (*Zuruf:* Lassen Sie das „offizielle" weg!) Ich darf ein Beispiel nennen. Wir haben eine Diskussion im „Monatsblatt" über das Thema „Mitbestimmung" gemacht mit Stellungnahmen des Wirtschaftsrats, der Sozialausschüsse und anderer Gruppen in der Partei, wo jede Stellungnahme neben die andere gestellt wurde in einer objektiven Darstellung.[14] Aber schon dieses ist teilweise sehr kritisch aufgenommen worden. Ähnlich ist es mit allen größeren und breiteren Diskussionen. Ein offizielles Organ hat eben einfach weniger Freiheit. Das führt manchmal dazu, daß muß man ganz nüchtern sehen, daß es langweilig wird. (*Kohl:* Und nicht gelesen wird! – *Klepsch:* Was ist „Rhein-Inform"?) „Rhein-Inform" ist ein interner Informationsdienst, der insbesondere in katholische Pfarrhäuser geht, der von uns subventioniert wird.[15] (*Kohl:* Subventionieren wir auch das Blatt, das Herr Amrehn eben angesprochen hat?) Nein!

Kiesinger: Herr Scheufelen!

Scheufelen: Ich muß wiederholen, man kann 1. eine Monatszeitung nicht aktuell gestalten, 2. kann man als Parteiorgan der CDU das, was eigentlich interessant ist, gar nicht schreiben.

Es ist ein unlösbares Problem. Machen wir es monatlich als Parteiorgan, dann ist es stinklangweilig, und unsere Mitglieder ärgern sich nur darüber, daß sie es kriegen. Ich würde also das „Monatsblatt" ersatzlos streichen und für die interessierten Leute „Union in Deutschland" ausbauen.

Ich sehe keine Lösung dafür, ein parteioffizielles Organ monatlich so herauszubringen, daß irgend jemand sagt, es lohnt sich, das Ding zu lesen. (*Kohl:* Es muß doch nicht unbedingt zusammenhanglos sein. Es besteht doch die Möglichkeit, daß man etwas mehr Freiheit gibt! – *Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

Heck: Das Problem liegt tatsächlich in dem, was Herr Kraske sagte, nämlich eine so breite Skala zu machen, daß alle Mitglieder angesprochen werden, ist nicht möglich. Am Schluß wird die Frage auftauchen: Wir haben soundso viel Geld insgesamt zur Verfügung; nun sollte man das und jenes machen usw. – Man wird sich dann für eine Priorität entscheiden müssen. Ich meine, man sollte deswegen das Ergebnis der Untersuchung abwarten, weil wir bisher nur die Kritik des aktiven Teiles der Mitglieder bekommen haben. Vielleicht stellt sich heraus, daß bei den übrigen das „Monatsblatt" ein gewisses Echo hat. Mir scheint es wichtiger zu sein, den aktiven Teil so gut und so breit wie nur möglich zu informieren, als eine allgemeine Verbindung zu halten.

14 Vgl. Jg. 14, Heft 8, September 1967 S. 14.

15 Wurde neben der „Politisch-Sozialen Korrespondenz" und dem „Christlich-Demokratischen Pressedienst" von der CDU-Bundesgeschäftsstelle vertrieben.

Kiesinger: Wenn ich auch einmal etwas dazu sagen darf, so habe ich immer die Beobachtung gemacht, daß viele unserer Leute – keineswegs nur die, die Ämter haben – das Bedürfnis haben, die Kontinuität unserer Politik zu verfolgen. In einer schwierigen Koalition ist das durchaus wichtig. Es ist in der Tat so, das „Monatsblatt" kann nur schwer in einem bestimmten Sinne interessant gemacht werden. Es ist eine Kunst, die Kontinuität unserer Politik darzustellen; aber das hilft sehr vielen Leuten.

Die Unterrichtung durch die heutige Tagespresse geschieht leider bei uns in Deutschland in kaum einer Zeitung so, wie es z. B. die „Neue Zürcher Zeitung" tut. Ein Leser der „Neuen Zürcher Zeitung" kann in etwa verfolgen, was sich auf der Welt tut. Sie ist zwar in einer bestimmten Weise gefärbt als eine liberal-konservative Zeitung, aber immerhin! Was Fernsehen und Rundfunk bringen, ist morgen schon wieder vergessen.

Ich erinnere mich sehr stark an folgendes. Mein Vater war nicht sehr stark am Tagesgeschehen interessiert, aber er hatte das Bedürfnis, einmal in der Woche zu erfahren, was sich in der Welt getan hatte. Er war ein ganz entschiedener evangelischer Mann gewesen, aber er las aus diesem Grunde das „Katholische Sonntagsblatt" in Württemberg. Da gab es einen Mann, der jede Woche einen Leitartikel schrieb, in dem drinstand, was sich getan hatte, gut und schön zusammengefaßt. Er sagte: Ich habe das bei keiner anderen Zeitung. Das ist die einzige Zeitung, die mir das gibt. Wenn ich mich am Sonntag hinsetze und das lese, dann weiß ich etwas.

Das „Monatsblatt" erfordert, wie ich schon sagte, eine ganz intensive Leitung und hervorragende Beiträge. Das würde uns viel helfen. Denken Sie nur an die Außenpolitik, wo die Leute durch die dauernden Nachrichten mal so und mal so beinahe verwirrt werden. Es wäre gut, wenn man ihnen jeden Monat sagen könnte, wie die Sache weitergegangen ist, und wenn man auch gleichzeitig prognostizieren könnte, hielt ich das für eine gute Sache. Aber eine solche Zeitung zu machen – ich kann es nur einmal wiederholen – das erfordert eine große Fähigkeit. Sie könnte so nicht nur zur Unterrichtung der Mitglieder dienen, sondern auch eine bedeutende politische Kraft werden. Es ist die Frage, ob wir das leisten können. Wenn wir das nicht leisten können – wir müssen auch das, was Herr Kraske mit den Einnahmen usw. gesagt hat, überlegen –, dann wäre ich auch der Meinung von Herrn Scheufelen, lieber ein aktuelles Organ weiter auszubauen. (*Hahn:* Wir bekommen die „Presseschau".[16] Sie ist hier angegeben mit 5.200 DM im Jahr. Ich kann mir nicht vorstellen, daß diese Summe stimmt.)

Kraske: Das ist eine sehr kleine Streuung. Das bekommen nur die Vorstandsmitglieder und die Landesvorsitzenden.

Kiesinger: Herr Gradl!

Gradl: Ich möchte im Unterschied zu anderen sagen, ich begrüße diese „Presseschau" und halte sie für sehr gut. (*Starke Unruhe.*) Sie ist so gemacht, daß man sie tatsächlich lesen kann. Sie ist interessant ausgewertet. Ich bedauere es deshalb, daß sie nur so klein gestreut ist. Man sollte sie etwas weiter streuen.

16 „Die Presseschau", 1952–1972 herausgegeben vom Union-Verlag (Erscheinen eingestellt).

Kiesinger: Herr Kohl!

Kohl: Hinsichtlich des „Monatsblatts" hat Herr Amrehn in einem Punkt recht. Die Partei bietet örtlich den Mitgliedern in der Regel recht wenig. Das fängt schon an beim örtlichen Mitglied in seinem Verhältnis zur Kommunalpolitik, wo noch ein gewisses Interesse besteht, aber dennoch wird hier recht wenig geboten. Wenn man das von einer zentralen Stelle der Bundespartei fertigbrächte, dann wäre das immerhin eine Sache. Ich bin aber mit dem Herrn Scheufelen der Meinung, wenn das „Monatsblatt" so bleibt wie bisher, dann können wir das Geld dafür wirklich sparen. Das muß man doch objektiv zugeben. Ich habe den Eindruck – lassen Sie mich einmal etwas salopp formulieren –, als ob das „Monatsblatt" in den meisten Familien unserer Mitglieder etwa so einrangiert wird, wie ein guter Katholik sein Bistumsblatt hält. Das hält er in Loyalität zu seiner Diözese, aber er liest es genauso wenig. Auf dieser psychologischen Ebene ist heute das „Monatsblatt" angekommen. Insofern ist das, was Herr Scheufelen sagt, völlig richtig.

Herr Kraske, warum sollten wir denn nicht ein bißchen die Leine lassen – die Sozialdemokraten haben das ja auch fertiggebracht – bei dem „Monatsblatt" und es mit etwas mehr „Pfiff" machen? In der CDU wird es ja auch diskutiert. Wenn sich jetzt die Sozialausschüsse und der Wirtschaftsrat in den Tageszeitungen die Köpfe zerschlagen, dann wäre es doch besser, wenn diese Diskussion im „Monatsblatt" stattfände. Ich bin sehr dafür, daß sich das auf einem parteioffiziösen Forum abspielt. Lassen wir doch einmal ein Experiment machen! Wir stehen ohnedies in dem Ruf, daß wir so langweilig sind, daß man darüber einschläft. Warum soll man hier nicht einmal ein Experiment versuchen! Man kann es dann ja immer noch ändern.

Kraske: Herr Kohl, es würde mich erstens interessieren, welcher sozialdemokratischen Publikation Sie „Pfiff" attestieren? (*Kohl:* Mehr „Pfiff" habe ich gesagt!) Ich denke nicht, daß Sie damit den „Vorwärts"[17] meinen. Welche ist das? (*Kohl:* Es ist keine Frage, um das ganz konkret zu sagen, daß der „Vorwärts" mehr „Pfiff" hat als das „Monatsblatt"!) Herr Kohl, der hier entscheidende Unterschied zwischen dem „Vorwärts" und dem „Monatsblatt" ist der, daß der „Vorwärts" eine Wochenzeitung ist. (*Kohl:* Herr Kraske, Sie dürfen unterstellen, daß ich das weiß. Ich halte meine Behauptung aufrecht!) Es war meine Meinung, wenn er überhaupt mehr „Pfiff" hat – was ich dann doch bestreiten würde –, daß es daher kommt, weil er aktuell sein kann und deswegen interessanter, aber mich und vor allem unsere Journalisten brauchen Sie zum „Pfiff" sicherlich nicht zu ermuntern, je mehr, desto lieber! Aber, Herr Kohl, es gibt immer bei solchen Besprechungen gute Ermahnungen, wenn dann aber einmal daneben gepfiffen wird, (*Meyers:* Oder zurückgepfiffen!) dann erinnert sich kaum noch einer an eine solche Bemerkung. (*Gradl:* Siehe „Bayernkurier"![18]) Ich könnte Ihnen jedenfalls bei dem „langweiligen Monatsblatt" einige Beispiele liefern. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich darf ein zweites Wort zum Herrn Minister Hahn über die „Presseschau" sagen. Diese „Presse-

17 „Vorwärts". Berlin 1876 ff.

18 „Bayernkurier". Deutsche Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur. München 1950 ff.

schau" soll bewußt, wie Herr Gradl gesagt hat, eine Presse-Schau sein. Sie kann also nicht einen allgemeinen Überblick über CDU-Meinungen geben. Die „Presseschau" ist darüber hinaus entstanden für einen noch sehr viel kleineren Bonner Kreis, und zwar als Ergänzung des Presseberichtes, den das Presse- und Informationsamt jeden Morgen herausgibt, wobei, wie wir finden, bestimmte Ereignisse, die die CDU speziell interessieren, natürlich nicht immer im nötigen Umfange behandelt werden können. Diese Ergänzung war der Anfang. Wir haben dann lediglich den Bezieherkreis erweitert. Ich glaube auch, daß die Sache eher leiden würde, wenn man sie umfangmäßig größer machte.

Kiesinger: Herr Meyers!

Meyers: Meine Damen und Herren! Ich bin der Ansicht, daß sicherlich eine Verbindung von der Partei zum einzelnen Mitglied dasein muß. Die Frage ist aber, ob das „Monatsblatt" diese Funktionen noch erfüllen kann? Die Beanstandungen bekommen Sie von den Aktiven, aber der Großteil der Mitglieder behandelt das genauso, wie es Herr Kohl gesagt hat. Die Frage ist, können wir nicht einmal einige Experten beauftragen, die uns sagen sollen, wie man die Funktionen des „Deutschen Monatsblattes" mit dem „UiD" verbinden kann? Weil der „UiD" einfacher und kürzer ist, ist er auch kostenmäßig insofern geringer zu dotieren. Es ist eventuell möglich, daß wir da eine wöchentliche Information für unsere Mitglieder bekommen.

Kraske: Herr Meyers, das ist wirklich nicht zu machen. 1. Wir würden den „UiD" sofort in seinem Charakter zerstören, wenn wir ihn zu einem Anzeigenträger machten. Deswegen kann er nicht billiger sein als das „Monatsblatt"; im Gegenteil viel teurer bei gleicher Auflage; 2. ist dieser „UiD" gerade in der Knappheit seiner Beiträge gezielt auf Leute, die in der politischen Arbeit stehen. Ich wage wirklich vorauszusagen, daß die Mehrheit unserer Mitglieder mit dieser Darstellung nicht genug anfangen könnten. Ich glaube, daß sie den „UiD" wiederum in dem, was er Gutes bietet, zerstören, wenn Sie die Auflage erweitern und ihn so schreiben, daß ihn jedes Mitglied richtig gebrauchen kann. Er bleibt eine Mitarbeiterzeitschrift.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Darf ich mir die Anregung erlauben: Ich glaube, wir kommen so nicht weiter. Deswegen würde ich vorschlagen, daß wir das Ergebnis dieser Untersuchung, von der die Rede war, abwarten, und daß wir uns dann das nächste Mal über das Problem unterhalten. Vielleicht sehen wir dann klarer. – Herr Meyers.

Meyers: Ich muß mich einmal erkundigen, was geschieht eigentlich mit dem Grundstück in der Friedrich-Ebert-Allee?[19] Das habe ich im Jahre 1956 mitvermittelt mit einer Klausel, daß es gelingt, in zwei oder drei Jahren zu bauen. Inzwischen sind zwölf Jahre vergangen. Die Stadt Bonn war damals schon etwas ungeduldig, weil das Grundstück in seinem Wert gestiegen ist. Die Frage ist, wollen und können wir etwas damit machen?

19 Bürogebäude der CDU seit 15. November 1971 (eingeweiht 27. Januar 1973); das Modell des zwölfstöckigen Hochhauses wurde 1964 vorgelegt und 1968 vom Bonner Bauamt genehmigt.

Heck: Bisher war es nicht möglich, weil das Geld zum Bauen fehlte. Wir haben Verhandlungen geführt mit der Allianz und versucht, eine Form der Geldfinanzierung zu finden. Auch das hat zu keinem Ergebnis geführt. Die Stadt hat uns mit Nachdruck darauf aufmerksam gemacht, sie könne uns das Gelände nicht mehr länger belassen, weil im Vertrag vereinbart war, daß das Gelände zurückgegeben werden muß, wenn bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht gebaut ist.

In der Zwischenzeit ist uns unerwartet Hilfe zuteil geworden; denn ein Anrainer hat Einspruch erhoben. Solange über diesen Einspruch nicht entschieden ist, haben wir ein Moratorium. Wir werden also versuchen, nun kann Herr Kraske das sagen ... (*Sehr starke Unruhe.*)

Kraske: Den Anrainer zu ermuntern, bis vor das Bundesverwaltungsgericht zu gehen. Damit haben wir einen genügenden Spielraum. (*Meyers:* Aber der Anrainer gibt Ihnen doch nicht das Geld, die Zentrale für die CDU zu bauen. – *Schmücker:* Wir sollten uns das nach dem Wahlkampf einmal ansehen. – *Heck:* Vor der Wahl 1969 werden wir das mit Sicherheit nicht tun können.)

Kiesinger: Das Haus bleibt also nach wie vor im Nebel. (*Schmücker:* Es wird nicht in die Wahlbesprechungen aufgenommen.) Zu den weiteren Positionen erfolgen keine Wortmeldungen.

Kraske: Darf ich noch darum bitten, Herr Bundeskanzler, daß wir über den Beschlußantrag abstimmen, weil damit eine Ermächtigung für den Schatzmeister verbunden ist, die er dringend braucht, da die Landesverbände auf diese Entscheidung warten.

Kiesinger: Also gut! Der Beschluß lautet: Der Bundesvorstand erklärt sich damit einverstanden, den Härtefonds in Höhe von 800.000 DM auf die Landesverbände Hamburg, Bremen und Hessen offenzuhalten. Dabei soll ein Landesschlüssel angewandt werden, nach dem diese Mittel zwischen den Landesverbandsvertretern verteilt werden. Der Bundesschatzmeister wird beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen.

Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich feststellen, daß so beschlossen ist.

Heck: Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf einer Verfahrensordnung für die Verabschiedung des Aktionsprogramms auf dem 16. ordentlichen Parteitag der CDU in Berlin. Wahl einer Programmkommission zur Vorbereitung des endgültigen Entwurfs eines Aktionsprogramms

Hier ist über eine Verfahrensordnung für die Verabschiedung des Aktionsprogramms zu beschließen. Sie haben eine Unterlage bekommen: Verfahren bei der Beratung und Verabschiedung des Aktionsprogramms. I: Diskussion in den Landes- und Kreisverbänden. 1. Die Kreisverbände haben die Diskussion des allen Mitgliedern zugegangenen Entwurfs eines Aktionsprogramms in der Regel bis Ende April abgeschlossen und die Ergebnisse ihrer Beratungen den Landesverbänden zugeleitet.

Damit brauchen wir uns nicht zu befassen. Dagegen muß zur Ziffer II: Vorbereitung der endgültigen Entwurfsvorlage durch die Bundespartei, Ziffer 1, heute Beschluß gefaßt werden. Es heißt hier: 1. Der Bundesvorstand setzt auf seiner Sitzung am 21. Juni eine Programmkommission ein, die auf der Grundlage des ursprünglichen Entwurfs und der Stellungnahmen der Landesverbände einen neuen Programmentwurf zu erarbeiten hat.

Der erste Entwurf des Aktionsprogramms, der eigentlich so eine in Programmform dargebotene Materialsammlung war, ist in der Partei frei und erfreulicherweise sehr intensiv diskutiert worden. Wir erwarten im Laufe des Juli von den Landesverbänden und von den Vereinigungen die Stellungnahmen. Wir wollen dann unter Berücksichtigung dessen, was kritisch, ergänzend oder an Änderungswünschen geäußert worden ist, einen neuen Entwurf erarbeiten. Dieser Entwurf wird zwar zunächst von der Bundesgeschäftsstelle erarbeitet werden; er sollte aber dann, bevor er dem Präsidium und dann vom Präsidium dem Bundesvorstand vorgelegt wird, durch eine Programmkommission politisch noch gegliedert und durchberaten werden.

Es ist ein schwieriges Kapitel, eine Programmkommission zusammenzusetzen. Wir waren der Meinung, wir sollten generell zu den Sitzungen der Programmkommission sämtliche Mitglieder des Präsidiums einladen und es den Präsidiumsmitgliedern überlassen, ob sie sich beteiligen wollen oder nicht.

Ergänzend dazu haben wir uns überlegt, daß vor allem diejenigen, die bisher entweder durch die Leitung von Kommissionen an der Erarbeitung beteiligt waren oder die sich aus Gründen der Ausgewogenheit grundsätzlich empfehlen, beteiligt werden sollen. Wir haben eine Liste aufgestellt, die Herr Kraske und ich hier vorschlagen, die selbstverständlich zur Diskussion steht und auch ergänzt werden kann. Die Namen sind dem Alphabet nach aufgeführt: Prof. Abelein, Minister Benda, Dr. Burgbacher, Dr. Gradl, Kiep, Köppler[20], Dr. Kohl, Dr. Kraske, Prof. Dr. Mikat, Rollmann[21], Russe, Schmücker, Frau Dr. Schwarzhaupt, Stingl und Wörner[22].

20 In der Vorlage: Köffler. – Heinrich Köppler (1925–1980), Jurist; 1952–1956 Bundesführer des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, 1954/55 Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendringes, 1956–1965 Generalsekretär und 1968–1970 Vizepräsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, 1969–1980 Vorsitzender der CDU Rheinland, 1965–1970 MdB, 1970–1980 MdL Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender des Präsidiums der CDU in Nordrhein-Westfalen. Vgl. LEXIKON S. 301.

21 Dietrich-Wilhelm Rollmann (geb. 1932), Jurist; 1953 Mitgründer und Vorsitzender des RCDS in Hamburg, 1956–1963 Vorsitzender der JU, 1956–1976 Mitglied des Vorstands der CDU Hamburg, 1957–1960 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1957–1977 Vorsitzender des KV Hamburg-Mitte, 1960–1976 MdB, 1968–1974 Vorsitzender der CDU Hamburg.

22 Dr. Manfred Wörner (1934–1994), Jurist; 1956 CDU, 1965–1988 MdB, 1982–1988 Bundesminister der Verteidigung, 1988–1994 Generalsekretär der NATO. Vgl. KEMPF/MERZ S. 762–766.

Klepsch: Ich möchte noch Herrn Dr. Eyrich[23] vorschlagen, weil er der Vorsitzende des Aktionsprogramms der Jungen Union ist, der alle unsere Anträge koordinieren wird.

Kiesinger: Haben wir nicht unter den Studenten, die zu uns gehören, einen soliden und guten jungen Mann, den wir hineinbekommen können? (*Zuruf:* Schönbohm![24] Renscheid![25]) Ich würde vorschlagen, daß wir den dazunehmen.

Meyers: Ich würde vorschlagen, den Adolf Hauser[26] dazuzunehmen. Das ist sicher praktisch. Er hat die gesamten Zusammensetzungen im Rheinland gemacht. Er hat auch Zeit. Ich würde sagen, wir setzen ihn eventuell für Herrn Mikat ein, aber nicht deshalb, weil ich gegen Herrn Mikat bin, sondern weil dieser auch als Präsident der Görres-Gesellschaft jetzt zeitlich überlastet ist. Dann haben Sie jemand, der die ganzen Anträge aller Kreisverbände gesichtet und zusammengefaßt hat. (*Gerstenmaier:* Ich möchte Thomas Ruf[27] vorschlagen.)

Stoltenberg: Ich möchte nicht vorgreifen, Herr Kollege Heck. So gut alle Vorschläge sind, die wir hören, so besteht doch die Gefahr, daß die Kommission zu groß wird. Wenn wir dann mit 20 oder 25 Leuten dort sitzen, ist das zuviel.

Heck: Herr Kraske, Herrn Stoltenberg haben Sie vergessen!

Kraske: Ich bitte um Entschuldigung. Wegen des Bildungsbereichs sollten Sie dabei sein. Ich bitte also um Entschuldigung, das ist in meinem Büro heute passiert.

Heck: Wenn Sie den Umfang nehmen, bleibt der Kreis arbeitsfähig. Ich habe keine Bedenken. Wir haben sowieso die Erfahrung gemacht, daß die Besetzung nicht immer voll ist. Ich lese nochmals vor, jetzt aber nicht mehr nach dem Alphabet: Abelein, Benda, Burgbacher, Gradl, Kiep, Köppler, Kohl, Kraske, Mikat, Rollmann, Russe, Schmükker, Schwarzhaupt, Stingl, Wörner, Stoltenberg, Eyrich, Renscheid, Schönbohm, Hauser, Ruf. (*Zuruf:* Niermann!) Niermann noch dazu! (*Unruhe.*) Für die Außenpolitik haben wir eigentlich nur Herrn Gradl. Sollen wir hier noch einen nehmen? (*Zuruf:* Wrangel!)

Gradl: Wir bereiten eine außenpolitische Kommission sowieso vor. Herr Benda und andere haben sich verständigt, ein außenpolitisches Programm zu erarbeiten.

---

23 Dr. Heinz Eyrich (geb. 1929), Jurist; 1955 CDU, 1965–1969 Landesvorsitzender der JU, 1969–1978 MdB, 1978–1991 Justizminister in Baden-Württemberg und 1983/84 auch Innenminister (ab 1987 Minister für Justiz, Europa- und Bundesangelegenheiten), 1980–1992 MdL Baden-Württemberg.

24 In der Vorlage: Schönborn. – Wulf Schönbohm (geb. 1941), Politologe; 1967/68 Bundesvorsitzender des RCDS, 1971/72 Vorsitzender der JU Rheinland, 1983–1990 Hauptabteilungsleiter für Grundsatzfragen und Planung in der Bundesgeschäftsstelle.

25 Nicht zu ermitteln.

26 Wahrscheinlich Alo Hauser, Bonn. Vgl. Nr. 13 Anm. 15.

27 Thomas Ruf (1911–1996), Diplom-Volkswirt; 1945 Mitgründer und bis 1956 Kreisvorsitzender der CDU Esslingen, 1953–1972 MdB, bis 1994 Vorsitzender der Kommission Sozialpolitik des Wirtschaftsrats der CDU e. V. Memoiren in: Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Aufzeichnungen und Erinnerungen Bd. 9. Boppard 1991.

Heck: Ich habe in der Zeitung gelesen, daß die norddeutschen Verbände getagt und Beschlüsse gefaßt haben. Es wäre schön, wenn wir das anders erführen.[28]

Kiesinger: Das ist in der Tat ein etwas merkwürdiger Vorgang gewesen.

Heck: Können wir es dabei belassen? (*Stoltenberg:* Ich darf darum bitten, Herr Kollege Heck, daß die Termine möglichst schnell festgelegt werden, damit wir rechtzeitig disponieren können.) Die Mitglieder müssen den Monat September über arbeiten. Das ist der „Vorzug", der damit verknüpft ist.

Kraske: Diese Mitglieder müssen zwischen dem 20. August und dem 10. September arbeiten. Ich darf hinzufügen, daß dieser Vorstand in der Zeit zwischen dem 15. und dem 30. September arbeiten muß, wenn er sich dieses Programm wirklich zu eigen machen will. (*Kiesinger:* Wann muß er arbeiten?) Zwischen dem 15. und dem 30. September. Dann werden wir nicht mit einer solchen Sitzung von 10.30 Uhr bis zum Nachmittag durchkommen, sondern ich bitte darum, daß wir uns schon heute auf eine zweitägige Sitzung verständigen. (*Zuruf:* Die nächste Sitzung ist schon für den 20. und 21. September festgelegt.)

Heck: Die Kommission muß in der Tat vom 20. August bis 10. September arbeiten. An sich muß sich das Präsidium mindestens einen Tag lang damit befassen. Dann haben wir zwei Tage für den Bundesvorstand. Dann können wir es also so belassen.

Für den Parteitag selber haben wir vor, daß der vom Bundesvorstand verabschiedete endgültige Entwurf des Aktionsprogramms am 1. Oktober den Delegierten des Parteitags vorliegen soll sowie den Mitgliedern des Bundesausschusses, der Bundesvereinigungen und den Landes- und Kreisverbänden. Die Verbände haben dann noch einmal zwischen dem 1. Oktober und 1. November – also einen Monat lang – die Möglichkeit, den neuen Entwurf zu prüfen und zu beraten. Sie können vor dem Parteitag offiziell zu dem neuen Entwurf Änderungs- oder Ergänzungsanträge stellen, die dem Parteitag als Drucksache vorgelegt werden, über die dann der Parteitag zu entscheiden hat.

Wir müssen uns heute überlegen, wer antragsberechtigt vor dem Bundesparteitag sein soll. Man muß hier unterscheiden: antragsberechtigt vor dem Parteitag und auf dem Parteitag. Wir sind der Meinung, obwohl es sehr umfangreich wird, daß das nicht zu umgehen sein wird und daß folgende Organisationen der Partei antragsberechtigt sind vor dem Bundesparteitag: 1. die Kreisverbände, 2. die Landesverbände, 3. die Bundesvereinigungen, 4. der Bundesausschuß, 5. der Bundesvorstand. Anträge, die vor dem Parteitag gestellt werden, sind mindestens jeweils von dem betreffenden Vorstand zu beschließen; also vom Vorstand eines Kreisverbands, eines Landesverbands, einer Bundesvereinigung usw. In dem Antrag muß auch zum Ausdruck gebracht werden, welches Gremium ihn beschlossen hat. Das wäre die Ziffer III, über die wir uns heute einigen sollten. – Herr Gradl!

Gradl: Der Bundesparteitag soll also stattfinden ab 4. November 1968. Wenn ich die Ziffer 4 richtig verstanden habe, sind das Anträge, die vorher gestellt werden sollen, damit sie spätestens auf dem Bundesparteitag den Delegierten ausgehändigt werden kön-

28 Zur Tagung der norddeutschen CDU-Verbände unter Leitung von Kai-Uwe von Hassel am 9. Juni in Soltau vgl. „Welt" vom 10. Juni 1968 „Bekenntnis zur Verbundenheit mit Berlin".

nen. Ich meine, es könnte sein, daß wir noch einmal eine Flut von Anträgen bekommen, wenn wir nämlich daran denken, daß die Kreisverbände antragsberechtigt sein sollen.

Wenn Sie in Rechnung stellen, wie die Kreisverbände in diesen Monaten aktiv waren, und daß alle natürlicherweise ein Verlangen haben, wenn sie nicht zum Zuge gekommen sind, dennoch ihren Willen durchzusetzen, dann müssen Sie möglicherweise mit sehr vielen Anträgen rechnen. (*Heck:* Wir rechnen mit viel Anträgen!)

Wenn wir aber mit dicken Bündeln von Anträgen am Morgen des Parteitags überrascht werden, dann ist eine ernste Bearbeitung sowieso nicht mehr möglich. Deshalb meine ich, wenn das nach der Satzung sowieso notwendig ist, daß wir eine Frist einführen sollen vor dem Parteitag, bis zu der diese Anträge gestellt sein müssen, damit man sie vorher in den einzelnen Kommissionen oder Gremien wirklich durchsehen und vorbereiten kann.

Heck: Die Frist, die hier vorgesehen ist, ist in der Tat außerordentlich knapp. Sie müssen aber berücksichtigen, Herr Gradl, wie das gesamte Verfahren ist. Wir haben das Material für das Aktionsprogramm im Dezember noch an die Kreisverbände gesandt. Es ist ein halbes Jahr lang in den Landesverbänden, in den Vereinigungen und in den Kreisverbänden beraten worden oder sollte beraten werden.

Wir werden natürlich versuchen, in dem zweiten Entwurf das, was einigermaßen übereinstimmend an Änderungswünschen vorliegt, bereits zu verarbeiten. Aber es wird nicht zu umgehen sein, daß dann – wir wünschen uns das ja auch –, wenn die Kreisverbände sagen, was wir erarbeitet haben, ist nicht berücksichtigt worden, dies auf dem Parteitag zur Sprache gebracht wird. Dann müssen sie die Möglichkeit haben, einen Antrag zu stellen. Das halte ich für unumgänglich. Wichtig ist, wie wir das Ganze behandeln.

Vielleicht wird es notwendig sein, daß wir die Frist vom 1. November etwas kürzen, so daß man zur Vorbereitung etwas mehr Zeit hat. Wichtig ist, daß wir uns sorgfältig aufgrund dessen, was an Erfahrung vorliegt, überlegen müssen, wie wir auf dem Parteitag verfahren, um festzustellen, welche Rechte eine Antragskommission erhält. Man muß hier Anträge, die denselben Gegenstand betreffen, zusammenfassen können. Es muß dann der weitestgehende Antrag als erster diskutiert und zur Abstimmung gebracht werden. Wenn dann der weitestgehende Antrag angenommen ist, sind die anderen erledigt.

Ich gebe zu, das ist das erste Mal, daß wir einen Parteitag in der Weise durchführen, daß eine Willensbildung von unten nach oben erfolgen soll. Hier stecken unüberschaubare Probleme drin; aber ich meine, wir sollten diesen Weg gehen.

Kiesinger: Herr Klepsch!

Klepsch: Ich meine, daß das Verfahren ganz gut ausgedacht ist. Wir müssen mit vielen Anträgen rechnen. Die Antragskommission hat vier Tage Zeit, um die Anträge zu sichten. Wir sollten es hierbei belassen. Wenn wir die Frist jetzt stark verkürzen, ist die Zeit für Stellungnahmen etwas kurz. Im übrigen fürchte ich mich vor den vielen Anträgen nicht. Wir sollten uns einmal bei unserem Koalitionspartner umsehen; denn je mehr Anträge kommen, um so leichter ist nachher die Verabschiedung.

Kiesinger: Herr Stoltenberg!

Stoltenberg: Ich bin mit den grundsätzlichen Ausführungen völlig einverstanden. Ich bin mir aber nicht ganz sicher, ob es wirklich dem demokratischen Prinzip entspricht, daß wir neben den Delegierten, die die gewählten Vertreter der Landesverbände sind, nochmals soviel anderen ein direktes Antragsrecht geben. Auch bei der Antragskommission müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß wir so viele Vorschläge bekommen, daß ein Parteitag von zwei, drei Tagen nicht in der Lage ist, alle diese Dinge abzuwickeln. Ich meine, man sollte den Delegierten, die die gewählten Repräsentanten sind, in erster Linie das Antragsrecht geben. Ich fürchte, daß bei den vorgesehenen Rechten der Antragskommission wir uns durchaus einer Geschäftslage gegenübersehen, die zum Gegenteil führen kann; denn nichts ist unerquicklicher für einen Parteitagspräsidenten, wenn er eine Reihe Anträge nicht mehr ordnungsgemäß behandeln kann. Das ist unangenehmer als eine gewisse vorherige Regulierung des Verfahrens, die ich darin erblicken würde, daß man neben den Delegierten noch die Landesverbände, die Bundesvereinigungen usw. als Antragsteller zuläßt. Mein Vorschlag würde eine Reduzierung der Anträge um etwa 40% bedeuten.

Heck: Das ist ein Problem der richtigen psychologischen Behandlung unserer Kreisparteien. Nachdem die Kreisparteien mit dieser Arbeit eingesetzt haben, wird dort teilweise ungewöhnlich viel gearbeitet. Es gibt in Bremen eine Kreispartei, die das Aktionsprogramm in 50 Sitzungen beraten hat. Die Ausschaltung als Antragsteller halte ich wegen der Konsequenzen nicht für gut.

Wir wollen ja so weiter arbeiten, daß auf unseren künftigen Parteitagen auch das zu Wort kommen kann, was die Kreisparteien erarbeitet haben; natürlich nicht alles. Wir lehnen uns hierbei etwas an das britische Vorbild an. In Großbritannien ist es so, daß im Grunde genommen nur die Kreisparteien antragsberechtigt sind. Da gibt es 250 oder 300 Anträge. Dann wählte eine Kommission aus, welche Anträge auf dem Parteitag behandelt werden sollen. (*Kohl:* Mit absoluter Vollmacht der Kommission.) Ja! Der Präsident wiederum hat eine souveräne Vollmacht. Er läßt nur soviel für oder gegen einen Antrag sprechen, bis die Gesichtspunkte dargelegt worden sind. (*Kohl:* Und da liegt der Hund begraben!) Wir müssen einfach einmal zu solchen erprobten Gepflogenheiten übergehen, sonst ist in der Tat diese Methode nicht möglich.

Ich könnte mir vorstellen – wir werden ja die Landesvorsitzenden noch einmal zusammenrufen –, daß von den Landesvorsitzenden, falls es sich in der Richtung bewegen sollte, daß noch einmal die gleiche Flut kommt wie beim ersten Mal, diese abgebremst wird. Es ist doch so, wenn man 1.000 Anträge vorliegen hat, dann ist es verhältnismäßig leicht, die Zustimmung des Parteitags zu einem vernünftigen Verfahren zu bekommen.

Kiesinger: Herr Kraske!

Kraske: Herr Stoltenberg, wir müssen davon ausgehen – nach der bisherigen 23jährigen CDU-Geschichte –, daß wir alles zu tun haben, um die Diskussion zu beleben und nicht, um sie zu drosseln. Mit Ihrem Vorschlag würden Sie hinter den satzungsmäßigen Bestimmungen aller anderen Parteien, auch der Gewerkschaften und Verbände, zurück-

bleiben. Das Mandat der Delegierten liegt darin abzustimmen; das kann ihnen niemand abnehmen, aber antragsberechtigt vor Kongressen sind immer auch die Organe bis zur untersten organisatorischen Einheit.

Die Frage der Termine haben wir mit den Landesverbänden lange erörtert und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir eine möglichst lange Frist setzen sollten, selbst auf die Gefahr hin, daß die Antragskommission dann nur wenige Tage zur Verfügung hat. Eine Begrenzung der vorgesehenen Frist auf 14 Tage oder drei Wochen wäre sicher ein Hemmnis für die Verbände. Ich würde deshalb sagen, daß wir es beim 1. November belassen sollten. Man könnte höchstens über ein paar Tage reden. Ich würde jedoch so großzügig wie möglich entscheiden.

Heck: Man müßte dann allen mitteilen, was am 1. nicht vorliegt, wird nicht behandelt.

Kiesinger: Herr Amrehn!

Amrehn: Es soll also vor dem Bundesparteitag noch ein Zusatzantrag gestellt werden können bis zum 1. November. Am 1. November ist Allerheiligen, also Feiertag. Der fällt schon aus. Zu einem Teil fällt auch der 31. Oktober[29] aus. Das bedeutet, daß der Antrag vor dem Bundesparteitag zum Bundesparteitag erst am 4. November eingeht. Das ist dann mindestens um drei Tage zu spät.

Kraske: Er muß natürlich vor den Feiertagen vorliegen. Wir müssen jedenfalls Zeit haben. (*Amrehn:* Sie sollen bis 28. Oktober eingegangen sein!)

Heck: Ich meine, am 25. Wir dürfen nicht so sehr ins Gedränge kommen.

Kraske: Sollen wir sagen: bis zum 28. Oktober eingegangen. – Dann kann die Woche bis zum 25. noch voll für Sitzungen in den Organisationen benutzt werden. Also, Posteingang bis 28. Dann haben wir noch eine Woche Zeit, um die Sache vorzubereiten.

Heck: Dann kommen wir zur Ziffer IV: Verfahrensordnung für die Beratung und Verabschiedung des Aktionsprogramms auf dem Bundesparteitag.

1. Dem Parteitag wird als Antrag des Bundesvorstands der endgültige Entwurf des Aktionsprogramms vorliegen. Außerdem dürften dem Parteitag zahlreiche Änderungs- und Ergänzungsanträge vorliegen, die – insbesondere von den Kreisverbänden und Vereinigungen – in der Zeit zwischen der Verabschiedung des endgültigen Entwurfs durch den Bundesvorstand und der Eröffnung des Parteitags eingebracht worden sind.

2. Zusatzanträge auf dem Parteitag können nur eingebracht werden, wenn sie von 30 stimmberechtigten Delegierten unter Angabe der Nummer ihres Delegiertenausweises unterzeichnet sind.

Man muß wissen, daß mit dieser Bestimmung den Vereinigungen ein ziemlich kräftiger Einfluß ermöglicht wird. Ich muß darauf aufmerksam machen, weil die Sozialausschüsse und der Wirtschaftsbeirat leichter in der Lage sind, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen als etwa kleine Landesverbände. (*Stingl:* Warum steht hier „Zusatzanträge"? – *Sehr starke Unruhe.*) Damit ist nichts Besonderes gemeint; man kann es

29 Reformationstag.

weglassen. Aber generell können wir nicht davon absehen, daß den Delegierten die Möglichkeit eingeräumt wird, auf dem Parteitag Anträge zu stellen.

Wir sagen also hier „Anträge" und streichen das Vorwort „Zusatz". (*Meyers:* Das ist nicht ganz korrekt!)

Kraske: Anträge sind solche zu einem ohnehin auf der Tagesordnung stehenden Punkt. Und das ist das Aktionsprogramm. (*Amrehn:* Und das steht in der Überschrift! – *Meyers:* Sie müssen sagen: Anträge zum Aktionsprogramm. – *Unruhe.*)

Heck: Dann sagen wir: „Zusätzliche Anträge zum Aktionsprogramm." Dann kann es keinen Zweifel geben. Einverstanden? (*Zustimmung.*)

3. Alle Anträge werden, sobald sie vom Präsidenten des Parteitags zur Beratung aufgerufen sind, zunächst begründet. Dabei kann eine vom Parteitag einzusetzende Antragskommission vorschlagen, daß mehrere Anträge gemeinsam behandelt und infolgedessen auch gemeinsam begründet werden.

4. Sprecher, die sich zur Beratung einzelner Anträge zu Wort melden, haben mit ihrer Wortmeldung bekanntzugeben, ob sie für oder gegen den entsprechenden Antrag sprechen wollen.

Das muß der Präsident wissen, damit es ausgewogen ist, ob und wie er die Gegen- und Für-Sprecher zu Wort kommen lassen kann. (*Sehr starke Unruhe.*)

5. Der Präsident des Parteitags kann – soweit der Fortgang der Beratungen dies erfordert – die Aussprache über einzelne Anträge abkürzen, indem er die Zahl der Redner begrenzt. Dabei sollen in der Regel ebenso viele Sprecher für wie gegen einen Antrag zu Wort kommen. (*Anhaltende sehr starke Unruhe.*)

6. Auch bei einer Begrenzung der Zahl der jeweiligen Redner ist Mitgliedern des Bundesvorstands und der Antragskommission jederzeit das Wort zu geben.

Hier habe ich Bedenken; denn wenn wir die Wortmeldungen der Delegierten durch den Präsidenten derartig drastisch begrenzen lassen, können wir dem Vorstand kein unbegrenztes Recht, über die Debatte zu bestimmen, einräumen. Ich finde, es genügt völlig, wenn ein Mitglied des Bundesvorstands jederzeit das Wort ergreifen kann, und zwar zu einer Sache. (*Starke Unruhe.*) Wir haben den Entwurf, den wir vorlegen, im Präsidium beraten. (*Meyers:* Es kann doch jemand dagegen sein, aber nicht als Vertreter des Bundesvorstands, sondern als Delegierter. – *Starke Unruhe.*) Ich darf davon ausgehen – das war die übereinstimmende Meinung –, daß man das reduzieren muß. In Großbritannien ist es so, daß zunächst die Delegierten pro und contra sprechen und dann einer abschließend aus dem Schattenkabinett. Das wäre bei uns einer aus dem Bundesvorstand. Wie wir das praktizieren, können wir noch besprechen, wenn wir den Entwurf beraten haben.

Redeberechtigt auf dem Parteitag sind alle stimmberechtigten Delegierten, die Mitglieder des Bundesvorstands und die Mitglieder der Antragskommission. Die Redezeit kann vom Präsidenten auf zehn Minuten, bei Stellungnahmen zu Geschäftsordnungsanträgen auf fünf Minuten begrenzt werden.

Hierzu möchte ich sagen, ich sehe keinen Grund ein, warum alle Mitglieder der Antragskommission redeberechtigt sein sollen. Ich meine, der Vorsitzende der Antrags-

kommission genügt. Wir sollten alles vermeiden, was den Eindruck erweckt, als ob wir von oben nach unten eine Regie aufoktroyieren wollten. (*Lebhafte Unruhe.*) – Herr Kraske!

Kraske: Dann können Sie es ganz streichen; denn der Vorsitzende der Antragskommission ist ganz bestimmt entweder Vorstandsmitglied oder Delegierter. Dann würde ich ganz schlicht sagen: alle stimmberechtigten Delegierten und die Mitglieder des Bundesvorstands. (*Amrehn:* Ich würde sagen: bis auf 5 Minuten. Es können auch mal 10 Minuten sein.) Ziffer 6 ist nun gestrichen? (*Meyers:* Das war nicht klar.)

Heck: Wir wollten es so formulieren: der Bundesvorstand mit einem Mitglied.

Kraske: Auch bei einer Begrenzung der Zahl der jeweiligen Redner ist dem Bundesvorstand – d. h. einem Beauftragten des Bundesvorstands – und der Antragskommission jederzeit das Wort zu geben.

Dann würde ich sogar das „jederzeit" drinlassen, denn dann kann sich nicht jeder beliebig zu Wort melden, sondern der Parteitagspräsident kann sagen, jetzt muß noch einer vom Bundesvorstand sprechen. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich darf die Ziffer 6 noch einmal verlesen: Auch bei einer Begrenzung der Zahl der jeweiligen Redner ist dem Bundesvorstand und der Antragskommission jederzeit das Wort zu geben.

Amrehn: Der Präsident hat die Möglichkeit der Begrenzung der Rednerzahl, nicht aber die Ermächtigung, die Reihenfolge zu bestimmen. Das steht nicht drin. (*Meyers:* Das ist ein Gewohnheitsrecht.)

Heck: Wenn man davon ausgeht, daß der Präsident das Wort zu erteilen hat, damit die Abstimmung optimal vorbereitet wird, dann muß man ihm nicht nur das Recht einräumen, daß er sagt, jetzt sind die Gesichtspunkte pro und contra ausreichend dargelegt worden, sondern auch das Recht, daß er entsprechend auswählt. Es wäre die Frage, ob man das noch deutlicher hineinschreibt.

Amrehn: Es wäre ein schwerer Verstoß des Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, wenn er auf diese Weise verführe. Aber es ist in den anderen Landtagen anders, auch im Bundestag.

Barzel: Der Präsident hat die Zahl der Redner begrenzt; egal wer und wie das ist. Dann dürfen ein Beauftragter des Bundesvorstands und der Vorsitzende der Antragskommission sprechen. So war es wohl gemeint. (*Starke Unruhe. – Zurufe:* Nein, nein!) Gut! Nun hält es der Parteivorsitzende für nötig, zu der Sache, die besonders wichtig ist, etwas zu sagen. Wenn er dann das Wort nimmt, explodiert der Parteitag. Das ist doch eine ganz schreckliche Geschichte. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kraske: Darf ich das erklären! Die ursprüngliche Fassung hätte es ermöglicht, daß jedes der 30 Vorstandsmitglieder sich aus eigenem Antrieb beliebig oft zu Wort hätte melden können. Das wäre z. B. für Fragen wichtig geworden, wo wir auch im Bundesvorstand den Entwurf nicht einstimmig verabschiedet haben – das wird's ja geben – und wo nun die Vorstandsmitglieder kontrovers diskutieren außerhalb der Reihenfolge. Jetzt aber heißt es, daß nicht den Mitgliedern des Bundesvorstands, sondern dem Bundesvorstand das Wort zu geben ist. Das ist aber nicht begrenzt auf einmal, sondern es heißt, jederzeit, d. h. der Parteivorsitzende oder der Generalsekretär können jederzeit dem Par-

teitagspräsidenten sagen: Jetzt wird für den Bundesvorstand Herr X oder Herr Y sprechen. Das kann der Parteivorsitzende selber sein, der Fraktionsvorsitzende oder ein Mitglied des Präsidiums oder des Bundesvorstands.

Heck: Das ist jetzt klar. Den Punkt 3 der Tagesordnung „Wahl einer Programmkommission" haben wir schon vorweg erledigt. – Wir kommen dann zum Punkt 4 der Tagesordnung:

Aktuelle politische Fragen

Herr Bundeskanzler! Vor Eintritt in die Tagesordnung hat Herr Kohl darum gebeten, unter Punkt 4 zu behandeln: 1. die Frage der Wahl des Bundespräsidenten, 2. das Thema Mitbestimmung. (*Kohl:* Nein, sondern der Behandlung des Krachs zwischen den Sozialausschüssen und dem Wirtschaftsbeirat!) Also, die Behandlung des Themas „Mitbestimmung" in der Partei allgemein, insbesondere hinsichtlich des Wirtschaftsbeirats und der Sozialausschüsse.

Herr Klepsch hatte darum gebeten, das Thema „Wahlrecht" zu behandeln. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß im Präsidium gestern einhellig die Meinung war, daß es unter den gegebenen Umständen und Verhältnissen nicht zweckmäßig sei, das Thema der Wahl des Bundespräsidenten heute in der Bundesvorstandssitzung zu behandeln. Ich hatte Herrn Kohl anheimgestellt, seinen Antrag in Ihrer Anwesenheit, Herr Bundeskanzler, vorzutragen.

Kiesinger: Bitte, Herr Kohl!

Kohl: Wir können heute nicht die Frage der Mitbestimmung erörtern, aber ich halte es für notwendig, daß der Bundesvorstand und natürlich auch der Bundesparteivorsitzende und der Generalsekretär ihren Einfluß geltend machen, daß diese Debatte, die jetzt läuft, aufhört. So wird z. B. in den Landesverbänden erklärt – ohne zu sagen, wo das ist –, es würden bereits die Mitbestimmungsfragen so behandelt, daß die Aufstellung von Kandidaten davon abhängig gemacht werde, wie man dazu stehe. (*Sehr starke Unruhe und Bewegung.*) Das ist eine Sache, die bei uns erhebliche Unruhe hervorgerufen hat. Es ist gefragt worden, wo das gemacht wird. Ich werde morgen mit Sicherheit in dieser Sache wieder angesprochen werden. Es ist klar, daß die Frage der Mitbestimmung in der CDU kontrovers ist. Ich halte es für unerträglich für die Partei, daß jetzt jede Woche in irgendeinem Bereich einmal – egal wer anfängt – die Sozialausschüsse eine Erklärung abgeben, dann der Wirtschaftsbeirat. Und in der nächsten Woche geht es anders herum, so daß der Eindruck entsteht, als würden wir uns heillos zerstreiten.

Dies ist eine Frage mit einem eminenten Sprengstoff. Das soll und darf nicht verniedlicht werden. Wir müssen eine Form als Parteiführung erzwingen können, die diese Diskussion gegenseitig erträglich macht und die Veröffentlichungen, die hier erfolgen, nicht in den Bereich der persönlichen Herabsetzung abgleiten. Aber auf diesem Weg sind wir ganz und gar! Wenn wir heute beschließen könnten, daß der Bundesparteivorsitzende und der Generalsekretär beauftragt werden, vor allem mit den beiden Hauptkontrahenten in dieser Frage Gespräche dahingehend zu führen, daß die jetzige Form

der Diskussion unterbleiben möge, dann wären wir schon ein gutes Stück weiter. Je näher wir an den Bundesparteitag kommen, um so gravierender, um so heftiger und um so unerträglicher wird diese Form der Kritik. Der zweite Punkt, den ich vorbringen möchte, ist der, daß wir in der letzten Sitzung des Bundesvorstands festgelegt haben, daß heute über die Bundespräsidenten-Frage gesprochen werden soll. Nun kann es durchaus Gründe geben, daß man das Thema heute aussetzt. Dann müßte man aber zumindest darüber reden, welche Gründe das sind; denn darüber gibt es auch keinen Zweifel, daß dieses Thema draußen in der Partei nur noch mühsam zu halten ist. Ich habe neulich in einer ganz unglücklichen Situation bei einer Landestagung der Jungen Union gestanden[30] und nur mit Mühe und Not dort Resolutionen verhindert. Das kann man einmal oder auch zweimal machen, aber irgendwann ist dann doch diese Frage in einer ganz breiten Öffentlichkeit. Man ist dann in einer sehr mißlichen Lage, weil es dann heißt: So etwas wird gemanagt und gedreht, aber die Partei ist nicht beteiligt. Sie wissen, was da sonst noch an Vorwürfen kommt.

Das sind die beiden Punkte, über die wir heute sprechen sollten, wobei zum letzten Punkt nicht eine breite Diskussion erfolgen sollte, sondern wir sollten hier nur eine kurze Stellungnahme abgeben.

Heck: Herr Meyers!

Meyers: Ich bin der Ansicht, wir sollten die Punkte trennen. Die Mitbestimmung ist wirklich der Punkt, der in Nordrhein-Westfalen viel mehr als die Frage der Konfessionsschule die Gefahr der Zerreißprobe für die CDU in sich hat. (*Kohl:* Das ist überall so, nicht nur in Nordrhein-Westfalen.) Die Bekenntnisschule hatte bei uns auch die Gefahr einer Zerreißprobe. (*Kohl:* Bei uns auch!) Hier ist die gesamte CDU angesprochen.

Ich muß zweitens sagen, es ist unerträglich, daß irgendwelche Leute eine Erklärung abgeben, die uns allen schadet. Ich spreche als Kreisparteivorsitzender, der immerhin 1½ Bundestagsabgeordnete mit zu wählen hat. Es wurden Bundestagsabgeordnete unter Druck gesetzt in der Mitbestimmungsfrage. Es wurde ihre Wiederaufstellung davon abhängig gemacht, wie sie in der Mitbestimmungsfrage stimmen. Hier verlange ich, daß das genannt wird, damit von der Bundespartei oder von der Landespartei gegen diejenigen, die so handeln, vorgegangen wird.

Aber welcher Eindruck entsteht in der Öffentlichkeit, insbesondere bei den Arbeitnehmern unserer Partei, wenn das unwidersprochen im Raume stehenbleibt, was in Königswinter gesagt worden ist[31], und kein Mensch darauf antwortet. Ich lasse mir das jedenfalls nicht gefallen. Hier muß man sagen: Butter bei den Fisch, wer ist das?

In der vorigen Woche haben die Drahtzieher des SDS getagt. Denen kommt es nicht darauf an, irgendein Ziel, das sie auf ihre Plakate setzen, zu verwirklichen, sondern die-

30 Vgl. FAZ vom 10. Juni 1968 „Kohl verlangt von der CDU Selbstkritik". Maschinenschriftlicher „Bericht über den Landestag der Jungen Union Rheinland-Pfalz" in ACDP Dokumentation 9/910.

31 Zur 2. Bundestagung der christlich-demokratischen Gewerkschafter im DGB am 15. Juni 1968 vgl. „Rheinische Post" vom 17. Juni 1968 „Linker Flügel der CDU meldet Forderungen an".

se Streitfragen zur Verwirrung und zur Eskalation der Gewalt – wie es immer klarer wird – zu benutzen. Sie sagen, an der Hochschulreform sind wir nicht interessiert. Der SDS-Vorsitzende in Köln hat erklärt: Eine reformierte Hochschule schafft zufriedene Studenten, und zufriedene Studenten sind kein Revolutionspotential.[32] – Sie haben auch gesagt, die Notstandsfrage war eine offene Niederlage, weil hier in Bonn die große Demonstration völlig reibungslos und ohne Zwischenfall verlaufen ist.

Sie haben also beschlossen: Wir müssen jetzt andere Fragen denen entgegenhalten. Das eine ist die Mitbestimmung, und das andere ist die NATO. Sie haben überlegt, wie kann man das nun benutzen, um Gewalt zu zeigen, um Gewalt auch gegen Menschen anzuwenden. Dann reist ein Mann namens Ahrens[33] wie ein moderner Schauspieler in seinem Thespiskarren[34] – natürlich ein Mercedes – von Frankfurt aus durch die deutschen Hochschulen und hält gutbesuchte öffentliche Vorlesungen über Gewaltanwendung durch Studenten. Das Ganze ist nun sehr gut geeignet, uns in der CDU besonders hart zu treffen, weil wir in unserer Mitte diese Auseinandersetzungen haben.

Dabei erklärte der Herr Hoffmann in derselben Rede in Königswinter: Wir müssen diese Frage zur Hauptfrage beim Aktionsprogramm im November machen. Es ist also außerordentlich wichtig, daß wir uns darüber klar sind oder werden, was wir eigentlich wollen im Bundesvorstand, sonst wird das wirklich ein Schauspiel für die Öffentlichkeit werden, wobei die CDU mit Sicherheit Schaden nehmen wird, ganz egal, was letzten Endes durch die Mehrheit dabei herauskommt.

Ich bin der Ansicht wie Herr Kohl. Wir müssen dieser Frage unsere ganz besondere Aufmerksamkeit widmen, weil hier ein wirklicher Sprengstoff vorhanden ist, der sehr leicht zur Explosion gebracht werden kann.

Kiesinger: Das ist zweifellos ein wichtiges Thema. Wenn es die Möglichkeit einer Solidarisierung zwischen dem SDS und den Gewerkschaften gibt, dann liegt sie hier. Dieser Konflikt wird nun in unsere Reihen hineingetragen. Ich hatte am Anfang gehofft, ich bekäme dieses Thema in der Legislaturperiode weg, aber das ist ganz offensichtlich nicht der Fall. Was hier geschieht, daß man Einfluß nimmt auf die Aufstellung der Kandidaten usw., das ist außerordentlich riskant. Die Frage ist, wie soll man das anpacken?

Meyers: Herr Bundeskanzler! Es muß angepackt werden! Fragen Sie mal Herrn Barzel, wie er behandelt worden ist in einer öffentlichen Versammlung von Mitgliedern der CDU, nämlich in einer Form, daß ich hinterher zweien den Ausschluß angedroht habe, wenn sie noch einmal in einer öffentlichen Versammlung maßgebende Mitglieder des Bundesvorstands und des Präsidiums der CDU der Form nach so behandeln. Es kann

32 Vom 1.–3. Juni 1968 fand ein Schüler- und Studentenkongreß in Frankfurt/Main statt, der vom VDS – unter Beteiligung des SDS – organisiert wurde, vgl. „Welt" vom 4. Juni 1968 „Plötzlich stand der SDS allein"; „Allgemeine Zeitung (Mainz)" vom 4. Juni 1968 „Studentenkongreß ohne Widerhall". – SDS-Vorsitzender von Köln war Herbert Lederer.

33 Vermutlich Dietmar Ahrens, Mitglied der West-Berliner SEW.

34 Wagen, auf dem der griechische Tragödiendichter Thespis (6. Jh. v. Chr.) seine Stücke aufgeführt haben soll; übertragen gebraucht für eine Wanderbühne.

also schon nicht mehr darüber gesprochen werden zwischen Mitgliedern der gleichen Partei. Das ist doch ein Zustand, der einfach von uns nicht hingenommen werden kann, ohne daß der Schaden hinterher immer größer wird.

Dabei sieht kein Mensch ein, daß über die Mitbestimmung an sich überhaupt kein Streit besteht, sondern nur über die Frage des Wie. Da sind von beiden Seiten sehr beachtliche Gesichtspunkte vorzutragen, wobei ich diejenigen, die den Betrieb in den Vordergrund stellen, für höher erachte als diejenigen, die die Gewerkschaften in den Vordergrund stellen. Das ist mein persönlicher Standpunkt. Das muß man aber doch unter Parteimitgliedern ruhig und sachlich austragen können. Aber das ist schon nicht mehr möglich. (*Barzel:* Es hat doch die Kommission damals getagt! – *Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Das ist halt der Punkt, den man immer wieder hinausgeschoben hat, damit es nicht dazu kommt.

Heck: Herr Bundeskanzler, darf ich dazu etwas sagen. Ich weiß nicht, ob bekannt ist, daß in der Sache Mitbestimmung mehrere Gewerkschaften dazu übergegangen sind, die entsprechende Schulungsarbeit der Studenten zu finanzieren. Diese Studenten werden systematisch vorbereitet auf das Thema Mitbestimmung, das im Herbst an den Universitäten innerhalb der Hochschulreform behandelt werden wird. Die Mitbestimmung an den Universitäten soll das Beispiel sein für die ganze Gesellschaft. Auf diese Weise sollen die Studenten dann die Solidarisierung mit der Arbeiterschaft erreichen. Ich halte das für eine ganz gefährliche Sache. Wenn es gelingen sollte, die DGB-Führung, die DGB-Mitglieder, die Studenten, die Sozialdemokraten und die Sozialausschüsse in eine Front zu bringen, so wäre das tödlich. (*Meyers:* Wobei die Sozialdemokraten noch die zweifelhaftesten sind!)

Kiesinger: Herr Barzel!

Barzel: Ich möchte zu drei Punkten in diesem Zusammenhang etwas sagen; erstens was den Bundestag betrifft, zweitens was die Partei betrifft und drittens, wie ist es mit der Frage der nächsten Koalition. Was den Bundestag betrifft, so werden die Sozialdemokraten ihre Vorlage machen. Sie werden nicht dumm genug sein, einfach den DGB-Vorschlag abzuschreiben, sondern sie werden eine sehr nuancierte Vorlage machen mit ein paar Punkten, die wahrscheinlich auch bei uns Zustimmung finden.

Ich glaube, daß die Bundestagsfraktion der CDU/CSU stark genug sein wird – sie hat sich auch festgelegt –, in dieser Legislaturperiode Mitbestimmungsgesetze nicht mehr zu machen, falls nicht eine revolutionäre Stimmung entsteht.

Das zweite betrifft die Partei. Die Partei muß eine Aussage haben für den Wahlkampf. Sie muß eine Aussage in Berlin beschließen. Weil jeder sieht, daß diese eine der wichtigsten Fragen für unseren Parteitag wird, haben wir eine Führungspflicht, eine politische Aussage hierzu vorzubereiten.

Nach meiner Sicht gibt es vier Dinge, die, wenn man die Dokumentation überlegt, zusammengesehen werden müssen. Es gibt einen Beschluß unseres Düsseldorfer Par-

teitags[35] vor der letzten Bundestagswahl, eine Formulierung, die abgestimmt war zwischen den Sozialausschüssen, dem Wirtschaftsrat und dem Wirtschaftsausschuß. Es gibt den Entwurf eines Aktionsprogramms. Es gibt die Regierungserklärung,[36] die wir einbeziehen sollten, weil sie unser Parteivorsitzender abgegeben hat und wir ihr beigetreten sind. Es gibt viertens die Beschlußfassung der Bundestagsfraktion,[37] als damals der Minderheitenschutz verstärkt werden sollte, daß dies kein Anlaß wäre, die Mitbestimmung auf den Tisch zu legen.

Aus diesen vier Dokumenten sollte man etwas zusammenschreiben auf ein Papier für das Führungsgremium, damit man es bei der Hand hat. Wir sollten in der Tat im Parteipräsidium alsbald in dem Sinne von Herrn Kohl und Herrn Meyers mit den streitenden Parteien Gespräche aufnehmen mit dem Ziel, das kommt nicht aus der Antragskommission, sondern von der politischen Führung, oder die Führung entgleitet uns. Entgleitet sie uns in dieser Frage, dann wird sie uns auch in anderen Fragen auf dem Parteitag entgleiten.

Der dritte Punkt ist die nächste Koalition. Die Sozialdemokraten werden in dieser Frage und in Fragen, die mit der Eigentumspolitik und ähnlichem zusammenhängen, sehr linke Aussagen in den Wahlkampf einführen. Das ist von großer Bedeutung, wenn wir nicht ein neues Wahlrecht kriegen. Ich bin im Augenblick weniger optimistisch als in der letzten Bundesvorstandssitzung. Damit weiß jeder, wie nach menschlicher Voraussicht die Mehrheitsverhältnisse sein können, ähnlich wie in Stuttgart.[38] Dann ist natürlich die Frage, ob dann überhaupt wegen der Brisanz dieser gesellschaftspolitischen Fragen – ich habe nur diese zwei genannt – diese Koalition als Ausweg gegen die Einsicht und den Willen fortzusetzen ist. Auch der Blick auf unsere Manövrierfähigkeit als politische Partei und als Bundestagsfraktion nach der nächsten Wahl macht es meines Erachtens zwingend, daß wir hier mit dem Arbeitsziel, Verabschiedung auf dem Parteitag, zu einer Aussage kommen, die durchgeht. Meine persönliche Auffassung ist bekannt. Ich brauche sie nicht mehr zu sagen.

Kiesinger: Herr Kohl!

Kohl: Ich stimme dem zu, was Herr Barzel gesagt hat, daß man mit den beteiligten Gruppen in der Partei sozusagen an einem dritten Ort das Gespräch führen muß. Ich meine aber, das Hauptziel muß sein, daß vor allem jedem Mitglied der CDU – gleich, welche Funktion es hat – klargemacht wird, daß es sich einem Parteitagsbeschluß zu unterwerfen hat. Ich habe schon jetzt ein bißchen den Eindruck, daß Tendenzen laufen – gleich, was der Parteitag beschließen wird –, frei davon zu sein.

---

35 Am 30. März 1965 diskutierte der Arbeitskreis II „Soziale Sicherheit – stabile Wirtschaft" auf dem Düsseldorfer Parteitag, vgl. CDU, 13. BUNDESPARTEITAG S. 224–342. Zu den Beschlüssen vgl. EBD. S. 639–648, hier S. 642f., Aktionsprogramm S. 724–726.

36 Regierungserklärung Kiesingers vom 13. Dezember 1966, vgl. Sten.Ber. 5. WP 80. Sitzung S. 3656–3665, hier S. 3661.

37 Vgl. Nr. 14 Anm. 74. – In der Fraktionssitzung vom 10. Oktober 1967 (ACDP 08-001-1015/1) war beschlossen worden, einen Gesetzentwurf zum Minderheitenschutz einzubringen, zur Frage der Mitbestimmung aber erst den Bericht der „gemeinsamen Kommission" abzuwarten.

38 Vgl. Nr. 18 Anm. 1.

Von bestimmten Gewerkschaften her ist der Fall ganz klar. Ich habe das aus einer Reihe von Gesprächen entnehmen können. Die rechnen damit – um es hart zu sagen –, daß der CDU-Parteitag in Berlin mit Mehrheit die jetzigen gewerkschaftlichen Vorstellungen zu diesem Punkt verwirft. (*Zuruf:* Das ist ja auch die CDU und keine Gewerkschaft.) Das ist eine ziemlich klare Meinung. (*Lebhafte Unruhe.*) Man hat auch schon bei bestimmten Industriegewerkschaften innerhalb des DGB getestet, wer Delegierter sein wird, wie die Stimmung in den Landesverbänden ist usw. Die haben also ein ganz klares Bild über die innere Situation der CDU in dieser Frage. Die Situation der CSU ist noch eindeutiger.

Nun macht man es so, daß prominente Leute nach altem CDU-Stil überlegen, ob man diese Frage in Berlin ausklammern soll. Das würde ich für lebensgefährlich halten, weil wir uns doch mit dieser Frage im Wahlkampf beschäftigen müssen. Wenn dann jeder sein eigenes Konzept vorträgt, dann erträgt das die CDU im Wahlkampf ganz bestimmt nicht. Wir sollten uns darüber klar sein, daß das nicht ausgeklammert wird, sondern daß wir hier in dieser Frage zu einer Entscheidung kommen.

Es muß sichergestellt werden – das sollte auch ein klarer Beschluß des Bundesvorstands sein –, daß sich die CDU-Mitglieder der Entscheidung des Bundesparteitags zu unterwerfen haben. Es darf nicht möglich sein, daß man heute mit einem Minderheitenvotum in einer solchen Frage weitermachen kann. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich auch den Eindruck habe, daß im Augenblick von bestimmter Seite die Tendenz vertreten wird und besteht, keine Diskussion oder Gespräche mit der Parteiführung abzuhalten und sozusagen diese ganze Mitbestimmungsfrage außerparlamentarisch weiter zu betreiben. Dann könnte man sogar auf dem Parteitag mit dem Argument kommen: Wir sind ja vorher gar nicht gefragt worden.

Man muß denjenigen, die eine solche Tendenz anstreben, das Argument für Berlin nehmen und sie zwingen, dazu entsprechende Äußerungen zu machen. Das ist auf der Ebene der Landesverbände möglich; aber das muß auch die Bundespartei tun. Ich halte es für unerträglich, daß sich Gruppen, deren Rechtsstatus gar nicht verbindlich ist für die Partei, auf diese Weise damit befassen. Das Stegerwaldhaus hat den gleichen Rechtsstatus wie der Wirtschaftsrat, daß sie nämlich nicht direkt zur CDU gehören; denn die beiden Formationen sind in ihrer Kassenführung usw. – das ist alles wichtig in diesem Zusammenhang, und ich sage es nicht ohne Grund – völlig unabhängig von der Partei. Dieser „wunderbare" Passus unserer Satzung, daß der Generalsekretär Einsicht in die Kassenverhältnisse oder Finanzen der Parteivereinigungen nehmen kann, trifft weder für das Stegerwaldhaus noch für den Wirtschaftsrat zu. Im Augenblick wird ja viel mit Geld gearbeitet in dieser Frage. Ich habe den Eindruck, daß eine Menge Geld von beiden Seiten verwendet wird, um sozusagen auf diesem Wege voranzukommen. Ob das für die Partei gut ist, das ist eine ganz andere Frage. Deswegen sollten wir hier zu einem klaren Beschluß kommen.

Ich weiß, das ist unbequem, aber wenn wir so fortfahren und alle unbequemen Fragen ausklammern, so daß in der Tat eine revolutionäre Situation entsteht, dann können

wir gleich den Laden zumachen; dann ist es schade für die Anreise nach Bonn. (*Unruhe und Bewegung.*)

Kiesinger: Herr Lücke!

Lücke: Ich möchte sehr nachdrücklich empfehlen, daß sehr bald die Diskussion im Präsidium mit den beteiligten Kräften erfolgt. Soweit ich sehe, sind die Sozialausschüsse bemüht, sich von den DGB-Forderungen abzusetzen. Das ist deren Ziel. Wenn wir in Berlin nicht in eine schwierige Lage kommen wollen, dann muß vorher in der CDU diese Frage geklärt sein. Wir können unmöglich diese Frage ungeklärt auf dem Parteitag in Berlin zur Diskussion stellen.

Ich habe in einer Vorstandssitzung, an der ich teilgenommen habe, die Ernsthaftigkeit der Bemühungen gesehen, sich von den Forderungen des DGB abzusetzen.[39] Es ist keineswegs der Eindruck entstanden, als ob dort irgendwelche Fakten geschaffen werden sollten für die Landtage usw. Herr Kollege Katzer ist sehr ernsthaft darum bemüht, hier eine CDU-Linie zu entwickeln, aber ich betone, das ist außerordentlich schwierig. Wir sollten deshalb – ich würde vorschlagen, im September – das Präsidium bitten, unter Hinzuziehung der Experten die Frage zu erörtern, um für den Bundesvorstand eine Vorlage vorzubereiten.

Kiesinger: Herr Dufhues!

Dufhues: Wir tun uns sehr leicht, hier oder auf dem Parteitag zu beschließen, daß sich jeder an den Beschluß des Parteitags zu halten hat. Damit wird das Problem auch nicht im entferntesten gelöst werden, Herr Kohl. Was ich für eine recht unglückliche Entscheidung hielte, wäre eine Entscheidung des Bundesparteitags, wonach wir dann auf der einen Seite die Sozialausschüsse und auf der anderen Seite die übrigen CDU-Mitglieder hätten. Das hätte doch recht schwierige und bedenkliche Auswirkungen. Deshalb sollte man alles tun, um ein solches Ergebnis zu verhindern. Dazu gehören rechtzeitige Besprechungen.

Solche Besprechungen einzuleiten, ist im Augenblick offenbar recht schwierig. Ich habe mich als Vorsitzender der CDU von Westfalen darum bemüht, aber die Besprechung ist nicht zustande gekommen. Ich weiß von einem Kreisverband in Nordrhein-Westfalen, der die gleichen Anstrengungen eingeleitet hat. Auch dort sind die Besprechungen nicht zustande gekommen. Auf der anderen Seite erleben wir diese harten Erklärungen unseres Freundes Hoffmann, der offenbar sachlich mehr in seiner Eigenschaft als demnächstiger Stellvertretender Vorsitzender der ÖTV spricht, denn als Vertreter der Sozialausschüsse. Die Schlagzeile, die er im Revier erzielt hat „Abgeordnete aus dem Bereich der Sozialausschüsse unter der Depression, daß sie nicht wieder aufgestellt werden", die durch uns nicht nahestehende Zeitungen verbreitet worden ist[40], ist ebenso gefährlich wie Äußerungen auf der anderen Seite.

39 Sitzung des CDA-Bundesvorstands am 2. März 1968, Protokoll in ACDP 04-013-012/1; vgl. FAZ vom 2. März 1968 „Sozialausschüsse beraten Mitbestimmung".

40 Vgl. „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 17. Juni 1968 „CDU-Abgeordnete unter Druck – Sozialausschüsse: Befürwortern der Mitbestimmung wird gedroht"; „Frankfurter Neue Presse" vom 18. Juni 1968 „Befürworter der Mitbestimmung unter Druck".

Ich bin von Herrn Etzel dazu ermächtigt worden, mitzuteilen, daß er entschlossen sei, aus der CDU auszutreten, wenn eine Ausweitung der Mitbestimmung aus dem Bereich der Montan-Industrie auf andere Großunternehmen beschlossen würde. Ich erwähne das nur, um Ihnen ganz eindeutig und mit allem Nachdruck zu sagen, wie schwierig diese Verhandlungen sein werden, wenn wir zu einem guten Ergebnis kommen wollen. (*Unruhe. – Zuruf:* Dann gibt es das auch, daß die Depressionen haben!) Natürlich! Aber Etzel hat mich ausdrücklich gebeten und ermächtigt, das hier zu sagen, um den Ernst dieser Dinge zu unterstreichen. Herr Etzel ist ja nicht irgendwer, und er überlegt, was er tut. Ich glaube, es wäre töricht, an solchen Äußerungen vorbeizugehen.

Ich wollte damit andeuten, welch schwierige Konsequenzen in dem einen oder anderen Bereich vor uns stehen können, wenn wir nicht rechtzeitig vor dem Parteitag den Versuch unternehmen, zu einer Regelung zu kommen, die halbwegs tragfähig ist.

Ich bin der Meinung, daß in dieser Frage entschieden werden muß. Diese Entscheidung muß aber rechtzeitig vorbereitet werden. Eine weitere Vertagung auf die nächsten vier Jahre wäre lebensgefährlich. Sie würde uns auch im Wahlkampf in eine Situation bringen, die mehr als schwierig für den Ausgang der Wahl wäre.

Ich halte es für notwendig, daß der Bundesparteivorsitzende persönlich die Verhandlungen aufnimmt. Er muß Herrn Katzer und andere Leute bitten, an dieser Besprechung teilzunehmen. Es sollte versucht werden, eine Regelung anzustreben, die die Sozialausschüsse sicherlich nicht im Bereich der Mitbestimmung, aber in anderen wichtigen Bereichen der Gesellschaftspolitik befriedigt und ihnen die Möglichkeit gibt, ihr Gesicht zu wahren, ohne daß wir in der Frage der Mitbestimmung zu Entscheidungen kommen, die ich aus vielen Gründen für bedenklich und für verfehlt halte.

Heck: Ich glaube, wir müssen uns der Frage etwas früher annehmen, nicht erst im Herbst. Herr Kraske, wann ist der Ablieferungstermin? (*Kraske:* Für die Landesverbände der 1. August.) Wir werden also am 1. August von den Sozialausschüssen schriftlich vorliegen haben, wie sie in der Sache gesonnen sind, was sie zu dem sagen, was im Aktionsprogramm steht und was mit den Stimmen ihrer Vertreter beschlossen wurde.

Auf dieser Grundlage wird man meines Erachtens sofort die Gespräche aufnehmen müssen, um wenigstens soweit die Vorbereitungen treffen zu können, daß ein sinnvolles Gespräch auf der obersten Ebene eingeleitet werden kann. Es könnte ja so sein, daß wir uns oben einigen, und zwar ganz schön, aber die Anträge kommen dann auf dem Parteitag von unten aus der gleichen Ecke. Und das wäre eine schlechte Sache.

Kiesinger: Herr Meyers!

Meyers: Nur ist es psychologisch so, Herr Dr. Heck, wenn die Sozialausschüsse ihre Stellungnahme beschlossen und schriftlich niedergelegt haben ... (*Zuruf:* Haben sie schon!) Nein! Ich bin der Ansicht, man müßte zwischen dem heutigen Tage und dem Ablieferungstag so früh sprechen, daß noch etwas zu machen ist. Wenn die sich einmal festgelegt haben, dann sehen sie es als Niederlage an, wenn sie davon auch nur ein Jota ohne Kampfabstimmung zurückweichen. Deshalb meine ich, man müßte aus psychologischen Gründen vorher mit ihnen sprechen.

Heck: Aber, Herr Meyers, alles, was ich höre, ist doch die Tendenz, sich dem Gespräch zu entziehen. (*Starke Unruhe. – Kohl:* Die können sich doch nicht dem Gespräch entziehen, wenn der Bundesparteivorsitzende sie einlädt. Das ist doch ausgeschlossen. Dann sollte man die entsprechenden Konsequenzen ziehen. – *Anhaltende starke Unruhe.*)

Kiesinger: Wieweit ist inzwischen das Gespräch gediehen?

Heck: Wir sind übereinstimmend der Meinung, daß, wenn irgend möglich, vor der Beschlußfassung durch die Sozialausschüsse, Sie, Herr Bundeskanzler, oder das Präsidium Freunde der Sozialausschüsse zu einer Aussprache einladen soll, um zu verhindern, daß hier eine Beschlußfassung erfolgt, die nachher nur noch die Fronten übrigläßt: hie Sozialausschüsse, hie CDU ohne Sozialausschüsse.

Kiesinger: Das kann man tun. Daran habe ich auch gedacht. Die Frage ist dann nur, wie geht es weiter?

Stingl: Ich darf zur Orientierung folgendes sagen. Ich gehöre dem Bundesvorstand der Sozialausschüsse an. Der Bundesvorstand hat vor etwa drei Wochen ein Papier vorliegen gehabt, das ausgearbeitet war von Professor Duvernell[41]. Es handelt sich keineswegs um eine Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung der Montan-Union auf andere Bereiche, was der DGB vorschlägt, sondern auf andere Vorstellungen.

Es liegt ein Beschluß des Bundesvorstands der Sozialausschüsse noch nicht vor, sondern das ist hinausgeschickt zur Diskussion. Es liegt lediglich vor der Beschluß von Offenburg, wobei in der Offenburger Erklärung nur so ein allgemeiner Satz steht.[42] Das ist aber noch keine Formulierung über die Mitbestimmung. (*Lebhafte Unruhe.*)

Das, was den Ärger erregt hat, waren nicht die Sozialausschüsse, sondern die Rede, die der Geschäftsführer der Sozialausschüsse am vorigen Samstag gehalten hat, aber nicht vor dem Bundesvorstand der Sozialausschüsse, sondern vor der Vereinigung der DGB-Mitglieder, die der CDU angehören[43], zu deren Vorsitzender Herr Tacke[44] gewählt wurde. Dort hat Herr Hoffmann diese scharfen Äußerungen getan, so daß ein wenig differenziert werden muß zwischen diesen Äußerungen. Katzer bemüht sich, eine Stellungnahme des Bundesvorstands herbeizuführen. Das wird natürlich nicht einfach

41 In der Vorlage: Düberfeld. – Prof. Dr. Helmut Duvernell (1907–1995), ab 1954 Professor für Rechtswissenschaft und Arbeitsrecht an der Sozialakademie Dortmund, Vorsitzender der Kommission Mitbestimmung der Sozialausschüsse.

42 Es heißt in der „Offenburger Erklärung" vom 9. Juli 1967: „Die Sozialausschüsse begrüßen es, daß die Bundespartei inzwischen diese Kommission [zur Prüfung der Mitbestimmungsprobleme] gebildet hat. Die Sozialausschüsse werden dieser Kommission ihre Vorschläge zur Mitbestimmung so rechtzeitig mitteilen, daß sie bei der Beschlußfassung berücksichtigt werden können." Druck: Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (Hg.): Offenburger Erklärung. Ein Beitrag der Sozialausschüsse der CDA zur Diskussion des Parteiprogramms der CDU, beschlossen auf der 12. Bundestagung am 9. Juli 1967 in Offenburg. Köln 1967.

43 Hoffmann äußerte sich auf der 2. Bundeskonferenz christlich-demokratischer Gewerkschafter im DGB, vgl. „Neue Ruhr Zeitung" vom 17./18. Juni 1968 „Linker CDU-Flügel drängt auf mehr Mitbestimmung".

44 Bernhard Tacke (1907–1994), christlicher Gewerkschafter; 1945 CDU, 1956–1972 stv. Vorsitzender des DGB.

sein, so wie es jetzt ist, ohne jede Änderung, aber er will sie so herbeiführen, daß es nicht einen Krach innerhalb der CDU gibt.

Es ist sicher richtig, wenn der Generalsekretär beauftragt wird, das Gespräch mit dem Geschäftsführenden Vorstand des Bundesvorstands der Sozialausschüsse herbeizuführen. Der Bundesvorstand ist zu groß. Er hat über 30 Mitglieder. Der Geschäftsführende Vorstand ist maßgebend. Das sind sieben Mitglieder. Das sind – ich weiß nicht, ob ich sie jetzt zusammenkriege: Katzer, Hoffmann, Mick[45], Herschel[46], Russe, Nikkels[47] und Orgaß. Mit denen müßte das Gespräch gesucht werden.

Heck: Lieber Freund Stingl! Es ist sicher so, daß in der Offenburger Erklärung dieser allgemeine Satz eingefügt worden ist, aber hinter diesem allgemeinen Satz sind doch auch sehr konkrete Vorstellungen, die bei der Vorbereitung des Offenburger Kongresses erarbeitet worden sind. Herr Wallraff[48] hat hier mitgewirkt. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, Offenburg hat alles noch offengelassen.

Stingl: Das Konzept der Sozialausschüsse, das von Wallraff mit erarbeitet worden ist, ist in Offenburg sogar verschärft worden. Das muß man dazu sagen. Das vorgelegte Programm ist in Offenburg in vier Arbeitskreisen erarbeitet worden. Ich selber habe einen geleitet und kenne das Zustandekommen. Die Diskussion dort hat eine Verschärfung der Vorlage ausgelöst. Damit wird deutlich, daß Katzer in Königswinter versuchte, keine Schärfe in die Diskussion zu bringen. Das gilt aber nicht in gleichem Maße für Herrn Hoffmann. (*Kohl:* Wann geht denn Hoffmann weg?) Im Juli! Der Kongreß der ÖTV ist in München. Dort soll er gewählt werden. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Dieses Gespräch kann natürlich geführt werden von mir oder vom Präsidium. Damit können wir die Leute nur anzubinden versuchen, daß sie diese Geschichten nicht machen, die erzählt worden sind. Das muß also gemacht werden. Wie aber geht dann die ganze Geschichte weiter? Das ist eine Frage, die mich seit langem plagt. Ich sehe da noch kein rechtes Licht.

An sich ist es so, in einer Partei müßte über eine solche Sache mit Mehrheitsbeschluß beschlossen werden. Das müßte die Partei in sich verkraften, wie immer entschieden wird. Natürlich müssen wir das Ganze sehen in der politischen Landschaft, die sich bildet. Wir haben vorher darüber gesprochen, was alles kommen kann. Für

45 Josef Mick (1914–1978), Buchdrucker; 1930 Windthorstbund, 1952–1957 Stadtverordneter Köln (CDU), 1957–1976 MdB, 1963–1975 Vorsitzender der CDA Rheinland und des Geschäftsführenden Bundesvorstands der CDA.

46 In der Vorlage: Hertschel. – Prof. Dr. Wilhelm Herschel (1895–1986), Hochschullehrer; 1920–1925 Rechtsberater beim Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften in Köln und Berlin, bis 1933 Zentrum, 1940–1946 o. Professor für Arbeitsrecht in Halle, Mitgründer der CDU in Sonneberg/Thüringen, 1949–1960 Ministerialdirektor im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, 1956–1964 Mitglied des Verwaltungsrats der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

47 In der Vorlage: Nick. – Rudi Nickels (geb. 1926), Gewerkschaftssekretär; 1966–1980 MdL Nordrhein-Westfalen, 1966–1970 Mitglied des Fraktionsvorstands.

48 Prof. Dr. Hermann Josef Wallraff S. J. (1914–1995), 1964–1982 Professor für Gesellschafts- und Wirtschaftslehre in Sankt Georgen, 1965–1995 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums für Wirtschaft (Nachfolger Oswald von Nell-Breunings).

mich war es sehr interessant, daß ein maßgebender Sozialdemokrat – wir hatten ein paar Gläser Wein getrunken, und da lösten sich die Zungen – sagte: Ach, das Ganze ist eine Funktionärangelegenheit. Viel wichtiger ist für den Arbeiter, daß er einen Mindesturlaub von vier Wochen kriegt usw. – Herr Stoltenberg!

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler, man muß dieses Gespräch führen. Ich halte es für wichtig, und zwar bevor die öffentlichen Positionen zu sehr verhärtet sind. Ich weiß auch nicht, ob es in einem solchen Gespräch und in den folgenden Beratungen gelingen wird, zu einer völligen Harmonie zu kommen. Aber man sollte den divergierenden Bereich so eingrenzen, daß man nachher zwischen Alternativen abstimmen kann, die für die Mehrheit der verschiedenen Gruppierungen tragbar sind.

Das zweite, was man versuchen muß – und deswegen habe ich mich eigentlich nur gemeldet –, ist, die Ansätze, die wir im Entwurf des Programms schon haben, die auch auf anderen Gebieten für die Arbeitnehmer wichtig sind, etwa auf dem Gebiete der Vermögensbildung, stärker zu akzentuieren; d. h. wir werden den Dissens in der Mitbestimmungsfrage, den ich für reduzierbar, aber nicht für aufgebbar halte, innerparteilich nur überwinden können, wenn wir ein anderes Thema in den Vordergrund stellen, das auch für die Arbeitnehmer eine große Bedeutung hat. Ich glaube, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, wo wir die Überlegungen zum Aktionsprogramm hinsichtlich der Vermögensbildung usw. stärker akzentuieren und hier auch die Führung übernehmen müssen. Es gibt da Vorschläge von O. A. Friedrich[49], die ich gar nicht abschließend bewerten will, wobei immerhin ein Teil der Unternehmer erkannt hat, daß man zu Formen kommen muß, die mit unserer Konzeption vereinbar sind. Es ist also so, daß man hier neue Schritte gehen muß. Wenn es uns gelänge, programmatisch die Diskussion bis zum September stark zu fördern – das sind Bestrebungen, die auch bei den Herren Schiller und Wehner erkennbar sind – und ein modernes Konzept zu finden, dann sehe ich eine zusätzliche Möglichkeit, den offenen Dissens, der hier besteht, etwas zu entschärfen.

Heck: Herr Bundeskanzler! Es ist sicher so, daß man mit der Haltung, die da und dort auch bei Unternehmern zu finden ist, nämlich „Diese Suppe eß' ich nicht", die Probleme nicht wird lösen können. Wir werden sorgfältig überlegen müssen, was im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes gemacht werden kann. Wir müssen hier eine partnerschaftliche Mitwirkung an die Seite stellen und die Eigentumspolitik aufgreifen, von der Stoltenberg gesprochen hat. Hier ist unsere Eigentumskommission bei der Arbeit.

49 Otto Andreas Friedrich (1902–1975), Kaufmann; 1932–1939 Geschäftsführer des Reichsverbands der deutschen Kautschukindustrie, 1939–1965 Vorstandsmitglied und Vorsitzender der Phoenix-Gummiwerke AG, 1966–1975 Geschäftsführender Gesellschafter der Friedrich Flick KG, 1960–1970 Vizepräsident und Schatzmeister des BDI, 1969–1973 Präsident des BDA. – Der Friedrich-Plan sah eine Förderung und Prämierung freiwilliger Sparleistungen der Arbeitnehmer vor, vgl. „Das Wirtschaftsbild" vom 12. September 1967; „Soziale Ordnung" Nr. 9 vom 5. September 1968. Vgl. auch Friedrich an Kiesinger vom 23. März 1967 in ACDP 01-226-003.

Soweit ich das zu beurteilen vermag, wird man von der Seite her ein sehr gutes Programm bekommen. Aber der andere Teil bleibt schwierig, Herr Bundeskanzler.

Ich schlage vor, daß, bevor Sie mit einigen Herren sprechen, ich zunächst einmal die Landschaft sondiere, damit Sie einigermaßen orientiert sind, wie die Vorstellungen auf der Seite des Vorstands der Sozialausschüsse sind.

Stingl: Sie haben das jetzt von den Sozialausschüssen gehört. Das ging auch durch die Presse, aber mit ein Hintergrund des Ärgers, der immer wieder kommenden Diskussion ist natürlich, daß noch immer keine Entscheidung darüber getroffen ist, wie der Wirtschaftsrat aussehen wird, der es sich erlauben kann, sich Wirtschaftsrat der CDU zu nennen, aber außerhalb der CDU zu stehen. Nun sage ich es auch ganz offen: Herr Dr. Schmidt[50] vom Wirtschaftsrat trägt sehr viel Schuld an der Verschärfung der Diskussion. Seine Blätter, die er herausgibt, kommen immer wieder mit einem Unterton der Spitze. Nun ja, er sagt es nicht so für die im primitiven Denken hängengebliebenen Menschen. Man darf nicht nur den Fehler dort sehen.

Ich gebe zu, in der letzten Zeit ist der Ärger bei den wirklich Treuen in den Sozialausschüssen, die der CDU nicht schaden wollen, wirklich groß wegen dieser innerparteilichen Diskussionen, daß nämlich von der Ölbergstraße[51] immer wieder Bemerkungen herauskommen, die einfach nicht mehr verkraftet werden. Durch den Vorsitzwechsel ist das schlechter geworden, Herr Scheufelen.

Kiesinger: Herr Scheufelen!

Scheufelen: In der Öffentlichkeit hat der Wirtschaftsrat immer nur geantwortet. Er hat nie von sich aus die Sache aufgegriffen, sondern gegen die Äußerungen der Sozialausschüsse Stellung genommen. Das muß man einmal feststellen. Was dort in dem Mitteilungsblatt geschrieben wird, ist nur für die Mitglieder und nicht für die Öffentlichkeit bestimmt.[52] (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Herr Kohl!

Kohl: Ich muß doch dem Kollegen Stingl beitreten. Ich habe es in den letzten zwei Jahren hier im Bundesvorstand immer wieder gesagt, daß der Zeitpunkt kommt, wo diese außerparlamentarische Opposition in der CDU immer mehr zu einem Krebsübel wird. Ich weiß nicht, warum man die Beschlüsse, die doch da sind, nicht endlich realisiert. Das Problem mit dem Mittelstandsausschuß war doch der Hintergrund gewesen. Machen wir uns doch nichts vor. Es ist auch für die Partei auf die Dauer kein Zustand, daß ein Großteil der Unternehmer, die CDU-Wähler sind, glauben, es genüge, Mitglied beim Wirtschaftsrat zu werden, um somit um eine Mitgliedschaft bei der CDU herumzukommen, zumal hier auch das steuerliche Problem eine Rolle spielt. Das will ich aber jetzt nicht näher ausführen.

Ich halte das für eine ganz schlechte Sache. Da hat Herr Stingl recht. Wir haben in meiner Heimatstadt Ludwigshafen mit dem Sozialausschuß eine ganz klare Überein-

50 Dr. Herbert B. Schmidt (geb. 1932), 1964–1970 Geschäftsführer des Wirtschaftsrats der CDU e. V.

51 Die Ölbergstraße 13 in Bonn war Sitz des Wirtschaftsrats der CDU e. V.

52 „Der Wirtschaftsrat berichtet. Mitteilungen – Nur für Mitglieder" (seit 1966).

kunft, wonach das Konzept des DGB abgelehnt wird. Das ist gar keine Frage. Unsere Leute, die in einer knallroten Stadt leben, sind sehr viel mehr interessiert am Ausbau eines Minderheitenschutzes und an einer Realisierung der vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen. Die Unternehmer haben sich am meisten geschadet, daß sie das vorhandene Betriebsverfassungsgesetz an vielen Punkten total umgangen haben. Denken Sie nur an diesen Plastikunternehmer im Bayerischen Wald, der stolz darauf ist, mit 3.500 Belegschaftsmitgliedern keinen Betriebsrat zu haben, der stolz darauf ist, daß prinzipiell kein Gewerkschaftsmitglied in seinen Betrieb hineinkommt.[53] Der Mann ahnt ja gar nicht, was er an anderen Punkten auf diese Art und Weise kaputtmacht mit einem Standpunkt des 19. Jahrhunderts, der überhaupt nicht mehr in unserer Gesellschaft zu halten ist.

Ich gebe Stingl recht, daß da solche Methoden angewendet werden, bei denen das Geld eine erhebliche Rolle spielt. Das ist das erhebliche Unbehagen – ich will es noch einmal sagen –, daß auch beim Stegerwaldhaus das Geld eine erhebliche Rolle spielt im Verhältnis zu den Gewerkschaften. Ich muß das einmal offen hier aussprechen. Es ist so, daß man nicht weiß, warum die Äußerung so ist und nicht anders, oder man weiß es zu genau, warum die Äußerung gerade so ist; daß also eine innere Solidarität zur Partei nicht vorhanden ist. Ich meine, man muß schon vom Wirtschaftsrat verlangen, daß er bis zum Bundesparteitag in Berlin endlich die Dinge in Ordnung bringt mit seinem Status, d. h., daß die Herren tatsächlich auch bereit sind, Mitglied der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands zu werden. Das gibt ihren Argumenten doch ein ganz anderes Gewicht, als wenn man nur so nebenbei lebt.

Es gibt kein gutes Bild, wenn wir in die Situation der österreichischen ÖVP geraten, wo man im dortigen Parteislogan sagt: Die jeweiligen Bünde entscheiden überhaupt, was in der ÖVP geschieht, aber was die Parteiführung sagt, ist eigentlich uninteressant; man muß die Bünde haben. – Wir bewegen uns hier in einer Entwicklung, die eigentlich der gesellschaftlichen Entwicklung genau diametral entgegengesetzt ist. Die moderne Gesellschaft entwickelt sich wirklich in einem ganz anderen Sinne und erfordert ein ganz anderes Parteienbild. Wir fangen jetzt wieder an, praktisch in die Wahlvereinigungen des 19. Jahrhunderts zurückzufallen, uns aber nicht als moderne Massenpartei in einem Industriestaat zu entwickeln. Man sollte gerade hier – und da muß ich Stingl unterstützen – das eine oder andere an äußeren Anzeichen dabei vermeiden. Ich erinnere mich an ein Vorkommnis des letzten Jahres. Da gab es Landesparteien, die hatten nach dem Karlsruher Urteil überhaupt kein Geld mehr. Die haben ihre hauptamtlichen Leute entlassen usw. Aber zur gleichen Zeit fanden dann irgendwelche Veranstaltungen statt, auf denen das Beste vom Besten geboten wurde. Dann wurde darüber gesprochen und davon erzählt, was da auf dem Petersberg geschehen ist.[54] Das bringt doch alles Ärger

53 Wacker-Chemie GmbH. Gründer war Dr. Alexander Wacker.

54 Am 22. November 1966 fand im Anschluß an die Sitzung des Gesamtvorstands des Wirtschaftsrats ein Essen im Hotel Petersberg bei Königswinter statt, auf dem Erhard und Kiesinger sprachen, vgl. Wirtschaftsrat der CDU e. V. (Hg.): Bericht über die Tätigkeit des Wirtschaftsrats der CDU e. V. vom 1. Januar 1966 bis zum 31. Dezember 1966, vorgelegt der Mitgliederversammlung am 27. Januar 1967 (ACDP 06-043-144).

bei den Leuten und erzeugt eine Stimmung in der Gesamtpartei, die auch dem Problem der Mitbestimmung enorm schadet.

Wir können die Frage überhaupt nur entscheiden, wenn klar ist, daß sich jeder diesem Beschluß zu fügen hat. Das Mindeste einer demokratischen Partei ist doch, daß die Minderheit – egal in welcher Position sie ist – sich der Mehrheit unterwirft. Dazu muß man auch im menschlichen Bereich eine Reihe von Voraussetzungen schaffen. Wenn der Wirtschaftsbeirat den Beschluß, der seit langem besteht, endlich vollzieht, sind die Dinge auf dem Parteitag in Berlin wesentlich einfacher.

Scheufelen: Der Stand der Dinge ist der, daß im Mittelstandskreis Verhandlungen laufen. (*Kohl:* Das hören wir schon seit drei Jahren!) Ich selber habe nicht daran teilgenommen, weil ich durch den Landtagswahlkampf und dann durch die Regierungsbildung verhindert war. Es muß jetzt so werden, daß die Mittelstandsvereinigung sozusagen zu einer Wirtschaftsvereinigung gemacht wird, so daß innerhalb der Wirtschaftsvereinigung zwei Säulen sind, nämlich der Wirtschaftsrat und der Mittelstandskreis, und zwar mit der Möglichkeit, später einmal die freien Berufe hinzuzunehmen. Das ist der Stand der Dinge. Personell sehe ich keine Schwierigkeiten. (*Kohl:* Machen Sie es doch!) Der Wirtschaftsrat hat gesagt, er lege keinen Wert auf den Vorsitz, er sei bereit, das dem Mittelstandskreis zu konzedieren. Warum die beiden Kommissionen, die den Auftrag zum Verhandeln haben, noch nicht zu einem Abschluß gekommen sind, kann ich im Moment nicht sagen. Ich war in den letzten drei Monaten außer bei den Bundesvorstandssitzungen nicht in Bonn. Aber das muß bis zum Parteitag klar sein. (*Kohl:* Das meine ich aber auch. Was Sie sagen, Herr Scheufelen, hören wir nun schon seit drei Jahren.) Nein, das ist erst auf dem Parteitag in Braunschweig beschlossen worden.[55]

Heck: Die Wirtschaftsvereinigung des Rheinlandes hat eine Delegation zu mir zu dem Petitum geschickt, daß man die Beschlüsse von Braunschweig endlich verwirklichen soll. Wir haben das Problem durchgesprochen, aber es wird so sein, auch wenn es eine Wirtschaftsvereinigung gibt, wird der Wirtschaftsrat als solcher aus Mitgliedern der CDU und Nichtmitgliedern bestehen, wie es auch bei den Sozialausschüssen ist. Also, hier muß Klarheit herrschen.

Es ist wohl richtig, zunächst einmal oben den Wirtschaftsrat – Ihr habt doch so einen erweiterten oder großen Vorstand – (*Scheufelen:* Ja!) und die Mittelstandsvereinigung zusammenzufassen. Man muß auch die Herren des Wirtschaftsausschusses hinzuziehen. Ich habe für Mitte Juli die Herren Schäfer[56], Schmücker und Etzel zu einer Besprechung eingeladen. Ich habe allen Beteiligten gesagt, diese Frage muß bis zum nächsten Parteitag geklärt sein; denn dort soll sie entschieden werden. Ich glaube nicht, daß hier

55 Ein derartiger Beschluß wurde nicht gefaßt,. vgl. dazu Nr. 13 S. 606 f. – Der Versuch, eine „Wirtschaftsvereinigung der CDU" zu gründen, blieb erfolglos.

56 Dr. Manfred Schäfer (1921–1999), Diplom-Volkswirt; 1953–1957 Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes des Saarländischen Einzelhandels, 1955/56 Generalsekretär der CDU Saar, 1955–1960 MdL Saarland, 1957 MdB, 1957–1960 Minister für Finanzen und Forsten, 1959/60 zugleich und 1970–1974 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft des Saarland, 1968–1970 Vorsitzender des Wirtschaftsrats der CDU e. V.

irgendwelche intriganten Schwierigkeiten gemacht werden, sondern daß hier andere Gründe personeller Art vorhanden sind, die die Entscheidung lange verschoben haben. (*Scheufelen:* Ich darf nochmals sagen, die personellen Schwierigkeiten liegen nicht beim Wirtschaftsrat. Der Wirtschaftsrat ist durchaus bereit, Konzessionen zu machen.)

Kiesinger: Schön und gut! Nehmen wir mal an, das wird bis zum Parteitag in Ordnung gebracht. Wir stehen nach wie vor vor dem großen Problem. Es können Gespräche geführt werden mit den führenden Leuten der Sozialausschüsse. Da kann gesagt werden: Bitte, macht keinen Unfug! Wir können uns das gerade in der politischen Entwicklung unter keinen Umständen leisten. Ihr könnt für eure Sache eintreten, andere werden für ihre Sache eintreten, aber unsere Partei hat noch immer gewollt, daß sich die Minderheit der Mehrheit fügt, wenn es ernst wird. – Nun ist es natürlich leicht abzusehen, wie diese Geschichte ausgehen wird. Und da liegt doch das eigentliche Problem. Unsere Leute kalkulieren ein, wie im Bundestag Stellung genommen wird, wenn die SPD ihren Entwurf einbringt.[57] Und da liegt die Gefahr der Aufspaltung. Daß wir das Problem nicht einfach mit dem „Herr im Hause-Standpunkt" – um das aufzunehmen, was Herr Heck vorhin gesagt hat – abtun können, das ist sicher. Darüber, wie die CDU als solche in der Frage entscheiden wird, wenn sie so hart gestellt ist wie jetzt, ist eine Prognose leicht; aber dann sehen wir auch die Krise voraus. Die Frage ist, ob wir uns nicht noch einmal der Mühe unterziehen sollen – was bisher nicht gelungen ist –, eine moderne Lösung zu finden. Ich denke jetzt nicht an uns, sondern an das, was sich um uns herum anbahnt. Und da darf die CDU nicht als die einzige restaurative, verschimmelte und altmodische Kraft erscheinen. Ich meine jetzt im Zusammenhang mit der Mitbestimmung. Meine Haltung dazu war immer eindeutig. Aber es ist schon richtig, manchmal ist es besser, man praktiziert etwas, was da ist, lebendig und gut, dann behebt man sehr viele Schwierigkeiten vorweg.

Ich meine also, es sollte Herr Dr. Heck gebeten werden, wie er gesagt hat, zunächst einmal die Landschaft zu sondieren. Ich muß offen sagen, ich bin in den vergangenen Monaten immer ein bißchen ausgewichen, weil ich genau wußte, was man von mir haben wollte. Sie wollten von mir eine genaue Zusage haben: Ich bin für eure Vorstellungen des Mitbestimmungsrechts. – Das konnte ich denen nicht sagen. Deshalb habe ich immer gesagt: vorläufig noch nicht. – Aber wir sollten uns schon etwas einfallen lassen. Ich bin auf diesem Gebiet nicht zuständig. Vielleicht wäre es doch mal einer Mühe wert, daß man nun nicht die Organisationen oder die Bünde, sondern ein paar Leute zusammensetzt, die miteinander reden.

Stingl: Das war ja in der Vorbereitung zur Programmkommission. Wir haben wirklich ernsthaft zusammengesessen. Herr Benda als Vorsitzender, dem nicht nachgesagt werden kann, daß er nach der einen oder anderen Seite schaut, hatte es wirklich außerordentlich weit gebracht; denn wir waren nahe daran, eine gemeinsame Erklärung zu

57 „Entwurf eines Gesetzes zur Erhaltung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie (Zweites Mitbestimmungssicherungsgesetz)" vom 16. Dezember 1968 (Drs. V/3660).

finden; aber dann kamen emotionelle Dinge dazu, dann war die Kommission erledigt. Wenn aber unter Ihrem Vorsitz oder unter dem Vorsitz des Generalsekretärs noch einmal acht Leute zusammengeholt werden, dann kann man vielleicht noch etwas herausholen. Auch das, was Professor Duvernell vorschlägt, ist nicht von vornherein etwas, das besagt, jetzt werden überall Arbeitsplätze genommen, sondern es ist differenziert. Ich stimme dem nicht ohne weiteres zu, aber es ist ein differenziertes Denken. Es ist doch nicht so, daß die ganzen Sozialausschüsse die DGB-Forderungen auf ihre Fahne geschrieben hätten.

Kiesinger: Also gut! Ich lasse mir die Sache einmal durch den Kopf gehen. Jetzt wird das Problem sondiert, und dann werde ich selber versuchen, die Gruppen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern mit einer Reihe von Parteifreunden über das Problem sprechen, und zwar in einem ganzen Zusammenhang, auch außerhalb der CDU. Ich sagte ja vorhin, hier kommt etwas auf uns zu, was außerordentlich gefährlich ist. Es ist die einzige Chance, die noch da ist für diese Studenten, eine Solidarisierung mit den Gewerkschaften zu finden. Das müssen wir alles ganz realistisch sehen. Ich sehe keine Chance darin, daß man wieder die Gruppen gegeneinander führt in einem Gespräch. Die liegen ja fest. Es müssen ein paar aufgeschlossene Leute sein, von denen man weiß, wie sie über die Dinge denken. (*Kohl:* Und den notwendigen Sachverstand haben!) Diese Aussage des führenden Sozialdemokraten war für mich außerordentlich interessant. Er hat den Finger genau auf die Wunde gelegt für die Gewerkschaften. (*Dufhues:* Er hat in Nürnberg dafür gestimmt!) Das ist nicht etwa Leber, den Sie meinen. Das ist ein ganz interessanter Mann. Immerhin zeigt sich da etwas. Die CDU darf natürlich nicht in den Geruch kommen, eine arbeiterfeindliche Partei zu sein. Das ist sie auch nicht. Der Arbeiter sieht uns auch nicht so. Aber ich kann auch nicht mehr sagen – vorläufig bin ich noch etwas im Nebel –, wie wir über diese Sache hinwegkommen sollen. (*Scheufelen:* Der Wahlkampf in Baden-Württemberg hat der SPD in der Mitbestimmungsfrage geschadet. Dort hat die CDU zum erstenmal mehr Arbeiterstimmen bekommen als die SPD.) Das weiß ja auch die SPD. Deswegen ist sie in dieser Frage in einer sehr schwierigen Lage: Soll sie Rücksicht nehmen auf die Gewerkschaften, oder soll sie gegen die Gewerkschaften sein? – Das ist für sie die Frage.

Kraske: Herr Bundeskanzler! Ich glaube nur, man muß korrigieren, daß außer einer Reihe von unseren Freunden in Baden-Württemberg diese SPD-Werbung niemand als einen Beitrag zum Thema Mitbestimmung in diesem Sinne verstanden hat, sondern die Plakatierung „Wir wollen mitbestimmen" wurde allgemein im Wahlkampf als eine politische Forderung angesehen. (*Starke Unruhe.*)

Kiesinger: Die SPD-Führung hat gemeint: Mitbestimmung ist populär. – Wenn die Mitbestimmung so populär wäre, dann hätten es die Leute auch so verstanden. Weil sie es aber nicht so verstanden haben, zeigt sich doch, daß das gar kein so dringendes Anliegen der Arbeiterschaft ist. (*Starke Unruhe.*) Wir sollten unsere Freunde, die für die Mitbestimmung eintreten, ernst nehmen und mit ihnen darüber diskutieren, aber um Himmels willen nicht mit den Kampfbünden; denn dabei kommt nichts heraus. Wir

müssen ein halbes Dutzend Leute von uns bitten, die sich dann zusammensetzen, um zu versuchen, zu einem modernen und guten Ergebnis zu kommen.

Also, wir machen es so! Wir können heute hier nicht weiterkommen. (*Kohl:* Ich bin einverstanden.)

Heck: Wir wollten noch über das Wahlrecht sprechen. (*Klepsch:* Wie ist der Sachstand?)

Kiesinger: Im Augenblick ist es natürlich schwer, über die SPD etwas zu sagen. Dr. Barzel hat mit Recht gesagt – mir geht es genauso –, er sieht die Sache weniger optimistisch an als beim letztenmal. Aber Helmut Schmidt hat zwar eine pessimistische Äußerung getan; Alex Möller spricht optimistischer darüber. Jedenfalls scheint die Kommission unter dem Vorsitz von Krause[58] bald herauszukommen. Ob die SPD bereit ist, dieses Ganze in einem politischen Geschäft abzuhandeln, weiß ich nicht. Ich meine auch, daß das gar nicht so wichtig ist. Ich habe einmal anders gedacht. Aber heute denke ich so, wenn die SPD sich zu einem Wahlrecht entschließt, dann tut sie das aus eigener Sorge und aus eigener Not heraus, vielleicht auch aus vaterländischer Erkenntnis, so daß es dazu eines politischen Geschäftes nicht bedarf. – Herr Lücke!

Lücke: Das Papier der Kommission von der SPD habe ich seit gestern in der Hand.[59] Das Ergebnis ist: Dreierwahlkreis, keine Verfassungsänderung vor 1969. – Wir haben im Präsidium beschlossen, daß die Wahlrechtskommission unter unserem Freund Dufhues, wenn die Geschichte veröffentlicht wird, sich alsbald mit dieser Frage befaßt. Wir sollten bei dieser Linie bleiben. Wir haben alle möglichen Gutachten verlangt und müssen darüber diskutieren.

Scheufelen: Durch den neuen Kurs der FDP hat die SPD Angst. Der Delegiertentag der SPD in Kehl hätte bereits der Kommission zugestimmt, wenn das Präsidium nicht den Fehler gemacht hätte, den Antrag Ehmke/Schäfer auf mehrheitsbildendes Wahlrecht mitzunehmen.[60] Dann wäre diese Mehrheit zustande gekommen. Die SPD hat erkennen lassen, wenn wir mit der FDP nicht klar kämen, sei sie zu Verhandlungen bereit, allerdings unter der Bedingung, daß wir im Lande eine Wahlrechtsänderung unterstützten, daß ferner beide Landesparteien sich verpflichten, bei ihren Bundesparteien vorstellig zu werden, vor 1969 noch eine Wahlrechtsänderung im Bundestag zu betreiben. So ist es auch in der Koalitionsvereinbarung enthalten:

---

58 Walter Krause (1912–2000), Ingenieur; 1931–1936 Studium der Mathematik und Naturwissenschaften an der Universität Heidelberg, 1937/38 Berechnungsingenieur bei Siemens in Nürnberg, 1945 SPD, 1947–1955 Dozent für Mathematik an der Ingenieurschule Mannheim, 1952–1976 Mitglied der Verfassunggebenden Versammlung und MdL Baden-Württemberg, 1966–1968 Innenminister von Baden-Württemberg.

59 „Bericht der Wahlrechts-Kommission" in ACDP Dokumentation 17/20. Vgl. auch „Frankfurter Rundschau" vom 18. Juni 1968 „SPD läßt sich auf Wahlrechtsabenteuer ein".

60 Vgl. den Beitrag „Noch ein Vorschlag zum Wahlrecht: Viererwahlkreise" von Friedrich Schäfer am 29. Februar 1968 im „Vorwärts". Vgl. auch „Süddeutsche Zeitung" vom 27. März 1968 „Neue Wahlrechtsideen bei der SPD". – Die Landesdelegiertenkonferenz der SPD hatte sich in Kehl gegen eine erneute Große Koalition mit der CDU ausgesprochen, vgl. „Welt" vom 21. Juni 1968 „Bei den Sozialdemokraten beginnen die Wunden von Kehl zu vernarben".

Punkt 1: Änderung im Land.

Punkt 2: Die Verpflichtung beider Landesparteien, bei ihren Bundesparteien vor 1969 in der Sache aktiv zu werden.

Die SPD ist – das hat Herr Krause ganz klar gesagt – für den Dreierwahlkreis. Ich habe mich vor der Kommissionsverhandlung bei Gebhard Müller[61] erkundigt, ob das verfassungsrechtlich möglich ist. Gebhard Müller hat gesagt, es kommt auf die Formulierung an. Er glaubt, daß es verfassungsrechtlich möglich ist. (*Zuruf:* Ohne Verfassungsänderung! – *Kohl:* Das ist ja die Crux. Ohne Verfassungsänderung ist es mit Sicherheit nicht möglich. – *Anhaltende starke Unruhe.*) Nach meiner Meinung ist das Wahlrecht zum Dreierwahlkreis ohne Verfassungsänderung nicht durchzuführen. (*Lükke:* Das Dreierwahlrecht ist ein Fortschritt gegenüber dem Viererwahlrecht. – *Kohl:* Aber nicht für die CDU. – *Starke Unruhe.*) Wir haben uns in der Koalitionsvereinbarung auf diese beiden Punkte eingelassen. Eine Auswertung des Dreierwahlrechts zum Wahlergebnis, das wir hatten, bedeutet, daß wir statt 70 Wahlkreise nunmehr 40 hätten. Das Ergebnis wäre, daß die 120 Abgeordneten wie folgt verteilt werden müßten: CDU 72, SPD 42, FDP 6, NPD 0.

Lücke: Baden-Württemberg würde beim Viererwahlkreis – dem Bundestagswahlergebnis entsprechend auf das Landtagswahlergebnis zurückgerechnet – bekommen haben: 44 CDU, 26 SPD, 2 FDP. Beim Dreierwahlkreis wäre das Ergebnis: 47 CDU, 28 SPD, 0 FDP. (*Starke Unruhe.*)

Kiesinger: Ich sehe beim Dreierwahlrecht absolut schwarz. Ich will mit Gebhard Müller noch einmal darüber reden, wie das möglich sein soll, das verfassungskonform zu machen. Wir haben ja gewisse Grundsätze in der Verfassung, die nicht geändert werden können.

Gradl: Ich frage, was wollen wir denn eigentlich mit dem Wahlrecht? (*Heiterkeit und Unruhe.*) Wollen wir eine Reform, oder wollen wir keine Reform? Was wollen wir politisch damit erreichen? Ich sehe die Situation so, daß ohne eine Wahlrechtsreform einer weiteren Zersplitterung der Zusammensetzung der Parlamente nicht mehr entgegengewirkt werden kann. Wir haben die Erfahrungen jetzt auch von den Rechtsaktivisten. Wir wissen, wie sie demagogisch geschickt aufzutreten vermögen. Wir sollten uns nicht einbilden, wenn wir in Baden-Württemberg verschont geblieben sind, daß wir in Zukunft auch verschont bleiben. Infolgedessen haben wir ein parteipolitisches und ein nationalpolitisches Interesse an einem mehrheitsbildenden Wahlrecht.

Wenn sich hier eine Chance bietet – ich kann sie nicht beurteilen, weil ich nicht drin bin –, bei den Sozialdemokraten einen solchen Weg zu gehen, dann soll man zwar nicht gleich „hurra" schreien, weil man dort die Kräfte wahrscheinlich wieder zurückwirft,

61 Dr. Gebhard Müller (1900–1990), Jurist; 1929–1933 Vorsitzender des Zentrums Rottenburg, Oberstaatsanwalt, 1947–1952 MdL Württemberg-Hohenzollern (CDU), 1947–1955 Vorsitzender der CDU Württemberg-Hohenzollern, 1948–1952 Staatspräsident, Finanz- und Justizminister von Württemberg-Hohenzollern, 1953 MdB, 1953–1958 Ministerpräsident von Baden-Württemberg, 1959–1971 Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Vgl. LEXIKON S. 332 f.; Günther OETTINGER (Hg.): Gebhard Müller – Architekt des Landes. Stuttgart 2000.

aber man soll diese Gelegenheit ernsthaft benutzen. Ich verstehe nicht, warum eigentlich ein Dreierwahlkreis weniger mit dem Gleichheitsgrundsatz zu vereinbaren ist als das normale Mehrheitswahlrecht. Ich verstehe auch nicht, wie man Rechnungen aufmachen kann unter Hinweis auf das Bundesverfassungsgericht mit Sperrklausel usw., wenn es sich um ein personifiziertes Wahlrecht handelt, wie es das Mehrheitswahlrecht ist. Nun wird gesagt, beim Dreierwahlkreis sind es 16%. (*Zuruf:* Bis zu 25%. – *Lebhafte Unruhe.*) Beim Mehrheitswahlrecht der klassischen Demokratie sind es 49%. (*Anhaltende Unruhe.*) Das sind doch keine Argumente. Ich habe mit meinem Laienverstand das Gefühl, hier bietet sich eine Möglichkeit an. Wenn wir das also mit den Sozialdemokraten schaffen können, dann haben wir sehr viele Gefahren abgewendet.

Sehen Sie mal nach Frankreich, was sich dort alles tut.[62] (*Starke Unruhe.*) Ich frage nun, wollen wir es nun mit dem Mehrheitswahlrecht riskieren, oder wollen wir es nicht riskieren? Wenn wir es riskieren wollen, dann müssen wir wissen, wie es bei uns in der Partei und in der Fraktion aussieht. (*Sehr starke Unruhe.*) Bisher konnten diejenigen, die gegen ein solches Wahlrecht waren, sagen: Die Sozialdemokraten machen es nicht.

Kiesinger: Zunächst haben wir bei Beginn dieser Koalition das Mehrheitswahlrecht verkündet. Die Fraktion und auch die Partei haben sich ihre Entscheidung vorbehalten.

Ich weiß, daß wir jetzt alle Hunger haben und dieses Thema nicht weiter vertiefen können. Wir müssen es machen, wenn es irgendwie geht. Alle Gründe sprechen dafür. Wir sollten auch, wenn ein Dreierwahlrecht angeboten wird, nicht gleich sagen, es ist verfassungswidrig. Nur müssen wir wissen, daß da Bedenken sind. Wenn sich die SPD dazu durchgerungen und den ersten Graben übersprungen hat und dann die Diskussion einsetzt, dann kann man auch den zweiten Schritt leichter tun. Ich glaube, wir haben uns schon einmal im Bundesvorstand darüber unterhalten, was wir wollen. (*Starke Unruhe.*) Ich schlage vor, daß wir jetzt unterbrechen. Es steht noch ein Nebenpunkt auf der Tagesordnung.

Von Hassel: Ich unterstütze vor allem das, was Gradl gesagt hat. Vor 14 Tagen hat der Staatssekretär Gumbel[63] mir gesagt, die ursprünglichen Verfassungsbedenken des Innenministeriums beim Viererwahlkreis seien beim Dreierwahlkreis nicht vorhanden. (*Heiterkeit und starke Unruhe.*)

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, daß wir jetzt nicht mehr weitermachen. Ich bin ebenfalls dafür, die SPD zu ermutigen, hier weiterzumachen. Wir haben noch den Punkt auf der Tagesordnung: Bericht über die politische Lage.

---

62 Nach den Mai-Unruhen (vgl. Nr. 18 Anm. 33) und dem Generalstreik hatte de Gaulle am 30. Mai die Nationalversammlung aufgelöst und Parlamentswahlen für den 23. und 30 Juni angesetzt, die den Gaullisten die absolute Mehrheit einbrachten. Vgl. AdG 1968 S. 13962–13968, Wahlergebnisse S. 14042.

63 Karl Gumbel (1909–1984), Staatssekretär; 1946/47 Regierungsrat in Neustadt/Weinstraße, 1947–1949 im Innenministerium Rheinland-Pfalz, 1949–1955 im Bundeskanzleramt, 1960 Leiter der Personalabteilung im Bundesministerium der Verteidigung, 1964–1966 dort Staatssekretär, 1966–1969 Staatssekretär im Bundesinnenministerium, 1969–1972 Tätigkeit in der Industrie.

Das können wir nach dem Essen machen. Dazu gehören Berlin und einige innenpolitische Themata wie Agrarprogramm, Verkehrsprogramm usw. Ich sage Ihnen ganz offen, was mir am meisten Sorge macht, ist doch, den möglichen Gefahren vorzubeugen, die aus einem neuen Vorstoß von den Studenten aus der universitären Welt kommen können. Es sind ja auch viele Professoren hinsichtlich einer Solidarisierung dabei. Was wir dagegen zu tun haben, darüber haben wir heute überhaupt noch nicht gesprochen. Ich unterbreche die Sitzung.

Unterbrechung der Sitzung von 13.30 Uhr bis 14.00 Uhr.

Bericht über die politische Lage

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin gesagt, daß wir bei den Studenten – wobei ich auch Professoren einschließen muß – vor böse Überraschungen gestellt werden können. Dies wäre schon sehr unangenehm, aber ganz schlimm wäre es, wenn es hier zu Solidarisierungen käme. Mit den Bauern wird es zu keiner Solidarisierung kommen. Das ist ein Problem für sich; wohl aber mit der Mitbestimmung, aber auch hinsichtlich des Wahlrechts. Darüber müssen wir uns klar sein. Das Wahlrecht wird von den Studenten aufgegriffen werden als der große Versuch einer Manipulation. Ferner spielt hier noch das Problem der NATO eine große Rolle. Man soll nicht zu sicher sein. Sicher haben sich gewisse Gegenkräfte geregt, aber ich habe immer noch das Gefühl der Unsicherheit.

Ich habe Herrn Dr. Heck gebeten, sich dieser Sache besonders anzunehmen. Ich habe hier auch halb privat einiges unternommen. Wir müssen unbedingt Gegenpositionen an den Universitäten aufbauen. Das ist unerläßlich. Wenn wir das nicht tun, dann bleibt die Herrschaft bei diesen Radikalinskis, und die anderen folgen ihnen. Nun ist es sicher so, wenn wir das Hochschulthema, die Hochschulreform und die Bildungsreform behandeln, daß wir die zwar nicht überzeugen, denn sie haben gesagt, sie hätten an einer gesunden Hochschule gar kein Interesse, ganz im Gegenteil, aber wir nehmen ihnen vielleicht einige Leute weg. Ich habe jetzt – vielleicht ist Herr Stoltenberg da – zum 2. Juli eingeladen, (*Lebhafte Unruhe.*) und zwar die ganzen Spitzenleute, die Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, des Wissenschaftsrats, der Ministerpräsidentenkonferenz und der Kultusministerkonferenz zu einem ersten Gespräch.[64] Das soll auch für draußen das Signal sein. Dann aber muß es energisch vorwärtsgehen, nicht nur in einem Gespräch, wie es die SPD von sich gemacht hat, sondern dann müssen wir halt Nägel mit Köpfen machen. Das wird uns helfen, aber es wird das Problem nicht lösen. Deswegen sollten wir versuchen – ich weiß, daß wir die Frage heute nicht mehr behandeln können –, an jeder Hochschule, sowohl in der Professorenschaft als auch in der Studentenschaft, Kampfgruppen zu bilden – ich kann es nicht anders nennen – mit Leuten, die entschlossen sind, das nicht passieren zu lassen, was bei den Studentenunruhen passiert ist.

64 Am 2. Juli konstituierte sich ein „Arbeitskreis zur Beratung des nationalen Bildungswesens", vgl. FAZ vom 4. Juli 1968 „Kiesinger dringt auf Bildungsplan".

Es hat sich schon gezeigt, daß an den Universitäten die Professoren, die wirklich Mut haben, sich auch vielfach durchgesetzt haben. Bei anderen ist erst nötig gewesen, daß das Rektoratszimmer in einer unglaublichen Weise verschmutzt und demoliert wurde, und dann glaubte man erst, etwas tun zu sollen. Wie weit das mit dem RCDS zu machen ist, weiß ich nicht. Darunter gibt es ganz fürchterliche Wirrköpfe, wenn ich z. B. höre, daß die Junge Union in Schleswig-Holstein Herrn Dubček[65] und andere als ihre Vorbilder betrachtet. (*Heiterkeit und Unruhe.*) Ich schlage vor, daß wir über dieses Thema zunächst in einem kleineren Kreise vorbereitend sprechen und wir uns dann in der nächsten Bundesvorstandssitzung damit befassen.

Das Thema, das jetzt im Vordergrund steht, ist natürlich Berlin. Sie haben gestern die Debatte im Bundestag miterlebt.[66] Sie ist ein wenig lang gelaufen, aber, was von der SPD-Seite gesagt worden ist, z. B. von Wehner, das war sehr gut, sehr klar, und sehr entschieden. Ich habe eine Erklärung abgegeben, die in der Tendenz härter war, als sie gern der Außenminister gewollt hätte. Die entscheidende Frage ist die, wir verlangen selbstverständlich von unseren Verbündeten, von den Schutzmächten, daß sie ihrerseits sich auf den Boden des Rechts stellen, den sie bisher nie verlassen haben. Das ist Sache der Vier. Das ist eine Angelegenheit, wo die Sowjetunion nichts an die DDR übertragen kann. Sie wird am Portepee gefaßt – und das muß energisch geschehen. Ich halte nichts von diesen kleinen Maßnahmen, die jetzt im NATO-Rahmen beschlossen worden sind. (*Barzel:* Die 20 Mark![67]) Die 20 Mark sind geradezu grotesk. Die sind dazu da, die Leute, die wir hier haben wollen, fernzuhalten, aber die anderen werden hohnlachend aus der Partei- oder Staatskasse finanziert. Aber es gibt schon Sachen, die weh tun können.

Wir müssen unsere Verbündeten mindestens dazu bringen, daß sie mit diesen Maßnahmen drohen. Das Allerwichtigste, auf das wir hin müssen, ist, den Verbündeten klarzumachen: Wenn noch einmal etwas Derartiges passiert, dann ist das Vertrauen zu Amerika in diesem Volk dahin. – Das ist es, was wir ganz grob und ganz derb sagen müssen. Ich habe heute früh mit Professor Kissinger gesprochen, der im republikanischen Lager steht, aber doch ganz gute Beziehungen zu Rusk und Johnson unterhält, der mir sogar recht gegeben hat, als ich ihm sagte, das wird meine Aussage in dem Brief an Präsident Johnson sein. Das entspricht auch der Wirklichkeit. Das ist nicht nur eine dramatisierte oder überdramatisierte Drohung, sondern so ist es.

---

65 Alexander Dubček (1921–1992), tschechoslowakischer Politiker; 1963 erster Sekretär des ZK der slowakischen KP und Politbüro-Mitglied des ZK der KSC in Prag, 1964 Abgeordneter im slowakischen Nationalrat, 1968 erster Sekretär des ZK der KSC, 1969 Verlust sämtlicher Ämter, 1970–1986 Waldarbeiter in Bratislava.

66 Vgl. Sten.Ber. 5. WP 180. Sitzung vom 20. Juni 1968 S. 9702–9725 (Debatte über die Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. Außenpolitik, Drs. V/2978 vom 31. Mai 1968 und V/3016 vom 18. Juni 1968). – Die DDR hatte am 11. Juni 1968 die Paß- und Visumspflicht für Transitreisende zwischen West-Berlin und der Bundesrepublik Deutschland eingeführt.

67 Die NATO hatte beschlossen, für durchreisende DDR-Funktionäre Gebühren zu erheben, vgl. dpa vom 20. Juni 1968 „Zonenfunktionäre müssen Gebühren für Reisen in den Westen bezahlen"; „Bonner Rundschau" vom 20. Juni 1968 „NATO berät über Gegenmaßnahmen".

Ich weiß nicht, welches die nächste Beratungsmöglichkeit sein wird? Ich hatte zunächst vor, selber hinüberzufliegen, obwohl ich weiß, daß es jetzt ein ganz ungünstiger Moment ist. Ich habe es dann aber wieder zurückgestellt wegen der NATO-Tagung[68] und weil Außenminister Rusk ins Krankenhaus zur Beobachtung mußte und ich ihn als Gesprächspartner nicht gehabt hätte. In der Berlin-Frage ist aber auf ihn in Washington nicht zu verzichten, weil er in Berlin die Dinge einigermaßen kennt. (*Gradl:* Nicht nur einigermaßen, sondern ganz!) Ja, so ist es. Er ist derjenige, den man dabeihaben muß. Ich schätze es genauso ein, wie Sie, Herr Gradl. Es scheint nun doch so zu sein, daß er nach Reykjavik kommt. Ich habe den Außenminister heute nachmittag zu mir gebeten und werde ihn bitten, Rusk einzuladen, um sofort von Reykjavik hierher zu kommen und mich zu besuchen. Ich höre, daß Rusk nicht sehr gesund sein soll. Es könnte also sein, daß er uns sagt: Ich kann es beim besten Willen nicht. Ich bin noch hierher gekommen, weil ich das für wichtig genug halte, aber es geht nicht, daß ich noch einen zweiten Besuch mache. – Das muß man also abwarten. Wenn er diese Einladung nicht annehmen kann – ich bin überzeugt, er nimmt sie an, wenn er sich einigermaßen gesund fühlt[69] –, dann ist noch einmal ernsthaft zu fragen, ob ich nicht doch hinüberfliegen soll. In erster Linie muß ich in Washington dann über Paris sprechen. Die Engländer werden sich wie immer verhalten. Sie haben verbal ganz gut reagiert, aber in die Sache werden sie nicht allzusehr einsteigen.

Was die Russen anbelangt, wird man sagen können, sie wollen keine große Krise haben. Das ist, glaube ich, eine Feststellung, die man mit einiger Sicherheit treffen kann. Sie halten es im Augenblick für den günstigsten Zeitpunkt, etwas zu tun, was sie eigentlich immer gewollt haben und wozu sie auch von den Pankowern immer wieder gedrängt worden sind. Sicher spielt auch der Blick auf die Tschechoslowakei eine Rolle. Wenn man ein prekäres Problem hat, dann zeigt es sich gern auch an einer anderen Stelle, die nicht allzuweit weg ist. Das meinten z. B. auch Herr Kissinger und andere amerikanische Besucher.

Nun ist in Amerika das Jahr der Präsidentenwahl. Es gibt viele Schwierigkeiten. Man hat die Hoffnung, daß die Sowjetunion hilft, den Vietnam-Konflikt zu überwinden; eine Hoffnung, die ich für völlig eitel halte, aber die Amerikaner sind in vielem utopisch. Das haben wir immer wieder im Laufe der Jahre gesehen, genauso wie beim Atomsperrvertrag. Das ist also eine Sache, die ganz hochgehängt wird: Lieber lassen wir das Bündnis erodieren, Herr Foster[70], als daß wir diesen Vertrag nicht unter Dach und Fach bringen. – Deshalb ist da eine ganz ernste Sache angebracht, damit wir uns durchsetzen werden; auch bei den anderen Verbündeten.

---

68 Der NATO-Ministerrat tagte vom 24.–25. Juni 1968 in Reykjavik und beschloß eine beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderung („Signal von Reykjavik"). Vgl. AAPD 1968 Nr. 204; AdG 1968 S. 14001 f.

69 Vgl. AAPD 1968 Nr. 205.

70 William Chapman Foster (1897–1984), 1961–1969 Leiter des Amtes für Abrüstung und Rüstungskontrolle in Washington.

Die Besprechung mit General de Gaulle ist schon vor den Ereignissen in Frankreich auf den September verschoben worden, weil ich die Furcht hatte, daß im Augenblick keine günstige Gesprächsatmosphäre war, um an diesem Punkt weiterzukommen. Es wäre sonst das üble, fade Ergebnis gewesen. Das nächste Mal werden die Wahlen vorüber sein. Dann wird man weitersehen.

In England ist man uns nicht sehr grün, weil man glaubt, wir hätten nicht genug für den Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft getan, was natürlich völlig falsch ist und was die unterrichteten Leute auch wissen. Aber das gehört nun einmal dazu.

Was die Zone anlangt, würde ich sagen, ist unser Verhältnis günstiger auf lange Sicht; denn ihr kommt es bei der Anerkennung auf lange Sicht an. Zur Anerkennung gehört nun einmal die moralische und politische Unterstützung durch andere Völker. Sie muß wissen – das habe ich auch in meiner Fernsehansprache gesagt[71] –, daß wir gerade dem um so stärker entgegentreten werden, als sie eine Eskalation der Schikanen vornimmt. Hier müssen wir von unseren Verbündeten verlangen, daß in all ihren Missionen überall in der Welt gesagt wird: Hier ist wieder einmal ein solcher Störenfried am Werk. – Das ist etwas, was sie nämlich tun können.

Wann immer ich gefragt wurde, ob ich im Bundestag dazu etwas sagen wolle, so habe ich lieber den Mund gehalten; denn über so etwas redet man nicht einfach öffentlich. Wenn sie mich fragen, was sollen wir tun, und ich antworte, bei diesem Contingency Planning[72] haben wir doch Möglichkeiten, dann ist das allein etwas Lächerliches. Also, das ist eine Frage der großen Politik. Wir müssen sagen: Ihr müßt auf eurem Rechtsstandpunkt bleiben, d. h. ihr müßt fordern, daß diese Maßnahmen rückgängig gemacht werden, auch wenn ihr davon ausgeht, daß sie es nicht tun werden, aber dann sind sie im Unrecht. Dann ist ein Unrechtstatbestand da, an den man immer wieder erinnern kann. In diesem Zusammenhang auch: entschiedenste Warnung vor einer Eskalation. Wir müssen sagen: Das liegt auch in eurem Interesse, nicht nur im deutschen. Wenn ihr das in Berlin weiter laufen laßt, Stück um Stück, dann habt ihr das Gesicht verloren. Ihr habt es anderswo in der Welt verloren. Wollt ihr nun auch in Europa das Vertrauen eines Volkes verlieren, das bisher immer zu euch gehalten hat?

Ich gebe zu, es wäre mir lieber, die Dinge in Berlin wären nicht passiert mit den Studenten, Berlin wäre noch immer das, was die Amerikaner so gern gehabt haben als ihre Sache, nämlich ein Vorposten der Freiheit. Man kann ihnen weiter sagen: Dazu könnt ihr helfen durch eure Politik. Wenn ihr da versagt, dann wird es nur um so schlimmer. Ihr müßt eine gerade Haltung gegenüber der Sowjetunion einnehmen, dazu eine klare Warnung aussprechen, auch die Andeutung von wirklich ernsthaften Gegenmaßnahmen für den Ernstfall; dazu eine ganz entschiedene Aktion eurer Mission in der Welt gegen den Störenfried hier. Das wäre etwas.

---

71 Fernsehansprache Kiesingers zum 17. Juni 1968, vgl. BULLETIN Nr. 75 vom 19. Juni 1968 S. 633 f., hier S. 634.

72 Planung für den Eventualfall.

Der Satz in der Botschaft Johnsons,[73] der mich am meisten interessiert hat, ist der, der sagt, daß angesichts der neuen Lage Berlin aufs neue bedroht ist. Er muß sich ja etwas dabei gedacht haben. Der Satz sagt immerhin, daß er es ernst nimmt, daß er es nicht so sagt, wie bei uns einige einfältige Leute erklärt haben: Da wird ja nur ein Zettel durch einen anderen Zettel ersetzt.

Also, das wird der Inhalt eines Briefes sein, den ich an Johnson schicke. Dafür brauchte ich als Hintergrund auch die Debatte im Bundestag. Das würde ich dann auch – denn ohne ein persönliches Gespräch wird es ja nicht gehen – mit ihm und Rusk besprechen. Am liebsten wäre es mir, wenn Rusk käme.

Nun haben wir unglücklicherweise einen neuen Botschafter[74] hier; einen liebenswerten Ehrenmann, der aber selber zugibt, daß er von deutschen Dingen überhaupt nichts weiß. Er hat es auch schon so ausgedrückt, daß er sich deswegen ein bißchen unglücklich fühlt. Ich habe ihn heute nachmittag zu mir gebeten – er war ja schon mit den beiden anderen Botschaftern bei mir –, um mit ihm allein und einem seiner Mitarbeiter, der schon länger da ist, zu sprechen und ihm die Problematik darzustellen.[75] Wir hören aus Washington, sogar von der Botschaft, daß angeblich auch andere Berichte aus der amerikanischen Botschaft gesandt würden, das werde gar nicht so schlimm empfunden von den Deutschen; sie müßten natürlich jetzt ein bißchen schreien und Lamento machen, aber so wichtig sei das gar nicht. Das steht sogar in Telegrammen unserer eigenen Botschaft aus Washington.[76]

Es ist gar kein Zweifel, daß es in der SPD gewisse Kräfte gibt, die auch so denken und die sofort hinlaufen und das anderen erzählen. Das ist aber ganz bestimmt nicht bei Wehner der Fall. Mit Wehner habe ich z. B. die Frage der Washington-Reise usw. besprochen. Er hat sofort gesagt: Ja, machen Sie das. – Seine Rede im Bundestag war auch klar und eindeutig. Bei Brandt ist es wie immer. In der Sache liegt er richtig, aber immer ein bißchen wolkig, weil er als Parteivorsitzender Rücksicht zu nehmen hat auf dieses und jenes. Manchmal beneide ich ihn um diese Wolkigkeit; (*Unruhe und Heiterkeit.*) z. B. auch Rusk gegenüber in Reykjavik. Da sehe ich ihn schon so vor mir, weil ich weiß, wie er redet: Das ist eine Sache, äh, äh, die ich nicht hinnehme. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Also, er ist nicht Hammer genug. Nun, ich nehme die Sache ernst. Worauf wollen die Russen hinaus? Sicher ist ihr Fernziel nach wie vor, Berlin herauszulösen. Solange Berlin da ist, solange ist das mit ihrer Vorstellung über die beiden deutschen Staaten nicht in Ordnung. Jetzt sagen sie jedem, der es hören will – das sagte auch Abrassimow[77] Herrn Brandt –, wir wollen Ruhe haben. Wir wollen keine Krise um Berlin. So

73 Zum Schreiben Johnsons an Kiesinger vom 17. Juni 1968 vgl. AAPD 1968 Nr. 199 Anm. 3.

74 Neuer US-Botschafter war seit 27. Mai 1968 (bis 1969) Henry Cabot Lodge (1902–1985), 1937–1944 und 1947–1953 Senator von Massachusetts, 1953–1960 Botschafter bei den Vereinten Nationen, 1963/64 und 1965–1967 Botschafter in Vietnam.

75 Vgl. AAPD 1968 Nr. 199.

76 Vgl. AAPD 1968 Nr. 197.

77 Pjotr Andrejewitsch Abrassimow (geb. 1912), sowjetischer Politiker; 1962–1971 und 1975–1983 Botschafter in der DDR. – Brandt hatte Abrassimow am 18. Juni 1968 in Ost-Berlin getroffen. Vgl. AAPD 1968 Nr. 200.

geschieht es auch in ihrem Papier: Wir wollen doch durch Berlin unser gegenseitiges Verhältnis nicht belasten. Seid vernünftig! Die Berliner können wirtschaftlich und kulturell tun, was sie wollen. Sie können zusammenarbeiten – heißt es dann –, aber keine politischen Demonstrationen, keine Sitzungen des Bundestags, keine Parteitage usw. Das ist die gegenwärtige Linie.

Natürlich klingt das bei vielen Leuten draußen ganz vernünftig; denn es kommt ja darauf an, daß Berlin wirtschaftlich gesund ist. Kulturelle Beziehungen sind auch ganz schön. Wozu sollen die da alle möglichen Veranstaltungen machen? Nun bin ich immer der Meinung gewesen, wir sollten diese politischen Veranstaltungen in Berlin dosiert machen, d. h. nicht ein quantitatives Prinzip walten lassen. So bin ich z. B. nicht dafür gewesen, daß der Parteitag in Berlin abgehalten wird. Ich habe das nicht für nötig gehalten, so lange ich hoffen kann, daß ich damit eine Provokation vermeide.

Wenn ich das nicht hoffen kann, dann ist eben jedes Nachgeben das, was der Russe als Dummheit oder als Schwäche betrachtet; wie es der deutsche Botschafter[78] vor kurzem genannt hat: Wenn man falsch nachgibt, dann ist es einfach Dummheit oder Schwäche.

Also wird es in der nächsten Zeit vor allem unsere Aufgabe sein, beiden das Leben ein bißchen schwer zu machen; der Sowjetunion, weil sie doch sieht, die Amerikaner und die anderen reagieren sehr viel härter, als wir kalkuliert haben, und der Zone, daß sie überall in der Welt draußen sieht, es geht gegen sie. Sie erinnern sich, wir haben zum erstenmal eine große Propaganda-Aktion unternommen – ich war damals schon nicht mehr in Bonn – bei dem Ultimatum.[79] Ich weiß es nur deswegen, weil ich Guttenberg beneidet habe, daß er bei dieser Gelegenheit nach Australien kam.[80] Da flogen eine ganze Reihe von Leuten überall in die Welt. (*Gradl:* Und wir waren an der Front!) Sie waren an der Front. Herr Diehl[81] behauptet, es sei eines der erfolgreichsten Unternehmen gewesen; (*Sehr starke Unruhe und Bewegung.*) es hätte angeblich 10 Mio. DM gekostet.

An etwas Ähnliches denke ich auch jetzt. Wer von uns gute Freunde in den Vereinigten Staaten hat, muß in den nächsten Wochen und Monaten hinüber und muß mit den

78 Dr. Hellmut Allardt, seit dem 31. März 1968 (bis 1972) Botschafter in Moskau.

79 In einer Note vom 27. November 1958 kündigte die Sowjetunion ihre Viermächteverantwortung für Deutschland und Berlin auf und forderte, Berlin binnen sechs Monaten zu entmilitarisieren und als Freistadt in eine „selbständige politische Einheit" umzuwandeln, andernfalls würde sie ihre Berlin-Rechte auf die DDR übertragen, vgl. SIEGLER 2 S. 1–37. Vgl. auch Nr. 18 Anm. 82.

80 Die Reise fand 1960 statt. Vgl. GUTTENBERG S. 67f.

81 Günter Diehl (1916–1999), Diplomat; 1939 Eintritt in das Auswärtige Amt, 1945–1950 Journalist, 1951 Leiter der Abteilung Ausland im Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, 1952–1956 Pressesprecher im Auswärtigen Amt, 1956–1960 Botschafter in Chile, 1960–1966 Leiter der Auslandsabteilung des Bundespresse- und Informationsamts, 1967–1969 Leiter des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, 1970–1977 Botschafter in Indien, 1977–1981 Botschafter in Japan, 1981–1987 Präsident der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Memoiren: Zwischen Politik und Presse. Bonner Erinnerungen 1949–1969. Frankfurt/Main 1994.

Leuten reden. Wir haben gute Reaktionen aus dem Lager der Republikaner. Heute hat mir Kissinger das ein bißchen dargestellt. Rockefeller[82] hat sich auch geäußert. Die haben ein Interesse daran, das Thema herauszuspielen. Und die Demokraten haben ihrerseits ein Interesse daran, dabei nicht ins Hintertreffen zu geraten. Insofern hat auch der Wahlkampf drüben nicht nur seine schlechten Seiten für uns. Etwas Ähnliches muß in Frankreich und in England gemacht werden. Aber Amerika ist jetzt das allerwichtigste.

Nun zum Atomsperrvertrag! Es war gestern sehr dankenswert, daß der Fraktionsvorsitzende ein paar klärende Worte gesagt hat, sonst wäre es möglicherweise mir zugefallen. Das hätte ich ungern getan. (*Barzel:* Ich bedanke mich!) Ich habe ja im Fernsehen immerhin schon meine Schuldigkeit getan. Natürlich müssen wir mit dem Atomsperrvertrag arbeiten in diesem Zusammenhang, aber kein Junktim sagen: Wenn da etwas rückgängig gemacht wird, dann werden wir unterzeichnen. – Das wäre eine höchst ungeschickte Sache. Aber so, wie wir es gesagt haben, jeder auf seine Art, sollten wir vorgehen. Ich habe gesagt, was will denn die Sowjetunion zum Frieden entspannen? Da ist doch dieses Friedensinstrument. Das soll er doch sein, der Atomsperrvertrag. Dabei ist eine der großen Fragen, wie eine nichtnukleare Macht gegen mögliche Pressionen einer nuklearen Macht geschützt wird. Hier findet eine Pression zugleich statt mit dem Verlangen unserer Unterzeichnung. Also, man muß schon sagen, so einfach ist das nicht, wie ihr euch das vorstellt.

Meine Damen und Herren! Wenn es uns nicht gelingt, den Widerstand der Schutzmächte so zu provozieren, daß ihre Warnung an die Sowjetunion wirklich ernstgenommen wird, dann entsteht in der Tat eine Lage, bei der ich glaube, daß die da drüben weitermachen werden. Dann werden sie Schritt für Schritt weitermachen. Sie werden es darauf ankommen lassen. Deswegen müssen wir eben alles versuchen, was wir können, um das zu verhindern.

Das ist die Lage in Berlin. Ich brauche in diesem Kreis nicht weitere Ausführungen darüber zu machen, die beweisen, daß unsere Ostpolitik gescheitert sei. Da war der Berliner Bürgermeister sehr mutig gestern, als er sagte, das muß fortgesetzt werden, und Berlin nimmt dafür sogar das Risiko zeitweiliger erheblicher Schwierigkeiten auf sich. Das war ein sehr mutiges Wort.

Was unsere Ostpolitik ist, habe ich diesem Kreise schon oft genug dargestellt. Es ist eine offensive Politik. Wir nehmen der Sowjetunion einen Knüppel, den sie ständig schwingt, aus der Hand; es ist ja so, daß sie uns als den großen Bösewicht darstellt und damit den Osten zusammenhalten will, aber das nehmen ihr die Jugoslawen, die Rumänen, die Ungarn und die Tschechoslowaken nicht mehr ab. Im Gegenteil, man schreibt schon dagegen. Es gibt auch manches interessante Gespräch, in dem ihnen gesagt wird, diejenigen, die den Stiefel anhaben, sitzen nicht in Bonn, sondern die sitzen in Pankow. Sie sind auch die Unbeliebtesten drüben.

82 Nelson Aldrich Rockefeller (1908–1979), amerikanischer Politiker (Republikanische Partei); 1959–1973 Gouverneur von New York, 1974–1977 Vizepräsident der USA. – Zu seiner Haltung vgl. AAPD 1968 S. 1284f.

Natürlich müssen wir das weitermachen. Solange es uns nicht gelungen ist, diese Verleumdungsfront – ich will sie mal so nennen, dahinter steckt auch eine bestimmte Politik – zu zerstören, solange wird sich auch Moskau nichts Neues einfallen lassen. Es ist ganz interessant, wie sie immer nach neuen Argumenten suchen, um uns zu verleugnen und damit die andern zusammenzuhalten. Wir wissen aus sicherer Quelle, daß Ulbricht versucht hat, die Notstandsgeschichte als eine ganz große Propagandaaktion im Osten zu starten, um den Zusammenhalt zu stärken. Die Moskauer haben das abgelehnt mit der Begründung, das sei kein Kitt, der in diesem Zusammenhang dafür geeignet sei. Wenn Berlin das jetzt gebrauche, sei das eine andere Sache.

Für mich war es deswegen interessant, weil das deutlich macht, wie sehr sie nach solchen Argumenten suchen, mit denen wir verleumdet werden können.

Ich hoffe, daß die SPD bei ihrem Standpunkt bleibt. Ich hatte, bevor sie sprachen, Brandt angetippt und gesagt, das mit dem Atomsperrvertrag gefällt mir nicht, Ihr kommt etwas falsch heraus. Worauf die Antwort kam: Die SPD-Fraktion ist entschlossen, den Vertrag zu unterzeichnen, – offen auf der Regierungsbank sagte er das. Ich erwiderte ihm: Um Gottes willen, ich will jetzt nicht mit Ihnen darüber streiten, ob Sie ja sagen oder nicht, aber wenn Sie das jetzt sagen würden, wenn Sie überhaupt einen Zweifel übrig ließen, daß das, was hier geschieht, auch bei Ihnen Überlegungen auslöst, das wäre ja schrecklich. Dann hat er die Formel gefunden: Der Außenminister wäre töricht, wenn er so etwas nicht zur Kenntnis nähme. – Ich will es ihm heute nachmittag noch einmal eindringlich sagen. Das ist die Situation.

Wir machen in unserer Ostpolitik weiter wie bisher. Das erwarten auch die Völker drüben. Wir wissen es aus vielen Quellen. Sie rechnen mit uns, sie wollen ihre Wirtschaft entwickeln und wollen nicht einzeln abhängig sein. Wir wollen sie nicht losbrechen aus dem Warschauer Pakt und auch nicht aus dem COMECON-System. Das ist ihre Sache. Aber wir wollen ein besseres Klima herstellen zwischen uns und ihnen. Das kann man nur auf dem Wege machen, den wir beschritten haben.

Natürlich kommt der Augenblick, wo wir uns auch mit den Polen auseinandersetzen müssen. Mit den Tschechen halte ich es für nicht allzu schwierig. Natürlich gibt es da Probleme, die auch nicht ganz leicht sind. Eines Tages werden wir es auch mit den Polen zu tun haben. Das alles erfordert einen langen Atem. Das weiß ich wohl. Ich weiß auch keine bessere Politik als diese.

Ich weiß nicht, wer diese blödsinnigen Artikel in „Christ und Welt" des Herrn Frank-Planitz, Mitglied der CDU, inspiriert.[83] Wer den letzten Artikel nachliest, den der Herr da geschrieben hat, wird das insbesondere feststellen; denn aus dem Daumen heraus saugt er sich das nicht. Ich rate Ihnen, das einmal zu lesen. Das hat er immer getan, aber der letzte Artikel war wieder einmal ganz bezeichnend. Wenn es Einwände gibt gegen diese Politik oder wenn man glaubt, Einwände zu haben oder wenn es Mißver-

83 Ulrich Frank-Planitz (geb. 1936), Verleger; 1962–1973 Redakteur bei der Zeitung „Christ und Welt" bzw. „Deutsche Zeitung/Christ und Welt" (ab 1970 Chefredakteur), 1978–1997 Geschäftsführer der Deutschen Verlags-Anstalt. – Vgl. „Christ und Welt" vom 21. Juni 1968 „Politik in Zentimetern. Bonns gesamtdeutsche Halbwahrheiten".

ständnisse gibt, dann sollten wir miteinander reden. Aber wir sollten nicht, weder über den „Bayernkurier" auf der einen Seite noch über „Christ und Welt" auf der anderen Seite, solchen Nonsens lancieren. Das kann nur der CDU schaden, niemand anderem! Es wird deshalb keine andere Politik gemacht werden. (*Von Hassel:* Warum schauen Sie mich so an?) Nein, ich schaue nach dem Evangelischen Arbeitskreis, weil dazu der Herr Frank-Planitz ja gehört. (*Lebhafte Unruhe.*) Gerstenmaier steckt bestimmt nicht dahinter. Wir haben mit Wirsing[84] schon gesprochen. Er hebt die Hände und sagt: Ich kann gegen diese jungen Leute nichts machen. (*Anhaltende Unruhe.*) Deshalb bitte ich die evangelischen Freunde, von sich aus etwas zu tun. Wenn etwas offen ist, dann reden wir darüber. Das ist das eine Thema.

Lassen Sie mich nun einfach die Dinge schnell zusammenfassen. Eine Hauptsorge gegenwärtig ist die Fortsetzung der Mittelfristigen Finanzplanung und der Haushalt für 1969. Es ist eine desperate Situation. Wir brauchen Geld und haben keins. Es ist weniger eingenommen worden. Es mußte mehr ausgegeben werden. Ich weiß nicht, wie wir zurechtkommen. Die Länder wollen Geld. Wir sind schon von uns aus von den 2% zugunsten der Länder abgegangen. Wir haben gestern zusätzlich Ergänzungszuweisungen in Höhe von 190 Mio. DM beschlossen. Aber das ist das äußerste, was wir da tun können.

Die Vorstellungen der Ressorts sind, verglichen mit dem, was wir zur Verfügung haben, abenteuerlich. Wir haben es in diesem Jahr so gemacht, daß wir sie angehört haben. Im letzten Jahr war es sicher ein Fehler, daß wir im Finanzkabinett frisch-fröhlich eine chemisch reine Lösung ausgedacht hatten, die wir nachher arg zerzausten und die dann aufs neue zusammengeflickt wurde. Wir haben sie also alle gehört und wissen, was sie sich vorstellen, z. T. durchaus mit Recht sich vorstellen. Wir wissen einfach nicht, wie wir die Verfügungsmasse, die 300 Mio. DM beträgt, aufteilen sollen. Der Familienminister z. B. sitzt ganz böse da. (*Heck:* Das wird auf die Jahre verteilt.) Bei der Mittelfristigen Finanzplanung geht es z. B. um die Frage des Kreditplafonds. Schiller kämpft mit nicht schlechten Argumenten dafür, daß der Kreditplafond noch einmal etwas gehoben wird, um 1,3 Mrd. Das ist nicht sehr populär bei uns. Ich kann auch nicht einfach a limine sagen, nein, sondern man muß einmal ernsthaft darüber reden. Es gibt viele Fachleute, die ihm angesichts der Handelsbilanz usw., recht geben. Wenn wirtschaftspolitische und handelspolitische Gründe dazu kämen, dann wäre die Erhöhung des Kreditplafonds eine beträchtliche Hilfe, vor allen Dingen für das Agrarprogramm. Das ist das, was am meisten Geld verschlingen wird.

Nun kennen wir ja alle unseren Freund Höcherl[85]. Ich habe von ihm verlangt, daß er ein modernes Agrarprogramm vorlegt. Ich habe ihn dreimal gedrängt, es vorzulegen.

---

84 Dr. Giselher Wirsing (1907–1975), Publizist; 1954–1970 Chefredakteur der Zeitung „Christ und Welt" bzw. „Deutsche Zeitung/Christ und Welt".

85 Hermann Höcherl (1912–1989), Jurist; 1953–1976 MdB (CSU, 1957–1961 Vorsitzender der Landesgruppe und stv. Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag), 1961–1966 Bundesminister des Innern, 1966–1969 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Vgl. LEXIKON S. 281 f.

Nun ist es da. Es ist anzuerkennen, daß da Elemente drin sind, die gut sind, und daß zum erstenmal etwas nach vorn geht, (*Barzel:* Sehr wahr!) aber es sind auch schimärische Dinge drin. Wenn man ihn fragt, woher soll das Geld kommen, dann sagt er: aus Brüssel. – Das ist natürlich eine höchst unwahrscheinliche Sache; mit anderen Worten, er macht ein Programm – ich will es hier ganz offen sagen –, das sehr geschlossen und sehr gut ist. Man verspricht der Landwirtschaft erneut das, was man ihr damals versprochen hat. Man friert zwar bestimmte Preise ein, aber das Einfrieren verhindert die Steigerung der Produktion nicht. Auf der anderen Seite sind Elemente drin, die ausgezeichnet sind, wie die Vermarktungsdinge, die Ordnung des ländlichen Raumes, Strukturmaßnahmen aller Art usw. Politisch kann er nicht anders vorgehen. Wir können die Preise nicht senken. Es ist politisch tödlich, für Weizen, Zucker und Milch jetzt auch noch die Preise zu senken. Dann laufen uns unsere Bauern samt und sonders zur NPD über. Mit anderen Worten, es ist ein Programm, von dem der Landwirtschaftsminister selber zuerst weiß, daß es ein compositum mixtum ist mit einem realen und politischen Zukunftswechsel, der uns natürlich einmal wieder präsentiert werden wird. Aber wir werden es durchkämpfen müssen. Ich hoffe, daß es noch ein bißchen in dem einen oder anderen glaubwürdiger gemacht werden kann.

Es ist nicht mehr viel Zeit vorhanden. Bei der letzten Kabinettssitzung ging es deswegen nicht, weil wir nicht die Mehrheit hatten. Ich mußte also eine Abstimmung vermeiden. Ich habe eine Sondersitzung für Montag einberufen, damit er am Dienstag in der Agrardebatte schon etwas sagen kann.[86] Das wird eine ganz harte Auseinandersetzung mit der SPD werden. Es wird sicher am Montag eine Mehrheitsabstimmung geben, wofür ich gern den Herrn Katzer heute hier gehabt hätte. Der Familienminister wird sich auch nicht gern manche Dinge von der Seele reißen, die da drin sind. Es bleibt uns aber nichts anderes übrig.

Nun zu den Bauern! Ich hatte am letzten Samstag eine Unterhaltung mit dem Fraktionsvorsitzenden und bäuerlichen Freunden. Die sind alle dafür und sagen, das müßt ihr durchkämpfen. Das wird natürlich eine Krise in der Koalition schaffen, die aber, wie ich glaube, ausgehalten werden kann. Aber es wird nicht leicht sein. Ich hoffe, daß dann nicht aus den Reihen der CDU Widerstände kommen werden, die den Verbraucher-Gesichtspunkt in den Vordergrund stellen. Die Unzufriedenheit unter den Bauern hält nach wie vor an. Sie würde ganz bestimmt in die Bundestagswahl des nächsten Jahres hineinreichen, wenn wir jetzt nicht mit einem neuen Programm kämen. Wenn wir erst im nächsten Jahr damit kämen, dann wäre es vorbei. Also, meine Herren, das ist nicht schön, aber es ist notwendig.

Hinsichtlich des Verkehrsprogramms weiß der Fraktionsvorsitzende besser als ich Bescheid. (*Barzel:* Sehr schlecht!) Es sah hier einmal ganz gut aus, und man hatte den Eindruck, man kommt zusammen, aber im Moment sind sie wieder auseinander. Ich

86 Vgl. Sten.Ber. 5. WP 182. Sitzung vom 25. Juni 1968 über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU/CSU zur Beratung des Berichts der Bundesregierung über die Lage der Landwirtschaft (Drs. V/2540 vom 8. Februar 1968 und V/2895 vom 13. Mai 1968) S. 9849–9897, Redebeiträge Höcherls S. 9848–9854 und S. 9884–9893.

würde also beide zu mir bitten, um zu sehen, ob ich hier irgendeinen Kompromiß zuwege bringen kann.

Nun zu der Finanzverfassung und den Bildungsfragen im Verhältnis Bund : Länder! Da stecken auf beiden Seiten viele Ressentiments, auch Verärgerung. Der Bundestag macht es sich manchmal leicht, sagen die Länder. Ich habe jedesmal gesagt, ich möchte wissen, wo wir wären, wenn die Kompetenzen in den letzten Jahren beim Bund gewesen wären, weil ich genau weiß, daß dann weit weniger aufgenommen worden wäre, als es so geschehen ist. Auf der anderen Seite ist es so, wie ich schon im „Bericht zur Lage der Nation" sagte: Die Geschichte wird niemand deswegen entschuldigen, wenn er sagt, mir hat die Kompetenz dazu gefehlt.[87] – Also müssen wir uns zusammenfinden. Wir müssen uns in der CDU/CSU einigen, auch wenn es sich um die eine oder andere Grundgesetzänderung handelt.

Ich würde ja gerne Grundgesetzänderungen vorschlagen, die nach dem Subsidiaritätsprinzip Kompetenzen vom Bund auf die Länder übertragen. Vielleicht gibt's auch das. Warum nicht! Dann kann man nach dem Prinzip „do ut des" vorgehen. Ich habe schon manches hier abgewehrt, aber das wird jetzt ebenfalls drinliegen, ohne daß wir mit einem Programm einer wirklichen nationalen Bildungsreform herauskommen. Wir sind uns dabei einig, daß man nicht nur auf die Hochschule starren darf. Das ist ein Ganzes. Wir müssen da wenigstens die Grundlage legen. Ich bin der Meinung, hier hätte die CDU eine ganz große Chance.

Ich habe nicht den Eindruck, daß die SPD Kraft genug hat, um etwas Überzeugendes daraus zu entwickeln. Sie machen zwar so ein bißchen herum, aber es wird nichts. Die Frage ist, ob wir die Kraft haben, es zu tun.

In der Gemeindefinanzreform stecken wir noch ganz und gar in der Problematik drin. Auch da ist wieder die Frage, woher das Geld nehmen. Wir haben es vorläufig einfach nicht. Die berühmten Ratgeber, die immer wieder sagen, dann müßt ihr halt an einer anderen Stelle schneiden, sollten sich einmal die Positionen ansehen, dann kämen sie sehr rasch darauf, daß man ohnehin gewaltig zugeschnitten hat.

Wir werden ohnehin die ganzen Unruhen mit den Kriegsopfern bekommen; auch die Unruhen über die Familienfinanzen. Fast jedes Ressort muß um mehr Geld kämpfen. Es ist also nicht sehr schön.

Das einzige, was mich tröstet in dieser wirklich unbehaglichen Situation ist, daß wir wirtschaftlich stetig aufwärts fahren. Wir werden zwar keinen Boom erleben im nächsten Winter, aber es geht stetig aufwärts. Unsere Währung ist fest, und wir haben ein soziales System, das nach meiner Meinung das ausschließt, was in Frankreich geschehen ist. In Frankreich ist einfach die Sache so gelaufen, weil sie dort ein veraltetes und ungerechtes soziales System hatten. Ich erinnere mich, daß vor einiger Zeit der Herr Merkle[88] von Bosch – die haben eine Filiale in Paris – mir erzählt hat, er habe mit dem

87 Vgl. Sten.Ber. 5. WP 158. Sitzung vom 11. März 1968 S. 8168–8176, hier S. 8174.

88 In der Vorlage: Merklin. – Hans L. Merkle (1913–2000), Unternehmer; 1958 Eintritt in die Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH, 1963–1984 Vorsitzender der Geschäftsleitung, 1984–1988 Vorsitzender des Aufsichtsrats.

dortigen Fahrer gesprochen über das, was er verdiene. Dann hätten sie miteinander ausgerechnet, ob das zum Leben reiche. Er habe dann diesem Manne zugeben müssen, daß die 700 Franken, die der verdient, für zwei Leute in Paris tatsächlich zum Leben nicht reichen. Die Frau mußte also arbeiten, nicht um zusätzlich etwas kaufen zu können, sondern um tatsächlich leben zu können.

Abgesehen von den kinderreichen Familien, die angeblich gut leben konnten, ging es einfach nicht. Ich habe mich immer darüber gewundert, daß die Kommunisten das so laufen ließen, dieses rückständige soziale System in Frankreich. (*Kohl:* Das war in ihrem taktischen Interesse.) Offenbar doch! Ich bin überzeugt, etwas Derartiges würde bei uns nicht passieren, wenn wir über die Mitbestimmungsklippe einigermaßen hinwegkommen. Das ist eben unser ganzes Kapital, das wir auch außenpolitisch einsetzen können. Darüber, daß es in allen Ländern wirtschaftlich und währungsmäßig problematisch aussieht, in England, in Frankreich usw., brauche ich nicht zu reden. Politische Schwierigkeiten gibt es in Italien; die haben mit ihrer Regierungsbildung erhebliche Schwierigkeiten.[89] Sie haben immerhin über 30% Kommunisten. Und hier ist ein Land, das solide ist. Nur ist eben das Schreckliche, daß hier solche Vorkommnisse wie diese Studentenunruhen und diese Notstandsproteste ein falsches Bild draußen in der Welt vermitteln. Deswegen ist es auch so, daß wir das vermeiden müssen und solche Sachen möglichst nicht wieder vorkommen.

Das ist also unser großes Kapital. Wenn Ludwig Erhard jetzt noch hier wäre, hätte ich ihm ein Wort des Dankes zu „Zwanzig Jahre DM" gesagt; denn damit fing es ja an.

Das ist so das Gröbste von dem, was mich im Augenblick plagt. Es sind zwar noch viele andere Dinge problematisch, aber ich will es dabei zunächst einmal bewenden lassen.

Amrehn: Die Position von Berlin läßt sich nur dann halten, wenn die Bevölkerung selbst genügend Standvermögen aufweist. Wir haben schon vor den neuen Maßnahmen, zuletzt auch in der letzten Bundesvorstandssitzung, davon gesprochen, wie schwer dieses Standvermögen angeschlagen ist, z. T. durch die Vorkommnisse in der Stadt, zu einem anderen Teil dadurch, daß Sperrmaßnahmen prinzipiell schon im Januar verhängt worden waren gegen NPD-Mitglieder, im April gegen Bundesbeamte und schließlich auch gegen Herrn Schütz. Dieses Standvermögen wird dadurch nicht gestärkt, daß Herr Brandt gestern am Schluß seiner Rede[90] doch wieder geglaubt hat, sagen zu müssen, man müsse sich daran erinnern, daß wir schon Laufzettel seit je gehabt hätten und auch Geld zahlen müßten. Da steckt nun genau wieder die Tendenz der Verniedlichung drin, die nicht dazu beiträgt, die Berliner Stellung zu stärken. Dazu trägt auch nicht bei, wenn der amerikanische Botschafter am 12. Juni gegen den Rechtsbruch

89 19./20. Mai 1968 Kammer- und Senatswahlen in Italien mit Stimmengewinnen für die Democrazia Cristiana und die Kommunisten und Verlusten für die Sozialisten. Die Regierungsbildung gestaltete sich schwierig, erst am 23. Dezember gelang es Mariano Rumor, eine neue Regierung zu bilden. Vgl. AdG 1968 S. 13924f., S. 14399.

90 Stellungnahme Brandts in der Debatte zur Außenpolitik, vgl. Sten.Ber. 5. WP 180. Sitzung vom 20. Juni 1968 S. 9764–9766.

auf der Autobahn protestiert und am folgenden Tag der amerikanische Präsident im Weißen Haus ein neues amerikanisch-sowjetisches Konsular-Abkommen persönlich unterzeichnete, worauf er Wert gelegt hat.[91] Das erscheint als ein Widerspruch zu der Bereitschaft, Aktionen zu unternehmen. (*Kiesinger:* Sie kennen die näheren Einzelheiten?) Ich bin darauf angewiesen, das zu lesen, was in der Zeitung steht.

Kiesinger: Es ist noch schlimmer! Dieses Konsular-Abkommen wurde unterzeichnet. Es war ein Zeremoniell mit einer freundlichen Ansprache des Präsidenten vorgesehen. Rusk hat dem Präsidenten geraten, kein Zeremoniell zu machen angesichts der Ereignisse um Berlin. Der Präsident hat insistiert und gesagt, gerade jetzt muß es gemacht werden.

Amrehn: Das trägt natürlich nicht dazu bei, die Standhaftigkeit der Berliner zu verstärken, die doch einfach davon abhängt, daß die Erklärungen, die abgegeben werden, auch so gemeint sind. Wenn man sagt, das ist ein Rechtsbruch, und wir werden dagegen etwas unternehmen, dann verliert das seine Glaubwürdigkeit, wenn am nächsten Tag mit aller Macht eine neue Vereinbarung unterschrieben wird, die vielleicht gemacht werden mußte, aber ganz bestimmt nicht am Tage danach.

Ich bin der Meinung, Herr Bundeskanzler, daß die Haltung der Berliner sehr davon abhängt, ob etwas geschieht, und nicht davon, ob nur gewarnt wird. Ich würde das Wort, das Herr Schütz gestern im Bundesrat [sic!] gesprochen hat[92], so auch noch nicht unterzeichnen. Ich bin der Meinung, daß die Berliner sehr viel auszuhalten und weiter zu tragen bereit sind, aber nur dann, wenn sie das Gefühl haben, daß die Position wirklich verteidigt wird. Die Einführung des Visums – Sie haben es selbst gesagt, Herr Bundeskanzler – ist wirklich der ernsteste Vorgang seit dem Bau der Mauer. Das ist in einem Punkt noch ernster, weil zum erstenmal ein unmittelbarer Übergriff in die westliche Lebensatmosphäre stattfindet, die von den Alliierten garantiert ist.

Die Zurückweisung von Journalisten und anderen Personengruppen macht deutlich, daß sich die Zone mit russischer Zustimmung vorbehält, wen sie durchläßt und wen nicht. Das ist wirklich ein ernster und ganz schwerer Angriff auf die Lebensfähigkeit, weil ja von dem Vertrauen auf den relativ freien Zugang, der bisher bestanden hat, die Bereitschaft abhängt, in Berlin zu bleiben, zu investieren und auszubauen. Deswegen scheint es nötig zu sein, daß eine Reihe von Maßnahmen ergriffen werden. Es stellt sich die Frage, welche das sein können oder schon sind. Die erste Maßnahme – wenn ich so sagen darf – war der Besuch des Bundeskanzlers in Berlin.[93] Das hat ganz ohne Zweifel politisch und psychologisch gut gewirkt. Ich weiß nun nicht, was noch alles geschehen

91 Vgl. „Memorandum From the Under Secretary of State (Katzenbach) to President Johnson", in: FRUS Vol. XV Germany and Berlin Nr. 268 (Text im Internet: http://www.state.gov/www/about_state/history/vol_xv/za.html). Vgl. auch Erklärung der drei Westmächte vom 12. Juni 1968 in DzD V/2 S. 756 und Protest bei der UdSSR gegen die Behinderung des Berlin-Verkehrs durch die DDR vom 3. Juli 1968 in DzD V/2 S. 951 f.

92 Schütz sprach am 20. Juni vor dem Bundestag, vgl. Sten.Ber. 5. WP 180. Sitzung S. 9698–9701.

93 Kiesinger hielt sich am 13. Juni zu einem fünfstündigen Besuch in Berlin auf, vgl. BULLETIN Nr. 74 vom 15. Juni 1968 S. 625 f.

kann, nachdem jetzt das Berlinhilfe-Gesetz[94] verabschiedet ist. Das schafft die Voraussetzungen dafür, daß die Industrie dort weiter baut, daß Menschen dorthin kommen, aber noch nicht unbedingt die Voraussetzung dafür, daß die Menschen ein zusätzliches Sicherheitsgefühl gewinnen. Das kann auch mit Geld nicht hergestellt werden.

Ich bitte Sie, es jetzt nicht mißzuverstehen, Herr Bundeskanzler, wenn ich jetzt – ich sage es schon seit Monaten – sage: Uns liegt gar nicht so sehr daran, daß wir mehr Geld bekommen, sondern wir haben immer nur darauf gedrängt, daß die bisher geltenden wirtschaftlichen Förderungsmaßnahmen auf lange Zeit in Aussicht gestellt werden, damit eine Planung der Wirtschaft in Berlin, eine sichere Vorausschau ihrer Steuerbelastungen oder Präferenzen erfolgen kann. Wir haben nicht so sehr darauf gedrängt, daß die Beträge erhöht werden. Wenn wir sie jetzt erhöhen und 30% der Investitionszulage gewähren – ein blankes Geschenk von 30% für jede Investition – und daneben 75% Abschreibungsgenehmigungen für die ersten drei Jahre erteilen, dann gerät das bereits in den Bereich des wirtschaftlichen Zweifels, ob denn diese Maßnahmen noch Boden haben, ob nicht gezahlt wird, um zu retten, obwohl politisch das Vertrauen nicht mehr hergestellt werden kann. Diese Maßnahmen, die politisches Vertrauen schaffen, sind ja die Maßnahmen, die wir Gegenmaßnahmen nennen. Hier bin ich der Meinung, Herr Bundeskanzler, daß wir nicht die ganze Verantwortung auf die alliierte Seite schieben dürfen. Zwar sind die Alliierten verantwortlich für den zivilen Zugang ... (*Kiesinger:* Aber wir haben dafür ...) Herr Bundeskanzler, in diesem Saal habe ich damals mit dem Bürgermeister von Berlin in einer gespaltenen Meinung des Bundeskabinetts und in einer risikoreichen Stunde die Zustimmung dazu gegeben, daß das Interzonenabkommen gekündigt wird.[95] (*Kiesinger:* Eine stumpfe Waffe!) Ich lasse das mal einen Augenblick aus der Betrachtung, sondern sage nur, wir haben damals, obwohl es sich um den von den Alliierten garantierten Zugang handelte, eine deutsche Maßnahme ergriffen, zu der allerdings in diesem Saal die feierliche amerikanische Erklärung abgegeben wurde: Was auch immer die Bundesregierung für richtig hält, die Amerikaner werden diese Maßnahme mit allen Konsequenzen decken.

Heute ist das alles so weit weg. Aber das war damals ein ganz schwerer Entschluß, weil wir den Bürgermeister mitzudecken hatten, obwohl im Kabinett starke Männer sagten, die dagegen gewesen sind aus der Befürchtung, es könnte sich eine Eskalation ergeben. Jeder wußte, was gemeint war. Ich will damit zum Ausdruck bringen, Herr Bundeskanzler, daß die zunächst adäquat erscheinende Maßnahme gegen die Zurückweisung bestimmter Personengruppen von Kirchentagsteilnehmern und vom Heimatvertriebenentag in Berlin[96] eine deutsche Maßnahme war und die Alliierten doch bei-

94 Erste Beratung über das „Dritte Gesetz zur Änderung des Berlinhilfegesetzes" (Drs. V/3019 vom 18. Juni 1968) am 20. Juni 1968, zweite und dritte Beratung am 26. Juni 1968, vgl. Sten.Ber. 5. WP 180. Sitzung S. 9694–9702 und Sten.Ber. 183. Sitzung S. 9965. Vgl. auch BGBl 1968 I S. 833 („Drittes Gesetz zur Änderung des Berlinhilfegesetzes" vom 19. Juli 1968).

95 Vgl. Nr. 18 Anm. 86.

96 78. Deutscher Katholikentag in Berlin vom 13.–17. August 1958, „Tag der Heimat" des BdV am 6. September 1959.

nahe darauf angewiesen sind, entweder sehr schwere Maßnahmen der Sperrung von Handelsvertretungen oder gar militärischer Art zu ergreifen.

Seit dem Jahr 1949 ist das Junktim des relativ freien Zugangs, also seit dem Jessup-Malik-Abkommen[97], verbunden gewesen mit der relativen Freiheit des Handels zwischen den beiden Teilen Deutschlands. Wo also Verkehrswege gestört werden, ist die zunächst adäquate Maßnahme eine deutsche Maßnahme im Bereich des Handels. Nun wird immer gesagt, Herr Bundeskanzler, diese Waffe sei stumpf oder stumpf geworden. Ich wage das heute gar nicht zu beantworten, weil ich nicht die objektiven Quellen kenne, die zu diesem Ergebnis führen. Ich weiß, daß die Meinungen darüber gespalten sind. (*Lebhafte Unruhe.*)

Ich habe neulich mit Wirtschafts-Journalisten darüber diskutiert, die alle anderer Meinung waren. Ich bin heute nicht ganz davon überzeugt, aber ich weiß, daß dieselben Leute, die heute sagen, das und das sei nicht zu machen, auch erklären, die Maßnahme damals sei ein Schlag ins Wasser gewesen. Das dürfe man nicht wiederholen. Ich kann nur gegen diese allgemeine Meinung sagen, daß wir von 1960 an bis 1968 keine einzige Warenbeschlagnahmung mehr gehabt haben, keine Beschlagnahme eines Lastzuges, keine Personenfestnahme, was wir bis zur Kündigung des Interzonenhandels laufend hatten; also hat es diese Wirkung gehabt, daß die Freiheit des Zugangs nach Berlin bis zum Jahre 1968 gewährleistet wurde.

Es bleibt also die Prüfung offen, ob der Widerruf bestimmter Waren-Begleitscheine, ob der Widerruf von Reisegenehmigungen oder die Nichterteilung von Reisegenehmigungen nicht doch eine Rolle spielen kann und hier den Alliierten eine Maßnahme vorexerziert wird, die sie mitdecken würden und müßten und die ihnen das Gefühl gibt, daß solidarisch gehandelt wird. Zur Zeit entsteht auch für mich der Eindruck, daß die deutsche Regierung sagt: Die Alliierten sind verantwortlich. Und die Alliierten – so auch Herr Kissinger – sagen: Wir wollen handeln und sind bereit dazu, aber ihr müßt auch euren dazu Beitrag leisten. – Ich fürchte, daß die Bereitschaft dazu mehrheitlich in der Bundesregierung oder im Regierungslager zu eigenen deutschen Maßnahmen leider im Prinzip nicht da ist, wenn man sagt, wir machen so weiter wie bisher. Ich komme aber auf den Punkt noch zurück.

Viel wichtiger als eigentliche Gegenmaßnahmen scheint mir zu sein, daß bestimmte Dinge positiver Gestaltung viel mehr gefördert und auch überzeugend und glaubhaft für die Berliner Bevölkerung durchgeführt werden. Ich erinnere daran, Herr Bundeskanzler, daß wir noch immer nicht dieses zentrale Amt haben, das geschaffen werden sollte. Wir haben noch keinen Mann für die eigentlichen Maßnahmen der Wirtschaft in Berlin. Wir haben keinen Mann, der die Möglichkeiten des geistigen und kulturellen Lebens in Berlin irgendwie angeht und ausschöpft, und zwar mit öffentlichen Instituten, nicht unmittelbar mit Bundesministerien, weil das nicht mehr politisch geht, aber doch mit einer Fülle von anderen Instituten, um den Bund in seinen Gliederungen nach Berlin zu bringen. Diese Dinge sollten zentral gemacht werden. Wenn nun der Osten sagt, Berlin

97 Vgl. Nr. 18 Anm. 89.

gehört nicht zum Bund, dann muß darauf ... (*Kiesinger:* Das sagt leider nicht nur der Osten!) Der Westen meint, wenn er es sagt, nur die juristische Seite, während es dort politisch gemeint ist. Wir können es auch nur politisch meinen, wenn wir sagen, wir gehören zusammen. Ich finde, daß insoweit beispielsweise die Ernennung eines Bundesministers für Berlin, der dann auch diese Aufgaben bekäme, etwas wäre, was glaubhaft werden kann, wenn er dann auch entsprechend arbeitet. Wir sind diejenigen, die nun unterschreiben müssen „Ich bin Bürger der selbständigen politischen Einheit West-Berlin". Ich werde das nächste Woche selber versuchen. Ich möchte sagen, das ist ein intellektuelles Opfer, das die Berliner da bringen müssen, von einer gewissen politischen Tragweite.

Nun ist mir heute gesagt worden, im Bundestag sei dagegen sehr deutlich Rechtsverwahrung eingelegt worden namens der Regierung. Ich bedauere, daß das gerade in der „Welt" nicht abgedruckt ist. Wir warten darauf, daß uns die Regierung sagt ... (*Kiesinger:* So ist es nicht. Natürlich habe ich das klipp und klar gesagt; Wehner übrigens auch.[98] – *Starke Unruhe.*) Die Zettel, die wir auf der Autobahn unterschrieben haben, haben keine Gültigkeit. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Herr Bundeskanzler, es hat neulich schon einmal eine andere Form gegeben. Ich fürchte, daß in der Ernsthaftigkeit dieser Situation – was Sie selbst befürchten – in Ermangelung von entscheidenden Warnungen der Weg so weitergehen könnte, daß die Berliner zu der Abstimmung darüber aufgerufen werden könnten, wohin sie gehören wollen. Das hatten wir schon einmal in einem Gesetzentwurf selber vorbereitet. Ich fürchte, daß der Zeitpunkt, wenn wir ihn jetzt nicht schaffen, dafür zu spät werden könnte. Ich bin nach wie vor der Meinung, daß das getan werden sollte, auch wenn der Einwand kommt, das sehen die Russen nicht gern, das stört den Weg unserer Politik.

Nun erlauben Sie mir bitte, Herr Bundeskanzler, daß ich zu der Grundfrage, die Sie neulich als Frage in Berlin aufgeworfen haben, noch ein Wort sage. Die Frage danach, ob sich die bisherige Ostpolitik auszahlt, würde ich insofern trennen, was man mit den Ostblockstaaten getan hat und was im Verhältnis zu Pankow geschehen ist. Im Verhältnis zu Pankow haben wir den Swing-Betrag von 200 Mio. DM auf 700 Mio. DM erhöht. Wir haben sie davon befreit, jeweils zum 30. Juni den Saldo auszugleichen. Wir haben die Warenlisten erweitert. Wir sind dafür gewesen, daß die kommunistischen Funktionäre wieder reisen dürfen. Wir haben die Widerrufsklausel aufgehoben, auch die Waren-Begleitscheine mit der Begründung: Die Klausel brauchte acht Jahre nicht angewendet zu werden, also hat sie keinen Sinn.[99] – Jetzt wäre der erste Anwendungsfall dafür. Aber wenn man das alles getan hat, Herr Bundeskanzler, dann doch eigentlich in der Annahme, daß, auch wenn die sonstige Ostpolitik einen zusätzlichen Druck Moskaus und Pankows auf uns erwarten läßt, daß gerade mit diesem Entgegenkommen

98 Vgl. Sten.Ber. 5. WP 180. Sitzung vom 20. Juni 1968 S. 9694f. (Redebeitrag Kiesinger) und S. 9738–9744 (Redebeitrag Wehner).

99 Am 6. Dezember 1968 wurden die Vereinbarungen für den innerdeutschen Handel bis 1975 festgeschrieben, u.a. wurde der zinslose Überziehungskredit (Swing) erhöht, vgl. DzD V/2 S. 1558–1560.

und dieser Bereitwilligkeit Pankow gegenüber das Klima in Pankow soweit verbessert wird, (*Kiesinger:* Nein!) daß sie nicht zur Einführung des Visums schreiten, was wir als Gefahr seit sieben Jahren gesehen haben.

Wenn man der Meinung ist, Herr Bundeskanzler, daß das nicht ausgeschlossen werden konnte oder jedenfalls als Möglichkeit dennoch weiter in Betracht gezogen wurde, dann würde ich sagen, haben wir mit diesem Entgegenkommen die Hemmungen vor solchen Maßnahmen in Pankow nicht vergrößert, sondern das Vorgehen erleichtert. Dann muß, Herr Bundeskanzler, befürchtet werden, daß – wenn auch jetzt nichts geschieht zwischen den Amerikanern und den Russen und zwischen den Deutschen und den Deutschen – die Dinge so weitergehen. Die Berliner sind besorgt darum, daß der nächste Schritt im Luftkorridor kommt; nicht daß der Flug selbst angegriffen wird, aber daß in der Luftsicherheitszentrale sich die Russen – was wir auch seit Jahren befürchten – zurückziehen und die Verantwortung auf andere Leute übertragen. Wenn also diese Art der Politik fortgesetzt und unverändert gesagt wird, daß die Standhaftigkeit der Berliner nicht mehr gefestigt werden kann, so ist das die Gefahr, Herr Bundeskanzler, die wir seit mindestens einem halben Jahr durchlaufen.

Kiesinger: Herr Amrehn, es ist doch umgekehrt. Das Verhalten Pankows wird durch ganz andere Dinge bestimmt. Das sind doch keine echten Entgegenkommen gewesen. Wir konnten in unserer Ostpolitik Pankow nicht ausklammern. Die Vorschläge in meinem Brief an Stoph sind nicht angenommen worden, weil sie unangenehm waren.[100] Die anderen Sachen waren zum großen Teil rechtlicher Art. Daß Pankow so vorgeht, ist einfach dadurch zu erklären, daß sie aus der Isolierung ausbrechen wollen, die ganz zwangsläufig kommt. Nun versuchen sie, einen Druck auf uns auszuüben. Sie versuchen, in Richtung auf West-Berlin aus der Isolierung auszubrechen. Überall im Osten sehen wir doch, daß man die Brüder ablehnt, daß man sie kritisiert, das hängt zusammen mit Moskau. Moskau empfindet diese Politik als Offensive, mit Recht; es ist eine offensive Politik, und das soll sie auch sein, aber immer zugleich – wie das eben so in der Politik geht – mit dem Hinweis, unter vernünftigen Menschen läßt sich ja reden.

Was glauben Sie denn, was geschehen wäre, wenn wir diese Politik überhaupt nicht gemacht hätten, wenn wir so weiter gemacht hätten wie in früheren Jahren mit der Hallstein-Doktrin usw. Wir verschanzen uns hinter unseren juristischen Zäunen und lassen uns wieder einmal die Versicherung unserer Verbündeten geben: Wir stehen immer noch zur Sache. – Glauben Sie, daß nichts geschehen wäre, daß sie die Situation dieses Jahres nicht ausgenutzt hätten? Ich glaube das nicht.

Amrehn: Herr Bundeskanzler, die Antwort darauf, was geschehen wäre, ist in der Geschichte immer ungeheuer schwer. Aber nicht umsonst habe ich erzählt, was wir 1960 gemacht haben, und zwar mit dem entschiedensten Entschluß der Abwehr einer vorläufigen temporären Maßnahme usw. ... (*Sehr starke Unruhe.*) Ich bitte darum, Herr Bundeskanzler, daß Sie nicht die Ostpolitik in ihrer Gesamtheit mir als Frage vorhalten. Deshalb habe ich unterschieden zwischen dem, was gegenüber den Ostblockstaaten ge-

100 Vgl. Nr. 14 Anm. 8.

schieht, und dem, was unser Verhalten gegenüber Pankow angeht. Nun ist natürlich die Frage – die werden auch Sie nicht beantworten können –, ist die Maßnahme mit dem Visum eine Wirkung der Politik, oder ist man unabhängig davon zu einer Einführung des Visums gekommen? Wenn ein Zusammenhang da ist, dann stellt sich die Frage, ob diese Bereitschaft zu Pankow hin sich dann lohnt, wenn Berlin durch Belastungen geht, die es jetzt nur noch viel schwerer ertragen kann als früher, und Berlin selbst in eine innere Krise der Haltung geraten läßt. Da würde ich sagen, wenn die Frage so gestellt wird, nein, das ist es nicht wert, sondern da kommt es darauf an, durch Abwehr Pankows Gelüste ein bißchen zu beschneiden.

Kiesinger: Wenn wir die Waffen haben! Die haben sich inzwischen anderweitig eingedeckt. (*Amrehn:* Ich denke an die Lieferungen von Stahl und Maschinen!) Nein, Sie dürfen mir glauben, das ist eine stumpfe Waffe geworden, die sich sogar gegen die Interessen Berlins wendet, wenn man sie anwendet. Ich bin der Letzte, der es nicht anwenden und sagen würde, jetzt wird es gekündigt, wenn es wirklich noch eine Waffe wäre; aber die haben sich umorientiert in diesen Jahren. Seit dem Bau der Mauer haben die eben etwas anderes hinter dieser Mauer aufgerichtet.

Die Frage ist einfach zu stellen, welche Maßnahmen können wir jetzt noch anwenden? Damals war die Kündigung des Abkommens wirklich noch eine Waffe. Ich bin der Meinung, sie hat auch gewirkt. Heute ist es sehr fraglich. Ich sperre mich gar nicht a limine dagegen, aber mir sagen alle Leute, die sich auf diesem Gebiete auskennen, und die ich gefragt habe, es ist eine stumpfe Waffe. Dann muß man fragen, was können wir selbst tun? Dann kamen diese Vorschläge mit dem Nord-Ostsee-Kanal.[101] Das kann man sich überlegen. Das würde sie natürlich, wenn wir es anwendeten, sofort in die Lage versetzen, auf dem Wasserwege durch die Zone nun ihrerseits Schikanen anzuwenden. Also mit anderen Worten, wenn es um einen Krieg mit Schikanen geht, sind wir nach meiner Meinung leider am kürzeren Hebelarm. Aber wenn Sie mir raten können, welche Maßnahmen ihnen wirklich weh tun, z. B. die Schließung von Handelskontoren usw. ... (*Amrehn:* Reisesperren usw.! Das Travel Board hat doch vor einem halben Jahre kommunistischen Funktionären die Einreise verweigert.[102] Die Amerikaner tun es nur, wenn sie sehen ...) Das ist ja beschlossen! (*Lebhafte Unruhe.*) Die Frage ist doch, was können wir jetzt tun? Sie sagen, wir müssen etwas tun, dann tun die anderen mit. In dem Contingency Planning steht immer das Handelsabkommen in erster Linie, weil die sich einbilden, das wäre für uns ein großes Geschäft, und wir würden nicht gern auf dieses große Geschäft verzichten und verlangten von ihnen Maßnahmen, aber wir selber wollten nach wie vor das Geschäft machen. Dieser Zahn ist ihnen inzwischen gezogen worden. Sie wissen, daß das nicht so ist. Wenn das aber zweifelhaft ist, dann erhebt sich sofort die Frage, was ist wirklich wirksam; was können wir an wirksamen Dingen tun? Ich meine jetzt nicht alle diese Dinge, die zur Kräftigung Berlins in wirtschaftli-

101 Vgl. „Welt" vom 12. Juni 1968 „Sondersteuer für Auto- und Schiffsverkehr".

102 Nach Gründung der NATO mußte die Einreise aus der DDR vom Allied Travel Board (alliiertes Reiseamt) in Berlin (West) genehmigt werden; nach Aufnahme der Vier-Mächte-Gespräche über Berlin 1970 stellte es seine Arbeit ein.

cher Hinsicht beitragen, aber Verhaltungsmaßnahmen gegenüber dem Regime drüben. (*Starke Unruhe. – Amrehn:* Wir sollten den kommunistischen Funktionären auch Reisebeschränkungen auferlegen. Natürlich hat das immer einen Zusammenhang mit den Handelsmaßnahmen.) Hier steht das Grundgesetz im Weg. Wir haben ja ein „wunderbares" Grundgesetz gemacht, daß wir, wenn wir solche Maßnahmen durchgeführt hätten, sofort in Konflikt mit dem Grundgesetz gerieten. Was wir tun können ohne gesetzliche Änderung, ist einfach, es de facto zu machen. Wir könnten an der Grenze sagen: Du kommst nicht hinein! – Dann wollen wir mal sehen, was sie machen. Ich habe mich nur gescheut, das zu verkünden, weil es gegen unsere eigene Konzeption, gegen unser Grundgesetz ist.

Es ist ja beschlossen, daß die Travel-Ausweise für die kommunistischen Funktionäre nicht mehr ausgegeben werden. (*Starke Unruhe.*) Die Schutzmächte sind sich einig, wenn wir es wollen. (*Amrehn:* Obwohl die Widerrufsklausel nicht mehr besteht.) Sie sollen nicht sagen, daß wir etwas tun, sondern sie sollen sagen, was wir tun sollen.

Amrehn: Ich sage beispielsweise, die Lieferungen von Maschinen und Stahl, die ständig in die Zone gehen, sollten mindestens verzögert oder gesperrt werden. Das sind aber alles Dinge, die politisch entschieden werden. Sie sind vor einem halben Jahr dahin entschieden worden, daß man nicht mehr dieses Instrument in der Hand haben will. (*Anhaltende Unruhe.*) Man muß nicht das ganze Abkommen kündigen, wenn man das Instrument bestehen lassen will.

Kiesinger: Ich habe ja nichts dagegen, daß wir Schwierigkeiten machen; nur das Argument, wir müssen etwas tun, ist doch etwas Gewichtiges. Es wird gesagt, wir sollen etwas tun; dann tun es auch die anderen. Ich sage Ihnen, mit bloßen Vergeltungsmaßnahmen kommen wir überhaupt nicht weiter. – Herr Gradl!

Gradl: Herr Bundeskanzler, es kommt auf etwas anderes an. Ich glaube, niemand an diesem Tisch bildet sich ein, daß wir Gegenmaßnahmen treffen können, vor denen die anderen in die Knie gehen.

Die haben wir nicht. Worauf es ankommt, ist, einer psychologischen Krise in Berlin zu begegnen. Ob diese psychologische Krise da ist oder ob wir erst hier am Rande sind, das wird sich zeigen. Aber daß eine ernste psychologische Entwicklung in Berlin droht, ist klar. Wir wissen genau, wenn die Alliierten sich etwa darauf berufen könnten, daß sie nicht mehr mit der vollen Zustimmung der Berliner in Berlin sind, dann gehen sie. Es gibt Pässe der Amerikaner aus dem Jahre 1961 – ich habe sie jetzt nachgesehen –, darin ist das gesagt.

Die Bemerkung, die gestern abend Herr Kissinger gemacht hat über das Vietnam-Problem[103], weist darauf hin – hier an diesem Tisch darf man das sagen – , daß sie dort sogar eine Entwicklung suchen, die es ihnen gestattet, deutlich zu machen, daß sie selber nicht wollen dazubleiben. (*Von Hassel:* Daß sie selber nicht – was? – *Kohl:* Nicht wollen, daß sie bleiben.) Daß die süd-vietnamesische Regierung selber nicht mehr in der Lage ist, das Heft in der Hand zu halten, und daß die süd-vietnamesische Bevölke-

103 Nicht zu ermitteln.

rung nicht mehr gewillt ist, den bisherigen Kampf mit den Amerikanern fortzusetzen. Darauf bauen sie ihre Spekulationen auf, wonach ihnen die Situation, zwar nicht von heute auf morgen, aber doch in Jahren, es gestatten könnte, sich aus dieser Problematik zu lösen. (*Starke Unruhe.*)

So hat er es uns gesagt. Das Problem ist, der psychologischen Krise in Berlin zu begegnen. Dazu gehört, daß man irgend etwas unternimmt, was den Berlinern den Eindruck vermittelt, die lassen sich nicht alles gefallen. Von der Kündigung des Interzonenabkommens – das sage ich hier an diesem Tisch – halte ich nichts. Erstens ist es nicht viel, zweitens hat es keinen Sinn, wenn die anderen nicht mitmachen. Wenn wir aus dem Geschäft hinausgehen und die Leute aus Brüssel und Paris hineingehen, ist die Sache sowieso ohne Wirkung. Man könnte es nur mit einem Embargo machen.

Herr Bundeskanzler, ich glaube, es wäre doch ganz eindrucksvoll, wenn wir die drei Alliierten dazu bekommen könnten, daß sie die Reisebüros, die sie in Berlin haben, schließen. Es gibt hier zwar solche Überlegungen, die beziehen sich aber nur darauf, daß man die Propaganda-Abteilungen schließt. Nun soll mal hier einer herausfinden, wer da Propaganda macht. (*Starke Unruhe.*)

Wenn erreicht werden könnte, Herr Bundeskanzler, daß man den Zonenschiffen, die durch den Nord-Ostsee-Kanal fahren, dieselben Gebühren auferlegt, wie sie diese von unseren Schiffen verlangen, dann wäre das eine gute Sache. Hinzu müßte kommen das Verweigern von Reisen politischer Funktionäre usw. Das sind Dinge, die den Leuten das Gefühl vermitteln: Wir tun etwas. (*Kiesinger:* Darüber sind wir uns ja einig. – *Starke Unruhe.*) Herr Bundeskanzler, ich möchte noch eine Bemerkung zu dem Gespräch mit Herrn Brandt machen. An dieser Bemerkung liegt mir viel, gerade wegen der gestrigen Rede von Herrn Brandt. Ich bitte Sie sehr darum, ihm zu sagen, daß er in seinen Gesprächen nicht den Eindruck erweckt, als ob das noch nicht die Krise sei. Wir wissen auch, was hier ist und was nicht, aber wenn wir überhaupt die Alliierten bewegen können, wirklich aktiv zu werden, dann nur auf dem Wege über das Erwecken der Angst, hier könnte sich ein Konflikt entwickeln, der sie unendlich viel stärker engagiert als bisher. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich will Ihnen ein Beispiel sagen. Ich war Anfang 1962 bei Herrn Rusk. Ich habe diesen Mann selten so erregt gesehen – er wird dann in seinem Gesichtsausdruck etwas starr und blaß –, als er uns die Frage stellte, was können wir tun, damit die Russen merken, daß wir es ernst meinen. Damals habe ich die Sorge dieses Mannes – und auch anderer Amerikaner – gesehen, sie könnten in Berlin in eine Situation hineinrutschen, die ihnen die große Konfrontation bringt. Deswegen muß Herr Brandt ihnen deutlich machen, daß hier in der Tat ein kritischer Punkt erreicht ist und man sich nicht darauf verlassen kann, daß die kritische Grenze von der anderen Seite eingehalten wird.

Herr Bundeskanzler! Ich weiß nicht, ob es Ihnen gestern aufgefallen ist; es hat sich in der Bundestagsdebatte eine offene Differenz zwischen Herrn Wehner und Herrn Brandt ergeben. (*Kiesinger:* Natürlich! – *Barzel:* Auch eine Differenz zwischen Brandt morgens und Brandt abends! – *Heiterkeit und starke Unruhe.*) Ich hatte am Morgen gesagt: Ich wage nicht – wie ich es bisher getan habe – anzunehmen, daß die Sowjets un-

ter allen Umständen das tun werden. Dann hat Herr Wehner nach Herrn Brandt mittags gesagt: Ich teile diese Sorgen in vollem Maß. – Das war eine ganz offene Differenz. Ich halte die Sache für so wichtig, daß Sie mit Herrn Brandt deutlich sprechen, Herr Bundeskanzler. Hier ist wirklich Gefahr im Verzuge.

Kiesinger: Deshalb habe ich ihn ja bestellt. Das ist der Zweck der Übung. Deswegen habe ich auch den amerikanischen Botschafter[104] bestellt. Ich muß jetzt um Nachsicht bitten, meine Herren. Ich darf den Herrn Bundespräsidenten nicht warten lassen. Er hat mich zu sich gebeten mit der Angabe, er habe einen besonderen Grund.[105] Ich kenne diesen Grund nicht. Ich weiß, daß wir bei der letzten Sitzung das Thema besprochen hatten, und wir wollten es diesmal im Bundesvorstand behandeln.

Barzel: Herr Bundeskanzler! Darf ich dazu etwas sagen! Da wir das Thema heute – entgegen der Presse – nicht behandeln, muß gesagt werden, das sind alles Spekulationen. Wie können wir überhaupt einen Namen nennen, solange das Ganze nicht entscheidungsreif ist. Diese Spekulationen müssen weg. Das wollte ich noch in Ihrer Gegenwart sagen, Herr Bundeskanzler. Das sollten wir noch, wenn es geht, als Beschluß publizieren.

Kiesinger: Ich glaube, das müssen wir sagen. (*Heck:* Das nehme ich auf.) Ich stelle Ihnen nun anheim, meine Herren, wie Sie weitertagen. Ich will nicht eine Aussprache über Berlin, die sehr wichtig ist, abschneiden. Wenn ich selber jetzt nicht mehr dabeisein kann, so kann ich doch von Herrn Heck hören, was an guten Gedanken hier vorgetragen worden ist. Die Frage der Abstimmung in Berlin, der Berlin-Minister usw., das sind alles Vorschläge, die man noch einmal unter Freunden erörtern muß. – Herr Fay!

Fay: Herr Bundeskanzler! Darf ich noch eine Bemerkung zum Bundespräsidenten machen. Es ist heute morgen in der Zeitung angeklungen, als ob da und dort die Absicht bestünde, die Frage eines vorzeitigen Rücktritts mit einer politischen Sache zu koppeln.[106] Ich möchte herzlichst darum bitten, daß das auf keinen Fall geschieht. Wir haben uns in dieser Frage in der Vergangenheit Gott weiß nicht mit Ruhm bekleckert. Wir würden sehr schief vor dem deutschen Volke stehen, wenn das nun wiederkäme.

Es ist gesagt worden, die Frage des Mehrheitswahlrechts sollte damit gekoppelt werden, eventuell eine Koalitionsbindung nach der Wahl 1969. Ich sage noch einmal: Weg von einem politischen Junktim!

Kiesinger: Ich bin ganz Ihrer Meinung! – Herr Kohl.

Kohl: Bei dieser Äußerung, Herr Barzel, sollte man ein bißchen in die Nähe der SPD kommen und einfach sagen: der Termin der Bundesversammlung. – Das ist dann besser umschrieben. (*Barzel:* Ich will nur zwei Sätze sagen.)

Kiesinger: Ich bitte also jetzt darum, diese hehre Runde verlassen zu dürfen. Wenn Sie aber noch einige Gedanken austauschen wollen, was wir hinsichtlich Berlin tun können, dann lassen Sie mich das Ergebnis wissen.

Heck: Wird das Wort zum Thema „Berlin" noch gewünscht? – Herr Barzel.

---

104 Vgl. Anm. 74.

105 Vgl. MORSEY S. 564.

106 Vgl. „Welt" vom 21. Juni 1968 „Soll der Bürger sein Staatsoberhaupt direkt wählen?".

Barzel: Ich möchte noch gerne ein paar Worte sagen. Ich glaube nicht – der Herr Bundeskanzler weiß das aus vielen Gesprächen, die wir in diesen Wochen in verschiedenen Gremien hatten –, daß sowohl wir wie der Westen insgesamt so ohnmächtig sind, wie dieser sich darstellt.

Ich glaube zum zweiten, daß das Instrumentarium auf dem wirtschaftspolitischen Gebiet nicht zusammengestellt ist. Sicherlich würde auch ich einer isolierten Kündigung des Interzonenabkommens widerraten, weil es die Zone störfrei gemacht hat, wie sie das nennen. Aber die Störfreimachung ist abhängig davon, daß eben die Lieferungen, die von uns nicht kommen, Ersatz finden aus befreundeten Ländern. Deshalb muß ein Zusammenhang hergestellt werden, aber nicht bis in die Nähe eines Embargos, sondern nur der Zusammenhang zwischen der Behinderung oder Schließung von Behörden der DDR im befreundeten Ausland und der Behinderung oder Erschwerung z. B. des innerdeutschen Handels. Das Mindeste, was wir lernen müssen, ist, wieder ein wirtschaftspolitisches Instrumentarium zu schaffen. Früher ging das ganz leicht. Franz Amrehn hat den Leopold[107] angerufen und gesagt: Rufen sie bei dem Behrendt[108] an und fragen sie, wie lange der Ansturm über Pfingsten auf der Autobahn andauert, wie lange es dauert, bis man die T-Träger hingestellt hat; die machen dann solange eine Teepause. (*Unruhe und Heiterkeit.*) So konnte man früher verfahren. Aber das ist heute vorbei. Es ist also ein Instrumentarium hier zu schaffen.

Ich habe neulich hier gesagt – und dem hat keiner widersprochen, Herr Amrehn –, daß es sicher nicht sehr zweckmäßig ist, wenn z. B. der Regierende Bürgermeister von Berlin nicht über die Autobahn fahren kann, daß er dann zum Flughafen geht und mit der nächsten Maschine fliegt. Das ist zweckmäßig, um die Termine einzuhalten. Politisch zweckmäßiger wäre es, wenn er im Wagen des amerikanischen Gesandten in Berlin oder im Wagen des Botschafters das nächste Mal über die Autobahn führe. (*Amrehn:* Es fahren ja auch jeden Tag alliierte Eisenbahnzüge.) Es gibt noch weitere Dinge aus dem Instrumentarium. Wenn nichts passiert, dann wird das eskalieren. In der vorigen Woche haben wir gesagt: Wenn die das Visum machen, dann werden sie es auch erweitern. – Das ist schon passiert. Wir haben schon in acht Tagen die erste Eskalation. Heute lesen wir in der Zeitung die Sache mit den Atlanten.[109] Da ist ein Lastkraftwagen nicht durchgekommen, weil er Atlanten geladen hatte, in denen die DDR nicht enthal-

107 Dr. Kurt Leopold (1900–1973), Volkswirt; 1953–1965 Leiter der Treuhandstelle für Interzonenhandel.

108 Heinz Behrendt (geb. 1913), Wirtschaftsfachmann (DDR); 1953–1958 Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer, 1958–1965 Leiter der Abteilung Innerdeutscher Handel im Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel, 1965–1978, einer der Stellvertreter des Ministers für Außenhandel.

109 Vgl. „Welt" vom 21. Juni 1968 „Lastzug mit Atlanten durfte nicht weiterfahren".

ten war. So geht das natürlich jetzt weiter. Ich weiß auch nicht, ob junge Arbeiter trotz dieser 30% nach Berlin gehen.[110] Machen wir uns doch nichts vor.

Zweitens möchte ich den Gedanken von Amrehn nach einer Abstimmung in Berlin mindestens soweit teilen, daß wir unsere Berliner Freunde ermutigen sollten, diese Initiative zu ergreifen. Das würde ich ernsthaft erwägen.

Ferner würde ich unsere Berliner Freunde bitten, die gestrigen Protokolle des Bundestags nachzulesen. Hier ist nicht nur eine Stimmung, sondern auch eine Bereitschaft zu erkennen. Diese Stimmung meine ich nicht nur als Erkenntnis der Ohnmacht, sondern auch als eine Bereitschaft zum Hinnehmen, weil hier eben verwechselt wird die Fortsetzung der Ostpolitik und die Wahrung der Lebensrechte. Es ist Gott sei Dank Herrn Wehner und uns gelungen, zwischen dem zu unterscheiden, was man in Osteuropa an aktiver Politik macht, und dem, was hier geschieht.

Ich würde den Herrn Bundeskanzler ermutigen, das politische Gespräch in dieser Frage zu suchen. Er hat ja allerhand Absichten über das hinaus, was er hier heute – wenn ich ihn richtig verstanden habe – mitgeteilt hat. (*Anhaltende Unruhe.*) Mehrere Kollegen haben von Vietnam gesprochen. Ich weiß nicht, ob ich phantasiere, (*Bewegung und Unruhe.*) aber nach meinem Gefühl phantasiere ich nicht. Ich stütze mich auf Informationen, wonach in Ostasien die Amerikaner offensichtlich dabei sind, sich zu sagen, wenn das noch sehr lange dauert, dann wird das eine Perspektive haben, daß dieser ganze Bereich dort praktisch rotchinesisch ist. Man will dann lieber demgegenüber als Alternative eine jugoslawische Lösung zwischen dem Meer und Rotchina herbeiführen. Es ist offensichtlich eine Überlegung in Washington: Nun müssen wir sehen, was eigentlich in Europa los ist. – Da sind dieselben Gehirne, die da denken, ob das nun über Ostasien, über Europa oder über sonstwas geht. Ich glaube, diese politische Frage muß man aufwerfen, und zwar unabhängig von Berlin und der Eskalation. Ich bin des festen Glaubens, daß die schlappe Reaktion – so wird sie empfunden – einen ganz klaren Auftritt für die NPD bietet. Ich finde es nicht zufällig, daß die erste massive Störung von der NPD mit 250 Leuten am 17. Juni in Berlin aus diesem Anlaß erfolgt ist.[111] Die hatten sogar ihre Transparente. Das ist eine Art von Störung, bei der man sich darauf einstellen muß, mit einem Witz oder mit einer intelligenten Bemerkung möglichst viel Aufmerksamkeit hervorzurufen. Die machen das mit Brachialgewalt. In der 11. Minute rufen sie: Deutschland erwache! –, und in der 20. Minute verbrennen sie eine rote Fahne. Da ist mit Intelligenz nichts zu machen. Auf solche Geschichten müssen wir uns natürlich einstellen. Wir spüren es alle, was jetzt passiert, wird als Schlacht empfunden. Das wird seine inneren politischen Auswirkungen haben. Die NPD braucht das, um auch gegenüber uns eine gewisse Politik zu betreiben.

---

110 Zur Stärkung der Wirtschaftskraft und der Leistungsfähigkeit Berlins sah das „Dritte Gesetz zur Änderung des Berlinhilfegesetzes" vom 19. Juli 1968 (vgl. Anm. 94) wurde die Investitionszulage für abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die ausschließlich der Forschung und Entwicklung dienen, auf 30 % der Anschaffungs- und Herstellungskosten erhöht.

111 Vgl. „Welt" vom 18. Juni 1968 „Von den Sowjets mit Bajonetten zurückgehalten".

Heck: Eine Frage, Rainer! Neulich in dem Koalitionsgespräch wurde von Helmut Schmidt ein ganzes Bündel an Möglichkeiten aufgezählt.[112] Ist das aufgegriffen worden in der Koalition? (*Barzel:* Es wird nur geredet.) Ich kann es im einzelnen nicht beurteilen. Mir war das eigentlich imponierend. Das war zwar für sich nicht durchschlagend, aber so als Bukett war es ganz beachtlich. Ich bin der Meinung, daß in der Sache die Fraktion initiativ werden soll. (*Zuruf:* Das ist eine Sache der Exekutive.) Auch bei der Exekutive, wo der federführende Minister Wehner heißt. Da aber der Außenminister nicht mitmarschiert, (*Sehr starke Unruhe.*) muß das von der Fraktion her kommen. – Herr Amrehn!

Amrehn: Die Sache kann nur gelingen, wenn man es will. An den Schaltstellen der Ämter, auf die es ankommt, sitzen aber durchweg Leute, die es nicht wollen. Das sind Schiller, Wehner und Brandt. Diese drei möchte ich einmal nennen, die es nicht wollen. Wenn man erst innerhalb der Regierung gewissermaßen abstimmen sollte, dann ist es schon nicht mehr zu machen. (*Von Hassel:* Wehner möchte ich ausnehmen. – *Starke Unruhe.*) Ich habe bisher auch bei Herrn Wehner nicht den Eindruck gewonnen, daß er am 17. Juni, wo er Gelegenheit gehabt hätte, das in Betracht zu ziehen, darauf verzichtet hat. Er hat eine ganz schwache Rede gehalten.[113]

Die Störfreimachung ist doch der Zone nicht gelungen, Herr Dr. Barzel. (*Lebhafte Unruhe.*) Im wesentlichen ist die Störfreimachung gescheitert. Darüber streitet keiner mehr. Die Frage ist nur, ob das westliche Ausland einspringen könnte – das ist eine politische Entscheidung –, wenn die Währung eine Westmark gegen eine Ostmark in Deutschland steht. Der Vorteil für die Zone besteht darin, daß man eine Ostmark bezahlt und dafür eine Westmark erhält. Das können sie aber mit dem Pfund und dem Dollar nicht machen. Insoweit ist die Störfreimachung in der Tat nicht gelungen.

Ein letzter Punkt! Ich habe das heute wieder gehört, und Herr Brandt hat es gestern wieder verwendet, wie schon im Januar nach dem Gespräch mit Zarapkin[114]: Die Russen wollen keine Krise. – Natürlich wollen die keine Krise. Wir können doch von denen nicht erwarten, daß sie uns bescheinigen: Wir wollen eine Krise. – Nein, sie wollen alles ohne Krise haben. Aber sie argumentieren dauernd mit dieser Auskunft von Abrassimow oder Zarapkin. Und das scheint mir das allerschlechteste zu sein.

Heck: Brandt hat im Kabinett etwas subtiler argumentiert. Er sagte, Abrassimow versuchte, den Eindruck zu machen, als ob sie keine Krise wollten. Daß das ein Argument war, ist klar. Seine Rede gestern hat die Tendenz dreimal unterstrichen.

Zu Berlin liegen Wortmeldungen nicht mehr vor. – Herr von Hassel!

---

112 Koalitionsgespräch am 18. Juni 1968, vgl. ACDP 01-226-010.

113 Wehner sprach auf der Kundgebung zum „Tag der deutschen Einheit" in Berlin, vgl. DzD V/2 S. 796–802.

114 Am 19. Januar 1968 in Bonn (AAPD 1968 Nr. 23). Vgl. auch das Gespräch Duckwitz–Zarapkin vom 29. Januar (AAPD 1968 Nr. 32).

VERSCHIEDENES

Von Hassel: Ich habe mich zu Wort gemeldet, um etwas zu den Studentenunruhen und der Entwicklung an den Hochschulen, die der Bundeskanzler aufgegriffen hat, zu sagen. Ich habe den Eindruck, daß die Wellen der Demonstration zurückschlagen. Aber wir müssen uns davor hüten, jetzt alles als überwunden zu betrachten und uns nicht weiter um eine vernünftige Lösung zu bemühen. (*Kohl:* Das ist die große Gefahr.) Wenn wir jetzt nicht eine vernünftige Lösung finden, dann kommt nachher die Sturmflut noch stärker zurück als vorher. Meine Bitte ist deshalb, daß der Generalsekretär und wir alle dafür sorgen, daß dieser vernünftige Entwurf für die Hochschule und was dazugehört, gefunden wird.

Das Zweite: Ich wollte eigentlich dem Herrn Bundeskanzler ein bißchen widersprechen in der Frage des RCDS. Der RCDS ist in einer ganz mißlichen Lage. Bei der Mentalität der Studenten draußen werden solche Leute nicht gewertet, die sichtbar machen, daß sie den Standpunkt der CDU vertreten. Sie werden an den Universitäten nur mit einer gewissen Aufmerksamkeit betrachtet, wenn sie sich nicht in einer modernen Form von der Partei abheben. Man muß also bei den führenden Leuten des RCDS diesen Konflikt zwischen ihrer inneren Einstellung zur CDU und der Situation an den Hochschulen, bei der sie völlig untergehen, wenn sie diese innere Einstellung zu deutlich dokumentieren, in Rechnung stellen.

Meine Meinung ist, daß wir in den Landesverbänden uns darum bemühen sollten, dem RCDS zu helfen und ihm gewisse Arbeitsvoraussetzungen zu geben. Der Bundesvorstand des RCDS, mit dem ich vor geraumer Zeit zusammen war, meinte, daß eine einmalige Hilfe von 3.500 DM ausreiche, daß man weiter mit einer monatlichen Hilfe von 250 DM rechnen sollte. Die Herren sagen: Wir haben zwar in einigen Landesverbänden Hilfestellung durch die Partei, aber die Situation sieht folgendermaßen aus: Die Aktivität von SDS, von SHB usw. ist so, daß sie 24 Stunden am Tag in ihren Büros sind, so daß sie jeden Augenblick einen neuen Aufruf erlassen oder auf Ereignisse reagieren können. – Wenn der RCDS dagegen kämpfen will, dann muß er mindestens so schnell sein wie die anderen. Wenn also irgend etwas eintritt, muß er ebenso schnell wie die anderen eine Gegenaktion einleiten können. Wenn der RCDS aber erst zur Landesgeschäftsstelle gehen muß, die nachmittags um 17.00 Uhr schließt, so daß man also nichts mehr schreiben und nichts mehr vervielfältigen kann, dann ist das Ganze fast wirkungslos. Hier ist also eine ganz andere politische Aktivität notwendig, wenn der RCDS überhaupt die Chance haben soll, sich noch durchzusetzen. Gewiß gibt es auch schräge „Fürsten" bei diesen Brüdern, für die spreche ich aber hier nicht, sondern ich spreche für diejenigen, die sich darum bemühen, in einer Reihe von Zentren unserer Hochschulen eine solche Arbeit zu leisten, von denen der Herr Bundeskanzler sagte, wir müßten hier Kampfgruppen bilden. Ich bin der Meinung, daß wir neue Kampfgruppen nicht erst erfinden sollten, wenn wir sie praktisch schon da haben. Meine Bitte ist also, daß wir hier im Bundesvorstand irgendein Rezept geben, daß dazu ein Brief geschrieben wird ...

Heck: Herr von Hassel, die Herren waren auch bei mir. Es ist interessant, wieviel Herren des RCDS die gleichen Vorschläge bringen. Das ist nicht sehr arbeitsökonomisch. Jedenfalls läuft das auf meiner Ebene vorbei.

Von Hassel: Das ist eine zweite Frage, Herr Dr. Heck. Ich habe von mir aus seit Jahren, bevor Sie Generalsekretär wurden, mich mit dem Bundesvorstand des RCDS regelmäßig getroffen, weil mich das interessierte. Sie sind also bei mir gewesen. Ich habe ihnen gesagt: Das erste und wichtigste ist, sie müssen zum Generalsekretär gehen. – Ich habe Ihnen dazu auch einen Brief geschrieben. Ich finde es in der Sache ganz gut, wenn es auch ein anderer weiß.

Heck: Das ist ein Thema, wie Sie es sich vorstellen, daß es richtig ist, daß man es organisatorisch anhängt an die Partei. (*Sehr starke Unruhe. – Von Hassel:* Wir sind doch schon sechs Landesvorsitzende.) Wir können es nur zur Kenntnis nehmen. (*Von Hassel:* Wir können eine Empfehlung geben, daß man sich darum kümmert.) Ich will generell sagen, Herr von Hassel, es ist sehr schief, (*Anhaltende Unruhe.*) daß alle drei zugleich angesprochen werden, und irgendwann kommt es dann sogar noch einmal auf meinen Tisch. Das ist nicht sehr zweckmäßig. – Herr Kohl!

Kohl: Ich unterstütze alles, was die Situation des RCDS verbessert. Ich glaube auch, daß die Bundespartei etwas tun muß, aber an sich müßten sich auch die örtlichen Leute mehr um diese Sache kümmern, als sie das in der Praxis tun. Das muß man einmal ganz offen sagen. Aber da liegt etwas anderes zugrunde. Das CDU-Establishment hat ein Universitätsbild, das absolut nicht auf der Höhe der Zeit ist. Auch das muß ich – sehr vorsichtig ausgedrückt – einmal sagen. Und jetzt machen wir das andere Extrem. (*Gradl:* Außer dem eigenen! – *Starke Unruhe.*) Das würde ich für alle Bundesländer sagen. Ich nehme keinen Landesverband hier aus; auch den eigenen nicht, Herr Gradl. Das habe ich ja gerade gesagt.

Wir haben zur Zeit eine Stimmung in der deutschen Bevölkerung – und das schlägt auch in die CDU hinein –, nach der sich der Begriff „Student" auf ein Schimpfwort hin bewegt. Es ist nicht zu leugnen, daß eine solche Torheit in der Bevölkerung vorhanden ist, weil das identifiziert wird mit den ganzen radikalen Brüdern, die keine Studenten im eigentlichen Sinne sind, sondern die ganz andere Ziele haben und den Studenten die Forderungen aufzeigen. Jetzt haben wir im Augenblick das andere Extrem. Jahrelang ist überhaupt nichts geschehen, aber jetzt haben wir im universitären Bereich ein System, das man nur mit Staunen beobachten kann. Jetzt buhlen die klassischen Repräsentanten des Ordinariats in einer Weise um die Gunst der Studenten, daß man sich teilweise schämen muß. Es wird jede Forderung, und wenn sie noch so unvernünftig ist, dreimal auseinandergenommen, um festzustellen, ob man sie erfüllen kann. Ich will ein Beispiel bringen aus der Diskussion der letzten 14 Tage. Hier macht gerade die CDU diesen Bockmist, auch in den einzelnen Ländern. Ich meine die Auseinandersetzung mit den Ingenieurschulstudenten. Kein normaler Mensch kann dafür sein, daß die deutschen Ingenieurschulabsolventen im internationalen Bereich ihr Zertifikat nicht aner-

kannt bekommen.[115] Das ist auch erreichbar. Tatbestand ist, daß bis jetzt der Herr Peyrefitte[116] nur einmal gehustet hat, und schon sind die Dozenten angetreten. Die Radikalisierung geht ja von den Dozenten der Ingenieurschulen aus, weil sie bei der Gelegenheit endlich Hochschullehrer werden wollen, obwohl sie keine Voraussetzung dafür haben. Das ist eine rein besoldungspolitische, aber keine bildungspolitische Geschichte.

Jetzt sind wir drauf und dran, in der CDU solche Geschichten zu machen. Ich habe gerade noch einmal mit Kiel telefoniert, wo wir die Sache in der Fraktionsvorsitzendenkonferenz verabschieden[117], weil 60.000 Ingenieurschulstudenten demonstrieren und erklären: Wenn man zwölf Jahre Schulzeit absolviert hat, ist das ein hinreichender Beweis der Reife. Das entspricht der Hochschulreife. – Das wird bereits von einigen Bundesländern, die auch hier vertreten sind – ich will sie gar nicht nennen – akzeptiert.

Meine Herren! Das kann man machen, aber für was wird dann noch ein Gymnasium unterhalten? Das weiß ich nicht. Für was wird dann noch eine Realschule unterhalten? Das weiß ich auch nicht. Man setzt hier zwölf Jahre, egal was am Schlusse steht, mit der Hochschulreife gleich. Als die Herren für unser Land bei mir waren, habe ich gesagt: Ich muß doch einfach unterstellen, daß eine ganze Reihe von ihnen im Gymnasium in der vierten oder fünften Klasse abgegangen ist, weil es in der Fremdsprache oder in diesem oder jenem Fach nicht geklappt hat. – Man muß den Berufsweg sehen. Das ist ja nicht eine moralisch negative Bewertung. Sie haben dann eine Ausbildung gemacht, die sie im technischen Bereich zur Ingenieurschule führte. Wenn diese nun sagen, unsere Voraussetzungen sind die gleichen, als wenn wir das Abitur gemacht hätten, dann ist doch damit das Gymnasium kaputt. Ich frage nur, ob das im Sinne der CDU-Bildungspolitik ist. Daß wir bei der Gelegenheit den Plänen der Gesamtschule – wie sie von Herrn Evers[118] und wie die linken Vögel der SPD auf dem Gebiet alle heißen – entgegenkommen sollen, das wage ich doch erheblich zu bestreiten.

Wie ich aus Kiel höre, sind es noch drei Bundesländer, die dagegen sind. Die anderen sind schon der Meinung, weil 60.000 jetzt demonstrieren, muß das gemacht werden. Schade, daß der Herr Barzel gerade weggegangen ist. Der Herr Martin hat auch schon im Sinne der Bundestagsfraktion eine entsprechende Äußerung abgegeben. Ich weiß nicht, wenn wir so weitermachen ... (*Von Hassel:* Eine Äußerung in dieser Rich-

115 Die Kultusminister-Konferenz wollte mit neuen Zulassungskriterien zu den Ingenieur-Akademien (Realschulabschluß, Abschluß des Gymnasiums nach dem zehnten Schuljahr usw.) und dem Zugang zu den Universitäten nach einem qualifizierten Abschluß der Akademien bessere Voraussetzungen für die Anerkennung der deutschen Ingenieure im EWG-Bereich schaffen, vgl. „Rhein-Neckar-Zeitung" vom 8. Juni 1968 „SPD strebt nach Zentralisierung".

116 Alain Peyrefitte (1925–1999), französischer Politiker; 1947–1959 im diplomatischen Dienst, 1962–1966 Informationsminister, 1966/67 Minister für Fragen der wissenschaftlichen Forschung und der Atomenergie, 1967/68 Erziehungsminister.

117 Protokoll der Fraktionsvorsitzendenkonferenz vom 21. Juni 1968 in Kiel nicht zu ermitteln. – Vorschläge des Kulturpolitischen Büros der CDU zum Entwurf des Aktionsprogramms vom 1. August 1968 in ACDP 05–003 AO 04.

118 In der Vorlage Eberts. – Carl-Heinz Evers (geb. 1922), Studienrat; 1945 Mitglied der SPD in der SBZ, 1947–1949 Mitglied der Ost-CDU, nach der Flucht nach West-Berlin wieder SPD, 1963–1970 Senator für Schulwesen in Berlin, 1967–1970 MdA Berlin.

tung?) Natürlich! Nach dem Stand in Kiel sind es noch Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Bayern, die auf diesem Standpunkt stehen. Die anderen marschieren hinsichtlich der Akademiereife und der qualifizierten Hochschulreife bereits ab. Ich habe meinen Leuten die Anweisung gegeben, die Konferenz in Kiel zu sprengen und sie zu verlassen. (*Sehr starke Unruhe.*)

Heck: Herr Kohl! Zur Klarheit eine Frage, weil das ein Thema ist, das vielseitig auf uns zukommt. Es ist doch so, der Obersatz lautet: Wir sind uns alle einig, daß die Absolventen unserer Ingenieurschulen europäisch anerkannt sein wollen. (*Anhaltende Unruhe.*) Nun ist die Frage, wie soll das am zweckmäßigsten geregelt werden?

Kohl: Ich muß zu dieser Frage einen Vorsatz machen. Das ist inzwischen nur von einem angezweifelt worden, nämlich von Herrn Peyrefitte. Es gibt ja auch ein französisches Bildungssystem. Hier müssen wir die Gegenfrage stellen hinsichtlich deren Ausbildung.

Der zweite Punkt ist der: Ich bin ja nicht für die akademiegebundene Reife. Darüber kann man als eine Fachschulreife, ja sogar als eine Fachhochschulreife diskutieren. Wir geben jetzt den qualifizierten Ingenieurschulstudenten auch die Chance, auf die TH zu gehen, oder Diplom-Volkswirt und Dr. rer. pol. zu werden. Darüber kann man reden. Wenn man aber generell, weil die 60.000 Leute streiken, sagt, die kriegen die Hochschulreife, dann zerschlagen wir damit unser gesamtes System. Und dagegen bin ich.

Erst haben wir jahrelang überhaupt nichts gemacht. Selbst die vernünftigsten Dinge sind nicht gemacht worden. Es ist alles liegengeblieben. Und jetzt braucht man nur zu krakeelen, und das Ergebnis ist, daß man gleich umfällt. Ich muß aber hier sagen, die Ingenieurschulstudenten sind mit die Vernünftigsten unter den Studenten. Die sind ausgesprochen radikalisiert worden von ihren Dozenten, die bei der Gelegenheit, ohne je promoviert, ohne je sich habilitiert zu haben, in Besoldungsgruppe H 4 des Ordinarius kommen wollen. Das ist der einfache und nackte, aber traurige Hintergrund.

Ich bin der Meinung – um noch einmal auf das andere Thema zurückzukommen –, daß man unsere Hochschulgruppen auch heute noch weiter stärker aktivieren kann. Dazu gehört, daß man die Leute – ich meine jetzt örtlich – draußen an den einzelnen Universitäten ein bißchen anders psychologisch behandelt. Man soll sie nicht nur gebrauchen, wenn man Gegendemonstrationen machen will, sondern man sollte sich auch sonstwie darum kümmern. Wenn Sie das Trauerspiel in München betrachtet haben, dann werden Sie wissen, daß dort die Studentenunion der Mitte im Februar die AStA-Wahl gewonnen hat.[119] Als es dann zum Schwur kam, hat sie keinerlei Unterstützung von seiten der Politik bekommen, so daß in der Woche der Notstandsgesetzgebung aus Protest über die mangelnde Unterstützung der von CSU-Leuten geführte Münchener AStA sein Mandat zur Verfügung gestellt hat. In der größten deutschen Universität, in München, haben sie eine wirklich vernünftige Basis gehabt, aber bei der Neuwahl wird

119 Bei den Wahlen am 13. Dezember 1967 kam an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität die konservative „Münchner Studenten-Union" unter Vorsitz von Bernhard Danschacher ins Amt; nach der Wahl am 19. Dezember 1968 stellte der linke „Fachschaftenrat" den AStA. Vgl. SCHUBERT S. 210f. und S. 229–235.

mit ziemlicher Sicherheit eine linke Mehrheit herauskommen. In Mainz hat der RCDS-Repräsentant, ein AStA-Vorsitzender[120], sich geweigert, in der Woche der Notstandsgesetzgebung eine Studentenvollversammlung einzuberufen. Daraufhin haben diese über 1.000 Unterschriften beigebracht. Das ist nach der Satzung ausreichend. Dann hat eine Urabstimmung der gesamten Studentenschaft stattgefunden, verbunden mit der Androhung des Rücktritts. Dort haben sie mit 70%iger Mehrheit gewonnen. Mainz hat rund 9.000 Studenten. Es ist also so, wenn man sich stellt und eine klare Kontraposition einnimmt, daß noch manches zu retten ist. Mein Eindruck bei der ganzen Sache ist der, daß in den Führungsschichten unserer Gesellschaft – nicht nur in der CDU – zur Zeit eine Stimmung ist: Die erste Welle ist jetzt verlaufen, aber jetzt können wir uns wieder zum Schlafen niederlegen. – Das halte ich für ganz verwerflich und verderblich. Das ist das eine Extrem.

Das andere Extrem ist, daß man allen unvernünftigen Forderungen entgegenkommen will, und zwar in einer Weise, über die man sich nur wundern kann. Ich bin schon dafür, daß sich die Ministerpräsidentenkonferenz noch mehr als die Kultusministerkonferenz diesem Konflikt widmen muß. Das geht in eine Reihe von Bereichen hinein, wo man seinen Einfluß direkt ausüben kann.

Ich habe hier diese Marburger Erklärung der Dozenten.[121] Es ist nun hochinteressant, einmal festzustellen, wer da nicht draufsteht. Das sind die Dozenten der ganzen Neugründungen. Schade, daß der Bundeskanzler nicht mehr da ist. Von der Konstanzer Universität hat nur ein einziger Mann diese Erklärung zu unseren Gunsten unterschrieben. Ich will auch Bochum in diesem Zusammenhang erwähnen. Da ist es genauso interessant. Wir haben doch die Führungsgruppe. Ich vermisse z. B. in Heidelberg den Herrn Conze[122], der bei jeder Arbeitstagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU auftritt und redet. Der steht auch nicht drauf. Ich kann also auf den ersten Anhieb zwei Dutzend Leute sagen, die von der CDU in Amt und Würden gebracht worden sind. (*Kraske:* Mikat!) Ja! Es gibt eine ganze Reihe von Professoren, die mit unserem Wohlwollen solche „Nebenerwerbssiedlungen" gegründet haben, die jeden Monat ein paar tausend Mark einbringen. Ich finde diese Namen nicht. Man muß doch den Leuten sagen: Wenn ihr euch uns gegenüber nicht kulant erweist, schmeißen wir euch bei näch-

120 AStA-Vorsitzender war von April 1968 bis April 1969 der RCDS-Vorsitzende Eckart Fiedler (geb. 1942), 1970 Dr. med., 1977 Hauptgeschäftsführer der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, seit 1996 Vorsitzender der BARMER Ersatzkasse. Fiedler lehnte 1969 eine Studentenvollversammlung mit der Begründung ab, die verfaßte Studentenschaft habe kein politisches Mandat. Der daraufhin initiierten Unterschriftenaktion der linken Gruppierungen begegnete der AStA mit einer Urabstimmung, die seine Haltung voll bestätigte.

121 Über 1.200 Professoren und Dozenten unterzeichneten das „Marburger Manifest" vom 17. April 1968. Abgelehnt wurde darin eine fünftel- oder drittelparitätische Beteiligung der Studenten in allen Universitätsgremien sowie ein politisches Mandat der Studentenvertretungen. Vgl. „Welt" vom 8. Juni 1968 „Gegen ein Proporzsystem an den Universitäten"; „Die Zeit" vom 28. Juni 1968 „Ein Viertel nur ...".

122 Prof. Dr. Werner Conze (1910–1986), Historiker; 1946–1951 Professor Universität Göttingen, 1951–1957 Universität Münster, 1957–1979 Universität Heidelberg.

ster Gelegenheit raus. – Ich vermisse auch aus dem Wissenschaftlichen Beratungsstab des Bundeskanzleramts[123] eine Reihe von Namen, die ich dort eigentlich finden müßte. Ich muß doch wenigstens unterstellen, daß man sich soweit zur Politik zugehörig fühlt, wenn man hier im Hause ein- und ausgeht, daß man eine solche Erklärung unterschreibt. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Diese Erklärung ist übrigens noch lahm; denn es wird ja nicht verlangt, daß man auf die Barrikaden geht. Hier wird eigentlich nur verlangt, daß man zu diesem Staat mit all seinen Gebrechen ja sagt. Und das sollte man doch wenigstens unterschreiben.

Heck: Meine Herren! Ich meine, es hat keinen großen Sinn, wenn wir in dieser schwachen Besetzung jetzt noch weiter beraten. Für die Bundespartei möchte ich nur sagen, hier ist niemand der Meinung, daß die Sache mit den Studenten vorüber ist. Ich weiß nicht, wie es in den Landesparteien aussieht. Bei uns ist mit den Korporationsstudenten und dem RCDS nicht nur intensiv beraten, sondern auch gemeinsame Aktionen sind in die Wege geleitet worden. Dr. Stoltenberg hat es übernommen, mit den Korporationen zusammen ein hochschulpolitisches Konzept auszuarbeiten. Bei diesen Gesprächen hat sich schon gezeigt, daß zwischen den Repräsentanten der Korporationsstudenten und dem RCDS ganz erhebliche Spannungen vorhanden sind.

Der RCDS sieht an jeder Universität etwas anders aus, so daß es keinen Wert hat, global für das Bundesgebiet Regelungen zu beschließen. Ich bin mit den Herren vom RCDS so verblieben, daß wir die Kreis- bzw. Ortsvorsitzenden zusammen mit den Vorsitzenden des RCDS zu einer Konferenz einladen. Dann wird besprochen, was gemacht werden soll. Mit einem Brief an die Landesverbände ist nichts getan.

Ich möchte noch ergänzend sagen, Herr Kohl, das ist nicht nur ein Problem der Studenten. Es wird sogar so sein, daß das, was bei den Studenten sichtbar geworden ist, nun mit einer Verzögerung von vielleicht einem Jahr bei der jungen Generation sehr viel breiter in Erscheinung treten wird. Wir werden es im nächsten Jahr ganz intensiv mit den Oberschülern zu tun bekommen. Im Augenblick ist der SDS dabei, gegen diese Arbeitsgemeinschaften für die politische Bildungsarbeit, die es an den Oberschulen gibt – das sind 500 –, sogenannte Schüler-Gewerkschaften zu organisieren, und zwar mit einem sehr radikalen Programm.

Wenn das gelänge, daß die in den Oberschulen von jeder Abiturientenklasse zehn oder 15 in den SDS hineinzuschleusen, dann hätten wir es allerdings mit einer ganz gefährlichen revolutionären Gruppe zu tun.

Kohl: Darf ich einmal unterbrechen! Wir haben, als wir das merkten, eine Gegenaktion gemacht. Wir organisieren einen christlich-demokratischen Schülerbund.[124] Nach unseren Erfahrungen laufen diese nun in größeren Scharen zu uns. Dieser Bund entwikkelt sich sehr stark in den einzelnen Gymnasien. Wir kommen damit allerdings in grundsätzliche Dinge hinein, weil jetzt der jammervolle Zustand der Oberstufen des

123 Stoltenberg hatte im Auftrag Kiesingers am 16. Oktober 1967 einen „Beratenden Ausschuß für Forschungspolitik" berufen, dessen konstituierende Sitzung am 20. November 1967 stattfand. Vgl. BULLETIN Nr. 118 vom 24. Oktober 1967 S. 1007.

124 Schüler-Union. Vgl. LEXIKON S. 634 f.

deutschen Gymnasiums sichtbar geworden ist bei dieser Gelegenheit; und auch unsere Pennäler sagen, so wie das in der Oberprima ist, ist das nicht in Ordnung. Das hat auch nicht nur etwas mit dem Organisieren zu tun, denn die Oberstufe des Gymnasiums ist nicht für jeden eine Zuordnung auf die Universität, sondern hier werden noch viele andere Dinge gemacht, als nur eine Zuordnung auf die Universität zu betreiben.

Heck: Herr Niermann!

Niermann: Noch ein paar Sätze, Herr Kollege Heck, zum Agrarprogramm, was der Herr Bundeskanzler vorhin angeschnitten hat! Es hat keinen Zweck, jetzt hier in die Einzelheiten einzusteigen, aber mein Vorschlag wäre, wenn Sie damit einverstanden sind, daß wir dieses Programm, das ich auch für gut befinde, im Bundesausschuß für Agrarpolitik einmal durchdiskutieren, um eine Stellungnahme für den Bundeskanzler, für Sie und für die Fraktion zu erarbeiten zur weiteren Beratung. (*Heck:* Wobei die finanzielle Seite nicht ganz außer acht gelassen werden kann!) Nein, das kann sie nicht, aber wir wollen Herrn Höcherl dazubitten, der uns sagen kann, wie er sich die Finanzierung dieses Programms denkt. (*Kohl:* In der Hoffnung, daß er die reine Wahrheit sagt! – *Unruhe und Bewegung.*)

Heck: Mit dem Vorschlag sind Sie einverstanden. Dann darf ich Ihnen danken und die Sitzung schließen.

20

Bonn, Montag 2. September 1968

Sprecher: Blank, Dufhues, Gerstenmaier, Hahn, von Hassel, Heck, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Lemmer, Niermann, Rathke, Röder, Stingl, Stoltenberg, von Weizsäcker.

Bericht zur Lage. Aussprache.

Beginn: 18.30 Uhr *Ende: 22.50 Uhr*

Bericht zur Lage

Kiesinger: Meine Herren! Herzlich willkommen! Ich habe trotz äußerst bedrängter Geschäftslage dem Wunsche einiger Mitglieder des Bundesvorstands Rechnung getragen, für den ich volles Verständnis habe, heute noch eine solche Sitzung abzuhalten, um Sie über den Stand der Lage im Zusammenhang mit den Ereignissen in der Tschechoslowakei zu unterrichten. Sie wissen, wir haben heute, morgen und übermorgen die Beratungen über den Haushalt 1969 und die Mittelfristige Finanzplanung. Sie können sich denken, daß das – wie immer – ein sehr hartes und langwieriges Geschäft ist.

Dazu kam, daß sich heute der sowjetrussische Botschafter bei mir angesagt hatte, um eine Mitteilung seiner Regierung zu überbringen, die natürlich mich und das Kabinett beschäftigt hat.[1]

Sie kennen den Gang der Ereignisse. Ich brauche jetzt unsere Zeit nicht dadurch zu belasten, daß ich noch einmal eine Zeittafel aufführe und sage, das und das ist passiert. Man kann heute rückblickend sagen, daß es der Sowjetunion darum geht, die eisernen Klammern um das, was sich das sozialistische Lager nennt, noch viel brutaler zu spannen als bisher. Sie hat das Risiko einer moralischen und politischen Isolierung auf sich genommen durch ihre Invasion oder Okkupation der Tschechoslowakei.

Was sich zwischen ihr und Rumänien zur Zeit abspielt, das kann noch nicht genau gesagt werden, aber ich wage die Prognose, daß die Rumänen reumütig in das Vaterhaus zurückkehren werden, so daß auf diese Weise ein Einmarsch, eine Invasion vermieden werden wird. Die Nachrichten darüber sind verständlicherweise vielfältig und verwirrend. Es sah über das Wochenende, wo man ständig zugeschüttet wurde mit Nachrichten, Gerüchten, Pressemeldungen, Telegrammen von Botschaften usw., so aus, daß sich eine ähnliche Lage ergeben hatte wie vor dem Einmarsch in die Tschechoslo-

1 Protokoll des Gesprächs mit Botschafter Zarapkin in AAPD 1968 Nr. 277. – Anlaß war die militärische Intervention der Sowjetunion und weiterer Staaten des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei am 21. August 1968.

wakei, so daß nur auf den Knopf gedrückt zu werden brauchte, um dieselbe Aktion zu wiederholen, die in der Tschechoslowakei stattgefunden hat.[2]

Sehr bezeichnend ist die große Aufregung, die in Belgrad zu herrschen scheint. Charakteristisch ist folgendes: Als ich mein nun wahrhaftig vorsichtig formuliertes Interview im Südwestfunk[3] gab, haben drei jugoslawische Zeitungen dieses Interview angegriffen, und zwar im Blick auf die Deutschlandfrage; die Grenzen in Europa seien gut und fest gezogen, und was ich da gesagt habe, das seien eben Kreuzzeugsmethoden, Methoden des Kalten Krieges, und ich versuche, im trüben zu fischen. Das sind drei Zeitungen gewesen. Das hat aufgehört, nachdem wir den jugoslawischen Geschäftsträger kommen ließen und ihm in sehr deutlicher Form sagten, was wir von dieser Methode hielten. Aber die Informationen, die ich auf andere Weise von Herrn Tito[4] bekomme, die sind nun genau konträr.

Ich würde nicht so weit gehen, um nun zu sagen, daß es fast so aussieht, als wäre Tito bereit, morgen Mitglied der NATO zu werden, aber zumindest wäre eine sarkastische Bemerkung dieser Art nicht fehl am Platze. Er macht offenbar den Amerikanern ziemliche Vorwürfe, daß sie zu weich reagiert hätten, sucht aber zur gleichen Zeit nach außen um gut Wetter in Moskau nach. Das ist für die Beurteilung der Lage außerordentlich kennzeichnend. Die Formel, die in Belgrad umgeht, ist die, die sowjetrussische Reaktion oder Politik sei nicht mehr kalkulierbar, alles sei möglich. Ich würde diesen Satz, daß sie nicht kalkulierbar sei, nicht unterschreiben.

Der Schritt, den die Sowjetunion uns gegenüber heute unternommen hat, läuft darauf hinaus – das ist der entscheidende Teil –, uns zu sagen, daß auch die Zone, die DDR, ein Staat sei, der zur sozialistischen Familie gehöre, und es werde niemandem gestattet werden, irgendein Mitglied der sozialistischen Familie, auch nicht die DDR, aus dieser Gemeinschaft zu lösen. Uns wird der Vorwurf gemacht, daß wir dies versuchten, d. h. es werden die DDR, die Tschechoslowakei und Rumänien in eine Reihe gestellt. Das ist in der Sache selbst nicht neu, aber es gewinnt eine neue Färbung im Zusammenhang mit den Ereignissen drüben und dem, was sich zur Zeit zwischen Rumänien und der Sowjetunion abspielt. Dort sollen in den letzten 48 Stunden ununterbrochene Verhandlungen durch Telefon gewesen sein, d. h. der Botschafter Rumäniens arbeitet ständig mit Weisungen versehen in Moskau.

---

2 Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien am 31. Januar 1967 war von den Warschauer Paktstaaten als ein Mangel der Solidarität gegenüber der DDR kritisiert worden. An der Karlsbader Konferenz der kommunistischen Parteien vom 24.–26. April 1967 hatte Rumänien nicht teilgenommen. Das Vorgehen der Sowjetunion in der Tschechoslowakei war von Rumänien heftig kritisiert worden, vgl. AAPD 1968 S. 1062 Anm. 8.

3 Am 25. August 1968, vgl. DzD V/2 S. 1136. Vgl. auch BPA-Mitschrift vom 25. August 1968.

4 Josip Broz Tito (1892–1980), jugoslawischer Politiker; 1934 Mitglied des ZK der KP Jugoslawiens, 1937 Generalsekretär der KP, 1943 Vorsitzender des Nationalen Befreiungskomitees und Marschall, 1945–1953 Ministerpräsident und Staatschef, 1953–1980 Staatspräsident.

Zur Zeit liegen Meldungen vor, daß das ZK in Moskau zusammengerufen worden sei. Die Vermutungen, die darüber angestellt werden, sind die, man sei sehr besorgt über die Aktion des Auslandes über das sowjetrussische Vorgehen. Ich kann das nur als eine Vermutung bezeichnen. Ich bin nicht geneigt zu glauben, daß diese Sorge so groß sei. Die Sowjetunion mußte sich darüber klar sein, welche Auswirkungen ihr Vorgehen in der ganzen Welt haben werde. Sie versucht nach der Methode „Haltet den Dieb!" der Bundesrepublik besondere Vorwürfe zu machen. Sie hat das zwar auch in ihren Vorstellungen gegenüber den USA getan; nur die Mitteilung an die USA-Regierung kennen wir. Die anderen an Paris, London und Rom sind uns ihrem Inhalt nach noch nicht bekannt. Dort hat man es als einen unfreundlichen Akt bezeichnet, daß die Angelegenheit von den Vereinigten Staaten vor den Sicherheitsrat gebracht worden sei.[5]

Uns wird in der Mitteilung folgender Passus vorgeworfen, den ich wörtlich vorlesen möchte; natürlich mit der Bitte um strengste Vertraulichkeit. Ich sage immer, was kann man als gesicherte Vertraulichkeit ansehen. (*Gerstenmaier:* Das steht bereits im „Spiegel"![6]) Aber nicht alles! (*Unruhe.*) Nun, ich muß sagen, ich kann ja meinem eigenen Parteivorstand schließlich eine so wichtige Intervention der Sowjetunion nicht vorenthalten. In einer Mitteilung, die noch einmal das Vorgehen in der Tschechoslowakei erklärt, wird mit der bekannten Argumentation zu rechtfertigen versucht, daß – heißt es diesmal vorsichtiger – die Intervention von tschechoslowakischer Seite bestellt worden sei; wenn ich mich recht erinnere und wenn richtig übersetzt worden ist. Das wird also alles wiederholt, und dann wird auf uns eingegangen. Da heißt es: „Die feindselige Haltung, welche die Bundesregierung gegenüber der Sowjetunion und den verbündeten sozialistischen Ländern im Zusammenhang mit den jüngsten Ereignissen um die Tschechoslowakei eingenommen hat, ist natürlich von der sowjetischen Regierung bemerkt worden. Eine derartige Haltung kann lediglich als eine neue Bestätigung dafür dienen, daß die Politik der Bundesregierung und ihre Aktionen den deutlichen Stempel aus der Vergangenheit herrührender Tendenzen tragen, die in ihrer ungeschminktesten Form in der Tätigkeit der sogenannten Nationaldemokratischen Partei und anderer ähnlicher Strömungen in der Bundesrepublik zutage treten.

Sollte die Bundesregierung immer noch nicht ihre Absicht aufgegeben haben, einen außenpolitischen Kurs zu steuern, der gegen dieses oder jenes sozialistische Land oder gegen die gesamte sozialistische Gemeinschaft gerichtet ist, so wird sie die Verantwortung für die Folgen eines derartigen Kurses zu übernehmen haben."

Das ist die eigentliche Drohung, die in dem Papier enthalten ist.

„Die sowjetische Regierung möchte hoffen, daß in der Politik der Bundesregierung die Elemente der Vernunft und der nüchternen Einschätzung der in Europa bestehenden Lage die Oberhand gewinnen werden. Die Sowjetunion sucht keine Komplikationen mit irgendeinem Staat und auch nicht mit der Bundesrepublik Deutschland. Die reale Grundlage für eine derartige [sic!] Verbesserung der Beziehungen kann jedoch nur dar-

5 Vgl. AdG 1968 S. 14148–14151.

6 Vgl. „Spiegel" vom 2. September 1968 „Parteien: Nicht opportun. CDU/FDP/NPD".

in bestehen, daß die Bundesrepublik Deutschland ihre Versuche, die in Europa bestehenden Grenzen zu ändern, die Sicherheit der sozialistischen Länder zu verletzen und sich in deren innere Angelegenheiten und in die Beziehungen der sozialistischen Länder untereinander einzumischen, in eindeutiger Form aufgibt ... Die sowjetische Regierung hat wiederholt erklärt, daß sie von dem Wunsche erfüllt ist, die zwischen ihr und anderen Ländern bestehenden Beziehungen auf der Grundlage der gegenseitigen Berücksichtigung rechtmäßiger Ansprüche und Interessen zwecks Festigung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt zu unterhalten und weiterzuentwickeln. Dies gilt natürlich auch gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Von der Bundesregierung wird es daher in erster Linie abhängen, wie sich der gegenwärtige Zustand und auch die Aussichten für die sowjetisch-westdeutschen Beziehungen entwickeln werden. Wer die gegenwärtige Lage dazu ausnützen möchte, um den Geist des Kalten Krieges wieder zu beleben, die Spannungen in Europa und in der Welt zu erhöhen, die Lösung akuter internationaler Probleme zu erschweren und um das Wettrüsten zu forcieren, sollte nicht vergessen, daß heutzutage, wo sich das Kräfteverhältnis in der Welt von Grund auf geändert hat, derartige Kalkulationen nichts Gutes verheißen."[7]

Vielleicht stelle ich Ihnen nun am besten die Situation dar, was ich dem sowjetischen Botschafter gesagt habe; denn das enthält auch die Darstellung unserer eigenen Haltung und unserer eigenen Aktionen im Zusammenhang mit der tschechoslowakischen Krise und überhaupt im Zusammenhang mit unserer Ostpolitik.

Ich habe gesagt: Unsere Haltung während der Ereignisse in der ČSSR seien in keiner Weise feindselig gegenüber der Sowjetunion gewesen. Die drei Punkte der Kritik, die in diesem Papier enthalten seien, nämlich, die realen Grundlagen für eine Verbesserung der Beziehungen könnten nur darin bestehen, daß 1. die Bundesregierung nicht versuche, die Sicherheit der sozialistischen Länder zu verletzen, 2. sich in deren innere Angelegenheiten einzumischen, 3. sich in die Beziehungen der sozialistischen Länder untereinander einzumischen, seien völlig gegenstandslos, weil die Bundesrepublik dies niemals gewollt und auch niemals durch die geringste Aktion versucht habe.

Ich habe ihm gesagt, wir hätten niemals den Versuch gemacht, uns in die inneren Verhältnisse eines sozialistischen Landes einzumischen; er solle mir sagen, wo dies geschehen sei. Ganz gewiß hätten wir das nicht in der Krise der Tschechoslowakei getan. Ich hätte mich im Gegenteil auf das behutsamste verhalten und hätte in einem Gespräch mit dem Außenminister am 17. Juli ausdrücklich gebeten[8], dasselbe zu tun, was ich in den Reihen meiner eigenen Partei zu tun gedächte, nämlich diese Besucherwelle, die dann in die Tschechoslowakei anlaufen könnte, während dieser Ereignisse in der Tschechoslowakei zu stoppen, um niemandem Anlaß zu geben, uns den Vorwurf zu

7 Vgl. Anm. 1. Vgl. zum Text der zitierten sowjetischen Mitteilung ACDP 01-226-289; die zitierten Passagen stammen aus einer für Kiesinger angefertigten Abschrift, die nicht wörtlich mit der Originalübersetzung übereinstimmt (hier korrigiert). Vgl. auch AAPD 1968 S. 1069 f. Anm. 2.

8 Vermutlich am 9. Juli 1968 – vgl. dazu Brandt an Kiesinger vom 15. Juli 1968 (AAPD 1968 Nr. 221 sowie S. 931 Anm. 8).

machen, wir hätten uns in die inneren Verhältnisse eingemischt. Das Ganze sei ein Vorgang gewesen, den wir mit äußerstem Interesse und äußerster Anteilnahme verfolgt hätten. Im übrigen hieße es, unsere Intelligenz und unseren Friedenswillen beträchtlich zu unterschätzen, wenn die Sowjetunion etwa annehme, daß wir für unsere Politik etwas Günstiges darin sehen könnten, Länder aus dem sozialistischen Lager auszubrechen.

Ich hätte bei vielen Gelegenheiten immer wieder betont, daß es uns um gar nichts anderes gehe, als unsere Beziehungen zu allen Mitgliedern des sozialistischen Lagers zu verbessern und Mißtrauen und Furcht zu überwinden. Es hätte uns auch ferngelegen, Einfluß zu nehmen auf die politische Haltung dieser Länder in den für die Sowjetunion entscheidenden Fragen. Wir hätten bei der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen oder bei der Besserung unserer Beziehungen zur Tschechoslowakei beim Abschluß eines Handelsvertrages nicht gefordert, daß diese Länder ihren mit der Sowjetunion übereinstimmenden Standpunkt zur Deutschlandfrage, also zur Existenz eines zweiten deutschen Staates, aufgäben. Die Vorwürfe, die in dieser Hinsicht erhoben würden, seien vollständig gegenstandslos.

Was den Vorwurf angehe, wir versuchten, die in Europa bestehenden Grenzen zu ändern, so dürfte ich seine Erinnerungen auffrischen und ihm alles das ins Gedächtnis rufen, was wir z. B. zur Frage unseres Verhältnisses zu Polen gesagt haben, und zwar im Laufe der letzten 20 Monate mit Zustimmung der Vertriebenenverbände; eine Lösung, die von beiden Ländern akzeptiert werden könne, also auch von Polen: Regelung im Friedensvertrag, aber man kann vorher darüber über mögliche Lösungen sprechen, Verständnis für den Wunsch des polnischen Volkes, in gesicherten Grenzen zu leben, und ganz gewiß nicht eine Wiederholung von Vertreibungen.

Ich sagte ihm, er solle sich das alles einmal zusammenrechnen und dann in der Praxis vorstellen, wieweit wir hier gegangen seien. Es gebe keine Grenzstreitigkeiten mit der Tschechoslowakei. Wir hätten zwar nicht anerkannt und könnten nicht anerkennen das sowjetische Abkommen [sic!], das von Anfang an rechtlich nichtig gewesen sei.[9] Dieser Ansicht seien ja auch andere Länder. Aber wir hätten politisch klipp und klar erklärt, daß wir uns politisch auf dieses Abkommen nicht mehr stützen würden.

Nun bleibe übrig die Deutschlandfrage. Ich müsse ihn fragen, ob hier ein neues Element der sowjetrussischen Deutschlandpolitik sichtbar werde; denn bisher hätte ich angenommen, daß auch die Sowjetunion als schließliches Ziel eine Wiedervereinigung der Deutschen in einem Lande nicht ausgeschlossen habe. Nach meiner Meinung könne man einer Politik, die diese Trennung mit friedlichen Mitteln auf dem Wege von Verhandlungen und der Verständigung zu überwinden suche, nicht den Vorwurf machen, daß sie irgendwelche Grenzen in Europa verändern wolle.

Diese Frage nach einem möglichen neuen Element der sowjetrussischen Politik brachte ihn in eine gewisse Verlegenheit. Er verwies dann prompt auf diese allgemeine Aussage, es werde niemandem gestattet, irgendein Mitglied der sozialistischen Völkerfamilie auszubrechen. Das bedeutet also klipp und klar: Es gibt keine Wiedervereini-

9 Gemeint ist das Münchner Abkommen vom 29. September 1938, vgl. AAPD 1968 S. 1072. Vgl. auch Nr. 10 Anm. 7.

gung; es sei denn, daß die Voraussetzungen dafür gegeben seien, daß damit keine Auslösung dieses angeblichen zweiten deutschen Staates aus der sozialistischen Völkerfamilie gemeint sei. Das ist nicht neu. Das muß ich betonen. Aber es wurde in diesem Zusammenhang noch einmal ganz klar herausgestellt.

Es ging dann weiter hin und her. Ich sagte ihm, wenn im übrigen unsere Versuche, das atlantische Bündnis zu stärken, von der Sowjetunion als ein feindseliger Akt bezeichnet würde, der sich gegen die Sicherheit irgendeines sozialistischen Landes oder der gesamten sozialistischen Völkerfamilie richte, dann müsse ich das auf das entschiedenste zurückweisen. Die NATO sei bekanntlich ein reines Defensivbündnis. Wir ließen schon im Interesse unserer eigenen nationalen Frage dieses Bündnis nie dazu benützen, um mit militärischen Interventionen unsere nationale Frage zu lösen, weil wir wüßten, daß sie so nicht zu lösen sei. Dieses Bündnis habe keinen anderen Zweck, als uns vor möglichen militärischen Aktionen einer anderen Seite zu schützen. Wir wären nur zu froh, wenn wir im Wege einer gleichzeitigen gegenseitigen und gleichwertigen Abrüstung auch zu einem Abkommen in diesem Bündnis kommen könnten.

Der Botschafter drückte dann sein Bedauern darüber aus, daß ich sagte, wir würden unsere bisherige Politik fortsetzen, denn sie sei gut und richtig gewesen. Er erklärte, so könne es doch nicht zu einer Besserung der Beziehungen kommen. Ich solle doch das Vergangene einmal vergangen sein lassen; so ähnlich drückte er sich aus. Das Entscheidende – und darauf lenkte er meine Aufmerksamkeit – sei die Zukunft und wie wir unsere Beziehungen verbessern könnten.

Ich sagte ihm darauf: Diese drei übrigen Punkte bildeten wahrhaftig keine Schwierigkeiten zwischen den Beziehungen unserer beiden Länder. Zu dem Punkt hinsichtlich der angeblichen Tendenz zur Veränderung der Grenzen in Europa hätte ich bereits das Nötige ausgeführt. Natürlich wünschten auch wir ordentliche Beziehungen mit der Sowjetunion, aber diese Beziehungen könnten nur solche sein, die die vitalen Interessen beider Seiten respektierten.

Damit war das Gespräch beendet. Der Botschafter bat, wir sollten diese Mitteilung gründlich studieren und dann gelegentlich darauf antworten. Das ist also die Auseinandersetzung. Wenn das Dokument gegenüber dem, was bisher gesagt worden ist in Moskau, in Bukarest, in Prag und in Karlsbad, auch nichts wesentlich Neues enthält, so erhält es seine Beleuchtung dadurch, daß es in dem Augenblick vorgetragen wird, wo die Dinge in der Tschechoslowakei und in Rumänien passieren. Es ist zweifellos nicht nur an uns allein adressiert, sondern es sieht als Adressaten auch andere Mitglieder der sozialistischen Familie, nämlich Rumänien und andere, an.

Aus welchen Gründen auch immer, aus ideologischen, aus rein machtpolitischen oder aus beiden zusammen – das letzte dürfte das Richtige sein –, sehen sie sich veranlaßt, ihr Imperium fester als je zusammenzuzwingen. Daß in dieser Lage der Westen nicht intervenieren würde, vor allen Dingen militärisch nicht, war vorauszusehen. Es ist ja eine längst feststehende Tatsache, daß die beiden Supermächte ihre Interessensphären in solchen Fällen nolens volens – die eine so, die andere auf ihre Weise, allerdings mit Ausnahmen – zu respektieren pflegen. Wer das Nötige dazu einmal nachlesen will

von einem wirklich klugen Amerikaner, der soll das entsprechende Kapitel aus dem Buch „The discipline of power" von Georg W. Ball[10] studieren, wo diese Frage frank und frei – schon seit Dulles Zeiten – besprochen wird. Er macht auch schon Dulles den Vorwurf, das sei alles ein Betrug gewesen, daß von Befreiung geredet worden sei. Man habe schon damals gewußt, daß dies nicht möglich sei. Er kritisiert das weiter nicht, sondern sagt: Das ist ein Ergebnis der militärischen Gegebenheiten, daß eine solche militärische Intervention nicht erfolgen kann, wenn der andere durch seine militärische Präsenz die absolute Überlegenheit besitzt.

Nun, die Intervention könnte natürlich politischer Art sein. Sie ist zunächst außerordentlich behutsam von seiten des Westens, von seiten Amerikas, erfolgt. Das hat sich inzwischen ein wenig verstärkt, und die Äußerungen des amerikanischen Präsidenten sind deutlicher geworden, aber man wird immer noch von einer außerordentlich behutsamen Sprache Amerikas der Sowjetunion gegenüber reden müssen.

Sie wissen, daß der Versuch – wir haben ja gerade den Vorsitz dort –, eine Sitzung der Westeuropäischen Union zustande zu bringen, am französischen Widerstand gescheitert ist. Ich habe dann in einer meiner ersten Stellungnahmen eine Konferenz der NATO-Regierungschefs vorgeschlagen. Die Reaktion war nicht ganz so, wie sie in den Meldungen zum Ausdruck kam. Die Amerikaner haben von vornherein die Idee nicht etwa abgewiesen; es kam sogar die Nachricht, daß sie sich selber schon mit einem solchen Gedanken getragen hätten. Inzwischen hat sich der Gedanke weiterentwickelt. Heute wird ernsthaft erwogen, eine solche Gipfelkonferenz anzustreben, vorbereitet durch eine Konferenz der Außen- und der Verteidigungsminister. Ich bekam heute in einem Artikel der „New York Times" eine ganz entscheidende Hilfe, in dem entschieden für eine solche Konferenz – vorbereitet durch eine Außenminister- und Verteidigungsministerkonferenz – plädiert wird.[11]

Ich habe den Vorschlag auch in der Weise gemacht, um zunächst einmal diesen „Pfahl" einzuschlagen, weil ich dachte, daß sonst die Reaktion so verlaufen werde, wie man es befürchten mußte. Es ist also durchaus möglich, daß es zu einer solchen Konferenz kommen wird. Die Bedenken, die zunächst von der einen oder anderen Seite im NATO-Rat dagegen vorgetragen wurden, die man auch in Washington hörte, waren verschieden motiviert. Der Kanadier – sehr contre cœur nebenbei –, der in Brüssel sitzt[12], muß natürlich die Politik des neuen Herrn[13] da drüben vortragen, und die ist entschieden NATO-unfreundlich. Er erklärte, man dürfe das jetzt nicht machen, sonst bekämen

10 „The discipline of power: essentials of a modern world structure". Boston 1968. Deutscher Titel: „Disziplin der Macht: Voraussetzungen für eine neue Weltordnung". Frankfurt/Main 1968.

11 NATO-Ministerratstagung am 15./16. November 1968 in Brüssel, vgl. AAPD 1968 Nr. 382. – Tagung des Rats der Ständigen Vertreter der WEU am 14. Februar 1969 in London ohne Teilnahme des französischen Botschafters, vgl. AdG 1969 S. 14507; AAPD 1969 Nr. 61, 65, 67.

12 Ross Campbell (geb. 1918), kanadischer Diplomat; 1967–1972 Botschafter bei der NATO. – Vgl. AAPD 1968 Nr. 268 S. 1046f.

13 Pierre Trudeau hatte am 20. April 1968 Lester B. Pearson im Amt des kanadischen Premierministers abgelöst. – Vgl. Nr. 26 Anm. 79.

die ganzen Vorgänge den Charakter eines Ost-West-Konflikts. Im übrigen müsse Kanada ohnehin seine ganze Verteidigungspolitik überprüfen. Andere sagten, so eine Regierungschefkonferenz hat auch ihre Risiken. Wenn sie nicht richtig vorbereitet ist, kann das, was hinterher passiert, schlimmer aussehen als das, was vorher war. Dann, wie soll es mit Frankreich werden? – Das sind ernstzunehmende Bedenken.

Deswegen ist der Gedanke einer Vorbereitung durch eine Außenminister- und Verteidigungsministerkonferenz ausgezeichnet. Ich habe auch nie an etwas anderes gedacht als an eine wohlvorbereitete Konferenz. Die Amerikaner sind in besonderen Schwierigkeiten. Grewe[14] sagte mir eben in einer Unterhaltung über dieses Problem etwas, was ich von Anfang an angenommen hatte, was mir hochinteressant war. Er sagte, ihm scheine es so, als ob Johnson sich beide Wege offenhalten will; den einer Begegnung mit Kossygin. Das würde er wahrscheinlich vorziehen mit dem Blick auf die amerikanische Wahl. Wenn dies aber nicht zustande komme, dann passe ihm unter Umständen die Einberufung einer solchen Gipfelkonferenz auf der anderen Seite ganz gut ins Konzept. Eine ähnliche Überlegung hat er mir gegenüber auch gemacht, als ich ihm diesen Vorschlag unterbreitete. Also, für die Amerikaner ist die Sache sehr schwierig. Die Wahl findet am ersten Dienstag, das ist am 5., im November statt. Die Frage ist also, wann kann man das machen? Von amerikanischer Seite hört man, das kann man eigentlich nur vor der Präsidentenwahl machen, nach der Präsidentenwahl geht es nicht mehr. Im Januar 1969 tritt der neue Präsident sein Amt an. Wer soll es dann machen? (*Lebhafte Unruhe.*) Wenn Humphrey[15] gewählt werde, dann ginge es auch nach der Präsidentenwahl. Dann könne er zwar noch nicht als gewählter Präsident, aber doch als amtierender Vizepräsident diese Verhandlungen führen. Werde dagegen Nixon[16] gewählt, dann sei bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten eine solche Konferenz nicht denkbar.

Das war einer der Vorschläge. Sie haben ja gelesen, Mansfield und andere haben erklärt, sie würden jetzt ihre Forderungen zurückstellen.[17] Also, das, was sich die Amerikaner vorgenommen hatten, haben sie praktisch getan. Was jetzt noch hier ist, ist unerheblich. Das sind keine Kampftruppen, sondern es sind 2.000 Mann zur Abwicklung.

14 Prof. Dr. Wilhelm Grewe (1911–2000), Hochschullehrer und Diplomat; 1945 Professor an der Universität Göttingen, 1947 Professor in Freiburg, 1951 Sonderbevollmächtigter bei den Verhandlungen zum Deutschlandvertrag, 1955 Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt (Ministerialdirektor), 1958–1962 Botschafter in Washington, 1962–1971 Botschafter bei der NATO, 1971–1976 Botschafter in Japan und ab 1974 zugleich in der Mongolischen Volksrepublik. Memoiren: Rückblenden 1976–1951. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt. Frankfurt/Main 1979.

15 Hubert Horatio Humphrey Jr. (1911–1978), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1949–1964 Mitglied des Senats, 1964–1968 Vizepräsident.

16 Richard Milhous Nixon (1913–1994), amerikanischer Politiker (Republikanische Partei); 1950–1953 Mitglied des Senats, 1953–1960 Vizepräsident, 1968–1974 (Rücktritt) Präsident der USA.

17 Am 14. Januar 1968 hatte Mansfield eine Reduzierung der amerikanischen Truppen in Europa gefordert (AAPD 1968 S. 9 Anm. 7), am 22. August 1968 seine Aufforderung aufgrund der Intervention von Warschauer Pakt-Truppen in der ČSSR aber revidiert (Ebd. S. 1135 Anm. 7).

Die Belgier wollten ebenfalls abbauen. Sie werden nun natürlich gebeten, das nicht zu tun. Es ist ihnen nicht sehr behaglich dabei. Sie drehen und wenden sich noch. Der Holländer hat Botschafter Grewe erklärt: Was wir tun werden auf diesem Feld, wird wesentlich davon abhängen, was ihr eurerseits tut.[18] – Das ist nun wieder eine Frage, die selbstverständlich auch mit dem Haushalt und der Mittelfristigen Finanzplanung zu tun hat.

Mein Fazit ist und bleibt, wir können diese Politik nur so machen, wie ich es in der Aussage am 17. Juni zu unserer Ostpolitik am präzisesten formuliert habe.[19] Das habe ich zwar immer gemacht, aber damals habe ich mich der Mühe unterzogen, unsere Politik als Richtlinien zu formulieren; Richtlinien, deren sich dann Wehner sehr fleißig angenommen hat, wenn auch nicht gleichmäßig in allen Teilen. Dieser Hinweis auf die absolute Notwendigkeit einer Stärkung des atlantischen Bündnisses ist von mir zu wiederholten Malen gegeben worden, und zwar: Die Bundesrepublik kann ebenso wie ihre Verbündeten eine weitschauende Entspannungspolitik nur führen auf der Grundlage der eigenen Freiheit und Sicherheit. Die atlantischen und die europäischen Mitglieder des Bündnisses sind deshalb heute wie früher aufeinander angewiesen.

In einer anderen Rede habe ich diese Frage noch sehr viel stärker formuliert und gesagt: Wir können eine Friedenspolitik überhaupt nur unter der Voraussetzung machen, daß wir von einem starken atlantischen Bündnis geschützt werden.[20] – Das hat sich wie ein Leitfaden durch alles, was ich sagte, hindurchgezogen.

Ich habe auch versucht, unseren Koalitionspartner in seinen Äußerungen auf diese notwendigen Vorraussetzungen unserer Ostpolitik festzulegen. Das ist in der Sache durchaus gelungen, wenn auch nicht immer in der politischen Aussage. Dazu gehört nicht nur das NATO-Bündnis, sondern auch ebenso die westeuropäische Einigung. Sie wissen, woran die Dinge kranken. Ich glaube nicht, daß es notwendig ist, Herr Bundestagspräsident, zu alten politischen Methoden zurückzugehen. Ich kann mich nicht erinnern, daß wir von uns aus mit dieser Politik die Vorraussetzungen der Stärkung des Bündnisses und der europäischen Vereinigung vernachlässigt hätten. Daß sich das Bündnis gelockert hat, ist eine Entwicklung, an der wir den geringsten Anteil haben von allen, die daran beteiligt sind.

Daß die europäische Einigung nicht vorangekommen ist, liegt einfach an den beiden – bedauerlicherweise – einander entgegengesetzten Konzeptionen, de Gaulles auf der einen Seite und derjenigen auf der anderen Seite. Man kann die amerikanische Politik in diesem Zusammenhang so oder so beurteilen. Ich will hier ein Wort wiedergeben, das ich in einer sehr ernsten Unterhaltung mit dem amerikanischen Außenminister bei seinem Besuch in Bonn von ihm hörte und das leicht Aufschluß über seine Grundidee bezüglich der amerikanischen Beziehungen gab. Er sagte mir im Ablauf dieser Unterhaltung, der europäische Osten, die Sowjetunion mit ihrem Satellitenreich, halte die

18 Vgl. AAPD 1968 S. 1048f. – Botschafter der Niederlande war Hendrik Boon.
19 Vgl. Nr. 19 Anm. 71.
20 Interview Kiesingers in der ARD vom 21. August 1968 in DzD V/2 S. 1104–1106, hier S. 1105.

Koexistenz nicht aus. Das heißt also, die amerikanischen Erwartungen gingen offenbar davon aus, daß im Laufe dieser Koexistenzpolitik sich von selbst eine Evolution drüben ergebe, die zu einer Auflösung des Blocks der sozialistischen Länder, ja vielleicht zu einer Evolution der Sowjetunion führen werde.[21]

Das ist eine Auffassung, die der von General de Gaulle sehr nahekommt, die er mir immer wieder vorgetragen hat, wenn ich ihm entgegengehalten habe: Warum so antiamerikanisch? Warum sagen Sie, das ist eine Supermacht, von der die Gefahr ausgeht, daß sie über uns dominiert usw.? – Aber da drüben ist eine, vor der habe ich sehr viel mehr Angst als vor der amerikanischen. – Darauf sagte er: Was ist denn die Gefahr? Die Gefahr, die von der Sowjetunion droht, ist doch nur eine militärische, aber im übrigen geht doch nicht die Entwicklung von Osten nach Westen, sondern von Westen nach Osten. – Und dann kam der Witz: Nicht Wodka, sondern Whisky erobert die Welt.

Vielleicht ist an dieser Feststellung eines richtig, daß in der Tat die ideologischen Gefahren von der Sowjetunion gegen die westliche Welt nicht sehr groß sind. Sie hat sogar daraus die Konsequenzen gezogen. Weil sie vielleicht eingesehen hat, daß sie in den kommunistischen Parteien der übrigen Länder nicht allzu starke Bundesgenossen hat, hat sie das Risiko auf sich genommen, sich durch diese Aktion gegen die Tschechoslowakei auch von diesen Parteien zu isolieren, obwohl ich nicht vorauszusagen wage, ob sie das nicht wieder einrenken wird. Das Gefährliche an dieser zweifellos nicht unrichtigen These des amerikanischen Außenministers ist aber der Punkt, daß die Sowjetunion, wenn sie merken sollte, daß sie diese Koexistenz nicht aushält, d. h. daß eine Entwicklung einsetzt, die ihrer Kontrolle entgleitet, mit Sicherheit entsprechend reagieren wird. Und viel früher – dieses Bedenken kam mir sofort, als er dies sagte –, als ich es mir damals vorzustellen wagte, ist genau das eingetreten: In dem Augenblick, in dem die Sowjetunion glaubte, diese Folgen einer Koexistenzpolitik aus der Kontrolle zu verlieren, hat sie zugeschlagen.

Das ist die Lage, mit der wir rechnen müssen. Das Fazit, meine Herren, ich sehe gar keinen Grund zu neuen politischen Formulierungen. Wir können gar keine andere Politik treiben als eine Friedenspolitik. Ich habe in meinem Interview gesagt: Ich ziehe das dem Wort oder dem Begriff der Entspannungspolitik vor, weil unter Entspannung jeder das Seine versteht. Viele im Westen sehen darin mehr oder weniger den Status quo, die Sowjetunion sieht das, was sie in ihren Bedingungen an uns formuliert, während für uns zur Entspannung die Lösung der deutschen Frage gehört. Das sagte ich in meinem Interview, freilich nicht im Sinne einer zeitlichen Reihenfolge, erst Wiedervereinigung, dann Entspannung, aber in einem Prozeß, so daß beides immer im Auge behalten werden muß. Das ist ja in der Tat unsere besondere Lage. Deswegen war es ja auch immer so schwierig, wenn das Wort Entspannung gebraucht wurde, zu verhindern, daß dabei Mißverständnisse aufkamen.

Für Frankreich bedeutet Entspannungspolitik die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch uns und der Verzicht auf atomare Waffen, wogegen es bereit ist, uns in

21 Gespräch zwischen Kiesinger und Rusk am 26. Juni 1968, vgl. AAPD 1968 Nr. 205 S. 785 f.

der Frage der Wiedervereinigung zu unterstützen, um nur die entspannungspolitischen Vorstellungen eines unserer westlichen Partner zu nennen. Im übrigen muß man bei allem den Unterschied sehen, der immer besteht zwischen der einmal festgelegten programmatischen Aussage und der tatsächlich verfolgten Politik. Wir können also nichts anderes tun – und in diesem Punkt werden wir ja auch von der öffentlichen Meinung in unserem Lande durchaus unterstützt –, als daß wir sagen: Wir müssen diese unsere Friedenspolitik weiter fortsetzen, d. h. wir versuchen, unsere Beziehungen zu jedem unserer östlichen Nachbarn zu verbessern, wo wir dies können, ohne daß wir dabei den Versuch machen, das sozialistische Lager – wie man uns vorwirft – auseinander zu sprengen, das wäre doch völlig töricht, oder uns in die inneren Verhältnisse einzumischen.

Das alles wird uns von der Sowjetunion natürlich nicht abgenommen, auch wenn sie als richtig anerkennen muß, daß diese Vorwürfe hinsichtlich aller östlichen Nachbarn unberechtigt sind, weil sie ja ihren Blick gerichtet hält auf diesen anderen von uns getrennten Teil Deutschlands. Um diese Auseinandersetzungen wird es in Zukunft gehen. Es wird auch darum gehen, inwieweit unsere Verbündeten in der Lage und bereit sind, uns weiterhin bei dieser Politik, die eine sehr harte Konfrontierung mit der Sowjetunion bedeuten wird, zu unterstützen, wobei natürlich in dem ganzen Zusammenhang die Frage Berlin steht.

Hierzu kann ich mitteilen, daß der amerikanische Außenminister Rusk den sowjetrussischen Botschafter Dobrynin[22] hinsichtlich Berlin und Rumänien angesprochen hat. Er fragte ihn, ob die Sowjetunion etwas gegen Rumänien unternehmen werde und wie das mit Berlin stehe. Dobrynin wich aus und sagte, er habe keine offiziellen Nachrichten darüber, doch bezweifle er, daß diese Sorgen und Gerüchte über Rumänien und Berlin berechtigt seien. In einem Gespräch, das am anderen Tage stattfand – er hatte in der Zwischenzeit Informationen aus Moskau eingeholt und um eine Sprachregelung gebeten –, hat er dann gesagt, daß Besorgnisse und Gerüchte, die sowjetische militärische Bewegung gegen Rumänien beträfen, vollständig ohne Grundlage seien, und daß auch keine militärische Bewegung gegen Berlin stattfände.

Das ist der Terminus technicus, um den es da geht. So ist also die Lage. Ich ziehe daraus den Schluß, wir werden zwar im Augenblick nicht sehr viel in der Frage der Aufhellung des politischen Klimas mit einzelnen unserer östlichen Nachbarn unmittelbar erreichen können, aber es ist keine andere Möglichkeit, als diese Politik fortzusetzen. Wir können ja nicht zum Kalten Krieg zurückkehren und sagen, wir wollen mit diesen Ländern keine Beziehungen unterhalten. Wieweit es uns gelingen wird, die Sowjetunion zu einem flexibleren Verhalten in der Deutschlandfrage zu bringen, vermag ich nicht zu sagen.

22 Anatoli Feodorowitsch Dobrynin (geb. 1919), sowjetischer Diplomat; 1961–1986 Botschafter in den USA. – Gespräch Rusk–Dobrynin vermutlich am 31. August 1968, vgl. FRUS Vol. XVII Eastern Europe Nr. 23 (Text im Internet: http://www.state.gov/www/about_state/history/vol_xvii/c.html) und Nr. 91 (Text im Internet: http://www.state.gov/www/about_state/history/vol_xvii/k.html).

Hinten herum kriegt man aber gesagt, und zwar aus Gesprächen, die Mitglieder der russischen Botschaft mit in Bonn ansässigen verläßlichen Deutschen geführt haben, daß man versuche, nun doch zu einem besseren Verhältnis zu uns zu kommen. Aber das sind Dinge, die wir aus der Vergangenheit kennen; man spricht über dieses und jenes und vor allen Dingen versucht man zu täuschen. Das ist ja ein altes und erprobtes Mittel der sowjetrussischen Politik.

Wenn wir an unserer Politik im Prinzip festhalten wollen, dann werden wir sie nur mit Absicherung durch unsere Verbündeten machen können, d. h. in erster Linie mit den Amerikanern, mit den übrigen NATO-Mitgliedern und mit Frankreich. Es ist durch die Presse eine Mitteilung gegangen, Debré habe gesagt, Frankreich wünsche gegenwärtig keine Stärkung der NATO.[23] So differenziert hat er es nicht gesagt, sondern, im gegenwärtigen Augenblick sei es untunlich, einen der Blöcke gegenüber dem anderen zu stärken. Nun, das ist eine sehr sibyllinische Aussage. (*Gerstenmaier:* Das ist eine blöde Aussage! – *Unruhe.*) Im Augenblick scheint ja der Block, der gestärkt wird, nicht gerade die NATO zu sein.

Das wichtigste wird Amerika sein. Ich habe vor, einen bewährten Mann, weil die Botschaft zur Zeit sehr schwach besetzt ist, zum Präsidenten zu schicken. (*Zuruf:* Wo ist Grewe?) In Brüssel. Knappstein[24] ist krank. Er hat mir das schon vor längerer Zeit gesagt. Ich habe ihn gebeten: Halten Sie noch durch bis zur Präsidentenwahl, bis wir einen neuen Mann haben. In dem Artikel der „New York Times" standen die nicht sehr geschmackvollen Ausführungen: „Zur NATO-Gipfelkonferenz wäre es mit Sicherheit gekommen, wenn Eisenhower gestorben wäre, aber wir gönnen ja dem alten Herrn, daß er jetzt doch weiterlebt."[25] Das stand wahrhaftig in diesem Artikel. (*Unruhe und Bewegung.*) Das war also schon starker Tobak!

Amerika wird also sehr entscheidend sein. Ebenso entscheidend wird sein, was wir Europäer auf militärischem Gebiet tun werden. Da gibt es ja Vorschläge. Ich nehme nicht an, daß wir in der Sache auseinander sind; denn keine Äußerung, die ich von irgendeinem Parteifreund gelesen habe, scheint mir im Gegensatz zu meiner eigenen Konzeption zu sein. Jeder sagt es eben auf seine Weise. Vorraussetzung ist also das, was wir ohnehin die ganze Zeit getan haben. Sie wissen ja, wie weit ich gegangen bin. Manches habe ich offen gesagt, manches unter vier Augen mit einem deutlichen Auf-den-Tisch-schlagen. Wenn ich von atomarer Komplizenschaft[26] gesprochen habe, war das ja

23 Vgl. FAZ vom 31. August 1968 „Bonn hofft auf stärkeres Nato-Engagement Frankreichs". Vgl. auch Anm. 56.

24 Karl Heinrich Knappstein (1906–1989), Diplomat; 1945 Mitgründer der CDU Hessen, 1950–1956 Leiter des Generalkonsulats der Bundesrepublik Deutschland in Chicago, 1956–1958 Botschafter in Spanien, 1958–1960 Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt, 1960–1962 Beobachter bei den Vereinten Nationen, 1962–1968 Botschafter in Washington.

25 Vgl. AAPD 1968 S. 1031 f. – Eisenhower starb am 29. März 1969.

26 In seiner Rede vor dem Verein Union-Presse am 27. Februar 1967 sprach Kiesinger von einer „Form atomaren Komplizentums", die zwischen den USA und der Sowjetunion entstanden sei. Vgl. OBERNDÖRFER S. 36.

wohl bis an die Grenzen dessen gegangen, was man in diesem Zusammenhang wahrheitsgemäß sagen mußte. Es hat ja ungeheure Aufregung drüben verursacht.

Aber wir müssen alle Kräfte daran setzen, unser Verhältnis zu Amerika neu zu beleben. Das hat in den Gesprächen mit Johnson immer alles sehr gut geklungen. Johnson hat gesagt: Ich verspreche Dir, die amerikanischen Truppen werden nicht abgezogen, wenn Ihr Eurerseits etwas Entsprechendes tut. Ich verspreche Dir, daß wir zu unseren Verpflichtungen stehen. – Aber das, was dann in der Praxis, etwa im Zusammenhang mit dem Atomsperrvertrag, geschehen ist, das bedeutete natürlich doch eine erhebliche Einschränkung.

Noch ein Wort zum Atomsperrvertrag! Ich hatte mir mit diesem Vertrag ohnehin vorgenommen, daß wir uns Zeit lassen sollten. Ich hatte dem Drängen des Außenministers widerstanden, ihm schon für die Konferenz in Genf eine Art Vorentscheidung im Kabinett zu geben. Das war schon vor den Ereignissen in der Tschechoslowakei. Ich sagte ihm: Gehen Sie erst einmal hin. Dort kann sich ja vielleicht das eine oder andere Interessante ergeben. Dann werden wir uns hinterher Zeit nehmen, um dieses Problem miteinander zu überdenken. – Nun haben uns diese Ereignisse in der Tschechoslowakei wahrhaftig „Luft" geschaffen. Die Italiener, die immer geschwankt hatten in dieser Frage, haben ihre Bereitschaft, den Vertrag unmittelbar zu unterschreiben, zurückgezogen. Ich bin nicht der Meinung, daß das sehr lange dauern wird, nachdem das italienische Parlament im Grundsatz die Unterschrift gebilligt hat. Dort ist es umgekehrt gegangen. Das Parlament hat beschlossen; es sollte aber in die Regierung kommen.[27]

Es hat überall hinsichtlich dieses Vertrages ein neues Nachdenken gegeben. Ich habe dann erklärt, unter den gegebenen Umständen sieht dieses Problem doch wesentlich anders aus als vorher.

Nun noch einen Punkt, dann schließe ich meinen Exkurs! Der Außenminister wird morgen in Genf sprechen.[28] Ich habe eine kurze Skizze gesehen. Er selber hat ebenfalls schon zum Atomsperrvertrag gestern eine Erklärung abgegeben in der Art, daß sich für einen solchen Vertrag zur Zeit bei uns keine Mehrheit finden werde. Damit hat er das auf seine Weise ausgesagt, was ich ihm mitgegeben hatte. Ich glaube, daß er dabei richtig liegen wird. Ich konnte im Drange der Geschäfte nicht alles sehen, hatte aber den Herrn von Guttenberg gebeten, sich die ganze Geschichte anzuschauen. Was ich bedaure, ist, daß auch der Außenminister in Genf diese Diskussion um die Art. 53 und 107 der Charta der Vereinten Nationen aufgegriffen hat. Das ist für uns ein ernstes politisches Problem, weil es jederzeit der Sowjetunion einen Vorwand geben kann, formal die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen zu unterlaufen und damit im Falle einer Aggression gegen uns unsere Situation politisch außerordentlich zu erschweren, sich den anderen gegenüber eine Tür offenzuhalten und zu sagen, das ist keine Gewaltaktion

27 Vgl. AAPD 1968 S. 1081 Anm. 11.

28 Auf der Konferenz der Nichtnuklearstaaten – vgl. „Erklärung des deutschen Ministers des Auswärtigen, Willy Brandt, in der Generaldebatte der Konferenz der Nichtkernwaffenstaaten in Genf" in: EUROPA-ARCHIV 1968 Folge 21 D 502–506.

im Sinne des Gewaltanwendungsverbotes der Charta, sondern hier ist der Fall, wo gegen einen etwas unternommen wird, der unter Ausnahmerecht steht.

Der Außenminister hat, wenn ich es richtig gehört habe, im Fernsehen gesagt: Denjenigen, die glauben, daß ein Ausnahmerecht gegen uns besteht, muß man das und das entgegenhalten.[29] Ich bin der Meinung, wir sollten das überhaupt nicht zur Debatte stellen. Wir gehören dem nordatlantischen Bündnis an, und wer gegen uns, einem Mitglied dieses Bündnisses, etwas unternimmt, hat es mit dem Bündnis und seinen Reaktionen zu tun. Ich würde also auch darum bitten, daß dieses Thema in unserem Kreise überhaupt nicht behandelt wird. Wir wecken damit nur schlafende Hunde, und ganz unnötig provozieren wir damit eine unerwünschte Diskussion.

Auf die militärische Situation will ich jetzt im einzelnen nicht eingehen. Dazu kann auch der Verteidigungsminister, der unter uns ist, einiges sagen. Es schwirren die wildesten Angaben über die Zahl der an der gesamten Westgrenze der Sowjetunion angeblich aufmarschierten Truppen. Es ist die Rede von insgesamt 1,8 Mio. Mann, davon sollen 600.000 in der Tschechoslowakei stehen, 1,2 Mio. außerhalb der Tschechoslowakei an den westlichen Grenzen der Sowjetunion. Nachforschungen unserer Dienste, auch des Verteidigungsministeriums, kommen in der Tschechoslowakei auf eine Zahl von 250.000 Mann sowjetischer Truppen. Ich weiß nicht, ob da noch andere Truppen des Warschauer Paktes mit eingeschlossen sind. Allerdings sind inzwischen sowjetische Positionen in der Zone, die dadurch geschwächt worden sind, aufgefüllt worden.

Daß sich eine erhebliche Änderung der militärischen und strategischen Lage dadurch ergeben hat, daß jetzt sowjetische Truppen in der Tschechoslowakei und an der Grenze zwischen uns und der Tschechoslowakei stehen, steht außer jeder Frage. Das hat auch der amerikanische Präsident ausdrücklich gesagt. Ich hoffe, daß sich die Anzeichen mehren, daß man in der NATO daraus die entsprechenden Konsequenzen zieht. Aber dann müssen wir auch bereit sein, unseren Beitrag dazu zu leisten.

Dies, meine Herren, ist das, was ich Ihnen zu berichten habe. – Herr Bundestagspräsident!

AUSSPRACHE

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Ich stehe unter dem Eindruck, daß das, was in einer sehr begrenzten Redezeit heute abend zu sagen notwendig ist, nur in Stichworten ausgeführt werden kann. Aber ich möchte mich doch erstens einmal bedanken für die nuancierte Darstellung, insbesondere für die mir doch recht wichtig erscheinenden Darlegungen des sowjetrussischen Botschafters. Ich glaube, daß man dabei unterscheiden muß, was sie implizieren für die Zukunft, und was in ihnen steckt als grundsätzliche Programmatik. Aus den Darlegungen Zarapkins ergeben sich jedenfalls für die Behandlung der Deutschlandfrage in einem Punkt, den wir hoffentlich nicht im Sinne haben,

29 Brandt gab dem Südwestfunk am 1. September 1968 ein Interview, vgl. BULLETIN Nr. 108 vom 3. September 1968 S. 924–927.

nämlich der sogenannten Anerkennung wie auch immer, ganz grundsätzliche Konsequenzen.

Aber davon wollte ich eigentlich nicht reden, sondern mir erlauben, einige allgemeine Bemerkungen zu machen. Sie bestehen darin, daß ich in diesen Tagen unter dem Eindruck stehe, daß unsere Politik einen schweren Rückschlag erlitten hat, und zwar keineswegs die Politik der gegenwärtigen Regierung, sondern die Politik, an der wir, meine Herren, seit mindestens zwölf Jahren an diesem Tisch teilgenommen haben.

Wir standen zu Lebzeiten des Bundeskanzlers Konrad Adenauer einige Jahre, nachdem die Pariser Verträge[30] gemacht waren, unter dem Eindruck der Containment-Politik. Das ist ja schön und gut, aber immer bloß hinter dem gesicherten Wall stehenzubleiben und den anderen auf der anderen Seite anzusehen, das ist natürlich auf die Dauer nicht sehr befriedigend. Die Frage also, wie man die Politik des Containment irgendwie im Interesse der Freiheit der westlichen Welt in Bewegung bringt und wie man etwas ins feindliche Gelände kommt, wie man aus dem Stellungskampf herauskommt, hat uns doch, nicht gerade unseren Bundeskanzler, aber innerhalb der Partei lange Zeit mehr insgeheim, aber dann schließlich auch öffentlich beschäftigt.

Ich selbst bin hier ein mehr Betroffener als der jetzige Bundeskanzler. Ich habe am 30. Juni 1961 eine Rede gehalten im Deutschen Bundestag,[31] die nur diesen einen Sinn hatte, den Bundestag und die deutsche Politik anzustoßen, nach Methoden der deutschen Außenpolitik zu suchen, die es ermöglichen, über die Containment-Linie und über den Stellungskrieg hinauszukommen und Bewegung in die Sache zu bringen.

Ich habe mich dann gefreut, daß gegen die schweren Bedenken Heinrich von Brentanos[32] sein Nachfolger sich eigentlich auf den Versuch eingelassen hat. Er hat – nicht etwa der gegenwärtige Außenminister – die ersten und, wie ich finde, gar nicht so schlecht geglückten Versuche gemacht, die Containment-Linie ein bißchen hinter sich zu lassen, um ins Feindgelände zu kommen. Wir haben dabei gewisse Konsequenzen hinnehmen müssen, die wir nicht gerne hingenommen haben. Das war z. B. die Modifikation – das ist ein kunstvolles Wort für Aufweichung – der Hallstein-Doktrin usw. Aber ich hatte den Eindruck, man konnte damit zufrieden sein. Es war gar nicht so übel. Und ein bißchen habe ich doch daran gedacht, daß gewisse Erscheinungen in Polen, in der Tschechoslowakei, nicht in Rumänien, aber in Jugoslawien, auch die Folgen sein könnten von dieser unserer mit einem Schlagwort dann bedachten aktiveren Ostpolitik.

Meine Herren! Machen wir uns nichts vor. Diese aktive Ostpolitik hat jetzt einen gewaltigen Rückschlag erlitten. Ich finde das, alles in allem, gar nicht schön; denn ich halte die einfache Rückkehr zur Containment-Politik für nicht befriedigend. Ganz egal,

30 Die Pariser Verträge wurden am 27. Februar 1955 durch den Bundestag ratifiziert und traten am 5. Mai 1955 in Kraft. Sie sahen u. a. den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO vor, der am 9. Mai 1955 erfolgte.

31 Vgl. Sten.Ber. 3. WP 166. Sitzung vom 30. Juni 1961 S. 9762–9766.

32 Dr. Heinrich von Brentano di Tremezzo (1904–1964), Rechtsanwalt; 1946–1949 MdL Hessen (CDU), 1949–1964 MdB (1949–1955 und 1961–1964 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion), 1955–1961 Bundesminister des Auswärtigen. Vgl. Lexikon S. 205 f.; Roland Koch (Hg.): Heinrich von Brentano: ein Wegbereiter der europäischen Integration. München 2004.

ob es uns gefällt und wie wir dabei jetzt abkommen, finde ich, daß wir uns mit der Situation auseinandersetzen müssen. Hier komme ich zu dem Ergebnis, daß unsere aktive Ostpolitik das war, was Sie als Friedenspolitik bezeichnen. Wir haben nie das Wort der Entspannung dafür verwandt. Entspannung haben wir immer als einen militärischen Abrüstungsbegriff verstanden, aber wir sind in dieser Weise einer Friedenspolitik gefolgt. Wir hatten nicht die Absicht, das zu tun, was uns jetzt die Russen offenbar im höchsten Maße übelnehmen, nämlich eine Interventionspolitik in ihren Bereich zu machen. Ich verstehe die russische Aktion gegen uns vor allem als die ganz gereizte Reaktion auf etwas, was sie als besonders gerissene Interventionspolitik in ihren „Lustgarten" ansehen.

Herr Bundeskanzler, die Nacht vom 20. zum 21. August mit ihrer Besetzung ist eigentlich nur ein ganz massiver und brutaler Hieb darauf. Vorausgegangen war immerhin der ganz gereizte Notenbrief, der – so würde ich beinahe sagen – einem Nichtgeheimnisträger in diesem Staate erst aufgegangen ist im Laufe der letzten Wochen. Mir ist erst im Laufe dieser Woche aufgegangen, was eigentlich spätestens seit November letzten Jahres die Russen ihrem Außenminister freibleibend und schriftlich gegeben haben, und zwar im Zusammenhang, aber auch nicht im Zusammenhang mit der Problematik des Atomsperrvertrages. (*Kiesinger:* Das ist ja nichts Neues!) Das war nichts Neues, aber ich meine die Form, in der sich die Note vom November 1967 bis zum 5. Juli 1968 konkretisiert hat[33], nämlich mit dem Vorzeichen eines Völkerrechtstitels. Hier meine ich den Art. 107.

Es ist ganz unerheblich, was Brandt jetzt dazu gemeint hat. Ob wir zusammen mit den anderen diesen Artikel für obsolet halten oder nicht, ist unerheblich in Anbetracht der Tatsache, daß die Russen vorgeben, es sei vollstreckbares Recht. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Also kurz und gut, ich finde, daß die Russen unsere aktive Ostpolitik oder Friedenspolitik als Interventionspolitik jetzt bitter übelnehmen. Ob wir dagegen aufkommen, das weiß ich nicht. Das wird die Überzeugungskraft unserer Regierungspolitik und die Diplomatie auf das äußerste beanspruchen.

Aber, Herr Bundeskanzler, was mir mindestens ebenso wichtig erscheint – hier beginnen wir bereits in innenpolitische Schwierigkeiten zu geraten –, ist doch, daß sich jetzt angesichts dieses Stoßes, auch psychologischen Stoßes, den sie versetzt haben, wir gezwungen sind, einmal über das nachzudenken, was sich in den letzten Jahren in dieser unserer aktiven Ostpolitik an Prämissen, Erwartungen und, um es kurz zu sagen, an Illusionen ergeben hat. Hier liegen zweifellos Unterschiede vor, die beachtlich sind. Ich persönlich habe seit dem 21. August – das sind jetzt zehn Tage – keine einzige Verlautbarung aus dem Bereich der CDU/CSU gesehen, die darauf schließen ließe, daß es sich bei uns um etwas anderes handeln könnte als um Akzentverschiedenheiten der Betonung, daß wir uns aber im übrigen in einer gemeinsamen Konstruktion bewegen.

---

33 Memorandum der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik über den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen vom 21. November 1967, vgl. DzD V/1 S. 2047–2053. – Aide-mémoire vom 5. Juli 1968, vgl. DzD V/2 S. 964–973.

Ich habe nicht gesehen, daß sie an irgendeinem Punkt verletzt wurde. Der eine hat den Akzent mehr auf dieses, der andere mehr auf jenes gelegt. Während wir bei uns Akzentverschiedenheiten haben, habe ich den Eindruck, daß bei unserem Koalitionspartner und bei der FDP es bis zu diesem Tag nicht ausgemacht ist, ob hier mehr als Akzentverschiedenheiten vorliegen, ob hier nicht doch profunde Verschiedenheiten in der Prognose, in der Analyse vorliegen, die von Bedeutung sind für den Charakter der Politik, die gemacht werden soll.

Ich habe den Eindruck, daß wir am Ende der Ära Adenauer dort standen, wo Konrad Adenauer nicht gerade mit dem Brustton der Überzeugung heranging, aber doch herangehen mußte zur Bejahung einer Koexistenzpolitik. Man muß das Wort Koexistenz nicht als ein Miteinander, sondern als ein Nebeneinander des labilen Gleichgewichts allenfalls verstehen. Mehr war nicht drin, jedenfalls auch am Schluß der Ära Adenauers nicht. (*Kiesinger:* Denken Sie an den Bundesparteitag und an seine Aussage über Taschkent.[34] Die große Sensation damals! – *Unruhe.*) War er denn da noch Bundeskanzler? (*Zurufe:* Nein, Parteivorsitzender! – *Kiesinger:* Ich sage es deswegen, weil ich mit ihm Gespräche hatte, die sehr interessant waren.) Ich will nur sagen, daß diese Ereignisse jetzt gezeigt haben, daß mehr als eine Koexistenz im Sinne eines labilen Gleichgewichts des Nebeneinander nicht drin ist und auch weiteren Bemühungen um eine Ostpolitik oder, wie Sie sagen, Friedenspolitik nicht zugrunde gelegt werden kann.

Was nicht zugrunde gelegt werden kann, ist nach meiner Überzeugung die Idee oder die Ideologie von der Konvergenz, von dem unvermeidlichen Aufeinanderzulaufen der beiden Systeme. Es ist ein abstrakter Satz der Logistik, wie man neuerdings die mathematische Logik nennt, daß sich Parallelen im Unendlichen schneiden. Ich habe aber nicht gesehen, daß die Geodäsie mit diesem Satz irgend etwas Praktisches anfangen könnte. Wir können mit dem metaphysischen Satz, daß der Mensch – hier stimme ich mit dem Bundeskanzler überein – nicht vernichtbar ist in diesem Sinne, daß er aber auf die Dauer bewirtschaftet werden kann, keine konkrete Politik machen.

Ich will damit sagen, daß die stillschweigend oder laut proklamierte Annahme von der Koexistenz als Grundlage unserer Ostpolitik oder Friedenspolitik einfach fallengelassen werden muß. Das ist von großer Wichtigkeit, weil das den ganzen inneren Charakter der Politik und die Orientierung Deutschlands bestimmt. (*Kiesinger:* Das war nie die Grundlage!) Das war nicht die offizielle Grundlage, es wurde nur in das Gehäuse der Politik hineinimpliziert. (*Kiesinger:* Herr Eppler![35]) Ja, genau die Leute, die Sie demnächst auch in Ihrem Kabinett finden. (*Kiesinger:* Noch nicht! – *Starke Unruhe.*)

---

34 In der Hauptstadt Usbekistans war am 10. Januar 1966 unter Vermittlung der Sowjetunion der Krieg zwischen Indien und Pakistan beigelegt worden, vgl. AdG 1966 S. 12277 f. – Adenauer sagte auf dem Parteitag 1966 in Bonn: „... das ist für mich ein Beweis dafür, daß die Sowjetunion in die Reihe der Völker eingetreten ist, die den Frieden wollen". Vgl. CDU, 14. BUNDESPARTEITAG S. 41.

35 Dr. Erhard Eppler (geb. 1926), Gymnasiallehrer; 1961–1976 MdB (SPD), 1968–1974 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1973–1981 Vorsitzender der SPD Baden-Württemberg, 1976–1982 MdL Baden-Württemberg (1976–1980 Fraktionsvorsitzender). Vgl. KEMPF/MERZ S. 227–231.

Ich könnte noch einen zweiten und einen dritten nennen. Ich will nur sagen, hier beginnen die Unterschiede, nämlich etwas profund anderes als Akzentverschiedenheit zu sein. Das muß man sich einmal vergegenwärtigen und überlegen, welche Konsequenzen man daraus zieht. Das zur Analyse und zur Prognose!

Was viel wichtiger ist, ist folgendes. Ich habe mir den Kopf zerbrochen in diesen Tagen, Herr Bundeskanzler, und ich muß gestehen, Ihre heutige Abendveranstaltung kommt mir ganz ungelegen; denn ich bin mit meinem Denken noch nicht fertig. Die Frage ist, ist an dem von Ihnen beliebten, mir aber immer kritisch und skeptisch erscheinenden Begriff der europäischen Friedensordnung etwas dran? Nun will ich einmal den Versuch machen, mit dem Kopf des Bundeskanzler in meinem Kopf zu denken und zu überlegen, wie läßt sich eigentlich der Begriff der europäischen Friedensordnung nach diesen Ereignissen und diesen Erklärungen der Sowjetunion konkretisieren. Wie sieht denn das aus, europäische Friedensordnung? Wie sieht das praktisch aus? Ich will mal einige konkrete politisch faßbare und begreifliche Punkte nennen:

Hier stock ich schon!
Wer hilft mir weiter fort?
Ich kann das Wort so hoch unmöglich schätzen,
ich muß es anders übersetzen.

Also, kurz und gut, ich befinde mich in der berühmten Situation Faustens, der den Logos übersetzen wollte. Ich bin also noch nicht bis dahin gelangt, wo dann der Faust zum Schreibtisch geht und sagt:

Mir hilft der Geist!
Auf einmal seh' ich Rat
und schreibe getrost:
„Im Anfang war die Tat!"[36]

Ich finde, daß es denkbar schwierig ist, den von der Bundesregierung und von uns mitgetragenen Begriff der europäischen Friedensordnung sowohl im Blick auf die Situation, in der wir uns befinden, wie im Blick auf die geistig-psychischen Voraussetzungen, mit denen wir es jetzt zu tun haben, zu konkretisieren.

Was mir keine Schwierigkeiten macht, Herr Bundeskanzler, ist das andere, nämlich was geschehen müßte, um unsere Friedenspolitik noch chancenreicher werden zu lassen auf der Seite des Westens. Ich habe mir erlaubt, Ihren Vorschlag, den Sie – verzeihen Sie, wenn ich das kritische Wort sage – viel zu schnell haben fallenlassen, für richtig und senkrecht zu erklären: NATO-Gipfelkonferenz, das zeigt mindestens dem Nachdenklichen, daß der Mann, der hier am Ruder ist, wenigstens begriffen hat, von welchem Kaliber die Dinge sind, um die es sich handelt, und auf welcher Ebene jetzt die großen Entscheidungen fallen.

Dieser Begriff auf Anhieb hat mir eigentlich sehr gut gefallen. Natürlich werden jetzt viele „Gescheite" kommen und sagen: Das muß aber vorbereitet werden. Man muß zunächst einmal de Gaulle sprechen usw. – Natürlich muß das vorbereitet werden,

36 Zitat aus „Faust. Der Tragödie Erster Teil" von Johann Wolfgang von Goethe.

aber ich hätte meine These nicht modifiziert, sondern nur hinzugefügt: natürlich mit angemessener Vorbereitung. – Von Wichtigkeit ist die Gipfelkonferenz. (*Kiesinger:* Ich habe den Vorschlag doch gar nicht fallengelassen! Die Sache geht weiter!) Ich bin ja einer der am schlechtesten informierten Bundesbürger, die fleißig die Zeitung lesen. (*Kiesinger:* Der Vorschlag ist praktisch aufgenommen worden! – *Unruhe.*) Ich wollte nur sagen, das hat mir gut gefallen, weil es die Größenordnung des zur Debatte stehenden Problems andeutet und zeigt.

Die Reaktion darauf aus Frankreich beunruhigt mich – so muß ich sagen – im tiefsten. Wie oft habe ich – ob gepaßt oder nicht gepaßt –, ich will nicht sagen, de Gaulle die Stange gehalten, aber doch dieser Symbiose zwischen Deutschland und Frankreich durch dick und dünn das Wort geredet. Wenn ich aber nun eine solche Erklärung höre wie die, die Herr Debré, offenbar unter Abwesenheit des letzten Restes von Geist – ich kann nur sagen, was in der Zeitung steht – abgegeben hat, so muß ich sagen, solche Fehler in der Formulierung hat es nie gegeben. (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Nehmen wir dieses dumme Wort von Debré einen Augenblick hin, dann müssen wir sagen, daß es ein bestürzendes Symptom ist, das darauf schließen läßt, wie schwer es sein wird, den französischen Staatschef und seine Regierung für das zu gewinnen, was nach meiner Überzeugung jedenfalls Kern und Stern einer Verfestigung und Stärkung der NATO sein muß. Wenn wir jetzt sagen, die Amerikaner müssen dieses und jenes in der NATO tun, dann ist das insofern falsch, weil das, was in der NATO geschehen muß, aus verschiedenen Gründen hier in Europa begonnen werden muß.

Die europäische Wehrverfassung ist sehr unbefriedigend. Ich kann auch nicht mehr dieser stillschweigenden Verharmlosung folgen, die damals eingetreten ist. Wir konnten dem de Gaulle ja nichts sagen, als er aus der militärischen Integration der NATO herausging. Aber das sind doch unmögliche Zustände! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Und wenn die NATO, vor allem die europäische Wehrverfassung, nicht besser wird, dann bin ich nicht sicher, ob in einigen Jahren eine Nacht wiederum so ausgeht, daß die Russen soviel Mores vor dem nordatlantischen Bündnis haben, daß sie sich auf das sorgfältigste vorsehen, die Grenze von West-Berlin zu verletzen, daß sie sich außerordentlich vorsehen, durch die Zonengrenze – auch nur aus Versehen – zu stoßen.

Europäische Friedensordnung ist gut, aber ich meine, wir sollten weiter darüber nachdenken, wie wir es konkretisieren können, und zwar an zwei, drei einleuchtenden Punkten. Noch wichtiger erscheint mir jetzt, was geschehen kann und muß, um die Basis jener wie auch immer gearteten Friedensordnung nach dem Osten hin wirksamer zu machen; d. h. die Basis unserer Sicherheit in der NATO zu modernisieren und zu stärken. Ich komme also genau zum gegenteiligen Ergebnis wie Herr Debré.

Bei der Wahl der Vokabeln gegenüber Sowjetrußland verstehe ich, daß der Herr Bundeskanzler natürlich unter einem anderen Gebot steht als wir. (*Kiesinger:* Ich habe von einer desperaten Politik gesprochen!) Aber es ist doch so, daß man Ihnen eine Kriegserklärung vorhält! Die Brüder scheinen doch den Verstand verloren zu haben, auf Ihren Satz so zu reagieren! (*Starke Unruhe.*)

Ein Konkretum steckt doch in der ganzen Sache, und ich bin frei genug zu sagen, daß ich das überhaupt nicht bedaure, nämlich diesen illusionistisch wohlwollenden Nebel von braver deutscher Beflissenheit um diesen Atomsperrvertrag herum und seine Behandlung. Der ist so zerfetzt, daß seine heißesten Befürworter unter Führung unseres Außenministers doch nicht mehr den richtigen Mumm haben, mit flotter Marschmusik auf die Unterzeichnung und Ratifizierung dieses Unternehmens zuzugehen.

Aus diesem Unternehmen kann und soll nach meiner Überzeugung nichts werden, solange einem der wichtigsten Partner, nämlich Sowjetrußland, in diesem Vertrage Rechte zukommen, denen von russischer Seite auch nicht der Bruchteil eines Entgegenkommens gezeigt oder auch nur eines Verständnisses für unsere Position entgegengebracht wird. Ich muß deshalb sagen, das Beste an der Sache ist, daß es uns geholfen hat, Distanz zu gewinnen von einem Vertrag, der auch unter allen möglichen anderen Gesichtspunkten mir nach wie vor höchst bedenklich erscheint.

Kiesinger: Meine Herren, bevor ich das Wort weitergebe, möchte ich selber noch ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Bundestagspräsidenten machen. Natürlich hat unsere Ostpolitik noch einen anderen Aspekt als den, wie realisieren wir sie dem Osten gegenüber. Sie hat einen Aspekt, der alle Völker der Welt mit einbezieht. Es ist gar kein Zweifel, daß diese unsere Politik uns in der übrigen Welt ganz erheblichen Goodwill eingetragen hat. Dieser Goodwill wird sich auch in der Folge auszahlen.

Das Zweite! Es wurde eben ein Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" [her]angezogen.[37] Ich will ihn aufnehmen. Meine Herren! Die Politik, die da gemacht worden ist, ist meine Politik und nicht die Politik von Herrn Willy Brandt! Ich kann das nur immer und immer wieder sagen. Sie haben ja gesehen, wie sehr ich mir Mühe gegeben habe, in allen diesen Monaten immer wieder die politische Linie klar zu ziehen. Das war im vergangenen Jahr der Fall, als ich darauf bestand, daß im Auswärtigen Ausschuß und im Bundestag eine außenpolitische Aussprache stattfand.[38] Das war eine Aussprache, mit der wir alle voll zufrieden waren, denn sie entsprach unserer eigenen Konzeption.

Daraufhin habe ich den Koalitionspartner eingeschworen in diesen ersten Gesprächen in Kressbronn[39], weil es soweit gekommen war, daß durch die Aussage der anderen das Ganze fadenscheinig zu werden drohte. Und wenn immer einer der führenden Leute des Koalitionspartners eine Formulierung wählte, die mit dieser Politik nicht im Einklang stand, habe ich sofort widersprochen und korrigiert. Das habe ich öffentlich getan. Das habe ich noch viel öfter am Verhandlungstisch unter vier, acht oder zwölf Augen getan.

Es war also eine ununterbrochene Bemühung, wobei davon auszugehen war, daß der Dritte, der noch zur Debatte stand, nämlich die FDP, in dieser Frage noch viel dubioser war. Alle diejenigen, die glauben, das sei bloß Opportunismus, die täuschen sich schwer. Es ist nicht Opportunismus, sondern das ist eine immanente Unfähigkeit deut-

37 Vgl. FAZ vom 2. September 1968 „Hartes Gespräch Kiesinger–Zarapkin".
38 Vgl. Sten.Ber. 5. WP 126. Sitzung vom 13. Oktober 1967 S. 6331–6390.
39 Vgl. Nr. 15 Anm. 13.

scher Politik, sie so zu betreiben, wie sie betrieben werden muß. Es gibt in dieser Partei einige Leute, die das können, aber die Partei als solche – das scheint mir erwiesen zu sein – kann es nicht. Ich würde vor jedem leichtfertigen Experiment warnen, das nicht die absolute Sicherheit schafft – etwa bei kommenden Koalitionsverhandlungen mit dieser Partei –, daß unsere Politik weitergeführt wird. Aber vielleicht wird das jetzt leichter möglich sein, weil es nicht sehr viel Abenteuer nach dem Osten hin zu unternehmen gibt.

Ich hatte diese Politik sehr klar, auch in ihren Risiken, gekennzeichnet. Ich weiß nicht, ob meine Parteifreunde das immer mit der notwendigen Aufmerksamkeit verzeichnet haben. Ich habe in der Rede am 17. Juni gesagt: Der Weg zu dieser europäischen Friedensordnung mag, ja wird lang und mühselig sein. Vielleicht wird er uns auch nicht ans ersehnte Ziel führen. Diese Möglichkeit des Scheiterns können wir nicht ausschließen, aber es ist der einzige Weg, der uns die Chance des Erfolges verspricht.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler, jetzt haben Sie die Argumente nahezu in einem Satz zum Ausdruck gebracht, die mir diese Vokabeln so unbehaglich machen. Wenn Sie das proklamieren, dann können Sie nur siegen oder verlieren. (*Kiesinger:* Sie können jede Politik machen!) Die Politik der Koexistenz, ins Deutsche übersetzt, heißt: befriedetes Nebeneinander oder so etwas Ähnliches.

Kiesinger: Damit können Sie keine Deutschlandpolitik mehr treiben. Die wirkliche Frage spitzt sich doch für uns darauf zu, wie lösen wir die deutsche Frage? Ein Argument gegen unsere Politik ließe ich gelten. Diese Politik hat nicht im Auge gehabt, das östliche Lager zu zerbrechen – so vermessen waren wir nicht –, aber wenigstens aus der feindseligen, absolut einer akzeptablen Lösung der deutschen Frage sich widersetzenden Front eine Reihe von östlichen Nachbarn auszubrechen. Dies war in der Tat eines der Ziele dieser Politik, aber nicht etwa im Sinne von krisenhaften Schüben. Deswegen haben wir gesagt, als wir die diplomatischen Beziehungen aufgenommen haben, bitte sehr, ihr habt euren Standpunkt, wir haben den unseren. Wir wußten, daß diese Leute in der Tat bereit gewesen wären. Das haben auch die Jugoslawen erklärt. Irgendwann muß ja das Problem einmal gelöst werden. Die Deutschen können nicht einfach immer getrennt bleiben.

Die Frage war hier, ob das gutginge, d. h. würde die Sowjetunion dem zusehen? Das konnte man so lange hoffen, solange es nicht zu krisenhaften Schüben im Osten kam. Was in Prag passiert ist, das ist einfach das, was damals im Krieg zwischen Griechenland und der Türkei[40] für die Engländer gegolten hat, d. h. es war ein Ereignis, das so nicht vorausberechnet werden konnte.

Hätten sich die Dinge ganz allmählich entwickelt, dann hätte es eine allmähliche Aufhellung des politischen Klimas gegeben ohne solche krisenhaften Schübe. Dann wäre es der Sowjetunion natürlich sehr schwer gefallen zu intervenieren. Das war das Risiko, das darin war.

40 Griechisch-türkischer Krieg von 1919–1922 (Frieden von Lausanne 1923).

Die Alternative zu dieser Politik könnte nur sein und hätte nur sein können, das direkt mit der Sowjetunion zu versuchen; eine von vornherein völlig untaugliche Politik; denn die Sowjetunion ist entschlossen, ihren Besitzstand einschließlich der Zone zu wahren. Es war eine Sache, die für mich von Anfang an klar war. Ich habe mich in dieser Beziehung nie der geringsten Illusion hingegeben. Ich habe mit dem früheren Botschafter von Moskau, mit Herrn von Walther[41], darüber eine Auseinandersetzung gehabt. Wir sind auf diesen Punkt eingegangen. Als ich ihn dann fragte, welche Chancen er sehe, konnte er nur antworten, da sehe er eben auch keine.

Nun lief Ihr Vorschlag hinsichtlich der Koexistenz, wenn ich Sie richtig verstanden habe, darauf hinaus: Koexistenz heißt, man lebt nebeneinander. (*Lebhafte Unruhe.*) Das bedeutet, daß die Lösung der deutschen Frage ad calendas graecas verschoben werden muß. Das wollen wir doch ehrlich sagen.

Hier könnten nun Vorschläge kommen. Und die sind durchaus von deutschen Patrioten – wenn ich es einmal so sagen darf –, nicht nur von Illusionspolitikern, gekommen, die sagen: Um Gottes Willen, warum belastet ihr euch denn mit diesem Problem, wenn ihr schon wißt, daß es so nicht lösbar ist, daß ihr weiter aufrechterhaltet dieses „kann nicht als souveräner Staat anerkannt werden", diese furchtbaren Anstrengungen, die das kostet, jedes kleine Ländchen in Afrika davon abzuhalten, diplomatische Beziehungen mit denen da drüben aufzunehmen; wir müssen ständig dafür bezahlen usw. Laßt es doch, schwimmt euch doch frei, anerkennt und seht zu, daß eben die Wiedervereinigung in einem anderen Prozeß zustande kommt; denn dadurch, daß man das andere als ein eigenes Völkerrechtssubjekt anerkennt, ist doch die deutsche Wiedervereinigung noch nicht ausgeschlossen.

Das ist eine wirkliche Alternative. Ich bin nicht bereit, diese Alternative zu akzeptieren, aber ich erkenne sie als eine mögliche Alternative an, allerdings mit allen Konsequenzen. Nun wird immer wieder von Leuten wie Nannen[42], Bender[43] usw. gesagt, ich hätte das lediglich in einem Gespräch mit de Gaulle mit dem Argument abgewehrt, das gäbe radikalen Kräften in der Bundesrepublik einen ungeheuren Auftrieb, und damit wäre unsere Ordnung auf das empfindlichste gestört. Das stimmt einfach nicht, sondern ich habe meine Gründe gegen eine solche Politik auch General de Gaulle ganz klar dargelegt und gesagt: Sie haben das Algerien-Problem auf diese Weise gelöst. Warum konnten Sie es so lösen? 1. Weil Algerien, wenn es auch nicht Kolonie war, doch etwas ganz anderes ist als dieses uralte deutsche Gebiet. – Er sagte mir dann: „Sie haben ge-

41 Dr. Gebhardt von Walther (1902–1982), Diplomat; 1929 Eintritt in das Auswärtige Amt (1951 Wiedereintritt), 1951–1956 Botschaftsrat in Paris, 1956–1958 Botschafter in Mexiko, 1958/59 Botschafter in Brasilien, 1959–1962 Botschafter bei der NATO, 1962–1966 Botschafter in der Türkei, 1966–1968 Botschafter in Moskau.

42 Henri Nannen (1913–1996), Journalist; 1946/47 Herausgeber der „Hannoverschen Neuesten Nachrichten", 1947–1949 der „Abendpost", 1948 Gründer des „Stern" (1948–1980 Chefredakteur, 1980–1983 Herausgeber).

43 Dr. Peter Bender (geb. 1923), Historiker und Journalist; 1954–1961 Redakteur beim SFB, 1961–1970 Redakteur beim WDR, 1970–1988 Korrespondent des WDR in Berlin, 1973/74 gleichzeitig Hörfunk-Korrespondent der ARD in Warschau.

sagt, ich allein hätte dieses Problem lösen können. Ich sage Ihnen, ich hätte es nicht gekonnt, wenn die Nation nicht bei sich selbst es so schon beschlossen hätte. Und so und nicht anders wird es auch bei Ihnen sein." Er hat also einfach zugegeben, daß eine solche Entscheidung wegen der Oder-Neiße-Grenze nur eine Entscheidung einer ganzen Nation sein kann, so daß selbst der größte und bedeutsamste Staatsmann nicht anders entscheiden könne.

Hier liegen also die Alternativen. Eine labile Koexistenz bedeutet in Wahrheit die Verschiebung der Lösung des deutschen Problems ad calendas graecas. Jetzt mögen die Hoffnungen mancher so sein, daß sie sagen – das ist die Formel, die ich oft gebrauche –, die Geschichte hat eine reichere Phantasie als wir selbst, ihr fällt mehr ein als uns. Also, weil wir es selbst nicht vermögen, lassen wir es nicht darauf ankommen, sondern warten wir ab. Deshalb wäre die Frage, können wir damit rechnen, daß Amerika mitmacht? Ich sage doch nichts dagegen, ich stelle nur eine andere Alternative heraus. (*Gerstenmaier:* Wie sieht die aus?) Die andere Alternative wäre die Anerkennung. (*Gerstenmaier:* Aber nicht für mich!)

Für mich auch nicht! Ich habe ausgeführt, daß die deutschen Patrioten sie aufgestellt haben, die sagen: Was ist denn besser, uns zu belasten mit dem Problem, obwohl es unlösbar ist in menschlich absehbarer Zeit, oder uns freizuschwimmen? (*Gerstenmaier:* Wie heißt das Kind bei der europäischen Friedensordnung?)

Das kann nur immer wieder in dieselbe Formel gekleidet werden. Wir müssen versuchen, bei den Völkern dieses Europas einen Zustand schaffen zu helfen, bei dem sie frei sind von der Furcht kriegerischer Verwicklungen und gewaltsamer Aktionen einzelner Mitglieder Europas gegen andere. Damit sprechen wir Millionen von Menschen und auch die Regierungen – die dürfen es nur nicht zugeben – im Osten an. Damit kommen wir zwar in unseren politischen Aktionen aufgrund des Widerstands der Sowjetunion im Moment nicht vorwärts, aber wir kommen vorwärts in den Gehirnen und Herzen der Menschen drüben. Und das ist eine ungeheure Waffe.

Diese Macht ist es gewesen, die jetzt diese Aktion der Sowjetunion ausgelöst hat. Das zeigt auch das Risiko, das wir mit einer solchen Politik eingegangen sind. – Herr Lemmer!

Lemmer: Herr Bundeskanzler! Unsere Politik ist leider nur sehr relativ, und unsere Auseinandersetzungen innerhalb oder außerhalb der Parlamente und in der Koalition sind sekundär, wenn es nicht gelingt, die mit uns verbündete Welt zu einer Haltung zu bringen, die sie bisher einzeln und solidarisch in keiner Weise gezeigt hat. Wir müssen uns damit vertraut machen, daß die Depression in der gesamten westlichen Welt im Augenblick so groß ist wie niemals in der Entwicklung nach 1945, so daß infolgedessen unsere Überlegungen davon ausgehen müssen, was zu aktivieren möglich ist, um den Sowjets rechtzeitig ein Risiko klarzumachen, das sie zur Zeit zu ignorieren glauben oder glauben zu können.

Ich habe keinen Zweifel, daß die Koexistenz, von der der Herr Bundeskanzler als einem Nebeneinander gesprochen hat ... (*Kiesinger:* Das war der Bundestagspräsident!) Ich bin der Auffassung, es ist mit dem derzeitigen sowjetischen Machtrausch, in dem

sich der Kreml befindet, völlig ausgeschlossen, daß eine Koexistenz, wie wir sie uns vorstellen, überhaupt realisierbar ist, so daß im äußersten Fall ein blasiertes Nebeneinander bleibt.

Ich glaube, wir übersehen, daß alle unsere braven Versuche, die wir Friedensordnung und Ostpolitik nennen, im Grunde scheitern mußten, weil die Sowjetunion durch diese Ostpolitik nicht beruhigt, wie wir erwartet haben, sondern noch mißtrauischer wurde. Sie ist noch negativer geworden in ihrer Haltung auf dem Gebiete der Ostpolitik. Ich befürchte, daß viele Illusionen unseres Koalitionspartners uns die politische Situation noch schwieriger gemacht haben, als das vorher der Fall gewesen ist.

Von Berlin kann ich sagen, daß die Depressionen von Woche zu Woche zunehmen, so daß ich Angst habe vor der Statistik, die im Frühjahr 1968 über die Wanderungsbewegung stattgefunden hat.[44] Diese Bewegung steigert sich von Monat zu Monat. Ich darf Ihnen das mit einigen Zahlen versichern. Freund Gerstenmaier, es geht nicht um die Gefahr einer militärischen Intervention der Sowjetunion auf West-Berlin. Damit rechnen wir – jedenfalls in absehbarer Zeit – nicht.

Es hat mit Prag nach meiner Meinung ein neues Stück Geschichte begonnen von einer Tiefe und Auswirkung, von der wir vielleicht mehr ahnen als kennen. Sie werden Berlin lebensunfähig machen, ohne daß ein Schuß fällt. Da habe ich fast mit allen Berlinern die Sorge, daß die westliche Welt, wenn es nicht um eine provokatorische militärische Aktion geht, nicht durchstehen wird bei dieser Ausblutung der Existenz von West-Berlin. Darum bitte ich um Verständnis dafür, daß wir uns tief beunruhigt fühlen.

Um eine Legende zu zerstören, möchte ich nebenbei bemerken, daß die Darstellungen über unsere Aussprache der führenden Freunde Berlins mit unserem Freunde Bruno Heck unrichtig sind.[45] Dieser Besuch von Heck hat dazu beigetragen, unsere Stimmung zu stützen und unsere Sorgen zu verringern. Das Schlimme ist, daß unsere ganze Bevölkerung, auch hier in Westdeutschland, nicht von der Politik der Regierung und von ihren Erklärungen, sondern von einer unverantwortlichen Publizistik bestimmt wird, wobei ich mir überlegen muß, welche wenigen Organe überhaupt noch die Politik der Regierung im Ernst unterstützen und wieweit der Rahmen der Teile der Publizistik gezogen ist, die zur Panik beitragen, die die Vertrauenskrise auslösen und die eine ganz betont antiamerikanische Propaganda zum Inhalt haben. Ich erinnere nur an die gestrige Fernsehsendung über „Die Angst und der Gehorsam".[46] (*Kiesinger:* Die war ja wieder „richtig" angebracht!) Die war psychologisch so dämonisch angelegt, daß sie in einer zweistündigen Sendung bestens geeignet war, die Moral unserer Bevölkerung, die Mo-

44 Von 1964 bis 1968 war die Einwohnerzahl Berlins um 57.000 zurückgegangen, die Einwohnerzahl betrug im August 1968 2.144.000, die Bevölkerungszahl ging im Vergleich zum Vorjahr um 1,1% zurück. Vgl. „Tagesspiegel" vom 17. August 1968 „Jetzt tut Handeln not".

45 Heck sprach am 17. August 1968 mit dem CDU-Landesverband in Berlin, vgl. „Tagesspiegel" vom 18. August 1968.

46 Die Sendung lief um 20.15 Uhr in der ARD und trug den Titel „Deutschland, wo die Unterwerfung des eigenen Willens unter einen fremden als Tugend gilt".

ral unserer Bundeswehr und die Moral der Bevölkerung in den bedrohten Gebieten noch mehr zu zerstören, als sie bereits zerstört ist. (*Zuruf:* Herr Monk[47] war das!)

Infolgedessen liegt das, was mich mehr beruhigen könnte, nicht auf den verzweifelten Bemühungen unserer Außenpolitik, sondern in einer grundlegenden Neuordnung unserer Innenpolitik bis zu Änderungen bestimmter Bestandteile des Grundgesetzes, wenn wir mit unserem Staat den Einfluß gewinnen wollen, den wir nach beiden Seiten haben müssen.

Die Politik, die bisher geführt worden ist, die ich nicht verneine – ich habe mich dazu bekannt –, hat aber ganz gewiß die Moral unserer Bevölkerung geschwächt, weil sie Hoffungen und Erwartungen auslöste, die jetzt durch die Handlungen in der Tschechoslowakei natürlich erheblich erschüttert worden sind.

Meine Herren! Ich habe diese Bemerkungen mit ähnlichen Worten schon mehrmals gemacht. Ich darf sie heute wiederholen. Moskau geht es im Grunde nicht um die Koexistenz, die wir als ein vermutetes Ziel der sowjetischen Weltpolitik ansehen. Die sowjetische Machtpolitik ist expansiver geworden, als sie seit 1945 zu irgendeinem Zeitpunkt war. Die Handlungen in der Tschechoslowakei sind nur ein zufälliger Ausdruck des härter gewordenen Willens Moskaus, den Sieg von 1945 zu erweitern. Ich bitte Sie, die Konzentration der Diffamierung auf die Bundesrepublik und aller ihrer Repräsentanten nicht als eine Nebenerscheinung oder gar als ein Ablenkungsmanöver anzusehen, sondern die reale Gefahr zu erkennen, die der Existenz Westdeutschlands – West-Berlin wird ein Jahr oder zwei Jahre vorausgehen – droht.

Im Kreml gilt das Wort, und zwar in Anlehnung an das alte Wort in Rom über Karthago[48]: Germaniam esse delendam. – Es ist meine feste Überzeugung, daß alles, was gesprochen und geschrieben wird, doppelzüngig ist, dialektisch gemeint und unaufrichtig ist. Unsere Verbündeten müßten mehr begreifen, als sie das tun, daß über die Zerstörung des Restes von Deutschland die Expansion weitergeht, wie sie im Sandkastenspiel des Kreml – wie mir zuverlässig versichert worden ist – schon seit über zehn Jahren betrieben wird. Die tschechische Erosion ist um ein Jahr zu früh gekommen. Der Auftakt sollte im nächsten Jahr sein mit der Spekulation auf ein neu in den Bürgerkrieg verwikkeltes Frankreich, auf ein weiter geschwächtes England, auf eine fortschreitende Demoralisierung in dem Rest des freien Deutschlands und mit der Spekulation auf die Ohnmacht Amerikas. Man glaubt nicht, daß Amerika einen Nuklearkrieg ansetzen würde. Ohne nukleare Auslösung fühlt sich heute Moskau so stark wie nie zuvor.

Ich habe also Sorge, und zwar zunächst über Berlin. Ich darf dazu die Bemerkung machen: Ich verlasse diese Stadt nicht, auch wenn sie aufgegeben werden muß! Ich

47 Egon Monk (geb. 1927), Regisseur; 1949 Regieassistent am Berliner Ensemble, 1953 Wechsel in den Westen, 1955–1957 Hörspielregisseur beim RIAS Berlin, 1957–1959 Regisseur und Hörspieldramaturg beim NDR, 1960–1968 Leiter der NDR-Hauptabteilung Fernsehspiel, 1968 Intendant des Deutschen Schauspielhauses, 1970–1997 Tätigkeit als Fernsehregisseur und freier Autor.

48 Nach Plutarch (Leben des älteren Cato 27) soll Marcus Porcius Cato (234–149 v. Chr.) vor dem 3. Punischen Krieg bei jeder Gelegenheit vor dem römischen Senat gefordert haben: Ceterum censeo Carthaginem esse delendam.

bleibe in Berlin! Ich weiß, daß das ein großes Wort ist. Es wird keine Situation kommen, daß Sie mich daran erinnern werden, welches große Wort ich in tiefster Sorge um das westliche Berlin gegeben habe.

Ich möchte nochmals sagen, die Bemühungen um die Innenpolitik in der Bundesrepublik sind vordringlicher als die Außenpolitik, um unsere Position zu sichern. Ich habe große Sorge um eine kampfunfähige Sozialdemokratie, der zweitstärksten Partei der Bundesrepublik. Ich halte sie zur Zeit sowohl in Berlin wie auch in Westdeutschland für absolut aktionsunfähig. Hinzu kommt das Aufsteigen der NPD. Ich habe vor Jahren zu denen gehört, die ihr 100 Mandate im nächsten Jahre zutrauten. Das habe ich vor den Wahlen gesagt. Wir haben auch bei dem Heimattreffen in Berlin[49] spüren können, daß diese Leute sehr diszipliniert sind. Sie haben keine Störungen hervorgerufen. Ihre Ignorierung als nicht vorhandene Realität von uns aus halte ich für einen schwerwiegenden Fehler, so groß unsere Abneigung gegen diese Partei sein muß, und wir auch die Gefahr nicht unterschätzen sollten, aber nach der Art des Vogel Strauß, sie existiert nicht, Innenpolitik zu machen, halte ich für absolut falsch.

Mit diesem sehr pessimistischen Ausblick kann ich in dieser Kürze nur Stellung nehmen.

Kiesinger: Herr von Weizsäcker!

Von Weizsäcker: Ich wollte noch einmal auf die Konvergenz-Theorie zurückkommen. Wir haben alle Anlaß, uns dafür einzusetzen, daß zwei Illusionen nicht mehr eintreten in unserer politischen Debatte; die eine bezieht sich darauf, ob die Konvergenz-Theorie eine geeignete Grundlage unserer Politik sein könnte. Das kann sie in der Tat nie sein, freilich nicht deshalb, weil es keine Anfälligkeit in der Richtung gäbe, sondern deshalb, weil es unveränderte Gewaltpolitik gibt, die diese Anfälligkeit in Schranken hält. Unverändert ist die Gewalt, verändert ist einmal wieder die Notwendigkeit, diese Gewalt einzusetzen im Osten, trotz der Schäden, die sich der Osten zufügt. Das ist die eine Illusion. (*Kiesinger:* Die Sowjetunion!) Jawohl! Die andere Illusion ist die, daß die Sicherheitspolitik ihrerseits Bestandteil von Friedenspolitik sein könnte. Ich meine damit folgendes: Die Sicherheitspolitik muß die Grundlage unserer Ostpolitik sein. Indem sie die Grundlage ist, können die Elemente der Sicherheit nicht ihrerseits Handelsware für Entspannung werden. Wenn man aber Sicherheitspolitik in dieser unantastbaren und, wenn Sie wollen, auch orthodoxen Weise als die Grundlage der eigenen Ostpolitik anerkennt, dann führt für mein Gefühl doch kein Weg daran vorbei, daß auf dieser Grundlage wir über kurz oder lang zu unseren sozial-ökonomischen Brückenschlägen wieder zurückkommen werden, gerade weil das Ziel in den Augen von Moskau drüben erkannt wird.

---

49 Der BdV hatte anläßlich des „Tags der Deutschen" in Berlin Parlamentarier aus allen Länderparlamenten am 31. August 1968 zu einem „gesamtdeutschen Parlament" eingeladen, darunter auch 10 NPD-Abgeordnete. Vgl. dpa vom 28. August 1968 „SPD: NPD-Ausschluß wäre undemokratisch"; „Stuttgarter Zeitung" vom 2. September 1968 „NPD-Mitglieder im ‚gesamtdeutschen Vorparlament'".

Unsere Ostpolitik muß ihren Anfang im Westen nehmen. Die eigentlich deprimierenden Rückschläge liegen in der Schwäche des Westens. Was in dieser Richtung getan werden kann, um Europa zusammenzubringen ohne antiamerikanische Haltung, das ist der eigentlich springende Punkt oder der Kern unserer Aufgabe.

Kiesinger: Herr Röder!

Röder: Als Landesvorsitzender sage ich, in einer Situation, in der das Volk seit vielen Jahren nicht mehr durch Ereignisse aufgewühlt ist, müssen wir ein Interesse daran haben, hier im Bundesvorstand darüber zu sprechen, um zu hören, wie wir in dieser aufgewühlten Situation unseres Volkes uns als Partei verhalten sollen, und zwar in dem, was wir dem Volke sagen.

Wir haben zumindest die Chance zu einer besseren Erkenntnis unserer Lage. Ich bin nur nicht sicher, ob wir diese Chance, obwohl sie uns im Laufe der letzten Jahre zum wiederholten Male angeboten war, dieses Mal nutzen werden oder ob wir sie vertun. Selbst wenn wir sie hier an diesem Tisch erkennten, meine Herren, so ist damit noch in keiner Weise sichergestellt, daß auch das Volk, für das wir die Verantwortung tragen, diese Erkenntnis gewinnt.

Besonders das publizistische Verhalten im Deutschen Fernsehen, im Rundfunk und im Blätterwald während und nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei ist nicht dazu geeignet, diese Erkenntnis im echten Sinne zu fördern, daß wir nämlich unsere Ausgangsposition all unserer Politik vergessen haben, daß wir einen schrecklichen Krieg angefangen und ihn verloren haben, daß wir so tun in den letzten 20 Jahren, als hätten wir diesen Krieg nie geführt, sondern als hätten wir diesen Krieg sogar gewonnen. Das ist eine Verhaltensweise von vielen Menschen in unserem Volke. Von daher beurteilen sie unsere Politik und alles das, was um sie herum politisch geschieht. Das muß natürlich zu falschen Ergebnissen führen.

Wenn wir also nicht den Mut haben, diese Ausgangsposition, in der wir uns befinden, die nach wir vor ganz wenig geändert ist, auch in der Beurteilung durch die Franzosen, ganz sicher nicht vom Osten her, zu ändern, dann werden wir in der Zukunft als CDU immer unglaubwürdiger werden in unserer Politik. Wir werden Niederlagen erleiden müssen.

Ich habe volles Verständnis dafür, Herr Bundeskanzler, wenn eine neue Politik begonnen wird. Aber ich stimme Ihnen nicht zu, wenn Sie sagen, wir haben keine Alternativen, wir werden unsere Politik fortsetzen, wir können nicht zum Kalten Krieg zurückkehren. Das scheint mir etwas gefährlich formuliert. Ich persönlich habe den Kalten Krieg nie vertreten. (*Kiesinger:* Der Kalte Krieg ist von einer anderen Seite getrieben worden. – *Starke Unruhe.*) Wir können noch zu einer nüchternen Beurteilung unserer Situation kommen. Ich habe Verständnis für den Herrn Bundeskanzler bei seinem Versuch, Bewegung in die Ostpolitik zu bringen, und daß er dabei einen Optimismus an den Tag legen muß. Er kann ja keine Politik in der Öffentlichkeit vertreten, die er selbst als aussichtslos beurteilt. Er muß also mit einem gewissen Optimismus sprechen. Daß er dann im Sog des Optimismus von Menschen begleitet ist, die dann aus diesem Optimismus eine Illusionspolitik machen, indem sie das, was sie sagen, für möglich halten,

das ist schrecklich in dieser Koalition; noch schrecklicher ist es von seiten der FDP, was da in der Öffentlichkeit geschieht, und es verdirbt alles das, was im Ansatz gut ist und mit begründetem Optimismus gesagt werden muß.

Man erleidet aber auch Niederlagen, wenn man die Ausgangsbasis zu optimistisch beurteilt. Insofern ist politisch immer etwas daran gewesen, wenn Konrad Adenauer gesagt hat: Die Lage war noch nie so ernst; weil er auf diesem Hintergrund, den er überzeugend darstellen konnte, auch einen kleinen Erfolg als wirklichen Erfolg und nicht als Niederlage auslegen konnte.

Ich halte es im gegenwärtigen Augenblick für an der Zeit und für möglich, in der deutschen Öffentlichkeit über unsere Partei deutlich zu machen, daß wir uns darauf besinnen müssen, wie schwer wir es in der Welt haben, weil wir in der Tat keine Freunde haben. Niemand hat uns das vergessen, was in der Vergangenheit geschehen ist. Völlig vergessen hat es niemand! Wir tun nur so und meinen, es sei vergessen. Aber wenn es ernst wird und es soll jemand für uns eine Hand rühren, dann besinnt er sich darauf: Ihr habt ja die ganze Geschichte verschuldet, warum sollen wir für euch etwas riskieren? – Das wird in der Bevölkerung einfach nicht mehr gesehen.

Wir sind jetzt in der miserablen Lage, daß wir das in einem Zeitpunkt deutlich machen müssen, wo der Radikalismus von rechts diese Gelegenheit benutzen wird, um seinen Weizen zur Blüte zu bringen. Vor einigen Jahren wäre es leichter gewesen. Jetzt ist es schwer, auf der einen Seite dem Volke klaren Wein einzuschenken und auf der anderen Seite zu verhindern, daß die NPD noch stärker wird. Das ist also eine sehr schwierige Aufgabe.

Ich meine aber, daß das deutsche Volk nach wie vor nüchtern und vernünftig genug ist, hier zu unterscheiden, wenn es ihm von Männern gesagt wird, denen es Vertrauen schenkt. Ich glaube, daß die CDU als Partei in ihrer Führungsspitze und in der Breite nach wie vor – im Augenblick sogar mehr als früher – das Vertrauen dieses Volkes besitzt. Wir sollten davon den nicht mehr aufschiebbaren notwendigen Gebrauch machen, weil das für die Zukunft all unserer politischen Arbeit unerläßlich sein wird. Wenn wir diese Chance nicht nützen und auslassen, worauf sollen wir dann noch warten, um dem Volke die Wahrheit zu sagen. Soll es noch ernster werden? Ich glaube, die Situation ist ernst genug.

Kiesinger: Herr Klepsch!

Klepsch: Ich habe in den letzten Monaten Auseinandersetzungen mit der Jungen Union über die Konvergenz-Theorie geführt. (*Gerstenmaier:* Glauben die daran? – *Starke Unruhe.*)

Herr Bundeskanzler! Ich hätte es manchmal begrüßt, wenn einige Landesvorsitzende in ihren Landesverbänden sich mit den Leuten auseinandergesetzt hätten. Ich glaube, daß die Situation, in der wir uns heute befinden, eine günstige Ausgangslage als Partei für das Wahljahr eröffnen könnte.

Zur Koexistenz! Ich wundere mich überhaupt nicht darüber, was die Sowjetunion unter Koexistenz versteht. In all ihren Papieren haben die Kommunisten völlig zweifelsfrei definiert, was sie unter Koexistenz verstehen. Es ist auch die Anwendung be-

stimmt worden, unter der die Koexistenz-Theorie zu laufen hat. Für mich ist eigentlich das Frappierende, daß wir immer wieder überrascht sind, wenn bestimmte Aspekte ... (*Kiesinger:* Wer ist denn das „wir"?) Ich würde sagen, Herr Bundeskanzler, unsere Publizistik. In der „Rhein-Zeitung" kann ich jeden Tag etwas lesen über die Anwendung. Als Beispiel möchte ich herausstellen, daß die Sowjets von Anfang an gesagt haben, daß der Export der Konterrevolution etwas ist, was ausgeschlossen ist in der Zeit der Koexistenz. Wenn sich heute jemand darüber wundert, daß die Sowjets das als Intervention ansehen, wenn jemand freiheitliche Entwicklungsprozesse in ihren Ländern auch nur positiv kommentiert, dann ist das nicht so verwunderlich, als man es vielleicht annimmt. Die Koexistenzposition der Sowjets, auch was das deutsche Problem angeht, ist bekannt. Ich möchte die Übersetzung des Herrn Bundestagspräsidenten gern übernehmen. Wenn wir uns davon etwas abgrenzen wollen, können wir vielleicht davon sprechen, daß wir in einer Art des Nebeneinander uns befinden, aber selbstverständlich nicht daran denken können, uns den Formeln dieser Koexistenz-Theorie zu unterwerfen, weil sie für uns – das hat der Herr Bundeskanzler vorhin deutlich gemacht – den ratenweisen Abbau unserer Position einschließen könnte.

Das zweite ist das Wort vom Kalten Krieg. Jemand hat damals nach der Stalin-Ära das Wort vom kalten Frieden erfunden. Ich erinnere mich noch an die Zeitschrift „Ost-Probleme" mit der Überschrift „Wählt den kalten Frieden".[50] Kalte Krieger waren eigentlich in der Bundesrepublik alle diejenigen, die die Konvergenz-Theorie nicht zu übernehmen bereit waren. Wer führt denn eigentlich den Kalten Krieg? Es ist klar, daß wir nichts daran ändern können, daß diese Positionen eingenommen werden. Aber wir haben unsere Möglichkeiten zu nutzen, uns damit auseinanderzusetzen. Es geht um die Frage, was sollen wir dem Parteivolk sagen? Hier befinden wir uns in einer etwas schwierigen Lage. Auch unser Koalitionspartner hat es natürlich nicht einfach, weder seinen Mitgliedern noch seinen Wählern eine Deutung der Ereignisse der jüngsten Vergangenheit zu geben, um bestimmte Positionen in dieser Partei wieder auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Ich habe den Eindruck gehabt, daß auf einige nicht unwichtige Persönlichkeiten der Bundestagsfraktion der SPD diese Ereignisse eine entsprechende Wirkung hatten. Das wird für die Auseinandersetzungen dieser Partei in der Zukunft nicht einfach werden. Ich bin auch davon überzeugt, daß nach einigen Monaten ein großer Teil unserer Publizistik in die alte Beschaulichkeit zurücksinken wird. (*Stingl:* Wer in vier Wochen noch von der Tschechoslowakei redet, ist kalter Krieger!) Das ist klar. Wenn eine Art von Kompromiß bei diesem Moskauer Gespräch zurückgeblieben wäre, dann hätten wir heute bereits einen Teil unserer Publizistik, der die These, von der Kollege Stingl gesprochen hat, verbreitete.

Mir geht es darum, wie kann unsere Partei die Angelegenheit für sich im Hinblick auf das Wahljahr nutzbar machen. Wir haben uns mit der NPD auseinanderzusetzen. Leider ist diese viel zu wenig beachtet worden. Wir hätten das schärfer verwenden sol-

50 Der 13. Jahrgang (1961) der Zeitschrift „Ost-Probleme" enthält mehrere Beiträge zum Oberbegriff „Kalter Frieden".

len, was die NPD herausgegeben hat.[51] In der Publizistik haben wir keinen entsprechenden Niederschlag gehabt. (*Kiesinger:* Worüber?) – Über die Äußerungen der NPD. Das ist einfach untergegangen. Unsere Leute draußen wissen das nicht. Das sollten wir deshalb in unserem Informationsdienst kundtun.

Wir sollten uns auch jetzt mit dem Koalitionspartner darüber auseinandersetzen, wer eigentlich den anderen die ganze Zeit des Bremsens verdächtigt hat. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir sind diejenigen, die in den letzten Monaten mit immer stärkerer Intensität als diejenigen dargestellt werden, die den Kurs der Bundesregierung eigentlich vereitelt hätten. Wenn ich den Herrn Bundeskanzler richtig verstanden habe, ist jetzt die Zeit da, wo wir rehabilitiert sind als die Interpreten der Politik des Bundeskanzler. Wir sollten dies auch draußen nutzen. Wenn wir unseren Kurs für die Bundestagswahl bestimmen, dann sollten wir über die Konvergenz-Theorie eine offensive Auseinandersetzung versuchen. Dann werden wir mehr Zustimmung finden, als wenn wir uns ganz abwartend verhalten.

Kiesinger: Herr Dufhues!

Dufhues: Herr Bundeskanzler, darf ich eine Frage stellen? (*Von Hassel:* Was ist Konvergenz? – *Lebhafte Heiterkeit.*) Wir sollten die Dinge auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Sie haben mit Recht festgestellt, daß sich die militärisch-strategische Situation Deutschlands sehr zu Ungunsten der Bundesrepublik verändert hat. (*Kiesinger:* Zu Ungunsten des Westens!) – Des Westens und damit Deutschlands! Diese Tatsache löst zunehmend in der deutschen Bevölkerung Besorgnis, Angst und Furcht aus. Es wird nicht nur in Berlin, sondern auch bei den jungen Menschen in Deutschland darüber gesprochen, wann der Zeitpunkt gekommen sei, daß man auswandere. Die jungen Menschen machen sich darüber viele Gedanken. Wir sollten also die psychologische Verfassung des deutschen Volkes nicht außer acht lassen.

Meine Frage zielt dahin, welche Ziele verfolgt die Bundesregierung, um die Sicherheit der Bundesrepublik und die Sicherheitspolitik des Westens zu unterstützen und zu stärken? Wir haben fünf Jahre lang unseren Verteidigungsbeitrag abgebaut. Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, wieder zu den Anstrengungen zurückzukehren, die angesichts der besonderen Gefährdung des Westens und der Bundesrepublik notwendig sind? Sieht sich die Bundesregierung insbesondere angesichts des Koalitionspartners und angesichts des Wahljahres, das vor uns liegt, in der Lage, das zu tun, was notwendig ist, unsere Sicherheitspolitik zu verstärken und damit die Basis für die Außenpolitik zu entwickeln? Ich meine, daß wir unsere Aufmerksamkeit auch in diesem Zusammenhang lenken sollten auf eine z. T. desolate moralische Verfassung unserer Bundeswehr. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Ein langes Gespräch, das ich mit Generälen, Offizieren und Angehörigen der Bundeswehr hatte, hat mich zu dem Ergebnis geführt, daß vom Auftrag der Bundeswehr bis

51 Die NPD hatte den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR befürwortet. Vgl. „Frankfurter Rundschau" vom 14. August 1968 „NPD lächelt den Sowjets zu"; „Welt" vom 13. August 1968 „NPD nimmt für Moskau und gegen Prag Stellung"; „Aktuelle Beiträge zur Innenpolitik" Nr. 31 vom 27. August 1968 „NPD und Kommunisten auf Seiten Moskaus".

zu vielen Einzelheiten, einschließlich der Unterbringung usw., vieles in dieser Bundeswehr als unzureichend empfunden wird. Sowohl die Gesamtanstrengungen unserer Verteidigungspolitik wie die inneren Probleme unserer Bundeswehr scheinen mir angesichts der von Ihnen mit Recht getroffenen Feststellung eine Aufgabe zu sein, der wir uns größerer Aufmerksamkeit zuwenden sollten.

Nur dann, wenn wir unserer Bevölkerung, wie es früher einmal gelungen ist, das Gefühl der Sicherheit geben und die Sorgen nehmen, die angesichts der jetzigen Gefährdung sehr stark empfunden werden, werden wir erfolgreich auch die Probleme lösen, die wir im Wahlkampf lösen müssen.

Kiesinger: Herr Stingl!

Stingl: Herr Bundeskanzler, Sie werden verstehen, wenn ich sage, daß mich die Ereignisse vom 21. August besonders bewegt haben; denn ich komme schließlich aus dem Land, in dem zum dritten Mal die Besetzung Prags deutlich macht, daß eine totalitäre Macht die Freiheit gewaltsam unterdrückt, 1939, 1948 und 1968. 1948 war es keine militärische Eroberung, sondern eine Eroberung durch die Kommunisten. Das Angstgefühl in unserer Bevölkerung kann nur behoben werden – wie Dufhues sagt –, wenn das Bündnis in Ordnung kommt. Die Bundeswehr allein genügt nicht.

Ich bin auch für das dankbar, Herr Weizsäcker, was Sie gesagt haben. Wir dürfen nicht mehr in den bisherigen Illusionen leben. In einem totalitären Bereich heißt es nach wie vor: Willst du nicht mein Bruder sein, dann schlag ich dir den Schädel ein! – Die bewundernswerte Politik der Tschechen, die es doch wirklich versucht haben, in einer langsamen Weise voranzugehen ... (*Kiesinger:* Nein!) Die Ausgangslage im Jahre 1967 ... (*Kiesinger:* Ich habe es den Tschechen gesagt. Es war nicht klug von ihnen.) Na schön, mag es unklug gewesen sein, jedenfalls haben sie es nicht wie die Ungarn gemacht. Sie haben es in einer ganz anderen Weise versucht, so meine ich es.

Ich glaube, wir haben Veranlassung zu sagen, daß wir diese von uns betriebene Politik auf dem Hintergrund einer erneuten Befestigung des Bündnisses weiterführen müssen. Das sollte unsere Konsequenz sein. (*Hahn:* Ich verweise auf die innenpolitischen Auswirkungen, insbesondere auf das schwindende Vertrauen der jungen Generation.)

Kiesinger: Die öffentlichen Meinungsumfragen zeigen aber genau das Gegenteil. Wir haben bei der letzten Meinungsumfrage den höchsten Prozentsatz bei der jungen Generation gehabt.[52] (*Lebhafte Unruhe.*)

52 Nach EMNID: Junge Intelligenzschicht 1968/69. Politische Meinungen, Einstellungen und Verhaltensbereitschaften. II. Tabellarischer Bericht vom März 1969 lautete die Parteienpräferenz der Oberschüler, Abiturienten und Studenten im Alter von 17 bis 25 Jahren 16% SPD, 35% CDU/CSU, 16% FDP („extrem positiv"); 40% SPD, 44% CDU/CSU, 37% FDP („mäßig positiv"). Hingegen stellte das BPA am 6. Juli 1968 aufgrund einer EMNID-Umfrage vom Mai/Juni 1968 fest: Gegenüber früheren Ergebnissen falle besonders der Rückgang der positiven Stimmen für die Regierung unter den 16–21jährigen auf (statt im April 52% nur noch 46%). In der Erhebung vom Juli 1968 („Die Anhängerschaften der politischen Parteien und ihre Entwicklung") stellte EMNID bei den männlichen Jugendlichen zwischen 21 bis unter 25 Jahren fest: SPD 32%, CDU/CSU 22%, FDP 10%, NPD 11%; bei den weiblichen Jugendlichen: SPD 22%, CDU/CSU 38%, FDP 7%, NPD 1%.

Hahn: Ich glaube, das besagt nichts. Es kommt auf die repräsentativen Gruppen an, gerade auch bei den Studenten, die besagen, daß dort ein schwindendes Vertrauen, nicht nur bei uns, sondern auch in der ganzen westlichen Welt zu beobachten ist. Ich meine, daß die augenblickliche Situation eine neue Möglichkeit geschaffen hat. Deshalb will ich darauf hinweisen, daß wir diese neue Situation irgendwie nutzen müssen. Das gilt gerade für die CDU, um in ein neues Gespräch zu kommen.

Kiesinger: Meine Herren! Wir müssen langsam zum Schluß kommen. Lassen Sie mich, weil wir nun doch schon da und dort in die Tiefe gegangen sind, noch einmal etwas sagen und an das anknüpfen, was Herr Röder gesagt hat. Es ist die Frage, inwieweit unser Volk die Wirklichkeit sieht, daß wir tatsächlich auch heute noch im Jahre des Heils 1968 mit den Ergebnissen des Jahres 1945 zu tun haben, d. h. mit dem, was die Russen die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges nennen. Das ist das Faktum.

In diesem Hause stand ich eines Tages zusammen mit dem Berliner Senator Klein[53] und Willy Brandt in einem Zeitpunkt, als die Sozialdemokratie unsere Politik, die Politik Konrad Adenauers, als eine Politik der Stärke noch heftig bekämpfte. Es war damals eine dieser Berliner Krisen. Ich weiß nicht, was gerade los war. Jedenfalls sagte Senator Klein in diesem Gespräch: Sehen Sie, es ist halt so, Berlin lebt nur vom Kalten Krieg. – Ich erwiderte: Das ist eine sehr interessante Feststellung, die Sie da machen. – Herr Brandt teilte sie; in der ihm üblichen Art gab er einen zustimmenden Brummer von sich.

Meine Herren! Eben sagte Freund Dufhues, wir müssen das wiederherstellen, was früher einmal gelungen ist, nämlich das Vertrauen unserer Bevölkerung wiederherzustellen. Das Paradoxe ist, daß man sich in der Zeit des sogenannten Kalten Krieges daran gewöhnt hatte, ihn so zu nennen, aber die Sowjetunion betreibt diesen Kalten Krieg ununterbrochen in immer neuen Formen weiter.

Es war so, daß in der Tat in der Zeit, in der man sich am stärksten vom Osten bedroht fühlte, auch das Gefühl der Sicherheit in unserem Volke am stärksten war, weil in diesem gemeinsamen Gefühl der Bedrohung der Westen zusammenging. Das hörte mit dem Tode von Dulles auf. Warum und wieso, das brauchen wir nicht zu untersuchen. Aber es ist so. Es ist eine ganz selbstverständliche Folge der Entwicklung der weltpolitischen Situation, daß in dem Maße, in dem in den westlichen Ländern das Gefühl der Bedrohung durch die Sowjetunion abnahm, unsere Bedeutung im Spiel der Weltpolitik sank; daß ist das Problem, mit dem sich Adenauer in seinen letzten Jahren ständig herumschlug und wo er keinen Ausweg sah.

Wie oft hat er geschimpft auf die Amerikaner, auf die kein Verlaß mehr sei seit Camp David[54] usw. Er suchte eine Zuflucht bei de Gaulle und fand sie nicht. Es war erschütternd für mich, diese letzte Aussprache mit ihm zu führen, als er an de Gaulle appellierte, jetzt sei der große Augenblick gekommen, Europa zu einigen.

---

53 Günter Klein.

54 In Camp David trafen sich vom 25.–27. September 1959 der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower und Nikita Chruschtschow. Gesprächsthemen waren u. a. die Deutschlandpolitik und die Berlin-Frage. Vgl. AdG 1959 S. 7965 f.

Er hat die Grundthesen de Gaulles über die europäische Politik und seine antiamerikanische Politik nie akzeptiert; er hat sie nie akzeptieren können. Was er da getan hat, war ein taktisches Spiel, ein sehr verzweifeltes taktisches Spiel. Er war am Ende mit seinen außenpolitischen Weisheiten.

So war die Lage, meine Herren. Ich will sie Ihnen ganz deutlich sagen. Das ist keine Kritik an diesem bedeutenden Manne, sondern das ist nur die Feststellung. Er hatte seine große Stunde in dem Augenblick, in dem – und das haben wir doch alle miterlebt – die westliche Welt sich durch die Stalinsche Politik gefährdet fühlte. Wer im Europarat war oder in irgendwelchen Gremien anderer Art, konnte doch mit Händen greifen: Sobald dieses Gefühl der Bedrohung vorhanden war, war man zu allem bereit.

Ich weiß noch, wie ich hinter Churchill sitzend den Mann aufstehen sah und ihn proklamieren hörte, es müsse jetzt schleunigst ein europäisches Heer und ein europäischer Verteidigungsminister geschaffen werden. Wir alle dachten, der heiße Winston Churchill. Das wird nächste Woche schon geschehen. Es war ein Auf und Ab.

Denken Sie an den Kampf und die Auseinandersetzungen über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, was einer der größten Unglücksfälle der europäischen Geschichte ist, die gescheitert ist. Sie wäre ein verläßliches Fundament unserer Politik gewesen.

Ich gebe Dr. Röder recht, wenn er sagt, wir können gar keine andere Politik treiben, als unser Volk illusionslos zu machen. Das war mein Kampf diese ganzen 20 Monate hindurch, um immer wieder dem Volke zu sagen, so steht es.

Nun würde ich allerdings aufgrund genauer Verfolgung der Meinungsumfragen cum grano salis sagen, daß das Volk viel vernünftiger denkt als die sogenannte veröffentlichte Meinung. Durch die ganze Zeit hindurch haben 75% unserer Bevölkerung verlangt, daß wir unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten so stark wie möglich machen. Das war also ein Grundübel, das die ganze Zeit vorherrschend war.

Hinsichtlich Frankreich war man schwankend. Man weiß, dieses Verhältnis der beiden Länder ist ganz entscheidend, aber man ist unglücklich über die Haltung General de Gaulles.

Was den Osten anlangt, so waren unsere Leute ganz vernünftig. Sie haben gesagt, diese Politik ist richtig, aber sie haben auch verstanden, daß diese Politik einen gewissen offensiven Charakter hat. Sie sind nicht von Illusionen ausgegangen. Sie sind nicht der FDP gefolgt oder auch gewissen Äußerungen der SPD. Insofern, Freund Lemmer, würde ich bezweifeln, daß durch die Politik die moralische Wiederstandskraft unserer Bevölkerung geschwächt worden sei. Es wäre sonst auch nicht zu erklären, daß sie sich mit solcher Entschiedenheit uns und nicht der SPD zugewandt haben. Es war immer eine Niederlage der SPD, wenn sie versucht hat, von der gezogenen klaren Linie abzuweichen. Das hat sich in der letzten Zeit sehr klar gezeigt.

Für uns ist also die Frage, neben dieser ganz nüchternen und illusionslosen Sprache, die wir sprechen müssen, dafür zu sorgen, daß wir zunächst einmal wieder zwei Dinge unterscheiden: 1. Unsere Sicherheit als Wert an sich, 2. als Ausgangsbasis für eine mögliche Deutschlandpolitik. Beides ist in Frage gestellt. Sie haben sich sicher den

Ernstfall vorgestellt. Sie können sich denken, wie sehr ich das in den letzten Tagen und Wochen wieder getan habe, wie sehr ich mir vorzustellen versuchte, was geschehen würde, wenn ein militärischer Vorstoß auf Berlin – an den ich auch nicht glaube, sondern sie haben die Schlinge in der Hand – oder auf einen sonstigen Teil der Bundesrepublik erfolgte. Wer von uns hat diese Überlegung nicht gemacht! Wir alle kennen das Verteidigungskonzept, meine Herren, und wir alle wissen, wieviel Wert es hat. Es hat genau den Wert, den ihm die Russen beimessen, d. h. es hat solange und soviel Wert, als die Russen annehmen, sie würden im Falle eines solchen Abenteuers Dinge erleben, die es ihnen geraten erscheinen lassen, das Abenteuer nicht zu unternehmen.

Das ist die Frage. Nun stellt sich die Frage, wie groß ist die Abschreckungskraft des westlichen Bündnisses? Das ist nicht nur eine speziell militärische Frage, sondern das ist natürlich ebenso auch eine politisch-moralische Frage. Und hier haben wir einen Prozeß erlebt seit den Tagen von Camp David, der schwer zu deuten ist, der aber immerhin die Feststellung erlaubt, daß diese Abschreckungskraft des Westens in dem Maße nachgelassen hat, in dem es dem Osten gelungen ist, den Eindruck zu erwecken, daß man nichts zu befürchten habe; d. h. wenn man die Welt nur in zwei Interessensphären teile und zusehe – mit gutem oder schlechtem Gewissen –, was der andere in seiner Interessensphäre – ich denke jetzt vom Westen her – vornehme, ohne dabei entscheidend zu intervenieren, daß dann der Friede gesichert sei.

Diese Illusion wurde zum erstenmal ganz erheblich gestört durch Kuba.[55] Aber sehen Sie einmal nach, was nach Kuba geschehen ist. Man hätte erwarten müssen, daß Kuba eine Epoche, eine neue Epoche eingeleitet hätte, d. h. eine Epoche äußerster Wachsamkeit und realistischer Einschätzung der Lage, vor allen Dingen durch die Vereinigten Staaten. Statt dessen ist der höchst merkwürdige Versuch gemacht worden, über den gemeinsamen Atomsperrvertrag hinaus eine auch das bestehende Bündnis überwölbende, zugestandenermaßen sogar möglicherweise erodierende Gemeinsamkeit der Politik zu beginnen. Das ist unsere Situation.

Wenn also die Forderung aufgestellt wird, daß wir nun versuchen sollen, dieses feste Fundament wiederherzustellen, dann müssen wir uns ganz konkret fragen, wie können wir das. Meine Meinung ist folgende: Man muß in der Tat im eigenen Hause, d. h. bei uns und in Westeuropa, beginnen. Jetzt einfach nach Amerika zu rufen und zu sagen, das ist der große Bruder, der uns helfen muß, wäre das falscheste, was wir tun können, sondern wir müssen jetzt schon eine Gipfelkonferenz, ein Treffen der Regierungschefs, vorbereiten. Es ist nicht nur ein Ruf nach den Amerikanern. Wir müssen bei uns anfangen.

Es wird vor allem darauf ankommen – das habe ich in meiner ersten Äußerung im Fernsehen klipp und klar ausgesprochen –, ob die Europäer bereit sind, die dazu unbedingt notwendige Verantwortung, die Bürden und Lasten zu übernehmen, um an der Gestaltung des zukünftigen Geschicks unserer Welt teilzunehmen. Das ist ja das, was die Europäer bisher nicht gewollt haben. Das ist es doch!

55 Am 22. Oktober 1962 forderte Kennedy den sofortigen Abzug der russischen Raketen auf Kuba und verhängte eine Seeblockade. Vgl. Nr. 8 Anm. 93.

Deswegen werden die Initiativen, die wir zu ergreifen haben, die sein: erstens selbst ein gutes Beispiel zu geben.

Für mich war interessant, was Grewe mir eben sagte, der Holländer habe erklärt: Für unsere Entscheidung wird es ganz wesentlich darauf ankommen, was ihr macht; nicht um aus der NATO auszuscheren, sondern um etwas zu machen, was uns einfallen muß. Ob das nun eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft ist, wie Strauß sie vorgeschlagen hat[56], weiß ich nicht. Damit bin ich nicht zu Ende, genausowenig wie der Bundestagspräsident. (*Gerstenmaier:* Was hat Strauß vorgeschlagen?) Eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft.

Wir müssen also im eigenen Hause anfangen. Dann wäre es eine große Sache, wenn wir uns in Europa einigen könnten. Hier kann ich nur versuchen, General de Gaulle beim nächsten Gespräch beim Wort zu nehmen und ihm zu sagen: Sie haben mir zugegeben, daß, wenn schon keine andere Gefahr, aber jedenfalls doch eine große militärische Gefahr vom Osten droht, dann müssen Sie auch mit die Konsequenzen ziehen in der Form, daß wir dieser Gefahr nun wirklich eine einwandfreie Verteidigung gegenüberstellen. – Ob wir damit Glück haben werden oder nicht, das ist eine andere Frage.

Aber ich sehe, daß wir alle der Meinung sind, daß wir diesen Weg gehen müssen, aber nicht als weinerliche und um Hilfe flehende Menschen, sondern als solche, die einfach auf die Realität hinweisen. Ich bin, was unsere Partei anbelangt, durchaus nicht pessimistisch. Die Ergebnisse zeigen es ja. Nur bin ich der Meinung, wir sollten jetzt wirklich dabei bleiben. Derjenige, der hier in diesem Land völlig nüchtern die Wahrheit sagt, der niemandem etwas vormacht – natürlich keine Panikstimmung macht –, der wird das Vertrauen des Volkes haben.

Wir können, Freund Lemmer, die Dinge so pessimistisch sehen wie Sie, und ich respektiere eine solche Auffassung durchaus, aber wenn man handeln will, dann muß man voraussetzen, daß es eine Chance des Bestehens und Überstehens gibt. Wenn wir so anfangen im eigenen Hause, und zwar nach dem Westen hin, zugleich aber dabei bleiben: Europäische Friedensordnung, dann ist das eine programmatische Formel, die sich an jedermann in der Welt wendet; ich wiederhole, auch an jedermann im Osten.

Das einzige Argument, das man dagegen vorbringen kann, ist dies: Diese Politik wird und muß deswegen im Osten scheitern, weil jedesmal, wenn sich ein Ansatz des Erfolges bei irgendeinem Lande zeigt, die Sowjetunion zuschlagen wird. Es kommt also darauf an, was geschehen muß, damit die Sowjetunion zuschlägt. Und hier fängt es an, außerordentlich – wie soll ich sagen – unsicher zu werden. Das politische Kalkül führt uns dazu, hier folgendes zu sagen: Wir können nicht kommen mit labiler Koexistenz. Das ist etwas, was wir unter uns denken. (*Unruhe und Bewegung. – Gerstenmaier:* Terminus technicus. In der Gaunersprache der Wissenschaft gesprochen. – *Anhal-*

56 Strauß befürwortete – auch unter Hinweis auf die Äußerung des französischen Außenministers Debré (vgl. Anm. 23) – am 1. September 1968 in einem Interview mit der „Welt der Arbeit" die „Schaffung eines europäischen Bundesstaates mit Verteidigungshoheit für die Zentralregierung [als] den besten und einzig wirksamen Schritt".

tende starke Unruhe.) Aber wir müssen doch vor der ganzen Welt eine Formel haben, die akzeptabel ist; denn die Welt wird die Entspannungspolitik weitertreiben.

Nun hat jemand gemeint, in diesem Artikel der „Neuen Zürcher Zeitung“[57] stünden erstaunliche Dinge drin. Da steht gar nichts Erstaunliches drin. Da steht klipp und klar drin, der Westen wird die Entspannungspolitik weitermachen. Er wird sich nicht zu einer anderen Politik hinreißen lassen. (*Lebhafte Unruhe. – Von Hassel:* Herr Bundeskanzler, ich habe nur gemeint, was über den Kalten Krieg dort steht.) Gut! Hier steht: Keine westliche Regierung, zuallerletzt Washington, zeigt Neigung, von einem langfristigen Konzept der Entspannung abzugehen und es mit dem der Konfrontation wieder zu vertauschen. – Jetzt könnte der Herr Bundestagspräsident sagen: Warum immer nur schwarz und weiß? Warum nicht eine labile Koexistenz? – Aber das ist nicht die entscheidende Sorge. Wir sollten dabei bleiben, daß wir sagen: Dieses Europa braucht Frieden. Alle seine Völker brauchen Frieden. An uns wird es bestimmt nicht liegen, wenn es zu diesem dauernden Frieden nicht kommt. Wir werden das unsere dazu beitragen. Das große Problem, das wir mit uns herumschleppen, ist ein zusätzliches. Wieviel ist schon gewonnen, wenn wir unsere Sicherheit bewahren! Nun wollen wir noch viel mehr. Wir wollen nicht nur unsere Sicherheit bewahren, sondern wir wollen die Deutschen in Frieden und Freiheit wieder vereinigen. Da liegt unser Problem. Und dazu brauchen wir unserem Volke nicht die Jacke vollzulügen. Auch das sieht unser Volk völlig nüchtern.

Ich gestehe offen, Freund Lemmer, wenn es uns gelingt, die Voraussetzungen unserer Sicherheit wieder zu stärken und Berlin aus der Schlinge zu ziehen, die es zu erwürgen droht in den nächsten Jahren, dann ist das schon ein sehr, sehr großer Erfolg unserer Außenpolitik.

Ob es uns gelingen kann, das andere zu schaffen, nämlich eine Publizistik, die nun nicht wieder zurückfällt in diesen Illusionismus und in diese bösartige, destruktive Haltung – ich unterscheide zwischen den Illusionisten und den Destruktiven –, das ist eine ganz schwere Frage. Letzten Endes kann man da nur auf eines hoffen: Was sich jetzt in diesen Tagen dort zeigt, ist doch, daß die Erkenntnis einer Gefahr viele zur Besinnung bringt. Betrachten Sie einmal das Bild unserer Publizistik in den letzten Wochen, wie sehr da plötzlich andere Töne laut und andere Worte gesprochen werden und wie man sich auch dort einigermaßen diszipliniert hinter die Regierung stellt. (*Lemmer:* Sogar der Herr Gütt![58]) Ja! Das ist die Aufgabe, die wir vor uns haben.

---

57 Vgl. „Neue Zürcher Zeitung“ vom 30. August „Rückschlag für die Ostpolitik Bonns“ (wo es u. a. heißt: „Bonn möchte auch für die Fortführung seiner Ostpolitik in den westlichen Zusammenschlüssen verstrebt bleiben“) bzw. 2. September 1968 „Deutscher Protest in Moskau“ („Kiesinger wollte ... den Beweis führen, daß man auch weiterhin um eine Verständigung mit dem Osten bemüht bleiben müsse“).

58 Dieter Gütt (1924–1990), Journalist; 1956–1966 Redakteur beim WDR, 1967–1972 politischer Koordinator der ARD und Mitglied der Programmdirektion München, 1972 Rückkehr zum WDR, 1973–1978 Hörfunkkorrespondent bei der UNO, 1978–1980 Chefredakteur von „ARD-aktuell“, 1981–1983 Redakteur beim WDR, 1983–1986 Chefredakteur des „Stern“.

Nun erwarte ich mir zunächst einmal ein paar sehr schwierige Monate; denn die Sowjetunion wird, davon bin ich überzeugt, das, was sie in der heutigen Mitteilung angekündigt hat, durch immer stärkeren politischen Druck durchzusetzen versuchen. Das ist meine feste Überzeugung. Es wird darauf ankommen, ob da unser Volk die Probe besteht.

Die Regierung wird mit Klugheit ihren Weg gehen müssen. Sie wird sich dem Volke gegenüber nicht nervös, sondern ruhig und fest zeigen müssen. Das ist alles, was wir im Augenblick tun können. Das zeigt wieder einmal, wie abhängig wir alle sind von Faktoren, die außerhalb unserer eigenen Entscheidungen liegen, und daß wir unsere Politik an diese Gegebenheiten anknüpfen müssen.

Ich weiß nicht, wer Präsident der Vereinigten Staaten wird. Vieles spricht dafür, daß auch die neuesten Ereignisse zu einem Sieg der Republikaner verhelfen werden.[59] Dies könnte bedeuten, daß die Amerikaner bereit wären, in der Frage des Bündnisses und in der Frage des Verhältnisses zur Sowjetunion eine Korrektur vorzunehmen. Ich will jetzt nicht soweit gehen, um mich in diese Dinge einzumischen. Das ist gelegentlich schon einmal zugunsten von Herrn Nixon geschehen. Der Regierungschef sollte sich da hüten, vorzeitig zu intervenieren. Aber immerhin, in diesem Kreise kann man doch die Hoffnung aussprechen, daß es gelingen möge, eine etwas korrigierte Haltung der Amerikaner in dieser Frage zu erreichen. Wenn wir das nämlich nicht erreichen, dann sieht es nicht gut aus, meine Herren!

Die gegenwärtigen Meinungsumfragen in Amerika sind so, daß McCarthy[60] aus dem Rennen geworfen ist, daß Nixon 45%, Humphrey 29% und Wallace[61] – der Rassist – 18% hat. Humphrey ist von 38 auf 29% zurückgegangen.

Im Nixon-McCarthy-Wallace-Team sieht es ein wenig anders aus. Nixon hat 42%, McCarthy 37% und Wallace 16%. Das ist die augenblickliche Lage. Humphrey hat übrigens bei den Unterhaltungen, die ich mit ihm geführt habe, auf mich einen viel besseren Eindruck gemacht als das Bild, das so häufig von ihm gezeigt wird. Es war ein sehr kluger Mann und ein beredter Anwalt der amerikanischen Politik, der sich da zeigte. Es handelt sich hier aber weniger um die Person als um die politischen Gruppen.

Die Republikaner werden ganz bestimmt nicht zu einer Politik der Konfrontation – wie Luchsinger[62] sagt – zurückkehren, aber sie werden diese Politik des crisis-management, der Entspannung, glaube ich, mit größerem Realismus machen, als es die Demokraten bisher gemacht haben. Das ist eine der Hoffnungen, die wir haben. Wir werden in wenigen Wochen sehen, ob diese Hoffnung betrogen hat oder nicht.

---

59 Vgl. Nr. 21 Anm. 13.

60 Eugene McCarthy (geb. 1916), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1958–1970 Mitglied des Senats.

61 George Corley Wallace (1919–1998), amerikanischer Politiker (Demokratische Partei); 1963–1967, 1971/72 , 1972–1979 und 1983–1987 Gouverneur von Alabama (gelähmt nach Attentat am 15. Mai 1972), 1964, 1972 und 1976 Präsidentschaftskandidat.

62 Dr. Fred Luchsinger (geb. 1921), Schweizer Journalist; 1955–1963 Bonner Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung", 1963–1967 Auslandsredakteur der NZZ, 1967–1984 Chefredakteur.

Heck: Herr Bundeskanzler! Der Herr Rathke hat zusammen mit Herrn von Guttenberg einen Text vorbereitet als eine Erklärung, die wir der Öffentlichkeit übergeben wollen. Der Herr Bundestagspräsident hat sich dann mit kundiger Feder korrigiert. (*Starke Unruhe.*) Ich schlage vor, daß Herr Rathke die Erklärung einmal vorliest.

Kiesinger: Bitte sehr!

Rathke: Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei erklärte der Bundesvorstand usw.:

Der sowjetische Überfall auf die Tschechoslowakei hat allen europäischen Völkern vor Augen geführt, wie gefährdet Friede und Freiheit in Europa noch immer sind. Das deutsche Volk hat in diesen Tagen aufs neue erlebt, daß die nackte Gewalt des kommunistischen Zwangsstaates den Hoffnungen auf ein friedliches Zusammenleben in Europa entgegensteht.

Für die Bundesrepublik Deutschland ist Gewalt kein Mittel der Politik. Sie erstrebt mit friedlichen Mitteln eine europäische Friedensordnung. Nur böswillige Propaganda kann dies leugnen. Die CDU weiß, daß der Weg zu diesem Ziel lang ist. Sie hat immer denen widersprochen, die geglaubt haben, auf diesem Wege seien schnelle und billige Erfolge zu erreichen.

Den Menschen in der Tschechoslowakei wurde eine fast untragbare Last auferlegt. Ein Ende der Okkupation ist nicht abzusehen. Auch andere Völker Osteuropas fühlen sich bedroht. Die CDU protestiert dagegen, daß Ulbrichts Gewaltregime auch Deutsche gezwungen hat, an der widerrechtlichen Besetzung teilzunehmen.

Die Friedenspolitik der CDU setzt entschlossene Abwehrbereitschaft und die Fähigkeit voraus, diese Bereitschaft deutlich zu machen. Die Stärkung der NATO ist deshalb unerläßlich, die Einigung Europas zwingender als je zuvor. Europa muß mit einer Stimme sprechen. Seine Kraft wird nur wirksam, wenn die Staaten des freien Europas fest miteinander verbunden sind.

Kiesinger: Meine Herren! Ich darf gleich meine Meinung sagen. Ich halte diese Erklärung im gegenwärtigen Augenblick für absolut falsch! Wir haben heute eine sehr ernste Intervention der Sowjetunion hier in diesem Hause gehabt. Ich sage das nicht etwa, weil ich Angst hätte vor einer solchen Intervention, sondern deswegen, weil ich mir überlege, was in diesem Augenblick unserem Volk gesagt werden muß und was der Welt gesagt werden sollte. Jetzt noch große Deklamationen über das Schicksal der Tschechen und Slowaken zu machen, halte ich völlig überflüssig; ich bin aber der Meinung, daß man durchaus sagen kann: Die Ereignisse in der Tschechoslowakei haben das und das gezeigt; also ganz nüchtern. Ich würde von jeder Sprache absehen, die uns in diesem Augenblick bei unserem Volke und bei der übrigen Welt nichts bringt, aber unnötig dagegen denen drüben den Vorwand liefert: Da habt ihr den erneuten Beweis der Feindseligkeit.

Meine Herren! Ich bitte Sie, die Lage ernster zu sehen! Ich habe eben gesagt, wie ernst ich die Situation sehe. Deswegen bin ich dafür, eine Erklärung abzugeben, die ausgeht von den Ereignissen in der Tschechoslowakei und sagt, daß wir unsere Politik fortsetzen, die allen Völkern – Sie können ja, wenn Sie das Wort von der europäischen

Friedensordnung nicht wollen, so sagen – eine Zukunft in Frieden sichern soll; die weiter sagt, daß wir als Ausgangsbasis unserer Politik den westlichen Zusammenhalt brauchen, daß deshalb das atlantische Bündnis gekräftigt werden muß; daß dazu notwendig ist, daß die Europäer selbst das ihrige dazu tun und nicht einfach – ich spreche jetzt ins Unreine – nach dem großen Bruder rufen.

Wenn wir das sagen, dann glaube ich, ist das ausgesagt, was in diesem Moment unserem Volke guttut und zweitens der Welt klarmacht, was wir wollen, ohne daß wir jetzt – allzu viele warten doch darauf, nicht nur im Osten, sondern auch im Westen – Töne anschlagen, die gerade uns nicht anstehen. Deswegen bin ich dagegen, daß diese Sprache gesprochen wird. Ich schlage vor, eine neue Resolution zu entwerfen, die diese Gedanken enthält. Ich schlage vor, ein kleines Redaktionskomitee einzusetzen, das dies macht. – Herr Bundestagspräsident!

Gerstenmaier: Verehrter Herr Bundeskanzler! Jetzt bin ich in der Situation eines Mannes, der eigentlich mit einer gewissen Überzeugung die Erfinder dieses Entwurfs verteidigen möchte. Ich habe diese Sache ja auch gesehen und habe zwei Abschnitte herausgestrichen. Ich bin froh, daß mein Freund Bruno Heck mir hierbei beigestanden und keinen Widerstand gemacht hat. Ich bin auch froh, daß Dr. Rathke sich mit dieser Kürzung abgefunden hat. Dabei ist schon einige Polemik herausgewandert, Herr Bundeskanzler.

Mir ist auch ganz klar – nur deshalb spreche ich jetzt dazu –, daß wir vor einem interessanten Beispiel stehen. Früher habe ich an diesem Tisch einmal gesagt: Die CDU ist eine Verfassungspartei ersten Ranges. In den 14 Jahren Konrad Adenauers sind wir gedrillt worden, eine Kanzlerpartei zu sein, aber, meine Herren, es gibt natürlich auch technische Schwerpunkte. In dieser Erklärung steht – das hat Herr Rathke vorhin weggelassen, aber nur deswegen, um niemand zu langweilen, ich muß es jetzt nachtragen: Zu den Ereignissen in der Tschechoslowakei erklärt der Bundesvorstand der CDU, der am 2. September unter dem Vorsitz des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Kiesinger in Bonn zusammentrat.

Hier ist der Bundeskanzler insbesondere wieder einmal ins Bewußtsein gerückt. Dieser Bundeskanzler mußte heute in einer sehr schwierigen Situation dem russischen Botschafter mit Ernst und Würde begegnen. Er hat ihn zurückgewiesen, und er wollte, daß diese Zurückweisung kein Kriegsakt ist oder nicht als ein solcher mißdeutet werden kann, sondern als ein Exempel des Friedens verstanden wird.

Nun verstehe ich, daß er am Abend, einige Stunden später, als Parteivorsitzender mit einer anderen Zunge reden soll zu seinem Volk als zum russischen Botschafter. Da verstehe ich die Schwierigkeiten, aber, mein verehrter Herr Bundeskanzler, schließlich und endlich, die CDU muß natürlich frei sein. Man muß auch verstehen, daß es ihr verstattet sein muß, in einem solchen Falle auch einmal eine andere Sprache zu sprechen, als sie der Bundeskanzler aus wohlerwogenen Gründen ... (*Kiesinger:* Nein, ich spreche jetzt als Parteivorsitzender!) Als Parteivorsitzender müssen Sie unserem Herzen einen angemessenen Ausdruck geben. Ich finde, daß das eigentlich noch ganz würdig ist, wenn wir das sagen, was wir empfinden. Man hätte noch viel mehr sagen können. (*Kiesinger:*

Meinen Sie, man soll immer das sagen, was man empfindet? – *Unruhe und Bewegung.*) Herr Bundeskanzler, Ihre spezielle Vokabel mit der europäischen Friedensordnung steht drin, aber mit einer so treuherzigen Bekundung unseres Friedenswillens muß es doch verstattet sein, auch noch zu verbinden die freie Stimme des Protestes! Wenn wir das Vergnügen nicht mehr haben, was haben wir denn dann noch von der Freiheit! (*Anhaltende Unruhe.*) Meine Herren! Es geht nicht um Charakterfragen, sondern um schwierige politisch-diplomatische Fragen. Wie macht man es nun, um den Parteivorsitzenden und den Bundeskanzler unter einen Hut zu bringen? Das ist das Problem. Ich fürchte, wie soll und kann dies das kleine Gremium machen. (*Kiesinger:* Ich traue Ihnen das zu, wenn Sie dabei sind!)

Was wir jetzt sagen, kann noch kürzer sein, aber es muß gehauen und gestochen sein. Es muß die Tiefe der Empfindung irgendwie zum Ausdruck bringen. Ich habe einen Satz herausgestrichen, weil ich gesagt habe, der Satz ist bestenfalls noch haltbar. Ich will Ihnen den mal vorlesen: Die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland hat diese neue schwere Herausforderung mit besonnener Festigkeit beantwortet. Ich bin nicht der Meinung, daß dieser Satz richtig ist. Ich bin aber auch nicht der Meinung, daß er falsch sei, sondern teils, teils! Aber das muß nuanciert gesagt werden oder gar nicht. Also sagen wir es lieber nicht. Aber was wollen wir denn jetzt tun? (*Anhaltende Unruhe.*) Sollen wir uns hinsetzen und uns anstrengen, daß wir eine charaktervolle Sache herausbringen, die dem Bundeskanzler morgen bei den Russen nicht im Wege steht? (*Anhaltende sehr starke Unruhe.*)

Lemmer: Ich habe immer festgestellt, daß eine harte Sprache von den Russen mehr geschätzt und auch als glaubwürdiger hingenommen wird, als wenn wir nur weich auf eine unerhörte Bedrohung reagieren. Wir haben noch gar nicht gesprochen von den Divisionen an der deutschen Grenze. Das wäre doch in normalen Zeiten ein Grund zu einer Demarche in Moskau, um zu fragen, was das bedeute.

Das ist doch Kriegsbedrohung! Das hat es doch noch nie gegeben, daß an der Grenze eines großen anderen Landes Divisionen aufmarschieren, und wir sagen nichts! (*Zuruf:* Sehr richtig!) Ich wiederhole, eine harte Sprache verstehen die Russen besser, auch wenn sie sich gereizt fühlen, aber sie nehmen uns ernster. (*Unruhe.*)

Kiesinger: Herr Röder!

Röder: Ich stimme ... (*Anhaltende sehr starke Unruhe.*)

Kiesinger: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe! – Herr Röder hat das Wort.

Röder: Ich stimme dem Bundeskanzler insofern zu, als er diese Formulierung der Erklärung nicht für glücklich hält. Inhaltlich kann man das durchaus sagen, man sollte es nur nicht in dieser Form bringen. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich halte gar nichts davon, meine Herren, wenn man in harten Worten so tut, als ob wir so stark seien. So stark sind wir gar nicht. Ich habe etwas dagegen, wenn wir uns hier ein Urteil über die Verhältnisse in der Tschechoslowakei anmaßen. Das steht uns nicht an, meine Herren! (*Unruhe und Bewegung.*) Uns nimmt man das noch nicht einmal ab. Wir müssen gerade an diesem Punkt sehr zurückhaltend sein; um so wirkungsvoller wird es sein.

Ich erinnere mich heute noch daran, was Freund Gerstenmaier auf einem Parteitag gesagt hat.[63] Ich bitte Sie, ihn in dieses Komitee zu delegieren. Ich wäre bereit, auch mitzumachen. (*Gerstenmaier:* Es hat gar keinen Zweck, wenn die Sache keinen Charakter und kein Gesicht hat! – *Unruhe.*) Aber Charakter und Form sind doch zweierlei!

Kiesinger: Nun haben Sie sich freiwillig gemeldet. Ich schlage vor, daß es drei Herren sind. Und ich sollte es immerhin sehen. (*Starke Unruhe.*)

Ich kann nur immer wieder sagen, ich brauche mehr denn je die Unterstützung meiner Partei, die klare Zustimmung meiner Partei zu meiner Politik, gerade dann, wenn der Osten versucht, hier zu attackieren. Ich kann nur noch einmal sagen, was die am meisten fürchten, ist nicht eine harte Sprache, sondern eine differenzierte Politik, die sie in die Gefahr bringt, daß sie tatsächlich die Kontrolle über ihr Imperium verlieren.

Das ist die Gefahr, und davor haben die Angst. Das treibt sie zu einer desperaten Politik. Nach meiner Meinung hätten sie diese Politik nicht nötig gehabt. Daß sie trotzdem gemacht worden ist, kann ich nur darauf zurückführen, daß sich in Moskau eine Gruppe durchgesetzt hat, die politisch weniger differenziert zu denken vermag, als es eigentlich der Situation entsprochen hätte; denn soweit war es in der Tschechoslowakei noch nicht.

Ich will nicht zu hart über Dubček urteilen, aber er mußte wissen, daß seine Parole „Sozialismus und Freiheit" die Freiheit heißt, und daß das von Moskau niemals akzeptiert werden würde. Das mußte er wissen. Ob er das aufhalten konnte, das ist eine andere Frage. Das wage ich nicht zu beurteilen. An seiner Stelle hätte ich die Pressezensur gelassen. Es ist doch eine Frage, wie ich sie ausübe. (*Starke Unruhe.*) Nun zurück zur Erklärung! Ich bin für eine feste und klare Sprache und auch dafür, was der Herr Bundestagspräsident gesagt hat, nämlich eine Erklärung, die Gesicht hat. (*Starke Unruhe. – Gerstenmaier:* Der Überfall auf die Tschechoslowakei ...) Das würde ich nicht sagen. – Herr Röder!

Röder: Man könnte sagen: Der Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union hat sich in einer Sondersitzung unter dem Vorsitz seines Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Kiesinger mit der durch das Vorgehen der Sowjetunion in der Tschechoslowakei veränderten Lage in Europa und seinen Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland befaßt. (*Starke Unruhe und Bewegung. – Heck:* Meine Sprache kann nichts dazu beitragen.)

Kiesinger: Das darf ein Politiker nie von sich sagen. Er muß hart sein, er muß aber auch in der Lage sein, eine geschmeidige Sprache zu reden. (*Heck:* Sein hartes Vorgehen ... – *Anhaltende starke Unruhe.*)

Lieber Herr Heck! Wir machen doch hier keine Geschichtsschreibung! (*Heck:* Nein, aber auch keine Note an die Sowjetunion, sondern eine Erklärung an das deutsche Volk. – *Anhaltende Unruhe.*) Die eine Note an die Sowjetunion zu gleicher Zeit ist, die am

63 Rede beim CDU-Bundesparteitag in Düsseldorf am 29. März 1965 (vgl. CDU, 13. BUNDESPARTEITAG S. 86–98, hier S. 86f.), in der Gerstenmaier eine „nüchterne Weltorientierung" und eine „gewissenhafte innere Orientierung" angemahnt hatte.

selben Tage erscheint, an dem diese todernste Erklärung hier in diesem Hause abgegeben worden ist. Ich bitte Sie, das doch zu bedenken!

Ich bin der letzte, der Angst hat. Wie Freund Lemmer erklärt hat, er werde nicht aus Berlin gehen, so stehe ich für diese Politik, auch wenn wer weiß etwas passiert! Ich behaupte nach wir vor, es war diese Politik, die ihnen am meisten Sorge gemacht hat. Eine Politik der starken Worte ist schlecht. (*Gerstenmaier:* Nun dürfen wir jetzt nicht „jugoslawisch" und „rumänisch" werden; denn die Herren haben in den letzten Tagen ihre Sprache gründlich geändert. Sie sind ganz leise geworden. – *Lemmer:* Sogar der Kommunistische Weltgewerkschaftsbund hat sich distanziert.[64]) Wer redet denn davon, daß man sich nicht distanziert! (*Lemmer:* Hart formulieren! – *Unruhe.*) Schauen Sie doch an, meine Herren, was die verschiedenen Regierungschefs in den letzten Tagen gesagt haben. Es wird doch überall behutsamer, überall vorsichtiger, und zwar aus guten Gründen, weil jedes dieser Länder seine eigene Politik und seine eigenen Interessen dabei im Auge hat.

Worauf kommt es uns denn an? Uns kommt es doch, meine Herren, jetzt ganz offen gesagt, bei aller emotionellen Teilnahme am Schicksal der Tschechen, nicht darauf an, nun immer wieder diesen Schritt zu verurteilen. Den verurteilen wir, aber das immer wieder hinauszusagen, wozu führt das? Worauf es uns ankommen muß, ist doch, dem deutschen Volke zu sagen, daß wir eine glaubhafte Politik betreiben, und unseren Verbündeten zu sagen, daß diese Politik, die sie selber ja wollen – sie nennen sie die Politik der Entspannung –, überhaupt nur Chancen des Erfolges hat, wenn sich die westliche Welt zusammenfindet. Ich würde diesem Teil unserer Aussage den eigentlichen Akzent geben. (*Stingl:* Etwas ganz anderes! Was sagt der Bundesvorstand zu der Listenverbindung mit der NPD?)

Heck: Ich bin strikt dagegen. Wer sich die Situation in einem Dorf vorstellt, wo 100 Leute wohnen, wird das nachfühlen. Die Leute sind miteinander in die Schule gegangen und befreundet. Wenn nun bei verschiedenen Parteien eine Liste aufgestellt wird für den Gemeinderat, dann wird so getan, als sei der Nationalsozialismus bereits wieder in Deutschland. (*Bewegung und starke Unruhe. – Stingl:* Hat jemand eine Ahnung, was da los ist?) Ich weiß nur, in zwei kleinen Dörfern in Niedersachsen hat es eine Listenverbindung für die Gemeinderatswahl gegeben.[65] Unsere Freunde haben schon vor Monaten vorausgesehen, daß das nicht zu vermeiden sei, weil man im Grunde auf der kommunalen Ebene von einer Parteiengruppierung überhaupt nicht reden könne.

64 Vgl. „Welt" vom 2. September 1968 „Kommunistische Gewerkschafter protestieren".

65 In Eimbeckhausen (Kreis Springe) und Dorfmark (Kreis Fallingbostel) waren zur niedersächsischen Kommunalwahl am 29. September 1968 örtliche Parteigruppierungen von CDU und FDP Listenverbindungen mit FDP, BHE und NPD eingegangen, vgl. „Stuttgarter Zeitung" vom 2. September 1968; „Frankfurter Rundschau" vom 29. August 1968 „CDU und FDP verteidigen Absprachen mit NPD"; „Süddeutsche Zeitung" vom 31. August/1. September 1968 „Kummer mit Dorfmark". – Nach einer Sitzung des CDU-Parteigerichts wurde festgestellt, daß kein parteischädigendes Verhalten vorgelegen habe, vgl. „Cuxhavener Zeitung" vom 11. September 1968.

Ich finde, da ist schon viel zuviel gesagt worden, was vom Ausland gegen uns zitiert werden kann. Was von uns aus zu sagen ist, haben unsere niedersächsischen Freunde schon getan.

Ich halte es für überflüssig, daß wir vom Bundesvorstand aus etwas dazu sagen. (*Stingl:* Wenn diese Sache auf dem Gewerkschaftskongreß der IG Metall angesprochen wurde als ein Angriff gegen FDP und CDU, dann muß der Bundesvorstand doch etwas dazu sagen.)

Kiesinger: Ich darf die Mitglieder des Bundesvorstands auf folgendes hinweisen: Es ist ganz deutlich, daß Moskau gegenwärtig versucht, die SPD zu schonen und die ganze Wucht ihres Stoßes gegen mich persönlich und gegen die CDU zu richten. Darf ich Sie bitten, von folgender Formulierung der „Prawda" Kenntnis zu nehmen: Entschluß der Partei Kiesingers, mit der NPD zu paktieren, läßt auf schwarzbraune Koalition schließen. Der Bonner Korrespondent der Zeitung bezeichnet den Entschluß der Partei Kanzler Kiesingers, bei den bevorstehenden Gemeindewahlen in Niedersachsen mit der neonazistischen NPD zu paktieren, als ein neues Symptom, das auf die Möglichkeit einer schwarzbraunen Koalition in Bonn schließen läßt.[66]

Die Frage ist in der Tat berechtigt, die Herr Dr. Heck gestellt hat, sollen wir das nun hochspielen, indem wir, wie das die FDP gemacht hat, ein Parteiausschlußverfahren verkünden oder nicht.

Die Lage in Niedersachsen ist merkwürdig. Ich erinnere mich an einen Ausspruch im Fraktionsvorstand, wo bei der Beurteilung der NPD einer unserer Freunde sagte: Das sind meine Schulkameraden, die kenne ich alle ganz genau. Es sind anständige Leute. Was heißt hier rechts? Rechts von mir gibt's nichts mehr. (*Heiterkeit. – Unruhe.*) Das war natürlich auch eine Feststellung. (*Heiterkeit.*) Ich habe dazu geneigt, so zu reagieren wie Dr. Heck, nämlich zu sagen, was können wir da schon machen außer der kritischen Stellungnahme, die Herr Rathke gemacht hat. Es sind zwei Gemeinden. (*Unruhe. – Zurufe:* Dorfmark und Eimbeckhausen.)

Klepsch: Der Bundesvorstand der Jungen Union war vor 14 Tagen in Hannover mit Herrn Langeheine zusammen. Ich kann sagen, es sind eigentlich nur Eulenspiegeleien, die dort vorgekommen sind. Es ist völlig unverständlich, wie das in der Publizistik so hochgespielt werden konnte. Es ist keiner der Beteiligten in irgendeiner Partei! (*Zuruf:* Sehr richtig!) Die Leute, die dort als CDU kandidieren, sind überhaupt keine Mitglieder der CDU, und die Leute, die als NPD kandidieren, sind auch keine Mitglieder der NPD. Infolgedessen kann man sie auch nicht ausschließen. (*Heiterkeit und Bewegung.*)

In Dorfmark, wo der sogenannte NPD-Mann in diese Zählgemeinschaft gegangen ist, war eine Gemeinschaftsliste vorgesehen. Es hätte kein Hahn danach gekräht, aber weil die Landesleitung der CDU darauf bestanden hat, daß überall dort, wo es möglich

66 Die „Prawda" vom 2. September 1968 kritisierte auch die Abhaltung des „Tages der Deutschen" durch den BdV in Berlin (Anm. 49): „Diese Zusammenrottung abgefeimter Revanchisten und Hetzer widerspricht in grober Weise dem besonderen Status Westberlins" (nach BPA-Nachrichtenspiegel/Ostteil Nr. 166/68 vom 2. September 1968), vgl. „Rundschau am Sonntag" vom 1. September 1968.

ist, die CDU selbst in die Schlacht zieht, hat sich die CDU aus dieser Bürgerliste zurückgezogen. Um nun das Ganze zu retten, haben alle anderen jetzt ihr Firmenschild aufgemacht, um die Zählgemeinschaft herzustellen.

Der Kandidat der NPD, ein Ingenieur, ist seit 16 Jahren in dem Gemeindeparlament, früher als Abgeordneter der DRP. Als solcher war er in einer Fraktionsgemeinschaft mit der SPD. Da hat kein Hahn danach gekräht. Und jetzt erscheint im Firmenschild: NPD mit der CDU. (*Unruhe.*) Langeheine hat alles gemacht. Er hat Parteiverfahren gegen die Beteiligten CDU-Leute eingeleitet. Das bezieht sich auf den Ort Dorfmark. Mehr kann er nicht tun. Der CDU-Landesverband und alle Bezirksvorstände haben beschlossen, keine Zählgemeinschaften mit der NPD zu machen. Wenn nun trotzdem so etwas passiert, dann kann nicht mehr geschehen, als daß das Parteiverfahren eingeleitet wird.

Die eigentliche Sorge des Herrn Diederichs ist eine andere, daß nämlich bei den Kommunalparlamenten die gewählten NPD-Leute – die überall erwartet werden – in geheimer Abstimmung bei der Wahl der Oberbürgermeister und Landräte die SPD-Oberbürgermeister abwählen.

Kiesinger: Hier etwas zu ändern, soll ja zu spät sein, weil die Frist dafür verstrichen ist. Die Geschichte hat eine gewisse psychologisch-propagandistische Bedeutung im Ausland. Aber es ist einer der Punkte, der dazu führen soll, daß ein Gewichtchen mehr in die Wagschale geworfen wird zu einer möglichen sowjetischen Intervention nach den Art. 53 und 107. Das wird alles fleißig gesammelt, um dann zu gegebener Zeit gegen uns verwendet zu werden. Deswegen bin ich dafür, eine klare Sprache zu sprechen, aber nichts zu tun, was in diesem Sinne Pulver liefert für das sehr ernste Artilleriefeuer, das nun auf uns gezielt wird. Etwas zu unternehmen in Niedersachsen halte ich auch für untunlich. Das würde die Sache nur dramatisieren und uns schaden.

Ich habe noch eine Frage an den Bundesvorstand. Seit langer Zeit ist eine Auslandsreise von mir vorbereitet und alles fix und fertig abgemacht in Ergänzung der letztjährigen Reise, als ich in Indien, Pakistan, Burma und Ceylon war.[67] Nun werde ich in die Türkei, in den Iran und nach Afghanistan reisen.[68] Es wäre natürlich außerordentlich peinlich, wenn ich diese Reise jetzt ablasen ließe. Das wäre in mehrerer Hinsicht gefährlich. Das könnte zu einer gewissen Panikstimmung bei uns beitragen. Es könnte ein Zeichen der Schwäche gegenüber der Sowjetunion sein, was ich gar nicht geben möchte, denn das ist eine politische Aktion.

Ich habe bei den Botschaftern angefragt: Denken Sie, daß die neuesten Ereignisse unsere Gespräche irgendwie erschweren könnten? Die Antwort war ganz klar und deutlich: Nein! – Besonders stark war auch die Antwort in Afghanistan, obwohl die ziemlich stark an die Sowjetunion seit unserem denkwürdigen Besuch, Herr Bundestagspräsident, in Kabul gebunden sind.[69] Inzwischen ist ein anderer Ministerpräsident dort. Sind Sie der Meinung, daß ich die Reise machen soll? (*Gerstenmaier:* So, wie die Din-

67 Vgl. Nr. 16 Anm. 3.

68 Kiesinger besuchte vom 5.–15. September 1968 die Türkei, den Iran (dazu AAPD 1968 Nr. 295) und Afghanistan. Vgl. AdG 1968 S. 14201 f.

69 Vgl. Nr. 21 Anm. 30.

ge heute stehen, ja! Sie werden mindestens einen Scheck aus der Tasche ziehen müssen! – *Zurufe:* Ja! – *Anhaltende Unruhe.*) Das muß ich so oder so. Ich habe das heute bereits angeboten. Dort unten ist ja eine furchtbare Erdbebenkatastrophe. Es sind bis jetzt 20.000 Tote und über 50.000 Verletzte dort nach dem Erdbeben.[70] (*Unruhe und Bewegung.*) – Herr Rathke!

Rathke: Ich darf vorlesen: Der Bundesvorstand der CDU hat sich in einer Sondersitzung unter Vorsitz des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Kiesinger am 2. September in Bonn mit der durch das Vorgehen der Sowjetunion in der Tschechoslowakei veränderten Lage in Europa und ihren Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland befaßt. (*Von Hassel:* Muß es eine Sondersitzung sein? – *Gerstenmaier:* Sondersitzung ist doch eine Dramatisierung, in der nichts drin ist. – *Kiesinger:* Es ist besser, keine Sondersitzung.)

Das deutsche Volk hat in diesen Tagen aufs neue erlebt, daß die nackte Gewalt des kommunistischen Zwangsstaates den Hoffnungen auf ein friedliches Zusammenleben in Europa entgegensteht. Die CDU faßt diese Tatsache nüchtern ins Auge. Sie läßt sich jedoch auch dadurch nicht davon abhalten, ihre Politik des Friedens und der Sicherung unserer Freiheit mit Entschlossenheit fortzusetzen.

Unser Mitgefühl gehört unserem schwergeprüften Nachbarvolk. Die Friedenspolitik der CDU setzt die entschlossene Abwehrbereitschaft des deutschen Volkes und der nordatlantischen Bündnisgemeinschaft voraus. Die Stärkung der Nato ist deshalb unerläßlich, die Einigung Europas zwingender als je zuvor. Europa muß mit einer Stimme sprechen. Seine Kraft wird nur wirksam, wenn die Staaten des freien Europas fest miteinander verbunden sind.

Kiesinger: Nein, meine Herren, damit kann ich nicht einverstanden sein! Es tut mir furchtbar leid, schon „kommunistischer Zwangsstaat"! (*Unruhe* und *Bewegung.*) Die kommunistischen Staaten sind nicht alle im Osten. Ich habe mich immer dagegen gewehrt. (*Starke Unruhe.*) Warum müssen wir solche Ausdrücke gebrauchen? Das alles läßt sich doch mit einer klaren Sprache auch anders sagen. (*Gerstenmaier:* Das ist eine Verurteilung, Herr Bundeskanzler, und diese Verurteilung soll sein! Wir wollen ja diese Brüder verurteilen!)

Herr Bundestagspräsident! Der amerikanische Präsident sagt: Ich habe mit tiefen Schmerz diese Entwicklung verfolgt. – Der Mann sagt das natürlich nicht umsonst so. Ich habe diese Formel nicht geliebt, aber denken Sie doch daran, daß es in der Tat für uns wichtig ist, zur Kenntnis zu nehmen, daß keine westliche Macht in dieser Sache mehr tut als eine verbale Verurteilung des Unternehmens in mehr oder weniger starker Sprache.

Dieser Gewaltakt ist geschehen in einem leider von der westlichen Welt der Sowjetunion zugestandenen Interessenbereich. Die westliche Welt hat diesen Gewaltakt verbal verurteilt und sich davon distanziert. Wir tun es auch. Wir haben sogar einen besonde-

70 Kiesinger hielt sich vom 12.–15. September 1968 in Kabul auf, vgl. ACDP 01-226-320. – In der Nacht des 31. August erschütterte ein Erdbeben die iranische Provinz Khorassan, die an Afghanistan und die Sowjetunion grenzt, vgl. AdG 1968 S. 14167.

ren Grund, es zu tun, nämlich im Blick auf den anderen Teil Deutschlands. Das ist ganz anders als bei anderen Ländern. Das ist unser Problem, daß dieser Teil Deutschlands zu dieser sozialistischen Völkerfamilie gezählt wird. Um so differenzierter müßte unsere Sprache sein. Ich kann einfach weder einen innenpolitischen noch einen außenpolitischen Effekt darin sehen, daß wir das so sagen.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler, wenn Sie das wollen, nämlich unter Umständen aus Gründen der Staatsräson und im Blick auf Ihre Verpflichtungen gegenüber dem deutschen Volke darauf bestehen müssen, dann bin ich bereit, mich dem in Gottes Namen zu fügen. Aber dann schlage ich vor, nur eine kurze redaktionelle Mitteilung zu machen, der Bundesvorstand der CDU habe sich eingehend mit der Lage befaßt und seine Politik überprüft. Sie beharre auf der Beibehaltung ihrer Politik des Friedens und der Freiheit. Aus!

Kiesinger: Nein, wir müssen zu diesem Punkt mehr sagen und die Konsequenzen ziehen. (*Starke Unruhe. – Gerstenmaier:* Aber, Herr Bundeskanzler, wir Zeitgenossen in einem Nachbarvolk können unmöglich hier einfach das verschweigen ...) Aber, lieber Herr Bundestagspräsident! Was ist mit den Esten, (*Anhaltende Unruhe. – Gerstenmaier:* Genau wie beim Hitler!) mit den Letten, was ist mit den Litauern geschehen? Das ist doch ein Faktum. Daß wir das verurteilen und auch zum Ausdruck bringen, dagegen habe ich gar nichts. Aber wir können es doch in einer Sprache tun, die weniger – wie soll ich sagen – hart ist. (*Klepsch:* Wäre es nicht besser, Totalitarismus statt Zwangsstaat zu sagen? – *Gerstenmaier:* Nein, das können wir nicht sagen. – *Unruhe.*)

Die Haltung zu diesem Problem ist doch ganz einfach. Wir wissen, daß die Sowjetunion in diesem Bereich herrscht. Die Methoden ihrer Herrschaft wählt sie je nach der Situation, und zwar ungehindert durch die übrige Völkerfamilie. Das ist die Lage.

Die Frage, wie man nun Stellung nimmt, wie man urteilt, welche Sprache man wählt, ist eine Sache der Zweckmäßigkeit. Das kann nur danach entschieden werden, wie müssen wir es unserem Volke sagen. Was erwartet unser Volk von uns als Aussage, und wie müssen wir es der Welt gegenüber sagen. Der Welt gegenüber nützt uns eine solche starke Sprache gar nichts, der Sowjetunion gegenüber schon lange nicht, denn die tut doch, was sie will. Es bliebe also die einzige Frage, was erwartet unsere Bevölkerung von uns.

Nach meiner Meinung erwartet unsere Bevölkerung von uns die klare Aussage: Was da passiert ist, ist schlimm. Das ist zu verurteilen. – Das haben wir ja getan; das hat die Bundesregierung getan. Das können wir ruhig wiederholen. Dagegen habe ich gar nichts. Ich weiß nicht mehr die Formel, die die Bundesregierung gewählt hat. Sie entspricht der Formel, die viele Staaten gewählt haben. Dann kommt ein gewisser Sprung, nämlich der Sprung von dem, was die Sowjetunion in ihrem Interessenbereich tut, und dem, was daraus möglicherweise an Bedrohungen über diesen Bereich hinaus zu befürchten ist, d. h. für uns in erster Linie Berlin und zweitens die Frage der Wiedervereinigung, die uns blockiert wird, wenn es heißt: Niemals darf ein sozialistischer Staat aus der sozialistischen Familie ausgebrochen werden. Ob wir das in einer solchen Resolution so schnell unterbringen können, das weiß ich nicht. Das muß in unserer prakti-

schen Politik gemacht werden. Deshalb bin ich dafür, klipp und klar zu verurteilen und dann die Konsequenzen zu ziehen. (*Gerstenmaier:* Ich kann nur sagen, Herr Bundeskanzler, die Sprache hat nach meinem Empfinden den Sinn, einen Tatbestand so adäquat wie möglich zu treffen.) Das ist politisch zwecklos! (*Gerstenmaier:* Hier steht zweierlei zur Debatte. Wir müssen sprechen mit der freien Sprache einer freien Partei! – *Unruhe.*) Die Partei ist nicht frei! Sie steht unter dem Zwang der Gegebenheiten genauso wie der Bundeskanzler! (*Anhaltende Unruhe.*) – Herr Niermann!

Niermann: Wir müssen eine Sprachregelung finden, die dem augenblicklichen Tatbestand gerecht wird. Wir mögen uns drehen und wenden, wie wir wollen, Herr Bundestagspräsident, mit dieser Aussage wird nicht der Bundesparteivorsitzende identifiziert, sondern der Bundeskanzler. (*Gerstenmaier:* In Moskau, ja! – *Kiesinger:* Nicht nur von Moskau aus. – *Unruhe.*) Der Herr Bundeskanzler hat uns vorhin die Thesen unterbreitet, die heute nachmittag ihm der russische Botschafter hier vorgelegt hat. Wenn wir den Ausdruck „kommunistischer Zwangsstaat" gebrauchen, könnte das meines Erachtens schon als Einmischung in die internsten Angelegenheiten ausgelegt werden. (*Kiesinger:* Natürlich!) Ich bin der Meinung, wir müssen hier eine Sprachregelung finden, um der augenblicklichen Situation gerecht zu werden, damit wir unseren Bundeskanzler dahingehend unterstützen, daß er auch glaubwürdig bleibt. (*Unruhe und Bewegung.*)

Kiesinger: Meine Herren! Lassen Sie mich jetzt einmal versuchen, eine Formulierung so ins Blaue zu sprechen: Die Ereignisse in der Tschechoslowakei haben aufs neue bewiesen, wie bedroht der Friede in Europa ist. (*Zurufe:* Die Freiheit!) Wenn wir „Freiheit" sagen, dann ist schon wieder ein Sprung drin, schon wieder eine Einmischung. Haben wir einen Anlaß im Augenblick, uns da einzumischen? (*Klepsch:* Aber, Herr Bundeskanzler, ist nicht das Wort „Friede" auch so auszulegen? Durch den Einmarsch wird der Friede bedroht. – *Unruhe.*)

Das würde ich anders sehen. Ich meine, wenn die Sowjetunion sich dazu entschließt, in dieser Situation einen solchen Gewaltakt zu setzen, daß sie dann gar nicht mehr berechnen kann, was sie damit auslöst. Ein solcher Zwangsakt kann, gegen ihr Kalkül, zur Bedrohung des Friedens allgemein werden. Deshalb meine ich, wir sollten „Frieden" sagen. Sagen wir aber „Freiheit", dann nimmt sie das sofort wieder auf und sagt: Aha, wiederum die Einmischung! Ihr verlangt Freiheit für die Völker des Ostens. – Das mögen wir verlangen, das mag unsere Intention sein, nur ist die Frage, ist es zweckmäßig, das jetzt zu sagen?

Ich würde ganz einfach sagen: Die Ereignisse in der Tschechoslowakei ... (*Lebhafte Unruhe und Bewegung. – Zuruf:* Die letzten Ereignisse ... – *Zuruf:* Der Ablauf der Ereignisse in der Tschechoslowakei hat erneut bewiesen, wie ...) Noch einmal: Der Ablauf der Ereignisse in der Tschechoslowakei hat erneut bewiesen, wie gefährdet der Friede in Europa ist.

Dann würde ich fortfahren, daß wir uns nach wie vor einsetzen wollen für die Anbahnung eines dauerhaften Friedens.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Ich muß anmelden, daß ich unter keinen Umständen damit einverstanden bin! Ich finde, daß das jetzt zur Charakterfrage der Füh-

rung der größten Partei Deutschlands wird. (*Kiesinger:* Wieso denn?) Jetzt wird es ernst! Herr Bundeskanzler, wir können unmöglich das, was wir sprechen wollen als Bundesvorstand der CDU in letzter Instanz, dem Maßstab unterwerfen: Werden die Russen darin eine Provokation sehen, ja oder nein? Wenn sie sie sehen wollen, dann können wir sagen, was wir wollen, oder auch nichts sagen. Sie werden tun, was ihnen in den Kram paßt.

Wir begeben uns unserer Freiheit! Wir begeben uns unserer Spontaneität, unserer moralischen Äußerung! (*Unruhe.*)

Kiesinger: Wir haben keine moralischen Äußerungen abzugeben in der Politik! (*Gerstenmaier:* Doch!) Nein! Wir haben Politik zu machen, die im Interesse unseres Volkes liegt!

Und ich muß mich auf das entschiedenste dagegen wehren, daß hier eine Sprache gesprochen wird, die diese Interessen gefährdet!

Das hat mit Charakter gar nichts zu tun, im Gegenteil! Es ist besser, wenn man in einer solchen Situation – trotz der Gefühle, die wir alle teilen – eine Sprache spricht, die die Sache nennt, ohne daß man sich in die Gefahr begibt, sofort mißbraucht werden zu können durch eine Propaganda, die sich doch nicht nur innerhalb der östlichen Welt bewegt, und die auch berücksichtigt, daß man drüben auf der Lauer liegt, um eine Intervention vornehmen zu können und um sich im Falle einer solchen Intervention zu exkulpieren.

Sagen wir also klipp und klar, was ist, aber in einer Sprache, die nicht sofort wieder, indem man einen Satz herausgreift, gegen uns verwendet werden kann. Deswegen sage ich, jedes Wort muß überlegt werden, wie z. B. „Freiheit". (*Gerstenmaier:* Wenn man das nicht sagt, hat es doch gar keinen Zweck! Denn es ist nicht nur der Friede, sondern auch die Freiheit gefährdet! Das ist doch das Mark der Sache, das uns angeht! – *Unruhe.*) Entschuldigen Sie, das ist nicht wahr! Und das ist nicht erwiesen! Es läßt sich durchaus die These aufrechterhalten, daß die Russen das in ihrem ohnehin zugestandenen Machtbereich vornehmen. Die Frage der Freiheit ist drüben nicht gestellt! Jedenfalls wird sie von uns drüben nicht gestellt. (*Stingl:* Aber die Menschen, die betroffen waren und sind, Herr Bundeskanzler!) Haben wir denn ein Bekenntnis abzugeben? (*Zurufe:* Ja! – *Anhaltende Unruhe.*) Nein, das haben wir nicht! Wir haben Politik zu machen! (*Stingl:* Der Friede war meiner Meinung nach auch nicht bedroht. – *Lebhafte Unruhe. – Gerstenmaier:* Eine moralische Angelegenheit.) Nein, Herr Stingl, weil sie das nicht unter Kontrolle halten können! Wer einen solchen Gewaltakt unternimmt, nehmen Sie mal an, die ganze tschechische Armee wäre über die Grenze gegangen ... (*Starke Unruhe. – Dufhues:* Dasselbe Argument gilt dann aber auch in gleicher Weise für die Freiheit!) Das Argument der Freiheit, Herr Dufhues, trifft doch die Interpretation, daß wir Freiheit für die drüben fordern. (*Anhaltende Unruhe.*) Die Frage ist ganz einfach, ob das in diesem Augenblick zweckmäßig ist. Daß wir auf eine Entwicklung hoffen, die auch denen drüben Freiheit bringt, ist klar. Warum sollen wir nicht sagen „Bedrohung des Friedens"? Das genügt doch. Das ist doch die Geschichte, auf die es ankommt. (*Gerstenmaier:* Das große Thema ist doch, daß der Friede bedroht ist, weil es um die

Freiheit geht. Deshalb ist der Friede bedroht. Das ist doch die Substanz der Sache! – *Unruhe.*)

Herr Bundestagspräsident! Wenn Sie sagen „Freiheit", dann heißt das von drüben, Einmischung in die Interessen des sozialistischen Lagers. (*Gerstenmaier:* Das mag sein!) Wenn Sie sagen wollen, daß wir um unsere Freiheit besorgt sind, dann sagen Sie, daß die Freiheit und der Friede ... (*Anhaltende starke Unruhe. – Klepsch:* Der ursprüngliche Satz war besser, da waren Friede und Freiheit von uns aus gemeint.) Damit bin ich einverstanden. (*Gerstenmaier:* Und in Europa!) Das ist doch das große Problem. Ich habe dem Mann erklärt – und das müssen wir der Sowjetunion erklären: Wir mischen uns nicht ein in die inneren verfassungsmäßigen Verhältnisse des sozialistischen Lagers. (*Stingl:* Es geht um die Bedrohung des Friedens und unserer Freiheit!)

Gerstenmaier: Es gibt doch eine Solidarität mit der Freiheit in Europa. Herr Bundeskanzler, ich habe großes Verständnis dafür, daß Sie sich in Anbetracht dieser Intervention in einer besonderen Schwierigkeit befinden. Ich empfehle deshalb, dann ganz darauf zu verzichten. Wir müssen ja nicht jede Sitzung des Bundesvorstands mit Erklärungen beschließen. Aber wenn wir schon eine geben, dann muß sie so tonrein wie nur möglich sein.

Dufhues: Ich widerspreche nachdrücklich der Anregung von Herrn Gerstenmaier, keine Erklärung zu geben. Das wäre die erste Sitzung des Bundesvorstands, in der keine Erklärung herausgegeben würde. (*Unruhe.*)

Kiesinger: Meine Herren! Darf ich Ihnen einmal die Regierungserklärung vorlesen, die nach meiner Meinung genau das alles enthält:

„1. Die völkerrechtswidrige Invasion der Tschechoslowakei hat deren Souveränität tiefgreifend verletzt und eine schwere internationale Krise hervorgerufen. Diese Krise kann infolgedessen nur beendet werden, wenn die Souveränität des tschechoslowakischen Volkes vollständig wiederhergestellt und die Invasion rückgängig gemacht wird." (*Bewegung und Widerspruch.*)

Augenblick, meine Herren! Das ist in einem Augenblick geschehen, wo es der allgemeinen internationalen Sprache angeschlossen war.

„Die Bundesregierung hofft, daß diese Erkenntnis sich auch in der Führung der Sowjetunion durchsetzen wird.

2. Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ist durch das nordatlantische Bündnis gewährleistet, das in der Lage ist, Freiheit und Sicherheit aller seiner Mitglieder wirksam zu verteidigen.

3. Die Vorgänge in Osteuropa haben gezeigt, daß es mehr denn je notwendig ist, rücksichtslose Machtpolitik durch eine dauerhafte Friedensordnung zu ersetzen, die allen europäischen Staaten Sicherheit verbürgt. Die Bundesregierung wird daher ihre bisher realistische und illusionslose Arbeit für eine europäische Friedensordnung fortsetzen.

4. Diese Politik kann ohne gefährliches Risiko und mit der Aussicht auf Erfolg nur geführt werden auf der festen Grundlage der europäischen Gemeinschaft und des atlan-

tischen Bündnisses. Die Bundesregierung wird dafür eintreten, daß diese Fundamente der deutschen, europäischen und alliierten Politik verstärkt werden.

5. Die Bundesregierung bekräftigt ihre Entschlossenheit, auf dem Wege zu einer Friedensordnung alle offenen oder strittigen Fragen unter Verzicht auf Gewalt ausschließlich mit friedlichen Mitteln durch Verhandlungen zu lösen."[71] (*Klepsch:* Herr Bundeskanzler, ich schlage vor, daß wir diese Erklärung der Bundesregierung einfach übernehmen. – *Lemmer:* Wunderbar!) Das ist die Erklärung, die die Verurteilung des Schrittes enthält. Dann kann der Bundesvorstand einfach sagen, daß er – wie sollen wir das formulieren?

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler, ich weiß nicht, ob es erfolgsversprechend ist, daß wir jetzt noch nach einem so arbeitsreichen Tag – insbesondere für Sie, Herr Bundeskanzler – eine Formulierung hier machen sollen. Ich schlage vor, daß der Bundesvorstand Sie und zwei Herren ermächtigt, einen Text entsprechend den Gedanken der Regierungserklärung zu formulieren. Dann kann das morgen früh herausgegeben werden. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Den Gedanken habe ich auch schon gehabt. Meine Herren! Ich bitte Sie doch zu verstehen, mit welcher Sorge ich unsere Politik abzusichern versuche – nicht nur gegen die Sowjetunion. Daß die Sowjetunion weiß, was sie will, und entschlossen ist, das zu tun, was sie will, ist sicher.

Worauf es ankommt, ist doch, daß wir uns in Einklang setzen mit unseren Verbündeten. Das ist das Entscheidende der Stunde. (*Lebhafte Unruhe.*) In der Zwischenzeit hat sich einiges getan. – Herr Kohl!

Kohl: Ich bin mit dem Verfahren einverstanden, wenn sichergestellt ist – hier an diesem Punkt möchte ich unseren Freund Gerstenmaier unterstützen –, daß nicht nur die Stimmungslage nach außen, sondern auch die Stimmungslage nach innen berücksichtigt wird. Sie war ja sehr deutlich in der Regierungsverlautbarung als erste Reaktion enthalten. Aber das kann man heute so nicht mehr formulieren. Es sind inzwischen zehn Tage ins Land gegangen. Es muß ein Halbsatz oder ein Satz – das ist mir egal – mit anklingen, der aus der Sicht der größten deutschen Partei, in einer spezifischen Tradition der CDU, gesehen wird. Es soll kein Blabla und auch kein nationalistisches Gerassel sein, aber doch sozusagen die moralische Qualifikation der Position zeigen, auf der wir stehen.

Ich halte es gar nicht für so schwer, das zu formulieren; allerdings kann man es nicht um 23.00 Uhr in einem solchen Kreis und nach einem solchen Tag, den jeder von uns heute hinter sich gebracht hat, machen. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Ich sehe auch kein Unglück darin, wenn es erst morgen früh herausgeht. Ich würde nur dringend darum bitten, daß neben dem Gedanken der Friedensordnung, so wie Sie es formuliert haben, auch ein Anklang davon zu spüren ist, was wir als Leute der CDU empfinden.

Es ist völlig richtig, daß wir gerade die allerjüngsten politischen Entwicklungen dabei berücksichtigen müssen, auch das, was wir heute hier im Hause erlebt haben. Auch

71 Regierungserklärung Kiesingers, die am 28. August im Kabinett behandelt worden war, am 25. September 1968, vgl. Sten.Ber. 5. WP 185. Sitzung S. 10049–1056, hier S. 10051.

für Sie, Herr Bundeskanzler, als dem Vorsitzenden der CDU Deutschlands, soll gleichzeitig drin stehen, was zigtausende unserer Mitglieder und hunderttausende unserer Anhänger, unserer Stimmbürger – um es einmal so zu sagen – empfinden.

Wir müssen es nach zwei Seiten hin artikulieren. Diese Formulierung muß ein bißchen über den nüchternen Regierungsstil – der hier durchaus angebracht war – hinausgehen. Es muß auch dieses Gefühl der Leute zum Ausdruck kommen, zwar nicht das Wort Solidarisierung, aber doch das, was hier mitschwingt, was wir nicht nur als Menschen in der Bundesrepublik, sondern auch als Europäer empfinden.

Ich habe keine Bedenken, wenn zwei oder drei von uns das übernehmen. Das wird auf alle Fälle besser, wenn es morgen früh formuliert wird, als wenn wir jetzt hier so weitermachen. Das ist ganz sicher.

Kiesinger: Ich erkläre noch einmal: Ich bin nicht gegen eine Feststellung des völkerrechtswidrigen Aktes. Das ist eine ganz klare Sache und eine ganz klare Aussage. Feindseligkeiten wird die Sowjetunion auch daraus heraushören. Aber wenn wir sagen „kommunistischer Zwangsstaat", dann bekommt das eine andere Qualität.

Das allerschlimmste, was kommt: Tito, der im geheimen darauf wartet, daß wir ihm helfen, wird sich gezwungen sehen, wieder dagegen Sturm zu laufen. Das wäre ein höchst unerwünschtes Ergebnis. (*Klepsch:* Wir könnten sagen: Der Bundesvorstand billigt den Inhalt der Regierungserklärung und ermächtigt ein Gremium, das zwei Herren und Sie umfaßt, auf dieser Grundlage einen Beschluß zu formulieren.) – Herr Blank!

Blank: Ich widerspreche dem. Ich bin nicht geneigt, am nächsten Tag in der Zeitung zu lesen, an welchem Beschluß ich angeblich mitgewirkt habe. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich stimme dem nicht zu, meine Herren! Ich weiß doch nicht, was daraus gemacht wird. Wenn ich einer Resolution zustimmen soll, dann will ich sie in ihrem Wortlaut vorher kennen.

Kiesinger: Herr von Weizsäcker!

Von Weizsäcker: Aber ein Kommuniqué der Bundesvorstandsitzung haben wir doch nie kollektiv formuliert. (*Blank:* Aber vorher gehört. Ich bin dagegen.) Wir habe doch die möglichen Gesichtspunkte ausgetauscht. Wir wissen, daß eine moralische Qualität in der Sache sein muß. Wir dürfen aus moralischen Fragen nicht schlechthin Politik machen. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Meine Herren! Darf ich um Ruhe bitten! Machen wir doch ein kleines Redaktionskomitee! Haben Sie doch Verständnis dafür, daß ich überlastet bin. Ich muß morgen in die schwerste Sitzung des Haushalts und der Mittelfristigen Finanzplanung. Setzen sich doch kurz diejenigen zusammen, von denen wir hoffen, daß bei ihnen ein Ergebnis herauskommt, das wir der Sache nach wollen. Ich würde vorschlagen den Herrn Bundestagspräsidenten. (*Gerstenmaier:* Soll der Bundeskanzler nicht dabei sein?) Ich halte mich zur Verfügung. Ich wiederhole: Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier, Dr. Kohl und von Weizsäcker. (*Kohl:* Ich muß heimfahren heute nacht!) Nein, ich meine, jetzt! Nehmt eine Flasche Wein dazu. Ich halte mich draußen im Garten zur Verfügung. (*Sehr starke Unruhe.* – *Kohl:* Dufhues muß dabeibleiben! – *Dufhues:* Ich

muß weg! – *Gerstenmaier:* Es fällt mir schwer, mit diesen Halunken freundlich zu reden. – *Heiterkeit.*)

Freundlich nicht! Also, lassen Sie mich zunächst einmal heraus, weil Sie sagen, der ist doch befangen, der hat heute dem Zarapkin die Erklärung abgegeben. Formulieren Sie also, dann kann ich sagen, so geht es. (*Blank:* Ich stimme dem nicht zu!) Ja, wir haben es gehört! (*Sehr starke Unruhe. – Kohl:* Nehmen Sie Dufhues noch dazu! – *Dufhues:* Ich bin mit der Formulierung einverstanden.)

Meine Herren! Ich wünsche Ihnen guten Erfolg. Damit darf ich die Sitzung schließen.

21

Bonn, Freitag 20. September 1968

Sprecher: Barzel, Blank, Dufhues, Fay, Filbinger, Gradl, Hahn, von Hassel, Heck, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Kraske, Lemke, Lemmer, Lücke, Meyers, Schäfer, Scheufelen, Schmücker, [Schröder], Schwarzhaupt, Stingl, Streibl, von Weizsäcker.

Bericht über die Sitzung des CDU-Bundesfinanzausschusses. Verlauf des Parteitags in Berlin. Umwandlung des Wirtschaftsrats in eine Vereinigung. Umwandlung der Landesverbände Exil-CDU und Oder/Neiße in eine Vereinigung der Vertriebenen und Flüchtlinge. Wahlkongreß, Eröffnungskundgebung und Parteitag 1969. Beratung und Beschlußfassung über den von der Programmkommission vorgelegten Entwurf eines Aktionsprogramms. Verschiedenes.

Beginn: 9.30 Uhr *Ende: 18.45 Uhr*

Heck: Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler und Parteivorsitzende wird sich etwas verspäten. Er hat mir sagen lassen, wir möchten schon mit den Beratungen beginnen. Die Tagesordnung liegt Ihnen vor. Wird das Wort gewünscht? (*Schmükker:* Ich würde gern einen Bericht geben über die gestrige Sitzung des Finanzausschusses.[1]) Ich glaube, es ist zweckmäßig, daß wir diesen Bericht vorweg hören. – Bitte sehr!

Bericht über die Sitzung des Bundesfinanzausschusses

Schmücker: Gestern hat der Bundesfinanzausschuß der Partei getagt. Zu dieser ersten Sitzung seit meiner Amtszeit als Bundesschatzmeister wurden auf Anregung von Herrn Dr. Kohl die Vorsitzenden der Landesverbände ebenfalls eingeladen, die auch in großer Zahl teilgenommen haben.

Nach einem Bericht über den Stand der Finanzen der Bundespartei und des Etats von 1968 hat der Bundesfinanzausschuß vor allem drei Problembereiche beraten: 1. Die Führung der Geschäfte durch den Bundesschatzmeister, 2. die Koordinierung der Spendenarbeit und 3. den Entwurf einer Beitrags- und Finanzordnung.

Dabei wurde über folgende Fragen Einmütigkeit erzielt: 1. Die Aufgabe des Bundesschatzmeisters ist vor allem, für die Deckung des Etats die erforderlichen Mittel zu beschaffen. Ich lege das Schwergewicht auf diese Betonung, weil ich weniger in den Vollzug einbezogen werden möchte. Die Beschaffung der Mittel erfolgt aus drei Einnahmequellen: Mitgliederbeiträge, öffentliche Mittel und freie Mittel. Aus diesen Beträgen sollen rechtzeitig, d. h. Monate im voraus, der Geschäftsstelle zur Deckung des Etats die Beträge zur Verfügung gestellt werden.

1 Protokoll vom 19. September 1968 in ACDP 07-001-051/1.

Über den Etat und die ihm im Rahmen des Etats zur Verfügung gestellten Beträge verfügt der Bundesgeschäftsführer bzw. der Generalsekretär frei und voll verantwortlich. Ich bitte um Verständnis für diese Maßnahme; ich halte es nicht für gut, daß die Schecks in großer Höhe von mir unterschrieben werden müssen, ohne daß ich eine Kontrollmöglichkeit habe. Ich bin der Meinung, daß die Beschaffung der Mittel von der Ausgabenwirtschaft getrennt werden muß und daß für die Ausgabenwirtschaft die Bundesgeschäftsstelle voll verantwortlich ist und daß dort die üblichen Prüfungen gemacht werden, aber daß diese Dinge nicht durcheinander gewürfelt werden.

Der Geldverkehr zwischen der Bundesgeschäftsstelle und den Landesverbänden bezüglich der Einnahme und der Verwaltung der Mitgliedsbeiträge soll nach wie vor unmittelbar erfolgen. Über die öffentlichen Mittel verfügen der Generalsekretär und der Bundesschatzmeister gemeinsam. Sie werden in der Bundesgeschäftsstelle vereinnahmt und verwaltet. Über den Ausbau der stellvertretenden Zeichnungsberechtigung sollte das Präsidium gelegentlich einen Vorschlag machen. Ich weiß nicht, welche Instanz das bestätigen muß. Ich wollte nur darauf aufmerksam machen. Für das Hereinholen von Spenden und Geldern gegen die Hergabe von wirtschaftlichen Gegenleistungen wird der Bundesschatzmeister sich wie bisher des Unionverlages bedienen.

Vorgestern hat der Aufsichtsrat des Unionverlages[2] getagt. Herr Dr. Scheufelen, der seit der Gründung des Unionverlages den Vorsitz innehat, hat vorgeschlagen, daß der Vorsitz, wie es auch ursprünglich vorgesehen war, durch den Schatzmeister eingenommen wird. Dieser Wechsel im Vorsitz hat noch nicht stattgefunden, und ich finde es deshalb auch sinnvoll, daß ich mich der Einrichtung des Unionverlages bediene, um meine Aufgaben als Bundesschatzmeister zu erfüllen.

Es wurde grundsätzlich Einmütigkeit darüber erzielt, daß eine bestimmte Gruppe von Firmen unmittelbar durch die Spitze der Industrie angesprochen wird. Das ist eine Gruppe von 114 Firmen, eine weitere Gruppe finanzkräftiger Unternehmen, etwa 500, grundsätzlich durch den Schatzmeister und die Landesverbände gemeinsam. Die Abstimmungsmodalität brauche ich hier nicht im einzelnen zu erläutern. Für die Zahlung dieser Firmen werden z. T. wirtschaftliche Gegenleistungen erbracht werden müssen. Der verbleibende Erlös wird gemäß den bestehenden Verträgen zwischen dem Unionverlag und dem Landesverlag abgerechnet, und zwar 50 % an die Landesverbände.

Das Verfahren und die Kostendeckung für dieses Verfahren wurden im einzelnen besprochen und festgelegt. Weitere 13.500 wirtschaftsstarke Firmen sollen ohne Einschaltung der Bundespartei von den Landesverbänden – und das wird in der Praxis bedeuten, wesentlich von den Kreisverbänden – angegangen werden. Dem Bundesfinanzausschuß und den Landesvorsitzenden habe ich als Diskussionsgrundlage einen Entwurf für eine Beitrags- und Finanzordnung vorgelegt. Bei diesem Entwurf haben folgende Überlegungen Pate gestanden: Die bisherige Beitrags- und Finanzordnung stammt aus dem Jahre 1959 und war nur vorläufig. Nach der Verabschiedung des neuen Statuts in

2 Der Unionverlag wurde im Dezember 1959 gegründet als „Presse und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH", der Eintrag ins Handelsregister erfolgte am 27. Januar 1960. Vgl. auch Nr. 25 Anm. 37.

Braunschweig[3] müssen die Bestimmungen der Beitrags- und Finanzordnung dem geltenden Statut angepaßt werden. Das Parteiengesetz enthält eine Reihe von zwingenden Vorschriften, die wir erfüllen müssen. Die schwierigste wird sein, daß, wenn die Sonderausgaben des Bundesanzeigers mit allen Beilagen, Herr Fraktionsvorsitzender, erscheinen, jede Landespartei die Abrechnung meinem Bericht beifügen muß. Ich will also, daß Sie sich vorstellen, in welchem Umfang der Bundesanzeiger demnach zu erscheinen hat. Das wird dem Bundestagspräsidenten zugeleitet und dann im Bundesanzeiger veröffentlicht. Das wird natürlich eine interessante Basis sein für Kapitalspiele und ähnliche Dinge usw.

Für uns ist das mit einem großen Aufwand an Arbeit verbunden. Wir wollen es erst einmal durchprobieren, und dann muß weiter darüber geredet werden. Mir kommt es sehr darauf an, daß wir bei der Finanzierung das höchstmögliche Ergebnis erzielen. Darum ist die Zusammenarbeit der Landesverbände mit dem Bundesschatzmeister, aber auch der Vereinigungen mit dem Bundesschatzmeister unbedingt notwendig. Es ist doch so, daß, wenn jemand von verschiedenen Seiten angegangen wird, wahrscheinlich keiner etwas bekommt, weil es immer auf den anderen geschoben wird, der habe schon etwas. Es sollen die bewährten Methoden, die wir eingeführt haben, beibehalten werden. Das ist also auch die Einschaltung der wirtschaftlichen Unternehmen.

Die Beitrags- und Finanzordnung muß nach den Bestimmungen des Parteiengesetzes vom Parteitag beschlossen werden. Wir waren uns gestern sehr rasch darüber einig, daß sich der Parteitag in Berlin mit der Verabschiedung einer Beitrags- und Finanzordnung wird nicht beschäftigen können; andererseits hat der Bundesfinanzausschuß meiner Vorstellung zugestimmt, daß jetzt schon nach Prinzipien verfahren wird, die einerseits durch das Parteiengesetz zwingend vorgeschrieben und andererseits für eine wirkungsvolle Koordinierung der Finanzgebarung unerläßlich sind.

Zu einer wirklichen Beratung der Beitrags- und Finanzordnung und aller damit zusammenhängenden Fragen hat der Bundesfinanzausschuß gemeinsam mit den Landesvorsitzenden eine Kommission unter meinem Vorsitz gebildet. In dieser Kommission sind sowohl die Landesvorsitzenden als auch die Landesschatzmeister, Landesgeschäftsführer wie auch Vertreter der Vereinigungen. Die Bundesgeschäftsstelle nimmt natürlich an den Beratungen mit der Abordnung teil, die sie für richtig hält. Wir haben bei der Zusammensetzung dieser Kommission die regionalen Gesichtspunkte berücksichtigt. Es sind alle Landesverbände vertreten. Die Kommission ist zwölf Mann stark. Die Kommission soll noch vor dem Bundesparteitag erstmals zusammentreten; denn es besteht ja die Möglichkeit, daß auf diesem Bundesparteitag oder im Ausschuß oder im Vorstand finanzielle Fragen angeschnitten werden. Ich möchte dann die Fragen nicht ohne Beratung mit der Finanzkommission beantworten. Wir haben uns vorgenommen,

3 Zur Beratung und Abstimmung über die Satzungsänderungen vgl. CDU, 15. BUNDESPARTEITAG S. 61–109. Vgl. Hinweise zum Parteiengesetz und zum neuen Statut der CDU (o. J.) in ACDP Dokumentation 2/201/4–1–1; die Finanzordnung vom 28. September 1959 wurde ersetzt durch Beschluß des CDU-Bundesparteitags Mainz vom 18. November 1969 (vgl. Statut und Finanzordnung der CDU. Stand: März 1970. Union-Betriebs-GmbH Bonn o. J.).

bis zum Frühjahr des nächsten Jahres eine Vorlage zu erarbeiten. Wie wir dann weiter verfahren, muß im Präsidium abgestimmt werden. Ich glaube aber, daß wir fertig sein müssen, wenn wir gehalten sind, nach dem Gesetz erstmals den Bericht vorzulegen. Und das ist im Oktober nächsten Jahres der Fall. Wir müssen bis zum Oktober des nächsten Jahres für dieses Jahr den Bericht beim Bundestagspräsidenten einleiten. Bis dahin müssen wir die Finanzordnung verabschiedet haben. Alle Damen und Herren, die sich beteiligen, haben auch ihre Bereitschaft erklärt, bis März/Februar diese Arbeit unter Dach und Fach zu bringen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn sich der Bundesvorstand mit dem Verfahren und den Grundsätzen, die der Bundesfinanzausschuß für die Arbeit aufgestellt hat, einverstanden erklären würde. Ich stehe natürlich selbstverständlich zu weiteren Auskünften zur Verfügung. Wenn Sie es wünschen, werde ich die Namen der Mitglieder verlesen. (*Zurufe:* Verlesen!)

Als Landesvorsitzende: Noltenius und Scheufelen, als Landesschatzmeister Boehm[4], Schirpenbach[5], Stoltenburg[6], Theisen[7] und Kiep[8], von den Vereinigungen Russe, als Landesgeschäftsführer Herr Krey[9], von Münster[10] und Herr Schiestl[11], von der Bundespartei Herr Dr. Kraske und Herr Müllenbach.

Heck: Ich danke Herrn Schmücker für seinen Bericht. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kann ich feststellen, daß der Bundesvorstand damit einverstanden ist, daß die Kommission zur Erarbeitung einer Finanzordnung, wie sie vorgeschlagen ist, vom Bundesvorstand beauftragt ist. (*Schmücker:* Und daß wir einstweilen nach den Grundsätzen verfahren, wie es gestern beschlossen worden ist!) Ja! Wir werden ja ohnehin über einige Dinge noch im Präsidium zu sprechen haben und dann dem Bundesvorstand in der nächsten Sitzung vortragen. Ich schlage vor, daß wir uns, bevor wir mit der Tagesordnung beginnen, darüber verständigen, wie die Tagesordnung auf

4 In der Vorlage: Böhm. – Hans-Joachim Boehm (geb. 1920), Schatzmeister des LV Berlin.

5 Josef Schirpenbach (1906–1970), Direktor der Landesversicherungsanstalt Westfalen in Münster; 1928 Zentrum, 1946–1951 Vorsitzender des KV Bochum, 1946–1952 Vorsitzender der CDU-Ratsfraktion, 1958–1962 MdL Nordrhein-Westfalen.

6 In der Vorlage: Scholtenberg. – Erich Stoltenburg, Schatzmeister des LV Schleswig-Holstein.

7 In der Vorlage: Kaiser. – Otto Theisen (geb. 1924), Jurist; Schatzmeister des LV Rheinland-Pfalz, 1971–1979 Justizminister von Rheinland-Pfalz.

8 In der Vorlage: Ding. – Walter Leisler Kiep (geb. 1926), Kaufmann; 1965–1976 und 1980–1982 MdB (CDU), 1967–1976 Schatzmeister des LV Hessen, 1971–1992 Bundesschatzmeister, 1976–1980 Finanzminister in Niedersachsen, 1978–1980 MdL Niedersachsen. Vgl. LEXIKON S. 295 f.

9 In der Vorlage: Breit. – Franz Heinrich Krey (geb. 1930), Journalist; 1954–1960 Kreisvorsitzender der JU Rheinisch-Bergischer Kreis, 1956–1961 Mitglied des Landesvorstands und des Deutschlandrats der JU, 1965–1974 Stadtverordneter in Bergisch-Gladbach, 1966–1977 Geschäftsführer des LV Rheinland, 1975–1990 Vorsitzender des KV Rheinisch-Bergischer Kreis, 1976–1994 MdB, 1984–1989 Bürgermeister von Bergisch-Gladbach.

10 Carl von Münster (geb. 1920), 1956–1960 Geschäftsführer des LV Hannover und 1956–1968 Geschäftsführer der CDU in Niedersachsen.

11 In der Vorlage: Diestel. – Martin Schiestl, Geschäftsführer des LV Süd-Baden.

dem Parteitag in Berlin[12] aussehen soll und wie die Arbeit auf die einzelnen Tage verteilt wird. Sie haben eine Vorlage, so daß ich das nicht im einzelnen zu verlesen brauche. Der Parteitag steht unter dem Thema, das durch die Beratungen und Verabschiedung des Aktionsprogramms gegeben ist.

Verlauf des Parteitags in Berlin

Es sind drei Reden vorgesehen, das Referat des Bundeskanzlers, mein Bericht, der im großen und ganzen auch die Ausführungen enthält, die vorgesehen sind, um die Beratungen des Aktionsprogramms einzuleiten; dann der Bericht des Fraktionsvorsitzenden. Nun zur Verteilung auf die vier Tage! Der Bundesparteivorsitzende wird voraussichtlich seine große politische Rede in der Eröffnungssitzung, der ersten Plenarsitzung am Montag, halten. Wir haben dann vorgesehen, daß mein Bericht in der zweiten Plenarsitzung, das ist am Montag nachmittag, erfolgt, daß der Bericht des Fraktionsvorsitzenden am Mittwoch, dem 6. November, vormittags um 9.00 Uhr, stattfindet. Das ist zweckmäßig, weil wir das wegen der Presse ein bißchen verteilen müssen.

Es ist ein Problem, ob man mit der Beratung des Aktionsprogramms am Montag beginnen kann und am Dienstag mit etwas anderem weitermacht. Ich halte das nicht für empfehlenswert. Wir hatten bisher bei den Parteitagen die Tendenz, die Grußworte der ausländischen Gäste so knapp wie möglich zu halten, aber ich glaube, für Berlin gilt hier ein anderer Maßstab. Wir müssen in Berlin sehen, daß wir unsere ausländischen Gäste zu Wort kommen lassen. Nach allen Erfahrungen werden diese Ausführungen unter dem besonderen Eindruck der schwierigen Lage der Stadt auch einen Akzent haben, der für uns, wie ich meine, wünschenswert ist.

Wie sich das übrige Programm verteilt, können Sie aus der Vorlage ersehen. Ich möchte Ihnen die Zeit ersparen und das nicht im einzelnen vortragen. Darf ich um Wortmeldungen bitten. – Herr Dr. Barzel!

Barzel: Ich bin einverstanden mit der Verteilung, möchte nur noch darauf hinweisen, daß es ein Presseecho bei dieser Aufteilung nicht geben kann, weil am Tage darauf alles voll ist von den amerikanischen Wahlen.[13] Aber das können wir vielleicht in Kauf nehmen.

Heck: Ich meine, das ist eine Sache, die man überlegen muß. Wir haben ja für die Partei ein Interesse daran, ein Echo zu bekommen. Aber ich schlage vor, daß wir darüber noch einmal sprechen. (*Barzel:* Das kann man ja offenhalten!) Wird sonst noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung, wie sie Ihnen vorliegt, und die Einteilung des Parteitags vom Bundesvorstand so genehmigt mit der Einschränkung, daß das Präsidium ermächtigt ist, den Bericht des Fraktionsvorsitzenden noch umzustellen.

12 4.–7. November 1968.

13 Am 5. November 1968 fanden in den USA Präsidentschafts-, Kongreß- und Gouverneurswahlen statt. Zum Präsidenten wurde mit 43,6% der Stimmen Richard Nixon gewählt. Vgl. AdG 1968 S. 14294f.

Kraske: Ich darf ergänzend mitteilen, der Bundesvorstand hat auf seiner Sitzung am 21. Juni den Entwurf einer Verfahrensordnung beschlossen, der in seinem vierten Teil, wie Sie aus der Tagesordnung ersehen, auch vom Parteitag gebilligt werden muß. Die Landesvorsitzenden haben sich gestern noch einmal mit diesem Entwurf beschäftigt und einstimmig angeregt, daß auf dem Parteitag nicht nur 30 stimmberechtigte Delegierte, sondern auch die vom Parteitag zu wählende Antragskommission antragsberechtigt sein soll. Wir haben darüber im einzelnen diskutiert. Es hat sich herausgestellt, daß das ganz unvermeidlich ist, um den Ablauf der Sache zu sichern. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung, daß wir die von Ihnen beschlossene Verfahrensordnung in diesem Punkt ändern und mit dieser Änderung dem Parteitag vorlegen.

Heck: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß der Bundesvorstand damit einverstanden ist, daß die Geschäftsordnung für den Parteitag in diesem Punkte so geändert wird. (*Kohl:* Zur Geschäftsordnung!) – Herr Dr. Kohl!

Kohl: Ich bitte um Entschuldigung, daß ich nicht von Anfang an hier war, aber es war anders nicht möglich. Ich entnehme aus der Tagesordnung, daß – im Gegensatz zu unserer Absprache in der letzten Sitzung – das Thema „Bundespräsident" überhaupt nicht angesprochen werden soll. Wir haben in der letzten Sitzung darüber gesprochen, daß wir hier noch einmal auf das Thema zurückkommen wollen. Ich habe zunächst angenommen, daß das vielleicht aus Gründen der Courtoisie gegenüber diesem hohen Amt nicht expressis verbis aufgeführt ist. Ich möchte doch darum bitten, daß in Anwesenheit des Bundesparteivorsitzenden wir zu irgendeinem Zeitpunkt nochmals darauf zurückkommen. Jedermann im Lande erwartet ja, daß wir einmal über dieses Thema reden.

Heck: Am besten machen wir es, wenn der Bundeskanzler da ist. (*Zuruf:* Tagen wir auch morgen?) Das hängt davon ab, wie der Gang der Beratungen sein wird. Wenn wir heute mit der Tagesordnung fertig werden, brauchen wir morgen keine Sitzung abzuhalten. Wir wollen jedenfalls soviel wie möglich heute wegarbeiten.

Wir kommen zum Punkt 1 der Tagesordnung:

Umwandlung des Wirtschaftsrats in eine Vereinigung

Hier liegt ein Auftrag des Parteitags von Braunschweig vor.[14] Es haben in dieser Sache Gespräche zwischen dem Wirtschaftsrat und der Mittelstandsvereinigung stattgefunden. Wir haben es auf die Tagesordnung gesetzt, um vom Vorstand aus noch einmal mit allem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß diese Umwandlung des Wirtschaftsrats in eine Vereinigung so vorbereitet sein muß, daß sie auf dem Parteitag als vollzogen bekanntgegeben werden kann. Ich weiß nicht, wer von den Vorsitzenden des Wirtschaftsrats und der Mittelstandsvereinigung es übernimmt, über den derzeitigen Stand der Dinge zu berichten. Das wäre für den Bundesvorstand ganz interessant. – Herr Schäfer!

14 Vgl. Nr. 19 Anm. 55.

Schäfer: Nach dem Beschluß beider Organisationen im Herbst vergangenen Jahres verhandeln seit dem März dieses Jahres zwei Verhandlungskommissionen, die versuchen, ein Konzept für eine gemeinsame Organisation zwischen der Mittelstandsvereinigung und dem Wirtschaftsrat zu entwickeln. Das ist natürlich nicht ganz einfach, wenn man die spezifischen Vorteile beider Organisationen erhalten oder gar kumulieren will. Diese beiden Verhandlungskommissionen haben zwei Konstruktionen erarbeitet, die den Vorständen beider Vereinigungen zur Genehmigung vorgelegt werden sollen, nachdem von den Parteijuristen geprüft worden ist, ob sie mit dem Parteiengesetz vereinbar [sind].

Das ist das Stadium der gegenwärtigen Verhandlungen. Es wird also mit dem Ziel weiter verhandelt, bis zum Bundesparteitag eine Einigung in dieser Frage zu erzielen.

Heck: Herr Schmücker!

Schmücker: Ich möchte darauf hinweisen, daß die Ausführungen des Generalsekretärs nicht mißverstanden werden dürfen. Es heißt, daß diese Frage bis zum Parteitag geregelt werden muß, aber bei einer Trennung würde die Mittelstandsvereinigung sich selbst auflösen. Das möchte ich doch mit allem Nachdruck sagen. Daß wir den Grenzbereich dann strittig werden lassen, d. h. also, wenn der Parteitag beschlösse, der Wirtschaftsrat wird selbständige Vereinigung, dann würde sich die Mittelstandsvereinigung am nächsten Tage selber auflösen, weil es keinen Sinn hat, daß wir den Grenzbereich zwischen den beiden hin- und herpendeln lassen und daß nachher aus der Mittelstandsvereinigung sozusagen ein kleiner Handwerkerclub wird. Darüber sind wir uns klar.

Darum dränge ich darauf, daß wir zu einer gemeinsamen Lösung kommen. Ich wäre sehr dankbar, wenn das nicht angesehen würde als Gründung einer neuen Vereinigung, sondern daß der Zusammenschluß die stärkere Unterstützung findet; denn zwei Vereinigungen sind nicht tragbar. Das können die Organisationen nicht durchhalten. Wenn es nach Schäfer und nach mir ginge, wären wir morgen fertig.

Heck: Herr Fay!

Fay: Sie haben vorhin gesagt, der Parteitag habe beschlossen, daß die beiden Organisationen als Vereinigungen der CDU aufgenommen werden sollen. Das kann der Parteitag natürlich beschließen. Soweit ich weiß, ist aber der Wirtschaftsrat eine selbständige Organisation, die nicht auf Weisungen der Partei angewiesen ist. Ich bitte Sie, das zu klären. (*Kohl:* Sie nimmt aber den Namen der CDU in Anspruch! – *Unruhe.*) Steht das im Statut? (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Ich würde doch vorschlagen, daß möglichst einer nach dem andern spricht. So geht es ja nicht.

Fay: Ich habe die Frage gestellt, inwieweit der Wirtschaftsrat selbständig ist und ob er auf Wünsche der Partei hören soll?

Heck: Die Sache ist wie folgt: Wenn ich mich recht erinnere, ist der Wirtschaftsrat auf Initiative der CDU – aber nicht auf Initiative von Privatleuten der CDU – gegründet worden[15], und zwar von denen, die dafür zuständig waren. Das ist der Punkt 1.

15 Die Gründung des Wirtschaftsrats der CDU e. V. fand am 8. Dezember 1963 in Bonn statt. Vgl. KLEINMANN S. 146–148; LEXIKON S. 692.

Der Punkt 2: Es handelt sich nicht um irgendeinen Wirtschaftsrat, sondern um einen Wirtschaftsrat, der seine Nähe zur CDU dadurch zu bekunden sucht, daß er sich den Namen „Wirtschaftsrat der CDU" gegeben hat. An dem Punkt ist nun die Meinung in der Partei deutlich geworden; wenn der Wirtschaftsrat schon den Namen der CDU in Anspruch nimmt – infolgedessen seine Veröffentlichungen den Eindruck erwecken und er als eine Organisation der CDU angesehen und so interpretiert wird –, dann ist es notwendig, daß dieser Wirtschaftsrat einen entsprechenden Status, nämlich den einer Vereinigung, annimmt.

Nun kommt das, was Schmücker sagt, daß wir eine Wirtschaftsvereinigung nicht neben der Mittelstandsvereinigung gründen können. Deswegen das Bemühen, Wirtschaftsrat und Mittelstandsvereinigung unter einen Hut zu bringen in einer Wirtschaftsvereinigung. – Herr Dufhues!

Dufhues: Ich darf zur Klarstellung darf hinweisen, daß der Wirtschaftsrat der CDU e. V. den Namen – und damit auch Bestandteil der CDU – durch die Zustimmung des damaligen Parteivorsitzenden, des Geschäftsführenden Vorsitzenden und des gesamten Präsidiums übernommen hat. Wir legen großen Wert darauf, daß so verfahren wurde. Das entsprach den Auffassungen, die die CDU mit der Gründung und Förderung dieser Einrichtung verfolgt hat.

Heck: Herr Schmücker!

Schmücker: Die Konstruktion ist eigentlich ziemlich einfach. Es heißt dann „Wirtschaftspolitische Vereinigung der CDU". Wir müssen nur sehen, was wir hier an Verzahnungen sicherstellen und wie die Organisation auf der unteren Ebene ist.

Wenn wir aber zwei völlig getrennte Vereinigungen haben und dann der Streit losgeht, dann wird aus der Mittelstandsvereinigung ein Kleiner-Leute-Club. Das muß verhindert werden. Das wäre für die Partei sehr schädlich. Wir müssen die Verzahnung behalten. Ich glaube, es geht auch so. Wir müssen das Ganze mehr in diese Stoßrichtung bringen. Wir sollten also zusammenkommen.

Heck: Herr Scheufelen!

Scheufelen: Es ist so, daß sich der Wirtschaftsrat für seine innere Gesetzmäßigkeit den Namen der Vereinigung gegeben hat, wobei die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands CDU-Mitglieder sein müssen. Weiter hat sich der Wirtschaftsrat – das geht über die Vereinigung hinaus – der Auflage unterzogen, daß jedes Mitglied des Vorstands der Zustimmung des Präsidiums der CDU bedarf.

Aber nun ist diese Forderung da. Diese Forderung müssen wir erfüllen, wobei wir die Vorteile beider Organisationen kumulieren wollen. Da scheint die Säulen-Theorie das richtige zu sein. Im übrigen treten wir dafür ein, eine dritte Säule hinzuzufügen, nämlich die freien Berufe. Sie wissen, daß gerade die Ärzte, die Rechtsanwälte und Wirtschaftsprüfer heute Leute mit erheblichem Einkommen geworden sind. (*Kohl:* Sie brauchen bloß den Herrn Dufhues zu betrachten! – *Heiterkeit und Unruhe.*) Diese Leute haben früher zu einem erheblichen Teil zur FDP tendiert, sie sind aber heute viel an-

sprechbarer für die CDU geworden. Dr. Mahler[16] hat es übernommen, daß sich die Juristen organisieren. Man ist auch dabei, einmal zu überlegen, wie man die Arbeit der Bundestagsabgeordneten rationeller gestalten kann. Es soll einmal im Monat ein Thema behandelt werden, wobei ein Bundestagsabgeordneter über politische Dinge berichten soll. Wir werden in Nordwürttemberg auch diese dritte Gruppe schaffen. Ich sehe hier eine echte Chance für unsere Partei, (*Starke Unruhe.*) den angestrebten Prozeß zur Auflösung der FDP auf diesem Wege etwas zu beschleunigen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Herr Kohl!

Kohl: Ich verstehe die heutige Debatte überhaupt nicht. Ich kann mich erinnern, daß wir nun seit über drei Jahren über dieses Thema reden. Am Jahresanfang hören wir immer, daß bis zum Jahresende dieser Beschluß herbeigeführt werden soll. Ich muß das unterstützen, was Herr Schmücker gesagt hat. Wenn wir die Mittelstandsvereinigung sich jetzt selbst überlassen – die sich neben den Sozialausschüssen in einer kritischen Phase befindet – und sie auf einen Stand von Leuten reduzieren, die draußen im Lande zu den besonders Unzufriedenen gehören, dann laufen wir in eine ganz kritische Entwicklung hinein.

Warum beschließen wir heute nicht durch einen bindenden Auftrag, daß im Sinne dieser Zwei-Säulen-Theorie bis zum Parteitag verfahren wird. Das kann man dann, wenn ich es richtig verstanden habe, im ganzen Land entsprechend durchsetzen. Jedenfalls warne ich davor, diese Sache vor dem Parteitag nicht zu lösen. Diese Angelegenheit hat mit der Debatte über die Mitbestimmung in der Partei nichts zu tun, aber sie kommt psychologisch genau als Hintergrund zu der laufenden Mitbestimmungsdebatte. Ich würde doch darum bitten, nachdem sich Schmücker und Schäfer in der Sache einig geworden sind, vom Bundesvorstand aus einen Impuls in dieser Sache zu geben.

Heck: Ich habe darauf hingewiesen, daß die beiden Gruppen, die zusammen diese Vereinigung bilden sollen, in Verhandlungen sind. Es war der Zweck dieser Aussprache, daß der Bundesvorstand über den Stand der Dinge informiert wird. Ich bin der Meinung, daß eine weitere Aussprache zu dem Punkt nicht mehr sehr viel geben kann, als daß der Bundesvorstand beschließt, daß sich die beiden Säulen bis zum Parteitag einigen müssen. Das muß einfach deshalb geschehen, weil sonst mit sehr unguten Initiativen auf dem Parteitag gerechnet werden muß. (*Stingl:* Ich habe das nicht ganz kapiert. Soll das eine Vereinigung werden mit zwei Säulen auf Bundesebene oder drei auf der Landesebene? – *Starke Unruhe.*) – Herr Schäfer!

Schäfer: Ich darf noch einmal sagen, daß der Wirtschaftsrat mit der Mittelstandsvereinigung darin einig ist, daß es keine zwei Vereinigungen geben kann, die Wirtschaftspolitik in der CDU betreiben. Man ist sich auch darüber einig, daß die Vorteile beider Organisationen erhalten werden. Darauf legt sowohl die Mittelstandsvereinigung wie

16 In der Vorlage: Maß. – Dr. Gerhard Mahler (geb. 1930), Diplom-Kaufmann; 1970–1985 Vorsitzender des CDU-BV Nordwürttemberg, 1972–1976 Staatssekretär im Staatsministerium von Baden-Württemberg, 1976–1980 MdL. – Gründung des BACDJ am 9. Mai 1968 (ACDP 07–001 unverzeichnet).

der Wirtschaftsrat Wert. Dem Wirtschaftsrat geht es insbesondere darum, sich seine steuerlichen Privilegien zu erhalten.

Wenn sich bisher die Verhandlungen so lange hingezogen haben, dann hat das keine technischen Gründe. Die meisten Dinge werden ja kompliziert, wenn man sie aus der Nähe sieht, und nicht einfacher. Die Wahrung der Vorteile beider Organisationen hat zu der Lösung der Mehr-Säulen-Theorie geführt. Die Mehr-Säulen-Theorie ist inzwischen in eine Satzungsform gekleidet worden. Dieser Satzungsentwurf wird gegenwärtig von Juristen geprüft, ob er mit dem Parteiengesetz zu vereinbaren ist. Ist das der Fall, dann steht einem Zusammenschluß der beiden Organisationen auf der konzipierten Basis zu einer solchen Vereinigung nichts entgegen. (*Stingl:* Und wie werden die Steuervorteile erhalten?) Die Steuervorteile werden dadurch erhalten ... (*Schmücker:* Das ist ein Privatissimum! – *Unruhe.*) Nun, dann müßte ich Ihnen erzählen, wie wir das gemacht haben. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Meine Damen und Herren! Ich mache auf eines aufmerksam. Die Konstruktion darf keine Scheinkonstruktion sein, über die sich der Wirtschaftsrat dem entzieht, was mit der Forderung erreicht werden soll, daß der Wirtschaftsrat eine Vereinigung der CDU ist. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Augenblick! Bitte Ruhe! Sonst können wir die Gefahr nicht bannen, daß eine entsprechende Initiative auf dem Parteitag erfolgt. (*Schäfer:* Schon die Münsterer Vereinigung wird sich mit einer Scheinlösung nicht zufriedengeben. Dafür sorgt schon der Gesprächspartner.) Ich meine, es hat keinen großen Sinn, wenn wir jetzt die Aussprache hier weiterführen. Es wird zweckmäßig sein, wenn sich die beiden endgültig geeinigt haben, daß sie das dann vorlegen und geprüft wird, ob eine Vereinbarkeit mit dem Parteiengesetz und mit dem Statut der Bundespartei gegeben ist. Dann kann sich der Bundesvorstand noch einmal mit der Sache befassen. (*Lemke:* Sollen die Juristen mit eingebaut werden? – *Unruhe.*) Diese Sache kann man nicht übers Knie brechen. Wir haben einen Arbeitskreis der Juristen unter dem Vorsitz von Herrn Dr. Meyers. Diese Arbeit kann hier nicht aufgehen. Das ist eine Spezialgruppe, die wir in dieser Weise gebrauchen. (*Sehr starke Unruhe.*) Das steht aber jetzt nicht im Vordergrund der Diskussion, sondern es wird als Konzept ins Auge gefaßt, daß die zwei Säulen gegenwärtig miteinander verhandeln und eine Vereinigung bilden wollen, um zu sehen, ob hier eine dritte möglich ist. – Herr Schmücker!

Schmücker: Herr Kohl, ich habe nicht gewußt, daß das auf der Tagesordnung stand, sonst hätte ich darum gebeten, noch eine Sitzung abzuwarten. In der nächsten Woche ist die Jahresversammlung.[17] Ich hoffe, daß wir dann eine Gemeinsamkeit erzielen werden. Beim nächsten Mal werden wir darüber berichten können.

Heck: Damit können wir die Aussprache zum Punkt 1 der Tagesordnung schließen. (*Starke Unruhe.*) Der Bundesvorstand hat damit den Wirtschaftsrat und die Mittelstandsvereinigung beauftragt, den Zusammenschluß beider Organisationen in einer Wirtschaftsvereinigung bis zum Parteitag zu vollziehen.

Wir kommen zum Punkt 2 der Tagesordnung:

17 Protokoll der 13. Mitgliederversammlung des Mittelstandskreises der CDU/CSU am 27. September 1968 in Bonn in ACDP 04-004-009/1.

Umwandlung der Landesverbände Exil-CDU und Oder/Neisse in eine Vereinigung der Vertriebenen und Flüchtlinge

Bevor ich Herrn Kraske das Wort gebe, darf ich Herrn Dr. Streibl, den Generalsekretär der CSU, herzlich begrüßen. (*Beifall.*)

Kraske: Meine Damen und Herren! Als wir vor dem Braunschweiger Parteitag das Statut im Blick auf das Parteiengesetz verabschiedet haben, bestand überwiegend Klarheit darüber, daß sich die beiden Landesverbände Exil-CDU und Oder/Neiße in ihrer bisherigen Form mit dem Parteiengesetz und mit dem Statut, das darauf basiert, nicht vertrügen, aber weil es vor dem Braunschweiger Parteitag nicht zu einer einheitlichen Meinung über die Form der künftigen Fortführung der Arbeit dieser beiden Gruppen kam, wurde die Frage ausgeklammert.

Man hat auch in das neue Statut im § 16 die alte Formulierung übernommen, nach der Gebietsteile, in denen freie Wahlen zur Zeit nicht abgehalten werden oder aus sonstigen Gründen am gesamtdeutschen politischen Leben nicht teilnehmen können, besondere Vertretungen erhalten, die den Landesverbänden gleichgestellt werden. Deshalb sind die Exil-CDU und der Landesverband Oder/Neiße auch jetzt noch auf dem Parteitag durch 75 bzw. durch 20 Delegierte und im Parteiausschuß durch acht bzw. durch fünf Delegierte vertreten.

Das Ziel war damals vor dem Braunschweiger Parteitag wohl für den überwiegenden Teil dieses Vorstands und für die übrigen Landesverbände die Gründung einer gemeinsamen Vereinigung, in der diese beiden bisherigen Landesverbände aufgehen sollten, einer Vereinigung der Vertriebenen und Flüchtlinge, die dann nicht nur als Personalvertretung für diese Gruppen, sondern auch als politische Vertretung die bisherigen Aufgaben der Exil-CDU übernehmen sollten.

Es haben seit dem Braunschweiger Parteitag Verhandlungen zwischen beiden Gruppen stattgefunden. Auch diese Verhandlungen sind, soweit ich unterrichtet bin, bisher noch nicht zum Abschluß gekommen. Ich meine aber, daß sich der Vorstand im ganzen heute darüber klar werden müßte, wie und in welcher Form er auf dem Parteitag in Berlin die Satzung ändert.

Es wäre außerordentlich schwierig, mit dieser Frage in die letzten Tage und in das unmittelbare Vorfeld des Berliner Parteitags zu kommen, weil dann bei diesem Tagungsort gerade eine solche Frage so stark psychologisch und emotional belastet würde, daß es wahrscheinlich schwer wäre, eine sachgerechte Lösung zu finden.

Deswegen ist die Absicht des Präsidiums, daß bereits heute hier im Bundesvorstand darüber gesprochen wird. Die übrigen Landesverbände warten, wie ich aus der Diskussion vor dem Braunschweiger Parteitag, aber auch aus der Diskussion der letzten Monate weiß, darauf, daß die damals getroffene prinzipielle Vereinbarung in Berlin eingelöst wird, daß das Statut auch in dieser Frage dem Parteiengesetz angepaßt wird.

Eine nochmalige Prüfung des Parteiengesetzes hat ganz klar ergeben, daß sich die bisherigen Bestimmungen des Statuts in diesem Punkt gegenüber dem Parteiengesetz einfach nicht halten lassen. So wichtig diese Frage für uns, insbesondere für unsere

Freunde in der Exil-CDU und im bisherigen Landesverband Oder/Neiße ist, so glaube ich doch, daß es in unser aller Interesse liegt, daß sich die CDU nach dem 1. Januar, wenn die Bestimmungen des Parteiengesetzes über die innere Ordnung in Kraft treten, nicht der Situation aussetzt, daß sie plötzlich in aller Öffentlichkeit hingestellt wird als eine Partei, deren innere Ordnung nicht den Grundsätzen entspricht, die sie selber im Bundestag mit der Verabschiedung des Parteiengesetzes bekräftigt hat.

Heck: Ich danke Herrn Kraske. Es ist wohl am zweckmäßigsten, wenn wir zunächst die Vorsitzenden von Oder/Neiße und Exil-CDU dazu hören. – Herr Lemmer!

Lemmer: Meine Freunde! Es tut mir leid, daß ich das sagen muß: Es ist die politische Realität dessen, was wir Mitteldeutschland nennen, etwas anders zu beurteilen als die Realität dessen, was jenseits der Oder-Neiße liegt, und zwar unbeschadet unseres Programms in der Oder-Neiße-Frage, wo wir nicht zu den Verzichtlern gehören, liegt hier ein großer Unterschied vor; denken wir nur an die Möglichkeiten des deutschen Revisionismus in den nächsten Jahrzehnten oder wie lange es auch dauern wird.

Infolgedessen bitte ich um Verständnis dafür, wenn ich als Anwalt mit meinem Freund Gradl in voller Übereinstimmung für unsere Freunde in Mitteldeutschland fühle und hier doch eine gewisse Nuancierung bestehen lassen möchte. Man sollte also nicht einen Einheitstopf Ostdeutschland-Mitteldeutschland in organisierter Form schaffen. Das ist das eine, was ich, politisch gesehen, für gravierend halte.

Das zweite ist eine weitere Nuancierung. Bei aller Freundschaft zu unseren Freunden von jenseits der Oder-Neiße muß ich sagen, wir sind der Gründungslandesverband überhaupt gewesen, als eine Situation gegeben war, wo die sowjetische Deutschlandpolitik dämonisch versuchte, von Berlin aus die Entwicklung in Westdeutschland über die frühzeitige Parteiengesetzgebung zu steuern.[18]

Dann ist die CDU, wie wir sie heute hier an diesem Tisch repräsentieren, aus dem Zusammenschluß der damaligen Landesverbände in Goslar auf dem Gründungsparteitag entstanden, als von einem Landesverband Oder/Neiße überhaupt noch keine Rede war. Das hat sich erst später entwickelt, nachdem führende Freunde vom Schicksal getroffen wurden, die zu denjenigen gehörten, die über die Oder-Neiße hinweg ins Kollektiv vertrieben wurden.

Die Exil-CDU fühlt sich bis auf den heutigen Tag als Landesverband für die, die nicht sprechen können, die noch in geschlossenen deutschen Siedlungsgebieten leben, nämlich in Mitteldeutschland, und die heute noch illegal – ich darf das hier preisgeben – in erstaunlich großer Zahl aktive Mitglieder des Landesverbands der sowjetischen Zone sind, wie wir uns damals nannten. Wir vertreten Menschen, die sich heute noch in der sowjetischen Zone zu Tausenden und Abertausenden als Mitglied der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands fühlen.

---

18 Die Exil-CDU verstand sich als eine legale Vertretung der CDU der sowjetischen Zone und bestand ursprünglich aus Vertretern des Hauptvorstands der Ostzonen-CDU, der auf dem letzten freien Parteitag am 7. September 1947 gewählt worden war. Der 1. Exil-Parteitag in Berlin fand am 24./25. September 1950 statt.

Der Aufbau der Exil-CDU ist von Anfang an so geführt worden und auch erhalten geblieben, daß wir die berechtigte Vertretung für unsere Parteifreunde in jenem Gebiet sind, die heute ihre Stimme nicht erheben können, die uns nicht besuchen dürfen, mit denen wir nur noch durch indirekte Verbindungen leben können, aber immer noch in einem größeren Umfange, meine Freunde, als Sie sich das vielleicht vorstellen.

Infolgedessen würde die Auflösung dieses Landesverbands die Liquidation von zehntausenden Parteimitglieder bedeuten, die in Dresden, Rostock, Potsdam und Ost-Berlin leben. Das ist nämlich die Situation, die vom Westen her gegenüber der Exil-CDU gar nicht gesehen wird. Ich habe das immer bedauert. Wir sind keine Organisation von Vertriebenen, sondern wir sind Aktive, die flüchten mußten wegen ihrer politischen Arbeit; politisch flüchten mußten, zum Unterschied – Freund von Hassel – vom Gesamtverband der Sowjetzonenflüchtlinge, wo es ganz andere Gründe gab.

Die Exil-CDU ist eine ausgesprochen politisch aktive, kämpferische Organisation. Sie hat ihre Arbeit bis auf den heutigen Tag in diesem Sinne weitergeführt. Wir sind bereit, der Partei keine Schwierigkeiten zu machen. Wir haben Schwierigkeiten; auch der Herr Bundeskanzler und Parteivorsitzende hat Schwierigkeiten, ebenso unsere Freunde Heck und Kraske. Wir haben also den guten Willen, eine Lösung zu finden, die aber optisch den Verband aufrechterhält. Es brauchen nur drei Delegierte auf einem Parteitag zu sein. Es kommt gar nicht auf die Zahl an. Daß wir übermäßig stark vertreten waren, ergab sich aus der Gründungsgeschichte, als Konrad Adenauer davon ausging: Die CDU Mitteldeutschlands hat ihre Verbände und muß in entsprechend großer Zahl auf dem Parteitag ihre Delegierten stellen.

Diese Großzügigkeit des Parteivorsitzenden Konrad Adenauer haben wir sehr gewürdigt, wir haben aber eingesehen, daß diese Großzügigkeit auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden kann, so daß also hier eine vernünftige Regelung getroffen werden muß. Aber ich bitte Sie, doch zu verstehen, daß es sich hier um einen ganz besonderen Fall handelt. Ich habe mir von einem Bonner Staatsrechtler sehr bekannten Namens ein Gutachten geben lassen. Ich könnte dieses Gutachten eines Bonner Staatsrechtlers, der zu uns gehört, dem Parteivorsitzenden oder seinem Stellvertreter aushändigen, woraus hervorgeht, daß hier eine unterschiedliche Behandlung zwischen dem einen und dem anderen erfolgen muß. Er hält eine Vertretungsmöglichkeit für notwendig, um nach der Präambel des Grundgesetzes die Verpflichtung aufrechtzuerhalten, daß wir für diese Deutschen in Mitteldeutschland sprechen, daß wir den Alleinvertretungsanspruch manifestieren und diese Teilung Deutschlands überhaupt nicht anerkennen, während wir in der Frage Oder-Neiße diese Entscheidung in einem Friedensvertrag erwarten.

Wann der kommen wird, das wird ja wohl niemand vorausschätzen wollen. Das andere kann über Nacht durch Erschütterungen usw. immer noch aktuell werden, weil hier noch die Menschen sind.

In den Gebieten jenseits der Oder-Neiße sind die Menschen aber nicht mehr. Wir vertreten unsere Freunde. Darum bitten wir um Verständnis dafür. Es ist keine Dickköpfigkeit. Es ist kein Mangel an Bereitwilligkeit, wenn ich den Bundesvorstand noch ein-

mal beschwörend bitte, diese Exil-CDU so zu sehen, wie wir sie damals bei der Gründung gesehen haben. Daß ihre Bedeutung relativiert ist durch die Entwicklung, das ist nicht zu leugnen. Über die Zahl werden wir uns verständigen, auch über die Formulierung, wie man es nennen muß; Freund Gradl und ich haben uns darüber gründlich unterhalten.

Wir bestehen nicht unbedingt auf dem Begriff „Landesverband". Worauf wir bestehen müssen, um nicht unsere Freunde zu verraten, ist aber, daß hier zugestanden wird: Es handelt sich um eine besondere Organisation, die in allen Gliederungen der Partei ihre Vertretungsrechte haben muß. Das ist die Bitte, die ich Ihnen hier vorzutragen habe.

Heck: Herr Stingl!

Stingl: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Nachdem sich Ernst Lemmer sehr deutlich vom Landesverband Oder/Neiße distanziert hat, kann ich etwas ungehemmter sprechen. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Es gibt in der Tat einige gravierende Unterschiede zwischen dem Landesverband Oder/Neiße und der Exil-CDU, u. a. den, daß wir schon vor sehr langer Zeit unsere Verhandlungsbereitschaft in dieser Frage angeboten haben, dies mit voller Zustimmung des Vorstands, der sich darüber klar ist, daß die Frage der Vereinigung deshalb von Bedeutung für uns ist, weil wir als Vereinigung viel leichter an Vertriebene und Flüchtlinge herankommen können, die außerhalb der CDU stehen. Wir haben darüber bereits vor langer Zeit gesprochen.

In der CSU ist dieser Weg auch beschritten worden.[19] Es geht uns darum, u. a. auch darzutun, daß wir in einer Beziehung insoweit einen Unterschied zur Exil-CDU haben, als bei uns die Mitwirkenden bei den Landesverbänden früher nicht in der CDU gewesen sein können, auch nicht in der Zone. Die Angehörigen der Exil-CDU müssen in der Zone Mitglied der CDU gewesen sein, so daß der Landesverband Oder-Neiße insoweit auch für Flüchtlinge zuständig war, die in der Zone nicht der CDU angehört haben.

Mir scheint eine Vereinigung, in die Vertriebene hineinkommen können, vernünftig zu sein. Allerdings muß ich einem widersprechen, Ernst Lemmer, daß in den Gebieten jenseits der Oder-Neiße keine deutschen Menschen mehr wohnten und wir mit ihnen also nichts mehr zu tun hätten. Ich darf auch einmal darauf hinweisen, daß wir einiges durchgesetzt haben, so z. B. daß wir in diesem Gebiete Kriegsopferrente gezahlt haben. Also, so einfach kann man über das nicht hinweggehen. Wir vertreten auch Deutsche, die jenseits von Oder-Neiße noch Deutsche geblieben sind, die sogar – im Gegensatz zu denjenigen in der Zone – noch solche Leistungen empfangen können.

Nun scheint mir rein vom Taktischen her etwas wichtig zu sein. Der nächste Parteitag ist in Berlin. Hier muß ich nun wirklich sagen, in Berlin einen Strich unter das zu machen, das ist natürlich eine ganz blöde Sache. Es erscheint mir vernünftig, wenn wir in Berlin das über die Bühne gehen lassen und überhaupt darauf verzichten, darüber zu diskutieren. Es kann ja später erledigt werden. Von uns aus besteht die Bereitschaft da-

19 Vgl. Nr. 16 Anm. 84. In der CSU existierte seit August 1947 eine „Union der Ausgewiesenen (UdA)", vgl. Alf MINTZEL: Die CSU. Anatomie einer konservativen Partei 1945–1972. Opladen 1975 S. 207.

zu. Es ist auch so, daß in Berlin nichts Gefährliches passieren kann. (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Das Stimmrecht kann sowieso in Berlin nicht bestritten werden. (*Unruhe. – Zuruf:* Doch!) Das kann in Berlin nicht bestritten werden! Es wäre also gut, wenn man das auf einen späteren Zeitpunkt verlegte.

Im übrigen sollte sich der Bundesvorstand dazu aufraffen und sagen, eine endgültige Formulierung darüber, ob man eine Zwei-Säulen-Theorie Flüchtlinge und Vertriebene macht oder etwas Ähnliches, wird einem kleineren Kreis vorbehalten. Ich habe morgen meine Delegiertenkonferenz[20] und muß wissen, welches Ziel sich der Bundesvorstand setzt. (*Unruhe.*)

Heck: Es ist in der Tat so, daß seit dem Parteitag in Braunschweig reichlich Zeit verflossen ist, ohne daß man von beiden Seiten ernsthaft an die Lösung dieser Aufgabe herangegangen ist. Wenn man davon ausgeht, daß man in Berlin nichts machen kann, wird wieder ein Jahr verlorengehen, und dann geht es auf die Wahlen zu. Mit Rücksicht auf die Wahlen kann man wiederum nichts machen. So kommen wir dann in die Nähe des nächsten Parteitags. Auf diese Weise lassen sich die Probleme nicht lösen. – Herr Scheufelen!

Scheufelen: Zur Auflösung von Vereinigungen ist nach dem Statut nicht der Bundesparteitag, sondern der Bundesparteiausschuß zuständig. Man könnte also zwischen dem Parteitag und dem 1. Januar in Berlin den Bundesparteiausschuß beauftragen, das auf dem Bundesparteiausschuß zu machen. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Sie müssen doch die Statuten ändern. Das kann nur der Parteitag machen. – Herr Fay!

Fay: Die Sache hat zwei Seiten, eine politische und eine rechtliche. Rechtlich ist es wohl so, daß keiner der beiden Verbände einen Anspruch mehr hat, Delegierte zu stellen, weil hier keine Urwahl stattfindet. Das ist der springende Punkt. Daran kommen wir nicht vorbei.

Die politische Seite ist meines Erachtens klar herausgearbeitet worden. Es ist meines Erachtens nicht möglich, dieses Thema in Berlin zu behandeln. Es würde uns wahrscheinlich als ein Kapitulieren von der Situation angekreidet. Ich bin der Auffassung, die rechtliche Seite ist unproblematisch für das nächste Jahr. Es wird keinen Gerichtsvollzieher geben, der uns zwingt, zu einer Lösung ab 1. Januar zu kommen. Wir sollten es also ruhenlassen.

Ich bedaure auch, daß soviel Zeit ins Land gegangen ist. Man hätte es früher machen können. Aber es ist nun einmal passiert. Der Augenblick ist schlecht gewählt. Es gibt vielleicht eine Zwischenlösung, indem man die Landesverbände bestehen, aber das Vertretungsrecht offiziell einschlafen läßt, daß man die Vertreter in anderen Landesverbänden in Erscheinung treten läßt, damit sie wenigstens da sind. Dann merkt es die Öffentlichkeit nicht so deutlich wie dann, wenn wir diesen Landesverbänden den Todesstoß geben. Das ist eine Frage, die in Ruhe ausgedacht werden muß. Ich kann dazu jetzt nichts sagen. Ich bin der Auffassung, politisch wäre es schlecht, das in Berlin zu ma-

20 Vgl. dazu DUD Nr. 181 vom 23. September 1968 S. 5.

chen. Es ist zwar rechtlich notwendig, das zu ändern, aber wir müssen es nicht jetzt machen.

Heck: Herr Barzel!

Barzel: Sie erinnern sich, daß wir in dem Jahre vor Braunschweig die entsprechenden Aufträge gegeben haben. Wir kennen alle den zwingenden Termin des 1. Januar. Wir haben uns aber neulich in einer anderen Frage im Präsidium pragmatisch eingestellt, nämlich in der Frage, wen wählen wir – was nach zwei Jahren nötig ist –, wann machen wir den nächsten Parteitag mit Wahlen des Vorstands und des Vorsitzenden. Wir haben uns dann aus den Gründen, daß genug Unruhe in der Partei ist wegen des Programms, und daß im nächsten Jahr Ruhe sein muß wegen des Wahlkampfes, dahin verständigt, daß diese ganzen Wahlen – das wird wohl keiner rügen – nach der Bundestagswahl abgehalten werden sollen.

Wer hindert uns eigentlich, dann alle diese anderen Fragen auch zu entscheiden? Nur hätte ich eine herzliche Bitte. Wenn ich hier für ein Vor-uns-Herschieben plädiere, dann sollte das, was jetzt an Zeit gewonnen werden könnte, auch wirklich genutzt werden, um das zu erreichen, was Ernst Lemmer als Kompromiß angeboten hat. Er sieht Satzungsschwierigkeiten. Stingl sieht das auch. Wir sehen die politische Notwendigkeit. Da muß man doch sui generis etwas finden, daß wir das politische Verhältnis mit den Delegierten in der Zone erhalten. Ich weiß jetzt auch nicht, wie das gehen kann, aber wir müssen es noch finden. (*Unruhe.*)

Heck: Herr Kohl!

Kohl: Ich muß offen gestehen, ich verstehe auch diese Debatte nicht ganz. Die bayerische CSU hat seit Jahren eine Union der Vertriebenen. Wenn ich die Zahl des Anteils von Vertriebenen und Flüchtlingen richtig im Kopf habe, und zwar zur Relation der CDU, dann steht die CSU nicht schlechter, sondern wahrscheinlich besser nach den vorliegenden Zahlen. In allen Landesverbänden sind bei uns 11.400 Vertriebene und 4.700 Flüchtlinge, insgesamt rund 16.000. Ich meine, politisch kann überhaupt nichts kaputtgehen, wenn wir bei dieser Vereinigung in der Namensgebung zu einer Verständigung kommen.

Herr Stingl hat von den Säulen gesprochen. Warum soll man das politisch nicht genauso machen können? Hier ist es doch so, daß im Zusammenhang mit dem Namen der CDU eine eigene Organisationsform für Vertriebene und Flüchtlinge möglich ist, die auch die Namenssymbolik ganz deutlich zum Ausdruck bringt. Wenn 500 Delegierte in Berlin sitzen und dann plötzlich einer sagt, wir haben doch noch diese innerparteilichen Landesverbände, dann wird doch damit mehr zerschlagen, als wenn von vornherein ein vernünftiges Konzept – das ist doch in kurzer Zeit herzustellen – vorgetragen wird, in dem das, was Lemmer und Stingl ausgeführt haben, deutlich wird.

Hier geht es doch nicht um die Namen mit der Außenwirkung Landesverband oder Vereinigung, sondern um die Symbolkraft und – wenn Sie so wollen – um den Integrationsfaktor für die Partei. Wenn wir es jetzt vertagen – und hier stimme ich Dr. Barzel zu –, dann wird die Debatte darüber von Mal zu Mal peinlicher. Sie wissen ja nicht, wie

die Verhältnisse zwischen den beiden deutschen Teilen sein werden, wenn wir den Parteitag abhalten.

Es kann eine Situation eintreten, die vielleicht noch unangenehmer ist. Ich glaube, gerade in Berlin haben wir eine Chance, eine nüchterne und sachliche – wenn auch mit Imponderabilien –, Lösung zu finden. Ich glaube nicht, daß das breite Publikum unserer Mitbürger in den beiden Landesverbänden oder Vereinigungen einen entscheidenden Unterschied sieht. Für sie kommt es darauf an, daß die CDU namensmäßig diese Symbiose mit dem Bereich eingeht. Das Beispiel der CSU zeigt, daß man das recht gut machen kann.

Heck: Herr Kraske!

Kraske: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich kann nicht verhehlen, daß diese Form des Umganges mit unserer Satzung und unserer inneren Ordnung das ist, was wir in der Vergangenheit immer beklagt haben. Wir können jetzt nicht eine Satzungsfrage, in der wir uns im Grunde vor einem Jahr alle einig gewesen sind, nun wieder mit Zuhilfenahme von psychologischen, emotionalen und auch politischen Argumenten auf eine unsachgemäße Weise lösen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß wir sogar schon vor Braunschweig Anträge der Jungen Union, Anträge des Hamburger Landesverbands immer wieder nur zurückhalten konnten, weil wir geradezu ehrenwörtliche Zusicherungen gegeben haben: Diese Sache wird auf dem nächsten Parteitag erledigt. – Hier sind wir nun wiederum politisch in derselben Lage wie in der Frage Wirtschaftsrat und Mittelstandsvereinigung. Wir sind einfach Gruppen unserer Partei gegenüber im Wort. Wenn wir dieses Wort jetzt nicht einhalten, dann werden diese Anträge in Berlin kommen, zumal wir gewisse Satzungsänderungen nach dem Parteiengesetz in Berlin ohnehin vornehmen müssen, z. B. Parteischiedsgericht, Parteiausschlußverfahren usw. Das sind reine Formalien, aber das müssen wir einfach tun.

Wir sollten uns einmal fragen, ob es nicht ein bißchen Betriebsblindheit ist, wenn wir glauben, daß unsere Berliner Mitbürger das gesamtdeutsche Engagement an den Flüchtlingen und Vertriebenen messen. Ich glaube, jeder Satz, den der Bundeskanzler als unser Vorsitzender in Berlin zu gesamtdeutschen Fragen sagt, jeder Satz, den wir in unserem Aktionsprogramm zu diesen Themen verabschieden, ist für die Bevölkerung und ihre Einstellung gegenüber der CDU wichtiger als die Frage, ob die Exil-CDU oder Oder/Neiße in Zukunft noch ordentliche Parteitagsdelegierte haben oder nicht.

Herr Dr. Barzel, ich würde Ihnen gerne folgen, solche Verschiebungen sind natürlich immer etwas, was die Sache mildert und einen ausgesprochen versöhnlichen Charakter hat, aber auf dem nächsten Parteitag haben wir Wahlen. Ich mache darauf aufmerksam, wenn Sie jetzt nicht die Satzung ändern, dann werden diese Wahlen nach der jetzt geltenden Satzung durchgeführt, d. h. mit 95 Delegierten der Exil-CDU und des Landesverbands Oder/Neiße. Dann aber können diese Wahlen am nächsten Tage angefochten werden, sogar bei öffentlichen Gerichten, weil sie nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen zustande gekommen sind, weil 20 % der wahlberechtigten Delegierten einfach

nach dem geltenden Parteiengesetz kein Mandat haben. Dieser Blamage würde ich die CDU nicht gerne ausgesetzt sehen.

Kiesinger: Herr Gradl!

Gradl: Ich brauche dem nichts hinzuzufügen, was Ernst Lemmer gesagt hat. Die Gebiete Mitteldeutschlands und die jenseits der Oder-Neiße müssen verschieden betrachtet werden. Sie werden auch verschieden behandelt werden müssen. Mir steht es nicht zu, über die künftige Gestaltung der Vertretung Ostdeutschlands in dieser Partei etwas zu sagen. Ich würde es für sehr falsch halten, wenn Ostdeutschland in dieser Partei keine ausgeprägte politische Vertretung mehr fände.

Ich will etwas zur Exil-CDU sagen, weil hier einiges ausgeführt worden ist, was mir deutlich macht, daß hier Mißverständnisse oder nicht ausgesprochene Gegensätze eine Rolle spielen. Bisher sind wir nicht in der Lage gewesen – ich spreche jetzt immer nur von der Exil-CDU –, uns von der Meinung der Partei über zwingende Notwendigkeit wegen des Parteiengesetzes, die Position der Exil-CDU zu ändern, ein Bild zu machen. Auch Herr Kraske hat eben gesagt, das sei eine Frage, die sich aus dem Parteiengesetz zwingend stelle; denn die Wahlen könnten angefochten werden. Ich habe im Parteiengesetz vergeblich gesucht, wo das eigentlich begründet ist. Da nützt es nichts, Herr Kraske, daß Sie einzelne Paragraphen vorlesen. Die kann man so oder so auslegen.

Wir haben seit langem die Bitte gehabt, man möge uns einmal die Auffassung der Partei schriftlich darlegen, wie es denn eigentlich mit dem Parteiengesetz steht. Wir haben eine Stellungnahme von einem sehr angesehenen Mann, von Herrn Scheuner – ich kann das ja sagen –, der dieser Meinung nicht ist. Wenn wir also schon darüber befinden wollen, dann müssen wir wissen, daß die Positionen neu bezogen werden müssen. Dazu muß man exakte Grundlagen haben. Es muß mit offenen Karten gespielt werden! Wenn es zuviel Delegierte sind – das hat Ernst Lemmer schon gesagt –, na gut! Wenn jemand uns sagt, 75 sind doch ein bißchen viel für eine Repräsentation, na gut!

Wir haben vor zehn Jahren hier in diesem Saal in einer Bundesvorstandssitzung unter Konrad Adenauer darüber diskutiert.[21] Damals haben wir gesagt, bitte, setzen wir die Delegiertenzahl um ein Viertel herab. Wir hatten fast 100. Wir haben sie auf 75 herabgesetzt, weil wir der Meinung waren, es müßten nicht mehr so viele sein.

Es läßt sich auch darüber reden, ob wir unbedingt das volle Stimmrecht haben müssen. Es kommt uns nicht darauf an, hier einzuwirken auf das innere Leben der Partei. Wir haben uns auf allen Parteitagen immer von den inneren Auseinandersetzungen ferngehalten, auch von den Hintergründen der inneren Einflüsse in der Partei. Uns hat immer nur die große gesamtdeutsche Politik und die Außenpolitik interessiert. Wir haben uns auch nur dazu geäußert.

Ich hätte erwartet, daß seit Braunschweig diejenigen gekommen wären, die der Meinung sind, hier muß etwas geschehen, daß sie also konkret gesagt hätten, so und so ist die Situation. Sagt uns, wie ihr euch dazu stellt.

21 Am 3. Juni 1955. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 539–546.

Wenn Sie eine bestimmte Auffassung in dieser Sache haben, Herr Kraske, dann legen Sie die bitte auf den Tisch, damit man sich damit auseinandersetzen kann. Das ist bisher aber nicht geschehen. Ich muß sagen, alles machen wir nicht mit. Dann müssen Sie sich damit abfinden, daß die Sache stirbt. Es wird Leute geben, die sagen, das ist ja kein Malheur.

Eine Rede des Bundeskanzlers genügt, um das Gesamtengagement der CDU zu demonstrieren. Nichts gegen die Rede des Bundeskanzlers! Ich bin überzeugt, daß sie uns wohltun wird, wenn er sie in Berlin hält, aber diese CDU heißt: Christlich-Demokratische Union Deutschlands. Dieser Verband ist ein Gründungsverband und steht unter dem Gründungsstatut der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Er hat vor Goslar eine wesentliche Rolle an dem Zustandekommen der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands gespielt. Durch sein Hinzutreten ist die CDU zu einer Union Deutschlands geworden. Wir sind überall in der Parteistruktur und Parteiorganisation vertreten. Darum geht es. Es ist die sogenannte Exil-CDU innerhalb der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Wenn einer meint, es könnte jemand auf dem Parteitag eine Frage stellen, dann lassen Sie ihn diese Frage doch stellen. Wir werden schon darauf zu antworten wissen, und zwar, wie ich glaube, zumindest für die Öffentlichkeit überzeugend.

Wir wollen der Partei keine Schwierigkeiten machen. Wir sind CDU-Leute. Wir wollen aber auch als CDU-Leute behandelt werden. Also, bitte auf den Tisch, was wirklich sein muß, und dann werden wir sehen, wie die Rechtslage ist. Dann werden wir mithelfen, eine Lösung zu finden, und zwar offen und fair. Dazu sind wir bereit.

Kiesinger: Herr Stingl – oder muß ich sagen, Herr Präsident? (*Heiterkeit und Unruhe.*)

Stingl: Herr Kraske, ich muß zurückweisen, daß wir mit der Satzung ein bißchen großzügig umgingen. (*Kraske:* Wie die CDU im ganzen ... – *Starke Unruhe.*) In Kaufbeuren war eine Tagung im Februar 1966. Das Ergebnis war eine Initiative des Landesverbands Oder/Neiße durch einen Brief an die Exil-CDU und den Vorstand. Hierüber müsse man sprechen.[22] Auf den Brief von Herrn Heck, wir sollten uns zusammensetzen, habe ich geantwortet, das Zusammensetzen der beiden nützt nichts, wenn nicht die Parteileitung als solche dabei ist.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich bin leider etwas in diese Sitzung hineingeplatzt. Ich habe noch die letzten Ausführungen unseres Freundes Lemmer gehört, die mir vernünftig erschienen. Was ich nicht anerkennen könnte, wäre, daß Berlin nicht ein geeigneter Ort für eine Entscheidung sei. Hier stimme ich dem zu, was Herr Kohl gesagt hat. Aber daß es anständig und fair gemacht werden muß, ist selbstverständlich. Deswegen muß man jetzt nach einem Verfahren suchen. Das geht aber nicht jetzt an

22 Tagung des Landesvorstands Oder/Neiße, vgl. UiD vom 24. Februar 1966. Beschlossen wurde, die Kräfte der Vertriebenen und Flüchtlinge organisatorisch zu bündeln. In dem – nicht zu ermittelnden – Schreiben vom März 1966 ging es um die Klärung des Stimmrechts des LV Oder/Neiße. Heck hatte es abgelehnt, damit den Bundesvorstand zu befassen (Vermerk vom 1. April 1966 in ACDP 07–001–038).

diesem Tisch. Machen wir halt einen kleinen Kreis, der die Sache regelt. Dann werden wir schon damit in Ordnung kommen. Man sieht ja, daß wir soweit nicht auseinander sind. Also, welcher Vorschlag, Herr Generalsekretär?

Heck: Herr Bundeskanzler, eine Frage möchte ich hier noch geklärt haben, nämlich die – auf die ich keine Antwort habe, ich bin nur ein Philologe und kein Jurist –, ob es überhaupt möglich ist, das durchzuführen, was Ernst Lemmer sagte, eine verminderte stimmberechtigte Repräsentanz in allen Gremien. (*Lemmer:* Innerhalb von 20 % gibt es eine Toleranz. – *Zuruf:* Bei den Parteitagen nicht. – *Starke Unruhe.*) Das ist eine Frage, ob man den anderen Weg wählen soll, der aus den Ausführungen von Gradl zu entnehmen war, Delegierte mit einem besonderen Status zu nehmen. (*Gradl:* Mit einem reduzierten Stimmrecht!)

Kiesinger: Ich schlage vor, den Generalsekretär, den Bundesgeschäftsführer, Ernst Lemmer, Gradl, Stingl und Kohl zu diesem Kreis zu nehmen.

Heck: Ich hätte gern noch den Herrn Meyers, der Jurist ist, dabei.

Kiesinger: Gut! (*Stingl:* Herr Dufhues soll dazu. – *Lebhafte Unruhe.*) Also, dieser Kreis setzt sich zusammen und arbeitet eine Vorlage aus, die er dann dem Bundesvorstand vorlegt.

Wahlkongress, Eröffnungskundgebung und Parteitag 1969

Heck: Wir haben uns im Präsidium und auch in der Konferenz der Landesvorsitzenden darüber ausgesprochen, wie wir die großen Tagungen und Kundgebungen im Jahre 1969 gestalten sollen. Wir waren davon ausgegangen, daß es zweckmäßig sei, was Herr Barzel schon gesagt hat, den Parteitag, auf dem der Vorsitzende und der Vorstand gewählt werden, erst nach den Wahlen abzuhalten. Wir haben einen wesentlich reduzierten Vorstand, was bei den Wahlen immer Schwierigkeiten mit sich bringt.

Davon ausgehend, schlagen wir vor, daß wir im Frühjahr einen großen Wahlkongreß abhalten, der eine doppelte Aufgabe hat, einmal, alle Aktiven, die den Bundeswahlkampf tragen, dazu einzuladen und zusammenzufassen, und zum anderen, daß wir auf diesem Kongreß in Form eines Wahlprogramms der Öffentlichkeit sagen, was unsere Vorstellungen für die nächsten vier Jahre sind. Dem kommt besondere Bedeutung zu, weil sich bei der SPD klar abzeichnet, daß sie einen wesentlichen Teil des Wahlkampfes rückwärtsblickend zu gestalten denkt, nämlich mit der Tendenz, den sozialdemokratischen Anteil an den Erfolgen der Großen Koalition herauszuarbeiten, und zwar davon ausgehend, daß sie ohnedies mit dem Eintritt in die Regierung im Dezember 1966 das Vaterland vor dem Untergang gerettet haben. Nun, mit der Sache werden wir fertig werden. Das ist nicht schwierig. Aber für uns wird es richtig und wichtig sein, daß wir in dieser Wahlkampagne sagen, wie die nächsten vier Jahre aussehen sollen. Deswegen ist der Vorschlag, im Frühjahr einen Wahlkongreß zu veranstalten, gemacht worden.

Die dritte große Sache wäre dann die Eröffnung des Wahlkampfes, die wir eigentlich schon fast traditionsgemäß wiederum in der Dortmunder Westfalenhalle Anfang August vorsehen wollen.

Das wären die drei Veranstaltungen, die für 1969 geplant sind. Eine erste Aussprache bei den Landesvorsitzenden hat ergeben, daß der Wahlkongreß am besten in Wiesbaden stattfinden soll. Über die Eröffnungskundgebung habe ich schon gesprochen, nämlich in Dortmund.

Parteitag 1969! Hierfür gibt es verschiedene Vorschläge. Hier hat sich neben Hamburg vor allen Dingen Rheinland-Pfalz angemeldet. In Rheinland-Pfalz hat noch nie ein Parteitag stattgefunden. Es ist Mainz vorgeschlagen worden. Herr Adorno von Württemberg-Hohenzollern hat darauf hingewiesen, daß auch einmal ein Parteitag im südlichsten Teil der Bundesrepublik stattfinden soll. (*Lebhafte Unruhe. – Barzel:* Die Unterbringung ist etwas schwierig. – *Kiesinger:* Es gibt ja Zelte! – *Heiterkeit. – Zuruf:* Bierzelte! – *Heiterkeit.*) Ferner hat Herr Dufhues darauf hingewiesen, daß im Mai 1970 Wahlen in Nordrhein-Westfalen sind und daß deswegen der Parteitag in den Raum von Nordrhein-Westfalen gelegt werden soll, und zwar im November 1969. Präsidium und Landesvorsitzende sind der Auffassung, daß wir so verfahren. (*Andauernde Unruhe und Zurufe:* Wie verfahren?) Darf ich wiederholen! Es ist so, daß wir den Parteitag nach den Wahlen machen wollen, eine große Eröffnungskundgebung für den Wahlkampf und einen großen Wahlkongreß. Über die Orte habe ich schon berichtet. Wir brauchen uns heute über die Orte nicht einig zu werden.

Kiesinger: Es wäre nur noch ein Ort übrig.

Dufhues: Für den Wahlkampf wäre es wichtig, den Parteitag in Nordrhein-Westfalen abzuhalten. (*Lebhafte Unruhe.*) Die Gefilde von Rheinland-Pfalz sind nicht so bedrängt. In Nordrhein-Westfalen ist es viel härter! (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Warum nicht in Rheinland-Pfalz? Wir müssen Argumente hören, warum da und nicht dort. Es tut immer gut, wenn man einen solchen Kongreß in ein Land legt, wo eine Spritze notwendig ist. Infolgedessen würde ich auch durchaus für Südwürttemberg bereit sein. (*Lebhafte Heiterkeit und Unruhe.*) Dort ist man ein bißchen müde geworden. Das sind die katholischen Hochburgen. Da predigte jeden Sonntag der Pfarrer: Es gibt nur eine Partei, die gewählt werden kann; alles andere ist Teufelswerk. – Das tun sie heute nicht mehr. Infolgedessen ist es ganz gut, man versucht es einmal auf andere Weise. Ravensburg ginge ja; denn es hat eine große Kongreßhalle. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich bin jetzt Badener geworden. Also, wie ist es nun? Sollen wir das noch offenlassen?

Heck: Den Wahlkongreß in Wiesbaden kann man festmachen. Dortmund kann man auch festmachen. Den Parteitag nach den Wahlen sollte man noch offenlassen. (*Von Hassel:* 1973 in Kiel!)

Kiesinger: Ihr wollt immer alles dort oben haben!

Kohl: Herr Kollege Heck, mit der Methode bin ich nicht einverstanden. Das ist eine Praxis, die hier seit vielen Jahren obwaltet. Wir sind jetzt der drittstärkste Landesverband in der Bundesrepublik. Wir sind immer gut und brav dazu da, um bei den Wahlen der Partei Stimmen zu liefern.

Ich halte es nicht für richtig, daß man einen solchen Landesverband in 20 Jahren überhaupt noch niemals mit einer solchen Großveranstaltung der CDU bedacht hat. Ich

gebe zu, daß wir auch räumliche Gründe hatten, die fallen aber bereits seit Jahren weg. Es gibt seit Jahren in Rheinland-Pfalz Städte, die vergleichbare Hallen haben mit den Städten, die hier genannt worden sind. Das können Sie für Koblenz und für Ludwigshafen sagen. Das gilt auch jetzt für Mainz. Dort werden jetzt die neue Rheingold-Halle und die entsprechenden Hotelgebäude fertig. Deshalb plädiere ich für Rheinland-Pfalz, weil ich es nicht für richtig halte, daß die CDU als Bundespartei bisher überhaupt nicht dort vertreten war. Es sind keine Wahlen. (*Barzel:* Aber der neue Ministerpräsident!) Ich halte es für ein entscheidendes Argument. Wenn man in Nordrhein-Westfalen vor der Wahl durch die Bundespartei in Dortmund eine Wahlkampferöffnung macht, dann gilt das gleiche für Rheinland-Pfalz.

Dufhues: Ich lege entscheidenden Wert darauf und bin damit einverstanden, daß entsprechend der Abreden der Landesvorsitzenden die Festlegung des Ortes zunächst vertagt wird. (*Lebhafte Unruhe.*) Wir müssen in Nordrhein-Westfalen jede Unterstützung bekommen, die menschenmöglich ist. Es ist eine der schwierigsten Wahlen, die wir auf der Ebene der Landtage haben. Machen wir uns also keine Illusionen. Ich denke nur an den Erfolg der CDU. An sonst nichts!

Kiesinger: Beide Argumente sind berechtigt, beide haben Gewicht. Das muß man anerkennen. Infolgedessen würde ich sagen, wir vertagen zunächst einmal die Sache. (*Sehr starke Unruhe.*) Wir können den Punkt verlassen.

Heck: Wir kommen nun zum Punkt 4 der Tagesordnung:

Beratung und Beschlussfassung über den von der Programmkommission vorgelegten Entwurf eines Aktionsprogramms. Verschiedenes

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich habe noch eine Reihe von Punkten zum Aktionsprogramm zu sagen, aber Sie wollen sicher ganz kurz etwas zur Lage hören. Es ist eine der ernstesten Situationen, die wir in der Geschichte der Jahre nach dem letzten Krieg hier haben. Rockefeller hat soeben gesagt, es sei die ernsteste Situation seit dem Weltkrieg, und zwar die Drohung der Sowjetunion mit der Feindstaatenklausel. Ich bitte Sie, möglichst wenig über die Feindstaatenklausel zu reden. Je mehr wir davon reden, desto höher spielen wir es hinauf, desto mehr sagen die Leute, irgendetwas ist dran. Wir müssen das diplomatisch durchstehen. Es ist ein großer Schaden, daß Helmut Schmidt in New York das angeblasen hat, nachdem unser Freund Birrenbach, der als Beauftragter drüben war, die Sache ausgehandelt hatte. Dadurch entstand nun eine Folge von unabgestimmten Einzelerklärungen, und zwar nach den Amerikanern die Engländer und die Franzosen. Die Engländer haben die beste Erklärung abgegeben, indem sie einfach sagten: Das ist gemacht worden für Kriegszeiten. Das ist vorbei, wir haben keinen Krieg mehr. Jetzt ist es aus. Es ist nicht mehr gültig.[23]

23 Die Sowjetunion hatte in ihren Memoranden vom 21. November 1967 (DzD V/1 S. 2047–2053) und 5. Juli 1968 (DzD V/2 S. 964–973) auf ihrem Interventionsrecht gegenüber der Bundesrepublik gemäß Art. 53 und 107 (Feindstaatenklausel) der UN-Charta beharrt. Am 16.

Wegen der Formulierung der anderen hat ein zweiter Sprecher das schon vorsichtiger gesagt. Da kommt jetzt diese Rechtsansicht: Die Klausel gilt noch, aber nur kollektiv, d. h., nur alle zusammen können eine solche Aktion machen. Das entschärft natürlich die Situation de facto, aber rechtlich ist es unangenehm. Wir haben darauf gedrängt, daß eine abgestimmte Formel zunächst mit unseren Hauptverbündeten und dann mit den anderen gefunden würde. Für alle diejenigen, die nicht rechtskundig sind, hat Herr Brandt eine schreckliche Erklärung abgegeben, ich glaube, im „Spiegel".[24] Das ist ganz unmöglich gewesen und rechtlich völlig unhaltbar, bei allem guten Willen, aber das ging nicht. Das ist das eine.

Daß die Sowjetunion hier ein Instrument in der Hand hat, das noch aus dem Erbe des verlorenen Krieges stammt, das lange irgendwo in einer Ecke lag und das jetzt hervorgehoben wurde, das ist außer jedem Zweifel. Sie bringt damit auch unsere Freunde und Partner in eine gewisse Verlegenheit. Das sieht man ganz deutlich an den verschiedenen Auslassungen dazu; z. B. an der französischen. Es ist zwar überall guter Wille vorhanden, über diese unangenehme Situation hinwegzukommen, aber die Auseinandersetzung ist da. Für mich war von Anfang an nach diesen Ereignissen in der Tschechoslowakei wichtig, daß wir nicht isoliert wurden. Die Gefahr besteht nach wie vor. Wer den Artikel in der „Stampa", der gestern wiedergegeben worden ist[25], gelesen hat, sieht das. Dort wird einfach gesagt, die Deutschen gebärdeten sich hysterisch, es sei verantwortungsloses Geschwätz usw. Das ist eine klare Sache. Das ist innerhalb des Interessenbereiches der Sowjetunion geschehen. Das hat nichts zu tun mit dem Bereich im Ausland. Es ist also eine ganz gefährliche These, wenn gesagt wird, über die Interessen ihres Bereiches hinaus würde die Sowjetunion nichts machen. Aber die tatsächliche Entwicklung geht andere Wege. Wenn Sie jetzt Tag um Tag die Presse verfolgen, dann können Sie sehen, daß auch die Sowjetpropaganda sich zunehmend kollektiv den Westen vornimmt, d. h. sie spricht jetzt sehr viel mehr von der NATO-Verschwörung usw. Wir werden zwar immer noch als die eigentlichen Anheizer bezeichnet, aber es werden auch die einzelnen Länder angegriffen. Sie sagen, die Engländer seien das non plus ultra.

In der Tat haben die Engländer auch sehr klar in Bukarest reagiert[26], indem uns Stewart[27] verteidigt hat; dann kommt weiter die sehr scharfe Verurteilung der Vorgänge in

---

und 17. September 1968 gaben die drei Westmächte Erklärungen zur Feindstaatenklausel der UN-Charta ab, in denen sie die sowjetische Forderung ablehnten, vgl. DzD V/2 S. 1258f. – Helmut Schmidt hielt sich vom 10.–16. September 1969 in den USA auf, vgl. AAPD 1968 Nr. 292, Nr. 302. – Birrenbach sprach am 9. und 12. September 1968 mit dem amerikanischen Außenminister Rusk, vgl. BIRRENBACH S. 271–275; AAPD 1968 Nr. 291, Nr. 297. Vgl. auch HINRICHSEN S. 375–380.

24 „Wir werden uns nicht selbst entmannen", Interview Brandts mit dem „Spiegel" vom 9. September 1968 S. 32–34.

25 Artikel in „La Stampa" vom 17. September 1968, vgl. Abschrift des BPA Nr. 3/68 vom 24. September 1968 („Bonn auf der Suche nach einer neuen Politik") in ACDP 01-226-271.

26 Der britische Außenminister Stewart hielt sich vom 8.–11. September 1968 in Rumänien auf. Vgl. dazu AAPD 1968 S. 1190f. Anm. 4.

27 Robert Maitland Michael Stewart (1906–1990, seit 1979 Lord Stewart of Fulham), britischer Politiker (Labour); 1965/66 und 1968–1970 Außenminister, 1966/67 Wirtschaftsminister.

der Tschechoslowakei, dann die Zurückweisung der Feindstaatenklausel. (*Stingl:* Und die Absage der Reise!) Ja! Ich muß sagen, die Engländer haben sich tadellos in diesem Zusammenhang benommen. (*Lemmer:* Das tun sie immer!) Ja, das ist wirklich wahr. (*Lemmer:* Wenn es darauf ankommt, sind die Engländer da!) Nun, das formiert sich jetzt deutlich. Es ist natürlich sehr gut, daß es so läuft. Gestern fuhren de Jong und Luns[28] nach Berlin. Ich habe ihnen natürlich sehr dafür gedankt. Sofort kam ein scharfer Protest der Sowjetunion. Sie hat den Botschafter zu ihnen geschickt und erklärt, es sei unerhört, was sie da machten. Dann kam eine ganz scharfe Zurückweisung ihrerseits. Also, es ist eine tadellose Sache. Selbst in einem neutralen blockfreien Land wie Afghanistan hält der Ministerpräsident seine Tischrede auf Deutsch, weil er ein Schüler der berühmten Schule dort ist, aus der die Hälfte der afghanischen Politiker stammt, bei der der Bundespräsident den Grundstein vor einigen Jahren gelegt hat, wobei ein Witzbold erzählte, dieser Grundstein würde jetzt im archäologischen Museum in Kabul vorgezeigt.

Ich habe dafür gesorgt, daß die Schule jetzt wirklich kommt. Der Ministerpräsident[29] hält also seine Tischrede in Deutsch. Darauf erfolgt sofort ein Protest des sowjetischen Botschafters beim Außenminister gegen diese Geste. (*Lemmer:* Die sind größenwahnsinnig!) Nur muß man wissen, daß Afghanistan von der Sowjetunion in den letzten zwölf Jahren – ich kam genau an dem Tage mit Gerstenmaier dorthin, als der afghanisch-sowjetrussische Vertrag geschlossen worden war[30] – über 4 Mrd. DM Wirtschafts- und Militärhilfe erhalten hat. Wir haben 240 Mio. DM gegeben. Selbst dort also auch wieder eine ganz scharfe Beurteilung des Vorgehens, auch in der Tischrede. Von der Türkei ist gar nicht zu reden. (*Lebhafte Unruhe.*) Der sehr gescheite türkische Außenminister[31] hat mir gesagt, als ich mich bei der Rückfahrt auf dem Flughafen von ihm verabschiedete, es hat in allen diesen drei Ländern eine Wendung stattgefunden. Die hatten sich darauf eingerichtet, die Sowjetunion mache da nichts. Sie hat im Osten Kummer mit China, sie hat im Westen Kummer mit ihrem Satellitenbereich, dann kommt die NATO usw.

Also, sie will die lange Front Pakistan bis zur Türkei einigermaßen ruhig halten. Das haben natürlich diese Länder weidlich ausgenutzt, z. B. Afghanistan, ohne den Sowjets

28 Piet Josef Sietse de Jong, Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande, und Joseph Luns, Außenminister des Königreichs der Niederlande, hielten sich am 18./19. September 1968 in der Bundesrepublik auf. Vgl. AAPD 1968 Nr. 306.

29 Mohammed Nur Ahmad Etemadi (1921–1979), afghanischer Politiker; 1967–1971 Ministerpräsident. – Kiesinger hatte vom 5.–9. September die Türkei, vom 9.–12. September den Iran und vom 12.–15. September 1968 Afghanistan besucht. Vgl. Nr. 20 Anm. 68.

30 Der Vertrag wurde am 4. Februar 1956 geschlossen, vgl. AdG 1956 S. 5604. – Kiesinger und Gerstenmaier waren Mitglieder einer Bundestagsdelegation, die an der 45. Konferenz der Interparlamentarischen Union in Bangkok (15.–22. November 1956) teilnahm. Auf dem Weg dorthin machten sie auch in Kabul Station. Vgl. Eugen GERSTENMAIER: Streit und Frieden hat seine Zeit. Ein Lebensbericht. Frankfurt/Main 1981 S. 410; ACDP 01-226-309.

31 Ihsan Sabri Çaglayangil (1908–1993), türkischer Politiker; Februar bis Oktober 1965 Arbeitsminister, 1965–1971 und 1975–1977 Außenminister, 6. April bis 12. September 1980 Staatspräsident. – Kiesinger hielt sich vom 5.–9. September 1968 in der Türkei auf.

übrigens einen Einfluß auf ihre Politik einzuräumen. Die Sowjets leben dort ganz abgeschlossen in einem Lager; sie zeigen sich nicht in der Bevölkerung, obwohl die ganze Infrastruktur strategisch geplant ist. Ich bin oben gewesen. In 3.300 m Höhe haben sie das Hindukusch-Gebirge durchtunnelt, um eine Nordsüd-Verbindung herzustellen, die sie jedenfalls im Sommer benützen könnten, wenn irgendwelche Ereignisse die Sowjetunion veranlassen sollten, ihre Kräfte nach Süden zu werfen. Aber daß immer noch Freundschaft gegenüber unserem Volke dort bewahrt wird, in der Türkei, auch im Iran, ist klar. Der Schah hat übrigens einen endgültigen Strich unter die ganze Sache gemacht. Das ist vorbei. Das gleiche gilt auch für Afghanistan.

Jetzt kommt es darauf an, daß sich um uns herum soviel Freunde wie möglich scharen, nicht nur unsere Verbündeten in der NATO, sondern auch in den Vereinten Nationen. Das scheint zu gelingen. Hierauf müssen wir unsere ganze Aufmerksamkeit richten. Ich kann das nicht immer in die Welt hinausposaunen. So etwas bespricht man. Ich kann hier nur sagen, ich bin hochbefriedigt von den Gesprächen mit den verantwortlichen Leuten aus diesen drei Ländern zurückgekehrt.

Ich bin ebenso befriedigt vom gestrigen Gespräch mit de Jong und Luns. Sie haben, was den Willen, in der NATO zusammenzurücken, anbelangt, gar keinen Rest übriggelassen. Die Leute sehen also sehr klar, woher der Wind weht. Wir werden die schwierigste Aufgabe haben, wenn jetzt der Präsident de Gaulle zu uns kommt.[32] Was Debré bisher erzählt und der Präsident in seiner Pressekonferenz gesagt hat, klingt nicht sehr ermutigend.[33] Wir werden sehen müssen, wie wir auf dem schmalen Grat, auf dem wir hier zu wandern haben, vorwärtskommen. Gewisse Vorstellungen von italienischer Seite, daß man einfach Frankreich dann beiseite lassen und zu fünft weitermachen soll, sind natürlich ganz ausgeschlossen. Eine solche Politik könnten wir nie und nimmer machen. Das fehlte uns im gegenwärtigen Augenblick gerade noch, daß es zu einem offenen Eklat zwischen uns und Frankreich käme. (*Unruhe.*) Aber ich habe mich sehr gefreut, daß die Holländer diesen Gedanken weit von sich gewiesen haben. Als ich sie direkt darauf ansprach: Haben Sie etwa auch eine solche abenteuerliche Vorstellung? – haben beiden gesagt: Das wäre natürlich das Törichtste, was man tun könnte. Wir müssen uns unter den fünf ein bißchen enger verständigen und versuchen, Frankreich mitzunehmen. Was man außerhalb der Römischen Verträge machen kann, was also durch diese Verträge nicht gedeckt ist, nämlich Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit England und anderen, das ist eine andere Sache. Da sind wir aufgeschlossen, um hier mitzumachen.

Ich kann nur noch einmal wiederholen, anständiger als sich die Briten in den letzten Monaten verhalten haben, kann man nicht sein. Das ist eine Feststellung, die man immer wieder treffen muß. Das ist die englische Regierung. Es gibt aber auch Massenblätter da drüben, die häßliche Artikel schreiben, die aber keineswegs repräsentativ sind. Es

32 De Gaulle hielt sich vom 27.–28. September 1968 zu Konsultationen in Bonn auf. Vgl. AAPD 1968 Nr. 312.

33 Zur Pressekonferenz de Gaulles vgl. AdG 1968 S. 14217–14219; AAPD 1968 Nr. 318. – Zu den Äußerungen Debrés im Gespräch mit Außenminister Brandt vgl. AAPD 1968 Nr. 313.

ist also jetzt die große Aufgabe, hier entsprechend zu wirken. Wir dürfen solche Tendenzen, wie sie in der „Stampa" zum Ausdruck gekommen sind, wie sie auch gelegentlich in Äußerungen aufklingen, daß diese tschechische Krise wesentlich dadurch gefördert worden sei, daß die Russen den Wirtschaftsimperialismus und den wirtschaftlichen Einfluß der Bundesrepublik in der Tschechoslowakei fürchteten, nicht so ernst nehmen, denn das ist natürlich Unsinn. Wenn sie uns gefürchtet und geglaubt hätten, wir seien die Bösewichte, als die uns Moskau dauernd darstellt, dann hätte das die Tschechen vielleicht zu einem vorsichtigeren Verhalten bewogen; aber daß diese Bewegung aus ganz anderen Gründen kommt, das wissen wir doch alle.

Es ist also im Moment die wichtigste Aufgabe: Vermeidung der Isolierung, Sammeln der Freunde um uns herum. Das ist jetzt ein günstiger Augenblick.

Mein Vorschlag zu einer Gipfelkonferenz der NATO wurde gestern von Luns so beantwortet: Das Signal war notwendig. Sie mußten es sagen. Wir haben gesagt, wir müssen überlegen, ob es gut ist, es tatsächlich zu machen; denn man muß ja damit rechnen, daß unter Umständen wegen de Gaulle auf einer solchen Gipfelkonferenz keine Einigung hergestellt wird, so daß dann hinterher die Sache gefährlicher aussieht als vorher. Aber es war ein Aufruf zur Einigung. Es ist ja alles in Gang gekommen. Birrenbach hat mir erzählt, nirgendwo in den Vereinigten Staaten sei der Gedanke der Gipfelkonferenz abgelehnt worden. Johnson hatte schon die Koffer gepackt, um Kossygin zu treffen. Er hatte seinen Botschafter hier aufgefordert, mir das zu sagen. Der amerikanische Botschafter hatte sich bei mir angesagt, und dann kamen die Ereignisse in der Tschechoslowakei. Der Botschafter sagte, die Sache habe sich erledigt. Ich habe ihn dann doch hergebeten. Aber noch habe Präsident Johnson – so sagte er mir – den Gedanken an ein solches Treffen nicht aufgegeben. Ich habe Cabot Lodge gesagt[34]: Ob NATO-Gipfelkonferenz oder Treffen Johnson-Kossygin, das hat der amerikanische Präsident zu entscheiden, aber das eine oder das andere müßte den Russen ganz klarmachen, was passiert, wenn sie etwas über ihre Grenzen hinaus unternähmen. Nun, was der Präsident tun wird, weiß ich nicht.

Dies ist ganz kurz zusammengefaßt im Moment die Situation. Die militärische Situation ist äußerst bedrückend; denn die Russen haben seit diesen Ereignissen 50 neue Divisionen nach Westen geworfen, westlich der Weichsel; von den 50 stehen 18 westlich der Oder-Neiße. Man kann natürlich eine Gesamtrechnung aufstellen und sagen, früher waren die tschechoslowakischen Divisionen da, dann sind es nur zwei sowjetrussische Divisionen, aber die Qualität dieser Kräfte, die an der Grenze stehen, ist so, daß sie jederzeit eine Bewegung irgendwohin machen können. Es gibt ja nicht nur eine Bewegung gegen den NATO-Raum, sondern auch gegen Österreich und Jugoslawien. In Wien und in Belgrad ist man keineswegs leichtfertig optimistisch.

Wir leben in einer äußerst prekären, äußerst ernsten Situation. Wir müssen ein Zweites tun. Überall wächst jetzt die Bereitschaft, etwas zu tun. In der NATO geschieht etwas. Wenn man auch keine besondere Außenministerkonferenz zusammengerufen hat,

34 Am 17. September 1968. Vgl. AAPD 1968 Nr. 303.

so wird doch Herr Rusk in New York anläßlich der Tagung der Vereinten Nationen[35] ein Essen geben, zu dem unser Außenminister hingehen wird. Man wird dort überlegen, ob man die normale Ratstagung vorzieht und welchen Inhalt man ihr geben wird. Die Amerikaner haben – das haben Sie ja gesehen – Bereitschaftserklärungen abgegeben, Truppen herzusenden, erstmals 12.000. Also, das alles kommt jetzt. Was wir mit den Franzosen machen können, weiß ich nicht. Es gibt natürlich dort auch andere Erscheinungen. Es gibt Schwächeerscheinungen in einigen dieser Länder. Das ist einfach Furcht. Das ist ja natürlich angesichts dieser Situation. Luns sagte mir, die Russen sind Dummköpfe. Die hätten nur noch zwei Jahre zu warten brauchen, dann wäre von der NATO nicht mehr viel übrig gewesen. Sie sagten mir weiter, in Holland gäbe es eine ständige Erosion des NATO-Willens durch die Presse, durch gewisse Professoren usw.; also eine ganz ähnliche Situation wie bei uns. Diese Leute sagen: Das ist ja alles nicht mehr nötig. Die Russen haben sich gewandelt. Der Kommunismus ist etwas ganz anderes als früher. Diese unangenehme Bundesrepublik ist doch der eigentliche Störenfried. Sie soll doch endlich mit allem aufhören und anerkennen. (*Unruhe.*) Das sagten mir beide Herren, die doch durch ihre Tat bewiesen haben, daß sie zu uns stehen. Sie sagten, wir könnten uns absolut auf sie verlassen. Nun, meine Herren, das ist ja eine paradoxe Situation, wenn man die These aufstellt, wie sie Luns aufgestellt hat: Noch zwei Jahre, dann wäre von der NATO nicht mehr viel übriggeblieben.

Die Frage, wer in diesem geschichtlichen Ablauf verliert und wer nicht, ist hochinteressant. Rusk hat sie bei dem letzten Gespräch in Wien[36] in die Formel gekleidet: Der sowjetrussische Kommunismus hält die Koexistenz nicht aus. – Die Konsequenz ist, daß er das aber nicht einfach tatenlos hinnimmt. Es ist richtig, er hält sie nicht aus. Das hat sich ja gezeigt. Er wird sie auch in Zukunft nicht aushalten, ohne nach dem Gesetz, nach dem er angetreten ist, zuschlagen zu müssen. Aber wer am ersten zerbröckeln wird, die Einheit des Westens in der NATO oder die Einheit des kommunistischen Ostens, das ist eine hochinteressante Frage. Ich will jetzt nicht im einzelnen darauf eingehen. Sie ist sehr kompliziert. Eines scheint mir aber sicher zu sein, der Prozeß geht unaufhaltsam weiter. Ich bin fest davon überzeugt, daß das anders ist als in Ungarn. Das ist anders als beim 17. Juni 1953. Das kam aus der Tiefe eines Volkes und wurde vor allen Dingen von einer ganz unbefangenen und unerschrockenen Jugend getragen. Sie ist da und gibt nicht mehr nach. Sie wird immer neue Methoden finden. Das ist nicht nur in einem Lande so, das wird auch in anderen Ländern so sein. Das ist eben der Drang zur Freiheit, zur individuellen und zur nationalen Freiheit. Die Imperialisten in Moskau müssen dann zusehen, welche Methoden sie anwenden, um eine solche Entwicklung zu verhindern.

---

35 Die UN-Generalversammlung eröffnete ihre XXIII. Sitzungsperiode am 24. September 1968. Zum Abendessen auf Einladung Rusks vgl. AAPD 1968 Nr. 327. – Brandt hielt sich vom 7.–11. Oktober in New York auf, vgl. Willy BRANDT: Erinnerungen. Frankfurt/Main 1989 S. 180f.; AAPD 1968 Nr. 328, 329, 332, 334, 336, 337, 338.

36 Dean Rusk hielt sich am 15. Mai 1965 anläßlich des 10. Jahrestags der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrags in Wien auf. Vgl. AdG 1965 S. 11857.

In der Tschechoslowakei haben sie Methoden angewendet, die keiner, mit denen ich bisher gesprochen habe, von Washington bis Kabul versteht. Daß sie intervenierten, ja vielleicht intervenieren mußten nach ihrer Staats- und Parteiräson, das wird anerkannt, ohne daß man das verteidigt, aber daß sie so interveniert haben, das ist nach wie vor eine Sache, über die man sehr genau nachdenken muß. Vielleicht war halt doch bei der militärischen Intervention schon die Präsenz einkalkuliert, die übermächtige Präsenz dieser Sowjetdivisionen an der westlichen Grenze und die darauf folgenden politischen Schritte im Zusammenhang mit dieser Präsenz. Ich muß es so sagen, es hat gar keinen Zweck, wenn wir uns etwas vormachen. Ich will aber niemandem deswegen Angst machen. Hier heißt es jetzt, kühlen Kopf zu behalten.

Die Russen wissen genau, daß mit einem Vorstoß gegen den Westen ein großes Risiko verbunden ist. Daß jetzt ihr Vorgehen die NATO zusammenschließt, ist ja ein guter Effekt. Manchmal frage ich mich geradezu, ob sie nicht, um ihren Bereich, um ihre Gesellschaft da zusammenzuhalten, wieder eine Belebung des NATO-Geistes im Westen brauchen. Die da drüben haben ja auch nicht mehr daran geglaubt, die haben alle gesagt, es ist vorbei, und wir allein reichen nicht mehr aus. Es ist eine paradoxe Situation, die zu allen möglichen Überlegungen Anlaß gibt. Manches ist spekuliert worden. Ganz sicher ist, daß sich alle unsere Freunde um uns scharen müssen; d. h. auch wir müssen die Konsequenzen ziehen, z. B. in unserer auswärtigen Politik, verbunden mit der Entwicklungspolitik. Wir müssen weg mit unserem Gießkannensystem, sondern wir dürfen nur da helfen, wo wir verläßliche Freunde haben. Das ist eine sehr wichtige Konsequenz, insbesondere mit Blick auf die Kandidaten, die für diesen Ministerposten angeboten werden.

Über die Klausel – ich bitte noch einmal herzlich darum – wollen Sie so wenig wie möglich sprechen. Die Feindstaatenklausel ist der diplomatischen Arbeit überlassen. Im übrigen sollten wir uns gelassen, ruhig und fest zeigen. Ich war ganz froh über diese interessante Wendung, die jetzt zu beobachten ist. Die Propaganda wendet sich plötzlich mit Wucht gegen mich persönlich. Das gibt mir Gelegenheit, klipp und klar zu sagen, so ist es und nicht anders.

In diesem Zusammenhang ein Wort zum Atomsperrvertrag! Wir haben Luft bekommen. Wir sollten es dabei belassen. Wir sollten jetzt nicht versuchen, mit dem Atomsperrvertrag die NPD rechts zu überholen. Wir sollten froh sein, daß wir Luft bekommen haben. Auch unser SPD-Partner erklärt ja, das kommt nicht in Frage. Helmut Schmidt und Brandt haben es erklärt. Sie wissen, warum sie es jetzt sagen. Die andere Frage ist die der Verjährung. Ich weiß, daß diese beiden Punkte bei unseren Freunden von der CSU eine bedeutende Rolle jetzt in Berneck[37] gespielt haben. An sich warne ich vor antizipierten Festlegungen. Es ist immer schlimm, wenn man sich selber in einen Käfig sperrt. Ich würde sagen, in diesen zwei schwierigen Fragen sollten wir ruhig Blut bewahren.

37 Vom 19.–21. September 1968 fand in Bad Berneck die Herbsttagung der CSU-Landesgruppe statt. Vgl. „Zusammenstellung der gefaßten Entschließungen" in ACDP 01–035–020/2.

Ich hatte gehofft, daß der Senatsausschuß in der dritten Lesung die Empfehlung nicht aussprechen würde, er hat es aber trotzdem getan, so daß nun der Senat abstimmen muß. Wie das ausgehen wird, weiß ich nicht. Wir müssen damit rechnen, daß in den Vereinigten Staaten bis zur Präsidentenwahl wenig Führungskraft entwickelt wird. Das ist immer die gefährliche Zeit. Das haben die Russen immer auszunutzen gewußt. Der Trend in den Vereinigten Staaten geht – wenn man das so ausdrücken will – entschieden nach rechts. Das ist gut so für uns. Dort stehen die Leute, die in der europäischen Politik und in der Politik gegenüber dem Kommunismus eben einfach verläßlicher und sicherer sind. Ich will jetzt auf die Kandidaten selber nicht eingehen. Jeder, der zurückkommt, sagt, es gibt Angriffe gegen den Supreme Court, gegen das höchste Gericht: law and order. – Es ist also das Gefühl in den Vereinigten Staaten: Ordnung und Gesetz sind bei uns gestört. Die müssen wiederhergestellt werden.

Ganz erstaunlich ist der Erfolg von Wallace, der hat jetzt schon 25 %. Es kann passieren, daß wir dieses Mal erleben, daß der Präsident der Vereinigten Staaten vom Repräsentantenhaus gewählt wird. Das ist das Verfahren, wenn keiner die absolute Mehrheit erreicht. Rusk hat gesagt: Vor ein paar Monaten noch hätte ich mich über die NPD in der Bundesrepublik noch ziemlich aufgeregt; seit diesem Erfolg von Wallace bin ich nachdenklich geworden.[38] Und McGhee sagte mir, als er sich verabschiedete: Daran ist nur unser dummes Wahlgesetz schuld. Hätten wir das Eure, dann säßen 13 % Wallace-Leute im Kongreß. Heute, so müsse er weiter sagen, habe man 25 % im Kongreß. – Über diese Durststrecke müssen wir hinwegkommen. Selbstverständlich werde ich, sobald der neue Präsident da ist, versuchen, mit ihm in Verbindung zu treten.

Ich habe die Reise nach Asien begrüßt. Durch einen natürlich inspirierten Artikel in der „Tagespost“[39] in Würzburg – mehr will ich dazu nicht sagen – bin ich angegriffen worden, weil ich diese Reise in diesem Augenblick unternommen hätte. Es sei so, daß ich eine Lustreise angetreten hätte. Also, so schmutzig wird gearbeitet in dieser Welt. Ich habe meine Parteifreunde gefragt, ich habe auch andere gefragt, was sie davon hielten. Ich bin überall beraten worden, diese Reise zu machen. Es war gut, daß ich sie gemacht habe. Ich habe dann, weil ich in Kabul, Teheran und weiß wo Gespräche führte und in Amerika diese Dinge liefen, unseren Freund Birrenbach beauftragt und hinübergeschickt, der sehr geschickt, klug und auch, soweit dies in der Situation möglich war, erfolgreich verhandelt hat. Wir werden über die Ergebnisse dieser Verhandlungen noch sprechen müssen. Am Montag werde ich den Gouverneur Scranton[40] hier haben. Nixon hat mir einen netten Brief geschrieben, in dem er mich bat, Herrn Scranton zu empfangen. Man nimmt an, daß Scranton Außenminister wird, wenn Nixon gewählt werden sollte. Es ist mir höchst lieb, daß ich schon am Montag Gelegenheit habe, mit diesem

38 Vgl. AAPD 1968 S. 1169.

39 Vgl. „Deutsche Tagespost“ vom 17. September 1968 „Wachsende Kritik“. Kiesinger wurde vorgeworfen „sorglos durch Asien“ zu reisen, „zu einem Zeitpunkt akuter sowjetischer Bedrohung“.

40 William Warren Scranton (geb. 1917), amerikanischer Politiker (Republikanische Partei); 1961–1963 Mitglied des Senats, 1963–1967 Gouverneur von Pennsylvania.

Manne sprechen zu können, ohne daß ich mich auf eine Seite festlegen lasse. Aber es ist doch ganz gut, daß man jetzt schon die Gelegenheit hat, einen Gedankenaustausch zu pflegen.

Man hat früher das Wort des alten Herren „die Lage war noch nie so ernst" gelegentlich belächelt, weil er es ein bißchen inflationiert hat, aber, meine Damen und Herren, jetzt sage ich es: Die Lage war noch nie so ernst! – Deswegen bitte ich Sie, die kleinen Querelen und Intrigen zurückzustellen. Das Wohl des Vaterlandes verlangt es! (*Lebhafter Beifall.*)

Lemke: Herr Bundeskanzler, Sie haben gesagt, außerhalb der Römischen Verträge wäre das Feld frei. Da gäbe es Möglichkeiten, daß andere Staaten der EWG beitreten könnten. Die suchen also eine enge Verbindung mit den Fünf herzustellen, weil sie es nicht mehr aushalten, daß sie wirtschaftlich ausgeschlossen sind.

Kiesinger: Wir haben ein genaues Papier vorbereitet. (*Lemke:* Ich wollte Sie bitten, Herr Bundeskanzler, daß Sie da vielleicht ein paar Akzente setzen.) – Herr Lemmer!

Lemmer: Ich gebe zwei Informationen bekannt, die ein Schlaglicht auf die Situation werfen. Ich nenne die Oberschule 5 Bezirk Pankow. Dort hat wenige Tage nach dem 21. August ein engagierter SED-Direktor in der Oberprima, die aus 34 Schülern und Schülerinnen besteht, einen Klassenaufsatz darüber machen lassen, ob man den Einmarsch der Russen in die Tschechoslowakei für richtig halte, um den Konterrevolutionären dort das Handwerk zu legen. Die Pressevertreter, die hier sind, bevollmächtige ich, in geeigneter Weise das in die Öffentlichkeit zu bringen. Das Ergebnis war so: Von den 34 haben mit Namen – das ist keine geheime Wahl – vier gesagt: Ja, zwei haben sich gedrückt, und 28 haben geantwortet: Nein! Dieser Einmarsch von Truppen unserer Republik in die Tschechoslowakei ist zu mißbilligen. – Das sage ich nur in Richtung auf die Beurteilung der Haltung der Jugend in der Zone, über die in der Welt und in Westdeutschland meist absolut falsche Vorstellungen herrschen.

Die zweite Sache! Vor dem Schöneberger Rathaus habe ich auf einer Kundgebung am 21. August gesprochen.[41] Laut amtlichem Polizeibericht heißt es: Die APO, die schon aus verschiedenen Gruppen besteht, hatte beschlossen, diese Kundgebung zu stören. – Diese Störung setzt ein bei mir und setzt sich bei Herrn Schütz fort. Ich habe meinem Temperament gemäß sehr hart reagiert und gesagt: Wer hier durch Transparente das Vertrauen in die freundschaftlichen Schutzmächte stört, setzt sich dem Verdacht aus, ein Agent zu sein, um hier diese Stadt in ihrer Grundlage zu gefährden. Ich habe weiter gesagt: Es ist jetzt an der Zeit, daß Schluß gemacht wird in dieser Stadt, die so gefährdet ist, die sich in der ernstesten Krise seit 1948 befindet. Auf dem Kurfürstendamm und auf dieser Kundgebung sah man Plakate mit der Überschrift „Ami raus aus Vietnam!" Das ist in keiner Zeitung erschienen, sondern nur im Polizeibericht. Das ist geschehen auf einer Kundgebung gegen den Einmarsch in die Tschechoslowakei. Und was hat der Senat gemacht? Nichts! Das ist auch hier, soweit ich das beobachten konnte, kaum in die Presse gekommen. Was ist geschehen? Vorgestern haben die alliierten

41 Schweigemarsch und Kundgebung in Berlin aus Protest gegen die Invasion in der ČSSR, vgl. „Telegraf" vom 22. August 1968.

Kommandanten dem Senat eine Anweisung gegeben, daß in Zukunft – das ist die zweite Anweisung an den Senat seit 1949 – die Alliierten wünschen, daß es damit aufhöre. Meine Formel ist, daß antialliierte Kundgebungen in Berlin im Zentrum der Stadt abschließend mit Steinwürfen gegen das Amerikahaus gestört werden. Die Presse bringt nichts darüber. Die Berliner Presse bringt nur ganz wenig, so daß man es kaum beobachtet. Ich finde, daß dieses Eingreifen der alliierten Kommandanten in diesem Augenblick und in diesem Ziel als ein Politikum allerersten Ranges zur Kenntnis genommen werden muß. (*Lücke:* Das ist kein Kompliment für den Senat! – *Unruhe.*)

Kiesinger: Herr Streibl!

Streibl: Herr Bundeskanzler, Sie haben, wenn auch etwas zurückhaltend, die CSU angesprochen. Ich möchte hier doch allein allen Ernstes sagen, es geht der CSU, wenn sie so etwas beschlossen hat und zu einigen Problemen ihre Meinung sagt, sicher nicht um kleine Querelen oder parteitaktische Züge, sondern es ist ihr sehr ernst mit diesen Fragen des Atomsperrvertrages. Wir wollen nicht die NPD rechts überholen, aber wir glauben, daß, wenn die NPD in den Bundestag sehr stark einziehen sollte, das für die außenpolitische Lage in der Bundesrepublik sicher keine gute Ausgangsposition sein wird. Deshalb sind wir der Meinung, daß manche Dinge, die in unserem Volk sehr stark angesprochen werden und zum Ausdruck kommen, nicht nur in Bayern, sondern in der ganzen Bundesrepublik ... (*Kiesinger:* Kennen Sie denn die demoskopischen Umfragen?) Ich kenne sie. Darüber müssen wir uns einmal unterhalten. Man kann demoskopische Umfragen – das wissen Sie, Herr Bundeskanzler – so oder so machen.

Aber wie dem auch sei, es ist doch so, daß man einem Volk nur sehr schwer klarmachen kann, daß die Sowjetunion, die diesen Vertrag unterzeichnet hat, ihn bereits nach der Unterzeichnung gebrochen hat, und wir nun auch unterzeichnen sollen. (*Kiesinger:* Darum geht es doch gar nicht! – *Unruhe.*) Nun, ich will auf die Sachdebatte nicht eingehen, aber ich darf sagen, daß bei uns in der CSU wirklich nicht aus kleinen Querelen oder aus Animosität heraus diese Diskussion ausgebrochen ist, sondern daß unsere Partei diese Diskussion geführt hat und hierbei zu dem Ergebnis gekommen ist mit einer Geschlossenheit, wie ich es in dieser Partei noch nicht erlebt habe.

Nun ist die „Tagespost" angesprochen worden. Ich darf Ihnen auch da versichern, Herr Bundeskanzler, daß hier von der CSU aus nichts droht.

Kiesinger: Also, lassen wir mal den Titel „CSU" als solchen stehen. Ich nehme Ihnen das auch, wenn Sie von der CSU sprechen, natürlich ab. Ich will auch gar nicht bestreiten, daß das sehr ernste Dinge sind und man darüber reden muß. Mein Rat war nur, sich nicht allzu früh in einer solchen Sache festzulegen. Man bekommt plötzlich Luft in einer Sache, wo man es vorher nicht geahnt hat. Daß das ein ernstes Anliegen der CSU ist, weiß ich selber. Das wollte ich auch gar nicht kritisieren. Ich riet nur dazu, daß man sich nicht zu früh festlegen soll. Wenn ich die „Tagespost" angesprochen habe, so habe ich nicht die CSU damit angesprochen. – Herr Barzel!

Barzel: Ich würde gern noch ein Wort aus der Sicht der gemeinsamen Fraktion zum Atomsperrvertrag sagen. Es ist in der Tat so, daß bei unseren Freunden in der CSU sich seit geraumer Zeit aus sehr ernsten Gründen eine Stellungnahme zu diesem Vertrag ent-

wickelt, die ein absolutes Nein enthält. Es ist richtig, daß in der Fraktionsvorstandssitzung am Mittwoch die Freunde der CSU geschlossen erklärten, sie hätten die Absicht, jetzt auch öffentlich zu diesem Vertrag nein zu sagen. Wir haben dann gebeten, das zu unterlassen und die Formel miteinander zu finden, dies jetzt nicht – wenigstens in drei Punkten – im einzelnen zu begründen.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß in dieser Frage es nicht nur – und das ist der Grund, warum ich mich jetzt zu Wort melde – bei der CSU eine Verhärtung gibt; dasselbe gibt es auch bei der CDU. Also, wir müssen miteinander reden. Ich halte es für unverantwortlich, in einer solche Lage – von der der Bundeskanzler gesprochen hat –, wo der Punkt 1 Sicherheit heißt, in einer unqualifizierten Weise gegenüber dem Präsidenten Johnson aufzutreten, der bis zum 20. Januar, ob uns das paßt oder nicht, der Präsident der Vereinigten Staaten ist, dessen Lieblingskind eben dieser Vertrag ist. Wir würden also somit unverantwortlich im Interesse unserer Sicherheit handeln.

Wir haben wieder Luft gewonnen. Wir haben noch einmal unsere Punkte hier betont. Daran halten wir auch fest. Die Bundesregierung hat in ihrer ersten Einlassung gegenüber den Mächten nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen Punkte betont und erklärt, daß das nur Zweck habe, wenn alle aufhörten, einander Unterstellungen vorzuwerfen und Beleidigungen auszusprechen.

Wir sind in einer konsequenten Linie und sollten sie auch behutsam weiterverfolgen. Was die Lage im Bundestag betrifft, so bemühen wir uns um eine einstimmige Resolution, die die Westmächte in ein Engagement, vor allen Dingen die drei, die den Deutschlandvertrag unterschrieben haben, bringen soll. Wir haben uns auf dieses Abenteuer eingelassen, weil das, wenn es gelingt, nämlich eine einmütige Resolution des Bundestags herbeizuführen, eine wichtige Sache ist. Wenn es nicht gelingt, dann ist es auch eine wichtige Sache. Denn dann gelingt es, ein Stück der Schwammigkeit von anderen Parteien festzuhalten. Wenn ich die Papiere jetzt hier hinlegen würde, dann sähen wir, daß wir hier Welten auseinander sind. Es ist nicht meine Absicht, daraus parteipolitischen Krach zu machen, aber wir werden auch nicht um jeden Preis eine gemeinsame Resolution hier suchen.

Wir sind jetzt schon für das nächste Jahr wohlausgestattet mit Materialien, die wir allerdings erst noch zurückhalten sollten. In der Verjährungsfrage gibt es keinen Grund, öffentlich etwas zu sagen, weil das in den Fraktionen völlig klar ist. Wir haben die Regierung gebeten, jetzt nicht ein Vorweggesetz zu machen. Ich wollte noch sagen, es gibt wieder so eine Hinneigung zu Frankreich, wie immer, wenn wir nicht weiterfinden. Der Mann, der hier spricht, hat da sein Herz. Das weiß jeder. Nur hat er nicht vergessen, daß die Israelis sich ganz auf die Franzosen verlassen hatten wegen ihrer Rüstung, wo dann plötzlich die Ersatzteile wegblieben, als es ernst wurde.[42] Das gehört leider auch zu den Erfahrungen. Das muß man hier mit einbeziehen.

Kiesinger: Ich will es noch einmal ganz klar sagen. Ich bin in beiden Punkten gemütsmäßig auf Seiten der CSU. Ich muß aber als Kanzler mit ganz kühlem Kopf han-

42 Zu den israelisch-französischen Differenzen vgl. BEN-NATAN S. 188–190.

deln. Es geht hier um Fragen allerersten Ranges, wo ein Regierungschef nicht einfach sagen kann, hier akzeptiert er das, was eben seine Fraktion beschließt. Gut, die Fraktion hat das Recht zu beschließen, aber er hat dann auch das Recht, hier zu sagen: Ohne mich! – Wie das kommen wird, das ist eine Frage, über die wir uns keine grauen Haare wachsen lassen zu brauchen. Der Herr Fraktionsvorsitzende hat eben die sehr schwierige Lage gekennzeichnet. Alle diese Gedanken müssen durchdacht werden, vor allen Dingen die Frage, wie nehmen wir der NPD den Wind aus den Segeln?

Leider ist es so, daß viele Leute draußen meinen, was der Rundfunk und das Fernsehen bringen, sei regierungsadäquat. Ich kriege dann zu meiner Belustigung Briefe, in denen steht: Warum verbieten Sie das nicht? Warum lassen Sie das zu? Oder gar: Warum haben Sie das angeordnet, daß das so gebracht wird? Das ist also etwas gespielt mit der Unerfahrenheit der Leute, die sich gegen die – was ich permanente Verleumdung der deutschen Wirklichkeit nenne – Sache wenden.

Daß das eine ernste Sache ist und man auch von seiten der CDU ein ernstes Wort sagen muß, ist ganz klar. Aber wir wissen auch, wieviel unzufriedene Trotzwähler dabei sind. Deswegen meine Bitte auch an die CSU – soweit ich sehe, ist mindestens in den Resolutionen bis jetzt noch nichts Endgültiges verschüttet –, ruhig die Geschichte zu behandeln und keine Wege zu sperren. (*Lebhafte Unruhe.*) Wir haben jetzt eine Brücke gebaut. Wir können eines unter keinen Umständen aushalten, nämlich isoliert zu sein. Es sind nur zu viele Leute bereit, uns zu isolieren. Auch in Amerika! Überall in der Welt! Deshalb muß hier eine ganz kühle Politik getrieben werden. Sie muß nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch gesehen werden. In solchen Fragen setzt man sich zusammen, wägt Argument und Gegenargument ab, und dann kommt man zu einem Entschluß. – Herr Lemke!

Lemke: Herr Bundeskanzler, es ist von der NPD gesprochen worden. Ich meine, sollte man nicht doch an ein Verbot herangehen?

Kiesinger: Da kann ich Ihnen gleich eine Antwort geben. Gestern abend habe ich mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts[43] gesprochen, der mir sagte: Es besteht nicht die geringste Chance für ein Verbot. – Das hat er klipp und klar gesagt.

Lemke: Wenn das so ist, Herr Bundeskanzler, dann ist es eine große Gefahr, wenn wir in diesem heiklen Kapitel der NPD Vorschub leisten. (*Lebhafte Unruhe. – Zurufe:* In welchem?) Wir müssen sehen, Herr Bundeskanzler, daß wir der NPD keinen Vorschub leisten. Wir müssen uns vorsehen in der gesamten Argumentation. Wenn wir sie nicht verbieten können – und das können Sie und Herr Benda besser übersehen als ich –, dann ist es sehr gefährlich, sie zu verketzern. Wir dürfen ihnen auch keine Gelegenheit geben, hinsichtlich des Atomsperrvertrages usw. uns zu schlagen. Das wäre doch entsetzlich, wenn die NPD mit einer großen Stimmenzahl von zehn und mehr Prozent in den Bundestag einzöge.

Wenn das Ergebnis Ihrer Untersuchung beim Bundesverfassungsgericht so ist, dann müssen wir in diesen beiden Punkten außerordentlich vorsichtig sein. Es muß vom

43 Gebhard Müller.

Bundesvorstand der CDU genau überlegt werden, wie wir auf diese beiden Fragen antworten und wie wir uns einrichten.

Kiesinger: Ich möchte jetzt nicht durch meinen Beitrag eine allgemeine politische Aussprache haben, weil wir ja heute den speziellen wichtigen Tagesordnungspunkt über das Aktionsprogramm noch erledigen müssen. Ich will nur sagen, natürlich zerbreche ich mir den Kopf seit Wochen darüber, wie man es schaffen kann. Die ideale Lösung des Wahlrechts ist einfach nicht zu schaffen. Die SPD springt nicht über ihren Schatten. Man bekommt ausweichende Antworten. Man bekommt von den Leuten, die die Erklärung damals mitgemacht haben, die Antwort: Die Partei tut es nicht. – Auch bei uns gibt es solche Leute. Ich erinnere an die Sitzung der Fraktion, die für mich sehr aufschlußreich war.[44]

Nun kommt das andere. Das Ausland verteufelt die NPD als eine neonazistische Partei. Das ist sie nicht. Wenn heute einer das sagt, dann wird er schon in den Verdacht gebracht, daß er pronazistische Ideen verfolge. In dieser Partei gibt es Leute, die anfällig sind, es gibt aber auch eine Menge harmloser Honoratioren. (*Lebhafte Unruhe.*) Das ist nicht wie 1932. Das ist eine richtige Rechtspartei, wenn Sie wollen, eine radikale Rechtspartei. Aber es ist nicht – den Fehler sollten wir nicht machen, denn das halten wir nicht durch – eine neonazistische Partei. Daß ich für diese Partei keinerlei Sympathien habe, ist klar. Aber es ist so, daß man auch verstehen kann, daß es manche Leute gibt, die da hingegangen sind, weil sie alles, was es an Establishment – um jetzt einmal dieses Wort zu gebrauchen – gibt, als eine Einheit ansehen und sagen, das lehnen wir ab, wir möchten wieder nationale Würde haben. Wir lassen uns nicht immer durch den Dreck ziehen. – Das sagen sie, wenn sie am Fernsehen sitzen. Das sind doch die Dinge, und das muß man wissen.

Wenn wir jetzt den Fehler begehen, diese Partei selber als das darzustellen, als was gewisse Kreise im Ausland sie entweder sehen oder sehen wollen, dann schaffen wir hier ein Gespenst, das uns, wenn diese Partei in den Bundestag einziehen sollte, außenpolitisch ungeheuerlich zu schaffen macht.

Die beiden Holländer sagten mir gestern: Wir wissen genau, was das für Leute sind. Wir haben sie uns auch angesehen. Natürlich wissen wir, daß da einige drunter sind, die anfällig sind, aber es ist halt so, selbst in Amerika hat man bis vor kurzem – auch über die Poujadisten in Frankreich – gelacht, wenn in einem ausländischen Staat so etwas hochkommt. Aber wenn bei uns nur ein Schatten hochkommt, dann ist es dieser verfluchte Teufelskreis, in dem wir uns befinden. Wir dürfen nicht dazu verhelfen, das noch zu verschlimmern. Auf der einen Seite müssen wir unter allen Umständen nach jedem Mittel suchen, um zu verhindern, daß diese Partei in den Bundestag einzieht. Wir können im nächsten Jahr als CDU abschneiden, wie wir wollen – wenn wir nicht gerade die absolute Mehrheit erreichen sollten –, das Ausland wird nur daran interessiert sein:

44 Vgl. Sitzung vom 26. März 1968 (ACDP 08–001–1016/1), in der Paul Lücke seinen Rücktritt ankündigte, weil sich die SPD auf ihrem Parteitag vom 17.–21. März 1968 in Nürnberg gegen eine Wahlrechtsreform ausgesprochen hatte und er die Rückendeckung durch Kiesinger vermißte.

Kommt die NPD in den Bundestag? Wenn sie hineinkommt, dann kommt sie immerhin mit einer nicht beträchtlichen Zahl hinein. Das ist das Fürchterliche, was vor uns steht. Ich weiß noch nicht, mit welchen Methoden wir das verhindern können.

Wenn ich gesagt habe, rechts überholen, dann will ich nicht mißverstanden werden. Ich bin durchaus dafür, daß die CDU und CSU versuchen, in all den Fragen, wo berechtigte Funktionen [sic!] bei diesen Leuten vorhanden sind, eine klare und feste Haltung zu zeigen. Aber wir sollten nicht den Versuch machen, noch radikalere Parolen auszugeben. Wir sollten versuchen, uns innerhalb der gegebenen Grenzen zu halten. Wie wir das machen werden, nachdem weder das Wahlrecht uns hier helfen kann, noch ganz offenbar das Bundesverfassungsgericht, weiß ich noch nicht. Herr Gebhard Müller sagte mir gestern abend, den ich zu Rate gezogen habe, daß er die früheren Urteile genau studiert habe, aber kein Element der früheren Urteile gegen die DRP usw. sei hier sichtbar. Er hat es so stark formuliert: Nicht die geringste Chance eines Erfolges ist gegeben. Das hat er klipp und klar ausgesprochen. Also bleibt nur noch übrig der kluge politische Kampf. Darüber müssen wir uns natürlich einig werden. – Herr Gradl!

Gradl: Herr Bundeskanzler, ich bin der Meinung, daß es falsch wäre, die NPD mit dem Vorwurf zu bekämpfen, sie sei eine neue neonazistische Partei, obwohl sie es in ihrer Führung ist. Ich halte es aber für falsch, sie als neonazistisch zu bezeichnen, weil sie in ihrer großen Mitgliederzahl nichts mit der alten NSDAP zu tun hat, weil die meisten Mitglieder jünger sind, als daß sie damals Mitglieder der NSDAP gewesen sein könnten. Wenn es über das Wahlrecht und über ein Verbot nicht geht, dann gibt es nur die Möglichkeit – und dies sollten Sie schon in Ihrer Rede in der nächsten Woche zum Ausdruck bringen –, nämlich dem Volke klarzumachen, welchen Schaden jeder einzelne zu erleiden hat, wenn der Welt durch eine törichte Wahl dieser Leute der Vorwand oder gar das Argument gegeben wird, wieder die alte Einstellung des Mißtrauens gegenüber Deutschland in der Politik wirksam zu machen.

Deshalb muß diesem Volk gesagt werden, was auf dem Spiel steht. Das ist die einzig wirksame Methode nach meiner Meinung. Man muß natürlich auch die nationalen Interessen deutlich machen. Sie haben gesagt: Die Lage ist sehr ernst. – Sie ist in der Tat verteufelt ernst. Wenn man die gestrige Verlautbarung hinsichtlich des Interventionsrechtsanspruches, auch in Verbindung mit Berlin, liest, dann kann man dem Rockefeller nur recht geben. Ich bin der Meinung und habe so ein Gefühl – ich will es nicht dramatisieren –, als ob wir uns einem neuen Kulminationspunkt in der internationalen Politik zuwendeten. Es ist dasselbe Gefühl, das wir Älteren – den Jüngeren sei es gesagt – im Sommer 1938 hatten. (*Lemmer:* Genau das!) Ich habe in meinen Gesprächen in Washington[45] von Leuten, die sich auskennen, immer wieder gehört, was jetzt als neues Gefahrenmoment in die internationale Politik eingegangen ist, das ist die Tatsache, daß im Kreml nicht mehr einer entscheidet, sondern ein Kollektiv, für uns ein anonymes Kol-

45 Gradl hielt sich vom 10. November bis 9. Dezember 1959 zu einer Informationsreise in den USA auf, vgl. ACDP 01-294-057/1.

lektiv. Solange Stalin[46] oder Chruschtschow oder Kossygin/Breschnew[47] wirklich diejenigen waren, die die Entscheidung hatten, wußte man wenigstens, woran man war. Seit dieser Invasion in der Tschechoslowakei kann man in der internationalen Politik nicht mehr mit einer sicheren Stimme aus Moskau rechnen, sondern die Anonymität des Kollektivs birgt unendlich viel mehr Gefahren der Fehlentscheidungen in sich, als das früher der Fall war.

Herr Bundeskanzler, Sie sagten, wir sollten nicht so viel über die Feindstaatenklausel reden. Gut, nur fürchte ich, der Zug ist abgefahren. Seitdem die Russen dies so zugespitzt haben, wird dieses Thema die öffentliche Diskussion nicht mehr verlassen. Der gestrige Artikel hat dazu beigetragen, sie noch zu erschweren. Sie werden also in Ihrer Rede auch dazu etwas sagen müssen. Ich würde es für falsch halten, wenn wir uns bei der Abwehr dieser Interventionsansprüche der Russen auf das rechtliche Gebiet begäben. Diesen Interventionsanspruch kann man nur politisch abwehren. Denn nur in der politischen Abwehr kann man es der Welt verständlich machen, wie grotesk es ist, daß nach einem Vierteljahrhundert die Leute aus irgendwelchen Abmachungen, die damals beschlossen worden sind, das Recht einer Intervention begründen wollen.

Wir sollten wie die Engländer argumentieren: Dies waren Bestimmungen gegen damalige Feinde. Heute haben wir ein Vierteljahrhundert später. Sogar zur Sowjetunion gibt es ein vertragliches Verhältnis des beendeten Kriegszustands. Dies in dieser Weise politisch deutlich zu machen, ist die wichtigste Aufgabe.

Kiesinger: Wovor ich Angst habe, ist diese dauernde, täglich von vielen Leuten ausgestreute Meinungsäußerung zu diesen Dingen, die ja viele Leute nicht verstehen. Ich würde vorschlagen, diese Aussprache jetzt zu beenden, weil wir unsere Tagesordnung noch erledigen müssen.

Lemmer: Ich mache darauf aufmerksam, daß das Schreiben des SDS jede Diskussion über die NPD illusorisch macht, solange ihr erlaubt wird, offiziell programmatisch zu verkünden: Unsere nächste Aktivität besteht darin, die Bundeswehr zu zersetzen. – In jedem normalen Staat würden solche Leute, die programmatisch den Termin einer Aktivität zur Zersetzung der Bundeswehr verkünden, hinter Schloß und Riegel gebracht. Jetzt erscheint ein Buch mit Gebrauchsanweisungen, wie man am besten die Bundeswehr zersetzen kann. Und so etwas dulden wir! Wir dulden, daß auf Kuba Kurse für Mitglieder des SDS veranstaltet werden, wie man eine Wehrmacht zersetzt. (*Kiesinger:* In Kuba können wir nicht gut eingreifen! – *Unruhe.*) Das ist ein so ungeheurer Zustand, daß ich mich hier veranlaßt sehe, noch einmal darauf hinzuweisen.[48]

---

46 Jossif Wissarionowitsch Stalin (1879–1953), sowjetischer Politiker; 1922–1953 Generalsekretär des ZK der KPdSU.

47 Zu Kossygin vgl. Nr. 11 Anm. 19. – Leonid Iljitsch Breschnew (1906–1982), sowjetischer Politiker; 1960–1964 und 1977–1982 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets, 1964–1982 Erster (seit 1966 General-)Sekretär der KPdSU.

48 Vgl. dpa vom 9. September 1968 „SDS-Konferenz will ‚innere Revolte der Bundeswehr' vorbereiten"; „Stuttgarter Nachrichten" vom 2. August 1968 „Studentenlehrgänge in Kuba"; „Frankfurter Rundschau" vom 16. September 1968 „SDS bläst Bundeswehr-Aktion ab".

Das Letzte! Denken Sie an das Ansehen der Justiz, wenn ich Sie daran erinnere, was sich in einem Berliner Gerichtssaal abgespielt hat. Ich nehme an, daß es Ihnen bekannt ist. Ich geniere mich, in Anwesenheit einiger Damen das zu erwähnen.[49] Es geht ein Staat in die Brüche, sage ich Ihnen, wenn dem nicht bald ein Ende gesetzt wird! (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

Kiesinger: Herr Scheufelen!

Scheufelen: Es ist sicher kein Zufall, daß unter den zwölf Abgeordneten der NPD im Baden-Württembergischen Landtag zwei Kernphysiker sitzen.[50] Es ist weiter so, daß die NPD eine starke Werbung betreibt, um den Atomsperrvertrag in jeder Weise hochzuspielen. Wir reden immer von Befragungen. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Befragungen, soweit es um die NPD geht, immer einen sehr hohen Prozentsatz von Dunkelziffern enthalten. (*Kiesinger:* Heute nicht mehr. Das ist vorbei!) Wenn ich das Verhältnis unserer Befragung zum Landtagswahlergebnis betrachte, dann komme ich zu dem Schluß, daß die NPD heute bei über 15 % liegen muß. (*Kiesinger:* Heute sagen es die Leute, damals haben sie es noch nicht gesagt!) Es ist sicher, daß die Ereignisse in der Tschechoslowakei uns zwingen werden, unseren Wehretat zu erhöhen, einmal für den Unteroffiziers- und Offiziersnachwuchs und zum anderen in der Form des Devisenausgleiches. An diesen beiden Forderungen werden wir nicht vorbeikommen. Wir sollten uns nachher, wenn wir das Aktionsprogramm beraten, dessen bewußt sein, daß man bei der Aufstellung des Etats von Gesichtspunkten ausgegangen ist, die heute nicht mehr gelten, und zwar einfach von der finanziellen Seite her.

Kiesinger: Ich sage noch einmal, wir können das jetzt nicht durchdiskutieren. Das sind alles Probleme, bei denen wir selbstverständlich etwas unternehmen müssen. Die Amerikaner haben uns deutlich genug gesagt: Wenn ihr wollt, daß wir uns stärker engagieren, dann müßt ihr euch auch stärker engagieren. – Nun ist es so, beides zusammen können wir nicht. Wir können nicht auf der einen Seite den Wehretat beträchtlich erhöhen und auf der anderen Seite die Wünsche der Amerikaner in Höhe von über 3 Mrd. DM Devisenausgleich erfüllen. Das ist ausgeschlossen.

Wenn wir dann den einzig möglichen Weg, nämlich den der Steuererhöhung wählen, muß unsere Wirtschaft mitziehen. Vielleicht kommt sie von selbst darauf und sagt, unter diesen Umständen gibt es nur einen Weg, nämlich die Steuererhöhung. Ich wäre dankbar, wenn Sie das in Ihrem Kreise einmal sagten. Die Frage ist, woher das Geld nehmen?

Ich schlage nun vor, daß wir nicht weiter darüber diskutieren. Wir müssen das Parteiprogramm auch im Blick auf diese Dinge abfassen und es vielleicht in dem einen

---

49 Während der Verhandlung im Moabiter Kriminalgericht provozierte der Angeklagte Karl-Heinz Pawla das Gericht, u. a. verrichtete er seine Notdurft vor dem Richtertisch. Vgl. KRAUSHAAR S. 239.

50 Dr. Rolf Kosiek (geb. 1934), wissenschaftlicher Assistent am Physikalischen Institut der Universität Heidelberg und Max Knorr (geb. 1926), Projektierungs- und Projektabwicklungsingenieur für Atomisierungsanlagen bei der Firma Siemens in Karlsruhe.

oder anderen Punkt ändern. Ich schlage vor, nun mit den Überlegungen zum Aktionsprogramm zu beginnen. Das Wort hat der Herr Generalsekretär.

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Darf ich die Gelegenheit benutzen, um zuvor den Bundesvorstand – was ich für meine Pflicht halte – davon in Kenntnis zu setzen, daß ich die Absicht habe, ab 1. Oktober aus dem Kabinett auszuscheiden, um meine ganze Kraft für die Parteiarbeit, in Sonderheit für die Vorbereitungen zur Wahl, zur Verfügung zu stellen. Ich habe mich bisher der Öffentlichkeit gegenüber deswegen nicht präzise geäußert, weil ich der Meinung war, daß es nicht richtig ist, daß die Mitglieder des Bundesvorstands dies über die Presse erfahren.

Zum Aktionsprogramm! Wir haben den Mitgliedern des Bundesvorstands den zweiten Entwurf unmittelbar, nachdem er von der vom Bundesvorstand eingesetzten Programmkommission verabschiedet worden ist, zugeleitet. In diesem Entwurf ist all das verarbeitet, was uns an Änderungsanträgen und Vorschlägen von den Landesverbänden, teilweise auch von den Kreisverbänden, von den Vereinigungen und von den Fachausschüssen zugegangen ist. Der Entwurf enthält im großen und ganzen die klaren Mehrheitsmeinungen der Partei zu den einzelnen Fragen, wenngleich auch die Programmkommission da und dort ihrem Auftrag entsprechend von sich aus davon abweichende Vorschläge gemacht hat. Aber das sind nur Ausnahmen. Im großen und ganzen ist damit eigentlich im allgemeinen die Mehrheitsmeinung der Partei eingefangen.

Bemerkenswert scheint mir zu sein, daß wir den zweiten Entwurf zwar inhaltlich angereichert, aber dem Umfange nach um 20 % gekürzt haben. Um einmal einen Vergleich mit den Perspektiven der SPD zu zeigen, weise ich auf folgendes hin: Dieser Entwurf entspricht dem Umfange nach etwa gerade der Hälfte dessen, was der Parteitag in Nürnberg[51] an SPD-Perspektiven angereichert hat. Ich glaube, daß wir mit unseren Bestrebungen auf dem richtigen Wege waren, den Entwurf straffer zu fassen und zu kürzen.

Ich darf darauf hinweisen, daß es nach allen Erfahrungen sehr unzweckmäßig ist, wenn man bei den Beratungen über Änderungen in einem solch großen Kreis zu formulieren anfängt. Wir können wohl nicht anders verfahren, als daß wir Ziffer für Ziffer aufrufen. Wo Änderungsvorschläge gemacht werden, sollten wir kurz darüber diskutieren und dann die Mehrheitsmeinung feststellen, so daß die Überarbeitung nach diesen Änderungen von der Bundesgeschäftsstelle erfolgen kann. Das ist nach den bisherigen Erfahrungen das einzig mögliche Verfahren, weil man sich sonst 24 Stunden lang allein mit fünf Ziffern zu befassen hätte.

Ich rufe zunächst die Präambel auf:

„Deutschland in der Welt"

I. Deutschlandpolitik

II. Außen- und Sicherheitspolitik

„Deutschlands innere Ordnung"

III. Reform der Demokratie

51 Vgl. SPD, PARTEITAG 1968.

IV. Bildung, Jugend, Kunst und Forschung
V. Wirtschaft und Finanzen
VI. Landwirtschaft
VII. Raumordnung, Wohnungsbau, Verkehr
VIII. Soziale Sicherung
IX. Gesundheit und Sport
Schlußwort

Präambel: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands vereint Männer und Frauen aller Schichten in dem Willen, das deutsche Volk in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu einen und eine Völkergemeinschaft zu fördern, die den Frieden in der Welt sichert und der Entwicklung der Völker dient.

Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands orientiert sich am christlichen Glauben und Denken. Politik aus der gemeinsamen Verantwortung der Christen in der Welt zielt auf die Freiheit der Person, die sich der Gemeinschaft verpflichtet weiß, auf die Gerechtigkeit für jedermann und auf die Solidarität, die auf der Eigenverantwortung der Person aufbaut. (*Fay:* Zur Geschäftsordnung!)

Kiesinger: Bitte sehr!

Fay: Ich schlage vor, daß wir uns vor der Präambel mit der Gliederung befassen. Die Gliederung steht vorweg. Ich bin der Auffassung, daß bei der Gliederung eine Umstellung erfolgen sollte. Es fehlt mir etwas ganz Wesentliches, nämlich „Eigentum und Vermögensbildung". Es erhebt sich die Frage, ob dieser Gedanke nicht in einem eigenen Kapitel zusammengefaßt werden soll und schon in der Gliederung sichtbar dargeboten wird.

Außerdem wäre es richtiger, die soziale Sicherung entweder vor der Wirtschaft zu bringen oder unmittelbar daran anzuhängen. Ich glaube, das wäre der Optik wegen besser.

Kiesinger: Ihr Vorschlag wäre also: I, II, III, IV!

Fay: Ich darf wiederholen: Mein Vorschlag geht dahin, daß man die soziale Sicherung vor die Wirtschaft setzt und außerdem vor der Wirtschaft ein Kapitel „Eigentum und Vermögensbildung" gesondert ausweist. Das bedeutet, daß aus dem Text einige Zeilen herausgenommen werden müssen in ein Sonderkapitel.

Kiesinger: Ich würde abraten, da jetzt noch etwas zu ändern. Wir dürfen ein solches Aktionsprogramm nicht so ansehen, als ob gleich von der Inhaltsangabe und von der Einteilung alles abhinge; sonst werden wir zu perfektionistisch. Der von Ihnen vorgetragene Gedanke ist ja berücksichtigt. Das ist ja da. Aber wir müssen das in einem Generalthema unterbringen.

Lemke: Ist es mit Absicht so gemacht worden, daß die Deutschlandpolitik vor der Außen- und Sicherheitspolitik kommt? Die Überschrift heißt: „Deutschland in der Welt". Logischer wäre es nach meiner Meinung, wenn man sagen würde: Außen- und Sicherheitspolitik und dann erst Deutschlandpolitik.

Kiesinger: Man kann es so oder so machen. Wir laufen eben Gefahr, wenn wir jetzt anfangen, die ganze Geschichte noch einmal, wo es nicht unbedingt notwendig ist, auf-

zudröseln, daß wir also die ganze Arbeit wiederholen müssen. Es sind Dinge drin, die geändert werden müssen, auch Formulierungen. Das hat die Durchsicht bei mir ergeben.

Meyers: Was Herr Lemke sagt, ist nicht ohne Gewicht. Ich würde sagen, die Obertitel stimmen nicht. Warum müssen wir die dazwischensetzen? Wenn wir die beiden Obertitel weglassen, kann man es so stehenlassen. (*Starke Unruhe.*)

Kiesinger: Ist die Deutschlandpolitik zu stark in der Nachbarschaft der Außenpolitik? Ist das mißzuverstehen?

Kraske: In dem ersten Entwurf, den wir vorgelegt hatten, war die Deutschlandpolitik ausdrücklich als Scharnier zwischen der Innen- und Außenpolitik ausgewiesen. Dieses hat sich in der Diskussion praktisch in keinem Landesverband durchgesetzt, sondern es wurde allenthalben, wie ich glaube, auch vom Soltauer Kreis[52] vorgeschlagen, ... (*Kiesinger:* Wer ist das, der Soltauer Kreis?) Das sind die norddeutschen Landesverbände, die zum Programm Stellung genommen haben.

In dieser hieß es, daß man – wenn ich mich recht entsinne – in der alten Form verfahren sollte, nämlich: Deutschlandpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik. Die zweite Erwägung war, daß es für die gesamte Gliederung des Programms wirkungsvoller wäre, wenn man es in zwei große Blöcke zusammenfaßte. Die Reihenfolge war das Ergebnis langer Diskussionen.

Lemke: Man sollte die Obertitel weglassen. „Deutschland in der Welt" ist ja nicht Deutschlandpolitik. Ich will die Sache nicht komplizieren, aber dann müssen wir die Obertitel wegnehmen. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Das ist eben unsere vertrackte Situation, daß die Deutschlandpolitik nicht nur eine innenpolitische Frage ist, sondern tatsächlich auch eine Frage, wie Deutschland in der Welt steht. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Herr Gradl!

Gradl: Es heißt nicht „Die Bundesrepublik in der Welt", sondern „Deutschland in der Welt". Deutschland ist eine ganz andere Frage. Dies war der eine Grund. Der zweite Grund für diese Art der Gliederung war, daß wir rein äußerlich deutlich machen wollten, daß, wie es in der jetzigen Fassung heißt, wir sagen: Freiheit und Einheit für das ganze deutsche Volk ist die erste Aufgabe der deutschen Politik.

Dies sollte in der äußeren Form des Programms zum Ausdruck kommen.

Der dritte Grund zu dieser Gliederung war der, es sollte zuerst der nationaldeutsche Teil und nachher der innenpolitische Teil kommen. Dies waren die Überlegungen. Ich würde deshalb vorschlagen, es so zu belassen, wie es hier steht, auch mit den Zwischenüberschriften.

---

52 Teilnehmerliste und Beschlußfassung der Sitzung des Soltauer Kreises am 2. Juli 1968 in ACDP 01–157–076/3. – 1967 wurde die Zusammenarbeit der norddeutschen CDU-Landesverbände – einschließlich Berlins – durch den „Soltauer Kreis" intensiviert, dem die Landes- und Fraktionsvorsitzenden, die Landesgeschäftsführer, die Landesminister sowie die Vorstandsmitglieder der CDU/CSU-Fraktion, die aus den beteiligten Ländern kamen, angehörten, vgl. KLEINMANN S. 291.

Kiesinger: Frau Schwarzhaupt!

Schwarzhaupt: Ich möchte noch einmal auf die Gedanken von Herrn Fay zurückkommen. Es ist nicht nur rein eine Sache der Logik und der Gliederung, sondern ein sachliches Argument darin enthalten. Er wollte ja, daß der Gesichtspunkt „Vermögensbildung und Eigentum" auch in einer der Überschriften erscheint. Das ist doch ausgesprochen ein Element der CDU-Politik. Ich bedaure es, daß das nicht erscheint. Es paßt weder ganz unter „Wirtschaft und Finanzen" noch ganz unter „soziale Sicherung", sondern es ist etwas, was in beides hineingreift. Ich will nicht darauf bestehen, daß wir jetzt im Augenblick eine neue Gliederung erfinden, sondern nachher, wenn wir zum Programm kommen. Dann können wir uns überlegen, ob das nicht vielleicht doch in irgendeiner Überschrift erscheint.

Kiesinger: Das können wir einmal zurückstellen und vielleicht nach dem Vorschlag von Frau Schwarzhaupt nachher überlegen, ob wir es irgendwo unterbringen können. (*Lebhafte Unruhe.*) Wir müssen jetzt versuchen, uns auf das zu konzentrieren, was wirklich wichtig ist. Es werden dabei auch manche wenig ansprechende sprachliche Formeln halt stehenbleiben müssen, weil wir nicht die ganze Arbeit von neuem machen können.

Zur Präambel möchte ich folgendes sagen: Der erste Absatz ist ein bißchen lang. Es ist alles Mögliche in diesem Satz. Es wäre besser, wenn wir das in kürzeren Sätzen auflösen könnten. Ich würde vorschlagen: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands vereint Männer und Frauen aller Schichten unseres Volkes in dem Willen, das deutsche Volk in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit zu einen. Sie will eine Völkergemeinschaft fördern, die den Frieden in der Welt sichert.

„Der Entwicklung der Völker dient" ist eine vage Formulierung. Da denken die einen an Entwicklungshilfe, die anderen denken an die Entwicklung der Vereinigten Staaten von Amerika. Ich glaube also, es wäre besser, man würde zwei Sätze machen. Das kann man also rein redaktionell erarbeiten. Ich würde bitten, einmal zu überlegen, ob wir anstelle des Wortes „Entwicklung" einen besseren Begriff finden können; vielleicht „zum Wohle der Völker". (*Zuruf:* Wohlstand!) Nein, nicht Wohlstand! (*Starke Unruhe. – Lemke:* Wohlstand ist doch ein Begriff! Freiheit, Friede, Wohlstand. Dann müssen wir auch sagen Wohlstand!) Um Gottes Willen! Es ist nicht nur der Wohlstand. Für eine Partei wie die unsrige ist natürlich die geistige und kulturelle Entwicklung vor der materiellen zu sehen. Deswegen dürfen wir nicht sagen, „Wohlstand" enthält alles. Das ist eine redaktionelle Frage, die wir ruhig dem Generalsekretär anvertrauen können. Das wird schon formuliert werden.

Der Bundeskanzler verläßt den Saal.

Heck: Der Begriff „Entwicklung" ist mit Bedacht gewählt worden, weil es in der Tat darum geht, daß es ein ganz wesentlicher Punkt der Außenpolitik ist, den Völkern in ihrer Existenz zu helfen. Deshalb waren wir der Meinung, das sollte klar gesagt werden. (*Starke Unruhe.*) Gerade eine christliche Partei soll das, was notwendig ist, auch beim Namen nennen.

Wird zum zweiten Absatz das Wort gewünscht? – Herr Lemke!

Lemke: Im zweiten Absatz steht der große Unterschied zu den anderen Parteien. Wir haben in Schleswig-Holstein eine andere und viel klarere Formulierung. Darf ich Ihnen diese einmal vorlesen?

„Diese Ordnung findet ihren Maßstab in der christlichen Verkündigung von der Verantwortung für den Menschen und die Welt. Für die CDU ist Freiheit und Würde der Person oberster politischer Wert."

Das ist viel besser als diese lange Geschichte da, die sämtliche Hintertürchen aufläßt. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: In der Programmkommission waren wir anderer Meinung.

Kohl: Herr Lemke, was Sie hier vortragen, ist natürlich etwas anderes als das, was hier steht. Es bleiben nicht nur Hintertüren auf, sondern es ist elementar anders. Sie gehen zunächst von der Verkündigung aus, was ein bißchen weniger ist als das, was hier im ersten Satz steht hinsichtlich des Glaubens und Denkens. Für mich ist das kein Hintertürchen, sondern ein Bekenntnis der CDU. Über die Formulierung kann man streiten.

Diese Partei ist die stärkste Partei der Bundesrepublik geworden aus einer solidarischen Betrachtung, die viele Leute in den Kernschichten der CDU – dies geht weit bis in den Bereich der Arbeitnehmerschaft hinein – empfunden haben, die sie auch heute noch empfinden und brauchen. Ohne die solidarische Haftung gegenüber der gesamten Gesellschaft hätten wir selbstverständlich eine Reihe von Punkten in unserer Politik gar nicht machen können. Denken Sie einmal an die Bauern. Wir haben 89 % Nicht-Bauern und 11 % Bauern. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich möchte gerade sagen, daß dieser zweite Absatz besonders gut gelungen ist. Deshalb möchte ich nachdrücklich dafür plädieren. Das Wort „Solidarität" hat auch in der jungen Generation einen guten Klang und eine eigene Prägung.

Heck: Ich muß darauf aufmerksam machen, daß im Präsidium der Bundeskanzler darauf hingewiesen hat, daß der Begriff „orientiert sich" ... (*Sehr starke Unruhe.*)

Kraske: Der Herr Bundeskanzler fand diese Formulierung „orientiert sich am christlichen Glauben und Denken" zu stark und zu intensiv. Er fand sie jedenfalls nicht werbend genug für diejenigen, die der CDU beitreten oder die CDU wählen wollen, ohne daß sie für sich persönlich christlichen Glauben und christliches Denken zum Maßstab machen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Herr Kohl!

Kohl: Es ist schade, daß der Herr Bundeskanzler nicht anwesend ist. Das hätte eine reizvolle Diskussion gegeben. Ich kann dieser Meinung beim besten Willen nicht beitreten. Die CDU steht doch in folgendem Dilemma, wobei „Dilemma" eine Frage der Interpretation ist. Wir kämpfen um jede Stimme der Wähler in der Bundesrepublik. Wir haben Wähler, die aus den verschiedensten Motiven CDU wählen. Aber daß diese Partei existent ist, ist daraus zu erklären, daß sie eine Kernschicht von Leuten hat, die aus einer persönlichen Verantwortung in dieser Welt eine öffentliche Aufgabe übernehmen. Wenn man das so nimmt, wie es hier steht, so ist überhaupt keine Gefahr drin, wie es ja immerhin in der CDU einmal grassierte, daß die Behauptung aufgestellt wurde, Chri-

sten im öffentlichen Leben seien eigentlich nur in der CDU. Außerhalb der CDU seien alles Unchristen und noch schlimmere Menschen. Diese leicht pharisäische Versuchung kann korrekterweise hier nicht hineininterpretiert werden.

Das ist eine Orientierungshilfe, wenn Sie so wollen, die in die Zukunft hineingeht. Wenn ich mir vorstelle, vor welchen Problemen die Gesetzgebung der nächsten zehn Jahre stehen wird – denken Sie nur an das Strafgesetzbuch –, dann glaube ich fast, daß für den inneren Ausbau unserer Gesellschaft eine solche Orientierung für die nächsten zehn Jahre wichtiger ist – nehmen Sie es mir nicht übel, wenn ich das sage – als für die letzten zwanzig Jahre, weil da manches selbstverständlicher war, als es heute ist. Es ist absolut liberal im guten Sinne des Wortes, was hier steht. Es ist nicht schmal interpretiert. Wir wollen damit nicht mit dem Kopf an die Wand stoßen oder – lassen Sie mich das einmal ganz hart sagen – ein Gesangbuch vorsehen, sondern wir lassen jedem seine eigene freiheitliche Denkart. (*Lebhafte Unruhe.*)

Lemke: Es ist eine grundsätzliche Aussage. Ich weiß die Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers zu schätzen. Der Meinung von Herrn Kohl trete ich eigentlich auch bei. (*Starke Unruhe.*) Ich will folgendes sagen. Meine Herren! Hören Sie doch bitte einmal zu! Bei dieser Unruhe kann man sich ja nicht verständlich machen.

„Diese Ordnung soll sich im christlichen Glauben gründen und ihren Maßstab finden in der christlichen Verkündigung von der Verantwortung für den Mitmenschen und die Welt. Für die CDU ist Freiheit und Würde der Person oberster Grundsatz."

Ich würde diese Formulierung doch für richtiger halten. (*Anhaltender Widerspruch und Unruhe.*)

Kiesinger: Meine Damen und Herren, ich sehe, während ich draußen war, haben andere meine Gedanken vorgetragen. Ich habe im Präsidium lediglich gesagt: Das ist ein kapitaler Satz, über den wir sprechen müssen. Ich habe mich im Präsidium nicht gern damit abgefunden, daß es so lautet, aber er soll so stehenbleiben. Gegen das „sich orientiert" habe ich gar nichts, sondern es geht um „Glauben und Denken". Hier sollen wir uns einfach die Frage stellen, wie offen sind wir? Ich selber habe eine ganze Anzahl von Menschen zur CDU geholt, die mir gesagt haben: Ich bin im strengen Sinne des Wortes im Glauben kein Christ. Deswegen kann ich ehrlicherweise nicht zur CDU kommen. – Dann habe ich den Leuten gesagt: So ist das nicht gemeint. Mitglieder der CDU können auch Leute sein, die von sich selber sagen müssen, daß sie glaubensmäßig nicht Christen sind, wenn sie nur unsere Ziele verfolgen, soweit es sich um ethische Grundlagen handelt. Es geht ja um die Ethik; es geht um das politische Ethos. (*Starke Unruhe.*) Es geht nicht um die eigentlichen religiösen Gehalte, also um das, was im Katechismus steht: Ich glaube ... usw. Deshalb habe ich mich einverstanden erklärt mit der Formulierung „sie orientiert sich". Darüber könnte man tagelang diskutieren. Also, ich lasse es stehen. Etwas Besseres ist mir nicht eingefallen. (*Anhaltende Unruhe.*) Wir sind uns darüber klar, daß das ein kapitaler Satz ist.

Was ist mit der Entwicklung? Inzwischen hat der Generalsekretär die „Entwicklung" gerettet. (*Zurufe:* Ja! – *Heiterkeit.*) Ich spreche jetzt mal für die Jugend. Die Jugend denkt ja heute weltbürgerlich. Es ist sogar sehr schwer, ihr verständlich zu machen, daß

wir immer noch in einer Welt leben, wo es eben Nationen und Staaten gibt, deren Interessen sich manchmal widersprechen.

Wenn wir jetzt „Entwicklung" sagen, dann ist das ein wichtiger Gedanke; denn wir helfen den Völkern, sich zu entwickeln, die das nicht selber können, aber damit haben wir nur die halbe Wahrheit gesagt. Im Weltempfinden und Weltbewußtsein dieser jungen Generation bei uns sind alle Völker miteingeschlossen, und zwar so, daß sie sagen, wir dürfen nicht nur innerhalb unserer Zaunpfähle denken und empfinden. Deshalb habe ich nach einem anderen Wort gesucht. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich würde vorschlagen, daß wir den Begriff „Entwicklung" lassen und im großen und ganzen vielleicht noch einen zweiten Begriff hinzunehmen, der das andere nicht in Frage stellt. (*Lemke:* Ist es nicht gut, die beiden Absätze in einen Zusammenhang zu bringen? Diese Ordnung soll im christlichen Glauben gründen und ihren Maßstab finden? – *Anhaltende Unruhe.*) Also, daß ausgerechnet Sie von Schleswig-Holstein das sagen, wo die Missionierung nie wirklich gelungen ist, das wundert mich. (*Heiterkeit und Bewegung.*) Ich erinnere mich eines Gespräches anläßlich einer Landtagswahl oder Bundestagswahl mit einem sehr netten Abgeordneten. Da bewunderte ich eine alte Fischerkirche. Ihr gegenüber war ein gutes Restaurant. Ich sagte ihm, das sei eine nette alte Kirche, worauf er erwiderte: Wir gehen aber nie hinein! (*Lebhafte Heiterkeit und Bewegung.*) Wir haben dann im Anschluß ein Gespräch über das „C" in unserem Namen geführt. Das war für mich sehr aufschlußreich. Deshalb frage ich mich, ob alle Ihre Landsleute damit einverstanden sind. (*Lemke:* Ja, ja! – *Starke Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, lassen wir es so, wie es hier steht. Ich glaube, das ist gut durchdacht. (*Lebhafte Unruhe.*) Absatz 2! Wenn ich auf jemanden ziele, dann will ich ihn erschießen. Hier zielt die Politik auf die Freiheit der Person. Ich würde vorschlagen, jede bösartige Mißdeutung zu vermeiden. Vielleicht nehmen wir eine etwas andere Fassung. (*Blank:* Sagen Sie: richtet sich!) Natürlich! Also nur eine redaktionelle Änderung!

Heck: Wir kommen zu der Formulierung:

„Deutschland in der Welt

I. Deutschlandpolitik

1. Freiheit und Einheit für das ganze deutsche Volk zu erringen, ist die erste Aufgabe der deutschen Politik. Das Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk, die staatliche Einheit Deutschlands müssen zusammen mit der Überwindung der Teilung Europas angestrebt werden. Ein dauerhafter Frieden für Europa ist ohne die Lösung der deutschen Frage nicht möglich. Dabei ist die freie Entscheidung der mitteldeutschen Bevölkerung über ihre politische und gesellschaftliche Zukunft zu respektieren." – Herr Dr. Gradl!

Gradl: Dieser Teil hat, wie ich aus den Unterlagen ersehen habe, ungemein viel Gewicht. Der erste Teil „Deutschlandpolitik", wie er in der ersten Fassung des Programms war, ist allgemein begrüßt worden. Wie die jetzige Fassung zustande gekommen ist, weiß ich nicht. Ich war in den letzten Wochen nicht hier. Sie ist jedenfalls wesentlich anders als das, was in weiten Teilen der Partei entwickelt worden ist und was dann in

der außenpolitischen Kommission der Partei noch einmal durchdacht wurde, Wort für Wort, immer im Bewußtsein, daß das alles miteinander zusammenhängt.

Ich will trotzdem jetzt nicht gegen die Fassung insgesamt angehen, sondern möchte nur sagen, hier gibt es einiges, was unter allen Umständen geändert werden muß. (*Kiesinger:* Können Sie es nicht gleich sagen?) Hier sind Unklarheiten drin. (*Kiesinger:* Sagen Sie es doch!) Ich nenne zunächst den Punkt 5, der sich auf Berlin bezieht. (*Unruhe.*) An diesem Punkt wird nämlich am leichtesten deutlich, was man kritisch zu der jetzigen Fassung sagen kann. (*Zurufe:* Sagen Sie es!) Wir sind ausgezogen mit dem Vorsatz, ein Aktionsprogramm zu machen. Von Aktion ist in dem Teil, um den es jetzt geht, nicht mehr viel die Rede, wie es hätte sein können. In bezug auf Berlin aber beschränkt man sich auf einige Aussagen, die, im ganzen gesehen, wenn man die Situation Berlins im Auge hat und wenn man weiß, was psychologisch dort los ist und was dort vor sich geht, nicht als ausreichend angesehen werden können.

Ich beantrage, daß wir die Fassung aufnehmen, die in Berlin – und dann gebilligt von einigen anderen Landesverbänden – entwickelt worden ist, die das Minimum dessen ausdrückt, was nach Auffassung unserer Berliner Partei notwendig ist. Jedenfalls muß mehr gesagt werden als das, was in der Ziffer 5 steht.

Kiesinger: Da steht sogar noch zu viel drin. Wir können unmöglich den Satz drinnen lassen „Die Berliner Bundestagsabgeordneten sollen vom Volk direkt gewählt werden", aber nicht deswegen, weil das nicht wünschenswert wäre, sondern jetzt kommt es darauf an, daß wir mit unseren Schutzmächten gemeinsam gehen. Diesen Wunsch aber als Programmsatz hier hineinzusetzen, bringt uns doch sofort in offenen Gegensatz mit den Schutzmächten. Wozu also? Es ist ein bißchen trocken. In einer Zeit, in der Berlin so bedroht ist, sollte man die Aussage ein bißchen anders machen.

Heck: Wir waren uns darüber im klaren, daß es mit Berlin nicht dabei sein Bewenden haben könne, aber zunächst möchte ich zu den Ausführungen unseres Freundes Gradl sagen, ich habe leider den Teil vermißt, den er angekündigt hat, daß hier etwas Falsches stehe. Er hat nur erklärt, es steht zu wenig drin. Wir waren der Meinung, daß das, was der Soltauer Kreis auf Anregung unserer Berliner Freunde vorgeschlagen hat, in Berlin in einer gesonderten Entschließung auf dem Parteitag verabschiedet werden kann. Wir können an sich nicht an einem Punkt völlig aus dem Rahmen fallen und ins Detail gehen, sonst müßte an anderer Stelle in gleicher Weise verfahren werden, weil sonst die Frage auftaucht, warum hier so und dort anders.

Ich bin nach wie vor dafür, daß wir uns hier knapp halten und daß wir vorsehen, in Berlin – das halte ich für notwendig – in einer Entschließung zu Berlin auf das zurückkommen, was hier im einzelnen vorgeschlagen worden ist. (*Lemke:* Hat man mit Absicht den Begriff „europäische Friedensordnung" in der Ziffer 1 weggelassen und in der Ziffer 2 „vom europäischen Sicherheitssystem" gesprochen?)

Kiesinger: Das ist gestern schon im Präsidium weggekommen. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Herr Bundeskanzler, wir können nicht so diskutieren, daß man etwas herausgreift, sondern wir müssen Punkt für Punkt vorgehen. So hätte auch unser Freund Gradl – entschuldige, wenn ich das sage – seine Ausführungen bei Ziffer 5 machen können.

Ich schlage deshalb vor, daß wir nach der Reihe verfahren. Ich bitte um Entschuldigung, aber wir müssen es so machen. (*Gradl:* Diskutieren wir nun Ziffer 5 oder Ziffer 1?) Die Ziffer 1! Das Wort wird dazu nicht mehr gewünscht.

Wir kommen zur Ziffer 2: „2. Dieser Frieden muß durch gegenseitigen Abbau der Spannungen vorbereitet werden; dem dienen kulturelle, wirtschaftliche und politische Beziehungen zu den Staaten und Völkern Ost- und Südosteuropas. Wir wollen ein europäisches Sicherheitssystem, das den Frieden garantiert; dabei dürfen die vier Mächte aus ihrer Verantwortung nicht entlassen werden."

Zu Ziffer 2 darf ich bekanntgeben, daß das Präsidium vorschlägt, in der fünften Zeile statt „Wir wollen ein europäisches Sicherheitssystem" nunmehr zu sagen „Wir wollen eine europäische Ordnung, die den Frieden garantiert."

Kiesinger: Ich bitte um Entschuldigung, weil es doch auf jeden Satz ankommt, noch einmal auf die Ziffer 1 zurückzukommen. Da heißt es „Dabei ist die freie Entscheidung der mitteldeutschen Bevölkerung ..." Über den Begriff „mitteldeutsch" kann man streiten. Es geht dann weiter „über ihre politische und gesellschaftliche Zukunft zu respektieren". Hier gibt es ja ein berühmtes Problem, nämlich die Frage, wer entscheidet über die deutsche Einheit. Stellen wir uns einmal vor, wenn z. B. die Bevölkerung im anderen Teil Deutschlands sagen würde: Wir trennen uns. Wir machen einen selbständigen Staat. – Die Frage ist, ob wir das respektieren würden. Ich kam immer wieder, wenn ich gezwungen war, über das Problem zu sprechen, nahe an die Formulierung heran, daß wir sie nicht bevormunden wollen und daß wir ihnen das Recht geben wollen zu sagen, was sie wollen und wohin sie wollen. Ich habe nur gesagt zu sagen, was sie wollen und wohin sie wollen. Ich habe mir die Formel sehr gut überlegt. Das heißt noch nicht, daß sie damit auch das Recht haben. Rechtens müßten wir sagen: Nur das ganze deutsche Volk kann entscheiden.

Nun ist dieser Satz so, daß man sagen kann, er ist ambivalent; er enthält beides. Das müssen wir uns überlegen. Dann heißt es „Dabei ist die freie Entscheidung der mitteldeutschen Bevölkerung über ihre politische und gesellschaftliche Zukunft zu respektieren." Das geht mir etwas weit. Wir haben die Frage nie ausdiskutiert. In normaler Lage würden wir sagen, ob ein Teil Deutschlands von Deutschland abgetrennt werden kann, darüber kann nur das ganze deutsche Volk entscheiden. Deswegen habe ich immer die Formel gewählt: Wir wollen nur einen Weg bahnen, bis eines Tages die Bevölkerung drüben sagen kann, was sie will und wohin sie will. Was rechtens geschieht, ist dann die zweite Frage des ganzen Volkes. (*Lebhafte Unruhe.*) – Herr Gradl!

Gradl: Dieser Satz ist hineingekommen, weil in der Urfassung, die die außenpolitische Kommission vorgelegt hatte, folgende Ziffer stand: „Die CDU bekundet ihre Achtung vor den Leistungen, die die Menschen im kommunistisch beherrschten Teil Deutschlands unter schwierigen Umständen vollbringen. Für die CDU ist es selbstverständliches Gebot, daß der Wille unserer Landsleute bei einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenführung gleichberechtigt zur Geltung kommen muß. Nicht Restauration und Bevormundung, sondern die Entwicklung einer welt- und zukunftsoffenen Freiheit für das ganze deutsche Volk ist das Ziel der CDU."

Damit sollten zwei Dinge erreicht werden: a) Im Aktionsprogramm der CDU sollte das Grundverhältnis unserer Partei zu den Menschen im anderen Teil Deutschlands zum Ausdruck gebracht werden. Dann sollte gegenüber der Agitation der Gegenseite deutlich gemacht werden: Natürlich werden auch sie mitwirken und gehört werden bei der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gestaltung der Zukunft. Dieses Ganze ist zusammengefaßt und erweitert worden in dem Satz, den Sie jetzt am Schluß haben. Mir geht er persönlich gegen den Strich, genauso wie Ihnen, Herr Bundeskanzler, weil ich der Meinung bin, daß über die Zugehörigkeit eines Volksteiles zu einem Volk nicht dieser Volksteil allein bestimmen kann, sondern das ganze Volk bestimmen muß. Auf der anderen Seite – darüber hatten wir ja, Herr von Weizsäcker wird sich erinnern, in der außenpolitischen Kommission gründlich gesprochen[53] – stehen wir heute nach 23 Jahren Teilung und angesichts der internationalen Situation in einer sehr schwierigen Problematik in dieser Sache. Wir werden der Frage nicht ausweichen können, wenn die Menschen in Mitteldeutschland frei entscheiden können, ob wir uns mit dieser Entscheidung unter allen Umständen abfinden. Aus dieser sehr schwierigen Situation heraus würde ich also meinen, wir sollten nicht den Gedanken verwerfen, der da steht, ihn aber in dem Sinne abschwächen: Dabei hat die freie Entscheidung ... zur Geltung zu kommen, nämlich bei der Lösung der deutschen Frage und einer Friedensordnung für Europa. „Respektieren" würde mir zu weit gehen.

Lemke: Ich darf noch eine Bemerkung machen. Ich bin der Auffassung in diesem Punkt wie Herr Bundeskanzler und Herr Gradl. Diese Formulierung von Herrn Gradl wäre vielleicht noch tragbar, aber ich muß sagen, daß die Jugend, vor allen Dingen die Junge Union, ganz präzise auf dem Standpunkt steht, daß die 17 Millionen allein entscheiden sollen. Das ist schrecklich, aber deswegen ist es vielleicht richtig, die Formulierung von Herrn Gradl zu übernehmen.

Kiesinger: Wie könnten wir sagen? Wir wollen eine Formulierung nehmen ... (*Lükke:* Dabei soll die freie Entscheidung zur Geltung kommen. – *Starke Unruhe. – Stingl:* Zur Geltung kommen heißt: Sie gilt. – *Lücke:* Hier steht „ist"; wenn wir „soll" sagen, sind wir aus dem Schneider. – *Anhaltende Unruhe.*)

Schmücker: Ich habe sehr große Bedenken, Herr Bundeskanzler, wenn man eine solche Debatte überhaupt hochkommen läßt. Das klingt doch für den Unbefangenen so, als hätten wir einen Zweifel daran, daß auf der anderen Seite in Mitteldeutschland so entschieden werden könnte. (*Starke Unruhe.*)

Kiesinger: Sie haben recht. Das, was Gradl sagte, hat einen guten Sinn. Das war nur das Bevormunden. Die Leute haben drüben manche Dinge, die ihnen wichtig sind. Wir wollen nicht einfach von uns aus sagen: Von morgen ab geschieht es auf diese Weise. – Das starke Wort von Gradl, nicht restaurativ, würde ich nicht gebrauchen. Deswegen bin ich auch der Meinung – jetzt bringt mich erst Schmücker darauf –, daß wir den Satz, so wie er da steht, lieber gar nicht nehmen sollten. (*Gradl:* Dann muß man es so sagen, wie wir es ursprünglich hatten.) Man braucht ja nicht alles im Programm zu sa-

53 Protokoll der Sitzung der Außenpolitischen Kommission der CDU vom 27. August 1968 und Schlußentwurf zu den Themen Deutschland- und Außenpolitik in ACDP 07-004-418/2.

gen. (*Fay:* Das Wort „Selbstbestimmungsrecht" gilt für beide Teile und deckt alles.) Es ist an sich wichtig, daß wir den Gedanken des Nichtbevormundens bringen. (*Stingl:* Statt „respektieren" sollten wir „würdigen" sagen. – *Unruhe.*) – Herr von Weizsäcker!

Von Weizsäcker: Die ganze Sache geschieht doch nicht mit Rücksicht auf die Junge Union hier oder sonstwo, sondern jeder, der drüben herumfährt, weiß doch, daß das drüben die Meinung ist, daß sie drüben nicht majorisiert werden wollen von uns. Das hat sich selbstverständlich gegenüber dem Ausgangspunkt vom Grundgesetz her verwandelt. Das ist einfach so. Man kann es weglassen, aber man kann nicht Formulierungen bringen, die ihrerseits das, was drüben die vorherrschenden Gefühle uns gegenüber sind, falsch wiedergeben. (*Lücke:* Dabei soll die freie Entscheidung beachtet werden! – *Starke Unruhe.*)

Gradl: Also, Herr Heck macht immer ein Stirnrunzeln, wenn man nur einen Satz mehr sagt. (*Lebhafte Unruhe.*) Das ist aber kein Gesichtspunkt. Wenn Sie aber den Satz nicht beibehalten wollen, dann ist die einzig noch hinnehmbare Lösung folgende Formulierung: „Dabei soll auch die freie Entscheidung ... zur Geltung kommen." Das ist das Minimum. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich mache Ihnen einen Vorschlag zur Güte. Das können wir z. B. in der Ziffer 4 unterbringen. Da steht: „Die Bundesrepublik Deutschland, geschichtlich und rechtlich in der Pflicht der Nachfolge des Deutschen Reiches, vertritt die Sache aller Deutschen;" – dann kommt eine unglückliche Anknüpfung – „dennoch sind Kontakte mit den Machthabern im anderen Teil Deutschlands notwendig." Hier könnten wir es unterbringen.

Nun habe ich noch ein Anliegen, das mir sehr ernst ist, meine Damen und Herren. Ich muß mich gegen die Formulierung des ersten Satzes wenden. Ich habe bewußt in der Regierungserklärung mit dem alten Schema gebrochen: „Die erste und oberste Aufgabe der deutschen Politik." Das geht so nicht. Wenn Sie das deutsche Volk fragen, was ist das Wichtigste für uns, dann wird es ihnen sagen: Das Wichtigste ist, daß der Frieden erhalten bleibt und daß wir frei bleiben. – Das würde es sagen.

Deshalb habe ich in der Regierungserklärung gesagt: Das erste Wort ist ein Grundanliegen.[54] – Ich will gar nicht, daß das so einfach wieder abgeschrieben wird, aber dann muß die Formulierung „die erste Aufgabe der deutschen Politik" weg. Dann muß eben gesagt werden: „Freiheit und Einheit für das deutsche Volk zu erringen, ist die Aufgabe der deutschen Politik." (*Zuruf:* Ständige Aufgabe!) – Herr Gradl!

Gradl: Weil wir in diesen Streit über die Rangordnung der Aufgaben nicht eintreten wollten, haben wir es in unserer Ausarbeitung ganz anders formuliert. Ich lese Ihnen den einen Satz vor: „Die Freiheit und Einheit Deutschlands durch Selbstbestimmung zu erwirken, ist für die Christlich-Demokratische Union Aufgabe und Maßstab der Deutschlandspolitik." (*Anhaltende starke Unruhe.*)

54 Am 11. März 1968 legte Kiesinger dem Bundestag den „Bericht der Bundesregierung über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland vor" (vgl. Sten.Ber 5. WP 158. Sitzung S. 8186–8176), am 14. März erfolgte die Aussprache darüber (vgl. Sten.Ber 5. WP 160. Sitzung S. 8293–8382).

Kiesinger: Also, lassen wir das Wort „erste" weg. (*Gradl:* Das ist zu wenig! – *Lemmer:* Ist die ständige Aufgabe. – *Gradl:* Bleibt beherrschende Aufgabe. – *Anhaltende Unruhe.*) Wie heißt es denn jetzt? (*Heck:* Ist Aufgabe der deutschen Politik.) Wir können ja sagen: Ist Aufgabe der deutschen Politik. – Dann bleibt der letzte Satz weg. Im Absatz 2 haben wir „europäische Friedensordnung".

Barzel: Es heißt in der Ziffer 2 nach dem Semikolon „dabei dürfen die vier Mächte aus ihrer Verantwortung nicht entlassen werden". Die Vier-Mächte-Verantwortung wollen wir doch nicht auf ewige Zeiten, sondern bis zum Tage der Wiedervereinigung.

Kiesinger: Außerdem dürfen wir so gar nicht formulieren. Das klingt derartig schulmeisterlich: „dabei dürfen die vier Mächte aus ihrer Verantwortung nicht entlassen werden." Dieser Satz muß weg! (*Anhaltende starke Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Wir unterbrechen. Das Essen wird kalt. Ich bitte um Nachsicht, wenn ich nicht mit Ihnen essen kann, weil ich einen Besuch habe[55].

Unterbrechung von 13.20 Uhr bis 14.00 Uhr.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Wir fahren mit der Sitzung fort.

Heck: Wir kommen zur Ziffer 3. „Solange die politische Einheit Deutschlands nicht erreicht ist, müssen die menschlichen und institutionellen Voraussetzungen dieser künftigen Einheit bewahrt und geschaffen werden. Wir wollen, daß die Freiheit auf allen Gebieten gekräftigt wird und daß alle Äußerungen des geistigen Lebens gefördert werden, die geeignet sind, die Einheit der deutschen Nation in Sprache, Geschichte und Tradition zu bewahren, fortzuführen und vor der Welt zu bekunden." (*Lemke:* Welche Institutionen meinen Sie? – *Unruhe.*)

Kiesinger: Darf ich einmal zusammenfassend sagen, was in der Ziffer 3 besonders unglücklich formuliert ist. In dem Satz „Solange die politische Einheit Deutschlands nicht erreicht ist," müssen wir zumindest sagen „nicht wieder erreicht ist". Jetzt ist auch hier wieder eine Art stenographischer Zusammenfassung versucht worden: „müssen die menschlichen und institutionellen Voraussetzungen dieser künftigen Einheit bewahrt und geschaffen werden." Ich möchte wissen: 1. Welche institutionellen Voraussetzungen bewahrt und 2. welche geschaffen werden müssen. Das ist das Angebot, das wir an die Herren da drüben gerichtet haben.[56] Aber, meine Damen und Herren, wir sind uns doch darüber klar, was dieses Angebot bedeutet hat. Dieses Angebot ist nur ein taktisches Angebot gewesen. Es war doch jedem von uns klar, daß, wenn Herr Ulbricht dieses Angebot angenommen hätte, daß das die Auflösung, der Anfang vom Ende gewesen wäre. Ich kann es in diesem Kreise ja ruhig sagen. Wir mußten an die Adresse Ulbrichts die Angebote machen, die wir gemacht haben. Wenn sie angenommen worden wären, dann wäre es großartig gewesen; aber wer hat sich schon Illusionen darüber gemacht, daß er sie annehmen werde. Aber wir mußten sie machen. Das gehörte in den Gesamtzusammenhang unserer Politik hinein.

55 Zu Besuch war der Staatspräsident des Niger, Hamani Diori. Vgl. Anm. 75.
56 Vgl. Nr. 14 Anm. 8.

Das aber nun so in das Programm der Partei aufzunehmen, vor allem diese Art der Aussage, halte ich für außerordentlich bedenklich. Das kann man nicht machen. Das ganz Schwierige unserer Politik war ja, den Leuten klarzumachen, was diese unsere Politik bedeutet und was sie nicht bedeutet. Also, Sie müssen es anders formulieren. Wir wissen, was gesagt sein soll. Ich würde vorschlagen – bei diesem Punkt geht es nicht anders –, Herr Heck, daß das neu gefaßt wird. Zwei oder drei Leute setzen sich zusammen und formulieren es neu. Vielleicht kann Herr von Weizsäcker dabei mithelfen. Es ist ja nicht so, daß wir hier etwa heuchlerisch wären. Das ist ein Ziel, das wir wollen. Wir wußten, daß weder Ulbricht noch Moskau die Angebote annehmen würden. Das Angebot hatte ja viele Adressaten in der ganzen Welt, und zwar im Westen und im Osten. (*Sehr starke Unruhe.*)

Heck: Wenn man es allgemein nimmt und sagt: „müssen die Voraussetzungen dieser künftigen Einheit gewahrt bzw. geschaffen werden." (*Unruhe.*)

Gradl: Ich würde vorschlagen, daß wir das gleich in die Ziffer 4 miteinbeziehen. (*Kiesinger:* Das ist auch meine Meinung!) Beides war ursprünglich im Text auch zusammen. Das ist auseinandergerissen worden. Dadurch wurde der Sinn entstellt.

Kiesinger: Hier wird noch mehr als „Egon-Bahrscher" gesprochen. (*Heiterkeit. – Lemke:* Hier muß etwas von den Kontakten gesagt werden. – *Gradl:* Das Wort „Kontakte", Herr Lemke, ist doch ganz schlecht. Dann kommen unsere jungen Leute und sagen, das ist weder Fisch noch Fleisch. – *Lebhafte Unruhe.*)

Von Weizsäcker: Es muß in der positiven Richtung etwas gesagt werden. Wenn man von der Zone spricht, kann man nicht nur von Sprache, Geschichte und Tradition sprechen, sondern man muß es auch auf eine gemeinsame Zukunft ausrichten können. Bei jeder Art von Zielsetzung und Aufgaben sind Sprache, Geschichte und Tradition nicht ausreichend als Basis einer gemeinsamen Nation.

Kiesinger: Versuchen Sie doch einmal, es zusammen zu machen. (*Gradl:* Ich bin bereit, es mit Herrn von Weizsäcker zu machen.) Da muß der Gedanke des Nichtbevormundens hinein. Ich würde den Ausdruck „der andere Teil Deutschlands" ruhig gebrauchen. Es muß eine Formulierung gefunden werden, die ambivalent ist. (*Anhaltende Unruhe.*)

Von Weizsäcker: Ich möchte noch um eine Klarstellung bitten. Der Satz 1 der Ziffer 4 ist klar, aber können wir denn wirklich den anderen Teil Deutschlands aus dieser Haftungsgemeinschaft völlig entlassen? (*Heck:* Das ist ein Programm für die Christlich-Demokratische Union Deutschlands.) Wenn wir es so stehenlassen, dann wird immer eifrig gesagt: Die sind an allem allein schuld. Darum haften sie auch allein für alles. (*Heck:* Das sagen sie sowieso!) Aber das ist doch kein Grund, das hier zu sagen. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Ich schlage vor, die beiden Herren sollen es formulieren. Wenn Sie schon dabei sind, dann machen wir die Berliner Ziffer auch noch fertig. Die Geschichte mit

der Volksbefragung lassen Sie heraus.[57] Wir dürfen uns nicht mit den Schutzmächten auseinanderreden. Das bedeutet ja nicht, daß wir darauf verzichten. Aber lassen Sie den Satz programmatisch weg.

Gradl: Herr Bundeskanzler, ich habe noch eine Frage. Da bin ich unfrei. Ich hatte es im ursprünglichen Text nicht drin. Darauf hat sich der Berliner Parteitag in einer starken Weise konzentriert. Dann haben wir am Schluß einen Kompromiß gefunden, dem ich auch zugestimmt habe.[58] Nur steht es hier viel schlechter drin. (*Lebhafte Unruhe. – Klepsch:* Sie können es ja jetzt besser machen!) Entschuldigen Sie mal, Herr Klepsch, der Bundeskanzler hat mich gebeten, ich soll irgendetwas tun. Ich muß Ihnen sagen, wo die Grenze ist! (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Ich glaube, Sie können davon ausgehen, daß wir in diesem Kreis das Anliegen unserer Berliner Freunde verstehen. Ich möchte in der Berliner Frage eine so hohe Übereinstimmung wie möglich mit den Schutzmächten erreichen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kohl: Ich muß jetzt doch sagen, wir hatten in der nächtlichen Stunde bei der letzten Kommissionssitzung über diese Sache eine harte Auseinandersetzung. Ich habe bezweifelt, daß die CDU das durchhält. Ich muß auch sagen, es waren Berliner CDU-Leute da, auch Kabinettsmitglieder, die waren durchaus anderer Meinung in der Geschichte. Ich möchte nur sagen, eines geht natürlich nicht, daß wir in Berlin erleben, daß die Berliner CDU einen solchen Antrag stellt. Das ist viel mehr eklatant als etwa die ganze Geschichte über die Oder-Neiße-Grenze. (*Starke Unruhe.*)

Kiesinger: Aber das hat ja keinen Zweck. Deswegen können wir es nicht von vornherein resignierend aufnehmen. (*Anhaltende Unruhe. – Gradl:* Der zweite Absatz ist etwas anderes. – *Kohl:* In der Sache ist es das gleiche. Entweder Sie lassen die Volkswahl, oder Sie lassen sie nicht.) „Vom Volke direkt gewählt werden". Die Konsequenz ist dann doch volles Stimmrecht. (*Kohl:* Das ist doch ganz logisch! – *Unruhe. – Lemke:* Das Wort „Alleinvertretungsrecht" erscheint nicht mehr. – *Stingl:* Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen. – *Lebhafte Unruhe.*)

Lemke: Auch das von der Nichtanerkennung! (*Kiesinger:* Das muß herein!) Darf ich noch einmal auf eine neue Formulierung von Wrangel hinweisen. Er spricht immer von der nationalen Sorge in der Bundesrepublik. Ich wollte das den beiden Herren mit auf den Weg geben. Er sagt etwas aus, aber die Ablehnung der Anerkennung muß expressis verbis hinein.

---

57 In keinem der Entwürfe oder der Stellungnahmen dazu (ACDP 07–004–316/1; ACDP Dokumentation 2/201/16–1) ist von einer „Volksbefragung" die Rede, wohl aber von vollem Stimmrecht der Berliner Abgeordneten und ihrer Direktwahl (vgl. Punkt 35 des beschlossenen Programms).

58 In Berlin fanden 1968 zwei Landesparteitage statt: der 44. am 29./30. März 1968 und der 45. am 28./29. Juni 1968. Auf dem zweiten Parteitag wurde über das CDU-Aktionsprogramm beraten, und es wurden Änderungsanträge eingebracht. Vgl. ACDP 03–012 AO 604, 605, 606, 974, 975. Vgl. auch ACDP 01–294–058/1 (zur Beratung des Punktes Deutschlandpolitik im Aktionsprogramm).

Kiesinger: Ich würde so sagen, machen wir doch die ganze auswärtige Politik erst einmal zu Ende, und dann können Sie ja die Herren darum bitten.

Ziffer 6: „Die Bundesrepublik Deutschland hat Millionen Heimatvertriebene und Flüchtlinge aufgenommen; sie voll einzugliedern und ihre Rechte weiterhin zu vertreten, bleibt Aufgabe der deutschen Politik. Die deutsche Ostgrenze kann erst in einem Friedensvertrag völkerrechtlich geregelt werden."

Das ist alles etwas merkwürdig und sibyllinisch, fast paradox formuliert. (*Stingl:* Ich glaube doch ein Recht zu haben, eingegliedert zu werden. Ich bin Präsident geworden, also eingegliedert. – *Starke Unruhe.*) Die ganze Sache leidet daran, daß man versucht hat, so kurz wie möglich zu sein. Dadurch kommen manchmal ganz paradoxe Aussagen zustande. So würden Sie es sonst nie sagen. (*Anhaltende Unruhe. – Zuruf:* Sie denken nur an „voll einzugliedern". – *Starke Heiterkeit. – Lemke:* Das Wort „voll" sollte man streichen. Das ist nicht richtig. – *Anhaltende Heiterkeit. – Stingl:* Es kommt auf die Rechte an.) Welche Rechte meinen Sie? (*Stingl:* Zum Beispiel die Heimatrechte!) Heimatrecht läßt sich sagen, aber was sonst für Rechte? (*Stingl:* Zum Beispiel auch mein Besitztitel an meinem Haus. Wenn ich schon auf mein Heimatrecht verzichten muß, dann bleibt doch mein Recht auf mein Haus bestehen. – *Unruhe.*)

Gradl: Die Ziffer 6, wie sie hier steht, ist nach meiner Meinung viel zu dürftig für eine Aussage des Aktionsprogramms. Die SPD hat in Nürnberg ihren Ärger bekommen mit dem „respektieren" und „Anerkennung".[59] Seitdem sind die Verbindungen zwischen der SPD und den Vertriebenen sehr dünn geworden. Sie haben heute wieder gesehen, welch ein Krach da ist, z. B. in Schleswig-Holstein zwischen Herrn Steffen und Herrn Rehs.[60]

Die Vertriebenen haben [sich] sehr gut angesehen, was bei uns im Aktionsprogramm, 1. Entwurf, stand. Das war auch dürftig, und es ist kritisiert worden. Aber was nun hier steht, ist verdammt wenig. Wir haben in der Sitzung, Herr Bundeskanzler, in der Sie waren, gemeinsam mit dem BdV-Präsidium uns auf eine Aussage verständigt, die den Vertriebenen sehr wohlgetan hat, zumal angesichts der Haltung der SPD. Aber jetzt nehmen wir das heraus, weil es zu lange ist. Was hier übrigbleibt, wird im Grunde genommen als ein Abrücken der CDU von den Vertriebenen empfunden.

Wenn ich daran denke, daß die NPD Leute aus diesem Reservoir sucht, dann halte ich das erst recht für falsch. Infolgedessen meine ich, man sollte aus nationalpolitischen und parteipolitischen Gründen es deutlich sagen. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

---

59 Die Formulierung der SPD-Entschließung lautete: „Diese Politik wird um so erfolgreicher sein, je klarer unser Wille zum Ausdruck kommt, die bestehenden Grenzen in Europa, insbesondere die gegenwärtige polnische Westgrenze, zu respektieren und anzuerkennen, bis die deutschen Grenzen in einer friedensvertraglichen Regelung, die von allen Beteiligten als dauerhaft und gerecht empfunden werden kann, endgültig festgelegt werden kann." Vgl. SPD, PARTEITAG 1968 S. 996.

60 Jochen Steffen hatte kritisiert, daß am „Tag der Heimat" des BdV in Berlin auch NPD-Abgeordnete teilgenommen hatten, vgl. „Welt" vom 20. September 1968. – Zu Rehs vgl. Nr. 11 Anm. 78.

Kiesinger: Herr Gradl, das ist ein politischer Hauptpunkt, auf den die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge sehen. Es sind die Leute, die geneigt sind, aus einer gewissen Enttäuschung zur NPD zu gehen, aber weniger aus dem Grund, sich von uns abzuwenden. Das ist also in der Tat ein Punkt, den man etwas eindringlicher formulieren muß.

Lemke: Ich darf einmal eine Formulierung aus Schleswig-Holstein vorlesen:

„Die CDU bekennt sich zum Recht auf Heimat für alle Menschen. Rechtsfragen sollen im Rahmen einer europäischen Friedensordnung gelöst werden. Die einseitige Preisgabe von Rechtspositionen ist kein geeigneter Weg zu einer dauerhaften Friedensordnung. Die CDU will die leidvolle deutsch-polnische Vergangenheit durch aufrichtige Versöhnung lösen. Die Bundesrepublik Deutschland trägt auch die Verantwortung für die Millionen von Deutschen, die ihre Heimat verlassen mußten und am Aufbau von Gesellschaft und Staat entscheidend mitwirken." (*Starke Unruhe.*)

Kraske: Ich darf dieses z. B. nehmen, um die Frage zu stellen, ob wir wirklich etwas erreichen, indem wir diesen Satz jetzt quantitativ oder emotional anreichern. Ich gehöre keinem Vertriebenenverband an, aber so gut kenne ich mich in den Vertriebenenverbänden auch aus, daß ich weiß, daß den Leuten mit Wortgeklingel nicht beizukommen ist. (*Unruhe.*) In dieser Formulierung sind drei handfeste Thesen drin: 1. die volle Eingliederung, 2. die Vertretung der Rechte der Vertriebenen, 3. die Vorbehaltung der Grenze im Friedensvertrag. Aus allen bisherigen Diskussionen mit den Vertriebenen weiß ich, daß dies ihre drei Kernpunkte sind, auf die sie eine Antwort haben wollen.

Wenn wir jetzt anfangen, hier die Sache aufzuladen und anzureichern, dann kann ich nur sagen, es gibt sehr wichtige Bevölkerungsgruppen, ob das die Bauern oder der Mittelstand oder die Arbeitnehmer sind, die Millionenzahlen in die Wahlauseinandersetzungen hineinbringen und die Punkte haben, wo man natürlich auch noch aufladen und anreichern kann.

Dann werden wir bei jeder zweiten Ziffer vor dieser Frage stehen. Hier muß ich noch einmal daran erinnern, daß es von keinem Landesverband eine Stellungnahme gegeben hat, die nicht damit anfängt oder abschließt: Dieses Programm ist zu lang.

Wenn wir jetzt aus diesen Gründen die Sache verlängern, dann weiß ich nicht, wie wir am Ende durchkommen sollen.

Kiesinger: Ich wiederhole noch einmal, es heißt: „sie voll einzugliedern und ihre Rechte weiterhin zu vertreten". Lassen wir das „und" weg und sagen wir „sie einzugliedern, ihre Rechte weiterhin zu vertreten ..." (*Anhaltende Unruhe.*)

Wir kommen zu II. Außen- und Sicherheitspolitik.

„7. Das Ziel der deutschen Außenpolitik ist der Frieden. Wir wollen den gerechten Frieden für das deutsche Volk und für die Völker Europas, der zur deutschen Einheit und in eine europäische Friedensordnung führt. Wir wollen den gerechten Frieden in der Welt, der allen Menschen die vollen Menschenrechte, die Chance der Freiheit und der wirtschaftlichen Existenz gibt."

Es ist nicht nur ein Ziel, wir haben einen sehr gefährdeten Frieden. (*Kohl:* Ich würde „Grundlage" statt „Ziel" sagen. – *Heck:* In der Regierungserklärung steht: Das erste Wort ist der Frieden. – *Lebhafte Unruhe.*) Und das Grundanliegen! Das erste Wort und

das Grundanliegen dieser Regierung ist der Frieden. – Also, das ist etwas ganz anderes. Das habe ich ja so gewählt, um eine solche Formel wie „das Ziel ..." zu vermeiden. Wenn wir über Außenpolitik sprechen, ist das erste Wort, das wir dabei ausführen, der Frieden. Das ist auch unser Grundanliegen. Auf diesem Grundanliegen baut sich alles andere auf. Also, wie kann man sagen? (*Kohl:* Grundanliegen ist kein schönes Wort. – *Von Weizsäcker:* Es ist evangelisch! – *Schwarzhaupt:* Es ist auch katholisch. – *Heiterkeit und starke Unruhe.*) Dann wollen wir es lieber nicht nehmen.

Meyers: Nehmen Sie doch die Formulierung aus der Regierungserklärung „der Wille zum Frieden und zur Verständigung der Völker ist das Grundanliegen der Außenpolitik".

Kraske: Dann könnte man auch sagen „Grundlage und Ziel". Das ist doch besser als nur „Grundanliegen". (*Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Herr Meyers, wie heißt es?

Meyers: „Der Wille zum Frieden und zur Verständigung der Völker ist Grundlage und Ziel der Außenpolitik."

Kiesinger: Das steht doch in der Regierungserklärung.

Meyers: Ich lese ja daraus vor! (*Heiterkeit.*) Obwohl es in der Regierungserklärung steht, finde ich es ausnahmsweise gut. (*Unruhe und Bewegung.*)

Kiesinger: Wir sagen also „Grundlage und Ziel der Außenpolitik der CDU ist der Frieden." (*Anhaltende Unruhe.*) Wir kommen zur Ziffer 8: „Gewalt oder Drohung mit Gewalt sind kein Mittel der deutschen Außenpolitik. Wir treten seit jeher dafür ein, den vorbehaltlosen Verzicht auf Gewalt zwischen allen Völkern gegenseitig zu vereinbaren." Ich würde sagen: „Wir verwerfen Gewalt oder Drohung mit Gewalt als Mittel der Politik."

Gradl: Wir hatten so formuliert: „Die CDU tritt seit jeher dafür ein, den allgemeinen Verzicht auf Gewalt völkerrechtlich ... sie will, daß in Europa die Bereitschaft zur Entspannung durch den Austausch von Gewaltverzichtserklärungen ... (*Anhaltende sehr starke Unruhe.*)

Kiesinger: Ich würde sagen, die Aussage ist zwar richtig, aber hier muß es lapidar gesagt werden: „Wir treten seit jeher dafür ein, den vorbehaltlosen Verzicht auf Gewalt zwischen allen Völkern zu vereinbaren." Warum sagen Sie „gegenseitig"? Das ist doch selbstverständlich. (*Zuruf:* Es wird immer gegenseitig vereinbart! – *Unruhe.*)

Kraske: Dieses „gegenseitig" haben wir nach dem 21. August[61] ausdrücklich hineingebracht, weil uns immer gesagt wurde: Die anderen machen doch nicht mit. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: „Zwischen allen Völkern zu vereinbaren". Man braucht doch das Wort „gegenseitig" nicht. Was soll das? (*Anhaltende Unruhe.*) Also, wir gehen weiter und kommen zur Ziffer 9: „Die politische Einigung Europas muß das Werk der kommenden Jahre sein. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist die Grundlage der Einigung Europas. Wir wollen, daß die Sechsergemeinschaft durch die Aufnahme beitrittswilli-

61 Tag der militärischen Intervention der Sowjetunion und weiterer Staaten des Warschauer Pakts in der Tschechoslowakei.

ger und beitrittsfähiger Länder erweitert wird. Ziel bleibt ein europäischer Bundesstaat."

Barzel: Die Formulierung „muß das Werk der kommenden Jahre sein" ist mir viel zu sehr auf die lange Bank geschoben. Das mit der deutsch-französischen Zusammenarbeit ist eine wunderbare Sache, aber es ist bestimmt nicht die Grundlage der Einigung Europas. Das können wir nach unseren Erfahrungen bestimmt nicht mehr sagen.

Kiesinger: Ich muß dem leider zustimmen. Wenn das hier so stehen bleibt, dann sagen wir etwas unrichtig aus. Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist etwas ganz Essentielles für die europäische Einigung. Deswegen wehren wir uns auch gegen diejenigen, die sagen, schiebt die Franzosen weg und macht es zu fünft mit den Engländern. So wie es hier steht, würde ich es aber nicht sagen. (*Starke Unruhe. – Schäfer:* Wenn man will, daß der Wandel hier erkennbar wird, dann kann man eine andere Formulierung wählen.) Es gehört nicht ins Parteiprogramm hinein. Eine Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ist eine Politik, die so lange gemacht werden kann, solange beide Partner zu einer solchen Zusammenarbeit bereit und fähig sind. Wenn wir eine etwas andere Formulierung finden, bin ich damit sehr einverstanden.

Kohl: Herr Bundeskanzler, ich bin für eine Veränderung in der Formulierung, aber ich bin entschieden dagegen, daß wir das Thema herausnehmen. Das ist ein Programm der CDU für die siebziger Jahre. Das geht nach menschlichem Ermessen über die jetzigen Regierungen hinaus. Es könnte ja eine Situation eintreten, daß wir sehr gern auf diesen Kernsatz zurückkommen möchten. (*Gradl:* Ich würde sagen: Ist ein wesentliches Element für die Einigung Europas.)

Kiesinger: Dabei kommt der deutsch-französischen Zusammenarbeit eine hohe Bedeutung zu. (*Unruhe. – Fay:* Die Zusammenarbeit verstärken und eine klare Aussage dazu machen.) Es gehören immer zwei dazu. (*Fay:* Herr Bundeskanzler, wir reden nicht als Bundesrepublik Deutschland, sondern als CDU.) Deswegen sagen wir es ja. (*Fay:* Wir könnten etwas mehr sagen.) Die Franzosen sind sehr kühler in der Aussage. (*Sehr starke Unruhe. – Meyers:* Wir verlangen die politische Einigung Europas. – *Schäfer:* Die politische Einigung Europas ist dringlich. – *Lemke:* Sie ist noch mehr als dringlich. – *Heiterkeit und Unruhe.*) Also, meine Herren, wenn schlecht formuliert ist, dann muß eben neu formuliert werden. Ich bin auch der Meinung, das ist alles so etwas ... (*Lemke:* Larifari! – *Stürmische Heiterkeit und Unruhe.*) Ich würde sagen: „Wir drängen auf eine rasche politische Einigung Europas." (*Anhaltende Unruhe.*)

Kraske: Wir können sagen: „Wir drängen auf eine rasche politische Einigung Europas; dabei kommt der deutsch-französischen Zusammenarbeit eine hohe Bedeutung zu."

Kiesinger: Jetzt paßt es gut zusammen: „Wir wollen, daß die Sechsergemeinschaft durch die Aufnahme beitrittswilliger und beitrittsfähiger Länder erweitert wird. Unser Ziel bleibt ein europäischer Bundesstaat."

Klepsch: In diesem Entwurf ist an keiner Stelle etwas gesagt über die Zusammenarbeit der CDU mit anderen gleichartigen Parteien über die Grenzen hinweg, insbesonde-

re im europäischen Raum. Ich würde vorschlagen, im Parteiprogramm sollte man das an geeigneter Stelle einfügen.

Kraske: Ich bin dagegen, daß so etwas in ein Aktionsprogramm kommt. Wir schreiben ja auch nicht: Kontakte zwischen den Landesverbänden sind herzustellen. (*Heiterkeit und Unruhe.*)

Kiesinger: Der Gedanke ist richtig, aber wir wollen die Kürze wahren. Nun kommen wir zur Ziffer 10: „Die Grundlage der deutschen Außenpolitik ist die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika."

Heck: Das Präsidium schlägt hier vor „die enge Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika ist fester Bestandteil der deutschen Politik." (*Lemke:* Das würde ich auch vorschlagen. – *Lebhafte Heiterkeit und Unruhe.*)

Kiesinger: Keine Bedenken! Dann ist es so angenommen.

Wir kommen zur Ziffer 11: „Die Verbesserung der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zur Sowjetunion, zu den ost- und südosteuropäischen Nationen bleibt eine wichtige Aufgabe der kommenden Jahre."

Ich würde „Staaten" sagen. Das haben wir vorher auch gesagt. (*Lücke:* Wenn wir das so machen, was machen wir dann mit Asien, Afrika und Lateinamerika? – *Starke Unruhe.*) Dann sagen wir „Länder" statt „Nationen". (*Anhaltende Unruhe. – Lemke:* Wenn man nichts weiß, dann sagt man „Länder". – *Unruhe.*)

Heck: Die Jugoslawen sind z. B. insgesamt keine Nation. Die Kroaten sind eine Nationalität.

Kiesinger: Also lassen wir es bei „Ländern". (*Unruhe.*) Wir wollen den Gedanken von Herrn Lücke zurückstellen und sehen, ob wir das irgendwo berücksichtigen können; sonst sagen die Spanier und die Portugiesen: Mit uns wollt ihr keine Verbesserungen der Beziehungen.

Barzel: Es ist wichtig, daß das in der Ziffer 11 steht. Ich würde z. B. die Frage der Beziehungen zwischen Bonn und Pankow von europäischen Ländern aus anders beurteilen als von außereuropäischen Ländern. Ich finde, daß die Ziffer 11 eigentlich richtig ist.

Kiesinger: Die Frage ist nur, ob wir es ... (*Sehr starke Unruhe.*) Stellen wir es einen Augenblick zurück.

Kohl: Das ist völlig richtig bei der Ziffer 11; denn es ist ein Unterschied, ob ein europäisches Land das macht oder ein zentralafrikanisches Land.

Kiesinger: Nun gibt es eine Menge Länder auf der Welt, die größten Wert darauf legen.

Kraske: Hier geht es doch um „Verbesserung", und da setzen wir den Schwerpunkt. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Kiesinger: Einverstanden!

Jetzt kommt Ziffer 12: „Auswärtige Kulturpolitik ist ein wesentliches Mittel, Kenntnis vom deutschen Volk zu vermitteln und der Verständigung und Freundschaft mit den Völkern der Welt zu dienen. Deswegen wollen wir verstärkten kulturellen Austausch

mit allen Ländern der Welt – in Erziehung und Lehre, in Wissenschaft und Forschung, in Kunst und Literatur."

Ich weiß nicht, warum man das aufgenommen hat.

Barzel: Ich finde den ersten Satz wie aus dem Lexikon. Er ist überflüssig. (*Unruhe.*)

Kiesinger: Ich würde sagen: „Um der Verständigung und Freundschaft mit den Völkern der Welt zu dienen, wünschen wir einen verstärkten kulturellen Austausch mit allen Ländern der Welt." (*Starke Unruhe. – Kohl:* Das sollten möglichst viele Bürger lesen.) Das klingt dynamischer. (*Kraske:* Kultureller Austausch!) Das brauchen wir nicht noch einmal zu sagen. (*Lemke:* Die Aufzählung ist vor allen Dingen falsch. – *Kohl:* Warum? Was ist da falsch? – *Lemke:* Das ist keine erschöpfende Auskunft! – *Anhaltende Unruhe.*) – Herr Kraske, lesen Sie bitte vor!

Kraske: „Um der Verständigung und der Freundschaft mit den Völkern der Welt zu dienen, wollen wir einen verstärkten kulturellen Austausch mit allen Ländern der Welt." Alles andere fällt weg.

Gradl: Wir müssen uns doch fragen, wer das einmal lesen soll? Wir wünschen, daß es möglichst viele Leute sind. (*Starke Unruhe.*) Jeder wird sich zumindest das heraussuchen, was ihn besonders interessiert. Es gibt natürlich auch Leute, die sich für die auswärtige Kulturpolitik interessieren. Ist es da nicht zweckmäßig, daß man den politischen Gesamtzusammenhang, in dem man auch die auswärtige Kulturpolitik sehen muß, im ersten Satz den Leuten vor Augen führt? (*Meyers:* Wir machen doch kein Lexikon, sondern ein Aktionsprogramm!) Herr Meyers, wir können in politischen Hieroglyphen miteinander reden und verstehen uns doch, aber die Leute draußen, die wir ansprechen wollen, verstehen es nicht. (*Meyers:* Dann müssen wir ein politisches Grundlexikon herausgeben, aber kein Aktionsprogramm der CDU!)

Kiesinger: Die Menschen, an die wir uns wenden, sehen nicht auf die Terminologie „Auswärtige Kulturpolitik", sondern die wollen wissen, ob wir bereit sind, mit den Völkern der Welt kulturellen Austausch zu pflegen. (*Starke Unruhe.*)

Fay: Ein Vorschlag, den ich Ihnen noch machen wollte! Mein Landesverband ist der Meinung, es sei zweckmäßig, daß jede Ziffer eine Überschrift erhält. Würde man hierhin schreiben „Auswärtige Kulturpolitik", dann könnte man den Satz so lassen, wie er hier steht. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Lassen wir es stehen, ich würde aber die Aufzählung im einzelnen nicht machen. Einverstanden!

Ziffer 13: „Ein beständiger Frieden in der Welt verlangt die Entwicklung der Menschheit zu einer Gesellschaft freier und lebensfähiger Nationen. Die deutsche Entwicklungspolitik ist als Hilfe zur Selbsthilfe zu gestalten; sie erfordert Eigenleistungen der Empfänger und sinnvolle Entwicklungspläne. Entwicklungshilfe soll nicht vom Staat allein geleistet, sondern von der gesamten Gesellschaft, insbesondere von der jungen Generation, mitgetragen werden. Der Dienst der Jugend in den Entwicklungsländern muß gesetzlich gefördert werden." – Herr Barzel!

Barzel: Genügt es, daß man das gesetzlich fördert, oder soll man hier nicht ausnahmsweise mit zwei, drei Worten sagen, wie sehr man das begrüßt?

Heck: Wir haben lange darüber diskutiert und dann überlegt, wenn das herausgestellt wird ... (*Sehr starke Unruhe.*)

Kiesinger: Wir haben sowieso ein Entwicklungshelfer-Gesetz vorliegen.[62] Einen Jugendlichen, der nicht bereit ist, können wir nicht zwingen. (*Kohl:* Dann lassen wir doch das Wort „gesetzlich" weg!)

Heck: Die Sozialdemokraten sind dabei – das wird das erste Werk des neuen Ministers für Entwicklungshilfe[63] sein –, hier einen Gesetzentwurf vorzulegen. Das ist bei denen gedacht als ganz große Aktion. (*Kiesinger:* Wieso, wir haben doch schon eins im Bundestag?) Das, was bei den Sozialdemokraten überlegt wird, geht weiter. Ich habe selber im einzelnen keine Kenntnisse. Das hat der Herr Leisler Kiep vorgetragen, daß mit großem Nachdruck Wert darauf gelegt wird, daß wir das bei uns verankern. (*Sehr starke Unruhe.*)

Klepsch: Ich habe von diesem Gedanken von Herrn Eppler gehört. Ich habe gerade Bedenken dagegen, was von dem Wehrdienst gesagt wurde. Die Kommission für Wehrgerechtigkeit des Bundestags hat vorgeschlagen, daß Entwicklungshelfer als Alternative anerkannt werden sollen. Wenn die Epplerschen Vorstellungen Realität werden, dann werden wir in einen echten Konflikt kommen. Ich würde es deshalb für gut halten, die neutrale Fassung zu wählen: Der Dienst der Jugend in den Entwicklungsländern ist zu fördern.

Heck: Es ist so, daß für die deutsche Entwicklungshilfe mehr Mittel zur Verfügung stehen, als junge Menschen bereit sind, das zu machen. Das kann sich etwas ändern, aber es wird nie so gemacht werden, daß bei dem einzelnen die Wahl bleibt, ob er zum Kommiß will oder in den Entwicklungsdienst. Bei denjenigen, die für den Entwicklungsdienst angenommen werden, wird eine Befreiung vom Wehrdienst möglich sein. Das geht nur durch ein Gesetz. (*Sehr starke Unruhe.*) Den Deutschen Entwicklungsdienst macht nicht das Ministerium, sondern das ist eine Institution; die haben wir noch in der Hand.

Kiesinger: Ich würde vorschlagen, nicht „Eigenleistungen", sondern „eigene Leistungen" zu sagen. Einverstanden!

Jetzt kommt Ziffer 14: „Die Bundesrepublik muß auch im wohlverstandenen Eigeninteresse die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern suchen. Sie muß einen ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden Beitrag zum Ausbau des Welthandels erbringen. Ebenso wichtig sind Förderungsprogramme für Bildung, Gesundheit und soziale Einrichtungen als Grundlage des Wohlstandes jeder Nation."

Hierbei muß ich offen sagen, das ist gefährlich im Zusammenhang mit der Ziffer 13. Die Leute sagen uns: Kinder, tut doch nicht so, ihr gebt den Entwicklungsländern mit

62 Erste Beratung des Entwicklungshelfer-Gesetzes (EhfG) am 15. März 1968 (Drs. V/2996 vom 15. März 1968), vgl. Sten.Ber. 5. WP 164. Sitzung; die zweite und dritte Beratung erfolgte am 28. Februar 1969, vgl. Sten.Ber. 5. WP 220. Sitzung. Vgl. auch „Entwicklungshelfer-Gesetz (EhfG)" vom 18. Juni 1969, BGBl 1969 I S. 549.

63 Erhard Eppler wurde am 2. Oktober 1968 neuer Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit als Nachfolger Hans-Jürgen Wischnewskis. Vgl. AdG 1968 S. 14223.

der einen Hand etwas und nehmt es zweimal mit der anderen Hand wieder weg. – Das wissen wir doch. Die Schere geht doch immer weiter auseinander. Wenn wir das so abrupt nebeneinandersetzen, dann ist es geradeso, als wenn man ein frommes Sprüchlein vorweg macht und dann auf das eigentliche Thema zu sprechen kommt.

Kraske: Herr Bundeskanzler, wir haben das in zwei Lesungen jeweils sehr lange diskutiert. Wir haben das hineingeschrieben, weil es ein Programm ist und in erster Linie an die inländische Bevölkerung geht und hier nach wie vor die Ressentiments gegen die Entwicklung ungeheuer groß sind. Wir meinten, daß man den Leuten auch einmal sagen muß: Das ist nicht nur Solidarität mit diesen Völkern, das ist nicht nur Außenpolitik, sondern denkt daran, wir tun das auch in unserem eigenen Interesse. Gerade deswegen dieses Nebeneinander! (*Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Hier habt Ihr „zu perfekt" ...

Heck: Das ist so, Herr Bundeskanzler, daß, wenn wir unsere Entwicklungshilfe als ideale Leistung perfekter Humanität verkaufen wollen, dies uns kein Mensch abnimmt. Es ist ganz richtig, daß wir die Entwicklungsländer, wie wir sehen, hier beim Namen nennen, und zwar als eine humane Pflicht, aber auch als eine Sache in unserem eigenen Interesse. Das war das Ergebnis einer langen Diskussion. (*Lemke:* Das christianisierte Schleswig-Holstein ist auch auf diesen Gedanken gekommen, die wirtschaftliche Seite zu erwähnen. – *Heiterkeit und Unruhe.*)

Barzel: Zunächst bitte ich darum, an dieser wie an allen anderen Stellen nur von der „Bundesrepublik Deutschland" zu sprechen. Bei 13 und 14 gibt es nicht nur die von mir begrüßte Erklärung der Entwicklungshilfe gegenüber der Kritik von rechts. Es gibt ein viel ernsteres Problem von jungen Menschen bei der Kritik von links. Es kommt hier nicht genügend zum Ausdruck. Auch ganz brave Christen beklagen die Unordnung der Welt, der Sozialordnung usw. Dann heißt es: Macht man das richtig, oder macht man das à la Mao[64]. (*Sehr starke Unruhe.*) Die Aussage an die Rechtskritiker ist hier völlig korrekt umrissen. Wir müssen aber auch an die anderen denken, gerade mit dem Blick auf junge Leute. Das sollte in der Ziffer 13 oder 14 gesagt werden.

Kiesinger: Damit ich richtig verstanden werde, ich habe nicht gegen den ersten Satz der Ziffer 14 geredet, sondern es geht um den Welthandel, der dann kommt: „Die Bundesrepublik Deutschland muß auch im wohlverstandenen eigenen Interesse" – auch hier würde ich „im eigenen Interesse" sagen – „die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern suchen." Dann würde ich die Geschichte mit dem Welthandel weglassen. Der Satz „Ebenso wichtig sind Förderungsprogramme für Bildung, Gesundheit und soziale Einrichtungen als Grundlage des Wohlstandes jeder Nation" gehört schon in die Ziffer 13; denn die Entwicklungshilfe umschließt ja dieses Förderungsprogramm. (*Klepsch:* Wenn wir den Satz streichen, können wir die Ziffer 14 in die Ziffer 13 hineinnehmen. – *Unruhe.*) Dann müßte man in einem Satz sagen „Die Bundesrepublik Deutschland erfüllt damit nicht nur eine humane Pflicht, sondern sie muß auch im

64 Mao Tse-tung (Mao Zedong) (1893–1976), chinesischer Politiker; 1945–1976 Vorsitzender des ZK und 1945–1973 Vorsitzender des Politbüros der KPCh, 1954–1959 Staatspräsident der Volksrepublik China.

wohlverstandenen eigenen Interesse die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern suchen." (*Lebhafte Unruhe. – Heck:* Das kann in 14 bleiben.) Es ist ja noch ein zweiter Absatz da. (*Kraske:* Der Übergang ist ebenso wichtig. – *Lebhafte Unruhe.*) Das ist sogar viel besser. Jetzt wird der Absatz 2 mit der partnerschaftlichen Zusammenarbeit viel klarer.

Ich brauche Ihnen bloß zu sagen, in Afghanistan sagte mir der König[65]: Ich muß unbedingt mit Ihnen sprechen. Es ist eine ernste Sache für mein Land. Es handelt sich um die Provinz Tadschik, angrenzend an Pakistan. Dort leben hüben wie drüben Stämme, die von beiden Regierungen nur ganz oberflächlich kontrolliert werden; jedermann ist bewaffnet, und sie suchen jeden Vorwand, um aufeinander zu schießen. In dieser Gegend ist ein Streit ausgebrochen zwischen zwei Stämmen. Dieser Provinz ist zugewiesen eine deutsche technische Hilfe. Es sind prächtige Kerle. Ich habe sie kennengelernt. Dort gibt es Wälder. Sie sollen dort leben vom Holz. Irgendwie haben unsere Leute dort zu gut gearbeitet. Aber es ist Unruhe ausgebrochen. Die afghanische Regierung mußte Truppen hinschicken.

Nun sagte mir der König weiter: Jeder dieser Stämme ist nun wieder mit Stämmen in Pakistan verwandt. Und wenn ein böser Kerl darunter sitzt, dann ist auf einmal der Krieg da. Da kann ich nur euch Deutsche gebrauchen. Ich kann die Amerikaner nicht gebrauchen, ich kann auch die Russen nicht gebrauchen. Die wollen nämlich politisch dort etwas. Ihr wollt aber politisch nichts. Außerdem könnt ihr die Afghanen am besten behandeln. – Ich habe dann unsere Leute gefragt, wie es ist, packt ihr eure Koffer, wenn die schießen? Sie sagten: Nein, wir denken nicht daran. – Der König hat mir sein Wort gegeben: Keinem Deutschen wird dort ein Haar gekrümmt. – Wollen wir es hoffen! (*Anhaltende Unruhe.*) Das war nur ein Hinweis.

Nun aber zur Ziffer 15: „Die Sicherheit Deutschlands und Europas ist nach wie vor bedroht. Entspannungspolitik setzt die Fähigkeit voraus, dieser Bedrohung standzuhalten und unter Wahrung des eigenen Rechts die Bedingungen eines dauerhaften Friedens herbeizuführen. Deswegen müssen die eigenen Verteidigungsmaßnahmen auf allen Gebieten der jeweiligen Bedrohung entsprechen."

Heck: Hier liegt ein Änderungsvorschlag des Präsidiums vor, und zwar soll der letzte Satz „Deswegen müssen die eigenen Verteidigungsmaßnahmen auf allen Gebieten der Gefährdung unserer Sicherheit entsprechen" lauten.

Kiesinger: Ich muß um Entschuldigung bitten. Ich muß zum letzten Satz der Ziffer 14 noch etwas sagen. Es tut mir sehr leid. Ich hatte ein langes Gespräch mit dem türkischen Außenminister; einem der klügsten Außenpolitiker, die ich je getroffen habe. Der hat mir gesagt: Kinder, ihr macht es falsch. Nehmt es mir nicht übel, daß ich das sage, aber ihr macht es falsch. Ihr könnte die Unterstützung eurer großen Anliegen nicht kaufen. Es schadet eurem Prestige, wenn ihr das versucht. Worauf es ankommt ist, daß eure Freunde zu euch stehen, weil sie ein gemeinsames Interesse mit euch haben.

65 Mohammed Zahir Schah (geb. 1914), 1933–1973 (Sturz der Monarchie) König von Afghanistan, danach im Exil in Rom.

Wenn ihr in den Geruch kommt und sagt, daß die Entwicklungshilfe dem und dem gegeben wird, dann sieht man sofort die deutsche Frage und denkt an diejenigen, die die DDR nicht anerkennen. Dann sinkt euer Prestige. Ich warne euch davor. Ihr könnt nun denken, der türkische Außenminister sagt mir das, weil er mehr Hilfe haben will. Ich sage es aber nicht deswegen, sondern weil ich das für fundamental falsch halte.

Ich bin der Auffassung, daß wir dieses Gießkannenprinzip abschaffen und daß wir unsere Entwicklungshilfe Ländern zuwenden müssen, die nicht nur den deutschen Lebensfragen ihr Interesse entgegenbringen, sondern überhaupt für die Bewahrung des Friedens in der Welt wichtig sind. Beide Elemente kommen zusammen. Man muß ja nicht alles sagen. Dieser Satz, wie er da steht, wird sofort wieder im Sinne einer Anerkennung oder Nichtanerkennung der Zone ausgelegt. Ich würde dafür plädieren, ihn so nicht stehen zu lassen, obwohl er in der Sache richtig ist.

Heck: Es war auch so ein bißchen gedacht an die Adresse unseres Volkes, das nicht so recht versteht, wie man einem Zigeuner wie dem Nasser Milliarden nachgeschmissen hat ... (*Sehr starke Unruhe. – Von Hassel:* Ich würde es auch herausstreichen und gelegentlich nur zur Interpretation gebrauchen.)

Kiesinger: Ich würde es so nicht lassen.

Heck: Das kann man ruhig weglassen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Ja!

Heck: Wir kommen wieder zurück zur Ziffer 15. Der Vorschlag des Präsidiums zum letzten Satz lautet: „Deswegen müssen die eigenen Verteidigungsmaßnahmen auf allen Gebieten der Gefährdung unserer Sicherheit entsprechen." (*Lemke:* Könnte nicht das Wort „Entspannungspolitik" präzisiert werden?)

Kiesinger: Jedes Volk versteht etwas anderes darunter. Sogar bei meinen Worten haben die Russen beinahe eine Kriegserklärung befürchtet. (*Unruhe.*) Ich sage immer „Friedenspolitik". Man kann keine Politik mit einem Partner oder Gegner – wie Sie wollen – machen, dem man militärisch wehrlos gegenübersteht; auch keine Friedenspolitik.

Von Weizsäcker: Hier ist das Wort „Entspannungspolitik" gewissermaßen kritisch. Deswegen finde ich es gerade gut. (*Lebhafte Unruhe. – Lemke:* Sogenannte Entspannungspolitik!)

Kiesinger: Der Gedanke von Herrn Weizsäcker ist richtig. Entspannungspolitik in diesem Falle setzt die Fähigkeit voraus, dieser Bedrohung standzuhalten und unter Wahrung des eigenen Rechts die Bedingungen eines dauerhaften Friedens herbeizuführen. (*Lebhafte Unruhe. – Lemke:* Auch eine Entspannungspolitik.) Sollen wir sagen „unter Wahrung des eigenen Rechts die Bedingungen eines dauerhaften Friedens herbeiführen"? Es könnte böswillig ausgelegt werden.

Barzel: Mir scheint, daß wir in der Ziffer 15 zwei Gedanken haben und in der Ziffer 16 den Grundgedanken von 15 wieder aufnehmen. Womit wir alle Schwierigkeiten haben, ist doch, daß die normalen Leute sich schwertun, das zu begreifen, daß man zugleich im Bündnis abschrecken muß, aber im Interesse des Friedens zur Kooperation mit den anderen bereit sein muß. Das ist die Lage. Beides zugleich begreifen die Leute

nicht. Wenn das in zwei Punkten hintereinander ausgedrückt werden könnte, bei 15 nur die Bedrohung und die Sicherheit einschließlich der Elemente aus 16, und dann in 16 gesondert die Entspannungspolitik dahinter, dann würde es eigentlich genügen. Ich will das nicht verwirren, wenn das sorgfältig erwogen ist, dann habe ich gar nichts dazu gesprochen. Ich sage nur, aus allen Diskussionen nach dem 21. August habe ich gehört, daß es sehr schwer für das Publikum ist, das zu begreifen.

Kraske: Ich möchte noch einmal den Gedanken herausstellen. 1. Geht es um die Notwendigkeit von Sicherheit als die andere Seite der Entspannungspolitik? Im zweiten Satz geht es um einen ganz anderen Gedanken, nämlich wie wird Sicherheit verwirklicht. Antwort: im Bündnis. Ich glaube also, daß diese Reihenfolge nicht umkehrbar ist. Man kann höchstens dieses notwendige Miteinander von Sicherheitspolitik und Entspannungspolitik im ersten Absatz noch stärker herausbringen, wenn das nicht gelungen ist, aber die Reihenfolge der Gedanken würde ich ungern ändern; denn da steckt einiges drin.

Kiesinger: Ich hätte an sich auch nichts gegen die Aufeinanderfolge. Das eine ist, zunächst einmal wird von unserer Position ausgegangen, und dann geht es weiter: Allein schaffen wir es nicht. Mein Bedenken – ich bitte um Entschuldigung, wenn ich insistiere – zu 15 ist, es könnte mißverstanden werden: „Setzt die Fähigkeit voraus, dieser Bedrohung standzuhalten und unter Wahrung des eigenen Rechts die Bedingungen eines dauerhaften Friedens herbeizuführen." Wir wollen daran denken, daß wir keine Formulierung wählen, die man ebenso gut anders und weniger mißdeutbar wählen kann. (*Von Weizsäcker:* Gemeint ist doch, nur auf dieser Basis können wir zu den Bedingungen eines dauerhaften Friedens beitragen.) So ist es gemeint. So sollten wir es auch formulieren. (*Von Weizsäcker:* „Nur auf dieser Grundlage können wir zu den Bedingungen eines dauerhaften Friedens beitragen.") Nur auf diese Weise! (*Lemke:* Ich würde sagen „Entspannungspolitik setzt daher die Fähigkeit voraus", weil die Bedrohung da ist. Ich will nur klarmachen, daß diese Entspannungspolitik in Anführungsstriche gesetzt werden muß. – *Unruhe.*)

Von Weizsäcker: Das ist ja ganz richtig, nur Entspannungspolitik ist überhaupt denkbar, wenn eine Spannung vorliegt. Und einer Spannung gegenüber ist eben die Fähigkeit, der Bedrohung standzuhalten, eine notwendige Voraussetzung.

Kiesinger: Wie ist es nun mit dem letzten Satz?

Kraske: Wir haben ihn so geändert: „Deswegen müssen die eigenen Verteidigungsmaßnahmen auf allen Gebieten der Gefährdung unserer Sicherheit entsprechen."

Wir haben vor allem gestern im Präsidium das Wort „jeweiligen" gestrichen, weil das so dem Schlendrian entgegenkommt, nach einem halben Jahr wieder zu sagen, nun ist das mit der Tschechoslowakei vorbei, wir brauchen nichts mehr zu tun. Wir fanden „Gefährdung unserer Sicherheit" besser als Bedrohung.

Kiesinger: Gut! Einverstanden!

Nun kommt die Ziffer 16: „Ausschließlich nationale Sicherheitspolitik schafft keine Sicherheit. Deutschland und Europa können ihre Sicherheit nur im partnerschaftlichen Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika bewahren. Deswegen wollen wir,

daß die Bundesrepublik Deutschland an der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft festhält."

Hahn: Es heißt, daß wir an der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft festhalten wollen. Sollte hier nicht von der Festigung und Stärkung des Bündnisses gesprochen werden?

Kiesinger: Es ist in der Tat so. Gestern sagten mir die Holländer: Wenn die Russen zwei Jahre gewartet hätten, dann wäre es mit der NATO nichts mehr gewesen, und sie hätten dann freie Bahn gehabt.[66] – Deswegen ist der Gedanke von Professor Hahn richtig. Wir sollten es deutlicher sagen: „Deswegen wollen wir, daß die Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft gefestigt wird." Einverstanden!

Dann kommen wir zur Ziffer 17: „Die Abrüstung, die wir anstreben, muß allgemein, weltweit und kontrolliert sein; sie muß auch die höchstgerüsteten Staaten einschließen. Abrüstung und Rüstungskontrolle dürfen nicht zur Herrschaft mächtiger Nationen über schwächere führen." (*Barzel:* Ich halte es für richtig, was hier steht. – *Lebhafte Unruhe.*) Sie sind einverstanden!

Wir kommen zur Ziffer 18: „Die Verteidigungsbereitschaft des ganzen Volkes ist Voraussetzung für unsere Sicherheit. Mit der Bundeswehr leistet die Bundesrepublik ihren militärischen Beitrag für die Sicherheit und den Frieden in Europa. Die zivile Verteidigung ergänzt die militärische.

Die Bundeswehr muß den politischen, militärischen und technischen Erfordernissen in Struktur und Bewaffnung entsprechen. In der wehrtechnischen Forschung, Entwicklung und Produktion muß auf internationaler, vor allem auf europäischer Ebene verstärkt zusammengearbeitet werden. Auch im nationalen Bereich sind die Verteidigungskräfte durch ständige Rationalisierung und Standardisierung so wirkungsvoll wie möglich auszurüsten." (*Barzel:* Hier muß wieder „Bundesrepublik Deutschland" stehen.) Ja!

Heck: Das gilt generell! (*Lemke:* Wir müssen zum Ausdruck bringen, daß wir gleichberechtigt in der NATO sind. – *Unruhe.*)

Kiesinger: Das haben wir in der Ziffer 16 gesagt: „Partnerschaftliches Bündnis". Einverstanden!

Wir kommen zur Ziffer 19: „Die Bundeswehr ist ein Teil unserer demokratischen Gesellschaft. Die soziale Stellung des Soldaten muß der Bedeutung der Bundeswehr für die Sicherung des Friedens und der Freiheit entsprechen. Im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht müssen die persönlichen Lasten gerechter verteilt und einseitige Vorteile ausgeschlossen werden."

Heck: Das Präsidium schlägt vor, den letzten Satz wie folgt zu fassen: „Im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht müssen die persönlichen Lasten so gerecht wie möglich verteilt und einseitige Vorteile ausgeschlossen werden."

66 Vgl. Anm. 28.

Kiesinger: „Gerecht" ist immer nur im Rahmen der Möglichkeit gegeben. Selbst der liebe Gott kann nicht anders gerecht sein. (*Lebhafte Unruhe.*) Zu dem Satz würde ich theologisch stehen.

Kraske: Aber, Herr Bundeskanzler, was jetzt vorliegt aus den Beratungen, zeigt ja, daß die Wehrgerechtigkeit noch erheblich hinter dem lieben Gott zurückbleibt. Deswegen wollten wir hier „so gerecht wie möglich" sagen, um keine Illusionen zu erwecken; denn nach den jetzigen und nach allen denkbaren Plänen wird das immer eine höchst ungerechte Geschichte bleiben.

Barzel: Zum ersten Satz! Zunächst finde ich, daß die Bundeswehr nicht nur Teil unserer demokratischen Gesellschaft ist, sie lebt in einer demokratischen Gesellschaft und ist somit Teil der gesamten staatlichen Institutionen. Innerhalb der Bundeswehr kann ganz sicherlich nicht der Grundsatz der demokratischen Gesellschaft gelten. Es ist eine Spannung zwischen dieser Organisation, die auf Befehlen und Gehorchen steht, und der übrigen demokratischen Gesellschaft, die auf Gleichberechtigung steht.

Das kommt hier nicht zum Ausdruck; d. h. praktisch – ich habe das jetzt abstrakt formuliert –, es handelt sich um das Problem am Freitag abend. Weiter: Was ist mit der Krise am Samstag und am Sonntag? Gehen die Bundeswehrsoldaten mit Uniformen aus usw.? Diese Probleme der Spannung zwischen demokratischer Gesellschaft und einer Institution, die naturnotwendig ein anderes Ordnungsprinzip hat, kommen hier nicht zum Ausdruck. (*Lebhafte Unruhe.*) Wenn wir darauf verzichten wollen, bin ich einverstanden. Nur dieser Satz wird wahrscheinlich einem Teil in der Bundeswehr erhebliche Bauchschmerzen machen. Ich habe Ähnliches wie hier bei der vorletzten Sitzung im Präsidium ausgeführt und den Verteidigungsminister gebeten, das auf eine Formel zu bringen. Mir fällt keine ein. Ich bin auf dem Gebiete nicht zu Hause. Nur kenne ich aus Diskussionen die Spannungsprobleme. (*Von Weizsäcker:* Aufforderung zur Mitbestimmung in der Bundeswehr! – *Lebhafte Unruhe.*)

Kraske: Ich gebe zu, dieser Satz ist sehr strittig, aber er stammt aus der Programmkommission von jungen Reserveoffizieren, die gerade von der Übung zurückkamen, die das wegen der Soldaten, insbesondere des Unteroffizierskorps, haben wollen, weil sie sich immer noch zu sehr in die Ecke gestellt fühlen. Wir hatten eine Reihe von anderen Formulierungen, die wiederum abgelehnt wurden, weil sie zu sehr „auf die Schulter klopfend" waren. Diese Leute – z. B. Wörner – haben das dann vorgeschlagen.

Kiesinger: Lassen wir den ersten Satz weg und sagen: „Der Bedeutung der Bundeswehr für die Sicherung des Friedens und der Freiheit unseres Volkes muß die Stellung des Soldaten entsprechen." Dann haben wir doch alles drin.

Schwarzhaupt: Ich würde sehr bedauern, wenn der erste Satz wegfiele. Die Integration in die Gesellschaft als solche ist doch ganz wichtig, sonst wird es eine Isolierung der Armee.

Kiesinger: Das ist doch drin! (*Unruhe.*)

Von Weizsäcker: Wir könnten sagen: „Die Bundeswehr wird von der demokratischen Gesellschaft getragen", aber nicht „sie ist Teil unserer demokratischen Gesellschaft". (*Lebhafte Unruhe.*)

Kraske: Sie hat genau ihren Platz dort wie andere Gruppen unseres Volkes.

Kiesinger: Gnädige Frau, meinen Sie nicht, daß das drin ist: „Der Bedeutung der Bundeswehr für die Sicherung des Friedens und der Freiheit unseres Volkes muß die Stellung des Soldaten in unserer Gesellschaft entsprechen"? (*Schwarzhaupt:* Gut!)

Kraske: Wenn man sagt „Stellung in unserer Gesellschaft" ... (*Sehr starke Unruhe.*)

Kiesinger: Damit ist die soziale Stellung gemeint, das Prestige und die politische Situation. Alles ist drin. (*Anhaltende Unruhe.*)

Hahn: Wenn man sagt: „Der Dienst in der Bundeswehr ermöglicht ..." würde das zu einer Aufwertung der Bundeswehr führen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Aber so kann man es nicht sagen. Bei den Soldaten meinen wir natürlich alle, auch die Berufssoldaten. Also, dann lassen wir es so, wie ich es formuliert habe. Einverstanden!

Wir kommen zum Teil „Deutschlands innere Ordnung" III. Reform der Demokratie, Ziffer 20:

„Die Bundesrepublik Deutschland mit ihrer demokratischen Ordnung ist für uns der freiheitliche Staat der deutschen Nation. Die deutsche Demokratie muß gestärkt werden, damit sie die Aufgaben der Zukunft erfüllen kann. Der Staatsbürger muß sich stärker an der politischen Meinungsbildung beteiligen können; die Parteien müssen sich als Forum der Aussprache verstehen. Der Staat hat die öffentlichen und privaten Rechte des Bürgers entschieden zu schützen. Wir anerkennen die Rolle der gesellschaftlichen Gruppen und organisierten Interessen; der Staat muß aber seine Autorität gegen den Mißbrauch gesellschaftlicher und politischer Macht wirksam einsetzen.

Wir verstehen die Aufgabe des Staates, planend vorauszuschauen und die soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, subsidiär. Die Bürger müssen von übermäßigen Anforderungen der Verwaltung entlastet werden; Gesetzgebung und Verwaltung sind einfacher und durchsichtiger zu gestalten."

Von Weizsäcker: Zum letzten Satz des Absatzes 1 „Der Staat muß aber seine Autorität gegen den Mißbrauch usw. ... einsetzen" möchte ich sagen, er muß nicht seine Autorität gegen den Mißbrauch einsetzen, sondern er muß dem Mißbrauch entgegentreten und das Gemeinwohl fördern und schützen; nicht die Autorität um ihrer selbst willen, sondern das, was jenseits der partikulären Interessen für alle gilt, das muß der Staat schützen. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Darf ich Ihnen vorschlagen, was bei mir als Randbemerkung da steht: Im ersten Absatz wird der Eindruck erweckt, als beschränke sich die Aufgabe des Staates auf die Verhinderung von Mißbräuchen. (*Von Weizsäcker:* „Der Staat muß die gemeinsamen Interessen fördern und schützen und dem Mißbrauch gesellschaftlicher und politischer Macht wirksam entgegentreten.")

Kraske: Es heißt vorher: „Wir anerkennen die Rolle der gesellschaftlichen Gruppen und organisierten Interessen." Das knüpft dann an mit dem Mißbrauch. (*Von Weizsäkker:* „Der Staat muß aber dem Mißbrauch gesellschaftlicher und politischer Macht wirksam entgegentreten können. Er muß die gemeinsamen Interessen fördern und schützen.") Das kann man nicht sagen „um zu ..."? (*Zurufe:* Nein. – *Lebhafte Unruhe.*)

Lemke: Ich sage bei der Formulierung immer „freiheitlicher Kernstaat". Ich möchte dafür werben. Sie sagen, das ist ein Teil, der übrig geblieben ist, und zum anderen, das ist der Kern, um den sich etwas Neues entwickelt hat. (*Starke Unruhe und Heiterkeit.*) In der Verfassung der sogenannten DDR steht: „Die DDR ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation." Hier steht „Der freiheitliche Staat der deutschen Nation".

Kiesinger: Was verstehen Sie unter „deutscher Nation"? (*Lemke:* Dasselbe wie Sie! – *Lebhafte Heiterkeit.*) Es gab in Wien einmal eine hochinteressante Auseinandersetzung zwischen Herrn von Brentano und Mitgliedern der dortigen Regierung.[67] Adenauer war dabei. Da haben die Österreicher die Frage gestellt: Wie ist das nun, sind wir zwei Nationen, die in zwei Staaten leben, oder sind wir eine Nation, die in zwei Staaten lebt? – Brentano hat im Moment nicht gleich geschaltet und irgendeine ausweichende Formel gewählt. Darauf erklärten die Österreicher: Wir sind der Meinung, wir sind eine Nation, die in zwei Staaten lebt. – Ich sage das nur, um einmal darauf hinzuweisen. Natürlich ist das im Wandel begriffen. Ich will auch gar nicht polemisch formulieren. (*Starke Unruhe. – Lemke:* Ich will nur darauf hinweisen, daß das etwas für die Zukunft aussagt.)

Barzel: Lieber Herr Lemke, ich finde „der Staat" mehr als „Kernstaat". Ich habe eine andere Frage. Darauf kommt man sprachlich. Wenn man sagt, der Barzel mit seiner Fraktion, so ist das schlecht. (*Starke Unruhe und Heiterkeit. – Von Hassel:* Aber der Kern-Barzel!) Ich stelle mir vor, wir diskutieren dieses Programm, dann kommt der Vertreter des SDS und kritisiert die demokratische Ordnung. Das ist also wirklich nicht gut. Ich will das nur benutzen, um die Frage zu stellen, warum wir hier auf die im Grundgesetz doch vorzüglich geprägte Formel vom freiheitlichen sozialen Rechtsstaat verzichtet haben. Wenn wir sagen „die Bundesrepublik Deutschland ist für uns der freiheitliche soziale Rechtsstaat der deutschen Nation", dann haben wir es doch. Aber die Formulierung „mit der demokratischen Rechtsordnung ..." sagt etwas anderes.

Kiesinger: Die Formulierung hat noch eine andere ganz schwere Gefahr in sich: Hier steht „der freiheitliche Staat". Gibt es daneben noch einen nicht-freiheitlichen Staat? (*Unruhe. – Kohl:* Das ist das CDU-Programm. Natürlich gibt es das.) Ich würde den Gedanken gar nicht aufkommen lassen. Polen ist ein nicht-freiheitlicher, souveräner Staat. (*Starke Unruhe.*) Man muß es einfacher auslegen.

Heck: „Die Bundesrepublik Deutschland ist der freiheitliche soziale Rechtsstaat der deutschen Nation." (*Lebhafte Unruhe.*)

Kohl: Das ist ein ganz entscheidender Punkt. Ich bin dafür, „Nation" stehen zu lassen. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Kiesinger: Meine Herren! Ich will offen sagen, mir ist es ein wirkliches Anliegen, daß wir nicht unnötig den österreichischen Teil ermutigen, der von dem Nonsens ausgeht, als gäbe es eine österreichische Nation. Die gibt es nicht. Es gibt ein österreichisches Staatsvolk. Ich will das jetzt nicht in die Polemik bringen. Es gab eine unselige Bewegung, der ich auch eines Tages als junger Mann mit der Tendenz huldigte: Wir

67 Vgl. „Süddeutsche Zeitung" vom 15. November 1955 „Brentanos Reise nach Wien".

Deutschen müssen uns doch alle unter einem großen Dach vereinigen. – Ich muß es gestehen. (*Starke Unruhe.*) Das war nicht notwendig, und es war auch keine heilsame Tendenz. (*Kohl:* Herr Bundeskanzler, ich würde dafür plädieren, „Nation" stehen zu lassen! – *Unruhe.*) Was ich sagen wollte, war dies: Es wäre eine glücklichere Entwicklung gewesen, wenn in der Tschechoslowakei ein solcher Nationalitätenstaat entstanden wäre, der seinen Volksgruppen wirklich die Nationalitätenrechte gegeben hätte. Das wäre glücklich für ganz Europa gewesen. (*Anhaltende starke Unruhe. – Lemke:* Es heißt jetzt: „Die Bundesrepublik Deutschland ist der freiheitliche soziale Rechtsstaat der deutschen Nation"?) Ja! Die Formulierung „Die deutsche Demokratie muß gestärkt werden" gefällt mir nicht. Was heißt das? Dann geht es weiter: „Der Staatsbürger muß sich stärker an der politischen Meinungsbildung ...", nur an der Meinungsbildung oder an der Willensbildung? (*Heck:* Willensbildung!) Natürlich, das meine ich auch. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Bei der Willensbildung wirkt er bei den Wahlen mit, aber zwischen den Wahlen bei der Meinungsbildung. Das ist an sich gemeint, daß die Parteien als Forum eine wichtige Aufgabe haben, die politischen Probleme dem Volke darzulegen. (*Kohl:* Umgekehrt, in der Meinungsbildung ist er auch zwischen den Wahlen beteiligt.) Das sage ich doch. (*Unruhe.*)

Kiesinger: Was einige Leute, und nicht die schlechtesten, wollen – wir wollen ja nicht die Parole von den Radikalinskis der SDS aufgreifen –, ist folgendes: Sie sagen, wenn wir nur alle vier Jahre einmal wählen und lassen dann die Abgeordneten machen, was sie wollen, dann ist das nicht gut. Wir müssen auch in dieser Zeit eine Möglichkeit haben. – Dann kommen die Überlegungen, kann man ein Referendum machen usw. Natürlich können sich die Leute in dieser Zeit in den politischen Parteien betätigen und auf die politische Willensbildung einwirken. Sie können ja in den Parteien darauf drängen, daß Beschlüsse gefaßt werden. Ich meine, wir sollten es bei der Willensbildung belassen. (*Lemke:* Meinen Sie nicht, Herr Bundeskanzler, daß sich der Staatsbürger ständig beteiligen möchte, und zwar kontinuierlicher? – *Heiterkeit.*) Hier steht doch das Wort „stärker". (*Lemke:* Der Staatsbürger muß dauernd im Gespräch bleiben.)

Kraske: Wenn wir sagen „fortlaufend" und dann „Willensbildung", wird das mindestens mißverstanden als eine Unterstützung von Genscher, nämlich Direktwahl des Bundespräsidenten und andere Dinge. Dadurch werden unsere Intentionen jedenfalls umgedreht. (*Lebhafte Unruhe.*)

Hahn: Wie wäre es, wenn wir so formulierten: „Nur eine starke, vom ganzen Volk getragene Demokratie kann die Aufgaben der Zukunft erfüllen."? (*Lemke:* Es kommt darauf an, dieses Petitum des Staatsbürgers anzusprechen. – *Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Wenn man den nächsten Halbsatz nimmt, dann ist es nicht so mißverständlich; dann heißt es gleich „Die Parteien müssen sich als Forum der Aussprache verstehen." (*Zuruf:* Müssen sich auch! – *Lebhafte Unruhe.*) Diesen Grundsatz der reinen repräsentativen Demokratie kann man in einer Zeit mit einer solch rasenden Entwicklung einfach so nicht mehr aufrechterhalten. Das war für das 19. Jahrhundert rich-

tig. Vier Jahre sind heute eine große Spanne Zeit. Das ist ungeheuer viel. Da kann man nicht sagen, es genügt, die werden für vier Jahre gewählt usw.

Kraske: Die Staatsbürger, die nicht der CDU angehören, sind an diesem Forum beteiligt gewesen, haben ihre Meinung gesagt, haben zur Meinungsbildung beigetragen. Die Willensbildung erfolgt z. B. auf dem Parteitag. Bei dem Grundgedanken hier geht es wirklich um die stärkere Beteiligung der Bürger am Prozeß der Meinungsbildung.

Kiesinger: Wenn sie eine Meinung haben, dann haben sie auch einen Willen in der Politik. Deswegen kann man ruhig „Willensbildung" schreiben. Das ist also eine redaktionelle Frage. (*Starke Unruhe. – Hahn:* Sollten wir nicht etwas im letzten Absatz sagen, wo von der Autorität gesprochen wird?) Das ist schon geändert.

Meyers: Wir haben gesagt: „Der Staat muß dem Mißbrauch gesellschaftlicher und politischer Macht wirksam entgegentreten und das gemeinsame Interesse fördern und schützen."

Kiesinger: Ich würde nicht sagen „das gemeinsame Interesse", sondern „das gemeinsame Wohl". (*Unruhe.*)

Kraske: Dieser Satz ist ein Anschluß an den vorhergehenden Satz. Es wird die Rolle der gesellschaftlichen Gruppen anerkannt. Und im nachstehenden Satz heißt es, aber sie dürfen ihre Macht nicht überziehen. (*Unruhe.*)

Kiesinger: Jede dieser Gruppen kann auf ihre Weise die Freiheit mißbrauchen; die einen machen es auf die Weise, die anderen auf jene Weise. (*Starke Unruhe. – Hahn:* Ich weiß nicht, ob man im nächsten Absatz sagen kann, daß der moderne Staat seine Wirksamkeit in der Planung usw. nur subsidiär sieht.) Dazu würde ich allerdings sehr stark stehen. (*Hahn:* Der Staat wird weitgehend die Führung haben müssen.) Natürlich, aber nur da, wo er führen muß. (*Lebhafte Unruhe.*) Herr Professor Hahn hat eine prinzipielle Frage angesprochen. Ich persönlich bin der Meinung, daß gerade der moderne Staat sich um Gottes willen hüten muß, die Dinge anzupacken, die andere Gruppen machen können, sonst droht der berühmte Termitenstaat, weil er alles machen will. Ich bin der Meinung, daß gerade die CDU nach wie vor dazu stehen sollte; um so stärker aber dann, wo es staatliche Aufgaben sind, wo das Prinzip der Subsidiarität nicht gilt – ich fasse es nicht im naturrechtlichen Sinne auf –, für den Staat einzutreten. (*Hahn:* Ich stimme Ihnen darin zu, Herr Bundeskanzler, nur wenn man den ersten Satz hier liest, dann könnte man meinen, als wenn der Staat überhaupt nicht die Initiative ergreifen würde, sondern nur liberalistischer Auffassung sei. – *Lebhafter Widerspruch.*)

Das Prinzip der Subsidiarität ist erst aufgenommen worden in der liberalen Literatur von Röpke[68] und diesen Leuten. Das war ein ganz neuer revolutionärer Gedanke in der liberalen Volkswirtschaftslehre und Gesellschaftslehre. Das hat man übernommen. Bei Röpke steht es klipp und klar drin. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kraske: Herr Bundeskanzler, ich meine, wir müssen unbedingt an diesem Satz festhalten; denn soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen, da wird das „Subsidiäre" von nie-

68 Prof. Dr. Wilhelm Röpke (1899–1966), Nationalökonom; 1924 Professor in Jena, 1928 in Graz, 1929 in Marburg, 1933 in Istanbul, 1937–1966 Professor am Institut de Hautes Etudes Internationales in Genf.

mandem bestritten; aber auch bei dem „planend vorausschauend". Wenn man hier „subsidiär" streicht, dann ist das nächste, daß der Staat eben in seinen eigenen Kram hineinplant, z. B. bei einzelnen Unternehmen, und das gerade wollen wir nicht. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Lemke: Ich würde sagen: Die Aufgabe des Staates als Vertreter der öffentlichen Interessen ist tatsächlich die planende Vorausschau. Im privaten Leben hat er nur subsidiär einzugreifen. Das muß in mehreren Sätzen gesagt werden. (*Sehr starke Unruhe.*)

Schwarzhaupt: Die Subsidiarität hat nur Sinn bei vorausschauenden Planungen; also überall dort, wo gehandelt wird. Bei dem Erforschen der Ansätze für ein Erkennen der Zukunft hat der Gedanke der Subsidiarität nicht sehr viel Sinn. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Kiesinger: Ich verstehe den Einwand von Herrn Professor Hahn so, daß er sagt, der moderne Staat muß nun einmal auf vielen Feldern planen und auf vielen Feldern soziale Gerechtigkeit verwirklichen, wo der Liberalismus gesagt hat, um Gottes willen, daran darf er nicht rühren. Wenn wir das voransetzen und sagen, so ist es nun einmal, aber diese Aufgaben verstehen wir subsidiär, dann kann man das Wort „vorausschauend" eliminieren. (*Schwarzhaupt:* Vorausschauend planen, aber nicht planend vorausschauen! – *Lebhafte Unruhe.*) Bei der Art, wie wir soziale Gerechtigkeit verwirklichen, müssen wir sagen, aber wir verstehen prinzipiell diese Aufgaben so und so. (*Lemke:* Es muß der öffentliche Sektor vom privaten Sektor getrennt werden. – *Unruhe.*) Sagen wir: „Der Staat muß vorausschauend planen und die soziale Gerechtigkeit verwirklichen. Wir verstehen diese Aufgabe subsidiär." (*Lebhafte Unruhe. – Kohl:* Wobei das das gleiche ist. – *Schäfer:* Dieser Satz hier entspricht der Intention der beiden Sonderkommissionen.) Das ist eine Formel, wie wir sie haben aus anderer Zeit. (*Kohl:* Ich habe keinen Einwand gegen Ihre Formel, bloß ist dies stärker.) Nicht stärker! (*Lemke:* Was heißt denn subsidiär? – *Heiterkeit und Unruhe.*) Wir haben einen Staat, der in ungeheurer Weise plant. Wir haben den Wohlfahrtsstaat, das ist unser Schicksal, ob wir das lieben oder nicht. Nun stellen wir fest, daß es so und so ist, aber wir verstehen es subsidiär. (*Schäfer:* Das ist einer der wenigen Punkte, wo dieses Programm nicht mit einem SPD-Programm zu verwechseln ist. – *Starke Unruhe.*)

Meyers: Herr Bundeskanzler, zu dem letzten habe ich folgenden Einwand: Es ist ein ziemliches Durcheinander, und zwar ist die Verwaltung und Gesetzgebung hier an einer Stelle, dann in Ziffer 25 die kommunale Selbstverwaltung, dann kommen die anderen Verwaltungen hinzu und in Ziffer 27 kommen dann die öffentlichen Verwaltungen hinzu. (*Anhaltende sehr starke Unruhe.*)

Kiesinger: Meine Herren, wir können nicht miteinander arbeiten, wenn dauernd eine solch große Unruhe hier ist.

Meyers: Ich schlage vor, daß wir hier zunächst einmal den Bürger nehmen, dann müssen wir streng gliedern nach Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz. Dann haben wir wenigstens eine innere Ordnung im Programm. (*Lemke:* Sind das hier nicht eigentlich Binsenwahrheiten, die hier stehen? – *Heiterkeit.*) Wollest Du jetzt zu meinen Ausfüh-

rungen Stellung nehmen, Helmut, oder was? (*Große Heiterkeit und anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Da haben wir wieder den alten Meyers!

Meyers: Ich hatte die Hoffnung, er hätte mich gemeint. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Heck: Das Aktionsprogramm wird natürlich für das Volk geschrieben. Da muß ich sagen, es ist bedauerlich, wenn das als Binsenwahrheiten angesehen wird und wenn man überhaupt nichts tut, um die geradezu blödsinnige Belastung der Verwaltungsarbeit zu drosseln. (*Sehr starke Unruhe.*) Es ist doch das, was beim Volk als schicksalhaft empfunden wird. (*Anhaltende Unruhe. – Kohl:* Staatsverdrossenheit!)

Kiesinger: Meine Frau ist in Tübingen zum Landratsamt gegangen vor ein paar Jahren, als ich gerade Ministerpräsident geworden war und sie noch nicht mit „Frau Professor" angesprochen wurde. (*Heiterkeit und Unruhe.*) Sie hat ihren Führerschein erneuern lassen wollen. Sie erschien als eine unbekannte Frau, aber es ist unglaublich, wie dieser Amtsrat – oder was er war – sie behandelt hat. Das erlebt man immer wieder. (*Stingl:* Ich habe es erlebt, als ich mich in Berlin abmeldete.)

Meyers: Ich darf noch einmal darauf hinweisen, ob wir nicht in der Reihenfolge vorgehen sollten: Staatsbürger, Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz. (*Kohl:* Das ist logisch richtig, aber für den, der es liest, ist es besser so. – *Starke Unruhe.*)

Kiesinger: „Subsidiär" versteht ja das Volk nicht. Man kann nicht immer die gleichen Witze machen. (*Heiterkeit und Unruhe.*) Wir kommen zur Ziffer 21: „Die Familie ist die erste und wichtigste Gemeinschaft für den Menschen, für die Gesellschaft und für den Staat; deswegen muß Schutz und Förderung der Familie ein unantastbares Prinzip der innerstaatlichen Ordnung sein. Das verpflichtet Bund, Länder und Gemeinden in gleicher Weise." Keine Wortmeldung.

Wir kommen zur Ziffer 22: „Unsere bundesstaatliche Ordnung muß den Bedürfnissen einer modernen Gesellschaft angepaßt werden. Der Verfassungsauftrag zur Neugliederung des Bundesgebietes ist zu erfüllen, eine Finanzverfassungsreform ist notwendig. Die Rahmenkompetenzen des Bundes müssen erweitert und die Verwaltungsverfahren zwischen den öffentlichen Instanzen vereinfacht und zweckmäßig gestaltet werden. Das gilt insbesondere für die Förderung des Bildungswesens und der wissenschaftlichen Forschung, die Planung bei Verkehrs- und Raumordnung, den Schutz und die Sicherung der Gesundheit sowie die Bekämpfung der Kriminalität."

Hier muß ich sagen, es ist ein bißchen durcheinander. Das gilt insbesondere für die Förderung des Bildungswesens und der wissenschaftlichen Forschung. Da ist eine Rahmenkompetenz des Bundes gefordert. Der Bund hat hier viel mehr. Der Bund hat hier die konkurrierende Gesetzgebung. Er braucht sie nur auszuschöpfen. Er kann das ganz an sich ziehen. Deswegen muß das anders formuliert werden.

Heck: Herr Bundeskanzler, es ist schwierig, das richtig auseinanderzuhalten. Es heißt, daß die Verwaltungsverfahren zwischen den öffentlichen Instanzen vereinfacht und zweckmäßig gestaltet werden; das gilt insbesondere für die Förderung des Bildungswesens ... usw. (*Meyers:* Wir müssen sagen: „Die Rahmenkompetenzen des Bundes müssen erweitert werden. Die Verwaltungsverfahren ..." Es muß also ein Punkt da-

zwischen gemacht werden. – *Kohl:* Sind wir uns klar darüber, daß wir den Satz auch wirklich wollen. Ich bin dafür. – *Lemke:* Der zweite Satz ist überhaupt nicht praktikabel. – *Starke Unruhe.*)

Kohl: Ich würde um jeden Satz kämpfen. Wenn der Föderalismus in Deutschland überhaupt eine Chance haben soll, müssen wir bis Ende der siebziger Jahre die große Reform der Länder haben, oder wir werden einen ganz anderen Staatsaufbau bekommen. Das kann man sehen, wie man will. Das ist nicht allein mit Rheinland-Pfalz zu machen, mit Schleswig-Holstein und dem Saarland ... (*Stingl:* Nehmt Schleswig-Holstein hinzu!) Oder Schleswig-Holstein! Wer es wirklich ernst meint mit dem Föderalismus, der muß zugeben, daß hier etwas passieren muß. Die Sache wird von Jahr zu Jahr riskanter. Ein Aktionsprogramm für die siebziger Jahre, das hierüber keine Aussage hat, zeigt doch, daß wir gegenüber unseren Wählern nicht ehrlich sind.

Was hier steht, ist nicht der Art. 29.[69] Ich halte den Art. 29 des Grundgesetzes zu sehr in die Vergangenheit und zu wenig in die Zukunft orientiert. Also, wir müssen diesen Satz von der Neugliederung drin lassen. (*Meyers:* Wir können ja sagen, Herr Lemke: Verfassungsaufträge sind grundsätzlich zu erfüllen! – *Stürmische Heiterkeit.* – *Lemke:* Der Verfassungsauftrag ist im Art. 29 eingeengt.)

Kiesinger: Ich bin auch der Meinung, wir sollten diesen Satz lassen. Wir haben Länder, in denen die kurzfristige Tradition des 19. Jahrhunderts allmählich überwunden wurde und eine viel spätere jahrhundertelange Zusammengehörigkeit wieder deutlich geworden ist. Das ist auch in Bayern so. Andererseits gibt es Länder, wo das nicht so ist, wo das einfach künstlich ist.

Kohl: Herr Bundeskanzler, ich wohne in Ludwigshafen; gegenüber liegt Mannheim, das zu Baden-Württemberg gehört. Bei allem Bekenntnis zur Tradition der Geschichte bleibt doch übrig, daß wir eine vernünftige Neugliederung brauchen, in der Tradition und Geschichte eine wichtige Rolle spielen. (*Kiesinger:* Einverstanden! Ich bin ja nicht dagegen. – *Lebhafte Unruhe.*) Dann sind wir einer Meinung. Ich bin auch beinahe sicher, daß der Freistaat Bayern nicht „ungerupft" bleibt. Die Stadt Aschaffenburg z. B. gehört in den Frankfurter Raum. (*Anhaltende Unruhe.* – *Meyers:* Ich schlage vor, hinter „erfüllen" einen Punkt zu machen. Die Finanzverfassungsreform hat damit nichts zu tun.)

Lemke: Der Art. 29 ist so unglückselig wie nur möglich. Er muß geändert werden. Sie haben ihn nie bis zum letzten Absatz gelesen! (*Widerspruch und Heiterkeit.*) Meine Herren! Lesen Sie ihn mal durch.

Kohl: Herr Lemke, das steht doch hier gar nicht drin. Es heißt nicht, der Art. 29 ist zu erfüllen. (*Lemke:* Da steht es nicht, aber in der Verfassung!) Wir haben hier doch nicht

69 Art. 29 Absatz 1 GG: „Das Bundesgebiet ist unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges durch Bundesgesetz neu zu gliedern. Die Neugliederung soll Länder schaffen, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können." Vgl. R. W. FÜSSLEIN (Hg.): Das Bonner Grundgesetz. 24. ergänzte und erweiterte Neuauflage. Baden-Baden 1966 S. 69.

speziell den Art. 29 angesprochen ... (*Lemke:* Nein, aber das ist doch ein Verfassungsauftrag. – *Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Ich muß Herrn Lemke beipflichten. Wenn ich vom Verfassungsauftrag spreche, dann meine ich natürlich den Art. 29. (*Meyers:* Sagen Sie doch: Das Bundesgebiet ist neu zu gliedern. – *Kohl:* Das ist aber mehr! – *Lemke:* Von mir aus können Sie einen Einheitsstaat machen! – *Kohl:* Dafür bin ich nicht. – *Lebhafte Unruhe.*) Meine Herren! Darf ich einen Vorschlag machen!

„Unsere bundesstaatliche Ordnung muß den Bedürfnissen einer modernen Gesellschaft angepaßt werden; dazu gehört auch eine sinnvolle Neugliederung des Bundes." (*Anhaltende Unruhe.*) Einverstanden!

Wir kommen zur Ziffer 23: „Wir wollen ein Mehrheitswahlrecht, das den Einfluß der Wähler auf die Regierungsbildung verstärkt. (Bei der Kandidatenaufstellung sind Fachleute und die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu berücksichtigen.) Das aktive Wahlrecht und die Volljährigkeit sollen mit der Vollendung des 18. Lebensjahres beginnen."

Kraske: 1. Das Präsidium hat gestern beschlossen, Ihnen zu empfehlen, den Klammersatz zu streichen. Der Klammersatz ist deswegen gewählt worden, weil eine Abstimmung in der Programmkommission damit geendet hat, daß man das offenlassen wollte. Das Präsidium war einmütig der Meinung, das solle gestrichen werden.

2. Das Präsidium empfiehlt eine Ergänzung des Satzes 1: „Wir wollen ein Mehrheitswahlrecht, das den Einfluß der Wähler auf die Regierungsbildung verstärkt und stabile politische Verhältnisse sichert."

3. Der Schlußsatz gehört zu den Ziffern – 18. Lebensjahr –, die fast am meisten von den Kreisverbänden diskutiert worden sind. Es hat sich ungefähr eine Mehrheit von drei Vierteln für diese 18 Jahre ausgesprochen.

Ich muß außerdem dazu sagen – Herr Kohl wird das bestätigen –, daß die jüngsten Analysen von Umfrageergebnissen und Wahlergebnissen gezeigt haben, daß die Zunahme dieser drei Jahrgänge (*Zurufe:* In Schweden. – *Heiterkeit.*) nicht eine solche Veränderung des Wahlergebnisses bringen, daß man aus taktischen Gründen dies hier für die CDU macht. (*Starke Unruhe.*)

Kohl: Ich möchte nachdrücklich für die 18 Jahre eintreten. Vor vier Wochen ging durch die deutsche Presse meines Erachtens eine Falschmeldung – wie es in den letzten Tagen durch die Meldung des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg herausgekommen ist – hinsichtlich der Stimmen bei Jungwählern.[70] Daß wir traditionell bei den älteren Wählern besonders gut abschneiden, ist nichts Neues. Es ist kein Trend da, der abgebrochen ist, wie es für Baden-Württemberg jetzt behauptet wurde. Aber ich will nur sagen, ich bin für die Formulierung eines Mehrheitswahlrechts. Wir müssen uns darüber klar sein, dies ist nicht nur das Bundeswahlrecht, sondern das Landtagswahlrecht, was da gefordert wird. Wenn wir „Mehrheitswahlrecht" schreiben, dann bedeutet das in einer Reihe von Bundesländern eine Versteinerung der politischen Verhältnisse,

70 Vgl. „Schwäbische Zeitung" vom 15. Mai 1968, wonach die CDU auf „viele Sympathien unter den End-Teenagern" hoffen konnte.

was erhebliche Auswirkungen haben wird. Allein aus der politischen Praxis kann man nicht annehmen, daß wir nur im Bund das Mehrheitswahlrecht haben, aber in den Ländern geht es spurlos vorbei. Wenn wir im Bund ein Mehrheitswahlrecht einführen, hat das die Konsequenz, daß die FDP in den Ländern ihre Leute aus allen Koalitionen zurückzieht. Das würde bedeuten, daß wir mit Ausnahme von den Stadtstaaten, von Bayern und Hessen, eine rot-schwarze oder schwarz-rote Koalition bekommen. Wir müssen auch die Konsequenz im Bundesrat sehen. (*Starke Unruhe.*) Ich habe in der Kommissionssitzung in Eichholz[71] gesagt, ob es nicht klüger wäre, die Formulierung aus der Regierungserklärung zu nehmen. Ich habe den Ausdruck „mehrheitsbildendes Wahlrecht" nicht besonders geschätzt. Ich bin damit einverstanden, daß wir es beschließen, nur müssen wir wissen, was wir beschließen. (*Barzel:* Wie hieß es denn im Hamburger Programm?) Da ist aber die Debatte nicht geführt worden, Herr Barzel.

Fay: Am Donnerstag wurde im Hessischen Landtag in erster Lesung ein Gesetz behandelt, das Wahlalter in Hessen auf 18 Jahre festzusetzen.[72] Die CDU hat sich dafür ausgesprochen. (*Stingl:* Berlin hat es auch eingebracht.) Die Konsequenz ist natürlich, daß die Mündigkeit demnächst auf 18 Jahre festgesetzt wird. (*Starke Unruhe.*)

Lemke: Ich möchte etwas zu den 18 Jahren sagen. In Schleswig-Holstein haben wir vorgeschlagen, auf 20 Jahre zu gehen. Wir meinen, dieser Feststellung nicht trauen zu können, daß das ein großer Sieg für die CDU wäre. Wir glauben, daß wir etwas Ähnliches erleben werden wie in Schweden, wo die Jugend sozialdemokratisch gewählt hat. Ich sehe also nicht ein, warum wir das riskieren sollen. (*Widerspruch und Unruhe.*)

Kraske: Nachdem ich mich ein bißchen mit solchen Dingen beschäftigt habe, zweifle ich daran, daß es heute schon möglich ist, die Ergebnisse der schwedischen Wahl[73] darauf zurückzuführen, welche Jahrgänge hier ausschlaggebend waren. Zweitens sind die Verhältnisse in der schwedischen Jugend nicht so wie in der deutschen Jugend. Drittens ist aus einer Fülle von Umfragen nachweisbar, daß wir bis vor kurzer Zeit bei den Jahrgängen zwischen 18 und 21 Jahren einen wesentlich höheren Anteil an CDU-Stimmen hatten als in den darüber liegenden Jahrgängen. Es hat sich so eingependelt, daß diese Jahrgänge etwa der Stimmabgabe der 21- bis 23jährigen entsprechen.

Ich glaube also nicht, daß die CDU einen Anlaß hat, hier wieder herunterzugehen, abgesehen davon, daß nach den eingegangenen Stellungnahmen der Landesverbände mit Sicherheit zu erwarten ist, daß auf dem Parteitag in einer offenen Abstimmung eine ganz klare Mehrheit für die 18 Jahre sich ergeben wird. Deshalb meine ich, daß sich der Bundesvorstand hier an die Spitze stellen und das seinerseits vorschlagen soll. (*Unruhe und Widerspruch.*)

---

71 Bildungszentrum der Konrad-Adenauer-Stiftung bei Wesseling/Köln.

72 Debatte am 18. September 1968 bezüglich der Herabsetzung des Wahlalters (Drs. Nr. 1443), vgl. Sten.Ber. des Hessischen Landtags 6. WP 36. Sitzung S. 1906–1918.

73 Am 15. September fanden in Schweden Reichstagswahlen statt. Die Sozialdemokraten gewannen mit 125 Mandaten die absolute Mehrheit, Zentrum 39 Mandate, Liberale 34, Konservative 32, Kommunisten 3, Bürgerliche Sammlungspartei 1 (vgl. AdG 1968 S. 14214), bei den Reichstagswahlen 1964 erreichten die Sozialdemokraten 113 Mandate, Liberale 42, Zentrum 35, Konservative 32, Kommunisten 8, Bürgerfront 3 (vgl. AdG 1964 S. 11457).

Barzel: Darf ich an dieser Stelle aus der Sicht der Fraktion eine praktische Frage stellen? Das Aktionsprogramm wird ja, soweit es den Staat und die Bundesebene betrifft, durch Regierung und Fraktionen in die Wirklichkeit umzusetzen sein. Was erwartet dieser Bundesvorstand, wenn er diesem Satz hier zustimmt mit den 18 Lebensjahren? Erwartet er, daß die Fraktion in dieser Legislaturperiode aktiv wird? Ich komme nachher auf diese Frage noch in einem anderen Zusammenhang zurück. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Das Wahlrecht mit 18 Jahren ist gekoppelt mit der Volljährigkeit. Die ganzen Probleme der Volljährigkeit kann man nicht übers Knie brechen, so daß mit Sicherheit für die nächste Wahl nichts zu machen ist, aber im Laufe der nächsten Legislaturperiode – so meine ich – wäre die Konsequenz, daß beide Probleme von der Fraktion in Angriff genommen werden. (*Barzel:* Ich wollte das nur feststellen, damit wir nachher nicht Prügel kriegen!)

Kiesinger: In dieser Ziffer 22 darf ein Satz über ein wirksames Zusammenwirken zwischen Bund und Ländern nicht fehlen. Wir dürfen nicht nur die legislativen Maßnahmen erwähnen; weil es einen Bundesstaat gibt, sind wir einfach darauf angewiesen, daß das im letzten Satz von Ziffer 22 noch formuliert wird. (*Unruhe.*)

Dufhues: Ich habe Bedenken, die Volljährigkeit mit 18 Jahren anzuerkennen. Es ist richtig, daß diese Frage erst nach sorgfältiger Prüfung geklärt werden kann. Das hier festzulegen, hat natürlich politisches Gewicht. Ich habe als Anwalt wiederholt vor der Frage gestanden, wann man jungen Menschen ein verantwortliches Handeln – z. B. in der Vermögensbildung – zumuten kann. Wir haben immer wieder in langen Jahren festgestellt, daß selten ein verantwortlicher Vater bei Jugendlichen im Alter von 21 Lebensjahren eine derartige Reife anerkennt, daß wichtige Aufgaben den jungen Menschen anvertraut werden können, sondern gewöhnlich erst mit 24 bis 26 Jahren. Das zeigt doch, welches Mißtrauen für die Volljährigkeit, für das verantwortliche Teilnehmen am wirtschaftlichen, sozialen oder sonstigen Geschehen bei vielen Eltern besteht. Ich glaube wirklich, daß schon die grundsätzliche Erklärung für die Volljährigkeit mit Erreichung des 18. Lebensjahres auf ganz ernste Bedenken stößt.

Ich habe auch Bedenken dagegen, daß das aktive Wahlrecht bereits mit 18 Lebensjahren angesetzt wird. Die vorliegenden Statistiken beziehen sich meist auf die Wahlergebnisse von 21 Jahren oder mehrere Altersstufen. Die genaue Erfassung der Ergebnisse bei Wahlentscheidungen der 18jährigen war gar nicht möglich, weil es die noch nicht gegeben hat. Diese Frage ist natürlich offen. Gerade in diesen Jahren vollziehen sich Spannungen und Entwicklungen in den jungen Menschen, die von ganz erheblicher Bedeutung sein können, auch für ihr politisches Verhalten, die in diesen Jahren weit mehr von Emotionen und subjektiven Urteilen bestimmt werden, als von einer wirklich reifen Beurteilung politischer Fragen. Wir sollten wirklich ernsthaft überlegen, ob wir hier wieder einem Trend nachgeben, weil es modern ist, oder ob wir nicht als politische Partei sehr kritisch die Erfahrungen der vergangenen Jahre prüfen, ehe wir uns zu einem solchen Votum entscheiden.

Schwarzhaupt: Ich meine, man sollte zunächst einmal auf das 20. Lebensjahr heruntergehen. Warum schon gleich um drei Jahre? Ich bin auch der Meinung, daß wir aus alledem, was wir an Befragungen haben, gar nicht feststellen können, was die 18jährigen wählen würden, weil es sich noch nie bei einer Wahlbeteiligung gezeigt hat, denn sie haben noch nie gewählt. (*Kraske:* Ab 18. Jahr sind alle Befragungen!) Aber nicht aus den Wahlergebnissen. Eine Herabsetzung um ein Jahr wäre sinnvoller.

Ich bedaure, daß man von der Formulierung „mehrheitsbildendes Wahlrecht" abgegangen ist und einen weiten Spielraum gelassen hat in einer Zeit, wo wir in absehbarer Zeit gar keine Chance haben, ein reines Mehrheitswahlrecht durchzusetzen. Ich bin auch entschieden dagegen, daß der in Klammern gesetzte Satz ersatzlos gestrichen wird. Es ist nun einmal für bestimmte Gruppen in unserem Volke, insbesondere für die über 50 % weiblichen Wähler, eine harte Nuß, aus staatspolitischen Gründen hinnehmen zu müssen, daß ihre Chancen, durch Kandidatinnen vertreten zu sein, sehr gemindert werden. In dieser Situation ist eine Zusage der verantwortlichen Partei, daß gesellschaftliche Gruppen, darunter auch Frauen, bei der Kandidatenaufstellung berücksichtigt werden, ein gewisses, sehr bescheidenes Äquivalent. Es ist deshalb bitter, wenn dieser Satz völlig wegfällt. Ich würde sogar bitten, ihn stehen zu lassen und die Klammern zu streichen.

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich an dieser Stelle zu zwei anderen Punkten etwas sagen möchte, weil ich gleich in den Kommunalwahlkampf[74] eilen muß. Erstens möchte ich hier nicht wegfahren, ohne für mich dem Kollegen Heck zu danken, daß er bereit ist, seine ganze Kraft in den Dienst unserer gemeinsamen Sache zu stellen. Ich glaube, daß das öffentlich seinen Ausdruck finden wird in einer würdigen Erklärung. Die Mitteilung ist über die Presse gelaufen.

Zweitens möchte ich etwas zur Mitbestimmung sagen. Dazu werden Sie wahrscheinlich erst morgen kommen. Ich kann wegen des Parteitags in Westfalen morgen nicht hier sein. Ich möchte dazu Ihr Augenmerk auf folgenden Zusammenhang aus der Sicht der Fraktion lenken. Die Bundestagsfraktion der CDU hat im vergangenen Frühjahr einen wichtigen Beschluß gefaßt, nämlich in dieser Periode weder zu diesem Komplex einen eigenen Antrag einzubringen noch den Antrag anderer zu unterstützen. Das ist ein wichtiger Beschluß.

Wenn nun diese Ziffern 60 und 61, so wie sie vorliegen, vom Bundesparteitag verabschiedet werden, dann haben wir ein Aktionsprogramm mit fünf Punkten – die Institutenfrage ausgenommen –, die der Gesetzgeber zu regeln hat: Unternehmensverfassung, Ausschöpfung der Betriebsverfassung, Vertrauen der Belegschaft als Basis für alle, ein Vorstandsmitglied in allen Gremien und Arbeitnehmer. Nun wird man mit Recht sagen können, ein Aktionsprogramm läßt sich nicht in den letzten Monaten einer Legislaturperiode verwirklichen. Man wird aber zugleich die Glaubwürdigkeit eines Aktionsprogramms nur dann deutlich machen können, wenn von den fünf Punkten mindestens zwei gesetzgeberisch in Angriff genommen werden. Dies ist besonders hart zu beurtei-

74 Kommunalwahlen fanden statt in Niedersachsen (29. September), Hessen, Saarland und Baden-Württemberg (20. Oktober).

len, weil wir zu fast allen diesen Fragen nach unserem Parteitag Anträge der sozialdemokratischen Fraktion bekommen werden.

Ich wollte das rein formal hier sagen. (*Unruhe.*) Wenn dies der Parteitagsbeschluß wird, dann wird die Bundestagsfraktion der CDU/CSU ihren Beschluß, in dieser Periode nichts einzubringen, in dieser Periode nichts zu unterstützen, die Prüfung der gemeinsamen Kommission der Regierung abzuwarten, nicht aufrechterhalten können.

Ich bitte Sie, bei diesem Punkt und bei anderen Punkten daran zu denken, daß wir ein Aktionsprogramm machen, während wir in der Periode noch soundso viel Themen und noch soundso viel Sitzungstage haben. Das wollte ich jetzt sagen, weil ich bei den Punkten nachher leider Gottes nicht mehr da sein kann.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Jetzt komme ich mit einem Anliegen. Ich habe den Staatspräsidenten von Niger, Hamani Diori[75], hier zu einer Besprechung. Ich habe aber noch eine Reihe von Punkten, zu denen ich etwas vorzuschlagen habe. Ich möchte Sie jetzt einmal ansprechen, ohne daß darüber endgültig formuliert wird. Ich möchte nur meine Gedanken und Bedenken dazu sagen. Sie können sich ja dann damit befassen. Ich habe keine andere Wahl. Ich muß zunächst in die Besprechung und nachher muß ich ein Essen geben. Das ist kein schönes Verfahren, aber ich sehe nicht recht, wie ich es anders machen könnte.

Zu Ziffer 24! Die Geschichte mit den Beamten ist mir nicht klar genug formuliert. Es könnte daraus der Schluß gezogen werden, als ob in Zukunft alle Beamten von den Parlamenten ausgeschlossen seien.

Dann kommt Ziffer 28. Die öffentlich-rechtliche Struktur des Rundfunks wird hier behandelt. In Rheinland-Pfalz tut sich ja einiges. Ich spreche nur Herrn Kohl dabei an. (*Kohl:* Ich würde es in diesem Fall weitergeben an Herrn Lemke!) Ich würde sagen, im Grundsatz ja, aber wir müssen uns die anderen Wege offenhalten. Den letzten Satz verstehe ich nicht ganz: „Eine mißbräuchliche Verwendung demoskopischer Daten ist zu verhindern."

Ziffer 29. Da müßte es heißen: „der religiösen Verkündigung". Ich würde nicht sagen: „ihre Verantwortung", sondern „ihre Mitverantwortung für das Gemeinwohl". Ich habe das eben mit Herrn von Weizsäcker schon besprochen.

Ziffer 30. Zweiter Absatz, Satz 2. Hier müssen mit den Worten „in ausreichender Zahl" die Kinder gemeint sein und nicht die Eltern. Aber auch das reicht nicht aus. Sie können Bekenntnisschulen nur da errichten, wo einmal die Bekenntnisschule voll ausgebaut ist und wo daneben eine vollausgebaute Gemeinschaftsschule möglich ist. So geht es also nicht. Damit fallen wir nach meiner Meinung weit hinter das Erreichte zurück. Ich habe ein Gespräch mit Kardinal Bea[76] gehabt, demgegenüber hier das eine glatte Relation ist. (*Kohl:* Der Kardinal Bea sitzt auch weit weg in Rom.) Ich bitte sehr darum, das richtig zu formulieren. Wir haben ja Sachkundige unter uns.

---

75 Hamani Diori (1916–1989), 1960–1974 Staatspräsident des Niger.

76 Augustin Bea (1881–1968), katholischer Theologe; 1930–1949 Direktor des Päpstlichen Bibelinstituts in Rom, 1959 Kurienkardinal, 1960 Leiter des Päpstlichen Sekretariats für die Einigung der Christen, 1962 zum Bischof ernannt.

Ziffer 41. Den Satz „Die Gründung neuer und der Ausbau bestehender Hochschulen müssen bundeseinheitlich geplant werden" dürfen Sie so nicht sagen. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Da müssen Sie eine andere Formulierung finden. (*Kohl:* Gemeinschaftlich!) Ja, so muß es gesagt werden.

Ziffer 47. Im ersten Satz würde ich umstellen und sagen „zu achten und zu schützen". Ob es gut ist, im Absatz 2 nur den Film hervorzuheben, weiß ich nicht. Das müssen Sie überlegen.

Ziffer 51. Selbständige Berufsausübung ist nicht die Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Aber es kann stehenbleiben.

Ziffer 52. Hier habe ich ein wirkliches Bedenken, und zwar im zweitletzten Satz: „Die Leistungsfähigkeit der Klein- und Mittelunternehmen muß durch finanzielle Anreize zu einer modernen Unternehmensführung erhöht werden." Das muß anders formuliert werden. Was heißt „finanzieller Anreiz"? Zum Grundgedanken sage ich Ja, aber es muß anders ausgedrückt werden. Das „finanzielle" muß weg. Wir kriegen Subventionsforderungen noch und noch.

Ziffer 54. Dort heißt es in der Mitte nach dem Semikolon: „Sie soll durch eine gemeinsame Finanzplanung die steigenden Sozialinvestitionen ermöglichen ..." Wenn jetzt Franz Josef Strauß hier wäre, würde er an die Decke gehen und sagen: Das sind Zukunftsaufgaben. Warum denken Sie immer nur daran. (*Zuruf:* Das ist gemeint!) Dann sagen Sie klipp und klar, und formulieren Sie es so, daß kein Irrtum entstehen kann: „Sozialinvestitionen" ist nicht klar genug. (*Stingl:* Er sagt doch selber Sozialinvestitionen.)

Ziffer 55. Hier wird von einem Zwei-Jahres-Haushalt gesprochen. Überlegen Sie das noch einmal.

Ziffer 64. Bei unserer Landwirtschaft hat es mich nicht gewundert, daß ein paar verborgene Rosinen in den Formulierungen sind. Hier heißt es: „Die landwirtschaftliche Veredlungsproduktion in bäuerlichen Betrieben". Ich will nur darauf hinweisen.

Ziffer 68. Hier ist ein ganz bedenklicher Satz: „Die Zukunft der deutschen Landwirtschaft liegt im Vollerwerbsbetrieb." (*Lebhafte Unruhe.*) Einen Augenblick, meine Herren! Wenn Sie das sagen, dann bringen Sie in Baden-Württemberg die ganzen kleinen Bauern gegen Sie. Sie müssen das anders formulieren. Die Wahrheit ist es zwar, aber das können wir hier im Aktionsprogramm nicht so sagen. (*Sehr starke Unruhe. – Kraske:* In der Ziffer 66 wird von „Zu- und Nebenerwerbsbetrieben" gesprochen.) Ja, aber die Leute lesen diesen Satz und sagen: Wir haben keine Zukunft mehr! – So können wir es also nicht sagen. Es stimmt auch nicht. (*Lücke:* Dann, den ganzen Absatz von 68 sollte man streichen! – *Unruhe.*)

Ziffer 72. Hier bin ich nicht Fachmann genug, aber der Herr Kollege Lücke ist ja hier. Nehmen Sie diese Ziffer kritisch unter die Lupe.

Ziffer 90. Es kann keine Rede davon sein, daß die Flüchtlinge aus der Sowjetzone und aus Berlin mit den Vertriebenen rechtlich gleichgestellt werden.[77] Wir haben eben

77 „Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG)" vom 19. Mai 1953, BGBl 1953 I S. 201. Zu den Stellungnahmen zum Entwurf vgl. ACDP 07-004-108/1, -316/1 sowie ACDP Dokumentation 2/201/16-1.

eine andere Entscheidung gefällt im Kabinett. Wir haben mühselig genug den Kompromiß gefunden, an dem Herr von Hassel mit großer Mühe gearbeitet hat. Wir haben eben gesagt: Wir können das nur machen in Fällen des Existenzverlustes usw. Das ist die ganze Problematik. Deswegen können wir das so nicht als programmatische Formel lassen.

Ich schlage noch etwas anderes vor. Wir haben heute schon an diesem Tisch gehört, daß wir nicht darum herumkommen werden, unsere Verteidigungsanstrengungen so oder so zu vermehren. Wenn uns gesagt wurde, ihr macht nur 4 % für Verteidigungsanstrengungen, dann haben wir erwidert, was haben wir auch für Kriegsfolgelasten. Das nimmt uns heute niemand mehr ab. Deswegen haben wir so hart entschieden in der Frage der Kriegsopferversorgung. Aber Herr Filbinger stellt sich hin und macht: wie gehabt. (*Zuruf:* Das geht!) Nein, das geht eben nicht! Deswegen bitte ich Sie sehr darum, diese Formulierung nicht so zu wählen. Wir können für den Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung das nicht machen.

Ziffer 91. Das scheint ausgekämpft zu sein mit dem gesetzlichen Beteiligungslohn. (*Schmücker:* Ich weiß nicht, ob es ausgekämpft ist.) Ich weise darauf hin, daß die Mehrheit sich dafür entschieden hat. Man kann aber auch Gegengründe sagen.

Ziffer 94. Soll man unbedingt das weitere Privatisieren der öffentlichen Unternehmen vorsehen, wie es hier gefordert wird? (*Schmücker:* Eine schrittweise Privatisierung ist erst dann möglich, wenn die gesunden Unternehmen ... – *Sehr starke Unruhe.*) Nun komme ich zum Schlußwort.

Dort heißt es im letzten Satz: „Die deutsche Demokratie muß frei sein von Elementen totalitären Denkens und nationalistischer Ansprüche; bereit, sich ständig zu erneuern, soll sie offen sein für eine friedliche Zusammenarbeit mit allen Gesellschaften und Staaten. Dem dient dieses Programm." Mit allen Gesellschaften? (*Zuruf:* Völkern! – *Unruhe.*) Also, das sind meine Bedenken. Formuliert es so, daß es richtig ist!

Nichts ist schlimmer, als wenn nach zwei Jahren die Leute kommen und sagen: Die Versprechungen werden nicht gehalten. – Deswegen dürfen wir nichts sagen, was nicht gehalten werden kann.

Meine Damen und Herren! Ich muß jetzt leider gehen. Ich bitte Sie, mich zu entschuldigen. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, nun auch meinerseits dem Herrn Kollegen Heck für seine Mitarbeit im Kabinett herzlichst zu danken. Er hat es schwer gehabt im Kabinett; denn erstens ist sein Ministerium kein leichtes Ministerium, zweitens ist es in diese ganzen Schwierigkeiten hineingeraten wegen der Finanzplanung. Er hat diese Arbeit getan neben der sehr umfangreichen und belastenden Arbeit als Generalsekretär. Ich bin ihm dankbar dafür, daß er sich nun entschlossen hat, in Anbetracht der kommenden Bundestagswahl in diesen letzten ganz schweren Jahren sich voll und ganz seiner Aufgabe als Generalsekretär der CDU zu widmen. Wir alle werden ihn in dieser Arbeit kräftig unterstützen.

Ich habe mir über seinen Nachfolger schon meine Gedanken gemacht.[78] Es ist deswegen etwas mißlich, weil es ja für einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum gedacht ist. Ich möchte aber unsere heutigen Beratungen damit nicht belasten. Jedenfalls ist eines sicher, wir dürfen nicht nur an die Familien denken, sondern müssen auch an die technischen Dinge, die damit zusammenhängen, denken. Es ist auch ein Jugendministerium. Und ein Jugendministerium ist in der heutigen Zeit natürlich sehr wichtig; auch der Jugendminister oder die Jugendministerin – wer immer es sein soll – hat eine sehr wichtige und schwere Aufgabe. Also, nochmals herzlichen Dank, Herr Dr. Heck! (*Starker Beifall.*)

Heck: Meine Damen und Herren! Wir sind noch bei der Ziffer 23. (*Meyers:* Hier liegen zwei Probleme vor. Wir müssen sie trennen, nämlich einmal das Wahlrecht und einmal das Wahlalter, und zwar sollten wir hintereinander darüber sprechen und notfalls darüber abstimmen.) Es wird vorgeschlagen, daß wir zunächst das Wahlrecht zu Ende diskutieren und dann das Thema Wahlalter. – Zum Thema Wahlrecht hat das Wort Herr Klepsch.

Klepsch: Ich will aber auch zum Wahlalter etwas sagen! (*Sehr starke Unruhe und Widerspruch.*) Ich trete für die hier gewählte Formulierung in der Meinung ein, daß sie noch einen genügenden Spielraum bietet. Unter Mehrheitswahlrecht muß man nicht unbedingt nur das relative Mehrheitswahlrecht verstehen. Wenn wir sagen „relatives Mehrheitswahlrecht", dann wäre die Sache völlig klar, wie es im Hamburger Programm ausgedrückt ist. Hier haben wir nur geschrieben „Mehrheitswahlrecht".

Scheufelen: Wir haben bereits ein mehrheitsbildendes Wahlrecht in unseren Koalitionsvereinbarungen in Baden-Württemberg festgelegt. Wenn man das so liest, würde das dem, was wir haben wollen, widersprechen. (*Lebhafte Unruhe und Widerspruch.*)

Heck: Herr Scheufelen, wir haben die Fassung gewählt, „ein Mehrheitswahlrecht" anstelle von „das Mehrheitswahlrecht", weil wir unter „ein Mehrheitswahlrecht" auch die mehrheitsbildende Form des Mehrheitswahlrechts verstanden wissen wollten.

Meyers: Herr Heck, Sie wissen aus vergangenen Jahren, daß ich für das Mehrheitswahlrecht bin. Ich frage aber, ist es sinnvoll, daß Sie jetzt diese Form, die bekannt ist, nochmals niederlegen, obwohl es in dieser Legislaturperiode nicht zu verwirklichen ist und die Gefahr besteht, daß wir dadurch eine Koalition gegen uns, nämlich SPD und FDP, zusammenschweißen?

Heck: Ich sehe diese Gefahr deswegen nicht, weil die Forderung nach dem Mehrheitswahlrecht bereits im Hamburger Programm steht. Wenn wir das jetzt herauslassen, dann müßte man daraus den Schluß ziehen, daß die CDU vom Mehrheitswahlrecht abgerückt ist. Das würde auf einem Parteitag mit Sicherheit nicht durchgehen. Ich glaube, daß die Fassung „ein Mehrheitswahlrecht" im großen und ganzen das abdeckt. Wo es bei einer gewissen Partei Schwierigkeiten gibt, so bin ich davon überzeugt, daß sie sich darüber im klaren ist, daß für uns auch hier gilt, was Konrad Adenauer zu meinem Vor-

78 Nachfolgerin Hecks wurde am 2. Oktober Aenne Brauksiepe, vgl. AdG 1968 S. 14223.

gänger im Amt, Herrn Wuermeling[79], sagte, als wir die absolute Mehrheit hatten, daß wir zwar das Mehrheitswahlrecht beschlossen hätten, aber nicht, daß wir uns hinter das Mehrheitswahlrecht stellen wollten. Es ist klar, was hier im Programm steht, hängt natürlich davon ab, ob man es verwirklichen kann oder nicht. – Zum Thema „18. Lebensjahr" Herr von Hassel!

Von Hassel: Ich bedaure, daß der Herr Bundeskanzler nicht dargestellt hat, welche Auffassung er hier vertritt. Ich habe das Gefühl, daß er die Herabsetzung auf 18 Jahre nicht teilt. Das Programm ist geschrieben worden vor Jahresfrist, d. h. also in einem Augenblick, wo das Gespräch mit der jungen Generation gesucht wurde. Wir haben uns in Schleswig-Holstein mit dem Für und Wider der Herabsetzung des Wahlalters sehr eingehend beschäftigt. Bei dem Für und Wider ist es so, daß die Gründe gegen die Herabsetzung des Wahlalters weit überwiegen. Wir wollen die Sache hier nicht vertiefen, weil wir dann die einzelnen Gründe diskutieren müßten. Wir haben in einer Klausurtagung in Schleswig-Holstein abgestimmt. Es waren rund 100 Menschen aus der Partei beteiligt. Interessant ist, daß man überall bereit war, über eine Senkung des Wahlalters ernstlich zu sprechen, daß sich aber bei der Gegenüberstellung „21 oder 18 Jahre" eine kräftige Mehrheit für 21 und gegen 18 ausgesprochen hat. Bei der Gegenüberstellung von „20 und 21 Jahre" gab es eine ganz klare Mehrheit für 20 Jahre. Eine Ausnahme macht die Junge Union in Schleswig-Holstein und in Berlin, die für 18 Jahre eintritt, alle übrigen haben mit Mehrheit 18 Jahre verworfen und sich auf einen Kompromiß von 20 Jahren geeinigt.

Könnte man hier durch Abstimmung einmal feststellen lassen, ob man unter Umständen statt 18 Jahre nunmehr 20 Jahre nimmt?

Kohl: Ich möchte noch einmal nachdrücklich dafür plädieren, es bei den 18 Jahren zu belassen; oder wir ändern gar nichts. Das ist nämlich die Alternative. Wenn wir auf 20 Jahre gehen, dann geben wir, was Herr Dufhues schon gesagt hat, einem Trend nach. Ich habe diese Haltung schon eingenommen, als an die Studentenunruhen noch nicht zu denken war. (*Von Hassel:* Die Studentenunruhen waren im vorigen Sommer, als das Programm geschrieben wurde! – *Unruhe.*)

Heck: Herr von Hassel, das muß ich korrigieren. Die Sache ist bereits vor 1½ Jahren konzipiert worden. In der ersten Kommission, als die Sache vorgeschlagen wurde, gab es noch keine Studentenunruhen.

Kohl: Ich kann es Ihnen genau nach dem Datum sagen. Als die Sache in meiner Kommission entstanden ist, war von Studentenunruhe absolut noch keine Rede. Wir gehen immer wieder in die Gefahr – und das ist eben bei den Anregungen des Bundeskanzlers deutlich geworden –, ein Aktionsprogramm für die siebziger Jahre zu machen, aber wir reden dauernd von Wahlprogrammen, das doch etwas anderes ist. Es ist selbstverständlich, daß das Aktionsprogramm, wenn es Ende dieses Jahres verabschiedet wird, einen Bezug haben muß auf die nächste Bundestagswahl. Aber es läßt sich über-

79 Dr. Franz-Josef Wuermeling (1900–1986), Jurist; 1947–1951 MdL Rheinland-Pfalz (CDU), 1949–1969 MdB, 1953–1962 Bundesminister für Familienfragen (seit 1957 für Familien- und Jugendfragen). Vgl. LEXIKON S. 407 f.

haupt nicht widerlegen, daß die Gesamtentwicklung des jungen Menschen in dieser modernen Massengesellschaft einen anderen Trend hat, der heute im Wahlrecht steht, der seinen Ausdruck gefunden hat zu Ende des 19. Jahrhunderts, was das Wahlalter betrifft. Es läßt sich die Tatsache nicht vom Tisch wegwischen, daß das Alter der Frauen bei Eheschließungen in der Bundesrepublik im Jahre 1967 bereits unter 21 Jahren lag. (*Schwarzhaupt:* Das Durchschnittsalter lag bei 23 Jahren! – *Unruhe.*) Das Durchschnittsalter der Frauen bei Eheschließungen lag unter 21 Jahren, und zwar laut Statistischem Bundesamt.[80]

Es läßt sich weiter nicht leugnen, daß wir in unserem Ausbildungsbild überaltert sind, was die Altersgruppierung betrifft. Bei uns werden die Leute auf der Schulbank in einer Weise zurückgehalten – ich spreche auch von der Universität –, daß jemand mit 25 Jahren immer noch nicht auf eigenen Füssen steht. Wir gehen immer davon aus, daß einer mit 19 Jahren Pennäler sein muß. Das gibt es in keinem anderen Lande der Welt. Die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland gehen ganz eindeutig in dieser Entwicklung.

Ich gebe wohl zu bedenken, was Herr Dufhues hinsichtlich der Volljährigkeit gesagt hat. Das muß hier ernsthaft erwogen werden, obwohl ich auch da der Meinung bin, daß es bei dem Trend der Entwicklung mit Sicherheit in diese Richtung laufen wird.

Sie können natürlich heute abstimmen und die „18 Jahre" streichen. Aber der Parteitag wird – dafür gebe ich Ihnen Brief und Siegel – auf „18 Jahre" gehen. Das zeigen die Eingaben der Landesverbände, das zeigt auch die Stimmung draußen. Das hat nichts mit einem Trend gegenüber den Jungen zu tun. Parteipolitisch stimmt es einfach nicht, daß hier ein Bruch vorliegt zwischen 18 und 21 Jahren. Im übrigen halte ich das auch nicht für ein Argument. Wie die CDU gewählt wird in den siebziger Jahren, das hängt von ganz anderen Imponderabilien ab als vom Wahlalter. (*Zuruf:* Warum wollen Sie es denn ändern? – *Unruhe.*) Wenn wir eine entsprechende Politik machen, werden wir entweder gewählt oder nicht gewählt.

Wir können natürlich jetzt darüber einmal abstimmen. Dafür sind wir im Parteivorstand. Ich kündige nur jetzt schon an, wenn es niemand anders tut, wird der Landesverband Rheinland-Pfalz – wir haben einen einstimmigen Beschluß in dieser Sache in unserer zuständigen Landesausschußsitzung gefaßt – einen entsprechenden Antrag stellen. Ich weiß auch, daß die Junge Union das sicher tun wird. Diese Frage würde also sehr lebendige Debatten bringen.

Wir haben schon in einem anderen Zusammenhang von Taktik geredet. Ich warne davor, hier die Taktik völlig außer acht zu lassen. Wenn Sie jetzt ein Wahlprogramm und ein Aktionsprogramm psychologisch in ein „Paket" bringen – was durchaus legitim ist –, dann müssen Sie auch sehen, daß Sie an diesem Punkt eine gewisse Auswirkung haben. Die Reaktion bei vielen unserer Parteifreunde – das ist mein Eindruck – zu der Frage der 18 Jahre ist halt doch ein bißchen von den Studentenkrawallen beeindruckt. Mein Eindruck vor den Studentenkrawallen bei einer Reihe von Freunden in Führungs-

80 Das durchschnittliche Heiratsalter bei Frauen stieg sukzessive an und lag im Jahre 1967 bei 25,3 Jahren, vgl. STATISTISCHES JAHRBUCH 1969 S. 47.

funktionen war der, daß diese zunächst positiver waren als danach. Das scheint mir an sich kein Argument zu sein, sondern das war ein bestimmter Zustand in einer kleinen Gruppe an den Universitäten, der keineswegs identisch ist mit der gesamten jungen Generation. Deshalb bitte ich noch einmal, es bei den 18 Jahren zu belassen.

Kraske: Ich bin entschieden für die 18 Jahre und würde auch sagen, daß der Bundesvorstand in dieser Frage das Recht hat, darüber abzustimmen; aber nachdem sich aus den Eingängen der Landesverbände und Kreisverbände ein ganz klares Mehrheitsbild zugunsten der 18 Jahre ergibt, würde ich jetzt nicht davon heruntergehen, um uns nicht in den nächsten vier Wochen in Schlagzeilen um die Ohren hauen zu lassen, der CDU-Bundesvorstand sei eben doch nicht so modern, wie man das in den letzten Wochen gehofft hätte. Das fände ich also taktisch nicht sehr günstig. (*Von Hassel:* Hier spricht der Vater einer heranwachsenden Tochter! – *Heiterkeit.*) Man muß kein großer Prophet sein, um voraussagen zu können, daß spätestens in 20 Jahren, ob wir wollen oder nicht, das Wahlrecht überall 18 Jahre vorsieht. (*Starke Unruhe.*) Daß die CDU nun alle zwei Jahre ein kleines Schnippelchen weitergehen und immer wieder ihr Programm ändern soll, 20, dann 19½, dann 18, (*Anhaltende Unruhe. – Heck:* Meine Herren! Darf ich nochmals um Ruhe bitten. Bei dieser Unruhe ist ja keine Verhandlung möglich.) das ist doch die schlechteste Lösung. Bei einer Abstimmung zwischen 20 und 21 würde ich mich allerdings dafür aussprechen, es bei 21 zu belassen. Das bringt uns politisch überhaupt nichts ein. Es gibt in der Sache überhaupt keinen Grund, ein Jahr herunterzugehen. Dann fällt z. B. das ganze Wehrpflichtargument weg. Dann sollten wir klar sagen: Wir sind konservativ und bleiben bei 21 Jahren. Wir haben Angst vor Stimmenveränderungen.

Klepsch: Ich möchte Herrn von Hassel in allen Argumenten widersprechen. Die Forderung, das Wahlalter auf 18 Jahre herabzusetzen, ist von der Jungen Union im Jahre 1964 in ihrem jugendpolitischen Programm erhoben worden. Das wurde auch den Parteiinstanzen zugeleitet. Wir haben uns auch in der Fraktion darüber unterhalten. Natürlich, Herr Dufhues, die Partei hat es nicht übernommen, aber es ist nicht so, daß diese Forderung aus dem vergangen Sommer herrührt. (*Von Hassel:* Das habe ich der Jungen Union auch nicht vorgehalten. – *Unruhe.*) Ich muß die Darstellung von Herrn Kohl unterstützen. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Es ist richtig, daß sich Schleswig-Holstein auf 20 Jahre geeinigt hat, aber die anderen norddeutschen Landesverbände haben es nicht getan.

Auf dem Parteitag von Berlin hat das nicht die Junge Union beschlossen, sondern der Landesparteitag der CDU von Berlin. Wenn ein Berliner Vertreter bei diesem Gespräch war und sich anders geäußert hat, so war er dazu bestimmt nicht bevollmächtigt. Dasselbe gilt für den Landesverband Hamburg und für den Landesverband Hannover. (*Schmücker:* Dann sagen Sie etwas Falsches! – *Starke Unruhe.*)

Heck: Meine Herren, ich darf nochmals um Ruhe bitten. – Das Wort hat Herr Klepsch.

Klepsch: Ich sage das für die Landesparteien, die dort ihre Beschlüsse gefaßt haben. Ich sage das nur, damit nicht der Eindruck entsteht, alle norddeutschen Verbände hätten

sich auf 20 Jahre festgelegt. In Bremen ist es genauso, dort hat man auf dem Parteitag 18 Jahre beschlossen. (*Zuruf:* Der Jungen Union!) Nein, nicht der Jungen Union, sondern der Landesparteitag der CDU. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Darf ich um Ruhe bitten!

Klepsch: Was immer auch der Bundesvorstand jetzt beschließt, diese 18 Jahre sind durch die zwei Entwürfe in der Welt. Diese Beschlüsse der Landesparteitage liegen vor. Ich bin nicht in der Lage, politisch selbständig für die Junge Union zu handeln. Wir haben in acht Tagen Deutschlandtag der Jungen Union.[81] Wenn der Bundesvorstand heute 20 Jahre beschließen sollte, dann wird das das Thema des Deutschlandtages sein mit allen Prügeln für den Bundesvorstand. (*Sehr starke Unruhe. – Dufhues:* Das ist aber kein Argument! – *Zuruf:* Prügel waren noch nie ein Argument.)

Heck: Meine Herren! Darf ich nochmals um Ruhe bitten!

Klepsch: Es gibt dann vor dem Parteitag eine erhebliche Kontroverse über diese Frage und auf dem Parteitag eine große Auseinandersetzung. Für die 20 Jahre kann ich mich deshalb nicht erwärmen, weil ich all das teile, was Herr Kraske und Herr Kohl gesagt haben. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Ich möchte versuchen, die Diskussion abzukürzen; denn die Argumente pro und contra werden nicht überzeugen. (*Klepsch:* Die Frage der Volljährigkeit ist bei uns noch nicht abgeschlossen. Die übernehmen die Formel, wie sie hier steht. Hier sollte man sorgfältige Untersuchungen anstellen. – *Unruhe.*) Es gibt zwei Möglichkeiten. Die eine ist die, daß der Bundesvorstand beschließt, daß es so bleibt, oder die Möglichkeit, daß der Bundesvorstand beschließt, daß es gestrichen wird. Dann haben wir aber eine ziemlich kräftige Diskussion, die – wie ich es einschätze – für uns nicht sonderlich förderlich ist. Auf der anderen Seite stelle ich fest, daß hier im Bundesvorstand die Meinungen ausgesprochen kontrovers sind, so daß man den Bundesvorstand hier nicht bindend auf die Vorlage festlegen kann. Ich bin der Meinung, wir werden auf dem Parteitag auf alle Fälle eine Debatte bekommen. (*Starke Unruhe.*) Der richtige Weg, den wir zu gehen hätten, wäre vielleicht der, daß wir sagen: In diesem Punkt sind die Vorstandsmitglieder nicht an die Vorlage gebunden für das, was sie auf dem Parteitag vertreten. (*Dufhues:* An welche Vorlage?) An diese hier. (*Starke Unruhe.*) Ich halte es für viel besser, die Vorlage geht so weiter, auch für den Fall, daß sich eine Mehrheit gegen 18 Jahre auf dem Parteitag ergibt, als daß wir jetzt eine Resolution dagegen machen, aber auf dem Parteitag durch Antrag dann die Geschichte wiederhergestellt wird. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Es ist meine Meinung, daß das für die Partei der bessere Weg ist. Wenn hier den Bundesvorstandsmitgliedern, die anderer Auffassung sind, als es in der Ziffer 23 zum Ausdruck kommt, der Weg freigegeben wird, ihre

81 4.–6. Oktober 1968 in Ludwigshafen. Die JU-Landesverbände Bremen und Hessen beantragten, das aktive Wahlrecht auf 18 Jahre und das passive Wahlalter auf 23 Jahre herabzusetzen. Die Forderungen wurden als Punkt Nr. 7 in die Beschlußfassung übernommen, vgl. Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands (Hg.): Beschlüsse des Deutschlandtages 1968 der Jungen Union Deutschlands. Bonn o. J.

Auffassung auf dem Parteitag zu vertreten, wäre das, so meine ich, der Weg, den man beschreiten sollte.

Fay: Wir sollten uns unsere Stellungnahme freilassen, damit wir auf dem Parteitag so tun können, als ob. Ein Zurückgehen auf 20 oder 21 Jahre würde einen ganz schweren Schaden in der Öffentlichkeit anrichten; denn wir liegen praktisch durch die bisherigen Vorgänge schon fest.

Zur Sache selbst möchte ich noch folgendes sagen. Es klang durch die Ausführungen von Herrn Dufhues an, daß man den jungen Leuten zwischen 18 und 21 Jahren noch nicht die volle Reife, politische Dinge zu beurteilen, zubilligen dürfe. Herr Dufhues, Sie kennen wahrscheinlich genügend Jugendliche aus dieser Altersklasse, die sich sehr intensiv mit Politik beschäftigen. Ob die Erkenntnisse ihrer Beschäftigung uns gefallen, das ist eine andere Frage. Aber ernsthaft wird sich mit den Problemen beschäftigt. Ich habe nur wenig alte Leute gefunden, die sich so intensiv mit politischen Fragen beschäftigen, wie es diese Altersgruppe tut. (*Kohl:* Sehr gut!) Ich kann es nicht gelten lassen, daß diese Altersgruppe wesentlich weniger Entscheidungsbefugnisse haben soll als die Alten.

Noch ein letztes Argument! Ich betrachte die Angehörigkeit zu meiner Kirche als eine sehr interessante und gravierende Sache. Vom 12. Lebensjahr an können die Eltern über meine Religionszugehörigkeit ohne meine Zustimmung nicht mehr entscheiden. Ab 14. Lebensjahr entscheidet jedes Kind allein über diese für uns christliche Politiker so gravierende Frage. Deshalb sehe ich nicht ein, warum ein 18jähriger im politischen Leben das nicht auch tun kann. (*Anhaltende Unruhe.*)

Schmücker: Ich möchte darauf hinweisen, daß es ab 16. Lebensjahr bestimmte Dinge gibt, die in meine Zuständigkeit übergehen. Hier handelt es sich aber darum, ... (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Darf ich um Ruhe bitten! Man kann ja so nicht weiterverhandeln.

Schmücker: Solange ein Mensch nicht in der Lage ist, über sich selber voll zu verfügen – das ist er vor der Volljährigkeit nicht –, kann ich nicht erkennen, wieso er das Recht haben soll, über andere zu bestimmen. Das ist meine Überlegung. Die mag falsch sein, aber ich lasse mich von dieser Überlegung nicht so leicht abbringen.

Dem Kollegen Klepsch möchte ich sagen, es gibt eine Vereinbarung der Norddeutschen in einer gemeinsamen Vorlage. (*Starke Unruhe.*) Deshalb steht auf der Einladung der Bundesgeschäftsstelle bei meinem Landesverband „0", weil wir uns auf eine gemeinsame Vorlage geeinigt haben. Wenn vorher von der Geschäftsstelle in Hannover etwas gekommen ist, (*Zurufe:* Hinterher!) dann mag das bürokratisch richtig sein, in den zuständigen Gremien, zu denen ich gehöre, ist das nicht geschehen.

Scheufelen: Wie ich höre, hat sich die Mehrheit der Landesverbände für die 18 Jahre ausgesprochen. Wir können uns im Bundesvorstand zwar dazu äußern, aber wir müssen uns dann darüber im klaren sein, daß das, was die Landesverbände ausgesprochen haben, auch zu respektieren ist.

Gradl: Die Aussprache in Soltau am 2. Juli zu diesem Punkt ist genauso verlaufen wie die Aussprache hier in der Bundesvorstandssitzung. Es ist von mir kein Hehl daraus gemacht worden, daß der Landesverband Berlin das in einem Parteitagsbeschluß festgelegt hat. Ich halte es mit Bruno Heck in dieser Sache. Es gibt einen Vorschlag der Programmkommission, der auf dem ersten Entwurf und auf den Stellungnahmen beruht, die inzwischen eingegangen sind.

Man kann dieser oder jener Ansicht sein, aber wir sollten nicht eine Änderung in dem Entwurf vornehmen, von der wir wissen, daß sie in der heutigen Situation gegen die klare Mehrheit der Meinung der Landesverbände ist.

Dies könnte uns mit Recht den Vorwurf des undemokratischen Verhaltens einbringen.

1. Es ist sicher, daß auf dem Parteitag darüber diskutiert wird, weil es Gegner in dieser Sache gibt. 2. Es ist nicht sicher, wie die Delegierten befinden werden. Auch wenn ihre Verbände bereits beschlossen haben, so ist ja jeder Delegierte in seiner Entscheidung frei. 3. Es ist hier eine Verbindung hergestellt zwischen dem aktiven Wahlrecht und der Volljährigkeit, die ihre besondere Problematik hat. Ich empfehle also, es so zu lassen, wie es hier steht.

Lemke: Die EMNID-Umfrage der Bundesregierung vom 31. Mai 1968 hat ergeben, daß 51 % dagegen und 37 % dafür sind.[82] In der Weimarer Republik waren auch 20 Jahre vorgesehen. In allen demokratischen Staaten des Westens mit einer Ausnahme, ich habe vergessen, wer es ist, wird mit 21 Jahren gewählt. Das muß auch berücksichtigt werden. Ich möchte deshalb darum bitten, daß wir darüber abstimmen.

Kraske: Darf ich vor der Abstimmung noch einmal eine taktische Bemerkung machen? Herr Lemke, wenn der Parteitag, wie Sie offenbar unterstellen, mit Mehrheit für 20 oder 21 Jahre votiert, dann ist das eine klare Entscheidung. Es gibt sicher, wenn wir heute 18 Jahre passieren lassen, einen Antrag für 20 oder für 21 Jahre. Dann werden wir das ja feststellen.

Ich kann Ihnen nur sagen, nach den uns vorliegenden Unterlagen über die Diskussionen in den Landesverbänden ist es wahrscheinlicher, daß eine Parteitagsabstimmung bei 18 Jahren enden wird. Und wenn das so ist, wollen wir denn dann die CDU für sechs Wochen in eine taktisch ganz zweifellos schlechte Situation bringen? Dann nützt eine Umentscheidung auf dem Parteitag relativ wenig. Mit Ihrer EMNID-Umfrage mögen sie sicher recht haben, aber das gilt für eine Fülle von anderen Punkten auch. Wir haben ja eigentlich bei diesem Programm und bei unserer Politik in mancher Beziehung das Bedürfnis, auch da etwas aufzuholen, wo wir bisher so ein bißchen als rückständig gelten. Und das ist doch u. a. in der jungen Generation so.

Von Weizsäcker: Der Bundesvorstand muß einerseits das Programm verabschieden, aber andererseits kann doch seinen Mitgliedern nicht verwehrt sein, auf dem Parteitag Meinungen als Einzelperson zu vertreten. Wenn das so ist, sollten wir uns nicht länger

82 Vgl. Allensbacher Berichte: „Wahlalter soll bei 21 bleiben. FDP-Anhänger mit der Parteispitze uneins" (Oktober 1968). Danach hätten sich nur 38% für eine Herabsetzung des Wahlalters ausgesprochen. Vgl. auch dpa vom 27. Oktober 1968.

mit dieser Frage beschäftigen, die ja im Vergleich zu anderen ungeheuer wichtigen Fragen nicht diese Bedeutung hat.

Heck: Ich teile diese Auffassung. Herr Lemke, ich bitte Sie, sich einmal vorzustellen, wir würden – ich weiß nicht, wie die Abstimmung hier ausgeht – das eliminieren. Dann kommt das mit Sicherheit als Antrag auf den Parteitag. Soweit wir aus den Beratungen entnehmen können, wird es in der Partei eine klare Mehrheit dafür geben. Überlegen Sie sich das bitte. Wenn wir jetzt diesen Artikel hier streichen, wird die Presse in den nächsten Tagen uns attackieren, und auf dem Parteitag kommt es anders. (*Lemke:* Ist das denn alles so schlimm?) Das ist natürlich nicht schlimm, Herr Lemke, ich bin nur der Meinung, wir sollten alles vermeiden, was uns abträglich sein könnte. Wenn Sie aber darauf bestehen, daß abgestimmt wird, dann wird eben abgestimmt.

Meyers: Ich schlage vor, daß wir nicht abstimmen. Wir sollten das bestehende Positivum jetzt nicht in der Zeit bis zum Parteitag in ein Negativum verwandeln, um dann der Presse wieder Gelegenheit zu geben, auf dem Parteitag zu schreiben, die CDU-Führung ist offenbar anderer Ansicht als die Gefolgschaft. Deshalb schlage ich vor, lassen wir diese Vorlage so laufen und stellen wir es jedem frei, wie er sich auf dem Parteitag dazu verhält.

Schmücker: Ich möchte das unterstützen und dringend darum bitten, daß jeder Zungenschlag unterbleibt, daß derjenige, der anderer Meinung ist, rückständig sei. Es soll stehenbleiben, aber ich möchte doch bitten, daß diese etwas sehr demagogische Bemerkung und Wertung hier doch unterbleibt.

Von Hassel: Es könnte doch bei der Berichterstattung vor dem Parteitag eine etwas eingehendere Darstellung mit pro und contra gegeben werden. Wir haben uns unsere Meinung gebildet. Sie ist sicher geteilt. Wenn Sie jetzt abstimmen würden, wird sich vielleicht eine kleine Mehrheit für die Vorlage ergeben. Deshalb die Bitte, machen wir es so, wie vorgeschlagen, aber berichten Sie vor dem Plenum des Parteitags eingehend darüber.

Heck: Es ist der Antrag von Herrn Lemke gestellt, darüber abzustimmen. (*Lemke:* Wird zurückgezogen! – *Sehr starke Unruhe.*)

Kraske: Ich möchte nur eines richtigstellen, Herr Schmücker. Ich habe weder Ihnen noch irgend sonst jemand vorgeworfen, er sei rückständig, sondern ich habe gesagt, daß die CDU gerade in der jungen Generation bisher gelegentlich den Anschein des etwas Rückständigen gehabt habe.

Ich glaube, dies ist eine Meinung, der man nicht widersprechen kann, und daß uns manches daran liegt, diesen Eindruck aufzubessern. Das war alles. (*Schmücker:* Gut, in Ordnung!)

Heck: Es ist noch über den Klammersatz in der Ziffer 23 zu entscheiden. Frau Schwarzhaupt hat beantragt, diesen Satz nicht zu streichen. (*Schwarzhaupt:* Er soll bleiben und die Klammerzeichen gestrichen werden.) Darüber lasse ich abstimmen. Wer dafür ist, daß dieser Satz entsprechend dem Antrag von Frau Schwarzhaupt bleibt und die Klammerzeichen gestrichen werden, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist für die Streichung dieses Satzes? – Das ist die klare Mehrheit.

Schwarzhaupt: Ich bitte, daß bei dem Bericht über die Altersfrage auch etwas darüber gesagt wird, daß die CDU gewissermaßen als Partei eine Zusage gibt, daß sie darauf hinwirkt, daß für den Fall einer Änderung des Wahlrechts Einfluß darauf genommen wird, daß nicht Minderheiten und Gruppen mit geringeren Chancen, wie etwa die Frauen, unter den Tisch fallen.

Heck: Einverstanden!

Wir kommen zur Ziffer 24: „Die Arbeitsfähigkeit der Parlamente muß gestärkt, die Arbeitsmöglichkeiten der Abgeordneten müssen verbessert werden. Um Legislative und Exekutive klar voneinander zu trennen, muß die Zugehörigkeit von Beamten, einschließlich der Wahlbeamten, zu den Volksvertretungen in Bund und Ländern entsprechend geregelt werden."

Hierzu hat der Herr Bundeskanzler gesagt, daß das, was über die Wählbarkeit der Beamten gesagt wird, nicht klar genug sei. Wir sollten uns das überlegen. (*Lemke:* Ich würde darum bitten, den zweiten Satz zu streichen!) Herr Lemke hat beantragt, den zweiten Satz zu streichen.

Kohl: Der Satz ist nicht schön und auch nicht klar formuliert; das ist ein Einwand, den der Bundeskanzler zu Recht gemacht hat. Aber die Trennung, die hier ausgesprochen wird, scheint mit notwendig zu sein. Wir haben darüber lange in den Kommissionen diskutiert. Es ist doch ganz eindeutig, daß wir heute im Sinne einer repräsentativen Demokratie eine unglückliche Entwicklung haben.

Denken Sie an den Bundestag. Dort gibt es reine Beamtenausschüsse, und zwar mit entsprechenden Konsequenzen, insbesondere auf das Besoldungsrecht bezogen und auch auf anderen Gebieten. Da steckt eine enorme Gefahr für die Entwicklung der repräsentativen Demokratie drin. Ich bezweifele, ob es sich die CDU leisten kann, an diesem Problem, das sehr heftig in der Öffentlichkeit diskutiert wird, vorbeizugehen.

Es ist eine ungemein schwierige Frage. Ich bin mir auch darüber im klaren, daß diese Formulierung hier nicht ganz eindeutig ist, denn wenn danach kein aktiver Landrat, kein aktiver Bürgermeister mehr im Landtag sitzt – oder im Bundestag, wenn eine bundesgesetzliche Regelung kommt –, dann ist das nur ein winziger Teilausschnitt dieses Problems. Wenn ein Landtag zu 60 % aus Beamten im Ruhestand besteht, ist das für die Gesetzgebung und für die repräsentative Demokratie mindestens eine solche Gefahr, als wenn der gleiche Landtag aus aktiven Beamten besteht. Ich bin also nicht dafür, daß wir das ersatzlos streichen. (*Lemke:* Ist es denn nicht Aufgabe der Partei, die die Kandidaten aufstellt?) Natürlich haben Sie völlig recht, Herr Lemke, daß das die Aufgabe der Partei ist, aber dieses Programm richtet sich auch an die CDU. Das soll doch ein Maßstab sein für unser eigenes Tun. Sie wissen als Parteivorsitzender so gut wie ich, daß Sie von Kandidatenaufstellung zu Kandidatenaufstellung den Trend zu einer zunehmenden Verbeamtung haben, und zwar entscheidend unterstützt durch die jetzige Regelung in der Altersversorgung der deutschen Parlamente, vorab des Bundestags.

Die Tatsache, daß jemand praktisch zweimal Ruhestandsbezüge erwerben kann aus einer öffentlichen Kasse, wie wir das jetzt in der Bundestagsregelung haben, führt doch

praktisch zu einem erhöhten Anreiz bei Beamten, in den Ruhestand zu gehen, dann in den Bundestag einzuziehen und eine doppelte Versorgung zu bekommen. (*Lemke:* Wir haben keine 10 % Beamte. – *Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Meine Herren, darf ich um Ruhe bitten! Das Wort hat Herr Kohl.

Kohl: Für mich selbst ist das das geringste Problem, weil wir bisher die Möglichkeit hatten, das zu reduzieren, aber die Statistik über die deutschen Landtage und den Deutschen Bundestag zeigt doch, daß hier eine Gruppe überrepräsentiert [ist]. Man kann natürlich sagen, jeder Berufsstand muß vertreten sein. Aber das ist ganz großer Blödsinn. Mit den Beamten ist es doch auffällig. Es ist übrigens eine Frage gerade des jüngeren Nachwuchses. Das muß man doch sehen. Es ist doch auffällig, daß in einem erstaunlichen Umfange der Nachwuchs aus der jungen Generation, und zwar ausschließlich aus irgendwelchen Beamtengraden kommt und daß weite Bereiche der freien Berufe – ich nenne nur ein Beispiel – immer mehr zurückgehen. Das ist doch eine Entwicklung, die sehr bedenklich ist.

Lücke: Dann darf man das aber nicht so begründen! Die Legislative und die Exekutive hängen in ihrer Funktionsfähigkeit nicht davon ab, ob Beamte im Parlament sind oder nicht. Man muß hier um der Objektivität willen von Angehörigen des öffentlichen Dienstes sprechen. (*Starke Unruhe.*) Das Problem betrifft die Angestellten, die auch nach einer kurzen Zeit 75 % Pension bekommen. Dasselbe trifft voll zu für Gewerkschaftsfunktionäre und für andere Funktionäre aus den Betriebsgruppen. Wenn man die Kandidatenaufstellung verfolgt, stellt man immer mehr fest, daß man nicht bereit ist, in den Bundestag zu gehen wegen verschiedener wirtschaftlicher Probleme. So kam es dann, daß Beamte genommen wurden. (*Sehr starke Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Darf ich um Ruhe bitten!

Fay: Was hier angesprochen ist in diesem Satz, ist das Problem der Inkompatibilität. Es wird davon gesprochen, daß Legislative und Exekutive getrennt werden sollen. Bei aller Problematik dieses Gespräches stimme ich dem Gedanken, der hier ausgesprochen ist, zu. Was Herr Kohl angesprochen hat, ist ein völlig anderes Problem; denn gerade die Folge, daß man die Inkompatibilität bejaht, macht es möglich, daß der Beamte in den einstweiligen Wartestand versetzt wird, aber im Parlament sitzt. Es kann also bei einem einstweiligen Wartestandsbeamten gar nicht dieser Zwist zwischen Legislative und Exekutive mehr entstehen. Was er meint, ist ein soziales Problem, ein politisches Problem, daß unsere Parlamente mit Ex-Beamten besetzt sind.

Dieses Problem, Herr Kohl, können Sie nur lösen, wenn Sie das Grundgesetz ändern; denn jeder Deutsche hat das Recht, gewählt zu werden, wenn er nicht vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen ist. Diese Einengungen sind ja im Grundgesetz zugelassen, soweit sie die Inkompatibilität betreffen. Wenn die Inkompatibilität gegeben ist, dann kann ich dem Beamten nicht das Recht nehmen, daß er im Parlament sitzt. Also, Sie müßten schon das Grundgesetz ändern. Ich glaube aber, so weit wollen wir in unserem Aktionsprogramm nicht gehen.

Scheufelen: Das hört sich alles gut und schön an, aber wenn man es vollständig machen wollte, dann müßte man auch „Länder und Kreise" sagen. (*Kohl:* Natürlich!) Dort

haben wir die Bürgermeisterparlamente. Wenn ich mir die Praxis ansehe, so frage ich mich, wen schicken wir heute in die Landtage? Die Bürgermeister! Warum ist das so? Weil sie gewählt werden. (*Lücke:* Die sind bei Ihnen hauptamtlich. Bei uns ist es anders!) Wie kommen wir zu unserem Nachwuchs für Bundeskandidaten? Das sind meistens Leute aus der Jungen Union, die in irgendwelchen Ministerien sitzen und persönliche Referenten der Minister werden usw. Sie bekommen aus dieser Position natürlich eine politische Schulung. (*Kohl:* Es könnte ja auch einmal sein, daß jemand aus einem Unternehmen herausgeschickt wird. – *Unruhe.*) Wir sind damit im Vergleich zu der SPD in einer sehr viel schlechteren Position hinsichtlich der Absicherung usw., und zwar durch die enge Verbindung der SPD mit dem DGB. Wir wollen aber auch nicht von Gewerkschaften oder von Wirtschaftsverbänden abhängen. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Ich glaube, das Für und Wider ist ausreichend erörtert. Es ist ein Antrag gestellt, über den entschieden werden muß. Wer dem Antrag von Herrn Lemke zustimmen möchte, daß der zweite Satz gestrichen werden soll, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind sechs! Die Gegenprobe! – Das sind sieben. Der Antrag ist abgelehnt. Der Satz bleibt.

Wird das Wort noch gewünscht? (*Meyers:* Ich würde sagen, „Angehörige des öffentlichen Dienstes".) Gut! Das wird neu formuliert.

Wir kommen zur Ziffer 25: „Um die kommunale Selbstverwaltung zu erhalten und zu stärken, müssen in Organisation wie Gebietszuschnitt leistungsfähige kommunale Einheiten geschaffen und eine ausreichende kommunale Finanzausstattung und -autonomie gesichert werden. Die Zahl der Verwaltungsebenen ist zu verringern, das ehrenamtliche Element in der kommunalen Selbstverwaltung zu stärken."

Meyers: Nachdem die Gesetzgebung angesprochen worden ist, muß jetzt logischerweise die Verwaltung angesprochen werden. Das müßte in der Weise geschehen, daß die Ziffer 27 nunmehr Ziffer 25 würde. Dann müßte als nächstes die Ziffer 26 folgen, nämlich die kommunale Selbstverwaltung. (*Zuruf:* 25!) Ja, die alte Ziffer 25. Der Satz „Die Zahl der Verwaltungsebenen ist zu verringern" ist an sich keine Sache, die in die kommunale Ebene allein gehört, sondern das betrifft auch noch andere Fragen. Ich kann Ihnen aber keinen besseren Vorschlag machen, wenn ich die alte Ziffer 27 nicht ganz umgestalten will, als zu sagen, lassen wir es dann ruhig stehen.

Heck: Ich meine, wir sollten dem folgen. Es wird also die Ziffer 27 nunmehr die Ziffer 25, die Ziffer 25 wird die Ziffer 26 und die Ziffer 26 wird die Ziffer 27. Wird sonst zur Ziffer 25 das Wort gewünscht? – Herr Filbinger.

Filbinger: Was ist unter dem Satz „Die Zahl der Verwaltungsebenen ist zu verringern, das ehrenamtliche Element in der kommunalen Selbstverwaltung zu stärken" zu verstehen?

Meyers: Das ist die Frage, die uns beschäftigen muß, weil es in Europa mit Ausnahme von Frankreich in allen Ländern diese drei Verwaltungsebenen gibt. Wir haben aber in Nordrhein-Westfalen, wenn Sie eine Milchmädchenrechnung aufmachen, zehn. Darüber kommt der Bund und dann auch noch Europa. Wenn Sie ein solches Verwaltungsdickicht mit nach Europa schleppen, dann sind wir schon allein durch den organisatori-

schen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland im Vollzug Europas behindert. Die anderen haben schon Entscheidungen gefällt, während wir noch unten ausschreiben. (*Heiterkeit.*) Darum wollen wir, daß in den Ländern die Verwaltungsebenen vermindert werden, nicht nur auf dem kommunalen Sektor. Umgekehrt soll aber bei dieser Verminderung das ehrenamtliche Element nicht eliminiert werden, weil die Gefahr besteht, daß die vielen Hunderttausende, die ehrenamtlich tätig sind, herausgesetzt werden, womit ein wesentlicher Bestandteil unserer Mitverwaltung nicht mehr mittut. Sie werden also damit von der Mitarbeit am Staate ausgeschlossen.

Filbinger: Zum Satz 1! Ich bin einverstanden mit leistungsfähigen kommunalen Einheiten usw., aber wenn es an den Gebietszuschnitt und an die Zahl der Verwaltungsebenen geht, dann wird wahrscheinlich auch, Herr Kollege Meyers, die Größe der Gemeinden angesprochen. Und hier stock' ich schon, und zwar sehr deutlich; denn ich bekenne mich ganz offen als Skeptiker hinsichtlich der rein quantitativen Bewertung von Gemeinden. Die Bestrebungen, man solle Gemeinden schaffen, die nicht unter 3.000 Einwohner haben, sind meines Erachtens nicht zu unterstützen. Es gibt Fälle, wo man durch Zusammenlegung die Dinge besser macht, aber dieses Modell vom rein Quantitativen ist noch kein Ideal. Man sollte das nicht als Ziel unserer kommunalpolitischen Arbeit hinstellen.

Ich würde also empfehlen, daß wir das, was wir gemeinsam wollen, herausstellen, aber daß es dort, wo es problematisch wird, gestrichen wird.

Ich bin erst später gekommen. Ich hatte den Brosio[83] heute in Stuttgart. Ich bitte um Vergebung. Ich weiß also nicht, ob über dieses Problem schon gesprochen worden ist. Ich erlaube mir den Vorschlag, die Sache mit dem Gebietszuschnitt zu streichen, weil das an das quantitative Element herangeht. Ich habe auch Bedenken hinsichtlich der Zahl der Verwaltungsebenen. Ich bin mit dem einverstanden, Herr Kollege Meyers, was Sie sagen zu Ihrem Anliegen in Nordrhein-Westfalen, aber ich frage mich, ob dem Anliegen nicht auf andere Weise entsprochen werden kann. Ich kann Ihnen im Moment noch keine Alternative sagen. Aber wenn das so stehenbleibt mit der Zahl der Verwaltungsebenen, dann werden viele Leute darunter verstehen eine Reduzierung der Anzahl der Gemeinden auf wenige große Einheiten. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Herr Minister Dr. Filbinger ist eben hier eingetroffen. Zunächst möchte ich in dieser Runde zu seinem 55. Geburtstag, den er am letzten Sonntag gefeiert hat, recht herzlich gratulieren. (*Beifall.*)

Kohl: Ich muß unserem Freund Filbinger, was die Frage des Gebietszuschnitts betrifft, entschieden widersprechen. Ich bin nicht der Meinung, daß das heute nicht bleiben kann. Wenn wir in den nächsten 15 oder 20 Jahren im Bereiche der Infrastruktur und hinsichtlich der technischen Ausstattung des modernen Industriestaates auskommen wollen, können wir uns den Luxus, den wir an Verwaltungsaufwand, Personal- und Sachkosten heute in der Bundesrepublik erlauben, einfach nicht mehr leisten. Es ist

83 Manlio Brosio (1897–1980), italienischer Jurist und Diplomat; 1961–1964 Botschafter in Paris, 1964–1971 Generalsekretär der NATO.

keine gottgegebene Größe, daß Jahr für Jahr die Personal- und Sachkosten so steigen müssen, wie das bei uns der Fall ist.

Wenn die deutsche Wirtschaft in den letzten 20 Jahren in ihrer Personalwirtschaft solche Prinzipien gehabt hätte, wie sie die öffentliche Verwaltung in diesen 20 Jahren gehabt hat, dann wäre das Wirtschaftswunder, so glaube ich, ausgefallen. Wir haben heute in den kommunalen Gebietszuschnitten weitgehend noch die Größenordnung des Postkutschenzeitalters. Wir haben überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, daß sich die Lebensgewohnheiten, auch draußen im Lande, der Menschen total verändert haben. Im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung sind bei der Verkehrsinfrastruktur bestimmte Zahlen zugrunde gelegt worden für PKW-Ausstattung und die zur Verfügungstellung von Straßen bis Ende der siebziger Jahre. Man geht davon aus, daß dann jeder zweite Haushalt in der Bundesrepublik bis 1975 einen eigenen PKW besitzt. Im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung sind die Telefone je Haushalt genauso terminiert worden. Das Zeitalter des Computers kann doch an der Verwaltung nicht spurlos vorbeigehen.

Mit den bisherigen Zuschnitten ist das doch in der Praxis gar nicht mehr zu machen. Ich bin auch kein Freund von Mammutgemeinden. Was Herr Meyers für Nordrhein-Westfalen vorgelegt hat, halte ich in der Form nicht für realisierbar.

Aber wir können doch nicht an dieser Tatsache vorbeigehen, daß wir im Bereiche der öffentlichen Verwaltung im wesentlichen seit der Zeit des gepriesenen Freiherrn vom Stein[84] nichts geändert haben. Es ist zwar so, daß da oder dort Stückwerk gemacht wird, daß aber der entscheidende Anstoß noch aussteht. Wir leisten uns hier einen Luxus, den man sich in keinem anderen vergleichbaren Industrieland erlaubt.

Hier steht doch nicht drin, wie groß der Gebietszuschnitt sein muß. Es ist ganz harmlos formuliert. Es steht drin, daß der jetzige Zustand so nicht bleiben kann. Ich bin auch durchaus dafür, daß da individuelle Lösungen gesucht und gefunden werden müssen. Es gibt keinen Zweifel daran, daß diese Probleme in Baden-Württemberg und auch in Rheinland-Pfalz überfällig sind. Es sind Probleme, die die Bevölkerung zunehmend interessieren. Sie hat den Eindruck, an der staatlichen Verwaltung wird überhaupt nichts geändert. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Meine Damen und Herren! Ich beziehe mich jetzt auf keinen, der sich hier zu Wort gemeldet hat, aber ich glaube trotzdem sagen zu müssen, daß wir uns alle bemühen sollten, uns so kurz wie möglich zu fassen, damit wir doch etwas schneller vorankommen. – Herr Schmücker!

Schmücker: Ich bin der Meinung, daß der Ausdruck „Gebietszuschnitt" das gar nicht rechtfertigt, was Herr Filbinger hier sagt. Daß wir zu einer Verringerung der Zahl der Gemeinden kommen müssen, scheint mir ganz selbstverständlich zu sein. Ich komme aus dem oldenburgischen Raum mit Großgemeinden. Mein politischer Kreis hat zwölf Gemeinden. Der Nachbarkreis hat 78. Die können auf der Kreisebene gar nicht zusammenkommen. Die leben ja von den Feuerlöschspesen und den Anstrengungen der

84 Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein (1757–1831), preußischer Reformer.

Nachbargemeinden. Außerdem ist es gar nicht gerechtfertigt, was man in dieses Wort hineinlegt. Ich bin dafür, daß es so bleiben soll.

Lemke: Ich bin der Meinung, Herr Filbinger hat doch recht. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Heck: Meine Herren, darf ich nochmals um Ruhe bitten!

Lemke: Wir haben in Schleswig-Holstein etwa 14.000 Kommunalpolitiker. Von diesen 14.000 sind etwa 8.000 oder 9.000 CDU-Leute. Wenn Sie jetzt alle die kleinen Gemeinden aufheben und das Ganze wieder auf 1.400 Gemeindevertreter beschränken, dann verlieren wir auf dem Lande überall CDU-Vertreter. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich denke gar nicht daran, daß wir alle diese Leute in diesem Maße verärgern sollen. (*Heiterkeit und Unruhe.*)

Meyers: Wir sind keine Marxisten. Deshalb gibt es bei uns nicht das Gesetz der Großen Zahl. Aber ich meine, niemand, der vernünftig denkt, könnte etwas dagegen haben, daß wir kommunale Einheiten schaffen, die in der Organisation wie im Gebietszuschnitt leistungsfähig sind.

Filbinger: Man könnte die Worte „Organisation wie Gebietszuschnitt" streichen. Daß die Leistungsfähigkeit auch den räumlichen Zuschnitt umfaßt ebenso wie die Organisation, das ist doch klar. Das kann man auch mit großer Deutlichkeit aussagen. Der Kernsatz, der ja ein politisches Wollen umfaßt, sollte keine Mißverständnisse enthalten. Ich hätte nichts dagegen, daß man unter dem Punkt „Verwaltungsreform" das Postulat ausspricht, daß wir es nötig haben, eine Konzentration der Verwaltung durch freiwillige Formen der Zusammenlegung von Verwaltungseinheiten herbeizuführen. Aber hier mangelt es mir etwas an Klarheit. Wo ein politischer Wille ausgesprochen wird, sollte er nicht dadurch gefährdet werden, daß man ihn nicht eindeutig formuliert.

Heck: Ist das ein Antrag, daß die Worte „in Organisation wie Gebietszuschnitt" gestrichen werden sollen? (*Filbinger:* Ich stelle diesen Antrag!) Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um ein Handzeichen. – Das sind zwei. Die Gegenprobe! – Das ist die Mehrheit. Der Antrag ist abgelehnt. – Wird zur Ziffer 25 noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich auf die alte Ziffer 26: „Unsere Rechtspolitik dient dem sozialen Rechtsstaat. Eine umfassende Justizreform muß für alle ordentlichen Gerichte den dreistufigen Aufbau durchführen, die Verfahren straffen und ihren beschleunigten Abschluß gewährleisten.

Ein neues Strafrecht muß der Gesellschaft größtmöglichen Schutz vor Verbrechen gewähren; die Gebote der Sittlichkeit verpflichten das einzelne Gewissen, bedürfen aber nicht immer der Strafandrohung der Gesetze.

Ein neues Strafprozeßrecht muß die Rechte der Beschuldigten und Angeklagten stärken, die Dauer der Untersuchungshaft begrenzen und Fristen für die Anklageerhebung setzen.

Der Strafvollzug hat Bürgerrecht und Menschenwürde des Verurteilten zu achten, die Rückfallgefahr zu mindern und die gesellschaftliche Wiedereingliederung zu fördern."

Schwarzhaupt: Ich habe einen Antrag zum Absatz 3, nämlich den allgemeinen Satz „Ein neues Strafprozeßrecht muß die Rechte der Beschuldigten und Angeklagten stärken" zu ändern. Es kommen nachher noch zwei konkrete Punkte, durch die sie gestärkt werden, nämlich daß die Dauer der Untersuchungshaft begrenzt wird und die Fristen für die Anklageerhebung gesetzt werden. (*Sehr starke Unruhe.*) Ich schlage vor, im ersten Satz des Absatzes 3 die Worte „die Rechte der Beschuldigten und Angeklagten stärken" zu streichen. Alles übrige soll bleiben.

Meyers: Die CDU muß als große Partei etwas weitergehen. Mein Antrag lautet, den Absatz 3 völlig zu streichen. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Wir könnten den ersten Absatz lassen. Das zweite ist ein Anliegen, bei dem uns die SPD schon um ein Vielfaches voraus ist, das wir aber trotzdem immerhin noch einholen können. Als Absatz 2 würde ich vorschlagen: „Die Unabhängigkeit des Richters ist zu stärken. Das Richteramt darf nur gefestigten Persönlichkeiten anvertraut werden; es soll mehr als bisher bewährten Vertretern anderer Berufe, insbesondere Staatsanwälten und Rechtsanwälten, zugänglich sein."

Dann kommt die Frage, ob Sie so weit gehen wollen wie meine Juristen, die vorschlagen: Die Berufung in das Richteramt soll durch einen demokratisch legitimierten Wahlausschuß erfolgen.

Ich weiß, das stößt gegen die Regel des Herkömmlichen, aber das erste und zweite sollten wir bringen. Es ist nicht eine moderne Form, daß der jüngste Assessor aburteilt und die älteren und erfahrenen Richter sitzen bei der Staatsanwaltschaft und kommen nicht weiter.

Weiter sollten wir sagen: 3. „Die Einheitlichkeit der Rechtspflege ist anzustreben."

Ob Sie einen weiteren Satz hinzufügen: „Die Betreuung aller Gerichtszweige ist in der Rechtspflege zusammenzufassen", ist etwas anderes.

Dann könnten wir sagen: „Ein neues Strafrecht muß der Gesellschaft größtmöglichen Schutz vor Verbrechen gewähren; die Gebote der Sittlichkeit verpflichten das einzelne Gewissen, bedürfen aber nicht immer des strafrechtlichen Schutzes."

Die Absätze 4 und 5 sollen bleiben wie bisher.

Heck: Das ging so schnell und ist so viel, daß ich das gar nicht auf einmal fassen kann, insbesondere bei dieser Unruhe. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Vielleicht könnte ich zunächst einmal die Frage stellen, wenn ich Sie richtig verstanden habe, sind Sie der Auffassung, daß der Absatz 3 gestrichen werden soll? (*Meyers:* Ja!)

Fay: Bei Absatz 3 bin ich der Auffassung, die Frau Schwarzhaupt vorgetragen hat, und zwar aus einem politischen Grund. Wenn wir verlangen, daß die Rechte der Beschuldigten und Angeklagten gestärkt werden, gehen wir über das hinaus, was in der Kleinen Strafprozeßrechtsreform[85] bereits geschehen ist. Mit diesem Satz schaffen wir neue NPD-Wähler.

Was hier fehlt, ist eine Abkehr von der Kleinen Strafprozeßrechtsreform. Wir haben es immer wieder erlebt, daß die Sittlichkeitsverbrecher, wenn sie ihren Wohnsitz be-

85 „Achtes Strafrechtsänderungsgesetz" vom 25. Juni 1968, BGBl 1968 I S. 741.

kanntgegeben und ihre Tat bekannt haben und keine Verdunkelungsgefahr mehr bestand, daß sie freigelassen wurden. Aber am nächsten Tage war wieder ein neues Verbrechen geschehen. Wir haben das in den Osterunruhen erlebt. Die Leute haben ihren Namen genannt, sie haben ihre Tat bekannt gegenüber der Polizei, und es gab keinen Haftbefehl.

Das halte ich einfach für falsch. Wenn man ein Ohr für die Stimme des Volkes hat, so weiß man, das Volk will das und das. Bei den Sittlichkeitsverbrechen und bei den Demonstrationsverbrechen ist es einfach notwendig, um unsere Bevölkerung vor neuen Straftaten zu schützen. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich weiß jetzt keine Formulierung, aber ich bitte Sie, diese Gedanken zu berücksichtigen; denn das muß ja alles neu gefaßt werden.

Ich folge auch weitgehend den Vorschlägen von Herrn Meyers. Ich gehe nicht so weit, daß ich Richter in demokratischer Urwahl wählen möchte. (*Meyers:* Von einer Urwahl war gar keine Rede.) Das muß also neu durchdacht werden.

Heck: Ich mache jetzt einen Vorschlag. Wir müssen ohnedies hier unterbrechen. Ich schlage vor, daß wir Frau Dr. Schwarzhaupt, Herrn Meyers und Herrn Fay in eine Arbeitsgruppe wählen und daß sich diese zusammensetzt, um die Ziffer 26 neu zu formulieren. Wir fahren die Debatte aber noch fort, damit die Damen und Herren wissen, was sie berücksichtigen sollen. Das könnte dann in der Pause geschehen. Wir beraten nachher weiter im Bundeshaus. Wir können die Beratungen hier nicht weiter fortsetzen, weil dieser Raum für ein Essen benötigt wird. (*Starke Unruhe.*)

Schmücker: Ich gebe Herrn Meyers und auch Herrn Fay recht. Soweit sich die Debatte um diese Fälle dreht, sind die Auswirkungen in der öffentlichen Meinung vorhanden. Aber übersehen Sie, insbesondere meine Herren Juristen, nicht, es gibt nichts in den deutschen Einrichtungen, daß der Bürger so gerne meidet, wie die Gerichte. (*Starke Unruhe.*) Die Finanzämter übrigens auch!

Das liegt z. T. daran, weil die Leute vor den Gerichten sehr häufig vom Richter und auch vom Anwalt in einer Weise behandelt werden, daß diese Reaktion keineswegs als verwunderlich hingenommen werden kann. Das Benehmen einiger Richter, die völlig abwegige Dinge ausbreiten, die mit der Sache gar nichts zu tun haben, ist schrecklich. Das hat eine starke Gegeneinstellung bei der Bevölkerung hervorgerufen, was wir natürlich auch berücksichtigen müssen. Ich weiß, daß das mit diesem Passus nicht gemeint ist, aber wenn Sie dazu etwas sagen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar. (*Anhaltende Unruhe.*)

Filbinger: Ich möchte drei Vorschläge für die Formulierung machen: 1. Streichung des Absatzes 3 der alten Ziffer 26. Ich stimme den Argumenten zu, die hier geäußert worden sind. Es hat sich nicht bewährt, daß man die Wiederholungsgefahr aus Haftgründen eliminiert hat in der Kleinen Strafprozeßnovelle. 2. Warum wollen wir diese Erfahrungen nicht aussprechen in dem, was wir formulieren, und sagen: Die Strafprozeßnovelle, die die Wiederholungsgefahr ausgeschlossen hat, hat sich insoweit nicht bewährt.

3. Ich würde nicht zustimmen der Schaffung eines Richterwahlausschusses oder eines Gremiums irgendwelcher Art.

4. Ich würde davor warnen, den Gedanken eines Rechtsprechungsministeriums als Empfehlung zu verankern. (*Starke Unruhe.*)

Kohl: Ich bin einigermaßen erstaunt über den Antrag auf Streichung des ganzen Absatzes 3. Sie haben eine Reihe von Dingen gesagt, Herr Filbinger, die ich voll unterstützen würde, nur darf es jetzt auf keinen Fall daraus hinauslaufen, und zwar unter dem Eindruck dieser Sittlichkeitsdelikte, die hier genannt worden sind, daß das Problem der Untersuchungshaft wieder in einer Weise gelöst wird, wie es bisher gewesen ist.

In der Praxis erleben Sie sehr oft, daß seltsamerweise die Untersuchungshaft und die Haftstrafe, die verhängt wurde, in einer ziemlichen Identität zueinander stehen. (*Starke Unruhe.*)

Wir haben in Deutschland eine Situation – ich kann das nur unterstützen, was Herr Schmücker sagte –, daß der unbescholtene Bürger vor Gericht in eine sehr eigenartige Lage kommt. Wer ab und zu das einmal beobachtet, der weiß genau, daß hier noch aus einer obrigkeitsstaatlichen Vorstellung heraus operiert wird, die ich für meine Person entschieden ablehne.

Ich stimme dem zu, daß man in solchen Fällen, die Herr Fay genannt hat, etwas überlegen muß. Die Untersuchungshaft ist bei uns in vielen Fällen in einer Weise düpiert, daß der endgültige Spruch des Gerichts in keinem Verhältnis mehr dazu steht. Manch einer ist ruiniert aufgrund seiner Untersuchungshaft, weil die Leute das dann in ein Verhältnis zu der zu erwartenden Strafe stellen.

Ich bitte also die Herren darum, daß sich die Kommission das noch einmal vornimmt, um hier eine Lösung zu finden, die auch einer vernünftigen Betrachtung der Untersuchungshaft ein breites Tor offenläßt. Ich bin nicht dafür, daß wir hier eine Oberstaatsanwaltsbetrachtung in die Überlegung hineinnehmen, wobei ich hier feststellen möchte, daß in der Kommission der eine anwesende Oberstaatsanwalt die Richtung vertreten hat, wie ich sie hier vertreten habe.

Filbinger: Es ist vorhin mit Recht gesagt worden, daß bei Demonstrationsdelikten die bisherige strafprozessuale Lage uns in eine außerordentlich schwierige Situation bringe. Nach Demonstrationen in Freiburg im Februar sind Studenten verhaftet worden. Nach Feststellung der Personalien wurden sie wieder freigelassen. Mehrere davon haben kurz darauf in der gleichen Stunde einen Angriff auf das Amtsgericht in Freiburg unternommen, um die Rabauken, die wegen ganz schwerer Dinge dort sitzen, zu befreien. Bei diesen Störenfrieden ist natürlich so durchzugreifen, wie das nötig ist. (*Unruhe.*)

Heck: Wird weiter das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Herrn Meyers, Frau Schwarzhaupt und Herrn Fay sowie Herrn Kohl (*Kohl:* Nein!) die Ziffer 26 unter Berücksichtigung dessen, was hier gesagt worden ist, neu zu formulieren.

Wir kommen zur Ziffer 27: „Organisation und Praxis der öffentlichen Verwaltungen müssen sich nach den Erfordernissen eines modernen Staatswesens richten und neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat, Wirtschaft, sozialen und kulturellen Be-

reichen ermöglichen. Bei Einstellung und Beförderung im öffentlichen Dienst sollen für Frauen und Männer Eignung und Leistung allein maßgebend sein. Für die Weiterbildung vor allem der leitenden Kräfte sind neue Einrichtungen zu schaffen. Qualifizierte Kräfte sollen häufiger als bisher in Wirtschaft und Verwaltung wechselseitig eingesetzt werden.

Das Dienst- und Besoldungsrecht ist für Bund, Länder und Gemeinden einheitlich zu gestalten."

Wird das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall.

Wir kommen zur Ziffer 28: „Die Freiheit der öffentlichen Meinung, ein Grundelement unserer Verfassung, ist zu schützen. Pressekonzentration darf nicht dazu führen, daß die Mannigfaltigkeit der politischen Auffassungen sich nicht mehr wirksam ausdrücken kann. Wir fordern ein Bundespressegesetz, das Rechte und Pflichten der Verleger und Redakteure festlegt sowie das Recht der in Presse, Hörfunk und Fernsehen Angegriffenen auf Verteidigung regelt.

Die öffentlich-rechtliche Struktur des Rundfunks muß die Grundlage der Organisation von Hörfunk und Fernsehen in der Bundesrepublik bleiben; rationellere Organisationsformen sind anzustreben.

Eine mißbräuchliche Verwendung demoskopischer Daten ist zu verhindern."

Lemke: Der Herr Bundeskanzler sagte eben, man muß eine Tür zum privaten Rundfunk finden. Wenn wir das Grundgesetz nicht ändern, haben die Leute einen Anspruch darauf. (*Anhaltende sehr starke Unruhe.*)

Heck: Es sind zwei Probleme, die der Bundeskanzler angeschnitten hat. Er hat gesagt, daß wir so formulieren sollen, daß eine private Organisation des Fernsehens nicht ausgeschlossen ist. Es freut mich, daß dieser Vorschlag kommt. Herr Dr. Kohl, das ist eine Sache, wo an sich die Saar und Rheinland-Pfalz offensichtlich noch gewisse Interessen haben. (*Starke Unruhe.*)

Kohl: Ich finde es seltsam, daß Sie mich immer ansprechen. Da sitzt Herr Schröder und redet kein einziges Wort. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich würde sagen, er ist viel kompetenter als ich. Es sind auch die Kollegen aus Schleswig-Holstein da. (*Anhaltende Unruhe.*) Das ist eine Frage, wie man die Sache begründet. Die jetzige Formulierung schließt es nicht aus und hat auch für uns große Vorteile. Wenn in der Begründung darauf hingewiesen wird, daß es so zu verstehen ist, ist es sozusagen protokollarisch festgelegt. Weil das nicht ausgeschlossen wird, wäre es mir lieber, wenn wir uns keine Hemmungen auferlegten, als wenn wir jetzt in eine Tendenz hineingingen. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Man könnte sagen, „die öffentlich-rechtliche Struktur des Rundfunks soll die Grundlage ..." (*Zurufe:* Ja!) Sie sind einverstanden!

Lemke: Wir können es so machen, daß das so bleibt, (*Sehr starke Unruhe.*) aber wenn wir das wollen, dann muß das Grundgesetz geändert werden, weil wir nicht verhindern können, daß auch Private kommen. Dann kommen noch mehr, dann kommen die Kirchen, die Gewerkschaften usw. Das ist das Problem. Ich wollte nur die Tür auflassen, daß es nach unserer Meinung ein Fernsehen geben kann. Aber im Grunde genommen wollen wir bei der öffentlich-rechtlichen Struktur bleiben.

Kraske: Ich würde vorschlagen, daß wir die allgemeine Interpretation aufnehmen: Das soll die Grundlage bleiben, die andere Formen am Rande in späteren Zeiten nicht ausschließt. Ich glaube, daß wir uns unsere Aufgabe noch mehr erschweren, wenn wir jetzt über die künftige Rundfunkkommission der Union hier debattieren. Ich glaube, das können wir nicht durchstehen. (*Schmücker:* Das „soll" soll aber nicht hinein. – *Meyers:* Doch, es ist drin!)

Heck: Wir ersetzen das Wort „muß" durch das Wort „soll". (*Starke Unruhe. – Lemke:* Danach sind alle Formen möglich. Die Liberalisierung des Rundfunks ist gefährlich, weil es nachher zehn oder 100 geben kann. – *Anhaltende Unruhe.*) Meine Herren! Darf ich nochmals um Ruhe bitten. Es hat doch gar keinen Sinn, wenn hier andauernd mehrere durcheinander reden.

Schäfer: Ich wäre mit der Formulierung „soll" einverstanden. Wenn man das andeuten will, müßte man sagen: „Auch für den Fall, daß andere Organisationsformen möglich werden, soll ..."

Kohl: Ich würde dringend darum bitten, es bei dem „soll" zu belassen. Dann haben wir alles offen. Wir wecken wirklich schlafende Hunde in einem Moment, wo das gar nicht aktuell ist.

Heck: Wir lassen es bei „soll". Die Formulierung im dritten Absatz „Eine mißbräuchliche Verwendung demoskopischer Daten ist zu verhindern" hat beim Bundeskanzler eine gewisse Besorgnis ausgelöst. Damit ist folgendes gemeint: Man kann in der Tat mit demoskopischen Umfragen, je nachdem, wie die Fragen gestellt werden, und je nachdem, wem sie gestellt werden, den größten Unfug betreiben. Hier ist gemeint, daß eine mißbräuchliche Verwendung einfach dadurch verhindert werden soll, daß diese Institute durch Gesetz verpflichtet werden, bekanntzugeben, erstens wie die Frage lautet und zweitens welcher Personenkreis gefragt worden ist. (*Meyers:* Das ist zu knapp. Dann müssen Sie sagen, „um eine mißbräuchliche Verwendung demoskopischer Daten zu verhindern, sind die demoskopischen Institute durch Gesetz verpflichtet ..." – *Zuruf:* Die alte Formulierung!)

Meyers: Was heißt „zu verhindern"? Heißt das, richtige demoskopische Daten dürfen nicht mißbräuchlich verwendet werden? (*Heiterkeit und Unruhe.*) Ist es eine mißbräuchliche Verwendung, wenn ich die bekanntgebe, weil sie zu meinen Gunsten sind, oder umgekehrt? Das ist also eine heillose Geschichte. Man kann auch zu kurz sein. In diesem Falle würde ich sagen, nehmen Sie die alte Formulierung, dann weiß man, woran man ist. Wir wollen die Institute zu einer sauberen Handhabung verpflichten.

Heck: Wir müssen hier eine neue Formulierung vornehmen.

Kraske: Ich darf die alte Formulierung vorlesen: „Die empirische Erforschung der Volksmeinung (Demoskopie) ist zu einem wichtigen Instrument der Politik geworden. Um der mißbräuchlichen Verwendung demoskopischer Daten zu begegnen, schlägt die CDU vor, daß mit der Publikation von Ergebnissen zugleich verlangt werden kann zu veröffentlichen, wie die Fragestellung lautete, wer der Auftraggeber war und wie viele Personen auf welche Weise befragt wurden."

Das müßte stilistisch noch überarbeitet werden.

Kohl: Eine Sache ist überhaupt nicht drin, und eine Sache ist zuviel drin. Was nicht drin ist, das ist ja die Crux, daß nämlich bei den demoskopischen Untersuchungen von unseriösen Instituten die Befragungsbogen sofort vernichtet werden, so daß es nicht mehr möglich ist, seriös zu untersuchen und festzustellen, inwieweit es eine ordentliche Befragung gewesen ist. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Wir können nicht verlangen, daß der Auftraggeber bekanntgegeben und veröffentlicht werden soll.

Heck: Meine Herren! Ich darf nochmals dringend um Ruhe bitten. Wir müssen doch unbedingt weiterkommen.

Ich schlage nunmehr vor, daß Herr Kohl unter Berücksichtigung dessen, was gesagt wurde, den Vorschlag nach unserem Kalten Büfett ausgearbeitet vorlegt. (*Unruhe.*) Meine Herren, wir brauchen viel mehr Zeit, wenn wir so weiter in Unruhe tagen, wie das hier der Fall ist. Wenn ein bißchen mehr Disziplin gehalten wird, kommen wir rascher vorwärts.

Wir kommen zur Ziffer 29: „Die Freiheit der kirchlichen Verkündigung muß gesichert und die Unabhängigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften ungeschmälert bleiben. Sie müssen weiterhin ihre Verantwortung für das Gemeinwohl ungehindert wahrnehmen können. Ihre Bestrebungen, den Familien beizustehen, Jugend und Erwachsene zu bilden und allen in Not Geratenen zu helfen, sind zu fördern."

Hier hatte der Bundeskanzler angeregt, wie folgt zu sagen: „Die Freiheit der religiösen Verkündigung", ferner soll im Satz 2 das Wort „Verantwortung" durch „Mitverantwortung" ersetzt werden. So habe ich es verstanden.

Kraske: „Mitverantwortung" ist eine wesentliche Verbesserung. In der Formulierung „religiöse Verkündigung" würde ich keine Verbesserung sehen. Dann würde ich beides weglassen und sagen „die Freiheit der Verkündigung"; denn durch den Nachsatz wird klar, worum es sich handelt. Ich hätte trotz der Religionsgemeinschaften nichts einzuwenden, wenn es im ersten Teil „kirchlich" hieße.

Hahn: Ich schlage vor: „Die Freiheit der Verkündigung der Kirchen und Religionsgemeinschaften muß gesichert werden."

Meyers: „Die Unabhängigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften muß ungeschmälert und die Freiheit ihrer Verkündigung gesichert bleiben." (*Zustimmung.*)

Heck: Wird noch das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich jetzt die Debatte und schlage vor, daß wir um 19.15 Uhr wieder mit den Beratungen beginnen und das absolvieren, was wir zurückgestellt haben.

Kraske: Das Kalte Büfett ist im Fraktionssaal aufgebaut. Wir tagen im Anschluß nebenan im Fraktionsvorstandszimmer.

Unterbrechung um 18.45 Uhr.

21a

Bonn, den 20. September 1968

Teilnehmer: Bilke, Fay, Filbinger, Gradl, Hahn, von Hassel, Heck, Herrmann, Kohl, Kraske, Lemke, Lemmer, Lücke, Meyers, Rathke, Schäfer, Scheufelen, Schmücker, Schwarzhaupt, Stingl, von Weizsäcker.

Beginn: 19.15 Uhr *Ende: 2.20 Uhr*

Heck: Wir setzen unsere Beratungen fort und kommen zunächst noch einmal auf die Ziffern 3, 4 und 5 zurück.

Ziffern 3 und 4.

Von Weizsäcker: Ich darf eine Neuformulierung der zusammengefaßten Ziffern 3 und 4 vorlesen. Diese Ziffern sollen jetzt wie folgt lauten: „Solange die deutsche Frage nicht auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts gelöst werden kann, ist es unsere wichtigste Aufgabe, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit der Deutschen zu stärken und ihre Verbindung über Mauer und Zonengrenze hinweg zu erhalten.

Die CDU lehnt die Anerkennung des totalitären Herrschaftssystems im anderen Teil Deutschlands ab. Keine der beiden Teile Deutschlands darf für einen Deutschen Ausland werden. Um die bestehenden Spannungen zu mindern, die Lebensverhältnisse unserer Landsleute zu erleichtern und die Zusammengehörigkeit unter den Deutschen zu fördern, bejaht die CDU Verhandlungen und Zusammenarbeit mit den Machthabern im anderen Teil Deutschlands. Die Grundwerte unserer freiheitlichen Ordnung sind dabei unantastbar.

Die CDU bekundet ihre Achtung vor der Leistung, die die Menschen im anderen Teil unter schwierigen Umständen vollbringen. Für die CDU ist es selbstverständliches Gebot, daß der freie Wille unserer Landsleute bei der politischen und gesellschaftlichen Gestaltung der gemeinsamen Zukunft gleichberechtigt zur Geltung kommen muß. Solange sich unsere Landsleute noch nicht frei informieren, äußern, organisieren und politisch entscheiden können, betrachtet es die CDU als nationale Sorgepflicht der Bundesregierung, für unsere Landsleute zu sprechen. Nicht Bevormundung, sondern die gemeinsame Entwicklung einer welt- und zukunftsoffenen freiheitlichen Ordnung für das ganze deutsche Volk sind das Ziel der CDU."

Heck: Ich möchte rein zum Formalen sagen, daß wir überall im gesamten Programm „die CDU" und „für die CDU" eliminiert haben. Das ist aber nur eine stilistische Frage. Darüber brauchen wir im einzelnen nicht zu sprechen. Das werden wir einfach nachher stilistisch machen.

Lemke: Ich habe aufmerksam zugehört und ich finde die Formulierung großartig. Nur zwei einzelne Worte möchte ich raushaben, die mir nicht gefallen. Ich möchte das

Wort „gleichberechtigt" und die Zusammenarbeit mit den ostzonalen Machthabern heraushaben.

Gradl: Das „gleichberechtigt" ist drin, weil wir zum Ausdruck bringen wollen: sie wie wir. Wir haben ja gesagt „zur Geltung kommen muß". Das ist eine relativ schwache Formulierung, und sie wird ein bißchen gestärkt durch das Wort „gleichberechtigt".

Stingl: Es kann aber wegfallen.

Gradl: Das kann wegfallen. Das ist kein Wort, um das ich Krieg führen würde.

Von Weizsäcker: Wir können es also streichen.

Gradl: Bezüglich der „Zusammenarbeit" sollten wir keine falsche Scheu zeigen.

Stingl: Ich würde statt „Zusammenarbeit" lieber „Absprachen" haben. Das ist ein ständiges Zusammenarbeiten.

Gradl: Nein, wir müssen mehr verlangen. Wir bekommen gar nichts, und zwar aus den Gründen, die der Kanzler heute morgen genannt hat. Der Ulbricht kann auch die Koexistenz nicht ertragen. Um so mehr Grund für uns, ihn moralisch unter Druck zu setzen. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist: Wir haben in unserem eigenen Bereich – vor allen Dingen mit den Jüngeren – eine starke Auseinandersetzung darüber, daß wir zurückscheuen. Diesen Eindruck in der öffentlichen Diskussion müssen wir überwinden. Deshalb die klare Aussagen: Wir bejahen für die Zwecke, die wir vorher genannt haben – Überwindung der Spaltung usw. –, Verhandlungen und Zusammenarbeit.

Kraske: Ich finde, daß der Begriff „Zusammenarbeit" weit über das hinausgeht, was wir bisher diskutiert haben. Ich frage mich, ob wir hier nicht zu dem Begriff zurückkommen sollten, der in allen bisherigen Unterhaltungen immer eine Rolle gespielt hat, nämlich: Kontakte. (*Gradl:* Nein!) Kontakte sind mehr als Verhandlungen. Verhandlungen sind nämlich etwas mit einem begrenzten Ziel. Irgendwann ist die Verhandlung abgeschlossen, während ein Kontakt durchaus auch eine ständige Zusammenarbeit sein kann. Ich würde also über diese Kontakte nicht hinausgehen. Ich glaube auch, daß das der Diskussionslage in der CDU entspricht.

Lemke: Ich darf ganz offen sagen: Ich denke bei dieser Vokabel nur an die Wirkung auf unsere Leute, also vor allen Dingen die Leute da oben, die von mir repräsentiert werden. Nach dieser ganzen Geschichte in der Tschechoslowakei können wir doch jetzt nicht das Wort „Zusammenarbeit" bringen. Denken Sie an die NPD und an das, was wir vorhin gesagt haben. Suchen wir also ein anderes Wort. Ich wende mich gegen die Zusammenarbeit mit diesen Brüdern.

Heck: Meiner Meinung nach genügt „Verhandlungen". Man kann ruhig die Worte „und Zusammenarbeit" weglassen. Ich muß offen sagen, der Begriff „Zusammenarbeit" trifft nach meiner Auffassung nicht das Richtige, was wir mit denen zu tun haben.

Von Weizsäcker: Es kam auch der Vorschlag „Verhandlungen und Absprachen". „Absprachen" ist kein sehr schönes Wort. Aber das Wort „Absprachen" hat hier nicht diesen problematischen Sinn. Zusammenarbeit macht man mit jemand, den man mag. Das ist natürlich hier nicht gemeint. „Verhandlungen" wäre mir zuwenig.

Heck: „Vereinbarungen" geht noch.

Von Weizsäcker: Vorher heißt es: Die CDU lehnt die Anerkennung ... ab. Es ginge dann weiter: Um die bestehenden Spannungen zu mindern, die Lebensverhältnisse zu erleichtern, die Zusammengehörigkeit unter den Deutschen zu fördern, bejahen wir Verhandlungen und Vereinbarungen mit den Machthabern. (*Zuruf:* Regelungen!)

Schmücker: Da kann man „Machthaber" jetzt hier nicht mehr gebrauchen. Das schlägt auf das Wort Vereinbarungen zurück.

Kraske: „Regelungen" geht aus sprachlichen Gründen nicht.

Heck: Können wir nicht sagen: „Verhandlungen und Abmachungen mit den Machthabern"? Das trifft doch den Sachverhalt. (*Zustimmung.*) Ich darf also feststellen, daß wir uns für „Verhandlungen und Abmachungen" entschieden haben.

Ziffer 5

Gradl: Für die Ziffer 5 wird folgende Fassung vorgeschlagen: „Berlin ist und bleibt die Hauptstadt Deutschlands. Berlin ist ein Land der Bundesrepublik. Es ist zugleich Vier-Mächte-Stadt. Die CDU bekennt sich zur Präsenz der Bundesrepublik in Berlin. Solange es nicht möglich ist, die Berliner Bundestagsabgeordneten mit vollem Stimmrecht auszustatten, sollten sie wenigstens vom Volk direkt gewählt werden.

Während Berlin gespalten und West-Berlin von der kommunistischen Umwelt bedroht ist, müssen die Bundesrepublik und als Träger oberster Verantwortung die drei alliierten Schutzmächte alles tun, um die Freiheit West-Berlins sowie sein demokratisches Leben und seine wirtschaftliche Wohlfahrt zu gewährleisten. Die CDU wird eine entsprechende Berlin-Politik stützen und fördern. Die CDU weist jeden Versuch zurück, die in zwei Jahrzehnten gewachsene politische und wirtschaftliche Verbindung West-Berlins mit der Bundesrepublik zu schwächen."

Heck: Bezüglich der Worte „die CDU" gilt natürlich wieder, daß wir das in den Stil des Ganzen eingliedern.

Ich muß darauf aufmerksam machen, daß im ersten Abschnitt – letzter Satz – die Forderung wieder vorkommt, die der Kanzler eigentlich ziemlich strikt als politisch wirklich nicht tragbar abgelehnt hat.

Gradl: Diese Fassung ist etwas milder als die des Textes, der von der Programmkommission vorgelegt worden war. Sie ist jetzt so, wie wir sie in Berlin beschlossen hatten.

Hier ist erstens ein Nachgeben in dem Sinne zu erkennen: Wir finden uns damit ab, daß es nicht möglich ist, die Berliner Bundestagsabgeordneten mit vollem Stimmrecht auszustatten. Nun ist hier etwas gemacht, was in eine Lücke hineinstößt, die sozusagen zwischen Erklärungen der Besatzungsmächte und der realen Situation besteht. Man kann nämlich auch Abgeordnete, die nicht das volle Stimmrecht haben, wählen; das ginge. Darauf konzentriert sich also jetzt der Wunsch. Es heißt: sollen gewählt werden. Ich finde, das war ein Punkt, der in Berlin eine unerhörte Rolle gespielt hat. Herr Stingl,

Sie waren an dem betreffenden Abend da. Wir hatten diese Formulierung nicht drin. Sie ist aus dem Landesverband gekommen.[1]

Jetzt bitte ich Sie, folgendes zu bedenken; das ist bei Ihnen in anderer politischer Sicht wahrscheinlich auch so. Dies ist nun nicht eine Aussage, die durch den Landesverband Berlin gemacht wird. Der Text des Programms ging ja in die Öffentlichkeit, und damit war er auch in der Berliner Öffentlichkeit bekannt. Das hat z. B. auch in der „Welt" gestanden.[2] Wenn wir jetzt eine neue Fassung verbreiten, in der das nicht mehr enthalten ist, macht das in der Berliner Öffentlichkeit viel mehr Wirbel, als wir verantworten können.

Heck: Meine Meinung ist – ähnlich wie vorhin bei den 18 Jahren – folgendes: Diese Sache wird auf alle Fälle als Antrag auf dem Parteitag kommen. Das kann niemand in der Welt – auch kein Bundeskanzler und Parteivorsitzender – verhindern. Ich bin überzeugt: In Berlin wird ein Parteitag dem zustimmen.

Kraske: Zwei Bemerkungen. Die erste betrifft den ersten Satz. Es fällt mir als Berliner nicht ganz leicht, zu sagen, daß Berlin im Praktischen nicht die Hauptstadt Deutschlands ist. Aber ich glaube, man kommt um diese Aussage nicht herum. Dies ist zwar sehr schön und geht jedem von uns ein. Wir freuen uns daran; aber besonders seriös finde ich es nicht, wenn wir in einem Programm jetzt im Jahre 1968 erklären: „Berlin ist und bleibt die Hauptstadt Deutschlands". Ich würde sagen: Das bringt uns nicht viel ein.

Meine zweite Bemerkung betrifft die Wahl der Berliner Bundestagsabgeordneten. Ich habe mich in der Programmkommission entschieden und nachdrücklich für diese Forderung eingesetzt. Ich gebe zu, daß dies eine Frage ist, wo die Personalunion von Bundeskanzler und Parteivorsitzendem natürlich ihre Probleme hat. Ich würde – im Unterschied zu dem Komplex der 18 Jahre – hier sagen, daß der Bundeskanzler, wenn er zu dieser Frage auf dem Parteitag spricht – so habe ich ihn heute verstanden –, in einer anderen Situation ist, [als] wenn er zu einem zusätzlichen Antrag sprechen muß, in dem dies gefordert wird. Andernfalls steht er vor der Situation, zu einem Teil des vom Vorstand vorgelegten Antrags selber sprechen zu müssen. Deshalb frage ich mich, ob man nicht in diesem Punkt seine Forderung wirklich berücksichtigen müßte.

Mir selber hat außerdem, um ein drittes Argument zu bringen, sehr eingeleuchtet, was Herr Schröder vorgebracht hat und was im Präsidium so formuliert worden ist: „Die bestehenden und auf absehbare Zeit nicht zu beseitigende Minderung in der Rechtsstellung der Berliner Abgeordneten im Deutschen Bundestag kann meines Erachtens vom deutschen Parlament nur toleriert werden, wenn ihre Wahl nicht direkt erfolgt." Das heißt also: Die Minderung ihrer Rechte hier im Hause ist noch schlimmer,

1 Vgl. „Entwurf für ein Aktionsprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands" in ACDP 01–294–058/1. Unter Punkt II Nr. 10 wurde gefordert: „Die Berliner Mitglieder des Bundestages sollen direkt gewählt werden; die CDU will, daß sie sobald wie möglich volles Stimmrecht im Bundestag besitzen." Vgl. Nr. 21 Anm. 57.

2 Vgl. Pressekonferenz von Heck vom 8. August 1968 (Manuskript in ACDP Dokumentation 2/201/4–1–1) sowie verschiedene Artikel dazu in der „Welt" vom 9. August 1968.

wenn die Leute genauso gewählt werden wie jeder andere. Ich finde, daß das ein sehr überzeugendes Argument ist, was mich trotz meines Eintretens für diese Frage in der Programmkommission nachdenklich gemacht hat.

Schwarzhaupt: Ich bitte zu überlegen, ob der zweite und dritte Satz so stehenbleiben kann. In unserer Vorlage heißt es „das freie Berlin". Ich weiß, daß gegen diese Begrenzung Bedenken vorgebracht werden können. Wenn wir aber sagen: „Berlin ist ein Land der Bundesrepublik", bedeutet das, daß wir auch Ost-Berlin mit als Land der Bundesrepublik reklamieren. Im Hinblick darauf, daß wir aus guten Gründen nicht über das hinausgehen, was von den Westalliierten mit übernommen werden kann, bitte ich nochmals zu überlegen, ob wir auf dem Parteitag in Berlin vom Vorstand aus eine Formulierung vorlegen können, die bedeutet, daß wir Ost-Berlin mit in die Bundesrepublik hineinnehmen wollen.

Das zweite! „Es ist zugleich Vier-Mächte-Stadt". Das ist keine Aussage für ein Aktionsprogramm. Das ist eine Feststellung, die uns à la longue und im Hinblick auf das, was wir wollen, gar nicht so furchtbar paßt. Warum müssen wir das in ein Aktionsprogramm hineinnehmen?

Kohl: Ich muß ganz offen sagen: Ich finde nicht, daß die Formulierung sich jetzt verbessert hat. Sind Sie mir nicht böse, Herr Gradl. Ich finde, daß die bisherige Ziffer 5 hinsichtlich des Inhalts und hinsichtlich der Formulierung besser ist.

Bezüglich des Stimmrechts neige ich dazu, zu sagen, daß Bruno Heck recht hat. Wenn der Berliner Landesverband diesen Antrag stellt, halte ich es für ausgeschlossen, daß der Bundesvorstand mit Anstand dagegen in Berlin opponieren kann. Das ist eine ziemlich unmögliche Sache. Das muß man sehen. Man muß die ganzen Emotionen bedenken, die hier drinliegen, wodurch eine gewisse Sachbasis weitgehend verlassen wird. Der Arme, der rauf muß und im Auftrag des Bundesvorsitzenden versucht, das zu ändern, tut mir jetzt schon leid – sofern er überhaupt gefunden werden kann. Deshalb sollten wir niemand in diese Lage bringen. Aber zum Gesamttext habe ich ernsthaft die Meinung, daß die Formulierung der bisherigen Ziffer 5 besser ist als die neue Formulierung.

Gradl: Gegen das letztere kann ich nicht diskutieren; das ist Empfinden des einzelnen, was besser ist.

Ich möchte zu den Bemerkungen, die gemacht worden sind, kurz Stellung nehmen. Der erste Satz heißt: „Berlin ist und bleibt die Hauptstadt Deutschlands." Einwendung: Dies stimmt nicht. – Ich bestreite, daß das nicht stimmt. Ich behaupte: Es stimmt. Die Hauptstadt Deutschlands ist Berlin im Bewußtsein der Deutschen nach wie vor. Es ist nicht die Hauptstadt der Bundesrepublik; aber es ist die Hauptstadt Deutschlands. Die Tatsache, daß es das ist und daß es von den Menschen so empfunden wird, ist einer der wesentlichen Gründe dafür, daß um diese Position ein Risiko auf Tod und Leben eingegangen worden ist. Ich meine es genauso, wie ich es sage: Wir sind bereit, den äußersten Konflikt zu riskieren.

Der Satz „Berlin ist und bleibt die Hauptstadt Deutschlands" ist zugleich eine gesamtdeutsche Aussage. Das muß von der stärksten Partei dieses Landes bekundet wer-

den. Das ist Aktivität im höchsten Maße, wenn sie sich dazu bekennt, auch im 22. Jahr der deutschen Teilung.

Dann kommt die Frage: Land der Bundesrepublik? Ist damit auch Ost-Berlin gemeint? Hochverehrte gnädige Frau, wir haben uns strikt an den Text des Grundgesetzes gehalten, und nach dem Grundgesetz ist Berlin expressis verbis ein Land der Bundesrepublik.[3] Wir stehen in der Auseinandersetzung – und da muß sich auch die CDU stellen –, was dieses Berlin heute für uns real ist. Dieses Berlin ist ein Zwitter. Es ist einmal Land der Bundesrepublik – das ist deutsche Auffassung –, und es ist – darauf können wir gar nicht verzichten – zugleich Vier-Mächte-Stadt. Also muß man beides nebeneinanderstellen. Ich kann nicht das eine ohne das andere sagen.

Lemke: Es heißt nicht „Vier-Mächte-Stadt", sondern „Vier-Mächte-Status".

Gradl: Aber „Vier-Mächte-Stadt" verstehen die Leute besser, als wenn man von „Vier-Mächte-Status" spricht. Das paßt besser in die Aussage: Es ist ein Land der Bundesrepublik.

Schwarzhaupt: Ich habe nur die Frage aufgeworfen, ob es in dem Augenblick gut ist, das in dieser Form in Berlin auszusprechen.

Gradl: Verehrte gnädige Frau, wir sind in einer Situation, in der wir – genau wie 1948 und genau wie 1959[4] – sehr hart Stellung beziehen müssen, damit jedermann weiß: Das sind unabdingbare deutsche Positionen. In dieser Situation sind wir. Wahrscheinlich wird sie noch härter werden, wenn wir auf dem Parteitag sind. Die Berliner empfinden das so. Wir können hier nicht mit ein paar vagen Formulierungen davonkommen. Hier muß die CDU – das ist Aktivität und Aktion – Stellung beziehen.

Dann zu der Wahl der Berliner Bundestagsabgeordneten. Ich will jetzt nicht darüber streiten, ob das eine besondere Belastung für das deutsche Parlament ist. Das ist nicht die primäre Frage, ob das eine besondere Belastung für das deutsche Parlament ist. Sie können sagen: Das jetzt ist auch schon eine ungewöhnliche Belastung des deutschen Parlaments. Ob die noch ein bißchen größer wird oder nicht, ist nicht der entscheidende Gesichtspunkt.

Verstehen Sie doch bitte: In Berlin ist lange der Standpunkt vertreten worden, die müssen gewählt werden und volles Stimmrecht haben. Mit Rücksicht auf die Situation – insbesondere auf die Situation, die seit der Zarapkin-Erklärung im Januar eingetreten ist und mit der der Bundeskanzler sich auseinandersetzen muß – haben wir in Berlin uns damit abgefunden, daß es nicht mehr real ist, heute zu sagen: Die müssen das Stimmrecht haben. Darum haben wir ein Zwischenglied gewählt: „Sollen". Warum sol-

3 Art. 23 Satz 1 GG erstreckt den Geltungsbereich des Grundgesetzes auf das Gebiet des Landes Groß-Berlin (vgl. auch Art. 1 der Verfassung von Berlin vom 1. September 1950). Den Vorbehalten der Besatzungsmächte entsprach Art. 144 Absatz 2 GG, „soweit die Anwendung dieses Grundgesetzes in einem der in Artikel 23 aufgeführten Länder oder in einem Teil dieser Länder Beschränkungen unterliegt". Vgl. auch BVerfG 1,70 – Grundrechtsregelung in Berlin (Urteil vom 25. Oktober 1951, S. 70–73).

4 1948/49 erste Berlin-Blockade der Sowjetunion. – Am 10. Januar 1959 forderte die Sowjetunion die Einberufung einer Friedenskonferenz und legte der Bundesrepublik und der DDR den Entwurf für einen Friedensvertrag vor. – Vgl. auch Nr. 18 Anm. 82.

len wir das aufgeben? Wenn der Bundeskanzler dieser Meinung ist – er wird den Text noch einmal sehen –, dann wird man darüber vielleicht noch einmal sprechen müssen, und dann muß er entscheiden als Parteivorsitzender. Ich denke, wir als Vorstand ...

Kohl: Das Verfahren ist so aber nicht. Das wollen wir festhalten, aus Gründen des Parteiverständnisses. Es gibt hier keine Richtlinienkompetenz. Wir sind Freie unter Freien.

Gradl: Unter den jetzigen Umständen ist das eine minimale Position, die die Berliner bezogen haben. Ich bitte Sie, daran festzuhalten. Es ist besser, wir nehmen es auf, als daß wir es jetzt streichen, nachdem doch bekannt ist, daß es drin war. Dann kommt es auf dem Berliner Parteitag sowieso. Inzwischen haben wir den Ärger, daß wir als Leute erscheinen, die in einer sehr kritischen Phase ihre Position zurückgesteckt haben.

Kohl: Es ist wirklich ungewöhnlich schwierig bei dieser Sache, gegen Ihre Position zu argumentieren, Herr Kollege Gradl.

Ich mache es sonst nicht bei einem Diskussionsbeitrag, daß ich mich vorher absichere. Aber es ist eine ganz unangenehme Situation; das muß man sagen. Es geht uns bei dem ganzen Programm nicht so, wie gerade an diesem Punkt.

Ich muß ganz offen sagen: Dieses Berlin-Bekenntnis nimmt uns eben – ich befinde mich da im Gegensatz zu Ihrer Meinung – ein Großteil der deutschen Bevölkerung so nicht ab. Was die Leute uns abnehmen – wenn ich das richtig sehe; übrigens auch in Berlin –, ist nicht ein Bekenntnis, das auf dem Papier steht, sondern das sind bestimmte praktische Taten, die wir da ermöglichen.

Ich möchte aus diesem Grunde beantragen, daß wir zur alten Formulierung der Ziffer 5 zurückkehren, daß wir allerdings den Satz über das Stimmrecht aus der ursprünglichen Berliner Vorlage übernehmen. Ich glaube, daß diese Fassung glücklicher formuliert ist. Hier in dem Aktionsprogramm beginnt der Satz mit den Worten: „Die Berliner", und er endet dann mit dem Wort „auszustatten". In der Berliner Vorlage heißt es wörtlich: „Solange es nicht möglich ist, die Berliner Bundestagsabgeordneten mit vollem Stimmrecht auszustatten, sollten sie wenigstens vom Volk direkt gewählt werden."

Mir scheint dieser Satz glücklicher gewählt. Ich bin dafür, daß wir diesen Satz halten, weil es gar nicht anders läuft. Was Kraske von Schröder übermittelt hat, ist ein Argument mit Gewicht. Aber wir stehen in einer taktischen Situation, die man auch sehen muß. Ich würde also bitten, daß wir uns jetzt für die eine oder andere Form entscheiden.

Heck: Ich meine auch, daß wir uns jetzt einfach für die eine oder andere Form entscheiden müssen.

Die erste Frage, die jetzt entschieden werden muß, ist folgende: Soll der Satz „Berlin ist und bleibt die Hauptstadt Deutschlands" so stehenbleiben?

Kohl: Es stehen jetzt zwei Anträge im Raum.

Heck: Ich weiß schon, ich komme darauf zurück.

Kohl: Das steht hier nämlich nicht drin.

Heck: Natürlich, das steht hier nicht drin. Ich meine trotzdem, daß wir zunächst einmal die einzelnen Punkte noch einmal kurz anvisieren müssen, um festzustellen, wie man darüber denkt.

Kohl: Diese Abstimmung ist nicht ohne Peinlichkeit.

Heck: Ich weiß es auch. Aber daran können wir ja nicht vorbei.

Von Weizsäcker: Darf ich einen Vorschlag machen? Die ersten zwei Sätze der alten Fassung sehe ich als eine gute Einleitung an. Ich finde es besser, zu sagen: „Das freie Berlin ist ein Land der Bundesrepublik."

In der neuen Fassung, die Herr Gradl soeben vorgelesen hat, lautet der letzte Satz des zweiten Absatzes: „Wir weisen jeden Versuch zurück, die in zwei Jahrzehnten gewachsene politische und wirtschaftliche Verbindung West-Berlins mit der Bundesrepublik zu schwächen."

Diesen Satz könnte man auch dann an die alte Ziffer 5 anfügen, wenn man sich im übrigen für die alte Ziffer 5 ausspricht. Dieser Satz sollte nicht gestrichen werden.

Dann das, was Herr Kohl auch schon gesagt hat: Die Formulierung in bezug auf die direkte Wahl ist sicher im neuen Text, der der alten Berliner Fassung entspricht, glücklicher als in der Ziffer 5 der Vorstandsvorlage.

So bleibt nach meiner Vorstellung nur noch die Frage übrig, wie wir es mit dem allerersten Satz – mit der Aussage über die Hauptstadt – halten wollen. Alles andere ist nicht problematisch.

Lücke: Ich schlage vor, daß wir den ersten Satz „Berlin ist und bleibt die Hauptstadt Deutschlands" belassen und die anderen Sätze anfügen. Mit dem Satz „Das freie Berlin ist ein Land der Bundesrepublik" kommen wir der verfassungsrechtlichen Situation entgegen, ohne uns hier festzulegen. Wir bleiben bei der politischen Aussage: „Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands". Das scheint mir das wichtigste Argument zu sein; Herr Gradl hat das ja vorgetragen.

Lemke: Ich wollte genau dasselbe sagen. Wichtig ist: Das ganze Berlin hat Vier-Mächte-Status.

Lemmer: „West-Berlin ist ein Land der Bundesrepublik".

Lücke: Als erstes also der Satz: „Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands". Dann käme der Satz: „Das freie Berlin ist ein Land der Bundesrepublik".

Von Weizsäcker: Ich würde dann, wenn wir uns auf dieser Linie einigen wollen, vorschlagen zu sagen: „Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands. Das freie Berlin ist ein Land der Bundesrepublik. Berlin hat zugleich Vier-Mächte-Status."

Dann kommt die Sache mit der direkten Wahl und das, was wir vorhin besprochen haben. Ich finde tatsächlich, daß die Aussage „Berlin ist die Hauptstadt" weniger problematisch ist als die andere „Berlin ist und bleibt die Hauptstadt".

Heck: Das Ganze würde dann etwa so lauten: „Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands. Das freie Berlin ist ein Land der Bundesrepublik. Berlin hat zugleich Vier-Mächte-Status. Solange es nicht möglich [ist], die Berliner Bundestagsabgeordneten mit vollem Stimmrecht auszustatten, sollten sie wenigstens vom Volk direkt gewählt werden. Solange Berlin gespalten ist, müssen die Bundesrepublik und die alliierten Schutzmächte alles tun, um die Freiheit West-Berlins, sein demokratisches Leben und seine wirtschaftliche Leistungskraft zu gewährleisten. Wir weisen jeden Versuch zurück, die

in zwei Jahrzehnten gewachsene politische und wirtschaftliche Verbindung West-Berlins mit der Bundesrepublik zu schwächen." So habe ich den Vorschlag verstanden.

Von Weizsäcker: Ich würde das Wort „wenigstens" streichen.

Gradl: Jetzt geht es in die Philologie. Dieses „wenigstens" bringt zum Ausdruck, wie wenig man da in Wirklichkeit verlangt. (*Zuruf:* Unsere Ohnmacht!)

Von Weizsäcker: Das Gefühl der Ohnmacht sollte man nicht in dieser Weise reinschreiben.

Schwarzhaupt: Ich halte es logisch für notwendig. Wenn wir es streichen heißt das: Wenn es mal möglich ist, sie mit vollem Stimmrecht auszustatten, müssen sie nicht vom Volk gewählt werden.

Gradl: Mit dem anderen, was hier vorgeschlagen ist, kann man jetzt wohl einig sein, obwohl ich nicht verstehe, warum die CDU nicht sagen soll: Wir werden eine entsprechende Berlin-Politik stützen und fördern.

Lemke: Das ist doch unser Programm.

Gradl: Also da kann man sagen: Es liegt da mit drin. Da stecke ich zurück.

Nicht dagegen stecke ich zurück bei dem Beharren auf dem „bleibt". Verehrte Freunde, das ist doch auch eine Willensbekundung nach draußen. Deswegen sollte man sagen: „bleibt".

Lemmer: Da bin ich ganz entgegengesetzter Meinung. Das Wort „ist" ist eindrucksvoller. Also entschuldigen Sie, daß ich da anderer Meinung bin.

Heck: Ich halte den Satz mit „ist und bleibt" einfach nicht für möglich. Wenn man sagt: „Berlin ist die Hauptstadt", geht man davon aus: Für uns ist Deutschland als Ganzes noch eine Wirklichkeit; Berlin ist diese Hauptstadt. – Aber Herr Gradl hat das Wort; er muß noch fertig begründen können.

Gradl: Ich bin nicht störrig. Wenn Sie unbedingt dieses Wort „bleibt" nicht haben wollen – in Gottes Namen!

Heck: Dann können wir es also bei dem belassen, mit der Ausnahme, daß das Wörtchen „wenigstens" gestrichen wird. (*Zurufe:* Nein!)

Rathke: Darf ich darauf hinweisen, daß das Wort „wenigstens" ein Berolinismus sein könnte. Wenn man sagen würde: „zumindest", würde es nicht ganz so jämmerlich klingen.

Gradl: Einverstanden! Jetzt heißt es also: „Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands. Das freie Berlin ist ein Land der Bundesrepublik. Berlin hat zugleich Vier-Mächte-Status. Wir bekennen uns zur Präsenz der Bundesrepublik in Berlin." Dieser letzte Satz soll doch wohl bleiben?

Stingl: Der ist überflüssig.

Kraske: Wenn wir sagen: „ist ein Land der Bundesrepublik", dann müssen wir dort doch präsent sein. Dann brauchen wir nichts über die Präsenz zu sagen.

Schmücker: Sie schwächen Ihre eigene Aussage ab.

Heck: Es heißt ja auch ausdrücklich: „Wir weisen jeden Versuch zurück."

Gradl: Dem Argument, daß es eine Wiederholung ist, beuge ich mich. Dann würde also der Satz: „Wir bekennen uns ..." gestrichen. Dann kommt der Satz mit dem Stimmrecht, wobei „wenigstens" durch „mindestens" ersetzt wird.

Heck: Dann geht es hier weiter: „Während Berlin gespalten ist, müssen die Bundesrepublik und die alliierten Schutzmächte alles tun, um die Freiheit West-Berlins, sein demokratisches Leben und seine wirtschaftliche Leistungskraft zu gewährleisten."

Dann kommt als letzter Satz: „Wir weisen jeden Versuch zurück, die in zwei Jahrzehnten gewachsene politische und wirtschaftliche Verbindung West-Berlins mit der Bundesrepublik zu schwächen." – Können wir so sagen? (*Zustimmung.*) – Also einverstanden.

Ziffer 27

Meyers: Für die Ziffer 27 schlagen wir folgende Fassung vor. Der Absatz 1 soll wie bisher lauten: „Unsere Rechtspolitik dient dem sozialen Rechtsstaat. Eine umfassende Justizreform muß für alle ordentlichen Gerichte den dreistufigen Aufbau durchführen, die Verfahren straffen und ihren beschleunigten Abschluß gewährleisten."

Frau Schwarzhaupt hatte dazu noch eine besondere Bitte, nämlich einzufügen: „Insbesondere die Revisionsinstanz bedarf einer Umgestaltung, welche ihre Gerichte in den Stand setzt, ihre Aufgabe als oberste Bundesgerichte zu erfüllen." Dann haben wir uns gesagt, es darf nicht direkt mit dem Strafrecht anfangen, sondern es muß etwas über die Richter gesagt werden. Der Absatz 2 soll also lauten: „Die Unabhängigkeit des Richters ist zu stärken. Das Richteramt darf nur erfahrenen Persönlichkeiten anvertraut werden und soll mehr als bisher bewährten Vertretern anderer Berufe – insbesondere Staatsanwälten und Rechtsanwälten – zugänglich sein."

Schmücker: Warum sagen Sie „andere Berufe"?

Meyers: Das sind ja keine Richterberufe.

Kraske: Man denkt aber sofort an die Laienrichter.

Meyers: Gemäß der Meinungsäußerung des Kreises haben wir dann den Satz: „Die Berufung in das Richteramt soll ... erfolgen." gestrichen.

Dann soll der frühere Absatz 2 kommen: „Ein neues Strafrecht muß der Gesellschaft größtmöglichen Schutz vor Verbrechen gewähren; die Gebote der Sittlichkeit verpflichten das einzelne Gewissen," – jetzt kommt eine sprachliche Verbesserung gegenüber dem Urtext – „bedürfen aber nicht immer des strafrechtlichen Schutzes."

Dann haben wir versucht, das Ergebnis der Diskussion von vorhin hier niederzulegen, indem wir sagen: „In Rechtsprechung und Strafvollzug sind Bürgerrecht und Menschenwürde des Angeschuldigten, des Angeklagten und des Verurteilten zu achten." (*Zuruf:* Des Zeugen?!) „Im Strafvollzug sind die gesellschaftlichen Wiedereingliederungen zu fördern und die Rückfallgefahr zu mindern."

Kohl: Und wo ist die Untersuchungshaft geblieben?

Meyers: „Ein neues Strafrecht muß der Gesellschaft größtmöglichen Schutz vor Verbrechen gewähren". Die Untersuchungshaft ist ein Teil des Strafprozeßrechts. (*Zurufe.*) Entschuldigen Sie, Herr Kohl, was ich eben sagte, war Ziffer 5. Hier sollte es heißen:

„Ein neues Strafprozeßrecht muß die Dauer der Untersuchungshaft begrenzen und Fristen für die Anklageerhebung setzen."

Das ist also Abschnitt 5. Sollen wir das hier reinbringen? (*Kohl:* Ja!)

Heck: Wir müssen einen Absatz nach dem anderen diskutieren. Den ersten Abschnitt haben Sie also belassen. Dazu hat nur Frau Schwarzhaupt folgende Ergänzung vorgeschlagen: „Insbesondere die Revisionsinstanz bedarf einer Umgestaltung, welche ihre Gerichte in den Stand setzt, ihre Aufgabe als oberste Bundesgerichte zu erfüllen."

Kraske: Wenn wir den Bauern untersagen, etwas vom „vertikalen Verbund" zu schreiben, weil das keiner versteht – obwohl es völlig richtig ist –, können wir dieses Fachchinesisch – mit Verlaub – einfach nicht akzeptieren. Ich glaube, das wendet sich wirklich an das Verständnis einer ganz kleinen Sachverständigenminderheit. Das klingt zu detailliert.

Meyers: Ich habe mir überlegt, ob das nicht in dem Obersatz „die Verfahren straffen und ihren beschleunigten Abschluß gewährleisten" drin ist.

Von Weizsäcker: Ob es noch etwas verständlicher ausgedrückt werden kann, ist eine Redaktionsfrage. Die Fachaussage an dieser Stelle wendet sich notwendigerweise an ein fachlich vorgebildetes Publikum. Man kann nicht für alle Bereiche denselben Grad von Verständlichkeit verlangen, wohl aber darf man für das ganze Programm dasselbe Ausmaß von Konkretisierung verlangen. Ich finde das Bedürfnis nach Konkretisierung, was hinter dem Vorschlag von Herrn Meyers steckt, gut. Es wird uns in diesem doch recht wichtigen Stand der Diskussion viel mehr positives Echo eintragen, als wenn wir aus Gründen der Verständlichkeit die Konkretisierung überstreichen. Ich bin dafür, daß wir es lassen. Das einzig schwierige Wort ist die Revisionsinstanz. Das weiß natürlich der Laie nicht, was das ist. Aber das muß drinbleiben.

Heck: „Bedarf einer Umgestaltung" ist schlecht. Es sollte besser heißen: „Muß so umgestaltet werden".

Schwarzhaupt: Sagen wir doch: „Dazu ist insbesondere eine Umgestaltung der Revisionsinstanz erforderlich." Natürlich verstehen das nur diejenigen, die Prozesse bis zum Bundesarbeitsgericht oder zum Bundessozialgericht durchzufechten haben. Aber die verstehen es, nicht nur die Juristen.

Heck: „Dazu muß die Revisionsinstanz umgestaltet werden" halte ich für besser.

Stingl: Wie soll es praktisch aussehen, was soll erreicht werden?

Schwarzhaupt: In bezug auf die Revisionsinstanz müßten die Zuständigkeiten begrenzt werden.

Stingl: Dann heißt es einfach: „Die Revisionsmöglichkeiten müßten eingeschränkt werden."

Meyers: Das Problem ist aber komplexer.

Stingl: Man könnte doch sagen „Die Revisionsinstanzen müßten entlastet werden".

Meyers: Einverstanden! Also sagen wir: „... insbesondere müssen die Revisionsgerichte entlastet werden".

Heck: Der erste Absatz ist also jetzt in dieser Fassung angenommen. – (*Zustimmung.*) – Dann der zweite Absatz!

Meyers: Eine große Bewegung ist unter den Richtern; wir müssen über das Thema etwas aussagen. Sie behaupten teilweise, sie seien nicht unabhängig. Ob das zu Recht oder zu Unrecht gesagt wird, wollen wir dahingestellt sein lassen. Es soll also gesagt werden: „Die Unabhängigkeit des Richters ist zu stärken. Das Richteramt soll nur erfahrenen Persönlichkeiten anvertraut werden. Es soll mehr als bisher bewährten Vertretern anderer juristischer Berufe" – wenn Sie wollen – „insbesondere Staatsanwälten und Rechtsanwälten zugänglich sein."

Lücke: Der Satz verwirrt!

Heck: Das heißt, die Richter seien heute nicht unabhängig. Entweder sind die Richter unabhängig, oder sie sind nicht unabhängig. Aber „stärker unabhängig" geht nicht.

Kraske: Ist das eine Forderung auf höheres Gehalt?

Meyers: Das ist bei allen Forderungen von Beamten, Richtern und ähnlichen Kategorien nicht ganz zu trennen. In der Ideologie hat es mit Geld nichts zu tun. In der Praxis läuft das immer auf Besoldungserhöhung hinaus.

Heck: Es ist offensichtlich so, daß bei den Richtern das Bedürfnis vorhanden ist, daß man ihnen bestätigt, sie müßten unabhängiger werden, als sie sind. Das ist die verschämte Umschreibung dafür, daß sie mehr Gehalt bekommen.

Meyers: Also das behaupte ich. Es hängt natürlich daran, daß die Richter sagen: Wir sind praktisch von der Bürokratie der Justizministerien abhängig. Da ist ein Ansatz für uns, zu sagen: Die Unabhängigkeit der Richter ist zu stärken. Wie das im einzelnen gemacht wird, sollen die Fachgremien ausarbeiten. Das brauchen wir hier nicht zu sagen.

Lemke: Das kann man wirklich stehenlassen. Aber die Rechtsanwälte und Staatsanwälte würde ich rauslassen.

Meyers: Es kommt ja erst der Zwischensatz: „Das Richteramt darf nur erfahrenen Persönlichkeiten anvertraut werden." Das heißt: Es soll nicht der junge Assessor in entscheidenden Mordsachen herumagieren.

Heck: Sie würden also vorschlagen: „Die Unabhängigkeit der Richter ist zu stärken. Das Richteramt darf nur erfahrenen Persönlichkeiten anvertraut werden."

Schmücker: Was machen die, bis sie erfahren sind?

Meyers: Das ist ja in dem dritten Satz gesagt: Es sollen andere Herren gezogen werden. Die sollen erst mal Rechtsanwälte oder Staatsanwälte werden. Das hat schon einen logischen Zusammenhang.

Heck: Den dritten Satz muß man gleich so konkret formulieren: Es müssen auch andere, insbesondere ...

Schmücker: Das muß nach meiner Meinung weg.

Heck: Ich würde sagen: andere Juristen. Aber da kommen wir wirklich in die Feinmechanik hinein. Wenn wir an einem Punkt die Dinge so ausfeilen, dann können wir das ganze Programm noch einmal überarbeiten. Wir können uns da keinen Stilbruch erlauben, nur weil hier so viele Juristen versammelt sind.

Lemke: Das ist die einzige Bestimmung, wo wir uns mit der Justiz beschäftigen. Hier gibt es nun einmal die Wünsche und auch die Querelen. Bitte, lassen Sie die paar Sätze stehen, sonst sagt es den Richtern nichts.

Meyers: Ich würde also die drei Sätze stehenlassen: „Die Unabhängigkeit des Richters ist zu stärken. Das Richteramt darf nur erfahrenen Persönlichkeiten anvertraut werden." (*Zurufe:* Hier Schluß machen!) – Gut, dann lassen Sie das andere. Dann steht das damit drin, daß man erfahrene Persönlichkeiten aus anderen Berufen holen muß.

Von Weizsäcker: Ich finde es wirklich besser, wenn der Satz drin bleibt. Er ist im übrigen auch ein Beitrag zu dem allgemeinen Problem der größeren Mobilität, die wir brauchen. Er sagt selbst den Juristen nicht genug. Wir brauchen uns hier nicht über die Formulierung dieses dritten Satzes zu einigen. Aber daß in dem dritten Satz etwas über die Mobilität in den juristischen Berufen gesagt wird, finde ich richtig, und das hat prinzipielle Bedeutung.

Meyers: Ich habe gewollt, daß wir in diesen Justizteil moderne Gedanken reinbringen, die uns auch zeitoffen zeigen.

Schwarzhaupt: Die „Befähigung zum Richteramt" muß hinein; sonst ist das Ganze nämlich zu modern, sonst kommen wir zum Volksrichter.

Meyers: Der dritte Absatz entspricht also dem früheren zweiten Absatz; er ist nur im zweiten Halbsatz etwas verändert und lautet: „Ein neues Strafrecht muß der Gesellschaft größtmöglichen Schutz vor Verbrechen gewähren; die Gebote der Sittlichkeit verpflichten das einzelne Gewissen, bedürfen aber nicht immer des strafrechtlichen Schutzes."

Dann der vierte Absatz: „In Rechtsprechung und Strafvollzug sind Bürgerrecht und Menschenwürde" – jetzt müssen wir leider drei Begriffe gebrauchen, die juristisch einwandfrei sind – „des Angeschuldigten, des Angeklagten und des Verurteilten zu achten. Der Strafvollzug hat die gesellschaftliche Wiedereingliederung zu fördern und die Rückfallgefahr zu mindern."

Wir haben das gegenüber dem ursprünglichen Text umgestellt. Dann der fünfte Absatz: „Ein neues Strafprozeßrecht muß die Dauer der Untersuchungshaft begrenzen und Fristen für die Anklageerhebung setzen."

Stingl: Wo bleibt die Wiederholungsgefahr?

Meyers: Es heißt doch: ein neues Strafprozeßrecht!

Stingl: Und das soll nicht gesagt werden?

Meyers: Lieber Stingl, Sie können doch nicht eine kleine Strafrechtsreform mit unseren Stimmen machen und jetzt in unserem Programm wieder die Aufhebung fordern, (*Stingl:* Ja, wenn wir klüger werden!) ohne daß wir es in der Praxis bis zu Wahl machen können. Lassen Sie es doch so stehen.

Stingl: Das ist doch ein Programm für die siebziger Jahre, nicht für die nächste Wahl.

Heck: Ich glaube das, was hier bezüglich der Absätze 2, 3, 4 und 5 vorgetragen worden ist, kann so akzeptiert werden. Die Sache, welche Sparten noch Richter werden sollen, bitte ich noch einmal zu überlegen. Ich mache darauf aufmerksam, daß das der einzige Punkt ist, wo wir derart ins Detail gehen.

Kohl: Das ist kein Schaden.

Stingl: Man soll doch etwas von der Durchlässigkeit und der Mobilität sagen.

Schwarzhaupt: Zu dem Strafprozeßrecht noch etwas! Wenn wir da nur sagen: Begrenzung der Untersuchungshaft und Fristen für die Anklageerhebung, sagen wir nur Dinge zugunsten des Angeklagten. Wir sagen aber nichts zum Schutz der Gesellschaft. Es werden im Augenblick in der Öffentlichkeit gegen das Strafprozeßrecht sehr viele Einwendungen unter dem Gesichtspunkt des Schutzes der Gesellschaft erhoben. Deswegen sollten wir einen weiteren Punkt – Wiedereinführung der Wiederholungsgefahr als Haftgrund – aufnehmen, damit das nicht einseitig nur auf den Schutz des Angeklagten hinausläuft. (*Stingl:* Jawohl!)

Kraske: In dem vorhergehenden Absatz geht es nur um den Schutz der Gesellschaft vor Verbrechen. So genau, was hier Strafrecht und Strafprozeßrecht ist, unterscheiden die Leute, die Sie jetzt im Auge haben, nicht. Die wissen nur: Anklage und Verbrechen, beides kommt vor. Ich finde, daß das wirklich eine ausgewogene Sache ist. Man kann jetzt nicht, nachdem gerade das Gesetz verabschiedet ist[5], so pauschal die Wiederholungsgefahr hereinbringen. Da kann ich mich nur dem anschließen, was Herr Meyers gesagt hat.

Schwarzhaupt: Ich gebe mich geschlagen – ungern!

Filbinger: Wir machen hier ein politisches Aktionsprogramm. Wenn wir hier ganz allgemein das Schutzobjekt ansprechen, dann sagt jeder: Die CDU hat mal wieder schöne Ideale dargestellt. Aber wenn ich eine konkrete rechtspolitische Aktion auslösen will wie die Wiedereinführung der Wiederholungsgefahr als Haftgrund, dann muß ich sagen, was ich will. Wenn wir das Petitum bejahen, dann müssen wir es auch nennen. Dann haben wir die Möglichkeit, das Gesetz zu novellieren. Ich wäre dafür, die Wiederholungsgefahr aufzunehmen.

Lemmer: Als ausgesprochener juristischer Laie möchte ich politisch dringend davor warnen, die Wiederholungsgefahr wieder aufzunehmen. Sie dürfen nicht nur an die jetzige Situation denken. Sie wissen nicht, wem die Macht in diesem Staat einmal ausgeliefert ist. Der Begriff der Wiederholungsgefahr ist so verwaschen, daß er sich geradezu als Handwerkszeug für Diktaturen eignet. Ich möchte also ganz dringend davor warnen; ich spreche rein politisch.

Filbinger: Entschuldigen Sie, Freund Lemmer, ich spreche auch rein politisch und sage: Wir machen ein Aktionsprogramm für diesen unseren Staat. So soll der Staat sein. Wenn der Staat richtig funktioniert, kommt das andere, was Sie befürchten, überhaupt nicht.

Kohl: Ich bin schlicht und einfach dagegen. Der Zeitablauf seit der Verabschiedung des betreffenden Gesetzes reicht noch nicht aus, um jetzt das Urteil zu fällen, den Kurs völlig herumzuwerfen. Ich bin hier auch ganz anderer Meinung. In diesem Staat wird nach meinem Dafürhalten auch heute noch zu viel und zu schnell verhaftet. Davon bin ich felsenfest überzeugt. (*Zuruf.*) Ich kann nur sagen, dies ist mein Eindruck, meine

5 Annahme des „Ersten und Zweiten Gesetzes zur Reform des Strafrechts" am 9. Mai 1968 durch den Bundestag, vgl. Sten.Ber. 5. WP 32. Sitzung S. 12827–12865. – „Erstes Gesetz zur Reform des Strafrechts" vom 25. Juni 1969, BGBl 1969 I S. 645 und „Zweites Gesetz" vom 4. Juli 1969, BGBl 1969 I S. 717.

Meinung. Wenn wir nach dem Ablauf einer bestimmten Zeit zu der Erkenntnis kommen, daß wir das Gesetz novellieren wollen, dann brauchen wir das nicht im Aktionsprogramm zu haben. Die Generalklausel, die Meyers vorgetragen hat, deckt jederzeit eine Aktivität der Partei. Wie stehen denn unsere Leute hier im Hause da, wenn wir das jetzt noch einmal reinschreiben. Sie haben das ja mitbetrieben und haben aber gar keine Gelegenheit, hier dazu Stellung zu nehmen. Wir können nicht innerhalb von 20 Minuten einen erheblichen Kurswechsel in der Rechtspolitik der CDU beschließen. Ich habe also die allergrößten Bedenken.

Ich glaube auch nicht, daß die berechtigten Einzelbeispiele, die man anführen kann, auf die jetzige Formulierung zurückzuführen sind. Das liegt an ganz anderen Dingen, z. B. daran, inwieweit die Richter ihre Pflicht und Schuldigkeit tun. Generell habe ich den Eindruck, daß wir in Deutschland hier an einem Punkte sind, wo der Obrigkeitsstaat noch aus jeder Ritze der Tür herausschaut. Die Generalklausel, die Meyers vorgetragen hat, entspricht meiner Vorstellung von einem Rechtsstaat und seiner Entwicklung in den siebziger Jahren mehr als das, was wir zur Zeit in Deutschland haben. Was Lemmer soeben gesagt hat, braucht man zwar nicht pauschal zu akzeptieren. Aber dieser Punkt steckt einer ganzen Generation bei uns noch in den Knochen.

Heck: Da genügend Juristen anwesend sind und gerade noch einer dazukommt, können wir diese Debatte noch eine Stunde fortsetzen. Aber ich bin der Meinung, wir sollten damit langsam zum Schluß und zu einer Entscheidung kommen.

Schwarzhaupt: Ich möchte einen neuen Formulierungsvorschlag machen. Man könnte sagen: „Ein neues Strafgesetzbuch muß die Bestimmungen über die Dauer und Voraussetzungen der Untersuchungshaft neu regeln und Fristen für die Anklageerhebung setzen."

Mit den „Voraussetzungen der Untersuchungshaft" ist auch eine solche Sache wie die Wiederholungsgefahr mit einbezogen.

Kohl: War das nicht auch im Vorschlag von Meyers drin?

Schwarzhaupt: Nein, hier war nur die Begrenzung der Dauer drin.

Lemke: Meine Freunde, Sie wollen doch mal diesen Staat erben. Seien Sie nicht zu großzügig. Wir haben doch erlebt, daß wir einfach nichts machen konnten, weil wir die Leute, die eingesperrt waren, gleich wieder loslassen mußten. Das hat sich zwar etwas eingespielt. Aber es kann doch wieder kommen.

Heck: Ich finde, das, was wir bei uns für Erfahrungen machen, hängt damit zusammen, daß die Richter bei uns machen, was sie wollen. – Wie soll es also nun lauten?

Meyers: Für den Absatz 5 haben wir zwei Formulierungen. Die eine lautet: „Ein neues Strafprozeßrecht muß die Dauer der Untersuchungshaft begrenzen und Fristen für die Anklageerhebung setzen." Also eine enge Begrenzung.

Schwarzhaupt: Mein Vorschlag wäre: „Ein neues Strafgesetzbuch muß die Voraussetzungen der Dauer der Untersuchungshaft neu regeln und Fristen für die Anklageerhebung setzen."

Heck: Wir stimmen also zunächst über den Vorschlag von Frau Schwarzhaupt ab. Wer ist für diesen Vorschlag? – Vier. Wer ist für den Vorschlag von Dr. Meyers? – Das letzte war die Mehrheit.

Jetzt ist eine Sache noch nicht ganz klar: Welche Sparten von Juristen zum Richteramt zugelassen werden sollen. Soll das hier reinkommen?

Kraske: Ich glaube, das können wir redaktionell machen.

Ziffer 28

Kraske: Darf ich hier vorlesen, wie der letzte Satz lauten soll: „Um der mißbräuchlichen Verwendung demoskopischer Daten zu begegnen, ist gesetzlich festzulegen, daß mit der Publikation von Ergebnissen zugleich die Fragestellung und die Art der Befragung zu veröffentlichen ist."

Stingl: Es sollte ein Wort gesagt werden, daß die Anonymität gewahrt werden muß. Mir ist bekannt, daß demoskopische Institute sich Karteien anlegen, wen sie gefragt haben. Es ist vom EMNID-Institut zugegeben worden, daß für jeden Fragebogen festgestellt werden kann, wer gefragt wird.

Kraske: Das kann man zwar diskutieren, aber das kann man hier nicht reinschreiben.

Heck: Ich stelle also fest, daß wir mit diesem Vorschlag einverstanden sind.

Abschnitt IV

Heck: Wird hier zunächst allgemein das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Ziffer 30

Hierzu hat der Herr Bundeskanzler eine Bemerkung gemacht. Es geht um den Satz: „Neben den christlichen Gemeinschaftsschulen müssen Bekenntnis- und bekenntnisfreie Schulen dort rechtlich und materiell ermöglicht werden, wo Eltern dies in ausreichender Zahl für ihre Kinder wünschen."

Hahn: Ich finde, daß der ursprüngliche Text besser war als der Text, der jetzt hier steht. Er hat gelautet: „Nach dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Eltern soll in der Bundesrepublik die christliche Gemeinschaftsschule im allgemeinen die Regelschule sein. Bekenntnis- und bekenntnisfreie Schulen müssen ..."

Der Bundeskanzler möchte hier also haben, sie sollen als Privatschulen, wenn die Eltern in ausreichender Zahl dies für ihre Kinder wünschen, rechtlich und materiell so ermöglicht werden, daß sie als voll leistungsfähige Schulen geführt werden können.

Heck: Das ist natürlich eine fundamentale Änderung. Darauf mache ich aufmerksam.

Lemke: Ich würde doch lieber bei der zweiten Fassung bleiben. – Aber hier heißt es auch: „Private Schulen, die die staatliche Schulversorgung entlasten, sind wie staatliche Schulen zu fördern." Dazu haben wir auch kein Geld.

Kohl: Das ist ja ein recht interessanter Punkt. Wenn wir zur pluralistischen Gesellschaft ja sagen, dann müssen wir auch zu dem hier ja sagen. Im Augenblick geht es nicht um die Frage des Geldes, sondern um ein Prinzip. Ich bedauere sehr, daß der Bundeskanzler bei dieser Debatte nicht selber anwesend sein kann. Er hat dies in Baden-Württemberg unter etwas anderen Vorzeichen als in anderen Bundesländern als Pro-

blem gehabt.[6] Aber er ist dann durch einen Ortswechsel aus der Problematik etwas herausgenommen worden.

Ich warne dringend davor, die alte Formulierung, wie sie im Grundentwurf enthalten war, beizubehalten. Meine Haltung zur Frage Gemeinschaftsschule und Bekenntnisschule ist ja hinreichend bekannt.[7] Ich habe im Lande genug Prügel bezogen.

Das Problem ist ja im Prinzip auch in den Bundesländern – mit Ausnahme des Saarlandes[8] – gelaufen. Das muß man auch sehen. Es ist kein Problem, das aktuell und von einer großen Bedeutung ist. Aber man muß auch einmal sagen: Die Katholische Kirche befindet sich in dieser Frage in einem Rückzug, der keineswegs mehr als ein geordneter Rückzug zu bezeichnen ist.

Ich bin einverstanden, daß das eingearbeitet wird, was der Bundeskanzler heute gesagt hat. Es steht so nicht drin. An sich ist es natürlich gemeint.

Wenn wir eine Bekenntnisschule haben, muß die im pädagogischen Sinne voll ausgebaut sein. Daneben muß natürlich die Möglichkeit einer voll ausgebauten Gemeinschaftsschule bestehen. Ich bin auch für die Priorität. Die Praxis bringt immer die Priorität der Gemeinschaftsschule.

Ich bin aber strikt dagegen, daß wir das Wort „Regelschule" verwenden. Wer den ganzen Krach während der letzten 1½ Jahre mitgemacht hat und nicht nur darüber geredet hat, sondern auch den Kopf draußen hingehalten hat, der weiß, was wir uns ohne jede Not mit dem Ausdruck „Regelschule" antun. (*Fay:* Es gibt eine Not!) Nein, es gibt keine Not! (*Fay:* Aus meiner Sicht gibt es eine Not!) Entschuldigung, was ist denn für Sie eine Not?

Heck: Wir wollen keinen Dialog machen!

Kohl: Das Problem gibt es bei Ihnen gar nicht. Wir müssen also klarstellen: ein voll ausgebautes Gemeinschaftsschulsystem und eine entsprechende Wahrung des Rechtes der Kinder. Man redet immer so leicht vom Elternrecht. Es gibt auch ein Recht der Kinder auf eine bestmögliche Ausbildung. Wenn das auch gewahrt ist, bin ich dafür, daß man dieses Recht und diese Chance einräumt. Inwieweit das in der Praxis überhaupt noch aktuell wird, ist eine völlig andere Frage. Hier geht es um die Statuierung eines Prinzips.

Fay: Ich muß ankündigen, daß mein Landesverband – das hat man mir gesagt – um diese Frage in Berlin kämpfen wird, und zwar aus ganz prinzipiellen Gründen. Wir haben in Hessen nach unserer Verfassung die Gemeinschaftsschule in der Regel ohne den Zusatz „christlich". Es gehört geradezu zu unseren Zielvorstellungen, aus dieser Gemeinschaftsschule eine christliche zu machen. Mittlerweile sind wir mit den Bischöfen

6 Kiesinger war ein unbeugsamer Verfechter des konfessionellen Elternrechts, was zu einem schweren Konflikt mit dem Koalitionspartner FDP/DVP geführt hatte, der die christliche Gemeinschaftsschule befürwortete. Vgl. dazu Wilhelm HOFMANN, in: ROTHMUND/WIEHN S. 274–278.

7 Kohl trat für die christliche Gemeinschaftsschule ein bei klarem Bekenntnis zum Elternrecht, vgl. KOHL S. 151 f., S. 177 f.

8 Die Hauptschulen im Saarland wurden 1969 in christliche Gemeinschaftsschulen umgewandelt. Vgl. Sten.Ber. Landtag des Saarlands 5. WP 74. Sitzung vom 16. Juli 1969 S. 2031–2042.

einig geworden, daß das die Linie ist, auf der wir uns festlegen. Wir können nicht anders, als daß wir die christliche Gemeinschaftsschule als Regelschule betrachten und die Bekenntnisschule als eine Ausnahme. Würden wir von dem ursprünglichen Entwurf abgehen, dann würde das in der Öffentlichkeit als ein Rückschritt angesehen werden. Herr Kohl, das ist bei uns ein ganz ernstes Problem. Wir liegen da fest.

Ich weiß gar nicht, ob die CDU-Bundespartei sich so eindeutig in einer Frage festlegen soll, die eine Angelegenheit der Länder ist. Sie kann hier, ohne Schaden zu leiden, die Freiheit geben, daß die Länder-CDUen nach ihrer Art das Problem lösen. Es ist nicht notwendig, daß es einheitlich gelöst wird. Wenn die Sache einheitlich gelöst werden soll, dann wird diese Frage in Berlin kontrovers werden.

Herr Kohl hat mir ein Stichwort gegeben. Wir sind dafür, daß die Schülermitverantwortung erweitert wird, weil wir auch das Recht des Kindes verankert haben wollen. Ich kündige das an. Auch das wird ein Punkt werden, um den wir uns in Berlin zu streiten haben, wenn das nicht gleich hier aufgenommen wird.

Schmücker: Herr Kohl hat hier das Saarland erwähnt. Das stimmt natürlich nicht. Es gibt auch andere Gebiete, in denen diese Sache eine sehr große Rolle spielt.

Herr Fay hat schon darauf hingewiesen, daß die christliche Gemeinschaftsschule für diejenigen, die nur eine Gemeinschaftsschule haben, ein Fortschritt ist. Ich persönlich bedauere sehr, daß die beiden Kirchen sich nicht auf „christliche Gemeinschaftsschule" verständigen können, die dann aber auch christliche Gemeinschaftsschule sein sollte. Bei uns in Niedersachsen wird dieses Wort zwar geprägt. Aber an den Pädagogischen Akademien sind die tatsächlichen Verhältnisse so gelagert, daß aus der christlichen Gemeinschaftsschule in sehr kurzer Zeit religionsfreie Gemeinschaftsschulen werden. Es ist keineswegs so, daß wir, wenn wir von „christlicher Gemeinschaftsschule" sprechen, hinter Bekenntnisschule oder hinter das Elternrecht zurückgehen. Wir stellen hier aber eine Forderung auf, die nach meiner Meinung in kurzer Zeit einen neuen Kampfpunkt abgeben kann, nämlich den, den Sie in Hessen schon haben. Darum würde ich es lieber sehen, wenn man beides nebeneinanderstellen würde, also etwa: Christliche Gemeinschaftsschulen und dort, wo die Eltern dies wünschen, Bekenntnis- und bekenntnisfreie Schulen. Das Wort „neben" sollte also wegkommen. Alle drei sollten gleichberechtigt dastehen. Das würde – aus der Betrachtung meiner Gegend gesehen – etwas positiver sein.

Heck: Darf ich eine Bemerkung dazu machen: Ich glaube, wir bleiben bei einem fest, daß wir für das Elternrecht sind.

Fay: Darf ich dazu etwas sagen. Die Evangelische Kirche kennt das Elternrecht gar nicht, sondern die Elternverpflichtung, während die Katholische Kirche vom Elternrecht spricht. Ich bin von einem bestimmten Kreis gebeten worden, auch darauf hinzuweisen. Aber letztlich würde ich gegen die Formulierung, die auslegungsfähig ist, nichts einzuwenden haben. Es ist hier eine sehr große Problematik gegeben. Die Katholiken verstehen unter dem, was in Art. 7 des Grundgesetzes[9] steht, etwas ganz anderes

9 Art. 7 GG regelt das Schulwesen.

als die Evangelische Kirche. Ich habe nichts gegen die Formulierung, möchte nur sagen: So einfach ist es nicht, daß man sagen kann, es wäre eine klar umrissene Sache.

Heck: Ich darf hier nur eines sagen: Ich werde mich sehr deutlich dagegen zu Wort melden, daß eine Partei dekretiert, wie die Schule sein soll. Ich will das nur sagen, damit Klarheit herrscht.

Wir machen hier nicht ein Programm für die Bundespolitik, sondern ein Programm für die gesamte Bundespartei. So kann man nicht operieren, daß man sagt: Bei uns in Hessen ist es so, und wo anders ist es anders. Dann könnte genausogut einer sagen: Bei uns sind die Verhältnisse anders, also muß das zum Maßstab der Bundespolitik gemacht werden. Ich finde, wir müssen eine Formulierung finden, mit der die verschiedenen Verhältnisse unter ein Dach gebracht werden können.

Hahn: Mit Sicherheit deckt der neue Vorschlag nicht die Situation in allen Bundesländern. Er deckt beispielsweise unter keinen Umständen die Situation in Baden-Württemberg, auch nicht die in Bayern. Die Geschichte ist längst darüber hinweggegangen. Sie ist in Richtung der Gemeinschaftsschule darüber hinweggegangen. Wir können zwar das Elternrecht deklarieren, und zwar im Sinne katholischer Auffassung, nämlich daß man die Schulform wählen kann. Aber faktisch geht die Elternüberzeugung in der überwiegenden Zahl der Fälle in Richtung auf die christliche Gemeinschaftsschule. Wir haben in Baden-Württemberg mit den meisten Stimmen der CDU einen bestimmten Verfassungsartikel umgewandelt.[10] Wir können nun unmöglich dahinter zurückgehen. Aufgrund dessen, was hier gefordert wird, müßten wir zugestehen, daß neben den öffentlichen Schulen – d. h. auch als öffentliche Schulen – auf Wunsch der Eltern öffentliche Konfessionsschulen wieder eingerichtet werden können. Das wäre eine völlig unmögliche Sache für uns. Diese Fassung können wir unter gar keinen Umständen akzeptieren. (*Kohl:* „Müssen" durch „können" austauschen!)

Schwarzhaupt: Die alte Fassung, die wir einmal hatten, mit dem Wort „Regelschule" ist in der Öffentlichkeit durchaus bejaht worden.

Heck: Sehr unterschiedlich! Ich habe wegen der Regelschule Prügel wie selten bezogen!

Schwarzhaupt: In der Presse hat man jedenfalls Positives über den fortschrittlichen Geist der CDU gelesen.

Heck: Aber nicht wegen der Regelschule, sondern wegen der christlichen Gemeinschaftsschule.

Schwarzhaupt: Aber doch wegen der Betonung der christlichen Gemeinschaftsschule. Wenn wir jetzt eine Fassung bringen, die dahinter ganz evident zurückbleibt, dann haben wir die Wirkung, die wir vorhin bei anderen Formulierungen vermeiden wollten.

Kohl: Ich würde vorschlagen, daß wir das Wort „müssen" durch das Wort „können" ersetzen. Damit ist dann die Gemeinschaftsschule mit einer Präferenz versehen, obwohl

10 Am 8. Februar 1967 hatte der Landtag von Baden-Württemberg mit 89 gegen 21 Stimmen die Änderung des Schulgesetzes beschlossen. Es sah vor, daß die christliche Gemeinschaftsschule die einzige Form der öffentlichen Volksschule sein sollte. Vgl. Sten.Ber. Landtag Baden-Württemberg 4. WP 83. Sitzung S. 4427–4445.

es nicht die Regelschule im Sinne des Wortes ist. Zugleich ist damit auch die Situation von Baden-Württemberg abgedeckt. Das Ganze ist doch eine Generalklausel für die Bundesrepublik. Wir können doch unmöglich bei dem zersplitterten Schulrecht alles, was in jeder Ecke der Bundesrepublik sich ergeben hat, hier einfangen.

Heck: Zunächst darf ich Herrn Professor Hahn darauf aufmerksam machen, daß es völlig sinnlos wäre, zu sagen: „Neben den christlichen Gemeinschaftsschulen müssen Bekenntnis- und bekenntnisfreie Schulen materiell ermöglicht werden", wenn sie die staatliche Konfessionsschule damit ansprechen wollen. Das wäre eine völlig sinnlose Aussage.

Hahn: Herr Kohl möchte, daß Sie auch als öffentliche Schulen errichtet werden können.

Kohl: Moment, ich will es nicht machen; damit wir uns nicht falsch verstehen. Ich will es überhaupt nicht machen.

Schmücker: Ich bitte, die Auswirkung dieser Formulierung nicht zu unterschätzen. Ich sage Ihnen: Für den Bereich Westfalen und der Nordwestecke wird uns eine Präferenz, wenn sie hier ausgesprochen wird, etwa 15 bis 20 % der Stimmen kosten. Ich weiß genau, wie die Lage ist. Ich bin ein Anhänger der christlichen Gemeinschaftsschule. Die Konkordatslage in Niedersachsen ist so, daß die Umwandlung auch von einer Konfessionsschule in eine christliche Gemeinschaftsschule nur nach Mehrheitsbeschluß der Eltern erfolgen kann. Es ist keineswegs so, daß die Sozialdemokraten, die dieses Konkordat geschlossen haben, etwa der christlichen Gemeinschaftsschule à tout prix den Vorrang gewährt hätten. Sie haben in dem Konkordat festgelegt, daß eine Umwandlung erst mit der entsprechenden Mehrheit erfolgen kann. Ich bitte darum, in der Formulierung die Gleichgewichtigkeit deutlich werden zu lassen.

Heck: Gibt es Bedenken, wenn es heißt „sollen"? (*Lemke:* Können!) Das sagen Sie. Andere sagen: Da machen wir nicht mehr mit. (*Lemke:* Ich bitte doch, das dem einzelnen zu überlassen!) Ich muß jetzt noch einmal deutlich sagen, was ich erlebt habe: Ich bin von den Kirchen – bis zu den höchsten Würdenträgern – ein halbes Jahr lang in der hartnäckigsten Weise verprügelt worden. Wenn Sie den Krach haben wollen, dann sollen Sie ihn haben. Sie müssen nur wissen, daß Sie ihn heraufbeschwören. Das möchte ich mit aller Deutlichkeit sagen.

Fay: Herr Heck, dazu darf ich Ihnen folgendes sagen: Vor 15 Jahren bin ich von meinen Bischöfen verprügelt worden. Die Prügelaktion hat mittlerweile dazu geführt, daß die Bischöfe nicht mehr prügeln, sondern daß sie das kapiert haben. Ich habe im Hessischen Landtag urbi et orbi verkündet: Die hessische CDU ist für die christliche Gemeinschaftsschule als Regelschule. Ich bin nicht exkommuniziert worden. (*Zuruf.*) Moment, lassen Sie mich doch ausreden. Ich will doch nur Herrn Heck die Gewissensnöte nehmen.

Ich habe vorhin schon einmal gesagt: Wir als Bundespartei haben den Grundsatz, daß die Kulturpolitik von den Ländern gemacht wird. Wir als Bundespartei sollten die uns richtig erscheinenden Möglichkeiten den Ländern genehmigen. Das können wir am besten, wenn wir statt „müssen" das Wort „können" setzen, wie es Herr Kohl vorge-

schlagen hat. Dann können die Landesparteien ihr kulturpolitisches Wollen aus dem Angebot der Bundespartei auswählen. Es darf also nicht „müssen" oder „sollen" heißen, sondern es kann nur „können" heißen.

Meyers: Herr Fay ist nicht nur von seinen Bischöfen, sondern auch von der CDU in Nordrhein-Westfalen geprügelt worden, die die Bekenntnisschule als Regelschule in die Verfassung gebracht hat.[11] Das ist ein Problem, das in der CDU mindestens so kontrovers wie die Mitbestimmung ist. Anders als die Mitbestimmung ist das aber Sache der Landesgesetzgeber. Insofern frage ich mich, Herr Fay, warum macht sich die Bundes-CDU diese Schwierigkeit, anstatt generelle Aussagen zur Bildung, Jugend, Kunst und Forschung zu bringen? Die Ausgestaltung könnte man dann im einzelnen den Ländern überlassen.

Ich würde darum folgendes sagen: Der erste Absatz der Ziffer 30 ist vollkommen klar. Von da ab sollte man das Ganze bis zur Ziffer 35 streichen. Die Ziffern 36, 37, 38, 40 und 41 sprechen Dinge an, die die Bundeseinheitlichkeit betreffen. Wenn man das so machen würde, wäre man aus einer Sache heraus, die sonst nur furchtbaren Ärger gibt, ohne daß das zu etwas führt. Die Dinge sind ja in den Ländern längst entschieden.

Heck: Warum wollen wir uns dann in dem Programm über die Hochschulreform äußern? Das ist doch kein Programm für die Bundespolitik, sondern für die Bundespartei, in der es Landesparteien gibt. Wenn wir dazu übergehen zu sagen: Dort, wo es uns nicht paßt oder wo es uns Schwierigkeiten macht, streiken wir, dann müssen Sie aber genau definieren und sagen, wir äußern uns überhaupt nur dort, wo es die Bundespolitik betrifft.

Kohl: Ich muß sagen, wir sitzen hier örtlich genau im richtigen Saal. In diesem Saal wird immer der Standpunkt vertreten, daß die Politik in Bonn die Bundes-CDU angeht und daß die Politik in den Ländern die Länder-CDUen etwas angeht. Ich halte dies für eine der törichtsten Meinungen, die es überhaupt gibt.

Wir sind CDU-Leute, wir sitzen hier als der CDU-Vorstand. Als CDU-Mann fühle ich mich für das, was in Bonn hier geschieht, mindestens genauso verpflichtet und kompetent wie jeder, der in diesem Saal als Fraktionsvorstandsmitglied sitzt. Ich erwarte, daß ein Mitglied des Fraktionsvorstands der CDU/CSU – wenn auch nicht in jedem Detail – ungefähr weiß, was etwa in den Ländern passiert. Bei der Entwicklung dieses Aktionsprogramms hat man haarsträubende Dinge in Kommissionen – bis zur Zentralkommission – und Beispiele von schierer Unkenntnis von Repräsentanten der einzelnen Ebenen beobachten können. Das ist ein Krebsübel der CDU. Das muß geändert werden, wenn sie je eine moderne Partei werden will. Es ist keine Frage der CDU von Nord-

11 Vgl. Hans-Georg KIRCHHOFF: Schulpolitik, in: Peter HÜTTENBERGER (Hg.): Vierzig Jahre. Historische Entschließungen und Perspektiven des Landes Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 1986 S. 129–148. Am 5. März 1968 war als „Schulkompromiß" zwischen CDU und SPD das „Gesetz zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ordnung des Schulwesens im Land Nordrhein-Westfalen, des Schulverwaltungsgesetzes und des Schulfinanzierungsgesetzes" verabschiedet worden. Wortlaut der Verfassungsänderung in: Landtag Nordrhein-Westfalen (Hg.): Kontinuität und Wandel. 40 Jahre Landesverfassung. Düsseldorf 1990 S. 155f.

rhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz oder von Baden-Württemberg, ob man etwas über Ganztagsschulen sagen will. Das ist vielmehr ein tiefgreifender gesellschaftspolitischer Vorgang. Er geht weit über das rein Pädagogische hinaus. Daß Bildung, Jugend, Kunst und Forschung in einer Gesamtschau der Partei gesehen werden müssen, ist ganz klar.

Ich sage noch einmal: Wir können auch aus einem taktischen Grund die Sache nicht anders machen. In dem Urentwurf hat etwas ganz Bestimmtes dringestanden. Wenn wir die Schulgeschichte im Konkreten herausstreichen, dann sagt jeder: Typisch CDU. Da haben sie sich nicht einigen können, deshalb haben sie es gestrichen. – Das ist ja seit vielen Jahren unsere Art, Probleme zu erledigen: die Dinge anzusprechen und sie in einer Kommission zu begraben.

Ich wiederhole also, daß wir das „müssen" durch ein „sollen" ersetzen sollten. Dann hat jeder, was er braucht.

Es geht hier auch nicht um die Frage, wieviel Prügel man einstecken kann. Ich muß bei der Gelegenheit allerdings auch einmal sagen – das haben Sie, Herr Kollege Meyers, ja auch erlebt: wenn man als einzelner Prügel einsteckt, hilft einem kein Mensch. Die Kollegen in Baden-Württemberg und auch wir bei uns haben es erlebt, wie es ist, wenn man in einem Land so etwas macht, wenn man so einen Ritt über den See macht. Man hat damals im Grunde hier in diesem Saal sich die Hände gerieben. Man hat schlaue Reden über die Notwendigkeit gehört, und man hat gesagt: Die machen das eben so! Was habe ich für Konfessionsschulreden aus der Bundeshauptstadt gehört!

Ich beantrage, die Fassung so zu belassen, nur das Wort „müssen" durch das Wort „können" zu ersetzen.

Lemke: Aber auch der Schlußsatz mit den privaten Schulen muß weg.

Heck: Es wird also vorgeschlagen, statt „müssen" nunmehr „können" zu sagen. Bestehen dagegen Bedenken? – Bitte!

Schmücker: Ich muß meinen Antrag in aller Form stellen. Ich bin für die gleichrangige Erwähnung aller Typen. Es sollen christliche Gemeinschaftsschulen und dort, wo Eltern dies für eine ausreichende Zahl ihrer Kinder wünschen, Bekenntnis- oder bekenntnisfreie Schulen eingerichtet werden. Das ist meine Bitte.

Hahn: Ich bin der Meinung, daß Herr Meyers recht hat, nicht Herr Kohl. Die CDU bekennt sich zu der Kulturhoheit der Länder. Die Länder haben verschieden entschieden. Die Frage ist im Grunde ausgestanden, und zwar in den einzelnen Ländern verschieden ausgestanden. Wenn wir hier ein „sollen" aufnehmen, dann bedeutet das doch eine Verpflichtung. Wenn wir das Programm überhaupt ernst nehmen sollen, müssen wir daraus gewisse Konsequenzen ziehen. Keines dieser Länder denkt daran, die Entscheidung, die in den letzten Jahren unter wirklich viel Mühe gefallen ist, zu revidieren.

Fay: Bei „können" stimmt das gar nicht, Herr Hahn. Bei „können" kann jedes Land das machen, was es für richtig hält.

Heck: Herr Professor Hahn, ich muß grundsätzlich widersprechen. Die Bundespartei denkt nicht daran, sich einer Entwicklung in der Hochschulreform zu fügen, bei der jedes Land in eine andere Richtung marschiert. Das werden wir nicht tun, trotz der Länderhoheit.

Hahn: Sie können nichts daran ändern!

Heck: Es geht darum, daß man die Auffassung vertritt: Wenn die Länder in dem Bereich, in dem sie zuständig sind, etwas machen, geht das die Bundespartei gar nichts an. Diesen Grundsatz würde ich unter keinen Umständen bejahen.

Lemke: Ich weiß gar nicht mehr, worüber Sie sich streiten. Nach dem Vorschlag von Herrn Dr. Kohl ist es dem Land überlassen, ob es das so machen will. Wenn es das nicht machen will, dann läßt es es bleiben. Eine furchtbar einfache Geschichte! Bei uns gibt es ja diese ganze Sache gar nicht.

Heck: Ich habe die Frage gestellt, ob Bedenken bestehen, daß man statt „müssen" nunmehr „können" sagt.

Schmücker: Ich muß ausdrücklich auf die Konsequenzen im Rheinland, in Westfalen und bei uns aufmerksam machen.

Da kommen Sie damit nicht durch. Das gibt große Schwierigkeiten. Ich werde eventuell auf dem Parteitag dagegen sprechen. Ich halte das für falsch. Ich halte die christliche Gemeinschaftsschule in vielen Bereichen für eine glatte Illusion. Wie soll das ermöglicht werden, wenn nur 10 % sich um die christliche Lehrunterweisung bemühen. Das ist eine sehr wichtige Sache.

Filbinger: Herr Kollege Schmücker, dann haben Sie doch eine starke Position, auch wenn die Formulierung so aussieht. Dann würden Sie sagen können: Unsere christliche Gemeinschaftsschule ist nur dem Namen – und nicht der Sache nach – christlich. Dann brauchen Sie sich auch nicht zur Priorität der christlichen Gemeinschaftsschule als Regelschule zu bekennen. Dann können Sie sagen: Als Gegenzug gegen eine nur dem Namen nach christliche Gemeinschaftsschule verlangen wir die gleichwertige Installation der Bekenntnisschule im staatlichen Bereich. Ich meine, auch Ihnen könnte es möglich sein, diesen Text noch zu übernehmen. Ich bemühe mich, eine Brücke zu schlagen.

Heck: Ich muß noch einmal auf den ursprünglichen Entwurf zurückgehen. Ich gestehe ganz offen: Diese Diskussion haben wir schon einmal gehabt, und sie verrät nicht gerade sehr viel Verständnis über die eigenen Landesgrenzen hinaus. Ich möchte darauf hinweisen, daß in der ersten Fassung kein Bekenntnis der CDU zur christlichen Gemeinschaftsschule drinsteht, sondern die Feststellung, daß der Mehrheitswille der Eltern entscheidend sein soll. Das ist ein Unterschied. Wenn, dann schauen wir ganz zurück und sagen hier wiederum: Der Mehrheitswille ist entscheidend. Es könnte theoretisch sein, daß beispielsweise in einem Land eine klare Mehrheit wünscht – etwa 90 % –, daß der Staat eine Konfessionsschule einrichtet. Würden Sie dann Nein sagen?

Hahn: Nein! Dann würden die Leute auch entsprechend abstimmen und wählen.

Filbinger: Den Mehrheitswillen der Eltern kann man mit hineinnehmen.

Heck: Wir sind einen Schritt weitergegangen.

Kohl: Ich warne dringend: Um Himmels willen, lassen Sie den Mehrheitswillen draußen. Das ist ein Problem, das sich gar nicht majorisieren läßt. Sie können nur von der pädagogischen Grundstruktur hier operieren und können sagen: Ich brauche – aus dem Recht des Kindes – für die Ausbildung des Kindes aus pädagogischen Gründen eine bestimmte Zahl von Kindern. Sie können bei dem Elternwillen nicht mit einem par-

lamentarischen Mehrheitsbegriff operieren. Das ist ganz unmöglich. Sie können in einer rein katholischen Gegend, wo nur katholische Kinder sind, nicht aufgrund des Mehrheitswillens handeln, es sei denn, der geordnete Schulbetrieb ist nicht gewährleistet, weil die Zahl der Kinder zu klein ist. Aber von der Gewissensentscheidung her ist das eine ungewöhnlich problematische Sache, die Kinder in eine Konfessionsschule des anderen Bekenntnisses hineinpressen zu müssen, weil wir keine Alternative anbieten. Das entzieht sich dem parlamentarischen Mehrheitsbetrieb. Man kann nicht sagen: Bei 51 % müssen die 49 % in die Schule des anderen Bekenntnisses gehen. Die jetzige Formulierung ist, wenn wir das „müssen" durch „können" ersetzen, immer noch die beste. Dann kann jeder für seinen Bereich das daraus machen, was er braucht.

Ich warne vor einem, Herr Kollege Schmücker: Stellen Sie um Himmels willen die Problematik nicht auf die Lehrer ab. Das ist die größte Schwäche der Bekenntnisschule. Das gilt generell, das gilt in hohem Maße für die evangelische und katholische Bekenntnisschule. Da sind zum großen Teil Lehrerpersönlichkeiten, die in der Praxis überhaupt keine praktizierenden Christen ihres Bekenntnisses mehr sind. Wir haben das wirklich durchexerziert, als wir reinrassige katholische und evangelische Pädagogische Hochschulen hatten. Weil einer zufällig den katholischen Taufschein hatte, mußte er in die katholische Lehrerausbildung gehen. Er hat in seiner ganzen Lebensführung, in seiner ganzen Vorstellung mit der Sache überhaupt nichts mehr zu tun gehabt. Das ist in vielen Fällen eine vollkommen verlogene Geschichte gewesen. Gerade an der Bekenntnisschule war es – aus einem bestimmten Punkt heraus – völlig verlogen.

Ich würde also dringend darum bitten – ich beantrage es noch einmal –, die bisherige Formulierung zu belassen, nur das Wort „müssen" durch das Wort „können" zu ersetzen. Dann kann jeder in dieser Geschichte nach seiner Fasson selig werden.

Heck: Ich glaube, das Für und Wider ist ausreichend erörtert. Es ist vorgeschlagen worden, daß Wort „müssen" durch das Wort „können" zu ersetzen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Das erste war die klare Mehrheit.

Zweitens ist vorgeschlagen worden, den letzten Satz zu streichen. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Das letzte war die Mehrheit.

Lemke: Ich würde dann vorschlagen, zu sagen: „die nachweislich die staatliche Schulversorgung entlasten". (*Zuruf:* Aber das ist doch selbstverständlich!) – Es wird ja wohl jede Privatschule behaupten, sie entlaste die öffentliche Schule.

Schmücker: Ich bin in der Minderheit geblieben. Ich möchte ausdrücklich feststellen, daß ich einen Antrag gestellt habe. Herr Kohl, jeder ist der Gefangene seiner Erfahrungen. Meine Erfahrungen liegen eben anders.

Fay: Ich beantrage, einen Satz mit folgender Formulierung hinzuzufügen: „Die Schülermitverantwortung ist zu erweitern."

Das Problem unserer Schule ist weniger die Frage der Bekenntnisschule, der christlichen Gemeinschaftsschule, des Zusammenschlusses der Förderstufe, sondern vielmehr das, wie die Autorität der Schule und die Schüler heute in Einklang zu bringen sind. Die Zeiten des spanischen Rohrstockes sind vorbei. Nur die Partnerschaft kann noch die Lösung bringen. Wieweit man dabei mit der Mitwirkung der Schüler geht, ist eine

andere Frage. Ich möchte nur haben, daß das Thema angesprochen ist und daß wir die Grundtendenz erkennen. Deswegen meine Forderung, zu sagen: Die Schülermitverantwortung soll – oder muß – erweitert werden. Das könnten wir dann hinten anhängen.

Lemmer: Ich bin Reaktionär geworden, ich fühle das immer mehr. Ich bin absolut dagegen. Wir haben heute in den Schulen bereits einen solchen Rummel; Dutschke ist auch schon in den Primen. Was sich in den Schulen abspielt – jedenfalls in Berlin – ist so unverantwortlich und unglaublich, daß ich um die Erlaubnis bitte, nein sagen zu dürfen.

Kohl: Herr Kollege Lemmer, zunächst einmal: Man sollte Dutschke nicht für alles als negatives Idol heraufziehen. (*Lemmer:* Nur als Schlagwort!) Ich kann nur sagen: Ich bin – im Gegensatz zu manchen Kulturpolitikern; da bin ich inzwischen altmodisch geworden – ein überzeugter Anhänger des Gymnasiums. Diejenigen, die mit mir dieser Meinung sind, werden immer weniger. Ich bin schon gar nicht mehr sicher, ob ich damit in der CDU noch eine Mehrheit habe. Bei der Gelegenheit muß ich aber sagen, daß dieses Gymnasium, vor allem in der Oberstufe, noch eine Struktur hat, die dringend der Revision bedarf. Ich kann nur sagen, Herr Kollege Lemmer: Diese zahme Formulierung von Fay ist das Mindeste. Es geht doch immer noch ein bestimmter Typus von Studienrat um. Das muß man doch sehen. Es ist gar kein Schaden, wenn wir darangehen, die Oberstufe an die Universität heranzuführen. Es ist kein Schaden, wenn hier bestimmte Dinge geltend gemacht werden. Im übrigen muß ich sagen: Bei vielen Schülern habe ich den Eindruck, daß die geistige Cleverness und Verantwortungsbereitschaft mindestens so groß ist wie bei den Erzeugern dieser Schulkinder.

Von Weizsäcker: Ich wollte das nur unterstützen und Herrn Lemmer sagen: Es ist ein deutlicher Unterschied zwischen den Mißständen, die Sie beklagen, und der Mitverantwortung, nach der wir rufen. Das erleben wir, die wir schulpflichtige Kinder auf Gymnasien haben, immer wieder. Im Rahmen der Schülermitverantwortung kommt es gerade zu einem geregelten Gespräch über Dinge, die außerhalb der Schülermitverantwortung dazu führen, daß Schulklassen, wenn sie schlechte Zensuren in ihren Arbeiten bekommen, einfach das Klassenbuch zerreißen. (*Lemmer:* Vor drei Jahren hätte ich ja gesagt!)

Heck: Es ist also der Antrag gestellt, bei der Ziffer 30 einen dritten Absatz anzufügen: „Die Schülermitverantwortung muß erweitert werden."

Lemke: Darf ich mal fragen: Ist das Wort „nachweislich" jetzt oben reingekommen?

Heck: Also hier ist der Vorschlag gemacht worden, zu sagen: „Privatschulen, die nachweislich die staatliche Schulversorgung entlasten".

Kraske: Ich würde sagen, bei aller Ehrfurcht vor Ihren schwierigen Verhältnissen in Schleswig-Holstein: Wie Sie das nachprüfen, gehört in Ihr entsprechendes Landesgesetz, nicht hier in unser Programm. Wir sind uns doch einig, daß eben nur die gefördert werden, die wirklich die staatliche Schulversorgung entlasten. Dazu bedarf es aber nicht irgendwelcher Superlative.

Hahn: Ich habe eine große Sorge gegenüber dem „wie".

Stingl: Vielleicht könnte man sagen: „Soweit Privatschulen die staatliche Schulversorgung entlasten, sind sie wie staatliche Schulen zu fördern."

Kohl: Das „wie" kann man nicht mit 100 % interpretieren. Das würde ich auf keinen Fall tun.

Lemke: Herr Dr. Kohl, wir wollen uns in einem Jahr wiedersprechen.

Kohl: In einem Jahr ändert sich bei mir gar nichts; da bin ich der gleiche Mensch.

Heck: In Holland ist es in der Tat so geregelt. Wir haben ja hier ein konkretes Beispiel im Bonner Raum. Wir haben staatliche Gymnasien und wir haben draußen das Aloisius-Kolleg. Es entlastet uns um ein volles Gymnasium.

Lemke: Dann muß ich sehr viele dänische Schulen auch noch bezahlen; das sind ja Privatschulen. Ich bin einverstanden, wenn es heißt: „soweit".

Heck: Ich zahle, wenn ich meine Kinder auf eine Privatschule schicke, genausoviel Steuern wie einer, der seine Kinder woanders hinschickt. Wenn der Staat in Bonn die gleiche Schule einrichten müßte, weil sonst die Schüler nicht versorgt werden können, dann frage ich Sie: Warum eigentlich nicht?

Hahn: Entschuldigen Sie, es ist hier ein Denkfehler dabei. Die Kommunen sind die Schulträger. Infolgedessen bringen die Kommunen für die Bauten und für viele andere Dinge einen ganz erklecklichen Prozentsatz – etwa 50 % und mehr – auf. Wenn das hier aber nun so gesagt wird, dann zahlen die Kommunen nichts mehr. Dann muß ich bei den Bauten für die Privatschulen, wo die Kommunen nichts zahlen, 100 % bezahlen. Dann werden in vielen Orten Privatschulen errichtet, weil dann die Kommunen das Geld sparen und auf diese Weise der Staat alles zahlt.

Heck: Verehrter Herr Professor Hahn, es wird von Ihnen nur verlangt, die privaten Schulen wie staatliche Schulen zu fördern. Das ist dann hier genauso. Das, was Sie bis jetzt als Staat bezahlen, ist das Äußerste, was man darunter verstehen kann. Damit ist nicht das gemeint, was die Kommunen bisher dazutun.

Hahn: Es wirkt sich aber anders aus.

Kohl: Das ist doch genau Ihr Beispiel, Herr Kollege Hahn. Ich verstehe das wirklich nicht. Nehmen wir an, es würde von der Stadt Mannheim ein Gymnasium gebaut. Da zahlen Sie einen bestimmten Prozentsatz zum Schulbau dazu. Wenn die privaten Schulen wie öffentliche Schulen gefördert werden, bedeutet das, daß sie den gleichen Prozentsatz bekommen.

Lemke: Es gibt ja auch staatliche Schulen. Bei vielen werden 100 % vom Staat bezahlt.

Fay: Darf ich einen Formulierungsvorschlag machen. Wenn Sie das Wort „staatlich" durch „öffentlich" ersetzen, haben Sie die Möglichkeit, daß die Länder das Problem intern regeln.

Kohl: Das ist nicht sein Problem. Lemke hat nur staatliche!

Heck: Ich bin also schon etwas über diese Diskussion überrascht. Ich verstehe das beim besten Willen nicht.

Meyers: Macht es denn wirklich einen solchen Ärger, so hier zu formulieren, wie Lemke vorgeschlagen hat? Durch dieses Programm ändert sich doch in den Ländern

gar nichts. Die Gesetzgebung in den Ländern ist doch da. Man könnte also sagen: „Private Schulen sind wie staatliche Schulen zu fördern, soweit sie die staatliche Schulversorgung entlasten."

Kohl: Das habe ich doch vorhin schon gesagt.

Meyers: Das habe ich auch gesagt.

Kohl: Da waren wir vorhin schon einig, daß wir das machen. (*Zustimmung.*)

Heck: Die Ziffer 30 ist damit auch erledigt.

Ziffer 31

Keine Bemerkungen.

Ziffer 32

Fay: Mir mißfällt, daß hier kein Wort zu der additiven Gesamtschule wie auch zu der integrierten Gesamtschule gesagt wird. Wir sollten dazu zumindest etwas sagen.

Ich darf Ihnen dazu den Standpunkt von Hessen sagen. Die additive Gesamtschule ist eine Sache, die wir als zweckmäßig anerkennen. Die integrierte Gesamtschule dagegen ist ein großes Problem. Hier vertritt meine Partei die Auffassung, daß wir der integrierten Gesamtschule, soweit es sich um einen Schulversuch handelt, der wissenschaftlich überwacht und ausgewertet wird, zustimmen sollten; wir sollten aber nicht im Prinzip zustimmen, bis die Erfahrungen gesammelt sind. Meine Freunde haben mir gesagt, ich sollte darum bitten, daß ein Wort zu diesem Problem gesagt wird.

Kohl: Herr Fay, ich wehre mich entschieden dagegen, diese Problematik hier aufzureißen. Das ist eine Geschichte, die überhaupt noch nicht abgeklärt ist. Dieses Aktionsprogramm wird gegen Ende des Jahres verabschiedet werden. Ich halte es bei der Entwicklung, die bis zu diesem Zeitpunkt eingetreten ist, für ganz ausgeschlossen, daß wir hierzu eine Bemerkung machen. Sie könnten für diesen Punkt zwei Tage in Berlin ansetzen; in dieser Zeit würde der Parteitag damit hinreichend beschäftigt sein. Vielleicht langt das kaum. Ich bin auch gar nicht sicher, ob das Programm, wenn es verabschiedet ist, nicht schon von der kulturpolitischen Offensive der CDU in Hessen wieder überrollt ist. Nachdem ich höre, daß Hellmut Becker[12] von Berlin kommt, der bei der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen einen Vortrag gehalten hat, kann ich mir vorstellen, was da noch alles passieren kann. Ich würde also dringend darum bitten: Laßt uns davon Abstand nehmen, diese Sache jetzt hier zu regeln.

Fay: Ich werde das weitergeben.

Heck: Das Thema ist hier aufgetaucht. Wir sind der Meinung, daß wir uns nicht für die integrierte Gesamtschule aussprechen. Das, was zur Zeit an Versuchen läuft und was in Hessen mit dem Begriff „additive Gesamtschule" angesprochen ist, wollten wir

12 Prof. Dr. Hellmut Becker (1913–1993), Bildungswissenschaftler; Jurastudium, 1943 1. und 2. juristisches Staatsexamen, Verteidiger bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, ab 1949 rechts- und kulturpolitische Beratung von freien Schulen, Forschungsinstitutionen, wissenschaftlichen Gesellschaften und kulturellen Organisationen, 1956–1974 Präsident des Deutschen Volkshochschulverbandes, 1960–1963 Mitgründer des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin, 1963–1981 Leiter der Institution, 1966–1975 Mitglied der Bildungskommission des Deutschen Bildungsrates.

eigentlich in dem Satz erfassen: „In unserem gegliederten Schulsystem ist die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen durch Übergangsmöglichkeiten und durch eine verstärkte regionale Zusammenarbeit zu verbessern."

Mit dieser Aussage wollten wir sagen: Das, was hier zur Zeit so experimentell läuft, soll so laufen. Ich wollte nur berichten, wie es zu dieser Formulierung kam.

Hahn: Den Gedanken könnte man vielleicht in Ziffer 33 aufnehmen. Es ist ja etwas zufällig, daß in dem zweiten Satz das zehnte Schuljahr als einziges genannt wird. Vielleicht könnte man hier etwa sagen: „Bei grundsätzlicher Bejahung des gegliederten Schulsystems bejaht die CDU Schulversuche, zu denen auch ... gehört."

Meyers: Wir können nicht jede Möglichkeit hier aufnehmen. Es ist auch völlig falsch, Herr Fay, zu sagen: Wir sind für die additive Gesamtschule, aber nur als Versuch.

Fay: Für die integrierte Gesamtschule als Versuch! Für die additive sind wir ohnehin.

Heck: Was die integrierte Gesamtschule anlangt, ist eine eindeutig klare Mehrheit strikt dagegen, selbst wenn Hessen dafür sein sollte.

Fay: Wir sind gar nicht dafür, wir sind für den Versuch.

Heck: Das braucht man aber nicht in ein Aktionsprogramm reinzuschreiben.

Fay: Ich bin ja einverstanden, wenn das alles so bleibt, wie das hier steht. Nun heißt es hier: „... durch eine verstärkte regionale Zusammenarbeit zu verbessern". Ich bitte darum, das Wort „regional" zu streichen. „Regional" ist unter Umständen die Mittelpunktschule. (*Zuruf:* Da hat er recht!) Wenn Sie mir konzedieren, das Wort zu streichen, dann habe ich meine additive Gesamtschule untergebracht.

Heck: Einverstanden? – Keine Bedenken? (*Zustimmung.*)

Ziffer 33

Hahn: Ich bitte den Satz mit dem zehnten Schuljahr zu streichen.

Heck: Es ist doch so, daß wir Versuche mit dem zehnten Schuljahr haben. Unsere Überlegung war doch generell die, daß es langfristig zu einem zehnten Schuljahr kommen soll. Für den Fall, daß es zu einem zehnten Schuljahr kommt, gibt es bestimmte Vorstellungen, wie dieses zehnte Schuljahr aussehen soll.

Kohl: Ich finde das inkonsequent. Wenn wir oben die Frage „additive Gesamtschule – integrierte Gesamtschule" nicht interpretiert haben, ist es nicht logisch, ein wesentlich kleineres Detail einen Satz weiter anzuführen, zumal die Sache bei uns heftig umstritten ist.

Hahn: Ich würde vorschlagen, den zweiten Satz zu streichen und an seiner Stelle die grundsätzliche Bereitschaft zur Verbesserung der pädagogischen Leistung anzuführen.

Heck: An der Sache war doch unser Kulturpolitischer Ausschuß beteiligt. Man sollte sich ein bißchen überlegen, ob man mit einer Handbewegung das wegwischt, was nach einem Jahr Diskussion vorgeschlagen wird. Da hätte ich gewisse Bedenken.

Lemke: Dieses zehnte Schuljahr ist sehr umstritten, gerade von der Wirtschaft, vom Mittelstand und vom Handwerk. Dieses zehnte Schuljahr ist einfach nicht nötig. Es ist nur ein Schulversuch.

Heck: Die Mode ist in der Zwischenzeit wieder ein bißchen rückläufig. Ich kann mich genau daran erinnern, wie vor etlichen Jahren am liebsten das elfte Schuljahr eingeführt worden wäre.

Lemke: Es ist besser, wir streichen den Satz mit dem zehnten Schuljahr. Der Mittelstand ist mit Sicherheit dagegen.

Heck: Wir sollten nicht aus dem Handgelenk etwas, was von den Fachgremien der Partei erarbeitet worden ist, so wegwischen.

Herrmann[13]: Ich würde dann empfehlen, wenn dieser Satz hier gestrichen wird, unter Umständen die Aussage, die sich auf das Berufsgrundbildungsjahr bezieht, in Ziffer 40 – ohne das zehnte Schuljahr – wieder zu erwähnen.

Heck: Soll dann der Satz: „Ganztagsschulen und Schulen mit Tagesheimen müssen vermehrt angeboten werden" als einziger Satz hier stehenbleiben?

Kohl: Das ist eine Revolution, dieser Satz! (*Zuruf:* Kostet sehr viel Geld!) Sicher, es kostet etwas mehr Geld.

Heck: Es ist beantragt, daß der zweite Satz gestrichen werden soll. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Der Satz ist mit Mehrheit gestrichen.

Ziffer 34

Lemke: Wir in Schleswig-Holstein sind der Ansicht, daß behinderte Kinder nicht mit Schulpflicht in die Schule gehören. Sie sind zu betreuen. Nur bisweilen ist ein Sonderschullehrer dafür hinzuzuziehen. Wir haben nämlich festgestellt, daß diese Kinder in toto leider nicht bildungsfähig im Sinne der Schule sind.

Heck: Es heißt doch „bildungsfähig".

Ziffer 35

Ohne Bemerkungen.

Ziffer 36

Fay: Es ist hier vom Fernunterricht die Rede. Das setzt voraus, daß er vorhanden ist. Sollen wir nicht schreiben, daß diese beiden Einrichtungen gefördert werden und in die staatliche Aufsicht einbezogen werden sollen?

Kraske: Wenn wir das hier erwähnen, dann ist damit doch impliziert, daß wir dafür sind. Wenn wir es fordern, sind wir dafür.

Fay: Herr Kraske, ich stimme Ihnen zu. Wenn das so interpretiert wird, bin ich einverstanden.

Ziffer 37

Fay: Wie ist das mit dem Bildungsurlaub? Steht das sonst irgendwo?

Hahn: Was heißt in dem ersten Satz „einbezogen werden"? Heißt das: Eingegliedert werden, oder was heißt das? Das ist ein neuralgischer Punkt.

13 Ludolf Herrmann (1936–1986), Journalist; 1962–1967 Tätigkeit als freier Journalist, 1968–1971 politischer Berater und Büroleiter des CDU-Generalsekretär Bruno Heck, 1972 Ressortleiter bei „Deutsche Zeitung/Christ und Welt", ab 1973–1979 Chefredakteur, Januar bis Juni 1980 Leiter des „Rheinischen Merkur/Christ und Welt", 1980–1986 Chefredakteur „Capital".

Heck: Es heißt, in der Erwachsenenbildung werden auch bestimmte Ausbildungen geleistet. Diese Ausbildungen sollen mit einem bestimmten Abschluß versehen werden, und der Abschluß soll dort, wo er gleichwertig ist, auch gleich berechtigen.

Der Bildungsurlaub war mal drin. Das ist aber wieder rausgenommen worden.

Fay: Ich stelle den Antrag, daß der Bildungsurlaub wieder reinkommt.

Bilke[14]: Er war in keinem Entwurf enthalten. Er ist nur bei einzelnen Landesverbänden enthalten gewesen.

Fay: Der Bildungsurlaub ist doch ein sozialpolitisches Problem.

Heck: Nein, ein ganz törichtes Modegeschwätz.

Fay: Es gibt törichte Modegeschwätze, die für die Politiker sehr interessant sind. Ich möchte die Meinung der Sozialpolitiker dazu hören. Mein Landesverband ist dafür, daß der bezahlte Bildungsurlaub gewährt wird. Ich weiß, daß das ein wirtschafts- und sozialpolitisches Problem ist. Deshalb spreche ich das einmal an und möchte die Meinung dazu hören.

Heck: Es ist in erster Linie ein bildungspolitisches Problem. Wenn ich einen Bildungsurlaub gewähre, muß ich in der Lage sein, den Bildungswillen zu befriedigen. Ich brauche Institutionen und Lehrkräfte, die in der Lage sind, diesen Bildungswillen zu befriedigen. Die haben wir mit Sicherheit nicht. Deshalb sage ich Ihnen: Es ist ein ausgesprochenes Modethema.

Fay: Es scheint sich also keine Meinung dafür zu finden.

Heck: Auch in der ganzen Bundespartei nicht.

Ziffer 38

Lemke: Paßt der Satz „Deshalb müssen die Eltern ... verpflichtet werden, Schädigungen rechtzeitig zu melden" in die Kleiderordnung der CDU?

Stingl: Aber natürlich! Das ist das Recht des Kindes. Wir können nicht immer nur das Recht der anderen sehen. Die Kinder haben ein Recht, daß rechtzeitig gemeldet wird, damit sie die Hilfen zur Verfügung gestellt bekommen.

Heck: Hier ist in der Tat das Problem, daß bei den Eltern eine unsachliche und das Kind schädigende Verschämtheit vorhanden ist, die zu einem irreparablen Schaden dieser Kinder führt.

Ziffer 39

Filbinger: Hier steht etwas von der Belastbarkeit der Familie, die zu berücksichtigen ist. Weiter wird davon gesprochen, daß Ausbildungsaufwendungen und Berufsaufstiegskosten steuerlich von jenen abgesetzt werden können, die keinen Anspruch auf direkte Ausbildungsbeihilfen haben. Eine solche Rücksicht wird ja weitgehend genommen. Ich weiß aber nicht, ob man generell die Kolleggelder und -gebühren streichen soll. Wir überlegen, sie bei den Pädagogischen Hochschulen wiedereinzuführen, damit diejenigen, die dem Staat den Rücken kehren, nachdem sie eine kostenlose Ausbildung erhalten haben, doch irgendwie herangezogen werden. In dieser Generalisierung würde

14 Karl-Heinz Bilke (1934–1984), Diplom-Volkswirt; ab 1962 Mitarbeiter in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 1967 Leiter der Abteilung Politik, 1970 stv., 1973–1978 Bundesgeschäftsführer der CDU, 1978–1983 Hauptgeschäftsführer der Konrad-Adenauer-Stiftung.

ich das Petitum jedoch bejahen, daß derjenige, der ausgebildet wird, nicht über Gebühr belastet werden soll.

Heck: Die Tendenz geht ja in die Richtung, daß die Ausbildungskosten nicht nur Kosten für ein persönliches Interesse sind, sondern daß sie weitgehend von der Allgemeinheit abgedeckt werden sollen. Es ist ja grotesk, auf der einen Seite Gebühren einzuziehen und auf der anderen Seite Stipendien zu gewähren, damit die Gebühren bezahlt werden können.

Filbinger: Diejenigen, die Stipendien bekommen, haben Gebührenerlaß.

Ziffer 40

Fay: Ich würde vorschlagen, im zweiten Satz das Wort „Lehrherren" wegzulassen und von „Ausbildern und Ausbildungsbetrieben" zu sprechen. Sonst gibt das böses Blut bei unserer Jugend.

Kraske: Ich darf hier erwähnen, daß das Präsidium gestern eine Änderung beschlossen hat. Im zweiten Halbsatz des zweiten Satzes soll es statt „fehlen sie" heißen „werden sie nicht erfüllt". Es geht hier um Mindestanforderungen; die können nur erfüllt werden.

Heck: Ich glaube, es ist richtig, den Begriff „Lehrherren" hier wegzulassen. Der Begriff ist hier überflüssig.

Bilke: Dann müßte es heißen „Ausbildungsbefugte und Ausbildungsbetriebe". „Ausbilder" paßt nicht ganz.

Schmücker: Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß diese Forderung das Berechtigungswesen auch innerhalb der Wirtschaft weiter verschärfen wird. (*Zuruf:* Wieso?) Wir haben eine Handwerksordnung gemacht. Es war eine Forderung, zwischen „Meistern" und „Lehrmeistern" zu unterscheiden. Das hat damals der Bundestag einheitlich abgelehnt, weil er genau wußte, daß die Berechtigung zur Ausbildung auch etwas zu sagen hat. Ich bin dafür, daß wir das hier so machen. Ich muß nur darauf aufmerksam machen, daß das die Folge sein wird. Wenn Sie Mindestanforderungen an die Ausbilder stellen, dann müssen Sie diese einer bestimmten Prüfung unterziehen. Wenn Sie eine Prüfung als Voraussetzung für eine Tätigkeit vorsehen, ist das eine zusätzliche Verengung des Berechtigungswesens. Darauf wollte ich nur hinweisen. Ich bin dafür. Aber Sie dürfen sich nicht wundern, daß nachher die Ausbildungsmöglichkeiten entsprechend eingeengt werden.

Heck: Zu dem Vorschlag von Herrn Bilke bin ich der Meinung, daß das in dem Begriff „Ausbildungsbetriebe" enthalten ist.

Bilke: „Ausbildungsbefugte" deckt mehr ab als „Ausbilder". Der Ausbilder ist in einem großen Betrieb beispielsweise beauftragt, während der Handwerksmeister kein Ausbilder in dem Sinne ist, sondern ein Ausbildungsbefugter.

Heck: Ich finde den Ausdruck „Ausbildungsbefugter" schrecklich. Dann sollte man besser „Lehrherren und Ausbilder" sagen.

Fay: Dann schreiben wir doch „Ausbilder". Wir sind doch eine politische Partei, wir machen hier doch kein Gesetz.

Heck: Was mit „Lehrherren" gemeint ist, ist nicht das gleiche wie „Lehrmeister". Ich meine, daß „Lehrherr" im „Ausbildungsbetrieb" enthalten ist.

Meyers: Ich würde vorschlagen, die ganzen Personen wegzulassen und zu sagen: „An die Ausbildung sind Mindestanforderungen zu stellen."

Heck: „Ausbilder und Ausbildungsbetriebe" deckt alles, denn der Lehrherr gehört ja schließlich auch zum Ausbildungsbetrieb. Man kann es vielleicht so durchgehen lassen: „An Ausbildungsbetriebe und Ausbilder". (*Zustimmung.*)

Fay: Vielleicht noch ein redaktioneller Vorschlag. Man könnte hier sagen: „Ein Berufsausbildungsgesetz muß auf den bewährten Grundlagen der Berufsausbildung aufbauen und neue Formen berücksichtigen."

Heck: Sind wir damit einverstanden? – Gut.

Ziffer 41

Filbinger: Es muß statt „bundeseinheitlich" im zweiten Satz heißen „gemeinschaftlich". Das sollte redaktionell gemacht werden.

Kraske: Das genügt nicht, denn da vorher von Bund und Ländern die Rede ist, muß es heißen: „gemeinsam von Bund und Ländern planen".

Filbinger: Ich möchte die bundeseinheitliche Planung hier nicht so verankern. Hier haben wir die Kompetenz der einzelnen Länder. Es wird eine Gemeinschaftsaufgabe. Was im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe gemeinsam getan wird – ob das die Planung oder die Finanzierung ist –, wird dort geregelt. Ich würde meinen, es würde der Hinweis genügen: „sind Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern". Das ist ein globaler Begriff, der alles weitere, das nur eine Konsequenz in bestimmter Hinsicht ist, mit umfaßt.

Bilke: Diese Planung und die Gründung sowie der Aufbau neuer Hochschulen sollen ja erst Gemeinschaftsaufgabe werden. Das ist noch keine Gemeinschaftsaufgabe. Man könnte vielleicht sagen: „müssen gemeinsam von Bund und Ländern geplant werden". Das ist die Absicht.

Fay: Man sollte sagen: „müssen Gemeinschaftsaufgaben werden".

Meyers: Das ist doch ein Aktionsprogramm. Wenn wir sagen „sind", wissen wir, daß das Gemeinschaftsaufgabe in Zukunft werden soll.

Stingl: Versteht man unter Gemeinschaftsaufgabe auch die Planung? (*Zuruf:* Aber natürlich!)

Hahn: Das ist nicht ohne weiteres damit gegeben. Es wäre denkbar, daß man einen Satz hinzufügt: „Für eine Gesamtplanung ist Sorge zu tragen."

Stingl: Eben, es ist doch wichtig, auch einmal zu sagen, daß man für die Universitäten einen Gesamtplan haben muß.

Heck: Ich bin der Meinung, wenn wir etwas zur Gemeinschaftsaufgabe erklären, dann ist das vom Anfang bis zum Ende der Verantwortung von Bund und Ländern gemeinsam anheim gegeben.

Meyers: Ich muß aus der Erfahrung der Entstehung des Begriffs „Gemeinschaftsaufgaben" widersprechen. Die Gemeinschaftsaufgaben sind an sich nur eine Frage der Finanzierung.

Schäfer [Manfred]: An sich geht es bei den Gemeinschaftsaufgaben nur um die Finanzierung. Wir können aber hier in unseren Postulat weitergehen und sagen: „Die Gründung und der Ausbau bestehender Hochschulen müssen von Bund und Ländern gemeinsam geplant und finanziert werden."

Heck: Ausgangspunkt war doch die Frage, daß die Versorgung des Bundesgebietes mit wissenschaftlichen Hochschulen nicht unkoordiniert gemacht werden kann. Deshalb hat man das zur Gemeinschaftsaufgabe erklärt.

Filbinger: Ich mache einen Vorschlag: Wir machen zwei Sätze. In dem ersten Satz sagen wir, daß es Gemeinschaftsaufgaben sind. In dem zweiten Satz wird gesagt: „Für eine Gesamtplanung ist Sorge zu tragen." Die Gesamtplanung hat nämlich den Begriff „Hochschulgesamtplanung", die eine wichtige Aufgabe ist, in sich.

Meyers: Vielleicht können wir sagen: „Die Gründung und der Ausbau bestehender Hochschulen sind in Planung und Finanzierung Gemeinschaftsaufgaben." (*Zuruf:* Das andere ist viel besser!)

Heck: Der Vorschlag lautete also: „Die Gründung und der Ausbau bestehender Hochschulen sind Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern. Für eine Gesamtplanung ist Sorge zu tragen."

Schmücker: Ich bin dagegen. Die deutsche Öffentlichkeit denkt ganz anders über diese Geschichte. Machen Sie das in aller Öffentlichkeit im Bundesrat, aber nicht hinter den vier Wänden der Kultusminister.

Bilke: Oder ein anderer Formulierungsvorschlag: „... sind gemeinsam von Bund und Ländern zu planen und zu finanzieren".

Filbinger: Warum wollen wir neben den Gemeinschaftsaufgaben einen neuen Begriff nehmen? Da wird der Begriff der Gemeinschaftsaufgaben völlig vage.

Heck: Weil der Begriff „Gemeinschaftsaufgaben" von den Ländern anders interpretiert wird als vom Bund.

Filbinger: Wir sollten die Gemeinsamkeit dort verankern, wo sie notwendig ist. Die übrigen Dinge, die sich bewährt haben, sollten wir belassen. Die Gesamtplanung bringt die notwendige Vereinheitlichung.

Heck: Ich stelle also folgende Formulierung zur Abstimmung: „Die Gründung und der Ausbau bestehender Hochschulen müssen von Bund und Ländern gemeinsam geplant und finanziert werden."

Wer dafür ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Mit Mehrheit angenommen.

Ziffer 42

Ohne Bemerkungen.

Ziffer 43

Fay: Ich bitte, das Wort „Disziplinarrecht" durch „Hausrecht" zu ersetzen.

Hahn: In der Kultusministerkonferenz wird erwogen, die Studentenschaften als Zwangskörperschaften überhaupt in allen Hochschulgesetzen zu streichen, da wir erst in diesem Augenblick die Nöte loswerden, daß wir selber die Opposition an den Universitäten finanzieren. Das ist einer der wichtigsten Gesichtspunkte, der auch von Ber-

lin – von der SPD – jetzt sehr stark herausgestellt wird. Infolgedessen sollten wir uns jetzt darauf nicht festlegen. Wir sollten darüber gar nichts sagen.

Meyers: Die CDU-Fraktion in Nordrhein-Westfalen hat einen Hochschulgesetzentwurf eingebracht, in dem die Formulierung der Ziffer 43 wörtlich übernommen wurde.[15]

Kraske: Der Begriff „Disziplinarrecht" geht weiter als „Hausrecht". Mit dem Disziplinarrecht ist auch die Möglichkeit gegeben, Leute zu relegieren. Darauf möchte ich nicht verzichten.

Hahn: In diesem Punkte gibt es einen Widerspruch zwischen CDU- und SPD-Kultusministern. Wir sind für ein Disziplinarrecht. Die anderen wollen ein Hausrecht.

Heck: Ich darf also feststellen, daß wir bei „Disziplinarrecht" bleiben. – Es ist so beschlossen. (*Zuruf:* Gegen die Stimmen von Hessen!) Das zweite Problem scheint mir sehr strittig. Mir sind die Überlegungen der Kultusminister außerordentlich sympathisch. Es ist nicht einzusehen, warum wir hier eine Zwangskörperschaft schaffen sollen.

Herrmann: Ich möchte nur darauf hinweisen, daß hier Zwangskörperschaft nicht mehr steht. Das ist eigens rausgenommen worden. Hier steht nur noch, daß die Studentenschaft Rechtsfähigkeit besitzen soll, damit nicht unter Umständen die Universität für Rechtswidrigkeiten der Studenten haften muß.

Hahn: Sie können sich frei organisieren, sie sollen ihre vollen Vertretungen in der Universität haben. Aber es gibt nicht mehr eine Studentenschaft, die in corpore gegen die Universität auftritt und die von den Universitäten selbst finanziert wird.

Heck: Die erste Frage ist, ob der Satz: „Die Studentenschaft hat ein hochschulpolitisches Mandat" stehenbleiben soll.

Hahn: Der Satz soll weg. (*Zuruf:* Weg damit!)

Kohl: Jetzt sind wir dabei, auf einer Linie wie vorhin beim Strafprozeßrecht zu fechten. Wir können nicht bestreiten, daß die Studentenschaft ein hochschulpolitisches Mandat hat.

Hahn: Es soll gar keine Studentenschaft in dem Sinne mehr geben.

Kohl: Aber hier geht es doch nicht um den juristischen Begriff. Man muß doch einmal sehen, in welcher Situation die Universität heute ist. Es ist doch nicht etwa so, daß die Studenten an den Universitäten zu Unrecht gemeutert haben. Es ist doch eine ganze Reihe von Dingen nicht nur faul, sondern oberfaul. Deswegen kann man doch auch durchaus sagen, daß die Studentenschaft ein hochschulpolitisches Mandat hat.

Filbinger: Das können wir nach meiner Überzeugung nicht machen. Es geht hier darum, daß wir die Studentenschaft als Zwangskörperschaft mit einem politischen Mandat versehen. (*Zurufe:* Nein!) Das ist doch gerade der Zauber, der uns in der zurückliegenden Zeit Ärger gemacht hat: Das politische Mandat, hier das hochschulpolitische Mandat. (*Kohl:* Es ist ganz anders!) Die Studentenschaft wird hier als Zwangskör-

15 Vgl. „Antrag der Fraktion der CDU. Betr.: Entwurf eines Gesetzes zur Reform und Fortentwicklung des Hochschulwesens im Lande Nordrhein-Westfalen (Hochschulreformgesetz – HRG)" vom 12. September 1968 in ACDP Dokumentation 9/940 NRW.

perschaft statuiert. Das soll sie nicht sein. Wie kommen wir dazu, der Studentenschaft dieses Recht zu verleihen? Wenn sie aus freiem Votum sich entschließt, das und das zu machen, dann hat sie das Recht, sich auf dem Boden der Hochschule in jeder Form politisch zu betätigen und ihre Interessen adäquat durchzusetzen. Wir sagen auch nicht, daß die Professorenschaft oder die Assistentenschaft ein hochschulpolitisches Mandat haben. Auf der Hochschule hat jeder sein Recht nach Maßgabe der Korporation, die er freiwillig wählt. Darüber hinaus haben wir die Grundordnung, und dort ist ja auch noch etwas anderes statuiert.

Schwarzhaupt: Diese Formulierung bedeutet zugleich die Ablehnung des allgemeinpolitischen Mandats, das die Studentenschaften eine Zeit lang gefordert haben. Gerade wegen der Begrenzung bin ich für die Formulierung. Hinter ein hochschulpolitisches Mandat der Studentenschaft können wir nicht zurückgehen.

Kohl: Wir haben hier gestern die Konferenz der Landesvorsitzenden gehabt. Dazu hatte der Generalsekretär auch den Bundesvorsitzenden des RCDS eingeladen. Da haben wir uns gegenseitig große Unterstützung gelobt. Wenn wir diesen Satz hier streichen, dann würde ich vorschlagen, daß wir gleichzeitig ins Programm aufnehmen, daß wir den RCDS auflösen. Wie wollen wir mit einer solchen Ausstattung unsere Leute an der Universität noch ins Rennen schicken, und zwar in einem Moment, wo die Stimmung eindeutig zu uns umschlägt und wo wir überall recht hoffnungsvolle Entwicklungen haben?

Hier geht es überhaupt nicht um das politische Mandat. Ich bin ein harter Gegner des politischen Mandats, das Dutschke und seine Anhänger in Anspruch genommen haben und das ihnen eine Menge Kultusminister und Rektoren tatsächlich zugestanden haben. (*Zuruf:* Von der Rektorenkonferenz gar nicht zu reden!) Da war ich immer dagegen. Wenn wir in dieser Situation, die wir heute an den deutschen Universitäten haben, das streichen, kann ich nur sagen: Gnade uns Gott – wie wollen wir dann noch antreten?

Heck: Wir haben das so gemacht, um das politische Mandat auszuschließen.

Aber die nächste Frage ist natürlich: Wenn wir das hochschulpolitische Mandat der Studentenschaft hier fordern, dann müssen wir uns überlegen, wie dieses hochschulpolitische Mandat von der Studentenschaft wahrgenommen wird. Damit taucht die Frage auf: Ist damit nicht impliziert, daß es bei der Zwangsinkorporation der Studenten bleiben muß, damit sie dieses hochschulpolitische Mandat wahrnehmen können?

Die Frage RCDS ist eine ganz andere Frage. Natürlich kann sich an jeder Universität jede Gruppe beliebig organisieren. Wenn ihre Mitglieder mit den Zielen, unter denen sie geworben worden sind, einverstanden sind, können sie sich so betätigen. Ich wollte nur sagen: Wenn man sagt, die Studentenschaft hat ein hochschulpolitisches Mandat, dann ist die Zwangsinkorporation der Studenten die logische Folge.

Kohl: Das ist nicht das Problem. Die Studenten einer Universität werden von ihrem Studentenparlament und von ihrem AStA repräsentiert. Der hat ein hochschulpolitisches Mandat.

Heck: Die Studentenschaft mit dem AStA ist überhaupt nur aktionsfähig, weil es die Zwangsinkorporation der Studenten gibt und weil Beiträge eingezogen werden. Wie soll sonst der AStA leben?

Kohl: Das können Sie genausogut ohne eine Zwangsmitgliedschaft im Rahmen der Etatausstattung machen. Man kann eine Etatposition einsetzen.

Hahn: Die gesamte Studentenschaft als Gliedkörperschaft der Universität setzt voraus, daß die Studenten in den Leitungs- und Entscheidungsgremien einer Universität vertreten sind. Es gibt ein Studentenparlament und den AStA. In dem Augenblick, wo wir jetzt den Schritt machen, daß wir in allen Entscheidungsgremien, von der untersten bis zur obersten Ebene, die Studenten gleichberechtigt hineinnehmen, entfällt auch das Recht, zu verlangen, einen eigenen Aufbau daneben zu haben, der noch ganz besonders finanziert wird. Ich will nur haben, daß man diesen Überlegungen, die im Augenblick im Gang sind, nicht vorgreift. Man sollte sich gar nicht dazu äußern. Man sollte das offenlassen.

Meyers: Hier ist eine Antithese gegen den SDS gesetzt, der behauptet, ein politisches Mandat zu beanspruchen. Wir sagen: Nein, ihr habt als Studenten ein hochschulpolitisches Mandat.

Heck: Es ist aber doch ein Unterschied, ob man sagt: Sie hat es, oder ob man sagt: Sie kann es machen. Ich sage: Sie hat es.

Meyers: Der Bundestag geht aus freien Wahlen hervor. Sie können aber nicht sagen, weil sich an diesen Wahlen ein Teil beteiligt und ein anderer Teil nicht beteiligt, hat er nicht das politische Mandat des Bundes. Die Studentenschaft kann freiwillig oder zwangsmäßig irgendwie gegliedert werden. Das ist aber völlig unerheblich im Hinblick darauf, welches Mandat sie hat. Sie hat nur ein hochschulpolitisches Mandat. Wir wollen nicht, daß sie darüber hinausgeht. Wenn die Studenten ein politisches Mandat haben wollen, sollen sie in die politischen Parteien gehen. Dieser Ansicht bin ich.

Herrmann: Ich glaube, daß man den Begriff „Zwangsmitgliedschaft" genau untersuchen muß. Es ist ja nicht eine Mitgliedschaft, zu der ein Student gezwungen wird; es ist eine automatische Mitgliedschaft.

Heck: Aber ich kann nicht Student sein, ohne hier Mitglied zu sein.

Herrmann: Das ist keine Automatik. 2. Es gibt Fälle, wo jemand zu etwas gezwungen wird, z. B. zu der Steuererklärung. Das ist ein völlig anderer Vorgang mit anderer rechtlicher Relevanz. Ich glaube, Sie irren: Die Professoren wählen ihre Vertreter. Die Ordinarien sind automatisch Mitglied im Senat, und die anderen werden von der Nichtordinarienschaft gewählt. Da liegt genau eine solche Zwangslage oder Automatik vor wie bei den Studenten.

3. Das Problem liegt nicht so sehr bei „hochschulpolitisch" als bei „Mandat". Hier wird gestritten, ob die Studentenschaft ein Mandat hat, welcher Art dieses Mandat ist und ob man es ausgestalten kann. Ich würde vorschlagen, um den Streitpunkt aus der Welt zu schaffen, das Wort „Mandat" zu vermeiden. Man sollte vielleicht sagen: „Die Studentenschaft kann zu hochschulpolitischen Fragen Stellung nehmen."

Kraske: Diesem letzten Vorschlag würde ich nicht folgen. Ich würde es bei dem anderen Vorschlag belassen. Ich glaube, daß jeder im Geiste dabei ein klares „nur" mitliest. Nur aus Höflichkeit und Takt schreiben wir dieses „nur" nicht ausdrücklich rein. Aber jeder weiß, daß dieses Wort als Absage an das politische Mandat drinsteht. (*Zuruf:* Darum geht doch der Kampf!)

Lemke: Schreiben wir doch: „Ihr ist eine eigene Rechtsfähigkeit zu verleihen." Darum geht doch der Kampf.

Heck: Die Rechtsfähigkeit hat den Sinn, daß man sie rechtlich verantwortlich machen kann. Das waren unsere Überlegungen.

Wir können feststellen: Wir meinen, wenn wir sagen, die Studentenschaft hat ein hochschulpolitisches Mandat, nicht, daß wir damit für die bisherige Regelung sind, wonach die Studenten in der Studentenschaft zwangsinkorporiert sind und Beiträge eingezogen werden usw. Das meinen wir nicht.

Von Weizsäcker: Ich meine, das hochschulpolitische Mandat, wie es hier formuliert ist, ist etwas, was auch Sie wollen, im Gegensatz zum politischen Mandat. Wenn das so ist, dann sollten Sie den Versuch machen, sich nicht dagegen zu wehren, sondern einen Zusatz vorzuschlagen, aus dem sich ergibt, daß die Zwangsmitgliedschaft damit nicht gemeint ist. Warum machen Sie den Vorschlag nicht?

Hahn: Solange der Status quo da ist, ist das ganz richtig, was hier steht. Aber es sind ja Überlegungen da, die Studenten stärker zu integrieren, sie nicht als ein Gegenüber zur Universität zu haben, sondern sie mit hineinzunehmen, wodurch ein neues Verhältnis entsteht. Damit würde die Studentenschaft als besondere Gliedkörperschaft aufgelöst. Statt dessen würden die Studenten sich in politischen Gruppen organisieren, die dann vollkommen frei sind, zu sagen, was sie wollen. Da können sie über alles reden. Sie reden dann aber nur noch für ihre Mitglieder, die sie dann auch finanzieren. Sie reden nicht für die gesamte Studentenschaft.

Stingl: Sie müssen irgendwo als Gegenüber zur Professorenschaft in Erscheinung treten. Als ich 1948/49 studierte, war das sehr viel ausgeprägter.

Heck: Herr Professor Hahn, es ist ein Unterschied, ob ich sage „die Studenten" oder „die Studentenschaft". Wenn ich sage: „Die Studentenschaft hat ein hochschulpolitisches Mandat", dann kann eigentlich „die Studentenschaft" dieses hochschulpolitische Mandat nur in Anspruch nehmen, wenn sie entsprechend organisiert ist.

Hahn: Das wollen wir gerade aufheben. (*Zuruf:* Warum denn?)

Lemke: Man müßte einfach sagen: „Die Mitgliedschaft in der Studentenschaft ist freiwillig." Dann kann das so stehenbleiben, wie es da steht.

Stingl: Das ist sowieso der Fall. Ich muß ja nicht studieren!

Scheufelen: Bis jetzt muß jeder Student im Semester soundso viel für eine Studentenschaft zahlen, die an sich den Auftrag haben sollte, sich um Hochschulfragen zu kümmern. (*Zuruf:* Was sie in der Regel auch macht!) Nun haben die Studentenschaften angefangen, sich um Dinge zu kümmern, die sie nichts angingen. Da hat es in Tübingen Studenten gegeben, die gesagt haben: Ich zahle dafür nicht. Das Verwaltungsgericht hat ihnen recht gegeben. Dadurch ist doch die ganze Geschichte ins Rollen gekommen.

Wenn man es auf das hochschulpolitische Mandat begrenzt, dann kommen wir eigentlich wieder auf den Punkt zurück, daß zwangsweise gezahlt werden muß. Das ist die logische Folge.

Kohl: Ich warne davor, die sehr diffizile Frage der Freiwilligkeit oder Nichtfreiwilligkeit hier bereits endgültig zu statuieren. Wir reagieren im Augenblick nur auf die Ereignisse rundherum vor Ostern.[16]

Was wir hier einleiten – das muß man sich gut überlegen –, ist ein Desintegrationsprozeß der Universität. Wenn Sie das unter dem Gesichtspunkt der staatsbürgerlichen Erziehung betrachten, ist es das genaue Gegenteil von dem, was wir tun sollten. Wir tun das aus einer negativen Erfahrung heraus, die einen ganz konkreten Anlaß hat, die es vorher nicht gab. Ich weigere mich, zu sagen – wie das immer wieder dargestellt wird –, das sei eine negative Erfahrung, die nur zu Lasten der Studenten geht. Daß die Universität seit soundso viel Jahrzehnten reformbedürftig ist, läßt sich nicht von der Hand weisen. Ein Großteil der Professoren hat dann, als es ihnen scheinbar an den Kragen ging, die Nerven völlig verloren und den Leuten alles Mögliche zugestanden. Nicht nur die Professoren; es gibt in einem Bundesland beispielsweise eine Reformuniversität, die die Drittelparität schon zu einem Zeitpunkt zugestanden hat[17] ... (*Zuruf.*) Ich meine nur, es ist eine ganz fatale Sache. Im übrigen sage ich Ihnen jetzt schon: Der Parteitag wird das nicht beschließen.

Heck: Ich möchte unabhängig von dem, was hier steht, die Frage stellen: Sind wir der Meinung, daß es bei der Zwangsinkorporation der Studentenschaft bleiben soll oder nicht? Das ist eine ernste Frage.

Kohl: Die kann man gar nicht in fünf Minuten entscheiden. Da muß eine Unmenge von Argumenten vorgetragen werden. Das ist eine ungewöhnlich komplexe Frage. Das hängt nämlich von der Hochschulverfassung ab, die wir ja in vielen Fällen noch gar nicht modernisiert haben.

Heck: Für mich nicht. Ich lehne eine Zwangsmitgliedschaft in der Gewerkschaft ab, und deswegen lehne ich auch eine Zwangsmitgliedschaft bei der Studentenschaft ab.

Stingl: Und wie ist es mit der Zwangsmitgliedschaft in der Industrie- und Handelskammer, in der Innung und in der Ärztekammer?

Kohl: Wenn wir eine Hochschulverfassung machen würden – ich will das nur einmal theoretisch hier darstellen –, bei der etwa der Senat das Dach ist und bei der für die Dozenten und den Mittelbau eine Clearingstelle geschaffen wird, dann brauchen wir doch auch irgendeine Stelle, wo wir die Studenten fassen. Das ist ein Modell, das im Augenblick sehr stark diskutiert wird. Es ist noch keineswegs abgeklärt, ob das kommen wird.

16 Am 11. April 1968 verübte Josef Bachmann ein Attentat auf den Studentenführer Rudi Dutschke. Daraufhin kam es zu schweren Ausschreitungen. Vgl. Nr. 16 Anm. 47.

17 Entwickelt wurde das Modell im Februar 1968 vom SDS Hamburg, erstmals wurde die Drittelparität in einer Satzung am Otto-Suhr-Institut der FU Berlin am 14. Juni 1968 verabschiedet. Vgl. FAZ vom 15. Juni 1968 „Naht das Ende der Ordinarien?"; „Welt" vom 15. Juni 1968 „Otto-Suhr-Institut mit neuer Satzung".

Kraske: Ich glaube, daß wir den ersten Satz: „Die Studentenschaft hat ein hochschulpolitisches Mandat", in jedem Falle stehenlassen sollten. Die Frage der Zwangsmitgliedschaft ist zwar impliziert. Aber im Grunde wird das hiermit nicht ausdrücklich gesagt. Ich finde, daß dieser Satz einfach deswegen so wichtig ist, weil man dieses hochschulpolitische Mandat in der Abwehr des allgemeinpolitischen Mandats betonen muß. Dazu bedarf es des Ausdrucks „Studentenschaft"; denn die Studenten haben natürlich wie alle Bürger ein ganz unbegrenztes Mandat. Das, was man auf das hochschulpolitische Mandat beschränken kann, ist wirklich „die Studentenschaft". Schon deswegen würde ich diesen Satz hier stehenlassen.

Heck: Wenn wir sagen: „Die Studentenschaft hat ein hochschulpolitisches Mandat", sind wir der Meinung, daß sie ein allgemeinpolitisches Mandat nicht hat. Zweitens lassen wir offen, ob dieses hochschulpolitische Mandat in Form einer Zwangsinkorporation in Anspruch genommen wird oder in Form einer freiwilligen Mitgliedschaft.

Herrmann: Das wird durch die Formulierung nicht offengelassen, Herr Minister!

Heck: Moment, Sie haben das Wort gar nicht; Sie dürfen gar nicht sprechen. Ich will ja nur klären, damit man hier wenigstens weiß, was man beschließt. Das ist offensichtlich ja nicht klar. Ich habe die Frage gestellt; sie wurde bejaht und verneint. Ich stelle die Frage: Ist man der Auffassung, daß, wenn wir sagen: „Die Studentenschaft hat ein hochschulpolitisches Mandat", d. h., daß wir für die Zwangsinkorporation sind? Das ist doch bestritten worden. Ich möchte haben, daß, wenn wir hier etwas beschließen, wir wissen, was wir wollen.

Kohl: Die Zweckmäßigkeit ist bestritten worden. Daß es in dem Text drinsteht, ist nicht bestritten worden.

Gradl: 1. Ist es wirklich wahr, daß, wenn wir sagen: „Die Studentenschaft hat ein hochschulpolitisches Mandat", wir damit zum Ausdruck bringen, daß das nur ein hochschulpolitisches Mandat ist? Das meinen wir, und so möchten wir es ausgelegt sehen. Wenn ich feststelle, jemand hat ein Mandat, sage ich nichts darüber, ob er nicht auch irgendwelche anderen hat. Ich präzisiere nur: Dieses hat er. Über das andere sage ich nichts.

Zweite Frage: „Studentenschaft". Wird das wirklich allgemein so verstanden, wie wir das verstanden sehen wollen: nur die Allgemeinen Studentenausschüsse? Ich nehme an, daß die gemeint sind. Der normale Sprachgebrauch macht nicht den Unterschied zwischen „die Studenten" und „die Studentenschaft". Im allgemeinen Sprachgebrauch ist beides dasselbe. Wir müssen hier etwas präzisieren, dann weiß jedermann, was gemeint ist.

Von Weizsäcker: Was das hochschulpolitische Mandat angeht, so liegt eine Einschränkung vor: Es ist nicht ein politisches Mandat.

Dann zu der zweiten Frage: Es kommt nicht darauf an, ob wir etwas Bestimmtes wollen, sondern es kommt darauf an, wie es in der Öffentlichkeit in Anspruch genommen wird. Da glaube ich, daß Herr Herrmann eben recht hat. Ganz unabhängig davon, was wir wollen: Wenn das so gesagt wird, wie es hier steht, dann wird es jedenfalls von

der Studentenschaft für diejenige Form in Anspruch genommen, die sie wünscht. Wenn sie die Zwangsmitgliedschaft wünscht, wird sie es dafür in Anspruch nehmen.

Heck: Ich gehe noch einen Schritt weiter. Ich bin der Meinung, wenn wir den ersten Satz so stehenlassen, dann ist damit die Zwangsinkorporation der Studentenschaft konstituiert. (*Zurufe:* Nein!) Sie müssen auf alle Fälle zulassen, daß das so interpretiert wird, und wir können dem nicht widersprechen. Das ist das mindeste, was man sagen kann.

Jetzt geht es also weiter: „Ihr ist eigene Rechtsfähigkeit zu verleihen". Wir sind der Meinung gewesen, daß das notwendig ist, um die Studenten für das, was sie treiben, verantwortlich und haftbar machen zu können. Das scheint mir etwas Nützliches zu sein.

Hahn: Es ist eine Zementierung des Zustands, der im Augenblick im Stadium der Beratung ist.

Von Weizsäcker: Ich glaube, daß diese Hoffnung der Kultusminister vollkommen vergeblich ist. Das werden Sie nicht erreichen.

Heck: Wir nehmen nicht in ein Parteiprogramm auf, was gerade irgendwo beraten wird, sondern die Partei äußert hier in ihrem Programm einen präzisen politischen Willen.

Filbinger: Die Leute haben eine Zwangsmitgliedschaft. Jeder muß die 10 oder 15 DM bezahlen, damit die anderen Unfug machen können. (*Zurufe.*) Ich habe den Eindruck, daß wir im Moment uns etwas verbiestern. Ich glaube, daß wir über etwas verschiedene Tatbestände sprechen. Der Tatbestand, den der Kollege Hahn meint, ist die künftige Ordnung, wie sie jetzt von den Kultusministern für sämtliche Universitäten angestrebt wird. Danach werden die Studenten in Organe integriert und nehmen in diesen Organen ihre hochschulpolitische Aufgabe wahr. Das können sie kraft ihrer Mitgliedschaft. Wenn die Studenten Mitglieder des Senats, des Konzils der Fakultäten und Institute usw. sind und dort ihr Mitspracherecht haben – nach Maßgabe der Verleihung dieses Rechtes –, dann brauchen sie nicht mehr als Studentenschaft qua Zwangskörperschaft ein hochschulpolitisches Mandat wahrzunehmen, und wir brauchen es ihnen nicht zu attestieren. Das haben sie dann in einer viel stärkeren Form. (*Zuruf:* Die müssen doch gewählt werden! Von wem sollen die Studenten gewählt werden?)

Hahn: Sie werden aufgrund von Listen, die eingereicht werden – der RCDS, der SDS usw. reichen eine Liste ein –, in den Senat gewählt.

Heck: Die Wirklichkeit wird ganz anders aussehen. Davon bin ich fest überzeugt.

Im übrigen möchte ich noch etwas sagen, und ich bitte, das nicht falsch zu verstehen: Was wir in unser Programm aufnehmen, kann sich nicht daran orientieren, was gerade in irgendeinem Zirkel in der Diskussion ist. Wir werden das in unser Programm reinschreiben, was wir als Partei für richtig halten.

Kraske: Erstens habe ich den Eindruck, daß wir inzwischen viel zu sehr auf Herrn Dutschke und aktuelle SDS-Unruhen fixiert sind. Ich sehe – gestern wie heute und leider auch für morgen – mindestens ebensosehr, daß sich an der notwendigen Willensbildung in der Studentenschaft nur 40 oder 50 % beteiligen. Die anderen sind völlig aso-

zial. Ob man die jetzt auch noch aus der finanziellen Verpflichtung entlassen soll, ist mir eine sehr offene Frage.

Zweitens: Wir haben in anderen Bereichen eine Fülle von Zwangsmitgliedschaften. Wir statuieren sie in demselben Programm z. B. für die Arbeitnehmerschaft. Ich weiß nicht, warum das eine Sünde ist, wenn wir sie bei den Studenten beibehalten.

Drittens frage ich mich, ob der Weg zu den rein politischen Wahlen an unseren Hochschulen eine Sache ist, über die wir uns am Ende noch freuen. Nur im Rahmen der zwangsverfaßten Studentenschaft können wir die Sache gesetzlich auf das hochschulpolitische Mandat beschränken. Wenn wir das weglassen, läuft alles, wie es will. Dann haben wir wüste politische Schlachten in Gebieten, wo wahrscheinlich die CDU öffentlich jedes Mal ziemlich schlecht abschneidet, und zwar völlig unrepräsentativ schlecht abschneidet. Ich frage mich, ob wir selber den Schritt dazu gehen wollen, daß das statuiert wird.

Von Weizsäcker: Wir verdanken der Debatte immerhin die Erkenntnis, daß wir nicht annehmen dürfen, daß, wenn wir das sagen, was hier steht, damit die Frage, freiwillig oder Zwangsmitgliedschaft, offengelassen wird. Ich glaube nicht, daß die Frage offengelassen wird. Das müssen wir wissen. Ich meine dennoch, daß die Sache jetzt abstimmungsreif ist.

Für mein Urteil ist diese Eindeutigkeit in bezug auf die Zwangsmitgliedschaft deshalb erträglich, weil der andere Weg, von dem Sie sprachen, nach wie vor von dem politischen – und nicht von dem hochschulpolitischen – Mandat ausgeht. Weil hier das hochschul- und nicht das politische Mandat angesprochen ist, halte ich im Ergebnis das, was Herr Kraske zuletzt gesagt hat, für das Richtige und die Zwangsmitgliedschaft für etwas, was die CDU in Kauf nehmen kann, und zwar ohne Rücksicht auf den Stand der Beratungen der Kultusminister.

Kohl: Ich schließe mich in allen Argumenten dem an, was Herr Kraske dazu gesagt hat. Ich warne nur noch einmal davor, eine solche Frage unter dem Bild einer kleinen Gruppe von Radikalinskis zu betrachten. Wenn ich mich hier im Saale umsehe, kann ich mir unschwer ausrechnen, wieviel Väter hier sitzen, die Kinder haben, die studieren. Wir tun hier so, als hätten wir mit unserer Studentenschaft überhaupt nichts zu tun. Das Gros der Studentenschaft und das Gros der AStAs an den deutschen Universitäten ist im Augenblick absolut so, daß wir es unterstützen müssen. Wir sollten also nicht darüber nachdenken, wie wir den Leuten zusätzliche Schwierigkeiten machen.

Lemke: Darf ich noch eine Bemerkung machen. Es gibt keine „Professorenschaft" und auch keine „Assistentenschaft". (*Kohl:* Natürlich gibt es eine Professorenschaft!) Es kann jeder Assistent und jeder Professor in den Senat wählen. Aber es gibt keine Professorenschaft und keine Assistentenschaft. Es gibt aber anscheinend eine Studentenschaft.

Heck: Ich glaube, das wichtigste ist, daß wir hier klipp und klar sagen: Die Studentenschaft als Ganzes, auch wenn sie sich partiell politisch organisiert, hat kein Recht, sich politisch zu äußern. Das ist das Entscheidende. Ich glaube, wir haben ein Interesse daran, daß das, was so an politischer Aktivität ohne besondere Zielsetzung vorhanden

ist, etwas kanalisiert und auf etwas Vernünftiges hin ausgerichtet wird. Mir ging es bei der ganzen Geschichte nur darum, daß hier Klarheit herrscht. Wenn wir hier reinschreiben: „Die Studentenschaft hat ein hochschulpolitisches Mandat", dann bedeutet das: Eine Studentenschaft, die sich um hochschulpolitische Fragen kümmert, wird durchaus als zwangsinkorporierte Gemeinschaft verstanden. Ich gestehe ganz offen, wir können uns vielleicht etwas anderes überlegen. Aber das geht exakt an der Wirklichkeit vorbei. Ich halte das für eine sehr theoretische Argumentation, zu sagen: Die sind da beteiligt, und im übrigen brauchen sie nichts mehr zu tun. Ich glaube nicht, daß wir damit zum Ziele kommen.

Wir müssen nun abstimmen. Wer für die Ziffer 43 ist, wie sie hier im Programm steht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Das letzte war eine schwäbische Minderheit; die Ziffer 43 ist angenommen.

Ziffer 44

Kraske: Bisher gibt es für eine Reihe von beruflichen Positionen die Verpflichtung zu Hochschulabschlüssen. Die Hochschulen sollen entlastet werden. Die Fachhochschulen sollen die Möglichkeit geben, diese Abschlüsse zu erreichen. Außerdem soll dann die Ausbildung verkürzt werden. Hier sind also zwei Ziele: erstens Entlastung der Universitäten, zweitens Verkürzung von bestimmten Ausbildungsgängen für bestimmte Stellen, nämlich qualifizierte Stellungen in Verwaltung und Wirtschaft.

Scheufelen: Für den Unbefangenen heißt das, was hier steht: Bis jetzt hat einer zehn Semester an der Universität studiert; an der Fachhochschule hätte er sieben gebraucht. Es wird also eine Verkürzung der Ausbildung an der Fachhochschule eingeführt, um dasselbe zu erzielen, das der andere mit zehn Semestern erreicht hat. Es muß hier das Wort „zusätzlich" rein.

Lemke: In der Sache bin ich einverstanden; ich möchte aber das Deutsch hier beanstanden.

Kraske: Ich glaube, Herr Scheufelen beanstandet nicht nur das Deutsch.

Hahn: Wenn es ganz exakt sein sollte, müßte es heißen: „Zur Entlastung der Universitäten sind verkürzte Ausbildungsgänge, insbesondere an Fachhochschulen und Akademien einzurichten."

Kraske: Herr Professor Hahn, verstehe ich Sie richtig, daß es dann weitergehen müßte: „... deren Examen zum Eintritt ... berechtigen"? Das würde ich allerdings als Mangel im Deutschen empfinden. Diese beiden Sätze müssen miteinander verbunden sein, weil es nicht zwei Sachen nebeneinander sind; das erste ist vielmehr um des zweiten willen gewollt.

Heck: In Baden-Württemberg gibt es die verkürzten Ausbildungsmöglichkeiten an Universitäten bereits. Das ist hier nicht drin.

Filbinger: Rein formulierungsmäßig kann man sich helfen, indem man sagt: „Die Examina an diesen Ausbildungsstätten – nämlich den Akademien und Fachhochschulen – müssen zum Eintritt in qualifizierte Stellungen berechtigen." Eben ist doch darauf hingewiesen worden, daß der Vordersatz umgestellt werden sollte. Dann würde der Anschluß mit „deren" nicht mehr passen.

Heck: Ich neige dazu, zu sagen: Von den derzeitigen Verhältnissen an den Universitäten reden wir weiter nicht. Wo es verkürzte Ausbildungslehrgänge gibt, gehört das zu dem, was an den Universitäten läuft. Zusätzlich dazu wollen wir Akademien einrichten.

Hahn: Die große Entlastung würde eintreten, wenn an den Universitäten die Leute mit sechs Semestern abschließen würden. Das würde damit gedeckt. Aber das ist noch keineswegs da. Das ist einer der großen Programmpunkte, die wir haben. Deswegen würde ich das gern drinhaben.

Heck: Dann kann man nur sagen: „Zur Entlastung der Universität sind verkürzte Ausbildungslehrgänge an den Universitäten und Ausbildungsgänge an Akademien und Fachhochschulen zu schaffen."

Herrmann: Herr Ministerpräsident Lemke geht aber davon aus: Wenn man die Studiengänge verkürzt, muß man anschließend noch etwas sagen.

Ziffern 45 und 46

Ohne Bemerkungen.

Ziffer 47

Von Weizsäcker: Soweit über künstlerische Leistungen als Bindeglied zwischen den Menschen im geteilten Deutschland gesprochen wird, gehört das in die Ziffern 3 und 4. Hier, wo über die Kunst allein gesprochen wird, kann man die Sache so nicht darstellen. Die Künstler könnten daraus schließen: Wenn wir wiedervereinigt sind, ist der Gegenstand der Kunst entfallen. Die Künstler würden das nicht ganz gut verstehen, so sinnvoll der Gedanke ist. Dieser Hinweis in Ziffer 47 sollte entfallen.

Schwarzhaupt: Ich stimme dem zu. Im Redaktionskomitee wurde damals die staatliche Verpflichtung, für die Kunst zu sorgen, mit der politischen Richtung der Kunst im Hinblick auf das geteilte Deutschland gerechtfertigt. Das scheint mir nicht richtig. Die Verpflichtung des Staates ist ganz grundsätzlich da. Auch ich würde bitten, das hier zu streichen. Ich habe nichts dagegen, wenn man dafür eine Stelle am Anfang findet.

Meyers: Ich bin der Ansicht, daß es zunächst so heißen sollte, wie unser Bundesvorsitzender heute sagte: „Gesellschaft und Staat haben die Freiheit des Geistes zu achten und zu schützen." Ich meine also die Umstellung. Dann würde ich weiter sagen: „Künstlerische Leistungen sind Ausdruck der Selbstdarstellung des Menschen und ein wichtiges Bindeglied zwischen den Menschen."

Damit sollte Schluß sein. Wenn wir hier auf die Beziehungen zwischen den Deutschen abstellen, dann ist das falsch und schädlich. Wenn Sie so etwas bringen wollen, dann höchstens im allgemeinen Teil. Hier sollte man nur sagen: zwischen den Menschen.

Kraske: Ich würde nur vorschlagen, daß wir dann, wenn wir den gesamtdeutschen Teil streichen – und dafür spricht ja manches –, die letzten Worte „gefördert wird" vorziehen. Es könnte dann etwa heißen: „Sie sind als ein wichtiges Bindeglied zwischen den Menschen zu fördern."

Heck: Ich habe nichts dagegen, daß der Satz gestrichen wird. Ich frage nur: Ist mit dem, was hier angesprochen wird, auch der letzte Satz gemeint?

Hahn: Es müßte auch etwas darüber gesagt werden, daß die musische Bildung gefördert werden soll. Das ist etwas ganz Wichtiges.

Von Weizsäcker: Es gibt Kunst, die unabhängig von dem gemeinsamen Bewußtsein von Sprache, Geschichte und Tradition besteht. Ich frage mich, inwieweit Malerei das gemeinsame Bewußtsein von Sprache, Geschichte und Tradition fördert. Die Malertradition wird nicht notwendigerweise im Hinblick auf die deutsche Nation gefördert werden müssen. Es wird auch ein Maler gefördert werden müssen, der in irgendeiner französischen Impressionistenschule zu Hause ist. Deswegen ist das, was hier gesagt wird, nicht sehr logisch.

Meyers: Das ist reiner Nationalsozialismus, was hier steht.

Von Weizsäcker: Das geht doch ein bißchen zu weit.

Meyers: Das geht gar nicht zu weit. Die Kunst soll international sein. Unsere Leute sind ein wichtiges Bindeglied zwischen den Menschen, aber nicht nur zwischen den Menschen in Deutschland.

Heck: Über diesen Satz sind wir schon hinweg. Wir sind beim letzten Satz. Soll der gestrichen werden oder nicht?

Meyers: Ich bin für die Formulierung von Herrn Kraske.

Gradl: Ich schlage folgendes vor: „Künstlerische Leistungen sind sowohl Ausdruck der Selbstdarstellung des Menschen als auch ein wichtiges Bindeglied. Wir wollen, daß sie gefördert werden."

Meyers: Meine Formulierung war aber noch kürzer: „Künstlerische Leistungen sind Ausdruck der Selbstdarstellung des Menschen und als wichtiges Bindeglied zwischen den Menschen zu fördern."

Gradl: Einverstanden, noch besser!

Lemke: Selbstdarstellung des Menschen ist nicht ausreichend. Ich würde sagen: „Ausdruck des geistigen Lebens des einzelnen und der Gesamtheit". Also nicht nur die Selbstdarstellung des Menschen, sondern auch die Gesamtheit!

Heck: Es gibt einen Satz, daß sich die Menschlichkeit durch die Nation hindurch verwirklicht. Die Frage ist, wie eigentlich der Mensch in der Gemeinschaft existiert, ob er Einzelner ist und dann Glied der globalen Menschheit, und dazwischen gibt es nichts. Ich bin der Meinung, der Mensch lebt in der Gemeinschaft, geschichtlich in seiner Nation. Auch der Künstler lebt so. Das ist meine Meinung. Aber Herr Meyers erklärt deswegen, ich sei Nationalsozialist.

Meyers: Sie sehen immer nur die Welt von sich aus. (*Heiterkeit.*) Ich habe gesagt: Dieser Satz ist nationalsozialistisch. Ich habe doch nicht gesagt: Sie sind Nationalsozialist. Da hätte ich mich doch, als ich das sagte, selber Lügen gestraft. So, wie wir uns kennen, wissen Sie, daß ich das nie gesagt hätte.

Kohl: Warum bleiben wir nicht bei der Formulierung – ich sehe die Diskrepanz nicht –, wie es Herr Meyers sagt. Wir wollen, daß ihre Wirksamkeit zur Erhaltung eines gemeinsamen Bewußtseins usw. gefördert wird. Das ist doch praktisch, daß sie dazu beiträgt. Das schließt doch das andere nicht aus.

Von Weizsäcker: Es bestreitet niemand, daß wir alle in einem gemeinsamen Bewußtsein von Sprache, Geschichte und Tradition verwurzelt sind.

Heck: Doch, Herr Enzensberger[18] bestreitet das.

Von Weizsäcker: Gut. Aber ich bin nicht geneigt, das so furchtbar ernst zu nehmen. Nur wird der Satz, so, wie er hier steht, dahingehend ausgelegt werden, daß derjenige Künstler, der mit seiner Kunst nicht zu einem gemeinsamen Bewußtsein der Deutschen beiträgt, nicht förderungswürdig ist. Dieser Satz ist schlechthin unhaltbar. Sie können nicht leugnen, daß beliebig viele Musiker und Maler die allerbesten Deutschen sein mögen und sich von Ihnen in nichts in bezug auf ihr Bewußtsein von Sprache, Geschichte und Tradition der Deutschen unterscheiden und dennoch durch ihre Kunst zum gemeinsamen Bewußtsein der Deutschen nicht mehr beitragen als zum gemeinsamen Bewußtsein der Menschheit oder zu irgendeinem gemeinsamen Bewußtsein. In diesem Sinne ist der Satz wirklich vollkommen unhaltbar.

Heck: Ich habe lediglich die Frage gestellt, ob der Satz gestrichen werden soll.

Gradl: Der letzte Satz hat zwei Inhalte. Zunächst einen allgemeinen: Es wird von Förderung gesprochen. Der zweite Inhalt ist enger. Über die Förderung – daß künstlerische Leistungen gefördert werden sollen – sind wir uns einig. Das andere würde ich für bedenklich halten. Um dieser Philosophie aus dem Weg zu gehen, schlage ich vor, zu sagen: „Künstlerische Leistungen sind als Ausdruck der Selbstdarstellung des Menschen und als wesentliches Bindeglied zwischen den Menschen zu fördern."

Lemke: Man sollte sagen: „Ausdruck des geistigen Lebens des einzelnen und der Gesamtheit". „Selbstdarstellung des Menschen" ist nicht genug.

Heck: Man muß vom Verständnis der modernen Kunst ausgehen. Da geht es um die Selbstdarstellung des Individuums.

Kohl: Diese These bestreite ich für die moderne Kunst. Das gilt für Teile der modernen Kunst. Es gibt beispielsweise unter der modernen Kunst eine ausgesprochen religiöse Kunst, wo ich diese Prämisse nicht akzeptieren kann.

Schwarzhaupt: Jedenfalls können wir die Förderung nicht auf die eine oder andere Form beschränken. Ich möchte jedenfalls die Bindung der Förderung an eine bestimmte Wirksamkeit – zu diesem Zweck ist zu fördern – beanstanden.

Heck: Ich verstehe diese Bedenken durchaus. Ich muß aber sagen: Was an sich diesem Volk fehlt, ist ein Verständnis zu sich selbst als geschichtliche Gemeinschaft. Die Frage, was kann man tun, damit dieser lebensgefährliche Mangel beseitigt wird, ist offensichtlich erlaubt. Wir leben ja heute nur als Allerweltsmenschen.

Von Weizsäcker: Das ist ein sehr vernünftiger Gedanke. Aber Sie dürfen nicht so formulieren, daß nur diejenige Kunst förderungswürdig ist, die zum gemeinsamen Bewußtsein der Deutschen beiträgt.

---

18 Dr. Hans Magnus Enzensberger (geb. 1929), Schriftsteller; Studium der Sprachen, Literaturwissenschaft, Philosophie, 1955 Promotion, Tätigkeit als Verlagslektor, seit 1979 freier Schriftsteller.

Heck: Wenn Sie genau zugehört hätten, hätten Sie gehört: Ich habe Verständnis für die Bedenken gegen die Eingrenzung. Ich habe kein Verständnis, daß Sie das streichen wollen.

Kraske: Das ist ein Mißverständnis. Herr von Weizsäcker hat diesen Satz nicht streichen wollen, weil er gegen dieses gemeinsame Bewußtsein ist, sondern er hat gegen diese Kombination von gemeinsamem Bewußtsein und Förderung Bedenken erhoben. Ich gestehe: Je mehr wir darüber diskutieren, um so mehr finde ich, daß diese Formulierung überprüft werden muß.

Meyers: Was Herr Heck sagt, könnte man als Leitsatz hinnehmen. Ich wehre mich dagegen, daß nur eine bestimmte Art von Betätigung des Künstlers gefördert werden soll.

Von Weizsäcker: Der Gedanke von Herrn Heck gehört an eine viel allgemeinere Stelle als an diese.

Heck: Die Diskussion betrifft ja nicht einen luftleeren Raum. Es ist die Mentalität in einem weiten Bereich. Nehmen Sie Herrn Jens[19]. Für diese Leute existiert doch die Tatsache überhaupt nicht, daß einer in der Gemeinschaft eines Volkes lebt. Wir wundern uns, wenn dieses Volk kein Verhältnis mehr zu sich selber hat und am Schluß nicht so recht weiß, was es tun soll.

Von Weizsäcker: Dem sollen wir entgegentreten. Nur sollen wir daraus nicht ein Kunstverständnis ableiten. Wir sind uns offenbar einig.

Lemke: Ist es richtig, wenn Sie nur schreiben: „Selbstdarstellung des Menschen"?

Heck: „Selbstdarstellung des Menschen" ist nicht „Selbstdarstellung des deutschen Menschen". Das Mißverständnis, das hier hineininterpretiert wird, ist bei dem Vordersatz nicht möglich.

Schwarzhaupt: Vielleicht könnte man sagen: „Die Kunst trägt zur Erhaltung eines gemeinsamen Bewußtseins von Sprache, Geschichte und Tradition der Deutschen bei. Es ist Aufgabe von Staat und Gesellschaft, die Kunst zu fördern."

Gradl: Vielleicht könnte man den letzten Satz so formulieren: „Wir wollen, daß ihre Wirksamkeit gefördert wird, auch zur Erhaltung eines gemeinsamen Bewußtseins von Sprache, Geschichte und Tradition der Deutschen."

Schwarzhaupt: Damit wird das Motiv für den staatlichen Auftrag, Kunst zu fördern, eingeengt.

Gradl: Wir sagen doch: „Wir wollen, daß ihre Wirksamkeit gefördert wird", und dann unterstreichen wir den besonderen Zusammenhang: „auch zur Erhaltung eines gemeinsamen Bewußtseins".

Von Weizsäcker: Wir müssen auch verhindern, daß sich die verschiedenen Arten von Künstlern in diesem Punkte gegen die CDU solidarisieren. Es gibt doch wirklich genug Künstler, die über Enzensberger, Jens, über die Notwendigkeit eines Verhältnisses zu

19 Prof. Dr. Walter Jens (geb. 1923), Literaturwissenschaftler; 1944 Promotion, 1949 Habilitation, 1956 Professor für Klassische Philologie an der Universität Tübingen, 1963 Professor für Klassische Philologie und Allgemeine Rhetorik, 1965–1988 Professor des neu eingerichteten Lehrstuhls für Rhetorik.

sich selber, zum eigenen Volk, zur eigenen Geschichte und Tradition genau dasselbe denken wie Sie und dennoch in bezug auf die Nichteinordenbarkeit [sic!] von Kunst sich an diesem Punkt mit anderen Künstlern solidarisieren würden. Das kann die CDU nicht wollen.

Heck: Ich muß noch einmal sagen, daß ich wirklich diese Einengung hier nicht für richtig halte. Aber genauso halte ich es nicht für richtig, den Gedanken zu streichen. Am einfachsten wäre es, ihn zu streichen.

Kraske: Ich darf einen Formulierungsvorschlag versuchen: „Künstlerische Leistungen sind Ausdruck der Selbstdarstellung des Menschen. Sie tragen zur Erhaltung eines gemeinsamen Bewußtseins von Sprache, Geschichte und Tradition der Deutschen bei." Dann sollte die Verpflichtung zur Förderung kommen.

Herrmann: Vielleicht könnte man sagen: „Staat und Gesellschaft haben die Freiheit des Geistes zu achten und zu schützen. Künstlerische Leistungen sind Ausdruck der Selbstdarstellung des Menschen und staatlich zu fördern. Wir wollen, daß ihre Wirksamkeit zur Erhaltung des gemeinsamen Bewußtseins von Sprache, Geschichte und Tradition der Deutschen erhalten bleibt."

Scheufelen: Wir müssen klar sehen, daß wirkliche Kunst zunächst einmal Selbstzweck ist. Wenn man die Lebensgeschichte berühmter Künstler verfolgt, schöpfen sie insbesondere aus sich heraus. Wirkliche Kunst ist Selbstzweck. Infolgedessen werden wir immer auf größten Widerstand stoßen, wenn wir einen Einschränkungsfaktor bringen. Kunst ist Selbstzweck. Die Zweckkunst wird nicht als Kunst angesehen.

Hahn: Es geht hier um ein Aktionsprogramm. Es geht uns nicht um die Definition dessen, was Kunst ist, sondern es geht darum: Wie sollen wir uns im politischen Feld verhalten? Hier ist ein anderer Gedanke wichtig als der, der hier drinsteht. Es ist wichtig, daß man sagt, die Kunst soll gefördert werden. Das soll drinstehen.

Ein zweiter Gedanke ist wichtig. Das Musische sollte in den Lehrplänen genügend berücksichtigt werden.

Meyers: Ich würde also vorschlagen: „Gesellschaft und Staat haben die Freiheit des Geistes zu achten und zu schützen. Künstlerische Leistungen sind ein wichtiges Bindeglied zwischen den Menschen. Wir wollen, daß sie in allen Bereichen gefördert werden."

Fay: Ich stimme diesem Vorschlag deswegen zu, weil hier eine Tendenz anklang, die meines Erachtens fehl am Platze ist. Wenn sich in Deutschland ein Ausländer als Künstler betätigt, sehe ich eigentlich nicht ein, weshalb wir ihn nicht fördern sollen. Er sollte gefördert werden, wenn er seine Kunst hier in Deutschland präsentiert, auch wenn er nicht die Absicht hat, ein gemeinsames Bindeglied zwischen den Deutschen hier und drüben zu schaffen. Das gehört nicht an diese Stelle, das gehört irgendwo anders hin. Ich bin deshalb dafür, daß der Vorschlag von Herrn Meyers akzeptiert wird.

Heck: Wer der Auffassung ist, daß hier die Förderung der Kunst nur allgemein verankert werden und daß jede Beziehung auf das Nationale ausgeschaltet werden soll, den bitte ich um ein Handzeichen.

Schwarzhaupt: Ich würde vorschlagen, auch noch das „Bindeglied" zwischen den Menschen" zu streichen. Wir sollten einfach fordern, daß der Staat die Kunst fördern soll.

Heck: Wer der Auffassung ist, daß lediglich ausgesagt werden soll: „Der Staat muß die Kunst fördern", den bitte ich um ein Handzeichen. – Es bleibt also bei der nackten allgemeinen Forderung; es wird entsprechend formuliert werden.

Kraske: Mir fällt eben auf, daß wir bisher in der hier verurteilten Ziffer 3 immerhin den Satz gehabt haben: „Wir wollen, daß die Freiheit auf allen Gebieten gekräftigt wird und daß alle Äußerungen des geistigen Lebens gefördert werden, die geeignet sind, die Einheit der deutschen Nation in Sprache, Geschichte und Tradition zu bewahren, fortzuführen und vor der Welt zu bekunden."

Dieses hat die Redaktion nicht bestanden [sic!]. Ich frage mich, ob das Ergebnis dieser Diskussion jetzt nicht mindestens ein Einverständnis in der Frage ist, daß hier in dem Punkt „Deutschlandpolitik", so etwas hineingehört, ohne daß irgendein Künstler sich da auf die Füße getreten fühlen kann, und ob wir nicht mindestens nach dem Ergebnis dieser Abstimmung in die Ziffer 3 diesen Satz wieder hineinnehmen.

Meyers: In Ziffer 3 gehört es hinein.

Heck: Das ist eine sehr prinzipielle Frage. Natürlich kann man das noch präziser formulieren: l'art pour l'art. Ich beuge mich. Ich bin persönlich ganz anderer Meinung und halte das politisch für fundamental falsch.

Stingl: Ich glaube, die Mehrheit hat sich nicht dagegen entschieden.

Meyers: Es gehört in die Deutschlandpolitik rein. In die allgemeine Kunstbetrachtung gehört es nicht.

Meyers: Ich darf noch eine Bemerkung zu dem Absatz 2 der Ziffer 47 machen. Dadurch, daß hier nur der Film erwähnt wird, könnten andere Sparten beeinflußt werden.

Kraske: Der erste Satz ist eine allgemeine Verpflichtung, künstlerische Leistungen zu fördern. Normalerweise rechnet man den Film nicht da drunter. Es ist aber gut, wenn im zweiten Halbsatz auch der Film genannt wird.

Ziffer 48

Ohne Bemerkungen.

Ziffer 49

Von Weizsäcker: Sollte nicht ein Stichwort über die internationale Zusammenarbeit aufgenommen werden?

Filbinger: Was haben wir davon, wenn wir diese Prioritäten für Bundes- und Landesanstalten vorsehen? Warum soll nicht die Ressortforschung auch bei einem privaten Institut durchgeführt werden? Ich verstehe das nicht. Was haben wir davon?

Heck: Die Ressortforschung ist eine Forschung, die von politischen Auftraggebern stammt. Diese Aufträge kann man einer Universität nicht erteilen. Es ist nicht l'art pour l'art, sondern Wissenschaft, die ganz klar auf einen bestimmten Zweck hin definiert wird.

Hahn: Das ist aber nicht Gegenstand eines Aktionsprogramms der CDU.

Scheufelen: Ich würde die Sätze streichen: „Bei der angewandten Forschung und der projektorientierten technischen Entwicklung sind, soweit sie öffentlich gefördert werden, umfassende nationale Programme in der Zusammenarbeit von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft zu verwirklichen. Für die angewandte Forschung ist eine zentrale Trägerorganisation zu schaffen."

Heck: Ich habe ausgesprochene Hemmungen, an einem Teil des Programms, der von Herrn Stoltenberg formuliert worden ist, in dessen Abwesenheit Änderungen vorzunehmen. Wenn jemand der Meinung ist, daß das gemacht werden soll, kann er veranlassen, daß ein Antrag gestellt wird. (*Meyers:* Ich stimme gegen Ziffer 49! – *Scheufelen, Stingl, Schmücker:* Wir auch!) Wenn man das nicht in die Hand einer zentralen Trägerorganisation gibt, kann es passieren, daß in Stuttgart dieses geforscht wird, in Hannover jenes und in Berlin ein Drittes. Jedesmal geht es dann in eine andere Richtung. Ich halte es schon für zweckmäßig, daß das zentral überblickt wird.

Meyers: Da bin ich ganz anderer Ansicht. Ich bin nicht anderer Ansicht hinsichtlich der Frage, daß das einer überblickt. Aber daß in verschiedener Richtung geforscht wird, ist richtig. Ich weiß nicht, ob es richtig ist, wenn wir uns jetzt auf eine solche Linie festlegen.

Heck: Ich halte es für sehr wichtig, daß an einer Stelle ein Überblick vorhanden ist, in welcher Richtung geforscht wird, weil sonst doppelt und dreifach gearbeitet wird.

Meyers: Das hat nichts mit dem Träger zu tun, sondern mit der Überwachung. Der Träger kann verschieden sein.

Heck: Ich wollte nur sagen: Das steckt dahinter.

Scheufelen: Wir haben einmal so etwas gehabt, nämlich den Reichsforschungsrat. Da haben einige Herren entschieden, daß man keine Millimeter- oder Zentimeter-, sondern Dezimeterwellen braucht. Das ist die enorme Gefahr, die besteht. Auch die Wissenschaft ist eitel. In dieser zentralen Trägerorganisation gibt es einen Papst.

Herrmann: Hier steht: „Es ist eine zentrale Trägerorganisation zu schaffen." Das heißt nicht, daß alle, die angewandte Forschung betreiben, sich dieser Trägerorganisation anzuschließen hätten. Das zweite ist, daß es bereits Trägerorganisationen für angewandte Forschung gibt, z. B. die Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen usw. Es sollte lediglich aus diesen verschiedenen Ansätzen, die alle staatlich geförderte und zentrale Organisationen sind, eine einzige Organisation geschaffen werden.

Meyers: Es kommt nicht auf die Trägerorganisation an, sondern auf die Überwachung. Wenn Sie sagen: Die angewandte Forschung ist vom zuständigen Bundesministerium zu koordinieren, bin ich einverstanden.

Von Hassel: Ich möchte dafür plädieren, daß dieser Satz erhalten bleibt. Es gibt z. B. die Forschung auf dem Sektor der Elektronenhirne. Dann haben wir das Verteidigungsministerium, das Forschungsaufträge vergibt, das Postministerium, das Forschungsaufträge vergibt, das Wissenschaftsministerium, das die Dinge fördert, und das Wirtschaftsministerium. Das läuft alles nebeneinander her. Daß hier eine zentrale Stelle vorhanden ist, halte ich für zweckmäßig. Das steht in diesem Satz: „Für die angewandte

Forschung ist eine zentrale Trägerorganisation zu schaffen." Was soll die tun? Sie soll die verschiedenen Bemühungen von Wissenschaft, Staat und Wirtschaft koordinieren und für die wirtschaftliche Verwertung von Forschungsergebnissen sorgen.

Heck: Sie unterschätzen das Gewicht von Nordrhein-Westfalen.

Meyers: Ich bin dort abgewählt. Ich bin der Ansicht, Sie sollten sagen: „Für die angewandte Forschung ist das Ministerium für wissenschaftliche Forschung des Bundes zuständig." (*Widerspruch.*) Wir müssen an der Spitze eine Stelle haben, die die Dinge koordiniert.

Scheufelen: Wenn man anstelle von „Trägerorganisation" die Bezeichnung „Überwachungsorganisation" setzt, dann stimmt es.

Heck: Der Begriff ist nicht unbedingt sympathisch. Wenn es hier „Trägerorganisation" heißt und die Aufgabe der Trägerorganisation ist so beschrieben wie hier, dann muß jeder vernünftige Mensch einsehen, um was es geht.

Schmücker: Ich glaube, es genügt, wenn wir die zentrale Trägerorganisation streichen und die beiden Sätze zu einem einzigen zusammenziehen, so daß es heißt: „Für die angewandte Forschung sollen die verschiedenen Bemühungen von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft koordiniert werden, und es soll für die wirtschaftliche Verwertung von Forschungsergebnissen gesorgt werden."

Heck: Die Sache ist von Herrn Stoltenberg in den Gesprächen mit den verschiedenen Trägerorganisationen vorbereitet worden, damit die Koordinierung möglich wird.

Von Weizsäcker: Das ganze Problem ergibt sich daraus, daß es sich um Termini technici handelt, die wir als Laien nur in Reminiszenz an das Dritte Reich verstehen. Wir können das aber nicht ändern. Wir können allenfalls sagen, daß die Formulierung nicht [all]gemeinverständlich ist. Ich bin dafür, daß wir abstimmen.

Stingl: Der Begriff „Trägerorganisation" wird z. B. heißen, daß das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das jetzt von der Bundesanstalt getragen wird, von der Trägerorganisation übernommen werden muß. Der Träger dieses Instituts ist die Bundesanstalt. Wenn eine andere Trägerorganisation kommt, werde ich nicht mehr bezahlen.

Von Hassel: Das ist doch eine Aufgabe der Ressortforschung. Hier haben wir eine typische Bundesanstalt als Träger.

Stingl: Deswegen meine ich, daß „Trägerorganisation" falsch ist. Träger ist der, der das Geld für diese Sache gibt.

Von Hassel: Ich darf als Beispiel einmal die Fraunhofer-Gesellschaft anführen. Es gibt eine Reihe von Forschungen für die Verteidigung, die nicht direkt durch das Ministerium gemacht werden. Der Auftrag geht an die Fraunhofer-Gesellschaft. Sie ist dafür verantwortlich und verteilt die Forschungsaufträge an einzelne Institute, z. T. Universitäten, z. T. private Forschungsanstalten oder Institute, z. T. zweckgebunden im Inland und z. T. zweckgebunden im Ausland. Das Ministerium braucht sich nicht darum zu kümmern. Der Träger ist hier eine Mischung aus allem möglichen. Er wird im wesentlichen mit staatlichen Mitteln finanziert. Das ist eine typische Trägerorganisation, und das soll nun ausgeweitet werden. Ich finde, daß das eine sehr vernünftige Lösung ist.

Heck: Wenn der „Träger" solche Besorgnisse auslöst, dann streichen wir diesen Wortteil und sagen nur „Organisation". (*Zurufe.*)

Meyers: Ich möchte nur, daß wir uns hier nicht auf eine Organisationsform festlegen, die sich nachher als unzweckmäßig erweist. In der Sache bin ich gar nicht anderer Ansicht. Ich würde auch vorschlagen, zu sagen: „In der angewandten Forschung sollen die verschiedenen Bemühungen von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft koordiniert werden, und es soll für eine wirtschaftliche Verwertung von Forschungsergebnissen gesorgt werden."

Dann lassen Sie diese Organisation, und dann haben Sie ein Ergebnis, das genauso zentralistisch ist wie Ihre Organisation.

Heck: Ich bin nicht Fachmann. Ich kann nur sagen: Das ist eine Formulierung, die ein Fachmann vorgeschlagen hat.

Schwarzhaupt: Sie und Herr Schmücker sollten mit Herrn Stoltenberg darüber noch einmal sprechen.

Heck: Das ist nicht möglich. Herr Stoltenberg kommt viel zu spät aus Japan zurück.

Schwarzhaupt: Es geht nur darum, die Fachsituation aufzuklären.

Meyers: Ich bin der Ansicht, daß das richtig ist. Ich möchte mich nur nicht festlegen.

Heck: Es ist also von Herrn Meyers vorgeschlagen worden, zu sagen: „In der angewandten Forschung sind die verschiedenen Bemühungen von Staat, Wissenschaft und Wirtschaft zu koordinieren, und es ist für die wirtschaftliche Verwertung von Forschungsergebnissen zu sorgen."

Ziffer 50

Ohne Bemerkungen.

Ziffer 51

Fay: Hier müßte der Gedanke der Tarifautonomie untergebracht werden.

Schmücker: Ich unterstütze diesen Gedanken.

Heck: Dann müßte das an die Spitze.

Bilke: Ich halte den Hinweis für überflüssig, weil das im Grundgesetz verankert ist.

Schmücker: Das ist dringend erforderlich. Was sich in der Konzertierten Aktion im Alleingang von Schiller anbahnt, ist ein Hohn auf die Tarifautonomie.

Kraske: Ich würde vorschlagen, daß man das an dritter Stelle bringt. Man sollte also nach dem Wort „Berufsausübung" die „Tarifautonomie" einfügen.

Gradl: Was heißt „selbständige Berufsausübung"?

Schmücker: Daß man seinen Beruf selbständig ausüben muß. Das gilt für die Freiberufler. Das muß erhalten bleiben.

Ziffer 52

Lemke: Muß im vierten Satz das Wort „finanzielle" stehen?

Schäfer: Der Herr Bundeskanzler hatte sich dagegen gewandt. Man sollte sagen: „Die Leistung der Klein- und Mittelbetriebe muß durch eine moderne Unternehmensführung erhöht werden."

Schmücker: Das genügt nicht. Es müssen Anreize da sein.

Heck: Was gibt es außer finanziellen noch für Anreize?

Schmücker: Gemeinschaftsunternehmen, Arbeitsgemeinschaften und so etwas. Hier kommt es darauf an, wie man die Lose aufteilt.

Heck: Diese Arbeitsgemeinschaften kommen doch auch nur durch finanzielle Anreize zustande.

Schmücker: Es wird ein Auftrag in bestimmten Losen vergeben. Da war man bisher der Meinung, daß man an bestimmte Firmen geht. – Ich würde aber auch sagen „finanzielle Anreize" wird hier möglicherweise als Subvention gesehen. Deshalb kann es vielleicht weg.

Scheufelen: Zusammenschlüsse erfordern oft Umwandlungen. Sie sind heute noch von der Steuer her erschwert. So können gerade kleine Firmen aus bestimmten Gründen nicht die für sie optimale Unternehmensform wählen. Siehe Umwandlungsgesetz!

Schmücker: Nach der Änderung der Umsatzsteuer ist das nicht mehr das Entscheidende.

Heck: Es handelt sich doch ums Geld. Warum soll man das hier verschleiern?

Schäfer: Wenn „Anreize" stehenbleibt, kann auch „finanzielle" stehenbleiben.

Heck: Der Bundeskanzler meinte nur, wir sollten das noch einmal überlegen. Dazu bin ich bereit. Ich bin aber dagegen, daß man die Dinge verschleiert ausdrückt. Es ist eine legitime Sache, daß man etwas durch finanzielle Anreize fördert, was man für richtig hält.

Gradl: Wecken Sie nicht Erwartungen, die wir gar nicht wecken wollen? Mit dem Wort „finanziell" rufen Sie den Eindruck hervor, als habe man an Subventionen gedacht. Man sollte vielleicht sagen „wirtschaftliche Anreize".

Kohl: Die Zielsetzung ist eine Modernisierung der Unternehmensführung. Der Begriff „Subvention" paßt überhaupt nicht dazu. Hier soll praktisch ein Übel an der Wurzel angefaßt werden. Wenn wir zu einer bestimmten Struktur der Gesellschaft ja sagen, müssen wir etwas tun, auch wenn es Geld kostet. Bei den Bauern findet kein Mensch etwas dabei, wenn derartiges geschieht, und in diesem Bereich soll es ein Staatsverbrechen sein?

Fay: Ich würde vorschlagen, statt des etwas sehr deutlichen Ausdruckes „finanzielle Anreize" zu sagen „Strukturhilfen". Dann haben Sie alles drin. (*Stingl:* Nein, nein!)

Kohl: Lassen wir es so stehen, wie es hier steht.

Fay: Wir wollen doch eine moderne Unternehmensführung schaffen. Da paßt das nicht.

Heck: Ich bin der Meinung, wir sollten die Dinge beim Namen nennen.

Fay: Ich ziehe meinen Vorschlag zurück.

Ziffer 53

Ohne Bemerkungen.

Ziffer 54

Fay: Hier taucht erstmalig die Bundesbank auf. Ich meine, wir müßten ein Wort für die Unabhängigkeit der Bundesbank finden. Deshalb sollten wir sagen: „Bund, Länder und Gemeinden, eine unabhängige Bundesbank ..."

Kohl: Ich unterstütze diesen Vorschlag. Ich halte das für eine gute Idee.

Schäfer: Es ist kein Zweifel, daß im Moment die Bundesbank unabhängig ist. Deshalb sollte man schon etwas dazu sagen, vorausgesetzt, man will das wirklich. Man muß das um so mehr wollen, wenn man das Wirtschaftsministerium nicht hat. Aber das letzte kann sich ja mal ändern.

Kraske: Selbst wenn man dem Anliegen von Herrn Fay zustimmt, ist es an dieser Stelle absolut unorganisch, diesen Terminus zu qualifizieren. Dann muß man eine andere Stelle suchen. An dieser anderen Stelle könnte man etwa sagen: „An der Unabhängigkeit der Bundesbank darf von niemand gerüttelt werden."

Fay: Es gehört in Ziffer 51, wo die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft behandelt werden. Dort sollte man etwa sagen: „Die Unabhängigkeit der Bundesbank muß gewahrt werden."

Heck: Das steht doch in der Verfassung.

Schmücker: Es pfeifen doch die Spatzen von den Dächern, daß ein Geschäft gemacht wird: Du wirst dieses, und dafür hast du auf bestimmte Paragraphen des Bundesbankgesetzes zu verzichten. Gegen ein solches Geschäft bin ich absolut.

Fay: Ich meine, wir sollten es bei Ziffer 51 unterbringen.

Schäfer: Ich habe Verständnis für den Einwand von Herrn Kraske, daß es hier nicht hineinpaßt. Am harmlosesten wäre es hier jedenfalls unterzubringen, und wir hätten es gesagt.

Bilke: Die Unabhängigkeit ist heute durch das Bundesbankgesetz garantiert. Im Bundesbankgesetz steht gleichzeitig, daß die Bundesbank die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen hat. Ich glaube, dabei sollten wir es belassen. Wenn wir die Unabhängigkeit betonen, müßten wir die Unterstützungsfunktion auch betonen, weil sie noch wichtiger ist als die Unabhängigkeit der Bundesbank.

Kraske: Ich habe den Eindruck, daß dieses Thema aufgrund der augenblicklichen Situation – Wirtschaftsminister Schiller – hochkommt. Das Wort liest sich im Herbst 1969, wie wir hoffen, ganz anders. Deswegen sollte man das hier nicht hineinnehmen.

Scheufelen: Herr Etzel hat immer gesagt: Der Unterschied zwischen der reinen Marktwirtschaft und der Sozialen Marktwirtschaft ist, daß man bei der Sozialen Marktwirtschaft mit marktkonformen Mitteln eingreift. Zu diesen marktkonformen Mitteln gehören Kreditrestriktionen und Diskontsatzveränderungen. Der Einsatz dieser Mittel hat wirklich unabhängig nach der Sachlage zu erfolgen und nicht unter irgendwelchen anderen Gesichtspunkten.

Bilke: Ich möchte hier widersprechen. Gerade die Unabhängigkeit der Bundesbank hat dafür gesorgt, daß die Kreditrestriktionen zu lange gedauert haben und daß viel zu spät umgeschaltet worden ist. (*Fay:* Keine Spur!)

Heck: Da gehen die Meinungen auseinander. Ich habe Hemmungen, Dinge, die im Grundgesetz oder in Gesetzen verankert sind, hier noch einmal zu deklamieren.

Schmücker: Das würde auch für die Tarifautonomie gelten. Herr Bilke hat recht, daß die Bundesbank mit der Zurücknahme der Restriktionen zu säumig gewesen ist. Sie

wurde schon im September darum gebeten.[20] Aber man muß eben eine Spannung zwischen Bundesbank als der Wahrerin der Stabilität und den Interessenten des Wachstums in Kauf nehmen. Das gehört dazu. Ich bin nicht bereit, wegen eines Fehlers diese notwendige Spannung aufzuheben. Es gibt eine Vielzahl von Beispielen, daß die Bundesbank segensreich gewirkt hat.

Heck: Es wäre sicher das einfachste, hier zu sagen: Die unabhängige Bundesbank. Nur würde ich daraus schließen, daß der Bund, die Länder und die Gemeinden abhängig sind.

Fay: Sie sind von der Politik abhängig.

Schäfer: Die Meinungen werden auseinandergehen. Das hängt von der Ressortaufteilung ab. Wenn man etwas hineinschreibt, sollte man das Bundesbankgesetz anführen und sagen: „Eine unabhängige Bundesbank hat diese Politik der Bundesregierung zu unterstützen." Ich würde empfehlen, das als zweiten Absatz an die Ziffer 54 anzuhängen.

Heck: Sie wünschen also eine barocke Anreicherung hinter Art. 54, so daß es dort heißt: „Eine unabhängige Bundesbank hat diese Politik der Bundesregierung zu unterstützen."

Gradl: Das ist das genaue Gegenteil von dem, was gewollt ist.

Kraske: Das geht so nicht. Das wäre genauso, wie wenn man sagte: Ein unabhängiger Wähler darf nur CDU wählen.

Heck: Das geht also nicht in einem Satz. Das verstehe ich.

Fay: Wir sind uns über den Begriff der Unabhängigkeit der Bundesbank nicht im klaren. Bund, Länder und Gemeinden sind von der Politik abhängig; die Bundesbank soll von der Politik unabhängig sein. Sie soll neutral sein, und sie soll aus dieser Neutralität heraus die Wirtschaftspolitik unterstützen. Es ist wirklich ein Gegensatz zwischen Bund und Bundesbank. Der Bund hängt ganz von der Politik ab, die Bundesbank soll ein Fachgremium neutraler Art sein.

Heck: Sollen wir wirklich in dieses Programm hineinschreiben: Die Bundesbank soll sich gefälligst an das Gesetz halten?

Fay: Es gibt Bestrebungen, die die Bundesbank politisieren wollen. Wir wehren uns gegen Bestrebungen der Politisierung der Bundesbank. So deutlich wollen wir es nicht sagen.

---

20 Der Bundesbankpräsident, Karl Blessing, hatte am 3. September 1968 eine stabilitätsbewußte Fiskalpolitik gefordert, um der Inflationsgefahr zu begegnen, und sich gegen weitere Konjunkturspritzen ausgesprochen. Dies war als Kritik an der Haushaltsplanung der Regierung verstanden worden (vgl. FAZ vom 4. September 1968 „Blessing: Aufwertung nur als Ultima ratio. Appell an die Politiker, eine Konjunkturüberhitzung zu vermeiden"). Wegen der enormen Kapitalzuflüsse aus dem Ausland hatte die Bundesbank zur außenpolitischen Absicherung ihrer Stabilitätspolitik Anfang Dezember eine DM-Aufwertung gefordert, was Bundeswirtschaftsminister Schiller als „Absurdität" ablehnte, vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK (Hg.): Fünfzig Jahre Deutsche Mark. Notenbank und Währung in Deutschland seit 1948. München 1998 S. 422.

Heck: Wenn die Sozialdemokraten das Bestreben haben, den Bundesbankpräsidenten zu stellen, dann sagen Sie: Das ist eine Politisierung der Bundesbank. Wenn wir das Bestreben haben, dafür zu sorgen, daß jemand von uns dort hineinkommt, dann ist das keine Politisierung der Bundesbank.

Fay: Wir haben zugelassen, daß Herr Troeger genommen wurde. Kein Mensch wird sagen können, daß Herr Troeger sein Amt als Vizepräsident politisch ausgewertet hat.

Heck: Um so weniger verstehe ich Ihre Forderung.

Meyers: Ich stelle den Antrag, es bei dem bisherigen Text zu belassen.

Fay: Ich stelle den Antrag, das Wort „unabhängig" einzufügen.

Heck: Wer stimmt dafür, das Wort „unabhängig" einzufügen? – Dieser Antrag ist abgelehnt.

Der Bundeskanzler hat den Satz beanstandet: „Sie soll durch eine gemeinsame Finanzplanung die steigenden Sozialinvestitionen ermöglichen." Unter „Sozialinvestitionen" könnten die Sozialausgaben verstanden werden.

Bilke: Es müßte geändert werden. Man könnte statt „Sozialinvestitionen" sagen „öffentliche Investitionen". (*Zustimmung.*)

Heck: Einverstanden. Wir sagen also „öffentliche Investitionen".

Schäfer: Der Satz: „Insbesondere die öffentliche Hand muß für eine gleichgewichtige und von konjunkturellen Störungen freie Entwicklung der Gesamtwirtschaft sorgen" geht mir ein bißchen zu weit. Das ist eine Blankovollmacht. Man sollte vielmehr sagen: „Vor allem die öffentliche Hand muß zu einer gleichgewichtigen und von konjunkturellen Störungen freien Entwicklung der Gesamtwirtschaft beitragen."

Bilke: Das Wort „durch" in dem Satz „Sie soll durch eine gemeinsame Finanzplanung ..." müßte durch „im Rahmen einer" ersetzt werden. (*Zustimmung.*)

Ziffer 55

Schäfer: In dem zweiten Absatz ist das Wort „kritisch" vor „Prüfung" herausgekommen. Ich bitte, das Wort „Prüfung" durch „Überprüfung" zu ersetzen.

Heck: Was ist denn der Unterschied?

Schäfer: Die Überprüfung ist die Wiederholung einer irgendwann einmal stattgefundenen Prüfung, weil eine neue Prüfung notwendig geworden ist. Hier ist also eine neue Prüfung notwendig geworden.

Heck: Wer ist dafür, daß wir das Wort „Prüfung" durch „Überprüfung" ersetzen. – Das ist die Minderheit; es bleibt bei „Prüfung".

Bilke: Der Bundeskanzler hatte Bedenken, ob man hier den Zweijahreshaushalt aufnehmen sollte.

Heck: Wer ist für den Zweijahreshaushalt? – Wir halten also an dem Zweijahreshaushalt fest.

Ziffern 56, 57, 58 und 59

Ohne Bemerkungen.

Ziffer 60

Schmücker: Ich schlage vor, den Satz „Ob eine weitergehende Mitbestimmung bei Großunternehmen möglich und sinnvoll ist, muß sorgfältig geprüft werden" zu streichen.

Stingl: Ich bin gegen eine Streichung. Das mindeste, was wir sagen müssen, ist, daß überprüft werden muß. Mit der Prüfung wird noch nichts in Frage gestellt.

Meyers: Ich habe gehört, daß sich inzwischen die Sozialausschüsse mit einem Teil ihres Verbandes auf eine mittlere Fassung geeinigt hätten. Ich bin der Ansicht, daß diese Frage der Mitbestimmung die CDU mehr in eine Zerreißprobe bringt als die Bekenntnisschule. Dabei meine ich, daß es nicht richtig ist – wobei meine Meinung ganz klar ist –, daß wir das hiermit vertagen. Das ist alter CDU-Stil. Wir müssen hier irgendwie eine Klärung bekommen. Sonst bekommen wir einen ganz üblen Parteitag.

Kraske: Wir habe diese Frage gestern abend mit Herrn Dufhues im Präsidium sehr lange und sehr eingehend beraten. Er hat den Antrag gestellt, nicht heute in dieser Vorstandssitzung zu entscheiden. Wir haben ihm sagen müssen, daß wir gezwungen sind, nach dieser Sitzung dieses Programm zu veröffentlichen und zu verschicken und daß wir diese Frage, wie wir glauben, in eine noch schwierigere Kontroverse bringen, wenn wir sie ausklammern und sagen, dieser Text wird nachgeliefert. Ich glaube, daß eine Vertagung nicht möglich ist.

Meyers: Sie haben mich völlig mißverstanden. Ich habe gesagt: In dem Prüfungsauftrag liegt eine Vertagung, und das geht nicht. Wir weichen nach alter CDU-Manier aus. Das geht nicht, denn diese Frage belastet unsere Partei sehr. Das mag in einem schwäbischen Wahlkreis oder in Bayern anders sein, aber in der Pfalz, in Ludwigshafen, in Mannheim, in Hessen und bei uns ist das eine Frage, die entscheidend ist.

Kraske: Herr Meyers, der Vorsitzende der CDU hat in seiner Eigenschaft als Bundeskanzler eine Kommission eingesetzt, die diese Frage überprüfen soll. Das steht in der Regierungserklärung, die von unserer gesamten Bundestagsfraktion gebilligt ist.[21] Unsere gesamte Bundestagsfraktion hat hier einen Beschluß gefaßt, in dieser Legislaturperiode in dieser Frage nichts mehr zu tun. Ich glaube, daß wir unsere Mitglieder in der Regierung und unsere gesamte Fraktion desavouieren würden, wenn wir jetzt in der Sache entschieden und über diesen Prüfungsauftrag hinausgingen und sozusagen erklärten: Das Ergebnis dieser Prüfung brauchen wir als Partei gar nicht mehr abzuwarten; wir wissen das besser, und wir entscheiden so herum oder so herum.

Mein zweites Argument ist ein rein taktisches. Ich wende mich vor allen Dingen an Sie als Nordrhein-Westfalen. Wenn wir in dieser Frage jetzt entscheiden, wissen wir genau, in welcher Richtung wir entscheiden. Das bedeutet auf den Wahlkampf hin, daß wir gerade in Nordrhein-Westfalen die CDU auf eine ganz ernste Weise durcheinanderbringen. Ich glaube nicht, daß sich die CDU das leisten kann. Deshalb meine ich: Eine Kompromißformel in dieser Frage ist unausweichlich. Dies ist der Versuch eines Kompromisses. Nach den Beratungen im Rheinland, in Westfalen und auch in anderen Lan-

21 Kiesinger erklärte am 13. Dezember 1966: „Die Bundesregierung wird eine Kommission unabhängiger Sachverständiger berufen und sie mit der Auswertung der bisherigen Erfahrungen bei der Mitbestimmung als Grundlage weiterer Überlegungen beauftragen.", vgl. Sten.Ber. 5 WP 80. Sitzung S. 3661. – Die Mitbestimmungskommission trat erstmals im Januar 1968 zusammen, vgl. Nr. 16 Anm. 22.

desverbänden habe ich bisher geglaubt, daß das der am ehesten mehrheitsfähige Kompromiß ist. Deshalb würde ich dies wirklich ganz entschieden verteidigen.

Heck: Ich gehe einen kleinen Schritt weiter. Ich habe den Eindruck, auf beiden Seiten wird über diese Frage so diskutiert, als ob es darum ginge, einen Grand mit Vieren zu spielen: Alles ist geklärt, der eine Hü und der andere Hott. Ich bin gar nicht der Meinung, daß das alles so einfach ist und daß die Diskussion schon zu einer Klärung geführt hat.

Die ganze Sache hat damit angefangen, daß die Sozialausschüsse in der Richtung gebohrt haben, die qualifizierte Mitbestimmung auf eine Summe von Unternehmen auszudehnen. Die Sozialausschüsse sind von der Geschichte längst runter. Nun geht es um das, was von dem Begriff einer modernen Unternehmensverfassung angesprochen ist. Der Begriff ist vielfältig ausdeutbar. Aber die Diskussion im Bereich der Sozialausschüsse ist ganz sachlich konzentriert auf Fragen wie: Beteiligungslohn, Beteiligungssparen, Gestaltung des Depotstimmrechtes usw.

Deshalb meine ich: Das hier ist gar kein Trick und gar kein Kompromiß, sondern entspricht dem realen Zustand, in dem sich diese Partei befindet. Diese Frage ist nicht zu Ende diskutiert. Infolgedessen möchte ich eines klipp und klar sagen: Es wäre ausgesprochen töricht, durch einen Parteitagsbeschluß oder durch einen Beschluß hier die Diskussion abzuschneiden. Die hört nicht auf; um Himmels willen! So kann man nicht verfahren. Ich bin nicht der Meinung, daß es sich hier um einen Ausfluchtsvorschlag handelt, sondern das ist eine Stellungnahme, die ziemlich exakt den Stand der Meinungen und der Beratungen in der Partei wiedergibt.

Meyers: Ich habe soeben, als Sie, Herr Heck, einen Augenblick nicht da waren, gesagt, daß das eine Frage ist, die das Leben unserer Partei in den Kreisparteien vergiftet. Ich habe meiner Kreispartei in diesem Zusammenhang ein entschiedenes Wort sagen müssen. Meine Kreispartei hat in einer öffentlichen Kundgebung den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Barzel, der dazu eine sehr präzise Meinung geäußert hat, angegriffen, als ob man einen Kommunisten oder einen Sozialdemokraten angriffe. Ich habe gesagt: Ich habe nichts dagegen, daß man zum Ausdruck bringt, man sei anderer Meinung, und daß man andere Argumente vorbringt. Ich habe aber etwas dagegen, daß man bei einer solchen Diskussion in der Partei sich so benimmt, als sei man schlimmer auseinander als die Kommunisten und die NPD.

Ich habe gesagt: Ich höre, daß die Sozialausschüsse des Rheinlandes mit dem Wirtschaftsrat eine gemeinsame Formel gefunden haben. Ich wäre der Ansicht, daß man versuchen sollte, diese gemeinsame Formel hier hereinzubringen.[22]

Kraske: Das ist doch diese Grundlage.

Meyers: Das ist sie nicht. Das ist die Formel von Grundmann.[23] (*Zurufe.*)

22 Vgl. „Neue Westfälische" vom 16. September 1968 „Barzel fordert neue Argumente zur Mitbestimmung".

23 Vgl. FAZ vom 14. September 1968 „CDU-Sozialausschüsse billigen Mitbestimmungs-Kompromiß"; vgl. auch Ausführungen Grundmanns in UiD Nr. 32–33/68 vom 15. August 1968 S. 7 „Dialog über Mitbestimmung".

Man erwartet doch von uns in dieser Frage eine Antwort. Wir sollten die Frage diskutieren. Wir sollten uns nicht gegenseitig beschimpfen – das ist ein schlechtes Zeichen –, sondern wir sollen dafür und dagegen sein. Dann muß man irgendeine Entscheidung treffen. Andernfalls geht das wie ein schleichendes Gift in den Bundestagswahlkampf hinein. Sowohl DGB wie SPD werden hier, an einem Strick ziehend, unsere Leute, die vom DGB abhängig sind, sehr stark unter Druck setzen.

Heck: Darf ich zunächst einmal auf den Text eingehen. Ich glaube, daß der Text eine ziemlich präzise Aussage macht. Zunächst heißt es: „Wir bekennen uns zu einer modernen und fortschrittlichen Unternehmensverfassung. Das wirtschaftliche Geschehen ist partnerschaftlich zu gestalten."

Jetzt geht es mit dem weiter, was wir von einer modernen Unternehmensverfassung erwarten: „Das Betriebsverfassungsgesetz muß voll ausgenutzt und weiter ausgebaut werden."

Da sind sich die Unternehmer bei allen Gesprächen einig. Sie bedauern, daß ein großer Teil ihrer Kollegen die ganze Geschichte nicht verwirklicht hat. Jetzt geht es weiter, und das verstehen wir unter einer modernen Unternehmensverfassung: „Ob eine weitergehende Mitbestimmung bei Großunternehmen möglich und sinnvoll ist, muß sorgfältig geprüft werden."

Das heißt: Ob das unter eine moderne Unternehmensverfassung gehört, steht noch nicht fest.

„Bei einer Neuordnung des Unternehmensrechts" – jetzt kommt die Eingrenzung – „darf ein überbetriebliches Einflußmonopol zugunsten eines organisierten Interesses nicht zugelassen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen auch im internationalen Wettbewerb nicht beeinträchtigt werden."

Das sind Bedingungen, die hier gestellt werden. Das sind alles Aussagen, was wir unter einer modernen Unternehmensverfassung verstehen.

„Durch gesetzliche Vorschrift muß sichergestellt werden, daß in jedem Großunternehmen ein Vorstandsmitglied die personellen und die sozialen Fragen der Belegschaft verantwortlich bearbeitet."

Diese Grundsätze sind die Aussage, was wir unter einer modernen Unternehmensverfassung verstehen. Wer etwas anderes hineininterpretiert ...

Lemke: Ist es nicht möglich, bei diesem Satz zu sagen: „Ob eine weitergehende Bestimmung von Betriebsangehörigen ..."? Damit wird von vornherein klar: Wir prüfen überhaupt nur, ob Betriebsangehörige – nicht Gewerkschaftsfunktionäre – hier Mitbestimmungsrechte bekommen sollen.

Stingl: Das ist doch enger!

Schmücker: Wir haben bei verschiedenen Gelegenheiten darauf hingewiesen, wie die Dinge laufen. Das brauchen wir nicht gesondert zu erwähnen. Die Prüfung brauchen wir nicht zu erwähnen. Die Sache ist politisch so umstritten, daß sie erwähnt werden muß.

Ich stoße mich an dem Ausdruck „weitergehende Mitbestimmung". Dieser Ausdruck „weitergehende Mitbestimmung" ist eine mißbrauchte Vokabel für das, was all-

gemein darunter verstanden wird. Darum möchte ich vorschlagen, diesen Satz zu streichen. Dann sollte es weitergehen: „Bei einer Neuordnung des Unternehmensrechts ist der Bericht der Kommission der Bundesregierung zu berücksichtigen. Ein überbetriebliches Einflußmonopol zugunsten eines organisierten Interesses darf nicht zugelassen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen darf auch im internationalen Wettbewerb nicht beeinträchtigt werden."

Wenn wir das so machen, ist die Sache nicht ausgeschlossen. Der Fortfall einer Erwähnung schließt die Sache nicht aus. Das Ergebnis der Prüfung, die angeordnet ist, soll bei der Neuordnung des Unternehmensrechts berücksichtigt werden.

Ich wehre mich dagegen, daß man die Vokabel „Mitbestimmung bei Großunternehmen" gebraucht. Was von dem DGB da hineingelegt, wird ist nicht eine Mitbestimmung, sondern eine Ansammlung von Macht. Dagegen haben die Wirtschaft und die kleinen Unternehmen erhebliche Bedenken. Es ist nicht so, daß heute immer der „arme Arbeitnehmer" in der schwierigen Position ist. Es gibt sehr, sehr viele Mittelbetriebe, in denen die Arbeitnehmer, wenn sie organisiert sind, dem kleinen Unternehmer das Leben sauer machen. Wollen Sie bestreiten, daß die Arbeitsmarktposition und die Macht der Gewerkschaften groß sei?

Aus diesen Überlegungen komme ich zu dem Vorschlag, den ich Ihnen unterbreitet habe.

Heck: Die Positionen des Wirtschaftsrats und der Sozialausschüsse waren weiter auseinander, als sich aus dem ergibt, was jetzt in der Ziffer 60 niedergelegt ist. Ich mußte mich darum bemühen, die beiden Gruppen auf einen Nenner zu bringen. Wir können natürlich die beiden Gruppen wieder trennen; das ist sehr leicht. Ich bitte aber zu berücksichtigen, daß das Wort der Sozialausschüsse hier nicht vertreten ist. Wir sollten nicht so diskutieren, als ob es diese Meinung in der Partei nicht gäbe.

Schäfer: Der Wirtschaftsrat hat zu dem Komplex der wirtschaftlichen Fragen einschließlich der Mitbestimmung nie eine eigene Meinung an die Partei gegeben, sondern sich der Auffassung des wirtschaftspolitischen Ausschusses der Partei bis aufs Komma angeschlossen.

Heck: Man kann nicht sagen, daß die Publikationen des Wirtschaftsrats Publikationen des wirtschaftspolitischen Ausschusses seien. Das ist einfach nicht richtig. (*Stingl:* Was von der Ölbergstraße[24] jeden Tag rauskommt!)

Fay: In Hessen ist vom Sozialausschuß und vom wirtschaftspolitischen Ausschuß in gemeinsamer Arbeit ein Vorschlag ausgearbeitet worden. Es ist keine Mehrheitsentscheidung, sondern eine einstimmige Meinung zustande gekommen. Diese Meinung geht dahin, daß dieser Prüfungsauftrag, wie er hier steht, wegfallen sollte, weil man in einem Programm nicht sagen kann: Wir wollen irgend etwas prüfen. Man muß in einem Programm klare Aussagen machen.

Auch bei uns wurde beanstandet, daß das Wort „Mitbestimmung bei Großunternehmen" gebraucht wird, denn das bringt uns in eine vorgetäuschte Nähe zum DGB und

24 Vgl. Nr. 19 Anm. 51.

zur SPD. Deshalb wurde folgende Formulierung empfohlen: „Bei der Ausgestaltung des Mitbestimmungsrechtes sind die bisherigen Erfahrungen und der zu erwartende Bericht der Bundesregierung zu berücksichtigen."

Der Vorschlag deckt sich mit dem, was Herr Schmücker vorgetragen hat. Das ist bei uns die übereinstimmende Meinung von Sozialausschuß und wirtschaftspolitischem Ausschuß gewesen.

Heck: Was hier steht, ist das übereinstimmende Ergebnis von Wirtschaftsrat und Sozialausschuß im Rheinland. Das bindet uns natürlich nicht.

Scheufelen: Wir hatten zunächst den Entwurf des Aktionsprogramms. Der Entwurf ist an die einzelnen Landesverbände gegangen, die Stellung genommen haben. Was in der Zwischenzeit dazu im einzelnen erarbeitet wurde, wird uns jetzt neu vorgesetzt. Ich möchte mich gar nicht dazu äußern, wie ich dazu stehe.

Heck: Was hier vorgelegt wird, ist der Entwurf der Programmkommission, die der Vorstand eingesetzt hat.

Scheufelen: Wir haben heute morgen bei einer anderen Frage festgestellt, daß das Votum, das von den einzelnen Landesverbänden eingegangen ist, interessant wäre. Es gibt ja eine Synopse. Das müßte man also einmal feststellen.

Unabhängig von dem, was wir hier beschließen, werden die Landesverbände in Berlin eine Meinung äußern, die uns jetzt noch gar nicht bekannt ist.

Wir müssen uns überlegen, in welche Situation unsere Partei kommt. Auch ich bedauere, daß wir in diese Zerreißprobe kommen. Aber in die Situation kommen wir, wenn wir ohne klare Stellungnahme zu dieser Frage in den Bundestagswahlkampf gehen. Wir wissen doch, daß es hier zwei Seiten gibt: Auf der einen Seite haben wir die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, die mit einer großen Aktion die Ausdehnung der Montanmitbestimmung wollen. Auf der anderen Seite lehnt die FDP die Mitbestimmung ab. Die Mitbestimmung ist also zu einer zentralen Fragen geworden. Wenn wir sagen, wir prüfen; dann werden die Sozialdemokraten sagen, die CDU kann sich in dieser Richtung nicht entscheiden. Die Leute, die das wollen, werden also die Sozialdemokraten wählen. Von der FDP aus wird man sagen: Die CDU ist für die Montanmitbestimmung. Unsere Haltung wird uns also immer zu unserem Nachteil ausgelegt werden. Es wird uns niemand abnehmen, wenn wir das bis zur Bundestagswahl offenlassen. Ich fürchte, wir kommen um eine Entscheidung in dieser Frage nicht herum.

Heck: Da muß ich auf eines aufmerksam machen: Daß diese Regierung bei der Regierungsbildung in dieser Frage nicht eine klare Entscheidung getroffen hat, ist speziell auf das Votum und das Bestreben der Wirtschaft zurückzuführen. Von dorther war man der Meinung: Es muß geprüft werden. Die Prüfung ist nicht von der linken Seite, sondern von der anderen Seite gefordert. Nun wird es geprüft. Jetzt auf einmal sagt man: Mit der Überprüfung kommen wir nicht weiter.

In der Sache hat der Vorstand dem Generalsekretär einen Auftrag erteilt: Versuche, die beiden Gruppen auf einen Nenner zu bringen. Das bitte ich nicht ganz zu übersehen. (*Meyers:* Wann war das?) Das Präsidium hat mich damit beauftragt. Darum habe ich mich bemüht. Sie können das alles jetzt so beschließen, wenn Sie den Höllenkrach in

der Geschichte in Berlin haben wollen, Herr Scheufelen. Wenn Sie glauben, daß sich das positiv auf die Wahl auswirkt, dann sage ich nur: Prost, aber Sie irren sich.

Kraske: Ich habe das Gefühl, daß diese Formulierung der hessischen CDU sehr viel weiter geht als dieser Text. Diese Formulierung unterstellt, daß das Mitbestimmungsrecht überhaupt ausgestaltet wird, was unsere Formulierung offenläßt. Das muß man ganz klar sehen.

Zur Sache möchte ich nur das unterstützen, was der Generalsekretär hier gesagt hat. Ich gestehe ganz offen, daß ich lange Zeit ein entschiedener Anhänger der Meinung gewesen bin: Diese Sache muß in der CDU zum Schwur kommen. Ich gestehe ebenso offen, daß meine Erfahrung in weiten Bereichen unserer Partei – und speziell in der nordrhein-westfälischen CDU – mir gezeigt hat, daß wir mit einer Festlegung jetzt auf diesem Berliner Parteitag wirklich dieser Partei in ihrer Aktionsfähigkeit einen ganz schweren Schaden zufügen. Ich will gar nicht ausschließen, daß es möglich ist, eine Mehrheitsentscheidung auf dem Parteitag herbeizuführen. Aber eine solche Mehrheitsentscheidung in dieser Frage wird eben nicht als verbindliche Sprachregelung für den Wahlkampf oder für dieses Jahr bis zur Wahl anerkannt. Die Diskussion geht weiter, aber nicht mehr in der offenen Form des Gesprächs wie heute. Die Diskussion geht vielmehr unter einem schweren Trauma und mit einer ganz schweren Paralyse bestimmter Kreise in dieser Partei weiter, die für die Wahl genauso wichtig sind wie alle anderen Gruppen. Hier ist wirklich zu überlegen, was für die künftige Entwicklung gut ist.

Meine Frage ist nochmals: Wenn wir einen Bundeskanzler und eine Bundestagsfraktion haben, die mehrfach öffentlich erklärt haben, daß diese Frage geprüft werden muß und daß man das Ergebnis dieser Prüfung abwarten muß, wenn diese Fraktion und diese Regierung in das Ende der Legislaturperiode mit der erklärten Meinung hineingehen, wir können das noch nicht festlegen; dann frage ich mich, ob das nicht auch für die übrige Partei gelten kann und ob es schwierig ist, nun diesen Wahlkampf mit der Erkenntnis zu führen, hier befinden wir uns in einer Diskussion. Diese Diskussion ist nicht abgeschlossen. Für diese Diskussion gibt es bestimmte Grundsätze, die wir hier ausgeführt haben.

Außerdem – wenn ich das hier einführen darf; das hat auch in der Programmkommission eine Rolle gespielt – haben wir den Entschluß gefaßt, daß eine künftige Entscheidung Sache eines Parteitags sein soll. Ich weiß nicht, warum es der CDU schaden soll, wenn wir die Sache von einem Parteitagsbeschluß abhängig machen und jetzt nicht einen Majoritätsbeschluß fassen.

Kohl: Wir hatten diese Debatte schon einmal gehabt. Es ist keine Frage, daß die Atmosphäre jetzt in einer Weise vergiftet ist, daß es außerordentlich schwer ist, zu einer vernünftigen Regelung zu kommen.

Was mir nicht gefällt, ist folgendes. Die Ziffer 60, wie sie jetzt vorliegt, hatte in der Schlußbesprechung der Kommission sozusagen eine Geschäftsgrundlage. Es sollte ein Vorschlag des Parteivorstands an den Parteitag gehen, daß eine Veränderung des Status quo von einem ordentlichen Parteitag der CDU beschlossen werden muß. Das war für

mich Geschäftsgrundlage für diesen Text. Ich mache kein Hehl daraus, daß bei dem ersten Durchgang Herr Russe dieser Sache ausdrücklich zugestimmt hat. Als er nicht mehr da war, hat Herr Katzer ausdrücklich nicht zugestimmt. Das sind Tatsachen; ich habe in der fraglichen Sitzung dreimal gefragt.

Ich schließe mich der Auffassung von Herrn Meyers an, daß das im Augenblick die kardinale Frage der CDU ist. Ich weiß keine zweite Frage, die in der Lage ist, in einem solchen Umfange – bis zur Sprengwirkung – in der Partei zu wirken. Man kann das drehen und wenden wie man will. Ich bin ein entschiedener Gegner der Ausweitung. Aber es geht hier nicht um meine Meinung, sondern die Frage ist: Ist das eine Angelegenheit, wo man einfach aufgrund gegebener Mehrheitsverhältnisse majorisiert?

Es läßt sich nicht leugnen: Von beiden Seiten sind Geldmittel eingesetzt worden wie sonst noch nie bei solchen Aktionen. Ich habe gesagt: von beiden Seiten. Das gilt in vollem Umfange auch für die Gewerkschaften. Was die Gewerkschaften in diesem Punkte betreiben, spottet auch jeder Beschreibung. Der vorpolitische Raum nach den Kirchen hin – KAB, Kolping – ist in dieser Richtung genauso unterminiert. Wenn Sie die Tagungen der katholischen Sozialwissenschaftler betrachten, haben Sie einen weiteren Beweis.[25]

Ich gehöre zu denen, die eigentlich die ganze Zeit – bis vor einigen Wochen – der Auffassung waren, daß dies eine Geschichte ist, die in einem Durchlauf gemacht werden muß. Mein Hauptargument: Ich traue schlicht und einfach der Bundestagsfraktion in dieser Sache nicht. Ich mache daraus kein Hehl. Ich meine nicht die Fraktionsführung, sondern die gesamte Fraktion. Ich traue ganz einfach nicht, ob die Entscheidung gehalten wird, daß sich die CDU nicht beteiligt, wenn die Sozis einen Antrag einbringen. Hier geht es unter Umständen um eine relativ kleine Gruppe. Ich bin der Auffassung: Da muß ein klarer Riegel vorgeschoben werden.

Wenn wir die Debatte überhaupt im Sinne der Gewinnung einer größeren Sachgerechtigkeit neutralisieren wollen, geht das nur durch einen Parteibeschluß. Ich gebe zu: Nach der Tradition – wie wir unsere Parteibeschlüsse verstanden haben – ist das ein Novum.

Man kann den vorgelegten Text also nur akzeptieren, wenn das Verfahren ganz klar ist. Dabei kann man sich über den einen oder anderen Satz durchaus unterhalten. Der Satz: „Ob eine weitergehende ..." braucht nicht unbedingt an dieser Stelle zu stehen. Er kann auch nach den Worten: „beeinträchtigt werden" folgen. Man müßte auch interpretieren, was wir mit „Unternehmensverfassung" meinen. Das sind alles Punkte, über die man sich unterhalten kann.

Ich kann der Ziffer 60 nur zustimmen, wenn vor der Abstimmung über diese Ziffer sowohl hier wie auf dem Parteitag der Beschluß gefaßt wird, daß eine Veränderung des Status quo nur von einem Parteitag beschlossen werden kann. Es darf nicht einer klei-

25 Im Februar 1968 wurde im Rahmen der Sozialethiker-Tagungen der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach eine Tagung zum Thema „Mitbestimmung" durchgeführt, vgl. „Industriekurier" vom 21. Februar 1968.

nen Gruppe in der Partei – die Fraktion ist auch eine Gruppe – möglich sein, hier sozusagen im Wege des Fait accompli die Gesamtpartei in eine furchtbare Lage zu stürzen.

Heck: Ich kann nur bestätigen, daß an sich eine solche Entschließung Bestandteil dieser Ziffer 60 sein soll.

Schmücker: Ich sehe genau, daß es bei den Sozialausschüssen ganz erhebliche Schwierigkeiten geben kann, wenn hier eine Formulierung gefunden wird, die alle Hoffnungen fahren läßt. Aber ich muß auf der anderen Seite darauf hinweisen, daß eine umgekehrte Formulierung natürlich zu mindestens gleichstarken Reaktionen führen würde. Daher sehe ich nur den Ausweg, die Dinge irgendwie offenzulassen.

Wogegen ich mich gewehrt habe, ist, daß man hier eine Vokabel gebraucht, die einen Mißbrauch des Wortes darstellt. Was von diesen Organisationen gewollt ist, ist keine weitergehende Mitbestimmung, sondern das ist die zentrale Lenkung der Wirtschaft von einer bestimmten Stelle aus. Darum schlage ich vor, dieses Wort fallenzulassen und mit dem nächsten Satz zu beginnen, der dann lauten sollte: „Bei einer Neuordnung des Unternehmensrechts ist der Bericht der Bundesregierung ..." Ich weiß, daß das ein Zurückgehen hinter den Vorschlag ist, der aus dem Rheinland geliefert worden ist. Schon diese Formulierung, die ich jetzt nenne, wird auf ganz erhebliche Schwierigkeiten innerhalb der Wirtschaft stoßen. Ich werde bereit sein, eine solche Sache mitzuvertreten. Aber diese andere Formulierung kann ich nicht mitmachen.

Heck: Wenn ich mir die Position vor Augen halte, wie sie in der Diskussion um Wirtschaftsfragen und von den Sozialausschüssen eingenommen worden ist, dann stellt die Ziffer 60 fraglos zu 90 % ein Entgegenkommen der Sozialausschüsse gegenüber dem Standpunkt des Wirtschaftsausschusses dar; allenfalls 10 % sind es anders herum. Man mag das für falsch halten. Ich mache nur auf diese Sache aufmerksam.

Gradl: Wenn ich es richtig sehe, kommt es darauf an, in dieser Frage Zeit zu gewinnen, und zwar um der Sachgerechtigkeit willen. Ich glaube, daß heute keiner beanspruchen kann, das Problem in seiner ganzen Bedeutung schon voll zu durchschauen. Es sind also Gründe der Sachgerechtigkeit und parteitaktische Gründe, die uns bestimmen.

Wenn wir es dazu kommen lassen, daß darüber auf dem Parteitag ein offener Streit ausbricht – auch wenn er nachher durch eine Mehrheitsformel abgeschlossen wird –, bleibt das Unglück bestehen. So etwas würde nämlich unseren Gegnern – nämlich dem DGB und der SPD – die Möglichkeit geben, die Ressentiments, die in dieser Sache bereits bestehen, gegen uns aufzuladen. Unsere Aufgabe ist es doch, zunächst einmal die ganze Erörterung aus dem Bereich der Ressentiments herauszuziehen und in der Öffentlichkeit klarzumachen, daß es sich hier nicht um Voreingenommenheiten auf unserer Seite handelt, sondern daß es sehr ernste Gründe sind, die uns bewegen. Dazu braucht man Zeit. Die Ressentiments kann man sehr schnell aufladen. Die Aufklärung in der breiten Öffentlichkeit – bis in die Betriebe hinein – erfordert einige Zeit. Es kommt also zunächst einmal darauf an, Zeit zu gewinnen.

Das zweite! Ich halte es für ausgeschlossen, daß wir einen Begriff, der in der Öffentlichkeit so eindringlich erörtert wird – nämlich die Mitbestimmung bei Großunternehmen –, in unserem Programm nicht aussprechen. Er muß ausgesprochen werden. Wir

können uns nicht dem Vorwurf aussetzen, daß wir durch Stillschweigen dieser Sache auszuweichen versuchen.

Wenn ich mir diesen Text ansehe, kann ich nur sagen: Wenn man die Sache kanalisieren will, wenn man erreichen will, daß die Diskussion in unseren eigenen Reihen in einer vernünftigen Bahn gehalten wird, dann ist die Fassung, die hier steht, eigentlich durchaus zweckmäßig. Täuschen Sie sich nicht darüber: Wenn wir nicht einmal dies sagen – jetzt versetze ich mich in die Lage der Sozialausschüsse –, dann eröffnen wir der Diskussion und der Entwicklung der Stellungnahmen, der Forderungen innerhalb der Sozialausschüsse Tür und Tor. Wenn wir erreichen, daß die Sozialausschüsse diese Formulierung decken – das ist anscheinend der Fall –, dann haben wir viel erreicht.

Sie dürfen diesen Satz gar nicht isoliert sehen. In dem ganzen Abschnitt ist kein Wort pro gesagt, sondern es sind nur die Argumente contra aufgezählt. (*Stingl:* Dann kann wenigstens die Überprüfung drinstehen!) Wenn dies hingenommen wird und wir auf diese Weise erreichen, daß es darüber auf dem Parteitag keine große Auseinandersetzung gibt, haben wir sehr viel gewonnen. Ich plädiere dafür, daß wir das so lassen, wie es hier steht.

Heck: Ich weiß nicht, wer hier in diesem Raum im abgelaufenen Jahr die Diskussion auch mit den Sozialausschüssen geführt hat. Ich habe sie geführt. Ich kann Ihnen ganz offen sagen: Nach meinen Diskussionen hätte ich es eigentlich kaum für möglich gehalten, daß die so weit zurückgehen. Ich kann Ihnen auch sagen: Die Führung der Sozialausschüsse hat es gar nicht sehr leicht, das, was hier steht, ihren Leuten gegenüber zu vertreten. Darauf möchte ich aufmerksam machen.

Stingl: Ich bin Herrn Kollegen Kraske und Herrn Gradl sehr dankbar für ihre Ausführungen. Die Sache ist wirklich außerordentlich schwierig. Herr Katzer hat möglicherweise der Formulierung zögernd zugestimmt. Er hat vorhin mit mir telefoniert und mich gefragt, ob bei der Mitbestimmung noch etwas verändert worden sei. Ich mußte ihm sagen, daß wir noch nicht so weit sind. Daraus ist zu entnehmen, daß, wenn das so bleibt, auch er das akzeptiert.

Nach Offenburg[26], nach der Diskussion um die Ausweitung der Montanmitbestimmung – so heißt das Schlagwort – sagen die Sozialausschüsse ja zu einer Formulierung, die heißt: „Ob eine weitergehende Mitbestimmung bei Großunternehmen möglich und sinnvoll ist, muß sorgfältig geprüft werden." Sie stellen also die Montanmitbestimmung noch unter das Gebot der Prüfung. Eine weitere Selbstentäußerung kann man nicht verlangen.

Herr Schmücker, in einem Programm muß einfach gesagt werden, daß man diese weitergehende Mitbestimmung prüft. Dagegen brauchen auch der Mittelstand und die Unternehmerschaft nichts zu haben. Wenn man von seinen Argumenten überzeugt ist, braucht man eine Prüfung nicht zu fürchten. Auch die Sozialausschüsse brauchen diese Prüfung nicht zu fürchten, weil sie in der Sache von der Montanmitbestimmung weg sind und weil sie durchaus andere Fragen diskutieren. Es ist mir irgendwie peinlich,

26 Nr. 19 Anm. 42.

aber ich muß sagen – ich sitze hier als einziger aus dem Vorstand der Sozialausschüsse –, es ist bekannt, daß ich dort selber gesagt habe, daß ich kein Anhänger der Mitbestimmung bin. Der Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung der CDU nimmt an der Vorstandssitzung teil. Dann müßte man zu diesem Thema kollegialerweise auch den Vorsitzenden der Sozialausschüsse hören.

Heck: Darf ich darauf hinweisen, daß Herr Katzer zu jeder Vorstandssitzung eingeladen wird, bisher aber noch an keiner teilgenommen hat, weil der Vorstand der Sozialausschüsse beschlossen hat, daß es unter der Würde des Vorsitzenden der Sozialausschüsse ist, an den Vorstandssitzungen teilzunehmen, nachdem er nicht in den Vorstand gewählt worden ist. Dieses Argument zieht also nicht.

Lemke: Ich könnte mich mit dem abfinden, was hier vorgelegt ist. Ich würde aber doch sehr deutlich sagen, was wirklich gemeint ist: „Ob eine weitergehende Mitbestimmung durch Gewerkschaftsfunktionäre bei Großunternehmen ..." Damit würde man das Kind beim Namen nennen. Das ist das, was die wollen, und wir wollen das nicht. Warum soll man das mit Samthandschuhen anfassen?

Von Hassel: Es kommt darauf an, Zeit zu gewinnen. Wenn wir nicht vom Vorstand aus einen Beschluß fassen, wonach der Parteitag festlegen soll, daß eine Abweichung vom Status quo nur durch einen ordentlichen Parteitag vorgenommen werden kann, bekommen wir so oder so eine entsetzliche Debatte. Die Debatte wird damit enden, daß von irgendwoher ein Antrag kommt, mit dem von vornherein klargestellt wird: Mitbestimmung kommt nicht in Frage. Dieser Antrag würde in Berlin – mit all dem Ärger, der folgt – durchkommen.

Die Frage ist jetzt zunächst einmal: Können wir uns darauf verständigen, daß der Vorstand dem Parteitag empfiehlt, einen solchen Beschluß zu fassen? Ich glaube, das würde für alle in der Sache die Debatte zu 60 % erleichtern, wenn ein solcher Beschluß gefaßt würde. (*Zuruf:* Was für ein Beschluß?) Der Parteitag möge beschließen, daß ein Abweichen vom Status quo nur durch einen neuen Parteitag der CDU beschlossen werden kann. Damit wäre sichergestellt, daß die Fraktion nicht in der Zwischenzeit irgendwie Mist macht.

Heck: Ich muß noch einmal sagen: Von der Programmkommission wird die Ziffer 60 mit dem Vorbehalt empfohlen, daß eine entsprechende Entschließung vom Parteitag gefaßt wird. Das brauchen wir nicht noch einmal hineinzunehmen. (*Von Hassel:* Das ist hier klar angenommen?) Man kann das nicht noch besser machen. Zu Ziffer 60 wird von der Programmkommission vorgeschlagen, daß eine entsprechende Entschließung an den Parteitag geht, daß hier eine weitergehende Entscheidung von einem Beschluß eines künftigen Parteitags abhängig gemacht wird.

Kraske: Zunächst eine Antwort an Herrn Lemke. Wenn es hier heißt: „Bei einer Neuordnung des Unternehmensrechts darf ein überbetriebliches Einflußmonopol zugunsten eines organisierten Interesses nicht zugelassen werden", dann glaube ich wirklich, daß man weiter nicht gehen kann. Andernfalls müßte man objektiv auch sagen: Wir schreiben auch nicht im Rahmen des Betriebsverfassungsgesetzes vor, daß die Interessen der Kapitaleigner nur durch Kapitaleigner wahrgenommen werden dürfen.

Den Kapitaleignern ist es durchaus möglich, etwa Bankenvertreter ihres Vertrauens in den Aufsichtsrat zu entsenden. Wenn man also schon von Vertretern der Arbeitnehmerschaft spricht, muß man im Rahmen der Schutzbestimmung des zweiten Satzes ihnen auch einräumen, daß sie Vertreter der Gewerkschaft ihres Vertrauens entsenden.

Zu dem anderen Punkt möchte ich das aufgreifen, was Herr Stingl gesagt hat. Ich habe – Herr Kiep war mein Leidensgenosse – an der Betriebsrätekonferenz der CDU in Rüsselsheim teilgenommen.[27] Wenn ich mich an diese Stimmung – durchweg von CDU-Leuten – erinnere, dann kann ich nur sagen: Hut ab vor Vertretern der Sozialausschüsse, die bereit sind, diese Formulierung auf dem nächsten Parteitag mit ihrem Namen zu decken. In Rüsselsheim wäre man für diese Formulierung lauthals ausgepfiffen worden. Da wäre ich dafür ausgepfiffen worden und erst recht jemand, der Vorsitzender der Sozialausschüsse ist.

Ich würde wirklich sagen: Diese Formulierung ist mehr als ein Kompromiß, wenn wir damit über den Parteitag hinaus die Einheit dieser Partei erhalten können. Wir meinen, das sollte man ein Jahr vor der Wahl wirklich im Auge behalten.

Meyers: Die Diskussion geht völlig falsch. Meine Anregung entsprang daraus, daß ich sage, das ist eine typische CDU-Formulierung: „Das muß sorgfältig geprüft werden". Wenn Sie sagen: „Der Bundeskanzler hat den Auftrag erteilt; wir warten das Ergebnis ab und werden es auf einem Parteitag diskutieren", dann bin ich einverstanden. Ich wehre mich nur dagegen, daß hier eine weiche Formulierung kommt. Wir sind in der Sache gar nicht auseinander. (*Stingl:* Sie müssen ansprechen, was dort in der Diskussion ist!) Das ist nicht in der Diskussion. Ich kenne die negativen Pressekommentare. Die interessieren mich nicht. Ich bin nur nicht einverstanden, daß man die Formulierung wählt: „muß geprüft werden". Hier gibt es ganz konkrete Fakten, ob das dem Gegner paßt oder nicht, ob die Gegner daraus etwas Negatives machen. Den Fakten gegenüber können sie nichts sagen. Der weichen Formulierung gegenüber können sie sagen, daß wir nicht Farbe bekennen wollen.

Heck: In welcher Richtung würden Sie plädieren?

Meyers: Ich würde hier sagen: Das Betriebsverfassungsgesetz kann weiter ausgebaut werden. Der Bundeskanzler hat einer unabhängigen Sachverständigen-Kommission einen Auftrag erteilt, darüber einen Bericht zu geben. Dieser Bericht wird auf einem Parteitag der CDU diskutiert werden.

Bilke: Ich habe noch ein Argument, was für diese Prüfungsformel spricht. Sie alle erinnern sich an den Parteitag der SPD in Nürnberg.[28] Dort hat die SPD einen Beschluß gefaßt, die Mitbestimmung auszuweiten und noch ein Gesetz vorzulegen. Sie kennen die Reaktion unserer Seite. Die ganze Presse hat die SPD angegriffen und gesagt, damit sei die Regierungserklärung verlassen worden, und zweitens sei damit das Ergebnis

27 Am 13. Januar 1968 fand in Rüsselsheim die II. Bundeskonferenz für Betriebs- und Personalräte der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft statt. Vgl. „Welt der Arbeit" vom 19. Januar 1968 „Die Fetzen flogen"; „Mannheimer Morgen" vom 16. Januar 1968 „Mitbestimmung aus Mißstimmung". – Rede von Kraske in ACDP 01-790 AO 001.

28 Vgl. SPD, PARTEITAG 1968 S. 1049f.

dieser Kommission vorweggenommen. Würden wir nun in der einen oder anderen Weise ja oder nein zur Mitbestimmung sagen, müßten wir uns eigentlich das gleiche vorwerfen lassen.

Fay: Wir sollten zum Ausdruck bringen, daß wir mit Rücksicht auf die laufende Prüfung, die in der Koalitionsabsprache vereinbart ist, keine Entscheidung treffen. Darauf sollten wir es abstellen und nicht sagen: Wir selbst verzichten jetzt auf eine klare Aussage, weil wir selbst prüfen wollen. Meine Freunde aus den Sozialausschüssen haben gesagt: Das lassen wir uns nicht bieten, daß uns als einzigen gesagt wird, wir prüfen. Ich selber folge hier der Auffassung, die Herr Meyers und Herr Schmücker vorgetragen haben.

Herr Stingl, ich selber habe den Eindruck, daß die Sozialausschüsse dieser für mich ganz ungewöhnlichen Fassung, die auf eine Linie zurückgeht, die eigentlich gar nicht in die Konzeption der Sozialausschüsse paßt, deswegen zugestimmt haben, weil in zwei anderen Sätzen gravierende Dinge enthalten sind, deren letztes Ausmaß ich noch nicht abschätzen kann. Es heißt: Das Betriebsverfassungsgesetz muß voll ausgenutzt – dagegen habe ich nichts – und weiter ausgebaut werden.

Hier wird eine klare Aussage zum weiteren Ausbau nicht gemacht. Wo geht das hin? Das geht bis zur Montanmitbestimmung. (*Stingl:* Dann wäre der nächste Satz überflüssig!) Wir schreiben: Es muß weiter ausgebaut werden. Dann kommt diese Prüfungsfrage. Wie paßt das zusammen?

Heck: Bei meinen Gesprächen mit Unternehmern wurde mir bestätigt, daß die Unternehmer teilweise von sich aus in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit über die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes hinausgegangen sind und daß sie durchaus der Meinung sind, daß das Betriebsverfassungsgesetz ausgebaut werden kann. Was Sie sagen, sind bereits wieder Unterstellungen.

Fay: Ich habe gar nichts unterstellt; ich habe gefragt. Vielen Dank für die Auskunft.

Dann heißt es weiter: „Wir bekennen uns zu einer modernen und fortschrittlichen Unternehmensverfassung." Ist darin die überbetriebliche Mitbestimmung enthalten?

Stingl: Keineswegs! Die autonome Verfassung des Unternehmens.

Heck: Ich habe zu interpretieren versucht, was eine moderne Unternehmensverfassung kann oder nicht kann.

Fay: Ich wiederhole die Formel, die wir gemeinsam mit den Sozialausschüssen gefunden haben und die eine positive Aussage darstellt: „Bei der Ausgestaltung des Mitbestimmungsrechtes sind die bisherigen Erfahrungen und der Bericht der Bundesregierung zu berücksichtigen." (*Zuruf:* Wir gehen weiter als Sie!) Ob Sie dem folgen, ist eine andere Frage. Wir gehen weiter, als die Sozialausschüsse hier zugestehen wollen.

Kohl: Ich habe zwei Sachen nicht verstanden. Zunächst einmal dieser Glaube, daß wir sozusagen jetzt im Kanzleramt unsere Meinung abgeben und dann gottesergeben warten, was von dort kommt. (*Zuruf:* Weil wir in einer Notlage sind!) Wir sind jetzt 20 Jahre lang Kanzlerpartei. Ich bin dafür, daß wir den Bundeskanzler stellen und daß wir die Kanzlerpartei sind. Etwas ganz anderes ist aber der Bericht, den die Kommission vorlegen soll. Deswegen bin ich auch nicht dafür, daß diese Kommission expressis ver-

bis eingeführt wird. Der Bericht ist für mich noch keineswegs deswegen entscheidend, weil ein Bundeskanzler der CDU diese Kommission eingesetzt hat. Ich weiß noch gar nicht, was in dem Bericht drinsteht.

Ich habe gar nichts dagegen, daß die Sache allgemein umschrieben wird. In der jetzigen Fassung sind für mich aber zwei Dinge mißverständlich. Ich bin der Meinung, daß der Satz: „Ob eine weitergehende Mitbestimmung ..." hinter den Satz gestellt werden soll, der mit den Worten endet: „... nicht beeinträchtigt werden." Dann könnte dieser Prüfungsauftrag nicht interpretiert werden. Es könnte ja sein, daß die CDU auf den Gedanken kommt, neben dem Bericht der Bundesregierung eine eigene Prüfung anzustellen. Wer hindert sie daran, das zu tun? Wir sind nicht auf das angewiesen, was der Bericht der Bundesregierung ergibt. Das wäre also durch diesen Satz, wenn er verschoben wäre, entsprechend abgedeckt.

Unbehagen bereitet mir auch der Begriff „Unternehmensverfassung". Dieser Begriff läßt eine Fehlinterpretation nach allen möglichen Seiten zu. Man sagt: Das stellt die autonome Verfassung dar. Was ist eine autonome Unternehmensverfassung in diesem Sinne? Das ist ein weites Feld. Darüber müßten wir debattieren.

Ich hatte ursprünglich beantragt, in diese Ziffer 60 hineinzuschreiben, daß eine Veränderung des Status quo von einem Parteitagsbeschluß abhängig sein soll. Der Generalsekretär hat dafür geworben, das nicht hineinzuschreiben. Ich mache kein Hehl aus meiner Einstellung. Ich beantrage, daß, bevor über Ziffer 60 abgestimmt wird, dieser Parteitagsbeschluß offiziell zur Abstimmung gestellt wird.

Ich möchte also bitten, daß der Satz: „Ob eine weitergehende ..." nach unten kommt. Zweitens möchte ich darum bitten, noch einmal zu interpretieren, was „Unternehmensverfassung" letztlich bedeutet. Das ist eine schwierige Geschichte, die ich einfach so, wie sie hier für sich allein steht, nicht hinreichend erfassen kann. Dann darf ich beantragen, daß der Beschluß über die Zuständigkeit des Bundesparteitags für die Veränderung auch hier, bevor wir über die Ziffer 60 abstimmen, gefaßt wird.

Heck: Es macht keine Schwierigkeit, den Obersatz nach unten zu nehmen.

Der Begriff der modernen Unternehmensverfassung ist einfach eine Konzession an die Sozialausschüsse, die in irgendeiner Weise in der ganzen Diskussion ihren eigenen Leuten gegenüber auch noch ein bißchen das Gesicht wahren müssen. Das ist der Begriff, den sie an die Stelle der Forderung gesetzt haben: Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung des Montanbereichs auf Unternehmen von einer bestimmten Größe. Ich habe auch die Frage gestellt, was man darunter versteht. Wir haben gehört: Probleme wie Beteiligungslohn, Beteiligungssparen, Neugestaltung des Depotstimmrechts usw.

Wir haben in der Programmkommission diese Frage diskutiert. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, oben den Begriff „Unternehmensverfassung" stehen zu lassen. An einer zweiten Stelle haben wir ihn durch „Unternehmensrecht" ergänzt.

Ich kann nur sagen: Ich bin weder mit den Sozialausschüssen, noch mit dem Wirtschaftsrat verheiratet. Ein bißchen muß man aber darauf Rücksicht nehmen, daß die an-

dere Gruppe, die hier wenig zu Wort kommt, nicht zu einer Sache gezwungen wird, die sie mit Sicherheit nicht hinnehmen kann.

Gradl: Ich bitte zu erwägen, ob man nicht eine Verständigung erzielen kann, wenn man den zweiten Satz folgendermaßen ergänzt: „Ob eine weitergehende Mitbestimmung bei Großunternehmen möglich und sinnvoll ist, muß sorgfältig geprüft werden, insbesondere auf der Grundlage des Berichtes, den die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zu erstatten hat."

Im übrigen sage ich noch einmal: Bei einer solchen Sache muß man auch den Zug der Diskussion berücksichtigen. Dieses Thema ist sehr stark in der öffentlichen Diskussion. Deshalb kann man diesen Satz nicht wegnehmen. Aber die Ergänzung könnte die Brücke bauen.

Von Weizsäcker: Ich habe allmählich das Gefühl, daß wir abstimmen können. Ob wir den Absatz mit dem Zusatz von Herren Gradl annehmen oder ohne diesen Zusatz – ich wäre mit beidem einverstanden –, ist gleichgültig, denn der Unterschied ist nicht sehr groß. Die Verschiebung dieses Satzes macht aber für mein Verständnis die Sache unklarer. Der Aufbau, wie er hier besteht, ist besser. Aber das ist auch keine prinzipielle Frage.

Die einzige Frage, die von einem gewissen materiellen Gewicht ist, ist folgende. Herr Heck, Sie haben gesagt: Unter der Unternehmensverfassung im Absatz 1 verstehen wir folgendes. Dann kommt also in dem Absatz 2 dieses Bündel, das die Interpretation der Unternehmensverfassung darstellt. Das muß aber aus dem Text hervorgehen. Sonst bekommen wir eine Diskussion über die Unternehmensverfassung, wie ich sie schon erlebt habe. Damals hat der Justitiar des DGB gesagt, zu der Unternehmensverfassung gehöre auch die Beteiligung der öffentlichen Hand an Aktionärsversammlungen usw. Demgegenüber hat die Stahlindustrie vorgeschlagen, auch die Gläubiger oder Kunden müßten mitbeteiligt werden.[29] Daß die Sozialausschüsse heute das Wort „Unternehmensverfassung" auch vielfach in dem Sinne benutzen, daß die öffentliche Hand anstelle des elften Mannes in einer etwas ausgeweiteten Form das Zünglein an der Waage bilden sollen, wissen wir auch.

Interpretieren wir also nicht, daß der Absatz 2 unser Verständnis des in Absatz 1 benutzten Begriffs „Unternehmensverfassung" ist, dann machen wir etwas Faules. Das ist weniger ein Redaktionsproblem als ein Problem der politischen Entscheidung.

Schmücker: Ich will die heranreifende Abstimmung nicht hinausschieben. Ich muß nur noch auf folgendes hinweisen: Ich werde nicht zustimmen; das wäre auch sehr

29 Wohl Anspielung auf die Diskussion im Zusammenhang mit dem Godesberger Grundsatzprogramm der SPD von 1959, das forderte, die Mitbestimmung zu einer „demokratischen Unternehmensverfassung" weiterzuentwickeln. Vgl. u. a. auch Herbert W. Köhler (1960–1984 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie): Die Organisation pluralistischer Interessen in der Unternehmensverfassung vom 11. Dezember 1959 in ACDP 01-224-085/1 bzw. „Zuviel Gesetzespositivismus – zu wenig Rechtsstaatlichkeit, in: Sozialer Fortschritt 5/1959 S. 102–104 (EBD. 242/2). – Justitiar des DGB war in dieser Zeit Dr. Otto Kunze.

schlecht. Nach wie vor werden sehr starke Gruppen gegen eine solche Formulierung sein. Das kann auch ruhig deutlich werden.

Man sollte aber bitte nicht mit Argumenten gegen Forderungen auftreten, die gar nicht gestellt worden sind. Niemand hat hier eine Formulierung gegen die Mitbestimmung gefordert. Diese Argumentation ist mehrfach gefallen.

Ich möchte Herrn Kraske bitten, das beliebte Argument „Banken" nicht zu gebrauchen. Sie müssen dann die Anteilseigner als Gruppe nehmen. Es gibt kaum ein Unternehmen, wo nicht die Banken Anteilseigner sind. Diese Argumentation zieht also nicht.

Ich bin also mit der Formulierung nicht einverstanden. Sie müssen damit rechnen, daß der Mittelstandskreis dagegen Stellung nimmt. Ich bitte aber nicht mit Forderungen zu argumentieren, die gar nicht gestellt worden sind.

Scheufelen: Herr Gradl hat gesagt, der Trend der Diskussion sei sehr wohl zu erkennen. (*Gradl:* Ich habe nicht „Trend", sondern „Zug" gesagt!) Die Beurteilung dieses Themas in der Öffentlichkeit. (*Gradl:* Die Wichtigkeit, die diesem Thema in der öffentlichen Diskussion beigemessen wird!)

Es hat eine Art öffentliche Diskussion über dieses Thema schon stattgefunden, und zwar bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg. Hier hat die SPD den Wahlkampf sehr stark unter dem Motto „Mitbestimmung" geführt. Es lag aber seit zwei Jahren der Parteitagsbeschluß des Landesverbands Nordwürttemberg vor, die Ausweitung der Mitbestimmung abzulehnen.[30] Wenn man die Wahlergebnisse dort analysiert, kann man feststellen, daß die CDU in den Wahlkreisen, in denen der Anteil der Industriebürger höher war, überproportional zugenommen hat, während die SPD überdurchschnittlich abgenommen hat.[31] Das läßt sich sehr leicht nachweisen. Die Herren, die in Baden-Württemberg beim Landtagswahlkampf waren, haben ja die Plakate der SPD mit der Mitbestimmung gesehen. (*Gradl:* Die waren aber sehr dilettantisch.) Hier sehen wir also einen klaren Trend als Antwort eines Gebietes.

Dann etwas zu dem Begriff der Unternehmensverfassung. Darüber habe ich erstmals etwas in der geplatzten Kommission „Mitbestimmung" gehört. Das war immerhin eine parteioffizielle Kommission.[32] Dort hat Herr Professor Duvernell[33] als Vertreter der Sozialausschüsse sehr klar in seinem einführenden Vortrag definiert, was unter der Unternehmensverfassung zu verstehen ist. Dabei erwähnt er dann auch eine Beteiligung

30 In der Vorlage: Nordbaden. – Beschluß des Parteitags der CDU-Nordwürttemberg in Stuttgart am 9. Juli 1966 (vgl. UiD vom 15. Juli 1966). Ein derartiger Beschluß ist im CDU-Landesverband nicht gefaßt worden.

31 Vgl. Endbericht der Wahlanalyse Baden-Württemberg (ACDP 07–004–017/3) S. 4: „... zum Teil nicht unerhebliche Gewinne in industrialisierten, urbanisierten Kerngebieten des mittleren Neckar und in vorwiegend protestantischen Gegenden Mittelbadens"; zu den SPD-Verlusten Ebd. S. 6.

32 Die am 16. März 1967 konstituierte Kommission konnte sich auf keine einheitliche Stellungnahme einigen und stellte daraufhin ihre Arbeit am 10. Oktober 1967 ein (ACDP 07–004–320/3).

33 In der Vorlage: Duvenal. – Vgl. Nr. 19 Anm. 41. Zusammenfassung seines Referats in ACDP 07–004–320/3.

40:20:40, wobei diese 20 % der öffentlichen Hand zustehen sollten. Ich glaube, niemand kann es einem übelnehmen, wenn man Bedenken hat, nachdem in einer solchen Kommission so etwas präsentiert worden ist. Darum ist die Klarstellung unbedingt notwendig, denn dieser Begriff ist nun einmal gebraucht worden.

Schäfer: Ich muß mich in dieser Diskussion sehr zurückhalten und beschränke mich nur auf Korrekturen oder eine Interpretation meiner früheren Auffassung. Mir geht es gar nicht um die Verteidigung extremer Positionen. Diese Diskussion ist so sachlich geworden, daß man sich daran beteiligen muß. Es geht um nichts anderes als um die Aufrechterhaltung des Status quo, bis das berühmte Gutachten darüber vorliegt, ob die Montanmitbestimmung sich bewährt hat oder nicht bzw. bis der Parteitag eine grundsätzliche Entscheidung in dieser Frage getroffen hat.

Dieser Status quo scheint mir in zwei Punkten gefährdet, wenn nicht sogar verlassen. Mit Sicherheit scheint er mir durch die Forderung verlassen zu sein, daß das Betriebsverfassungsgesetz weiter ausgebaut werden soll. Ich fürchte auch, daß er verlassen werden könnte, wenn es bei der Formulierung „Unternehmensverfassung" bleibt. Aus welchen Gründen das so ist, hat Herr Scheufelen soeben dargelegt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man zur Demonstration des Fortschritts unbedingt das Wort „Unternehmensverfassung" braucht; man könnte auch sagen: „moderne Unternehmensgestaltung". Der Begriff „Unternehmensverfassung" ist nun einmal in Zusammenhang mit dieser Diskussion blockiert und strapaziert und jedenfalls in meinen Augen verdächtig. Wenn man es vermeiden kann, über die Ausweitung des Betriebsverfassungsgesetzes hinaus den Status quo noch weiter zu verlassen, warum sollte man das nicht tun?

Man muß auch die andere Seite sehen. Niemand ist bis jetzt auf die Idee gekommen, etwas zu sagen: Wenn die Prüfung der Montanmitbestimmung negativ ausfällt, wenn festgestellt ist, sie habe sich nicht bewährt, muß sie abgeschafft werden. Das wäre auch möglich. Niemand ist bis jetzt darauf gekommen.

Ich gebe zu, das Thema würde sich schon deswegen zu vertiefen nicht lohnen, weil, wie Sie vorhin formuliert haben, die Sozialausschüsse eigentlich von der Ausweitung der Montanmitbestimmung weg sind. Deswegen meine ich, daß das, was hier vorliegt, mit einigen Korrekturen durchaus von beiden Seiten zu tragen ist in dem Bestreben, den Status quo aufrechtzuerhalten, bis diese Entscheidung gefallen ist.

Heck: Herr Scheufelen, der Hinweis auf die Wahlen in Baden-Württemberg ist nicht ganz sinnvoll. Diese Aktion der SPD hat sich weder im Plakat noch in der Kampagne konkret auf die Mitbestimmung in der Wirtschaft bezogen. Das bezog sich vielmehr auf die Politik ganz allgemein. Das Ergebnis der Wahl als ein Votum gegen diese Parole auszuwerten, ist nicht sinnvoll. Nehmen Sie es mir bitte nicht übel, wenn ich das sage. Das ist ganz einfach kein Argument.

Dann zu dem, was Herr Schäfer sagte. Bisher war ich der Meinung, daß im Unternehmer- wie im Arbeitnehmerbereich einhellig die Auffassung vorhanden war, daß das Betriebsverfassungsgesetz novelliert werden kann und ausbaufähig ist. Nun ist interessant, daß auf der einen Seite, wenn das gesagt wird, alles mögliche vermutet wird; die

andere Seite vermutet umgekehrt alles mögliche. Wenn wir uns gegenseitig nur verdächtigen, daß wir alle unsere Gedanken verbergen, können wir nicht groß miteinander reden. Ich kann nicht einer Seite das Recht einräumen, die Vermutungen in Richtung des Verdächtigen auszuweiten, und der anderen Seite dieses Recht bestreiten. Auf diese Weise kommen wir nicht weiter. Das halte ich nicht für richtig. (*Schäfer:* Ich verstehe nicht, was Sie mit Verdächtigungen der anderen Seite meinen!) Sie haben gesagt, man wisse nicht, was unter der Ausweitung des Betriebsverfassungsgesetzes alles zu verstehen sei; das könne bis zur Mitbestimmung des Montanbereichs gehen. Dann kann ich der anderen Seite nicht übelnehmen, wenn sie Ihnen gegenüber die gleichen Verdächtigungen ausspricht.

Fay: Um das Thema der Verdächtigungen etwas zurückzudrängen, schlage ich vor, daß bei Behandlung dieses Kapitels ein Gesichtspunkt berücksichtigt wird, der heute noch nicht erwähnt worden ist. Wir haben den Klassenkampf überwunden. An seiner Stelle steht der Begriff der Partnerschaft. Wir müssen als CDU sagen: Wir sind für die Partnerschaft, für das Zusammenwirken. (*Stingl:* Steht drin!)

Meyers: Ich wehre mich dagegen, daß wir den hier zur Erörterung stehenden Gedanken in dieser Unverbindlichkeit aufnehmen. Wenn Sie das nehmen, was Herr Gradl sagt, bin ich einverstanden. Sonst wird uns vorgeworfen, wir flüchteten in die Unverbindlichkeit. Herr Gradl hat gesagt: Das wird geprüft; nach Vorliegen dieses Berichtes wird ein Parteitag entscheiden. Ich bin nicht gegen diese Sache, sondern dagegen, daß man uns angreifen kann.

Scheufelen: Ich kann das, was gerade zu Baden-Württemberg gesagt worden ist, nicht im Raume stehenlassen. Der Wahlkampf der SPD war schlecht. Man kann aber der zweitgrößten Partei nicht unterstellen, daß sie einen Wahlkampf unter dem konkreten Begriff der Mitbestimmung führt, das aber politisch meint. So idiotisch ist die SPD nicht. Damit war schon die Mitbestimmung in ihrem eigentlichen Sinne gemeint. Wenn die Wahl anders ausgegangen wäre, wäre das als Argument für die Mitbestimmung genommen worden.

Heck: Es wäre dazu mißbraucht worden.

Gradl: Ich hatte vorgeschlagen, an den zweiten Satz des zweiten Absatzes anzufügen: „... insbesondere auf der Grundlage des Berichts, den die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zu erstatten hat."

Heck: Wenn das die Probleme löst!

Fay: Ich bitte, über die Absätze 1 und 2 getrennt abzustimmen.

Heck: Die Programmkommission hat der Ziffer 60 nur unter der Voraussetzung zugestimmt, daß ein Antrag an den Parteitag geht – ob der Parteitag den verabschiedet, haben wir nicht in der Hand –, daß über weitergehende Regelungen in der Mitbestimmungsfrage nur durch einen Parteitagsbeschluß entschieden werden kann. Das ist die Voraussetzung, unter der die Programmkommission das überhaupt vorschlägt. Sind Sie damit einverstanden? – Zustimmung.

Der große Anstoß wird nun an dem Begriff „Unternehmensverfassung" genommen. Das muß entschieden werden. Wer der Meinung ist, daß der Begriff gestrichen und

durch den Ausdruck „Unternehmensordnung" ersetzt werden soll, den bitte ich um ein Zeichen. – Wer ist dagegen? – Das letzte ist die Mehrheit; es bleibt bei „Unternehmensverfassung".

Dann hat Herr Gradl eine Ergänzung gewünscht: „... insbesondere auf der Grundlage des Berichts, den die von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zu erstatten hat". Wer ist für diese Ergänzung? – Das ist die Mehrheit.

Kraske: Das Präsidium schlägt vor, im zweiten Satz des zweiten Absatzes die Worte „möglich und" zu streichen. Möglich wäre eine weitergehende Mitbestimmung schon. Die Frage ist, ob sie sinnvoll ist.

Heck: Sind wir auch damit einverstanden? (*Zustimmung.*)

Ziffer 61

Fay: Was sind die Aufgaben der Arbeitnehmerkammern? Haben Sie etwa die Aufgabenbereiche wie im Saarland? Kann man das nicht klarer sagen?

Kohl: Das ist eine Sache, die man im Zusammenhang mit den Industrie- und Handelskammern sehen muß. Wenn wir das hier machen, ist die paritätische Besetzung bei den Kammern kaputt. Ich bin dafür, daß das hier im Vorstand zu Protokoll genommen wird. Wenn es hier im Parteivorstandsprotokoll klargestellt wird, braucht man es auf dem Parteitag nicht mehr vorzutragen. Wir verstehen das jedenfalls so, daß das die Alternative ist, mit der verhindert werden soll, daß eine paritätische Besetzung bei den Industrie- und Handelskammern eingesetzt wird.

Heck: Es steht dem nichts im Wege, daß das aufgenommen wird.

Stingl: Das ergibt sich auch aus der Logik der Offenburger Erklärung. Darin steht, daß die paritätische Mitbestimmung gefordert wird „oder mindestens ...".

Heck: Die Ziffer 61 ist also mit der Protokollnotiz angenommen, die Herr Kohl empfohlen hat.

Ziffer 62

Fay: Darüber ließe sich eine Menge sagen. Mir wäre es lieber gewesen, wenn die Zielrichtung angegeben worden wäre, wegen der gefördert werden soll. Das Ziel müßte die Rationalisierung und die Verbesserung der Struktur sein. Das hier ist mir ein bißchen zu allgemein gefaßt. Ich will nicht einen harten Ausdruck gebrauchen. Ich weiß, daß das ein heißes Eisen ist.

Ziffer 63

Ohne Bemerkungen.

Ziffer 64

Heck: Vom Bundeskanzler war die Frage wegen der landwirtschaftlichen Veredelungsproduktion in bäuerlichen Betrieben aufgeworfen worden. Das Anliegen ist doch wohl, daß den bäuerlichen Betrieben nicht die Existenzmöglichkeit genommen wird.

Gradl: Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Kohl: Ich verstehe den Einwand des Bundeskanzlers nicht. Hier steht doch nichts anderes drin, als daß diese Bereiche eine Präferenz bekommen sollen.

Kraske: Ich glaube mich zu erinnern, daß der Bundeskanzler zu diesem Punkt nur gesagt hat: Es ist gut, daß dahintersteht „in bäuerlichen Betrieben".

Kohl: Umgekehrt, er wollte die bäuerlichen Betriebe weg haben.

Kraske: Das würde ich auch beim Bundeskanzler nicht billigen. Es schafft doch böses Blut, wenn diese fabrikmäßige Veredelung auch noch finanziell gefördert wird.

Bilke: Ich darf daran erinnern, daß die Landwirtschaft selbst ein sehr großes Stück zurückgegangen ist. In dem ursprünglichen Text wollte sie den Schutz der Veredelung.

Heck: Ich meine, wir sollten es so belassen, wie es hier steht.

Ziffern 65 bis 67

Ohne Bemerkungen.

Ziffer 68

Kohl: Was hier im ersten Satz steht, ist absolut richtig. Dagegen stimmt das nicht, was in dem zweiten Satz der Ziffer 66 steht. Es bleibt die Aussage bestehen, daß wir der Auffassung sind, die eigentliche Unterstützung des Bauern durch den Staat solle darin liegen, dafür zu sorgen, daß er einen Vollerwerbsbetrieb bekommt. Es glaubt uns doch kein Mensch mehr, daß der Bauer auf einem Nebenerwerbsbetrieb noch eine Zukunft hat. Die Bauernschaft glaubt das auch nicht mehr. Das Problem in vielen Bereichen liegt darin, daß wir zuwenig Arbeitsplätze im ländlichen Bereich zur Verfügung stellen können. Ich finde, es wäre redlich, zu sagen, was wirklich ist.

Kraske: Ich möchte das unterstützen. Die schärfste Kritik, die ich in einer ganzen Reihe von nicht sehr erfreulichen Bauernversammlungen gehört habe, war immer: Warum sagt ihr uns nicht die Wahrheit? Wenn wir hier sagen, daß die Zukunft für den Bauern in jeder Art Betriebe liegt, dann ist das wieder eine globale Versprechung der CDU, die nicht gehalten werden kann.

Der Aufbau hier ist völlig logisch. In der Ziffer 66 geht es nicht um die Landwirtschaft, sondern um die Menschen auf dem Lande. Dazu gehören Zu- und Nebenerwerbsbetriebe. Wenn wir aber von der Zukunft des ganzen Produktionszweiges „Landwirtschaft" sprechen, muß man sagen, daß diese Zukunft im Vollerwerbsbetrieb liegt. Ich glaube, daß diese Meinung ausnahmsweise auch gegen den Herrn Bundeskanzler durchgehalten werden sollte.

Scheufelen: Im Prinzip haben Sie recht. Aber in der Praxis haben wir doch den Tatbestand, daß in der EWG 90 % der Nahrungsmittel und in der Bundesrepublik 70 % der Nahrungsmittel erzeugt werden, die dort gebraucht werden. Die Bevölkerung nimmt wenig zu, und die Leute essen nicht mehr. Es können also nicht alle landwirtschaftlichen Produkte mehr verkauft werden. Es muß eine höhere Intensität angestrebt werden. Gleichzeitig muß eine gewisse Menge landwirtschaftlicher Fläche im Laufe der Zeit stillgelegt werden. Aber auch wenn man nur noch Vollerwerbsbetriebe hat und die halbe landwirtschaftliche Bevölkerung dieselbe Menge produziert, ist man aus dem Problem nicht heraus. Die Erfahrung zeigt, daß die stillgelegten landwirtschaftlichen Flächen über den Nebenerwerbsbetrieb doch wieder genutzt werden. Aus diesen Überlegungen heraus würde ich vorschlagen, nur den ersten Satz der Ziffer 68 stehenzulassen und alles andere zu streichen.

Heck: Ich glaube, daß der Vorsitzende der Bundespartei einfach auf folgendes aufmerksam machen wollte: Es ist schlecht, wenn die Bundesregierung ein Programm ent-

wickelt, innerhalb dessen die Neben- und Zuerwerbsbetriebe eine beträchtliche Rolle spielen, und wenn wir hier nun erklären: „Das Fundament der deutschen Landwirtschaft liegt im Vollerwerbsbetrieb." Wir sollten also hier nicht aussagen, daß die anderen keine Zukunft haben.

Kohl: Ich will nicht über das Wort „Zukunft" streiten. Aber eines ist falsch. Wenn Sie die Zwischenstationen so schalten, wie Sie sagen, dann helfen Sie dem Dreißig- oder Vierzigjährigen, der umgeschult werden muß, gar nicht. Der Mann hat nämlich für die verbleibende Zeit keine Chance, Boden unter die Füße zu bekommen. Die Crux bei den Vollerwerbsbetrieben liegt darin, daß die zur Verfügung stehende landwirtschaftliche Anbaufläche nicht ausgeweitet werden kann. Es ist eine vorgegebene Größe. Viele der Nebenerwerbsbauern stecken zwar auf, geben aber nicht ihr Gelände ab. Die Grundtendenz muß also klar sein: Der Hauptbetrieb, der vom Bauern bearbeitet wird.

Heck: Gemeint ist also hier: „Die Grundlage der deutschen Landwirtschaft ist der Vollerwerbsbetrieb." (*Zustimmung.*)

Ziffern 69 bis 71

Keine Bemerkungen.

Ziffer 72

Fay: Diese Ziffer hat sich ja gewaltig gewandelt. Wie ist es bei Wertminderungen durch Planungen, werden die auch ersetzt? Und wie ist es mit den Spekulationsgewinnen?

Bilke: Die Spekulationsgewinne werden heute schon erfaßt. Wenn jemand ein Grundstück erwirbt, dessen Preis in Kürze hochgehen wird, muß er eine gewisse Zeit warten, bis er das Grundstück steuerfrei – mit Ausnahme der üblichen Steuern – verkaufen kann. Wenn diese Spekulationsgewinne in Zukunft stärker erfaßt werden sollen, muß man diese Frist verlängern.

Fay: Wenn das gemeint ist, haben Sie meine Zustimmung.

Bilke: Etwas anderes kann nicht gemeint sein.

Ziffern 73 bis 89

Ohne Bemerkungen.

Ziffer 90

Von Hassel: Ich würde hier dem Petitum des Bundeskanzlers folgen. Der erste Satz könnte stehenbleiben. Dann sollte gesagt werden: „Mit der Einbeziehung der Flüchtlinge aus Mitteldeutschland in lastenausgleichsähnliche Leistungen wird die letzte Lücke in der Gesetzgebung geschlossen."

Das heißt: Es kommt keine weitere Gesetzgebung über Kriegs- und Nachkriegsfolgen. Alles andere könnte dann wegfallen.

Stingl: Ich bin mit dem Vorschlag einverstanden. Es sollte aber nicht wegfallen, daß die unterschiedlichen Ausgleichsleistungen harmonisiert werden müssen. Im übrigen ist nichts über das Reparationsschädengesetz ausgesagt.

Von Hassel: Das Reparationsschädengesetz läuft.

Kraske: Ich finde es besser, unter Angleichung an den Teil 1 zu sagen: „aus dem anderen Teil Deutschlands".

Von Hassel: Ich bin damit einverstanden.

Heck: Mir scheint der zweite Satz rein feststellender Art zu sein.

Von Hassel: Er bringt die Feststellung der Gleichstellung. Eine weitere Gesetzgebung ist nicht mehr vorgesehen.

Bilke: Werden die Ausgleichsleistungen in Zukunft nicht mehr harmonisiert? Wird in den 70er Jahren die Grundrente der Kriegsopferversorgung über den Beschluß der Mittelfristigen Finanzplanung nicht doch entsprechend erhöht werden?

Von Hassel: Das brauchen wir nicht aufzunehmen, weil alle diese Dinge laufend adaptiert werden. Die Renten werden laufend angeglichen. Das ist ein Gesetzgebungsvorgang, der jedes Jahr im Gange ist. Es heißt hier: „die Kriegsopferversorgung nach der Haushaltslage entwickeln".

Meyers: Wenn die Haushaltslage nach unten geht, geht die Kriegsopferversorgung wohl auch nach unten?

Von Hassel: Der Herr Bundeskanzler hat gesagt: Keiner weiß, was im Zusammenhang mit der Tschechoslowakei usw. auf uns zukommt und ob wir es uns noch leisten können, die Kriegsopferversorgung früher als in der Mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen nach oben zu entwickeln.

Bilke: Es ist hier ein Unterschied zur Rentenversicherung. Die Rentenversicherung wird jedes Jahr angepaßt, während die Kriegsopferversorgung nicht jedes Jahr neu zur Debatte gestellt wird. Deshalb sollten wir uns dazu bekennen, daß die Kriegsopferversorgung je nach der Haushaltslage entwickelt werden soll. Das ist gegenüber dem alten Entwurf schon eine große Einschränkung. Dort hatten wir gesagt: „je nach der wirtschaftlichen Lage". Das haben wir eingeschränkt.

Von Hassel: Dann noch zu der Harmonisierung von anderen Leistungen. Ich nenne hier einmal eine solche Leistung: die Kriegsgefangenenleistung. Die Kriegsgefangenen wollen bessergestellt werden. Sie wollen nach obenhin an die Leistungen der Wiedergutmachung angeglichen werden. Das ist deren Forderung. Das ist aber nicht eine Frage der Harmonisierung. Wir wollten die Harmonisierung der Ausgleichsleistungen deshalb nicht aufgenommen haben, weil wir uns vorstellen können, daß irgendwo wieder herumgebohrt wird, und zwar im Sinne einer Angleichung nach oben.

Dann habe ich aufgrund der Bemerkung des Bundeskanzlers vorgeschlagen, die Erwähnung der Hoffnung fortzulassen, daß die Kriegsopferversorgung vorzeitiger als in der Mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen verbessert werden kann. Der zweite von mir vorgeschlagene Satz bringt nicht die volle Gleichstellung, sondern sieht nur lastenausgleichsähnliche Leistungen vor. Der Satz bedeutet gleichzeitig, daß nun mit der Kriegsfolgengesetzgebung Schluß ist. Was jetzt im Parlament noch läuft, ist das Ende. Die Kriegsgefangenengeschichte ist eine einmalige Sache.

Kraske: Ich bin selber Kriegsgefangener gewesen. Ich bin aber nicht dafür, daß wir jetzt nach 23 Jahren diesen Leuten noch Geld nachwerfen und das auch in dieses Aktionsprogramm schreiben.

Gradl: Soll der Ausdruck „Lücke geschlossen" in dem zweiten Satz heißen, daß nun endgültig Schluß ist? Ich würde es für falsch halten, wenn man hier den Eindruck er-

weckte, daß nun endgültig alles abgeschlossen ist. Ich denke hier auch an die NPD. Sie wird diese allgemeine Unzufriedenheit dann ausnutzen. Man sollte es deshalb so formulieren, daß damit das Tor nicht absolut zu ist.

Von Hassel: Ich habe nichts dagegen, wenn das anders formuliert wird und wenn die allgemeine Auffassung zum Ausdruck kommt, daß wir die Kriegsopferversorgung im Blickfeld behalten. Wir wollten nur keine Hoffnungen erwecken.

Kraske: Wenn wir von Kriegsopferversorgung sprechen, dann bin ich dafür, im Gegensatz zu den Kriegsgefangenen. Können wir aber dann nicht gleich dazu sagen: „insbesondere bei den Ausgleichsrenten"? Damit würden wir hier ein Zeichen setzen.

Heck: Wir würden also hier sagen am Ende des Satzes: „... angeglichen, insbesondere die Ausgleichsrenten der Kriegsopferversorgung ..."

Ziffern 91, 92 und 93

Ohne Bemerkungen.

Ziffer 94

Kraske: Der Bundesschatzminister schlägt vor, den ersten Satz am Ende wie folgt zu formulieren: „... Vermögensbildung eingesetzt werden". Dafür soll dann der nächste Halbsatz „öffentliche Unternehmen und Beteiligungen sollen schrittweise privatisiert werden" wegfallen.

Kohl: Das ist ja eine scheußliche Wortkonstruktion.

Bilke: „Eingesetzt werden" geht einfach nicht.

Heck: Es bleibt also bei „beitragen".

Kraske: Man könnte aber auch dann, wenn man den ersten Satz einschließlich „beitragen" läßt, den nächsten Halbsatz streichen und dann fortfahren: „bei der Entwicklung ..."

Bilke: Es wird dann sehr viel undeutlicher. Das „schrittweise privatisiert" sagt aus, daß wir keine Unternehmen privatisieren, die unrentabel sind.

Fay: Seither war das ein Programmpunkt. Ich erinnere mich, daß man sehr deutlich gesagt hat, die öffentlichen Unternehmen müßten schrittweise privatisiert werden. Warum wollen wir das hier nicht stehenlassen?

Kraske: Ich würde doch sagen, wenn der Bundesschatzminister, der allen diesen Unternehmen vorsteht, selber der Meinung ist, daß das ein zu starkes Wort ist, dann müssen wir uns vielleicht doch die Frage vorlegen, ob wir in der Vergangenheit hier nicht ein bißchen Illusionen geweckt haben.

Kohl: Das ist das miserabelste Argument. Im Endeffekt würde das bedeuten, daß das Ministerium überflüssig wird.

Bilke: Der Schatzminister hat mehrfach ausgedrückt, er sehe seine Aufgabe auch darin, neue Bundesunternehmen privatisierungsreif zu machen.

Heck: Ich finde, wir lassen es so, wie es da steht.

Von Weizsäcker: Ich meine, daß wir es etwas vernebeln, liegt im Zuge unserer Absichten. Wenn wir sagen, daß das Erwerbsvermögen von Bund, Ländern und Gemeinden zur privaten Vermögensbildung einzusetzen ist, dann versprechen wir etwas, was wir sinnvollerweise nicht versprechen können. Das hat keinen Wert. Das klingt so, als

ob wir alle öffentlichen Unternehmen schrittweise privatisieren wollen. Wenn dagegen vorne steht: „mit ihrem Erwerbsvermögen zur privaten Vermögensbildung beitragen", dann deckt das auch noch eine Privatisierung in bescheidendem Umfange.

Bilke: Wir dürfen bei der Privatisierung nicht nur die Bundesunternehmen sehen, sondern wir müssen auch die Länderunternehmen und die kommunalen Unternehmen sehen. Beispielsweise soll ein kommunales Elektrizitätswerk das Kapital nicht nur von der Sparkasse, sondern auch in Form einer Anleihe von seinen Bürgern aufnehmen. Das ist auch eine Möglichkeit, schrittweise zu privatisieren.

Fay: Ich bin für die Aufrechterhaltung des ersten Satzes. Wir haben bisher als Programmpunkt die Privatisierung öffentlicher Unternehmen gepredigt. Wenn das jetzt wegfällt, fragt man sich, ob wir unsere Vorstellungen über den Haufen geworfen haben.

Von Weizsäcker: Das ist eine Unterstellung. Ich meine jedenfalls, daß das Wort „schrittweise" mißverständlich ist. Ich bin dafür, daß der Satz gestrichen wird.

Heck: Wer ist dafür, daß der Satz „Öffentliche Unternehmen und Beteiligungen sollen schrittweise privatisiert werden" gestrichen wird? – Der Satz ist mit Mehrheit gestrichen.

Ziffern 95 bis 102

Ohne Bemerkungen.

Schlußwort

Heck: Hier soll das Wort „Gesellschaften" durch „Völker" ersetzt werden. Sonst keine Änderungen.

Bevor wir über das Programm im Ganzen abstimmen, muß ich noch einen Brief verlesen, der sich im nachhinein auf die Ziffer 5 bezieht. Hier hat es ein Mißverständnis zwischen dem Formulierer Dr. Gradl und dem Protokollführer[34] gegeben. Ich glaube, das muß vorher noch geklärt werden. Es geht hier um den Satz, in dem es hieß: „Während Berlin gespalten und West-Berlin von der kommunistischen Umwelt bedroht ist, müssen ..."

Gradl: Das ist ja gestrichen. Es ist ein Zweifel hierdurch entstanden, daß Herr Heck den Text anders verlesen hat, als ich ihn am Schluß verlesen hatte.

Heck: So wie ich ihn verlesen hatte, wurde zugestimmt.

Gradl: Der Satz am Schluß muß heißen: „Während Berlin gespalten ist, müssen die Bundesrepublik und als Träger oberster Verantwortung die drei alliierten Schutzmächte alles tun, um ..." Diese Worte „als Träger oberster Verantwortung" müssen drinstehen, um die Alliierten zu binden.

Dann haben wir gesagt: „Das freie Berlin ist ein Land der Bundesrepublik." Dies können wir nicht sagen. Das freie Berlin ist West-Berlin, und West-Berlin ist nicht ein Land der Bundesrepublik. Wenn wir sagen, wir wollen das gern, geben wir in unserem Aktionsprogramm den Russen die Bestätigung ihres Vorwurfs, die böse Bundesrepublik habe die Absicht, West-Berlin zu annektieren.

34 Willy Schlarb (1909–1970), Parlamentsstenograph im Landtag Rheinland-Pfalz.

Wir können sagen: Berlin ist nach dem Grundgesetz ein Land der Bundesrepublik. Dagegen können die Russen nichts sagen. Wenn sie dagegen etwas sagen, haben wir die Alliierten auf unserer Seite, denn die haben das Grundgesetz genehmigt.

Von Weizsäcker: Bitte machen Sie sich einmal den Zusammenhang klar. Im ersten Satz heißt es: „Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands." Dann kommt dieser strittige Punkt: „Das freie Berlin ist ein Land ...", oder „Berlin ist nach dem Grundgesetz ein Land der Bundesrepublik." Dann kommt der dritte Satz: „Berlin hat zugleich Viermächtestatus." Wenn wir hier umformulieren: „Berlin ist nach dem Grundgesetz ein Land der Bundesrepublik", dann, finde ich, machen wir aus allen drei Sätzen eine Beschreibung eines Wunschzustands, wie er heute realiter nicht besteht. Wenn wir dagegen davon sprechen, daß das freie Berlin ein Land der Bundesrepublik ist, dann geben wir wenigstens der Mehrzahl derer, die das lesen, das Gefühl, wir sprechen nicht nur von einem Wunsch, sondern von dem, wie die Lage wirklich ist.

Die Russen werden trotz noch so großer Berufung auf das Grundgesetz sagen: Die sind noch viel schlimmer, die wollen nicht nur das halbe, sondern das ganze Berlin. Ich finde deshalb die erste Formulierung besser.

Gradl: Das geht in der Sache nicht. Wir sagen: „Berlin ist die Hauptstadt Deutschlands" und meinen das ganze Berlin. Wir sagen: „Berlin hat Viermächtestatus" und meinen das ganze Berlin. Zwischendurch sagen wir: „Das freie Berlin ist ein Land der Bundesrepublik." Das geht nicht.

Kraske: So ist es doch.

Meyers: Das ist es doch nach dem Grundgesetz.

Gradl: Nach dem Grundgesetz ist Berlin ein Land der Bundesrepublik.

Heck: Ich finde, wir müssen uns jetzt entscheiden. Wer dafür ist, daß es bei der bisherigen Formulierung verbleibt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dafür, daß es heißt: „Berlin ist nach dem Grundgesetz ..."? – Das erste war die Mehrheit.

Damit sind wir am Ende unserer Beratungen. Ich danke für die Geduld und Ausdauer. Die Sitzung ist damit geschlossen.

22

Berlin, Sonntag 3. November 1968

Sprecher: Amrehn, Barzel, Blank, Dufhues, Erhard, Gerstenmaier, Gradl, Heck, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Kraske, Lemke, Lemmer, Lücke, Meyers, Scheufelen, Schröder, Stingl, Stoltenberg.

Vorbereitung der Bundesversammlung. Vorbereitung des Bundesparteitags. Verschiedenes.

Beginn: 16.00 Uhr *Ende: 18.45 Uhr*

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung des Bundesparteivorstands und begrüße Sie alle herzlich. Ich muß Ihnen leider sagen, daß ich einen ziemlich heftigen Grippe-Infekt habe, den ich mit Mühe niederhalte. Wenn ich also morgen mit einiger Kraft sprechen soll, dann muß ich mich gleich ins Bett legen. Ich werde deshalb gleich weggehen, um die Sache zu überwinden.

Ich möchte nur gern einen Punkt vorziehen und auch noch, wenn aus dem Kreise des Bundesvorstands Anregungen kommen, die für mich wichtig sind, so lange dableiben. Was haben wir für eine Tagesordnung heute, Herr Dr. Heck?

Vorbereitung der Bundesversammlung

Heck: Wir müßten zunächst sprechen über die Vorbereitung der Bundesversammlung.

Ich darf kurz darüber berichten, was im Präsidium beraten worden ist. Das Präsidium schlägt dem Bundesvorstand vor, daß der Bundesvorstand folgenden Entschließungsantrag an den Parteitag richten soll:

Der Bundesparteitag beauftragt den Vorsitzenden der CDU, im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der CSU zur Vorbereitung der Bundesversammlung ein Gremium einzuberufen, das sich aus folgenden Gruppen und Personen zusammensetzen soll: dem Bundesvorstand der CDU, dem Vorsitzenden und dem Generalsekretär der CSU, dem Vorstand der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, den Vorsitzenden der Landtagsfraktionen der CDU und der CSU, den Vorsitzenden der CDU-Landesverbände, den Ministerpräsidenten, soweit sie der CDU und der CSU angehören.

Der Vorsitzende der CDU soll dieses Gremium im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der CSU alsbald einladen, damit es der CDU/CSU-Fraktion der Bundesversammlung einen Kandidaten für die Wahl zum Bundespräsidenten empfiehlt.

Ich darf ergänzend dazu sagen, daß der Vorsitzende der Bundespartei dieses Gremium zum 14. November einberufen will. Das ist am Donnerstag in acht Tagen. Das wird morgen auch bekanntgegeben werden.

Kohl: Ich habe eine Frage zu stellen, damit später keine Zweifel aufkommen. Dies ist also eine Festlegung zur Person? Wenn also jemand zwei Ämter innehat, kann er sich nicht vertreten lassen? (*Zuruf:* Nein!) Das muß man aber vorher festlegen!

Kraske: Wir können hinter die Aufzählung dieser Gruppen noch einfügen: Vertretungen sind nicht zulässig. Dann ist ganz klargestellt, bei Doppelmitgliedschaft – sei als Ministerpräsident, als Landesvorsitzender oder im Bundesvorstand – ist es nicht möglich, einen Vertreter zu benennen.

Kiesinger: Wünscht jemand das Wort dazu? – Sind Sie einverstanden, daß wir so verfahren? – Nur das Datum stimmt nicht; denn ich bin am 13. und 14. in Brüssel. Ich müßte also auf den 15. nachmittags einberufen.

Stingl: Ich meine, das Gremium ist so groß, daß wir auch die Vorsitzenden der Vereinigungen dazunehmen sollten. (*Zurufe:* Nein!) Es sind drei!

Heck: Ich glaube nicht, daß das eine Frage der Zahl ist, sondern es ist eine Legitimierung. Das gibt ja Doppelvertretungsrechte; denn die Vereinigungen sind ja in Landesverbänden, wo die Landesvorsitzenden vertreten sind. Ich halte das also für keine gute Sache.

Kiesinger: Ich würde vorschlagen, daß wir es bei diesem Gremium belassen, Herr Stingl. Ich glaube, das gibt uns die Gewähr, daß ein Vorschlag herauskommt.

Stingl: Es ist aber so, daß die Junge Union dann nicht drin ist. Herr Klepsch nimmt hier nur als Gast teil. Ferner sind die Sozialausschüsse nicht drin. (*Lebhafte Unruhe.*)

Lemke: Ich möchte etwas zur Vertretung sagen. Ich selbst sitze in drei solchen Gremien oder Gruppen, wie es da heißt. Wenn ich nun krank bin oder sonst etwas ist, dann bin ich keinem Gremium zu vertreten. Dann bin ich unersetzlich. (*Zurufe:* Ja! –*Unruhe.*) Ich wollte das nur wissen.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich schlage vor, wir lassen es bei diesem Vorschlag. (*Meyers:* Den Vorsitzenden der Jungen Union möchte ich nicht aus seiner Verantwortung entlassen. Ich möchte ihn ad personam dazu nehmen.) Wenn damit nicht Tür und Tor für weitere Wünsche geöffnet werden, habe ich nicht das geringste Bedenken dagegen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kohl: Ich bin sehr damit einverstanden, daß der Herr Klepsch dabei ist, aber dann muß natürlich auch Herr Katzer dabeisein als Vertreter der Sozialausschüsse. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Herr Katzer ist dabei als Mitglied des Vorstands der Bundestagsfraktion. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kraske: Ich glaube, daß die übrigen Vorsitzenden der Vereinigungen mit Ausnahme von Herrn Pütz[1], dem neugewählten Vorsitzenden der KPV, alle kraft Amtes bereits drin sind. (*Zuruf:* Wodurch?) Durch die Vorstandsfraktion. (*Stingl:* Nein, er hat nur das Recht der Teilnahme! – *Blank:* Aber nicht als Mitglied des Vorstands! – *Lebhafte Unru-*

1 Joseph Pütz (1903–1982), Großhandelskaufmann; 1945–1960 Ratsherr in Solingen (CDU), 1950–1954 und 1958–1970 MdL Nordrhein-Westfalen, 1960–1966 Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, 1968–1973 Bundesvorsitzender der KPV.

he.) In einer früheren Aufzählung stand: außer den Ministerpräsidenten auch noch die Bundesminister der CDU und der CSU.

Die sind hier nicht aufgeführt, weil wir davon ausgegangen sind, daß sie dem Fraktionsvorstand angehören. (*Lebhafte Unruhe.*)

Barzel: Ich glaube, daß bei diesem ganzen Verfahren die Bundestagsfraktion ohnehin eine gewisse Rolle spielt und daß deshalb, was hier konkret „Vorstand der Bundestagsfraktion" heißt, sicher unsere Sache ist, dieses auch festzulegen. Es ist selbstverständlich, daß die Bundesminister Mitglied des Fraktionsvorstands sind. Wir sind keine Satzungsfanatiker; wir machen eine sehr praktische Politik! (*Starke Unruhe.*)

Kohl: Ich muß doch sagen, das läuft jetzt in einer Weise, wie es mir einfach nicht gefällt. Bei aller Bedeutung und Wichtigkeit der Stimmen aus der Bundestagsfraktion muß ich offen sagen, die gleiche Stimmenzahl wie die Bundestagsfraktion bringen auch die Landtagsfraktionen. Diese sitzen dort mit ihrem Fraktionsvorsitzenden, und damit ist die Sache aus.

Ich bin nicht dagegen, wenn wir einen neuen Schlüssel festlegen, daß wir alle Verantwortlichen hinzunehmen, bloß scheint es mir jetzt ein bißchen dubios zu sein, wer nun alles dazu gehört. Ich trete damit niemanden zu nahe, aber die Mitgliedschaft im Bundeskabinett scheint mir überhaupt kein Anrecht zu sein für einen Sitz in einem Parteigremium. Was hier tagt, ist ein Gremium der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union Deutschlands. Es gab und gibt Mitglieder des Bundeskabinetts, deren Tätigkeit in der Partei einmal etwas distanzierter und das andere Mal etwas intensiver ist. Und das sollte nicht prämiert werden, sondern wir sollten den prämieren, der wirklich in der Partei arbeitet und eine Funktion dort hat. Er trägt ja auch in der Partei eine Verantwortung.

Meyers: Ich hielte es geradezu für verfehlt, wenn wir die Vertreter bestimmter großer Organisationen unserer Partei nicht in dieses Gremium hineinnähmen. (*Kohl:* Aber in dieser Eigenschaft!) Gut, dann in dieser Eigenschaft! Das Gremium ist so groß, ob wir nun drei Mann mehr nehmen oder nicht! Es wäre aber völlig verfehlt – ich weiß nicht, wer das eben gesagt hat –, wenn wir sie aus der Verantwortung ließen, mitentschieden zu haben. Er kann nachher sagen „ich bin überstimmt worden", aber entscheiden muß er mit.

Denken Sie an die Sozialausschüsse, die schon jetzt gesagt haben: Jetzt ist die Wahl in Berlin usw. – Wenn wir sie also nicht mit ihrer Spitze vertreten lassen, so halte ich das für eine politisch schlechte Sache. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Dann nehmen wir die Vorsitzenden der Vereinigungen hinzu!

Heck: Ich weiß nicht, Herr Kohl, wie es in den Statuten der Fraktion aussieht, aber ich kann nur sagen, bisher ist die Fraktionsführung so praktiziert worden, daß die Minister als zum Fraktionsvorstand gehörig behandelt wurden. Davon sollte man ausgehen. (*Starke Unruhe.*) Zum Fraktionsvorstand der CDU/CSU gehören diejenigen, die zu den Sitzungen des Fraktionsvorstands als Mitglieder des Fraktionsvorstands eingeladen werden. Ist das klar? (*Zustimmung.*)

Dann darf ich feststellen, daß beschlossen worden ist: Im Gremium des Fraktionsvorstands der CDU/CSU sind die Bundesminister mit einbegriffen und die Vorsitzenden der Vereinigungen.

Kraske: Zwei Ergänzungen! Es heißt jetzt in der fünften Zeile: Den Vorsitzenden der CDU-Landesverbände, der CDU-Bundesvereinigungen; ferner heißt es hinter der sechsten Zeile: Vertretungen sind nicht möglich. Das heißt also, jeder, der in einem Amt hier vertreten ist, wird in anderen Ämtern ersatzlos gestrichen. Es wird kein Vertreter an seiner Stelle eingeladen. (*Lemke:* Auch nicht, wenn er krank ist?) Auch nicht, wenn er krank ist! (*Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Ihr Kopfschütteln bedeutet, daß Sie einverstanden sind, Herr Stoltenberg? (*Stoltenberg:* Ja!) Gut! Ich werde dann das Gremium einberufen auf Freitag, den 15. November, um 3.00 Uhr nachmittags, nach Bonn. Wie groß ist die Zahl? (*Kraske:* Etwa 75!) Dann muß man es im Fraktionssaal machen. Herr Dr. Barzel, Sie geben den Saal?

Barzel: Ja, selbstverständlich! Ich habe nur eine Frage. Entschuldigen Sie, daß ich jetzt erst damit komme. Nach den klugen Zwischenfragen hier fällt mir noch etwas anderes auf. Wir wissen hier, wen die CSU in das gemeinsame Gremium entsendet! (*Heck:* Das mit Franz Josef [Strauß] so besprochen!) Mit zwei Mann ist der zufrieden? (*Heck:* Das ist so besprochen! – *Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Das muß dann auf dem Parteitag gesagt werden. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Ich darf mich jetzt entschuldigen. Es tut mir leid, aber Sie werden sicher kein Interesse daran haben, daß ich morgen schwachbrüstig spreche. Deshalb möchte ich mich jetzt zurückziehen. (*Barzel:* Gute Besserung!) Danke schön!

Vorbereitung des Bundesparteitags

Heck: Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Punkt 1 a) der Tagesordnung: Zusammensetzung des Tagungspräsidiums. – Dazu hat das Wort Herr Kraske.

Kraske: Das Präsidium hat auf seiner letzten Sitzung einen Vorschlag für das Tagungspräsidium beschlossen, der Ihnen zugegangen ist. Aus diesem Vorschlag sind eine Reihe von Vorgeschlagenen aus zwingenden Gründen zurückgetreten bzw. hat das Präsidium inzwischen in seiner heutigen Sitzung einen Austausch zwischen Präsidium und Antragskommission vorgenommen. Ich bitte Sie deshalb, folgende Änderungen zu notieren und dann über das geänderte Tableau Beschluß zu fassen. Es sind zu streichen aus dem Präsidium des Parteitags: Dr. Even, Hasselmann[2], Dr. von Weizsäcker.

Diese sind zu ersetzen durch: Rollmann, Dr. Stecker und Dr. Wörner.

Heck: Sind Sie damit einverstanden?

2 Wilfried Hasselmann (1924–2003), Landwirt; 1962–1969 Bundesvorsitzender des Bundes der Deutschen Landjugend, 1963–1994 MdL Niedersachsen (CDU), 1965–1970 Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1976–1986 für Bundesangelegenheiten, 1986–1988 des Inneren in Niedersachsen, 1968–1990 Vorsitzender der CDU in Niedersachsen.

Kraske: Ich darf es zusammen vortragen. Bei der Antragskommission sind zu streichen: Rinsche[3], Dr. Wörner.

Es sind zu ergänzen: Rasner, Lampersbach[4] und Dr. von Weizsäcker.

Heck: Herr Stingl!

Stingl: Ich habe von Herrn Schmücker erfahren, daß es ihm ein wenig Kummer macht, daß keine Mittelständler vertreten sind. Ich sehe aber, jetzt ist Herr Lampersbach in der Antragskommission. Ich würde also die Bitte zurückziehen. Aber im Präsidium ist kein Mittelständler. Ich halte das aber nicht für so tragisch, sondern wollte nur darauf aufmerksam machen. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Diese Änderungen sind nicht von uns aus vorgenommen worden, sondern aufgrund von Anträgen und Bitten, die uns vorgetragen worden sind.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich feststellen, daß Sie damit einverstanden sind. – Herr Kraske!

Kraske: Für die Mandatsprüfungskommission ist Ihnen schriftlich folgender Vorschlag zugegangen: Vorsitzender Dr. Riesebrodt[5]; Mitglieder Krey, Rummler, Vogt. – Ich bitte um Ihre Zustimmung hierfür!

Heck: Wird das Wort gewünscht? – Nicht der Fall! Einverstanden!

Kraske: Ich darf nach der Abstimmung zu a) bis c) um folgendes bitten. Weil morgen der Parteitag am Nachmittag bereits seine Arbeit aufnimmt durch die Beratungen des Aktionsprogramms, ist es nicht möglich, das Präsidium und die Antragskommission nach ihrer Wahl vor Beginn der Beratungen einzuberufen. Deswegen bitten wir die hier anwesenden und dem Vorstand angehörenden Mitglieder des Parteitagspräsidiums und der Antragskommission, heute abend um 20.00 Uhr zu einer Vorbesprechung im Hotel am Zoo zu sein. Diese Vorbesprechung ist dringend erforderlich, um den Teil des Aktionsprogramms vorzubesprechen mit den vorliegenden Anträgen, der morgen bereits zur Debatte steht.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie notfalls auch auf die Teilnahme an dem Treffen der Vereinigungen verzichten würden, weil wir sonst morgen nachmittag Schwierigkeiten bekommen.

Heck: Wir kommen zur Ziffer d) Vorschlag zur Neuwahl des Bundesparteigerichts.

Kraske: Es ist Ihnen zugegangen als Beschluß des Präsidiums ein Vorschlag für die neue Zusammensetzung des Bundesparteigerichts, das nach vierjähriger Amtszeit zu wählen ist. Es handelt sich dabei um die Wiederwahl des Vorsitzenden Staatssekretär

3 Günter Rinsche (geb. 1930), Dipl.-Volkswirt; 1956–1979 Ratsherr in Hamm (CDU), 1964–1979 Oberbürgermeister, 1965–1972 MdB, 1975–1980 MdL Nordrhein-Westfalen, 1979–1999 MdEP, 1995–2001 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.

4 Egon Lampersbach (1917–1982), Kaufmann; 1961–1969 Mitglied des Rates der Stadt Lüneburg (CDU), 1965–1982 MdB, 1968–1977 Vorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU.

5 Günter Riesebrodt (1911–1989), Rechtsanwalt und Notar; 1945 Mitgründer der LDPD, dann CDU Berlin, 1945–1947 Bezirksbürgermeister von Berlin-Lichtenberg, 1954–1958 geschäftsführender Vorsitzender der CDU Berlin, 1958–1971 MdA Berlin.

Dr. Barth[6] und um die Wiederwahl der Herren Güde, Selbach, Wolff[7] und Cassens[8]. Die übrigen Vorschläge sind im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Parteigerichts nach den Erfahrungen während dieser vierjährigen Arbeit gemacht worden. Es hat sich inzwischen als ein Fehler erwiesen: Nach dem Statut sind nicht nur vier, sondern fünf Stellvertretende Beisitzer zu wählen. Deswegen bittet das Präsidium Sie, diesen Vorschlag noch zu erweitern um den Herrn Rechtsanwalt Kanka[9] als Stellvertretenden Beisitzer, weil er auch bisher als Stellvertretender Beisitzer dem Parteigericht angehört hat.

Ich bitte außerdem schon jetzt um Ihre Zustimmung, daß wir dem Parteitag empfehlen, das Bundesparteigericht ohne Aussprache mit Handzeichen zu wählen, selbstverständlich, falls sich kein Widerspruch ergibt. Ich glaube, daß wir dieses Gericht nicht unbedingt in geheimer Wahl in Einzelabstimmung zu wählen brauchen. Satzungsrechtliche Vorschriften erfordern das jedenfalls nicht. (*Lebhafte Unruhe.*) Es werden nach dem Statut gewählt: ein Vorsitzender und fünf Beisitzer.

Es sind zusammen fünf, die das Gericht bilden. Dazu werden fünf Stellvertreter gewählt.

Heck: Wird das Wort gewünscht? – Herr Kohl!

Kohl: Hat das Gericht schon einmal getagt?[10] (*Zuruf:* Ja!)

Kraske: Es ist ein höchst unerfreuliches Amt, das sehr viel Arbeit macht und keinerlei Prestige bietet.

---

6 Dr. Heinrich Barth (1914–1997), Rechtsanwalt und Notar; 1952–1954 Vorsitzender der CDU Bremen, 1954–1960 Bevollmächtigter des Landes Bremen beim Bund, 1960–1963 persönlicher Referent des Bundeskanzlers, 1963–1969 Staatssekretär im Bundesministerium für Familie und Jugend, 1964–1969 Vorsitzender des CDU-Bundesparteigerichts.

7 In der Vorlage: Wolf. – Heinrich Wolff (1909–1975), Jurist; Studium der Rechtswissenschaften, 1930 erste juristische Staatsprüfung, 1934 große juristische Staatsprüfung, ab 1934 Richter und Staatsanwalt, ab 1947 im Dienste der Hansestadt Lübeck, 1952 CDU, 1955 Vorsitzender des Landesparteigerichtes, 1962 Vorsitzender des KV Lübeck, 1962–1975 MdL Schleswig-Holstein, Vorstandsmitglied des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen.

8 In der Vorlage: Kassen. – Johann-Tönjes Cassens (geb. 1932), Jurist; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1961 Große Juristische Staatsprüfung, 1962–1967 Landesgeschäftsführer der CDU Bremen, 1963–1981 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, 1981–1990 Minister für Wissenschaft und Kunst in Niedersachsen.

9 Dr. Karl Kanka (1904–1974), Rechtsanwalt und Notar; 1945 Mitgründer der CDU und bis 1964 Vorsitzender des CDU-KV Offenbach, 1946–1958 MdL Hessen, 1957–1965 MdB.

10 Das Bundesparteigericht wurde erstmals auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe 1960 gewählt. Im Jahr 1968 war es zweimal zusammengetreten im Verfahren KV Gladbeck gegen Helmuth Küper, der sich entgegen einem Beschluß seiner Fraktion zum Bürgermeister der Stadt hatte wählen lassen. Dem Parteiausschluß kam er durch Austritt zuvor (ACDP 07–001 unverzeichnet).

Heck: Sonst wird das Wort nicht mehr gewünscht. Dann kommen wir zur Ziffer e) Ergänzung der vom Bundesvorstand und Bundesausschuß verabschiedeten Verfahrensordnung für den 16. Bundesparteitag.[11]

Kraske: Meine Damen und Herren! Der Bundesvorstand hat sich in zweimaliger Sitzung mit der Verfahrensordnung auf dem Parteitag beschäftigt. Es ist von ihm und anschließend vom Bundesausschuß eine Verfahrensordnung verabschiedet worden, die für diesen Parteitag im Blick auf die sehr komplizierte Verabschiedung des Aktionsprogramms bestimmte Regelungen enthält, die in der Geschäftsordnung unserer Partei nicht enthalten sind.

Wie wir gehört haben, hat es in einer Reihe von Landesverbänden, insbesondere auch in der Jungen Union, gewisse Zweifel gegeben an der Zulässigkeit der Ziffer 4. Die Ziffer 4 überläßt es nach der bisherigen Fassung dem Präsidenten des Parteitags, die Aussprache über einzelne Anträge abzukürzen, indem er die Zahl der Redner begrenzt. Wir haben im Präsidium beschlossen, hier einzufügen: „Der Präsident des Parteitags kann mit Zustimmung des Parteitags, soweit es der Fortgang der Beratungen erfordert, die Aussprache über einzelne Anträge abkürzen, indem er die Zahl der Redner begrenzt."

Ich bin hier nach allen Erfahrungen sicher, daß das im Ergebnis keine Änderung bringt; denn wenn der Präsident einen solchen Antrag stellt, dann wird er sicher der Zustimmung der Mehrheit des Parteitags dabei auch sicher sein können. Dafür hat der Herr Bundestagspräsident in der Präsidiumssitzung eine weitere Ergänzung der Ziffer 6 dringend empfohlen, die sich in der 20jährigen Geschäftsordnungspraxis des Deutschen Bundestags bewährt hat und dort nie angezweifelt worden ist, nämlich an Ziffer 6 anzufügen: „Das Wort zur Geschäftsordnung erteilt der Präsident des Parteitags nach freiem Ermessen."

Er soll also bei der Behandlung der Anträge zum Aktionsprogramm in der Sache von der Zustimmung des Parteitags abhängig gemacht werden, während er in der Handhabung von Geschäftsordnungsdebatten etwas größere Freiheit bekommen soll.

Wir wollten Sie um Ihre Zustimmung bitten, die Verfahrensordnung morgen dem Parteitag mit diesen beiden Änderungen bzw. Ergänzungen vorzulegen und zur Annahme zu empfehlen.

Heck: Herr Stingl!

Stingl: Es tut mir leid, daß ich mich schon wieder melde, aber hier in der Zusammenstellung ist ein Fehler drin. In der Ziffer 1 muß es in der 6. Zeile heißen: Regelt Ziffer 2 Satz 3.

Kraske: Ich bitte um Entschuldigung. Das ist in der Tat ein Druckfehler, den meine Mitarbeiter bisher übersehen haben.

---

11 Neufassung der Verfahrensordnung in der Fassung vom 3. November 1968 in ACDP 007-004-387/1. Ziffer 4 lautet: „Der Präsident des Parteitags kann, soweit der Fortgang der Beratungen dies erfordert – mit Zustimmung des Parteitags –, die Aussprache über einzelne Beiträge abkürzen, indem er die Zahl der Redner begrenzt. Dabei sollen in der Regel ebenso viele Sprecher für wie gegen einen Antrag zu Wort kommen."

Heck: Ich glaube, daß beide Änderungen zweckmäßig sind. Die erste Änderung wird vermutlich keine Schwierigkeiten machen. Es ist nicht sicher, ob die zweite Feststellung, daß die Geschäftsordnungsdebatten wie im Bundestag nach dem Ermessen des Präsidenten zugelassen werden sollen oder nicht, so durchgeht. Hier wird bei uns vielleicht Widerspruch kommen, weil das mit der reinen Demokratie als schwer vereinbar gehalten wird.

Aber wenn wir uns auf der anderen Seite vorstellen, daß wir den halben Parteitag kaputtmachen können mit Geschäftsordnungsdebatten, dann sollte die Änderung hier erfolgen. Debattierlustige Leute haben ein Heidenvergnügen daran, eine Säbelfechterei zu veranstalten.

Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kann ich feststellen, daß der Bundesvorstand einstimmig diese Änderungen gutheißt.

Kraske: Darf ich in diesem Zusammenhang noch auf folgendes Problem hinweisen: Wenn ich mich recht entsinne, hat sowohl der Bundesvorstand wie auch der Bundesausschuß auf seiner letzten Sitzung einer Ausnahmeregelung für Ziffer 6 zugestimmt und empfohlen, sie dem Parteitag vorzutragen, nämlich die, daß die Redeberechtigung zwar beschränkt werden soll auf die stimmberechtigten Delegierten und Mitglieder des Bundesvorstands, daß aber eine Ausnahme gemacht werden soll in der Diskussion der Programmartikel über Bildungs- und insbesondere Hochschulfragen, und zwar sollten hier auch zwei oder drei Vertreter des RCDS das Wort erhalten, die als Gastdelegierte am Parteitag teilnehmen, weil wir der Meinung waren, daß das gerade nach draußen eine sehr notwendige Ergänzung ist, und weil es in der Tat für unsere Freunde im studentischen Bereich sehr schwer ist, in Kreisverbänden als Delegierte aufgestellt zu werden.

Ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß eine Reihe von anderen Freunden, insbesondere aus den Reihen der Sozialausschüsse, inzwischen um Dispens von diesem § 6 Satz 1 gebeten haben, weil sie nur als Gastdelegierte anwesend wären. Es könnte sich also aus der Frage dieser Ausnahmeregelung für die Studenten hier eine Debatte entwickeln. Ich würde dennoch sagen, daß für die RCDS-Mitglieder in der Tat eine Sondersituation gegeben ist. Ich möchte das hier zur Abstimmung stellen, damit es nicht unnötige Unruhe gibt.

Amrehn: 1. In welcher Form soll die Ausnahme dem Parteitag bekanntgemacht werden? Soll ein Satz eingefügt werden? Das müßte man ja beizeiten machen, sonst kriegen wir nachher die Debatte. Zweitens würde ich nach den Erfahrungen, die wir in Berlin damit gemacht haben, eher abraten; denn damit ist wieder eine Gelegenheit benutzt worden, um den Vortrag fast einer außerparlamentarischen Opposition vor unserem Parteitag zu halten. Man muß also sehr genau wissen, wer da spricht, und ob man einigermaßen abschätzen kann, was er da sagen will. Sonst wirft das ein ganz schlechtes Licht auf die Geschäftsführung und auf den Parteitag.

Kraske: Gemeldet hat sich bisher der Vorsitzende des RCDS, den wir kennen aus der letzten Landesvorsitzendenkonferenz, von dem ich glaube, (*Zuruf:* Wer ist das?) – Herr

Simon[12] –, daß er einen guten Vortrag halten wird. Ich würde es für möglich halten, daß außerdem der stellvertretende Vorsitzende spricht, der auch neulich auf dem Kommunalkongreß unserer Partei gesprochen und dort ebenfalls einen sehr guten Eindruck gemacht hat.[13] Jedenfalls aber haben wir es in der Hand, wer spricht; denn wir würden ja die Ausnahme nicht generell machen, sondern zur Person. (*Amrehn:* Nach Zulassung!) Ja, nach Einzelzulassung.

Gradl: Ich will das nicht vertiefen und nicht zuspitzen, aber ich muß sagen, jetzt wird es doch kritisch, wenn Sie ad personam Ausnahmen machen. Ich habe überhaupt Bedenken dagegen, daß man eine Ausnahme für Gastdelegierte macht. Wenn Sie damit anfangen, schaffen Sie einen Präzedenzfall. Sie schaffen die Möglichkeit vieler Berufungen. Dies dann abzuwehren, nachdem man einmal die Schleusen geöffnet hat, ist ungeheuer schwierig. Ich bitte Sie also, das noch einmal zu überlegen.

Heck: Herr Kohl!

Kohl: Ich möchte nachdrücklich darum bitten, bei dem Beschluß unserer letzten Sitzung zu bleiben. Es ist kein Präzedenzfall, für keine Gruppe, wenn ein paar Studenten das Wort nehmen. Wenn man gewußt hätte, wer die jetzige Führung sein würde, dann hätte man das auch für die Landesverbände regeln können. Das sind alles Mitglieder der CDU. Es mag sein, daß sie ein paar kritische Bemerkungen machen. Ich bin der Meinung, daß die Beiträge der Studenten mindestens auf dem gleichen Niveau liegen, wie es in der sonstigen Debatte sein wird.

Ich finde, es macht einen ausgezeichneten und ausgesprochen guten Eindruck für die CDU, daß sie für ein paar Studenten eine Ausnahme macht. Keine andere Gruppe ist in einer vergleichbaren Situation. Jede Vereinigung kann über einen Landesverband unter Umständen Dinge regeln, wenn ein Mindestmaß an gutem Willen vorhanden ist. Ich habe den Eindruck, dieser gute Wille ist bei allen Delegierten vorhanden. Es macht auch einen schlechten Eindruck, wenn wir das letzte Mal so beschlossen haben, aber jetzt die Sache wieder zurückziehen.

Heck: Herr Klepsch!

Klepsch: Ich möchte die Frage aufwerfen, ob nicht der Herr Simon das Wort ergreifen kann, weil er der Antragskommission angehört. Wenn dem so ist, dann machen wir doch hier einen Streit um des Kaisers Bart. Wir haben in der Verfahrensordnung festgelegt, daß auch Herren der Antragskommission das Wort ergreifen können. Deswegen würde ich es für zweckmäßig halten, keinen besonderen Beschluß zu fassen, sondern das zu tun, was mein Freund Kohl vorgeschlagen hat, bei der Wahl der Delegierten auch an Studenten zu denken, im übrigen aber den Ausweg zu beschreiten, der uns hier durch die Verfahrensordnung vorgezeichnet ist.

---

12 Uwe-Rainer Simon (geb. 1942), 1968–1970 Bundesvorsitzender des RCDS.

13 Hartmut Schauerte (geb. 1944), Jurist; 1967/68 stv. Bundesvorsitzender des RCDS, 1973–1995 Vorsitzender des KV Olpe, 1980–1994 MdL Nordrhein-Westfalen, seit 1994 MdB. – Der Kommunalkongreß der KPV fand am 6./7. Oktober 1968 in Frankfurt statt. Vgl. „Frankfurter Rundschau" vom 9. Oktober 1968 „Kommunalpolitiker fordern mehr Beachtung".

Ich fürchte – ich erinnere mich an die letzte Bundesvorstandssitzung –, daß wir sonst mit Leuten rechnen müssen, die sich ausgeschlossen fühlen, weil sie nicht das Wort ergreifen können. Und das wird große Schwierigkeiten machen.

Heck: Herr Kraske!

Kraske: Ich darf einen Vorschlag machen. Ich würde es für einen sehr guten Ausweg halten, daß wir, um jeden Zweifel auszuschließen, ausdrücklich den § 6 ergänzen: „Auf dem Parteitag sind stimmberechtigt alle Delegierten, die Mitglieder des Bundesvorstands und die Mitglieder der Antragskommission."

Es gibt auch andere Mitglieder der Antragskommission, die Parteitagsdelegierte sind. Deswegen sollte man die beiden nicht ausschließen; dann wäre in der Tat der Vorsitzende des RCDS, Herr Simon, automatisch stimmberechtigt. Ich würde es übernehmen, ihm klarzumachen, vor allem seinen Freunden, daß wir über den Vorsitzenden dieses Mal eben nicht hinausgehen können, weil sonst von anderer Seite ebenfalls Wünsche kämen.

Heck: Ich muß darauf aufmerksam machen, es kann dann der Fall eintreten, daß ein Mitglied der Antragskommission gegen die Antragskommission stimmt oder spricht. (*Starke Unruhe.*) Das Wort wird nicht mehr gewünscht. Dann kann ich feststellen, daß der Bundesvorstand damit einverstanden ist, daß wir zusätzlich die Mitglieder der Antragskommission uneingeschränkt für redeberechtigt erklären. (*Barzel:* Auch in der Zeit?) Nein, zur Sache! (*Kraske:* Auch nicht nur als stimmberechtigte Delegierte. – *Starke Unruhe.*) Dann kommen wir zur Ziffer g) Antrag des Präsidiums auf Änderung des Parteistatuts. – Herr Kraske!

Kraske: Das Präsidium hat auf seiner letzten Sitzung zwei Anträge zur Änderung des Parteistatuts beschlossen und ausnahmsweise als eigenen Antrag bereits an die Landesverbände versandt. Eine Versendung an die Delegierten war ohnehin nicht mehr möglich. (*Lebhafte Unruhe.*) Dies ist nur deshalb geschehen, weil wir in einer so wichtigen Frage wie etwa der Umwandlung der Rechtsstellung der Exil-CDU und des Landesverbands Oder/Neiße die Landesvorsitzenden und die Delegierten nicht erst hier und heute mit dem Text konfrontieren wollen; dennoch bittet das Präsidium, daß Sie jetzt diesen Anträgen beitreten, so daß der Präsident diese Anträge auf dem Parteitag aufrufen kann als Anträge des Präsidiums und des Bundesvorstands.

Bei diesen Anträgen handelt es sich, wie Sie der quergeschriebenen Vorlage entnehmen wollen, im wesentlichen um zwei Problemkreise. Das erste ist eine durch das Parteiengesetz bis zum 31. Dezember dieses Jahres zwingend vorgeschriebene Änderung der inneren Ordnung unserer Partei. Bisher konnte der Parteiausschluß verfügt werden als die äußerste Strafmaßnahme durch Vorstandsbeschluß, und er war erst danach einklagbar beim Parteigericht. Das Parteiengesetz, das sich bemüht, die Rechte der Mitglieder wieder zu stärken, schreibt zwingend vor, daß Parteiausschlüsse von den Vorständen nur beantragt werden könnten und nur vom Parteigericht endgültig beschlossen werden können.[14]

14 „Über den Ausschluß entscheidet das nach der Schiedsgerichtsordnung zuständige Schiedsgericht. Die Berufung an ein Schiedsgericht höherer Stufe ist zu gewährleisten. [...] In dringen-

Dies wird hier durch Änderung der §§ 10, 11 und 18 Absatz 3 – und zwar entsprechend dem Parteiengesetz – erreicht. Ich glaube, daß das ersten eine zwingende rechtliche Verpflichtung ist, aber zweitens, daß aus Gründen der innerparteilichen Praxis und aus Gründen der tatsächlich berechtigten Stärkung der Mitglieder gegen diese Änderung gar nichts einzuwenden ist. Sie finden auf Seite 3 oben eine kurze Begründung dieser Anträge, so daß auf dem Parteitag von uns aus dazu nichts mehr gesagt zu werden braucht.

Schwieriger sind dann die Änderungen der §§ 16, 17, 28, 30, 38 und 39. Hier handelt es sich um die Rechtsstellung der Exil-CDU und des Landesverbands Oder/Neiße. Dieser Vorstand hat auf seiner letzten Sitzung eine kleine Kommission eingesetzt, an der die Vorsitzenden der Exil-CDU und des Landesverbands Oder/Neiße und eine Reihe von Vorstandsmitgliedern beteiligt waren. Diese Kommission hat unter dem Vorsitz des Generalsekretärs getagt und diese Ihnen jetzt vorliegende Satzungsänderung beschlossen, und zwar mit Zustimmung unserer Freunde aus der Exil-CDU und aus dem Landesverband Oder/Neiße.

Dieses also ist das Ergebnis der Vorberatungen. Das Ergebnis ist vom Präsidium einstimmig gebilligt worden.[15] Es wird hier vorgelegt mit der Bitte, daß auch Sie diesem Ergebnis beitreten. Ich glaube, daß es in unser aller Interesse liegt, daß eine eingehende Diskussion gerade über diese Frage vor dem Plenum des Parteitags nach Möglichkeit nicht stattfindet.

Ich wäre deswegen sehr dankbar, wenn die hier anwesenden Landesvorsitzenden und Vorsitzenden von Vereinigungen, wenn dieser Text jetzt hier so beschlossen wird, in ihren Landesverbänden und in ihren Vereinigungen daraufhin wirkten, daß diese Formulierung auch vom Parteitag, wenn eben möglich, ohne Aussprache so übernommen wird.

Heck: Es sind drei Satzungsänderungen. Wir diskutieren sie am besten der Reihe nach. Die erste Satzungsänderung betrifft das Parteiausschlußverfahren. Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommt zweitens die Satzungsänderung, die den Landesverband Exil-CDU betrifft. Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Stingl!

Stingl: Ich muß feststellen, daß die jetzt vorgelegte Satzungsänderung nicht dem Ergebnis der Satzungskommission entspricht. Die letzte Bemerkung der Satzungskom-

---

den und schwerwiegenden Fällen, die sofortiges Eingreifen erfordern, kann der Vorstand der Partei oder eines Gebietsverbandes ein Mitglied von der Ausübung seiner Rechte bis zur Entscheidung des Schiedsgerichts ausschließen." § 10, Absatz 5, S. 1 f. und „Viertes Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz)" vom 24. Juli 1967, BGBl 1967 I S. 776.

15 Der Beschluß vom 11. Oktober 1968 lautete: „1. Der Landesverband Oder/Neiße löst sich als Landesverband auf und bleibt als Vereinigung im Sinne des Parteistatuts unter dem Namen ‚Union der Vertriebenen und Flüchtlinge' bestehen. 2. Die Exil-CDU bleibt als Landesverband bestehen. Die Zahl der Parteitagsdelegierten der Exil-CDU wird auf 50 reduziert; bei Satzungs- und Personaldiskussionen haben diese Delegierte kein Stimmrecht." Die daraus sich ergebenden Satzungsänderungen wurden in der Präsidiumssitzung vom 24. Oktober 1968 bestätigt (ACDP 07–001–1403).

mission war, daß das Stimmrecht der Mitglieder der Exil-CDU auf dem Bundesparteitag dem der Bundestagsabgeordneten aus Berlin im Bundestag gleich sein solle. Das ist hier nicht der Fall, sondern hier haben die Delegierten der Exil-CDU ein Stimmrecht beispielsweise bei den Sachentscheidungen.

Ich kann mit Sicherheit voraussagen, daß die Delegierten des Landesverbands Oder/Neiße mir sagen werden, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird. Es sollte hier eine Umwandlung bei allen erfolgen. Der Landesverband Oder/Neiße verliert jedes Stimmrecht auf dem Parteitag, während die Exil-CDU das Stimmrecht für die Sachentscheidungen behält.

Es ist damals gesagt worden: wie die Bundestagsabgeordneten. Es war in der Handhabung immer so, daß bei Sachentscheidungen die Berliner mitstimmten, aber wenn es bis zum „Knopf" kommt, eben die Stimmen nicht gezählt werden, auch bei Sach- und Gesetzesentscheidungen. Darüber hinaus behält die Exil-CDU, und zwar ohne jede Einschränkung, im Bundesparteiausschuß acht Stimmen, während die fünf Stimmen des Landesverbands Oder/Neiße gestrichen werden. Auch dieses ist eine ungerechte Behandlung. Das ist offenbar dem Umstand zuzuschreiben, daß ich von Anfang an mehr zur Kooperation bereit war als andere. Wenn das so gelohnt wird, dann muß ich erwarten, daß im Landesverband Oder/Neiße doch eine erhebliche Mißstimmung aufkommt.

Das andere ist, daß ich vorgeschlagen hatte, daß die Vereinigung heißt „Union der Mittel- und Ostdeutschen" und nicht „Union der Flüchtlinge und Vertriebenen".

Heck: Zunächst möchte ich sagen, daß das, was hier vorgeschlagen worden ist, nicht bedingt wurde durch die Gutartigkeit auf der einen Seite und durch den Mangel an Gutartigkeit auf der anderen Seite. – Herr Dr. Kraske!

Kraske: Herr Stingl, um hinten anzufangen, die Namensgebung haben Sie zwar vorgeschlagen in dieser Besprechung in Gegenwart von Herrn Dr. Meyers und von Herrn Dr. Kohl; dann haben wir uns aber zum Schluß auf diese Namensgebung, die jetzt hier vorgesehen ist, ohne Ihren Widerspruch geeinigt aus einer Reihe von guten Gründen. Dies ist also keine nachträgliche Änderung.

Punkt 2: Über die Stimmberechtigung der Exil-CDU im Bundesausschuß und die Nichtstimmberechtigung des Landesverbands Oder/Neiße als Vereinigung ist ganz klar gesprochen worden. Und selbst, wenn nicht gesprochen worden wäre, wissen Sie, Herr Stingl, ganz genau, daß nach unserem Statut Vereinigungen kein Stimmrecht im Bundesausschuß haben und auch gar nicht haben können. Dafür haben wir zur Zeit eine Regelung, daß die Vorsitzenden von Vereinigungen Gäste im Bundesvorstand sind, was etwa für den Vorsitzenden der Exil-CDU nicht zutreffen würde.

Hier geht es also gar nicht um die Frage, kriegt die Exil-CDU mehr oder Oder/Neiße weniger, sondern hier geht es um die Grundentscheidung, der Sie, wenn ich mich recht entsinne, erfreulicherweise uneingeschränkt zugestimmt haben, daß der Landesverband Oder/Neiße eingeht in eine Bundesvereinigung und daß eben nach unserem Parteistatut für Bundesvereinigungen andere Rechte gelten.

Wir können ja nicht die Rechte von Bundesvereinigungen aus diesem Grunde ändern. Der Hauptpunkt, den Sie einwenden, ist richtig. Wir haben gesprochen von dem Status der Berliner Abgeordneten. Ich gebe zu, daß diese Formulierung auf meinen Vorschlag zurückgeht. Ich bin dabei von folgendem ausgegangen: Ich halte es politisch für völlig unmöglich, daß die Christlich-Demokratische Union bei jeder Abstimmung im Deutschen Bundestag, wenn es darauf ankommt, mit lauten und ergreifenden Worten die mangelnde Rechtsstellung der Berliner Abgeordneten beklagt, aber dieses Modell dann ohne Zwang noch ausdrücklich in Berlin in ihr eigenes Parteistatut einfügt.

Deswegen habe ich mich bemüht, aus politischen Gründen diesen Sachverhalt in eine nüchterne satzungsrechtliche Bestimmung zu fassen. Ich habe das begründet mit den Bestimmungen des Parteiengesetzes, indem ich gesagt habe: Bei Personalwahlen, bei Satzungsänderungen, wo jeweils qualifizierte Mehrheiten vorgeschrieben sind, wollen wir uns strikt an die Bestimmungen des Parteiengesetzes halten und kein Stimmrecht gewähren. In den Fällen aber, wo die Berliner Abgeordneten bekanntlich auch im Deutschen Bundestag mitstimmen, nämlich in allen Abstimmungen die durch Handaufheben getroffen werden, wollen wir der Exil-CDU auch auf unserem Parteitag die Möglichkeit geben, sich an den politischen Debatten und an den politischen Entscheidungen zu beteiligen.

Dies ist der nun auch im Nachhinein in den Formulierungen so im Präsidium besprochene Kompromiß. Ich glaube, daß für diesen Kompromiß eine Menge von guten Gründen sprechen.

Heck: Herr Dr. Gradl!

Gradl: Ich habe nicht die Absicht, hier eine weitere Runde von einer Art Bruderkrieg zu führen, (*Stingl:* Das haben Sie schon getan!) sondern ich möchte nur zur Sache sagen, der Hinweis auf die Stellung der Berliner Abgeordneten kam von mir in der Bundesvorstandssitzung, die der Benennung der Kommission vorausging. Damals habe ich ausdrücklich nicht gesagt: Dieselbe Stellung wie, sondern ich habe gesagt: eine Beschränkung – das muß ja im Protokoll nachzulesen sein – der Stimmrechte, und zwar nach Art der Beschränkung, wie sie für die Berliner Abgeordneten im Bundestag vorgesehen ist, könnte ich mir denken.

Das, was hier geschehen ist, so finde ich, entspricht der Bedeutung, wie sie die christlichen Demokraten in Mitteldeutschland hatten und haben. Daß sie nicht teilnehmen können an den personalen Entscheidungen, mag dem einen oder anderen weh tun, das muß man eben hinnehmen angesichts der neuen Situation. Daß sie in der Sache mitbeteiligt werden und ihr Votum abgeben, ist nach der Herkunft der Christlich-Demokratischen Union ganz selbstverständlich.

Heck: Herr Stingl!

Stingl: Ich kann dem nicht zustimmen! Ich habe bei allen Verhandlungen immer wieder gesagt: Ich sehe ein, daß ein doppeltes Stimmrecht nicht möglich ist. – Deshalb haben wir uns ja Gedanken gemacht. Das doppelte Stimmrecht kann sich doch unmöglich nur darauf beziehen, daß man nicht doppelt bei einer Person abstimmt; abgesehen davon, daß die Nichteinschränkung im Bundesparteiausschuß dazu führt, daß die Exil-

CDU doppeltes Stimmrecht hat, nämlich im Parteiausschuß, wie es in diesem Falle geschehen ist, wenn der Bundesschatzmeister gewählt wird und ähnliches.

Jedenfalls ist doch der Sinn des Parteiengesetzes, wenn ich ihn insoweit richtig begreife, daß wir nicht doppeltes Stimmrecht haben sollen. Das kann doch dann nicht nur bedeuten, daß man dieses Stimmrecht bei Personen, sondern auch bei Sachen hat. (*Starke Unruhe.*) Herr Kohl wird ja beantragen, daß über die Mitbestimmungsfrage nur der Bundesparteitag entscheiden kann. (*Kohl:* Das hat der Bundesvorstand bereits beschlossen! – *Unruhe.*) Ich kann nicht einsehen, daß dann diejenigen, die bei der Exil-CDU mitarbeiten, doppeltes Stimmrecht haben, aber die anderen nicht. (*Gradl:* Sie würden es einsehen, wenn Sie es auch hätten! – *Unruhe.*) Natürlich, aber das haben Sie vorher kaputtgemacht.

Heck: Herr Meyers!

Meyers: Ich möchte Herrn Stingl recht geben; denn wir haben damals gesagt: Stimmrecht wie die Berliner Abgeordneten. – Das war die Formulierung. Insofern hat Herr Stingl recht. Der Anstoß beim Stimmrecht war ja immer die Doppelstimmigkeit durch Zugehörigkeit in verschiedenen Landesverbänden. Das haben wir jetzt wieder. Ich stoße mich an der Nichtgleichbehandlung gleicher Tatbestände. Sie sind insofern gleich, als bisher beide Landesverbände ohne eine territoriale Begrenzung waren, aber Landesverbände von CDU-Mitgliedern, die irgendwann einmal aus ihrer Heimat geflohen oder vertrieben worden sind.

Deswegen bin ich hier der Ansicht wie Herr Stingl. Wir müssen sie irgendwie gleichbehandeln; entweder die einen erhöhen oder die anderen herabstufen.

Heck: Herr Klepsch!

Klepsch: Ich darf mir einen Vorschlag erlauben, der vielleicht beiden Seiten Rechnung trägt. Wir haben für die Exil-CDU und für den Landesverband Oder/Neiße einen verschiedenartigen Status geschaffen. Im Sinne dessen, was eben Herr Kollege Meyers gesagt hat, würde ich vorschlagen, doch einfach in der Formulierung von Herrn Kraske die Worte „nach § 29 b, c, d und f" zu streichen. Damit ist das im Sinne der Gleichbehandlung von dem Vorredner gewünschte Resultat erzielt. Dessen ungeachtet können die 50 Delegierten dann das Wort ergreifen und an den Beratungen teilnehmen.

Kraske: Ich darf das präzisieren. Dann heißt der § 28 nach Ihrem Vorschlag: „Die Exil-CDU wird durch 50 Delegierte vertreten, deren Stimmen bei Abstimmungen nicht mitgezählt werden." Das wäre Ihr Vorschlag? (*Zuruf:* Jawohl!)

Heck: Ernst Lemmer!

Lemmer: Meine Freunde! Ich bin bestürzt, daß einige von Ihnen nicht fühlen, daß zwischen dem Landesverband Oder/Neiße und seiner Entwicklung und Darstellung eine große Differenz besteht zu dem, was wir Exil-CDU nennen. Die Exil-CDU ist die Vertreterin nicht nur der Mitglieder in der Bundesrepublik. So ist sie im Jahre 1949[16] gegründet worden, und zwar wie die Gesamtpartei, als es noch gar keinen Landesverband Oder/Neiße gab. Dieser ist erst Jahre später gegründet worden.[17] Die Exil-CDU ist

16 „Exil-CDU" ist die Kurzbezeichnung für den legalen Hauptvorstand der CDU in der SBZ, auf dem 1. Exil-Parteitag im Schöneberger Ratskeller am 24./25. September 1950 wurden Kaiser

mit dem ausdrücklichen Auftrag gegründet worden, unsere Gesinnungsfreunde und Mitglieder in Mitteldeutschland, die zum Schweigen verurteilt sind und mit denen wir zusammen gewirkt haben, zu vertreten. Es ist also so, daß wir hier in einer anderen Sicht stehen.

Nun aber in diesem Augenblick und in dieser gesamtpolitischen Lage ausgerechnet auf einem Parteitag in Berlin diese Änderung herbeizuführen, das ist doch politisch so irreal, daß ich nur auf das dringendste davor warnen kann, wenn wir uns nicht um eine bestimmte Glaubwürdigkeit bringen wollen. Die Exil-CDU repräsentiert den ersten Landesverband, der überhaupt gegründet worden ist im Jahre 1945, und zwar zu einem Zeitpunkt, als die Westalliierten es nicht zuließen, daß Parteigründungen vorgenommen wurden. Wir haben die individuellen Opfer gebracht, die ich anders werte als kollektive Opfer. Wir haben die Opfer in unseren Reihen, weil sie Charakter zeigten und sich für ihre Gesinnung stellten, weil sie ihre Heimat fluchtartig verlassen mußten, die sich dann in der Exil-CDU wieder zusammengefunden haben.

Ich bitte auch wirklich meinen Freund Stingl, dafür Verständnis zu haben. Ich nehme es ihm nicht übel, daß er seine Sache vertritt bis zur letzten Konsequenz. Das ist sein Recht und seine Pflicht; aber ebenso muß ich immer wiederholen, die Oder/Neiße mit der Exil-CDU gleichzustellen, bedeutet die Verleugnung des geschichtlichen Ursprunges unserer Partei.

Heck: Ich glaube, es hat keinen Sinn, daß wir jetzt noch einmal von vorn anfangen; denn das, was in der Besprechung akzeptiert worden ist, das soll auch als akzeptiert gelten. Es war in anderen Fällen auch nie üblich, daß man 1½ Jahre lang verhandelt, um dann am Schluß, wenn es zur Entscheidung kommt, wieder von vorn anzufangen. So kommen wir ja nicht weiter. (*Lebhafte Unruhe.*) Das einzige, lieber Freund Stingl, was zu recht eingewandt worden ist, ist doch, daß in der Besprechung gesagt wurde, das Stimmrecht wie die Berliner Abgeordneten. Das stimmt mit dem, was hier vorgetragen worden ist, nicht ganz überein. Und wenn Herr Stingl hier insistiert, dann muß ich sagen, ist er im Recht. Denn das ist in der Tat so, wie es hier steht, nicht in unserem Gespräch vereinbart worden. – Herr Stingl!

Stingl: Ich will noch zwei Sätze sagen, damit wir uns nicht mißverstehen. Ich habe mich ausdrücklich in der Besprechung damit einverstanden erklärt, daß Exil-CDU und Landesverband Oder/Neiße unterschiedlich behandelt werden. Sie sind auch unterschiedlich behandelt. Die Exil-CDU bleibt als besondere Vertretung bestehen. Aber es war vereinbart, daß sie kein Stimmrecht auf dem Parteitag hat. Insofern muß man auch dem Landesverband Oder/Neiße, der bisher Stimmrecht hatte, das Recht geben, sich

---

und Lemmer als 1. und 2. Vorsitzender bestätigt. Sie verstand sich nicht als Organisation im Exil, sondern als Vertretung der CDU der Sowjetzone im freien Teil Deutschlands. Vgl. KLEINMANN S. 235f.; LEXIKON S. 520f.

17 Der „Landesverband für die Gebiete östlich der Oder/Neiße" wurde im Oktober 1950 auf dem Goslarer Bundesparteitag gegründet, er vertrat die geflüchteten oder heimatvertriebenen CDU- und CSU-Mitglieder und organisierte die auf Landesebene entstandenen Vertriebenenausschüsse auf Bundesebene. Vgl. KLEINMANN S. 235.

wenigstens zu repräsentieren. Aber der Landesverband Oder/Neiße verschwindet ganz, er repräsentiert sich nicht mehr, doch die Exil-CDU bleibt. (*Lebhafte Unruhe.*) Es ist also ein Unterschied. Ich will das hier festhalten. Die Besprechung ergab: schweigendes Stimmrecht. – Ich schließe mich dem Antrag von Herrn Klepsch an.

Heck: Wenn wir dem Antrag Klepsch zustimmen, dann sind wir wieder genau dort, wo wir auseinandergegangen sind, Freund Lemmer und Freund Gradl. – Herr Meyers!

Meyers: Ich habe zusätzlich ein juristisches Bedenken aus dem Parteiengesetz. Wenn wir nämlich diese Bestimmung aufnehmen, dann haben wir wirklich Delegierte, die zweifaches Stimmrecht haben. Mein Freund Lemmer hat dann als Mitglied des Landesverbands Berlin und als Mitglied der Exil-CDU Stimmrecht. Und da habe ich Bedenken. Es könnte jemand kommen und das ganze Statut der CDU wieder anfechten. (*Lebhafte Unruhe. – Lücke:* Das geht nicht!)

Heck: Herr Gradl!

Gradl: Das Problem des doppelten Stimmrechts kann in diesem Falle nicht ausschlaggebend sein. Bei einer Partei, die etwa 250.000 Mitglieder hat, betrifft das tatsächlich nur 50 Leute, nämlich die 50, die an diesem Parteitag als Delegierte teilnehmen. (*Meyers:* Und wenn es nur einer wäre! Das ist kein qualitatives, sondern ein quantitatives Problem.) Dem steht aber gegenüber die Frage, ob überhaupt und, wenn ja, wie ein Teil der Christlich-Demokratischen Union in diesem Land zu behandeln ist. Man kann ja die CDU Mitteldeutschlands nicht anders als einen Teil der CDU Deutschlands bezeichnen. Es ist die Frage, ob überhaupt und wie er auf diesem Parteitag und in den Gremien der Partei zur Geltung kommen kann und soll.

Wenn diese Fragen so stehen, dann kommt man bei einer Güterabwägung zweifellos nur zu dem Ergebnis, ob von 250.000 bei 50 gesagt werden kann, sie sind irgendwie mit einem doppelten Stimmrecht ausgestattet, oder ob das andere maßgeblich ist. Und dann ist die Wahl ganz einfach. Niemand würde dann, wenn er gegen irgendeine Entscheidung der Christlich-Demokratischen Union Einspruch erheben wollte, mit einer Zustimmung des Bundesverfassungsgerichtes rechnen können.

Das Zweite ist folgendes: Wir nennen uns Christlich-Demokratische Union Deutschlands. Daß wir das wirklich können, beruht darauf, daß wir die christlichen Demokraten Mitteldeutschlands miteinbeziehen bei uns ab ovo. Ich meine, daran sollten wir festhalten.

Das Dritte ist das Stimmrecht. Ich habe vorhin schon gesagt: Ich habe selber vorgeschlagen, eine Lösung in der Art zu finden, wie für die Berliner Abgeordneten im Bundestag eine Beschränkung des Stimmrechts vorgenommen worden ist. In welcher Weise die Begrenzung sein sollte, war offengeblieben.

Ich find' es eine faire Lösung, wenn wir dort, wo wirklich eine Kritik einsetzen könnte, nämlich an der Mitwirkung der Exil-CDU bei den personalen Entscheidungen, verzichten. Auf der anderen Seite sollten wir bei politischen Sachentscheidungen als Repräsentanten der CDU Mitteldeutschlands nicht nur ein Wort mitreden, sondern auch mitstimmen.

So haben wir unsere Leute unterrichtet. Herr Vorsitzender, ich muß Sie darauf aufmerksam machen. Dies ist bei uns eine schwierige Sache. Ich will hier nicht sentimental werden, aber es ist eine schwierige Sache. Wenn wir jetzt, nachdem alle das wissen, vor diesen Parteitag treten, aber dann wird auf einmal erklärt, das gilt nicht mehr, dann führt das doch zu sehr ärgerlichen Diskussionen und Auftrieben. Die sollten wir uns nicht leisten, zumal sie unnötig sind. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Es tut mir leid – ich hatte den Vorsitz in dieser Kommission –, es ist dort sehr präzise von mir festgestellt worden: wie die Berliner Abgeordneten, und nicht: in der Art der Berliner Abgeordneten. – Wenn es aber darüber hinaus noch interpretiert worden ist, dann leuchtet es mir ein, daß es Schwierigkeiten gibt. (*Anhaltende Unruhe. – Zuruf:* Es muß doch ein Protokoll darüber geben![18]) – Herr Lemke!

Lemke: Meine Freunde, ich würde sagen, an sich ist Herr Stingl im Recht. Ich weiß aber nicht, ob man das so hochbringen soll. Ich habe mir eben die Satzung angesehen, um festzustellen, worum es sich eigentlich handelt. (*Heiterkeit und Unruhe.*) Ich muß sagen, es ist doch wirklich kein Bedenken mehr drin, wenn irgendein Verband, und zwar aus den Gründen, die Freund Lemmer vorhin genannt hat, bei a) und d) ein Stimmrecht hat. Ich kann mich darüber wirklich nicht aufregen, wenn tatsächlich ein Unterschied hier besteht. Und nach dem, was Lemmer gesagt hat, scheint auch tatsächlich hier ein Unterschied zu sein. (*Starke Unruhe.*) Lieber Freund Stingl, ich war ja selbst dabei, als wir das so gesagt haben. Sie sind formal im Recht und könnten jetzt sagen, daß Sie darauf bestehen. Das gebe ich ohne weiteres zu, bloß ist die Frage, lohnt sich das, darüber eine Debatte auf dem Parteitag zu machen? (*Anhaltende Unruhe. – Zuruf:* Es lohnt sich immer!)

Heck: Herr Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier!

Gerstenmaier: Zur Frage des Berliner Stimmrechts! Die Berliner Abgeordneten haben im Deutschen Bundestag kein Recht, in der politischen Sachentscheidung mitzuwirken. Sie haben ein beschränktes Recht bei Personalentscheidungen, indem sie den Bundestagspräsidenten mitwählen dürfen, nicht aber den Bundeskanzler. Ich glaube deshalb, daß die Formel von der Anlehnung an das Berliner Stimmrecht überhaupt nicht brauchbar ist. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich konnte nicht beurteilen – ich habe es durch Rückfragen versucht –, ob durch die jetzige Fassung die Gefahr entstehen könnte, daß irgendeiner ein doppeltes Stimmrecht verlangen könnte. (*Anhaltende sehr starke Unruhe.*) Wenn diese Gefahr besteht, dann mache ich darauf aufmerksam, daß dieses Statut im Sinne des Parteiengesetzes nicht prozeßfest ist. Darüber müssen Sie sich völlig im klaren sein. Das ist dann alles zu umgehen, aber wenn es einmal einen Spektakel gibt, dann fallen Sie herein, und Sie sind gezwungen, durch Gerichtsbeschluß unser Statut zu ändern. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Es liegt ein Antrag des Kollegen Klepsch vor. Wird noch das Wort gewünscht? (*Amrehn:* Zur Fassung! Dann kann man „ohne Stimmrecht" sagen, ohne ei-

18 Nicht zu ermitteln.

nen Relativsatz zu nehmen? – *Gerstenmaier:* Ich würde sagen: Sie haben beratende Stimme.)

Kraske: „Die Exil-CDU wird durch 50 Delegierte mit beratender Stimme vertreten."

Heck: Dann darf ich die Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, bitten, die Hand zu erheben. – Die Gegenprobe! – Das erste war die Mehrheit. (*Starke Unruhe.* – *Gerstenmaier:* Darf ich einen Zwischenruf machen! Freund Gradl, das Bundesgesetz steht gegen Ihr Votum!)

Gradl: Wenn wir durch Zwischenrufe miteinander reden wollen, so darf ich sagen, ich habe vorhin zu erklären versucht, Herr Bundestagspräsident, wie wir die Situation sehen. Wenn wir aber so über den Tisch in dieser Unruhe hinüberreden, muß ich noch einmal sagen: Wenn es wirklich zu einer Klage käme, dann stände das Bundesverfassungsgericht vor der Frage, daß die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ihren gesamtdeutschen Charakter unter Einbeziehung der CDU Mitteldeutschlands in der Weise zur Geltung bringt, daß sie 50 Vertreter in den Bundesparteitag mit einem beschränkten Stimmrecht aufnimmt, oder ob sie es nicht tut. 50 doppelte Stimmrechte maximal gegenüber 230.000 oder 250.000 Mitgliedern ist doch kein Verhältnis. (*Stingl:* Die 50 sprechen aber für viele! – *Starke Unruhe.*)

Heck: Wir haben eine dritte Satzungsänderung hinsichtlich des Landesverbands Oder/Neiße vorzunehmen. Wird das Wort dazu gewünscht?

Stingl: Ich beantrage, bei der Vereinigung den Namen „Union der Mittel- und Ostdeutschen" zu nehmen. (*Lemmer:* Wie ist es mit den Mitteldeutschen? – *Starke Unruhe.*) Ihr nehmt doch diejenigen, die früher nicht CDU waren, gar nicht auf. Ihr nehmt doch nur die auf, die in der Zone in der CDU waren. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Meine Damen und Herren! Wir müssen auch hier abstimmen lassen. Der Antrag des Präsidenten Stingl lautet, daß die Vereinigung heißen soll: Union der Mittel- und Ostdeutschen.

Stingl: Wir möchten damit deutlich machen, daß wir nicht nur bei den Vertriebenen und Flüchtlingen arbeiten wollen nach außen von der CDU aus, wie es die Vereinigungen tun, sondern daß hier auch die Politik für Mittel- und Ostdeutschland geführt wird. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Darf ich um Ruhe bitten! Der Vorschlag hieß ursprünglich: Union der Vertriebenen und Flüchtlinge. Herr Stingl möchte jetzt „Union der Mittel- und Ostdeutschen" dafür haben. Ich persönlich votiere aus politischen Gründen ganz hart für die Beibehaltung des ersten Vorschlages. (*Lebhafte Unruhe.*) – Herr Scheufelen!

Scheufelen: Wie sieht es denn in den Landesverbänden aus? Bei mir gibt es eine „Union der Vertriebenen"; da sind auch die Sudentendeutschen, die Ungarndeutschen usw. drin. Wenn man eine „Union der Mittel- und Ostdeutschen" macht, dann müssen wir daneben noch eine Vereinigung machen. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Etwas Ruhe bitte! Meine Damen und Herren! Wir müssen in der Sache abstimmen. Wer für den Vorschlag von Herrn Stingl ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Das letzte war die Mehrheit. Damit ist der Antrag Stingl abgelehnt.

Wir kommen zur Ziffer h) Anträge an den Bundesparteitag zur künftigen Rechtsstellung des Wirtschaftsrates. – Herr Kraske!

Kraske: Der Bundesvorstand hat sich auf seiner letzten Sitzung mit der Zukunft des Wirtschaftsrates beschäftigt. Er hat den Wunsch geäußert, eine neue Vereinigung zu bilden, die etwa heißen sollte „Wirtschaftspolitische Vereinigung" und die drei Säulen haben solle, nämlich Wirtschaftsrat, Mittelstandsvereinigung und freie Berufe. Über diesen Vorschlag des Bundesvorstands ist inzwischen insbesondere mit der Mittelstandsvereinigung und mit dem Wirtschaftsrat e. V. verhandelt worden. Dabei sind Bedenken geltend gemacht worden im Hinblick auf § 39 des Parteistatuts. Im § 39 heißt es: „Die Vereinigungen sind organisatorische Zusammenschlüsse von Personen ..."

Es wurde eingewandt, wenn man jetzt den Wirtschaftsrat als Gruppe inkorporieren wolle, so wäre das nicht möglich; es sei denn, man füge entweder hinzu „von Personen und Gruppen" oder man streiche – was einfacher ist – dieses „von Personen".

Es gibt aber auch noch eine Reihe anderer Schwierigkeiten. Es gibt eine starke Gruppe innerhalb der Mittelstandsvereinigung, nämlich den rheinischen Mittelstand, der gegen eine gemeinsame Vereinigung ist. Außerdem sind bisher die Verhandlungen zwischen dem Wirtschaftsrat und der Mittelstandsvereinigung noch nicht zu dem entscheidenden Stadium durchgekommen, wie etwa der gemeinsame Vorstand aussehen soll.

Hier ist also noch manches in der Schwebe. In diese Erwägung der beiden Vereinigungen, die in den letzten Tagen noch dadurch erschwert wurde, daß sich unser Freund Schmücker einer sehr unangenehmen Operation unterziehen mußte, so daß er, Herr Kohl, seit einer Woche nicht mehr zur Verfügung steht, ist ein formeller rechtzeitig eingegangener Antrag des Landesverbands Rheinland gekommen. Dieser Antrag lautet: „Der Bundesparteitag wolle beschließen: § 38 Abschnitt E des Statuts erhält folgende Fassung: Die Partei hat folgende Vereinigungen: Junge Union, Frauenvereinigung, Sozialausschüsse, Kommunalpolitische Vereinigung, Mittelstandsvereinigung, Wirtschaftsvereinigung und die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge."

Das letzte haben wir eben beschlossen. Das Präsidium hat sich mit dieser Frage beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß in jedem Fall dieser Antrag aufgerufen werden müsse vor etwaigen Anträgen zum § 39, also zu dieser Frage: Personen oder Gruppen. – Dann ergibt sich nach Meinung des Präsidiums folgendes: Wenn dieser Antrag angenommen wird, d. h. Bildung einer zusätzlichen Wirtschaftsvereinigung (wie es im Rheinland als dem einzigen Landesverband bereits heute ist), dann sollte der Bundesvorstand einen Antrag seinerseits einbringen, mit dem diese beiden Vereinigungen gebeten werden, in Verhandlungen alsbald zu einem Zusammenschluß zu kommen.

Wenn der Antrag des Landesverbands Rheinland nicht durchgeht, liegt Ihnen ein Antrag des Bundesvorstands vor, der dann zum § 39 gestellt werden sollte und über den man auch nur sprechen könnte im Falle der Annahme dieses Antrages des Landesverbands Rheinland zum § 38, nämlich: Im § 39 des Parteistatuts werden die Worte „von Personen" gestrichen.

Wichtiger ist hier die Begründung: Der Bundesvorstand befürwortet, unabhängig von der Frage, ob der Wirtschaftsrat zunächst als eigene Wirtschaftsvereinigung in die Partei integriert wird, den späteren Zusammenschluß mit der Mittelstandsvereinigung zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitischen Vereinigung. Diese gemeinsame Vereinigung sollte dann zwei Säulen, den bisherigen Wirtschaftsrat und die bisherige Mittelstandsvereinigung, haben. Gegen eine solche Untergliederung von Vereinigungen sind unter Hinweis auf § 39 Satz 1 Bedenken laut geworden. Diese Bedenken sollen mit der vorgeschlagenen Streichung von vornherein ausgeräumt werden.

Das Verfahren würde also sein: 1. Abstimmung über den Antrag des Landesverbands Rheinland. – Damit hat der Bundesvorstand zunächst nichts zu tun. – 2. Vorlage dieses Antrages zur Änderung von § 39 und drittens im Falle der Annahme des rheinischen Antrages ein weiterer Antrag des Bundesvorstands: Aufforderung an die beiden Vereinigungen, sich möglichst bald zusammenzuschließen.

Heck: Herr Kohl!

Kohl: Meine Damen und Herren! Ich muß bei dieser Debatte fragen, für was hält man uns eigentlich hier im Bundesvorstand. Seit drei Jahren wird hier immer wieder die gleiche Frage diskutiert, aber wir sind keinen Zentimeter weitergekommen. Ich höre jetzt, wir sollen einen Beschluß fassen, wonach die beiden Gruppen gebeten werden, sich zu vereinigen. Ich muß ganz offen sagen, wenn der Beschluß jetzt gefaßt wird, dann mache ich mich jetzt schon anheischig, vor dem Plenum das Notwendige dazu zu sagen.

Ich finde, es ist eine schroffe Brüskierung des Willens der Bundespartei, die in diesen Debatten hier zum Ausdruck gekommen ist, daß diese beiden Vereinigungen sich zusammenschließen sollen. Ich bin durchaus bereit, hinsichtlich der Modalitäten jeden Kompromiß zu unterstützen. Wir kommen doch in einen bestimmten Zusammenhang mit den Ziffern 60 und folgende des Grundsatzprogramms, die es einfach erforderlich machen, daß der Wirtschaftsrat und die Mittelstandsvereinigung in die Partei integriert werden.

Ich bin durchaus damit einverstanden, daß man eine Sonderregelung trifft, die ja auch die Sozialausschüsse haben, daß nicht alle Mitglieder in der Wirtschaftsvereinigung automatisch Mitglieder der CDU sind; aber es muß so sein, daß die Wirtschaftsvereinigung und der Mittelstandskreis in der Partei voll integriert sind. Wir haben auf dem letzten Bundesparteitag in der Sache Beschlüsse gefaßt. Wir haben in den letzten vier Bundesvorstandssitzungen immer wieder darüber gesprochen. (*Heck:* Wir haben keine Beschlüsse gefaßt!) Dann haben wir es im Bundesausschuß gemacht.[19] Es ist dann vertagt worden im Bundesausschuß, und dann ist es wieder hängengeblieben. Ich bedaure sehr, daß der Kollege Schmücker nicht hier ist; aber er ist, wie ich höre, seit acht Tagen krank. Das Problem hängt aber schon seit Jahren im Raum. Wenn wir in die

19 Der Bundesausschuß hatte in seiner Sitzung am 1. Oktober 1968 beschlossen, den Zusammenschluß der wirtschaftspolitischen Vereinigungen auf dem kommenden Parteitag zu behandeln, wobei von einer vorherigen einvernehmlichen Lösung ausgegangen wurde (Protokoll in ACDP 07-001-023/4).

Debatte kommen, ohne daß diese Frage vom Bundesvorstand vernünftig geregelt ist, dann wird sich die Diskussion über die Ziffern 60 und folgende auf dem Parteitag ganz anders stellen. Es wird dann mit Recht eingewandt, die Leute sollen alle in der Partei mitarbeiten, die hier ihr Votum zum Ausdruck bringen.

Deswegen möchte ich beantragen, die Formulierung so zu wählen, daß der Parteitag das beschließt. Bisher war es offensichtlich nicht möglich, daß der Parteitag formell beschließt, daß diese beiden Vereinigungen zusammengefaßt werden. Nun, es sollte eine Übergangszeit festgelegt werden, in der man versucht, hier weiterzukommen. Der Generalsekretär und die Vorsitzenden der Vereinigungen sollten angehalten werden, die Übergangsregelungen bis zu einem bestimmten Termin festzulegen. Dieser Termin könnte von mir aus weitgelegt sein. Es soll aber diese Frage auf dem Berliner Bundesparteitag endgültig entschieden werden.

Mit der Resolution, meine Damen und Herren, die jetzt hier in Aussicht genommen ist, sitzen wir auch noch auf dem nächsten Parteitag da und nehmen wiederum dann zur Kenntnis, daß nichts, aber auch gar nichts geschehen ist. Es hat doch keinen Sinn, daß wir so miteinander umgehen! (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Zunächst darf ich zur Entstehungsgeschichte sagen, auf dem Braunschweiger Parteitag ist kein Beschluß gefaßt worden, sondern es ist die Stellung eines Antrages dadurch vermieden worden, daß der Wirtschaftsrat von sich aus die Bereitschaft erklärt hat, (*Kohl:* Das kommt doch auf dasselbe hinaus!) eine Vereinigung zu werden.[20] Dann hat sich ergeben, daß die Mittelstandsvereinigung eine Zeitlang unschlüssig war, wie sie sich in der Sache verhalten soll, daß sie dann aber vor über einem Jahr mit dem Wirtschaftsrat verhandelt hat, wie eine solche Zwei-Säulen-Theorie organisatorisch so gestaltet werden könne, daß Wirtschaftsrat und Mittelstandsvereinigung aktionsfähig bleiben. Die Gespräche sind, soweit ich orientiert bin, im großen und ganzen abgeschlossen gewesen. Dann hat die Mittelstandsvereinigung den Einwand erhoben, daß diese Konstruktion nicht möglich sei nach den Statuten der Partei, weil hier lediglich von einer Vereinigung von Personen die Rede ist.

Deswegen der Antrag von uns, diese Bedenken auf die Seite zu räumen. Das würde dann heißen, daß man allerdings eine etwas härtere Entschließung durchaus fassen kann, aber, lieber Freund Kohl, der Wirtschaftsrat e. V. ist ein Verein und kann in seiner Satzung nicht beschließen, was ein anderer Verein macht. (*Sehr starke Unruhe. – Kohl:* Doch, dieser Verein führt den Namen der CDU. Darüber können wir verfügen.) Das ist eben die Frage. Ich glaube jedenfalls, der Wirtschaftsrat kann nur selber beschließen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kohl: Entschuldigung, Herr Kollege Heck, hier muß ich einmal unterbrechen. Es besteht eine Vereinbarung mit dem damaligen Geschäftsführenden Vorsitzenden der

20 Die Aufnahme einer „Wirtschaftsvereinigung" in § 30 der Satzung erfolgte auf dem Braunschweiger Parteitag 1967 nicht; die Anträge, die dafür Klaus Scheufelen sowie Curt Becker und Konrad Adenauer (jr.) als Vorsitzender bzw. stv. Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung der CDU des Rheinlands gestellt haben, wurden zurückgezogen (ACDP 07–004–384/4 sowie 07–001 unverzeichnet).

CDU, daß sie den Namen der CDU führen darf. (*Sehr starke Unruhe. – Dufhues:* Der sämtliche Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung gegeben haben!) Wir können aber diese Vereinbarung zurücknehmen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Aber, verehrter Herr Kohl, Sie sind ja nun ein Praktiker. Das können wir natürlich tun. Das Problem läßt sich überhaupt ganz leicht lösen, indem wir sagen: Die CDU hat mit dem Wirtschaftsrat nichts mehr zu tun. – Dann ist alles geregelt. (*Kohl:* Nein!) Aber hier ist doch das Statut. Hier sind ja Juristen. Ich bin nur Altphilologe, (*Sehr starke Unruhe. – Barzel:* Das „nur" wird hier ausdrücklich zurückgewiesen! – *Heiterkeit und Bewegung.*) aber ich halte es nicht für möglich, daß ein Gremium beschließen kann, was ein anderer Verein zu machen hat. (*Anhaltende Unruhe.*) – Herr Kohl!

Kohl: Auch bei dieser Intensität und bei dem Hinweis auf die Herkunft als Altphilologe, Herr Generalsekretär, ist das keine rechtliche, sondern eine politische Frage. Wir haben auf diesem Bundesparteitag ganz gravierende Punkte in bezug auf die Wirtschaftspolitik zu diskutieren. Und gerade weil es hier eine Vorgeschichte gibt – jeder von uns hat ja kiloweise Material in den letzten vier Wochen bekommen –, müssen wir doch sehen, daß es sich hier um eine politische Sache handelt.

Nun, ich will ja keinen Streit haben, ich will nur nicht – und das müßte eigentlich das Interesse des ganzen Bundesvorstands sein – einem Vorstand angehören, der unentwegt in einer Sache Beschlüsse produziert, aber kein Mensch kümmert sich um diese Beschlüsse. (*Lebhafte Unruhe.*) Mir geht es nur darum, daß wir statt einer Aufforderung „ihr sollt euch zusammenschließen" nunmehr vorschlagen, die Worte „von Personen" zu streichen, so daß also die Möglichkeit gegeben ist, die Vereinigungen zusammenzufassen. Wir sollten beschließen, daß bis zu einem bestimmten Termin die Vereinigungen zusammengeschlossen werden. – Punkt! Aus! Die Übergangsregelungen müssen wir dann eben noch festlegen. Wir wären auch in der Frage der Oder/Neiße nie weitergekommen, wenn wir uns nicht den Termin für heute gesetzt hätten. Wir haben für die Sache der Exil-CDU und des Landesverbands Oder/Neiße den gleichen Termin gesetzt in derselben Vorstandssitzung wie für den Wirtschaftsrat und die Mittelstandsvereinigung. Aber die einen haben sich an die Beschlüsse gehalten, die anderen eben nicht! (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

Heck: Ich sagte schon, Herr Kohl, daß hier der Einwand erhoben worden ist mit Berufung auf die Statuten, und hier steht „von Personen". Wir waren auf alle Fälle der Meinung, daß man das ganz einfach so nicht auf die Seite schieben kann. (*Kohl:* Ich bin ja damit einverstanden. – *Starke Unruhe.*) Es handelt sich jetzt darum, obwohl ich erneut dargelegt habe, warum hier eine Entscheidung nicht gefällt worden ist, daß Sie wiederum darauf Bezug nehmen, daß Änderungen vorgenommen werden sollen. Die Statuten kann aber doch nur der Parteitag ändern, und nicht der Vorstand, nicht das Präsidium und nicht der Ausschuß! Infolgedessen muß doch zuerst das gemacht werden! (*Anhaltende Unruhe.*) Nun kommt das Zweite! Wir können die Herren auffordern und sagen: Wenn das und das bis zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht gemacht worden ist, dann bekommt ihr die Berechtigung entzogen, euch Wirtschaftsrat zu nennen. (*Kohl:*

Das brauchen wir nicht zu sagen, denn jeder weiß es!) Jeder weiß, daß wir dem Wirtschaftsrat vor September 1969 mit Sicherheit nicht demonstrativ aus der Partei hinausmanövrieren können. Deswegen bin ich dagegen, daß wir hier „starke" Beschlüsse fassen, die wir doch nicht durchführen können. (*Anhaltende Unruhe.*) – Herr Kraske!

Kraske: Herr Kohl, eines zur Richtigstellung, damit wir nicht von falschen Voraussetzungen ausgehen! Der rheinische Antrag liegt vor. Solange er nicht zurückgezogen wird, was ich für unwahrscheinlich halte, muß er behandelt werden, und zwar als erster. Wenn dieser rheinische Antrag angenommen wird – wofür wiederum einiges spricht –, dann sind wir in einer völlig anderen Situation; denn es gibt dann natürlich sehr gute Argumente dafür – und im Rheinland stehen sie im Vordergrund –, daß der Wirtschaftsrat nicht zusammen mit der Mittelstandsvereinigung, sondern eine eigene Vereinigung bleiben soll.

Die Frage also, was wir machen müssen, können wir eigentlich erst stellen, wenn wir wissen, ob der Parteitag den rheinischen Antrag angenommen oder abgelehnt hat.

Heck: Herr Meyers!

Meyers: Ich nehme einmal an, daß der rheinische Antrag angenommen wird. Wenn er nicht angenommen wird, hat die Frage, Herr Altphilologe, zwei Seiten, nämlich die juristische und die politische. Diejenigen, die unter Vorbedacht sagen, wir konnten uns gar nicht zusammentun, sind im Recht, wenn vorher nicht „von Personen" gestrichen wird. Das kann böswillig, das kann aber auch gutwillig sein. Wir müssen also beschließen, daß das gestrichen wird, damit die Chancen nach unserem Statut überhaupt erst gegeben werden. (*Heck:* Das ist die Meinung des Altphilologen!) Ja, sie ist juristisch richtig.

Die zweite Frage ist – und da hat Herr Kohl zweifellos politisch recht –, wir sollten doch, wenn dieser Antrag vom Rheinland nicht angenommen wird, schon im Hinblick auf unsere Freunde von der Exil-CDU und der Oder/Neiße, die unsere Auflage fristgemäß erfüllt haben, eine Erwartung ausdrücken, daß wir bis zum 31. Dezember diese Frage endgültig gelöst sehen wollen.

Heck: Ich bin da dafür, ich meine nur, man sollte es in einer Weise tun, die die sachlichen Gründe und die Fakten, d. h. die faktischen Möglichkeiten auf dem Bundesparteitag deckt und berücksichtigt. (*Starke Unruhe.*) Wir können sagen, der Wirtschaftsrat muß sich in eine Wirtschaftsvereinigung umwandeln, indem wir davon ausgehen, wenn er es nicht macht, werden wir eine Wirtschaftsvereinigung gründen und der Öffentlichkeit sagen, mit dem Wirtschaftsrat e. V. haben wir nichts mehr zu tun. Das mag eine uns nahestehende Vereinigung von sich aus sein, aber es ist nicht so, daß wir ihr den Namen verleihen. Dann aber würde die Mittelstandsvereinigung unter Kurt Schmücker antreten und sagen: Das kommt überhaupt nicht in Frage. Wenn ihr das macht, dann ist der Lebensraum der Mittelstandsvereinigung so beschränkt, daß die Mittelstandsvereinigung nicht mehr atmen und nicht mehr existieren kann.

Jetzt sind wir genau wieder soweit. Jetzt haben wir wieder den Wirtschaftsrat und die Mittelstandsvereinigung. Und da geht es doch um ganz handfeste Geschichten in der Politik. Es heißt dann, die haben so viele Mitglieder, wir haben so viele Mitglieder,

also muß in der Führung die Mittelstandsvereinigung so vertreten sein, der Wirtschaftsrat muß so und so vertreten sein. (*Starke Unruhe.*) Meine Herren! Darum geht es doch! Alles andere ist doch nur Spiegelfechterei! (*Anhaltende Unruhe.*) Nun, die Sache ist doch so, ich habe keinen Bundesgrenzschutz und auch keine Exekutivorgane, um die ganze Geschichte zu erzwingen! (*Lebhafte Unruhe.*) Deswegen bitte ich jetzt um einen praktikablen Vorschlag, und zwar unter Berücksichtigung dessen, daß zuerst über den Antrag vom Landesverband Rheinland abgestimmt wird. Wenn der Antrag angenommen wird, dann ist der Wirtschaftsrat e. V. aufgefordert, entweder Wirtschaftsvereinigung zu werden, oder er hat es in der Hand, den Zeitpunkt zu bestimmen, wann wir – theoretisch – eine gründen; praktisch ist es eine politische Frage. (*Starke Unruhe.*) Darf ich um Ruhe bitten! – Herr Kohl!

Kohl: Herr Kollege Heck, ich wundere mich über einen Teil Ihrer Ausführungen. Was die Rheinländer hier vorschlagen, ist ja die härteste Form, und zwar werden sie nach Beschluß eine Parteivereinigung. Darüber hat möglicherweise kein Mensch gesprochen. (*Anhaltende sehr starke Unruhe.*) Alle anderen Vorschläge haben Sie mit Marginalien versehen, diesen aber nicht. (*Anhaltende Unruhe.*) Das muß man ernsthaft prüfen. Ich nehme an, daß der Bundesvorstand zu diesem rheinischen Antrag etwas sagt. Dafür ist er ja eigentlich da. Sie müssen schon bedenken – wenn Herr Schmücker da wäre, hätte er sicher schon dazu gesprochen –, daß dieser rheinische Vorschlag für die Mehrheit der Landesverbände in der Praxis bedeutet – für Nordrhein-Westfalen nicht, denn dort ist eine Sondersituation –, daß der Mittelstandskreis, nämlich in Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hessen, sozusagen der Kreis der Handwerksmeister und des kleinen Einzelhandels wird. Und das ist doch das, was Schmücker seit Jahren mit Gewalt verhindern wollte.

Wirtschaftlich gesehen wäre es – ich will es mal übertrieben sagen – nicht gerade der Arme-Leute-Klub, aber doch ein Kreis von kleinen Leuten aus dem Handwerk und aus der Industrie. Ob die CDU das will, das muß sehr sorgsam überlegt werden. Es muß überlegt werden, ob das richtig ist. Da stecken eine Menge von Gründen auch der Parteisoziologie drin, die man sich vorstellen muß. Ich gebe zu, das sieht in Köln etwas anders aus als in Kiel oder in Mainz. Dort gibt es eine Reihe von Mittelstandsfirmen, die aus einer anderen Perspektive zu betrachten sind.

Mir hat aus der Arbeit der Landesverbände diese Zwei-Säulen-Theorie wesentlich besser gefallen. (*Zuruf:* Drei Säulen!) Oder drei Säulen! (*Starke Unruhe.*) Es ist doch so, daß diejenigen, die die Drei-Säulen-Theorie aufgebracht haben, außer Ihnen, diese z. T. als Feigenblatt vorgeschoben haben, um ihre eigenen Absichten zu verbergen. (*Lebhafte Unruhe. – Meyers:* Bei den zwei anderen Säulen war es auch der Fall.) Nein, überhaupt nicht. Es gibt noch eine dritte Säule. Deswegen meine Frage, sollten wir nicht auf diese Zwei-Säulen-Theorie zurückkehren, mit den rheinischen Freunden dann darüber sprechen und versuchen, deren Antrag entsprechend zu ändern. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Darf ich um Ruhe bitten! Jetzt sind wir genau wieder am Anfang, nämlich dort, wo wir zunächst für die Zwei-Säulen-Theorie den Weg freimachen wollten.

Wir können von uns aus den rheinischen Antrag nicht unterschlagen, sondern wir müssen auf alle Fälle den Antrag dem Parteitag vorlegen. (*Anhaltende Unruhe. – Lemke:* Darf ich mal eine Frage stellen?) Im Augenblick bin ich am Reden! Wir müssen den Antrag vorlegen. Wir können als Bundesvorstand dazu Stellung nehmen. Wir können ihn empfehlen, wir können ihn auch ablehnen, aber wir müssen ihn auf alle Fälle vorlegen. Wenn er angenommen wird, mit oder ohne Empfehlung, dann sind wir an dem Punkt angelangt, daß der Wirtschaftsrat sich in eine Wirtschaftsvereinigung verwandelt, (*Sehr starke Unruhe.*) und dann kommt die Mittelstandsvereinigung hinzu. Rechtlich und theoretisch ist das alles schön und gut, aber praktisch ändert sich gar nichts; denn es werden die Interessen nach wie vor gegeneinanderstehen, und zwar mit neuen Schwierigkeiten, die hier vorgetragen wurden. Aber wenn wir zum Ziele kommen wollen, müssen wir überlegen, wie wir es machen. Ich hätte gern dafür einen konkreten Vorschlag; denn mir ist etwas anderes nicht eingefallen, als daß ich den Antrag behandeln lasse. Wenn er angenommen wird, haben wir eine klare Lage. Wenn er abgelehnt wird, kommt die Satzungsänderung. Dann kann ich nichts weiter tun, wie nochmals vom Bundesparteitag klipp und klar beschließen zu lassen, was sie zu tun haben. (*Meyers:* Die Frage ist, welches ist der weitergehende Antrag!)

Kohl: Können wir denn nicht folgendes machen, daß wir den Antrag, den Sie eingebracht haben, nämlich „von Personen" zu streichen, vorziehen als den weitergehenden Antrag, und daß bei der Begründung der Generalsekretär darstellt, warum wir dafür sind; daß dazu dann ein Entschließungsantrag des Bundesvorstands eingebracht wird – ich spreche jetzt mal ins Unreine ... (*Starke Unruhe. – Kraske:* Und wenn dann ...) Moment mal, Herr Kraske! Ich bin noch nicht fertig. Ich mache gerade einen Vorschlag, der dauernd verlangt wird. Also, ich meine einen Entschließungsantrag, der diese drei Säulen zum Inhalt hat, der auch einen Termin setzt, bis wann die Sache durchgeführt sein soll. Wir sollten drittens mit den rheinischen Freunden sprechen, daß sie ihren Antrag zurückziehen, weil der Entschließungsantrag auf das gleiche hinausgeht.

Heck: Herr Lemke!

Lemke: Ist nach den Vorstellungen vom Rheinland der Wirtschaftsrat der CDU in diese Wirtschaftsvereinigung umzuwandeln? (*Lebhafte Unruhe. – Zuruf:* Ja!) Das muß man zunächst einmal wissen. (*Kohl:* Ohne Mittelstand! – *Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe! Man kann ja vieles nicht verstehen bei dieser dauernden Unruhe. – Herr Scheufelen!

Scheufelen: Meine Herren! Die Schwierigkeit ist doch dadurch entstanden, daß es innerhalb des Mittelstandskreises aus verschiedenen Gründen zwei verschiedene Meinungen gibt, nämlich die vom Landesverband Rheinland, wonach eine Wirtschaftsvereinigung und ein Mittelstandskreis nebeneinander existieren sollen, während die andere Meinung dahingeht, daß es nicht gut gehe, wenn sich draußen im Land jeder als Vereinigung breitmacht, weil es dann zu einer Ausblutung des Mittelstandes kommt.

Auf der letzten Bundesvorstandssitzung waren Schäfer und ich soweit, daß wir klarkommen werden, aber dann kamen diese rechtlichen Bedenken in dieser Besprechung auf, Herr Heck, die Herr Schmücker vorgebracht hat. Wenn wir vorankommen wollen

und auch den Befürchtungen von Schmücker Rechnung tragen, dann ist es unbedingt notwendig, die Worte „von Personen" zu streichen. Auch draußen in den Landesverbänden ist das sicherlich die beste Lösung dieser Säulen-Theorie. Daß dann ein Termin gesetzt wird, halte ich für selbstverständlich. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Herr Kraske!

Kraske: Herr Kohl, ich war nicht legitimiert, hier für das Rheinland zu sprechen, ich glaube aber, die Motivation, die hinter diesem Antrag steht, so gut zu kennen, daß ich nicht sehr viel Hoffnung habe, daß das Rheinland diesen Antrag zurückziehen wird, und zwar aus Ihren eigenen Motiven. Die Rheinländer haben zwei Motive. Das erste unterscheidet sich von Ihnen dadurch, daß die beiden Vereinigungen nebeneinander stehen sollen. Darüber haben wir ja gesprochen.

Das zweite Motiv deckt sich haargenau mit dem hier, indem nämlich die Rheinländer sagen: Dieses Gefackel sind wir jetzt leid. Wir wollen nicht mehr große Beschlüsse mit Aufforderungen und Terminsetzungen fassen, sondern jetzt wollen wir die Satzung so zumauern, daß sie entweder in der Partei sind oder sich nicht mehr e. V. nennen können. Das wird nur durch diese Formulierung erreicht. Die Rheinländer werden genau wie Sie darauf drängen, daß wegen der Ziffer 60 und folgende und der bevorstehenden Debatte über die Mitbestimmung hier eine Klärung geschaffen werden muß.

Ich frage mich, ob ein solcher Antrag, wie wir ihn jetzt im Vorstand empfehlen, die Leute nur aufzufordern, sich bis zu dem festgesetzten Termin zusammenzuschließen, die Debatte auf dem Parteitag zu Ende bringen wird; denn es wird Ihnen sofort erwidert, daß bei diesen Verhandlungen – auch bis zu einem festgesetzten Termin – noch sehr viele Schwierigkeiten auftauchen werden. Und dann wird es doch nicht zu einem Ergebnis kommen. Es bleibt also so, wie es seit dem Braunschweiger Parteitag ist. Und das wollen wir nicht. Deswegen stimmen wir dem rheinischen Antrag zu. (*Unruhe.*) Ich bin deshalb wie Herr Meyers der Meinung, daß dieser rheinische Antrag eine große und reelle Chance hat, auf dem Parteitag angenommen zu werden. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kohl: Wenn es so ist, daß der Bundesvorstand bereit ist, das alles hinzunehmen, dann bin ich auch für den rheinischen Antrag, obwohl es ein Wahnsinn ist; denn die Landesverbände, die keine Großindustrie haben, fallen schwer herein, (*Starke Unruhe.*) und für die Gesamtpartei ist es ein großer Fehler. (*Lemke:* Das finde ich auch. – *Anhaltende starke Unruhe und Bewegung.*) Nordrhein-Westfalen hat doch eine ganz andere Situation als die anderen Landesverbände.

Heck: Meine Damen und Herren! Ich muß sagen, diese Zwei-Säulen-Theorie ist für mich eine „ganz schöne" Theorie; denn die Erfahrung von 1½ Jahren zeigt, daß sie sich nicht – und zwar aus handfesten Gründen – in die Praxis umsetzen läßt.

Ich gestehe Ihnen ganz offen, ich habe wenig Hoffnung, daß sie sich in den nächsten 1½ Jahren umsetzen läßt. (*Kohl:* Das ist das, was dem rheinischen Antrag fehlt. – *Lebhafte Unruhe.*) Die ganze Geschichte ist doch scheußlich behandelt worden! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Das ist doch ein Schlendrian allererster Ordnung! Wir haben mit Mühe auf dem Braunschweiger Parteitag verhindert, daß ein Antrag kommt, aber dann

schlendert es 17 Monate lang dahin, und erst einen Monat vor dem nächsten Parteitag fällt es einem wieder ein! (*Starke Unruhe und Bewegung.*)

Meyers: Ich bin der Meinung, wir sollten die Debatte jetzt nicht endlos ausdehnen. Ich möchte nur noch folgendes sagen: Wenn der rheinische Antrag angenommen wird, dann ist die Sache erledigt. Wenn er nicht angenommen wird, dann stellen wir diesen Antrag. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Es gibt einen Unterschied, nämlich nach dem rheinischen Antrag haben wir den Dualismus weiter, während wir doch mit unserer Konzeption eine einheitliche Vereinigung haben wollen.

Heck: Herr Kraske!

Kraske: Herr Meyers, ich stimme Ihnen zu, ich meine aber, daß wir diesen Antrag auf Streichung der Worte „von Personen" in jedem Falle stellen sollten; denn wenn § 38 durchgeht und wir fordern die beiden Vereinigungen auf, sich kooperativ zusammenzuschließen, dann wird es wiederum Leute geben, die das zu verhindern suchen mit der Bestimmung „Vereinigung von Personen". Deshalb sollten wir das in jedem Falle streichen, ob der rheinische Antrag durchgeht oder nicht.

Heck: Herr Lemke!

Lemke: Man sollte sich doch noch einmal einen Augenblick lang überlegen, ob man nicht als Drittes eine Erwartung aussprechen oder eine Auflage machen soll, daß sich diese beiden Organisationen zusammenschließen. Es ist aus unserer Sicht geradezu verheerend, wenn wir da zwei Organisationen haben. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Wenn die beiden Organisationen zu einer Wirtschaftsvereinigung zusammengefaßt werden, aber die Mittelstandsvereinigung und der Wirtschaftsrat dann doch bestehen bleiben, was ändert sich dann eigentlich? (*Kohl:* Dann sind die Personalprobleme in Köln zementiert. Und das ist doch der Hintergrund dieses Antrages!) Was ändert sich eigentlich, wenn es eine Wirtschaftsvereinigung, eine Holding, gibt, aber die mittelständlerischen Wirtschaftler bei der Mittelstandsvereinigung bleiben? Oder was geschieht, wenn sie nicht in dieser Holding sind? (*Sehr starke Unruhe und Bewegung.*) – Herr Kraske!

Kraske: Darf ich eine Ergänzung geben! Bisher hat es unangefochten – und wie ich glaube, auch unanfechtbar – im Rheinland, im Gegensatz zu allen anderen Landesverbänden, zwei Vereinigungen gegeben. Ich sehe satzungsrechtlich keine zwingende Vorschrift, in Rheinland-Pfalz und in Schleswig-Holstein auf Landesebene diese beiden Vereinigungen in einer zusammenzufassen. Ich würde sagen, daß das in das Ermessen der Landesverbände gestellt ist und daß man sie nicht zwingen kann, diese Vereinigungen auf Landesebene nebeneinander zu führen, wenn bei ihnen Mittelständler und Wirtschaftler geschlossen der Überzeugung sind: Wir wollen in einer blieben.

Heck: Herr Kohl!

Kohl: Das ist doch Theorie, lieber Herr Kraske! Zunächst wollen wir einmal feststellen, das ist ein Problem, das alle Landesverbände betrifft mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen. Nur die haben eine besondere Situation. In Hamburg und Bremen mag es ähnlich sein. Aber in allen anderen Ländern ist es doch so, daß der kleine Mittelstand politisch besonders bedroht ist durch die NPD und was es alles so gibt.

Die Geschäftsführung der Wirtschaftsvereinigung erweckt bei ihrem Auftreten und bei ihren Veranstaltungen bei den kleineren Leuten aus der Wirtschaft auch nicht unbedingt den Eindruck, daß ihre Heimat dort sei. Das Leben dieser kleineren Leute ist hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben so angesetzt, wie das ein Handwerksmeister mit sechs oder acht Gesellen im allgemeinen zu üben pflegt. Darin liegt doch der entscheidende psychologische Unterschied.

Machen wir uns doch nichts vor! Das Ganze – es wird hier nicht ausgesprochen – ist ein Personalproblem. Der rheinische Antrag ist doch nur zustande gekommen, weil jemand aus der Familie Adenauer in der Wirtschaftsvereinigung und jemand aus der Lack-Industrie nicht einig werden konnten. Deswegen ist diese Sache so entstanden. Es hat doch gar keinen Sinn, sich hier ein X für ein U vorzumachen! (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Meine Herren! Lassen Sie mich das mal ganz offen aussprechen. Was sich beim rheinischen Landesverband vollzogen hat, vollzieht sich auf der Ebene der Bundespartei nicht viel anders. Da sind zwei Parteifreunde vom Typ der Pykniker – ich will sie aber nicht näher umschreiben –, die sich auch nicht einigen können, wer den Vorsitz bekommt. Klaus Scheufelen macht bei jeder Gelegenheit treue Angebote, aber wenn er nach Hause kommt, wird das auch bei ihm im Wirtschaftsrat nicht akzeptiert. Das muß man halt auch einmal sagen, lieber Freund Scheufelen, (*Lebhafte Unruhe.*) wie hier die Debatte läuft, sehe ich die Situation so: Weil wir uns nicht einigen können, den Herren eine Frist zu setzen, geht morgen der rheinische Antrag durch. Ich werde unseren Delegierten empfehlen, in diesem Falle für den rheinischen Antrag zu stimmen, um endlich einmal Ordnung in diese Sache zu bringen, obwohl es eine Ordnung ist, die die Partei insgesamt nicht gut vertragen kann, weil wir jetzt den kleinen Mittelstand drängen. (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Es wird ein fortdauernder Herd der Unruhe und des Mißbehagens sein. Es gibt dann sehr viel Leute, die sich wie zu kurz gekommen fühlen im gesamtwirtschaftlichen Geschehen. Und gerade das sollte man in der Partei nicht machen. Es wäre viel besser, die Leute zu integrieren. Von der dritten Säule braucht man schon gar nicht mehr zu reden. (*Starke Unruhe. – Lebhafte Bewegung. – Heck:* Wie ist es denn jetzt? Sind die Wirtschaftler auch in der Mittelstandsvereinigung?) In einer Reihe von Landesverbänden ja! Mit dem, was Herr Kraske sagt, daß man es in den Landesverbänden trennen soll, bekommt man doch bloß Streit. Und nun sollen die Landesvorsitzenden den Streit aushalten. Dann kommt unser Freund Schmücker angereist und besteht auf seinem Verein. Dann sagt der Landesvorsitzende: Herr Schmücker, reisen Sie ab, das machen wir nicht! – Dann kommt der über ein beachtliches Maß an Einfühlungsvermögen und Dynamik verfügende Herbert Schmidt[21] vom Wirtschaftsrat und sagt das gleiche. Und dann sollen wir dem klarmachen: Das ist alles falsch! – Aber der Bundesvorstand bringt das nicht fertig! (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Herr Kraske!

Kraske: Ich möchte noch einmal die Frage von Herrn Heck wiederholen. Der Wirtschaftsrat hat uns in allen Besprechungen gesagt, daß er sogar darauf Wert lege, inner-

21 Vgl. Nr. 19 Anm. 50.

halb dieser Gesamtvereinigung ohnehin e. V. zu bleiben. Jetzt frage ich Sie, was ist es eigentlich für die kleinen „Krauter", die dann hier eine „Kleine-Leute-Vereinigung" haben, für ein Unterschied, ob es diese beiden Vereinigungen nebeneinander gibt – rheinischer Antrag –, oder ob es diese beiden Vereinigungen auch nebeneinander gibt und nur oben drüber noch diese Holding-Konstruktur [sic!], und zwar psychologisch gerade mit dem Gefälle, vor dem Sie mit Recht warnen?

Psychologisch wird das doch nur dann aufgehoben, wenn Sie wirklich eine Vereinigung machen. Sobald Sie zwei unterschiedliche Säulen machen, ist das doch genauso ein Grenzfall. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

Heck: Ich glaube, die Frage ist ausreichend diskutiert. Zunächst geht es um die Frage – der Antrag liegt vor –, wünscht der Bundesvorstand zu dem Antrag positiv oder negativ Stellung zu nehmen? (*Zurufe:* Wozu denn?) Zum rheinischen Antrag! (*Kohl:* Ich werde nach dieser Debatte für den rheinischen Antrag votieren!) Die Frage ist nicht, ob ein Mitglied des Bundesvorstands, sondern ob der Bundesvorstand als solcher zu diesem Antrag Stellung nehmen soll. (*Meyers:* Ich bin grundsätzlich dagegen, daß der Bundesvorstand zu Anträgen von unteren Organisationen, seien es Landesverbände oder Kreisverbände, irgendeine Stellungnahme abgibt. Das präjudiziert dann andere. Dafür ist der Vorstand nicht gewählt. Wir sollten uns da neutral halten; es sei denn, daß wir selbst einen Antrag einbrächten.) Ich halte es für zweckmäßig, daß wir hier so verfahren, aber generell ... (*Meyers:* Nicht generell, aber in diesem Fall. – *Lebhafte Unruhe und Bewegung.*) Also, der Vorstand wird zu diesem Antrag keine Stellungnahme abgeben.

Es gibt zwei Möglichkeiten: Der Vorschlag vom Rheinland wird angenommen. Dann ist die Frage, ob und in welcher Form vom Vorstand aus ein Entschließungsantrag an den Bundesparteitag gehen soll, um klarzumachen, was die Partei in der Sache will. (*Lemke:* Das sollte man doch noch einmal versuchen! – *Meyers:* Seien sie sich aber klar darüber, daß Sie das dann angenommene Statut beim nächsten Parteitag wieder ändern müssen. – *Unruhe.*) Das ist dann eine formale Sache!

Sind Sie damit einverstanden, daß wir mit einer Entschließung vor den Parteitag gehen?

Kraske: Wenn wir den Antrag auf Streichung der Worte „von Personen" debattieren, bei dem das praktisch schon in der Begründung steht, könnte der Parteitag mit der Annahme dieses Antrages diesem Wunsche Ausdruck geben, indem er das indirekt aus der Begründung zitiert. (*Starke Unruhe und Widerspruch. – Zuruf:* Nicht klar! – Was ist damit gemeint?)

Heck: Vielleicht sollte man härter formulieren. „Der Bundesvorstand befürwortet ..." ist eine etwas schwache Form. (*Kraske:* Der Bundesvorstand erwartet ... – *Kohl:* Erwarten kann man viel. – *Unruhe.*) Oder: Geht davon aus! Der Bundesvorstand geht, unabhängig von der ... davon aus, daß ... (*Kraske:* Jawohl!) Das ist mir eigentlich sympathischer, als wenn vom Bundesvorstand direkt eine Entschließung getroffen wird. (*Kraske:* Ich werde es umformulieren im Sinne der Debatte hier!) Sonst muß ich den Vorstand bitten, wenn die Sache in der gleichen Langeweile wie bisher weiter behan-

delt wird, von sich aus eine andere Entscheidung zu treffen. So können wir uns doch nicht stundenlang in dieser Unruhe unterhalten. – Herr Kraske!

Kraske: Darf ich mit Ihrem Einverständnis in diese Formulierung – es ist ja hier mehrfach die „dritte Säule" zitiert worden – einfügen: „Die gemeinsame Vereinigung sollte dann zunächst zwei Säulen haben, damit die spätere Ergänzung um eine dritte Säule, nämlich die freien Berufe, offenbleibt." Die würde ich hier nur nicht nennen wollen, damit es darüber morgen nicht auch noch eine Debatte gibt.

Heck: Damit können wir wohl diesen Punkt abschließen? (*Scheufelen:* Wie heißt denn nun die Formulierung?)

Kraske: Die Formulierung würde durch die Begründung des Antrages geändert: „Der Bundesvorstand geht, unabhängig von der Frage, ob der Wirtschaftsrat zunächst als eigene Wirtschaftsvereinigung in die Partei integriert wird, davon aus, daß sich Wirtschaftsrat und Mittelstandsvereinigung alsbald zu einer gemeinsamen Wirtschaftspolitischen Vereinigung zusammenschließen." Dann folgt der Text wie bisher.

Heck: Sind Sie damit einverstanden? (*Zustimmung.*) Dann kommen wir zur Ziffer i) Umstellung der Rednerfolge. – Herr Kraske!

Kraske: Sie kennen das Programm des Parteitags und den Ablauf der Referate und Berichte. Es waren vorgesehen für Montag vormittag der Bundeskanzler, für Montag nachmittag der Generalsekretär und für Mittwoch vormittag der Fraktionsvorsitzende. Wir haben am Donnerstag durch die Bekanntgabe der Ergebnisse der amerikanischen Präsidentenwahl[22] voraussichtlich eine außerordentlich ungünstige publizistische Situation; außerdem fällt dieser Mittwochmorgen genau in die Zeit, wo die Ergebnisse bekanntgegeben werden. Deswegen empfiehlt das Präsidium, das Programm so umzustellen, daß die Rede des Fraktionsvorsitzenden am Dienstag um 12.00 Uhr gehalten wird.

Es wird also am Dienstag durchgehend das Aktionsprogramm debattiert, um 12.00 Uhr unterbrochen für die Rede des Fraktionsvorsitzenden; am Mittwochmorgen werden die Satzungsfragen behandelt, es finden die Wahlen statt, und dann geht die Debatte über das Aktionsprogramm weiter.

Heck: Wird dazu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann kommt jetzt noch zum Thema „Mitbestimmung" ein Antrag. In der Programmkommission war man sich einig bei der Formulierung des Kompromisses zu Art. 60, daß der Parteitag eine Entschließung fassen soll, die sicherstellt, daß das Ergebnis der weiteren Beratungen in Sachen Mitbestimmung dem nächsten oder dem übernächsten, wenn sie dann nicht fertig sind, vorgelegt wird, und daß darüber verbindlich für die Partei nur auf einem Parteitag Beschluß gefaßt werden kann. – Herr Kraske!

Kraske: Es liegt der Entwurf vor: „Der Bundesparteitag möge beschließen:

Das Prüfungsergebnis zur Mitbestimmung, wie es in Ziffer 60 des Aktionsprogramms gefordert wird, ist einem späteren Parteitag vorzulegen. Dieser hat zu beschließen, welche Folgerungen die Partei daraus ziehen wird."

22 Vgl. Nr. 21 Anm. 13.

Dieser Antrag ist eben gestellt worden. Er liegt mir nur in einem Exemplar vor, weil ich ihn erst während der Sitzung bekommen habe. (*Kohl:* Aber, Herr Kraske, dieser Antrag ist in der letzten Bundesvorstandssitzung beschlossen worden, und zwar vom Bundesvorstand der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands; lediglich der Text der Formulierung ist geändert!) Das meine ich ja; der Antrag – das wird Herr Blank auch wissen – ist damals besprochen worden. Er hat gefragt, wo der Antrag vorliege. Dann habe ich erklärt: Sie waren beauftragt, diesen Text zu entwerfen. (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Sie haben ihn mir dann während dieser Sitzung gegeben. Deshalb war eine Vervielfältigung nicht möglich.

Heck: Wird das Wort dazu gewünscht? (*Blank:* Wann, wie und wo soll dieser Antrag behandelt werden? Soll er zu der Ziffer 60 angenommen werden? – *Anhaltende Unruhe.*)

Kraske: Es haben eine Reihe von Freunden, z. B. der Landesverband Rheinland-Pfalz, ihre Zustimmung zu der Vorstandsfassung der Ziffer 60 von einer gleichzeitig verabschiedeten Entschließung dieses Wortlautes abhängig gemacht. In der Programmkommission haben die Vertreter der Sozialausschüsse dem zugestimmt. Wir sind davon ausgegangen, daß wir damit die Mehrheit für eine solche Kompromißformel finden können. (*Starke Unruhe. – Blank:* Ich muß meinen Freunden heute abend darüber berichten!)

Heck: Es ist doch gesagt worden, daß der Wortlaut besprochen würde. (*Anhaltende Unruhe. – Blank:* Angenommen, der Parteitag würde die Ziffern 60 und 61 annehmen, dann hängen wir das sozusagen als Entschließungsantrag noch dran?) Ja! (*Lebhafte Unruhe und Bewegung. – Amrehn:* Aber davor muß abgestimmt werden. – *Lemke:* Das meine ich auch! – *Zuruf:* Das ist doch klar!)

Meyers: Sie sind Philologe, Herr Heck. Es ist eine große Emotion um die ganz Mitbestimmungsfrage. Bei mir wird immer argumentiert: Ihr wollt ja gar nicht, Ihr wollt es verschieben! – Deshalb schlage ich vor, damit hier keine Mißdeutung aufkommt, das Wort „späteren" zu streichen. Wenn es „später" heißt, dann wird gesagt: Ihr wollt es wieder hinausschieben. – Daß es später sein muß, ergibt sich aus der Natur der Sache.

Heck: Ja! (*Anhaltende Unruhe. – Lücke:* Ein guter Vorschlag! – *Lemke:* Ist denn damit klar gesagt, daß kein anderes Gremium und auch kein Bundesminister im Kabinett vor dem Votum des Parteitags darüber etwas beschließen kann?) Das hat natürlich Grenzen, beispielsweise für die Fraktion. (*Lemke:* Aha!) Das Grundgesetz (*Lemke:* Das kennen wir ja! – *Lebhafte Heiterkeit.*) brauche ich nicht zu zitieren. Das ist eine Sache, die sich juristisch gar nicht klären läßt. Es ist eine Frage, welchen Willen eine Partei hat, das, was sie beschließt, auch durchzusetzen, und welche Mittel sie hat. (*Anhaltende Unruhe.*) – Herr Barzel!

Barzel: An dieser Stelle darf ich sagen, die Bundestagsfraktion hat in dieser Frage immer erklärt, daß sie zunächst die Beschlüsse, die Diskussionen und die Ergebnisse des Parteitags abzuwarten habe. Sie hat also hier völlig erkannt, daß hier ein Vorrang beider Parteien, die diese Fraktion bilden, gegeben ist. Sie wird deshalb einen solchen Beschluß natürlich in voller Weise respektieren.

Das Zweite ist folgendes. Ich mache es ganz kurz. Die Position der Bundestagsfraktion der CDU/CSU in der Frage der Mitbestimmung ist – und das ist erneut erhärtet nach Vorlage dieses Entwurfes für das Aktionsprogramm – wie folgt, daß wir erstens dieses Aktionsprogramm nicht betrachten als eine Sache, die den Gesetzgeber noch in dieser Legislaturperiode anginge, daß wir zweitens abwarten, bis der Kommissionsbericht vorliegt. Nur wenn wir das durchhalten, bleiben wir auch koalitionspolitisch in einer guten Situation. Drittens müssen Sie damit rechnen, daß die Sozialdemokraten im Spätherbst – wenn sie nicht fertig werden, vielleicht im Januar – nicht nur Entwürfe einbringen, um die sie – wie Helmut Schmidt sagt – kämpfen werden, sondern auch für die Frage der Deutschen Bundesbahn, die im Zusammenhang mit den Verkehrsgesetzen zur Debatte steht, ein Modell schaffen werden.

Würde dieser Parteitag so tun, als sei die Frage ausdiskutiert, dann würde diese Position der Fraktion, die ich schildere, nicht mehr haltbar sein. Die Fraktion müßte eine neue Position beziehen. Ich würde versuchen, sie zu beziehen, nämlich die, die die Partei beschlossen hat, aber ich kann das nicht garantieren. Auf jeden Fall bestünde dann die Besorgnis, daß in einer wichtigen Frage Ihre Fraktion in den letzten Monaten vor der Wahl auseinanderfallen könnte; also, nicht würde, sondern könnte.

Deshalb kann ich, meine Damen und Herren, nur um eines bitten. Wenn wir mit dem Blick auf die praktische Politik dieses Aktionsprogramm verabschieden, dann muß der Fortgang der Diskussion in der Partei und in der Fraktion ebenso möglich bleiben wie das Abwarten des Berichts. Dieser Parteitag sollte den Rahmen für die Diskussion setzen; sie also auf einen Punkt zutreiben, aber um Gottes willen sie nicht beenden, weil sonst die Position, die ich geschildert habe, nicht zu halten wäre. Das ist sehr kurz und sehr knapp, aber es ist die Situation.

Heck: Herr Scheufelen!

Scheufelen: Dieser Zusatz deckt die Frage der Prüfung der Mitbestimmung. Er deckt aber nicht – so war auch die Diskussion in der letzten Bundesvorstandssitzung – das Wort „Unternehmensverfassung", das leider Gottes – es müßte nicht so sein – in der ganzen Presse eindeutig interpretiert wird, und zwar vom „Industrie-Kurier" bis zum „Spiegel". Unter Unternehmensverfassung wird heute der Vorschlag von Duvernell, nämlich 40:40:20, verstanden. Wie stellen Sie sich das nun mit dem Zusatz vor, daß expressis verbis gesagt wird: Unternehmensverfassung?

Heck: Die Interpretation versteht man heute allgemein bei den Unternehmen gar nicht, aber die Unternehmer haben alles getan, was sie tun konnten, daß man unter „Unternehmensverfassung" etwas versteht. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Stingl: Ich möchte hinzufügen, Herr Scheufelen, nicht einmal die Sozialausschüsse verstehen das darunter, was Herr Duvernell sagt, weil sie nämlich noch darüber beraten. Daß wir jetzt wieder in diese Situation hineinkommen oder schon hineingekommen sind nach den Beschlüssen des Vorstands, ist nach meiner Meinung einzig und allein dem Herbert Schmidt zu danken, der am nächsten Tag schon wieder eine Streitschrift[23]

23 Mehrere Artikel von Schmidt, die für Aufregung sorgten, in ACDP 06-043-357/2. Vgl. auch die Schriftenreihe des Wirtschaftsrats der CDU e. V. von 1968 „Zum Dialog".

herausgegeben hat, die die Zerreißung der CDU – so möchte ich beinahe sagen – beabsichtigt. (*Starke Bewegung.*)

Heck: Herr Stoltenberg!

Stoltenberg: Ich glaube nicht, daß man die Schuldfrage hier so einseitig sehen kann. Es gibt nämlich auf verschiedenen Seiten auch verschiedene Beteiligte. Man kann auch noch ganz andere Leute zitieren. Mit der heutigen Debatte haben wir einen Vorgeschmack dessen bekommen, was uns in einem größeren Kreis erwartet. Wir können jetzt machen, was wir wollen; es liegen immerhin 15 Anträge vor seit der Fassung des Vorstands, darunter etwa sieben oder acht Landesverbände mit einer ganz bestimmten Tendenz. Wir werden auch nicht umhinkommen, entweder hier im Vorstand oder in der Antragskommission, uns noch einmal über die Umformulierung zu unterhalten. Dabei wird natürlich der Begriff „Unternehmensverfassung" eine Rolle spielen.

Wir werden vor der Frage stehen, ob wir diesen Begriff noch verbessern, verändern, gegen Mißverständnisse absichern können, oder ob wir eine Abstimmung auf dem Parteitag erleben. Es hat keinen Sinn, die Augen davor zu verschließen. Ich habe mich an dieser Vordebatte selbst nicht beteiligt, weder so noch so, aber ich sehe das ganz deutlich. Ich brauche nur die Anträge zum Aktionsprogramm zur Hand zu nehmen. Ich sage das im Augenblick ohne jede Stellungnahme zur Sache. Wir sollten uns nur über die politische Lage keiner Täuschung hingeben. Wir werden nicht umhinkommen, hier oder in der Antragskommission noch einmal über die Anträge sprechen zu müssen. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, ob wir zu einer gewissen Präzisierung dieser Dinge kommen können, weil ich es auch nicht wünsche, daß wir zu einer endgültigen Konfrontation in der Mitbestimmungsfrage kommen. Es muß aber zumindest noch einmal über die Formulierung gesprochen werden.

Das von Herrn Barzel gewählte Verfahren mag für die parlamentarische Behandlung das richtige sein, wir sollten aber daran denken, daß wir im Wahlkampf mit dem Hinweis auf die Kommission auch nicht ganz auskommen. Ich stelle es mir einmal plastisch vor, daß der eine vor den Arbeitnehmern in Mülheim an der Ruhr und der andere vor dem Mittelstand in einer anderen Gegend spricht. Dann wird gefragt, was will die CDU in der Mitbestimmungsfrage.

Dann kann der Redner nicht sagen: Wir haben eine Kommission eingesetzt, die Ihnen das sagen wird. – Das ist also die Schwierigkeit. Ich glaube nicht, daß die Ursache für diese Anträge der Landesverbände böser Wille ist, um vielleicht hier zu einem Konflikt zu kommen. Deshalb frage ich mich, ob wir es nicht doch noch erreichen können, durch eine gewisse Präzisierung vor allem des Begriffes „Unternehmensverfassung" eine Kraftprobe auf dem Parteitag zu verhindern.

Heck: Herr Stoltenberg, wir haben uns das auch im Präsidium überlegt und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir nicht jetzt den Versuch machen sollten, mit einem Antrag des Vorstands, den man als den weitestgehenden ansehen könnte, die Debatte abzuwürgen, sondern wir sollten die Debatte in dieser Frage laufen lassen. Dann wird man ja am Schluß einigermaßen übersehen, wie die Situation ist. Dann kann man so

verfahren, daß die Antragskommission beauftragt wird, unter Berücksichtigung des Ergebnisses die Ziffer neu zu formulieren.

Um dem ein entsprechendes Gewicht zu geben, haben wir vorgesehen, eventuell eine kurze Vorstandssitzung einzuberufen, so daß das dann ein Antrag des Bundesvorstands würde. (*Lebhafte Unruhe.*) – Herr Meyers!

Meyers: Was Herr Scheufelen sagt, geht nicht. Sie können nicht das Prüfungsergebnis in dieser Weise regeln; denn es gibt keine Kommission, die das untersucht. Was wir könnten, Herr Scheufelen, ist aber, daß der Parteitag sagt, daß der Begriff „Unternehmensverfassung" keine bisher geäußerte Meinung zum Inhalt hat. Der Parteitag könnte also darüber beschließen, was er darunter versteht, wenn die Prüfungsergebnisse über die Mitbestimmung vorliegen.

Heck: Herr Kohl!

Kohl: Ich stimme diesem Verfahren zu, aber das, was Freund Stoltenberg gesagt hat, muß natürlich beachtet werden. Es gibt starke Kräfte in der Gesamtpartei, die von draußen sehr unterstützt werden, die darauf ausgehen, aufgrund einer eindeutigen Mehrheitsposition Tabula rasa zu machen. Ich persönlich habe meine Meinung in der Mitbestimmungsfrage schon gründlich gesagt; ich bin gegen die jetzt bestehenden Vorstellungen der Ausweitung. Ich kann also sehr viel leichter gerade in dieser Richtung einen anderen Standpunkt einnehmen, nämlich den, daß es für die Partei unerträglich ist, jetzt die Tür zuzuwerfen. Auch das, was Rainer Barzel sagt, muß noch hinzugenommen werden, daß es eine taktisch unmögliche Situation ist, daß unsere Regierung eine Kommission einsetzt, aber unsere Fraktion sagt, wir machen nichts vorher. Und dann machen wir das Tor zu. (*Lebhafte Unruhe.*) Es gibt nicht wenige in dieser Partei, die den Argwohn haben, daß eine kleine Gruppe in der Bundestagsfraktion in einem Handstreich dazu übergehen könnte, zu einem späteren Zeitpunkt eine durchgängige Mehrheit zu schaffen. Das ist der Hintergrund. Hier wird eine richtige Hetze betrieben. Auch das muß man bei der Gelegenheit einmal sagen. Deswegen meine ich, ist es so wichtig, daß das Ergebnis einer Veränderung des Status in der Mitbestimmungsfrage durch den Beschluß des Parteitags der CDU herbeigeführt wird. (*Starke Unruhe.*) Das ist, glaube ich, die wichtigste Basis bei der ganzen Diskussion, weil dann niemand mehr das Gefühl haben kann, er würde durch irgendwelche Geschichten unter der Hand über den Löffel balbiert. Ich bin allerdings der Meinung, ob man nicht nach beiden Seiten hin zur jetzigen Ziffer 60 etwas anderes überlegen sollte. Was bis jetzt vorliegt, halte ich für einen brauchbaren Kompromiß. Bloß läßt sich nicht leugnen, daß beide Seiten dazu beigetragen haben. Ich stimme der Meinung von Herrn Heck hinsichtlich der Unternehmensverfassung zu, aber weil sich beide Seiten so festklammern an dem Wort, muß man halt doch den Argwohn hegen, daß es durchsetzt ist, und zwar in einer bestimmten, beinahe nur weltanschaulich erklärbaren Weise, denn das Wort gibt das ja gar nicht her.

Wenn irgendeiner plötzlich einem Wort eine bestimmte Formulierung anhängt, dann ist deswegen ja das Wort in der deutschen Sprache nicht neu besetzt. (*Anhaltende Unruhe.*) Aber in der innerparteilichen Diskussion ist die Sache leider so gelaufen, daß man jetzt den Argwohn haben muß, es ist besetzt. (*Anhaltende Bewegung.*) Ich stimme Ihnen

zu, Herr Heck, daß das an sich nicht der Fall ist, aber die ganze Diskussion ist doch so gelaufen, und zwar auf beiden Seiten, daß es jetzt de facto besetzt ist. Das werden wir in der Debatte erleben. Ich bin nicht dafür, die Debatte abzukürzen, bloß muß sie so sein, daß die Tür offen bleibt, wie Herr Barzel sagt, daß also jetzt nicht „zementiert" wird, auch wenn wir im Augenblick dafür eine Mehrheit haben. Wenn über die reine Mitbestimmungsfrage auf diesem Parteitag – übrigens auch auf einem späteren Parteitag – abgestimmt wird, dann ist das Rennen in der Mitbestimmung, was die CDU-Bundespartei angeht, gelaufen. Die Frage ist nur, nützen wir damit der CDU?

Heck: Wenn ich mir vor Augen halte, was die Sozialausschüsse in Offenburg an Vorstellungen entwickelt haben, und wenn ich mir überlege, wieweit die Sozialausschüsse entgegengekommen sind, um hier zu einem Kompromiß zu kommen, Freund Scheufelen, dann verstehe ich, daß sie nicht auch noch das letzte Komma – das ist nämlich das Wort „Unternehmensverfassung" – hingeben wollen, um nicht völlig nackt dazustehen. Das ist der einzige Grund. Der Begriff „Vermögensverfassung" ist mir so egal wie irgendetwas. (*Unruhe und Bewegung. – Scheufelen:* Kann er denn nicht einmal definiert werden, damit es klar ist!) Das haben wir ja beschlossen, daß er definiert werden soll. Es ist auch ziemlich viel darüber gesagt worden, was wir meinen. Aber das wird ja nicht gelesen. Das wird ja nicht akzeptiert, sondern eben das, was nicht drinsteht, wird hineininterpretiert.

Und jetzt kommt noch ein Entschließungsantrag, daß überhaupt nichts beschlossen werden kann ohne den nächsten Parteitag. Ich gestehe ganz offen, ich verstehe diesen Kampf gegen den Begriff „Unternehmensverfassung" beim besten Willen nicht mehr. (*Lebhafte Unruhe.*) – Herr Barzel!

Barzel: Ich möchte doch noch ein Wort zur Sache sagen aufgrund des gegenwärtigen Standes der Debatte. Unterstellt, die Ziffern 60 und 61 gingen mit diesem Schutzmantel des Vorstandsantrages – so verstehe ich ihn – durch, dann wäre es doch vernünftig – und jetzt nehme ich eine Anregung des Kollegen Schröder[24] auf –, wenn dieser Parteitag eine Kommission von Rang einsetzte, um festzustellen, was wir mit „Unternehmensverfassung" meinen; unterstellt, es ginge durch.

Zweitens nehme ich etwas von Herrn Stoltenberg auf. Wir haben nun alle unsere Reden auf diesem Gebiet hinter uns und auch noch schwierige vor uns. Nun lassen wir mal diese Ziffern 60 und 61, wie sie da stehen, so. Sie sind natürlich nicht geeignet als eine Rede-Unterlage. Die CDU sollte immer für etwas sein. Hier gibt es ein paar konkrete Punkte, für die wir sind, aber manches ist eben doch ungewiß.

Das, was dort fehlt, ist ein Wort unterhalb der sozialen Partnerschaft, ein positives Wort, das hier das konkret greift. Ich weiß nicht, ob Sie das akzeptieren, aber ich wollte es wenigstens in die Debatte werfen. Wir haben im Zusammenhang mit den Studenten, den Bildungsproblemen und den Universitätsproblemen ein Wort gefunden, das man für schön oder für schlecht halten mag, aber es ist nun in der Debatte, daß wir nämlich den Studenten immer sagen: die funktionsgerechte Mitbestimmung. – Sie müssen doch

24 Vgl. S. 1266f.

daran denken, daß dies ein Punkt ist, wo sich Solidarisierungen über die Arbeiterschaft hinaus hin und her ergeben könnten. Deshalb wären wir nach meiner Meinung doch gut beraten, a) ein positives Wort zu haben und b) ein Wort zu haben, das nicht nur einem Bereich gilt.

Diese Funktionsgerechtigkeit kann man doch, wenn man sie auf den Staat und die Demokratie überträgt, sehr wohl interpretieren. Wir mitbestimmen nicht an den einzelnen Entscheidungen des Kanzlers. Das kann man doch geradezu auffangen, und zwar der Wähler, das Parteimitglied, der Kandidat, der Abgeordnete, jeder auf einer anderen Stufe. Warum sind die verschiedenen Mitbestimmungsrechte in der Demokratie so zugeordnet? Aus Gründen der richtigen Funktion!

Es kann z. B. nicht jeder dabei mitwirken, wer Diplomat wird, wer eine diplomatische Weisung bekommt. Ich will nicht näher auf die Mitbestimmung eingehen, weil ich mir den Vorwurf machen müßte, daß ich aus Zeitgründen mich an den Vorbereitungen nicht habe beteiligen können, aber wenn es uns auf diesem Parteitag gelänge, nicht nur einen Kompromiß zu finden, sondern auch ein positives Wort unterhalb des Prinzips der sozialen Partnerschaft zu sagen – was hier auch griffig bleibt in der Diskussion mit den Studenten und den anderen –, dann würden wir uns, wie ich glaube, helfen. Dann haben wir etwas Positives und können sagen: Ja!

Wenn wir z. B. die Sorgen haben mit den Investitionen und all den Geschichten, die vorgebracht werden gegen die Parität mit dem Risiko usw., so ist das alles unterzubringen, wenn man sagt: funktionsgerechte Mitbestimmung!

Heck: Herr Blank!

Blank: Ich will Gesagtes nicht wiederholen, ich muß aber meinem Freund Scheufelen doch einmal sagen, es ist einfach falsch, wenn man hergeht und sagt: Dieses Wort „Unternehmensverfassung" ist besetzt durch die Vorstellung vom Herrn Duvernell. (*Lebhafte Unruhe.*) Wo denn? Nicht einmal die Sozialausschüsse haben das beschlossen, sondern sie haben das als Diskussionsgrundlage in die Öffentlichkeit gestellt. Ob das klug war, das ist eine andere Frage. Ob wir uns damit etwas zulegen würden, wie Aufsichtsorgane mit der berühmten Vorstellung 40:40:20, das wage ich zu bezweifeln; denn eines ist doch wohl sicher richtig, Herr Kollege Scheufelen, wenn wir die Ziffern 60 und 61, wie sie da stehen, beschließen sollten, dann wird diese Regierung uns keine Vorlage mehr machen. Der angedrohte sozialdemokratische Initiativgesetzentwurf ist doch ein Buhmann, der ist doch keine fünf Pfennige wert. Die Leute wissen doch ganz genau, wenn der auf den Tisch gelegt würde, wäre er doch einfach technisch-parlamentarisch, ganz abgesehen vom politischen Willen, gar nicht durchzustehen.

Wir werden uns ganz schnell vor der Arbeitnehmerschaft in eine bessere Position bringen, wenn wir ihr sagen: Das ist doch nur Augenauswischerei; den bringen die jetzt, um euch zu sagen, so und so, aber sie wissen ganz genau, daß das gar nicht durchzusetzen ist. – Wer weiß denn von uns, wie eine Regierungsvorlage aussehen wird. Wir wissen noch nicht einmal, was werden wir für eine Koalition, was werden wir für eine Regierung haben.

Herr Scheufelen, die Arbeitnehmer spielen in der CDU als Wähler und als treue CDU-Leute eine große Rolle. Denen nun schlechthin zu unterstellen, das machen so ein paar Mann bei den Sozis, und dann kommt irgendetwas heraus, – o nein, so einfach ist das gar nicht. (*Anhaltende Unruhe.*) Die werden sich hüten, denn sowohl die Leute, die einen Wahlkreis haben, wie auch die Leute, die über die Reserveliste kommen, wissen sehr genau, daß man solche Husarenritte nicht machen kann: Die SPD bringt einen ersten Vorschlag, und wir wackeren Arbeitnehmer von der CDU machen da schleunigst mit; und dann haben wir die Wirtschaft überfahren.

Herr Kollege Scheufelen, nehmen Sie das bitte von mir entgegen – ich will nicht darauf hinweisen, daß wir in der Vergangenheit auf dem Gebiete viel bewiesen haben –, solche Mätzchen sind im Parlament von der Arbeitnehmerseite her überhaupt nicht möglich und auch nicht zu erwarten. (*Starke Unruhe und Bewegung.*)

Warum sollen wir auf diesem Parteitag so eine Art Kampfabstimmung machen? Nur um einmal festzustellen, wer der „Sieger" und wer der „Besiegte" ist! Ich darf zum Schluß wiederholen, was ich neulich in einer Versammlung vor Arbeitnehmern wörtlich gesagt habe: Die Ziffer 60 ist so interpretationsfähig und die CDU so erfahren und gewandt in der Lösung schwerer politischer Probleme, daß wir schon im Laufe der Zeit hier eine uns allen dienende Lösung finden werden. Und kein Modell, das von irgend jemand in den Raum gestellt ist, hat von vornherein Anspruch darauf, verwirklicht zu werden. Das werden wir schon einigermaßen hinkriegen.

Wenn wir in diesem Sinne den Parteitag ablaufen lassen, meine Herren, dann haben wir für die CDU mehr getan, als wenn wir als Sieger und Besiegte auseinandergehen. Dabei kommt nichts heraus. Ich muß sagen, wenn ich hier den Antrag sehe, der von unserem Freund Kohl kommt, in Ordnung; der deckt auch das, Herr Scheufelen; denn der sagt doch, daß überhaupt nichts – Unternehmensverfassung wäre ja eine Mitbestimmungsfrage – getan werden darf, ohne daß sich ein Parteitag mit den Einzelheiten beschäftigt.

Heck: Herr Professor Erhard!

Erhard: Ich möchte mal zuerst sagen, daß ich nicht glaube, daß wir das Problem bis zu den Wahlen hinziehen können, daß wir es offenlassen, bis die Wähler zur Wahlurne gehen. Das wird uns nicht gelingen, ob nun ein Parteitag beschließt oder nicht beschließt; aber jeder einzelne Abgeordnete und jeder einzelne Mensch ist doch unmittelbar daran interessiert. Im übrigen bedeuten die Begriffe doch etwas. Ich möchte bloß fragen, was ist eigentlich der Unterschied zwischen Betriebsverfassung, Verfassungsgesetz und Unternehmensverfassung. Wenn ein gleicher Begriff einmal für den Betrieb und einmal für das Unternehmen angewandt wird, dann stellt sich die Frage, wo liegt denn der Unterschied zwischen Betriebsverfassung und Unternehmensverfassung?

Was mich besonders stört, ist doch, daß wir hier auf „Leim" gegangen sind, indem wir uns nämlich eine Größenordnung haben aufoktroyieren lassen. Sie ist noch nicht beschlossen, aber man spricht von 2.000 Arbeitern, man spricht von einem gewissen Umsatz, von einer gewissen Betriebsgruppe und dergleichen mehr. Damit wird auch in der öffentlichen Reklame darauf hingewiesen, daß es mit der Würde des Arbeiters eben

nicht vereinbar ist, wenn er nicht diese Art von paritätischer Mitbestimmung in seine Hand bekommt. Ich möchte einmal fragen, hat der Arbeiter in einem Betrieb mit 1.500 Mann weniger Würde als ein Arbeiter in einem Betrieb mit 2.500 Mann?

Diese Kriterien sind im übrigen so mechanisch gesetzt, daß sie unmöglich für die ganze Wirtschaft gelten können. Ich wehre mich dagegen, daß es eine doppelte Moral gibt zwischen kleinen Unternehmungen und größeren Unternehmungen, eine andere Behandlung der Arbeitnehmer in kleineren Betrieben und in größeren Betrieben. Das scheint mir eine ganz wichtige Frage zu sein. Hier heißt es: Wer groß ist, ist schlecht und wird bestraft. – Wer kleiner ist, der ist besser. – Das ist doch der Tenor, den man hier heraushört. Wenn die Tendenz im ganzen dahin geht, daß unsere Unternehmen überhaupt wachsen, dann erleben Sie, daß lediglich ein solch neuer Betrieb in diese Art von Mitbestimmung hineinwachsen würde.

Ich bitte Sie deshalb, das alles zu bedenken, ob wir wirklich nicht eine Erklärung dazu geben können, damit nicht dieser Verdacht besteht, hier wird ein doppeltes Recht gesprochen, hier herrscht eine doppelte Moral vor, auch für den Arbeitnehmer. – Und das halte ich für außerordentlich gefährlich. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Die Sozialausschüsse haben die Dinge nicht beschlossen. Ich weiß nicht, warum wir uns immer einen Anzug anziehen, der bisher nur angemessen worden ist. (*Bewegung und starke Unruhe.*) Ich habe oft gefragt, was sie unter „Unternehmensverfassung" verstehen. Dann sagten Sie, die Frage des Depot-Stimmrechts gehört dazu, das Problem des Investivlohns usw. Also, die haben schon Vorstellungen, in welche Richtung die Dinge gehen sollen.

Ich bin der Meinung, daß wir für die Wahlen eine positive Aussage machen müssen. Wir haben im Mai noch einen Wahlkongreß[25], auf dem wir klipp und klar erklären wollen, was für die nächsten vier Jahre gilt. Der Vorschlag, den Herr Schröder in dieser Fünfer-Kommission gemacht hat, ist dafür recht gut. (*Unruhe.*) – Herr Schröder!

Schröder: Sie haben ja schon selbst erwähnt, daß wir heute morgen im Parteipräsidium über diese Frage gesprochen haben.[26] Ich glaube, daß das richtig ist – wenn ich es richtig gehört habe –, womit Sie geschlossen haben, daß über diesen an sich schwierigen Gegenstand ruhig diskutiert werden soll, daß es dann aber der Mühe wert ist, weil dies ein Punkt ist, der für unsere Einigkeit von großer Bedeutung ist, daß der Vorstand noch einmal die Chance haben soll, darüber neu zu sprechen. Wir kommen, glaube ich, im Augenblick nicht zu einem endgültigen Ergebnis.

Etwas zur Ziffer 60! Diese Ziffer 60 enthält eine Menge Elemente, mit denen wir nicht übereinstimmen. Man kann das, was da drinsteht, relativ etwas kürzer fassen. Dann hat man einen Boden – soweit ich das übersehe –, auf dem wir alle zusammenkommen können. Man muß dann aber ein Zweites tun. Diese Ziffer 60 hat nach meiner Überzeugung die Schwäche, daß sie sich auf eine Kommission, die die Bundesregierung eingesetzt hat, bezieht. Es ist immer ein bißchen schwierig für eine Partei, sich auf

25 Zum Wahlkongreß in Essen am 8. Juli 1969 vgl. KLEINMANN S. 306f.

26 Kurzfristig einberufene außerordentliche Sitzung um 13.00 Uhr; Protokoll nicht vorhanden.

eine solche Kommission zu beziehen. Ich sage das jetzt alles vorbehaltlich der Diskussion, wie sie ablaufen soll.

Es wäre wahrscheinlich gut und [würde] auch von beiden Seiten Zustimmung finden, wenn man eine hochrangige sehr kleine Kommission von fünf Leuten einsetzt auf diesem Parteitag, die das, was zunächst nicht formuliert wird, hinsichtlich seiner gesetzlichen Konkretisierung beraten soll und dann Vorschläge macht. Wenn Sie drei Sekunden Zeit haben, würde ich das einmal vorlesen, wie sich das anhört. Ich sage noch einmal, ich sage das vorbehaltlich einer Erörterung und vorausgegangener Diskussion.

"Wir bekennen uns zu einer fortschrittlichen partnerschaftlichen Neuordnung des Unternehmensrechts, – oder Unternehmensverfassung – bei der ein überbetriebliches Einflußmonopol zugunsten eines organisierten Interesses nicht zugelassen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen auch im internationalen Wettbewerb nicht beeinträchtigt werden."

Damit ist alles gesagt, was in der Ziffer 60 steht, wenn auch in einer ein bißchen auseinandergezogenen Fassung.

„Das Betriebsverfassungsgesetz muß voll ausgenutzt und weiter ausgebaut werden."

Dann ein weiterer Absatz: „Wer in Betrieben oder Unternehmen Arbeitnehmerinteressen wahrnimmt, muß von dem Vertrauen der Belegschaft getragen werden. Durch gesetzliche Vorschrift muß sichergestellt werden, daß in jedem Großunternehmen ein Vorstandsmitglied die personellen und die sozialen Fragen der Belegschaft verantwortlich bearbeitet." Das ist wahrscheinlich eine Formulierung der Ziffer 60, auf die beide Seiten eingehen würden.

Nun braucht man darüber hinaus eine Entschließung hinsichtlich dieser Sachverständigenkommission. Man könnte vielleicht ganz knapp sagen: „Es wird eine Kommission aus fünf Mitgliedern gebildet, die der Partei Vorschläge zur gesetzgeberischen Verwirklichung der in Ziffer 60 des Berliner Programms niedergelegten Grundsätze machen soll. Dabei soll auch die Frage eines Ausbaues der Mitbestimmung in die Untersuchung einbezogen werden."

Damit hätte man nach meiner Überzeugung eine Formulierung von Ziffer 60, die nach meiner Überzeugung von beiden Seiten angenommen wird. Man hätte ferner hinsichtlich der gesetzgeberischen Verwirklichung ein Gremium, das dafür wiederum Vorschläge zu machen hat. Das ist ein Ergebnis, das man nach meiner Meinung nach vorausgegangener Diskussion im Plenum bekanntgeben soll. (*Sehr starke Unruhe.*) Die gesetzgeberischen Vorschläge, die diese Kommission macht, müssen von der Partei beschlossen werden.

Heck: Ich glaube, daß wir heute eine weitere Abklärung nicht mehr vornehmen können. Was geklärt werden konnte, ist geklärt. Der Vorschlag von Herrn Schröder ist eine nützliche Vorarbeit für das, was zunächst die Antragskommission nach Ablauf der Debatte leisten muß, um eine Vorlage für den Vorstand erneut auszuarbeiten.

Zu dem Vorschlag der Fünfer-Kommission möchte ich rein formal sagen: Der Parteitag beauftragt den Bundesvorstand, ... (*Anhaltende starke Unruhe.*) Darf ich anneh-

men, daß damit die Aussprache zu diesem Punkt als beendet angesehen werden kann? (*Blank:* Wir müssen eventuell eine Vorstandssitzung machen!) Ja! – Herr Kraske!

Kraske: Ich darf noch einen Vorschlag erneuern, den wir aus ganz anderen Gründen heute morgen im Präsidium gemacht haben, ob es wohl möglich wäre, die Debatte über dieses Kapitel zeitlich so zu legen, daß sie am Dienstag abend stattgefunden hat, damit wir über Nacht und Mittwoch morgen während der Satzungsdebatte Zeit gewinnen, um eine solche Sache vorzubereiten. Wenn wir damit erst Mittwoch nachmittag beginnen und dann mit dieser Überlegung mitten in die Debatte hineinkommen, kann es schwierig werden.

Es gibt einen zweiten Grund, daß nämlich unser Freund Dufhues am Mittwoch unter allen Umständen an einer Beerdigung teilnehmen muß und er selber, so wie er sich bisher eingelassen hat in dieser Debatte, sehr ungern bei diesem Punkt weg wäre. (*Kohl:* Wir sind dafür, daß er da ist!) Wir überlegen, daß wir das irgendwie geschäftsordnungsmäßig begründen können, daß dieses Kapitel vorgezogen wird. Würden Sie das unterstützen? (*Zustimmung.*)

Lemke: Darf ich noch einmal etwas sagen, weil meine Mannen angetreten sind, um sehr hart zu kämpfen. Wenn man zu dem Schröderschen Vorschlag noch das Wort „funktionsgerecht" hinzunimmt, dann ist die Sache zum Schluß mit dem Ausbau eine funktionsgerechte Sache. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

Heck: Wir können heute nicht eine Vorlage ausarbeiten. (*Lemke:* Wir wollen aber darüber nachdenken!) Ohne den Parteitag gehört zu haben, halte ich das für unmöglich. (*Lemke:* Aber es ist doch ganz gut, wenn wir uns jetzt darüber unterhalten, weil wir doch alle an der Debatte teilnehmen, damit wir eine Vorstellung haben!) Dieser Begriff „funktionsgerecht" ist schon registriert. Es hat keinen Zweck, jetzt eine Vorlage auszuarbeiten. (*Lemke:* Das habe ich auch nicht gesagt, Herr Heck!) – Herr Barzel!

Barzel: Darf ich noch zur Debatte, Herr Lemke, für uns alle eine Frage stellen! Der Entwurf, der dem Parteitag vorliegt, ist die Vorlage dieses Bundesvorstands. Es würde den miserabelsten aller möglichen Eindrücke machen, wenn die Debatte gegen diese Vorlage zuerst und vor allem von den Vorstandsmitgliedern geführt würde. Dann hätten wir nämlich die Schlagzeile „Mitbestimmungsvorlage von niemanden unterstützt". Ich möchte weder den Generalsekretär noch den Parteivorsitzenden in die Lage bringen, etwa als die einzigen vor dem Plenum zu stehen, die die Vorlage unterstützen.

Deshalb sollte man solche Ideen, wie sie hier zum Ausdruck gebracht wurden, daß wir noch eine Bundesvorstandssitzung machen, um Gottes willen vergessen. Zunächst haben wir doch die Pflicht – wie immer wir abgestimmt haben –, die Vorlage des Vorstands zu unterstützen. (*Unruhe und Bewegung.*) Bitte, entschuldigen Sie mein Temperament, wenn ich das jetzt etwas heftig vorgebracht habe.

Kraske: Ich würde es für ganz falsch halten, wenn etwa in den Beratungen der Landesverbände morgen abend oder in den heutigen Beratungen der Vereinigungen dies schon eingeführt würde als der Schrödersche Vorschlag, denn dann ist es nicht glaubwürdig, wenn nachher die Antragskommission und der Vorstand einen solchen Vorschlag auch bringen. Er könnte sich davon nur Elemente zu eigen machen in diesem

Begriff „funktionsgerecht". Aber bitte jetzt nicht einen neuen Vorschlag vor der Debatte auf dem Parteitag!

Heck: Damit schließe ich diese Debatte. (*Anhaltende Unruhe.*) Wir kommen zum Buchstaben k) Sicherheitsmaßnahmen.

Kraske: Meine Damen und Herren! Ich möchte um Ihr Verständnis bitten, daß wir bei diesem Parteitag in Berlin auf Sicherheitsmaßnahmen größeren Wert legen müssen, als das normalerweise bei Parteitagen der Fall ist. Sie werden deswegen nicht nur Ihrerseits gebeten, sondern Sie werden auch gebeten, in Ihren Landesverbänden unter Ihren Freunden auszuklären und um weiteres Verständnis zu werben, daß wir erstens in der Kongreßhalle etwas abgeschirmt von der übrigen Öffentlichkeit tagen müssen, zweitens daß unsere Ordner hier im Hause auf das strikteste angewiesen sind, alle Kontrollen sehr streng und – ich bitte um Entschuldigung – sehr bürokratisch und penibel durchzuführen.

Es ist bei sonstigen Veranstaltungen in der Kongreßhalle hier in Berlin eine gute Übung, Eintrittskarten nachzudrucken. Für die Kundgebung in der Hasenheide[27] ist damit auch schon begonnen worden. Wir glauben aber, daß diese Nachdrucke sehr leicht zu erkennen sind und daß sie deswegen von den Ordnern nicht hingenommen werden. Ich bitte Sie, diese Schwierigkeiten hier zu verstehen. Nach der Lage und nach den Berichten ist wohl nicht damit zu rechnen, daß es zu größeren Zwischenfällen kommt.

Es war z. B. für heute nachmittag mehrfach eine größere Demonstration angekündigt. Wie Sie gesehen haben, ist nichts passiert. Für morgen vormittag gibt es eine gewisse Unsicherheit, weil morgen ein größeres APO-Aufgebot aus einem anderen Anlaß, nämlich wegen der Verhandlung gegen den Rechtsanwalt Mahler[28] in einem anderen Teil der schönen Stadt, kommen will. Man schätzt maximal 1.000 Justiz-Protestanten, die sich von dort aus nach hier in Marsch setzen wollen, um dann hier zu protestieren. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Die werden möglicherweise hierherkommen. Auch das sollte die Ruhe und Ordnung der Abwicklung dieser Versammlung hier nicht stören.

Alles in allem sind wir und ist insbesondere die hiesige Polizei relativ optimistisch. Trotzdem mußten wir – wir werden das auch bis zum Donnerstag weiterhin müssen – den äußersten und härtesten Fall voraussetzen. Dafür bitte ich Sie um Ihr Verständnis. Dafür bitte ich aber auch, in Gesprächen mit den Delegierten um deren Verständnis zu werben. (*Anhaltende Unruhe.*) Wir tagen in Berlin zum zweiten Mal in der Geschichte der CDU auf Stühlen ohne Tische. Das ist in anderen Ländern und in anderen Parteien eine absolute Gewohnheit und Selbstverständlichkeit. Für uns ist das schwierig, weil wir an Tische gewöhnt sind. Es war aber nicht anders möglich. Aus Sicherheitsgründen konnten wir auch nicht in die Funkturmhallen gehen. Das wäre auch doppelt so teuer geworden. Wir glauben aber, daß sich das mit den Vorbereitungen sehr gut machen läßt.

27 In der „Neuen Welt" in der Hasenheide (Bezirk Neukölln) fand am 6. November 1968 um 20.00 Uhr im Rahmen des Parteitags eine Kundgebung des LV Berlin statt. Vgl. „Welt" vom 7. November 1968 „Kiesinger legt leidenschaftliches Bekenntnis zu Berlin ab".

28 Vgl. Nr. 18 Anm. 103.

Wir glauben auch, daß unsere Delegierten das im großen und ganzen verstehen werden. Aber auch hier bitte ich insbesondere die Herrn Landesvorsitzenden um Unterstützung unserer Bemühungen, das Verständnis der Delegierten zu erwerben.

Verschiedenes

Heck: Ich danke Herrn Kraske. Wir haben noch die Ziffer Verschiedenes.

Wird das Wort dazu gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann danke ich Ihnen. Ich darf die Damen und Herren, die zum Präsidium und zur Antragskommission gehören, für 20.00 Uhr in das Hotel am Zoo einladen. Die Sitzung ist geschlossen.

23

Bonn, Freitag 15. November 1968

Sprecher: Amrehn, Barzel, Fay, Kiesinger, Kohl, Kraske, Lemke, Lemmer, Meyers, Röder, Scheufelen, [Schröder], Schwarzhaupt, Stingl, Stoltenberg, [von Weizsäcker].

Vorbereitung der Wahl des Bundespräsidentschaftskandidaten.

Beginn: 14.00 Uhr *Ende: 15.00 Uhr*

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich eröffne unsere Sitzung. Die Aufgabe des Vorstands wird es nach meiner Auffassung sein, dem vom Parteitag bestimmten Gremium[1], das nachher zusammentritt, einen Vorschlag zu machen.

Wie soll dieser Vorschlag aussehen? Bis jetzt ist es so, daß von diesem ursprünglich eingesetzten Vier-Männer-Gremium zwei Männer, deren Namen aufgetaucht waren, die auch an uns herangetragen wurden, offiziell gefragt worden sind, ob sie zu einer Kandidatur bereit sind. Beide, unsere Freunde Dr. Schröder und Dr. von Weizsäcker, haben sich zu dieser Kandidatur bereit erklärt.

Heute früh – auch das muß ich sagen – ist in dem Präsidium, zu dessen Sitzung Herr Stücklen eingeladen worden war, von Herrn Stücklen mitgeteilt worden, daß sich in Bayern bei einem Treffen – ich weiß nicht, welches Gremium es war – viele Stimmen für eine Kandidatur von Herrn Professor Erhard gefunden hätten. Herr Professor Erhard hat dann aber sofort erklärt, daß er nicht bereit sei, für dieses Amt zu kandidieren.[2] Ich muß das sagen, weil noch hinzugefügt worden ist, daß die CSU erst jetzt um diese Zeit, um 2.00 Uhr, sich in dieser Frage schlüssig werde. Ob sie nun nach dieser Erklärung von Herrn Professor Erhard noch einmal auf diesen Gedanken zurückkommt, vermag ich nicht zu sagen. Herr Stücklen hat dazu gesagt, da alle Persönlichkeiten, die genannt würden, nach Meinung der CSU die Voraussetzung für dieses hohe Amt mitbrächten, sei für sie die Frage entscheidend: Wie bekommen wir unseren Kandidaten durch, wie verhindern wir also eine Wahl von Herrn Heinemann? Da habe man bei ihnen – bei der

1 Dem Gremium sollten angehören: der Bundesvorstand der CDU, Vorsitzender und Generalsekretär der CSU, Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Vorsitzende der Landtagsfraktionen von CDU und CSU, Vorsitzende der CDU-Landesverbände, Vorsitzende der CDU-Bundesvereinigungen, Ministerpräsidenten von CDU und CSU. Vgl. CDU, 16. BUNDESPARTEITAG S. 22f.

2 Richard Stücklen hatte im Auftrag der CSU Erhard gebeten, sich für eine Kandidatur zur Verfügung zu stellen, vgl. „Neue Tagespost" vom 16. November 1968 „Kiesinger ging in Ringrichterpose"; FAZ vom 15. November 1968 „Spekulationen der CSU um Erhard".

CSU – gesagt, der FDP würde es am schwersten fallen, gegen einen Kandidaten Professor Ludwig Erhard zu stimmen.

Es ist nun leider so, daß die FDP hier wirklich das Zünglein an der Waage geworden ist. Sie hat das auch schon weidlich ausgenutzt. Es ist völlig unsicher, wie die Wahlmänner der FDP stimmen werden. Bis jetzt steht nur fest, daß eine geschlossene Stimmabgabe ihrer Stimmen für den einen oder für den anderen Kandidaten nicht abzusehen ist. Das ist die Situation.

Dann ist noch die NPD mit ihren 20 Stimmen im Spiel, wobei man allerlei hört: Daß sie sich im ersten Wahlgang der Stimme enthalten wollten, um dann beim zweiten Wahlgang deutlich zu machen, wie sie abgestimmt hätten.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir als Vorstand sollten uns darauf einigen, dem Gremium, das nachher zusammentritt, die beiden Kandidaten vorzuschlagen, die sich bereit erklärt haben, also Herrn Minister Dr. Schröder und Herrn von Weizsäcker. Ich denke, wir sollten versuchen, in einem nicht allzu langen und komplizierten Verfahren zu einer Entscheidung zu kommen. Jeder von uns hat inzwischen Gelegenheit gehabt, sich seine Gedanken zu machen.

Ich würde es auch nicht für nützlich halten, wenn wir die beiden Herren bitten würden, in diesem Gremium ihre Vorstellungen über das Amt und ihre Absichten usw. darzulegen. Das wäre, glaube ich, beiden Herren nicht angemessen. Wir müssen sie kennen und wissen, wer sie sind, und wir können uns wohl auch vorstellen, wie sie das Amt verwalten werden. Dann müssen wir natürlich Wünschen stattgeben, die kommen mögen, daß man dieses oder jenes debattiert, über dieses oder jenes spricht. Das wird getan werden. Ich werde aber als Vorsitzender versuchen, das nicht ausufern zu lassen. Und dann wird eben gewählt werden.

Es ist eben – darf ich das noch hinzufügen – eine leidige Situation. Aus der FDP ist in den letzten Wochen so viel zu dieser Frage von so vielen geäußert worden, daß ich darauf gar nicht eingehen will.[3] Die Sozialdemokratische Partei hatte ein wenig gehofft, daß wir uns auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen würden oder könnten. Man ist an mich herangetreten, ob man sich vielleicht auf einen Mann wie Herrn Leber einigen könnte. Ich habe sofort erklärt, daß ich das in der Situation, in der wir sind, nicht für möglich halte. Ich habe auch sofort darauf hingewiesen, daß die Wahl des Bundespräsidenten kurz vor den Bundestagswahlen natürlich einen starken Einfluß auf den Ausgang der Bundestagswahl selbst haben könne. Ich habe auch Herrn Leber selber gefragt, ob er ehrlicherweise sagen könnte, daß er nicht wünschte, daß seine Wahl sich zugunsten der SPD für die Bundestagswahl auswirken würde. Er war ehrlich genug, dem mit seiner Antwort auszuweichen.

Das haben einige Leute drüben übelgenommen. Aber das kann ja für uns nicht das Motiv sein, uns für einen gemeinsamen Kandidaten zu entscheiden. In anderen Zeiten

3 Vgl. „Ruhr Nachrichten" vom 26. Oktober 1968 „Rätsel an der Präsidentenbörse"; fdk Nr. 423 vom 26. Oktober 1968 „Dr. Mende: FDP läßt sich nicht auseinanderdividieren"; „Welt am Sonntag" vom 27. Oktober 1968 „Handel um das Präsidenten-Amt"; „Zeit" vom 1. November 1968 „Präsident – von wessen Gnaden?".

vielleicht, aber nicht im Jahr einer Bundestagswahl, hätte man einem solchen Gedanken nähertreten können. Das ist ja auch bei uns gelegentlich schon besprochen worden. Aber in diesem Jahr halte ich das einfach für ausgeschlossen. Da müssen wir schon unsere eigenen Männer präsentieren.

Das ist also die Situation. Meinen Vorschlag haben Sie gehört. Vielleicht wird es gut sein, wenn wir jetzt einmal für alle Fälle die beiden Herren bitten, uns allein zu lassen.

Minister Dr. Schröder und Dr. Freiherr von Weizsäcker verlassen den Sitzungssaal.

Darf ich nun fragen, ob Sie zu meinem Vorschlag eine Aussprache wünschen?

Lemke: Darf ich eine Frage stellen, Herr Bundeskanzler: Ihr Gedanke war, daß also beide Herren vom Vorstand in toto vorgeschlagen werden, daß wir hier also keine Vorentscheidung treffen.

Kiesinger: Das ist nicht unsere Sache!

Lemke: Der Vorstand könnte natürlich einen Vorschlag machen. Das tun wir öfter, daß der Vorstand einem besonderen Gremium einen Vorschlag macht. Ich bestehe nicht darauf. Ich will das nur gern geklärt haben. Wir wollen also möglichst neutral bleiben und sagen: Der Vorstand schlägt dafür beide vor.

Barzel: Ich würde aus einem anderen Grunde dafür dankbar sein, wenn man dem Vorschlag des Parteivorsitzenden folgte. Wir sind nämlich in der Schwierigkeit der Gremien: Bundestagsfraktion und Bundespartei. Die Bundestagsfraktion hat bis zur Stunde von jeder Verdichtung ihrer Meinung abgesehen und hat auch heute morgen in der Sitzung, die der Fraktionsvorstand hatte, darauf verzichtet, irgendeine Empfehlung zu geben.[4] Wir sind der Meinung, daß um 15.00 Uhr in gehöriger Weise in einer geheimen Wahl die Entscheidung fallen soll, ohne daß vorher noch eine Verdichtung stattgefunden hat. Das ist aus unserer Sicht das fairste Verfahren. Deshalb würde ich es begrüßen, wenn der Parteivorstand sich in diese offene Position begeben könnte.

Kohl: Ich hätte es begrüßt, wenn sich auch gestern alle schon daran gehalten hätten![5]

Meyers: Ich bin der Ansicht, wir sollten wie vorgeschlagen verfahren, weil sonst der Vorstand in die peinliche Lage kommen könnte, einen anderen vorgeschlagen zu haben, als die Wahlmänner und Wahlfrauen nachher wählen. Das wäre für seine Position schlecht.

Was Herr Kohl soeben angeschnitten hat, ist die Beurteilung eines Tatbestandes, den er nicht kennt. Was gestern stattgefunden hat, war schon am 17. Oktober – als diese heutige Sitzung noch nicht zu erkennen war – vereinbart. Wir treffen uns regelmäßig jeden Monat mit unseren Bundestagsabgeordneten, damit die Landtagsfraktion die Bundestagsabgeordneten unterrichtet, was für politische Fragen im Lande anstehen; umge-

4 Fraktionsvorstandsprotokolle für den Zeitraum von August 1965 bis November 1976 nicht vorhanden.

5 Vgl. FAZ vom 15. November 1968 „Kandidatenwahl"; „Welt" vom 15. November 1968 „Steigende Aussichten für Gerhard Schröder". Vgl. auch FAZ vom 16. Oktober 1968 „Die fünfte Bundespräsidenten-Wahl"; „Rheinischer Merkur" vom 18. Oktober 1968 „Trübe Vorgefechte der Parteien".

kehrt unterrichten dann auch die Bundestagsabgeordneten die Landtagsfraktion. Bis jetzt war nämlich gerade in Nordrhein-Westfalen dieser Kontakt außerordentlich schlecht, weil unsere Abgeordneten abends nach Hause reisen, während andere Abgeordnete sich in ihren Häusern treffen. Unser Haus steht unseren Abgeordneten auch nicht mehr in dem Umfange wie früher zur Verfügung. Darum haben wir entschieden, daß wir uns in Zukunft regelmäßig treffen. Das Treffen gestern war mit einem Präsidiumstreffen verbunden. Da ist es natürlich klar – die anderen haben schon auf dem Berliner Parteitag für diese Frage geworben – und in einer Partei nichts Ungewöhnliches, daß man sich in einem maßgeblichen Gremium darüber unterhält, worüber die Gazetten seit Wochen täglich berichten. Und Sie wissen selber, wenn mehr als zwei Leute in einem Saale zusammen sind, ist das, was gesprochen wird, nicht geheimzuhalten.

Kiesinger: Wir sind uns also darüber einig, daß wir so verfahren wollen, beide Herren vorzuschlagen. Dabei werden Sie verstehen, daß wir bei diesem Vorschlag auch keine Wertungen abgeben dürfen; denn wo soll man anfangen und wo soll man aufhören? Wir sollten einfach sagen: Diese beiden Persönlichkeiten sind diejenigen, auf die sich soundso viele Hoffnungen in der Partei gerichtet haben; beide haben sich auf Anfrage bereit erklärt. Ich bin sicher, daß auch in dem Gremium, das nachher zusammentritt, der Gedanke ausschlaggebend sein wird: Mit welchem Kandidaten erreichen wir mit der größeren Wahrscheinlichkeit den Sieg? Das ist allerdings eine sehr schwer zu beantwortende Frage.

Stingl: Herr Bundeskanzler, können wir denn erfahren, was so an unterschwelligen Gesprächen schon stattgefunden hat? Die hat es doch sicher gegeben.

Kiesinger: Der Vorstand hat ein Recht darauf, das zu fragen. Ich habe diese Gespräche nicht geführt. Ich habe vor Monaten einmal Herrn Scheel aus anderer Gelegenheit bei mir gehabt. Herr Scheel hat mir dabei gesagt, wenn sie etwa Herrn Schröder nicht wählen würden, würden sie ihn das wissen lassen; sie glaubten, ihm das schuldig zu sein.

Nun, wie ist die Lage? Gestern ist nun diese bekannte Erklärung abgegeben worden. Sie haben die Situation weidlich ausgenutzt. Hinter dieser Erklärung gab es Vorgänge, wo offenbar Leute, die anti Heinemann eingestellt waren, in der FDP den Versuch machten, die FDP doch noch auf eine Linie zu bringen. Es gab hintereinander weg Erklärungen – eine davon liegt sogar schriftlich vor. Wenn ihr Schröder als Kandidaten aufstellt, dann gibt es keine einheitliche Abstimmung in der FDP; wenn ihr von Weizsäcker als Kandidaten aufstellt, dann besteht die Möglichkeit einer geschlossenen Stimmabgabe zugunsten von Weizsäcker. Das war in mehreren Gesprächen von führenden Leuten der FDP gesagt worden, und zwar mit der Begründung: Wenn wir die „Heinemänner" abhalten wollen, Heinemann zu wählen, dann müssen wir einen Kandidaten haben, auf den sie sich allenfalls einschwören lassen. Das wird nicht Herr Schröder sein, sondern Herr von Weizsäcker. Nach meiner Meinung ist das eine Erklärung, die eben ein paar Leute abgegeben haben, allerdings auch Leute, die nicht zu dieser einen Gruppe gehören. Aber für uns steht die Erklärung in der Welt, die gestern abgegeben worden ist. Alles andere ist eben Spekulation.

Natürlich können sie hinterher kommen und sagen: Bitte sehr, wir haben euch ja gesagt – nicht öffentlich, aber hinter vorgehaltener Hand –, ihr habt nicht gehört. Es ist natürlich durchaus möglich, daß sie damit kommen. Aber natürlich wird es ebenso gehen können, wenn wir den anderen Kandidaten wählen würden. Dann würde natürlich auch in der Öffentlichkeit gesagt werden: Warum hat die CDU nicht ihren bekannten Mann vorgeschlagen? – Das ist also alles Spekulation. Aber der Vorstand soll wenigstens wissen, was da vor sich gegangen ist. Aus eigenem Wissen kann ich dazu nichts sagen.

Fay: Wir sind bei der Ermittlung des Sachverhaltes im Vorfeld. Ich hatte gestern in Frankfurt eine Unterredung mit einem Vorstandsmitglied der FDP-Bundestagsfraktion. Ich habe den Betreffenden gefragt, wie die FDP zu unseren beiden Kandidaten stünde. Darauf wurde mir gesagt, man habe weder zu dem einen, noch zu dem anderen eine Meinung. Auf meine Frage, wie man zu Herrn Heinemann stünde, sagte der Betreffende, nach seiner Kenntnis würde die Mehrheit der FDP-Fraktion in der Bundesversammlung Herrn Heinemann wählen. Auf meine Frage, ob denn von der SPD ein Angebot in bezug auf Wahlrecht gemacht worden sei, gab man mir eine ausweichende Antwort.

Meine Frage hier an dieses Gremium, an Sie Herr Bundeskanzler: Ist Ihnen bekannt, ob über diese Frage zwischen der SPD und der FDP ein Arrangement zustande gekommen ist, oder ist diese Frage auch noch offen?

Kiesinger: Mir ist nicht bekannt, daß zwischen den beiden darüber gesprochen worden ist. Aber das bedeutet nicht, daß es nicht geschehen sein kann.

Meyers: Die FDP ist noch nicht einig – wie immer. Ich habe von zwei Vorstandsmitgliedern die Mitteilung bekommen, daß sie auf keinen Fall Herrn Heinemann wählen würden. Ob sie unseren Kandidaten wählen, ist eine andere Frage. Sie werden sicherlich die Taktik einschlagen zu sagen, daß sie jeweils den anderen gewählt haben würden.

Kiesinger: Es ist noch eine andere Sache: Die haben gesagt, sie würden vor der Wahl ihren Kandidaten bekanntgeben. Das scheint eine große Wahrscheinlichkeit für sich zu haben. Damit können sie dann deutlich machen: Wir sind es, die diese Entscheidung beeinflußt haben.

Lemmer: Das Wahrscheinlichste ist, daß das Resultat sicher knapp wird. So, wie ich die FDP einschätze – ich habe ja mit den Älteren dieser Fraktion Verbindungen aus früherer Zeit und habe mit ihnen sprechen können, ähnlich wie einige andere Kollegen es auch berichteten –, wird es keine geschlossene Abstimmung bei der FDP geben. Das muß man als sicher annehmen, es sei denn – was wir nicht wissen –, daß hinter unserem Rücken ein großes politisches Geschäft auf weitere Sicht zwischen diesen beiden Fraktionen abgeschlossen worden ist. Das erfährt man nicht so leicht. Ich halte das nicht für sicher. Aber ich bin der Meinung, wir sollten bei unseren Überlegungen mit einer Möglichkeit dieser Überraschung rechnen.

Weil es wahrscheinlich ein knappes Resultat gibt, darf ich die Gelegenheit dieser Bundesparteivorstandssitzung benutzen, um dem Vorsitzenden mein feierliches Wort zu geben, daß ich Disziplin halten werde. Das, was darüber berichtet worden ist, war übertrieben und wurde meist ernster genommen, als es in einem bestimmten Kreis aus-

gesprochen war. Ich stehe zu meinem Wort, hier in der Partei Disziplin zu halten, obwohl ich Herrn Heinemann aus schweren Erlebnissen – menschlich vor allem – positiver beurteile. (*Zuruf:* Das ist ein Menschenalter her!) – Nein, das ist kein Menschenalter her. Er hat mit uns auch die CDU gegründet. Ich könnte einen interessanten Abriß über das Leben dieses Mannes geben. – Herr Vorsitzender, ich bin gewohnt, treu zu sein. (*Beifall.*)

Scheufelen: Ich habe den Eindruck, daß die Einigung zwischen FDP und SPD sehr viel weiter ist.

Kiesinger: Haben Sie Anhaltspunkte?

Scheufelen: Anhaltspunkte ist übertrieben. Man muß aber die ganzen Entwicklungen der letzten Jahre sehen. Ich darf hier zunächst mal an die Regierungsbildung in Baden-Württemberg erinnern. Dort wurde mir vom Parteivorstand verbindlich zugesagt, von den 18 Abgeordneten der FDP würden 15 der Koalition zustimmen. Dann ist unter dem Druck der Landesversammlung der bekannte Beschluß zustande gekommen.[6] Damals war langfristig der Wille vorhanden, nicht in die Regierung zu gehen, mit der Begründung, eine bessere Position für das Jahr 1969 zu haben. Das ist immer das Motiv der FDP: die optimale Ausgangsposition für die Wahl 1969.

Es ist so, wie Sie, Herr Bundeskanzler, gesagt haben: Wir können tun, was wir wollen, und wir können uns entscheiden, für wen wir wollen – die FDP wird hinterher immer sagen: Hättet ihr euch für den anderen entschieden, so hätten wir ihn gewählt. Das ist also die Großlage.

Nun kommt dazu die Kleinlage. Im Unterschied zu der Enge eines Landesverbands ist hier einmal eine Bundestagsfraktion da, die man, soweit das bei der FDP überhaupt möglich ist, noch einigermaßen übersehen kann; Herr Barzel winkt auch da ab. Dazu kommen nun völlig unbekannte Wahlmänner aus den Landtagen. Bei diesen Wahlmännern besteht natürlich viel stärker die Möglichkeit, sie in einer bestimmten Richtung zu manipulieren.

Ich habe versucht, bei uns im Lande herauszufinden, was da läuft. Das war mir nicht möglich, und das hat mich stutzig gemacht. Herr Bundeskanzler, Sie kennen ja die Verhältnisse bei uns. Wenn man hier generell gegen einen Eisernen Vorhang läuft, dann ist das doch bedenklich.

Kohl: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich muß sagen, ich stimme dem Bild von der FDP, das hier teilweise von einigen Kollegen entworfen wurde, nicht zu. Ich glaube nicht, daß die FDP im wesentlichen bei dieser Abstimmung auseinanderfallen wird. Ich bin ziemlich sicher davon überzeugt, daß diese FDP – sie hat 82 Stimmen – relativ gesehen mit keinem größeren Prozentsatz von dem Hauptkurs der Frak-

6 Die Landesversammlung der baden-württembergischen FDP sprach sich am 8. Juni 1968 auf ihrer Landesversammlung in Sindelfingen gegen eine Koalition mit der CDU aus, vgl. „Frankfurter Rundschau" vom 10. Juni 1968 „Klar und ehrlich Nein zur CDU gesagt"; „Welt" vom 10. Juni 1968 „Die FDP will nicht mehr Schwarzer Peter spielen"; „Südkurier" vom 10. Juni 1968 „Nach Nein der FDP: Neues Angebot an SPD". – Zur SPD-Landesversammlung in Kehl vgl. Nr. 19 Anm. 60.

tion in der Bundesversammlung abweichen wird, als das bei den anderen Parteien der Fall ist. Ich kann nur dringend davor warnen, etwa den Gedanken aus einer früheren Zeit wieder aufzunehmen, daß es wie seinerzeit bei der Bundestagsfraktion zu einer Spaltung kommen könnte.[7] Ich halte das bei dem jetzigen Sachstand der FDP für ausgeschlossen. Meines Erachtens ist die FDP nicht festgelegt.

Ich habe Grund zu der Annahme, daß bei Gesprächen mit der SPD natürlich die Wahlrechtsfrage angesprochen wurde. Ich glaube nicht, daß das im Blick auf eine nächste Koalition zwischen SPD und FDP geschehen ist, sondern daß die Wahlrechtsfrage insgesamt seitens der FDP im Gespräch mit der SPD ins Spiel gebracht wurde und daß nach der Seite hin auch beiläufige Äußerungen von Herrn Brandt und Herrn Wischnewski deutlich wurden, die eine Tendenz erkennen ließen, die die FDP erfreute. Ich habe in diesem Zusammenhang eine ganze Reihe von Hinweisen erhalten. Ich persönlich glaube, daß die FDP in der Tat heute nicht festgelegt ist; sie ist vielleicht sogar heute in dieser Frage offener als vor acht Tagen.

Die FDP-Führung verfolgt wohl die Taktik, mit der Abstimmung in der Fraktionssitzung der Bundesversammlung – das wird wahrscheinlich frühestens Ende Januar sein – vor Eintritt der öffentlichen Meinungsbildung und Meinungsmache – das muß man hinzufügen – den aufgestellten Kandidaten abzuwerten. Ich glaube, daß die FDP sehr stark danach schielen wird, wie man in der öffentlichen Meinung am besten mit der Entscheidung wegkommt, die man dann trifft. Das ist genau der unberechenbare Punkt.

Nun stehen wir hier vor einer Situation, daß zwei Kandidaten zur Debatte stehen. Ich halte das nicht für etwas Ungewöhnliches. Wir sollten uns an den Gedanken gewöhnen, daß bei einer so wichtigen Entscheidung auch mal eine richtige Abstimmung stattfindet. Ich finde, das sollte man nicht irgendwie negativ apostrophieren.

Was unsere Situation nach draußen etwas erschwert – ich wollte das nachher in dem größeren Kreise nicht ansprechen[8], deshalb möchte ich es hier erwähnen –, ist, daß es eben bei der Forcierung dieses oder jenes Kandidaten in den letzten Wochen und Monaten eben nicht nur um die Nominierung eines Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl ging, sondern daß ganz offensichtlich auch gewisse personalpolitische Entscheidungen und Vorstellungen im Blick auf die Kabinettsbildung 1969 und einer späteren Zeit bei der einen oder anderen Diskussion eine Rolle spielten. Das muß man hier ganz offen ansprechen. Das hat unsere Position in der Öffentlichkeit nicht gerade erleichtert.

Mir scheint, wir sollten, bevor wir nachher in dem Wahlmännergremium zur Abstimmung kommen, eines ganz klar unter uns ausmachen – ich halte das für eine Selbstverständlichkeit –, daß derjenige, der in dieser Abstimmung obsiegt, auch die Unterstützung der gesamten Partei in den nächsten kritischen Wochen erhält. Vom Tage der Nominierung an, also von heute an, bis zu dem möglichen Wahltermin – die Bundes-

7 Im Februar 1956 verließ die FDP die Koalition mit den Unionsparteien; daraufhin verließen 16 Abgeordnete die FDP-Fraktion.

8 Protokoll der Sitzung der Kommission (94 Mitglieder) zur Vorbereitung der Bundesversammlung am 15. November 1968 in Bonn, Bundeshaus, 15.00 Uhr, in ACDP 07–001–062/3.

versammlung wird frühestens im Februar zusammentreten[9] – wird immerhin praktisch noch ein Vierteljahr verstreichen. In diesem Vierteljahr kann man natürlich ein Bild hochziehen, und man kann es runterziehen. Wenn wir in dieser Zeit in eine schwierige und ungewöhnlich kontroverse innerparteiliche Debatte geraten, schadet das dem Kandidaten ganz automatisch, und es schadet auch den Chancen, die wir für unseren Kandidaten haben.

Ein Höchstmaß von Geschlossenheit der CDU/CSU in den Wochen bis zur Entscheidung in der Bundesversammlung bringt auch eine automatische Erhöhung unserer Chance, Stimmen der FDP zu gewinnen. Wir können anziehend wirken, wenn wir uns vernünftig und geschlossen, kameradschaftlich, vielleicht sogar freundschaftlich verhalten. Wir können aber auch abstoßend wirken, wenn das Ergebnis, das bei einer Abstimmung herausgekommen ist, von denen abgelehnt wird, die für den Gegenpartner votiert haben. Ich finde, das sollte man nachher, bevor man zur Abstimmung kommt, noch einmal sehr präzise als unseren Standpunkt fixieren.

Wir sollten gleichzeitig versuchen, in den Landtagsfraktionen, die die Mitglieder der Bundesversammlung wählen müssen, und in der Bundestagsfraktion darauf hinzuwirken, daß möglichst jetzt niemand mehr bei uns eine öffentliche Fixierung vornimmt. Ich sage das wieder mit Grund. Ich habe nämlich in den letzten Tagen verschiedene Briefe von Kollegen aus Landtagen erhalten, die erklärten: Wenn der und der gewählt wird, dann werden wir auf keinen Fall in der Schlußabstimmung für ihn stimmen. Bei einer solchen Tendenz wird unser Gesamtbild nicht sehr anziehend wirken. Ich würde bitten, daß man diese paar Gedanken nachher noch deutlich macht.

Bei der FDP spielt noch eine gewisse Rolle, daß sie sozusagen unter allen Umständen durch die Veröffentlichung ihrer Stimmabgabe erklären will, daß die NPD aus dem Spiel um die Wahl des Bundespräsidenten ausgeschaltet wird. Das ist ein Gedanke, der bei der Sitzung des Bundesvorstands und der Bundestagsfraktion der FDP am vergangenen Montag in der Diskussion einen sehr breiten Raum eingenommen hat.

Kiesinger: Ich halte es für selbstverständlich, daß, wenn dieses Gremium seine Entscheidung getroffen hat, von da ab die Partei hinter diesem gewählten Kandidaten wie ein Mann steht. Das ist selbstverständlich; sonst können wir gleich einpacken. Jeder von uns hat seine Vorstellungen, jeder von uns sagt sich: Der ist nach meiner Meinung der bessere Kandidat als der andere. Das ist unser gutes Recht. Aber wenn entschieden worden ist, darf da nichts mehr übrigbleiben. Dann dürfen keine derartigen Nachgesänge mehr kommen: Der ist zwar nun aufgestellt worden, aber es wäre doch schöner gewesen, wenn es der andere gewesen wäre. – Das ist ganz selbstverständlich. Ich werde das natürlich nachher auch sagen.

Amrehn: Herr Bundeskanzler, Sie haben die Frage gestellt, ob Herr Scheufelen einen Anhaltspunkt dafür gewonnen hätte, daß es eine Verabredung zwischen FDP und SPD gibt. Jeder hat seine Information. Vielleicht steckt auch in dem, was ich zu sagen habe,

9 Am 5. März 1969.

nur ein Stückchen von dem Nervenkrieg drin, der innerparteilich zwischen den Parteien geführt wird.

Die SPD hat ihren Kandidaten am 1. November mittags im Berliner Sportpalast benannt.[10] Am Abend dieses Tages ist mir eine Information gegeben worden – ohne daß ich meine Quelle nennen kann; ich möchte sie aber als immer sehr gut unterrichtet bezeichnen –, daß damit das Rennen gelaufen sei. Die Nominierung von Herrn Heinemann sei bereits ein Ergebnis von Besprechungen, die mit den anderen geführt worden seien, und die anderen hätten dabei zum Ausdruck gebracht, sie müßten Herrn Heinemann wählen, um für eine Koalitionsentscheidung des nächsten Jahres frei zu sein.

Vielleicht ist der Versuch unternommen worden, auf diesem Wege auf mich einzuwirken. Ich habe nur erwidern können, daß die CDU bis zur letzten Entscheidung in der Bundesversammlung um die Besetzung dieses Postens ringen wird und sich nicht etwa damit abfinden könne, einen „Fernerliefen-Kandidaten" aufzustellen. Es gibt also Anhaltspunkte dafür, daß es Gespräche solcher Art gegeben hat. Das ist meine Überzeugung.

Stoltenberg: Ich möchte ebenfalls die Unberechenbarkeit der Haltung der FDP in dieser Frage unterstreichen. Wenn man mit führenden Sozialdemokraten spricht, die dem engeren Parteivorstand angehören, dann wird man je nach der persönlichen Einstellung des einen oder anderen eine ganz andere Einschätzung der FDP erhalten. Es gibt Sozialdemokraten in der engeren Führung, die die FDP für kommende Wahlperioden für politische Kombinationen im Spiel halten möchten. Es gibt andere – die darf man auch nicht übersehen –, die ein abgrundtiefes Mißtrauen gegen die FDP haben; sie sagen einem ziemlich offen, daß sie – unabhängig von dem, was Scheel und Genscher erklären und wollen, welche Beschlüsse sie herbeiführen; die gehen sicher bei Scheel und Genscher stärker in die Richtung Heinemann – gar kein Vertrauen darauf haben, daß diese FDP in der Lage ist, solche Bündnisse zu honorieren.

Ich wollte das nur als einen Eindruck von Gesprächen aus den letzten Tagen wiedergeben, nachdem auch andere ihren Eindruck wiedergegeben haben, um zu zeigen: Es sind bei der SPD und bei der FDP, je nach der Einschätzung der einzelnen Politiker im gegenseitigen Verhältnis und der wünschenswerten künftigen politischen Entwicklung ganz unterschiedliche Äußerungen zu erwarten. Wir müssen uns wohl darauf einstellen, daß die FDP wahrscheinlich unter dem Druck, unter dem Einfluß ihrer Führung ein Votum für Heinemann anstrebt. Ich würde aber sagen, daß das in keiner Weise etwas über die endgültige Stimmabgabe aussagt, sondern daß damit die Entscheidung in der Bundesversammlung immer noch offen ist. Welche Folgerungen sich für uns eröffnen, ist eine ganz andere Frage, die wir hier nicht erörtern wollen.

---

10 Die durch Parteivorstand, Parteirat und Kontrollkommission der SPD erfolgte Wahl Gustav Heinemanns zum Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten wurde vom Vorsitzenden Willy Brandt am 1. November zunächst vor Journalisten in Berlin mitgeteilt und am Abend bei einer Kundgebung der SPD im Sportpalast öffentlich von ihm verkündet, vgl. „Welt" vom 2. November 1968.

Lemke: Ich möchte Herrn Stoltenberg recht geben. Ich stimme mit ihm hinsichtlich der Beurteilung der FDP überein. Ich möchte allerdings folgendes sagen: Ich kenne auch einige Leute der FDP – und ich habe nicht das Gefühl, daß ich von ihnen belogen wurde –, aus deren Äußerungen ich entnehme, daß es heute keine einheitliche und geschlossene Meinung in der FDP gibt. Es kann sein, daß diese angestrebt und später auch erreicht wird. Jedenfalls kann man nicht sagen, daß die 83 sich geeinigt haben, wie wir uns nachher einigen werden. Das ist einfach nicht der Fall.

Jeder hat sicherlich irgendwelche Bekannte oder Freunde drüben, und jeder hört etwas anderes. Ich möchte allerdings mit aller Deutlichkeit sagen: Ich kann einfach nicht annehmen, daß ich so belogen werde und daß heute dort schon eine einheitliche Meinung besteht. Das ist bei weitem nicht der Fall.

Röder: Ich kann in der Beurteilung der FDP denen zustimmen, die sagen, die FDP werde ihre Wahl nicht von der Person, die wir benennen, abhängig machen, sondern von ihren eigenen Interessen. Da sind wir wohl alle einig. Diese Interessen sieht sie darin, sich am Leben zu halten, was wiederum von ihr aus gesehen legitim ist.

Wir werden Stimmen von ihr bekommen, wenn wir sozusagen in bezug auf die Wahlrechtsreform unsere offiziellen Äußerungen so änderten, daß sie von da aus folgern könnte, auch mit uns sei, da sie am Leben bliebe, eine Fortsetzung einer Koalition möglich. Solange wir offiziell von höchster Stelle aus immer wieder die Wahlrechtsreform in die Debatte bringen und dabei bedauernd sagen, daß es leider an den anderen läge, daß sie nicht zustande komme, wird uns das sicherlich auf dem Wege und in der Absicht, Stimmen von der FDP zu gewinnen, nur schaden können. Man muß entscheiden, ob einem die Wahl des Bundespräsidenten soviel wert ist, daß man einen solchen grundsätzlichen Standpunkt aufgibt. Das muß man politisch abwägen. Man muß sich nur über die Konsequenzen klar sein.

Ich würde es für ein ganz unwürdiges und darüber hinaus noch völlig wirkungsloses Verfahren halten, wenn wir nun als einzelne der CDU – jeder bei seinen Bekannten – bei der FDP bittend auftreten würden, doch für unseren Kandidaten zu stimmen. Das würde nichts nutzen.

Ich meine aber, daß wir sehr sorgfältig im kleinsten Kreise einmal darüber nachdenken sollten – wenn schon die Wahlrechtsänderung aufgrund von Besprechungen zwischen der SPD und der FDP nicht möglich ist, weder bis 1969 noch nach 1969, wenn also hier eine Absprache zwischen der SPD und der FDP vorliegt –, ob wir dann unter allen Umständen diesen von uns im Augenblick vertretenen Standpunkt aufrechterhalten können, selbst auf die Gefahr hin, nach 1969 aufgrund einer solchen Absprache und aufgrund unserer eigenen Haltung dann in die Opposition zu kommen. Man muß das zumindest sehr sorgfältig überlegen und sein Verhalten danach ausrichten. Ich glaube, es ist der Überlegung wert.

Kiesinger: Das ist natürlich eine Abwägung, die wir anstellen müssen.

Die entscheidende Frage ist eben die Frage der Koalition. Man hört ja merkwürdige Begründungen aus dem Lager der FDP. Das Schwierige ist eben, daß es in dieser Partei keine einheitliche politische Willensrichtung gibt. Da gibt es Leute – und ich fürchte,

sie haben in der Führung sogar die Mehrheit –, die sagen: Jetzt hat diese CDU 20 Jahre lang das Steuer in der Hand gehabt, jetzt muß damit endlich Schluß sein. Diesen Leuten geht es also darum, die Herrschaft der CDU zu brechen. Daneben gibt es andere Leute in der FDP, die immer noch gern mit der CDU machen würden, die im Grunde genommen die wichtigsten politischen Fragen ähnlich beurteilen wie wir und die sich sagen: Können wir nicht vielleicht doch einen Weg finden, um den Heinemann zu vermeiden? Das ist die Lage, mit der wir rechnen müssen. Diejenigen, die gesagt haben, das Rennen ist gelaufen, haben sicher nichts Falsches gesagt. Sie haben zum Ausdruck gebracht, daß wohl die Mehrheit dieser Partei Herrn Heinemann wählen wird. (*Amrehn:* Und durch Beschluß darauf noch festgelegt werden soll!)

Lemmer: Ich sage verbindlich voraus: Die 20jährige CDU-Herrschaft läuft 1969 nicht ab, und zwar aus einem einfachen Rechenexempel heraus. Einem führenden Sozialdemokraten habe ich gesagt: Was macht ihr da für Spinnereien! Entweder macht ihr die Wahlrechtsreform mit, so, wie wir sie vorgeschlagen haben, und dann habt ihr eine Chance, die CDU zu schlagen und Regierungspartei zu bleiben. Macht ihr sie nicht mit, könnt ihr auch Regierungspartei bleiben, aber nur mit der CDU. Eine andere Regierungsbildung ist ja gar nicht möglich. Wenn wir mit 40, 50 NPD-Leuten und vielleicht mit 20 linken Sozialisten rechnen müssen, gibt es im kommenden Bundestag rein zahlenmäßig – es kann ja keiner zaubern – überhaupt keine andere Regierungsbildung als die, die augenblicklich besteht. Ob sie uns gefällt, ist eine andere Frage. Der anderen Gruppe, der SPD, gefällt diese Koalition auch nicht. Aber uns hat der Teufel zusammengeführt.

Kiesinger: Reden Sie nicht soviel darüber, sonst wird gleich gezischt. (*Heiterkeit.*) Natürlich gibt es eben diese Koalitionszwänge. Deswegen habe ich in Berlin die Sache überhaupt angesprochen.[11] Es ist nicht einfach eine Frage der Wünschbarkeit, ob man das so oder so machen kann, sondern das Wahlergebnis ist das, vor dem wir Angst haben; es könnten sich ständig derartige Mehrheitsverhältnisse ergeben. Herr Filbinger hat das ja in Baden-Württemberg auch mitgemacht. Hier sind dann nachher Regierungsbildungen so ungeheuer schwer. Wenn die NPD nicht reinkommt und wenn keine Linken hereinkommen, kann es anders sein.

Scheufelen: Ich möchte nur der Vollständigkeit halber noch einen Gedanken hinzufügen. Bei der FDP spielt in manchen Kreisen auch noch folgende Überlegung eine Rolle: Die Wahl des Herrn Heinemann könnte sich für die FDP bei der Bundestagswahl 1969 auswirken. Es gibt da einen etwas konservativen Kreis der FDP, der Angst davor hat, die Wahl des Herrn Heinemann könnte ihnen zumindest Stimmenverluste – das wäre noch gar nicht so schlimm – bringen; schlimmer wäre aber, daß die CDU dadurch die Stimmen bekommen könnte, die sie noch zur absoluten Mehrheit braucht. Ich möchte diesen Gedanken der Kuriosität halber noch anführen. Es handelt sich hier nicht um

11 Kiesinger hatte auf dem Parteitag geäußert: „Ich habe die Koalition gründen wollen, die sich für die Politik der CDU als die geeignetste erweisen würde." Vgl. Parteitagsprotokoll (s. Anm. 1) S. 440.

Überlegungen eines CDU-Politikers, sondern um Gedanken aus Kreisen der FDP, die in Verbindung mit der Wahl des Bundespräsidenten angestellt werden.

Meyers: Nachdem wir erreicht haben, daß die Zeit drängt, möchte ich noch auf eine Frage zu sprechen kommen, die meines Erachtens für die nachfolgende Sitzung von erheblichem Gewicht ist. Ich halte es für selbstverständlich, daß alle dem Kandidaten, den die Mehrheit dieses Gremiums nachher wählt, ihre Stimme geben. Die Landtagsabgeordneten sind da besser dran als die Bundestagsabgeordneten. Ein Landtagsabgeordneter kann sagen: Entbindet mich von der Mitgliedschaft in der Bundesversammlung.

Es kann sein, daß gleich eine schwache Mehrheit herauskommt. Eine knappe Mehrheit wäre meines Erachtens weder im Interesse der CDU, noch des Kandidaten. Es wäre schlecht, wenn unser Vorsitzender mit einem solchen Ergebnis vor die Kameras und vor die Presseleute treten müßte. Deswegen bitte ich, eine Anregung, die nicht von mir kommt, zu prüfen: Ob man nicht die Abstimmung gewissermaßen als Vorabstimmung vornimmt und dann eine Schlußabstimmung macht. Es ist doch etwas ganz anderes, wenn der Bundesparteivorsitzende vor die Kamera treten und sagen kann: Das Gremium hat mit überwältigender Mehrheit den Kandidaten benannt, und wir haben vorher in einer Probeabstimmung festgestellt, wofür die Mehrheit war. Das ist doch etwas ganz anderes, als wenn wir sagen müssen: Der Kandidat ist mit 46 gegen 44 Stimmen benannt worden.

Kiesinger: Ich würde meinen, wir sollten nicht so verfahren. Wir tun nämlich dann dem unrecht, der unterliegt. Das Ganze wird dann eine Farce. Es wird dann so getan, als wäre der, der unterlegen ist, ganz heruntergefallen. Das können wir nicht machen. Ich bin der Meinung, wir sollten das Abstimmungsergebnis gar nicht bekanntgeben.

Stoltenberg: Das Ergebnis wird aber leider bekannt werden. Es gibt aber eine Variante zu dem Vorschlag von Herrn Dr. Meyers. In Amerika macht man es so, daß man zunächst abstimmt. Das Ergebnis, das dann anfällt, macht sich dann die Versammlung einmütig zu eigen. Dadurch wird das erste Abstimmungsergebnis nicht verwischt. Es kommt aber dann ein Votum heraus, das die Einmütigkeit der Partei bekundet. Nach dieser Variante könnte man vielleicht verfahren.

Kiesinger: Wir können es ja so machen, daß ich sage, es habe zunächst eine erste Abstimmung stattgefunden, in der sich eine Mehrheit für den einen Kandidaten ergeben habe. Daraufhin habe sich das Gremium einstimmig für diesen Kandidaten ausgesprochen.

Kohl: Ich halte es auch für richtig, daß wir den Vorschlag von Herrn Dr. Meyers in der Modifikation verfolgen, die Herr Stoltenberg gerade angeführt hat. Zunächst sollte also der Kandidat benannt werden. Was hindert uns aber, anschließend einmütig die formale Empfehlung an die Fraktion der Bundesversammlung zu beschließen, diesen Kandidaten zu wählen? Das ist sozusagen dann ein zweiter Akt.

Kraske: Dann wäre also die erste Fragestellung: Wer ist für Herrn Dr. Schröder und wer ist für Herrn Dr. Freiherr von Weizsäcker? Als zweites käme dann eine Abstimmung darüber, daß dieses Gremium der CDU/CSU-Fraktion der Bundesversammlung

Herrn Sowieso zur Wahl zum Bundespräsidenten empfiehlt. Das wäre dann die Schlußabstimmung.

Kiesinger: Nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses würde ich also dieser Kommission vorschlagen, den Kandidaten X der Fraktion der CDU/CSU der Bundesversammlung zur Wahl zu empfehlen.

Stingl: Wie ist es, wenn keiner die absolute Mehrheit bekommt?

Kraske: Dieses Gremium hat, unter Abzug von Doppelmitgliedschaften, 94 Mitglieder. Einige sind entschuldigt. Die endgültige Zahl kann ich nachher erst bekanntgeben. Die Frage ist nun, ob zur Mehrheit 48 Stimmen – das heißt die Hälfte plus eine Stimme – erforderlich sind oder ob die Hälfte plus eine Stimme der Anwesenden ausreicht. Das muß vorher geklärt werden. (*Zurufe:* Der Anwesenden!)

Schwarzhaupt: Wegen der Zusammensetzung dieses Gremiums muß ich einen Protest anmelden, aus dem ich allerdings keine Konsequenzen ziehen möchte. Die Frauenvereinigung hat mit Zustimmung der Partei zwei gleichberechtigte Vorsitzende, Frau Fera und Frau Brauksiepe. Frau Brauksiepe ist in anderer Eigenschaft hier. Die Frauenvereinigung wollte gern Frau Fera in dieser Kommission haben. Das ist abgelehnt worden. Ich muß sagen, daß ich das nicht für richtig halte. Wie gesagt, ich will daraus keine Konsequenzen ziehen.

Kiesinger: Wir sind uns also einig, daß als Mehrheit die Hälfte der abgegebenen Stimmen gilt.

Dann kann ich hiermit die Sitzung des Bundesvorstands schließen.

24

Bonn, Donnerstag 16. Januar 1969

Sprecher: Blank, Fay, Gerstenmaier, Gradl, [Guttenberg], von Hassel, Heck, Kiesinger, Köppler, Kohl, Kraske, Lemmer, Lücke, Meyers, Rathke, Röder, Scheufelen, Stoltenberg, von Weizsäcker.

Bericht zur Lage. NPD-Verbot. Kulturpolitische Arbeit der Bundespartei. Berufung einer Mitbestimmungskommission entsprechend dem Beschluß des Bundesparteitags. Aktivität im Vorwahlkampf. Verschiedenes.

Beginn: 15.00 Uhr *Ende: 19.10 Uhr*

Heck: Meine Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler ist noch festgehalten durch einige Besprechungen. Es wird nicht lange dauern. Aber er hat darum gebeten, wir möchten mit der Arbeit beginnen. Ich schlage vor, daß wir mit Punkt 2 der Tagesordnung anfangen, nämlich mit der Frage, wie der Bundesvorstand über einen Verbotsantrag gegen die NPD denkt. Um den Bundesvorstand zunächst über das zu informieren, was auf der Ebene der Bundesregierung bisher läuft, haben wir Herrn Staatssekretär Köppler gebeten, weil Herr Benda heute nachmittag nicht hier sein kann, darüber zu berichten.

NPD-Verbot

Köppler: Herr Vorsitzender! Meine Herren! Ich möchte Ihnen das Gesamtproblem nicht in extenso darlegen, sondern Sie nur kurz darüber ins Bild setzen, wie der Stand der Überlegungen innerhalb der Bundesregierung, insbesondere auch beim Bundesminister des Innern, ist. Sie wissen, daß der Bundesminister des Innern im Kabinett eine Vorlage eingebracht hat, die dazu geführt hat, daß das Kabinett die Frage eines Verbots der NPD nach Art. 21[1] zur Zeit prüft. Diese Prüfungen sind noch nicht abgeschlossen. Es ist so, daß das Kabinett den Bundesminister des Innern gebeten hat, seine Materialien in extenso aufbereitet dem Kabinett für die eigene Willensbildung zur Verfügung zu stellen. Das ist zur Zeit vorwiegend ein technisches Problem. Das wird in den nächsten Tagen geschehen.

Zur Sache selbst, zu den Erwägungen des Bundesministers des Innern, darf ich mich auf ganz wenige Punkte konzentrieren. Zunächst ist natürlich für die ganze Frage wich-

1 Art. 21 Absatz 2 GG Satz 1: „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig."

tig, wie man die politische Vorfrage, nämlich die der Prozeßchancen, beurteilt, wie eigentlich die rechtliche Seite der Sache aussieht. Man muß sich allerdings darüber klar sein, daß es sich hier für die politische Beurteilung nur um eine Vorfrage handelt; wenn sie negativ beurteilt wird, scheidet die politische Erwägung vollends aus.

Es ist also selbstverständlich so, daß der Bundesminister des Innern nach dem Ergebnis seiner Prüfung davon ausgeht, daß diese Vorfrage positiv zu beantworten ist, d. h. also, daß hier eine – soweit man überhaupt bei Prozessen von einem kalkulierbaren Risiko reden kann – ausreichende Prozeßgewinnchance gegeben ist und daß die rechtlichen Voraussetzungen für ein Verfahren nach Art. 21 des Grundgesetzes gegeben sind.

Darüber läßt sich natürlich unter juristischen Gesichtspunkten endlos debattieren. Ich möchte aber diesen Punkt nur als Vorfrage mit dem Ergebnis der Prüfungen des Bundesministers des Innern hier angeschnitten haben, sonst aber weiter nicht berühren.

Ich möchte noch einige Bemerkungen zu den politischen Erwägungen machen, von denen sich der Herr Bundesminister des Innern leiten läßt. Das eine ist eine rechtspolitische Grundsatzfrage, die durchaus nicht nur auf die Rechtspolitik beschränkt bleibt, die Frage nämlich, ob diejenigen Bestimmungen unseres Grundgesetzes, hier die Art. 21, 9 und 18,[2] heute noch in die politische Landschaft passen und zeitgerecht sind, oder als nicht mehr zeitgerecht sozusagen obsolet dadurch werden sollten, daß man sie nicht anwendet.

In dieser Frage ist der Bundesminister des Innern entschieden der Auffassung, daß auch heute noch, unabhängig von der Frage der Geltung der Verfassung, unter rein politischen Gesichtspunkten diese Instrumente, die unsere Demokratie zu einer abwehrbereiten Demokratie – wie das Bundesverfassungsgericht es einmal im KPD-Urteil[3] formuliert hat – gemacht haben, notwendig sind und daß wir uns darüber klar sein müssen, daß, wenn bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen die dafür vorgesehenen Sanktionen im Grundgesetz nicht angewandt werden, dann bei häufigeren Verfahren in dieser Weise natürlich diese Instrumente unserer Verfassung in der Tat durch Nichtanwenden, obwohl Anlässe dazu gegeben wären, obsolet geworden sind und auch in einer Stunde ernster Gefahr nicht mehr zur Verfügung stehen.

Unter diesen wesentlichen rechtlichen und verfassungspolitischen Aspekten ist der Herr Bundesminister des Innern der Meinung, daß bei Vorliegen der Voraussetzungen für ein Verfahren nach Art. 21 – und er bejaht das für die NPD – mindestens die Prüfung angestellt werden muß, ob ein Antrag von einem Antragsberechtigten nach Art. 21 zu stellen ist oder nicht. Natürlich weiß auch der Herr Bundesminister des Innern, daß nun ein Ermessensspielraum besteht, der politisch ausgefüllt werden muß, in der Richtung:

2 Art. 9 GG behandelt die Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit, Art. 18 die Grundrechtsverwirkung.

3 Antrag der Bundesregierung vom 22. November 1951 auf Verbot der KPD, Entscheidung am 17. August 1956. Vgl. Gerd PFEIFFER/Hans-Georg STRICKERT (Hg.): KPD-Prozeß. Dokumentarwerk. 3 Bde. Karlsruhe 1955/56.

Muß man auch bei Vorliegen der Voraussetzungen von den Möglichkeiten Gebrauch machen oder nicht?

Der Bundesminister der Innern neigt dazu, in diesem Ermessungsspielraum zu einem Verbot zu raten, und zwar unter folgender Erwägung. Wir stehen vor der Situation, daß zwar die NPD in den letzten Wochen einen gewissen Abwärtstrend erkennen läßt. Dieser Abwärtstrend ist aber nach unserer Auffassung und den Hochrechnungen, die wir im Innenministerium laufend vornehmen lassen, nicht soweit verlaufen, wenn nicht ganz neue Momente und Entwicklungen eintreten, daß die NPD nicht in den Bundestag einziehen wird. Auch die letzte Hochrechnung zeigt noch, daß die NPD trotz verhältnismäßig schwacher Stellung im Gesamtabschneiden bei den letzten Wahlen und Befragungen gerade noch über 5% liegt. Wir gehen also davon aus, daß, wenn nichts geschieht, die NPD mit hoher Wahrscheinlichkeit in den Bundestag einziehen wird.

Wir kommen dann in eine zunehmende schwierige Situation, eine Partei nicht nur in den Länderparlamenten, in der politischen Wildbahn, sondern auch im Bundestag zu haben, der staatlicherseits alle Möglichkeiten zur Ausschöpfung verfassungsmäßiger Parteien gegeben werden müssen; mit anderen Worten, wir müssen nicht nur die Konsequenzen aus den Urteilen über die Finanzierung der Wahlkampfkostenerstattung ziehen – das war unabhängig davon, auch nach den Beschlüssen des Bundestags wäre die NPD schon in den Besitz dieser Wahlkampfkostenerstattungen gekommen, und zwar unabhängig von dem korrigierenden Urteil von Karlsruhe –, sondern auch in allen anderen Bereichen wird die NPD von allen Möglichkeiten staatlicher Unterstützung und Förderung der politischen Arbeit demokratischer Parteien Gebrauch machen können. Alle staatlichen Instanzen, der Bund, die Länder und auch die Kommunen, werden nicht in der Lage sein, das der NPD, die von ihrem Parteienprivileg Gebrauch macht, zu verbieten.

Wir werden dadurch in die Situation kommen, daß der Kampf um Stadthallen, um Säle usw. nicht nur jetzt und im kommenden Wahlkampf, sondern auch auf die Dauer sozusagen zum politischen Tagesgesprächsstoff in Deutschland wird. Wir werden dann auf der anderen Seite eine Eskalation der Reaktion auf der äußersten Linken erleben, die allein durch diese Tatsache, daß die NPD natürlich rücksichtslos von ihren Möglichkeiten Gebrauch macht, den Beginn des berühmten Schaukelprozesses einleiten könnte, der einfach darin besteht, daß linke Aktivität nun rechte Aktionen hervorruft. Es ist klar, das Wahlziel der NPD und alle ihre Vorbereitungen für die Wahlkampfführung gehen in diese Richtung, daß sie diese Rolle wahrnehmen wollen, und umgekehrt auch rechte Aktionen und linke Aktionen nicht nur bei der als Partei organisierten Linken, sondern auch bei der APO-Linken erzeugen werden.

Natürlich haben wir eine breite und solide demokratische Mitte in Deutschland. Die Frage ist nur, ob wir auf die Dauer – der Verzicht auf ein Zugreifen nach Art. 21 wäre ja die Hinnahme eines solchen Zustandes – riskieren wollen, daß die Aktionen auf dem linken und dem rechten radikalen Flügel ungestört weitergehen können und damit vielleicht doch ein gewisser Erosionsprozeß der demokratischen Mitte auf lange Sicht hin eintreten könnte.

Meine Herren! Das sind die Erwägungen, von denen sich im wesentlichen – von den vielen anderen, die angestellt worden sind, will ich schwiegen – der Herr Bundesminister des Innern bei seinem Votum hat leiten lassen. Er verkennt natürlich nicht, daß seit seiner Vorlage bestimmte politische Stellungnahmen und Entwicklungen vorgegangen sind. Er hat Kenntnis genommen von bestimmten Stellungnahmen von führenden Persönlichkeiten der SPD zu dieser Frage in diesem Zusammenhang.[4] Er sieht seine Aufgabe lediglich darin, dem Kabinett und seiner Partei seine Prüfungsergebnisse vorzutragen. Die politische Entscheidung, die hier fällig ist, muß woanders gefällt werden.

Heck: Schönen Dank! Freund Lemmer!

Lemmer: Ich bedauere, hier zu einigen anderen Überlegungen kommen zu müssen. Wir stehen hier vor einem Entweder-Oder. Ich halte es auf jeden Fall für falsch, sich nur mit der NPD, also mit der Rechten, und nicht gleichzeitig in einem Zug mit der Linken zu beschäftigen. Charakteristisch für das, was ich meine, war heute die Sitzung im gesamtdeutschen Ausschuß, wo, ich will nicht sagen, kontrovers, aber doch nicht übereinstimmend die Frage erörtert wurde, inwieweit diese Verlängerung des ohne Gegenleistung gewährten Zeitungsaustausches mit dem Osten, der am 31. März abgelaufen ist, fortgesetzt werden soll oder nicht.[5]

Die SPD plädiert für Verlängerung ohne neue Frist, während unsere Freunde in der Mehrheit wünschen, eine Frist bis zum 31. März vorzusehen. Ich habe der SPD gesagt, sie sei wie Thor auf einem Auge blind. Sie sieht nur nach rechts, aber sie hat nach links keinen Blick. Wir sollten aber zweiäugig diese Frage betrachten und danach handeln; wir sollten das nicht nur erkennen, sondern auch praktizieren. Ich fühle mich auch als Bundesbürger, nicht nur als West-Berliner, von der Linken mehr bedroht als von der Rechten. Es ist ja Ihre Privatempfindung, wie es bei Ihnen ist, ich jedenfalls fühle mich von der Rechten in keiner Weise bedroht. Sie ist für mich ein großes Ärgernis, aber ich fühle mich nicht davon bedroht. Ich fühle mich bedroht von der Zersetzung unserer Widerstandskraft durch die Linke, und zwar hier im Bundesgebiet mehr als Sie ahnen und wissen. Das ist bei der NPD nicht der Fall. Das ist das eine, was ich ausdrücklich sagen möchte.

Wenn wir uns entschließen sollten, dem Weg des Bundesinnenministers hinsichtlich der NPD zu folgen, muß gleichzeitig sichtbar gemacht werden für unsere Öffentlichkeit, daß mit dem Unfug an den Universitäten es zu Ende gehen muß. Daß wir jeden Tag spaltenlange Berichte über die Zerstörung der Staatshoheit, über die Zerstörung der demokratischen Ordnung zur Kenntnis nehmen müssen und dann unter dem Eindruck dieser täglichen Lektüre von einem NPD-Verbot geschrieben wird, meine Freunde, das

4 Wehner forderte „politische Klugheit und nationale Disziplin" gegenüber der NPD, vgl. dpa vom 5. Oktober 1968. Vgl. auch „Welt" vom 15. Januar 1969 „Zweifel an Verbot der NPD wachsen" zu weiteren Stellungnahmen von SPD-Politikern.

5 Das „Achte Strafrechtsänderungsgesetz" vom 25. Juni 1968 (BGBl 1968 I S. 741) stellte die Einfuhr von Presseerzeugnissen aus der DDR nicht mehr unter Strafe (BULLETIN Nr. 95 vom 30. Juli 1968 S. 824). Dies galt für den Zeitraum vom 1. August 1968 bis 31. März 1969. Der Bundestag verlängerte den Zeitungsaustausch mit der DDR in seiner Sitzung am 26. März 1969 bis zum Jahr 1971 (Sten.Ber. 5. WP 224. Sitzung S. 12285 f.)

stimmt nicht überein. Darauf können Sie sich verlassen. Das ist ein Bruch. Infolgedessen muß zunächst einmal die paritätische Behandlung gewährleistet sein. Dann könnte ich mich bereit finden, den Weg des Verbots zu gehen, aber dann müssen wir die Konsequenzen gegen alle die ziehen, die unsere freiheitliche Ordnung mehr bedrohen als wir ahnen.

Es gibt noch taktische Überlegungen hinsichtlich der Zusammensetzung des kommenden Bundestags so oder so, die ich in meinem Busen bewahren möchte – soweit ich einen Busen habe –, von denen ich nicht sprechen möchte, wozu sich aber manches sehr Interessante sagen ließe. Aber das soll man bei sich behalten. Unter vier Augen wäre ich bereit, meine Gedanken darüber zu äußern, die aber nur der Berücksichtigung wert sind. Entscheidend ist das Grundsätzliche.

Heck: Schönen Dank! Dazu Herr Köppler!

Köppler: Herr Minister Lemmer, genau von dieser Doppelspurigkeit der Situation geht natürlich auch der Innenminister aus. Wir kommen in der anderen Frage zu folgendem: zu konkretisieren ist einmal auf die DKP und einmal auf den SDS. Wir kommen in eine noch größere Zwangssituation hinein, und es verdichtet sich das Bild der DKP dahin, daß sie in der Tat eine Nachfolgeorganisation der verbotenen KPD ist. Wenn diese Prognose zutrifft, die man heute nur stellen kann angesichts der noch im Gang befindlichen Entwicklung, dann ist kein Verfahren in Karlsruhe einzuleiten, sondern dann ist nach den einschlägigen Bestimmungen lediglich diese DKP als verbotene Ersatzorganisation zu verbieten, was dann nachher gerichtlich nachzuprüfen wäre.

Genauso ist die Lage beim SDS. Beim SDS lagen sicher schon im Frühjahr des vergangenen Jahres die Voraussetzungen für ein Verbot nach Art. 9 – einer Vereinigung – vor. Wir haben keinen Gebrauch von der objektiv gegebenen Möglichkeit aus politischen Zweckmäßigkeitserwägungen bisher gemacht. Der Bundesminister des Innern neigt jetzt dazu, obwohl er sieht, daß eine kurzfristige Bereinigung der Krawallsituation aus einem Verbot des SDS nicht zu erwarten ist, aber wegen des vielleicht notwendigen demonstrativen Charakters in dieser Richtung, doch mehr zu einem Verbot des SDS zu kommen. Aber das sind natürlich Dinge, die selbstverständlich im Zusammenhang mit der Frage eines NPD-Verbotes geprüft werden müssen. Auch das NPD-Verbot ist unter dem Gesichtspunkt der vielleicht notwendigen oder unausweichlichen Maßnahmen in Richtung Linksradikalismus zu prüfen. Das ist völlig klar. Nur habe ich meinen Auftrag nach der Tagesordnung zunächst darin gesehen, über den Stand der Dinge in Sachen NPD zu berichten.

Heck: Herr Stoltenberg!

Stoltenberg: Herr Vorsitzender! Meine Herren! Der Bundesminister des Innern hat den Verbotsantrag gestellt, der, das muß ich sagen, für die anderen beteiligten Minister etwas kurzfristig kam nach einer Aussprache im sogenannten Kressbronner-Kreis[6], in dem er überwiegend von den anwesenden Herren der SPD und der CDU darum gebeten wurde. Das muß zur Vorgeschichte gerechterweise gesagt werden, weil es hier und da

6 Integrationsinstrument der Großen Koalition, benannt nach dem Urlaubsort Kiesingers am Bodensee, erstmals am 29. August 1967 zusammengetreten. Vgl. Nr. 20 Anm. 39.

eine gewisse Kritik gegeben hat, daß der Kollege Benda diesen Antrag einbrachte. Für uns, die wir nicht diesem erlauchten Kreise angehören, kam das auch etwas überraschend und etwas kurzfristig. (*Lebhafte Unruhe.*) Das hat uns in eine etwas schwierige Verhandlungslage gebracht, weil die Sozialdemokraten im Kabinett zunächst geschlossen dazu neigten, zu einer schnellen Entscheidung zu kommen, während es bei uns in der CDU und vor allem in der CSU doch eine Reihe von Personen gab, die ernste Bedenken hatten und auch noch haben. Die Bedenken sind zweierlei Art. Sie liegen zunächst in der Frage, ob die rechtlichen Argumente durchschlagen. Das ist eine Frage, die man noch nicht abschließend beurteilen kann, für die der Bundesminister des Innern noch einmal zusätzliches Material im Kabinett vorlegen wird. Ich möchte sagen, daß man zu einer positiven Entscheidung nur kommen kann, wenn man mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit, d. h. ohne ein nennenswertes Prozeßrisiko, davon ausgehen kann, daß einem solchen Antrag auch stattgegeben wird. Ein größeres Risiko würde meines Erachtens dafür sprechen, keinen solchen Antrag zu stellen.

Die politischen Gründe haben wir alle überlegt. Es gibt sicher gewisse Gründe dafür, es gibt aber auch Gründe dagegen, weil vor allem die Frage zu stellen ist, ob man nicht doch einer Partei, die im Grunde genommen in einem gewissen Übergang und in einer Schwächung begriffen ist, mit politischen Mitteln begegnen sollte als mit dem Weg über einen Verbotsantrag. Ich glaube auch nicht, daß eine solche politische oder rechtliche Entscheidung das Instrument für alle Zeiten in einer anderen Konstellation unbrauchbar machen würde. Daß wir das Instrument auch für andere Konstellationen aufrechterhalten müssen, ist auch meine Überzeugung.

Eine große Rolle hat die eben schon von Herrn Kollegen Lemmer angeschnittene Frage der linksradikalen Gruppen gespielt; also eine politische Symmetrie – wenn ich einen beliebten Ausdruck abwandele – ist aus sachlichen und politischen Gründen unbedingt erforderlich.

Bundeskanzler Dr. Kiesinger kommt in den Saal.

Kiesinger: Meine Herren! Ich bitte um Entschuldigung, ich konnte nicht hier sein, weil ich etwas zu erledigen hatte.

Ich habe zunächst einer Pflicht zu genügen. (*Die Anwesenden erheben sich.*) Am 5. Januar ist der Ehrenvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU, Landrat a. D. Walter Jansen, gestorben. Er war in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung Mitglied des Bundesvorstands der CDU. Er war Mitbegründer der CDU in Hessen. Ihm war Politik aus christlicher Verantwortung Herzenssache.

Wir haben in ihm einen treuen und loyalen Mitarbeiter des Bundesvorstands verloren, dem er schon im Jahre 1957 angehört hat. Wir bedauern den Hingang des treuen Parteifreundes und werden sein Andenken in Ehren halten. Sie haben sich zu seinen Ehren erhoben. Ich danke Ihnen.

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler! Ich hatte gerade das Problem des Linksradikalismus behandelt. Ich möchte dazu sagen, ich glaube nicht, daß wir eine sichere Meinung

haben, wie wir die Frage der linksradikalen Gruppen behandeln. Wenn man gegen die NPD gerichtlich vorgeht, muß man auch die Konsequenzen für die DKP sehen. Was ein Nichtvorgehen gegen die NPD juristisch für die Behandlung der DKP bedeutet, weiß ich nicht. Ich würde die Frage im Augenblick offenlassen. Ein Vorgehen gegen die NPD kann nur, auch bei der von Herrn Köppler gegebenen Wertung, die Automatik der Aktion gegen die DKP bedeuten.

Beim SDS bin ich bisher immer der Meinung gewesen, daß der direkte organisatorische Verbotszugriff nicht das Zweckentsprechende ist. Es mag neue Überlegungen geben, die Sie angedeutet haben. Das schließt natürlich nicht aus, daß man im Lichte der Ereignisse der letzten Wochen in der Tat mit großer Entschiedenheit und Klugheit gleichzeitig und in einer nachdrücklicheren Form als bisher zu Konsequenzen für die innere Situation der Universitäten kommen muß. Dazu wird man sich der Möglichkeiten des Strafrechts mit den langen Terminverzögerungen, die es ja leider gibt, und eines neuen Ordnungsrechtes bedienen müssen.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Landesgesetzgeber gehört es, zusammengebrochene und auch nicht mehr brauchbare alte Disziplinarrechte, die in der alten Form nicht mehr anwendbar sind, in ein praktikables neues Ordnungsrecht umzusetzen, um einzelne kriminelle Täter von den Universitäten wegzubekommen. Was dort in den letzten Wochen passiert ist, ist nicht mehr tragbar. Hier sind die Landtage und die Landesregierung aufgefordert, etwas zu tun, weil es zu einer Erschütterung des Rechtsbewußtseins in der ganzen Bevölkerung und auch zu einer Unfähigkeit der Universitäten führt. Ich glaube auch, daß es im Augenblick eine große Erregung in der Öffentlichkeit auslöst, was in Berlin und in Heidelberg jetzt geschieht.[7] Ich würde vorschlagen, daß der Bundesvorstand versucht, von hier aus ein vernünftiges politisches Wort zu diesen Dingen zu sagen. Ich vermisse, offen gesagt, daß die Parteien in den letzten acht Tagen diese Diskussion stärker beeinflußt haben, daß man einzelne Leute, wie den Herrn Krause[8], im Gefecht gelassen hat. Die SPD hat ihn mit keinem Wort unterstützt. Da gibt es nur das verlegene Schweigen. Wenn wir, ohne zu militant zu sein – das halte ich auch für falsch –, in einer sehr abgewogenen und deutlichen Erklärung etwas zu diesen Vorgängen sagen, dann ist das etwas, was uns im Augenblick von der Öffentlichkeit sehr gut abgenommen wird.

Ich wollte nur zum Thema SDS sagen: Ich habe bisher immer den anderen Weg gesehen, weil wir natürlich nicht verhindern können, daß sich sofort Ersatzorganisationen bilden, die nicht weniger juristische Probleme haben. Das politische Bild hat sich etwas

7 In Berlin rief der AStA der FU am 8. Januar 1969 die Studierenden zu militanten Aktionen auf, es kam zu Besetzungen von Seminaren und Streiks der Studenten. Vgl. FAZ vom 10. Januar 1969 „Freie Universität wieder unruhig"; „Süddeutsche Zeitung" vom 11./12. Januar 1969 „FU-Studenten wollen ‚aktiven Streik'". – In Heidelberg kam es nach der Festnahme von SDS-Mitgliedern am 10. Januar 1969 zu einer Demonstration von Studenten, bei der weitere Studenten festgenommen wurden. Die verbarrikadierten Räume des AStA wurden von der Polizei gestürmt.

8 Der baden-württembergische Innenminister Krause hatte das Vorgehen der Polizei verteidigt. Vgl. „Stuttgarter Zeitung" vom 14. Januar 1969 „Regierung stellt sich vor die Polizei".

geändert, wie auch Herr Köppler schon gesagt hat. Ich habe auch den Eindruck, daß die Sozialdemokraten ihre Position zum NPD-Verbot überprüfen. Die SPD-Minister wären im Dezember alle bereit gewesen, einem Verbotsantrag zuzustimmen. Ich höre nun, daß nicht nur Helmut Schmidt, der das öffentlich gesagt hat, sondern auch Brandt und andere jetzt etwas anderes überlegen und Zweifel haben, ob das zweckmäßig ist. Das ist für die Beurteilung der politischen Lage nicht ohne Bedeutung.

Heck: Herr Gradl!

Gradl: Nach einer Äußerung von Helmut Schmidt hat er gesagt, er würde ein Ausscheiden der NPD durch Verwaltungsakt einem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht vorziehen.[9] Die Frage ist, hat es überhaupt einen realen Sinn. (*Zuruf:* Das hat er nie gesagt! – *Lebhafte Unruhe.*)

Köppler: Das ist die alte Vorstellung – wenn ich das zwischendurch einmal sagen darf, Herr Gradl –, die einmal in der hessischen SPD genährt worden ist, man könne die NPD als Ersatzorganisation der NSDAP oder der verbotenen SRP behandeln. Das ist rechtlich völlig ohne Aussicht.

Gradl: Dann bleibt die Frage eines Verbots nur übrig in bezug auf ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Hier ist schon wiederholt gesagt worden, von entscheidender Bedeutung ist die Frage, ob überhaupt eine Chance für ein solches Verbot durch das Bundesverfassungsgericht besteht. Deshalb frage ich, gibt es Fühlungnahmen mit dem Bundesverfassungsgericht? Ich weiß, daß man dies nicht so offen und ungeniert machen kann, aber in früheren vergleichbaren Verfahren gab es immerhin einen persönlichen Meinungsaustausch damit. Wenn das aber nicht sein sollte, was ich mir nicht vorstellen kann, dann sollte man die Fühlungnahme mit Karlsruhe schnell nachholen.

Ich habe aus einem bestimmten Gespräch den Eindruck gewonnen, daß in Karlsruhe jedenfalls in einer bestimmten Richtung einem solchen Verbotsantrag keine große Chance zugemessen wird. Aber wenn man das überhaupt in Erwägung zieht, dann bitte, dies alles schnell machen.

Was auch sehr schädlich ist, ist das Sichhinziehen der Erörterung darüber, soll man oder soll man nicht. Dies erweckt doch den Eindruck der Entscheidungsschwäche. Unterstellt, es gäbe eine genügende Chance überhaupt, dann gibt es immer noch die weitere Frage, wie ist es denn vor der Wahl? Kann man überhaupt ernsthaft damit rechnen, daß vor der Wahl ein Verbot ausgesprochen würde? Wenn nicht, dann bedeutet das doch, daß wir den politischen Kampf mit der NPD auf jeden Fall führen müssen. (*Lebhafte Unruhe.*) Hinterher ist es in jeder Hinsicht schlecht, selbst wenn eine Chance bestehen sollte. Wenn die Partei erst einmal im Parlament ist, dann hat sie sowieso eine ganz andere Plattform. Ferner wüßte ich gern, wie der Verbotsantrag begründet wird. Dies scheint mir auch für die öffentliche Auseinandersetzung nicht unwichtig zu sein. Ich weiß nicht, wie man sich die Begründung denkt. Ich wüßte es nicht. Ich fürchte, daß wir den Zeitpunkt für ein Verbot der NPD verpaßt haben.

9 Schmidt äußerte Zweifel, „ob es richtig ist, wenn die Obrigkeit dem mündigen Wahlbürger die Entscheidung über die NPD abnimmt", vgl. „Welt" vom 15. Januar 1969 „Zweifel an Verbot der NPD wachsen".

Ich habe im vorigen Jahr an diesem Tisch mich für das Verbot ausgesprochen. Damals war eine andere Situation. Man war noch weit weg von der Wahl. Man war allgemein schockiert – das war zu merken bis hin nach Karlsruhe – von dem Auftrieb, den die NPD hatte. Aber dieses ist eben vorbei. Wenn man es heute macht, kommt man zu sehr in die Nähe der Wahl und damit zu der Meinung, daß die Wahl manipuliert werden soll. Insofern habe ich meinen Standpunkt von damals korrigiert, nicht weil ich den Einbruch der NPD für weniger gefährlich halte als vor einem Jahr, im Gegenteil, ich halte ihn eher für gewachsen; aber ich glaube, daß aufgrund der heute gegebenen Zusammenhänge die Situation nicht mehr gegeben ist.

Eines scheint mir klar zu sein, wenn man nicht gegen die NPD und nur gegen links vorgeht, so halte ich das auch für unmöglich, und zwar schlechterdings aus außenpolitischen Gründen. In diesem Kreise hier brauche ich nicht zu beschreiben, was das bedeuten würde.

Heck: Herr Kohl!

Kohl: Wenn wir vor einem Jahr den Antrag gestellt hätten – den wir Gott sei Dank nicht gestellt haben –, würde in diesen Monaten die Entscheidung beim Bundesverfassungsgericht fallen; möglicherweise würde der Antrag abgelehnt. Das wäre genau das, was uns zur Wahl gerade noch fehlte. Der Antrag ist also nicht gestellt worden. Ich halte überhaupt nichts von einem solchen Antrag. Ich kann von mir aus nicht beurteilen, wie weit uns die rechtliche Situation eine Prozeßchance gibt. Ich kann nur sagen, daß in den Innenministerien der Länder die These behandelt wird, daß eine Prozeßchance nicht besteht. Die Resignation in dieser Frage ist dort offensichtlich ziemlich groß. Ich kann alles das, was Herr Stoltenberg von der politischen Seite dazu gesagt hat, unterstreichen. Es wäre ein politischer Wahnsinn, das zu tun, wenn man es doch nicht schaffen kann.

Zweitens ist ein NPD-Verbot politisch überhaupt nicht durchzustehen, wenn man nur nach der einen Seite schielt und auf der anderen Seite plötzlich blind ist. Das ist meiner Ansicht nach nicht zu machen. Ich kann nur sagen, ich weiß nicht, wie weit wir bei der jetzigen gesamtpolitischen Lage auf den Gedanken kommen könnten, die DKP zu verbieten. Man kann ja nicht den SDS verbieten und dann gleichzeitig auch die DKP. Ich muß sagen, ich bin recht froh darüber, daß die DKP wieder da ist. Die illegale Betriebsgruppenarbeit und die Zersetzungstendenzen in bestimmten Gewerkschaftsgruppen gibt es doch schon lange. Wer die illegalen KP-Gruppen, wer die illegale Betriebsgruppenarbeit und die Zersetzungstendenzen von bestimmten Gewerkschaftsgruppen und KP-Gruppen in den letzten Jahren beobachtet hat, muß einfach zugeben, daß es eigentlich ganz gut ist, wenn diese Leute wieder auftauchen. Sie waren ja alle da. Die DKP war kaum 14 Tage erlaubt[10], da hat sie schon wieder ihre Ortsverbände gegründet. Das ist doch ein Beweis dafür, daß bereits alles fertig war, um loszuschlagen. Es ist also außerordentlich wichtig, sich darüber klar zu sein, daß wir in dieser Frage jetzt nichts unternehmen.

---

10 Bekanntgabe der Gründung am 26. September 1968.

Im übrigen habe ich den Eindruck, daß wir heute – vielleicht anders als vor einem Vierteljahr; es kann in einem Vierteljahr auch wieder anders sein – gar nicht so sicher sein können in der Wahlprognose, daß die NPD in den Bundestag kommt. Ich bin der Meinung, wenn wir uns die Mühe machen würden, überall – es wird aber nicht überall gemacht – die Konfrontation in den NPD-Gebieten hart durchzuführen – dies gilt insbesondere in den Wintermonaten für die bäuerlichen Gebiete, wo etwa die Gesamttendenz und die Gesamtstimmung keineswegs so ist, daß man mit den Leuten nicht reden kann –, daß wir dann eine reelle Chance haben, hier auch das Wählerlager der NPD entsprechend herunterzudrücken.

Von einem Verbot des SDS halte ich überhaupt nichts. Das würde zu einer breiten Solidarisierungswelle der Studentenschaft führen. Ich habe jedenfalls bis zum gestrigen Abend diesen Eindruck gehabt. Gestern war bei uns der Frankfurter SDS und hat versucht, einen Ansturm auf den Landtag in Mainz zu inszenieren. Es war eine ziemlich groß aufgezogene Sache. Wenn da ein paar vernünftige Leute bereit sind, etwas zu riskieren von der politischen Seite her, dann kann man ja eine ganze Menge tun. Ich glaube allerdings, daß eine Politik des puren Polizeiknüppels, wie sie gelegentlich geübt wird, indem diejenigen, die die Verantwortung tragen, sich gar nicht sehen lassen, nicht gerade eine überzeugende Politik ist. Es müssen dann schon die Führungsfiguren, die in den Endstufen der B-Gehälter sitzen, sich selber dort zeigen; sie dürfen aber nicht den A 5-Polizeibeamten das ganze Geschäft allein überlassen. Das ist eben ein Punkt, den man an vielen Orten spürt.

Dazu gehört auch die große Unsicherheit der Repräsentanten der Universitäten, der Rektoren usw. Wenn die Rektoren zuerst allmählich nachgegeben haben und dann bis zu einer Grenze gingen, daß sich alles verwischt hat, aber dann plötzlich versuchen, das verlorengegangene Terrain aufzuholen, dann darf man sich natürlich nicht über die Konsequenzen wundern. Ich bin im übrigen völlig mit Herrn Stoltenberg der Meinung, daß hier das geltende Recht ausreicht, wobei natürlich über das Disziplinarrecht noch einmal gesprochen werden muß. Ich bin auch der Meinung, daß man in diesen Bereichen, wenn man nur einen Willen hat, auch die Termine für die Prozesse abkürzen könnte. Es besteht gar keine Schwierigkeit, neue Kammern einzurichten, wenn man es ernsthaft will. Bisher sind aber diese Chancen und Möglichkeiten nicht genutzt worden. Man kann sehr ad hoc bei einem Landgericht eine Abhilfe schaffen. Wir machen das bei anderen großen Prozessen ja auch. Denken Sie an den Contergan-Prozeß[11], der jetzt läuft usw. Dort wird das ja auch langfristig geplant. Wenn eine Justizverwaltung ernsthaft etwas tun will, kann sie ganz kurzfristig ein Landgericht so erweitern, daß man entsprechend aktionsfähig ist. Ich habe nur den Eindruck, uns ist bisher in der ganzen Sa-

11 Strafverfahren gegen die Chemie Grünenthal GmbH wegen des Vertriebs des Schlaf- und Beruhigungsmittels Contergan, das schwerste Mißbildung bei Kindern hervorgerufen hatte, deren Mütter das Mittel während der Schwangerschaft eingenommen hatten. Der am 10. März 1967 eröffnete Prozeß wurde am 18. Dezember 1970 eingestellt, nachdem sich die Firma vertraglich verpflichtet hatte, für die mißgebildeten Kinder 100 Mio. DM zur Verfügung zu stellen.

che fast nie etwas Rechtes eingefallen. Ich habe auch den Eindruck, daß die zivilrechtliche Haftung benutzt werden kann. Das wäre auch ein Punkt, wo man den einen oder anderen persönlich ganz schön zur Ader lassen kann. Wenn man z. B. einen Haufen Scheiben einschlägt und sie selber bezahlen muß, dann kommt man in eine andere Lage, als wenn man von vornherein und gottergeben hinnimmt, daß man nicht zur Rechenschaft gezogen wird! Ich glaube also, das bestehende Recht gibt eine Unmenge von Möglichkeiten, die ausgenützt werden sollten. Ich warne aber dringend davor, etwa jetzt in das Gegenteil zu verfallen und zu sagen, mit dem Knüppel allein ist dieses Problem aus der Welt zu schaffen.

Bei dem Auftreten gestern abend in Mainz waren von den rund 500 Studenten 300 und mehr einfache Mitläufer. Es war auch durchaus möglich, sie in der Debatte mit entsprechendem Einsatz abzutrennen. Das andere sind im wesentlichen eine Gruppe von Leuten, bei denen ich im Zweifel bin, ob sie irgendwo inskribiert sind, die z. T. mit dem Bus quer durch die Bundesrepublik fahren. Dabei waren durchaus Sachkenner der Vorkommission in Heidelberg dabei; von denen hat einer in Mainz studiert. Dieser wäre ja normalerweise nicht bei dem Sturm auf das Juristische Seminar in Heidelberg dabeigewesen. Er hat auch eine Frankfurter Autonummer am Wagen. Also ist der Hinweis ziemlich klar, daß das wahrscheinlich ein mobiles Kommando ist, das quer durch die Gegend fährt.

Ich bin also der Meinung, wir sollten hier durchaus mit harter Hand, wo es sinnvoll ist, durchgreifen. Aber bei einem Verbot habe ich erhebliche Zweifel, ob das nützlich ist, auch unter der parteipolitischen Sicht. Ich bin mir darüber im klaren, daß das Verbot vor allem unserem Partner in der Koalition nützt, und zwar sowohl nach links als auch nach rechts. Die Untersuchungen der zurückliegenden Landtagswahlen haben deutlich eine Anfälligkeitsgruppierung in der Reihenfolge SPD, FDP, CDU ergeben, wobei ich bei der CSU – die in diesem Punkt eine nationale Sonderrolle zu spielen bemüht ist – im Augenblick etwas stocke, aber das brauchen wir nicht näher zu ergründen.

Kiesinger: Meine Herren! Es ist für die Bundesregierung nicht sehr leicht – unter Umständen durch die Notstandsgesetzgebung, die uns im schlimmsten Falle eine Möglichkeit gibt –, die Dinge in die Hand zu bekommen. Das ist in erster Linie Sache der Länder. Wenn ich Länder sage, dann gliedert sich das wieder auf in die Ressorts der Innenminister, der Justizminister und in die unabhängige Richterschaft. Wir können uns keineswegs darauf verlassen, daß sich jetzt überall Richter finden, die in dieser Frage richtig entscheiden. Die Radikalisierung der Richterschaft ist sehr weit gediehen. Hinzu kommt die Unzufriedenheit über die Nichterfüllung ihrer gehaltlichen und beruflichen Forderungen. Ein Musterbeispiel ist dieser Herr Pulch[12], der mir damals während der Osterunruhen sofort entgegnet hat, die Richter seien nicht die Büttel des Staates. Das ist, wie mir ältere Richter sagen, unter den jungen Staatsanwälten eine außerordentlich

12 In der Vorlage Pusch. – Otto Rudolf Pulch (geb. 1921), Richter; 1966/67 Mitglied des Gesamtvorstands des Deutschen Richterbundes, seit 1967 Mitglied des Präsidiums, 1970–1979 MdL Hessen (FDP), 1976–1978 Staatssekretär im Hessischen Innenministerium, 1978–1986 Präsident des Hessischen Rechnungshofes. – Zu den Ereignissen vgl. Nr. 18 Anm. 58.

verbreitete Haltung. Diese Herren betrachten sich als eine Dritte Gewalt außerhalb des Staates. Das ist ein ganz verhängnisvoller Prozeß, der sich da vollzieht. In der Weimarer Zeit ist es ähnlich gewesen. Dort standen aber diese Richter rechts. Das Ergebnis ist uns ja allen noch in Erinnerung.

Zunächst einmal muß sich die Bundesregierung über den gesamten Sachverhalt unterrichtet halten. Wir haben in der letzten Kabinettssitzung den Innenminister beauftragt. Wir hatten schon vorher eine Kabinettsgruppe unter dem Vorsitz von Herrn Heck. Durch das Ausscheiden von Herrn Heck ist das etwas ins Stocken geraten. Ich lasse mich regelmäßig durch einen großen Lagebericht, der hier veranstaltet wird, an dem die Chefs des BND, des Bundesverfassungsschutzes, des Militärverfassungsschutzes, des Militärischen Nachrichtendienstes und die entsprechenden Ressorts vertreten sind, unterrichten. Aber das muß noch sehr viel besser gemacht werden.

Heute ist es so, wenn nicht das Ausland und seine Reaktionen wären, würde ich nicht einen Augenblick lang an ein Verbot dieser Partei gedacht haben. Sie ist innenpolitisch völlig ungefährlich. Nach den demoskopischen Ergebnissen – ich weiß, daß es mehr sind als die 2% – geht sie jetzt zurück. Es waren schon 7% nach den demoskopischen Ergebnissen. Das zeigt also einen Trend an. Ich war einmal Anhänger der Damoklesschwert-Theorie, solange diese Drohung da sei. Ich bin heute sehr im Zweifel, ob ich damit recht hatte. Das sind gar nicht so empfindsame Leute. Da ist ein harter Kern von Nazis, und um sie herum ist eine große Gruppe von Mitläufern. Das sind zum großen Teil unzufriedene Bauern. Es sind 8% Bauern. Dann sind es sehr viele Einzelkaufleute. Natürlich wird eine Partei auch dadurch gefährlich, daß solche Leute ihr zulaufen, aber nur dann, wenn sie eine Massenpartei wird.

Ich nehme an, daß der Rückgang vor allem dadurch zu erklären ist, daß die Leute mit einem ungewöhnlich hohen Optimismus in das neue Jahr hineingehen. Es ist das Gefühl, daß man sicher ist, daß man seinen Arbeitsplatz hat, daß eine verhältnismäßig gute Preisstabilität vorhanden ist usw. Das läßt einer radikalen Partei zwei Möglichkeiten, daß sie entweder ideologische Anhänger gewinnt – darin ist eine sehr große Chance, mit einer Ausnahme; darauf komme ich gleich zu sprechen –, oder daß sie wirtschaftlich mißvergnügte Bauern, kleine Mittelständler usw. heranzieht, die im Prozeß unserer Zeit leider nicht zu retten sind.

Einen Auftrieb kann sie bekommen, wenn sie das Gefühl hat, es gelingt der Regierung nicht mehr, Ordnung und Recht aufrechtzuerhalten. Damit treibt natürlich die ganz Linke ihr Wählerstimmen zu. Aber, meine Herren, ich kann auch hier nur sagen, täuschen wir uns nicht darüber, woher die wirkliche Gefahr droht. Die wirkliche Gefahr droht von ganz links.

Das ist von Anfang an in der Bundesrepublik so gewesen. Im Grunde genommen war es von Anfang an so, daß die drei demokratischen Parteien auf der einen Seite standen. All das große Hallo des Kampfes zwischen CDU und SPD, oder zwischen Adenauer und Schumacher usw., darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf der einen Seite wir stehen, und auf der anderen Seite das steht, was sich jetzt als APO einen Namen gibt, was wir ja alle kennen.

Diese Kräfte sind hoffähig in der Bundesrepublik. Ich habe im Kabinett die „Friedensrede" des Herrn Ernst Bloch zitiert.[13] Ich habe vor kurzem diese Rede – sie ist mir zugeschickt worden – und die Vorreden dazu von dem Historiker [sic!] Maihofer[14] und die salbungsvollen Einleitungsworte des Veranstalters gelesen. Das ist Marcuse im Quadrat. Das ist haargenau der Aufruf zur gewaltsamen Revolution in der provozierendsten Form. Als ich es sagte, erwiderte Herr Eppler, der nun wirklich nicht in dem Verdacht steht, hier zu streng zu urteilen: Er ist zudem noch ein wüster Demagoge. Ich habe das in Freiburg miterlebt. Und dieser Mann wird von der Deutschen Gesellschaft[15] – ich habe kein Telegramm geschickt – dazu aufgefordert! Der Herr Bundespräsident hat ein Telegramm geschickt, wie das so ist, und hat dem Herrn gratuliert. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich muß gestehen, ich habe diesen Herrn Bloch nach Tübingen gerufen, aber in der Weise, wie das eben geschieht. Mein Kultusminister, damals noch Dr. Storz, und die ganze Universität haben ständig insistiert. Er war vorgeschlagen. Ich habe mir damals überlegt, lasse ich es nun darauf ankommen. Ich hatte vorher schon einmal einen Kampf mit einem ähnlichen Gesellen, wo es einen Riesenstunk gegeben hat – wie hieß er noch –, Professor Bense[16], wo Herr Jaspers[17] eingreifen wollte usw.

Man hat sich gedacht, der Mann wird jetzt, nachdem er von drüben gekommen ist, hier seine Vorlesungen halten. Von wegen! Er ist ein ganz wilder Kämpfer. Sein Held ist Thomas Münzer[18]. Den zitiert er. Ich habe den Dutschke einen wildgewordenen Widertäufer genannt, ohne zu ahnen, daß das in der Rede von Herrn Bloch der Patron ist. Ich sage das deswegen, diese Art von linken Leuten ist in Deutschland hoffähig, und sie

13 „Widerstand und Friede" war der Titel der Rede, die Bloch anläßlich der Entgegennahme des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 15. Oktober 1967 in der Frankfurter Paulskirche hielt. Laudator war Werner Maihofer. Druck in Ernst BLOCH: Widerstand und Friede. Aufsätze zur Politik. Frankfurt/Main 1968 S. 84–97 (gedruckter Text) und S. 97–111 (gesprochene Rede).

14 Im Original Meinhofer. – Prof. Dr. Werner Maihofer (geb. 1918), Jurist; 1955–1969 Professor für Rechts- und Sozialphilosophie, Strafrecht und Strafprozeßrecht an der Universität Saarbrücken, 1967–1969 Rektor der Universität Saarbrücken, 1972–1980 MdB (FDP), 1972–1974 Bundesminister für besondere Aufgaben, 1974–1978 Bundesminister des Innern. Vgl. KEMPF/MERZ S. 462–465.

15 Gemeint ist der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, der den Friedenspreis verleiht. Gratulationstelegramm Lübkes in BULLETIN Nr. 113 vom 17. Oktober 1967 S. 968.

16 Prof. Dr. Max Bense (1910–1990), Philosoph und Schriftsteller; Studium der Physik, Mathematik und Philosophie in Köln und Bonn, 1937 Promotion zum Dr. phil. nat. in Bonn, 1946 Habilitation in Jena, 1950 a. o. Professor für Philosophie und Wissenschaftstheorie an der TH (später Universität) Stuttgart, 1960–1979 o. Professor. Vgl. Elisabeth WALTHER (Hg.): Max Bense. Ausgewählte Schriften in vier Bänden. Berlin 1998.

17 Prof. Dr. Karl Jaspers (1883–1969), Philosoph; Studium der Rechtswissenschaft und Medizin in Heidelberg, München, Berlin und Göttingen, 1907 Promotion, 1913 Habilitation, 1922–1937 (Zwangsemeritierung) Professor für Philosophie in Heidelberg, 1945 Beteiligung am Neuaufbau der Universität Heidelberg, 1948–1961 Professor für Philosophie an der Universität Basel. Vgl. Ralf KADEREIT: Karl Jaspers und die Bundesrepublik Deutschland. Politische Gedanken eines Philosophen. Paderborn 1999.

18 Thomas Münzer (um 1490–1525), Reformator und Theologe.

werden repräsentiert durch einen großen Teil unserer Literaten, wobei ich den Grass ausnehme. Der Grass ist ein zwar naiver, aber immerhin engagierter Demokrat. Aber Herr Böll[19] usw.!

Dann gibt es eine sehr große Anzahl von Zeitungen, Zeitschriften und natürlich Fernsehen und Rundfunk. Diese Leute haben bis vor kurzem keine Bataillone gehabt. Sie schrieben und hetzten zwar, aber es ging nicht hinein. Jetzt haben sie zum erstenmal Bataillone bekommen. Es sind Leute, die von anderswo gelernt haben. Wenn man liest, wie diese in einem Seminar mit Studenten und Dozenten erklärt haben, wieviel Leute es brauche, um eine ganze Nation durcheinanderzuschütteln, nämlich einen modernen Bürgerkrieg von kleinen Haufen, dann weiß man, das hört nicht auf. Auch wenn ich von allen Seiten höre, die sind in sich zerstritten, so glaube ich das nicht. Die haben Blut geleckt und werden weitermachen.

Nun ist es ganz richtig, daß bei solchen Veranstaltungen – um das, was Herr Kohl gesagt hat, auch zu erwähnen – viele mitlaufen. Das ist wahr. Wir erleben ja dauernd bei den Wahlen, daß sie gewählt werden, diese Burschen. Dann kommt einmal ein Aufstand dagegen. Dann werden wieder einmal ein paar vernünftige Leute gewählt, aber das nächste Mal bleiben sie alle zu Hause. Es kommen nur 40% zur Wahl. Von diesen 40% wählt dann die Mehrheit diese Leute.

Das liegt z. T. darin begründet, daß die Studenten ganz allgemein mit einem großen Teil ihrer Professoren einfach unzufrieden sind. Es gibt immer noch Professoren, die auf dem hohen Roß sitzen und sich den Studenten gegenüber benehmen, wie man sich heute nicht mehr benehmen darf. Die Arroganz dieser Herren ist z. T. erschütternd. Es gibt auch Professoren, die sich nicht genug um die Studenten kümmern. Die Leute haben das Gefühl, sie werden nicht genügend beachtet. Deshalb gibt es eine starke Mitläuferschaft. Was soll man also tun? Nun wird immer nach der Staatsautorität gerufen. Was ist denn Staatsautorität? Was ist überhaupt Staat in diesem Zusammenhange? Das ist die Bundesregierung, die kein Instrument hat außer jetzt in ganz extremen Fällen den Einsatz des Bundesgrenzschutzes. (*Lemmer:* Eine Dame ohne Unterleib! – *Heiterkeit.*) Das sind die Länder, das sind die Gemeinden, das sind die Universitäten selbst. Das sind die Staatsanwälte und die Richter. Das ist nicht zuletzt die öffentliche Meinung. Ich habe meinen Herren vom Presseamt gesagt: Wann werdet ihr endlich den Versuch machen, die Leute in der Presse, die wirklich sehen, was los ist, um euch zu scharen, damit die wirklich loslegen? – Nun, es hat angefangen. Das muß man zugeben. Es ist also außerordentlich schwer, das zu tun, was Herr Kohl vorgeschlagen hat, nicht überall mit dem Polizeiknüppel dreinzuschlagen. Aber man soll da, wo man die richtigen Brüder trifft, mit den Mitteln der Polizei und der Justiz eingreifen. Das müssen wir erreichen. Der Bund muß hier irgendeine Führung ergreifen, indem man die Ministerpräsidenten und die Innenminister der Länder auf ein gemeinsames Verfahren einigt. Dasselbe muß uns gelingen mit den Rektoren unserer Universitäten. Wir müssen hier

19 Heinrich Böll (1917–1985), Schriftsteller, 1972 Auszeichnung mit dem Literatur-Nobelpreis.

etwas tun. Sie merken ja allmählich auch, daß sie verloren sind, wenn sie sich nicht zusammenschließen.

Ich habe das bei den Osterunruhen ohne Legitimation getan. Ich habe damals den Innenminister veranlaßt, der war in Berlin, und ihm gesagt: Kommen Sie her, hier wird ein Arbeitsstab gebildet. Setzen Sie sich sofort mit den Innenministern der Länder in Verbindung. Die sollen sich adäquat besetzt halten – sonst wären nur Pförtner da gewesen über die Ostertage – und uns regelmäßig über die Lage berichten. Das haben sie auch alle treu und brav getan. Auf diese Weise hatte ich einen Überblick. Ich habe dann noch die Existenz des Bundesbeauftragten für die Bereitschaftspolizei entdeckt, den es eigentlich gar nicht geben durfte, der aber tatsächlich existiert, und konnte mich durch ihn wenigstens einigermaßen ins Bild setzen lassen, wie die Lage ist. So hatten wir also damals von hier aus die Situation ein bißchen unter Kontrolle.

Nun wird der Innenminister regelmäßig von den Ländern unterrichtet. Das ist bereits Tradition geworden. Wir werden also von hier aus versuchen, auf allen diesen Gebieten zu wirken. Ich habe ohnehin die Herren des Wissenschaftsrates und des Bildungsrates, der Westdeutschen Rektorenkonferenz usw. zu regelmäßigen Besprechungen hier. Ich werde dieses Thema mit ihnen behandeln, und ich hoffe, daß wir da zu einer gewissen Einigung kommen werden. In den Ländern müssen wir es zusätzlich machen. Was Herr Stoltenberg gesagt hat, ist richtig. Da macht ein sozialdemokratischer Innenminister das Richtige.[20] In diesem Falle war es richtig, was er getan hat, aber schon ist er ganz allein! Herr Filbinger, sein Ministerpräsident, hat ihn verteidigt, aber kein SPD-Mann hat auch nur den Mund aufgemacht, um ihn zu verteidigen. Ich habe im Kabinett gesagt: Macht nur so weiter und laßt eure Leute allein!

Denken Sie an die Feigheit der Professoren! Ich erzähle Ihnen folgendes Erlebnis. Ich sollte den Ehrendoktor der Maryland-Universität bekommen; eine harmlose Sache. Es ist eine Universität, die seit vielen Jahren mit Heidelberg eine Symbiose hat. Die Rektoren wagten es nicht, wie bisher üblich, die Aula anzubieten, weil sie nicht dafür – so wurde gesagt – garantieren könnten, daß Ruhe und Ordnung aufrechterhalten würden. Die Landesregierung war eher dafür, daß man es macht, aber das war auch ein bißchen zögernd. Im Schloß ging es aus anderen Gründen nicht. Die Amerikaner haben sich dann entschieden, es draußen in ihrem Camp zu machen. Da kriege ich nun am Tage vor dieser Feier den Anruf von zwei Professoren, von denen ich immer angenommen hatte, daß sie uns nahestehen.[21] Es handelt sich um zwei sehr geachtete Mitglieder der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg. Man sagte mir: Ich beschwöre Sie, Herr Bundeskanzler, gehen Sie morgen nicht dahin! – Ich erwiderte: Was, ich soll da

20 Gemeint ist Walter Krause. Vgl. Nr. 19 Anm. 58. – Vgl. Anm. 8.

21 Die Examensfeierlichkeiten der University of Maryland in Heidelberg und die Verleihung der Ehrendoktorwürde an Kiesinger fanden am 2. Juni 1968 statt. Die Feier mußte, da die Aula der Universität nicht zur Verfügung stand und Studenten – die Feier fand am Jahrestag des Todes von Benno Ohnesorg statt – Proteste angekündigt hatten, in das Kasino des Hauptquartiers der US-Streitkräfte im Patrick-Henry-Village (amerikanische Siedlung in Heidelberg) verlegt werden. Vgl. ACDP 01-226-285, -306.

nicht hingehen! – Dann kam die Antwort: Ja, die Studenten sind da, Sie wissen ja gar nicht, was los ist. Diese werden die Gelegenheit benützen, um Sie als Amerikaner-Knecht usw. zu beschimpfen. – Ich habe meinen Ohren nicht getraut. (*Kohl:* Bei Carlo Schmid sind sie es gelehrt worden!) Nein, nein, keiner von denen war Schüler von Carlo Schmid. Ich will nur die Namen jetzt nicht nennen. Das ist das eine Bild.

In meinem Planungsstab, in dem soundso viel Professoren verschiedener deutscher Universitäten vertreten sind, sagte mir einer, ein verläßlicher Mann: Herr Bundeskanzler, nehmen Sie es mir ab, in meiner Universität stehen $^2/_3$ der Dozenten nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes. – Ich sagte ihm, das ist aber ein starkes Wort. – Worauf er erwiderte: Eben deswegen sage ich es ja. – Das sind alles Dinge, die wir viel zu wenig sehen. Einerseits ist es die Aggressivität bestimmter Professoren, andererseits ist es die Feigheit der meisten. Und diese Feigheit reicht weit hinein in die Reihen der Staatsanwälte und der Richter. Wenn sich dann noch am Fernsehen diese Burschen hinstellen, diese Radikalinskis, und die Partei angreifen, wie es ja geschehen ist, dann wird die Sache noch schlimmer. Denken Sie an diesen Vortrag, den dieser schreckliche Gütt nach dem Attentat auf Dutschke gehalten hat. Das sind ganz schlimme Dinge. So ist eben unsere Wirklichkeit.

Deswegen sage ich, da steht der wirklich gefährliche Feind. Dieser Feind hat nun zum erstenmal Kampftruppen bekommen. Das ist auch in anderen Ländern ähnlich so. Wir können nur froh sein, daß unsere Arbeiter dafür noch nicht anfällig sind.

Was kann man tun? Kein Verbot! Weder nach der einen noch nach der anderen Seite. Das ist meine Überzeugung. Ich hatte den Kollegen Benda dazu ermutigt, dem Kabinett einen Bericht vorzulegen, und zwar seine Auffassung. Seine Auffassung ging zunächst – er hat auch gesehen, daß sich inzwischen die Dinge ein wenig gewandelt haben – auf ein Verbot. Das Ergebnis der Beratungen im Kabinett war: Das Material, das vorhanden ist, scheint uns nicht auszureichen. Es scheint auch vor allen Dingen nicht prozeßgerecht aufbereitet zu sein. – Deshalb hat er – wir wollten eine saubere Arbeit machen – den Auftrag bekommen, dies noch zu tun. Das hat auf alle Fälle Wert.

Insofern gilt natürlich die Damoklesschwert-Theorie. Das hat natürlich auch den Wert, daß diese Partei in den Punkten, wo es wirklich brenzlig ist, sich in acht nehmen wird. Das ist auch in der Wirkung auf das Ausland einiges wert. Ich stimme völlig denjenigen zu, die sagen, ein Verbot des SDS ist doch ein Schlag ins Wasser. Das ist ja eine völlig amorphe Masse. Die tun sich heute als SDS auf, und morgen machen sie es ganz anders. Die beherrschen den Guerilla-Krieg. Die wissen ganz genau, wie man so etwas zu machen hat.

Wichtig wäre für unsere Partei, daß wir ein paar Leute, die diese Dinge wirklich kennen, bitten würden, das ganze Phänomen im Auge zu behalten und von der Partei her die nötigen Vorschläge an unsere Freunde in den Ländern gelangen zu lassen. Das etwa ist die Lage, wie ich sie sehe. So werde ich sie auch im Kabinett vertreten. Ich habe den Eindruck, daß auch in der SPD keine große Entschiedenheit vorhanden ist. Es ist so, daß wir wahrscheinlich bei der nächsten Besprechung dazu kommen werden, zunächst

einmal das Material zur Kenntnis zu nehmen. Wie wir das dann in der Öffentlichkeit vertreten, das ist eine weitere Sache.

Fay: Ich bin völlig Ihrer Meinung, aber ich bin nicht sehr glücklich darüber, daß sich die Angelegenheit in bezug auf das Verbot im Prüfungsstadium befindet. Das hat folgende Konsequenzen. Ich kenne eine Gemeinde in Hessen, in der ist die SPD bereit, der DKP Versammlungsräume zu geben, weil dort weder ein Verbotsantrag in Erwägung gestellt sei, weil man dort erkennen könnte, daß die Bundesregierung aus irgendwelchen, vielleicht sogar außenpolitischen Gründen, es sogar für sympathisch halte, daß diese Partei existent sei; andererseits aber müsse man hart gegen die NPD vorgehen, weil darüber ein Verbotsantrag in Erwägung sei. Daraus ergebe sich die unterschiedliche Auffassung der Bundesregierung zu der einen und zu der anderen Seite. Es hat also die praktische Konsequenz, daß vor allem draußen beide verschieden behandelt werden, obwohl der Normalbürger die Auffassung hat: Im Grunde genommen sind sie beide vom Teufel. – Ich bin der Auffassung, man sollte beide nicht verbieten. Man sollte den SDS nicht verbieten; denn mit diesem Mittel kann man das Problem, das sich stellt, überhaupt nicht lösen. Dann muß man schon andere Wege gehen.

Ein zweites! Als Vorsitzender des Hauptausschusses im hessischen Landtag werde ich laufend vom Innenministerium über die Verhältnisse orientiert. Ich kann nicht feststellen, daß ein Verbotsantrag erfolgreich wäre in Karlsruhe. Meine Erkundigungen in Karlsruhe gehen dahin, daß er mit Sicherheit sogar abgelehnt würde. Geschähe das nach einem Verbotsverfahren, dann wären die Folgen katastrophal für das Ansehen dieser Bundesregierung. Man kann also nur davor warnen.

Ein drittes! Herr Bundeskanzler, Sie haben mit Recht die Mitgliedschaft der NPD analysiert. Ich glaube, Sie müssen auch noch ein anderes Element dabei betrachten. Es gibt Konservative in der NPD, und es gibt die Radikalinskis, die nach der NPD hin tendieren. Wird heute ein Verbotsantrag gestellt – leider Gottes befinden wir uns in der Situation so lange, als man sich über den Verbotsantrag Gedanken macht –, dann schweißen wir diese beiden Elemente zusammen. Ich stelle aus vielen Versammlungen der NPD fest, daß dort unerhörte Zerreißspannungen zwischen dem konservativen Element und dem anderen sind. Der Verbotsantrag schweißt sie aber zusammen. Der Nichtverbotsantrag würde sie auseinanderbringen. Er würde diesen Prozeß, daß die Partei kleiner wird, beschleunigen.

Ein vierter Punkt! Sie wissen, daß das Ausland – ich sage, in böswilliger Weise – die Dinge darstellt, um Deutschland zu schaden, wobei es dem Ausland völlig wurscht ist, ob es die NPD oder andere rechtsstehende Gruppen sind. Es sind für sie die alten Nazis. Wie setzen wir uns mit diesen Argumenten des Auslandes auseinander? Ich glaube, wir könnten auf der Seite der Sowjetunion nur Freunde gewinnen, wenn wir sie nicht verbieten; denn diesen Buhmann zu erhalten, ist für die Sowjetunion eine außerordentlich sympathische Sache. Ich könnte mir vorstellen, à la longue würde sie sogar mit einem Augenzwinkern sehr dankbar sein, daß wir ihnen diesen Buhmann aufrechterhalten.

Kiesinger: Ich habe ein halbes Dutzend amerikanischer Senatoren hier gehabt, mit denen ich auch dieses Problem besprochen habe. Ich habe ihnen klar gemacht, was das

ist. Wir kamen dann auf die Verbotsfrage zu sprechen. Das ist diesen Leuten völlig fremd. Ich sagte dann, uns gefällt natürlich nicht, eine politische Partei zu verbieten. Das ist der alleräußerste Fall. Da haben sämtliche anwesenden Senatoren gesagt: tut das nicht!

Ich stimme auch darin zu, ganz egal, was ist, ob wir in einer gespannten Währungssituation besser dastehen als andere, oder was es auch immer sonst sei, gewisse Kreise im Ausland werden das benutzen, um gegen uns zu wühlen. Weniger die Sowjetunion! Natürlich will die Sowjetunion, daß die NPD bleibt. Natürlich will sie, daß wir die Bundesversammlung in Berlin abhalten. Natürlich will sie das und das. Sie will den Buhmann behalten. Sie wäre schrecklich enttäuscht, wenn wir plötzlich sagten: Wir anerkennen das und das.

Ich möchte gern die Herren in Moskau sehen. Die würden doch auf den Rücken fallen, wenn ihnen plötzlich der Buhmann davon liefe. Es ist das westliche Ausland, es sind insbesondere die Vereinigten Staaten, wo es bestimmte Kräfte gibt, die immer wieder gegen uns hetzen, wenn man weiß, wieviel Herzfilme in den vergangenen Jahren tagaus, tagein, im amerikanischen Fernsehen gelaufen sind. Es ist jetzt erst besser geworden, weil das allmählich, auch durch die ständige Wiederholung, wirklich ausgeschöpft ist. Wir sind uns offenbar weitgehend einig.

Heck: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Insgesamt sind nur Meinungen geäußert worden in der Richtung, daß dringend abgeraten wird, einen Verbotsantrag zu stellen, wobei die Begründung verschieden ist. Ich darf das noch etwas unterstreichen. Wir hatten vor wenigen Tagen eine Landesgeschäftsführerkonferenz.[22] Wir machen es immer so, daß wir die gerade anstehenden Fragen den Landesgeschäftsführern vortragen, um nicht nur ihre persönliche Meinung zu hören, sondern auch die Meinung der Landesverbände und auch, was die Bevölkerung in den Ländern denkt. In diesem einen Punkt gab es nur eine einzige Meinung, nämlich die, daß es falsch wäre, einen Antrag auf Verbot der NPD zu stellen. Es gab nur den dringenden Rat, den Antrag nicht zu stellen.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Wir dürfen das nicht als einen Beschluß des Bundesvorstands auch nur fassen, geschweige denn veröffentlichen. Wir müssen das dem Kabinett überlassen. Ich bin auch der Meinung, daß es keinen Sinn hat, die Dinge lange hängenzulassen, sondern daß wir bald im Kabinett die Entscheidung fällen müssen. Das braucht natürlich immer eine gewisse Zeit. Ich bin nicht der Meinung, Freund Gradl, daß wir im letzten Jahr etwas versäumt hätten. Ich bin eher der Meinung, daß ein solches Verbot – wie gesagt worden ist – die eigentlichen Radikalen mit den Nationalen zusammengeschweißt hätte. Aber darüber kann man natürlich immer streiten. Ich bin ganz froh, daß wir uns einig sind in dieser Frage und werde das natürlich auch als Meinung des Bundesvorstands bei den kommenden Kabinettsberatungen miteinbeziehen.

Heck: Punkt 3 der Tagesordnung:

22 Protokoll der Landesgeschäftsführerkonferenz in ACDP 07–001–511/1.

KULTURPOLITISCHE ARBEIT DER BUNDESPARTEI

Wir haben das deswegen auf die Tagesordnung gesetzt, weil aus der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden[23] eine etwas eigentümliche Initiative ergriffen worden ist, nicht eigentümlich der Teil, der der Kooperation der Landtagsfraktion gilt, sondern eigentümlich die Konsequenz daraus, weil ja Kulturpolitik im großen und ganzen Sache der Länder sei, deshalb sei es falsch, wenn die Kulturpolitik in einem eigenen Ausschuß der Bundespartei behandelt würde. Es sind sogar Vorsitzende gebeten worden, mit der Nominierung ihrer Mitglieder für den Kulturpolitischen Ausschuß zu warten, bis diese Frage entschieden sei.

Das sollte künftighin im Rahmen und Bereich der Fraktionsvorsitzendenkonferenz veranstaltet werden. So wenigstens habe ich einen Brief von dem damals federführenden Vorsitzenden der Landtagsfraktion Baden-Württemberg, Herrn Professor Ganzenmüller[24], erhalten. Ich muß in diesem Zusammenhang eine kurze Darstellung darüber geben, wie sich die Zusammenarbeit im Bereich der Kulturpolitik entwickelt hat. Wir haben vor fast einem Jahrzehnt ein Kulturpolitisches Büro in Bonn begründet, das wir ganz bewußt von der Bundesgeschäftsstelle abgesetzt haben; ein Büro, das finanziert worden ist in erster Linie durch Beiträge der Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion, um diese Schwierigkeiten, die im Verhältnis Bund und Länder im Bereich der Kulturpolitik immer wieder auftreten, auszuklammern.[25] Es ist auf diese Weise auch zu einer, wie ich glaube, guten koordinierenden Arbeit gekommen. Das war im Grunde genommen immer das Gremium, in dem auch die Kulturpolitischen Kongresse vorbereitet worden sind. Wir haben dabei auch immer die CSU mit herangezogen.

Nun haben die Fraktionsvorsitzenden auf ihrer Konferenz beschlossen, dieses Kulturpolitische Büro aufzulösen, d. h. sie haben erklärt, sie würden das künftighin im Rahmen des Büros dieser Konferenz machen. Sie haben mitgeteilt, daß sie ab 1. Januar keine Beiträge mehr bezahlen würden. Wir haben das zur Kenntnis genommen, aber nicht in der Weise, daß damit die Koordinierungsarbeit aufhört, sondern wir bauen dieses Büro in die Bundesgeschäftsstelle ein. Dort wird die Arbeit in gleicher Weise weiter geleistet.

---

23 Im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz war am 7. Januar 1969 in Düsseldorf ein Sachverständigengremium zusammengetreten; eine Fortsetzung der Beratungen war für den 18./19. Januar 1969 in Deidesheim vorgesehen (UiD Nr. 1/69 vom 9. Januar 1969 S. 4).

24 Prof. Erich Ganzenmüller (1914–1983), Musiklehrer; Professor an der PH Schwäbisch Gmünd, 1960–1980 MdL Baden-Württemberg (CDU), 1968–1972 Vorsitzender der CDU-Fraktion, 1976–1980 Landtagspräsident. – Schreiben Ganzenmüllers an Kiesinger vom 21. November 1968 (ACDP 05-004-013/2), an Heck vom 12. Dezember 1968 (ACDP 07-004-450/1), vgl. zu diesem Komplex auch den Vermerk von Ludolf Herrmann an Heck vom 16. Januar 1968 (ACDP 07-001-025/1).

25 Errichtung eines kulturpolitischen Büros der Landtagsfraktionen und der Bundestagsfraktion der CDU/CSU am 28. Oktober 1959 (ACDP 07-001-1531). – Seit 1951 gab es in der CDU-Bundesgeschäftsstelle eine Abteilung Kulturpolitik, seit 1954 einen kulturpolitischen Ausschuß sowie einen wissenschaftlichen Beirat für Kulturpolitik der CDU.

Bis zu diesem Punkt möchte ich den Bundesvorstand in der Sache nur informieren und die Landesvorsitzenden, soweit sie hier sind, bitten, in ihrem Bereich doch bei den Fraktionsvorsitzenden etwas in Richtung der Ordnung, wie sie in den Statuten der Bundespartei gegeben ist, wirksam zu werden. Ich bin davon überzeugt, daß sich Herr Kohl zu Wort melden wird. Für den zweiten Teil glaube ich, daß es nützlich ist, daß der Bundesvorstand einen Auftrag erteilt. Wir haben, um den Kulturpolitischen Kongreß, der für Ende Februar vorgesehen ist,[26] vorzubereiten, eine Sitzung am kommenden Samstag/Sonntag in Deidesheim[27] – ich nehme an, daß wir vom Landesverband Rheinland-Pfalz entsprechend bewirtet werden – einberufen. Das ist eine Konferenz, in der die Fraktionsvorsitzenden mit ihren kulturpolitischen Experten der Bundestagsfraktion und der Kultusminister Vogel mit dem Kreise, mit dem er die Vorbereitung dieses Kongresses übernommen hat, beisammen sind, um in erster Linie ein Konzept einer neuen – ich mag das Wort „Reform" nicht so oft in den Mund nehmen – Umorganisation unseres Erziehungs- und Bildungswesens zu beraten und einen entsprechenden Vorschlag für den Kulturpolitischen Kongreß und von dort aus für den Parteivorstand auszuarbeiten.

Die Sache hat auf die Wahlen hin ihre Bedeutung, weil das öffentliche Interesse an diesen Fragen groß geworden ist, auch das Interesse der Eltern, und im politischen Feld von den Sozialdemokraten etwas Hals über Kopf ein Schulkonzept vorgelegt worden ist[28], das eigentlich die Wirklichkeit sehr weit verfehlt, das keine Rücksicht darauf nimmt, daß so etwas Geld kostet. Wir sind insofern in einer guten Lage. Ich habe mit Herrn Vogel besprochen, daß wir auf diesem Kongreß etwa unter folgenden Gesichtspunkten die Dinge beraten: Für uns gibt es kein Dogma, das sagt, die Dreigliedrigkeit des Schulwesens ist etwas Unantastbares. Es gibt aber ebensowenig ein Dogma, das besagt, daß die Dreigliedrigkeit des Schulwesens Ausdruck einer Klassengesellschaft des vergangenen Jahrhunderts wäre.

Es gibt für uns auch keine Betrachtungsweise des Problems einer solchen neuen Organisation unter ideologischen Aspekten, also etwa nach dem Schlagwort „Demokratisierung" oder nach dem Schlagwort „Gesamtschule", sondern wir sind der Meinung, daß man hier fragen muß, was muß die Schule für die heutige heranwachsende Generation leisten, damit diese Generation a) das, was sie im Rahmen dieser modernen Industriegesellschaft leistungsmäßig zu erbringen hat, leisten kann, b) damit sie imstande ist, sich als Menschen in diesen Verhältnissen zurechtzufinden.

Wir sollten zweitens davon ausgehen, was ist, und nicht meinen, man könne so vorgehen, daß man alles das, was ist, für falsch erklärt, durchstreicht und nun Utopia in die Wirklichkeit umzusetzen versucht. Wir sollten sorgfältig prüfen, was ist vorhanden, wo

26 Der Kulturpolitische Kongreß der CDU/CSU fand vom 28. Februar bis 1. März 1969 in Bad Godesberg statt, vgl. ACDP Dokumentation 2/201/3–2–10.

27 Treffen der Kultur- und Bildungspolitiker der CDU und CSU am 18./19. Januar 1969, vgl. „Welt" vom 8. Januar 1969; FAZ vom 9. Januar 1969.

28 Die SPD veröffentlichte am 8. Januar 1969 in Bonn ihr „Modell für ein demokratisches Bildungswesen", vgl. FAZ vom 9. Januar 1969 „Die Bildung wird zum Wahlkampf-Thema"; „Süddeutsche Zeitung" vom 9. Januar 1969 „Die SPD präsentiert einen Bildungsplan".

müssen Korrekturen angesetzt werden und wie können wir auf diese Weise ein Gesamtkonzept unseres Schulwesens entwerfen, das in der Tat den Bedürfnissen und Erfordernissen gerecht wird.

Ich muß nachher zum Fernsehen und über diese Bundesvorstandssitzung einiges sagen, nachdem die Sozialdemokraten mit ihrem Plan an die Öffentlichkeit getreten sind. Es wäre nützlich, wenn wir heute sagen könnten, der Bundesvorstand hat zunächst die Konferenz und dann diesen Kulturpolitischen Kongreß beauftragt, ein solches Konzept zu erarbeiten. Das und das sind die Gesichtspunkte, wie ich sie eben kurz dargelegt habe. Das wird sicher in der Presse aufgenommen werden und paßt insofern gut, weil wir dann am Sonntagabend schon einiges mehr über die Beratungsergebnisse sagen können und auf diese Weise recht gut vorbereiten können, was wir dann präzise endgültig auf dem Kulturpolitischen Kongreß zur Beschlußfassung vorlegen können.

Kiesinger: Ich würde vorschlagen, daß man dabei berücksichtigt, daß die Bevölkerung anders angesprochen werden muß als die Bildungsexperten. Das ist immer das alte Problem. Wenn wir ein sachlich gutes Programm ausarbeiten – dabei unterstütze ich Sie völlig, auch in den beiden Hauptsätzen, die Sie genannt haben –, dann müssen wir uns auch fragen, was erwartet das Volk von uns, die breiten Schichten des Volkes. Die wollen natürlich hören, daß jedes begabte Kind seine Bildungschance hat. Das muß auf alle Fälle gesagt werden.

Für die CDU ist es außerordentlich wichtig, daß die Menschen mit dem technischen Zeitalter – wie Sie es genannt haben – mitgehen und sich hier zurechtfinden. Es ist sicher einiges von der Unruhe zu spüren. Das muß man volkstümlich sagen. Dann ist es gut. Den Bildungsexperten gegenüber machen wir unsere Sache so, wie sie sie verstehen und hören müssen.

Kohl: Ich will zunächst einmal Bezug nehmen auf die Situation der Fraktionsvorsitzendenkonferenz. Der entscheidende Punkt, Herr Kollege Heck, ist der, daß die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen eine Einrichtung der CDU/CSU ist.

Das muß man sagen. Dort ergeben sich auch noch einmal personale Konstellationen, etwa in dem einen Fall: Kultusminister und Fraktionsvorsitzender in einer Person.[29] Es ergeben sich eine Reihe von Problemen im Personalbereich, die die Lage ganz ungewöhnlich erschweren. Es läßt sich auch nicht leugnen, daß dieses Kulturpolitische Büro von Bonn wegkommt nach Düsseldorf, und zwar nicht ganz ohne den Hintergrund bestimmter politischer Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen; was zu verstehen ist.

Das muß man hier klar aussprechen. Das sind Dinge, die seit geraumer Zeit zu sehen sind. Dazu gehört weiter, daß eine sehr isolierte Tätigkeit auf kulturpolitischem Gebiet – wie manch einer morgens mit Erstaunen in der Zeitung feststellen kann – in der Bundestagsfraktion zu verzeichnen war. Es ist mehr als einmal passiert, daß man morgens in der Zeitung lesen konnte, was die CDU über die Bundestagsfraktion im schulpoliti-

29 Ludwig Huber war 1962–1972 CSU-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag und 1964–1970 Staatsminister für Unterricht und Kultus.

schen Bereich an Plänen[30] – es ist nie mit den zuständigen Leuten darüber gesprochen worden – verkündet. Man konnte sich dann drei Stunden später im Landtag gegen Vorschläge, die man noch am Tage vorher abgelehnt hatte, nicht mehr zur Wehr setzen, weil sie von der Bundestagsfraktion der CDU/CSU gekommen waren.

Es gab einen weiteren Punkt, daß nicht wenige amtierende Kultusminister die Tätigkeit des Kollegen Stoltenberg mit außerordentlich großem Argwohn betrachtet haben, weil sie einen Teil ihres „Stuhlgewichtes" sozusagen abwandern sahen. Ich mache kein Hehl daraus, Herr Kollege Stoltenberg ist dabei, daß auch von seiten dieses Ministeriums hinsichtlich der Kontakte zu den Ländern das eine oder andere mehr hätte erfolgen können. Die CDU war weitgehend abstinent. Das Ganze war, wenn Sie so wollen, ein typischer Abfluß für das Geschehen der CDU in der Bundesrepublik Deutschland, wo nun jeder durch das Dickicht seinen Pfad sucht, und zwar mit recht wenig Rücksicht darauf, was dem anderen, der sich vielleicht nebendran seinen Pfad bahnt, passiert.

Es sind noch andere Sachen hinzugekommen, die ganz unterschiedlicher Struktur sind. Denken Sie nur an die Konkordatsfragen in den letzten Monaten.[31] Das war ein Punkt, der hat auf 5 km Entfernung völlig verschiedene Reaktionen in den einzelnen Ländern ausgelöst. Das muß man alles als Hintergrund sehen. Ich bin der Auffassung – und das, Herr Kollege Heck, ist in keiner Fraktionsvorsitzendenkonferenz beschlossen worden; ich werde morgen den Herrn Ganzenmüller darauf ansprechen –, daß diese Sache integriert werden muß bei der Bundespartei für die CDU, für die CSU, für die Länderfraktionen, für die Bundestagsfraktion, für die Kultusminister und für den Bereich des Kollegen Stoltenberg. Jeder muß dabei sein und die faire Chance haben, seine Meinung vorzutragen. Man muß auch ganz offen sagen, ich hätte auch dem einen oder anderen Landesvorsitzenden eigentlich schon zugetraut, daß der sich mehr um die Landtagsfraktion kümmert. Es war eine ganz sonderbare Situation, daß die Landesvorsitzenden in diesen Dingen Beschlüsse gefaßt und Hinweise gegeben haben, und dann sind die Herren heimgegangen, und die Fraktionsvorsitzenden des gleichen Bereiches haben genau das Gegenteil beschlossen und verkündet. Offensichtlich hat da nie der eine mit dem anderen gesprochen. Vielleicht konnte er nicht sprechen. Ich habe jedenfalls hier die obskursten Erfahrungen in diesem Zusammenhang gemacht.

Ich bin der Meinung, daß das jetzt vorgeschlagene Konzept sehr vernünftig ist. Daß dabei auch die Personalstruktur des Kulturpolitischen Ausschusses der Bundespartei etwas verjüngt wird, ist auch nicht gerade ein Schaden. Es hat natürlich keinen Sinn, Herr

30 Bezug unklar. – Der „Entwurf eines Gesamtplans für das Schul- und Hochschulwesen des Arbeitskreises VI (Wissenschaft und Publizistik) der CDU/CSU-Fraktion" vom 16. August 1968 war mit dem Experten der Landtagsfraktionen der Union abgestimmt (Text in ACDP Dokumentation AO Berthold Martin).

31 Anspielung auf die Auseinandersetzungen mit der katholischen Kirche wegen der Umwandlung von konfessionellen Volksschulen in christliche Gemeinschaftsschulen. Der Vatikan sah darin eine Verletzung des Reichskonkordats von 1933 (vgl. dpa: Hintergrund. Archiv und Informationsmaterial vom 30. November 1966). – Der Freistaat Bayern hatte am 8. Oktober 1968 Änderungsverträge zum Konkordat von 1924 und zum Vertrag mit der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche unterzeichnet („Süddeutsche Zeitung" vom 8. Oktober 1968).

Kollege Heck, daß ein solches Gremium im wesentlichen bestimmt wird von hochachtbaren Persönlichkeiten, die aber mit Argusaugen auf ihre Amtsnachfolger in bestimmten Ämtern gucken, die also vieles unter diesem Gesichtspunkt messen und nicht nach dem, was sachlich zur Zeit zu erörtern ist.

Es wäre auch ein wichtiger Punkt, daß die CDU-Ministerpräsidenten und CDU-Kultusminister zu einer größeren Integration gebracht werden, daß die Vorbesprechungen auf der Ebene der Kultusministerkonferenz für die CDU-Leute intensiviert werden. Wenn ich CDU sage, dann meine ich immer automatisch auch die CSU. Es hat doch keinen Sinn, daß wir uns hier auseinanderlaborieren. Was jetzt passiert ist an scharfen Auseinandersetzungen nach dem Berliner Parteitag wegen dieses einen Beschlusses in der Bundeskultusministerkonferenz[32], ist ein weiterer Hinweis darauf. Das hat dazu geführt, daß die Verhältnisse teilweise so waren, daß, wie bei kriegführenden Mächten, kurz vor einem Friedensschluß die Emissäre hin und her eilten, um überhaupt die Leute an einen Tisch zu bringen. Das Ganze ist ein schauderhaftes Beispiel von Desorganisation gewesen. Ich bin ganz sicher, wenn wir in diesen Punkten nicht schnell eine Änderung schaffen, werden andere die politische Mehrheit erlangen. Und die werden dann sehr rasch eine Änderung herbeiführen. Das muß man ganz nüchtern aussprechen.

Ich halte dafür, daß das jetzt vorgelegte Konzept richtig ist. Ich bin allerdings der Meinung, Herr Bundeskanzler, daß die ganze Autorität des Bundesvorstands der Partei jetzt hier dahintertreten müßte, auch wenn es dem einen oder anderen nicht gefällt, und daß auch die Herren, die jetzt Beschlüsse mit gefaßt haben, dies zu Hause auch vertreten müssen. Es darf nicht plötzlich über Nacht einer unserer Freunde aus dem Bundesvorstand ein neues schulpolitisches Konzept, das mehr im norddeutschen Raum beheimatet ist, vorlegen. Wir müssen uns schon dazu durchringen, unter einer Fahne zu marschieren. Wir müssen uns vorher gemeinsam auseinandersetzen. Der Bundesvorstand muß das natürlich insgesamt unterstützen. Es darf nicht auf einigen wenigen Herren hängenbleiben. Dies gilt auch ausdrücklich für die zuständigen Kollegen aus der Bundestagsfraktion, die am gleichen Strick ziehen müssen.

Kiesinger: Herr Heck muß um 5.00 Uhr weg. Ich lege aber Wert darauf, daß wir noch die Punkte 4 und 5 behandeln.

Meyers: Ich möchte Herrn Heck sagen, Sie müssen insbesondere beim Fernsehen scharf darauf hinweisen, daß wir nicht in den Fehler der alten Zentrumspartei verfallen, daß wir nämlich Kulturpolitik mit Schulpolitik leisten. Wir sollten zweitens zunächst den großen Rahmen abstecken und sagen, jetzt nehmen wir ein besonders dringliches Kapitel heraus, um das vorweg zu behandeln. Wir geraten immer mehr in die Gefahr, daß wir bei den sonstigen kulturpolitischen Belangen als rückständig angesehen werden.

Heck: Ich bitte um Nachsicht, daß ich um 5.00 Uhr weg muß. Noch bevor diese Sitzung festgelegt worden ist, hatte ich mein Einverständnis erklärt, in meinem Namen zur

32 Die Kultusministerkonferenz lehnte die Schaffung eines Bundesbildungsministeriums, wie auf dem Berliner CDU-Parteitag beschlossen, ab. Vgl. „Frankfurter Neue Presse" vom 13. November 1968 „Einig nur im Beharren auf Kompetenz".

Feier eines 60. Geburtstags einzuladen. Deswegen muß ich wenigstens eine Viertelstunde dabei sein.

Berufung einer Mitbestimmungskommission entsprechend dem Beschluss des Bundesparteitags

Zum Punkt 4 der Tagesordnung: Berufung einer Mitbestimmungskommission entsprechend dem Beschluß des Bundesparteitags schlägt das Präsidium vor, daß wir, um den Auftrag des Parteitags durchzuführen, ein kleines Gremium bilden sollten, das die Probleme der Mitbestimmung soweit berät, daß wir mit einem klaren Konzept in den Wahlkampf gehen können.

Das Präsidium schlägt vor, daß wir von den beiden Seiten je zwei Persönlichkeiten nehmen sollten, und zwar aus dem Bereich der Wirtschaft den Vorsitzenden des Wirtschaftsrates, Herrn Dr. Schäfer, und aus dem Bereich der Mittelständler den Herrn Lampersbach. Das Präsidium schlägt vor, aus dem Bereich der Arbeitnehmerschaft die Kollegen Katzer und Sabel[33] zu wählen. Ich bin allerdings beauftragt worden, mit dem Kollegen Katzer noch darüber zu sprechen, wie die Sozialausschüsse zu diesem Vorschlag stünden. Der Kollege Katzer hat mit Nachdruck darum gebeten, wir sollten, schon um der Kommission auch in seinem Bereich ein größeres Durchsetzungsvermögen zu verleihen, anstelle von Herrn Sabel – gegen den er sonst keinerlei Einwendungen hat – den Kollegen Russe nehmen. Wir haben darüber im Präsidium noch einmal kurz gesprochen. Ich hatte den Eindruck, daß das Präsidium durchaus geneigt ist, seinen eigenen Vorschlag auf diese Intervention von Herrn Katzer hin so zu modifizieren.

Es wurde weiterhin im Präsidium einem Wunsch meinerseits, den ich aufgrund meiner Erfahrungen vorgetragen habe, entsprochen, daß ich in dieser Kommission den Vorsitz selber übernehme. Ich wäre dankbar, wenn der Bundesvorstand diese Kommission so beschlösse, wie sie vom Präsidium vorgeschlagen wird.

Fay: Darf man einmal hören, warum Herr Katzer nicht den Sabel, sondern den Russe will. Ich muß hier ein Wort zugunsten meines älteren Parteifreundes Sabel sagen. Er gehört zu den Leuten, die sehr viel Zeit haben und die sich der Sache mit Intensität widmen können. Ich weiß nicht, ob das bei Herrn Russe der Fall ist.

Heck: Herr Fay! Genau das war unsere Überlegung, den Herrn Sabel vorzuschlagen. Der Herr Katzer sagt, der Herr Russe hat ein kräftigeres Gewicht, insbesondere wenn es darum geht, den Kompromiß, den wir ja wiederum zustande bringen müssen, bei den Sozialausschüssen durchzusetzen. (*Kiesinger:* Und in der Fraktion nicht zu vergessen!)

Kraske: Es kommt noch hinzu, daß auf der anderen Seite Herr Schäfer Vorsitzender des Wirtschaftsrats und Herr Lampersbach der Geschäftsführende Vorsitzende in der Mittelstandsvereinigung ist, also beides Leute, die in den entsprechenden Vereinigun-

33 Anton Sabel (1902–1983), Schreiner; 1926–1933 Bezirks- und Landesjugendleiter der Christlichen Gewerkschaften in Hessen, 1949–1957 MdB (CDU), 1957–1968 Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

gen ein führendes Amt haben, und deswegen auch die Sozialausschüsse mit zwei Vorstandsmitgliedern hier vertreten sein wollen.

Kiesinger: Können wir damit einverstanden sein? (*Zustimmung.*) – Gut!

Heck: Punkt 5 der Tagesordnung:

Aktivität im Vorwahlkampf

Darf ich zunächst von mir aus lediglich einen kurzen Überblick über die Lage geben, wie wir sie sehen. Herr Kraske kann dann den zweiten Teil übernehmen. Zunächst muß man bedenken, daß in der öffentlichen Meinung im Verhältnis zwischen Staat, Politik und Parteien von 1945 bis heute sich merkliche Wandlungen vollzogen haben. Die Union ist eben heute als Gesinnungspartei nicht mehr so erfolgreich, wie sie es in den Gründerjahren war. Die Union ist als Gesinnungspartei entstanden. Wenn sie diese Gesinnungspartei nicht gewesen wäre und wenn sie es nicht bliebe, dann würde ihr die Integrationskraft fehlen, die sie braucht, um eine Volkspartei zu sein.

Wir haben uns dann bei den Wahlen im Jahre 1953 zur absoluten Mehrheit nicht als Gesinnungspartei, sondern als erfolgreiche Volkspartei durchgesetzt; d. h., weil diese Partei sich als eine leistungsfähige Partei erwiesen hat. Ich brauche nur die Namen zu nennen, mit denen sich diese Leistung insbesondere verbindet: Adenauer und Erhard; dazu hatten wir aber auch neben Adenauer und Erhard eine Reihe von vom Volke hoch respektierter Persönlichkeiten in der Repräsentanz der Bundesregierung anzubieten.

Man wird davon ausgehen müssen, daß die Union für sich Gesinnungspartei sein muß, weil sie das einfach als Integrationskraft braucht, daß aber, um Erfolg bei den Wahlen in Richtung klare Mehrheit zu haben, diese Partei doch eine recht mobile Leistungsfähigkeit beweisen muß. Ich glaube, daß diese Änderung der Union auf dem Parteitag in Berlin bei der Beratung des Aktionsprogramms der Öffentlichkeit und speziell auch denen, die über Parteien schreiben, doch einigermaßen ins Bewußtsein gekommen ist. Mit der Regierungsverantwortung hat einfach ein Prozeß der Versachlichung und auch der Endideologisierung in einem gewissen Sinne eingesetzt.

Über die SPD brauche ich hier nichts zu sagen. Das ist bekannt. Ich nenne Bad Godesberg. Daß die FDP heute viel weniger noch eine eigene Plattform als liberale Partei haben kann, als das noch im Jahre 1945 der Fall war, ergibt sich einfach aus der Entwicklung, die die CDU und die SPD genommen haben. Über die NPD kann ich mir Ausführungen schenken. Wir haben im Zusammenhang mit dem Problem des Verbotsantrages schon darüber gesprochen.

Nun haben wir eine etwas andere Untersuchung durchgeführt, als das bisher üblich war, über das Bild der Parteien beim Volk, indem wir etwas von der Oberfläche abgegangen sind und versucht haben, einmal festzustellen, was ist eigentlich das Bedürfnis des Volkes, wie wünscht sich das Volk die Parteien. Dabei ergibt sich, daß sich die Wählerschaft im großen und ganzen lediglich in zwei Gruppen aufspaltet. Bei der einen Gruppe dominiert ganz klar das Bedürfnis nach Sicherheit, und zwar in einem doppelten Sinn; einmal im Sinne einer allgemeinen Zuverlässigkeit, wobei diese allgemeine

Zuverlässigkeit begründet sein muß durch Vertrauenswürdigkeit, Verläßlichkeit, Verwurzelung, sittlich, moralisch, religiös, Tradition, Geschichte, Erfahrungen, Stehvermögen, Bewährung usw. Das ist an sich ein Knäuel von Motiven, das hier sichtbar wird. Aber es wird dieses Bedürfnis nach Sicherheit nicht nur in dieser allgemeinen Weise mehr befriedet, sondern – und das stimmt mit dem überein, was ich vorhin sagte – dieses Bedürfnis nach Sicherheit will auch gesichert sein im Blick auf die Zukunft; d. h., es gehört zu diesem Bedürfnis und zu dem Bild einer Partei, daß sie sich in der Lage erweise, in dieser sich schnell wandelnden Zeit auch entsprechend umzustellen und anzupassen. Es wird also eine mobile Leistungsfähigkeit dazu erwartet.

Bei der anderen Gruppe ist es anders. Da steht im Vordergrund: Eine Partei muß fortschrittlich sein, und zwar in dem Sinne, daß man eigentlich von dieser Partei weniger erwartet, daß sie in der Vergangenheit, im Überkommenen groß beheimatet ist; im Gegenteil, man glaubt sogar, das sei eher im Wege. Man konzipiert an sich das Moderne, das Fortschrittliche, mehr von einem Bild der Zukunft her. Das sind die Parteien, die das Jahr 2000 meistern müssen, nicht die Jahre 1969 bis 1973. Nun ist die Unterscheidung nicht so, daß die einen ganz so geprägt wären und die anderen ganz anders. Man kann nur sagen, daß das, was ich jetzt als unterscheidend gesagt habe, bei der einen wie bei der anderen Gruppe dominierend sich auswirkt. Im übrigen sind die Motive durchaus verwischt.

Wir haben bereits im Jahre 1967 eine Umfrage durchgeführt, die 1968 wiederholt worden ist, um einen Überblick darüber zu bekommen, welche Entwicklung die öffentliche Meinung von 1967 bis 1968 genommen hat. Hier läßt sich eines feststellen – der Herr Bundeskanzler hat schon darauf hingewiesen –, daß wir im krassen Gegensatz zum Jahre 1967 im Jahre 1968 ein ganz außergewöhnliches Maß an allgemeiner Zufriedenheit erreicht haben. Die Bevölkerung schaute in der Tat seit 1949 bis heute nur ein- oder zweimal so außergewöhnlich optimistisch und zuversichtlich in die Zukunft. Dabei steht im Vordergrund nicht etwa die Außenpolitik, sondern die Wirtschaftspolitik, und hier die Preise. Das ist für uns ein besonders schwieriges Problem, weil die Gefahr besteht, daß das in erster Linie mit Herrn Schiller verbunden wird, und Herr Schiller immer mehr mit der SPD identifiziert wird, im Gegensatz zu früher.

Die vordringlichen Wünsche richten sich darüber hinaus natürlich auf den Frieden. Hier ist die Regierung Kiesinger in einer guten Lage. Vielleicht ist das sogar auch die Folge dieser Regierung, weil die Regierungserklärung, wenn ich mich recht erinnere, mit dem Satz begonnen hat: Das erste Wort dieser Regierung ist der Friede.

Es ist interessant, daß dort, wo Sicherheit erwartet wird durch die Lösung sozialer Probleme, eigentlich nicht die traditionellen sozialen Probleme im Vordergrund stehen, sondern schon die neueren: Das Problem Gesundheit, das Problem alte Leute, das Problem Erziehungs- und Bildungswesen. Dann gibt es zwei Sonderprobleme, die wir nicht übersehen dürfen. Das eine ist die Bekämpfung des Verbrechertums, also Schutz gegen die Kriminalität, und zweitens – ein interessantes Phänomen –, nachdem über eine gewisse Zeit der soziale Wohnungsbau in den Hintergrund getreten ist, tritt nunmehr die Förderung des Wohnungsbaues in der letzten Zeit wieder ziemlich stark in den Vor-

dergrund. (*Kiesinger:* Genau das Gegenteil! – *Starke Unruhe.*) Nicht des sozialen Wohnungsbaues, sondern des Wohnungsbaues. Die Ansprüche an das Wohnen sind gestiegen. Es gibt eine parallele Erscheinung in den Vereinigten Staaten, wo der Trend aus den Großstädten heraus in die Vorstädte geht, also das bessere Wohnen eine wichtige Rolle spielt. Wir haben uns diesen Punkt vorgemerkt, um ihn separat noch zu untersuchen.

Etwas, was für die Partei von besonderer Bedeutung ist, ist das Verhältnis der Wählerschaft zur Regierung der Großen Koalition, weil dieses Verhältnis der Wählerschaft im klaren Gegensatz steht einmal zum Verhältnis der CDU und noch besonders im Gegensatz steht zu den Auffassungen der Führungskreise der CDU. (*Kiesinger:* Der Kanzler ausgenommen! – *Kohl:* Der ist auch kein Kreis. Herr Heck hat von Führungskreisen gesprochen!) 1968 gaben 61% der Befragten an, die Große Koalition habe sich bewährt. Das haben 1967 nur 46% gesagt. 15% glaubten im Jahre 1967 noch, daß sich die Große Koalition bewähren müsse. Hier ist wiederum wichtig: Am positivsten werden die Leistungen der gegenwärtigen Regierung von den CDU-Anhängern eingeschätzt, nämlich mit 82%. (*Kiesinger:* Gegenüber 63% der SPD.) 41% wollen die Große Koalition nur bis zum Ende dieser Legislaturperiode. 15% möchten sie weitere vier Jahre und 24% möchten sie so lange wie möglich fortsetzen. Hier sind es wiederum die CDU-Anhänger, die mit 45% am häufigsten eine Fortsetzung der Großen Koalition über die nächste Wahl hinaus wünschen, im Vergleich zu 41% der SPD-Anhänger und 26% der FDP-Anhänger.

Etwas Weiteres, was wichtig ist! 32% der Bevölkerung verbinden mit dem Begriff „Regierung" vor allen Dingen das Bild des Bundeskanzlers. 60% – das ist ganz bemerkenswert – sehen dagegen Kiesinger und Brandt gemeinsam. Das ist einfach die Folge der systematischen Kampagne der SPD, die von den Journalisten aufgegriffen wurde, nämlich nur noch von der Regierung Kiesinger-Brandt zu sprechen. 54% halten Kiesinger als Kanzler für besser geeignet, 19% sähen lieber Brandt in diesem Amt. Dabei beträgt dieses Verhältnis bei der CDU 81:4, bei den SPD-Anhängern – das ist interessant – immerhin noch 30:40, also 30% der SPD-Anhänger sind der Meinung, daß der Vorsitzende der CDU doch der bessere Bundeskanzler ist im Vergleich zu ihrem eigenen Vorsitzenden. Die Parteipräferenzen – die Umfrage datiert vom Oktober 1968 – ergab für die CDU 38%, für die SPD 35%. (*Kiesinger:* Das ist aber nicht umgerechnet!) Das ist nicht umgerechnet! 51% – das ist wiederum interessant – der Bevölkerung trauen der CDU die Fähigkeit zu, in Bonn allein zu regieren, dagegen nur 28% der SPD.

Es wäre hier noch vieles zu sagen. Wir werden den Mitgliedern des Bundesvorstands eine genaue Auswertung dieser Umfragen noch schriftlich zustellen.[34] Ich wollte das hier einfach deswegen sagen, damit wir wissen, wie wir den Wahlkampf zu führen haben. Ich glaube, daß es in der Tat falsch wäre, etwa auf die Wahlen hin mit dem Begriff „absolute Mehrheit" zu operieren, weil dieser Begriff sofort eine negative Assoziation auslöst. Wir sollten uns auf die Formulierung einigen: Wir kämpfen bei den Wah-

34 Die Auswertung wurde am 14. Februar 1968 verschickt (ACDP 07–001–104/2).

len um eine klare Mehrheit. – Hierunter kann man sich einiges vorstellen. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch darauf hinweisen, daß hier die Partei, speziell die Führungskreise der Partei, ohne den Bundeskanzler und vielleicht ohne diesen oder jenen im Gegensatz steht zur Meinung der Wählerschaft. Ich glaube, das müssen wir auf alle Fälle bei der Art und Weise und den Formulierungen des Wahlkampfes entsprechend berücksichtigen.

Ich möchte noch einige Daten der Auswertung sagen. Ich sage nichts Neues, wenn ich darauf hinweise, daß wir wesentlich kräftiger von den Frauen gewählt werden als von den Männern. Ich nenne jetzt die Reihenfolge:

CDU		SPD	
Männer	Frauen	Männer	Frauen
32%	43%	40%	30%
Evangelische Konfession		Evangelische Konfession	
31%		41%	
Katholische Konfession		Katholische Konfession	
49%		27%	

Eine interessante Unterscheidung ist folgende:

Gewerkschaftlich Organisierte und ihre Angehörigen	
29% CDU	50% SPD
Nicht gewerkschaftlich Organisierte	
43% CDU	28% SPD
Ortschaften unter 2.000 Einwohner	
44% CDU	27% SPD
Städte über 500.000 Einwohner	
30% CDU	44% SPD

Eine interessante Änderung hat sich vollzogen bei der Intensität, mit der die Anhängerschaft der Wähler zu einer Partei steht. Früher hatte die SPD einen höheren Anteil von sogenannten Stammwählern, d. h. einen höheren Prozentsatz stabiler Wählerschaft. Das hat sich geändert. Die Wählerschaft der SPD ist labiler geworden. Heute ist es so, daß 60% der die Sympathien zur CDU zum Ausdruck bringenden Wähler dies uneingeschränkt und ohne Vorbehalte tun; bei der SPD sind es lediglich noch 55%. Das war früher umgekehrt. Kritisch distanziert sind bei uns 38%, bei der SPD 45%.

Ich habe die Zahlen eigentlich nur genannt, um darauf hinzuweisen, welches unsere kritischen Bereiche sind. Das sind einmal die Arbeiterschaft, und hier nach unserer Umfrage in erster Linie die Facharbeiterschaft, zweitens die Großstädte, drittens die 35- bis 50jährigen. Aus diesen Altersgruppen rekrutiert sich die SPD weit überproportional. Hier sei mir eine Anmerkung gestattet. Hinsichtlich der Länder ist die Situation am kritischsten in Nordrhein-Westfalen. Ich muß darauf hinweisen, wenn die Partei im Rheinland und in Westfalen, insbesondere hinsichtlich ihrer Zusammenarbeit nicht Tritt

faßt, dann kann die Bundestagswahl von Nordrhein-Westfalen aus ernsthaft gefährdet werden. Hier handelt es sich nicht nur um Vorgänge aus der jüngeren Zeit. Die Rheinische Partei ist seit vielen Jahren völlig außer Tritt geraten. Das hat nachhaltig begonnen mit den verlorenen Landtagswahlen 1966. (*Röder:* Auch die Ergebnisse der anderen Länder! – *Starke Unruhe.*)

Kiesinger: Die Sache ist deswegen schwierig, weil diese Ergebnisse vermutlich aus einer allgemeinen Umfrage in der Bundesrepublik herausgenommen worden sind. Dabei ist immer ein reduzierter Personenkreis gefragt, der kein wirklich echtes Urteil abgibt. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Aus diesen Überlegungen und Ergebnissen der Untersuchungen sind zwingend einige Konsequenzen für den Wahlkampf abzuleiten. Die erste Konsequenz ist ganz klar die, daß die CDU nicht mit einer Troika oder einer Mannschaft in den Wahlkampf zieht, sondern mit dem Bundeskanzler als dem Kanzlerkandidaten. Weil das so ist – das bitte ich, mir nachzusehen –, muß die Parteiführung, und dazu rechne ich in erster Linie den Bundesvorstand, mit Nachdruck darauf hinwirken, daß man dieser Miesepeterei gegenüber dem Bundeskanzler, die fast mit einer gewissen Lust betrieben wird, energisch entgegentritt. Es ist klar, das war zu allen Zeiten so: Ein Bundeskanzler und jeder Mensch wird in seiner Art da oder dort Ärgernis erregen. Aber man darf nicht jede Verärgerung aus dem Augenblick heraus zum Maßstab seiner Meinung machen, vor allen Dingen nicht der Meinung, die man geflissentlich den Journalisten wiederum mitteilt. Ich halte das für eine außerordentlich wichtige Sache.

Das zweite ist, wir müssen ganz klar zu einer Gesamtverantwortung der Arbeit der Großen Koalition stehen. Die SPD hat heute einiges hinzugelernt. (*Kiesinger:* Leider!) Das muß ich auch sagen! Die sind nicht mehr der Meinung, daß es richtig wäre für sie, die sozialdemokratischen Leistungen nun groß in den Vordergrund zu stellen, sondern die neuesten Töne lauten: Jawohl, wir haben das zusammen erarbeitet. Wir werden auf alle Fälle – unabhängig von der SPD – daran festhalten: Was diese Regierung geleistet hat, konnte nur geleistet werden durch beide Parteien zusammen. Kein Ressort konnte für sich etwas leisten. Es mußte immer von der anderen Partei mitgetragen werden, d. h. natürlich auch, daß wir mit zu dem stehen, was Sozialdemokraten gemacht haben und nicht übermäßig viel Sympathien ausgelöst hat. Also, hier muß man das Konzept ziemlich konsequent durchziehen.

Wir sollten uns auch mit der Absicht der SPD, uns in der Öffentlichkeit anzuschwärzen als die Partei, die eigentlich in den Regierungen vor der Regierung der Großen Koalition versagt hat, und daß sie als die Retter des Staates aufgetreten sind, nicht allzuviel herumschlagen, sondern diese Polemik knapp und deutlich zurückweisen und in diesem Zusammenhang das ein bißchen auf die FDP umblenden, weil die Sozialdemokraten das Angebot der FDP – das die FDP gemacht hat, ehe bei uns überhaupt abgeschlossen worden ist, wo wir immerhin mit der SPD noch einige harte Forderungen im Raum hatten – kurzweg abgelehnt haben. Sie haben offensichtlich keine Möglichkeit gesehen, mit dieser FDP, wie sie sich damals präsentierte, zu regieren.

Daß wir bei diesem Wahlkampf nicht etwa sagen: Wir wollen ein Ergebnis haben, damit wir die Große Koalition festsetzen können, versteht sich von selbst. Ich empfehle noch einmal den Begriff: Wir kämpfen um eine klare Mehrheit. Für diese klare Mehrheit können wir am glaubwürdigsten dadurch werden, daß wir ein hieb- und stichfestes, auch von der finanziellen Seite her, geprüftes Programm für die nächsten vier Jahre als Wahlkampfplattform vertreten. Diese Plattform muß erarbeitet werden. Die Arbeit ist im Gang. Ich habe schon eine Reihe von Besprechungen geführt. Aber wir sind noch nicht soweit, daß wir es heute vortragen können. Ich habe die Absicht, Herr Bundeskanzler, wenn das Konzept soweit fertig ist, daß wir es durchsprechen und im Präsidium beraten und dann sorgfältig im Bundesvorstand behandeln.

Ich habe es übernommen, soweit hier zu berichten über den Stand der werbetechnischen Vorbereitungen und über einige Vorbereitungen anderer Art. Über die anderen Punkte kann dann Herr Kraske gleich sprechen.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich möchte nur wenige Ergänzungen dazu machen. Ich muß noch einmal die Hoffnung aussprechen, daß ich in diesem Kreise nicht mißverstanden werde. Welche Koalition wir nach 1969 machen werden, hängt vom Wahlergebnis ab. Ich will dazu weiter gar nichts sagen. Ich halte auch die Formel, die Dr. Heck vorgeschlagen hat, nämlich klare Mehrheit, für klar genug, um einerseits unseren kämpferischen Willen zum Ausdruck zu bringen, andererseits nicht die Torheit zu begehen, die absolute Mehrheit als unser Ziel zu erklären; denn wenn wir sie nicht erreichten, müßten wir uns vielleicht sagen lassen, der Wahlkampf sei verloren.

Was auf dem Berliner Parteitag in ganz merkwürdiger Weise zum Ausdruck gekommen ist, das ist die Diskrepanz zwischen unseren – Dr. Heck sagte es schon – Führungskreis und den Aktivisten in der Organisation der Partei, sei es da, sei es dort, die, unterstützt von einer großen Zahl unserer Wähler, ihre Unlust gegenüber der Großen Koalition bekundeten, also eine Unlust vieler unserer Wähler. Ich sage bewußt, nicht der Meinung des Volkes; denn das Volk steht zu dieser Regierung und Koalition. Das Erstaunliche dabei ist doch, daß es noch im Oktober[35] – das war der höchste Prozentsatz – 90% der CDU-Wähler waren, die sagten: Die Arbeit der Regierung Kiesinger ist sehr gut. – Das sind die CDU-Wähler, während die SPD-Wähler sich nur zu 63% zu diesem Urteil durchringen konnten. Das ist also nicht von ungefähr. Ich weise darauf hin, daß die Meinungslosen – das ist eine ganz wichtige Feststellung, denn sonst sind es 27% und mehr – nur 7% sind. Für ausgesprochen schlecht – auch das ist wichtig, und das bleibt durch die Bank gleich – halten nur 2% oder 3% die Arbeit dieser Regierung. Kritisch eingestellt sind 23%. Da heißt es: Nicht so gut. – Mit anderen Worten, da gibt es Leute, die ein bißchen auszusetzen haben. Darunter sind z. B. 23% Landwirte. Es sind aber auch 7% Landwirte, die diese Arbeit für ausgesprochen schlecht erklären. Diese 7% entsprechen merkwürdigerweise den 8%, die sich zur NPD bekennen. Im übrigen

35 Im Oktober 1968 waren 63 % der Bevölkerung mit der Politik Kiesingers einverstanden (ACDP 01–226–401); in der direkten Konfrontation Kiesinger/Brandt als alternative Kanzlerkandidaten hielten die CDU/CSU-Anhänger Kiesinger zu 81 % für geeigneter (Institut für Motivforschung vom September/Oktober 1968 in ACDP 07–003–13/2).

ist es auch ganz interessant festzustellen, daß 55% der FDP-Wähler die Arbeit dieser Regierung für gut erklären. Das ist die eine Sache.

Das andere ist das Ergebnis auf die Frage: Sind Sie zufrieden, daß es eine solche Koalition gibt, oder würden Sie lieber eine andere Zusammensetzung haben? – Ich darf hier das ergänzen, was Dr. Heck aus seiner Quelle gesagt hat. Von der SPD sind es 59%, von der CDU sind es 75%. Dann kommt die Frage: Lieber eine Regierung FDP-SPD, also eine Mini-Koalition? – Hier wollen 18% der SPD-Wähler lieber eine Mini-Koalition. Bei der Frage: Lieber eine Regierung CDU/CSU und FDP? – entscheiden sich 1% der SPD-Wähler und 9% der CDU-Wähler dafür. Ich bitte Sie, sich diesen Prozentsatz zu merken.

Das ist die augenblickliche Stimmung. Sie bezieht sich aber nach meiner Meinung auf die gegenwärtige Legislaturperiode und hat nichts zu bedeuten für das – darüber hat Herr Dr. Heck einige Zahlen genannt –, was sich die Leute für später vorstellen. Ich habe das Gefühl aus anderen Ergebnissen, daß die Leute ganz gesund denken und daß sie sagen, man muß halt mal sehen, eine ewige Große Koalition – ein Wort, das man anfangs auch gesagt hat – darf es nicht geben. Das ist also eine ganz wichtige Sache. Was heißt das also? Ich will es noch einmal ganz deutlich sagen, d. h., die CDU soll sich diese Riesenchance nicht selber verderben, sie soll ihre Wählerschaft nicht mißmutig machen. Der Berliner Parteitag – ich habe mit Frau Noelle-Neumann darüber gesprochen – hat sofort einen Rückschlag gebracht, aber nicht für mich, meine Zahl blieb oben, sondern für die CDU. Sie müssen einfach wissen, so denkt und fühlt die Wählerschaft der CDU. Also nehmen wir es doch! Dann haben wir Erfolg. Wir haben auch in der neuen Situation wie in der Vergangenheit als CDU den Erfolg.

Sicher wird die SPD sich bemühen, ihre Leute herauszustellen. Ihre Leute sind ja auch z. T. recht gut! Brandt hat an Profil außerordentlich viel gewonnen. (*Widerspruch und Unruhe. – Zurufe:* Nein!) – Oh doch! Brandt hat viel gewonnen in der allgemeinen Meinung, auch bei der CDU-Wählerschaft. Schiller hat sehr viel gewonnen! Das liegt z. T. auch daran, daß Sicherheitspolitik, Wirtschaftspolitik und Außenpolitik hier im Vordergrund stehen. Die Leute denken in solchen Fällen auch sektorenhaft, wenn sie auch letzten Endes die Führungsaufgabe des Bundeskanzlers sehen, die aber natürlich schwieriger sichtbar zu machen ist in der Großen Koalition – es ist eine Banalität, es zu sagen – als in einer Gegenüberstellung der eigentlich regierenden Partei und der Opposition; denn wenn ich einen Streit zulasse zwischen uns und der SPD innerhalb des Kabinetts, dann ist der Leidtragende immer der Kanzler; denn der Kanzler kann dann nicht die Ordnung im Hause halten. Deswegen werden die harten Gespräche eben hinter verschlossenen Türen geführt. Deswegen schicke ich dem Außenminister dreimal eine Note, die er an die Sowjetunion richtet, korrigiert zurück, bis zum vierten Male die Note so aussieht – nicht wahr, Baron Guttenberg –, wie ich sie haben will. Aber das darf nicht an die Öffentlichkeit kommen. Man könnte vielleicht raffiniertere Methoden finden, das unter der Hand herausspielen, wie es die SPD mitunter tut.

Auch was Herrn Schiller anlangt, so ist das keineswegs so, daß Herr Schiller etwa die Entscheidung jetzt in der Währungssituation getroffen hätte. Ich habe sie getroffen.

Ich habe vom 7. Juli ab dreimal mit der Bundesbank, mit Sachverständigen, mit den Wirtschaftsministern und Finanzministern zusammen beraten und habe mir die Entscheidung vorbehalten. Der Finanzminister wollte überhaupt nicht, ohne eine ausgleichende Maßnahme zu setzen, was unmöglich gewesen wäre. Dr. Emminger[36] von der Bundesbank sagte mir: Wir können doch nicht die Währungen der Welt in die Luft sprengen! – So ist die Situation. Darum der Auftrag: Es muß dann eine Ersatzlösung für die Aufwertung gefunden werden. Der Hauptgrund dafür, daß wir die Aufwertung nicht gemacht haben[37], war natürlich die Landwirtschaft. Aber auch das sind Dinge, die nach außen hin nicht dringen. Ich sage das deswegen, weil unsere Partei das wissen muß und weil ich das Gefühl habe – Dr. Heck hat das Miesepetrigkeit genannt –, daß sich wenigstens einmal die führenden Leute über die Situation ganz klar werden müssen. Die Situation sieht eben so aus, daß der Politiker, der seit Jahren dieses Geschäft betreibt, besonders draußen an der Front ist und sich auch heute noch mit dem SPD-Mann in den Haaren liegt. Das ist nun einmal so. Es liegt überhaupt im Wesen des politischen Geschäftes, daß man einen haben will, mit dem man sich rauft. Das ist eben so. Das ist vielen Leuten einfach nicht zu nehmen. Da kann man machen, was man will. Die Führungsgruppe muß wissen, daß es sehr schwierig ist und daß wir uns nur schaden, wenn wir es so machen. Leider hat die SPD es schon gemerkt, daß die Partei, die souverän und völlig unbeirrt den Eindruck vermittelt, das Wohl des Ganzen geht uns vor allem anderen, sich durchsetzen wird.

Das zweite ist folgendes. Es ist sehr gefährlich, und deshalb ist es Zeit, es in diesem Kreise zu sagen. Der Hauptangriff gegen den Kanzler und damit gegen den Parteivorsitzenden ist die von der FDP ausgegebene Parole: Entschlußlosigkeit und Entscheidungsschwäche der Regierung. In der Großen Koalition heißt Führen – ich habe es oft genug gesagt –, man muß wissen, wohin man will, und dann zusammenführen. Das ist oft ein sehr mühsamer Weg. Gestern schien es so, als ob wir im Kabinett zum dritten Mal eine Kampfabstimmung haben würden in landwirtschaftlichen Fragen; aber ich bin darum herumgekommen. Dann bahnte sich ein Kompromiß an, den man akzeptieren kann, wenn er nicht faul ist. Einen faulen Kompromiß lehne ich ab. Dann kommt das Wort vom Ausklammern, wie es die FDP sagt. Die Frage ist bis jetzt gar nicht ausgeklammert worden. Das Wahlrecht ist ausgeklammert worden, aber nicht deshalb, weil ich resigniert hätte, sondern weil ich habe feststellen müssen, daß mit der SPD diese Frage nicht zu lösen ist, obwohl sie einen falschen Eindruck in der Öffentlichkeit macht. Hier muß einfach die Partei helfen. Der Kanzler kann sich nicht hinstellen und sagen: Was

36 In der Vorlage: Imringer. – Dr. Otmar Emminger (1911–1986), Jurist; 1928–1932 Studium der Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft in Berlin, München, Edinburgh, 1947–1949 Oberregierungsrat im Bayerischen Wirtschaftsministerium, 1949/50 Leiter der Bizonalen Delegation bei der OEEC, 1950 Eintritt in die Bank Deutscher Länder, 1953 Mitglied des Direktoriums, 1957 Mitglied des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank, 1969–1977 Vizepräsident und 1977–1979 Präsident der Bundesbank.

37 Trotz starkem ausländischem Druck beschloß die Bundesregierung am 19. November 1968, die D-Mark nicht aufzuwerten.

ist denn los? Ich bin ein starker Kanzler. – Hier muß die Partei Hilfestellung geben und gegen diese gefährliche Propaganda antreten.

Die zweite Geschichte – wie hoch ich sie einschätzen muß, weiß ich nicht – ist der Angriff, der Kanzler sei ein Nazi gewesen. Der Kanzler war kein Nazi. Das ist nachgewiesen. Das ist dokumentarisch belegt. Aber was soll man machen, wenn es die Leute sagen. Ich weiß nicht, wie hoch ich das einschätzen muß; immerhin, vor kurzem bringt der Herr Schlamm einen Artikel in einer Zeitung, die uns sonst nahezustehen pflegt, wo er dieses Thema aufgreift. Es ist die „Welt am Sonntag".[38] Herr Springer[39] hat sich bei mir entschuldigt. Er sagte, der junge Redakteur habe nicht die Kraft gehabt, sich dem zu widersetzen usw.

Der Herr Bundestagspräsident (*Zuruf:* Der ist weggegangen! – *Starke Unruhe.*) sagte mir, warten wir es ab. Hier ist einfach die Frage, was kann man da tun; nicht ich, das müssen Sie draußen besser sehen. Ich bitte nur einfach um Ihre Unterstützung, nicht um mich, (*Anhaltende starke Unruhe.*) sondern ich muß ja so stark wie möglich bleiben, um in diesem Wahlkampf durchzustehen. Natürlich werde ich meinen Stil in diesem Jahre ändern, d. h., ich werde von Monat zu Monat etwas kämpferischer auftreten und dann natürlich den Wahlkampf hart führen, aber nicht etwa über künstlich herausgekratzte Streitfragen – das wäre ja völlig töricht –, denn wir haben doch genug, was uns unterscheidet. Das wird sich ja ganz besonders in diesem Jahr herausstellen.

Wir dürfen nur nicht in die Gefahr geraten, daß uns die SPD den Rang abläuft und sich in das Licht dessen setzt – hier ist Herr Schiller dabei –, der nun, nachdem das Große hereingeholt ist, dem kleinen Mann das Seine gibt. Mir wurde erzählt, daß Schiller immer noch angegriffen wird. 40% der Befragten haben bisher geglaubt, Schiller gehöre zur CDU. Deswegen hat Dr. Heck das vorhin gesagt. Wenn Schiller angegriffen wird – so sagte man mir –, dann steht in jeder Versammlung einer auf und sagt: Wo hat es das je gegeben, daß ein Wirtschaftsminister Lohnerhöhungen gefordert hat? Damit ist dann die ganze Sache erledigt. Es wird gesagt, zuerst hat er dafür gesorgt, daß das Notwendige da ist, und nun teilt er aus. Das ist eine wirkliche Gefahr. Ich bin zwar optimistisch – diese ganzen demoskopischen Umfragen nehme ich cum grano salis –, aber ich habe doch eine langjährige Praxis und weiß genau, was davon zu halten ist. Für mich war viel wichtiger und aufschlußreicher das Ergebnis der Landtagswahlen, bei denen wir im Vergleich zur SPD günstiger abgeschnitten haben. Das war alles während dieser Zeit.

Jetzt komme ich mit einem großen Fragezeichen. Offen ist das Land Nordrhein-Westfalen. Dieses Land hat seine Wahl erst im Jahre 1970. Wir wissen aus bitteren Erfahrungen, was sein kann, wenn man eine Bundestagswahl gewinnt und im Jahre drauf die Landtagswahl im größten Land der Bundesrepublik verliert.

---

38 In der Vorlage: Schramm. – Vgl. „Welt am Sonntag" vom 5. Januar 1969 „Ich bekenne meine Vorurteile". – William S. Schlamm (1904–1978), Journalist und Schriftsteller.

39 Axel Cäsar Springer (1912–1985), Verleger; ab 1946 Aufbau eines Verlagsimperiums (u. a. 1952 „Bild", 1953 „Welt", 1959 Übernahme der Ullstein AG).

Meine Damen und Herren! Es bahnt sich ein kritisches Verhältnis zwischen CDU und CSU an. Es hat gar keinen Zweck, das hier zu verheimlichen. Das ist so. Ich will den Gründen nicht nachgehen. Franz Josef Strauß läuft herum und sagt, er habe mich in den Sattel gehoben. Jeder, der die Dinge kennt, weiß genau, daß es umgekehrt war, daß er von seiner Partei bestimmt worden ist; denn er hatte einen anderen Kandidaten, nämlich den, den ich auch hatte. (*Lebhafte Unruhe und Heiterkeit.*) Aber das ist die Wahrheit! Daß er aber heute das überall verkündet, finde ich nicht fair. Die CSU bezeichnet sich offiziell als eine konservative Partei. Die CDU könnte sich nicht als eine konservative Partei bezeichnen. Eine Partei, die das Land Nordrhein-Westfalen umschließt, kann sich nicht einfach das Etikett „konservativ" umhängen. In unserer Partei sind konservative Elemente, aber auch liberale, natürlich auch soziale. Da paßt kein Etikett. Das ist gefährlich.

Wenn nun die CSU angesichts kommender wichtiger Entscheidungen bereits ihre Entschließungen festlegt und sagt: Davon werden wir nicht abgehen, das ist das, was wir unter allen Umständen wollen, – dann ist es außerordentlich kritisch. Wir werden also in der nächsten Zeit den Versuch machen müssen, um zusammenzukommen. Ich bin der Meinung, daß das gehen wird, daß sehr viele Leute in der CSU sind, die die Gefahr auch für die CSU selber sehen, die in einer großen Überhitzung lebt.

Den Streit zwischen den beiden verschiedenen Auffassungen des Vorsitzenden der CDU und des Vorsitzenden der CSU will ich jetzt nicht darlegen. Er versucht, rechts zu überholen. Ich halte das für eine vielleicht in Bayern erfolgreiche Methode, aber ich halte sie nicht für erfolgreich in der Bundesrepublik. Aber darüber wird man miteinander sprechen müssen; immerhin muß ich die Gefahren nennen. Wir müssen sie möglichst bald – d. h. schon in den nächsten Wochen – klären und irgendwie regeln; denn so kann es nicht weitergehen.

Es kann auch nicht so weitergehen, daß man hinter der vorgehaltenen Hand, auch in der CDU – das wird mir ja alles zugetragen – meine Herren, sagt: Den Kiesinger nehmen wir nicht mehr! Dann aber kommt Franz Josef Strauß als starker Mann. Meine Damen und Herren! Ich will mich über die deutsche philosophische Politik des starken Mannes hier nicht auslassen. Die Partei hat bestimmte Meinungen dazu. (*Lemmer:* Sie hat große Erfahrungen!) Ja, ich will mich nicht auslassen.

Ich bin in vielen Punkten mit dem Vorsitzenden der CSU viel näher, als es scheint, nämlich in fast allen Fragen. Aber die Methode, die er anwendet, ist halt gefährlich. Was sein Ehrgeiz sagt und was er werden will, das ist eine andere Frage. Mir tut es nur leid, daß in dem Wettrennen zwischen Finanzminister und Wirtschaftsminister der Finanzminister in der Popularität vom Wirtschaftsminister unnötigerweise überflügelt worden ist. Das ist ein großer Jammer, aber es ist halt so. Das hätte er anders haben können. Ich habe immer wieder gesagt, zu diesem Erfolg hat der Finanzminister mindestens zum gleichen Teil beigetragen wie der Wirtschaftsminister. Ich habe es dargelegt. Ich werde es auch in den kommenden Monaten tun müssen. Hier in diesem Kreis hat es ja keinen Zweck, daß man heikle Dinge totschweigt. Man muß einmal darüber sprechen.

Ich kann nur noch einmal dringend sagen, wenn Sie erwarten, daß das im Herbst gutgehen soll, dann bedenken Sie, früher konnten wir immer wieder sagen: Das hat die CDU geschaffen, Adenauer in der Außenpolitik, Erhard in der Wirtschaftspolitik usw. Das und das haben wir erreicht. Was hat die Opposition gemacht? Sie hat nur geschimpft. Aber heute ist das nicht mehr so. Heute ist das eben eine Leistung der Großen Koalition. Diese Regierung der SPD ist ja eine Quantité négligeable in diesem Zusammenhang, da wird es am Ende darauf ankommen, wie wir uns alle darstellen. Dazu gehört erstens kein Gezänk, zweitens Geschlossenheit und Einigkeit nach außen und drittens ein ehrliches Ringen um gemeinsame Lösungen in schwierigen politischen Fragen. Wir müssen die Situation berücksichtigen, die kommen wird. Offensichtlich ringt sich die SPD nicht durch, einen Kanzlerkandidaten aufzustellen. Die drei um die Palme ringenden Herren schließen das aus. Sie wollen mit einem Trio auftreten, zu dem Brandt, Schiller und Helmut Schmidt gehören sollen, wie man hört. Das kann sich noch ändern. Ich will nicht viel dazu sagen. Ich hoffe, daß die SPD dabei bleibt. Immerhin zeigt das eine Chance in dieser Situation. Ich hoffe, daß wir das bei unseren künftigen Maßnahmen berücksichtigen.

Über die technische Durchführung des Wahlkampfes, insbesondere im Blick auf die möglichen Störungen durch die APO usw., werden wir heute nicht mehr viel sagen. Ich habe mir da ein ziemlich klares Bild gemacht. Darüber müssen wir uns ein anderes Mal unterhalten. (*Zuruf:* Wann ist die Wahl?) Am 14. September, aber bloß von der CDU aus. Ob die FDP mitmacht, kann ich noch nicht sagen.

Kraske: Herr Genscher hat sich bisher für Ende September geäußert. Er hat zwar erklärt, das sei ihm egal, sie würden zu allen Terminen gut abschneiden. Die SPD scheint sich für den 12. Oktober festlegen zu wollen. Sie macht sich sehr stark. Sie tut es aus guten Gründen, um aus der Assoziation September-Wahl = CDU-Wahl herauszukommen. Gerade aus diesen Gründen sollten wir unter allen Umständen beim 14. September bleiben.

Röder: Herr Bundeskanzler, ich habe noch eine Frage. Ich sage auch das, was unser Parteifreund Heck gesagt hat. Es hängt sehr vieles davon ab, ob wir verhindern können, daß unsere Leute schlechtgemacht werden. Wir haben allen Anlaß, uns über dieses Thema zu unterhalten. Im Augenblick unterhält sich die Öffentlichkeit über unseren Parteifreund Eugen Gerstenmaier.[40] Ich habe nur die Frage, ob der Bundesvorstand beabsichtigt, sich in einer Erklärung hinter diesen prominenten Parteifreund zu stellen, was ich sehr empfehlen würde. (*Lebhafte Unruhe. – Blank:* Das ist bei uns nicht üblich!) Lieber Parteifreund Blank, in der Öffentlichkeit wird man es doch vermissen,

40 Nach seiner Habilitation 1938 war Gerstenmaier wegen seiner Ablehnung des Nationalsozialismus die Lehrbefugnis und Ernennung zum Professor verweigert worden. Für die entgangenen Versorgungsbezüge erhielt er – gemäß der 7. Novelle des Wiedergutmachungsgesetzes vom 19. September 1965 („Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes", BGBl 1965 I S. 1315) – mit Bescheid des Bundesinnenministeriums vom 8. Dezember 1968 Wiedergutmachungsleistungen. Vgl. Franz MÖLLER: Eugen Gerstenmaier und die Bundesversammlung in Berlin, in: HPM 9 (2002) S. 95–126, hier S. 117–124.

wenn wir einen Mann – gleichgültig, wie man zu seinem Verhalten steht, darüber brauchen wir nicht zu diskutieren – angreifen lassen, ohne daß wir als Parteivorstand dazu etwas sagen. Das trifft heute Eugen Gerstenmaier, morgen trifft es Kai-Uwe von Hassel, übermorgen den Bundeskanzler. Eine Partei muß zu ihren Leuten stehen. (*Unruhe.*) Sie muß dazu stehen. Ich wollte es eben sagen, als Freund Gerstenmaier draußen war, kam aber nicht dazu. Nun ist er wieder hier. Ich habe jetzt keine Zeit, solange abzuwarten, bis er wieder draußen ist. Deshalb wollte ich es jetzt sagen.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich wollte dazu keinerlei Diskussion haben.

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier will den Raum verlassen.

Nein, bleiben Sie hier! Ich möchte nur einen Satz dazu sagen. Diesen Satz sollte man auch der Öffentlichkeit gegenüber zum Ausdruck bringen. Wir können jetzt nicht in eine Diskussion eintreten. Ich wollte etwa sagen: „Dem Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmaier sind in einem rechtlichen Wiedergutmachungsverfahren Ansprüche zugestanden worden." Hier steht: Die auch finanzielle Auswirkungen hat. Der Satz gefällt mir nicht ganz. Es ist meine Aussage, die ich jetzt mache. „Ich habe mich überzeugt, daß es sich dabei um ein völlig korrektes Verfahren handelt. Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier hat über die Summe, die er als Nachzahlung erhalten hat, so verfügt, daß sie zu einem großen Teil den Hinterbliebenen und Angehörigen der Beteiligten des deutschen Widerstandes zugute kommt. Es gibt keinerlei Grund, an den ehrenhaften Motiven Dr. Gerstenmaiers zu zweifeln. Er hat das volle Vertrauen des Parteivorstandes." So etwa würde ich sagen. Wir können das im einzelnen ja noch verbessern. Es ist ein erster Entwurf.

Gerstenmaier: Herr Bundeskanzler! Ich habe nun doch das Gefühl, daß ich rausgehen sollte. Wenn ich jetzt den Schlußsatz höre ... (*Sehr starke Unruhe. – Lücke:* Der Schlußsatz ist neu!)

Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier verläßt den Saal.

Kiesinger: Man könnte auch sagen: „Im Zusammenhang mit dem Wiedergutmachungsverfahren Dr. Eugen Gerstenmaiers erklärt der Bundesvorstand der CDU, daß es keinerlei Grund gibt, an der Ehrenhaftigkeit des Verhaltens und der Korrektheit des Verfahrens zu zweifeln. Dr. Gerstenmaier hat das volle Vertrauen der CDU." (*Starke Unruhe. – Lücke:* Darf ich bitten, den Schluß der ersten Erklärung noch einmal vorzulesen. Er erleichtert die ganze Geschichte.) Er lautet: „Die von dem Landesamt für Besoldung und Versorgung in Nordrhein-Westfalen aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen errechneten materiellen Entschädigungen habe ich nach Abzug der Steuern für den Kreis des deutschen Widerstandes bestimmt." (*Lücke:* Uneingeschränkt! – *Kraske:* Es ist besser, wenn er das morgen selber erklärt und wir uns auf das Allgemeine beschränken! – *Anhaltende Unruhe.*) Wenn wir es abstellen auf die Korrektheit des Verfahrens und die Ehrenhaftigkeit des Verhaltens, dann ... (*Sehr starke Unruhe.*) Meine Damen und Herren! Ich weiß zufällig, wie die Geschichte zustande kam, wie eines Tages sein Freund sagte: Was geschieht mit deiner Familie, wenn du mal umfällst? – Wir alle sind

doch in dieser Situation gewesen, daß wir einfach nicht wußten, wie wir weitermachen sollten. Dann hat er es damals gestoppt. Das ist schon ein bißchen eine lahme Entschuldigung. Er selber sagt: Ich habe das gedacht. – Ich weiß gar nicht, ob es zweckmäßig ist. Aber wenn er es selber sagt, dann bitte! Das ist eine Sache, die ihm deswegen ein wenig unangenehm ist, weil sie auch anschließt an die unglückliche Sache damals mit dem Haus in Stuttgart.[41] Sie wissen ja, wie das ist. Wenn so etwas einmal in der Welt ist, dann ist es eben da. Deswegen müssen wir uns, da hilft alles nichts – ganz gleichgültig, ob der eine oder andere von uns das Verhalten für politisch opportun halten mag oder nicht –, hinter unseren Parteifreund stellen. (*Lemmer:* Entweder – Oder!) Natürlich! Für das „Oder" gibt es gar keinen Anlaß! (*Lebhafte Unruhe.*) Ich weiß, Herr Scheufelen, das ist schwierig für Sie, weil in Nord-Württemberg diese alten Vorgänge immer noch Unruhe schaffen. Aber es bleibt nichts anderes übrig. Da müssen wir klipp und klar etwas sagen. Wollen wir also nur diese kurze Formulierung nehmen? Sind wir geschlossen dieser Meinung? (*Zustimmung!*) – Gut!

Soweit ich gesehen habe in der Presse – ich habe natürlich nicht soviel Zeit gehabt, um die ganze Sache zu lesen –, ist an der Ehrenhaftigkeit eigentlich nicht gezweifelt worden. (*Starke Unruhe. – Lemmer:* Die Kritik ging nur dahin, dort ging es schnell, aber die anderen müssen lange warten! – *Anhaltende Unruhe. – Zuruf:* Es geht mehr um die Einlassung des Bundestagspräsidenten. – *Zuruf:* Am unangenehmsten ist diese Meldung über die erst nach dem Antrag erfolgte Gesetzesänderung. – *Stoltenberg:* Das war völlig irreführend! – *Anhaltende Unruhe.*)

Von Weizsäcker: Aber das ist der Punkt, auf den die Berichterstattung hinweist und auf den man am meisten angesprochen wird. (*Zuruf:* Für die Journalisten ist der entscheidende Punkt die Einlassung des Präsidenten am Montag in einer Pressekonferenz gewesen.[42] Durch die Art seines Auftretens ist die Sache unnötig verschärft worden in den Augen der Journalisten.) Das mag schon sein, aber das ist etwas, was die Bevölkerung als solche nicht weiß. Die Mitteilung darüber, daß ein Gesetz erst nachträglich geändert worden sei, und zwar in einer kausalen Weise für Grund oder Höhe des Anspruches, kann ja doch nur lanciert werden in der Absicht, nun zu sagen, das ist Korruption. (*Anhaltende Unruhe.* – Das stimmt nicht!)

Kraske: Das war eine der zahlreichen Novellen der Entschädigungsgesetze, die tatsächlich so durch die Presse gegangen sind, daß die zeitliche Abfolge wie folgt war:

Januar 1965 Antragstellung, Juni 1965 Ergänzung des entsprechenden Gesetzes, um die Ansprüche von potentiellen Hochschullehrern, die habilitiert waren, aber nicht mehr die Venia legendi bekamen, sicherzustellen, und dann wiederum einige Monate

41 Gerstenmaier hatte 1959 in bester Stuttgarter Wohnlage ein Grundstück für 50.000 DM gekauft und wollte dieses 1967, da er doch nicht bauen wollte, für 304.000 DM an die Stadt zurückverkaufen. Vgl. „Spiegel" vom 26. Juni 1967 „Vorzug am Hang"; „Rheinischer Merkur" vom 4. August 1967 „Präsidiales ‚Häusle baue'".

42 Gerstenmaier hatte, nach Angriffen gegen seine Person, u. a. den Satz geäußert: „Nazi hätte ich sein müssen, dann bräuchte ich mich heute nicht zu verteidigen." Vgl. „Bonner Rundschau" vom 13. Januar 1969; „Tagesspiegel" vom 14. Januar 1969; „Frankfurter Rundschau" vom 15. Januar 1969.

oder einige Jahre später eine Entscheidung im Verfahren. Und das ist genau mit dieser Absicht jetzt nachgeschoben worden. (*Von Weizsäcker:* Ich habe aber erlebt, daß ich nur auf diesen Punkt 2 angesprochen worden bin. – *Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Das darf aber auch er nicht tun! (*Mehrere Zurufe:* Nein, nein!) Ich habe Dr. Gerstenmaier geraten, er soll absolut schweigen. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Kraske: Herr Bundeskanzler, könnte das nicht interpretiert werden von einem Mitglied unserer Fraktion aus dem Rechtsausschuß oder Wiedergutmachungsausschuß, der damals für die Novellierung zuständig war, der das womöglich sogar im Plenum vertreten hat. Ich weiß nicht, wer das gewesen ist, aber das läßt sich ja feststellen. (*Von Weizsäcker:* Es wird doch ziemlich leicht sein nachzuweisen, daß Gerstenmaier von dem laufenden Antrag gar nichts gewußt hat. – *Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Gut! Dann sind wir wohl einig in dieser Frage. (*Scheufelen:* Hat man schon ungefähr eine Vorstellung darüber, wie es mit der Wahlführung sein wird?)

Kiesinger: Ich kann nur die allgemeine Richtung andeuten. Dr. Heck hat schon darauf hingewiesen. An erster Stelle steht die Sicherheit. Wir müssen es aber bald machen, damit nicht eine andere Partei uns das wegnimmt. In Baden-Württemberg hieß es: Sicherheit, Ordnung, Fortschritt. Auf so etwas muß es hinauslaufen. (*Kohl:* Aber nicht genauso!) Natürlich nicht, aber in dieser Richtung muß es gehen.

Kraske: Ich möchte zu drei Punkten eine Ergänzung geben. Erstens Große Koalition und Wahlkampfterminierung, zweitens Werbevorbereitung und drittens eigentliche Wahlkampagne. Die bereits zitierten Ergebnisse der Meinungsforschung möchte ich durch eine Bemerkung ergänzen, die noch über das hinausgeht, was der Herr Bundeskanzler vorhin gesagt hat, als er meinte, daß die positive Haltung zur Großen Koalition sich im wesentlichen auf die gegenwärtige Legislaturperiode bezieht und daß man für die Wahl hier durchaus offen sei. Nach der letzten uns vorliegenden Umfrage gilt diese positive Haltung mehr und mehr auch über die Wahl hinaus. Ich möchte das durch eine Zahl belegen, die ich ziemlich erschütternd finde. Einmal angenommen, bei der nächsten Bundestagswahl würde eine der beiden großen Parteien soviel Stimmen bekommen, daß sie auch ganz allein regieren könnte, sollte sie dann allein regieren oder mit der anderen großen Partei die Große Koalition fortsetzen?

Ergebnis: Alleine regieren: 40%. Fortsetzung der Großen Koalition: 35%. Unentschieden: 15%. Ergebnis bei den potentiellen CDU/CSU-Wählern: Alleine regieren: 38%. Fortsetzung der Großen Koalition: 39%. Weibliche Wähler: Alleine regieren: 30%. Fortsetzung der Großen Koalition: 39%.[43] Das bedeutet für mich und sicher für keinen von uns eine Änderung unserer eigenen Auffassung und Ziele. Aber dieses scheint mir das deutlichste Indiz dafür zu sein, daß derjenige Minus-Punkte sammelt, der zu früh mit dem Wahlkampf beginnt. Ich sage das in diesem Kreis, weil in unserer eigenen Partei, und zwar je weiter man an die Wahlen kommt, desto mehr eine große Unruhe ist, die gerade nach den Nachrichten über das Dreikönigstags-Treffen der FDP

43 Vgl. JAHRBUCH 1968–1973 S. 272.

und über die Pressekonferenz von Wischnewski noch zugenommen hat[44] mit der besorgten und teilweise recht vorwurfsvollen Frage an die Bundespartei, an den Parteivorsitzenden, an den Generalsekretär und an uns, warum fangt ihr nicht endlich an, warum hört man nichts von euch?

Ich kann nur sagen, je mehr SPD und FDP von Wahlkampf und Wahlkampfzielen zur Zeit sprechen, desto besser ist es für uns, und um so mehr soll sich die CDU vor einem Einstimmen in dieses Wahlkampfgerede hüten. Sie soll statt dessen über ihre politischen Aufgaben und ihre sachliche Arbeit reden. Daraus ergibt sich aber auf der anderen Seite, daß wir die gleiche Zeit benutzen sollten, insbesondere in den Wahlkreisen, um mit unserer Öffentlichkeitsarbeit und Informationsarbeit ohne spürbaren Wahlkampfhintergrund, also ohne Gezänk und Polemik, sehr viel aktiver und fleißiger zu sein, als das leider bisher weithin der Fall ist.

Wir können in diesen Punkt, d. h. Information der Öffentlichkeit, in den nächsten Monaten, wo wir noch ein wirklich aufgeschlossenes Publikum finden, gar nicht genug tun. Das gilt für die Bundestagskandidaten und Bundestagsabgeordneten; das gilt aber auch für die Kabinettsmitglieder. Die Kabinettsmitglieder der SPD sind, wie ich aus allen unseren Landesverbänden höre, ungewöhnlich fleißig in ihrem Auftreten draußen im Lande. Es wird – ich kann das nicht im einzelnen nachprüfen und beurteilen – von unseren Landesverbänden eigentlich durchweg Klage darüber geführt, daß die SPD-Minister in ihren Bereichen mehr auftreten als unsere eigenen und wir hier etwas ins Hintertreffen kommen.

Ein Wort zu den Werbevorbereitungen! Die Presse hat sich in den letzten Tagen im Anschluß an das Dreikönigstags-Treffen ein bißchen mit dem Bundestagswahlkampf befaßt. Die Ankündigung der FDP, wir müßten diesmal einen rationalen Wahlkampf führen, man müsse endlich auf die antiquierten Formen des Wahlkampfes, wie Plakatierung usw., verzichten, hat – wie nicht anders zu erwarten war – in der Presse ein positives Echo gefunden. Ich weiß, daß die SPD diese Masche fortsetzen wird; daß das eines ihrer Wahlkampfthemen sein wird, wie sie den Wahlkampf führen will.

Wir sollten uns heute schon darüber klar sein, daß wir uns darauf im eigenen Interesse auf keinen Fall einlassen; denn daß es einerseits eine gezielte Maßnahme auf die potentiellen Wähler der FDP, zum anderen von der FDP ganz zweifellos nur lanciert ist, um damit im Vorfeld des Wahlkampfes Stimmung für sich zu machen, ist klar. Für uns wird das gleiche gelten wie in früheren Jahren, daß wir alle zur Verfügung stehenden Medien in den letzten Wochen konzentriert ausnützen müssen und daß wir in unserer Wahlkampfplanung und in der Anlage unserer Werbekonzeption zu berücksichtigen ha-

44 Die FDP kündigte auf ihrem Dreikönigstreffen an, sie strebe eine Regierungsbeteiligung an, und kritisierte die Große Koalition heftig, vgl. „Nürnberger Zeitung" vom 7. Januar 1969 „Die FDP will an die Macht"; „Kölner Stadtanzeiger" vom 7. Januar 1969 „Auf in den Kampf!". – Wischnewski betonte bei mehreren Gelegenheiten den politischen Führungsanspruch seiner Partei und die Ablehnung einer Fortführung der Großen Koalition, vgl. FAZ vom 10. Januar 1969 „Auch die SPD meldet Führungsanspruch an"; Interview in: SPD-Pressemitteilungen und Informationen vom 3. Januar 1969.

ben, daß in unserer Bevölkerung ein Viertel beinahe, nämlich 22%, weder regelmäßige Fernseher noch regelmäßige Zeitungsleser sind und daß auf eine entsprechende Frage von weiblichen Wählern 44% selber zugaben, daß sie sich nie oder nur ganz selten über Politik unterhielten. (*Lebhafte Unruhe.*) Für die CDU sollte der rationale Wahlkampf, der Wahlkampf der Argumente zwar etwas sein, was sie auch führt, aber bestimmt nicht das, was sie alleine führt. Die emotionale Komponente wird nach wie vor in einem Wahlkampf der CDU entscheidend wichtig sein. Unter diesem Punkt und unter der Konzeption, die in Umrissen Herr Dr. Heck hier vorgetragen hat, sind wir seit einigen Monaten dabei, unsere Werbekonzeption im einzelnen vorzubereiten. Wir haben dafür drei Agenturen unter Vertrag genommen.[45] Die ersten Entwürfe werden etwa im Februar vorliegen. Bei der nächsten Vorstandssitzung wird man sicher einen allgemeineren Überblick darüber geben können.

Die dritte Frage – das hat der Herr Bundeskanzler angedeutet –: Es wird sich in diesem Wahlkampf in der allgemeinen Werbung nichts Grundsätzliches ändern. Es stehen uns dieselben Medien zur Verfügung wie vor vier oder acht Jahren. Die kommerzielle Werbung hat im Grunde genommen seit vier Jahren keine völlig neuen Wege eingeschlagen, die etwa für uns entsprechende Kursänderungen bedeuten müßten. Es gibt nur einen Punkt, wo wir nicht nur eine graduelle, sondern auch eine prinzipielle Änderung gegenüber der Wahlkampfführung von 1965 haben werden. Das ist die eigentliche Wahlkampagne, nämlich die politische Wahlkampfführung, die Wahlversammlungstätigkeit. Es hat sich im Wahlkampf von Baden-Württemberg gezeigt, daß auch unsere Bundesminister eigentlich heute bei dieser Erwartungshaltung des politisch interessierten Publikums sich nicht mehr darauf beschränken können, Kundgebungen abzuhalten, sondern daß auch von Bundesministern heute in der Regel Diskussionen verlangt werden. Das bedeutet, daß wir nicht mehr wie früher unsere Spitzenredner an einem Tag oder an einem Abend in vier Versammlungen nacheinander einsetzen können, die dann von den Kandidaten oder Abgeordneten weiter getragen werden, wie das früher war.

Das bedeutet weiterhin, daß sich dadurch und durch die verminderte Zahl unserer Kabinettsmitglieder das Reservoir unserer Spitzenredner wesentlich vermindern wird; das bedeutet in der Konsequenz, daß die eigene Aktivität in den Wahlkreisen sehr viel größer sein muß, als das im Jahre 1965 der Fall war. Denn die Wahlkreise werden sich noch weniger darauf verlassen können, daß jede Woche einmal ein großer zugkräftiger Redner aus Bonn zu ihnen kommt. Sie werden sich im übrigen auf die Verteilung von Flugblättern beschränken. Daneben werden wir sicher in einem Maße, wie wir das seit den frühen 50er Jahren nicht mehr erlebt haben, mit Störungen rechnen müssen. Das wird für den Bundeskanzler, aber auch für einige ausgesuchte Spitzenredner gelten. Das wird möglicherweise für die Wahlkampftätigkeit im ganzen gelten. Deswegen gehen unsere Vorüberlegungen für diesen Teil des Wahlkampfes eben auch dahin, was wir tun können, um uns in der Organisation unserer Veranstaltungen besser darauf vorzube-

45 Angebote der Agenturen Bonner Werk GmbH, R. W. Eggert GmbH und Dr. Hegemann GmbH in ACDP 07-003-067/4.

reiten, als das bei den Landtagswahlkämpfen und Kommunalwahlkämpfen in der Regel der Fall war.

Das bedeutet, daß wir mindestens bei der Vorbereitung von großen Kundgebungen [an] unsere Spitzenredner von den Wahlkreisen ganz bestimmte Forderungen stellen müssen, die erfüllt sein müssen, sonst hat es keinen Sinn. Was wir hier in den letzten Landtagswahlkämpfen erlebt haben, ist teilweise erschütternd. Ich will keine Einzelheiten darüber sagen, zumal diese Dinge z. T. noch in der Vorbereitung sind. Ich möchte nur zum Schluß noch einmal das wiederholen, was ich am Anfang gesagt habe, weil es heute nicht so sehr für diesen Bundesvorstand, aber doch für unsere Landesverbände und Kreisverbände das Wichtigste ist. Wir müssen gleichzeitig daran denken, daß wir so spät und so konzentriert wie möglich mit dem Wahlkampf anfangen, aber daß wir so schnell und so intensiv wie möglich mit der politischen Arbeit draußen im Lande beginnen bzw. die vorhandene Arbeit intensivieren.

Kiesinger: Ich möchte noch etwas zu der Situation sagen, die mir natürlich auch sehr große Sorgen macht. Bei diesen Landtagswahlkämpfen, an denen ich teilgenommen habe, haben sich am wirksamsten zwei Mittel erwiesen. Das eine war das Durchwandern des Landes, nicht mit dem Zug, sondern mit dem Wagen, um irgendwo schnell halten zu können. Dort fanden sich dann die Leute ein. Die wollten keine langen Reden hören, sondern nur ein paar nette und ermutigende Worte. Das andere sind dann allerdings sehr große Kundgebungen. Es gab große Kundgebungen, bei denen man den größten Teil der politisch aktiven Bürger einer Stadt versammelt hatte. Ich denke z. B. in Niedersachsen an Braunschweig, an Goslar oder an Buxtehude. Ich denke auch an Hessen, wo ich eingegriffen habe in Biedenkopf usw., wo es von einer Mehrheit der SPD zu einer Mehrheit der CDU gekommen ist.[46] Solche Kundgebungen können natürlich gestört werden.

Herr Stoltenberg und ich, wir hatten auf dem Tübinger Marktplatz eine Riesenkundgebung.[47] Das war schlimmer als in Berlin. Hier kamen immer wieder die Sprechchöre. Wie wir das bewältigen können bei diesen höchst wertvollen Massenkundgebungen, das weiß ich auch noch nicht. Hier müssen wir Methoden finden, um einfach die Störer zu beseitigen. Ich erinnere mich, ich habe mal mit Konrad Adenauer in den Messehallen in Frankfurt gesprochen. Wir konnten damals zehn Minuten lang nicht zu Wort kommen, weil ununterbrochen Sprechchöre ertönten. Wir standen beide da und warteten ab. (*Fay:* Diese Wahlen haben wir gewonnen!) Natürlich! Als Professor Erhard in Tübingen war und es große Störungen gab, war der Erfolg der, daß gerade die Störungen – so häßlich die Veranstaltung selber war – die anwesenden Bürgersleute bestimmt haben, um nun erst recht CDU zu wählen. Man kann aber bei solchen großen Massen-

46 Zu den Auftritten Kiesingers im niedersächsischen Landtagswahlkampf vgl. FAZ vom 25./26. Mai 1967 „Schattenboxen mit Samthandschuhen". – Bei den hessischen Kommunalwahlen am 20. Oktober 1968 erreichte die CDU in Marburg 25,93 % und konnte mit der FDP (17,76 %) die SPD, die nur noch auf 39,72 % (vorher 46,3 %) kam, ablösen.

47 Vgl. Nr. 18 Anm. 47.

veranstaltungen noch erheblich viel Leute gewinnen. In den Sälen ist es erfahrungsgemäß so, daß im wesentlichen CDU-Wähler dorthin gehen, die uns ohnehin wählen.

Also, neben diesen Großveranstaltungen kann man durch das Land reisen. Man nimmt sich einen Omnibus oder einen Helikopter. Man wählt seine Route. Morgen fliegt man woanders hin. Damit sind diese Störenfriede abgehängt. In Hallen – das war in Baden-Württemberg kläglich – müssen wir natürlich unsere Leute einsetzen. Es darf nicht so sein, wie es in Konstanz geschehen ist, daß es nahezu ausschließlich unsere politischen Gegner waren.[48]

Stoltenberg: Es gibt hier einen entscheidenden Unterschied zwischen den Landgemeinden und den Städten. Auf dem Lande wird man vielfach mit kurzen Ansprachen auskommen, wobei gewisse Vorkehrungen getroffen werden müssen. In den großen Städten müssen wir eine gewisse Kontrolle über den Einlaß vornehmen. Unter dem Eindruck von Baden-Württemberg muß ich sagen, wir müssen unsere Parteiarbeit wieder umstellen. Ich will es einmal überspitzt sagen: Unsere Kreisgeschäftsführer sind zum großen Teil behäbige Kommunalpolitiker geworden, die meinen, wenn man eine Versammlung vorbereitet, dann genüge es, daß man eine Anzeige macht, ein paar Plakate klebt und selbst erst 5 Minuten vor 8.00 Uhr zur Versammlung kommt, und das übrige macht dann der Redner. (*Kohl:* Manche kommen sogar nach 8.00 Uhr! – *Sehr starke Unruhe.*) Ich beziehe das auch auf uns. So können wir diese Veranstaltungen nicht erfolgreich durchführen. Die Wirkung in der Öffentlichkeit ist auch nicht abzuschätzen. Die Reaktion kann so sein, wie Sie es schildern, daß es eine Solidarisierungswelle gibt; wenn es aber zu einer Reihe von völlig negativen Veranstaltungen führt und außerdem noch die negative Art der Berichterstattung hinzukommt, dann ist es schlimm. Wenn es dann vier Wochen vor der Wahl heißt: Der Bundeskanzler konnte sich nicht durchsetzen –, wenn sich dann noch das Fernsehen in dieser negativen Weise einschaltet, dann kann natürlich die Stimmung gegen uns umschlagen. Ich würde schon sagen, bei aller Notwendigkeit, daß sich Spitzenredner intensiv einsetzen, lieber einige Veranstaltungen weniger machen, die man aber dann unter gründlicher Kontrolle hat, als das Risiko, daß man andererseits eingehen muß. Ich glaube, es ist eine schwierige Aufgabe für die Bundesgeschäftsführung, für die Herren Heck und Kraske, nun Landesverband für Landesverband mit den Landesgeschäftsführern durchzugehen. (*Kiesinger:* Unter Hilfe der Jungen Union! Es gibt da sicherlich ein Rezept! – *Starke Unruhe.*)

Lemmer: Eine politische Bewegung von unserer Stärke muß in der Lage sein, ihre großen Veranstaltungen im wesentlichen störungsfrei aus eigener Kraft durchzuführen. Wenn wir dazu nicht in der Lage sind, haben wir schon einige Punkte von vornherein verloren. Ich darf darauf aufmerksam machen, daß Anfang Dezember in Wiesbaden die Veranstaltung unserer Partei für die ehemaligen Ostdeutschen und Mitteldeutschen ein

48 Reise im Rahmen der baden-württembergischen Landtagswahl, vgl. „Stuttgarter Zeitung" vom 24. April 1968 „Stürmisches Wiedersehen im Oberland".

Fiasko auf der öffentlichen Kundgebung war[49], weil die Polizei uns bat, sie nicht aufzufordern, eingreifen zu müssen. Infolgedessen gab es einen ganz turbulenten Verlauf in der überfüllten Rhein-Main-Halle. Ich darf von mir bescheiden bemerken, daß ich einer der wenigen war, der sich durchgesetzt hat.

In Berlin haben wir die Versammlung mit dem Herrn Bundeskanzler in der „Neuen Welt" gehabt. Wir haben die Versammlung mit dem Herrn Bundeskanzler Erhard im Sportpalast gehabt.[50] Wir sind in beiden Versammlungen deshalb mit der systematisch aufgebauten Störung fertig geworden, weil ich die Polizei gebeten habe, überhaupt nicht sichtbar zu sein. (*Lebhafte Unruhe und Heiterkeit.*) Ich mache keinen Witz. Ich habe mit einer Reihe von Müllkutschern, die in Berlin bekannt sind, die Ordnung auf diesen Kundgebungen gesichert. (*Anhaltende Heiterkeit und starke Unruhe.*) Das war nicht die APO. (*Anhaltende Unruhe.*) Die Leute hatten weit abgesperrt. Ich habe ihnen gesagt: Kommen Sie nicht in den Saal. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Im Saal ist die Ordnung gewährleistet worden aus eigener Kraft. Es war mir daran gelegen, einmal darauf hinzuweisen. Was die Polizei draußen an Felddienstübungen macht, geht mich nichts an. Im Saal war sie auf jeden Fall nicht sichtbar. (*Starke Unruhe.*) Wir müssen also aus eigener Kraft in der Lage sein, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Kiesinger: Wenn ich dazu etwas sagen darf, dann folgendes. In der „Neuen Welt" ist natürlich ein ganz starkes uniformiertes Polizeiaufgebot dagewesen, das draußen alles abgesichert hat. Das war ein wirksames Mittel. Das sollte man auch anwenden. Im Saal selber waren einige wenige Störer, die sich aber angesichts der Stimmung, die im Saal herrschte, nicht weiter vorgetraut haben.

Die Polizei hat auch kräftig zugegriffen bei diesem Sturm auf das Landgericht in Berlin.[51] Das hat die Kerle stark beeindruckt. Ich meine, man sollte beides machen. Die Polizei muß dafür sorgen, daß draußen Ordnung gehalten wird. Wir sollten sehen, daß unsere Leute im Saal sind.

Wir werden in Universitätsstädten wie Heidelberg und Freiburg die Säle nicht allein mit CDU-Leuten füllen können. Deswegen muß die CDU dort dafür sorgen, daß zwei Stunden vor Beginn dieser Kundgebungen der Saal gefüllt ist mit Leuten aus der Stadt und von der ganzen Umgebung, damit dort kein anderer hineinkommt. Wenn es doch einige kleine Grüppchen sind, die sich dort einschleichen, so werden sie sehr rasch aus

49 Der Vertriebenen- und Flüchtlingskongreß der CDU/CSU fand am 21./22. November 1968 in Wiesbaden statt, vgl. DUD: Der Heimatvertriebene/Der Flüchtling Nr. 42 vom 26. November 1968. – Zu Beginn der Veranstaltung kam es zu Krawallen durch jugendliche Störer, vgl. „Wiesbadener Kurier" vom 22. November 1968 „Krawalle bei CDU-Kundgebung in der Rhein-Main-Halle".

50 Im Rahmen des Berliner Parteitags fand am 6. November 1968 in der „Neuen Welt", Hasenheide (Neukölln) eine Kundgebung mit Kiesinger statt (vgl. Nr. 22 Anm. 27). Weitere Kundgebungen sollten auch in den anderen Stadtbezirken abgehalten werden. Der Auftritt Erhards ist nicht zu ermitteln.

51 Am 4. November 1968 fand die sog. „Schlacht am Tegeler Weg" statt. Im Verlauf des Ehrengerichtsverfahrens gegen den Anwalt Horst Mahler stürmten Demonstranten das Landgericht. Vgl. FAZ vom 5. November 1968 „Sturm aufs Berliner Landgericht".

dem Saal hinausgeworfen. Wenn uns also dieses nicht gelingt, dann geht es schief. Es kann sich gerade auch der Bundeskanzler nicht immer diesen unwürdigen Szenen aussetzen. Es wird nämlich immer übler. Man kann sich doch diesen Radikalierern einfach auf die Dauer nicht aussetzen.

Hinzu kommt, daß die Berichterstattung sogar falsch ist. In Heidelberg war der Herr Baur[52] vom dpa, der immer objektiv berichtet hat, nicht anwesend. Es war ein anderer Mann dort, der vielleicht parteipolitisch gefärbt ist. Das weiß ich nicht. (*Zuruf:* Er war zu früh weggegangen!) Ach, der war zu früh weggegangen! Ich hatte mich in Heidelberg durchgesetzt. Die Studenten haben nachher ein Sit-in gemacht und nachgeprüft, warum sie sich mir gegenüber nicht durchgesetzt hätten. Aber in der ganzen baden-württembergischen Presse erschien dieser unrichtige dpa-Bericht. Nur die Heidelberger örtliche Presse, die durch eigenen Augenschein die Sache gesehen hat, hat tolle Berichte darüber gebracht. Der Schlußsatz lautete: Der Unterlegene war jedenfalls nicht der Kanzler. – So geht es also auch. Wir müssen nur sehen, daß solche Leute auch kommen.

Scheufelen: Ich möchte auf eine Sache hinweisen, die ich im Wahlkampf von Baden-Württemberg entwickelt habe. Es handelt sich um eine Gruppe von 50 bis 100 Mann Begleitleute. Auf der einen Seite müssen sie vorher da sein, auf der anderen Seite kommen sie erst weg, wenn der Redner fertig ist. Aus diesem Grunde muß man die Versammlung aufteilen in harmlose und in nicht harmlose Ordner. (*Große Heiterkeit und starke Unruhe.*) Die 100 Mann Begleitkommando sollen nicht mit dem selben Konvoi des Redners fahren. Es ist auch so, daß man an dem einen Ort mit 20 Mann auskommt, während an einem anderen Ort vielleicht 100 benötigt werden. (*Starke Unruhe.*)

Bericht zur Lage

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Zum Punkt 1 der Tagesordnung: Bericht zur Lage will ich Sie nicht mehr lange plagen mit einem umfassenden Bericht über die politische Situation, sondern versuchen, es im Telegrammstil zu machen. Innenpolitisch haben wir ja vieles besprochen. Es besteht die Gefahr, daß wir manche Aufgaben nicht zu Ende führen. Dabei ist das wichtigste die Finanzverfassungsreform.[53] Der Streit läuft zwischen Bund und Ländern. Ich habe die Ministerpräsidenten der CDU zunächst zu einer Vorbesprechung gebeten. Leider Gottes läßt sich das erst am 30. Januar machen. Die Herren haben zu anderen Terminen keine Zeit. Es ist gelungen, sie auf diesen Termin zusammenzubringen. Am 31. Januar habe ich alle Ministerpräsidenten hier.

Es ist etwas prekär, weil wir jetzt eigentlich nicht eingreifen wollen in den Gang der Sache im Bundesrat, die zweifellos zum Vermittlungsausschuß führen wird. Aber es geht ja nicht nur um die Finanzverfassungsreform. Wir haben aus der Mitte der CDU diese Anfrage, wie sich die Bundesregierung die bundesstaatliche Weiterentwicklung

52 Vgl. Nr. 18 Anm. 51.

53 Die Finanzverfassungsreform trat am 12. Mai 1969 in Kraft, vgl. Hildebrand 297; BGBl 1969 I S. 1432 („Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern" vom 28. August 1969).

denkt. Das ist natürlich eine riesenhafte Geschichte. Auch darüber müssen wir sprechen. Es ist einfach eine Malaise. Da ist eine kritische Situation entstanden.

Ich habe mich deshalb gleich nach dem Parteitag in Berlin – ich konnte leider damals nicht da sein – gegen die Gründung eines Bildungsministeriums gewandt. Das ist ein Punkt, auf den alle Länder unisono allergisch reagieren. Die richtige Lösung scheint mir in der Richtung einer Kompetenzveränderung zu liegen, nämlich dort, wo sie notwendig ist für eine bessere Kooperation. Bis jetzt sieht es nicht gut aus. Eine einzige Vorbesprechung, die inzwischen stattgefunden hat zwischen einigen Parteifreunden, vor allen Dingen der CSU, hatte schlechte Ergebnisse. Man ist in keiner Weise weitergekommen, sondern man ist schrecklich aneinandergeraten. Die ganze Unterhaltung hat einen ausgesprochen feindseligen Charakter getragen. Ich war nicht dabei, und ich kann also nicht sagen, wohin wir da kommen. Aber die Partei muß auch da unbedingt Einfluß nehmen. Ich weiß genau, wie schwierig das ist.

Der Bundestag hat einige Dinge zum Regierungsentwurf hinzugefügt. Es geht darum, ob man sie aufrechterhalten soll oder nicht. (*Starke Unruhe.*) Das war für mich von vornherein fraglich. Ich habe es eigentlich bedauert, daß diese Hinzufügungen gemacht worden sind; denn man konnte klar voraussehen, daß damit die Einigung ganz besonders schwer werden würde. Das ist eine Sache, die mir sehr viele Sorgen macht.

Der Atomsperrvertrag ist eine Sache, die in Verbindung steht mit der russischen Anmaßung des Interventionsrechtes. Ich habe Cabot Lodge bei seinem Abschied das mitgegeben.[54] Die amerikanische Regierung muß einsehen, daß wir unsere Unterschrift nicht unter einen Vertrag setzen können gegenüber einem Land, das sich dieses Interventionsrecht vorbehalten hat und das genau diesen Vertrag dann benützen würde, um uns zu erpressen. Cabot Lodge selber hat sein vollstes Verständnis für diese Haltung ausgedrückt. Ich habe ihm erklärt, sagen Sie es drüben, damit ja kein Irrtum bestehen bleibt, daß das für uns die entscheidende Frage ist. Nun wollen wir abwarten, wie es in Amerika gehen wird. Wir wissen das nicht. Ich habe laut und klar diesen Vorbehalt für die Öffentlichkeit schon angemeldet.

Die Verjährung ist ein schwieriger Komplex.[55] Ich will nur soviel dazu sagen: Wir müssen entscheiden. Das kann man nicht dem nächsten Bundestag – wofür einige plädieren – überlassen. Der hätte nur noch wenige Wochen. Wir würden Prügel beziehen, wenn wir sagten, der nächste Bundestag – der nur noch bis zum 31. Dezember Zeit hätte – soll das machen. Wir müssen es tun! Wobei natürlich die Frage ist, gibt es differenzierte Regelungsmöglichkeiten, daß man Kategorien schafft. Das ist furchtbar schwer.

54 Am 28. November 1969 von der Regierung Brandt unterzeichnet. – Der Bundeskanzler traf sich mit Cabot Lodge, der bis zum 14. Januar 1969 Botschafter in Bonn war und am 15. Januar 1969 Leiter der amerikanischen Delegation bei den Gesprächen in Paris über eine Beendigung des Vietnam-Kriegs wurde, am 7. Januar mit Kiesinger. Vgl. AAPD 1969 S. 57 Anm. 11.

55 Die Unverjährbarkeit der Strafverfolgung von Verbrechen des Völkermords und der Vollstrekkung von Strafen wegen Völkermords sowie die Ausdehnung der Verjährung bei Mord auf 30 Jahre wurde vom Bundestag im 9. Strafrechtsänderungsgesetz am 26. Juni 1969 gebilligt. Vgl. BGBl 1969 I S. 1445 („Bekanntmachung der Neufassung des Strafgesetzbuches" vom 1. September 1969).

Wir sind da noch nicht sehr weit. Aber eines muß klar gesehen werden, das, was wir wollen, wenn wir die Verjährung ablehnen, nämlich das Aufhören der Prozesse, wird nicht erreicht. Es laufen Tausende von Prozessen. (*Gradl:* Bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts!) Das ist eine jammervolle Situation. Immer wieder fährt man uns über den Mund, wenn man sagt: Wir leben in einem brutalen Zeitalter. An dieser Brutalität haben sich alle beteiligt, wenn auch wir leider in einer besonderen Weise. Es wird uns immer wieder gesagt: Das ist gar nicht zu vergleichen mit dem, was ihr getan habt. Man sagt aber nichts dazu, wenn tausende Bomber über einer Stadt ohne jede Beschränkung auf andere Ziele, wie Frauen, Kinder usw., ihre Bomben abwerfen, wie z. B. in Pforzheim, mit 70.000 Einwohnern, wo es über 30.000 Tote gab. Das Beispiel Dresden, das immer angeführt wird, will ich gar nicht erwähnen. Außerdem wohnten in Nagasaki und in Hiroshima keine Nazis.

Aber wir sind so töricht, uns das aufreden zu lassen! (*Unruhe und Bewegung.*) Das Schwierige ist nur, daß man, wenn man es sagt, immer so erscheint, als wolle man die alten Scheußlichkeiten und Verbrechen damit entschuldigen. Das wollen wir wahrhaftig nicht! Aber wir dürfen uns nicht wehren. Wir werden doch in der ganzen Welt dargestellt als das einzige Volk, das diese Brutalitäten begangen hat. Es geht doch nicht nur um die Juden-Geschichte, sondern auch um das, was in Nürnberg[56] war. Inzwischen war Algerien. Inzwischen war Vietnam.[57] Inzwischen war dieses und jenes. Da ist manches vorgekommen, was in Nürnberg zu Verurteilungen geführt hat. Das muß man auch wissen.

Alles das schafft eben eine sehr schwierige Situation. Es wäre gut, wenn das endlich aufhörte; aber, wie gesagt, es hört nicht auf. Es geht weiter. Bei uns werden diese Prozesse weitergeführt. In keinem anderen Lande werden Grausamkeiten, die im Kriege begangen worden sind, geahndet. Das wird alles noch unter das Kriegsrecht genommen. Es ist eine scheußliche Situation. Wie wir damit fertig werden, das müssen wir sehen. Die NPD haben wir schon behandelt.

Auf sozialem Gebiet sind wir in einer nicht leichten Situation der SPD gegenüber, weil sie mit einer Reihe von Forderungen kommt, die sich ganz gut anhören. Wir geraten in die Gefahr, immer Nein dazu zu sagen. Da werden z. B. Lohnerhöhungen verlangt. Da wird Mitbestimmung verlangt. Nach einer Umfrage hat sich ergeben, daß 45% der Arbeiter gesagt haben, wir haben genug Mitbestimmung. 25% wollen mehr. Dann kommt die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle. Davon hat der Arbeiter an sich nicht sehr viel, aber es ist eine Prestigefrage. Wir sehen – das ist unser alter Kampf –, das kann nur zusammen mit einem Einstieg in die Krankenversicherungsreform geschehen. Das alles sind Dinge, die uns das Leben nicht leichtmachen werden.

---

56 Nürnberger Prozesse 1945–1949, von einem Internationalen Militärgerichtshof bzw. von amerikanischen Militärgerichten gegen „Hauptkriegsverbrecher" und bestimmte politische, militärische oder wirtschaftliche Führungsgruppen des Dritten Reiches durchgeführt.

57 Hinweis auf Kriegsverbrechen im Algerienkrieg vom 1954–1958 und im Vietnamkrieg 1946–1954 („französische Phase") bzw. 1963–1973.

Außenpolitisch kann man vielleicht hoffen, daß in diesem Jahr der Vietnam-Krieg beendet wird. Meine Unterhaltungen mit einer Reihe von führenden Staatsmännern haben mir diese Hoffnung bestätigt. Es scheint zu einem Ende zu kommen. Das ist natürlich eine gute Sache. Man weiß aber noch nicht, wie es im Nahen Osten gehen wird. Hier machen ja die Russen mit großem Erfolg Politik. Sie haben einen Plan vorgelegt,[58] der die begeisterte Zustimmung de Gaulles, aber auch wachsend die Zustimmung Englands, Amerikas und anderer gefunden hat. Da holen sie also viel in ihre Scheuern. Sie machen eine Beschwichtigungspolitik, auch uns gegenüber. Sie sind plötzlich sehr zivil geworden. Sie sind auch zurückhaltend mit ihren Protesten gegenüber der Bundesversammlung in Berlin.[59] Sie wollen ja, daß die Bundesversammlung dort stattfindet, damit sie dort Propaganda machen können. Ich glaube nicht, daß die Russen in diesem Jahr Aggressionen außerhalb ihres Machtbereiches unternehmen werden, sondern ich bin der Meinung, es wird ein Jahr der Beschwichtigungspolitik von seiten der Russen sein.

Ob für unsere Arbeit Möglichkeiten gegeben sind, zu einem Modus vivendi mit den Russen zu kommen, nicht zu einer Lösung der Frage der deutschen Teilung, aber Atomsperrvertrag, Interventionsrecht usw., will ich nicht völlig leugnen. Aber wenn es dazu kommt, muß man mit ihnen mehr sprechen, als das bisher geschehen ist. Wenn ich eine solche Möglichkeit sähe, würde ich das sofort an mich ziehen und die Gespräche von mir aus führen. Ich kann es hier nur vage andeuten.

Hinsichtlich Amerika sehe ich optimistisch. Nixon und seine Leute werden nach den Eindrücken, die alle so haben, die Sache gut machen. Jean Monnet, den ich gestern noch gesprochen habe, sagte mir: Das ist eine gute Sache. Sie dürfen überzeugt sein, die werden klar und nüchtern handeln. – Es wird sicher auch ein konsequenteres Verhältnis zu Europa in dem Sinne geben, wie ich es in Berlin formuliert habe: Führen, aber nicht herrschen! – So optimistisch drücken sich eine ganze Menge von Leuten aus, die drüben gewesen sind. Sie sagen auch – das ist hocherfreulich –, daß bei allen Schwierigkeiten innerer Art in Amerika diese neue Führungsmannschaft durchaus kraftvoll optimistisch ist, daß sie zwar die Schwierigkeiten sieht, aber keineswegs den Kopf hängen lassen. Ich bin also, wie gesagt, optimistisch.

Wir müssen natürlich einige Dinge mit den Amerikanern in Ordnung bringen; d. h. wir müssen zu einer vernünftigen politischen Lösung in Sachen Atomsperrvertrag kommen. Wir müssen zu einer vernünftigen Lösung des Devisenausgleiches kommen. Was England anlangt, so gibt es gar keinen anderen Weg – ich habe das mit dem Außenmini-

58 Am 30. Dezember 1968 übermittelte die sowjetische Regierung den USA ein Memorandum zur Lösung des Nahostkonflikts. Am 2. Januar 1969 übergaben der sowjetische Botschafter in London, Michail Smirnowskji, und der Botschafter in Paris, Valerian Sorin, die Vorschläge ihrer Regierung. Einzelheiten des Plans wurden am 25. Januar in der „Prawda" veröffentlicht (u.a. Beendigung des Kriegszustands, israelischer Truppenabzug aus den besetzten Gebieten, Kontrolle der Vereinbarungen durch die UNO). Vgl. AdG 1969 S. 14433, S. 14589 f.; AAPD 1969 S. 82 Anm. 6.

59 Vgl. Anm. 40.

ster vor kurzem noch besprochen – als das, was ich Wilson und Brown immer angeboten hatte: Wenn wir uns immer nur auf die Beisitzfrage stürzen, wenn wir also gar nichts anderes sehen, dann kommen wir überhaupt nicht weiter, d. h. wir müssen die Beziehungen zu Großbritannien außerhalb der Gemeinschaften auf bilateralen und multilateralen Wegen pflegen, vieles gemeinsam tun und auch bei unseren Begegnungen ein bißchen über das Routine-Kommuniqué hinausgehen.

Wir haben z. B. vor, wenn Wilson demnächst kommt, ein join-statement zu machen, wobei beide Regierungen feststellen, wie sie die Weltlage sehen, was sie gleich beurteilen usw. Das ist eine ganz gute Sache, auch in der Entwicklung des kommenden Verhältnisses zu Frankreich. Bei Frankreich ist die Sache klar: Wir sind uns nach wie vor über die meisten außenpolitischen Fragen nicht einig. Das war ja immer so. Das war vom ersten Augenblick an so. Um so wichtiger ist es, daß diese Verbindung da ist, daß man immer wieder über die Dinge spricht und nicht auseinanderbröckelt.

Es hat sich weitgehend die Auffassung durchgesetzt, daß unsere Politik richtig war. Eine Kritik, wie sie hier gelegentlich im Bundestag von Herrn Mommer[60] oder auch von Herrn Majonica[61] und anderen getrieben wird, ist in Europa fast völlig verschwunden. Ich habe mit der belgischen Regierung über die Dinge gesprochen und ihr auch gesagt: Mit euch bin ich fast in jeder Frage einig. Mit de Gaulle bin ich fast nicht in jeder Frage einig. Seht doch ein, wie wichtig es ist, daß wir diese vorsichtige Politik machen und daß wir diese ständigen Begegnungen haben; denn wenn diese beiden Länder auseinandergerissen werden, dann ist es mit den europäischen Aspekten aus.

Gestern sagte mir Monnet, es bestünde der Plan – der immer von einigen Heißspornen betrieben wird –, für alle Dinge, die nicht die Gemeinschaft berühren, eine neue Institution, eine neue Gemeinschaft zu schaffen, um dort Großbritannien drin zu haben. Er hat mir auf das entschiedenste zugestimmt, als ich ihm sagte, das wäre ein verhängnisvoller Fehler. Er sagte – was ich auch immer erklärt habe –: Wir müssen bewahren, was wir geschaffen haben, auch über eine kritische Zeit hinweg. Das darf nicht zerstört werden. Alle anderen Dinge müssen wir durch konventionelle, bewährte Methoden bi-

60 Dr. Karl Mommer (1910–1990), Verwaltungsangestellter; 1929 Beginn des Studiums der Philosophie, Geschichte und Volkswirtschaft in Graz, Wien, Köln und Berlin, 1930 KPD, 1934 Verhaftung, 1935 Flucht nach Brüssel, Fortsetzung des Studiums (1938 Promotion), 1937 SPD, 1948 MdWR, 1947–1949 Landesvorsitzender der Jungsozialisten in Württemberg-Baden und Mitglied im SPD-Landesvorstand, 1949–1969 MdB (1957–1966 Parlamentarischer Geschäftsführer), 1950–1958 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarates und der Versammlung der Westeuropäischen Union. – Mommer legte 1954, als Reaktion auf das von Marinus van der Goes van Naters vorgelegte Saarstatut, einen eigenen Saarplan vor, mit dem er versuchte, einer endgültigen Abtrennung des Gebietes entgegenzuwirken. Vgl. Dieter MAHNCKE: Parlamentarier für Europa: Hans Furler, Karl Mommer, in: Thomas JANSEN/Dieter MAHNCKE (Hg.): Persönlichkeiten der Europäischen Integration. Vierzehn biographische Essays. Bonn 1981 S. 493–532.

61 Dr. Ernst Majonica (1920–1997), Jurist; 1946 CDU, 1950–1955 Bundesvorsitzender der Jungen Union, 1950–1972 MdB, 1979–1984 MdEP. Vgl. Günter BUCHSTAB: Ernst Majonica, in: Wolfgang ELZ/Sönke NEITZEL (Hg.): Internationale Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Winfried Baumgart zum 65. Geburtstag. Paderborn 2003 S. 429–447.

lateraler und multilateraler Art machen. Ich hoffe, daß Wilson, wenn er kommt, dafür Verständnis haben wird.

Die Gespräche mit de Gaulle im März werden sicher die schwierigsten werden. De Gaulle hat gestern unseren Botschafter empfangen.[62] Er war vorher bei mir gewesen. Ich habe ihn mit den nötigen Instruktionen versehen. Das Gespräch verlief sehr freundlich, aber de Gaulle hat eben wieder diese Feststellungen getroffen. Wir sind uns in den meisten Fragen nicht einig.

Wir können vorläufig nur das feststellen. Dazu gibt es kleine Distanzierungen zu früheren Äußerungen, insbesondere in der deutschen Frage. Es ist gar kein Zweifel, daß zu den bisherigen Befürchtungen de Gaulles, wir seien zu stark, bevölkerungsmäßig stärker als Frankreich, nun ganz stark hinzugetreten ist: Die deutsche Wirtschaft ist stärker. Es ist nicht etwa so, daß uns de Gaulle übel nimmt, daß wir nicht aufgewertet haben, im Gegenteil, er selber hat ausgesprochen: Es war richtig, daß ihr nicht aufgewertet habt. Das weiß ich aus verschiedenen Quellen. Auch er war gegen eine Aufwertung.

Was er uns übel nimmt, ist das taktische Verfahren. Da sind auch Fehler gemacht worden. Ich will darauf im einzelnen jetzt nicht eingehen. Auch hier soll man einfach wissen, daß gerade dann, wenn einer in Not und Bedrängnis ist, er mit äußerster Behutsamkeit behandelt werden muß. Ich will diese ganze leidige Geschichte nicht wiederholen. Andere haben es uns noch übler genommen. Die Franzosen haben sich in dieser Sache absolut fair benommen. Ich kann das nicht anders sagen. Aber das Verhältnis bleibt schwierig.

Das Verhältnis Frankreichs zur Sowjetunion hat eine gewisse, aber keine grundsätzliche Wandlung erfahren. (*Starke Unruhe.*) Das ist gestern der interessanteste Satz in dem Bericht des Botschafters gewesen, daß er eigentlich de Gaulle gesagt hat: Da ist vorläufig nicht viel drin. Man wird also abwarten müssen. Die Russen versuchen natürlich, da ihr möglichstes herauszuholen. Aber das eigentlich interessante ist die Zusammenarbeit in der Nahost-Krise. De Gaulle ist sehr beunruhigt über die maritime Präsenz der Russen im Mittelmeer. Es ist interessant, daß die Russen diese maritime Präsenz vermindert haben, trotz der Vorgänge im Nahen Osten. Das ist zweifellos ein Zugeständnis an de Gaulle. Das Zugeständnis de Gaulles ist die Unterstützung des sowjetischen Friedensplans. Hier sucht er eben eine Zusammenarbeit, die einerseits Frankreich mehr Geltung und Prestige verschafft, die aber gleichzeitig eine Konsequenz seiner Politik von Anfang an gegenüber den arabischen Staaten und Israel ist. De Gaulle hat das große Anliegen, Frieden und Ruhe zu bewahren, um die Institution Frankreichs aufbauen zu können. Das hat er jedesmal versichert. Es ist sein zentrales Anliegen. Von daher auch die große Erschütterung, daß es in Frankreich so gegangen ist. Der außenpolitische Zauber und Donner, den er gelegentlich macht, hat ihm eigentlich nur dazu gedient, um in Frankreich Prestige zu sammeln, um diesen Aufbau vollziehen zu können. Er befindet sich also in keiner sehr guten Situation.

62 Das Treffen zwischen Botschafter Sigismund Freiherr von Braun und Charles de Gaulle fand am 14. Januar 1969 statt. Vgl. AAPD 1969 Nr. 13.

Wirtschaftlich ist es immer noch nicht entschieden, wie es gehen wird. Es gibt Leute, die sagen, 50% Chancen geben wir, wenn politisch nicht wieder etwas passiert. Viel schlimmer steht es wirtschaftlich mit England. Die Hoffnungen, die man vor einigen Monaten noch haben konnte, nämlich eine Besserung der Zahlungsbilanz, sind wieder völlig geschwunden. Die Sache sieht sehr triste aus.

Ob wir in absehbarer Zeit zu einem internationalen Währungsübereinkommen kommen werden, das wage ich nicht zu sagen. Der betreffende amerikanische Minister hat von Anfang an erklärt, er halte sich flexibel in dieser Frage. Mir sagte gestern Jean Monnet: Machen wir uns doch nichts vor. Wer sind denn die beiden Mächte, wenn es zu einer neuen Krise kommt, die helfen können? Das sind die Vereinigten Staaten, und das seid ihr. Ihr müßt helfen. Ihr müßt dann die notwendigen Kredite zur Verfügung stellen. Deswegen mußt du, Kanzler, dich mit dem amerikanischen Präsidenten auf diesen Zeitpunkt vorbereiten; d. h. wenn die Krise kommt – die kann über ein Wochenende kommen, sagte er –, dann müßt ihr beide wissen, was ihr tut und mit welchen Mitteln ihr zu tun haben werdet. Ich glaube, Jean Monnet hat recht. Das ist ein sehr guter Ansatzpunkt zu einem ersten Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten. Im übrigen werden wir zusehen müssen, unsere Kontakte mit solchen Mächten weiter zu verstärken – das ist ja in den vergangenen Jahren geschehen durch meine eigenen Reisen und durch die Besuche mit dem Außenminister –, die sich in einer ähnlichen Lage wie wir befinden. Hier hat sich sehr vieles gebessert. Wir werden diese Kontakte weiter pflegen. Es gab Leute, die sagten, der Bundeskanzler reist in der Weltgeschichte herum. Das kann ich nur als äußerst töricht bezeichnen. Reisen dürfen nicht nur repräsentativen Charakter haben. Man darf das nicht dem Bundespräsidenten überlassen. Bei Reisen muß wirklich miteinander geredet werden. Da müssen die Probleme behandelt werden. Und das ist bei jeder dieser Reisen geschehen. Ich würde auch in diesem Jahr noch einige solcher Reisen machen, zu denen ich eingeladen worden bin.

Deutschlandfrage! Wir wissen genau, womit wir drüben zu rechnen haben. Wir haben keine Illusionen über die Mentalität dieser Leute. Viel eher werden wir in dieser Frage mit den Russen zurechtkommen als mit den Herren in Pankow. Das ist eine These, die ich immer aufgestellt habe. Die Hoffnungen, mit den Leuten drüben übereinzukommen, passen für spätere Generationen, aber nicht für die gegenwärtigen Leute, wo dieser Armeegeneral – ich glaube, Hoffmann[63] heißt er – den jungen Menschen sagt: Ihr müßt hassen lernen, vor allen die westdeutschen Monopolkapitalisten usw. – Und unsere Presse verschweigt das! So entsteht der Eindruck, drüben haben sie nur politisch ein bißchen andere Verhältnisse. Im übrigen bleibt die Sowjetunion ihrem Fernziel treu, nur hat sie halt auch ihre Sorgen und ihre Probleme. Unsere Politik muß diese sehen und sich einfügen, so gut es eben geht in dieser Politik, und zwar immer mit dem unver-

63 Heinz Hoffmann (1910–1985), Maschinenschlosser; 1930 KPD, 1935–1946 Emigration in die UdSSR, 1946 Rückkehr nach Deutschland, persönlicher Referent Walter Ulbrichts, 1949 Beteiligung am Aufbau der Volkspolizei, 1950–1985 Mitglied der DDR-Volkskammer, 1952 Chef der kasernierten Volkspolizei, 1956–1960 stv. und 1960–1985 Verteidigungsminister der DDR, 1961 Beförderung zum Armeegeneral.

rückbaren Ziel vor Augen, daß wir eben nicht aufgeben, sondern daß wir an der Wiedervereinigung dieses Volkes zäh festhalten.

Ich war jetzt in den Ferien in Österreich.[64] Es war mir hochinteressant, was ich dort erlebte. Bundeskanzler Klaus hat mich besucht. Der Landeshauptmann von Tirol und viele andere haben mich auch besucht. (*Gradl:* Großdeutsche Begegnung!) Die Leute gucken mit einer Bewunderung auf uns. Was wäre passiert – sagten sie mir alle –, wenn es in diesem Sommer auch bei euch losgegangen wäre; wenn auch bei euch die Währung aufgewertet worden wäre. Denken Sie an die Touristen. Die Österreicher wissen sich von uns abhängig. Aber es ist eine darüber hinausgehende Anteilnahme. Sie sind natürlich auf de Gaulle sehr böse, weil er sagt: Österreich darf nicht in die EWG. Das würde den Anschluß bedeuten, aber nur auf eine neue Weise. Dann wären wir also wieder beisammen. Das ist nun leider ein Faktum, mit dem wir rechnen müssen. Ich glaube also, daß wir außenpolitisch hinkommen werden.

Dieses Gerede von der Isolierung und von der Machtverschiebung sollten wir ruhig nehmen. Natürlich haben wir eine starke wirtschaftliche Position. Ich habe eben angedeutet, daß es einen sehr wichtigen Punkt künftiger deutsch-amerikanischer Beziehungen bilden kann, wenn man dem Präsidenten drüben sagt: Wenn der Tag kommt, dann müssen wir beide vorbereitet sein. Ich will weiter nichts zu den Dingen sagen. Ich bin im großen und ganzen über die Dinge optimistisch, mit der Einschränkung, daß kein Mensch sagen kann, daß nicht irgendwo ein Brand aufflackert. Ich bin immer noch ängstlich in bezug auf den Nahen Osten.

Dann gibt es Zwangsläufigkeiten, denen sich auch eine große Macht nicht einfach entziehen kann.

Auf alle anderen Beziehungen, wie Entwicklungspolitik usw., so wichtig diese ganze Geschichte ist, will ich jetzt nicht näher eingehen, sondern nur sagen, ich bin eingeladen worden von allen drei skandinavischen Ländern. Hier zeigt sich bei jedem Gespräch erneut, wieviel stärker sie auf uns jetzt sehen. Sie hoffen, daß wir doch vielleicht für sie eine Lösung erkämpfen können, auch dann, wenn der Beitritt Großbritanniens nicht gelingt. Hier handelt es sich um das bekannte Arrangement, das wir herausgehandelt haben, gegen das die Amerikaner gleich einen ganz entschiedenen Widerstand anmeldeten, wie ich überhaupt zu spüren glaube, daß die Amerikaner jetzt zum erstenmal ernsthaft wirtschaftlich besorgt sind über einige sich anbahnende wirtschaftliche Konkurrenzen.

Das ist mir deutlich geworden in einem Gespräch mit einem sehr angesehenen und sehr einflußreichen Mann drüben. Das sind also Fragen, die man mit den Amerikanern besprechen kann.

64 Kiesinger hielt sich vom 26. Dezember 1968 bis 1. Januar 1969 in Ladis/Tirol und vom 2. bis 6. Januar in Bairbach-Mösern (bei Seefeld) auf. Vgl. ACDP 01–226–320.

Ich habe nicht vor, sofort nach Washington zu eilen. Es gab einen ermutigenden Abschiedsverlauf von Präsident Johnson – Sie haben das Telegramm gelesen[65] – mit dem nicht uninteressanten Schlußsatz: Es wird in Zukunft keinen wichtigeren Faktor geben als die fortdauernde Verständigung und Freundschaft zwischen Washington und Bonn. Ich bin davon überzeugt, daß das auch die Auffassung der neuen Regierung ist. Wir wollen aber trotzdem erst dann hingehen, wenn wir selber den Zeitpunkt für richtig halten.

Unser Außenminister hatte seinen Plan bereits gemacht. Er hat im Februar eine Rede zu halten vor einem Komitee in New York zu Ehren von General Clay, der Mitglied dieses Komitees ist, und wollte anschließend nach Washington. Damit hätte er natürlich parteipolitisch den Rahm abgeschöpft. Er wäre vielleicht vom Präsidenten empfangen worden usw. Ich habe ihn gebeten, das nicht zu tun, und ihm gesagt, ich hätte Verständnis, wenn er mit dem amerikanischen Außenminister sprechen wollte. Das solle er dann in New York tun. Das hat er mir loyalerweise versprochen. Nur hat gleichzeitig Herr Schröder seinen Plan angemeldet, aus Anlaß des Stapellaufes eines Zerstörers nach Amerika zu fahren und auch nach Washington zu gehen.[66] Tut er das, dann wird natürlich der Außenminister sofort sagen, das geht zu weit. Diese Frage hat sich aber dadurch erledigt, daß der Außenminister ernst erkrankt ist. Er hat Rippenfellentzündung und Lungenentzündung. Es hat sich herausgestellt, daß das Elektrokardiogramm nicht gut ist. Der Arzt hat ihm zunächst vierzehntägige Bettruhe und dann vierwöchigen Urlaub verschrieben. Er hat sich etwas übernommen.

Ich hoffe nur, daß Herr Schröder – dem ich es habe sagen lassen – einsieht, daß dann nicht gleich ein anderer Mann von der SPD hinübergeht. Ich will mich nicht drängen lassen, denen zuvorzukommen. Das würde in Amerika ohne Zweifel einen schlechten Eindruck machen.

Alles in allem ist die außenpolitische Lage in Ordnung. Das tschechoslowakische Ereignis hat immer noch Folgen. Es hat sich – das merke ich überall – eines klar in den Köpfen festgesetzt: Das sind zu brutalen Aktionen entschlossene Leute. Wenn sich das auch vorläufig zu beschränken scheint auf ihren eigenen Machtbereich, so ist es doch so, daß sie hier ganz hart zugeschlagen haben.

Einer sagte vor kurzem, daß nicht einmal Stalin es gewagt habe, in diesem Bereich zuzuschlagen. In der Tschechoslowakei stehen immer noch etwa 80.000 sowjetrussische Truppen. Diese Präsenz ist ebenfalls den Leuten bewußt. Das hat doch zu dieser Stärkung der NATO geführt, die sich nicht nur äußert in den Beschlüssen des Ministerrates, sondern auch in allen Gesprächen, die ich mit führenden Staatsmännern der NA-

65 Der Schlußsatz des am 1. Januar 1969 durch das BPA veröffentlichte Telegramm lautet „... in diesen Bemühungen, die über unsere beiden Regierungen und Völker hinausreichen, wird kein Faktor wichtiger bleiben als die fortgesetzte Verständigung und Freundschaft zwischen Bonn und Washington."

66 Schröder traf – nach dem Stapellauf des 3. Lenkwaffenzerstörers für die Bundesmarine in Bath/Maine – am 1. Februar 1969 in New York den amerikanischen Verteidigungsminister Melvin Laird. Vgl. AdG 1969 S. 14463. – US-Außenminister war von 1969–1973 William P. Rogers (1913–2001).

TO-Staaten geführt habe, hat sich das gezeigt. Selbst bei de Gaulle hat es sich in dem Bereich, den er besonders fürchtet, nämlich im Mittelmeerbereich, so ausgewirkt, daß er zur Zusammenarbeit bereit war.

Das ist etwa die Situation. Wenn wir das behutsam und geschickt ohne demonstrative Gesten unter Kontrolle halten, und zwar im Sinne unserer eigenen Interessen, dann wird es schon gehen. Wir werden in Europa nicht sehr viel weiterkommen in diesem Jahr. Das war auch die Auffassung von Jean Monnet in seinem gestrigen Gespräch. Er hat auch ein wenig resigniert, indem er sagte, solange de Gaulle da ist, wird er in dieser Frage nicht nachgeben. Er hat meiner Konzeption durchaus zugestimmt, daß wir das mit England nicht in einer neuen Organisation machen, sondern mit konventionellen Mitteln.

Es bleibt noch die Frage übrig, ob man in der NATO eine Sonderorganisation „Europäer" schafft. Ich halte nicht viel davon. Aber eine engere Zusammenarbeit der Europäer in der NATO wäre notwendig. (*Lemmer:* Westeuropäische Union!) Das könnte über die Westeuropäische Union durchaus geschehen. Der Gedanke in der NATO ist natürlich der, damit den Engländern eine besondere Rolle zuzuweisen. Frankreich verfolgt, wie Sie wissen, erneut das Ziel – Debrés Gedanke ist es –, Mitglied eines Dreierdirektoriums zu werden. Ich halte das für ein utopisches Ziel. Ich glaube nicht, daß Frankreich, das nicht mehr einem integrierten System der NATO angehört, wirklich noch eine Chance hätte, Mitglied eines Dreierdirektoriums zu werden. Das läge natürlich auch nicht im Sinne der deutschen Interessen, bei aller Bereitschaft, den Franzosen einiges zuzugestehen, um sozusagen bündnisfähig bleiben zu können. (*Lebhafter Beifall.*)

Verschiedenes

Kraske: Wir müssen noch zwei formelle Dinge erledigen: 1. Der Bundesausschuß für Verteidigungspolitik hat sich gestern neu konstituiert und Herrn Marx[67] zum Vorsitzenden wiedergewählt. Er bedarf der Zustimmung des Bundesvorstands. Ich darf bitten, daß Sie diese Zustimmung erteilen.

Zweitens ist Ihnen mitgeteilt worden, die nächste Sitzung des Bundesvorstands ist für Donnerstag, den 6. März, vorgesehen, ohne dabei geahnt zu haben, daß der Herr Bundespräsident am 5. März gewählt wird, und zwar aufgrund der Einberufung der Bundesversammlung an diesem Tage durch den Bundestagspräsidenten. Ich habe darüber schon gestern mit Herrn Dr. Heck gesprochen, der der Meinung war, daß wir die Sitzung vorverlegen sollten auf den 5. März, (*Starke Unruhe.*) und zwar anschließend an die Bundesversammlung, weil es ja durchaus möglich ist oder wird, daß sich der Bundesvorstand mit den Ergebnissen der Bundesversammlung beschäftigt. (*Anhaltende Unruhe.*) Meine Damen und Herren! (*Lemmer:* Das ist aber eine Hin- und Her-Reise. Das eine ist in Berlin, das andere ist in Bonn. – *Kohl:* Dann macht doch die Bundesvor-

67 Dr. Werner Marx (1924–1985), Journalist; 1956 persönlicher Referent von Otto Lenz, 1958 Angestellter im Bundesministerium der Verteidigung, 1960–1965 Mitglied des Führungsstabes der Bundeswehr/Referat Psychologische Kriegsführung, 1965–1985 MdB (CDU), 1969–1980 Leiter des Außenpolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion.

standssitzung in Berlin!) Das war ja mein Vorschlag! (*Kohl:* Aber nicht am gleichen Tag der Bundesversammlung, denn wer weiß, wie lange diese dauern wird! – *Unruhe.* – *Zuruf:* Am 6. vormittags in Berlin! – *Von Hassel:* Der neugewählte Bundespräsident wird sicher abends in Berlin einen Empfang geben. – *Unruhe.*) Dürfen wir dann vorläufig diesen 6. März festhalten und einmal sehen, wie sich das Problem für Berlin entwikkelt? Wir können dann kurzfristig die Sache in Berlin disponieren. (*Gradl:* Wir sind ja alle dort. Wir brauchen das nicht groß zu plakatieren. Das ist doch eine interne Sache. – *Von Weizsäcker:* So intern verläuft sie natürlich nicht. – *Lemmer:* Es liegt doch nahe, daß eine Partei wie wir zum Ausgang dieser Bundespräsidentenwahl Stellung nimmt. – *Zurufe:* Das ist klar! – *Unruhe.*)

Kiesinger: Meine Haltung zu der Frage der Bundesversammlung in Berlin war immer eindeutig und klar, d. h. ich war nicht dafür, daß wir sie in Berlin abhalten sollten, und zwar aus vielen Gründen. Ich glaube nicht – ich wiederhole es –, daß die Russen viel machen werden. Irgendetwas wird dort geschehen. Ich bin davon überzeugt, sie wünschen es sogar, daß die Bundesversammlung dort ist; aber die große Gefahr ist doch die, was passiert mit der berüchtigten Berliner APO. Es ist natürlich so, daß diese Studenten wissen, wenn sie bei der Wahl des Bundespräsidenten Radau schlagen, dann haben sie die öffentliche Meinung strikt gegen sich. Deswegen kann es durchaus sein, daß sie darauf verzichten, etwas zu unternehmen. Aber man kann hier nie etwas Sicheres voraussagen. Es kann natürlich auch anders sein oder kommen.

Für diesen Fall müssen wir uns darüber klar sein, daß, wenn ein höllisches Begleitspektakel zur Wahl des Bundespräsidenten kommt, dies durch die ganze Welt geht mit Nachrichten, Fernsehsendungen usw., wobei dann das Bild eines tieferschütterten Landes wiedergegeben wird. Das war auch einer der Gründe, weswegen ich es vorgezogen hätte, nicht aus Angst vor den Russen, nicht nach Berlin zu gehen. Aber das ist nun entschieden, und es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als nun dafür zu sorgen, daß in Berlin die Polizeikräfte so vorsorglich eingesetzt werden, daß es zu solchen Geschichten gar nicht erst kommen kann. Ich werde versuchen, vorher mit einigen verantwortlichen Männern des Deutschen Fernsehens zu reden. (*Starke Unruhe und Bewegung.*) Ich habe die Österreicher beneidet, als Bundeskanzler Klaus sagte: „Ach wissen's , Herr Bundeskanzler, das haben wir so gemacht, als wir einmal eine ziemlich harte Aktion unternehmen mußten. Wir haben vorher die Chefredakteure zu uns gebeten und ihnen gesagt: Bringt's darüber nix! – Die haben sich auch daran gehalten." Ich beneide sie um eine solche Kooperation zwischen Regierung und Presse. Nun, wir müssen uns eben darauf gefaßt machen. Ich hoffe, daß ich mit meiner ersten Vermutung recht behalte, daß sich die Kerle nicht auch die Sympathien jener berauben wollen, die sie jetzt immer noch mit Begleitkommentaren unterstützen.

Kraske: Es gibt einen Entwurf von Herrn Minister Stoltenberg zu dem Thema, das er vorhin selber vorgeschlagen hat: Situation an den Hochschulen, den wir morgen im vollen Wortlaut gern im DUD[68] veröffentlichen möchten als Ergebnis dieser Aussprache:

68 Vgl. „CDU Presse Mitteilungen" vom 17. Januar 1969.

„Der Bundesvorstand der CDU hat am Donnerstag, dem 16. Januar 1969, unter Vorsitz von Bundeskanzler Dr. Kiesinger die innenpolitische Situation und dabei auch die jüngste Entwicklung an den deutschen Hochschulen erörtert. Der Bundesvorstand fordert die Verantwortlichen an den Hochschulen, in den Landesregierungen und Landtagen auf, die Hochschul- und Studienreform nachdrücklich weiterzuführen und für eine Verbesserung der Studienbedingungen Sorge zu tragen. Diese große Aufgabe kann nur gelingen, wenn sich Hochschullehrer, Assistenten und Studenten zur konstruktiven Zusammenarbeit finden und die notwendigen Sachauseinandersetzungen auf dem Boden unserer Verfassung und Rechtsordnung austragen.

Die Serien jüngster Rechtsbrüche und Gewaltaktionen an einigen Universitäten macht deutlich, daß es den linksradikalen Gruppen in der Studentenschaft nicht um diese Reform an den Hochschulen [und] unseres demokratischen Staates, sondern um ihre Zerstörung geht. Die systematischen Terroraktionen gegen andersdenkende Professoren und Studenten, schwere Sachbeschädigungen und Nötigungen bedrohen die Arbeitsmöglichkeit[en], teilweise sogar die Existenzfähigkeit einiger Fakultäten und können zu einer allgemeinen Erschütterung der demokratischen Rechtsordnung führen.

Diese Vorgänge zeigen klar, daß Gewalt, Rechtsbruch und Terror von linksradikalen Gruppen auch dann angewandt werden, wenn die angeblichen Motive früherer Semester, wie der Kampf gegen die Notstandsgesetze oder der Protest gegen ausländische Staatsbesucher, nicht mehr angeführt werden können. Freiheit und Recht der Bürger in diesem Land selbst sind durch zynische und inhumane Aktionen bedroht.

Die gesetzlich zuständigen Organe unseres Staates werden unter strenger Beachtung der Gesetze nachdrücklicher und wirkungsvoller als bisher diesen Rechtsbrüchen und antidemokratischen Aktionen begegnen müssen. Die Grundrechte der Meinungsfreiheit und das Recht zu friedlichen Demonstrationen gelten uneingeschränkt. Radikale Studenten, die durch permanenten Rechtsbruch, Nötigung und Sachbeschädigung ihre Kommilitonen und Hochschullehrer terrorisieren, haben jedoch keinen Anspruch, weiter an deutschen Universitäten immatrikuliert zu sein. Durch ein modernes, effektives Ordnungsrecht müssen kriminelle Vergehen [innerhalb der Universitäten] wirkungsvoll und schnell geahndet werden.

Die Gesetze gelten für jedermann. Es gibt keine Privilegien für radikale Studenten. Für sie ist das geltende Recht in gleicher Weise anzuwenden wie für die Angehörigen anderer Berufe. Die Institute der Hochschulen und die Büros der Studentenausschüsse sind keine Fluchtburgen für Gesetzesbrecher oder exterritoriale Zentren der Revolution.

Die CDU appelliert an alle Angehörigen unserer Hochschulen, sich den zerstörerischen Aktionen der radikalen Minoritäten mit Nachdruck zu widersetzen und zugleich konstruktive moderne Lösungen für die Neuordnung der Universitäten zu finden. Alle verantwortlichen Organe des Staates sind zur Erneuerung und Modernisierung unserer Staats- und Rechtsordnung aufgerufen. Die CDU will ihre Vorstellungen für eine künftige Ordnung der Hochschulbildung [Hochschulen und des Bildungswesens] im einzelnen durch ihren bildungspolitischen Kongreß am 28. Februar und 1. März 1969 vor der Öffentlichkeit darlegen."

Kiesinger: Darf ich sagen, es fehlt ein Bindeglied. Immer wieder, wenn in den Auseinandersetzungen über die Reform der Hochschule gesprochen wird, gibt es leicht den Eindruck, als gäbe man denen nach. Wir fangen soundso an, wir hören soundso auf. Es ist so, daß diese Radikalen – von denen hier mit Recht gesagt worden ist, daß sie nicht die Reform haben, sondern nur zerstören wollen – mit Parolen gekommen sind, die tatsächlich die Hochschulreform in Bewegung gesetzt haben. Das ist ihnen nämlich hoch honoriert worden von den Studenten, denen es wirklich um die Reform geht. Deshalb würde ich bitten, im letzten Absatz den Gedanken noch einzuflechten, daß wir die Studenten und die Professoren, die die Hochschulreform wirklich wollen, herausstellen. Sie wissen, was ich meine! Damit nicht dieser ungute Eindruck entsteht, auf der einen Seite verdammt man sie, auf der anderen Seite gibt man ihnen doch nach.

Wollen wir noch eine Mitteilung an die Presse geben? (*Rathke:* Das hat für heute abend keinen Sinn mehr. Das ist zu spät!) Gut, dann für morgen! (*Kraske:* Ja!) Dann wollen wir es dabei belassen. Meine Damen und Herren, dann darf ich mich dafür bedanken, daß Sie so lange ausgehalten haben, und schließe die Sitzung.

25

Berlin, Donnerstag 6. März 1969

Sprecher: Dufhues, Filbinger, Gradl, Heck, Kiesinger, Kohl, Kraske, Lemke, Lemmer, Lücke, Meyers, [Pütz], Schmücker, Schröder, Schwarzhaupt, Stingl, Stoltenberg, Streibl.

Wahl des Bundespräsidenten. An den Bundesvorstand überwiesene Anträge des Bundesparteitags 1968. Stand der Vorbereitungen zur Bildung einer Wirtschaftsvereinigung. Sportprogramm. Ordentlicher Haushalt der Bundespartei für 1969. Termin des Wahlkongresses. Verschiedenes.

Beginn: 9.30 Uhr *Ende: 12.40 Uhr*

Wahl des Bundespräsidenten

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich eröffne unsere Vorstandssitzung.

Ich möchte noch einmal bei dieser Gelegenheit unserem Freund, Dr. Gerhard Schröder, sagen, daß wir natürlich alle darüber betrübt sind, daß es gestern nicht gereicht hat. Er ist zwar sehr ehrenvoll unterlegen, aber die Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen, Herr Heinemann ist gewählt worden. Nun ist das eine Abstimmung gewesen, bei der es nicht um eine Wertung des Menschen und der Persönlichkeit gegangen ist – das wissen wir hier alle –, sondern um eine politische Entscheidung, bei der sich der politische Wille der SPD und des größten Teils der FDP klar demonstriert hat. Es ging also nicht darum, den besseren Mann zu wählen, sondern es ging darum, eine politische Konstellation möglicherweise heute schon anzukündigen.[1] Das war die Situation, die wir gestern in vielen langen Stunden haben durchstehen müssen. Und natürlich derjenige, dem diese Stunden selbstverständlich am meisten auf den Schultern lasteten, waren Sie, lieber Freund Dr. Schröder. Sie haben gesehen, daß Ihre Partei treu und fest an Ihrer Seite stand, und das ist ja immerhin auch etwas, was einem innerlich helfen kann. *(Beifall.)*

Schröder: Herr Vorsitzender, lieber Herr Kiesinger! Ich möchte Ihnen danken für das, was Sie gesagt haben, und ich möchte vor allen Dingen allen hier Versammelten für das danken, was Sie zuletzt gesagt haben, nämlich für die sehr kameradschaftliche Art, wie wir gestern diese Schlacht bestanden haben. Hoffentlich halten Sie das jetzt nicht für ein militaristisches Bild, in das man vielleicht leicht verfallen könnte, aber ein großer Teil der hier Anwesenden wird die Bezüge an die jüngere Zeit richtig verstehen.

1 In den drei Wahlgängen am 5. März 1969 wurden jeweils 1.023 Stimmen abgegeben, davon entfielen im 1. Wahlgang auf Gerhard Schröder 501, auf Gustav Heinemann 514, im zweiten auf Schröder 507 (Heinemann 511) und im dritten 506 (Heinemann 512), vgl. Datenhandbuch 3 S. 3187. Zur Haltung der FDP vgl. Scheel S. 60–64.

Divisionen brauchen manchmal erst etwas Feuer, um richtig zu kämpfen. Ich hatte so den Eindruck, daß im Laufe des Fortgangs der Sache das Feuer beträchtlich gestiegen ist. Aber dies sei nur scherzhaft bemerkt. Ich danke allen aufrichtig und herzlich für die Haltung, die dabei gezeigt worden ist, und ich glaube, daß wir alle die Sache sehr ehrenvoll bestanden haben. Und nun werden wir die weitere Entwicklung in aller Ruhe abwarten.

Kiesinger: So ist es in der Tat. Wir werden sehen, was sich tut, und wir werden unsererseits unsere Vorbereitungen treffen. Es hat keinen Zweck, jetzt lange historische Betrachtungen anzustellen. Das wollen wir gar nicht. Wir wollen nach vorwärts blicken. Meine Damen und Herren, ich hoffe, daß unser Freund Dr. Schröder mich recht versteht, wenn ich das sage. Die Besetzung dieses höchsten Amtes mit Herrn Heinemann habe ich gestern in ihrer Problematik anzudeuten versucht.[2] Ich habe mich natürlich in der Öffentlichkeit davor gehütet, davon zu sprechen, als ich sagte, wir wünschen einen Mann in diesem höchsten Amt, der unserer Verständnisform der Politik nahesteht. Das ist nun anders. Ich habe gestern deshalb in allen Stellungnahmen den einen Satz eingefügt, in diesem Land wird die Politik nicht vom Bundespräsidenten, sondern vom Bundeskanzler bestimmt. Das war natürlich eine notwendige Ankündigung für die Bundestagswahl. Das ist ja die Frage, die uns in diesem Jahr alle besonders bewegen muß. Für die Bundestagswahl mag die Wahl des Herrn Heinemann zum Präsidenten eine kleine Ermunterung für die SPD bedeuten, aber im Grunde genommen doch nur für die SPD. Ich bin der Überzeugung, daß diese Wahl sehr viele Leute aufschrecken wird, und zwar im – ich gebrauche diesen Ausdruck nicht gern – sogenannten bürgerlichen Lager, also nicht im sozialdemokratischen Lager. Denn die Leute werden sich sagen, sollen nach der nächsten Bundestagswahl in die drei Häuser am Rhein drei Sozialdemokraten einziehen – in die Villa Hammerschmidt, das Palais Schaumburg und natürlich auch in den Bundestag? Wenn jetzt im Bewußtsein der Öffentlichkeit sich die Vorstellung bildet, es käme wirklich zu einer kleinen Koalition, dann leitet das sicherlich nicht Wasser auf die Mühlen der SPD. Ich glaube, der beste Kommentar, den ich gefunden habe, stand heute in der „Berliner Morgenpost". Da steht also drin über das Verfahren der FDP: „Dieses Verfahren wurde bei vielen Delegierten der SPD mit Unbehagen, ja mit Empörung registriert. Die Kräfte in der SPD, die auf eine Koalition SPD/FDP nach den Bundestagswahlen zusteuern und die das gestrige Verhalten der FDP bei der Wahl des Bundespräsidenten als eine Art Koalitionstest betrachteten, sind nachdenklich geworden. Was kann der SPD eigentlich eine FDP nützen, die ihre nationalkonservativen Wähler an die CDU/CSU abgibt und die ihre Wähler, die sie von links gewinnt, von der SPD bezieht?" Ich glaube, das ist eine ganz zutreffende Analyse. Wenn wir nun schon gestern unseren Kandidaten knapp nicht durchbrachten, dann wollen wir doch das uns zur Leh-

2 Kiesinger betonte in einem Interview am 5. März 1969 (vgl. BPA Mitschrift in ACDP Dokumentation), „daß der Bundespräsident selbst nicht die Politik in der Bundesrepublik bestimmt, daß diese in der Verantwortung des Bundeskanzlers und der Bundesregierung liegt, daß dagegen das Amt des Bundespräsidenten auctoritas, Autorität, haben soll, daß der Bundespräsident, durch die Art und Weise, wie er sein Amt führt, mithelfen soll".

re nehmen und wollen nun für den kommenden Kampf daraus unsere Konsequenzen ziehen.

Es ist eine sehr prekäre Sache. Es ist eine Wiederholung der Situation von Ende 1966. Diejenigen, die damals mitgekämpft haben, wissen noch genau, wie stark wir uns doch um die FDP als unseren Koalitionspartner damals bemüht hatten – bis zum bitteren Ende haben wir das getan. Die FDP hat sich verweigert. Daran kann nicht der geringste Zweifel bestehen. Es bestand einfach nicht mehr der Wille, mit uns zusammenzugehen. Und bei der SPD waren es Herr Brandt und andere, die auch fast bis zuletzt auf einer Koalition mit der FDP bestanden. Der größte Erfolg, den wir ja überhaupt errungen haben, war es ja, diese Koalition zu verhindern. Ich sage das nicht nur im Blick auf die CDU, die dann in die Opposition gegangen wäre, obwohl das für uns als Partei eine großes Risiko gewesen wäre, aber auch eine große Chance, denn man kann sich ja in einer Opposition auch kräftig regenerieren. Aber was wäre in den drei Jahren passiert, in denen die beiden zusammen regiert hätten? Was wäre in unserer Ostpolitik passiert? Was wäre in unserer Berlin-Politik passiert? Man schaue sich mal den Generalplan an. Und dann hätten eben jene Kräfte in der SPD Oberwasser bekommen, die mit diesen Pläneschmiedern in der FDP mitgegangen wären. Wenn sie, wie es heißt, mit dem Wahlrecht ein Geschäft gemacht haben, dann bedeutet das natürlich jetzt schon eine Entscheidung für die kleine Koalition, also die Mini-Koalition. Denn es kann keine Große Koalition mehr geben ohne feste und klare Abmachungen, bindende Abmachungen über eine Änderung des Wahlrechts. Wie sollte denn eine Große Koalition noch einmal für vier Jahre geschlossen werden, ohne daß man sich institutionell dagegen sichert, daß vor der nächsten Wahl eine Situation entsteht, die wieder eine solche Große Koalition erzwingt. Jedenfalls zeigt das wieder einmal, man muß alles daran setzen, so stark wie möglich selber zu werden, um den Weg bestimmen zu können, der einzuschlagen ist. Wie die beiden gesellschaftspolitisch zusammenkommen wollen, ist im übrigen auch eine merkwürdige Sache. Wie man sich auf solch einen Handel einlassen kann, weiß ich nicht. Es gibt ja auch andere Situationen, um sich damit ein Alibi zu verschaffen. Lassen wir das.

Jetzt müssen wir in diesem Sommer – so meine ich – klipp und klar sagen, um was es uns geht in der Innenpolitik und in der Außenpolitik. Wenn das Thema kleine Koalition zwischen SPD und FDP auch erkennen läßt, in der Außenpolitik sähe das so aus, aber in der Innenpolitik steht doch ein riesiges Fragezeichen. Was die miteinander gesellschaftspolitisch tun wollen, ist vollkommen schleierhaft. Die FDP könnte eigentlich nur in die Koalition hineingehen in der Hoffnung, zwar mit der SPD zu regieren, aber eine Innenpolitik mit der CDU zu machen oder aber auf eine Innenpolitik zu verzichten und sich völlig ins Schlepptau der SPD zu begeben. Das Ganze wird die Stimmung vor dem Wahlkampf beleben und wird uns die Chance geben, uns von den beiden anderen deutlich abzusetzen. Das, was unser Freund Schröder eben gesagt hat, war gestern sehr deutlich zu bemerken. Unsere Leute sind ja mit einer inneren Anteilnahme mitgegangen bei dieser Wahl – das konnte man bemerken – wie lange nicht mehr. Dieses innere Engagement war ohne Zweifel da.

Was Herrn Heinemann selber anbelangt, wage ich noch nichts vorauszusagen. Der Bundespräsident hat zwar keine Politik zu machen, aber er wird bei vielen Gelegenheiten sprechen, und ich werde nicht davor zurückschrecken, wenn er bei solchen Reden etwa Politik machen wollte, wenn er also zu bestimmten politischen Themata als Bundespräsident irgendwelche Aussagen macht, ihm sehr rasch zu bedeuten, daß das nicht seine Sache ist. Man hat bisher, wenn man befreundet war, politisch befreundet war, wenn ein anständiges menschliches Verhältnis bestand, gerade diese Frage ungeredet gelassen. Man hat nie so etwas gemacht, wie das in den monarchisch regierten Ländern üblich ist, daß, wenn der Monarch eine politische Rede hält, diese politische Rede von der Regierung gemacht wird, sondern man hat sich darauf verlassen. Da spielt man zusammen. Das wäre bei unserem Parteifreund Herrn Schröder genauso gemacht worden wie bisher. Auch Theodor Heuss[3] hatte sich sehr genau immer in acht genommen, nicht die Grenzen zu überschreiten. Jetzt haben wir aber zum erstenmal einen Fall, wo es ernst werden kann, und ich bitte jetzt schon meine politischen Freunde darum zu verstehen, daß es dann auch einmal zu Schwierigkeiten kommen kann, die ich so lange vermeiden werde, wie es irgend geht, denn vor der Öffentlichkeit werde ich das ja nie tun. Aber ich habe da so meine Befürchtungen, ob der Bundespräsident Heinemann so rasch aus dem Kittel des Politikers Heinemann schlüpfen kann, wie man es wünschen muß. Das weiß ich nicht.

Sie wissen ja, daß wir im Augenblick nach den neuesten demoskopischen Umfragen nicht schlecht liegen, jedenfalls besser, als ich es erwartet hatte nach der Krise um den Bundestagspräsidenten.[4] Nach der Post, die wir damals bekamen, schien es zu einem Absturz in der Gunst der öffentlichen Meinung zu kommen. Das ist nicht eingetreten. Im Gegenteil, wir haben unsere Position gegenüber dem Anfang des Jahres noch verbessern können. Die letzten Voraussagen waren 44 % für die SPD, d. h. also, da ohne jeden Zweifel gewisse Einbrüche erfolgt sind, daß der Trend gut ist und daß unsere Ausgangslage für den Wahlkampf – es ist immerhin schon März – nicht schlecht ist. Es gab niemals seit 1949 Situationen, wo wir die Jahresschwelle zum Wahljahr überschritten hätten mit einem großen Plus vor der SPD, sondern meistens lagen wir sogar darunter. Nur ist die Situation nicht weiter schlimm gewesen, denn damals konnten wir dann

3 Dr. Theodor Heuss (1884–1963), Journalist; 1912–1918 Chefredakteur der „Neckarzeitung" in Heilbronn, 1918–1922 Redakteur der Wochenzeitschrift „Deutsche Politik" in Berlin, 1920–1933 Dozent an der „Hochschule für Politik" Berlin, 1924–1928, 1930–1932 und 1933 MdR (DDP), 1945/46 Kultusminister in Württemberg-Baden, 1948/49 MdPR, 1948/49 1. Vorsitzender der FDP, 1949 MdB, 1949–1959 Bundespräsident. Vgl. Theodor Heuss. Publizist – Politiker – Präsident. Begleitband zur ständigen Ausstellung im Theodor-Heuss-Haus. Im Auftrag der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus hg. v. Thomas Hertfelder und Christiane Ketterle mit einem Vorwort von Lord Ralf Dahrendorf. Stuttgart 2003.

4 Gerstenmaier hatte am 31. Januar 1969 sein Amt niedergelegt. – EMNID errechnete im Januar 1969 für CDU/CSU 44%, SPD 42%, FDP 9%; im Vormonat lag die SPD noch bei 45% („Bayern-Kurier" vom 22. März 1969); Allensbach sah im Dezember 1968 die SPD bei 46%, CDU/CSU bei 41%, im Januar 1969 SPD 43,5%, CDU/CSU 43,5%, im Februar 1969 SPD 44%, CDU/CSU 43% (ACDP 01-226-401).

im Wahljahr alles, was geschehen ist in der Regierungsarbeit, als unseren Erfolg verbuchen. Ich sage das nur deswegen, weil vielleicht der eine oder andere diese Dinge nicht so genau verfolgt und weil man ja auch so ein bißchen sehen muß, wie die Dinge stehen. Wollen wir mal abwarten, was die nächsten Ergebnisse bringen, auch die Auswirkungen bei dieser Wahl, die zunächst einmal der SPD ein bißchen Aufwind geben könnte. Im großen und ganzen stehen aber die Aussichten jedenfalls nicht schlecht.

Lemmer: Nur zwei Randbemerkungen: Die FDP-Fraktion hat pausenlos Telegramme gekriegt während der Spannungen zwischen den Wahlgängen aus dem Lande, für Schröder zu stimmen. Das habe ich von Herrn Dahlgrün, der für Herrn Schröder gestimmt hat.

Kiesinger: Ja, das wollte ich auch noch sagen. Es haben eine ganze Reihe von Herren, die mit Sicherheit angekündigt hatten, nicht für Herrn Heinemann zu stimmen, offensichtlich unter Druck gestanden.

Lemmer: Noch eine zweite Bemerkung: Die SPD tagte im Anschluß an die Wahl, und dann wurden sie besucht von den Herren Scheel, Genscher und Mischnick, und es kam zu stürmischen Ovationen für die drei Vertreter der FDP. Dabei zeigte sich ihre ganze innere Haßstimmung gegen uns. Das ist nämlich ihre Triebkraft. Wir sind gehaßt, weil wir seit 20 Jahren in der Verantwortung stehen. Und das ist die stärkste Bindung zwischen allen, die gegen uns sind. Das ist meine Auffassung.

Kohl: Ich bin nicht ganz der Meinung, wie sie sich hier darstellt. Und ich bin der Meinung, wir sollten uns von Emotionen freimachen. Wir haben uns seit Jahr und Tag den Luxus erlaubt, die Lage aus Emotionen heraus einzuschätzen, und ich habe den Eindruck, wir haben sie teilweise auch falsch eingeschätzt. Es war in diesem Kreise bei der Besprechung der Kandidatur zum Bundespräsidenten eine weitverbreitete Meinung, die FDP sei die gleiche FDP wie in der Franz-Blücher-Zeit.[5] Und viele, die im Bundeshaus Jahr um Jahr ihre Tätigkeit hinter sich gebracht haben, haben immer noch nicht begriffen, daß die FDP von heute eine völlig andere FDP ist, als die FDP von damals, auch als die von 1966. So hat die FDP-Führung es immerhin fertiggebracht, die Partei weitgehend zu einigen. Mit welchen Mitteln, braucht hier nicht näher untersucht zu werden. Ich finde nur, man sollte von der Tatsache ausgehen, daß die FDP nicht mehr so aufzutrennen ist und auseinanderzunehmen ist, wie das viele bei uns glauben aus der Herrschaft Konrad Adenauers heraus, der das ja schließlich auch nicht mit einem überzeugenden Erfolg machte, wenn man das mal rückblickend betrachtet. Das war der eine Punkt.

Ein anderer Punkt ist der: Was gestern passiert ist, ist – glaube ich – nur noch eine späte Abschlagszahlung auf einen Vorgang, der auch schon bald ein Jahr zurückliegt.

5 Franz Blücher (1896–1959), Prokurist; 1946 Vorsitzender der FDP in der britischen Zone, 1946/47 Finanzminister in Nordrhein-Westfalen, 1947–1949 MdWR, 1949–1954 Bundesvorsitzender der FDP, 1949–1958 MdB, 1949–1957 Vizekanzler und Bundesminister für den Marshallplan bzw. für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1958/59 Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion. Vgl. KEMPF/MERZ S. 143–146. – Blücher war Exponent des unbedingt koalitionstreuen Flügels der FDP.

Ich persönlich gehöre zu denen – ich weiß, daß diese Meinung hier nicht von allen geteilt wird, aber sicherlich von der Mehrheit –, die glauben, daß bereits beim Abschluß des Koalitionsvertrages die Sozialdemokraten fest entschlossen waren, uns zu betrügen. Das ist meine Meinung und die möchte ich hier einmal klar aussprechen. Ich habe Grund zu der Annahme, daß bereits Mitte des letzten Jahres, als bei uns noch dauernd über das Wahlrecht gesprochen wurde, die FDP die sichere Gewißheit haben konnte, daß das Wahlrecht nicht kommt. Und dementsprechend haben sie sich eingerichtet. Und wenn man in diesen Tagen die Fraktionssitzungen der FDP-Bundesversammlungsfraktion betrachtet hat, dann weiß man, wie das im einzelnen so gelaufen ist. Da gab es Vorgespräche und Einzelmassagen, und da hatte man durchaus den Eindruck, daß das der Punkt ist, an dem die SPD schon für die nächste Legislaturperiode eine ganz klare Zusage gemacht hat. Ich selber bin der Auffassung, daß die FDP durchaus willens und bereit ist, aus Verstandesgründen, nicht aus Neigungsgründen, eher mit uns im kommenden Herbst eine Koalition einzugehen. Interessant ist hier für sie insbesondere die Frage der Mitbestimmung, die sich ganz hart auf die FDP-Führung legt, von ihrer Crew nach draußen hin gesehen. Ich könnte mir aber vorstellen, daß die SPD mit einem großzügigen Angebot sogar bereit wäre, diese Frage für ganze vier Jahre auszuklammern, wenn das der Preis einer Regierungsbildung SPD/FDP wäre. Sie werden in den nächsten Wochen erleben, daß die SPD, was die Basis ihrer Mitglieder und ihrer Parteiorganisationen betrifft, eine ganze Reihe von entsprechenden Anhaltspunkten bereits besitzen wird.

Mir scheint nun folgendes am wichtigsten: Und das ist eine Frage der Bundespolitik und vielleicht auch eine Frage der Länder, daß wir jetzt einen möglichst guten Kontakt zu beiden Parteien halten und uns nicht von irgendwelchen Emotionen davontragen lassen und nach der gestrigen Situation sagen, jetzt wird überhaupt nicht mehr mit denen geredet. Das würde ich für ganz lebensgefährlich halten, daß wir jetzt nicht völlig offen nach beiden Seiten in die Wahl gehen. Und dazu gehört ein weiterer Punkt, den ich ehrlich gesagt nicht verstehe und den ich heute hier noch nachtragen möchte. Der Bundesvorstand hat auf seiner letzten Sitzung ein eindeutiges Votum dazu abgegeben, daß er in Sachen NPD-Verbot nichts unternimmt. Dessen ungeachtet – wir waren kaum zu Hause – ging die öffentliche Debatte weiter, daß die NPD verboten wird. Wenn Sie die Wählerstruktur in der Bundesrepublik betrachten, ergibt sich doch seit dem gestrigen Tag – ich glaube, das war nur noch eine späte Momentaufnahme, der Vorgang ist schon älter –, daß die FDP den vom Politologischen her faszinierenden Versuch unternommen und gestern auch praktiziert hat, daß sie bisher im parlamentarischen Hauptrund rechts von der CDU saß, während sie sich jetzt zwischen SPD und CDU ansiedelt. Ob da Wähler sind, ist eine andere Frage. Aber Tatsache ist, daß auf dem flachen Lande, wie mir gestern der bayerische FDP-Kollege erzählte auf der Bundesversammlung, das jähe Entsetzen über diese ganze Entwicklung ausbricht. Konkrete Beispiele dafür fehlen, aber es ist ohne Zweifel, daß es bei der Wählerschaft eine bestimmte national-liberale Tradition gibt, im flachen Land von Schleswig-Holstein bestimmt genauso. Da werden natürlich sehr viele Wähler sich sehr überlegen, ob sie noch FDP wählen. Und wenn wir

jetzt mit dem NPD-Verbot eine innerparteiliche Situation schaffen, treiben wir genau diese Leute dahin, wo sie von Hause aus gar nicht hin wollen. Das sind ja keine Nazis und das sind auch keine Neonazis, diese bürgerliche Gruppe, mit der wir es zu tun haben. Ich richte daher an den Herrn Parteivorsitzenden die dringende Bitte, dafür Sorge zu tragen, daß zu diesem Punkt entsprechend den Beschlüssen der Übereinkunft aus der letzten Sitzung Klarheit herrscht.

Ich darf nun noch einmal unterstreichen, daß es meines Erachtens wichtig ist, auch nach gestern, die Kontakte zur FDP nicht zu vernachlässigen, sondern sie genauso zu behandeln wie die SPD, zumal ich den Eindruck habe, daß die Geschichte des Nürnberger Parteitags mit dieser nicht erfolgten Intervention von Herrn Wehner eine abgesprochene, um nicht zu sagen abgekartete Sache war.[6] Herr Wehner hat ja eine ungewöhnlich schauspielerische Begabung, um mit tragischer Stimme diese Dinge vorzutragen. In dieser Sache ist es für mich ganz klar, daß wir in der Lage sein werden, diese Dinge aufzufangen.

Kiesinger: Natürlich! Es ist mir ganz klar, daß auf der anderen Seite starke Emotionen mitgewirkt haben, nicht nur kühles Kalkül, sondern starke Emotionen. Aber wir wollen natürlich auch nicht übersehen, daß es für die SPD eine ungeheure Sache ist, den Bundespräsidenten zu stellen. Das geht zurück bis auf die Zeit Friedrich Eberts[7]. Aber es ist ganz selbstverständlich, daß wir Politik machen müssen und daß wir, solange wir nicht die absolute Mehrheit haben, mit dem einen oder dem anderen Politik machen müssen. Und es wäre das Törichteste, was wir tun könnten, daß wir uns in der Zeit bis zu den Wahlen dem einen oder dem anderen einseitig zuwenden würden oder aus Verdrossenheit mit keinem mehr zu sprechen.

Das zweite ist, was die NPD anlangt. Herr Dr. Kohl hat natürlich nicht alle Aspekte dieses Problems genannt. Wir müssen uns darüber klar sein, daß das sehr wichtige Dinge sind. Es ist in der Tat so, unser Kollege Benda geht hier ein bißchen einseitig und einspurig vor. Ich habe das völlig unzureichende Material, das er uns vorgelegt hat, zurückgewiesen. Das war Material, wo es fast ausnahmslos darauf hinauslief, daß die NPD eine nationale oder nationalsozialistische Partei sei. Reichsmythos, die alten deutschen Gebiete sollten wieder zurückgewonnen werden – das stand da drin, das muß man sich mal vorstellen. Das stand in einem Papier, das von unserer Seite vorgelegt wurde. Ich habe zur Schonung von Herrn Benda weiter nichts dazu gesagt, sondern habe Herrn Benda den Auftrag gegeben, das Ganze prozeßgerecht vorzulegen, d. h. nur Dinge zu bringen, die wirklich standhielten, also die wirklich, wenn sie bewiesen werden könnten, zu einem Verbot führen können. Aber beides, auch den Beweis, sollte er dann gleich erbringen. Und daran arbeitet er nun die ganze Zeit, obwohl ich ihm schon ein paar Mal gesagt habe: Vorsicht! Die Geschichte kann so nicht weiterbetrieben wer-

6 Rede Herbert Wehners „Begründung der Plattform" auf dem Bundesparteitag der SPD in Nürnberg am 18. März 1968, in: SPD-Parteitag 1968 S. 119–128.

7 Friedrich Ebert (1871–1925), Sattler; 1889 SPD, 1912–1918 MdR, 1913–1919 Vorsitzender der SPD, 1919–1925 Reichspräsident.

den. Ich werde unmittelbar nach meiner Rückkunft[8] noch einmal mit ihm sprechen und ihm sagen, daß er jetzt still zu sein hat in dieser Frage, denn diese Entscheidung ist natürlich eine sehr schwierige und hat eine ganze Reihe von Aspekten, die auch für uns im Hinblick auf die Wahlen sehr wichtig sind. – Herr Kollege Lücke!

Lücke: Herr Dr. Kohl sagte, daß die CDU-Fraktion die FDP falsch eingeschätzt hat. Ich teile die Auffassung nicht. Die CDU-Fraktion ist sich sehr wohl klar darüber, daß die FDP längst gestorben ist. Falsch eingeschätzt wurde, ob wir mit ihnen gemeinsam den Bundespräsidenten wählen können. Ich habe gestern abend diese neue FDP gesehen, die zusammen mit der SPD in einem Hotel am Zoo die Siegesfeier begangen hat. Ich bin sicher, daß die Anti-FDP viel stärker, viel geschlossener ist, als man annimmt, d. h., daß wir davon ausgehen müssen, daß die SPD und die FDP nur das tun, was ihrer Interessenlage entspricht. Ich unterstreiche, was der Herr Bundeskanzler sagte, wir brauchen eine Mehrheit, die diesmal niet- und nagelfest eine Wahlrechtsreform zu erzwingen versucht im richtigen Augenblick. Sonst bin ich wirklich der Meinung, daß wir die Mini-Koalition als Anti-Koalition bezeichnen sollten und die kleine Koalition im bisherigen positiven Sinne nennen sollten. Anti-Koalition ist doch lediglich das, was die Leute vereint, die Gruppe mit dem linken Flügel der SPD, die gestern siegreich gewesen ist. Was Herrn Wehner angeht, natürlich muß und will die SPD regierungsfähig werden, und darum hat sie von Anbeginn ganz offenbar darauf abgestellt, daß das in drei Jahren nicht möglich sei, daß sie also noch sieben Jahre in der Koalition verbleiben müßte. Und dieser Sieg für die SPD ist ein großer Sieg für die Freien Demokraten. Ich glaube aber nicht, daß die Anti-Koalition Chancen hat, wenn sie ganz hart diese Sache verfolgt. Ich glaube also, daß wir einen Wahlkampf führen sollten für eine klare Mehrheit. Nur eins muß aufhören, daß wir damit rechnen, daß die Wahl sicher sei.

Kraske: Wir sind uns doch aber auch darüber einig, daß wir von jetzt bis zur Wahl die positiven Dinge in dieser Entscheidung nur dann aufnehmen können, wenn wir ganz klarmachen, daß diese FDP, so wie sie sich heute in ihrer Führungsspitze darstellt, auf Links-Kurs liegt, und daß Wähler, die Links verhindern wollen, in Zukunft nur noch die eine Möglichkeit haben, nämlich CDU zu wählen. Das müssen wir jetzt bis zur Wahl bei jeder Gelegenheit sagen in den Wahlkreisen, aber auch auf der Bundesebene.

Kiesinger: Das hat – wenn ich das hinzufügen darf – natürlich auch noch einen anderen Aspekt. Warum hat denn die FDP immer noch einen erheblichen Zulauf von gewissen nicht-sozialistisch gesonnenen Kräften? Da sind natürlich für die Wähler wichtig, die Entscheidungen, die wir treffen. Das sind ja jetzt nicht mehr so viel; aber für viele steht als drohendes Gespenst im Raum die Lohnfortzahlung. Ich bin auch nicht unbedingt glücklich über die Entscheidung der Beamtenbesoldungsfrage.[9] Es tut mir leid,

8 Kiesinger hielt sich vom 27.–29. März 1969 zu einem Staatsbesuch in Österreich auf. Vgl. AdG 1969 S. 14572.

9 Das „Sechste Gesetz zur Änderung beamtenrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften" vom 31. März 1969, BGBl 1969 I S. 257 führte erheblich erweiterte Möglichkeiten der Arbeitszeitverminderung und des Sonderurlaubes für Beamtinnen ein.

aber ich glaube, daß wir da eine Dummheit begangen haben. Aber ich gebe zu, daß man darüber streiten kann. Das sind alles die Dinge, die zwischen dieser Links-FDP und den liberalen Wählern stehen. Das muß man aber auch wissen, daß das so ist. Und worum es mir geht, daß ist das, daß wir unseren sogenannten linken Flügel von diesem Geruch befreien, der nun natürlich propagandistisch genährt wird von der FDP-Propaganda, daß wir eigentlich nicht besser als Sozis seien. Wir müssen uns gemeinsam daran machen, daß herausgestellt wird, daß wir ganz klar getrennt werden und daß in der Öffentlichkeit eine Koalition unheilvoll erscheint. Und wir können die Probe erleben demnächst im Bundestag über die Lohnfortzahlung.[10] Das ist eine sehr ernste Frage, ob wir uns damit noch belasten dürfen. Wenn wir schon dafür eintreten – was wir wollen –, nämlich für eine echte Krankenversicherungsreform, sollen wir uns dann die ganze Feindschaft all der Kreise auf den Buckel laden, die dann ständig kommen und uns ihre Sorgen vortragen, das ganze Handwerk, der breite Mittelstand? Was bringt es uns denn ein, wenn wir uns dafür stark machen? Ich glaube nicht, daß das eine gute Politik im Wahljahr ist. Das hängt nämlich damit zusammen. Es ist sicher so, es gibt weite Kreise, die nur noch diese einzige Überzeugung bei der FDP hält, die FDP nimmt die Interessen des Mittelstandes nachdrücklicher wahr als die CDU.

Wenn man eine Kabinettsvorlage macht, dann könnte es doch nur so sein, daß der Entwurf, den der CDU-Arbeitskreis ausgearbeitet hat und den Herr Katzer parat liegen hat, in einer Mehrheitsabstimmung CDU/CSU gegen die Sozialdemokraten durchgebracht wird.[11] Und dann könnte man es nur so machen, daß man die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder im Bundestag freigibt, so zu stimmen, wie sie wollen. Ein anderes Verfahren wäre in diesem Falle unmöglich. Und damit sehen Sie, daß das politisch nicht nur ein Schlag ins Wasser, sondern ein Bumerang wäre, der auf uns zurückschlägt.

Streibl: Ich glaube, um auf eine andere Frage zu kommen, die Große Koalition hat durch die gestrige Entscheidung einen Schlag erhalten. Es war schon immer spürbar in letzter Zeit, die SPD hat sich in den Fragen Wahlrecht und Mitbestimmung nicht an die Absprachen gehalten. Gestern hat Brandt im Fernsehen etwa sinngemäß ausgeführt, daß diese geschlossene FDP nun natürlich ein interessanter Partner wäre für spätere Koalitionsverhandlungen. Ich habe daher die Befürchtung, daß die Führungsfähigkeit der CDU in der Frage der Koalition langsam hinübergleitet zur SPD. Ich glaube daher, Herr Bundeskanzler, es sollte bei nächster Gelegenheit ein ganz klares Wort für unsere Mitglieder gesprochen werden, die fürchterlich deprimiert sind nach der gestrigen Ent-

10 Am 23. April 1969 erfolgte die erste Beratung über die beiden von SPD (Drs. V/3983 vom 18. März 1969) und CDU/CSU (Drs. V/3985 vom 18. März 1969) eingebrachten Entwürfe über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle und über die Änderung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung, vgl. Sten.Ber. 5. WP 227. Sitzung S. 12513–12538. Die zweite Beratung erfolgte am 11. Juni (Sten.Ber. 5. WP 236. Sitzung S. 13076–13116) und die 3. Lesung am 12. Juni (Sten.Ber. 5. WP 237. Sitzung S. 13140–13158). – Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts und über Änderungen des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung vom 27. Juli 1969, BGBl 1969 I S. 946.

11 Vgl. Nr. 26 Anm. 39.

scheidung. Wir haben haufenweise Telegramme und Telefongespräche erhalten in der Parteizentrale, Sie sollten in nächster Zeit ganz klar den Führungsanspruch der CDU herausstellen, damit nicht der Eindruck entsteht, wir haben die Dinge nicht mehr in der Hand. Die SPD spielt besser, und die FDP wird mehr von der SPD beeinflußt, als wir wahrhaben wollen. Und darin sehe ich eine große Gefahr für unsere Mitglieder.

Kiesinger: Also ganz verstehe ich diesen Gedankengang offenbar nicht, daß das ein Schlag gegen die Große Koalition sei. Daß die SPD ihren eigenen Bundespräsidenten anstrebt, ist doch selbstverständlich. Wenn es Mitglieder gibt, die das nicht begreifen, dann kann man ihnen auch nicht helfen. Wenn die FDP hier mit der SPD zusammenspielt – nicht die SPD hat gespielt, sondern die FDP –, dann ist das gewiß kein Schlag gegen die Große Koalition. Wie immer, wenn einer eine Wahl verliert, bedeutet das natürlich eine Niederlage für eine Partei, die ihren Kandidaten herausstellt. Aber machen wir uns doch nichts vor, die politische Entscheidung fällt bei der Bundestagswahl. Und wenn es da jetzt einige aufgeregte Mitglieder gibt, das ist für mich noch nie ein Symptom gewesen, das ich allzu ernst genommen habe. Das habe ich zu lange erlebt. Gukken Sie doch hinein, wie die Wähler der CDU und auch der CSU stehen. Ganz anders, ganz anders. Warum standen denn die Wähler der SPD bisher viel negativer zur Großen Koalition als die unseren? Weil sie eben nicht glaubten, daß die Große Koalition ihnen bekam. Das war doch ihre Hoffnung gewesen, und nun sind sie enttäuscht worden bei jeder Landtagswahl. Das ist doch der Hauptgrund. Und diese Überzeugung unserer Leute, die müssen wir halten. Darauf kommt es doch an. Das ist doch das Entscheidende. Ich kenne das doch, diese aufgeregten Geschichten, wenn irgendetwas passiert. Dann kriegen Sie ein paar hundert Briefe, es gibt ja aber Millionen von Wählern. Das ist doch das Entscheidende. Und diesen Eindruck, daß die SPD führe im Bundestag, also ich muß schon sagen, diesen Eindruck habe ich noch nicht.

Lücke: Ja, aber ich glaube, es war etwas viel in letzter Zeit. Zunächst die Wahlrechtsreform, dann die Mitbestimmung[12] und jetzt diese Wahl. Ich glaube, da muß unseren Mitgliedern mal gezeigt werden, daß nicht nur die SPD ihre Vorstellungen durchsetzt.

Kiesinger: Was die Wahlrechtsfrage angeht, da gab es einige Leute, die das wirklich wollten. Auch die CDU war sich nicht einig. Denken Sie an die Sitzungen der Fraktion, wo es turbulent zuging. Ich habe eine Fraktionssitzung erlebt, wo aus diesem Grunde Proteststürme durch die Reihen der Fraktion gingen. Wir waren uns selber nicht einig.

12 Der Bundesvorstand hatte auf seiner Sitzung am 16. Januar 1969 die Einsetzung einer Mitbestimmungskommission beschlossen (vgl. Nr. 24 S. 1307), die Ende Januar ihre Arbeit aufnahm (vgl. dpa vom 27. Januar 1969). – Am 22. Januar 1969 fand im Bundestag die erste Beratung über den SPD-Entwurf eines Zweiten Mitbestimmungssicherungsgesetzes (Drs. V/3660 vom 16. Dezember 1968) statt, vgl. Sten.Ber. 5. WP 210. Sitzung S. 11337–11370. Vgl. auch die Presseerklärung des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Rainer Barzel, vom 22. Januar 1969. – Die Sozialausschüsse hatten auf der CDA-Landeskonferenz in Bochum am 1. Februar 1969 beschlossen, die Ergebnisse der von der Bundesregierung eingesetzten Mitbestimmungskommission (Vorsitz Kurt Biedenkopf, vgl. Nr. 16 Anm. 22) abzuwarten. Vgl. „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" vom 3. Februar 1969 „CDU-Sozialausschüsse" wieder auf Parteilinie".

Zweitens: Mitbestimmung. Was soll denn das heißen? Wir haben unseren Willen durchgesetzt. Es ist doch nie die Rede davon gewesen, daß die SPD ihrerseits auf den Gedanken der Mitbestimmung verzichtet. Und in der Zwischenzeit sind Kreise aus der CDU viel radikaler in Sachen Mitbestimmung vorgestoßen, wenn ich an gewisse Tagungen der Sozialausschüsse denke. Man muß doch die Dinge sehen, wie sie sind. Was ist denn getan worden? Mit ganz ruhiger Hand habe ich erst mal so lange gewartet mit der Kommission für die Mitbestimmung, daß ich mit Sicherheit wußte, dieser Bericht, den die Kommission geben sollte, kann nicht mehr in dieser Legislaturperiode abgegeben werden. Er wird auch nicht abgegeben werden. Zweitens habe ich in langem Ringen um eine Besetzung der Mitbestimmungskommission für eine Besetzung gesorgt, die garantierte, daß das Ergebnis dieser Kommission nicht im Sinne der SPD sein soll. Das war doch die Entscheidung, die getroffen worden ist. Und wenn die SPD nun ihrerseits mit irgendwelchen Gesetzesentwürfen noch kommen würde in dieser Legislaturperiode, dann ist das Wahlkampfspiel. Nichts anderes.

Was ist das Dritte gewesen? Zuerst Wahlrechtsreform, dann Mitbestimmung und die Lohnfortzahlung. Das ist doch immer wieder bei uns ein Problem der Zusammensetzung der CDU gewesen. Sie müssen vor allen Dingen daran denken, daß wir das Land Nordrhein-Westfalen haben mit 17 Mio. Einwohnern und einer völlig anderen Bevölkerung, als wir sie z. B. in Bayern haben.

Lemke: Darf ich in diesem Zusammenhang noch auf ein Problem hinweisen, daß wir bisher ausgeklammert haben und daß wir uns nicht auch noch auf die Schultern laden sollten. Das ist die Frage der Verjährung. Denn das würde natürlich auch noch einen großen Auftrieb gegen uns geben.

Stingl: Ich möchte noch zur Frage der Verjährung Stellung nehmen. Ich stimme mit Ihnen überein, daß wir weder aus emotionalen, noch aus Trotzreaktionen heraus uns nun jetzt zu einem Verhalten treiben lassen, das wir uns nicht leisten können. Das können wir erst dann, wenn wir mit Gewißheit sagen können, wir haben einen Abgeordneten mehr, als die absolute Mehrheit erfordert. Aber ich habe es in privaten Gesprächen bereits angedeutet, es ist ein Irrtum anzunehmen, daß bei der FDP Überlegungen entscheidend waren, welche Ausgangsposition sie 1969 durch ihr Verhalten bei der Wahl zum Bundespräsidenten hat. Die FDP, zumindest in ihrer Spitze – und ich zitiere gar keine Vier-Augen-Gespräche – will eine politische Wachablösung in der Bundesrepublik haben, auch um den Preis einer sozialdemokratischen Kanzlerschaft. Das ist Grundlage ihres politischen Verhaltens. Das hat sie auch bei den Koalitionsverhandlungen 1966 bewiesen. Und sie war bitter enttäuscht über den sozialdemokratischen Partner, und es hat eine große Überwindung gekostet, daß sie sich noch einmal durchgerungen hat, dieses Spiel mit dem Bundespräsidenten erneut zu beginnen mit dem gleichen Ziel, die CDU/CSU muß in die Opposition. Das ist das Ziel der FDP, und das müssen wir wissen. Was möglich ist nach dem Wahlausgang 1969, rein arithmetisch, das ist etwas ganz anderes. Und daß wir dann aus rein praktischen Gründen vielleicht zu ganz anderen Lösungen gezwungen sind, das ist wieder eine ganz andere Frage. Wir dürfen uns nur nicht täuschen, als ob die FDP nun uns mit einem Arm so den Winkel anzeigen

könnte, wo wir uns einhaken können. Denn wir müssen wissen, daß die Spitze der FDP das entscheidende Wort spricht, dieses Triumvirat, das da anmarschiert ist zum Herrn Heinemann, das diese Grundeinstellung hat. Darüber dürfen wir uns nicht täuschen. Wir müssen vertrauen auf unsere eigene Kraft, auf unsere Überzeugungskraft, auf unsere Durchschlagskraft und auch auf das Glück, das wir immer gehabt haben in all den 20 Jahren, das uns doch hoffentlich jetzt nicht verlassen wird. Ich sehe gar nicht ein, daß es uns verlassen soll. Unsere Kraft müßte einfach ausreichend sein, um das zu erreichen, was notwendig ist.

Kiesinger: Ich möchte Ihnen da zustimmen, nur eine kleine Einschränkung möchte ich machen. Es ist dieselbe FDP wie 1966. Und wer damals diese Verhandlungen mitgemacht hat, der kann bestätigen, daß es unser größter Erfolg war, daß wir diese Anti-Koalition damals abgewendet haben, die natürlich Herr Brandt brennend erstrebt hat. Ich habe das doch alles damals miterlebt. Aber eine kleine Einschränkung möchte ich noch machen. Es sind nicht alle Leute bei der FDP dieser Meinung, und es ist für sie leichter, bei einer Wahl wie gestern zusammenzuarbeiten als bei der Entscheidung über eine zukünftige Koalition. Und es wird sicher viel ausmachen, wie sich ihr Verhalten bei der Bundestagswahl auswirken wird für sie. Also ich würde sagen, daß ein Mann wie Genscher – um nur einen zu nennen – sich offen hält, während ich glaube, daß ein Mann wie Scheel doch viel festgelegter ist als Genscher. Und dann sind die Süddeutschen noch viel echter liberaler und liberal-konservativer, die ihrerseits alles daran setzen werden, wenn es um eine Entscheidung geht, um doch zu einer Koalition mit uns zu kommen, so daß die Frage noch nicht völlig entschieden ist. Aber ich würde schon sagen, daß beim größeren Teil der FDP diese Tendenz da ist, uns mal zu zeigen, daß man das kann, diese Machtprobe, die man gestern vor aller Welt dargestellt hat. Das glaube ich auch. Aber ich glaube auch, daß wir uns darüber einig sind, daß wir kühl sehen, was rechts und links von uns steht, und daß wir dann unsere Politik danach machen werden.

Stingl: Herr Bundeskanzler, ich möchte noch eines bemerken. Die Fragen, die einer aktuellen Entscheidung bedürfen, müssen wir in der Fraktion genau durchsprechen. Das ist notwendig. Denn wir dürfen auf der einen Seite nicht hoffnungslos sichtbar auseinanderfallen, auf der anderen Seite nicht um einer Geschlossenheit willen eine falsche Entscheidung treffen. Beides geht nicht.

Gradl: Ich meine, die Mutmaßungen über den Willen und den Kurs der FDP sind interessant, die muß man anstellen. Wir werden sicherlich auch mancherlei erfahren, das den zukünftigen Kurs der FDP so deuten läßt, sie wolle in Wahrheit die Koalition mit uns. Ich habe gestern abend eine ganze Reihe von Leuten gesprochen, die einem dann gesagt haben, nein, nein, der Scheel will das ja gar nicht. Der Scheel suchte ein Alibi, aber nachher ist sein Ziel die Koalition. Ich will nur einen Namen nennen, damit Sie sehen, so etwas habe ich nicht von irgendeinem. Herr Kempski[13] hat mir das gestern

13 In der Vorlage: Kemski. – Hans-Ulrich Kempski (geb. 1922), Journalist, 1949–1987 Chefkorrespondent der „Süddeutschen Zeitung", Autor politischer Bücher. Memoiren: Um die Macht. Sternstunden und sonstige Abenteuer mit Bonner Bundeskanzlern 1949 bis 1999. Berlin ^{2}1999.

abend sehr eindringlich gesagt, das sei seine Überzeugung. Ich glaube, daß sie bewußt über ihre künftige Haltung – und das ist parteitaktisch von ihrem Standpunkt aus ganz richtig – völlig offen lassen, wie sie sich entscheiden. Uns bleibt gar nichts weiter übrig, als zu sehen, daß wir Ende September so gebaut sind, daß keiner von beiden um uns herumkommt.

Das Zweite ist: Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß in einem bestimmten Bereich der öffentlichen Meinung, der sehr einflußreich ist, die gestrige Wahl als ein Signal verstanden wird, als ein Signal, jetzt geht es nach links. Die Linke wird dominant. Dieses Denken wird von den Fernsehkommentatoren und von den Kommentatoren der berühmten Massenmedien so systematisch verbreitet werden, daß wir alle Hände voll zu tun haben werden zu erreichen, daß von daher nicht eine Grundströmung in der deutschen Wählerschaft entsteht, so als ob das unausweichlich ist, das kommt so. Wenn das eintritt, werden wir sehen, daß sehr viele sich dem Strom der vermuteten stärkeren Bataillone anschließen.

Kiesinger: Es wird umgekehrt sein. Das garantiere ich Ihnen.

Gradl: Herr Bundeskanzler, das tröstet mich. Ich wollte ja nicht zuviel sagen. Ich selber habe mich über den gestrigen Ausgang mit folgender Überlegung getröstet. Die gestrige Entscheidung war eine Entscheidung von Politikern, nicht von der Bevölkerung. Ich glaube, daß die Deutschen immer noch so gebaut sind, daß ihnen eine sozialdemokratische Spitze genug ist. Zwei ist zuviel, denn immer noch ist dieses Volk bestimmt von dem Gedanken, keine Experimente, was die Sicherheit in jeder Hinsicht angeht. Und ich glaube, daß es in der Bevölkerung ein Gegenpendel geben wird, wenn wir uns geschickt genug verhalten.

Damit komme ich zum Dritten und Letzten: Ich glaube nicht, daß wir die Konsequenzen des gestrigen Vorgangs und die Situation der nächsten sechs Monate jetzt in dieser Diskussion hier gründlich erkennen können. Herr Bundeskanzler, ich würde Ihnen empfehlen – das Wort Bestandsaufnahme ist ja sehr verbraucht und kommt nicht mal von uns, aber manchmal paßt es –, daß Sie eine kleine Gruppe zusammenstellen, das mag Herr Heck tun, und daß Sie dann mal in eine Klausur gehen für zwei Tage und alle diese Fragen, die hier nur angeschnitten worden sind, von der Verjährung bis zur Lohnfortzahlung über die Mitbestimmung und was weiß ich alles, daß Sie das in aller Ruhe mal in zwei Tagen durchdenken und dann zu uns kommen und sagen, so werden wir es machen. Dies möchte ich doch dringend empfehlen. Ich möchte keinen Antrag stellen, aber ich halte das für zweckmäßig.

Dufhues: Ich meine, daß nach der SPD der Sieger des gestrigen Tages Herr von Thadden ist. Die Wahl dieses Bundespräsidenten, der eine ganz eindeutige Haltung z. B. zur Bundeswehr, zum Verteidigungsbeitrag und ähnlichen Fragen hat, wirkt in bestimmten Kreisen alarmierend. Das ist der große Bereich der Soldaten und aller derer, die sich der Bundeswehr verpflichtet fühlen. Aber auch im Bereich der Bauern und anderer wird diese Wahl ihre Auswirkungen haben. Wir sollten uns überlegen, wie wir einer Entwicklung vorbeugen, die, wenn wir sie nicht auffangen, mit tödlicher Sicherheit zu einer Wahl einer ausreichenden Zahl von Abgeordneten der NPD in den Bundestag

führen wird. Der Weg, die 5%-Klausel zu übersteigen, ist durch die gestrige Entscheidung erleichtert worden. Und deshalb sollten wir überlegen, inwieweit wir sehr vorsichtig und sehr behutsam die nationale Komponente unseres Denkens und unseres Verhaltens stärker vielleicht als bisher betonen und unter diesen Aspekten auch unbeschadet der großen Bedeutung des Problems der Verjährung an die innenpolitischen Auswirkungen stärker denken, als wir es gestern oder vorgestern noch getan haben.

2. Sicherlich hängt der Erfolg der nächsten Bundestagswahl, Herr Bundeskanzler, entscheidend von dem Erfolg der von Ihnen geführten Regierung ab. Aber als Parteivorsitzender müßten Sie von gestern oder von heute an in den Möglichkeiten, klare Gegenpositionen zu beziehen, und zwar nicht nur zur FDP, sondern auch ganz entscheidend zur SPD, freier denken. Sie müssen diese Partei jetzt, die sehr ungebärdig an dem Regierungszügel gehalten wird, als Partei freigeben, um sich zu behaupten, und zwar mit dem ganz klaren Ziel, eine eindeutige Mehrheit bei der Bundestagswahl zu erreichen. Die Partei braucht jetzt wieder den Enthusiasmus und auch den Siegeswillen, der sie in der letzten Zeit gerade bei Schwierigkeiten ausgezeichnet hat.

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler, ich glaube auch, daß wir sehr sorgfältig jetzt uns darauf einstellen müssen, wie wir in den neuralgischen Punkten die letzten drei Monate bis vier Monate im Bundestag und in der Bundesregierung bestehen. Die Stichworte sind schon genannt. Das ist das Thema Verjährung. Das ist auch das Thema Sozialpolitik und Lohnfortzahlung. Es sind in diesen Tagen gewisse isolierte Vorentscheidungen der CDU/CSU getroffen worden, die noch gewisse Probleme aufwerfen. Es gibt, wenn ich das richtig sehe, noch einige Grundsatzentscheidungen, wie wir jetzt in der Lohnfortzahlung vorangehen, ohne daß wir ganz sicher wissen, wie wir in der Lohnfortzahlung und Krankenversicherungsreform herauskommen wollen. Das ist sicher für die Meinungsbildung bestimmter Gruppen eine wesentliche Frage, wie wir da herauskommen werden. Und die Schwierigkeit liegt darin, wie wir eine Mehrheit auch für die andere Komponente da schaffen wollen. Und das ist also unser Problem, bevor wir uns also zu einem endgültigen Vorgehen hier entscheiden. Ich glaube auch, daß wir in der Frage der Verjährung eine Position beziehen müssen, und zwar in einer gewissen Distanz zum Justizminister.[14] Wir müssen auch die ganzen anderen Bestrebungen des Justizministers, die eine gewisse Unruhe verursachen, das ganze Strafrecht mit den augenblicklich akuten Vorgängen um die Hochschulen usw. zu liberalisieren, sehr sorgfältig angehen. Ich habe den Eindruck, daß der Justizminister teilweise am Kabinett vorbei direkt mit dem Sonderausschuß des Bundestags hier Absprachen trifft, die meines Erachtens sehr kritisch betrachtet werden müssen. Und schließlich müssen wir auch, Herr Bundeskanzler, dafür sorgen – das ist mehr eine Frage zwischen Bund und Ländern –, daß wir jetzt die Frage der Finanzreform zu einem guten Abschluß bringen.[15] In einigen

14 Gustav Heinemann (Bundesjustizminister 1. Dezember 1966 bis 26. März 1969).

15 Am 20. März 1969 erfolgte die Beratung über das Finanzreformgesetz (Drs. V/3896 vom 26. Februar 1969), das mit 359:57 Stimmen angenommen wurde (Sten.Ber. 5. WP 222. Sitzung S. 12056–12066). – „Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz)" vom 12. Mai 1969, BGBl 1969 I S. 359.

Punkten wird sicher auch eine klare Mehrheit über den Bundestag und Bundesrat akzeptiert. In anderen wesentlichen Punkten sind die Mehrheiten so knapp, daß es nicht sicher ist, ob Bundestag oder Bundesrat in diesen Fragen eine Zweidrittelmehrheit ergeben. Ich halte es deshalb für ganz entscheidend, daß Sie als Regierungschef und Parteivorsitzender, aber auch der Finanzminister als Parteivorsitzender und als verantwortlicher Ressortminister, auf der Ebene der CDU/CSU jetzt die abschließende Klärung herbeiführen. Ich habe an einem Teil der Verhandlungen teilgenommen und muß sagen, daß dies noch keineswegs im Rahmen der CDU/CSU geklärt ist im steuerlichen Teil. Ich muß das besonders erwähnen, weil dieser Punkt natürlich für die Bewertung unserer Partei, aber etwa auch für die des Bundesfinanzministers persönlich eine ganz entscheidende Rolle in den kommenden Monaten spielt, in denen es darauf ankommt, ein einigermaßen überzeugendes Konzept vorzulegen.

Kiesinger: Das hängt zusammen mit dem, was Sie sagten, Herr Dufhues. Ja, ich muß natürlich noch eine ganze Weile an dem, was wir uns vorgenommen haben als Partei, arbeiten. Das sind vor allem die Dinge, die entscheidend sind für die Wahlen. Wir können durchaus zufrieden sein mit dem, was bisher dabei herausgekommen ist, und es könnte durchaus sein, daß wir das bald hinter uns haben. Aber wir müssen dabei dann natürlich auch zusammenhalten. Und wie ich die Stimmung in der Fraktion kenne, sieht sie das Problem auch realistisch. Aber Sie haben Recht, das ist das Wichtigste, was wir tun müssen. (*Lebhafte Unruhe. – Zwischenruf von Ministerpräsident Dr. Lemke.*) Dann kommt natürlich die Frage der Verjährung. Die Entscheidung muß getroffen werden. So ganz einfach ist das nicht. Ich glaube, daß die Entscheidung über den Atomsperrvertrag noch hinausgeschoben werden kann. Und dann sind wir fertig mit den politischen Entscheidungen, und dann kann das beginnen, was Sie hier angeschnitten haben. Aber man kann nicht mitten in der praktischen Arbeit über diese Dinge einen Krieg anfangen und dadurch das gefährden, was man uns anlasten würde. Da heißt es dann, der Bundeskanzler hat das nicht geschafft. Das darf nicht geschehen. Wir haben noch genug Zeit.

Schwarzhaupt: Für die Entscheidung der Wähler im September wird außer diesen vielen einzelnen Problemen, mit denen wir eben fertig werden müssen, ja auch das Gesamtbild der CDU entscheidend sein. Da scheint mir von den Parolen gegen uns die wirksamste die zu sein, es muß eine Wachablösung kommen, die CDU ist veraltet, sie ist altmodisch. Es muß ein neuer Wind in die Bundespolitik. Und da sind die Ansätze, die wir auf dem letzten Bundesparteitag[16] hatten, in der breiten Öffentlichkeit als eine sich modernisierende Partei zu erscheinen, so etwas verlaufen. Damals hatten wir ja auch in der Presse einen ziemlich großen Widerhall damit. Aber das verläuft sich sehr. Und ich glaube, es wäre wichtig, daß wir dies gelegentlich aufgreifen, nicht mit Worten des Parteiprogramms, sondern mit einzelnen Problemen. Also ein Problem, wo wir sagen können, hier geht es von uns aus mit Anstößen voran, das ist das Bund-Länder-Verhältnis.

16 16. Bundesparteitag der CDU vom 4.–7. November 1968 in Berlin.

Es ist da auch noch etwas anderes. Die FDP wird getragen von einer etwas antiklerikalen Welle, die ja in weiten Kreisen der Gebildeten plötzlich entsteht. Ich glaube, es wäre unsere Sache, eine Antwort darauf zu geben. Wir müssen etwas davon sagen, wie wir darauf antworten, d. h., daß wir die Modernisierung und die Veränderungen, die sich in den Kirchen entwickeln, in einer bestimmten Weise mit aufgreifen. Ich war in der letzten Zeit bei ein paar Besprechungen zwischen Protestanten und Katholiken dabei über Eherechtsreform, Strafrechtsreform usw. Da ist wirklich eine ganz neue Einigkeit möglich. Das ist eine ganz neue Basis. Und daß wir an dieser Entwicklung nicht vorbeigehen und wir nicht die ewig sturen Altklerikalen bleiben, das muß in der Öffentlichkeit viel mehr gesagt werden. Das wäre die Aufgabe der Partei, hier einmal deutlich zu machen, daß die Veränderungen, die in den Kirchen vor sich gehen, in einer gewissen Position unter Ausschaltung der Radikalinskis auf beiden Seiten von der CDU mitgetragen werden. Gerade von der CDU als Union weiß die Öffentlichkeit zu wenig, und das könnte für das Bild, das wir für den etwas allgemein urteilenden Wähler haben, günstig sein.

Kiesinger: Das ist eine merkwürdige Sache. Unser eigenes Reservoir sind immer noch die Leute, die die Frage Modernität usw. gar nicht berührt. Das sehen Sie ja doch aus den Ergebnissen der letzten Wahlen. Wir haben teilweise durchaus ganz neue Schichten erobert. Während die katholischen Hochburgen abschmolzen, etwa in Baden-Württemberg, haben wir neue Schichten von Arbeitern in Industriegebieten erobert, nicht etwa weil sie uns für altmodisch hielten, sondern weil sie sagten, mit denen sind wir gut gefahren. Das ist so das weitverbreitete Gefühl. Das ist das eine. Und deswegen ist für den wirklichen Erfolg das das Wichtigste: das Gefühl der Sicherheit von innen her und das, was dazu gehört. Das, was Sie sagen, ist ganz ohne Zweifel wichtig für eine gewisse Schicht, die man ja auch noch gerne bei sich hat und die dann mithelfen kann. Ich will das nur sagen, damit wir nicht meinen, wir müßten auf alle Fälle und mit riesiger Anstrengung ein völlig neues Image der CDU schaffen. Sonst bin ich mit Ihnen völlig einig.

Schmücker: Herr Bundeskanzler! Nur weil dieses Gebiet bisher nicht erwähnt worden ist, darf ich vielleicht erwähnen, daß wir bis jetzt kein Wort, kein Schlagwort, für die Wirtschaft gefunden haben. Hier liegt eine unserer schwierigsten Aufgaben, weil wir es zugelassen haben, daß mit anmaßenden Argumenten und mit wahrheitswidrigen Erklärungen Herr Schiller sich in eine Position hineingebracht hat, die ihm nach meiner Meinung bei aller Tüchtigkeit nicht zukommt. Und wir müssen darauf hinweisen, daß die Konjunkturprogramme insgesamt nicht zu einer nennenswerten Ausweitung der Haushalte geführt haben. Daß es also gar nicht richtig sein kann, daß von dorther die Konjunktur angeheizt worden ist, sondern daß es die wiedergewonnenen soliden Kräfte der Rezession gewesen sind, was wir immer behauptet haben, die stabilisierenden Kräfte, die zum Wiederaufschwung geführt haben. Das aber wird in der Öffentlichkeit nicht diskutiert, auch deswegen nicht diskutiert, weil es von uns, auch, Herr Bundeskanzler, von Ihnen nicht ausreichend vertreten wird. Wir haben innerhalb der Partei eine sehr harte Auseinandersetzung darüber. Sie werden in der Haushaltsdebatte erleben, daß die

Kollegen bereits den Kalender aufzählen. Denn von den Prognosen des Herrn Schiller ist bisher nicht eine einzige eingetroffen. Alles, was er vorausgesagt hatte, mußte er sehr bald wieder korrigieren. Nun ist der Wirtschaftsausschuß da herangegangen, und ich hörte zu meinem großen Erstaunen, daß mit den Vorarbeiten Herr Giersch[17] beauftragt worden ist. Daraufhin sagt mindestens die Hälfte des Ausschusses, man hätte Herrn Schiller unmittelbar beauftragen können. Ich sage dieses deswegen, weil Sie damit rechnen müssen, daß noch vor den Wahlen eine Auseinandersetzung darüber stattfindet. Und wir müssen uns entscheiden, und wir müssen auch die wirtschaftspolitische Debatte führen, denn sonst werden wir in diesen Bereichen sehr viele Anhänger verlieren. Davor möchte ich warnen, da schon sehr stark die Klage zu hören ist, daß diese Partei auch schon früher kein echtes Verhältnis zur Wirtschaftspolitik gehabt hat.

Kiesinger: Lieber Herr Schmücker! Nun haben wir die ganze Zeit zusammen abgerissen. Sie haben alles mitgemacht, was in diesem Kabinett beschlossen worden ist, nachdrücklich, mit Überzeugung. Was soll nun diese Rede? Wollen Sie denn aus der Welt reden, was das Volk glaubt, daß diese Regierung das Volk vor einer schweren wirtschaftlichen Gefahr bewahrt hat? Das Volk glaubt das, und das ist doch gut so. Daß dabei Herr Schiller als Wirtschaftsminister seinen Teil abbekommt, nun gut, aber letzten Endes kommt es doch wieder mal der CDU zugute. Was hat die Politik der Regierung eigentlich erreicht auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik? Sie hat erreicht – und das, glaube ich, ist nicht zu leugnen –, daß mit ihren Maßnahmen die Entwicklung, also die Wiederbesserung der wirtschaftlichen Situation, etwa um ein halbes Jahr beschleunigt worden ist. Und gerade dieses halbe Jahr ist ganz entscheidend gewesen. Was in einem halben Jahr an Vertrauen verlorengehen kann, haben wir doch gesehen. Was ist denn dem Erhard passiert? Ausgerechnet ihm, auf den das deutsche Volk vertraut hat als den Mann. Man hat ihm doch nicht seine Außenpolitik übelgenommen. Nein, man war nicht mehr überzeugt davon, daß er unsere Wirtschaft so steuert, wie das notwendig war. Das war doch seine tragische Krise. Wir können doch also gar nicht jetzt anfangen, diesen Erfolg zerreden zu wollen. Was wir tun können ist nur, gegenüber dem Herrn Schiller einiges richtigzustellen. Ich habe nicht umsonst gesagt „Prophete rechts, Prophete links, das Weltkind in der Mitten“[18]. Ich habe immer gesagt, wir werden das schon richtig machen gegenüber dem einen oder dem anderen Extrem. Und das müssen wir ausnützen, statt nun wirtschaftspolitisch in der breiten Propaganda für die Wahlen

17 Prof. Dr. Herbert Giersch (geb. 1921), Volkswirtschaftler; 1951–1955 Privatdozent in Münster, 1953/54 Abteilungsleiter bei der Handels- und Finanzdirektion der OEEC, 1955–1969 o. Professor und Direktor des Universitätsinstituts für vergleichende Nationalökonomie und Statistik an der Universität Saarbrücken, ab 1961 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums, 1963–1971 Mitglied im Beirat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1964–1970 Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage, 1969–1989 Präsident des Instituts für Weltwirtschaft und Professor an der Universität Kiel. – Abschied von der Nationalökonomie. Wirtschaften im weltweiten Wettbewerb. Frankfurt/Main 2001.

18 Die letzten beiden Zeilen aus dem Gedicht „Diné zu Coblenz“ (1774) von Johann Wolfgang von Goethe.

unsere eigenen Dinge, die wir mitgemacht haben, Sie und ich, an praktischen Maßnahmen zu kritisieren. Wie stünden wir denn vor diesem Volk da? Das einzige, was wir tun können, ist zu sagen: Was, diese Politik soll Herr Schiller und nur Herr Schiller gemacht haben? Und da müssen wir sagen, wie die Zusammenhänge sind, was der Finanzminister tut und was schließlich das ganze Kabinett tut. Darauf kommt es doch an. Wir haben ihm ja wirtschaftspolitisch schon ein bißchen die Schau weggenommen, wie Sie sich erinnern werden, als er Formulierungen gebrauchte, mit denen er vor der Geschichte seine eigenen Prognosen rechtfertigen wollte und haben ihm das ausgestrichen. Aber ich würde das als den schwersten Fehler ansehen, wenn wir all das, was allgemein die Bevölkerung uns als Erfolg anrechnet, in Frage stellen. Die Bevölkerung versteht doch von diesen Dingen nichts. Die sagt nur, wir haben unsere Arbeit, wir haben unseren sicheren Arbeitsplatz. (*Schmücker:* Nur die Preise dürfen nicht steigen.) Sehr richtig! Was wir dagegen tun müssen ist, daß wir jetzt als diejenigen auftreten, die sich zum Wächter der Stabilität machen gegen Überhitzungsversuche.

Schmücker: Herr Bundeskanzler! Ich hatte darauf hingewiesen, daß Herr Schiller in einer anmaßenden Weise alles auf sich bezieht und daß er darüber hinaus Gesetze als seine Leistung herausstellt, die noch in die Zeit Erhards fallen. Darüber hinaus bin ich der Meinung, daß Herr Schiller ein Sozialist ist und daß seine ganzen Bemühungen darauf hinausgehen, daß eine Einheitsgesellschaft kommt.

Kiesinger: Lieber Herr Schmücker! Ich will keinen Streit mit Ihnen anfangen. Aber es gab im Kabinett nicht eine einzige Entscheidung, der Sie widersprochen haben, keine einzige wirtschaftspolitische Entscheidung. Das ist doch die Situation, und Sie haben auch gar keinen Grund, sich dessen zu schämen. Wir sind da, wo es notwendig war, dem Herrn Schiller in den Arm gefallen. Wir haben seine dritte Konjunkturspritze abgewehrt, wir haben dieses und jenes getan. Immer wenn er übertreiben wollte, haben wir ihn doch gestoppt. Ich bin ja mit Ihnen völlig einig, daß wir ihm nicht in der Öffentlichkeit die Lorbeeren überlassen. Das ist etwas völlig anderes. Die Entwicklung dieser letzten 2½ Jahre hat mich sehr viel gelehrt. Sie hat mich gelehrt, wie wirklich wichtig unsere Ausgangsposition war, wie schwierig es ist, wenn man anfängt zu manipulieren, wie schwierig dann die Situation wird. Denn jetzt im Moment stehen wir – und das ist auch wieder eine der politischen Entscheidungen, die wir an unsere Fahnen heften müssen – wieder vor der Notwendigkeit, dämpfende Maßnahmen ergreifen zu müssen. Das eine führt notwendig zum anderen. Und wenn man sich auf den Pfaden des Herrn Schiller wirklich vorwärtsbewegen würde, dann würde man in eine ununterbrochene Serie dirigistischer Maßnahmen hineinkommen. Also ich bin sachlich mit ihm einig, aber im übrigen bin ich der Meinung, wir sollten doch das, was das Volk allgemein dankbar anerkennt – mögen sie es sogar falsch glauben, mögen sie glauben, wir hätten die deutsche Wirtschaft vor einem vollkommenen Zusammenbruch gerettet –, daß wir das doch nicht weggeben. Im übrigen halte ich das Zänkische in der Auseinandersetzung für eine große Gefahr. Schiller ist nun mal populär geworden. Das ist nicht zu verhindern als Wirtschaftsminister. Aber nun anfangen zu sagen, der Mann ist ja ein verkappter Sozia-

list, das können Sie sich denken, aber ja nicht sagen in der breiten Öffentlichkeit. Das wird uns nicht abgenommen.

Stoltenberg: Herr Bundeskanzler! Ich wollte nur sagen, wir müssen unterscheiden zwischen dem, was geschehen ist, was wir gemeinsam vertreten und dem Programm für die Zukunft. Da scheint mir allerdings eine sehr grundsätzliche Auseinandersetzung mit Schiller und gewissen Tendenzen doch möglich zu sein. Wir können nicht über das Vergangene mit ihm rechten, das ist völlig klar. Aber wenn wir gewisse Vorstellungen über die Zukunft der Wirtschaft haben, dann sollten wir doch diese Auseinandersetzungen auch in einer geeigneten Form mit ihm führen.

Kiesinger: Ich möchte nur verhindern, daß wir selber unglaubwürdig werden, denn ich habe in jeder Rede, in jeder Stellungnahme zu Wirtschaftsproblemen immer die gewaltigen Leistungen des Bundesfinanzministers herausgestrichen.

Zum Tagesordnungspunkt 1 haben wir keine weiteren Wortmeldungen. –

2. Tagesordnungspunkt:

An den Bundesvorstand überwiesene Anträge des Bundesparteitags 1968

Heck: Die Lohnfortzahlung ist angesprochen worden. Ich darf daran erinnern, daß auf dem Parteitag in Berlin ganz klar die Willensäußerung des Parteitags getroffen worden ist, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle nur in Verbindung mit der Krankenkassenreform durchzuführen. Nun gehöre ich nicht zu den Leuten, die da sagen, der Parteitag beschließt und die Fraktion ist dann total gebunden. Aber ich glaube, wir müssen langsam auch zu einem Verhältnis zwischen Fraktion und Partei kommen. Wenn die Fraktion zu der Auffassung kommen sollte, daß ihre Entscheidung mit den Beschlüssen des Parteitags nicht in Einklang zu bringen ist, sollte wenigstens der Parteivorstand zwischengeschaltet werden.

Kiesinger: Einverstanden. Ich möchte nur nicht haben, daß wir, indem wir die Sache vorwärtstreiben, die ja bei uns schon ein unguter Kompromiß war, daß wir uns damit noch belasten, denn auch unser Kompromiß ist ja auf heftigen Widerstand gestoßen. (*Lebhafte Unruhe. – Weitere Ausführungen dadurch unverständlich.*)

Filbinger: Ich möchte noch unterstreichen, was vorhin von Herrn Stoltenberg angesprochen worden ist. Ich würde auch meinen, es sollte jetzt die Fraktion der CDU des Bundestags rasch sich der Materie der Finanzreform bemächtigen, und zwar in einer führenden Art und Weise. Ich hörte von Herrn Barzel, daß erst in 14 Tagen bis drei Wochen die CDU-Fraktion darüber beraten will. Das ist zu spät für die Finanzreform, denn mittlerweile hat Herr Alex Möller, der ja im Vermittlungsausschuß des Finanzausschusses mitgewirkt hat, schon in der Bundespressekonferenz sehr stark versucht, diese Feder an seinen Hut zu stecken.[19] Denn in Wirklichkeit ist das nicht sein Konzept, sondern das, was wir erarbeitet haben. Und es wäre sehr, sehr schade, wenn die SPD versuchen würde, dies als ihr Konzept herauszustellen. Die Ergebnisse sind, glaube ich, so, daß

19 Möller äußerte sich am 27. Februar 1969 zu den Aussichten der Finanzreform, vgl. „Mannheimer Morgen" vom 28. Februar 1969 „Ist die Finanzreform gerettet?".

man sie tolerieren kann. Es wäre aber schade, wenn die CDU-Fraktion nun hinterherhinkt nach einigen Wochen. Mittlerweile würde dann in der Öffentlichkeit die SPD als die Trägerin dieser Konzeption in Erscheinung treten, und das ist sie nicht. Und deshalb braucht sie den Erfolg auch nicht zu haben.

Das Zweite, was ich noch sagen wollte: Ich würde sehr die Bemühungen des Herrn Bundeskanzlers unterstreichen, die in der Bund-Länder-Kommission unternommen worden sind in zwei Richtungen. Einmal Reformpolitik an den Hochschulen, Länder gemeinsam mit dem Bund, und zum anderen die Ordnungskomponente. Es ist ja draußen bei unseren Freunden ein Thema sehr beherrschend und bei der breiten Bevölkerung, nämlich die Sorge wegen der Unruhen auf den Hochschulen. Das ist eine Sache, die uns im vergangenen Jahr in Baden-Württemberg bei den Wahlen den Anstieg der NPD gebracht hat. Und ich meine, es wäre außerordentlich gefährlich, wenn das nicht in den kommenden Monaten – und wir bekommen nach den Ankündigungen des SDS einen heißen Sommer an den Universitäten – rechtzeitig abgebogen werden würde. Dann würde der Bürger sich fragen, was ist eigentlich los? Wer beherrscht die Straßen? Wer beherrscht die Universitäten? Und es würde sich die vorhin mit Recht angesprochene Gefahr eines Trends zur NPD realisieren. Wenn die CDU jetzt in dieser Richtung Profil ergreift, wenn sie sehr stark Bund und Länder in der Ordnungskomponente der Reform betont, dann würde ich meinen, hätte die CDU die Aussicht, alle jene, die besorgt sind wegen eines möglichen Links-Ruckes, zu sich herüberzuholen. Ich glaube, der Links-Ruck würde jetzt, gefördert durch das Ereignis von gestern, eine Reaktion nach rechts auslösen. Und es hängt von uns ab, ob wir dafür sorgen, daß die Leute bei uns still werden, weil sie das Vertrauen wiedergewonnen haben, daß die CDU in der Lage ist, die Ordnungsdinge zu erledigen. Ich würde also sehr darum bitten, daß wir auch in den Verlautbarungen der CDU diese beiden Komponenten deutlich machen.

Gradl: Zu einem ganz anderen Thema, ich fasse mich ganz kurz. Herr Bundeskanzler, ich weiß nicht, wer von Ihnen allen hier in den letzten 14 Tagen Gelegenheit hatte, die Kommentare im Fernsehen zu dem Thema Bundesversammlung in Berlin zu hören, wer insbesondere den Kommentar von Dieter Gütt am Montagabend im Fernsehen gehört hat.[20] Ich will das jetzt nicht ausweiten. Ich will nur sagen, dies ist nun wirklich unerträglich. Und die Leute, die man spricht und die einen daraufhin ansprechen, sagen, ist das denn möglich, daß in einer solchen Situation vom Deutschen Fernsehen in einer Weise gesprochen wird, die nur den Zielvorstellungen der Gegenseite entspricht? Müßt ihr euch denn das gefallen lassen? So reagieren die Leute. Und wenn man dann sagt, die sind ja autonom, dann heißt es, ja, aber ihr habt doch da eure Leute sitzen. Ich weiß, wie schwer das ist, aber, Herr Bundeskanzler, wenn wir nichts unternehmen, wenn wir resigniert zusehen, dann betreiben sie das in dem kommenden halben Jahr auf innenpolitischem Gebiet noch viel intensiver, als sie es bisher getan haben. Ich meine, wir sollten nun wirklich einmal die Leute von uns, die in den Fernsehbeiräten sitzen, heranzie-

20 Kommentar vom 3. März 1969. Auszug in der Kommentarübersicht des BPA Nr. 43 vom 4. März 1969 (ACDP 01–226–284).

hen. Sie müßten sie mal kommen lassen, und dann muß Druck ausgeübt werden, moralischer Druck auf die Intendanten. Dies ist so unerträglich.

Kiesinger: Diese Dinge habe ich auch z. T. gehört von Dieter Gütt. Wir wissen, was das für ein Mann ist. Der ereifert sich gegen die CDU in den unmöglichsten Kommentaren. Aber es gibt da auch andere. Ich habe mit Müggenburg[21] eine Sendung gemacht, das schlägt hinein ins Volk. Wie der beim Nixon-Besuch[22] gesagt hat, hier habe sich wieder einmal die Ohnmacht der APO gezeigt, das war ein starkes Stück. Sofort rief der Gütt, der der Moderator dieser Sendung ist, an, während ich da war und protestierte, worauf wir aber ganz wacker sagten, du hast uns da nichts vorzuschreiben, du bist zwar der Arrangeur, aber wir sagen, was wir wollen. Und wenn Sie die sämtlichen Sendungen des Fernsehens in der letzten Zeit verfolgen, dann ist die Bilanz viel positiver als diese negativen Kommentare. Zum Beispiel die Sendungen im Zweiten Deutschen Fernsehen, mit welcher Bereitschaft mitzugehen das gemacht wurde. Man muß ja die Wirkung des Fernsehens insgesamt sehen. Und es wird uns nicht gelingen, Herr Dr. Gradl, alle diese Beleidigungen auszuschalten. Worauf wir aber achten sollten, das ist die Gesamtwirkung. Und die Gesamtwirkung war in diesem Falle ohne Zweifel für Berlin positiv.

Heck: Jetzt möchte ich doch mal sagen, daß es, glaube ich, nützlich wäre, mal zu überlegen, wie viele ausgesprochene Moderatoren von uns in den Aufsichtsgremien sitzen, die weder Muh noch Mäh sagen. Die müssen wir einfach jetzt bei der nächsten Gelegenheit rigoros rausschmeißen. Wir können nicht so weitermachen auf diesem Felde wie bisher. Das ist einfach notwendig. Wir wissen, daß diese Intellektuellen in der Exekutive der Anstalten ein starkes Wort mitsprechen und sehr einseitig sind. Aber dann muß von den Aufsichtsgremien der Gegengehalt kommen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Intendant das so ganz gleichgültig auf die Seite schiebt, wenn er regelmäßig von seinen Aufsichtsgremien ordentlich Zunder kriegt und wenn gesagt wird, die Sendungen wollen wir uns mal mit dem Intendanten zusammen ansehen. Dann soll er mal dazu Stellung nehmen. Ich habe neulich dem Bausch in Stuttgart gesagt, wir müssen mal alle Sendungen zusammenstellen, die ihr gebracht habt über die Studenten-Krawalle. Ihr dürft das nicht unterschlagen, aber es genügt doch im großen und ganzen, wenn ihr mitteilt, was wo passiert ist. Muß denn dauernd das im Bild gebracht werden? Da ist ja gar nichts zu unterschlagen, aber wenn irgendwo etwas passiert sind die Kerle

21 Günter Müggenburg (1926–2002), Journalist; 1948–1963 Redakteur der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (ab 1955 Korrespondent in Bonn), 1963–1965 stv. Leiter des WDR-Fernsehstudios in Bonn, 1966–1970 Leiter des WDR-Studios Bonn und Chefkorrespondent der ARD, 1970–1973 Leiter des Asien-Büros der ARD, 1973–1977 Leiter des ARD-Studios Washington, 1978–1983 Mitglied der „ARD-aktuell"-Führungsspitze, 1984–1995 Generalbevollmächtigter für Neue Medien im WAZ-Pressekonzern. – Kiesinger gab am 27. Februar 1969 der ARD (DFS) ein Interview von 4 Minuten 35 Sekunden, am 28. Februar wurde eine 30minütige Sondersendung mit dem Kiesinger-Interview ausgestrahlt (vgl. BPA-Nachrichtenspiegel vom 27. und 28. Januar 1969 in ACDP 01-226-283).

22 Richard Nixon weilte im Rahmen seiner Europareise am 26. Februar in Bonn und am 27. Februar 1969 in West-Berlin. Vgl. AdG 1969 S. 14510–14513; AAPD 1969 Nr. 79, 80, 81.

mit ihren Kameras doch nur da, wo es Rabatz gibt. Ich finde, das muß man doch wirklich koordinieren.

Kiesinger: Also, meine Damen und Herren, nun wollen wir nicht in den alten Fehler verfallen, die Klagelieder, die wir seit Jahren anstimmen, hier zu wiederholen. Das kann ich schon gar nicht mehr hören. Wir haben das doch alles versucht von uns aus. Sehen Sie mal, Herr Dufhues sitzt in den Gremien drin, andere sitzen in den Gremien drin. Und wie ist denn die Wirklichkeit? Die Wirklichkeit ist tatsächlich so, daß wir die Gesamtwirkung des Fernsehens abmessen müssen. Die Gesamtwirkung des Fernsehens ist nicht so schlecht, wie dies viele von uns, die dann eine solche ärgerliche Sendung mithören, glauben. Dazu kommt dann die doch recht objektive Berichterstattung in den Tagesschauen, in den Nachrichten und den Berichten aus Bonn usw. (*Lemmer:* Gestern abend war sehr gut. Das war mein Schwiegersohn.[23] – *Heiterkeit.*) Wenn man den Gütt hört, wird einem schon schlecht. Dagegen die Kommentare von Matthias Walden[24] sind glanzvoll. Aber eines ist sicher richtig, wir dürfen es nicht aufgeben. Hier liegt ja alles bei den Ländern. Sie müssen Leute hereinnehmen, die sich auch zeitlich stärker dieser Dinge annehmen und die auch in der Sache wirklich etwas verstehen davon. Was Intendanten und Programmdirektoren anlangt, ich habe die Programmdirektoren bei mir, ich habe demnächst die Intendanten bei mir. Das sind längst Herrscher ohne Macht geworden. Die einzelnen Redaktionen haben sich so verselbständigt. Die Burschen sind so gesichert durch kündigungslose Verträge, durch eine gesicherte Altersversorgung, daß auf die nichts mehr Eindruck macht. Und nun die berühmte Geschichte, sie sollen verschweigen. Sie sollen einfach das nicht immer aufnehmen. Ich bin auch der Meinung, wir müssen immer wieder drängen, wir müssen immer wieder sagen, daß sie nicht jedem einzelnen Krawall nachlaufen. Aber natürlich kämpfen wir da gegen eine Art Lebensprinzip dieser Institution. Also es wird nicht sehr leicht sein, da etwas zu tun. Ich habe meinen Beitrag jetzt nur deswegen geleistet, weil ich gerade in den letzten Monaten das Fernsehen im großen und ganzen als eine recht beträchtliche Hilfe für uns empfunden habe. Und solche Leute wie Müggenburg oder Nowottny[25] oder Hübner[26] oder ..., die sind alle voll besten Willens.

---

23 Gerhard Löwenthal (1922–2002), Journalist; 1951 stv. Programmdirektor beim RIAS Berlin, 1954–1958 beim SFB, 1969–1987 Moderator des „ZDF-Magazins". Memoiren: Ich bin geblieben. Erinnerungen. München 1987. – 1948 heiratete er Dr. med. Ingeborg Lemmer.

24 Pseudonym von Eugen Baron von Sass (1927–1984), Journalist; 1950–1956 Redakteur und Kommentator beim RIAS Berlin, 1956–1979 Chefkommentator und Chefredakteur beim SFB, 1981 Wechsel zum Axel-Springer-Verlag, Mitherausgeber der „Welt".

25 Friedrich Nowottny (geb. 1929), Journalist; 1955 Redakteur der Bielefelder „Freien Presse", 1962 Hauptabteilungsleiter für Wirtschafts- und Sozialpolitik des Saarländischen Rundfunks, 1967–1973 stv. Leiter des WDR-Fernsehstudios Bonn, 1973–1985 Chefkorrespondent der ARD und Leiter des WDR-Fernsehstudios Bonn, 1985–1995 Intendant des WDR.

26 Heinz Werner Hübner (1921–2005), Journalist; 1955–1963 Redakteur der Nachrichtenabteilung des WDR, 1963–1966 Ressortleiter Außenpolitik der Deutschen Welle, 1967–1972 stv. Chefredakteur beim WDR-Fernsehen, 1972–1977 ARD-Koordinator für Politik, Gesellschaft und Kultur, 1977–1985 Fernsehchef und Programmdirektor des WDR.

Heck: Wir haben nun aber einige Dinge zu erledigen, damit wir mit dem Tagesordnungspunkt 2 weiterkommen. Wir haben vom Parteitag einige Anträge erhalten, die dem Bundesvorstand der Partei zur Beschlußfassung vorgelegt worden sind. Ich habe Ihnen diese Vorlagen abziehen lassen, und ich nehme an, daß sie gelesen worden sind. Infolgedessen erübrigt es sich, daß wir sie hier noch einmal vorlesen.

Antrag Nr. 1: Eine Vorlage, die vom Kreisverband in Köln gekommen ist, zielt darauf ab, die CDU soll eine fortschrittliche Volkspartei werden.[27] Ich glaube, hier wird man dem Kreisverband mitteilen, daß der Vorstand diese Intention sehr begrüßt. (*Heiterkeit. – Lebhafte Unruhe.*)

Antrag Nr. 2: Dann ist der Antrag gestellt worden von der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, die Bundestagsfraktion der CDU/CSU solle noch in dieser Legislaturperiode eine Gesetzesvorlage zur Änderung des Wahlrechts einbringen. Das ist einfach undurchführbar. Man wird auf dem nächsten Parteitag dann sagen müssen, warum das nicht gemacht werden konnte.

Antrag Nr. 3: Hier wird die Intensivierung der Bindungen und Verbindungen zwischen den in der Bundesrepublik und den im anderen Teil Deutschlands lebenden Landsleuten mit konkreten Beispielen gefordert. Das war ursprünglich Bestandteil des Aktionsprogramms. Und wir waren der Auffassung, daß das sachlich im großen und ganzen alles gut ist, aber daß es einfach in den ganzen Duktus des Programms nicht hineingepaßt hätte, wenn wir in diesem einen Fall alles einzeln aufgeführt hätten, während wir sonst viel mehr bei globaleren Aussagen geblieben sind. Ich möchte vorschlagen, daß der Vorstand dies der Fraktion überweist und mit Nachdruck empfiehlt.

Antrag Nr. 4: Dieser Antrag greift im Grunde eine Initiative im Bundestag auf, nämlich einen Antrag von einem unserer Kollegen mit dem Ziel, die Weiterentwicklung des föderativen Systems zu fördern. Diese Sache ist, glaube ich, in der Fraktion weiterbehandelt worden. Das kann man meiner Ansicht nach auch nur formal an die Fraktion weitergeben. Ich glaube nicht, daß der Vorstand dazu von sich aus Stellung nehmen wird.

Kiesinger: Die Bundesregierung muß ja jetzt diese Große Anfrage[28] beantworten. Dafür hat das Innenministerium eine Sache vorbereitet, die ich noch nicht kenne. Ich werde mich über das Wochenende damit befassen. Natürlich ist es jetzt ein wenig leichter, wenn die Finanzreform und die anderen Geschichten, die miteingebracht worden sind, mit über die Bühne gehen. Das ist natürlich im Grunde genommen von unseren Leuten ein Streich gewesen. Diese Bundesregierung ist vor die Notwendigkeit gestellt worden, bis zur nächsten Wahl zu antworten.

---

27 Anlage 1 behandelt Wahlrechtsfragen, Anlage 2 ist der Antrag des CDU-Kreisvorstands Köln, Anlage 3 stammt vom CDU-Landesverband Bremen, Anlage 4 geht auf einen Antrag des Bundestagsabgeordneten Stahlberg zurück (ACDP 07–004–124/2).

28 Große Anfrage der Abgeordneten Lenz, Kiep, von Wrangel, Bremer, Marx, Stark, Häfele, Wörner und Genossen zur „Weiterentwicklung des föderativen Systems" vom 27. Juni 1968 (Drs. V/3099). Die Antwort des Bundesinnenministers erfolgte am 20. März 1969 (Drs. V/4002).

Heck: Die Bundesregierung, die hier aufgefordert ist, noch in dieser Legislaturperiode ihren Standpunkt darzulegen, ist auf dem Wege, das zu tun, und ich werde diese Entschließung dann einfach noch den Landesregierungen zustellen zur Stellungnahme. Sie sehen aber hier, daß es falsch ist, auf einem Parteitag so viele Pläne und Fragen zu erörtern. Dann rennt die Zeit uns weg. Und dann fängt diese Schluderarbeit an, und man nimmt das Konzept des Parteitags nicht mehr ernst.

Gradl: Herr Bundeskanzler, zur Ehrenrettung dieser Kollegen, die diese Große Anfrage damals gestellt haben, muß ich schon sagen, wenn Sie sich die Begründung ansehen, die haben weiter nichts gemacht als ernst genommen, was Sie selber gesagt haben. Sie haben nämlich in dem Bericht über die Lage der Nation am 11. März 1968 gesagt, es sei unerläßlich und dringlich, dieses föderative System in einer Weise weiterzuentwickeln, daß usw.

Kiesinger: Lieber Herr Gradl, das habe ich gesagt. Den Bericht zur Lage der Nation habe ich gemacht. (*Gradl:* Eben, eben!) Und die SPD war sowieso böse, daß ich kein SPD-Mitglied gefragt habe, wie der Bericht zur Lage der Nation aussehen sollte. Und ich werde auch den diesjährigen am 17. Juni so machen.[29] Deswegen gab es doch die Schwierigkeiten. Ich kann hierzu eine Aussage machen, aber als Bundeskanzler, als Repräsentant dieser Regierung ist das sehr viel schwieriger. Da will ich weder zentralistische Vorstellungen der SPD, noch Besitzstandsvorstellungen der SPD mitübernehmen. Da liegt doch die Schwierigkeit.

Heck: Ich möchte rein theoretisch eines sagen. Ich glaube, wir müssen bei den Parteitagen darauf bestehen, daß Anträge bis zu einer bestimmten Frist gestellt werden, damit der Vorstand die Möglichkeit hat, diese Anträge vorher zu bearbeiten. Wenn man im Plenum überfallen wird mit Anträgen, dann kommt dieser Zeitpunkt, daß man einfach seine Ruhe haben will und verabschiedet. Ich glaube, das muß eben beschlossen werden von den zuständigen Gremien. Denn anders sehe ich keinen Weg, diese Leerlaufarbeit zu unterbinden.

Gradl: Aber was müßten wir dann beschließen? Wer müßte das beschließen?

Heck: Das Problem ist, wie man es mit dem Antragsrecht während eines Parteitags macht.

Kraske: Ich würde sagen, wir sollten einem Parteitag nicht völlig das Recht nehmen, aus der Beratung heraus Anträge zu stellen. Das kann ja auch angefochten werden. Das einzige, was Sie machen können, und das halte ich allerdings für eine klare Regel, ist, daß Sie Anträge, die bestimmte neue Tagesordnungspunkte enthalten – und dies wäre eine ganz andere Materie – konzipieren lassen und für die eine Frist setzen und daß dann auf dem Parteitag nur noch Anträge gestellt werden können zu Materien, die ohnehin in der Behandlung sind. Also eine Unterscheidung zwischen Hauptanträgen und Zusatzanträgen, wie immer man das nennen mag.

Heck: Man muß sich das auf alle Fälle sorgfältig überlegen. Das war ein Punkt, bei dem auf dem letzten Parteitag in Berlin ein bißchen geschludert worden ist. Aber wenn

29 Rede Kiesingers am 17. Juni 1969 im Deutschen Bundestag, vgl. Sten.Ber. 5. WP 239. Sitzung S. 13246–13254.

das Schludern Methode wird, dann ist es einfach notwendig, daß wir anfangen, das in Ordnung zu bringen. Das hat mit Humor wenig zu tun.

Wird das Wort zu Punkt 2 der Tagesordnung noch gewünscht? – Das ist nicht der Fall. – 3. Tagesordnungspunkt:

STAND DER VORBEREITUNGEN ZUR BILDUNG EINER WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG

Schmücker: Meine Damen und Herren! Es ist ja allen bekannt – ich brauche auf die Vorgeschichte hier nicht näher einzugehen –, daß wir uns alle bemühen, den Wirtschaftsrat stärker an die Partei zu binden. Dafür gab es verschiedene Möglichkeiten.

1. Die Umänderung des Wirtschaftsrats in eine Vereinigung.
2. Die Gründung einer neuen Wirtschaftsvereinigung und den Wirtschaftsrat bestehenzulassen.
3. Die Möglichkeit, Wirtschaftsrat und Wirtschaftsvereinigung miteinander zu verbinden.

Ich selber habe die Auffassung immer vertreten, daß es nicht möglich sein könne, innerhalb der CDU zwei wirtschaftspolitisch tätige Vereinigungen nebeneinander zu haben, weil das dann zu Reibungen und zu Doppelarbeit führen würde. Und die Erfahrung lehrt auch, daß diese Reibungen und Doppelarbeit in großem Ausmaße anfallen. Dieser Standpunkt wird nicht geteilt von den Freunden aus dem Rheinland, weder in der Mittelstandsvereinigung, noch im Wirtschaftsrat, noch in der Wirtschaftsvereinigung. Das ist ganz leicht erklärbar, weil die Wirtschaftsstruktur des Rheinlandes wirklich ganz anders ist und auch das Personalangebot größer ist, so daß man sich dort einige Organisationen nebeneinander leisten kann. Wieweit die Reibungen haben, das wollen wir hier nicht untersuchen. Tatsache aber ist, daß in den meisten Landesverbänden, weil dort die Wirtschaft doch nicht so organisiert ist, nicht so strukturiert ist wie im Rheinland, wir besser fahren, wenn alle in einer Vereinigung zusammenarbeiten. Wir können gar nicht unterscheiden beispielsweise im Land Niedersachsen in dem Ausmaße zwischen Großwirtschaft und mittlerer Wirtschaft. Diese Meinungen habe ich nicht versucht, auf einen Nenner bringen zu lassen. Darum haben wir versucht, dem Anliegen des Rheinlandes möglichst entgegenzukommen mit einer sogenannten Zwei-Säulen-Theorie, die bedeutet, daß wir eine Dachvereinigung haben, zu der dann korporativ gehören diejenigen, die mehr zum Wirtschaftsrat neigen, und diejenigen, die zur Wirtschaftsvereinigung gehören. Ich selber habe lange die Meinung vertreten, wir sollten keine korporative Mitgliedschaft bei uns einführen. Ich habe mich damit nicht durchsetzen können, auch hier im Vorstand nicht, und ich habe mich dann auf den Boden der Tatsachen gestellt.

In Berlin sind nun Beschlüsse gefaßt worden, die eigentlich etwas widersprüchlich sind. Widersprüchlich deswegen, weil einerseits die korporative Mitgliedschaft ermöglicht worden ist durch die Formulierung – es war wenigstens die Absicht, sie zu ermöglichen – und andererseits eine neue Wirtschaftsvereinigung im Statut aufgenommen worden ist. Wenn wir eine neue Wirtschaftsvereinigung haben als Auffangorganisation oder als Ersatzorganisation, brauchten wir ja keine korporative Mitgliedschaft zu er-

möglichen. Das also paßt nicht ganz. Aber sei es, wie es will. Der politische Wille der großen Mehrheit aller unserer Landesverbände, mit Ausnahme des Rheinlandes, sowohl im Wirtschaftsrat wie in der Mittelstandsvereinigung ist, einen Zusammenschluß durchzuführen, eine gemeinsame Vereinigung zu haben. Wir haben ein Rechtsgutachten eingeholt. Das hatte auch einigermaßen positive Aussagen, und wir glaubten, handeln zu können. Am Tage oder drei Tage, bevor es dann los ging, erhielten wir einen Brief[30], daß das nur im Rahmen der Satzungen gelöst werden könne, was bedeuten würde, daß wir wahrscheinlich erst eine Wirtschaftsvereinigung zu gründen hätten und dann über eine Fusion reden könnten. Dieser Brief hat natürlich einige Verwirrung ausgelöst und auch einigen Ärger, den wir dann aber sehr schnell beseitigen konnten. Der Wirtschaftsrat und die Mittelstandsvereinigung haben daraufhin in getrennten Veranstaltungen erst einmal beschlossen, daß sie ihren politischen Willen dem Parteipräsidium und dem Vorstand mitteilen, eine gemeinsame Organisation zu bilden, daß sie dies tun wollen in einer Form, die natürlich von den Satzungen gedeckt werden muß, insofern also möglicherweise der Verhandlungskommission freie Hand geben müßten, um die Satzungen exakt zu erfüllen. Die Auslegung der Satzung ist unterschiedlich erfolgt. Wir haben also Eventual-Beschlüsse gefaßt, um, wenn wir mit dem einfachen Weg der Direktfusion nicht zurechtkommen, auch die andere Möglichkeit offen zu haben. Herr Kraske hat uns dann dringend empfohlen, wir sollten doch lieber zunächst die Wirtschaftsvereinigung gründen und dann die Fusion durchführen. Auch dieser Beschluß liegt sozusagen zur Auswahl vor. Sie sind beide mit ganz großen Mehrheiten gefaßt worden, und ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie nach diesen Informationen nun den Weg, der dafür vorgeschrieben ist, einleiten.

Ziel ist also, eine gemeinsame Vereinigung zu haben mit zwei Säulen, mit zwei Organisationen, die auch in der notwendigen Selbständigkeit ihre politischen Aufgaben erfüllen können. Wir hoffen, daß wir auf diese Art und Weise dann letzen Endes auch mit unseren rheinischen Freunden zu einem Kompromiß kommen, meinen aber, daß man aufgrund der besonderen Verhältnisse im Rheinland vielleicht dort mit der Organisation noch nicht so nachfolgen sollte, wie wir das auf der Bundesebene machen, sondern daß man dort die Organisationen aufrechterhalten soll.

Es bleibt dann noch die Schwierigkeit zu klären, ob ein Mitglied dieser Vereinigung eine Vereinigung ist als e.V. oder ob der Status dieser beiden Säulen geändert werden muß. Ich glaube, man sollte beide zu einem e.V. machen.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir zubilligen würden, daß ich noch einige Zeit brauche, um die finanziellen Auswirkungen mir genau anzusehen. Als Bundesschatzmeister paßt es mir natürlich gar nicht, daß einzelne Organisationen oder auch der Wirtschaftsrat auf eigene Faust losgehen und zum Nachteil unserer Parteikasse für sich selber Gelder sammeln. Das muß ich koordinieren. Wenn ich aber alle Möglichkeiten ausnutzen will und sie wirklich der Partei zugute kommen lasse – und Sie werden

30 Schreiben von Werner Theisen an Heinrich Gewandt vom 25. Februar 1969 zur Vorbereitung der Delegiertenversammlung des Mittelstandskreises der CDU/CSU am 28. Februar 1969 in Bonn (ACDP 04-004-011/1).

mir unterstellen, daß ich mich bemühe, das auch zu realisieren –, dann ist in der Tat das Anhängen von e.V.s nicht nur hier sehr vorteilhaft. Der Gesetzgeber hat ja ohnehin uns eine Aufgabenlast aufgebürdet, die ich, zumindest wenn die Unterstützung an die Wahlkreise geht, den einzelnen Abgeordneten gern mal klargemacht hätte. Wenn wir hier nicht in dem Ausmaße arbeiten können, wie wir es gerne wollen, so liegt das daran, weil wir Gesetze haben, die uns sehr einengen. Ich erwähne dies deswegen, weil man nicht so einfach vom Tisch fegen sollte den Status e.V. Wir haben über diese Möglichkeit immer eine gute Chance, eine Spende einzubringen. Im Moment kommt es aber darauf an, daß ich Ihnen mitteile, daß sich mit überwältigender Mehrheit beide entschlossen haben, eine gemeinsame Vereinigung zu gründen. Das Verfahren ist so gewählt worden, wie Herr Kraske es gewünscht hat. Wir können aber auch den anderen Weg gehen. Dazu haben wir die Vollmacht bekommen.

Meyers: Ich habe den einstimmigen Beschluß des rheinischen Landesvorstands vorzutragen, der sich entschieden gegen diese Dinge wendet. (*Lebhafte Unruhe. – Weitere Ausführungen sind unverständlich.*) Das würde ein Umbiegen der Satzung bedeuten.

Zweitens hat der rheinische Vorstand juristische Bedenken, da nach § 2 des Parteiengesetzes nur natürliche Personen Mitglieder sein dürfen.[31] Hier sind aber auch Firmen teilweise Mitglieder, und das würde dem Parteiengesetz widersprechen.

Wir sind aber auch der Ansicht, daß bei einer Vielzahl von Persönlichkeiten, die wir haben, sie besser zum Zuge kommen, wenn wir die Möglichkeit haben, sie in Mittelstands- oder Wirtschaftsvereinigungen zusammenzufassen. Das alles hat also den rheinischen Vorstand bewogen, mich zu beauftragen, hier seine Stellungnahme darzulegen.

Kraske: Darf ich vielleicht zur Satzungslage ein paar Bemerkungen machen. Herr Schmücker hat mit Recht darauf hingewiesen, daß der Bundesparteitag zwei Beschlüsse gefaßt hat, die eigentlich mindestens in ihrer Intention sich widersprechen. Dem Bundesparteitag lag zunächst ein Antrag des Vorstands Ihres Kreises vor, im § 39 des Statuts die Worte „von Personen" ersatzlos zu streichen. Im Statut hieß es früher: „Die Vereinigungen sind organisatorische Zusammenschlüsse von Personen mit dem Ziel ...". Dieses stand unserer Überlegung im Wege, die mal bezeichnet worden ist als Drei-Säulen-Theorie, eine Vereinigung mit drei Säulen: Wirtschaft, Mittelstand, freie Berufe. Damals, als das in der Vorstandssitzung so beschlossen worden ist[32], sich man juristisch aber nicht im klaren war auch mit dem Hintergrund Parteiengesetz, ob man in das Statut hereinschreiben könne „sind Zusammenschlüsse von Personen und Gruppen", kam man auf den für die CDU nicht ganz untypischen Ausweg, diese Frage offen zu lassen, indem man nicht etwa „Gruppen" hineinschrieb, sondern „Personen" strich. Ob das eine besonders kluge Lösung war, lasse ich mal dahingestellt. Es handelte sich immerhin um einen Beschluß dieses hohen Gremiums, den der Parteitag auch mit Mehrheit übernommen hat.

31 Formulierung § 2 Parteiengesetz (i. d. F. von 1969): „Mitglieder einer Partei können nur natürliche Personen sein", § 2 I S. 2 „Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz)" vom 27. Juli 1967, BGBl 1967 I S. 774.

32 Vgl. Nr. 13 S. 606f., Nr. 14 S. 642–645.

Parallel dazu gab es einen zweiten Antrag der CDU-Rheinland, die Liste der Vereinigungen in § 38 zu ergänzen. Und das wurde mit noch sehr viel größerer Mehrheit angenommen. Nun gibt es zwei Probleme. (*Zwischenruf.*) Ja, mit der Inaussichtstellung, die auch von Herrn Grundmann gegeben wurde, wenn es hier zwei Vereinigungen innerhalb der Partei gäbe – eine Wirtschafts- und eine Mittelstandsvereinigung –, könnten die dann ja auf der gleichen Basis sich begegnen.

Nun entstehen zwei Probleme. Ich würde sagen, das Problem, das Herr Schmücker hier dargestellt hat, ist in meinen Augen nicht das wichtigste und nicht das delikateste: die Frage, Wirtschaftsvereinigung und Mittelstand nebeneinander oder als gemeinsame Vereinigung. Hier gibt es in der Tat eine Tendenz zur rheinischen Partei, weil die soziologischen Verhältnisse in der rheinischen Mitgliedschaft ganz anders sind. Ich würde sagen, daß man über dieses Problem durchaus hinwegkommen kann, als diese beiden Vereinigungen auf Bundesebene fusionieren, es aber den Landesverbänden überlassen bleibt, die Vereinigung auf Landesebene weiter getrennt nebeneinander zu führen.

Aber das entscheidende politische Problem – und ich glaube, es hat gar keinen Zweck, dies hier zu verschweigen –, ist doch die Frage der Stellung des Wirtschaftsrats. Dieser rheinische Antrag zur Änderung des § 38 ist eindeutig gestellt worden, um den Wirtschaftsrat der CDU e.V. mit einer Sonderstellung außerhalb der Partei als Vereinigung in die Partei zu integrieren. Dieser Antrag war auch von der rheinischen Partei und den Sozialausschüssen bereits 1967 auf dem Parteitag in Braunschweig vorgelegt worden und wurde damals unmittelbar vor dem Parteitag zurückgezogen aufgrund einer Zusage unseres Freundes Scheufelen, daß diese Umwandlung in eine Vereinigung im Laufe des kommenden Jahres bis zum nächsten Parteitag erfolgen sollte.[33] Dies ist dann nicht erfolgt, sondern der Wirtschaftsrat hat seine Bemühungen umgelenkt auf diese Frage in Korporation als e.V. in eine gemeinsame Vereinigung. Und nun ergibt sich die Frage, und das ist, glaube ich, wenn ich Sie ergänzen darf, Herr Meyers, die Hauptsorge der rheinischen Partei, daß es ein heilloses Durcheinander gäbe, wenn es auf der einen Seite eine Wirtschaftsvereinigung innerhalb der Partei gäbe und wenn es daneben den Wirtschaftsrat der CDU e.V. am Rande oder außerhalb der Partei gäbe. Diese Frage spielt deswegen im Rheinland eine so große Rolle, weil es im Rheinland seit Jahren eine funktionierende Wirtschaftsvereinigung gibt und dieses wirklich in Richtung auf die Mitgliedschaft, aber auch in finanzieller Hinsicht nebeneinanderherläuft. Ich würde allerdings sagen, daß dieses Problem auch für die Gesamtpartei gilt und nicht nur für das Rheinland. Und ich würde außerdem sagen, daß die Konstruktion, die offenbar immer noch unseren Freunden im Wirtschaftsrat vorschwebt, sie könnten sich so eine Art Januskopf anschaffen, auf der einen Seite auf Parteitagen würden sie auftreten als Vereinigung nach § 39 des Statuts, als Vereinigung der CDU, ihren Spendern könnten sie aber auch gegenüber auftreten als bürgerlicher Verein mit einer vom Finanzamt bescheinigten Steuerabzugsfähigkeit. Ich persönlich habe große Bedenken, ob sich die CDU auf diese Konstruktion einlassen soll, die mindestens nach dem Sinn

33 Vgl. Nr. 22 Anm. 20.

des Parteiengesetzes unzulässig ist. Ob sich dazu ein Kläger findet, ist eine andere Frage. Aber daß es hier also Vereinigungen, e.V.s gibt, die einerseits nach Parteiengesetz leben und andererseits nach Vereinsrecht leben, würde ich für höchst bedenklich halten. Und ich glaube, auch dieses, Herr Schmücker, sollte man im Rahmen der künftigen Überlegungen, die jetzt anstehen, noch einmal sehr exakt juristisch prüfen lassen.

Kohl: Am letzten Sonntag fand in Mainz die Bundestagung der Jungen Arbeitnehmerschaft statt.[34] Die Ausführungen, die Herr Dr. Kraske im letzten Drittel machte, waren dort Gegenstand sehr lebhafter, teilweise ungewöhnlich harter Diskussionen und Formulierungen. Man braucht gar kein Prophet zu sein. Der Kläger wird sich finden. Das kam doch ziemlich deutlich zum Ausdruck, die Sozialausschüsse werden sich mit dieser Regelung nicht abfinden. Es findet jetzt schon in aller Öffentlichkeit der typische Gedankenaustausch statt. Und für den nächsten Parteitag kann ich auch schon ziemlich konkret vorausprophezeien, geht diese Konstruktion mit der Begründung, die Sie eben gegeben haben, in die Brüche. Gerade auf einem Parteitag, der sich mit ziemlicher Sicherheit erneut mit der Mitbestimmungsfrage beschäftigen wird, wird von der Emotion her ein ganz ungewöhnlicher Einfluß genommen werden. Hinzu kommt, daß doch eine ganze Reihe von Mitgliedern bei uns dem Wirtschaftsrat absolut wohlwollend gegenüber eingestellt sind, aber jetzt einfach sagen, dann kommt auch wirklich zu uns, wenn wir praktisch einen Einfluß ausüben sollen.

Diese Sache kommt auf dem nächsten Parteitag mit absoluter Sicherheit hoch, und es gibt dann eine anders geartete Mehrheitssituation. Wenn man weiß, wie so etwas auf einem Parteitag wirkt, dann kann man das Abstimmungsergebnis schon mit ziemlicher Sicherheit voraussagen. (*Lebhafte Unruhe. – Weitere Ausführungen sind unverständlich.*)

Heck: Darf ich vielleicht doch noch ein paar Bemerkungen dazu machen, damit deutlich wird, daß das Problem doch noch sogar ein bißchen komplizierter ist. Der rheinischen Partei geht es, glaube ich, darum, sie hätte gerne hier eine Konstruktion, bei der die Organisation auf Kreisebene, auf Ebene der Landesverbände, ihre Fortsetzung auf der Bundesebene findet. Ob das lösbar ist oder nicht, übersehe ich im Augenblick nicht. Aber es geht in der Tat um etwas anderes. Der Wirtschaftsrat e.V. kann als solcher Gelder eintreiben, die er als Wirtschaftsverein der CDU in dem Umfange mit Sicherheit nicht eintreiben kann, weil dann die Spende nicht abzugfähig anerkannt werden kann. Und hier setzt das eigentliche politische Problem ein, nicht vom Rheinland her, sondern von den Sozialausschüssen. Die Sozialausschüsse sagen, hier wird eine Januskopf-Konstruktion gewählt, damit man möglichst viel Geld bekommt, um dann mit dem Gesicht der CDU einseitig Politik betreiben zu können. Und diesen Tatbestand, den schaf-

34 9. Bundestagung der Jungen Arbeitnehmerschaft in der CDA am 2. März 1969 in Mainz unter dem Motto „Radikale Evolution", vgl. „Rheinzeitung" vom 3. März 1969 „Junge Arbeitnehmer in der CDU fordern weiter Investivlohn"; „Trierische Landeszeitung" vom 3. März 1969 „Scharfe Kritik junger Arbeitnehmer am ‚Establishment'"; FAZ vom 3. März 1969 „Junge Arbeitnehmer diskutieren Christentum und Marxismus".

fen wir mit Kommissionssitzungen, die permanent tagen von heute bis zum nächsten Parteitag, nicht aus der Welt.

Ich habe schon vor einem Jahr empfohlen, man sollte sich durch den Kopf gehen lassen, wie wir das Finanzproblem auslegen können. Man braucht die Tätigkeit des Wirtschaftsrats nicht zu überschätzen, aber hier ist schon eine – wie ich meine – der Situation durchaus angemessene Organisationsform gefunden worden, um breite Kreise der Wirtschaft so im Vorhof der CDU anzusiedeln, die sonst vielleicht sich in anderen Vorhöfen angesiedelt hätten. Also das Problem als solches bleibt natürlich bestehen. Ob bisher der Wirtschaftsrat die Möglichkeit voll und ganz ausgenützt hat, das ist eine ganz andere Frage. Das ist eine Frage des Geschäftsführers in erster Linie.

Schmücker: Ich darf zunächst einmal noch sagen, daß sich die Wirtschaftsvereinigung der CDU auf Bundesebene konstituiert hat und daß ihr erster Beschluß gewesen ist, sich mit der Mittelstandsvereinigung zusammenzutun. Die Mittelstandsvereinigung ihrerseits hat ebenfalls diesen Beschluß zum Zusammengehen gefaßt. Diese Beschlüsse liegen vor.[35] Ich bin ermächtigt worden, die satzungsgemäße Form zu finden. Und darüber müßte jetzt eine Kommission, ein kleiner Kreis, zusammentreten. Aber ich bin nicht der Meinung, daß das vertagt werden kann. Wir können es uns nicht erlauben, die werbende Wirkung des Wirtschaftsrats nun einfach unter den Tisch fallen zu lassen. Denn auch er hat ja in gewissen Kreisen eine starke Resonanz, die wir für unsere Partei benötigen. Das ist unterschiedlich in den einzelnen Gegenden, das bestreite ich ja auch nicht. Aber man kann eine Wirtschaftsvereinigung gründen, und diese Wirtschaftsvereinigung kann sich mit einer anderen zusammentun. Das kann kein Mensch verhindern.

Die nächste Frage ist die, wie ist es mit der korporativen Mitgliedschaft? Ich muß sagen, ich bin ein bißchen erstaunt darüber. Ich habe zwei Jahre lang mit Nachdruck den Standpunkt vertreten „keine korporative Mitgliedschaft". Dann bin ich überstimmt worden und habe mich auf den Boden der Tatsachen gestellt, und heute soll ich wieder umschwenken. Das geht doch von heute auf morgen auch nicht.

Das Nächste ist: Die Freunde aus dem Rheinland bitte ich zu bedenken, daß zwar der rheinische Parteivorstand diesen Beschluß gefaßt hat, der hier vorgetragen worden ist, über zwei Vereinigungen. Die Mitglieder aller Organisationen aber sind der Meinung, es sollen drei nebeneinander bestehen. Ich habe diese Frage mehrfach gestellt, und Herr Kraske und ich waren sehr erstaunt, diese Antwort zu bekommen. Das Rheinland hat ein solches Personalangebot, daß sie auch drei Organisationen durchführen können.

Und nun die Frage, die für uns die wichtigste ist: Können wir den Wirtschaftsrat e.V. als Mittel einsetzen, um unsere Finanzen zu stärken, also nicht nur nicht zulassen, daß

35 Vgl. Nr. 19 Anm. 55. – Laut „Welt" vom 1. März 1969 wurde die Wirtschaftsvereinigung am 28. Februar 1969 konstituiert. Mitglieder sollten der Wirtschaftsrat der CDU e.V. und die Bundesmittelstandsvereinigung der CDU sein. Satzung der Wirtschaftsvereinigung und Protokoll der Gründungsversammlung vom 28. Februar in ACDP 06–043–101/2. Die Gründung der Wirtschaftsvereinigung stieß auf erbitterten Protest bei den Sozialausschüssen, die Klage beim Parteischiedsgericht erheben wollten, sollte der CDU-Bundesausschuß die vorgelegte Satzung genehmigen. Vgl. „Industriekurier" vom 27. März 1969 „Politisches und juristisches Sperrfeuer aus Königswinter".

er von uns Geld abzieht, sondern ihn für uns einsetzen? Und wenn nun gesagt wird, er darf das nicht in dieser Weise tun, dann kann man ihn in eine Stiftung umbenennen oder so. Die anderen Organisationen machen das ja auch, und ich weiß auch ungefähr in welchem Ausmaße, weil man das ja nach und nach gewahr wird. Ich weiß noch längst nicht alles, aber eine ganze Menge. Aber es soll mir niemand kommen von den Sozialausschüssen und soll sagen, daß sie kein Geld abzögen. Die Beträge, die sie abziehen, sind sechsstellige Ziffern, wobei die erste Zahl nicht unter fünf liegt, um das mal ganz deutlich zu sagen. Es gibt verschiedene Stiftungen in allen Ländern. Das machen die genauso und machen das mit mindestens demselben Finanzaufwand, wie das der Wirtschaftsrat tut. Ich will bei dieser Geschichte erreichen, daß ich mindestens meine 25 % für die Partei dabei absahne. Das ist mein Bestreben. Darum bin ich nicht mehr so wie früher radikal gegen eine korporative Mitgliedschaft, sondern aus der Position des Schatzmeisters heraus wünsche ich mir eine bessere Finanzierungsmöglichkeit. Aber bitte geben Sie uns den Auftrag, daß wir das untersuchen. Und ich wäre sehr dankbar, wenn einer aus dem Rheinland dabei wäre, einer, der nicht so unmittelbar engagiert ist, denn die Rheinländer haben sich so festgebissen in dieser Frage, man kann kaum noch mit ihnen diskutieren.

Ich wollte zu Ende kommen. Ich muß noch darauf hinweisen, daß in den meisten Landesverbänden der Zusammenschluß zwischen Wirtschaftsrat und Wirtschaftsvereinigung bereits vollzogen ist. So in Baden-Württemberg, so in Berlin, so in Niedersachsen, so in Hamburg und so in Schleswig-Holstein. Es wäre sehr nett, wenn die rheinischen Freunde auch diese Sachlage hier berücksichtigen würden.

Heck: Darf ich den Vorschlag machen, daß wir folgende Herren bitten, eine Kommission zu bilden. Ich nenne die Namen alphabetisch: Herr Dufhues, Herr Dr. Kohl, Herr Dr. Kraske, Herr Lücke, Herr Dr. Schmücker.

Lücke: Ich bitte, an meiner Stelle Herrn Dr. Meyers zu nehmen. (*Zwischenrufe.*) Gut, ich bin einverstanden. – 4. Tagesordnungspunkt:

Sportprogramm

Heck: Kann ich davon ausgehen, daß der Entwurf dieses Sportprogramms, das vom Bundesfachausschuß vorgelegt worden ist, zur Kenntnis genommen wurde?[36] (*Zurufe:* Jawohl!) Ich kann Ihnen sagen, daß wir dieses Sportprogramm, wie es vorgelegt worden ist, Ihnen empfehlen. Es enthält lediglich einen Satz, der problematisch ist, und zwar bei der Anstaltsordnung, Ziffer 2, der letzte Satz: „Sie soll als Pflichtaufgabe der Gemeinden gesetzlich verankert werden." Das ist der problematische Satz, und da müßten sich eigentlich die Gemeinden zur Wehr setzen, daß man ihnen hier neue Aufgaben an den Hals hängt, ohne ihnen gleichzeitig die entsprechenden Mittel zu geben.

36 Veröffentlicht am 10. März 1969. Druck: CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Die CDU informiert – Tatsachen zählen: Das Sportprogramm der CDU. Sport in unserer Zeit. Nr. 3. Bonn o. J. (ACDP Dokumentation 20/5).

Kohl: Man könnte auch sagen, das ist ein relevanter Satz, der einige Bedeutung hat. Ich halte das aber nicht für realisierbar. Wenn man die Pläne des Deutschen Sportbundes betrachtet, weiß man überhaupt nicht, wie man das auch nach der Finanzreform finanzieren soll. Man kann darüber reden, ob man das will. (*Lebhafte Unruhe. – Weitere Ausführungen sind unverständlich.*)

Heck: Aber ich bitte, wenn wir diesen letzten Satz der Ziffer 2 streichen, dann bleibt immer noch genügend als Aussage übrig, und ich halte das für durchaus zweckmäßig. (*Unruhe.*) Wird das Wort nicht weiter gewünscht? Kann ich davon ausgehen, daß es Ihrer Meinung entspricht, daß wir den letzten Satz der Ziffer 2 streichen: „Sie soll als Pflichtaufgabe der Gemeinden gesetzlich verankert werden"? Einverstanden. – 5. Tagesordnungspunkt:

Ordentlicher Haushalt der Bundespartei für 1969

Kraske: Ich brauche den vorliegenden und Ihnen vorher schriftlich zugegangenen Haushalt jetzt hier in Einzelpositionen nicht zu erläutern, sondern nach dem Verfahren im vergangenen Jahr würde ich denken, daß Sie die Fragen stellen, die zu den Einzelpositionen zu stellen sind. Ich möchte Ihnen nur in zwei Punkten einen etwas breiteren Überblick geben, als das alleine nach dem Zahlenwerk möglich ist.

Das eine ist der Wahletat, der hier mit 20 Mio. vorgesehen ist und dessen Aufgliederung im einzelnen erst möglich ist, wenn wir mit unseren technischen Wahlvorbereitungen noch ein Stück weiter sind. Aufgliederung im einzelnen heißt also, wieviel geht hiervon in den Rednereinsatz, wieviel geht in die Erstellung von Fernsehfilmen usw. usw. Ich spreche nur zunächst über den Gesamtansatz von 20 Mio. Diese 20 Mio. sind bestimmt zur Deckung der zentralen Wahlkampfaufgaben, d. h. also aller Aufgaben, die die Bundespartei wahrnimmt, wobei sich die Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kreisen gegenüber früheren Wahlkämpfen nicht ändern soll. Der Bundeswahlkampfetat betrug für die Bundestagswahl 1957 5,9 Mio. Mark, für die Wahl 1961 10,7 Mio. Mark und für die Wahl 1965 17,5 Mio. Mark. Aus dieser etwas bescheidenen und provisorischen Grafik können wir entnehmen, daß wir bei Fortschreibung dieser Progression im Jahr 1969 auf einen Wahlkampfetat von 23,5 Mio. Mark kommen müßten. Ich halte das für die Bundespartei weder in der Sache für vertretbar, noch für den Schatzmeister für eine realistische Größenordnung von der Aufkommensseite her. Ich bin nach sehr kritischer Prüfung des Etats 1965 der Meinung, daß wir aufgrund der Erfahrungen, die wir 1965 gemacht haben, eine Reihe von Maßnahmen noch rationeller behandeln können, so daß wir mit einer Steigerung auf 20 Mio. auskommen sollten. Ich glaube also, daß wir das als Festzahl empfehlen können.

Das zweite ist der laufende Etat der Bundesgeschäftsstelle, der hier angegeben ist mit abgerundet 5,9 Mio. Mark. Das Soll des von Ihnen vor einem Jahr verabschiedeten Etats 1968 betrug 5,8 Mio. Mark, also rund 100.000 Mark weniger. Das Ist 1968 lag erfreulicherweise darunter, nämlich bei 5,2 Mio. Mark. Wir gehen dennoch auf die 5,9 Mio. Mark, weil auch der laufende Betrieb in einem Wahljahr, insbesondere durch eine

geringfügige Erweiterung unseres Personals, natürlich höhere Kosten verursacht. Aber wie gesagt, wir liegen nur 100.000 Mark über dem Soll des vergangenen Jahres 1968. In dem Wahljahr 1965, wenn ich Ihnen das zum Vergleich ansagen darf, hatten wir ein Ist für den laufenden Etat von 8,5 Mio. Mark. Wir liegen also vier Jahre später wesentlich niedriger als 1965. Das tun wir einmal aufgrund von gewissen Rationalisierungen, aber wir tun es vor allem, weil die Einnahmenseite der Partei durch die Änderung der früheren öffentlichen Finanzierung und der heutigen nicht mehr so ist, wie sie vor vier Jahren war. Das sehen Sie am deutlichsten in der Personalstruktur der Bundesgeschäftsstelle. Wir hatten im Wahljahr 1965 153 Mitarbeiter. Diese Zahl ist Ende 1966 aufgrund des Karlsruher Urteils auf 110 bis Ende 1967 auf 83 abgesunken und ist seitdem mit näherkommender Bundestagswahl und nach Verabschiedung des Parteiengesetzes gestiegen auf 98 und soll jetzt im Wahljahr auf 108 steigen. Das ist eine zahlenmäßig erhebliche Verschlechterung gegenüber 1965. Ich muß allerdings darauf hinweisen, und das sehen Sie auch aus der Gehaltsstruktur, daß die Veränderung der Qualität nicht parallel mit der Quantität läuft. Wir haben uns also in dieser Umstrukturierung aufgrund des Karlsruher Urteils mehr auf eine Reihe von wirklich qualifizierten Mitarbeitern gestützt und dabei die große Zahl etwas abgebaut. Auch dieses aus zwei Gründen. Einmal unter dem äußeren Zwang, mit weniger Geld auskommen zu müssen, aber wie ich ganz offen zugeben will, auch unter noch weiterer Ausnützung von Rationalisierungsmöglichkeiten. Zu diesen 108 Mitarbeitern kommen eine Reihe von weiteren Mitarbeitern unmittelbar von unserem Verlag.[37] Deshalb werden die also nicht in den Etat der Bundespartei hineingehören. Ich glaube, daß wir mit diesem Stab für die Bundestagswahl durchkommen und die uns übertragenen Aufgaben lösen können. Ich wäre aber dankbar, wenn dieser Etat in dieser Höhe hier gebilligt würde.

Schmücker: Die Finanzkommission hat gesagt, die Finanzordnung ist dort einstimmig verabschiedet worden. Wir haben dort ebenfalls einmütig eine Abstimmung über die Spendenwerbung mit allen Landesverbänden durchgeführt. Ich möchte dann noch kurz darauf hinweisen, daß außerhalb dieses Etats noch ein Volumen besteht von etwa einer Mio., das abgewickelt wird über den Verlag, und daß wir es uns angewöhnt haben, einige direkte Zahlungen vorzunehmen, weil das nach dem Parteiengesetz einfacher ist.

Das nächste ist, wir wollten einen Schlüssel haben für die Vereinigung. Das geht darum nicht, weil die Finanzierungsmethoden der Vereinigungen so unterschiedlich erfolgreich sind, daß man daran nicht herangehen kann.

Dann möchte ich darauf hinweisen, daß es gelungen ist, nicht nur das Spendensoll voll zu erfüllen, sondern auch die Rückstände der letzten zehn Monate einzukassieren. Wir hoffen, daß wir auch in Erwartung des Bundestagswahlkampfes nicht enttäuscht werden. So hoffen wir, etwa das Dreifache des Jahresbeitrages zu bekommen. Aber wir haben erst mal den gestrigen Tag abgewartet, um die Art unseres Ansatzes jeweils zu

37 Unionverlag Bonn, Presse- und Informationsdienste der CDU Rheinlands, Verlagsgesellschaft mbH.

bestimmen. (*Es folgen Ausführungen von Herrn Pütz, die infolge starker Unruhe nicht wahrnehmbar sind.*)

Heck: Es wäre sehr angenehm gewesen, wenn die Kommunalpolitische Vereinigung sich zu Wort gemeldet hätte, ehe der Haushalt aufgestellt worden ist. Ich wende mich jetzt nicht dagegen, daß wir die KPV so arbeitsfähig wie möglich machen. Aber ich glaube, man kann das nicht so geschwind jetzt zwischen Tür und Angel machen. Ich lege Wert darauf, daß ich eine entsprechende Vorlage bekomme. Dann kann das in der nächsten Vorstandssitzung beschlossen werden. So schlecht ist die Lage der Arbeitsmöglichkeit der KPV nicht, wie das der Kollege Pütz gesagt hat. (*Lebhafte Unruhe.*)

Schmücker: Ich sagte gestern schon, ich brauche Möglichkeiten, um außerhalb der Partei unmittelbar finanzieren zu können. Nun kommen Sie mit dieser Verlagsgeschichte. Es muß überlegt werden, wie wir das einbauen. Möglicherweise können wir Ihren Wunsch außerhalb des Etats sehr viel schneller und einfacher erfüllen. Dasselbe gilt im übrigen auch für die Vereinigung.

Kraske: Um der guten Ordnung willen darf ich bitten, noch einen weiteren Beschluß zu fassen. Ich trage das hier vor im Einvernehmen mit dem Generalsekretär und dem Bundesschatzmeister. Die Bundespartei muß nach dem Parteiengesetz für ihren Rechenschaftsbericht ein von einem Wirtschaftsprüfer testiertes Ergebnis vorlegen. Da die Verantwortung dafür beim Bundesvorstand liegt, bitte ich den Bundesvorstand, folgendes zu beschließen:

Der Bundesvorstand der CDU ist damit einverstanden, daß bis auf weiteres der Wirtschaftsprüfer Dr. Wilhelm Elmendorff, Düsseldorf, Gustavstr. 58, den Auftrag erhält, den von der CDU nach den §§ 23 ff. des Parteiengesetzes zu erstellenden Rechenschaftsbericht zu prüfen.

Herr Elmendorff[38] ist CDU-Mann und seit vielen Jahren unser Wirtschaftsprüfer.

Heck: Das Wort wird nicht mehr gewünscht. – Können wir dann feststellen, daß der Haushalt, wie er vorgelegt worden ist, vom Vorstand angenommen ist und daß eine Position offen bleibt, die für die nächste Sitzung vorbereitet wird? (*Zurufe:* Ja.) – 6. Tagesordnungspunkt:

Termin des Wahlkongresses

Heck: Wir hatten ursprünglich vorgesehen, den Wahlkongreß im Mai in Wiesbaden zu machen. Wir hatten im Präsidium aus verschiedenen Gründen überlegt, ob es nicht zweckmäßiger wäre, mit dem Wahlkongreß etwas später an die Öffentlichkeit zu treten. Das Präsidium war der Meinung, daß vor allen Dingen deswegen, weil wir nicht wissen, wie die Arbeit in der Regierung und im Parlament noch abläuft, es zweckmäßiger

38 In der Vorlage: Elmendorf. – Dr. Wilhelm Elmendorff (1903–1989), Wirtschaftsprüfer und Steuerberater; Mitinhaber Dr. Wollert–Dr. Elmendorff KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, fünf Jahre Wirtschaftsjournalist, seit 1934 Angestellter, seit 1938 Vorstandsmitglied Aktiengesellschaft für Wirtschaftsprüfung, seit 1941 Mitinhaber Wollert–Elmendorff KG (Neugründung), 1968 Großes Bundesverdienstkreuz.

wäre, den Wahlkongreß auf Anfang Juli zu verlegen, auch im Hinblick darauf, daß ja in der Zwischenzeit der Wahltermin vom 14. September auf den 28. verlegt worden ist. Der Wahlkongreß könnte, wenn wir diese Verlegung durchführen, nicht in Wiesbaden stattfinden, einfach weil die Räumlichkeiten nicht zur Verfügung stehen. Wir haben uns überlegt, was zweckmäßig wäre, und wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß wir eigentlich im Juli zu der rheinischen Landespartei gehen sollten, und zwar weil wir in Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr die wichtigsten Entscheidungen haben, zunächst die Kommunalwahlen und dann die Bundestagswahl. Wir haben uns darauf geeinigt, daß wir alles, was wir tun können, um unseren Freunden in Nordrhein-Westfalen eine möglichst günstige Ausgangsposition für diese Wahlen zu geben, auch tun und schlagen deshalb vor, den Wahlkongreß am 7./8. Juli durchzuführen im rheinischen Landesverband. Ich habe mit dem Landesvorsitzenden, Herrn Grundmann, gesprochen. Herr Grundmann schlägt seinerseits vor, daß wir nach Essen gehen. Das ist die erste Woche, nachdem der Bundestag seine Arbeit beendet hat, das ist die erste Ferienwoche. (*Zuruf:* Ist geprüft worden, ob an diesem Tag in Wiesbaden die Räume nicht frei sind?) – Ja.

Kraske: Darf ich vielleicht auch zum Teilnehmerkreis im Hinblick auf diese Verschiebung etwas sagen? Wir hatten vor, zu diesem Wahlkongreß, der eine große Mobilmachung sein sollte, einen großen Kreis einzuladen von etwa 2.000 Leuten, sämtliche Kreisvorsitzende, Kreisgeschäftsführer, Landesvorstände, Kandidaten usw. Inzwischen hat sich folgendes herausgestellt: Es wird von den Landesverbänden für dringend nötig gehalten, auf regionaler Ebene in diesem Kreis in einer internen Veranstaltung zwischen Ostern und Pfingsten eine Vorbereitungstagung für den Wahlkampf zu machen, die Herr Dr. Heck und ich dann vor allen Dingen zu bestreiten haben. Das soll in fünf Bereichen stattfinden, für die norddeutschen Landesverbände, für die südwestdeutschen, für Baden-Württemberg, für Rheinland und für Westfalen. Zu diesen internen Tagungen, wo also ganz offen über Wahlkampfprobleme diskutiert werden soll, Konzeptionen vorgetragen werden sollen usw., soll der große Kreis eingeladen werden. Außerdem haben wir am 31. August die Großkundgebung zur Eröffnung des Wahlkampfes in der Westfalenhalle.[39] Deswegen waren wir der Meinung, es wäre unzweckmäßig, wenn wir zwischen Mai, Juni und August nun noch einmal diesen großen Kreis zu dem Wahlkongreß einladen würden. Deswegen ist jetzt unsere Überlegung folgende, den Wahlkongreß zu machen, beginnend mit einer Bundesvorstandssitzung, dann eine Bundesausschußsitzung, wo die Wahlkampfplattform diskutiert und verabschiedet werden soll und anschließend sämtliche Bundestagskandidaten und Abgeordnete zusammenzurufen, daß ein Kreis dann von immer nur 500 bis 600 Leuten zusammenkommt.

Heck: Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann können wir davon ausgehen, daß Sie damit einverstanden sind: Wahlkongreß am 7./8. Juli nach dem Vorschlag des rheinischen Landesverbandes in Essen und in der Besetzung, wie es Herr Dr. Kraske vorgeschlagen hat.

39 In Dortmund.

Kraske: Ich habe noch eine Frage zum Bundesparteitag. Als der Vorstand das letzte Mal die Frage Bundesparteitag 1969 diskutierte, bestand Einvernehmen, daß dieser Parteitag in der zweiten Novemberhälfte abgehalten werden sollte. Es bestand kein Einvernehmen über den Ort, weil es eine freundschaftliche Rivalität zwischen den Landesverbänden Westfalen und Rheinland-Pfalz gab, die beide auf ihrer Einladung bestanden. Inzwischen hat – wie ich höre – eine Einigung zwischen Herrn Dufhues und Herrn Kohl stattgefunden zu Gunsten von Rheinland-Pfalz. Ich bitte daher, heute noch zu beschließen, daß dieser Parteitag in der Zeit vom 16.–21. November – nicht die ganzen Tage, aber in diesem Zeitraum – in Mainz stattfindet. Wir müssen jetzt nur die Halle sichern.

Heck: Das Wort wird nicht gewünscht. – 7. Tagesordnungspunkt:

VERSCHIEDENES

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich muß deswegen weggehen, weil ich auf dem Flugplatz den Senator[40], der mich verabschieden will, nicht warten lassen kann. Ich möchte vorschlagen, daß wir auf einer der nächsten Vorstandssitzungen sehr bald mal wirklich eine Aussprache haben, die nicht nur hin und her geht, über die Situation der CDU vor den Bundestagswahlen. Ich weise noch einmal auf einige Fragen hin. Die Gefahr einer Diskrepanz zwischen der Wählerschaft der CDU und ihren Repräsentanten draußen im Land ist etwas, was ganz natürlich ist, was nicht nur uns so geht, sondern auch anderen Parteien so geht. Aber es ist nun mal so, man wird leicht, wenn man jahrelang in einer bestimmten Arbeit stand, betriebsblind und sieht nicht, was tatsächlich vor sich geht. Und um das zu wissen, müssen wir eben alle Erkenntnisquellen benutzen, die sich uns anbieten, und das sind ja genug. Ich kann nur noch einmal betonen, für uns läuft der Trend gut. Und das, was vorhin in den Äußerungen von Herrn Streibl zum Ausdruck kam, ist bedenklich, wenn das das Gerede bei unseren Vertrauensleuten und Funktionären und Führungsschichten werden würde. Dann würden wir uns ja selber um den großen Erfolg bringen, den wir in der öffentlichen Meinung und vor allem in den unteren Wählerschichten ohne jeden Zweifel haben. Wer zuviel immer nur in diesen Kreisen herumhört und herumspricht, wird dann in der Tat in bißchen betriebsblind. Das ist die große Gefahr, und ich möchte nicht, daß wir unsere eigene gute Situation zerreden oder zerreden lassen. Das ist meine große Sorge im Blick auf die kommenden Monate. Wir müssen also versuchen, uns zu einigen auf die Art und Weise, wie wir die Probleme angehen und wie wir über diese sprechen und natürlich auch über die Analyse und Prognose, die wir uns selbst für die kommende Bundeswahl geben.

Stoltenberg: Können wir uns gleich auf einen Termin einigen?

Kraske: Ich würde vorschlagen in der Woche vom 14. bis 19. April 1969, da die Woche nach Ostern immer ein bißchen schwierig ist.

---

40 Laut Terminkalender vom 6. März 1969 traf sich Kiesinger um 18.30 Uhr mit amerikanischen Journalisten zu einem Interview (vgl. ACDP 01–226–008). Weitere Eintragungen existieren nicht.

Kiesinger: Da haben wir Montag und Dienstag den Besuch des Königs von Malaysia.[41] Ich würde vorschlagen: 17. April 1969 um 10.00 Uhr Präsidium und 11.00 Uhr Vorstandssitzung. Und dann bitte den Tag nicht kommen mit wichtigen Terminen, daß nach zwei Stunden dann abgebrochen werden muß. Das ist eine wichtige Sache. Auf Wiedersehen!

Heck: Das sollte eine große Aussprache sein über die Umrisse des Wahlkampfes. Ich wäre dankbar, wenn die übrigen Damen und Herren noch zehn Minuten aushalten würden.

Ich hatte neulich in einer Aussprache darauf hingewiesen, man solle doch bei den vier bis fünf Kandidaten auf der Landesliste eine Frau unterbringen, weil dann auf jedem Wahlzettel sichtbar wird, daß die Frauen bei uns mit dabei sind. Ich möchte das als eine dringende Empfehlung des Vorstands den Landesvorsitzenden mitteilen.

Der nächste Punkt betrifft den rheinischen Landesverband. Da gibt es einen Mann, der heißt Viehof, der Ausführungen gemacht hat über die CSU, über deren Beziehungen zur NPD mit dem Hinweis, da sollte sich eigentlich der Verfassungsschutz damit befassen usw.[42] Ich habe daraufhin den Herrn Viehof in einem Schreiben gebeten, er möchte seine Behauptungen etwas substantiieren. Das hat er abgelehnt. Er wollte seine Munition nicht verschießen, das soll ja vor den Bundestag kommen. Ich möchte nun unser Parteigericht damit beauftragen, in der Sache zu ermitteln, damit der Herr Viehof merkt, daß wir [uns] als Partei von ihm nicht so auf der Nase herumtanzen lassen. Ich glaube, es ist zweckmäßig, daß das Parteigericht ihn zur Sache mal hört. Dann kann man immer noch überlegen, ob man die Sache weiterverfolgt. Der Herr Viehof ist Vorsitzender der Jungen Arbeitnehmerschaft im Rheinland.

Kraske: Darf ich zu Punkt Verschiedenes noch etwas sagen? Ich möchte die Gelegenheit benutzen, Sie zu bitten, daß Sie sich in Ihrem Einflußbereich ganz nachhaltig um die Rechtsform unserer Kandidatenaufstellung kümmern. Es gibt hier große Probleme und Schwierigkeiten, und zwar in dreifacher Hinsicht.

Das erste Datum: Sämtliche Wahlen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Kandidatenaufstellung stehen, also insbesondere die Wahl von Delegierten zur Delegiertenversammlung, die vor dem 1. September 1968 stattgefunden haben, sind ungültig und machen die aus ihnen hervorgehenden Kandidaten- oder Listenaufstellung unmöglich.

---

41 Tuanku Ismail Nasiruddin Shah ibni al-Marhum Sultan Zainal Abidin Muadzam Shah (1907–1979), 1965–1970 König von Malaysia, besuchte vom 14.–19. April 1969 die Bundesrepublik. Vgl. AdG 1969 S. 14629.

42 In der Vorlage: Viehhoff.– Hanshorst Viehof (1940–2000), Gewerkschaftsvertreter; 1957–1969 Mitarbeiter bei der Bundespost, seit 1960 Mitglied der CDA, 1969 stv. Bundesvorsitzender der Jungen Arbeitnehmerschaft, 1969 Referent beim DGB-Bundesvorstand, 1973–1980 Geschäftsführer des Berufsfortbildungswerkes des DGB, 1983–1985 Abteilungsleiter im Bundesministerium für Arbeit, 1990–1999 Geschäftsführer des Berufsfortbildungswerkes im DGB. – Schriftwechsel in den Akten des Justitiars (ACDP 07–001 unverzeichnet). Zu einem Parteigerichtsverfahren ist es wohl nicht gekommen.

2. Sämtliche Kandidaten-Aufstellungen, an denen Mitglieder teilgenommen haben, die am Wahltag noch nicht 21 Jahre alt sein werden, sind ungültig, und zwar auch dann, wenn diese Mitglieder nicht unmittelbar, sondern nur mittelbar teilgenommen haben. Es gibt hier zwei juristische Theorien. Die eine geht darauf hin, daß das nur für die letzte und die vorletzte Stufe gilt. Die rigoroseste Auslegung geht soweit, daß, wenn etwa die Delegierten, wie bei uns im Rheinland und bei Ihnen in Westfalen, für die Aufstellung der Landesliste von Landesparteitagen gewählt werden, dann ist es völlig klar, daß auf diesen Landesparteitagen bei dieser Wahl nur Mitglieder über 21 und nur gewählte, keine geborenen Mitglieder mitstimmen dürfen. Sonst ist die Sache eo ipso ungültig. Es gibt aber eine Theorie, die soweit geht, daß auch diese Landesparteitage ihrerseits nur von Wahlberechtigten gewählt sein dürfen. Das Bundesministerium des Innern teilt diese Auslegung nicht, sondern ist der Meinung, wenn auf dem Parteitag nur Wahlberechtigte gewählt haben, dann ist die Sache in Ordnung und kein Anfechtungsgrund.

3. Das Problem der geheimen Wahl: Es gibt hier bereits eine erste Anfechtung aus Oldenburg, wo die Delegierten für die Kandidatenaufstellung offen durch Akklamation gewählt worden sind. Das ist nicht zulässig. Es muß nach unserem Statut, nach dem Parteiengesetz und nach dem Wahlgesetz geheim gewählt werden. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das Ihrerseits schon berücksichtigen würden. Ich mache das noch schriftlich. Ich wollte nur in diesem Kreise auf die Wichtigkeit dieses Themas hinweisen.

Heck: Wird sonst noch das Wort zu „Verschiedenes" gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann danke ich für Ihre Mitarbeit.

26

Bonn, Donnerstag 17. April 1969

Sprecher: Amrehn, Brauksiepe, Dufhues, Filbinger, Gradl, Hahn, Heck, Katzer, Kiesinger, Kohl, Kraske, Lücke, [Rathke], Scheufelen, Schmücker, Schröder, Schwarzhaupt, Stoltenberg, Streibl.

Bericht zur Lage. Gesetzgebungsarbeit für den Rest der Legislaturperiode. Vorbereitung des Bundestagswahlkampfs. Wirtschaftsvereinigung. Verschiedenes.

Beginn: 11.00 Uhr *Ende: 17.00 Uhr*

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung des Parteivorstands. Es sind entschuldigt die Herren Barzel, Blank, Professor Erhard, von Hassel, Meyers, Lemmer, Niermann und Röder und Stingl. Wir haben eine Menge zu besprechen. Ich soll einen Bericht zur Lage geben. Ich will es so kurz wie möglich machen.

Bericht zur Lage

Zur außenpolitischen Situation! Sie wissen, ich war in den Vereinigten Staaten bei der Trauerfeier für Eisenhower und hatte bei dieser Gelegenheit eine Unterhaltung mit Präsident Nixon. Dieser Unterhaltung war ein Schriftwechsel mit ihm vorausgegangen, in dem er bat, daß er vertraulich behandelt würde.[1] Wir hatten bei seinem Besuch in Bonn und in Berlin Gelegenheit, unsere politischen Auffassungen miteinander zu vergleichen. Mein Eindruck auch nach der halbstündigen Unterhaltung mit ihm in Washington war der – er hatte an diesem Tage einen Marathonlauf von Unterhaltungen mit einer Reihe von Regierungschefs; ich habe diese Unterhaltungen ergänzt durch ein Gespräch mit Kissinger, den ich seit langem kenne –, daß dieser Präsident derjenige amerikanische Politiker ist, der seit Dulles zum erstenmal wieder etwa, wenn auch unter Berücksichtigung der veränderten Verhältnisse, in den Kategorien von Dulles denkt; d. h. ein Mann, der sich keine Illusion über den Osten macht und der fest davon überzeugt ist, daß jede ernsthafte Verhandlung mit den Russen nur geschehen kann unter der Voraussetzung eines kohärenten soliden Bündnisses. Er hat mir auch klargemacht, daß er in diesem Zusammenhang das deutsch-amerikanische Verhältnis für entscheidend hält. Das bedingt natürlich, daß er von uns einiges erwartet und daß von amerikanischer Seite das Nötige geschieht, d. h., daß die Tendenzen zur Verminderung der Truppen-

1 Nixon führte am 31. März und 1. April 1969 am Rande der Beisetzungsfeierlichkeiten für Dwight D. Eisenhower Gespräche mit ausländischen Staats- und Regierungschefs. Vgl. AdG 1969 S. 14548. – Gesprächsaufzeichnungen vom Nixon-Besuch am 26. Februar 1969 in AAPD 1969 Nr. 79–81; Nixon an Kiesinger vom 4. Februar 1969 in ACDP 01–226–285.

stärke hier bekämpft werden. Er erwartet, daß wir erstens die konventionelle Truppenstärke mindestens halten, wenn nicht vermehren, zweitens er erwartet von uns ein klares Abkommen, das sowohl dem Inhalt nach als auch der Zeitdauer nach einigermaßen den amerikanischen Vorstellungen nahekommt. Ich will jetzt auf diese Einzelheiten nicht eingehen. Er hatte in seiner Rede vor dem NATO-Rat ausdrücklich gesagt, es habe keinen Zweck, von Flexibilität zu reden, wenn man gleichzeitig die konventionellen Streitkräfte verringere.[2]

Der zweite Eindruck von dem Mann ist, daß er sein Versprechen, das er in der denkbar feierlichsten und nachdrücklichsten Form auch in seiner Rede vor dem NATO-Rat wiederholt hat, zu konsultieren und nichts über die Köpfe der Verbündeten hinweg zu tun, um eine Erosion des Bündnisses zu vermeiden, ganz ernst meint. Es gibt keine feierlichere und nachdrücklichere Stelle in seiner Rede, und er ist bei jeder Unterhaltung mit mir darauf zurückgekommen. Er hat – das hat mir hier der amerikanische Geschäftsträger sagen lassen – die amerikanischen Botschaften angewiesen, unter allen Umständen von jedem Versuch eines Druckes auf die Verbündeten in Fragen, die Amerika interessieren, abzusehen. Deswegen gibt es z. B. auch keinen Druck in Fragen des Atomsperrvertrages. Es gibt einen harten Standpunkt – das kann ich nicht leugnen – in Fragen Offset[3], aber ich bin ja seit langem der Meinung, daß hier der amerikanische Standpunkt sehr wohl verständlich ist. Ich brauche das im einzelnen hier nicht auszuführen. Ich bin immer noch der Meinung, daß dies noch die billigste Art von Verteidigung ist, die wir hier schaffen.

Der weitere Eindruck ist der eines abwägenden, sehr vorsichtigen und sich vortastenden Mannes. Das ist der Gegensatz zu seinem Vorgänger, der gleich mit einem Paukenschlag auftrat und immer den Eindruck eines auf höchsten Touren laufenden Motors machte, eines Mannes, der sozusagen jeden Tag einen neuen Erfolg vorweisen wollte. Es war für mich sehr interessant, ich fragte die deutschen Journalisten in Amerika nach ihren Eindrücken, nachdem sie mich gefragt hatten, lassen sie mich ein paar Fragen an sie stellen. Sie sind ja hier lange genug Beobachter. Es ist ganz typisch, daß ein Mann wie Freiherr von Borch[4] prompt wieder nachschwatzte, was gewisse gegnerische Blätter in Amerika schrieben: Nun sei der Mann schon zwei Monate Präsident, und noch sei nichts passiert. Andere Journalisten, die da waren, haben natürlich sofort widersprochen und gesagt, ein vorsichtiges Herangehen und ein Zaudern sei durchaus nicht im-

2 Nixon hielt sich im Rahmen seiner Europa-Reise am 23. und 24. Februar 1969 in Brüssel auf und präsentierte vor dem NATO-Rat sein neues Konzept für eine Atlantische Partnerschaft. Vgl. AdG 1969 S. 14510. – Die Rede „Remarks to the North Atlantic Council in Brussels" vom 24. Februar findet sich in: The Richard Nixon Library&Birthplace (Text im Internet: http://www.nixonfoundation.org/Research_Center/PublicPapers.cfm?BookSelected=1969)

3 Vgl. Nr. 8 Anm. 7.

4 In der Vorlage: Borg. – Dr. Herbert von Borch (1909–2003), Journalist; 1933 Promotion, 1933–1943 Redakteur bei der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", 1935–1939 Auslandskorrespondent in Rom, 1953–1956 Mitarbeiter der FAZ, 1956–1965 Korrespondent der „Welt", 1965–1981 USA-Korrespondent für die „Süddeutsche Zeitung". – Vgl. „Süddeutsche Zeitung" vom 17. April 1969 „Nixons langsame Gangart in der Innenpolitik".

mer ein Zeichen der Schwäche. Ich sagte ihm: Wem sagen Sie das? Das ist also die typische deutsche Haltung dieser Journalisten. In Wahrheit war es so, daß allein seine Europareise, wie er sie durchgeführt hat, wie er sich Respekt und Sympathie verschafft hat, natürlich eine große Aktion war, ganz abgesehen davon, daß er auch sonst noch Erklärungen abgegeben hat. Es ist ein ruhiger, ein abwägender Mann, ein Mann mit einem behutsamen Geist. Das halte ich für außerordentlich wichtig in der gegenwärtigen Situation.

Amerika hat so schrecklich viele Probleme; die unmittelbar eigenen Probleme sind die, an denen wir mitbeteiligt sind, daß wir uns nur beglückwünschen können, wenn wir einen Präsidenten drüben haben, der auf diese ruhige und feste Art an die Probleme herangeht. Der nächste Eindruck ist der, er ist in vielen Punkten noch auf der Suche. Ich weiß nicht, ob viele von Ihnen die Rede gelesen haben, die er auf der NATO-Tagung gehalten hat.[5] Da muß Ihnen eine Stelle aufgefallen sein, ich zitiere sie aus dem Gedächtnis: Aus den Kreisen der Verbündeten ist die Anregung gekommen, daß Amerika mit der Sowjetunion über die Frage der Abrüstung usw. verhandeln soll. – Er sagte nicht, ich will, sondern, die Anregung muß kommen. – Dann kommt der Zusatz: Einverstanden! Wenn wir das aber tun, dann muß ich darauf aufmerksam machen, ist die Ausgangslage eine völlig andere als zu der Zeit, da die NATO gegründet wurde; denn die Kräfteverhältnisse haben sich gewandelt. Die amerikanische Überlegenheit von damals ist nicht mehr vorhanden. Um es ganz klar zu sagen – fügt er hinzu –, wenn wir diese Verhandlungen betreiben, dann bedeutet das nun wirklich eine Kodifizierung des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses.

Dies war eine deutliche Aufforderung an die Verbündeten, darüber nachzudenken. Ich hatte dasselbe Gefühl schon hier, dann wieder in der halbstündigen Unterhaltung in Washington und fragte hinterher Kissinger: Täusche ich mich, jedesmal wenn der Präsident dieses Thema berührt, spüre ich so etwas, als erwarte er von mir fast einen Widerspruch, eine Gegenposition. Was ist da los? Habe ich mit dieser Vermutung recht, oder will er etwas hören zum Bündnis? Nun habe ich es mir ein bißchen überlegt, er hat offenbar die Furcht, daß die Verbündeten das alles mißverstehen können, was er macht. Darauf bestätigte mir Kissinger dies und sagte dann selber: Zunächst denkt dieser Präsident vielmehr in den Kategorien von Dulles als jeder andere bisher. Zweitens, er will mit den Russen verhandeln. Er glaubt, es ist notwendig, mit ihnen zu verhandeln, aber er hat die Furcht, daß die Verbündeten dies mißverstehen und sagen könnten, nun ja, jetzt verhandeln die miteinander, dann brauchen wir uns nicht mehr groß anzustrengen.

Es ist ein entscheidendes und fundamentales Problem, das ich von Anfang an immer wieder ganz klar formuliert habe, Entspannungspolitik ohne die ganze NATO ist undenkbar. Sie kann nur – jetzt sage ich dieses verpönte Wort – von einer Politik der Stärke des Bündnisses aus betrieben werden. Hier ist also noch etwas offen, und es wird sicher noch Gelegenheit geben, darüber mit dem Präsidenten zu sprechen. Alles in allem bin ich sehr beruhigt über diese Haltung. Wenn Konrad Adenauer jetzt noch Kanzler

5 Vgl. Anm. 2.

wäre, dann wäre dieses Erlebnis für ihn sicherlich äußerst beglückend; darunter hat er ja schwer gelitten, daß auf amerikanischer Seite die Dinge ins Rutschen, und zwar ziemlich wirr ins Rutschen gekommen waren. Aber das ist nun nicht ein Mann – wenn man Dulles erwähnt –, der zurückkehren will zu einer ganz primitiven Politik. Das sehen Sie an dieser Stelle seiner Ansprache, wo er gesagt hat: Die Kräfteverhältnisse haben sich eben geändert. Wir leben in einer veränderten Welt, und die zwingt uns eine entsprechende Politik auf. – Das entspricht meiner eigenen Analyse. Im übrigen darf man sich nicht täuschen, dieser Präsident wird in Kürze vor denselben Problemen stehen wie Johnson, vor den nahezu unlösbaren Problemen.

Ich habe den Vizepräsidenten[6] besucht; ein Mann, der sich noch vorsichtig zurückhält. Er ist ja nicht sehr gut aus dem Wahlkampf herausgekommen. Er ist viel kritisiert worden als unfähig usw. Ich habe den Eindruck nicht. Er ist kein unbedeutender Mann. Er hat einige Fehler anfangs begangen. Er hat sich die Sprache, die man so in den Auseinandersetzungen in einem amerikanischen Staat spricht, angewöhnt. Wer nach Amerika gereist ist, weiß ja, wie das manchmal ist. Aber ich habe dort Cabot Lodge getroffen. Er hat die Aufgabe, diese Verhandlungen zu führen. Er ist ein tief besorgter Mann. Das ging aus seinen Äußerungen hervor. Er hat überhaupt nicht zurückgehalten. Unter vier Augen ergab sich, daß er einfach kein Ende absehen kann. In der Unterhaltung mit anderen amerikanischen Politikern ging er sogar soweit, daß er sagte, das dauert mindestens noch drei Jahre. Einen Tag lang – so sagte er – hat man das Gefühl, man kommt ein bißchen weiter, aber am anderen Tage wird man wieder zurückgeworfen. Auch hier steht also der Präsident vor einer großen Aufgabe.

Von einer anderen Quelle habe ich dann noch gehört, daß diese Art, die Dinge gegenüber den Verbündeten zu sagen, auch gemacht würde mit Rücksicht darauf, daß er von allzu vielen Tauben umgeben sei, also von Leuten, die nun in der alten Form und Welt die Politik weitermachen wollten. Ich gebe das nur so wieder, wie es mir gesagt worden ist. Ob es stimmt oder nicht, weiß ich nicht. Ich war auch damit zufrieden, daß er klipp und klar sagte, daß wir auf das engste zusammenarbeiten würden. Ich habe auch ganz klar aus seinen Äußerungen entnehmen können, daß er, was die innerdeutschen Verhältnisse anlangt, auf uns zählt und nicht auf andere politischen Kräfte.

Nun zu den aktuellen Problemen! Wie gesagt, in der Frage des Atomsperrvertrages hat er sich jedes Versuches enthalten, auch nur das Thema zur Sprache zu bringen. In meiner Unterhaltung mit Kissinger ist klar geworden: Eines Tages werdet ihr wohl unterzeichnen, – so etwa war seine Formulierung. Wenn ihr ablehnt, wird von uns kein Druck ausgeübt, ihr müßt euch selber überlegen, was letzten Endes für euch von Vorteil ist oder nicht. Im übrigen machte er mir deutlich, daß für sie im Augenblick das Vietnamproblem und andere Probleme so sehr im Vordergrund stehen, daß der ganze Atomsperrvertrag angesichts dieser Situation ein völlig anderes Gesicht bekommen hat.

6 Spiro Theodore Agnew (1918–1996), amerikanischer Politiker (Republikanische Partei); 1967–1969 Gouverneur von Maryland, 1968–1973 Vizepräsident der USA, 1973 Rücktritt aufgrund einer Anklage wegen Steuerhinterziehung.

Nixon hat mir darüber einen ausführlichen Brief[7] geschrieben und gesagt: Mit dem Erbe, das ich übernommen habe, habe ich mich abzufinden. Wenn ich es hätte machen können, dann hätte ich es anders gemacht, den Vertrag anders, die Vereinigung mit den Verbündeten anders usw. Also bitte, habt Verständnis dafür. – Das erzähle ich deswegen, weil es wichtig ist für unser eigenes Verhalten. Ich will gleich mit dem Atomsperrvertrag weitermachen. Nach meiner Rückkehr kam dieser unglaubliche Pressebrief von den Herren Jahn und Egon Bahr, worin der Presse dargelegt wurde, warum man den Atomsperrvertrag unterzeichnen müsse; Vorteile und Nachteile wurden aufgezeigt, warum dies so sei.[8] Es ist eine unerhörte Sache, die – wie Brandt klipp und klar sagt – ohne sein Wissen und ohne seinen Willen geschehen sei. Er hat sich zwar vor die Leute gestellt, aber tatsächlich scheint es so gewesen zu sein, daß sie so, wie sie es gemacht haben, eigenmächtig gehandelt haben. Ich komme auf die Rolle der Herren Jahn und Bahr noch zurück.

Ich habe dann Diehl gebeten, sehr klar in der Pressekonferenz zu sagen, was ich von der Sache halte, also unter keinem Zeitdruck etwas zu tun noch Probleme zu klären. Ich habe das in dem Interview für die „Welt am Sonntag" gesagt.[9] Und um dann noch einmal einen „Nagel" einzuschlagen, habe ich vor meiner Rede in Ludwigshafen[10] diese Punkte der Presse durchgegeben, daß wir in diesen Fragen weder unter dem Druck der Zeit stehen noch unter dem Druck unserer Verbündeten. Es gibt wichtige Dinge zu klären, vor allem das Problem der Kontrolle. Dann habe ich nun nicht mehr gesagt, der sowjetrussische Interventionsanspruch, sondern habe ganz einfach erklärt: Unser Verhältnis zur Sowjetunion als Ganzes. – Dieses scheint mir das entscheidende Argument zu sein.

Zur Kontrolle wäre noch einiges zu sagen. Ich habe dann gehört, daß Herr Brandt im Fernsehen eine Pressekonferenz abhalten werde. Daraufhin habe ich ihn kommen lassen und ihm gesagt: Wenn Sie nicht wollen, daß ich in aller Öffentlichkeit Ihnen entgegentrete, dann ist folgendes zu beachten: Hinsichtlich des Atomsperrvertrages steht die Situation so, ich habe für den 23. April – das habe ich Ihnen vor Ihrer Abreise gesagt[11] – diesen Punkt auf die Tagesordnung des Kabinetts gesetzt für eine Zwischenbilanz,

7 Der deutsche Botschafter in Washington, Dr. Rolf Pauls (1915–2002; 1968–1973 Botschafter in Washington), teilte auf Bitten Nixons Kiesinger am 8. Februar 1969 in einem handschriftlichen Brief dessen skeptische Haltung zum Atomwaffensperrvertrag mit, vgl. ACDP 01-226-007.

8 Jahn und Bahr sprachen sich in einem Pressegespräch vom 6. April 1969 für die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags aus; zur heftigen Reaktion von Regierungssprecher Diehl vgl. ppp vom 11. April 1969.

9 Interview mit der „Welt am Sonntag" am 5. April 1969, vgl. BULLETIN Nr. 44 vom 9. April 1969 S. 373.

10 Rede Kiesingers vor dem 2. CDU-Frauenkongreß, der am 11./12. April 1969 in Ludwigshafen unter dem Motto „Die Frau im Spannungsfeld unserer Zeit" stattfand, vgl. BULLETIN Nr. 46 vom 15. April 1969 S. 389–393. – Vgl. auch Nr. 27 Anm. 27.

11 Brandt hielt sich vom 6.–8. April 1969 in Kanada auf (AdG 1969 S. 14587 f.) und sprach am 10. April 1969 vor dem NATO-Rat, der in Washington tagte (BULLETIN Nr. 46 vom 15. April 1969 S. 393 f.; vgl. AAPD 1969 Nr. 118, 120, 121).

d. h. eine Aussprache über den gegenwärtigen Stand des Problems. Darüber werden wir sprechen, und Punktum! Ob eine Entscheidung über den Atomsperrvertrag noch in dieser Legislaturperiode erfolgen kann und wird, ist für mich außerordentlich zweifelhaft. Ich will einmal unsere Unterhaltung abwarten. Unter keinen Umständen werde ich es mir gefallen lassen, daß das Auswärtige Amt als Auswärtiges Amt den Kanzler zu einer Entscheidung drängt. Ich wiederhole: Wir stehen nicht unter Zeitdruck. Wir sind in einer besonderen Situation, und zwar anders als andere Völker, obwohl eine ganze Reihe anderer Völker ebenfalls noch nicht unterzeichnet haben. Dabei ist mir unser Verhältnis zur Sowjetunion wichtig genug, um nicht einfach zu sagen, gut, wir unterzeichnen einmal. Er hat dann, wie Sie gelesen haben, auf der Pressekonferenz zurückgesteckt.[12] Die Resonanz in der Presse war verschieden, er hat sich aber immer noch nicht dazu bereit finden können, die richtige Aussage zu machen, sondern hat gesagt, es müsse noch in dieser Legislaturperiode eine abschließende Würdigung erfolgen. Auf neugierige Fragen der Journalisten hat er dann gesagt: Ich habe gesagt, eine abschließende Würdigung. – Was heißt das? Nun, abschließende Würdigung kann sein: Wir sind nicht soweit, weder die Frage der Kontrolle noch die Frage EURATOM, verbunden mit der Kontrolle, noch die Frage unseres Verhältnisses zur Sowjetunion ist so geklärt, daß wir in diesem Falle uns jetzt zur Unterschrift unter diesen Vertrag entschließen können. Wenn man das unter abschließender Würdigung versteht, dann heißt das, wir sind nicht in der Lage, jetzt unsere Zustimmung geben zu können. Ich werde das bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit sagen. Daß ich nicht einen öffentlichen wüsten Streit haben will, ist klar.

Die andere Frage ist die Haltung der SPD. Das haben sie auf ihrem Parteitag gestern getan: Wir haben uns klar für eine Unterschrift entschieden.[13] – Wenn die das sagt, mag sie es sagen. Hier ist nun Brandt als Parteivorsitzender in einer bösen Situation. Es ist immer schrecklich, wenn der Außenminister zugleich Parteivorsitzender ist. Er weiß ganz genau, daß mit einem Kampf über die Unterschrift unter den Atomsperrvertrag wahrhaftig nichts zu gewinnen ist, sondern nur etwas zu verlieren ist. Deswegen hat er den Ausweg gewählt, der Kanzler müsse die Kuh vom Eise bringen; es sei die Verantwortung des Kanzlers, nun diese Formel zu finden. Ich habe Verständnis dafür, daß man Schwierigkeiten auch in der eigenen Partei hat. Das erlebt ja jeder. Aber trotzdem ist es eine unangenehme Geschichte, wenn man nie ganz genau weiß, spricht hier nun der Außenminister oder spricht der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei. (*Lücke:* Es ist gut, daß das nicht für den Bundeskanzler gilt!) Dabei bleibt es also. Ich bin entschlossen, so zu verfahren. Ich möchte nicht, daß aus diesem Kreis – wir wissen ja, wie

12 Brandt äußerte sich in einer Rede anläßlich der Jahrestagung des Bundes Deutscher Zeitungsverleger am 24. April 1969 zu den Ergebnissen der NATO-Ratstagung. Vgl. BULLETIN Nr. 52 vom 25. April 1969 S. 437–439. Vgl. auch „Bonner Rundschau" vom 15. April 1969 „Brandt drosselt die Fahrt".

13 Die Delegierten des SPD-Parteitags nahmen den Antrag A 274 des Parteivorstands an und stimmten für die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags durch die Bundesrepublik, vgl. SPD, PARTEITAG 1969 S. 492f.

durchlässig alles ist – hinausgeht: Der Kanzler ist entschlossen, über den Atomsperrvertrag in dieser Legislaturperiode eine Entscheidung nicht mehr herbeizuführen. – Ich glaube, ich sollte es genügen lassen bei dem, was ich gesagt habe.

Zur Budapester Erklärung![14] Ich habe dem Außenminister, bevor er nach Amerika reiste, gesagt: Sie haben die Budapester Erklärung zu optimistisch interpretiert. Diese Erklärung ist im Grunde genommen für uns gefährlicher als fast jede andere, die ihr vorangegangen ist, und zwar aus dem Grunde, weil in allen auf die westliche Mentalität abgestimmten Friedensaussagen der harte Kern der Anerkennung des Status quo durch uns steckt. Das ist an mehreren Stellen drin, während sonst fast immer noch die Vereinigten Staaten oder auch die NATO insgesamt attackiert wurde, sind wir in diesem Papier die einzigen.

Nun führte er eine Unterhaltung mit Zarapkin und publizierte aus dieser Unterhaltung, der russische Botschafter habe ihm gesagt[15] – später wurde es mit tödlichem Ernst im Deutschen Fernsehen als eine Aussage des bulgarischen Ministerpräsidenten[16] wiederholt –, diese Forderung nach Anerkennung der durch den Weltkrieg geschaffenen Realitäten sei keine Vorbedingung. Das hat nun direkt jedes Kind gemerkt. Die werden nicht sagen, die Vorbedingungen der Abhaltung einer europäischen Sicherheitskonferenz ist die Anerkennung der Realitäten durch die Bundesrepublik; aber es ist ebenso klar – und das haben Zarapkin und der bulgarische Ministerpräsident wiederholt –, daß die Anerkennung dieser Realitäten die Voraussetzung für einen Erfolg dieser Konferenz seien; d. h. die Sowjets sagen klipp und klar, wir können natürlich zu nichts kommen, wenn die Bundesrepublik diese Realitäten nicht anerkennt. So ist die Lage. Brandt macht sich selber keinerlei Illusionen, wie er sagt: Ich bin doch kein Narr. Ich glaube doch nicht, daß eine solche Konferenz zustande kommt. – Ich erwiderte ihm, dann sagen Sie es doch auch. Warum lassen Sie sich neben Herrn Nenni[17] so aus? Alle anderen äußern sich zurückhaltend. Natürlich wird die deutsche Politik es sich nicht leisten können, zu sagen, unter keinen Umständen eine solche Konferenz!

Ich sagte in Ludwigshafen: Wir haben uns immer während dieser ganzen Regierungszeit bereit erklärt zu Verhandlungen, die zu einer wirklichen Entspannung führen können. Das sind wir auch heute noch. Deswegen werden wir zusammen mit unseren

14 Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Staaten des Warschauer Paktes am 17. März 1969 in Budapest verabschiedeten die Warschauer-Pakt-Staaten einen Appell an alle europäischen Länder mit dem Vorschlag einer gesamteuropäischen Konferenz zur Erörterung von Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit, vgl. AdG 1969 S. 14555f.; Europa-Archiv 1969 D 152f.

15 Brandt sprach am 4. April 1969 mit Zarapkin, vgl. AAPD 1969 Nr. 116.

16 Todor Schiwkow (1911–1998), Buchdrucker; 1932 KP Bulgarien, 1950 Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK, 1951 Mitglied im Politbüro des ZK, 1954–1989 Vorsitzender der KP, 1962–1971 Regierungschef, 1971–1989 Staatsratsvorsitzender Bulgariens.

17 Pietro Nenni (1891–1980), italienischer Politiker; 1921 Sozialistische Partei (PSI), 1945–1947 und 1963–1968 stv. Ministerpräsident, 1966–1969 Präsident der Vereinigten Sozialistischen Partei (PSU), 1968/69 Außenminister. – Zu den Äußerungen Nennis vgl. AAPD 1969 S. 470, 473.

Verbündeten diese Vorschläge prüfen. Das entspricht ja dann dem Ergebnis der NATO-Konferenz.

Es ist also hier ohne jeden Zweifel eine Diskrepanz in der Aussage und in der Auffassung beim Außenminister. Wiederum ist er auf der einen Seite der Vorsitzende der SPD und auf der anderen Seite der Außenminister. Er hat – im Gegensatz zu den anderen, die alle gesagt haben, so etwas muß geprüft und gut vorbereitet werden, das ist alles sehr problematisch – ein grundsätzliches Ja zu einer solchen Konferenz gefordert. Ich hatte das ebenfalls der Presse vor meiner Rede in Ludwigshafen klipp und klar gesagt. Es war freitags abends. Deshalb habe ich es vorher gegeben, damit es noch in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen erscheinen konnte. Dann hat er in der Pressekonferenz etwas zurückgesteckt. Er hat dann in der Pressekonferenz aufgrund der Besprechung vorher mehrfach gesagt: Ich bin einig mit dem Kanzler usw. – Zugleich lese ich dann in der Presse, woher kommt dieser plötzliche Wandel, weil die Russen gesagt hätten, sie würden nicht unterschreiben, bevor die Deutschen nicht unterschrieben hätten. Nun hätte man erwartet, daß Amerika deswegen einen Druck auf uns ausübe usw. – Ich kann nur sagen, ich hoffe, daß unsere Presseorgane das deutlich machen, ohne daß dabei kleinlich und zänkisch darauf hingewiesen wird, daß es sich hier um eine Richtlinie des Bundeskanzlers handelt.

Aus dieser Konferenz wird natürlich nichts. Jeder, der ein bißchen die Verhältnisse kennt, weiß, daß aufgrund dieses Vorschlages eine solche europäische Konferenz nicht zustande kommt. Die Russen wissen natürlich genau, daß sie gegen eine Teilnahme Amerikas nichts einwenden könnten. So kann nichts daraus werden. Die Haltung aller anderen Außenminister – außer Nenni – auf dieser Tagung war ganz klar. Ich kenne die amerikanische Auffassung zur Budapester Erklärung genau.

Wir werden genau wie bisher unsere Politik weitermachen. Wir werden sagen: Zusammenhalt des Westens, Festigkeit des Bündnisses. Ich habe dann noch unterstützt diesen neuen und etwas überraschenden Vorschlag. Nixon hat ja gesagt, militärische Stärke, allerdings realistisch gesehen eben auch die russische, aber das bedeutet ja, daß man sich dann auf westlicher Seite anstrengen muß, wenn man nicht die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse kodifizieren will, wie er gesagt hat.

Er hat weiter gesagt, profundere politische Konsultationen als bisher. Dann hat er diese dritte Dimension angeführt, die er allein durch die Beispiele, die er nannte, ein bißchen abgeschwächt hat; die dritte Dimension, die gesellschaftspolitisch und, wenn man will, ideenpolitisch gemeint war. Das halte ich für eine ausgezeichnete Idee; denn die Kohärenz des Bündnisses beruht nicht nur auf dem Band und nicht nur auf einfachen politischen Konsultationen, sondern es ist wirklich an der Zeit, sich der gemeinsamen Werte deutlicher als bisher bewußt zu werden, zumal in einer Zeit, wo in fast allen westlichen Ländern diese gemeinsamen Werte von innen heraus in Frage gestellt werden. Er hat nicht umsonst mit Recht in diesem Zusammenhang auf die Studentenunruhen abgehoben. Ich bin felsenfest davon überzeugt, wir können mit Waffen klirren im Westen, aber das nützt uns nicht, wenn das Volk eines Tages von innen ausgehöhlt wird. Wir dürfen ja nur auf unser eigenes Volk blicken, was sich da in weiten Teilen begibt,

die Aushöhlung des nationalen Bewußtseins, die Aushöhlung des nationalen Selbstverständnisses, wobei ich um Gottes willen nicht oberflächlich bleiben möchte, sondern ich muß auch darauf hinweisen, wie schwer es einer jungen Generation wie der heutigen ist, in diesen Dingen sicher zu sein. Deswegen habe ich das unterstützt. Als er nachher sagte, von uns aus könne man in erster Linie helfen, wie man die Kindersterblichkeit bekämpft – wobei unsere Statistik im Vergleich mit anderen Ländern gar nicht so gut ist[18] –, ist das aber nur im oberflächlichen Bereich geblieben. Ich will versuchen, wenn ich im Juni drüben bin, etwas mitzubringen.

Meine Damen und Herren! Die Erklärung der NATO-Konferenz kennen Sie.[19] (*Heck:* Herr Katzer möchte etwas zur Lohnfortzahlung sagen. Er muß gleich weg.) Schließlich ist das mindestens so wichtig wie die Lohnfortzahlung. Ich muß ja wohl annehmen, daß der Bundesvorstand daran interessiert ist, diese Dinge zu hören. Da hilft nun einmal nichts. Herr Heck machte mich aber darauf aufmerksam, daß Herr Katzer weg muß. Wann? (*Katzer:* Ich habe die Kriegsopferverbände da, da bahnt sich neues Unheil an, weil der Reichsbund sich nicht an die Vereinbarung ...) Wann müssen Sie weg? (*Katzer:* Ich muß um 12.30 Uhr drüben sein.) Dann will ich die Dinge jetzt entsprechend abzukürzen versuchen. Ich muß auch nachher noch Herrn Erlander[20] sprechen. Im übrigen kann ich nach dem Mittagessen noch einmal auf meinen Bericht zurückkommen. Wir haben in der nächsten Woche eine Antwort auf die Große Anfrage der FDP zur Deutschlandfrage zu geben.[21] Ich werde dabei das Wort nehmen in dem Sinne, wie wir bisher Deutschlandpolitik gemacht haben. Bei der Gelegenheit ein kurzes Wort zu diesem merkwürdigen Papier des Außenpolitischen Arbeitskreises der CDU-Fraktion.[22] Ich halte das für eine höchst unnützliche Sache, daß das in die Welt gesetzt wurde. Es ist kein starkes Papier, nicht überzeugend; es wirkt mißtrauisch und reaktionär, und wenn Herr von Wrangel[23], der es gut gemeint hat, hinterher sagt, man müsse die Adenauersche Politik fortsetzen, dann können Sie es mir nicht übelnehmen, wenn ich das als eine höchst unzeitgemäße Sache bezeichne. Nebenbei bemerkt ist das am Fraktionsvorsitzenden vorbeigegangen. Er sagte mir, dies sei ein Papier, das eigent-

18 1968 verstarben in der Bundesrepublik im ersten Lebensjahr 12.832 Jungen und 9.278 Mädchen, vgl. STATISTISCHES JAHRBUCH 1970 S. 53. Dies entsprach insgesamt einem Verhältnis von 22,7 auf tausend Geburten. In Schweden lag dieser Koeffizient bei 13,3, in Ägypten bei 118, vgl. DUD Nr. 133 vom 17. Juli 1969 S. 3.

19 10./11. April 1969 Tagung des NATO-Rats auf Ministerebene in Washington, vgl. AdG 1969 S. 14611–14615; AAPD 1969 Nr. 121.

20 Tage Erlander (1901–1985), schwedischer Politiker; 1946–1969 Ministerpräsident. – Das Gespräch fand um 12.00 Uhr statt, vgl. AAPD 1969 Nr. 128.

21 Große FDP-Anfrage betr. Deutschlandpolitik vom 24. Januar 1969, vgl. Drs. V/3769. Schriftliche Antwort des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen vom 21. April 1969, vgl. Drs. V/4101.

22 „Grundsätze unserer Deutschlandpolitik" von Olaf von Wrangel vom 7. März 1969 (ACDP 08–001–467/1). Vgl. auch die Protokolle der Außenpolitischen Kommission der CDU vom 14. Februar und 3. April 1968 in ACDP 01–294–064/4.

23 In der Vorlage: Range.

lich gar nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war. Das sollte nur eine Unterlage sein. Ich nehme die Sache nicht weiter frappierend. Es kann nichts weiter passieren. Es ist nicht schlimm, aber wir dürfen natürlich nicht in den Geruch kommen, als ob wir nun plötzlich alles nivellierten, was wir in den letzten zwei Jahren gemacht haben und nun in die bewährten Adenauerschen Bahnen zurückkehrten. Wir alle wissen, in welch schwieriger Situation sich Adenauer in der letzten Zeit seiner Regierung befand.

Es ist eine Antwort vorbereitet worden von dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, im ganzen gut, in einer klaren und festen Sprache. Einige Dinge waren nicht richtig oder sind nicht so formuliert gewesen, wie ich sie annehmen konnte. Deswegen habe ich vorgeschlagen, daß die drei Staatssekretäre meines Hauses, des Auswärtigen Amts und des Hauses von Herrn Wehner sich zusammensetzen und diese strittigen Passagen neu formulieren. Sie werden dann in der nächsten Kabinettssitzung beraten. Ich habe keinen Zweifel, daß es dann eine Antwort sein wird, die vom Standpunkt der CDU in unserer politischen Haltung zu der Deutschlandfrage zufriedenstellend ist, wobei ich nach wie vor betone, es bleibt bei der Deutschlandpolitik, die unter meiner Kanzlerschaft eingeleitet worden ist. Die Antworten auf die Fragen beziehen sich auf alle die Schritte, die wir in dieser Zeit gemacht haben. Ich halte diese Politik für richtig, ohne Illusionen. Wir wissen genau, was wir etwa erwarten können und was wir nicht erwarten können. Ich habe der Fraktion oft genug gesagt, daß diese Politik alles andere als eine Politik der Schwäche und des Nachgebens ist, sondern daß es im Gegenteil eine Politik ist, die den anderen nicht zur Ruhe kommen lassen will und wird. Das sind die wichtigsten Themen.

Gesetzgebungsarbeit für den Rest der Legislaturperiode

Ich würde vorschlagen, daß wir jetzt wegen des Hinweises von Herrn Dr. Heck eine kurze Zeitlang die außenpolitische Darstellung unterbrechen und auf das Thema der Lohnfortzahlung kommen. Ich darf hier vorher ein Wort sagen. Meine Damen und Herren! Das wird natürlich für uns, vor allen Dingen für den Wahlkampf, ein wichtiges Problem. Aber es ist nicht nur das Problem der Lohnfortzahlung; denn zugleich steht als Gesamtproblem die Sanierung unserer Rentenversicherung an. Das ist in der Regierungserklärung angesprochen. Es liegt, wie Sie wissen, im Bundestag ein Gesetzentwurf vor[24], der nicht von dieser Regierung ist, sondern vom Oktober 1966 von der Regierung meines Vorgängers eingebracht worden war, der diesem Zwecke der Sanierung dienen soll. Dieser Gesetzentwurf hat in der Zwischenzeit ein merkwürdiges Schicksal gehabt. Er ist einerseits durch das Finanzänderungsgesetz[25] geändert worden und zum anderen in langen Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses völlig umgeändert worden. Was dort jetzt beraten wird, ist etwas ganz anderes – ich glaube nicht, daß ich

24 Entwurf eines „Zweiten Rentenversicherungs-Änderungsgesetzes (2. RVÄndG)", Drs. V/680 vom 10. Juni 1966.

25 „Finanzänderungsgesetz" vom 21. Dezember 1967, BGBl 1967 I S. 1259; Berichtigung: BGBl 1968 I S. 49, 253.

damit Unrecht habe, Herr Kollege Katzer – als das, was die Regierung damals eingebracht hat.

In diesem Zusammenhang steht nun auch das Lohnfortzahlungsgesetz. Wir haben grundsätzlich ein Ja dazu gesagt; eine ganz klare und lange beratene Aussage des Berliner Programms zu dieser Frage, eine klare Aussage des Kanzlers im Bundestag dazu[26], jawohl, aber nur mit einem wirklichen Einstieg in die Krankenversicherungsreform. Die Fraktion hat in einem Arbeitskreis mühselig einen Kompromiß erarbeitet. Wir kennen ja die entgegengesetzten Meinungen in unserer eigenen Fraktion. Das hängt damit zusammen, daß wir viele Gruppierungen unserer Bevölkerung bei uns finden und finden müssen. Er hat einen entsprechenden Gesetzentwurf bereit. Ich habe darum gebeten, halten Sie ihn bereit für den Fall, daß wir ihn im Kabinett noch beraten können.

Inzwischen sind die Dinge nun so gediehen, daß sich ganz deutlich abzeichnet, daß die SPD-Mitglieder des Kabinetts diesen Gesetzentwurf, der auf dem Vorschlag unserer Kommission der Fraktion beruht[27], nicht akzeptieren werden. Es würde also im Kabinett zu einer Kampfabstimmung kommen müssen, bei der wir fairerweise den SPD-Mitgliedern des Kabinetts die Freiheit geben müßten, dann im Parlament so zu stimmen, wie sie wollen. So ist die Situation. (*Katzer:* Nein!) Doch, Herr Katzer! Ich habe mich erkundigt. Wir bekommen im Kabinett für den Gesetzentwurf, wie er in der Fraktion ausgearbeitet worden ist, die Stimmen der SPD-Minister nicht. Es sei denn, das ist eine ganz schwache Möglichkeit, wir geben ihnen die Stimmen im Bundestag frei. Die SPD hat sich nicht bereit erklärt, auf diesen Entwurf einzusteigen. Sie schneidet soviel an den Vorschlägen – das kann Herr Kollege Katzer im einzelnen darlegen – des CDU-Entwurfs weg, daß man nach meiner Ansicht nicht mehr von einem wirklichen Einstieg sprechen könnte, wenn sich diese Vorstellungen der SPD durchsetzen würden.

Abgesehen von dieser Problematik haben wir ja nun zu berücksichtigen, daß weite Kreise des Mittelstands, auch des kleinen Mittelstands, vor allem der Handwerkerschaft, sich auf das entschiedenste gegen diesen Gesetzentwurf stellen. Ich habe in mehrfachen Aussprachen mit Präsident Wild[28] und anderen deren Auffassungen angehört. Dann kam Herr Stücklen auf eine Idee, die dann in der Fraktion angenommen worden ist, von der ich allerdings nicht weiß, ob sie sich realisieren läßt, nämlich eine Ausgleichskasse vor allem für die Handwerker zu schaffen. Die Summe, die dafür nötig wäre, glaubte er aus den Mehreinnahmen ziehen zu können. Das ist Herrn Wild gesagt worden. Herr Wild hat darauf versprochen, wenn das gemacht würde, werde er sich dafür einsetzen, daß die Handwerker stillhalten. Sie erinnern sich, da waren ja eine Reihe von tumultuarischen Kundgebungen gewesen.[29] Für die CDU, insbesondere im Wahl-

26 Für Kiesinger war die Lohnfortzahlung für kranke Arbeiter an eine Reform der Krankenversicherung gebunden, vgl. Sten.Ber. 5. WP 188. Sitzung vom 16. Oktober 1968 S. 1065.

27 Ergebnis der Kommission „Lohnfortzahlung" und Beschlüsse der CDU/CSU-Fraktion zur Lohnfortzahlung und zur ersten Stufe der Krankenversicherung in ACDP 08–005–061/1.

28 Joseph Wild (1901–1993), Bäcker; 1955–1973 Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks.

29 Im Juni 1968 hatte das Handwerk mit Demonstrationen gedroht, vgl. FAZ vom 11. Juni 1968 „Unruhe im Handwerk".

jahr, ist es von äußerster Wichtigkeit, daß wir hier zurechtkommen. Auf der anderen Seite ist nicht zu leugnen, daß die Lohnfortzahlung dem einzelnen Arbeiter nicht sehr viel bringt. Es ist im wesentlichen eine Aufgabe der Sanierung. So ist also die Situation.

Nun haben die beiden Fraktionsvorsitzenden, die eine Abmachung miteinander getroffen haben, über das, was im Schoße des Bundestages ruht und was da noch gemacht werden soll, ein sehr ehrgeiziges Programm entwickelt. Danach müßte man beinahe zwei Jahre Zeit haben, wenn alles das gemacht werden soll, was die beiden miteinander ausgemacht haben; das Rentenversicherungsänderungsgesetz und die Lohnfortzahlung. Nun, Herr Kollege Katzer, ist es bei Ihnen.

Katzer: Herr Bundeskanzler, die Kriegsopfer sind die drängendsten Fragen. Ich fürchte, es kommt heute nachmittag bei mir zu einem Bruch, weil die Herren von mir verlangen, den Gesetzentwurf mit der Anpassung zum 1. Januar 1970 noch in dieser Legislaturperiode vorzulegen.[30] Das ist nicht Inhalt des Gesprächs bei Ihnen gewesen. Ich werde mich genau an das Gespräch halten. Ich muß ja Deckung haben. (*Kiesinger:* Ich glaube, unsere eigenen Leute werden zustimmen. Die werden doch wohl bei der Stange bleiben.) In der Runde gibt es einen der stärksten Gegner.

Kiesinger: Dann müssen Sie ihm sagen, wenn man sich nicht an eine Sache hält, geht es auch mit der anderen nicht. Also fest bleiben!

Katzer: Es ist nun schwierig, in zehn Minuten das Problem darzustellen. Ich stimme in einem Punkt mit dem Kanzler nicht überein. Ich hätte das gern gesagt, wo er noch hier ist, nämlich die Frage, ob es nicht möglich gewesen wäre, im Kabinett eine Einigung herbeizuführen. Ich bin der Auffassung, daß diese Einigung möglich gewesen wäre; denn es gibt – und das ist für uns von außerordentlicher Wichtigkeit – einen einstimmigen Kabinettsbeschluß. Im Jahreswirtschaftsbericht heißt es u. a.: „Die Bundesregierung wird demnächst einen entsprechenden Gesetzentwurf, der zugleich auch einen wesentlichen Einstieg in die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung vorsieht, vorlegen. Dem haben alle sozialdemokratischen Bundesminister zugestimmt."

Das ist natürlich auch für unsere Freunde im Ausschuß von ganz erheblicher Bedeutung. (*Zuruf:* Was ist das für ein Bericht?) Das ist der Jahreswirtschaftsbericht, den wir am 29. Januar dieses Jahres verabschiedet haben, der dem Bundestag zur Beratung noch vorliegt.[31] Das ist eine ganz harte Aussage, wo wir die Sozialdemokraten gegeneinander bringen. Ich glaube, Herr Kollege Heck, das ist sehr wichtig für die Runde, die jetzt beginnt.

Nun haben wir zwei Gesetzentwürfe, einen von der SPD, einen von der Fraktion.[32] Sie sind im wesentlichen beide in meinem Hause erarbeitet worden. Der Unterschied liegt darin, daß die Sozialdemokraten auf jede Form der festen Beteiligung verzichtet haben. Die Freien Demokraten – das ist meine Sorge – werden mit einer kräftigen Er-

30 Entwurf eines „Vierten Gesetzes zur Änderung und Ergänzung des Kriegsgefangenenentschädigungsgesetzes" (Drs. V/4148 vom 24. April 1969).

31 Jahreswirtschaftsbericht 1969 der Bundesregierung, vgl. Sten.Ber. 5. WP 241. Sitzung vom 19. Juni 1969 S. 13412–13449.

32 Vgl. Nr. 25 Anm. 10.

höhung der Versicherungspflichtgrenze kommen und damit das Gesamtpaket noch erheblich erschweren. Ich hatte von Anfang an gesagt, wir sollten eine maßvolle Versicherungspflichtgrenze von 900 DM auf 990 DM vorsehen, weil hier im Grunde genommen die Hauptbelastung der Unternehmen auch in Zukunft liegt.

Ich persönlich meine, es müßte noch einmal der Versuch unternommen werden. Ich weiß nicht, was in dem Gespräch zwischen Barzel und Schmidt herausgekommen ist; insofern wäre Herr Barzel besser in der Lage als ich, hier zu berichten. Manches passiert ja in den Fraktionen und nicht in der Regierung. Manches geht an der Regierung vorbei. Ich sehe Herrn Stoltenberg süffisant lächeln. (*Zuruf:* Freundlich!) Gut, freundlich und verständnisvoll! Vielen Dank! Herr Kollege Schröder scheint sich dem anzuschließen. (*Schröder:* Nicht so ängstlich!) Ich glaube also, Herr Kollege Heck, wir müssen sehen, daß es noch zu einer Absprache kommt. Dabei kann uns die Regierungserklärung enorm helfen. Wir müssen zu einem Kompromiß vorher kommen, nicht nachher. Meine Sorge ist, wenn wir das Ganze dem Sozialpolitischen Ausschuß überlassen, dann bleibt festzuhalten – das war die Entscheidung, die die Fraktion damals getroffen hat –, daß Herr Stoltenberg im Ausschuß eine sehr starke Position hat, während unsere Seite nicht so stark vertreten ist. Von sozialdemokratischer Seite wird sehr massiv versucht werden, im Verlaufe der Beratungen einfach Tatsachen zu schaffen, von denen man nachher im Plenum nicht mehr abgehen kann.

Deshalb meine Bitte, es muß erreicht werden auf der Grundlage dieses Beschlusses, noch vorher zu einer Einigung zu kommen, wobei ich als unverzichtbar zwei Punkte ansehe: Erstens, daß wir festhalten an der Verbindung mit der Reform der sozialen Krankenversicherung, sonst steht der nächste Arbeitsminister in der nächsten Legislaturperiode vor demselben Problem, das wir jetzt acht Jahre lang vor uns herschieben. Wir müssen ferner in der Frage der Beitragsrückgewähr endlich einmal eine Form der Beteiligung bringen, daß man den einzelnen interessiert an seiner Krankheit, daß man ihm bewußt macht, daß der Krankenschein, den er umsonst bekommt, einen Wert hat. Deshalb wollen wir diesen Krankenschein zum Wertpapier machen, der, wenn er nicht benutzt wird, später erstattet wird. Darauf würde ich nicht verzichten wollen.

Das Zweite, worauf ich nicht verzichten möchte, ist eine Erhöhung der Rezeptgebühr. Die haben wir im Verlaufe der Beratungen des Finanzänderungsgesetzes schon einmal von 50 Pfennig auf 1,00 DM erhöht. Ich würde dafür plädieren, ihn auf 2,00 DM zu erhöhen. Ich würde eine Kompromißmöglichkeit mit der SPD darin sehen, daß man die Kinder bei 1,00 DM beläßt. Das wäre eine erste Stufe, von der aus dann in der nächsten Legislaturperiode die Weiterführung der Reform erfolgen kann.

Ich will mich auf diese zwei Punkte, Herr Kollege Heck, beschränken. Ich glaube, wir müssen Nägel mit Köpfen machen. Wir haben nur noch sieben Wochen vor uns.

Wenn es jetzt in der Spitze nicht zu einer klaren Abmachung über diese beiden Punkte kommt, dann habe ich die Sorge, daß am Ende eine isolierte Lohnfortzahlung mit wechselnden Mehrheiten herauskommt. Ich habe zweitens die Sorge, daß sich die FDP, wenn wir uns nicht in der Frage der Versicherungspflichtgrenze rechtzeitig einigen, eine wesentlich höhere Belastung der Wirtschaft herauskommt, als wenn wir sie

jetzt bei uns vorsehen ab 1. Juli 1970 von 900 DM auf 990 DM [sic!]. Es geht darum, ob man diesen Termin vorverlegen kann, was auch in der Fraktion der CDU/CSU verlangt wird. Das könnte man prüfen.

Ich habe vorgestern in München mit Präsident Wild lange über die Problematik gesprochen. Die Ausgleichszahlung, die der Kollege Stücklen vorgeschlagen hat[33], ist keine ideale Lösung, aber es ist der Boden, auf den das Handwerk treten würde. Mir ist vom Handwerk deutlich gesagt worden, man solle jetzt mit der Sache zum Zuge kommen und nicht mehr weitere Verzögerungen hinnehmen. Es wurde hinzugefügt, wenn es schon geschähe, wäre es besser, als wenn es noch eine lange Diskussion gäbe.

Das sind die drei Punkte, von denen ich meine, daß wir hier die Fraktion bitten sollten, daß sie noch vor Beginn der Beratungen in der nächsten Woche eine Lösung findet.

Der Herr Bundeskanzler hat dann die Rentenversicherung angesprochen, das Dritte Rentenversicherungsänderungsgesetz. Das ist ein unerhört schwieriges Kapital. Die Rentenversicherung insgesamt ist gesund. Wir werden bis zum Jahre 1975 nach unseren Vorausberechnungen mit einem Prozentsatz von 18 durchkommen. Interessant ist, daß in der dritten Lesung meines Haushalts die FDP erklärt hat: Eine bruttolohnbezogene Rente ist selbstverständlich auch unser Ziel.[34] Wir haben auch nicht verlangt, es anders zu machen. Das waren nur Kreise des Wirtschaftsrats der CDU/CSU und einiger Arbeitgeberverbände. Das ist wörtlich nachzulesen im Protokoll des Bundestages. So Herr Spitzmüller[35] von der FDP in der dritten Lesung zu meinem Etat. Ich wollte das nur sagen, weil das auch für uns interessant ist. Die Schwierigkeit, die in der Sanierung der Renten liegt, ist folgende: Aufgrund des kulturellen Wandels von der Arbeiterschaft zur Angestelltenschaft hin ist die Angestelltenversicherung finanziell außerordentlich günstig bestückt, während die Arbeiterrentenversicherung, dazu noch landschaftlich sehr unterschiedlich, in einer schlechten Finanzlage ist, die bis zur mangelnden Liquidität geht; Schleswig-Holstein, Bremen und das Saarland sind in ganz schlechter Verpackung [sic!], Rheinland-Pfalz in nicht ganz glücklicher Verpackung, Bayern noch glücklich, Baden-Württemberg ebenfalls noch günstig, Nordrhein-Westfalen auch, aber in zehn Jahren ist das alles vorbei. Deshalb hatte ich vorgeschlagen, die Zusammenfassung der 18 Versicherungsträger zu einer Bundesversicherungsanstalt für Arbeiter vor-

33 Die CSU-Landesgruppe hatte einen Vorschlag aus Kreisen des Handwerks aufgegriffen, der vorsah, daß Kleinbetriebe für Kosten, die durch die Lohnfortzahlung entstünden, einen Ausgleich vom Staat erhalten sollten, vgl. „Frankfurter Neue Presse" vom 20. März 1969 „Hilfestellung für Kleinbetriebe; „Rheinische Post" vom 20. März 1969 „CDU plant ‚Notopfer' für das Handwerk".

34 In der Vorlage: Gruppenbezogen.– Vgl. dpa vom 26. März 1969 „Katzer begrüßt Bekenntnis der FDP für Bruttolohn-bezogene Rente".

35 Kurt Spitzmüller (geb. 1921), Hotelkaufmann; 1953–1959 und 1963–1967 Mitglied des FDP/DVP-Landesvorstands Baden-Württemberg, 1957– 1969 und 1971–1980 MdB. – Spitzmüller führte in der Bundestagsdebatte am 26. März 1969 aus, daß nicht die FDP, sondern die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, der Wirtschaftsausschuß der CDU/CSU und Mitarbeiter des Finanzministeriums die nettolohnbezogene Rente gefordert hatten (Sten.Ber. 5. WP 224. Sitzung S. 12262).

zunehmen. Am liebsten wäre mir eine Einheitsanstalt für Arbeiter und Angestellte; denn das ist das Instrument, das wir in einer modernen Volkswirtschaft gebrauchen.

Aber, meine Damen und Herren, ich scheitere einfach an meinen Kollegen, den Arbeitsministern der Länder, und die Härtesten sind die aus der eigenen Fraktion, mit Ausnahme des Kollegen Geißler[36], der mich maßvoll unterstützt hat als einziger. Aber Kollege Pirkl[37] hat gesagt: Über meine Leiche. – So hat er formuliert. Das ist ein Punkt, den werden wir nicht schaffen in diesen sieben Wochen, so daß wir zu einer Übergangslösung werden kommen müssen, für die ich eine Reihe von Vorschlägen habe, die ich aber jetzt wegen der Kürze der Zeit nicht bekanntgeben kann.

Zum dritten Punkt, Herr Kollege Heck, müssen sich in dieser Zeit die Regierungsmitglieder etwas zurückhalten, weil wir darauf angewiesen sind, daß wir die Gesetze, die wir noch brauchen, noch in dieser Legislaturperiode bekommen. Es darf nicht so sein, daß die Partei uns einfach ungeschützt den Angriffen der SPD ausliefert, daß nämlich alle Leistungen dieser Großen Koalition von Sozialdemokraten gemacht werden, wir aber sind die Trottel der Regierung, um es einmal simpel darzustellen. Es gibt Leute, die sehen das mit großer Gelassenheit bei uns, die sagen, sind Sie nicht böse, das werden wir nachher schon klarstellen. Ich habe aber die große Sorge, so etwas kann sich sehr schnell festbeißen. Das kann sich in das Gedächtnis unserer Bürger sehr schnell so vertiefen, daß sie das glauben, was man auf die Dauer in der Öffentlichkeit behauptet. Deshalb müssen wir hier schon etwas tun.

Wenn ich eine Zwischenbilanz in der Sozialversicherung ziehen darf, dann ist es folgendes: Wir haben verabschiedet in der Rentenversicherung die 8., 9., 10. und 11. Rentenanpassung[38] – das sind 24,7 % Rentenerhöhung in den letzten vier Jahren. Sollen denn nun wir den Sozialdemokraten gestatten, sich in der Öffentlichkeit hinzustellen und zu sagen, das hätte der Herr Schiller auch noch fabriziert? Es weißt doch jeder, daß das ohne unsere Mitwirkung nicht möglich gewesen wäre. Sie waren schamlos genug, auf der letzten Sitzung, die zufällig der Herr Brandt geleitet hat, zu sagen, daß das unter der Leitung von Brand geschehen sei.[39] (*Lebhafte Unruhe.*)

---

36 Dr. Heiner Geißler (geb. 1930), Jurist; 1961–1965 Vorsitzender der JU Baden-Württemberg, 1965–1967 und 1980–2002 MdB, 1967–1977 Minister für Soziales, Jugend, Gesundheit und Sport in Rheinland-Pfalz, 1977–1989 Generalsekretär der CDU Deutschlands. Vgl. LEXIKON S. 245 f.

37 In der Vorlage: Tülpel. – Fritz Pirkl (1925–1993), Diplom-Psychologe; 1958–1984 MdL Bayern (CSU), 1964–1966 Staatssekretär, 1966–1984 Staatsminister für Arbeit und Sozialordnung. Vgl. LEXIKON S. 344. – Die Arbeits- und Sozialminister der Länder sprachen sich gegen den Vorschlag Katzers aus, die Landesversicherungsanstalten zu einer Bundesversicherungsanstalt für Arbeiter zusammenzulegen, vgl. „FAZ" vom 29. November 1968 „Bedenken der Länder gegen Arbeiter-Bundesanstalt".

38 „Achtes Gesetz" vom 22. Dezember 1965, BGBl 1965 I S 2114; „Neuntes Gesetz" vom 28. Dezember 1966, BGBl 1966 I S. 768; „Zehntes Gesetz" vom 22. Dezember 1967, BGBl 1967 I S. 1343; „Elftes Gesetz" vom 19. Dezember 1968, BGBl 1968 I S. 1189.

39 Brandt leitete die Kabinettssitzung am 26. März 1969, vgl. ACDP 01-226-320. – Unter Vorsitz von Peter Wilhelm Brand setzte die CDU/CSU-Fraktion eine Kommission ein, die sich mit dem Problem der Lohnfortzahlung und der Reform der Krankenversicherung beschäftigte.

Das haben die in der Tat gesagt. Herr Dufhues, ich muß mit allem Nachdruck darauf hinweisen, wenn man die Gewerkschaftsversammlungen besucht, dann ist es geradezu idiotisch, mit welch frenetischem Beifall Herr Schiller bedacht wird und ihm alles, was positiv und konstruktiv ist, zugedacht wird. Wir können uns ein solches Verhalten einfach nicht erlauben. Wir haben 30 Gesetzesänderungen vorgenommen, um den Haushalt in Ordnung zu bringen. Aus meinem Etat – wir haben für vier Jahre gerechnet – sind allein 9 Mrd. eingespart worden. Ich gebe zu, das wäre ohne die Große Koalition nicht möglich gewesen. Das hätte Mord und Totschlag gegeben, allein den Bedarf bei den Rentenversicherungsträgern zu kürzen; von daher kommt jetzt die Schwierigkeit hinsichtlich der Rentenversicherung.

Wir haben in der Kriegsopferversorgung das Dritte Neuordnungsgesetz verabschiedet.[40] Vor uns steht zur Verabschiedung das Arbeitsförderungsgesetz. Der Herr Bundeskanzler hat vorhin gesagt, wenn er nach Amerika geht, möchte er auch die 3. Gruppe nennen, die Nixon angesprochen hat; die er in der Tat durch diese Beispiele aber abgeschwächt hat. Ich bedauere das sehr. Das deutet auch auf eine dritte Komponente hin. Ich glaube, hier können wir einen Beitrag liefern.

Wir müssen auch – das ist mein Bemühen seit eh und je – die bildungspolitische Diskussion in Deutschland von dieser Einseitigkeit wegbringen. Wir reden unentwegt, wenn von Bildungspolitik gesprochen wird, nur von unseren Universitäten und Studenten. (*Unruhe.*)

Wir haben 300.000 Studenten an unseren Hochschulen. Wir haben aber 1,3 Mio. Lehrlinge, deren berufliche Ausbildung und Weiterbildung bis hin zur Umschulung mindestens so interessant ist für das deutsche Volk wie die 300.000 Studenten und deren Wirken. Diesen Akzent müssen wir verbreitern, daß Bildungspolitik nicht nur Hochschulpolitik ist, sondern in den Gesamtbereich der beruflichen Bildungspolitik hineingehört.

Das Arbeitsförderungsgesetz wird eine großartige Sache werden. Das Handwerk, das ursprünglich dagegen war, hat mir in München in aller Öffentlichkeit gesagt: Wir sind völlig einverstanden mit der jetzigen Vorlage. – Wir werden es in 14 Tagen im Bundestag verabschieden.[41] Ich habe die Bitte, daß das nun nicht auch noch mit dem Namen Schiller verbunden wird, sondern daß man allmählich deutlich werden läßt, daß das auf unserem eigenen Mist gewachsen ist, zumal dieses Gesetz von der Regierung Erhard vorgelegt wurde. (*Unruhe.*)

Ihre Vorschläge wurden von der Fraktion am 4. Februar 1969 gebilligt (ACDP 08-001-1081/1 S. 17), vgl. „Rhein-Neckar-Zeitung" vom 6. Februar 1969 „CDU-Pläne zur Lohnfortzahlung".

40 „Drittes Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Kriegsopferrechts" vom 28. Dezember 1966, BGBl 1966 I S. 750.

41 Zweite und dritte Beratung des „Arbeitsförderungsgesetzes" (Drs. V/2291 vom 16. November 1967) am 13. Mai 1969 im Bundestag, vgl. Sten.Ber. 5. WP 234. Sitzung S. 12902–12937. – „Arbeitsförderungsgesetz" vom 25. Juni 1969, BGBl 1969 I S. 582.

Meine Damen und Herren! Das muß man doch einmal sagen dürfen! Wir werden bekommen das Berufsausbildungsgesetz[42], das sich nahtlos einfügt in dieses Arbeitsförderungsgesetz. Auch hier kam – zu meiner großen Überraschung – in München die volle Zustimmung des Handwerks. Herr Wild hat das vor der Presse, dem Rundfunk und dem Fernsehen deutlich gesagt. Es sind zwar noch kleine Wünsche da, aber die Konzeption der Gesetze wird insgesamt akzeptiert.

Als ich gestern hörte, daß der Herr Schiller auf dem Parteitag sich ganz groß hinsichtlich der Eigentumspolitik einschalten will, habe ich schnell eine kleine Indiskretion laufen lassen, damit nicht das auch noch auf die andere Mühle läuft. Ich habe die Dinge, die wir gemeinsam zwischen den drei Ressorts, Finanzministerium, Wirtschaftsministerium und Arbeitsministerium, erarbeitet haben, dargestellt, damit der Herr Schiller – das stand in seiner Rede drin, „sein Plan" hieß es da – seine Formulierung ändern mußte aufgrund meiner Pressedarstellung.[43] Wir müssen sehen, daß wir – das habe ich angeregt – mit Strauß und Schiller noch zu einem Gespräch kommen. Wir werden keine Gesetzesvorlage mehr machen können, aber eine Abschlußerklärung, daß das nicht einseitig auf die andere Seite hin zulaufen kann.

Wir haben in der Frage der Rehabilitation ganz neue Impulse gegeben. Wir haben trotz der Finanzmisere verstärkte Finanzmittel bekommen. Wir haben hinsichtlich der Situation der alten Leute – Frau Brauksiepe hat eine große Aktion hier ins Rollen gebracht – Bücher mit großen Buchstaben drucken lassen, damit die alten Menschen auch lesen können. Um die Bedürfnisse der alten Menschen kümmert sich ja keiner in Deutschland. Man kümmert sich nur um Teenager. Wir haben das in unser Altenförderungsprogramm[44] aufgenommen, aber das Echo ist nicht entsprechend. Es ist doch ein unmöglicher Zustand, daß die Spitzen unserer Partei damit noch nicht befaßt sind.

---

42 Zweite und dritte Beratung des Berufsausbildungsgesetzes (Drs. V/887 vom 30. August 1966, V/1009 vom 25. Oktober 1966) am 11. Juni 1969 im Bundestag, vgl. Sten.Ber. 5. WP 236. Sitzung S. 13116–13128. Dritte Beratung wegen Änderungsantrags der SPD gemäß Umdruck 698 am 12. Juni 1969, vgl. Sten.Ber. 5. WP 237. Sitzung S. 13155–13158. – „Berufsausbildungsgesetz" vom 14. August 1969, BGBl 1969 I S. 1112.

43 „Die soziale und wirtschaftliche Lage damals, heute und morgen", Rede Karl Schillers vor dem Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 16.–18. April 1969 in Bad Godesberg. Vgl. SPD, PARTEITAG 1969 S. 80f.

44 Erstmals waren 1968 sechs Mio. DM im Haushalt des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung zur Förderung gesellschaftspolitischer Maßnahmen für ältere Mitbürger ausgewiesen (DUD Nr. 213 vom 8. November 1968 S. 2f.). – Vgl. auch CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Die CDU informiert – Tatsachen zählen: Der Alten-Plan der CDU. Unsere älteren Mitmenschen sollen nicht draußen bleiben! Nr. 13 Bonn o. J.; Gerhard MARTIN: Die Situation älterer Arbeitnehmer. Katzer fordert mehr Rücksichtnahme auf ältere Menschen, in: Gesellschaftspolitische Kommentare Nr. 6 vom 15. März 1969 S. 71; Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. Beschäftigung älterer Arbeitnehmer (Drs. V/3418 vom 25. Oktober 1968, V/3957 vom 27. Februar 1969) sowie die Ausführungen Katzers am 13. Mai 1969 im Bundestag (Sten.Ber. 5. WP 234. Sitzung S. 12925–12927).

Wir haben auch erstmalig ein Sozialbudget vorgelegt, indem die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik eingespannt wurden für einen vierjährigen Zeitablauf.[45] Ich würde meinen, durch nichts wird der Stilwandel in unserer Sozialpolitik deutlicher als durch dieses Sozialbudget, das in diesen Tagen gedruckt und dann der Öffentlichkeit vorgelegt wird, um klarzustellen, daß die Sozialpolitik ihre Eigenständigkeit und ihre Abseitigkeit vor allem aufgegeben und sich voll mit der Finanzpolitik integriert hat. Ich würde darum bitten, Herr Kollege Heck, einmal zu prüfen, ob man nicht eine geeignete Form finden kann, daß hier rechtzeitig gehandelt wird. Wenn wir erst auf dem Wahlkongreß damit kommen, dann wird man uns das nicht mehr honorieren. Es soll eine Gelegenheit gegeben werden, das in einer geistigen Linie für eine moderne Gesellschaftspolitik darzustellen. Ich wäre sehr dankbar, wenn die Chance bestünde, das in einer geeigneten Weise in die Öffentlichkeit zu bringen, aber nicht erst im Juni, sondern jetzt schon, damit es sich noch auszahlt.

Der Herr Bundeskanzler hat gemeint, die Lohnfortzahlung würde für den Arbeiter praktisch nichts ausmachen. Das ist natürlich nicht der Fall; denn wenn wir den Beitrag von 11 auf 9 % senken, dann macht das in der Lohntüte des Arbeiters doch einen erheblichen Betrag aus, den er spürt. Man kann also nicht sagen, es bringt dem einzelnen nichts. Es bringt ihm schon etwas; abgesehen davon, daß über die Lohnfortzahlung die Situation in der Rentenversicherung erleichtert wird. Das ist im Interesse der Unternehmungen wie der Arbeitnehmer; denn jede Erleichterung auf diesem Feld macht die Beitragserhöhung bis zur Spitze des Rentenbergs im Jahre 1975 maßvoller und damit erträglicher für alle.

Das waren die Punkte, Herr Kollege Heck, die ich hier gerne gesagt habe. Meine Bitte bleibt, eine geeignete Plattform zu schaffen, die nicht erst im Juli, sondern jetzt schon die Dinge in die Öffentlichkeit bringt. Alle Kongresse, die jetzt laufen, werden von der Öffentlichkeit nur noch halb honoriert, weil man sagt, das ist doch alles für die Wahl. Deshalb muß man da eine geeignete Form finden, daß man von diesem Odium befreit ist. Welche das ist, kann ich im Augenblick nicht vorschlagen. Vielleicht kann man das noch gemeinsam erörtern.

Schließlich darf ich noch, Herr Kollege Heck, an die Mitbestimmung erinnern. Hier müssen wir bei der Sprachregelung bleiben während des Wahlkampfs. Wir haben beim letzten Gespräch verabredet, daß Sie die Frage „Eigentumspolitik" auch noch einmal untersuchen; ich fürchte, daß von den vier Modellen dasjenige, das unter dem Namen „Burgbacher" bekannt geworden ist[46], vielleicht doch nicht so attraktiv sein könnte, daß wir damit gegen das antreten könnten, was jetzt Herr Schiller herausgibt. Hier müßte

45 Die Bundesregierung billigte am 22. Januar 1969 das von Katzer vorgelegte Sozialbudget, vgl. BULLETIN Nr. 12 vom 30. Januar 1969 S. 97–99; „Welt" vom 23. Januar 1969 „Lebensstandard weiter gestiegen".

46 Burgbacher hatte bereits am 15. März 1968 dem CDU-Präsidium ein „Kurzmemorandum über Beteiligungssparen aller Art" vorgelegt, das in verschiedenen Fassungen seiner Weiterentwicklung (u. a. „Eigentumspolitisches Schwerpunktprogramm der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die 6. Legislaturperiode" vom 15. August 1969) bis zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU/CSU vom 14. April 1970 (Drs. VI/616) „Über die Beteiligung der Arbeitneh-

man sich rechtzeitig verständigen – wobei der Kollege Burgbacher dabei sein müßte –, daß man hier zu einer Übereinkunft kommt.

Heck: Vielen Dank! Ich möchte sagen, die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder sind nicht so keusch, ihre Arbeit in der Öffentlichkeit zu verkaufen. Sie sind die Hauptträger dieser Propaganda, daß die SPD alles geleistet habe, ob wir den Herrn Brandt, den Herrn Schiller, den Herrn Leber oder Frau Strobel[47] nehmen; die SPD macht es sehr massiv, im übrigen mit sehr vielen finanziellen Mitteln. Herr Schiller ist eigentlich jetzt eine zentrale Propagandastelle geworden. (*Lebhafte Unruhe.*)

Katzer: Darf ich hier eine Zwischenbemerkung machen! Woran liegt das denn? Wenn ich im Haushaltsausschuß eine Stelle für mein Ministerium anfordere, dann kämpfe ich tagelang für eine Stelle als Automationsfachmann. Ich stehe dann vor einer Riesenschwierigkeit. Aber der Herr Schiller kriegt sofort 20 Stellen bewilligt. Dann wundern wir uns nachher. (*Starke Unruhe.*) Wir sind doch gar nicht in der Lage, hier etwas zu machen. Ich habe auf der Pressestelle zwei Leute. Was soll ich damit anfangen? (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Herr Katzer, der Herr Leber hatte eine ungeheure Möglichkeit, von der Regierung, bevor eine Sache im Kabinett beschlossen worden ist, sie frei zu verkaufen in seinem Leber-Plan. Er ist dann ein bißchen hängengeblieben. Aber die Verabschiedung des Arbeitsförderungsgesetzes müßte eigentlich ein Anlaß sein, daß der Arbeitsminister in der Pressekonferenz und im Fernsehen mit dem Hinweis darauf, was die Herren dem Herrn Leber zur Verfügung gestellt haben, diese Sache verkauft. Der Druck des Sozialbudgets wäre wiederum eine Sache auf dieser Ebene.

Katzer: Ich werde versuchen, bei der dritten Lesung des Arbeitsförderungsgesetzes – ich hoffe nicht, daß der Präsident[48] mich rügt – diesen Katalog zu bringen, aber die Sozialpolitik wird im Deutschen Bundestag freitags ab 11.00 Uhr behandelt. Dann sitzen noch zwölf Leute da, und die Pressetribüne ist leer. Dadurch geht also alles verloren. Ich habe doch die tollsten Anstrengungen gemacht, diese Lesung von Freitag auf den Mittwoch vorzuverlegen. Das ist doch einfach nicht möglich. Die Sozialpolitik rangiert bei uns an letzter Stelle, und dann wundert man sich, daß man nicht ankommt. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Wir sollten jetzt die Sache nicht vertiefen, sondern die Gelegenheit, solange Hans Katzer da ist, benutzen, um auch noch über das Thema der Lohnfortzahlung im

---

mer am Produktivvermögen und zur Verbesserung der Kapitalstruktur der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes (Beteiligungsgesetz – BLG)" als „Burgbacher-Plan" bekanntgeworden ist. Vgl. Günter BUCHSTAB: Vom Mitarbeiter zum Miteigentümer. Der Burgbacher-Plan von 1969, in: HPM 7 (2000) S. 269–288. – Zu den Vorstellungen Schillers zur Vermögensbildung vgl. „pressemitteilungen und informationen" der SPD vom 5. Dezember 1968 Nr. 543/68c sowie SPD, PARTEITAG 1968 S. 785–798.

47 Käte Strobel (1907–1996), kaufmännische Angestellte; 1949–1972 MdB (SPD), 1966–1972 Bundesministerin für Gesundheitswesen bzw. für Jugend, Familie und Gesundheit. Vgl. KEMPF/MERZ S. 696–699.

48 Nach dem Rücktritt Gerstenmaiers am 31. Januar war Kai-Uwe von Hassel am 5. Februar 1969 zum Bundestagspräsidenten gewählt worden.

Krankheitsfalle und über die Krankenversicherungsreform zu sprechen. Wenn ich richtig sehe, werden in der Fraktion die Meinungen kräftig gegeneinander stehen. (*Anhaltende Unruhe.*) Die mittelständische Seite und die Seite der Wirtschaft sind der Auffassung, daß das, was von der Fraktion jetzt verabschiedet worden ist, bereits der Kompromiß sei, daß aber nicht ein Kompromiß zu suchen sei zwischen dem, was die Sozialdemokraten wollen.

Schmücker: Ich kann das nur bestätigen. Das steht etwas im Widerspruch zu der Meinung, die anfangs geäußert wurde. Wir sind der Meinung, wir haben eine Kompromißformel gefunden. Diese Kompromißformel kann draußen vertreten werden. Selbst das Handwerk hat sie akzeptiert. Aber es ist ganz selbstverständlich, daß wir bei dieser Formel bleiben müssen. Wenn diese Formel verlassen wird, dann gibt es Auseinandersetzungen. Aber ich sehe zur Zeit keine Gefahr, daß diese Formel verlassen wird. (*Zuruf:* Welche Formel?) Die wir in der Fraktion gefunden haben.

Heck: Die Selbstbeteiligung bei dem Krankenhausaufenthalt von 3,00 DM (*Starke Unruhe.*) ist eine Frage, die jetzt zur Disposition für einen Kompromiß steht.

Katzer: Herr Kollege Heck, in der Fraktion ist ein Beschluß gefaßt worden bei sehr guter Besetzung gegen eine Stimme und bei einer Enthaltung, die den Kompromiß der Kommission gebilligt hat. Jetzt stehen wir vor folgender Situation: Entweder gibt es eine isolierte Lohnfortzahlung oder es gibt die Brand-Kommission, wobei man einige Modalitäten noch bringen muß. Das ist doch die Frage, vor der die Fraktion jetzt neu steht. Das ist ja das Bedauerliche, seit ¾ Jahren sage ich, machen Sie schnell, je näher der Wahltag rückt, desto teurer wird es. Aber nein, man hat geglaubt, man könne es wegziehen. Jetzt sage ich noch einmal, wenn wir es nicht jetzt machen, dann wird es in acht Wochen noch teurer. Das wird doch auf dem Parteitag der SPD diskutiert. Ich bin fest davon überzeugt, daß man jetzt damit vor die Fraktion hintreten kann. Wir haben erstens die Beitragsrückgewährung. Wir haben zweitens die Rezeptgebühr. Da müssen die Sozialdemokraten kriechen. Wir haben dort die Regierungserklärung. Die müssen hier nachgeben. Ich habe die 4 % Krankenversicherungsbeitrag bei den Rentnern im ganzen Lande verteidigt. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Ich will das jetzt nicht vertiefen. Es war hier im Kabinett! (*Anhaltende Unruhe.*) Die Position ist unverzichtbar, nämlich bei Beitragsrückgewähr und Rezeptgebühr. Die Frage der 3,00 DM für die Krankenhausbeteiligung bringt insgesamt ein Volumen von 80 Mio. DM bei einem Gesamtvolumen der Krankenversicherung von 20 Mrd. DM. Es glaubt kein Mensch, daß wir das jetzt ernsthaft anpacken können. Aber strukturell müssen wir diese beiden Punkte durchsetzen. Wir müssen die Sozialdemokraten eben dazu zwingen, hier mitzumachen. (*Heck:* Was kostet die Beitragsrückgewährung?) Die Beitragsrückgewährung kostet 630 Mio. DM. Wir haben 180 Mio. Krankenscheine, und jetzt werden bereits 60 Mio. Krankenscheine nicht benutzt, was übrigens gegen die auch von der Dienstleistung vertretene These spricht, als wenn hier ein Mißbrauch in einem irrsinnigen Ausmaß betrieben würde. Mißbrauch wird sicherlich von allen Seiten betrieben, die da beteiligt sind, aber es ist nicht so gewaltig, wie man angenommen hat. Jetzt wird derjenige, der ohnehin keinen Krankenschein in Anspruch genommen hat, auch die Rückgewähr bekom-

men, aber entscheidend, was wir uns davon versprechen, ist doch dies, daß der einzelne für Mann und Frau [sic!], wenn er ein Jahr lang überhaupt nicht krank wird, 60 DM zurückgezahlt bekommt, also je dreimal 10 DM. Die Entscheidung ist nur die: Einen Schein lassen wir frei, damit wir uns nicht diesen Vorwurf zuziehen, ihr versperrt den Weg zum Arzt.

Es ist uns gelungen, wenn wir jetzt politisch diskutieren, daß wir in dieser Runde zwar die Gewerkschaften gegen uns haben, weil sie grundsätzlich sagen, keine Kostenbeteiligung, daß wir aber die Ärzte auf unserer Seite haben. Wissen Sie noch, daß damals die 90.000 Ärzte unter dem Gesichtspunkte „Gesundheitspolitik" die Sache maßgeblich zu Fall gebracht haben?[49] Die Ärzte tolerieren unsere Sache jetzt, sogar mit leichter Unterstützung von Herrn Jungmann[50] dankenswerterweise, der jetzt für diese Pläne ist. Der Gedanke, der dahinter steckt, ist der, wenn man sagt, die Leute werden sich überlegen, ob sie jetzt zum Arzt gehen wegen einer Grippe, oder ob sie sagen: Ich tue das jetzt nicht, sondern ich bekomme 10 DM zurück. Ich kaufe mir für 2,50 DM Tee oder sonst etwas Ähnliches in der Apotheke oder in der Drogerie. – Das ist das Hinführen zum wirtschaftlichen Denken in der Krankenversicherung. Das ist die erste Phase, von der ich spreche. Das ist der erste Punkt, von dem ich weiß, daß er jetzt erreicht werden muß. Finanziell ist das gar nicht so wichtig, sondern es ist die Frage, ob wir eine neue Denkkategorie bekommen, daß wir den Leuten a) bewußt machen, was kostet das, daß wir ihnen b) bewußt machen, du mußt nicht immer zum Arzt gehen, sondern das kannst du dir auch in der Apotheke kaufen. Wenn wir das erst einmal fertigbringen, dann ist [das] für meine Begriffe auf die Dauer gesehen günstig. Das ist nicht meine Erfindung, sondern das ist abgelesen bei der Autoversicherung. Die Leute sagen hier, es ist eine großartige Geschichte. Der Blechschaden wird von uns selbst in Ordnung gebracht usw. (*Amrehn:* Bei den Autos ist es schlecht, denn der Täter entflieht immer.) Das ist eine andere Frage. Jedenfalls werde ich mich nicht davon abbringen lassen.

Bei der Vorlage, die ich nach dem Bundesparteitag in Berlin konzipiert habe, war auch die SPD bereit, der Beitragsrückgewährung und der Krankenscheinerhöhung zuzustimmen. Darauf werden wir sie festnageln. Aus dieser Klemme kommen sie nicht heraus. Nur dürfen wir das nicht schwimmen lassen, sondern müssen sie stellen und zwingen; das muß bis nächsten Dienstag geschehen!

Lücke: Was jetzt geschehen ist, ist folgendes: Den Vorschlag von Katzer zu erfüllen, daß der Bundeskanzler die sozialdemokratischen Kollegen und Minister noch vor Dienstag zusammenruft, um sie mit diesem Wirtschaftsbericht zu konfrontieren, damit die SPD-Minister nicht querschießen bei der Verabschiedung der Vorlage. Das ist das einzige, was wir jetzt noch machen können. (*Katzer:* Ich glaube, das geht nicht. Es geht

49 1964 drohten die Ärzte mit massiven Streikmaßnahmen gegen die von der Bundesregierung geplante neue Gebührenordnung.

50 Vgl. Nr. 16 Anm. 94. – Zur Kritik der Ärzteverbände an der von der SPD im Rahmen der Krankenversicherungsreform vorgeschlagenen Änderung der Krankenversicherungspflichtgrenze vgl. „Stuttgarter Zeitung" vom 1. April 1969.

nur, daß der Bundeskanzler die Fraktionsvorsitzenden einlädt. Die muß der Bundeskanzler bis Dienstag einladen, sonst geht das schief.)

Heck: Ich habe den Eindruck, daß gegen den Abstrich der Selbstbeteiligung bei dem Krankenhausaufenthalt aus seinem Bereich erheblicher Widerstand zu erwarten ist. Wenn das nicht der Fall ist, dann geht die Sache so über die Bühne. Ich habe nicht den Eindruck, daß die Sozialdemokraten Widerstand leisten. Es ist die Hauptfrage, ob die Fraktion bereit ist, von dem, worüber sie sich bis auf eine Stimme geeinigt hat, noch Abstriche zu machen.

Schmücker: Ich glaube nicht, daß das möglich ist, daß die Fraktion das noch einmal modifizieren wird. (*Starke Unruhe.*) In der Fraktion ist dieser Kompromiß nur zustande gekommen unter der Zusage aller Beteiligten, davon nicht abzuweichen. Ich war in meinen Veranstaltungen im Wirtschaftsrat und in der Wirtschaftsvereinigung oft oben, wenn ich sagte, daß an diesem Kompromiß alle festhielten und unsere Mitglieder in den Sozialausschüssen nicht mit den Sozialdemokraten stimmen werden, wenn die eine andere Lösung vorschlagen. Die anwesenden Mitglieder der Sozialausschüsse haben das auch jeweils bestätigt. (*Katzer:* Es kann sich doch kein Mensch in Deutschland vorstellen, wenn die Sache in acht Wochen durchberaten ist, daß wir an dem Punkte das Ganze scheitern lassen.) Für die Mitglieder, die in der Wirtschaftspolitik im wesentlichen tätig sind, war das der äußerste Kompromiß. Das muß natürlich auch gesehen werden. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Ich glaube, die Lage als solche ist klar. Was hier nicht geklärt werden kann, ist nur, wie sich die Fraktion verhält. Das ist doch das Problem. Die Lohnfortzahlung isoliert kommt dann zustande, wenn unsere Fraktion für den Fall, daß die Mehrheit jetzt an dem Kompromiß festhält, ausscheren würde und mit der SPD die Lohnfortzahlung macht. Nur dann könnte sie zustande kommen. (*Starke Unruhe. – Katzer:* Es wäre dann so, daß die FDP mit der SPD uns bei der Versicherungspflichtgrenze überstimmen müßte.)

Schmücker: Ich würde davor warnen, ein Doppelspiel anzufangen. Dieser Kompromiß in der Fraktion ist überhaupt nur zustande gekommen, weil man davon ausgegangen ist, daß an ihm festgehalten wird. Wenn man nun noch weitergeht, dann werden sie auf der anderen Seite sagen: Wir sind überhaupt nicht mehr gebunden. (*Anhaltende Unruhe.*)

Brauksiepe: Ich wollte mir einen kleinen Hinweis erlauben. Ich sammle jeweils vor der Wahl die kleinen Handzettel, die die CDU/CSU herausgibt, mit den orangefarbenen Streifen.[51] Sie sind genau so groß, daß sie in eine Herrentasche oder in eine Damentasche passen. Ich stelle fest, daß diese kleine Information eine große Hilfe ist, z. B. bei der Arbeit, von der Herr Katzer gesprochen hat, von dem Gesinnungswandel im sozialen Denken usw. Wenn man das monatelang mitlaufen läßt, ist es eine ganz verdienstvolle Geschichte. Man braucht nicht immer eine Broschüre herauszugeben, die man

51 Eine Übersicht über die Publikationen im Wahljahr 1969 in ACDP Dokumentation 2/202. Hier sind die DIN-A5-Blätter „CDU-Information" gemeint (Ebd. 2/207).

vielfach gar nicht liest. (*Anhaltende Unruhe.*) Wir müssen das so aufbereiten, daß die Gesinnung mit dieser Umstellung beeinflußt wird.

Heck: Meine Damen und Herren! Wir können damit die Vormittagssitzung schließen. Ich möchte Herrn Katzer danken und ihm alles Gute für seine Gespräche mit den Vertretern der Kriegsopferverbände wünschen.

Unterbrechung von 12.45 Uhr bis 13.15 Uhr

Kiesinger: Wir setzen die Sitzung fort. Ich habe nicht hören können, was der Herr Katzer gesagt hat. – Bitte, Herr Heck!

Heck: Herr Katzer ist der Auffassung, daß es besser gewesen wäre, wenn man im Kabinett die Sache initiativ behandelt hätte; denn er glaubt, über den Jahreswirtschaftsbericht seien die SPD-Mitglieder klar im Wort. Er ist der Meinung, daß so schnell wie möglich die beiden Fraktionsvorsitzenden miteinander verhandeln sollten. Er ist der Auffassung, unverzichtbar sei für uns erstens die Rezeptgebühr, zweitens die Krankenscheinrückerstattung. Dagegen glaubt er, daß man für einen Kompromiß zur Diskussion stellen könne den Krankenhausaufenthalt mit 3,00 DM Beteiligung an den Verpflegungskosten. Er ist der Meinung, wir seien gezwungen, diesen Kompromiß auf der Ebene zu suchen, weil sonst die Lohnfortzahlung überhaupt isoliert dann beschlossen würde. In der Aussprache wurde darauf hingewiesen, daß die Lohnfortzahlung isoliert nur verabschiedet werden könnte für den Fall, daß ein Teil unserer Fraktion von der Absprache abgeht. Herr Schmücker war dieser Meinung. Ich habe vom Hörensagen einen ähnlichen Eindruck bekommen, daß die Kollegen, die aus dem mittelständischen Bereich und aus der Wirtschaft kommen, der Auffassung sind, daß das Ganze ein Kompromiß ist, daß insgesamt von ihnen nur weiterhin mitgemacht wird, wenn man diesen Kompromiß ohne Abstrich beibehält. Das war der Stand der Diskussion.

Kiesinger: Ich befürchte, daß es dazu kommt. Hier liegt für die Partei ein ernstes Problem vor. Wir müssen prüfen, ob der Kompromißvorschlag, den er für denkbar hält, tatsächlich noch akzeptabel ist. Ich habe meine Zweifel. Außerdem kommt noch die Frage der Ausgleichskasse hinzu; denn ohne die werden wir es nicht durchhalten. Ich werde mit den Fraktionsvorsitzenden die Frage besprechen. Ich werde selbstverständlich den Mitgliedern der Fraktion sagen, hier ist ein Kompromiß gefunden worden von beiden Seiten. Es wird sich zeigen, daß die einen sagen, wir haben zugestimmt. Hier wird sich zeigen, ob die Fraktion wirklich beisammenbleibt oder nicht. Das ist ein ganz ernstes Problem. Darüber täusche ich mich nicht.

Auf der anderen Seite ist es auch so, daß hier ein Druck von der SPD ausgeübt wird, der auch das Rentenversicherungsänderungsgesetz betrifft. Sie will das Rentenversicherungsänderungsgesetz nur beschließen, wenn in Sachen Lohnfortzahlung eine ihr genehme Lösung gefunden wird. Der Fraktionsvorsitzende selber kommt aus Nordrhein-Westfalen. Ich sage das ohne einen kritischen Unterton. Das bedeutet natürlich für ihn eine Schwierigkeit – Sie kennen die Sonderstellung von Nordrhein-Westfalen –, eine absolut feste Haltung in der Frage des Kompromisses einzunehmen. Ich glaube nicht, daß er sie einnehmen wird. (*Dufhues:* Der Vorstand der westfälischen CDU war ein-

stimmig der Meinung, daß der Kompromiß der Brand-Kommission akzeptiert werden solle. – *Lebhafte Unruhe.*) Mehr können wir im Augenblick zu dieser Frage nicht sagen.

Es ist natürlich so, viele Arbeiter wissen nicht recht, um was es geht. Sie wissen nicht, was sie eigentlich da kriegen und was sie nicht kriegen. Daß es in erster Linie eine Frage der Sanierung ist, wird in diesen Diskussionen einfach unterschlagen.

Bericht zur Lage

Jetzt mache ich bei den außenpolitischen Dingen weiter. Ich habe gerade ein kleines Gespräch am Tisch gehabt, was ich über Nixon sagte. Ich will das noch einmal klarmachen. Es ist nicht so, daß Nixon goldene Berge verspricht. Wenn ich sagte, er steht eher auf dem Boden von Dulles, dann eben da, wo Dulles heute stünde angesichts der veränderten Situation. Ich will es etwas deutlicher sagen. Brandt hat z. B. bei dem Gespräch mit mir plötzlich angeregt, ob man nicht in der deutschen Frage eine neue Initiative ergreifen könne. Nixon hat darauf geschwiegen. Bei den Unterhaltungen in Washington wurde mir ganz klar, daß er dieser Frage absolut pessimistisch gegenübersteht, d. h., daß er nicht glaubt, daß in der deutschen Frage in absehbarer Zeit ein Fortschritt erzielt werden könnte.

Was Berlin anlangt, darüber muß man noch reden. Nur ist die Frage außerordentlich heikel. Jede Vereinbarung über Berlin bedeutet für Berlin auch die Gefahr einer staatlichen Minderung. Auf der anderen Seite muß man das Thema zwischen uns und den Amerikanern sehr sorgfältig beraten. Da sind wir über die ersten Anfänge noch nicht hinaus, aber wir werden uns mit unseren Berliner Freunden zusammentun und sehen, ob man vielleicht ein Stückchen in der Sicherung der Position der Stadt, der Sicherung der Zugangswege usw. weiterkommen kann. Guter Wille bei den Amerikanern ist durchaus vorhanden. Ich sage noch einmal, die Gesamthaltung Nixons ist nicht etwa ein überbetonter Optimismus, nirgendwo, sondern ein behutsames, vorsichtiges, realistisches Abtasten der Dinge. Worauf man sich verlassen kann, ist, daß er wirklich versucht, mit seinen europäischen Verbündeten ein bestes und solides Vertrauensverhältnis zu unterhalten, viel zu konsultieren und dies insbesondere auch zwischen unseren beiden Staaten.

Was aus dem Ganzen wird, werden wir erst in ein paar Monaten sehen. Ich kann nur noch einmal sagen, es wird in ein paar Monaten ganz deutlich sein, daß er haargenau in denselben Problemen steht wie sein Vorgänger. Dann wird es darauf ankommen, ob er mit seiner ruhigen Haltung, mit seinem nichts Unmögliches verheißendem Ziel sich in der öffentlichen Meinung Amerikas besser durchsetzen wird als sein Vorgänger.

Die europäische Frage will ich kurz berühren. Sie wissen, in welcher Sackgasse wir stecken. All der Krampf, der auch bei einigen unserer Freunde gemacht wird, ist eben nichts weiter als Krampf. Solange de Gaulle da ist, wird es keine Möglichkeit geben für Großbritannien, Mitglied der Gemeinschaft zu werden. Das ist einfach ein Faktum, das man anerkennen muß. Das kann man beklagen, aber was hilft das? Diese Auffassung ist

nun allmählich Allgemeingut in Europa geworden. Wir haben uns lange genug dafür prügeln lassen müssen, daß wir nicht genug täten, daß wir uns der de Gaulleschen Meinung beugten.

Meine Damen und Herren! Ich bin davon überzeugt, von den europäischen Regierungschefs hat keiner so hart mit de Gaulle geredet wie ich. Härter konnte man einfach nicht mit ihm reden. Das führte dazu, daß er, als wir uns das vorletzte Mal – das letzte Mal war es anders – am Abend trafen, sagte: Heute sind wir etwas rauh miteinander umgegangen. Wir wollen sehen, daß es morgen wieder ein bißchen freundlicher wird.[52] – Das heißt also, es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als die Briten davon zu überzeugen, wir wollen euch drin haben, aber ihr müßt Geduld haben, bis eben in Frankreich sich eine andere Richtung durchsetzt. Wir haben alle Ersatzkonstruktionen abgelöst; erst diejenigen, die Frankreich wegschicken und dafür Großbritannien hineinnehmen wollen, oder diejenigen, die neben die EWG eine zweite Organisation setzen wollen, oder diejenigen, die mit ihrer Konstruktion den britischen Löwen durch das Achsenpförtchen in Europa einschleusen wollen. Auch da hat sich unsere Auffassung durchgesetzt. Alle phantastischen Pläne sind eingeschlafen. Ein Mann wie Jean Monnet, den man wirklich nicht im Verdacht haben kann, daß er nicht alles versucht, um eine europäische Lösung mit Großbritannien herbeizuführen, hat mir vor kurzem auf meine direkte Frage, was habe ich falsch gemacht, gesagt: Nichts hast du falsch gemacht. Der einzige Weg, der gegangen werden kann, den bist du gegangen. Wichtig ist, daß es nicht zum Bruch mit Frankreich kommt. Wichtig ist, daß keine Ersatzorganisationen geschaffen werden; denn durch die wird das, was wir erreicht haben, nur zerstört. Dann haben wir schließlich überhaupt nichts mehr, sondern nur noch ein Tohuwabohu.

Aber es kommen neue Elemente, und da habe ich eine hochinteressante Unterhaltung mit Erlander gehabt.[53] Anlaß dazu war diese umstrittene Unterhaltung de Gaulles mit dem britischen Botschafter Soames[54], wo er im Grunde genommen nichts Neues gesagt hat. Er hat immer gesagt, dann bitte ich um den Willen der Wähler, aber dann ist das, was wird, etwas anderes. Das habe ich ihm immer bestritten. Aber ich wußte immer, daß dieses mein Bestreiten im Grunde genommen eine höchst dubiose Position war; denn es ging ja nicht nur um Großbritannien, es ging ja auch um Irland und Dänemark, Norwegen und Schweden, Österreich und und und. Kein Mensch kann bezweifeln, daß dann allerdings de Gaulle recht hat. Wenn die alle Mitglied der Gemeinschaft

52 Kiesinger und de Gaulle trafen sich am 13./14. März 1969 zu Konsultationsgesprächen in Paris, vgl. AAPD 1969 Nr. 99, 100, 103.

53 Am 17. April 1969 um 12.00 Uhr, vgl. AAPD 1969 Nr. 128.

54 In der Vorlage: Zons. – Christopher Soames (1920–1987, seit 1978 Lord Soames), britischer Politiker (Konservative Partei); 1950–1966 Abgeordneter im Unterhaus, 1951–1955 Parlamentarischer Privatsekretär seines Schwiegervaters Winston Churchill, 1960–1964 Landwirtschaftsminister, 1968–1972 Botschafter in Paris, 1973–1976 Vizepräsident der EG-Kommission, 1979/80 letzter Gouverneur von Rhodesien. – Zur Unterhaltung mit de Gaulle am 4. Februar 1969 vgl. AdG 1969 S. 14514–14516; AAPD 1969 Nr. 56. Vgl. auch BPA-Nachrichtenspiegel vom 23. Februar 1969 mit britischen und französischen Pressestimmen zur Unterredung.

werden, dann kann die Gemeinschaft nicht mehr identifiziert werden mit dem Ziel einer europäischen politischen Union. Das ist ganz klar. Er hat immer gesagt, entweder das eine oder das andere, entweder Gemeinschaft oder europäische Freihandelszone. Ich habe gesagt: Nein, Gemeinschaft zwischen denen, die als Endziel eine neue europäische Union wollen. Das sind zunächst die Sechs. Dazu halten wir allerdings auch England für notwendig. Die anderen wollen ja zum großen Teil gar nicht; ganz sicher die Iren nicht, ganz sicher die Schweden nicht, ganz sicher die Österreicher nicht; denn die haben ja einen neutralen Status. Also eine Konstruktion, die als Kern die Gemeinschaften kennt mit dem Ziel einer späteren politischen Union und die, eingebettet in einer größeren Organisation, durch etwas Ähnliches wie eine europäische Freihandelszone ersetzt wird.

Nun haben wir damit den Anfang gemacht, als wir in Paris dieses nachher so lächerlich gemachte Arrangement schafften.[55] Das begann damit, beide Länder wünschen die Beteiligung Großbritanniens und anderer. Da es aber im Moment nicht möglich ist, diese Sache zu machen, soll es eine Erleichterung geben. Das gab nun ein Auf und Nieder. Zunächst haben es die Engländer vom Tisch gewischt, weil es für Herrn Wilson eine Prestigefrage war. Dann hat er eingesehen – das war auch bei seinem letzten Besuch so –, daß er das nicht erreichen kann. Sehr zögernd und Rücksicht nehmend auf England waren die Skandinavier. Der schwedische Botschafter war der erste, der damals zu mir kam und sagte: Das wäre ja für uns die Lösung.[56] – Dann kamen die Dänen. Jetzt kommen die Einladungen an mich zum Besuch der skandinavischen Länder. Herr Erlander hat mir gesagt, wenn das gelänge, wäre das überhaupt die ideale Lösung.

Nun weiß ich genau, daß der Teufel im Detail steckt und eine Menge von Schwierigkeiten auftauchen werden – vor allen Dingen auf dem Agrarsektor –, sobald man an eine solche Sache herangeht. Aber ich glaube, daß wir doch mit einem solchen Plan hervortreten werden. Ich würde einige Kabinettsmitglieder beauftragen, das jetzt auszuarbeiten. De Gaulle habe ich gesagt: So etwa denke ich mir die Sache. Ich sehe nicht ein, warum das nicht möglich sein soll. – Dabei bleibt die Streitfrage natürlich. Die Briten werden sagen, wir wollen aber im inneren Kern sein, wir wollen nicht mit den Skandinaviern, den Schweizern usw. außerhalb stehen. Die Streitfrage bleibt solange, wie eben die Schwierigkeiten bestehen. Aber deswegen sollten wir Großbritannien nicht daran zu hindern versuchen, daß es zu einer solchen Lösung kommt.

Nun hat mir Herr Erlander versprochen, er wolle also auf Wilson Einfluß zu nehmen versuchen, er solle den Widerstand gegen eine solche Lösung überwinden. Er bat mich

55 Bei den Gesprächen Kiesingers am 15./16. Februar 1968 in Paris wurde über ein „Arrangement" für die weiteren Beziehungen Großbritanniens zur EWG gesprochen, vgl. AdG 1968 S. 13735–13738; AAPD 1968 Nr. 59. – Bei den Gesprächen am 27./28. September 1968 in Paris wurde eine „spezielle deutsch-französische Zusammenarbeit" bezüglich des inneren Ausbaus der EWG sowie für deren Erweiterung vereinbart, vgl. „Rhein-Neckar Zeitung" vom 30. September 1968 „Neuer Anlauf mit de Gaulle".

56 Nils Montan (geb. 1916), 1967–1972 schwedischer Botschafter in der Bundesrepublik. – Schweden hatte am 26. Juli 1967 einen erneuten Antrag auf Assoziierung mit der EG gestellt, vgl. AAPD 1968 S. 71 Anm. 4. – Treffen am 28. Januar 1969 (ACDP 01-226-738).

darum, den amerikanischen Widerstand zu überwinden. Amerika hat gegen dieses Arrangement heftigsten Protest eingelegt, und zwar in einer Weise, wie wir es aus der vergangenen Zeit gewohnt sind, die der neue Präsident endgültig zu verlassen versprochen hat. Der amerikanische Botschafter in Brüssel hat unserem Botschafter dort gesagt: Rack to kill with right the way.[57] Das war eine ziemlich brutale Sprache.

Gestern war der amerikanische Handelsminister bei mir.[58] Die haben ihre Sorgen wegen ihrer Handelsbilanz. Man wird versuchen müssen, Lösungen zu finden, die den amerikanischen Interessen einigermaßen gerecht werden. Das, glaube ich, wäre ein Plan, der uns in den europäischen Dingen weiterführen könnte. Ich möchte natürlich sehr gern, daß wir in den nächsten zwei Monaten mit einem solchen Plan hervortreten können. Ich wollte ihn vorher noch mit Rumor[59] absprechen, der mich schon dreimal sprechen wollte, aber wegen seiner permanent wiederkehrenden Regierungskrise die Begegnung wieder absagen mußte, um da von vornherein einen Verbündeten zu haben. Die Wirtschaftsimplikationen, die ein solcher Plan hat, müssen natürlich genau untersucht werden, aber zunächst einmal muß man das Ziel haben.

Wir waren eigentlich immer der Meinung, wirtschaftlich gesehen muß ganz Europa in einer solchen Organisation zusammengefaßt werden. Diese Teilung zwischen Gemeinschaft und EFTA muß überwunden werden. Es gehören dazu auch noch andere. Auch die Spanier und Portugiesen haben ihr dringendes Interesse angemeldet bei meinem Besuch[60], daß sie an einer solchen Organisation teilnehmen möchten. Das geht bis Israel. Sicher wird es nicht leicht sein, einen Weg zu finden, der uns aus der Sackgasse herausführen könnte. Wenn nur zunächst einmal der Plan als solcher akzeptiert würde und man dann an die Ausarbeitung der Einzelheiten gehen könnte! Das Gespräch war hochinteressant. Ich habe ihm gesagt: Warum kommt ihr Skandinavier so spät? Ihr habt doch immer gehört, was wir wollen. Warum seid ihr nicht früher gekommen? – Er hat mir recht gegeben und gesagt: Wir haben zu lange auf England Rücksicht genommen.

Ich habe vorhin gesagt, wir werden nächste Woche die Große Anfrage der FDP beantworten. Es ist jetzt wieder so ein bißchen ein Zustand entstanden wie im Sommer 1967. Sie erinnern sich noch, alles diffus, die Aussage des Außenministers so, daß jeder daraus oder hineininterpretieren konnte, was er wollte. Die Presse hat ihn immer in einem Sinne interpretiert, wie sie es wollte, z. B. der „Kölner Stadtanzeiger": „Der Kanzler hat wieder einmal den Außenminister falsch interpretiert."[61] Daraufhin habe ich dann im Sommer gesagt: Ich kann nicht mehr zusehen. – Ich habe die Leute zusammengerufen. Da ist es dann gelungen. Wir haben mindestens ein gutes Jahr einigermaßen

57 Wahrscheinlich gemeint; We're gonna kill that right away. – Ridgway B. Knight (1911–2001), 1965–1969 amerikanischer Botschafter in Belgien.

58 Maurice Hubert Stans (1908–1998), amerikanischer Politiker; 1969–1972 Handelsminister.

59 Dr. Mariano Rumor (1915–1990), italienischer Politiker (Democrazia Cristiana); 1968–1970 Ministerpräsident.

60 Kiesinger hielt sich vom 24.–28. Oktober in Portugal und vom 28.–30. Oktober 1968 in Spanien auf. Vgl. AdG 1968 S. 14290f.; AAPD 1968 Nr. 355, 357, 358.

61 Vgl. FAZ vom 22. August 1967 „Kiesinger interpretiert Außenminister Brandt".

Ruhe gehabt. Es kam die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, wo Achenbach[62] sagte: Gut, einverstanden! – Das war eine ganz klare Abgrenzung der Ostpolitik in unserem Sinne.

In einer Debatte des Bundestages – nicht bei der Regierungserklärung oder bei anderer Gelegenheit – wurde dann diese Einigkeit bestätigt. Nun ist im Zusammenhang mit der Ostpolitik, mit der Deutschlandpolitik, mit der Budapester Erklärung, mit dem Atomsperrvertrag wieder so eine Situation entstanden, wo die Leute nicht mehr wissen, an wen sie sich halten sollen. Ich bin ja immer in derselben Situation. Wir können jetzt keine sechs Monate lang Wahlkampf machen. Wir werden in unseren Äußerungen viel deutlicher darstellen, wo wir verschiedener Meinung sind, aber keine der beiden Parteien, auch die deutsche Demokratie, hielte jetzt ein fünfmonatiges Gezänk der beiden Partner aus, die sich in der Großen Koalition zusammengefunden haben. Das wird nun die Schwierigkeit sein. Das ist auch eine Schwierigkeit beim Parteikongreß der SPD. Die Pressekommentare sind ganz lustig dabei. Sie möchten niemand wehe tun, aber sie wollen doch etwas sagen. Sie sagen also alles das, was gut gemacht worden ist. Es ist derselbe Wahlkampf, wie ihn die Saragat-Sozialisten in Italien geführt haben.

In diesem Zusammenhang denke ich an diejenigen, die mit dem Papst ein langes Gespräch geführt haben. Bei Herrn Schiller ist es erschütternd komisch gewesen, was er von seinem Gespräch mit dem Papst erzählt.[63] Das ist ein Stück Komik. Deswegen habe ich meine Rede in Ludwigshafen benutzt, um noch einmal in dieser Frage ganz klare Aussagen zu machen. Es kam dann, weil es am Freitagabend war, nicht mehr richtig zum Zuge. Ich werde es in einem Beitrag zur Deutschlanddebatte machen.

Die Anerkennung kommt nicht in Frage, weil wir es gar nicht dürfen und können. Wir können nicht über die 17 Mio. Menschen drüben verfügen und sagen, wir anerkennen. Brandt sagte zu mir: Das Gebilde. – Ich sagte, gut, man kann es auch auf deutsch sagen. Wir können es nicht. Wir sind Rechtens, moralisch und politisch nicht in der Lage dazu; das ist eine Sache des ganzen deutschen Volkes. Ich bin dann einen Schritt weitergegangen und habe gesagt: Das ist eine Sache derer von drüben. – Jetzt stelle ich mich auf den Standpunkt und sage, des ganzen deutschen Volkes. In dieser Frage drükke ich mich nicht zu entschieden aus. Das ist auch nicht nötig. Wir wollen den anderen den Weg bahnen bis zu dem Zeitpunkt, wo sie selber sagen können, was sie wollen. Das ist die Aussage von Anfang an gewesen, und dabei bleibe ich. Wir haben nicht das Recht dazu. Das ist das erste. Ob man das Gebilde nun Staat nennt oder nicht Staat, ist an sich gleichgültig, nur wenn man es sagt, dann verstehen es die Leute falsch. Das

62 Dr. Ernst Achenbach (1909–1991), Jurist; 1936–1944 Beamter im Auswärtigen Amt, 1946 Rechtsanwalt, 1947/48 Verteidiger bei den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen, 1950–1958 MdL Nordrhein-Westfalen (FDP), 1957–1976 MdB.

63 Im Rahmen seines Rom-Besuches wurde Schiller von Papst Paul VI. am 10. März in Privataudienz empfangen. Themen des halbstündigen Gesprächs waren u. a. die Unruhe in der Jugend und die Krise der Autorität. Vgl. dpa vom 10. März 1969; „General-Anzeiger" vom 11. März 1969. – Zu Kiesingers Rede in Ludwigshafen vgl. Anm. 10.

macht die SPD. Wenn man vom Staate spricht, vielleicht ist es ein Staat, aber kein legitimer. Aber die Leute verstehen, wenn man Staat sagt, das ist die Anerkennung.

Wenn wir das Gebilde anerkennen, dann anerkennen wir es zwangsläufig, ob wir es wollen oder nicht, als deutsche Republik, d. h. einfach als kommunistische Republik. Wir anerkennen nicht nur die Teilung, sondern wir anerkennen auch die Legitimität dieser Republik. Ich wüßte nicht, wie das freie Berlin zu halten wäre, wenn die Anerkennung durchgeführt würde. Brandt bestreitet mir das zwar, aber ich habe auch bei den Amerikanern eine entsprechende Auffassung gefunden, das freie Berlin ist haltbar, solange das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zur Wiedervereinigung eben noch als eine künftige Lösung ins Auge gefaßt wird. (*Amrehn:* Solange es noch Deutschland gibt!) Natürlich! Aber wir wollen jetzt nicht diskutieren. Das sind die Grundsätze, und damit müssen wir in den nächsten Monaten ganz klar argumentieren.

Die SPD ist in einer schlechten Situation. Im Grunde genommen ist die Auffassung der führenden Leute der SPD genau wie unsere, bei ihnen ist es nur z. T. eine Rücksichtnahme auf abweichende Meinungen in ihrer eigenen Partei und zum anderen Teil eine merkwürdige Anfälligkeit in Sachen Ostpolitik; eine Anfälligkeit zu bestimmten Illusionen, zu bestimmten Hoffnungen. Das steckt in ihnen drin. Das kommt alles zusammen in den Aussagen des Außenministers, des Vorsitzenden der SPD und auch des Mannes, der auf der einen Seite beraten wird von ganz konservativen Kräften, von den Herren Emmel[64] und Lahr[65] in gewissen europäischen Fragen; von Lahr bis Bahr, sage ich immer. (*Heiterkeit.*) Das ist ein weiter Bogen.

Ich habe gestern mit unserem Botschafter in Moskau eine völlige Übereinstimmung der Auffassung in unserer Analyse gehabt. Ich habe ihm gesagt, Sie müssen wissen, was los ist, ich möchte von Ihnen wissen, wie Sie die Situation beurteilen. Hier ist unsere Gefahr die, daß einerseits aus der SPD, andererseits aber noch viel stärker aus der FDP die Anerkennungstendenz deutlich wird und daß wir die Anerkennungspartei ohnehin sich immer stärker ausbreiten sehen in den publizistischen Organen. Allardt[66]

64 Im Original Emmert. – Dr. Egon Emmel (1914–1983), Diplomat; 1950–1955 Mitarbeiter im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, 1955 Wechsel in das Auswärtige Amt, 1965 Beauftragter für Vertragsverhandlungen aus dem Bereich Handels- und Entwicklungspolitik, 1966 Ministerialdirigent, 1966–1970 Verhandlungsführer für Handelsgespräche mit Staaten des Ostblocks, 1970–1972 Leiter der Handelsmission in Warschau.

65 Rolf Lahr (1908–1985), Diplomat und Staatssekretär; 1934–1939 Tätigkeit im Reichswirtschaftsministerium, 1949–1953 Handelsabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums, 1953 Eintritt ins Auswärtigen Amt, 1960/61 Botschafter bei der EG, 1961–1969 Staatssekretär, 1969–1973 Botschafter in Rom, 1973/74 Vertreter der Bundesrepublik bei der FAO in Rom. Memoiren: Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934–1974. Hamburg 1981.

66 Dr. Helmut Allardt (1907–1987), Jurist und Diplomat; 1936 Eintritt ins Auswärtige Amt, 1950–1952 Ministerialrat im Bundesministerium für Wirtschaft, 1952 Rückkehr in den Auswärtigen Dienst, 1954–1958 Botschafter in Indonesien, 1958–1960 Generaldirektor bei der EWG, 1961–1963 Leiter der Handelspolitischen Abteilung im AA, 1963–1968 Botschafter in Madrid, 1968–1972 in Moskau. Memoiren: Moskauer Tagebuch. Beobachtungen, Notizen, Erlebnisse. Düsseldorf 1973. Politik vor und hinter den Kulissen. Erfahrungen eines Diplomaten zwischen Ost und West. Düsseldorf 1979.

sagte mir, wenn man von Moskau aus die deutsche Szene beobachtet, so brauchen die sich nur hinzusetzen und zu warten; das kommt ganz von selbst. Ich habe jetzt einen absolut zuverlässigen Bericht aus einem östlichen Land, und zwar der höchsten politischen Instanz dort, gehört, wie man die Lage bei uns dort beobachtet.,

Ich glaube, das ist symptomatisch für andere. Dort sagt man: Es sind Wahlen im Herbst, also ist ganz klar, Herr Brandt will Anerkennung, der Kiesinger will sie nicht. – Darum geht es zur Zeit. Bei den Wahlen im Herbst wird die SPD entweder die absolute Mehrheit bekommen, oder es wird eine Kombination geben, bei der die CDU mit der CSU wieder die stärkste Partei wird, aber nicht so, daß nicht ein Zusammengehen zwischen SPD und FDP kommen wird. Wenn sie die Chancen haben, dann werden sie es machen – so heißt es dort –, dann setzt unmittelbar ihre neue Ostpolitik ein, d. h. Anerkennung. Dann kommt die Budapester Erklärung mit der europäischen Friedenskonferenz usw. Da ist natürlich der Wunsch der Vater des Gedankens, aber es zeigt, daß die Beobachtung völlig richtig ist. Diese Leute tun uns einen Schaden, der ganz ungeheuer ist.

Warum das so ist bei uns, darüber kann man philosophieren, meine Damen und Herren. Wir sind eben ein Volk ohne Durchhaltekraft, ohne langen Atem; nicht die breiten Schichten unserer Bevölkerung, aber eben sehr viele von denen, die da schreiben, die die öffentliche Meinung machen. Sie schreiben nicht, daß es notwendig ist, sich damit abzufinden, daß es sich um ein Problem handelt, das für absehbare Zeit einfach nicht lösbar ist. Dieses Sichabfinden muß natürlich so aussehen, daß man auch seine Politik danach einrichtet. Es gibt Leute, die sagen, damit die Bundesrepublik eine effektive Politik im übrigen machen kann, muß man ihr raten, anzuerkennen. Ich halte diese Meinung für grundfalsch und für tödlich gefährlich. Der richtige Kern darin ist der, daß wir im übrigen Politik machten mit der Hoffnung auf irgendein Wunder, das wir verschütten könnten. Auch das entspricht der öffentlichen Meinung. Wir liegen in dieser Frage völlig übereinstimmend mit der öffentlichen Meinung. Jede Meinungsumfrage zeigt uns klar, wie unsere Leute denken. Der höchste Prozentsatz war immer dafür: Seite an Seite mit Amerika, Mitglied der NATO, dann kommt die europäische Sache, aber auch unbefangene Haltung gegen den Osten und Verständigungsbereitschaft, wo eine solche Verständigung möglich ist. Diese Haltung sollten wir beibehalten. Im übrigen habe ich schon oft genug gesagt: Die Phantasie der Geschichte ist reicher als die unsere. – So muß man halt in die Zukunft gehen. Mehr können wir nicht tun. Das wird von unserem Volk verstanden.

Die SPD wird Schlagseiten im Wahlkampf haben. Sie wird nicht mit derselben Unbefangenheit und Klarheit wie wir über diese Dinge aussagen können. Es wird sogar in ihren eigenen Reihen verschiedenartige Aussagen geben. Hier sind wir im Vorteil. Deswegen sollten wir aber auch nicht den Fehler begehen, in Papieren oder Erklärungen den Anschein zu erwecken, als ob die CDU nun Reue und Leid erweckte und zu der alten Politik zurückkehren würde. Diese Politik ist ganz kontinuierlich, auch die Außenpolitik ist kontinuierlich; denn im Grunde genommen war sie schon angelegt, als wir die Regierung übernahmen. Ich darf hier auf die Unbefangenheit nach Osten (siehe Ru-

mänien) verweisen, als ich noch gar nicht Regierungschef war. Meine Fraktion hat es damals nicht für möglich gehalten, mich bei der Einrichtung von diplomatischen Beziehungen mit Rumänien zu unterstützen, d. h. diesen meinen Entschluß zu billigen. In diesem Saal habe ich vergeblich gekämpft. Es ist dann nur dazu gekommen, daß man gesagt hat: Auf deine Verantwortung hin, – mit der Furcht, es gäbe den berühmten Erdrutsch. Bitte, wo ist der Erdrutsch geblieben? Ich hoffe, daß hinterher die Fraktion meine Entscheidung von damals auch sachlich billigt. (*Gradl:* Das war nicht bei Rumänien, sondern bei Jugoslawien!) Richtig! Ich habe mich versprochen. Aber Sie erinnern sich daran, als Frau Brauksiepe sagte: Laßt den Mann doch, der ist doch entschlossen. – Aber sie hat wenigstens hinzugefügt: Auf deine Gefahr hin. – Die Entscheidung war richtig. Sie hat also den Erdrutsch nicht herbeigeführt. Natürlich haben wir das Unsere dazu getan.

Jetzt haben wir mit Indien zu tun. Indien hält sich großartig in dieser Auseinandersetzung, obwohl ganz kompakte Interessen mit im Spiel sind. Indien hat sogar die DDR in der letzten Zeit zurückgepfiffen. Sie werden zur Zeit in der DDR keine große Propaganda mehr finden. Das habe ich mit Indira Gandhi[67] abgesprochen, sozusagen als „Dessert". (*Heiterkeit und Unruhe.*) Wir dürfen nicht in den Verdacht kommen, eine ewiggestrige Partei zu bleiben. Wir dürfen nicht in den Verdacht kommen, nur Illusionen nachzujagen, aber auch nicht, eine Partei zu sein, der gar nichts mehr einfällt, die nichts mehr zu sagen hat, die stillsitzt. Wir müssen immer die Initiative ergreifen, auch in innerdeutschen Verhältnissen. Wer da kommt und sagt: Was ist mit dem Ulbricht und mit diesen Leuten? –, warum nicht, wenn es für uns günstig ist! Wenn es darauf hinausläuft, daß der bei uns im Griff ist und wir nicht in seinem Griff, dann ist es doch in Ordnung. Von einer völkerrechtlichen Anerkennung und einem Verzicht auf die Selbstbestimmung kann natürlich keine Rede sein. Insofern können wir auch ganz zufrieden sein mit dem Text des NATO-Kommuniqués. Also, hier gibt es ein klares Feld für uns, keine Schwierigkeiten. Wenn wir so auftreten, dann ist unsere Position zweifellos besser als die der anderen.

Was ich eben zum Wahlkongreß der SPD gesagt habe, will ich noch ergänzen. Wir müssen von der SPD erwarten, daß sie sagt: Alles Gute, was geschaffen worden ist, ist von der SPD geschaffen worden. – Die Außenpolitik von Herrn Brandt, so sagen sie, hätte uns vor der Isolierung gerettet, und Schiller hat bei jeder Gelegenheit die deutsche Wirtschaft gerettet. Er hat überhaupt alles gemacht. Er hat die deutsche Wirtschaft wieder in Schwung gebracht. Er hat die Stabilität erhalten, und er hat dafür gesorgt, daß die Löhne erhöht werden. Also eine geradezu ideale Kombination eines Wirtschaftsministers! Ich wollte Ihnen nicht vorenthalten, was er wörtlich gesagt hat: „Am 10. März dieses Jahres sagte in einem langen und intensiven Gespräch Papst Paul VI.[68] in Rom zu mir, Sie haben mit der Überwindung der Rezession (*Große Heiterkeit.*) und mit dem

67 Indira Gandhi (1917–1984), indische Politikerin; 1964–1966 Informationsministerin, 1966–1984 Ministerpräsidentin. – Vgl. Nr. 16 Anm. 3.

68 Papst Paul VI. (1897–1978, Giovanni Battista Montini), 1922 Eintritt in das Vatikanische Staatssekretariat, 1954–1963 Erzbischof von Mailand, 1963–1978 Papst. – Vgl. Anm. 63.

neuen Wirtschaftsaufschwung in Deutschland eine bewundernswerte Leistung vollbracht für sich, für andere Völker und Länder. Aber trotzdem sehen wir die große Unruhe besonders in der Jugend überall in der Welt, auch bei Ihnen.

Meine Antwort, die nicht aus meiner protestantischen Erbsünde geboren war, lautet: Die Unruhe gerade in der jungen Generation rührt daher, weil viele überkommene gesellschaftliche Autoritäten und Strukturen unglaubwürdig geworden sind und deshalb radikal die Fragen gestellt werden. Alles ist aber heute eine Frage der Glaubwürdigkeit. So sprachen wir über die ... (*Große Heiterkeit.*) Ich konnte hinzufügen, trotz der hinter uns liegenden sozialen und ökonomischen Krisengefahren ist der industrielle Arbeitsprozeß in Deutschland nicht labil geworden; ja, die Arbeiterschaft ist heute in Deutschland im Kernbereich gesellschaftlicher Stabilität. So weit meine Antwort an den Papst!" (*Erneute Heiterkeit.*)

Er hat eben seinen propagandistischen Stil. Es ist auch die Tatsache, daß er Nachfolger von Ludwig Erhard ist, daß er für die bei den Arbeitern so wichtige Frage der Wirtschaftspolitik eben sehr stark im Vordergrund steht. Eine nicht veröffentlichte Umfrage von Allensbach der letzten Woche: „Wen wünschen Sie als Kanzler, Brandt oder Kiesinger?", hatte folgendes Ergebnis: 55 % Kiesinger, 23 % Brandt. Die zweite Frage: „Wenn aber die Sozialdemokratie die Mehrheit bekäme, wen wünschten Sie als Kanzler, Brandt oder Schiller?" Die Antwort lautet: 40 % Schiller, 29 % Brandt.[69]

Hier sehen Sie, daß in der öffentlichen Meinung, soweit sich diese bei solchen Fragen feststellen läßt, sich eben Schiller durch eine ununterbrochene propagandistische Arbeit einfach durchgesetzt hat nach dem Motto: Frechheit siegt. – Er ist zu Rehwinkel gegangen und hat dem Rehwinkel zu sagen gewagt: Mir, Schiller, verdanken Sie es, daß nicht aufgewertet worden ist. Ich war derjenige, der das durchgesetzt hat. – Die Wahrheit ist, daß er derjenige ist, der am längsten, aus guten und verständlichen Gründen, Widerstand geleistet hat, daß nicht aufgewertet worden ist. Sie werden sich jetzt gewundert haben, daß Schiller bei Rehwinkel ein so großes Lob bekommen hat. Ich bitte Sie, die Ergebnisse, die ich Ihnen eben gesagt habe, aus Gründen unseres eigenen Interesses vertraulich zu behandeln. Wir haben sie nicht veröffentlicht. Wir kennen die anderen, aber diese sind neuesten Datums.

Für mich ist nun die Frage, was kann man tun? Wir können ja nicht zanken und sagen, der Schiller ist gar nicht so tüchtig, aber wir können sagen, wo wir ihm entgegengetreten sind. Er wollte ja weit über das Ziel hinausschießen hinsichtlich der Investitionen und all der Geschichten. Das kann man unter Sachverständigen tun, aber man kann nicht in die Öffentlichkeit gehen und sagen, das stimmt ja alles nicht. Wir müssen halt die Zähne zusammenbeißen und müssen souverän der Öffentlichkeit sagen, es gab wirklich eine Krise im Herbst 1966. Wie sie zustande gekommen ist, wissen wir alle, weil wir alle ein wenig zu munter disponiert haben. Aber wer hat dann bewiesen, daß er die Kraft hat, eine solche Krise zu meistern? Die CDU hat, nachdem mit ihrem bisherigen Koalitionspartner eine Koalition nicht mehr möglich war, weil er nicht mehr fähig

69 Vgl. ACDP 01-226-401. Vgl. auch JAHRBUCH 1968–1973 S. 264.

und willens war, eine Koalition zu machen, eine Koalition mit der SPD gemacht, und in dieser Koalition unter wiederum einem CDU-Bundeskanzler sind diese Dinge gemacht worden. Niemandes Beitrag soll geschmälert werden. Das Volk sieht es auch so. Das zeigt sich aus seinen Äußerungen. Aber schön ist es natürlich nicht; denn manchmal kribbelt es einem in den Fingern, wenn solche Aussagen gemacht werden. Trotzdem würde ich davor warnen, sich in ein solches Gezänk einzulassen. Das kommt beim Volk übel an. Wir müssen uns souverän und selbstsicher zeigen: Das war wiederum eine CDU-Regierung, die das gemacht hat, aber diesmal nicht mit dem gewohnten Koalitionspartner, sondern mit dem anderen. Es ist ihr gelungen, die und die Ergebnisse zu erzielen.

Was den Herrn Schiller im übrigen anlangt, so ist er keineswegs so selbstsicher, wie er tut. Er weiß natürlich, daß seine Zauberformel, Wachstum und Stabilität, einfach ein Roßtäuschertrick ist, wenn er als eine Dauermöglichkeit dem Volke das verspricht. Diese Möglichkeit gibt es nicht. Es gibt höchstens die Möglichkeit, eine gewisse vernünftige Relation zu behalten, es z. B. zu vermeiden, daß unser Volk mit einer fünfprozentigen Steigerung der Inflationsquote lebt. Von daher gibt es gewisse Tendenzen, über die ich jetzt lieber nicht spreche, die mit der Aufwertung zusammenhängen. Er weiß also, jetzt wird er in Schwierigkeiten kommen.

Einige von Ihnen haben den „Spiegel" gelesen.[70] Da steckt es drin, was im Schilde geführt wird. Ich weiß nicht, ob einige Freunde von Herrn Brandt, davon meine ich vor allen Dingen Herrn Egon Bahr, noch etwas anderes im Schilde führen, nämlich Herrn Brandt zuzureden, sich um eine Einladung nach Moskau zu bemühen und in einem guten Zeitpunkt eine Reise nach Moskau zu machen unter dem allgemeinen Titel „Besserung der Beziehungen zur Sowjetunion" oder „Verbesserung der Chancen für die Wiedervereinigung". Dafür kann man einen Zeitpunkt auswählen, der so liegt, daß der Katzenjammer am 28. September noch nicht eingetreten sein wird. Daß ein Katzenjammer kommen wird, ist klar vorauszusagen. Das sind schwierige Dinge, auch deswegen, wie man so etwas behandeln soll. Ich will damit nur sagen, wir dürfen nicht mit einem bequemen Wahlkampf rechnen. Wir sind sehr genau am Überlegen, um was es dabei geht. Ich bin nicht davon überzeugt, daß die Mehrheit der SPD eine Mini-Koalition anstrebt. Ich sage das nicht ohne Grund, auch das muß man wissen. Ich werde im übrigen natürlich nach wie vor eben auszuhalten haben, daß man sagt, wenn ich z. B. entscheide, daß der Atomsperrvertrag jetzt nicht unterzeichnet wird, der kann nicht den Schlüssel finden. Das ist eine Entscheidung, aber in der Öffentlichkeit wird sie natürlich so dargestellt werden, von der FDP zuerst, und die SPD wird ganz bestimmt nichts dazu tun, um den Eindruck abzumildern. Diese unangenehme Aufgabe negativer Entscheidungen ist nicht schön, aber ich hoffe, daß sie im Kreis meiner eigenen Freunde richtig gesehen und verstanden wird.

Im übrigen bin ich durchaus optimistisch über die weitere Entwicklung, wenn nicht ganz unerwartete Dinge geschehen. Es sind auch eine ganze Menge günstiger Elemente

70 Vgl. „Spiegel" vom 14. April 1969 „Mit Schiller in den Wahlkampf".

für die Wahlen da, abgesehen von der persönlichen Konfrontation, die natürlich eine bedeutende Rolle spielen wird. Wir haben diesmal den höchsten Prozentsatz an über Sechzigjährigen, der jemals bei einer Bundestagswahl vorhanden war. Diese Gruppen sind wesentlich stärker für die CDU als für die SPD, was aber nicht bedeutet, daß wir bei den jungen Wählern ganz so schlecht stehen. Es wechselt mal so und mal so.

Heck: Ich kann es genau sagen. Bis 25 Jahre sind wir sogar noch vor der SPD. Ab 25 bis 30 Jahren ist die SPD leicht vor uns. Von 30 bis 45 Jahren ist sie deutlich vor uns. Ab 45 Jahren ist es wieder umgekehrt. Das ist etwas Neues. Früher hat die SPD die Wähler bis zum 55. Lebensjahr bei sich gehabt. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kiesinger: Wir nehmen alle diese Ergebnisse cum grano salis, wir kennen die demoskopischen Zahlen, aber wir wissen, daß eine ganze Menge Substanz drinsteckt. Ich sage das deswegen, meine Damen und Herren, weil ich gerne möchte, daß wir optimistisch in diese Auseinandersetzungen hineingehen. Optimistisch hineingehen heißt auch: mit großer Ruhe und Überlegenheit und sich nicht provozieren lassen. Wir machen unsere Arbeit, wir werden den Beitrag der einzelnen Kabinettsmitglieder entsprechend würdigen. Das, was z. B. der Kollege Stoltenberg geleistet hat, ist sehr viel schwerer der öffentlichen Meinung, dem einfachen Manne, darzustellen, aber es kann dargestellt werden. Wir müssen eine Gelegenheit suchen, daß so etwas auch einmal wirklich geschieht; ebenso auch bei anderen.

Wir werden sicher auch in diesem Sommer auf dem Gebiete der Verteidigung noch einiges tun müssen. Da wäre es ganz gut, wenn die Rolle des Verteidigungsministers etwas stärker hervorträte. Es hat mir leid getan, Herr Kollege Schröder, daß die Teilnehmer bei der NATO-Ratstagung eigentlich alle Abstinenz geübt haben. (*Schröder:* Das ist traditionell! Wir werden aber eine Tagung Ende Mai haben.[71]) Schön, dann können Sie also zum Zuge kommen.

Gesetzgebungsarbeit für den Rest der Legislaturperiode

Nun haben unsere beiden „Fraktionsfürsten" miteinander einen Riesenkatalog von Gesetzgebungsarbeiten, die noch zu erledigen sind, besprochen. Für mich ist entscheidend das Problem der Finanzverfassung. Die anderen Dinge sind auch wichtig, aber das ist absolut entscheidend. Ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, wenn die CDU hier nicht zuwege bringt, daß das verabschiedet wird, stelle ich eine ganz ernste Frage an meine Partei; denn wenn die Finanzverfassungsreform nicht verabschiedet wird, dann ist das allgemeine Argument: Aha, hier ist der letzte Beweis dafür, daß wir nichts zuwege bringen. – Wir haben noch einmal diesen Gang zum Vermittlungsausschuß angetreten, aber es muß jetzt zu einem Ergebnis kommen! Ich verlange das! Ohne dies gehe ich nicht für die CDU in den Wahlkampf! Das sage ich ganz deutlich.

71 Der NATO-Ausschuß für Verteidigungsplanung tagte am 28. Mai in Brüssel, die Nukleare Planungsgruppe am 29./30. Mai 1969 in London. Vgl. AdG 1969 S. 14709f.; AAPD 1969 Nr. 182, 183.

Ich habe heute nachmittag die Mitglieder, soweit ich sie zu erreichen vermochte, des Vermittlungsausschusses zu mir geladen – den Vorsitzenden habe ich ausgespart; ich habe selbst als Vorsitzender nie an solchen Besprechungen teilgenommen –, um zu sehen, wie wir zurechtkommen.[72] Die Schwierigkeit ist ja eher ein Streit zwischen den reichen und den armen Ländern als ein Streit zwischen dem Bundestag und dem Bundesrat. Aber ich hoffe, daß der Vorstand meiner Partei mich darin unterstützt, daß er sich klar darüber ist, in welcher Situation wir sind. Eventuell muß man halt einen Kompromiß in Kauf nehmen. Ein Kompromiß gefällt keinem der beiden Teile, die den Kompromiß schließen müssen, oder aber wir haben in einem entscheidenden Punkt versagt. Das wird man der CDU vorwerfen; denn die SPD war ja bereit, den Kompromißvorschlag anzunehmen. In allen anderen Fragen – na schön! Ich hoffe, daß wir mit der Lohnfortzahlung und mit dem Rentenversicherungsänderungsgesetz hinkommen. Es gibt noch eine Reihe wichtiger Gesetze, von denen ich hoffe, daß sie zu Rande kommen. Es ist auch ganz schön, wenn der allgemeine Teil des Strafrechts verabschiedet wird.

Jetzt kommen zur Verabschiedung die nächsten drei großen Entscheidungen. Das sind die Verjährung, der Atomsperrvertrag und die Frage des Verbots radikaler Parteien. Ich habe mich dahin entschieden, bei der Verjährung eine differenzierte Lösung vorzusehen, d. h. also keine Verjährung für Mord ganz allgemein, etwa auf der Grundlage der Jaegerschen Vorschläge[73], die Ihnen bekannt sind, eine Lösung über Amnestie oder eine ähnliche Form, die besagt, bei Straftaten, bei denen nicht mehr als soundso viel Strafe zu erwarten ist. Das ist eine Lösung – das ist mir sehr interessant gewesen –, die von den an der Verjährungsfrage am stärksten mitinteressierten Kräften in der Welt akzeptiert wird. Ich hatte hier eine Reihe von Abgeordneten aus Israel, die sagten, eine solche Lösung würde verstanden werden. Kollege Lücke, der nicht mehr da ist, war gerade in Israel und hat denselben Eindruck mitgebracht. Auch ein Mann, der Deutschland verdammt, hat sogar geschrieben, er sei mit diesem Vorschlag einverstanden. Daß wir nicht in allen drei Fragen, Atomsperrvertrag, Verbot oder Nicht-Verbot und Verjährung, negativ entscheiden können, darüber ist sich wohl jeder an diesem Tische klar.

Eine Frage ist noch offen, nämlich die Gehilfenfrage aufgrund des Art. 50. Da könnte ein Urteil herauskommen, das ohnehin die Gehilfen herausnimmt. (*Amrehn:* Aber dann behalten wir den Fall Rehse[74] als unbestraft. Das ist der krasseste Fall. Wenn wir den von Gesetzes wegen freistellen, kommen wir doch in eine Schwierigkeit.) Die

72 Vorsitzender des Vermittlungsausschusses war Otto Schmidt. Vgl. „Welt" vom 22. April 1969 „Die finanzschwachen Länder können auf mehr Geld hoffen"; „Welt" vom 21. April 1969 „Letzter Versuch des Kabinetts zur Rettung der Finanzreform".

73 Jaeger hatte vorgeschlagen, die Verjährungsfrist allgemein abzuschaffen und gleichzeitig eine Teilamnestie einzuführen. Vgl. „CSU-Correspondenz" vom 27. Februar 1969; FAZ vom 20. Februar 1969 „Jaeger: Teilamnestie statt Verjährung".

74 Hans-Joachim Rehse (1902–1969) war seit 1941 Richter am Volksgerichtshof, ihm wurde die Mitwirkung an 230 Todesurteilen nachgewiesen. 1967 verurteilte ihn das Berliner Landgericht zu fünf Jahren Zuchthaus, das Urteil aber wurde vom Bundesgerichtshof aufgehoben, da Rechtsbeugung nicht nachweisbar wäre.

wirkliche Frage ist natürlich, wie kommen wir in der ganzen Sache zu Ergebnissen. Frei von den Prozessen werden wir in diesem Jahre nicht. Es sind etwa 12.000 Verfahren im Gange. Das wäre das stärkste Argument dafür, daß man auch mit einer Beibehaltung der Verjährung einfach von den Prozessen nicht loskommt. Niemand nimmt das schwerer als ich selber, weil immer wieder dieses Volk sich selber vor der Welt als das einzige Verbrechervolk darstellt. Daß bei uns die Dinge am schlimmsten waren, darüber kann kein Zweifel sein, aber daß anderswo jetzt Greueltaten genug auch in den zwanzig Jahren nach dem Weltkrieg begangen worden sind, wissen wir alle.

Also, das ist mein Entschluß. Ich will versuchen, das im Kabinett durchzusetzen. Ich habe mit Herrn Barzel gesprochen, und ich hoffe, daß die Fraktion mitgehen und bestehende Bedenken zurückstellen wird.

Nun zum Verbot radikaler Parteien! Es kann nur ein Verbot in Frage kommen oder kein Verbot. Ein Verbot der NPD würde nicht verstanden werden, im Gegenteil, die Leute fühlen sich viel beunruhigter durch das, was von links kommt. Unser Freund Benda ist nun fürchterlich darauf aus, ein solches Verbot zustandezubringen. Das Material, das er vorgelegt hat, hat nach meinem Urteil nicht ausgereicht. Deswegen habe ich ihn gebeten, die Sache prozeßgerecht noch einmal dem Kabinett vorzulegen. Das ist die eine Frage, reicht das Recht aus?

Die politische Frage ist natürlich schwierig. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen: Kein Verbot, weil ich jetzt der Meinung bin, daß ein Verbot jetzt den Leuten helfen würde. Man gibt ihnen das Argument: Im offenen, ehrlichen Kampf der Meinungen wagt man sich nicht, sich mit uns auseinanderzusetzen. Man greift zu diesen Mitteln. Das kann den Leuten nur helfen. Es ist nicht so, daß man sagt, diese Partei ist völlig in Ordnung, aber man muß natürlich vermeiden, wenn man Abstand nimmt von einem Verbotsantrag, daß man nicht gleichzeitig ein politisches Leumundszeugnis ausstellt. Man muß eben so sagen, den Gefallen tun wir ihnen nicht, vor den Wahlen diesen Verbotsantrag zu stellen. Mit denen werden wir auch so fertig. Aber die Frage, ob die sich im Rahmen des Grundgesetzes halten, bleibt auf der Tagesordnung. Wir werden nach der Bundestagswahl sehen, wie es ist. Mir ist geraten worden, es mit einem Trick zu machen. Ich lehne das ab. Der Trick wäre der, den Antrag auf Verbot der KP und des SDS im Kabinett zu stellen. Das würde die SPD sicher ablehnen. Das scheint die Tendenz zu sein. Das ist erstaunlich, aber es ist so, nachdem Herr Heinemann denen sogar Rechtsberater sein kann.

Dr. Heck hat mir gesagt, landauf, landab, wo er sich umgesehen habe, sei die Meinung die, daß ein Verbotsantrag jetzt denen nur helfen könne. Er habe nirgendwo eine andere Meinung gefunden. Der Meinung bin ich auch. Außerdem bin ich der Meinung, ein Verbot der anderen bringt uns in die größte Schwulität. (*Lebhafte Unruhe.*) Den SDS zu verbieten, bedeutet einen Schlag ins Wasser. Es kommt doch ein neuer Widerstand. Deswegen sollen wir das klar so sagen. Wir haben vielleicht einen Fehler gemacht. Das ist mir in Amerika klargeworden. Wir haben selber durch unsere eigene Art der Darstellung der NPD mit ihrer Problematik den Eindruck erweckt, als handele es sich hier um eine Wiederauflebung der nationalsozialistischen Partei. Das ist einfach

nicht wahr. Es sind in dieser Partei natürlich auch Kräfte drin, die so ein bißchen von der alten Ideologie zehren, aber zu einem großen Teil sind es Spießer, Honoratioren, auch Poujadisten[75]; es sind Leute, die unglücklich darüber sind, daß große Teile dieses Volkes ihr nationales Selbstbewußtsein zu verlieren scheinen. Es sind auch solche, die meinen, man könnte mehr tun gegen diese linksradikalen Studenten usw. Gerade wenn man sich in den kleinen Städten umhört, dann kommt man auf diese Leute. Ich will das Wort wiederholen, das einer unserer Freunde im Fraktionsvorstand gesagt hat: Was heißt hier rechts? Rechts von mir gibt's nichts mehr. (*Heiterkeit und Zuruf:* Das war jemand aus Niedersachsen!) Ja, ein Niedersachse! Es war ganz lustig. Er gehört auch zur CDU. Wir haben nun mal einen weiten Bogen bei uns.

Ich wiederhole: Erstens klare Entscheidungen, nur Zwischenbilanz im Atomsperrvertrag, zweitens bei der Verjährung differenzierte Lösung, drittens kein Verbot der links- und rechtsradikalen Parteien, sondern Austragung im politischen Kampf. Die Entscheidung wird, so hoffe ich, am 23. April im Kabinett fallen. – So, meine Damen und Herren, das wäre es!

Scheufelen: Wenn wir davon ausgehen, daß der Herr Schiller sich jetzt die ganze Sache der Wirtschaftspolitik anzieht mit der Wiederbelebung usw., dann ist kein Zweifel, daß der zweite Eventualhaushalt zu einem Zeitpunkt gekommen ist, wo er an sich nicht mehr erwünscht ist. Wir sind in einer schwierigen Situation. Wir müssen in der einen oder anderen Form Stellung nehmen, wie sollen wir den Herrn Schiller davon abhalten, sich noch einige Monate lang weiter berühmt zu machen.

Kiesinger: Ich habe ja auf den „Spiegel" verwiesen. Herr Schiller will jetzt eine Aufwertung, weil er sieht, daß er sein Versprechen hinsichtlich der Stabilität nicht erfüllen kann. Haben Sie gemerkt, daß er in seiner Rede im Bundestag meine Worte lächerlich zu machen versuchte: Solange ich Kanzler dieser Regierung bin, wird es keine Aufwertung geben. – Diesen Satz habe ich sehr bewußt damals so formuliert, auch in Übereinstimmung mit der Bundesbank, die sagte, wenn jetzt dieser Weg gegangen wird, dann muß er konsequent gegangen werden. Nun hat er doch im Bundestag gesagt: Es ist ja gar nicht mehr die Regierung, von der der Kanzler gesprochen hat. Inzwischen haben sich einige Änderungen vollzogen.

Ausgerechnet „Die Zeit" hat vor kurzem einen größeren Artikel darüber gebracht und geschrieben, er sei der Alleinschuldige wegen dieser Äußerung, daß jetzt im Fernsehen das Aufwertungsgerede wieder beginne. Im „Spiegel" steht drin, er wolle etwa im Mai sagen, unsere Anstrengungen seien so großartig gewesen, daß eine unerhörte Wirtschaftsblüte eingesetzt habe, daß man aber nun ein bißchen dämpfen müsse und daß das außenwirtschaftliche Absicherungsgesetz nicht die nötigen Auswirkungen gehabt habe.[76] Nun müsse die Frage der Aufwertung ernstlich erwogen werden. Nun kommt aber bei ihm – genau wie bei Brandt beim Atomsperrvertrag – die Verantwortung des Kanzlers. Da ist nun plötzlich wieder die Verantwortung des Kanzlers gege-

75 Vgl. Nr. 12 Anm. 33.

76 Vgl. „Zeit" vom 28. März 1969 „Die CDU legt Sperrfeuer gegen Schiller". Vgl. auch „Spiegel" vom 24. März 1969 „Mann in Orange".

ben. Lehnt der Kanzler ab, dann reist Herr Schiller im Lande herum und sagt: Ich habe ja zusammen mit der Bundesbank zu einer Aufwertung geraten, aber der Kanzler hat es abgelehnt. Jetzt darf man sich nicht wundern, daß wir eine Anpassungsinflation haben. – In der Tat waren wir uns ja alle klar, daß die Ablehnung einer Aufwertung die Einleitung einer Anpassungsinflation bedeuten würde, wobei wir uns aber ebenso klar waren, daß bei der Begrenztheit der Maßnahmen des außenwirtschaftlichen Absicherungsgesetzes der Zeitpunkt kommt, wo wir uns entscheiden müssen.

Es ist typisch, wie gewisse Wirtschaftszeitungen in Deutschland reagieren. Der „Industriekurier" war damals sehr gegen eine Aufwertung;[77] denn dies sei das kleinere Übel, deswegen müsse man es begrüßen. Heute ist es das schlechteste aller Gesetze; also genau umgekehrt! Aber das geniert die Leute nicht. Sie spekulieren darauf, daß die Leser das vergessen haben, was damals gesagt wurde. Sie alle wissen, daß das eigentliche Motiv der Ablehnung der Aufwertung die Landwirtschaft gewesen ist. Es gab noch einige andere, z. B. die Ablehnung der Theorie von Professor Giersch[78], d. h. einer stufenweise erfolgenden monetären Erfassung. Wir sind uns alle darüber einig, daß, wenn heute eine Aufwertung käme, der Prozentsatz sieben sein müßte; 1 % über 200 Mio. sind präterpropter 7 %, die der Landwirtschaft zu ersetzen wären. In dem Augenblick der Landwirtschaft ein neues Subventionsversprechen zu machen, wo wir das alte haben brechen müssen bei der Ordnung unserer öffentlichen Finanzen, das hätte zu einer katastrophalen Lage nicht nur für die CDU, sondern auch für die deutsche Demokratie geführt. Die Bauern wären in Scharen zur NPD gelaufen.

Ich habe gestern gehört, daß sich die NPD ernsthaft und nicht ohne Aussicht auf Erfolg um Herrn Rehwinkel senior als Kandidaten bemüht, um zu zeigen, wie die Dinge sind. Es wäre unmöglich gewesen, diesen Trend aufzuhalten. Die Hoffnung, die NPD unter die 5 %-Grenze herunterzudrücken, wäre dann endgültig vorbei gewesen.

Wir haben jetzt eine beruhigte Landwirtschaft. Wo immer ich mich umhöre, wird mir das gesagt. Die Bauern sind wieder einigermaßen zufrieden. Ganz zufrieden sind die Bauern nie; das gehört zu ihrem Geschäft. So war die Lage, und so ist sie auch jetzt. Hier werden wir also höllisch aufpassen müssen. Ich bitte Sie um Himmels willen, meine Damen und Herren, das, was ich Ihnen jetzt hier gesagt habe, nicht hinauszutragen. Wenn es zu einer neuen Spekulation über die Deutsche Mark käme, wozu ja Herr Schiller durch seine Andeutungen das Nötige beigetragen hat und weiter beitragen wird, dann wäre es schlimm. Was sollte ihn denn jetzt abhalten, eine Aufwertung zu verlangen? Erstens könnte er damit sein Stabilitätsversprechen einhalten. Zweitens könnte er damit bei den Wahlen der CDU/CSU ganz erheblichen Abbruch tun. Also liegt es doch im Interesse von Schiller und seiner Partei, diese Entscheidung zu erzwingen oder zu erlisten, wie Sie es nennen wollen. Das macht mir riesige Sorgen. Das ist die Situation.

Scheufelen: Welche Sprachregelungen haben wir, um in den nächsten Monaten den Nimbus des Herrn Schiller zu zerreißen?

77 „Industriekurier" vom 28. November 1968 „Ausnahmen sind keine Alternative".

78 In der Vorlage: Gierschein. – Giersch plädierte 1969 für eine Freigabe des DM-Kurses.

Heck: Ich warne davor, den Schiller nicht gelten lassen zu wollen, sondern ich glaube, es ist durchaus richtig zu sagen, Herr Schiller hat sich als Sozialer Marktwirtschaftler erwiesen mit eigenen Akzenten, aber es war ganz gut, daß wir ihn da und dort gebremst haben. Wenn Sie das vorausgesagt haben, können Sie ein paar kritische Anmerkungen machen. Wenn man ihn aber von vornherein kritisch heruntermachte, dann würde man die gegenteilige Reaktion hervorrufen.

Kraske: Herr Scheufelen, die SPD hat uns bis 1963 am meisten geholfen, wenn sie Ludwig Erhard nannte, weil das völlig an der öffentlichen Meinung vorbeiging. Es ist noch nicht ganz so weit, aber ähnlich ist es umgekehrt mit Herrn Schiller.

Kiesinger: Die Leute – so habe ich den Eindruck, wenn ich mit ihnen spreche – sagen, der macht das weiter, was Ludwig Erhard gemacht hat, nur ein bißchen moderner. Der Erhard war ein bißchen altmodisch geworden. Schiller führt nun die Linie modern fort. Eine Zeitlang haben viele Leute gar nicht gewußt, daß er zur SPD gehört. Dafür hat er inzwischen gesorgt.

Mehr können wir also nicht tun. In den breiten Schichten der Bevölkerung ist es auch nicht so, daß sie sagen, das ist der beste Mann der Regierung. Er hat wohl einen Popularitätsprozentsatz, aber letzten Endes wird doch die Arbeit der Regierung und damit dem Bundeskanzler zugerechnet. Aber zerreißen können wir ihn nicht. Er ist ja auch ganz tüchtig.

Hahn: Man kann auch umgekehrt sagen, jemand, der unbeliebt ist bei der eigenen Parteiführung und bei den Parteikreisen, dem kann kein größerer Gefallen getan werden, als von außen angegriffen, und kein größerer Schaden, als nach außen gelobt zu werden. Wenn wir sagen, daß seine Art der Fortführung teilweise so gut wäre, daß sie geradezu Platz zur Aufnahme in die CDU böte, dann ärgern wir ihn weit mehr, als wenn wir ihn angreifen.

Amrehn: Sie werden mich hoffentlich nicht kompromittieren, wenn ich dem hinzufüge, daß er mir zu früherer Zeit mal gesagt hat: Sie gehörten eigentlich in die SPD und ich in die CDU. (*Große Heiterkeit.*)

Kiesinger: Es ist in der Tat eine wichtige Frage. Wir sollten uns gar nicht anmerken lassen, daß es uns ärgert, daß er eine solch hohe Popularitätskurve hat und daß die Leute es ihm danken. Das ist wie früher bei Ludwig Erhard gewesen. Schiller hat das fortgesetzt. Es war auch zu Adenauers Zeiten nicht so, daß alles dem Konto von Ludwig Erhard zugeschrieben wurde, sondern es kam auch Adenauer zugute, daß es uns wirtschaftlich gut ging.

Schwieriger wird es beim Finanzminister, obwohl es gar nicht schlecht zugegangen ist, aber für die Leute ist der Finanzminister ein Steuereintreiber. Es ist schwer, den Zusammenhang da klarzumachen. Trotzdem muß man es versuchen.

Amrehn: Herr Bundeskanzler, können Sie uns noch sagen, in welcher Weise sich im Verhältnis zwischen Paris und Washington etwas geändert hat, oder ob das nur eine Verbesserung des Klimas ist? Zweitens noch eine Frage in diesem Zusammenhang, was steckt noch mehr hinter der kanadischen Entschließung, die Truppen zurückzuziehen,

als ein subjektives Vorgehen von Trudeau?[79] Kann das gefährlich werden? Was bedeutet es überhaupt für den Zusammenhalt der NATO? Oder ist das ein vorübergehender „Verkehrsunfall"? Das ist eine Frage, die ich im Zusammenhang mit dem ersten Teil Ihrer Ausführungen habe. (*Starke Unruhe.*) Dann möchte ich zu dem Teil, der mit „Anerkennung" überschrieben wurde, Herr Bundeskanzler, doch der Sorge Ausdruck geben, daß die SPD auf ihrem Wege dazu, auch in der Führung weiter ist, als Sie glauben, es zu merken. (*Kiesinger:* Wieso?) Sie sagten, Sie glaubten nicht, daß die Führung der SPD die Anerkennung wolle. Sie haben ja gestern auf ihrem Parteitag zur Abstimmung gestellt – das wird heute wahrscheinlich erörtert werden – die neue Formulierung, die die siebte oder achte ist: Wir wollen keine diplomatische Anerkennung, aber wir können die staatliche Existenz nicht leugnen. – In dieser Staatlichkeit der Existenz, Herr Bundeskanzler, liegt aber eben doch, was Sie Anerkennung nennen, zunächst völkerrechtlich, dann staatsrechtlich. Dann bliebe also „staatlich". Das ist eine der typischen Brandt-Formulierungen, mit denen etwas undeutlich bleibt, der aber in seinen Gedanken schon ein Stück weiter ist, als er der Öffentlichkeit preisgibt. Ich bin in der ganz großen Sorge, auch aus dem Verhältnis zwischen Brandt und Schütz, daß diese beiden Herren in ihren Vorstellungen ein Stück weiter sind, als Sie hier noch vermuten. Das möchte ich hier als Sorge ausgesprochen haben.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch eine Bemerkung zu dem machen, daß Sie erklärt haben, die Bundesregierung wird zu der Anfrage der FDP in der nächsten Woche eine Erklärung abgeben, man werde so wie bisher seine Deutschlandpolitik fortsetzen. (*Kiesinger:* Nein, es wird konkret gesagt!) Ich verstehe darunter folgendes, Herr Bundeskanzler: Was Sie mit Ihrem Briefwechsel eingeleitet haben und nun wiederholt wird, daß man in diesem Sinne angreift, daß man „am Ball" bleibt und gesprächsbereit und immer geneigt ist, sich einzulassen auf Erörterungen, die eine größere Erleichterung für die menschlichen Beziehungen bringen, so kann das jeder unterstützen. Ich kann es nur in einem Punkt nicht, Herr Bundeskanzler, das ist das Entgegenkommen an das Zonenregime in der Frage der Zahlungen und der Maßnahmen, soweit sie in Betracht kommen. Man hat in den letzten 1½ Jahren den Kredit bis 700 Mio. ausgeweitet. Man hat die Widerrufsklausel zurückgenommen. Man hat noch nach dem 21. August die 120 Mio. Mineralölsteuerausgleich bezahlt, obwohl uns mit dem Visum jährlich 100 Mio. DM mehr abgeknöpft werden. Wir haben uns in den letzten Jahren dafür eingehandelt das Visum, die neuen Zollbestimmungen und die ersten Sperren wieder seit acht Jahren für Warenlieferungen aus Berlin. Wenn wir diese finanziellen Leistungen erbracht haben, dann geschah es doch eigentlich in der Erwartung, daß man dafür auch ein gewisses Entgegenkommen erzielen würde. Das aber ist nicht eingetreten, sondern insoweit ist das, was wir getan haben, nicht honoriert worden, Herr Bundeskanzler. Das ist meine Meinung.

79 Pierre Elliott Trudeau (1919–2000), kanadischer Politiker; 1968–1979 und 1980–1984 Premierminister. – Trudeau hatte am 3. April 1969 den Entschluß seiner Regierung bekanntgegeben, die NATO-Verpflichtungen Kanadas abzubauen und die in Europa stationierten Truppen abzubauen, vgl. AdG 1969 S. 14584.

In dieser Richtung, würde ich meinen, ist das, was wir erhofft haben, durch Zahlungen geleistet worden. Es ist aber nicht honoriert worden. Diesen Weg fortzusetzen, hielte ich in der Tat für falsch.

Kiesinger: Ich will ganz kurz zu den Fragen etwas sagen. In Kanada gibt es nur einen Mann, der diese Tendenz zur Truppenminderung hat. Er heißt Trudeau. Unglücklicherweise ist er Ministerpräsident. In einem Land in Europa – ich will nicht sagen, in welchem – ist der kanadische Botschafter zur Regierung gelaufen und hat gesagt: Was ist denn los mit euch? Wir haben gedacht, ihr protestiert. Nun ist alles still.

Sämtliche Botschafter in allen Ländern haben sich gegen Trudeau gestellt. Brandt, den ich gebeten hatte, in Kanada vorstellig zu werden, und zwar in der nötigen höflichen Weise, auf die psychologischen und anderen Folgen hinzuweisen, hat volle Zustimmung gefunden. Trudeau war nicht da. Das ist ein höchst merkwürdiger Mann. Ich habe ihn für einen politischen Playboy gehalten, aber bei dem Besuch von Wilson schilderte mir der oberste Beamte dort den Trudeau, wie er aufgetreten sei auf der Commonwealth-Konferenz, nämlich mit sehr großem Respekt. Es ist wahr, er beherrscht die Szene dort und macht, was er will. Er macht mehr Eindruck als die Bundesgenossenschaft des gesamten übrigen Kabinetts, des gesamten diplomatischen Dienstes in Kanada. Man kann aber im Augenblick nichts tun. Man muß abwarten, wie das mit ihm weitergeht.

Berichte von ihm zeigen, die Kanadier haben ein ungutes Gefühl – auch das mal wieder –, von den Amerikanern niedergedrückt zu werden, wirtschaftlich, politisch usw. Es regt sich dort ein Selbständigkeitswille, der recht beachtlich ist, z. B. in der französischen Frage. Die sind gar nicht abgeneigt, den Franzosen in Kanada eine weitgehende Autonomie zu geben; nur sagen sie, das ist unsere Sache. Wenn sich jemand von außen einmischt, dann müssen wir Widerstand leisten. Das ist die Situation. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Dann das Verhältnis USA : Frankreich! Hier gibt es nur eine Klimabesserung, keine Änderung. Diese Meldungen von Theo Sommer in der „Zeit“[80], auch in einer Rede von ihm, werden jedenfalls von den Amerikanern auf das heftigste dementiert – das hört man auch, wenn man unter vier Augen mit ihnen spricht –, es habe keinerlei Abmachungen auf dem Gebiet der nuklearen Zusammenarbeit gegeben. Ich habe auch kurz mit de Gaulle in Amerika gesprochen. Da kam dasselbe heraus. Bei einem Cocktail gab ich dem französischen Botschafter[81] Gelegenheit, mit mir zu sprechen. Auch hier genau dasselbe! Er sagte: Es ist ein anderes Klima da, ohne daß man sagen könnte, daß in wichtigen politischen Fragen eine entscheidende Änderung eingetreten sei.

80 „Zeit“ vom 21. März 1969 „Ein Profi sucht sein Konzept. Nixons Außenpolitik: Kühle Sicherheit, kaum Inhalte“. – Dr. Theo Sommer (geb. 1930), Publizist; 1952–1954 Lokalredakteur bei der „Rems-Zeitung“ in Schwäbisch Gmünd, 1965–1969 Lehrbeauftragter für Internationale Politik an der Universität Hamburg, 1968–1973 stv. Chefredakteur der „Zeit“, 1969/70 Tätigkeit im Bundesministerium der Verteidigung (Aufbau eines Planungsstabes), 1973–1992 Chefredakteur, 1992–2000 Herausgeber der „Zeit“.

81 François Seydoux de Clausonne.

Zur Staatlichkeit der DDR! Das ist auch nach meiner Meinung ein Staat, bloß wird niemand so töricht sein, das zu sagen; es ist ein illegitimer Staat. (*Amrehn:* Der Bundesinnenminister spricht von einem rechtlichen Staat!) Das mag sein. Ich sage, auch nach meiner Meinung ist es ein Staat, aber ein Unrechtsstaat. Aber das ist nicht die Frage. Die unglaubliche politische Torheit, die darin liegt, daß man das proklamiert, ist doch die, daß über diese Feinheit nur die Juristen sich streiten, aber die Leute kapieren das doch nicht. In dem Augenblick, wo wir sagen, das ist ein Staat, denken 90 % derer, die das hören, hinzu, aha, jetzt haben sie anerkannt. Deswegen habe ich dem Brandt immer wieder gesagt, was habt ihr bloß mit uns. Weil das so ist, Herr Amrehn, gebe ich Ihnen zu, es gibt in der SPD Leute, die damit sich weiterraufen wollen zur Anerkennung. Daß das Egon Bahr will, darüber gibt es überhaupt keine Zweifel, und auch, daß es andere Leute wollen. Aber z. B. nicht Helmut Schmidt. Das ist meine Meinung nach vielen Unterhaltungen mit ihm. Auch Wehner will es nicht nach meiner Auffassung. Nach dem, was mir Brandt immer wieder sagt, will er es auch nicht, aber Sie wissen, wie Bahr ist. Vor allen Dingen denkt er auch im Wahljahr parteitaktisch: (*Lebhafte Unruhe.*) Wenn man in der Sache nicht weiterkommen kann, dann kann man vielleicht verbal ein bißchen weiterkommen oder so tun, als gäbe es da einen Fortschritt.

Schmücker: Herr Bundeskanzler, Sie haben die Finanzverfassungsreform angesprochen. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß diese Reform unter allen Umständen verabschiedet werden muß. Zunächst sind erhebliche Abstriche gegenüber der Regierungsvorlage gemacht worden. Nun kann man nicht einfach sagen, wir gehen auf das zurück, was der Vermittlungsausschuß vorgelegt hat. Ich möchte Herrn Filbinger ansprechen. Herr Filbinger, bedenken Sie, wenn Sie einmal die norddeutsche Lage ansehen, wie es bei Ihnen aussähe, wenn Stuttgart eine freie Hansestadt wäre, und wie es entsprechend in München aussähe. Das sind doch unsere Schwierigkeiten in Norddeutschland, daß die beiden zentralen wirtschaftlichen Orte Stadtstaaten sind und damit in der Tat eine sehr ungerechte Aufteilung der Steuern erfolgt.

Vergessen Sie auch nicht, daß die armen Länder – Gott sei es geklagt – im wesentlichen von der CDU regierte Länder sind. Meine Bitte ist also, gehen Sie in den Ländern aufeinander zu, damit wir einen Kompromiß haben, den wir in den von der CDU regierten Ländern vertreten können. Die CDU-Fraktion hat in ihrer Mehrheit uns zugestimmt, nur in der Gewichtung der Verhältnisse sah man es anders. Man sagte, es ist wichtig, die Sache zu verabschieden, und das muß man in Kauf nehmen. Aber in der Sache hat die CDU-Fraktion uns zugestimmt. Auch der Bundesfinanzminister hat ausdrücklich erklärt, daß er in der Sache unserer Meinung ist. Also, noch einmal meine Bitte, gehen Sie aufeinander zu, und finden Sie eine entsprechende Lösung.

Filbinger: Ich bin Ihnen dankbar für das, was Sie sagen, Herr Kollege Schmücker. Ich habe in den zurückliegenden Monaten sehr bedauert, daß wir, die Länder, mit der CDU/CSU-Fraktion nicht ins Gespräch gekommen sind. Ich habe mich mehrfach darum bemüht. Es ist auch einmal auf meinen Vorschlag hin eine Kommission gegründet worden, die zweimal getagt hat. Das waren die drei Ministerpräsidenten und die Vorsitzenden sämtlicher Fraktionen des Bundestages. Wir waren in der ersten Sitzung in der

Annäherung der Standpunkte sehr weit gekommen. Dann hatten sich die beiden Fraktionen geeinigt: Wir wollen jetzt unser Verfahren ablaufen lassen. – Ich habe Verständnis dafür gehabt, aber wir haben dadurch sehr viel Zeit verloren.

Ich habe in der Zwischenzeit mehr und mehr den Eindruck bekommen, daß uns die fehlende Aussprache dahin gebracht hat, unsere Standpunkte gegenseitig bekanntzumachen, um damit die Kompromißbasis zu verdeutlichen, die bereits gefunden ist. Wir haben uns vor fünf Monaten, die starken und die schwachen Länder, schon sehr nahe angenähert. Das war in einer Konferenz in Hannover, die Anfang Dezember stattgefunden hat.[82] Damals hatten die starken Länder angeboten, den Finanzausgleich um 615 Mio. DM zugunsten der schwachen Länder zu intensivieren. Dann haben die schwachen Länder gesagt, quantitativ muß da noch etwas drauf, aber im Grundsatz können wir uns so verständigen.

Dann ist etwas passiert, Herr Kollege Schmücker, was man sehr deutlich nennen muß. Der Beschluß des Bundestages ist gekommen.[83] Der hat allerdings eine schwere Zäsur in diese Verständigungsmöglichkeit geschlagen; denn die Folgen dieses Beschlusses waren sehr einschneidend; so würde z. B. das Land Baden-Württemberg nach diesem Beschluß des Bundestages das finanzschwächste Land werden. Wir sind jetzt mit an der Spitze. Wir würden etwas mehr als 96 % der Steuerkraft dann noch haben. So einschneidend hat dieser Beschluß des Bundestages in seinen Auswirkungen gewirkt, und zwar der Beschluß, der aufgrund des Vorschlages des Bundesfinanzausschusses zustande kam. Ich habe im Februar mit dem Finanzminister Kubel[84] aus Niedersachsen, der sich zum Wortführer der finanzschwachen Länder aufgeworfen hat, über die Dinge gesprochen. Herr Kubel hat mir gesagt: Für uns sind diese Gespräche nicht mehr interessant. Wir haben jetzt einen Beschluß des Bundestages bekommen, der so günstig ist, daß wir etwas Derartiges nie mehr bekommen. Deshalb wollen wir soviel herauszuholen versuchen, wie wir können. – Mittlerweile haben die starken Länder ihr Angebot erhöht bis an die Grenze des noch Tragbaren. Statt 615 Mio. sind es nunmehr 770 Mio., die aus dem Bestand der starken Länder an die schwachen Länder gehen. Das ist die objektive Verbesserung ihres Status der vier schwachen Länder gegenüber dem Jahre 1968.

---

82 Am 19. Dezember 1968 setzte der Bundesrat einen Sonderausschuß für die Finanzreform ein, in dem die elf Ministerpräsidenten bzw. Regierenden Bürgermeister selbst ihre Länder vertraten, vgl. RENZSCH S. 244.

83 Vgl. den mündlichen Bericht des Vermittlungsausschusses zum Finanzreformgesetz vom 21. April 1969 (Drs. V/4105). Der Bundestag stimmte am 23. April 1969 der Finanzreform zu, vgl. Sten.Ber. 5. WP 227. Sitzung, S. 12539–12545.

84 Alfred Kubel (1909–1999), Industriekaufmann; 1924 Internationaler Sozialistischer Kampfbund, 1945 SPD, 1946 Ministerpräsident des Landes Braunschweig, 1947–1978 MdL Niedersachsen, 1946–1951 Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Aufbau und Gesundheit in Niedersachsen, 1951–1955 für Finanzen, 1957–1959 für Wirtschaft und Verkehr, 1959–1965 Minister für Landwirtschaft, 1965–1970 für Finanzen, 1970–1976 Ministerpräsident von Niedersachsen. Vgl. Wolfgang RENZSCH: Alfred Kubel – 30 Jahre Politik für Niedersachsen. Eine politische Biographie. Bonn 1985.

Herr Kollege Schmücker, ich bin von einem überzeugt, daß wir über diese Basis hinaus keine Verständigung kriegen. Ich sage das, nachdem ich mich sehr oft bei den anderen Ländern erkundigt habe, nachdem unendlich viele Verletzungen durchgeführt worden sind, die aus gutem Willen geschehen sind. Jetzt ist es so, der Vorschlag, der dem Vermittlungsausschuß zugrunde liegt, wird bereits die finanzstarken Länder ganz nahe an die Nivellierungsgrenze mit den schwachen Ländern bringen. Darüber hinaus kann man nicht mehr gehen, weil dann die starken Länder die Kraft verlieren, ihre Aufgaben zu erfüllen. Baden-Württemberg hat neun Universitäten. Wenn man jetzt noch weiterginge, müßte das Land erklären, es könne seine Aufgaben nicht mehr erfüllen. Das wäre die Folge. Herr Kollege Schmücker, jetzt besteht doch dieses Anrufungsbegehren der Bundesregierung: Verteilen wir die Körperschaftssteuer gestaffelt nach dem örtlichen Aufkommen, nach der Einwohnerzahl. Das ist der Punkt, um den jetzt geredet wird. Wissen Sie, welches Ergebnis das hat? Nach genau abgesicherten Rechnungen bringt das mehr Geld nur den Bayern; ich glaube, es sind 140 Mio. Den finanzschwachen Ländern bringt es plusminus null. (*Schmücker:* Bei uns macht es 200 Mio. aus.) Sie kriegen insgesamt 245 Mio. mehr, Herr Kollege Schmücker, nach dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses. Wenn der aber abgelehnt wird, dann kann ich sagen, wenn man nicht in toto jetzt in dieser Zeit noch eine dritte Runde im Vermittlungsausschuß macht, dann kriegen wir keine gemeinsame Basis. Sie kriegen weder Nordrhein-Westfalen noch Hamburg noch Hessen auf eine Basis, die weitergeht als das, was im Vermittlungsausschuß erarbeitet worden ist. (*Kiesinger:* Herr Kollege Filbinger, können Sie mir sagen, was Baden-Württemberg nach dem Vorschlag des Vermittlungsausschusses weniger bekommt?) Wir büßen 160 Mio. ein, Niedersachsen bekommt aber 245 Mio. mehr. (*Kiesinger:* Nach der Verteilung der Einwohnerzahl wären es 157 Mio. weniger für Baden-Württemberg.) Da gibt es Diskrepanzen in den Berechnungen. Wir würden, wenn man es nach der Einwohnerzahl verteilt, 32 Mio. minus haben. Wir kämen dann an die 200 Mio.-Grenze heran nach den Berechnungen, die wir auch mit den anderen Ländern abgestimmt haben.

Wenn man nun sagt: Wenn die Bayern jetzt soviel mehr kriegen, so brauchen sie das ja nicht, man kann es an die vier finanzschwachen Länder verteilen, – dann kommt man mit dem Recht in Schwierigkeiten. Wir haben diese Sache genau geprüft. Die Bayern hätten, wenn man diese Variante wählt, einen Rechtsanspruch auf dieses Geld, und es wäre nicht mehr mit der Verfassung konform, wenn man ihnen die Umsatzsteuer usw. wegnähme.

Noch ein Gesichtspunkt, Herr Kollege Schmücker! Was Ihnen noch fehlt, soll Ihnen ja gegeben werden. Wir haben aus diesem Grunde dem Bund eine Investitionsfinanzierungskompetenz gegeben eigens für Niedersachsen und die anderen finanzschwachen Länder. Das war bisher nicht der Fall. Der Bund kann ihrer landwirtschaftlichen und gewerblichen Struktur soviel Geld geben, wie er will. Außerdem gibt es eine Kompromißmöglichkeit: Der Bund kann die bisher gewährten Ergänzungszuweisungen von 200 Mio. weiter gewähren. Damit wäre das, was bei Ihnen noch dazu muß nach Ihrer

Auffassung, gegeben. Es gibt vom Rechnerischen her Möglichkeiten des Ausgleichs. Es gibt kein System, das ideal ist.

Wir waren im übrigen sehr kritisch gegenüber unseren eigenen Ländern, aber wenn wir den guten Willen haben, dann können wir die Sache überwinden, und der Bund kann das Tüpfelchen auf das i geben. (*Kiesinger:* Wie ist das mit dem Zuwachs?) Wir geben dem Bund 15 % der schnellwüchsigen Einkommens- und Körperschaftssteuer. Das macht in vier oder fünf Jahren für den Bund ein Plus von 3,5 Mrd. zu Lasten der Länder aus. Wir geben 15 % der schnellwüchsigen Einkommens- und Körperschaftssteuer dem Bund und kriegen als Ausgleich Umsatzsteuer. Die wächst aber nicht so schnell. Der Verlust an Zuwachssteuern bei den Ländern macht in ein paar Jahren eine Anzahl von Milliarden aus. Die Länder werden schwerstens belastet. Die Ausgaben wachsen viel schneller, als jede Einnahme wachsen kann. Wie wir das noch bewältigen sollen, wenn wir bei der Finanzverfassungsreform schlechter abschneiden, weiß ich nicht.

Schmücker: Herr Bundeskanzler, ich habe nie bezweifelt, daß es möglich ist, einen Ausgleich herzustellen. Sie erzielen doch mit der heutigen Regelung, Herr Kollege Filbinger, den Gewerbesteuereffekt, den die Gemeinden hatten. Es ist bei uns im Norden so, daß in den Städten Bremen und Hamburg nur die Schreibtische stehen, während die Fabriken draußen in der Provinz arbeiten. Das Geld, das in den Zentralen anfällt, ist rein administrativ. Ich will ein Beispiel nennen. Wenn es gelänge, die Nordstahl[85] zuwege zu bringen, dann müßten wir unter allen Umständen verhindern, daß der Sitz dahin kommt, wohin er müßte, nämlich nach Bremen. Wir haben zweitens in Niedersachsen überhaupt keine großen Straßenbauunternehmen. Wir werden ab morgen eines gründen, damit das Geld nicht nach Nordrhein-Westfalen zur Strabag[86] geht.

Mit anderen Worten, Sie erzielen denselben nachteiligen Effekt, wie das die Gewerbesteuer schon getan hat, und Sie bauen neue Grenzen in Deutschland auf, die Einheitlichkeit des Wirtschaftsgebietes wird zerstört, weil der Steueranfall nicht nach der erbrachten Leistung verteilt wird, sondern nach der zufälligen Festlegung des Sitzes. Wenn wir auswiesen, daß wir ein norddeutsches Land gründen, wäre ich einverstanden. Dann haben wir den Ausgleich. Norddeutschland insgesamt hat ungefähr den Bundesdurchschnitt, aber die Länder Schleswig-Holstein und Niedersachsen liegen 20 Punkte darunter. Das ist das Problem. Sie können von uns nicht verlangen, daß wir diese Gesichtspunkte einfach unter den Tisch fallen lassen. Wir brauchen also den notwendigen Ausgleich. Darum bitte ich Sie, kommen Sie uns entgegen. Es muß ein Entgegenkommen geben, das es uns ermöglicht, weiterzuarbeiten.

Kiesinger: Ich schlage vor, daß wir jetzt diese Debatte unterbrechen. Ich habe nachher die Mitglieder des Vermittlungsausschusses bei mir und den Finanzminister. Wir

85 Die Gründung einer Nordstahl AG scheiterte endgültig am 21. März 1969 an Bewertungsfragen derjenigen Unternehmen, die in diesem Konzern aufgehen sollten, vgl. Hans BIRNBAUM: Stahljahre. Unternehmer in unruhiger Zeit. Düsseldorf/Wien 1980 S. 60f.

86 Abkürzung für „Straßenwalzenbetrieb vormals H. Reifenrath Gesellschaft mit beschränkter Haftung", gegründet 1895. Vgl. Manfred POHL: Die Strabag 1923–1998. München 1998.

werden versuchen, dabei zu einem Ergebnis zu kommen. Haben Sie also Verständnis dafür, daß ich nicht zweimal hintereinander diese Debatte führen muß. Die Probleme kennen wir ja. Ich habe gesagt, daß ich nicht ohne ein Ergebnis aus dieser Sache herauskomme.

Kohl: Ich will zu der letzten Sache nichts sagen, aber, Herr Bundeskanzler, wir müssen den Versuch unternehmen, die Finanzverfassungsreform noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Das kann allerdings nur gehen, wenn man sich von beiden Seiten entgegenkommt. Was Schmücker sagte, ist für mich das Hauptargument. Es wird in der Bundesrepublik keine moderne Strukturpolitik geben, wenn die Finanzverfassung der Bundesrepublik die Strukturpolitik nicht ermuntert.

Ich möchte aber jetzt noch einmal das Verhältnis zu den beiden anderen Parteien anschneiden. Ich glaube, hier ist nicht der Platz, um darüber zu debattieren, ob nun der Herr Schiller ein besonders guter Mann ist oder ein weniger guter Mann. Ich habe den Eindruck und will das hier in aller Offenheit sagen, daß in den letzten zwei Jahren dieser Großen Koalition bei uns in der CDU die Leistungen der Kabinettsmitglieder mit verschiedenen Maßstäben gemessen wurden. Man darf sich also nicht wundern, daß das in der Öffentlichkeit auch geschieht. Die Sozialdemokraten haben eine Reihe von ungewöhnlich attraktiven Ressorts. Wenn ein CDU-Minister mit seinem Leber-Plan[87] so gescheitert wäre, wie der Herr Leber gescheitert ist, wäre das Geschrei ohne Zweifel wesentlich größer, als es jetzt der Fall ist. Wenn ich daran denke, welche Geldmittel damals der Herr Seebohm für sein Ressort zur Verfügung hatte und welche Finanzausstattung sein Nachfolger heute hat, dann muß man zugeben, daß in diesem Ressort ein großer Staat zu machen und eine Menge nachzuweisen ist, was in den sechziger Jahren bei Seebohm nicht möglich war.

Wir sollten jetzt nicht – ich bin da völlig Ihrer Meinung, Herr Bundeskanzler – attakkieren, wir sollten aber vom Bundesvorstand aus ermuntern, daß unsere eigenen Leute in ihrer Pressearbeit, in ihrem Auftreten im Fernsehen usw. nicht so zurückhaltend sind. Der Geist der Großen Koalition bedeutet ja auch, daß unsere eigenen Leute sich mit ihren Pressestellen in den Ministerien usw. der Öffentlichkeit darstellen. Hier sollten wir unsere Chancen wahrnehmen und den Leuten auch die entsprechende Unterstützung geben. Was mir nicht gefällt, ist die Tonart, mit der wir in den letzten Tagen angefangen haben, mit der FDP umzugehen. Es ist ganz logisch, daß wir gegen die FDP, insbesondere beim Wahlkampf, wenn sie uns angreift, zurückschlagen, aber ich muß sagen, es sind in einigen Artikeln in den letzten Tagen Äußerungen gefallen, die ich einfach für falsch halte. Erstens halte ich sie nicht für qualifiziert. Das will ich offen sagen. Man kann zur FDP stehen, wie man will, aber man muß doch die Möglichkeit offenlassen, am 29. September mit der FDP reden zu können. Wenn man aber jetzt unter den Gürtel schlägt – wie das geschehen ist –, dann gibt das Komplikationen, die nicht zu übersehen sind.

87 Vgl. Nr. 15 Anm. 3.

Das ist meine Bitte, daß wir uns hier darüber im klaren sind, einen harten Schlagabtausch zu führen, aber einen Schlagabtausch, der es ermöglicht, auch morgen mit beiden Parteien zu sprechen. Optisch sieht es so aus, als sei die FDP bereits von uns als möglicher Koalitionspartner nach der Bundestagswahl abgehängt. Hier steht die Erklärung unseres Bundesparteivorsitzenden in seinen Schlußworten auf dem Berliner Parteitag, daß wir offen nach beiden Seiten sind.

Bei allem Ärger in der Frage der Deutschlandpolitik, den wir mit den Vorstellungen der FDP haben, bin ich der Meinung, Herr Bundeskanzler, daß die Meinung der FDP und die Meinung des Herrn Brandt, nicht nur des Herrn Bahr, für mich nicht so unterschiedlich sind, selbst wenn Herr Brandt in der Kabinettssitzung oder in einem Gespräch mit Ihnen etwas anderes sagt. Ich habe den Eindruck, daß es bei Teilen der SPD-Führung die gleiche Taktik in dieser Frage gibt, die sie auch mit einigem Erfolg in der Frage des Wahlrechts praktiziert haben. Zuerst hat man uns erklärt, man sei dafür, aber der jetzige Parteitag ist ein deutliches Zeichen dafür, daß diese Prognosen nicht zutreffen.

Mir geht es darum, hier im Bundesvorstand deutlich zu machen, daß die CDU nach beiden Seiten hin offen in den Wahlkampf geht. Wir sollten ihn aber nicht so führen, daß am Ende die menschlichen Beziehungen, die ja auch eine wichtige Rolle spielen, dabei Not leiden. Die zwei oder drei Artikel in offiziösen oder offiziellen Organen der CDU[88] – ich weiß nicht, wer sie inspiriert hat und was das Grundanliegen dieser Artikel war – sind in dieser Hinsicht für mich jedenfalls eine nicht erfreuliche Entwicklung.

Gradl: Herr Bundeskanzler, ich wollte zunächst eine Bemerkung machen zu dem Koalitionspapier, von dem Sie gesagt haben, es sei nicht gut.[89] Das Papier wollte die Grundsätze herausstellen. Mehr sollte es nicht sein. Es gibt bei uns in der Fraktion Leute, die immer noch meinen, die alten bewährten Grundsätze werden auch heute noch angewandt. Wenn man in der Fraktion bei diesen Leuten die Gedanken etwas öffnen will für eine moderne Politik mit alten Zielen, dann muß man versuchen, ihnen klarzumachen, daß hier durchaus noch Verbindungen da sind. Das war der Grund dafür, dieses Papier zu machen. Ich wäre Ihnen also dankbar, wenn Sie es nicht nur kritisch ansähen, denn es hat auch seine positiven Seiten.

Etwas zur Budapester Erklärung! Wenn wir hier Zeit hätten, dann müßte man über diese Geschichte gründlich reden. Dann würde sich herausstellen, daß man sehr differenziert urteilen muß über das Papier selbst und über die Zusammenhänge sowie über die Möglichkeiten, die es enthält. Dieses Papier ist voller Widersprüche. Ich bin gar

88 Vgl. DUD Nr. 4 vom 7. Januar 1969 S. 4f. „Demagogie im rationalen Mäntelchen"; DUD Nr. 6. vom 9. Januar 1969 S. 1–3 „Im Maß vergriffen"; DUD Nr. 19 vom 28. Januar 1969 S. 2f. „FDP mißbraucht Steuergelder für Wahlkampfzwecke"; DUD Nr. 40 vom 27. Februar 1969 S. 2f. „Keine Antwort auf drängende Fragen. Zum FDP-Schulkonzept ‚Offene Schule'"; DUD Nr. 59 vom 26. März 1969 S. 3 „Tuchfühlung nach ganz links"; DUD Nr. 68 vom 10. April 1969 S. 3 „Partisanen hinter der Regierungsfront"; DUD Nr. 70 vom 14. April 1969 S. 1f. „Die FDP auf dem Marsch nach links".

89 Vgl. Anm. 22.

nicht geneigt, nun zu sagen, das ist die große Öffnung in eine neues Verhältnis in Europa zwischen Ost und West. Nur meine ich, wären wir schlecht beraten, wenn wir der Budapester Erklärung gegenüber die Haltung einnähmen, es sei nur Propaganda. Die Sozialdemokraten haben genau dieselbe Information, die Sie uns hier gesagt haben, daß es in der Bevölkerung eine Grundstimmung gibt, wie Sie vorhin formuliert haben, sie will eine unbefangene Haltung auch gegen den Osten. Dies muß man in seiner eigenen Sprache deutlich werden lassen. Deswegen, so meine ich, soll man nicht Illusionen erwecken. Natürlich muß geklärt werden, was eigentlich dahinter steckt. Vielleicht steckt nur Böses dahinter und gar keine Aussichten. Das ist möglich. Aber den Leuten draußen muß deutlich gemacht werden, daß wir herauszufinden versuchen, was tatsächlich dahinter steckt.

Nach Ihrer Meinung, Herr Bundeskanzler, ist die DDR ein Staat. Darüber will ich jetzt gar nicht rechten. Man kann wohl alle Argumente finden, um zu beweisen, daß es so ist. Ich bin nicht der Meinung, daß wir in der nächsten Woche mit der SPD bei der Debatte über die Deutschlandpolitik, über die staatsrechtliche Existenz, einen großen Streit führen sollen. Nur muß eines immer deutlich werden, damit wir im Volke in unserer Grundeinstellung verstanden werden. Man muß diesen Staat politisch qualifizieren als das, was er ist. Das muß immer danebenstehen. (*Starke Unruhe.*) Für die Sozialdemokraten in Südhessen ist das sicher ein Ausweg gewesen.

Nun zum Verbotsantrag! Ich hatte gedacht, wir wären uns hier im Vorstand schon einig gewesen, daß die Zeit für einen Verbotsantrag vorbei ist. Wir sollten auch gar keine Zweifel mehr aufkommen lassen. Ich war vor einem Jahr noch anderer Meinung, aber heute denke ich, wenn ein Verbotsantrag käme, würde aufgrund der Sentimentalität der Deutschen nicht viel zu erreichen sein. Das Ganze wird uns vielleicht ein bißchen ärgern, aber das muß man ja manchmal in Kauf nehmen.

Nun haben Sie gesagt, daß Schiller wahrscheinlich versuchen wird, sich als Hüter der Stabilität in den nächsten Wochen und Monaten darzustellen. Wenn er das tut, dann sucht er eine Rolle, von der er mit Recht annimmt, daß sie draußen im Lande sehr gut aufgenommen wird. Der Gedanke, die Aufwertung als das Heilmittel anzupreisen, ist diabolisch geschickt; denn das Wort Aufwertung ist immerhin etwas Positives. Zweitens ist er nicht derjenige, der das durchsetzen muß. Dies ist die Situation, die er zu schaffen sucht und die er sich zunutze macht. Die Frage für uns ist, wie man darauf am besten reagiert. Wir dürfen den Sozialdemokraten nicht den Gefallen tun, davon zu sprechen, als ob wir Ende 1966 in einer Krise waren. Nun weiß ich, was Sie in Ihrer Regierungserklärung gesagt haben. Natürlich ist es richtig, daß wir in einer gewissen Krise waren, aber es war eine andere Krise als die, die Herr Schiller und die Sozialdemokraten heute meinen. Sie meinen, das war eine echte ökonomische Krise. Die war es nicht. Die kommt vielleicht jetzt, aber damals war sie es nicht. Die Arbeitslosenziffer in dieser Zeit war minimal. Im Grunde genommen war es eine Krise des politischen Managements. Es war eine Krise des Versagens der FDP in einer Situation, in der man ihre Zustimmung brauchte, um gewisse Heilungsmaßnahmen durchzuführen. (*Kohl:* Aber es war auch eine Krise der CDU.) Aber wir reden doch, wie wir die Sache nach außen

vertreten. Das Wichtigste hierbei ist, der SPD die Chancen zu nehmen, sich darauf einzurichten, hier sei eine Krise auf ökonomischem und sozialem Gebiet gewesen. Ich wünsche nicht, daß die Sozialdemokraten in die Situation kommen, allein die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik zu haben. Ich möchte einmal sehen, ob diese Partei die Kraft aufbringt, die die CDU (*Kiesinger:* Das sage ich ja!) im Frühjahr 1966 aufgebracht hat, als wir uns hinsetzten und gesagt haben, jetzt muß einmal die Rechnung beglichen werden.

Kiesinger: Alle drei Parteien haben doch mitgemacht; dabei sind wir nicht diejenigen gewesen, die am stärksten gestritten haben. (*Starke Unruhe. – Gradl:* In der Zeit, als wir versucht haben, zu verhindern, daß die Preise und die Löhne davonlaufen ...) Das haben alle drei Parteien mitgemacht! (*Gradl:* Vorher, aber nicht nachher!) Die historische Wahrheit ist, daß alle drei Parteien damals ein neues Sanierungsprogramm aufgestellt haben. Ich habe es mir genau angesehen. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Aber wir wollen uns darüber nicht streiten. Es ist klar, daß eine tiefe Krise da war, nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine Krise, die sich aus vielen Dingen ergab, die sich z. B. ergab aus dem Verhältnis der CDU zur FDP, die sich daraus ergab, daß dem Manne, der als der Hüter der Solidität der deutschen Wirtschaft angesehen war, ein wenig die Zügel aus den Händen glitten. Das war doch der allgemeine Eindruck und auch der Grund dafür, warum die CDU nur noch 30 % und die SPD 50 % bei den Meinungsumfragen hatten.

Daß außerhalb der CDU recht üble Dinge im Gange waren, das ist etwas anderes. Das muß aber alles zusammen gesehen werden. Sie haben natürlich recht, daß man der SPD nicht helfen soll, nun zu sagen: Wenn wir nicht gekommen wären usw., – nein! In jedem Land gibt es solche Situationen. Schauen Sie sich doch einmal um in der Welt. Die einzige Sache ist doch die, wie man diesen Zustand bewältigt. Wer hat ihn denn bewältigt? Die CDU! Sie hat ihren Koalitionspartner ausgewechselt und damit die Sache gemacht. Damit kommen wir doch am besten weiter. (*Starke Unruhe. – Schmücker:* Die Krise war nicht nur ökonomisch. Wenn man es genau untersucht, wird es noch peinlicher.) Also, lassen wir es jetzt. Wir werden es in unserer Propaganda bestimmt nicht tun. Ich habe es auch nie wiederholt. Ich habe gesagt, wenn von einer Krise die Rede war, dann ist sie dadurch entstanden, daß man über die Verhältnisse disponiert hat. Als man das merkte, ging man daran, um sie zu meistern, aber da hat sich die FDP geweigert. Dann haben wir den Koalitionspartner ausgewechselt. (*Starke Unruhe. – Zuruf:* Es ist wirklich ernst, was Brandt vorhat!) Ich bin auf diese Dinge vorbereitet. Ich habe den Schiller nicht verstanden. Strauß und Schiller haben es fertiggebracht, dem deutschen Volke weiszumachen, die Aufwertung sei etwas, was zugunsten des einfachen Mannes ginge. Es war eine Situation, in der das wie ein großer Sieg über den Druck des Auslandes wirkte. Ich habe den Schiller eigentlich nie verstanden. Ich habe mich dafür eingesetzt, daß aus den bekannten Gründen nicht aufgewertet wird. Alle ökonomische wie die volkswirtschaftliche Vernunft hätte Schiller veranlassen sollen aufzuwerten. Warum hat er es nicht getan? Weil die Gewerkschaften einerseits und die Wirtschaft andererseits dagegen waren. Die Wirtschaft hat nämlich gesagt, damit bestehe die Gefahr, daß

unsere Wirtschaft nicht mehr konkurrenzfähig bleibt. Er hat also gegen seine eigene Einsicht gehandelt und aus der Not eine Tugend gemacht und so getan, als ob hier ein großer nationaler Sieg über den Druck des Auslandes erfochten worden sei. (*Lebhafte Unruhe.*)

Hahn: Ich möchte den Punkt anschneiden, wie wir mit den Studentenunruhen und der Hochschulreform fertig werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir mit Sicherheit einem sehr schweren „Donner" entgegengehen, der die Öffentlichkeit vermutlich beunruhigen wird. Die Situation wird also nicht leichter, sondern schwerer sein als im vergangenen Winter. Die SPD ist in der Frage des Verhaltens gegenüber den Studentenrevolten völlig zerstritten und unsicher. Es ist also nötig, daß die CDU eine klare Linie verfolgt und damit das Vertrauen der Bevölkerung gewinnt. Dazu ist erforderlich, daß sich die CDU mit der CSU koordiniert und eine klare Linie verfolgt.

Wir müssen das Ordnungsrecht gegen allen Druck durchhalten. Es ist nötig, daß wir das klar in allen Ländern verfolgen, in denen wir zu bestimmen haben. Zweitens ist es notwendig, daß wir zur gleichen Zeit Reformmaßnahmen durchführen. Baden-Württemberg legt ja in diesem Augenblick einen Hochschul-Gesamtplan in einer neuen Form vor.[90] (*Kiesinger:* Die Frage ist, wer stimmt ihm zu. Die Studenten?) Nein, die stimmen bestimmt nicht zu. Es gilt aber nun, dieses Programm zu verkaufen. Es wäre sehr wünschenswert, daß sich die CDU damit auseinandersetzt. Ein so großer und umfassender Plan ist bisher noch nicht vorgelegt worden. Es wäre doch eine Möglichkeit, daß man sich auf dieses Konzept einigen könnte. (*Anhaltende lebhafte Unruhe.*)

Filbinger: Dieser Hochschul-Gesamtplan bringt als Wichtigstes die Entlastung der Universitäten durch den großen Ansturm der Studenten bis in die achtziger Jahre. Es gibt einen Gesamtzuwachs an Studenten von etwa 40 % bis 1980. Wenn man das alles mit Studienplätzen bewältigen wollte, die an den Universitäten neu geschaffen werden, dann würden wir dafür die Milliarden nicht aufbringen. Der Gedanke des Hochschul-Gesamtplanes ist der, daß man die Universitäten entlastet durch Hereinnahme der Pädagogischen Hochschulen, der Ingenieurschulen und der Fachhochschulen in den Hochschulbereich. Das ist ein sehr glücklicher Gedanke, der sehr viel Geld spart, der auch die Ausbildung der Studenten nicht notwendigerweise in die wissenschaftliche Sphäre ganz generell hineindrückt. Man hat Nachfrage heute nach Ingenieuren, die Absolventen unserer Ingenieurschulen sind. (*Starke Unruhe.*) Ich würde das, was der Kollege Hahn[91] gesagt hat, von mir aus unterstützen, daß man in die Wahlkampfplattform Konzeptionen dieser Art mit aufnimmt. Gerade diese Probleme spielen mit eine Rolle bei den Unruhen an den Hochschulen, aber nicht bei dem revolutionären Kern, denn dem ist es gerade recht, wenn die Universitäten überstopft sind. Die anderen, die sich mit den Anarchisten solidarisieren, tun es häufig aus Unzufriedenheit und Unmut über die

90 Der „Rahmenplan zur Hochschulreform" war am 10. April 1969 vom baden-württembergischen Kultusministerium fertiggestellt worden. Zum Inhalt vgl. den Beitrag von Wilhelm Hahn in DUD Nr. 84 vom 5. Mai 1969 „Konsequente Reformpolitik".

91 Wilhelm Hahn.

tatsächlichen unzulänglichen Verhältnisse an unseren Universitäten. Wenn die CDU hier voranginge, dann wäre vieles gewonnen.

Bezüglich des Ordnungsrechts sind wir auch vorangegangen. Die Tatsache, daß von den elf Ländern neun den Staatsvertrag[92], den wir gemacht haben, unterzeichnet haben, ist sicherlich auch eine Sache, die wir im Wahlkampf nicht gerade kleinschreiben sollten, obwohl wir den Gedanken der Reform zehnmal mehr betonen als den Gedanken des Ordnungsrechts. Ich bin auch der Meinung, daß die Bewältigung der Unruhen an den Universitäten in diesem Sommer der CDU Wesentliches einbringen wird.

Wenn wir deutlich machen, daß wir die Partei sind, die politisch dafür sorgt, daß man diese Dinge Schritt für Schritt in die Hand bekommt, dann wird uns das bei der Wahl helfen. Die Bevölkerung erwartet von der CDU, daß sie nicht nur für Sicherheit und Stabilität sorgt, sondern für die generelle Ordnung überhaupt, und daß die Krisenherde an den Universitäten in den Griff genommen werden.

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich muß nun ein wenig Wasser in den Wein gießen. Das erste ist die Bewältigung der Studentenunruhen. Hier gibt es nur ein entsprechendes Vorgehen gegen alle diejenigen, die das Gesetz brechen. Wir gewinnen nur etwas, wenn diese Reform Zustimmung bei den Studenten und bei den Professoren findet. Aber das findet sie nicht. Hier liegt doch das Problem. Ich habe früher schon gesagt, die Zeit für Hochschulgesetze ist nicht da. Das, was geleistet worden ist in Baden-Württemberg, ist wahrhaftig aller Ehren wert, das ist wirklich eine bedeutende Leistung, aber die Forderung, die immer wieder erhoben wird, zugleich mit dem Ordnungsrecht – damit das nicht einen polizeistaatlichen Eindruck erweckt – die große Reform zu verbinden, ist enorm schwierig. Ich habe mich ja viel mit dieser Frage befaßt. Hier an diesem Tisch sagte mir Herr Leussink[93], der Vorsitzende des Bildungsrates wie der Westdeutschen Rektorenkonferenz, sie würden vielleicht, wenn es gut gehe, am Jahresende mit der Gesamtkonzeption einer nationalen Bildungskommission fertig werden.

Das sind die Institutionen, die damit beauftragt sind, das auszuarbeiten. Nun machen die einzelnen Länder frisch-fröhlich ihre eigenen Hochschulgesetze. Das ist ein höchst problematischer Zustand. Ich habe deswegen gesagt, man sollte an den Hochschulen zunächst die Probleme anpacken, die den Studenten auf den Nägeln brennen, ohne den Ehrgeiz zu haben, nun in jedem einzelnen Hochschulgesetz eines Landes eine perfekte Lösung zu finden. Ich muß sagen, ich bin unglücklich über die Art, wie die Dinge gelaufen sind. Dazu ist noch gekommen, daß wir in unseren Landtagen je nach der Art, wer in der Regierung und wer in der Opposition war, uns so verhalten haben, möglichst

92 Am 27. März 1969 unterzeichneten neun Bundesländer – mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen – einen Staatsvertrag über das universitäre Ordnungsrecht, vgl. FAZ vom 29. März 1969 „Die Ordnung an den Universitäten"; „Süddeutsche Zeitung" vom 29./30. März 1969 „Vertrag über Hochschulordnungsrecht",

93 Dr. Hans Leussink (geb. 1912), Ingenieur; 1954 Ordinarius für Grundbau, Tunnelbau und Baubetrieb an der TH Karlsruhe, 1958–1961 Rektor der TH Karlsruhe, 1960–1962 Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, 1962–1969 Mitglied des Wissenschaftsrats, 1965–1969 Vorsitzender des Wissenschaftsrats, 1969–1972 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft. Vgl. KEMPF/MERZ S. 432–437.

den unruhigen Studenten und auch den Professoren nach dem Munde zu reden. (*Amrehn:* Bei uns nicht!) Nun, Berlin ist eine glückliche Ausnahme. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich frage mich, Herr Professor Hahn, ob diese Bemühungen nicht einfach nur die Rolle eines Feigenblattes für das haben, was wir sonst tun müßten. Ich fühle mich einfach nicht wohl in meiner Haut. Jetzt kommen, wenn ich recht unterrichtet bin, Nordrhein-Westfalen mit einem Hochschulgesetz, Bayern und Baden-Württemberg, Hessen hat schon eins.[94]

Hahn: Das Hochschulgesetz haben wir schon ein Jahr. Hier handelt es sich aber nicht um ein Hochschulgesetz, sondern um einen Organisationsplan, der drei Dinge gleichzeitig lösen soll: Erstens muß das Massenproblem jetzt angepackt werden. Wenn es jetzt nicht angepackt wird, haben wir in wenigen Jahren eine Katastrophe. Wir müssen da etwas tun. Wir können das aber nicht tun, ohne daß wir die Studienreform vorantreiben. Wir gehen hierbei z. T. auf die Wünsche des Mittelbaues ein. Wir hoffen, daß wir den Mittelbau wieder trennen können von den Studenten. Von den Professoren erwarten wir keinen starken Widerstand. Schließlich wollen wir noch der Forschung wieder den Raum zurückgeben, indem wir Massen z. T. abdrängen auf die Fachhochschulen. Das sind wichtige Gesichtspunkte, die weit über das hinausgehen, was der Wissenschaftsrat überhaupt machen kann.

Kiesinger: Das will ich auch nicht kritisieren, Herr Professor Hahn. Was ich kritisiere, ist dieses Nebeneinander und Durcheinander in der Hochschulgesetzgebung. Es bleibt im ganzen dabei, daß dieses Durcheinander der Hochschulgesetzgebung natürlich keinen guten Eindruck macht. (*Lebhafte Unruhe.*)

Streibl: Wir haben den Hochschul-Gesamtplan, wie er hier vorgestellt wird, im Hochschulgesetz mitverarbeitet. Trotzdem bleibt eines bestehen. Wir haben jetzt festgestellt, daß die Professoren zuerst dafür und nachher geschlossen dagegen waren. Die Studenten sind ohnehin geschlossen dagegen. Sie haben sicher recht, es wird ein sehr heißes Eisen werden. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kiesinger: Wir werden mit den Maßnahmen zur Hochschulreform vielleicht sachlich das Notwendigste tun, aber wir werden damit, so scheint es mir, die Stimmung nicht umwandeln, jedenfalls nicht in diesem Jahr.

94 Zum Hochschulgesetz für Baden-Württemberg vgl. Landtag von Baden-Württemberg Beilage IV/5900 vom 12. März 1968 „Hochschulgesetz nach den Beschlüssen Dritter Beratung" S. 10167–10182. – Zu den Vorschlägen für ein Hochschulreformgesetz für Nordrhein-Westfalen vgl. Politische Akademie Eichholz (Hg.): Eichholz-Informationen II/1969 vom 1. April 1969. Kultusminister Fritz Holthoff brachte das Hochschulgesetz am 23. April 1969 unter Protesten der Studenten in den Landtag ein. – Zu den Vorschlägen für ein hessisches Hochschulreformgesetz vgl. „Frankfurter Rundschau" vom 27. März 1969. – Der bayerische Ministerrat hatte am 18. März 1969 den Entwurf für ein Hochschulgesetz verabschiedet, das am 25. März 1969 dem Landtag von Kultusminister Ludwig Huber zugeleitet wurde und dort am 3. Juni 1969 in erster Lesung behandelt wurde. Vgl. „Frankfurter Rundschau" vom 25. März 1969 „Keine Drittel-Parität in Bayern"; „Süddeutsche Zeitung" vom 4. Juni 1969 „Hochschulgesetz im Landtag".

Nun naht langsam für mich der zweite Teil des Nachmittags. Sind noch Wortmeldungen da? (*Heck:* Zu dem Punkt nicht mehr.) Wir haben auf der Tagesordnung noch den Gesetzgebungsplan.

Heck: Dazu haben wir den Fraktionsvorsitzenden gebeten, hier zu berichten. Er konnte in die heutige Sitzung nicht kommen. Er hat aber zugesagt, daß er einen seiner Stellvertreter beauftragen werde, und zwar den Kollegen Blank. Aber der Kollege Blank ist entschuldigt. Für ihn ist Ersatz nicht hier, so daß der Bericht nicht erstattet werden kann. Ich bin nicht darüber informiert und orientiert, was zwischen Herrn Barzel und Herrn Schmidt besprochen worden ist. Infolgedessen hat es keinen großen Sinn, darüber zu diskutieren.

Zwei wichtige Probleme sind besprochen worden: erstens die Finanzverfassungsreform, zweitens die Verjährung. (*Kiesinger:* Die Verjährung ist keine Sache der Fraktion, sondern der Regierung.) Der nächste Punkt ist die Lohnfortzahlung. Ich empfehle deswegen, daß wir es dabei belassen. (*Starke Unruhe.*) Es hat keinen großen Sinn.

Kiesinger: Ich mache folgenden Vorschlag: Wir werden uns in absehbarer Zeit wiedersehen. Herr Barzel hat mir in einem ausführlichen Schreiben die Punkte mitgeteilt, die besprochen worden sind, worüber man sich geeinigt hat und worüber nicht. Ich würde jetzt, wenn ich das darstellen wollte, noch mindestens eine Stunde dafür brauchen. Diese Zeit haben wir einfach nicht mehr zur Verfügung. Ich schlage deshalb vor, daß wir dieses Thema auf der nächsten Bundesvorstandssitzung behandeln. Das ist ein dickes Dokument, zu dem eine ganze Menge zu sagen ist. Es geht also um die Dinge, die im Schoße des Bundestages liegen, nicht um das, was die Regierung zu beschließen hat, sondern um das, was im Bundestag noch zu behandeln ist. Mein Gesamteindruck ist der, guter Wille ist auf beiden Seiten. Das ist sehr erfreulich. Es ist eine gute Atmosphäre. Ich glaube aber, daß man ziemliche Abstriche davon machen muß. (*Starke Unruhe.*)

Stoltenberg: Herr Heck, könnten wir jetzt – oder in der nächsten Sitzung – vielleicht noch etwas hören über Wahlkongresse? (*Kohl:* Das ist der nächste Punkt der Tagesordnung.) Entschuldigung!

Vorbereitung des Bundestagswahlkampfs

Heck: Meine Damen und Herren! Ich darf einen kurzen Überblick über die Wahlsituation geben. Die letzten vier Wahlen waren dadurch charakterisiert, daß wir Regierungspartei und die SPD Oppositionspartei gewesen sind. Bis 1959 hatten wir ohnedies eine Situation, wo es nahezu auf keinem wichtigen Feld der deutschen Politik eine gemeinsame Basis zwischen uns und der SPD gegeben hat. Die Fronten waren hier absolut klar. Aber von 1959 bis 1966 hat sich die SPD mit Erfolg im Bewußtsein der Öffentlichkeit darum bemüht, sich programmatisch so an die CDU anzulehnen, daß sie in der Tat nur schwer unterscheidbar ist. Ich glaube, daß sie realiter mit ihrer Annäherung lange nicht so weit gegangen ist, als dies propagandistisch und taktisch nach den Auffassungen der Herren der Fall war.

Die Bundestagswahl, die wir vor uns haben, steht ganz eindeutig unter dem Vorzeichen der Entscheidung vom Dezember 1966, nämlich die SPD geht als Regierungspartei in den Wahlkampf. Das ist von Schmidt auf dem Parteitag ganz klar gesagt worden. Es ist deswegen von der Seite her unausweichlich gegeben, ob das nun jemand gerne hat oder nicht, daß das ein Wahlkampf zwischen uns und den Sozialdemokraten wird. Die Sozialdemokraten erheben den Führungsanspruch auf die deutsche Politik. Wir auch. Infolgedessen ist es ganz klar, daß es ein Wahlkampf zwischen uns und den Sozialdemokraten gibt. Wenn die Freien Demokraten erklären, die Hauptstoßrichtung dieses Wahlkampfs gelte der CDU, dann kann das natürlich nicht heißen, daß wir nun diesen Ball aufnehmen und uns in der Hauptsache mit der FDP herumschlagen. Das wäre ausgesprochen töricht.

Auf der anderen Seite darf man nicht verkennen, daß die potentiellen labilen Wähler der SPD nicht in erster Linie von uns erobert werden können; d. h. nicht, daß wir nicht auch Wähler von ihnen gewinnen können; aber im großen und ganzen wird es so sein, daß diejenigen, die über die radikalen Flügel unzufrieden sind in der SPD, labil und disponibel sind für eine Wahlentscheidung in der Richtung der neuen deutschen Linken, der Deutschen Kommunistischen Partei, und daß andere radikale Wähler wie bisher in den Landtagswahlen von der SPD auch zur NPD abgehen können und daß die linksliberalen Wähler mehr von der neuen FDP angezogen werden wie etwa von uns. Ich sage das deswegen, damit ich nicht mißverstanden werde, wenn ich erkläre, wir müssen zwangsläufig einen Wahlkampf führen, der zwischen der SPD und uns ausgemacht wird. Die Wähler, die wir erobern können, sind viel mehr im Bereich der Freien Demokraten, gerade durch das Verhalten der FDP bei der Wahl des Bundespräsidenten in Berlin, frei geworden. Ich glaube auch, daß wir einen beträchtlichen Teil der potentiellen NPD-Wähler für uns gewinnen können. Ich bin der festen Überzeugung, daß die NPD-Leute nicht mehr entfernt die Chance bei der Bundestagswahl haben, die sie bei den letzten Landtagswahlen realisieren konnten, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir eine ganz andere Situation haben.

Wir haben im bäuerlichen Bereich im Gegensatz zu der Zeit, in der die Landtagswahlen stattgefunden haben, ausgesprochen beruhigte, ich will nicht sagen zufriedene, Verhältnisse. Wir haben wirtschaftlich eine Lage, mit der die Bevölkerung zufrieden ist, wie in den besten Zeiten Ludwig Erhards, so daß für Poujadismus im wesentlichen kein Klima gegeben ist, wenigstens lange nicht mehr in dem Umfange wie bei den Landtagswahlen. Da gibt es keinen Zweifel. Wir haben den 21. August gehabt, der den Leuten wieder ins Bewußtsein gebracht hat, daß wir nicht in einer Lage sind, in der man Politik so machen kann, daß man mit der deutschen Faust einfach auf den Tisch schlägt. Die Situation ist also erheblich anders. Ich bin davon überzeugt, daß wir eine Chance haben, die NPD unter 5 % zu drücken. Wir müssen, wie ich meine, alles tun, die NPD so klein wie möglich und wenn irgend angängig, unter die 5 %-Grenze zu bringen.

Zur Politik der Großen Koalition ist zu sagen, sie ist der Sache nach eine organische Fortsetzung der Politik der vorausgegangenen Regierungen, aber sie erscheint im öffentlichen Bewußtsein – und wird auch von der Presse, von Rundfunk und Fernsehen

teilweise so behandelt –, als ob vor allen Dingen die Wirtschaftspolitik, die Ostpolitik und die Deutschlandpolitik von den Sozialdemokraten initiativ gestaltet worden sei. Das ist objektiv für die Deutschlandpolitik geringfügig der Fall. Für die Ostpolitik gilt es nicht; für die Wirtschaftspolitik nur geringfügig.

Das SPD-Konzept, so wie es sich bis jetzt darstellt, ist ja auch etwas, was wir vor Augen haben müssen. Die Sozialdemokraten arbeiten an der Bildung zweier Legenden. Die eine Legende ist die, die Bundesrepublik habe 1966 am Rande des Abgrundes gestanden. Die Sozialdemokratische Partei habe mit ihrem 8-Punkte-Programm[95] das eigentliche Rezept in der Tasche gehabt, wie man den deutschen Wagen auf seiner rasenden Fahrt in den Abgrund abfangen könnte. Die zweite Legende, die genauso systematisch verfolgt wird, ist die, dem Volke klarzumachen, daß die Erfolge der Großen Koalition im Grunde genommen die Erfolge der SPD seien. Die Sozialdemokraten haben natürlich genau wie wir festgestellt, daß die Wählerschaft die Große Koalition als solche und ihre Arbeit mit sehr viel mehr Sympathien verfolgt als eben die Mitgliedschaft. Das ist etwas, was ich mit Nachdruck speziell für die CDU immer wieder unterstreichen muß. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, daß an die 60 % der CDU-Wähler über die Große Koalition so positiv denken, daß sie ihre Fortführung nach 1969 ausdrücklich wünschen. Das sieht in der Partei völlig anders aus, und zwar schon bei den Mitgliedern, und je höher man in der Repräsentanz geht, desto kritischer steht man der Fortsetzung einer Großen Koalition gegenüber. Ich sage das deswegen, weil es ausgesprochen töricht wäre, wenn wir die Große Koalition als solche, d. h. die Große Koalition der 2½ Jahre und ihre Arbeit, mit Fragezeichen versehen würden, weil man vielleicht da und dort die Tendenz hat, um Himmels willen, wir dürfen die Große Koalition jetzt nicht so viel gelten lassen, sonst entwickelt sich die öffentliche Meinung so, daß man hier nicht mehr handlungsfrei ist.

Wir müssen also zur Kenntnis nehmen, daß die Große Koalition und ihre Arbeit sehr viel Sympathien genießt, aber wir werden natürlich dieser Legendenbildung der SPD nicht in der Weise entgegentreten, daß wir uns von der SPD nun das Konzept aufzwingen lassen und uns nun in die Apologie flüchten, indem wir uns verteidigen. Das wird man so in einem Nebenthema abhandeln müssen, wie die Dinge tatsächlich sind. Ich habe vor, nachher in einem Fernsehinterview zu sagen, daß sich die Sozialdemokraten der Tatsache verweigert haben im Dezember 1966, die Führung der deutschen Politik zu übernehmen. Sie ist ihnen nämlich von den Freien Demokraten angeboten worden. Das muß man, glaube ich, der deutschen Öffentlichkeit sehr deutlich ins Bewußtsein bringen. (*Kiesinger:* Ich würde mir das noch einmal überlegen, Herr Heck, ob Sie das im Fernsehen sagen wollen. Das ist eine sehr gefährliche Sache. Das ist eine Aufforderung, das nächste Mal es zu machen.) Ich sage, die Sozialdemokraten haben nicht den Mut gehabt. (*Kiesinger:* Ja, das ist eine Aufforderung an sie, das nächste Mal diesen Mut aufzubringen. – *Schröder:* Historisch ist es richtig, aber ich würde es nicht sagen. – *Kiesinger:* Vorsicht! Vorsicht! – *Lebhafte Unruhe.*) Ich bin nicht ganz Ihrer Meinung.

95 Vgl. Nr. 9 Anm. 17.

Ich meine also, die Auseinandersetzung mit den Legenden der SPD dürfen bei uns nicht das Hauptthema werden, sondern müssen das Nebenthema bleiben. Das Hauptthema des Wahlkampfs muß sein: Wir müssen die wesentlichen Alternativen der Wahlentscheidung sichtbar machen. Die Sozialdemokraten versuchen, es so darzustellen, daß sie im Grunde genommen keine andere Politik machen, sondern sie wollen es nur besser machen. Es ist aber in der Tat so – das wird z. B. bei dem Thema der Mitbestimmung glasklar deutlich –, daß hier völlig andere Auffassungen vom Grundsätzlichen her gegeben sind. Dieses Deutlichmachen der Alternative in der Wahlentscheidung hat eine personelle Seite und eine sachliche Seite. Es ist in allen Meinungsumfragen so eindeutig klar, daß das die entscheidende Strecke der SPD im Wahlkampf sein wird. Die Frage, wer ist der bessere Bundeskanzler, Kiesinger oder Brandt, hatte folgendes Ergebnis: Kiesinger 55 %, Brandt 23 %.

Man darf nicht übersehen, daß bei denen, die sich für Brandt aussprechen, fast die Hälfte der SPD-Anhänger fehlen. An die 40 % derer, die für die SPD votieren, halten Brandt für den schlechteren Bundeskanzler. Das ist eine Sache, die sehr wichtig ist. Das gleiche gilt auch für die FDP. Dort sind es 60 %, die für Kiesinger votieren. Der Sache nach wird die Alternative in unserer Wahlkampfplattform zum Ausdruck kommen müssen. Die Wahlkampfplattform muß auf alle Fälle vermeiden, was wir alle als primitiv und fast peinlich in der Wahlkampfplattform der SPD empfinden, daß sie von Anfang bis zum Schluß alles aufzählen, wovon sie glauben, daß es gefällt, und daß sie sich alles selber in die Schuhe schieben.

Zur personellen Alternative möchte ich noch eines sagen. Das werden Sie aus den Unterlagen, die ich habe verteilen lassen, ersehen. Daraus geht eindeutig hervor, daß die SPD heute in den Augen der Mehrheit der Wähler die Partei ist, die die besseren Fachleute hat. Das ist primär eine Sache, die sich an der Wertung von Schiller orientiert, während die CDU nach wie vor die Partei ist, der die Mehrheit die besseren Politiker zuspricht. Das muß man bei der Wahlkampagne berücksichtigen.

Nun zur Wahlkampfplattform! Man muß im Grunde genommen drei Dinge berücksichtigen, und zwar folgende: Die Tatsache, daß das Volk Frieden will und daß es ausgesprochene Angst im Volke gibt, der Friede könne ernsthaft gefährdet werden. Das Thema Friede ist nicht nur ein außenpolitisches Thema, es muß auch als innenpolitisches Thema behandelt werden. Das Volk ist gegenüber diesem Radikalismus an den Universitäten an sich doch sehr besorgt. Die Besorgnis ist im Grunde genommen die Ursache, warum das Volk so scharf reagiert, das am liebsten hätte, wenn man die Unruhestifter fortlaufend verdreschen würde.

Für uns ist besonders wichtig, daß wir eine Wahlkampfplattform vorweisen müssen, die zeigt, daß wir nicht nur eine Partei sind, der man vertrauen kann, sondern auch eine Partei, die Sicherheit gewährleistet im Blick auf eine Zukunft, im Blick auf das Morgen, das gestaltet werden muß. Man verdächtigt uns leicht, daß wir zwar zuverlässige Leute seien, aber im Grunde mit dem Fortschritt und mit den neuen Fragen und den neuen Problemen nichts besonderes im Sinne hätten. Das muß also in der Wahlkampfplattform seinen Ausdruck finden.

Ich glaube, ich kann hier darauf verzichten, im einzelnen anzusprechen, was in dieser Wahlkampfplattform behandelt wird, weil sich Präsidium und Vorstand zu gegebener Zeit mit der Wahlkampfplattform ausführlich befassen müssen. Wir müssen uns auf die Tatsache – die völlig neu sein wird – einstellen, daß das der erste Wahlkampf ist, der systematisch und hart geführt werden wird. Die Frage, wie wir mit der NPD fertig werden, wird bei den Wahlen kräftig davon beeinflußt, wie wir während der Kampagne bei unseren Kundgebungen und Versammlungen mit den Störversuchen der radikalen Gruppen – das wären in erster Linie die APO und nach den Erfahrungen von Ludwigshafen allerdings auch die neue Linke und die DKP – fertig werden. Wir werden von vornherein unter diesem Gesichtspunkt die Kundgebungen und Versammlungen anders anlegen müssen, als wir das in der Vergangenheit gemacht haben. Wir können beispielsweise keine Großkundgebungen im Freien machen, bei denen man keine Möglichkeit hat, sie auch nur einigermaßen unter Kontrolle zu halten. (*Kohl:* Das muß individuell entschieden werden.) Man kann das in Großstädten im allgemeinen nicht machen, man kann es in den Städten durchaus machen, wo sich die Leute gegenseitig kennen, wo also ein Deckmantel der Anonymität nicht zur Verfügung steht.

Dabei ist noch an einiges mehr zu denken. Wir müssen systematisch den Ordnungsdienst und unseren eigenen Ordnungsdienst organisieren. Wir müssen dafür sorgen, daß wir Versammlungsleiter haben, die in der Lage sind, eine Versammlung in der Hand zu behalten und zu gegebener Zeit in der richtigen Weise den Ordnungsdienst einzusetzen. Das ist ein ganz wesentlicher Teil dieser Kampagne.

Meine Damen und Herren! Wir sollten eines nicht vergessen. Wir hatten in der Vergangenheit bei sämtlichen Wahlkämpfen der SPD immer eines voraus; wir haben in der direkten Ansprache, d. h. in Versammlungen und Kundgebungen, immer doppelt soviel Menschen angesprochen als die SPD. Es ist sicher so, daß das Fernsehen deswegen eine außergewöhnliche Wirkung hat, weil es bestmöglichen Ersatz für den direkten Kontakt mit den politischen Repräsentanten gibt. Ich bin also nach wie vor der Meinung, daß auch bei dieser Wahlkampagne neben den traditionellen Mitteln des Wahlkampfs, wie Sichtwerbung, Plakate usw. unser Ziel sein muß, soviel Menschen wie möglich direkt anzusprechen.

Das ist das, was aus der Analyse zum Wahlkampf zu sagen ist. Ich möchte nun Herrn Kraske bitten, das kurz zu ergänzen durch einen Bericht über den konkreten Stand der technischen Wahlkampfvorbereitungen.

Wir haben dann noch eine Sache vorbereitet, über die der Bundesvorstand Beschluß fassen sollte, nämlich über den Rednereinsatz. Das kann man vielleicht am Ende des Vortrages machen.

Kraske: Ich darf Sie nun doch entgegen der Ankündigung bitten, Ihre Mappe zu nehmen. Ich möchte mit den beiden Punkten beginnen, zu denen Beschlüsse gefaßt werden müssen. Das erste knüpft an das an, was Herr Dr. Heck zum Schluß gesagt hat. Das ist die Bedeutung des Rednereinsatzes. Die Aufgabe einer wirklich durchschlagenden Kampagne wird bei diesem Wahlkampf schwieriger sein als bei jedem früheren Wahlkampf, und zwar aus drei Gründen. Der erste Grund: Die Konkurrenz des Fernsehens,

auch in der Politik, ist größer als je zuvor, weil das Fernsehen heute eine noch größere Verbreitung als 1965 hat und noch mehr Menschen glauben, daß ihnen die Politik ins Wohnzimmer komme und sie nicht in Versammlungen zu gehen brauchten. Es muß ihnen also etwas geboten werden.

Die Zahl unserer einsatzfähigen Mannschaft, die sich bei allen rhetorischen Qualitäten natürlich doch weitgehend nach Titel und Stellung richtet – es kann ein normaler Abgeordneter ein noch so großer Redner sein, in der Regel ist für eine Massenversammlung der Bundesminister, der Ministerpräsident, der Bundestagspräsident eben zugkräftiger –, hat sich wesentlich verringert durch die Änderung in der Ressortverteilung der Bundesregierung.

Der dritte Punkt: Wir haben schon im letzten Wahlkampf von Baden-Württemberg erlebt, daß man vielleicht dem Bundeskanzler noch eine Kundgebung alten Stils, d. h. eine Kundgebung ohne Diskussion, abnimmt, aber daß schon auf der Ebene der Bundesminister ein Großteil des Publikums nach der Rede des Ministers weggeht. Das muß man deswegen verstehen, weil nicht nur Dialog und Diskussion vor allem in der jungen Generation heute sehr viel größer geschrieben werden als früher, sondern auch weil diese Möglichkeit, eigene Fragen zu stellen, eines der wesentlichen Motive ist, überhaupt in Versammlungen zu gehen. Eine Rede hören und die Leute sehen, das kann man heute auch im Fernsehen. Wenn man also in die Versammlung geht, tut man es in der Erwartung für eine Diskussion; d. h. also, daß wir uns im Wahlkampf nicht wie früher bei unseren Spitzenrednern, vor allen Dingen bei unseren Ministern, darauf einstellen können, daß sie viermal an einem Abend hintereinander reden, irgendwo für eine halbe Stunde auftauchen und dann weiterfahren. Wenn Sie die beiden letzten Punkte zusammenziehen, werden Sie mir selber zugeben, ist die Konsequenz, daß wir sehr viel weniger Einsatztermine haben, aber im Grunde genommen diese Einsatztermine mindestens so dringend, wenn nicht noch dringender brauchen als früher, weil die Konkurrenz der SPD aus den entgegengesetzten Gründen natürlich viel härter ist als 1965 oder erst recht früher. Das bedeutet, daß wir an Sie und an alle übrigen Teilnehmer im zentralen Rednereinsatz noch dringender als früher appellieren müssen, sich für die entscheidende Phase des Wahlkampfs zwischen der offiziellen Wahlkampferöffnung am 31. August und dem Wahltag, also für diese 20 Tage, zur Verfügung zu stellen. Ich weiß, daß das eine große Schwierigkeit für jeden von Ihnen, für jeden Bundesminister ist, aber ein wirkungsvoller zentraler Rednereinsatz ist anders nicht zu organisieren. Ich muß darauf hinweisen, daß für den eigenen Wahlkreis und für eigene Einsätze, die außerhalb der zentralen Planung liegen, immerhin praktisch die zweite Augusthälfte zur Verfügung steht, wo in vielen Bereichen die Ferien beendet sind, wo jedenfalls immerhin nach den Erfahrungen früherer Wahlkämpfe durchaus Publikum zur Verfügung steht, und daß es sich hier um 20 Tage von insgesamt vier Wochen handelt, so daß also praktisch auch noch etwas übrigbleibt.

Ich wäre Ihnen deshalb sehr dankbar, wenn Sie der Beschlußvorlage in dieser Form zustimmen würden. Ich bitte insbesondere die anwesenden Landesvorsitzenden, das zu unterstützen, weil sie selber – das weiß ich aus vielen Verhandlungen über Rednerein-

satz im Wahlkampf – nachher die Leidtragenden sind, weil diese mit Recht von der Bundespartei für diese Phase eine zuverlässige Rednervermittlung erwarten.

Wenn Sie dieser Vorlage zustimmen, dann bitte ich Sie, sie nicht nur heute zu verabschieden als ein Stück Papier, sondern sie wirklich auch zu verfolgen, und zwar einschließlich der Frist in Punkt 4, wo bereits bis Mitte Mai Ihre Entscheidung erbeten wird, in welcher Zeit Sie uns zur Verfügung stehen. Anders ist eine zuverlässige Planung nicht möglich.

Darf ich nun vorschlagen, daß wir zunächst darüber verhandeln mit dem Ziel einer einmütigen Zustimmung und daß ich dann zu dem Wahlkampfabkommen Stellung nehme?

Stoltenberg: Wie ernst die Vorlage genommen wird, möchte ich mit einigen Anmerkungen anzeigen. Das Begehren der Vorlage ist völlig berechtigt. Es gibt aber ein paar Probleme. Wenn wir von 25 Terminen, die für den Wahlkampf vorgesehen sind, 20 ohne Auflage der Bundespartei zur Verfügung stellen sollen, dann muß man darauf hinweisen, daß drei Probleme auftauchen:

1. Das Problem des Wahlkreisabgeordneten. Dabei kann man auf die fünf anderen verweisen. 2. Das Problem, daß wir z. T. Funktionen haben; der eine ist Landesvorsitzender, der andere, wie ich, der stellvertretende Landesvorsitzende, wo der eigene Landesverband verlangen kann, daß wir dort etwas überdurchschnittlich sprechen. Wenn ich dem zustimme, gebe ich meiner Erwartung Ausdruck, daß das von der Bundespartei berücksichtigt wird. Ich muß in dieser Zeit – das gilt für die anderen Kollegen genauso – in meinem Landesverband einige Termine mehr übernehmen als in anderen Landesverbänden. Ich möchte zu Protokoll geben, daß das so zu verstehen ist und auch abgesprochen werden kann. Drittens ist noch ein gewisses Randproblem, das für einige besteht, wie für mich, nämlich die Frage, ob Termine der CSU eingeschlossen sind. Es besteht doch der Wunsch, daß die CDU-Redner im Rahmen der CSU sprechen. Herr Strauß und andere haben den dringenden Wunsch, an den einen oder anderen von uns, daß wir im Rahmen der CSU sprechen.

Mit diesen drei Anmerkungen, die ich ausdrücklich zu Protokoll gebe, bin ich also bereit, unter Zurückstellung einiger Bedenken, was die Wahlkreistermine anbetrifft, dem zuzustimmen.

Kiesinger: Ich mache mir Gedanken über das, was wir der Presse geben. Wir müssen der Presse etwas sagen. Ich würde vorschlagen, daß wir, abgesehen von einigen anderen Punkten, sagen, daß der Bundeskanzler einen Bericht zur innen- und außenpolitischen Lage gegeben hat mit der Ankündigung der Entscheidungen, die der Bundeskanzler im Laufe der Legislaturperiode durch das Kabinett herbeiführen wird und daß der Bundesvorstand diesem Bericht zugestimmt hat. (*Kraske:* Eine Entscheidung im einzelnen?) Nein, dazu nichts sagen, sondern nur, damit die Öffentlichkeit weiß, der Bundeskanzler hat nicht nur eine Analyse gegeben, sondern er hat auch gesagt: das und das und so und so.

Kraske: Herr Bundeskanzler, wir müssen uns darüber klar sein, daß jedes Vorstandsmitglied einzeln angegangen und durchlöchert wird, wie soll die Entscheidung in dieser

und in jener Frage sein, so daß wir damit eine ganze Masse Spekulationen in die Presse bekommen. Das müssen wir klar sehen. (*Stoltenberg:* Kann man nicht Arbeitsprogramm statt Entscheidung sagen?)

Kiesinger: Das ist etwas anderes. Ich persönlich meine, wir benutzen die Gelegenheit, wo das gesagt wird. Das sind ja die entscheidenden Fragen. Ich hätte noch das Problem der Mitbestimmung ansprechen können, wo es ganz klar ist.

Es soll nach meiner Meinung der Öffentlichkeit gesagt werden, hier in diesem Bundesvorstand ist nicht nur eine Analyse der Situation gegeben und diskutiert worden, sondern der Bundeskanzler hat auch gesagt, so und so sieht die Sache aus. „Arbeitsprogramm", Herr Kollege Stoltenberg, ist natürlich schwächer.

Heck: Wenn wir nur sagen, wir haben ein Arbeitsprogramm besprochen, wäre das für die Presse gleich Null. (*Starke Unruhe.*)

Kiesinger: Der Bundeskanzler hat im Bundesvorstand die Themen erörtert, die er in der kommenden Woche dem Kabinett zur Entscheidung vorlegen wird. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Herr Bundeskanzler, man müßte es in einem Falle oder auch in zwei Fällen etwas konkreter sagen. (*Anhaltende Unruhe. – Stoltenberg:* Finanzverfassungsreform!) Zum Beispiel die CDU ist entschlossen, die Finanzverfassungsreform zu verabschieden.

Kiesinger: Die Leute fragen doch alle, was wird mit der Verjährung, was wird mit dem Atomsperrvertrag, was wird mit dem NPD-Verbot, was wird mit der Finanzverfassungsreform. Das sind die Punkte.

Meine Damen und Herren! Nun muß ich rübergehen. Vielleicht können Sie sich die Formulierung überlegen, Herr Kraske. Es soll gesagt werden, hier im Bundesvorstand hat der Bundeskanzler erklärt, was er vorhat. Sagen Sie es in einfacher Sprache. Und dann: Der Bundesvorstand hat dem zugestimmt. – Das muß elegant formuliert werden. Bei einer abschließenden Würdigung über den Atomsperrvertrag kommen Schwierigkeiten. Deswegen möchte ich hier sagen, wir hängen das jetzt noch nicht an die große Glocke. (*Lebhafte Unruhe.*)

Kraske: Wenn wir sozusagen mit einer Neuauflage des Rütlischwures hier wirklich jetzt vereinbaren, das ist eine ausgezeichnete Lösung, dann muß ich – ohne daß ich irgend jemand zu nahe trete – dazu sagen, das wäre in der Geschichte der CDU das erste Mal, daß wir aus einem solchen Kreise wirklich alles sagen. Über den Inhalt können wir vor der Entscheidung des Kanzlers nichts sagen; denn jeder wird natürlich mächtig angegangen.

Kiesinger: Versuchen Sie einmal, eine Formel zu finden. Ich bin ja oben zu erreichen.

Schmücker: Meine Damen und Herren! Ich möchte Ihnen zu Ihrer Information nur kurz mitteilen, daß der Diskontsatz von 3 auf 4 % erhöht wird. Ich schlage vor, daß wir insgesamt zustimmen. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Kraske: Ich bitte Sie, was die Länder und die Wahlkreise angeht, zu verstehen, daß wir einen Ausgleich schaffen müssen für die Länder, die keinen Bundesminister stellen,

wo wir aber trotzdem Stimmen gewinnen müssen. Sie werden sicher zustimmen, daß ein amtierender Bundesminister in seinem Wahlkreis auch für die Wahlkreisarbeit einen gewissen Startvorsprung hat gegenüber einem einfachen Abgeordneten, weil er bekannter ist. Dies ist eine kleine Kompensation aus Solidarität zu den anderen Abgeordneten, die in ihrer Arbeit, auch im eigenen Wahlkreis, nicht ganz soviel auf die Beine bringen.

Das Zweite ist folgendes: Die Arbeit im Wahlkreis kann nicht nur auf diese sechs Tage beschränkt werden, sondern sie muß auch in der zweiten August-Hälfte bzw. vor der Ferienzeit gemacht werden. Aus meinem täglichen Posteingang kann ich Ihnen sagen, daß wir schon jetzt von draußen laufend aufgefordert werden zur zentralen Rednervermittlung, daß wir aber in jedem einzelnen Fall – es sei denn, es geht um die Beschickung von Kongressen – absagen, weil wir erklären, bis zu dieser Wahl müssen die Bundesminister oder wer sonst im zentralen Rednereinsatz in Frage kommt, in eigener Regie ihren Verpflichtungen nachkommen, und zwar in ihrem eigenen Wahlkreis und Landesverband.

Ich könnte mir eine Modifikation vorstellen, daß man auch für den zentralen Rednereinsatz womöglich schon ein paar Termine in der zweiten August-Hälfte aufnimmt für die Bundesländer, wo die Schulferien früher sind, und dem Redner, der bereits in der zweiten August-Hälfte Termine gibt, dann im September entsprechend weniger Termine abverlangt. Vielleicht können wir uns darauf einigen.

Heck: Ich glaube, daß das ein guter Kompromißvorschlag ist; denn in der Tat, die letzten 28 Tage so vorzusehen, daß nur sechs Tage für die eigenen Bedürfnisse übrigbleiben, ist etwas wenig. Aber ich glaube, wir kommen durch, wenn wir die zweite August-Hälfte dazu nehmen und die Termine, die in der zweiten August-Hälfte angeboten sind, verrechnen. Ich glaube, mit dieser Interpretation kann ich feststellen, daß dieses Papier, wie es Ihnen vorgelegt worden ist, angenommen wurde.

Kraske: Ich darf nun zu einem zweiten konkreten Punkt, nämlich zum Wahlabkommen, kommen. Sie haben darüber einiges in der Presse gelesen, was, wie meistens, nicht alles ganz korrekt war. Es hat längst vor den Initiativen von Herrn Scheel eine Verständigung innerhalb der Koalition gegeben, daß man in ähnlicher Form wie 1965, auch unter Berücksichtigung der Lehren von 1965 wieder ein Wahlkampfabkommen abschließen solle.[96] Man ist dabei insbesondere zwischen uns und der SPD über folgende Punkte einig gewesen:

1. Seitdem es das Parteiengesetz gibt, lohnt es sich nicht und wäre sogar gefährlich, wie 1965 ein Abkommen über Kostenbegrenzung zu machen; denn auf diesen Kosten basiert ja gerade das Parteiengesetz.
2. Es hat sich 1965 bewährt, gewisse Fristen im Wahlkampf zu vereinbaren für zentrale Werbemaßnahmen. Wir wollten das auch für die Insertion vereinbaren. Die SPD hatte

96 Wahlkampfabkommen 1969 in ACDP 07-003-016/1. – Für die Bundestagswahl 1965 wurde im Januar 1965 ein Wahlkampfabkommen unterzeichnet, vgl. UiD Nr. 2 vom 14. Januar 1965 S. 1 f. (weitere Materialien in ACDP Dokumentation 17/04). Für die Bundestagswahl 1969 kam es am 24. April 1969 zustande, vgl. „Aktuelle Politik" Nr. 20 vom 20. Mai 1969 (weitere Materialien in ACDP Dokumentation 17/05).

hier andere Pläne. In der Plakatierung waren wir uns einig über diese zwei Dekaden, d. h. praktisch die letzten drei Wochen des Wahlkampfs. Wir haben es jetzt auch mit unseren Landesgeschäftsführern abgesprochen und sind eigentlich an keiner Stelle auf Widerspruch gestoßen.

3. Wir sind davon abgekommen, wie 1965 ein großartiges Schiedsgericht zu installieren, weil das Schiedsgericht 1965 eine reine Farce war. Wir haben gesagt, wenn etwas schiefläuft, können sich nur die Vertreter der Parteien zusammensetzen und überlegen, ob sie da irgendeinen Ausweg finden.

Dieses Abkommen ist gegenüber 1965 wesentlich verkürzt. Es enthält auch heute noch eine Reihe von Punkten, insbesondere in der deklamatorischen Fairneßklausel, wo jeder von uns ein bißchen schmunzelt. Einen Teil dieses Abkommens muß man einfach auch dadurch erklären, daß man in einem Zugzwang ist, wenn man so etwas einmal gemacht hat und die Leute fragen: Warum nicht ein zweites Mal, oder warum ein zweites Mal keine Fairneßklausel? Wollt ihr diesmal gegenüber 1965 etwa weniger fair sein? Wir haben uns mit der SPD und der FDP auf diesen Ihnen vorliegenden Text geeinigt. Die FDP hatte völlig andere Vorstellungen, die ausschließlich von den Interessen der FDP selbst diktiert waren, etwa totalen Verzicht auf Plakatierung oder der gesamte Wahlkampf in Form von Podiumsgesprächen usw. Wir haben das abgewehrt. Es war ein letzter Punkt übriggeblieben, nämlich die Empfehlung an die Wahlkreise, jeweils ein Podiumsgespräch aller Bundestagskandidaten ins Auge zu fassen. Das Präsidium hat heute morgen einstimmig beschlossen, dieser Anregung nicht zu folgen. Das Präsidium schlägt Ihnen vor, dem Abkommen in der Ihnen vorliegenden Form zuzustimmen und mich zu ermächtigen, die Abschlußverhandlungen zu führen und ohne große Feierlichkeit dieses Abkommen für die CDU auch zu unterzeichnen. Ich wäre dankbar, wenn Sie diese Empfehlung des Plenums übernähmen und Ihrerseits zustimmten.

Heck: Widerspruch gibt es nicht. Es ist so beschlossen. Es ist zweckmäßig, wenn wir jetzt noch Gelegenheit nehmen, die Zeit, die zur Aussprache bleibt, dazu zu benutzen, um darüber zu sprechen, was sich aus der Situation, wie ich sie vorgetragen habe, für die Gestaltung des Wahlkampfs ergibt. (*Anhaltende Unruhe.*)

Scheufelen: Wir müssen den Wahlkampf gegen die SPD führen, um es den FDP-Wählern möglich zu machen, uns zu wählen, wobei wir bei der FDP das liberale Herz nicht verletzen dürfen. Meine Information geht dahin, daß damals vor der Wahl des Bundespräsidenten eine sehr starke Differenzierung unter den FDP-Abgeordneten war. Die Leute, die aus starken FDP-Gebieten kamen, waren nicht für Heinemann, während diejenigen, die aus schwachen FDP-Gebieten kamen, für Heinemann waren; d. h. unsere größten Reserven liegen in den starken FDP-Gebieten.

Wir haben auch Reserven in den hochindustrialisierten Gebieten bei der Arbeiterschaft. Das ist ein Prozeß, den wir laufend feststellen können.

Heck: Selbstverständlich kann man nicht sagen, bei der FDP ist gar nichts zu holen. Es wäre völlig töricht, hier zu übersehen, daß ein beträchtlicher Prozentsatz von FDP-Wählern unsicher geworden ist. Was wir in Niedersachsen in den letzten Tagen erlebt

haben[97], diese Konsequenzen werden beispielsweise in Baden-Württemberg nicht gezogen. Ich weiß das aus vielen Gesprächen, wie hier die Traditions-FDP-Leute gesonnen sind. Ich bin davon überzeugt, daß NPD-Wähler aus dem bäuerlichen Bereich aus den Landtagswahlen von uns zurückzuholen sind. Das gleiche gilt für den Mittelstand. Die Lage ist wesentlich besser, als sie 1967 bei den Landtagswahlen gewesen ist. Hier wird natürlich eine Rolle spielen, wie das Thema der Lohnfortzahlung und der Krankenversicherungsreform behandelt wird.

Mit der SPD ist es regional sehr verschieden. Ich schätze, es wird die Bewegung auch bei der Bundestagswahl einsetzen, die wir bei den Landtagswahlen festgestellt haben. Die katholischen Arbeiter, die bisher CDU gewählt haben, wählen SPD, die evangelischen Arbeiter, die bisher SPD gewählt haben, wählen CDU. In Baden-Württemberg war das mit Händen zu greifen.

Gradl: Herr Heck hat gesagt, die Wirkung im Wahlkampf wird davon abhängen, wie wir mit den Störungen fertig werden. Es wird sehr viel auch davon abhängen, wie wir überhaupt mit dem Auftreten der radikalen Opposition in den nächsten Monaten fertig werden. Ich habe vorhin in einem privaten Gespräch gesagt, jede gelungene Provokation der APO ist eine gewonnene Wahlkampfveranstaltung für die NPD. Die Frage ist, kann man da noch mehr tun als bisher, um zu sichern, daß in diesem Sommer, wenn die Universitätsferien zu Ende sind, diese Unruhen vermieden werden. Ich möchte gerne erreichen, daß a) überhaupt, b) vor allem in den von der CDU regierten Ländern für die Öffentlichkeit deutlich wird, daß die CDU-Führung mit diesen Herausforderungen fertig wird. Man sollte unsere Leute aus den Innenministerien zusammentun, um dann zu sehen, wie man eine bessere gegenseitige Information über beabsichtigte Aktivitäten dieser radikalen Gruppen erreichen kann, um auch zu sichern, daß die sich nicht entfalten können. Das ist nach meiner Ansicht sehr wichtig.

Ich weiß nicht, wie groß die Wirkung einzuschätzen ist, die vom Fernsehen von bestimmten Fernsehkommentatoren auf die Öffentlichkeit ausgeht, wie weit diese Wirkung das aufhebt, was wir Positives zu schaffen versuchen durch unser eigenes Engagement im Ringen um die Wählerstimmen. Ich fürchte, daß die sehr starke FDP-Position im Kommentatorenkreis der Rundfunk- und Fernsehanstalten uns vieles zerstören [wird] an gutem Eindruck, den wir bei den Wahlkampfvorbereitungen durch unsere Kundgebungen, Versammlungen usw. erreichen wollen.

Ich weiß nicht, was man dagegen tun kann. Ich habe da keinen Rat. Ich will in diesem Kreis einmal offen sagen, welche ganz handfesten Informationen ich über das Management der Kommentierung vor der Bundesversammlung bekommen habe. Die Trä-

97 In der niedersächsischen FDP war es im April 1969 zu Flügelkämpfen gekommen. Eine Ursache war die Weigerung der niedersächsischen Wahlmänner, der Forderung Scheels nachzukommen, bei der Bundespräsidentenwahl geschlossen für Heinemann abzustimmen. Landesgeschäftsführer Herbert Stender kündigte fristlos und kündigte an, zusammen mit den Abgeordneten Erich Konrad und Nikolaus Dreyer zur CDU übertreten zu wollen. Vgl. „Nordsee-Zeitung" vom 14. April 1969 „Aufstand der Altliberalen"; „Hamburger Abendblatt" vom 14. April 1969 „FDP-Streit in Niedersachsen".

ger der Kommentare werden täglich in einer Schaltkonferenz verabredet. Die Konferenz wird geführt von Herrn Gütt. In bezug auf die Bundesversammlung, ob nun Berlin genommen werden solle oder nicht, und was damit zusammenhängt, hat es sieben Kommentare gegeben. Diese sieben Kommentare waren negativ. Wie ist das zustande gekommen? In dieser Schaltkonferenz wird manipuliert. Es kommen diejenigen zum Zuge – und dies kann man sehr geschickt machen –, die eine bestimmte Grundrichtung in einer solchen Frage haben. In diesem Falle kamen immer diejenigen zum Zuge, die negativ waren. Dies wird so raffiniert gemacht, daß, wenn man die Kommentatoren nach Parteizugehörigkeit oder Parteinähe gruppiert, wir nicht in der Lage sind zu sagen, das sind nur SPD-Leute oder FDP-Leute; das sind auch welche, die der CDU nahestehen. Wenn sich nämlich in der Abrede herausstellt, daß jemand einen Standpunkt hat, der der Hauptrichtung entspricht und außerdem noch der CDU nahe ist, dann wird der genommen; in diesem Falle z. B. Johannes Gross. So geschieht das. Und dann wundern wir uns nachher, warum im Lande draußen so viel Verwirrung in der Beurteilung einer solchen Frage entsteht.

Wenn ich mir vorstelle, wie das im Wahlkampf manipuliert werden kann, dann habe ich Sorge und stelle mir die Frage, wie kann man das verhindern. Ich habe jetzt keine Antwort darauf. Ich möchte Sie nur bitten, dieses Problem mit zu überlegen.

Dufhues: Zu der Information von Herrn Gradl kann ich im einzelnen nicht Stellung nehmen, aber ich halte es für unwahrscheinlich, daß Herr Gütt entscheidenden Einfluß auf die Beschlüsse der Kommentatoren gehabt hat. Wir haben ja gerade verhindert, daß Herr Gütt stellvertretender Personalrat wurde. (*Starke Unruhe.*) Ich bin aber gerne bereit, dieser Information nachzugehen.

Ich möchte auf das eingehen, was Sie zuerst gesagt haben, weil ich da eine Verbindung sehe mit der Wirksamkeit des Fernsehens und des Rundfunks, also der Massenmedien. Es kommt nicht allein darauf an, Herr Gradl, daß wir mit den harten Methoden der APO möglichst fertig werden, es kommt entscheidend darauf an, wie diese Vorkommnisse der deutschen Öffentlichkeit im Fernsehen dargestellt werden. Hier besteht eine verhängnisvolle Neigung vieler Redakteure und Mitarbeiter der Rundfunkanstalten, selbst eine besonders aktuelle, interessante und erregende Sendung zu bringen. Ein Beispiel! Als in Bonn die Notstandsgesetze beraten wurden[98], kam der Redakteur der Anstalt X und sagte: Woher kriegen wir Stacheldraht? Hier muß Stacheldraht her, damit sinnfällig dargestellt werden kann, unter welchem Druck sich die öffentliche Meinungsbildung vollzieht. – Ich erwähne das als ein harmloses Beispiel.

Wenn ich Mitglied der APO wäre und Einfluß hätte auf die Arbeit von Redakteuren und Mitarbeitern von Rundfunkanstalten, dann würde ich es für ein wirksames Mittel in der Arbeit dieser fragwürdigen Kreise halten, daß jeden Tag der Bundeskanzler, der in öffentlichen Kundgebungen spricht, mit Eiern und Tomaten beworfen und jeden Tag in einer völlig abwertenden Weise der deutschen Öffentlichkeit dargestellt würde. Das würde er nicht durchhalten.

98 Vgl. Nr. 18 Anm. 62.

Ich bringe dieses Beispiel, um anzuregen, daß wir in den einzelnen Rundfunkanstalten sehr sorgfältig untersuchen, wie unter den besonderen Bedingungen im Sommer und Herbst die Berichterstattung in vernünftiger, objektiver und sachlicher Weise gewährleistet wird. Ich habe bereits vor vier Wochen den Intendanten des Westdeutschen Rundfunks gebeten, Vorschläge zu machen. Ich bin gerne bereit, Ihnen, Herr Kraske und Herr Rathke, das mitzuteilen. Ich sehe in den Möglichkeiten der Berichterstattung des Fernsehens in Verbindung mit dem, was Sie mit Recht hervorgehoben haben, eine Gefahr, die wir jetzt bereits ins Auge fassen sollten, weil die völlige Abwertung in Form des Lächerlichmachens eine ganz große Gefahr für die Wirksamkeit des Wahlkampfs gerade für die Persönlichkeit des Bundeskanzlers Kiesinger ist.

Stoltenberg: Es ist ein wichtiger Punkt, daß wir diesen Terminplan nicht schon im Mai oder Juni an die Öffentlichkeit geben; denn das gäbe sonst diesen Kräften, die diese Wirkung erzielen wollen, die Möglichkeit, sich zentral auf den Bundeskanzler oder auf den einen oder anderen so einzustellen, daß es keine störungsfreie Veranstaltung mehr geben kann. Wir müssen erreichen – nicht nur von der Bundesgeschäftsstelle, sondern auch von den Landesverbänden –, daß die Termine erst dann bekanntgegeben werden, wenn es dem Interesse der unmittelbaren Vorbereitung der Versammlung dient.

Die Kommentierung beim Rundfunk und Fernsehen ist schwer durchschaubar. Mir hat neulich ein von der CDU vorgeschlagener und in die Reihen der Journalisten aufgenommener Journalist gesagt, daß er als Fernsehkommentator nur einmal oder zweimal im Jahr zugezogen werde, weil seine Auffassung eben der, die dort vorherrscht, nicht entspricht. Es wäre interessant, einmal festzustellen, in welcher Häufigkeit die einzelnen Kommentatoren zum Zuge kommen. Da gibt es offenbar ganz erhebliche Gewichtsverlagerungen.

Heck: Ich weiß von einer (*Sehr starke Unruhe.*) Programmdirektion, daß es dort drei linke Journalisten gibt. Es sind vier Parteivertreter dort, davon drei linksstehende Journalisten. (*Anhaltende Unruhe. – Zuruf:* Was ist mit Herrn Wessel[99]?) Herr Wessel, den ich deswegen angesprochen habe, sagte mir, er habe keinerlei Einfluß darauf. (*Schwarzhaupt:* Und wer hat ihm das aufoktroyiert?) Die Programmdirektion des Bayerischen Rundfunks. Man kann bei Herrn Wessel mit Sicherheit nicht sagen, daß er mit den linken Leuten sympathisiert. (*Anhaltende Unruhe.*)

Kraske: Herr Wessel hat bei der Vorbereitung, wie wir festgestellt haben, sich selber sträflich wenig um diese Sendung gekümmert. Dann machen es eben andere. Dem Herrn Wessel würde es, von langer Hand vorbereitet, nicht schlechter gelingen als dem

99 Kurt Wessel (1908–1976), Journalist; 1958–1961 Vorsitzender des baden-württembergischen Journalistenverbands, 1961 Journalist beim „Münchner Merkur", 1963–1973 Chefredakteur, 1960–1966 Diskussionsleiter der BR-Sendung „Unter uns gesagt".

Herrn Appel[100], der sich auch selber die Journalisten für seine Runde aussucht. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Es ist sicher so, wenn ich auf die Ausführungen von Gradl eingehe, daß ein größerer Teil dieser Leute in der Richtung sympathisiert, und zwar ist das für die Kommentatoren die kritische Einstellung, weil es für sie die natürliche ist. Ich halte es durchaus für möglich, daß die Sozialdemokraten ihre Leute und ihre Mitglieder kräftiger in der Hand haben als die unsrigen. Daran ist kein Zweifel.

Kohl: Wir hatten gestern Fraktionsvorsitzendenkonferenz in Düsseldorf über Rundfunkfragen.[101] Da ist genau das Thema aufgekommen, und ich muß sagen, das Thema ist beinahe so alt wie die CDU. Das Lamento wiederholt sich jedesmal. Ich kann nur sagen, ich glaube in der Regel nicht, was da umgeht. Ich weiß beispielsweise aus der Baracke der SPD hier, daß sie in ihren Sitzungen unentwegt über die hervorragende Personalarbeit der CDU in den Rundfunkhäusern usw. jammern. Dort wird also genau das Gegenteil gesagt! (*Große Heiterkeit.*)

Ich habe solche Protokolle gelesen. (*Zuruf:* Das wird sicher der Saarländische Rundfunk gewesen sein. – *Dufhues:* Die beiden Chefredakteure des Fernsehens und des Hörfunks beim Westdeutschen Rundfunk sind Mitglieder der CDU. Mehr kann man doch nicht tun. – *Anhaltende lebhafte Unruhe.*) Ich kann nur sagen, ich habe das aus einem Protokoll gesehen, wobei ich genauso gelacht habe, daß sich diese Leute furchtbar erregt haben, die auch an diesem Beispiel aus ihrer Sicht nachgewiesen haben, wie es ist. Das war der Vorgang des neuen Programmdirektors vom Südwestfunk[102], wo sie einen Anspruch erhoben haben. Den haben sie abgeschmettert und haben keinen neuen Mann hineingebracht.

Ich erinnere an die Sache beim Bayerischen Rundfunk, wo jetzt als Nachfolger von Hans Heigert ein abgestempelter CSU-Mann ist.[103] Das ist doch einfach ... (*Schwarzhaupt:* Hans Heigert war es aber gar nicht mehr!) Hans Heigert war und ist bis zur Stunde CSU-Mitglied. Deshalb muß man also hier einen Unterschied machen. Die CDU/CSU hat nun einmal zu dem ganzen Milieu und Metier ein mehr als distanziertes Verhältnis. Wir als die Notabeln des Bundesvorstands bedienen uns des Fernsehens und

100 Reinhard Appel (geb. 1927), Journalist; 1946–1950 Redakteur bei der „Stuttgarter Zeitung", 1950–1971 Leiter des Bonner Büros, 1963–1973 Moderation der ZDF-Sendung „Journalisten fragen – Politiker antworten", 1973–1975 Intendant des Deutschlandfunk, 1976–1988 ZDF-Chefredakteur.

101 Protokoll vom 16. April 1969 nicht zu ermitteln. Vermutlich handelte es sich um die Sitzung der am 5.–7. Februar 1969 in Köln gebildeten Kommission „Presse und Rundfunk" der Fraktionsvorsitzendenkonferenz; die Federführung dafür lag bei der CDU-Fraktion in Nordrhein-Westfalen. – Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz befaßte sich am 18.–20. Juni 1969 mit Rundfunkpolitik und -gebühren (Niederschrift in ACDP 07 Fraktionsvorsitzendenkonferenz unverzeichnet).

102 Vom 9. April 1965 bis 31. März 1969 war Günter Gaus Programmdirektor und stv. Intendant des Südwestfunks. Nachfolger wurde Dr. Hans-Joachim Lange.

103 Auf Heigert folgte Rudolf Mühlfenzl (1919–2000), Journalist; 1969–1983 Chefredakteur Fernsehen, Koordinator Politik und Stellvertreter des Fernsehdirektors beim Bayerischen Rundfunk.

des Rundfunks so, wie wir sie brauchen, aber die Kontakte sind z. T. sehr miserabel. Das ist der eine Punkt. (*Unruhe.*)

Der zweite Punkt! Wenn man 20 Jahre lang in der Personalpolitik Raubbau treibt und in den Aufsichtsgremien von Fernsehen und Rundfunkanstalten nach der Pfründewirtschaft die Mitglieder für die Rundfunkräte und Verwaltungsräte benennt – Leute, die sich keinen Deut um die Sache kümmern, denen es z. T. nur um die 300 oder 200 DM monatliche Aufwandsentschädigung geht –, dann ist das schlecht.

Wenn ich mir überlege – ich habe den großen Vorzug, den Freundeskreis, also praktisch die CDU/CSU-Fraktion, im Zweiten Deutschen Fernsehen zu führen –, wer da drinsitzt für die Bundesregierung auf dem CDU-Konto, so sind dort Leute dabei – ich will jetzt keinen Namen nennen –, die sieht man, wenn es gut geht, nur alle Schaltjahre einmal, und die Amtszeit dauert genau vier Jahre. (*Große Heiterkeit und Unruhe.*) Solche Beispiele gibt es also. Ich habe aber keinen Grund, jetzt hier jemand anzuschwärzen. Das sind amtierende und vor allem nicht mehr amtierende Bundesminister. (*Stoltenberg:* Amtierende können gar nicht dabei sein! – *Kraske:* Doch!) Selbstverständlich! Es sitzen noch aus dem Kontingent aus der Übergangszeit noch eine ganze Reihe von Leuten darauf.

Das ist eben der Punkt, über den sich die Journalisten mit Recht beklagen. Ich habe auch den Eindruck, daß das Bild nicht so negativ ist, wie es hier gesagt worden ist. Ich kann hier nur sprechen über die beiden Sender, die ich sehr genau beobachten kann, das eine ist der Südwestfunk, das andere ist das ZDF. Wenn ich Sozialdemokrat wäre, würde ich mich bitter beschweren über die Verhältnisse, die dort herrschen.

Vor einigen Tagen war der Frauenkongreß in Ludwigshafen.[104] Dort hat das Studio des Südwestfunks vier Tage lang, jedesmal 20 Minuten, bis es den Leuten zum Halse heraushängen mußte, diese Geschichte gemacht. Allerdings hat der Südwestfunk dann im Radio eine Sendung gebracht mit einem Redakteur, dem es nicht gefallen hat, daß wir die Kommunisten aus dem Saal hinausgeprügelt haben. Nun, das ist das Risiko, daß unter Umständen auch eine andere Meinung vertreten wird. Das ist doch genauso wie bei diesem Rednereinsatz, jeder unterschreibt, aber keiner hält sich daran. Wir müssen versuchen, bei den Verwaltungsgremien der Sender z. T. zu einer Personalveränderung zu kommen. Da wird ja praktisch über die Haushaltsstellen entschieden; über die Beförderungsstellen, die genehmigt werden, wird die Politik gemacht.

Nun kann man nicht pauschal sagen, daß dort alle Leute links stehen. Wir haben Sendungen im ersten und im zweiten Programm in den letzten Wochen gehabt, die ganz hervorragend für uns gewesen sind. Wenn Sie beispielsweise die Sendungen „Porträts der Parteiführer“[105] der Reihe nach gesehen haben, dann können Sie doch nicht sagen, daß die CDU dabei schlecht angekommen ist. Das war mit sehr viel Liebe gemacht; manchmal zwar nicht mit sehr viel Liebe zur Historie. Aber das andere läßt sich doch

104 Vgl. Anm. 10.

105 Reihe des ZDF. – Am 28. März 1969 wurde Kiesinger vorgestellt von Peter Küstermann (Abschrift BPA/Abt. Nachrichten Referat II/4 Deutsche Gruppe).

nicht leugnen. Es sind also eine Reihe von Leuten dabei, die wirklich guten Willens sind.

Es läßt sich auch nicht leugnen, daß es in unserer Gesellschaft und in der CDU Tatbestände gibt, die der Kritik wert sind. Und wenn sich nun die Journalisten darauf stürzen, so kann man in Gottes Namen auch nichts machen. Wir müssen endlich Abschied nehmen von dem Gedanken: Wenn einer CDU-Mann ist, hat er seinen Verstand aufgegeben. (*Lebhafte Unruhe.*) Das ist eine Vorstellung, die paßt nicht in die Welt.

Heck: Ich meine, diese Darstellung ist ungefähr so einseitig wie die andere. (*Kohl:* Das habe ich auch bewußt so gemacht. – *Unruhe.*)

Gradl: Ich muß sagen, meine Darstellung war nicht einseitig! Ich habe nicht gesagt, daß alles links ist. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich habe eine ganz bestimmte Gruppe genannt, nämlich die Kommentatoren. Und da ist in der Tat eine Schaltstelle, nämlich beim Fernsehen. Und darauf muß man achthaben!

Sie haben völlig recht, die Besetzung der Gremien geschieht nach Gesichtspunkten, die der Sache ungemein schaden.

Heck: Ich wollte zu dem Thema „radikale Gruppen" noch etwas sagen. Ich will die DKP ausklammern. (*Starke Unruhe.*) Man soll sich nicht täuschen. Die eigentliche Ursache ist nicht die Enge an den Universitäten und ihr Charakter des 19. Jahrhunderts. Das sind zwei Tatbestände, die zwar die Solidarisierung einer großen Zahl von Studenten ermöglichen, aber die eigentlichen Gründe liegen hier ganz woanders. Die werden wir auch auf die Wahl hin nicht beseitigen können. Das wird uns vermutlich die nächsten Jahre, vielleicht noch ein ganzes Jahrzehnt begleiten.

Es geht darum, daß die radikalen Gruppen an sich eine ganz clevere Methodik eines gewaltlosen Prozesses im Übergang zum gewalttätigen Prozeß entwickelt haben, die sehr schwer faßbar ist. Deswegen muß man alles tun, um auf der einen Seite zu ermöglichen, Gesetzesbrecher zu fassen, aber auf der anderen Seite gleichzeitig zu verhindern und aus dem Wege zu räumen, was geeignet ist, die Solidarisierung zu ermöglichen. Wenn die Möglichkeit zur Solidarisierung genommen ist, dann ist die Bekämpfung dieser kleinen Gruppe verhältnismäßig einfach. Das ist natürlich verhältnismäßig leicht formuliert, aber sehr schwer getan.

Ich wollte nur mit Nachdruck davor warnen, hier anzunehmen, die Protestbewegungen an den Universitäten seien zu Ende. Das hat ganz andere Ursachen. (*Unruhe.*)

Scheufelen: Bei der Frankfurter Buchmesse[106] war es so, daß eine APO-Gruppe den Fernsehredakteuren mitgeteilt hat, jetzt machen wir Krach. In dem Moment, wo das Fernsehen gesagt hat, das ist interessant, ging der Krach los. Und wenn das Fernsehen dann abgedreht hat, war der Krach vorbei. (*Starke Unruhe.*) Man hatte zuweilen den Eindruck, die ganze Buchmesse habe nur aus Krach bestanden.

So war es auch genau bei unserer Landtagswahl. Die letzten zehn Tage vor den Landtagswahlen hatte man den Eindruck, Deutschland besteht nur noch aus randalie-

106 Die Buchmesse fand vom 18.–24. September 1968 statt. – Zu den Turbulenzen im Verlauf der Buchmesse vgl. Ute SCHNEIDER: Literarische und Politische Gegenöffentlichkeit, in: Stephan FÜSSEL (Hg.): 50 Jahre Frankfurter Buchmesse 1949–1999. Frankfurt/Main 1999 S. 89–114.

renden Studenten. So schön also diese Dinge für die Journalisten sind, so stellen sie doch in ihrer Wertung nicht eine objektive Berichterstattung dar. Sie werden in der Menge, in der sie gebracht werden, weit überbewertet. (*Unruhe.*)

WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG. VERSCHIEDENES

Heck: Meine Damen und Herren! Ich darf vorschlagen, daß wir jetzt zum Schluß kommen. Wir haben noch die Ziffer 4: Wirtschaftsvereinigung zu behandeln. Aber hier ist die Arbeit der Kommission noch nicht abgeschlossen, so daß es keinen Sinn hat, hier einen Zwischenbericht zu erstatten und dann zu diskutieren.

Zum Punkt Verschiedenes liegt von uns aus nichts vor. Wenn von Ihnen aus nichts vorliegt – das ist wohl der Fall –, dann können wir die Sitzung schließen. Ich danke Ihnen.

27

Bonn, Freitag 20. Juni 1969

Sprecher: Amrehn, Barzel, Bilke, Brauksiepe, Dufhues, Fricke, Hange, von Hassel, Heck, Herrmann, Kiesinger, Klepsch, Kraske, Lemke, Meyers, Rathke, Scheufelen, Schmücker, Schröder [Hamburg], Schwarzhaupt, Stingl.

Bericht zur Lage. Wahlprogramm der CDU. Hochschulpolitisches Programm der CDU. Wirtschaftsvereinigung. Verschiedenes.

Beginn: 15.00 Uhr *Ende: 20.00 Uhr*

Kiesinger: Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie herzlich und eröffne die Sitzung. Die Tagesordnung sieht heute keinen „Bericht zur Lage" vor. Ich glaube nicht, daß ich jetzt einen Lagebericht geben sollte. Die Situation entwickelt sich auf den Wahlkampf zu. Die Kräfte polarisieren sich. Sie werden erleben, daß es in der nächsten Zeit immer schärfer zugeht. Die Presse, die sich bei Beginn dieser Legislaturperiode für eine Mini-Koalition zwischen SPD und FDP eingesetzt hat, hat sich wieder ganz deutlich formiert. Es ist das jeden Tag in Baden-Württemberg abzulesen. Dort rächt sich bitter, daß die „Stuttgarter Nachrichten" an die „Süddeutsche" gekommen sind.[1] Sie tönt genau in dieselbe Schalmei. Das übrige ist seit Wochen umgeschlagen eindeutig in die andere Richtung, und über die Südwestpresse braucht man kein Wort zu verlieren. Das ist unser Handikap in einem solchen Wahlkampf. In einigen Regionen ist das besonders schlimm, wo wir ganz ausfallen.

Natürlich ist es auch z. T. im Fernsehen und im Rundfunk so. Man braucht nur die letzten Stellungnahmen zum „Bericht über die Lage der Nation" zu verfolgen. Hier müssen wir aufpassen. Wo wir die Leute haben, die für uns eintreten, müssen sie mobil gemacht werden. Wir haben auch in früheren Legislaturperioden, auch unter Konrad Adenauer, eine übermächtige Presse gegen uns gehabt, was aber keine Wirkung hatte. Es wird auch dieses Mal keine entscheidende Wirkung haben.

1 Bei der Gründung der „Stuttgarter Nachrichten" 1946 vergab die amerikanische Militärregierung drei auf die demokratischen Parteien aufgeteilte Lizenzen, auf Henry Bernhard (ehemals Privatsekretär von Gustav Stresemann), Erwin Schoettle (SPD) und Dr. Otto Färber (der Zentrumspartei nahestehender Journalist). Färber verkaufte seinen Drittelanteil 1965 an die „Süddeutsche Zeitung" (vgl. „Stuttgarter Nachrichten" vom 19. August 1965; FAZ vom 6. Januar 1968). Mit Wirkung vom 1. Januar 1970 wurden die Anteile weiter gestückelt: 25% wurden vom „Ulmer Zeitungsverlag" übernommen (dpa vom 23. Dezember 1969).

Bevor ich noch einige Sätze jetzt sage, möchte ich noch einmal – ich habe es auch heute früh schon bei einem Frühstück getan – dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Barzel sehr herzlich zu seinem heutigen 45. Geburtstag gratulieren. (*Beifall.*)

Ich habe heute früh das Frühstück mit ihm eingenommen. Ich verbinde diesen Glückwunsch mit einem sehr herzlichen Dank für unsere Zusammenarbeit, (*Beifall.*) die wir seit 2½ Jahren gehabt haben, die uns über viele heikle und schwierige Situationen hinweggeholfen hat. Das Zusammenwirken in der Großen Koalition wäre anders gar nicht möglich gewesen.

Das zweite ist ein trauriger Anlaß. Ich wußte gar nicht, daß beide Herren am selben Tag Geburtstag hatten. Heute jährt sich auch der Geburtstag Heinrich von Brentanos. Er wäre heute 65 Jahre alt geworden. Dr. Barzel hat an einer Kranzniederlegung teilgenommen. Der Außenminister hat eine Feier im Auswärtigen Amt gemacht und hat eine sehr gute Würdigung des Lebens, Wirkens und Wesens Heinrich von Brentanos gegeben. Ich habe dann am Schluß im Namen seiner engeren politischen Freunde dort gedankt und habe einige Sätze der Erinnerung an unseren verstorbenen Freund von Brentano hinzugefügt. Alle hier, die ihn gekannt haben, trauern ihm nach und wissen, wie gut es wäre, wenn er heute noch in unseren Reihen stünde.

Bericht zur Lage

Ich meine, meine Damen und Herren, daß ich jetzt doch einen allgemeinen Lagebericht geben soll. Es ist außenpolitisch wie innenpolitisch einiges da. Sie wissen, daß ich einen „Bericht zur Lage der Nation" im Bundestag gegeben habe[2], der von den Gegnern als Wahlrede diskriminiert worden ist. Ich meine, daß ich den Bericht nicht so gehalten habe, daß er auf die Wahl zugunsten der CDU keinen Einfluß gehabt hat, und das ist selbstverständlich, aber im übrigen ist der Vorwurf unbegründet; denn ich habe den „Bericht zur Lage der Nation" so gegeben, wie ich die Lage der Nation sehe. Wenn ich sie anders sehe als manche Leute, dann mögen diese bei sich selber anfangen. Das ärgert natürlich viele. Ich kann ihnen aber nicht helfen.

Das zweite war eine Rede, die ich vor dem Bundeswehrverband gehalten habe.[3] Jeder, der da war, weiß, wie stark diese Rede dort gewirkt hat. Es war schon ein Erlebnis, das dort zu sehen. Dabei habe ich einige Dinge gesagt, die nicht allen gefallen haben. Ich habe mich keineswegs gegen das Prinzip der Inneren Führung gewandt, aber ich habe gesagt: Es gibt eben Klischees, die abgegriffen werden im Laufe der Jahre. Deshalb kann man aber dasselbe auch mal mit einfacheren Worten sagen. – Außerdem habe ich

2 Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, vgl. Sten.Ber. 5. WP 239. Sitzung vom 17. Juni 1969 S. 13246–13254.

3 Zur Rede vor dem Deutschen Bundeswehrverband am 18. Juni 1969 vgl. Bulletin Nr. 82 vom 24. Juni 1969 S. 701–705. – Die Rede stieß auf große Kritik, vgl. den Kommentar „Verantwortungslos" von Helmut Lindemann, in: „Münchner Abendzeitung" vom 20. Juni 1969; Ulrich Blank in der WDR-Sendung „Auf ein Wort" (BPA-Mitschrift vom 19. Juni 1969); „Rheinzeitung" vom 20. Juni 1969 „'Die Schule für junge Leute'".

sehr bewußt das Wort von der Bundeswehr, die eine Schule der Nation[4] sein könnte, aufgegriffen. Ich lasse mir doch von diesen Brüdern nicht vorschreiben, wie ich die Bundeswehr auffasse. Meine Damen und Herren, das ist sie, aber nicht in dem Sinne, daß man die Soldaten dort geistig drillt, sondern – ich habe die Beispiele gesagt – in Kameradschaft usw. Der Vorgesetzte muß durch sein existentielles Vorbild zeigen, daß die jungen Leute sagen: Das ist ein Kerl! Das ist ein Mann, vor dem haben wir Respekt! – Helmut Schmidt hat in einem Brief angedroht, er werde in der wehrpolitischen Debatte etwas sagen! Soll er es doch! Ich freue mich darauf, wenn ich ein bißchen zu streiten habe. Den Soldaten ist es wirklich unter die Haut gegangen – das habe ich bemerkt –, nicht nur dort, sondern auch jetzt wieder bei dem Zapfenstreich für General Lemnitzer[5]. Sie sind ausnahmslos alle gekommen. Ich will nicht wiederholen, was ich gesagt habe. Das wird in einer kleinen Zusammenfassung dessen, was ich in dieser Rede ausgeführt habe, auch in Ihre Hände kommen.

Nun zur Lage der Partei! Ich habe gestern ein Umfrageergebnis von Professor Wildenmann bekommen, und zwar sind das die Zahlen vom Monat Mai: 44% CDU, 40% SPD. Wenn es so weiterginge, wäre es also hocherfreulich. Alle Abgeordneten berichten mir aus allen Teilen der Bundesrepublik, daß die Dinge gut stehen. Es gab nur einen, der eine andere Auskunft gegeben hat. Er kam aus München und sagte: Dort ist der Einfluß von Vogel doch sehr stark, und man kann dem nicht sehr viel entgegenhalten. – Das kann ich nicht beurteilen. Ich sage es nur, weil es der einzige war, der damit kam. Sonst ist überall optimistische Stimmung. Ich habe nur die Sorge, daß das nicht dazu führt, daß man nun nicht alles daransetzt, um die Wahl zu gewinnen.

Eine Zeitlang habe ich mit einer gewissen Sorge die Pressekampagne der SPD beobachtet. Die hat ja sehr früh damit angefangen. Aber ich finde, daß dieses Sichzusammenborgen von Stimmen auf die Dauer sich als ein untaugliches Mittel erweist, ganz gleich, ob das Herr Kulenkampff[6] ist oder wer es auch immer sei. Es war interessant, das Presseamt hat eine Umfrage gemacht: Haben Sie gehört, daß Herr Kulenkampff sich für eine Partei ausgesprochen hat? Da haben 75% gesagt, sie wüßten nichts davon. Die haben also diese Annoncen überhaupt nicht gelesen. Ich glaube also, unsere Ankündigungen, die einfach sagen: „Ihr wißt, was Ihr habt und haben wollt. Deswegen keine Fisimatenten! Bleibt dem Erfolg treu!" sind richtig. Wie wir den Wahlkampf im übrigen führen werden, ist heute nicht Gegenstand unserer Beratungen. Wir müssen na-

4 In Analogie zum preußischen General Gerhard von Scharnhorst (1755–1813). Dieser plante die Schaffung einer preußischen Nationalarmee, die von ihm als „Schule der Nation" gedacht war, da jeder preußische Bürger sie durchlaufen sollte. – In der verteidigungspolitischen Debatte am 27. Juni 1969 nahm Kiesinger erneut zur Rede vor dem Bundeswehrverband Stellung, vgl. Sten.Ber. 5. WP 244. Sitzung S. 13612–13616.

5 Lyman Louis Lemnitzer (1899–1988), amerikanischer General; 1963–1969 NATO-Oberkommandierender und Oberkommandierender der amerikanischen Streitkräfte für Europa. – Lemnitzer machte am 19./20. Juni 1969 seinen Abschiedsbesuch bei der Bundesregierung, vgl. BULLETIN Nr. 82 vom 24. Juni 1969 S. 705–707.

6 Hans-Joachim Kulenkampff (1921–1998), Schauspieler und Entertainer. – Er setzte sich für die SPD ein.

türlich damit rechnen, daß es den berühmten heißen Sommer gibt. Was vor kurzem in Göttingen passiert ist, ist ein Skandal allerersten Ranges.[7] Der Skandal ist deswegen so groß, weil unser Sicherheitsmann dem Oberkommissar dort gesagt hat, was kommen wird, wobei sich dieser geweigert hat, und zwar mit den üblichen Ausflüchten, in Göttingen sei so etwas noch nie passiert, etwas dagegen zu unternehmen. Das ist übrigens eine Haltung, der ich immer wieder begegne. Wir müssen zusehen, meine Damen und Herren, daß das endlich anders wird.

Die Leute müssen lernen, wie man dieser fast schon an bürgerkriegsähnliche Verhältnisse heranreichenden Situation begegnen kann. Dort ist es um ein Haar dazu gekommen. Der Bundespräsident wurde angerempelt. Leute mit bedeutendem Namen wurden mit diesen Farbdingern beschmissen usw. Die Frau des Bundespräsidenten[8] mußte in Sicherheit gebracht werden. Als Stoltenberg darüber im Kabinett berichtete, merkte man ihm seine ungeheuere Erregung noch an. Ich werde dem Ministerpräsidenten Diederichs einen Brief schreiben. Es hat ja gestern in Niedersachsen deswegen eine Krise gegeben. Ich habe unseren Freunden geraten, sie sollen jetzt vor den Wahlen unter den gegebenen Umständen nichts mehr ändern. Das kann uns nur schaden. Ich hoffe, daß es auch so geschieht, aber das Beispiel Göttingen – überall, wohin man geht, ist es so – war schrecklich. (*Fricke:* Seine Frau saß mit im Auto. Die hat etwas abbekommen. Man ist auf die Haube gesprungen usw. – *Lebhafte Unruhe.*)

Ich hoffe also, daß das eine Lehre ist. Es geschieht ja überall, ganz gleich, wo man ist. Ich erinnere an die Geschichte vor dem Kölner Dom mit der Amtseinführung von Kardinal Höffner.[9] Da lassen diese Idioten die Leute bis ganz dicht heran. Da war ein kleiner Durchgang die Treppe hinauf zum Dom. Links und rechts standen diese Typen und tobten. Einer wollte mit dem Prügel durchbrechen. Der Stadtdirektor[10] sagte, so etwas hätte er für unmöglich gehalten. Ich sagte ihm: In welcher Welt leben Sie? Sie sehen und lesen es doch jeden Tag. Wieso soll im heiligen Köln eine Ausnahme gemacht werden?

Noch etwas anderes! Ich selber sehe oft, daß bei den Veranstaltungen, z. B. bei der Feier zur Handwerksmeisterprüfung vor kurzem in Düsseldorf oder bei sonstigen Kundgebungen, solche Sachen vorkommen.[11] Hier müssen immer ein paar Leute von der CDU an den Zugängen stehen, damit diese, wenn etwas nicht klappt, wenigstens eingreifen können. Es ist aber offenbar so, die betrachten solche Veranstaltungen als uninteressant für die CDU. Hier muß – das geht Sie an, Herr Heck – von der Parteizen-

7 Am 13. Juni 1969 demonstrierten 2.000 Studenten gegen Lübke und warfen Pfefferbüchsen, faule Eier und Flaschen (Übersichten über die Studentenunruhen und die APO in ACDP 01-226-306).

8 Wilhelmine Lübke (1885–1981), Studienrätin; seit 1929 verheiratet mit Heinrich Lübke.

9 Nach dem Pontifikalamt am 11. Mai 1969 zu Ehren der Amtseinführung Kardinal Höffners versuchten zwei Männer, Kiesinger beim Verlassen des Kölner Doms mit einer roten Fahne zu schlagen, vgl. „Bonner Rundschau" vom 12. Mai 1969 „Feier zu Ehren Kardinal Höffners".

10 Prof. Dr. Heinz Mohnen (1914–2005), Jurist; 1965–1977 Oberstadtdirektor von Köln (SPD).

11 Kiesinger besuchte am 8. Juni 1969 die Meisterfeier der Düsseldorfer IHK, vgl. „Rheinische Post" vom 9. Juni 1969 „Handwerker erhielten ihre Meisterbriefe".

trale aus dafür gesorgt werden, daß, wenn der Bundeskanzler oder sonst einer zu einer solchen Veranstaltung geht, die örtliche CDU – das geht nicht anders in unserer Zeit – Leute abstellt, die dann an Ort und Stelle selber mit für Ruhe und Ordnung sorgen. (*Heck:* Ich würde den Appell mindestens in gleicher Weise an die Herren Landesvorsitzenden richten!)

Ja, selbstverständlich! Ich gebe es Ihnen nur zur Weitergabe. Wir kennen das ja alle. Wir haben auch einige andere Dinge in Vorbereitung. Wir müssen wissen, wenn wir das nicht machen, dann liefern wir uns diesen „Brüdern" aus. Wir können uns nicht ganz auf die Polizei verlassen. Das ist ausgeschlossen. Was ich in Münster seinerzeit erlebt habe, war einfach kläglich.[12] So etwas an Naivität der Münsteraner Polizei ist nicht zu überbieten. Wir erleben es ja weiter jetzt wieder in Berlin, in München usw. Die Leute haben das Gefühl: Wenn wir da etwas machen, dann geht es uns schlecht. Auch bei den Handwerkern in Düsseldorf waren welche, die ihren Farbbeutel mitgebracht hatten. Zum Schluß warf einer einen solchen Beutel weg. Darin war eine helle Flüssigkeit. Ob das nun Salzsäure oder Wasser war, kann ich nicht sagen. Es könnte ja auch mal statt Wasser Salzsäure drin sein. Ich habe dem Innenminister in der letzten Kabinettssitzung gesagt, er soll das jetzt als seine allerwichtigste Aufgabe sehen, nämlich zusammen mit den Innenministern der Länder hier vorzugehen. Gestern abend habe ich mit dem Polizeipräsidenten hier gesprochen, der völlig resigniert war und sagte: Wir kriegen nicht genügend Unterstützung. Ich bin mit den anderen Polizeipräsidenten zusammen in Berlin gewesen. Die haben alle die Köpfe hängen lassen. – Dazu kommen dann noch Gerichtsurteile, wie z. B. folgendes: Eine Beleidigung sei kein schwerer Fall, denn es sei ja bekannt, daß führende politische Persönlichkeiten heute allgemein beleidigt würden, und sich diese das auch gefallen ließen. Ich denke an das Gerichtsurteil von Frankfurt usw.[13]

Es ist also in diesem Land schon sehr weit gekommen. Die Situation ist viel ernster, als wir es wissen. Wenn dann nach der Ankündigung auf dem Evangelischen Kirchentag nicht nur Herr von Thadden von der NPD und SDS-Leute sprechen sollen, sondern auch Beate Klarsfeld[14] als Hausfrau sich dort ausschleimen darf, dann sage ich, wenn

12 Kiesinger nahm am 23. Januar 1969 am „Kramermahl" des Vereins der Kaufmannschaft in Münster teil. Demonstranten empfingen ihn mit Sprechchören vor dem Rathaus, das er nur durch die Hintertür betreten konnte. Vgl. „Frankfurter Rundschau" vom 24. Januar 1969 „Kanzler mit ‚Sieg Heil' empfangen".

13 Am 30. Oktober 1968 wurden die vier Brandstifter in zwei Frankfurter Kaufhäusern (Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Thorwald Proll, Horst Söhnlein) zu je drei Jahren Zuchthaus verurteilt; am 13. Juni 1969 waren sie bedingt entlassen worden, bis ihr Revisionsantrag entschieden sein sollte, und in den Untergrund abgetaucht (vgl. „Süddeutsche Zeitung" vom 7. März 1975).

14 Beate Klarsfeld (geb. 1939), Sekretärin und Journalistin; 1964 Heirat mit dem französischen Juristen Serge Klarsfeld, dessen Vater in Auschwitz ermordet wurde. – Am 7. November 1968 ohrfeigte sie auf dem Berliner CDU-Bundesparteitag Kurt Georg Kiesinger öffentlich. Die vom Amtsgericht Tiergarten verhängte einjährige Haftstrafe wegen Körperverletzung und Beleidigung wurde auf eine Strafe von vier Monaten mit Bewährung reduziert. – 14. Evangelischer Kirchentag vom 16.–20. Juli 1969 in Stuttgart.

die evangelischen Christen, die diesen Kirchentag organisieren, glauben, daß sie damit ihre Position retten könnten: Gute Nacht Deutschland! Es tut mir leid, daß Herr von Weizsäcker heute nicht da ist. (*Schwarzhaupt:* Ich habe ihm einen Brief geschrieben.)

Die Herren reagieren darauf kühl. Herr von Weizsäcker sagte: Es ist eine autonome Kommission, die das gemacht hat. Da sind irgendwelche von diesen linken Brüdern dabei. – In Wahrheit ist es doch nichts anderes als ein ganz billiges Spekulieren; es ist die Angst. Sie haben Angst, daß diese Gruppen kommen und wollen ihnen von vornherein den Wind wegnehmen. Das Gegenteil wird aber der Fall sein. Sie säen Wind und werden Sturm ernten. Sie werden sehen, was auf diesem Kirchentag passieren wird.

Aber das ist auch nur ein Zeichen dafür, wie es in unserem Lande aussieht. Dabei merken die Leute gar nicht, wie die Mehrheit unseres Volkes denkt und fühlt; sie merken nicht, daß sie ganz entgegengesetzt denken und fühlen, daß sie sich selbst mit einer solchen Publikation zwar bei ein paar hundert Pfarrern und soundso viel Linksintellektuellen beliebt machen, aber vom Volk sich mehr als je entfernen. (*Schwarzhaupt:* Vor allen Dingen die Leute, die weniger in die Kirche gehen.)

Das ist die Situation. Nun braucht man das weniger mit dem Blick auf die Wahlen ernst zu nehmen; denn da ist es eher so, daß es hilft. Wir wollen es auch weidlich ausnützen, aber damit ist natürlich das Übel nicht beseitigt.

Ich würde also im ganzen ziemlich optimistisch sein. Nur hat die SPD sorgfältig eine Reisekampagne des am 1. Juli antretenden neuen Bundespräsidenten vorbereitet. Es kommt so, wie ich befürchtet habe. Er will bis unmittelbar vor den Bundestagswahlen seine Besuche in den Ländern machen und bei den verschiedensten Gelegenheiten auftreten. Das wird mit absoluter Sicherheit einen fürchterlichen Ärger geben. Er wird sich dann sicherlich nicht daran halten, nicht politische Aussagen zu machen. Ich habe ihm gesagt, sobald er eine politische Aussage mache, verlange ich, daß er mir seine Reden vorlegt, was mein gutes Recht ist.[15] Das ist bisher immer nur ein Gentleman's Agreement gewesen. Der Bundeskanzler muß einer politischen Rede und einer politischen Aussage des Bundespräsidenten erst seine Genehmigung geben. Er muß sie indossieren. Wenn ich das zum ersten Male verlange, dann wollen wir mal sehen, was da losgeht. Ich habe einen Teil unserer Ministerpräsidenten schon gebeten, doch zu verhindern, daß er diesen Antrittsbesuch vor der Bundestagswahl macht. Wir dürfen uns nicht auf eine so unverschämte Weise mißbrauchen lassen. Es ist Sommerzeit, es sind Ferien, es ist Wahlkampf. Beides sind Argumente, mit denen man ihm sagen kann: Bleibe zu Hause und mach deinen Antrittsbesuch nach der Bundestagswahl. Sonst wird zu deutlich, was du im Sinne hast, was deine Partei im Sinne hat.

Damit ist der Bundespräsident von Anfang an mit einer ganz schweren Gegnerschaft belastet. Ich habe von einem unserer Herren – ich will jetzt nicht sagen, von wem – gehört, daß er einfach gesagt hat: Ich sehe keinen rechten Sinn darin, daß Sie vor der Bundestagswahl kommen. Der Landtag ist ohnehin im Urlaub. Ich kann die Leute nicht zu-

15 In der Sache nicht zutreffend.

rückrufen. Wenn der Bundespräsident kommt, sollen die Mitglieder des Landtags da sein. Ich würde also vorschlagen, nach der Bundestagswahl den Besuch zu machen.

Ich möchte alle Ministerpräsidenten, die der CDU angehören, bitten, ähnlich zu verfahren, daß sie übereinstimmend ihm schreiben: Wir freuen uns darauf, daß Sie zu uns kommen, aber bitte erst nach dem 28. September. – Ich habe Herrn Rasner gebeten, heute die Dinge mit Ihnen zu besprechen. Auch da, wo wir in der Regierung sind, wie in Niedersachsen, würde ich sagen, sollte man dasselbe tun, so daß wenigstens in unseren Ländern dieses Theater nicht mitgemacht wird. Wie mir Dr. Barzel heute früh erzählt hat, war es in Köln bei einer Veranstaltung so, daß jemand aufstand und unter allgemeinem Beifall gesagt hat: Nun haben wir endlich einen christlich-demokratischen Bundespräsidenten. (*Heiterkeit.*)

Das ist also eine Sache, die mir wirklich Sorge macht. Seine Popularitätskurve ist ja ganz schön. Es gehören auch CDU-Leute dazu. Es ist ja so, wenn jemand zum Bundespräsidenten gewählt worden ist, dann steigt er in der Achtung der Leute.

Es ist jetzt so, daß der VDS eine Gruppe von 300 Leuten zusammenstellen will, die überall nachreisen und jeweils stören. Es kommt also etwas, was wir uns nicht ernst und schwierig genug vorstellen. Sie alle wissen – und die Erfahrungen aus Baden-Württemberg lehren es ja –, daß das unweigerlich die Wähler zur NPD treiben wird.

Zur Innenpolitik kann ich nur sagen, immer wieder wurde der Großen Koalition ihr Ende prophezeit. Wir sind ganz stur unseren Weg weitergegangen. Im Bundestag haben wir als Fraktion zusammengearbeitet, z. T. unter kluger Ausnutzung der taktischen Gegebenheiten. Ich denke an die Verjährung, die Lohnfortzahlung usw. Das haben Sie ja alles gesehen. Wir haben eine neue Deutschlanderklärung, die praktisch eine Bekräftigung der Hallstein-Doktrin darstellt, herausgegeben.[16] Wir werden auch sonst unsere Arbeit weitermachen. Keiner der Partner springt ab; jeder ist am Ende immer wieder klug genug, um zu wissen, daß er dann vor der Bevölkerung als derjenige dasteht, der die Große Koalition vorzeitig aufgelöst hat. Wir haben den Streit über die Aufwertung gehabt. Das Ganze ist mir vom November ab überdramatisiert worden. Es gibt gute Argumente für die Aufwertung, es gibt bessere Argumente gegen die Aufwertung, wenn man alles in allem nimmt. Ich habe mich gegen die Aufwertung entschieden, und je länger, desto mehr zeigt sich, daß diese Entscheidung richtig war.

Ich habe den Wirtschaftsminister bei mir gehabt und ihm gesagt: Niemand verlangt von Ihnen, daß Sie ihre Überzeugung verleugnen, aber Sie müssen zur Entscheidung des Kabinetts stehen. – Er hat sich im Bundestag zurückgehalten. Er wollte natürlich an der einen oder anderen Stelle bei der Diskussion über den Jahreswirtschaftsbericht seine Meinung nicht verbergen; aber im großen und ganzen scheint er sich vorläufig daran halten zu wollen. Die SPD selber ist in sich furchtbar zerstritten. Unter den führenden Persönlichkeiten kämpft einer gegen den anderen, und zwar schon ganz offen. Das

16 Grundsatzerklärung der Bundesregierung zur Deutschland- und Friedenspolitik in BULLETIN Nr. 70 vom 3. Juni 1969 S. 597. – Die „Hallstein-Doktrin" schloß gleichzeitige diplomatische Beziehungen von Drittstaaten zur Bundesrepublik Deutschland und der DDR aus. Vgl. Werner KILIAN S. XXVI Anm. 103.

dringt bis in den Kressbronner Kreis hinein, wo sie aneinandergeraten. Schiller und Helmut Schmidt sind völlig zerworfen. Dann gibt es auch die anderen Gegensätze. Sie haben nur immer wieder – das bewundere ich – die Fähigkeit, daß sie das nach außen besser verkleistern, oder aber es ist eben eine Presse da, die selber ein Interesse daran hat, das zu verschweigen. Wenn bei uns auch nur der kleinste Streit entsteht, dann wird das sofort von der Presse an die große Glocke gehängt. Das, was jeder Journalist weiß – so genau verfolge ich die Zeitungen nicht –, ich habe nicht gefunden, daß das ... (*Rathke:* Ein bißchen steht schon drin, Herr Bundeskanzler. Ich denke an den Henkels-Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung".[17] – *Starke Unruhe.*)

Ich denke, die Bevölkerung wird aus dem, was in den Zeitungen steht, kaum eine Ahnung davon bekommen, was sich in den Reihen der Führungsgruppe der SPD wirklich begibt. Die sind sehr nervös. Nun ist der Helmut Schmidt an sich ein sehr forscher, aber immerhin vernünftiger Mann, der auch gegen die Aufwertung war. Der Schiller hat ja diese Leute alle hineinmanövriert. Er hat sie gezwungen, diese gemeinsame Stellung zu beziehen. Das nehmen sie ihm jetzt sehr übel.

Das ist also im großen und ganzen die Lage. Ich glaube, wir haben allen Grund, optimistisch zu sein. Wir müssen nur darauf gefaßt sein, daß es sehr schwierig wird, daß wir von allen Seiten beschossen werden. Die FDP und die SPD werden von einem Großteil der deutschen Presse mit Handschuhen angefaßt. In diesem Zusammenhang frage ich, wem gehört eigentlich „Christ und Welt"? Das Blatt gilt doch als eine der CDU nahestehende Zeitung. Die Unverschämtheit dieses Blattes ist wirklich nicht zu übertreffen, und zwar schon seit langer Zeit. Da wird aber auch alles verdreht, vor allen Dingen das, was der Kanzler sagt. Wer ist denn das?

Kraske: Der einzige CDU-Mann ist Herr Gerstenmaier. Er ist Minderheitsaktionär. Hauptaktionär ist Herr Wirsing. Der zweite ist ein Mann aus dem Auswärtigen Amt, den Herr Brandt zum Personalchef gemacht hat, Herr Federer[18]. Von diesen dreien besitzt Eugen Gerstenmaier 10% der Anteile. Deswegen ist einfach die Optik, das als eine CDU-Zeitung abzustellen, ein bißchen falsch. Durch Herrn Gerstenmaier haben wir uns alle etwas daran gewöhnt, das so zu sehen. (*Schwarzhaupt:* Der einzige CDU-Redakteur, Herr Stammler[19], ist hinausmanövriert worden. – *Lebhafte Unruhe.*)

---

17 Walter Henkels (1906–1987), Journalist und Schriftsteller; ab 1949 ständiger Mitarbeiter der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung". – Vgl. FAZ vom 19. Juni 1969 „Die Lage der Nation – im Kammerton".

18 Im Original Federei. – Dr. Georg Federer (1905–1984), Diplomat; 1935 Eintritt in das Auswärtige Amt, 1945–1950 Mitarbeit im Hilfswerk der EKD, Beteiligung an der Gründung der Wochenzeitung „Christ und Welt" und 1951/52 Mitherausgeber, 1952 Wiedereintritt in das Auswärtige Amt, 1964/65 Botschafter in Kairo, 1966–1968 Botschafter in Brüssel.

19 Eberhard Stammler (1915–2004), Theologe und Journalist; 1938–1947 Pfarrer der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, 1947–1949 theologischer Redakteur des Hamburger „Sonntagsblattes", 1952–1964 Chefredakteur „Junge Stimme", 1958–1972 CDU, 1958–1978 Mitglied im „Beirat für Fragen der Inneren Führung" im Bundesministerium der Verteidigung, 1964/65 stv. Chefredakteur „Christ und Welt", 1965–1982 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Christliche Gesellschaftslehre der Universität Tübingen.

Kiesinger: Was diese Maria Stein[20] da schreibt, ist furchtbar. Das ist ein entsetzliches Frauenzimmer. (*Lebhafte Unruhe.*)

Ich habe nichts gegen Kritik, aber hier ist es doch so, daß man von vornherein den Willen spürt, uns madig zu machen. Da ist also kein CDU-Mann mehr drin. (*Anhaltende Unruhe.*)

Meine Damen und Herren! Wir haben heute zum erstenmal wieder Herrn Fricke unter uns. (*Lebhafter Beifall.*) Ich habe nicht erfahren – das betrifft wieder einmal den Nachrichtendienst unserer Partei, Herr Kraske –, daß er krank war. Ich frage mich, was einer denken muß, wenn er vom Bundesvorsitzenden seiner Partei, einem alten Freund, in einer solchen Situation nichts hört. (*Fricke:* Ich freue mich jedenfalls, wieder hier zu sein.) Ich wollte es extra gesagt haben. – Herr Fricke!

Fricke: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Bevor ich wegen Herzinfarkt Ende Juni [1968] ausschied, hatten wir in Goslar die Feier des tausendjährigen Bestehens des Erzbergbaus. Es waren viele Knappenvereine aus dem Westen, dem Saargebiet, aus Lothringen usw. da. Ich sprach auch dort einige Worte vor der Kammer Braunschweig in der Kaiserpfalz. Zwischen Wehner und mir saß Herr Krämer[21] von der Preussag. Das war bald nach dem Nürnberger Parteitag. Ich hatte dort eine Unterredung mit Wehner.

Wehner reagierte dort in einer großen Offenheit zu mir und sagte, ich könne mir gar nicht vorstellen, welchen Ärger er in seiner eigenen Partei habe, welche Last er in Nürnberg gehabt habe, um die Partei einigermaßen zusammenzuhalten, einschließlich ihres Vorsitzenden. So hat Wehner zu mir gesagt. Aber unsereiner ist hier zu fair und zu loyal, von solchem Wissen aus erster Hand irgendwelchen Gebrauch zu machen. Vor Jahresfrist hat er in dieser Unterhaltung in Goslar – wo die Geschichte mit der Wahlrechtsreform auf Eis gelegt wurde – zu mir gesagt: Es ist zum Verzweifeln!

Kiesinger: Das ist ja ein ständiges Gespräch zwischen ihm und mir. Bei der Aufwertung hat er mir das Manuskript von Alex Möller gegeben, das gegen die Aufwertung gerichtet war. Er hat es mir gegeben, und zwar nicht heimlich. So ist er nicht, daß er sagt: Hier hast du heimlich ein Papier. – Nein, er hat es mir gegeben, daß es seine Freunde wußten.

Auch wenn es über gewisse Fragen des Vokabulars Auseinandersetzungen gegeben hat, so ist er immer derjenige gewesen, der in seiner eigenen Partei dafür gesorgt hat, daß man bei der Linie blieb. Darüber gibt es keinen Zweifel. Er hat sich die ganze Zeit als derjenige erwiesen, auf dessen Wort man bauen kann. Auch er und Brandt stehen sich seit langem drohend gegenüber. Auch in Sachen der Aufwertung ist er keineswegs ein enthusiastischer Anhänger der Aufwertung gewesen. Das zeigt ja die Geschichte mit Alex Möller.

So ist es halt. Aber es ist ja besser so, als wenn es umgekehrt [wäre], als wenn sie geschlossen wären. Ein bißchen habe ich wieder gewonnen, insbesondere durch die Popularität von Schiller, der nicht unmittelbar, aber doch hinter dem Bundeskanzler rangiert.

20 Maria Stein (1937–1997), Journalistin bei „Handelsblatt", „Rheinischer Merkur", „Christ und Welt".

21 Dr. Friedrich Krämer (1909–1990), Jurist; 1969–1972 Vorstandsvorsitzender der Preussag AG.

Er hat 85% Zustimmung bei der SPD und 85% Zustimmung bei der FDP. So ist die Kurve. Er hat also eine Art Nachfolge von Erhard angetreten als Wirtschaftsminister, dem eben zuzuschreiben ist, daß es allen so gutgeht. Aber das gibt sich auch wieder. Davon bin ich überzeugt. Das steigt auch wieder ab.

Meine Damen und Herren! Ich würde Sie noch gerne zu diesen Punkten hören, wenn Sie noch etwas zu ergänzen oder zu kritisieren haben, weil ich leider nicht die Zeit habe, nachher bei der Beratung des Wahlprogramms dabei zu sein. Das habe ich mit Dr. Heck schon gründlich durchgesprochen. Und wir haben dann noch einmal im Präsidium darüber verhandelt. – Herr Amrehn!

Amrehn: Es hat noch einen guten taktischen Zug gegeben, von dem ich nicht weiß, wer ihn vollbracht hat. Eines Tages erschien die Meldung in der Zeitung „Herr Brandt wartet auf die Einladung nach Moskau". Er ist dadurch gezwungen worden, das zu dementieren. Ich halte das für die weitere Entwicklung für sehr gut.

Nun hat es einen zweiten Zug der SPD gegeben, nämlich Herrn Schütz nach Warschau zu schicken.[22] Darüber besitze ich nicht mehr Informationen als die, die in der Öffentlichkeit erschienen sind. Wir haben im Abgeordnetenhaus den Versuch gemacht, aus Herrn Schütz ein bißchen mehr herauszubekommen. Ich glaube nicht daran, daß die Einladung nach Posen von Polen ausgegangen ist, sondern daß sich irgendwer diese polnische Einladung zur Posener Messe besorgt hat.

Ist darüber mit dem Bundeskanzleramt gesprochen worden? Hat es ein besonderes Einvernehmen gegeben?

Kiesinger: Mir ist nur gesagt worden, der Regierende Bürgermeister wolle diese Messe besuchen. Nun, wir haben es uns überlegt. Ein Veto dagegen einzulegen, wäre töricht gewesen. Böx[23] schreibt, daß er völlig weggeschoben wurde, so daß er überhaupt nicht weiß, was sich dort begeben hat. Daß Herr Schütz nichts getan hat, um das zu verhindern, daraus wird ja wieder deutlich, daß irgend etwas nicht stimmte.

Ich werde nun – mehr kann ich nicht tun – den Außenminister daraufhin ansprechen. Er soll mir dann sagen, was da im einzelnen passiert ist. Schütz will ja immer wieder seine Extratouren reiten. Das ist gefährlich, weil das nahe herankommt an die These von der besonderen politischen Einheit Berlins. Ich habe erst heute dieses Telegramm von Böx zur Kenntnis bekommen. Das hat mich natürlich aufgeschreckt. Im übrigen hatte ich vor, ihn selber zu bitten, mir zu sagen, was er dort besprochen hat. Das ist ja immer unangenehm; denn wenn nachher herauskommt, es sind andere Dinge besprochen worden, wird man ja gefordert. Aber das wird immer wieder passieren.

---

22 Klaus Schütz hielt sich vom 14.–16. Juni 1969 zu Gesprächen in Warschau auf. Vgl. AdG 1969 S. 14736; AAPD 1969 Nr. 202.

23 Dr. Heinrich Böx (1905–2004), Diplomat; 1949/50 kommissarischer Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 1950 Eintritt in den konsularischen Auslandsdienst, 1951–1955 Konsul in den USA, 1956–1960 stv. Generalsekretär der WEU, 1961–1964 Leiter der Handelsvertretung in Helsinki, 1964–1966 Botschafter in Oslo, 1966–1970 Leiter der Handelsvertretung in Warschau. – Zum Bericht von Böx vgl. AAPD 1969 Nr. 202.

Wir haben Streit mit dem Außenminister über Gewaltverzicht. In einem Papier wird Bezug genommen auf das Potsdamer Abkommen.[24] Es ist nicht zu glauben! Das ist dann zurückgegangen. Deshalb große Aufregung dort und Schmollen. Das sind alles Dinge, die laufend passieren, die ich gar nicht an die große Glocke hängen kann, weil dann die ganze Presse voll ist von dem Streit zwischen dem Kanzler und dem Außenminister.

Ich habe gestern vor dem BDI gesprochen. Die Rede schlug durch. Das war wirklich wie in alter Zeit. Ich habe noch nie in den ganzen 2½ Jahren eine so herzliche Zustimmung gehabt wie dort. Das [sic!] „Bild", das sich angeblich immer auf unsere Seite stellt, bringt nur: „Schiller im Gespräch mit Berg".[25] Schiller ist zum Nachtisch beim Essen gekommen. Das ist alles, was „Bild" bringt. Ich könnte darüber noch einiges mehr sagen und über die Zusammenhänge. Aber das ist dann die Presse, die uns angeblich unterstützt. Es ist wirklich schrecklich. Wir haben praktisch in diesem Lande kaum mehr eine Presse ... (*Lemke:* Die Heimatzeitungen!) Die Heimatzeitungen! Fragen Sie mal Herrn Scheufelen, wie das in Baden-Württemberg ist. (*Scheufelen:* Die „Schwäbische Zeitung".) Die ist doch eingegangen in die „Südwestdeutsche". (*Scheufelen:* Da ist eine Mittellinie.) Bei der „Südwestdeutschen"? (*Scheufelen:* Wenigstens noch in einem Bereich.)

Die ganze Südwestpresse ist absolut CDU-feindlich, und zwar scharf CDU-feindlich. Sie ist SPD- und FDP-freundlich, genau wie die „Stuttgarter Nachrichten". – Bitte, Frau Brauksiepe!

Brauksiepe: Herr Bundeskanzler, ich möchte noch einmal auf die vorhin geäußerte Sorge zurückkommen und fragen, glauben Sie, daß wir in den letzten Wochen die Versammlungsrunde wirklich hinkriegen? Ich habe den Eindruck, wenn wir jetzt vier Wochen lang die Versammlungen aussparen – dann kommt die Ferienzeit –, wenn weiterhin der Aufstand der jungen Leute an den Universitäten anhält, dann könnte es uns passieren, daß wir die Zeit nicht ganz so brutal genützt haben wie die SPD, so daß die letzte Runde gestört wird. Wenn die Bevölkerung weiterhin einen solchen Eindruck wie in den letzten Tagen bekommt, dann wird es für uns sehr schwer.

Ich sage das mit um so größerer Sorge, als beispielsweise gestern abend Staatssekretär Barth von Darmstadt zurückkam und von oben bis unten mit Eiern beschmutzt war, die man ihm nachgeworfen hatte. Er hatte keinen zweiten Anzug bei sich. Er ist in der brutalsten Weise angegriffen worden. Ich erinnere auch an die Rüpeleien an dem Bot-

24 Der Notenwechsel mit der Sowjetunion über Gewaltverzichtsabkommen mit den Ostblockstaaten war am 11. Juli 1968 nach sowjetischen Interventionen unterbrochen worden und sollte ab 1969 wieder aufgenommen werden. Zu den bisherigen Texten (veröffentlicht in AdG 1968 S. 14049; Broschüre des BPA vom Juli 1968 „Die Politik des Gewaltverzichts. Eine Dokumentation der deutschen und sowjetischen Erklärungen zum Gewaltverzicht") übermittelte Staatssekretär Carstens am 3. April 1969 dem Staatssekretär von Duckwitz eine Reihe von Änderungsvorschlägen, die Außenminister Brandt mit Schreiben vom 20. Mai 1969 an Kiesinger ablehnte (ACDP 01-226-001).

25 Am 19. Juni 1969. – Vgl. „Welt" vom 20. Juni 1969 „Kiesinger: Wir müssen die Lehren aus den Gewaltaktionen ziehen" und vom 21. Juni 1969 „Industrie geht auf Distanz zu Schiller".

schafter Ben-Natan.[26] Die jungen Leute schreien in ihrem blinden Haß: Ihr werdet keine Versammlung mehr hinkriegen. Das bestimmen wir! (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Nun sagten Sie, wir können das nicht mehr länger zulassen. Ich frage, was aber können wir tun? Sie haben mit Recht formuliert, die Bevölkerung will es so nicht. Ich frage, kriegt die CDU es überhaupt noch in die Hand?

Kiesinger: Die CDU kann es in die Hand kriegen. Es ist auch eine Sache der CDU selbst, nicht nur der Polizei. Ich habe vor einiger Zeit in Ludwigshafen bei Kohl gesprochen. Da hat man die Kerle nach einigen Mahnungen hinausgeschmissen. (*Starke Unruhe und Bewegung. – Brauksiepe:* In der Zeitung stand: „CDU: Endlich hart durchgegriffen!"[27])

Natürlich! Auch in Werl[28] am letzten Sonntag war eine solche Gruppe. Da haben die Leute selber für Ruhe und Ordnung gesorgt. Das war nur töricht vorbereitet; denn das Podium des Redners war genau dort, wo diese Kerle hineinkommen konnten. Hätte es auf der anderen Seite gestanden, dann hätten sie gar nicht herankommen können. Aber die Leute haben selber für Ordnung gesorgt.

Unter den 6.000 Leuten auf der Meisterfeier des Handwerks in Düsseldorf waren viele kräftige junge Handwerker und Gesellen. Da ist nichts passiert. Überall dort, wo sie fürchten müssen, daß sie Prügel bekommen, gehen sie erst gar nicht hin. Und deswegen müssen sie Prügel kriegen! (*Zurufe:* Sehr wahr!)

Es bleibt uns gar nichts anderes übrig. Das ist natürlich in dem Augenblick nicht schön, wenn man die Kerle hinausschmeißt. Dann entsteht für zehn Minuten mal eine heftige Unruhe, aber dann sind sie draußen. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

Ich habe in der letzten Zeit immer erlebt, wo sie merken, sie kommen nicht an, da ziehen sie sich zurück, wie auch damals in Berlin auf der Kundgebung in der Hasenheide.

Deswegen muß die CDU selber dafür sorgen, das sich das rundspricht. Die CSU hat es jetzt gemacht; sie hat ihre Gruppe engagiert. Wir müssen es auch machen. Da hilft alles nichts. Frau Kollegin, das ist das einzige, was wir tun können. Aus meinen Erfahrungen würde ich eigentlich glauben, daß das geht. Ganz werden wir die Schreier – vor allen Dingen an den Eingängen zu großen Versammlungen – nicht zurückhalten können. Bei der Feier am Kölner Dom hätte man links und rechts die Kerle jeweils 50 Me-

26 Asher Ben-Natan (geb. 1921), israelischer Diplomat; 1938 Auswanderung nach Palästina, 1965–1969 Botschafter in der Bundesrepublik, 1970–1975 Botschafter in Frankreich. Memoiren: Die Chuzpe zu leben. – Zu den diversen Ausschreitungen bei Auftritten Ben-Natans vor Studenten vgl. EBD. S. 167–178. Vgl. auch FAZ vom 11. Juni 1969 „Hitlers Erben".

27 Vgl. Nr. 26 Anm. 10. Während der Rede Kiesingers auf dem 2. CDU-Frauenkongreß kam es zu Tumulten. Kohl ließ die Störenfriede im Saal durch Ordner entfernen, vgl. „Süddeutsche Zeitung" vom 14. April 1969.

28 Während der Rede Kiesingers vor den Teilnehmern der Männerwallfahrt des Erzbistums Paderborn am 15. Juni 1969 kam es zu Störungen durch Jugendliche, die Flugblätter verteilen wollten und von Teilnehmern daran gehindert wurden, vgl. „Die Glocke" vom 16. Juni 1969 „Kiesinger fordert Friedensordnung".

ter zurückdrängen und dann absperren müssen. Dann hätten sie zwar noch geschrieen, aber das macht dann nichts.

Ich mache jedesmal folgendes: Ich trete dahin und winke den Leuten. Die wissen dann nicht, wie sie reagieren sollen. Die sind ganz entsetzt. Ich winke ihnen, und dann kommt der Beifall. Das ist also auch eine Technik, die man jetzt entwickeln muß. Ich bin davon überzeugt, wenn wir überall eine Gruppe von kräftigen jungen Männern haben, die denen klarmachen, es gibt Saures, dann bleiben sie fern. Die sind nämlich physisch nicht mutig, sondern sie sind nur frech und laut. Deshalb bin ich überzeugt, wir können es mit verhältnismäßig kleinen Anstrengungen schaffen.

Nun haben wir uns einiges überlegt. Darüber möchte ich jetzt nicht sprechen, weil ich auch nicht so ganz eingeweiht bin. Das ist mir auch viel lieber. (*Kraske:* Man soll nicht darüber sprechen.) – Herr Amrehn!

Amrehn: Die eigenen Versammlungen werden wir in der Regel mit den eigenen Kräften schützen können, wenn man das will und eine solche Gruppe bereitstellt. Aber diese Gruppe muß wissen, daß auch die Polizei zum Eingreifen bereit ist, wenn sie den Befehl bekommt. Und an dieser Stelle bekommt das Problem eine größere Bedeutung als nur für unsere Versammlungen. Es muß der Innenminister bereit sein, seine Polizei einsetzen zu lassen.

Sie haben davon gesprochen, Herr Bundeskanzler, daß die Polizeipräsidenten eigentlich resignierten. Warum? Weil sie im entscheidenden Moment, wenn das Gesetz sie verpflichtet einzugreifen, von ihrem Innenminister angehalten werden, Blutvergießen zu verhindern und keinen Bürgerkrieg entstehen zu lassen. Ich glaube, das ist auch das Problem in Hannover gewesen. (*Kiesinger:* In Göttingen!) Insofern ist es ein politisches Handeln der Männer, die meistens zur SPD gehören und nicht den Mut haben – im Gegensatz zu den Reichsinnenministern der Weimarer Zeit –, in solchen Fällen, wo es immer dringender wird, den Entschluß zum Eingreifen zu bestärken, also die Leute daran zu hindern, ihre gesetzliche Pflicht zu erfüllen. Das scheint mir gegenwärtig ein allgemeiner Schwächezustand der konföderativen Bundesrepublik zu sein, die hier keine zentralen Anordnungen erlassen kann. (*Kiesinger:* Sie haben recht!) Ich glaube, daß da ein Schwergewicht vom Bundesinnenminister auf die Aktivität der Länderinnenminister gelegt werden muß, wenn wir über den Wahlkampf gut hinwegkommen wollen.

Kiesinger: Ich kann nur wiederholen – die Herren, die im Kabinett waren, wissen es –, ich habe Herrn Benda gesagt, daß er das als seine wichtigste Aufgabe für den Rest der Legislaturperiode ansehen muß. Er soll alles andere zurückstellen. Er soll sich dieser Aufgabe widmen. Er hat auch schon angefangen. Der Polizeipräsident von Bonn hat es mir gesagt. Ich versuche, es mit den Ministerpräsidenten hinzukriegen. Aber man hat immer noch Angst, insbesondere, wenn solche Sachen passieren wie in Hannover. Wenn man dort mit Tränengas eingegriffen hat, so war das vielleicht falsch in diesem Falle. Dort hat sich sofort die Sympathie des Publikums gegen die Polizei gewandt. Dort war die Sympathie des Publikums ohnehin auf der Seite derer, die sich gegen die Verteuerung wendeten. Das war also der Nervus rerum.

Nun ist es so, wir können nicht immer klagen. Die Polizei macht an vielen Orten ihre Sache gut, aber es muß halt versucht werden, und zwar zunächst in den Ländern, wo wir die Regierungschefs haben, daß die Geschichte klappt. In Kiel war es auch nicht schön. – Herr Lemke!

Lemke: Wir haben jetzt wiederum eine große Auseinandersetzung mit den Studenten wegen des Ordnungsrechts gehabt. Das einzige, was hier hilft, ist vorbeugen. Wenn Sie die erst einmal marschieren lassen, dann ist es zu spät. Wir haben rechtzeitig Wasserwerfer in Tätigkeit gesetzt. Anschließend war dann eine Studentenversammlung. Dort haben 2.300 Mann den Streit abgeblasen, 800 waren dafür. Das war die Folge unseres rechtzeitigen Eingreifens. Bei Wasserwerfern waren sie völlig machtlos. Der SDS in Hamburg hat erklärt, dahin gehen wir nicht.

Kiesinger: Ich sagte schon, überall da, wo sie wissen, es geht ihnen nicht gut, kommen sie nicht. Eine schlimme Sache ist ja die, daß die Leute unsere Kompetenzverteilung nicht kennen. Sie erwarten vom Bundeskanzler, daß er eingreift. Der Bundeskanzler kann aber nicht eingreifen; er hat weder Justiz noch Polizei. Er ist angewiesen auf den guten Willen der Länder. Das kann ich den Leuten doch nicht dauernd klarmachen. Ich kann mich doch nicht dauernd hinstellen und sagen: Ich wollte ja gerne helfen, wenn ich nur könnte. – Dann sagen sie: Was kümmert uns das, sorgen Sie dafür, daß Ruhe und Ordnung bleibt. – Herr Heck!

Heck: Es hat eine Konferenz stattgefunden zwischen den Vertretern der Innenminister und den Vertretern der Partei.[29] In dieser Konferenz ist eine klare Übereinkunft erzielt worden, wieweit die eigenen Ordnungskräfte tätig sind und wann die Polizei eingreift. Es ist also das abgesprochen, was Amrehn meint, daß die Polizei in Reserve bereitsteht. Wir haben im Kern Vorkehrungen getroffen und Ordnungstruppen aufgestellt. Ich muß sagen, das kann man in der Tat nur etwas am Rande oder jenseits der Grenze unseres Versammlungsgesetzes machen, wenn dies eine Wirkung haben soll. Deswegen läßt sich nicht allzu viel öffentlich darüber reden, Herr Bundeskanzler.

Kiesinger: Ich bin optimistisch, weil mich die Erfahrung gelehrt hat, wenn sich überhaupt Leute von uns an den Eingängen zu solchen Versammlungen zeigen, dann verläuft sich das ganz von selber. Dann besprechen sie sich untereinander und sagen, lieber nicht, und ziehen ab. Das geschieht schon durch das bloße Dasein von solchen Leuten. – Frau Brauksiepe!

Brauksiepe: Herr Bundeskanzler, täuschen wir uns nicht, die schicken ihre jungen Studenten mit den Kindern vor. Dahinter kommen dann die Studenten, also die ganze Bande. Die Polizei ließ uns wissen, das geht einfach nicht. Dort sitzen die verheirateten Studentenpaare mit ihren kleinen Kindern. Was tut denn ein Schutzmann, wenn da junge Mädchen oder Frauen mit ihren Kindern sitzen? Dann kann er doch gar nicht eingreifen.

29 Nicht zu ermitteln.

Kiesinger: Wenn die Frauen da sind, gibt es auch keine schweren physischen Auseinandersetzungen. Dann brüllen sie eben. Aber es ist nicht so schlimm, wenn sie brüllen. (*Brauksiepe:* Gegen Brüllen kommt auch keiner mehr an!)

Vor allen Dingen muß man dafür sorgen, daß Eintrittskarten nicht an diese Kerle gelangen. Aber immer wieder entdeckt man, daß sie doch 50 und mehr Eintrittskarten haben. Irgendwo haben sie die doch hergekriegt. (*Amrehn:* Und gefälschte!)

Meine Damen und Herren! Wir werden den ganzen Sommer damit zu tun haben. Ich halte viel davon – alles andere ist ungewiß –, wenn wir eigene Leute haben, die einfach da sind. Der Schulhoff[30] hat so einen Kerl, der Flugblätter verteilen wollte, um den Arm geschlagen, daß alles herumgeflattert ist. Das ist ein alter Herr. Ich weiß nicht, wie alt er ist. (*Zuruf:* Über 70!) Über 70! Also, zu dem Thema nichts mehr! Was gibt es zum Punkt „Verschiedenes"? (*Heck:* Nichts besonderes!)

Dann würde ich um Ihr Verständnis dafür bitten, daß ich bei den anderen Punkten der Tagesordnung heute nicht mehr dabei bin. Meine Meinung dazu habe ich gesagt und auch meine Mitwirkung erbracht, so daß ich mich heute noch meinem sonstigen Programm widmen kann.

Ich habe nur eine Bitte. Wir sind ein bißchen dünn vertreten über die Wochenenden. Ich habe mich nun Wochenende für Wochenende eingesetzt. Die SPD schafft überall Gelegenheiten, wovon das Fernsehen Notiz nehmen muß. Bei Wahlversammlungen geschieht das ja nicht. Sie macht irgendeine SPD-Konferenz zu dieser oder jener Frage. Dann kommt das Fernsehen und nimmt Notiz davon. Ich möchte noch einmal darum bitten, dafür zu sorgen, daß wir erscheinen. Ich weiß nicht, wer überhaupt an diesem Wochenende von uns erscheint. (*Stingl:* Herr Bundeskanzler, so ist es nicht. Ich habe mich vorige Woche, als Herr Wehner die Grenzlandschau eröffnete[31], dazwischengedrängt. Wir versuchen schon etwas! – *Lebhafte Unruhe.*) Was heißt das? Haben Sie etwas gesagt? (*Stingl:* Die haben mich gebracht!)

Nun gut, das soll ja anerkannt werden. Wir sind aber nach wie vor zu wenig in Bonn. Ich bekomme ja jede Woche eine genaue Darstellung. Da sind wir einfach zu wenig, meine Herren! Ich kann das nicht alles bestreiten. Deswegen müssen wir jede Sache wahrnehmen, bei der das Fernsehen Notiz nehmen muß. Von gewöhnlichen Wahlversammlungen nimmt es aber keine Notiz. Bei der Gelegenheit kommen wir weg von den Abendversammlungen. Die Abendversammlungen mit der sogenannten Prominenz nützen ja nichts – außer bei den betreffenden Leuten –, denn davon kommt weder etwas ins Fernsehen noch in die Zeitung; denn es ist fast immer zu spät für die Presse und das Fernsehen. (*Hange:* Die Lokalzeitungen bringen etwas.) Die Lokalzeitungen sind etwas

30 Georg Schulhoff (1898–1990), Diplom-Ingenieur; 1948–1985 Präsident der Handwerkskammer für den Regierungsbezirk Düsseldorf, 1950–1954, 5.–12. Juli 1958 und 22. Februar bis 20. Juli 1962 MdL Nordrhein-Westfalen (CDU), 1961–1972 MdB.

31 Wehner sprach am 15. Juni 1969 vor DDR-Flüchtlingen, die aus verschiedenen Teilen Nordrhein-Westfalens zu einer Kundgebung in Helmstedt gekommen waren, vgl. dpa vom 15. Juni 1969 „Wehner: Machthaber in der DDR wollen Spaltung vertiefen".

anderes. Ich meine jetzt die großen Zeitungen. Wir sollten uns also für diese Dinge soviel Zeit wie möglich machen.

Wir sollten also, Herr Dr. Heck, zusehen, daß wir selber solche Gelegenheiten schaffen. Das könnten wir gegenüber dem, was bisher geschehen ist, noch etwas steigern. Ich fürchte sonst, die lassen uns nicht zu Atem kommen. Die SPD hat da einen großen Feldzugsplan gemacht. Und wenn der Bundespräsident noch dazukommt, dann ist es nicht gerade sehr schön.

Meine Damen und Herren! Ich darf mich nun von Ihnen verabschieden.

Heck: Wir kommen zum Punkt 1 der Tagesordnung:

Wahlprogramm der CDU

Ich darf einleitend folgendes sagen: Sie haben alle das Wahlprogramm der SPD und der FDP zur Kenntnis bekommen.[32] Wir haben unser Wahlprogramm dem Inhalt und der Form nach ganz bewußt von den bisher erschienenen Programmen der SPD und der FDP abgesetzt, weil unsere ganze Kampagne völlig anders angelegt ist wie die der SPD. Die SPD macht einen langfristigen Reklamefeldzug mit allen möglichen, im Grunde genommen aber fremden Autoritäten für sich.

Wir haben uns von vornherein auf einen kurzen Wahlkampf festgelegt, der die letzten sechs Wochen ausfüllen soll. Wir haben auch die Anzeigenkampagne, in der die Leute bemüht sind, der SPD zu bestätigen, daß die SPD eine anständige Partei ist, nicht überbewertet, aber wir waren doch der Meinung, daß wir die Zeitungsanzeigen sechs oder sieben Monate vor der Kampagne nicht ausschließlich der SPD überlassen dürfen. Wir haben deswegen eine kurze Anzeigenkampagne angelegt, um den 23. Mai herum, mit der Überlegung, daß im Rundfunk, Fernsehen und in der Presse, auch in den Wochenzeitungen und Illustrierten, über „Zwanzig Jahre Grundgesetz und Zwanzig Jahre Bundesrepublik Deutschland" berichtet wird. Wir glaubten, daß es sehr nützlich ist, nun mit einer kleinen Anzeigenkampagne das, was an Leistungen publizistisch dem Volke vor Augen geführt wird, an unsere Fahnen zu heften. Die erste Anzeigenkampagne ist mit dem 17. Juni ausgelaufen. Das hat sich sehr günstig getroffen. Der Bundeskanzler ist mit seinem „Bericht zur Lage der Nation" im Fernsehen, im Rundfunk und auch in der Presse sehr breit erschienen.

Wir sind jetzt dabei, um den Anschluß zu bekommen, zu unserer ursprünglich geplanten und auch beibehaltenen Anzeigenkampagne zehn weitere Anzeigen in einem gewissen Abstand zu bringen. Es sind wiederum Anzeigen, die im Grunde genommen

32 „Sicher in die 70er Jahre. CDU 1969–1973. Wahlprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands". – „Entschlossen die Zukunft sichern. CSU-Wahlkampfprogramm 1969". – „Regierungsprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1969. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der SPD am 17. April 1969 in Bad Godesberg". – „Praktische Politik in Deutschland. Das Konzept der F.D.P., verabschiedet vom 20. Ordentlichen Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei am 25. Juni 1969 in Nürnberg". – Alle Programme in ACDP Dokumentation 17/05.

der Bevölkerung die Alternative zwischen uns und den Sozialdemokraten deutlich machen sollen, und zwar in wesentlichen Punkten dieses unseres Wahlprogramms.

Dieses Wahlprogramm stützt sich seiner Aussage nach völlig ab auf das Berliner Programm. Es ist erheblich kürzer gefaßt. Wir legen großen Wert darauf, wesentlich kürzer auszukommen. Wir haben jegliches Deklamieren vermieden. Wir haben das, was die Christlich-Demokratische Union bisher geleistet hat, auf ein Minimum reduziert und im übrigen auf jede Polemik verzichtet. Das Ganze ist bewußt in einem sachlichen Stil gehalten und hat nur einen einzigen Zweck, sachlich zu informieren, welches der Inhalt der Politik der CDU/CSU für die nächsten vier Jahre sein wird.

Das Programm ist zunächst zwischen mir und dem Bundeskanzler in einer sehr langen Nachtsitzung durchgesprochen worden. Ich habe das Programm dann dem Fraktionsvorsitzenden zugestellt; er selber hat auch sofort seine Stellungnahme abgegeben. Er hat dann auch noch den Arbeitskreisvorsitzenden den Entwurf zur Verfügung gestellt. Von der Seite her liegen jetzt einige Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge vor. Der Entwurf ist dann im Präsidium beraten worden. Das Präsidium hat in der Sitzung nur einzelne Änderungen formuliert, die anderen in Auftrag gegeben an die einzelnen Herren, von denen die Vorschläge gekommen sind. Diese Änderungsvorschläge liegen auch hier vor.

Ich schlage deswegen jetzt vor, daß wir – wenn nicht eine Generaldebatte gewünscht wird – gleich anfangen und Abschnitt für Abschnitt das Programm durchberaten, und zwar zunächst in der Form, daß wir die Änderungsanträge, die aus dem Präsidium gekommen sind, und die Anträge, die aus der Fraktion gekommen sind, durchsprechen, und daß wir dann in einem zweiten Durchgang das behandeln, was hier aus dem Kreis des Bundesvorstands noch an Änderungen gewünscht wird. Sind Sie damit einverstanden? (*Lebhafte Unruhe. – Stingl:* Warum nicht gleich in einem Zug?)

Ich weiß nicht, Herr Stingl, ob aus dieser Runde noch Änderungsanträge gestellt werden. Deswegen sollten wir zunächst das durcharbeiten, was hier vorliegt. Wir können dann in einem zweiten Durchgang die weiteren Anträge besprechen; aber das kann sich ja auch überschneiden. (*Anhaltende Unruhe.*) Dann rufe ich in der Präambel den 3. Abschnitt auf. Hier heißt es: „Unter der Führung von Kurt Georg Kiesinger wurde nach der außergewöhnlichen Phase des Wiederaufbaus der schwierige Übergang in eine Zeit des stetigen wirtschaftlichen Fortschritts gemeistert." Das Präsidium schlägt folgende Formulierung vor: „Unter der Führung von Kurt Georg Kiesinger wurde nach der Phase des stürmischen Wiederaufbaus der Übergang in eine gleichmäßige Entwicklung und ständigen wirtschaftlichen Fortschritts vollzogen."

Ich mache darauf aufmerksam, daß das Wort „stürmischen" im ersten Entwurf vom Bundeskanzler gestrichen worden ist, und zwar als ein ihm nicht passendes Wort. Ich selber halte das Wort „stürmischen" auch für besser als „außergewöhnlichen".

Ich bitte zu überlegen, ob es nicht besser ist, hier zu sagen: „eine Zeit des stetigen wirtschaftlichen Fortschrittes" als „in eine gleichmäßige Entwicklung und ständigen wirtschaftlichen Fortschritts".

Ich halte die erste Fassung für besser. – Herr Meyers!

Meyers: Ich bin anderer Ansicht. Ich würde nur das Wort „Phase" durch das deutsche Wort „Zeit" ersetzen. Ich bin der Meinung, man sollte hier möglichst viele deutsche Worte gebrauchen, damit auch der einfache Mann auf der Straße das Ganze versteht. Die Politiker wissen es zwar, aber es müssen alle Leute verstehen. Ich finde sonst die neue Fassung für besser. Insbesondere halte ich das Wort „stürmischen" für eine Verbesserung.

Heck: Es würde dann heißen: „... nach einem stürmischen Wiederaufbau ..." (*Meyers:* „Nach der Zeit des stürmischen Wiederaufbaus"!) Die Formulierung „... des stürmischen Wiederaufbaus der Übergang in eine gleichmäßige Entwicklung und ständigen wirtschaftlichen Fortschritts" ist ein bißchen holprig für meine Begriffe.

Kraske: Weil es einmal „eine" heißt und dann der Artikel fehlt. (*Dufhues:* „Der Übergang zu einem ständigen wirtschaftlichen Fortschritt vollzogen ist.") „Die gleichmäßige Entwicklung" kann man weglassen und sagen „in einen ständigen wirtschaftlichen Fortschritt". Jede Kürzung ist willkommen. (*Schmücker:* Das Wesentliche ist die gleichmäßige Entwicklung gegenüber der stürmischen.) „In einem gleichmäßigen ..." (*Dufhues:* „Soliden und ständigen wirtschaftlichen Fortschritt".)

Heck: Es ist natürlich schwierig, jetzt mit den Formulierungen anzufangen. Vielleicht können wir aber so sagen: „Unter der Führung von Kurt Georg Kiesinger wurde nach der Zeit des stürmischen Wiederaufbaus der Übergang in einen gleichmäßigen wirtschaftlichen Fortschritt vollzogen." (*Lebhafte Unruhe.*)

Kraske: Kann man nicht „gleichmäßig und ständig" durch das Wort „stetig" zusammenfassen, und zwar zuerst „stürmischen" und dann „stetig"? Also: „der Übergang in einen stetigen wirtschaftlichen Fortschritt". Das ist genau sachlich richtig.

Heck: Jetzt sind wir wieder bei der Urfassung gelandet. (*Heiterkeit und sehr starke Unruhe.*) Abschnitt 4! – Herr Kraske!

Kraske: Wir kommen jetzt zum Absatz 4. Das Präsidium bittet, in der 3. Zeile nicht „ihrer Regierung", sondern „ihrer Regierungsverantwortung" zu sagen. (*Stingl:* Das haben wir nicht schriftlich vorliegen! – *Starke Unruhe.* – *Lemke:* Muß die Formulierung „gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien" drinbleiben?)

Heck: Das ist ganz bewußt abgesetzt gegenüber der Haltung der SPD, die alle anderen überhaupt nicht gelten läßt. (*Starke Unruhe.*) Ich bitte um Ruhe!

Wir sind der Meinung, daß das gesagt werden muß, und zwar speziell für die Presse, die das ja für die Bevölkerung kommentiert. Das liest doch die Bevölkerung nicht. Das wird von der Presse kommentiert. Es kommt darauf an, wie es von ihr aufgenommen wird. Wenn Sie das Programm der SPD lesen, dann ist diese pharisäische Selbstgerechtigkeit geradezu widerlich. (*Lebhafte Unruhe.*) – Herr Dr. Barzel!

Barzel: Man sollte einmal versuchen, den ersten Absatz so zu lesen, als müsse man ihn deklamieren. Er ist für mein Sprachgefühl nicht ganz in Ordnung: „Die Bundesrepublik Deutschland ist unter der Führung von Konrad Adenauer als freiheitlicher Rechtsstaat aufgebaut und Mitglied der freien Völker geworden."

Dieser Satz sollte bei keinem ein Stolpern verursachen. Ich meine: „wurde aufgebaut und ist Mitglied der Gemeinschaft geworden". (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Man kann nur sagen: „wurde und ist"; es geht nicht anders. (*Lemke:* In der Ziffer 24 des Berliner Programms steht auch „freiheitlicher sozialer Rechtsstaat". Wir sollten auch hier „sozialer" einfügen.)

Kraske: Im nächsten Absatz heißt es: „Soziale Marktwirtschaft". (*Lemke:* Das ist nur ein kleiner Teil.) Es ist so, daß es im ersten Absatz um die äußere Staatskonstruktion geht, während es im zweiten Teil um die Innen- und Gesellschaftspolitik geht. Hier wird „sozialer" gesagt.

Heck: Ich würde auch sagen: „Die Bundesrepublik Deutschland wurde unter der Führung von Konrad Adenauer als freiheitlicher Rechtsstaat aufgebaut und ist Mitglied der Gemeinschaft der freien Völker geworden."

Barzel: Ich glaube, daß dieser Bundesvorstand kaum mehr redigieren kann. Wir werden uns wohl darüber verständigen müssen: Wenn etwas nicht schön ist, dann versuchen wir, es in der Formulierung besser zu machen. Ich glaube, weiter kann der Bundesvorstand nicht gehen; denn wir haben volles Vertrauen zu den Herren, die das gemacht haben. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Gut! Ich rufe auf I. Abschnitt 1, Absatz 2. – Herr Dr. Kraske!

Kraske: Ich darf Ihnen einen generellen Änderungsvorschlag des Präsidiums vortragen, der Ihnen nicht schriftlich vorliegt. Im 2. Abschnitt hieß es: „Wir sind bereit, die Spannungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands abzubauen." Das Präsidium ist der Meinung, das kann keine Frage der Bereitschaft sein, sondern es muß der Wille bleiben. Hier soll es also heißen: „Wir wollen die Spannungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands abbauen. Wir sind bereit, darüber mit den Verantwortlichen im anderen Teil Deutschlands zu sprechen."

Heck: Einverstanden! Dann zum Absatz 4! Hier liegt ein Änderungsvorschlag von Herrn Dufhues vor: „Wir haben nicht das Recht und sind nicht gewillt, die ‚DDR' anzuerkennen. Ihre Anerkennung schafft keinen Frieden. Friede und Gerechtigkeit sind untrennbar usw. ..." (*Schwarzhaupt:* Ich halte den Text der ursprünglichen Fassung für besser.) Frau Schwarzhaupt hält den Text der ersten Fassung für besser. – Herr Dufhues!

Dufhues: Dagegen hatte auch der Herr Bundeskanzler mit Recht Bedenken, denn diese These ist sehr schwach. Sie schafft überhaupt keinen Frieden. Zum zweiten wird hier unterstellt, daß wir es dürfen. Wir dürfen es nicht. Das verstößt gegen das Grundgesetz. Wir sollten dieses Recht beachten. Wir sollten aber auch erklären, daß wir es nicht wollen. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Herr Amrehn!

Amrehn: Ich habe eine Frage, in welchem Umfange gehen wir zu einem anderen Sprachgebrauch über? Ich war etwas überrascht; denn in dem Entwurf, der uns geschickt worden ist, steht die DDR ohne Anführungszeichen. Mir ist aufgefallen, daß der Bundeskanzler im Bundestag den Sprachgebrauch DDR ohne Gänsefüßchen übernommen hat. Mir ist kein Beschluß bekannt und auch keine Meinungsänderung, die das bestätigt. (*Dufhues:* Hier gibt es sie.) Ich möchte aber doch, weil das so stillschweigend geschehen ist, die Sache ansprechen, weil da so ein leise vollzogener Übergang auch

bei uns sichtbar wird, der doch intellektuell eine Annäherung bedeutet, diese Leute wenigstens – wie es immer so schön heißt – mit ihrem Namen anzusprechen, um sie nicht zu kränken.

Ich möchte das hier doch ausgesprochen haben, weil es ursprünglich ohne Gänsefüßchen dasteht, wenn auch Herr Dufhues sie jetzt wieder setzt, was aber nicht näher erläutert worden ist.

Heck: Das ist schon eine Sache, die der Überlegung wert ist. Der allgemeine politische Sprachgebrauch im Parlament, und zwar von allen drei Parteien, lautet gleich. Es wird nicht mehr von der sogenannten DDR gesprochen.

Dufhues: Unlängst sprach der Herr Bundeskanzler vom anderen Teil Deutschlands. Wir sind der Meinung, in unserem Programm sollten wir sehr klar sein und die Anführungszeichen machen.

Heck: Darf ich feststellen, daß die Meinung der Mehrheit für die Fassung von Herrn Dufhues ist, nämlich mit Anführungszeichen. (*Starke anhaltende Unruhe.*) Darf ich nochmals um Ruhe bitten. Es hat doch keinen Zweck, wenn hier dauernd durcheinander gesprochen wird. Meine Damen und Herren! So geht es ja nicht. Es hat wirklich keinen Wert, wenn wir durcheinander sprechen, Herr Kraske. Jeder muß sich zu Wort melden, und dann bekommt er das Wort.

Es ist noch ein Änderungsvorschlag da von Herrn Schröder, nämlich anstelle des Wortes „besiegeln" nunmehr „vertiefen" zu sagen. – Herr Amrehn!

Amrehn: „Vertiefen" ist ein Ausdruck, den wir 20 Jahre lang gebraucht haben, und der abgegriffen ist. „Besiegeln" ist die Neueinführung eines Begriffes. Er ist ein viel stärkerer Ausdruck dessen, was da geschieht. Ich halte also „besiegeln" für besser.

Heck: Herr Kraske!

Kraske: Ich finde, daß das Wort „besiegeln" nicht nur dem allgemeinen Sprachempfinden entspricht, sondern auch dem ursprünglichen Wortsinne nach genau das bezeichnet, was durch die Anerkennung geschieht, daß wir nämlich unser Siegel unter die Teilungsurkunde setzen. Darum sollte man es stehenlassen.

Heck: Es bleibt also bei „besiegeln"? (*Zurufe:* Ja!) Dann kommt Absatz 5. Hier heißt es: „Die Rechte der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge werden wir weiterhin vertreten."

Der Änderungsvorschlag des Präsidiums lautet: „Die Rechte der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge werden wir unverändert vertreten; sie einzugliedern, bleibt unsere Aufgabe." – Herr Stingl!

Stingl: Das ist eine alte Auseinandersetzung wegen des Semikolons. Ich bin auch für die Eingliederung, aber durch das Semikolon könnte der Eindruck entstehen, daß die Rechte für die Eingliederung erledigt sind. Wir sollten hier wie im Berliner Programm sagen: „Die Rechte der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge werden wir unverändert vertreten. Sie einzugliedern, bleibt unsere Aufgabe."

Heck: Herr von Hassel!

Von Hassel: Wir haben die Formulierung vom Berliner Programm nicht übernommen, weil sie zu kompliziert ist. Man könnte sagen: „Wir werden die Heimatvertriebe-

nen und Flüchtlinge eingliedern, um ihre Rechte unverändert zu vertreten." Das heißt also, nach der Eingliederung sind die Rechte nicht erledigt, sondern sie werden aufrechterhalten. (*Sehr starke Unruhe.*)

Heck: Das ist eine prinzipielle Frage. Wir haben ganz bewußt das Berliner Programm nicht abgeschrieben. Im Berliner Programm ist sehr viel ausgesagt, was hier im Grunde genommen keinen Platz hat, weil hier das gesagt werden soll, was wir tun. Wenn wir anfangen, alles das, was an deklamierenden Aussagen schön ist, einzubauen, dann müssen wir es eigentlich generell machen, weil wir sonst den Charakter des Programms auf den Kopf stellen. – Herr Dr. Klepsch!

Klepsch: Ich möchte folgenden Antrag stellen: „Die Rechte der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge werden unverändert vertreten." (*Sehr starke Unruhe.*)

Heck: Herr Dr. Fricke!

Fricke: Ich darf hinzufügen, es ist doch selbstverständlich, daß wir die Rechte der Heimatvertriebenen unverändert vertreten wollen. Die Rückgliederung und die echten Ansprüche, eingegliedert zu werden, sind doch darin enthalten. Ich halte auch die Kurzfassung für die beste. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Also „unverändert vertreten"! Der Zusatz wird gestrichen. (*Zurufe:* Ja!) – Herr Kraske!

Kraske: Das Präsidium hatte noch den Wunsch, im Absatz 6, der beginnt: „Wir suchen Verständigung" in der 3. Zeile das Wort „aber" zu streichen. Der Satz soll also beginnen: „Die deutsche Ostgrenze ..." (*Zurufe:* Sehr gut!)

Heck: Herr Amrehn!

Amrehn: Hier steht „dies gilt auch für Polen". Ist es nicht besser, wenn man hier sagt: „besonders für Polen". (*Starke Unruhe.*)

Heck: Es war so gedacht, Polen nennt man expressis verbis, weil die deutsche Ostgrenze genannt wird. – Herr Stingl!

Stingl: Ich halte es für richtig, „Polen" stehen zu lassen. Nur gegenüber Polen gibt es Grenzprobleme. Gegenüber den anderen osteuropäischen Ländern gibt es zwar Probleme, aber keine Grenzprobleme. Deshalb muß man Polen schon gesondert nennen. (*Amrehn:* Einverstanden! – *Lemke:* Sie haben Ostpreußen vergessen!) Nach unseren Begriffen nur gegenüber Polen! (*Lemke:* Auch gegenüber Rußland! – *Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Ich darf nochmals um Ruhe bitten. Sie müssen sich zu Wort melden. So kommen wir doch nicht weiter. Das Wort hat zur Zeit Herr Stingl.

Stingl: Wollen Sie Stalingrad mit hineinnehmen? Wir haben keine gemeinsamen Grenzen mit Rußland. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Heck: Wir wollen uns an den Satz von Herrn Barzel halten und versuchen, eine Formulierung zu finden. Wir wollen Polen nennen, ohne daß wir jemand diskriminieren oder bevorzugen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Absatz 3! (*Barzel:* Herr Heck, ich habe zu 2 eine Bitte.) Wir wollen so verfahren, daß wir zunächst die vorliegenden Anträge durchberaten und dann in einem zweiten Arbeitsgang die Anträge, die hier aus den Reihen kommen. (*Meyers:* Eben ist gesagt worden, warum soll man es zweimal machen, wenn man es in einem Zug erledigen

kann.) Es wurde aber zugunsten des ersten Durchganges entschieden. (*Meyers:* Nach meiner Meinung wurde zugunsten des zweiten Verfahrens entschieden. – *Sehr starke Unruhe.*) Ich bitte um Ruhe! – Herr Meyers!

Meyers: In der Ziffer 2 zweiter Satz heißt es: „Wir wollen in den nächsten Jahren eine gemeinsame Politik für Wirtschaft und Währung, für Wissenschaft und Forschung, für Entwicklungshilfe und eine fortschreitende Angleichung der Sozialpolitik verwirklichen."

Das ist einmal ein Herausfallen aus der Konstruktion, zum anderen möchte ich wissen, was eine fortschreitende Angleichung der Sozialpolitik ist. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Das ist ein Vorschlag, der von der Kommission kommt, die unter dem Vorsitz von Hallstein getagt hat, also von den ersten Experten Europas. Die sind hier am Werk gewesen. Im übrigen ist das auch in den Römischen Verträgen im Art. 54 vorgesehen. (*Starke Unruhe.*) – Herr Dr. Barzel!

Barzel: Man kann doch einfach und schlicht sagen: „Wir wollen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ... erweitern". (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Einverstanden! – Herr Kraske!

Kraske: Das Präsidium bittet einstimmig, insbesondere auch auf den Wunsch des Herrn Bundeskanzlers, im nächsten Absatz die Worte „insbesondere der deutsch-französischen Zusammenarbeit" zu streichen, so daß es heißt: „Diese Einigung bleibt die große Aufgabe der europäischen Völker." (*Dufhues:* Ich möchte dringend darum bitten, es so zu belassen, wie es hier steht.)

Heck: Ich wundere mich eigentlich, denn es ist auf ausdrücklichen Wunsch des Herrn Bundeskanzlers hineingekommen.

Kraske: Das war eine Reaktion auf die jüngste Rede von Herrn Pompidou.[33] Zweitens habe ich es so verstanden, daß wir den Italienern, den Holländern, den Belgiern, den Luxemburgern, den Engländern und anderen Beitrittswilligen nicht sehr viel Freude machen, wenn wir die deutsch-französische Zusammenarbeit ausdrücklich als Kern der europäischen Einigung darstellen. Die wollen natürlich nicht so sehr um die Achse Paris-Bonn herumgruppiert sein.

Heck: Ich muß Ihnen hier etwas widersprechen. Bei allen Konferenzen gab es immer einen heimlichen Kampf um die Interpretation des deutsch-französischen Vertrages.[34] Wir haben diesen Vertrag ausgesprochen europäisch interpretiert. Die gesamte Zielsetzung des Vertrages begründet die deutsch-französische Zusammenarbeit. Sie ist das A und O, das Fundament, daß Europa überhaupt zustande kommen kann, während die Franzosen von sich aus immer restriktiv waren. Die haben immer eine Politik ange-

33 Der Präsidentschaftskandidat der Gaullisten, Georges Pompidou, hatte sich in Reden vorsichtig von der Politik de Gaulles distanziert, vgl. FAZ vom 24. Mai 1969 „Jetzt Auseinandersetzungen um die Außenpolitik de Gaulles". – Kiesinger war in die Kritik geraten, weil er Sympathien für den französischen Interims-Präsidenten Alain Poher geäußert hatte, vgl. „Welt" vom 5. Juni 1969 „Harte Kritik an Kiesinger. Sympathie-Erklärung für Poher". – Pompidou war im zweiten Wahlgang am 15. Juni 1969 zum Präsidenten gewählt worden.

34 Vom 22. Januar 1963. Vgl. Nr. 11 Anm. 10.

strebt, wonach eine deutsch-französische Führung Europas zustande kommen soll. Also, von der Seite her würden wir etwas zurückgehen, was den Franzosen keinen Kummer macht, (*Lebhafte Unruhe.*) sondern eigentlich nur Freude. – Herr Kraske!

Kraske: Wir gehen mit dieser Formulierung immer ein Stück über das Berliner Programm hinaus. Im Berliner Programm heißt es in der Ziffer 9: „Bei der Einigung kommt der deutsch-französischen Zusammenarbeit hohe Bedeutung zu."

Ich glaube, das ist nicht ganz so stark wie „insbesondere der deutsch-französischen Zusammenarbeit".

Heck: Frau Brauksiepe!

Brauksiepe: Es könnte jemand auf den Gedanken kommen, daß in der Woche der Regierungsübernahme durch Pompidou dies gestrichen wird. Das würde denen, die uns nicht gut gesonnen sind, eine Auslegung zulassen, die mir keinen Spaß macht. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Heck: Herr Barzel!

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich glaube, in der deutsch-französischen Verständigung ist in den nächsten vier Jahren nicht besonders viel drin. Wenn die Worte „deutsch-französische Zusammenarbeit" überhaupt nicht vorkommen, wird jeder kundige Betrachter das als das erste festhalten. (*Starke Unruhe.*) Was im Berliner Programm steht, ist doch gut. Das Wort muß also hinein.

Heck: Dann übernehmen wir einfach als letzten Satz den ersten Satz von Ziffer 9 des Berliner Programms.

Kraske: Darin kommt zweimal „Einigung" vor. Man kann auch sagen: „Diese Einigung bleibt die große Aufgabe der europäischen Völker. Der deutsch-französischen Zusammenarbeit kommt dabei hohe Bedeutung zu."

Heck: Herr Stingl!

Stingl: Wir wollen eine europäische Friedensordnung. Sollten wir nicht einmal das Volksgruppenrecht von der CDU aus ansprechen?

Heck: Herr Klepsch!

Klepsch: Das wird alles abgedeckt durch den schönen Satz, daß wir unverändert alle Rechte der Heimatvertriebenen vertreten. (*Stingl:* Die Volksgruppenrechte gehen nicht auf die Vertriebenen, sondern sie gelten beispielsweise zwischen den Tschechen und Slowaken, zwischen Polen und Tschechen. – *Sehr starke Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Darf ich nochmals um Ruhe bitten. – Herr Barzel!

Barzel: Alle diejenigen, die darüber verantwortlich für die Fraktion im Bundestag reden müssen, wissen, wie kompliziert es ist, hier eine gute Formulierung zu finden. Wir haben uns schon einmal drei Stunden lang mit den Freunden aus der Arbeitsgruppe unterhalten. Es ist wirklich sehr kompliziert. Die Öffentlichkeit weiß, daß wir unter Friedensordnung auch das Volksgruppenrecht meinen. Die Öffentlichkeit weiß auch, daß wir, wenn wir für die Aussöhnung mit Polen sprechen, an die eine Million Menschen denken, die dort wohnen. Das hier aber so zu formulieren, ist wirklich nicht möglich. (*Lemke:* Es gehört auch nicht hierher! – *Unruhe.*)

Heck: Dann kommen wir zur Ziffer 3. Hier werden vom Präsidium einige Änderungen vorgeschlagen. Hier soll das, was zum Thema Bundeswehr im Rahmen der NATO aufgeführt ist, und das, was im Abschnitt VI – Freiheit, Rechte und Ordnung – gesagt ist, zusammengezogen und nach vorne genommen werden. (*Lebhafte Unruhe.*)

Es ist ein schwieriges Problem. Es wirkt auch hier ein bißchen fremd, so die Einzelheiten über die Bundeswehr zu bringen. Hier kann man dieser oder jener Meinung sein.

Ich frage deshalb zunächst einmal, soll man die beiden Abschnitte – das ist die Auffassung des Präsidiums – zusammenfassen? (*Zurufe:* Ja! – *Amrehn:* Ich hatte es zuerst vermißt, aber dann unter Ziffer 30 gefunden. Es geht den anderen Lesern auch so!)

Nun kommen folgende Änderungsvorschläge: Die Abschnitte 1 bis 4 bleiben. Es wird dann ein 5. Abschnitt vorgeschlagen: „Verteidigungswille und Verteidigungsbereitschaft in unserem Lande müssen gestärkt werden." (*Zurufe:* Sehr gut!) Keine Bedenken. In dem Absatz „Wir werden die Bundeswehr personell und sachlich so ausrüsten ..." soll das Wort „sachlich" durch „materiell" ersetzt werden. (*Meyers:* Das ist wieder ein Fremdwort!) Sie sind einverstanden!

Dann folgt folgender neuer Absatz: „Wir halten an der Wehrpflicht fest. Die jungen Menschen, die ihren Wehrdienst ableisten, müssen in materieller und ideeller Weise gefördert werden." Hier ist zu überlegen, ob wir das für die nächste Legislaturperiode sagen sollten. Wir waren der Meinung, bei der Frage „Berufsheer und allgemeine Wehrpflicht" sollten wir eine Formulierung vermeiden, die das andere unmöglich macht. (*Anhaltende Unruhe.*) – Herr Meyers!

Meyers: Wir können doch nur rebus sic stantibus ausgehen. Da haben wir die jetzige Bundeswehr. Aber wenn das einmal ein Berufsheer wird, ergeben sich ganz andere Probleme. (*Starke Unruhe.*) Wenn die jungen Leute ihr Abitur gemacht haben, machen sie ihren Soldatendienst. Dann kommen sie an die Universität und werden nicht aufgenommen. Ich habe mich für solche Leute eingesetzt. Der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen sagte mir: Wir haben nur 40 Stellen. Dabei waren 30 Leute, die von der Bundeswehr kamen. Davon haben nur zwei eine Stelle bekommen. (*Anhaltende Unruhe.*)

Das ist eine so schlechte Sache, daß wir hierfür im Wege der Gesetzgebung etwas tun müssen, damit diese Leute über die Zeit der Bundeswehr hinaus, wenn nicht genügend Stellen vorhanden sind, nicht geschädigt werden. Für diese Leute wäre es gut, wenn wir es drin ließen.

Heck: Sollen wir expressis verbis sagen: „Wir halten an der Wehrpflicht fest"?

Schwarzhaupt: Ich bin dagegen. Das klingt mir zu programmatisch. Wir können sagen: „Wir halten die Wehrpflicht für notwendig." (*Starke Unruhe.*)

Heck: Herr Klepsch!

Klepsch: Wir könnten sagen: „Wir halten daher an der Wehrpflicht fest", dann orientiert sich das an dem vorhergehenden Satz, daß nämlich der Verteidigungsauftrag optimal erfüllt werden soll. (*Starke Unruhe.*) Ich glaube auch nicht, daß in absehbarer Zeit die Wehrpflicht geändert wird.

Dann taucht im nächsten Satz etwas auf, womit wir nicht einverstanden sind, was sich auch nicht aufrechterhalten läßt. Dort heißt es: „Ein Höchstmaß an Wehrgerechtig-

keit ist durch Vergünstigungen für die Wehrpflichtigen herauszustellen." Ich bitte Sie herzlich, die Worte „durch Vergünstigungen für die Wehrpflichtigen" zu streichen und zu sagen: „Ein Höchstmaß an Wehrgerechtigkeit ist herzustellen."

Was im einzelnen passiert, wird noch geprüft. Bei diesen Vergünstigungen für die Wehrpflichtigen spielten die Steuergutscheine eine Rolle, was aber mittlerweile vom Finanzministerium zu Grabe getragen worden ist, nachdem Minister Strauß in der Fraktion erklärt hat, wir sollten uns hier nicht so einseitig festlegen, die Wehrabgabe auszuspielen. Die Worte „durch Vergünstigungen für die Wehrpflichtigen" können hier ohne weiteres gestrichen werden, weil oben steht, daß sie in materieller und ideeller Weise gefördert werden. (*Dufhues:* Ist dieser Satz notwendig, Herr Kraske?)

Kraske: Wir halten an der Wehrpflicht fest! Ich glaube, wir müssen darüber eine Aussage machen; denn die SPD wie insbesondere die FDP wird in den Wahlkampf ziehen mit der Verkürzung der Wehrpflicht. Wir werden dagegen nur argumentieren können, daß wir uns das in der Präsenzstrategie und auch materiell nicht leisten können. Deswegen, so meine ich, sollte es hier drinstehen, zumal oben drüber steht, daß dies ein Programm für die Jahre 1969 bis 1973 ist. Wir werden bis 1973 bestimmt nicht auf die Wehrpflicht verzichten können. Herr Klepsch, ich gestehe, daß ich hier mehr meine eigene als eine festgefügte Meinung der CDU oder der Fraktion vertrete. Ich halte es für wichtig, daß wir uns hier ganz klar für Vergünstigungen aussprechen. Ich glaube nicht, daß wir mit der Wehrsteuer durchkommen. Ich bin nicht so pessimistisch wie Sie, daß das bei Strauß bereits zu Grabe getragen wäre. Ich glaube, im Gegenteil, man wird sich endlich im Finanzministerium damit anfreunden, weil man sieht, daß man die Problematik nicht nur mit der Reichshaushaltsordnung oder solchen alten Sachen lösen kann.

Im übrigen haben wir das, Herr Dr. Klepsch, was Sie vorschlagen, in unserem Rednerdienst über die Sicherheitspolitik schon drin, nämlich die offene Frage, entweder so oder so. Herr Dr. Heck hat in diesen Tagen bereits den ersten Protestbrief bekommen, daß dies eine richtige Wischiwaschi-Erklärung wäre, daß uns das draußen nicht abgenommen würde, und daß wir ganz klar sagen müßten, was wir nun unter Wehrgerechtigkeit verstehen, das eine oder das andere.

Heck: Herr Scheufelen!

Scheufelen: Ich wollte das sagen, was Herr Kraske gesagt hat.

Heck: Herr von Hassel!

Von Hassel: Ich bin der Meinung, daß Herr Kraske recht hat. Ich möchte nur bitten, daß man es bei der Formulierung „Wir halten an der Wehrpflicht fest" beläßt und nicht sagt „daher"; denn „daher" nimmt Bezug auf den Vorsatz. Und das ist nicht richtig. Es hat nichts miteinander zu tun.

Barzel: Frau Schwarzhaupt hat einen klugen Hinweis gemacht, nämlich zu sagen „Die Wehrpflicht ist notwendig". Das ist eine bessere Aussage als „Wir halten daran fest". Das ist zu apodiktisch. Wir sollten sagen: „Sie ist notwendig".

Von Hassel: Herr Kollege Barzel, sie ist nicht nur notwendig, sondern ich glaube, daß ein freiheitlicher Rechtsstaat auch die junge Mannschaft dazu verpflichten muß, eine Zeit ihres Lebens für diese Aufgabe zur Verfügung zu stellen. Deshalb bin ich der

Meinung, daß es eine Pflicht ist und nicht nur eine Frage, wie ich die Streitkräfte auffülle.

Heck: Das kann man unter der Aussage verstehen: „Wir halten die Wehrpflicht für notwendig". (*Von Hassel:* Für notwendig, aber d. h. nicht, wie wir die Soldaten kriegen. – *Sehr starke Unruhe.*) – Frau Schwarzhaupt!

Schwarzhaupt: Das war in den fünfziger Jahren so, als wir begannen, Streitkräfte aufzustellen. Da haben wir demokratische Argumente angeführt und gesagt: Die Wehrpflicht ist notwendig. – Ob das für alle Zeiten bleibt, weiß ich nicht. (*Anhaltende Unruhe. – Zuruf:* Vier Jahre!)

Heck: Es sind zwei Auffassungen, die sich hier gegenüberstehen. Ich möchte hier eine Entscheidung herbeiführen und die Sache nicht der Redaktion überlassen. Wer der Auffassung ist, daß es so bleibt, wie es jetzt ist, „Wir halten an der Wehrpflicht fest", den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe! – (*Amrehn:* Ich meine, Sie sollten nicht einfach „die Gegenprobe" sagen, sondern, wer ist für den Vorschlag von Barzel? – Der ist doch gemeint!) Ja! Wer ist für den Vorschlag von Barzel? Das sind sieben. Die Mehrheit ist für „notwendig". Es heißt also: „Die allgemeine Wehrpflicht ist notwendig." (*Starke Unruhe.*)

Klepsch: Ich mache einen Vermittlungsvorschlag. Streichen wir doch den Satz „Ein Höchstmaß ... ist herzustellen". Alles das, was in ihm ausgesagt ist, ist [in] den beiden vorhergehenden Sätzen enthalten.

Schwarzhaupt: Die Vergünstigungen minimalisieren das eigentlich in „kleine Münzen". Deshalb würde ich nur „Wehrgerechtigkeit" sagen und die Vergünstigungen nicht nennen, obwohl man daran denkt.

Meyers: Ich schlage folgendes vor: „... müssen in materieller und ideeller Weise gefördert werden. Ein Höchstmaß an Wehrgerechtigkeit ist herzustellen." (*Zurufe:* Sehr gut!)

Heck: Es heißt: „Die Wehrpflicht ist notwendig. Die jungen Menschen, die ihren Wehrdienst ableisten, müssen in materieller und ideeller Weise gefördert werden. Ein Höchstmaß an Wehrgerechtigkeit ist herzustellen. Nicht zu dienen, darf keine vermeidbaren Vorteile bringen." (*Dufhues:* Wir können das Wort „vermeidbaren" streichen. Das ist doch selbstverständlich.)

Für den letzten Abschnitt gibt es wiederum einen Änderungsvorschlag gegenüber dem zweiten Absatz der Ziffer 30. Es heißt hier in dem Änderungsvorschlag des Präsidiums: „Anerkannte Wehrdienstverweigerer sollen ihren Ersatzdienst sofort ableisten. Eine ausreichende Zahl von Ersatzdienstplätzen ist zu schaffen. Die Dauer des Ersatzdienstes muß berücksichtigen, daß die Wehrpflicht nicht nur die Grunddienstzeit, sondern auch Reserveübungen umfaßt." Ich halte den Änderungsvorschlag für besser. Sie sind einverstanden. (*Bilke:* Zivile Verteidigung bleibt doch erhalten?) Bleibt drin!

Zum Abschnitt II Ziffer 6 Absatz 3 hat die Fraktion vorgeschlagen: „Sie soll die Verschiedenheit der Begabungen individuell entwickeln, milieubedingte Hemmungen und Hindernissen abbauen." (*Von Hassel:* Kann man für das Wort „milieubedingt" nicht besser „umweltbedingt" sagen? – *Starke Unruhe. – Meyers:* Umwelt und Milieu sind

nicht dasselbe.) Wir werden das noch überlegen. Im übrigen stimmen Sie dem Vorschlag der Fraktion zu.

Dann kommen wir zu Ziffer 7 Absatz 2. Hier schlägt die Fraktion folgendes vor: „Wir werden die bestehenden Hochschulen weiter ausbauen." – Herr Meyers!

Meyers: In der vorletzten Zeile des zweiten Absatzes heißt es „an hochqualifizierten Kräften". Ich bitte Sie, sich einmal zu überlegen, ob man sich hier ein bißchen menschlicher ausdrücken kann. Ich würde sagen, am besten ausgebildete Menschen, wobei ich Ihnen zugebe, daß das nicht dasselbe trifft wie „hochqualifizierten".

Heck: Wir wollen von uns aus vorschlagen, das Wort „individuellen" zu streichen. (*Zurufe:* Ja!) Dann streichen wir beides, so daß es heißt: „In einer überregionalen Hochschulplanung müssen die Studienwünsche und der Bedarf des Staates berücksichtigt werden." Einverstanden! (*Lemke:* Schreiben Sie in der Ziffer 9: „Die Forschungs- und Bildungspolitik". – *Starke Unruhe.* – *Zurufe:* Was ist denn mit Ziffer 8?) Meine Damen und Herren! Ist Herr Schröder vorgestellt worden? (*Zurufe:* Nein!) Ich hatte das dem Bundeskanzler gesagt. Ich darf Ihnen Herrn Schröder[35] bekanntmachen. (*Beifall.*) Herr Schröder, zu den Fragen der Forschungs- und Bildungspolitik des Bundes hätte ich gern Ihre Stimme gehört.

Schröder: Aus der Sicht der CDU gibt es keine Bedenken dagegen; ich fürchte nur, daß in dieser Frage ein Einspruch unseres Kollegen Huber[36] kommen wird.

Lemke: Na ja, das mag sein, aber das ist doch die wichtigste Formulierung, die hier drin ist. Wir haben doch jetzt durch eine Grundgesetzänderung eine Bundesrahmenkompetenz für das allgemeine Hochschulwesen. Das ist doch Bildungspolitik. Wir müssen das hineinschreiben. Dagegen kann auch der Herr Huber nichts machen. (*Lebhafte Unruhe.*)

Schröder: Herr Ministerpräsident, wir könnten vielleicht sagen: „... und die bildungspolitischen Aufgaben des Bundes ..." Damit könnten wir Ärger vermeiden. (*Lemke:* Einverstanden!)

Heck: Es heißt jetzt: „Die Forschungspolitik und die bildungspolitischen Aufgaben des Bundes sollen in einem Ministerium zusammengefaßt werden."

Schmücker: Bedeutet das, daß alle Forschungsinstitute der Bundesrepublik diesem einen Ministerium unterstellt werden? Ich bin dafür, aber ich mache darauf aufmerksam, das wird zu ganz erheblichen Schwierigkeiten führen. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Das wird schwierig. So wie es hier stand: „Die Forschungspolitik", ist es verhältnismäßig einfach. Wenn man von bildungspolitischen Aufgaben spricht, ist nicht nur das mitangesprochen, sondern auch das, was im Gesundheitsministerium usw. anfällt.

---

35 Horst Schröder (geb. 1938), Diplom-Volkswirt; 1957 CDU, 1959–1965 Mitglied des Landesvorstands der JU und Mitglied des Kreisvorstands der CDU Hamburg-Nord, 1966–1972 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, 1972–1984 MdB, 1977–1983 Landesvorsitzender der Niedersächsischen Mittelstandsvereinigung.

36 Ludwig Huber.

Lemke: Darf ich unterbrechen! Wir haben in der Ziffer 26 des Berliner Programms fast wörtlich dasselbe gesagt. Dort heißt es: „Auf dem Gebiet des Bildungswesen ist zur Förderung und Koordinierung der gemeinsamen Anstrengungen der Länder ein Bundesministerium zu errichten und dem Bund eine Rahmenkompetenz zu übertragen." Das ist genau dasselbe. Wir sollten in einem Wahlprogramm sagen, wir wollen bildungspolitische Aufgaben für beide Bundesministerien zusammenfassen. Ob das nachher technisch möglich ist, wenn z. B. ein Landwirtschaftsminister noch ein Institut für Milchforschung hat, das interessiert uns jetzt nicht. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Ich glaube, es läßt sich elastisch interpretieren. (*Lemke:* Das meine ich auch.)

Barzel: Wenn Sie gar keine Schwierigkeiten haben wollen, dann sagen Sie „neue bildungspolitische Aufgaben".

Heck: Frau Schwarzhaupt!

Schwarzhaupt: Wir könnten sagen: „Aufgaben des Bundes auf dem Gebiete von Bildung und Forschung". (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Also, „Die Forschungspolitik und die neuen bildungspolitischen Aufgaben des Bundes". (*Lemke:* Können wir nicht vorher eine Probeabstimmung machen? Ich möchte das gerne mal wissen.) Sie meinen, wir sollten abstimmen lassen darüber, wer dafür ist, daß so formuliert wird: „Die Forschungspolitik und die bildungspolitischen Aufgaben des Bundes ..."? (*Lemke:* Ja! – *Lebhafte Unruhe.*) – Herr Barzel!

Barzel: Ich möchte das, was ich gesagt habe, begründen dürfen. Ich möchte nicht in den Kampf gehen, und jeder sagt: Was habt ihr denn auf dem bildungspolitischen Gebiet gemacht? – Gar nichts! – Ich möchte dem Leser gleich sagen: Wir haben hier neue Kompetenzen. Die haben wir mühsam erstritten. Alles andere, Herr Lemke, werden Sie auf Anhieb nicht kriegen. Wenn man die Bildungsprobleme definieren muß, dann wird es schwierig. Es wurde gesagt, daß die „Schule der Nation" dazu gehört. Dann soll der Sexual-Atlas fortgesetzt werden.[37] (*Starke Unruhe.*) Es geht darum, daß der Mann, der diese Forschung macht, die neuen Kompetenzen bekommt.

Lemke: Ich weiß, worum es geht, aber es ist besser, wir lassen das Adjektiv „neu" weg. Es ist ein Ziel, das wir verfolgen müssen, daß der Bundesminister für Forschung auch für Bildung da ist. Deswegen braucht er kein Kultusminister zu werden und kein Administrativ-Minister, aber er muß die Bundeszuständigkeit – bis auf einige Institute – durchaus bei sich haben. (*Lebhafte Unruhe. – Barzel:* Der muß sowieso einen anderen Namen haben.)

Heck: Bei der Formulierung, die Sie vorschlagen, kommt die Erwachsenenbildung vom Innenministerium ins Forschungsministerium. (*Lemke:* Das habe ich natürlich vor!) Der Bundesjugendplan kommt auch in dieses Ministerium. (*Starke Unruhe.*) Ich bitte um Ruhe!

Zwangsläufig kommt, wenn es so formuliert wird, die außerschulische Bildung ins Forschungsministerium, sonst stimmt die Formulierung nicht. (*Anhaltende Unruhe.*)

37 Der „Sexualkundliche Atlas" des Bundesgesundheitsministeriums für den Schulunterricht war von Käte Strobel am 10. Juni 1969 der Öffentlichkeit präsentiert worden, vgl. FAZ vom 11. Juni 1969 „Sexualaufklärung für Schüler und Erziehungsberechtigte".

Wir können nicht von bildungspolitischen Aufgaben des Bundes schlechthin sprechen und glauben, wir könnten dann den Bundesjugendplan ausklammern. Das geht nicht. (*Lemke:* Das ist natürlich ein schlechtes Beispiel! – *Stürmische Heiterkeit.* – Ich möchte wirklich auf diesem Gebiete weiterkommen. Wir sollten abstimmen!)

Meine Damen und Herren! Sie müssen sich darüber klar sein, was dann beschlossen wird. Es gibt keine Interpretation, wenn ich von den bildungspolitischen Aufgaben spreche. (*Lemke:* Lassen Sie den Artikel weg. Dann brauchen es nicht alle zu sein! – *Heiterkeit.*) Es liegen zwei Anträge vor. Der eine lautet: „Die Forschungspolitik und bildungspolitischen Aufgaben des Bundes ..." Der andere heißt: „Die Forschungspolitik und die neuen bildungspolitischen Aufgaben des Bundes ..." Wer für die erste Formulierung ist, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist für die zweite Formulierung? – Das letzte war die Mehrheit. (*Starke Unruhe.*) – Herr Schröder!

Schröder: Wir sollten die Ziffer 8 nach Möglichkeit in Übereinstimmung bringen mit den neuen hochschulpolitischen Leitsätzen. Ich würde deshalb anregen, auf den ersten Satz der Ziffer 2 der neuen hochschulpolitischen Leitsätze zurückzugreifen, wo es heißt, daß wissenschaftliche Hochschulen, Kunsthochschulen und Fachhochschulen einen gegliederten Hochschulbereich bilden. Wir haben ganz bewußt das Wort „gegliederter Schulbereich" gewählt, um damit eine Assoziation an unser schulpolitisches Programm herzustellen.

Heck: Einverstanden! Wir werden das angleichen.

Schröder: Im zweiten Absatz der Ziffer 8 würde ich bitten, anstelle von „Wir werden" die Worte „Wir wollen" zu nehmen. Das „Werden" können wir selbst dann nicht, wenn wir es wollen, weil das z. T. auch eine Angelegenheit der Hochschulselbstverwaltung ist. (*Lebhafte Unruhe. – Zuruf:* Warum wollen Sie es denn, wenn es nicht geht?) Anstelle des letzten Absatzes der Ziffer 8 würde ich vorschlagen, die Ziffer 23 der hochschulpolitischen Leitsätze zu nehmen: „Die Zusammensetzung der Hochschulgremien richtet sich nach ihrer Aufgabenstellung. Die Mitwirkung aller Personengruppen der Hochschule ist bei allen Organen der Selbstverwaltung ohne schematische Beteiligungsverhältnisse zu gewährleisten."

Ich glaube, diese Aussage ist präziser. Sie schließen sonst die studentische Mitwirkung aus. (*Lemke:* Sie wollen also lieber die Ziffer 23 haben?) Ja! (*Lebhafte Unruhe und Heiterkeit.*)

Heck: Herr Bilke, Sie haben sich das notiert? (*Bilke:* Ja!)

Dann kommt der Abschnitt III. Hier hat Herr Schmücker eine Änderung vorgeschlagen, die ich für gut halte, nämlich anstelle der bisherigen Überschrift nunmehr zu sagen: „Soziale Marktwirtschaft für Stabilität, Vollbeschäftigung und Wachstum der Wirtschaft." Damit sind Sie einverstanden.

Dann schlägt die Fraktion zur Ziffer 10 Absatz 2 vor: Die Formulierung „eine stabile DM" sollte ersetzt werden durch „eine der stabilsten Währungen in der Welt". – Herr Kraske!

Kraske: Es gab dazu eine Begründung im Arbeitskreis, indem gesagt wurde, auch bei nur minimalen Preissteigerungen schreit die öffentliche Meinung gleich nach der

stabilen Mark. Hier sei also der Satz „eine der stabilsten Währungen in der Welt" besser. Ich hätte auch nichts dagegen.

Heck: Einverstanden!

Dann folgt der 3. Absatz: „Wir wollen einen wirksamen Wettbewerb und eine ausgewogene marktgerechte Struktur von Klein-, Mittel- und Großunternehmen." Hier sollen die Worte „in allen Bereichen" eingefügt werden. Ist das in allen Bereichen möglich? Mir wurde gesagt, das sei nicht möglich. (*Schmücker:* Doch, das kann man einfügen.) Gut! Dann kommt Absatz 4: „Wir werden eine unabhängige Monopolkommission bilden, die überwachen soll, daß Unternehmenszusammenschlüsse nicht zu Wettbewerbsbeschränkungen führen." Hierzu gibt es einen Vorschlag des Wirtschaftsausschusses. (*Bilke:* Der hat es etwas anders formuliert.)

Schmücker: Nein, das ist falsch! Das ist kein Vorschlag des Wirtschaftsausschusses. Ich habe vorgeschlagen, den ersten Satz zu streichen und zu sagen: „Wir werden das Wettbewerbsrecht entsprechend gestalten. Unternehmenszusammenschlüsse sollen nicht zu Wettbewerbsbeschränkungen führen. Bei der Prüfung ist auch die internationale Wettbewerbssituation zu berücksichtigen."

Wir legen uns hiermit nicht auf eine Monopolkommission fest. Der Wirtschaftsausschuß will eine Kommission zur Untersuchung von Konzentrationstendenzen, keine Monopolkommission. Der Mittelstandskreis hat diese Formulierung vorgeschlagen. Das ist der Unterschied.

Heck: Herr Bilke!

Bilke: Der Wirtschaftsausschuß hat vorgeschlagen, daß das Wort „Monopol" gestrichen wird, und sagt jetzt: „Deswegen sind große Unternehmenszusammenschlüsse einer parlamentarischen und öffentlichen Prüfung zu unterziehen. Diese Prüfungen sollen von einer unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Konzentrationstendenzen, die von der Regierung einzusetzen ist, durchgeführt werden." (*Starke Unruhe.*)

Schmücker: Ich habe ja die Debatte mitgemacht. Niemand war da, der eine Monopolkommission haben wollte, sondern es sollte mehr eine Kommission sein zur Überprüfung der allgemeinen Verhältnisse. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Herr Etzel hat mir einen Brief geschrieben, in dem er u. a. sagt: Ich möchte Sie besonders darauf hinweisen, daß der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik in der Ziffer IV 3 sich für die Schaffung einer unabhängigen Kommission zur Überprüfung der Konzentrationstendenzen ausgesprochen hat. (*Starke Unruhe. – Schmücker:* Ich sage das, was ich eben erklärt habe!) – Herr Barzel!

Barzel: Ich muß leider weg. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß das, was wir hier sagen, für vier Jahre verbindlich ist. Wir werden Wort für Wort dazu gefragt. Wenn Sie jetzt der Fraktion – sprich, dem Gesetzgeber – in einer Periode die Krankenversicherungsreform, die Errichtung von Arbeitnehmerkammern, die Mitbestimmung, so oder so, und eine Monopolkommission auf den Hals hängen, dann möchte ich hier zu Protokoll erklären, daß dies die Arbeitskraft und die Integrationsfähigkeit einer CDU/CSU-Bundestagsfraktion übersteigt. Das ist nicht möglich.

Deshalb würde ich sagen, wir müssen das Problem, das wir hier sehen, andeuten. Ich weiß nicht, woher diese Vorschläge kommen, aber eigentlich haben wir doch diese ideologische Konzentrationsfeindlichkeit beseitigt. Wir sind froh, daß wir im Weltwettbewerb noch eine Rolle spielen. Das sollte auch nicht in Nachzugsgefechten wieder anklingen. Hier an diesem Tisch weiß niemand, was die Monopolkommission ist. (*Sehr starke Unruhe.*)

Heck: Wir sind für den Vorschlag Schmücker. (*Zurufe:* Einverstanden!) – Herr Kraske!

Kraske: Darf ich nur Herrn Schmücker als Autor etwas fragen? Es heißt in Ihrem Vorschlag: „Unternehmenszusammenschlüsse sollen nicht zu Wettbewerbsbeschränkungen führen. Bei der Prüfung ist auch die internationale Wettbewerbssituation zu berücksichtigen."

Hier wird also von der Prüfung gesprochen, ohne daß vorher etwas darüber steht, wann und wo jemand etwas prüfen soll. (*Lebhafte Unruhe. – Rathke:* Ist „in allen Bereichen" gestrichen? – *Zuruf:* Das ist nicht klar!)

Heck: Wir sprechen nicht von Prüfung, sondern „wir werden das Wettbewerbsrecht entsprechend gestalten". Es heißt nicht, „wir werden prüfen".

Kraske: Das bezieht sich auf „sollen nicht zu Wettbewerbsbeschränkungen führen". In Gedanken heißt es, ob es zu einer Prüfung führt oder nicht.

Heck: Ich habe es verstanden. (*Schmücker:* Es ist eine Kompromißformel. – *Unruhe.*)

Ich würde es für richtiger halten, einen Strichpunkt zu machen und zu sagen: Die internationale Wettbewerbssituation ist zu berücksichtigen. (*Schmücker:* Mir ist das angenehmer. – *Starke Unruhe.*)

Dann kommen wir zu Absatz 5. Das Präsidium schlägt hier vor, den Absatz 5 wie folgt zu ändern: „Wir werden die mittelständische Wirtschaft konkurrenz- und leistungsfähig erhalten und ihr gleiche Marktchancen schaffen. Wir werden Recht und Möglichkeiten der selbstständigen Berufsausübung verbessern." (*Schmücker:* Ich bitte darum, die „Steuererleichterungen" zu streichen. Die gibt es sowieso nicht. – Herr Kraske!

Kraske: Ich habe eine Sorge. Wenn Herr Schmücker mit Recht die „Steuererleichterungen" streichen will, dann finde ich seine Formulierung eine noch globalere Versprechung, ohne daß konkret dahintersteht, wie wir das erreichen wollen. In diesem Vorschlag steht nicht, wie wir das machen sollen. (*Schmücker:* Ich habe nichts dagegen, wenn wir ausführen: „Durch kreditpolitische Maßnahmen ..." Dann darf es nur nicht heißen „Steuererleichterungen".) Es gab aus der Fraktion einen Vorschlag, der heißt nicht „Steuererleichterungen", sondern „durch steuer- und kreditpolitische Maßnahmen". Sollte man das nicht nehmen? (*Schmücker:* Meine alte Formulierung!) Wir sagen also: „Wir werden die mittelständische Wirtschaft durch steuer- und kreditpolitische Maßnahmen konkurrenz- und leistungsfähig erhalten und ihr gleiche Marktchancen schaffen."

Heck: Einverstanden!

Zu 11. Absatz 1: „Wir werden ein modernes Unternehmensrecht schaffen, das alle an der Wirtschaft beteiligten Kräfte in partnerschaftlicher Zusammenarbeit vereinigt." Hier schlägt das Präsidium folgende Änderung vor: „Wir bekennen uns zu einem modernen und fortschrittlichen Unternehmensrecht. Das wirtschaftliche Geschehen ist partnerschaftlich zu gestalten. Bei einer Neuordnung des Unternehmensrechts darf ein überbetriebliches Einflußmonopol zugunsten von organisierten Interessen nicht zugelassen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Unternehmen auch im internationalen Wettbewerb nicht beeinträchtigt werden. Angesichts dieser Zielsetzung kann eine schematische Übertragung des Modells der Montan-Mitbestimmung nicht befürwortet werden." Was wir hier geschrieben haben, geht in einem ganz wichtigen Punkt einen Schritt weiter, als dies im Berliner Programm steht, nämlich hier ist im Grunde genommen allgemein gesagt, daß Kapital-Arbeit keine Basis ist. (*Zuruf:* Wie bitte?) Keine Basis ist. Das steckt dahinter, wenn wir sagen: „Wir werden ein modernes Unternehmensrecht schaffen, das alle an der Wirtschaft beteiligten Kräfte in partnerschaftlicher Zusammenarbeit vereinigt."

Das steckt nach mehreren Sitzungen der Mitbestimmungskommission dahinter. Dem haben Sozialausschüsse sowohl wie auch der Vertreter der Wirtschaftsseite, Herr Lampersbach, zugestimmt. Ich würde es als einen schweren Fehler ansehen, wenn wir das änderten. Das findet nicht die Zustimmung der Gewerkschaftsseite. (*Starke Unruhe. – Zuruf:* Wir gehen über das Programm hinaus. – *Schmücker:* Ich habe gegen den ersten Satz nichts. Nur beim zweiten Satz fängt es an.) Es geht weiter: „Das Betriebsverfassungsgesetz muß ausgebaut und seine Anwendung zwingend vorgeschrieben werden." Der Änderungsvorschlag des Präsidiums lautet: „Das Betriebsverfassungsgesetz muß ausgebaut und seine Anwendung gesichert werden."

Schmücker: Das ist gar nicht durchführbar; denn die meisten wissen nicht, daß das Betriebsverfassungsgesetz schon bei Betrieben mit fünf Mann beginnt. Das war damals eine große Blödsinnigkeit, die wir beschlossen haben. Das kann man gar nicht machen.

Heck: Wir hatten eine kleine Kommission zur Vorbereitung der Arbeiten. Darin waren lauter Leute von der Wirtschaft, z. B. die Personalchefs von Bosch, die Personalchefs von Voith[38], Herr Hengstenberg[39] von Esslingen; also Leute, die das Betriebsverfassungsgesetz von Anfang an praktiziert haben und aufgrund ihrer Erfahrungen mit uns gesprochen haben. Wir haben es sehr bedauert, wie bockbeinig und dumm der größte Teil der Unternehmer sich dem Betriebsverfassungsgesetz gegenüber verhalten hat. Sie haben gesagt, es muß eine Regelung getroffen werden, daß die Leute nicht machen können, was sie wollen. Wir haben gesagt, es muß hineingeschrieben werden, daß bestimmte Befugnisse durch die Vollversammlung wahrgenommen werden, wenn es keinen Betriebsrat gibt. Sie sagten: Sie werden sehen, wie schnell die einen Betriebsrat

38 In der Vorlage: Voit. – Voith AG, Maschinenfabrik in Heidenheim.

39 In der Vorlage: Essen. – Dr. Helmut Hengstenberg (geb. 1935), Unternehmer; Studium der Rechtswissenschaften in Hamburg, Lausanne und München, 1962 Eintritt in das Familienunternehmen, 1965 Vorsitzender der Jungen Unternehmer in der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, 1968–1995 geschäftsführender Gesellschafter des Familienunternehmens.

einrichten. (*Schmücker:* Darauf kommt es mir gar nicht an. Kannst Du mir mal sagen, wie ein Meister mit zwei Gesellen und drei Lehrlingen einen Betriebsrat machen kann?)

Es ist doch klar, wenn man eine solche Regelung trifft, daß man dann eine vernünftige Grenze macht. (*Schmücker:* Wenn man es mit 15 oder 20 macht, ist das ein ganz anderer Fall.) Im Grunde genommen ist nicht anderes gemeint wie das. Die Herren haben an sich eine solche Formulierung in einem Programm für gut befunden. (*Schmücker:* Das gibt's doch nicht! – *Starke Unruhe.*) – Herr Kraske!

Kraske: Ich würde es für logisch halten, auch im Text erkennbar zu sagen, daß damit nur uno actu die Fünf-Mann-Grenze geändert werden muß, so daß dieser Einwand damit ausgeräumt wäre. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Darf ich um Ruhe bitten! – Wir sind uns darüber klar, daß es nicht heißt, daß man einen Betriebsrat einführt, wo man ihn nicht einführen kann. (*Schmücker:* Das muß auch entsprechend formuliert werden!) Wir wollen uns einmal überlegen, wie man das zwingend sagen kann. Wichtig ist folgendes: Wenn es uns in den nächsten vier Jahren nicht gelingt, unsere Unternehmer dazu zu bringen, daß die Partnerschaft verwirklicht wird, dann kriegen wir in acht Jahren eine Mitbestimmung, daß ihnen die Augen überlaufen. (*Schmücker:* Ich würde das Wort „verbindlich" oder so etwas ähnliches gebrauchen. – *Starke Unruhe. – Von Hassel:* Streichen Sie das Wort „zwingend"!)

Also „vorgeschrieben" genügt. Dann heißt es: "Das Betriebsverfassungsgesetz muß ausgebaut und seine Anwendung vorgeschrieben werden." Der nächste Satz heißt: „Die betriebliche Mitbestimmung ist Sache der Belegschaft." Er hieß ursprünglich: „Die betriebliche Mitbestimmung ist in erster Linie Sache der Belegschaft." Der Bundeskanzler hat „in erster Linie" gestrichen. Herr Katzer hat nun beantragt, daß der Satz gestrichen werden soll. Ich würde es bedauern, wenn er gestrichen würde. (*Starke Unruhe.*)

Kraske: Es gibt eine Anregung aus dem zuständigen Arbeitskreis der Fraktion, nämlich zu sagen: „Die Wahl der betrieblichen Mitbestimmungsorgane ist Sache der Belegschaft." Das heißt also, die Belegschaft muß wählen. (*Anhaltende Unruhe.*) Das Entscheidende ist nicht die Mitgliedschaft im Aufsichtsrat, sondern die Wahl durch die Belegschaft.

Heck: Das können Sie heute schon. – Herr Stingl!

Stingl: Nach der Berliner Klausurtagung haben wir gesagt: Die überörtlichen Monopole müssen ausgeschaltet werden. – Wir haben ausdrücklich gesagt, daß sich das sowohl auf Banken wie auch auf andere Bereiche bezieht. Jetzt gehen wir plötzlich dahinter zurück und sagen bei den Banken nichts mehr. Das können wir nicht machen. Ich bin für den Vorschlag der Fraktion, nämlich die Wahl im Betrieb durchzuführen, aber nicht so, daß die Leute selber aus dem Betrieb sein müssen.

Heck: Herr Bilke!

Bilke: Die von der Fraktion vorgeschlagene Formulierung deckt sich genau mit der Formulierung des Berliner Programms, wo es heißt: „Wer in Betrieben und Unternehmen Arbeitnehmerinteressen wahrnimmt, muß vom Vertrauen der Belegschaft getragen werden."

Heck: Nehmen wir den Vorschlag der Fraktion: „Die Wahl der betrieblichen Mitbestimmungsorgane ist Sache der Belegschaft." (*Starke Unruhe. – Stingl:* Über die wirtschaftliche Seite ist überhaupt nichts gesagt.) – Herr Bilke!

Bilke: Herr Stingl, in dem Absatz „Die Information der Belegschaft muß erheblich verbessert werden" ist das eingeschlossen, weil dort der Wirtschaftsausschuß indirekt angesprochen wird. Der soll nämlich informiert werden über Planungen, Investitionsprogramm usw. (*Stingl:* Ich würde sagen: „Auch über das wirtschaftliche Betriebsgeschehen.")

Kraske: Mir fällt leider jetzt erst auf, daß es nach dem Satz: „Die betriebliche Mitbestimmung ist Sache der Belegschaft" weitergeht: „Darum werden wir ..." Das hat doch keinen Zusammenhang. Das muß heißen: „Wir werden ..." (*Klepsch:* Das bezog sich auf einen Satz, den es nicht mehr gibt. – *Schmücker:* Was ist denn jetzt aus der ganzen Geschichte herausgekommen? – *Lebhafte Heiterkeit.*)

Heck: Wir schreiben jetzt: „Wir werden ein modernes Unternehmensrecht schaffen, das alle an der Wirtschaft beteiligten Kräfte in partnerschaftlicher Zusammenarbeit vereinigt. Das Betriebsverfassungsgesetz muß ausgebaut und seine Anwendung vorgeschrieben werden. Die Wahl der betrieblichen Mitbestimmungsorgane ist Sache der Belegschaft. Wir werden die betriebliche Mitbestimmung im personellen und sozialen Bereich verbessern und ausbauen. (*Stingl:* Jetzt muß das andere zuerst kommen!) Die Information der Belegschaft über das wirtschaftliche Betriebsgeschehen muß erheblich verbessert werden. Wir werden die leitenden Angestellten organisch in die Betriebsverfassung einfügen." (*Schmücker:* Ich würde meine Formulierung vorschlagen. Das ist nur eine redaktionelle Änderung.)

Es liegt noch eine Änderung vor, nämlich zu sagen: „Die unternehmerischen Führungskräfte sollen ..." Ich habe mit fränkischen Unternehmern gesprochen, die auch sagen, man soll nicht „leitende Angestellte", sondern „Führungskräfte" sagen. (*Zuruf:* Wie soll es dann heißen?) Nur „Führungskräfte". (*Bilke:* Herr Minister, hier geht es wirklich um die leitenden Angestellten. Von dieser Gruppe kommt auch der Wunsch. – *Schmücker:* Die können wir jetzt nicht einfügen. Das kann man nur in einem Gesetz berücksichtigen. – *Anhaltende Unruhe.*)

Augenblick, meine Herren! Etwas mehr Ruhe bitte! Die Gewerkschaften sprechen davon, daß die Gruppe der leitenden Angestellten die dritte Gruppe im Betriebsrat werden sollen. Die leitenden Angestellten wollen nicht in den Betriebsrat integriert werden, sondern eine eigenständige Gruppe sein. Deswegen haben wir hier gesagt: „Wir werden die leitenden Angestellten organisch in die Betriebsverfassung einfügen." (*Starke Unruhe. – Schmücker:* Das ist sprachlich nicht gut.)

Kraske: Wir sollten sagen: „Wir werden die leitenden Angestellten in der Betriebsverfassung organisch berücksichtigen." Damit ist Ihr sprachlicher Einwand ausgeräumt.

Heck: Gut! Dann kommt der letzte Satz: „Wir werden Arbeitnehmerkammern einrichten." Hier sind wir gebunden durch das Berliner Programm. (*Stingl:* Wer ist von den Sozialausschüssen dabeigewesen?) Die Herren Russe und Katzer. (*Stingl:* Waren

die einverstanden?) Ja! Ich habe von Herrn Katzer schriftlich, daß er mit Ausnahme des einen Satzes einverstanden ist. Damit können wir, was sehr wichtig ist, eine Sache offensiv vertreten. (*Anhaltende Unruhe.*)

Wir kommen zu Ziffer 12 Absatz 2. Das Präsidium schlägt folgende Änderung vor: „Wir werden den Zwei-Jahreshaushalt einführen. Das Steuersystem zu vereinfachen und die Steuern gerechter zu gestalten, ist ständige Aufgabe." (*Schmücker:* Wir können es nicht vereinfachen und dadurch gerechter machen.) Das würde ich nicht sagen. Es gibt eine große Anzahl von Absetzmöglichkeiten, die Sonderbevorzugungen bringen. (*Schmücker:* Aber nicht generell.) – Herr Kraske!

Kraske: Ich stimme in der Sache Herrn Schmücker zu, nur in dem Änderungsvorschlag von Herrn Schmücker steht es in anderer Formulierung nebeneinander: Vereinfachen und gerechter gestalten, (*Zuruf:* Genau dasselbe.) obwohl das Präsidium der Überzeugung war, das schließt sich gegenseitig weitgehend aus, was mir auch einleuchtet. (*Schmücker:* An sich müßte es heißen: „Eine höhere Steuergerechtigkeit darf durch die Steuereinfachheit nicht zu kurz kommen." Das ist der Gedanke.)

Heck: Herr Bilke macht hier folgenden Vorschlag: „Wir werden den Zwei-Jahreshaushalt einführen. Wir drängen auf eine umfassende Steuerreform, um das Steuerrecht zu vereinfachen und die Steuern gerechter zu gestalten." (*Zurufe:* Das ist besser.) Das ist das, was wir wollen. – Einverstanden!

Dann kommt Ziffer 12 Absatz 2. Hier wird von der Fraktion vorgeschlagen: „Hier sollte ein ergänzender Hinweis auf die notwendige große Reform des Einkommenssteuerrechts erfolgen." (*Bilke:* Das ist jetzt drin!) Gut!

Dann kommt Ziffer 13 Absatz 4. Hierzu schlägt das Präsidium folgende Änderung vor: „Wir werden die bereits eingeleitete Sanierung des Steinkohlebergbaus fortführen und durch strukturelle Maßnahmen zugunsten der Steinkohlegebiete ergänzen." (*Zuruf:* Das ist sehr viel besser! – *Dufhues:* Wir können doch nicht die Sanierung des Steinkohlebergbaus durch strukturelle Maßnahmen entscheidend in Angriff nehmen. Das ist doch sinnlos. – *Klepsch:* Nach dem Änderungsvorschlag taucht die Frage auf, wieso wir die strukturellen Maßnahmen auf andere Gebiete auch vornehmen [sic!]. Warum wird das hier nicht global gesagt? – *Anhaltende starke Unruhe.*) Aus politischen Gründen, weil in Nordrhein-Westfalen dieser Punkt eine ganz besondere Rolle spielt. (*Dufhues:* Wir haben es im § 33 des Kohleanpassungsgesetzes.[40] – *Anhaltende Unruhe.*)

Ich bitte um Ruhe! Nur einer kann sprechen! Ich glaube, es ist präziser, was Dufhues vorgeschlagen hat. Einverstanden! (*Anhaltende starke Unruhe.*)

Meine Herren! Ich habe gerade um Ruhe gebeten. Es geht wirklich nicht bei diesem Durcheinander, daß immer mehrere Leute zugleich sprechen. Das ist doch nicht aufzunehmen!

Zu Ziffer 14 Absatz 1 schlägt die Fraktion folgende Änderung vor: „Wir werden den Ausbau des Verkehrswesens zügig durchführen und verwirklichen." (*Meyers:* Ich halte

40 § 33 des „Gesetzes zur Anpassung und Genesung des deutschen Steinkohlenbergbaus und der deutschen Steinkohlenbergbaugebiete" vom 15. Mai 1968 (BGBl 1968 I S. 365) regelte u. a. die Frage möglicher Enteignungen.

das von der Fraktion für erheblich besser, denn sonst sind wir erst bei der nächsten Wahl 1973 dabei, das zu verwirklichen.) Es liegt hier etwas anderes vor. Ich glaube nicht, daß [es] zwischen Bund, Ländern und Gemeinden schon jetzt eine langfristige Gesamtplanung gibt. Deshalb heißt es: „Wir werden ein langfristiges Programm für den Ausbau des Verkehrswesens aufstellen und verwirklichen." (*Stingl:* In Angriff nehmen, aber nicht verwirklichen!) – Herr Bilke!

Bilke: Die Fraktion hat dagegen eingewandt – und deshalb diesen Vorschlag gemacht –, daß es schon mehrere langfristige Programme gegeben hat und auch gibt, z. B. die Vierjahresprogramme über den Ausbau der Bundesfernstraßen. (*Klepsch:* Wir sollten auf alle Fälle den Vorschlag der Fraktion übernehmen! – *Starke Unruhe.*) Ich möchte den Formulierungsvorschlag vorlesen, der beides einbaut: „Wir streben eine marktwirtschaftliche Wettbewerbsordnung im Verkehr an. Wir werden den Ausbau des Verkehrswesens, insbesondere eines zusammenhängenden Verkehrswegenetzes, zügig fortführen."

Heck: Den Vorschlag halte ich für gut, weil er den zweiten Vorschlag der Fraktion eingearbeitet hat. Den können wir so belassen. Einverstanden!

Dann kommt zu Ziffer 15 Absatz 6 folgender Änderungsvorschlag des Präsidiums: „Regionale Strukturpolitik muß mit dem Ziel betrieben werden, auf dem Lande gewerbliche Arbeitsplätze zu schaffen, um die freiwerdenden Arbeitskräfte aufzunehmen." – Herr Bilke!

Bilke: Hier hat Herr Struve einige Einwendungen gemacht, die z. T. im Programm – wenn auch in anderer Formulierung – enthalten sind. Es ist nur eine Formulierung dabei, die zur Einfügung geeignet ist.

Es würde wie folgt lauten: „Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Instrumente der Preis- und Marktpolitik, der Struktur-, Regional-, Sozial- und Bildungspolitik konsequent eingesetzt werden." (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Das ist eigentlich „chinesisch"! (*Zuruf:* Sehr wahr! – *Bilke:* Das steht im Berliner Programm. – *Zuruf:* Wo denn da? – *Unruhe.*) Gerade weil es dort steht, brauchen wir es hier nicht noch einmal aufzuführen. Das ist ja nur die Art und Weise, wie wir es machen wollen. Wir haben im Berliner Programm einiges im Detail näher ausgeführt als hier. Aber hier das soll doch wenigstens einigermaßen gelesen werden.

Lemke: Herr Dr. Heck, ich würde es so lassen, wie es hier steht. Das finde ich noch am besten. Wir brauchen keine neuen Worte wie „auch" oder „insbesondere" einzufügen.

Heck: Es soll also beim Entwurf bleiben? (*Zurufe:* Ja!)

Kraske: Zum Absatz 6 möchte ich erläutern, was das Präsidium damit gemeint hat. Wenn diese Formulierung stehenbleibt, dann kann man den falschen Schluß daraus ziehen, als ob die CDU oder die Regierung auf dem Lande Arbeitsplätze schaffen könnte. Das ist nicht möglich. Wir können eine Politik machen, die es der Industrie ermöglicht und erleichtert, sich dort anzusiedeln. Das sollte etwas verdeutlicht werden. (*Lemke:* Aber das können wir doch fast hinter jedem Satz sagen. Regionale Strukturpolitik muß u. a. mit dem Ziel betrieben werden ... – *Unruhe.*)

Heck: Man kann sagen: „Muß auch mit dem Ziel ..." (*Starke Unruhe.*) Wir fügen also in den Änderungsvorschlag des Präsidiums ein „auch" ein. Dann ist dem Bedenken von Herrn Lemke Rechnung getragen. (*Meyers:* Wir haben immer die Erfahrung gemacht, daß die Bauern sagen: Wenn ihr ansiedelt, dann zieht ihr damit die Arbeitskräfte weg. – *Starke Unruhe.*) Ich bitte um Ruhe! – Herr Stingl!

Stingl: Die Frage ist immer wieder, wie kriegt man Arbeitsplätze so nahe, daß man den Betrieb noch für eine Zeit auslaufen lassen kann. Deshalb sollte man hier sagen: „Durch regionale Strukturpolitik müssen auf dem Lande gewerbliche Arbeitsplätze geschaffen werden, um die freiwerdenden Arbeitskräfte aufzunehmen." (*Meyers:* Wollen Sie das Wort „gewerbliche" nicht streichen? Es können auch ländliche Arbeitsplätze sein. – *Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Lassen wir es doch so: „Regionale Strukturpolitik muß auch mit dem Ziel betrieben werden, auf dem Lande gewerbliche Arbeitsplätze zu schaffen, um die freiwerdenden Arbeitskräfte aufzunehmen." Damit sind Sie einverstanden.

Wir haben bei dieser Beratung keinen Bauern hier. Herr Struve hat in einem Brief generell kritische Bemerkungen gemacht. Deshalb bitte ich um die Ermächtigung, daß ich den Abschnitt noch einmal mit Herrn Höcherl genau durchspreche. Damit sind Sie einverstanden.

Dann kommen wir zum Abschnitt IV Ziffer 16 Absatz 2. Hier schlägt das Präsidium vor, den Absatz „Wir werden das Nebeneinander von Kindergeld ... einführen" durch die Formulierung des Berliner Programms zu ersetzen. Hier hat Herr Bilke vorgeschlagen: „Wir werden das Nebeneinander von Kindergeld und Steuerermäßigungen für Kinder überprüfen mit dem Ziel, für jedes Kind gleich hohe Ausgleichsleistungen einzuführen." Das Wort „überprüfen" hasse ich wie die Pest in einem Programm. – Herr Bilke!

Bilke: Herr Minister, es gibt noch einen anderen Vorschlag: „Wir werden das Nebeneinander usw. ... durch gleich hohe Ausgleichsleistungen ablösen." Damit ist das „überprüfen" heraus.

Heck: Herr Schmücker!

Schmücker: Wir wollen keine alte Debatte, die wir hatten, hier wieder aufleben lassen, aber wenn das so bleibt, muß ich sagen, daß das in der Fraktion eine heftige Kontroverse geben wird. Sie wird auf keinen Fall von den Mittelständlern akzeptiert. Man kann das nicht so apodiktisch sagen, wie es hier zum Ausdruck kommt. Ich kann nur davor warnen.

Kraske: Herr Schmücker, ich habe mir nach der Sitzung des Präsidiums die Berliner Formulierung durchgelesen. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß es im zweiten Satz in der Sache genauso ist wie beim ersten. Der erste Satz heißt: „Das Nebeneinander von Kindergeld und sehr unterschiedlich wirkenden Steuerermäßigungen für Kinder ist reformbedürftig." Das ist also sehr weit. Dann geht es weiter: „Künftig sollte jeder Einkommensbezieher pro Kind einen Festbetrag von seiner Steuerschuld abziehen können. Einkommensbeziehern, die keine oder nur eine niedrige Einkommenssteuer

zahlen, sollte der Festbetrag voll bzw. teilweise direkt ausbezahlt werden (Negativsteuer)." Also, im Grunde die gleiche Leistung.

Schmücker: Nein, das war völlig anders. Ich bin radikal dagegen, daß der Staat die Kinderermäßigungen abschafft, um dann, wie bei den Beamten, ein gleiches Kindergeld zu geben. Das ist „Sparta"; ich kann es nur wiederholen. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Wie stellst Du es Dir denn vor?

Schmücker: Wir müssen einen Kompromiß finden und bei einer bestimmten Größenordnung die Kinderermäßigung einfrieren lassen. Dafür bin ich. Das kann man verantworten. Aber daß man nun alles umstellt auf einen Staatszuschuß, daß die kinderreichen Reichen die kinderreichen Armen finanzieren, scheint mir eine falsche ständische Solidarität zu sein. Dann müssen das alle Steuerzahler tun. Ich wäre der Meinung, die Steuer zu heben, wenn wir Mittel brauchen, aber man sollte nicht die Kinderreichen allein belasten.

Heck: Frau Brauksiepe!

Brauksiepe: Ich weiß nicht, warum man hier einen so starken Unterschied gegenüber dem Berliner Programm sieht. Bisher glaubte ich, nachdem ich das Berliner Programm damit verglichen habe, das sei beinahe identisch. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Herr Klepsch!

Klepsch: Wir könnten sagen: „Wir werden das Nebeneinander von Kindergeld und Steuerermäßigungen für Kinder durch für jedes Kind gleich hohe Ausgleichsleistungen ablösen." (*Starke Unruhe.*)

Heck: Ich bitte um Ruhe! – Herr Schmücker!

Schmücker: Die Bedenken sind grundsätzlicher Art. Ich bin nicht der Meinung, daß der Staat darüber entscheiden darf, was den einzelnen Kindern zukommt. Das verdiente Geld ist das Geld des einzelnen; und davon leistet er einen Beitrag an den Staat. Die Auswirkung wird folgende sein, daß wir Gewerbetreibende spielend diese Bestimmungen umgehen. Ich werde morgen meine sechs Kinder an meinem Unternehmen mit 50.000 DM oder was weiß ich beteiligen. Dann haben sie alle eine eigene Steuerklasse, und ich zahle viel weniger Steuern als heute. (*Starke Unruhe.*) Die Vertragsfreiheit kann nicht eingeschränkt werden. Die Dummen bei dieser Regelung sind nicht die gewerblichen Mittelständler, sondern die freiberuflich Tätigen und die leitenden Angestellten. Darum bin ich dagegen, weil hier eine neue Ungerechtigkeit geschaffen wird. Das muß also sorgfältig überlegt werden.

Heck: Das ist natürlich ein alter Streitpunkt zwischen Dir und mir. Ich gehe davon aus und sage, zunächst zahlt jeder gleichviel Steuern. Dann kommen Sondertatbestände. Beispielsweise bei der Familie sagt der Staat: Wer eine Familie hat, den muß ich fördern. Warum soll ich zunächst die Steuern kassieren und ihnen dann das Geld wieder zurückgeben. Ich mache es so, daß ich von dem Betreffenden weniger Steuern einziehe und ihn dadurch unterstütze.

In dem Augenblick, wo die Steuern beim Staat sind, gehören sie ihm, und er verfügt auch darüber. Wenn der Staat eine Steuerermäßigung gibt, dann ist das etwas, was der Staat dem Steuerzahler zurückgibt. Wir unterscheiden uns hier. Du bist der Meinung,

jede Steuerermäßigung sei Gemeingeld. Die Reform des Familienlastenausgleichs sieht allerdings vor, daß eine große Summe, die der Staat den Familien über die Steuerermäßigung zurückgibt, und die [als] Direktleistungen in einen Topf geworfen werden sollen, um daraus eine Leistung zu ermöglichen, die für jede Familie – unabhängig davon, wie der finanzielle Status ist – gilt. (*Schmücker:* Ich habe eben gesagt, wie ich das ganz elegant umgehen kann.) Nun ja, es gibt viele Gesetze, die umgangen werden können, speziell die Steuergesetze. Ich bin mir darüber klar, daß das nicht uneingeschränkt auf Beifall stoßen wird. Aber die Reformüberlegungen gehen alle davon aus.

Schmücker: Darf ich einmal spaßeshalber daran erinnern, daß unser Freund Winkelheide, als wir den Familienlastenausgleich einführten, nicht nur ein Splitting, sondern sogar ein Splitting nach allen Kindern forderte. Damals haben wir gesagt: Du spinnst! – Nun haben sich die Dinge verkehrt. Früher sollte jedes Kind eine neue Steuerklasse auslösen. Das war unser ursprünglicher Standpunkt bei der Familienpolitik. Aber jetzt ist es so, daß die Reicheren mehr Steuern bezahlen sollen als die anderen, während diejenigen, die nicht eine Familie zu ernähren haben, leer ausgehen. Das scheint mir nicht richtig zu sein.

Heck: An sich ist es doch richtig, daß derjenige, der reich ist, weniger bekommen soll als die kleinen Leute. (*Schmücker:* Wir können es ja einfrieren lassen bei 20.000 DM.) Können wir es nicht so machen: „Kindergeld und Steuerermäßigungen für Kinder müssen so koordiniert werden, daß für jedes Kind gleiche Familienzulagen gewährt werden. (*Schmücker:* Annähernd gleich oder so etwas! – *Starke Unruhe.*) Wir werden das Nebeneinander von Kindergeld und Steuerermäßigungen für Kinder durch gleich hohe Ausgleichsleistungen für jedes Kind ablösen."

Meine Damen und Herren! Wir stehen vor einer politischen Auseinandersetzung. Die Sozialdemokraten werden das, was bislang vom Familienministerium, vom Wissenschaftlichen Beirat, von den Familienverbänden vertreten wird, als ihr Programm verkünden. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. – Herr Kraske!

Kraske: Die eigentliche Kontroverse ist meiner Meinung nach noch nicht offen auf den Tisch gelegt worden. Was im Berliner Programm steht – auch wenn das viele nicht gemerkt haben, ich selber eingeschlossen – und lediglich durch den Konjunktiv „sollte" ein bißchen gemildert wird, heißt schlicht und einfach, daß für jedes erste Kind in Zukunft 40 DM aufgebracht werden, bei einem Generaldirektor, indem er 40 DM weniger Steuern zahlt, beim ungelernten Arbeiter, indem er 40 DM bekommt.

Was Herr Schmücker demgegenüber möchte, ist, daß er zwar irgendwo eine Einkommensgrenze vorsehen will, von der an die Progression nicht mehr steigt, aber daß doch ein Mann mit einem mittleren Einkommen über die Steuer durchaus ein bißchen mehr bekommt.

Heck: Heute ist es so, daß Leute mit einem bestimmten Einkommen am Honnefer Modell für ihre Kinder nicht mehr beteiligt werden.[41] Sie kommen mit ihren Steuern zwar für die Mittel auf, mit denen das Honnefer Modell bezahlt wird, sie können aber

41 Die Einkommensgrenze lag bei 750 DM Nettoeinkommen, bei alleinstehenden Elternteilen bei 490 DM Nettoeinkommen für die volle Studienförderung nach dem Honnefer Modell.

für ihre eigenen Kinder diese Auslagen nicht von der Steuer absetzen. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Meine Herren! Ich bitte nochmals um Ruhe! Es ist nichts zu verstehen!

Verbleiben wir so, wir werden diese bildungspolitische Sache noch einarbeiten. (*Stingl:* Wir können sagen: „Wir werden die Unterschiede in der Höhe der Leistungen für Kinder, die durch das Nebeneinander verursacht sind, ausgleichen." – *Kraske:* Ausgleichen heißt nicht absolut. – *Lebhafte Unruhe.*)

Schwarzhaupt: Wir könnten sagen: „Wir werden das Nebeneinander von Kindergeld und Steuerermäßigung für Kinder ablösen durch eine Neuregelung, die die Unterschiede in den Leistungen für Kinder ausgleicht." (*Stingl:* Das ist genau dasselbe! – *Schmükker:* Es muß so sein, daß diejenigen, die das Honnefer Modell nicht bekommen, steuerlich entsprechend berücksichtigt werden. – *Stingl:* Man muß auf die Höhe der Leistungen abzielen und sagen, daß die Höhe der Leistungen ihre Ursache in dem Nebeneinander hat. Man darf nicht starr sagen, es gibt ein Einheitskindergeld, sondern diese Unterschiede müssen ausgeglichen werden. – *Unruhe.*)

Heck: Das läßt allerdings einen weiten Spielraum zu. (*Schmücker:* Einfrieren lassen. – *Anhaltende Unruhe.*) Herr Stingl!

Stingl: „Wir werden die unterschiedliche Höhe der Leistungen für Kinder, die durch das Nebeneinander von Kindergeld und Steuervergünstigungen entstehen, ausgleichen." (*Starke Unruhe.*)

Heck: Herr Kraske!

Kraske: Die Fraktion hat zu Ziffer 16 letzter Satz noch vorgeschlagen: „Die Leistungen des Familienlastenausgleichs sind der allgemeinen Einkommensentwicklung laufend anzupassen." Dieses „laufend" würde ich streichen. „Der allgemeinen Einkommensentwicklung anzupassen" ist etwas ganz Wichtiges. Gerade unsere Stammwähler schimpfen hier in jeder Versammlung.

Heck: Der Staat erträgt eine dynamische Rente mit Mühe und Not, aber bei einer zweiten Finanzierung – das gilt allerdings auch für die Kriegsopfer – hört es einfach auf. (*Lebhafte Unruhe.*) Also, mit der Streichung von „laufend" sind Sie einverstanden. – Frau Schwarzhaupt!

Schwarzhaupt: Ich schlage vor, zu der Ziffer 17 noch folgenden Satz hinzuzufügen: „Die Arbeitsversorgung der nicht berufstätigen Ehefrau und Mutter muß in der Sozialversicherung und im Beamtenrecht grundsätzlich neu geordnet werden." Es handelt sich zunächst um das Problem der Witwenrente, die bei Scheidung die zweite Frau bekommt. (*Stingl:* Das ist nicht wahr! – *Starke Unruhe.*) Moment! Im Beamtenrecht ist es so, daß die zweite Frau den Anspruch hat. Die erste Frau kann eine Beihilfe bekommen. Alles dies ist nicht in Ordnung. Ich will nur sagen: eine grundsätzliche Neuordnung. – Diese Probleme sind auf dem Juristentag erörtert worden.[42] Es wird auch jetzt im Zusammenhang mit dem Scheidungsrecht darüber gesprochen. Ich will nur, daß diese Fra-

42 47. Deutscher Juristentag vom 27.–20. September 1968 in Nürnberg. Vgl. Herbert LANGKEIT: Empfiehlt es sich, die gesetzlichen Vorschriften über die soziale Sicherung der nicht berufstätigen Ehefrau während und nach der Ehe, insbesondere im Falle der Scheidung, zu ändern? Gutachten für den 47. Deutschen Juristentag. München 1968.

ge – die ich aber nicht Hausfrauenrente nennen möchte, sondern nur Neuordnung – angeschnitten wird. Das ist doch für viele Frauen eine sehr wichtige Sache.

Heck: Herr Stingl!

Stingl: Ich halte das für unmöglich, weil das einfach nicht klappt. Dann müssen Sie an einer anderen Stelle die Bewertung dieser Arbeit festlegen. Solange daran festgehalten wird, daß Pension und Rente der Lohnersatz sind, kann man nicht für einen Kreis, der nie Lohn bekommen hat, plötzlich Lohn einführen. (*Schwarzhaupt:* Wer spricht denn davon? Das will ich ja gar nicht! – *Starke Unruhe.* – *Schwarzhaupt:* Es geht darum, beides zu koordinieren. Das ist das Problem!) Gnädige Frau, es tut mir leid, Sie kennen das Rentenrecht in diesem Punkt nicht. Die Frau bekommt von der Rente ihren Anteil. (*Schwarzhaupt:* Von dem sie nicht leben und nicht sterben kann!) Bevor sie heiratet, bekommt sie den Anteil, den sie eingezahlt hat. Leider waren sehr viele Frauen so dumm, sich das auszahlen zu lassen. Das können Sie aber nicht der Rentenversicherung anlasten. Das ist jetzt auch beseitigt. Dann bekommt die Frau für die Zeit, in der sie Lohn bezogen hat, einen Lohnersatz. Für die Zeit, in der sie verheiratet war, bekommt sie die 60% Witwenrente. Wenn sie geschieden ist, bekommt sie für die Zeit, in der sie verheiratet war ... (*Starke Unruhe.* – *Schwarzhaupt:* Aber die Lösungen, die dabei herauskommen, sind immer wieder so, daß die Frauen nur soviel bekommen, daß sie davon im höheren Alter nicht leben und nicht sterben können. Das muß neu geordnet werden!)

Heck: Wenn eine verheiratete Frau Witwe geworden ist, dann bekommt sie ... (*Stingl:* Entschuldigung, wenn ich dazwischenrufe: Wenn der Mann früher stirbt, bekommt sie die Zurechnungszeit, als ob der Mann bis 55 gelebt hätte.)

Schwarzhaupt: Und wenn der Mann Rentner oder pensioniert war und gestorben ist, dann bekommt die Frau von der Rente des Mannes nur 60%. Hierbei kommen immer wieder Renten heraus, von denen sie wirklich nicht leben kann. Auch wenn sie eine Zeitlang verheiratet war und dann geschieden oder der Mann gestorben ist, wenn sie Kinder hat und nicht arbeiten kann, kommen einfach nicht zureichende Altersversorgungen heraus.

Heck: Herr Bilke!

Bilke: Ein Teil ist dadurch gelöst worden, daß jetzt die freiwillige Weiterversicherung ermöglicht werden soll. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß das Berliner Programm für dieses Problem leider keine Basis gibt.

Stingl: Wie wollen Sie es machen, Frau Schwarzhaupt?

Heck: Und wer soll das bezahlen?

Schwarzhaupt: Ich habe bestimmte Vorstellungen. Ich bin der Meinung, daß von dem Beitrag, den der Mann in der Zeit zahlt, in der die Frau die Kinder erzieht, ein Teil abgezweigt wird auf das Konto der Frau, und daß als Familienausgleichsleistung ein zusätzlicher Betrag für die Versorgung dieser gezahlt wird. (*Stingl:* Das heißt doch Rentenkürzung des Mannes!) Nicht Rentenkürzung; in seinem Beitrag ist auch das Risiko, daß die Witwenrente gezahlt werden muß, daß anstelle der Witwenrente eine eigenständige Versorgung der Frau tritt. (*Anhaltende lebhafte Unruhe.*)

Stingl: Gnädige Frau, entschuldigen Sie bitte! Denken Sie an eine Tausendmarkrente eines Mannes. Die wollen Sie nun aufteilen in 500 DM Ehefraurente und 500 DM Mannesrente? (*Schwarzhaupt:* Nein, nein!) Wie wollen Sie es denn machen? (*Schwarzhaupt:* Das ganze Thema der Altersversicherung der Hausfrau sollte angeschnitten werden.)

Heck: Können wir so verbleiben, daß wir den Sozialpolitischen Ausschuß beauftragen, dieses Problem zu beraten und einen Vorschlag auszuarbeiten. Das ist eine Sache, die wir laufend veröffentlichen können. Wir halten die Frage für zu wenig geklärt, daß wir jetzt weiter darüber diskutieren sollten.

Dann kommen wir zur Ziffer 18. Hier wird von der Fraktion folgende Änderung vorgeschlagen: „Die Formulierung ‚Produktivkapital' sollte durch ‚Kapitalbesitz' oder ‚Produktionskapital' ersetzt werden." Außerdem: „Die Formulierung ‚Sparen' sollte durch ‚Vermögensbildung' ersetzt werden." – Herr Schmücker!

Schmücker: Ich glaube nicht, daß man sagen kann: Wir werden die Doppelbesteuerung der Aktiengewinne beseitigen. – Man muß die Auswirkungen auf die persönlichen Unternehmer und Personalgesellschaften dabei berücksichtigen. Der persönlich haftende Unternehmer ist dabei völlig im Nachteil. Hier muß also eine andere Formulierung gefunden werden. Es muß auch das Sparen im eigenen Betrieb erwähnt werden.

Heck: Herr Bilke!

Bilke: Wir können das ausräumen, wenn wir schreiben: Doppelbesteuerung der Kapitalerträge. – Dann ist das Personal drin. (*Starke Unruhe. – Amrehn:* Der Satz trifft nicht den Sachverhalt! Der Freibrief ist doch nicht drin.) Herr Minister Schmücker, ich muß daran erinnern, daß auch hier wieder der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik einen Beschluß gefaßt hat, wonach ausdrücklich auf Wunsch der mittelständischen Unternehmer in diesem Ausschuß die Personalgesellschaften herausgelassen werden sollten, weil sie mit der jetzigen Regelung besser fahren, denn wenn die Aktiengewinne nicht mehr doppelbesteuert werden, wird die Teilhabersteuer vermutlich etwas höher liegen als die heutige Körperschaftssteuer bei nicht entnommenen Gewinnen. Von 51% wird es wahrscheinlich auf 56% gehen. Das war der Grund – ich habe den Beschluß des Ausschusses da – dafür, hier nun zu sagen: „Einzelfirmen und Personalgesellschaften sollen auch in Zukunft nicht der Körperschaftssteuer unterworfen werden."

Heck: Herr Schmücker!

Schmücker: Ich war nicht dabei, als der Beschluß gefaßt wurde. Ich muß darauf antworten, der Mittelstandskreis ist ganz entschieden anderer Meinung. Es geht darauf hinaus, daß wir eine Trennung zwischen Betriebseinkommen und persönlichem Einkommen haben, daß also das Steuerrecht sogar der heutigen Körperschaftssteuer angeglichen wird. Ich bin aber gerne bereit, das offenzulassen, nur kann man nicht sagen: Beseitigung der Doppelbesteuerung der Aktiengewinne. – Das geht nicht. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Der Änderungsvorschlag von Schmücker heißt: „Wir werden deswegen die private Eigentumsbildung vorantreiben und das Sparen in Wertpapieren und im eigenen Betrieb fördern. Wir werden die Doppelbesteuerung der Aktiengewinne beseitigen und

mittelständische Unternehmen damit steuerlich entlasten. (*Schmücker:* „Damit" muß weg. Das ist falsch. Es müßte heißen: Und die entsprechenden Maßnahmen für Personalunternehmen.) Insbesondere werden wir das Sparen der Arbeitnehmer und ihre Beteiligung am Produktivkapital durch einen gesetzlichen Beteiligungslohn fördern."

Bilke: Herr Minister! Darf ich hier sagen, wir haben vorne schon geschrieben, daß wir mit steuerpolitischen Maßnahmen die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands erhalten und sichern wollen. Hier geht es um das Wertpapiersparen. Wir wollen die Doppelbesteuerung der Aktiengewinne wegnehmen, um den Aktienerwerb attraktiver zu machen für den kleinen Mann. Das ist doch das Problem, um das es geht. Hier geht es nicht um den Mittelstand und um die steuerpolitischen Maßnahmen für den Mittelstand, sondern ...

Schmücker: Aber es ist doch völlig unmöglich, daß Sie eine Doppelbesteuerung abschaffen, ohne daß sie gleichzeitig die Maßnahmen für eine Wettbewerbsverschiebung treffen.

Kraske: Herr Schmücker, Sie mögen psychologisch recht haben. Es heißt tatsächlich in dem Abschnitt „Mittelstand": Der Mittelstand darf wettbewerblich nicht benachteiligt werden; im Gegenteil, er muß mehr Chancen haben. Das wird durch steuerpolitische Maßnahmen erreicht. Wenn sich jetzt in irgendeinem anderen Bereich, sei es Konzentration, sei es Eigentumsbildung, die Wettbewerbslage verschlechtert, dann muß das durch steuerliche Maßnahmen ausgeglichen werden. Das wird gedeckt durch diese Formulierung.

Schmücker: Ich bin ganz entschieden dagegen, daß wir von einem Sparen für Arbeitnehmer sprechen. Wir sprechen von einem Sparen für jedermann. Darin liegen hier die Unterschiede. Wenn ich den Jargon „Sparen für Arbeitnehmer" beibehalte, dann kann ich so argumentieren. Aber mein Vorschlag streicht das ja und sagt „Sparen für alle". Dann muß ich auch das Sparen im eigenen Betrieb herausstellen. Dann muß ich auch das Sparen für eine eigene Existenzgründung hervorheben. Das ist der Unterschied.

Heck: Herr Bilke!

Bilke: Hier werden nicht nur Arbeitnehmer begünstigt, wenn das Sparen in Wertpapieren durch Beseitigung der Doppelbesteuerung attraktiver gemacht wird, sondern jeder Aktienbesitzer bis auf den Großaktionär, der nämlich dann anstatt 51% – was er heute bezahlt für den nicht entnommenen Gewinn – vielleicht 56% bezahlen muß. Er muß das, was er durch die Steuer weggenommen bekommt, wieder hereinholen durch Aktienemissionen. Das ist das Prinzip dieses Planes. Herr Minister Schmücker, sie kennen ja den Stützel-Plan[43].

Schmücker: Ich bin gegen den Stützel-Plan, um das ganz deutlich zu sagen. (*Lebhafte Unruhe.*) Die Mittelständler sind insgesamt dagegen. Wir wollen diesen Plan nicht.

43 Prof. Dr. Wolfgang Stützel (1925–1987), Wirtschaftswissenschaftler; ab 1958 o. Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Saarbrücken, 1966–1968 Mitglied im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage. – Der Stützel-Plan sah eine Reform der Doppelbesteuerung von Beteiligungserträgen sowie der Körperschaftssteuer vor, vgl. „Handelsblatt" vom 15. April 1969 „Stützel-Plan hat Chancen".

Wir wollen ihn modifiziert mit meinen eigenen Vorschlägen. Ich werde doch hier nicht einer Sache zustimmen, die ich nicht will!

Heck: Wir waren allerdings davon ausgegangen, wir wollen den Stützel-Plan. – Herr Fricke! (*Starke Unruhe.*)

Fricke: Glauben wir denn, politisch draußen anzukommen, wenn wir wie die SPD gegen die Monopolisten, gegen das Kapital, gegen die großen Aktiengesellschaften und gegen die Banken operieren? Wenn wir hineinschreiben, die Doppelbesteuerung der Aktiengewinne wollen wir beseitigen, so glaube ich nicht, daß uns das auf breiter Front abgenommen wird. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Das ist das Problem. Wenn ich das Aktienkapital in alle Ewigkeit in die Hände von 28% der Bevölkerung legen soll, dann kann man natürlich der Auffassung sein, die Aktiengewinne sollen doppelbesteuert werden. Wenn ich aber anstrebe, daß das Kapitaleigentum von einer Mehrheit im Volke getragen wird, dann muß ich natürlich den Erwerb von Aktien anreizen. Ich darf nicht durch die Doppelbesteuerung den Ertrag geringer machen. (*Anhaltende Unruhe.*) Ich bitte um Ruhe! Es ist schrecklich! – Herr Schmücker!

Schmücker: Da fangen wir erst an mit unseren Überlegungen. Ich will nicht, daß durch eine solche Regelung der persönliche Unternehmer benachteiligt wird. Und hier wird er ganz erheblich benachteiligt. Wenn er gleichgestellt werden soll, dann müssen wir ihm die gleichen Möglichkeiten geben.

Heck: Das wollen wir ja auch! – Herr Bilke!

Bilke: Herr Minister Schmücker, darf ich fragen, inwiefern wird, wenn die Doppelbesteuerung der Aktiengewinne abgeschafft wird, der mittelständische Unternehmer negativ betroffen? Es wird doch nur der Kleinaktionär begünstigt, der nämlich beim nicht entnommenen Gewinn heute besteuert wird. (*Lebhafte Unruhe.*)

Schmücker: Aber Sie wissen doch, warum die Doppelbesteuerung eingeführt worden ist; eben deswegen, weil man nicht unbegrenzt haftendes Kapital nicht gleichbehandeln wollte mit Gesellschaften. Das war doch der Grund. (*Starke Unruhe.*) Wenn ein persönlicher Unternehmer ins Geschäft geht, dann ist er bis zum letzten Blumentopf haftbar. Bei der Aktiengesellschaft ist es nur der eingelegte Teil. Das wird jetzt unterschiedlich bei der Steuer behandelt. Das ist falsch. Das verkehrt sich jetzt ins Gegenteil. Das muß geändert werden. Nur müssen jetzt die Auswirkungen auf den selbständigen Unternehmer gesehen werden. Wenn man diesen Personalgesellschaften die gleichen Möglichkeiten gibt, dann bin ich einverstanden, aber das muß ja ausgedrückt werden. Und da ist eben der Streit. (*Bilke:* Wenn Sie die Aktiengewinne nicht mehr doppelt besteuern, sehe ich nicht, daß der Mittelstand dadurch benachteiligt werden soll.) Doch, es ist so, weil er ganz anders angepackt wird. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Dort, wo der Eigentumsunternehmer im Wettbewerb steht mit der Aktiengesellschaft, wird offensichtlich der Gewinn des Eigentumsunternehmers wie bisher versteuert, während der Aktienunternehmer doppelt besteuert wird, so daß er also von der bisherigen Steuer eigentlich zur Hälfte entlastet wird. (*Starke Unruhe.*)

Bilke: Der Eigentumsunternehmer wird ja heute schon nicht in der Form doppelt besteuert. Der hat ja keine Körperschaftssteuer zu zahlen. (*Starke Unruhe. – Schmücker:* Das soll er ja auch nicht!)

Heck: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe! Offensichtlich ist es doch so, daß ich für die Aktiengesellschaften eine wesentliche Verbesserung schaffe.

Bilke: Nein! Für den Aktienbesitzer nur, sofern er Kleinaktionär ist, für sonst niemand. Herr Minister, die großen Kapitalgesellschaften, die Großaktionäre, sind gegen den Stützel-Plan, weil sie nicht begünstigt werden. Das ist eine Maßnahme zugunsten der Kleinaktionäre, weil die nämlich in Zukunft die Teilhabersteuer geltend machen können, die bei 56% liegt. Wenn aber ihre persönliche Einkommenssteuer nur bei 19% liegt, dann können sie die restlichen Prozente zurückerhalten. Darin liegt die Vergünstigung. (*Schmücker:* Aber, Herr Bilke, das ist doch falsch! – *Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Herr Amrehn!

Amrehn: Ich meine, was hier gesagt worden ist, war nicht deutlich genug. Es muß deutlicher gesagt werden. Ich verstehe überhaupt jetzt erst besser, was gemeint ist, daß nämlich nur der Kleinaktionär einen Erstattungsanspruch erlangen soll auf die von der Aktiengesellschaft auf ausgezahlte Gewinne geleistete Körperschaftssteuer, die aber bedeutend niedriger ist als die Ertragssteuer. (*Bilke:* Nein! – *Unruhe.*) Aber ja! Der ausgeschüttete Gewinn wird bei der Aktiengesellschaft ... (*Sehr starke Unruhe und Widerspruch. – Schmücker:* Während der eine total sein Vermögen einsetzt, kann der andere mit Teilen günstig davonkommen!) Meine Herren! Ich habe noch das Wort! Nicht alle auf einmal reden!

Ich erkenne die Argumentation von Schmücker nicht ohne weiteres an. Ich glaube aber, wir brauchen uns damit nicht näher zu beschäftigen, wenn wir wollen, daß der Kleinaktionär einen Erstattungsanspruch bekommt. Dann würde das gesamte Steuerproblem nicht berührt.

Meine Frage geht an den Finanzminister, ob das, was hier steht, überhaupt von ihm vertreten werden kann. Der Ertrag der Körperschaftssteuer für ausgeschüttete Gewinne wird in einer Größenordnung von Milliarden liegen. Da wird er sagen: Das ist ja undurchführbar. – Also muß mindestens das, was jetzt durch Interpretationen klarer geworden ist, hier deutlicher gesagt werden.

Nun möchte ich dazu sagen, der Kleinaktionär, der eine Volkswagen-Aktie oder eine Veba-Aktie hat, der weiß von Doppelbesteuerung der Aktiengewinne bei der Firma so gut wie nichts. Auch das mit den 20% Dividende ist nicht richtig. Er kriegt ja die Aktien nicht zu 100, sondern zu 400. Und er hat nur 2 bis 3% Ertrag aus dem Geld, was er angelegt hat, weniger als aus dem festverzinslichen Papier.

Deswegen scheint mir das Ganze, was hier steht, in seiner lapidaren Darstellung einfach in der Sache unrichtig zu sein. Wenn wir es auf das verkürzen, was gemeint ist, wird es nicht mehr genügend Überzeugungskraft haben; denn auf den Kleinaktionär wirkt das nicht. (*Starke Unruhe. – Schwarzhaupt:* Wir können sagen: Wir werden das Sparen breiter Schichten in Wertpapieren fördern.)

Heck: Die Formulierung sieht so aus – und hier scheint mir etwas faul zu sein –, als ob die Großaktionäre auch daran partizipierten. (*Bilke:* Überhaupt nicht!) Sie tun es aber nicht, mit keiner Mark! (*Anhaltende Unruhe. – Zuruf:* Doch! – *Weiterer Zuruf:* Nein!) Insofern setzt diese Formulierung die Kenntnis des Stützel-Plans voraus. (*Bilke:* Genau! Das ist in der Zwischenzeit allerdings bekannt! – *Zurufe:* Nein!) – Herr Rathke!

Rathke: Ich schlage folgendes vor: „Wir werden das Sparen fördern und dafür die Doppelbesteuerung ...“

Amrehn: Gemeint ist doch: Für den Kleinsparer wird die Doppelbesteuerung beseitigt. (*Zurufe:* Ja! – *Bilke:* Für den Kleinverdiener. Nur für den, der unter der höchsten Progressionsstufe liegt.) Pauschal gesagt, für den Kleinaktionär! (*Bilke:* Ja! – *Brauksiepe:* Frau Schwarzhaupt hat gesagt: Wir werden das Sparen von Wertpapieren fördern.)

Schwarzhaupt: Nein, nein! Ich habe gesagt: Wir werden das Sparen breiter Schichten in Wertpapieren fördern und die Doppelbesteuerung der Aktiengewinne kleiner Aktionäre beheben. (*Starke Unruhe.*)

Scheufelen: Bei einer Aktiengesellschaft gibt es zwei Sorten Gewinne, den ausgeschütteten Gewinn und den nicht ausgeschütteten Gewinn. Der nicht ausgeschüttete Gewinn wird mit 50% Körperschaftssteuer bezahlt, der ausgeschüttete Gewinn mit 15%. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Ich bitte um Ruhe!

Scheufelen: Das gilt für jeden, ob Großaktionär oder Kleinaktionär. Der Großaktionär bezahlt aufgrund oder entsprechend seiner Progression eine höhere Steuer. (*Anhaltende Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Nicht alle auf einmal reden! – Herr Bilke!

Bilke: Es ist so: Heute wird der Kleinaktionär bei nicht entnommenen Gewinnen wie der Großaktionär behandelt. Er wird genau wie der Großaktionär mit 51% belastet. Und das ist die Ungerechtigkeit. Das sollte beseitigt werden. In Zukunft kann er sich von der Teilhabersteuer den Teil zurückzahlen lassen, der über seine Einkommenssteuer-Progression hinausgeht. (*Schmücker:* Die einmal mit 51% besteuerte Summe fällt nachher nochmals unter die volle Einkommenssteuer. Das ändert sich eben. Insofern haben auch die Großen einen Vorteil. – *Fricke:* Die haben den weitaus größeren Vorteil. – *Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Meine Herren! Der Stützel-Plan ist doch im Wirtschaftspolitischen Ausschuß beraten worden. (*Bilke:* Er ist sehr lange beraten worden; zunächst in einem Unterausschuß mit Herrn Binder[44]. Er ist dann im Ausschuß selbst angenommen worden. – *Schmücker:* Nein, er ist nicht angenommen worden! – *Bilke:* Aber natürlich, Herr Minister! Wir haben das sogar als Beschluß des Ausschusses veröffentlicht im Deutsch-

44 Dr. Paul Binder (1902–1981), Wirtschaftsprüfer; 1937–1940 stv. Direktor der Dresdner Bank Berlin, 1946 Staatssekretär und Vizepräsident der Regierung Württemberg-Hohenzollern, 1947–1952 und 1953–1960 MdL Württemberg-Hohenzollern bzw. Baden-Württemberg (CDU), 1948/49 MdPR, 1964–1968 Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage. Vgl. LEXIKON S. 194f.

land-Union Dienst.[45] Auch der Wirtschaftsrat hat sich mehrfach dafür ausgesprochen. – *Stingl:* Die diesem Ziel entgegenstehen. – *Anhaltende lebhafte Unruhe.*) Herr Schmükker ist ja nicht dagegen; er will nur das Entsprechende für seinen Mittelstand haben. (*Schmücker:* Natürlich! Ich wäre ein schlechter Vertreter meiner Leute, wenn ich das nicht täte!) Läßt sich das denn formulieren? (*Bilke:* Die Doppelbesteuerung der Kapitalerträge!) Auch wenn es vorne steht, kann man es hier noch einmal wiederholen. Warum denn nicht? (*Schwarzhaupt:* Das Wort „Aktiengewinne" klingt etwas falsch, weil der Leser dabei auch an die Wertsteigerung von Aktien denkt, die nicht gemeint ist. – *Starke Unruhe.* – *Bilke:* Herr Minister Schmücker, wir könnten sagen: Und die mittelständischen Unternehmen entsprechend steuerlich entlastet.) Wenn wir das Kapitalsparen fördern wollen, dann macht man hier nicht solche Anreize. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Meine Herren! Darf ich nochmals um Ruhe bitten! Wir wollen mal sehen, ob wir hier nicht auf einen Nenner kommen.

Ich glaube, daß Schmücker und seine mittelständischen Freunde keine Bedenken gegen den Stützel-Plan als solchen haben, sondern sie sagen nur: Hier wird ein Plan gemacht, der ist ganz gut, aber die mittelständische Wirtschaft will auch etwas haben. (*Zuruf:* Den Vorschlag von Herrn Minister Schmücker kann man doch nehmen! Aber ohne das Wort „damit". – *Schmücker:* Wir sollten nicht „damit", sondern „entsprechend" sagen.) Herr Bilke, Sie können es so nicht stehen lassen, weil Sie nicht voraussetzen können, daß die Leute den Stützel-Plan kennen. (*Starke Unruhe.*) – Herr Kraske!

Kraske: Ich bin sehr für diese Pläne, wenn aber aus berechtigten Gründen auch der Mittelstand noch bevorzugt wird, (*Zuruf:* Gleichgestellt!) – also, gleichgestellt wird – dann beschließen wir, das Steuerniveau zu senken. Ich frage, was sagt eigentlich der Finanzminister dazu? Was kostet das am Ende? Wir haben uns eines geschworen, in diesem Programm nichts zu machen, was nicht zu finanzieren ist. (*Stingl:* Da muß das Wort „Ungerechtigkeit" hinein!)

Heck: Ich bin nicht der Meinung, daß es so ist. Der Finanzminister kommt ja langsam schon ein bißchen in Verlegenheit, wohin er das Geld geben soll. (*Sehr starke Unruhe.*) Er hat keine Schulden mehr zurückzuzahlen. Soweit sind wir schon. Ich meine also, wir sollten die Geschichte belassen. Für die Doppelbesteuerung der Aktiengewinne muß eine Formulierung gefunden werden, die klarmacht, daß das wirklich die Kleinaktionäre betrifft und die kleinen und mittelständischen Unternehmen entsprechend steuerlich entlastet. (*Bilke:* Und die für Kleinaktionäre ungerechte Doppelbesteuerung der Aktiengewinne beseitigt.) Gut! (*Amrehn:* Wie soll das jetzt heißen?) „ ... die für Kleinaktionäre ungerechte Doppelbesteuerung der Aktiengewinne beseitigen und mittelständische Unternehmer entsprechend steuerlich entlasten".

Scheufelen: Das heißt also, die Beseitigung der Doppelbesteuerung gilt nur für die Kleinaktionäre, aber nicht für Herrn Flick[46]? (*Sehr starke Unruhe.*) Dann kommen Sie aber in einen Ärger wegen der Gleichheit vor dem Gesetz.

45 Vgl. DUD Nr. 66 vom 8. April 1969 S. 1a f. „Reform der Doppelbesteuerung".

46 Friedrich Flick (1883–1972), Industrieller. Vgl. Thomas RAMGE: Die Flicks. Eine deutsche Familiengeschichte um Geld, Macht und Politik. Frankfurt/Main 2004.

Heck: Das glaube ich nicht; denn die steuerliche Behandlung ist ja ohnedies nicht gleich. (*Fricke:* Wir können sagen: Wir werden es ihnen ersparen ... und möglichst weitgehend steuerlich begünstigen. – *Lebhafte Unruhe.*) Es ist wirklich nicht einfach. – Herr Amrehn!

Amrehn: Meine Damen und Herren! Es gehen fundamentale Sachen bei dieser wilden Diskussion durcheinander. Ich weiß nicht, ob ich es noch einmal darlegen soll. (*Zuruf:* Bitte!) Entweder sagen wir, die Doppelbesteuerung der Aktiengewinne fällt weg – das wollen wir zwar nicht, aber einmal unterstellt, wir wollten es –, dann wäre der Wunsch von Herrn Schmücker berechtigt, nämlich die Konkurrenzmarge, die der Mittelstand hat, zu erhalten und neue Steuervergünstigungen auch für den Mittelstand herbeizuführen. Dieses Problem steht aber nicht zur Debatte, weil wir gehört haben, daß die Doppelbesteuerung der Aktiengewinne als solche nicht beseitigt werden soll. (*Mehrere Zurufe:* Doch! – *Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Moment! Die Aktien-Doppelbesteuerung als solche soll beseitigt werden, nur wird sie, wie die Dinge liegen, für den Kleinaktionär wirksam. (*Starke Unruhe. – Zurufe:* Keine Erläuterung! – *Amrehn:* Wir reden doch hier über Dinge ... – *Zuruf:* Auch für die Großen!) – Herr Bilke!

Bilke: Nein! Das hat für die Großen wirklich keine Bedeutung. Die Großen werden dadurch nicht entlastet, sondern ihre Körperschaftssteuer oder Teilhabersteuer wird vermutlich sogar auf 56% – statt bisher 51% – steigen.

Heck: Geben Sie doch mal ein Beispiel, damit deutlich wird, wie der Stützel-Plan gemeint ist.

Bilke: Wenn Sie z. B. an einen Einkommensbezieher mit 200.000 DM denken, der in der höchsten Progression liegt, dann wird er jetzt bei der Körperschaftssteuer mit 50% oder mit 51% und bei der Einkommenssteuer mit 53% plus Kirchensteuer besteuert. In Zukunft wird er wahrscheinlich mit 56% Teilhabersteuer belastet werden; so ungefähr rechnet man. Dazu kommt weiterhin die Einkommenssteuer von 53% plus Kirchensteuer. Er steht sich also nicht besser, sondern eher schlechter.

Dagegen kann der kleine Mann die 56%, die er bezahlt hat, geltend machen, falls er bei 19% liegt. Dann bekommt er den Unterschied erstattet ... (*Amrehn:* Aber das ist ja nicht richtig! Zu 15% wird der ausgeschüttete Gewinn besteuert. Von 56% ist gar keine Rede! – *Starke Unruhe.*) Nein, Herr Amrehn, jetzt fällt ja die Unterscheidung zwischen ausgeschüttetem und nicht ausgeschüttetem Gewinn weg. (*Amrehn:* Sie machen jetzt eine Unterstellung, die kein Leser draußen kennt. Wir müssen doch vom geltenden Recht ausgehen! – *Fricke:* Das ist richtig. Von dem neuen können Sie nicht ausgehen! – *Zuruf:* Kann man nicht sagen: Zug um Zug? – *Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Ich muß hier widersprechen. Wenn ich etwas Neues mache, dann muß ich doch das sagen, was ich will. (*Amrehn:* Natürlich, aber dann muß der Plan hier hingeschrieben werden!) Für die Fachleute haben wir den Stützel-Plan im DUD veröffentlicht. (*Amrehn:* Wir machen doch für den schlichten Leser ein Programm!) Für den Leser muß es dann eben heißen – ich muß es noch einmal sagen: „Wir werden die für Kleinaktionäre ungerechte Doppelbesteuerung der Aktiengewinne beseitigen",

(*Schmücker:* Nicht „beseitigen", sondern „abbauen"!) – Gut! – „abbauen und die mittelständischen Unternehmer entsprechend steuerlich entlasten." Damit kann doch auch der einfache Leser etwas anfangen.

Brauksiepe: Verzeihen Sie, es ist doch ein enormer Unterschied, wenn hier Kurt Schmücker kämpft und sagt: Wir alle lehnen den Plan ab, – aber Herr Heck und Herr Bilke sagen, der Plan ist da, er ist in der Kommission und im Ausschuß angenommen worden, er ist veröffentlicht. (*Lebhafte Unruhe.*)

Heck: Aber Kurt Schmücker hat jetzt nichts mehr gegen den Plan, sondern nur etwas dagegen, daß die mittelständische Wirtschaft daran nicht partizipiert. (*Schmücker:* Der Stützel-Plan allein genügt nicht. Es muß ein entsprechender Zusatz gemacht werden! – *Brauksiepe:* Damit hat sich meine Frage erledigt. – *Starke Unruhe.*) Ich bitte um mehr Ruhe! – Herr Stingl!

Stingl: Wir müssen uns damit beschäftigen, wie wir das, was an Kapitalzuwachs durch öffentliche Vergünstigungen entsteht, verwenden können. (*Starke Unruhe.*) Das Volkswagenwerk kriegt von der Bundesanstalt 200 Mio. Es spart glatte 30 Mio. Zinsen.

Heck: Ich darf jetzt noch einmal zurückkommen auf die von der Fraktion zu Ziffer 18 gemachten Änderungsvorschläge: Die Formulierung „Produktivkapital" sollte durch „Kapitalbesitz" oder „Produktionskapital" ersetzt werden. Die Formulierung „Sparen" sollte durch „Vermögensbildung" ersetzt werden. (*Bilke:* Produktionskapital!) Gut! Wir sagen „Produktionskapital". Im übrigen sind Sie damit einverstanden.

Dann rufe ich auf die Ziffer 22. Hier schlägt die Fraktion vor: Erster Satz: Hier sollte das Wort „bruttolohnbezogen" eingefügt werden. (*Stingl:* Das Wort „dynamischen" kann dann wegfallen.) Lassen wir es stehen! Die Fraktion schlägt weiter vor, den Absatz 2 wie folgt zu ändern: „Wir werden die gesetzlichen Rentenversicherungen für daran interessierte Gruppen der Selbständigen bei gleichen Rechten und Pflichten öffnen." (*Stingl:* Das hier ist doch viel besser! – *Schmücker:* Nein, ich würde die Selbständigen ansprechen. Das ist für den Einzelhandel immer ein schwieriges Problem. – *Zuruf:* Wir können sagen: Für Selbständige. – *Bilke:* Es sind nicht alle daran interessiert! – *Lebhafte Unruhe.*) – Herr Kraske!

Kraske: Dagegen wird nun eingewandt, daß dann jeder einzelne sagen kann: Ich will, oder, ich will nicht. – Ich glaube, alle Fachleute sind sich darüber einig, daß man es nicht individuell sagen kann, sondern nur gruppenweise. (*Stingl:* Es handelt sich aber um die gleichen Rechte und Pflichten!) Ach so!

Heck: Wir sagen: „Wir werden die gesetzlichen Rentenversicherungen für Selbständige bei gleichen Rechten und Pflichten öffnen." (*Schmücker:* Bei gleichen Rechten und Pflichten für Selbständige öffnen! – *Bilke:* Nein, für Selbständige bei gleichen Rechten und Pflichten.) Das ist ja gehopst wie gesprungen. Gut!

Jetzt kommt die Ziffer 23 Absatz 2. Die Fraktion schlägt vor: „Wir werden die Versorgung der Kriegsopfer verbessern und der wirtschaftlichen Entwicklung laufend anpassen." (*Stingl:* Wir haben das „laufend" einmal gestrichen. Es sollte auch hier gestrichen werden! – *Bilke:* „Entsprechend verbessern" würde ich sagen.) Dann sagen wir:

„Wir werden die Versorgung der Kriegsopfer der wirtschaftlichen Lage entsprechend verbessern." Einverstanden!

Wir kommen zum Abschnitt VI, Ziffer 28. – Herr Kraske!

Kraske: Zu der Ziffer 28 hat das Präsidium gesagt, daß uns diese Formulierung bei der Presse nicht viel Freunde macht und der zweite Teil nicht sehr viel einbringt; denn die Betroffenen sind wir selber, es ist aber nicht die große Zahl der Wähler. Deshalb war das Präsidium der Meinung, das zu streichen.

Heck: Damit sind Sie einverstanden! Dann hat zu Ziffer 29 Herr Kraske das Wort.

Kraske: Zu Ziffer 29 wurde gebeten, im ersten Absatz die Formulierung des Berliner Programms zu übernehmen, das von nicht handlungsfähigen Regierungen spricht. Es heißt dort in der Ziffer 27: „Wir wollen ein Mehrheitswahlrecht, das den Einfluß der Wähler auf die Regierungsbildung verstärkt und stabile politische Verhältnisse sichert." (*Stingl:* „Einfluß" würde ich weglassen!) Aber das ist gerade eine werbende Aussage. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Einverstanden! – Herr Amrehn!

Amrehn: In der Ziffer 31 letzter Absatz heißt es: „Das Richteramt muß mehr als bisher bewährten Juristen aus anderen Berufen zugänglich sein."

Kraske: Das Präsidium empfiehlt, das zu streichen.

Heck: Steht das nicht im Berliner Programm? (*Zuruf:* Doch!)

Kraske: Es steht drin, aber Herr Dufhues hat im Präsidium darauf aufmerksam gemacht, daß die Zahl derer, die wir damit vor den Kopf stoßen, sehr viel größer ist als die, denen wir eine Hoffnung auf das Richteramt machen. Deswegen sollten wir es in ein Wahlprogramm nicht aufnehmen.

Heck: Also, streichen! Was nicht heißen soll, daß wir es nicht machen. Wir kommen zur Ziffer 32 Absatz 2. – Herr Kraske!

Kraske: Hier liegt ein Antrag von Herrn Dufhues vor, folgenden Satz anzufügen: „Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt der Heranbildung hochqualifizierter Dienstkräfte für die europäischen Einrichtungen." (*Zurufe:* Sehr gut!) Ich glaube, das ist eine gute Sache.

Heck: Keine Bedenken! Einverstanden!

Dann kommen wir zum Schlußwort Absatz 2. Das Präsidium schlägt hier vor: „Friede, Freiheit und soziale Sicherheit sind die obersten Ziele unserer Politik." (*Stingl:* „Soziale Gerechtigkeit" muß es heißen!) – Herr Amrehn!

Amrehn: In der Präambel steht der Gedanke von der Einheit. Die Wiedervereinigung kann man nicht gut gebrauchen, aber daß als oberstes Ziel „Friede und Freiheit" steht, ohne daß die Einheit irgendwo noch einmal anklingt, ist nicht genügend. (*Bilke:* Es steht doch drin: „Damit die Deutschen wieder in Freiheit und in einem Staat zusammenleben können.")

Heck: Herr Amrehn macht ja bloß darauf aufmerksam, daß es im Schlußteil fehlt.

Kraske: Ich bin wirklich ein Anhänger der Wiedervereinigung, aber nachdem es ausdrücklich unten heißt „in die nächste Zukunft" und jeder weiß, daß das in den nächsten vier Jahren nicht drinsteckt, finde ich es sehr gut, daß es vorn steht als Ziel. In dieser

Schlußzusammenfassung würde ich schon sagen: „Sind Friede, Freiheit und soziale Gerechtigkeit ein naheliegendes Ziel."

Amrehn: „Der Friede in Freiheit ist das oberste Ziel unserer Politik" steht da.

Kraske: Herr Amrehn, ein Vorschlag: „Friede, Freiheit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen sind das oberste Ziel unserer Politik." (*Zuruf:* Ja!)

Heck: Einverstanden! Ich darf jetzt noch einmal fragen, wird das Wort noch zu einem Änderungsantrag gewünscht? – Herr Stingl!

Stingl: Auf Seite 2 in der Präambel müssen wir noch in dem Satz „In dieser Welt ..." die „soziale Gerechtigkeit" unterbringen.

Heck: Ich kann mir nicht vorstellen, daß es eine innere Stabilität ohne soziale Gerechtigkeit gibt. Man kann natürlich irgendwo an einer Stelle alles noch einmal wiederholen. Wir haben doch sehr lange Teile über die soziale Sicherheit in unserem Programm. (*Stingl:* Das haben wir überall.) Nun, ich kann in der Präambel und auch im Schlußwort noch mindestens ein Dutzend Dinge bringen. Dann können wir uns den Mittelteil schenken und ihn aufteilen in die Präambel und in den Schlußteil. Ich halte das etwa mit einer gewissen Brille gesucht. Es genügt doch, wenn wir sagen: Die erste Voraussetzung der inneren Sicherheit ist soziale Sicherheit – und die erste Voraussetzung für die soziale Sicherheit ist die stabile Wirtschaft –, sonst gibt es keine soziale Sicherheit. Also, das eine gegen das andere auszuspielen, ist doch sowieso ein bißchen töricht. – Herr Amrehn!

Amrehn: In der Ziffer 31 steht: „Das Strafprozeßrecht muß die Dauer der Untersuchungshaft begrenzen." Ich weiß nicht, wer darauf Wert legt, daß das in unserem Programm steht. (*Bilke:* Steht im Berliner Programm!) Dann sage ich nichts mehr!

Kraske: Die Fraktion hat ein paar Anregungen erst heute geschickt. Eine davon ist hier nicht eingeordnet. Ich darf sie noch einmal verlesen: Es wird zu erwägen gegeben, ob man in der Ziffer 31 im Hinblick auf die NPD-Propaganda noch folgenden Satz einfügen soll: „Zur Sicherheit von Freiheit, Recht und Ordnung in unserem Staat gehören auch der gezielte Einsatz seiner Rechtsmittel gegen Ausschreitung und die Verwilderung der Sitten." Ich würde sagen, „Verwilderung der Sitten" ist ein sehr vager Ausdruck.

Heck: Gegen gewalttätige Ausschreitung!

Kraske: Wir machen ja ein Wahlprogramm. Da finde ich gar nicht schlecht: Gegen gewalttätige Ausschreitungen.

Heck: Einverstanden! Herr Herrmann[47] hat noch das vorzutragen, was Herr Stoltenberg heute schriftlich hierher gegeben hat. Er konnte an der Sitzung nicht teilnehmen.

Herrmann: In der Ziffer 9 ist im ersten Absatz gesagt: „Für Bund und Länder, für Wirtschaft und Wissenschaft soll ein Gesamtprogramm aufgestellt werden ..." Herr Minister Stoltenberg verweist darauf, daß dieses Gesamtprogramm im Widerspruch zu unserer Wirtschaftspolitik unter Eigenverantwortung der Betriebe stünde, und er schlägt vor, wie folgt zu sagen: „Für Bund und Länder, für Wirtschaft und Wissenschaft soll ei-

47 Vgl. Nr. 21a Anm. 13.

ne abgestimmte Gesamtkonzeption geschaffen werden, die regional und sachlich Schwerpunkte festlegt."

Heck: Das ist für den Laien unverständlich, diese abgestimmte Konzeption. (*Bilke:* Kann man nicht sagen: Abgestimmtes Gesamtprogramm? – *Starke Unruhe.* – *Kraske:* Wir können sagen: Vereinbart!) Gut, vereinbart! Einverstanden! – Herr Herrmann!

Herrmann: Im vierten Absatz derselben Ziffer verweist Herr Minister Stoltenberg darauf, daß die Bundesregierung bei internen Beratungen dazu gekommen sei, vorhandene Kreditinstitute für dieses Kreditprogramm anzusprechen, also nicht ein neues zu schaffen. Ich sehe, daß dieses Hochschulprogramm, das gleich beschlossen werden soll, etwas gefunden hat, was dem entspricht, nämlich:

„Außerdem sollen mit staatlichen Mitteln Kreditprogramme ermöglicht werden, um die Risiken der kommerziellen Auswertung technologischer Neuerungen zu vermindern." (*Starke Unruhe.* – *Stingl:* Die ganzen Neuerungen versteht kein Mensch!)

Heck: Ich bitte um Ruhe! Wir haben eine gewisse Mühe, uns als eine Partei zu erweisen, die an morgen denkt. Das glauben die Leute doch nicht. Das Image der CDU ist ein Image für Rentenversicherung usw., aber moderne Zukunftsaufgaben traut man uns nicht so recht zu. Deswegen haben wir den Teil ganz bewußt etwas breiter genommen, abgesehen davon, daß ich der Meinung bin, daß hier eine ganz wichtige Aufgabe für die nächsten zehn Jahre vor uns liegt. Es ist gar kein Zweifel, daß wir mit unserer Wirtschaft hinsichtlich ihrer Steuern und ihrer Möglichkeiten, direkt vom Staat subventioniert und mit entsprechenden Aufträgen versehen zu werden, weit hinter den Vereinigten Staaten marschieren. Wir können so weitermachen, aber eines Tages zahlen wir die Zeche.

Für mich ist hier ein Punkt, wo wir uns in der Wirtschaftspolitik von Herrn Schiller unterscheiden, der in seiner Partei gar nicht anders kann, in den nächsten Jahren ausgesprochen konsumorientierte Wirtschaftspolitik zu machen. Ich meine, wir sollten das im Gleichgewicht halten, und zwar mit dem Blick auf die Zukunft hinsichtlich der Investitionen usw. – Herr Bilke!

Bilke: Es hat einmal eine Kreditanstalt für Wiederaufbau gegeben. Warum soll es nicht eine Kreditanstalt geben, die auch für die Zukunft etwas tut!

Heck: Ich meine, wir können die Formulierung, wie sie hier steht, übernehmen. (*Zurufe:* Ja!) Gut! – Herr Stingl!

Stingl: In der Ziffer 8 heißt es: Alle Personengruppen ... (*Bilke:* Das haben wir schon geändert!) Gut! In der Ziffer 19 sollten wir sagen: „... wirtschaftlich tragbar und gesundheitspolitisch unschädlich".

Kraske: Ich würde nicht sagen „unschädlich". (*Stingl:* Dann sagen Sie etwas anderes! – *Bilke:* „Und den Gang zum Arzt nicht behindern".)

Heck: Wenn ich zahlen muß, kommt doch immer das Argument mit der Selbstbeteiligung. (*Sehr starke Unruhe.* – *Stingl:* Gesundheitspolitisch unschädlich!) Das ist doch ein Plagiat! Das ist eine Selbstverständlichkeit!

Kraske: Solange eine Selbstbeteiligung wirtschaftlich tragbar ist, kann sie nicht gesundheitsschädlich sein. Sie wird erst schädlich, wenn sie so wenig tragbar ist, daß die

Leute abgehalten werden, zum Arzt zu gehen. (*Stingl:* Wenn wir der Meinung sind und uns verständigen können, daß wir das implizieren, ist es gut. – *Sehr starke Unruhe.*)

Heck: Damit kommen wir zum nächsten Punkt der Tagesordnung:

Hochschulpolitisches Programm der CDU

Herr Schröder!

Schröder: Herr Generalsekretär! Meine Damen und Herren! Ich will mich kurz fassen und Ihnen den Ablauf schildern. Der erste Anlauf wurde in Deidesheim unternommen und scheiterte in Godesberg.[48] Der zweite Anlauf wurde in einer Kommission, die nach dem Kulturpolitischen Kongreß eingesetzt wurde, unternommen. Er scheiterte einen Tag vor der letzten Bundesausschußsitzung in einer Besprechung der Vorsitzenden der Landtagsfraktionen. Der dritte Anlauf ist dann Dienstag, den 17.6., unternommen worden. Das Ergebnis dieses dritten Anlaufs finden Sie in dem vorliegenden Papier.

Ich darf gleich, um die Verabschiedung zu erleichtern, hinzufügen, daß dieser Entwurf die einstimmige Zustimmung der Fraktionsvorsitzendenkonferenz[49] und damit aller Landtagsfraktionen gefunden hat, außerdem die Zustimmung der CSU. Ich möchte darauf verzichten, die einzelnen Punkte zu erläutern. Vielleicht sollte ich auf zwei Punkte verweisen, die in den Auseinandersetzungen außerordentlich kontrovers gewesen sind, die aber jetzt zu einer Kompromißformel geführt haben, die jedoch in der taktischen Ausgestaltung noch einige Möglichkeiten offenlassen.

Es handelt sich um die Ziffern 21 und 24. In der Ziffer 21 wird im Grunde genommen das sehr schwierige Verhältnis zwischen Universität, Hochschule und Staat angesprochen, und zwar in der Frage, welche Stellung soll der zukünftige Präsident der Universität haben. Sie wissen, daß hier die Auffassungen sehr kontrovers sind. Für die Hochschule selbst handelt es sich um einen wichtigen Punkt der Hochschulautonomie. Die Hochschule fordert, daß der Präsident ausschließlich durch einen Wahlakt des zentralen Universitätsgremiums gekürt wird. Auf der anderen Seite stehen die Wünsche einiger Kultusminister, die den Präsidenten nach Möglichkeit ausschließlich einsetzen möchten. Zwischen diesen beiden Positionen ist hier eine Kompromißformel gefunden worden, daß zunächst einmal ein Wahlakt in der Universität selber vollzogen wird, aber bei der eigentlichen Bestellung ein Einvernehmen zwischen Hochschule und Staat herzustellen ist, so daß hier das volle Vetorecht des Kultusministers gewährleistet ist.

Der zweite kontroverse Punkt ist die Ziffer 24, wo es um den Rechtsstatus der Studentenschaft geht. Auch hier gibt es in unserer Partei zwei extreme Positionen. Die eine Position wird von unseren Freunden in den Landtagsfraktionen von Berlin, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz eingenommen sowie vom RCDS, die auf ein Beibehalten der Zwangskörperschaft der Studentenschaft abzielt. Die andere Position, die von

48 Vgl. Nr. 24 Anm. 26 und 27.

49 Protokoll der Fraktionsvorsitzendenkonferenz vom 18.–20. Juni 1969 in Trier mit „Entwurf des hochschulpolitischen Teil des schul- und hochschulpolitischen Programms der CDU" in ACDP 05-003 AO 6.

den übrigen Landtagsfraktionen eingenommen wird, zielt auf ein Abgehen von der Zwangskörperschaft hin mit dem Argument, in dem Ausmaß, in dem die Studenten in den Organen der Universität voll und gleichberechtigt inkorporiert sind, einfällt im Grunde genommen die Notwendigkeit, einen eigenen Rechtsstatus noch beizubehalten.

Wir haben auch hier eine Kompromißformel gefunden, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen beide Möglichkeiten offenläßt, die aber im Grundsatz darauf abzielt, eine gewisse Korrelation zwischen Ausmaß der Mitwirkung in den Organen der Hochschule und dem Rechtsstatus herzustellen.

Ich kann es vielleicht auf eine Formel bringen, wenn ich sage, die Universität mit herkömmlichen Strukturen bedingt auch die herkömmliche Struktur der Studentenschaft als Zwangskörperschaft. Die reformierte neustrukturierte Universität ermöglicht ein Abgehen von der Zwangskörperschaft. In diese Formel würde ich ungefähr die Haltung der Bildungspolitiker der CDU/CSU bringen. Sie finden das etwas verklausuliert in der Ziffer 24.

Das sind die beiden wesentlichen kontroversen Punkte gewesen. Da wir nun diese beiden Formeln gefunden haben, die von allen Seiten unterstützt werden, glaube ich, daß wir uns mit diesem Programm nunmehr sehen lassen können.

Ich darf namens der Fraktionsvorsitzendenkonferenz die drei sich nur auf formale Dinge erstreckenden Änderungswünsche der Fraktionsvorsitzendenkonferenz übermitteln und Sie bitten, diese zu beschließen. Es handelt sich einmal um einen Änderungswunsch zur Ziffer 19, wo es im zweiten Satz heißen soll: „Bei Berufungen sind in größerem Umfang als bisher nichthabilitierte-qualifizierte Wissenschaftler außerhalb der Hochschule zu berücksichtigen."

Die zweite Änderung betrifft die Ziffer 21.

Heck: Bleiben wir zunächst bei der Ziffer 19. (*Scheufelen:* Es war früher so, daß ein guter Chefchirurg nicht mehr Professor werden konnte, weil es ein geschlossener Kreis war! – *Unruhe.*) Es gibt den berühmten Fall: Nietzsche[50] hatte eine Berufung nach Basel bekommen. Hier haben sie die Doktorarbeit und alles andere geschenkt. (*Scheufelen:* Das wäre heute nicht mehr möglich! – *Zuruf:* Doch! Das gibt es auch heute noch! – *Lebhafte Unruhe.*)

Kraske: Es gibt jemand, der nicht einmal promoviert hat und Professor und Leiter eines Max-Planck-Instituts ist. (*Starke Unruhe.*)

Heck: Herr Schröder!

Schröder: Die zweite Änderung betrifft die Ziffer 21, wo der vorletzte Satz stilistisch etwas besser formuliert werden soll: „Der Präsident wird durch Wahl des zentralen Organs der Universität vorgeschlagen."

Kraske: „Durch Wahl" kann man weglassen; denn wenn er durch das Organ vorgeschlagen wird, muß ihn doch das Organ wählen.

Schröder: Das würde ich aus optischen politischen Gründen drinlassen. Der letzte Satz soll bleiben.

50 Friedrich Nietzsche (1844–1900), Philosoph; 1869–1879 Professor in Basel, 1889 Ausbruch der Geisteskrankheit.

Heck: Also, meine Damen und Herren, mit dem zweiten Wunsch sind Sie einverstanden!

Schröder: Der dritte Wunsch der Fraktionsvorsitzendenkonferenz bezieht sich auf die Gliederung. Es wird vorgeschlagen, daß die insgesamt 24 Ziffern abschnittsweise untergliedert werden, weil in den einzelnen Ziffern unterschiedliche Probleme angesprochen werden. Es wird vorgeschlagen, folgende Überschriften vorzusehen:

1. Staat und Hochschule.
2. Der gegliederte Hochschulbereich
3. Die Aufgaben der Universitäten
4. Die Aufgaben der Fachhochschulen
5. bis 8. werden zusammengefaßt: Kapazitätsprobleme
9. bis 11.: Forschung
12. bis 16.: Studienreform
17. bis 24.: Strukturreform der Universität.

Heck: Herr Herrmann!

Herrmann: Ich gebe zu bedenken, daß die anderen Teile so nicht untergliedert sind und keine Überschrift haben. Es wird zusammen gedruckt mit dem bildungspolitischen Teil. Es sieht ein bißchen unorganisch aus, wenn der eine Überschriften hat und der andere nicht. (*Schröder:* Das war an sich bekannt, aber man hatte doch den Wunsch!)

Heck: Wir wollen einmal überlegen, wie wir es bei der Drucklegung machen. (*Schröder:* Es ist das Ergebnis langer Bemühungen und Arbeiten. Wir wären froh, wenn der Bundesvorstand heute zustimmen würde!) Ich danke Herrn Schröder nicht nur für seinen Vortrag, sondern vor allem für die Arbeit, die er in dieser Sache gehabt hat. (*Beifall.*) Ich möchte ganz generell sagen, das ist das schwierigste Kapitel; es ist noch schwieriger als die Mitbestimmung. Ich bin überzeugt, wenn wir das heute einem Kongreß vorlegten, dann ginge es nicht anders wie in Bad Godesberg. Das höchste Maß an Übereinkunft, das zu erzielen ist, ist in der Tat, daß die Fraktionsvorsitzenden mit Einschluß des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU, des RCDS und der Jungen Union zugestimmt haben. Ein höheres Maß an Übereinstimmung ist in der Sache nicht zu erzielen.

Ich glaube nicht, daß die Mitglieder des Bundesvorstands die Absicht haben, diese Übereinstimmung an irgendeinem Punkt zu stören. – Herr Herrmann!

Herrmann: Ich verweise nur darauf, Herr Minister, daß wir eben im Wahlprogramm das Wort „individuell" gestrichen haben. Das könnte man auch hier in der Ziffer 7 streichen.

Heck: Das werden wir streichen!

Herrmann: Dann steht hier noch zweimal das Wort „Forschungsschwerpunkte".

Wir sind von der Wissenschaftsverwaltung darauf aufmerksam gemacht worden, daß damit wahrscheinlich der Sonderforschungsbereich gemeint sein soll. Ich möchte bitten, daß das offenläßt für die redaktionelle Gestaltung nach Rücksprache mit Herrn Minister Stoltenberg, welches Wort man hier wählen soll. (*Schröder:* Er hat es genehmigt!) Das hat er wahrscheinlich genauso wenig bedacht wie die anderen auch.

Heck: Gut, das ist eine terminologische Frage.

Wird noch das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, daß auch ohne Beschlußfähigkeit der Vorstand in diesem Kreis zustimmt. (*Heiterkeit.*) Es ist ein Auftrag des Parteiausschusses. – Dr. Kraske!

Kraske: Wir besprechen jetzt wieder etwas im Auftrag des Parteitags, und das endet bei fünf Leuten. (*Heiterkeit.*)

Wirtschaftsvereinigung

Heck: Wir haben noch einen Punkt der Tagesordnung, aber es hat keinen Sinn mehr, ihn jetzt noch zu besprechen. Es handelt sich um die Frage der Wirtschaftsvereinigung. (*Schmücker:* Dann kann ich morgen in unserer Veranstaltung nichts dazu sagen.[51])

Kraske: Da wir jetzt nur noch unter Fachleuten in dieser leidigen Geschichte zusammen sind, darf ich mich auf eine Kurzfassung beschränken. Die Wirtschaftsvereinigung hat ein Papier vorgelegt. Zu diesem Papier möchte ich zunächst nur zweierlei richtigstellen oder zu bedenken geben. Beides ist auf Seite 2. Es heißt unter Ziffer a) – das ist ein alter Streitpunkt zwischen Herrn Schmücker und mir –: „Einwendungen wurden erst nach der Gründung am 28. Februar 1969 von anderer Seite erhoben."

Falls mit dieser anderen Seite der Bundesgeschäftsführer unserer Partei gemeint sein sollte, möchte ich in Erinnerung rufen, daß er bereits vor dieser Versammlung diese Einwendungen erhoben hat. Herr Schmücker, Sie werden sich an ein einschlägiges Gespräch im Plenum des Bundestags, bevor Sie in die Sitzung gingen, noch erinnern, was sich auf diese Einwendungen bezog. Aber das ist nur eine historische Frage.

Das Entscheidende scheint mir folgendes zu sein: Herr Schmücker argumentiert mit Recht mit der Satzungsänderung, die wir auf dem letzten Parteitag vollzogen haben, daß nämlich im § 39 des Statuts die Worte „von Personen" gestrichen wurden.[52] In der damaligen Begründung hieß es, und das wird hier zitiert: „Der Bundesvorstand geht" – jetzt kommt, wie ich meine, das Entscheidende –, „unabhängig von der Frage, ob der Wirtschaftsrat zunächst als eigene Wirtschaftsvereinigung in die Partei integriert wird ..."

---

51 Im Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU vom 9. Juni 1969 wird vom MIT-Schatzmeister Klauss der 23. Juni als Termin für Verhandlungen mit der Bundespartei über eine mögliche finanzielle Beteiligung genannt (ACDP 04–004–009/1). Der Mittelstandskongreß der Arbeitsgemeinschaft Mittelstand der CSU in München, auf dem Schmücker Hauptredner war, fand am 28. Juni statt.

52 § 39 des CDU-Statuts: „Die Vereinigungen sind organisatorische Zusammenschlüsse mit dem Ziel, das Gedankengut der CDU in ihren Wirkungskreisen (junge Generation, Frauen, Arbeitnehmer, Kommunalpolitik, Mittelstand, Wirtschaft, Vertriebene und Flüchtlinge) zu vertreten und zu verbreiten, sowie die besonderen Anliegen der von ihnen repräsentierten Gruppen in der Politik der CDU zu wahren. Ihr organisatorischer Aufbau entspricht dem der Partei. Sie haben eine eigene Satzung, die der Genehmigung durch den Bundesausschuß bedarf. Der Hauptgeschäftsführer einer Vereinigung wird im Einvernehmen mit dem Generalsekretär ernannt. Sie haben das Recht zu eigenen Verlautbarungen, die den von der Partei festgelegten Grundsätzen nicht widersprechen dürfen. Die Gründung von Vereinigungen ist von dem Beschluß des Bundesausschusses abhängig, der durch eine Änderung des § 38 bestätigt werden muß."

Diese Parenthese „unabhängig von der Frage ..." ist auf dem Parteitag nach Annahme dieses Antrages des Vorstands entschieden worden, indem der Parteitag anschließend den rheinischen Antrag mit großer Mehrheit angenommen hat. Und der Inhalt dieses rheinischen Antrages war sowohl formell wie aber insbesondere intentional in der Forderung, daß der Wirtschaftsrat sich vorher als Vereinigung konstituieren soll. Nur daraus und aus der entsprechenden politischen Haltung der Sozialausschüsse ergab sich der Vorschlag dieser Lücke-Kommission, daß vor Bildung der Holding-Vereinigung eine Wirtschaftsvereinigung innerhalb der Partei gegründet werden solle, was Herr Schmücker jetzt als „Geister-Armee" bezeichnet.

Ich persönlich bin – und ich glaube, das glaubt mir Herr Schmücker immer noch nicht so ganz – hier gar nicht darauf aus, etwas formalistisch zu argumentieren, sondern ich gehe von der politisch virulenten Kritik eines immerhin beachtlichen Teiles unserer Partei aus. Ich nehme diese Kritik soweit ernst, wie sie formell berechtigt ist. Und das ist sie in diesem Punkt, daß der Parteitag beschlossen hat, erst soll sich dieser Wirtschaftsrat in eine Wirtschaftsvereinigung umwandeln. Nur dann können die beiden eine beliebige Dachvereinigung gründen.

In diesem Punkt bestehen meine einzigen rechtlichen Bedenken, wobei ich immer wieder betone, ich bin selber kein Jurist, aber die Frage des korporativen Zusammenschlusses innerhalb der Partei ist, wie ich glaube, ziemlich gleichgültig. Es ist sogar zu fragen, ob nicht letzten Endes die Bundespartei aus korporativen Mitgliedern besteht, nämlich aus den Landesverbänden. Die KPV – wie Herr Schmücker mit Recht sagt – besteht nach der neulich beschlossenen Satzung eindeutig aus korporativen Mitgliedern.

Und wenn die baden-württembergische CDU einmal einen Gesamtverband gründet, wird der wahrscheinlich auch aus korporativen Mitgliedern in vier Landesverbänden bestehen. Das ist wohl völlig unbestritten.

Die Frage ist, ob in einer Parteivereinigung ein e.V. gleichberechtigtes Mitglied sein kann, der im anderen Verständnis, z. B. in seiner Spendenwerbung, aber auch in manchen anderen Funktionen, sich selber versteht als ein außerhalb der Partei stehender e.V. Ob also eine Parteivereinigung mit korporativer Mitgliedschaft über den Rahmen der Partei hinausgreifen und einen e.V. auf diese Weise in die Partei hineinnehmen kann, ist mein parteirechtliches und satzungsrechtliches Bedenken.

Ich bringe dieses Bedenken nur deswegen vor, weil sich daran die politischen Einwendungen von Gruppen in der Partei – wahrscheinlich nicht nur der Sozialausschüsse – anhängen und wir da diese ständige Unruhe kriegen. Mir geht es gar nicht darum, wer hat recht oder wer hat unrecht, wer hat mehr recht, wer hat weniger recht, sondern mir geht es darum, daß diese Vereinigung in der neuen Form arbeiten kann, ohne daß dauernd aus formellen Gründen mit politischem Hintergrund von sonst einer Seite quergeschossen wird.

Heck: Herr Schmücker!

Schmücker: Mir kommt es darauf an, daß wir heute einen Beschluß fassen. Diese Vereinigung ist nach den Entscheidungen des Berliner Parteitags gegründet worden. Sie ist der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden und kann nicht arbeiten, weil sie den Se-

gen der Bundespartei nicht erhalten hat. Gegen meine ursprüngliche Auffassung ist eine Form gewählt worden, die dem Wunsche des Bundesvorstands entspricht. Ich habe mich überzeugen lassen müssen, daß es zweckmäßig ist, bei Vereinigungen nicht anzunehmen, daß sie Unterparteien sind, sondern daß es geeignete Instrumente sind, unsere Parteiarbeit in Bereiche vorzutragen, wo wir mit der Partei nicht diese Erfolge haben können. Wir müssen da die Organisationsform nehmen, die bei den entsprechenden Gruppen die richtigste ist.

Da bietet sich an, daß wir die Mittelstandsvereinigung so bestehen lassen. Der Wille zum Zusammenschluß ist zum Ausdruck gebracht worden. Wir nehmen auch den Wirtschaftsrat so, wie er ist, und fügen ihn zusammen. Wenn wir den Wirtschaftsrat umgründen, führt das zum Verlust von 70% der Mitglieder. Es ist nicht möglich, ihn umzugründen in eine Wirtschaftsvereinigung.

Ich bitte Sie, doch nicht zu übersehen, daß das redliche Mühen vieler beteiligter Leute inzwischen durch die Strapazen in der Zeit vor der Satzung nun einfach an einem Endpunkt ist. Darum bitte ich, daß man sagt: So wie die Wirtschaftsvereinigung gegründet worden ist, bekommt sie einstweilen Betätigungsmöglichkeiten. – Wir müssen doch auf dem Wirtschaftstag in der nächsten Woche sagen können, daß wir arbeiten. Darauf kommt es mir an!

Ich will gar nicht den Streit wieder von vorn anfangen; denn dann einigen wir uns ja doch nicht. Das haben wir ja schon zwanzigmal versucht, haben aber immer noch verschiedene Auffassungen. Ich bin der Meinung, der Generalsekretär sollte uns die Möglichkeit zur Arbeit geben.

Um eines bitte ich ganz herzlich: Keinen Wirtschaftsrat mit Wirtschaftsvereinigung und Mittelstandsvereinigung und dazu noch einen Wirtschaftsausschuß! Also vier Gruppen mit Wirtschaftspolitik!

Heck: Ein Problem wollen wir ausklammern. Der Wirtschaftsrat, die Mittelstandsvereinigung und die korporative Wirtschaftsvereinigung ersetzen die Arbeit des Wirtschaftspolitischen Ausschusses nicht. Das ist und bleibt das wirtschaftliche Beratungsorgan des Bundesvorstands. Das wollen wir ausklammern.

Eine Sache ist von Herrn Kraske aufgegriffen worden, die Frage der korporativen Mitgliedschaft. Darüber wird nicht mehr gestritten. Das ist auch ganz klar auf dem Parteitag beschlossen worden. Es bleibt noch die Rechtsfrage, können zwei Korporationen mit verschiedenem Rechtsstatus und einem verschiedenen Verhältnis zur Bundespartei zusammen eine Wirtschaftsvereinigung bilden. Das ist die Frage. Ich (*Starke Unruhe.*) persönlich gestehe ganz offen, ich habe ganz allgemein Bedenken dagegen.

Nun möchte ich auf eine Sache zurückkommen, die früher einmal Basis eines Kompromisses war zum Verhältnis Sozialausschüsse – rheinischer Landesverband – rheinische Mittelstandsgruppe. Es ist früher gesagt worden, alle Bedenken seien behoben, wenn der Wirtschaftsrat der CDU sich künftig Wirtschaftsrat der Union nennen würde.

Kraske: Darf ich hier etwas sagen, Herr Heck! Sie werden mir zugeben, diese Namensfrage ist nur interessant für die Sozialausschüsse, solange der Wirtschaftsrat außerhalb der CDU steht. Diese Namensfrage wird in dem Augenblick völlig irrelevant,

wo wir ihn in die Partei eingliedern. Wenn wir ihn in die Partei eingliedern als Bestandteil einer Parteivereinigung, wäre es natürlich völlig unlogisch, ihm dann die Namensführung „CDU" zu geben.

Der Punkt der Sozialausschüsse ist der: Entweder ist er außerhalb der Partei, dann soll er sich nicht CDU nennen, sondern Wirtschaftsrat der Union. Dann könnten die nichts mehr gegen ihn sagen. Oder er soll in die Partei hineingehen. Das ist ihr eigentliches Ziel. Das haben sie mit ihrem Parteitagsantrag versucht. Dann soll er nicht ein e.V. sein, sondern dann soll er eine Vereinigung wie jede andere Vereinigung auch sein. Dann kann er sich mit der Mittelstandsvereinigung fusionieren.

Heck: Ich will so sagen, Herr Kraske: Dazu kann man kommen, auch bei allen formalen rechtlichen Überlegungen. Wenn man den Zusammenschluß von Wirtschaftsrat und Mittelstandsvereinigung als Wirtschaftsvereinigung will, dann sind von der Satzung her, vom Parteiengesetz her, dagegen keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Wenn man aber Argumente sucht, um diese Vereinigung nicht zustande kommen zu lassen, dann kann man in der Tat mit Argumenten kommen.

Kraske: Ich würde eine Ausnahme machen. Vom Parteiengesetz ist die Frage offen. Es ist überhaupt nicht geklärt, wer eigentlich Parteien verklagen kann. Das steht gar nicht im Gesetz. Vom Parteiengesetz und seinen Intentionen her halte ich die Korporation eines e.V. in eine Partei für nicht zulässig, solange dieser e.V. nach außen seine e.V.-Stellung und seine Nicht-Partei-Funktion ausdrücklich in Anspruch nimmt, etwa um Spenden zu werben.

Heck: Die Wirtschaftsvereinigung, die sich hier korporativ zusammengefügt hat, hatte genau den gleichen Charakter wie etwa die Sozialausschüsse, bestehend aus Mitgliedern und aus Nichtmitgliedern, so daß man eigentlich nicht sagen kann, daß sie in dem Sinne voll inkorporiert sind. Sie könnten alle – mit Ausnahme der Führungsgruppe – Mitglied der Sozialausschüsse sein, sie bräuchten aber keine Parteimitglieder zu sein.

Kraske: Es ist dies auch [ein] in einem anderen Zusammenhang bisher nicht beendeter Streit, ob Vereinigungen in diesem Punkt Partei sind oder nicht. Ich würde allerdings sagen – wir haben hier die Vorsitzende einer anderen Vereinigung in unserem Kreise –, daß Frau Brauksiepe sich natürlich mit ihrer Frauenvereinigung doch als Bestandteil der Partei empfindet. (*Schmücker:* Dann müssen Sie ihnen dieselben Rechte hinsichtlich der Delegationen usw. geben. Das haben sie nicht.) Doch, das haben sie insoweit, als die Vorsitzenden der Vereinigungen Mitglied des Parteiausschusses sind, wenn ich es jetzt richtig im Kopf habe.

Heck: Das ist ein Verhältnis sui generis. Das würden sie aber automatisch sein. Das Verhältnis der Wirtschaftsvereinigung zur Partei ist anders als das der Ausschüsse. (*Kraske:* Das ist völlig klar.) Eine Partei besteht aus Mitgliedern und Anhängern. Die Vereinigungen sind genau an der Nahtstelle von Mitgliedern und Anhängern. Deswegen kann man meines Erachtens, wenn man will, so argumentieren, man kann auch anders argumentieren. Ich wollte zum Ausdruck bringen, wenn man die Sache verhindern will, kann man so argumentieren, und wenn man sie fördern will, kann man so argumentieren.

Brauksiepe: Wenn ich Herrn Schmücker richtig verstehe, will er sagen: Wenn wir nicht endlich klare Bahn bekommen, dann kommen wir nicht zur Arbeit. Ich frage die Freunde in allem Ernst, welche Partei würde sich eigentlich soviel Schmerzen machen, wenn sie die Vorstellung hat, wenn ich es nicht tue, dann verliere ich dich. – Dann lassen wir doch sagen, die andere Fläche ist so winzig geworden ...

Heck: Nein, die Schwierigkeiten bestehen woanders. Es hat keinen Sinn, wenn wir uns jetzt hier einigen (*Kraske:* Genau! – *Brauksiepe:* Nein!) und wir kriegen auf dem Parteiausschuß eine Riesensauerei. Der rheinische Mittelstand, der rheinische Landesverband und die Sozialausschüsse treten an, und es gibt einen Riesenkrach. Deswegen ist es besser, wenn die Geschichte von einem vollbesetzten Bundesvorstand beschlossen wird. Dann kann der Bundesvorstand sagen, wenn die antreten, dann treten wir auch an.

Schmücker: Aber was wollen wir machen? Ich kann doch vor den Leuten nicht sagen, es hat nichts gegeben. Die Leute lachen mich aus. Ich habe doch auch ein persönliches Prestige. Das kann nicht einfach so weitergehen.

Heck: Wir müssen folgendes machen ...

Schmücker: Wir haben in der Wirtschaftspolitik seit einigen Wochen wieder Auftrieb; aber nicht nur deswegen, weil sich der Kanzler selbst stark engagiert, der Schiller ist auch im Abfall.

Herr Kraske, ich bin einverstanden, wenn wir versuchen, eine Lösung herbeizuführen. Wir können uns ja zusammensetzen. Es muß jetzt vom Tisch!

Heck: Ich habe ja meine Meinung gesagt. Ich mache nur darauf aufmerksam, diese Geschichte müssen wir im Parteiausschuß durchpauken. Wenn es auf die Tagesordnung der nächsten Parteiausschußsitzung kommt, muß es unbedingt geklärt sein. Wir müssen hier an diesem Tisch geschlossen dahinter stehen; denn in dem Augenblick, wo wir geschlossen dahinter stehen, nehmen wir den Katzer mit zur Sitzung, damit er sieht, wie die Meinung im Vorstand ist. Dann treten sie nämlich nicht so an. Das war der einzige Grund dafür, warum ich sagte, es habe keinen Sinn, jetzt hier die Sache zu besprechen.

Herr Kraske, ich habe den Eindruck, daß Sie auf folgender Basis mit einig sind. Die Frage, Korporation oder nicht, spielt keine Rolle mehr. Die Vereinigungen insgesamt sind Vereinigungen von Parteien, die sich als Mitglieder- und Wählerparteien verstehen; sie sind angesiedelt in einer Brückenfunktion zwischen Mitgliedern und Wählern. Infolgedessen kann man sie nicht streng unter dem Gesichtspunkt als Mitglied der Partei sehen, sondern wir müssen sie als eine Organisation sui generis betrachten. Deswegen sage ich von mir aus, ich habe keine Bedenken, daß der Wirtschaftsrat e.V. und die Mittelstandsvereinigung zusammen die Wirtschaftsvereinigung bilden.

Kraske: Herr Heck, ich persönlich spiele hier gar keine Rolle. Ich bin in der Sache durch meine Mitwirkung an diesem Parteiengesetz und durch meine Erfahrung in der Partei anderer Meinung. Das gilt auch für andere Punkte, z. B. in seinen Vorschriften über die innerparteiliche Willensbildung, geheime Wahlen usw., aber ich insistiere hier nicht, wenn der Bundesvorstand das beschließen sollte. Das ist eine offene Rechtsfrage.

Ich mache nur darauf aufmerksam. Das wird also schon in Oldenburg[53] einen ganz großen Zinnober geben.

Deshalb habe ich jetzt nur noch eine Frage. Manfred Schäfer hat mir am Schluß eines Gespräches vor vier oder sechs Wochen gesagt, er wäre an der Aufrechterhaltung des e.V. im Grunde genommen nur interessiert aus Finanzierungsgründen, weil wir nur so steuerbegünstigte Gelder kriegen.

Zweiter Punkt! Beim Wirtschaftsrat seien zur Zeit – jedenfalls zu der Zeit, als wir das Gespräch führten – Wirtschaftsprüfer oder Steuerprüfer tätig. Und erst am Ende dieser Sache würde sich entscheiden, ob das in Zukunft möglich sei. Und dieses wolle er eigentlich abwarten, weil möglicherweise sich dann für ihn die Sache von vornherein anders darstelle. Wenn das richtig ist – vielleicht stimmt's nicht –, dann frage ich mich, ob man das nicht ein bißchen überbrücken kann in der Form ... (*Schmücker:* Aber das kennen wir doch alles. Das sagen wir jetzt schon zwanzigmal. Wir müssen doch etwas Neues bringen!) Was möchten Sie denn?

Schmücker: Ein Gespräch über jemand, der nicht dabei ist, hat keinen Sinn. Ich darf jetzt folgenden Vorschlag machen. Wir sagen: „Der Bundesvorstand ist einstweilen damit einverstanden, daß so, wie wir es beschlossen haben, gearbeitet wird. Die Rechtsfrage wird gutachtlich geprüft. Sie wird im Herbst vorgelegt. Dann wird darüber entschieden." (*Zuruf:* Gut!)

Heck: Ich beauftrage die Wirtschaftsvereinigung, wie sie sich konstituiert hat, mit der Führung der Geschäfte. Die Rechtsform wird geprüft und im Herbst geklärt.

Ich möchte noch eines dazu sagen. Die Geschichte nehme ich nicht noch einmal ungeklärt mit auf einen Parteitag; denn auf dem Parteitag wird sie wieder nicht geklärt. Es ist ganz klar, die Sache muß vor dem Parteitag geklärt sein.

Wir kommen zum Punkt:

Verschiedenes

Dazu Herr Kraske!

Kraske: Der Bundesausschuß für Kulturpolitik ist nach § 22 neu konstituiert worden. Er hat zu seinem Vorsitzenden Herrn Kultusminister Dr. Bernhard Vogel[54] gewählt. Der Vorschlag des Ausschusses bedarf nunmehr der Bestätigung des Präsidiums und des Bundesvorstands. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das bestätigten.

Heck: Das Präsidium hat es schon bestätigt. Das tut der Bundesvorstand auch. Damit schließe ich die Sitzung.

---

53 13. Bundestagung der Sozialausschüsse der CDA vom 4.–6. Juli 1969 in Oldenburg.

54 Dr. Bernhard Vogel (geb. 1932), Politologe; 1961–1964 Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft Heidelberg, 1965–1967 MdB (CDU), 1967–1971 Minister für Unterricht und Kultus, 1971–1976 Kultusminister von Rheinland-Pfalz, 1969–1976 Vorsitzender des Bundeskulturausschusses der CDU, 1971–1988 MdL Rheinland-Pfalz, 1976–1988 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, 1989–1995 und seit 2001 Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 1992–2003 Ministerpräsident von Thüringen, 1994–2004 MdL Thüringen. Vgl. Lexikon S. 388f.

Abkürzungen und Zeichen

AA	Auswärtiges Amt
AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
ACSP	Archiv für Christlich-Soziale Politik
AdG	(Keesing's) Archiv der Gegenwart
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AEG	Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft
AK	Arbeitskreis
AO	Aktenordner
APO	Außerparlamentarische Opposition
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
Art.	Artikel
AStA	Allgemeiner Studenten-Ausschuß
BACDJ	Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen
BCSV	Badische Christlich-Soziale Volkspartei
BDA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BdV	Bund der Vertriebenen
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
BGBl	Bundesgesetzblatt
BHE	Block (Bund) der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMI	Bundesministerium des Innern
BMW	Bayerische Motoren Werke AG
BND	Bundesnachrichtendienst
BP	Bayernpartei
BPA	Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
BR	Bayerischer Rundfunk
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BV	Bezirksverband
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
CDA	Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
CGB	Christlicher Gewerkschaftsbund
COMECON	Council for Mutual Economic Assistance (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe)

ČSSR	Československá Socialistická Republika (Tschechoslowakei)
CSU	Christlich-Soziale Union
CVP	Christliche Volkspartei (Saarland)
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DC	Democrazia Cristiana
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DFU	Deutsche Friedens-Union
DFS	Deutsches Fernsehen
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DL	Demokratische Linke
DLF	Deutschlandfunk
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
dpa	Deutsche Presse-Agentur
DPS	Demokratische Partei Saar
DRP	Deutsche Reichspartei
DUD	Deutschland-Union-Dienst
DVP	Demokratische Volkspartei
DzD	Dokumente zur Deutschlandpolitik
DZP	Deutsche Zentrumspartei (nach 1945)
EAK	Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
EFTA	European Free Trade Association/Area (Europäische Freihandelszone)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EMNID	Erforschung, Meinung, Nachrichten, Informationsdienst
EUCD	Europäische Union Christlicher Demokraten
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EVP	Europäische Volkspartei
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAO	Food and Agriculture Organization of the United Nations (Welternährungsorganisation/Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
fdk	Freie Demokratische Korrespondenz
FDP	Freie Demokratische Partei
FRUS	Foreign Relations of the United States

FU (Berlin)	Freie Universität (Berlin)
FWG	Freie Wählergemeinschaft
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen)
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GDP	Gesamtdeutsche Partei
GG	Grundgesetz
HBV	Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
Hg.	Herausgeber
HPM	Historisch-Politische Mitteilungen
IfD	Institut für Demoskopie Allensbach
IG	Industriegewerkschaft
IHK	Industrie- und Handelskammer
Infas	Institut für angewandte Sozialwissenschaft
JU	Junge Union
KAB	Katholische Arbeiterbewegung
KG	Kommanditgesellschaft
KNA	Katholische Nachrichten-Agentur
Komba	Kommunalgewerkschaft für Beamte und Arbeitnehmer
KP	Kommunistische Partei
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPV	Kommunalpolitische Vereinigung der CDU/CSU
KSC	Komunistická strana ceskoslovenska (Kommunistische Partei der Tschechoslowakei)
KUD	Kuratorium Unteilbares Deutschland
KV	Kreisverband
KZ	Konzentrationslager
LDP	Liberal-Demokratische Partei
LTF	Landtagsfraktion
LV	Landesverband
MdA	Mitglied des Abgeordnetenhauses (von Berlin)
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MdHB	Mitglied der Hamburger Bürgerschaft
MdL	Mitglied des Landtags
MdPR	Mitglied des Parlamentarischen Rats
MdR	Mitglied des Reichstags
MdWR	Mitglied des Wirtschaftsrates
MLF	Multilateral Force (Multilaterale Streitmacht)
NATO	North Atlantic Treaty Organization

NDR	Norddeutscher Rundfunk
NKWD	Narodny Kommissariat Wnutrennich Djel (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten der UdSSR)
NL	Nachlaß
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
NWHStA	Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OEEC	Organization for European Economic Cooperation (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit)
OMV	Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
PEN	Poets and playwrights, editors and essayists, novelists (internationaler Schriftstellerverband mit nationalen Gruppen in den einzelnen Ländern)
PH	Pädagogische Hochschule
ppp	Parlamentarisch-Politischer Pressedienst
PSD	Partito Socialista Democratico
PSI	Partito Socialista Italiano
PSU	Partito Socialista Unificato/Partito Socialista Unitario
RAF	Rote Armee Fraktion
RCDS	Ring Christlich-Demokratischer Studenten
RIAS	Rundfunk im Amerikanischen Sektor (Berlin)
RPF	Rassemblement du peuple français
RSFSR	Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDR	Süddeutscher Rundfunk
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SECAM	Sequentiel Couleur avec Mémoire
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SFB	Sender Freies Berlin
SHB	Sozialistischer Hochschulbund
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPÖ	Sozialistische Partei Österreichs
SRP	Sozialistische Reichspartei
SSW	Südschleswigscher Wählerverband
Sten.Ber.	Stenographische(r) Bericht(e)

SVP	Saarländische Volkspartei
SZ	Süddeutsche Zeitung
TH	Technische Hochschule
TOP	Tagesordnungspunkt
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UiD	Union in Deutschland
UNO	United Nations Organization
US	United States (of America)
USA	United States of America
UWG	Unabhängige Wählergemeinschaft
VDS	Verband Deutscher Studentenschaften
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
WAZ	Westdeutsche Allgemeine Zeitung
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WEU	Westeuropäische Union
WP	Wahlperiode (des Deutschen Bundestages)
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
Zentrum	Deutsche Zentrumspartei
zit.	zitiert
ZK	Zentralkomitee
ZP	Zentrumspartei
[ ]	Einfügung des Bearbeiters
[sic!]	tatsächlicher, aber befremdlicher Text

Quellen und Literatur

A) Quellen

Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP)

Brand, Peter Wilhelm	01-004
Heck, Bruno	01-022
Mick, Josef	01-035
Lücke, Paul	01-077
Rösing, Josef	01-113
Fay, Wilhelm	01-145
Hassel, Kai-Uwe von	01-157
Köhler, Herbert W.	01-224
Kiesinger, Kurt Georg	01-226
Gradl, Johann Baptist	01-294
Amrehn, Franz	01-295
Birrenbach, Kurt	01-433
Schröder, Gerhard	01-483
Erhard, Ludwig	01-554
Schreiber, Hans	01-764
Kraske, Konrad	01-790
CDU-Kreisverband Wiesbaden	02-111
CDU in Niedersachsen	03-007
CDU-Landesverband Berlin	03-012
CDU-Landesverband Rheinland	03-025
CDU-Landesverband Rheinland-Pfalz	03-026
Frauenvereinigung	04-003
Mittelstandsvereinigung	04-004
Junge Union	04-007
Christliche Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA)	04-013
Junge Union Berlin	04-064
Bürgerschaftsfraktion Hamburg	05-003
Landtagsfraktion Baden-Württemberg	05-004
Wirtschaftsrat der CDU e.V.	06-043
CDU-Bundespartei – Bundesvorstand	07-001
– Wahlen	07-003
– Bundesgeschäftsstelle	07-004

Ost-CDU: Parteiarbeit 07-012
CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages, Büro des Fraktionsvorsitzenden 08-001

CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages AK IV 08-005

(Presse-)Dokumentation:
- Personenarchiv
- Sacharchiv
- Meinungsumfragen-Archiv

Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP)

CSU-Landesvorstand
CSU-Landesgruppe

Archiv der sozialen Demokratie (AdsD)
6/FLBL000304 (Flugblattsammlung)

Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv (NWHStA)

NW 30P–882

Bundesgesetzblatt, Gesetz- und Verordnungsblätter der Länder, Verhandlungen und Drucksachen des Deutschen Bundestages, der Landtage und Abgeordnetenhäuser und dgl. sind nicht eigens aufgeführt.

B) Literatur

AAPD 1965–1969 s. Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland.

ABELSHAUSER, Werner: Der Ruhrkohlenbergbau nach 1945. München 1984.

AdG: Archiv der Gegenwart. 35.–39. Jg. Bonn/Wien/Zürich 1965–1969.

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Wiss. Leiter: Rainer A. Blasius (Hg.: Institut für Zeitgeschichte im Auftrag des Auswärtigen Amts).

- 1964 Bd. I: 1. Januar bis 30. Juni 1964. München 1995.
- 1965 Bd. I: 1. Januar bis 31. März; Bd. II: 1. April bis 31. August; Bd. III: 1. September bis 31. Dezember. München 1996.
- 1966 Bd. I: 1. Januar bis 30. Juni; Bd. II: 1. Juli bis 31. Dezember. München 1997.
- 1967 Bd. I: 1. Januar bis 31. März; Bd. II: 1. April bis 31. August; Bd. III: 1. September bis 31. Dezember. München 1997.
- 1968 Bd. I: 1. Januar bis 30. Juni; Bd. II: 1. Juli bis 31. Dezember. München 1999.
- 1969 Bd. I: 1. Januar bis 30. Juni; Bd. II: 1. Juli bis 31. Dezember. München 2000.

Zit.: AAPD 1964–1969.

BEAUGRAND, Günter: Die Konrad-Adenauer-Stiftung. Eine Chronik in Berichten und Interviews mit Zeitzeugen. Sankt Augustin 2003.

BEN-NATAN, Asher: Die Chuzpe zu leben. Stationen meines Lebens. Düsseldorf 2003.

Biographisches Handbuch der Mitglieder des Deutschen Bundestages 1949–2002. Hg. von Rudolf VIERHAUS und Ludolf HERBST unter Mitarbeit von Bruno JAHN. 3 Bde. München 2002/2003.

BIRRENBACH, Kurt: Meine Sondermissionen. Rückblick auf zwei Jahrzehnte bundesdeutscher Außenpolitik. Vom Mauerbau bis heute. Düsseldorf 1984.

BUCHSTAB, Günter (Bearb.): Adenauer: „Es mußte alles neu gemacht werden." Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 8). Stuttgart 1986. *Zit.:* PROTOKOLLE 1.

- Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen." Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 16). Düsseldorf 1990. *Zit.:* PROTOKOLLE 2.
- Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen." Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 24). Düsseldorf 1994. *Zit.:* PROTOKOLLE 3.
- Adenauer: „Stetigkeit in der Politik". Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 32). Düsseldorf 1998. *Zit.:* PROTOKOLLE 4.

BUCHSTAB, Günter/KAFF, Brigitte/KLEINMANN, Hans-Otto (Hg.): Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union. Freiburg 2004. *Zit.:* CHRISTLICHE DEMOKRATEN GEGEN HITLER.

BUCHSTAB, Günter/GASSERT, Philipp/LANG, Thaddäus (Hg.): Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Von Ebingen ins Kanzleramt. Freiburg 2005. *Zit.:* BUCHSTAB u. a.: Kiesinger.

BULLETIN des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Bonn 1964ff.

Bundesgeschäftsstelle der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (Hg.): Statut. Geschäftsordnung. Finanzordnung. Parteigerichtsordnung. Bonn 1962. *Zit.:* STATUT DER CDU.

CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg.): 4. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. 18.–22. April 1953 Hamburg. Bonn o. J. *Zit.:* CDU, 4. BUNDESPARTEITAG.

- 6. Bundesparteitag der CDU 26.–29. April 1956 Stuttgart. Hamburg o. J. *Zit.:* CDU, 6. BUNDESPARTEITAG.
- 9. Bundesparteitag der CDU. 26.–29. April 1960 Karlsruhe. Bonn o. D. *Zit.:* CDU, 9. BUNDESPARTEITAG.
- 13. CDU-Bundesparteitag. Düsseldorf, 28.–31. März 1965. Niederschrift. Bonn o. J. *Zit.* CDU, 13. BUNDESPARTEITAG.
- 14. CDU-Bundesparteitag. Bonn, 21.–23. März 1966. Niederschrift. Bonn o. J. *Zit.:* CDU, 14. BUNDESPARTEITAG.
- 15. CDU-Bundesparteitag. Braunschweig, 22./23. Mai 1967. Niederschrift. Bonn o. J. *Zit.:* CDU, 15. BUNDESPARTEITAG.
- 16. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Berlin, 4.–7. November 1968 Bonn o. J. *Zit.:* CDU, 16. BUNDESPARTEITAG.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 11/IV). Sitzungsprotokolle 1961–1966. Bearb. von Corinna FRANZ. 4 Teilbde. Düsseldorf 2003. Zit.: CDU/CSU-FRAKTIONSPROTOKOLLE.

DATENHANDBUCH zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Bearb. von Peter SCHINDLER. 3 Bde. Berlin 1999. *Zit.:* DATENHANDBUCH 1–3.

Deutschland-Union-Dienst. Pressedienst der CDU, CSU und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Bonn 1965–1969: *Zit.:* DUD.

Dokumente zur Deutschlandpolitik.

- Reihe II, Bd. 1: Die Konferenz von Potsdam. 3. Drittelbd. Bearb. von Gisela BIEWER (hg. vom Bundesminister des Innern). Frankfurt/Main 1992.
- Reihe III, Bd. 2: 1. Januar bis 31. Dezember 1956. 1. Halbbd. Bearb. von Ernst DEUERLEIN/Hansjürgen SCHIERBAUM (hg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen). Frankfurt/Main 1963.
- Reihe V, Bd. 1: 1. Halbbd.: 1. Dezember 1966 bis 31. Mai 1967, 2. Halbbd.: 1. Juni bis 31. Dezember 1967. Frankfurt/Main 1984. – Bd. 2: 1. Halbbd.: 1. Januar bis 30. Juni 1968, 2. Halbbd.: 1. Juli bis 31. Dezember 1968. Bearb. von Gisela OBERLÄNDER (hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen). Frankfurt/Main 1987. *Zit.:* DzD II/1–V/2.

DÜDING, Dieter: Heinz Kühn 1912–1992. Eine politische Biographie (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 61). Essen 2002.

Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. Hg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts. Bde. 1, 2, 6, 8, 20. Tübingen 1952, 1953, 1957, 1959, 1967.

FDP-Bundesvorstand. Sitzungsprotokolle 1949–1967 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. 4. Reihe: Deutschland seit 1945, Bd. 7/III). Die Liberalen unter dem Vorsitz von Erich Mende. Sitzungsprotokolle 1960–1969, bearb. von Reinhard SCHIFFERS. Düsseldorf 1993. *Zit.:* FDP-BUNDESVORSTANDSPROTOKOLLE.

FISCHER, Claus A. (Hg.): Wahlhandbuch für die Bundesrepublik Deutschland. Daten zu Bundestags-, Landtags- und Europawahlen in der Bundesrepublik Deutschland, in den Ländern und in den Kreisen 1946–1989. 2 Bde. Paderborn 1990. *Zit.:* FISCHER 1–2.

Foreign Relations of the United States. Foreign Relations Series. Volumes Online: Johnson Administration 1964–1968 (Texte im Internet: http://www.state.gov/www/about_state/history/frusonline.html). *Zit.:* FRUS.

GRUBER, Ludger: Die CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946–1980. Eine parlamentshistorische Untersuchung (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 31). Düsseldorf 1998.

GUTTENBERG, Karl Theodor Freiherr von und zu: Fußnoten. Stuttgart 1971.

HENTSCHEL, Volker: Ludwig Erhard. Ein Politikerleben. München 1996.

HILDEBRAND, Klaus: Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 4). Stuttgart 1984.

HINRICHSEN, Hans-Peter E.: Der Ratgeber. Kurt Birrenbach und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 2002.

Historisch-Politische Mitteilungen. Archiv für Christlich-Demokratische Politik. Bde. 5, 7, 8, 9, 10, 12. Köln 1998, 2000, 2001, 2002, 2003, 2005. *Zit.:* HPM 5–12.

Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965–1967. Hg. von Elisabeth NOELLE und Erich Peter NEUMANN. Allensbach/Bonn 1967. *Zit.:* JAHRBUCH 1965–1967.

Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968–1973. Hg. von Elisabeth NOELLE und Erich Peter NEUMANN. Allensbach/Bonn 1974. *Zit.:* JAHRBUCH 1968–1973.

KÄTZEL, Ute: Die 68erinnen. Porträt einer rebellischen Frauengeneration. Berlin 2002.

KEMPF, Udo/MERZ, Hans-Georg (Hg.): Kanzler und Minister 1949–1998. Biografisches Lexikon der deutschen Bundesregierungen. Opladen 2001.

KLEINMANN, Hans-Otto: Geschichte der CDU 1945–1982. Hg. von Günter Buchstab. Stuttgart 1993. *Zit::* KLEINMANN.

KLEINMANN, Hans-Otto (Bearb.): Heinrich Krone. Tagebücher. Zweiter Band: 1961–1966 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 44). Düsseldorf 2003. *Zit.:* KRONE-TAGEBUCH.

KLUGE, Ulrich: Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland (Berichte über Landwirtschaft. Zeitschrift für Agrarpolitik und Landwirtschaft. Hg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten; 202. Sonderheft). Bd. 2. Hamburg/Berlin 1989.

KNORR, Heribert: Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition. Meisenheim am Glan 1975.

KOHL, Helmut: Erinnerungen 1930–1982. München 2004.

KOHLER, Beate: Der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und das Problem der Sicherheitsgarantien (Schriften des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik 9). Frankfurt/Main 1972.

KRAUSHAAR, Wolfgang: 1968. Das Jahr, das alles verändert hat. München/Zürich 1998.

KROEGEL, Dirk: Einen Anfang finden. Kurt Georg Kiesinger in der Außen- und Deutschlandpolitik der Großen Koalition (Studien zur Zeitgeschichte 52). München 1997.

KRONE-TAGEBUCH s. KLEINMANN.

Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Hg. von Winfried BECKER/Günter BUCHSTAB/Anselm DOERING-MANTEUFFEL/Rudolf MORSEY. Paderborn u. a. 2002. *Zit.:* LEXIKON.

LOTH, Wilfried/PICHT, Robert (Hg.): De Gaulle, Deutschland und Europa. Opladen 1982.

MARCOWITZ, Reiner: Option für Paris? Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958–1969. München 1996.

MARX, Stefan: Franz Meyers 1908–2002. Eine politische Biographie (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens 65). Essen 2003.

MERSEBURGER, Peter: Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist. Stuttgart 2002.

MEYER, Christoph: Die deutschlandpolitische Doppelstrategie. Wilhelm Wolfgang Schütz und das Kuratorium Unteilbares Deutschland (1954–1972). Landsberg am Lech 1997.

MIERZEJEWSKI, Alfred C.: Ludwig Erhard. Der Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft. Biografie. Berlin 2005.

MÖLLER, Alex: Mittelfristige Finanzplanung. Entwicklung, Aufgabe, Konsequenzen. Bonn 1967.

MORSEY, Rudolf: Heinrich Lübke. Eine politische Biographie. Paderborn 1996.

OBERNDÖRFER, Dieter (Hg.): Die Große Koalition 1966–1969. Reden und Erklärungen des Bundeskanzlers. Stuttgart 1979.

OPPELLAND, Torsten: Gerhard Schröder (1910–1989). Politik zwischen Staat, Partei und Konfession (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 39). Düsseldorf 2002.

OSTERHELD, Horst: Außenpolitik unter Ludwig Erhard (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 23). Düsseldorf 1992.

PROTOKOLLE 1, 2, 3, 4 s. BUCHSTAB.

RENZSCH, Wolfgang: Finanzverfassung und Finanzausgleich. Die Auseinandersetzungen um ihre politische Gestaltung in der Bundesrepublik Deutschland zwischen Währungsreform und deutscher Vereinigung (1948 bis 1990). Bonn 1991.

ROTHMUND, Paul/WIEHN, Erhard R. (Hg.): Die FDP/DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Stuttgart 1979.

SCHEEL, Walter: Erinnerungen und Einsichten. Stuttgart/Leipzig 2004.

SCHMOECKEL, Reinhard/KAISER, Bruno: Die vergessene Regierung. Die große Koalition 1966–1969 und ihre langfristigen Wirkungen. Bonn 1991.

SCHNEIDER, Michael: Demokratie in Gefahr. Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest 1958–1968 (Politik und Gesellschaftsgeschichte 17). Bonn 1986.

SCHÖLLGEN, Gregor: Willy Brandt. Die Biographie. Berlin 2001.

SCHÖNHOVEN, Klaus: Wendejahre. Die Sozialdemokratie in der Zeit der Großen Koalition 1966–1969 (Die deutsche Sozialdemokratie nach 1945, Bd. 2). Bonn 2004.

SCHUBERT, Venanz (Hg.): 1968. 30 Jahre danach (Wissenschaft und Philosophie. Interdisziplinäre Studien 17). St. Ottilien 1999.

SCHWARZ, Hans-Peter: Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967. Stuttgart 1991.

SIEGLER, Heinrich von: Dokumentation zur Deutschlandfrage. Von der Atlantik-Charta bis zur Berlin-Sperre 1961.

- Hauptbd. 1: Chronik der Ereignisse von der Atlantik-Charta 1941 bis zur Aufkündigung des Viermächtestatus Berlins durch die UdSSR 1958. Bonn 1961 (Nachdruck 1970).
- Hauptbd. 2: Chronik der Ereignisse von der Aufkündigung des Viermächtestatus Berlins durch die UdSSR im November 1958 bis zur Berlin-Sperre im August 1961. Bonn 1961.
- Hauptbd. 4: Chronik der Ereignisse von der Regierungserklärung Erhards November 1965 bis zur Deutschland-Diskussion zwischen BRD und DDR November/Dezember 1967. Bonn 1970. *Zit.:* SIEGLER 1, 2, 4.

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1961–1966 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. 4. Reihe: Deutschland seit 1945, Bd. 8/III). Bearb. von Heinrich POTTHOFF. Düsseldorf 1993. *Zit.:* SPD-FRAKTIONSPROTOKOLLE.

Statistisches Bundesamt (Hg.): Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1966. Stuttgart/Mainz 1966. *Zit.:* STATISTISCHES JAHRBUCH 1966.

- Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1969. Stuttgart/Mainz 1969. *Zit.:* STATISTISCHES JAHRBUCH 1969.
- Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1970. Stuttgart/Mainz 1970. *Zit.:* STATISTISCHES JAHRBUCH 1970.

STÖSS, Richard (Hg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. 4 Bde. Opladen 1986.

TASCHLER, Daniela: Vor neuen Herausforderungen. Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition 1966–1969 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 132). Düsseldorf 2001.

Union in Deutschland. Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und der Christlich-Sozialen Union Deutschlands. Bonn 1965–1969. *Zit.:* UiD.

VAÏSSE, Maurice: La grandeur. Politique étrangère du général de Gaulle 1958–1969. Paris 1998.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.): Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13.–15. November 1959 in Bad Godesberg. Bonn o. J. *Zit.:* SPD, PARTEITAG 1959.

- Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 1. bis 5. Juni 1966 in Dortmund. Protokoll der Verhandlungen. Anträge. Hannover/Bonn o. J. *Zit.:* SPD, PARTEITAG 1966.
- Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 17. bis 21. März 1968 in Nürnberg. 2 Bde. (Protokoll der Verhandlungen und angenommenen und überwiesenen Anträge. Ergänzungsband zum Protokoll). Bonn o. J. *Zit.:* SPD, PARTEITAG 1968.
- Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 16. bis 18. April 1969 in der Stadthalle Bad Godesberg. Protokoll der Verhandlungen. Anträge. Bonn o. J. *Zit.:* SPD, PARTEITAG 1969.

WEINACHT, Paul-Ludwig (Hg.): Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte (Schriftenreihe zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 2). Stuttgart u. a. 1978.

WIRZ, Ulrich: Karl Theodor von und zu Guttenberg und das Zustandekommen der Großen Koalition (Oberfränkische Köpfe 4). Grub am Forst 1997.

ZEITGESCHICHTE IN LEBENSBILDERN. Aus dem deutschen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 11 hg. von Jürgen ARETZ/Rudolf MORSEY/Anton RAUSCHER. Münster 2004.

Zur Neugestaltung des Bundestagswahlrechts. Bericht des vom Bundesminister des Innern eingesetzten Beirats für Fragen der Wahlrechtsreform. Bonn, Februar 1968.

Personenregister

Seitenzahlen in kursiv weisen auf biographische Angaben hin; Zahlen mit * verweisen auf die Anmerkung der betreffenden Seite. Die fettgedruckten Ziffern bezeichnen den Beginn der Redebeiträge der Sprecher.

Abelein, Manfred *155*, 828*, 942f.
Abrassimow, Pjotr 900, *973*
Abs, Hermann Josef 183*, 184*, *621*
Achenbach, Ernst *1405*
Ackermann, Eduard *655*
Adenauer, Konrad VII–XII, XIII*, XIV, XVIII–XXI, XXVI, XXIX, **1**, *1*, 3, **6**, 8, **9**, **11**, **12**, **14**, **15**, 16, **18**, 19, **21**, **22**, 23f., **25**, **26**, **27**, **28**, **29**, 30, **31**, **32**, **33**, **34**, **35**, 36, 38f., **45**, 47*, **48**, **51**, 53*, 54*, **57**, **58**, **60**, **61**, **62**, 63f., **65**, **66**, **68**, 70*, **73**, **74**, 75, 76*, **77**, **78**, **79**, **80**, 81, **82**, **83**, **84**, 85, **87**, **88**, 89, **90**, 91, **92**, **93**, **94**, **95**, **96**, **97**, **98**, **99**, **100**, 101, **102**, **103**, **104**, **105**, 106f., **108**, **111**, **112**, **113**, **114**, **115**, **116**, **118**, **119**, **120**, 121, **122**, **123**, **125**, **126**, **127**, **128**, **129**, **132**, **133**, **135**, **136**, **137**, **138**, **139**, **140**, **141**, **142**, **143**, 144, **145**, **146**, **147**, **148**, **149**, **150**, **151**, **152**, **153**, **154**, **155**, **156**, **159**, **160**, **161**, **162**, **163**, **164**, **165**, **166**, **167**, 168, **169**, **170**, **174**, 196, 205, 208f., **211**, 212, **214**, 215, **216**, 220f., 231, 235, 247, 259, 291, 302, 304f., 307, 430*, 454, 478, 480, 516, 519, 529, 546, 555*, 572–574, 585, 595, 608, 612*, 668, 693, 774f., 798, 878, 934, 1014, 1016, 1031, 1064, 1069, 1318, 1324, 1344, 1380f., 1387, 1416, 1447, 1464f.
Adenauer, Konrad (Sohn) 1249*
Adorno, Eduard VIII, 60, *99*, 100, 105, **126**, **142**, 145, 167, 175, 184, **186**, 262, 273*, **277**, 278*, 280f., 289, 293, 309, **311**, 312f., 318, 330, 338, 345, 373, 374*, 375, **396**, 397, 420, **451**, 480, 505, 601, 1072
Agnew, Spiro T. *1381*
Agnoli, Johannes *910*, 914*
Ahlers, Conrad XXII, *673*
Ahrens, Dietmar 952
André, Helmut *168*
Albertz, Heinrich *191*, 294, 638, 692, 898, 902, 905, 909, 912
Allardt, Helmut 974, *1406*
Althammer, Walter 828*
Altmann, Rüdiger XVI*
Altmeier, Peter 60, *67*, 105, 262, 278*, **311**, 315, 318, 320f., 325, 328, 331, 338, **371**, 403, 820
Amrehn, Franz VIII, XII, XXIII*, 1, *15*, **16**, 18f., 60, 64*, 93, 95, 105, 110, 124, 130, **131**, 132, 151, 153, **155**, 161, 163, 175, **180**, **181**, **191**, 193, 196, **249**, 250, **252**, 253, 255, **256**, 258, 276*, 338, **355**, 357f., 361f., 365, **374**, 375, **396**, **398**, 399, 404f., 416, 504, **509**, 511, 527, 574, 580, 588, **589**, **598**, **600**, 601, **603**, **607**, 608, 658, 665, 671, **688**, 689, 694–696, 698, 700, 703, 706f., 731, 739, **745**, **752**, 753, **754**, 756, 776, 778, **781**, 784, **786**, 787, 790, 834, **841**, **842**, 849, **860**, **861**, 873, **883**,

885–887, **893**, 903, 905, 907, 909f., **911**, **917**, 918, 921, **922**, **924**, **925**, 926, **936**, 937, 939, **947**, 948, **949**, **980**, **981**, **985**, 986, **987**, 990, **992**, 1229, **1236**, 1237, 1245, 1259, 1271, **1278**, 1378, 1398, 1412, **1416**, 1419, 1447, **1456**, **1459**, 1460f., **1465**, **1466**, **1467**, 1470, 1472, 1488, **1491**, **1492**, 1493, **1494**, **1496**, **1497**
Appel, Reinhard *1443*
Arnold, Karl 64*, *86*, 136, 144, 279, 289, 353*, 402*, 480, 492, 658
Augstein, Rudolf *696*, 891
Ayub Khan, Mohammed *709*
Baader, Andreas 1451*
Bachmann, Josef *880*, 1187*
Bafile, Corrado 30*, *31*
Bahr, Egon 254*, *358*, 624, 691, 703, 1382, 1410, 1419, 1424
Ball, George W. *54*, 1006
Ballerstedt, Kurt 716*
Bandaranaike, Sirimavo *709*
Barsig, Franz *917*
Barth, Heinrich *1234*, 1457
Barzel, Rainer VIIIf., XI, XVIIIf., XXVI, 1, **9**, *9*, **14**, 16, 19f., 25–27, **28**, **29**, 35–39, 43, 45, **46**, **58**, 60, **61**, 62–66, 73–76, 78–83, 85, 87f., **89**, 90–92, **93**, **94**, 95–97, 99f., 102, 105–108, 111, **113**, 118, 121, 126, 136f., **138**, 140, 153, 160, 164, 170, 174f., **180**, **192**, 196, 222, 232, 233*, **235**, 237, **242**, 246, **251**, **252**, **253**, **255**, **257**, **260**, **261**, 262, 276f., 278*, 281, 285, **287**, 288*, 292f., 296, 303f., **310**, **311**, 321, 338, **345**, 348, 351, 360, 364, 366*, 368, **369**, **370**, **374**, 375, **388**, **389**, **392**, 393, **394**, **396**, **398**, **399**, **400**, **402**, **407**, **416**, **419**, 420, **445**, 448–450, **456**, 459, 471f., **473**, **475**, 476, **477**, **479**, 480, **483**, 491, 495, **496**, **497**, **498**, **501**, **503**, 508, **514**, 516f., **521**, **522**, **524**, **525**, **526**, **527**, **528**, **529**, **530**, **531**, **532**, 533, **535**, **536**, **537**, **538**, **539**, **540**, **541**, 542, **543**, **544**, **545**, **546**, **547**, **548**, **549**, **550**, **551**, **552**, **553**, **554**, **555**, **556**, **557**, **558**, **559**, **561**, **562**, **563**, **564**, **565**, **566**, **567**, **568**, **569**, **570**, **571**, **572**, **573**, **574**, **576**, **577**, **578**, **579**, **580**, **581**, **582**, **583**, **584**, **585**, **586**, **587**, **588**, **589**, **590**, **591**, **592**, **593**, **594**, **595**, **596**, **597**, **598**, **599**, **600**, **601**, **602**, **603**, **604**, **605**, **606**, **607**, 608, 611, 622, **637**, 643, 649, **650**, 651, **656**, 657f., 662, 665, 668, 670, 672, 676–679, **680**, 700f., 707, 728, 782, 784, 790, 792, 797, 799, **801**, 803–806, **810**, 813–816, **820**, 834, **839**, 843f., 847, 849, 877, 885, 887, 891f., **893**, 907, 926, **949**, 952, **953**, 954, 970, 975, 978, 988, **989**, **990**, 992, 995, 1052, 1054, **1056**, **1067**, 1068, 1071-1073, **1082**, 1084, **1100**, **1106**, **1107**, **1108**, **1110**, **1112**, 1114, **1115**, **1117**, 1124, **1125**, **1126**, 1206, 1229, **1231**, **1232**, 1238, 1250, **1259**, 1261f., **1263**, **1268**, 1271, **1273**, 1276, 1349*, 1358, 1378, 1390, 1413, 1430, 1447f., 1453, **1464**, **1465**, 1467, **1468**, **1469**, **1471**, 1472, **1474**, **1476**
Bauer, Josef 427*
Bauer, Wilhelm 69*
Bauknecht, Bernhard *45*, 105, 420, 425, 480, **548**, 549
Baur, Klaus 879, 1327
Bausch, Paul *233*, 1360
Bea, Augustin *1127*
Beck, Erwin *855*, 899, 904
Becker, Hellmut *1176*
Becker, Curt *534*, 1249*

Becker-Döring, Ilse 175*, *177*, 261, 480, **503**, 575
Behrendt, Hans-Jürgen XVII, 262, *295*, 303
Behrendt, Heinz *990*
Beitz, Berthold *508*
Benda, Ernst XXV f., *168*, 480, **491**, 493 f., 862, 942 f., 964, 1084, 1284–1289, 1299, 1346, 1413, 1451, 1459
Bender, Peter *1021*
Ben Gurion, David 608*, *614*
Ben-Natan, Asher *1458*
Benning, Bernhard 184*
Bense, Max *1296*
Berg, Fritz 183*, *621*, 902, 919, 1457
Berger, Ulrich *777*
Bergmann, Rudi *475*
Bernhard, Henry 1447*
Besson, Waldemar *670*
Biedenkopf, Kurt 716*, 1349*
Bilke, Karl-Heinz 640*, 1150, **1179**, *1179*, **1180**, **1181**, **1182**, **1200**, **1202**, **1204**, **1215**, **1223**, **1224**, **1225**, **1226**, **1227**, 1447, 1472, 1475, **1476**, **1479**, **1480**, 1481, **1482**, **1483**, **1487**, **1488**, **1489**, **1490**, **1491**, **1492**, 1493, **1494**, 1495–1497, **1498**
Binder, Paul 69*, *1492*
Birrenbach, Kurt *844*, 846, 848*, 865, 1073, 1074*, 1080
Bismarck, Otto von *865*
Bitter, Wilhelm *773*
Bläsing, Anneliese 873*
Blank, Theodor VIII, XIII*, 64*, *86*, 105, 107, 110, 126, 128, 136 f., 142, **150**, 153, 196, **227**, 230, 232, 234, 236, 244, 255 f., 259, 262, 273*, 276*, 310, 338, 374*, 375, 385, **392**, 394, **395**, 398, 480, 542, **524**, **554**, 557, 574, 576, 580, **588**, 590, 601 f., 606, 608, 630, 926, **927**, 1000, **1050**, 1051 f., 1095, 1229 f., 1259, **1264**, 1268, 1284, 1318, 1378, 1430
Blessing, Karl 183*, *187*, 245, 316, 1203*
Bloch, Ernst *874*, 1296
Blücher, Franz *1344*
Blumenfeld, Erik *45*, 54, 60, **80**, 92, 105 f., 110, **135**, 196, 214, **230**, 232, **253**, 262, **272**, 276*, 277, 281, 284–287, 296, 338, **348**, 351, 353, 420, **437**, 440, 446, 469, 477 f., 574, 591, **592**, **593**, 601, 604, 744
Blumentrath, Ludwig 828*
Bobleter, Carl H. *437*, 711
Boden, Hans Constantin *894*
Bock, Günter 272*
Boehm, Hans-Joachim *1055*
Böll, Heinrich *1297*
Böttcher, Alexander *772*
Böx, Heinrich *1456*
Boeynants, Paul Vanden *617*
Bohlen, Charles F. *157*
Bonaparte, Napoleon *880*
Boon, Hendrik 1008*, 1034
Borch, Herbert von 432*, *1379*
Borg Olivier, George *880*
Borm, William *904*, 914*
Brand, Peter Wilhelm 36, *37*, 39*, 273*, 278*, 374*, 1392
Brandt, Lars *416*, 703, 905
Brandt, Peter *416*, 703, 905, 910*
Brandt, Willy XXIII, XXVI, XXVIII, *17*, 202, 222, 233*, 246, 250, 252, 254, 285, 293 f., 369, 383*, 386, 393 f., 402, 418, 433, 477, 588, 594, 616, 619*, 624 f., 627, 633, 638, 664–666, 680, 681*, 683, 691–693, 697, 703, 705, 782, 815, 859, 898, 901, 905, 907–910, 913, 921, 973, 980, 988 f., 992, 1003, 1012–1015,

1019, 1031, 1074, 1076*, 1078f., 1277, 1279*, 1291, 1310, 1313*, 1314, 1318, 1328*, 1335, 1351, 1382–1385, 1392, 1396, 1401, 1404, 1406–1410, 1414, 1417, 1419, 1424, 1426, 1433, 1448, 1454f., 1457*
Brauksiepe, Aenne VIIIf., 60, 64*, 70, *99*, 100, 110, 128, 153, 167f., 177, 273*, 276*, 420, 449, 474, 505*, 575f., 580, 599–601, 790, 804, 926f., 1130*, 1283, 1378, 1394, **1399**, 1408, 1447, **1457**, 1458, **1460**, 1461, **1469**, **1484**, **1495**, 1505
Braun, Sigismund Freiherr von 1332*
Brecht, Bertolt *777*
Bremer, Rolf 828*, 1362*
Brenner, Otto *720*, 726
Brentano di Tremezzo, Heinrich von *1014*, 1117, 1448
Breschnew, Leonid *1087*
Bresser, Klaus 703*
Brockmann, Johannes *730*
Brosio, Manlio *1141*
Brown, George 431*, *438*, 441, 1331
Brüning, Heinrich *434*
Brünner, Friedrich *475*
Brundert, Willi *831*
Bucerius, Gerd *668*
Bucher, Ewald 15*, *46*, 338, 340f.
Buhlinger, Arthur Wilhelm 881*
Burgbacher, Fritz 1, *31*, 175, 186, **187**, **190**, 193, 196, **215**, **216**, 226, **237**, 262, 330, **332**, 333, **335**, 420, **450**, **460**, 465–467, 469, 472, 474, 477, 480, 492, 494, 497, **504**, 505, 509, 535, **537**, 546, 555, **556**, **559**, **569**, 570, **571**, 574, 577, 587, **590**, 600, 656, 942f., 1395*
Burgemeister, Alfred 39*, 374*, 762*
Buridan, Johannes *787*
Butenandt, Adolf 272*
Çaglayangil, Ihsan Sabri *1075*, 1111
Campbell, Ross *1006*
Carstens, Karl *327*, 1457*
Cartellieri, Ulrich 272*
Casdorff, Claus Hinrich 300*
Cassens, Johann-Tönjes *1234*
Cato, Marcus Porcius *1024*
Chamberlain, Arthur Neville 379*
Churchill, Winston *440*, 776, 1032, 1402*
Chruschtschow, Nikita 322*, *894*, 897*, 1031*, 1087
Clay, Lucius D. *923*, 1335
Conze, Werner *997*
Coty, René 52*
Couve de Murville, Maurice *50*, 54, 157, 613*, 923
Dahlgrün, Rolf *181*, 182, 241*, 243, 277f., 289f., 312f., 338–341, 1344
Dahrendorf, Ralf *818*, 850, 855
Danschacher, Bernhard 996*
Debré, Michel *616*, 1011, 1018, 1034*, 1076, 1336
Dehler, Thomas *806*
Dehnkamp, Willy *660*
Desai, Morarji Ranchhodji *678*
Dichtel, Anton XVII*, 1, **23**, *23*, 45, 60, **78**, **97**, 160, **163**, 262, **280**, 287, 290, 300, 310
Dickel, Friedrich 899*
Diederichs, Georg *30*, 313, 483, 891*, 1043, 1450
Diehl, Günter *974*, 1382
Diori, Hamani 1100*, *1127*
Dirks, Walter 936*
Dittmar, Rupprecht 105, *152*, **153**, 175, 178, **190**, 239, 262, **309**, 480, **562**
Dobrynin, Anatoli *1010*
Döpfner, Julius *212* , 213
Dollinger, Werner *36*, 39, 49*, 374*
Dorn, Wolfram *651*

Dregger, Alfred 723*, 828*
Dreyer, Franz *168*
Dreyer, Nikolaus 1440*
Dröscher, Wilhelm *702*
Dubček, Alexander *970*, 1040
Duckwitz, Georg 992*, 1457*
Dübel, Siegfried 196, **258**, *258*, 698*, 918*
Dürig, Günther *724*, 791, 794
Dufhues, Josef Hermann VIIIf., XI, XVIII, XXVII, 1, **7**, *7*, 9, 14, 24, **35**, 41, 42, 45–48, 50, 57, 60, 61*, **62**, 64*, **66**, 69, **72**, 73, 76–79, **80**, 81–82, **83**, 85, 88–90, 91–95, **96**, **97**, **98**, **99**, **100**, 102, **103**, **105**, **108**, 110f., **112**, 114–117, **124**, 127, **129**, 130–132, **134**, 135, **136**, 137, **138**, **139**, **141**, 142–144, **145**, 147, 149, 151, **152**, **153**, 153, 155, **160**, 161, 164, **165**, **167**, **169**, **170**, **173**, 175, 180, **182**, **185**, **190**, 197, 232, 253f., 260*, 262, 276*, 285*, **318**, 320, 328f., **330**, **336**, 364, 374*, 375, 401, **407**, 449*, 454,, 455*, 457*, 475, 477, 480, 498, 505, 512, 515, 523, **524**, 525, 529, **531**, 532, 535, **536**, 539, **557**, 568, 573–576, 599f., **602**, 608, 626, 635, **637**, 638, 648, 658, 674f., 694*, 707, **732**, 735f., 748, 756, 759, 773, **775**, **776**, **783**, **790**, 799, 802, 808, 816, 834, **846**, 926, 929, **956**, 965, 1000, **1029**, 1031, 1047, **1048**, 1050–1052, **1059**, 1071, **1072**, **1073**, **1125**, 1131–1135, 1205, 1229, 1250, 1268, 1340, **1352**, 1354, 1361, 1370, 1375, 1378, 1393, **1441**, 1443, 1447, 1464, **1465**, **1466**, 1468, 1471f., 1481, 1496
Dulles, John Foster *53*, 1006, 1031, 1380f., 1400
Dutschke, Rudi XXIV, *727*, 754f., 778, 851, 880, 905, 1174, 1184, 1187*, 1189, 1401
Dutschke-Klotz, Gretchen XXV, *880*
Duvernell, Helmut *958*, 965, 1219, 1260, 1264
Dyckerhoff, Wilhelm 751*
Eberhard, Fritz *896*
Eberle, Eugen 715*
Ebert, Friedrich *1346*
Echternach, Jürgen *174*
Eckardt, Felix von *700*, 918*
Ehmke, Horst *836*, 966
Ehmann, Christoph *881*
Eilers, Jan *820*
Eisenhower, Dwight D. 1011*, 1031*, 1378
Elbrächter, Alexander 285*
Ellwein, Thomas *724*, 791
Elmendorff, Wilhelm *1373*
Emmel, Egon *1406*
Emminger, Otmar *1315*
Ensslin, Gudrun 1451*
Enzensberger, Hans Magnus 914*, *1194*, 1195
Eppler, Erhard *1016*, 1109, 1296
Erhard, Ludwig VII–XXI, *1*, 8, 10*, 14f., 16–20, **21**, 22–24, **25**, 27f., 30, 34f., 37–39, 42–44, 46f., **49**, 51*, 53f., 56–59, **60**, 61–66, 69, 72–82, 84–86, 88–93, **94**, 95–98, 105–107, 111, **122**, 126, 133, 136, 144–147, **148**, 149–151, 153, 155f., 160, 164, 169f., 171*, **175**, 176*, 178, **181**, 183, **184**, **186**, 187, **188**, 189, **190**, **192**, **193**, **194**, **196**, 197*, **199**, **203**, 204, **205**, **206**, **207**, 208, **209**, **211**, 213, **214**, **215**, **216**, 217*, **219**, **220**, 222, **223**, **224**, **226**, **227**, 228, **230**, 231, **232**, **233**, **234**, **235**, **236**, **237**, 238*, **239**, 242, **243**, 245, **246**, **250**, **251**, **252**, **253**, 254, **255**,

256, **257**, **258**, **259**, **260**, **261**, **262**, 264*, 265*, **271**, 272, 273*, 274f., **276**, 277f., 280, **282**, 283f., 286–290, 292f., 295–297, 299, **300**, 301f., 303*, **304**, 306, 308–310, 314, **315**, 316–317, 319, **320**, **321**, 325f., 329, **330**, 331, **332**, **334**, **335**, **336**, **337**, **338**, 341*, 345, 348–351, **352**, 353, 357, **360**, **362**, 365f., **370**, **371**, **374**, **375**, 386, 388, 405, **407**, **410**, **411**, **413**, **414**, **415**, 416*, 417*, 419, **420**, 421*, 422, 425, 428, **433**, 436, **437**, **439**, **442**, **445**, **446**, 447, **448**, **449**, **450**, **451**, **452**, **453**, **454**, **456**, **457**, **458**, **459**, **460**, 462, **463**, **464**, **465**, **468**, **469**, **473**, **474**, **475**, **476**, **477**, **478**, **479**, **480**, **481**, **482**, **483**, **487**, **488**, **489**, **490**, **491**, **492**, **494**, **496**, **497**, **498**, **499**, **500**, **502**, **503**, **504**, **506**, **507**, **508**, **509**, **511**, **512**, **513**, **514**, **515**, 516, **518**, **519**, **521**, **522**, **524**, **525**, **526**, 527, 554*, 573, 585, 593, 600, 612*, 635, 655*, 667, 684, 694, 707, **740**, 771, 774–776, 840, 877, 962*, 980, 1229, **1265**, 1271f., 1318, 1324, 1326, 1356f., 1378, 1409, 1416, 1431, 1456

Erlander, Tage *1386*, 1402f.

Erler, Fritz 233*, *726*

Eschenburg, Theodor *724*, 725, 791

Eschkol, Levi *614*

Etemadi, Mohammed *1075*

Etzel, Franz 23*, 60, *90*, **96**, **103**, 104, **146**, 147, 149, 160, 166, 168, 196, **206**, 208, 210, 215, 229, 234, **243**, 420, 424, **433**, 437, 440, 443f., 463, 470, 480, 527, **528**, 530, **532**, 533, **536**, 574, 601f., **603**, 757, 761f., 763, 765, 828*, 848, 957, 963, 1202, 1476

Eucken, Walter *436*

Even, Bert XIII*, XXIII*, *168*, 196, **199**, 204, 206, 210, 215, 338, **350**, 357, 375, **411**, 476f., 494, 574, **583**, 584f., 590, 1232

Evers, Carl-Heinz *995*

Ey, Richard *651*, 819*

Eyrich, Heinz *943*

Färber, Otto 1447*

Falke, Albert *919*

Fanfani, Amintore *50*, 617

Fassbender, Heinrich *873*

Fay, Wilhelm 60, *82*, 167, 262, 310, 375, **410**, 419, 601, 608, **627**, **638**, 647, **657**, 707, **719**, 723, **751**, **755**, **756**, 771, 776, **786**, 787f., 849, 874, 926, **989**, 1052, **1058**, **1066**, **1090**, 1092, 1099, 1106, **1108**, **1124**, **1135**, **1139**, **1144**, 1145f., 1150, **1166**, **1167**, **1169**, 1170, **1171**, **1173**, 1174, **1175**, **1176**, **1177**, **1178**, **1179**, **1180**, **1181**, **1182**, **1196**, **1200**, **1201**, **1202**, **1203**, **1204**, **1208**, **1216**, **1221**, **1222**, **1224**, **1226**, **1227**, 1271, **1275**, 1284, **1300**, **1307**, 1324

Féaux de la Croix, Ernst *444*

Fechter, Peter *912*

Federer, Georg *1454*

Fera, Charlotte *167*, 196, **233**, 574, **580**, 601, 1283

Ferrero, Guglielmo *381*

Fiedler, Eckart *997*

Filbinger, Hans 345, 480, **481**, *481*, **496**, 574f., **580**, 582, 601, **604**, 605, 608, 738, 790, **812**, 813f., **818**, 819, 821, **824**, 849, 852, **853**, 860f., 864, **879**, 899, 1052, 1129, **1140**, **1141**, 1142, **1143**, **1145**, **1146**, 1150, **1163**, **1172**, **1179**, **1180**, **1181**, **1182**, **1183**, **1189**, **1191**, **1197**, 1340, **1358**, 1378, **1419**, 1421f., **1427**

Fischer, Werner 873*
Fischer-Menshausen, Herbert *444*
Flechtheim, Ossip K. 914*
Flick, Friedrich *1493*
Flick, Ursula 653*
Fouchet, Christian *301*
Foster, William C. *971*
Francis, de 865*
Frank-Planitz, Ulrich *976*, 977
Franke, Egon *417*
Franklin, John F. 252
Frehsee, Heinz *678*
Fricke, Otto XXV, 1, *29*, **30**, 31, 60, **83**, 90, 100, 105, 160, **161**, 164, 167, 196, **249**, 250, 262, 285, 338, 363, 375, **416**, 417*, 420, **453**, 574, 576, 589, 601, 608, 644, **649**, **651**, 654, 707, 723, 754, 790, **819**, **846**, 849, **880**, 881, 926f., 1447, 1450, **1455**, **1467**, **1490**, 1492, 1494
Friedrich, Otto A. *960*
Friesenhahn, Ernst 494*
Fronius, Sigrid 896, *897*, 910
Fucks, Wilhelm *629*
Fuhlrott, Hans-Jürgen 873*
Fulbright, James *266*
Fyrnys, Reinhold 598*
Gabert, Volkmar *806*
Gablentz, Otto Heinrich von der *896*
Gaitskell, Hugh *323*
Gandhi, Indira *1408*
Gandhi, Mohandas Karamchand *708*
Ganzenmüller, Erich *1302*, 1305
Gaulle, Charles de XII, 49*, 50–54, *156*, 157–159, 171f., 175, 180, 235, 247f., 267, 275, 326*, 429, 438, 441f., 608, 610–616, 618, 628–630, 633f., 656, 711, 866*, 968*, 972, 1008f., 1017, 1021, 1031f., 1034, 1076, 1330–1332, 1334, 1336, 1401–1403, 1468*
Gaus, Günter 291, 300, *697*, 1443*
Gehlen, Reinhard *904*
Geißler, Heiner *1392*
Genscher, Hans-Dietrich *376*, 408, 858, 1279, 1318, 1344
Gerstenmaier, Eugen VIIIf., XIII*, XIV, XVII–XIX, 1, 10*, **25**, *25*, **29**, **32**, **33**, **34**, 47*, 48, 64*, 86, 105, 110f., 142, 144, 153, 167, 196, **220**, 224, 227, 230, **232**, 262, 273–275, 276*, 280*, **282**, 284*, 285*, 287, 290f., 295, 307, 318, 324, 338, 364, 368, **369**, 370, 420, 463, **469**, 472, 539, 544, 576, 625, 658, 665, **680**, 682, 706f., 739, **754**, **755**, 756, 782, 784, 790, 846, **847**, 849, **884**, 887, 890*, 895, 926, 943, 977, 1000, 1002, 1008, 1011, **1013**, 1019, **1020**, 1022f., 1027f., 1034f., 1037, **1038**, 1040f., 1043f., **1045**, **1046**, 1047, **1048**, 1049–1051, 1075, 1229, 1235, **1245**, 1246, 1284, 1316, 1318, **1319**, 1320, 1343, 1351, 1396*, 1454
Gewandt, Heinrich *576*, 762*, 1365*
Giersch, Herbert 69*, *1356*, 1415
Glaser, Ernst 770*
Glup, Gerhard 105, **130**, *130*, **137**, **138**, **139**, **147**, **160**, **164**, 196, **219**, 262, **333**, 334f., 416, 480, **483**, **491**, **514**, 515, **550**, **557**, **563**, 574, **603**, **605**
Goes van Naters, Marinus van der 1331*
Goethe, Johann Wolfgang von *472*, 1017*, 1356*
Gollwitzer, Helmut *896*
Goppel, Alfons *240*, 277, 278*, 790, 805, 821, **822**, 827, 829, 832f., **835**, 836, 839–843
Goßmann, Rolf 254*
Gottschalch, Wilfried 914*
Graaff, Carlo *30*, 820*

Gradl, Johann Baptist 1, **27**, *27*, **28**, 33, 105, **140**, 160, **166**, 169, 204*, 256*, 262, **320**, 480, **496**, 497, **519**, **523**, **527**, **548**, 560, 565, 575, 580, 601, 608, 658, 695, **696**, 697*, **698**, 699, 710, 782, 784, 785*, 849, **867**, 869, 876, 918*, 926, **938**, 939f., 942, **943**, **944**, **967**, 968, 971, 974, **987**, 994, 1052, 1063, 1065, **1069**, 1071, **1086**, **1091**, **1095**, 1096, **1097**, 1098, **1099**, 1100, **1101**, **1102**, **1103**, 1104, **1105**, 1106, **1108**, **1136**, 1150, **1151**, **1152**, **1154**, **1155**, **1156**, 1157, **1158**, **1159**, **1188**, **1193**, **1194**, **1195**, **1200**, **1201**, **1203**, **1212**, 1213, **1218**, 1219, **1221**, **1222**, **1225**, **1227**, **1228**, 1229, **1237**, **1241**, 1242, **1244**, **1246**, 1284, **1291**, 1301, 1329, 1334, 1337, 1340, **1351**, **1352**, **1359**, 1360, **1363**, 1378, 1408, **1424**, 1426, **1440**, 1441, 1443, **1445**

Grass, Günter *654*, 867, 1297

Grewe, Wilhelm *1007*, 1008, 1011, 1034

Gross, Johannes XVI, *682*, 684, 1441

Grund, Walter *434*

Grundmann, Konrad VIII, 35, **56**, *56*, 58, 60, 64, **66**, 67f., 72f., 78f.,83, **87**, 88, 91, 93, 99f., 105, **121**, 122, 132, **140**, 153, 160, **162**, 167, 197, 206, 253, 260*, 262, **279**, 289, 292, 338, **361**, 363, 375, **400**, 420, **452**, 455, 457f., 505*, 574, **582**, 584f., **600**, 601, 1206, 1374

Güde, Max *470*, 1234

Gütt, Dieter *1035*, 1359–1361, 1441

Gumbel, Karl *968*

Gurk, Franz 1, *11*, 35, **57**, 58, 60, 99, 105, **112**, 115, **129**, 137, **149**, 160, **167**, 196, **205**, 338, 345, **358**, 361, 420, **458**, 459, 461, 480, 486, 517, 522, 526, 574, **589**, 598, **599**, 601

Gutenberg, Erich 716*

Gutmann, Wilhelm *870*, 871

Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu XIX, 47*, *274*, 275, 297, 679, 974, 1012, 1037, 1284, 1314

Hacker, Gustav *860*

Häfele, Hansjörg 828*, 1362*

Hahn, Wilhelm 486*, *601*, 849, 874, 878, 905, 926, 938f., 1000, 1030, **1031**, 1052, **1114**, **1116**, **1118**, 1119f., **1149**, 1150, **1165**, **1168**, **1169**, **1171**, **1172**, **1174**, **1175**, **1177**, **1178**, **1181**, **1182**, **1183**, **1185**, **1186**, **1189**, **1191**, **1192**, **1193**, **1196**, **1197**, 1378, **1416**, **1427**, **1429**, 1447

Hallstein, Walter XVIII, *301*, 364, 844–846, 890*

Hamm-Brücher, Hildegard *806*

Hange, Franz 608, *655*, 656, 849, 925, 1461

Hansen, Kurt 183*

Hase, Karl-Günther *222*, 673, 681

Hassel, Kai-Uwe von VIIIf., *24*, 62, 64, 66, 73, 76, 78–80, 82f., 85f., 88, 90, 94f., 100, 105, 107, 113, **114**, 119, **123**, **133**, 134, **135**, 136f., 139, **141**, 143, **144**, 145– 148, 150f., **152**, 153, 155, 160, 169, 180*, 262, 265*, 276, 309f., 321, 325*, 416, 480, **490**, 494, 515, **529**, **540**, 541, **542**, **544**, 546, **550**, **552**, **553**, 554f., 558, **568**, 569, 574, 576, 599f., 608, 622, 623*, 638, 658, **700**, 702, 707, **734**, 753, **762**, 776, 778, 780, 782, **784**, 785, **789**, 790, **804**, **811**, 833, **845**, 846, 848, 926, 944*, **968**, 977, 987, 992, **993**, **994**, 995, 1000, 1029, 1035, 1044, 1052, 1064, 1072, 1112, 1117, 1129,

1131, 1133, **1137**, 1150, **1198**, **1199**, **1214**, **1224**, **1225**, **1226**, 1284, 1319, 1337, 1378, 1396, 1447, **1466**, **1471**, 1472, 1479
Hasselmann, Wilfried *1232*
Haubold, Hans Joachim 649
Haus, Wolfgang 191*
Hauser, Alo *585*, 943
Hauser, Hugo *168*
Heck, Bruno VIIIf., XV, XVIII, XXII, XXVI, XXVIIIf., 81, 105, *110*, 119, 124, 126, 137, 153, 175, **177**, 190, **192**, 196, **199**, 204, **214**, **232**, **236**, **255**, **257**, **258**, 260, 262, 285*, 323, **330**, **334**, **336**, **337**, 338, **374**, 394, 420, **449**, **450**, 451f., 455f., 457*, 458, **459**, 460, 466–468, **473**, **474**, **476**, 477, **478**, 480, **499**, 500f., 503, **507**, 515f., **518**, **529**, 530, 539*, **548**, **551**, **555**, 556, **559**, **560**, **561**, **562**, **563**, **565**, **567**, **568**, **571**, 574, 576f., 582, 585, 593–597, **605**, **606**, **607**, 608, 620, 623, **639**, **645**, **649**, 650, **651**, **653**, 654, **657**, 658, 673, 683, 685, 694, 697, 698*, 707, **719**, 733, **748**, **750**, 751, **756**, 757f., 760, **761**, 762–764, **765**, **766**, **767**, **770**, **771**, **772**, 773, **774**, **775**, **776**, **777**, 778, **780**, 782f., **784**, **785**, **787**, **788**, **789**, 790, **799**, **810**, 815, 817, **820**, 839, 842, **844**, **848**, **849**, **852**, **859**, 860, **861**, **881**, 882, **883**, **884**, **885**, **887**, **893**, **902**, **906**, **907**, **918**, **924**, 925, **926**, **927**, **930**, **932**, **935**, **937**, **941**, **943**, **944**, **945**, **946**, **947**, **948**, **949**, **950**, **951**, **953**, **957**, **958**, **959**, **960**, **963**, 964f., **966**, 969, 977, **989**, **992**, **994**, **996**, **998**, **999**, 1000, 1023, **1037**, 1038, 1040, **1041**, 1042, **1052**, **1055**, **1056**, **1057**, **1058**, **1059**, **1060**, **1061**, **1062**, **1063**, 1064, **1065**, **1066**, **1067**, **1068**, 1070, **1071**, **1072**, **1073**, **1089**, **1091**, **1092**, **1093**, **1096**, 1099, **1100**, **1101**, 1104, **1107**, **1109**, **1110**, **1111**, **1112**, **1114**, **1117**, **1118**, **1121**, **1125**, **1126**, 1129, **1130**, **1131**, **1133**, **1134**, **1135**, 1136, **1137**, **1138**, **1139**, **1140**, **1141**, **1142**, **1143**, **1144**, **1145**, **1146**, **1147**, **1148**, **1149**, **1150**, **1151**, **1152**, **1153**, 1154, **1156**, **1157**, **1158**, **1159**, **1160**, **1161**, **1162**, **1164**, **1165**, **1166**, **1167**, **1168**, **1169**, **1170**, **1171**, **1172**, **1173**, **1174**, **1175**, **1176**, **1177**, **1178**, **1179**, **1180**, **1181**, **1182**, **1183**, **1184**, **1185**, **1186**, **1187**, **1188**, **1189**, **1190**, **1191**, **1192**, **1193**, **1194**, **1195**, **1196**, **1197**, **1198**, **1199**, **1200**, **1201**, **1202**, **1203**, **1204**, **1206**, **1207**, **1208**, **1209**, **1212**, **1213**, **1214**, **1215**, **1216**, **1217**, 1218, **1220**, **1221**, **1222**, **1223**, **1224**, **1225**, **1226**, **1227**, **1228**, **1229**, **1230**, **1231**, **1232**, **1233**, **1234**, **1235**, **1236**, **1237**, **1238**, **1239**, **1240**, **1241**, **1242**, **1243**, **1244**, **1245**, **1246**, **1248**, **1249**, **1250**, **1251**, **1252**, **1253**, **1254**, **1255**, **1256**, **1257**, **1258**, **1259**, **1260**, **1261**, **1262**, **1263**, **1264**, **1265**, **1266**, **1267**, **1268**, **1269**, **1270**, **1284**, **1287**, **1288**, **1291**, **1292**, 1295, **1301**, 1302*, 1304f., **1306**, **1307**, **1308**, 1310, **1312**, 1313–1316, 1321, 1323, 1325, 1336, 1340, **1358**, **1360**, **1362**, **1363**, **1368**, **1370**, **1371**, **1373**, **1374**, **1375**, **1376**, **1377**, 1378, 1386f., 1389f., 1392, 1395, **1396**, **1397**, **1399**, **1400**, **1411**, 1413, **1416**, **1430**, 1432, 1434, **1437**, **1438**, **1439**,

1440, **1442**, **1443**, **1445**, **1446**, 1447, 1450f., 1456, **1460**, 1461, **1462**, **1464**, **1465**, **1466**, **1467**, **1468**, **1469**, **1470**, **1471**, **1472**, **1473**, **1474**, **1475**, **1476**, **1477**, **1478**, **1479**, **1480**, **1481**, **1482**, **1483**, **1484**, **1485**, **1486**, **1487**, **1488**, **1489**, **1490**, **1491**, **1492**, **1493**, **1494**, **1495**, **1496**, **1497**, **1498**, **1499**, **1500**, **1501**, **1502**, **1503**, **1504**, **1505**, **1506**, **1507**
Heckt, Wilhelm 825*
Hedergott, Winfrid *30*, 653
Heigert, Hans *670*, 1443
Heinemann, Gustav XXVII, *198*, 806, 862, 891*, 1271, 1274–1276, 1279, 1281, 1340f., 1343f., 1353, 1413, 1439, 1452f., 1462
Heisenberg, Werner 272*
Heix, Martin *730*
Helbich, Hans-Martin *905*
Hellige, Walther *819*
Hellwig, Fritz 105, **120**, *120*, 122, 125, 338, **359**, 360, 375, **413**, 420, **446**, **479**, 574, **601**, 602f., **604**, **605**
Hengsbach, Franz *150*, 229*
Hengstenberg, Helmut *1478*
Henkels, Walter *1454*
Henle, Günter 183*
Hennemann, Josef *253*
Hennis, Wilhelm *725*, 791
Heppe, Hans von 272*
Hermens, Ferdinand A. *724*, 747f., 791f.
Hermes, Andreas *586*
Herrmann, Ludolf 1150, **1178**, *1178*, **1183**, **1185**, **1188**, **1192**, **1196**, **1198**, 1302*, 1447, **1497**, **1498**, **1501**
Herschel, Wilhelm *959*
Hesberg, Carl 828*
Hettlage, Karl-Maria *627*, 828*, 832f., 839, 842f.
Heubl, Franz 828*, *834*
Heuss, Theodor *1343*
Heydebreck, Claus-Joachim von 105, **123**, *123*, 375, **407**, 480, **492**, 497, **508**, **525**, 527, 538, 574, **585**, 596
Hitler, Adolf 56, 379, *865*, 880, 1045
Höcherl, Hermann *977*, 978*, 999, 1483
Höfer, Werner *682*
Hoesch, Jan *254*
Höffner, Joseph *212*, 1450
Hofmann, Josef *155*
Hoffmann, Heinz *1333*
Hoffmann, Karl Heinz *759*, 952, 956, 958f.
Hohmann, Karl XVI
Holzamer, Karl *724*
Holzapfel, Friedrich XX
Honsálek, Gerhard *783*
Holthoff, Fritz 1429*, 1470
Hoppe, Hans-Günter *181*, 182
Horten, Alphons *461*, 700f., 703, 706, 918
Huber, Ludwig *36*, 1304*, 1429*, 1473
Hübner, Heinz Werner *1361*
Humphrey, Hubert H. *1007*, 1036
Hussein II., König von Jordanien 657*
Huyn, Hans Graf 297
Irmler, Heinrich 184*
Jaeger, Richard 1412
Jahn, Gerhard *704*, 1382
Jaksch, Wenzel *204*, 478
Jannicke, Werner 191*
Jansen, Walter *45*, 601, 655, 773, 828*, 926f., 1289
Jaspers, Karl *1296*
Jens, Walter *1195*
Johnson, Lyndon B. XVI, *72*, 157f., 263, 264*, 265f., 275, 327, 429,

608–610, 612, 625, 628, 630, 656, 713, 923, 970, 973, 981, 1007, 1011f., 1044, 1077, 1335
Johnson, Uwe *690*
Jong, Piet de *617*, 1075f., 1085, 1114
Jürgensen, Harald 716*
Jungmann, Gerhard *777*, 1398
Kadar, Janos *415*
Kärcher, Friedrich Wilhelm 184*
Kaisen, Wilhelm *837*
Kaiser, Jakob XX, 64*, *86*, 166, 258, 586, 710*, 1242*
Kaltefleiter, Werner *792*
Kanka, Karl *1234*
Kattenstroth, Ludwig 184*
Katzer, Hans XIV, 36, *37*, 41*, 105, 110, **119**, 120f., 126–128, **145**, **148**, 152, 166f., 184*, 196, **224**, 229, 234, 241*, 292, 302, 338, 574, **579**, **589**, 601, 620, 638, 646, 655, 913, 956f., 959, 978, 1211, 1213f., 1230, 1307, 1348, 1378, 1386, 1388, **1389**, 1392*, 1394*, 1395*, **1396**, **1397**, 1398–1400, 1479–1481, 1506
Kaye, Ulrich 873*
Kempski, Hans-Ulrich *1351*
Kennedy, John F. 322*, *439*, 776, 923, 1033*
Kennedy, Robert F. 677*
Keynes, John Maynard *436*
Kiep, Walther Leisler 942f., *1055*, 1109, 1215, 1362*
Kiesinger, Christian 938
Kiesinger, Kurt Georg VII, IX, XVIII–XXIII, XXV–XXIX, 1, *3*, 22, 24, **25**, 26–28, **32**, 34, 45, 60, 76, 81, **96**, 97, 110f., 142, 152, 163, 278*, 314, 317, 338, 364, 366*, 368, **370**, 374*, 375, **376**, 382*, 388–391, 393–395, **396**, 397, **398**, 400, 402, 404, **405**, 409, 411, 413–417, **418**, 419f., **421**, 422*, 425*, 428*, 432f., 435, 437f., **439**, 442, 448, 451, **452**, 454f., **456**, 471, **477**, **479**, 480f., **482**, 483, **500**, **502**, 504, **506**, **509**, 510, **511**, 512, 516, **517**, **518**, **519**, **521**, **523**, **524**, 525, **526**, **527**, 528, 556, 574, 576f., 589, 592f., **594**, 595*, 597f., **608**, 610*, 619, **627**, **628**, 630–632, **633**, 634, **635**, **636**, **637**, **638**, **639**, **646**, 647*, **649**, 650, 655*, 656, **658**, 662*, 667, 673*, 677*, 678*, 679, **680**, 681, **682**, 683, **684**, 686, **688**, 689, 691f., **693**, 694, **695**, 697, **698**, 699, **700**, 701, **702**, **703**, 704f., **707**, 708*, 710, 711*, 714*, **719**, **721**, **722**, **723**, 725, 729f., 732, **733**, 735, **736**, 737, **740**, 741, **743**, **745**, 746–748, **749**, **750**, **751**, 752, **754**, **755**, **756**, 761*, 780, 785*, **790**, **796**, 799, **800**, 801, **803**, 804f., 807, 809–811, 813f., **815**, 817f., **819**, **820**, 822–824, 826–829, **831**, 833–835, 837f., **839**, 841, **842**, 843*, **846**, **847**, **848**, 849, 853, 859, 861, **862**, 865*, **867**, 868, 870, 873, **874**, **875**, 876f., **878**, **880**, **881**, **882**, **883**, 884, 902*, 907, **908**, 909, **910**, **911**, 912–916, **917**, **918**, 919*, **922**, **924**, **925**, 926f., 933, **934**, **935**, **936**, **937**, **938**, **939**, **940**, **941**, **943**, **944**, **945**, **946**, **947**, **950**, **952**, **953**, **954**, **956**, **957**, **958**, **959**, 960*, **961**, 962*, **964**, **965**, **966**, **967**, **968**, **969**, 972*, 973*, **981**, 982–984, **985**, **986**, **987**, 988, **989**, **990**, 991, 993, **994**, 998*, **1000**, 1003*, 1008*, 1009*, 1011*, 1013–1018, **1019**, **1020**, 1022f., **1025**, **1026**, **1027**, 1028, **1029**, **1030**, **1031**, 1035, **1037**, 1038, **1039**, **1040**, **1042**, **1043**, **1045**, **1046**, **1047**, **1048**, **1049**, **1050**, 1052, 1056, 1064,

1068, **1069**, **1070**, **1071**, **1072**, **1073**, 1080*, **1081**, **1082**, **1083**, **1084**, **1085**, **1087**, **1088**, 1089, **1090**, **1091**, 1096, **1097**, **1098**, **1099**, **1100**, **1101**, **1102**, **1103**, **1104**, **1105**, **1106**, **1107**, **1108**, **1109**, **1110**, **1111**, **1112**, **1113**, **1114**, **1115**, **1116**, **1117**, **1118**, **1119**, **1120**, **1121**, **1122**, **1123**, **1125**, **1127**, 1131, 1151, 1154f., 1165f., 1205, 1210, 1223, **1229**, **1230**, **1231**, **1232**, 1268, **1271**, **1273**, **1274**, **1275**, **1276**, **1278**, **1280**, **1281**, **1282**, **1283**, 1284, 1288*, **1289**, **1294**, **1300**, **1301**, 1302*, **1304**, **1306**, 1307, **1308**, 1309f., **1312**, **1313**, **1319**, **1321**, 1323, **1324**, 1325, **1326**, **1327**, 1328*, 1334*, **1337**, 1338, **1339**, **1340**, **1341**, **1344**, **1346**, **1347**, 1348, **1349**, **1351**, **1352**, 1353, **1354**, **1355**, **1356**, **1357**, **1358**, 1359, **1360**, **1362**, **1363**, **1375**, **1376**, **1378**, 1382*, 1388*, **1389**, 1391, 1393, 1395, **1400**, 1402*, 1403*, 1404*, 1405*, 1407, 1409, **1411**, **1414**, **1416**, 1417, **1418**, 1419, 1421, **1422**, 1423–1425, **1426**, 1427, **1428**, **1429**, **1430**, 1432f., **1436**, **1437**, 1442, 1444*, **1447**, 1449*, 1450*, 1451*, 1454, **1455**, **1456**, 1457, **1458**, **1459**, **1460**, **1461**, 1463–1465, 1468*, 1479

Kiesinger, Marie-Luise 1121

Kissinger, Henry *173*, 926f., 970f., 982, 987, 1075*, **1092**, 1093, **1094**, **1096**, 1380f.

Klaiber, Manfred 159*

Klarsfeld, Beate 910*, *1451*

Klaus, Josef *2*, 1334, 1337

Klauss, Hans-Georg 1502*

Klein, Günter *908*, 1031

Kleiner, Ernst-Eberhard 184*

Klepsch, Egon 1, *7*, 9, **11**, 12, 19, **34**, 60, 83, 89, **91**, 92, 97, 105, **113**, **122**, 126, **142**, **151**, 160, **162**, 167, **169**, 196, **209**, 210*, 213f., **250**, **252**, 338, **357**, 361, 420, **450**, 453, 455, **468**, 472f., 601f., 655, 658, 661, **702**, 703*, 707, 710, 725, **730**, 733, 740f., 744, 746, **751**, 755, 772, **774**, 776, **780**, 781f., **784**, 785, **787**, 790, **801**, 804, 809, 816, 849, **881**, 918*, 926, **927**, 937, **943**, **945**, 950, 1000, **1027**, **1042**, 1045f,, 1048–1050, 1052, 1102, **1106**, **1109**, 1110, **1130**, **1133**, **1134**, 1135, 1229f., **1237**, **1242**, 1244f., 1447, **1467**, **1469**, **1470**, 1471, **1472**, 1480–1482, **1484**

Kliesing, Georg *110*

Knappstein, Karl Heinrich 623, *1011*

Knight, Ridgway Brewster *1404*

Knorr, Max *1088*

Köhler, Herbert W. 1218*

Koch, Harald 69*

Köhler, Paul *247*

König, Karl *901*, 915f.

Köppler, Heinrich XXV, *942*, 943, **1284**, **1288**, 1290, **1291**

Kogon, Eugen 936*

Kohl, Helmut VIIIf., X*, XIf., XVIIf., XIX*, XXIII, XXVI*, 1, *6*, 13f., **18**, 23–25, 29, 32, 35, 42, **48**, 55f., 60, **74**, 77, 80, 87, 90, **95**, 99f., 103, 105, 110f., **116**, 118, 121, 126f., 131, 142, 152f., 155f., 175, **177**, 187, **188**, 190, **192**, 193, **194**, 195f., 214f., **256**, **257**, 258*, **261**, 262, 276, 285*, **304**, 307, 309, 330, **331**, 332, 336, 338, 345, **362**, 365, 367f., **371**, 375, **402**, 406f., 417, 420, **454**, **456**, 457*, 459–461,

465, 476f., 480, 487, **492**, 493*, 502, 504, 505*, **507**, 509, 521, **523**, 524f., 532f., **534**, 536–538, **539**, 541, **547**, **548**, **552**, 555, 557, **561**, **565**, **568**, **570**, 571, 574, **578**, 579, 581, **582**, **586**, **597**, 598, 601, 603, 608, **631**, 633, 635, **642**, 649f., 652f., 658, 661, 668, 671, 673, 682, 707, 715f., **720**, **721**, 726f., **737**, 740–742, **743**, 744, 746, 749, **752**, 755, 759, **762**, 765f., **767**, **769**, 771, **773**, **774**, **775**, 776, **777**, **778**, **779**, 781, **784**, 785–790, 795, 800, **805**, 807f., **810**, 817f., **819**, 821, 828, 833, **835**, 837–839, 841f., **844**, 846, **848**, 849, 859, 863f., 867, **869**, **874**, 876, 879f., 882, **885**, **887**, 889, **890**, 893, 895, **907**, 920, **926**, 927f., **932**, 933f., 936f., **939**, 940, 942f., 946, **950**, 951f., **954**, 956, 958f., **961**, 963, 965–967, 980, 987, **989**, 993, **996**, **998**, 999f., **1049**, 1050, 1052, **1057**, 1058f., **1060**, 1061, **1067**, 1070, **1072**, **1093**, 1094, **1102**, 1104f., **1106**, **1107**, 1108f., **1117**, **1118**, 1120f., **1122**, **1123**, 1127f., **1131**, 1133–1135, **1138**, **1139**, 1140, **1141**, **1146**, **1147**, **1148**, **1149**, 1150, **1154**, **1156**, **1157**, **1159**, 1160, **1162**, **1163**, **1164**, **1165**, **1166**, 1167, **1168**, **1169**, **1170**, 1171, **1172**, 1173, **1174**, **1175**, **1176**, **1177**, **1178**, **1183**, **1184**, **1185**, **1187**, **1188**, **1190**, **1193**, **1194**, **1201**, **1210**, **1216**, **1222**, **1223**, **1224**, **1226**, 1229, **1230**, **1231**, **1234**, **1237**, 1240, 1242, **1248**, **1249**, **1250**, 1251, **1252**, **1253**, **1254**, **1255**, 1257, 1259, **1262**, 1268, 1271, **1273**, **1276**, **1282**, 1284, **1292**, 1297, 1299, 1303, **1304**, 1310, 1321, 1325, 1336f., 1340, **1344**, 1346f., **1368**, 1370, **1371**, 1375, 1378, **1423**, 1425, **1430**, 1434, **1443**, 1445, 1458

Kohl, Michael 293*

Konrad, Erich 1440*

Konstantin II., König von Griechenland 631, 632*

Korber, Horst *252*, 293*

Korn, Armin 249*

Kosiek, Rolf *1088*

Kossygin, Alexej *429*, 609, 712, 1007, 1077, 1087

Kostorz, Helmut *562*, 770

Krämer, Friedrich *1455*

Krammig, Karl 828*

Kraske, Konrad IX, 1, **2**, *2*, 7f., 14, 16f., **31**, **33**, **34**, 60, 69, 81, 85, **93**, **100**, **102**, **103**, 125, 133f., **153**, **154**, 160, **168**, **169**, **170**, **174**, 196, **205**, 237, **239**, **259**, **260**, **261**, 262, **336**, 473, 480, **494**, 499, **512**, 514, 516, **524**, **526**, 527, **528**, **529**, **533**, **538**, **539**, **543**, 552, **555**, 556, 559, **560**, **561**, **562**, **563**, **564**, **565**, **566**, **567**, 568, **569**, **570**, **571**, **572**, 574, **575**, **576**, 577, 582, **584**, 586, **587**, 597, **598**, **599**, **600**, **601**, **602**, 603, **604**, 605, **606**, **607**, 608, 640*, 644f., 656, **657**, 707, 733, **741**, 746, **751**, 757, **758**, 760f., **766**, **768**, **769**, **770**, **771**, **772**, **773**, **774**, **775**, **776**, **777**, **778**, **779**, **783**, **785**, **788**, **789**, 790, 792f., **809**, 811, **848**, 926, 929, **930**, **934**, 936, **937**, **938**, **939**, **940**, **941**, 942, **943**, **944**, **946**, **947**, **948**, **949**, 957, **965**, 997, 1052, 1055, **1057**, **1062**, 1063f., **1068**, 1070, **1091**, **1093**, **1104**, **1105**, **1106**, **1107**, **1108**, **1110**, 1111, **1113**, **1115**, **1116**, **1118**, **1119**, **1123**, **1124**, 1126, 1128, **1133**, 1134, **1136**,

1137, **1148**, **1149**, 1150, **1151**, **1152**, **1153**, 1156, **1158**, **1159**, **1160**, **1161**, **1163**, **1165**, **1174**, **1178**, **1180**, **1181**, **1183**, **1186**, **1188**, **1189**, 1190, **1191**, **1192**, **1195**, **1196**, **1197**, **1200**, **1202**, **1203**, **1205**, **1206**, **1210**, 1213, **1214**, 1215*, 1219, **1222**, **1223**, **1224**, **1225**, **1226**, **1228**, 1229, **1230**, **1232**, **1233**, **1234**, **1235**, **1236**, **1238**, **1240**, **1242**, **1246**, **1247**, **1251**, 1253, **1254**, **1255**, **1256**, **1257**, **1258**, **1259**, **1268**, **1269**, 1270f., **1282**, **1283**, 1284, **1307**, 1308, 1313, **1318**, 1319, **1320**, **1321**, 1325, **1336**, **1337**, 1339f., **1347**, **1363**, **1366**, 1368–1370, **1371**, **1373**, **1374**, **1375**, **1376**, 1378, **1416**, **1434**, **1436**, **1437**, **1438**, **1442**, 1444, 1447, **1454**, 1455, 1459, **1464**, **1465**, **1466**, **1467**, **1468**, **1469**, **1471**, **1475**, **1477**, **1479**, **1480**, **1481**, **1482**, **1483**, **1485**, **1486**, **1489**, **1493**, **1495**, **1496**, **1497**, **1498**, **1500**, **1502**, **1504**, **1505**, **1506**, **1507**

Krause, Alfred *424*

Krause, Walter *966*, 967, 1290, 1298

Krautwig, Carl *249*, 253–255, 923

Krelle, Wilhelm 716*

Krey, Franz Heinrich *1055*, 1233

Krippendorff, Ekkehart 914*

Krone, Heinrich XV, XXII, 1, *13*, **27**, 45, 60, 86, 97, 100, 105, 110f., 142, 165f., 774

Krüger, Hans *478*

Kubel, Alfred *1420*

Kühlmann-Stumm, Knut von 15*, *43*, 343, 348*

Kühn, Heinz *198*, 206, 401, 625, 729, 808

Küstermann, Peter 1444*

Küper, Helmut 1234*

Kulenkampff, Hans-Joachim *1449*

Kunze, Otto 1218

Kurras, Karl-Heinz 754*

Lahr, Rolf *1406*

Laipold, Otto *576*

Laird, Melvin 1335*

Lampersbach, Egon *1233*, 1307, 1478

Lang, Erwin 638*

Lange, Hans-Joachim 1443*

Langeheine, Richard 278*, 574, *575*, 592, 652, 1042

Langer, Wolfram 184*

Langhans, Rainer 910*

Lauenstein, Carl *576*

Lauro, Achille *871*

Leber, Georg *631*, 668, 683, 720–723, 794, 890*, 891*, 922, 965, 1272, 1396, 1423

Lederer, Herbert 952*

Lemke, Helmut 1, **21**, *21*, 24*, 105, **115**, **129**, 160, **161**, **163**, 165, 277, 278*, 480, 489, **490**, 503, **513**, **518**, 519, 525, 574, **579**, **582**, **589**, 601, **607**, 608, 735, 738, 790, **807**, 809, **811**, 813, 816, 821, **822**, 824, **833**, 834, 848, 888, 926f., 1052, 1061, **1080**, **1084**, **1090**, 1092, **1093**, **1094**, 1095, **1098**, 1100f., **1102**, 1103, **1104**, 1106–1108, 1110, 1112–1114, **1117**, 1118, **1120**, 1121, **1122**, 1123, **1124**, 1127, **1136**, 1137–1140, **1143**, **1147**, 1148, **1150**, **1151**, **1155**, **1157**, **1158**, **1161**, **1164**, **1165**, 1169, **1171**, **1172**, **1173**, **1174**, **1175**, **1177**, **1178**, **1179**, **1186**, **1190**, **1191**, 1192, **1193**, **1194**, **1195**, **1200**, **1207**, **1214**, 1229, **1230**, 1232, **1245**, **1253**, 1254, **1255**, 1257, 1259, **1268**, 1271, **1273**,

1280, 1340, **1350**, 1354, 1447, 1457, **1460**, 1464f., 1467, 1469, **1473**, **1474**, 1475, **1482**, 1483
Lemmer, Ernst 60, *84*, 98, 160, 166f., 375, 394, 413, **415**, 416, 419, 480, **502**, **507**, **530**, 531, **546**, **550**, 553, **554**, **556**, **558**, 559, 562, **563**, 570, 574, **585**, 586, 601, 608, 651, **654**, 658, 665, 672, 692, **703**, 707, 710, 782, 784f., 849, 883, 885, **902**, 907, 909f., 913, 918*, 920, 923f., **925**, 1000, **1022**, 1034f., **1039**, 1041, 1049, 1052, **1063**, 1065, 1067, 1069–1071, 1075, **1080**, 1086, **1087**, **1091**, 1100, 1150, **1158**, **1163**, **1174**, 1229, **1242**, 1243*, 1244–1246, 1271, **1275**, **1281**, 1284, **1287**, 1288f., 1297, 1320, **1325**, 1336f., 1340, **1344**, 1361, 1378
Lemmer, Gerd 167f., *206*, 416, 601
Lemmer, Ingeborg 1361*
Lemnitzer, Lyman L. *1449*
Lenz, Carl Otto 1362*
Lenz, Otto 1336*
Lenz, Wilhelm *253*, 401, 828*, 834
Leopold, Kurt *990*
Leser, Fritz *772*
Leussink, Hans 272*, *1428*
Leverenz, Bernhard *784*
Lichtenberg, Georg Christoph *354*
Lilienfeld, Georg von 677*
Lindemann, Helmut *621*
Lodge, Henry Cabot *973*, 989, 1077, 1328, 1381
Löbe, Paul *781*, 783
Löwenthal, Gerhard *1361*
Lohse, Adolf 183*
Lojewski, Werner von 698*, 918*
Lotz, Kurt 183*
Lubowski, Herbert 184*
Luchsinger, Fred IX*, *1036*
Luda, Manfred 598*, *626*, 647
Ludwig I., König von Bayern 805*
Lübke, Heinrich XIX, 13*, *14*, 35, 43, 59, 294, 338, 342, 416, 418, 708, 887f., 907, 925, 989, 1296, 1450
Lübke, Wilhelmine *1450*
Lücke, Paul VIIIf., XIX, XXIIf., 60, 64*, *76*, 105, 107, 110, 136f., 142f., 153, 262, 276*, **290**, 300, 303*, 317, 338, **360**, 366*, 374*, 375, **389**, 392–394, **395**, **396**, 398f., 402f., 405, 407, 409–411, 420, 449*, 465, **476**, **477**, 480, 489, 512, 514, 519, 521, 553, **554**, 556, **557**, **559**, 569, 574, 576, 584, 587–590, 592, 599f., 602, 608, 638, 683, 707, 718, **723**, 727*, 730, 732–738, 741, **743**, 747f., 796, 801, 809, 815, 819, 862*, 926, **956**, **966**, **967**, 1052, 1082, 1085*, 1098f., 1107, 1128, **1139**, 1140, 1150, **1157**, **1161**, 1229, 1244, 1259, 1284, 1319, 1340, **1347**, **1349**, **1370**, 1378, 1383, **1398**, 1412
Lüdemann, Hermann 735*
Luns, Joseph *617*, 1075–1078, 1085, 1114
Luther, Martin *865*
Mahler, Gerhard *1060*
Mahler, Horst *910*, 1269, 1326
Maier, Reinhold *376*
Maihofer, Werner *1296*
Majonica, Ernst *1331*
Mansfield, Michael *266*, 327, 1007
Mansholt, Sicco 51*, *717*
Mao Tse-tung *1110*
Marcuse, Herbert *866*, 1296
Margulies, Robert *251*
Martin, Berthold *105*, 155, 995
Marx, Karl *763*, 765
Marx, Werner 698*, 918*, 1362*
Matthiensen, Ernst 184*

Mattick, Kurt *898*
Marx, Werner *1336*
McCarthy, Eugene *1036*
NcCloy, John J. 315*, *388*, 621, 923
McGhee, George C. *625*, 635, 639, 649, 1080
McNamara, Robert S. 265*, 327, *609*, 713
Mehnert, Klaus *690*
Mende, Erich XI, XV, 15*, *17*, 38, 40, 42, 43*, 46, 181f., 249–251, 253, 255–257, 279, 285, 291, 303*, 338, 340f., 383, 416, 585, 624*, 730*, 784, 808
Menzel, Rolf 432*
Merkle, Hans L. *979*, 980
Meschkat, Klaus *910*, 914, 917
Messmer, Pierre 180*, *322*, 616
Mestmäcker, Ernst-Joachim 716*
Meyer, Fritz W. 69*
Meyers, Alberte 23*
Meyers, Franz 1, **18**, *18*, 22f., **25**, 26, 28, 33, 60, 65, **77**, 105, 153, 160, 167, 170, 174, 196f., 206, 211, 230f., 253, 260, 278*, 279, 327f., 338, 347f., **352**, 353*, 362, 401, 408, 420, 449*, **457**, **476**, 515, 574, **579**, **584**, 585–588, 593, **595**, 596, 601, 648, 657, 694*, 707, 718, **746**, 765, **772**, 773, **774**, 778, 790, **803**, **815**, 827, 926, 939, **940**, 941, **943**, 948f., **951**, **952**, 953f., **957**, 958, 1052, 1061, 1071, **1091**, **1105**, 1106, 1108, **1119**, **1120**, **1121**, 1122f., **1130**, **1137**, **1140**, 1141, **1143**, **1144**, 1145f., **1148**, **1149**, 1150, **1159**, **1160**, **1161**, **1162**, **1164**, 1165, **1170**, 1171, **1175**, **1176**, **1177**, **1181**, **1182**, **1183**, **1185**, **1192**, **1193**, **1195**, **1196**, **1197**, **1198**, **1199**, **1200**, **1204**, **1205**, **1206**, 1209, 1211, **1215**, 1216, **1221**, **1225**, **1228**, 1229f., **1231**, 1240, **1242**, **1244**, **1251**, **1252**, 1253f., **1255**, 1257, **1259**, **1262**, 1271, **1273**, **1275**, **1282**, 1284, **1306**, 1340, **1366**, 1367, 1370, 1378, 1447, 1463, **1464**, 1467, **1468**, **1470**, **1472**, **1473**, 1481, 1483
Mick, Josef 178*, *959*
Mikat, Paul 1, **27**, *27*, 28, 45, 203*, 205f., 262, 279, **282**, **316**, 318, **319**, 323, 420, **448**, 456, 475, **476**, **477**, 478, 480, **488**, 490f., 496, **498**, **502**, **524**, **525**, **549**, 565, **567**, 574, **596**, 597, **604**, 942f., 997
Mischnick, Wolfgang 233*, 258*, *741*, 1344
Möller, Alex *622*, 966, 1358, 1455
Mohnen, Heinz *1450*
Mommer, Karl *1331*
Monk, Egon *1024*
Monnet, Jean *431*, 678*, 1330f., 1333, 1336, 1402
Montan, Nils *1403*
Moro, Aldo *116*, 608*, 617
Müggenburg, Günter 585*, *1360*, 1361
Mühlenfeld, Hans *820*
Mühlfenzl, Rudolf *1443*
Mühlhan, Bernhard 819*
Müllenbach, Peter *168*, 170, 774, 1055
Müller, Bernhard 184*
Müller, Gebhard *967*, 1084, 1086
Müller, Gerd 184*
Müller, Hermann (Reichskanzler) 672*, 805f.
Müller, Hermann *818*, 850
Müller-Armack, Alfred *621*, 631, 635
Müller-Hermann, Ernst XVII*, *601*, 668, 719
Münster, Carl von *1055*

Münzer, Thomas *1296*
Mulisch, Harry *690*
Mussolini, Benito *867*
Nannen, Henri *1021*
Nasser, Gamal Abdel 1112
Nathan, Andreas *930*
Nenni, Pietro *1384*, 1385
Neubauer, Kurt *922*
Neuburger, August 828*
Neumann, Erich Peter *16*
Neumann, Nikolaus 914*
Neuss, Wolfgang 914*
Ne Win *709*
Nickels, Rudi *959*
Niebel, Fritz *673*
Niederalt, Alois 241*, 278*, *302*, 828, 834, 841
Niemöller, Martin *198*
Niermann, Gustav *168*, 601f., 777, 926, 943, **999**, 1000, **1046**, 1378
Nietzsche, Friedrich *1500*
Nixon, Richard M. XXVIII, *1007*, 1036, 1056*, 1080, 1330, 1333, 1360, 1378–1382, 1385, 1393, 1401
Noelle-Neumann, Elisabeth *818*, 862, 1314
Noltenius, Jules Eberhard 105, **112**, *112*, 196, **199**, 259f., 338, **345**, 347, 375, **414**, 415, 601, 1055
Nordhoff, Heinz *216*, 229, 231, 437
Nottbeck, Arvid von *820*
Nowottny, Friedrich *1361*
Oancea, Constantin *630*, 1001
Ohnesorg, Benno 754*, 1298
Orgaß, Gerhard *645*, 759, 959
Osterheld, Horst 272*
Pahlewi, Mohammed Reza (Schah von Persien) *754*, 755
Panitzki, Werner 309*
Paul VI., Papst 843*, 1405, *1408*, 1409
Pauls, Rolf *1382*
Pawla, Karl-Heinz 1008*
Pearson, Lester B. 1006*
Pechel, Peter 432*
Pell, Claiborne 677*
Peter, Herbert 873*
Peyrefitte, Alain 54*, 56*, *995*, 996
Pieser, Liselotte *168*, 255
Pinkall, Lothar 914*
Pirkl, Fritz *1392*
Plutarch 1024
Podgornij, Nikolai 171*
Poher, Alain 1468*
Pohle, Wolfgang 278*, 828*, *829*, 839, 841
Pompidou, Georges *172*, 301, 613, 618, 628, 1468
Poujade, Pierre *537*
Probst, Maria *480*
Proll, Thorwald 1451*
Pross, Harry *896*
Pütz, Joseph 828*, *1230*, 1340, 1373
Pulch, Otto Rudolf *1294*
Rapacki, Adam *426*
Rasner, Will XV, 36, *37*, 39, 60, 83, 85, 338, **374**, 514, 516, 1233, 1453
Rathenau, Walter 665*, *703*, 705
Rathke, Arthur *7*, 583, 655, 672, 783, 786, 849, 897, 925, 1000, **1037**, **1044**, 1150, **1158**, 1284, 1339, 1378, 1442, 1447, 1454, 1477, **1492**
Rehs, Reinhold *479*, 1103
Rehse, Hans-Joachim *1412*
Rehwinkel, Edmund *199*, 203, 219f., 717, 857, 1409, 1415
Reiffenberg, Jan 432*
Reinhardt, Rudolf 716*
Reissenberger, Dankwart *172*
Renscheid 943
Reuter, Ernst *921*
Rexin, Manfred 914*
Richert, Ernst 806*
Riesebrodt, Günter *1233*

Rinsche, Günter 828*, *1233*
Ristock, Harry *855*, 899, 904
Rockefeller, Nelson A. *975*, 1073
Rodenstock, Rolf 183*
Röder, Franz Josef XXVII, *45*, 160, **169**, 212, 278*, 281f., 327*, 338, **354**, 355, **370**, 371, 601, 608, 625, 649, 658, 676, **682**, 683–685, 689, 738, 790, **813**, 816, 821, **827**, 833, 836, 1000, **1026**, 1031f., **1039**, **1040**, 1271, **1280**, 1284, 1312, **1318**, 1378
Röpke, Wilhelm *1119*
Rogers, William P. *1335*
Rohlinger, Rudolf 300*
Rollmann, Dietrich-Wilhelm *942*, 943, 1232
Rosenberg, Ludwig *727*
Rubin, Wolfgang *408*, 663*
Ruf, Thomas 41*, *943*
Ruge, Gerd 432*
Rummler, Gerold 480, *547*, **553**, 558, 574, 576, 606, 1233
Rumor, Mariano *1407*
Runge, Jürgen-Bernd *914*
Rusk, Dean *55*, 327, 432f., 970f., 973, 981, 988, 1008, 1009*, 1010, 1078
Russe, Hermann Josef VIII, 60, *84*, **85**, 90, **94**, 99f., 105, **127**, 151f., 160, **165**, 175*, 178, 196, 212, 239, 245, 261f., 286, **334**, **336**, 420, 469, 480, **504**, 505*, **521**, 522, 529, **530**, **532**, 533, **535**, **537**, 538, **545**, 546, **548**, **549**, **551**, **555**, 557, **558**, **559**, **560**, **563**, **564**, **565**, **567**, **568**, 576, 601, 759, 942f., 959, 1055, 1211, 1307, 1480
Sabel, Anton *1307*
Salin, Edgar *435*
Salinger, Pierre *628*
Saragat, Giuseppe *157*, 159, 617, 1405
Schäfer, Friedrich *836*, 840, 966
Schäfer, Manfred *963*, 1052, 1057, **1058**, **1060**, 1061, 1106, 1120, **1148**, 1150, **1182**, **1200**, **1201**, **1202**, **1203**, **1204**, **1208**, **1220**, 1221, 1307, 1507
Schäffer, Fritz 293
Scharnhorst, Gerhard von *1449*
Schauerte, Hartmut *1237*
Scheel, Walter 338, 340f., *408*, 663*, 730*, 808, 1274, 1279, 1344, 1351, 1438
Schellenberg, Ernst *385*
Scheuch, Erwin K. *724*, 791
Scheufelen, Klaus 1, *11*, **18**, 19, 21, 36, 105, 196, **226**, 262, **271**, 277, **280**, 289f., **328**, **336**, 338, 345, **355**, 420, **468**, **477**, 480, **490**, 491, **511**, 524, 529, **530**, **531**, 532, **533**, 534, 537, **538**, **546**, **552**, 553, **559**, **567**, 568, 574, **580**, **598**, 601, 608, 643, **644**, 707, 740, **742**, 765, **766**, **849**, **852**, 853, **858**, 859, **867**, **877**, 889, **892**, 896, **909**, 911, **916**, 926, 928, **932**, 933, **934**, **937**, 938, **961**, **963**, 964f., **966**, 1052f., 1055, **1059**, **1066**, **1088**, **1130**, **1135**, **1139**, 1150, **1186**, **1191**, **1196**, **1198**, **1199**, **1201**, **1202**, **1209**, 1210, **1219**, 1220, **1221**, **1223**, 1229, **1246**, 1249*, **1253**, 1256, 1258, **1260**, 1262–1265, 1271, **1276**, 1278, **1281**, 1284, 1320f., **1327**, 1367, 1378, **1414**, **1415**, 1416, **1439**, **1445**, 1447, 1457, **1471**, **1492**, **1493**, 1500
Scheuner, Ulrich 494*, *724*, 791, 1069
Schiestl, Martin *1055*
Schiller, Friedrich von *404*, 405*
Schiller, Karl XXVIIf., 41*, *384*, 393, 404, 416, 418, 616, 625, 630, 635, 647, 672, 678, 683–685, 689, 693,

901, 919, 922, 960, 992, 1200, 1202, 1309, 1314, 1316–1318, 1355–1357, 1392–1396, 1405, 1408–1410, 1414–1416, 1423, 1425f., 1453–1457, 1498, 1506
Schirpenbach, Josef *1055*
Schiwkow, Todor *1384*
Schlamm, William S. *1316*
Schlarb, Willy *1227*
Schmid, Carlo *913*, 1299
Schmidt, Helmut XXVI, *369*, 393–395, 417f., 622, 665, 677–682, 707, 740, 748, 815, 893, 966, 992, 1073, 1074*, 1079, 1260, 1291, 1318, 1390, 1419, 1430f., 1449, 1454
Schmidt, Herbert B. *961*, 1256, 1260
Schmidt, Otto 39*, *45*, 60, 99, 102, 105, 120, 136, **137**, 138, 142, 178, 1412
Schmidt, Patrick 732, *793*
Schmitz, Hans 35, *43*, 105, **111**, 112, **113**, 160, **162**
Schmücker, Kurt XXI, XXVII, 105, *110*, **118**, 119, 122, **126**, 133, 139, 142, 152, 161–166, 183*, 196, **207**, 208, 209*, 225, 241*, 262, 290, 292, 302, **308**, 311, 313, 318, **319**, **335**, 346, 374*, 416, 418, 420, **451**, 452, **458**, 480, **487**, **503**, 504, **512**, 521, 532, **533**, 534, **537**, **540**, **541**, 542f., **544**, **546**, 547, 549, **554**, 574, **578**, **579**, **580**, **581**, 601, **606**, 607f., **630**, 632f., 647, 649, 658, 667, 685, **693**, 694f., 699, 701, 707, 717, **722**, **736**, 743, **751**, **757**, 759, **760**, 761, **762**, 763f., **766**, 767f., 844–847, 848*, 719, 919, 926, **927**, **932**, **934**, 941–943, 963, **1052**, 1055, **1058**, **1059**, 1060, **1061**, **1098**, 1129, 1133, **1135**, **1137**, **1142**, **1145**, 1146, 1148, 1150, **1152**, **1158**, **1159**, **1161**, **1167**, **1169**, **1171**, **1172**, **1173**, **1180**, **1182**, 1198, **1199**, **1200**, **1201**, **1202**, **1204**, **1207**, 1209, **1212**, 1213, 1216, **1218**, 1233, 1248, 1251, 1253, 1256, 1340, **1355**, **1357**, **1364**, 1366–1368, **1369**, 1370, **1372**, **1373**, 1378, **1397**, **1399**, 1400, **1419**, 1420f., **1422**, 1423, 1426, **1437**, 1447, 1464, **1473**, 1475, **1476**, 1477, **1478**, 1479–1481, **1483**, **1484**, **1485**, 1486, **1488**, **1489**, **1490**, 1491–1495, 1502, **1503**, 1505, **1506**, **1507**
Schneider, Ernst *919*
Schönbohm, Wulf *943*
Schoeps, Hans-Joachim 875*
Schoettle, Erwin *186*, 1447*
Schollwer, Wolfgang 663*
Schramm, Ehrengard *653*
Schramm, Percy Ernst *653*
Schreiber, Walther *586*, 897
Schröder, Gerhard VIIIf., XI, XV, XVIII, XXVII, *38*, 47*, 54*, 64*, 71, 105, 110f., 139f., 142, 149f., 153, 155, 159*, 161, 262, 273, 276, 301, 303*, 307f., 327, 338, 364, 366*, 368, **370**, 480, 504, 511, 517, 525, 547, 574, 576, **580**, 581, 599f., 608, 615, 623, 625f., 656, 707, 723, 1013f., 1052, 1115, 1147, 1153, 1156, 1229, 1263, **1266**, 1267, 1268, 1271–1274, 1282, 1335, **1340**, 1341–1344, 1378, 1390, 1411, 1432, 1466
Schröder, Horst 1447, **1473**, *1473*, **1475**, **1499**, **1500**, **1501**
Schütz, Hans *479*, 770*, 860
Schütz, Klaus *294*, 666, 682, 684, 692f., 751, 784, 855f., 898–901, 902*, 905, 908, 910–913, 915,

919–922, 925, 980f., 1080, 1417, 1456
Schütz, Wilhelm Wolfgang *710*, 719, 780–787
Schulhoff, Georg *1461*
Schulze-Vorberg, Max 26*
Schumacher, Kurt *653*
Schuman, Robert *52*
Schwarz, Sepp *479*, 846
Schwarzer, Herbert *478*
Schwarzhaupt, Elisabeth XXVII, 60, **97**, *97*, 196, **223**, 477, 480, **512**, 525, **530**, 601, 707, **737**, 790, 820, 942f., 1052, **1092**, 1105, **1115**, 1116, **1120**, **1126**, 1132, 1137, **1138**, 1145f., 1150, **1154**, **1155**, **1158**, 1159, **1160**, **1162**, **1163**, **1164**, 1165, **1168**, **1184**, **1192**, **1194**, **1195**, **1197**, **1200**, 1271, **1283**, 1340, **1354**, 1378, 1442f., 1447, 1452, 1465, **1470**, 1471, **1472**, **1474**, **1486**, **1487**, 1488, 1491, **1492**, 1493
Scranton, William W. *1080*
Seebohm, Hans-Christoph IX, 23*, *45*, 60, **83**, 105, **115**, 116, 120, **132**, 160, 163, 165, 196, **198**, **206**, 262, 274, 292, **311**, 338, 375, **389**, 479f., **481**, 482f., 484*, **489**, 490, 497, **508**, 522, 527, **538**, 539, **545**, **548**, **550**, 551, **559**, **560**, **562**, **568**, 571, **573**, 574, 576f., **589**, 608, 631, **638**, 639, **642**, 644, **649**, **653**, 655–659, 927, 1423
Selbach, Josef-Wilhelm 608, *655*, 775, 1234
Senanayake, Dudley *709*
Seydoux de Clausonne, François *268*, 1418
Shastri, Lal Bahadur *428*
Shearer, Hugh Lawson 678*
Sieverts, Rudolf 272*
Simon, Uwe-Rainer 1184, 1236, *1237*, 1238
Smirnowskji, Michail 1330*
Soames, Christopher *1402*
Söhngen, Werner 183*, *199*, 225
Söhnlein, Horst 1451*
Sölle, Horst *900*, 910f., 915
Sohl, Hans-Günther *182*, 183*
Sommer, Theo *1418*
Sontheimer, Kurt 494*
Sorin, Valerian 1330*
Spaak, Paul-Henri *431*
Speer, Julius 272*
Spitzmüller, Kurt *1391*
Springer, Axel 881, 917, *1316*
Stahlberg, Hermann 1362*
Stalin, Jossif *1087*
Stammler, Eberhard *1454*
Stans, Maurice *1404*
Stark, Anton 1362*
Starke, Heinz 293
Stecker, Josef 23*, 420, **464**, *464*, 467, 480, **501**, 505, **513**, **523**, **545**, **561**, 574, **593**, 828*, 1232
Steffen, Jochen *739*, 1103
Stegerwald, Adam *119*
Stein, Gustav 183*, *601*
Stein, Karl Reichsfreiherr vom und zum *1142*
Stein, Maria *1455*
Steinhoff, Fritz 402*
Stender, Herbert 1440*
Stephan, Günter *784*
Sternberger, Dolf 494*
Stewart, Robert *1074*
Stingl, Josef 1, *28*, 39*, 60, **97**, 100, 102, 105, 110, **136**, **151**, 152, 175, **192**, 196, **203**, 204*, 216, **254**, **255**, 260, 375, 404, 420, 467, 476f., **478**, 479f., 528f., 553, **560**, **566**, 567, 572, 574, **580**, 587, **599**, **600**, 601, 608, **637**, 638, 657, 707, 710, 720,

753, 767, **770**, 771, 777, 790, 845, 849, **859**, 904, **909**, 910, **911**, **917**, 918, 923, **925**, 926, 942f., 947, **958**, **959**, 962, **964**, 1000, 1028, **1030**, 1041f., 1047f., 1052, 1060f., 1065, 1067, **1070**, 1071, 1075, 1098f., 1102f., 1121f., 1124, 1128, 1150, **1151**, 1152, **1158**, **1160**, **1162**, 1163, **1165**, **1175**, **1179**, **1181**, **1186**, **1187**, **1197**, 1198, **1199**, 1201, **1205**, **1207**, 1208, **1213**, 1215, **1216**, 1221, **1222**, **1224**, 1229, **1230**, **1233**, **1235**, **1239**, 1240, **1241**, 1242, **1243**, 1245f., **1260**, 1271, **1274**, **1283**, 1340, **1350**, **1351**, 1378, 1447, 1461, 1463f., **1466**, **1467**, **1469**, **1479**, 1480, 1482, **1483**, **1486**, **1487**, **1488**, 1493, **1495**, 1496, **1497**, **1498**

Stobbe, Dietrich 191*

Stock, Friedrich *858*

Stoltenberg, Gerhard VIII, XVII*, XXVI*, XXVII, 1, **13**, *13*, 14–16, 18f., 23, 60, **73**, 75f., 85, **94**, 99f., 105, 110, **139**, 141f., **147**, 149, 151, **152**, **153**, 155, 161, 163, 165f., 196, **216**, 225, 241*, 262, 272*, **297**, 300, 302, 306, 308, 316f., 328, 338, 363, **365**, 367, 420, **457**, 459, 505*, 601, 608, 616, **636**, 658, 672f., 677, **699**, 707, **722**, **743**, **745**, 746, 752, 754, **755**, 790, 801, **807**, 810, 826, **828**, 831f., 835, 841, **842**, 843, 849, 875, **876**, **881**, **882**, **892**, 926, **943**, 944, **946**, **959**, **960**, 969, 998, 1000, **1049**, 1198–1200, 1229, 1232, **1261**, 1262f., 1271, **1279**, 1280, **1282**, 1284, **1288**, **1289**, 1292, 1298, 1305, 1320, 1324, **1325**, 1337, 1340, **1353**, **1358**, **1375**, 1378, 1390, **1430**, **1436**, 1437, **1442**, 1444, 1450, 1497f., 1501

Stoltenburg, Erich *1055*

Stomp 272*

Stoph, Willi 610*, 624*, *686*, 691f., 985

Storm, Leo *174*

Storz, Gerhard *874*, 1296

Strathmann, Heinrich 205*

Strauß, Franz Josef XI, XXVII, 1, *6*, 11, 14, 28f., 35f., 37*, 38f., 42, 45–47, 49*, 58, 71, 217*, 222, 233*, 273–275, 278*, 282*, 285f., 296, 307, 324, 338, 362, 364, **366**, 369, 371, 374*, 417, 420, 424, 435, **443**, 445f., 448, 462, **463**, 465, 469, 471, 608, 616, 621, 623, 625–627, 630, 632, 635, 683, 685, 815, 830*, 835–837, 839–841, 919, 1034, 1232, 1317, 1354, 1357, 1394, 1416, 1426

Strauß, Walter 486*

Strecker, Gabriele 23*, *155*

Streibl, Max XXVII, 849, *853*, **883**, 926f., 933, 1052, 1062, **1082**, 1340, **1348**, 1375, 1378, **1429**

Stresemann, Gustav 1447*

Strobel, Käte *1396*, 1474*

Struve, Detlev 36, *37*, 39, 105, 137–139, 142, 262, 273*, **328**, 1482f.

Stücklen, Richard 303, *691*, 784, 1271, 1388, 1391

Stürtz, Gustav 873*

Stützel, Wolfgang *1489*

Süsterhenn, Adolf 60, *93*, **98**, 100, 105

Tacke, Bernhard *958*

Taylor, Alan J. P. 865

Teufel, Fritz *905*, 910*

Thadden, Adolf von 587*, *653*, 1352, 1451

Thedieck, Franz 698*, 918*
Theisen, Otto *1055*
Theisen, Werner 1365*
Thespis *952*
Thielen, Friedrich 71*, 587*, *660*
Thomson, George 315*
Tiburtius, Joachim 873, *895*, 896
Timm, Bernhard 183*
Tito, Josip Broz *1001*
Trettner, Heinz 309*
Troeger, Heinrich 316*, *636*, 1204
Trudeau, Pierre 1006*, *1417*, 1418
Tuanku Ismail Nasiruddin Shah ibni al-Marhum, König von Malaysia *1376*
Uhland, Ludwig *282*
Ulbricht, Walter *588*, 704, 710, 714, 903, 1037, 1101, 1333*, 1408
Unkelbach, Helmut *393*, 792
Viehof, Hanshorst *1376*
Vittinghoff-Schell, Felix Freiherr von 828*
Vockel, Heinrich *297*, 924
Vogel, Bernhard 1303, *1507*
Vogel, Friedrich 480, **498**, *498*, **500**, 504, **511**, 519f., **523**, 528, 537, **545**, **547**, 548, **553**, 556, 574, 576, **590**, 591, 601, **602**, **604**
Vogel, Hans-Jochen *856*, 1449
Vogt, Gustav *576*, 1233
Voigt, Fritz 716*
Wacker, Alexander 962*
Wagner, Hellmuth 183*
Wagner, Hans *475*
Wagner, Leo *36*, 39, 338, **361**, 374*, 476, 815
Walden, Matthias *1361*
Wallace, George *1036*, 1080
Wallbrecht, Ferdinand 653*
Wallenreiter, Christian *724*
Wallraff, Hermann Josef *959*
Walther, Gebhardt von *1021*
Weber, Karl *46*
Wehner, Herbert XIX, XXII, XXVI, *2*, 232, 233*, 234, 343f., 348*, 349, 352, 369, 387, 394, 396, 402, 410–412, 418, 478, 585, 594, 624, 648, 664–666, 672, 683, 693, 697, 701–703, 715, 728, 748, 780–784, 786, 806, 815, 907, 909, 916, 919, 922, 924, 960, 970, 973, 984*, 989, 991f., 1287*, 1346f., 1387, 1455, 1461
Weichmann, Herbert *836*, 890*, 891*
Weinberger, Bruno 828*, *842*
Weiß, Hans 828*
Weizsäcker, Richard von 175*, *177*, 239, 261f., 480, **513**, 601, 658, **685**, 688f., 695f., 707, **753**, 890*, 1000, **1025**, 1030, **1050**, 1052, **1099**, **1101**, 1105, **1112**, **1113**, **1115**, **1116**, 1127, **1136**, **1150**, **1151**, **1152**, **1157**, **1158**, **1160**, **1162**, **1174**, **1186**, **1188**, **1189**, **1190**, **1192**, **1193**, **1194**, **1195**, **1197**, **1199**, **1218**, **1226**, **1227**, **1228**, 1232f., 1271–1274, 1282, 1284, **1320**, 1321, 1337, 1452
Weltlinger, Siegmund *563*
Wenger, Paul Wilhelm *298*, 307
Wesemann, Fried *671*, 672*, 673
Wessel, Kurt *1442*
Westrick, Ludger 60, *65*, 90*, 183*, 250f., 253, 257, 289*
Wetzel, Günter *923*
Weyer, Willi *13*, 15, 18, 230, 254, 258, 278f., 289, 292, 299, 408
Wienand, Karl *625*, 815
Wild, Hans Walter *841*
Wild, Joseph *1388*, 1391, 1394
Wildenmann, Rudolf XVI*, 182, *208*, 792, 862f., 1449
Willgerodt, Hans 716*

Wilson, Harold *157*, 159, 266, 431*, 438, 441, 447, 608*, 1331, 1403, 1418
Windelen, Heinrich 262, 328, 375, *399*, **400**, 480, 504, **515**, **550**, **557**, 565, 601
Winkelheide, Bernhard 196, *228*, **234**, 1485
Winnacker, Karl 183*
Winogradow, Sergej 54*
Winzer, Otto 428*
Wirsing, Giselher *977*, 1454
Wischnewski, Hans-Jürgen *616*, 1109*, 1277, 1322
Wörner, Manfred *942*, 943, 1115, 1232f., 1362*
Woitschell, Gerhard 873*
Wolff, Heinrich *1234*
Wolff von Amerongen, Otto 183*
Wrangel, Olaf Baron von *805*, 943, 1102, 1362*, 1386
Wuermeling, Franz-Josef *1131*
Zahir Shah, Mohammed (König von Afghanistan) *1111*
Zarapkin, Semjon 430, 665*, *666*, 669, 919, 992, 1000*, 1003, 1005, 1013, 1046, 1051, 1075, 1155, 1384
Zeyer, Werner 345
Zichy-Thyssen, Anita Gräfin 844*
Ziebura, Gilbert *896*
Ziem, Jochen 806*
Zinn, Georg August *354*, 836, 839, 889, 890*, 891*
Zoglmann, Siegfried *353*, 369, 377, 408

Sachregister

Aachen 227, 323, 629
Abrüstung 971*, 1380
- Genfer Abrüstungskonferenz 1962 266*
Afghanistan 1075f., 1111
Afrika 1107
Ägypten 428*
Agrarpolitik (s. auch Landwirtschaft) 41, 424, 829, 969, 977f., 999
Algerien 428, 612f., 1021f., 1329
Altena 227
Arbeitsförderung XXI, 1393f., 1396
- Ausbildungsförderung XXI, 822, 829, 833
- Berufsbildungsförderung XXI, 1393
Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten Deutschlands (ARD) 33
Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen 1198
Arbeitslosigkeit 269
Aschaffenburg 1122
Asien 1007
Atomsperrvertrag XXVI, 379, 448, 609, 613, 621*, 677, 712f., 971, 975, 1012, 1015, 1019, 1033, 1079f., 1082ff., 1088, 1328, 1330, 1379, 1381–1384, 1405, 1412, 1414, 1437
Aurich 652
Außenpolitik Xf., XIII–XV, XVII, XX, XXVIf., XXVIII, 17, 38, 40, 43, 47, 50, 57, 71, 101, 170, 229, 231, 246–259, 274–276, 284, 286, 296, 298, 307f., 321–327, 330, 343, 416, 425–433, 608–618, 621*, 661, 668–671, 864f., 1090–1092, 1104–1112, 1309, 1378–1386, 1401–1411
- Afghanistan 1043
- Belgien 323
- Burma 709, 1043
- Ceylon 708, 1043
- Frankreich VIII, XI, XXI, 47*, 49f., 52–58, 71, 158f., 171, 180, 194, 217*, 226, 235, 267f., 274f., 286f., 302, 377f., 425f., 432, 610–616, 713, 865, 972, 1011, 1032, 1105f., 1331f., 1468f.
- Großbritannien 71, 264, 269, 315, 616, 865, 972
-- Regulierung des Devisenausgleichs 266*, 315*, 325, 327, 621*
- Indien 708f., 1043, 1408
- Iran 1043
- Italien 617f., 865
- Jugoslawien 427, 711, 1408
- Malaysia 1376
- Malta 880
- Naher Osten 429
- Niger 1100*, 1127
- Norwegen 301*
- Österreich 1334
- Pakistan 708f., 1043
- Polen 191, 427, 1004
- Rumänien 427, 437, 664, 1001*, 1407f.
- Schweden 301*
- Sowjetunion 618, 624*, 666, 1010, 1043, 1107, 1382f.
- Tschechoslowakei 1004
- Türkei 1043, 1111*
- Vereinigte Staaten von Amerika VIII, XI, XXI, 55, 262–267, 269, 274, 315, 432f., 608–610, 616, 712f., 923, 1011f., 1032, 1107, 1330f., 1334f., 1378–1381

-- Regulierung des Devisenausgleichs XVI, 262*, 265, 611*
Auswärtige Kulturpolitik 1107f.
Außerparlamentarische Opposition (APO) XXIVf., 897, 899, 909, 1081, 1269, 1286, 1295, 1318, 1326, 1337, 1360, 1434, 1440f., 1445
Australien 974
Automobilindustrie 188, 437, 439
Backnang 625
Baden-Württemberg XX, 74, 79, 126, 186, 188, 317, 382*, 729, 738–740, 742f., 812, 817–820, 967, 1122, 1128, 1130, 1142, 1281, 1391, 1420f.
- Hochschulpolitik 1191, 1427–1429
- Koalitionen und Koalitionsverhandlungen 819f., 850, 858f.
- Kommunalwahl 1965 57, 226f.
- Kommunalwahl 1968 756*
- Landtagswahl 1964 3, 24
- Landtagswahl 1968 XXV, 71*, 707, 715, 798, 802f., 807, 812, 815f., 818*, 849–865, 876–879, 881*, 884–886, 1219–1221, 1327
- Regierungsbildung 1968 853–861, 907, 1276
- Schulpolitik 1165f., 1168f.

Bad Harzburg 454
Bayerische Staatspartei 931*
Bayerischer Rundfunk 824, 1442f.
Bayern 24, 229, 312, 329, 563, 805, 812, 838, 864, 933, 996, 1082, 1122, 1205, 1271, 1391, 1421
- Hochschulpolitik 1429
- Kommunalwahlen 1966 71*, 143*
- Landtagswahl 1966 XIX, 61, 143*, 274*, 285, 289, 306, 308, 361, 740

„Bayernkurier" 297, 300, 939, 977
Bayernpartei 730
Bayreuth 143, 841
Belgrad 1001, 1077
Bensberger Kreis 936*
Bergbau 174, 200*, 220*, 1481
Berlin XV, 15, 18, 132, 152, 177, 236, 256, 273, 287, 296, 410, 416*, 563, 580, 637f., 654, 665, 746, 842, 855f., 873, 883f., 893–925, 953, 969, 980–992, 1024f., 1029, 1031, 1033, 1035, 1041, 1045, 1096, 1152–1159, 1326, 1336f., 1360, 1378, 1451, 1458
- Berlin-Blockade 1948/49 900
- Berlin-Förderung 693*
- Berlin-Frage 10, 68, 159, 267, 304, 690–694, 700–705, 900*, 970–975, 1010, 1102, 1227f., 1401
- Berlinhilfe-Gesetz 982, 991*
- Berlin-Krise 1958–1961 325, 897*, 974*
- Berlin-Verkehr 981–987
- Bevollmächtigter des Bundes 296, 303
- Bundespräsenz 1158
- Freie Universität (FU) 752, 754, 896, 910f., 914, 921, 1290
- Passierschein-Verhandlungen und -Abkommen XV, 248–250, 255f., 293f., 296, 913
- Regierungskoalition 739
- Rechtsstellung und Stimmrecht der Berliner Abgeordneten im Deutschen Bundestag 395, 475, 1152–1157, 1240–1246
- Viermächtestatus 180f., 1154, 1157, 1228
- Wahl zum Abgeordnetenhaus 1967 484*

„Berliner Morgenpost" 909
Betriebsverfassungsgesetz 650, 960, 962, 1207, 1214–1216, 1220f., 1478–1480
Biberach 877, 879

„Bild" 5, 366, 404, 622, 1457
Bildungspolitik s. auch Schulpolitik 328, 626, 718f., 747, 749, 787, 969, 979, 994–996, 1121, 1178–1181, 1303, 1309, 1473–1475
Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) 382*, 653f., 811f.
Bochum
– Universität 997
Börsenverein des Deutschen Buchhandels 1296*
Bonn 22, 26, 53f., 70, 91, 126, 128, 153, 220–222, 236, 257, 276, 294, 604, 616, 619, 622, 633, 684, 688, 701, 720, 737, 772f., 789, 805, 858, 862, 888f., 893, 901, 913f., 933, 952, 956, 963, 974, 1008, 1010, 1042, 1232, 1302, 1304, 1336, 1378
„Bonner Rundschau" 170
Bottrop 227
Braunschweig 650
Bremen 729, 744, 837, 856, 946, 1391, 1422
– Bürgerschaftswahl 1967 660
Brüssel 50f., 1006, 1011, 1404
Bukarest 415, 664, 1005, 1074
Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) 644
Bund der Vertriebenen (BdV) 478f., 1025f., 1003
Bundesanstalt für Arbeit 269, 1199
Bundesbahn 243, 667, 717, 1260
Bundesbank 184, 244, 267, 316, 329, 344, 621, 676, 1201–1204, 1315, 1414
Bundesgrenzschutz 1297
Bundeshaushalt VIII, 269–271, 280f., 315f., 328
Bundeskanzler 101, 108, 116, 1452
– Richtlinienkompetenz 41
Bundeskanzleramt 65, 90, 103, 378, 627, 998
Bundesministerium für/des
– Arbeit und Sozialordnung 620*
– Auswärtiges Amt XI, 55, 143, 180, 615, 623, 669f., 682f., 1383, 1387
– gesamtdeutsche Fragen XI, 17f., 42f., 45*, 46, 254–258, 297, 378f., 682f., 806*, 1387
– Finanzen 627, 667, 682, 717
– Inneren 143, 741
– Post- und Fernmeldewesen 1198
– Verkehr 683
– Verteidigung 623, 1013, 1998
– Wirtschaft 418, 683, 767, 1198, 1202
– Wissenschaftliche Forschung 1198
Bundesnachrichtendienst (BND) 1295
Bundespräsident 1118, 1333, 1450, 1452f.
– Präsidentschaftskrise 1959 XVII
– Bundespräsidentenwahl 1969 XXVII, 745, 806, 886–893, 926f., 950f., 1057, 1229, 1271–1283, 1337, 1340–1353
Bundesrat 57, 231, 236, 269, 289, 299, 311f., 413, 642, 681, 809, 813, 833, 836, 843, 931*, 981, 1327
– Außenpolitischer Ausschuß 327
– Sonderausschuß für die Finanzreform 1420*
– Verteidigungsausschuß 327
Bundesrechnungshof 472, 830
Bundesregierung
– Finanzkabinett 620f., 661, 667, 672, 977
– Kabinettsausschuß für gesamtdeutsche Fragen XV, 257
– Kabinettsausschuß zur Haushaltsplanung 302
– Kabinettsreform 38, 289,295, 302

- Mitbestimmungskommission 1205
- Presse- und Informationsamt 671, 673, 774
- Regierungsbildung 1965 Xf., 9, 20–22, 24, 35–59, 200, 297
- Regierungskrise und Regierungswechsel 1966 XXI, 338–374, 421
- Staatssekretärausschuß 43, 257
- Verhältnis zum Bundestag 677–682
- Verhältnis zur CDU 60f.
- Verteidigungsrat 43, 750
- Wirtschaftskabinett 678

Bundestag
- Auswärtiger Ausschuß 1019, 1405
- Gesamtdeutscher Ausschuß 181, 702, 921, 1287
- Haushaltsausschuß 181, 682
- Innenausschuß 494f.
- Kommission für Wehrgerechtigkeit 1109
- Sozialpolitischer Ausschuß 1387, 1390
- Vermittlungsausschuß 272, 278, 305, 309, 311f., 318f., 681, 1327, 1411f., 1419, 1421f.
- Verteidigungsausschuß 80
- Wirtschaftsausschuß 268

Bundestagswahl 1949 2*
Bundestagswahl 1953 2*
Bundestagswahl 1957 2*, 4
Bundestagswahl 1965 VIIf., XIV, XXVIII, 1–9, 35, 182, 200, 338
Bundestagswahl 1969 IX, XIV, XVIII, XXVII, XXIX, 8f., 71, 213, 234, 259, 370, 408f., 411, 487, 684, 707, 752, 815, 935, 1281, 1308–1327, 1430–1441
Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) 902, 915, 918f., 1457
Bundesverfassungsgericht 389, 485, 731, 816, 847*, 869, 876, 931, 968, 1084, 1244, 1285, 1291f.
Bundeswehr 327, 623–625, 656f., 1024, 1029f., 1087, 1114–1116, 1352, 1449, 1470–1472
Bundeszentrale für politische Bildung 724
Bund Katholischer Unternehmer 760*, 763, 765
Bund-Länder-Kommission 444, 829, 832, 834, 841f., 1359
Castrop-Rauxel 227
Chemnitz 232f.
China 267, 628f., 712
„Christ und Welt" 976f., 1454
Christlich-Demokratische Union (CDU)
- Atlantiker/Gaullisten XIII, XXI, 47*, 226, 306
- Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands 585*
- Bundesfachausschüsse und Kommissionen
  - Agrarpolitik 219, 777, 999
  - Besetzung der Bundesfachausschüsse 756–768
  - Finanzkommission 334, 336, 771, 1052–1056, 1372
  - Gesamtdeutscher Ausschuß 698
  - Gesundheitspolitik 777
  - Kommission für Fragen der Finanzreform 828*
  - Kommission für gesamtdeutsche Fragen 918*
  - Kulturpolitik 155, 1177, 1302, 1305, 1507
  - Mitbestimmungskommission 1219, 1307f.
  - Öffentlicher Dienst 777
  - Programmkommission 942–950, 964f., 1089, 1259
  - Rundfunkkommission 1148
  - Satzungskommission 597, 605, 770, 1239

-- Sport 130
-- Sozialpolitik 154, 170, 192, 259f., 766, 771, 777
-- Verteidigungspolitik 1336
-- Wahlrechtskommission 405, 445, 474-478, 637, 726, 732–734, 748, 790, 810, 812, 966
-- Wirtschaftspolitik 243, 245, 757–759, 777f., 848, 954, 1208, 1212
- Bundesgeschäftsführer 66, 81f., 85f., 98, 108f., 118–122, 126–130, 133–135, 167, 930
- Bundesgeschäftsstelle XX, 7f., 66, 84, 109, 120, 122, 125, 137, 174, 214, 230, 237, 551f., 557, 568, 599, 748, 930, 939f., 1089, 1371f.
- Bundesparteiausschuß 26, 101, 143, 153f., 162, 170, 173f., 175, 239, 374, 419, 458f., 574, 688, 1240–1242
- Bundesparteigericht 1233f.
- Bundesparteitage
-- Goslar 1950 XX, 77, 545, 585*, 595, 1063
-- Karlsruhe 1951 XX
-- Hamburg 1953 399, 750
-- Stuttgart 1956 64, 76, 81, 83, 86, 144, 545f.
-- Karlsruhe 1960 490*, 1234*
-- Dortmund 1962 76, 95, 127
-- Hannover 1964 VII, 153, 331f.
-- Düsseldorf 1965 32, 590, 953f., 1040*
-- Bonn 1966 VIII, XI, XIX, 63, 105–154, 160–174, 490*, 545, 554*, 1016*
-- Braunschweig 1967 IX, 449–459, 481–573, 574–606, 642, 763, 767, 963, 1054, 1057, 1062, 1066, 1249, 1367
-- Berlin 1968 XXIX, 167f., 575f., 750–756, 924, 956, 962, 1054, 1056f., 1062, 1065f., 1210, 1232–1270, 1308, 1313f., 1354
-- Mainz 1969 1054*, 1375
- Bundesschatzmeister IX, 108, 125–128, 133–135, 164, 334, 750, 788, 844–848, 929–931
- Bundesvorsitzender 21, 60–65, 72, 77, 83–87, 101, 124, 126, 130, 149, 164, 694
- Bundesvorstand VII, X–XXII, XXV, 13–16, 18–29, 33, 49, 52, 74f., 78, 81f., 87, 89, 92–103, 114f., 127, 129, 136–138, 141f., 144, 146–148, 151, 162f., 169, 189f., 192–194, 230, 239, 258–260, 276–278, 298, 307, 342f., 451, 455–459, 689–691, 778–780, 820, 926f., 1042, 1044, 1047, 1259, 1262, 1423, 1436f.
- Christentum, Kirchen und Konfessionen 4, 212f., 225, 234, 643, 650, 864, 1355
- Ehrengerichtsordnung 572
- Ehrenvorsitzender 106, 167, 169f., 573, 576, 595, 599, 775
- Exil-CDU XXIX, 484, 486, 491f., 496f., 560f., 590, 769f., 924, 1062–1071, 1250f.
-- Rechtsstellung in der Partei 583–584, 1069, 1238–1246
- Finanzen und Finanzierung 332-335, 459–474, 571f., 607, 639–645, 768–777, 845–847, 926–941, 955, 1052-1056, 1371–1373
-- Bundesparteibeitrag 569–572,
- Fraktion im Deutschen Bundestag VIIIf., XV, XVIIf., 9–11, 15f., 19f., 26–29, 40, 127, 131, 144, 222, 231, 243, 251f., 256–259, 270, 273f., 281–288, 292f., 298, 302, 307, 345–348, 351f., 423, 448, 514f., 572, 619, 621f., 630, 643,

650f., 656, 667, 681, 689, 745, 749, 801f., 810, 814f., 839, 953f., 1126f., 1133, 1211, 1229–1231, 1259f., 1262, 1273, 1304f., 1362, 1392f.*
-- Arbeitskreise und Kommissionen 324, 700, 762, 1386, 1388
-- Fraktionsgemeinschaft mit der CSU 26f., 44, 47f., 475
-- Fraktionsvorsitzender 26, 81, 101, 108f., 127f., 133f., 136, 594
-- Fraktionsvorstand 10, 14, 18, 25, 27f., 36, 39, 51, 54, 132, 185, 204, 260, 275, 287f., 298, 307, 342, 565f., 778, 1232
-- Parlamentarischer Geschäftsführer 514f.
-- Verhältnis zur Partei 699
- Fraktionsvorsitzendenkonferenz 278, 821, 834, 839–841, 995, 1302, 1304f., 1443, 1499–1501
- Führungsstruktur VIIIf., 64–67, 72–99, 105–153, 209, 400, 483–569, 575–607, 632f.
- Generalsekretär VIIIf., 77f., 81–85, 91, 98, 106, 108f., 111–122, 127, 131, 450–452, 457–459, 481, 483–557, 590–599, 694, 763, 783, 930, 1092
-- Verhältnis zum Bundesvorsitzenden 500–524, 530, 591f.
- Geschäftsführender Vorsitzender VIII, XX, 21, 61, 83, 85f., 89, 95, 101, 118, 125
- Geschäftsführender Vorstand 100, 127f., 488
- Geschäftsführendes Präsidialmitglied VIII, 108–137, 147, 153, 167
- Geschäftsordnung 100f., 566–568, 572, 599, 1235
- Kanzlerkandidatur 1966 364–367
- Koalition und Koalitionsverhandlungen 1966 344*, 352, 356f., 360f., 368f., 371, 376–419, 453, 1314, 1409f.
- Konfessionsfrage 141–151, 542, 548
- Kreisverbände 1089
-- Gladbeck 1234*
-- Köln 1362
-- Wiesbaden 751
- Kulturpolitisches Büro 1302, 1304
- Landesgeschäftsführerkonferenz 495, 771, 1301
- Landesverbände 64, 70, 84, 87, 95, 107, 131, 135, 139, 145, 148, 175, 193, 270f., 451f., 493, 518, 598, 930, 1089, 1230, 1252, 1268
-- Baden-Württemberg (CDU in) XX, 134, 163, 598*, 749, 819, 906, 1060, 1219, 1370
--- Fraktion im Landtag 1302
-- Berlin XII, 17, 161, 297, 598, 749, 911, 1136, 1269*, 1370
--- Fraktion im Abgeordnetenhaus 909
--- Landesparteitage 1968 1102
-- Bremen 107, 749, 804, 1134, 1255, 1362*
-- Hamburg 107f., 135, 214, 592, 804, 1068, 1133, 1255, 1370
-- Hannover 133, 593, 1133
-- Hessen 289, 410, 751, 1289
--- Kulturpolitik 1176
-- Niedersachsen (CDU in) 31, 107, 132, 139, 164, 453f., 575, 694, 1370
-- Nordrhein-Westfalen (LV Rheinland und LV Westfalen-Lippe) 62, 74, 81, 87, 107, 134, 160, 164, 167, 199, 214, 417, 422*, 451, 453, 457, 514, 535, 537, 583, 585, 590, 593, 595, 598*, 694,

729, 737, 749, 943, 956, 1126, 1253–1256, 1311f., 1376
--- Fraktion im Landtag 199, 237, 834, 1183
--- Koalition und Koalitionsverhandlungen 400–402, 407f., 419
--- Wirtschaftsvereinigung der CDU Rheinland 535*, 606, 963
-- Oder-Neiße XXIX, 174*, 482, 486, 492, 560f., 590, 644, 770f., 777, 1062–1071, 1250f.
--- Rechtsstellung in der Partei 583f., 1070f., 1238-1246
--- Umbenennung in Union der Vertriebenen und Flüchtlinge 1246
-- Rheinland-Pfalz 332f., 336, 570, 597, 642, 845, 933, 1132, 1255, 1259, 1303
-- Schleswig-Holstein 107, 309, 1093, 1095, 1004, 1131, 1133, 1255, 1370
--- Koalition und Koalitionsverhandlungen 407
--- Koordinierungsausschuß 64, 66
--- Landesparteitag 1967 735*
-- Soltauer Kreis 1091, 1096
- Landesvorsitzende 22, 62, 123, 135f., 163, 192, 289, 295f., 343, 348, 571
- Landesvorsitzendenkonferenz 63f., 66, 75, 81, 131, 280, 490, 568, 604, 694, 771, 835*, 931, 1184, 1236
- Medien (Verhältnis zu) s. Medienberichterstattung
- Mitgliederstruktur XIV, 78, 1350
- Parteireform IX, 74–99, 466–468, 485, 492, 575
- Präsidium XIX, 7, 10, 14–16, 18f., 21–29, 35f., 64*, 67, 70, 75–81, 83f., 86, 88–93, 98f., 106–136, 139, 141, 144, 147–149, 151–155, 160–169, 175, 177, 192, 234, 239, 245, 258–260, 275f., 279f., 287, 290–292, 375, 451, 455–459, 680, 746, 844–847, 926f., 1261, 1268, 1439
- Programmatik 178, 425, 647
-- Aktionsprogramm XXIX, 331f., 640f., 674, 686, 696-699, 934, 952, 957f., 960, 1056f., 1260, 1068, 1073, 1085, 1088-1228, 1260f.
--- Entwurf einer Verfahrensordnung für die Verabschiedung 941–950
-- Düsseldorfer Leitsätze 436
-- Hamburger Programm 1953 XIV, 331, 399, 748
-- Berliner Programm 1968 IX, XXVIII, 1267, 1388
-- Hochschulpolitisches Programm 1499–1502
-- Wahlprogramm 1969 1462–1499
- Satzung/Statut IX, XXIX, 75f., 83, 89f., 93–98, 107–111, 114*, 123, 134–136, 140, 152–154, 161, 165, 190, 192f., 449f., 455f., 459, 483–572, 575–578, 765–767, 1062, 1068–1070, 1238f., 1258, 1377
- Vereinigungen 148, 192, 474, 520–522, 596, 1066, 1089, 1230, 1240f., 1247, 1268, 1504f.
-- Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA)/Sozialausschüsse 8*, 85f., 113, 119f., 127, 137, 145, 178*, 520f., 531, 533f., 536, 578, 606, 642, 645, 695, 720*, 758-767, 770, 773, 776, 845, 937, 939, 953-965, 1060, 1205-1209, 1212–1214, 1217f., 1230f., 1236, 1248, 1260, 1263-1266, 1307f., 1367-1370, 1399, 1503, 1505
--- Betriebsrätekonferenz 1215

--- Junge Arbeitnehmerschaft 1368
--- „Offenburger Erklärung" 645*, 647, 695*, 958f., 1222
--- Satzung 154
--- Vorstand 137
-- Evangelischer Arbeitskreis (EAK) 308, 486, 545, 771, 774, 977, 997
-- Frauenvereinigung 777, 1283
-- Junge Union (JU) 11f., 114, 142, 450, 453, 457f., 498, 500–502, 512, 514, 517, 519, 521–523, 525, 528, 531, 578, 584, 591f., 595, 602, 643, 702f., 725, 731, 753, 755, 769f., 774, 776, 784f., 787, 792, 801, 811, 878, 885, 943, 950, 1027, 1042, 1068, 1098f., 1132–1134, 1140, 1230, 1235, 1501
--- Kreisverband Köln 885*,
--- Landesverband Berlin 1130
--- Landesverband Rheinland-Pfalz 951
--- Landesverband Schleswig-Holstein 885, 970, 1130
--- Satzung 753*
-- Kommunalpolitische Vereinigung 392, 531, 770, 772f., 1230, 1289, 1373, 1503,
-- Mittelstandsvereinigung XXIX, 531f., 534, 537, 578, 606f., 645, 695, 760–762, 766, 961, 963, 1057-1061, 1068, 1219, 1247-1258, 1307, 1364-1370, 1502*, 1504f.
-- Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) 752*, 769f., 879, 882, 885, 970, 993f., 998, 1184, 1236–1238, 1499, 1501
--- Berlin 914
--- Deutschlandpolitik 914*
-- Schüler-Union 998
-- Union der Vertriebenen und Flüchtlinge 485*, 531
-- Versorgungswerk für die Vereinigungen 771, 774
-- Wirtschaftsrat der CDU e.V. XXIX, 178*, 474, 520, 522, 531-537, 606f., 642, 645, 695, 760–762, 764, 766, 788, 845, 937, 939, 950, 954–956, 964, 1068, 1206–1209, 1214, 1217, 1364–1370, 1391, 1399, 1504–1506
--- Rechtsstellung in der Partei 961–963, 1057–1061, 1247–1258, 1397, 1505
-- Wirtschaftsvereinigung
--- Gründungsvorbereitungen 1364–1370, 1502–1506
- Wählerstruktur 1311, 1355
- Wahlkongreß in Wiesbaden 1969 1071f., 1373f.
- Zentrale Mitgliederkartei 154
Christlich-Demokratischer Pressedienst 937
Christlich-Soziale Union (CSU) VII, XIX, XXII, XXVII, 6, 11, 15, 20, 25–27, 29, 35-40, 44, 47, 49, 81, 132, 217, 231, 268, 276f., 297, 361, 422, 630, 743, 932f., 1229, 1271f., 1289, 1302, 1376
- Fraktion im Bayerischen Landtag 822
- Generalsekretär 117
- Satzung/Statut 117
- Geschäftsführender Landesvorstand 306
- Landesgruppe im Deutschen Bundestag 355, 822
- Union der Ausgewiesenen 1065*
- Union der Vertriebenen 770*, 1067f.
- Verhältnis zur CDU 1317

- Vorstand 10, 14, 18, 25–28, 36, 49*, 58, 277, 308, 347, 355, 364
- Wahlrecht 805

Commonwealth 448
Contergan-Prozess 1293
Dänemark 294
Deidesheim 297, 1303, 1499
Den Haag 617
Detmold 211*
Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) 650
Deutsche Demokratische Republik (DDR) XV, 782, 1001, 1117,

- Anerkennung durch die Bundesrepublik XVIII, 248–251, 258, 378, 406, 662f., 690, 697, 972, 702, 710f., 782, 885, 914, 1102, 1112, 1150–1152, 1405–1408, 1417, 1419, 1465f.
- Außenpolitik 428
- Berlin 899–901
- Evangelische Kirche 686f.

Deutsche Frage (s. auch Wiedervereinigung) 10, 72, 157, 176, 406, 429, 612, 746, 752, 1001, 1004f., 1013f., 1020f., 1098, 1150–1152, 1330, 1333f., 1386f., 1401
Deutsche Friedensunion 198, 209, 223, 226, 729, 847*
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 1288, 1290, 1292, 1413, 1431, 1434, 1444
Deutsche Partei (DP) 4, 653f., 658
„Deutsche Tagespost" 1080, 1082
Deutsche Wählergesellschaft 397
Deutsche Zentrumspartei 150*
Deutscher Bauernverband 219
Deutscher Bundeswehrverband 1448
Deutscher Flottenverein 786
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) 650, 682, 720, 953, 958, 962, 965, 1206, 1208f., 1218

- Christlich-Demokratische Gewerkschafter im DGB 951*, 958

Deutscher Richterbund 882
Deutscher Sportbund 1371
Deutscher Städtetag 664*, 826*, 830f., 841f.
Deutsch-Französische Freundschaft s. Außenpolitik – Frankreich
Deutsch-französischer Vertrag 1963 XX, 50, 54*, 425, 608, 615f.*, 1468
Deutsch-Französisches Jugendwerk 54*, 323
„Deutsches Monatsblatt" 934–940
Deutschlandfunk 258
Deutschlandpolitik X, XIVf., XXVI–XXVIII, 17, 40, 43, 47, 201, 209, 218, 252–259, 295, 302–304, 378f., 343, 404, 406f., 416, 426, 437f., 659f., 662, 668–670, 683, 685–693, 696–706, 710f., 753, 1020, 1032, 1090f., 1095–1103, 1197, 1362, 1405, 1417, 1425, 1453

- Alleinvertretungsanspruch 47*, 267, 586, 687, 1064, 1102
- Familienzusammenführung XV
- „Hallstein-Doktrin" XXVI, 47*, 258, 985, 1014, 1453
- Interzonenhandel 248, 296, 900, 922, 982–984, 988, 990
- Post 303
- Selbstbestimmungsrecht 686f., 1095, 1099, 1002, 1150, 1406, 1408
- Sport 303

Deutschlandvertrag 158, 180f., 431, 697*, 1083
Dortmund 227, 749, 1072
Dresden 1064, 1329
Düsseldorf 206f., 214, 221, 224, 226f., 328, 437, 635, 835, 1304, 1450f., 1458
Duisburg 227

„Ecclesiam Suam" (Enzyklika) 202*
Eigentumspolitik s. Vermögenspolitik
England s. Großbritannien
Entspannungspolitik XXVI, 267, 426, 429, 610, 624, 670*, 690, 1008f., 1025, 1035, 1005, 1111–1113, 1380
Entwicklungspolitik 330, 616*, 708f., 1079, 1092, 1108–1112
Erster Weltkrieg 786
Essen 205, 224, 227, 1374
Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) 712, 1383
Europäische Föderalistische Partei 931*
Europäisches Parlament 50
Europapolitik (s. auch „Fouchet-Pläne") XII, 49–51, 195, 301f., 437–442, 446–448, 1105f., 1401–1404, 1468f.
Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) 49
Europäische Frauen-Union 777
Europäische Gemeinschaft 446
Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl („Montanunion") 49f., 52, 447
Europäische Kommission 50f.
– „Mansholt-Plan" 51*
Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) 52, 532, 798, 1032, 1034
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 49f., 188, 301f., 380, 713, 1223, 1334
– Agrarmarkt-Finanzierung 50, 175,
– Beitritt Dänemarks 610*
– Beitritt Großbritanniens 47*, 380, 431f., 438–442, 446–448, 610f., 614f., 627, 711f., 972, 1331, 1334, 1401–1403
– Beitritt Irlands 610*
– Kommission XVIII
– Römische Verträge 432*, 608, 1076
Europapolitik 688, 1008
Europarat 431, 438, 659, 1032
European Free Trade Association (EFTA) 301, 441, 447, 1404
Evangelische Akademie Loccum 836
Evangelischer Kirchentag 1451f.
Familienpolitik (s. auch Kindergeld) XIV, 203f., 683, 1121, 1485–1488
Finanzausgleich Bund-Länder s. Finanzreform
Finanzpolitik, Finanzverfassung (s. auch Haushaltspolitik) XII, XXVIII, 10, 39, 41, 68, 183–185, 194, 218, 314*, 241, 244–246, 273, 299f., 317–321, 328–331, 343, 346, 384f., 391, 413,423, 434f., 621–623, 676, 695, 722, 977–979, 1092, 1128, 1327, 1387, 1395, 1411
– Bund-Länder-Arbeitsgruppe 833*
– Finanzreform XXI, 186, 277*, 341, 391, 393, 443–445, 448, 475, 627, 631f., 636, 648, 657, 676, 681, 694, 708, 714, 802, 813, 820–844, 1121f., 1353f., 1358f., 1371, 1419–1423, 1437
– – Finanzreformkommission 823
– Gemeindefinanzreform 821, 825, 830, 837, 842f., 979
– Mittelfristige Finanzplanung XXI, 176, 292, 423f., 618–620, 633–635, 645, 656f., 661–663, 666f., 676, 716, 747, 825f., 977, 1000, 1008, 1050, 1129, 1142, 1225
– „Troeger-Gutachten" 316*, 391, 444f., 636, 841
Flensburg 563
Föderalismus 188f., 305f., 316f., 632f., 823, 834–837, 1121–1125, 1362
„Formierte Gesellschaft" XVI, 635

Forschungspolitik 636, 1197–1200, 1473–1475
„Fouchet-Pläne" 50, 301, 617
Frankfurt 238, 294, 856, 878, 952
„Frankfurter Allgemeine Zeitung" 7, 632, 786, 858, 1019, 1454
Frankfurter Buchmesse 55, 1445
„Frankfurter Rundschau" 663
Frankreich 49, 447, 712, 904, 968, 979f., 1018, 1076, 1140, 1402
– Algerien s. eigenes Stichwort
– Force de Frappe 326
– Gaullismus 870
– Israel 1083
– Ostpolitik 275
– Polen 615,
– Sowjetunion 171, 180, 613, 1332
– Studentenunruhen 866,
– Vereinigte Staaten von Amerika 156–159, 275, 610–612, 1416f., 1418
Frauenpolitik XIV, 23, 233–235
Fraunhofer-Gesellschaft 1199
Freiburg 879, 881*, 1296
Freie Demokratische Partei (FDP) VIII, X, XV, XXf., XXXIII, XXVII, 5, 11, 16, 19, 26f., 42, 69, 182, 191, 250f., 257, 278–280, 289–292, 375, 666, 674, 729, 748, 808f., 812, 817–819, 932, 1016, 1027, 1042, 1209, 1272–1282, 1308, 1312, 1315, 1318, 1321f., 1344–1346, 1353, 1391, 1404, 1423f., 1431, 1433, 1439f.
– Bundesparteitage
– – Freiburg 1968 730, 806, 818
– Bundesvorstand 15, 37*, 1278
– Deutschlandpolitik 407, 663*, 819*, 1386, 1406
– Fraktion im Deutschen Bundestag XVII, 15*, 292, 1275–1278
– Koalition und Koalitionsverhandlungen 21, 35–59, 279, 298–301, 338–343, 348, 356f., 362, 734, 1019f., 1276f., 1350
– Länder
– – Baden-Württemberg 1276*, 1440
– – Bayern 367
– – Niedersachsen 30*, 651-654, 819f., 1440*
– – Nordrhein-Westfalen 209–211, 227f., 230, 279, 353
– Schulpolitik 1424*
– Wahlprogramm 1969 1462
– Wahlrecht 738f., 742, 746
Freie Universität s. Berlin
Friedensbewegung XXIV
Fulda 327
Gelsenkirchen 150*, 197, 227, 877
Genf 1012
Gesellschaft für Christlich-Demokratische Bildungsarbeit 569*
Gesellschaftspolitik XVI, 41, 170, 203, 957
Gesundheitspolitik 1121, 1398
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) 956, 959
Gewerkschaften (s. auch Deutscher Gewerkschaftsbund, Einzelgewerkschaften) XXIVf., 8, 202, 209, 225, 334, 413, 685, 727, 946, 952f., 955f., 962, 1139f., 1147, 1211
– Christliche Gewerkschaften 119
Gifhorn 454
Gladbeck 227
Görres-Gesellschaft 943
Göttingen 1450, 1459
Goslar 454
Griechenland 632*,
Griechisch-türkischer Krieg 1919–1922 1020

Großbritannien 55f., 158, 263, 268f., 429, 499, 870, 904, 946, 948, 980, 1333
- Außenpolitik 1074–1077
- Konservative Partei 438
- Labour-Party 323
- Wahlrecht 395, 397, 409f., 787

Große Koalition IX, XIX–XXII, XXIV, XXVIIf., 13*, 48*, 232, 289, 297*, 304, 349, 352, 375, 421–423, 445f., 519f., 574, 594, 619, 622, 627, 631–637, 647, 659–662, 666, 671, 675, 681, 685, 688, 695, 698, 707, 714, 718, 733f., 740*, 790f., 798, 808, 812f., 816f., 840, 843, 854, 901, 909, 916, 966*, 1071, 1310, 1312–1315, 1318, 1321, 1342, 1348f., 1392f., 1405, 1423, 1431f., 1448, 1453

Grundgesetz XXI, XXIV, 37, 40, 46, 68f., 185, 270, 283, 360, 391–394, 398, 512, 687, 815, 822f., 837–839, 843, 987, 1064, 1099, 1117, 1139, 1147, 1155, 1200, 1202, 1259, 1284f., 1299, 1413

„Hallstein-Doktrin" s. Deutschlandpolitik

Hamburg 53, 217, 410, 744, 1421f., 1460
- Bürgerschaftswahlen 1966 61, 63, 77

Hameln 285

Hamm 227

Hannover 652f., 704, 900, 910, 914, 1042, 1459

Hannover-Messe 185

Haushaltspolitik (s. auch Finanzpolitik, Finanzverfassung) XXI, 39, 41, 67f., 238, 241f., 259, 273, 284, 286, 290–292, 302f.
- Haushaltssicherungsgesetz XIV, 201, 203, 210, 215–217, 225f., 292, 343

Heidelberg 878f., 1326f.,
- Universität 997, 1290, 1294, 1298

Helmstedt 454, 574*, 900, 914f.

Hessen 188, 354, 638, 654, 744, 864, 876, 923, 1205, 1300, 1421
- Hochschulpolitik 1429
- Kommunalwahl 1968 756*, 1324*
- Landtagswahlen 1966 61, 71*, 223f., 237, 285, 289, 306, 350*, 740
- Schulpolitik 1166f., 1169

Hildesheim 454, 654

Hiroshima 1329

Hochschulen (s. auch Studentenunruhen) 650f., 873–876, 880–883, 1128, 1181–1192, 1236, 1337–1339, 1359, 1427–1429, 1473–1475
- Hochschulreform 873, 952f., 969, 1170f., 1427
- Hochschulfinanzierung 714, 827, 830
- Paritätische Mitbestimmung XXIV, 1187
- Politisches Mandat der Studentenschaft 1183–1191
- Universitätsreform 895f.
- Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) XXV, 649, 881f., 1453

Holland s. Niederlande

Hongkong 628

„Honnefer Modell" 1485

Indien 379, 428

Industriegewerkschaft Chemie 720

Industriegewerkschaft Metall 1042

„Industrie-Kurier" 1260, 1415

Inflation (s. auch Preisentwicklung und Preisstabilität) 186, 200f.*, 207, 215f., 243

Innenministerkonferenz 969

Innenpolitik XV, XX, 38–40, 170, 208, 218, 229, 268–274, 618–627, 1024f., 1091
„Internationaler Frühschoppen" 682
Internationaler Währungsfond 266
Interparlamentarische Union 1075*
Irak 428*
Iran 1076
Iserlohn 227
Israel 610*, 614, 1404, 1412
Italien 871, 904, 980,
– Christdemokraten (Democrazia Christiana) 77, 81, 84
Jakob-Kaiser-Stiftung 773
Japan 379
Jordanien 657
Jugoslawien 1001, 1014, 1077
Justizreform XXI, 1143–1146, 1159–1165
Kabul 1043, 1075, 1080
Kanada 158, 324, 1006f., 1416–1418
Karlsruhe 878
Katholische Akademie in Bayern 643
Katholische Arbeiterbewegung 119f., 127, 228, 1211
Kattowitz 562
Kaufbeuren 1070
Kennedy-Runde 439
Kiel 995, 1072, 1460
Kindergeld (s. auch Sozialgesetzgebung) XIV, 203, 1483–1486,
Kirchen und Konfessionen 31, 209, 720, 1147, 1149, 1167f.
– Evangelische Kirche 202, 871, 1305*,
– – Deutscher Evangelischer Kirchentag 239
– – Evangelische Kirche in Berlin 905f.
– Katholische Kirche XIII, 202, 221, 1305*
– Konfessionalismus XIII, 230
Kirchheim 877
Koalitionsverhandlungen 1965 21, 24f., 35–59
Koalitionsverhandlungen 1966 353–374, 382, 407
Koblenz 1073
Köln 71, 214, 224f., 227, 323, 568, 932, 1450, 1453
„Kölner Stadtanzeiger" 663f., 724, 1404
„Kölnische Rundschau" 7
Königswinter 8, 951f., 959
Kolpingsfamilie 119f., 127, 721, 1211
Kommunalpolitik XIV, 70, 209, 224, 392, 403, 939
– Kommunale Selbstverwaltung 1120, 1140–1143
„Kommunalpolitische Blätter" 773
Kommunismus 1078
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 1288
– Verbot 1956 1285
Kommunistischer Weltgewerkschaftsbund 1041
Konjunkturpolitik 626, 634*, 656, 662, 667
– Stabilisierungsgesetz 240f.
Konkordat s. Niedersachsen
Konrad-Adenauer-Stiftung 569*
– Bildungszentrum Schloß Eichholz 1124
– Institut für kommunalpolitische Bildung und Forschung 641
Konstanz 878, 1325
– Universität 997
Konvergenztheorie 1016, 1025, 1027–1029
Konzertierte Aktion 1200
Krankenversicherung (s. auch Sozialgesetzgebung) XIV, 203, 1348, 1353, 1388–1390, 1397f.
Krefeld 227

Kressbronner Kreis XXVII, 664, 1019, 1288, 1454
Kriegsopferfürsorge und Kriegsfolgelasten (s. auch Lastenausgleich) 203, 623*, 638, 979, 1129, 1224–1226, 1393, 1495f.
Kuba 1087
Kuba-Krise 322, 325, 1033
Kulturpolitik 50, 189, 203–206, 318, 542, 873, 1169, 1302–1307
– Kunstförderung 1192–1197
Kultusministerkonferenz 969, 995*, 997, 1182, 1306
Kuratorium „Notstand der Demokratie" 294*, 862*
Kuratorium Unteilbares Deutschland 664*, 710, 780–787
Landtagswahlen (s. auch einzelne Bundesländer) 12, 231, 289, 305
Landwirtschaft (s. auch Agrarpolitik) 132, 219, 717, 722, 764, 857, 1128, 1222f., 1415
Länderfinanzausgleich s. Finanzreform
Lastenausgleich (s. auch Kriegsopferfürsorge und Kriegsfolgelasten) 173, 192, 198*, 202, 204*
Lateinamerika 1107
Lemgo 211*
Libanon 428*
Liberalismus 1120
Linksradikalismus 1288f.
London 222, 398
Ludwigsburg 53
Ludwigshafen 188, 961, 1073, 1122, 1205, 1382–1384, 1405, 1444, 1458
Lüneburg 652
Magdeburg 624
Mainz 1072f., 1294, 1375
– Universität 997
Mannheim 878, 1122, 1205
Marburg 704
Maryland
– Universität 1298
Max-Planck-Gesellschaft 272, 317
Medienberichterstattung 218, 232f., 1359–1361, 1440–1447, 1454, 1457
Menschenrechte 1004
„Mense Maio" (Enzyklika) 202*
Mettmann 227
Minden 211*
Minderheitenschutzgesetz 643*, 650f., 954
Ministergesetz 512
Ministerpräsidentenkonferenz 240, 839, 856, 969, 997
Mitbestimmung XXVII, 384f., 643*, 645, 650, 716, 720f., 747, 763, 765, 845, 851, 870, 926f., 937, 950–966, 969, 980, 1060, 1126, 1204–1222, 1259–1267, 1348–1350, 1368, 1395, 1437, 1478–1480, 1501
Moers 227, 238
Mönchengladbach 214
„Monitor" XIV, 218, 300, 702f.
Montanindustrie (Kohle und Stahl) 206f., 212, 225*, 228f., 269, 625f., 675, 957, 1218
Moskau 430, 613, 709, 877, 1002, 1005, 1010, 1039, 1046, 1078, 1301, 1406f., 1410,
Mülheim a.d. Ruhr 1261,
München 39, 53, 805, 822, 835, 838, 841, 843, 856, 959, 1393f., 1419, 1449, 1451
– Ludwig-Maximilians-Universität 996*
Münchener Abkommen 1938 379f., 426f., 1004*
„Münchner Merkur" 680
Münster 212, 1451
„Mysterium Fidei" (Enzyklika) 202*
Nagasaki 1329
Nahostkonflikt (s. auch Israel) 610f., 613f., 617f., 1330, 1332

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) XXV f., 71*, 143, 367, 380 f., 403, 418, 479, 587*, 614, 644, 652–654, 660, 707, 715, 718, 729 f., 738, 740 f., 747 f., 799, 803, 814 f., 817, 819, 847*, 856, 864, 867–873, 882, 899, 906, 931*, 978, 991, 1002, 1025, 1027–1029, 1079, 1082–1088, 1103 f., 1151, 1226, 1255, 1272, 1278, 1314, 1329, 1359, 1376, 1415, 1431, 1434, 1451, 1453
- Verbotsantrag XXV f., 868 f., 875 f., 1084, 1086, 1284–1293, 1300 f., 1345 f., 1413 f., 1425, 1437, 1440
- Listenverbindungen mit der CDU 1041–1043

Nationalismus 144
Nationalsozialismus XXIV, 55, 144, 868, 1041, 1193
- Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 1086, 1291
- Verjährung von NS-Verbrechen XXVII, 46*, 1083, 1328 f., 1350, 1412–1414, 1437, 1453

„Neue Zürcher Zeitung" 938, 1035
Neuss 214
New York 1078, 1335
„New York Times" 905, 1006, 1011
Niederlande 617, 922, 1078
Niedersachsen 4, 198, 219, 313, 402, 417, 743, 811, 1420–1422, 1450, 1453
- Große Koalition 354, 654
- Kommunalwahl 1968 756*, 1041 f.
- Konkordat 30 f., 652, 1169
- Landtagswahl 1967 219, 417, 449, 482, 573, 575, 590, 592, 651–654, 1324
- Schulpolitik 1167–1169
- Wahlkampfkostenerstattung 489

Norddeutscher Rundfunk (NDR) 218
Nordrhein-Westfalen 7 f., 58, 103, 188, 190, 279, 317, 323, 327, 354, 625 f., 729, 744, 877, 1141 f., 1205, 1304, 1374, 1391, 1421 f.
- Hochschulpolitik 1429
- Kommunalwahl 1964 194, 201*
- Landtagswahl 1966 VIII, XIII f., XVI, XXIII, 6, 12 f., 20, 56, 61, 63, 77, 103, 126, 150, 153, 177–180, 182, 186, 196–239, 242, 244, 260, 270*, 297, 338 f., 590, 1312
  - Hirtenschreiben der katholischen Bischöfe 202, 212, 215
- Landtagswahl 1970 1072 f., 1316
- Regierungswechsel 1956 279, 353
- Schulpolitik 203*, 951, 1170

North Atlantic Treaty Organisation (NATO) XXVI, 265, 267 f., 321–327, 609, 623, 904, 952, 969–971, 1005–1008, 1011–1013, 1017 f., 1034, 1037 f., 1044, 1076–1079, 1114, 1335 f., 1379 f., 1417
- Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Organisation XII, 156–159, 170–173, 175, 246–248, 263, 321–323
- Disengagement 323, 1007*
- NATO-Reform 10

Notstandsgesetzgebung XXI, XXIV–XXVI, 294, 391, 393, 404 f., 413, 636, 681, 683, 727, 802, 813, 828, 840, 862, 886 f., 893, 898, 906, 976, 996, 1294, 1441
Nürnberger Prozesse 1329*
Oberhausen 422, 425, 453
Oder-Neiße-Linie XVIII, 427, 491, 612, 662 f., 670, 697, 864, 914, 1009, 1022, 1064, 1102–1104
Österreich 2, 84, 360, 553, 1077, 1117
- Österreichische Volkspartei (ÖVP) 109, 501, 962

- Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) 360*
Offenburg 645, 650
Oldenburg 650
Olympische Spiele 1972 (München) 255, 696, 698*
Organisation Gehlen 904
Osnabrück 652f.
Ostpolitik XXVIf., 275, 426, 610, 615, 624*, 630, 659f., 668–670, 677, 683, 688, 975f., 984f., 991, 1003f., 1008, 1014–1019, 1023–1026, 1107, 1342, 1406, 1467
- Aufnahme diplomatischer Beziehungen 41f.
- Friedensnote der Bundesregierung 1966 XII
- Gewaltverzicht 1457
„Ostprobleme" 1028
Ost-West-Beziehungen s. North Atlantic Treaty Organisation, Sowjetunion, Vereinigte Staaten von Amerika
Ostwestfalen 211
„Pacem in terris" (Enzyklika) 202*
Pakistan 1075, 1111
„Panorama" XIV, 218, 366
Paris 69, 155f., 247, 275, 431, 617, 971, 979f.
Pariser Verträge 1014
Parlamente 1138–1140
Parlamentarischer Rat 68
Parteienfinanzierung 333*, 334, 385, 460, 472, 484, 491, 495, 544, 931, 1286
Parteiengesetz 385, 445, 449f., 453, 455, 472, 481, 484–496, 524, 539, 544, 560f., 564f., 569, 583f., 586, 601f., 639, 642, 644, 769f., 847, 1054, 1058, 1061–1063, 1068f., 1238–1245, 1366, 1368, 1372f., 1377, 1438, 1505
Parteienprivileg 1286
Pforzheim 1329
Phnom Penh 275
Pirmasens 740
Polen 191, 612, 629, 1014, 1117, 1456
„Politisch-Soziale Korrespondenz" 771, 774, 937*
Posen 1456
Potsdam 1064
Potsdamer Abkommen 1945 864, 1457
Poujadisten/Poujadismus 537, 870, 1415, 1431
Prag 1005, 1030
„Prager Frühling" s. Tschechoslowakei
„Prawda" 1042
Preisentwicklung und Preisstabilität (s. auch Inflation) 208, 217, 231, 236, 238, 244
Rapallo-Vertrag 1922 705
Ravensburg 878, 1072
Rechtsextremismus XXV, 350, 360, 870, 872
Recklinghausen 227, 773
Regierungsbildung s. Bundesregierung
Rektorenkonferenz 272, 1184
Remscheid 227
Rentenversicherung 192, 661, 672, 716, 747, 1225, 1387–1389, 1391–1393, 1395, 1400, 1412, 1487f.
„Report" 218, 231, 300
Reutlingen 877
Reykjavik 971, 973
„Rhein-Inform" 937
„Rheinische Post" 7
„Rheinischer Merkur" 283, 307
Rheinland-Pfalz 188, 315, 329, 402f., 417, 467, 654, 744, 787, 869f., 996, 1072f., 1122, 1126, 1142, 1391

- Landtagswahl 1967 403, 456, 482, 534*, 740
- Regierungsbildung 1967 738

Reutlingen 186
Rom 608, 617, 843, 1127, 1408
Römische Verträge s. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)
Rostock 1064
Rüsselsheim 1215
Ruhrgebiet 208, 218, 220*, 410, 633, 648f., 675, 804
Rumänien 629, 1000f., 1005, 1010, 1014
Saarbrücken 316, 788
Saarland 329, 625f., 1122, 1391
- Kommunalwahl 1968 756*
- Landtagswahl 1965 58, 61, 179, 182

Saarländischer Rundfunk 1443
Schleswig-Holstein 312f., 329, 402, 417, 738, 743f., 804, 811f., 838, 996, 1110, 1122, 1143, 1147, 1391, 1422
- Kommunalwahl 1966 216
- Landtagswahl 1967 403, 417, 454, 456, 482
- Wahlrecht 811

Schulpolitik (s. auch Bildungspolitik) 203–205, 215, 1127, 1165–1178,
- Elternrecht 1166–1168

„Schwäbische Zeitung" 1457
Schweden 1123f.
Schweinfurt 26
Schweiz 238
Sender Freies Berlin 909
Solingen 206, 227
Sowjetunion XXIII, 267, 426, 429f., 611, 799, 925, 1012f., 1017–1025, 1031, 1034, 1042, 1082
- Berlin 919f., 970–972, 1023
- China 628, 903f., 1075
- Deutschland 868, 902f., 1001–1005, 1073–1075, 1300f.
- Vereinigte Staaten von Amerika 1002

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) VIII, X, XIV, XIX–XXIV, 3–5, 8, 16f., 31, 61, 68–70, 76, 120, 179, 182, 186, 194, 253, 256f., 273, 282, 289, 302, 305, 454, 520, 594, 608, 619f., 622, 625, 647–649, 665f., 671–675, 681–685, 707, 715, 877, 885, 954, 965, 979f., 1071, 1140, 1207, 1260, 1264f., 1272, 1275, 1287–1289, 1291, 1300, 1308–1318, 1353, 1397–1399, 1408f., 1416f., 1430–1435, 1438–1440, 1443, 1453–1458, 1461–1463
- Acht-Punkte-Plan 348–350, 1432
- Atomsperrvertrag 976, 1383f.
- Außenpolitik XXVI
- Beitragsaufkommen 332–334
- Berlin-Frage 973
- Bundesparteitage
  - Dortmund 1965 800*
  - Nürnberg 1968 XXIV, 855, 1089, 1215, 1346*
- Christentum und Kirchen 643f., 721
- Deutschlandpolitik 407, 588, 594, 690f., 704f., 1419
- „Falken" 197, 416*
- Föderalismus 836
- Fraktion im Deutschen Bundestag XIX, XXIV, 398, 414, 749, 1028
- Jungsozialisten (Jusos) XXIV, 785
- Koalition und Koalitionsverhandlungen 367, 376, 386, 422*, 659f., 663, 711, 746, 1277f., 1314, 1341–1343, 1410
- Länder
  - Baden-Württemberg 419, 850–852

-- Bayern 419, 805,
-- Berlin 898f., 903, 905, 909, 911, 913, 916f., 921f.
-- Bremen 808
-- Hessen 419
-- Niedersachsen 651–654
-- Nordrhein-Westfalen 200–212, 218–239, 283, 401, 808,
-- Saarland 419
-- Schleswig-Holstein 419, 1003
- Notstandsgesetze 745, 800*
- Ost- und Deutschlandpolitik 254, 1405–1407
- Parteirat 389
- Programmatik
-- Godesberger Programm 1959 1, 3
-- Wahlprogramm 1969 1462
- Redneraustausch mit der SED 176*, 232*, 248, 251
- Schulpolitik 1303f.
- Statut 76
- Steuerpolitik 314*
- Vertriebene und Flüchtlinge 1103
- Wählerpotential 202
- Wahlrecht 726–728, 732–734, 738–746, 797–809, 835, 966f., 1085
- Wirtschaftspolitik 1426
Soziale Marktwirtschaft XVI, 222, 422, 1128, 1202, 1465
„Soziale Ordnung" 773
Sozialgesetzgebung und Sozialpolitik VIII, XIII–XV, XXVII, 10, 41, 101, 170, 271, 424, 620f., 1090, 1092, 1329, 1387–1401
- Lohnfortzahlung 41, 1329, 1347f., 1353, 1358, 1386–1388, 1390, 1395, 1397, 1399f., 1412, 1453
- Sozialversicherung 173, 621
Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) 192, 896f., 899, 903, 910, 914
Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW) 191
Sozialistische Reichspartei (SRP) 872*, 876, 1291
Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS) 755, 869, 871, 875*, 879f., 885, 951f., 993, 998, 1087, 1117f., 1185, 1189, 1451, 1460
- Verbot 1288, 1290, 1292f., 1299f., 1413
Sozialistischer Hochschulbund 993
Sozialliberale Koalition XXVI, XXVIII
„Spiegel" 143, 663, 1074, 1260, 1410, 1414
Sport 1370f.
Staatsbürgerliche Vereinigung 932, 934
„La Stampa" 1074, 1077
Stade 161
Statistisches Bundesamt 793, 813
Steinkohle s. Bergbau
„Stern" 663
Steuerpolitik und Steuerreform (s. auch Finanzreform) 39, 244f., 274, 316, 330, 340f., 345f., 383f., 620–622, 1481, 1488–1495
- Aufteilung des Steueraufkommens zwischen Bund und Ländern XV, 184, 271f., 293, 309–321, 383
-- Bund-Länder-Kommission 277*
- Gewerbesteuer 841
- Kilometerpauschale 310. 330
- Mehrwertsteuer XXI, 620–622, 661, 681, 821, 915
- Mineralölsteuer 306
- „Stützel-Plan" 1489–1495
- Umsatzsteuer 821, 915, 1201
Stockholm 285
Strafrecht und Strafrechtsreform XXVIII, 650
Straßburg 414, 438, 617

Studentenunruhen XXIV f., 851, 863, 865–867, 875*, 895, 969 f., 993, 1131 f., 1294, 1359 f., 1385, 1427 f., 1445 f.
Studentenverbindungen 873 f.
Stuttgart 638, 678 f., 858, 867, 877–879, 954, 1141, 1360, 1419
„Stuttgarter Nachrichten" 1447, 1457
„Stuttgarter Zeitung" 627
Südamerika 2
„Süddeutsche Zeitung" 415, 627, 1447, 1457
Südwestfunk 1443 f.
Sylt 294
Syrien 428
„Tagesspiegel" 910, 917
Tarifautonomie 246, 1200, 1202
Tarifpolitik und Tarifverhandlungen 190
Taschkent 1016
Teheran 1080
Thüringen 905
Tschechoslowakei 629, 903, 925, 971, 1000–1014, 1026, 1028, 1037–1041, 1044–1051, 1074–1081, 1087 f., 1105*, 1113, 1118, 1151, 1335
Tübingen 134, 877, 1296
Türkei 1075 f.
Uelzen 30
Ungarn 629, 1030, 1078
– Kommunistische Partei 415
– Ungarn-Aufstand 1956 903*
„Union in Deutschland" (UiD) 935–937
Unionverlag 1053, 1372*
Unna 227
Universitäten s. Hochschulen
Unternehmensrecht und Unternehmensverfassung 1206–1208, 1211 f., 1214–1222, 1260–1267, 1478
Vereinigte Staaten von Amerika 158 f., 324, 677, 870, 971, 974 f., 1077, 1080, 1092
– China 633
– Deutschland 1301
– Europa 72, 438 f.
– Frankreich 156–159, 433
– Großbritannien 265
– Sowjetunion 71, 172, 609, 612, 712, 981, 1006, 1031, 1036, 1380
– Vietnam s. eigenes Stichwort
– Wahlrecht 395, 397 f., 409 f.
Vereinte Nationen (UN) 614, 712, 864, 1012 f., 1076, 1078
– Feindstaatenklausel 1073–1075, 1087
– Sicherheitsrat 1002
Verfassungsschutz 1295, 1376
„Vergangenheitsbewältigung" XXV
Verjährung von NS-Verbrechen s. Nationalsozialismus
Verkehrspolitik 840, 978 f., 1121, 1142, 1260, 1481 f.
– „Leber-Plan" 659, 667 f., 678, 683, 716 f., 719, 722, 969, 1423
Vermögenspolitik 278, 291, 300 f., 310, 631, 954, 960, 1090, 1092, 1125, 1226 f., 1394 f., 1488 f., 1495
Verteidigungs- und Sicherheitspolitik 50, 170, 266 f., 284, 286, 315*, 321–328, 330, 343, 1025, 1029 f., 1088, 1090, 1096 f., 1112–1116, 1129, 1470–1472
– Verteidigungshaushalt 272
– Wiederbewaffnung 53, 176, 898
Vertriebene und Flüchtlinge 132, 198, 204–206, 430, 482, 623*, 638, 658, 804, 860, 867, 1064–1066, 1068, 1103 f., 1128 f., 1224, 1326*, 1466 f., 1469

Vietnam XXIV, 262, 265, 326, 610f., 613, 631, 633, 712, 895, 897*, 920, 971, 987f., 991, 1081, 1329f.
„Vorwärts" 939
Wählergemeinschaft „Demokratische Linke" 715, 718, 729, 740, 747, 851
Währungspolitik XII, 176, 634, 1314f., 1333
– Aufwertung der DM XXVII, 1315, 1414f., 1425f., 1453–1455
– Währungsabkommen von Bretton Woods 1944 246
– Währungsausgleichsgesetz 204
Wahlrecht und Wahlrechtsreform XXII–XXIV, XXVII, 205, 362f., 380f., 389–399, 402–405, 409–415, 445, 474–478, 634, 636–638, 648, 675f., 714f., 718–720, 722–750, 762, 787, 790–820, 828, 840, 862*, 927, 929, 950, 954, 966–969, 989, 1086, 1130, 1139, 1275, 1277, 1280f., 1315, 1342, 1345, 1347–1350, 1362, 1496
– Sachverständigenkommission Wahlrecht 794, 796
– Wahlalter 1123–1126, 1130–1138
Wahlkampfkostenerstattung s. Parteienfinanzierung
Wanne-Eickel 220
Warschau 1456
Warschauer Pakt 322, 427, 976, 1384*
Washington 222, 274, 285, 623, 649, 677, 713, 971, 973, 1086, 1378, 1380, 1401
Washingtoner Abkommen 1949 157
Wasserhaushaltsgesetz 189
Weimarer Republik X, 228, 381, 672, 728, 747, 808, 906, 1136, 1295,
„Die Welt" 258, 436, 619, 890, 984, 1316, 1382
Weltbank 266, 713*
Werl 1458
Westdeutscher Rundfunk (WDR) 218, 1442f.
Westeuropäische Union (WEU) 1006, 1336
Wiedervereinigung 68, 132, 172, 252, 426, 429–431, 610, 612f., 697, 708, 864, 920, 1009f., 1045, 1100
Wien 1077f., 1117
Wiesbaden 755, 876, 916, 1325, 1374
Wirtschaftspolitik XII, XXVIII, 41, 101, 170, 182–187, 240–246, 268–274, 284, 320, 339, 344, 435f., 634, 643, 647f., 683, 1090, 1092, 1142, 1202, 1250, 1309, 1355–1358, 1399, 1414–1416, 1475–1477
– Regionale Wirtschaftsförderung 829
Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie 182
Wissenschaftsrat 272, 317, 830, 969, 1429
Wohnungsbau und Wohnungspolitik 174, 203, 271, 317, 1309f.
– „Lücke-Plan" 290
Wolfsburg 454
Würzburg 841
Wuppertal 227
„Die Zeit" 183, 621, 663, 1414, 1418
Zentralkomitee der Deutschen Katholiken 720f., 864
Zentrum 730
„Zivilgesellschaft" XVI
Zonenrandgebiet 454, 603,
Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF) 233, 1360, 1444
– Fernsehrat 155
– Staatsvertrag 155
Zweites Vatikanisches Konzil 202, 215f., 234, 721*, 864
Zweiter Weltkrieg 415, 1031